

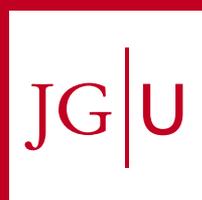
75 JAHRE

**JOHANNES GUTENBERG-
UNIVERSITÄT MAINZ**

**Universität in der
demokratischen Gesellschaft**



SCHNELL + STEINER



75 Jahre Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Universität in der demokratischen Gesellschaft

Mit freundlicher Unterstützung der



75 JAHRE Der Präsident der Johannes Gutenberg-
Universität Mainz (Hrsg.)
JOHANNES GUTENBERG-
UNIVERSITÄT MAINZ

Universität in der
demokratischen Gesellschaft

Umschlagabbildung: JGU-Campuskyline

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch, Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Redaktion: Dr. Christian George, Frank Hüther, Univ.-Prof. Dr. Michael Kißener, Dr. Sabine Lauderbach

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage 2021

© 2021 Verlag Schnell & Steiner GmbH, Leibnizstr. 13, D-93055 Regensburg

Umschlaggestaltung: Tanja Labs (artefont Ingelheim)

Satz: typgerecht berlin

Anhang: Tanja Labs (artefont Ingelheim)

Grafik JGU-Gebäude und Diagramme: Tanja Labs (artefont Ingelheim)

Campuspläne: Dr. Christian Schneider, Tanja Labs (artefont Ingelheim)

Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen

ISBN 978-3-7954-3453-3

ISBN 978-3-7954-3652-0 (E-Book)

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet,
dieses Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem oder elektronischem Weg zu vervielfältigen.

Die Redaktion hat sich bemüht, die Rechteinhaber der abgedruckten Bilder und Fotografien ausfindig zu machen,
allerdings ist dies nicht immer gelungen. Sollten Sie die Bildrechte an etwaigen Abbildungen besitzen,
wenden Sie sich bitte zur Klärung an den Verlag.

Weitere Informationen zum Verlagsprogramm erhalten Sie unter:

www.schnell-und-steiner.de

Inhalt

Georg Krausch, Malu Dreyer, Konrad Wolf und Michael Ebling
Grußworte 11

Christian George, Michael Kißener und Sabine Lauderbach
Die Geschichte der JGU schreiben 16
Zur Einführung

I. NUR EINE VORGESCHICHTE?

Michael Matheus
Die »alte« Universität Mainz und ihre Bedeutung für die Wiedergründung 1946 27

II. 1946–2021: DEMOKRATIE ALS AUFTRAG – VIELFALT ALS PROGRAMM

A. VON DEN ANFÄNGEN BIS ZUM ENDE DER 1970ER-JAHRE

Corine Defrance
»Das Wunder von Mainz« 43
Die Franzosen und die Gründung der JGU

Christian George
Dekade der Konsolidierung 56
Die JGU in den 1950er-Jahren

Michael Kißener
Auf dem Weg zur demokratischen »Massenuniversität« 74
Die JGU in den 1960er-Jahren

Freia Anders
»Die Universität ist nicht mehr en vogue.« 90
Die JGU in den 1970er-Jahren

B. VON DEN 1980ER-JAHREN BIS HEUTE

Stefan Bösch
Herausforderungen und Anpassungen an der JGU 109
Von den 1980er-Jahren bis zur digitalen Revolution

Bernhard Einig
Reformbestrebungen in Studium und Lehre an der JGU
Von den 1980er-Jahren bis zum Bologna-Prozess 130

<i>Waltraud Kreutz-Gers und Götz Scholz</i>	
Universitätsverwaltung von 1976 bis heute	142
Vom Neuen Steuerungsmodell über die Evaluation der Zentralverwaltung bis zur Bauherreneigenschaft	
<i>Mechthild Dreyer und Uwe Schmidt</i>	
Zur Strategiefähigkeit von Universitäten	150
Das Beispiel der Denkschrift der Universität Mainz von 1988	
<i>E. Jürgen Zöllner</i>	
Wissenschaftspolitik in Rheinland-Pfalz 1991–2006	160
Ein Essay	
<i>Georg Krausch</i>	
The Gutenberg Spirit: Moving Minds – Crossing Boundaries	164
Das Zukunftskonzept der JGU und dessen Umsetzung in den Jahren 2011 bis 2020	

III. FÄCHER UND PROFILE

A. FÄCHER

<i>Thomas Berger und Wolfgang Breul</i>	
Die Theologischen Fakultäten	187
Der Fachbereich 01	
<i>Stefan Aufenanger, Stephan Füssel und Wolfgang Elz</i>	
Die Vielfalt der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften an der JGU	198
Ein kurzer Überblick über die Fachbereiche 02, 05 und 07	
<i>Andreas Roth</i>	
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	218
Der Fachbereich 03	
<i>Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul</i>	
Universitäre Medizin in Mainz	226
Eine kurze Geschichte von Rationalitäten, Mentalitäten und Institutionen	
<i>Maren Dingfelder Stone</i>	
»Ein idealistisches und außergewöhnliches Projekt«	238
Übersetzen und Dolmetschen am Fachbereich 06 in Germersheim	
<i>Tilman Sauer</i>	
Von der grünen Wiese zur Forschungsuniversität	252
Die Entwicklung der Naturwissenschaften an der JGU unter besonderer Berücksichtigung des Mainzer Mikrotrons	
<i>Klaus Pietschmann</i>	
Musik an der JGU	268
Integrationsfaktor mit internationaler Strahlkraft	

<i>Ullrich Hellmann</i>	
Die Kunsthochschule Mainz	280
Historische Entwicklung und Ausblick	

<i>Katharina Bahlmann und Lena Zimmer</i>	
Kleine Fächer	294
Ihre Bedeutung für die universitäre Profilbildung	

B. PROFILE

<i>Horst Kant</i>	
Fritz Straßmann	307
Mitentdecker der Atomkernspaltung und Gründungsdirektor des Instituts für Anorganische Chemie und Kernchemie der JGU	

<i>Ansgar Molzberger</i>	
Berno Wischmann	318
Der Mainzer Hochschulsport	

<i>Hans Mathias Keplinger</i>	
Ein neues Fach	336
Elisabeth Noelle-Neumann und die Publizistik	

IV. ENTWICKLUNGEN UND KONTEXTE

A. PROBLEMLAGEN DER ANFANGSZEIT

<i>Marius Müller</i>	
Die Mainzer Korporationen	353
Entstehung und Etablierung 1946–1955	

<i>Frank Hüther</i>	
Diversität und Korpsgeist	364
Die Berufung der ersten Mainzer Professoren	

<i>Ilja Medvedkin</i>	
Egon von Eickstedt und Frédéric Falkenburger	378
Die Anfänge der Anthropologie	

<i>André Cloppenburg</i>	
Konrad Lang	388
Eine Wissenschaftskarriere zwischen Nationalsozialismus und Nachkriegsdeutschland	

<i>Frederic Ruckert</i>	
Ein belasteter »Kontinuitätsträger«	402
Die NS-Vergangenheit der Hebammenlehranstalt Mainz	

<i>Vaios Kalogrias</i>	
»Ost-Beziehungen« im Kalten Krieg	410
Die JGU und der sozialistische Osten	

B. LEBEN AUF DEM CAMPUS

<i>Charlotte Backerra und Ruth Nientiedt</i>	
Studentische Hochschulgruppen an der JGU	425
Die vierte Dimension der Universität	

<i>Tobias Huff</i>	
Studentische Selbstverwaltung unter Legitimationsdruck	438
Historische Wege der studentischen Gremienarbeit an der JGU	

<i>Roland Euler</i>	
Vom Essen und Wohnen	450
Die Geschichte des Studierendenwerks Mainz	

<i>Christian König</i>	
Die Universitätsbibliothek Mainz	460
Eine Institution im Wandel	

<i>Martin Göllnitz</i>	
Jenseits des Jahrmarkts akademischer Eitelkeiten	470
Perspektiven auf Gewalt an der JGU	

<i>Stefanie Martin</i>	
»Die Gutenbergschande«	482
Eine Geschichte der JGU in Skandalen	

<i>Matthias Müller und Antonia Tauber</i>	
Architektur als Visitenkarte einer Universität	498
Der Mainzer Universitätscampus im Kontext nachkriegsmoderner Baukultur	

<i>Elisabeth Oy-Marra und Klaus T. Weber</i>	
Stumme Zeugen der Geschichte	522
Skulpturen auf dem Campus der JGU	

C. UNIVERSITÄT UND GESELLSCHAFT

<i>Kristina Pfarr</i>	
Fördern, Stiften, Mitgestalten	535
Der JGU verbunden	

<i>Kim Krämer</i>	
Das Studium generale an der JGU	552
Streben nach einer fundierten Allgemeinbildung	

<i>Frank Teske</i>	
»Denn wir Mainzer sind sehr stolz auf unsere Universität«	560
Die Beziehungen zwischen der JGU und der Stadt Mainz	

<i>Bernhard Dietz</i>		
Vom Mäzen zum Drittmittelgeber	572	
Private Wirtschaftsunternehmen und die JGU		
<i>Kirsten Grimm und Patrick Schollmeyer</i>		
Exemplarische Geschichte(n)	586	
Die Sammlungen der JGU		
<i>Sabine Lauderbach</i>		
Frauen an der JGU 1946–2021	596	
Eine Erfolgsgeschichte?		
<i>Maria Lau</i>		
Vielfalt und Individualität	612	
Beobachtungen zur JGU seit 1946		
D. INTERNATIONALER KONTEXT		
<i>Heinz Duchhardt</i>		
»das Verständnis für die kulturellen und sozialen Errungenschaften anderer Länder und Völker [...] fördern«	625	
Die Anfänge der Internationalisierung an der JGU 1946–1956		
<i>Pia Nordblom</i>		
Internationale Kontakte der JGU im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik	640	
Von 1956 bis zum Ende der 1980er-Jahre		
<i>Michael Simon</i>		
Demokratisierung durch Internationalisierung	658	
Idee und Wirklichkeit		
<i>Gregor Wedekind</i>		
Die JGU und Frankreich	670	
Nicht nur ein Gründungsmythos		
<i>Alfred Gall</i>		
Das Mainzer Polonicum	690	
Deutsch-polnische Beziehungen an der JGU		

V. ANHÄNGE

Leitung und Struktur 702 Der Wissenschaftsstandort Mainz 704 Forschung 706
 Der Gutenberg Campus im Zeitverlauf 708 Die Leitung der JGU im Wandel ihrer 75-jährigen
 Geschichte 712 Vom Siegel zur Wort-Bild-Marke 718 Fachliche Organisationseinheiten der JGU
 im Laufe der Zeit 720 Statistischer Anhang 722 Herkunft ausländischer Studierender und
 Zielländer Mainzer Outgoings 724 Ehrentitel der JGU 732

Abkürzungsverzeichnis 742 Literatur- und Quellenverzeichnis 745
 Verzeichnis der namentlich genannten Personen 763 Autorinnen und Autoren 783

Grußwort

des Präsidenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Ein Jubiläumjahr gibt Anlass, auf Erreichtes zurückzuschauen und das Fortbestehen der Institution zu feiern. Grund zum Feiern hat die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) im Jahr 2021 zuhauf: Ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Widrigkeiten zum Trotz war die Wiedereröffnung der Mainzer Universität 1946 mit wesentlicher Unterstützung durch die französische Verwaltung von langlebigem Erfolg, denn heute blicken wir auf 75 Jahre Universitätsgeschichte zurück. Die JGU hat es in ihrer Geschichte immer vermieden, den Blick ausschließlich nach innen zu richten, und stets den Kontakt zu den Mainzer Bürgerinnen und Bürgern, dem Umfeld und der außeruniversitären Öffentlichkeit gesucht. Gemäß ihres Leitspruches *The Gutenberg Spirit: Moving Minds – Crossing Boundaries* bleibt es zentrales Anliegen der JGU, die Universität im wechselseitigen Austausch mit ihrer Umwelt zu verstehen. Anlässlich des 75. Jubiläums widmet sich dieser Band daher nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern; er bettet die JGU darüber hinaus in die Gesellschaftsgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland ein. Denn erst die Betrachtung im räumlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontext ermöglicht es, den Blick weg von Einzelbiografien hin zu kritischen Themen der Universitätsgeschichte zu lenken. Im Sinne einer zeitgemäßen Universitätsgeschichte thematisiert der Jubiläumsband daher auch vielfältige Facetten des universitären Lebens von studentischem Engagement bis zur Geschlechtergerechtigkeit. Es entspricht dem wissenschaftlichen Anspruch des vorliegenden Werks, dass die einzelnen Beiträge keine mit dem Präsidium abgestimmte Meinungsäußerung, sondern die von den jeweiligen Autorinnen und Autoren erlangten Erkenntnisse darstellen.

Ein Jubiläumsband wie der vorliegende ist das Ergebnis der Zusammenarbeit vieler engagierter Personen unterschiedlicher Institutionen, denen ich für ihre Mitarbeit gerne sowohl persönlich als auch im Namen der JGU herzlich danken möchte. An erster Stelle gilt mein Dank den Autorinnen und Autoren, dem Verlag Schnell & Steiner aus Regensburg sowie dem Redaktionsteam um Univ.-Prof. Dr. Michael Kißener als wissenschaftlichem Leiter, Dr. Sabine Lauderbach als Projektkoordinatorin und Dr. Christian George mit dem Team des Universitätsarchivs: Frank Hüther, Stefanie Martin, Julia Tietz und Karsten Welcher. Des Weiteren haben Petra Giegerich, Martina Stöppel und Dr. Kristina Pfarr aus der Stabsstelle für Kommunikation und Presse sowie meine persönliche Referentin, Dr. Anna Kranzdorf, ebenso zum Gelingen des Bandes beigetragen wie das Grafikbüro artefont unter Leitung von Tanja Labs. Darüber hinaus danke ich dem Forschungsverbund Universitätsgeschichte (FVUG) und den Fotografinnen und Fotografen, die ihre Bilder in den meisten Fällen kostenfrei für diesen Band zur Verfügung gestellt haben, sowie der Universitätsbibliothek mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ein besonderer Dank geht an die finanziellen Förderinnen und Förderer dieser Publikation, speziell an die Freunde der Universität Mainz e. V. und die Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung.

Der Jubiläumsband wäre ohne die Tatkraft, Kreativität und Unterstützung dieser und weiterer Personen nicht möglich gewesen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende wie auch erkenntnisreiche Lektüre.



Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch, Präsident der JGU. Foto: JANA Kay, Quelle: JGU.

Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch, Präsident der JGU

Grußwort

der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz



Malu Dreyer, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz. Foto: Elisa Biscotti.

2021 jährt sich die Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zum 75. Mal. Hierzu gratuliere ich allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Lehrenden, Forschenden und Studierenden von ganzem Herzen. Die historische Festschrift, die Sie gerade in den Händen halten, dokumentiert aus unterschiedlichen Perspektiven die Entwicklungsgeschichte der größten Universität des Landes. Der umfassende Jubiläumsband vereint dazu zahlreiche Aufsatzbeiträge und stellt vielfältiges Anschauungsmaterial bereit.

Die Entwicklung der JGU seit ihrer Wiedereröffnung ist eine wahre Erfolgsgeschichte. Zum Eröffnungsemester 1946 waren rund 2.000 Studenten und erstmals auch Studentinnen immatrikuliert. Heute versammeln sich auf dem Campus der Volluniversität über 9.000 Beschäftigte, 31.000 Studierende und mehr als 4.400 Forschende und Lehrende. Als Wissenschaftszentrum mit herausragenden Institutionen und weltweitem Renommee ist die JGU das rheinland-pfälzische Aushängeschild für exzellente Forschung und Lehre. Für das Bildungsland Rheinland-Pfalz sind die Hochschulen des Landes von essenzieller Bedeutung. Denn sie sind Orte der Erkenntnis, der Wissensvermittlung und des Austauschs. Deshalb ist es Ziel der rheinland-pfälzischen Hochschulpolitik, die Selbstverantwortung und Autonomie der Hochschulen im Land weiter zu stärken und optimale Bedingungen für ein erfolgreiches, selbstbestimmtes und flexibles Studium zu schaffen.

Die JGU ist nicht nur eine rheinland-pfälzische Bildungshochburg, sondern steht zugleich für Vielfalt, Innovation und Verständigung. Es ist wunderbar zu sehen, wie die Studierenden, Lehrenden und Forschenden sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Universität durch ihr Wirken mit Leben füllen und die Entwicklung dieser großartigen Bildungseinrichtung stetig vorantreiben. Stellvertretend für Sie alle danke ich dem Universitätspräsidenten Professor Dr. Georg Krausch für sein engagiertes Wirken. Mit innovativen Ideen treibt er seit mehr als zehn Jahren die Schärfung und Weiterentwicklung des exzellenten Forschungsprofils der JGU kontinuierlich voran. Ihnen allen wünsche ich ein freudiges Jubiläum und allen interessierten Lesern und Leserinnen tiefe Einblicke bei der Lektüre dieses aufschlussreichen Jubiläumsbandes.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz

Grußwort

des Ministers für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz

Mit mehr als 31.000 Studierenden gehört die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) heute zu den größten Hochschulen bundesweit. Sie ist Mitglied im Hochschulverbund der German U 15, dem Verbund der traditionsreichen und forschungsstarken Universitäten in Deutschland. In Rheinland-Pfalz ist sie mit ihren exzellenten Forschungsleistungen sowie als Ausbildungsstätte an der Spitze – rund ein Viertel der Studierenden in Rheinland-Pfalz studiert an der JGU.

Die JGU ist weit über die Landesgrenzen hinaus als forschungsstarke Universität anerkannt. Schwerpunkte liegen dabei insbesondere in der Teilchen- und Hadronenphysik, den Materialwissenschaften und der Translationalen Medizin sowie in den Historischen Kulturwissenschaften und der Medienforschung. Seit 2012 konnte die JGU bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft elf neue Sonderforschungsbereiche und acht Graduiertenkollegs hinzugewinnen. Auch bei der Einwerbung von hochrangigen Förderungen des Europäischen Forschungsrats (»ERC-Grants«) ist sie äußerst erfolgreich. Im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern wird ein Cluster im Bereich der fundamentalen Wechselwirkungen und der Struktur der Materie (PRISMA+) betrieben.

Die exzellenten Forschungsleistungen der JGU machen sie auch zur wichtigen Partnerin für außeruniversitäre Forschung: Neben zahlreichen gemeinsamen Forschungsprojekten mit der außeruniversitären Forschung findet auch gemeinsame Nachwuchsförderung, beispielsweise beim Max Planck Graduate Center statt, und durch gemeinsame Berufungen sind Universität und außeruniversitäre Forschung in Mainz personell eng verzahnt. Die Universität Mainz ist nicht nur enge Partnerin, sie ist auch Geburtshelferin für Forschungseinrichtungen – aktuell beim Leibniz-Institut für Resilienzforschung, das aus Universitätsmedizin und Universität ausgegründet wurde.

Nicht zuletzt ist die JGU aber auch eine wichtige Institution für die Region und das gesamte Land Rheinland-Pfalz. Die Universität ist Magnet sowohl für junge Menschen als auch für etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie ist ein maßgebender Motor für den beliebten Lebens- und Berufsstandort Mainz, für Rheinhessen und für das gesamte Rhein-Main-Gebiet. Auch künftig ist die erfolgreiche Entwicklung der Mainzer Universität Voraussetzung dafür, Rheinland-Pfalz für nachkommende Generationen zukunftssicher zu gestalten. An der JGU werden Fach- und Führungskräfte für die Gesellschaft, für eine im Wettbewerb erfolgreiche Wissenschaft und Wirtschaft ausgebildet. Sie ist Impulsgeberin für Innovationen und Zuwanderungsmagnet für kluge Köpfe aus dem In- und Ausland. Als Mitgestalterin gesellschaftlicher Transformationsprozesse befördert sie kritisches und innovatives Denken und leistet damit einen grundlegenden Beitrag für die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Indem sie sich breiten Bevölkerungsschichten öffnet, trägt die Universität zu größerer Chancengleichheit und Teilhabe bei.

Die JGU kann stolz auf ihre Geschichte und Entwicklung in den letzten 75 Jahren sein. Gleichzeitig kann sie sich aber auch einer erfolgreichen Zukunft sicher sein.



*Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz.
Foto: Tomkowitz, Quelle: MWWK.*

**Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung
und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz**

Grußwort

des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz



Michael Ebling, Oberbürgermeister der Stadt Mainz. Foto: Alexander Heimann, Quelle: Landeshauptstadt Mainz.

Über die Zeit, in der unsere Universität vor 75 Jahren wiedergegründet wurde, hat Hanns Dieter Hüsch einmal den Satz geschrieben: »Es war eine furchtbare und eine fruchtbare Zeit.«. Manchmal liegt zwischen Freud und Leid eben nur ein Buchstabentausch. Und manchmal braucht es dafür einen ganzen Satz, einen Satz wie jenen der französischen Militärregierung: »Die Universität Mainz wird hiermit ermächtigt, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.«. Hinter diesem schlichten Satz, der sich in das sprachliche Kleid eines Verwaltungsaktes hüllt, verbirgt sich viel mehr, ja geradezu Utopisches: Aus diesem Satz sollte Zukunft entspringen, wo das Goldene Mainz der Gegenwart in Trümmern lag. Es war ein Satz, der von den Jahren träumte, die kommen sollten, in einer Zeit, in der die meisten Menschen nicht wussten, wie sie die ärgsten Nöte der kommenden Tage bewältigen sollten.

Mainz war nach dem Ende des schrecklichen Kriegs, den Deutschland über die Welt gebracht hatte, schwer zerstört. Und so erschien die Wiedegründung der Universität nicht wenigen anfangs als ein utopisches Projekt. Doch schon bald sprach man in der Öffentlichkeit mit Stolz von einem »Mainzer Wunder«, von einem historischen Akt, von einem Zeichen geistiger Erneuerung.

Ohne Zweifel hat die Wiedereröffnung der Universität, ähnlich wie die Entscheidung, Mainz zur Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz zu machen, den Lebenswillen der vom Krieg verwüsteten Stadt gestärkt. Sie sicherte der Stadt nach anderthalb Jahrhunderten akademischen Schattendaseins wieder einen Platz im »gelehrten Deutschland« und schuf die Grundlage für eine neue wissenschaftliche Infrastruktur in Mainz.

Dass die Universität den Namen des größten Sohnes unserer Stadt erhielt, der mit seiner Erfindung zur Verbreitung der Wissenschaften seit Anbruch der Neuzeit beigetragen hatte, machte die Verbundenheit von Stadt und Universität deutlich und unterstrich einmal mehr die völkerverbindende Idee, die mit der Wiedereröffnung in engem Zusammenhang stand. Dass Mainz diesen Glücksfall der Neubelebung unseres akademischen Lebens erfahren konnte, verdanken wir der Initiative der französischen Militärregierung.

Und die Träume, die sich damals damit verbunden haben, sie wurden ohne Zweifel in den 75 Jahren seither übertroffen. Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) hat sich zu einer der größten und vielfältigsten Universitäten der Bundesrepublik entwickelt, ihre Forschenden und Lehrenden, ihre Absolventinnen und Absolventen haben unser Land geprägt. Mainz hat mit seiner Universität seinen Platz auf der Wissenschaftslandkarte schnell zurückgewonnen. Aber nicht nur das; gleichzeitig zu ihrem Platz in der Welt hat die Universität schnell den im Herzen unserer Stadt und ihrer Menschen gefunden. Mainz wäre ohne seine JGU nicht mehr vorstellbar, die die junge und lebenswerte Großstadt prägt und gestaltet. Und die Universität trägt außerdem ihre Erkenntnisse in die Stadt, etwa mit der Stiftungsprofessur der Freunde der Universität, in der Wissenschaftsallianz oder im Wissenschaftsjahr 2011, um nur einige Beispiele zu nennen. Unsere JGU ist aufs Engste mit dem Leben in unserer Stadt und ihrer – in der Wissensgesellschaft auch wirtschaftlichen – Zukunft verbunden.

Dieses Buch ist Rückblick und Ausblick und ich wünsche allen Leserinnen und Lesern viel Freude und spannende Erkenntnisse. Unserer JGU wünsche ich alles Gute für die kommenden 75 Jahre!

Michael Ebling, Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Die Geschichte der JGU schreiben

Zur Einführung

Christian George, Michael Kißener und Sabine Lauderbach

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz – größte Universität des Landes Rheinland-Pfalz

Das im Jahr 2021 ein Jubiläum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) gefeiert werden kann und eine historische Festschrift auf eine 75-jährige Geschichte zurückblickt – das haben ihre Gründungsväter 1946 sicher erhofft, aber wohl kaum zu denken gewagt.¹ Zu unsicher war die Zukunft für die vielfach als französisches Werk misstrauisch beäugte »neue« Mainzer Universität, zu groß die Alltagsprobleme, die ihre Anfänge begleiteten, zu schwach das Bundesland, das sie tragen sollte. Seit rund 150 Jahren hatte es in Mainz und in jenen Landesteilen, die seit 1946/47 das Land Rheinland-Pfalz formten, keine Universität mehr gegeben, die neue Hochschule war deshalb ein echtes Geschenk, das die französische Besatzungsmacht den Menschen dieses Raums gemacht hat. Von daher erklärt sich die Intensivierung der engen Beziehungen zum Nachbarland Frankreich, die das linksrheinische Deutschland seit jeher ausgezeichnet haben und die mit diesem Geschenk eine neue Qualität erreichten.

Das nach einer französischen Ordonnance (vom 30. August 1946) und nach ersten freien Wahlen am 18. Mai 1947, rund ein Jahr nach der Schaffung der Universität, gegründete Bundesland Rheinland-Pfalz war im Grunde zu finanzschwach, um die erheblichen Kosten einer modernen Hochschule zu tragen. Immer wieder war die JGU in den Anfangsjahren von Schließungsabsichten bedroht. Erst durch den Bildungsboom der ausgehenden 1950er- und 1960er-Jahre, der mit erheblichen Investitionen in den Hochschulbau einherging, wurde ihre Existenz dauerhaft abgesichert, aber auch ihr Status als einzige Landesuniversität aufgehoben, indem Mitte der 1970er-Jahre neue Universitäten in Kaiserslautern, Trier, Koblenz und Landau ins Leben gerufen wurden. Die prekäre Finanzsituation besteht weiter: Im Vergleich zu anderen Hochschulen in finanzstarken Ländern ist die Ausstattung der rheinland-pfälzischen Universitäten, bezogen auf die laufenden Ausgaben (Grundmittel), im Bundesschnitt bis heute unterdurchschnittlich geblieben.²

Umso bemerkenswerter sind die hier erzielten Erfolge in Forschung und Lehre, die in erster Linie der unermüdlichen Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuzurechnen sind.

Anlage und theoretisch/ methodische Einordnung

Nun ist die JGU 75 Jahre alt, und es stellt sich die gar nicht leicht zu beantwortende Frage, wie die historisch und vergleichend betrachtet ja eigentlich recht junge Geschichte dieser Universität denn wohl angemessen und dann auch im Rahmen einer »Festschrift«, die die Hochschulleitung der JGU angeregt und dankenswerterweise großzügig finanziell gefördert hat, zu erfassen und darzustellen ist.

Festschriften zu Universitätsjubiläen sind ein altes Phänomen: Im Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit wurden die ersten Jubiläen an den alten, traditionsreichen Universitäten Europas gefeiert. Im geschichtsbesessenen 19. Jahrhundert entwickelte sich daraus ein regelrechter Jubiläumsboom, der historische Wurzeln bewusst machen wollte und eben dazu auch Festschriften hervorbrachte, in denen mit Stolz



Moritatt: Vom Leben und Absterben der Zwillinge ›Lehre‹ und ›Forschung‹ und ihrer peinvollen Beisetzung, so heißt es auf dem Titel der Hochschulzeitschrift *Jogu* im Juni 1975. Es ist eine Anspielung auf die Unterfinanzierung der Universität und die daraus resultierenden Konsequenzen. Quelle: *Jogu* 5 (1975), Nr. 39, Titelbild.

auf das Erreichte zurückgeblückt wurde.³ Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs allerdings wird bei aller Anerkennung des sich selbst vergewissernden Rückblicks auch zunehmend die kritische Selbstreflexion, teils als autonom gesetztes Ziel, teils durch Protest einer betont universitätskritischen Öffentlichkeit erzwungen, als Aufgabe von Festschriften gesehen. Und das mit einigem Recht: Wohlgefälliger Jubel verträgt sich nicht gut mit historischer Arbeit, die kritisch analysierend auf die Vergangenheit blicken will, zumal dann, wenn auch die Zeit des Nationalsozialismus ebensowenig ausgelassen werden soll (was seit den 1960er-Jahren in den einschlägigen Festschriften immer weniger der Fall ist) wie aktuelle und problematische Themen, beispielsweise die Geschlechtergerechtigkeit an den Universitäten.⁴

Und so ist denn auch vielen Festschriften deutscher Universitäten in den vergangenen Jahren der Vorwurf gemacht worden, dass hier die Angehörigen der Institution die historische Aufarbeitung in einem selbst definierten, selektiven Themenspektrum allzu biografisch, methoden- und theoriefern leisten und dabei einen Blick von außen auf diese keineswegs nebensächliche Institution in unserer Gesellschaft nur bedingt zulassen.⁵

Die hier vorgelegte Sammelschrift kann nicht den Anspruch erheben, sich von dieser bedenkenswerten Kritik vollständig absetzen und eine Darstellung anbieten zu können, in der die Fachdiskussion der wenigen ausgewiesenen Universitätshistoriker_innen in toto aufgegriffen sei – dazu sind das Thema und seine historisch relevanten Bezüge viel zu groß und die Forschungslage im Speziellen viel zu disparat, um sie selbst in einem mehr als 800 Seiten starken Werk abbilden zu können. Vielleicht kann es beanspruchen, sich an den von Sylvia Paletschek vorgeschlagenen »exemplarisch-eklektischen Facetten mittlerer Reichweite«⁶ zu orientieren, mit denen der schmale Grat zwischen theoretisch fundierten universitätsgeschichtlichen Fachstudien im engeren Sinne und den Anforderungen einer auch für ein Breitenpublikum lesbaren Festschrift begangen

werden kann. Denn immerhin sind für diesen historischen Sammelband einige Bemühungen unternommen worden, um das geschilderte Dilemma zu verringern.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich der vorliegende Band in eine längerfristige universitätsgeschichtliche Arbeit einreihet, die von dem Mainzer Forschungsverbund Universitätsgeschichte (FVUG), der seit Jahren kontinuierlich die Unterstützung der Universitätsleitung beziehungsweise der Universitätsbibliothek erfährt, geleistet wird. Dieser Forschungsverbund hat in Vorbereitung auf das Jubiläum unter Leitung seiner damaligen Vorsitzenden Livia Prüll 2016 ein universitätsgeschichtliches Kolloquium durchgeführt, in dem Perspektiven, Methoden und Theorien der Universitätsgeschichtsschreibung diskutiert wurden.⁷ Schon damit ist eine von dem Frankfurter Universitätshistoriker Notker Hammerstein bereits vor über 30 Jahren formulierte Forderung, man möge weniger Universitätsfestschriften publizieren und mehr kontinuierliche universitätsgeschichtliche Arbeit fördern, in Mainz weitgehend erfüllt worden.⁸

Die von der vorbereitenden Tagung *Universitätsgeschichte schreiben* aus dem Jahr 2016 ausgehenden Impulse sind zugleich in ein Publikationskonzept überführt worden, das wohl nicht als Ganzes, sehr wohl aber in den einzelnen Beiträgen und Themenzuschnitten bemüht ist, Forderungen der aktuellen universitätsgeschichtlichen Forschung aufzugreifen und mit der Lesererwartung an eine Festschrift in Einklang zu bringen.

»Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte nach 1945«, so formulieren es die Herausgeberinnen und Herausgeber des modernen, theoretisch fundierten Grundlagenwerks *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970)* recht provokant,

»sind ein integraler Bestandteil deutscher Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Der populäre Mythos vom universitären Elfenbeinturm suggeriert den Eindruck, dass Wissenschaft losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen, gewissermaßen »außen vor«, als Selbstzweck und gelenkt vom idealistischen Erkenntnisinteresse der Forschenden betrieben würde. Eine solche esoterisch anmutende Gesellschaftsferne als herausragendes Merkmal von Universität und Wissenschaft zu bezeichnen, verkennt die Verhältnisse.«⁹

Dieser Grunderkenntnis fühlt sich auch diese Festschrift verpflichtet, die die Geschichte der JGU der vergangenen 75 Jahre eingebettet sieht in die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland im Allgemeinen wie in die des Bundeslandes Rheinland-Pfalz im Besonderen. Von daher erklärt sich auch ihr dahingehend bewusst gewählter Untertitel *Universität in der demokratischen Gesellschaft*. Die Verzahnung von Wissenschaft, Staat, Wirtschaft und ja, auch Militär, so Margit Szöllösi-Janze, oder mit Mitchell C. Ash gesprochen, die sich ständig wandelnden »Vernetzungsverhältnisse der Teilsysteme Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Staat, Politik«¹⁰ sind ein wesentliches Kennzeichen moderner Gesellschaften und gleichsam eine der wichtigen Grundkonstellationen des 20. Jahrhunderts. Folglich muss Wissenschaft als »materiale, soziale, kulturelle Praxis«, muss auch die »Interaktion von Wissenschaft und Öffentlichkeit« wahrgenommen und »im Kontext der wissenschaftlichen Wissensproduktion«¹¹ analysiert werden. Mehr noch hebt die moderne universitätsgeschichtliche Forschung gleichsam in der entgegengesetzten Denkrichtung den bedeutenden Einfluss hervor, den Universitäten insbesondere seit 1945 auf den öffentlichen Raum ausüben. Rainer Christoph Schwinges hat gleich sechs Dimensionen dieser öffentlichen Wirksamkeit von Universitäten in der Moderne analysiert, die in der ein oder anderen Form auch die Konzeption dieses Bandes beeinflusst haben: 1) Der »öffentliche Raum als Bühne«, auf der Universitäten ihr Tun präsentieren, 2) der »öffentliche Raum als soziale Umwelt«, das heißt die Vernetzung der Universität mit der städtischen und staatlichen Umwelt, 3) der »öffentliche Raum als Verbindungselement« in Form symbolischer oder künstlerischer Präsenz von Universität

im Stadtbild oder in der Selbstdarstellung von staatlichen Institutionen, 4) der »öffentliche Raum als Aneignungsraum«, also die bauliche und soziale Präsenz und Nutzung des öffentlichen Raums durch Universitätsmitglieder, 5) der »öffentliche Raum als Standortfaktor«, was auf die ökonomischen Verflechtungen von Universitäten abzielt, und schließlich 6) der »öffentliche Raum als Zukunftsaufgabe«, also die zunehmende Beeinflussbarkeit des öffentlichen Raums durch hoch angesehene wissenschaftliche Expertise.¹²

Solche Perspektiven haben insbesondere die im vierten und längsten Teil dieser Publikation vereinigten Beiträge aufgegriffen. Mit ihnen rücken Themen in den Vordergrund, die bislang in der Universitätsgeschichtsschreibung allgemein und in Festschriften zu Universitätsjubiläen im Besonderen wenig Beachtung erfahren haben und die immer wieder als Desiderate der Universitätsgeschichtsschreibung gekennzeichnet werden: Es wird gefragt nach Gewalt an der JGU und nach Skandalen unterschiedlichster Art. Das Problem der Finanzierung von Wissenschaft durch die Wirtschaft wird in historischer Beleuchtung aufgegriffen oder auch Diversität als keinesfalls neue Herausforderung des 21. Jahrhunderts dargestellt. Die Studierendengeschichte, sei es in Form der Alltagsarbeit studentischer Hochschulgruppen oder Gremien, sei es problemorientiert in der Arbeit des Studierendenwerks oder auch in der Form des Verbindungs- und Korporationswesens, wird beachtet, denn in der Tat stellt diese ein besonderes Desiderat universitätsgeschichtlicher Forschung dar.¹³ Zwar ist die Johannes Gutenberg-Universität Mainz eine Nachkriegsgründung, doch trug der Lehrkörper der Gründungszeit, dessen politische Ausrichtung und Sozialstruktur in einem eigenen Beitrag beleuchtet werden, natürlich die Last der NS-Vergangenheit mit sich. Auch dieser, mittlerweile als unabdingbar angesehene Themenbereich wird unter Anwendung kollektiv- wie einzelbiografischer Methoden bearbeitet.¹⁴

Nicht nur hier zeigt sich der Niederschlag allgemeinpolitischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in der Universitätsgeschichte – auch der Kalte Krieg etwa fand seinen Niederschlag in der Geschichte der JGU, den ein eigener Beitrag nicht zuletzt unter Rückgriff auf Unterlagen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) beleuchtet. Gendergesichtspunkte werden in einem eigenen Beitrag zu Frauen aufgegriffen und das für Universitäten seit jeher so wichtige Thema der Internationalisierung und Globalisierung von Wissensproduktion und -austausch findet gleich in mehreren Beiträgen dieses Abschnitts Berücksichtigung, wobei die traditionell starken Kontakte nach Frankreich und die bewusst geschaffenen Verbindungen nach Polen eine besondere Beachtung erfahren.¹⁵

»Eine Universitätsgeschichte ohne angemessene Berücksichtigung der in dieser Institution betriebenen Erkenntnisarbeit bliebe ein leeres Gehäuse«,¹⁶ hat Rüdiger vom Bruch 2004 befunden – eben deshalb unternimmt diese Festschrift in einem eigenen Kapitel (III.) auch den schwierigen Versuch, eine Vorstellung von der Forschungs- und Lehrarbeit verschiedener Disziplinen zu vermitteln. Schwierig ist dies nicht nur, weil sich die Zusammensetzung von Fakultäten und Fachbereichen im Laufe der 75-jährigen Geschichte der JGU mehrfach geändert hat, folglich eine »Fakultäten- oder Fachbereichsgeschichte« kaum zu schreiben ist, ohne mit großflächigen Organigrammen die Zu- und Abwanderung, das Aufgeben und Neueinrichten von Fächern in den einzelnen Organisationseinheiten überhaupt erfassbar zu machen. Schwierig ist die Darlegung der Geschichte der heute in zehn Fachbereichen und zwei künstlerischen Hochschulen organisierten Forschungs- und Lehrendisziplinen vor allem deshalb, weil die Forschungs- und Lehrentwicklung in den vergangenen 75 Jahren so rasant und vielschichtig verlaufen ist, dass sie sich, zumal ohne Vorarbeiten und häufig auch bei defizitärer Quellenlage, praktisch kaum auf wenigen Seiten zusammenfassend darlegen lässt. Wenn zum Beispiel für den Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft in Germersheim die immer stärkere Einbindung und Akzeptanz im Kreis der Mainzer Wissenschaften noch nachvollzogen werden kann, so ist schon der Versuch, die stetig steigende Spezialisierung und Vernetzung etwa naturwissenschaftlicher Großforschungsprojekte in Mainz, die sich über Jahrzehnte hinweg thematisch immer weiter fortentwickelt

haben und zunehmend mit finanzstarken außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbunden sind, darstellen zu wollen, zum Scheitern verurteilt. Es musste daher bei der Anlage der Fachgeschichten ein jeweils spezialisierter Zugang gefunden werden, der auf wenigen Seiten ein vielgestaltiges Bild der in der Forschung wie in der Lehre äußerst aktiven Disziplinen vermittelt, zugleich aber doch auch die Notwendigkeit offenbart, gerade an dieser Stelle zukünftig intensiviertere Forschungsanstrengungen zu unternehmen, um das, was die Fächer seit 1946 geleistet haben, zu dokumentieren und aufzuarbeiten.

Mehr dem Charakter einer Festschrift zugewandt ist der einleitende Teil dieser Publikation, der nach einem einordnenden Blick auf die Verortung der »neuen« Universität in dem formal nie unterbrochenen Traditionsstrang der »alten« Mainzer Universität versucht, gleichsam aus der Vogelperspektive die Entwicklung der Universität seit ihrer Gründung in Jahrzehntschüben zu erfassen. Dabei wird allerdings nicht nur unter Hinzuziehung von Daten und Zahlenmaterial der allgemeine Rahmen der Fortentwicklung abgesteckt, sondern bereits auch problemorientiert die zunehmende Einbettung der JGU in die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nachgezeichnet, etwa wenn die thematische Chiffre »1968« in Bezug auf die Verhältnisse vor Ort ausführlich berücksichtigt wird.

Die jahrzehnteweise Betrachtung der Universitätsgeschichte findet mit den 1980er-Jahren ein Ende, die in der deutschen Universitätsgeschichte allgemein eine tiefgreifende Zäsur darstellen dürften. Nicht nur mit der Einführung des Hochschulrahmengesetzes auf Bundesebene 1976 und der Hochschulgesetze der Länder, deren Wirkungen seit dem Ende der 1970er-Jahre immer spürbarer wurden, sondern vor allem auch bedingt durch komplexe gesellschaftliche Entwicklungstrends, die von grundlegender Bedeutung für die moderne Gestalt der Universität wurden, lässt sich eine lineare Erzählung der Universitätsgeschichte nicht einfach fortsetzen. Zudem stößt die historische Arbeit ab den 1980er-Jahren momentan noch an ihre Grenzen. Denn zum einen ist die Aufarbeitung dieser Epoche der Geschichte der JGU nicht einmal in Ansätzen geleistet, und zum anderen sind innerhalb der 30-Jahresschutzfrist die entstandenen Akten teilweise noch nicht frei zugänglich.

Es bedarf daher an dieser Stelle (II.B) anderer Zugänge: Am Anfang dieses Abschnitts steht eine wissenschaftssoziologische Betrachtung der allgemeinen Entwicklung der modernen Wissensgesellschaft, in der fundamentale Veränderungsprozesse innerhalb der JGU stattgefunden haben. Dabei wird insbesondere auf drei zentrale Motoren der Entwicklung abgehoben: 1) den zunehmenden Ökonomisierungsdruck, 2) die Medialisierung, die seitdem die Universität zwang, ihr Handeln nach außen verstärkt darzustellen und zu rechtfertigen, und 3) die »Digitale Revolution«, die Forschung, Lehre und Kommunikation grundlegend verändert hat und dies wohl auch in Zukunft noch tun wird.

Um diesen allgemeinen und übergreifenden soziologischen Blickwinkel sind eine Reihe von ergänzenden Beiträgen gruppiert, die ganz überwiegend von (ehemaligen) Akteur_innen dieses Prozesses geschrieben wurden und in die auch persönliche Ansichten und Erfahrungen aus den vergangenen rund 30 Jahren eingeflossen sind. Die Entwicklung der Lehre, auch unter dem Einfluss der Bologna-Reformen, wird hier ebenso thematisiert wie Veränderungen in den Verwaltungsstrukturen oder auch die erstmalige (und bis jetzt einzige) Erarbeitung einer eigenen Strategie für die JGU. Auch die 15 Jahre lang von dem ehemaligen Universitätspräsidenten Jürgen Zöllner als zuständigem Minister verantwortete Wissenschaftspolitik des Landes Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum wird hier in gebotener Kürze aufgegriffen und durch aktuelle Perspektiven, die aus der langen Amtserfahrung des jetzigen Präsidenten Georg Krausch gespeist sind, abgerundet.

Unzweifelhaft dominieren hier also, wie auch in anderen Teilen des Bandes, als Bearbeiter_innen der einzelnen Themen Mitglieder der Hochschule oder gar zentral wichtige Akteur_innen. Dies hat den Vorteil, dass authentische Zeugnisse und nicht in den Akten zu findende Hintergründe ausgeleuchtet werden können. Das

aber nicht zu leugnende Problem zu großer Nähe zu dem Geschehen versucht diese historische Jubiläumsschrift dadurch zu lösen, dass der Blick eben auch von außen durch unbeteiligte Dritte mit einbezogen ist. Im ersten Überblicksteil trifft dies auf die Beiträge von Corine Defrance (CNRS Paris) und insbesondere von Frank Bösch (RWTH Aachen) zu. Bei den betont wenigen biografischen Beiträgen sticht der Aufsatz von Ansgar Molzberger (Deutsche Sporthochschule Köln) über die Ikone des Mainzer Universitätssports Berno Wischmann hervor, dem der Beitrag von Hans Mathias Kepplinger über Elisabeth Noelle-Neumann zur Seite steht, in den eine Vielzahl persönlicher Erinnerungen, die wohl kaum einen Niederschlag in den Akten gefunden haben, eingeflossen sind. Vor- und Nachteile persönlicher Verbundenheit mit dem historischen Geschehen sind hier mit Händen zu greifen.

Auch in den vierten und größten Abschnitt sind immer wieder externe Perspektiven eingeflossen (beispielsweise in den Beiträgen von Martin Göllnitz, Frank Teske oder Christian König), und nicht zuletzt hat ein auswärtiger Berater und Peer-Reviewer die Erstellung der Festschrift begleitet: Oliver Auge (Universität Kiel), dem an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit herzlich gedankt sei.

Die in dieser Publikation vereinigten rund 50 Überblicksdarstellungen und Detailstudien fußen auf einem insgesamt betrachtet defizitären Forschungsstand zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im engeren Sinne.

Zwar ist die Geschichte der alten Mainzer Universität, die 1477 gegründet, infolge der Revolutionskriege am Ende des 18. Jahrhunderts allmählich eingestellt wurde, vor allem durch die vielfältigen Arbeiten des langjährigen Universitätshistorikers Helmut Mathy als gut erforscht zu bezeichnen.¹⁷ Gleiches gilt aber nicht für die jüngere Mainzer Universitätsgeschichte, zu der Mathy zwar auch bedeutende Beiträge, vor allem anlässlich von Jubiläen geleistet hat, die jedoch ganz überwiegend die Gründungs- und Frühzeit der JGU abdecken.¹⁸ Diese Zeit haben auch einige kleinere Quellenpublikationen oder Erinnerungsschriften von Beteiligten im Blick,¹⁹ und auch das Standardwerk zur Wissenschaftspolitik in der französischen Besatzungszone von Corine Defrance ist auf die 1940er- und frühen 1950er-Jahre konzentriert.²⁰ Einen besonderen Schub erhielt die Mainzer Universitätsgeschichtsschreibung im Zuge der groß angelegten Feierlichkeiten zur 500-Jahrfeier der alten Mainzer Universität 1977. Eine voluminöse Festschrift fasste den damaligen Forschungsstand zusammen, enthielt aber auch in einem kleineren Abschnitt eine komprimierte Geschichte der JGU. Durch das Jubiläum erhielt auch die bereits seit 1955 bestehende Reihe *Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz* neue Impulse, die bis 1992 immerhin 16 Bände hervorbrachte. Der Schwerpunkt lag jedoch auch hier auf der Geschichte der alten Mainzer Universität. Lediglich je ein Band griff die Geschichte der Institute der Philosophischen beziehungsweise der Naturwissenschaftlichen Fakultät der JGU auf.

Um diesem Forschungsdesiderat Abhilfe zu schaffen, ist der Forschungsverbund Universitätsgeschichte seit 2001 bemüht, die jüngste Geschichte der JGU zu erforschen und zu dokumentieren, wobei bislang 17 Einzelstudien und Sammelwerke entstanden sind, die die Geschichte einzelner Institute und Seminare, Persönlichkeiten und Bibliotheken an der Universität beleuchten, jedoch weit entfernt von einer modernen Gesamtdarstellung sind.²¹

Vor diesem Hintergrund war es für die meisten Autor_innen dieses Bandes notwendig, eingehende Archivrecherchen durchzuführen, um das übernommene Thema hinlänglich bearbeiten zu können. Dafür stand an erster Stelle das hauseigene, professionell geführte Universitätsarchiv, das einzige in Rheinland-Pfalz, zur Verfügung. Dessen Bestände umfassen nicht nur die Überlieferung der führenden Organe der Universität, eine reichhaltige Sammlung der studentischen und offiziellen Presseerzeugnisse sowie Akten von Fakultäten, Fachbereichen und Instituten, sondern auch relevante Personalakten und Nachlässe, beispielsweise von ehe-

Forschungsstand und Quellenlage

maligen Professor_innen.²² Zur Ergänzung der Informationen aus dem Universitätsarchiv war es in manchen Fällen notwendig, die staatliche Überlieferung zur Kultur- und Wissenschaftspolitik in den Landesarchiven und im rheinland-pfälzischen Landtagsarchiv oder gar auf der Ebene des Bundes zu konsultieren. Als ertragreich erwiesen sich auch einzelne Privatnachsätze sowie weitere institutionelle und staatliche Archive im In- und Ausland.²³

Hinweise

Der vorliegende Band ist ein Werk, an dem viele Hände gearbeitet haben. Allen Beteiligten sei hiermit herzlich gedankt für ihre Textbeiträge, ihre Anstrengungen und Forschungen. Danken möchten wir auch für die zahlreichen Hinweise und Anregungen, von denen wir viele – aber nicht alle – umsetzen konnten. So wurde es den Verfasser_innen beispielsweise selbst überlassen, wie sie mit dem Thema der geschlechtergerechten Sprache umgehen möchten. Von einem zum anderen Text werden sich daher Unterschiede finden lassen. Auch muss erwähnt werden, dass die heute bekannte Abkürzung JGU – die erst seit etwa zehn Jahren offiziell genutzt wird – auch für frühere Zeitabschnitte in den einzelnen Beiträgen als synonym für Johannes Gutenberg-Universität Mainz verwendet wird.

Der Sammelband ist in fünf große Überkapitel (I–V) gegliedert, deren detaillierter Aufbau weiter oben beschrieben wurde. Einen schnellen Zugriff auf die einzelnen Kapitel erlauben die unterschiedliche Farbgebung im Buchschnitt sowie die Kolumnentitel in der jeweiligen Kopfzeile. Aus Gründen der besseren Übersicht und Optik haben wir uns auch dafür entschieden, jeden Beitrag mit Endnoten zu versehen und innerhalb dieser Anmerkungen mit Kurztiteln zu arbeiten. Die vollständigen Titel finden sich im Literaturverzeichnis im Anhang. Ähnlich wurde mit dem Personenverzeichnis verfahren, das weiterführende biografische Angaben und eine Nennung der Funktion umfasst. In den Beiträgen und Endnoten sind die Informationen zu genannten Persönlichkeiten daher besonders kurz gehalten; vor allem auf Geburts- und Sterbedaten sowie Titel wird fast durchgehend verzichtet.

Mühe und Sorgfalt stecken im gesamten Anhang des Bandes, der zusätzlich zu den Verzeichnissen (darunter auch ein Abkürzungsverzeichnis) einen Überblick über den Wissenschaftsstandort Mainz und über die Verwaltungs- und Organisationsstrukturen der JGU sowie eine Darstellung der fachlichen Einheiten und der Universitätsleitung im Zeitverlauf liefert. Die Zahlen der Studierenden, des Personals oder der Drittmittelausgaben finden sich hier ebenso wie eine Liste der verliehenen Ehrungen und mehrere Campus-Lagepläne.

Mit dieser so gestalteten historischen Festschrift hat die Johannes Gutenberg-Universität Mainz erstmals eine umfassende Gesamtdarstellung ihrer jüngsten (Nachkriegs-)Geschichte erhalten. Die historische Arbeit ist damit freilich nicht getan, sie fängt vielmehr jetzt erst an, denn die zahlreichen Desiderate und unbearbeiteten Perspektiven, die sie aufdeckt, laden zu weiterer, vertiefter Forschung ein.

Anmerkungen

- 1 Im Beitrag von Michael Matheus in diesem Band wird ausführlich auf die Frage eingegangen, ob es sich am 22. Mai 1946 um eine Wieder- oder eine Neugründung gehandelt hat. Den Autor_innen des Bandes wurde im Weiteren die Nutzung der Begrifflichkeit nach eigenem Ermessen freigestellt.
- 2 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2017 (Fachserie 11, Reihe 4.3.2), S. 54 f.

3 Müller: Universität, S. 81–84.

4 Ebd., S. 89 f.

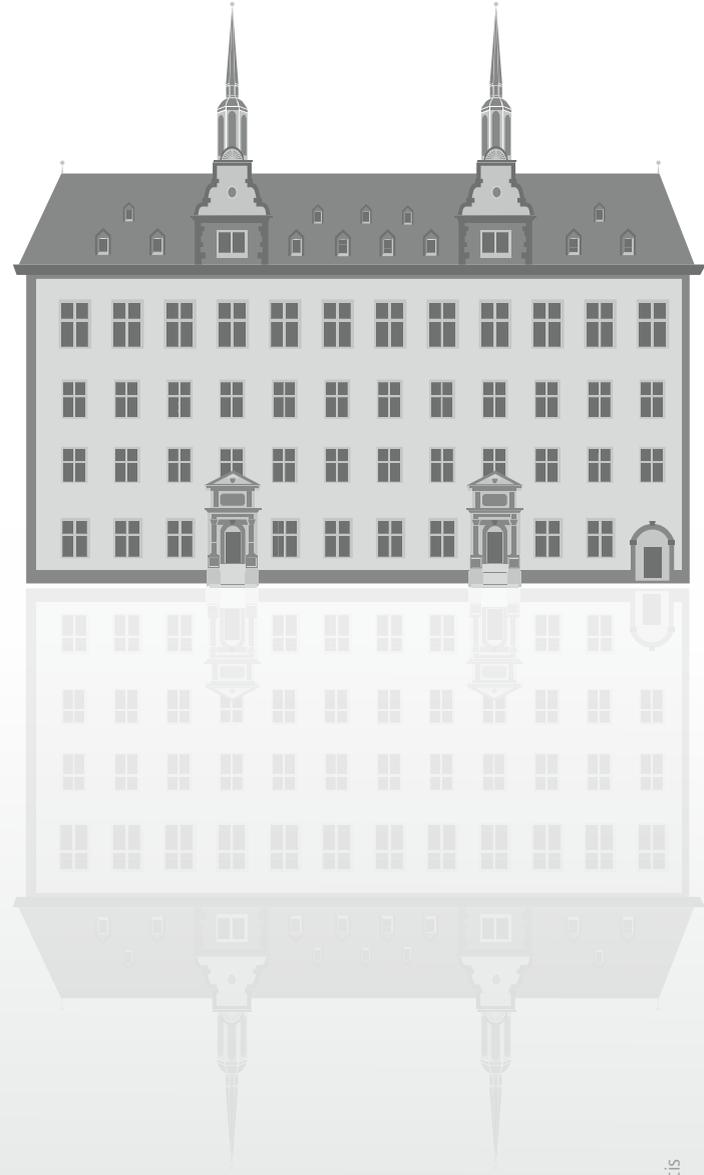
5 Guhl: Sammelbesprechung. In: NTM 27 (2019), Nr. 27, S. 395–400. Auch online, URL: <https://doi.org/10.1007/s00048-019-00217-8> (abgerufen am 19.2.2020).

6 Paletschek: Stand, S. 186.

- 7 Prüll u. a. (Hrsg.): *Universitätsgeschichte*. Zuvor beschränkten sich die Untersuchungen zur Geschichte der JGU überwiegend auf Studien zu einzelnen Fachdisziplinen bzw. Einzelaspekten, die von Fachwissenschaftler_innen und nicht unbedingt von professionellen Historiker_innen verfasst wurden. Vgl. dies.: *Einführung*, S. 9.
- 8 Müller: *Universität*, S. 91.
- 9 Paletschek u. a.: *Universität*. *Einleitung*, S. 7. In diesem Sinne wurde auch die *Festschrift zum 650-jährigen Bestehen der Universität Wien* konzipiert. Vgl. Ash: *Universität*. *Einleitung*.
- 10 Paletschek u. a.: *Universität*. *Einleitung*, S. 13 u. Ash: *Wissenschaft*, S. 312.
- 11 Paletschek u. a.: *Universität*. *Einleitung*, S. 14. Siehe dazu auch dies.: *Stand*, S. 171.
- 12 Schwinges: *Universität*. *Einführung*, S. 6f.
- 13 Paletschek: *Stand*, S. 173.
- 14 Müller: *Universität*, S. 90. Siehe dazu auch George/Hüther: *Möglichkeiten*.
- 15 Paletschek benennt Untersuchungen zur Sozialstruktur des Lehrkörpers, die soziale Praxis im universitären Alltag und die Erforschung der transnationalen Beziehungen als Desiderate der modernen *Universitätsgeschichte*. Vgl. Paletschek: *Stand*, S. 177f.
- 16 Zit. nach ebd., S. 175 unter Rückgriff auf vom Bruch: *Methoden*, S. 9–26.
- 17 Vgl. dazu bspw. Just/Mathy: *Universität Mainz* u. Mathy: *Universität Mainz 1477–1977*. Mathys wichtigste Arbeiten finden sich daneben in einem *Wiederabdruck* bei Böcher u. a. (Hrsg.): *Stadt*.
- 18 Siehe dazu v. a. Mathy: *Wiedereröffnung*; ders.: *Landesuniversität*; ders.: *Universität Mainz 1477–1977*; ders.: *Dokumente*; ders. u. a. (Hrsg.): *Ut omnes unum sint* u. ders.: *Brücke*.
- 19 Siehe dazu u. a. Manns: *Erinnerungen*; Mathy: *Wirklichkeit* u. *Präsident/Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* (Hrsg.): *Almanach*.
- 20 Vgl. Defrance: *Politique culturelle*.
- 21 Kimmel: *Klinik*; Nagel: *Stiftungsprofessur*; Kißener/Mathy (Hrsg.): *Ut omnes unum sint*; Wojtynowski: *Fach Geschichte*; Petersen/Kusber (Hrsg.): *Neuanfang*; Kita u. a. (Hrsg.): *Flak-Kaserne*; Kißener/Moll (Hrsg.): *Ut omnes unum sint*; Lehnardt: *Jüdische Bibliothek*; Giebeler u. a.: *Grabfeld 71*; Ruckert: *Zwangssterilisation*; Böcher u. a. (Hrsg.): *Stadt*; Gunst: *Ausformung*; König: *Bücherhaufen*; Prüll u. a. (Hrsg.): *Universitätsgeschichte*; Cloppenburg: *Konrad Lang*; Duchhardt (Hrsg.): *Historiker* u. Göllnitz/Krämer (Hrsg.): *Hochschulen*.
- 22 Bspw. *Universitätsarchiv Mainz* (UA Mainz), NL 17 (Josef Schmid), NL 41 (Heinz Tobien) u. NL 45 (Arnold Schmitz).
- 23 Bspw. die *Nachlässe im Carl und Liselott Diem-Archiv der Deutschen Sporthochschule Köln* (CuLDA), der *Nachlass im Privatarhiv Elisabeth Noelle-Neumann in Piazzogna/Schweiz* (PA ENN), das *Archiv der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin* u. das *Archiv des Ministère des Affaires étrangères (AMAE), La Courneuve/Archiv der französischen Militärregierung in Deutschland und Österreich nach 1945*.

NUR EINE
VORGESCHICHTE?

I
II
III
IV
V



Die »alte« Universität Mainz und ihre Bedeutung für die Wiedergründung 1946

Michael Matheus

Mehr als drei Jahrhunderte lang existierte die 1477 eröffnete Mainzer Universität¹ als respektable, aber nur phasenweise glanzvolle akademische Einrichtung. Seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert wurde das schon um 1500 dichte Netz an Universitäten im nordalpinen Reichsgebiet noch dichter geknüpft und wurden Hochschulen unterschiedlicher konfessioneller Ausrichtung zu Objekten territorialer Reformbemühungen.² In Mainz leitete die Restauration der Mainzer Hochschule im Jahr 1784 unter dem letzten Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl Joseph von Erthal eine kurze, schon von vielen Zeitgenossen wahrgenommene und gefeierte Blütezeit ein. Die »Hauptkatholische Universität« in Mainz sollte ein den führenden protestantischen Hochschulen in Halle und Göttingen ebenbürtiger Konkurrent katholischer Prägung werden.³ Nun wurde an der Mainzer Alma Mater auch die Philosophie Kants unterrichtet, und jetzt konnten Protestanten und Juden den Doktorgrad erwerben.⁴ Schon im Jahr 1757 war als eine der frühen Einrichtungen dieser Art im deutschsprachigen Raum die Mainzer kurfürstliche Maler- und Bildhauerakademie gegründet worden, die 1785 in eine mit der Universität verbundene Zeichenakademie transformiert wurde.⁵

Eine entscheidende Voraussetzung für die »Restauration« der Mainzer Universität war die Aufhebung von drei besonders wohlhabenden Mainzer Klöstern (Altmünster, Kartause und Reichklara) im Jahr 1781. Die Erträge aus dem umfangreichen Grund- und Immobilienbesitz dieser drei Einrichtungen kamen in der Folge der Universität zugute.⁶ Damit war die materielle Basis für die von Universitätskurator Anselm Franz von Bentzel ausgearbeitete neue Universitätsverfassung und deren Umsetzung geschaffen.⁷ Diese Stiftung rief noch lange nach dem Ende des Universitätsbetriebs immer wieder den ehemaligen Universitätsstandort in Erinnerung und überstand unter verschiedenen Namen alle Wirren der Zeit.⁸

Infolge der Turbulenzen in der Zeit der Französischen Revolution und der Unsicherheiten über den Mainzer Hochschulstandort während der Zeit Napoleons wechselten viele Mainzer Studenten und Professoren nach 1792 und vor allem nach 1798 in neue Tätigkeitsfelder. Den neueren einschlägigen Publikationen zufolge wurde die Mainzer Universität aufgehoben.

1798: Tabula rasa, Kulturbruch,
Aufhebung der Mainzer Universität?

»Zu den gewaltigen Veränderungen, die jetzt einsetzen und aus Mainz sehr bald »Mayence« machen, gehörte auch die Aufhebung der Universität, die am 28. September 1798 durch einen Beschluss des französischen Generalregierungskommissars François Joseph Rudler erfolgte: »L'université de Mayence sera suspendue désormais – die Universität Mainz ist von jetzt an aufgehoben.«⁹

Mit Bezug vor allem auf diese Quelle und ferner mit Verweis auf eine Verordnung Rudlers vom 28. April des Jahres gilt das Jahr 1798 in der neueren Literatur durchweg als Zeitpunkt der Aufhebung beziehungsweise Schließung der Mainzer Hochschule.¹⁰ Die tiefgreifenden und nachhaltig wirkenden Umbrüche bedeuteten in dieser Wahrnehmung auch das Ende der Universitäten in Mainz (sowie in Köln, Trier und Bonn) und zugleich einen tiefen Einschnitt in der Universitäts- und Bildungsgeschichte. Tatsächlich ist es aber – wie zu zeigen sein wird – eine offene Frage, ob die »nouvelle organisation« nach französischem Muster mit ihren Umbrüchen »in fast allen Lebensbereichen«¹¹ tatsächlich auch dazu führte, dass für die Geschichte des Hochschulstandorts ein derart scharfer Einschnitt erfolgte. Dabei geht es im Folgenden vor allem um die Wahrnehmungsperspektive der beteiligten Akteure. Der akademische Betrieb wurde jedenfalls mit dem Jahr 1798 nicht eingestellt, sondern in neuen Formen sowie unter teilweise anderen Namen wiederaufgenommen und noch über Jahre hinweg weiter betrieben. In dieser Hinsicht kann von einer »Tabula rasa«, einem »Kulturbruch« beziehungsweise einem »vollständigen und nachhaltigen Umbruch«¹² keine Rede sein.

Zunächst ist festzuhalten, dass Rudler selbst den provisorischen Charakter der Verordnung vom 28. April betonte, und er (allerdings vergeblich) wünschte, dass ihre Veröffentlichung unterbleibe.¹³ Auch die am 28. September gewählte Formulierung kann für die Deutung einer förmlichen Aufhebung beziehungsweise Schließung der Hochschule nicht in Anspruch genommen werden.¹⁴ Denn mit der Formulierung »suspendu« war der akademische Betrieb lediglich auf unbestimmte Zeit unterbrochen beziehungsweise ausgesetzt. Am 1. November wurden die Universitäten von Mainz, Köln, Trier und Bonn in französische Zentralschulen umgewandelt.¹⁵ In der Folgezeit betonten die französischen Verantwortlichen, allen voran Rudler, und im Falle von Mainz besonders akzentuiert, nicht in erster Linie einen Bruch mit der universitätsgeschichtlichen Vergangenheit, sondern explizit Elemente der Kontinuität. In einem vom 15. November 1798 datierenden in deutscher und französischer Sprache im Druck veröffentlichten Beschluss der Zentralverwaltung des Departements Donnersberg wurde die »réorganisation de l'université de Mayence« beziehungsweise der Beschluss Rudlers bekannt gegeben, »der Universität Mainz eine neue Gestalt zu geben«.¹⁶ Am 21. November wurden jene Professoren, die den Eid auf die französische Verfassung leisteten, in einer feierlichen Inszenierung der Transformation und Erneuerung der Hochschule (»régénération de l'université de Mayence«) als Dozenten an der neu errichteten Mainzer Zentralschule bestätigt.¹⁷ Mit dieser »régénération« beziehungsweise »restauration [...] de l'université de Mayence«¹⁸ galten diese Hochschullehrer als vorübergehend beurlaubt und nun als in ihren Ämtern wieder eingesetzt.

Zwar wurde die Universität nun in einem Transformationsprozess durch die Zentralschule ersetzt; an deren universitärem Charakter ließen deutsche und französische Akteure und nicht zuletzt die an ihr lehrenden Professoren selbst aber keinen Zweifel. Freilich fielen die Wahrnehmungen der Vorgänge in Mainz durchweg unterschiedlich aus. Einigen galt die Mainzer Universität als definitiv aufgehoben.¹⁹ Andere zählten die Hochschule fortan nicht mehr zu den deutschen Universitäten. Allerdings wurden die in Mainz nach 1798 lehrenden Akademiker weiterhin als Professoren der dortigen Universität angesprochen.²⁰ Dies galt auch für neu verpflichtete Hochschullehrer. Zu ihnen zählte der bis 1803 als Professor der Philosophie in Mainz lehrende Johannes Neeb, der zuvor einen Lehrstuhl an der Bonner Universität innehatte. Vergeblich wurde 1798/99 der Versuch unternommen, den bekannten Philosophen Johann Gottlieb Fichte für einen Lehrstuhl zu gewinnen.²¹

In der Öffentlichkeit firmierte die Zentralschule jedenfalls weiterhin als Universität. Die Professoren der Hochschule traten gemeinsam unter einem gedruckten Briefkopf als »L'Assemblée Générale des Professeurs de l'Université de Mayence« auf.²² In einem im Druck veröffentlichten Beschluss der Zentralverwaltung des Departements Donnersberg vom 4. Dezember 1798 wurde in französischer und deutscher Sprache nicht das Lehrprogramm der Zentralschule, sondern jenes der Universität Mainz öffentlich angekündigt.²³

Unter dem Universitätsbibliothekar Gotthelf Fischer wurde die universitäre Büchersammlung 1799/1800 zum ersten Mal in Form einer durch ein Katalogwerk erschlossenen Aufstellungssystematik geordnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.²⁴ Da schon zuvor in die Mainzer Universitätsbibliothek auch die umfangreichen Buchsammlungen von aufgehobenen geistlichen Institutionen integriert worden waren, standen dem akademischen Betrieb knapp 80.000 Bände zur Verfügung. Die zuvor verstreut aufgestellten Bücher waren nun in dem nach 1740 errichteten Universitätshaus am Neubrunnenplatz zugänglich.²⁵ Diese Bücher- und Handschriftensammlung konnte sich mit jeder anderen Universitätsbibliothek der Zeit messen, von jener der Göttinger Hochschule einmal abgesehen. Die Bibliothek der Zentralschule firmierte weiterhin als *Bibliothèque de l'Université de Mayence*.²⁶ Der traditionelle Bibliotheksstempel wurde von Gotthelf Fischer weiter benutzt.



Der Bibliotheksstempel der Alten Universität Mainz, mit lateinischem Text. Quelle: *Pantometrum Kircherianum*. Frankfurt 1668. Stadtbibliothek Mainz, Sign. III e:4°/205.

Auch in der zeitgenössischen Publizistik wurde die Bibliothek als Universitätsbibliothek wahrgenommen. Am 8. August 1801 wurde berichtet, der »Universität zu Mainz« seien »eine Menge Dubletten der National-Bibliothek zu Paris geschenkt worden«.²⁷ Die insgesamt 2.000 Bände hatte Fischer persönlich in Paris zusammengestellt.²⁸ Hoffnungsvoll stimmte wohl auch eine Nachricht in der *Allgemeinen Zeitung* vom 15. August 1801, der zufolge die Mainzer Universität einen Prozess gegen die Jakobsberger Mönche wegen der für die Hochschule beanspruchten Gebäude des Altmünsterklosters gewonnen habe.²⁹ Allerdings war der Zustrom von Studierenden an die Hochschule zu dieser Zeit regelrecht eingebrochen.³⁰ Seit dem Jahr 1802 fielen zudem Entscheidungen, welche nach und nach zur Auflösung des Hochschulstandorts führten.

Am 1. Dezember 1802 war in der *Allgemeinen Zeitung* von der »Aufhebung der Universität zu Mainz«³² die Rede. In solchen Meldungen spiegeln sich vor allem die in Aschaffenburg unternommenen Bemühungen, dort eine Universität zu etablieren. Mit dem letzten Mainzer Kurfürsten, Friedrich Karl Josef von Erthal, waren etliche Professoren und Studenten vor den französischen Revolutionsstruppen in die kurmainzische Residenzstadt Aschaffenburg geflohen. Auch ein erheblicher Teil der Universitätsbibliothek wurde dorthin verbracht.

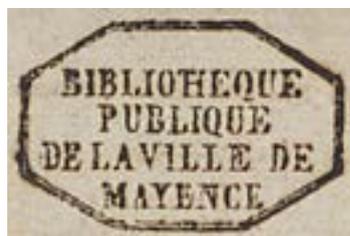
Schon am 10. April 1801 hatten die Leser der *Augspurgischen Ordinari Postzeitung* erfahren: »Die Universität, die bisher in Mainz war, kommt nun entschieden nach Aschaffenburg und wird in der Mitte des Monats eröffnet.«³³ Im Umfeld des Mainzer Erzbischofs ging man aber immer noch davon aus, die Mainzer Universität werde verlegt, nicht aufgelöst.³⁴ Am 22. September 1807 machte Karl Theodor von Dalberg, der nach dem Tod Erthals diesem 1802 als bisheriger Koadjutor als Erzbischof folgte, mit einem Dekret die Transformation des in Aschaffenburg durchgeführten Lehrbetriebs in eine Universität publik, die 1809 in Karls-Universität umbenannt wurde.³⁵ Die aus ihr hervorgegangene philosophische Lehreinrichtung wurde 1872 geschlossen.

Am 9. April 1802 meldete die *Allgemeine Zeitung*: »Die Universität für die neuen Departementer wird nach Bonn kommen; man glaubt, die stille, gewerb- und geräuschlose Stadt werde besser dazu taugen, als Mainz, welches für den Krieg oder Handel bestimmt ist, aber freilich einstweilen jedes Jahr einen neuen Verlust erleiden muß.«³⁶ Der Mainzer Hochschulstandort verlor in der Folge renommierte Professoren. Zu ihnen zählte der sprachkundige und angesehene Altphilologe Friedrich Christian Matthiä.³⁷ Er übernahm 1802 die Leitung des Gymnasiums in Grünstadt und 1806 die Direktion des Städtischen Gymnasiums in Frankfurt am Main.

»An »kleinem Feuer gebraten« –
in sich selbst verfallen«:³¹
Etappen der Auflösung des
Mainzer Hochschulstandorts

Unter den in die Herzoglich Lateinische Gesellschaft Jena seit Mitte 1802 aufgenommenen Ehrenmitgliedern wird noch im Jahr 1803 der Professor und Bibliothekar zu Mainz, Gotthelf Fischer aufgeführt.³⁸ Fischer hatte 1798 an der Universität/Zentralschule eine Professur für Naturgeschichte übernommen, diese aber kurz darauf aufgeben müssen und war 1799 zum Bibliothekar der Universität bestellt worden.³⁹ 1804 nahm er einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Naturgeschichte in Moskau an und wurde dort unter anderem Direktor des Naturgeschichtlichen Kabinetts der Akademie. Der Weggang Fischers wurde wie jener Nees im Jahr 1803⁴⁰ sowie der des renommierten Mediziners Jakob Fidelis Ackermann im Jahr 1804⁴¹ wohl vor allem dadurch veranlasst, dass auf der Grundlage des napoleonischen Schulgesetzes vom 1. Mai 1802 im Jahr 1803 auch in Mainz anstelle der Zentralschule ein Lyzeum eingerichtet wurde, an welches nur einige Professoren der Zentralschule wechselten beziehungsweise wechseln wollten.⁴² Zudem war in einem Dekret des französischen Innenministers vom 28. Januar 1803 bestimmt worden, die Bibliotheken der Zentralschulen an die Kommunen zu übertragen und sie von diesen unterhalten und beaufsichtigen zu lassen. 1805 wurde diese Anordnung für Mainz in eine Verfügung umgesetzt. Die Universitätsbibliothek bildete

von nun an den Grundstock der Stadtbibliothek. Mit der Bezeichnung *Bibliothèque Publique de la ville de Mayence* und den entsprechenden Buchstempeln wurde der Anspruch der Stadt auf die Buchbestände öffentlich zum Ausdruck gebracht.⁴³



Immerhin sollten einem kaiserlichen Dekret vom 1. Mai 1805 zufolge die im Rahmen der Zentralschule formal als Spezialschule für Medizin weiterbestehenden Reste der ehemaligen Medizinischen Fakultät zu einer

von fünf Medizinischen Spezialschulen ausgebaut werden.⁴⁴ Aber auch die geplante großformatige moderne medizinische Einrichtung kam nicht zustande. Alle Bemühungen gingen über Ansätze nicht hinaus, und es blieb bei einer bescheidenen provisorischen Spezialschule, die zudem noch den Zusatz provisorisch im Titel trug.⁴⁵

Hoffnungen richteten sich auf die geplante Eingliederung dieser Spezialschule in die von Kaiser Napoleon I. im Jahr 1808 begründete *Université Impériale* beziehungsweise in geplante Akademien.⁴⁶ An allen Orten, die über ein Appellationsgericht verfügten, sollte eine Akademie unter einem Rektor eingerichtet werden. Obgleich in Mainz kein Appellationsgericht existierte, war die Stadt als Sitz einer Akademie für die Départements Donnersberg, Rhein und Mosel sowie Saar vorgesehen.⁴⁷ Deren Leiter sollte für das Mainzer Lyzeum, die provisorische medizinische Spezialschule sowie für zwei zu gründende Fakultäten »des lettres et des sciences« zuständig sein. Am 5. März 1809 wurden die Leser der *Allgemeinen Zeitung* in einem *Bericht vom Rheinstrome* über die Einrichtung der Departementalakademien informiert. Die zur Prüfung der Standorte benannten Räte der kaiserlichen Universität und die General-Inspektoren erwartete man in Mainz »mit großen Hoffnungen: man glaubt nemlich, daß die dortigen neuen Bildungsanstalten geeignet sein werden, die ehemalige Universität, der diese Stadt so viel verdankt, zu ersetzen«.⁴⁸ Auch diese Erwartungen wurden enttäuscht. Die in Mainz gegründete Akademie blieb ein Provisorium; aus dem kaiserlichen Lyzeum wurde 1814 ein Gymnasium, das seit 1816 mit der Eingliederung von Mainz in das Großherzogtum Hessen-Darmstadt für 102 Jahre als Großherzogliches Gymnasium bestand.⁴⁹

Nach dem Abzug der Franzosen am 4. Mai 1814 war völlig unklar, wie es mit Mainz als Hochschulstandort weitergehen sollte. Am 23. Oktober 1815 meldete die *Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung*, schon vor einiger Zeit sei der bedeutendste Teil des Départements Donnersberg an »Darmstadt übergeben worden, welches auch wirklich anfang, die Regierungsstellen und eine Universität in Worms zu organisieren«.⁵⁰ Die *Rheinischen Blätter* konstatierten am 3. Dezember 1816: »Mainz wird sich wohl vergebens nach der Wie-

Der Bibliotheksstempel der 1805 neugegründeten Mainzer Stadtbibliothek. Dem Geist der französischen Herrschaft entsprechend betitelt mit »öffentliche Bibliothek der Stadt Mainz«. Quelle: Justi/Hartmann (Hrsg.): Hessische Denkwürdigkeiten. Theil 4, Abth. 2, Marburg 1805. Stadtbibliothek Mainz. Sign. 799/4.

derherstellung seiner ehemaligen Universität sehnen. Jede größere Bildungsanstalt scheint sich mit seiner gegenwärtigen militärischen Bestimmung nicht zu vertragen.«⁵¹ 1819 galt die Mainzer Hochschule (wieder einmal) als »eingegangen«.⁵²

Die Chancen, Mainz könne neben der hessischen Landesuniversität in Gießen als Hochschulstandort reüssieren, waren gering. Die ehemalige Universität wurde jedoch wiederholt in Erinnerung gerufen. So veröffentlichte die Zeitung *Allgemeiner Anzeiger und Nationalzeitung der Deutschen* 1830 die Frage eines Lesers, in welchem Jahr und an welchem Tag »die alten Universitäten Mainz, Trier und Cöln« von den Franzosen in diesen »nun wieder deutschen Städten«⁵³ aufgehoben worden seien. Ein namentlich nicht genannter Korrespondent antwortete: Die Frage könne für Trier und Köln sowie zudem für die ebenfalls in französischer Zeit geschlossene Universität Bonn beantwortet werden. Alle drei seien in den ersten Tagen des Dezembers 1797, aber »nicht an einem Tage« »wegen verweigerter Eidesleistung« aufgehoben worden. Was die Universität Mainz betreffe, so wisse man »nicht bestimmt, ob Mainz von den Franzosen förmlich aufgehoben worden ist, oder ob diese Universität vor und nach an »kleinem Feuer« gebraten wurde, bis diese herrliche Anstalt in sich selbst verfiel.«⁵⁴

Wiederholt wurde öffentlich an die Mainzer Universität erinnert, so am 1. Oktober 1830 an deren Eröffnung am selben Tag des Jahres 1477 durch Erzbischof Diether von Isenburg.⁵⁵ 1841, 375 Jahre nach der Eröffnung der Alma Mater, kamen 408 ehemalige Mitglieder der Universität in Mainz zu einem Wiedersehensfest zusammen.⁵⁶ In diesem Jahr wurde auch das 50-jährige Jubiläum des philosophischen Doktorgrades Professor Neebs an der Universität Mainz feierlich begangen.⁵⁷ Am 21. Juni 1841 wurde Neeb von der Universität Gießen ein erneuertes Doktordiplom überreicht und auf diese Weise wie mit der Ehrenpromotion Friedrich Franz Lehnes im Jahr 1821 die hessische Landesuniversität als Nachfolgerin der Mainzer Hochschule inszeniert.⁵⁸

Der Tod ehemaliger bekannter Mainzer Professoren bot wiederholt Anlässe, den früheren Glanz des Hochschulstandorts zu beschwören.⁵⁹ Die Namen von zwei Professoren der Universität und deren Wirken blieben auch über deren wissenschaftliche Werke hinaus deshalb präsent, weil Klemens Wenzel Lothar von Metternich, eine der Schlüsselfiguren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter den europäischen Staatsmännern und einer der prominentesten unter den Studierenden der alten Mainzer Universität, diese als seine akademischen Mentoren erwähnte beziehungsweise würdigte. Metternichs Verhältnis zu einem dieser Lehrer blieb ambivalent und gespannt.⁶⁰ Andreas Joseph Hofmann lehrte an der Mainzer Hochschule Geschichte der Philosophie, bevor er 1791 einen Lehrstuhl für Naturrecht übernahm.⁶¹ Der rhetorisch begabte Hofmann zählte zu den Gründern des Mainzer Jakobinerklubs. Vom Balkon des Deutschhauses rief er als Vorsitzender des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents am 18. März 1793 die erste moderne Republik auf deutschem Boden aus.⁶² Bemerkenswerterweise kam es aber nie zum völligen Bruch zwischen Hofmann und Metternich.⁶³ Hofmanns Tod und dessen Bestattung am 6. September 1849 waren etlichen Zeitungen eine Meldung wert.⁶⁴

Die rechts- und staatshistorischen Kenntnisse des Fürsten wurden in beachtlichem Maße durch den gebürtigen Mainzer Niclas (Nikolaus) Vogt geprägt.⁶⁵ Kurz nach seinem Tod stiftete Metternich seinem Lehrer auf dem Friedhof von Schloss Johannisberg einen Grabstein mit der Inschrift: »Dem treuen Verfechter des alten Rechts, dem eifrigen Beförderer der heimathlichen Geschichte widmet diesen Grabstein sein dankbarer Freund und Schüler C.W.L. Fürst von Metternich.«⁶⁶ Über diese Stiftung berichteten im August 1838 mehrere Zeitungen.⁶⁷

Erinnerungen an die »verfallene« Mainzer Universität



Die Grabmäler der Mainzer Medizinprofessoren Leydig und Weidmann auf dem Mainzer Hauptfriedhof, jeweils mit ihren Lebensleistungen versehen. Quellen: Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesdenkmalpflege Mainz, Fotoarchiv, Heinz Straeter, 1985 (Leydig) u. Heinz Becker, 1968 (Weidmann).

Nicht nur Vogts Grabmal erinnerte und erinnert an die alte Mainzer Universität. Auf dem Mainzer Hauptfriedhof sind bis heute die aufwendig gestalteten Grabmäler der beiden Medizinprofessoren Johann Peter Weidmann und Peter Joseph Leydig erhalten.⁶⁸

Mit Blick auf den Mainzer Hochschulstandort wurde zugleich als Stereotyp das Argument kolportiert, große Städte, Residenzen und Festungstädte seien als Hochschulstandorte weniger oder nicht geeignet.⁶⁹ Als während der Revolutionsjahre 1848/49 auch über Möglichkeiten einer Hochschulreform diskutiert wurde, war auch Mainz als möglicher Standort einer Hochschule im Gespräch. Mit Blick auf Bedenken, »die neue Universität in eine Festung oder eine Residenz zu legen«⁷⁰, sei aber in erster Linie an Hamburg und Frankfurt am Main als neue Universitätsstädte zu denken. Als in Darmstadt im Jahr 1877 die dortige Polytechnische Schule zur Technischen Hochschule transformiert wurde, schwanden die Chancen weiter, in Mainz eine seit den 1880er-Jahren angestrebte »höhere, im Rang einer Universität gleichkommenden Handelsschule«⁷¹ zu etablieren. Noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde 1914 in Frankfurt am Main unter dem Namen Königliche Universität zu Frankfurt am Main die dortige Hochschule als Stiftungsuniversität eröffnet.⁷²

Überlegungen der vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik im Jahr 1919, den Hochschulstandort Mainz zu erneuern, blieben ohne Folgen.⁷³ Erfolgreicher war man in Köln, wo 1919 die 1901 errichtete Handelshochschule zur Universität ausgebaut wurde.⁷⁴ In den 1920er-Jahren kamen erneut Hoffnungen auf, Mainz wieder als Universitätsstadt zu etablieren. Die Lehrerseminare in Bensheim und Friedberg wurden durch neugegründete Pädagogische Institute an der Technischen Hochschule Darmstadt in den Städten Darmstadt

und Mainz ersetzt.⁷⁵ Der einflussreiche Sozialdemokrat Eduard David, erster Präsident der 1919 in Weimar tagenden Nationalversammlung und mehrfacher Minister,⁷⁶ war der Ansicht, mit dem Pädagogischen Institut »haben Mainz und Umgebung also eine akademische Pflegestätte, die wenigstens eine teilweise Wiederauf-erstehung der ehemaligen Universität darstellt.«⁷⁷ Als 1927 das 450-jährige Jubiläum der Mainzer Universität gefeiert wurde, sprachen sich etliche für die Etablierung von Mainz als Universitätsstadt aus.⁷⁸ 1932 wurde das in Darmstadt angesiedelte Pädagogische Institut nach Mainz verlegt und mit der dortigen Einrichtung vereinigt. 1934 gab man den Standort Mainz allerdings wieder auf. Das Pädagogische Institut wurde schließlich nach reichseinheitlichen Regelungen organisiert, als zentralisierte Hochschule für Lehrerbildung wieder in Darmstadt angesiedelt und zum Instrument nationalsozialistischer Bildungspolitik.⁷⁹

Als 1945 der Gedanke aufkam, in der französischen Besatzungszone eine Hochschule zu gründen,⁸⁰ wurden entsprechende Überlegungen nicht nur von Seiten der Besatzungsmacht erwogen. Auch deutsche Persönlichkeiten machten sich trotz aller Widerstände angesichts der katastrophalen Zerstörungen in Mainz und der daraus resultierenden Not der Bevölkerung diesen Plan zu eigen, um die wiederholt als »Wunder von Mainz« beziehungsweise »Mainzer Universitätswunder«⁸¹ bezeichnete Eröffnung Wirklichkeit werden zu lassen.

Allerdings wurden auch andere Städte als mögliche Hochschulstandorte diskutiert. Für Neustadt wurde eine nicht realisierte Akademie der Künste und Wissenschaften erwogen. Für das wenig zerstörte Speyer wurde zunächst an eine wissenschaftliche Akademie in Rheinpfalz und Rheinhessen gedacht und 1947 die Staatliche Akademie (später Hochschule) für Verwaltungswissenschaften eröffnet. In Germersheim kam es zur Gründung der Staatlichen Dolmetscherhochschule (später Auslands- und Dolmetscherinstitut und schließlich Fachbereich der JGU).⁸² Unter den teilweise miteinander im Wettbewerb stehenden Standorten war wohl die ehemalige Universitätsstadt Trier die schärfste Konkurrentin von Mainz. Während sich in Trier deutsche Akteure dem jetzigen Forschungsstand zufolge erst nach dem Besuch General Charles de Gaulles am 3. Oktober 1945 intensiver für eine Universitätsgründung einsetzten,⁸³ wurde in Mainz bereits in der ersten Sitzung der Professoren des Priesterseminars im Sommersemester am 19. April 1945, und damit noch vor der deutschen Kapitulation am 8. Mai, die Möglichkeit einer Wiedererrichtung der Mainzer Universität angesprochen und in den folgenden Monaten intensiv betrieben.⁸⁴ Der designierte Leiter der Kulturabteilung der französischen Militärregierung beziehungsweise der Hohen Kommission, Raymond Schmittlein, erwog im Frühsommer 1945 Trier als möglichen Universitätsstandort und hielt an entsprechenden Plänen wohl noch längere Zeit fest.

Verschiedene, bisweilen nur kurze Zeit wirksame Faktoren sowie personelle Konstellationen begünstigten aber die Entscheidung für Mainz. Von besonderer Bedeutung waren die zum Jahreswechsel 1945/46 erwogenen Projekte auf französischer Seite, auf dem linken Rheinufer ein unabhängiges Land mit Mainz als Hauptstadt entstehen zu lassen. Weitere Aspekte spielten eine Rolle: die strategisch günstige und zentrale Lage der Stadt in der nördlichen Besatzungszone, in der damals keine Hochschule existierte; die historisch-kulturelle Bedeutung der ehemaligen »Aurea Moguntia«; ferner pragmatische Erwägungen mit Blick auf die benötigte Infrastruktur sowie eine gewisse Vorliebe wichtiger (keineswegs aller) französischer Entscheidungsträger für Mayence.⁸⁵ »Quand un Français parle de Rhénanie, il pense à Mayence«⁸⁶ – so Schmittlein. Befürwortung und Gründung einer Hochschule sowie die symbolträchtige Umwidmung einer Flakkaserne in eine Universität durch eine Besatzungsmacht wurden schon damals als singuläre Vorgänge wahrgenommen und zugleich als »Wiedergutmachung«⁸⁷, als »Entschädigung« und Akt »ausgleichender Gerechtigkeit«⁸⁸ für den Verlust des Hochschulstandorts gedeutet.

Deutsche und französische Akteure in Interaktion: Das Konzept von der Wiedergründung der Mainzer Universität

Fritz Eichholz, der erste Kurator und Kanzler der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU), zudem Schwager Schmittleins,⁸⁹ gab aus späterer Erinnerung zu Protokoll: Im Vergleich zu anderen Orten habe für Mainz als Hochschulstandort in besonderer Weise gesprochen, »daß die alte Universitätsstadt immer noch im Bewußtsein wenigstens eines großen Teils der Bürger bestand«.⁹⁰ Damals war wiederholt zu hören und zu lesen, Mainz sei nur bis 1798 Universitätsstadt gewesen, beziehungsweise die Universität sei schon 1797 untergegangen.⁹¹ Vor allem der einflussreiche Theologieprofessor und erste gewählte Rektor der JGU, August Reatz,⁹² vertrat und instrumentalisierte demgegenüber nachdrücklich die Position, die alte Universität sei nie aufgehoben worden. Er stellte in seinem Gutachten in vergleichender Perspektive kurz und bündig fest: »Die Kölner Universität [...] wurde aufgehoben, die Mainzer nicht mehr erneuert.«⁹³ Vertreter der französischen Besatzungsmacht vertraten ebenfalls die aus ihrer Sicht wohl willkommene These, die alte Mainzer Hochschule sei in französischer Zeit nie aufgehoben worden. In zwei Noten Schmittleins vom 25. Februar und 27. Mai 1946 ist denn auch explizit von der »Réouverture de l'Université de Mayence«⁹⁴ die Rede.

Vom 27. Februar 1946, und damit symbolträchtig auf den Tag genau ein Jahr, nachdem große Teile von Mainz zerstört worden waren, datiert die Verfügung des Generalsekretärs der Militärverwaltung, Émile Laffon, mit welcher der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde: »Die Universität Mainz wird ermächtigt, ihre Tätigkeit vom 1. März 1946 ab wieder aufzunehmen.«⁹⁵ Wie ein roter Faden wurde die These von der Wiedereröffnung in den Reden angesprochen, die am 22. Mai 1946 bei der Eröffnung der Hochschule gehalten wurden. Von der »Wiedereröffnung der Universität« sprachen der Gründungsrektor Josef Schmid, von der »restauration de l'université de Mayence [...] après 150 ans de silence« Schmittlein, von deren »résurrection« und »réouverture«⁹⁶ General Pierre Marie Koenig. Der Mainzer Oberbürgermeister Emil Kraus⁹⁷ argumentierte, es handle sich mit Blick auf die historische und kulturelle Bedeutung von Mainz und der alten Hochschule nicht um eine »Neugründung, sondern um eine Erneuerung, um eine Wiedergutmachung im wahrsten und besten Sinne des Wortes«.⁹⁸

Die Ansicht, in französischer Zeit sei die Mainzer Universität nie offiziell geschlossen worden, wurde aber zumindest auf deutscher Seite nicht von allen Akteuren geteilt. Dem Gründungsdokument der 1946 als Dank der Stadt Mainz »für die Errichtung der Universität« ins Leben gerufenen Johannes-Gutenberg-Stiftung zufolge, stellte »die alte Mainzer Universität nach 326-jähriger segensreicher Wirksamkeit ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit im Jahr 1803«⁹⁹ ein. Aus dieser Perspektive galt das Ende der Zentralschule als Schließung der Mainzer Universität. In der Präambel der Universitätsstatuten vom 27. Februar 1946 wurde eine vergleichsweise vage Formulierung gewählt: »Nach Prüfung und Abwägung der von den einzelnen Städten vorgetragenen geschichtlichen, rechtlichen, geographischen und wirtschaftlichen Gründe ist die Stadt Mainz als Sitz der ersten zu gründenden Universität bestimmt worden. Diese wird damit die Tradition der alten Universität Mainz fortsetzen, die mehr als drei Jahrhunderte bestanden hat.«¹⁰⁰ Oberbürgermeister Kraus und Aloys Ruppel datierten das Ende des Mainzer Hochschulstandorts in das Jahr 1817 und machten damit indirekt die damalige großherzogliche Regierung für die Schließung der Universität verantwortlich.¹⁰¹ In einer Note an General Koenig vom 28. Oktober 1948 vertrat auch Schmittlein unter Berufung auf Reatz die Ansicht, die hessische Regierung sei ausschlaggebend für die Schwächung der jahrhundertlang zentralen Rolle der Rheinmetropole und für die faktische Schließung der Mainzer Universität gewesen.¹⁰² Zugleich galten die im 18. Jahrhundert gegründete Hebammenschule, das Städtische Krankenhaus,¹⁰³ die Theologische Hochschule und das Priesterseminar,¹⁰⁴ die Stadtbibliothek mit den Beständen der ehemaligen Universitätsbibliothek¹⁰⁵ sowie der Mainzer Universitätsfonds¹⁰⁶ als »Brücken« zwischen alter und neuer Universität, die in die Wiedergründung integriert werden sollten und zum großen Teil integriert wurden.



*Die zerstörte Domus
Universitatis nach 1945.
Quelle: StA Mainz, BPSF
1827 A.*

Während die kurfürstliche Universität nicht nach einem ihrer Stifter benannt worden war, erhielt die Hochschule nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst und programmatisch einen Namen. Zu den treibenden Kräften für die Namensgebung zählte Ruppel, humorvoll und selbstironisch als »Stellvertreter Gutenbergs«¹⁰⁷ bezeichnet und 1947 erster Inhaber des neu eingerichteten Gutenberg-Lehrstuhls.¹⁰⁸ In seinem Memorandum vom 21. März 1946¹⁰⁹ wies er darauf hin, der Erfinder der Buchdruckerkunst sei zwar neun Jahre vor der Eröffnung der Hochschule verstorben; doch seien der Alma Mater zwei Gebäudekomplexe (Hof zum Gutenberg, Hof zum Algesheimer) zur Verfügung gestellt worden, die eine enge Beziehung zum Leben des Erfinders aufwiesen. Kein Name könne gefunden werden, »der größer, würdiger und passender wäre als der des Johannes Gutenberg.« Mit ihm sei »der Grundstein der Neuzeit gelegt worden«. »Vater der Neuzeit ist nicht der Genuese Christoph Columbus, sondern der Deutsche Johannes Gutenberg.«¹¹⁰ Eine solche Formulierung dürfte in der Zeit von Niederlage und moralischer Orientierungslosigkeit kurz nach dem Ende der menschenverachtenden nationalsozialistischen Terrorherrschaft den Versuch widerspiegeln, in der Vergangenheit veritable Fixpunkte nationaler Selbstvergewisserung zu finden. Auch für französische Akteure in der Besatzungszone galt die Wahl des Universitätsnamens als willkommener historischer Bezugspunkt. Der Erfinder der Druckkunst markierte für Schmittlein das Ende des Mittelalters und damit den Anfang einer positiven in die Zukunft weisenden historischen Entwicklung.¹¹¹

Die jüngere universitätsgeschichtliche Forschung hat nachgewiesen, dass noch zu Lebzeiten Gutenbergs und über Jahre hinweg die Gründung der alten Universität Mainz betrieben wurde.¹¹² Vor diesem Hintergrund erscheinen auch dessen letzte Lebensjahre in neuem Licht. Als erzbischöflicher Diener und Hofmann und keineswegs als verarmter Mann betrieb er bis zu seinem Tod in Mainz (vor dem 28. Februar 1468) eine

Die Namensgebung: Johannes Gutenberg-Universität Mainz



Die Domus Universitatis heute: Hier befinden sich jetzt das Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz und das Journalistische Seminar der JGU. Foto: Kathrin Schieferstein, Quelle: IEG.

Druckerei. Diese sollte auch nach Gutenbergs Tod in Mainz verbleiben. Angesichts dieses Zusammenhangs von Universitätsgründungsprojekt und frühem Buchdruck erscheint die Tatsache, dass die Mainzer Universität den Namen des berühmtesten Sohnes der Stadt trägt, in einem neuen Licht. Der »Gutenberg-Spirit« – Bestandteil des derzeitigen Leitbildes der Hohen Schule – erhält eine neue Facette historischer Fundierung.¹¹³

Neben dem Namen Johannes Gutenberg verweisen etliche topografische Bezeichnungen in Mainz auf die Geschichte der alten Universität. Niedergang und Neubeginn akademischen Lebens in Mainz verkörpert die 1945 weitgehend zerstörte, danach aber wieder aufgebaute Domus Universitatis an der Alten Universitätsstraße.

Ebenfalls mitten in der Mainzer Altstadt rufen die Neue Universitätsstraße und die sogenannten Professorenhäuser die Restauration der Hochschule im 18. Jahrhundert in Erinnerung. Straßennamen in der Stadt und auf dem Campus wurden bisher vor allem Professoren gewidmet, die in der Zeit des Humanismus sowie in Phasen der Erneuerung der Hochschule im 17. und 18. Jahrhundert in Mainz lehrten.¹¹⁴ Auch auf diese Weise wurden und werden neue und alte Universität miteinander in Beziehung gesetzt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. allg. Just: Universität; ders./Mathy: Universität Mainz; Mathy: Universität Mainz 1477–1977; Steiner: Artistenfakultät; Matheus: Roma u. ders.: Frühgeschichte.
- 2 Vgl. Hammerstein (Hrsg.): Universitäten.
- 3 Vgl. Bake: Universitätsreform, S. 401.
- 4 Vgl. Mathy: Promotion.
- 5 Siehe hierzu auch den Beitrag von Ullrich Hellmann in diesem Band.
- 6 Vgl. Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre.
- 7 Vgl. Jung: Bentzel; Schweigard: Aufklärung, bes. S. 61 f. u. Weber: Aufklärung, S. 209 f. u. S. 238 f.
- 8 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 9 Vgl. Dumont: Universität, S. 351. Diese Quelle wird ohne Nachweis zitiert und konnte bisher nicht ermittelt werden.
- 10 Entsprechende Formulierungen (»Auflösung«, »Aufhebung« und »Erlöschen«) finden sich in etlichen vor allem neueren wissenschaftlichen Darstellungen und Internetartikeln, was hier nur angedeutet werden kann. Von der »Auflösung« bzw. dem »Erlöschen« der Mainzer Universität im Jahr 1798 spricht schon Lenhart: Philosophisch-theologische Fakultät, S. 31. Vgl. auch Dickhoff: Universitäten, S. 46 u. Ottermann: Bibliothèque, S. 30. Interessant dazu sind auch einige Beispiele in Internetbeiträgen, u. a. »1798 wurde die Universität unter französischer Herrschaft offiziell aufgehoben.« URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Gutenberg-Universit%C3%A4t_Mainz (abgerufen am 5.12.2019). Im Artikel zur Frankfurter Goethe-Universität heißt es, nach Aschaffenburg sei »der verbliebene Rumpf der 1798 aufgehobenen Universität Mainz ausgewandert.« URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Wolfgang_Goethe-Universit%C3%A4t_Frankfurt_am_Main (abgerufen am 8.12.2018).
- 11 Müller: 1798, S. 214.
- 12 Ebd., S. 216 f. u. S. 224. Vgl. aus neuer Perspektive Rummel: Freiheitsbewegungen.
- 13 Vgl. Hansen (Hrsg.): Quellen, S. 820 f. u. Leyhausen: Schulwesen, S. 10 f. Zu dieser Verordnung und ihrer Interpretation im November 1798 als »réorganisation provisoire de l'enseignement public dans l'Université de Mayence« vgl. Stadtarchiv Mainz (StA Mainz), Best. 60/727. Auf diese Verordnung und jene vom 28.9. bezieht sich wohl Dumont: Landeshaupt- und Universitätsstadt, S. 518: »Denn Franzosen waren es gewesen, die 1798 die Mainzer Universität zweimal förmlich aufgehoben und Mainz damit für anderthalb Jahrhunderte zum weißen Fleck in der deutschen Hochschullandschaft gemacht hatten.« In der in deutscher und französischer Sprache verfassten Verordnung vom 28.4.1798 lautet der einschlägige Passus in deutscher Sprache: »Der öffentliche Unterricht in der Universität von Köln, in jener von Mainz, in der von Bonn, und in jener von Trier, soll getheilt und in Primär=Schulen, einer Central=Schule und Spezial=Schulen gegeben werden.« Recueil des Réglements et Arrêtés émanés du Commissaire du Gouvernement dans les Quatre Nouveaux Départements de la rive gauche du Rhin. Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse, erlassen durch den Regierungs-Kommissar in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers. Strasburg 1798/99, S. 6–13 u. S. 7.
- 14 Vgl. schon die Hinweise von Falck: Frage.
- 15 Vgl. Pabst: Bildungs- und Kulturpolitik, S. 192. Vgl. auch die Verordnungen Rudlers vom 1.11.1798 (11 Brumaire an 7), »désignant les Professeurs pour les diverses Chaires et ordonnant leur installation«. StA Mainz, Best. 60/727.
- 16 Ebd.
- 17 Zur Mainzer Zentralschule vgl. Hansen (Hrsg.): Quellen, bes. S. 820 f., S. 878 f., S. 889 f., S. 944 f., S. 950 f., S. 1089, S. 1133 u. S. 1198. Vgl. auch Bockenheimer: Geschichte, S. 290 f. u. Rosenzweig: Schulwesen, S. 17 f.
- 18 Régénération de l'Université de Mayence ou discours prononcés à l'occasion de l'installation des professeurs de la même Université. Le 1er Frimaire an 7 de la République, Mayence chez Pfeiffer et C. imprimeurs du Département, le 1.er Frimaire an 7 de la République 1798/1799. Auch online unter URL: <https://visualcollections.ub.uni-mainz.de/urn/urn:nbn:de:hebis:77-vcol-2114> (abgerufen am 4.5.2020).
- 19 »Die Mainzer Universität ist durch einen Beschluß der Centralverwaltung nun gänzlich aufgehoben; ihr Fonds, mit dem Fundationsfonds vereinigt, aber nicht vermischt, bleibt provisorisch unter der ehemaligen Generalrezeptur, und auch das Personale von dessen Verwaltung bleibt einstweilen unverändert.« [o. V.]: Linkes Rheinufer. In: Allgemeine Zeitung, 10.10.1798, S. 3.
- 20 So informiert der *Kaiserlich privilegierte Reichs-Anzeiger* vom 19.1.1802 über den »von den Professoren der Medicin, auf der Universität zu Mainz abgefaßte[n] Unterricht über die Kennzeichen, die Folgen und die Behandlungsart des tollen Hundebisses«. Fiesse: Gesundheitskunde. In: Kaiserlich privilegierter Reichs-Anzeiger, 19.1.1802, S. 200. Zu den zitierten Zeitungsartikeln vgl. (sofern nicht anders angegeben): <https://digipress.digitale-sammlungen.de/> (abgerufen am 28.5.2020). Da die Zeitungstitel oftmals geändert wurden, wird im Folgenden der im Zeitungsportal ausgewiesene Name des Zeitungsunternehmens genannt, unter dem zusammengehörige Zeitungstitel (Vorgänger, Nachfolger und zum Teil auch Beilagen) subsumiert sind.
- 21 Vgl. Hansen (Hrsg.): Quellen, S. 89 f. u. Kaupp: Fichte.
- 22 Vgl. z. B. StA Mainz, Best. 62/185, Schriftstück vom 14.11.1799.
- 23 Vgl. StA Mainz, Best. 60/727.
- 24 Vgl. Darapsky: Mainzer Stadtbibliothek; Dumont: Bibliothèque u. Ottermann: Karmelitenbibliothek, S. 65 f.
- 25 Vgl. zuletzt König: Bücherhaufen, bes. S. 18 u. S. 21 f.
- 26 Vgl. Ottermann: Bibliothèque, S. 30 f.
- 27 [o. V.]: IV. Bibliotheken. In: Intelligenzblatt der Allgemeinen Literatur-Zeitung, 8.8.1801, Sp. 1208.
- 28 Zur Schenkung vgl. Dumont: Bibliothèque, S. 56 f. u. Ottermann: Karmelitenbibliothek, S. 69 f.
- 29 Vgl. [o. V.]: Frankreich. In: Allgemeine Zeitung, 15.8.1801, S. 906.
- 30 Vgl. [o. V.]: Mainz, den 12. Sept. In: Augsbürgische Ordinari Postzeitung, 21.9.1801, S. 3.
- 31 [o. V.]: Rückblicke auf die Vorzeit, insbesondere am Rhein, Main und Neckar. In: Didaskalia oder Blätter für Geist, Gemüth und Publizität, 1.10.1830, S. 1.
- 32 [o. V.]: Frankreich. In: Allgemeine Zeitung, 1.12.1802, S. 1354.
- 33 [o. V.]: Frankfurt, den 5. April. In: Augsbürgische Ordinari Postzeitung, 10.4.1801, S. 2.
- 34 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 259.
- 35 Vgl. Scherg: Hochschulstadt, S. 24 f. u. S. 36 f.
- 36 [o. V.]: Frankreich. In: Allgemeine Zeitung, 9.4.1802, S. 394. Zur Wiedereröffnung der Universität Bonn im Jahre 1818 vgl. Bezold: Geschichte, bes. S. 17 f. u. Kirchlíne: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, S. 15 f.
- 37 Vgl. Matthiae: August Matthiä; Bockenheimer: Geschichte, S. 291 f., S. 294 f. u. S. 310 f. u. Mathy: Universität, S. 254.
- 38 Vgl. [o. V.]: Literarische Nachrichten. I. Universitäten u. andere Lehranstalten. In: Intelligenzblatt der Allgemeinen Literatur-Zeitung, 2.7.1803, S. 1115.
- 39 Vgl. Dumont: Bibliothèque, S. 49–58.
- 40 Vgl. Bockenheimer: Geschichte, S. 293 f.; Mathy: Johannes Neebs Disput u. Neugebauer: Jacobi.
- 41 Zu Ackermann vgl. die Informationen in der Rheinland-Pfälzischen Personen-datenbank, URL: <http://www.rppd-rlp.de/pk01497> (abgerufen am 26.5.2020) u. Stahnisch: Natur.
- 42 Zu den qualitativen und organisatorischen Unterschieden zwischen Zentralschule und Lyceum vgl. Pabst: Bildungs- und Kulturpolitik, S. 197.
- 43 Vgl. StA Mainz, Best. 60/1333; Ottermann: Bibliothèque, S. 32–35 u. Dumont: Häuser, S. 41.
- 44 Vgl. Dumont: Intermezzo.
- 45 Vgl. ebd.
- 46 Vgl. Bockenheimer: Geschichte, S. 317 f. u. Rosenzweig: Schulwesen, S. 153 f.
- 47 Vgl. Pabst: Bildungs- und Kulturpolitik, S. 197 f.
- 48 [o. V.]: Frankreich. In: Allgemeine Zeitung, 5.3.1809, S. 254 f.
- 49 Scherf: Lernen, S. 746.
- 50 [o. V.]: Mainz, vom 21. October. In: Frankfurter Post-Amts-Zeitung, 23.10.1815. Ein entsprechender Artikel erschien am 23. Oktober 1815 in der Zeitung Fränkischer Merkur. Vgl. [o. V.]: Mainz, 18. Okt. In: Fränkischer Merkur, 23.10.1815, S. 1.

- 51 [o. V.]: Deutschland. Mainz, vom 30. Nov. In: Fränkische Blätter, 3.12.1816, S. 364f.
- 52 Hoffmann: Ankündigung. In: Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung, 4.2.1819, S. 4. Mit der letzten Wahl eines Dekans im Jahr 1822 an der Mainzer Medizinschule war auch das vorläufige Ende der akademischen medizinischen Ausbildung in Mainz eingeläutet. Vgl. Falck: Frage, S. 32.
- 53 [o. V.]: Anfrage. In: Allgemeiner Anzeiger und Nationalzeitung der Deutschen, 21.3.1830, Sp. 1030.
- 54 [o. V.]: Antwort, die Aufhebung der Universitäten Mainz, Trier und Cöln betr. In: Allgemeiner Anzeiger und Nationalzeitung der Deutschen, 2.5.1830, Sp. 1582f.
- 55 [o. V.]: Rückblicke auf die Vorzeit, insbesondere am Rhein, Main und Neckar. In: Didaskalia oder Blätter für Geist, Gemüth und Publizität, 1.10.1830, S. 1.
- 56 Mathy: Schule S. 716.
- 57 [o. V.]: Korrespondenz. Mainz, 22. Juni. In: Didaskalia, 24.6.1841, S. 3.
- 58 Vgl. Falck: Frage, S. 27; Pelgen: Lehne u. Schweigard: Lehne.
- 59 Vgl. Mathy: Universität, S. 268f. Auf entsprechende Nachrichten in der Publizistik kann hier nicht systematisch eingegangen werden.
- 60 Vgl. Metternich-Winneburg: Metternich's, S. 14 u. Mathy: Student.
- 61 Vgl. Mathy: Andreas Joseph Hofmann; ders.: Josef Hofmann; ders.: Hofmann und Nimis; Scheel: Andreas Josef Hofmann; Mathy: Quelle u. Schweigard: Aufklärung, S. 114f.
- 62 Vgl. Matheus: Mainzer Republik u. ders.: Beobachtungen.
- 63 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 194.
- 64 Vgl. [o. V.]: G. Hessen. In: Der Lechbote, 14.9.1849, S. 1013; [o. V.]: Nassau. In: Leipziger Zeitung, 14.9.1849, S. 4824; [o. V.]: Winkel (im Rheingau), 9. Sept. In: Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, 14.9.1849, S. 7; [o. V.]: Winkel (im Rheingau), 9. September. In: Mittelfränkische Zeitung, 14.9.1849, S. 2; [o. V.]: Winkel (im Rheingau), 9. September. In: Bayreuther Zeitung, 15.9.1849, S. 963 u. [o. V.]: Winkel (im Rheingau), den 9. September. In: Magdeburgische Zeitung, 15.9.1849, S. 3.
- 65 Vgl. in Auswahl: Mathy: Niklas Vogt; Berg: Niklas Vogt; Borrmann: Testament u. Duchhardt: Niklas Vogt.
- 66 Zit. nach Siemann: Metternich, S. 79f.
- 67 Vgl. u. a. [o. V.]: Aus Stuttgart wird geschrieben. In: Neue Speyrer Zeitung, 18.8.1838, S. 2; [o. V.]: München. In: Der Eilbote, 18.8.1838, S. 131; [o. V.]: Großherzogthum Hessen. In: Fränkischer Merkur, 20.8.1838, S. 1930 u. [o. V.]: Mannigfaltiges. In: Kemptner Zeitung, 24.8.1838, S. 544. An das Studium Metternichs bei Vogt erinnerte am 8.6.1859 die *Warschauer Zeitung*.
- 68 Mathy: Universität Mainz, S. 239f., Tafeln 93 u. 95. Vgl. dazu auch die Informationen zu Peter Leydig und Johann Weidmann in Gutenberg Biographics, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 10.3.2020). An Weidmann erinnert in Mainz auch die Weidmannstraße.
- 69 Vgl.: Mathy: Universität, S. 263 u. S. 267f.
- 70 [o. V.]: Der wissenschaftliche Congreß am 27., 28. und 29. August zu Frankfurt a. M. In: Didaskalia, 29.8.1848, S. 2f.
- 71 So ein Bericht vom 22.10.1872 in der Zeitung *Pfälzischer Kurier*: »Die Handelskammern zu Darmstadt, Mainz und Offenbach sind vom Gr. Ministerium zum Bericht über die Errichtung einer höheren, im Rang einer Universität gleich kommende Handelsschule zu Mainz aufgefordert worden.« [o. V.]: Darmstadt. In: Pfälzischer Kurier, 22.10.1872, S. 1.
- 72 Vgl. Jung: Hochschulpläne; Kluge: Stiftungsuniversität u. Hammerstein: Johann-Wolfgang-Goethe-Universität.
- 73 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 280.
- 74 Vgl. Knoch u. a. (Hrsg.): Universität.
- 75 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 282f. u. Kree: Institut.
- 76 Vgl. Kahlenberg: Eduard David. Straßennamen in Mainz und Worms erinnern an Eduard David sowie eine nach ihm benannte Sporthalle in Krofdorf-Gleiberg.
- 77 Schütz: Weltkrieg, S. 487.
- 78 Vgl. Mathy: Hochschulgedanken, S. 99f. u. ders.: Universität Mainz, S. 280f. u. S. 286f.
- 79 Vgl. allg. Pädagogisches Institut Mainz (Hrsg.): Übergabe.
- 80 Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 81 Vgl. Mathy: Brücke, S. 405 u. Eichholz: Entstehung, S. 157f. Zu den Vorbehalten in der Mainzer Bevölkerung gegenüber dem Universitätsprojekt angesichts der miserablen Versorgungslage und Infrastruktur vgl. zahlreiche Hinweise in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung.
- 82 Vgl. Zauner: Erziehung, S. 103f. u. S. 236f. u. Schütz: Kleinmann, S. 14f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Dingfelder Stone in diesem Band.
- 83 Vgl. Zenz: Bemühungen, S. 104 u. Laux: Universitätsgründung.
- 84 Vgl. Berger: Anfänge, S. 40.
- 85 Zu diesem komplexen Faktoren- und Motivbündel vgl. Kleindienst: Hochschulpolitik, S. 103f.; Defrance: Politique culturelle, bes. S. 61f.; dies.: Franzosen; Zauner: Erziehung, S. 239f.; Baginski/Springer: Bedeutung, S. 219f. u. Faßnacht: Universitäten, S. 67f.
- 86 Archiv des Ministère des Affaires étrangères (AMAE), La Courneuve, Archiv der französischen Militärregierung in Deutschland u. Österreich nach 1945 (s. g. Fonds Colmar), Affaires Culturelles (AC) 64 (1), S. 4f. Zu Kleinmann vgl. Kleinmann: Interview u. Schütz: Kleinmann.
- 87 Klingelschmitt: Vorschläge, abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 32.
- 88 Napp-Zinn: Anregungen, abgedr. in: ebd., S. 41 u. Defrance: Franzosen, S. 121.
- 89 Vgl. Mathy: Brücke, S. 364; Defrance: Raymond Schmittlein u. Siggemann: Fritz Eichholz.
- 90 Eichholz: Entstehung, S. 160.
- 91 Vgl. die Memoranden von Franz Theodor Klingelschmitt u. Anton Felix Napp-Zinn, abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 31 u. S. 39. Zu Klingelschmitt vgl. Mathy: Klingelschmitt.
- 92 Vgl. Defrance: Franzosen, S. 127 u. Mathy: Josef Schmid. Zu Reatz vgl. mit weiteren Hinweisen Berger: Anfänge, S. 88f. u. Kißener: causa major, S. 108f.
- 93 Klingelschmitt: Vorschläge, abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 26. Vgl. auch Arens: Vorschläge, abgedr. in: ebd., S. 101.
- 94 AMAE, AC 75 (3). Von der »Wiederrichtung der Mainzer Universität« sprach im Januar 1946 auch der Mainzer Kulturdezernent. Vgl. Keim: Michel Oppenheim.
- 95 Journal officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne. Ordonnances, arrêtés et réglemens, décisions réglementaires, décisions, circulaires, avis, communications, informations, annonces légales. Baden-Baden: Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation 1946, Nr. 17, Verfügung Nr. 44, S. 136, URL: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k96178860/f16.item> (abgerufen am 28.5.2020); vgl. dagegen: Dumont, Landeshaupt- und Universitätsstadt, S. 518.
- 96 Schmid: Wollen, S. 113; Ansprache Raymond Schmittlein, S. 121 u. Ansprache Pierre Marie Koenig, S. 127f., alle abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung. Von Wiederrichtung bzw. Wiedereröffnung ist auch in zahlreichen Dokumenten aus der frühen Geschichte der Hochschule die Rede: Mathy: Brücke, bspw. S. 366f., S. 385 u. S. 398.
- 97 Kraus: Universitätsgeschichte u. Teske: Emil Kraus.
- 98 Kraus: Universität Mainz, S. 5f.
- 99 Urkunde der Gutenberg-Stiftung, abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 152. Zur Stiftung siehe auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 100 Statuten der Universität Mainz (§ 11), abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 105.
- 101 Kraus: Universität Mainz, S. 6 u. Ruppel: Lehrstätten, S. 24.
- 102 AMAE, AC 64 (1) u. Defrance: Franzosen, S. 127.
- 103 Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul in diesem Band.
- 104 Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Berger und Wolfgang Breul in diesem Band.
- 105 Vgl. König: Bücherhaufen, bes. S. 32f.
- 106 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 107 Schütz: Ruppel, S. 11. Ein Kollege von der Universität Mainz prägte die Etikettierung vom »Statthalter Gutenbergs auf Erden«. Sprenger: Denkmal-Gedanken, S. 245.
- 108 Unter den verschiedenen diskutierten Universitätsnamen präferierte auch der Mainzer Kulturdezernent die Benennung nach Gutenberg. Vgl. Oppenheim: Geschichte, S. 83–86 u. Keim: Oppenheim, S. 86.

- 109 Ruppel: Begründung, abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung.
110 Ebd., S. 123.
111 Vgl. ebd.

- 112 Vgl. Matheus: Johannes Gutenberg u. ders.: Bildungsaufbruch.
113 Siehe hierzu auch den Beitrag von Georg Krausch in diesem Band.
114 Vgl. Mathy: Schilder, S. 101 f.

1946–2021: DEMOKRATIE
ALS AUFTRAG – VIELFALT
ALS PROGRAMM





A. VON DEN ANFÄNGEN BIS ZUM ENDE DER 1970ER-JAHRE

»Das Wunder von Mainz«¹

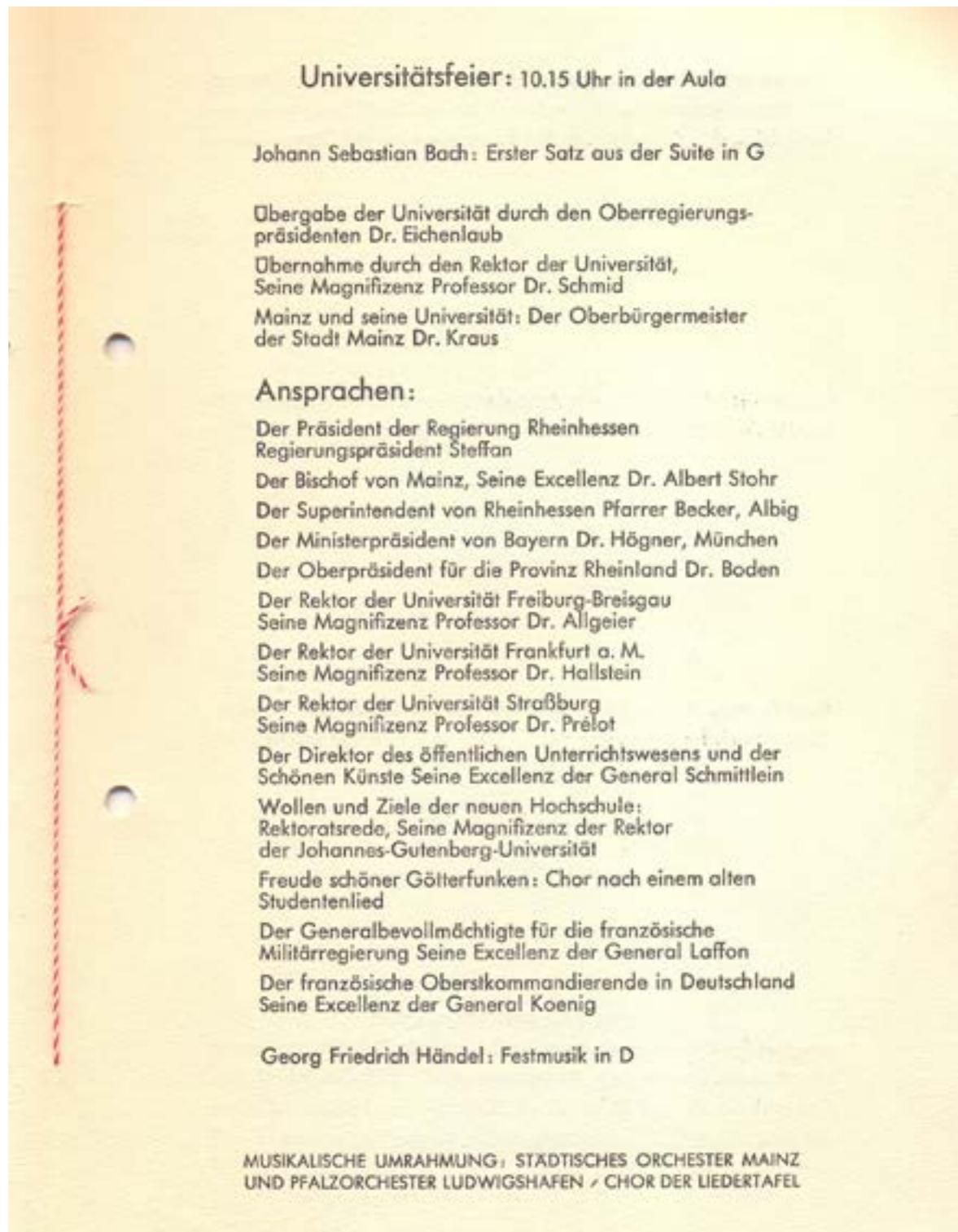
Die Franzosen und die Gründung der JGU

Corine Defrance

Am 22. Mai 1946 wurde die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) feierlich eröffnet. Um acht Uhr morgens fanden ein Pontifikalamt im Dom und ein evangelischer Gottesdienst in der Kapelle des Städtischen Krankenhauses statt. Anschließend begann die Universitätsfeier in der Aula auf dem Campus. Nach dem Empfang durch General Pierre Marie Koenig, Militärgouverneur der französischen Zone, wurde die JGU von Oberregierungspräsident Otto Eichenlaub an Rektor Josef Schmid übergeben. Im Anschluss folgten die Reden der regionalen politischen und religiösen Autoritäten, dann die der universitären Vertreter Deutschlands und Frankreichs. Danach sprach Raymond Schmittlein, der Leiter der Direction de l'Éducation Publique (DEP), gefolgt von Schmid, der die Hauptrede hielt. Der Generalsekretär der französischen Militärregierung, Émile Laffon, und General Koenig redeten zuletzt.²

Nach einem feierlichen Umtrunk besichtigte General Koenig die Universität. Am Nachmittag wurde die Ausstellung *Das historische Mainz im Bild – Die alte Mainzer Universität* in der Stadt- und Universitätsbibliothek an der Rheinallée eröffnet. Ein Festkonzert beendete die Feierlichkeiten. Der große Tag war sorgfältig inszeniert worden: Professoren im Talar, Rektor Schmid mit der Rektorenkette, Vertreter der französischen Militärregierung in Uniform. Sämtliche Dozenten der wiedereröffneten Universität sowie zahlreiche neu immatrikulierte Studierende nahmen an den vielfältigen Veranstaltungen teil.

Die Feierlichkeiten wurden sogar gefilmt, denn die Eröffnung mit deutschen und französischen Teilnehmenden – nicht nur nebeneinander, sondern miteinander – war eine höchst politische und gleichsam symbolische Geste. Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte entschied sich eine Besatzungsmacht nach einem



Programm zur Wiedereröffnung der JGU. Quelle: UA Mainz, Best. 1/121.

kriegerischen Konflikt, in dem ihr übertragenen Gebiet eine Hochschule für die einheimische Bevölkerung zu gründen.³ Diese Tatsache wurde später von der Leitung der JGU selbst unterstrichen.⁴ Die Wiedereröffnung beziehungsweise Neugründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz war nur möglich, weil Deutsche und Franzosen gemeinsam, wenn auch nicht immer spannungsfrei, das Projekt unterstützt und verwirklicht haben. Der 22. Mai 1946 war ein Tag der Hoffnung, das Versprechen einer besseren Zukunft. Nach

Kriegsende und dem »Zivilisationsbruch«, als Deutschland auf der Sünderbank der Geschichte saß, hatte die Gründung einer Universität einen paradigmatischen Wert, wie Schmittlein in seiner Rede unterstrich: »Mir wurde die großartige Aufgabe anvertraut, der deutschen Jugend dabei zu helfen, daß sie den Sinn für die menschliche Solidarität wiederfinde, und ihr so zu erlauben, ihren Platz unter der freien Jugend der Welt wieder einzunehmen.«⁵

Seit Sommer 1945 hatte Schmittlein die Eröffnung einer Universität auf der linken Rheinseite geplant, wobei der endgültige Standort dieser Einrichtung noch nicht festgelegt war. Die Neugründung muss zuerst im Kontext der Besatzungszeit verstanden werden und kann einerseits als ein Meisterstück der französischen »Umerziehungspolitik« bezeichnet werden. Sie war aber andererseits auch ein wichtiges Element der politischen und territorialen Umgestaltung des linken Rheinufer. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatte die französische Besatzungsmacht die Absicht gehabt, eine Universität in Mainz zu gründen, aber dieses Projekt verlief im Sande. Die Franzosen entschieden sich damals für die Gründung französischer Hochschulanstalten auf dem besetzten rheinischen Territorium, so das Centre d'Études Germaniques und die École supérieure de Droit in Mainz, die im Grunde Außenstellen der Universität Straßburg waren. Als sich nach der Unterzeichnung des Vertrags von Locarno 1925 die bilateralen Beziehungen für eine kurze Zeit verbesserten, konnten diese Institutionen aber nichts zum Prozess einer Universitätsgründung beitragen, weil sie als französische Einrichtungen ausschließlich für ein französisches Publikum konzipiert waren. Am Ende der Besatzungszeit 1930 wurden sie dann auch nach Straßburg verlagert und hinterließen in Mainz keine Spuren.⁶

Ab Herbst 1945, als die DEP die Idee einer neuen Universität entwickelte, wollte sie sich von den erfolglosen Zwischenkriegszeitprojekten distanzieren: Es sollte eine deutsche Universität für deutsche Studierende sein. Die DEP merkte im Sommer 1945, dass sie von den Erfahrungen der ersten Nachkriegszeit ab 1918 am Rhein kaum etwas lernen konnte: »Nach 1918 gab es keine Universität in unserer Besatzungszone. Es ist nicht möglich, dass wir uns auf einen Präzedenzfall verlassen. Wir sind nun verpflichtet, etwas Neues zu tun.«⁷

Der deutschen Öffentlichkeit hat Schmittlein vorgeschobene geografische und demografische Betrachtungen als offizielle Begründung für das Projekt genannt. Es sollte ein Ausgleich dafür geschaffen werden, dass es auf dem linken Rheinufer, zwischen Straßburg und Bonn, keine Hochschule gab. Zwar befanden sich in der französischen Besatzungszone zwei Universitäten (Tübingen und Freiburg im Breisgau), deren geografische Ausrichtung aber die rheinische und pfälzische Bevölkerung benachteiligte: Im Norden der Zone gab es für vier Millionen Einwohner keine Hochschule, wohingegen der südliche Teil der Zone mit 2,3 Millionen Einwohnern über zwei Universitäten verfügte.⁸

In einem internen Briefwechsel wurde die Gründung einer Universität als Grundlage der »Umerziehungspolitik« bezeichnet. Seit Anfang September 1945 hatten sich die französischen Behörden – wie die anderen Alliierten – für die Wiedereröffnung der schon existierenden Universitäten ihrer Zone entschieden, weil das Hochschulsystem für die Ausbildung der zukünftigen deutschen Elite erforderlich war.⁹ Schmittlein misstraute aber den traditionellen Hochschulen, weil sie in seinen Augen zu stark von nationalistischem Gedanken gut geprägt waren: »Die traditionelle deutsche Universität ist ein Anachronismus innerhalb der modernen Welt geworden«, formulierte er. Als Beispiel nannte er die »Oligarchie« und einen gewissen »Nepotismus« in den traditionellen Universitäten. Er fuhr fort: »Die Erneuerung der Universitäten in Freiburg und Tübingen müsste auf ihre Schließung hinauslaufen.«¹⁰ Tatsächlich verzichtete er aber auf solch radikale Maßnahmen

An der Schnittstelle von Kultur und Politik: Die Entstehung des Projekts und die Motive der französischen Besatzungsmacht



*Jahresfeier der Wieder-
 eröffnung 1947. Im Bild
 zu sehen sind u. a. Rektor
 Schmid, General Kœnig,
 Kurator Eichholz und
 General Schmittlein.
 Foto: Karl P. Nuernberg,
 Quelle: UA Mainz, S3/515.*

und wollte die Universitäten stattdessen nicht nur »entnazifizieren«, »entmilitarisieren« und »entpreußen«, sondern auch »demokratisieren«. Gemeint war eine politische und soziale Demokratisierung der Studierenden und der Dozenten sowie eine Demokratisierung der universitären Strukturen. Das wollten auch die anderen Westalliierten, aber sie bauten auf eine Reform der schon existierenden Hochschulen. Schmittlein glaubte jedoch nicht an den Erfolg von Reformen. Er wollte »neue Universitäten auf neuer Basis schaffen«. ¹¹ Die neuen Hochschulen wurden von der DEP daher als ein Gegenmodell zu Freiburg und Tübingen konzipiert.

Mit der Entscheidung der französischen Militärregierung zur Gründung der JGU und einige Monate später der Verwaltungshochschule in Speyer und des Dolmetscherinstituts in Germersheim standen die Franzosen im Kreis der Westalliierten alleine da.

Hier muss daran erinnert werden, dass Schmittlein sich mit der Reform des Hochschulsystems schon seit Ende 1943 beschäftigt hatte. Als Mitglied des Comité français de la Libération nationale (CFLN) gehörte er zu jenem Personenkreis, der unter Leitung des Erziehungskommissars René Capitant in Algier an Reformprojekten des französischen Hochschulsystems für die Nachkriegszeit gearbeitet hatte.¹² Einige Maßnahmen wurden später von der Militärregierung für die Reform des Hochschulwesens in der französischen Zone aufgegriffen und durchgeführt: das Propädeutikum beziehungsweise das Studium generale sowie die Gründung der Verwaltungshochschule in Speyer, die teilweise von der französischen École nationale d'administration (ENA) – 1944 gegründet – inspiriert war.¹³ Als Schmittlein beim CFLN arbeitete, erlebte er, wie die France Libre (Streitkräfte für ein freies Frankreich) mit dem Prozess der Säuberung an der Universität Algier – der ersten »befreiten« französischen Universität – konfrontiert wurde.¹⁴ Insofern war er für diese Aufgabe nicht unvorbereitet.

Darüber hinaus stand die Universitätsgründung in Zusammenhang mit der Rheinpolitik Frankreichs. Schmittlein schrieb, dass es auch politische Motive gebe, die die Gründung einer Universität auf dem linken Rheinufer empfehlen würden. Die französische Regierung plante zu dieser Zeit, das linke Rheinufer (Rhenanie) von Deutschland abzutrennen, um dort den Kern eines unabhängigen Landes zu schaffen, für das die Existenz einer Universität zur Ausbildung der Eliten zweifellos unverzichtbar gewesen wäre.¹⁵ In einem internen Memorandum sprach Schmittlein »von einer intellektuellen Atmosphäre, die wir frankophil, wenn nicht sogar französisch machen wollen«.¹⁶ Was meinte er damit? Es scheint so, dass er kein Befürworter des Separatismus links des Rheins war. Diese separatistischen Tendenzen hatten im Vergleich zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg keine politische Bedeutung, und die französischen Behörden, die auch aus den Fehlern der Besatzungszeit nach 1918 gelernt hatten, unterstützten diese Bewegungen nicht. Der Leiter der DEP wollte vor allem die neue Universität von politischer Belastung freihalten. Er scheint an den Umerziehungsmöglichkeiten ein weitaus größeres Interesse gehabt zu haben als an politischen Vorteilen dieser Institution. Ein Beispiel dafür ist, dass er bei der Gründung der Hochschulen in Speyer und Germersheim eine ganz andere Strategie verfolgte und in beiden Schulen Beamte für die gesamte französische Besatzungszone ausbilden wollte.¹⁷ Letztlich ist auch der Ausspruch General Koenigs am Tag der Einweihung der Mainzer Universität: »Vous êtes ici chez vous / Sie sind hier zuhause«¹⁸ politisch zu interpretieren. Es war wahrscheinlich nicht nur die Bestätigung der Autonomie der Universität, sondern auch ein Fingerzeig an die rheinische und pfälzische Bevölkerung, dass sie nun über ihr eigenes Bildungsinstrument verfügte.

Nach den Aussagen von Prorektor Adalbert Eler hat Schmittlein bereits im August 1945 mit deutschen Wissenschaftlern die Gründung einer Universität links des Rheins diskutiert. Schmittlein selbst erklärte im Dezember 1945, er arbeite seit drei Monaten an dem Projekt. Die Journalistin Elisabeth Steil-Beuerle, die eine Weile Mitarbeiterin der DEP gewesen war, deutete sogar an, dass er die Gründung einer solchen Universität bereits in Algier konzipiert habe.¹⁹

Vier Städte kamen für den Sitz der Hochschule in Frage: Neustadt an der Weinstraße (als Außenseiter), Speyer, Trier und Mainz. Im November 1945 hatte sich Schmittlein zunächst für Speyer entschieden.²⁰ Die Stadt hatte zwar keine universitäre Tradition, war aber auch kaum zerstört. Er änderte jedoch schnell seine Meinung. Trotz heftiger Kriegszerstörungen waren Trier und Mainz die ernsthafteren Kandidatinnen. Beide

Mainz wird Universitätsstadt – die Motive

waren vom 15. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Sitz einer Universität gewesen und wurden als ehemalige Kulturzentren Deutschlands geschätzt.

Mainz hatte zudem strategische Vorteile: Die Stadt verfügte über eine günstige zentrale Lage zwischen dem Rheinland und der Pfalz und lag auf der einzigen Nord-Süd-Achse am Rhein. Wahrscheinlich hat das Eintreten Mainzer Persönlichkeiten zugunsten ihrer Stadt auch eine wichtige Rolle gespielt, obwohl Schmittlein in der Defensive blieb: »Ich bestehe darauf, daß die Arbeit der DEP nicht durch unwillkommene Initiativen, insbesondere von deutscher Seite, ruiniert wird.«²¹ Im Juli 1945 setzten sich der Theologe und spätere Rektor August Reatz sowie der Kunsthistoriker Franz-Theodor Klingelschmitt dafür ein, dass Mainz seine Universität wiederbekomme. Schon in der Zwischenkriegszeit wurden solche Pläne auf deutscher Seite entworfen und 1945 wiederbelebt, von Oberbürgermeister Emil Kraus dezidiert unterstützt. Im August wurden Memoranden verfasst, die als Grundlage für die Diskussionen mit den Franzosen dienen sollten.²² In französischen und deutschen Zeugnissen wird auch die Intervention von Walter Hummelsheim, ab 1946 Landrat von Bernkastel, zugunsten von Mainz erwähnt. Der ehemalige Dachau-Häftling hatte französische Deportierte geschützt und Kontakte zu hohen französischen Behörden, sogar zu Charles de Gaulle.²³ Indes schien auch Schmittlein selbst eine Vorliebe für Mainz zu haben, möglicherweise aufgrund familiärer Beziehungen.²⁴

Wichtig war für die Besatzungsmacht zudem der symbolische Aspekt, eine 1477 eröffnete und an der Schwelle des 19. Jahrhunderts geschlossene Universität neu zu gründen. Die französische Militärregierung in Baden-Baden leugnete zwar offiziell, dass Frankreich die Universität 1798 geschlossen habe, aber Schmittlein gab privat zu, dass es sich um eine Wiedergutmachung handele.²⁵ Das Priesterseminar oder die Stadtbibliothek waren Überreste der alten Universität, obwohl sie laut Schmittlein kein solides Argument für eine Neugründung sein konnten.²⁶ Die Lage und die Symbolik wären allerdings in Trier ähnlich gewesen.

Die Wahl, die Mitte Dezember 1945 getroffen wurde, lässt sich im Endeffekt mit politischen Motiven erklären. Die Franzosen planten aus den verschiedenen Gebieten ihrer nördlichen Zone ein neues Land zu schaffen. Zwischen den Bezirken Trier, Koblenz und Pfalz gab es keine Affinitäten. Mainz hatte deutlich bessere Chancen, von der ganzen Bevölkerung angenommen zu werden. Die Militärregierung war sich bewusst, dass die Stadt der einzige mögliche Schwerpunkt und die zukünftige Hauptstadt des zu gründenden Landes Rheinland-Pfalz sein würde.²⁷

Die materielle und symbolische Baustelle an der Flakkaserne

Die Existenz einer Flakkaserne in Bretzenheim, die erst kurz zuvor gebaut und von Bombardements nicht gänzlich zerstört worden war, war ebenfalls ein entscheidender Faktor für Mainz. Da sie jedoch vollständig geplündert worden war, bedurfte es umfangreicher Instandsetzungsarbeiten, die Ende 1945 begonnen und kurz vor der Einweihung abgeschlossen werden konnten. Die Militärregierung in Baden-Baden räumte dem Projekt höchste Priorität ein und stellte unter anderem sogenannte Entsperrbelege für die Baumaterialien aus. Zudem wurden dem Vorhaben fast 800 Kriegsgefangene als zusätzliche Arbeitskräfte zugeteilt.

Die Baustelle verursachte anfangs allerdings erhebliche Spannungen, fragte sich doch die Mainzer Bevölkerung, ob nicht der Bau von Wohnungen höhere Priorität haben sollte. Oberbürgermeister Kraus war jedoch ein Verfechter des Universitätsprojekts und betonte, dass dies ein Trumpf für die Stadt sei. Im November 1946 – ein halbes Jahr nach der Eröffnung – brach dann noch ein heftiger Konflikt zwischen Rektor Schmid und dem Kommandanten Guy Fournier aus, der für den Wiederaufbau der Stadt verantwortlich war. Fournier hatte Mitarbeiter vom Universitätsgelände abgezogen und der Stadt zugewiesen. Schmid wehrte sich und wurde für einige Stunden verhaftet. General Koenig und Schmittlein sahen sich zum Eingreifen veranlasst.²⁸



Studenten beim Arbeitseinsatz, Eingang Forum (undatiert). Quelle: UA Mainz, S3/1080.

Die Universitätsbaustelle war einerseits eine materielle und organisatorische Herausforderung, andererseits förderte sie die Solidarität zwischen deutschen Arbeitern und Kriegsgefangenen und den französischen Besatzern. Louis Kleinmann, französischer Verantwortlicher für die Bauarbeiten, motivierte die Arbeiter, indem er klarmachte, dass hier schließlich keine Kaserne repariert, sondern eine Universität gebaut würde, von der die Kinder der Bauarbeiter profitieren könnten. Gerade diese symbolische Dimension der Umwandlung eines militärischen Objekts in ein Wissenszentrum wurde von den französischen und deutschen Behörden immer wieder hervorgehoben. Reatz sprach im Mai 1947 vom »Wunder von Mainz«, als er »die Umwandlung einer toten Ruine in diese stolze Johannes Gutenberg-Universität« beschrieb. So bedankte er sich bei Rektor Schmid: »Sie haben zugleich uns eine geistige Heimat gegründet, in der die Universitas scientiarum zu einer Universitas animarum geworden ist.«²⁹

Die Rekrutierung von mehreren hundert Personen, die für den Betrieb der neuen Universität benötigt wurden, gestaltete sich schwierig. Ab Ende 1945 war dies die gemeinsame Aufgabe der deutschen lokalen und regionalen Behörden und der französischen Besatzer. Interessant ist daher die Frage, inwieweit die Militärregierung in den Rekrutierungsprozess vor allem der Dozenten eingriff.

Zunächst wurde die Wahl des deutschen Verantwortlichen, der für die Gründung der Universität zuständig war, direkt in Baden-Baden getroffen. Im September 1945 traf Schmittlein über die französische Botschaft in Bern den Geografen Schmid, der seit Oktober 1944 an der deutschen Botschaft beschäftigt gewesen war und ihm als Widerstandskämpfer vorgestellt wurde. Nachdem er es nicht geschafft hatte, ihn in Freiburg zum Professor ernennen zu lassen, machte ihn Schmittlein zu seinem Vertrauensmann im Mainzer Universitätsprojekt.³⁰ Die Rahmenbedingungen waren im Frühherbst durch französische Anweisungen präzisiert

Die Rekrutierung des Lehrkörpers: eine Herausforderung in Zeiten der Entnazifizierung

worden: »Bis zur Rekonstruktion des Plenums jeder Fakultät behält sich die Militärregierung das Recht vor, die Ernennung von in- und ausländischen Professoren oder Dozenten direkt vorzunehmen.«³¹ In Mainz konnte es aufgrund der besonderen Ausgangslage noch keine Wahl durch die Ordinarien geben, sodass Schmid, unterstützt von Oberbürgermeister Kraus, die Aufgabe bekam, Bewerbungen einzuholen, eine erste Auswahl zu treffen, Kandidaten zu empfangen und seine Vorschläge an die Militärregierung weiterzuleiten. Die zunächst günstigen Lohnbedingungen in Mainz – die als »Sonderzulage Mainz«³² bezeichnete Kompensation für die schlechte Wohn- und Ernährungssituation war attraktiv – führten zu einer Vielzahl von eingehenden Bewerbungen. Schmittlein prüfte diese Dossiers sowohl aus wissenschaftlicher wie auch aus politischer Perspektive. Nach Gesprächen zwischen dem Rektor, den deutschen Regionalbehörden und der französischen Militärregierung wurden die ausgewählten Kandidaten auf Vorschlag des Rektors und mit Zustimmung der Militärregierung offiziell ernannt.³³

Die Franzosen beschränkten sich jedoch nicht auf diese Kontrolltätigkeit. In Mainz waren sie an vielen Einstellungsverfahren direkt beteiligt, denn der Erfolg »ihrer« Universität war für sie auch eine Prestigefrage. Um interessante Bewerbungen zu erhalten, holte Schmittlein Empfehlungen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ein. Er wandte sich zunächst an vertrauenswürdige Rheinländer wie Kraus und reaktivierte die Kontakte zu Persönlichkeiten, die den Franzosen während der Besetzung in den 1920er-Jahren nahegestanden hatten. So wurde der Militärregierung unter anderem der Jurist Christian Eckert empfohlen. Die Franzosen schätzten seine »frankophilen Gefühle«.³⁴ Schmittlein aktivierte auch sein katholisches Netzwerk in Frankreich. Der Historiker Jean de Pange und der Philosoph beziehungsweise Diplomat Jacques Maritain empfahlen den jungen Bonner Mittelalterforscher Eugen Ewig und den Philosophen Karl Holzamer. Er wandte sich auch an die französischen Deutschlandexperten (Germanisten). So wurde ihm durch Robert Minder der Historiker Ewig ein weiteres Mal ans Herz gelegt. Edmond Vermeil und André François-Poncet, ehemaliger französischer Botschafter in Berlin, wiederum sprachen sich für den Romanisten Friedrich Hirth aus.³⁵ Diese drei Spezialisten wurden tatsächlich in Mainz eingestellt.

In Baden-Baden versuchte man immer wieder, den Kandidatenkreis durch Maßnahmen zu erweitern, die die universitäre Berufungstradition brechen sollten. Um den neuen Geist und die Demokratisierung zu fördern, sahen die Statuten der JGU die Möglichkeit vor, nicht habilitierte Dozenten zu Ordinarien zu ernennen, ein Verfahren, das nur wenig verbreitet war.³⁶ Dies war zum Beispiel der Fall beim Chemiker Fritz Straßmann, der schon über internationales Renommee verfügte.³⁷ In ähnlicher Weise rekrutierte Schmittlein Franzosen und andere Ausländer als Assistenten, Lektoren, Gast- oder Honorarprofessoren und sogar als Ordinarien. Er verwies auf die »Rekrutierung von Fremdelementen, die ein wenig Außenluft bringen [würden]«.³⁸ Unter den nach Mainz berufenen Franzosen gab es Romanisten (Léon Wencelius oder Edmond Jarno), aber auch Naturwissenschaftler wie Christian Ythier, der mit Straßmann zusammenarbeitete³⁹ und den Anthropologen Frédéric Falkenburger.⁴⁰ Letzterer verkörpert den (in der französischen Zone seltenen) Fall eines deutschen Exilanten in Frankreich, der nach 1945 mit französischer Staatsangehörigkeit nach Deutschland zurückkehrte.

Die Kontrolle durch die Besatzungsmacht

Nach der feierlichen Wiedereröffnung wurde die Ansprache von General Koenig in der Presse am ausführlichsten kommentiert und seine Worte »Vous êtes ici chez vous« als Verbriefung der Autonomie der Universität interpretiert.⁴¹ Rektor Schmid war zwar von der Militärregierung ernannt worden, doch sollte sein Nachfolger gemäß den Statuten der Universität gewählt werden. Aufgrund der Bedingungen seiner Ernennung wurde Schmid als Bindeglied zwischen Deutschen und Franzosen wahrgenommen. Reatz schrieb im Mai 1947: »Daß Herr General Schmittlein gerade diesem überragenden, charaktervollen, wissenschaftlich und

praktisch universellen Mann sein besonderes Vertrauen geschenkt hat und den ganzen Auf- und Ausbau der Universität in seine Hände legte, erfüllt uns mit höchster und dankbarer Genugtuung.«⁴²

Der Rektor selbst schien jedoch zunehmend besorgt zu sein, als »Mann der Franzosen« gesehen zu werden.⁴³ Er wollte sich von der französischen Bevormundung emanzipieren und ruinierte in kürzester Zeit seinen persönlichen Kredit bei der DEP. So hatte Schmid unter anderem versucht, Personen in den Lehrkörper der JGU einzuführen, die von der DEP abgelehnt worden waren. Er hatte sogar Professoren als Ordinarien rekrutiert, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP nur vorläufig hätten eingestellt werden dürfen. In Baden-Baden merkte man außerdem, dass seine politische Vergangenheit nicht unproblematisch war. Dies war der Hintergrund der sogenannten »Schmid-Affäre«, die zur Amtsenthebung führte.⁴⁴ Mit dem Theologen Reatz, dem im November 1947 gewählten Nachfolger im Rektorenamt, entspannten sich die Beziehungen zwischen der Universität und der Besatzungsmacht aber wieder allmählich.⁴⁵

Die Franzosen ernannten außerdem einen Verwaltungsdirektor (Kanzler), der gleichzeitig Regierungsvertreter war. Die Existenz dieser Stelle an sich liefert bereits einen Hinweis auf die Grenzen der universitären Selbstverwaltung. Auf den Posten wurde der Jurist Fritz Eichholz berufen. Eichholz war allerdings Schmittleins Schwager, was die Frage der Verflechtungen zwischen deutscher Verwaltung und Besatzungsmacht aufwirft. Auch er galt als »Mann der Franzosen«.⁴⁶

Es muss an dieser Stelle noch auf eine weitere Dimension der familiären Verflechtungen hingewiesen werden. Schmittlein begegnete 1947 Peter Manns, einem Theologiestudenten und aktiven Mitglied beim Mainzer AstA. Zwischen dem jungen Mann und Schmittleins Familie entstand echte Freundschaft, sodass die beiden sich als Vater und Adoptivsohn sahen. Noch lange nach Schmittleins Tod im Jahr 1974 war Manns – zu dieser Zeit Professor für Katholische Theologie und Leiter der Religionsabteilung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz – noch in Kontakt mit seiner »Adoptivfamilie«.⁴⁷ Durch Manns hatte Schmittlein auch einen direkten Draht zu den Studierenden und konnte so viel über die innere Entwicklung seiner Universität erfahren.

Die Dichte dieser persönlichen Kanäle zur und in der Universität erklärt zweifellos, warum Schmittlein der Position des Universitätsoffiziers in Mainz so wenig Aufmerksamkeit schenkte, während diese sogenannten *curateurs* seine unverzichtbaren Vertreter in Freiburg und Tübingen waren. In Mainz erlebte diese Stelle regelmäßige Wechsel, da Schmittlein beanspruchte, die Mainzer Universität selbst zu kontrollieren.⁴⁸ Ausdruck der engen Kontakte mit der JGU war auch die Tatsache, dass er am 11. Dezember 1947 zum *Doctor honoris causa* der Universität ernannt wurde.⁴⁹ Dem Besatzer wurde damit die Position eines Alliierten zugestanden, dem man für seine Unterstützung eine Auszeichnung verlieh, eine Geste, deren Symbolik auch für das Bild der französischen Besatzungsmacht nicht unerheblich war.

Die JGU sollte als Neugründung ein Gegenmodell zu Freiburg und Tübingen sein und war für die französischen Besatzer ein Versuchsfeld, auf dem sie Einfluss und Kontrolle ausübten. Schon von daher ergibt sich nahezu zwangsläufig die Frage, ob es ihnen schließlich auch gelungen ist, ihren Auftrag zu erfüllen und eine »neue Universität auf einer neuen Basis zu gründen« sowie einen »neuen humanistischen Geist«⁵⁰ zu schaffen.

Die Analyse der neugeschaffenen Strukturen und Hierarchien führt jedoch zu dem Schluss, dass die JGU nur wenige innovative Züge trug. Sie bestand aus den traditionellen Fakultäten und funktionierte mit den üblichen Organen: Rektor, Senat, Kanzler und den Fakultätsgremien. Die Statuten der Universität spiegelten den Willen wider, zur Einheit der Wissenschaften zurückzukehren, um den Gefahren der Überspezialisierung



Undatiertes Porträt
von Josef Schmid. Foto:
Pressebild Bern, Quelle:
UA Mainz, S3/263.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz: »Neue Universität auf neuer Basis«?

Rede Raymond Schmittleins bei der Dreijahresfeier der JGU 1949. An der rechten Seite von Schmittlein: Irène Giron, die stellvertretende Leiterin der DEP. Quelle: UA Mainz, S3/780.



zu entgegnen. Sie waren zudem Ausdruck für das Bestreben, die Mission der neuen Universität mit den Bedürfnissen der deutschen Nachkriegsgesellschaft in Einklang zu bringen, sodass das innovative Element eher in ihrem »Geist« zu suchen war: »Die neue Hochschule setzt sich als wichtigstes Ziel, Menschen zu bilden.«⁵¹ Nach dem »Zivilisationsbruch« war gerade dies eine wesentliche Priorität, die am 22. Mai 1946 in der Rede vom Rektor Schmid eindeutig formuliert wurde.⁵²

In Mainz war der größte Unterschied zu den traditionellen Mustern, dass die Allgemeinbildung in jedem Bereich einen wichtigen Platz einnehmen sollte. Zu diesem Zweck konsultierten die Franzosen den Heidelberger Philosophen Karl Jaspers.⁵³ Die JGU wollte und sollte Menschen bilden und ein Fenster zur Welt sein: »In Forschung und Lehre soll die neue Universität die Kenntnis und das Verständnis für die geistigen und kulturellen Errungenschaften der anderen Länder, die gegenseitige Achtung der Völker voreinander und das Gefühl für die Verbundenheit der Menschheit weiter fortbilden.«⁵⁴ So wählte man im Wintersemester 1946/47 als Thema der universitätsweiten Ringvorlesung den Humanismus und versuchte auch auf diesem Weg, dem eigenen Auftrag gerecht zu werden.

Daneben hatte die Universität noch eine andere Aufgabe: Den Statuten zufolge sollte sie »in ihrem engeren Raume alle Kräfte sammeln, die an der Entwicklung einer bodenständigen rheinischen Kultur mitarbeiten, und die Verbesserung der materiellen Grundlagen ihres kleinen Heimatlandes fördern.«⁵⁵ So sollte sie die regionale Elite im Zeichen einer »rheinischen« Kultur ausbilden. Aber viele Dozenten und Studierende stammten nicht aus dem Rheinland und ob die Universität diese Aufgabe erfüllte, bleibt fraglich.⁵⁶

Zusammenfassend kann man sagen, dass die JGU – im Unterschied zum etwas später gegründeten Dolmetscherinstitut in Germersheim und zur Verwaltungshochschule in Speyer – keinen Bruch mit der Tradition darstellte, sondern eher den Versuch, den humboldtschen Geist wiederzubeleben. Schmittlein selbst berief sich jedoch nie explizit auf das humboldtsche Modell, weil gerade das eine preußische Erfindung gegen die napoleonische Hegemonie gewesen war.⁵⁷

Die Auswahl der Studierenden verfolgte zwei Ziele: Erstens sollten die politisch belasteten Bewerberinnen und Bewerber ausgeschlossen werden. Laut den Statistiken der französischen Militärregierung hat es in Mainz, im Vergleich mit Tübingen und Freiburg, die strengste Auswahl gegeben: Der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder betrug 2,2 Prozent gegenüber 8,8 Prozent in Tübingen und 18,4 Prozent in Freiburg. Für die Franzosen ging es aber nicht nur um Entnazifizierung, sondern auch um Entmilitarisierung. Den ehemaligen Offizieren der Wehrmacht sollte es schwerfallen, einen Studienplatz an einer Hochschule der französischen Besatzungszone zu erhalten. Zweitens zielte die Auswahl der Studierenden auf Grundlage ihrer Schulnoten darauf ab, die traditionelle soziale Segregation durch persönliches Verdienst zu ersetzen. Die unteren sozialen Schichten waren in Mainz daher stärker vertreten als in Freiburg und Tübingen.⁵⁸

Sehr beeindruckend, aber zugleich auch problematisch war die Zunahme der Studierendenzahlen im Laufe der beiden ersten Jahre: von rund 2.400 im ersten Semester war die Zahl auf mehr als 6.000 im Sommer 1948 angestiegen.⁵⁹ 1946 stammten mehr als 60 Prozent der Studierenden aus der französischen Besatzungszone. Zwei Jahre später kam über die Hälfte aus der amerikanischen und britischen Zone, doch war die Universität auf die Aufnahme einer so erheblichen Studierendenzahl nicht vorbereitet und ausgestattet. Folglich sollten die Auswahlkriterien noch strenger werden, und die große Mehrheit der Studierenden sollte vor der Universität einen propädeutischen Unterricht besuchen, was das Studium sowohl für die öffentlichen Träger als auch für die Studierenden erheblich verteuerte. Das im Jahr 1950 eingeführte Studium generale verlief parallel zum Hauptstudium und hatte den Vorteil, die Studienzeiten nicht zu verlängern. Die Zusammensetzung des Lehrkörpers spiegelt den eher traditionellen Rekrutierungsprozess wider, blieb doch auch die Zahl der nicht habilitierten Professoren begrenzt. Die mangelnde Sorgfalt bei der politischen Auswahl der Dozierenden beeinflusste das Bild, das die Neugründung von sich erzeugen wollte, negativ.⁶⁰ Ab Ende 1946, als die Medizinische Fakultät gerade ihre Türen geöffnet hatte, kursierten Gerüchte über die Vergangenheit einiger Mainzer Dozenten. Laffon forderte eine Untersuchung, und Schmittlein war bestrebt, »seine« Universität zu verteidigen.⁶¹ Unter Bezugnahme auf die Statistik behauptete er, die Situation in Mainz sei besser als in Freiburg und Tübingen. Er wies auch auf die Anwesenheit von Gegnern und Opfern des Nationalsozialismus an der JGU hin.⁶² Die Studien von Michael Kißener und Frank Hüther führen zu einem differenzierteren Bild. Mit Ausnahme einiger »hochrangiger« Nationalsozialisten hatte der größte Teil der Mainzer Professoren versucht, sich während des »Dritten Reichs« nicht politisch zu kompromittieren, und ein Drittel war außerdem vom nationalsozialistischen Regime verfolgt worden, darunter der Zoologe Wolfgang von Buddenbrock-Hetttersdorf, der Romanist Eugen Lerch oder der Mathematiker Robert Furch. Einige waren sogar aktive Widerstandskämpfer gewesen, wie die evangelischen Theologen Wilhelm Jannasch und Ernst Käsemann.⁶³

Schmittlein musste zugeben, dass die Professoren, die die DEP Anfang 1946 rekrutiert hatte, nicht vor einen Entnazifizierungsausschuss getreten waren: »Wenn wir den Professoren vorher zu verstehen gegeben hätten, dass sie sich vor einer möglichen Anstellung vor einem Entnazifizierungsausschuss zu präsentieren hätten, dann wäre sicherlich keiner gekommen.«⁶⁴ Schließlich wurde ein weiterer Säuberungsprozess nahegelegt und für diesen Zweck im Mai 1947 eine universitäre Spruchkammer eingerichtet. Allerdings wurde dennoch kein Dozent von der Universität ausgeschlossen – in den späten 1940er-Jahren war die Zeit der Reintegration und nicht der strengen Entnazifizierung gekommen.⁶⁵

Neben der moralischen Krise war das Überleben der JGU auch aus finanziellen Gründen in Gefahr. Die Währungsreform 1948 hatte zunächst katastrophale Auswirkungen. Die Bauarbeiten wurden stark gebremst, und das Land kündigte an, es könne nicht mehr für die Universität zahlen. Noch einmal stellte Baden-Baden eine große Spende aus einem Geheimfonds der französischen Militärregierung zur Verfügung.⁶⁶ Besorgnis-

Herausforderungen und Kontroversen

erregend war in diesen frühen Jahren auch die politische Ungewissheit hinsichtlich der Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz. Eine Aufteilung des Bundeslandes konnte zu dieser Zeit nicht ausgeschlossen werden. Das war ein Umstand, der die Weiterexistenz der jungen Universität unmittelbar bedrohte. Schmittlein warnte sogar, dass der gesamte französische Einfluss in Deutschland gefährdet sei, und betonte die Bedeutung der JGU für die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Interessen Frankreichs in Westdeutschland. So sollte die Mainzer Universität nun als Instrument des Einflusses Frankreichs in seinem Nachbarland und auch als Stützpunkt für die Zukunft der bilateralen Beziehungen gefördert werden. Dies setzte das Überleben des Landes Rheinland-Pfalz voraus. Für dessen Einwohnerinnen und Einwohner war von nun an der Kampf für die Rettung der Universität und der ursprünglich so stark umstrittenen Speyerer Verwaltungshochschule gleichbedeutend mit dem Überlebenskampf des neugegründeten Bundeslandes. 1950 sollte die endgültige Entscheidung für Mainz als Hauptstadt von Rheinland-Pfalz die Zukunft der Universität absichern.⁶⁷

Resümee

Die französische Militärregierung war auf die Bilanz ihres Lieblingskindes so stolz, dass sie regelmäßig Vertreter der britischen und amerikanischen Militärregierungen nach Mainz einlud. Die Reaktionen waren indes unterschiedlich. 1948 war der Leiter der britischen Kulturpolitik, Robert Birley, von seinem Besuch an der JGU wenig angetan. Er betrachtete sie als Schaufenster, das die Franzosen nutzten, um die weniger befriedigende Situation in Freiburg und Tübingen zu kaschieren. Zudem schockierte ihn die intensive Kontrolle der Universität durch die Besatzungsmacht.⁶⁸ Es ist die negativste bekannte Reaktion, die im Kontrast zu anderen Berichten steht. Im Mai 1947 kam der britische Universitätsoffizier aus Köln zu Besuch, der in seiner Darstellung die symbolische Dimension der Veränderung von der ehemaligen Kaserne zur Hochschuleinrichtung hervorhob. Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz war seiner Meinung nach ein ermutigendes Beispiel für die Entmilitarisierung der Nachkriegsgesellschaft: »Ich denke, daß wir von unseren französischen Freunden viel lernen können«,⁶⁹ konstatierte er. Der amerikanische Journalist und deutsche Emigrant Fred Hechinger war Ende 1948 ebenfalls positiv beeindruckt – insbesondere im Vergleich zur Lage der Hochschulen in der amerikanischen Zone. Seiner Meinung nach waren diese Hochburgen des Nationalismus. In einem Artikel in der New York Herald Tribune kam er zu dem Urteil, dass die Gründung der JGU ein Erfolg der französischen Hochschulpolitik sei.⁷⁰

Auch wenn die französische Hochschulpolitik in Mainz die besten Erfolge zu verzeichnen hatte, darf nicht übersehen werden, dass die JGU kein Gegenmodell geworden ist. In vielerlei Hinsicht – Struktur und Funktionalität der Universität, Zusammensetzung der Lehrenden, Last der politischen Vergangenheit bei Personal und Studierenden – war sie keine Universität »auf neuer Basis«, auch wenn es positive Aspekte gab im Hinblick auf die Demokratisierung. Die Militärregierung nutzte diese Gelegenheit auch, um die Hochschule nach außen zu öffnen und die deutsch-französischen universitären Beziehungen aufzubauen. Trotz der bedeutenden Präsenz von französischen Dozierenden in Mainz, der engen Beziehungen zum Historiker Ewig, zukünftiger Gründungsvater des Deutschen Historischen Instituts in Paris,⁷¹ der Stiftung eines Lehrstuhls für vergleichende Literatur im Jahre 1952,⁷² fragt man sich, wie nachhaltig und effektiv die deutsch-französischen Hochschulbeziehungen an der JGU in den folgenden Jahrzehnten waren und ob die Mainzer Universität eine wirklich besondere Beziehung zu Frankreich aufgebaut hat.⁷³

Anmerkungen

- 1 UA Mainz, NL 17/3, Rede von August Reatz vom 22.5.1947.
- 2 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 1/121, Gründung der Universität u. Best. 7/95, Gründung der Johannes Gutenberg-Universität.
- 3 Die 1948 entstandene Universität des Saarlandes war auch eine Neugründung der Franzosen, aber im Unterschied zu Mainz war sie zunächst eine deutsch-französische Universität mit einem französischen Rektor und einem saarländischen Prorektor. Vgl. Müller: Universität des Saarlandes u. Heinen/Hudemann (Hrsg.): Universität des Saarlandes. Die 1948 von den Amerikanern gegründete Freie Universität in West-Berlin ist im Kontext des Kalten Kriegs zu verorten. Vgl. Hoffmann u. a. (Hrsg.): Universität Berlin u. Tent: Freie Universität Berlin.
- 4 Vgl. UA Mainz, Best. 7/5, Schriftwechsel des Rektors u. Erler: Erstes Jahr, S. 6. Zit. nach Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 121.
- 5 Vgl. Defrance: Sentinelle, S. 21–32.
- 7 Archiv des Ministère des Affaires étrangères (AMAE), La Courneuve, Archiv der französischen Militärregierung in Deutschland u. Österreich nach 1945 (s.g. Fonds Colmar), Affaires Culturelles (AC) 105, Note explicative a/s remise en marche des universités [o. D. u. Unterschrift (wahrscheinlich August 1945)].
- 8 Vgl. ebd. u. AMAE, AC 75, Exposé *Réouverture de l'Université de Mayence* von Schmittlein vom 25.2.1946.
- 9 Vgl. Defrance: Alliés occidentaux, S. 81–83; dies.: Deutsche Universitäten u. Fasnacht: Universitäten.
- 10 AMAE, AC 75, Exposé *Réouverture de l'Université de Mayence* von Schmittlein vom 25.2.1946.
- 11 Ebd. u. allg. Wolbring: Trümmerfeld.
- 12 Vgl. Zauner: Erziehung.
- 13 Vgl. Defrance: Politique culturelle; Morsey: 50 Jahre u. Ruppert: Anfänge.
- 14 Vgl. Singer: Université libérée, S. 22–34.
- 15 Vgl. Soutou: Politique française u. Maelstaff: Allemagne, S. 26 f.
- 16 AMAE, AC 75, Exposé *Réouverture de l'Université de Mayence* von Schmittlein vom 25.2.1946.
- 17 Vgl. Defrance: Politique culturelle, S. 77 f.
- 18 Zit. nach Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 128.
- 19 Vgl. Erler: Erstes Jahr, S. 2; AMAE, AC 67, Raymond Schmittlein an Émile Laffon am 21.12.1945 u. Steil-Beuerle: Erinnerungen, S. 197.
- 20 Vgl. UA Mainz, NL 17/3, Raymond Schmittlein an den französischen Botschafter in Bern am 16.11.1945.
- 21 AMAE, AC 67, Aufzeichnung für Émile Laffon vom 21.12.1945.
- 22 Die Denkschriften wurden abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 21–56.
- 23 Vgl. Kraus: Universitätsgeschichte, abgedr. in ebd., S. 78 f. Siehe dazu auch den Bericht von Louis Kleinmann, abgedr. in ebd., S. 69.
- 24 Vgl. Eichholz: Entstehung, S. 160 u. Defrance: Raymond Schmittlein, S. 13.
- 25 Vgl. den Bericht von Jacques Lacant, Germanist und ehemaliger Universitäts-offizier in Freiburg i. Br. in Heinemann (Hrsg.): Hochschuloffiziere, S. 100.
- 26 Schmittlein war zurückhaltend: »Une école normale d'instituteurs et un séminaire ne forment pas le noyau d'une Université, même si on le loge dans une caserne détruite.« AMAE, AC 67, Aufzeichnung für Émile Laffon vom 21.12.1945.
- 27 Vgl. Küppers: Bildungspolitik, S. 175.
- 28 Vgl. Erler: Erstes Jahr, S. 12; Schütz: Louis Théodore Kleinmann, S. 14 f. u. allg. AMAE, AC 64.
- 29 UA Mainz, NL 17/3, Rede von August Reatz vom 22.5.1947.
- 30 Vgl. AMAE, AC 63, Briefe von Raymond Schmittlein vom 17.10.1945 u. 16.11.1945 u. allg. Mathy: Josef Schmid.
- 31 AMAE, AC 105, Instructions sur la réouverture provisoire des universités vom 5.9.1945 u. »rectificatif« vom 27.10.1945.
- 32 UA Mainz, Best. 45/88, Gutachten des Dekans der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Thomas Würtenberger, vom 18.11.1950. Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 33 Vgl. Defrance/Hüther: Nouveau personnel.
- 34 UA Mainz, Best. 7/15, der Delegierte des Distrikts Rheinhessen, Pierre Jacobsen, an die DEP am 23.1.1946. Eckert war an der Wiedererrichtung der Universität Köln 1919 beteiligt und deren erster Rektor. Er war zudem maßgeblich in die Eröffnung der JGU involviert, u. a. durch eine Denkschrift und wurde dort ab 1946 Gastprofessor für Volkswirtschaftslehre. Vgl. Napp-Zinn: Eckert, S. 290 f.
- 35 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Simon in diesem Band. Vgl. auch AMAE, AC 63(2), Akte Ewig u. Wojtynowski: Geschichte.
- 36 Vgl. die Statuten der Universität Mainz (§ 11), abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 103–110 u. Kißener: Kontinuität, S. 108.
- 37 Siehe hierzu auch den Beitrag von Horst Kant in diesem Band.
- 38 AMAE, AC 75, Exposé *Réouverture de l'Université de Mayence* von Schmittlein vom 25.2.1946.
- 39 Vgl. Defrance: La mission du CNRS en Allemagne (1945–1950). La Revue pour l'Histoire du CNRS (2001), Nr. 5, URL: <http://histoire-cnrs.revues.org/3372> (abgerufen am 6.9.2019).
- 40 Siehe hierzu den Beitrag von Ilja Medvedkin in diesem Band.
- 41 Vgl. Erler: Erstes Jahr, S. 6.
- 42 UA Mainz, NL 17/3, Rede von August Reatz vom 22.5.1947.
- 43 Vgl. AMAE, AC 63, Aufzeichnung der Sûreté vom 11.10.1946. Schmid habe Edgar Glässer empfohlen, seine »frankophilen Gefühle zu mindern«.
- 44 Vgl. ebd., Akte über die »Schmid-Affäre«. Vgl. auch Baginski: Frankreichs Universitätspolitik.
- 45 Vgl. Siggemann: August Reatz.
- 46 Eichholz erinnerte sich, wie er Schmid in Baden-Baden Anfang 1946 begegnete: »Wir wurden uns vorgestellt mit der Frage, ob wir glaubten, miteinander den Aufbau der Universität durchführen zu können.« AMAE, AC 63, Erinnerungen von Fritz Eichholz vom 12.2.1949. Vgl. dazu auch ebd., Aufzeichnung von Eichholz vom 26.9.1949 u. Siggemann: Fritz Eichholz.
- 47 Vgl. Manns: Erinnerungen, S. 21.
- 48 Vgl. Defrance: Politique culturelle, S. 69.
- 49 Siehe hierzu auch den Beitrag von Heinz Duchhardt in diesem Band und die Liste der Ehrenpromotionen im Anhang.
- 50 AMAE, AC 75, Exposé *Réouverture de l'Université de Mayence* von Schmittlein vom 25.2.1946.
- 51 Zit. nach Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 113.
- 52 Vgl. ebd.
- 53 Vgl. AMAE, CCFA Pol IV C 3b, Bericht Schmittleins vom 25.2.1946.
- 54 Statuten der Universität Mainz (§ 4b u. c), abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 103–110.
- 55 Ebd., § 4d.
- 56 Vgl. Kißener: Kontinuität, S. 107 f.
- 57 Vgl. Defrance: Rôle, S. 64.
- 58 Vgl. dies.: Politique culturelle, S. 70 f. u. S. 323 f.
- 59 Siehe hierzu auch die Tabelle der Studierendenzahlen im Anhang dieses Bandes.
- 60 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kim Krämer in diesem Band.
- 61 Vgl. Defrance: Politique culturelle, S. 171–175, S. 273 u. S. 321.
- 62 Vgl. AMAE, AC 109, Aufzeichnung von Raymond Schmittlein vom 3.1.1947.
- 63 Vgl. Kißener: Kontinuität, S. 110. Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Berger und Wolfgang Breul in diesem Band.
- 64 AMAE, AC 70, Raymond Schmittlein an Émile Laffon am 5.11.1946.
- 65 Vgl. Möhler: Entnazifizierung, S. 347.
- 66 Vgl. Defrance: Politique culturelle, S. 271–275.
- 67 Vgl. Kißener: Grundzüge, S. 130 f. u. Defrance: Mainz, S. 81–84.
- 68 Vgl. Public Record Office (PRO)/London, Foreign Office (FO) 1050/1104, Report on tour in French Zone by Educational Adviser and Director, Education Branch vom 20.–26.6.1948. Vgl. allg. Defrance: Alliés occidentaux, S. 189 f.
- 69 PRO, FO 945/265, Bericht von Harry Beckhoff über seinen Besuch in Mainz (29.–30.5.1947) vom 2.6.1947.
- 70 Vgl. Hechinger: Nationalism in New German Universities. In: New York Herald Tribune, 31.12.1948, [o. S.].
- 71 Vgl. Pfeil: Ewig.
- 72 Vgl. Gunst: Ausformung.
- 73 Siehe hierzu auch den Beitrag von Gregor Wedekind in diesem Band.

Dekade der Konsolidierung

Die JGU in den 1950er-Jahren

Christian George

Rückblickend erscheinen die Jahre zwischen 1950 und 1960 in der Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) als Dekade der Konsolidierung, in der die Notlagen der Anfangszeit überwunden werden konnten und sich die JGU im Kreis der westdeutschen Universitäten etablierte. Diese Entwicklung verlief jedoch nicht linear, sondern wurde in den Jahren von 1951 bis 1954 von einer Krisenphase unterbrochen, die zum einen durch einen drastischen Rückgang der Studierendenzahlen und zum anderen durch einen eskalierenden Konflikt zwischen Rektor und Kurator ausgelöst wurde. Erst nachdem diese Krise überwunden war, nahm eine Entwicklung ihren Fortgang, die durch den Ausbau der Universität, die fachliche Ausdifferenzierung und steigende Studierendenzahlen gekennzeichnet war. Insbesondere die zweite Hälfte der 1950er-Jahre ist daher als Phase der Konsolidierung zu bezeichnen. Sie ist eine der entscheidendsten Epochen der neueren Mainzer Universitätsgeschichte und prägte das Bild der gesamten Dekade.

Emanzipation vom französischen Einfluss (1949–1951)

Zu Beginn der 1950er-Jahre befand sich die Universität zunächst noch in einem Prozess der Emanzipation vom Einfluss der französischen Besatzungsmacht. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts hatten die deutschen Institutionen, und damit auch die Universität Mainz, nach und nach eine größere Unabhängigkeit von den Besatzungsmächten erlangt. Bereits durch die Ordonnance Nr. 95 vom Juni 1947 war den deutschen Behörden die Kulturhoheit in der französischen Zone übertragen worden.¹ Damit war das Kultusministerium des neugegründeten Landes Rheinland-Pfalz zur Aufsichtsbehörde der Universität geworden. Als sichtbares Zeichen der neuen Zuständigkeit erhielten bis Ende 1950 alle bereits berufenen Professoren eine neue, nun vom Kultusminister unterzeichnete Ernennungsurkunde. Der wachsende Einfluss deutscher Stellen fand darüber hinaus 1951 mit dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen seinen Ausdruck. Mit diesem konnten Beamte – oft ehemalige Nationalsozialisten –, die durch die Auswirkung des Kriegs ihre Stelle verloren hatten, bevorzugt eingestellt werden. Dies galt vor allem auch für Professoren.² Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Direction de l'Éducation Publique (DEP) als die von französischer Seite für die Universität zuständige Behörde wurden dagegen deutlich eingeschränkt.³ Die ursprüngliche Kontroll- und Aufsichtsfunktion der DEP verlagerte sich mehr und mehr auf unterstützende und fördernde Aufgaben, insbesondere auf den deutsch-französischen Kulturaustausch. Auf deutscher Seite setzte damit ein Emanzipationsprozess von den Vorstellungen der vormaligen Besatzungsmacht ein. Im Herbst 1951 kehrte General Raymond Schmittlein,⁴ der Leiter der DEP, nach Frankreich zurück.⁵ Damit verließ nun nach dem Ende der Besatzungszeit auch diejenige Person Mainz, die aufgrund ihrer engen Verbindung zur JGU den weitreichendsten Einfluss auf die Universität ausgeübt hatte.

Seinen normativen Ausdruck fand der Emanzipationsprozess der JGU in der Verabschiedung des *Statuts über die Organe der Verwaltung [...] der Johannes Gutenberg-Universität* vom 23. September 1949,⁶ das

die bisherigen Statuten der Universität Mainz aus dem Jahr 1946 ablöste. Während in Letzteren der vor allem von französischer Seite ausgehende Wille nach Erneuerung der Hochschulen und nach der Ausrichtung von Forschung und Lehre auf die »gegenseitige Achtung der Völker voreinander«⁷ spürbar war und den französischen Behörden weitgehende Einflussmöglichkeiten etwa auf die Berufung von Professoren eingeräumt wurden, dienten die Regelungen von 1949 dazu, die Aufgaben der verschiedenen Organe der akademischen und wirtschaftlichen Verwaltung unabhängig von französischem Einfluss zu ordnen. Sie sind daher »als Schritt auf dem Weg zu mehr Selbstverwaltung und als ein Akt der Emanzipierung von den Vorgaben der französischen Siegermacht anzusehen«.⁸ Ein letzter Rest französischer Aufsichtsfunktion blieb jedoch insofern erhalten, als für die im neuen Statut nicht geregelten Fragen die von den französischen Besatzungsbehörden 1946 erlassenen Regelungen ihre Gültigkeit behielten. Ausdrücklich verstand sich das Statut von 1949 als Provisorium, das »möglichst bald durch eine vollständige Universitätssatzung ersetzt werden soll«.⁹ So wurde bereits im Folgejahr ein erster Entwurf für ein Landeshochschulgesetz auf den Weg gebracht. Es sollte jedoch bis zum Jahr 1961 dauern, bis die JGU mit dem Universitätsgesetz endlich eine dauerhafte Verfassung erhielt. Die Diskussionen über dieses Universitätsgesetz bestimmten während der gesamten 1950er-Jahre in wechselnder Intensität das Verhältnis zwischen Universität, Studierendenschaft und Ministerium und waren Dauerthema in den Jahresberichten des Rektors und regelmäßiger Tagesordnungspunkt bei den Senatssitzungen.

Insgesamt konnte die Universität mit ihrer bisherigen Entwicklung zufrieden sein und beim akademischen Festakt am 22. Mai 1951 auf fünf erfolgreiche Jahre zurückblicken. Es war deutlich erkennbar, dass die Herausforderungen der Gründungsjahre zu einem großen Teil gemeistert waren. Doch wurde die Konsolidierung der Universität zu Beginn der 1950er-Jahre von Krisen überlagert, die ihre Fortentwicklung lähmten.

Die maßgeblichen Ereignisse zu Beginn der 1950er-Jahre, die die Universität auch nach außen als instabil und krisengeschüttelt erscheinen ließen, waren neben dem drastischen Rückgang der Studierendenzahlen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Rektor und Kurator. Als Verwaltungsleiter der JGU war 1946 Fritz Eichholz eingesetzt worden, der als Schwager General Schmittleins über enge Beziehungen zu den französischen Besatzungsbehörden verfügte. Zudem hatte er schon aufgrund seines über die Jahre stetig wachsenden Erfahrungsschatzes gegenüber den nur jeweils für ein Jahr gewählten Rektoren einen merklichen Wissensvorsprung. Durch sein »gutsherrliches«¹⁰ Auftreten brachte Eichholz wiederholt Mitglieder des Lehrkörpers und der Hochschulleitung gegen sich auf. Bereits 1947 hatte seine Auseinandersetzung mit Gründungsrektor Josef Schmid zu dessen Absetzung geführt.¹¹ Obwohl im Statut von 1949 die Zuständigkeiten zwischen Rektor und dem nun als Kurator bezeichneten Verwaltungsleiter neu geregelt worden waren, deutete sich bereits wenige Jahre danach erneut ein Konflikt an, der sich an der Zuständigkeit in Haushaltsfragen entzündete und unter Rektor Hellmut Isele eskalierte. Es ist bezeichnend für den hochemotional geführten Streit, dass es beiden Parteien nicht gelang, ihre Differenzen intern zu klären. Kurator Eichholz nutzte seine Ansprache auf dem Festakt zur Fünfjahresfeier, um den Streit in Andeutungen zu thematisieren, sodass auch die *Mainzer Studenten-Zeitung* diesen in einem Beitrag ansprach – ohne genauere Hintergründe zu kennen.¹² Es trug sicher nicht zur Befriedung des Konflikts bei, dass in der gleichen Ausgabe die Rolle des Kurators bei der Verteilung und der Akquise von Finanzmitteln mit dem Märchen *Der goldene Brotkorb* persifliert wurde.¹³

Nachdem durch ein vermittelndes Gespräch im Sommer 1951 der Streit vorübergehend beigelegt werden konnte, brach er Ende 1951 erneut aus. Ausgangspunkt war ein Dissens über die Zuständigkeit für die

Phase der Krise (1951–1954): Der Konflikt zwischen Rektor und Kurator

Der güldene Brotkorb

Ein apokryphes Märchen der Gebrüder Grimm

Es war einmal eine furchtbare Feuersbrunst, die den Menschen viel Leid und Unglück brachte. Die Feuersbrunst ging über Städte und Dörfer, über Länder, Felder und Wälder, und alles war verwüstet und leer. Aber eine gute Fee rettete ein großes Haus aus der Verwüstung und gab es einer Mutter mit ihren zahlreichen Kindern, auf daß sie darin eine Heimat fänden; denn der Menschen waren viele, der Häuser aber nur wenige, und so waren die Mutter und ihre Kinder der guten Fee von Herzen dankbar. Sie richteten sich notdürftig ein in dem großen Haus, das ihnen die Fee geschenkt hatte. Aber das Brot war knapp und der Mangel allgemein, so daß die nährnde Mutter oft nicht ein noch aus wußte, wie sie ihre Kinder versorgen sollte. Doch der Kinder wurden immer mehr, denn von überall her kamen sie, um sich der großen Familie anzuschließen. Und die gütige Mutter nahm sie alle auf in den Schoß der Familie. Aber nun konnte die Mutter des Mangels gar nicht mehr Herr werden, und sie rief in ihrer Not die gute Fee an, auf daß sie ihr hülfte. Und die gute Fee dauerte die Not der Mutter und ihrer vielen Kinder, und sie schenkte der Familie einen wunderbaren Brotkorb, der sich immer von neuem füllte mit den herrlichsten Dingen, wenn er einmal leer geworden war. Da aber weder die Mutter noch eines ihrer Kinder mit ihm recht umgehen konnte, bestimmte die gute Fee ein Heinzelmännchen, das erfahren war mit solchen Dingen, den Brotkorb zu verwalten und dafür zu sorgen, daß die Mutter und ihre Kinder immer wohl versorgt wären. Und nun hub eine gute Zeit an. In Freude und Eintracht lebten die Mutter und ihre Kinder und das Heinzelmännchen in dem großen Haus. Die Kinder spielten; sie untersuchten die Pflanzen und die Tiere und die Luft und das Wasser und die Steine. Andere saßen im Hause und lasen dicke Bücher oder spielten das Glasperlenspiel. Die älteren unterwiesen die jüngeren, und die gütige Mutter lobte und tadelte, belohnte und schalt, und das Heinzelmännchen verteilte gerecht die Gaben der Fee aus dem wundertätigen Brotkorb. Es war eben eine ganz besondere Familie.

Aber eines Tages kam am Abend ein böser Waldschrat in das große Haus, wo alle schliefen. Und er schlich sich zu dem Heinzelmännchen hin, das auf dem Brotkorb saß, und wisperte: „Du dummes Heinzelmännchen du, merkst du denn nicht, daß du der Mächtigste bist hier im Hause? Bist du es nicht, der sie alle erhält, die Mutter wie die Kinder? Merkst du es nicht, wie sie immer angesehener werden, und du nur ein kleines Heinzelmännchen bleibst, ewig verdammt zu dienen, wenn du dich nicht besinnst?“ Da merkte das Heinzelmännchen auf, und die bösen Worte des Waldschrats träufelten wie Gift in sein Herz. Von nun an war es ein anderer. Die Mutter und die Kinder, denen der Brotkorb doch gehörte, mußten jetzt viele Male laufen und bitten, um ihren Teil der Gaben zu erhalten. Das Heinzelmännchen, das ein treuer

Diener der Familie gewesen war, wurde mürrisch und widerspenstig, wenn die Mutter es schalt und ließ alle seine Macht spüren. Es wurde putz- und prunksüchtig, ließ das große Haus, das es als das seine ansah, über Gebühr schmücken und verwendete die Gaben des Brotkorbes, statt sie unter die Familie zu verteilen, dazu, ihn innen und außen vergolden zu lassen. Es selbst putzte sich mit einer bunten Schürpe, und siehe, einige der Kinder eiferten ihm darin nach, und sie wurden seine Lieblingskinder. Nun gab es Uneinigkeit und Streit in der Familie.

Eines schönen Tages jedoch kam ein mächtiger Zauberer zu Besuch in das Haus. Er hatte einen Zylinder auf, trug einen Ziegenbart, und sein Hemd war über und über mit Sternen besät. Er sah, daß für die vielen Kinder das Haus zu klein geworden war,

Philo, der Sartrejünger
III.

Philo, der in der Ekstase
tief ins Dasein sich geworfen fühlt,
fällt solange, bis ihm die Nase
Tütü mit Zitronen kühlt. Bum

und da er ein Freund der Fee war und er Kinder liebte, wollte er ihnen helfen, das Haus zu vergrößern. Darüber freuten sich die Mutter und ihre Kinder sehr; aber die Fee glaubte, der Zauberer wolle ihr die Familie entfremden und vertraute mehr dem, was ihr das Heinzelmännchen zuflüsterte, als daß sie auf die Wünsche der Mutter und ihrer Kinder gehört hätte. Darüber erhob sich nun ein großer Streit, während doch die zahlreiche Familie der Mutter vergebens auf ihr neues Haus wartete, das sie so nötig brauchte.

Aber eines Sommermorgens, als strahlend die Sonne aufging und Millionen von Tauperlen auf den Blättern und Gräsern funkelten, als die Blumen lächelnd ihre lieblichen Blüten öffneten und die Vögel jubilierend den Tag begannen, da ergriff die große Klarheit dieses herrlichen Morgens auch die Seelen der guten Fee, des großmächtigen Zauberers und auch des Heinzelmännchens und alle wußten sie auf einmal, daß sie ja alle nur das Beste für die gütige Mutter und ihre vielen Kinder wollten. Die Fee freute sich, daß auch der Zauberer helfen wollte; sie tanzte mit dem Zauberer, der ihr eine Chesterfield anbot, und dann trank sie mit der Mutter Kaffee und ließ sich dabei all deren Wünsche erzählen. Auch mit dem Heinzelmännchen das schwor, in Zukunft den Inhalt des wunderbaren Brotkorbes wieder gerecht zu verteilen, waren alle wieder gut, und nun freuten sie sich sogar, daß es ihr Haus so schmuck hatte herrichten lassen.

Es war eitel Freude im ganzen Haus, und alle liebten einander, und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie heute noch.





Links: Kurator Fritz Eichholz an seinem Schreibtisch. Quelle: UA Mainz, S3/90.

Rechts: Tondrahtrolle mit Reden zur Fünfjahresfeier der Universität 1951. Foto: Christian George, Quelle: privat.

Verwaltung der Mittel, die der Universität durch den McCloy-Fonds zur Errichtung eines Studentenwohnheims zur Verfügung gestellt worden waren.¹⁴ Die tiefere Ursache für den Konflikt zwischen den beiden Parteien lag jedoch »in der verschiedenen Auffassung über die Rechte und Pflichten [...], die ihnen auf Grund der derzeitigen Satzung vom 10.9.1949 zukämen.«¹⁵ Während die ursprünglichen Statuten von 1946 sich an der sogenannten Syndikatsverfassung orientierten und dem Verwaltungsleiter die finanzielle, technische und wirtschaftliche Verwaltung der Universität unter der Dienstaufsicht des Rektors übertrug, entsprach die Satzung von 1949 dagegen einer Kuratorenverfassung, die dem Kurator eine stärkere und unabhängigere Stellung gegenüber Rektor und Senat einräumte. Eine Ausnahme hierin bildeten die Bestimmungen zur Vermögensverwaltung in Paragraph 25, an welchen sich der Konflikt entzündete. Diese waren vom Senat im Geist der Syndikatsverfassung in die neue Satzung übernommen worden und führten zu Unklarheiten.¹⁶ Damit war eine potentielle Konfliktsituation geschaffen, die in der Auseinandersetzung um die Gelder der McCloy-Stiftung für das neue Studentenwohnheim zu offenen Streitigkeiten führten, in die nun auch das Kultusministerium involviert wurde, da eine interne Beilegung des Konflikts mit zunehmender Dauer unmöglich wurde.

Im Dezember 1951 nahm der Streit kuriose Züge an und verließ nunmehr endgültig die Ebene der sachlichen Auseinandersetzung. Auslöser war ein sogenanntes Supraphon, ein Aufnahmegerät, mit dem Töne auf Draht aufgenommen werden konnten.

Eichholz wurde vorgeworfen, mit diesem Gerät heimlich in seinem Zimmer Gespräche mit Professoren aufgezeichnet zu haben. Am 27. Dezember 1951 wurde Kultusminister Albert Finck durch Rektor Isele auf das »Factum einer geheimen Abhöranlage im Dienstzimmer-Schreibtisch des Kurators«¹⁷ aufmerksam gemacht. Auf seiner nachfolgenden Sitzung verabschiedete der Senat eine Resolution, in der er den Kultusminister aufforderte, Kurator Eichholz von seinem Amt zu entbinden, da eine Zusammenarbeit unmöglich geworden sei.¹⁸ Die Deutlichkeit, mit der der Senat gegen Eichholz vorging, war sicher auch in dem über einen langen Zeitraum angestauten Ärger der Professoren über das oft selbstherrliche Verhalten von Eichholz begründet. Es mag aber vielleicht auch kein Zufall sein, dass zu Beginn des Wintersemesters 1951/52 General Schmittlein Mainz verlassen hatte und von Seiten des Senats also die Hoffnung bestand, sich des Kurators nun entledigen zu können. Um dem Streit ein Ende zu bereiten, beauftragte der Kultusminister Landgerichtspräsident Ludwig Molz mit der Erstellung eines Gutachtens über die Ursachen des Konflikts. Inzwischen hatten auch die *Allgemeine Zeitung* und der *Südwestfunk* über die Auseinandersetzung berichtet.¹⁹ Wie tief das Misstrauen zwischen den beiden Parteien inzwischen geworden war, wird an einer Episode vom Februar 1952 deutlich,

als Eichholz in zwei Aktenvermerken festhielt, Rektor Kurt Galling habe mit drei Kriminalbeamten das für Molz vorgesehene Büro in der Universität auf versteckte Abhöreinrichtungen untersuchen lassen.²⁰ Das Molz'sche Gutachten führte schließlich zu einer Beendigung des Streits. Es machte die in der Unklarheit der Satzung begründeten Konfliktpotentiale deutlich. Als Reaktion richtete das Kultusministerium Ende Februar 1952 ein »Kuratorium« genanntes Gremium ein, dem die Bearbeitung der zwischen Rektor und Kurator strittigen Punkte, insbesondere in Fragen der Vermögensverwaltung, übertragen wurde.²¹ Dem Kuratorium gehörten seitens des Ministeriums Ministerialrat Otto Wegner und Regierungsrat Albert Salm, der spätere Kanzler der JGU, an. Die ersten Vertreter der Universität waren die Professoren Adolf Dabelow und Friedrich August von der Heydte.²² Das Gremium blieb bestehen, bis es nach Inkrafttreten des neuen Universitätsgesetzes 1961 durch den Verwaltungsrat abgelöst wurde. Das Eingreifen des Kultusministeriums hatte den Streit zwischen Kurator und Rektor zumindest insoweit eindämmen können, dass man in der Folgezeit universitätsintern damit umgehen konnte.

Streit um die Sonderzulage Mainz

Ein weiteres Symptom der Krise war der Weggang der ersten Professoren. Nachdem in den ersten vier Jahren bis 1949 nur drei Professoren auswärtigen Rufes gefolgt waren, verließen im Jahr 1950 drei und 1951 gleich zehn Professoren die JGU. Ein Grund dafür war unter anderem die einseitige Kündigung der sogenannten »Sonderzulage Mainz« durch das Finanzministerium. Bei der Sonderzulage handelte es sich um einen von den französischen Behörden gewährten Gehaltszuschlag für die nach Mainz berufenen Professoren, der als Ausgleich für die »außerordentlichen Lebensbedingungen in der erheblich zerstörten Stadt und als [...] Anregung besonderer Leistungen zum Auf- und Ausbau der einzelnen Lehrzweige [...] in den ersten zehn Jahren des Bestehens der Hochschule«²³ gedacht war. Ziel war, wie es Gründungsrektor Schmid formulierte, »bewährte Lehrkräfte für die Universität zu erhalten«.²⁴ Danach bekamen ordentliche und außerordentliche Professoren eine jährliche Zusatzzahlung von 3.000 RM. Bereits im Februar 1948 war die Sonderzulage erstmals Thema einer Senatssitzung, da Gerüchte von der bevorstehenden Streichung bekannt geworden waren.²⁵ Im Sommer 1948 stellte das Finanzministerium die Zahlung der Zulage ein. Es berief sich dabei auf die Verordnung 160 vom 26. Juni 1948 über die Geldreform, durch die die Landesregierungen ermächtigt wurden, »auf dem Gebiet des Beamtenrechts, insbesondere des Besoldungs- und Versorgungsrechts, die Massnahmen zu treffen, die ihnen zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen geboten erscheinen«.²⁶ Umgehend protestierte die Universität gegen die Kürzung bei Finanz- und Kultusministerium und richtete eine Kommission ein, um die Rechtslage zu klären.²⁷ Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät begründete schließlich 1950 in einem ausführlichen Gutachten die Ansprüche der Professoren auf die Auszahlung der Zulage. Darin führt sie zum einen formale Fehler – durch die Verordnung 160 war die Landesregierung zur Ergreifung von Maßnahmen ermächtigt worden, die Streichung erfolgte jedoch durch das Finanzministerium – und zum anderen sachliche Fehler an – die Ermächtigung bezog sich nur auf das Beamtenrecht, betroffen waren aber auch nichtbeamtete Lehrkräfte. Das Einstellen der Sonderzulage sei daher nichtig. Des Weiteren sei die Sonderzulage durch einen privatrechtlichen Vertrag abgesichert, der nur im Einvernehmen beider Parteien kündbar sei.²⁸ Die Professoren hatten bei ihrer Berufung in Mainz ein Formular unterschrieben, das unter Punkt 1 die Besoldung auflistete, darin an prominenter Stelle – fett gedruckt – die Position »Sonderzulage Mainz für 10 Jahre«.²⁹ Alle Proteste und Eingaben der JGU konnten aber kein Einlenken der Landesregierung bewirken, die sich in ihrer Entscheidung auf die katastrophale Haushaltslage berief.³⁰ Im Sommer 1951 gelangten Universität und Landesregierung schließlich zu einer Einigung in Form einer in zwei Teilen auszuzahlenden Vergleichssumme.³¹ De facto bedeutete die Abschaffung der Sonderzulage eine finanzielle Schlechterstellung der Professoren, wodurch sie für auswärtige Rufe empfänglicher wurden.

Das sichtbarste Krisensymptom, das sogar den Fortbestand der Universität fraglich erscheinen ließ, war der dramatische Rückgang der Studierendenzahlen.

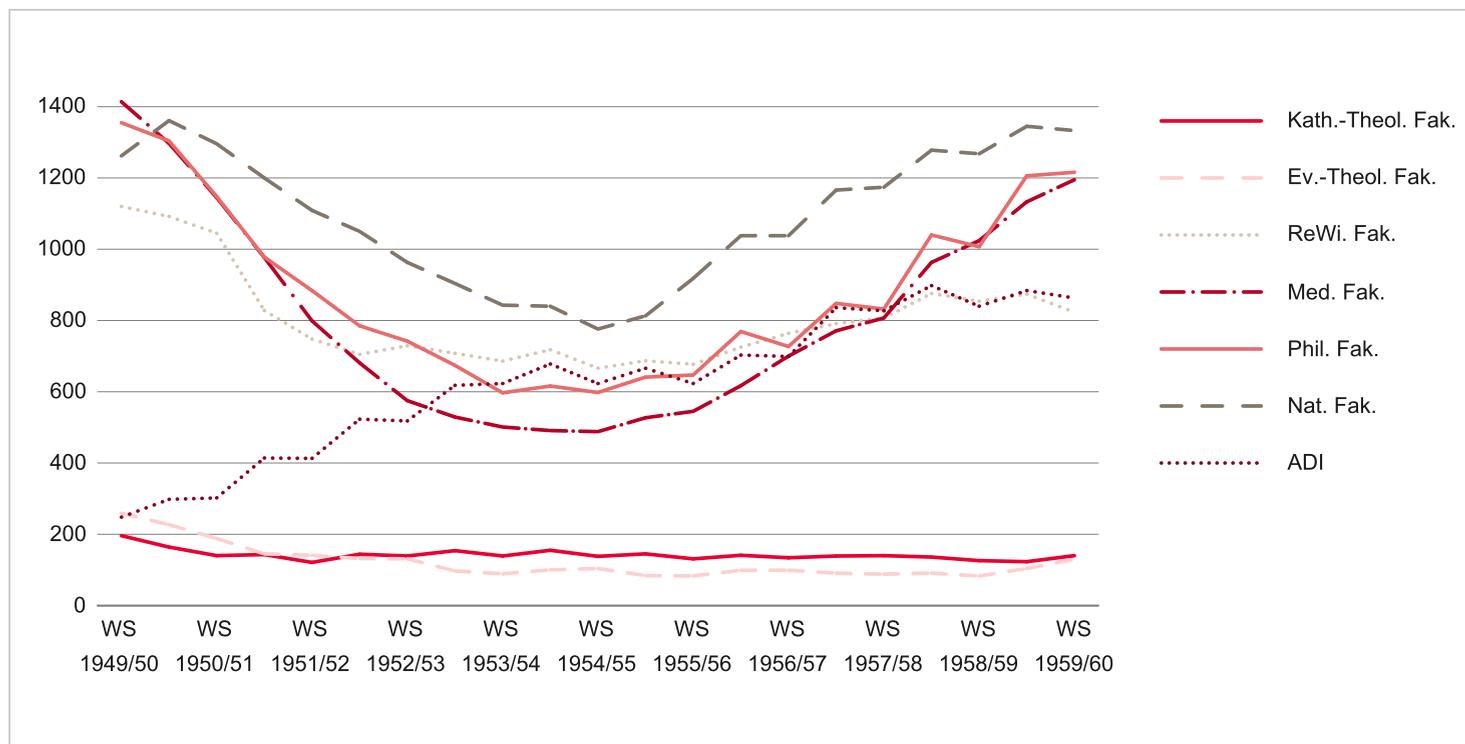
Diese hatten 1949 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht; Mainz war zu der Zeit nach München die größte Universität Westdeutschlands.³² Waren im Wintersemester 1948/49 noch 6.033 Studierende eingeschrieben, ging die Zahl zum Wintersemester 1949/50 auf 5.706 Studierende zurück. Die Universität reagierte sofort und lockerte die Zulassungsanforderungen, um »ein rapides Absinken der Studierendenzahlen zu vermeiden«,³³ dennoch setzte sich der Trend auch in den kommenden Semestern fort. Im Wintersemester 1952/53 waren nur noch 3.646 Studierende eingeschrieben, das bedeutete einen Rückgang von knapp 40 Prozent gegenüber dem Spitzenwert von 1949.³⁴ Zwar sanken bundesweit die Studierendenzahlen zu Beginn der 1950er-Jahre,³⁵ die JGU war davon jedoch überproportional stark betroffen. Da die Landesregierung die Entwicklung der Studierendenzahlen zudem zum Anlass nahm, einen dementsprechenden Stellenabbau an der Universität zu fordern, beauftragte der Senat Professor Wilhelm Emil Mühlmann mit der Erstellung eines Gutachtens zu den Ursachen.

Das 1952 vorgelegte Gutachten beruhte maßgeblich auf einer Befragung des Lehrkörpers durch Fragebögen sowie auf Gesprächen mit Vertretern des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA).³⁶ Letzteren wurde jedoch explizit weniger Gewicht beigemessen als der Meinung der Lehrenden. Auf eine allgemeine Befragung der Studierenden wurde gleich ganz verzichtet, da deren Angaben nach Ansicht Mühlmanns »auf ein Mäkeln an den Einrichtungen der Universität hinaus[laufen]« würden. Diese Haltung steht symptomatisch für den paternalistischen Geist, der an den Universitäten der 1950er-Jahre vorherrschte. Während den Studierenden nicht zugestanden wurde, für ihre Studienplatzwahl nachvollziehbare Gründe vorbringen zu können, wurde den Lehrenden zugebilligt, in dieser Frage »einen grösseren Überblick und ein sicheres Urteil«³⁷ zu haben.

Die Situation stellte sich je nach Fakultät sehr unterschiedlich dar: Eine Sonderrolle nahm das Auslands- und Dolmetscherinstitut in Germersheim ein, da hier die Studierendenzahlen im entsprechenden Zeitraum sogar anstiegen.³⁸ Auch die Katholisch-Theologische Fakultät war von dem Absinken der Studierendenzahlen nicht betroffen, da das Studium in Mainz für Theologen aus den Diözesen Mainz und Speyer verpflichtend war. Dagegen ging die Zahl an ihrer evangelischen Schwesterfakultät stark zurück. Die Gründe hierfür wurden von den Dozierenden in der Gebührenfreiheit des Studiums in Hessen, der starken Fluktuation auf den Lehrstühlen für Neues Testament sowie in der ungenügenden Ausstattung der Arbeitsräume und der Bibliothek gesehen.³⁹ Die Klage über unzureichende, wenn nicht gar katastrophale Bibliotheksverhältnisse bestimmten auch die Rückmeldungen aus der Philosophischen Fakultät.⁴⁰ Am stärksten betroffen von dem Rückgang waren jedoch die Rechtswissenschaften und die Medizin. Während die Juristen als Ursache das als zu schwierig angesehene Mainzer Staatsexamen bei gleichzeitigen schlechten Übernahmechancen in den rheinland-pfälzischen Staatsdienst angaben, sah sich die Medizinische Fakultät mit einem grundsätzlichen Problem konfrontiert: Das als Universitätsklinikum übernommene ehemalige städtische Krankenhaus war nicht für die Ausbildung von Nachwuchsmedizinern ausgestattet. Es fehlte an Hörsälen, Studieneinrichtungen und Aufenthaltsräumen für die klinischen Semester. Zudem »werden [die Studierenden] von Seiten der Verwaltung des Krankenhauses mehr oder weniger als lästige Fremdkörper im Klinikbetrieb angesehen«.⁴¹ Daneben herrschten gerade im Pathologisch-Anatomischen Institut aufgrund der fehlenden Leichenkühlung katastrophale hygienische Bedingungen. Gleichzeitig waren die Anforderungen an die Studierenden besonders hoch, da das Physikum erst nach fünf (statt nach andernorts üblichen vier) Semestern und die einzelnen Prüfungen zudem nicht zeitlich verteilt abgelegt werden konnten.

Zur geringen Attraktivität von Mainz als Studienort trugen außerdem die starken Zerstörungen der Stadt in Verbindung mit schlechten Unterkunftsmöglichkeiten⁴² und die hohen Studiengebühren bei.

Rückgang der Studierendenzahlen



Die Entwicklung der Studierendenzahlen der einzelnen Fakultäten in den 1950er-Jahren. Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors nach Zahlen aus dem UA Mainz, Best. 4/6.

Diese Auffassung wurde auch von den AstA-Vertretern geteilt, die außerdem die Befürchtung äußerten: »Die Studentenschaft habe den Eindruck, dass das Land Rheinland-Pfalz kein Interesse an der Universität habe.«⁴³ Bemerkenswerterweise sieht Mühlmann auch in dem Konflikt zwischen Rektor und Kurator als ein auch nach außen hin erkennbares Krisensymptom eine Ursache für den Rückgang der Studierendenzahlen. Als Fazit hielt Mühlmann fest:

»[E]s hätte vielleicht zeitiger begriffen werden müssen, dass Mainz in den ersten Jahren nach der Neugründung den Wert einer »Ausweichuniversität« für viele Studenten hatte und dass es besonderer Anstrengungen bedurft hätte, um diesen Charakter durch den einer renommierten und attraktiven Hochschule zu ersetzen. Mainz hat gewissermaßen von Vorschuss-Lorbeeren gelebt, denen eine entsprechende Leistung nicht in ausreichendem Masse nachgefolgt ist.«⁴⁴

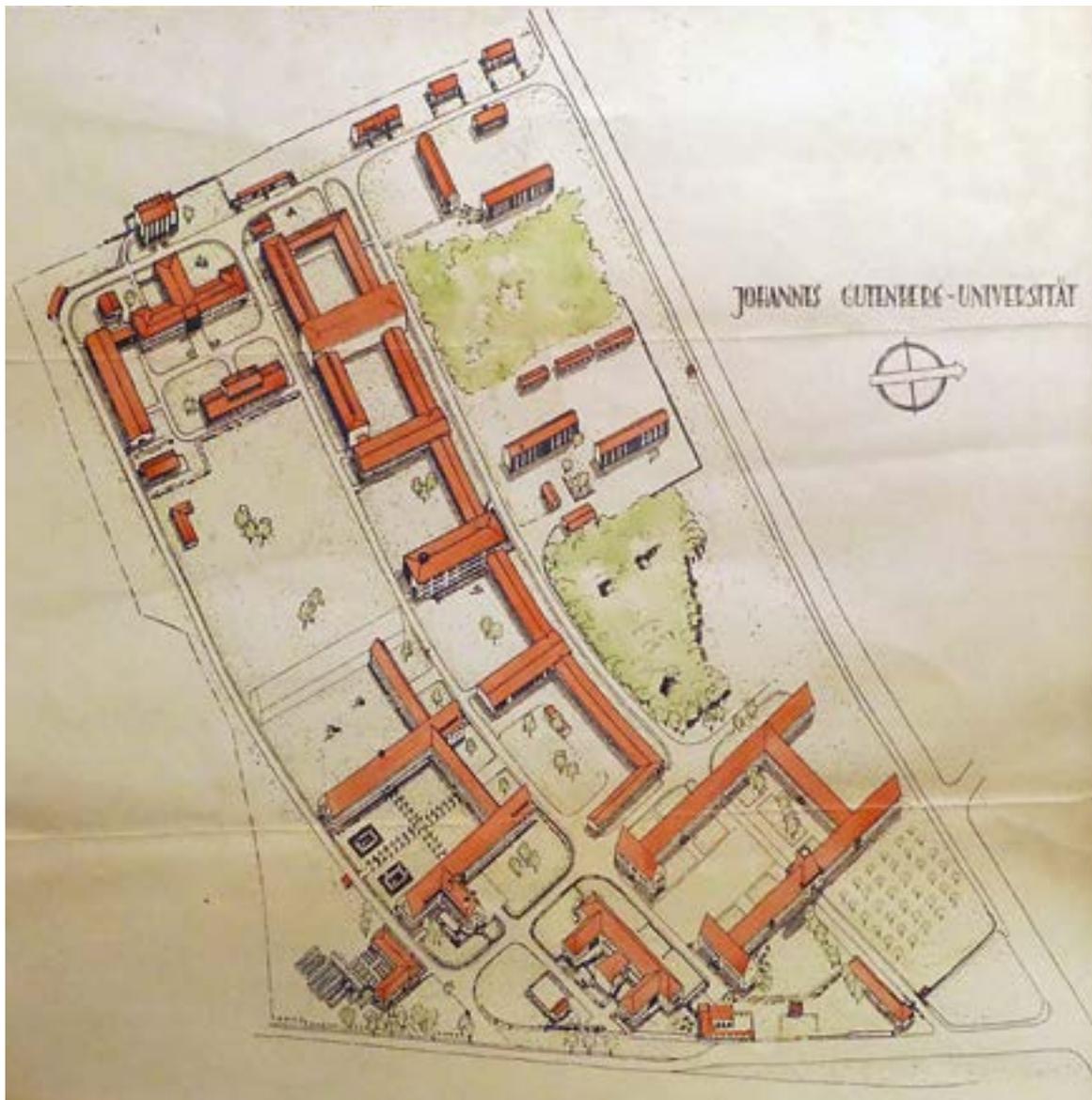
Eine Reduzierung der Stellen, wie von der Landesregierung gefordert, sei grundsätzlich abzulehnen, da das Lehrpersonal auch nicht erhöht wurde, als die Studierendenzahlen Ende der 1940er-Jahre massiv angestiegen waren. Insofern sei der Rückgang nicht grundsätzlich schlecht, da vorher zum Teil eine Überfüllung vorgeherrscht habe.

1954 stabilisierten sich dann die Studierendenzahlen und begannen schließlich wieder kontinuierlich zu steigen. Es ist anzunehmen, dass Mühlmann mit seiner Einschätzung richtig lag, dass der Ruf der neugegründeten Universität mehr Studierende anlockte, als diese aus Kapazitätsgründen realistischer Weise aufnehmen konnte und sich die Zahlen schließlich auf niedrigerem Niveau einpendelten, bis die JGU durch rechtliche, administrative und bauliche Maßnahmen Wege fand, ihre Aufnahmekapazitäten zu erhöhen.

Die Krise zu Beginn der 1950er-Jahre überlagerte die Konsolidierung der Universität in ihrer Außenwirkung. In vielen Bereichen fand jedoch der Aufbau ungehindert seinen Fortgang, insbesondere in der baulichen Entwicklung. Nachdem der Aus- und Umbau des Hauptgebäudes am Forum sowie des um einen Anbau für die Zahnklinik erweiterten Naturwissenschafts- und Medizinerbaus bereits Ende der 1940er-Jahre weitgehend abgeschlossen werden konnten, stand in den 1950er-Jahren der Ausbau der ehemaligen Baracken im heutigen Jakob-Welder-Weg⁴⁵ im Fokus. Die heute größtenteils abgerissenen beziehungsweise zum Abriss vorgesehenen Gebäude, damals als Bau H bis N bezeichnet, wurden nach und nach für verschiedene naturwissenschaftliche Institute hergerichtet, zum Teil aufgestockt oder durch zusätzliche Flügel ergänzt. Parallel dazu kamen der Anbau eines neuen Flügels für den Audimax an das Aulagebäude (heute: Alte Mensa) sowie die Neuerrichtung des Studentenwohnheims Mainzer Kolleg an der Stelle des heutigen Georg Forster-Gebäudes 1953 zum Abschluss, und auch der Universitätstrakt im Schönborner Hof in der Schillerstraße konnte fertiggestellt werden.⁴⁶

Das größte Projekt im Jakob-Welder-Weg war der für die chemischen Institute vorgesehene Bau M-Haupt. Neben diesem wurden Mitte der 1950er-Jahre einige Wohnhäuser im Friedrich-von-Pfeiffer-Weg, das

Konsolidierung (1954–1958)



*Lageplan des Campus
(undatiert, um 1956).
Quelle: UA Mainz,
S2/102.*



*Neubau der HNO-Klinik
 1956. Foto: Karin Eckert,
 Quelle: UA Mainz, S3/254.*

Stadion sowie die für das Max-Planck-Institut für Chemie vorgesehenen Gebäude in Nutzung genommen.⁴⁷ Bis 1957 fand der Großteil der Arbeiten im Jakob-Welder-Weg mit der Fertigstellung des Baus M-Haupt ebenso einen Abschluss, wie der weitere Ausbau der Sportanlagen. Gerade durch deren Fertigstellung erhielt der Universitätssport einen starken Auftrieb.⁴⁸ Damit war der aus Kriegszeiten vorhandene Gebäudebestand vollständig für die JGU nutzbar gemacht. Die Bautätigkeit auf dem Campus orientierte sich, von wenigen Ausnahmen wie dem Mainzer Kolleg oder den Wohnhäusern im Pfeiffer-Weg abgesehen, an dem von der Struktur der Kaserne vorgegebenen Raster, auch wenn diese Struktur etwa durch das Physikalische Institut (Bau H) sowie die Gebäude M-Ost und M-West verdichtet wurde. Größere Neubauprojekte außerhalb dieses Gefüges konnten in den 1950er-Jahren nicht umgesetzt werden, auch wenn die Neubauten für die Rechtswissenschaft, die Institute der Philosophischen Fakultät und die Universitätsbibliothek schon seit Anfang der 1950er-Jahre auf der Agenda standen. Die notwendigen Ressourcen hierfür konnten erst nach jahrelanger Planung bereitgestellt werden, sodass der Baubeginn für das Haus Recht und Wirtschaft (ReWi) 1959, eng gefolgt von der Grundsteinlegung für die neue Universitätsbibliothek 1960, geradezu den Auftakt für die Erweiterung des Campus jenseits der ursprünglichen Kasernengebäude bildete, die für die 1960er-Jahre in Mainz kennzeichnend werden sollte.⁴⁹

Im Sommer 1950 wurde die Nutzung der Städtischen Kliniken durch die Universität in einem Pachtvertrag geregelt. Danach ging neben der ärztlichen auch die wirtschaftliche Verantwortung für die Kliniken in die universitäre Verwaltung über. Das ehemalige städtische Krankenhaus wurde so zu einer vom Land finanzierten Einrichtung.⁵⁰ Damit konnte nun auch der erforderliche Umbau der bislang ausschließlich der städtischen Krankenversorgung dienenden Kliniken zu einem der Ausbildung von Medizinerinnen, der klinischen

Forschung und der medizinischen Maximalversorgung verpflichteten Universitätsklinikum in die Wege geleitet werden. Nachdem bereits unmittelbar nach Neueröffnung der JGU die Zahnklinik als Anbau an den Naturwissenschafts- und Medizinerbau errichtet worden war, konnte 1951 mit Unterstützung des McCloy-Fonds die Fertigstellung der Medizinischen Poliklinik (heute Gebäude 302) angegangen werden. Als erstes großes Bauprojekt wurde der gemeinsame Neubau der Hals-Nasen-Ohrenklinik und der Augenklinik in Angriff genommen, 1954 im Rohbau fertiggestellt und am 22. Februar 1956 eingeweiht.⁵¹ 1958 folgten das Röntgen- und Strahleninstitut sowie das Schwesternhaus 1.⁵²

Es zeigte sich jedoch schnell, dass die Anforderungen an eine Universitätsklinik von den im Städtischen Krankenhaus gegebenen Voraussetzungen nur ansatzweise erfüllt werden konnten. Es fehlte an Demonstrations- und Hörsälen, an Übungsräumen, kurzum an allem, was an Infrastruktur für die Mediziner Ausbildung benötigt wurde. Die geplanten Aus- und Neubaumaßnahmen konnten mit der wachsenden Unzufriedenheit der Medizinstudierenden und –professoren nicht mithalten. So wurde die beklagenswerte Situation der Medizinischen Fakultät als einer der Hauptgründe für den massiven Rückgang der Studierendenzahlen zu Beginn der 1950er-Jahre ins Feld geführt.⁵³ Dennoch kam der notwendige Aus- und Neubau der Kliniken, abgesehen von den oben genannten Maßnahmen, in den 1950er-Jahren nicht in Gang. So konnte beispielsweise der schon 1950 als dringlich bezeichnete Neubau der Chirurgischen Klinik erst Anfang der 1960er-Jahre verwirklicht werden.⁵⁴

Parallel zur baulichen Konsolidierung der Universität erfolgte auch der Ausbau des Lehrkörpers. Die JGU hatte im Sommer 1946 ihren Betrieb mit 75 Professoren aufgenommen.⁵⁵ Schon an der Tatsache, dass die Medizinische Fakultät erst ein Semester später mit den Vorlesungen begann, wird deutlich, dass für die französischen Verantwortlichen die zügige Eröffnung im Vordergrund stand und Vorrang vor der Besetzung aller vorgesehenen Lehrstühle hatte. So erfolgte in den ersten Jahren die stetige Ergänzung der Dozentenschaft parallel zur Einrichtung neuer Institute.⁵⁶ Diese Entwicklung brach in den Krisenjahren Anfang der 1950er-Jahre ab, und es wurden lediglich Binnendifferenzierungen, etwa durch die Teilung von Instituten, wie etwa des Chemischen⁵⁷ oder des Anthropologischen Instituts,⁵⁸ oder durch Errichtung von Abteilungen unterhalb der Instituts- beziehungsweise Seminarstruktur umgesetzt – wie zum Beispiel im Historischen Seminar und im Seminar für Englische Philologie. Eine Ausnahme bildeten 1951 das Institut für Verkehrswissenschaft und das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik,⁵⁹ die jedoch von bereits etablierten Lehrstuhlinhabern in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eingerichtet wurden. Erst ab 1953 setzten wieder Institutsgründungen ein, die auch mit der Schaffung neuer Lehrstühle einhergingen. Zunächst erfuhr das Fach Physik Ende 1953 durch die Gründung des Instituts für Angewandte Physik und des zweiten Physikalischen Instituts eine deutliche Ausdifferenzierung.⁶⁰ 1955 entstand das Hochschulinstitut für Leibesübungen, 1957 das Institut für Rechtsgeschichte, 1958 das Propädeutische Seminar in der Katholisch-Theologischen Fakultät sowie die Institute für Angewandte Mathematik, Kernphysik und Therapeutische Chemie in der Naturwissenschaftlichen Fakultät. 1959 wurden schließlich die Transfusionszentrale, die Pharmakologische Abteilung im Institut für Botanik und das Institut für Genetik gegründet. Bereits 1955 war das Institut für Edelsteinforschung in Idar-Oberstein als Außeninstitut der Universität angegliedert worden.

Betrachtet man die Entwicklung der Lehrkörper in den einzelnen Fakultäten, so werden deutliche Unterschiede erkennbar.⁶¹ Beide theologischen Fakultäten zeichneten sich in den 1950er-Jahren durch eine hohe personelle Konstanz aus; nur wenige Lehrstühle mussten neu besetzt werden. Eine Ausnahme bildeten dabei die beiden Lehrstühle für Neues Testament in der Evangelisch-Theologischen Fakultät, deren Inhaber mehr-

Die Professoren- und Dozentenschaft

fach wechselten. Erst mit der Berufung von Gustav Stählin und Herbert Braun 1953 ergab sich hier eine dauerhafte Lösung.

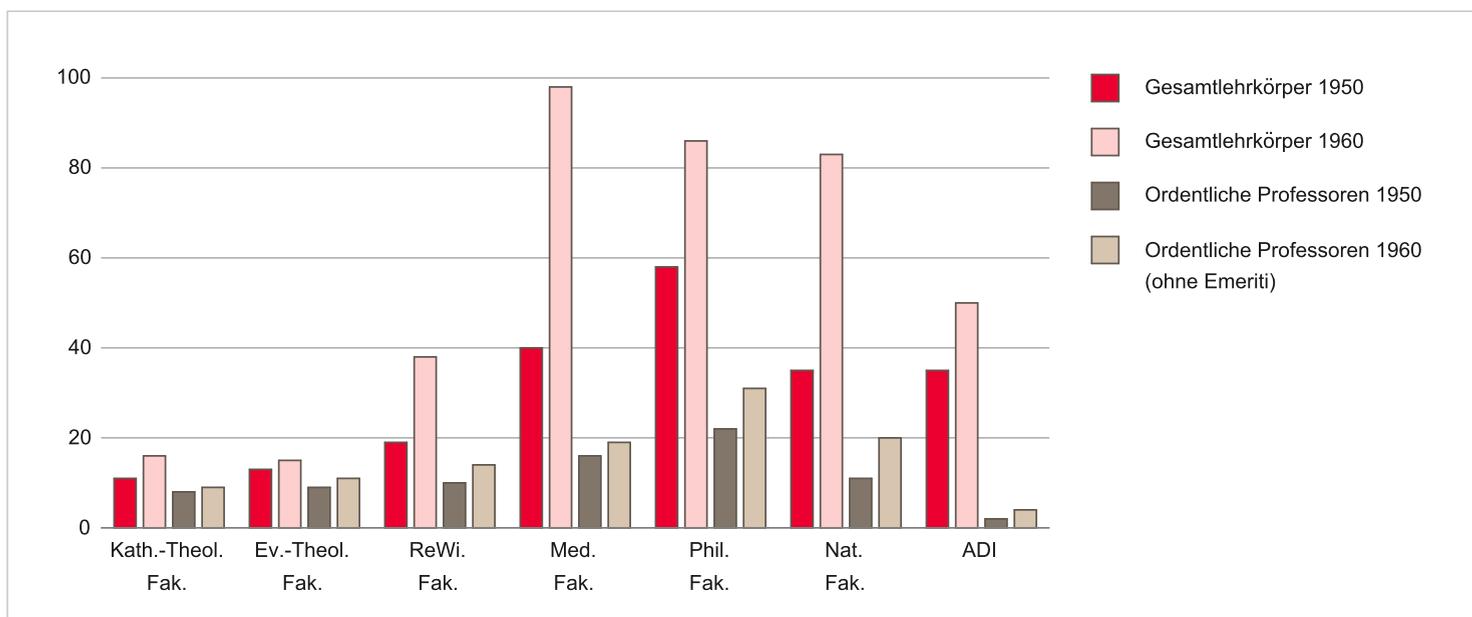
Auch die Medizinische Fakultät musste in den 1950er-Jahren nur wenige Neuberufungen vornehmen. Durch die Ausbildung von Privatdozenten und die Ernennung von außerplanmäßigen Professoren konnte der Lehrkörper dennoch mehr als verdoppelt werden. Insbesondere durch die Berufung von Honorarprofessoren gelang es der Fakultät, renommierte Forscher zu gewinnen oder neue Disziplinen frühzeitig an der Universität zu verankern. So wurde 1956 Werner Forßmann zum Honorarprofessor ernannt, nachdem er im gleichen Jahr für die erstmalige Anwendung des Herzkatheters beim Menschen den Nobelpreis erhalten hatte. Ebenso konnte 1956 Siegfried Koller als Honorarprofessor gewonnen werden, der ab 1963 als ordentlicher Professor das Institut für Medizinische Statistik und Dokumentation aufbaute.

Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät war dagegen von einer starken Fluktuation des Lehrkörpers betroffen. Bei zwölf ordentlichen und fünf außerordentlichen Lehrstühlen folgten 14 Professoren einem Ruf an andere Universitäten. Der Lehrkörper der Fakultät verdoppelte sich jedoch durch Privatdozenten und die Verpflichtung von Lehrbeauftragten auf 38 Personen. Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Philosophische Fakultät: Hier waren insgesamt 23 Neubesetzungen von Lehrstühlen erforderlich, davon 13 nach Wegberufung des Inhabers. Der Fakultät gelang es aber im Verlauf der 1950er-Jahre, neun zusätzliche Ordinariate zu gewinnen.

An der Naturwissenschaftlichen Fakultät ergaben sich Änderungen im Lehrkörper vorwiegend durch die Einrichtung neuer Abteilungen und Institute. Die Fakultät weist eine erstaunliche Kontinuität auf: Von den elf ordentlichen Professoren des Jahres 1950 waren zehn noch 1960 an der Universität. Gleichzeitig vergrößerte sich der Lehrkörper um mehr als das Doppelte, insbesondere durch den Zuwachs von 17 außerplanmäßigen Professuren. Angesichts der Tatsache, dass die Naturwissenschaftliche Fakultät seit 1950 die meisten Studierenden verzeichnete, war dieser Ausbau dringend erforderlich.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Lehrstühle insgesamt zeigen sich 64 Nachbesetzungen bei 121 Lehrstühlen. Dabei ist auffallend, dass neun Professoren im aktiven Dienst verstarben.⁶² 16 Professoren wurden im Betrachtungszeitraum emeritiert, und 39 folgten Rufen anderer Universitäten. Durch die Ernennung von außerplanmäßigen Professoren, Honorarprofessoren und Lehrbeauftragten hatte sich der Lehrkörper am

Die Entwicklung der Lehrkörper der einzelnen Fakultäten in den 1950er-Jahren. Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors anhand der Vorlesungsverzeichnisse.





*Die Mensaküche in den
1950er-Jahren. Foto:
Hanns Tschira, Quelle:
UA Mainz, S3/105.*

Ende der 1950er-Jahre gegenüber dem Jahr 1950 nahezu verdoppelt, während die Studierendenzahl 1960 nach dem Rückgang in der Mitte der 1950er-Jahre nur um fünf Prozent über dem Wert von 1950 lag. So schien die JGU personell gut ausgestattet für die Wachstumsphase der 1960er-Jahre.

Ein wichtiger Aspekt in der Entwicklung der Universität in den 1950er-Jahren war die Überwindung der Nachkriegsnot und die Ablösung der in den ersten Nachkriegsjahren geschaffenen Provisorien zur Verbesserung der sozialen Lage durch dauerhafte Institutionen und Strukturen. Ein erster Schritt war die Gründung des Mainzer Studentenwerks am 1. Oktober 1950.⁶³ Damit erhielt die JGU als eine der letzten Universitäten in der Bundesrepublik eine solche Einrichtung. Das Studentenwerk übernahm in der Folge den Betrieb der Wohnheime und der Mensa. In seiner Verantwortung lagen auch die damalige Fahrradhalle, die Garderoben und die Wäscheannahme. Eine der treibenden Kräfte bei der Einrichtung des Studentenwerks war der AStA, der sich in den ersten Nachkriegsjahren intensiv um die sozialen Belange der Studierenden kümmerte und dem die Professionalisierung von Mensa und Wohnheimen am Herzen lag. Entsprechend stark waren die Studierenden in den Gremien des Studentenwerks vertreten. Erstmals erhielt die Studierendenschaft durch die Satzung des Studentenwerks in einer Körperschaft der Universität Sitz und Stimme.⁶⁴

Nachdem sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln nach der Währungsreform allmählich normalisiert hatte und Hoover-Speisung und Lebensmittelkarten der Vergangenheit angehörten,⁶⁵ war das vorrangige soziale Problem der Studierenden Anfang der 1950er-Jahre der Mangel an Wohnraum. Seit Eröffnung der Universität bestanden Wohnheime in den Dachgeschossen des Forums und des Naturwissenschafts- und Medizinerbaus. Die Zimmer waren dabei so dicht belegt, dass sich Kurator Eichholz von der Gründung des Studentenwerks erhoffte, der Wohnheimbau werde nun voranschreiten, um die Überbelegung der Zimmer beenden zu können. »Es wäre schön, wenn wir aus jedem Zimmer das dritte Bett entfernen könnten«,⁶⁶ formulierte er 1950 in der *Mainzer Studenten-Zeitung*. Mit der Einweihung der beiden Häuser des Mainzer Kollegs im Wintersemester 1953/54 entspannte sich die Wohnsituation. Als die Studierendenzahlen ab Mitte der 1950er-Jahre wieder kontinuierlich anstiegen, begann der Senat mit den Planungen weiterer Wohnhei-

Die Studierenden



Die beiden Wohnheime
des Mainzer Kollegs
1961. Quelle: UA Mainz,
S3/195.

me. So wurde sowohl ein Erweiterungsbau für das Mainzer Kolleg als auch der Neubau eines Internationalen Studentenheims seit 1956 auf den Senatssitzungen angesprochen.⁶⁷ Zur Umsetzung dieser Projekte kam es in den 1950er-Jahren jedoch nicht. So blieb die Wohnungsnot, trotz der Errichtung neuer Wohnheime außerhalb des Campus, beispielsweise durch die Evangelische Studentengemeinde, auch Ende der 1950er-Jahre ein bestimmendes Thema.⁶⁸

Die finanzielle Situation der Studierenden verbesserte sich dagegen im Verlauf der 1950er-Jahre. Bereits 1949 war auf Initiative des AstA die Notgemeinschaft Studiendank gegründet worden,⁶⁹ über die Darlehen vergeben wurden. Doch blieben viele Studierende nach wie vor auf Gebührenerlass, der von besonderen Fleißprüfungen abhängig gemacht wurde, oder auf außeruniversitäre Stipendien angewiesen. Erst mit der Einführung des Honnefer Modells, dem Vorläufer des BAföG, wurde die Studienförderung 1957 deutschlandweit auf eine neue Grundlage gestellt und ein Studium für breitere Bevölkerungsschichten erschwinglich.⁷⁰ Zwei Jahre später erhielt in Mainz bereits mehr als ein Viertel aller Studierenden eine Förderung nach dem Honnefer Modell.⁷¹

Seit 1947 war der AstA die zentrale Institution, über die die Studierenden ihre Bedürfnisse artikulierten, ihre Anliegen gegenüber der Universität vertraten und ihre Selbstverwaltung regelten. In den ersten Jahren der Universität wurde der AstA direkt von den Studierenden gewählt, erst 1952 wurde ein Studierendenparlament (StuPa) eingerichtet. Auslöser dafür war die Diskussion um die Aufführung des Films *Hanna Amon* von Veit Harlan, der bundesweit Proteste von Studierenden auslöste.⁷² Harlan hatte sich vor 1945 mit NS-Propagandafilmen wie *Jud Süß* oder *Kolberg* hervorgetan. Als sein neuer Film *Hanna Amon* 1951 im Mainzer Regina-Kino in Anwesenheit des Regisseurs gezeigt werden sollte, forderte der AstA Harlan auf, sich in einer Erklärung von jeglichem Antisemitismus zu distanzieren. Harlan sagte eine entsprechende Erklärung zu, deren Text dem AstA jedoch nicht ausreichte, sodass nun die Absetzung des Films gefordert wurde. Eine aus diesem Anlass Anfang Februar 1951 einberufene Vollversammlung der Studierenden missbilligte das Vorgehen des AstA, woraufhin dieser geschlossen seinen Rücktritt erklärte.⁷³ Die polemisch geführte Diskussion auf der Vollversammlung und die wahrgenommene Entfremdung zwischen AstA und Studierendenschaft nahm der neue AstA zum Anlass, ein Studierendenparlament nach dem Vorbild der FU Berlin einzurichten.⁷⁴ Die studentische Selbstverwaltung sollte damit auf eine breitere Basis gestellt und geregelte Diskussionen

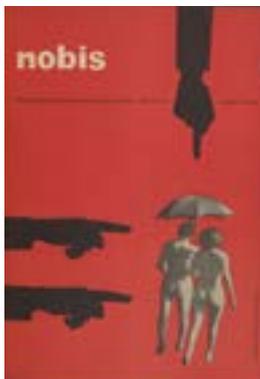
ermöglicht werden.⁷⁵ Mainz nahm mit dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle ein, da zu diesem Zeitpunkt nur einige größere Universitäten wie Göttingen, Hamburg, die LMU München oder die FU Berlin bereits über Studierendenparlamente verfügten, während an den meisten übrigen Universitäten erst in den 1960er-Jahren die Trennung von Exekutive und Legislative der studentischen Selbstverwaltung erfolgte.

Bei der Wahl zum ersten Studierendenparlament im Sommersemester 1952 wurden bei einer Beteiligung von fast 50 Prozent 43 Abgeordnete, darunter sieben Frauen gewählt.⁷⁶ Die Wahlen erfolgten in den 1950er-Jahren auf der Grundlage von Fakultätslisten. Jede Fakultät stellte in Abhängigkeit von ihrer Größe eine bestimmte Zahl an Parlamentariern. Die Zulassung von (partei-)politischen Gruppen wurde in einer Urabstimmung 1950 noch mit großer Mehrheit abgelehnt.⁷⁷ Dennoch mahnten kritische Beobachter schon vor der Gründung des Studierendenparlaments, dass nach der Etablierung von Studentenverbindungen und politischen Hochschulgruppen es das Ziel dieser Gruppen sei, über die Entsendung von Vertretern in den AStA Einfluss auf die studentische Selbstverwaltung auszuüben.⁷⁸ Explizit beschloss der AStA daher 1951, »dass im AStA nicht die Interessen von einzelnen Gruppen gewahrt werden dürfen«.⁷⁹

Am 23. April 1952 traf sich das Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung. Zum ersten Präsidenten wurde der Jurastudent Helmut Neuss gewählt.⁸⁰ Beim Blick in die Protokolle fällt die große Zahl politischer Themen auf, mit denen sich das Parlament beschäftigte, etwa das Eintreten für eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands, die Einführung der Wehrpflicht oder den Stopp von Atomtests.⁸¹ Besonders aber die Frage der Zulassung traditioneller Studentenverbindungen führte zu regen Diskussionen im Parlament, dem damals noch zahlreiche Verbindungsstudenten angehörten.⁸² Nachdem 1954 die Lizenzierung von studentischen Vereinigungen durch die Universität abgeschafft worden war und verschiedene Gerichtsurteile das Recht der Verbindungen auf Mensur und Farbentragen bestätigt hatten, etablierten sich die Verbindungen weitgehend außerhalb der Universität, die ihnen mehrheitlich skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüberstand.⁸³ Im Dezember 1954 hatte eine studentische Vollversammlung das öffentliche Farbentragen und Mensurenschlagen mit knapper Mehrheit abgelehnt,⁸⁴ der Senat bekräftigte in seinem bis heute gültigen Beschluss vom 3. Dezember 1954 die Ablehnung des Farbentragens auf dem Universitätsgelände.⁸⁵

Ein Dauerthema der Parlamentsdebatten war die Mainzer Studentenzeitschrift *nobis*. 1949 als *Mainzer Studenten-Zeitung* gegründet, entwickelte sich die seit 1952 unter dem Titel *nobis* erscheinende Zeitschrift schnell zu einem kritischen Publikationsorgan auf hohem journalistischen und gestalterischen Niveau. Unklare Regelungen des Verhältnisses zwischen AStA und der Redaktion der *nobis* führten häufig zu Kontroversen über die Finanzierung und über die Verantwortlichkeit für die Inhalte der Ausgaben – insbesondere, wenn einzelne provokante Beiträge kritische Reaktionen der Hochschulleitung hervorgerufen hatten. Mit einer neuen Satzung konnten die Diskussionen 1956 vorübergehend beigelegt werden. Stärker noch als das Studierendenparlament griff die Studierenden-Zeitung politische Debatten der Zeit auf. Die Aufstände in Ungarn und der DDR fanden hier ebenso ihren Niederschlag wie die Diskussion um atomare Rüstung oder die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Zudem konnte die *nobis* für viele Beiträge prominente Autoren gewinnen, beispielsweise Albert Schweitzer oder die Literaten Stefan Andres und Max Brod.

Ende der 1950er-Jahre erschienen in der *nobis* zunehmend Beiträge zu politischen oder gesellschaftlichen Themen, die immer häufiger auf die Missbilligung der Hochschulleitung trafen und die Reizthemen der 1960er-Jahre vorwegnahmen. Als Beispiel mag die Glosse *Hodenkult und Reizfossilien* gelten, in der 1958 erstmals das Thema Sexualität Einzug in die *nobis* fand.⁸⁶ Der Beitrag führte in Verbindung mit der Gestaltung des Titelblatts, das ein nacktes Paar zeigte, zu heftigen Reaktionen des Senats, der den AStA für die Inhalte der *nobis* verantwortlich machen wollte. Um den als Zensur empfundenen Eingriffen des Senats zu entgehen, verließ die Redaktion ihre Räumlichkeiten auf dem Campus und publizierte die Zeitschrift in der



Die umstrittene Cover-Gestaltung der Ausgabe 77 (Juni 1958) der nobis.

Folgezeit unter dem Titel *nobis – unabhängige Studenten-Zeitung*.⁸⁷ Nach Klärung der Verantwortlichkeiten durch eine neue Satzung kehrte die Redaktion mit der Ausgabe Nummer 85 wieder auf den Campus zurück, und die *nobis* erschien wieder mit dem Untertitel *Mainzer Studenten-Zeitung*.⁸⁸

1957 wurde die Wahl zum Studierendenparlament von einem Skandal überschattet, als sich herausstellte, dass gefälschte Wahlzettel in die Urnen gelangt waren. Nach Verhandlung vor dem Disziplinargericht musste der Auslandsreferent des AstA als Verursacher der Fälschung zurücktreten.⁸⁹ Da die gefälschten Wahlzettel als solche gut erkennbar waren, konnte aber auf eine Wiederholung der Wahl verzichtet werden. Dennoch mag der versuchte Wahlbetrug dazu beigetragen haben, dass das Interesse der Studierenden an ihrem Parlament mehr und mehr nachließ. Die großen politischen Themen verschwanden gegen Ende der 1950er-Jahre aus den Protokollen. Mangelndes Engagement der Abgeordneten machte das siebte und achte StuPa 1958 bis 1960 nahezu handlungsunfähig. Die Frage der Anwesenheit der Parlamentarier war Gegenstand nahezu jeder Debatte, immer häufiger mussten die Sitzungen wegen Beschlussunfähigkeit beendet werden oder konnten aus diesem Grund erst verspätet beginnen.⁹⁰ Die relevanten gesellschaftlichen oder politischen Diskussionen fanden zudem außerhalb, etwa in der *nobis* oder in den politischen Hochschulgruppen statt, die jedoch erst in den 1960er-Jahren mit eigenen Listen bei den StuPa-Wahlen antreten durften.

Blickt man auf die Zusammensetzung der Studierendenschaft, wird deutlich, dass der Frauenanteil in den 1950er-Jahren sich mit leicht ansteigender Tendenz zwischen 26 und 30 Prozent bewegte. Damit lag die JGU deutlich über dem Bundesdurchschnitt.⁹¹ Bemerkenswert ist darüber hinaus die Zahl der ausländischen Studierenden, die ab 1953 stark anstieg. Bis 1960 hatte sie sich gegenüber 1950 mehr als verfünffach, der Ausländeranteil wuchs von 0,8 auf 12,6 Prozent. Dieser Zuwachs verlief nicht spannungsfrei. In seinem Rektoratsbericht sprach Rektor Friedrich Delekat 1957 erstmals das Problem an: »Wenn in einer Fakultät fast die Hälfte aller Studenten Ausländer sind, entstehen schwierige Probleme hinsichtlich der Ausbildung wie der Betreuung und der Unterbringung.«⁹² Hinzu kamen politische Krisen in den Heimatländern der Studierenden, die sich auch unter den Mainzer Studierenden bemerkbar machten. So musste beispielsweise einigen Studenten aus dem Vorderen Orient nahegelegt werden, dass sie »ihre politischen Meinungsverschiedenheiten nicht auf dem Boden der Universität austragen dürfen«.⁹³ Diese Anspielung von Rektor Delekat bezog sich auf Studierende aus dem Iran – die größte Gruppe, die im Wintersemester 1953/54 fast die Hälfte der ausländischen Studierenden umfasste.⁹⁴ Zur Schaffung von Kontakten zwischen ausländischen und deutschen Studierenden wurde 1955 ein internationaler Studentenclub gegründet, an dessen Gründungsversammlung 70 Studierende teilnahmen.⁹⁵ Bereits einige Jahre zuvor hatte sich mit dem *Ball der Nationen* ein internationales Studentenfest im Kurfürstlichen Schloss etabliert, das bis weit in die 1960er-Jahre hinein aus dem Mainzer Festkalender nicht wegzudenken war.

Gäste, Ehrungen und Feiern

Die Konsolidierung der Universität wurde auch an ihrer Außendarstellung deutlich. Hochrangige Gäste wurden empfangen, wie etwa Bundeskanzler Konrad Adenauer,⁹⁶ die Bundespräsidenten Theodor Heuß und Heinrich Lübke⁹⁷ oder der französische Außenminister Robert Schuman,⁹⁸ der die JGU gleich zweimal mit einem Besuch beehrte. Auch durch die Verleihung akademischer Ehrungen konnte die Universität eine breite Öffentlichkeit erreichen und durch Auszeichnungen bedeutender Persönlichkeiten von deren Renommee profitieren. So erhielt etwa 1958 der Vizepräsident der Republik Indien, Sarvepalli Radhakrishnan, die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät.⁹⁹ Allein 47 Ehrendoktorwürden wurden in den 1950er-Jahren an der JGU vergeben, so viele wie in keinem anderen Jahrzehnt. 1952 wurde zudem erstmals die Würde eines akademischen Ehrenbürgers verliehen, die in den 1950er-Jahren insgesamt 13 Personen zuteilwurde. Geehrt wurden vielfach Persönlich-



Besuch von Bundespräsident Heinrich Lübke 1959, v. l. n. r.: Kultusminister Eduard Orth, Ministerpräsident Peter Altmeier, Bundespräsident Heinrich Lübke, Wilhelmine Lübke, Josef Mattauch und Rektor Kurt Voit. Quelle: UA Mainz, S3/35.

keiten, die sich um die Universität verdient gemacht hatten, etwa der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier oder der Kulturdezernent der Stadt Mainz Michel Oppenheim, Industrielle mit Bezug zur Universität, wie Ernst Boehringer und Erich Schott oder Wissenschaftler mit herausragenden Leistungen in ihrem jeweiligen Fach.¹⁰⁰ Dass es dabei auch zu Ehrungen kam, die aus heutiger Perspektive kritisch zu sehen sind, zeigt den in den 1950er-Jahren noch wenig geschärften Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus. So würde eine akademische Ehrung für Herbert Quandt, dessen Werke in der Zeit des »Dritten Reichs« Zwangsarbeiter beschäftigten, oder für den argentinischen faschistischen Philosophen Nimio de Anquin heute sicher erheblichen publizistischen Gegenwind hervorrufen. Die Proteste gegen den Regisseur Harlan hatten jedoch bereits zu Beginn der 1950er-Jahre gezeigt, dass es in Studierendenkreisen durchaus hörbare Stimmen gab, die für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eintraten, obwohl die Aufarbeitung des Nationalsozialismus erst in den 1960er-Jahren intensiviert wurde.

1956 blickte die Universität in einem Festakt auf ihr zehnjähriges Bestehen zurück und konnte mit dem bisher Erreichten zufrieden sein: »Wir glauben heute mit Stolz und Dankbarkeit sagen zu dürfen, daß die Wiedererrichtung der Universität gelungen ist, daß unsere Alma mater heute innerlich und äußerlich gefestigt ist und sich allgemeiner Anerkennung erfreut«,¹⁰¹ formulierte Rektor Gottfried Köthe. Die Anerkennung wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass die JGU im Jubiläumsjahr erstmals als Gastgeber der Westdeutschen Rektorenkonferenz auftrat. Die Festigung der Universität und die Überwindung der Krise war Grund genug, sich nun auch der eigenen Vergangenheit zu vergewissern. Der Mainzer Historiker Leo Just veröffentlichte eine erste Gesamtdarstellung der Geschichte der alten Mainzer Universität. Und eine begleitend dazu von seinem damaligen Assistenten Helmut Mathy europaweit durchgeführte Quellensammlung stärkte das Bewusstsein, dass es sich bei der JGU um die Fortführung der Mainzer Universitätstradition handelte und nicht um eine Neugründung. Nicht zuletzt wurde 1956 als Ort für diese Traditionspflege das Mainzer Universitätsarchiv begründet und Staatsarchivdirektor Georg Wilhelm Sante zum Archivar bestellt.¹⁰²

Resümee und Ausblick

Am Ende der 1950er-Jahre war die JGU sicher keine »Ausweichuniversität« mehr wie noch zu Beginn des Jahrzehnts. Ein sichtbares Zeichen, nun auch der internationalen Anerkennung, war die protokollarische Einreihung der JGU als Universität mit dem Gründungsjahr 1477 anlässlich der Europäischen Rektorenkonferenz 1959 in Dijon. Rektor Karl Schwantag durfte damit bei der feierlichen Eröffnungssitzung an vierter Stelle der deutschen Rektoren, nach seinen Kollegen aus Heidelberg, Köln und München einziehen.¹⁰³

Doch scheinen am Ende der Dekade bereits erste Problemlagen auf, die für die 1960er-Jahre bestimmend werden sollten. Das starke Anwachsen der Studierendenzahlen setzte sich fort, und es zeichnete sich ab, dass trotz aller Bemühungen der Ausbau der Universität mit den Immatrikulationszahlen nicht würde Schritt halten können. Rektor Schwantag sah 1959 zudem mit Sorge, »dass es im letzten Jahre kaum mehr gelungen ist, Ordinarien anderer Hochschulen der Bundesrepublik auf vakante Ordinariate der Universität Mainz zu berufen«, zumal in den großen Fakultäten die Studierendenzahlen bereits das Maß überstiegen, »was mit vorhandenem personellem, räumlichen und sachlichen Mitteln bewältigt werden kann«.¹⁰⁴

Auch die gesellschaftlichen Umbrüche der 1960er-Jahre waren bereits in ihren Ansätzen zu erkennen. Die politischen Hochschulgruppen etablierten sich auf dem Campus, und die späteren gesellschaftlichen Reizthemen der 1960er-Jahre fanden immer häufiger ihren Niederschlag in der *nobis*. Ebenso kamen Ende der 1950er-Jahre neue Protestformen von Studierenden auf, die beispielsweise mit einem »Rasierstreik« für die Verankerung der studentischen Selbstverwaltung im Universitätsgesetz eintraten. Dieser »Bartprotest« fand in Presse und Rundfunk ein breites Echo – sogar in einer englischen Illustrierten wurde er thematisiert – und gab einen Vorgeschmack auf die vielfältigen Protestaktionen, die für die 1960er- und 1970er-Jahre prägend werden sollten.¹⁰⁵

Anmerkungen

- 1 Vgl. Ordonnance Nr. 95 relative aux pouvoirs des Länder de la Zone Française d'Occupation vom 9.6.1947. In: Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne (1947), Nr. 78, S. 783 f.
- 2 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 3 Vgl. Mehdorn: Französische Kultur, S. 68 u. Defrance: Politique culturelle, S. 168 f.
- 4 Zu Schmittlein siehe auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 5 Vgl. Kersting: General Schmittlein nahm Abschied. In: Mainzer Studenten-Zeitung 3 (WiSe 1951/52), Nr. 1, S. 3.
- 6 Vgl. Statut über die Organe der Verwaltung und die Berufung der Professoren der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. In: Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz 1 (1949), Nr. 20, S. 197–201.
- 7 Statuten der Universität Mainz, abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 104.
- 8 Siggemann: Fritz Eichholz, S. 98.
- 9 Statut über die Organe der Verwaltung und die Berufung der Professoren der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, hier S. 201.
- 10 Vgl. Siggemann: Fritz Eichholz, S. 96 f.
- 11 Vgl. Baginski: Frankreichs Universitätspolitik.
- 12 Vgl. Hanisch: Der fünfte Geburtstag. In: Mainzer Studenten-Zeitung (SoSe 1951), Nr. 3, S. 1 f.
- 13 Vgl. [o. V.]: Der güldene Brotkorb. In: Ebd., S. 9. Vgl. ausführlich dazu Siggemann: Fritz Eichholz, S. 100 f.
- 14 Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Koblenz), Best. 910/14357, AZ, 4.2.1952. John McCloy war von 1949 bis 1952 amerikanischer Hochkommissar in Deutschland. Der nach ihm benannte Fonds diente insbesondere zur Förderung kultureller, sozialer und wissenschaftlicher Einrichtungen.
- 15 LHA Koblenz, Best. 910/14357, Gutachten von Landgerichtspräsident Molz zum Konflikt zwischen Rektor und Kurator, [o. D.].
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 28.1.1952.
- 18 Ebd. Vgl. ausführlich zur »Abhöraffaire« Siggemann: Eichholz, S. 106 f.
- 19 Vgl. Sendung im SWF vom 2.2.1952 u. [o. V.]: Der Kultusminister hat das letzte Wort. In: AZ, 4.2.1952, S. 2.
- 20 Vgl. LHA Koblenz, Best. 910/14357, Aktenvermerke von Eichholz vom 18.2.1952.
- 21 Vgl. ebd., Mitteilung des Kultusministeriums vom 28.2.1952.
- 22 Vgl. LHA Koblenz, Best. 910/5796, Ernennungen von Mitgliedern des Kuratoriums, [o. D.].
- 23 Zit. nach Mathy: Landesuniversität, S. 242.
- 24 UA Mainz, Best. 13/19, Eichholz an den Rektor am 2.10.1951.
- 25 Vgl. UA Mainz, Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 25.2.1948.
- 26 Verordnung Nr. 160 über die Geldreform. In: Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne (1948), Nr. 177, S. 1537–1543, Zitat S. 1542 f.
- 27 Vgl. UA Mainz, Best. 39/110, Sonderzulage Mainz.
- 28 Vgl. UA Mainz, Best. 45/88, Gutachten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (Thomas Würtenberger) vom 18.11.1950.
- 29 Vgl. das überlieferte Formular in UA Mainz, Best. 39/11.
- 30 Vgl. allg. UA Mainz, Best. 13/91, Sonderzulage Mainz.
- 31 Vgl. allg. UA Mainz, Best. 12/142, Korrespondenz der Medizinischen Fakultät mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

- 32 Vgl. [o. V.]: Nachrichten. In: Mainzer Studenten-Zeitung (WiSe 1949/50), Nr. 4, S. 9.
- 33 UA Mainz, Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 17.10.1949.
- 34 Vgl. die Studierendenzahlen im Anhang dieses Bandes.
- 35 Vgl. die Broschüre des Bundesinnenministeriums zur Überfüllung der Hochschulen von 1959 im UA Mainz, Best. 45/327.
- 36 Vgl. UA Mainz, Best. 1/180, Denkschrift von Wilhelm Emil Mühlmann zum Rückgang der Studentenzahlen vom Oktober 1952.
- 37 Ebd., S. 2.
- 38 Vgl. UA Mainz, Best. 45/327, Stellungnahme von Eichholz zum Gutachten von Mühlmann vom 8.1.1954.
- 39 Vgl. UA Mainz, Best. 1/180, Denkschrift von Wilhelm Emil Mühlmann zum Rückgang der Studentenzahlen vom Oktober 1952. Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Dingfelder Stone in diesem Band.
- 40 Vgl. ebd., S. 24 f.
- 41 Ebd., S. 16 f.
- 42 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band.
- 43 UA Mainz, Best. 1/180, Denkschrift von Wilhelm Emil Mühlmann zum Rückgang der Studentenzahlen vom Oktober 1952, S. 43.
- 44 Ebd., S. 46 f.
- 45 Die ersten Straßennamen auf dem Campus wurden nach einem Senatsbeschluss vom 23.7.1954 vergeben. Vgl. UA Mainz, Best. 7/121.
- 46 Vgl. Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1953 bis 30.9.1954, S. 3. Die Rektoratsberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.11.2019).
- 47 Vgl. Bericht des Rektors [Gottfried Köthe] vom 1.10.1954 bis 30.9.1956, S. 5.
- 48 Vgl. Bericht des Rektors [Johannes Kraus] vom 1.10.1956 bis 30.9.1957, S. 11. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ansgar Molzberger in diesem Band.
- 49 Siehe hierzu auch den Beitrag von Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 50 Vgl. UA Mainz, Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 5.6.1950. Vgl. auch die entsprechenden Vertragsunterlagen in Best. 45/170 u. Best. 65/146 u. Rörig: 40 Jahre, S. 79 f.
- 51 Vgl. Rörig: 40 Jahre, S. 90.
- 52 Vgl. Ausgaben für Baumaßnahmen im Bereich des Klinikums. Ebd., S. 141.
- 53 Vgl. UA Mainz, Best. 45/327, der Rektor an das Kultusministerium am 17.7.1951.
- 54 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Kißener in diesem Band.
- 55 Vgl. Kißener: Kontinuität.
- 56 Bis 1950 wurden das Seminar für Territorialkirchengeschichte, das Seminar für die Wissenschaft vom Judentum, das Medizinhistorische Institut, das Institut für Vergleichende Kulturwissenschaft, das Institut für Vergleichende Literaturwissenschaft und das Institut für Osteuropakunde zusätzlich eingerichtet.
- 57 Vgl. UA Mainz, Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 3.11.1950.
- 58 Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 25.5.1951. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ilja Medvedkin in diesem Band.
- 59 Vgl. UA Mainz, Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 9.2.1951.
- 60 Vgl. UA Mainz, Best. 7/121, Senatsprotokolle vom 23.10.1953 u. 15.1.1954.
- 61 Die Zahlenangaben im folgenden Abschnitt beruhen auf der Auswertung der von Kanzler Albert Salm aufgestellten Übersicht über die Lehrstühle der JGU. Vgl. UA Mainz, Best. 57/1–3.
- 62 Das waren der Völkerkundler Adolf Friedrich, der evangelische Kirchenhistoriker Adolf Hamel, der Literaturwissenschaftler Friedrich Hirth, der Geograf Fritz Klute, der Gynäkologe Richard Kräuter, der Romanist Eugen Lerch, der Germanist Bodo Mergell, der Chirurg Herbert Peiper und der katholische Apologetiker Hermann Schwamm.
- 63 Vgl. Hanisch: Endlich ist es soweit! In: Mainzer Studenten-Zeitung 2 (WiSe 1950/51), Nr. 1, S. 5. Siehe hierzu auch den Beitrag von Roland Euler in diesem Band.
- 64 Vgl. UA Mainz, Best. 7/69, Satzung des Studentenwerks.
- 65 Die Hoover-Speisung war im Juni 1950 eingestellt worden. Vgl. [o. V.]: Nachrichten. In: Mainzer Studenten-Zeitung 1 (WiSe 1949/50), Nr. 3, S. 7.
- 66 Eichholz: Studentenwerk bei uns und in Frankreich. In: Mainzer Studenten-Zeitung 2 (WiSe 1950/51), Nr. 1, S. 6.
- 67 Vgl. UA Mainz, Best. 85/2, Senatsprotokoll vom 27.7.1956.
- 68 Vgl. Bericht des Rektors [Karl Schwantag] vom 1.10.1958 bis 30.9.1959, S. 13.
- 69 Vgl. Meisenzahl: Notgemeinschaft Studiendank e. V., S. 84 f.
- 70 Vgl. Bericht des Rektors [Johannes Kraus] vom 1.10.1956 bis 30.9.1957, S. 11 u. Stephany: Honnefer Modell.
- 71 Im Berichtsjahr 1959/60 wurden 1.477 Studierende gefördert. Vgl. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 16.
- 72 Buchloh: Veit Harlan, S. 235 f.
- 73 Vgl. [o. V.]: Die Studentenvollversammlung vom 20. Juni 1951. In: Mainzer Studenten-Zeitung 3 (WiSe 1951/52), Nr. 4, S. 2 u. UA Mainz, Best. 40/31, AStA-Protokoll vom 5.2.1951.
- 74 Vgl. UA Mainz, Best. 40/31, AStA-Protokoll vom 7.12.1951.
- 75 Vgl. UA Mainz, Best. 40/255, Protokoll der konstituierenden Sitzung des 5. Studentenparlaments vom 14.5.1956.
- 76 Vgl. UA Mainz, Best. 40/77, Ergebnisse der Wahl zum 1. Studentenparlament.
- 77 Vgl. UA Mainz, Best. 40/30, AStA-Protokoll vom 21.7.1950.
- 78 Vgl. Thönnessen: Asta – Pioniere oder Funktionäre. In: Mainzer Studenten-Zeitung 3 (WiSe 1951/52), Nr. 3, S. 7.
- 79 UA Mainz, Best. 40/31, AStA-Protokoll vom 28.11.1951.
- 80 Vgl. UA Mainz, Best. 40/256, StuPa-Protokoll vom 23.4.1952.
- 81 Vgl. bspw. UA Mainz, Best. 40/186, AStA-Protokolle vom 18. u. 22.7.1955; Best. 40/255, AStA-Protokoll vom 2.7.1956 u. Best. 40/257, AStA-Protokoll vom 31.1.1955.
- 82 Für das WiSe 1956/57 sind konkrete Zahlen überliefert. Danach gehörten von 56 zur Wahl stehenden Kandidaten 13 einer farbentragenden, davon neun einer potentiell schlagenden Verbindung an, sechs weitere waren Mitglied einer nichtfarbentragenden katholischen Studentenvereinigung. Vgl. UA Mainz, Best. 40/259.
- 83 Vgl. George: Burschenherrlichkeit, S. 211 f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Marius Müller in diesem Band.
- 84 Vgl. UA Mainz, Best. 40/257, Protokoll der Studentenvollversammlung vom 14.12.1954.
- 85 Vgl. UA Mainz, Best. 7/121, Senatsprotokoll vom 3.12.1954.
- 86 Vgl. Salis: Hodenkult und Reizfossilien. In: nobis 10 (1958), Nr. 77, S. 16–18. Siehe dazu auch die Leserbriefe und Reaktionen in den folgenden Ausgaben.
- 87 Vgl. [o. V.]: nobis pro nobis. In: nobis 10 (1958), Nr. 78, S. 2 u. UA Mainz, Best. 85/4, Senatsprotokoll vom 25.7.1958.
- 88 Vgl. [o. V.]: nobis pro Universitate. In: nobis 11 (1959), Nr. 84, S. 2.
- 89 Vgl. Gutenbergbrief 3 (1957), Nr. 5.
- 90 Vgl. UA Mainz, Best. 40/253, StuPa-Protokolle.
- 91 Vgl. Albert/Oehler: Materialien, S. 99. Siehe hierzu auch den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 92 Bericht des Rektors [Johannes Kraus] vom 1.10.1956 bis 30.9.1957, S. 7.
- 93 Ebd., S. 9.
- 94 Vgl. [o. V.]: »Gutenberg« verbindet die Nationen. In: nobis 6 (1954), Nr. 45, S. 7.
- 95 Vgl. Gutenbergbrief 2 (1955), Nr. 2.
- 96 Adenauer besuchte die JGU im April 1950 anlässlich einer Tagung des VDS. Vgl. Held: Bundeskanzler Dr. Adenauer vor den Mainzer Studenten. In: Mainzer Studenten-Zeitung 2 (SoSe 1950), Nr. 1, S. 1 f.
- 97 Vgl. Mathy: Universität Mainz, Tafel 116.
- 98 Schuman besuchte am 13.1.1950 erstmals die Universität. Vgl. [o. V.]: Außenminister Schumann in der Mainzer Universität. In: Mainzer Studenten-Zeitung (WiSe 1949/50), Nr. 4, S. 2 f.
- 99 Vgl. UA Mainz, Best. 13/60, Ehrenpromotion Sarvepalli Radhakrishnan.
- 100 Siehe hierzu auch die Liste der Ehrungen im Anhang dieses Bandes.
- 101 Köthe: Ansprache, S. 5.
- 102 Vgl. Bericht des Rektors [Johannes Kraus] vom 1.10.1956 bis 30.9.1957, S. 10 u. George: Archiv, S. 128 f.
- 103 Vgl. UA Mainz, Best. 55/323, Aktenvermerk von Rektor Schwantag vom 29.9.1959.
- 104 Bericht des Rektors [Karl Schwantag] vom 1.10.1958 bis 30.9.1959, S. 8 u. S. 12.
- 105 Vgl. UA Mainz, Best. 40/254, StuPa-Protokoll vom 7.1.1958.

Auf dem Weg zur demokratischen »Massenuniversität«

Die JGU in den 1960er-Jahren

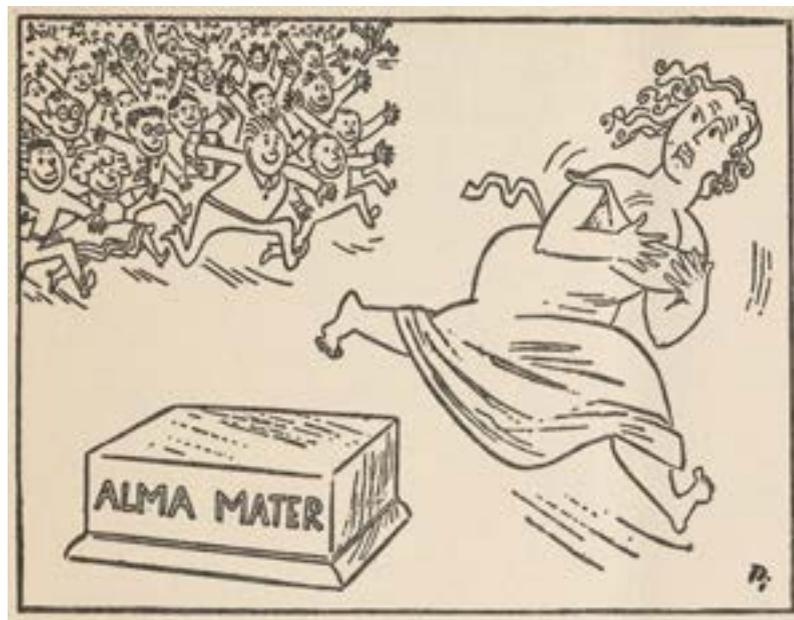
Michael Kißener

Ganz gleich, welche Quellen man zu Rate zieht, der Befund ist eindeutig: Die 1960er-Jahre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) waren bestimmt durch den sprunghaften Anstieg der Studierendenzahlen und den daraus resultierenden massiven Ausbau der Universität.

Verzeichnete man zum Wintersemester 1959/60 noch knapp 5.000 Studierende an der Mainzer Universität, so waren es im Oktober 1969 bereits mehr als doppelt so viele, und der weitere Ausbau für eine Kapazität von circa 15.000 Studierenden war schon fest ins Auge gefasst.¹ Die drastisch steigenden Studierendenzahlen, die nach einem Wort von Rektor Martin Schmidt die JGU zu einer »Massenanstalt«² machten, erforderten unumgänglich einen bis dahin nie dagewesenen Ausbau der Raumkapazitäten, denn Hörsäle, Seminarräume, Labore und Büros fassten die steigenden Studierendenzahlen von Semester zu Semester immer weniger, und die vorhandene Infrastruktur, vor allem die Energieversorgung, reichte bei weitem nicht mehr aus. Zugleich stellte sich die Frage, ob die Verfasstheit der Universität diesen neuen Rahmenbedingungen noch angemessen und die alte deutsche Universitätsidee, die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, unter den gewandelten Bedingungen eines so großen Ansturms von Studierwilligen überhaupt noch aktuell sei. Während die Diskussion um diese Themen den Alltag der noch jungen Universität bestimmte, beeinflussten die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die heute unter der Chiffre »1968« subsumiert werden, die Studienatmosphäre an der Mainzer Alma Mater mehr und mehr. Am Ende dieses Jahrzehnts war in Mainz nicht nur eine baulich wesentlich erweiterte Universität zu sehen, sondern auch eine stark gewandelte Hochschule, die sich im Rahmen des 1970 verabschiedeten neuen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes mit neuen Strukturen und einer veränderten Studienatmosphäre auf den Weg in eine kaum mehr berechenbare Zukunft machte.

Unter dem Diktat der Kapazitätserweiterung

Am Anfang der Entwicklung stand eine »Empfehlung« des 1957 von Bund und Ländern gegründeten Wissenschaftsrates, der im November 1960 angesichts der Wirtschaftsentwicklung, der Bildungsherausforderungen der Zukunft und der ohnehin gestiegenen Studierendenzahlen für ganz Deutschland einen massiven Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen forderte.³ Es sei nun die Zeit einer »Neugestaltung großzügiger Art«⁴ im Hochschulwesen gekommen, um den Rückstand aufzuholen, den Deutschland durch den Nationalsozialismus im Wissenschaftsbereich erlitten habe, und um in Zukunft wieder international wettbewerbsfähig zu werden, befand das Gutachten. Für die JGU wurde auf über zwei eng bedruckten Seiten eine Vielzahl von notwendigen Neu- und Umbauten aufgeführt, die eine massive Kapazitätserweiterung bis 1964 sicherstellen sollte.⁵



Karikatur aus der
Studentenzeitschrift
nobis. Die Alma Mater
flieht vor den Massen
der Studierenden (1963).
Quelle: nobis 15 (1963),
Nr. 113, S. 23.

Peter Altmeier,⁶ der als erster Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz den Aufbau des neuen Bundeslandes aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs zustande gebracht hatte, griff diese Vorschläge umgehend auf und leitete trotz der schwachen Finanzlage des Landes ein bis dahin einzigartiges Bauprogramm an der JGU ein, dessen Finanzierung durch ein *Landesgesetz zur Förderung des Ausbaus der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* abgesichert wurde. Es sah die Bildung eines Sondervermögens vor, in das allein 1961 bis 1963 60 Millionen DM einfließen sollten. Das Gesetz wurde im Landtag am 19. Dezember 1960 einstimmig, also parteiübergreifend beschlossen.⁷ Der auch für Wissenschaft zuständige Kultusminister Eduard Orth, promovierter Betriebswirt und Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Pfalz,⁸ setzte dieses Investitionsprogramm in enger Fühlungnahme mit den Rektoren der Universität seit dem Beginn der 1960er-Jahre um – es war also keineswegs die reformorientierte Regierung des jugendlichen Helmut Kohl, die diesen massiven Ausbau einleitete, wie es gelegentlich von Zeitzeugen erinnert wird, sondern dem bereits damals zum »Landesvater« avancierten Altmeier kommt das Verdienst zu, den Ausbau der JGU initiiert zu haben.

Die Folge war, dass der Campus nun zu einer einzigen Baustelle wurde. In der Studentenzeitschrift *nobis* beschrieben zwei Redakteure die Situation so:

»Bagger fressen sich in den Boden, Raupenschlepper bewegen mit dumpfem Getöse riesige Gesteins-, Erd- und Sandmassen vor sich her. Lastwagen fahren Unmengen von Baumaterialien an und überflüssigen Schutt ab und riesenhafte Kräne vollführen atemberaubende Bewegungen. Der Baulärm hält die Bewohner des Mainzer Collegs und des Wohnheims Rau manchmal sogar des Nachts in Atem. Genetiker und Kernphysiker waten an regennassen Tagen durch zähen Schlamm. Baubuden werden des Tags errichtet, um in der Nacht wieder abzubrennen. Das ist die Situation auf dem Campus Universitatis.«⁹

Jahr für Jahr bedankten sich die Rektoren beim Kultusministerium für die enorme, »früher kaum für möglich gehaltene[n] quantitative[n] Steigerung unserer Einrichtungen«,¹⁰ aber ebenso für beachtliche Stellen- und Etatvermehrungen. Schon 1960 konnte mit einem Neubau für das Kunsthistorische Institut ein erster baulicher Fortschritt vermeldet werden, der Staatszuschuss für den Universitätshaushalt stieg in diesem Jahr schon



Anfang der 1960er-Jahre wurden zahlreiche Neubauten realisiert, darunter der Bau der Universitätsbibliothek (1961) und des Bürgerbrunnens im Forum (1964), hier bei der Eröffnungsveranstaltung. Quelle: UA Mainz, S3/1423 und S3/311.

um 3,4 Millionen DM, und 38 neue Planstellen wurden geschaffen. 1965 kamen, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, erneut 7,24 Millionen DM hinzu und gleich 223 neue Planstellen – und das war noch längst nicht das Ende der Zuwächse.¹¹ Die errichteten Bauten waren in Anbetracht der schlechten Finanzlage des Landes einfach, schmucklos, aber zweckmäßig. Man rühmte sich, das Geld des Steuerzahlers sparsam einzusetzen und auf jeden Luxus bei der Bautätigkeit zu verzichten.¹²

Doch so sehr man sich auch bemühte, die Bautätigkeit konnte mit dem Anstieg der Studierendenzahlen nicht Schritt halten, und so kamen die Rektoren in die unangenehme Lage, jährlich dem Kultusministerium für seine großzügige Hilfe danken zu können, zugleich aber bekennen zu müssen, dass alle gemachten Anstrengungen immer noch nicht ausreichten. Rektor Hans Leicher erklärte 1965 etwa, noch nie habe ein Rektor der JGU »so viele Bauprojekte in der Ausführung begriffen«¹³ gesehen wie er, doch habe er 40 Prozent der Interessierten an einem Medizinstudium zurückweisen müssen, weil die Kapazitäten eben nicht ausreichten. Infolgedessen ging man nun zur Planung von »Schnellbauten« über; Fertigbauten, die rascher noch zu realisieren, allerdings auch noch einfacher und weniger dauerhaft waren.¹⁴ Die Kritik an solchen Gebäuden und ihren Baumängeln stellte sich schon bald ein, zumal oft genug bereits in der Planungsphase viel zu geringe Bedarfe von Seiten des Bauträgers angenommen worden waren und am Ende dann auch die neuen Gebäude nicht ausreichten, vor allem die Hörsaalkapazitäten ungenügend waren.¹⁵ Ein eigener Bauplanungsausschuss des Senats versuchte dem zu begegnen, doch zumeist nur mit geringem Erfolg.¹⁶ Überfüllte Hörsäle, die aus Sicherheitsgründen eigentlich hätten geräumt werden müssen, wurden zur ständigen Erfahrung von Studierenden und überforderten Dozierenden, die sich in der Menschenmenge oft kein Gehör mehr verschaffen konnten.¹⁷ Einzelne Projekte, wie der Bau eines dringend benötigten größeren Mensagebäudes, wurden zugunsten noch dringlicher erscheinender anderer Bauten immer wieder zurückgestellt, sodass sich der Unmut der Studierenden angesichts unhaltbarer Zustände und allseits unbeliebter Notlösungen wie der Nutzung der Aula für die Essensausgabe über Jahre hinweg stetig steigerte.¹⁸ Auch die Wohnraumsituation für Studierende wie für die Angestellten der Universität und das Pflegepersonal der Universitätsklinik, unter dem sich damals schon über 100 angeworbene koreanische Schwestern befanden, stellte sich sehr prekär dar.¹⁹

Letztlich war angesichts des Rückstands und der drastisch steigenden Studierendenzahlen eine wirkliche Bedarfssättigung realistisch nicht zu erreichen. Bereits 1962 konstatierte die Studentenzeitschrift *nobis* daher zu Recht: »Diese Entwicklung beweist erneut, in welchem starkem Umfang die Vorschläge des Wissenschaftsrates revisionsbedürftig sind, noch ehe sie verwirklicht wurden.«²⁰

Dies gilt umso mehr, als nach der anfänglichen Baueuphorie und Aufbruchstimmung sich recht bald haushalterische Bedenken in den Landesbehörden einstellten, die die Grenzen der Belastbarkeit für Rheinland-Pfalz erkennen ließen. Rückstellungen von Bauvorhaben, geringere Dimensionierungen aus Kostengründen und ähnliches kamen seit der Mitte der 1960er-Jahre immer häufiger vor. Zudem war der Baugrund beschränkt, und die Stadt veräußerte das dringend benötigte Erweiterungsgelände nur sehr zögerlich.²¹ So war man am Ende des Jahrzehnts hinsichtlich des Kapazitätsausbaus bei weitem noch nicht da angelangt, wo man hoffte nach all den Anstrengungen zu sein: Das Kapazitätsproblem sei nach wie vor nicht gelöst, konstatierte denn auch der Rektoratsbericht des Jahres 1970 und klagte über gekürzte Mehranforderungen, verringerte Sachmittel und eine sich verteuernde Energieversorgung, die mit den vorhandenen Mitteln nicht beglichen werden könne.²² Die Forderung nach der Gründung neuer Universitäten im Land wurde immer lauter, da Mainz das Kapazitätsproblem allein nicht lösen könne.²³

Nicht zuletzt aus diesem Grund begleitete die intensive Bautätigkeit stets die Frage nach Studienreformen, die eben nicht nur eine zeitgemäßere, moderne universitäre Ausbildung, sondern auch die Versorgung einer größeren Zahl von Studierenden mit akademischen Lehrveranstaltungen ermöglichen sollten. Dass

die hier eingesetzten Lehrkräfte vor allem des damals so genannten »akademischen Mittelbaus« und der Habilitierten ohne Lehrstuhl ebenso wie die Studierenden selbst an dieser so allmählich entstehenden neuen Universität demokratische Mitspracherechte einforderten, kann kaum verwundern.

Verfassungs- und Studienreform

Freilich versuchten sich vor allem die Ordinarien genau dagegen mit hinhalten-dem Widerstand zu wehren, weil diese Entwicklungen die so sehr geachtete, alte deutsche Universitätstradition und den Status der Ordinarien bedrohten.

Dabei war allen klar, dass die große Studierendenzahl die traditionelle universitäre Lehre zwangsläufig in Frage stellen musste. Rektor Kurt Voit wollte 1960 zwar noch »an den bewährten Grundprinzipien unseres akademischen Unterrichts«²⁴ festhalten, aber schon sein Nachfolger Arnold Schmitz war besorgt, ob es bei dem rasanten Ausbau denn überhaupt möglich sei, die bisherige Ausbildungsqualität zu halten.²⁵ Rektor Martin Schmidt sah angesichts der nunmehr gewünschten »unbegrenzten Massenbildung« in der Universität die Verantwortung bei den Gymnasien, die besser auf das Studium vorbereiten müssten: »Es ist eine furchtbare Not, wenn Mängel im Elementaren auftreten und Hans nachholen soll, was Hänschen nicht gelernt hat«, meinte er und lehnte damit besondere Fördermaßnahmen für Leistungsschwache an der Universität rundweg ab. Denn die Universität wolle »Elitebildung« betreiben, sie brauche keinen »radikalen Neubau«, allenfalls könne man »behutsam das Bestehende umbilden«.²⁶ Rektor Johannes Bärmann erblickte einen direkten Zusammenhang zwischen den schwindenden finanziellen Mitteln für den Universitätsausbau und der immer drängenderen Forderung nach einer Studienreform. Weil das Geld nicht mehr reiche, würde von zumeist unkundigen Leuten die Forderung nach einer Reform erhoben, mit der man des Problems der Masse Herr werden wolle. Seine dringende Bitte sei daher, »dass nur Sachkundige urteilen sollen«,²⁷ die Universität habe sich da, wo es notwendig sei, schon immer selbst reformieren können. Rektor Leicher dagegen beklagte 1965 die angesichts der Vermittlung von Fachwissen an der Massenuniversität fehlende Möglichkeit der Aneignung ethischer Werte, die doch eigentlich einen Akademiker ausmache. Der Idee, die Lehre in die Semesterferien zu verlegen, erteilte er eine direkte Absage, denn darunter würde die Forschung leiden und die Universität so allmählich zur »Fachschiule«²⁸ herabsinken. Am Ende, so sein Nachfolger Gerhard Funke, sei die Universität eben nicht für praktische Ausbildung, sondern für Grundlagenforschung und die Bildung von Wissenschaftlern da. Man könne nicht die Quadratur des Kreises von ihr verlangen, indem man wissenschaftliche Bildung auf höchstem Niveau bei immer kürzeren Ausbildungszeiten anstrebe, um Ressourcen zu sparen.²⁹

Doch all diese Klagen und Einwendungen halfen nichts, denn auch der Wissenschaftsrat schaltete sich – sehr zur Verärgerung weiter Teile der Professorenschaft, die etwaige Reformen an Studienstrukturen als ihr Proprium ansahen – in die Diskussion mit Vorschlägen zur Neugliederung des Lehrkörpers wie zur Studienreform ein, die ebenfalls an der Universität Mainz diskutiert wurden.³⁰ Die Kultusministerkonferenz entwickelte Ideen auf dem Feld der Studienreform, unter denen der Vorschlag der Einführung von Trimestern, um mehr Studierende schneller durch das akademische Studium zu bringen, besonders heftigen Widerstand hervorrief.³¹ Und da je länger, je deutlicher auch die Presse über eine angebliche Reformunfähigkeit der JGU klagte, blieb am Ende nichts anderes übrig, als eine Hochschulreformkommission zu gründen, in der auch die Studierenden vertreten waren.³²

Diese hatten schon Anfang der 1960er-Jahre begonnen, verschiedene Konzepte zu diskutieren, und favorisierten die Einführung von Lehrprofessuren, die, ohne selbst in vertieftem Maße zu forschen, sich als Transmissionsriemen zwischen Forschung und universitärer Lehre profilieren sollten. So könnten hochschuldidaktische Defizite bei Ordinarien ausgeglichen und eine zufriedenstellendere Lehre organisiert werden.³³ Ein Kongress des Verbands deutscher Studentenschaften in Mainz 1965 verlieh der Forderung nach Studienre-

form nochmals Nachdruck, doch blieben auch in der Studierendenschaft die Vorstellungen über den richtigen nun einzuschlagenden Weg im Detail gespalten.³⁴ Die Diskussion war am Ende der 1960er-Jahre also noch nicht beendet, aber eine neue, reformbereitere Hochschullehrergeneration, für die der letzte Rektor der JGU und ihr langjähriger erster Präsident Peter Schneider stand, übernahm nun das Ruder und zeigte sich gegenüber den Forderungen nach einer Studienreform aufgeschlossener.³⁵

Diese Haltung war nicht zuletzt auch bedingt durch das 1970 beschlossene erste rheinland-pfälzische Hochschulgesetz, das nach langen inneruniversitären Kämpfen den Ordinarien ihre weitgehende Entscheidungskompetenz nahm und Studierende wie Angehörige des »Mittelbaus« und Habilitierte an der Arbeit der universitären Gremien mitentscheidend beteiligte.³⁶ Das erste, sehr kurze *Landesgesetz über die Verfassung und Verwaltung der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz (Universitätsgesetz – UnivG)*³⁷ vom 6. März 1961 hatte noch die Dominanz der Ordinarien abgesichert, wenngleich ein Konflikt um die wirtschaftliche Autonomie der Universität die ansonsten gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium bereits getrübt hatte. Zu Universitätsstatuten, die die Binnenverhältnisse der Universitätsangehörigen hätten regeln sollen, ist es dann in langen, fruchtlosen Diskussionen allerdings nie gekommen.³⁸ So wurde weiter nach dem 1949 erlassenen *Statut über die Organe der Verwaltung und die Berufung der Professoren der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz* verfahren, das eine relevante Beteiligung von Studierenden an den akademischen Entscheidungsgremien nicht vorgesehen hatte.³⁹ Mit dem neuen, jungen Kultusminister Bernhard Vogel wurde ab 1967 dann die Arbeit an einem zeitgemäßen Hochschulgesetz aufgenommen, das die auch im politischen Raum als berechtigt angesehenen Forderungen nach Beteiligung insbesondere der Studierenden und Assistierenden berücksichtigte und einer weitgehenden öffentlichen Transparenz von Entscheidungen Vorschub leistete. Vor diesem Hintergrund zeigte sich bereits Ende der 1960er-Jahre an der Universität Mainz die Bereitschaft wichtiger Entscheidungsgremien, vor allem des Senats, im Vorgriff auf das neue Gesetz den Studierenden Stimmrecht zu verleihen, nachdem dies über viele Jahre hinweg von vielen Ordinarien auch in Mainz als ein Ding der Unmöglichkeit angesehen worden war.⁴⁰

Die JGU wurde mithin nicht nur baulich und hinsichtlich der Studierendenzahl größer, sie veränderte dazu ihre Verfassung und ehrwürdigen Strukturen, sie wurde demokratisch verfasster Teil einer demokratischen Gesellschaft.

Diese bundesdeutsche Gesellschaft machte allerdings auch ihrerseits in den 1960er-Jahren einen fundamentalen Wandlungsprozess durch, der am Ende wiederum in vielfältiger Weise auf die JGU durchschlug. Vieles von dem, was sich in dieser Zeit veränderte, wird heute mit der Chiffre »1968« erfasst, wobei die Themenfelder, auf die sich die gesellschaftliche Diskussion erstreckte, höchst disparat sind.

Zum einen fand eine zunehmende Politisierung insbesondere in der jungen Generation und unter Studierenden statt, die sich auf unterschiedlichste Felder erstreckte. Mal war es die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die Aktionen hervorrief, mal das Entsetzen über die amerikanische Kriegführung in Vietnam, ein anderes Mal die Diktatur in Griechenland, gegen die man ein öffentliches Zeichen der Ablehnung setzen wollte. Einen besonders hohen Mobilisierungsgrad erreichten die Proteste um die Notstandsgesetzgebung, die seit 1958 diskutiert und öffentlich kritisiert, im Mai 1968 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Sie löste eine breite Welle der Kritik aus, weil man in den Notstandsgesetzen gerade zu Zeiten der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Bundestag (1966–1969) die Gefahr einer autoritären Rückwärtsentwicklung der deutschen Demokratie erblickte. Die Befürchtung ging um, eine großkoalitionäre Regierung könne einen solchen Notstandsparagraphen in der Verfassung, wie er ursprünglich von den alliierten Besatzungs-

Mainz »1968«

ERKLÄRUNG

der Evangelisch-theologischen Fachschaft der Universität Mainz
 und der unterzeichneten Professoren, Dozenten und Assistenten
 der Evangelisch-theologischen Fakultät

ZUR NOTSTANDSGESETZGEBUNG

an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

In großer Sorge um die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland übergeben wir im Bewußtsein unserer politischen Verantwortung den Abgeordneten folgende Erklärung:

I Es verletzt demokratische Grundsätze, eine einschneidende Verfassungsänderung hinter verschlossenen Türen auszuhandeln und damit der betroffenen Öffentlichkeit die zur politischen Willensbildung notwendigen Informationen vorzuenthalten. Wir fordern als mündige Bürger unserer Demokratie die Offenlegung des bisherigen Verhandlungsganges, seiner Ergebnisse und seines weiteren Verlaufes.

II Das gültige Grundgesetz enthält Verfassungsbestimmungen, die

- a) dem Notstandsfall vorbeugen (Art. 9, Abs. 2; 18; 21, Abs. 2),
- b) im Falle des allgemeinen (inneren) Notstandes der Exekutive wie der Legislative eine Vielzahl von Möglichkeiten zum Schutz der Staatsordnung bieten (Art. 37; 81; 91),
- c) im Falle des äußeren Notstandes (Verteidigungsfall) wirksam werden (Art. 17a; 59a; 65a).

Diese Verfassungsbestimmungen werden darüber hinaus ergänzt durch Notstandsartikel fast aller Länderverfassungen und eine Reihe von Bundes- und Landesgesetzen.

Angesichts dieser weitreichenden Vorsorge des Gesetzgebers muß für den Fall einer weiterführenden, grundgesetzändernden Notstandsverfassung eine einsichtige Begründung gegeben werden. Tendenz (nicht ausreichend begrenzter und kontrollierter Machtzuwachs der Exekutive) und Perfektion (keine Parallele im vergleichbaren internationalen Rahmen) auch des letzten Entwurfes vom 26. Mai 1965 gefährden Fundament und Substanz unserer Demokratie.

III Wir erklären unsere entschiedenen Einwände auch gegen die „einfachen“ (nicht verfassungsändernden) Notstandsgesetze:

- a) Sie gefährden die verfassungsmäßige Garantie unaufgebbarer Grundrechte und das Streikrecht;
- b) sie schaffen ein straff durchorganisiertes System, das schon zu ruhigen Zeiten die Verplanung der Menschen bewirkt;
- c) sie fördern die Illusion, als sei im Kriegsfall angesichts moderner Waffen ein hinreichender Schutz der Bevölkerung möglich.

Zusammenfassend ist zu sagen: Im Interesse einer stetigen Weiterentwicklung unserer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie lehnen wir den vorliegenden Entwurf zu einer Notstandsverfassung ab. Wir bedauern auch, daß bereits einige von den „einfachen“ Notstandsgesetzen überstürzt verabschiedet wurden und erwarten ihre Revision. Wir erinnern die Abgeordneten aus diesem Anlaß an ihre im Grundgesetz verankerte Gewissensbindung und fordern sie auf, auch in der fünften Legislaturperiode mit aller Entschiedenheit jeder Gefährdung unserer verfassungsmäßigen Ordnung entgegenzuwirken.

Jörg Heidelberger Roswita Bernius
 (Fachschaftssprecher)

Folgende Professoren, Dozenten und Assistenten der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Mainz schließen sich der vorstehenden Erklärung der Fachschaft an:

Prof. Dr. G. Otto, Dekan	Prof. D. theol. H. Braun	Prof. Dr. D. theol. M. Mezger
Prof. Dr. theol. A. Kuschke	Prof. D. Hellmann	Prof. Dr. W. Pannenberg
Prof. Dr. D. theol. G. Stählin	Priv. Doz. Dr. E. Kamlah	Prof. D. theol. H. W. Wolff
Priv. Doz. Dr. W. Schmidt	Dr. W. Schottroff	Dr. J. Schreiber
Dr. T. Koch	Dr. Dr. O. Böcher	M. Ferckel, wiss. Ass. Verw.
Dr. J. Jeremias	Dr. E. Lessing	Prof. Dr. D. theol. W. Loew
H. Ihmig, wiss. Ass. Verw.	P. Crusemann,	Dr. L. Schottroff
Priv. Doz. Dr. H. Fischer	wiss. Ass. Verw.	Fr. Eb.Wilde, Wiss.Ass.Verw.
Prof. D. theol. E. L. Rapp		Dr. L. Perlitt

Erklärung zur Notstandsgesetzgebung, unterzeichnet unter anderem vom späteren Rektor Manfred Mezger. Quelle: nobis 18 (1966), Nr. 130/31, S. 27.

mächten zum Schutz der Demokratie verlangt worden war, ähnlich wie 1933 das NS-Regime, zum Aufbau eines diktatorischen oder doch autoritären Staates nutzen.⁴¹

Daneben waren bildungs- und hochschulpolitische Themen höchst relevant: Die Furcht vor einem prognostizierten »Bildungsnotstand« ging um, die offensichtlich unzureichenden Kapazitäten und Bildungsprogramme etwa von Volksschulen und Lehrerbildung, die in Rheinland-Pfalz ja noch konfessionell orientiert waren, weckten die Besorgnis, für die Herausforderungen der Zukunft nicht hinreichend gewappnet zu sein. Die traditionellen Träger des Bildungssektors verloren vor diesem Hintergrund an Respekt, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Universitätskliniken und Hochschulen begannen sich von der Autorität der Ordinarien zu befreien und gegen ungerechte Zustände aufzubegehren.

Hinzu kam ein allmählicher Wertewandel, der sich immer deutlicher bemerkbar machte: Sexuelle Tabus wurden aufgebrochen, Umgangsformen, Moden, geltende gesellschaftliche Konventionen und Normen, insbesondere auch Kommunikationsstile änderten sich gleichsam so ruckartig, dass die ältere Generation sich von einer als anmaßend, ja »flegelhaft« wahrgenommenen Jugend geradezu bedroht fühlte.⁴² Der Protest und die Inanspruchnahme von demokratischen Rechten waren also vielschichtig, ein kohärentes »Programm« hatte diese »Bewegung« nicht.⁴³

All diese Entwicklungen beeinflussten die Geschichte der JGU in den 1960er-Jahren massiv, wenngleich Mainz zu keinem Zeitpunkt eine Protesthochburg wurde, die etwa mit Berlin, Frankfurt am Main oder München zu vergleichen gewesen wäre. Doch die Nähe der radikal auftretenden Frankfurter Studierendenschaft ließ auch die JGU latent gefährdet erscheinen. Und zudem entwickelte sich eine spezifische Protestszene auf zwei inhaltlichen Ebenen, die ihren Höhepunkt tatsächlich im Jahr 1968 hatte, sich dann rasch wieder abschwächte, um schließlich in den 1970er-Jahren in neue Protestereignisse mit neuen Protestformen zu münden.

Aufsehen erregte an der Mainzer Universität schon 1965 ein Hungerstreik iranischer Austauschstudenten, die sich damit gegen ein vom Teheraner Militärgericht verhängtes Todesurteil über vier Kommilitonen wandten.⁴⁴ Im Juni 1966 musste eine öffentliche Podiumsdiskussion über die Notstandsgesetze wegen tumultartiger Zustände abgebrochen werden. Am 30. November 1966 richtete sich ein Protestmarsch von etwa 1.200 Mainzer Studierenden gegen die Wahl Kurt Georg Kiesingers zum Bundeskanzler einer großen Koalition. Der Tod des Berliner Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 führte in Mainz zu universitätsweiter Betroffenheit: Am 6. Juni 1967 schlossen sich rund 2.000 Studierende sowie mehrere Dozierende und Professoren einem Schweigemarsch und einer anschließenden Kundgebung auf dem Campus an. Das Jahr 1968 begann mit einem Streit zwischen der Universitätsleitung und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der eine Ausstellung über die angebliche NS-Vergangenheit von Bundespräsident Heinrich Lübke und Bundeskanzler Kiesinger in Räumen der Universität zeigen wollte. Als dies von der Universitätsleitung untersagt wurde, gab der AStA sein Lesezimmer dafür frei. Kurz darauf besuchte Kultusminister Vogel die JGU und berührte das Thema in einer öffentlichen Ansprache. Daraufhin wurde er »Opfer« eines »Pantoffelanschlags«, bei dem Pantoffel nach ihm geworfen wurden, ihn aber nicht trafen. Am 11. April wurde auf den bekannten Studentenfunktionär Rudi Dutschke ein Attentat verübt, das er schwer verletzt überlebte. Die Mainzer Studierenden suchten, entsetzt über diese Verrohung des Umgangs, in großen Diskussionsveranstaltungen das Gespräch mit den Professoren. Die eher radikal denkenden Anhänger des SDS drangen in einen evangelischen Gottesdienst in der Christuskirche ein und verlangten, sich mit dem Attentat auseinanderzusetzen, statt Gottesdienst zu feiern. Im Mai 1968 erreichte das Mainzer Protestgeschehen an der Universität einen vorläufigen Höhepunkt anlässlich der dritten Lesung der Notstandsgesetze und vor dem Hintergrund der Pariser Studentenunruhen. 18 Mainzer Studierende führten einen Hungerstreik in der evangelischen Studentengemeinde (ESG) durch und erreichten dadurch bundesweite Aufmerksamkeit.⁴⁵



Oben links:
 Studierende im Hungerstreik
 in den Räumen der ESG 1968.
 Quelle: UA Mainz, S3/26.

Studierendenprotest mit einer
 Blockade des Haupteingangs
 1968. Quelle: UA Mainz,
 S3/10859, S3/10858 u. S3/889.

Das rheinland-pfälzische Innenministerium wurde zeitweilig von Studierenden blockiert, und am 27. Mai 1968 wurde eine Sitzblockade vor der JGU mit anschließender Großkundgebung durchgeführt. Die Sitzblockade dürfte wohl das einschneidendste Protestereignis in der jungen Geschichte der Universität gewesen sein, weil Rektor und Senat alles unternahm, um Eskalationen zu vermeiden, zugleich aber auch einzelne Professoren und Studierende sich am Betreten des Campus von der kleinen Gruppe der Sitzstreikenden nicht hindern lassen wollten und sich mit Gewalt Zugang verschafften. Der Versuch Frankfurter Studierender, die Situation für eine Radikalisierung der Mainzer Studierenden zu nutzen, schlug allerdings fehl. Ein Frankfurter Lautsprecherwagen entfernte sich schließlich unter Abspielen der *Internationale* vom Campus.

Danach war der Höhepunkt des politischen Protests an der Universität Mainz bereits überschritten. Geradezu symptomatisch musste im Juli 1968 eine vom Studium generale organisierte Veranstaltung zu den Notstandsgesetzen mangels Interesse ausfallen, obwohl man den bei linken Studierenden hochgeschätzten Gewerkschaftsfunktionär Fritz Vilmar eingeladen hatte.⁴⁶ Das bedeutete freilich nicht, dass das Engagement der Studierenden auf dem sie direkt betreffenden Gebiet der Hochschulpolitik nachgelassen hätte. Im Gegenteil verband sich in der Folgezeit die universitäre Hochschulreformdiskussion mit einer ohnehin seit langem bestehenden zweiten Protestszene, die ihren Schwerpunkt in den Pädagogischen Hochschulen und Ingenieurschulen hatte und die im Wesentlichen für bessere Studienbedingungen und neue akademische Studienordnungen kämpfte. Auch sie hatte durch große Diskussionsrunden und öffentliche Veranstaltungen, gelegentlich daneben durch Streikaktionen oder Sitzblockaden vor öffentlichen Gebäuden auf sich aufmerksam gemacht. Diese Protestszene erreichte einen höheren Mobilisierungsgrad unter den Mainzer Studierenden als die erste, überwiegend politisch orientierte und ragte weit in die 1970er-Jahre hinein.⁴⁷

Dass es in Mainz schließlich zu keiner wirklichen Eskalation des Protests kam, war außerdem durch das besonnene Verhalten der Verantwortungsträger auf allen Ebenen bedingt. In der Regierung von Ministerpräsident Kohl waren ohnehin fortschrittlich denkende Jungpolitiker, vor allem Vogel als Kultusminister und Heiner Geißler als Sozialminister, aktiv, die viele Forderungen der Studierenden unterstützten. Die in dieser Zeit verantwortlichen Rektoren der JGU, die Theologen Adolf Adam und Manfred Mezger sowie der Jurist Peter Schneider, stellten sich recht schnell auf die Lage ein und handelten besonnen, auch wenn konservative Kollegen einen harten Kurs gegenüber den Studierenden verlangten. Mezger unterstützte beispielsweise öffentlich den Protest gegen die Notstandsgesetzgebung und wandte sich in aller Deutlichkeit gegen das so genannte »Marburger Manifest« konservativer Ordinarien, die unter anderem eine Beteiligung von Studierenden in universitären Gremien ablehnten. Auch die rheinland-pfälzische Polizei war bemüht, aus den Zusammenstößen etwa in Berlin oder München zu lernen und suchte den Kontakt mit den Studierendenvertretern, ja half den Protestierenden gelegentlich sogar mit einem Megafon aus, wenn es im Straßenverkehr schwer wurde, sich verständlich zu machen.⁴⁸

In all diesen Entwicklungen machte die Johannes Gutenberg-Universität Mainz einen allmählichen institutionellen und atmosphärischen Wandel durch, der am deutlichsten wird, wenn man Situationen aus den beginnenden 1960er-Jahren der Realität um 1969/70 kontrastierend gegenüberstellt.

Am auffälligsten ist die Entwicklung sicherlich im repräsentativen, zeremoniellen Bereich: Zu Beginn der 1960er-Jahre inszenierte sich die JGU noch alljährlich selbst durch eine feierliche Rektoratsübergabe und stellte sich als respektheischende Institution nach außen dar. Unter Anwesenheit fast des gesamten Kabinetts, der höchsten Beamten und Richter des Landes, diplomatischer Vertreter, aller Landesbischöfe und Kirchenpräsidenten, des Oberbürgermeisters und zahlreicher sonstiger Ehrengäste aus

**Auf dem Weg von der ehrwürdigen
Institution zur demokratisch
verfassten Hochschule**



Traditionelle Rektoratsübergabe 1964 mit Johannes Bärmann, Pedell Philippi und Hans Leicher. Quelle: UA Mainz, S3/1110.

dem In- und Ausland marschierte die gesamte Professorenschaft, angeführt vom Rektor, im Talar in einen Versammlungssaal ein und lauschte dem Rechenschaftsbericht.⁴⁹

Nach dem Referat des Rektors, das nahezu immer gleich mit dem Totengedenken begann, dann Berufen und Ehrungen der Professorenschaft aufführte, schließlich abgehaltene Kongresse, Auslandskontakte und besondere Erfolge der unterschiedlichen Fakultäten auflistete, wurde am Ende die Amtskette des Rektors dem Nachfolger feierlich übergeben. 1962 fand diese Rektoratsübergabe wegen der vielen Baumaßnahmen auf dem Campus zum ersten Mal nicht in der Universität, sondern im Kurfürstlichen Schloss statt. 1963 verlegte man die Zeremonie in das Mainzer Staatstheater und führte zu diesem Anlass in Anknüpfung an mittelalterliche Rituale einen regelrechten Festzug der Studierenden und Professoren durch die Stadt durch. Erstmals wurden zudem zwei neue Zepter vorangetragen, auf denen zum einen ein Eulenkopf als Personifikation der Weisheit, zum anderen der Heilige Martin als Schutzherr für den Dom und die Stadt Mainz zu sehen waren. Sie stellten Geschenke der Schmuckindustrie aus Idar-Oberstein dar, mitfinanziert von den Chemiefirmen Knoll, Grünzweig und Hartmann sowie Giuliani aus Ludwigshafen.⁵⁰

1964 wich Rektor Bärmann zum ersten Mal von dem traditionellen Aufbau der Rektoratsrede ab und wurde geradezu politisch, indem er kritisch und ausführlich zur geforderten Hochschulreform und der massiven Kapazitätserweiterung Stellung nahm. Die gedruckte Rektoratsrede erhielt ab diesem Zeitpunkt nun außerdem einen umfänglicheren Anhang mit statistischem Material und einen eigenen Bericht des AStA.⁵¹ 1967 wurde die getragene Atmosphäre zum ersten Mal gestört, als Angehörige des SDS unter den ins Staatstheater strömenden Gästen Zettel verteilten, auf denen zu lesen war: »Dieser Rektor ist nicht unser Rektor.«⁵² Darin wurden dem katholischen Theologen Adam autoritäres Gehabe und Missachtung der demokratischen Rechte der Studierenden vorgeworfen. Dabei rekurrierte man auf ein Interview, das der neue Rektor der *Allgemeinen Zeitung Mainz* gegeben hatte, in dem er von einem partnerschaftlichen Verhältnis der Stu-

dierenden und Lehrenden gesprochen, aber auch klargemacht hatte: »Diese Partnerschaft bedeutet jedoch nicht, daß jeder gleiche Funktionen und Entscheidungsbefugnisse besitzt.« Er wolle mit den Studierenden reden, doch müsse er voraussetzen, dass es ihnen »um die Sache der Universität geht und nicht um universitätsfremde Interessen, wie etwa Änderung der Gesellschaft, Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch eine *Rätedemokratie* (R. Dutschke) und ähnliches«. ⁵³

Im Jahr darauf, 1968, wurde die traditionelle Rektoratsübergabe noch massiver gestört. Unter anderem aus polizeilichen Quellen hatte der neue Rektor Mezger erfahren, dass der SDS, die Evangelische Studentengemeinde und andere Gruppen die Feierlichkeiten im Staatstheater mit Eier- und Tomatenwürfen auf die Teilnehmenden sowie mit Protestgeschrei stören wollten. Ein kurz vor der Feier kursierendes Flugblatt des SDS forderte auf: »Kommt schaut Euch diese Typen an«. Daraufhin entschied der Rektor, die Veranstaltung abzusagen, denn sie sei »keinen einzigen blutigen Kopf« ⁵⁴ wert. Einen massiven Polizeieinsatz zum Schutz der Teilnehmenden hielt er für untunlich. Stattdessen stellte er sich mit Altrektor Adam einer kurzfristig einberufenen Vollversammlung aller Universitätsangehörigen im Audimax, wo sie die für den Festakt vorgesehenen Vorträge hielten und Diskussionsmöglichkeiten eröffneten. In der Presse wie unter den konservativ denkenden Mainzer Professoren rief dieses Vorgehen Stürme der Entrüstung hervor, schnell war vom »Einknicken« vor Radikalen die Rede. Doch Mezger blieb bei seiner Haltung und konnte sich der Unterstützung der Landesregierung sicher sein, die die Zeremonie mittlerweile ebenfalls für »unzeitgemäß« hielt. 1969 versuchte man es daraufhin gleich mit einem neuen Veranstaltungsformat, einem *Universitätstag*, der in der Rheingoldhalle abgehalten wurde. Ohne Talare, in vollständiger Öffentlichkeit wurde hier in einer Liveübertragung des Südwestrundfunks Rechenschaft über das vergangene Jahr gegeben und breiter Raum für Debatten geschaffen. Doch nun interessierten sich die Studierendenvertreter weit weniger für diese Veranstaltung: Etwa die Hälfte der Plätze in der Rheingoldhalle blieb leer. ⁵⁵

Im Senat der JGU hatte das Geschehen noch ein bemerkenswertes Nachspiel, das den Wandel gleichsam wie in einem Brennglas sichtbar macht: Nach heftigen Diskussionen suspendierte man am 9. Mai 1969 mit zehn gegen sechs Stimmen, bei zwei Enthaltungen, das Talartragen für zwei Jahre. Eine Probeabstimmung ergab, dass elf stimmberechtigte Mitglieder damit keiner grundsätzlichen Aufhebung der Talare das Wort hatten reden wollen, neun wollten die Roben jedoch grundsätzlich abschaffen. Man einigte sich darauf, dass zumindest bei Trauerfeiern und fakultätsinternen Feiern das Talartragen erlaubt bleiben sollte. ⁵⁶ Zu Beginn des Jahrzehnts hatte der Senat demgegenüber noch darüber diskutiert, ob es angängig wäre, auf den Roben besondere Abzeichen für einzelne Fakultäten zu tragen und ob es denkbar wäre, dass in Abwesenheit des Rektors sein Stellvertreter die Amtskette tragen dürfe. ⁵⁷ Die Zeiten hatten sich geändert: Die Talare wurden nach 1969, von Einzelfällen abgesehen, nicht mehr benutzt, und eine feierliche Rektoratsübergabe der alten Form wurde auch nie wieder begangen.

Ganz ähnlich entwickelte sich die feierliche Immatrikulation der neuen Studierenden: Noch zu Beginn der 1960er-Jahre hatte sie einen festlichen Charakter und fand ihren Höhepunkt in einem feierlichen Eid der Studierenden, die öffentlich geloben mussten: »Ich verpflichte mich, die Ehre des akademischen Bürgers zu wahren, Sitte und Ordnung des akademischen Lebens zu befolgen, die Verfassung der Universität zu achten, die akademischen Pflichten nach bestem Wissen und Können zu erfüllen.« 1963 zeigte sich bei dieser Veranstaltung aber bereits ein erstes Desinteresse der Studierenden. Als der Festvortrag gehalten wurde, den in diesem Jahr der Theologe Hans Walter Wolff der Geschichte des Propheten Amos gewidmet hatte, verließen nach und nach die ersten gelangweilt den Raum. Der darüber empörte Referent forderte alle auf, die kein Interesse hätten, nun sofort den Vortragssaal zu verlassen – er hatte aber wohl nicht damit gerechnet, dass mehr als ein Drittel der Zuhörenden nun aufstand und ging. Noch war der AStA über diese »Ungezogen-

heiten⁵⁸ der Erstsemester selbst empört und entschuldigte sich öffentlich für dieses Verhalten. Wann die Veranstaltung aufgegeben wurde, beziehungsweise wann sie diesen Charakter einbüßte, lässt sich nicht mehr feststellen, vermutlich um 1967.⁵⁹

Schließlich verlor auch das Latein als traditionelle akademische Sprache, in der Urkunden wie etwa Doktordiplome ausgestellt wurden, mehr und mehr an Boden. 1966 überließ der Senat es den Fakultäten zu entscheiden, in welcher Sprache die Urkunden ausgestellt würden, nachdem die naturwissenschaftliche Fakultät sich als erste für die Abschaffung des Lateins ausgesprochen hatte.⁶⁰

Auch in den Außenbeziehungen der JGU und der Einbindung der Professorenschaft in das gesellschaftliche Leben in Mainz änderten die 1960er-Jahre vieles. Nicht nur, dass der Rektor zu Beginn dieses Zeitraums noch regelmäßig die Professorenschaft nebst den Ehefrauen zu gemeinsamen Ausflügen und Festen einlud,⁶¹ die Universität hielt zudem engen Kontakt zu traditionell angesehenen Institutionen wie dem Militär oder der Kirche. Bundeswehroffiziere sowie NATO-Soldaten aus den USA waren auf dem Campus Anfang der 1960er-Jahre häufig zu sehen, die Professorenschaft war zu den Herrenabenden der Offiziere ins Casino im Osteiner Hof regelmäßig eingeladen, und auch Truppenbesuche seitens der Professorenschaft wurden gelegentlich durchgeführt.⁶² Die Kirchen hatten schon bei der Gründung der Universität eine wichtige Rolle gespielt und waren stets präsent bei Feiern oder auch über die theologischen Fakultäten.⁶³ Das änderte sich im Laufe der Jahre. Die Kirchen verloren mehr und mehr den Respekt der Studierendenschaft und wurden öffentlich angreifbar, etwa in der Studierendenpresse.⁶⁴ Die Präsenz der Bundeswehr auf dem Campus wurde skandalisiert und führte Ende der 1960er-Jahre zu Störaktionen, die es angeraten erscheinen ließen, zumindest nicht mehr in Uniform auf dem Campus aufzutreten.⁶⁵

Vermehrt erschien es der Universitätsleitung nun notwendig, ihre Haltung aktiv in die Öffentlichkeit zu vermitteln, um das sich wandelnde öffentliche Bild der Institution beeinflussen zu können. Es dauerte einige Jahre, bis die Mittel für eine eigene Pressestelle, die 1969 geschaffen wurde, endlich bereit standen und alle akzeptiert hatten, dass es mittlerweile unumgänglich war, sich auch um die Außenwirkung der Alma Mater professionell zu kümmern.⁶⁶

Am sichtbarsten aber wird der gesellschaftliche Wandel wohl an dem Verhältnis von Lehrenden und Studierenden, das am Ende der 1960er-Jahre deutlich anders war als zehn Jahre zuvor. In den ersten Rektorsberichten des Jahrzehnts findet sich immer wieder der Hinweis der Rektoren auf ein gutes und kooperatives Verhältnis zur Studierendenschaft, dem ein gleichsam patriarchalisches Verständnis von Fürsorge für Schutzbefohlene zugrunde lag.⁶⁷ Das konnte einerseits zu Maßregelungen wie gegenüber Schülern führen,⁶⁸ andererseits aber ein sehr persönliches Verhältnis zwischen Studierenden und Professoren zur Folge haben, dessen Verlust nach Rektor Adam eine Ursache für die steigende Unzufriedenheit der Studierenden war.⁶⁹

Mit der Zeit wurden die Studierenden jedoch fordernder; insbesondere im Zusammenhang mit der Hochschulreform verschärfte sich der Ton der studentischen Vertreter, ganz gleich welcher politischen Couleur sie waren. »Drittelparität« wurde gefordert, Mitbestimmung in allen entscheidenden universitären Gremien neben den Professoren und dem sogenannten »Mittelbau«.⁷⁰ Die Ordinarien waren gleichsam nicht mehr sakrosankt; sie sollten sich beurteilen lassen durch Studierende, was im Senat entrüstet abgelehnt wurde.⁷¹ 1967 griff die Redaktion der *nobis* beispielsweise Walter Holsten, Professor an der Evangelisch-Theologischen Fakultät, der in vielen wichtigen universitären Gremien saß, öffentlich wegen Ämterhäufung an und forderte seinen Rückzug.⁷² Als am Ende der 1960er-Jahre über das neue rheinland-pfälzische Hochschulgesetz beraten wurde, war die studentische Beteiligung daran akzeptiert, und der Senat beriet tagelang im Plenarsaal des Landtags, um die Vertreter aller Interessengruppen unterbringen und sie in einem geregelten Diskussionsprozess zu Wort kommen lassen zu können.⁷³

Dabei wird man allerdings nicht sagen können, dass es einer Fundamentalpolitisierung in der Mainzer Studierendenschaft bedurft hätte. Alle typischen Themen der »68er-Zeit« waren bereits Anfang der 1960er-Jahre unter den Mainzer Studierenden virulent und wurden eifrig diskutiert. So wurde etwa mit maßgeblicher Unterstützung des Studium generale die NS-Vergangenheit an der JGU nicht totgeschwiegen, sondern vielfach in Seminaren, Vorlesungen und Vortragsveranstaltungen thematisiert. Bekannte Referenten, denen heute eine entscheidende Rolle für eine vertiefte Aufarbeitung des »Dritten Reichs« zugeschrieben wird, wie der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich oder der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, waren in Mainz zu Gast.⁷⁴ In der Studentenzeitschrift *nobis* finden sich eine Menge Artikel zum Thema, und auch an erschreckendem dokumentarischem Fotomaterial mangelte es bereits Anfang der 1960er-Jahre nicht. Themen wie der Vietnamkrieg, insbesondere aber die Menschenrechtsverletzungen im Algerienkrieg wurden ebenso in der Studierendenpresse behandelt wie etwa Fragen der Entwicklungspolitik oder die Gefahren des Kalten Kriegs.⁷⁵

Durch den enormen Ausbau der JGU, die vielfältigen Probleme der sich baulich rasch vergrößernden Universität und ein gesteigertes Selbstbewusstsein in den gesellschaftspolitischen Debatten der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre wurden der Ton aber rauer und das Verlangen nach Gleichberechtigung und demokratischer Teilhabe drängender. Einzelne Professoren, insbesondere Rektor Mezger, unterstützten diese Haltung und bestätigten die Studierenden auf ihrem Weg: »Es gibt heute, ob uns das gefällt oder nicht, keine formale, es gibt nur noch inhaltliche Autorität. Wer keine Autorität ist, hat keine«, stellte er öffentlich in seinem Rektoratsbericht fest. Zu den notwendigen Diskussionen um Hochschulreformen sei »im Maße der sachlichen Kompetenz jeder berufen und berechtigt«. Die Ablehnung solch studentischer Beteiligung durch konservative Kollegen verurteilte er sogar als »Geist von 1933. Wir nehmen von Akademikern, die sich einstens dafür engagiert und nie distanziert haben, keine Belehrungen entgegen. Das fehlte noch«.⁷⁶

Im Hinblick auf die sexuelle Befreiung, die bis heute als eines der wesentlichen Merkmale der 68er-Bewegung angesehen wird, blieb der Wandel in Mainz allerdings begrenzt. Zwar gab es schon Ende der 1950er- und verstärkt zu Beginn der 1960er-Jahre erste Bilder nackter Frauenkörper in der *nobis*,⁷⁷ auch wurden im Laufe des Jahrzehnts Artikel in der Studierendenpresse abgedruckt, in denen die Antibabypille thematisiert und Hinweise auf Ärzte gegeben wurden, die diese auch unverheirateten Frauen verschrieben.⁷⁸ 1967 wurde immerhin eine Beratungsstelle für studentische Lebensfragen eingerichtet, deren Aufgabe darin bestehen sollte, bei »Krisen im Studium« sowie bei »seelischen Störungen (psychische Labilität, Neurosen, Depressionen), bei Ehe- und Intimfragen beratend und vermittelnd«⁷⁹ tätig zu werden. Aber die traditionellen Prägungen blieben doch insbesondere in der Professorenschaft dominant: So fand die *nobis* 1969 ihr Ende nicht wegen allzu forscher politischer Forderungen, sondern wegen einer Illustration, die man als sittlich so anstößig empfand, dass Rektor Mezger eine weitere finanzielle Förderung durch Druck auf den AstA unterband.⁸⁰

In der Gesamtbilanz jedoch zeigte sich die Veränderung, die in den 1960er-Jahren auf den unterschiedlichsten Ebenen an der JGU stattfand, als so grundlegend und weitreichend, dass man von einem Ende der Ehrwürdigkeit der Universität als Institution sprechen kann. Die JGU machte sich seitdem auf den Weg, eine Universität in der demokratischen Gesellschaft zu werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 5 u. Bericht des Rektors [Manfred Mezger] vom 1.10.1968 bis 30.9.1969, S. 25. Die Rektoratsberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.11.2019).
- 2 Schmidt: Geleitwort des Rektors: Reform von innen. In: nobis 15 (1963), Nr. 113, S. 3.
- 3 Zum Wissenschaftsrat und dem Zustandekommen der Empfehlungen 1960 vgl. Bartz: Wissenschaftsrat.
- 4 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Wissenschaftsrats, URL: https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Ausbau_Hochschulen_1960 (abgerufen am 15.11.2019), S. 16–36, S. 387–390 u. das Zitat S. 24.
- 5 Vgl. ebd.
- 6 Zu Altmeier vgl. Morsey: Regierung.
- 7 Stenografischer Bericht über die 50. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz, 19.12.1961, S. 1581. Die Begründung des Gesetzes wurde vom Abgeordneten Helmut Kohl vorgetragen.
- 8 Zu Orth vgl. Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Stellvertreter, S. 502f.
- 9 Göllner/Demski: Wühlmäuse auf dem Campus. In: nobis 17 (1965), Nr. 127, S. 10.
- 10 Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1960 bis 30.9.1961, S. 20. Vgl. dazu auch den Bericht des Rektors [Hans Leicher] vom 1.10.1964 bis 30.9.1965, S. 11.
- 11 Vgl. ebd., S. 10 u. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 6, S. 12 u. S. 18.
- 12 Vgl. Bericht des Rektors [Martin Schmidt] vom 1.10.1962 bis 30.9.1963, S. 32.
- 13 Bericht des Rektors [Hans Leicher] vom 1.10.1964 bis 30.9.1965, S. 12 u. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 32.
- 14 Vgl. ebd.
- 15 Vgl. Dumont/Frey: Gärten in Fülle, für alle. In: nobis 21 (Januar 1969), Sonderausgabe o. Nr., S. 2f.
- 16 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 3 u. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 85/7, Senatsprotokoll vom 28.7.1961.
- 17 Vgl. UA Mainz, Best. 85/13, Senatsprotokoll vom 13.1.1967.
- 18 Vgl. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 16; Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1960 bis 30.9.1961, S. 12 u. Bericht des Rektors [Johannes Bärmann] vom 1.10.1963 bis 30.9.1964, S. 9. Es war dann das Verdienst des neuen Ministerpräsidenten Kohl 1969, die Bauplanung für ein neues Mensagebäude aus der universitären Gesamtplanung herauszulösen und daraus ein eigenes, gesondertes Bauvorhaben zu machen, das schließlich rascher realisiert wurde. Vgl. Bericht des Rektors [Manfred Mezger] vom 1.10.1968 bis 30.9.1969, S. 27. Siehe hierzu auch den Beitrag von Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 19 Vgl. Bericht des Rektors [Hans Leicher] vom 1.10.1964 bis 30.9.1965, S. 29 u. Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 54.
- 20 [o. V.]: Mainz: 6.600 Studenten. In: nobis 14 (1962), Nr. 106, S. 25.
- 21 Vgl. Bericht des Rektors [Johannes Bärmann] vom 1.10.1963 bis 30.9.1964, S. 10; Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 16–18 u. Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 51 u. S. 54. Erst 1968 wurden 28 ha Bauland von der Stadt an die JGU verkauft, die daraufhin eine Bauplanung im Umfang von 400 Mio. DM für dieses Gebiet aufsetzte. Vgl. Bericht des Rektors [Adolf Adam] vom 1.10.1967 bis 30.9.1968, S. 6f.
- 22 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 1 u. S. 107. Auch andernorts schaffte man es bis zum Ende der 1960er-Jahre nicht, die Kapazitätsprobleme zu lösen. Vgl. Maier: Bildungskatastrophe, S. 15.
- 23 Vgl. Heinz: Hochschulplanung für 1990. In: nobis 19 (1967), Nr. 138, S. 2.
- 24 Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10. 1959 bis 30.9.1960, S. 5.
- 25 Vgl. Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1960 bis 30.9.1961, S. 20.
- 26 Bericht des Rektors [Martin Schmidt] vom 1.10.1962 bis 30.9.1963, S. 36 u. Schmidt: Geleitwort des Rektors: Reform von innen. In: nobis 15 (1963), Nr. 113, S. 4.
- 27 Bericht des Rektors [Johannes Bärmann] vom 1.10.1963 bis 30.9.1964, S. 12–17, Zitat S. 18. Ebenso argumentierte sein Nachfolger Leicher. Vgl. Bericht des Rektors [Hans Leicher] vom 1.10.1964 bis 30.9.1965, S. 12.
- 28 Ebd., S. 12f.
- 29 Vgl. Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 19.
- 30 Vgl. UA Mainz, Best. 85/11, Senatsprotokoll vom 23.7.1965 u. Best. 85/12, Senatsprotokolle vom 10. u. 22.7.1966.
- 31 Vgl. UA Mainz, Best. 85/14, Senatsprotokoll vom 16.2.1968.
- 32 Vgl. ebd., Senatsprotokolle vom 10. u. 31.5.1968.
- 33 Vgl. Heinzmann: Mehr Professoren? Oder nur andere? In: nobis 14 (1962), Nr. 103, S. 14.
- 34 Vgl. Schroeder: 1. Juli: Allons enfants de la familia. In: nobis 17 (1965), Nr. 125, S. 2 u. Heinz: Reform auf dem Rücken der Studentenschaft. In: nobis 17 (1965), Nr. 128, S. 14f.
- 35 Vgl. Bericht des Rektors [Manfred Mezger] vom 1.10.1968 bis 30.9.1969, S. 10 u. S. 30. Konservativ Denkende hingegen hielten auch die Studienreform von 1970 für rundum gescheitert. Vgl. Maier: Bildungskatastrophe, S. 16 u. S. 25.
- 36 Vgl. Landesgesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz (Hochschulgesetz – HochSchG) vom 22.12.1970. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 2 vom 7.1.1971, S. 5–24. Darin wurde etwa in § 23 die Zusammensetzung der Fachbereichsräte geregelt, in denen sechs Studierende mitentscheidend vertreten waren.
- 37 Vgl. Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz, 13 (1961), Nr. 7, S. 107–111.
- 38 Vgl. Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1960 bis 30.9.1961, S. 17 u. UA Mainz, Best. 85/7, Senatsprotokoll vom 2.3.1961.
- 39 Vgl. Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz, 1 (1949), Nr. 20, S. 197–201.
- 40 Vgl. UA Mainz, Best. 85/14, Senatsprotokolle vom 29.11.1968 u. 6.12.1968 u. Best. 85/15, Senatsprotokolle vom 24.1.1969 u. 14.2.1969.
- 41 Zum Notstandsrecht vgl. Hesse: Staatsnotstand.
- 42 Vgl. zusammenfassend Kißener: 1968, S. 561–567.
- 43 Vgl. Kraushaar: Denkmodelle, S. 14.
- 44 Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Göllnitz in diesem Band.
- 45 Siehe dazu und zum Folgenden mit weiterführenden Hinweisen Kißener: 1968, S. 571–581.
- 46 Vgl. ebd., S. 588.
- 47 Vgl. ebd., S. 594f.
- 48 Vgl. ebd., S. 600–608. Vgl. auch Thehos: nobis bei der Polizei. In: nobis 19 (1967), Nr. 141, S. 3; Hust: Opas Polizei ist tot. In: nobis 142 (1967), Nr. 142/43, S. 18 u. Blauschmidt/Schneider: Blumensträuße.
- 49 Vgl. dazu etwa den Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 3. Überhaupt konnte die JGU im Laufe eines Jahres eine Vielzahl von Ehrengästen begrüßen: Mehrfach besuchten die Bundespräsidenten die Hochschule, regelmäßig die Botschafter auswärtiger Staaten, v.a. der französische Botschafter. Vgl. dazu bspw. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 13; Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1960 bis 30.9.1961, S. 10 u. Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 9.
- 50 Vgl. Bericht des Rektors [Horst Falke] vom 1.10.1961 bis 30.9.1962, S. 3 u. Bericht des Rektors [Martin Schmidt] vom 1.10.1962 bis 30.9.1963, S. 3f.
- 51 Vgl. Bericht des Rektors [Johannes Bärmann] vom 1.10.1963 bis 30.9.1964, S. 12f. u. den Anhang ab S. 19.
- 52 UA Mainz, Best. 55/15, Schriftwechsel und Zeitungsberichte zum Vorfall u. Dolderer: Studenten- und Schülerbewegung, S. 74.
- 53 Adam: Stellung und Aufgaben des Rektors. In: Hochschulbeilage der AZ zum Semesterbeginn 1967/68, 9.11.1967, [o. S.]. Vgl. dazu auch Kißener: 1968, S. 573f.

- 54 UA Mainz, Best. 55/15, Dokumente zur Vorbereitung und Absage der Rektoratsübergabe. Vgl. in der breiten Presseberichterstattung insb. die AZ vom 6.11.1968, S. 4; [o. V.]: Uni-Rektor: Feier ist keinen einzigen blutigen Kopf wert.
- 55 Vgl. Kißener: 1968, S. 589f. Zur traditionellen Rektoratsübergabe vgl. Franz/Siggemann: Muff.
- 56 Vgl. UA Mainz, Best. 85/15 Senatsprotokolle vom 14.2., 9.5. u. 11.7.1969.
- 57 Vgl. UA Mainz, Best. 85/7, Senatsprotokoll vom 17.11.1961.
- 58 Cserny: Die Neureifen gingen. In: nobis 15 (1963), Nr. 114, S. 20.
- 59 Vgl. UA Mainz, Best. 85/14, Senatsprotokoll vom 26.1.1968.
- 60 Vgl. UA Mainz, Best. 85/12, Senatsprotokoll vom 22.7.1966.
- 61 Vgl. Bericht des Rektors [Martin Schmidt] vom 1.10.1962 bis 30.9.1963, S. 33.
- 62 Vgl. Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 21 u. UA Mainz, Best. 85/12, Senatsprotokolle vom 14.1. u. 15.2.1966 u. Best. 85/15, Senatsprotokoll vom 16.6.1967.
- 63 Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 64 Siehe dazu etwa die scharfe Kritik an der Sexualmoral der katholischen Kirche bei Seeliger: Groschenhefte in der Kirche. In: nobis 18 (1966), Nr. 133, S. 12f.
- 65 Vgl. UA Mainz, Best. 85/13, Senatsprotokoll vom 26.5.1967 u. Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 21. Vgl. auch Clausen/Harms: Herr General! Magnifizen! Meine Damen und Herren! In: nobis 19 (1967), Nr. 141, Rückseite.
- 66 Vgl. Bericht des Rektors [Martin Schmidt] vom 1.10.1962 bis 30.9.1963, S. 36; Bericht des Rektors [Johannes Bärmann] vom 1.10.1963 bis 30.9.1964, S. 15; Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 12; UA Mainz Best. 85/8, Senatsprotokoll vom 4.5.1962; Best. 85/11, Senatsprotokoll vom 10.12.1965 u. Best. 85/15, Senatsprotokoll vom 24.1.1969. Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Böschen in diesem Band.
- 67 Vgl. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis 30.9.1960, S. 15 u. Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 12. 1967 noch wollte man das in der Mainzer Professorenschaft nicht wahrhaben. Der Rektor fand gar, es gäbe eigentlich gar keine wirklich hierarchischen Verhältnisse an der Universität. Vgl. Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 11.
- 68 So gab es bspw. Maßregelungen wegen als verunglückt eingestuft studentischer Beiträge in der *nobis*. Vgl. UA Mainz, Best. 85/6, Senatsprotokolle vom 1.2. u. 3.5.1960 u. Best. 85/11, Senatsprotokoll vom 10.12.1965.
- 69 Vgl. Bericht des Rektors [Adolf Adam] vom 1.10.1967 bis 30.9.1968, S. 6.
- 70 Vgl. UA Mainz, Best. 85/13, Senatsprotokoll vom 28.7.1967.
- 71 Vgl. UA Mainz, Best. 85/12, Senatsprotokoll vom 20.5.1966.
- 72 Vgl. [o. V.]: Allzeit bereit. In: nobis 19 (1967), Nr. 141, S. 2. Auch die Rektoren sahen sich heftigen Angriffen ausgesetzt. Vgl. dazu bspw. Spielbrink: Worte des Vorsitzenden Adam. In: nobis 19 (1967), Nr. 144, S. 16 u. Spira u. a.: Offener Brief [an den Rektor Peter Schneider]. In: nobis 20 (1968), Nr. 148, S. 30.
- 73 Vgl. UA Mainz, Best. 85/16, Senatsprotokolle vom 16., 23. u. 30.1.1970 u. 13.2.1970. Die Debatten dauerten oft bis in die Nacht hinein.
- 74 Vgl. Bericht des Rektors [Johannes Bärmann] vom 1.10.1963 bis 30.9.1964, S. 69; Bericht des Rektors [Hans Leicher] vom 1.10.1964 bis 30.9.1965, S. 43 u. S. 46f.; Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 56f.; Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 64 u. S. 66 u. UA Mainz, Best. 85/12, Senatsprotokoll vom 4.2.1966. Zu Mitscherlich vgl. Fetscher: Mitscherlich u. zu Bauer vgl. Backhaus u. a. (Hrsg.): Bauer.
- 75 Vgl. dazu bspw. Pivonas: Synagogen. In: nobis 12 (1960), Nr. 88, S. 2, S. 8f. u. S. 14; ders.: Mr. Chaos geht zum Friedhof. In: nobis 12 (1960), Nr. 92, S. 10f.; Celan: Todesfuge. In: nobis 12 (1960), Nr. 94, S. 28 u. Zimmermann: Der Rotwelsch der Nazis. In: nobis 13 (1961), Nr. 100, S. 13. Zum Algerienkrieg vgl. Beichler: Der Krieg in Algerien. In: nobis 12 (1960), Nr. 88, S. 4f.; zur Entwicklungspolitik vgl. Quaroni: Europas Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern. In: nobis 12 (1960), Nr. 89, S. 6f. u. zu den französischen Atombombentests vgl. AStA: Presseerklärung. In: nobis 13 (1961), Nr. 97, S. 23. Zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der *nobis* vgl. allg. Mortelé: Auseinandersetzung.
- 76 Bericht des Rektors [Manfred Mezger] vom 1.10.1968 bis 30.9.1969, S. 7 u. S. 10.
- 77 Vgl. nobis 16 (1964), Nr. 118, Titelbild u. Die Redaktion: Zur Situation. In: nobis 16 (1964), Nr. 119, S. 3. Die *nobis*-Redaktion trat auch bereits für die Rechte von Homosexuellen ein. Vgl. Petersen: Verfolgt. Zur Situation der Homosexuellen in Deutschland. In: nobis 16 (1964), Nr. 123, S. 8.
- 78 Vgl. Ratghen: Antibabypille!? In: nobis 20 (1968), Nr. 151, S. 12f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 79 Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 13. Siehe hierzu auch den Beitrag von Maria Lau in diesem Band.
- 80 Vgl. Kißener: 1968, S. 603. Siehe dazu auch Klein: Lust.

»Die Universität ist nicht mehr en vogue.«¹

Die JGU in den 1970er-Jahren

Freia Anders

»Bildungsfragen sind Machtfragen, Interessenfragen, Klassenfragen. Bei der Demokratisierung unseres Bildungswesens geht es letztlich um Klasseninteressen«,² verlautete der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Klaus von Dohnanyi (SPD), im November 1973. In seiner vorherigen Funktion als Staatssekretär hatte er bereits im Sommersemester 1970 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zu aktuellen Fragen der Hochschulpolitik referiert.³ Seine Äußerung verdeutlicht, wie politisch aufgeladen die Diskussionen um die Gestaltung des Hochschulwesens zu Beginn der 1970er-Jahre waren. Bildungsexpansion, Rationalisierung, Demokratisierung waren die bestimmenden Stichworte der in einer breiten Öffentlichkeit ausgetragenen Debatte um die bundesweite Neuregelung des Hochschulwesens. Darin manifestierten sich zwei internationale Trends: die Öffnung der Sekundar- und Hochschulbildung für breitere soziale Schichten – in der BRD angesichts der Konkurrenz zur DDR von besonderer Bedeutung – sowie die voranschreitende Verwissenschaftlichung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Abtretung weitgehender Kompetenzen in der Bildungspolitik von den Ländern auf den Bund noch während der Großen Koalition 1969 erforderte neue gesetzliche Rahmungen. Die mit dem Regierungswechsel hin zu einer SPD/FDP-Koalition im Herbst 1969 angekündigte Demokratisierung der Hochschulen stieß nun auf eine starke CDU-Opposition und brachte ein jahrelanges Tauziehen mit sich,⁴ das erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zur Ruhe kommen sollte.⁵ Die durchaus auch quer zu politischen Lagern verlaufende Polarisierung wurde als »Hochschulkrise« erlebt, ging es doch um »Deutungsmacht«⁶ in den und über die Hochschulen.

Wie andere westdeutsche Hochschulen war auch die JGU bereits im vorangegangenen Jahrzehnt vor Herausforderungen gestellt, die ihr bisheriges Selbstverständnis berührten. Seit Beginn der 1960er-Jahre waren massive Kapazitätserweiterungen, dafür erforderliche Neu- und Umbauten sowie Schritte hin zu zeitgemäßeren Lehrformen unternommen worden, die den Lehrbetrieb für die stark gewachsenen und weiter steigenden Studierendenzahlen gewährleisten sollten. Die in den Studierendenprotesten um »1968« geforderte inneruniversitäre Neuordnung war sowohl seitens der Landespolitik als auch wichtiger Entscheidungsgremien der Hochschule selbst durchaus auf die Bereitschaft gestoßen, einen Reformprozess einzuleiten.⁷ Doch weder das Kapazitätsproblem noch die Frage der Studienreform waren einfach zu lösen. Das Hochschulrahmengesetz und die entsprechenden Landeshochschulgesetze (LHG) von 1970 und 1978 erforderten immer wieder neue Anpassungen des Betriebs. Und auch die Politisierung der Studierenden, die nach »1968« ihren Höhepunkt überschritten hatte, kam keinesfalls zum Erliegen. Bis weit in die 1970er-Jahre hinein blieb die Universität ein Ort, an dem die Studierenden sowohl genuin hochschulpolitische als auch allgemein gesellschaftspolitische Themen auf die Agenda setzten. Der vorliegende Beitrag skizziert, wie sich Ausbau, institutionelle Reform und studentische Initiativen zueinander verhielten.



*Klaus von Dohnanyi
(Mitte), Bundesminister
für Bildung und Wissen-
schaft 1972–1974, bei
einer Pressekonferenz an
der JGU am 28.5.1973.
Quelle: UA Mainz,
S3/6695.*

Die Expansion des Bildungswesens erforderte neue rechtliche Rahmenbedingungen. Bestandteil der sogenannten großen Finanzreform der Großen Koalition war das 22. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes von 1969 bezüglich der Kompetenzen im Bildungs- und Hochschulbereich. Es verlagerte die Rahmenkompetenz über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens auf den Bund. Ziel war es, regionale Unterschiede im Bildungswesen anzupassen, um bei den Bildungschancen mehr Gleichheit zu schaffen. Letztlich scheiterten diese Bemühungen an den unterschiedlichen Interessen der Bundesländer. Während sich die reicheren Länder gegen die Kompetenzverlagerung im Bildungsbereich aussprachen, wurde diese von den finanzschwachen, darunter auch Rheinland-Pfalz, angestrebt.⁸ Die Diskussionen über das Rahmengesetz zogen sich über mehrere Jahre hin, bis 1976 erstmals ein bundesweit gültiges Hochschulrahmengesetz (HRG) verabschiedet werden konnte. Darin wurden Grundsätze und Verfahrensregelungen für die Studienreform aufgeführt, etwa zur Neuordnung des Studienangebots mit dem (letztlich kaum erreichten) Ziel, Studienzeiten zu verkürzen. Den Ländern war es aufgegeben, ihr Hochschulrecht an das HRG anzupassen; ein Prozess, der sich bis zum Ende des Jahrzehnts hinzog. Weitere Voraussetzungen für die unter dem zeitgenössisch umkämpften Begriff der »Chancengleichheit« anvisierte Bildungsexpansion wurden durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vom 26. August 1971 geschaffen, das einen Anspruch auf individuelle Ausbildungsförderung für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung festschrieb.⁹

Die im Rahmen der Hochschulreform erfolgte Umformung der traditionellen inneren Struktur der Universitäten wurde von vielen Beteiligten als dramatisch empfunden. So meinte der Rechtswissenschaftler Peter Schneider – seit 1969 letzter Rektor der JGU nach der alten Universitätsverfassung und von 1974 bis 1980 erster Präsident nach der neuen Hochschulgesetzgebung – 1979 rückblickend, das Hochschulgesetz von 1970 habe ein »völliges Umdenken aller Beteiligten«¹⁰ erfordert. Die Verhandlungen der Universität mit dem Land über ein Hochschulgesetz waren Anfang der 1970er-Jahre von diversen Streitigkeiten über Rechtsaufsichtsfragen und die Sicherung der primären Zuständigkeit der Universitätsleitung begleitet. Diese suchte nach einem Verfahren zur Minimierung von Eingriffen durch das Kultusministerium – von 1967 bis 1976 unter dem späteren Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) – in inneruniversitären Konfliktfällen. Schneider monierte wiederholt den »regen Publikumsverkehr im Kultusministerium [...] an der Universitätsleitung vorbei«, der aus der Neigung rühre, »Gruppensolidarität höher als Universitätssolidarität einzuschätzen«.¹¹ In den Grundfragen wurde jedoch ein weitgehender Konsens zwischen Hochschulleitung und Landesregierung erreicht,

Das Ringen um die Hochschulgesetzgebung und ihre praktische Umsetzung

Bernhard Vogel (links), Kultusminister von Rheinland-Pfalz 1967–1976 und Peter Schneider (rechts), letzter Rektor und erster Präsident der JGU, im Jahr 1974. Foto: Klaus Benz, Quelle: UA Mainz, S3/9464.



Wahlmobilisierung zur Fachbereichsratswahl 1973 vor dem Forum. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/2423.



obgleich mit der von Vogel betriebenen Gründung der Doppeluniversität Trier-Kaiserslautern 1969/70 ein Wettbewerber um Verteilung von Haushaltsmitteln im Land erwachsen war.¹²

Das Landesgesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz vom 22. Dezember 1970 machte es erforderlich, dass die Fakultäten in Fachbereiche neugegliedert und das Staatliche Hochschulinstitut für Kunst- und Werkerziehung, das Staatliche Hochschulinstitut für Musikerziehung, das Staatliche Hochschulinstitut für Leibeserziehung sowie das Auslands- und Dolmetscherinstitut Germersheim als Fachbereiche in die JGU integriert wurden.¹³ Es mussten verbindliche Studien- und Prüfungsordnungen erlassen werden, die den Abschluss eines Studiums in einer Regelzeit von drei bis vier Jahren ermöglichen sollten.¹⁴ Damit geriet die Universität in eine administrative Überleitungsphase, die sich bis zur Mitte des Jahrzehnts hinziehen sollte. Diese war davon gekennzeichnet, dass »tiefergreifende Ausbildungsreformen«¹⁵ zurückgestellt werden mussten, da ihre Erarbeitung erst aufgenommen werden konnte, nachdem sich die Gremien der Fachbereiche konstituiert hatten. Auch zog es sich hin, bis diese entsprechend im Senat repräsentiert waren. Bis die ersten vorgelegten Studien- und Prüfungsordnungen schließlich durch das Land genehmigt wurden, vergingen weitere Jahre.¹⁶

Erklärtes Ziel der neuen Hochschulgesetzgebung war es, die sogenannte Ordinarienuiversität durch die »Gruppenuniversität« abzulösen, in der neben der Gruppe der Professoren¹⁷ die Gruppe der Studierenden, die der wissenschaftlichen Mitarbeiter und die der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter an Entscheidungen zu beteiligen waren.¹⁸ Allerdings drifteten die Ansichten – nicht nur zwischen Professoren und Studierenden – auseinander, wie und in welchem Umfang diese Mitbestimmung gegeben sein sollte. Kultusminister Vogel bezeichnete das unter seiner Ägide entstandene Landesgesetz in einer von »Sachlichkeit und vorbildliche[r] Disziplin bestimmten [...] Diskussion« mit dem AstA »als besonders studentenfreundlich«. Einer Begrenzung der Studienzeit erteilte der Minister eine Absage: »Da könnte man gleich Schulen einrichten.«¹⁹

Im Juni 1973 setzte das Bundesverfassungsgericht neue Richtlinien anlässlich einer Entscheidung über das sogenannte Universitäts-Vorschaltgesetz in Niedersachsen, gegen das 398 Hochschullehrer Verfassungsbeschwerde mit der Forderung erhoben hatten, sie müssten bei Forschungs- und Berufungsfragen über Stimmmehrheit in den Universitätsgremien verfügen. Das Gericht akzeptierte das neue Prinzip der Gruppenuniversität, machte die Hochschullehrer gleichzeitig zur stimmstärksten Gruppe und legte auch formal fest,

diese müssten bei »Entscheidungen, welche unmittelbar die Lehre betreffen«,²⁰ über mindestens 51 Prozent der Stimmen verfügen. Fraglich blieb nach der Umstrukturierung der Statusgruppen allerdings, wer genau zur Gruppe der Hochschullehrer zählte.²¹ Im Senat der JGU wurde angesichts abweichender Bestimmungen auf Landesebene sowie der unklaren Zugehörigkeiten von außerordentlichen Professoren, Assistenzprofessoren und akademischen Räten die polemische und herablassende Frage gestellt, ob man »überhaupt in der Lage sei, die neuen Gremien, die Versammlung und den Senat, zu wählen; schließlich [...] würden aufgrund des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes Leute in diese Gremien gesandt, welche nicht in der Lage seien, die an sie gestellten Aufgaben zu erfüllen.« Eine Auflösung des Dilemmas und der »politischen Frage« erhoffte man sich vom Landtag. Schneider, der die Westdeutsche Rektorenkonferenz auch in der Frage des Vorschaltgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten hatte, kommentierte nonchalant: »Es wird auch heute noch so getan, als ob Karlsruhe uns oder das Hochschulgesetz nichts angehe.«²² Die erstmaligen Wahlen zu den neu zu bildenden Organen der Universität wurden dann gemeinsam mit einer Unternehmensberatung durchgeführt.²³

Zu Beginn seines Rektorats hatte Schneider prognostiziert, dass ein kaum zu bewältigender Anstieg der Studierendenzahlen das zentrale Problem seiner Amtszeit sein werde.²⁴ Im Wintersemester 1968/69 war an der JGU mit 10.908 Studierenden erstmals die 10.000er Marke überschritten worden.²⁵ In den Folgejahren war ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen, sodass sich die Studierendenzahlen zum Ende der Dekade mehr als verdoppelt hatten.²⁶ Mit den wachsenden Zahlen weiblicher Studierender veränderte sich auch die Geschlechterverteilung gravierend.²⁷

Angesichts der Kapazitätsprobleme der Universitäten hatte sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz – der freiwillige Zusammenschluss der Hochschulen der Bundesrepublik – im März 1968 auf die Einführung eines Numerus clausus (NC) geeinigt. Diese stieß in Mainz auf Kritik sowohl von Seiten der Studierenden als auch der Hochschulleitung, die sich der mangelnden rechtlichen Grundlage von Zulassungsbeschränkungen bewusst war.²⁸ Im November 1969 kam es zu ersten studentischen Warnstreiks.²⁹ Im Sommersemester 1970 beschloss die Vollversammlung der Studierenden am Deutschen Institut einen Streik, als ein NC für das Fach Germanistik eingeführt werden sollte.³⁰ Von den Zulassungsbeschränkungen Betroffene griffen zum Mittel der Klage vor dem für Mainz zuständigen Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße und setzten damit das Land unter Zugzwang, eine entsprechende Bestimmung in das bestehende Universitätsgesetz einzufügen.³¹ Zunächst versuchte die JGU den drohenden NC für einzelne Fächer abzuwenden. Zur Engpassbeseitigung wurde auch »Unterrichtstechnologie« eingesetzt, etwa in Gestalt eines »Fernsehstudios«.³² Auch setzte die JGU darauf, dass der »Staat seiner Verpflichtung, ausreichende Studienplätze zu schaffen«³³, nachkommen und sich die Kapazitätsprobleme mildern würden, wenn die anhängigen Institutsneubauten fertiggestellt sein würden. Hoffnungen, die sich zur Mitte des Jahrzehnts hin verflüchtigt haben sollten.

Auf Dauer konnte man sich der Verankerung von Zulassungsbeschränkungen nicht entziehen, zumal für viele Fächer – insbesondere die Naturwissenschaften, Pharmazie, Medizin, Geografie, aber auch Mathematik, Psychologie sowie Leibes- und Kunsterziehung – von einer »katastrophalen Lage« gesprochen wurde und diese den Senat gebeten hatten, Zulassungsbeschränkungen zu beschließen, um weiterhin eine »sachgerechte Ausbildung«³⁴ gewährleisten zu können. Erst das neue Landeshochschulgesetz regelte die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen qua Rechtsverordnung durch den Minister für Unterricht und Kultus, setzte jedoch eine schriftliche Kapazitätsermittlung durch die Hochschule voraus, in der auch die Gründe für bestehende Ausbildungsengpässe und Wege zur Abhilfe aufzuzeigen waren.³⁵ Hierin lag anfänglich die Crux, denn die Universität besaß weder die Erfahrung noch die Mittel oder geschultes Verwaltungspersonal, um Kapazitätsberechnungen durchzuführen,³⁶ sodass sich die Gerichte veranlasst sahen, diese zu »korrigieren«.³⁷



Ein Ausschnitt aus der 1. Jogu-Ausgabe von 1970 zeigt, wie wichtig das Thema Numerus clausus den Studierenden war. Quelle: Jogu 1 (1970), Nr. 1, S. 28.

Die ansteigenden NC-Verfahren vor den Verwaltungsgerichten waren ein bundesweites Problem, das auch die Oberverwaltungsgerichte und das Bundesverfassungsgericht beschäftigte und nur langsam in einem wechselseitigen Lernprozess in ruhigeres juristisches Fahrwasser gelangte. Schneider oblag es, die Position der Westdeutschen Rektorenkonferenz vor dem Bundesverfassungsgericht zu vertreten.³⁸ Mit Urteil vom 18. Juli 1972 verlangte das Bundesverfassungsgericht von den Hochschulen eine erschöpfende Nutzung ihrer Studienplatzkapazitäten.³⁹ Mit dem Staatsvertrag vom 20. Oktober 1972 schufen die Länder erstmals eine rechtliche Grundlage für ein zentrales Zulassungssystem sowie für die Festsetzung von Studienplatzkapazitäten.⁴⁰ Im Wintersemester 1973/74 nahm die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund ihre Arbeit auf. Dennoch hatte sich die Universität auch weiterhin mit dem NC herumzuschlagen, kam es doch schon bald auch in »Modenfächern« wie Soziologie und Pädagogik zu Engpässen, gegen die die Studierenden aufbegehrten.⁴¹ Im Sommersemester 1974 verabschiedete der Senat der JGU eine grundsätzliche Erklärung, die im Sinne der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts befand, das »Numerus-clausus-Problem« dürfe nicht nur von der »Bedarfsseite« der Gesellschaft, sondern müsse auch von der »Nachfrageseite« der Studienbewerber her betrachtet werden. Letztlich blieb der Universität nur der Ausweg, die »Studentenzahl an die bestehenden Möglichkeiten«⁴² anzupassen, was ihr bis zum Ende der Dekade bis zu 700 NC-Verfahren pro Semester bescherte.⁴³ Eine weitere unumgehbare Folge der hohen Studierendenzahlen war die Notwendigkeit der Verteilung der Studierenden auf Parallelveranstaltungen, was faktisch zu einer Einschränkung der Wahlmöglichkeiten und, wie Schneider es nannte, »Gleichschaltung des Angebotes« führte. Damit waren erste Schritte zu einer »Verschulung und damit zur Abkehr vom wissenschaftlichen Studium«⁴⁴ getan.

Die Umstrukturierung der Universität erforderte auch ein Umdenken hinsichtlich ihrer Leitung und Verwaltung. Vor diesem Hintergrund wurde an der JGU 1970 neben dem Ressort Studium, Lehre, Forschung, Kliniken auch ein Ressort Planung und Struktur gegründet, denen die neuen Vizepräsidenten, der Pharmakologe Uwe Wollert und der Physiker Peter Beckmann, anfänglich ohne jegliche Mitarbeiter, vorstanden.⁴⁵ Auch die universitäre Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die Einrichtung einer Pressestelle modernisiert, die zweimal im Semester die Zeitschrift *Jogu* herausgab, ein Organ, das allen Einrichtungen, Fachbereichen und Gruppen zur Verfügung stehen sollte. Durch eine professionelle und offene Zusammenarbeit mit den lokalen Medien – unter anderem bei einem »Pressecocktail« in der Privatwohnung des Präsidenten am Anfang eines jeden Semesters – versuchte die Universitätsleitung auch gezielt Einfluss auf die Außenwirkung zu nehmen und deutlich zu machen, »daß die Universität zwar mit Schwierigkeiten zu tun hat, daß jedoch von chaotischen, revolutionsähnlichen Zuständen keine Rede sein kann«.⁴⁶

Im November 1975 führte die JGU erstmals einen Tag der offenen Tür durch, der die Schüler der Gymnasien hinsichtlich ihrer Studien- und Berufswahl beraten sollte.⁴⁷ Diese Einrichtungen krankten daran, dass für entsprechendes Personal nur zögerlich Mittel bereitgestellt wurden.⁴⁸ Die Studienberatung war im Wesentlichen auf freie Mitarbeiter angewiesen, deren geringfügige Honorare aus städtischen und privaten Spendengeldern aufgebracht wurden.⁴⁹ Auch das neue Feld der Erwachsenenbildung, in dem die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vorläufig auf Projektbasis zum 1. April 1974 die Arbeit aufnehmen konnte, blieb personell lange prekär besetzt.⁵⁰ Ein neuer Stellenwert kam der Hochschuldidaktik zu. Der von der Hochschulleitung angestrebte Aufbau eines hochschuldidaktischen Zentrums, in dem die oft von Studierenden und Assistenten ausgehenden und damit fluktuierenden Initiativen »fruchtbar« gemacht und die Impulse einer sich bundesweit etablierenden Disziplin aufgenommen werden konnten, erfolgte erst Anfang der 1980er-Jahre.⁵¹ Das neue Hochschulgesetz brachte also eine Vielzahl an neuen Aufgaben mit sich, die in der Zentralverwaltung zu einem »Moment der Überlastung« führten, zumal es an qualifiziertem Personal mangelte. Über die Jahre spitzten sich die Probleme der Verwaltung eher zu, da immer neue gesetzliche Bestimmungen zusätzliche Aufgaben mit sich brachten, »die schwierige Haushaltsituation [...] umfangreiche Erhebungen und Statistiken«⁵² notwendig machte und man sich mit der Ausweitung der elektronischen Datenverarbeitung auch mit Fragen des Datenschutzes auseinandersetzen musste.

Im Wintersemester 1976 zog Schneider eine erste kritische Bilanz zur »Bewährung des Hochschulgesetzes« unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen, in denen das »Demokratisierungspostulat« durch ein »Wirtschaftlichkeitspostulat« abgelöst worden sei. Keinesfalls wollte er das Gesetz für alles, was »in der Universität an Schwierigkeiten, Not und Unmut zu verzeichnen ist, haftbar« machen. Auf der Haben-Seite verbuchte er die gelungene Partizipation der unterschiedlichen Gruppen, eingespielte Gremien und Ausschüsse, zufriedenstellende Forschungsleistungen, einen funktionierenden Lehrbetrieb sowie eine Einheitsverwaltung, die auf einer guten Zusammenarbeit mit dem Haushaltsausschuss des Senats gründete. Demgegenüber standen die Aufgabenvermehrung im Bereich der Lehre, die Belastung durch die Vielzahl von Gremien, heterogene und zu zahlreiche Fachbereiche, was die Tendenz zur Isolation von Fächern verschärft habe, die Notwendigkeit ständiger Kapazitätsermittlungen sowie »scharfe Leistungskontrolle« durch den Landesrechnungshof. Das Verhältnis zum Ministerium war dabei von heftigen Auseinandersetzungen gekennzeichnet, die Schneider recht offen beschrieb: »Ich erinnere [...] an das Problem der Institutssatzungen, die Rahmenordnung des Klinikums, an Auseinandersetzungen um die Preisgestaltung im Studentenwerk [...], die Auseinandersetzungen um die Studentischen Wahlen [...]. Fragen des Umgangstons und des Stils mußten erörtert werden. Bei Berufungen und Stellenbesetzungen kam es zu Konflikten. Die Universität sieht sich mehr und mehr mit der Notwendigkeit konfrontiert, den Rechtsweg zu beschreiten.«⁵³

Auch im folgenden Berichtszeitraum hielt Schneider vor dem Hintergrund der bevorstehenden Neufassung des Landeshochschulgesetzes, das im Sommer 1978 in Kraft treten sollte, fest, dass sich »stärkere Manifestationen des Verständnisses für die Aufgaben, Nöte und Schwierigkeiten der Universität«⁵⁴ nicht registrieren ließen. Von den 200 Abänderungsvorschlägen im Alternativentwurf des Senats war kaum etwas übernommen worden, was die Spielräume der Selbstverwaltung erweitert hätte. Von Erfolg gekrönt war eine symbolische Initiative des Kanzlers, »nämlich den Bindestrich zwischen ›Johannes‹ und ›Gutenberg‹ zu streichen«.⁵⁵ Die für die 1960er-Jahre kennzeichnende »enge Fühlungnahme« und Dankbarkeit gegenüber der Landesregierung hatten die ökonomischen Auswirkungen der Krise seit 1973 nicht überstanden. Und der »hohe Stellenwert«⁵⁶, den die Universität in der Politik eingenommen hatte, schien auch in Rheinland-Pfalz verloren.

Hochschulausbau unter Sparzwang

Die massiven baulichen und personellen Kapazitätserweiterungen der 1960er-Jahre waren also zu Beginn des neuen Jahrzehnts längst nicht abgeschlossen.

Durch die enorme Bautätigkeit blieben Konflikte über die Prioritätensetzung zwischen den beteiligten Trägern nicht aus. Das Hochschulbauförderungsgesetz vom 1. September 1969, das den Aus- und Neubau von Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern festlegte,⁵⁷ brachte der JGU zwar zusätzliche Finanzmittel für Erweiterungsbauten, aber auch einen erheblichen Aufwand, da bestehende Planungen an die im Rahmenplan für den Hochschulbau vorgesehenen Flächen- und Kostenrichtwerte angepasst werden mussten, die eine »Standardisierung und Typisierung der Hochschuleinrichtungen«⁵⁸ erzwangen. Auch gestaltete sich die Baulandbeschaffung im »Erweiterungsgebiet« zwischen Staudingerweg, Saarstraße, Gonsenheimer Straße und Dalheimer Weg nicht reibungslos. Die »Verkaufsbereitschaft« der Eigentümer einzelner Grundstücke ließ sich nur durch die Androhung von Enteignungsverfahren erzielen. Dennoch: Bis 1973 wurden über 30 Bauvorhaben beendet und ein großer Teil davon auch schon in Betrieb genommen. Dazu gehörten die sogenannten »Schnellbauten« (SB) I bis III, die von vornherein für eine kurze Lebensdauer geplant waren. Sie sollten den gravierenden Raumengpässen für die Ausbildung in Chemie, Biologie und Physik, in der Pharmazie und den geisteswissenschaftlichen Fächern abhelfen. Im Klinikbereich wurden die Zentralküche und das Zentrallabor sowie die unterirdischen Versorgungsgänge fertiggestellt, die Frauenklinik erweitert, die Psychiatrie umgebaut und eine Hautklinik errichtet. Auch die neu integrierten Fachbereiche Kunsterziehung und Leibeserziehung erhielten neue Gebäude. Allein für die Jahre 1970 bis 1973 wurden für Baumaßnahmen im Außerordentlichen Haushalt mehr als 56 Millionen DM veranschlagt, die den Finanzbedarf jedoch kaum decken konnten. Bis zum Ende des Jahrzehnts kamen noch 20 Großbauten dazu, darunter weitere Kliniken sowie Schwestern- und Studentenwohnheime.⁵⁹ 1976 konnte nach einer mehr als sechsjährigen Planungsphase auch das Internationale Wohnheim II mit 500 Heimplätzen und Wohnungen für Ehepaare mit und ohne Kind, bezogen werden. Besonders langwierig gestalteten sich die Verhandlungen zwischen Kultusministerium, Stadtverwaltung und Universitätsleitung hinsichtlich des universitätseigenen Kindergartens mit 130 Plätzen, für den ebenfalls 1976 der erste Spatenstich erfolgte.⁶⁰ Die zu Beginn der Dekade versprochene neue Mensa ließ jedoch weiter auf sich warten.⁶¹

Auch der Personalbestand und mit ihm die entsprechenden Ausgaben stiegen zu Beginn der 1970er-Jahre weiter. Das Planstellensoll erhöhte sich von 1.997 Stellen im Rechnungsjahr 1969 auf 2.789 Stellen im Rechnungsjahr 1974.⁶² Der Stellenausbau vollzog sich überwiegend im Mittelbau; eine »Personalpolitik des Landes«, gegen die in der Universität Bedenken gehegt wurden, da sie mit sich brachte, dass sowohl »Hochschullehrer-, wie auch Verwaltungsfunktionen mehr und mehr durch ›Ersatzhochschullehrer‹ bzw. ›Ersatzbibliothekare‹ und ›Ersatzverwalter‹ aus dem Mittelbau wahrgenommen«⁶³ werden mussten.

Forschung und Lehre waren durch die personelle Umstrukturierung ebenfalls vor neue Probleme gestellt. Durch die sich über Jahre hinziehende beamtenrechtliche Überführung der außerplanmäßigen Hochschullehrer in planmäßige Professorenstellen ohne entsprechende Berufungs- oder Besetzungsverfahren verloren die Fächer an Flexibilität und Handlungsspielräumen. Die formale Gleichstellung aller Professoren ließ zudem die berechtigte Befürchtung aufkommen, dass sich auch die Ausstattung unterhalb des früheren Niveaus der Lehrstuhlinhaber nivellieren würde.⁶⁴ Mit Inkrafttreten des Hochschulgesetzes entfielen zudem die Versorgungsstellen für Habilitierte, die sogenannten Diätendozenturen, sodass diejenigen, die ihre Habilitation zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen hatten, trotz einer gewissen Schutzfrist in eine prekäre Lage gerieten. Erst als nach langwierigen Verhandlungen die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen für die Assistenzprofessur feststanden, konnten angefangene Habilitationen auf entsprechenden Stellen fortgesetzt werden. Bei der Neueinrichtung solcher Stellen machten die Betroffenen jedoch die leidvolle Erfahrung, dass das Ministerium »im offenen Gegensatz zur Erklärung des Ministers«⁶⁵ den Eintritt der Schutzfristen auf das Datum des Inkrafttretens des Hochschulgesetzes zurückverlegte. Erst nach langem Tauziehen und offenem Protest der Professoren wurde es möglich, diejenigen, die ihre Habilitation bis zum 31. Juli 1975 erfolgreich abgeschlossen hatten, zu Akademischen Räten zu ernennen.⁶⁶

Die Folgen der Wirtschaftskrise ab 1973 machten sich in der Universität bemerkbar und beendeten die stetige Expansion. Bereits zum Ende des Wintersemesters 1972/73 zeichnete sich ein künftiges Tauziehen mit der Landesregierung um die Bereitstellung der nötigen Mittel ab. Die Kürzung der Sachausgaben um ein gutes Viertel gefährdete gar die Energieversorgung.⁶⁷ Der Rektor sah sich veranlasst, der Ausgabenaufstellung »[k]ritische Anmerkungen zur Haushaltsentwicklung« anzufügen, da den »Mehranforderungen [...] auf dem Personal- und Sachmittelsektor« nurmehr in »relativ geringfügigem Umfang« entsprochen wurde. Die Fächer mussten »massive Streichungen« hinnehmen, Berufungsbesprechungen scheiterten und einem Teil der neuen Lehrstühle fehlte »sämtlicher Unterbau.«⁶⁸ Hinzu kam die Einführung der 40-Stunden-Woche und eine im August 1974 verfügte Besetzungssperre. Schneider hielt fest: »Die letzten Entwicklungen im Haushaltsbereich und der Trend der allgemeinen Diskussion zur Bildungspolitik, besonders zum Ausbau der Hochschulen, haben für viele wie eine kalte Dusche gewirkt. Die Planung wird für die Hochschulen, aber auch für die Kultusministerien immer schwieriger.«⁶⁹ Künftig wurde das Finanzministerium zum »Hauptgegner«. Im Berichtsjahr 1975/76 mussten erstmals Stellen eingespart werden. Stipendien für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wurden eingestellt. Die Etatkürzungen von durchschnittlich 25 Prozent trafen auf eine Steigerung der Studierendenzahlen um acht Prozent und Preiserhöhungen von rund zehn Prozent im Versorgungsbereich. Sie stellten das Ressort Planung und Struktur vor die komplexe Aufgabe, den »Ist-Zustand« zu erheben und unter anderem Kapazitätsanalysen für 31 von insgesamt 42 Studienfächern durchzuführen sowie die »Struktur der Sachausgaben«⁷⁰ im wissenschaftlichen Bereich zu analysieren. Dem Land gegenüber konnte die Universität gerademal erreichen, dass sich notwendige Umschichtungen bis ins Folgejahr 1977 hinziehen konnten.⁷¹ »Der Zwang zum Sparen« wurde »nicht nur zu einer zeitraubenden Beschäftigung«, sondern zeitigte »verhängnisvolle Konsequenzen«⁷² in Bereichen mit wartungsanfälligem Equipment.

Die Forschung konnte sich nicht mehr in gewohntem Maß auf den Universitätshaushalt verlassen. Der Druck hin zur Drittmittelakquise via Teilhabe an der überregionalen Forschungsförderung wuchs, wofür die inneruniversitären Voraussetzungen aber erst nach und nach geschaffen werden mussten.⁷³ Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) förderte seit 1968 Grundlagenforschung in Sonderforschungsbereichen (SFB). 1973 besaß die JGU bereits vier der millionenschweren Forschungseinrichtungen: SFB 36 *Medizinische Statistik und Dokumentation* (1968–1976), SFB 41 *Chemie und Physik der Makromoleküle* (1969–1987), SFB 73 *Atmosphärische Spurenstoffe* (gemeinsam mit Frankfurt a. M., 1970–1985), SFB 107 *Vollzugsmechanismen*

der *Immunreaktion* (1973–1984). Damit war sie jedoch an Grenzen der Drittmittelinwerbung gelangt – der nächste SFB konnte erst 1982 eingeworben werden – da es immer mehr an Ressourcen fehlte, um die notwendige Grundausstattung zur Verfügung zu stellen.⁷⁴ Als Schneider sein Amt im Februar 1980 an seinen Nachfolger, den Juristen Manfred Harder übergab, sah er die »Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Universitäten«⁷⁵ ernsthaft in Gefahr.

Soziale Lage und Wohnungsnot

Mit dem Zuwachs der Studentenschaft geriet deren soziale Lage stärker in den Blick. Hatte sich die Studentenschaft in den Jahrzehnten zuvor über politische Zäsuren hinweg recht konstant aus der (gehobenen) Mittelschicht rekrutiert, die das Studium ihres Nachwuchses weitgehend über familiäre Zuwendungen finanzierte, so ermöglichte das Ende der 1950er-Jahre eingeführte Honnefer Modell – ein Vorläufer des BAföG zur finanziellen Unterstützung von Studierenden – allmählich auch jungen Erwachsenen aus wenig begüterten Familien ein Studium.⁷⁶ Mit Inkrafttreten des Bundesausbildungsförderungsgesetzes von 1971 wurde ein Rechtsanspruch festgeschrieben und der allgemeine Bedarfssatz erhöht, der aber von vornherein nicht darauf angelegt war, den persönlichen Bedarf der einzelnen umfassend zu decken.

Die anfänglich fehlenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften stellten die personell darauf nicht vorbereiteten Studentenwerke bundesweit vor Schwierigkeiten in der Umsetzung des Förderprogramms. Die Folge waren Rechtsstreitigkeiten, die in den Aufbaujahren 1971/72 an der JGU zwei Drittel aller juristischen Auseinandersetzungen ausmachten.⁷⁷ Kaum hatten sich die Probleme mit der Durchführung des neuen Gesetzes gelegt, zeigte sich, dass das Mainzer Studentenwerk nicht in der Lage war, dem Ansturm von Förderungsberechtigten gerecht zu werden. Die Anzahl der Anträge stieg überproportional zum Zuwachs der Studierenden. Ende 1972 protestierte der AStA gegen die strukturell bedingte Desorganisation des Studentenwerks, da rund 2.400 Studierende immer noch auf ihre Auszahlungen warteten. Unterdessen erklärten sich Professoren bereit, Bürgschaften für Bankdarlehen zu übernehmen.⁷⁸ Waren im akademischen Jahr 1968/69 2.692 Neu- und Verlängerungsanträge nach dem Honnefer Modell zu bearbeiten,⁷⁹ so erschien 1976 bei circa 8.500 zu bearbeitenden Anträgen die ordnungs- und fristgemäße Durchführung »ernsthaft gefährdet«.⁸⁰ Die durchschnittliche Förderquote sank in den 1970er-Jahren: Bezogen 1972 rund 44 Prozent aller Studierenden BAföG – Mainz lag hier im Bundesdurchschnitt – so waren es 1981 nur noch 33 Prozent.⁸¹ Der vielfach unzureichende BAföG-Höchstsatz von bei Einführung des Gesetzes 1971 420 DM – die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks ging von Lebenshaltungskosten von 584 DM aus – führte dazu, dass immer mehr Mainzer Studierende Anträge auf Sozialhilfe stellen mussten.⁸²

Allein im Januar 1974 protestierten 40.000 Studierende mit einem Sternmarsch in Bonn, darunter auch 600 Mainzer, gegen den »sozialen Numerus Clausus«⁸³ und für die Anpassung der Fördersätze an die Inflation und die Erhöhung von Elternfreibeträgen. Dennoch konnte die Umwandlung eines Teils der Fördersumme in ein unverzinst zurückzahlendes Grunddarlehen nicht abgewendet werden. Die finanzielle Unterausstattung brachte das Mainzer Studentenwerk auch hinsichtlich der Mensabewirtschaftung wiederholt in Schwierigkeiten. Bereits zu Beginn der 1970er-Jahre waren die Mensapreise gestiegen, während das Essen als »immer schlechter«⁸⁴ wahrgenommen wurde. 1975 hob das Land »einseitig das Finanzierungskonzept des sogenannten »Bochumer Mensaplans«⁸⁵ auf, wonach es die gesamten Personal- und Sachkosten zu tragen hatte. Die Teuerung öffentlicher Güter mobilisierte Studierende auch über die Universität hinaus. So organisierten sie Proteste gegen die Erhöhungen der Gas- und Strompreise sowie unter Bezugnahme auf die wechselvolle Geschichte von Fahrpreiskämpfen in anderen Städten gegen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr.⁸⁶



»BAföG-Beerdigung«
1977, initiiert vom
Mainzer AStA. Foto:
Reiner Wierick, Quelle:
UA Mainz, S3/2316.

Studentische Wohnungsnot und das angespannte Mietpreinsniveau, begünstigt durch den Verlust billigen Wohnraums als Folge der Zerstörung von Altbausubstanz durch Stadterneuerungsprojekte, waren in den 1970er-Jahren zentrale Themen in Universitätsstädten. Das Mainzer Studentenwerk vermittelte pro Semester mehrere Tausend Zimmer und Wohnungen, sah sich jedoch jedes Semester erneut genötigt, durch Zeitungsannoncen an die Mainzer Bevölkerung zu appellieren, Zimmer zur Verfügung zu stellen, obwohl dies offenbar keine Vermehrung des Angebots bewirkte. Der stagnierende Wohnungsmarkt ließ die Durchschnittsmieten stetig steigen. Lag der Mietpreis für vom Studentenwerk vermittelte Einzelzimmer 1973/74 noch bei 150 DM, für ein Bett im Doppelzimmer bei 110 DM,⁸⁷ so kostete ein Einzelzimmer 1978/79 bis zu 230 DM und ein Bett im Doppelzimmer bis zu 180 DM.⁸⁸ Besonders schwierig war es auch in den 1970er-Jahren, »ausländische, insbesondere farbige Studenten in Privatzimmern«⁸⁹ unterzubringen, da viele Zimmerangebote den Vermerk »KA« (»keine Ausländer«) trugen. Am Ende der Dekade zeigte sich die Stadt kaum weltoffener. Als JGU-Präsident Schneider aus dem Amt schied, sah er sich veranlasst, »die Bürger dieser Stadt [...] auf[zu]rufen, den Studierenden Räume zu vermieten und bei diesem Vorgang nicht zwischen Inländern und Ausländern zu unterscheiden«.⁹⁰

Eine Lösung der Wohnungsfrage erwartete man vom Ausbau der Wohnheime, der jedoch mit dem Zuwachs der Studierendenzahlen nicht Schritt halten konnte.⁹¹ Die Interessensvertretungen der Studierenden hofften, dass ein höheres Angebot in diesem Sektor auch auf die hohen Mieten auf dem freien Markt rückwirken würde und forderten eine Koppelung der Mieten an die BAföG-Sätze.⁹² Auch beteiligten sie sich an Protesten der Hausbesetzer in Frankfurt und verhandelten mit der Stadtverwaltung über die Instandsetzung leerstehender Altbauten für »bedürftige Studenten« sowie ein kurzfristiges »Barackenlager«⁹³ in Uni-Nähe. 1971 verfügte das Mainzer Studentenwerk über 739 Bettplätze, das heißt für lediglich rund acht Prozent der Studierenden. Damit lag man deutlich unter der im sogenannten Düsseldorfer Wohnheimplan des Deutschen Studentenwerks geforderten Richtzahl von 30 Prozent.⁹⁴ 1980 boten die Mainzer Wohnheime Unterkunft für

*Eine weitere Protestaktion der Studierenden: Übernachten auf freiem Feld als Reaktion auf die Wohnungsnot (1973).
 Foto: Reiner Wierick,
 Quelle: UA Mainz,
 S3/5338.*



rund 1.200 Studierende.⁹⁵ Trotz dieses Zuwachses lag Mainz mit einem Anteil von 7,4 Prozent an Wohnheimplätzen noch unter dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz (7,7 %) und bildete gemessen am Bundesdurchschnitt (11,5 %) ein »einsames Schlusslicht«.⁹⁶

Es war nicht zu übersehen, dass die Lebensform des Wohnheims den Bedürfnissen der Studierenden weniger als noch zehn Jahre zuvor entsprach. Seit Ende der 1960er-Jahre vollzog sich ein starker Wandel der studentischen Wohnformen, sodass Mitte der 1970er-Jahre bereits mehr als die Hälfte aller Studierenden in eigenen Wohnungen beziehungsweise Wohngemeinschaften lebte.⁹⁷ Wohnheimbewohner verlangten Mitspracherechte und versuchten, sich der rigiden Regulierung ihres alltäglichen Lebens durch Wohnheimverwaltungen und von diesen erlassenen Hausordnungen zu widersetzen. So musste das Studentenwerk feststellen, dass die Bewerber um einen Wohnheimplatz nicht mehr in Doppelzimmern leben wollten, sondern für diesen Fall Privatzimmer vorzogen. Bedingt durch die Begrenzung der Wohndauer auf vier Semester, beteiligten sich zudem immer weniger Heimbewohner »aktiv am Heimgeschehen«⁹⁸, für das obendrein keine finanziellen Mittel zur Verfügung standen. Zu Beginn des Wintersemesters 1972/73 drohte den Mainzer Wohnheimen eine Mieterhöhung von circa 30 Prozent, die nur dadurch abgewendet wurde, dass das Land sich bereit erklärte, den Haushalt auszugleichen.⁹⁹ Zwei Semester später erreichte eine bundesweite Welle von Zahlungsverweigerungen in Wohnheimen auch Mainz, nachdem die Trägergesellschaften versucht hatten, die infolge der Ölpreiskrise drastisch gestiegenen Mietnebenkosten vollständig auf die Mieter umzulegen. Das Land Rheinland-Pfalz verfocht nun, wie auch andere Bundesländer, das Prinzip der Kostendeckung und weigerte sich, für Energie- und Renovierungskosten aufzukommen. Die Vollversammlung der Mainzer Wohnheime reagierte mit dem Aufruf zum Mietstreik, dem 80 Prozent der Heimbewohner folgten.¹⁰⁰ Mietstreiks in Wohnheimen waren zu diesem Zeitpunkt bundesweit zu einer etablierten Praxis geworden, die auch gerichtliche Erfolge vorweisen konnte, was zur Entstehung überregionaler Mietstreiker-Netzwerke führte.¹⁰¹

In Mainz konnte die gemeinsame Intervention des Studentenwerks und der Universitätsorgane gegenüber dem Land die Unterfinanzierung nochmals teilweise abwenden, sodass letztlich auf den langwierigen und komplizierten Rechtsweg gegenüber den Mietstreikern verzichtet wurde.¹⁰²

Vor diesen sozialen und gesellschaftspolitischen Hintergründen blieben die bundesrepublikanischen Universitäten der 1970er-Jahre »Kristallisationskerne einer Gesellschafts- und Hochschulkritik«. Quantitativ gab es Protestereignisse studentischer Initiativen bis zum »heißen Herbst«¹⁰³ 1979 auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Besonders die BAföG-Regelungen und die im Umbruch befindliche Hochschulgesetzgebung sowie die dadurch ausgelösten Umstrukturierungen waren umstritten und bildeten immer wieder Anlass zu Streik- und Protestaktionen der Studierenden. Auch wenn die JGU um 1968 nicht zu den Hochburgen studentischen Aufbegehrens gehört hatte, gewannen die Proteste nach 1970 auch hier an Schärfe.¹⁰⁴

Wie das Beispiel studentischer Wohnheimproteste zeigt, waren viele auf den ersten Blick genuin hochschulpolitische Forderungen eng verknüpft mit den gesellschaftspolitischen Anliegen der sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre. Die

frühen siebziger Jahre waren vom Protest der Studentenschaft gegen die Hochschulgesetzgebung geprägt. Bei der dritten Lesung des rheinlandpfälzischen Hochschulgesetzes am 16. Dezember 1970 kam es zu einer großen Demonstration mit 3.000 bis 5.000 Teilnehmenden.¹⁰⁵ Der Mainzer AStA konnte für die ersten drei Jahre der neuen Dekade, in denen zwischen 45 und 50 Prozent der Studierenden zu den Wahlurnen schritten, auf »eine im Vergleich zu anderen Universitäten verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung«¹⁰⁶ verweisen.

1972 wurde auf der 10-Jahresfeier der Burschenschaftlichen Gemeinschaft an der Universität Mainz nach österreichischem Vorbild der Ring Freiheitlicher Studenten (rfs) gegründet, der starke neofaschistische Tendenzen aufwies. Der Mainzer rfs-Verband bestand bis 1974, als er im Nationaldemokratischen Hochschul-Bund, der Studentenorganisation der NPD, aufging. Zuvor war es im Mai 1974 zu Protestaktionen linker Studentengruppen anlässlich einer rfs-Veranstaltung mit dem Völkerrechtler Fritz Münch gekommen, der 1972 aus der CDU ausgetreten war. Im selben Jahr hatte er für die NPD bei den Bundestagswahlen kandidiert und für die *Deutsche Nationalzeitung* geschrieben. Gegen diese hatte Bundesinnenminister Ernst Benda (CDU) 1969 nach Artikel 18 Grundgesetz beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Verwirken der Pressefreiheit aufgrund Missbrauchs gestellt, der einige Wochen nach den Mainzer Auseinandersetzungen abgelehnt wurde. Der an der Majorisierung und Umfunktionierung der rfs-Veranstaltung maßgeblich beteiligte AStA-Vorsitzende Rainer Christ berief sich auf »antifaschistisch-demokratische Grundgedanken unserer Verfassung« und lehnte im Hinblick auf gleichzeitige Proteste gegen den sogenannten »Radikalerlaß« von 1972 – die Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf Verfassungstreue – »die heute übliche Gleichsetzung von »Links- und Rechtsradikalen« ab. Rektor Schneider nahm den rfs als »anerkannte politische Hochschulgruppe in Schutz« und entgegnete den Protestierenden: »Respektieren Sie das Rederecht Ihrer Gegner, um Ihr eigenes zu wahren.«¹⁰⁷

Die Umsetzung des Radikalenbeschlusses der Ministerpräsidenten, den *Die Zeit* Ende der 1970er-Jahre als »größte [...] nationale [...] Streitfrage«¹⁰⁸ bezeichnete, wurde von der Hochschulleitung und politisch aktiven Studierenden kritisch verfolgt. An der JGU wurde besonders der Fall der Studentin Anne Lenhart publik, der nach ihrem Erststudium an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms aufgrund ihrer DKP-Mitgliedschaft die Übernahme in das Referendariat verwehrt worden war. Zwar hatte das Mainzer Verwaltungsgericht ihrer Klage gegen das Land stattgegeben, das Berliner Verwaltungsgericht jedoch in letzter Instanz die Zurückweisung des Koblenzer Oberverwaltungsgerichts bestätigt, vor dem Ministerpräsident Helmut Kohl persönlich das Land vertreten hatte.¹⁰⁹ Blankes Unverständnis unter den Studierenden rief die Anordnung von Innenmi-

Studierendenproteste

nister Heinz Schwarz (CDU) hervor, FDP-Mitglied Rudolf Renner zu überprüfen, dem in seiner Eigenschaft als Vertreter des Liberalen Hochschulverbandes vorgeworfen wurde, gemeinsam mit »Spartakus-Angehörigen« in der Basisgruppe Jura gearbeitet zu haben.¹¹⁰ 1974 veranstalteten Studierende ein »Vogel-Tribunal«, das vom Kultusminister neben einer Revidierung der neuen Prüfungsordnungen die Abschaffung der Überprüfungen forderte.¹¹¹ Die bundesweiten Auseinandersetzungen um das polemisch so genannte »Berufsverbot« erregten auch internationale Aufmerksamkeit. Das aus der Kampagne des Offenbacher Sozialistischen Büros und des Kommunistischen Bundes (KB) gegen den »Radikalenerlaß« hervorgegangene *3. Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland*, dessen Vorbereitungsgruppen sich auch an der JGU getroffen hatten, brandmarkte es als Verletzung der Menschenrechte.¹¹²

Schließlich kam den Solidaritätsbewegungen mit der »Dritten Welt« auch in Mainz eine besondere Bedeutung für den politischen Aktivismus unter Studierenden in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre zu, für die im Folgenden exemplarische Beispiele zu Vietnam, Iran und Chile herausgegriffen werden. Der Vietnamkrieg – seit Mitte der 1960er-Jahre zentraler Mobilisierungsfaktor der Protestbewegungen – blieb bis zu seinem Ende 1975 ein kontinuierliches Thema. Im Kontext der Kambodscha-Kampagne US-amerikanischer und vietnamesischer Truppen organisierte das AStA-Auslandsreferat zusammen mit der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Film- und Diskussionsabende.¹¹³ In der Zeitschrift des AStA, der ab 1971 erscheinenden *Unipress*, wurden regelmäßig Spendenaufrufe für die *Hilfsaktion Vietnam* oder die *Initiative Internationale Vietnam-Solidarität* abgedruckt.¹¹⁴ Anlässlich einer Visitation der JGU durch den Wissenschaftsrat versuchte *Unipress* die Person Margot Becke-Goehring, Rektorin der Universität Heidelberg, zu skandalisieren, die sich als Chemikerin im Rahmen einer Auftragsforschung für die US-Air Force an der Weiterentwicklung von Napalm beteiligt habe und als Gründungsmitglied dem Bund Freiheit der Wissenschaft angehörte, einer in Absetzung von den »68ern« formierten Sammlungsbewegung des intellektuellen Konservatismus.¹¹⁵ Nach Abschluss des Pariser Abkommens von 1973, das den Rückzug der USA aus Vietnam einleitete, war die Berichterstattung von Forderungen an die Bundesregierung flankiert, sich für dessen Einhaltung einzusetzen und die Unterstützung der südvietnamesischen Thieu-Regierung aufzugeben.¹¹⁶ Dabei engagierte man sich auch gegen die Abschiebung vietnamesischer Studierender nach Südvietnam, wo sie politische Verfolgung zu erwarten hatten.¹¹⁷

Die Solidarität mit iranischen Kommilitonen konnte ebenfalls auf Kontinuität bauen. Mainzer Vertreter der *Conföderation Iranischer Studenten*, eine der wichtigsten Oppositionsgruppierungen im Ausland, hatten maßgeblich zu den Protesten nach der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 beigetragen.¹¹⁸ Internationale Aufmerksamkeit erreichten 150 iranische Studenten, die im Dezember 1970 für mehr als zehn Tage in der Mainzer ESG in den Hungerstreik traten, um Informationen über den Verbleib ihres Kommilitonen Hossein Rezai zu erhalten, der als Dolmetscher den Frankfurter Rechtsanwalt Heinz Heldmann mit einer *Amnesty International*-Delegation nach Teheran begleitet hatte und dort festgenommen worden war. Rund 3.000 Mainzer Studierende trugen sich in die Solidaritätslisten für Rezai ein, und auch Rektor Schneider intervenierte in einem Telegramm an die iranische Botschaft.¹¹⁹ 1977 griffen 50 iranische Studierende, unterstützt durch den Studentenpfarrer der ESG, wieder zum Mittel des Hungerstreiks, um auf Hinrichtungen im Iran aufmerksam zu machen.¹²⁰ Die Studentenpresse berichtete regelmäßig über die Situation im Iran, forderte die Aufhebung von Todesurteilen und protestierte gegen Ausweisungen.¹²¹ Durch Öffentlichkeitsarbeit und juristische Unterstützung des AStA konnte 1974/75 die Ausweisung eines iranischen Studentenehepaares verhindert werden. Das Mainzer Polizeipräsidium hatte die Ausweisung des Studienkollegiaten Ahmad Rafat damit begründet, dass der ursprünglich von ihm angestrebte FH-Abschluss im Iran nicht anerkannt würde. Seiner Frau, einer Romanistikstudentin der JGU, wurde zeitgleich die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert, weil ihr Mann ausgewiesen würde.¹²²



Plakat zum »Vogel-Tribunal« 1974, veranstaltet von der Landes-Asten-Konferenz und der Landes-Schülervertretung Rheinland-Pfalz. Quelle: UA Mainz, S9/946.

Der Militärputsch am 11. September 1973, der der demokratisch gewählten Links-Regierung Salvador Allendes in Chile ein jähes Ende setzte und eine 17-jährige Diktatur etablierte, löste auch in der Bundesrepublik eine Chile-Solidaritätsbewegung aus.¹²³ Breite mediale Aufmerksamkeit erhielt eine vom AstA zusammen mit dem Mainzer Chile-Komitee im Dezember 1973 organisierte Pressekonferenz im Kurfürstlichen Schloss, auf der chilenische Studenten auftraten.¹²⁴ Die Oktober-Ausgabe der *Unipress* von 1973 stand ganz im Zeichen Chiles. Der Ausschluss tausender Studierender von chilenischen Universitäten, Berichte über Folterungen und die Zusammenarbeit bundesrepublikanischer Behörden mit dem neuen Regime im Umgang mit Asylsuchenden empörten auch die Mainzer Studierenden, die den Senat aufforderten, eine »Chile-Resolution« zu verabschieden. Zwar ließ sich die Senatsmehrheit nicht zu einer allgemeinpolitischen Stellungnahme bewegen, im Februar 1974 fasste der Senat aber den Beschluss, chilenische Studenten ohne bürokratische Hürden zu immatrikulieren und Arbeitsmöglichkeiten für chilenische Akademiker an der JGU zu schaffen, obwohl sich das Land Rheinland-Pfalz zurückhaltend in der Aufnahme der Flüchtlinge verhielt.¹²⁵

Der AstA unternahm viel, um die gesellschaftliche Diskriminierung von ausländischen Studierenden anzuprangern und an der JGU abzumildern. Dafür legte man sich auch mit dem Akademischen Auslandsamt und der Landesregierung an.¹²⁶ In einem Brief an Kultusminister Vogel forderte der AstA unter Verweis auf die übrigen Bundesländer, auch in Rheinland-Pfalz die Studiengebühren für Ausländer abzuschaffen, wolle man nicht den »Ruf als bildungspolitisch rückständigstes Bundesland untermauern«, und richtete ein Spendenkonto ein, das die Prozesskosten der ausländischen Studierenden tragen sollte, die dem Aufruf zum Gebührenboykott folgten.¹²⁷ Mit der Verschärfung des Ausländerrechts 1972 beobachtete der AstA eine

»enorme Angst der ausländischen Kommilitonen vor politischer Verfolgung in der BRD«. ¹²⁸ Die aufgeheizte Stimmung nach dem Olympia-Attentat hatten die Mainzer Polizeibehörden zum Anlass genommen, politisch engagierte arabische Studenten der JGU abzuschieben; unrechtmäßig, wie sich später vor dem Bundesverfassungsgericht herausstellen sollte. Ein vom AStA beauftragter Rechtsanwalt erwirkte, dass die Kommilitonen auf Kosten des Landes nach Deutschland zurückgeführt werden mussten.

In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, zunächst ab 1974 und dann verstärkt in den Jahren 1976 und 1977 kam es in der Bundesrepublik, ausgehend von West-Berlin, zu umfangreichen, aber in der Literatur weitgehend unerforschten Studierendenprotesten gegen das HRG und die anstehenden Novellierungen der entsprechenden Landesgesetze, die durchaus als »zweite Studentenbewegung« bezeichnet werden können. An der JGU wurde zunächst vom 16. bis 20. Mai 1977 gestreikt, ¹²⁹ worauf aber weitere und größere Streikaktivitäten folgten. Der Bericht des Präsidenten enthielt zum Ende des Wintersemesters 1978 erstmals ein eigenes Kapitel »Studentische Protestaktionen«. Schneider unterstrich den Zusammenhang zwischen Protest, sozialer Lage und Umstrukturierungsmaßnahmen:

»Die Schlechtwetterzone, in der sich die Universitäten befinden, seitdem das Geld knapper wurde, das Gespenst von der Akademikerarbeitslosigkeit sich breit und das Schlagwort von der Überqualifikation Schule machte, wirkte sich besonders auf die Studenten als am wenigsten gesicherte und damit anfälligste Gruppe der Hochschulangehörigen aus. Wenn einerseits Resignation unter der Jugend als Folge von Disziplinierung, Leistungsdruck und sozialer Bedürftigkeit oder zumindest Unsicherheit beklagt wird, so droht doch andererseits auch Radikalisierung. Dabei wissen wir zu schätzen, daß in Mainz in jeder Hinsicht noch immer ein relativ gemäßigtes Klima herrscht. Dennoch war gerade in jüngster Vergangenheit nicht zu übersehen, daß wiederholt die Fahnen auf Sturm standen. Immer häufiger entlud sich Unmut in Protestaktionen, wobei sich der Zorn im Unterschied zu früheren Jahren immer mehr an Problemen entfachte, die den Studenten selbst unmittelbar auf den Nägeln brennen. [...] BAföG-Nöte, Radikalenerlaß, das Praktische Jahr [für Mediziner, Anm. d. Verf.], Ordnungsrecht und Regelstudienzeit bestimmen die Tagesordnungen studentischer Versammlungen und geben Anlaß zu Protestaktionen.«¹³⁰

Resümee

Dass die Proteste der 1970er-Jahre in Mainz weniger konfrontativ verliefen als andernorts, hatte einen wichtigen Grund offenbar in der Person des zu Beginn der neuen Dekade scheidenden Universitätspräsidenten. ¹³¹ Anlässlich der feierlichen Übergabe des Präsidentenamts am 14. Februar 1980 sagte der AStA-Vorsitzende Siegbert Engel:

»Peter Schneider hat in seinen zehn Jahren Amtszeit durch die ständige Gesprächsbereitschaft und den Integrationswillen eine ganze Menge Konflikte abgebogen im Sinne der Studentenschaft. Daß wir während unserer berechtigten Vorlesungsstreiks 1977 gegen das Hochschulgesetz keine Polizei hier an der Uni hatten, ist wesentlich Professor Schneider zu verdanken. Wenn Peter Schneider die Universität nach außen zu vertreten hatte [...], hat er die Interessen der Studenten auch mitvertreten.«¹³²

Schneider erwiderte in seiner Abschiedsrede:

»Wir haben die Revolution nie im Haus gehabt, wenn auch immer wieder und mit verschiedenen intensiven Mitteln der Aufstand geprobt wurde. Es ist sicherlich nicht nachweisbar, ob wir ganz einfach Glück hatten, in Mainz ohne großen Schaden davon gekommen zu sein, oder ob nicht doch meine Über-

zeugung zutrifft, daß Unfrieden so lange vermieden wird, wie Menschen noch miteinander sprechen – auch wenn harte Worte fallen und der Ton etliche Phon zuviel haben mag.«¹³³

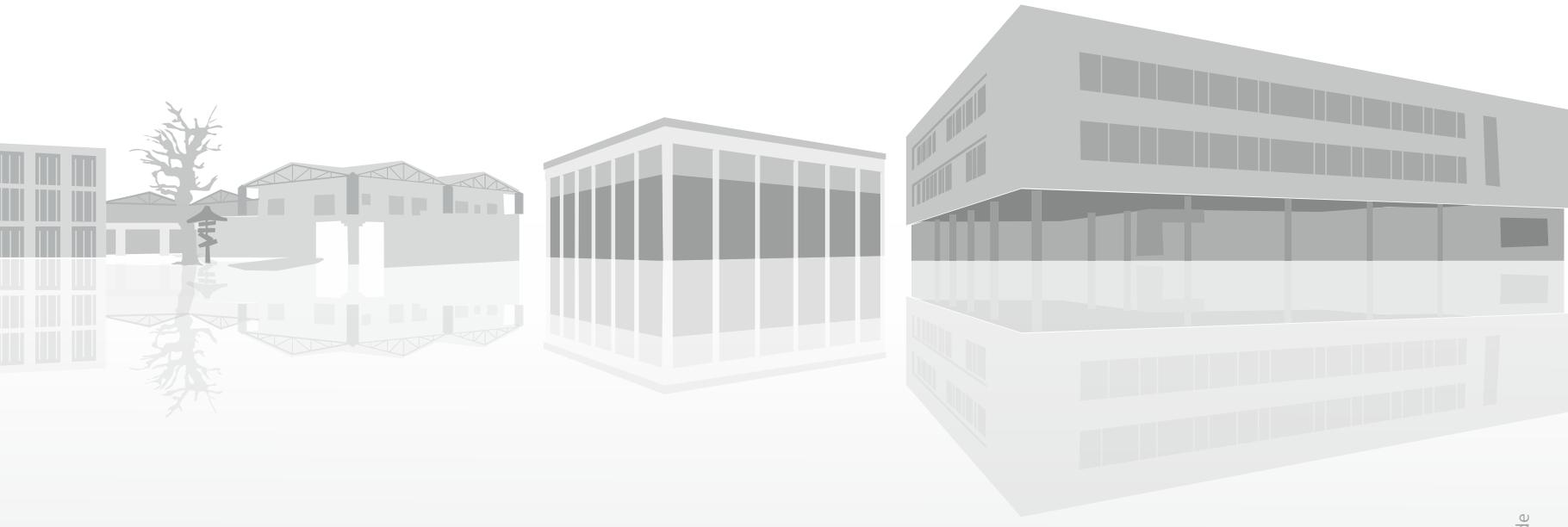
Bis Ende der 1970er-Jahre war die JGU in vieler Hinsicht enorm gewachsen, und das betraf auch das Konfliktpotential. Dabei funktionierte die Universität trotz aller Schwierigkeiten. Die Partizipation aller Statusgruppen hatte ihre Funktionsfähigkeit nicht, wie anfänglich noch von vielen befürchtet, eingeschränkt, der Mitbestimmung waren aber auch Grenzen gesetzt. Die in den 1960er-Jahren hoffnungsvoll angebahnte Modernisierung hatte – als die Mittelverausgabung mit der Kapazitätsausweitung nicht mehr einherging – vor allem zwischen Hochschule und Landesregierung Reibungsverluste erzeugt. Die soziale Schere in der Studentenschaft öffnete sich nach anfänglichen Annäherungen wieder, woran auch zahlreiche Proteste und Initiativen langfristig nichts ändern konnten, sodass sich der eingangs von Bildungsminister Klaus von Dohnanyi angesprochene hybride Charakter zwischen Klassen- und Massenuniversität verfestigte. Die auch von Studierenden mitgetragenen sozialen Bewegungen der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre fanden ihr Terrain weniger als ihre Vorläufer eine Dekade zuvor in der Universität selbst. Die gesellschaftliche »Liberalisierung als Lernprozess«¹³⁴ machte im Laufe der »langen 1970er-Jahre« auch vor den Toren der JGU nicht Halt, wobei zum Ende der Dekade der Begriff der Demokratisierung freilich immer weniger zum Schlagwort der Hochschulpolitik taugte.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach: [o. V.]: Solidarität der Universität: Appell an den Landtag. In: Jogu 3 (1973), Nr. 27, S. 3.
- 2 Dohnanyi: Bulletin der Bundesregierung Nr. 148 vom 16.11.1973, S. 1475, zit. nach Turner: Hochschulreformen, S. 23. Das Zitat aus dem Titel stammt von Kurt Schmidt im Haushaltsausschuss des Senats, zit. nach [o. V.]: Solidarität der Universität. Appell an den Landtag: Informationsstunde des Rektors über materielle Misere. In: Jogu 4 (1973), Nr. 27, S. 3.
- 3 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 80. Die Rektorats- und Präsidentenberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.6.2020).
- 4 Vgl. Hoymann: Streit, S. 21.
- 5 Vgl. Mergel: Zeit, S. 236.
- 6 Münkler: Bund, S. 170.
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Kißener in diesem Band.
- 8 Vgl. Hoymann: Streit, S. 88, S. 94 u. S. 104.
- 9 Vgl. Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vom 26.8.1971 u. Turner: Hochschulreformen, S. 39–42.
- 10 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 bis WiSe 1978/79, S. 33. Zu Peter Schneider vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 1.5.2020). Siehe hierzu auch den Beitrag von Waltraud Kreuz-Gers und Götz Scholz in diesem Band.
- 11 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1971/72, S. 23.
- 12 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Böschen in diesem Band.
- 13 Siehe hierzu auch die Beiträge von Ullrich Hellmann, Klaus Pietschmann, Ansgar Molzberger und Maren Dingfelder Stone in diesem Band.
- 14 Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz vom 7.1.1971, S. 5–24.
- 15 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1971/72, S. 35.
- 16 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. I u. S. IXX.
- 17 Im vorliegenden Beitrag wird weitgehend auf eine gendergerechte Sprache verzichtet, da der Text eine zeitliche Phase behandelt, in der die Universität stark männlich dominiert war.
- 18 Vgl. Kroll: Kultur, S. 37.
- 19 [o. V.]: »Ein Gesetz mit dem man leben kann«: Kultusminister Vogel sprach auf dem Mainzer Campus. In: Jogu 4 (1973), Nr. 24, S. 2.
- 20 [o. V.]: Glänzende Bestätigung. Hochschullehrer sollen laut Bundesverfassungsgericht an den Universitäten wieder mehr zu sagen haben – aber wer zählt zu den Hochschullehrern? In: Spiegel, 4.6.1973, [o. S.].
- 21 Vgl. ebd. u. [o. V.]: Bildungspolitik. Geheimes Konzept. In: Spiegel, 25.6.1973, [o. S.].
- 22 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. II.
- 23 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 u. WiSe 1978/79, S. 27.
- 24 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 1.
- 25 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom SoSe 1969, S. 236. Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich auch online, URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 19.8.2020).
- 26 Vgl. das Personen- und Studienverzeichnis vom SoSe 1980/81, S. 59. Auch online, URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 19.8.2020).
- 27 Siehe hierzu auch die Studierendenzahlen im Anhang dieses Bandes sowie den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 28 Vgl. [o. V.]: Wann ist der Koffer voll. In: Jogu 1 (1970), Nr. 1, S. 3.
- 29 Vgl. Hermanns: Unterrichtseinheit »Mainz 1968«, 2018, URL: <https://www.mainz.de/kultur-und-wissenschaft/bibliotheken-und-archive/stadtarchiv/archiv-und-schule.php> (abgerufen am 18.4.2020).
- 30 Vgl. [o. V.]: Germanisten drohen Streik an. In: Jogu 1 (1970), Nr. 2, S. 19.
- 31 Vgl. [o. V.]: Wann ist der Koffer voll. In: Jogu 1 (1970), Nr. 1, S. 3 u. [o. V.]: § 27a. In: ebd., S. 6.

- 32 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 u. WiSe 1978/79, S. 27.
- 33 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. XIV.
- 34 [o. V.]: Wann ist der Koffer voll. In: *Jogu* 1 (1970), Nr. 1, S. 3 u. [o. V.]: Fachbereich 26: Klage über Raum- und Personalmangel. In: *Jogu* 3 (1972), Nr. 18, S. 11.
- 35 Vgl. Hochschulgesetz (HochSchG) vom 22.12.1970. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 2 vom 7.1.1971, S. 5–24, § 92, Abs. 2 u. 3.
- 36 Vgl. [o. V.]: Wann ist der Koffer voll. In: *Jogu* 1 (1970), Nr. 1, S. 7.
- 37 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 29.
- 38 Vgl. ebd., S. 23.
- 39 Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1. Senat, vom 18.7.1972 (1 BvL 32/70), BVerfGE 33, S. 303–358.
- 40 Vgl. Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Berlin, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Hessen, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Saarland und dem Land Schleswig-Holstein über die Vergabe von Studienplätzen vom 20.10.1972.
- 41 Vgl. [o. V.]: Streik wegen unerträglicher Studienbedingungen. In: *Jogu* 4 (1973), Nr. 23, S. 8 u. Cernavin: Aktionen notwendig. In: *Unipress* 3 (1973), Nr. 23, [o. S.].
- 42 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. IV u. S. XVI.
- 43 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1976 bis WiSe 1977/78, S. 32.
- 44 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. XIV.
- 45 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 u. WiSe 1978/79, S. 25. Zu den Vizepräsidenten Peter Beckmann und Uwe Wollert vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.4.2020).
- 46 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 25 u. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 8.
- 47 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 9.
- 48 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. IXX, 42.
- 49 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 65.
- 50 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. IXX, 33.
- 51 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 35–37.
- 52 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 15 u. S. 26.
- 53 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1973/74 bis WiSe 1975/76, S. 43–47 u. vom SoSe 1976 bis WiSe 1977/78, S. 60.
- 54 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1976 bis WiSe 1977/78, S. II u. HochSchG vom 21.7.1978. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 25 vom 25.7.1978, S. 506–542.
- 55 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1976 bis WiSe 1977/78, S. V.
- 56 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 1–3.
- 57 Vgl. Hochschulbauförderungsgesetz (HSchulBG) vom 1.9.1969, BGBl. (1969), Nr. I, S. 1556.
- 58 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 115.
- 59 Vgl. ebd., S. 30–33, S. 107 u. S. 110–114.
- 60 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 40f.
- 61 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1979 bis WiSe 1979/80, S. 4.
- 62 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, 104–106 u. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. 55.
- 63 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 27 u. S. 29.
- 64 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. XIII–XVI.
- 65 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 31.
- 66 Vgl. ebd., S. 29–32.
- 67 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 107.
- 68 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. I f., S. IV, S. X u. S. 55.
- 69 Ebd., S. XII.
- 70 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 11.
- 71 Vgl. ebd., S. 4f.
- 72 Ebd., S. 1–3.
- 73 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. XIII–XVI.
- 74 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 8 u. Rost: Die Sonderforschungsbereiche an der Universität Mainz, Teil I–III. In: *Jogu* 5 (1974), Nr. 31, S. 8f.; *Jogu* 5 (1974), Nr. 32, S. 6f. u. *Jogu* 5 (1974), Nr. 33, S. 4.
- 75 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1979 bis WiSe 1979/80, S. 1.
- 76 Allerdings waren auch 1974 unter den mehr als 13.000 Studierenden nur rund 1.300 Arbeiterkinder. Vgl. [o. V.]: Nicht alle Landeskinder bevorzugen Mainz. In: *Jogu* 5 (1974), Nr. 32, S. 5.
- 77 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. VII. Siehe auch den kritischen Kommentar der Mainzer Studentenzeitung [o. V.]: Anschlag auf die materielle Existenz der Studenten. In: *Unipress Extra*, 15.6.1971, S. 1–3; Schneider: Alles Einzelfälle. Bericht des BAföG-Beauftragten des 21. Studentenparlamentes. In: *Unipress* 2 (1972), Nr. 18, [o. S.] u. Talaszka: BAföG. Ein Alptraum? In: *Unipress* 3 (1973), Nr. 19, [o. S.].
- 78 Vgl. [o. V.]: AstA erhebt schwere Vorwürfe gegen Studentenwerk: BAföG-Schwierigkeiten zu spät erkannt; Geschäftsführer Ringle erhofft Normalisierung für Mitte 1973. In: *Jogu* 4 (1973), Nr. 20, S. 11.
- 79 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom 1.10.1968 bis 30.9.1969, S. 62.
- 80 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 39f.
- 81 Vgl. Die Geschichte des BAföG von 1972 bis heute, *Studis online*, URL: <https://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/geschichte.php> (abgerufen am 3.5.2020).
- 82 Vgl. [o. V.]: Studienhilfe vom Sozialamt. Gespräch mit AstA Sozialreferent Norbert Becker. In: *Jogu* 4 (1973), Nr. 28, S. 3 u. Grünberg: Kampf der Inflationspolitik – Erhöhung des BAföG-Satzes jetzt. In: ebd., S. 12f. Der genannte Höchstsatz ist im Bundesausbildungsförderungsgesetz 1971 verankert und bezieht sich auf Daten aus dem Jahr 1973. Vgl. Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vom 26.8.1971, BGBl. (1971), Nr. I, S. 1409–1424.
- 83 Anders: 1968; Grünberg: BAföG: Der Kampf geht weiter. In: *Jogu* 5 (1974), Nr. 30, S. 10f. u. Schmidt/Becker: Nach dem Vogel-Tribunal jetzt vorwärts zum Sternmarsch. In: *Unipress* 4 (1974), Nr. 28, [o. S.].
- 84 [o. V.]: Die Situation des Mainzer Studentenwerks e. V. oder wie Vogel soziale Versprechungen einhält! In: *Unipress* 2 (1972), Nr. 6, [o. S.]; [o. V.]: Die Mensa. In: ebd.; Bein: Was tun? Brennende Fragen studentischer Sozialpolitik im Wintersemester 1972/73. In: *Unipress* 2 (1972), Nr. 17, [o. S.] u. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 42.
- 85 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 39f.
- 86 Vgl. [o. V.]: Stadt will Fahrpreise erhöhen. In: *Unipress* 1 (1971), Nr. 2, [o. S.]; [o. V.]: 6000 Unterschriften gegen Fahrpreiserhöhungen. In: *Unipress* 1 (1971), Nr. 3, [o. S.]; [o. V.]: Erhöhung der Gas- und Nahverkehrstarife geplant! In: *Unipress* 4 (1974), Nr. 35, S. 15; DKP-Hochschulgruppe Mainz: Weitere Tarifierhöhungen geplant. In: *Unipress* 5 (1975), Nr. 37, S. 26f.; Hofmann: Strompreise

- erhöht. In: Unipress 5 (1975), Nr. 36, S. 8 u. Herzer: Grundsätzliches zum Nahverkehr. In: Unipress 5 (1975), Nr. 38, S. 14. Einen Überblick zu den Fahrpreisprotesten in der Bundesrepublik liefert Sedlmaier: Konsum, S. 207–236.
- 87 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. 35.
- 88 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1979 bis WiSe 1979/80, S. 128.
- 89 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 91 u. Choi: Meist allein mit ihren Sorgen und Problemen. In: Jogu 4 (1973), Nr. 26, S. 14.
- 90 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1979 bis WiSe 1979/80, S. 4.
- 91 Vgl. [o. V.]: Bundeswissenschaftsminister in Mainz: Mittel für Studentenwohnheim zugesagt. In: Jogu 4 (1973), Nr. 25, S. 5 u. [o. V.]: Wohnraumnot. Sozialer Numerus Clausus. In: Unipress Extra, 15.6.1971, S. 1 u. S. 3.
- 92 Vgl. [o. V.]: Die Situation des Mainzer Studentenwerks e. V. oder wie Vogel soziale Versprechungen einhält! In: Unipress 2 (1972), Nr. 6, [o. S.]; Schmidt: BAFögrauf, Mieten runter. In: Unipress 4 (1974), Nr. 29, [o. S.]; Schmidt: Wohnheime nehmen keine Mieterhöhungen hin. In: Unipress 4 (1974), Nr. 30, [o. S.] u. Tullius: Rechte der Mieter und Untermieter. In: Jogu 3 (1973), Nr. 28, S. 13f.
- 93 [o. V.]: Hausbesetzung in Frankfurt. In: Unipress 2 (1971), Nr. 5, [o. S.]; [o. V.]: Wohnungsproblem in Mainz. In: ebd.; [o. V.]: Wann werden die besetzten Häuser geräumt? In: Unipress 4 (1974), Nr. 29, [o. S.] u. Zacharias: Eine Nacht im Knast in Frankfurt. In: Unipress 4 (1974), Nr. 30, [o. S.].
- 94 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 42 u. Bundesarchiv Koblenz (BArch Ko), B 304/1532, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland, Studentenwohnheime, Düsseldorfer Wohnheimplan des Deutschen Studentenwerks von 1966.
- 95 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1979 bis WiSe 1979/80, S. 129f.
- 96 Ebd., S. 48.
- 97 Vgl. Middendorff: Sozialerhebungen, S. 20.
- 98 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 44.
- 99 Vgl. ebd., S. 42.
- 100 Vgl. [o. V.]: »Notfalls Boykott«. In: Jogu 5 (1974), Nr. 34, S. 5 u. [o. V.]: Mietboykott geht weiter. In: Jogu 6 (1975), Nr. 36, S. 12.
- 101 Vgl. Anders: 1968, [o. S.].
- 102 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 40.
- 103 Schulz: Bewegungen, S. 429. Darin erschöpfen sich aber die Informationen zu den 1970er-Jahren in diesem Handbuchartikel.
- 104 Vgl. Kißener: 1968, S. 561.
- 105 Vgl. Hermanns: Unterrichtseinheit.
- 106 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 40.
- 107 [o. V.]: AStA Vorsitzender Rainer Christ zur Störung einer RFS-Veranstaltung: »Nicht am Rande der Legalität«. In: Jogu 5 (1974), Nr. 32, S. 3; [o. V.]: Rektor Prof. Dr. Schneider: »Respektieren Sie das Rederecht Ihrer Gegner ...«. In: Jogu 5 (1974), Nr. 32, S. 3 u. Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 1. Senat vom 18.7.1973 (1 BvR 23/73; 1 BvR 155/73), BVerfGE 35, S. 382.
- 108 Zitat bei Friedrichs: Klassenkampf. Auch online, URL: <https://doi.org/10.17185/duerpublico/47939> (abgerufen am 5.5.2020). Eine Aufarbeitung liegt für Rheinland-Pfalz bisher nicht vor.
- 109 Vgl. Struve: Gegen das Berufsverbot für demokratische, sozialist. und kommunistische Lehrer! In: Unipress 2 (1972), Nr. 15, [o. S.]; [o. V.]: Erfolg für Anne Lenhart. In: Unipress 3 (1973), Nr. 20, [o. S.]; Becker: Demokraten zur Warnung. In: Unipress 3 (1973), Nr. 23, [o. S.]; Kraus: Protest gegen Berufsverbote wächst. In: Unipress 5 (1975), Nr. 37, S. 28 u. Groß/Linder: Interview mit Anne Lenhart. In: Unipress 5 (1975), Nr. 39, S. 16f.
- 110 Kappei: Weder Berufsverbote noch Sondergesetz. In: Unipress 4 (1974), Nr. 30, [o. S.].
- 111 Hüther: Kommt ein Pantoffel geflogen. In: MUB, 16.1.2018, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/magazin/kommt-ein-pantoffel-geflogen> (abgerufen am 5.5.2020) u. Cernavin: Heraus zum Vogel-Tribunal. In: Unipress 3 (1973), Nr. 27, [o. S.].
- 112 Vgl. International Association of Labour History Institutions: Social History Collections, Rote Armee Fraktion, RA Armin Newerla, Bericht des Russell-Treffens in Mainz vom 7.3.1977, URL: <https://socialhistoryportal.org/raf/browse/section/RAF-January---August-1977?page=1>. (abgerufen am 5.5.2020) u. vgl. allg. März: Protest, S. 245–310.
- 113 Vgl. [o. V.]: Spiel mir das Lied vom Tod. In: Unipress 1 (1971), Nr. 1, [o. S.].
- 114 Vgl. [o. V.]: Vietnam braucht jetzt deine Hilfe. In: Unipress 3 (1973), Nr. 21, [o. S.] u. Blum: Eine Schule für Vietnam. In: Unipress 4 (1974), Nr. 29, [o. S.].
- 115 Vgl. Dörflinger: Frau Becke's Forschung für die Air Force. In: Unipress 1 (1971), Nr. 3, [o. S.].
- 116 Vgl. Kappei: Ein Jahr Friedensabkommen. Die Vietnamsolidarität geht weiter. In: Unipress 4 (1974), Nr. 29, [o. S.] u. Kraus: Vietnam – VII. US-Flotte auf gefährlichem Kurs. In: Unipress 5 (1975), Nr. 36, S. 21f.
- 117 Vgl. Thanh Lam: Offener Brief an die deutsche Öffentlichkeit. In: Unipress 3 (1973), Nr. 27, [o. S.].
- 118 Vgl. Yildirim: »Heute Student, morgen tot?«. Mainzer Studis trauern um Benno Ohnesorg. In: MUB, 2.6.2017, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/magazin/heute-student-morgen-tot-mainzer-studis-trauern-um-benno-ohnesorg> (abgerufen am 5.5.2020).
- 119 Vgl. [o. V.]: Hungerstreik erfolgreich. In: Jogu 2 (1971), Nr. 6, S. 29 u. Walter: Telegramm an einen Mörder. In: Unipress 1 (1971), Nr. 4, [o. S.].
- 120 Vgl. [o. V.]: Hungerstreik iranischer Studenten in der ESG. In: Jogu 8 (1977), Nr. 49, S. 3.
- 121 Vgl. Heinzelmann: Faschistischer Terror gegen Schah-Gegner in Persien. In: Gutenbergbrief (WiSe 1970/71), Nr. 2, S. 11 u. S. 14; [o. V.]: Protestnote an Premierminister Hoveida. In: Unipress 3 (1973), Nr. 20, [o. S.] u. die Dokumentation zur Situation im Iran, zusammengestellt aus Materialien des Iranischen Studenten-Vereins vom AStA-Auslandsreferenten Uli Wohlenberg: Wohlenberg: Nieder mit dem Schahregime! Solidarität mit dem persischen Widerstand. In: Unipress 3 (1973), Nr. 25, [o. S.].
- 122 Vgl. Blum: Wieder Diskriminierung ausländischer Studenten. In: Unipress 4 (1974), Nr. 34, S. 26f. u. [o. V.]: »Keine Abschiebung von Ahmad Rafat!« In: Kommunistische Volkszeitung – Ortsbeilage Mainz, 16.10.1974, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/RPS/KAI/Mainz_KVZ/Mainz_KBW_Kommunistische_Volkszeitung_Ortsbeilage_19741016.shtml (abgerufen am 5.5.2020).
- 123 Vgl. Hensel u. a. (Hrsg.): Chile u. Dufner: Partner, S. 290–292.
- 124 Vgl. [o. V.]: Pressekonferenz in Mainz. In: Unipress 4 (1974), Nr. 28, [o. S.] u. Spanger: Hilfe für Chile-Flüchtlinge: Ein Politikum. In: ebd.
- 125 Vgl. [o. V.]: Chile-Resolution abgelehnt. In: Jogu 4 (1973), Nr. 26, S. 16; Kreibich u. a.: Dokumentation. In: Unipress 3 (1973), Nr. 20, [o. S.] u. Spanger: Chile. Flüchtlingshilfe. In: Unipress 4 (1974), Nr. 29, [o. S.].
- 126 Vgl. Seul: Zur Situation der Ausländer. In: Jogu 2 (1971), Nr. 7, S. 37f.
- 127 Heinzelmann: Gebührenfreiheit für Ausländer. In: Ebd., S. 36 u. [o. V.]: Diskriminierung der Ausländer durch Studiengebühren. In: Gutenbergbrief (WiSe 1970/71), Nr. 2, S. 15–17.
- 128 Bericht des AStA im Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 42; Hüffner: Rechenschaftsbericht des 1. AStA-Vorsitzenden. In: Unipress 3 (1973), Nr. 22, [o. S.]; [o. V.]: Die Arbeit des AStA für ausländische Studenten. In: Jogu 5 (1974), Nr. 29, S. 10f. u. Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 2. Senat vom 2.7.1974 (2 BvA 1/69), BVerfGE 38, S. 23.
- 129 Vgl. [o. V.]: AStA: Streik war ein Erfolg. In: Jogu 8 (1977), Nr. 52, S. 11.
- 130 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1976 bis WiSe 1977/78, S. 42.
- 131 Einen wichtigen Meilenstein, bzw. Ausgleich, bot in den 1970er-Jahren auch das Jubiläumsjahr 1977, in dem mit zahlreichen Veranstaltungen, hochkarätigen Besucher_innen und einer engen Kooperation zwischen JGU und der Stadt Mainz der 500. Geburtstag der Mainzer Universität gefeiert wurde. Dieses groß angelegte 500-Jahr-Jubiläum wird im Beitrag von Frank Teske in diesem Band ausführlich behandelt.
- 132 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 bis WiSe 1979/80, S. 11.
- 133 Ebd., S. 24f.
- 134 Herbert: Liberalisierung u. Villaume u. a. (Hrsg.): 1970s.



B. VON DEN 1980ER-JAHREN BIS HEUTE

Herausforderungen und Anpassungen an der JGU

Von den 1980er-Jahren bis zur digitalen Revolution

Stefan Böschen

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg begann mit einem geradezu euphorischen Aufbruch. Mit seiner berühmten Rede *Science as Endless Frontier* formulierte Vannevar Bush 1945 ein Leitbild für die Forschung, welche durch großzügige Förderung die Basis für ökonomische Prosperität bilden sollte. Das Wissenschaftssystem hatte zu diesem Zeitpunkt einen Umfang, bei dem die Ressourcenverfügbarkeit noch keine kritische Größe darstellte. Allerdings zeigten sich bereits in den 1960er-Jahren die Grenzen der formulierten Programmatik von wirtschaftlichem Wachstum durch wissenschaftliches Wachstum, weil die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in einer erstaunlich kurzen Zeit nie geahnte Höhen annahmen. Ohne Strategien einer gezielten Allokation von Ressourcen konnten die anstehenden Entscheidungen nicht getroffen werden. Innovationspolitische wurden unweigerlich wissenschaftspolitische Fragen. Die Rolle von Universitäten im Feld der Produktion wissenschaftlichen Wissens sowie der Bereitstellung von Bildung galt es dabei zugleich neu zu definieren. Denn die Wissensgesellschaft hielt Einzug. Der damit einhergehende politisch-ökonomische Diskurs rückte die ökonomische Relevanz von Wissen nachhaltig in den Mittelpunkt.¹

Universitäten stellten, trotz entsprechender Bestrebungen der Öffnung, bis in die 1960er-Jahre hinein sehr traditional geprägte Institutionen dar. Allerdings änderten Anforderungen der Bildungsexpansion, der

Universitäten in stürmischer See

wachsenden Konkurrenz nationaler Forschungssysteme sowie der wissensökonomischen Orientierung die Stellung von Hochschulen in der Gesellschaft. Sie rückten in den Mittelpunkt wissenspolitischer Überlegungen. So bildeten und bilden sie noch immer einen zentralen Knoten im Netz der Wissensvergesellschaftung, allerdings einen Knoten, der in Abhängigkeit von den jeweilig kulturell-institutionellen Rahmenbedingungen unterschiedlich geformt und platziert wurde. Ab den 1990er-Jahren setzten sich Konkurrenz und Wettbewerb als Leitmotive für die Gestaltung von Wissenschaft durch. In der Folge wurde die Universitätslandschaft, die sich durch ein hohes Maß an Gleichrangigkeit von Universitäten, Professorengehältern oder auch Bildungschancen auszeichnete, grundlegend restrukturiert.²

Im hier behandelten Zeitraum von circa 1980 bis heute veränderte sich die deutsche Hochschullandschaft entscheidend. Die Wissensvergesellschaftung setzte der Entwicklung von Hochschulen neue Rahmenbedingungen. Mit der Ausweitung sozialer Umweltbezüge etablierten sich universitätsextern erweiterte Anspruchspositionen und warfen nach innen Fragen neuer Strukturbildungen auf oder erforderten diese sogar. Ansprüche an ökonomisch wertvolles Wissen oder die Inklusion von Wissensakteuren konnten nur eingelöst werden, indem Universitäten anders organisiert wurden. Lange Zeit waren Hochschulen institutionell geprägt. Jedoch wurde von ihnen in wachsendem Maße erwartet, die Form von Organisationen anzunehmen und dabei das Prinzip hierarchischer Steuerung sowie Mechanismen formaler Ablauforganisation durchzusetzen.

Übergreifend wird in diesem Beitrag der Frage nachgegangen: Welche Veränderungen im Selbstverständnis als Universität sowie des Umbaus als Organisation an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) gingen mit der allgemeinen Tendenz zur Wissensvergesellschaftung von Hochschulen in Deutschland einher? Um die Umbruchsituation beginnend in den 1970er-Jahren zu erfassen und bis in die heutige Zeit wesentliche Veränderungsdynamiken zu beschreiben, verfolgt dieser Beitrag eine doppelte Stoßrichtung und gliedert sich dabei in mehrere miteinander verknüpfte Skizzen. Der erste Schritt betrachtet gleichsam im Brennglas erstens die Dynamik der Wissensvergesellschaftung, welche durch die Logik des Vergleichens charakterisiert werden kann, und zweitens den Wandel von Hochschulen hin zu einem strategiefähigen Akteur. Darauf aufbauend werden in einem zweiten Schritt ausgesuchte Veränderungslinien für die JGU nachgezeichnet. Diese Veränderungen vollzogen sich an besonderen Kontaktflächen zwischen Hochschulen und relevanten sozialen Feldern. Hochschulen und damit auch die JGU reagierten ab den 1970er-Jahren auf Veränderungen in der sozialen Umwelt mit der aktiven Konstruktion ihrer als relevant erachteten Umwelt und darauf abgestimmter Handlungsstrategien. Dieser Beitrag hebt vier relevante Felder heraus: die Politik, die Wirtschaft, die Medien und die Technologie (Digitalisierung). Diese Felder brachten jeweils spezifische Wandlungsanforderungen für Hochschulen hervor. Das nächste Kapitel betrachtet die (landes-)politischen Rahmenbedingungen der Steuerung von Hochschulen und ihren Wandel, während anschließend die Grenze zur Wirtschaft in den Blick genommen wird. Dabei wird das Augenmerk auf die Verwettbewerblichung gerichtet, ein Mechanismus, der sich gleichermaßen auf die Leistungsprozesse Lehre und Forschung auswirkte. Zudem veränderten sich die Bezüge zwischen Hochschulen und Medien. Die Wissenschaftskommunikation wurde neu strukturiert und die Professionalisierung der Hochschulkommunikation schritt erheblich voran. Auch wird der Blick auf Digitalisierungsprozesse gerichtet, welche nicht nur Auswirkungen auf Forschung und Lehre mit sich bringen, sondern ebenso eng mit anderen Strukturbildungsvorgängen verwoben sind. Die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft wird im abschließenden Kapitel geschlagen und herausgestellt, welche Entwicklungsprobleme wie -chancen sich ergaben und wie diese gemeistert wurden.

Beginnen wir also zunächst mit den Veränderungen von Rahmenbedingungen, die sich als Wissensvergesellschaftung des Systems hochschulgebundener Forschung und Lehre charakterisieren lässt.

Seit den 1970er-Jahren werden Gesellschaften als Wissensgesellschaften beschrieben. Der Begriff der Wissensgesellschaft weist zwei Seiten auf. Zum einen ist er ein politisches Programm mit dem Ziel, die Produktion von Wissen als Grundlage von Innovationen voranzutreiben. Zum anderen ist er ein analytischer Begriff, um eine bestimmte Form von Gesellschaft zu beschreiben, die als nach-industriell zu kennzeichnen ist. Die historisch-soziologische Forschung hat gezeigt, dass schon gesellschaftliche Formationen im ausgehenden 19. Jahrhundert zutreffend als Wissensgesellschaft beschrieben werden können.³ Der wissenschaftliche wie politische Diskurs um die Wissensgesellschaft begann jedoch erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wissen wurde dieser Diagnose nach neben Boden, Kapital und Arbeit zum zentralen Produktionsfaktor und zum Fundament ökonomischer Entwicklung. In der Folge wurden die Produktion und Verteilung von Wissen zur wesentlichen innovationspolitischen Aufgabe. In der globalen Konkurrenz ging es darum, wissensökonomische Vorteilspositionen zu erlangen. Mehr noch rückten Wissensarbeiter_innen als wertvolle Berufsgruppe ins Zentrum der Aufmerksamkeit.⁴ Und damit auch die Instanz, die diese ausbildet: Hochschulen.

Hochschulen stellen zentrale Orte der Wissensproduktion und -verteilung dar – und zwar weltweit. Ihnen wird im Wettbewerb globalisierter Wissensökonomien eine exponierte Rolle zuerkannt. Nicht umsonst wuchs die Bedeutung von Rankings erheblich an, die die Hochschulen der jeweiligen Länder auf eine globale Vergleichsskala bringen. Die Ausbreitung der Organisationsform »Hochschule« zeigt ein ausgeprägtes Doppelseitigkeit. Auf der einen Seite lässt sich beobachten, wie sie weltweit homogenisiert wird. Manche Modelle gelten als stilbildend, wie etwa das Massachusetts Institute of Technology (MIT). Auf der anderen Seite offenbaren sich im »Unterbau«, also der konkreten prozeduralen wie materialen Ausgestaltung von Hochschulen, dann doch erhebliche Unterschiede. Zudem erzwingt die Wettbewerbslogik stets aufs Neue, dass sich die Hochschulen voneinander abheben und Profile ausbilden müssen. Die lokale Modellvariation offenbart Einsichten in die jeweilige Hochschulkultur und -praxis. Die Wissensvergesellschaftung von Hochschulen stellt einen in sich dynamischen wie zugleich spannungsreichen Prozess dar.⁵

In Wissensgesellschaften erhalten Hochschulen eine Schlüsselrolle als Produzentinnen ökonomisch wertvollen Wissens. Ihr Renommee ist ein Ausweis von Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit in konkurrierenden Wissensökonomien. Entsprechend haben sich die Formen und Varianten der Organisation öffentlicher Forschung im Zuge der Wissensvergesellschaftung weiter differenziert und wurden zugleich neue Governance-Mechanismen entwickelt. Hochschulen sollen insbesondere zur Ausweitung von Bildung, oder in der Sprechweise des Neoliberalismus: zur Steigerung von Humankapital, beitragen und möglichst viele junge Menschen mit tertiärer Bildung versorgen. Generalisiert kann dies als Inklusion gedeutet werden, wobei die Inklusion in Bildungsprozessen nur eine Facette (gleichwohl die bisher wichtigste) darstellt. Inklusion bedeutet ebenso die Inklusion von Bürger_innen in Prozesse der Wissensproduktion.⁶

Die Wissensvergesellschaftung von Hochschulen manifestiert sich insbesondere in einer Verwettbewerblichung von Strukturen. Diese griff erst nach und nach Raum. Richard Münch teilt die Entwicklung der deutschen Hochschullandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in drei Phasen ein: Die Zeit bis in die Mitte der 1960er-Jahre betrachtet er als die klassische Epoche des nationalen Feldes, welche noch von den etablierten Normen der Humboldt-Idee geprägt war. Das Zeitintervall von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1980er-Jahre, das wesentlich unter dem Zeichen der Bildungsexpansion stand, analysiert er als eine »Sozialdemokratisierung der Universitäten«, wobei Bildung als Bürgerrecht postuliert und entsprechend ausgeweitet wurde. Zudem prägte diese Phase die weiterbestehende horizontale Differenzierung zwischen den Hochschulen. Sie wurden als grundsätzlich gleichrangig betrachtet und folgten dem Modell der Volluniversität. Schließlich beginnt

Wissensvergesellschaftung und Hochschulen

für ihn in den 1980er-Jahren die neoliberale Epoche des internationalisierten Feldes. Leitideen, die sich im Zuge dieser Entwicklung etablierten, waren Exzellenz, Elite, Leuchttürme und die Bildung von Humankapital.⁷ Diese Leitideen führten nicht nur zu einem rhetorischen Befeuern von Wettbewerb, sondern ebenso dazu, wettbewerbliche Strukturen in der Wissenschaft selbst, aber auch in den Universitäten zu etablieren. Die Orientierung von Wissenschaft an der Wirtschaft bedeutet also nicht allein, Wissen als marktliches Gut zu produzieren, sondern vielmehr Wissenschaft nach Mechanismen des Wettbewerbs auszurichten. Damit wächst der Druck auf Hochschulen, Formen des Wettbewerbs strukturell zu adaptieren.⁸

Solche Formen des Wettbewerbs zeigen freilich unterschiedliche Gesichter. Für die Wissensgesellschaft prägend ist der Umstand, dass nicht jeweils für sich die Dynamiken der Ökonomisierung, Politisierung und Medialisierung einen bedeutenden Einfluss auf die Wissenschaft nehmen, sondern gerade deren zeitgleiches Zusammenwirken.⁹ Genau besehen, greift in allen drei Dynamiken eine »Logik der Vergleichen«, denn entscheidend ist es, Unterschiede zu platzieren: des marktlichen Werts, der politischen Machtchance oder der öffentlichen Aufmerksamkeit. Somit kann die »Logik der Vergleichen« als das zentrale Stellglied einer Wissenschaftsvergesellschaftung durch Verwettbewerblichung angesehen werden. Mehr noch: Sie nimmt geradezu den Charakter eines Signums der Gegenwart an und bildet ebenso für die Wissenschaft einen wichtigen »Verstärker« wissenschaftsgesellschaftlichen Wandels.¹⁰ Die Relevanz der Vergleichen kann man an der Fülle von Mechanismen ablesen, die sich in der Zwischenzeit im wissenschaftlichen Feld etabliert haben, seien es die Hochschulrankings oder auch die Instrumente zur genauen Leistungsmessung, Evaluierung und Vergleichsbestimmung von und zwischen den jeweiligen Einheiten der Wissensproduktion. Normbereich, Exzellenz und Unterdurchschnittlichkeit lassen sich nun »exakt« bestimmen. Wissenschaft und ihre Akteur_innen müssen diesen in immer größerer Dichte auftretenden Vergleichen standhalten können – gleichviel, ob dies sinnvoll ist oder nicht. Sichtbarsten Ausdruck erhält dies in Universitätsrankings, aber ebenso in allen Arten von Vergleichen, die nicht allein der Verteilung von knappen Forschungsressourcen dienen, sondern ebenso zur Bildung von Marken. Diese Logik der Vergleichen stellt bei der Organisationswerdung von Hochschulen einen nicht zu unterschätzenden Hebel dar, denn Hochschulen müssen als Organisationen eines besonderen Typs angesehen werden. Warum?

Hochschulen als strategiefähige Akteurinnen?

Wie schon in der Einleitung angedeutet, stellen Hochschulen spannungsreiche Gebilde dar. Diese Spannungen lassen sich mit verschiedenen Gegenüberstellungen sichtbar machen. Eine Kennzeichnung zeigt Hochschulen in ihrem schillernden Doppelstatus von Institution und Organisation. Mittels dieses Doppelstatus lässt sich ihre Geschichte entweder als die eines unentrinnbaren strukturellen Konflikts erzählen oder – in einer optimistischeren Lesart – als die Geschichte einer noch nicht abschließend vollzogenen Organisationswerdung von Hochschulen. Hochschulen stellen demnach »unvollständige Organisationen« dar, da das Hierarchieprinzip typischerweise nicht umfassend durchgesetzt werden kann. Zudem orientieren sich zentrale Mitglieder der Organisation, die Professor_innen, nicht allein und noch nicht einmal wesentlich an den Vorgaben ihrer Hochschule, sondern vielmehr an ihren Peers disziplinärer Forschungsgemeinschaften. Diese Spannung zwischen Organisation und Profession kann nicht aufgelöst werden, denn die institutionelle Offenheit bildet eine Voraussetzung für die Herstellung von Wissen. Das hat mit den Besonderheiten der Wissensproduktion zu tun. Ein gängiges Bild wissenschaftlicher Wissensproduktion ist das der gezielten Herstellung von Wissen. Jedoch ist die Produktion von Wissen ein sehr ungewisser und ergebnisoffener Suchprozess. Deshalb kann sie im Grunde nur dann gelingen, wenn ein Überfluss an Wissen hervorgebracht wird, sozusagen ein reichhaltiger »Pool«. Aus dieser Fülle wird im Laufe der Zeit das ausgewählt, was tat-

sächlich für den weiteren Fortschritt hilfreich ist – das kann aber nicht von vornherein bestimmt werden. Eine solche ›Logik des Überflusses‹ widerspricht jedoch ganz fundamental gängigen Effizienzlogiken von Organisationen.

Wenngleich das spannungsreiche Zugleich von Organisation und Profession prinzipiell als unauflösbar anzusehen ist, wird seit gut 40 Jahren dennoch versucht, Hochschulen einem Prozess der Organisationswerdung zu unterziehen. Die Einführung von Modellen des New Public Management dient dazu, Hochschulen in hierarchisch zu lenkende Organisationen, ganz ähnlich wie Unternehmen, umzuformen. Diese Entwicklungen können in ihrer Vielschichtigkeit hier nicht nachgezeichnet werden.¹¹ Festgehalten werden soll an dieser Stelle nur, dass die Entwicklung in Richtung Organisationswerdung von Universitäten ein erhebliches Momentum entfaltet hat. Dies lässt sich beispielsweise an dem wachsenden Einfluss von Rektoraten oder Präsidien aufweisen, der Etablierung von Hochschulräten, der Einführung von Strategieprozessen, der Umstrukturierung des ehemals sogenannten akademischen »Mittelbaus«, der Einführung neuer Hochschulprofessionen (zum Beispiel Hochschulkommunikation), der Indikatorensteuerung von Prozessen (zum Beispiel in Form leistungsorientierter Mittelzuweisung) oder der Reform der Besoldung von Hochschullehrer_innen von einer leistungsinvarianten C-Besoldung auf eine leistungsbezogene W-Besoldung sowie dem Ausbau der Hochschulverwaltung.¹² Bezüglich der Verschiebung zwischen Wissenschaft und Verwaltung zeigt sich ein aufschlussreiches Bild: Stieg von 2008 bis 2017 die Zahl der Professor_innen in Deutschland von 38.564 auf 47.568, was einem Zuwachs von etwa 19 Prozent entspricht, so stieg die Zahl an Verwaltungspersonal im gleichen Zeitraum von 68.931 auf 97.707, also um 29,5 Prozent.¹³

Wichtige Kräfte des Wandels waren erstens die Gesetzgeber, welche die rechtlichen Rahmenbedingungen deutlich hin zu einer »unternehmerischen« Universität verschoben haben. In Hochschulräten können Personen des öffentlichen, das heißt oftmals wirtschaftlichen Lebens Einfluss auf die Politik der Hochschule nehmen, die Bündelung von Befugnissen bei der Hochschulleitung wird vorgesehen, das Spektrum von Hochschulen und ihren rechtlichen Formen erweitert. Zudem kam es zu einer Aufwertung von Fachhochschulen in Hochschulen mit einem erweiterten Forschungsauftrag, den formal gleichen Bildungsabschlüssen wie an Universitäten sowie Initiativen für die Zuteilung eines Promotionsrechts. Zweitens hat sich die Landschaft der Hochschulen durch eine wachsende Bedeutung privater Hochschulen verändert. 2010 war jede vierte Hochschule in privater Trägerschaft, obgleich hier nur fünf Prozent der Studierenden eingeschrieben waren. In der Summe stellt sich die Frage, ob und wie es Hochschulen gelingen wird, Verteilungskämpfe intern so aufzufangen, dass unerwünschte Nebenfolgen, etwa als Durchschlagen von Wettbewerbseffekten auf die Wahl der Forschungsinhalte, was die Unabhängigkeit der Forschung gefährdet, möglichst ausbleiben. Verteilungskämpfe an Hochschulen dürften eher zunehmen, und ungewohnte Hierarchiebildungen stehen zu erwarten.

Wie entwickelte sich nun die JGU in dem zu betrachtenden Zeitraum? Um diese Frage auszuleuchten, orientieren sich die folgenden Ausführungen an Veränderungen in für Hochschulen relevanten sozialen (Politik, Wirtschaft und Medien) sowie technologischen (Digitalisierung) Umwelten. Diese Veränderungen nötigten Hochschulen dazu, mitunter ausgeklügelte Formen der Grenzziehungs- und Positionierungsarbeit zu entwickeln, um sich trotz dynamischen Umfelds als Organisation zu entfalten, ohne sich jedoch zugleich als Institution abzuschaffen. Welche Herausforderungen wurden an der JGU unter den Bedingungen der Wissensvergesellschaftung von Universitäten in den Blick gerückt, welche Entwicklungsstrategien verfolgt und welche Anpassungen schließlich etabliert?

Verdichtung politischer Wandlungsaufforderungen: Fraktale Situationen für die JGU

Mit Beginn der 1970er-Jahre veränderten sich die Bezüge zwischen Hochschulen und politischem Feld nachhaltig. Diese Entwicklung bezog sich nicht allein auf die sogenannte Politisierung von Wissen, sondern auch auf die Vervielfältigung politischer Wandlungsaufforderungen, denen Hochschulen im Zuge der Wissensvergesellschaftung immer stärker ausgesetzt waren.¹⁴ Die Wissensvergesellschaftung von Hochschulen in Deutschland wurde nicht unwesentlich davon geformt, dass die bundesrepublikanische Kultushoheit der Länder eine spannungsreiche Doppelbewegung bedingte. Zum einen veränderte die Wissenschaftspolitik des Bundes sich mit dem zunehmenden Fokus auf Innovation als Leitbegriff verstärkt zur Innovationspolitik. Zum anderen wurde die konkrete Hochschulpolitik mehr und mehr von den einzelnen Bundesländern geprägt und schließlich mit dem sogenannten Kooperationsverbot (2006) die Nicht-Zuständigkeit des Bundes rechtlich fixiert. Paradox ist dabei der Umstand, dass der ökonomisch starke Partner (»der Bund«) trotz offensichtlicher ökonomischer Engpässe der Länder bei der finanziellen Unterstützung von Hochschulen nicht tätig werden durfte – beziehungsweise, wenn ja, dann nur in sehr eng gesetzten Grenzen (man denke nur an den Investitionsstau im Hochschulbau).¹⁵ Dabei waren Hochschulen stets gefesselt an die Landeshaushalte, was sich gerade in ökonomisch schwächeren Bundesländern wie Rheinland-Pfalz bemerkbar machte. Eine Zahl soll dies illustrieren: Zu Beginn der 1980er-Jahre flossen immerhin drei Prozent des jährlichen Landeshaushalts in die JGU, und dieser Anteil fiel bis in die Gegenwart auf zwei Prozent (2020 sogar nur 1,6 Prozent).¹⁶

Wissenschaftspolitik spielte in Rheinland-Pfalz zumeist eine untergeordnete Rolle. Nimmt man die landespolitischen Rahmenbedingungen, so lassen sich im Wesentlichen zwei Phasen unterscheiden, die sich mit den Regierungszeiten zunächst der CDU, dann ab den 1990er-Jahren der SPD verbinden. Die erste Phase ab den 1970er-Jahren kann als eine Politik der Vervielfältigung der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz bei gleichzeitigem ökonomischem Grenzlastbetrieb gesehen werden. Lange Zeit war Mainz die einzige Universität in diesem Bundesland, bis schließlich in den 1970er-Jahren eine Reihe von Neugründungen hinzukam, die nicht zufällig die Form von Doppelstandorten hatten: Trier-Kaiserslautern und Koblenz-Landau.¹⁷ Das Mehrfachcampus-Modell deutet schon auf die erheblichen Belastungen im Landeshaushalt hin, welche eigenständige Gründungen nicht erlaubten. Zudem fielen diese Neugründungen in eine Zeit, die ab dem Ende der 1970er-Jahre durch eine hohe Sockelarbeitslosigkeit und die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), das heißt an sich kostenreiche Aktivitäten, geprägt war. Ressourcenknappheit und ihre Konsequenzen für die Hochschulpolitik waren schon zu erkennen, denn in dieser Phase begann die Hochschulpolitik, immer stärker auf eine Ausweitung von Drittmittel-Einnahmen zu setzen und auf diese Weise Kostenpositionen der Länderbudgets gleichsam zu externalisieren.

Wie politische Akteure das Finanzierungsproblem in den 1980er-Jahren zu lösen dachten, lässt sich sehr gut mit der Haushaltsdebatte am 12. Dezember 1985 im Landtag illustrieren. Kultusminister Georg Gölder äußerte unmissverständlich:

»In der Forschungsförderung ist eine Schwerpunktbildung in zukunftsorientierten Disziplinen unverzichtbar. Ohne eine solche Schwerpunktbildung, so kompliziert sie im einzelnen umzusetzen ist, ist eine erhebliche Steigerung der Drittmittel von seiten des Bundes und der Deutschen Forschungsgemeinschaft nicht zu erreichen. Das heißt: wer mit uns gemeinsam mehr Drittmittel von draußen will, muß auch ja zu einer Schwerpunktförderung sagen. Wer Forschungsstrukturen weiterentwickeln will und dabei nicht unbegrenzt Geld zur Verfügung hat, muß sich für Schwerpunktbildung und gegen die Gießkanne entscheiden.«¹⁸

In der gleichen Debatte hatte sich der stellvertretende Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU, Wolfgang Karl Wittkowsky, zu Wort gemeldet: »Den Hochschulen muß auch in Zeiten knapper Kassen die Chance zu Höchstleistungen auf dem Gebiet der Forschung erhalten und nach Möglichkeit vergrößert werden.«¹⁹ Dabei zeichnete es sich schon in diesem Zeitraum ab, dass zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit bei den Drittmittelwerbungen eine Schere aufging. Denn obgleich in den 1970er-Jahren die Ressourcen für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), wie anderer Fördermittelgeber, erheblich gesteigert wurden, sanken die Bewilligungsquoten der Tendenz nach seither. Trotz des Aufwuchses an länderübergreifenden Mitteln trat real ein »Verdünnungseffekt« ein.

Die zweite Phase wurde mit dem Regierungswechsel von einer CDU- zu einer SPD-geführten Landesregierung eingeläutet. 1991 wurde Rudolf Scharping rheinland-pfälzischer Ministerpräsident. Seit Mitte der 1960er-Jahre war die Hochschulpolitik von Bernhard Vogel geprägt worden, erst als Kultusminister, dann als Ministerpräsident. Deshalb stellt sich die Frage: Gab es nach 40 Jahren CDU-Vorherrschaft einen Wandel in der rheinland-pfälzischen Hochschulpolitik? Der ehemalige Präsident der JGU, E. Jürgen Zöllner, gestaltete von 1991 bis ins Jahr 2006 die Bildungs- und Wissenschaftspolitik in Rheinland-Pfalz. Paradoxerweise vollzog sich ausgerechnet in dieser Phase einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung der Bruch mit dem sozialdemokratischen Modell horizontal differenzierter Hochschulen und wurde der vertikalen Differenzierung der Boden bereitet. Nicht ohne Stolz berichtet Zöllner davon, dass letztlich die Idee zu einer strikt wettbewerblich orientierten Exzellenzinitiative von ihm lanciert worden sei.²⁰ Sicherlich spielten dabei nicht vorhersehbare politische Konstellationen eine Rolle, da das Ende des Kalten Kriegs (und der damit einhergehende Truppenabzug) die ökonomischen Rahmenbedingungen gerade in strukturschwachen Regionen (die durch die Präsenz von NATO-Streitkräften gefördert worden waren) besonders negativ beeinflusste.

Hochschulpolitik gelangte im Zuge dieser Entwicklungen aber nicht nur unter den Druck, die Hochschulen trotz knapper werdender Kassen zu erhalten und möglichst zu stärken, sondern sie wurde zu einem Instrument der Regionalentwicklung und Konversionspolitik in einem vom NATO-Truppenabzug besonders betroffenen Bundesland,²¹ nämlich im Sinne einer Ansiedlungspolitik von Fachhochschulen, wobei sich ein regionaler Ehrgeiz nach dem Motto entwickelte: »Jedem Landkreis seine Hochschule.«²² Die politische Steuerung von Hochschulen stellte in dieser Zeit zum einen auf eine Orientierung an belastungs- und leistungsbezogenen Kriterien um, was zwar zunächst die Form der Mittelzuweisungen betraf, zugleich aber Spielräume hinsichtlich der Höhe der Mittelzuweisungen eröffnete. Zum anderen erhielt die Kooperation mit großen Förderorganisationen und Instituten wie der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft oder der Fraunhofer-Gesellschaft den Rang eines strategischen Ziels, weil darin ein Hebel für die rasche Ansiedlung und Entwicklung von bundesfinanzierter Spitzenforschung gesehen wurde, die die Konkurrenzfähigkeit der JGU erhöhen sollte.²³ Strategien vertikaler Differenzierung und indikatorengestützter Steuerung bewirkten in der fragilen Hochschullandschaft von Rheinland-Pfalz stärkere Zerklüftungen als in anderen Bundesländern.

Im Zeitraffer betrachtet, zeichnet sich der tektonische Charakter der Verschiebungen der letzten 50 Jahre ab. Eine erste entscheidende Umstellung, welche einen Riss in die bis dato gültige Ordnung verursachte, war die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes 1970. Denn dieses markierte den Einstieg in einen sich mit wachsender Dynamik vollziehenden Umbau von einer Rektorats- zu einer Präsidialverwaltung bei gleichzeitigem Rückbau der Universitätsverwaltung im Verständnis eines in die Hochschule hineinragenden Teils des Ministeriums.²⁴ Die Phase der 1970er- und 1980er-Jahre, die mit Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes 1970 eingeläutet wurde, brachte eine ganze Reihe von politisch gewollten Veränderungen. In diesem Zeitraum musste sich die JGU überhaupt erst als strategiefähige Akteurin erfinden.

Eine Schlüsselstellung nahm dabei die Entwicklung einer ersten Hochschulstrategie in den 1980er-Jahren ein. Diese wurde 1987 in der Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahre 2000. Denkschrift zur weiteren Entwicklung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* formuliert. Die Denkschrift stellt einen typischen Strategietext dar, der relevante Schwachstellen identifizierte und daraus Ziele und Maßnahmen für die Entwicklung der Universität ableitete.²⁵ Sehr genau wurde in diesem Strategiepapier schon die Spannung herausgearbeitet, die für die Wissenschaft relevant werden sollte: »Wettbewerb und Differenzierung«.²⁶ Diese Differenzierung veränderte die Position zwischen Hochschulen. Dabei stellten Hochschulen ausgesuchte Merkmale in den Mittelpunkt, um besondere Schwerpunkte zu definieren. Trotz grundsätzlicher Zustimmung zu einem solchen Wandel wurde in der Denkschrift das Problem angesprochen, ob sich Wettbewerb als Modus überhaupt mit dem wissenschaftlichen Arbeiten vertrage:

»Wettbewerbsorientierung ist zwar im wirtschaftlichen Bereich, nicht aber unbedingt in allen Bereichen der freien Wissenschaft angemessen. Zu ihr gehören u. a. Individualität, Spontaneität, Kreativität – Faktoren, die nicht gleich in Wettbewerbschancen münden. Das Konkurrenzdenken soll keineswegs ausschließlich interesseleitend für die planerischen Entscheidungen und Dispositionen unserer Universität sein.«²⁷

Noch war das ein vorsichtiges Hintasten an die Entwicklung wettbewerblicher Strukturen, doch umgehend wendeten sich verschiedene Vertreter der Professorenschaft gegen die Denkschrift und ihre Annahmen. Sie forderten ein Vorgehen nach der Devise »akademische Selbstverwaltung über Administration«.²⁸ In jedem Fall bemerkenswert ist es, dass die Denkschrift zur Hochschulstrategie der JGU zu einem Zeitpunkt formuliert wurde, zu dem die Landesregierung ihre Strategie noch suchte. Dabei galt es keinesfalls als gesichert, wie letztlich die Strukturen beschaffen und gestaltet werden sollten, um die Autonomie der Hochschule von innen und außen sichern zu können.²⁹

Ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung der JGU als strategiefähiger Organisation stellte die Etablierung des Neuen Steuerungsmodells (NSM) dar, das in den späten 1990er-Jahren aufgesetzt wurde. Folgt man der Analyse aus dem Beitrag von Waltraud Kreuz-Gers und Götz Scholz in diesem Band zu ebendiesem Thema, dann lässt sich eine bemerkenswerte Orientierungsanalogie zwischen Wissenschaft und ihrer Verwaltung aufzeigen: »So wie sich die Wissenschaft ihren ›Elfenbeinturm‹ geschaffen hatte, für den eine Beurteilung der Effektivität und Effizienz durch ›die Gesellschaft‹ irrelevant war, war die Universitätsverwaltung auf Erfüllung staatlicher und gesetzlicher Vorgaben fixiert, aber nicht primär auf die optimale Unterstützung von Wissenschaft.«³⁰ Deshalb sollten mit dem NSM Ideen einer wettbewerblichen Steuerung in der Verwaltung Raum greifen – diese Muster wurden also auf beiden Seiten der Organisation Hochschule essenziell. Das Land machte diesbezüglich auch Druck, indem es mit dem neuen Landes-Personalbemessungskonzept (PBK) der Universität die Landesmittel um 6,4 Prozent kürzte, zugleich aber mit der Output-Steuerung erfolgsbasierte Kriterien in die Bemessung einbrachte, so den Autonomiespielraum der Universität gegenüber dem Land tendenziell erhöhte, aber zugleich den Zwang vergrößerte, strukturelle Anpassungen zum Abfedern aufkommender Konflikte vorzunehmen. Die Entwicklung des NSM wurde als Projekt in zwei Jahren bis zum Jahr 2000 vorbereitet und lief dann bis 2007. Verschiedene Prozesse der Verschlinkung sowie die Organisation von Wandel durch Projekte wurden angeregt und umgesetzt. Diese Projektorientierung weist auf eine bemerkenswerte Strukturanalogie zwischen dem Verwaltungs- und dem Wissenschaftsteil von Universitäten hin.

So betrachtet, griff wissenschaftsgesellschaftliche Strukturbildung mit zunehmender Vehemenz in die Institution der Hochschule ein. Die JGU nahm vergleichsweise früh diesen Trend auf und gehörte damit sicherlich

zu der Gruppe der Vorreiter. Um trotz Ressourcen-Verknappung Autonomiegewinne zu erzielen, wurden die politischen Aufforderungen nach innen durch eine nicht unerhebliche Übernahme wettbewerblicher Strukturmuster übersetzt, wobei der Projektform eine besondere Stellung zukommt. Das Projekt stellt das zentrale soziale Strukturmuster experimenteller Ordnungsbildung in Wissensgesellschaften dar. Zugleich konnten sich mit diesem Strukturmuster Hochschulen zu strategiefähigen Akteurinnen entwickeln, denn so konnten neue Strukturmerkmale im Rahmen von Projekten unverbindlich erkundet werden. Optionen konnten erarbeitet werden, ohne zugleich bindende institutionelle Festlegungen treffen zu müssen. Diese Chance auf wechselseitige Stabilisierung zwischen den Handlungsfeldern Wissenschaft und Politik führte letztlich zu einer wachsenden Dezentrierung der Hochschulverwaltung vom zuständigen Ministerium. Dieser Prozess war bedeutsam, damit Hochschulen den Spielraum erhielten, sich als strategiefähige Akteurinnen entwickeln zu können. Die Entfaltung solcher Spielräume ist als »ein wichtiges Signum dieser Entwicklung der 80er Jahre«³¹ anzusehen. Eine weitere wichtige Strategie neben der Projektförmigkeit von Forschung und Verwaltungsreorganisation besteht im Bilden von Netzwerken. Dies wurde auch in Mainz erkennbar vorangetrieben. Hier zu nennen sind etwa die Wissenschaftsallianz Mainz oder aber der Zusammenschluss der Rhein-Main-Universitäten (RMU). Das Ziel besteht darin, Synergien in Forschung, Lehre, Verwaltung und Services zu schaffen.³² Neben diesen funktionalen Entlastungen und Stärkungen dienen diese Netzwerke auch dazu, die Sichtbarkeit, national wie international, zu erhöhen.³³

Zusammengenommen zeigt sich, dass sich Hochschulen im Zuge der Wissensvergesellschaftung in den vergangenen Jahrzehnten fortlaufend neu erfinden mussten. Diese Veränderungen liefern bis in die Gegenwart Zündstoff für Debatten innerhalb und außerhalb von Hochschulen, in denen die Balance zwischen Hochschulen als Institutionen und Organisationen definiert und etabliert wird.³⁴ Im fortlaufenden Austarieren dieser Spannung vollzog und vollzieht sich ein grundlegender Wandel von Hochschulen.

Die Autor_innen und Unterstützer_innen der Denkschrift von 1987 verfügten über ein ausgesprochenes Gespür, die Spannungen zwischen grundlegenden Orientierungsmustern in Wissenschaft und Wirtschaft zu sehen. Dennoch entwickelten die ökonomischen Rahmenbedingungen eine Form von Unentrinnbarkeit, unter der Strukturmerkmale des Wettbewerbs sich immer leichter durchsetzen konnten. Diese vielschichtige Übernahme von Strukturmerkmalen lässt sich als »Verwettbewerblichung« deuten. Denn damit vollzog sich entgegen dem schon in der Denkschrift zum Ausdruck gebrachten Zweifel der Übertragbarkeit genau eine solche Übertragung wirtschaftlicher auf wissenschaftliche Strukturmerkmale. Exponierten Ausdruck fand und findet dies in der Zunahme von nach Wettbewerbsregeln formierten Konkurrenz-Situationen – trotz des Umstands, dass Kooperation das Rückgrat im Feld der Wissenschaft bildet. Solche Entwicklungen im Sinne einer Verwettbewerblichung veranlassten den Soziologen Pierre Bourdieu dazu, vor den Gefahren einer möglichen »feindlichen Übernahme« von Wissenschaft durch ökonomische Handlungsmuster zu warnen. Die Vermutung möglicher Unverträglichkeit spielt hier eine große Rolle und kann nicht allein auf die mangelnde Strategiefähigkeit von Hochschulen zurückgeführt werden, sondern gründet tiefer in deren institutionellem Selbstverständnis.³⁵

Es stellt sich zunächst die Frage, welche Formen der Ökonomisierung und, genereller gesprochen, der Verwettbewerblichung an der JGU Raum gegriffen haben, und auch, ob und wenn ja, warum sich genau diese Formen ausbreiteten. Zum Zeitpunkt der Denkschrift Ende der 1980er-Jahre wurde von den Autor_innen festgehalten, dass die grundlegende Ausstattung der JGU, bezogen auf Wissenschaftler_innen je Studierenden beziehungsweise je Studierendem, im Vergleich zu einer Gruppe von vergleichbaren Universitäten leicht

Die JGU im Feld zunehmender Verwettbewerblichung

überdurchschnittlich sei.³⁶ Die Ausgangsposition war also vergleichsweise günstig. Dennoch muss gefragt werden, mit welchen Strategien und Aktivitäten Forschung und Lehre als die beiden zentralen Leistungsprozesse an Hochschulen neu ausgerichtet und wie sie ausgestaltet wurden. Ging damit ein Wandel von der Grundlagenforschung zur Betonung der Anwendungsforschung einher?

Verwettbewerblichung im Feld der Forschung

Die Summe von eingeworbenen Drittmitteln als Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Hochschule wurde schon im Rahmen der Denkschrift artikuliert. Zudem formierten sich erste Überlegungen zu Systemen des Leistungsvergleichs, um überhaupt sinnvoll einen Wettbewerb zwischen Hochschulen stimulieren zu können.³⁷ Die Berücksichtigung von Drittmitteln, insbesondere auch solchen von der DFG, war dabei von Anfang an ein zentraler Leistungsparameter.³⁸ Dabei hat der Bezug auf Drittmittel in der Entwicklung der JGU schon immer Bedeutung gehabt. Dies zeigt sich an einem ganzen Geflecht von fördernden Stiftungen, aber auch von privaten Zuwendungen, die der JGU in den letzten Jahrzehnten zugutekamen.³⁹

Mit Beginn der 1990er-Jahre wurde eine Ansiedlungsstrategie zur Leuchtturmbildung aufgenommen. Um einige dieser Aktivitäten konkret zu nennen: 1994 wurde das Institut für Molekulargenetik und gentechnologische Sicherheitsforschung und Beratung in Kooperation unter anderem mit dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium gegründet. Ebenfalls Anfang der 1990er-Jahre wurde eine Stiftungsprofessur für Experimentelle Zahnheilkunde eingerichtet, um auf dem Gebiet der Strukturanalyse von Zahnschmelz in eine internationale Spitzenposition vorzustoßen. 1995 erhielt der Mainzer Professor Paul Crutzen, seit 1980 als Direktor der Abteilung Chemie der Atmosphäre am Max-Planck-Institut für Chemie tätig, den Nobelpreis für Chemie, und 1990 wurde das Institut für Umweltforschung an der JGU eingerichtet, das sich vor allem der damals in der Forschung viel diskutierten Erforschung von Waldschäden widmete.⁴⁰

In diesem Zeitraum stand diese Ansiedlungsstrategie in Verbindung mit der politisch gewollten Strategie der ›Umleitung‹ von Forschungsmitteln des Bundes auf die Länderebene. Die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft sowie schließlich auch die Leibniz-Gemeinschaft stellten nicht nur Fördermittel in besonderem Umfang und in besonderer Dichte zur Verfügung, sondern versammelten mit ihren jeweils besonderen Schwerpunktsetzungen einen großen Teil der für Wissenschaft in Deutschland jährlich bereitgestellten Forschungsmittel.⁴¹ Die Präsenz von Instituten dieser Organisationen wurde als Voraussetzung für die Erzeugung kritischer Massen zur Ansiedlung von Spitzenforschung gesehen.⁴²

2005 wurde in Abstimmung zwischen Bund und Ländern sowie der operativen Leitung der DFG und des Wissenschaftsrats die Exzellenzinitiative ins Leben gerufen.⁴³ Das Ziel bestand und besteht einerseits in der Förderung von Spitzenforschung und andererseits in einer Steigerung der Qualität des Wissenschafts- und Hochschulstandorts Deutschland. Die Exzellenzinitiative diversifizierte Positionen von Hochschulen im deutschen Wissenschaftsfeld und erzeugte Mobilisierungseffekte. Sie setzte damit einen eigendynamischen Prozess frei und verstärkte die vertikale Differenzierung im deutschen Hochschulsystem. Selektivitäten hinsichtlich der Fächerförderung, bei der sich Fächer mit hoher Profilierung und etablierter Projektförmigkeit von Forschung gegenüber sogenannten »kleinen« Fächern eher durchsetzen können, sind bekannt. Zudem haben die vielfach knappen Entscheidungen in der gerade abgeschlossenen dritten Phase der Initiative verdeutlicht, dass Unterschiede zwischen den in der Zwischenzeit hoch gerüsteten Hochschulen immer schwieriger zu konstruieren sind. Mit Blick auf die Forschung hat sich, wofür die Exzellenzinitiative nur die exponierteste Form in Deutschland darstellt, eine Struktur des Quasi-Wettbewerbs etabliert, welche dazu führt, dass Forscher_innen sich mit immer mehr Aufwand um in jedem Fall gedeckelte Forschungsmittel bewerben.

Die JGU scheiterte zunächst in der ersten Runde der Exzellenzinitiative.⁴⁴ Gerade weil sie den echten Wettbewerb gefordert hatte, sah sich die Landespolitik in dieser neuen Situation nun unter Zugzwang gesetzt. Deshalb legte sie ein Exzellenzprogramm *Wissen schafft Zukunft* auf, in dem für Lehre, aber insbesondere für die Förderung von Spitzenforschung 50 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung gestellt wurden. Ein solches Scheitern betraf viele Universitäten in verschiedenen Bundesländern, weshalb nicht nur in Rheinland-Pfalz Sonderprogramme aufgelegt wurden, um die »eigenen« Hochschulen vor möglichen Standortnachteilen zu bewahren. In der zweiten Runde der Exzellenzinitiative konnte die JGU 2007 die Graduiertenschule Material Science einwerben.⁴⁵ Seit 2012 befindet sich auf dem Campus zusätzlich zur Graduiertenschule das Exzellenzcluster PRISMA (Precision Physics, Fundamental Interactions and Structure of Matter)⁴⁶ und 2018 konnte mit PRISMA+ ein Projekt in der physikalischen Grundlagenforschung durchgesetzt werden, das basierend auf dem geförderten Projekt PRISMA in der zweiten Phase nun mit etwa 52 Millionen Euro gefördert werden wird.⁴⁷ Die Wissenschaftspolitik hat sich dies als Erfolg auch auf die eigenen Fahnen geschrieben, obgleich von Akteur_innen aus der Hochschule interne Strukturanpassungen sowie die Erhöhung von kritischen Massen durch die gezielte Ansiedlung von Großforschungsinstituten vielmehr als Gründe für den Erfolg exponiert werden.

Die mit der *Sorbonne-Erklärung* von 1998 (*Joint Declaration on Harmonisation of the Architecture of the European Higher Education System*) in Fahrt gekommene und ein Jahr später mit der *Bologna-Erklärung* spezifisch geformte Diskussion zur Harmonisierung der europäischen Hochschulbildung hat das System der

Hochschulen einem lang andauernden (revolutionären) Reformprozess unterzogen. Die Grundperspektive der Ausbildung wurde auf Marktbezüge hin entworfen und strukturiert. Begriffe wie Humankapital, Flexibilität und Beschäftigungsfähigkeit sollten forthin Ziele der Ausbildung an Hochschulen markieren. Diese Entwicklung hat ohne Zweifel dazu geführt, die Lehre selbst wieder fühlbarer in den Fokus der Universitäten zu rücken. Gerade deshalb muss die mitunter in grellen Farben gehaltene Diskussion nicht verwundern, werden doch grundlegende Strukturprobleme und geliebte Selbstverständlichkeiten deutlich sichtbar. Mit Blick auf die Lehre hat das System von Bachelor- und Masterstudiengängen eine komplexe Binnenverwaltung wie Akkreditierungsarchitektur entstehen lassen, die mit Blick auf das akademische Lehren als ambivalent eingestuft werden muss.⁴⁸

Dieser Übergang in der Lehre markiert auch eine Form der Verwettbewerblichung, bei der sich der Anspruch erhöht, tatsächlich die besten Studierenden anzulocken, indem attraktive Studienangebote geschaffen werden, was bei den ehemals etablierten Diplom- beziehungsweise Magister-Studiengängen nicht als vorrangig erachtet worden war.⁴⁹ Zwar war schon in der Denkschrift von 1987 dem Thema Lehre große Bedeutung beigemessen worden. Das Begründungsmuster lautete: Die Situation des sich steigernden Wettbewerbs zwischen den Hochschulen erfordere – man halte fest: bei damals sinkenden Studierendenzahlen – eine »Attraktivitätsoffensive«.⁵⁰ Jedoch gestalteten sich die konkreten Umbaumaßnahmen zur Restrukturierung von Studium und Lehre eher holprig. In der Verwaltung wurde erst 1992 die Abteilung Studium und Lehre etabliert und deren Leitung an Bernhard Einig übertragen.⁵¹ Zudem war der Übergang bei der Bologna-Reform zunächst einmal durch eine relativ breite Ablehnung geprägt. Für die Etablierung von Bachelor/Master-Angeboten war schließlich die Förderung durch Bundesmittel hilfreich, mittels derer Stellen zur Einrichtung wie zum Aufbau von Bachelor-/Master-Studiengängen bereitgestellt wurden. Dieses Konkurrieren um Bundesmittel wirkte fächerselektiv und führte gerade dazu, dass eher randständige Fächer ein solches Studienangebot aufbauten. Zugleich wurde an der JGU auf diese Weise das Tor für eine Reform der Studiengänge in Richtung der Bologna-Reform geöffnet.⁵²

Verwettbewerblichung im Feld der Lehre

Nimmt man die beiden genannten Entwicklungen in Forschung und Lehre zusammen, dann fällt auf, dass sie sich im Grad an Autonomie doch deutlich unterscheiden. Bei der Exzellenzinitiative zur vertikalen Differenzierung des Forschungssystems kann man mitmachen – oder nicht. Freilich können sich größere Hochschulen mit Blick auf die symbolische Bedeutung der Exzellenzinitiative kaum ein Opt-out erlauben. Dennoch kann eine Beteiligung nicht erzwungen werden. Ohne die Begeisterung der Forschenden bestünde »gar keine Chance«. ⁵³ Im Gegensatz dazu wurde bei der Einführung des Bologna-Systems die begrenzte Steuerungskapazität der einzelnen Hochschulen als strategiefähige Akteurinnen berücksichtigt, »ein echtes Steuerungsproblem« ⁵⁴ durch die Etablierung des Akkreditierungsrats und die Erarbeitung von spezifischen Kerncurricula für Lehramtsstudiengänge im Wissenschaftsministerium als rheinland-pfälzisches Spezifikum externalisiert. Politisch sollten Kontrollprobleme aufgrund mangelnder Folgebereitschaft von Forscher_innen vermieden werden, die bei der Reorganisation einer etablierten Aufgabe als gering einzustufen waren. Jedoch schafften es die Hochschulen, sich »sukzessive dieses Feld wieder zurückzuerobern« ⁵⁵, insbesondere mit der sogenannten Systemakkreditierung. Neben dieser Differenz in der Verwettbewerblichung von Forschung und Lehre wird auch in der Gegenwart von relevanten Akteur_innen an der Hochschule durchaus das ambivalente Gesicht dieser Verwettbewerblichung hervorgehoben. Am Beispiel der Forschung: »Ich würde konstatieren, es gibt eben bessere und schlechtere Forscher und es gibt Leute, die beschäftigen sich mit wirklich innovativen, spannenden Fragen, und es gibt Leute, die beschäftigen sich mit more of the same. Und wir haben diesen Publikationsdruck und das befördert dann more of the same, weil dabei etwas herauskommt.« ⁵⁶

Die JGU im Feld sich wandelnder Medienbezüge

Die sich verändernden Medienbezüge bringen eine dritte wesentliche Dynamik für die Wissensvergesellschaftung von Universitäten mit sich. Vielfach wird die Veränderung von Medienbezügen als »Medialisierung von Wissenschaft« behandelt. Diese greife auf eine ganz besondere Weise in die Wissenschaft ein, weil, in den Worten des Soziologen Peter Weingart, das »Wahrheitsmonopol« der Forschung durch das »Aufmerksamkeitsmonopol« der Medien verdrängt werden könne. Anders wirken die sich wandelnden Bezüge zu den Medien auf die Positionierungsarbeit von Hochschulen aus. Wissensvergesellschaftung bedeutet insbesondere, mit forcierten Umweltsignalen strategisch und offensiv umzugehen, wenn nicht sogar proaktiv zu agieren. Auffällig ist allemal, dass für die Positionierung von Hochschulen der Medienbezug neu organisiert und mit der Hochschulkommunikation auch eine neue Hochschulprofession etabliert wird. Die Hochschulkommunikation nimmt für die Gestaltung von Umweltbezügen eine Schlüsselstellung ein, hat sich aber erst in den letzten 20 Jahren an den Hochschulen der Bundesrepublik umfassend etabliert. In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts wurden an vielen Universitäten Pressestellen geschaffen oder ausgebaut. Zudem professionalisierten einzelne Universitäten im Kontext der Exzellenzinitiative die Hochschulkommunikation. So hat beispielsweise in der ersten Runde insbesondere die TU München mit einem Corporate Communication Center (CCC) einen vielbeachteten Akzent gesetzt. ⁵⁷

Von manchen Beobachtern wird den Kommunikationsabteilungen an deutschen Hochschulen »eine atemberaubende Aufrüstung« der »Kommunikationsstäbe und Marketingabteilungen« ⁵⁸ gleichermaßen attestiert. Gleichzeitig wird die Frage aufgeworfen, ob überhaupt die Hochschulkommunikation in der Regel normativ aufgeladenen Qualitätsanforderungen gerecht werden könne, verbunden mit der Sorge, dass der Personalzuwachs sogar nachteilige Auswirkungen auf das System Wissenschaft haben könnte. ⁵⁹ Neue Formen der Kommunikation werden nicht nur bedeutsamer, sondern führen zu einem vielfach schwer zu erfassenden Wandel in der kommunikativen Ordnung von Hochschulen. Denn die Hochschulkommunikation muss sich intern wie extern mit neuen Strategien der Kommunikation platzieren. Pressesprecher_innen waren



Das Max-Planck-Institut für Polymerforschung (undatierte Abb.) ist eines von zwei Max-Planck-Instituten auf dem Campus der JGU. Foto: Helmut Sieben, Quelle: UA Mainz, S3/4844.

gestern, Kommunikationsmanagement ist heute. »Navigieren im Moment«⁶⁰, das ist der Modus, mit dem das Umorganisieren von Hochschulkommunikation in der Gegenwart zu beschreiben ist. Denn: »Dieser zentralen Herausforderung, nämlich der Digitalisierung der Kommunikation, müssen sich allerdings alle Kommunikatoren stellen. Es gibt da keinen Unterschied zwischen einer Hochschule und einem Unternehmen.«⁶¹

Insbesondere die Umstellung auf soziale Medien erfordert ein Umdenken im Bereich der Hochschulkommunikation. Denn dieser Bezug zu den sozialen Medien bringt es nicht nur mit sich, dass sich die klassische Pressearbeit, auch wenn sie nicht ganz an Bedeutung verloren hat, neu ausrichtet. Pressemitteilungen werden kaum noch rezipiert. Ihr Nachrichtenwert ist für Printmedien, die durch den Wettbewerb mit sozialen Medien unter einen erheblichen Veränderungsdruck geraten sind, erheblich gesunken. Entsprechend verändert sich die journalistische Arbeit; sie wird offensiver und setzt auf selbstständiges Agendasetting. Deshalb müssen Hochschulkommunikateur_innen aktiv mit Anfragen von Journalist_innen umgehen. Die Bezüge zu den Medien sind dadurch geprägt, dass »in der Stabsstelle täglich umfangreiche Presseanfragen [zu] beantworten [sind], weit mehr als früher. Die Journalisten recherchieren in der Regel ihre eigenen Geschichten«.⁶² Die Bedeutung von sozialen Medien bringt aber auch eine Reorganisation von Hochschulkommunikation ganz anderer Art mit sich: Die Nutzung sozialer Medien erfolgt weitgehend dezentral und lässt sich weniger steuern (an der JGU gibt es viele hundert Facebook- und Twitter-Accounts von Forscher_innen, Projekten, Einrichtungen und Instituten), sodass, wenn auch nicht allein dadurch befeuert, ein wachsender Bedarf an »Professionalisierung der Kommunikation in den dezentralen Einheiten«⁶³ aufkommt. Die Strategie ist: Die JGU unterstützt und vernetzt dezentrale Kommunikationsbeauftragte.

Für die Kommunikation spielt gleichwohl der lokale Standort Mainz eine wichtige Rolle. 2008 wurde die Mainzer Wissenschaftsallianz gegründet. Diese diente dazu, die wissenschaftliche Sondersituation in Mainz, mit der JGU, der Hochschule Mainz, und unter anderem den beiden Max-Planck-Instituten für Chemie (Otto-Hahn-Institut) sowie Polymerforschung, dem Helmholtz-Institut Mainz (HIM), dem Fraunhofer-Institut für Mikrotechnik und Mikrosysteme (IMM), dem Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie (RGZM) sowie der Akademie der



Das Max-Planck-Institut
für Chemie 2011.
Foto: Thomas Hartmann,
Quelle: JGU.

Wissenschaften und der Literatur Mainz dazu zu nutzen, eine wissenschaftsbezogene Standort-Kommunikation zu etablieren.⁶⁴ So konnte nicht nur ein umfangreicheres Portfolio an Wissenschaftsthemen aufgebaut werden, sondern darüber hinaus wurden strategische Formate der Universität, etwa zu *Public Understanding of Science and Humanities (PUSH)*, in die Regie der Mainzer Wissenschaftsallianz gestellt. In einem Wettbewerb des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft wurde Mainz 2011 zur *Stadt der Wissenschaft* ernannt, eine exklusive Auszeichnung, die gleichwohl nicht die erhoffte bundesweite Sichtbarkeit oder Nachhaltigkeit brachte. Dessen ungeachtet entwickelte die Stadt mit der Kampagne *Wissen im Herzen* entsprechende Kommunikationsstrategien.

Auffällig und symptomatisch für die wachsende Verknüpfung von Wissenschaft und Medien ist die Erweiterung des Spektrums an Formaten der Wissenschaftskommunikation, welche gleichsam als ›Eventi-

sierung von Wissenschaftskommunikation betrachtet werden kann.⁶⁵ Darunter fallen *Science Slam*, *Researchers' Night*, *Night of the Profs*, *Mainzer Science Week*, *Lange Nacht der Wissenschaft*.⁶⁶ Darüber hinaus verfolgen Formate wie *KinderUni*, *Girls' Day* oder *Wissenschaftsmarkt* die Strategie, ausgesuchte Anspruchsgruppen (etwa das Werben für MINT-Fächer bei jungen Frauen durch den *Girls' Day*) anzusprechen, oder sie dienen dazu, die JGU in ihr sozial-regionales Umfeld einzubetten. Diese Differenzierung von Formaten lässt sich an vielen Hochschulen beobachten und ist Ausdruck einer gesteigerten Bedeutung von und vielfältigten Ansprüchen an medialer Sichtbarkeit. Kommunikative Platzierung muss den Anforderungen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen gerecht werden. Förderer, aber auch Studierende achten viel stärker noch als früher auf entsprechende Differenzen. Diese müssen deshalb bedient und hergestellt werden – und das geht mit einer erheblichen Steigerung an Aufwand einher. Diese in Verbindung mit den gestiegenen Anforderungen an die Adressierung sozialer Medien hat dazu beigetragen, dass in der Zwischenzeit der Hochschulkommunikation an der JGU eine gesteigerte strategische Bedeutung zugesprochen wird.

Digitalisierung ist das Stichwort der Gegenwart. Sie stellt einen wichtigen Treiber der Wissensvergesellschaftung von Universitäten dar, auch wenn dieser erst seit wenigen Jahren – unter dem Eindruck von Big Data und Maschinenlernen – ausführlich thematisiert wird. Dabei zeichnete sich die Bedeutung dieser Entwicklung für die Landschaft der Wissensproduktion im Grunde schon seit den 1970er-Jahren ab.⁶⁷ Diese Bedeutung verdankte sich nicht allein den damit verbundenen Möglichkeiten der Wissensproduktion, sondern darüber hinaus auch einem Wandel bei der Verarbeitung und dem Management von Forschungsdaten.⁶⁸ Mit Blick auf die JGU kann festgehalten werden, dass die Universität zu den ersten in Deutschland gehörte, die eine umfassende Digitalisierungsdynamik aufwies. Dies ist auf ganz konkrete Forschungsinteressen zurückzuführen, weil die Physik, insbesondere die Kern- und Teilchenphysik, »riesengroße Speichersysteme«⁶⁹ für ihre Experimente benötigte. Diese Entwicklung bedingte die Einrichtung immer größerer Rechnersysteme. Das neue HPC-System MOGON I wurde 2012 eingeweiht (das System wurde im Juni 2012 unter den TOP 500 mit 204 TFLOPS auf Position 81 geführt). Zwei Jahre später genehmigte der Wissenschaftsrat MOGON II, dessen zweite Ausbaustufe 2017 in Betrieb ging (Leistungssteigerung auf zwei PFLOPS, womit das System zu diesem Zeitpunkt in den TOP 500 auf Platz 65 geführt wurde).⁷⁰

Aber nicht einfach nur die Installation großer Rechnersysteme spielte hier eine Rolle, sondern mehr noch die Architektur und Vernetzung von Rechnern an der ganzen Hochschule. Vor diesem Hintergrund war schon sehr früh nicht nur Kompetenz verfügbar, sondern auch eine gezielte Ausweitung der Basis von Rechnern. Der erste PC-Pool wurde 1986 im Rechenzentrum eingerichtet. Das war aber nur der Anfang einer weitreichenden Versorgung mit Rechnern in den verschiedenen Einheiten der JGU. In der Zwischenzeit hat sich über verschiedene Stufen der Förderung ein aktueller Bestand von 10.000 Rechnern aufgebaut (Stand: 2018). Ein wichtiger Schritt dabei war ein von der DFG gefördertes Projekt zur Infrastrukturbildung (1999), bei dem die Projektinitiator_innen nicht einfach einen PC-Pool zur Förderung beantragten, sondern auf einen Schlag 1.000 PCs sowie zentrale Komponenten, die es erlaubten, eine übergreifende Architektur zu bilden und zum Beispiel die Daten zu schützen, sollte mal ein einzelner Rechner ausfallen. Diese Herangehensweise wurde als innovatives Konzept zum Aufbau von Infrastrukturen für die Forschung anerkannt und gefördert.⁷¹ In regelmäßigen Abständen konnte zudem für eine entsprechend erforderliche Aktualisierung der PCs das notwendige Budget mobilisiert werden. Daneben wurde an der JGU schon sehr früh damit angefangen, das Prüfungswesen auf elektronische Formate umzustellen. Mit *Ilias* fand 2005 die erste E-Klausur statt, die 25.000ste Klausur wurde schon drei Jahre später (2008) abgehalten, und weitere zehn Jahre später (2018)

Die JGU im Feld durchdringender Digitalisierung



Eine Veranstaltung im Rahmen der KinderUni 2007. Foto: Thao Vu Minh, Quelle: JGU.

erreichte die Zahl der elektronisch durchgeführten Prüfungen schließlich die Marke von 350.000. In weniger als vier Jahren hatte sich die Zahl an E-Klausuren verdoppelt.

Auch bei der Bereitstellung von WLAN-Access-Points nahm die JGU in Deutschland eine Vorreiterrolle ein. Im Jahr 2000 wurde ein erstes uniweites Netz von Access-Points eingerichtet, das zwar zunächst nur über 60 Access-Points verfügte, aber in den kommenden drei Jahren schon auf 400 WLAN-Access-Points auf dem Campus anwuchs. Die Studierendenwohnheime wurden dabei schon früh einbezogen und 2002 mit entsprechenden LAN- und WLAN-Anschlüssen versorgt. In der Zwischenzeit (Stand: 2018) hat sich diese Bilanz vervielfacht: Es stehen 1.000 WLAN-Access-Points zur Verfügung, es gibt 18.000 aktive Netzwerkports, und täglich wählen sich mehr als 10.000 Geräte im WLAN ein.

Die aufgebaute Infrastruktur erlaubte es nicht nur, die Forschungsarbeit zu unterstützen, mehr noch konnten die verschiedenen Arbeiten der Verwaltung auf neue Weise vernetzt werden. Vor diesem Hintergrund wurden 2009 die EDV der Verwaltung sowie das Zentrum für Datenverarbeitung (ZDV) zusammengelegt und in den folgenden vier Jahren die Nutzfläche um 1.000 Quadratmeter erweitert. Wachstum und Vernetzung wurden systematisch vorangetrieben – und das nicht nur auf dem Campus, sondern auch zwischen den verschiedenen Universitäten in Rheinland-Pfalz. Bereits 2005 wurde das Wissenschaftsnetz Rheinland-Pfalz im Auftrag des Wissenschaftsministeriums mit einer eigenständigen Glasfaser- und Richtfunk-Infrastruktur aufgebaut und in Betrieb genommen. Zudem gründeten die JGU sowie die TU Kaiserslautern 2010 die Allianz für Hochleistungsrechner (AHRP), um die hierfür nötige Infrastruktur sicher zu stellen. 2017 wurde die Rechenzentrumsallianz Rheinland-Pfalz (RARP) ins Leben gerufen. Das Etablieren und Betreiben von solchen Anlagen ist sehr kostspielig und eine möglichst effektive, und das heißt auch arbeitsteilige Nutzung von Rechnerkapazitäten ist entscheidend.

Neben der Etablierung der Infrastruktur selbst ermöglichte der von vornherein praktizierte, sehr um-



fassende Ansatz, Bemühungen zur Standardisierung der Infrastruktur digitalisierter Forschung und Lehre zu unterstützen. Dies war mit Blick auf die Kostenstruktur, wie die permanent erforderlichen Wartungsarbeiten, von Vorteil. Ohne dass ein Masterplan vorlag, entfalteten die anvisierten Wege der Implementierung digitaler Technologien dennoch genau diese Wirkung.

MOGON, der 2012 eingerichtete Großrechner der JGU. Foto: Stefan F. Sämmer, Quelle: JGU.

Die Wissensvergesellschaftung von Hochschulen, im Zuge derer formale Strukturen erheblich ausgeweitet wurden, hat zugleich die Selbstbezüglichkeit von Wissenschaft gesteigert. Dies kann als das paradoxe Ergebnis einer Angleichung von Strukturen von Hochschulen an die des gesellschaftlichen Umfeldes gesehen werden. Der damit verbundene Sog zur unbedingten Teilnahme am Wettbewerb sowie der Optimierung von Prozessen zur Beteiligung am Wettbewerb wird dadurch verstärkt, dass Exzellenz, die Leitwährung gegenwärtiger Wissenschaft, genau über diesen Mechanismus zugeteilt wird. Zugleich nimmt die Härte des Wettbewerbs zu, weil immer besser für diesen Wettbewerb gerüstete Einrichtungen gegeneinander antreten. Diese Verwettbewerblichung kann jedoch auch dazu beitragen, Hochschulen ihrem gesellschaftlichen Umfeld tendenziell zu entfremden. Denn Wettbewerbe lassen den institutionellen Charakter von Universitäten in den Hintergrund treten und rücken den Charakter der Organisation in den Vordergrund.

In der Zwischenzeit hat die von der Wissenschaftspolitik eingeführte Verwettbewerblichung den angestrebten Effekt hierarchischer Differenzierung erzielt. Es hat sich eine Gruppe von Spitzenreiter-Hochschulen abgesetzt, die aufgrund der strukturellen Förderung durch die Exzellenzinitiative leichter an weitere Mittel kommt. Der sogenannte Matthäus-Effekt kann hier anschaulich in seiner Wirkung studiert werden. Mit dem Begriff »Matthäus-Effekt« in der Wissenschaft kennzeichnete der Wissenschaftssoziologe Robert Merton den Effekt, dass, wenn ein Forscher schon über Reputation verfüge, es ungleich leichter sei, weitere Reputation

Im Konzert der Differenzierung: Entwicklungsstrategien der JGU



Einer der ersten PC-Arbeitsplätze an der JGU, 1987 im Rechenzentrum (dem heutigen ZDV). Foto: Andreas Kohl, Quelle: UA Mainz, S3/4167.

zu erlangen. Das Phänomen kennzeichnet also die überproportionale Reputationsaufhäufung. Benannt wurde das Phänomen nach dem Satz aus dem Matthäus-Evangelium, dass dem, der da habe, gegeben werde.

Dann gibt es Hochschulen in einer breiten Mittelfeld-Gruppe, die immer wieder neu um ihre Positionierung kämpfen müssen. Sie weisen strukturell Nachteile im Wettkampf auf, zumeist in Form von zu wenigen Fächern mit kritischer Masse für Großantragsfähigkeit. Und schließlich gibt es die Gruppe der Abgehängten, die nur noch in sehr begrenztem Ausmaß an dem Wettbewerb teilnehmen. Die Binnendifferenzierung des Wissenschaftssystems funktioniert nach verfügbaren Ressourcen.⁷² Vor diesem Hintergrund stellt in Wissensgesellschaften die fortlaufende Positionierung eine notwendige Aufgabe für die einzelnen Hochschulen dar. Vergleiche werden gezogen und prägen auf diese Weise nachhaltig die Entwicklungsstrategien von Hochschulen.

Das Vergleichen stellt zunächst einmal nur eine Messung dar, um Entwicklungstendenzen in Abhängigkeit von der Entwicklung relevanter Anderer aufzuzeichnen. Das klingt zunächst harmlos, ist es aber mit Blick auf die Organisationsentwicklung nicht. Welche Konsequenzen aus dem Vergleichen gezogen werden, das steht in Bezug zu den gewählten Entwicklungsstrategien und Positionierungsabsichten, welche die Hochschule, vor allem die Hochschulleitung sowie exponierte Wissenschaftsakteure, verfolgen. Hier zeigt sich in ganz besonderer Weise, dass die Übergänge an der Universität alles andere als einfach sind:

»Und dieser Wandel, der sich da vollzieht, der ist ja auf den unterschiedlichen Ebenen, die man betrachten kann – Administration, Forschung, Lehre –, nicht gleichgelaufen und vor allen Dingen läuft er auch nicht gleich in den Köpfen der Menschen ab, die damit zu tun haben. Wir knabbern meiner Wahrnehmung nach noch daran, dass viele unserer Kolleginnen und Kollegen ja eigentlich immer noch in den Denkstrukturen der Institution verhaftet sind, aber eigentlich handeln müssen wie in einer Organisation.«⁷³

Diese Spannung zwischen Institution und Organisation, die Universitäten ganz grundsätzlich prägt, wird durch die wissenschaftsgesellschaftlich wirksamen Formierungskräfte verstärkt. Diese wurden unter den Stichworten der Politisierung, Verwettbewerblichung, Medialisierung und Digitalisierung umrissen. Dadurch werden die Verflechtungen zwischen den Hochschulen und ihren jeweils relevanten sozialen Umwelten immer komplizierter. Aber die Verflechtungsgeschichten sehen ja nach Positionierung im vertikal differenzierten Feld der Hochschulen verschieden aus.

Und so spitzen sich bei den Universitäten, die sich in der Mittelfeld-Gruppe vertikaler Differenzierung befinden, manche der Herausforderungen der Wissensvergesellschaftung besonders zu. Dies zeigt sich exemplarisch an der JGU, die dieser Gruppe zugerechnet werden muss, gerade in der Exzellenzinitiative, da nur wenige ausgesuchte Fächer über die kritische Masse verfügen, einen Antrag stellen zu können. Zugleich wurde und wird aber, was diese relative Schwäche in einen Vorteil zu verwandeln scheint, eine große Vielfalt von Strategien entwickelt, um sich ein eigenes produktives Umfeld zu schaffen. Die Verflechtungen werden komplizierter, die Akteur_innen und die Anspruchspositionen vervielfältigen sich, und situatives Navigieren prägt das Geschehen. Die Herausforderungen an Universitäten in der Wissensgesellschaft zeigen sich geradezu exemplarisch an dieser Mittelgruppe, die nur durch geschicktes »Fahren auf Sicht« eine aussichtsreiche, das heißt zukunftsweisende Position für sich entwickeln und ausbauen kann. Das ist auch der Auftrag für die Zukunft, der die Gegenwart der JGU prägt beziehungsweise prägen sollte. Welches Zukunftsbild möchte die Mainzer Universität 2031 verwirklicht sehen – und welches lassen die Randbedingungen zu? Da mag die Einsicht eines Großen der Wissenschaft hilfreich sein: »Wenn Du nicht kannst, was Du willst, musst Du wollen, was Du kannst.« (Leonardo da Vinci).

Anmerkungen

- 1 Die Literatur zum Thema Wissensgesellschaft ist sehr vielschichtig. Im Folgenden kann nur auf eine kleine Auswahl verwiesen werden, u. a. Bell: Coming; Böschen/Schulz-Schaeffer (Hrsg.): Wissenschaft; Engelhardt/Kajetzke (Hrsg.): Handbuch; Stehr: Arbeit u. ders.: Zerbrechlichkeit. Gerade das Problem der mangelnden Förderung von Grundlagenforschung durch wirtschaftliche Akteure wurde schon früh angesprochen. Vgl. bspw. Nelson: Economics.
- 2 Es gibt in der Zwischenzeit eine Fülle von Arbeiten, die aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven den Wandel der Universitäten unter Bedingungen von Wissensökonomie sowie deren Einbettung in nationale Systeme der Ordnung der universitären Bildung untersucht haben. Vgl. u. a. Grande u. a. (Hrsg.): Governance u. Whitley u. a. (Hrsg.): Knowledge. Gerade den Wandel der deutschen Hochschullandschaft von einem »sozialdemokratischen« zu einem »neoliberalen« System hat besonders ausführlich Richard Münch beschrieben. Vgl. Münch: Elite; ders.: Kapitalismus u. Lengwiler: Kontinuitäten.
- 3 Vgl. dazu: Heidenreich: Debatte; Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft u. Böschen: Wissensgesellschaft.
- 4 Vgl. dazu: Steinbicker: Ungleichheit u. Berger: Milieus. Mit Blick auf die Wissenschaft und dadurch mögliche Verschiebungen zugunsten von Frauen vgl. Löffler: Informalität.
- 5 Eine Vielzahl von gleichzeitigen Bewegungen sorgt dafür, dass sich die Wissensvergesellschaftung als dynamischer und spannungsreicher Prozess vollzieht. An dieser Stelle sei jedoch nur auf die Etablierung von Wettbewerb (vgl. Winter: Wettbewerb), die unterschiedlichen kulturell-institutionellen Randbedingungen (vgl. Whitley u. a. (Hrsg.): Knowledge) sowie die Zirkulation von spezifischen »Blaupausen« hingewiesen (vgl. Pfothner/Jasanoff: Panacea).
- 6 Diese Inklusion von Bürger_innen in Prozesse der Wissensproduktion hat in den vergangenen 40 Jahren eine bemerkenswerte Geschichte erfahren. Diese ist sehr polar, und es finden sich vielfältige Formen von Instrumentalisierung, etwa zur Bereitstellung von Wissen für politische Entscheidungen, zur Unterstützung von Wissenschaftler_innen durch die Bereitstellung von Beobachtungskapazitäten (gerade im Kontext von Citizen Science) oder auch zur Beforschung als Partizipant_innen (vgl. Bogner: Partizipation), um nur ein paar zu nennen. Diese Aufforderung zur Inklusion, welche gleichsam eine top-down eingeladene Partizipation darstellt, wird immer wieder durch Formen »uneingeladener Partizipation« durchbrochen und konterkariert. Vgl. allg. Wehling/Viehöver: Partizipation.
- 7 Instruktiv sind hierbei insbesondere die Arbeiten von Richard Münch, der nicht allein das akademische Feld in Deutschland in den Blick genommen hat, sondern dies in einem globalen Zusammenhang der Verwettbewerblichung des wissenschaftlichen Feldes analysierte. Vgl. Münch: Elite; ders.: Globale Eliten u. ders.: Kapitalismus.
- 8 In diesem Zusammenhang hat gerade die Forschung zur neuen Governance der Wissenschaft wichtige Beiträge erarbeitet. Vgl. dazu im Überblick bspw.: Grande u. a. (Hrsg.): Governance.
- 9 Diese grundlegenden Formen der strukturellen Veränderung von Wissenschaft hat insbesondere Peter Weingart analysiert. Vgl. Weingart: Stunde. Jedoch wurde die Bedeutung des Zusammenspiels dieser Dynamiken bisher weniger in den Blick gerückt. Vgl. dazu aber Böschen: Autonomie-Kämpfe.

- 10 Hier hat insbesondere Bettina Heintz wichtige Arbeiten vorgelegt, die den Mechanismus des Vergleichs als grundlegende Operation in der Gegenwart auszeichnet. Vgl. Heintz: Zeitalter. Mit Blick auf die Wissenschaft zeigt sich die Logik der »Numerischen Differenz« (Dies.: Differenz) insbesondere an Hochschulrankings. Zu den verschiedenen Instrumenten vgl. insb. Matthies/Simon (Hrsg.): Wissenschaft. Entscheidend für die Wirksamkeit dieser Instrumente ist die darin angelegte »Kombination von Gleichheitsunterstellung und Differenzbeobachtung«. Dies.: Differenz, S. 164. Dass diese Mechanismen greifen, wurde etwa an der Wirkung des Shanghai-Rankings untersucht und eine entsprechende Reputationswirkung nachgewiesen. Vgl. Hegglin/Schäfer: Ranking-Effekt. Gerade auch im Kontext der Exzellenzinitiative in Deutschland lässt sich die Strategie der gezielten Differenzsetzung zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsposition beobachten. Vgl. Jungblut/Jungblut: Differentiation.
- 11 Vgl. dazu im Überblick Krücken: Wissenschaft; Wilkesmann/Schmid (Hrsg.): Hochschule u. Grande u. a. (Hrsg.): Governance. Siehe hierzu auch den Beitrag von Mechthild Dreyer und Uwe Schmidt in diesem Band.
- 12 Vgl. dazu die ausgesagten Arbeiten von Krücken u. a.: Wissen; Krempkow/Landrock: Mittelvergabe; Bogumil u. a.: Selbstverwaltungs- und Managementmodell u. Schimank: Leistungsbewertung.
- 13 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen 2017. Wiesbaden 2018 (Fachserie 11, Reihe 4.4), S. 21.
- 14 Vgl. dazu allg. Weingart: Stunde u. Whitley: Universities.
- 15 Nicht umsonst gibt es eine Reihe von Hinweisen darauf, dass Anpassungen der politischen Strategie immer wieder erforderlich wurden, damit Bund und Länder gemeinsam unter formeller Wahrung des Kooperationsverbots Maßnahmen zur finanziellen Stärkung von Hochschulen auf den Weg bringen konnten.
- 16 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 70/130, Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000*, S. 21 (Fassung von 1986). Ähnlich sind die Werte in den Jahren von 1997 bis 2001, nämlich alle ebenfalls bei rund zwei bis 2,1 %. Vgl. die Haushaltspläne des Landes Rheinland-Pfalz für die Haushaltsjahre 1998 u. 1999, URL: <https://d-nb.info/998044695/34> u. die Pläne für die Haushaltsjahre 2000 und 2001, URL: https://fm.rlp.de/fileadmin/fm/PDF-Datei/Finanzen/Landeshaushalt/Haushaltsplaene_gesamt/HH_0001_gesamt.pdf. 2003 fiel der Anteil auf 1,9 %. Vgl. die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, URL: https://fm.rlp.de/fileadmin/fm/PDF-Datei/Finanzen/Landeshaushalt/Haushaltsplaene_gesamt/HH_0203_gesamt.pdf (alle abgerufen am 29.6.2020).
- 17 Vgl. Laux: Universitätsgründung u. die Einleitung in diesem Band.
- 18 Vgl. UA Mainz, Best. 70/178, Wissenschaftsrat, Drucksache 5734/82.
- 19 Vgl. UA Mainz, Best. 70/130, Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000*, S. 85.
- 20 Siehe hierzu auch den Beitrag von E. Jürgen Zöllner in diesem Band.
- 21 Nordblom: Konversion, S. 250–257.
- 22 Vgl. Interview (INT) 5. Da sich der Zeitraum des Beitrags bis in die Gegenwart erstreckt, wurden vom Autor nicht nur die im UA Mainz verfügbaren Quellen gesichtet, sondern darüber hinaus auch eine begrenzte Zahl von Interviews mit Akteur_innen aus der Hochschule wie solchen der Hochschulpolitik geführt (N=6). Wird aus diesen Interviews zitiert oder durch indirekte Rede auf Einsichten aus den Interviews verwiesen, dann geschieht dies allein unter Nennung der Nummer des Interviews, um die Anonymität der Auskunftgeber_innen zu wahren.
- 23 Siehe hierzu auch den Beitrag von E. Jürgen Zöllner in diesem Band.
- 24 Siehe hierzu auch den Beitrag von Waltraud Kreutz-Gers und Götz Scholz in diesem Band.
- 25 Siehe hierzu auch den Beitrag von Beitrag von Mechthild Dreyer und Uwe Schmidt in diesem Band.
- 26 UA Mainz, Best. 70/130, Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000*, S. 30.
- 27 Ebd., S. 31.
- 28 Ebd., DHV-Ortsgruppe. Deren Vertreter, Universitätsprofessor Klein (FB 03), Universitätsprofessor Böcher (FB 02) und Universitätsprofessor Saame (Studium generale), führten im Dezember 1987 ein Gespräch mit dem Präsidenten, in dem sie ihre Bedenken noch einmal vorbrachten.
- 29 Siehe hierzu auch den Beitrag von Mechthild Dreyer und Uwe Schmidt in diesem Band.
- 30 Siehe hierzu auch den Beitrag von Waltraud Kreutz-Gers und Götz Scholz in diesem Band.
- 31 Vgl. INT 1.
- 32 Vgl. INT 2.
- 33 Vgl. dazu die Homepages der RMU, URL: <https://www.rhein-main-universitaeten.de/home> u. der Mainzer Wissenschaftsallianz, URL: <https://www.wissenschaftsallianz-mainz.de/ueber-uns/ziele-und-aufgaben/> (beide abgerufen am 30.6.2020).
- 34 Gerade die immer wieder zu passender Gelegenheit aufflammenden Debatten über die Autonomie von Hochschulen offenbaren dies. Letztlich weisen diese Debatten eine seismografische Qualität bezüglich der Konfliktlage zwischen der »Institution« und der »Organisation« Hochschule auf.
- 35 Deshalb hatte Pierre Bourdieu zwar zwischen dem ökonomischen und dem wissenschaftlichen Feld unterschieden, zugleich aber auch Zonen und Formen der Überlagerung gesehen. Eine theoretisch elaborierte Form dieses Gedankens findet sich bei Schimank: Ökonomisierung.
- 36 UA Mainz, Best. 70/130, Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000*, S. 22.
- 37 Ebd., Vortrag Giese, S. 2.
- 38 Ebd., Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000*, S. 14f. u. S. 24.
- 39 Zu privaten Zuwendungen der frühen Universitätsgeschichte siehe auch die Beiträge von Bernhard Dietz und Kristina Pfarr in diesem Band.
- 40 Vgl. Wittig: Beispielsweise, S. 101, S. 118, S. 146 u. S. 149f. 1995 wurde außerdem der Physiker Hermann Adrian auf den Lehrstuhl für Experimentelle Physik kondensierter Materie berufen. Adrian war 1986 mit dem Emmy-Noether-Preis in Erlangen ausgezeichnet worden. Vgl. Kluge/Adrian: Hochtemperatur-Supraleiter, S. 37.
- 41 An der JGU versuchte man, die Leuchtturm- und Schwerpunktbildung durch Forschungszentren, Interdisziplinäre Arbeitskreise, Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs, teils mit Förderung durch die DFG und in Kooperationen u. a. mit dem Max-Planck-Institut für Chemie umzusetzen. Vgl. UA Mainz, S8/74, Bericht der Vizepräsident_innen [Dagmar Eißner u. Josef Reiter] für das Jahr 1990, S. 24–27 u. Bericht des Präsidenten [Josef Reiter] für das Jahr 1991/92, S. 9 u. S. 20–24. Die Rektors- und Präsidentenberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 30.6.2020).
- 42 Siehe hierzu auch den Beitrag von E. Jürgen Zöllner in diesem Band, der diese Strategie für Rheinland-Pfalz formulierte.
- 43 Die Exzellenzinitiative hat den Wissenschaftsstandort nachhaltig verändert, indem damit die Dynamik vertikaler Differenzierung zwischen den Hochschulen verstärkt wurde. Vgl. bspw. Hartmann: Exzellenzinitiative; Leibfried (Hrsg.): Exzellenzinitiative u. Knie/Simon: Innovation.
- 44 Vgl. allg. UA Mainz, S6/398, 375 u. 548, Broschüren und Pressematerial zur Exzellenzinitiative. Vgl. dazu auch Michaelis: Teilnahme am Spitzenwettbewerb ist ein Muss. In: Jogu 35 (2004), Nr. 189, S. 3f. u. ders.: Zukunft auf Eis gelegt. In: Jogu 36 (2005), Nr. 192, S. 3.
- 45 Vgl. u. a. Pressemitteilung *Zweite Runde der Exzellenzinitiative entschieden* der DFG vom 19.10.2007, URL: https://web.archive.org/web/20090124081139/http://www.dfg.de/aktuelles_presse/reden_stellungnahmen/2007/download/exin_0710_pressemappe/exin0710_gemeinsame_pm.pdf (abgerufen am 9.3.2020).
- 46 Vgl. u. a. Pressemitteilung *Exzellenzcluster und Graduiertenschule an JGU erhalten Millionenförderung* des Landes Rheinland-Pfalz vom 15.6.2012, URL: <https://www.rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/exzellenzcluster-und-graduiertenschule-an-jgu-erhalten-millionenfoerderung/> (abgerufen am 9.3.2020).
- 47 Vgl. u. a.: Lassy: Viel Geld für Forschung: Universität Mainz erhält 2019 erneut Exzellenz-Förderung. In: AZ, 27.9.2018, URL: https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/viel-geld-fur-forschung-universitat-mainz-erhalt-2019-erneut-exzellenz-forderung_19086413 (abgerufen am 9.3.2020).
- 48 Die Bachelor- und Masterstudiengänge haben sich an deutschen Hochschulen nach gewissen Anlaufschwierigkeiten in der Zwischenzeit fest etabliert. Vgl. Winter: Studieren; Nickel (Hrsg.): Bologna-Prozess u. Sieh: Bologna-Prozess. Kritische Perspektiven bei Oelze: Soziologie u. Kühl: Sudoku-Effekt.
- 49 Vgl. INT 6.

- 50 UA Mainz, Best. 70/130, Denkschrift *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000*, S. 30.
- 51 Vgl. [o. V.]: Personen und Positionen. In: *Jogu* 39 (2008), Nr. 203, S. 36–38, hier S. 38. Siehe hierzu auch den Beitrag von Bernhard Einig in diesem Band.
- 52 Vgl. u. a. Pressemitteilung *Nach Bologna: Johannes Gutenberg-Universität Mainz geht neue Wege in der Hochschullehre* der JGU vom 29.11.2012, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/54289.php> (abgerufen am 6.7.2020). Für die Ablehnung des Bologna-Modells aufgrund hoher Belastungen, die sich in Demonstrationen von Studierenden 2009 äußerten vgl. bspw. [o. V.]: 15 Jahre Bologna-Reform. In: *Campus Mainz*, 2.7.2014, URL: <https://www.campus-mainz.net/newsdetails/news/15-jahre-bologna-reform/> (abgerufen am 6.7.2020) u. [o. V.]: Bologna: Lust oder Last? In: *LuST* 1 (2012), S. 8. Für die mit den Bologna-Reformen einhergehende Orientierung hin zu Steigerung von Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit vgl. Dreyer (Hrsg.): *Johannes Gutenberg-Universität Mainz*. In: *DUZ Special*, 21.10.2016, URL: <https://www.duz-special.de/de/ausgaben/johannes-gutenberg-universitaet-mainz/> (abgerufen am 6.7.2020), S. 6 u. 18.
- 53 Vgl. INT 6.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd.
- 56 Ebd.
- 57 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des CCC, URL: https://portal.mytum.de/ccc/index_html (abgerufen am 9.7.2020).
- 58 Vgl. Rehländer, Jens: Wer schreibt endlich PUSH zwei? In: www.wissenschaftskommunikation.de/werschreibt-endlich-push-zwei-14711/ (abgerufen am 15.5.2018).
- 59 Diese Fragen einer nachteiligen Wirkung wurden nicht allein anhand des Topos »Medialisierung der Wissenschaft« (vgl. bspw. Rödder u. a. (Hrsg.): *Sciences' Media*), sondern auch direkt im Feld der Hochschulkommunikation selbst thematisiert (vgl. bspw. acatech u. a. (Hrsg.): *Gestaltung u. Marcinkowski/Kohring: Rationale*).
- 60 INT 2.
- 61 Ebd.
- 62 Ebd.
- 63 Ebd.
- 64 Vgl. hierzu auch die Informationen zum Wissenschaftsstandort Mainz im Anhang dieses Bandes. Vgl. außerdem die Informationen auf der Homepage der Wissenschaftsallianz Mainz, URL: <https://www.wissenschaftsallianz-mainz.de/> (abgerufen am 16.7.2020).
- 65 Diese Form der Wissenschaftskommunikation ist in sich durchaus als spannungsreich anzusehen, da die Ansprüche von Popularisierung, Engagement und Partizipation nicht notwendigerweise kongruent laufen müssen. Vgl. Fähnrich: *Wissenschaftsevents*.
- 66 Weitere Mainzer Formate siehe: <https://www.mainz.de/microsite/wissenimherzen/wissenschafts-events/index.php> (abgerufen am 7.8.2020).
- 67 Statt an dieser Stelle eine lange Geschichte zu erzählen und zu belegen, soll hier der Hinweis genügen, dass die Entstehung der Umweltforschung in den ausgehenden 1960er-Jahren eng mit der Geschichte der Ausbreitung von Computern in der Wissenschaft verbunden ist.
- 68 Davon zeugen insbesondere die unterschiedlichen Initiativen zur Öffnung von Wissenschaft und der Sicherstellung eines möglichst weitgehenden Zugangs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie auch Forschungsdaten. Hier haben sich die Möglichkeiten durch die Digitalisierung erheblich verändert. Vgl. bspw. Herb (Hrsg.): *Initiatives*.
- 69 INT 3.
- 70 UA Mainz, Digitale Archivalien, Postersammlung zu 50 Jahre ZDV. Siehe hierzu auch den Beitrag von Tilman Sauer in diesem Band.
- 71 Vgl. UA Mainz, Digitale Archivalien, Postersammlung zu 50 Jahre ZDV.
- 72 Interessanterweise finden sich fortlaufend Gegendiskurse, wie etwa jüngst der einer »transformativen Wissenschaft«, welcher Perspektiven der transdisziplinären, auf gesellschaftliches Problemlösen bezogenen Gestaltung des Wissenschaftssystems aufwarf. Oder man denke an Third Mission als Profilierungsperspektive für Hochschulen, die nicht im Exzellenzwettbewerb stehen.
- 73 INT 1.

Reformbestrebungen in Studium und Lehre an der JGU

Von den 1980er-Jahren bis zum Bologna-Prozess

Bernhard Einig

Der Rahmen der Entwicklung von Studium und Lehre an der JGU in den 1980er- und 1990er-Jahren

Stärker noch als in den Jahrzehnten zuvor wurde die Entwicklung der bundesdeutschen Hochschulen in den 1980er- und 1990er-Jahren von einem kontinuierlich steigenden Interesse der Schulabgängerinnen und -abgänger an einem Hochschulstudium bei gleichzeitig unzureichender Finanzierungslage bestimmt. Zudem wandelte sich die Perspektive auf die Hochschulen als einer in erster Linie der Freiheit der Wissenschaft verpflichteten akademischen Bildungseinrichtung hin zu einer vorrangig unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachteten Institution, die vornehmlich der Berufsvorbereitung der jungen Menschen zu dienen und dadurch im zunehmend globalen Wettbewerb zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beizutragen hat. Sowohl die Hochschule insgesamt als auch die an ihr Forschenden und Lehrenden mussten ihr Tun und die Relevanz ihrer Tätigkeit in einem zuvor nicht erahnten Ausmaß gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft rechtfertigen.¹ Schier endlose Diskussionen, Mahnungen und Drohungen von Seiten der Hochschulen angesichts einer chronischen Überlastsituation und das zumeist vergebliche Bemühen um eine hinreichende Finanzierung bestimmten den Hochschulalltag. Ebenso limitierte die Ressourcenknappheit auch die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Universität und speziell der Anpassung der Studienstrukturen an die gewandelten Anforderungen. Allerdings kann auch nicht übersehen werden, dass das Beharren weiter Kreise der Universität auf einer den überkommenen Traditionen verpflichteten (Ordinarien-)Hochschule häufig sachorientierte und konstruktive Überlegungen über eine adäquate Weiterentwicklung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) erschwerte. Zudem stärkten die Folgen der Öffnung des Hochschulsystems in den 1970er-Jahren sowie die Erwartung von Politik und Gesellschaft einer effektiveren Berufsvorbereitung der Absolventinnen und Absolventen die Position der Fachhochschulen. Letztere wurden nicht nur starke Konkurrentinnen im Wettbewerb um die begrenzten Ressourcen, sondern die Universitäten taten sich insgesamt schwer, ihre Rolle in einem modernen gegliederten Bildungssystem zu definieren und dementsprechend geeignete Strategien für die weitere Profilbildung zu entwickeln.

Nach intensiven und kontroversen Diskussionen hatten sich Bund und Länder 1976 mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) erstmals auf einen gemeinsamen Rahmen für eine bundesweite Hochschullandschaft sowie auf Reformansätze bei den Studiengängen verständigt. Nachfolgend überließ jedoch der Bund das Feld der Bildungs- und Hochschulpolitik zunehmend »Expertenrunden« wie der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) beziehungsweise der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Kultusministerkonferenz (KMK) oder dem Wissenschaftsrat (WR). Diese Institutionen bestimmten in den 1980er- und 1990er-Jahren maßgeb-

lich die Diskussion über die Entwicklung der Hochschulen, ihrer Strukturen und insbesondere von Studium und Lehre. Die Rolle der Hochschulen bestand dabei in erster Linie im Besetzen von – letztlich weitgehend wirkungslosen – Kommissionsplätzen sowie im Abfassen von Stellungnahmen zu den von hochschulpolitisch geprägten Institutionen und Gremien ausgearbeiteten Empfehlungen, Vorschlägen und Vorgaben. Wie nachfolgend gezeigt wird, gelang es aber der JGU nach einer Phase des eher reagierenden Handelns in den 1980er-Jahren durch ein konsequentes Aufgreifen und Vorantreiben konkreter und aufeinander abgestimmter Reformprojekte in den 1990er-Jahren, ein kompetentes Hochschulmanagement aufzubauen und sowohl ihre Strukturen als auch das Personal in weitem Umfang zu professionalisieren. Damit gewann sie in wesentlichen Bereichen ihre Rolle als die eigentliche, fachkompetente Institution der Hochschulentwicklung zurück, der nicht nur per Gesetz die originäre Zuständigkeit für das Studium und die Lehre zugestanden wird, sondern die diese Verantwortung auch in ihrem Handeln konsequent aufgreift und umsetzt. Die JGU entwickelte sich also zu einer wichtigen Impulsgeberin und Treiberin für weitreichende Reformen der Lehre und des Studiums und erwies sich damit als mindestens ebenbürtiges »Gegenüber« beziehungsweise als Partnerin der Ministerien und der Hochschulpolitik – beste Voraussetzungen, um die mit dem neuen Jahrtausend auf sie zukommenden massiven Herausforderungen anzugehen und erfolgreich zu bewältigen.

Im September 1979 zeichnete sich mit den *Grundsätzen für Studium und Prüfungen*² der Ständigen Kommission für Studien- und Prüfungsordnungen (StäKo)³ erstmals ein halbwegs einheitlicher formaler Rahmen für das Studium an den bundesdeutschen Hochschulen ab. Dieser Versuch einer bundesweiten Standardisierung des Studiums stieß allerdings innerhalb der JGU auf erhebliche

und zum Teil prinzipielle Kritik sowohl der Fachbereiche als auch einzelner Gruppierungen. Dementsprechend lehnte der Senat im Juli 1980 mit großer Mehrheit die *Grundsätze* ab und forderte das Kultusministerium sowie die WRK dazu auf, das Papier zur Überarbeitung an die StäKo zurückzuverweisen.⁴ Ebenso äußerten auch zahlreiche andere bundesdeutsche Hochschulen grundlegende Kritik an dem Papier, was insbesondere die WRK in eine schwierige Situation brachte, da es sich ja bei der StäKo um eine gemeinsam von der Hochschulvertretung und der KMK getragene Kommission handelte. Dementsprechend forderte das Plenum der WRK am 17. und 18. November 1980 einerseits die StäKo zu »einer grundsätzlichen Überarbeitung« des Entwurfs auf, zugleich aber wurde der Kultusseite zugesichert, dass die Hochschulen »die Reformarbeit in ihren Fakultäten/Fachbereichen fortsetzen«⁵ konnten – angesichts der nach wie vor unklaren staatlichen formalen Vorgaben ein für die Hochschulen heikles Unterfangen, was denn auch ihren Reformeifer deutlich bremste.⁶

Hohe Wellen innerhalb der JGU schlug im Sommer 1985 das sogenannte *9 Punkte-Papier* des kulturpolitischen Arbeitskreises der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion zur Verkürzung der Studiendauer.⁷ In einer vom Senat geforderten Diskussion mit zwei Vertretern der CDU-Landtagsfraktion im Oktober 1985 wurde die große Bandbreite der inneruniversitären Diskussion hinsichtlich der Notwendigkeit grundsätzlicher Reformen des Studiums (und der Lehre) deutlich: Einerseits räumten Senatsmitglieder das grundsätzliche Erfordernis einer Intensivierung, Straffung und Verbesserung des Studienangebots durch die Universität ein.⁸ Gleichzeitig aber erneuerten Hochschulleitung und Senat ihre Forderung, dass zunächst seitens der Politik angemessene Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, damit die Hochschulen ihr Studienangebot optimieren können. Erst dadurch würden die Studierenden in die Lage versetzt, ihr Studium in kürzerer Zeit zu absolvieren. Noch weitergehend äußerten Senatsmitglieder grundsätzliche Bedenken, dass bei einer Verkürzung der Studienzeiten die Inhalte nicht mehr »vollständig oder ausreichend« vermittelt werden können. Auch gehe eine Straffung der Studienzeiten »notwendigerweise zu Lasten der Interdisziplinarität«, die aber

Reaktionen der JGU auf Ansätze für eine Reform des Studiums in den 1980er-Jahren

zur Verbesserung der Berufschancen essentiell sei. Heftigen Widerspruch erfuhr auch das Argument der Landtagsabgeordneten, die CDU strebe mit ihrem *9 Punkte-Programm* letztlich nur eine »Entlastung der Universitäten von denjenigen Studierenden [an] [...], die dort zu lange verbleiben«; mit Blick darauf, dass Deutschland »bei der Dauer der Ausbildungszeiten eine Spitzenposition einnehme, müsse [...] die Frage gestellt werden, wie dem entgegengewirkt werden könne«.⁹ Ein solcher primär wirtschaftspolitisch orientierter Ansatz wurde prinzipiell in seiner Gültigkeit hinterfragt: Ist es zulässig und zielführend, aktuelle Gesellschafts- und Beschäftigungsprobleme durch formale Veränderungen innerhalb der Hochschulen lösen zu wollen – so wurde gefragt. Ein Kompromiss zwischen diesen Positionen war nicht erkennbar.

Wie sehr sich die Universität gegen eine Einflussnahme von außen und vor allem eine ins Detail gehende Regulierung ihrer Studiengänge wehrte, zeigt sich deutlich auch in der Stellungnahme des Senats vom 8. Juni 1984 zur vorgesehenen Novellierung des HRG. Das Gremium wandte sich entschieden gegen den »Hang zur Vereinheitlichung und Verschulung von Studiengängen«. Vielmehr müssten »für die individuelle Studiengestaltung [...] wieder größere Freiräume geschaffen werden«.¹⁰ Dementsprechend seien Entscheidungen über Reformmaßnahmen nicht zentral, sondern dezentral zu treffen. Auch wenn das am 1. Oktober 1987 in Kraft getretene novellierte Hochschulrahmengesetz tatsächlich einige zentrale Vorgaben zurücknahm¹¹ und so den Hochschulen zumindest vordergründig wieder gewisse Gestaltungsräume eröffnete, wurden doch die Länder dazu verpflichtet, in ihren Landesgesetzen verbindliche Regelstudienzeiten festzuschreiben.¹² Zugleich wurden für alle Hochschulstudiengänge Zwischen- und Vordiplom-Prüfungen verpflichtend eingeführt. Die Tendenz zur formalen Vereinheitlichung des Studiums setzte sich somit fort.

Die Diskussionen an der JGU der 1980er-Jahre verdeutlichen, wie weit die Positionen hinsichtlich einer grundlegenden Reform des Studiums sowohl innerhalb der Universität als auch zwischen der Universität und externen Institutionen auseinanderklafften: Als ein Extrem zeigte sich ein stark bewahrender Anspruch, der – unter Verweis auf die grundgesetzlich verankerte Freiheit von Forschung und Lehre – aus der Perspektive einer ausschließlich dem Prinzip der Wissenschaftlichkeit verpflichteten Akademischen Lehre und Bildung eine exklusive Zuständigkeit der Fächer und Fachbereiche sowie des berufenen Lehrpersonals für die formale, inhaltliche und strukturelle Gestaltung der Studiengänge ableitet und strukturelle und inhaltliche Vorgaben als unzulässige Einmischung zurückweist. Das andere Extrem bildete die vorrangig aus ökonomischer Perspektive abgeleitete Erwartung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eines stringenten Studienangebots, das von den Hochschulen gezielt mit Blick auf die von den Studierenden erwartete (erfolgreiche) Berufstätigkeit gestaltet ist und auch die Fähigkeiten der stetig wachsenden Zahl an Studieninteressierten nicht überstrapaziert. Zwischen diesen beiden Polen zeigte sich eine noch kleine Gruppe von Hochschulmitgliedern, die grundsätzlich die Notwendigkeit einer durchaus auch weitreichenden Reform der Strukturen, Inhalte und Anforderungen anerkannte, zugleich aber auch die negativen Auswirkungen einer Verkürzung der Studienzeile auf primär ökonomische und beschäftigungspolitische Aspekte kritisch thematisierte.

Die Reform des Studiums und der Lehre als Schwerpunktthema der Hochschulentwicklung in den 1990er-Jahren

War in den 1980er-Jahren das Thema »Studienreform« noch vor allem unter dem Aspekt der Verkürzung der Studienzeiten behandelt worden, drängte die Hochschulpolitik Ende der 1980er-Jahre immer deutlicher auf sehr viel weitergehende, umfassende strukturelle und inhaltliche Reformen des Studiums und der Lehre. Die weitere Entwicklung führte direkt zu »Bologna« mit seinen fundamentalen Änderungen in den 2000er-Jahren.¹³

Als ein zentrales Ereignis kann der einstimmige Beschluss der Konferenz der Finanzminister der Länder (FMK) vom 5. Mai 1988 gesehen werden, wonach die Hochschulen angesichts des aus der Sicht der Finanzminister



bevorstehenden Rückgangs der Studierendenzahlen nicht mit dem Erhalt ihres Personalbestands rechnen können. Die Finanzminister forderten die Hochschulen daher zu effizienzsteigernden Maßnahmen auf.¹⁴ Angesichts der chronischen Unterausstattung der Hochschulen wurde dieser Beschluss von der Hochschuleseite empört als sachlich falsch und inakzeptabel zurückgewiesen.¹⁵ Auch die rheinland-pfälzischen Hochschulen protestierten gegen diese Entscheidung und erklärten, dass sie zukünftig ohne weitere Mittelbereitstellung keine zusätzlichen Leistungen mehr erbringen könnten. Nachdem sich – trotz der Verabschiedung von Sonderprogrammen des Bundes und der Länder – die Überlastsituation der Hochschulen in den Folgejahren nicht wesentlich verbesserte, kündigte die HRK am 4. November 1991 den von den Hochschulen seit 1977 mitgetragenen Öffnungsbeschluss zumindest formell auf – was aber letztlich an der dauerhaft angespannten Situation der Hochschulen faktisch nichts ändern sollte.¹⁶

Nach Ansicht des Präsidenten der JGU, Klaus Beyermann, war der Beschluss der Finanzminister letztlich der Auslöser der studentischen Proteste Ende des Jahres 1988. Den Protestaktionen der Mainzer Studierenden schlossen sich auch zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie weitere Angehörige der JGU an. In einer öffentlichen Sondersitzung am 13. Januar 1989¹⁷ beschloss der Senat der JGU einstimmig eine scharfe Resolution, in der unter anderem die Landesregierung aufgefordert wurde, »die Personal-, Sachmittel- und Raumausstattung an der Johannes Gutenberg-Universität zumindest so anzuheben, daß sie dem bundesweiten Niveau an wissenschaftlichen Hochschulen zu Ende der 70er Jahre [...] entspricht«. Neben der »seit Jahren herrschenden Unterausstattung, [...] [die] eine ordnungsgemäße Durchführung von Forschung und Lehre an der Johannes Gutenberg-Universität immer mehr erschwert«, wurde auch auf die Kürzungen im BAföG-Bereich und die sich »immer mehr zuspitzende Wohnraummisere in Mainz« hingewiesen, sodass die Studienbedingungen immer schlechter würden. »Geeignete Abhilfemaßnahmen dulden daher keinen Aufschub mehr«,¹⁸ resümierte der Senat und forderte die unverzügliche Umsetzung der im Rahmen des so genannten Möllemann-Programms vorgesehenen Maßnahmen.¹⁹

Zugleich – und das ist bemerkenswert, weil in dieser Form ein Novum an der JGU – wandte sich die Resolution explizit und nachdrücklich auch an die Fachbereiche, die nach Überzeugung des Senats gleichfalls in der Pflicht stünden, zur nachhaltigen Verbesserung der Situation des Studiums beizutragen.²⁰

Links: Momentaufnahme vom DIES ACADEMICUS 1988: Publikum mit Protestplakat 1200 Romanisten/innen, 6 Professoren, So bestimmt nicht! Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/6232.

Rechts: Besuch von Bundesbildungsminister Möllemann bei Präsident Zöllner im Jahr 1990. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/8244.

Sowohl auf Bundesebene als auch innerhalb der JGU war deutlich feststellbar, dass die gemeinsamen Proteste von Studierenden und Lehrenden, die auf den verschiedensten politischen Ebenen von der Hochschulleitung verstärkt wurden²¹ und in der Öffentlichkeit auf Zustimmung stießen,²² innerhalb der Universität das Bewusstsein für die Notwendigkeit schärfen, sich doch sehr viel intensiver und professioneller mit dem Aufgabenbereich Studium und Lehre zu befassen und dafür zu sorgen, dass es zu sachgerechten, differenzierten und langfristig tragfähigen Verbesserungen kommt. Als eine Konsequenz richtete der Senat 1989 einen Senatsausschuss für Studium und Lehre ein, von dem »verstärkt strukturell inhaltliche Impulse ausgehen [...] sowie die Dialogfähigkeit und das gegenseitige Verständnis der unterschiedlichen Fachrichtungen [...] gefördert werden«²³ sollen. Als weitere Maßnahme ist in diesem Zusammenhang die Gründung einer eigenständigen Verwaltungsabteilung 24: Studium und Lehre im Mai 1991 zu sehen, mit der die Grundlage geschaffen wurde, in diesem zentralen Aufgabenfeld der JGU dauerhaft umfassende fachliche Kompetenz aufzubauen und der Hochschulleitung und den universitären Gremien, aber auch den Dekanaten, Fachbereichen sowie den Lehrenden und den Studierenden vielfältige professionelle Unterstützung anzubieten.²⁴

Von besonderer Bedeutung dafür, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer langfristigen und ernsthaften Beschäftigung mit dem (Problem-)Bereich Lehre und Studium innerhalb der JGU nachhaltig geschärft wurde, war, dass der langjährige Vizepräsident der Universität, E. Jürgen Zöllner, im Februar 1990 das Amt des Präsidenten und ein Jahr später als Minister für Wissenschaft und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz politische Verantwortung für den Hochschulbereich übernahm. Bereits in seiner Antrittsrede als Präsident erklärte er die intensive Beschäftigung und die Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts zur Förderung von Lehre und Studium zum zentralen Thema für die Hochschulen, das breit innerhalb der Universität diskutiert und konsequent umgesetzt werden müsse.²⁵ Die Universität könne nicht warten, dass sie die vielfältigen Probleme von außen gelöst bekommt, vielmehr könne »die Universität nur dann erfolgreich sein [...], wenn sie sich diesen Problemen zu stellen bereit ist, die nur sie selber lösen kann und muß«.²⁶

Als Kernaufgaben benannte er dabei drei Punkte:

- Die Aufwertung und Verbesserung der Lehre,
- die Intensivierung der Interdisziplinarität des Studiums sowie
- den Aufbau eines breiten universitären Weiterbildungsangebots für die berufliche Phase.²⁷

Gemeinsam mit dem für Studium und Lehre zuständigen Vizepräsidenten Josef Reiter entwickelte Zöllner nachfolgend Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Aufwertung der Lehre und des Studiums. Diese wurden 1991 vom Senat als *Programm zur Förderung von Studium und Lehre* zustimmend zur Kenntnis genommen. Für Zöllner bewies die Universität damit gegenüber den außeruniversitären Stellen ihre Handlungsfähigkeit und dokumentierte ihre Absicht zu einer tatsächlichen Aufwertung der Lehre.²⁸

Mit dem Wechsel in das Ministeramt im Mai 1991 setzte Zöllner seine an der JGU begonnenen Initiativen auf landesweiter Ebene fort und legte bereits kurze Zeit später *Vorschläge zur Aufwertung und Förderung von Studium und Lehre* vor.²⁹ Diese enthalten im Wesentlichen Anregungen zur Aufwertung der Bedeutung der Lehre in Berufungsverfahren sowie zur Förderung der Lehrqualifikation und -qualität durch Regelungen in den Habilitationsordnungen und geeignete hochschuldidaktische Angebote. Daneben gibt Zöllner Empfehlungen zur Förderung des Engagements in der Hochschullehre, zur Schaffung von Anreizen für ein frühestmögliches Ablegen der Prüfungen sowie zur Intensivierung der Rückkopplung zwischen Lernenden und Lehrenden. Die Vorschläge des Ministers trafen in der JGU auf durchaus vorbereiteten Boden. Auf der Grundlage der vielfältigen, wenngleich auch häufig heterogenen Rückmeldungen der Fachbereiche und Gemeinsamen Ausschüsse verfasste der Senatsausschuss für Studium und Lehre Beschlussvorlagen für qualifizierte Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten, die sich der Senat im Wintersemester 1991/92

zu eigen machte und die für die weitere Entwicklung der Lehre und des Studiums an der JGU von hoher Relevanz waren. Darin heißt es:³⁰

- Trotz vergleichsweise verbreiteter Skepsis empfiehlt der Senat die Aufnahme genereller Regelungen in Habilitationsordnungen zur Förderung von Lehrqualifikationen »in angemessener und fachbezogener Weise«. Auch wird eine Fortbildung im Bereich der Hochschuldidaktik befürwortet, sofern sie auf Freiwilligkeit beruhte.
- Neben den eher formalen Vorschlägen, mit denen geeignete Anreize für ein möglichst frühzeitiges Ablegen der Prüfungen gesetzt werden können, sieht der Senat explizit »auch eine Zurückführung der Studieninhalte auf unabdingbare Grundanforderungen«³¹ als geeignete Maßnahme zum Erreichen dieses Ziels an.
- Die Vorschläge des Ministers zur Intensivierung der Rückkoppelung zwischen Lernenden und Lehrenden, die schwerpunktmäßig auf fragebogengestützte Evaluationen hinausliefen, stoßen zwar »weitgehend auf Zustimmung«, aber nur sofern »von der Einführung eines flächendeckenden Verfahrens [...] in Form von standardisierten Ablaufschemata Abstand genommen werde, da dies [...] kontraproduktiv wäre«.³² Mit der positiven Bewertung dieses Themas verbindet der Senat explizit den Auftrag zur Einrichtung eines mehrjährigen Modellversuchs, um auf diese Weise konkrete Erfahrungen zur weiteren Optimierung auf diesem Gebiet zu gewinnen.
- Kritisch hingegen wird die von Zöllner vorgelegte Initiative für eine stärkere Gewichtung der Lehre im Rahmen der Berufungsverfahren bewertet. Innerhalb des Gremiums besteht zwar kein Dissens über die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen, dennoch unterscheiden sich die Einschätzungen über die Sachbezogenheit und Angemessenheit von universitätsweit einheitlichen Richtlinien für die Beurteilung der Lehrqualifikation doch deutlich. Da sich der Senat nicht auf eine einheitliche Vorgehensweise einigen kann, werden die Fachbereiche lediglich dazu aufgefordert, zukünftig bei der Begründung von Besetzungsvorschlägen »auch auf die Lehreignung, die Lehrbereitschaft und – soweit möglich – die Lehrerfolge [...] einzugehen«³³ – eine Aufforderung, die seitens des Wissenschaftsministeriums und der Hochschulleitung in den Folgejahren gegenüber den Fachbereichen häufig wiederholt werden muss.

Um die vom Minister eingeleiteten Initiativen zur Aufwertung und Förderung der Lehre und des Studiums aufzugreifen und umsetzen zu können, richtete das Land 1992 das vom Wissenschaftsministerium verwaltete Sonderkapitel 1515 ein und stattete dieses mit umfangreichen Personal- und Sachressourcen aus. Eine der hieraus finanzierten landesweiten Maßnahmen war das *Programm zur Förderung und Unterstützung der Lehre*. Die Hochschulen des Landes wurden aufgefordert, geeignete Projekte vorzulegen, über deren Bewilligung allerdings das Wissenschaftsministerium im Alleingang, das heißt ohne Beteiligung der Hochschulen, entschied.

Erneut drohte den Hochschulen, die vom Gesetz her originär ihnen anvertraute Kompetenz zur strukturellen, methodischen und fachlich-inhaltlichen Gestaltung des Studiums und der Lehre zu entgleiten. Aber die strukturellen Veränderungen an der Wende zu den 1990er-Jahren, darunter die Einrichtung eines eigenen Senatsausschusses für Studium und Lehre und einer Fachabteilung für Studium und Lehre, sowie die wiederholten Diskussionen in den Gremien und Fachbereichen der JGU wirkten sich inzwischen (positiv) aus. Aus dem Auftrag des Senats vom Januar 1992 zur Einrichtung eines universitären Modellprojekts entwickelte sich zusammen mit den übrigen Vorschlägen zur Aufwertung und Förderung des Studiums und der Lehre das *Modellprojekt zur Förderung von Studium und Lehre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (PSL)* – ein wichtiger Meilenstein für die Reform von Studium und Lehre an der JGU. Mit diesem vom Ministerium inhaltlich weitgehend unabhängigen Projekt gelang es der JGU in den Folgejahren, die Selbstbestimmung über den Aufgabenbereich Studium und Lehre zurückzugewinnen und zu einer wichtigen und renommierten Akteurin im weiteren Reformprozess sowohl im Land als auch darüber hinaus zu werden.

Das Modellprojekt zur Förderung von Studium und Lehre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (PSL)

In Reaktion auf die Aufforderung des Wissenschaftsministeriums zur Vorlage von Projektanträgen im Rahmen der Förderung aus Kapitel 1515 schlug der Senatsausschuss für Studium und Lehre nach umfangreichen Beratungen unter der Leitung des 1992 gewählten Vizepräsidenten für Studium und Lehre, Jörg Friedrich, einen inhaltlich offenen Projektantrag vor. Dieser sollte es der Universität ermöglichen, in eigener Zuständigkeit geeignete Projekte zu entwickeln und zu fördern.³⁴ Gleichzeitig sollte durch eine universitäre Arbeitsgruppe ein umfassendes Konzept zur Evaluation und Förderung der Lehre an der JGU erstellt werden, das die hochschulintern bewilligten Einzelprojekte nach dem Vorbild der Forschungsförderung wissenschaftlich begleitet und auswertet, um so die vielschichtigen Zusammenhänge in dem komplexen Aufgabenbereich von Studium und Lehre nachvollziehbar aufzuzeigen. Das Modell, so Friedrich, sei so konzipiert, dass »zwar die organisatorische Abwicklung zentral organisiert werde, [...] aber die Fachbereiche als Träger der Lehre möglichst flächendeckend miteingebunden«³⁵ werden.

Nach ausgesprochen intensiver und anfangs sehr kontroverser Debatte verabschiedet der Senat im Juni 1992 schließlich ein auf zwei Jahre befristetes Modellprojekt.³⁶ Dieses sah drei »Säulen« vor:

1. Förderung dezentraler Einzelprojekte, die sich auf konkrete Lehrveranstaltungen oder andere Maßnahmen im Kontext des Studiums und der Lehre beziehen und von Lehrenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Studierenden aus ihrer unmittelbaren Sachkompetenz heraus vorgeschlagen und durchgeführt werden.
2. Einrichtung einer organisatorisch an die Fachabteilung für Studium und Lehre angebundenen wissenschaftlichen Arbeitsstelle, welche die Einzelmaßnahmen koordiniert, wissenschaftlich betreut und auswertet, daneben aber auch selbständig durch gezielte wissenschaftliche Untersuchungen die Rahmenbedingungen, unter denen das Studium und die Lehre an der Universität Mainz stattfinden, herausarbeitet und in ihrer Wechselwirkung auf das Lernen und Lehren darstellt.
3. Durchführung eines *Kolloquiums zu Fragen von Studium und Lehre*, in dem universitätsweit relevante Fragestellungen zu diesem Themenbereich auf wissenschaftlicher Basis erörtert werden.

Die wissenschaftliche Leitung des Modellprojekts wurde Prof. Dr. Friedrich Landwehrmann (Fachbereich 12: Soziologie) übertragen; die hauptamtliche wissenschaftliche Betreuung und Leitung der Arbeitsstelle PSL übernahm apl. Prof. Dr. Manfred Hennen (ebenfalls Fachbereich 12). Antragsberechtigt waren Lehrende und Studierende sowie Institute, Fachbereiche, Gemeinsame Ausschüsse und Zentrale Einrichtungen, ebenso der AstA, der Zentrale Fachschaftenrat sowie einzelne Fachschaften. Bis Ende 1999 wurden in neun Themenbereichen mehr als 260 Einzelprojekte beantragt; hiervon wurden 129 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von mehr als 2,5 Millionen DM gefördert.

Das vom Senat wie vom Wissenschaftsministerium anfangs eher skeptisch betrachtete Modellprojekt wurde 1994 einstimmig vom Senat bis zum Ende des Wintersemester 1999/2000 verlängert.³⁷ In dieser Zeit entwickelte sich das in enger Abstimmung mit der zuständigen Fachabteilung durchgeführte Projekt zum zentralen Motor modellhafter Initiativen zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Lehre und des Studiums an der JGU. Neben den zahlreichen dezentralen Einzelprojekten wurden dabei auch grundlegende fächerübergreifende Vorhaben wie das Projekt zur Steigerung der Lehrkompetenz an der JGU oder die Weiterentwicklung der gesetzlich vorgeschriebenen Lehrberichte zu einem umfassenden, qualitätsgesicherten Verfahren der Evaluation von Studium und Lehre entwickelt und erfolgreich umgesetzt. In der Rückschau ist deutlich zu erkennen, dass das PSL die Bedeutung der Lehre und des Studiums als einem der Forschung grundsätzlich gleichwertigen Aufgabenbereich deutlich ins Bewusstsein der JGU rückte und die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einer professionellen Beschäftigung mit dem Gesamtsystem Studium und Lehre verdeutlichte.

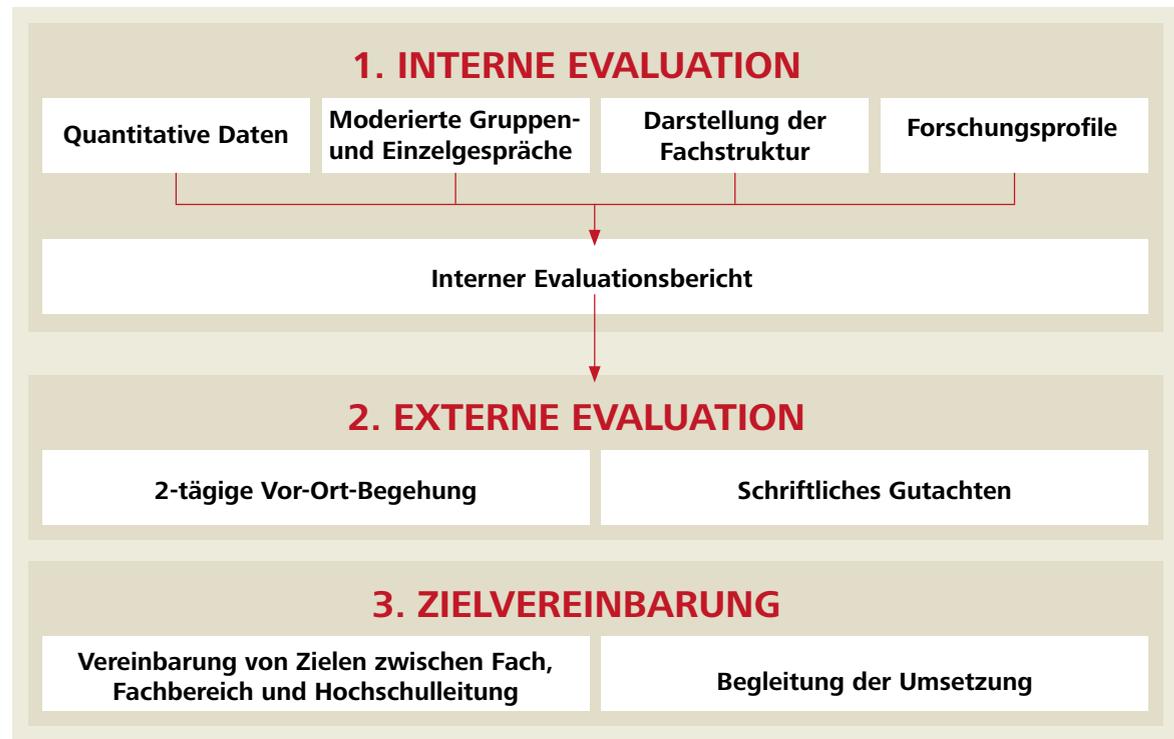
Bereits zu Beginn der 1990er-Jahre war die Forderung nach einer Evaluation der Lehre an den Hochschulen mit größerem Nachdruck erhoben worden. Auf der einen Seite erhoffte insbesondere die hochschulpolitische und (finanz-)ministeriale Seite, Aufschluss über die »Leistungen« der Hochschulen in Forschung und Lehre zu gewinnen; die Bewertungen sollten dann zu einer Output-orientierten und wettbewerblichen Finanzierung herangezogen werden.³⁸ Auf der anderen Seite hatte das Drängen der außeruniversitären Institutionen in den 1980er-Jahren, durch überwiegend formale Vorgaben die bestehenden Probleme in der Lehre und im Studium zu lösen, innerhalb der Hochschulen zu einem Nachdenken darüber geführt, wie die eigentlichen, zentralen Problemursachen sachgerecht und wissenschaftlich vertretbar analysiert und in ihrem Zusammenwirken im System Studium und Lehre dargestellt werden könnten. Diesem Ansatz folgte auch das Konzept von Vizepräsident Friedrich, die im Rahmen des Modellprojekts *PSL* gewonnenen Erfahrungen systematisch und mit den in der Forschung bewährten Methoden auszuwerten und so Wirkzusammenhänge im Bereich von Studium und Lehre erkennbar werden zu lassen. Vor diesem Hintergrund wurden insbesondere explizite Vorhaben zur »Erforschung und Evaluation der bestehenden Lehre und des Lernens«³⁹ als besonders förderungsfähige Projekte bewertet.⁴⁰

Anfang 1995 legte die HRK einen Entwurf für eine EntschlieÙung zur *Evaluation im Hochschulbereich unter besonderer Berücksichtigung der Lehre* vor.⁴¹ Dieser Entwurf sah ein zweistufiges Verfahren vor: In einem ersten Schritt sollte eine »Standortbestimmung« des jeweiligen Fachbereichs in Form eines Selbstberichts erfolgen. Auf dieser Basis sollte anschließend eine Evaluation durch eine externe Gutachtergruppe (Peers), bestehend aus ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des jeweiligen Fachs, durchgeführt werden. Das Ergebnis dieser externen Begutachtung sollte ebenfalls in einem Bericht niedergelegt werden, der schließlich gemeinsam mit dem evaluierten Fach beraten werden sollte. In der Vorbereitung einer Stellungnahme des Senats begrüÙte der Senatsausschuss für Studium und Lehre grundsätzlich eine unabhängige und staatsferne interne und externe Evaluation durch fachlich anerkannte Peers, betonte aber ausdrücklich, dass nicht die einzelne Lehrperson, sondern das gesamte komplexe System der Lehre (und des Studiums) Gegenstand der Evaluation sein müsse.⁴²

Noch im selben Jahr initiierte das Wissenschaftsministerium ein landesweites, hochschulübergreifendes Pilotprojekt zur Erstellung von Lehrberichten, an dem seitens der JGU die Fächer Politikwissenschaft und Mathematik teilnahmen.⁴³ Zugleich konnte die JGU durchsetzen, dass auch die wissenschaftliche Leitung des *PSL* direkt in das Verfahren einbezogen wurde, um den erforderlichen Know-how-Transfer an die Universität sicherzustellen – eine, wie sich im Verlauf des Verfahrens herausstellte, richtige und wichtige Entscheidung, denn das Ministerium hatte mit diesem Projekt weniger die vom Gesetz⁴⁴ her vorgeschriebene Lehrberichterstellung im Blick, sondern wollte primär ein zweistufiges Evaluationsverfahren an den Hochschulen des Landes etablieren. Nach intensiver Diskussion mit dem Ministerium entschloss sich schließlich das Institut für Politikwissenschaft der JGU dazu, der Erstellung des internen Selbstberichts eine vor Ort-Begutachtung durch Peers folgen zu lassen; der Fachbereich Mathematik hingegen belieÙ es beim einstufigen Verfahren der internen Evaluation. Beide Verfahren wurden im Wintersemester 1996/97 abgeschlossen und die Ergebnisse des Pilotprojekts universitätsweit vorgestellt.

Dieses Pilotprojekt bildete den Ausgangspunkt für die nachfolgende Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Evaluations- und Qualitätssicherungsverfahrens an der JGU, das über eine bloÙe Lehrveranstaltungsevaluation hinausgeht und das Gesamtsystem Lehre und Studium einschließlich der Lehr- und Studienorganisation in den Blick nimmt. Zentrale Prämisse hierbei war und ist, dass Lehre und Studium immer auch in ihren Zusammenhängen mit den Forschungsstrukturen sowie der Profilbildungsstrategie und Strukturent-

Die Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung von Studium und Lehre an der JGU



Grafische Darstellung des »Mainzer Modells« – Peer-Review-Verfahren an der JGU. Quelle: JGU.

wicklungsplanung eines Fachs betrachtet werden müssen, da sie alle auf die Lehre und das Studium einwirken. Dieser als »Mainzer Modell«⁴⁵ bekanntgewordene Ansatz wurde im Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) in den 2000er-Jahren kontinuierlich weiterentwickelt.

Mit der im August 1998 in Kraft tretenden vierten HRG-Novelle wurde nicht nur die rechtliche Grundlage für die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen geschaffen, sondern es wurden auch die (unge liebten) Rahmenprüfungsordnungen abgeschafft. Die Akkreditierung sollte deren Funktion übernehmen und die »Gleichwertigkeit einander entsprechender Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüsse«⁴⁶ gewährleisten. Das Verfahren wurde von speziell hierfür eingerichteten Akkreditierungsagenturen durchgeführt; bei der Durchführung achtete die JGU jedoch von Anfang an darauf, dass nicht nur die Fachabteilung für Studium und Lehre, sondern auch das Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung unmittelbar in die Verfahren eingebunden waren und so nicht nur die internen Evaluationsergebnisse einspeisen, sondern auch die Einrichtungsverfahren im Sinne der JGU mitsteuern konnten. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen sowie die seit 1995 innerhalb der Hochschule aufgebaute wissenschaftliche Kompetenz und Professionalität bildeten die Voraussetzungen dafür, dass die JGU 2011 als erste Universität in Deutschland die Systemakkreditierung erhielt und seitdem in ihrem Qualitätsmanagementsystem weitgehend selbstständig ist – ein Beweis für die verantwortliche Wahrnehmung von Hochschulautonomie, für die der ehemalige Universitätspräsident und spätere Wissenschaftsminister Zöllner zu Beginn der 1990er-Jahre nachdrücklich geworben hatte.

1997 legte die WRK Empfehlungen zur Einführung von Leistungspunktesystemen und zur Modularisierung vor.⁴⁷ Der Senatsausschuss für Studium und Lehre sowie der Senat sprachen sich zunächst dafür aus, Leistungspunkte nur für internationale Studiengänge beziehungsweise Austauschstudierende einzuführen. Bei einer generellen Anwendung auch auf den nationalen Austausch befürchtete man eine Schematisierung und Verschulung des Studiums.⁴⁸ Dennoch war damit der Weg für die Umsetzung der in der Bologna-Deklaration vom 19. Juni 1999 zwischen 29 europäischen Nationen vereinbarten flächendeckenden Einführung eines Leistungspunktesystems (ECTS) grundsätzlich eröffnet. Dementsprechend empfahl die Abteilung Studium und Lehre der JGU in den nachfolgenden Jahren nachdrücklich allen Fächern, bei der Neueinrichtung von Studiengängen die vorgeschriebenen Studien- und Prüfungsleistungen mit Leistungspunkten gemäß ECTS zu versehen. Bei den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen war das ohnehin obligatorisch; ab 2003 schrieb dann das novellierte rheinland-pfälzische Hochschulgesetz für alle Studiengänge verpflichtend ein Leistungspunktesystem zum Nachweis von Studien- und Prüfungsleistungen vor.⁴⁹ Unter Verweis auf diese gesetzliche Vorgabe und die durch die Bologna-Erklärung initiierte, immer enger werdende Zusammenarbeit europäischer Hochschulen beschloss der Senat im Mai 2004 die flächendeckende Einführung von Leistungspunkten auf der Grundlage des ECTS und forderte die Fachbereiche auf, ab 2005 das Leistungspunktesystem »schrittweise in den Prüfungsordnungen und Studienplänen zu verankern«.⁵⁰ Während sich die JGU bezüglich der Einführung von Leistungspunkten offen zeigte, wurden die Empfehlungen der HRK von 1997 bezüglich der Modularisierung von Studiengängen mit großer Deutlichkeit zurückgewiesen. Man sehe nicht »die Notwendigkeit sowie die Sinnhaftigkeit einer Auflösung des curricular geordneten Studiengangsystems und die Neuordnung in Richtung eines modularen Studiensystems«.⁵¹ Entschieden abgelehnt wurde vor allem jeder Ansatz, die Abschlussprüfung durch ein kumulatives Prüfungssystem zu ersetzen.

Doch die Entwicklung war auch an der JGU nicht aufzuhalten. Ende des Sommersemesters 1999 richtete der Senat als ersten »Kurzstudiengang« der JGU den Bachelor *Informatik* im Fachbereich 17: Mathematik ein. In derselben Sitzung verabschiedete er auch als ersten Masterstudiengang der JGU den dreisemestrigen Master *Chemistry of Materials*.⁵²

Diese Senatssitzung vom 2. Juli 1999 kann im Rückblick in gewisser Weise als Meilenstein für die Reform von Studium und Lehre an der JGU gelten. Sie brachte die stellenweise recht stürmische Entwicklung der 1990er-Jahre zu einem gewissen Abschluss und leitete über in das 21. Jahrhundert mit seinen doch deutlich anderen Bedingungen des Arbeitens und Entscheidens, des Lehrens und des Studierens. Mit der Zustimmung zum Bachelor *Informatik* und dem Master *Chemistry of Materials* richtete der Senat zwei Studiengänge neuen Typs ein, die zum Synonym von »Bologna« und damit der umfangreichsten und tiefgreifendsten Reform der Studienstruktur an den deutschen Hochschulen nach deren Wiedereröffnung nach dem Zweiten Weltkrieg wurden. In derselben Sitzung richtete der Senat auch das Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung ein und überführte damit das *Modellprojekt zur Förderung von Studium und Lehre*, das innerhalb von nur acht Jahren zu einer zentralen Institution der Studiengangsanalyse und -entwicklung an der JGU geworden war, in eine auf Dauer angelegte Organisationsstruktur. Ebenso endete am 2. Juli 1999 mit der Einrichtung einer Zentralstelle für Wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) die Phase des projekthaften Aufbaus der Wissenschaftlichen Weiterbildung an der JGU. Damit wurden bis in die Gegenwart tragfähige und professionelle Strukturen für diesen Teilbereich von Studium und Lehre an der Universität geschaffen.

Das »Bologna«-Zeitalter an der JGU hatte begonnen. Auf der Grundlage der wenig später vom Senat verabschiedeten *Rahmenempfehlung zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an der Johannes*

Der Übergang zu »Bologna«: Leistungspunkte, Modularisierung und gestufte Studiengänge

*Gutenberg-Universität Mainz*⁵³ wurden bis 2004 zunächst 22 Bachelor- und Masterstudiengänge eingerichtet. Das Hochschulgesetz vom 21. Juli 2004 schuf schließlich die rechtliche Grundlage für den Bachelor und den Master als Regelabschlüsse an den Hochschulen. Damit war das Ende der traditionellen Studiengangstruktur mit ihren Magister- und Diplomstudiengängen auch an der JGU besiegelt: Am 26. November 2004 beschloss der Senat die vollständige Umstellung der Studienstruktur. Er empfahl »den Fachbereichen nachdrücklich, dafür zu sorgen, dass vom Wintersemester 2007/08 an in sämtlichen Studiengängen, die keinen staatlichen oder staatskirchenrechtlichen Ordnungen unterliegen, ein Studium aufgenommen werden kann, das in konsekutiver Form zu Bachelor- und Masterabschlüssen führt«.⁵⁴

Dieser Beschluss sollte die JGU in den darauffolgenden Jahren in einer zuvor nicht vorstellbaren Intensität beschäftigen und die gesamte Universität mit ihrer Studien- und Prüfungsstruktur einschließlich der administrativen Infrastruktur grundsätzlich verändern. Doch die zu Beginn der 1990er-Jahre eingeleitete intensive Beschäftigung mit dem System Studium und Lehre, die Professionalisierung der Strukturen sowie die Weiterbildung der verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich haben dafür gesorgt, dass die JGU vergleichsweise gut auf diesen Strukturwandel vorbereitet war. So konnten gut konzipierte, langfristig tragfähige Studiengänge eingerichtet und mit einem Campus Management-System, das nahezu alle Teilbereiche der Bewerbung, der Zulassung, des Studiums und der Prüfungen bis hin zur Exmatrikulation abdeckt, den Fächern der dazu erforderliche administrative Support angeboten werden. Ein entlang dem *student lifecycle* entwickeltes differenziertes Beratungsangebot begleitete die Studierenden von der Bewerbung über die Einschreibung und den Studienstart in den unbekanntenen Studiengangstrukturen bis hin zum Abschluss und dem Eintritt in das Berufsleben. Und auch die Fächer und Fachbereiche streiften vielfach ihre anfängliche Zurückhaltung ab und nahmen in einem intensiven Prozess der Zusammenarbeit die lange und mühsame Strecke der Studiengangs- und Curriculumsentwicklung mit ihren zahllosen Abstimmungsrunden auf sich, konzipierten völlig neue Lehrveranstaltungen, stimmten untereinander ihre Anforderungen ab, benannten Modulbeauftragte, richteten Studienbüros mit hochqualifiziertem und spezialisiertem Personal ein – alles entscheidende Erfolgsfaktoren für eine alles in allem gelungene Umsetzung der Bologna-Reform und den erfolgreichen Einstieg der JGU in die Welt differenzierter, moderner und leistungsfähiger, international ausgerichteter Studiengänge.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.
- 2 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Grundsätze.
- 3 Die StäKo war ein Jahr zuvor als gemeinsames Beratungsgremium von KMK und HRK gegründet worden. Ihre Empfehlungen mussten, nach Durchlaufen eines bundesweiten Anhörungsverfahrens, sowohl von der Hochschul- (HRK) als auch von der Kultusseite (KMK) verabschiedet werden.
- 4 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Senatsprotokoll vom 4.7.1980. Die Senatsprotokolle liegen im UA Mainz sowohl gedruckt als auch digital vor.
- 5 WRK (Hrsg.): Stellungnahmen. Zur Reaktion der WRK vgl. auch Turner: Hochschulreformen, S. 175.
- 6 Dementsprechend forderte der für Studium und Lehre zuständige Vizepräsident Ludger Schenke von Kultusministerin Hanna-Renate Laurien eine Erklärung, ob die Reforminitiativen der Hochschulen und ihrer Fachbereiche unabhängig vom weiteren Verlauf der Arbeit der überregionalen Studienreformkommissionen fortgeführt werden sollten. Die Kultusministerin sicherte

daraufhin zu, die Genehmigung von reformierten Studien- und Prüfungsordnungen selbst dann nicht zurückzustellen, wenn die Kommissionen noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen seien. Vgl. UA Mainz, Senatsprotokoll vom 16.1.1981.

- 7 Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 14.6.1985.
- 8 Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 18.10.1985.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd., Senatsprotokoll vom 8.6.1984. Anfang des WiSe 1984/85 lehnte der Senat eine Überarbeitung des HRG grundsätzlich als nicht erforderlich ab. Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 23.11.1984.
- 11 So wurden die 1976 verbindlich für alle Länder vorgeschriebenen und bei den Hochschulen nicht sonderlich angesehenen Studienreformkommissionen ersatzlos gestrichen. Auch konnten die Hochschulen die Studienordnungen zukünftig weitgehend autonom gestalten, wobei allerdings die wesentlichen Bestandteile des Studiums in den von den Ministerien zu genehmigenden Prüfungsordnungen geregelt waren.

- 12 Vgl. Turner: Hochschulreformen, S. 181.
- 13 »Bologna« steht hier als Synonym für den über viele Jahre laufenden Prozess hochschulpolitischer Entscheidungen zur Bildung eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraums, der sich in den 1990er-Jahren, von den deutschen Hochschulen weitgehend unbeachtet, parallel zu den hochschulinternen bzw. auf Landesebene stattfindenden Diskussionen über geeignete Maßnahmen zur Reform der bestehenden Studiengänge vollzog.
- 14 So zusammengefasst formuliert im Bericht des Präsidenten im Senat vom 1.7.1988. Wie grundlegend falsch die Annahme der FMK war, zeigen die Entwicklungszahlen der JGU: Ab dem WiSe 1988/89 stiegen die Studierendenzahlen (1. Fachsemester wie auch Gesamtschreibungen) kontinuierlich bis zum WiSe 1992/93 an und verharrten bis zum WiSe 2000/01 mehr oder weniger konstant auf diesem Niveau, bevor dann ein neuerlicher Anstieg einsetzte. Siehe dazu auch die Darstellung der Studierendenzahlen im Anhang dieses Bandes.
- 15 Vgl. Beschluss des 155. Plenums der WRK vom 4.7.1988. In: WRK (Hrsg.): Zukunft der Hochschulen.
- 16 Vgl. HRK (Hrsg.): Arbeitsbericht 1991, S. 81 f. Siehe dazu auch Turner: Hochschulreformen, S. 44.
- 17 Diese war von einer studentischen Vollversammlung am 15.12.1988 eingefordert worden. Senat und Präsident stimmten der Forderung unverzüglich zu. Vgl. UA Mainz, Senatsprotokoll vom 16.12.1988.
- 18 Bericht des Präsidenten [Klaus Beyermann] von 1988, S. 2. Die Berichte des Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 19 Bei dem Möllemann-Programm handelt es sich um das auf Anregung des Bundesbildungsministers Jürgen Möllemann gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Hochschulsonderprogramm I von 1989. Dieses umfasste bis 1995 jeweils 300 Mio. DM pro Jahr zusätzlich und diente dem Ausbau der Hochschulen. Zusätzlich legten Bund und Länder 1990 ein über zehn Jahre laufendes Sonderprogramm II mit einer Gesamtsumme von vier Mrd. DM zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf. 1996 verständigten sich dann Bund und Länder auf ein weiteres Sonderprogramm III mit einem Volumen von 3,6 Mrd. DM, das bis 2000 zum einen die Nachwuchsförderung und zum anderen das Programm zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern fortführte. Vgl. Turner: Hochschulreformen, S. 46 u. S. 214.
- 20 Vgl. Bericht des Präsidenten [Klaus Beyermann] von 1988, S. 4.
- 21 Siehe dazu ebd. u. den Bericht des Präsidenten im Senat vom 21.4.1989.
- 22 Vgl. Turner: Hochschulreformen, S. 46.
- 23 UA Mainz, Senatsprotokoll vom 12.5.1989.
- 24 Bis dahin war der Aufgabenbereich im Wesentlichen direkt vom Vizepräsidenten für Studium und Lehre bearbeitet worden, ggf. unterstützt durch das Referat 112: Studiensystemanalysen, Kapazitätsfragen, Planungsmethodik der Planungs- und Forschungsabteilung 11.
- 25 Bericht des Präsidenten [E. Jürgen Zöllner] von 1989, S. 1.
- 26 Ebd., S. 2. Siehe hierzu auch den Beitrag von E. Jürgen Zöllner in diesem Band.
- 27 In der von Zöllner initiierten *Grundsatzdiskussion zur Stärkung der Lehre an der JGU* im Senat vom 1.6.1990 ergänzte er diese Liste um einen vierten Punkt: Das Optimieren von kleineren Detailfragen wie bspw. Fragen der Studienzeitoptimierung.
- 28 Vgl. UA Mainz, Senatsprotokoll vom 18.1.1991. Zudem zeige man mit Blick auf die vom Wissenschaftsrat geforderte Stärkung der Fachhochschulen, dass die Universitäten durchaus dazu in der Lage seien, »sich veränderten Bedingungen anzupassen und ihrem Ausbildungsauftrag auch in Zukunft gerecht zu werden«. Ebd.
- 29 Vgl. ebd. Schreiben vom 13.8. u. 17.10.1991, Anl. 6 im Senatsprotokoll vom 15.11.1991.
- 30 Vgl. ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd., Senatsprotokoll vom 17.1.1992.
- 33 Ebd., Senatsprotokoll vom 15.11.1991.
- 34 Mit diesem Konzept folgte die JGU konsequent der früheren Aufforderung von Zöllner, die Definition der im Kontext von Studium und Lehre relevanten Themen nicht Externen zu überlassen.
- 35 UA Mainz, Senatsprotokoll vom 5.6.1992.
- 36 Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 26.6.1992.
- 37 Vgl. ebd., Senatsprotokolle vom 8.7. u. 9.12.1994.
- 38 Vgl. dazu Simon: Optionen, S. 11 u. Turner: Hochschulreformen, S. 267.
- 39 So die Bezeichnung des ersten Themenfelds der Förderbereiche des PSL.
- 40 Bereits in der ersten Förderrunde des PSL von 1992 wurde bspw. die Initiative des Fachschaftrats der Medizin zur Evaluation der Lehre im klinischen Studienabschnitt bewilligt und nachfolgend mehrfach bis über das Jahr 2000 hinaus verlängert.
- 41 Vgl. 175. Plenarversammlung der HRK vom 20./21.2.1995, URL: <https://www.hrk.de/positionen/beschluesse-seite/5/beschluesse-kategorie/forschung/> (abgerufen am 11.12.2020).
- 42 Abteilungsarchiv Studium und Lehre (AbtArchiv SL), Senatsausschuss Studium und Lehre, Protokoll vom 10.5.1995, TOP 7. Der Senat machte sich ausdrücklich die Beschlussempfehlung des Senatsausschusses zu eigen. Vgl. dazu UA Mainz, Senatsprotokoll vom 2.6.1995.
- 43 Daneben waren noch die Universität Trier mit den Fächern Betriebswirtschaftslehre und Mathematik sowie die Fachhochschule Rheinland-Pfalz mit dem Fach Betriebswirtschaftslehre beteiligt. Der HIS GmbH, Hannover, wurde seitens des Ministeriums die fachlich-organisatorische Leitung des Projekts übertragen.
- 44 Vgl. Hochschulgesetz (HochSchG), § 80 Abs. 2 Nr. 2 vom 23.5.1995. In: Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz, Nr. 8 vom 30.5.1995, S. 85-124 URL: <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/6520-12.pdf> (abgerufen am 11.12.2020).
- 45 Ausführlich zur Entwicklung und zum Konzept der Evaluation an der JGU vgl. Hennen (Hrsg.): Evaluation.
- 46 Art. 1 Abs. 2 Studienakkreditierungsvertrag.
- 47 Vgl. Entschließung des 182. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 7.7.1997: *Zu Kredit-Punkte-Systemen und Modularisierung*.
- 48 Vgl. UA Mainz, Senatsprotokoll vom 26.6.1998.
- 49 Vgl. § 25 Abs. 3 HochSchG vom 5.8.2003. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 11 vom 20.8.2003, S. 438-480.
- 50 UA Mainz, Senatsprotokoll vom 28.5.2004.
- 51 AbtArchiv SL, Senatsausschuss Studium und Lehre, Protokoll vom 15.4.1998, S. 1.
- 52 Vgl. UA Mainz, Senatsprotokoll vom 2.7.1999.
- 53 Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 11.4.2000.
- 54 Ebd., Senatsprotokoll vom 26.11.2004.

Universitätsverwaltung von 1976 bis heute

Vom Neuen Steuerungsmodell über die Evaluation der Zentralverwaltung bis zur Bauherreneigenschaft

Waltraud Kreuz-Gers und Götz Scholz

Das neue Hochschulgesetz 1970 und die Konsequenzen für die Universitätsverwaltung

1970 wurde in Rheinland-Pfalz die Rektoratsverfassung durch die Präsidialverfassung abgelöst, 1974 Peter Schneider zum ersten Präsidenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) gewählt.¹ War bis dahin der Rektor als Vorsitzender des Senats ausschließlich für akademische Angelegenheiten und die Außendarstellung zuständig, so gewann der Präsident nun an Macht und Entscheidungsbefugnissen. Durch das Universitätsgesetz von 1961 war bereits die Bezeichnung Kanzler statt Kurator eingeführt worden, bis zum Hochschulgesetz von 1970 hatte der Kanzler jedoch weiterhin die Funktion eines Kurators, die darin bestand, in direkter Abhängigkeit zum Staat für alle Wirtschaftsfragen verantwortlich zu sein.² Der Kanzler wiederum wurde durch die neue Verfassung direkt dem Präsidenten unterstellt, was beachtliche Konsequenzen für die Struktur, die Aufgaben und die Abläufe der universitären Verwaltung hatte. So galt nunmehr das Gebot der Einheitsverwaltung, also der Integration von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung unter der Regie des Präsidenten.³

Wie an vielen westdeutschen Universitäten führte diese Veränderung der Entscheidungszuständigkeiten und der Verantwortlichkeiten auch in Mainz zum Aufbau einer Präsidialverwaltung, die manche Aufgabe der traditionellen Verwaltung des Kurators doppelte.⁴ Als Chef der Wirtschaftsverwaltung und »verlängerter Arm« des zuständigen Ministeriums war der damalige Kanzler, Albert Salm, auf der einen Seite mit einem nun vorgesetzten Präsidenten konfrontiert, der in der Universität gewählt wurde und danach vom Ministerium ernannt werden musste. Die fehlende Verwaltungsqualifikation und das fast zwangsläufige Misstrauen gegen die Loyalität des »entmachteten« Kurators kompensierte der Präsident auf der anderen Seite mit verwaltungserfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Präsidialbüro, wodurch für den Kanzler in seiner Autorität gegenüber den traditionellen Verwaltungsabteilungen – insbesondere der Finanz- und der Personalabteilung – eine Konkurrenz entstand. So war die Entwicklung der Universitätsverwaltung in den 1970er- und 1980er-Jahren zunächst zwangsläufig von Rivalitäten und Misstrauen geprägt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der traditionellen Verwaltung schwankten zwischen der Loyalität dem »alten« Chef gegenüber und den neuen gesetzlichen Vorgaben.

Nach dieser ersten Phase des Misstrauens begann jedoch der Prozess der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Präsidial- und Wirtschaftsverwaltung hin zur Einheitsverwaltung. Präsidial- und Kanzlerbüro

entwickelten die notwendige Basis für ein an der Sache orientiertes Miteinander.⁵ Der Kanzler beugte sich diesen Beschlüssen; Personalwechsel sowohl im Amt des Präsidenten als auch des Kanzlers erleichterten den Prozess.⁶ Dennoch fand in diesen Jahren, vom Ende der 1970er- bis Ende der 1980er-Jahre, keine ausgeprägte Anpassung der Verwaltung und der administrativen Prozesse an die Veränderungen im Umfeld statt. So hatte beispielsweise der Staat einen Teil seiner Verantwortung, etwa in Berufungsverfahren, an die Universität abgegeben, ohne dass diese von Seiten der JGU konsequent wahrgenommen wurde. Außerdem war der Universitätspräsident durch die neue Verfassung zum direkten Verhandlungspartner des Landes geworden,⁷ ohne tatsächlich auf Augenhöhe mit der Ministerialbürokratie agieren zu können, da der Haushaltsplan der JGU noch immer maßgeblich durch das zuständige Ministerium und nicht durch die Universität selbst aufgestellt wurde.⁸ Die organisatorischen Strukturen folgten also nicht konsequenterweise den gewandelten Bedingungen; Administration blieb mehr Selbstzweck und staatliche Aufgabenerfüllung als an den Bedürfnissen einer nach zunehmender Autonomie strebenden Selbstverwaltungskörperschaft ausgerichtet.

Das enorme Wachstum der Studierendenzahlen sowie – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß – des wissenschaftlichen und administrativen Personals, führte zur Knappheit der Finanzen, der Räumlichkeiten und der Ausstattung insgesamt.⁹ Die seit Mitte der 1970er-Jahre eintretende Ausdifferenzierung der Disziplinen und die damit verbundene Änderung der Relation von Professuren zu Stellen des Mittelbaus und die Neuerungen im Haushalts- und Arbeitsrecht übten zusätzlich Druck auf die traditionelle »hoheitliche« Verwaltung der JGU aus.

Begleitet wurde dieser Prozess durch deutlich gewandelte Erwartungen der Gesellschaft an die universitäre Ausbildung. Professoren sahen sich erstmals damit konfrontiert, ihre Arbeit sowohl in der Ausbildung als auch in der Forschung rechtfertigen zu müssen. Die Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaft stellten Anforderungen bezüglich der beruflichen Orientierung, der Ausbildung und der Verwertung der Forschungsergebnisse. Es nahte das Ende des so genannten universitären »Elfenbeinturms«. ¹⁰ Hinzu kam, dass die Mittel des Landes für die JGU und die Hochschulen insgesamt knapper und ab 1998 konkret mit erheblichen Einsparauflagen versehen wurden. Bundesweit wurde der Ruf nach einer Ökonomisierung der Universitäten laut.¹¹

Neben diesen Veränderungen von außen wurde auch innerhalb der Universität der Wunsch nach Autonomie, beispielsweise in den Bereichen Personal, Finanzen und Organisation, unüberhörbar. Einerseits wollte die Hochschulleitung mehr Eigenverantwortung gegenüber dem zuständigen Ministerium erlangen, andererseits begehrten die Fachbereiche größere Entscheidungsfreiheiten gegenüber der Universitätsleitung.¹²

Die Verwaltung der JGU war, wie alle Hochschulverwaltungen dieser Zeit, geprägt durch die wesentlichen Elemente staatlicher Verwaltung: »Bescheide« gegenüber »Antragstellern« waren primär an der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben ausgerichtet, ökonomische Erwägungen waren zweitrangig, Anreize zu wirtschaftlichem Handeln standen im Hintergrund, Wettbewerb war dem privatwirtschaftlichen Bereich vorbehalten, Gleichbehandlung (von oft Ungleichem) war oberstes Gebot. Das Verwaltungshandeln war alles andere als ein zielgerichtetes Optimieren. So wie sich die Wissenschaft ihren »Elfenbeinturm« geschaffen hatte, für den eine Beurteilung der Effektivität und Effizienz durch »die Gesellschaft« irrelevant war, war die Universitätsverwaltung auf Erfüllung staatlicher und gesetzlicher Vorgaben fixiert, aber nicht primär auf die optimale Unterstützung von Wissenschaft. Wie so oft waren es begrenzte oder gar fehlende Ressourcen, insbesondere an Finanzen und Stellen, die den Anstoß für eine letztlich sehr weitreichende Umgestaltung der gesamten Universität, insbesondere aber des Verwaltungshandelns und -selbstverständnisses bedingten.¹³

Der Wunsch nach einer autonomen Universität

Jenseits der universitären Selbstverwaltung gab es seit langem die kommunale Selbstverwaltung, die ihre Grenzen in den 1980er-Jahren insbesondere im Finanzbereich aufgrund der enorm steigenden Sozialausgaben zu spüren bekommen hatte. Mitte der 1990er-Jahre entwickelte sich daher in anderen Bereichen der staatlichen Selbstverwaltung, den Kommunen und Landkreisen, ein neues Verständnis von dienstleistender Verwaltung und damit verbunden von Führung: das Neue Steuerungsmodell (NSM) beziehungsweise Harzburger Modell. Dieses NSM war Vorbild für die Veränderungen in der JGU-Verwaltung; eine besondere Beziehung zum Landkreis Ahrweiler spielte dabei eine Rolle. Grundgedanke war, in das staatliche Verwalten Gedanken einer marktwirtschaftlichen und wettbewerblichen Steuerung einzubauen. Wissenschaftlich fundiert wurde es durch die Lehre des New Public Management.¹⁴ Das von den Gedanken der Autonomie und Subsidiarität getragene Modell der Neuen Steuerung war gerade in Rheinland-Pfalz durch das Finanzministerium favorisiert und gewann den Zuspruch des damaligen Wissenschaftsministers Jürgen Zöllner.¹⁵ Das neue Modell setzte sich rechtzeitig durch, denn in den 1990er-Jahren brach für die Administration der JGU eine neue Zeitrechnung an.¹⁶

Die neuen Herausforderungen

Das Wachstum der Studierendenzahlen der JGU in den 1980er- und 1990er-Jahren, aber auch die erfolgreiche Drittmittelwerbung für die Forschung, insbesondere in den Naturwissenschaften, führten aufgrund der damit verbundenen Folgekosten zu einem permanent steigenden Finanzbedarf, der gegenüber dem Land geltend gemacht wurde.¹⁷ In Zeiten der kameralistischen Haushaltsplanung durch das Wissenschaftsministerium konnte Rheinland-Pfalz diesen nachweisbar gestiegenen Bedarf jedoch nicht befriedigen. Das wiederum führte zu ersten Modellen der Ressourcenbemessung, die nicht mehr nur dem quantitativ gestiegenen Bedarf durch Input entsprachen, sondern auch den Erfolg (Output) bewerten und durch bestimmte Parameter der Mittelbemessung die Zielerreichung durch die JGU steuern sollten. Damit war der Grundstein für ein »Management by objectives« und eine belastungs- und leistungsorientierte Mittelbemessung gelegt.



Götz Scholz (Kanzler der JGU 1997–2013).
Foto: Thomas Hartmann,
Quelle: JGU.

Das 1997/98 etablierte Landes-Personalbemessungskonzept (PBK) verlangte der Mainzer Universität einen hohen zweistelligen Stellenabbau ab.¹⁸ Um diesen Prozess innerhalb der JGU möglichst fair zu gestalten, entwickelten Präsident Josef Reiter und Kanzler Götz Scholz gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss des Senats ein PBK, das sich an den Parametern des Landes orientierte, dabei aber universitätsinterne Besonderheiten berücksichtigte (MAMI, Modifikation zugunsten der Geistes- und Sozialwissenschaften bei der Bewertung der eingeworbenen Drittmittel). Das Modell führte zu schmerzhaften Einschnitten, zu einer Umverteilung zwischen Natur- und Geistes-/Sozialwissenschaften und versuchte, das »gewachsene Unrecht« zu beseitigen. Gleiches wurde im Bereich der finanziellen Ausstattung und damit bei den Mitteln für Lehre und Forschung vollzogen. Das neue landesweite Mittelbemessungsmodell (MBM) bedingte 1998 zusätzlich die Kürzung der Landes-Finanzmittel um 6,4 Prozent. Die Umsetzung in ein universitätsinternes MBM sollte dem Gedanken einer »leistungsorientierten Ressourcenverteilung« Rechnung tragen und traf daher unterschiedliche Fachbereiche in unterschiedlichem Ausmaß.¹⁹

Bei aller Härte dieser umfassenden Ressourcenkürzungen eröffneten die neuen Modelle der JGU und ihren Entscheidungsträgern die Möglichkeit, neben der Input- nun auch Output-Steuerung zu betreiben, also den Erfolg der Fachbereiche bei Ausbildung, Nachwuchspflege und Forschung zu messen und in die Verteilung einfließen zu lassen und zwar zusätzlich zu den für notwendig erachteten belastungsorientierten Kriterien. Damit wurde die Grundlage für eine steigende Autonomie der JGU verbessert.

Die Einführung der landesweiten Modelle bedeutete, dass das Ministerium nun nicht mehr, wie im kameralen Landeshaushalt, beispielsweise im Rahmen einer Berufungsverhandlung auf Jahrzehnte hinaus die finanzielle Ausstattung des Lehrstuhls bestimmen konnte. Diese Entscheidung oblag nun ausschließlich der

Universität selbst und erfolgte im Rahmen der universitätsinternen Modelle, Zusagen wurden zeitlich befristet. Diese besagten zudem, dass die Entscheidung nicht nur in der Kompetenz des Präsidenten oder Kanzlers, sondern in der Verantwortung des zuständigen Fachbereichs lag. Waren die jetzt geforderten Instanzen, also Präsident anstelle des Ministeriums, Fachbereich anstelle des Präsidenten und Dekan eines Fachbereichs, ihren neuen Aufgaben und der Verantwortung gewachsen? Waren die gesamte Verwaltungsstruktur, zentral wie in den Fachbereichen und Instituten und ihre Entscheidungsebenen auf diese neue Situation ausgerichtet, qualifiziert und kompetent genug?

Diese oben beschriebene »Beförderung« der JGU durch das Land, von einer mehr oder weniger nachgeordneten Behörde zur selbstverwalteten Universität, ließ das Thema Auftragsangelegenheiten versus Selbstverwaltungsangelegenheiten, korrespondierend mit den Aufgaben der Fachaufsicht beziehungsweise der Rechtsaufsicht noch einmal schärferer Betrachtung zuführen. So waren diese Punkte der Öffentlichkeit, aber auch selbst den Aufsichtsbehörden wie dem Rechnungshof nicht vollständig klar. Die Fähigkeit, Verantwortung kompetent zu tragen und dies fortlaufend unter Beweis zu stellen, war daher eine neue und schwierige Aufgabe der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und ihrer Entscheidungsträger.

Angesichts der oben geschilderten Herausforderungen, die längst nicht alle Desiderate beschrieben haben (man denke zum Beispiel an das Thema Frauenförderung²⁰ oder Mitbestimmung), sowie angesichts eines intern empfundenen Reformstaus entwickelte sich, ausgehend von einer 1998 veranstalteten Ideenwerkstatt engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Verwaltung und Fachbereichen, die Idee des Neuen Steuerungsmodells.²¹ Hierfür stützte man sich auf die Erfahrungen der Organisation eines solchen Modells im kommunalen Bereich, passte dieses aber stark an die Besonderheiten des Wissenschaftsbetriebs an. Die Ideenwerkstatt war zunächst für die Organisation des NSM und die ersten inhaltlichen Projekte zuständig und bewirkte die notwendige Rückkoppelung mit der Frauenbeauftragten, dem Personalrat und dem Senat. Das Projekt wurde im Zeitraum von 1998 bis 2000 vorbereitet und lief bis ins Jahr 2007. Seitdem ist die Art und Weise des Vorgehens bei der Reorganisation von Geschäftsprozessen in Form von Projekten, deren Organisation und Koppelung an die universitären Entscheidungsstrukturen an der JGU Routine. Das NSM führte 2002 zur Auszeichnung der JGU als *Best-Practice-Hochschule* durch das CHE.²²

Oberstes Entscheidungsgremium im NSM war der Lenkungsausschuss, dessen Vorsitz beim Kanzler oder Präsidenten lag. Diese entschieden in Rücksprache mit der Hochschulleitung, dem Senat und dem Personalrat über neue Projekte, in denen bestimmte Ziele in bestimmten Handlungsfeldern umgesetzt und Maßnahmen für ebendiese Umsetzung gestaltet wurden. Begleitet wurde ein solches Projekt durch externe Beraterinnen und Berater mit dem Ziel, deren Know-how aus ähnlichen Reorganisationsprojekten in anderen Institutionen mit einzubeziehen, diese Expertise und Erfahrungen in die eigene Organisation beziehungsweise zu den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu transferieren und gleichzeitig das eigene Personal zu entlasten, das die gesamte Projektarbeit neben den laufenden Aufgaben bewältigte.

Die Entscheidungsverlagerung vom Ministerium auf die Universität sollte und konnte natürlich nicht bei der Hochschulleitung Halt machen. Subsidiarität heißt auch, die Aufgaben und die Verantwortung dort festzumachen, wo sie am sachlich kompetentesten wahrgenommen werden können. Damit war der Prozess der Verlagerung bestimmter Entscheidungen in den Bereichen Finanzen und Personal auf die dezentralen Einrichtungen (Fachbereiche, Zentren, Verwaltungsabteilungen) vorgezeichnet. Wesentlich war insbesondere die Dezentralisierung der Budgets, die zunächst modellhaft an zwei Bereichen, der Abteilung Technik und dem Fachbereich Mathematik, erprobt wurde. Dabei wurden Steuerungselemente, die zwischen Land und Uni-

Vom Verwalten zum Managen: Das Neue Steuerungsmodell der JGU

versität galten, in modifizierter Form auch auf die dezentralen Einheiten angewandt. Zum einen war das die sogenannte globale Minderausgabe: Der im Haushaltsplan veranschlagte Betrag für Sach- beziehungsweise Personalmittel wurde um einen Betrag der Einsparauflage vermindert. Zum anderen kam das Bonus-Malus-System des Landes auch innerhalb der dezentralen Personalbudgets zur Anwendung: Einsparungen gegenüber dem Plan konnten zu einem Prozentsatz bei der Einrichtung verbleiben, der Rest kam dem Land zugute.

Schließlich wurde eine Reorganisation von Verwaltung und Fachbereichen aufgrund mehrerer Faktoren notwendig: Dazu gehörten die dezentrale Verantwortung und Entscheidung, dezentrale Budgets und eine Mindestgröße der Fachbereiche sowie flachere Hierarchien. Letztere zeichneten sich durch den Entfall der Dezenternenebene zwischen der Hochschulleitung und den Verwaltungsabteilungen, eine Verringerung der Anzahl der Abteilungen, einen Abbau von Stabsstellen und die Zusammenfassung von Fachgebieten zu einer kleineren Zahl von Fachbereichen aus. Dieses Erfordernis kulminierte 2005 in einer Reduktion der Zahl der Fachbereiche von bis dahin 26 auf 10 plus die beiden Hochschulen (gemeinsam im Fachbereich 11 zusammengefasst).²³

Den größten Schritt hin zur Finanzautonomie hat die JGU dadurch unternommen, dass sie die seit 2003 bestehende hochschulgesetzliche Möglichkeit²⁴ genutzt hat, einen Globalhaushalt zu etablieren. Voraussetzung dafür war, das kaufmännische Rechnungswesen und eine Kosten-Leistungs-Rechnung einzuführen – ein Kraftakt, der sich als lohnenswert herausstellte. Seitdem konnten die universitären Entscheidungsträger im Rahmen ihrer Budgets flexibel wirtschaften, zahlreiche Zweckbindungen entfielen und das berühmte »Dezemberfieber« blieb aus: Budgetreste konnten ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden – allerdings mussten auch Überziehungen im nächsten Jahr eingespart werden.

Ohne gemeinsam vereinbarte Ziele lässt sich eine Universität nicht steuern. Diese Einsicht führte im Rahmen eines etwa zweijährigen Prozesses der Strategiebildung dazu, mithilfe der Methode der »Balanced Scorecard« ein ausgewogenes Zielsystem zu erarbeiten. Darauf baut das vom Senat der JGU beschlossene Leitbild auf.²⁵ In gleicher Art und Weise wurde auch ein Leitbild der Universitätsverwaltung erarbeitet.²⁶

Die bis dahin erreichte Autonomie der Universität bedingte einen Zuwachs an Entscheidungskompetenz und Verantwortung. Dem musste mit einer Professionalisierung auf allen Ebenen der JGU begegnet werden. Das bedeutete die Notwendigkeit:

- einer transparenten Darstellung der Daten, insbesondere im Bereich Finanzen und Personal zwischen zentraler Verwaltung und Fachbereichen (darunter Budgetberichte),
- einer besseren sowie regelmäßigeren Kommunikation zwischen den Ressorts der Hochschulleitung und zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen der Universität, zum Beispiel durch das regelmäßige Gespräch der Hochschulleitung mit den Dekanen,
- einer Professionalisierung der Dekanate. Der »starke« Dekan mit Unterstützung durch FB-Assistenten und Fachbereichsservicebüros,
- einer Intensivierung der Fort- und Weiterbildung, insbesondere im Rechnungswesen,
- und einer Prozessoptimierung in allen Abteilungen der zentralen Verwaltung, teilweise universitätsübergreifend (zum Beispiel mit dem BAföG-Amt).

Besondere Ansprüche stellte und stellt die neu gewonnene Verantwortung an die Führungskompetenzen auf allen Ebenen, sowohl in der Verwaltung als auch in den Fachbereichen. Daher war ein wesentlicher Bestandteil des universitären Weiterbildungsprogramms von Anfang an die Vermittlung dieser Fähigkeiten in unterschiedlichen Formaten. Diese intensive Beschäftigung mit Führungsthemen führte unter anderem auch dazu, dass die JGU in einem wettbewerblichen Verfahren eine mehrjährige finanzielle Förderung des Stifterverbandes und der Heinz Nixdorf Stiftung zur Entwicklung und Umsetzung ihres *Leadership-Projekts* erhielt.²⁷

Das Instrumentarium des NSM wurde an der JGU allerdings nicht umfassend eingesetzt, da es auch auf Ebene der Landespolitik hierzu an den notwendigen Entscheidungen fehlte. Die Einführung von Globalhaushalten kam ins Stocken und betraf neben der JGU nur die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen in Kaiserslautern und Mainz. Der Personaletat der Hochschulen mit Globalhaushalten wurde nicht umfassend und nur nachlaufend an die Entwicklung der Tarif- und Besoldungserhöhungen angepasst, die Sachhaushalte dagegen kontinuierlich »überrollt«, die kamerale Steuerung über Angestelltenstellenpläne und fiskalische Genehmigungsvorbehalte seitens des Finanzministeriums nicht aufgegeben. Die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens und der Kosten- und Leistungsrechnung wurde zwar mit hohem Aufwand an der JGU umgesetzt, die bereits begonnene Vorbereitung eines Flächenmanagementsystems aber nicht mehr weitergeführt. Mit der sogenannten »Zwölfstelregelung«²⁸ erweckte die Landesregierung vielmehr den Eindruck, das Instrument des Globalhaushalts im Wesentlichen zur Erwirtschaftung von Einsparungen nutzen zu wollen. Anders als in einer Reihe anderer Bundesländer war und ist der rheinland-pfälzische Globalhaushalt im Hochschulbereich bislang nie mit einer mehrjährigen Planungssicherheit verbunden gewesen, die eine wesentliche Voraussetzung für eine effiziente und effektive wirtschaftliche Steuerung der Hochschulen gewesen wäre. Mit dem ersten Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern 2007 für das Land schließlich seine Instrumente einer parametergestützten Hochschulsteuerung wie Personalbemessungskonzept und Mittelbemessungsmodell ganz oder zumindest teilweise ein. Angesichts dieser Rahmenbedingungen verwundert es nicht, dass der Reformeifer auch in der Universität in dieser Zeit ins Stocken kam. Die Administration der Universität profitiert allerdings bis heute von der frühzeitigen Einführung neuer Steuerungsinstrumente wie der dezentralen Personalbudgetierung oder umfassender Finanz-, Personal- und Campusmanagement-IT-Systeme.

Um den Reformprozess auch ohne Anstoß von außen wiederaufzunehmen und für neue Aufgaben angesichts der begrenzten Personalressourcen den erforderlichen Spielraum zu gewinnen, haben sich die Abteilungen der zentralen Verwaltung von 2015 an sukzessive einem Prozess der internen und externen Evaluation unterworfen. Unter Leitung des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) wurde beginnend mit der Personalabteilung und abschließend mit den Abteilungen Immobilien, Technik und Zentrale Dienste 2020 in einem dreistufigen, dem »Mainzer Modell«²⁹ entlehnten Verfahren aus Selbstbericht, »Kundenbefragung« und externer Begutachtung Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und verändert. Eingebettet ist das Evaluationsverfahren in die Idee eines umfassenden Qualitätsmanagements an der JGU, welches mit den Bereichen Forschung und Lehre sowohl den wissenschaftlichen, als auch mit den Bereichen Verwaltung, Administration und Organisation den wissenschaftsstützenden Bereich umschließt. Angesichts der vergleichsweise kleinen Verwaltung – so unisono die Feststellung der externen Gutachter – sollen Verwaltungsabteilungen mit Abschluss des Evaluationsverfahrens in die Lage versetzt werden, Prozesse der Organisations- und Personalentwicklung selbst zu initiieren, Personalressourcen für die Bewältigung neuer Aufgaben zu gewinnen und schließlich durch die Entwicklung von Veränderungsroutrinen und die IT-Unterstützung von Standardprozessen oftmals ungeliebten Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation den »Stachel« zu nehmen. Unterstützt werden sie dabei von der Stabsstelle Innenrevision und Organisationsentwicklung, die in einem ihrer Aufgabenschwerpunkte die Einführung oder Revision komplexer IT-Systeme koordiniert und insoweit direkt den seit 2016 im Amt befindlichen Chief Information Officer unterstützt.

Im Ergebnis werden die Umsetzung der Empfehlungen aus den Evaluationsverfahren zusammen mit dem Generationenwechsel in den leitenden Verwaltungspositionen dazu führen, die mit dem NSM aufgelösten Dezernatsstrukturen in der Mainzer Universitätsverwaltung wieder zu revitalisieren.

Hochschulverwaltung unter schwierigen Rahmenbedingungen



Waltraud Kreutz-Gers
(Kanzlerin der JGU seit
2013). Foto: JANA Kay,
Quelle: JGU.

Neue Aufgaben: Hochschulgerechtes Bauen für Forschung und Lehre

Eher schleichend und der Not gehorchend als durch einen politischen Willensakt der Aufgabenübertragung wuchs der zentralen Verwaltung der Universität im Laufe der Jahrzehnte die Aufgabe zu, neben der Bewirtschaftung und Betreuung der technisch immer komplexer werdenden Hochschulgebäude zunächst in kleinerem Umfang selbst Baumaßnahmen durchzuführen.

Dabei verfügt die JGU über den unschätzbaren Vorteil eines großen innenstadtnahen Campus, der nahezu alle universitären Einrichtungen zu beheimaten in der Lage ist und der darüber hinaus noch Erweiterungsmöglichkeiten bietet. Die Errichtungsdaten des Gebäudebestands auf dem Campus reichen zurück in das Jahr 1938, in dem die Wehrmachtskaserne fertiggestellt wurde, die den baulichen Ausgangspunkt der JGU darstellt.³⁰ Die Gebäude und Flächen der Universität gehören wie nahezu überall in Deutschland nicht der Hochschule, sondern dem Land und werden über einen Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) für die Nutzung durch die Universität zur Verfügung gestellt. Von 2008 bis Ende 2018 erfolgte dies im Rahmen eines Mieter-/Vermietermodells über einen Haushaltsansatz für Miete im Haushalt der Universität, der wiederum an den LBB weitergegeben wurde. Dieses Überbleibsel eines Instruments des Neuen Steuerungsmodells wurde zum Haushaltsjahr 2019 nach einer Evaluation des Landesbaubetriebs durch das zuständige Finanzministerium aber beendet, nicht zur Freude der Hochschulen, die durch die Geltendmachung von Mietminderung einen gewissen Druck auf die Durchführung der notwendigsten Sanierungsmaßnahmen entfalten konnten, wovon die JGU auch in besonders gravierenden Fällen Gebrauch gemacht hatte.

Ursprünglich hatte das Land weitaus größere Ambitionen gehabt, was die Handlungsautonomie der Universität in Bezug auf ihre Liegenschaften angeht. So wurde die Abteilung Immobilien im Jahr 2001 als Ergebnis einer Organisationsuntersuchung aus der Bauabteilung des damaligen Dezernats Technik, der Organisationsabteilung und dem Referat für Kapazitätsfragen und -planung mit dem ursprünglichen Ziel gegründet, Gebäude und Flächen im Universitätseigentum zu bewirtschaften. Dies war ein Ausfluss des »Neuen Steuerns« und wichtiger Reformschritt neben der Einführung von Globalhaushalt, kaufmännischem Rechnungswesen, der integrierten Verwaltungssoftware³¹ und der dezentralen Budgetierung. Mit diesem Schritt der staatlichen Aufgabenübertragung hätte Rheinland-Pfalz zweifellos an der Spitze der durch wachsende Hochschulautonomie geprägten Wissenschaftspolitik in Deutschland gestanden.³² Nachdem hierfür aufwendige Vorbereitungen in der Universität u. a. durch die Einführung einer Facilitymanagement-Software getroffen worden waren, hat sich die Politik kurz vor der endgültigen Übergabe der Gebäude und Flächen in das wirtschaftliche Eigentum der JGU entschieden, diesen Schritt doch nicht zu gehen.

Grundsätzlich ist deshalb weiterhin der LBB für alle baulichen Neu-, Um- und Erweiterungs- sowie Sanierungsmaßnahmen und die Errichtung, Sanierung und Erneuerung technischer Anlagen und Verteilnetze zuständig, während der JGU eigentlich nur der sogenannte »kleine« Bauunterhalt sowie die Wartung und Instandhaltung und der Betrieb der Gebäude obliegt. Aufgrund von Kapazitätsengpässen beim LBB hat die Universität in den letzten Jahren zunehmend aber originäre Bauherrenaufgaben übernommen, beginnend mit den Umbaumaßnahmen in Zusammenhang mit Berufungs- und Bleibeverhandlungen, die in der Regel zeitkritisch sind und ein größeres Verständnis für die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Wissenschaft erfordern, bis zu größeren und großen Baumaßnahmen. Zu diesen gehört die Schule des Sehens, der unterirdische Bau für die Unterbringung des Zyklotrons der Kernchemie, das sogenannte Philosophicum II, ein Bürogebäude für aus Mitteln des Hochschulpaktes zusätzlich eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und die großen Forschungsbauten BioZentrum I und II.³³

Bislang fehlt es in Rheinland-Pfalz allerdings sowohl an einer rechtlichen Regelung für die Aufgabenübertragung im Baubereich an die Universität als auch an einer Unterstützung durch die Zuweisung von zu-

sätzlichen Ressourcen für die Wahrnehmung dieser für die weitere Entwicklung der Universität so wichtigen Aufgabe, die nicht zuletzt der Verbesserung ihrer nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit als großer Forschungsuniversität und damit ihrer Profilbildung dient.³⁴

Die fallweise Übernahme der Bauherreneigenschaft, die Veränderung der Verwaltungsstrukturen und die zunehmende IT-Unterstützung von Verwaltungsprozessen dienen letztendlich dazu, Handlungsfähigkeit und Handlungsautonomie der Universität unter sich permanent verändernden Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Seit den 1970er-Jahren ist die JGU auch im bundesweiten Vergleich vielfach Pionierin bei Veränderungsprozessen in der Hochschuladministration – trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer ebenfalls vergleichsweise geringen personellen und finanziellen Ressourcen – und orientiert an ihrem eigenen Leitbild als »dienstleistende Einrichtung, die im Rahmen der Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben aktiv am Gestaltungsprozess der JGU mitwirkt und diesen innovativ und kreativ fördert«.³⁵

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu die Entwicklung der Hochschulleitung im Anhang dieses Bandes. Peter Schneider war bereits seit dem WiSe 1969/70 Rektor der JGU gewesen.
- 2 Vgl. Universitätsgesetz (UnivG) vom 6.3.1961. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 7 vom 16.3.1961, S. 47–50 u. HochSchG vom 22.12.1970. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 2 vom 7.1.1971, S. 5–24. Zu den Auswirkungen des HoSchG auf die JGU vgl. den Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 bis WiSe 1978/79, S. 1–24 und zur Umstrukturierung der Verwaltung vgl. den Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom SoSe 1969 bis WiSe 1972/73, S. 17–21. Die Berichte der Rektoren und Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 23.9.2020).
- 3 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1973 bis SoSe 1974, S. I–VII. Siehe hierzu auch die Beiträge von Michael Kießner und Freia Anders in diesem Band.
- 4 Zu den Auswirkungen der neuen Hochschulgesetze in den 1970er-Jahren und der Einführung von Präsidialverwaltungen an westdeutschen Universitäten vgl. bspw. Hammerstein: Die Johann Goethe-Universität, S. 867–914.
- 5 Vgl. [o. V.]: Aufgaben neu verteilt. In: Jogu 15 (1984), Nr. 91, S. 2 f.
- 6 Siehe hierzu die Entwicklung der Hochschulleitung im Anhang dieses Bandes.
- 7 Vgl. HochSchG vom 25.7.1978. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 25 vom 25.7.1978, S. 506–542, § 41, Abs. 1.
- 8 Vgl. ebd., § 97.
- 9 Vgl. bspw. Güth: Bericht des Präsidenten vor der Versammlung. In: Jogu 14 (1983), Nr. 88, S. 3–5.
- 10 Vgl. bspw. Göllnitz/Krämer (Hrsg.): Hochschulen.
- 11 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.
- 12 Vgl. Bericht des Präsidenten [Josef Reiter] von 1998, S. 6.
- 13 Vgl. bspw. Reiter: Wir müssen nachdenken und handeln – jetzt!. In: Jogu 28 (1997), Nr. 155, S. 2 u. ders.: Mehr Gestaltungsmöglichkeiten. In: Jogu 28 (1997), Nr. 156, S. 2.
- 14 Siehe hierzu auch den Beitrag von Mechthild Dreyer und Uwe Schmidt in diesem Band.
- 15 Siehe hierzu auch den Beitrag von E. Jürgen Zöllner in diesem Band.
- 16 Diese und die folgenden Ausführungen stützen sich insbesondere auf eine Broschüre zum Neuen Steuerungsmodell aus dem Jahr 2001 sowie auf persönliche Akten, Präsentationen und Aufzeichnungen des Verfassers. Vgl. dazu auch Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), S6/222, JGU (Hrsg.): Eine Hochschule im Aufbruch. Das Neue Steuerungsmodell, 2001.
- 17 Siehe hierzu die Entwicklung der Studierendenzahlen im Anhang dieses Bandes.
- 18 Vgl. [o. V.]: Zöllner: Mehr Finanzverantwortung für die Hochschulen. In: Jogu 29 (1998), Nr. 163, S. 7.
- 19 Zum MBM u. PBK vgl. Scholz/Gorges: Hochschulsteuerung, URL: <https://www.bzh.bayern.de/uploads/media/3-2002-scholz-gorges.pdf> (abgerufen am 6.8.2020).
- 20 Siehe hierzu auch den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 21 Vgl. zum NSM an der JGU, an den Universitäten Heidelberg und Oldenburg sowie an der TU München Klug: Hochschulreformen.
- 22 Vgl. [o. V.]: Universität Mainz. In: Jogu 33 (2002), Nr. 180, S. 4.
- 23 Siehe hierzu die Organisationseinheiten der JGU im Laufe der Zeit im Anhang dieses Bandes sowie die Abbildung zur aktuellen Organisation der JGU.
- 24 Vgl. HochSchG vom 20.8.2003. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 11 vom 20.8.2003, S. 438–480, § 103.
- 25 Vgl. UA Mainz, S6/59, Leitbild der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Entwurf, 2001.
- 26 Vgl. UA Mainz, S4/76, Leitbild der Zentralen Verwaltung, 2001.
- 27 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Leadership-Projekts, URL: <https://www.personalentwicklung.uni-mainz.de/jgu-leadership/projekt/> (abgerufen am 1.10.2020).
- 28 Unter »Zwölfregelung« versteht man den Einbehalt von Zuweisungsbeträgen an die Globalhaushaltshochschulen in den Jahren 2005 bis 2007 – auch als »nachschiessige Veranschlagung« bezeichnet. Diese beläuft sich für alle fünf Globalhaushaltshochschulen auf mittlerweile über 116,6 Mio. Euro an Forderungen gegenüber dem Land.
- 29 Vgl. Schmidt: Hochschulevaluation. Zum Mainzer Modell siehe auch die Informationen auf der Homepage des ZQ, URL: <https://www.zq.uni-mainz.de/institutionelle-evaluation/mainzer-modell/> (abgerufen am 23.9.2020).
- 30 Siehe hierzu auch den Beitrag von Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 31 Vgl. [o. V.]: Neue Verwaltungssoftware. In: Jogu 34 (2003), Nr. 184, S. 28.
- 32 Das s. g. TU Darmstadt-Gesetz, das u. a. für die Übertragung der Liegenschaftsverantwortung an eine Universität im bundesdeutschen Kontext beispielgebend war, trat in Hessen erst 2004 in Kraft.
- 33 Den Bau des BioZentrums I konnte die Universität aus Spenden der Boehringer Ingelheim Stiftung zur Unterstützung der Neuausrichtung der Lebenswissenschaften vorfinanzieren, während das kurz vor der Fertigstellung stehende Bio-Zentrum II überwiegend aus Landesmitteln finanziert wurde. Vgl. JGU (Hrsg.): BioZentrum I und II, URL: https://www.uni-mainz.de/downloads_presse/Brosch%C3%BCre_Biozentrum.pdf (abgerufen am 6.8.2020).
- 34 Vgl. das Interview *Spielraum für die Bauherren an der Basis. Einschätzung der Universitätsverwaltungen in Siegen und Mainz zur Flexibilisierung im Bau- und Liegenschaftsmanagement*. In: Wissenschaftsmanagement 20 (2019), Nr. 1, S. 81.
- 35 Krausch (Hrsg.): Leitbild der JGU, 2011, URL: https://organisation.uni-mainz.de/files/2020/09/JGU_leitbild_zentrale_verwaltung.pdf (abgerufen am 1.11.2020).

Zur Strategiefähigkeit von Universitäten

Das Beispiel der Denkschrift der Universität Mainz von 1988

Mechthild Dreyer und Uwe Schmidt

Die Einführung der Präsidialverfassung im deutschen Hochschulsystem gilt allgemein als Initialzündung für einen Zugewinn an Autonomie auf Seiten der Institution und an Gestaltungsmöglichkeiten auf Seiten der Leitung einer Hochschule. Ein Rückblick auf den Hochschulalltag vergangener Jahrzehnte zeigt indes, dass diese Zündung – um im Bild zu bleiben – nicht unerhebliche Widerstände hat überwinden müssen, um ihre Wirksamkeit tatsächlich auch entfalten zu können.

In Rheinland-Pfalz wurde die Präsidialverfassung mit dem Hochschulgesetz von 1970 eingeführt.¹ Für die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) mussten allerdings noch vier Jahre vergehen, bis 1974 mit Peter Schneider, der seit 1969 schon das Amt des Rektors bekleidete, der erste Präsident der Universität gewählt wurde. Zudem klafften die neue Gesetzeslage und die universitäre Wirklichkeit jahrelang weit auseinander, wie die Jahresberichte Schneiders und seines Nachfolgers Manfred Harder (1980–1984) belegen. Schneider erwähnte darin im Blick auf die universitäre Selbstverwaltung einerseits Beschneidungen durch ministeriale Eingriffe, andererseits Belastungen aufgrund des schwierigen Zusammenspiels von Senat und Versammlung und verwies auch auf die mangelnde Solidarität der Universitätsangehörigen, die Gremienentscheidungen informell unterliefen.² Harder thematisierte bereits in seiner Antrittsrede die Gefährdung der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Universität durch externe Normen und staatliche Gesetze.³ Wie sein Vorgänger benannte er aber auch die hochschulinterne Bedrohung dieser Autonomie, wenn er in einem seiner Jahresberichte unter dem Stichwort »Innere Autonomie« ausdrücklich die Einhaltung des Dienstwegs sowohl im universitären Innenverhältnis als auch im Verhältnis der Mitglieder der Universität zum zuständigen Landesministerium thematisierte und einforderte.⁴

Vor diesem Hintergrund stieß sein Amtsnachfolger Klaus Beyermann (1984–1990) einen gesamtuniversitären Strategiebildungsprozess an, der 1988 tatsächlich mit einem vom Senat verabschiedeten Text zum Abschluss gebracht werden konnte. Im Archiv der JGU sind drei verschiedene Versionen dieses Textes erhalten. Vorhanden ist die ursprüngliche, von der Hochschulleitung erstellte und den Fachbereichen 1986 zur Stellungnahme vorgelegte Fassung, die inhaltlich überarbeitete und erweiterte Version vom Januar 1988 sowie die Senatsfassung vom Februar 1988.⁵ Alle drei Versionen tragen denselben Titel: *Forschung und Lehre bis zum Jahr 2000. Denkschrift zur weiteren Entwicklung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.*

Die Denkschrift ist ein sehr früher Beleg für den Prozess universitärer Strategiebildung in Deutschland. Aufschlussreich ist sie in dieser Hinsicht weniger aufgrund ihrer Darstellung der Ist-Situation und der für die weitere Entwicklung der Universität formulierten Ziele und Maßnahmen, als vielmehr aufgrund der generellen Überlegungen zu Einzelaspekten von Hochschulstrategie und Hochschulplanung. Fragen wie diese werden beantwortet: Was ist das Selbstverständnis der Universität? Was nötig zur Strategie, was spricht gegen sie?



Porträt von Präsident Klaus Beyermann aus dem Jahr 1989. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/6792.

Welcher Prozess muss durchlaufen werden, um eine universitätsweite Strategie entwickeln und verabschieden zu können? Wer sind die wichtigen Akteure, und worin liegen die Hemmnisse der Strategieentwicklung? Was sind die für die Strategie notwendigen Indikatoren, und wie sind sie zu beurteilen? Aufschlussreich ist die Denkschrift zudem insofern, als ihre drei Fassungen wertvolle Einblicke in den Entstehungsprozess und in die kontroverse Diskussion um diesen Text gewähren.

Betrachtet man die vergangenen 30 Jahre der Geschichte der Universitäten in Deutschland, so sind diese von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Nach der Öffnung der Hochschulen in den 1970er-Jahren und dem damit verbundenen Anstieg der Studierendenzahlen lässt sich insbesondere für die 1990er-Jahre eine erste Phase der Selbstreflexion beobachten. Ausgangspunkt hierfür war unter anderem die durch Peter Glotz gestellte Frage, ob die Universität im Kern verrottet sei. Er knüpfte hieran Thesen, die Problemlagen auf vielen Handlungsebenen aufzeigten und sowohl die Universitäten selbst als auch die Hochschulpolitik adressierten. Eine wesentliche Forderung von Glotz war die Stärkung von Eigenverantwortung und Autonomie, um unterschiedliche Wege und Entwicklungen von Universitäten zuzulassen und zu forcieren.⁶ Hiermit verbunden war die Forderung nach neuen Wegen der Steuerung von Universitäten.

Auf theoretischer Ebene wurde dieser Diskurs durch Ansätze des New Public Management (NPM) aufgegriffen. Das NPM verweist konzeptuell selbst auf die Ambivalenzen, die durch die Forderung nach stärkerer Durchdringung von Steuerung und Strategiefähigkeit auf der einen und spezifischen Strukturmerkmalen von Hochschulen auf der anderen Seite bestehen. Vergleicht man Universitäten in Bezug auf ihre Governance, so entsprechen sie weniger dem im Weberschen Sinne formalbürokratischen Organisationsprinzip, das durch Steuerungsstringenz und Hierarchie geprägt ist, sondern sie lassen sich als Organisationen besonderer Art charakterisieren.⁷ Dieses Besondere der Organisation Hochschule wird unter anderem in den Arbeiten von Mintzberg, Weick sowie Cohen et al. ausgeführt.⁸

Mintzberg betont, dass es sich bei Forschung und Lehre um Tätigkeiten handelt, die sich nur bedingt standardisieren lassen, und dass Universitäten Expertenorganisationen seien, deren Steuerungsakteure über weitgehend unvollständiges Wissen verfügen, da sie nicht beziehungsweise nicht für alle Fachkulturen als Spezialisten auftreten können. Die damit verbundene hohe Relevanz der Scientific Community im Vergleich zur Universität als Organisation habe zur Folge, dass Steuerung im Wesentlichen auf dem Prinzip der Selbstkontrolle auf der Ebene von Fachkolleginnen und -kollegen basiere.⁹ Weick sieht Universitäten als lose gekoppelte Systeme, da sie vergleichsweise schwache funktionale Zusammenhänge aufweisen. Wissen werde in den einzelnen Disziplinen generiert, ohne dass in Forschung wie auch in Lehre eine nennenswerte gegenseitige Abhängigkeit zwischen einzelnen Disziplinen bestehe. Dies gelte auch für die Koppelung von Forschung und Lehre. So beziehe sich Lehre auf Forschung, doch seien Forschung und Lehre insofern different, als Forschung grundsätzlich ergebnisoffen sei, während Lehre einem Curriculum folge, das Verlässlichkeit im Hinblick auf den zu erwerbenden Wissenskanon signalisiere. Schließlich bestehe auch eine schwache Koppelung zwischen einzelnen Akteuren innerhalb der Universität, da es bei wissenschaftlichem Personal keine durchgängigen hierarchischen, weisungsgebundenen Beziehungen gebe, was eine an Konsens gebundene Steuerung forcieren. Weick sieht das Modell einer lose gekoppelten Organisationsstruktur jedoch insgesamt als funktional, da auf diese Weise Veränderungen auf Ebene einzelner Subeinheiten vergleichsweise schnell zu realisieren seien, ohne die Gesamtorganisation jeweils adressieren zu müssen.¹⁰ Cohen und seine Mitautoren schließlich nehmen Universitäten als »organisierte Anarchie« wahr, indem Probleme der Organisation

Universitäten im Wandel: Hochschulautonomie, New Public Management und Strategieentwicklung

und Lösungen in einem ›Mülleimer‹ gesammelt werden und eher zufällig und kaum strategisch durchdacht zusammenkommen (Garbage Can-Modell). Entsprechend basiere die Steuerung von Universitäten auf ad-hoc-Lösungen und weniger auf evidenzbasierten Entscheidungen.¹¹

Die Forderung nach der Strategiefähigkeit von Universitäten und einer Reorganisation hin zu mehr Effizienz unter anderem durch die Stärkung der Position von Dekan_innen und Präsident_innen sowie durch die Übernahme von Steuerungselementen aus der Wirtschaft – nicht zuletzt durch die Einführung der Hochschulräte, die konzeptionell Aufsichtsräten ähneln – ist unter der zuvor beschriebenen Perspektive der Universitäten als spezifische Organisationen kein Ansatz, der sich selbstredend implementieren lässt. Das Modell, das zu Beginn der 1990er-Jahre an Bedeutung gewann, war die Schaffung von »Quasi-Märkten« im Sinne des NPM. Unter der Zielsetzung, Hochschulen effizienter, ökonomisch tragfähig und effektiver zu gestalten, wurde resümiert, dass dies in einem alimentierten System kaum möglich sei. Der Ansatz des NPM führte mithin dazu, Hochschulen ein höheres Maß an Autonomie zu verleihen, um ihre Marktfähigkeit zu erhöhen, indem

»zunächst einmal die institutionelle Grundfinanzierung öffentlicher Dienstleister zurückgefahren und zugleich deren korporative Autonomie gestärkt wird, um ihnen marktähnliches Verhalten hinsichtlich der Beschaffung externer Ressourcen (Erschließung neuer Einnahmequellen) und Effizienzsteigerung der Arbeitsabläufe (Profit-Center, Kostenstellenrechnung, Personalabbau) bei gleichzeitig höherer Kunden- oder Klientenorientierung zu ermöglichen.«¹²

Diese Reduktion staatlicher Detailsteuerung wurde gleichzeitig verbunden mit neuen externen Kontrollmodi wie Evaluation und Akkreditierung, was Power bereits am Ende der 1990er-Jahre dazu bewogen hat, die Entwicklung hin zu einer Audit-Gesellschaft zu konstatieren.¹³ Während häufig eine hohe Reaktanz im Hinblick auf die Adaption des NPM in Universitäten vermutet wird, lässt sich neueren Untersuchungen zufolge feststellen, dass eine zunehmende Akzeptanz insbesondere bei Akteuren zu beobachten ist, die frühzeitig mit den ›Spielregeln‹ des NPM vertraut wurden.¹⁴

Überblickt man die Entwicklung des Hochschulsystems in den vergangenen drei Jahrzehnten, so ist zumindest zu konstatieren, dass Fragen der Strategiebildung zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. So widmete der Wissenschaftsrat 2017 ein Positionspapier den *Strategien für die Hochschullehre* und trug damit der Beobachtung Rechnung, dass auch im Bereich der Lehre zunehmend wettbewerbliche Momente zwischen Hochschulen zu beobachten sind. Auf die Entwicklung von Strategien stellen auch unterschiedliche Förderprogramme ab. Zu nennen sind hier insbesondere die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, die neben den Zukunftskonzepten auch für die einzelnen Forschungscluster eine strategische Ausrichtung erwarten, mit der auch Fragen der Governance fokussiert werden. Aber auch Förderprogramme im Bereich von Studium und Lehre, wie der Qualitätspakt Lehre oder die Qualitätsoffensive Lehrerbildung, erwarten unter anderem in Form von SWOT-Analysen eine stärkere strategische Orientierung, die mit der Bologna-Reform und der Entwicklung von Bachelor- und Masterstudiengängen korrespondiert, indem auch hier unter anderem im Rahmen der Akkreditierung eine Orientierung an strategischen Zielsetzungen auf unterschiedlichen Ebenen der Hochschulen gefordert wird.¹⁵

Trotz dieser Initiativen ist nach wie vor eine weit verbreitete Skepsis gegenüber der Strategiefähigkeit, der Strategienotwendigkeit wie auch der strategischen Durchdringung von Hochschulen zu beobachten, die zum Teil mit Widerstand und Reaktanz, zum Teil aber auch mit der Hoffnung verbunden ist, auch diese Reform werde vorübergehen.

Diese Entwicklungen wurden jedoch bereits mit dem Übergang von der Rektorats- zur Präsidialverfassung der Universität und den damit verbundenen Implikationen angelegt, wie die im Folgenden referierten Überlegungen der Denkschrift der Universität Mainz von 1988 zeigen werden. Ihr Text kann als ein beispielhaftes Dokument für den Diskurs und das Spannungsfeld von Marktfähigkeit und akademischer Orientierung gelesen werden.

Der Strategiebildungsprozess der JGU nahm – so ist dem Vorwort der ersten Fassung der Denkschrift zu entnehmen – eine an deutschen Universitäten damals intensiv geführte Diskussion darüber auf, wie die Universitäten durch eine stärkere Schwerpunktbildung untereinander wettbewerbsfähiger werden könnten. Hintergrund waren tatsächliche oder befürchtete rückläufige Studierendenzahlen und die daraus resultierenden möglichen Konsequenzen für die Hochschulfinanzierung. Eine erste Diskussion zum Thema scheint es an der JGU im Kontext der Verabschiedung erster Planungsvorhaben im Mai 1985 im Senat gegeben zu haben.¹⁶ Präsident, Vizepräsidenten und Kanzler nahmen im nachfolgenden Jahr die Diskussion auf, die dann zur Erstellung der ersten Version der Denkschrift führte. Nachdem auch diese Fassung dem Senat vorgelegt worden war, wurde sie an die Fachbereiche zur Stellungnahme versandt. Die Denkschrift sollte der inner- und außeruniversitären Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Ausdrücklich wurden im bereits genannten Vorwort die zuständigen Landesminister, der Landtag, die Mainzer Bundestagsabgeordneten, das Hochschulkuratorium, die Journalisten und die Vereinigung der Freunde der Universität genannt.¹⁷ Die Universitätsleitung wurde gebeten, die von den Fachbereichen eingegangenen Stellungnahmen mit in die Denkschrift aufzunehmen.¹⁸ Die überarbeitete und um ausführliche Zitate aus diesen Stellungnahmen ergänzte Fassung wurde am 12. Februar 1988 vom Senat ohne Gegenstimmen bei drei Stimmenthaltungen verabschiedet. »Die Universität Mainz dürfte damit zu den wenigen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland gehören, die auf derartig breiter Grundlage ein Meinungsbild aus allen Fachbereichen herbeigeführt hat. Vielleicht ist sie derzeit sogar die einzige deutsche Hochschule.«¹⁹

Die Gliederung der Erstfassung der Denkschrift in sechs Teile blieb in der Senatsfassung ebenso erhalten wie auch der größte Teil der nachgeordneten Gliederungspunkte. Nur der zweite Teil bildet eine Ausnahme, worauf noch eingegangen wird. Deutlich größer ist indes der Umfang der Senatsfassung gegenüber der Erstfassung, was wesentlich auf die Integration von Stellungnahmen aus den Fachbereichen zurückzuführen ist. Dazu heißt es im Vorwort der Senatsfassung: »Die vielen zustimmenden Kommentare wurden – der Kürze halber – nicht aufgenommen, obwohl dadurch der Eindruck entstehen könnte, dass die 1. Fassung nur kritische Stellungnahmen gefunden hat. Das ist nicht der Fall. Vielmehr haben sehr viele Fachbereiche die Initiative der Universitätsleitung begrüßt und die erste Fassung sowie ihren [sic!] Inhalt prinzipiell gutgeheißen.«²⁰ Vergleicht man den eigentlichen Text der Denkschrift, so ist auch er überarbeitet. An einigen Stellen ist er gestrafft worden, an anderen Stellen neu strukturiert, was eine bessere Lesbarkeit zur Folge hat. Es gibt aber auch inhaltliche Veränderungen gegenüber der Erstfassung, die zum Teil die kontroverse Diskussion der Denkschrift in der Universität widerspiegeln. Die Ausformulierung der Ziele, Teilziele und Maßnahmen ist hingegen im Wesentlichen im Wortlaut beibehalten worden.

Nach einem Vorwort wird in der Denkschrift zunächst die »augenblickliche Situation«²¹ der JGU skizziert, gefolgt von »allgemeine[n] Überlegungen über zukünftige Entwicklungen«.²² Der dritte Teil behandelt die zukünftige Entwicklung in Forschung und Lehre.²³ Für diese Bereiche werden ein übergeordnetes Ziel²⁴ und 14 Teilziele formuliert. Ungewöhnlich für den Strategietext einer Hochschule ist der Inhalt des vierten Teils der Denkschrift. Unter dem Titel *Der Beitrag der Mitglieder der Universität Mainz zur zukünftigen Entwicklung*

Die Denkschrift von 1988 zur weiteren Entwicklung der JGU

thematisiert er die Universität als Arbeitsstätte und skizziert den Beitrag ihrer Mitglieder zur zukünftigen Entwicklung der JGU. Es wird zudem ausführlich auf Fragen der Führung eingegangen. Auf dieser Grundlage werden im fünften Teil wiederum ein übergeordnetes Ziel sowie zehn weitere Teilziele festgelegt »die die Mitarbeiter direkt betreffen und die indirekt zugleich der Weiterentwicklung von Forschung und Lehre dienen«. ²⁵ Im sechsten und letzten Teil der Denkschrift werden den Teilzielen Maßnahmen zugeordnet. Zudem wird festgehalten, wer innerhalb der Hochschulleitung für deren Umsetzung verantwortlich ist. ²⁶ Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich auf die beiden ersten Teile der Denkschrift, da hier wesentliche Punkte angesprochen werden, die Auskunft über die Strategiefähigkeit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz geben.

Die Ausführungen zum Status quo der Universität benennen zunächst deren Grundaufgaben: Forschung, Lehre und Krankenversorgung. Es folgen Überlegungen zur Rolle von Forschung und Lehre sowie zur Funktion der Universität als Mittlerin von Kultur und Bildung. Sodann wird der Leistungsstand anhand von Daten zur Situation von Forschung, Lehre und Ausstattung der Hochschule dargestellt, wobei auch Vergleichsdaten anderer Universitäten präsentiert werden, die eine Einordnung der Universität Mainz in die (west-)deutsche Hochschullandschaft erlauben. Indikatoren für den Bereich der Forschung sind die Anzahl der Promotionen und Habilitationen, Heisenberg-Stipendien, Humboldt-Preisträger und Berufungen (Außenrufe und Rufe an die JGU) sowie die Drittmittelinwerbungen (Normalverfahren Deutsche Forschungsgemeinschaft [DFG]), die Anzahl der Fachgutachter bei der DFG und die Anzahl der von der DFG geförderten Sonderforschungsbereiche. Indikatoren für den Bereich von Studium und Lehre sind der relative Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden in Westdeutschland, die Zahl der Studienanfänger und -anfängerinnen, die Nachfrage studienwilliger Abiturientinnen und Abiturienten nach wissenschaftlichen Hochschulen, das Fächerangebot, das fachspezifische Nachfrageprofil und die Examensraten im Medizinstudium. Zur Darstellung der Ausstattung der Universität Mainz werden folgende Daten dokumentiert: Anzahl der Personalstellen, unterschieden nach Statusgruppen, Zahl der Studierenden und der studentischen Arbeitsplätze sowie Finanzdaten.

Im Wissen um die Unvollständigkeit der Leistungsbilanz und der begrenzten Aussagekraft der Daten fassen die Verfasser der Denkschrift am Ende ihrer Ist-Analyse ihre Ergebnisse zunächst knapp zusammen. ²⁷ Dass trotz der festgestellten guten Situation strategische Überlegungen für die weitere Gestaltung der JGU notwendig sind, »um die Attraktivität von Mainz auf Studenten, aber auch auf Wissenschaftler zu vergrößern«, ²⁸ darauf weist der letzte Absatz dieses Abschnitts hin. Falls sich die westdeutsche Hochschullandschaft in den nächsten Jahren dadurch ändern sollte, dass einige Neugründungen schließen oder andere Universitäten ihre Anziehungskraft erhöhen, verlöre die Universität Mainz ihre Position. Es »[...] droht dann für Mainz die Mittelposition von heute in der Gruppe der ›alten‹ Universitäten zur Endposition von morgen zu werden.« ²⁹ In diesen Ausführungen klingt der bereits im Vorwort der Denkschrift genannte Anlass für die schriftliche Fixierung der Strategie wieder an: die Diskussion um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Universitäten.

Ist der erste Teil der Denkschrift in der Senatsfassung gegenüber der Erstfassung etwas gestrafft, so ist der nachfolgende zweite Teil mit seinen allgemeinen Überlegungen zu den zukünftigen Entwicklungen der Universität Mainz im Vergleich deutlich vergrößert worden. Sehr ausführlich wird die Erstellung eines Strategiekonzepts problematisiert. Hier finden sich auch viele Zitate aus den Stellungnahmen der Fachbereiche zu den Ausführungen der Denkschrift, während im ersten Kapitel nur ein einziger Kommentar eingefügt worden ist. ³⁰ Nimmt man die Ausführungen des ersten Teils mit hinzu, so scheint die inneruniversitäre Diskussion über den Nutzen der Erstellung eines Strategiekonzepts für den erfolgreichen Prozess der Weiterentwicklung der Universität sehr kontrovers gewesen zu sein. Zum einen sieht sich die Universität als Teil

der Gesellschaft und in Wechselwirkung mit ihr stehend. Von ihr erhalte sie die Rahmenbedingungen ihres Handelns und ihre Finanzierung. Dem stehe die Erwartung der Gesellschaft gegenüber, dass sie ihre gesetzlich vorgegebenen Aufgaben erfülle und damit die getätigten Investitionen rechtfertige. Universitätsmitglieder hätten in diesem Sinn Verantwortung für die Ergebnisse von Forschung und Lehre, bei gleichzeitig bestehender Freiheit von Forschung – und man wird hinzufügen können – auch von Lehre.³¹ Zum anderen stehe die Universität in einem klaren Spannungsverhältnis zu den Ansprüchen der Gesellschaft. Und dieses ergebe sich aus der neben Forschung und (forschungsnaher) Lehre in der Denkschrift skizzierten Rolle der Universität als Mittlerin von Kultur und Bildung beziehungsweise Sachwalterin von Wissenschaft und Kultur. In dieser Rolle »[...] wird auch sie zum Vermittler jenes Geistes, der dem menschlichen Leben über die bloße Sicherung materieller Existenz hinaus Orientierung und Sinn geben kann. Zu den Eigentümlichkeiten des Geistes gehört, daß er sich jeder Planung und Berechnung entzieht. [...] Hier geht es also um die Bewältigung von Risiko, um die Chance des Menschen, sein Glück zu machen. Ohne diese Chance gibt es weder Freiheit noch Menschenwürde«.³²

Die Universität als wissenschaftliche Einrichtung zeichnet sich ihrem Selbstverständnis nach also durch eine Doppelaspektivität aus: Sie hat den ihr vorgegebenen Rahmenbedingungen, Aufgaben sowie gesellschaftlichen Ansprüchen Rechnung zu tragen und zugleich den Fortschritt von Wissenschaft, Bildung und Kultur in ihrer Eigengesetzlichkeit zu unterstützen. Das aber verleiht jedem Versuch der Entwicklung eines gesamtuniversitären Strategiekonzepts eine gewisse Zwiespältigkeit. Denn um als Organisation effizient mit sich ändernden Studierendenzahlen und volatilen Finanzmitteln umgehen zu können, sind Planung, mittel- und langfristige Entscheidungen sowie ein vorausschauendes Handeln notwendig. Sollen Forschung, (forschungsorientierte) Lehre und ein kreatives Studium gefördert werden, bedarf es – umgekehrt – gerade nicht der Festlegung und Steuerung, sondern vielmehr der Gewährung von Freiräumen und freien Zeiten.

Die Notwendigkeit zur Ausarbeitung einer Hochschulstrategie Stellung zu beziehen, hat jedoch nicht nur mit dieser Widersprüchlichkeit der Aufgaben der Universität zu tun. Vielmehr machen die Verfasser der Denkschrift deutlich, dass die Entwicklung einer Strategie für die JGU in ihrer aktuellen Situation auch vor dem Hintergrund der Initiative *Wettbewerb und Differenzierung* der damaligen Bundesregierung zu sehen sind. In deren Rahmen seien die Universitäten dazu aufgefordert worden, angesichts rückläufiger Studierendenzahlen und einer möglichen Verknappung der finanziellen Ressourcen durch die Betonung der eigenen Spezifika und Schwerpunkte in einen Wettbewerb gegeneinander anzutreten. Die Verfasser der Denkschrift nennen auch Bedenken gegen eine Wettbewerbsorientierung im Hochschulbereich. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Ausführungen zum Programm der Bundesregierung in der Senatsfassung der Denkschrift mit diesen Überlegungen und einigen kritischen Kommentaren aus den Fachbereichen enden. Demgegenüber kommt die Erstfassung am Ende des gleichen Abschnitts zu folgendem Ergebnis:

»Trotz vieler Widerstände gewinnt das Programm der Bundesregierung immer weiter an Einfluss. Es ist bei der Entwicklung deutscher Universitäten in der nahen Zukunft unbedingt zu berücksichtigen. Das bedeutet, daß Universitäten sich sehr stark in ihren Leistungen vergleichen (lassen) müssen, und daß sie selbst auch ihre Stärken (und Schwächen) erkennen müssen, um die Schwerpunktbereiche im Sinne eines ›differenzierten Angebots‹ ins Spiel bringen zu können.«³³

Die Streichung dieses Textstücks wirft ein Schlaglicht auf eine der wesentlichen Differenzen zwischen der Erstfassung und der Senatsfassung der Denkschrift. Die Erstfassung benennt zwar Einwände gegen die Notwendigkeit der Entwicklung einer Universitätsstrategie, diese bleiben aber eher im Hintergrund: Um zukunftsfähig

zu bleiben, komme die Universität Mainz nicht umhin, ihrem Handeln eine mittel- und langfristige Strategie vorzugeben, auch wenn sich die Frage stelle, ob sie in dieser Situation überhaupt ausreichende Planungshoheit besitzt. Zu diesem Aspekt äußert sich auch die Erstfassung verhalten und entspricht mit ihren Ausführungen in gewisser Weise den eingangs referierten Überlegungen der Präsidenten Schneider und Harder.³⁴ Bemängelt wird die schlechte Abstimmung zwischen den für die JGU zuständigen Landesministerien und der Universität, die in vielen Bereichen fehlende oder zumindest sehr eingeschränkte Autonomie der Universität, ferner die Heterogenität der Wissenschaftskulturen und der mit diesen verknüpften Interessen sowie der fehlende Dialog zwischen ihnen. Hochschulstrategische Planungen würden zudem dadurch erschwert, dass Hochschulen stark und komplex vernetzte Systeme sind, wodurch die Kommunikation von Zielen und Maßnahmen zu großen Problemen und Frustrationen führen könnte.

Die Senatsfassung gibt gegenüber der Erstfassung den Bedenken gegen die Fixierung einer Universitätsstrategie deutlich mehr Raum, um aber zugleich bei der ursprünglichen Zielsetzung zu bleiben. Die Ausführungen der Erstfassung werden aufgegriffen und weiter ausgeführt, wobei zahlreiche Zitate aus den Stellungnahmen der Fachbereiche integriert werden. Sehr deutlich wird das Pro und Contra der Debatte. Zudem sind die Teilüberschriften für die Abschnitte des zweiten Teils nicht mehr wie in der Erstfassung bloße Stichworte, sondern sind überwiegend als Sätze gestaltet, sodass schon allein deren Lektüre den Argumentationsgang der Senatsfassung deutlich macht. Als »Tatsachen, die für eine Festlegung von Entwicklungsrichtungen und -zielen sprechen«,³⁵ werden angeführt: »2.2.1. Die Entwicklungen bei den Studentenziffern löst Planungsüberlegungen aus; 2.2.2. Das Programm ›Wettbewerb und Differenzierung‹ zwingt zum Nachdenken über die weitere Entwicklung; 2.2.3. Ein Teil der Planungshoheit und damit der Hochschulautonomie kann zurückgewonnen werden, wenn Ziele festgelegt werden.« Es folgen nun nicht einfach Gegenargumente, sondern »Tatsachen, die eher gegen eine Festlegung von Zielen sprechen bzw. die bei der Festlegung berücksichtigt werden müssen«: »2.3.1. Die Unterschiede zwischen Geistes- und Naturwissenschaften bedingen unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Festlegung von Zielen; 2.3.2. Schwerpunktbildung hat in den Geistes- und Naturwissenschaften unterschiedliche Bedeutung; 2.3.3. Das Problem der Kontrolle der Abhängigkeit wissenschaftlicher Forschung.«

Zu den Einwänden gegen jede Form von Hochschulstrategie gehört traditionell die Kritik an der ihr zugrundeliegenden Indikatoren-Orientierung, also an der Messbarkeit hochschulischen Handelns sowie an der Ableitung von Zielen und Maßnahmen aus der Erfassung eines Ist-Zustandes. Dies ist bei der Denkschrift der Universität Mainz nicht anders. In beiden Fassungen ist diesem Thema am Ende des zweiten Teils ein eigener Abschnitt gewidmet, der in der Senatsfassung etwas übersichtlicher gestaltet ist. Zunächst werden die Probleme bei der Auswahl der zu messenden Größen aufgelistet. Es folgt in Orientierung an einer Übersicht der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zur Leistungsmessung und Beurteilung von Hochschulen eine Aufzählung der wichtigsten Indikatoren zu Ausstattung, zu Leistungen in Forschung und Lehre, an die sich Zitate aus den Stellungnahmen der Fachbereiche anschließen, die diese ebenso wie Vergleichssysteme für deutsche Hochschulen kritisieren. Die Senatsfassung kommt zu dem Ergebnis, dass der Senat angesichts dieser Kritik der Fachbereiche abwägen muss, welche Indikatoren er der Universität vorschlagen will.³⁶

Da die Strategiefähigkeit einer Universität immer auch eine Frage ihrer Governance ist,³⁷ wird zum Abschluss der Überlegungen auch auf dieses Thema eingegangen, zumal die Denkschrift dazu einige Ausführungen enthält. Auch hierzu gibt es eine interessante Differenz zwischen den Textfassungen. In beiden sieht die Denkschrift in erster Linie die Mitglieder der Fachbereiche als »[...] letztendlich verantwortlich für die Durchführung der Zukunftsaufgaben«. ³⁸ Denn nur die Fachbereiche verfügen – ganz im Sinne Mintzbergs – über die für die Umsetzung einer Strategie notwendige Detailkenntnis, das heißt auch über die not-

wendigen Steuerungsdaten, die mit den Daten, die zentral in der Verwaltung beziehungsweise im Präsidium vorgehalten werden, zusammenfließen und abgeglichen werden müssen. Folgt man den Ausführungen der Senatsfassung, so hat der Senat die Vorgaben für die Erstellung eines gesamtuniversitären Rahmens zu beraten und zu beschließen. Die Universitätsleitung bereitet die Grundlagen für Beschlüsse dieser Art vor, so wie sie auch die Erstfassung der Denkschrift erstellt hat. In diesem gesamtuniversitären Rahmen sollen die Fachbereiche ihre Zukunftsentwicklungen selbst definieren und in diesem Zusammenhang auch die Probleme thematisieren, die den gewünschten Entwicklungen entgegenstehen. Empfohlen wird, dass die Fachbereiche ihre Berichte einmal im Jahr dem Senat vorlegen.

Vergleicht man diese Ausführungen mit denen der Erstfassung der Denkschrift zum selben Thema, so fällt deutlich auf, dass diese der Hochschulleitung – unbeschadet der Verantwortung der Fachbereiche – eine deutlich prominentere Funktion für die Weiterentwicklung der Universität zuweist, während der Senat eher im Hintergrund bleibt.³⁹ So heißt es in der Erstfassung: »Es ergibt sich somit ein Wechselspiel zwischen Fachbereichen und Universitätsleitung, die zuerst Vorgaben machen muß, um eine Koordination im Sinne ihrer ›Leitungsfunktion‹ wahrzunehmen. Die Fachbereiche müssen diese Vorgaben kommentieren, ggf. verändern, präzisieren, ausfüllen und schließlich umsetzen.«⁴⁰ Darüber hinaus sieht die Erstfassung die Hochschulleitung gerade im Bereich der Berufungen in der Pflicht, da diese das wichtigste strategische Instrument zur Weiterentwicklung der Universität seien und verweist zudem auf die Möglichkeit externer Beratung.⁴¹ Beide Passagen fehlen in der Senatsfassung, auch wenn beide Fassungen übereinstimmend aus der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Universitätsleitung zitieren und die Aufgabe der Hochschulleitung darin sehen, dass sie »[...] die Bedürfnisse einzelner Fächer gegen das Gesamtbedürfnis der Universität abzuwägen [...]«⁴² hat. Auf diese Differenz zur Erstfassung verweist die Senatsfassung ausdrücklich: »In der Erstfassung waren an dieser Stelle Vorschläge gemacht, nach denen die Universitätsleitung in stärkerem Maße koordinierend wirken sollte [...]. Dieser Tendenz zur Stärkung der Universitätsleitung wurde widersprochen.«⁴³

Keht man zum Abschluss dieser Überlegungen noch einmal an den Ausgangspunkt zurück, dann wird man die Denkschrift von 1988 als ein gleichermaßen mutiges wie kluges Unternehmen bezeichnen können. Mutig ist es, weil eine Hochschulleitung eine Hochschulstrategie in einer Phase entwickelte, in der die Autonomie der Hochschule weder von innen noch von außen gesichert war. Klug war es, weil sie mit einer vom Senat verabschiedeten Strategie die gesamte Universität gleichsam hinter sich und ihr Handeln versammeln konnte und die Hochschule in einer schwierigen Phase der Weiterentwicklung auf ihre Zukunft hin auszurichten vermochte. Mutig und klug zugleich war es, dass die Senatsfassung der Denkschrift mit der ausführlichen Integration kritischer Stellungnahmen auch die kontroverse Diskussion in der Universität dokumentierte und transparent machte. Gerade auf diese Weise wurde deutlich, dass der Strategieprozess an der Universität Mainz von einem intensiven Ringen gekennzeichnet gewesen ist und trotz des Gegeneinanders von gesamtuniversitärer Perspektive und partikulären Fachbereichsinteressen zu einem beachtenswerten Ergebnis hat kommen können.

Vor dem Hintergrund der kursorischen Ausführungen zu Fragen der Strategiebildung im Hochschulbereich seit den 1990er-Jahren ist es darüber hinaus überraschend festzustellen, dass die Denkschrift bereits zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt Fragen der Strategie adressierte, wenngleich sie in einigen Teilen selbst durch grundsätzliche Fragen zu deren Ausformung und eine insgesamt vorsichtige Argumentation geprägt war. Darin aber ist sie zugleich auch vorbildlich: Sie reflektierte das Für und Wider einer Hochschulstrategie und zeigte ein feines Gespür für die bleibenden Differenzen von Wirtschafts- und Wissenschaftssystemen.

Resümee

Schließlich ist zu beobachten, dass die grundsätzlichen Ambivalenzen zwischen Strategiebildung und Autonomie auf unterschiedlichen Handlungsebenen gewissermaßen als Kontinuum der vergangenen Jahrzehnte interpretiert werden können. Der grundsätzlichen Anerkennung von selbstgesteuerter Entwicklung auf Ebene der Fachbereiche sowie der Universität insgesamt stehen Ansätze der Strategiebildung sowie die Regulierung durch Förderprogramme entgegen, die Anreize für spezifische Entwicklungen setzen. Man könnte in diesem Sinne von einer Autonomie mit begrenzter Reichweite sprechen, die in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart durch wiederkehrende Versuche der Detailsteuerung überlagert werden. Insgesamt aber gilt für diesen frühen gesamtuniversitären Strategieprozess: »Die Universität Mainz, die auf Erfolge in Vergangenheit und Gegenwart hinweisen kann, hat hier eine gute Chance, aber auch ebenso die Pflicht zur Gestaltung der eigenen Zukunft.«⁴⁴

Anmerkungen

- 1 Vgl. Landesgesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz (Hochschulgesetz – HochSchG) vom 22.12.1970. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 2 vom 7.1.1971, S. 5–24.
- 2 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1978 bis WiSe 1978/79, S. I–IV. Die Berichte des Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.9.2020).
- 3 Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1979 bis WiSe 1979/80, S. 19f.
- 4 Vgl. Bericht des Präsidenten [Manfred Harder] vom SoSe 1981 bis WiSe 1981/82, S. 38f.
- 5 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung]; S6/93, Denkschrift [erweiterte Fassung] u. S7/670 Denkschrift [Senatsfassung]. Auf die erweiterte Fassung der Denkschrift vom Januar 1988 wird nicht eigens eingegangen, da sie fast identisch mit der Senatsfassung ist. Nur ein Unterschied fällt auf: Die vom Senat verabschiedete Version enthält eine Stellungnahme des Professoriums des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Denkschrift [Senatsfassung], S. 94–101). Hierzu heißt es: »Die ›Professorenschaft‹ des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hat eine Stellungnahme eingesandt, die zu Kontroversen geführt hat. Sie ist wohl die am stärksten ablehnende Meinungsäußerung, und sie sollte – so jedenfalls die Meinung des angegriffenen Präsidenten – gerade deswegen nicht unterdrückt werden. Im Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften treffen sich die Professoren in einer ›Professorenschaft‹ genannten Gruppe, der Akademische Mitarbeiter, Studenten und Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter nicht angehören. Diese Gruppierung hat keine hochschulrechtliche Relevanz. [...] Die Gruppe sandte – ohne Unterschrift aus der Gruppe der Professoren und ohne Unterschrift des Dekans, der die Stellungnahme weiterreichte, mit einiger Verspätung die Stellungnahme ein, die im Folgenden vollständig zitiert wird. [...] Der Senat hat auf seiner – die Denkschrift abschließend behandelnden Sitzung vom 12. Februar 1988 – den Antrag eines Senatsmitgliedes behandelt, die Stellungnahme aufzunehmen. [...] Der Vorschlag [...] wurde vom Senat mit 13 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.« Ebd., S. 94f. Diese Kontroverse ist, wie die Denkschrift in diesem Zusammenhang ausdrücklich vermerkt, auch öffentlich ausgetragen worden: »Wesentliche Teile finden sich – wörtlich – in einem von Herrn Universitätsprofessor Dr. Hans Heinrich Rupp verfaßten Artikel, der in den ›Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes‹ (Januar 1988) veröffentlicht wurde, und der die Diskussion in die bundesdeutsche akademische Öffentlichkeit trug. Der Präsident hat dazu im Februar-Heft 1988 der ›Mitteilungen‹ eine Gegendarstellung gemacht.« Ebd., S. 94. Generell sind die Stellungnahmen aus den verschiedenen Fachbereichen sehr umfassend und zugleich disparat; teilweise hebt sich die Kritik sogar gegenseitig auf. Ein gemeinsamer Nenner ist nicht erkennbar, daher kann hier im Einzelnen auch nicht auf diese Rückmeldungen eingegangen werden.
- 6 Vgl. Glotz: Kern.
- 7 Vgl. Musselin: Universities u. zusammenfassend z. B. Kehm: Hochschulen.
- 8 Vgl. Mintzberg: Structure; Weick: Educational Organizations u. Cohen u. a.: Garbage Can Model. Vgl. dazu zusammenfassend u. a. Schmidt: Evaluation u. Hüther/Krücken: Hochschulen.
- 9 Mintzberg: Structure.
- 10 Weick: Educational Organizations.
- 11 Cohen u. a.: Garbage Can Model.
- 12 Lange: New Public Management, S. 239.
- 13 Vgl. Power: Audit society.
- 14 Vgl. Schmidt/Wilkesmann: Ansichtssache.
- 15 Eine SWOT-Analyse dient als Instrument der strategischen Planung zur Positionsbestimmung und weiteren Strategieentwicklung von Unternehmen und Organisationen.
- 16 Vgl. UA Mainz, Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 2.
- 17 Vgl. ebd. S. 3.
- 18 Vgl. UA Mainz, S7/670, Denkschrift [Senatsfassung], S. 1.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd., S. 2–23.
- 22 Ebd., S. 24–64.
- 23 Hierzu heißt es in der Präambel der Senatsfassung, die gegenüber dem Vergleichstext der Erstfassung unter hochschulstrategischen Gesichtspunkten deutlich präziser formuliert ist: »Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz will ihre Anstrengungen in Forschung und Lehre fortsetzen und intensivieren. Sie will ihre Forschung verbessern, sie verstärkt über ihren Beitrag auf eine human gestaltete Welt reflektieren und ihre Lehre auf einem fachlich hohen Niveau verstärkt als Bildung in gesellschaftlicher Verantwortung gestalten.« Ebd., S. 65.
- 24 »Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz will in Forschung und akademischer Lehre im Vergleich zu anderen, nach Größe und Struktur vergleichbaren Universitäten einen sehr guten Platz einnehmen. Sie will in einer Vergleichsskala wissenschaftlicher Hochschulen im oberen Drittel unter den Besten rangieren.« Ebd., S. 69. Zur Illustration seien die drei ersten Teilziele genannt: Teilziel 1 »Forschungs- und Lehrschwerpunkte innerhalb der Universität müssen festgelegt werden, um Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe das Richtziel erreicht werden kann.« Teilziel 2: »Die Studienreform muß im Interesse einer Steigerung der Qualität der akademischen Lehre vorangetrieben werden, wobei sowohl inhaltliche wie organisatorische Änderungen nötig sind.« Teilziel 3: »Die Absolventen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sollen eine

- solche Qualifikation für ihre akademisch-berufliche Tätigkeit erhalten, daß sie im Vergleich zu Absolventen anderer wissenschaftlicher Hochschulen bessere Chancen haben.« Ebd., S. 76.
- 25 Ebd., S. 103. »Die Arbeitsbedingungen in der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, sollen so verbessert werden, dass das Erreichen der Ziele in Forschung und akademischer Lehre möglich wird.« Ebd., S. 104. Zur Illustration seien auch hier die ersten drei Teilziele genannt: Teilziel 1 bzw. 15: »Die Arbeitsbedingungen der Menschen im staatlichen ›Wissenschaftsunternehmen‹ Universität sollen verbessert werden, um die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Hochschule zu verbessern.« Teilziel 2 bzw. 16: »Das Betriebsklima soll entsprechend verbessert werden.« Teilziel 3 bzw. 17: »Die Kommunikation innerhalb der Universität (etwa zwischen Universitätsleitung und den Universitätsgremien, zwischen den einzelnen Ebenen der Hierarchie im akademischen oder auch zentralen Verwaltungsbereich) soll verbessert werden, um Reibungsverluste abzubauen.« Ebd., S. 105.
- 26 Vgl. ebd., S. 107–188. Illustriert sei dies am Beispiel von Teilziel 1, das die Feststellung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten innerhalb der Universität zum Gegenstand hat. Folgende Maßnahmen werden festgelegt: (1) Erstellung einer Umfrage in beiden Bereichen und Sichtung der Daten sowie Festlegung einer Beschlussvorlage für die zu beteiligenden Gremien; (2) Untersuchung der sächlichen, personellen und finanziellen Konsequenzen, die sich aus der Schwerpunktbildung ergeben, sowie der Nebenwirkungen auf andere, nicht als Schwerpunkte ausgewiesene Bereiche, (3) Beschlussfassung in den Gremien; (4) Fokussierung der Maßnahmen auf die Schwerpunkte und auf die festgelegte Strategie; (5) Erstellung eines Kontrollsystems, das Erfolge wie Mängel erfasst. Vgl. ebd., S. 110.
- 27 Im Vergleich mit den rund 50 westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulen nehme die Mainzer Universität »sehr häufig gute Plätze, oft im oberen Drittel, ein [...]«. Ebd., S. 23. Diese Aussage wird sodann hinsichtlich Forschung und Lehre differenziert nach den Fachkulturen der Universität. Eine Position im ersten Drittel zeige sich auch bei der Nachfrage nach Studienplätzen. Die Universität weise eine in vielen Fächern hohe bis sehr hohe Attraktivität für Studienanfänger auf. Vgl. ebd. Die überdurchschnittlichen Leistungen zeigten, dass trotz steigender Studierendenzahlen und parallel nicht gleichermaßen gesteigener Mittelzuweisungen die Universität die Überlast »geduldig und pflichtschuldig« getragen habe. Vgl. ebd. In der Erstfassung der Denkschrift findet sich an dieser Stelle noch der Hinweis, »[...] um den politisch gewollten Ausbau der beiden Universitätsneugründungen in Rheinland-Pfalz nicht zu stören«. UA Mainz, Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 25.
- 28 UA Mainz, S7/670, Denkschrift [Senatsfassung], S. 23.
- 29 Ebd.
- 30 Zitiert wird aus der Stellungnahme des Fachbereichs Mathematik, derzufolge die Universität ihre Rolle als Ort der Grundlagenforschung nicht aufgeben dürfe. Vgl. ebd., S. 3.
- 31 Vgl. ebd., S. 2 f.
- 32 Ebd., S. 5. Zur Umsetzung dieser Aufgabe – so die Denkschrift – sei über die Inhalte von Bildung und ihre Verankerung im Hochschulbereich nachzudenken. Favorisiert wird die Interdisziplinarität. Vgl. ebd. In der Erstfassung der Denkschrift ist dieser Gedanke mit der Forderung nach einer Stärkung des Studiums generell verbunden. Vgl. UA Mainz, Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 9.
- 33 UA Mainz, Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 31.
- 34 Vgl. dazu ebd., S. 32–38.
- 35 Dazu und zum Folgenden UA Mainz, S7/670, Denkschrift [Senatsfassung], S. 189.
- 36 Vgl. ebd., S. 57.
- 37 Der Wissenschaftsrat versteht in Anlehnung an Arthur Benz u. a. in seinen Empfehlungen zur Hochschulgovernance (Drs. 7328-18, Oktober 2018) unter »Governance« »alle Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind, sich also wechselseitig beeinträchtigen oder unterstützen können«. Vgl. Benz u. a.: Einleitung.
- 38 UA Mainz, S7/670, Denkschrift [Senatsfassung], S. 45 u. Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 39.
- 39 Vgl. UA Mainz, Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 39 f.
- 40 Ebd., S. 39.
- 41 Vgl. ebd., S. 44.
- 42 UA Mainz, S7/670, Denkschrift [Senatsfassung], S. 50 u. Best. 70/625, Denkschrift [Erstfassung], S. 43.
- 43 UA Mainz, S7/670, Denkschrift [Senatsfassung], S. 50.
- 44 Ebd., S. 65.

Wissenschaftspolitik in Rheinland-Pfalz 1991–2006

Ein Essay

E. Jürgen Zöllner

Der Blick eines politischen Akteurs auf die Wissenschaftspolitik in Rheinland-Pfalz in den Jahren von 1991 bis 2006 ist zwangsläufig subjektiv geprägt, sodass das Folgende nicht den Anspruch eines wissenschaftlichen Aufsatzes erhebt, sondern den eines Essays. Eine solche Betrachtung ist zudem ohne den weiten Blick zurück nicht möglich. Nach der Neugründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) durch die französische Besatzungsmacht im Mai 1946 ist es das Verdienst der Landesregierungen vor 1991, durch die Schaffung der Fachhochschule Rheinland-Pfalz (1971) und der zunächst als Doppelseinrichtung geführten Universitäten in Kaiserslautern und Trier (1970) einen soliden Grundstein zum Aufbau der Wissenschaftslandschaft in Rheinland-Pfalz gelegt zu haben. 1990 wurde die Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz in die Universität Koblenz-Landau überführt. Weiter war es gelungen, zwei Max-Planck-Institute in Mainz anzusiedeln. Darüber hinaus gab es zunächst jedoch keine nennenswerten außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die insbesondere für die Spitzenforschung in Schwerpunktbereichen und für den Wissenstransfer ein unverzichtbares Element einer zukunftsfähigen Wissenschaftslandschaft darstellen. Anfang der 1990er-Jahre stand Rheinland-Pfalz wissenschaftspolitisch vor großen Herausforderungen, denn in einer Wissenschaftsgesellschaft ist die Zukunftsfähigkeit eines Landes entscheidend von einer quantitativ und qualitativ gut ausgebauten Wissenschaftslandschaft abhängig.¹ Dies gilt für ganz Deutschland, aber ins-



Porträt von E. Jürgen Zöllner aus dem Jahr 2014. Foto: zweifrauwerk // Mahrin & Sattler GbR, Quelle: Stiftung Charité.

Emil Jürgen Zöllner wurde am 11. Juli 1945 in Mährisch Neustadt geboren und ist seit 2012 Mitglied im Vorstand der Stiftung Charité. Zwischen 1964 und 1969 studierte er Medizin in Freiburg im Breisgau und in Mainz, wurde 1970 promoviert und habilitierte sich 1975 ebenfalls an der JGU. 1977 wurde Zöllner dort zum Professor für Physiologische Chemie berufen. Von 1983 bis 1990 war er Vizepräsident, 1991 Präsident der Universität. Von 1991 bis 2006 war er Bildungs- und Wissenschaftsminister in Rheinland-Pfalz, ab Mai 2006 zusätzlich stellvertretender Ministerpräsident. 2006 wechselte Zöllner nach Berlin, wo er als Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin die Innenpolitik bis 2011 prägte. Zwischenzeitlich bekleidete Zöllner auch das Amt des Präsidenten der Kultusministerkonferenz (2007), hatte den Vorsitz in der Jugend- und Familienministerkonferenz (2008) inne und war von 2008 bis 2011 Mitglied des Vorstands der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, deren Vorsitz er im jährlichen Wechsel mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung übernahm. Zwischen 1991 und 2011 war Zöllner zudem Mitglied im Wissenschaftsrat und zeitweise Vorsitzender der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrats.²

besondere für ein Land wie Rheinland-Pfalz, da andere wichtige Standortfaktoren wie große Industrien oder starke Dienstleistungsbereiche hier kaum vorhanden waren und sind. Konkret bedeutete dies die Notwendigkeit einer Aufholjagd in der Anzahl der Studienplätze und auch in Bezug auf die gezielte Forschungsförderung, insbesondere in Spitzenbereichen. Dafür mussten dringend außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt und damit verbundene Organisationsstrukturen den bundesweit geltenden Wettbewerbsbedingungen angepasst werden. Dies war ein ambitioniertes Ziel in Anbetracht dessen, dass Rheinland-Pfalz eines der finanzschwächsten Bundesländer war und noch immer ist.

Zahlreiche Entwicklungen, die ich im Folgenden aus meiner persönlichen Erinnerung heraus aufgreifen möchte, waren für die rheinland-pfälzische Wissenschaftspolitik prägend:

1. Anfang der 1990er-Jahre kam auf das Bundesland ein besonderes Problem zu: die Konversion, also der Abzug der amerikanischen Streitkräfte in großem Umfang. Ungefähr 40.000 Arbeitsplätze fielen damit weg und ganze Landstriche, zum Beispiel im Hunsrück, standen plötzlich ohne Perspektive da. Ministerpräsident Kurt Beck forderte von mir als seinem Wissenschaftsminister, dass die Wissenschaft einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit dieser Regionen leisten sollte. Da wir von der politischen Bedeutung von Hochschuleinrichtungen für die Zukunftsfähigkeit von Regionen überzeugt waren, wurden in den Folgejahren die Standorte Zweibrücken (1994) und Birkenfeld (1996) als Außenstellen der Fachhochschule eingerichtet. Ein weiterer Ausbau des Fachhochschulbereichs erfolgte nach der Entscheidung zur Verlegung der Bundesregierung von Bonn nach Berlin im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs. 1998 wurde auch in Remagen ein Standort der Fachhochschule Koblenz ins Leben gerufen. Die Fachhochschule Rheinland-Pfalz, ursprünglich 1971 gegründet, war nun über mehrere Standorte verteilt. Und sie war ein Erfolg: Die Zahl der Studierenden war kontinuierlich gestiegen und 1996 auf über 21.000 angewachsen. Da die Landesregierung allgemein großes Interesse am Ausbau der Studienplätze an den Fachhochschulen hatte und letztere von besonderer Bedeutung für die regionale Ausbildung hochqualifizierter junger Menschen und den Wissenstransfer in der Wissenschaftsgesellschaft sind, musste die Organisation der Fachhochschule den künftigen Herausforderungen angepasst werden. Folgerichtig wandelten wir die große Fachhochschule Rheinland-Pfalz 1996 in damals sieben selbstständige Hochschulen um. Auch dieser Schritt entfaltete positive Potenziale: Die Regionen identifizieren sich seither viel stärker mit »ihrer Fachhochschule«, die rheinland-pfälzischen Hochschulen gewannen an Profil und genießen bis heute hohes Ansehen und: Rheinland-Pfalz selbst nimmt aktuell einen Spitzenplatz ein, was den Anteil von Studienplätzen an deutschen Fachhochschulen betrifft.
2. Alle Universitätskliniken in Deutschland waren Anfang der 1990er-Jahre Teil einer Universität mit kame-ralistischer Haushaltsführung und allen daraus resultierenden Konsequenzen. Es war offensichtlich, dass in dieser Organisationsform ein Universitätsklinikum weder in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreich geführt noch die Aufgabe der Krankenversorgung im Supramaximalbereich optimal bewältigt werden konnte. Deshalb kam es 1995 zur Strukturreform des Klinikums der JGU, mit der sie eine Art Trendsetter wurde. Das Klinikum wurde in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt mit dem Ziel, die Eigenverantwortlichkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu erhöhen, einschließlich der Bewirtschaftung der zugewiesenen Mittel und einer uneingeschränkten Zuständigkeit in der Stellenbewirtschaftung.³ Diesem Beispiel folgten in kürzester Zeit praktisch alle Universitätskliniken in Deutschland. Dass Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle einnehmen konnte, hängt möglicherweise damit zusammen, dass das Land nur ein Universitätsklinikum besaß und Kämpfe mehrerer Universitätskliniken untereinander während des Um-

Bedeutende Entwicklungen der rheinland-pfälzischen Wissenschaftspolitik

wandlungsprozesses ausgeschlossen waren. Auch die Tatsache, dass der zuständige Minister früher selbst Mitglied des Fachbereichs Medizin gewesen war und als Vizepräsident und Präsident der JGU ein Basisvertrauen bei den Klinikchefs genoss, hat wohl geholfen, Interventionen, auch von höchster Stelle der Bundespolitik, abzuwehren.

3. Auf der Basis einer Studie, die das Land bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Auftrag gegeben hatte, gelang 1995 die Gründung zweier Fraunhofer-Institute in Kaiserslautern. Neben dem Institut für Experimentelles Software Engineering wurde das Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik ins Leben gerufen. Im Jahr 2004 traf die Max-Planck-Gesellschaft die Entscheidung, in Kaiserslautern ein Institut für Softwaresysteme als Teil einer gemeinsamen Einrichtung mit Saarbrücken zu gründen. Gemeinsam mit den starken wissenschaftlichen Instituten und der hohen Forschungskompetenz der TU Kaiserslautern, den beiden Fraunhofer-Instituten und dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz wurde die Region und damit das ganze Land zu einem weltweit sichtbaren Zentrum für die Informationstechnologie ausgebaut – lange bevor »künstliche Intelligenz« in aller Munde war.
4. Noch wichtiger als die Höhe der Finanzzuweisungen an Hochschulen ist die Art und Weise der Mittelzuweisung. Nicht gewachsenes Unrecht oder geschickter Lobbyismus bei Haushaltsverhandlungen, sondern belastungs- und leistungsbezogene Kriterien müssen dafür die Messlatte sein. Deshalb wurde nach einem Mittelverteilungskonzept für die laufenden Mittel für Forschung und Lehre 1998 auch ein Personalbemessungskonzept (PBK) für die Hochschulen in Rheinland-Pfalz eingeführt. Viele Bundesländer folgten diesem Beispiel, agierten dabei aber zaghaft und setzten das PBK meist nur für einen Teil der staatlichen Finanzierung der Hochschulen um. Rheinland-Pfalz bewies mehr Mut und Systematik und versuchte, möglichst alle Zuweisungen einzubeziehen und die unterschiedlichen Hochschularten annähernd gleich zu behandeln.
5. Ab 2004 kam es in mehreren Bundesländern zur Einführung von Studiengebühren. Wenngleich die Belastung der Hochschulen durch Langzeitstudierende als ein gesellschaftliches Thema auch der rheinland-pfälzischen Landesregierung bewusst war, wollten wir diesem Beispiel nicht folgen. Unsere Entscheidung war klar: Wir wollen keine sozialen Studienhürden errichten. Wegen der angespannten finanziellen Situation und einer möglichen Gefahr, dass die Hochschulen durch ausweichende Studierende aus anderen Bundesländern überfüllt werden würden, musste das Land reagieren. Die Lösung war die Einführung eines Studienkontos für jeden Studierenden, vereinfacht: Nach mehr als dem 1,75-fachen der Regelstudienzeit sollten für die betreffenden Studierenden Gebühren anfallen. Damit wurden keine Hürden errichtet, aber dennoch Leistungsanreize für ein zügiges Studium gesetzt und gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, ein nicht vollständig aufgebrauchtes Studienkonto für – unter Umständen gebührenpflichtige – Weiterbildungsstudienangebote an Hochschulen zu nutzen.
6. Deutschland hat eines der besten Hochschulsysteme der Welt. Zunehmend machte sich jedoch das Bewusstsein breit, dass im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe Leuchttürme fehlten, die diesen attraktive Arbeits- und Forschungsbedingungen bieten und sie zu einem Wechsel nach Deutschland motivieren konnten. Bald war klar, dass es ohne zusätzliche Bundesmittel nicht möglich sein würde, einzelne Universitäten auf internationales Spitzenniveau zu führen und dort konkurrenzfähig zu machen. Vor diesem Hintergrund erklärte Bundesministerin Edelgard Bulmahn im Januar 2004, dass der Bund bis zu fünf Universitäten mit 50 Millionen Euro pro Jahr zu fördern bereit sei. Noch am selben Tag lehnte ich diesen Vorschlag öffentlich ab und schlug alternativ einen Wettbewerb aller Universitäten zur Einrichtung von Graduiertenschulen und Exzellenzclustern vor. Dieser Wettbewerb sollte auch dazu dienen, jene Universitäten zu identifizieren, die dauerhaft mit zusätzlichen Bundesmitteln unterstützt werden sollten. Ministerin Bulmahn übernahm den Vorschlag schon nach wenigen Tagen, jedoch dauerte es noch mehr als ein Jahr,

bis nach zähen Verhandlungen die bekannte Exzellenzinitiative mit ihren drei Säulen – Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und eine Förderung für ein Zukunftskonzept – beschlossen wurde. Hier ist von Rheinland-Pfalz aus eine Weichenstellung in der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, die diese bis heute entscheidend prägt. Leider waren wir in der ersten Runde 2006 nicht und in der zweiten Runde 2007 nur mit einer Graduiertenschule in Mainz, *Materials Science*, erfolgreich. Ich verschweige nicht, dass ich selten so niedergeschlagen war wie am Tag der Entscheidung der ersten Runde. Diese Entscheidung brachte zugleich eine neue Herausforderung für die rheinland-pfälzische Wissenschaftspolitik mit sich, auf die wir 2006 mit dem Exzellenzprogramm *Wissen schafft Zukunft* reagierten. In einem Maßnahmenbündel, das grundsätzlich alle Bereiche von Forschung und Lehre umfasste, einen Schwerpunkt aber im Bereich der Spitzenforschung und des Wissenstransfers setzte, wurden allein für die Jahre 2006 und 2007 50 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Dies hat sicher einen Beitrag für den Erfolg in der dritten Runde geleistet, den die JGU zusammen mit der TU Kaiserslautern und außeruniversitären Einrichtungen durch die Einwerbung einer Graduiertenschule (*Materialwissenschaft IN MainZ*) und eines Exzellenzclusters (*Präzisionsphysik, Fundamentalkräfte und Struktur der Materie*) erzielte.

Wie hat sich nun die Wissenschaftslandschaft in Rheinland-Pfalz in dem betrachteten Zeitraum verändert? An dieser Stelle ist eine detaillierte Analyse nicht möglich. Einige Zahlen, basierend auf Angaben des Statistischen Bundesamts, ermöglichen aber – mit allem Vorbehalt – eine grobe Einschätzung: Die Zahl der Studierenden hat sich von 1990 bis 2006 um 45 Prozent erhöht.⁴ Die Erhöhung ist damit die stärkste unter den Flächenländern der alten Bundesrepublik. Dort stieg die Zahl der Studierenden insgesamt nur um sechs Prozent. Rheinland-Pfalz ist insgesamt von einem Export- zu einem Importland für Studierende geworden. Im gleichen Zeitraum waren die Ausgaben für die Hochschulen der größte Schwerpunkt im Landeshaushalt. Sie stiegen um circa 60 Prozent, während der Gesamthaushalt im selben Zeitraum nur um etwas über 30 Prozent gewachsen ist. In der Finanzierung eines Studienplatzes lag Rheinland-Pfalz 2006 dennoch im untersten Drittel. Als Hinweis für die Forschungssituation mögen die eingeworbenen Drittmittel pro Professur dienen. Auch hier lag Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich 127.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Eine Analyse der Bund-Länder-Finanzströme (Forschungsförderung durch den Bund), von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) ab 2006 zur Verfügung gestellt, ermöglicht einen Blick auf die außeruniversitäre Forschungslandschaft. Der Anteil, den Rheinland-Pfalz hier an Bundesmitteln erhielt, ist zwischen 2006 und 2012 um 26,5 Prozent gestiegen. Dies ist zwar der größte Anstieg aller Bundesländer, jedoch reicht es auch hier nur für einen Platz im untersten Drittel. Das hochgesteckte Ziel, bei dem gemeinsam von den Ländern finanzierten Vorhaben zumindest nicht mehr Nettozahler zu sein, war bis 2012 noch nicht erreicht worden. Rheinland-Pfalz zahlte 2012 noch immer 23 Millionen Euro mehr in die gemeinsam von allen Ländern finanzierte Forschungsförderung ein, als es aus diesem Topf erhielt. Trotz aller Fortschritte blieb und bleibt für die rheinland-pfälzische Wissenschaftspolitik noch viel zu tun.⁵

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.
- 2 Lebenslauf von Jürgen Zöllner über die Stiftung Charité, URL: <https://www.stiftung-charite.de/stiftung-charite/vorstand-und-mitarbeiter/> (abgerufen am 15.5.2020).
- 3 Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul in diesem Band.
- 4 Eigene Aufzeichnungen des Autors (1990) sowie weiterführende Informationen über die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, URL: [https://www.](https://www.destatis.de/GPStatistik/receive/DEHeft_heft_00005732)

[destatis.de/GPStatistik/receive/DEHeft_heft_00005732](https://www.destatis.de/GPStatistik/receive/DEHeft_heft_00005732) (abgerufen am 26.6.2019).

- 5 Vgl. dazu die Bund-Länder-Finanzströme im Bereich der gemeinsamen Forschungsförderung 2002–2006, URL: <http://www.blk-bonn.de/finanzstroeme/> u. GWK (Hrsg.): Gemeinsame Forschungsförderung des Bundes und der Länder. Finanzströme im Jahr 2012 (Materialien der GWK 35), URL: <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-35-Finanzstroeme2012.pdf>, S. 9 u. 48 (beide abgerufen am 26.6.2019).

The Gutenberg Spirit: Moving Minds – Crossing Boundaries

Das Zukunftskonzept der JGU und dessen Umsetzung in den Jahren 2011 bis 2020

Georg Krausch

Im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder hat die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) in den Jahren 2010 und 2011 ein Zukunftskonzept erarbeitet.¹ Das gemeinsame Motto *The Gutenberg Spirit: Moving Minds – Crossing Boundaries* erinnert an die große Bedeutung der Gutenbergschen Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, die erstmals die Information breiter Teile der Gesellschaft, nicht zuletzt als notwendige Voraussetzung demokratischer Mitbestimmung, ermöglicht hat. Die Suche nach neuen Einsichten und die Entwicklung und Umsetzung von Innovationen zur Verbesserung der Lebensumstände der Menschen wird hier als vorbildlich für den Wissenschaftsprozess selbst zitiert. Als Bildungseinrichtung will die Universität zudem Menschen bewegen – als Einheit ihrer Mitglieder strebt sie danach, jegliche hinderlichen Barrieren zu überwinden.

Das Zukunftskonzept diente als Richtschnur für die weitere Entwicklung der JGU und wurde in den Folgejahren – auch ohne zusätzliche finanzielle Förderung im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs – weitgehend umgesetzt. Der vorliegende Beitrag beschreibt wesentliche Aspekte des Zukunftskonzepts und zieht eine erste Bilanz des Erreichten.

*Kreative Köpfe prägen die
Wissenskultur der JGU –
mit ihren Talenten und
dem Mut, die vielfältigen
Grenzen zu überschreiten,
denen sie täglich
begegnen. Foto: Thomas
Hartmann, Quelle: JGU*



Das Zukunftskonzept der JGU (im Folgenden: ZUK) basiert auf einigen grundlegenden Überzeugungen zum Wesen der Universität:

- Die Entwicklung der Universität ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Mitglieder. Daher ist breite Partizipation in der Entwicklung und Umsetzung strategischer Konzepte unverzichtbar. Der Leitung der Universität kommt dabei eine initiiierende, koordinierende und operativ umsetzende Rolle zu.
- Forschung und forschungsgeleitete Lehre sind konstitutiv für die Universität; sie bedingen einander, und ihre enge Verknüpfung unterscheidet die Universität von anderen Einrichtungen des tertiären Bildungsektors.
- Spitzenleistungen in Forschung und Lehre setzen stets Spitzenleistungen einzelner Wissenschaftler_innen voraus. Daher kommt der qualitätsorientierten Auswahl und der Unterstützung Einzelner eine besondere Bedeutung zu. Dies betrifft insbesondere auch Wissenschaftler_innen in der frühen Phase ihrer Karriere.
- Die fachliche Vielfalt ist ein Profilmerkmal der Volluniversität. Die Endlichkeit des zur Verfügung gestellten Budgets bedingt jedoch die Notwendigkeit prioritätsentscheidender Haushaltsentscheidungen, das heißt einer fachlichen Profilbildung der Universität, nicht zuletzt, um die Attraktivität der JGU im Wettbewerb um die besten Köpfe zu verbessern.
- Die fachliche Vielfalt führt zu teilweise stark unterschiedlichen Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Fachdisziplinen. Die daraus resultierenden Spannungen gilt es offen zu adressieren und bei der Entwicklung einer Strategie zu berücksichtigen.
- Wissenschaft kennt keine Grenzen zwischen Nationen oder Kulturen. Daher kommt dem internationalen und interkulturellen Austausch eine wichtige Rolle zu.
- Die Universität hat den Anspruch, in aktuellen gesellschaftlichen Diskursen eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dies gilt zum Beispiel bei Fragen der Gleichstellung der Geschlechter oder im Umgang mit der Vielfalt ihrer Mitglieder.
- Die Universität versteht sich als integraler Teil der Gesellschaft, mit der sie in stetigem Austausch steht. Sie entwickelt vielfältige Formate, die diesen Austausch ermöglichen und intensivieren.

Die Exzellenzkollegs

Ausgehend von diesen Überzeugungen adressiert das ZUK der JGU den Anspruch der Partizipation, der Unterstützung Einzelner und der hohen Bedeutung von Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung durch die Einrichtung von drei Exzellenzkollegs, in denen jeweils Mitglieder der JGU vertreten sind, die besondere Leistungen in Forschung, Lehre oder der Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbracht haben. Die Mitglieder der Kollegs werden aufgrund ihrer individuellen Leistungen durch die Leitung der Universität im Einvernehmen mit dem Senat für drei Jahre berufen. Im Gutenberg Forschungskolleg (GFK), das bereits 2007 durch einen Senatsbeschluss eingerichtet wurde, sind rund 20 ausgezeichnete Wissenschaftler_innen vertreten, deren Auswahl sowohl die breite Fächerkultur der JGU als auch die zunehmende Anzahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Mainz widerspiegelt.² Das GFK berät die Leitung der Universität hinsichtlich der Profilbildung und Weiterentwicklung in der Forschung und befördert die interdisziplinäre Vernetzung der Wissenschaftler_innen. Darüber hinaus verfügt das GFK über eigene Mittel zur Unterstützung einzelner Wissenschaftler_innen im Rahmen so genannter Gutenberg Fellowships, die nicht zuletzt zur Rekrutierung eingesetzt werden können.

Nach den positiven Erfahrungen mit der Arbeit des GFK wurden gemäß ZUK 2011 und 2014 entsprechende Kollegs für die Lehre (Gutenberg Lehrkolleg [GLK]) und für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Gutenberg Nachwuchskolleg [GNK]) eingerichtet.³

Kernelemente des Zukunftskonzepts von 2011

Die Dualität der Aufgaben – strategische Beratung einerseits und individuelle Förderung andererseits – ist charakteristisch für alle drei Kollegs. Die Entscheidungen zur Förderung werden von den Kollegs weitgehend unabhängig von der Universitätsleitung und von den Fachbereichen getroffen.⁴ Die strategische Beratung erfolgt auf Wunsch der Universitätsleitung oder der Fachbereiche, kann aber auch eigeninitiativ aus dem Kolleg heraus entstehen. Entsprechende Entscheidungen auf der Basis dieser Empfehlungen werden in den zuständigen Organen der JGU getroffen.

Die Schärfung des Forschungsprofils und die Förderung individueller Exzellenz in der Forschung

Das ZUK benennt als erstes Teilprojekt die weitere Schärfung des Forschungsprofils und die Förderung herausragender Wissenschaftler_innen. Hier kommt der Beratungs- und Förderfunktion des GFK eine große Bedeutung zu. Sowohl im Vorfeld der Entscheidungen über zusätzliche Forschungsfördermittel im Rahmen der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz⁵ als auch in Auswahl und Vorbereitung der Vorträge auf Einrichtung von Exzellenzclustern und Graduiertenschulen im Rahmen der Exzellenzprogramme des Bundes und der Länder gab es klare Empfehlungen des Kollegs, denen sich die Universitätsleitung und der Senat der JGU stets weitgehend angeschlossen haben. So konnten in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative 2011 drei Vorträge auf Einrichtung von Exzellenzclustern sowie ein Vortrag auf Weiterförderung einer Exzellenzgraduiertenschule eingereicht werden.⁶ Bemerkenswert ist, dass alle zum Vortrag aufgeforderten Initiativen gemeinsam mit Instituten der außeruniversitären Forschung in Mainz erarbeitet wurden (PRISMA: Helmholtz-Institut Mainz; ERA: MPI für Chemie; MCNE, MAINZ: MPI für Polymerforschung). Der Exzellenzcluster PRISMA⁷ und die Graduiertenschule der Exzellenz MAINZ⁸ waren schließlich erfolgreich und wurden in die Bund-Länder-Förderung aufgenommen. Diese beiden Erfolge in den Profildomänen Kern- und Teilchenphysik und Materialforschung waren die Grundlage für eine Vortragstellung im Wettbewerb um den Titel einer Exzellenzuniversität, in dessen Zentrum das hier beschriebene Zukunftskonzept stand.

Flankiert wurden diese strukturellen Entscheidungen durch die Vergabe von gut sechzig GFK-Fellowships,⁹ die teilweise explizit zur weiteren Stärkung der Profildomänen dienten. Als sehr erfolgreich kann dabei das Instrument der GFK-Fellowships zur Rekrutierung neuer Wissenschaftler_innen bezeichnet werden – so ist es vielfach gelungen, Wissenschaftler_innen zu gewinnen, die mit hochkarätigen Preisen ausgezeichnet waren und zuvor an herausragenden Universitäten und Forschungsreinrichtungen im In- und Ausland tätig waren. Ohne die vom GFK zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel wäre manche Berufung vermutlich nicht erfolgreich gewesen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass ein wesentlicher Teil der GFK-Fellowships auch außerhalb der etablierten Profildomänen der JGU vergeben wurde. Dies hat wiederholt zur Ausbildung sehr erfolgreicher neuer Initiativen geführt, die ihrerseits profildbildend gewirkt haben. Beispielhaft sei hier die mit einem GFK-Fellowship ermöglichte Gründung des Exzellenzprogramms Barock Vokal erwähnt, das inzwischen zu einem weit über Mainz hinaus sichtbaren Profildomänenmerkmal der JGU und ihrer Musikhochschule geworden ist.¹⁰

Die üblichen Kennzahlen zur Forschungsleistung der JGU haben sich in der zurückliegenden Dekade äußerst positiv entwickelt. So hat sich beispielsweise das Drittmittelaufkommen in zehn Jahren mehr als verdoppelt.¹¹ Auch die Tatsache, dass die JGU derzeit an einem Exzellenzcluster und 19 Sonderforschungsbereichen¹² sowie 13 Forschungsgruppen¹³ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) beteiligt ist, und nicht zuletzt die bundesweit führende Position der Naturwissenschaften der JGU im jüngsten Förderatlas der DFG von 2018 sprechen eine ähnliche Sprache.¹⁴ Hinsichtlich der Förderung der individuellen Exzellenz wurden im betrachteten Zeitraum drei Humboldt-Professuren eingeworben, und vierzig Wissenschaftler_innen wurde einer der renommierten ERC-Grants zugesprochen, davon sieben Proof of Concept-Förderungen.



Zu den besonderen Stärken des Exzellenzclusters PRISMA+ (Precision Physics, Fundamental Interactions and Structure of Matter) gehört auch die Entwicklung und der Bau innovativer Detektorsysteme. Foto: Thomas Hartmann, Quelle: JGU.

Die Strategiefähigkeit der JGU: Neuaufbau konkurrenzfähiger Lebenswissenschaften

Um die Strategiefähigkeit der JGU und ihrer Organe an einem Beispiel zu demonstrieren, benennt das ZUK als zweites Teilprojekt die Gestaltung des zum damaligen Zeitpunkt anstehenden umfassenden Generationswechsels im Fachbereich 10: Biologie.¹⁵ Durch die gerade erfolgte Gründung des durch die Boehringer Ingelheim Stiftung finanzierten Instituts für Molekulare Biologie (IMB)¹⁶ auf dem Campus der JGU war ein Nukleus für die Etablierung einiger weniger konkurrenzfähiger biologischer Schwerpunktbereiche gelegt, an den im Rahmen des Generationswechsels angeknüpft werden sollte. Hierbei sollte nicht nur ein wichtiger Wissenschaftsbereich gezielt gestärkt werden; die Neuausrichtung des Fachbereichs Biologie wurde auch als Nagelprobe für die Strategiefähigkeit der Universität verstanden.

Es galt, ein konstruktives Miteinander der nach Hochschulgesetz zuständigen Organe (hier insbesondere der zuständige Fachbereichsrat, der Senat, der Hochschulrat und der Präsident), den fachlich verwandten Fachbereichen und Forschungsinstituten und dem GFK zu orchestrieren. Zu diesem Zweck wurde beim Präsidenten ein Beratungsgremium eingerichtet, in dem Vertreter_innen des Fachbereichs Biologie, der angrenzenden Fächer Medizin und Chemie, der verwandten außeruniversitären Forschungsinstitute sowie externe Fachvertreter_innen gehörten. Das Gremium hat die personelle Erneuerung der Biologie kritisch begleitet und gleichzeitig durch konkrete Vorschläge für proaktive Berufungen konkret unterstützt. Solche Berufungen ohne Ausschreibung waren an der JGU vor der jüngsten Hochschulgesetznovelle vom Oktober 2020¹⁷ nur im Rahmen von Gutenberg-Fellowships möglich, wenn der betroffene Fachbereich dem zustimmt.

Die Neuausrichtung der Biologie basierte auf einer vom Fachbereichsrat (und in der Folge von Senat und Hochschulrat) beschlossenen Restrukturierung, die mit einer Konzentration auf nunmehr nur drei biologische Institute (vormals acht Institute) einherging. Zudem wurde zur gleichen Zeit das IMB durch Berufung zweier weiterer Direktoren ausgebaut.

Die Neubauten des BioZentrums ergänzen das Quartier der Lebenswissenschaften auf dem Campus. Die JGU positioniert sich auch damit als international renommierter Standort für die lebenswissenschaftliche Forschung. Foto: Alexander Sell, Quelle: JGU.



Die Boehringer Ingelheim Stiftung entschied sich 2012, die Neuausrichtung des Fachbereichs Biologie mit einer weiteren Zuwendung von 50 Millionen Euro zu unterstützen, die im Wesentlichen der Rekrutierung exzellenter Wissenschaftler_innen dienen sollte. Im Gegenzug wurde es der JGU seitens der Landesregierung ermöglicht, zwei moderne Gebäude für den Fachbereich zu errichten, um auch hinsichtlich der Forschungsinfrastruktur international konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen anbieten zu können.¹⁸ Bei der Errichtung der Gebäude konnte die JGU erstmals als Bauherrin fungieren.¹⁹

Inzwischen ist mehr als die Hälfte der freiwerdenden Biologieprofessuren besetzt. Dabei hat sich nicht nur die Qualität der Bewerbungen erfreulich verbessert, vielmehr haben inzwischen viele Berufungsverfahren zu exzellenten Besetzungen geführt.²⁰ Die Rekrutierung wurde seitens des GFK durch die Vergabe von drei Gutenberg-Fellowships an Neuberufene unterstützt. Beispielhaft erwähnt sei die Einwerbung einer Alexander von Humboldt-Professur.²¹ Diese Personalauswahl und die Fokussierung auf ein klares Profil hat inzwischen bereits die Einwerbung eines Sonderforschungsbereichs und eines DFG-Graduiertenkollegs ermöglicht, obwohl einige der Neuberufenen erst in jüngster Zeit die Arbeit an der JGU aufgenommen haben.

Man kann bereits heute konstatieren, dass die (noch nicht abgeschlossene) Neuausrichtung des Fachbereichs Biologie bislang sehr erfolgreich verlaufen ist. Zweifellos hat die Reputation des IMB zunächst das Interesse an einer Mitarbeit in der Mainzer Biologie erhöht und die Möglichkeit, einige der Neuberufenen als Adjunct Directors im IMB aufzunehmen und ihnen während der Errichtung der neuen Biologiegebäude übergangsweise moderne Labor- und Büroflächen zur Verfügung zu stellen, hat die Attraktivität des Standorts erhöht und einige der Berufungen erst möglich gemacht. Allerdings kommt auch der finanziellen Unterstützung der Boehringer Ingelheim Stiftung eine entscheidende Rolle zu; die meisten Berufungsangebote wären aus dem Haushalt der JGU allein bei weitem nicht realisierbar gewesen. Schließlich spielt gerade in den experimentellen Wissenschaften die räumliche Qualität der Labore eine große Rolle – auch hier konnte von einer nahezu optimalen Situation profitiert werden, da beide Gebäudeteile während des Berufungsgeschehens entweder im Bau oder bereits errichtet waren. Man muss konstatieren, dass der Erfolg neben einer guten Strategie auch von sehr vorteilhaften äußeren Faktoren begünstigt wurde.

Neben dem Fachbereich Biologie trägt auch der Fachbereich 04: Universitätsmedizin (UM) wesentlich zu den lebenswissenschaftlichen Leistungen der JGU bei.²² Daher soll an dieser Stelle in der gegebenen Kürze auch auf dessen Entwicklung in der zurückliegenden Dekade eingegangen werden. Hierbei fällt eine Bewertung leicht, in dem man auf das seitens der Landesregierung beauftragte Gutachten des Wissenschaftsrats aus dem Jahr 2017 Bezug nimmt,²³ das dem Fachbereich insbesondere vor dem Hintergrund der im Jahr 2008 seitens des Wissenschaftsrats formulierten Monita²⁴ eine sehr positive und erfolgreiche Entwicklung in Forschung und Lehre bescheinigt. Zum Zeitpunkt der Drucklegung des vorliegenden Bandes existieren an der UM drei Sonderforschungsbereiche in eigener Sprecherschaft, daneben ein Integriertes Forschungs- und Behandlungszentrum (IFB) und ein Graduiertenkolleg (gemeinsam mit dem FB 05: Philosophie und Philologie). Darüber hinaus stellt die UM bei vier weiteren Sonderforschungsbereichen den Ko-Sprecher und trägt zu zwei weiteren Sonderforschungsbereichen, die von anderen Hochschulen federführend beantragt wurden, Projekte bei. In der vergangenen Dekade wurden zudem zwei Forschungsbauten eingeworben, und mit dem Helmholtz-Institut HI-TRON²⁵ und dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung²⁶ wurden zwei weitere außeruniversitäre Forschungsinstitute am Standort gegründet. Im Bereich der klinischen Medizin ist die Einwerbung eines Comprehensive Cancer Center (CCC) bei der Deutschen Krebsstiftung besonders erwähnenswert.²⁷ Es muss jedoch der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden, dass es angesichts der bereits seit mehreren Jahren deutlich negativen Betriebsergebnisse der UM in Zukunft großer Anstrengungen bedürfen wird, um das erreichte Niveau zu halten.

Stärkung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte

Bereits im Jahr 2007 wurde im Senat der JGU eine Forschungsprofilbildungsstrategie beschlossen, die eine Stärkung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung als eines ihrer zentralen Ziele benannte. Hintergrund war die Feststellung, dass es in diesem großen Teil der JGU zwar zweifellos zahlreiche exzellente Einzelforscherpersönlichkeiten gibt, dass aber im Hinblick auf gemeinsame, insbesondere extern finanzierte Forschungsverbünde ein großes Ungleichgewicht zwischen den Natur- und Lebenswissenschaften einerseits und den Geistes- und Sozialwissenschaften andererseits beobachtet werden kann. Die Hochschulleitung hatte im Jahr 2009 mit der Etablierung eines Sonderprogramms PRO Geistes- und Sozialwissenschaften einen Prozess angestoßen mit dem Ziel, Strategien und Konzepte zu entwickeln, um diese Fächergruppe weiter zu stärken.²⁸ Hier wurde ein Bündel von Maßnahmen umgesetzt, für die aus Mitteln des Sondervermögens Wissen schafft Zukunft II²⁹ rund neun Millionen Euro bereitgestellt werden konnten, darunter etwa 40 zusätzliche Stellen für wissenschaftliches Personal.

Das Ziel einer Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften hat das ZUK im Jahr 2011 aufgenommen und mit einem Ausbau der digitalen Kompetenzen in diesem Bereich verbunden. Im Rahmen der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz wurde diesem Ziel zunächst dadurch Rechnung getragen, dass der Anteil der Ressourcen, der in geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsverbünde investiert wurde, sukzessive auf über 30 Prozent gesteigert wurde, sodass Naturwissenschaften, Medizin und Geistes- und Sozialwissenschaften heute in etwa gleichem Maß an der Unterstützung partizipieren können. Aus der Erkenntnis, dass großformatige Forschungsverbünde nicht in gleicher Weise zur Forschungskultur der Geistes- und Sozialwissenschaften passen, wurden kleinere Förderformate entwickelt, wie beispielsweise die so genannten Minigraduiertenkollegs des GNK oder auch die Zielgeraden-Fellowships des GFK.³⁰ Auch die individuelle Förderung durch Gutenberg Fellowships des GFK wurde von den Geistes- und Sozialwissenschaften als hilfreiches Instrument der Forschungsförderung wahrgenommen: Gut die Hälfte der bislang ausgezeichneten Fellows gehören dieser Fächergruppe an, der Rest verteilt sich auf Naturwissenschaften, Medizin und die Künstlerischen Hochschulen.

Die JGU stärkt die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung. So gehören heute beispielsweise die Altertumswissenschaften der Mainzer Universität mit sechs Arbeitsbereichen und zahlreichen internationalen Forschergruppen zu den größten Zusammenschlüssen ihrer Art in Deutschland. Foto: Alexander Sell, Quelle: JGU.



Ähnlich wie im Fachbereich Biologie wurde in den drei geisteswissenschaftlichen Fachbereichen die Institutsstruktur durch Schaffung größerer Organisationseinheiten angepasst. Während sich der Fachbereich 06: Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft in Gernersheim gänzlich von einer Institutsstruktur verabschiedet hat, wurde in den anderen beiden Fachbereichen 05 und 07 Philologie und Philosophie beziehungsweise Geschichts- und Kulturwissenschaften durch die Zusammenlegung vormals sehr kleiner Einheiten in größere Institute Strukturen geschaffen, die die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern.³¹ Hier sei beispielhaft die Schaffung des neuen Instituts für Altertumswissenschaften genannt, das 2013 aus ehemals vier Instituten und Seminaren gegründet wurde und die zahlreichen kleinen Fächer der Altertumswissenschaften unter einem Dach vereint.³²

Was die Forschungsinfrastruktur betrifft, adressierte das ZUK die Notwendigkeit der Errichtung zweier neuer Gebäude: einem Medienhaus und einer neuen Zentralbibliothek, die insbesondere auch die Bestände der derzeitigen geisteswissenschaftlichen Bereichsbibliothek Philosophicum aufnehmen soll. Beide Baumaßnahmen sind bis dato noch nicht realisiert, wobei die Planungen für das Medienhaus weit fortgeschritten sind und die Landesregierung den Wissenschaftsrat gebeten hat, zu den Planungen der JGU für eine neue Zentralbibliothek Stellung zu nehmen. Nach einem äußerst unterstützenden Votum des Wissenschaftsrats aus dem Januar 2019 besteht die große Hoffnung, auch hier zu einer zeitnahen Errichtung zu kommen.³³ Andere im ZUK avisierte Maßnahmen wie die Gründung eines Universitätsverlags³⁴ oder die Etablierung eines Forschungsinformationssystems sind entweder bereits realisiert oder in Arbeit.

Im Bereich der Digitalisierung ist insbesondere die 2015 erfolgte Gründung des Mainzer Zentrums für Digitalität in den Geistes- und Kulturwissenschaften (mainzed) zu erwähnen. mainzed verbindet die Aktivitäten der JGU mit denen der Hochschule Mainz, der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz, dem Institut für Geschichtliche Landeskunde (IGL) sowie dem Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) und

dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum, Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie (RGZM). Es widmet sich neben Forschungsdateninfrastrukturen auch digitalen »Methoden in den Bereichen Spatial Humanities, Sprachverarbeitung, Linguistik, Digitale Edition, Musik und Multimedia«. ³⁵ Aber auch außerhalb von Mainz gibt es verschiedenste Projekte zur Digitalisierung in den Geisteswissenschaften. Beispielhaft erwähnt seien die Aktivitäten am Institut für Altertumswissenschaften ³⁶ oder auch der Universitätsbibliothek ³⁷.

Im Hinblick auf die Einwerbung von Gruppenförderinstrumenten ist festzustellen, dass eine Forschungsgruppe und verschiedene Graduiertenkollegs eingeworben werden konnten und ein Konzept zur Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs die erste Hürde der Vorbegutachtung erfolgreich gemeistert hat, wenn auch bislang ohne den gewünschten Erfolg für den Vollantrag, der vor Ort begutachtet wurde. Darüber hinaus gibt es vielversprechende Initiativen speziell aus den Sozialwissenschaften, den Geschichtswissenschaften und den Altertumswissenschaften. Besonders die Archäologien haben sich mit benachbarten Forschungsinstituten und den beiden Universitäten in Darmstadt und Frankfurt vernetzt und gemeinsam bereits beachtliche Drittmittelinwerbungen zu verzeichnen.

Schärfung des Lehrprofils und Förderung der individuellen Exzellenz in der Lehre

Während es mittlerweile an vielen forschungsstarken Universitäten dem GFK ähnliche Strukturen zur Exzellenzförderung in der Forschung gibt, stellt die Gründung des Gutenberg Lehrkollegs (GLK) im Jahr 2011 nach wie vor eine Besonderheit der JGU dar. Basierend auf der vom Senat bereits 2010 verabschiedeten Lehrstrategie und den guten Erfahrungen mit dem GFK wurde eine sehr ähnliche Struktur und Aufgabenzuschreibung gewählt. Gründung und Struktur des Gremiums sind ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der Lehre als der Forschung ebenbürtige Kernaufgabe der Universität.

Die Aufgaben des GLK spiegeln die gleiche Dualität wie in der Forschung wider: strategische Beratung in allen die Lehre betreffenden Fragen einerseits und individuelle Unterstützung einzelner Lehrender andererseits. Und analog zur Forschung sind die Ergebnisse der strategischen Beratung nicht bindend, sondern werden den zuständigen Gremien zu Diskussion und Entscheidung vorgelegt, während die Unterstützungsmaßnahmen im GLK abschließend beraten und entschieden werden. Zu den strategischen Themen gehörten die Erarbeitung von Akkreditierungskriterien, die später vom Senat beschlossen werden konnten, oder eine Auseinandersetzung mit kompetenzorientierter Lehre, die Erarbeitung eines Leitfadens zur Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten oder Fragen der Internationalisierung von Studium und Lehre. ³⁸

Zu den Maßnahmen der individuellen Förderung gehören die finanzielle Unterstützung innovativer Lehrprojekte, ³⁹ die Finanzierung von Gastdozenturen, ⁴⁰ externen Lehraufenthalten ⁴¹ sowie Studierendenkonferenzen ⁴². Die Ermöglichung von Lehrfreisemestern (Befreiung von der Regellehre zur Erarbeitung innovativer Lehrformate) analog zum weithin bekannten Forschungsfreisemester, ⁴³ die Einführung eines *DIES LEGENDI* (analog zum *DIES ACADEMICUS*) zur Würdigung besonderer Lehrleistungen und zum wechselseitigen Austausch über die Lehre und die Auslobung des *Gutenberg Teaching Award* (analog zu einem entsprechenden Preis für die Forschung) haben dazu beigetragen, dass Lehre an der JGU an Wertschätzung und Sichtbarkeit gewonnen hat. Die zentralen Aktivitäten werden flankiert von der Möglichkeit, Mittel für die Organisation und Durchführung eines *Tags der Lehre* in den Fachbereichen zu beantragen.

Bei der Feststellung und Bewertung des Erreichten könnten einschlägige Rankings Hinweise liefern. Allerdings ist zu vermuten, dass die Rankingergebnisse durch die im Bundesvergleich eher schlechte Grundausstattung verbunden mit teilweise sehr ungünstigen Betreuungsrelationen und einem überalterten Baubestand dominiert werden. Auf diese Weise werden die großen Anstrengungen zur Verbesserung der Lehre oft nicht in der erhofften Weise sichtbar. ⁴⁴ Eine zweifellos besondere Auszeichnung stellte der Genius Loci-Preis für

Bestätigt die gesamtuniversitäre Lehrstrategie sowie die Leistungen und Erfolge der JGU in Studium, Lehre und Studierendenmanagement: der Genius Loci-Preis für Lehrexzellenz, mit der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft die JGU im Jahr 2018 ausgezeichnet hat.
Foto: Stefan F. Sämmer,
Quelle: JGU.



Lehrexzellenz dar, der der JGU vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft zugesprochen wurde. Die JGU, die bereits bei der erstmaligen Vergabe dieser Auszeichnung 2017 unter den letzten drei Universitäten rangierte, erhielt den Preis ein Jahr später als zweite deutsche Universität überhaupt. In der Laudatio heißt es:

»Mit einer Vielzahl von Instrumenten gelingt es der Universität, die akademische Lehre deutlich aufzuwerten. Besonders beeindruckend sind die Qualifizierungsangebote für Lehrende, zu denen Neuberufene verpflichtet werden, sowie die regelmäßige Förderung von Lehrinnovationen durch das Gutenberg Lehrkolleg. Die JGU zeigt eindrucksvoll, dass auch eine Volluniversität den Leitgedanken des Genius Loci-Preises umsetzen kann, indem sie ihre Strategie breit angelegt in alle Universitätsbereiche überträgt.«⁴⁵

Bei der Vergabe des Lehrpreises hat die vom Senat verabschiedete Lehrstrategie von 2010 eine besondere Rolle gespielt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass inzwischen die meisten in der Lehrstrategie beschriebenen Maßnahmen umgesetzt waren. Derzeit wird sie fortgeschrieben und durch *Leitlinien zum Digitalen Wandel in Lehre und Studium* ergänzt, bei deren Entwicklung und Abfassung in einem partizipativen Prozess wiederum das GLK eine zentrale Rolle spielt.⁴⁶

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Gemäß des ZUK wurde 2014 mit dem Gutenberg Nachwuchskolleg eine dritte Kollegstruktur etabliert. Anders als die anderen beiden Kollegs sind im Leitungsgremium, neben besonders in der Nachwuchsförderung ausgewiesenen Wissenschaftler_innen und Künstler_innen, auch Vertreter_innen aller frühen Karrierephasen (Doktorand_innen, Postdoktorand_innen, Juniorprofessor_innen) vertreten. Das GNK hat sich seit seiner

Gründung zu einer Plattform des Austauschs über die Anliegen und Bedingungen des Arbeitens von Wissenschaftler_innen und Künstler_innen in einer frühen Karrierephase etabliert. Ähnlich den anderen beiden Kollegs nimmt das GNK einerseits strategische Beratungsaufgaben wahr und verfügt darüber hinaus über eigene Instrumente zur Unterstützung von Nachwuchswissenschaftler_innen.

Konzeptionell hat sich das GNK beispielsweise durch die Formulierung von Leitlinien für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Konzeption von Betreuungsvereinbarungen im Rahmen von Promotionen in den inneruniversitären Diskurs eingebracht.⁴⁷ Besonders intensiv war die Mitarbeit an den Rahmenbedingungen für ein qualitativvolles und transparentes Tenure-Track-Verfahren für Juniorprofessuren und zeitliche befristete W2/W3-Professuren, das 2018 Eingang in die Grundordnung der JGU gefunden hat. Das jüngste Beispiel für die strategische Arbeit des GNK betrifft die Konzeption einer fachübergreifenden Graduierteneinrichtung für die Geistes- und Sozialwissenschaften, die im Jahr 2020 als Gutenberg Graduate School of the Humanities and Social Sciences (GSHS) ihre Arbeit aufgenommen hat.

Zu den konkreten Fördermaßnahmen gehören beispielsweise die so genannten Minigraduiertenkollegs in den Geistes- und Sozialwissenschaften, mit denen Gruppen von drei bis fünf Doktorand_innen gefördert werden können, die sich gemeinsam mit erfahrenen Wissenschaftler_innen einem übergeordneten Forschungsthema widmen.⁴⁸ Darüber hinaus wurde mit dem Gutenberg Übersetzungspreis die Möglichkeit eröffnet, herausragende Arbeiten junger Wissenschaftler_innen einem größeren internationalen Publikum zugänglich zu machen und damit die internationale Sichtbarkeit der Forschung zu erhöhen. Ein besonderes Augenmerk wurde zudem auf die Beratung von Postdoktorand_innen über Karrieremöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Wissenschaft gelegt.

In der zurückliegenden Dekade hat sich die JGU an mehreren Stellen intensiv mit der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses beschäftigt. So wurde in der Hochschulleitung eine eigene Zuständigkeit für Fragen des wissenschaftlichen Nachwuchses beim Vizepräsidenten für Forschung mit entsprechender Ergänzung der Denomination festgelegt. Parallel dazu wurde erstmals eine formale Zuständigkeit für diese Fragen in der Abteilung Forschung und Technologietransfer der zentralen Verwaltung geschaffen, bei der mittelfristig alle den Nachwuchs betreffenden Aktivitäten verwaltungsseitig begleitet werden sollen.⁴⁹ Die Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler_innen in einer frühen Karrierephase haben Eingang gefunden in ein *Leitbild gute Arbeit* der JGU, in dem unter anderem Richtlinien für die Dauer von befristeten Beschäftigungsverhältnissen festgelegt sind.⁵⁰ Auch die erfolgreiche Bewerbung um den *HR (Human Resources) Excellence in Research Award* der Europäischen Kommission trug nicht unwesentlich zum Diskurs über die Arbeitsbedingungen junger Wissenschaftler_innen bei.⁵¹ Intensive Diskussionen im Senat und in den Fachbereichen zur Implementierung eines Tenure-Track-Verfahrens haben sich in einer Ordnung als Abschnitt der Grundordnung niedergeschlagen und legten den Grundstein für eine erfolgreiche Bewerbung der JGU im Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, in dessen Rahmen der JGU Finanzmittel im Umfang von rund 25 Millionen Euro zur Förderung von 26 Tenure-Track-Juniorprofessuren in Aussicht gestellt wurden.

Dezentrale Steuerung und Berufungsverfahren

Die Größe der Universität bedingt die Notwendigkeit, wesentliche Entwicklungen dezentral, das heißt in den Fachbereichen und künstlerischen Hochschulen zu steuern und umzusetzen.⁵² Dies umfasst insbesondere auch das Selbstergänzungsrecht der Fachbereiche, also die Vorbereitung und Verabschiedung von Berufungslisten zur Besetzung freierwerdender Professuren – vermutlich die strategisch bedeutsamsten Entscheidungen überhaupt für die Weiterentwicklung der Universität. Aus diesem Grund war ein weiteres Ziel des ZUK die

Unterstützung der dezentralen Einheiten bei der Umsetzung dieser Aufgaben. Dies betrifft einerseits die Dekan_innen und Rektor_innen, andererseits aber auch die Geschäftsführungen der Fachbereiche und künstlerischen Hochschulen.

Die Dekan_innen der Fachbereiche nehmen ihr Amt in der Regel nebenamtlich und für eine vergleichsweise kurze Zeit von drei Jahren wahr, bevor sie in den Kreis der Hochschullehrer_innen zurücktreten.⁵³ Die zeitlich begrenzte Amtszeit und die Tatsache, dass Dekan_innen ihre Aufgabe als Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer_innen ausüben, der sie auch nach der Wahrnehmung des Dekanats langfristig angehören, steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zur hochschulgesetzlich normierten Aufgabe:

»Die Dekanin oder der Dekan vollzieht die Beschlüsse des Fachbereichsrats, verteilt die dem Fachbereich zugewiesenen Stellen und Mittel im Rahmen der allgemeinen Grundsätze des Fachbereichs [...], führt die Geschäfte des Fachbereichs in eigener Zuständigkeit und bereitet [...] die Tagesordnung für Sitzungen des Fachbereichsrats so vor, dass dieser seine Beratung und Entscheidungen auf Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschränken kann. Sie oder er sorgt insbesondere für die Sicherstellung des Lehrangebots [...] und die dafür erforderliche Organisation des Lehrbetriebs.«⁵⁴

Dabei kann gerade die Verteilung der Stellen und Mittel erfahrungsgemäß konfliktreich sein und die »Sicherstellung des Lehrangebots« wird nicht zuletzt dadurch erschwert, dass mit dem Dekanat keine Vorgesetzten-eigenschaft gegenüber den Lehrenden einhergeht.

Die Personalentwicklung der JGU hat in der zurückliegenden Dekade ein vielfältiges Programm zur Qualifizierung und Unterstützung von Führungskräften entwickelt⁵⁵ – nicht zuletzt im Rahmen des ursprünglich durch den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und der Heinz Nixdorf Stiftung geförderten Projekts Wandel gestalten – JGU-LEADERSHIP-Kultur entwickeln,⁵⁶ das sich explizit mit der besonderen Herausforderung von Führung in einer durch Partizipation und Konsensorientierung charakterisierten Einrichtung beschäftigt. Um die Rolle der Dekan_innen und Rektor_innen zu stärken, finden während der Vorlesungszeit regelmäßige Treffen mit der Hochschulleitung statt. Darüber hinaus dienen zwei Klausurtagungen pro Jahr dem wechselseitigen (Erfahrungs-)Austausch und dem Austausch mit der Hochschulleitung, wobei die Themen der Klausuren sowohl aus der Gruppe der Dekan_innen und Rektor_innen als auch seitens der Hochschulleitung vorgeschlagen werden. Regelmäßige Treffen sowohl des Präsidenten als auch der Kanzlerin mit den Geschäftsführungen der Fachbereiche und künstlerischen Hochschulen ergänzen das Angebot mit dem Ziel, durch möglichst direkte Kommunikation in engem Kontakt zu bleiben, etwaige Unstimmigkeiten frühzeitig zu erkennen und/oder neue Entwicklungen gemeinsam zu gestalten.

Der besonderen Bedeutung der Berufungsverfahren für die strategische Weiterentwicklung der Universität wurde ebenfalls durch verschiedene Maßnahmen Rechnung getragen. So wurde zunächst im Umfeld der Hochschulleitung im Jahr 2012 eine Stabsstelle Strategie eingerichtet, die proaktiv auf die Hochschulleitung und die dezentralen Einrichtungen zugeht, wenn in der näheren Zukunft vakante Professuren zu erwarten sind, um im gemeinsamen Gespräch die entstehenden strategischen Spielräume auszuloten. Dies ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn in einem Zeitfenster von wenigen Jahren mehrere Professuren vakant werden und auf diese Weise Raum für eine umfassende strategische Neuausrichtung entsteht. Die Einrichtung der Stabsstelle hat auch zu einer tieferen Auseinandersetzung mit dem Berufungsprozess als solchem geführt. Dies führte zu einem mehrjährigen Projekt zur Optimierung strategischer Berufungsverfahren,⁵⁷ dessen Ergebnisse im Jahr 2018 im Rahmen einer gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz veranstalteten Tagung vorgestellt und diskutiert wurden.⁵⁸ Mittlerweile wurden die Stabsstelle Strategie und

das frühere Präsidialbüro aufgelöst, und die zentralen strategischen Aufgaben wurden in den neu etablierten Präsidialbereich überführt.⁵⁹

Zum jetzigen Zeitpunkt ist zu konstatieren, dass sich die Berufungsprozesse der JGU hinsichtlich ihrer Qualität (zum Beispiel Rechtssicherheit, Ausschluss von Befangenheit, Berücksichtigung von Aspekten der Gleichstellung, Bedeutung der Lehrqualität) verbessert haben. Nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit der Berufung von Tenure-Track-Juniorprofessuren, die notwendigerweise in stärkerem Maße Fragen einer qualitätsvollen Potenzialanalyse und die Notwendigkeit einer Selbstvergewisserung hinsichtlich der erwarteten Leistungen mit sich bringen, hat wesentlich dazu beigetragen. Allerdings bedarf es weiterer Anstrengungen auf dem Weg zu einem universitätsweiten Konsens über Prozess- und Ergebnisqualität in Berufungsverfahren. Und es gibt nach wie vor Bereiche, in denen insbesondere das Anliegen der Gleichstellung in Berufungsverfahren in stärkerem Maße als bisher Beachtung finden muss.⁶⁰

Stärkung des Wissensaustauschs mit der Gesellschaft

Neben den Kernaufgaben in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung benennt das ZUK auch den Wissensaustausch mit der Gesellschaft als ein wesentliches Anliegen. An der JGU findet dieser Austausch auf vielen Ebenen statt. Er umfasst den großen Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung,⁶¹ den Bereich der anwendungsnahen Forschung und des Technologietransfers,⁶² die Schnittstellen zwischen Schule und Hochschule⁶³ und zwischen Hochschule und potenziellen Arbeitgebern,⁶⁴ die vielfältigen Angebote, die sich an Bürger_innen von Stadt und Region wenden⁶⁵ und nicht zuletzt den Bereich der »Politikberatung«, der hier beispielhaft anhand des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms illustriert werden soll.⁶⁶ Dieses Programm, das seit 2016 gemeinsam mit den beiden Partneruniversitäten in Frankfurt und Darmstadt durchgeführt wird, gibt Führungskräften aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft (»Fellows«) die Möglichkeit des persönlichen Austauschs mit Wissenschaftler_innen der drei Universitäten. Die Fellows können dabei Fragen, die sich ihnen in ihrer täglichen Arbeit stellen, im Rahmen von zwei Präsenzphasen à 2,5 Tagen wissenschaftlich reflektieren und auf diese Weise neue Perspektiven für die eigene Arbeit entwickeln.

Als Gründungsmitglied der Mainzer Wissenschaftsallianz pflegt die JGU engen Kontakt zu lokalen Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen sowie zu forschenden Unternehmen der Region.⁶⁷ Deren koordinierte Aktivitäten waren und sind ein wesentlicher Baustein für den nachhaltigen Erfolg der Stadt Mainz im Wettbewerb des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft um den Titel *Stadt der Wissenschaft* im Jahr 2011.

Die JGU versteht sich als »offene Universität« (»civic university«), als integraler Bestandteil der Gesellschaft, mit der sie eng und vertrauensvoll zusammenarbeitet. Die zahlreichen PUSH-Formate⁶⁸ sind in Mainz seit Jahrzehnten etabliert und wurden in der zurückliegenden Dekade weiterentwickelt (zum Beispiel: Lange Nächte der Wissenschaft, Wissenschaftsmarkt, *Night of the Profs* im Staatstheater, Universität im Rathaus, Ausstellungen, Führungen). Dabei wird die JGU insbesondere durch bürgerschaftliches Engagement intensiv unterstützt (zum Beispiel: Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur und Schule des Sehens).⁶⁹ In diesem Zusammenhang gewinnt der neu aufgestellte Bereich Universitätsförderung in der Stabsstelle Kommunikation und Presse des Präsidenten zunehmend an Bedeutung.⁷⁰ An der Schnittstelle von Schule und Hochschule bietet der junior campus mainz (jcm) außerschulische Lehr- und Lernangebote aus allen Fachkulturen an, abgestimmt auf die jeweiligen Altersgruppen und Schularten.⁷¹

Das ZUK definiert im Hinblick auf eine strategische Stärkung des Wissensaustauschs drei Maßnahmen: die Gründung eines Council for Knowledge Exchange (CKE), den strategischen Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung in den Profildbereichen der JGU und die Etablierung themenspezifischer Plattformen für die Zusammenarbeit mit Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Es ist ehrlicherweise zu konstatieren,

Karl Kardinal Lehmann rückte in seiner Stiftungsprofessur 2009 das Thema Weltreligionen – Verstehen, Verständigung, Verantwortung in den Fokus – hier im Bild mit den damaligen Vorsitzenden der Vereinigung der Freunde, Dr. Klaus Adam (links), und der Stiftung, Prof. Dr. Andreas Cesana (rechts), sowie dem JGU-Präsidenten Prof. Dr. Georg Krausch. Foto: Eva Willwacher, Quelle: JGU.



dass insbesondere das Konzept eines CKE nicht nur innerhalb der JGU, sondern (vermutlich infolge) auch unter den Gutachter_innen der Exzellenzinitiative nicht wirklich überzeugt hat. Nicht zuletzt aus diesem Grund (und auch wegen mangelnder Ressourcen) wurden die im ZUK beschriebenen Maßnahmen in diesem Bereich zunächst nicht weiterverfolgt. In den Jahren 2016/17 nahm die JGU den Faden wieder auf und beteiligte sich am Transfer-Audit des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft.⁷²

In jedem Fall ist festzuhalten, dass die JGU in vielen Bereichen des Wissensaustauschs bereits sehr beachtliche Erfolge erzielt hat. So hat sich beispielsweise die Anzahl angebotener Veranstaltungen und die Zahl der Teilnehmer_innen im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung in der zurückliegenden Dekade fast verdoppelt.⁷³ Im Bereich des klassischen Technologietransfers ist zu bemerken, dass die JGU in den zurückliegenden Jahren stets beste Platzierungen im Reuters Most Innovative Universities Ranking erzielt. So wurde 2019 weltweit der 70. Platz belegt, unter den nur neun deutschen Universitäten, die in den Top 100 vertreten sind, wurde ein hervorragender vierter Platz erreicht.⁷⁴ Dieses Ergebnis ist für eine »Volluniversität« wie die JGU besonders bemerkenswert. Unter den zahlreichen Ausgründungen von Unternehmen aus der JGU hat die Firma BionTech wegen der Impfstoffentwicklung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Jahr 2020 besondere internationale Beachtung gefunden. Im Bereich der Gründungsunterstützung erscheint erwähnenswert, dass die JGU an dem neuen Programm Young Entrepreneurs in Science (YES) von Beginn an als Pilothochschule beteiligt ist.⁷⁵ Dieses Programm wendet sich an Doktorand_innen aller Fachrichtungen, um sie für die Idee einer beruflichen Selbständigkeit auf der Basis der eigenen Kompetenzen zu begeistern.

Bauliche Entwicklung des Gutenberg-Campus

Das ZUK hat die bauliche Entwicklung zwar nicht zum eigenen Thema gemacht, hat aber die verschiedenen strategischen Maßnahmen mit geplanten Neubauten und Sanierungen in unmittelbaren Zusammenhang ge-

bracht.⁷⁶ Dabei ist zunächst zu bemerken, dass es der JGU in der zurückliegenden Dekade vier Mal gelungen ist, eine Kofinanzierung des Bundes nach Paragraph 91b des Grundgesetzes für Forschungsbauten einzuwerben. In Summe belaufen sich die eingeworbenen Bundesmittel auf circa 80 Millionen Euro. Dies betrifft neben dem Gebäude des Helmholtz-Instituts Mainz (2017), den beiden Gebäuden für das Exzellenzcluster PRISMA+ (in Bau) noch die Generalsanierung des Gebäudes des Biomedizinischen Forschungszentrums, das Paul-Klein-Zentrum für Immunologie (2016) und das Neuroimaging Center (2020) (die letzten beiden auf dem Campus der Universitätsmedizin).

Im Bereich der Lebenswissenschaften ist der Neubau für das Institut für Molekulare Biologie (2011) erwähnenswert. Das damalige Institut für Anthropologie⁷⁷ konnte ebenfalls einen Neubau beziehen (2013) und das BioZentrum I (2018) und BioZentrum II (2020) waren, wie gesagt, die ersten beiden Großbauten, die die JGU als Bauherrin selbst errichtet hat. Daneben konnte mit dem Georg Forster-Gebäude (2013) ein großer neuer Komplex für die Sozialwissenschaften (und die Kunstgeschichte) bezogen werden, und das Philosophicum konnte ebenfalls in eigener Bauherreneigenschaft durch einen Anbau ergänzt werden (Philosophicum II (2017)). Mit der Fertigstellung des Neubaus für das damalige Institut für Physikalische Chemie⁷⁸ (2013) wurde das Gebäudeensemble Forum West vervollständigt. Das Zentrum für Datenverarbeitung (ZDV) erhielt einen Erweiterungsbau (2013), und die seitens der Freunde der Universität initiierte und teilfinanzierte Schule des Sehens (2014) konnte als Anbau an das Philosophicum errichtet werden. Das im ZUK avisierte House of Communication, das neben Gästewohnungen und Räumlichkeiten für die wissenschaftliche Weiterbildung auch weitere Kommunikationsflächen enthalten sollte, wird in leicht modifizierter Form durch eine universitätsnahe Stiftung, den Mainzer Universitätsfonds, errichtet.⁷⁹

Weiterhin drängend ist die Generalsanierung, respektive der Ersatz anderer wichtiger und großer Gebäudekomplexe – es handelt sich weitgehend um einen Baubestand, der über vierzig Jahre alt ist und seitdem nicht saniert wurde. Trotz der zweifellos großen Investitionen in die Bausubstanz der JGU besteht weiterhin ein umfänglicher Sanierungsstau, der im Rahmen einer 2019 veranlassten sogenannten Hochschulstandortentwicklungsplanung (HSEP) gemeinsam mit den beiden für Bauen und für Wissenschaft zuständigen Landesministerien qualitativ und quantitativ erfasst wurde mit dem Ziel einer möglichst konkreten Bauplanung für die kommenden eineinhalb Dekaden.

Es sei der Vollständigkeit halber hinzugefügt, dass ein ähnlich dringender Bauplanungs- und Baubedarf für den Campus der Universitätsmedizin Mainz besteht – hier noch verbunden mit der Feststellung, dass neben dem üblichen bautechnischen Sanierungsbedarf die derzeitige bauliche Situation auf die Prozesse wirtschaftlicher medizinischer Versorgung angepasst werden muss.⁸⁰ Nach reger Bautätigkeit im Bereich von Forschung und Lehre und der Errichtung einiger klinischer Spezialeinrichtungen⁸¹ bedarf es nunmehr einer grundsätzlichen Neugestaltung der klinischen Gebäudestruktur mit dem Ziel, gleichzeitig den medizinischen Fortschritt, die Zentralisierung von wichtigen Funktionen, die Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit und den Wandel zur verstärkten ambulanten Medizin zukunftsfest in den Gebäudestrukturen abzubilden.

Das Zukunftskonzept: Was bleibt?

Die gemeinsame Entwicklung eines Zukunftskonzepts hat innerhalb der JGU zweifellos zu einem intensiven Reflexionsprozess geführt, der zentral wie dezentral zu einer positiven Entwicklung der Universität beigetragen hat. Dabei ist die mit der Entwicklung des Konzepts verbundene Stärkung der Corporate Identity innerhalb der JGU nicht zu unterschätzen. So gehört die Vorstellung und Verteidigung des ZUK vor den internationalen Gutachter_innen des Wissenschaftsrats am 31. Januar 2012 im größten Hörsaal auf dem Campus zweifellos zu den denkwürdigsten Veranstaltungen in der 75-jährigen

Ausblick

Geschichte der wiedereröffneten Mainzer Universität. 700 Mitglieder, Partner und Freunde der JGU erlebten einen spannungsreichen Vormittag in einem professionell und stimmungsvoll umgestalteten Hörsaal RW I – das gemeinsame Hoffen und Bangen war förmlich körperlich spürbar. An dieser Stelle hat der Prozess der Exzellenzinitiative nicht nur der Außenwahrnehmung der JGU gedient, deren Antrag bis zur finalen Entscheidung am 15. Juni 2012 ernsthafte Erfolgchancen eingeräumt wurden. Auch innerhalb der Universität hat die greifbare Chance, im Erfolgsfall zu den zehn bis zwölf ausgezeichneten Exzellenzuniversitäten zu gehören, das Selbstbild und das Selbstvertrauen nachhaltig zum Positiven hin verändert. Daran hat auch die abschlägige Entscheidung am Ende des Prozesses nichts geändert.

Mindestens so entscheidend für die Entwicklung der JGU war es jedoch, dass die zentralen Elemente des ZUK auch ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung umgesetzt wurden und seitdem fest zum akademischen Leben der Universität zählen. Dazu gehören nicht nur die drei Exzellenzkollegs mit ihren inzwischen gut etablierten Rollen in den Kernaufgabenbereichen Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung. Dazu zählt auch das zunehmend strategische Planen der Fachbereiche und Künstlerischen Hochschulen im Zusammenhang mit der (Wieder-)Besetzung von Professuren und der professionellere Umgang mit den damit verbundenen Prozessen – sowohl im akademischen Sinn als auch hinsichtlich der Verwaltungsprozesse. Hier haben hochschulrechtliche Reformen wie die Übertragung des Berufungsrechts auf die Hochschule unterstützend beigetragen. Schließlich ist die bauliche Erneuerung des Campus ein weiterer unverzichtbarer Baustein für die Konkurrenzfähigkeit der JGU im vielzitierten Wettbewerb um die besten Köpfe sowohl unter den Studierenden als auch unter den Wissenschaftler_innen. Dabei kann nicht verschwiegen werden, dass die jahrzehntelange Vernachlässigung der Bausubstanz einen Sanierungsstau zur Folge hat, der innerhalb der betrachteten Dekade mitnichten umfänglich beseitigt werden konnte.

Die Zukunft gehört der Kooperation

Während das ZUK seinen Schwerpunkt vor allem auf die Entwicklung innerhalb der JGU gelegt hat, wurden im betrachteten Zeitraum – nicht zuletzt auf Initiative der JGU oder mit ihrer Unterstützung – weitere Institute der außeruniversitären Forschung am Standort Mainz etabliert. Zudem wurden Strukturen aufgebaut, die der engeren Kooperation der JGU über Mainz hinaus dienen. Es ist abzusehen, dass diese Formen der Zusammenarbeit für die Wettbewerbsfähigkeit der JGU in der Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Daher ist der Ausblick in die Zukunft diesen Entwicklungen gewidmet:

i) Die Entwicklung des Forschungsstandorts Mainz

Eine Lehre aus den Exzellenzinitiativen des Bundes und der Länder war und ist sicherlich, dass die Stärke der die antragstellenden Universitäten umgebenden Forschungslandschaft ein entscheidender Erfolgsfaktor in solchen Wettbewerben ist. Hierbei spielen insbesondere die vom Bund kofinanzierten Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft eine wichtige Rolle, nicht zuletzt vor dem Hintergrund knapper staatlicher Budgets in den Ländern. Während mit dem Max-Planck-Institut für Chemie,⁸² dem Max-Planck-Institut für Polymerforschung⁸³ und dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum⁸⁴ zunächst nur drei solcher Einrichtungen am Standort Mainz etabliert waren, gelang es diese Zahl im betrachteten Zeitraum zu verdreifachen und damit den Forschungsstandort deutlich zu stärken. So konnte das Institut für Europäische Geschichte⁸⁵ zunächst personell verstärkt und dann in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen werden. Mit dem Max Planck Graduate Center mit der JGU⁸⁶ wurde eine innovative Graduierteneinrichtung geschaffen, die die beiden Max-Planck-Institute mit den naturwissenschaftlichen Fachbereichen und der Universitätsmedizin verbindet. Das Helmholtz-Institut Mainz⁸⁷

war zum Zeitpunkt seiner Gründung das erste Institut dieser Art an einer deutschen Universität und mit dem Helmholtz-Institut für Translationale Onkologie⁸⁸ wurde inzwischen noch ein zweites solches Institut gegründet. Schließlich wurde mit dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung⁸⁹ eine weitere zunächst universitäre Einrichtung zu einer außeruniversitären Einrichtung entwickelt und dann in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen. Auch die Weiterentwicklung des Instituts für Mikrotechnik Mainz in ein Fraunhofer-Institut stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer weiteren Stärkung des Forschungsstandorts dar.⁹⁰ Gemeinsam mit der Gründung des Instituts für Molekulare Biologie⁹¹ wurde der Forschungsstandort Mainz in der zurückliegenden Dekade auf diese Weise deutlich verstärkt. Die strategische Zusammenarbeit der JGU mit diesen Einrichtungen wird durch das Gutenberg Forschungskolleg koordiniert, indem stets auch Vertreter_innen der außeruniversitären Forschungsinstitute in das Leitungsgremium berufen wurden.

ii) Die Rhein-Main-Universitäten (RMU)

Die drei großen Universitäten der Rhein-Main-Region, die Goethe-Universität Frankfurt, die Technische Universität Darmstadt und die Johannes Gutenberg-Universität Mainz haben sich im Jahr 2015 zu einer strategischen Allianz zusammengeschlossen mit dem Ziel, durch eine engere Zusammenarbeit auf allen Handlungsfeldern ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Als Rhein-Main-Universitäten (RMU) umfassen sie über 100.000 Studierende und rund 1.500 Professuren.⁹² Die räumliche Nähe zwischen den drei Standorten, verbunden durch gute Angebote des öffentlichen Nahverkehrs, erlauben einen engen Austausch, der durch digitale Möglichkeiten der Kommunikation ergänzt wird. In der jüngeren Vergangenheit sind zahlreiche Kooperationen im Bereich der Forschung, der Lehre, des Wissenstransfers und der Verwaltung entstanden. Beispiele strukturierter Forschungsverbünde sind das Rhine-Main-Neuroscience-Network (rmn²) oder der Verbund Archäologie Rhein-Main (VARM)⁹³. Hinzu kommen zahlreiche gemeinsame Drittmittelvorhaben.⁹⁴ Im Bereich der Lehre gibt es nicht nur gemeinsame Studiengänge, die an einer einzelnen der Partneruniversitäten alleine nicht angeboten werden könnten, sondern auch die Möglichkeit für alle Studierenden, Lehrveranstaltungen der Partneruniversitäten zu besuchen und deren Infrastrukturen zu nutzen (RMU-Studium).⁹⁵ Gemeinsame Aktivitäten in Forschung und Lehre werden durch eigens dafür etablierte Fonds finanziell unterstützt.

iii) Der Universitätsverbund German U15

Die deutsche Hochschullandschaft ist durch eine Vielzahl unterschiedlicher Hochschultypen charakterisiert – allein zu den 268 Mitgliedern der Hochschulrektorenkonferenz zählen neben den großen Volluniversitäten und den technischen Universitäten viele kleinere Universitäten mit klarem fachlichem Fokus, zahlreiche Fachhochschulen, pädagogische und kirchliche Hochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen. Vor diesem Hintergrund haben sich unter Mitwirkung der JGU als Gründungsmitglied im Jahr 2012 15 traditionsreiche, medizinführende und forschungsstarke Volluniversitäten zum Verbund German U15 zusammengeschlossen, um im Austausch über ihre spezifischen Herausforderungen voneinander zu lernen und ihre Interessen im politischen Raum gemeinsam zu vertreten.⁹⁶ Sie machen ihre wichtige Rolle innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems deutlich und haben seit ihrer Gründung wiederholt mit gemeinsamen Positionen zu anstehenden wissenschaftspolitischen Fragen zu aktuellen Diskursen beigetragen. Zudem ist es durch den Zusammenschluss zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsabteilungen der Mitgliedshochschulen gekommen, die für die Mitglieder der Partnerhochschulen hilfreich und befruchtend ist.⁹⁷ Die JGU hatte von 2014 bis 2020 den stellvertretenden Vorsitz des Verbunds inne und nimmt seit 2020 den Vorsitz wahr.

iv) Die Europäische Universitätsallianz FORTHEM

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat in seiner viel beachteten Rede an der Pariser Sorbonne im Herbst 2017 eine *Initiative für Europa* gefordert,⁹⁸ die im Hochschulbereich zu der Idee der Gründung »Europäischer Universitäten« geführt hat. Dabei ist an Hochschulnetzwerke gedacht, die den europäischen Kontinent umspannen und den Mitgliedern eine möglichst umfassende Mobilität zwischen den Mitgliedshochschulen ermöglichen. Die JGU hat sich als Koordinatorin eines solchen Netzwerks im Jahr 2019 an der Pilotausschreibung der Europäischen Union erfolgreich beteiligt. Gemeinsam mit der Université de Bourgogne in Frankreich, der Jyväskylä yliopisto in Finnland, der Uniwersytet Opolski in Polen, der Università degli Studi di Palermo in Italien, der Latvijas Universitāte in Lettland und der Universitat de València in Spanien will die JGU ein neues innovatives Netzwerk etablieren, das auf bestehenden bi- und trinationalen Abkommen der beteiligten Universitäten aufbaut. Ziel des FORTHEM-Netzwerks ist es, die verschiedenen Mobilitätsvereinbarungen, Forschungsprogramme und Doppel- und Mehrfachabschlüsse der Partneruniversitäten bis 2022 in einer gemeinsamen *Transnational Higher Education Strategy* zusammenzuführen und diese bis 2025 auf die gesamte Allianz zu übertragen. Beispielgebend sind dabei die deutsch-französischen Doppelstudiengänge, die die JGU und die Université de Bourgogne bereits seit vielen Jahren sowohl auf Bachelor- als auch auf Masterniveau und ebenso im Lehramt und in einem deutsch-französischen Doktorandenkolleg in enger Kooperation anbieten, sowie der deutschlandweit einmalige trinationale Masterstudiengang European Studies als gemeinsames Angebot der Universitäten in Mainz, Dijon und Oppeln. Insgesamt ist es acht deutschen Universitäten gelungen, ein solches Netzwerk als Koordinatorin zum Erfolg zu führen.

Betrachtet man die hier dargestellten Kooperationen (i-iv), so bleibt festzuhalten, dass sich für das Gelingen guter gemeinsamer Arbeit verschiedene Faktoren als wichtig erwiesen haben. Dazu zählt zunächst das hohe Commitment der jeweiligen Universitätsleitungen und die Unterstützung durch ein professionelles Kooperationsmanagement, das in den jeweiligen Einrichtungen möglichst leitungsnah verankert ist. Es braucht zudem Zeit, damit das persönliche Vertrauen zwischen den handelnden Personen wachsen kann, und es braucht den Mut zur Ehrlichkeit unter den Partnern in Bezug auf das Spannungsfeld zwischen gemeinsamen Zielen und Eigeninteressen der jeweiligen Einzeleinrichtung. Denn in manchen Dimensionen des universitären Handelns befinden sich die Kooperationspartner notwendigerweise in Konkurrenz zueinander.

Resümee

Die oben beschriebene engere Kooperation mit anderen Universitäten ähnlicher Größe und ähnlichen fachlichen Zuschnitts hat auch zutage gebracht, dass die JGU ihre Aufgaben mit vergleichsweise geringen Ressourcen erfüllen muss. Dies wurde vielfach durch externe Expert_innen im Rahmen zahlreicher, von der Hochschulleitung initiiertes Evaluationen und Auditverfahren in den Fachbereichen und künstlerischen Hochschulen, den zentralen Einrichtungen und nicht zuletzt in den Abteilungen und Stabsstellen der zentralen Verwaltung bestätigt. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb hat sich die JGU im vergangenen Jahrzehnt als eine hoch innovative Universität erwiesen, in gleicher Weise bereit für neue Governance-Strukturen wie auch zur fachlichen Schwerpunktsetzung und getragen durch ein hohes Maß an Corporate Identity. Die Pflege dieses Gemeinschaftsgefühls, das durch die Corona-Pandemie seit Anfang 2020 in besonderer Weise gefordert ist, wird auch für die weitere Entwicklung der JGU von entscheidender Bedeutung sein.

Fostering Outreach within European Regions, Transnational Higher Education and Mobility

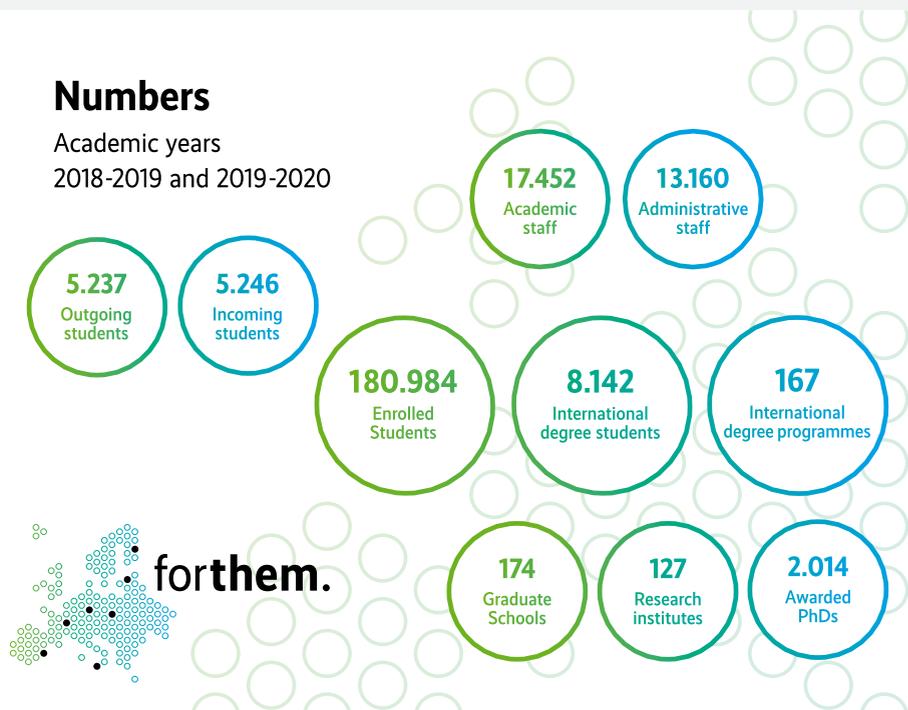
Ein Kontinent – ein Campus

Die Europäische Universität FORTHEM hat sich der Vision verschrieben, bis 2025 zumindest die Hälfte ihrer Studierenden und Mitarbeitenden in ein Europa umspannendes Campusnetzwerk einzubinden. Gemeinsam mit den Partneruniversitäten in Dijon, Jyväskylä, Opatowitz, Palermo, Riga und Valencia fördert die JGU grenzüberschreitende wissenschaftliche Bildung – insbesondere »For Them«, für die Studierenden, für die Generation, die die Zukunft Europas gestalten wird.

Die Studierenden der Zukunft sollen ihr je eigenes Curriculum aus Veranstaltungen der sieben Universitäten

der FORTHEM-Allianz zusammenstellen können – eine Weile in Polen leben, die Onlinekurse aus Dijon besuchen, ein Praktikum in Finnland absolvieren, auf Sizilien Italienisch lernen, ein ehrenamtliches Projekt in Deutschland starten, Freundschaften in Riga knüpfen und ihren ersten Job in Valencia finden. Auch für Wissenschaftler_innen und andere Hochschulangehörige baut FORTHEM ein Netzwerk auf, dessen Spektrum sich vom zwanglosen Austausch bis zur Expert_innenkonferenz erstreckt. Die FORTHEM Digital Academy, die ab 2022 die zahlreichen Angebote zu Sprachkursen, fachspezifischen Veranstaltungen und Trainingsmodulen bündeln wird, ist ein Herzstück dieser Pläne.

In den FORTHEM Labs stellt man sich virulenten Fragen der Zukunft. In sieben wissenschaftlichen Think Tanks, die aus Hochschulangehörigen sowie Externen zusammengesetzt sind, arbeitet man studierendenzentriert und denkt fachübergreifend: Was kann Wissenschaft zur Ernährung und gerechten Nahrungsverteilung der Weltbevölkerung beitragen? Wie positioniert sich das »Projekt Europa« in globalen Kontexten? Wie navigieren Schulen und Hochschulen durch die Mehrsprachigkeit der modernen Welt? Welche Chancen und Herausfor-



derungen bergen Migrationsbewegungen und die wachsende Diversität unserer Gesellschaften? Wie kann es gelingen, die Ressourcen der Erde klimagerecht zu nutzen? Wie steht es um die Wechselwirkung von Lebensqualität und Gesundheit? Wie formt der digitale Wandel unsere Lebenswelten?

Mit ihrer Outreach Mission überschreitet die Hochschulallianz die Campusgrenzen. FORTHEM unterstützt und professionalisiert ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement von Studierenden und fördert ihren unternehmerischen Geist. FORTHEM bringt Europa in die Klassenräume der sieben FORTHEM Städte und vermittelt Praktikumschancen in den jeweiligen Regionen. Hochschulangehörige werden mit Unternehmen, städtischen Einrichtungen, NGOs und Vereinen vernetzt.

FIT FORTHEM (Fostering Institutional Transformation of R&I Policies), ein weiteres über das Horizon-2020-Programm gefördertes Vorhaben der Allianz, stellt FORTHEM in den Bereichen Forschung und Innovation international neu auf. Gemeinsame Forschungsagenden und Open Science Policies, gebündeltes Expertenwissen und der wechselseitige Zugang zu personellen und infrastrukturellen Ressourcen leiten diesen transformativen Prozess ein.

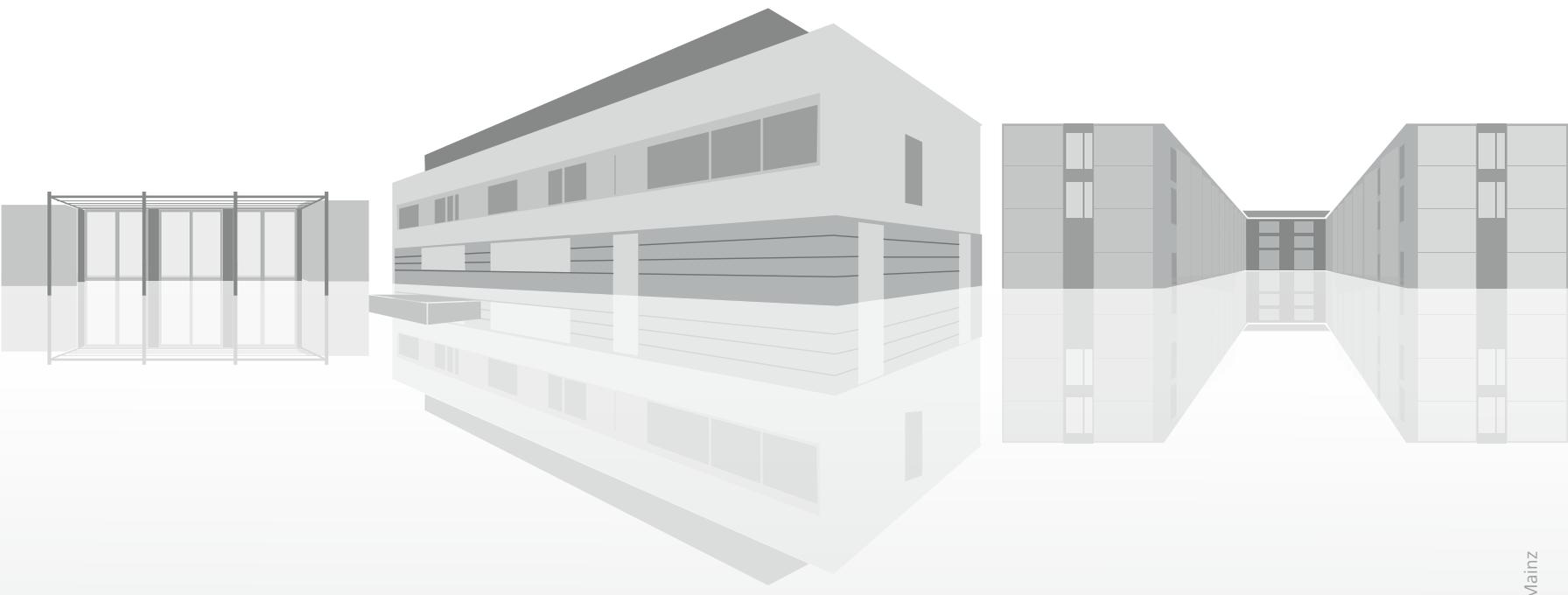
Anmerkungen

- 1 Vgl. die Pressemitteilung *JGU stellt sich in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder dem Wettbewerb der Universitäten* der JGU vom 31.8.2010, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/39619.php> (abgerufen am 12.11.2020).
- 2 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Gutenberg Forschungskollegs, URL: <https://www.gfk.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 3 Vgl. die Informationen auf den Homepages des Gutenberg Lehrkollegs, URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/> u. des Gutenberg Nachwuchskollegs, URL: <https://www.gnk.uni-mainz.de/> (beide abgerufen am 1.12.2020).
- 4 Die Vergabe eines s.g. Gutenberg Fellowships mit dem Ziel der dauerhaften Rekrutierung setzt eine entsprechende Entscheidung des zuständigen Fachbereichsrates voraus (vgl. Satzung des GFK, § 6 (3)) und bedarf anschließend der Berufung durch Minister_in oder Präsident_in. Vgl. ebd., § 7 (3).
- 5 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Wissenschaftsministeriums, URL: <https://mwwk.rlp.de/de/themen/wissenschaft/forschung-transfer-und-innovation/forschung-und-innovation/forschungsinitiative-des-landes-rlp/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 6 Im Einzelnen waren dies die Vollerträge PRISMA (Kern- und Teilchenphysik), ERA (Geowissenschaften) und MCNE (Chemie und Physik von Makromolekülen) sowie für die Graduiertenschule MAINZ (Materialforschung).
- 7 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Exzellenzclusters PRISMA, URL: <https://prisma.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 8 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Graduiertenschule MAINZ, URL: <https://www.mainz.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 9 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Gutenberg Forschungskollegs zu den aktuellen Fellows, URL: <https://www.gfk.uni-mainz.de/gfk-fellows/> u. zu den ehemaligen Fellows, URL: <https://www.gfk.uni-mainz.de/ehemalige-gfk-fellows/> (beide abgerufen am 1.12.2020).
- 10 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Exzellenzprogramms Barock Vokal, URL: <https://www.blogs.uni-mainz.de/barockvokal/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 11 Ähnlich gute Resultate ergibt auch ein Blick auf die Publikationsleistung, die bspw. im CWTS Leiden Ranking analysiert wird. Vgl. die Homepage des Leiden Rankings, URL: (<https://www.leidenranking.com>) (abgerufen am 1.12.2020).
- 12 Inkl. s.g. SFB/Transregio, die an mehreren Hochschulen angesiedelt sind. Vgl. die Informationen auf der Homepage der JGU, URL: <https://forschung.uni-mainz.de/forschungsprojekte-der-JGU/dfg-verbundprojekte/#SFB> (abgerufen am 1.12.2020).
- 13 Vgl. ebd., URL: <https://forschung.uni-mainz.de/forschungsprojekte-der-JGU/dfg-verbundprojekte/#FOR> (abgerufen am 1.12.2020).
- 14 Vgl. die Informationen auf der Homepage der DFG, URL: www.dfg.de/foerderatlas (abgerufen am 1.12.2020).
- 15 Innerhalb eines Jahrzehnts mehr als drei Viertel der Professuren durch Pensionierungen neu zu besetzen.
- 16 Vgl. die Pressemitteilung *Boehringer Ingelheim Stiftung fördert in großem Ausmaß Spitzenforschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* der JGU vom 6.2.2009, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/27774.php> u. die Informationen auf der Homepage des IMB, URL: <https://www.imb.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 17 Seit dem 7.10.2020 ist ein reformiertes Hochschulgesetz in Kraft, das ad personam Berufungen ohne Ausschreibung der Stelle in Ausnahmefällen ermöglicht. Vgl. Hochschulgesetz (HochSchG) vom 7.10.2020. In: Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 36 vom 6.10.2020, S. 461–535. Auch online, URL: https://mwwk.rlp.de/fileadmin/mbwwk/2_Wissenschaft/HZP/Hochschulgesetz_GVBl_Nr_36_vom_06.10.2020.pdf, § 50 (1) 8.
- 18 Das zweite Gebäude bietet auch dem Fach Biochemie sowie dem Institut für Biotechnologie und Wirkstoffforschung (IBWF) die notwendigen Laborflächen.
- 19 Siehe hierzu auch die Beiträge von Maria Lau sowie Waltraud Kreuz-Gers und Götz Scholz in diesem Band.
- 20 Als Indikator sei hier erwähnt, dass zum Fachbereich Biologie inzwischen rund zehn Professor_innen gehören, die entweder einen *ERC-Grant*, einen *Sofia-Kovalevskaja-Preis* oder andere Auszeichnungen eingeworben haben.
- 21 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Alexander von Humboldt-Stiftung, URL: <https://www.humboldt-professur.de/de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 22 Siehe zur Geschichte der Universitätsmedizin in Mainz auch den Beitrag von Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul in diesem Band.
- 23 Wissenschaftsrat (Hrsg.): Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, URL: https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/6411-17.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 1.12.2020).
- 24 Ders. (Hrsg.): Stellungnahme zur organisatorisch-strukturellen Entwicklung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, URL: https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/8610-08.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 1.12.2020).
- 25 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Deutschen Krebsforschungszentrums, URL: <https://www.dkfz.de/de/hi-tron/index.html> (abgerufen am 1.12.2020).
- 26 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung, URL: <https://www.drz-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 27 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Deutschen Krebshilfe, URL: <http://www.ccc-netzwerk.de/das-netzwerk/mitglieder/mainz.html> (abgerufen am 1.12.2020).
- 28 Vgl. die Pressemitteilung *Denkwerkstatt »PRO Geistes- und Sozialwissenschaften« eingerichtet* der JGU vom 5.5.2009, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/29391.php> (abgerufen am 1.12.2020).
- 29 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Wissenschaftsministeriums, URL: <https://mwwk.rlp.de/de/themen/wissenschaft/hochschulfinanzierung/wissenschaft-zukunft/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 30 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Gutenberg Forschungskollegs, URL: <https://www.gfk.uni-mainz.de/gfk-fellowship/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 31 Siehe hierzu auch die Beiträge von Maren Dingfelder Stone sowie Stefan Aufenanger, Stephan Füssel und Wolfgang Elz in diesem Band.
- 32 Vgl. die Informationen auf der Homepage des IAW, URL: <https://www.altertumswissenschaften.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 33 Vgl. die Pressemitteilung *Neue Zentralbibliothek der Universität Mainz – erster Schritt und große Chance* des Wissenschaftsrats vom 14.3.2019, URL: https://www.wissenschaftsrat.de/download/2019/pm_0619.html (abgerufen am 1.12.2020).
- 34 Vgl. die Informationen zu Mainz University Press auf der Homepage der UB, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/universitaetsverlag-mainz-university-press> (abgerufen am 1.12.2020).
- 35 Vgl. die Informationen auf der Homepage von mainzed, URL: <http://mainzed.org/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 36 Vgl. die Informationen auf der Homepage des IAW, URL: <https://www.altertumswissenschaften.uni-mainz.de/forschung/digital-humanities/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 37 Vgl. die Informationen auf der Homepage der UB, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/digital-humanities> (abgerufen am 1.12.2020).
- 38 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Gutenberg Lehrkollegs, URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/publikationen-des-glk/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 39 Vgl. ebd., URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/ausschreibungen-des-glk/innovative-lehrprojekte-an-der-JGU/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 40 Vgl. ebd., URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/ausschreibungen-des-glk/glk-gastdozenten/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 41 Vgl. ebd., URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/ausschreibungen-des-glk/externe-lehraufenthalte/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 42 Vgl. ebd., URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/ausschreibungen-des-glk/studierendenkonferenzen/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 43 Vgl. ebd., URL: <https://www.glk.uni-mainz.de/ausschreibungen-des-glk/glk-lehrfreisemester/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 44 Dies stellt einen Unterschied zur Forschung dar, die zu einem großen Teil aus Drittmitteln finanziert wird.

- 45 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Stifterverbandes, URL: <https://www.stifterverband.org/genius-loci> (abgerufen am 1.12.2020).
- 46 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Abteilung Studium und Lehre, URL: lehre.uni-mainz.de (uni-mainz.de) (abgerufen am 2.12.2020).
- 47 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Gutenberg Nachwuchskollegs, URL: <https://www.gnk.uni-mainz.de/gnk-empfehlungen/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 48 Vgl. ebd., URL: <https://www.gnk.uni-mainz.de/gnk-foerderung/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 49 Bis 2019: Stabsstelle Forschung und Technologietransfer des Präsidenten.
- 50 Vgl. Senat (Hrsg.): Leitlinien guter Arbeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, URL: <https://www.blogs.uni-mainz.de/verwaltung-personal/files/2018/10/Leitlinien-guter-Arbeit.pdf> (abgerufen am 1.12.2020).
- 51 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Personalentwicklung, URL: <https://www.personalentwicklung.uni-mainz.de/veraenderungsprozesse/hr-excellence-in-research/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 52 Siehe hierzu auch den Beitrag von Waltraud Kreuz-Gers und Götz Scholz in diesem Band.
- 53 Eine Ausnahme bilden die beiden künstlerischen Hochschulen, deren Rektor_innen bei Vorliegen besonderer Bedingungen nicht aus dem Kreis der Hochschullehrer_innen, sondern von außen bestellt werden können. In diesem Fall nehmen sie ihre Aufgabe hauptamtlich wahr. Vgl. Hochschulgesetz (HochSchG) vom 7.10.2020, § 100 (4). Das unterscheidet sie beispielsweise vom dean im angelsächsischen Hochschulsystem, der sein Amt in der Regel hauptamtlich und länger innehat und nach Beendigung seiner Amtszeit nicht in den Kreis der Hochschullehrer_innen zurückkehrt, sondern Aufgaben außerhalb des Fachbereichs oder der Universität wahrnimmt.
- 54 Vgl. HochSchG vom 7.10.2020, § 88 (2).
- 55 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Personalentwicklung, URL: <https://www.personalentwicklung.uni-mainz.de/zielgruppen/fuehrungskraefte-und-professor-innen/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 56 Vgl. ebd., URL: <https://www.personalentwicklung.uni-mainz.de/veraenderungsprozesse/JGU-leadership/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 57 Vgl. die Informationen auf der Homepage der JGU, URL: <https://www.berufungsprozesse.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 58 Vgl. ebd., https://www.berufungsprozesse.uni-mainz.de/files/2019/10/Tagungsband_Berufungsverfahren_online.pdf (abgerufen am 1.12.2020).
- 59 Vgl. ebd., URL: <https://organisation.uni-mainz.de/praesidialbereich/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 60 Der Themenbereich Gleichstellung und Diversität wird hier bewusst ausgespart. Siehe hierzu auch den Beitrag von Maria Lau in diesem Band.
- 61 Vgl. die Informationen auf der Homepage der JGU, URL: <https://weiterbildung.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 62 Vgl. ebd., URL: <https://forschung.uni-mainz.de/technologietransfer/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 63 Vgl. die Informationen auf der Homepage des junior campus mainz, URL: <https://www.junior-campus-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 64 Vgl. die Informationen auf der Homepage der JGU, URL: <https://www.career.uni-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 65 Vgl. beispielhaft die Informationen auf den jeweiligen Homepages, URL: <https://www.stiftung-jgsp.uni-mainz.de/>, <https://www.mitp.uni-mainz.de/physik-im-theater/>, <https://www.ev.theologie.uni-mainz.de/gottesdienste/>, <http://www.wissenschaftsallianz-mainz.de/wissenschaftsmarkt.html> und <https://www.botgarten.uni-mainz.de/fuehrungen-und-veranstaltungen/> (alle abgerufen am 1.12.2020).
- 66 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Universität Frankfurt a. M., URL: https://www.uni-frankfurt.de/61510805/Mercator_Science_Policy_Fellowship_Programm (abgerufen am 1.12.2020).
- 67 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Mainzer Wissenschaftsallianz, URL: <https://www.wissenschaftsallianz-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 68 PUSH: public understanding of science and humanities.
- 69 Vgl. die Informationen auf den Homepages der Stiftungsprofessur, URL: <https://www.stiftung-jgsp.uni-mainz.de/> u. der Schule des Sehens, URL: <https://www.schuledessehens.uni-mainz.de/> (beide abgerufen am 1.12.2020).
- 70 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 71 Vgl. die Informationen auf der Homepage des junior campus mainz, URL: <https://www.junior-campus-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 72 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Stifterverbandes, URL: <https://www.stifterverband.org/transfer-audit> (abgerufen am 1.12.2020).
- 73 Vgl. ZWW (Hrsg.): Bericht 2018, URL: https://www.zww.uni-mainz.de/files/2019/04/Jahresbericht_2018_www.pdf (abgerufen am 1.12.2020).
- 74 Vgl. Ewalt: The World's Most Innovative Universities 2019, 23.10.2019, URL: <https://www.reuters.com/innovative-universities-2019> (abgerufen am 1.12.2020). Hierbei wird nicht nur die Anzahl der eingereichten Patente, sondern auch die Anzahl von in Patenten zitierten Publikationen, sowie die Anzahl der in anderen Veröffentlichungen zitierten Patente ausgewertet.
- 75 Vgl. die Informationen auf der Homepage von Young Entrepreneurs in Science, URL: <https://youngentrepreneursinscience.com/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 76 Siehe hierzu auch den Campusplan im Anhang dieses Bandes.
- 77 Heute Teil des Instituts für organismische und molekulare Evolutionsbiologie am Fachbereich Biologie.
- 78 Heute Teil des Departments Chemie am Fachbereich Chemie, Pharmazie, Geografie und Geowissenschaften.
- 79 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 80 Das betrifft bspw. die Stationsgrößen oder die Verteilung der Operationssäle und der Notaufnahmen auf unterschiedliche Gebäude.
- 81 Bspw. Strahlentherapie, Rhythmologie und Transfusionszentrale.
- 82 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Max-Planck-Instituts für Chemie, URL: <https://www.mpic.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 83 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Max-Planck-Instituts für Polymerforschung, URL: <https://www.mpip-mainz.mpg.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 84 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Römisch-Germanischen Zentralmuseums, URL: <https://web.rgzm.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 85 Vgl. die Informationen auf der Homepage des IEG, URL: <https://www.ieg-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 86 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Max Planck Graduate Centers, URL: <https://www.mpgc-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 87 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Helmholtz-Instituts Mainz, URL: <https://www.hi-mainz.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 88 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Deutschen Krebsforschungszentrums, URL: <https://www.dkfz.de/de/hi-tron/index.html> (abgerufen am 1.12.2020).
- 89 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Leibniz-Institut für Resilienz-forschung, URL: <https://lir-mainz.de/lir> (abgerufen am 1.12.2020).
- 90 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Fraunhofer-Institut für Mikro-technik und Mikrosysteme, <https://www.imm.fraunhofer.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 91 Vgl. die Informationen auf der Homepage des IMB, URL: <https://www.imb.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 92 Siehe hierzu auch die Seiten zum Wissenschaftsstandort Mainz im Anhang dieses Bandes.
- 93 Vgl. die Informationen auf den Homepages des Rhine-Main Neuroscience Networks, URL: <http://www.rmn2.de/> u. des Verbunds Archäologie Rhein-Main, URL: <https://varm.hypotheses.org/> (beide abgerufen am 1.12.2020).
- 94 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Rhein-Main-Universitäten, URL: <https://www.rhein-main-universitaeten.de/index.php/forschung> (abgerufen am 1.12.2020).
- 95 Vgl. ebd., URL: <https://www.rhein-main-universitaeten.de/studium> (abgerufen am 1.12.2020).
- 96 Vgl. die Informationen auf der Homepage der German U15, URL: <https://www.german-u15.de/> (abgerufen am 1.12.2020).
- 97 Beispiele sind die Bereiche Forschung und Technologietransfer, Studium und Lehre, Kommunikation und Presse sowie Strategie.
- 98 Vgl. Macron: Initiative für Europa vom 26.9.2017, URL: <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspraesident-Macron-im-Wortlaut> (abgerufen am 1.12.2020). Zu *FORTH*EM siehe auch URL: <https://forthem.uni-mainz.de/> und URL: <https://www.forthem-alliance.eu/objectives/mobility/> (beide abgerufen am 21.12.2020).

FÄCHER UND
PROFILE





Die Theologischen Fakultäten Der Fachbereich 01

Thomas Berger und Wolfgang Breul

Ohne Zweifel war August Reatz, seit 1935 Professor für Dogmatik an der Theologischen Fakultät des Bischöflichen Priesterseminars Mainz, der Initiator für die Errichtung einer Katholisch-Theologischen Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU). Zugleich gehörte er zu den wichtigsten Wegbereitern für die Wiedereröffnung der Universität am 22. Mai 1946 und machte sich danach in der schwierigen Anfangszeit als deren Rektor im Studienjahr 1947/48 verdient.¹

Noch vor der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 hatte Reatz bereits im April ein Konzept zur Organisation einer eigenständigen Philosophisch-Theologischen Hochschule am Mainzer Priesterseminar erarbeitet. Darin war neben der Erweiterung des Lehrkörpers sowie des Lehrangebots und der Öffnung dieser Hochschule für Externe, die nicht dem Priesterseminar angehörten, auch die formale Trennung der wissenschaftlichen von der spirituellen und pastoral-praktischen Ausbildung im Priesterseminar vorgesehen. Dieses Konzept fand am 17. Mai die erforderliche Zustimmung des Professorenkollegiums. Daneben trieb Reatz im Juli und August 1945 den Gedanken einer Universitätsgründung in Besprechungen voran, die er mit interessierten Mainzer Kreisen in seiner Privatwohnung führte. Zu seinen damaligen Gesprächspartnern gehörten an erster Stelle der neue Oberbürgermeister Emil Kraus und Kulturdezernent Regierungsrat Michel Oppenheim.²

Dieses Streben nach einer Wiedereröffnung der Mainzer Universität stand in Einklang mit der Initiative General Raymond Schmittleins, der seinerseits seit dem Herbst 1945 die Absicht verfolgte, in Mainz für den

Die Gründung der Katholisch-
Theologischen Fakultät

August Reatz an seinem Schreibtisch 1947. Foto: Hanns Tschira, Quelle: UA Mainz, S3/274.



Festredner Bischof Albert Stohr am Tag der Wiedereröffnung der JGU im Mai 1946. Foto: Karl P. Nuernberg, Quelle: UA Mainz, S3/465.



rheinischen und pfälzischen Bevölkerungsteil der französischen Zone eine Universität zu errichten.³ Von Hause aus katholisch geprägt und mit verwandtschaftlichen Beziehungen nach Mainz, sah Schmittlein neben der akademischen Bildung in der geistigen und moralischen Erneuerung der Bevölkerung durch die demokratische Erziehung junger Menschen eine zentrale Aufgabe der neuen Universität. Er selbst betrachtete die amtlichen Repräsentanten der Katholischen Kirche in Mainz als Verbündete. Um das Universitätsprojekt zu bewältigen, sollte der vertrauensvolle Kontakt zu Reatz von großem Wert sein. Im November veranlasste Oberbürgermeister Kraus offiziell die Errichtung einer städtischen Kommission für die Universitätsgründung. In deren Beratungen wurde der Entschluss gefasst, neben einer Katholisch-Theologischen Fakultät auch eine Evangelisch-Theologische Fakultät zu errichten.⁴ Mehrere Memoranden, die aus diesem Kreis zugunsten der Mainzer Universität hervorgingen, verfehlten ihre Wirkung auf die französische Militärregierung nicht. Auch der Mainzer Bischof Albert Stohr, bis 1935 der Vorgänger von Reatz im Professorenkollegium am Priesterseminar, unterstützte das Vorhaben.⁵ Am 12. Dezember 1945 schlug er in einem Schreiben an den Vatikan die Gründung einer Mainzer Universitätsfakultät vor. Als ersten Schritt dafür bestätigte er am 17. Dezember die von Reatz initiierte Neuorganisation der Philosophisch-Theologischen Hochschule des Priesterseminars. Da sich die neue Universitätsfakultät und das Priesterseminar in seiner Bischofsstadt befanden und die geistliche mit der wissenschaftlichen Ausbildung der Priesteramtskandidaten einhergehen sollte, stellte deren Trennung und gleichzeitige Verortung an zwei separaten Institutionen keine Schwierigkeit dar.⁶

Aufgrund von Vorgesprächen, die Reatz mit dem Oberregierungspräsidenten von Rheinhessen-Pfalz, Otto Eichenlaub, geführt hatte, kam es für die Katholisch-Theologische Universitätsfakultät bereits im April 1946 zu einer Vereinbarung zwischen Bischof Stohr und Eichenlaub, die deren Aufbau und Organisation rechtlich regelte.⁷ Um einen Lehrbetrieb einzurichten, der den Anforderungen einer Theologischen Vollfakultät entsprechen konnte, wurden die Professoren der bischöflichen Lehranstalt, Reatz (Dogmatik und Dogmengeschichte), Johannes Kraus (Moraltheologie), Ludwig Lenhart (Kirchengeschichte und Patrologie), Nikolaus Adler (Neues Testament) und Ludwig Link (Kirchenrecht), zu ordentlichen öffentlichen Professoren an die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität berufen. Zudem wurde die Einrichtung weiterer Lehrstühle vereinbart, die fast alle bereits zu Beginn des Sommersemesters 1946 besetzt wurden: Für Apologetik und Religionswissenschaft konnte Hermann Schwamm (Speyer), für Christliche Anthropologie und Sozialethik

Peter Tischleder (Münster/Westfalen), für Altes Testament Heinrich Schneider (Freiburg im Breisgau) und für Praktische Theologie Karl Schmitt (Mainz) gewonnen werden. Ein vorgesehener Lehrstuhl für christliche Archäologie und Kunstgeschichte blieb unbesetzt.⁸

Eine Besonderheit stellte die Regelung dar, dass zwei zur wissenschaftlichen Ausbildung der Studierenden notwendige Lehrstühle für Philosophie, insbesondere für die scholastische Philosophie, und für Geschichte in der Philosophischen Fakultät ihren Platz erhielten, aber mit Dozenten zu besetzen waren, die sich nach dem Urteil des Bischofs für eine einwandfreie Ausbildung der Theologie-Studierenden eigneten. Auf den Philosophischen Lehrstuhl wurde Karl Holzamer berufen und der Lehrstuhl für Geschichte mit Leo Just besetzt, dem Gründungsdekan der Philosophischen Fakultät.⁹ So verzichtete man auf die Übernahme des Philosophischen Lehrstuhls des Priesterseminars (Georg Weingärtner). Die Beanspruchung der beiden Lehrstühle an der Philosophischen Fakultät ist in dem Sinne zu verstehen, dass diese in ihrem Bestand an der dortigen Fakultät abgesichert waren, wobei jedoch mit Blick auf unabsehbare politische Entwicklungen durch das Mitspracherecht des Bischofs wenigstens zwei Lehrstühle an der Philosophischen Fakultät mit christlicher Orientierung bestanden haben. Zugleich sollten die Theologiestudierenden in Kontakt mit Studierenden anderer Fachrichtungen kommen. Hierin spiegeln sich auch eine Offenheit für die wissenschaftliche Welt der Gesamtuniversität sowie die Vorsorge angesichts der Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit wider.

Aufgrund der schwierigen Postverbindungen war das vatikanische Schreiben, welches Bischof Stohr überhaupt zu Verhandlungen mit den staatlichen Behörden ermächtigte, erst am 7. Mai 1946 in Mainz eingetroffen, nachdem der Vertrag mit der staatlichen Seite bereits im April abgeschlossen worden war. Die Approbation der Fakultät durch den Apostolischen Stuhl erfolgte schließlich am 5. Dezember 1946, die Verleihung des Promotionsrechts am 22. Februar 1947. Das teils recht offensive Vorgehen Stohrs zeigt, dass er die Möglichkeiten, die sich nicht nur für die theologische Ausbildung, sondern auch für die Errichtung der neuen Hochschule als Volluniversität und letzten Endes auch für die Stadt Mainz boten, erkannte, nutzte und förderte.¹⁰ Hierzu gehörten auch Beiträge zur Unterstützung der Aufbauarbeiten an der Universität durch kirchliche Stellen, wie etwa Spenden der katholischen Bevölkerung zur Versorgung von deutschen Soldaten, die als Kriegsgefangene der Franzosen die Universitätsgebäude instand setzten, und Zugaben der Caritas zur Verpflegung von Studierenden, die sich an den Aufbauarbeiten beteiligten mussten. Der Botanische Garten wurde auf Grundstücken errichtet, die Mainzer Pfarreien zur Verfügung stellen mussten. An die katholische Bevölkerung ergingen Aufrufe, in der zerstörten Stadt Wohnraum für Studierende frei zu halten. Außerdem wurden im nahe gelegenen Katholischen Jugendwerk Unterkünfte eingerichtet. Seitens der Bibliothek des Priesterseminars wurden Bücher als Leihgaben für die Theologische, Juristische, Philosophische und Medizinische Fakultät bereitgestellt.¹¹

Die Statuten der Fakultät von 1946 regelten in vier Abschnitten mit insgesamt nur 15 Paragraphen die Aufgaben und den Aufbau der Fakultät, deren Verwaltung, die Berufung neuer Professoren und die Verfahren für die Habilitation, die Promotion und die Durchführung der Examina.¹² Schon bald wurden die Bestimmungen zu den akademischen Graduierungsverfahren durch eigene Ordnungen ersetzt: 1953 wurde die Abschlussprüfung, die im zehnten Semester vor allem für die Priesteramtskandidaten zwecks Zulassung zur Subdiakonenweihe vorgesehen war, um eine Lizentiatsprüfung ergänzt, die besonders für Studierende von Interesse war, die nicht dem Priesterseminar angehörten. So konnten auch Frauen einen theologischen Grad erwerben.¹³ Die mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) einhergehenden tiefgreifenden Veränderungen in Kirche und Theologie fanden unter anderem darin Niederschlag, dass 1966 die erste Diplomprüfungsordnung im

Organisation und Professorenschaft

Fach Katholische Theologie in Kraft trat, mit der vor allem dem zunehmenden Interesse von Studierenden an einer akademischen theologischen Ausbildung Rechnung getragen werden sollte.¹⁴ Mit der Einrichtung des Berufs des Pastoralreferenten im Bistum Mainz 1975 sollte die Zahl der Einschreibungen in den Diplommstudiengang rasch ansteigen.¹⁵ Das Konzil zog daneben auch eine Reform der Priesterausbildung nach sich, für die am 25. April 1966 in Mainz eine Konferenz mit Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet durchgeführt wurde. Mit Blick auf das Studium und die Prüfungen entsprach die Bischöfliche Prüfungsordnung von 1969 jener der Diplomprüfungsordnung.¹⁶

Waren die Lehramtsstudierenden der Katholischen Theologie für ihre theologische Studien zunächst formal noch an der Philosophischen Fakultät eingeschrieben, änderte sich das, als 1948 eine »vorläufige« Ordnung für das Lehramt an höheren Schulen in Kraft trat, der 1954 dann deren erste definitive Fassung folgte. Die erste Prüfungsordnung für Realschullehrer wurde 1957 erlassen, jene für das Lehramt an berufsbildenden Schulen 1966.¹⁷ Erhebliche Veränderungen brachte die infolge des Bologna-Prozesses eingeführte Modularisierung des grundständigen Studiums mit dem konsekutiven lehramtsbezogenen Bachelor beziehungsweise Master of Education seit 2008 sowie dem Vollstudiengang Magister Theologiae seit 2012.

Die Promotionsprüfung war zwar in den Statuten der Fakultät geregelt, doch trat bereits im Juli 1950 eine eigene Promotionsordnung in Kraft. War in dieser und der folgenden Ordnung von 1958 die Promotion nur für Kleriker vorgesehen, die wenigstens die Subdiakonenweihe empfangen hatten, unterlag die Promotionsordnung von 1963 einem tiefgreifenden Änderungsprozess: Sie ermöglichte auch die Promotion von Nichtkatholiken.¹⁸

Die ersten drei Habilitationen wurden nach den Bestimmungen des Universitätsstatuts durchgeführt, bis 1950 die erste Habilitationsordnung in Kraft trat.¹⁹ Alle diese Ordnungen und die mit ihnen seit 1970 verbindlich eingeführten Studienpläne, die im Laufe der Jahre immer wieder Änderungen und Neufassungen erfahren haben, zeigen die stete Sorge um eine zeitgemäße Form der akademischen theologischen Ausbildung. Dieses Streben ist auch in einer weiteren Ausdifferenzierung des Fächerkanons erkennbar.

Die Professoren der »ersten Stunde« waren in ihrer Mehrheit geprägt vom kirchlich konservativen Geist des Mainzer Priesterseminars. Dieser war in großen Teilen zunächst ein Reflex auf die Auseinandersetzungen der Katholischen Kirche mit dem repressiv vorgehenden Staat und den liberalen Kräften im 19. Jahrhundert, später auch auf die Erfahrungen mit dem totalitären Regime des Nationalsozialismus. Das Resultat war eine gewisse geistige Enge, aus der zunächst noch das Bestreben folgte – wie zu Zeiten der Seminafakultät – frei werdende Professuren mit akademisch qualifizierten Priestern zu besetzen, die aus der Mainzer Fakultät hervorgegangen waren.²⁰ Doch ließ sich dieses Vorgehen im akademischen Alltag einer Universität bald nicht mehr durchhalten: Bis zum Ende der 1970er-Jahre erfolgte eine weitgehende personelle Erneuerung und der mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil einhergehende Aufbruch in Kirche und Theologie bestimmte die Forschung und Lehre. Neben August Reatz, dem Gründungsdekan der Fakultät, seien wenigstens einige Professoren noch eigens genannt: Der Sozialethiker Peter Tischleder war ein Ratgeber bei der Vorbereitung der Verfassung des noch im Entstehen begriffenen Landes Rheinland-Pfalz und setzte sich erfolgreich für eine christliche Prägung des Staatsbildes insbesondere unter Einbezug des Subsidiaritätsprinzips ein. Die Professoren Ludwig Lenhart und Anton Philipp Brück erwarben sich herausragende Verdienste in der Erforschung der Kirchengeschichte des mittelrheinischen Raums. Der Moraltheologe Joseph Ziegler engagierte sich in Aufbau und Pflege von Kontakten zu polnischen Partnerhochschulen. 1996 wurde ihm für sein 25 Jahre währendes Engagement anlässlich der 50-Jahrfeier der Universität die Würde eines Ehrensenators verliehen. 130 polnische Professoren waren zum akademischen Austausch nach Mainz gekommen, 40 Professoren aus Mainz reisten nach Polen. Johannes Reiter, seit 1984 sein Nachfolger als Moraltheologe, wurde 1985,

2000 und 2003 in Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestags für Fragen zu Ethik und Recht im Blick auf die Möglichkeiten moderner Medizin aufgenommen. 1996 berief ihn der Bundeskanzler in den »Rat für Forschung, Technologie und Innovation«. 1997 wurde er Mitglied der päpstlichen Akademie für das Leben, und 2004 nahm ihn Papst Johannes Paul II. in die Internationale Theologenkommission auf. Aus dem Kreis der Professoren wurden nach August Reatz (1947) noch Johannes Kraus (1956) und Adolf Adam (1967) zu Rektoren gewählt, Ludger Schenke 1980 zum Vizepräsidenten.²¹

Zu den Mainzer Bischöfen unterhielt die Fakultät ein gutes Verhältnis. Bischof Stohr hatte sich nachdrücklich für ihre Gründung sowie für die Wiedereröffnung der Gesamtuniversität eingesetzt, wofür er unter anderem 1960 mit einem Festakt in der Aula auf Einladung von Rektor und Senat geehrt wurde.²² Das gute Einvernehmen mit seinem Nachfolger, Hermann Kardinal Volk, bewährte sich durch ein vertrauensvolles Zusammenwirken bei den Reformen, die das Zweite Vatikanische Konzil auslösten. Seinen 65. Geburtstag begingen Fakultät, Hochschulgemeinde und Priesterseminar in einem gemeinsamen Festakt. Karl Kardinal Lehmann war selbst von 1968 bis 1971 Professor für Dogmatik an der Fakultät gewesen. Als Bischof stand er in enger Verbindung mit der Fakultät und engagierte sich mit großem Engagement für deren Interessen. Dasselbe gilt für seinen Nachfolger, Bischof Peter Kohlgraf.

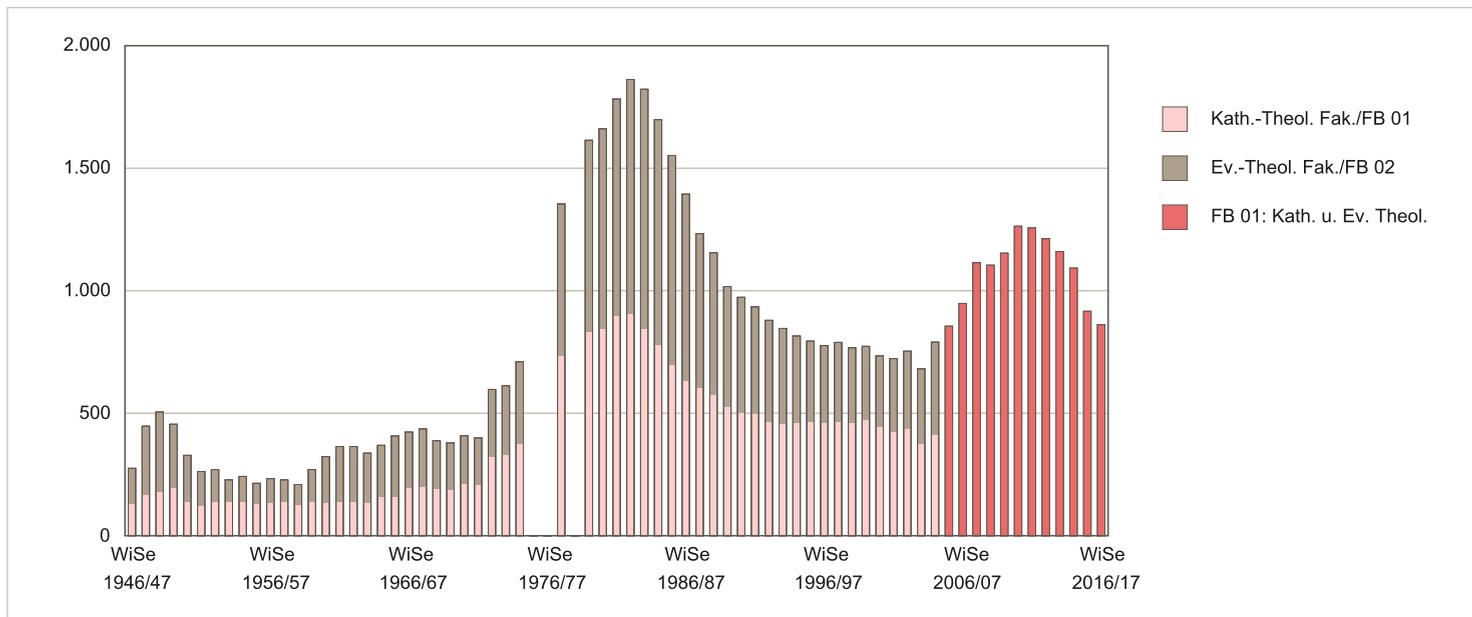
Ehrenpromotionen an der Katholisch-Theologischen Fakultät²³

Zwischen 1946 und 2020 wurden insgesamt 27 Ehrenpromotionen durch die Katholisch-Theologische Fakultät vorgenommen. Von den im Jahr 1947 Geehrten standen in näherer Beziehung zur Fakultät der erste Rektor Josef Schmid, Oberregierungspräsident Otto Eichenlaub, Abt Basilius Ebel OSB von Maria Laach, der der Universität anlässlich seiner Ehrung eine von Kunstschmied seines Klosters gefertigte Rektoren-Kette mit den Siegeln der sechs Fakultäten schenkte. Die Ehrenpromotion des Krakauer Erzbischofs Karol Kardinal Wojtyła, des späteren Papstes Johannes Paul II., im Rahmen der Jubiläumsfeier der Universität (1477–1977), war ein Zeichen der Verständigung zwischen der deutschen und der polnischen Kirche nach den leidvollen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg. In diese Richtung weist auch die Ehrenpromotion des Bischofs von Oppeln, Alfons Nossol, im Jahr 1992. Dieser hatte bereits 1977 als Gastprofessor in Mainz geweiht. 1996 wurde Prälat Walter Seidel, der langjährige Pfarrer der Katholischen Hochschulgemeinde St. Albertus, für seine Verdienste als Direktor der Akademie des Bistums Mainz, dem *Erbacher Hof*, geehrt.

Die Katholische Fakultät unterhielt von Beginn an zu ihrer Evangelischen Schwesterfakultät ein freundschaftlich gutes Verhältnis. Seit den Anfangsjahren treffen sich die Professoren beider Fakultäten einmal im Semester, um sich in ungezwungener Runde auszutauschen.²⁴ Über die Jahre hinweg gab es in einzelnen Fächern immer wieder gemeinsame Seminare. An die Stelle der von 1973 bis 2011 durch beide Fakultäten ausgerichteten Ökumenischen *Gastvorlesung* zu aktuellen Themen wie der Reformationgeschichte, trat 2014 der *TheMa-Tag* (Theologie in Mainz) als ein von den beiden Theologischen Fakultäten gemeinsam durchgeführter öffentlicher Studientag.

Mit der Hochschulreform zu Beginn der 1970er-Jahre, aus der die Fachbereiche 01 Katholische und 02 Evangelische Theologie hervorgingen, veränderten sich Stellung und Wahrnehmung der beiden Theologien

Die Beziehungen der beiden Fakultäten an der JGU



Studierende der beiden Fakultäten im Zeitverlauf nach Daten des UA Mainz (Best. 4 u. Best. 122) und der Stabsstelle Planung und Controlling der JGU. Seit dem SoSe 2005 werden die Studierenden der beiden Fakultäten gemeinsam gezählt.

in der Gesamtuniversität. Das bisherige organisatorische Gefüge von sechs Fakultäten, zu denen neben den beiden theologischen Fakultäten eine philosophische, eine juristische, eine medizinische und eine naturwissenschaftliche Fakultät gehörten, wurde mit der Neuorganisation in Fachbereichen gravierend verändert.²⁵ Dies wirkte sich etwa bei der Zusammensetzung des Senats und bei der Besetzung des Amtes des Präsidenten der Universität aus.

Die neue Grundordnung der JGU brachte 2005 die Zusammenfassung der theologischen Fachbereiche als Fachbereich 01 Katholische und Evangelische Theologie mit einem Fachbereichsdekan und Fachbereichsrat hervor. Letzterer besteht aus den Fakultätsräten der beiden Theologischen Fakultäten, denen je ein eigener Dekan vorsteht. Die Fakultätsdekane wechseln sich als Fachbereichsdekane ab. Der Fachbereichsrat berät über Angelegenheiten, die beide Fakultäten, insbesondere in ihrem Verhältnis zur Universität, gemeinsam betreffen. Die Lehre, das Studium und das Budget betreffende Angelegenheiten regeln die Fakultäten eigenständig.

2019 ist der Fachbereich 01 vorübergehend in ein neues Gebäude, das *Theologicum am City-Campus* übersiedelt, um nach der Sanierung von geeigneten Gebäuden wieder auf den Campus zurückzukehren.

Die Gründung der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Mainz

Über viele Jahrhunderte war Mainz mit dem Erzbischof als Reichserzkanzler das Zentrum der katholischen Kirche im Alten Reich gewesen. Die Einbeziehung der evangelischen Theologie in die Gründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Mai 1946 war daher alles andere als eine Selbstverständlichkeit.²⁶

Sie ist eng mit der Bildungs- und Religionspolitik der französischen Zone im besetzten Nachkriegsdeutschland verknüpft. Das erst spät zur Besatzungsmacht gewordene Frankreich orientierte sich in seiner Haltung gegenüber Kirchen und Religionsgruppen in seinem Verantwortungsbereich grundsätzlich an der Politik der übrigen Alliierten, in mancher Hinsicht war aber auch die in Frankreich seit 1905 praktizierte strikte Trennung von Kirche und Staat leitend.²⁷ Neben der allgemeinen Erwartung, dass Universität und Kirchen eine wichtige Rolle bei der Umerziehung, bei der »Entpreußung« und »Entgermanisierung«,²⁸ einnehmen könnten, war für die Gründung einer evangelisch-theologischen Fakultät offensichtlich auch die Absicht von Bedeutung, ein Gegengewicht zur katholischen Kirche zu schaffen, deren Episkopat zumindest teilweise antifranzösische

Tendenzen unterstellt wurden.²⁹ Solche Befürchtungen haben aber weder die Politik der Besatzungsbehörden noch das Verhältnis der beiden Mainzer theologischen Fakultäten längerfristig geprägt.

In der Praxis suchte die französische Besatzungsmacht auch im kirchlichen Bereich nach Personen, von denen sie sich eine Förderung der Demokratie versprach.³⁰ Eine für die evangelischen Kirchen wichtige Rolle hatte dabei der oberste französische Militärseelsorger für die Protestanten, Marcel Sturm,³¹ inne: Einerseits fungierte er als Kontaktperson der Besatzungsverwaltung und des Militärgouverneurs, General Pierre Marie Koenig, zugleich war er von der Protestantischen Kirche in Frankreich als Verbindungsmann zu den deutschen protestantischen Kirchen benannt worden.³² Sturm sympathisierte mit den bruderrätlichen Kreisen der Bekenntenden Kirche, die nach Kriegsende für einen personellen und institutionellen Bruch in den protestantischen Kirchen eintraten,³³ und setzte sich für die Wiederbelebung der ökumenischen Kontakte der deutschen Kirchen ein.³⁴ Auch bei der Gründung der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Mainz spielte er eine wichtige Rolle, die größeren Anteile bei der Anbahnung vor Ort lagen jedoch bei General Pierre Jacobsen, dem protestantischen Delegierten des französischen Militärs für die Region Rheinhessen.³⁵

Während man bei der Fakultätsgründung auf katholischer Seite in nicht unerheblichem Maße auf bestehenden kirchlichen Strukturen aufbauen konnte,³⁶ war bei den evangelischen Kirchen nicht einmal klar, wer Ansprechpartner sein und eine federführende Rolle bei diesem Vorhaben einnehmen konnte. Die Evangelische Landeskirche Nassau-Hessen, die sich 1933 im Zuge der NS-Kirchenpolitik gebildet hatte, hatte sich bei Kriegsende in ihre Teilkirchen Frankfurt, Hessen-Darmstadt und Nassau aufgelöst. Erst mit dem »Kirchentag« in Friedberg am 30. September 1947 vereinigten sie sich wieder zur Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.³⁷ Die evangelische Kirche der Pfalz hatte über den Zusammenbruch 1945 ihre organisatorische Kontinuität wahren können, doch akzeptierte die französische Besatzungsmacht die beiden Führungspersönlichkeiten an ihrer Spitze, Hans Otto Stichter und Eugen Roland, nicht. Erst mit dem Rücktritt der beiden Oberkirchenräte und der Wahl Hans Stempels zum Präses im August 1946 entspannte sich die Zusammenarbeit der pfälzischen Kirche mit den Franzosen.

Zum ersten Ansprechpartner für die französische Seite in der Frage der Fakultätsgründung wurde unter diesen Umständen Martin Niemöller, der den Nimbus eines prominenten Kirchenmannes im Widerstand gegen den Nationalsozialismus trug.³⁸ Seine nationalprotestantische Haltung, die Niemöller unmittelbar nach dem Krieg in Interviews mit Journalisten und in Verhören mit Vertretern der Amerikaner recht unverhüllt gezeigt hatte,³⁹ war den französischen Vertretern offensichtlich verborgen geblieben. Um die Jahreswende 1945/46 hatte Niemöller Kontakt mit General Jacobsen.⁴⁰ Bereits wenige Tage später legte er ihm eine Vorschlagsliste zur Besetzung der Evangelisch-Theologischen Fakultät vor.⁴¹ Zum eigentlichen Organisator der Fakultätsbesetzung wurde der kommissarisch als Superintendent amtierende Pfarrer in Albig, Reinhard Becker,⁴² der offensichtlich von Beginn an in die Absprachen Niemöllers mit den Ansprechpartnern der Besatzungsregierung eingebunden war. Bereits am 9. Januar 1946 unterrichtete er die Vorläufige Kirchenleitung von Hessen-Darmstadt über die bevorstehende Gründung der Universität und die geplante Errichtung einer evangelisch-theologischen Fakultät in Mainz.⁴³ Dass kirchliche Vertreter aus den Reihen der Bekenntenden Kirche bei den Berufungen für die neue Fakultät die Feder führten, widersprach in eklatanter Weise der Praxis in der Evangelischen Theologie. Diese Abweichung war nicht nur den Verhältnissen unmittelbar nach Kriegsende und der sehr kurzen Frist bis zur geplanten Eröffnung von Universität und Fakultät geschuldet, die zur Improvisation nötigten. Sie entsprach auch den Zielen der französischen Bildungspolitik in ihrer Besatzungszone,⁴⁴ die mit den Traditionen der Ordinarienuniversität in Deutschland zu brechen suchte. Dazu gehörte auch die Berufung von Personen ohne Habilitation oder gar Promotion.⁴⁵ Auch Niemöller fehlte eine engere Bindung zur akademischen Theologie. Nun wurde er zum Initiator der neuen Fakultät.

Die Verhandlungen um die Berufungen



Porträt von Reinhard Becker aus dem Jahr 1953. Quelle: Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Best. 120/1236.

Mit der Übersendung von Niemöllers Vorschlagsliste für die Besetzung der Mainzer Fakultät an Superintendent Becker begann die eigentliche Arbeit.⁴⁶ Becker oblag die Abstimmung der Berufungsliste mit den Kirchenleitungen in Darmstadt und Speyer, und er führte die Korrespondenz mit den Kandidaten für eine Professur. Ziel war es, der neuen Fakultät durch die Berufung von Vertretern der Bekennenden Kirche eine eigene Prägung zu geben und die Grundlage für eine engere Kooperation mit den evangelischen Landeskirchen zu schaffen.⁴⁷ Damit hoffte man auch der in den Bruderräten der Bekennenden Kirche nach Kriegsende befürchteten Restauration in der evangelischen Kirche entgegenwirken zu können. Die Vorschläge auf Niemöllers Liste (mit je drei Kandidaten für die fünf Hauptfächer der Evangelischen Theologie (Altes Testament: Hellmuth Frey, Bethel; Walther Zimmerli, Zürich; Hans Hellbardt, Wuppertal. – Neues Testament: Ernst Lohmeyer, Greifswald; Günther Bornkamm, Bethel; Ernst Käsemann, Gelsenkirchen. – Kirchengeschichte: Erich Schick, Basel; (Hans) Emil Weber, Münster i. W.; Kurt Fror, München. – Systematische Theologie: Paul Schempp, Kirchheim/Teck; Walter Künneth, Erlangen; Heinrich Vogel, Berlin. – Praktische Theologie: Günther Dehn, Ravensburg; Georg Eichholz, Wuppertal; Hermann Diem, Ebersbach an der Fils) lassen trotz seiner Ferne zur akademischen Welt in den exegetischen Fächern durchaus Qualitätsbewusstsein erkennen; in der Systematischen und der Praktischen Theologie nannte er vor allem Vertreter der Bekennenden Kirche.⁴⁸ Lediglich in der Kirchengeschichte zeigte sich die Liste wenig fachkundig. Dass die Vorgeschlagenen, Emil Weber und Kurt Frör, keine Vertreter des historischen Fachs waren, war Niemöller offensichtlich nicht bewusst.⁴⁹ Von den 15 Vorschlägen dieser Liste trat lediglich der Bultmann-Schüler Ernst Käsemann eine Professur in Mainz an. Käsemann avancierte nach seinem Wechsel nach Göttingen (1952) und Tübingen (1971) zu einem der prominenten Vertreter seines Fachs.⁵⁰

Auch von den Erweiterungen der Berufungsliste in den Fassungen von Superintendent Becker, der vorläufigen Kirchenregierung von Hessen(-Darmstadt) und der evangelischen Kirche der Pfalz und des Zwischenkirchlichen Ausschusses⁵¹ ließen sich nur wenige Vorschläge realisieren; insbesondere wurden die Lehraufträge von den im Einzugsbereich der Mainzer Universität beheimateten Eugen Ludwig Rapp (Oberlustadt), Georg Biundo (Roxheim) und Wilhelm Boudriot (Gernsheim) übernommen.⁵²

Für den geringen Erfolg von Reinhard Beckers Bemühungen um Kandidaten für die Mainzer Neugründung lassen sich unterschiedliche Gründe erkennen. Viele der Kandidaten aus den Reihen der Bekennenden Kirche, die an kirchlichen Hochschulen und anderen kirchlichen Ausbildungsstätten gelehrt hatten, blieben (zunächst) an den kirchlichen Ausbildungsstätten, in den Pfarrämtern oder in anderen Funktionen, die sie bei Kriegsende innehatten.⁵³ Offensichtlich sahen sie die kirchliche Trägerschaft – nach den Erfahrungen der NS-Zeit und angesichts der vielfältigen Unsicherheiten staatlicher Institutionen unter dem Besatzungsregiment – in ihrer theologischen Ausrichtung und pekuniären Ausstattung als eine verlässlichere Größe an. Einige der angefragten Theologen, die eher nicht zum Spektrum der Bekennenden Kirche gehörten, bevorzugten Offerten der traditionellen Universitäten⁵⁴ und waren teilweise auch über das ungewöhnliche Berufungsverfahren irritiert.⁵⁵ Politische Unsicherheiten taten ein Übriges.⁵⁶ Für die Sitzung des Zwischenkirchlichen Ausschusses am 1. April 1946 konnte Superintendent Becker trotz seines großen Engagements in den zurückliegenden Wochen nur eine magere Bilanz vorlegen. Für die Lehrstühle der neuen Fakultät fanden sich lediglich sechs Namen auf seiner Berufungsliste, von denen nur drei im weiteren Verlauf nach Mainz kamen, für Lehraufträge wurden sieben weitere Personen genannt. Dem standen 19 Absagen und vier noch offene Anfragen gegenüber. Bei einer kurz darauf stattfindenden zweitägigen Besprechung mit Martin Niemöller im Albiger Pfarrhaus von Reinhard Becker, an der zeitweise auch General Jacobsen teilnahm, wurde daher entschieden, einen Gründungsdekan zu berufen, um den herum und durch den die Fakultät aufgebaut werden sollte. Die Wahl fiel auf Wilhelm Jannasch, Niemöllers ehemaligen Weggefährten aus der Bekennenden Kirche während der NS-Zeit.⁵⁷



Undatiertes Porträt (1940er-Jahre) von Ernst Käsemann. Foto: Hanna Kunsch, Quelle: Universitätsbibliothek Tübingen, Sign. PA, alt L XV 60a.4°.

Zum Sommersemester 1946 konnte die neue Fakultät immerhin mit drei Professoren aufwarten: Kurt Galling⁵⁸ (Altes Testament), Ernst Käsemann (Neues Testament) und Wilhelm Jannasch (Praktische Theologie). Daneben gab es Lehraufträge für Rapp (Altorientalische Sprachen), Biundo (Pfälzische Kirchengeschichte), Boudriot (Reformierte Kirchengeschichte) und Imo Schäfer (Kirchenmusik). Die kirchengeschichtliche Grundversorgung übernahm der auch in diesem Fach interessierte Dekan mit Vorlesung und Seminar. Die Schweizer Professoren Alfred de Quervain (Systematische Theologie) und Eduard Schweizer (Neues Testament) komplettierten das Lehrangebot mit einwöchigen Gastvorlesungen.⁵⁹ Der geringen Zahl der Ordinarien entsprach im Sommersemester 1946 die geringe Zahl von 30 Studierenden und die bescheidene räumliche Ausstattung. Am gravierendsten dürfte das Fehlen einer wissenschaftlichen Fachbibliothek gewesen sein.⁶⁰

Trotz der äußerst schwierigen Startbedingungen fand die neue Fakultät in den ersten Semestern schnell großen Zulauf. Die Zahl der Studierenden stieg innerhalb von zwei Jahren – auch im Vergleich mit der katholischen Schwesterfakultät – rasant an. Im Sommersemester 1948 waren fast 350 Studierende eingeschrieben, darunter auch einige Frauen. Die Evangelische Kirche Hessen-Darmstadt, auf deren Gebiet die Mainzer Fakultät lag, bemühte sich angesichts vieler vakanter Pfarrstellen nach Kräften zum Theologiestudium zu ermuntern. Hinter dem starken Aufschwung der Studierendenzahlen steckte jedoch vor allem ein kriegsbedingter Nachholbedarf; ab 1949 sanken die Einschreibungen deutlich und fielen bald unter das Niveau der katholischen Schwesterfakultät. In den 1950er-Jahren blieb die Zahl der eingeschriebenen Studierenden mit circa 100 auf anhaltend niedrigem Niveau und stieg erst in den 1960er-Jahren wieder langsam an.

Die Fakultät musste in dieser Zeit prominente Abgänge in den exegetischen Fächern (Schweizer 1949, Käsemann 1951, Galling 1955) verzeichnen. Andererseits war es ihr aber zügig gelungen, in allen theologischen Hauptdisziplinen die Lehraufträge durch ordentliche Berufungen zu ersetzen. Mit Ausnahme der Kirchengeschichte waren ab 1949 alle traditionellen Fächer doppelt besetzt;⁶¹ sie verfügte ergänzend über territorialkirchengeschichtliche Professoren (Biundo, Boudriot, Adolf Hamel und Heinrich Steitz). Besondere Schwerpunkte konnte man durch eine Stiftungsprofessur für Missionswissenschaften (gefördert von der Goßner Missionsgesellschaft), die Professur für Christliche Orientalistik und später Judaistik und die Biblische Archäologie setzen.

Die Landeskirchen im Einzugsbereich und kirchliche Verbände förderten die neue Fakultät nach Kräften. Ein Studentenpfarrer wurde in Mainz angestellt, der Kauf einer kleinen Orgel in Angriff genommen und zum Ende des Sommersemesters 1946 der erste Universitätsgottesdienst gehalten. Das Problem der fehlenden bzw. wissenschaftlich unzureichenden Seminarbibliothek konnte erst allmählich gelöst werden. Das Verhältnis zur katholischen Schwesterfakultät beschrieb der Gründungsdekan nach Ende des ersten Semesters im August 1946 als »gut, bei vielen Einzelbegegnungen sogar herzlich«.⁶²

Kirchliche Vertreter haben auf die Gründung der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Mainz in einem Maße Einfluss genommen, wie das seit dem Ende des landesherrlichen Kirchenregiments 1918/19 nicht mehr möglich gewesen war. Martin Niemöller und Superintendent Reinhard Becker wollten in Abstimmung mit den Verantwortlichen der französischen Besatzungsmacht eine von den Traditionen und Orientierungen der Bekennenden Kirche unter der NS-Herrschaft geprägte theologische Ausbildungsstätte schaffen, die in enger Verbindung mit den Landeskirchen deren restaurative Tendenzen eingrenzen sollte. Damit knüpften sie implizit an die Kirchlichen Hochschulen an, die der Bekennenden Kirche unter der NS-Herrschaft für einige Jahre die Fortführung einer von staatlichen Instanzen unabhängigen theologischen Ausbildung ermöglicht hatten.⁶³ Für die weitere Entwicklung der Fakultät war es von Bedeutung, dass die an diesen Leitlinien aus-

Die weitere Entwicklung der Fakultät in den 1950er-Jahren



Undatiertes Porträt von Kurt Galling. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/7735.



Undatiertes Porträt von Luise Schottroff. Foto: Manfred Schumacher, Quelle: UA Mainz, S3/9105.

gerichtete Berufungspolitik nur geringen Erfolg hatte und es zumindest in einigen Fällen gelang, später prominente Theologen für die Mainzer Lehrstühle zu gewinnen. Mit einem Vertrag vom 22. April 1947 zwischen der JGU und den drei umliegenden Landeskirchen⁶⁴ wurde nach langen Verhandlungen eine Regelung gefunden, die den kirchlichen Einfluss auf die Mainzer Berufungsverfahren auf das übliche Maß begrenzte.

Die Evangelisch-Theologische Fakultät seit 1960

Nach ihrer Konsolidierung in den 1950er-Jahren konnte sich die Mainzer Fakultät aufgrund ihrer im Staatskirchenvertrag von 1962 festgeschriebenen Zweizügigkeit (je zwei Professuren in den Hauptfächern Altes und Neues Testament, Kirchengeschichte, Systematische Theologie und Praktische Theologie sowie zwei weitere Professuren für Orientalistik und Judaistik und Religions- und Missionswissenschaft) unter den deutschsprachigen Fakultäten im Mittelfeld etablieren. Zu besonderen Schwerpunkten entwickelte sich die aus der Professur von Eugen Ludwig Rapp (1949–1973) hervorgegangene Judaistik (Günter Mayer, Leo Trepp, Andreas Lehnardt) und die im Alten Testament angesiedelte Biblische Archäologie (Volkmar Fritz, Wolfgang Zwickel). Wie schon in den Anfangsjahren war Mainz für eine Reihe später bedeutender Vertreter des Fachs eine wichtige Karriereetappe: unter anderem Hans Walter Wolff (1959–1967), Ferdinand Hahn (1968–1977), Martin Schmidt (1959–1967), Wolfhart Pannenberg (1961–1967) und Eilert Herms (1985–1995). Wie an anderen Fakultäten auch, kam es an der JGU im Zuge der »68er-Bewegung« zu heftigen Konflikten um die Politisierung der Theologie. Im Fokus der Auseinandersetzungen standen der Neutestamentler Herbert Braun (1952–1971) und seine Schülerin Luise Schottroff (1971–1986), die zu einer der führenden feministischen Theologinnen in Deutschland avancierte. Die ESG entwickelte sich in dieser Zeit unterdessen zu einer Basisstation des studentischen Protests.

Auch aktuell gliedert sich die Evangelische Theologie an der JGU in die fünf klassischen Fachgebiete: Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Systematische Theologie und Praktische Theologie. Daneben gibt es jeweils einen Lehrstuhl für Religionswissenschaft und einen für Judaistik. Im Leitbild der Fakultät heißt es: »In den (protestantischen) Kirchen ist die christliche Tradition in der Gesellschaft gegenwärtig und lebendig; die Teildisziplinen der Ev. Theologie haben gemeinsam die Aufgabe, diese lebendige Tradition wissenschaftlich zu reflektieren und so künftige Pfarrerinnen und Pfarrer sowie Lehrer und Lehrerinnen für die Pflege und Vermittlung dieser Tradition in der Gesellschaft der Gegenwart auszubilden.«⁶⁵ Mit insgesamt zwölf Professorinnen und Professoren gehört die Mainzer Evangelisch-Theologische Fakultät noch immer zu einer der mittelgroßen in Deutschland.

Sabine Lauderbach

Anmerkungen

1 Zu den maßgeblich an der Wiedereröffnung der Mainzer Universität 1946 beteiligten Personen vgl. die von Michael Kißener und Helmut Mathy herausgegebene Sammlung von Porträts: *Ut omnes unum sint*. Zum Beitrag der Katholischen Kirche für die Wiedereröffnung der Mainzer Universität sowie zur Gründung der Katholisch-Theologischen Fakultät vgl. die umfassende Untersuchung mit ausführlichen Hinweisen zu Quellen und Literatur bei Baginski/Springer: Bedeutung.
2 Vgl. ebd., S. 220 u. Reatz: Wiedereröffnung, S. 10 f.

3 Vgl. allg. Defrance: Schmittlein. Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.

4 Vgl. Eckert: Erneuerung, S. 50–52.

5 Zu Albert Stohr vgl. Braun: Stohr.

6 Vgl. Baginski/Springer: Bedeutung, S. 219 f. u. Mayer: Ende, S. 55.

7 Vgl. ausführlich dazu Braun: Stohr, S. 42–58. Zur staatskirchenrechtlichen Einordnung vgl. auch May: Entstehung. Für neuere Beiträge zur Geschichte der Fakultät vgl. auch May: Entstehung. Für neuere Beiträge zur Geschichte der Fakultät vgl. auch May: Entstehung.

- tät vgl. Berger u. a. (Hrsg.): 70 Jahre. Der Nachlass von Otto und Erika Eichenlaub befindet sich in den Beständen des Universitätsarchivs Mainz (UA Mainz).
- 8 Vgl. dazu die Informationen zu den hier genannten Personen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.9.2020).
 - 9 Zu den genannten Personen vgl. Fischer-Wollpert/Reinhardt: Professoren.
 - 10 Vgl. Braun: Stohr, S. 446–448.
 - 11 Vgl. Baginski/Springer: Bedeutung, S. 223–227. Für die Auskunft zu den Buchleihgaben sei Helmut Hinkel, Martinus-Bibliothek, wiss. Diözesanbibliothek Mainz, ausdrücklich gedankt.
 - 12 Vgl. Archiv der Kath.-Theol. Fakultät Mainz (AKTFMZ), Fakultät-Statuten. – Zur weiteren Entwicklung vgl. die von wechselnden Autoren für die Mainzer Fakultät jährlich verfassten Hochschulnachrichten im *Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte* 3 (1951) bis 69 (2017). Darin enthalten sind zudem die Studierendenzahlen (seit 1973) und Angaben zum Lehrkörper, zu allen Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationsschriften und Gastvorträgen sowie zu wesentlichen Ereignissen.
 - 13 Bis 1965 wurden nur zwölf Lizentiate erteilt, da der weitaus größte Teil der Studierenden Priesteramtskandidaten waren. Vgl. AKTFMZ, Protokollbuch 1946–1968, S. 49 u. S. 61 f. u. UA Mainz, Best. 10/64. Bis 2017 wurden insgesamt nur 21 Lizentiate erteilt, was durch die Einführung des Diplomstudiengangs 1966 bedingt war. Vgl. AKTFMZ, Lizentiat und Verzeichnis der Lizentiatsprüfungen.
 - 14 Vgl. AKTFMZ, Diplomprüfungsordnung. Von 1966 bis 2017 wurden insgesamt 1.028 Diplomprüfungen erfolgreich absolviert.
 - 15 Vgl. Baumann: Geschichte, S. 30.
 - 16 Vgl. UA Mainz, Best. 10/30, Abschlussprüfungen; Best. 10/45, Reform der Priesterausbildung u. Guballa: Studien- und Examensordnung, S. 368.
 - 17 Vgl. AKTFMZ, Protokollbuch 1946–1968, S. 28 u. S. 31 zur vorläufigen Lehramtsprüfung u. die Lehramtsprüfungsordnungen im UA Mainz, Best. 10/65.
 - 18 Vgl. AKTFMZ, Verzeichnis der Promotionen. Von 1946 bis 2017 wurden insgesamt 170 Promotionen vollzogen.
 - 19 Vgl. ebd., Habilitationsordnungen. Die 53 Habilitationen verteilen sich wie folgt: sieben in den biblischen Fächern, zehn in Kirchengeschichte, 21 in der Systematischen Theologie, 13 in der Praktischen Theologie.
 - 20 So trat 1951 Ludwig Berg die Nachfolge des schon 1947 verstorbenen Sozialethikers Peter Tischleder an, 1960 folgte Adolf Adam in der Praktischen Theologie Karl Schmitt, 1965 Josef Schmitz in der Fundamentaltheologie. Heribert Gauly erhielt 1972 die neue Professur für Pastoraltheologie. Eine Skizze des ersten Jahrzehnts der Fakultät findet sich bei Mathy: Katholisch-Theologische Fakultät, S. 1434–1443. Zum weiteren Fortgang vgl. Walter: Theologie.
 - 21 Vgl. dazu die Informationen zu mehreren hier genannten Personen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.9.2020).
 - 22 Vgl. Lenhart (Hrsg.): Universitas.
 - 23 Siehe hierzu auch die Liste der Ehrenpromotionen im Anhang dieses Bandes.
 - 24 Vgl. AKTFMZ, Protokollbuch 1946–1968, S. 71. Erstmals notiert wurde das 1952, danach gab es diese Runde in jedem Semester.
 - 25 Vgl. Jürgensmeier: Katholisch-Theologischen Fakultät.
 - 26 Die Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät Mainz war bislang nicht Gegenstand gründlicherer Untersuchungen; der Verfasser plant eine umfangreichere Veröffentlichung zum Thema.
 - 27 Vgl. Greschat: Kirchenpolitik, S. 217 u. S. 227–230.
 - 28 Vgl. ebd., S. 219 u. S. 225.
 - 29 Vgl. ebd., S. 234. Unter Anführung einer Antwort Tarbé de St.-Hardouins auf eine diesbezügliche Anfrage des französischen Außenministeriums vom 15.10.1945. Exemplarisch verwies Tarbé auf Bischof Bornewasser von Trier.
 - 30 Vgl. ebd., S. 233.
 - 31 Vgl. Schröber: Sturm, S. 115–170; Thierfelder/Losch: Marcel Sturm. Zur Organisation der französischen Besatzungsregierung und -verwaltung und zur Position Sturms vgl. S. 212 f.
 - 32 Vgl. Schröber: Sturm, S. 138–142 u. S. 148–170; Thierfelder/Losch: Marcel Sturm, S. 214 f. u. Greschat: Kirchenpolitik, S. 233 f.
 - 33 Vgl. Thierfelder/Losch: Marcel Sturm, S. 218–224.
 - 34 Vgl. ebd., S. 225 f. u. Schröber: Sturm, S. 126 f.
 - 35 Der dänischstämmige Jacobsen wurde Anfang 1945 aufgrund seiner militärischen Verdienste im Alter von nur 27 Jahren zum Brigadegeneral befördert. Im November 1945 wurde er zum *délégué militaire* für den Bezirk Rheinhessen ernannt.
 - 36 Zu nennen sind hier insbesondere das Priesterseminar und die intakte kirchenleitende Struktur; hinzu kommt die Unterstützung durch städtische Kreise.
 - 37 Sie wählte Martin Niemöller zu ihrem ersten Kirchenpräsidenten. Vgl. Ziemann: Niemöller, S. 412–415.
 - 38 Vgl. ebd., insbes. S. 195–356.
 - 39 Vgl. ebd., S. 359–364.
 - 40 Niemöllers Kalender notiert unter dem 23.12.1945 bei einem Gottesdienstbesuch die Anwesenheit von General Jacobsen und später des Superintendenten Becker, der Gemeindepfarrer im rheinhessischen Albig war. Für den 4.1.1946 verzeichnet er: »Zu Mainz vergeblich General Jacobsen aufgesucht. Von dort weiter nach Albig.« Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt (ZA EKHN), Amtskalender Martin Niemöllers. Ich danke der Familie Niemöller für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in den Kalender.
 - 41 Vgl. ZA EKHN, Best. 193/65, Koller an Superintendent Becker am 21.1.1946. Vgl. auch Dienst: Anfänge, S. 15.
 - 42 Vgl. ZA EKHN, Best. 120A/1235, Personalakte R. Becker.
 - 43 Vgl. Dienst: Anfänge, S. 5.
 - 44 Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
 - 45 Unter den 15 Namen auf Niemöllers Berufungsliste befanden sich sieben Theologen ohne Promotion und vier ohne Habilitation. Weniger als ein Drittel seiner Kandidaten verfügte damit über die vollständige Qualifikation für eine Universitätsprofessur.
 - 46 Vgl. ZA EKHN, Best. 193/65, Koller an Superintendent Becker am 21.1.1946.
 - 47 Vgl. ebd., Becker an Kurt Frör am 22.2.1946.
 - 48 Für Walter Künneht gilt dies nur eingeschränkt.
 - 49 Auch Erich Schick, Lehrer am Basler Missionsseminar, verfügte nicht über eine akademische Qualifikation in diesem Fach.
 - 50 Zu Käsemanns Bedeutung als Exeget vgl. Bauspieß u. a. (Hrsg.): Theologie u. Adam u. a. (Hrsg.): Dienst. Vgl. dazu auch die Informationen zu mehreren hier genannten Personen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.9.2020).
 - 51 Alle genannten Listen finden sich im ZA EKHN, Best. 193/65. Die Listen des Zwischenkirchlichen Ausschusses vom 1.4.1946 sind im Best. 155/307 überliefert (inkl. einer Liste der Absagen und unentschiedenen Fälle).
 - 52 Vgl. dazu die Informationen zu mehreren hier genannten Personen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.9.2020).
 - 53 Dies trifft für 18 der auf den Berufungslisten bis Anfang April genannten Theologen zu.
 - 54 Dies trifft zu für Günther Dehn, Emil Weber, Hans Wilhelm Hertzberg, Helmut Thielicke und Otto Weber.
 - 55 Vgl. bspw. ZA EKHN, Best. 193/65, Helmut Thielicke an Becker am 27.2.1946.
 - 56 Vgl. ebd., Peter Brunner an Becker am 1.3.1946.
 - 57 Vgl. ebd. Zu Jannaschs Lübecker Zeit vgl. bspw. Buss: Erblasten u. Kißener: Kontinuität, S. 114 f. Der Hinweis auf Jannasch verdankt sich Günter Dehn, der in seiner Absage an Superintendent Becker vom 5.3.1946 auf Jannasch aufmerksam machte. Vgl. ZA EKHN, Best. 193/65.
 - 58 Galling nahm erst im Juli seine Vorlesungen für das SoSe 1946 auf.
 - 59 Vgl. Jannasch: Evangelisch-Theologische Fakultät. Anfängliche Schwierigkeiten wurden in den zehn Jahren überwunden. Ein bewährter Vertrag mit der Kirche. In: Staatszeitung für Rheinland-Pfalz, 22.5.1956, S. 51–54, hier S. 52.
 - 60 Der evangelischen Theologie stand in Mainz anfänglich nur ein einziger Seminarraum »mit leeren Bücherborden« zur Verfügung. Ebd., S. 53.
 - 61 Walter Völker vertrat das Fach Kirchengeschichte mit Schwerpunkt Patristik. Praktische Theologie und Systematische Theologie teilten sich die Professur von Friedrich Delekat. Zu Delekat vgl. Simojoki: Erziehungsverantwortung.
 - 62 UA Mainz, NL 16/11, Bericht Jannasch, S. 3.
 - 63 Vgl. Meier: Fakultäten, S. 189–221.
 - 64 Vgl. UA Mainz, NL 16/18, Berufungen von Hochschullehrern der Ev.-Theol. Fakultät 1946–1947.
 - 65 Leitbild, URL: <https://www.ev.theologie.uni-mainz.de/files/2018/04/leitbild.pdf> (abgerufen am 8.4.2020).

Die Vielfalt der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften an der JGU

Ein kurzer Überblick über die Fachbereiche 02, 05 und 07

Stefan Aufenanger (FB 02), Stephan Füssel (FB 05) und Wolfgang Elz (FB 07)

Der Fachbereich 02: Sozialwissenschaften, Medien und Sport

Die Entwicklung zum Fachbereich (FB) 02: Sozialwissenschaften, Medien und Sport der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) ist ein langer Prozess, der durch vielfältige Faktoren wie etwa Novellen der Hochschulgesetze, Neustrukturierungen von Fächern und Strukturwandlungsprozesse bedingt war und noch immer ist. Aktuell (Stand: Juni 2020) ist der FB mit circa 7.500 eingeschriebenen Studierenden (5.000 im Kernfach und 2.600 im Beifach) sowie 5.200 Studierenden, die für das Lehramt an Gymnasien ausgebildet werden und im FB den bildungswissenschaftlichen Anteil ihres Lehramtsstudiums absolvieren, der zweitgrößte Fachbereich der Universität. Die sechs Institute oder Fachdisziplinen (Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft, Publizistik, Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaft) spiegeln die Relevanz sozialer und gesellschaftlicher Themen wider. In den Instituten sind derzeit 69 Professor_innen (davon 15 Juniorprofessor_innen) sowie über 300 wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter_innen angestellt. Sie begleiten jährlich mehr als 600 Studierende zu einem berufsqualifizierenden Abschluss. Zudem werden jedes Jahr rund 50 Promotions- und Habilitationsschriften von Nachwuchswissenschaftler_innen des FB veröffentlicht.¹ Der FB selbst verfügt seit 2005 über ein Dekanat mit Dekanatsassistentin und Geschäftsführer_in sowie über ein zentrales Prüfungsamt für die Bachelor- und Masterstudiengänge. Im Fachbereichsrat sind alle Institute des FB vertreten. Weiterhin sind alle Fächer an der Ausbildung für das Lehramt an allgemeinbildenden Schulen beteiligt, entweder mit ihrer Fachdidaktik oder den Bildungswissenschaften. Der FB 02 ist forschungsstark, vor allem durch die Einwerbung von Drittmitteln bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft oder auf der Ebene der Europäischen Union. Besondere Forschungsschwerpunkte (FSP) wie das *Research Centre for Social and Cultural Studies Mainz (SOCUM)* als Verbindung von Sozial- und Kulturwissenschaften sowie das *Zentrum für Schul-, Bildungs- und Hochschulforschung* unterstützen und fördern die sozialwissenschaftliche Forschung am FB. Über mehr als ein Jahrzehnt gab es auch den FSP *Medienkonvergenz*, der durch Veranstaltungen und Forschungsprojekte den besonderen Medienswerpunkt des FB unterstrich.

Die Fächer des heutigen FB 02 sind aus der Philosophischen Fakultät zuerst in verschiedene Fachbereiche mit der Neufassung des Hochschulgesetzes von 1973 überführt worden.² Politik, Psychologie, Publizistik und Soziologie bildeten gemeinsam mit der Ethnologie damals den FB 12: Sozialwissenschaften, dessen konstituierende Sitzung am 14. Februar 1973 stattfand. Die Erziehungswissenschaft – damals noch Pädagogik benannt – ging gemeinsam mit der Philosophie im FB 11: Philosophie/Pädagogik auf. Die Sportwissenschaft

bildete einen eigenen Fachbereich. Was alle neuen Fachbereiche universitätsweit auszeichnete, war die Einführung der Drittelparität, also der gleichmäßigen Zusammensetzung der Gremien aus der Gruppe der Hochschullehrenden, der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen sowie der Studierenden.

Die 1970er-Jahre waren durch einen starken Ausbau der Studierendenzahlen in den Sozial- und Geisteswissenschaften der Universität und damit auch des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals geprägt. In dieser Zeit dominierten die Magister- und Diplom-Studiengänge sowie das Staatsexamen in den Lehramtsstudiengängen für die Realschule und das Gymnasium. In den 1980er- und 1990er-Jahren stand dann die Verstetigung dieser Strukturen sowie die Qualitätsentwicklung in Forschung und Lehre im Vordergrund.

Ein markanter Punkt in der Entwicklung des heutigen FB war dessen Neustrukturierung durch das novelierte Hochschulgesetz im Jahr 2005. Ab dem 1. April wurde der alte FB 12: Sozialwissenschaften in den neu gegründeten FB 02: Sozialwissenschaften, Medien und Sport überführt. Die bisherigen Fächer des alten FB 12 – ausgenommen die Ethnologie – wurden übernommen. Hinzu kamen die Pädagogik (aus dem alten FB 11), die Sport- und die Filmwissenschaft. In der ersten Sitzung dieses neuen FB am 1. Juni 2005 wurde der Politologe Jürgen W. Falter als Dekan gewählt.³ Die besondere Aufgabe – die Integration der neuen Institute in eine bereits bestehende und bewährte Struktur – war eine Herausforderung für den neugewählten Dekan. Schwierig gestaltete sich das Vorhaben vor allem deshalb, weil die Sportwissenschaft bisher als eigener FB unabhängig gewesen war, und auch die Pädagogik im alten FB zusammen mit der Philosophie selbstbestimmter hatte agieren können. Diese anfänglichen Schwierigkeiten wurden jedoch schnell überwunden und die Integration der Fächer vorangetrieben. Bereits nach drei Jahren stellte das bisherige Pädagogische Institut den Antrag im Akademischen Senat und beim Präsidenten, in Institut für Erziehungswissenschaft umbenannt zu werden. Dies war ein Zeichen dafür, dass die Pädagogik durch ihre Methodenvielfalt und theoretische Orientierung sich nun überwiegend als Sozialwissenschaft verstand. Mit der Filmwissenschaft musste indes ein anderes Problem gelöst werden. Im Senat war beschlossen worden, Institute mit wenigen Professuren zusammenzulegen, und das gegebenenfalls mit anderen Fächern. Zum einen hatte die Filmwissenschaft nur zwei Professuren, zum anderen war sie auch nicht auf dem Campus angesiedelt, sondern im Medienhaus in der Nähe des Hauptbahnhofs. In Zusammenarbeit mit der Hochschulleitung wurde dann 2011 ein Konzept erarbeitet, die Filmwissenschaft in den FB 05: Philosophie und Philologie zu überführen.

Schon ein paar Jahre nach der Neugründung des FB kam durch die Umstellung von den alten Magister- und Diplomstudiengängen zu den durch den Bolognaprozess eingeführten Bachelor- und Masterstudiengängen eine neue Herausforderung auf. Jedes Fach war aufgefordert, neue Studiengänge zu konzipieren beziehungsweise die bisherigen Studiengänge umzustellen. Zugleich bestand die Chance, in dem Typus des Masterstudiengangs neue und zeitgemäßere Angebote zu entwickeln.⁴ Dies bedeutete einen enormen Aufwand und heftige Diskussionen, denn nicht alle Professor_innen sahen den Sinn des Bologna-Prozesses und forderten einen Verbleib der alten Studiengänge. Trotz einiger Widerstände gelang es im Wintersemester 2008/09 die Bachelor- und im Wintersemester 2011/12 die Masterstudiengänge zu starten. Die seit dieser Phase weiter ansteigenden Studierendenzahlen bedingten und bedingen eine Erweiterung des Lehrangebots in allen Fächern. Daher gibt es heute neben den Bachelor- und Masterstudiengängen in den einzelnen Instituten zusätzlich ein spezielles Studienangebot, das vom Trinationalen Master European Studies in der Politikwissenschaft über Audiovisuelles Publizieren oder Medienmanagement in der Publizistik bis hin zur Psychologischen Psychotherapie oder dem Executive Master in European Sport Governance in der Sportwissenschaft reicht.⁵ In all diesen Studiengängen sind aktuell rund 11.800 Studierende eingeschrieben (davon 64 Prozent weiblich). In den weiterführenden Studiengängen studieren aktuell knapp 1.500 Studierende (68

*Das Georg Forster-Gebäude am Jakob-Welder-Weg, eröffnet im Jahr 2013, beherbergt heute einen großen Teil der sozialwissenschaftlichen Institute und Lehrräume.
Foto: Christoph Hardy,
Quelle: JGU.*



Prozent weiblich).⁶ Dieser großen Zahl an Studierenden steht ein Personalstamm aus rund 400 Angestellten aus Landes- und Drittmitteln (davon 53 Prozent weiblich) und circa 240 wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen (davon 51 Prozent weiblich), darunter 66 Professuren (davon 39 Prozent weiblich) gegenüber.⁷

Eine besondere Herausforderung für den FB war der Umzug vom alten SB II-Gebäude in das neu errichtete Georg Forster-Gebäude, dessen Richtfest am 16. Juni 2011 gefeiert wurde.⁸ Beginnend mit diesem Datum liefen die Vorbereitungen für den Umzug an. In das Gebäude sollte außerdem das Institut für Kunstgeschichte einziehen, das bisher am Binger Schlag auf dem Weg in die Stadt angesiedelt war und einem Studierendenwohnheim weichen sollte. Auch war von Anfang an vorgesehen, im Erdgeschoss der Universitätsbibliothek Raum zu geben. Zusätzlich wurde vom Studierendenwerk eine Mensa im Eingangsbereich eingerichtet.

Das Institut für Erziehungswissenschaft

Die Pädagogik war in der Anfangszeit ab 1946 in der Philosophischen Fakultät verankert und wurde bis 1953 von Otto Friedrich Bollnow vertreten, der in der Tradition der geisteswissenschaftlichen Pädagogik lehrte. Die weitere Entwicklung der Mainzer Pädagogik wurde dann von Theodor Ballauff geprägt (1955 bis 1979).⁹ Das Studienangebot umfasste vom Ende der 1950er-Jahre an zunächst den Magister, Angebote für das Lehramt und für den Studiengang des Diplom-Handelslehrers. Daher war das Pädagogische Institut bis zur Mitte der 1970er-Jahre zunächst nur mit zwei Professuren ausgestattet: eine für Allgemeine Pädagogik und eine für Wirtschaftspädagogik. Eine deutliche funktionale und personelle Erweiterung erfuhr das Institut Anfang der 1970er-Jahre durch die Reform des Lehramtsstudiums mit erweiterten pädagogischen Anteilen und durch die Einführung eines Diplomstudiengangs. Seit dieser Reform ist die Erziehungswissenschaft eines der lehrintensivsten Fächer der Universität. Der quantitative Ausbau der Lehrerbildung und der Aufbau eines eigenen interdisziplinären Studiengangs Bildungswissenschaften seit dem Jahr 2000 sowie die Konsolidierung der Ausdifferenzierung im Hauptfach beziehungsweise Diplom haben die Arbeit des Instituts nachhaltig verändert. Am Ende des letzten Jahrtausends waren mehr als 2.000 Studierende im Hauptfach Pädagogik einge-

schrieben, bei nur sechs Professuren. Die Nachfrage im stärker pädagogisch ergänzten Lehramtsstudium war von der zyklischen staatlichen Einstellungspolitik geprägt, vor allem während der berufspolitischen Stagnation Ende der 1970er- bis Mitte der 1990er-Jahre. Dennoch umfasste die Gymnasiallehrausbildung immer zwischen 2.500 und 3.500 Studierende. Thematisch erfolgte der Ausbau durch die Teildisziplinen Sozial- und Sonderpädagogik, Erwachsenenbildung sowie Schulpädagogik und zuletzt durch die Medienpädagogik. Die Einführung der neuen Studiengänge bot dem Institut zudem die Gelegenheit zu einer weiteren Spezifizierung der Studienangebote in der Erziehungswissenschaft und den Bildungswissenschaften. Der Ausbau, auch auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, erfolgte rasch. Heute gibt es am Institut elf Professuren und vier Juniorprofessuren.¹⁰

Das Institut für Politikwissenschaft

Die Politikwissenschaft wurde an der Universität Mitte der 1960er-Jahre mit der Berufung von Hans Buchheim in der Philosophischen Fakultät institutionalisiert.¹¹ Buchheim war maßgeblich an der Gründung und dem Aufbau des Instituts für Politikwissenschaft sowie des damaligen FB 12: Sozialwissenschaften beteiligt.¹² Die weitere Entwicklung erfolgte dann mit einer zweiten Professur, ergänzt durch den thematischen Ausbau mit der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Entwicklungsländerforschung. Internationale Beziehungen, Politik in Lateinamerika sowie Wirtschaft und Gesellschaft waren weitere Denominationen von Professuren am Institut. Heute verfügt das Institut ergänzend auch über die Forschungsfelder Innenpolitik und Politische Soziologie sowie Analyse und Vergleich politischer Systeme. Als einen besonderen Schwerpunkt bildete sich außerdem die Demokratieforschung heraus. Diese Thematik wird sowohl theoretisch als auch empirisch erforscht. Weitere Schwerpunkte stellen die Methoden der empirischen Politikforschung sowie die Didaktik der politischen Bildung dar. Letztere bildet Studierende für das Lehramt am Gymnasium aus. Das Institut zeichnet sich auch dadurch aus, dass eine Reihe der Absolvent_innen in relativ prominente politische Ämter gelangten (zum Beispiel Doris Ahnen, Anne Spiegel, Julia Klöckner oder Kristina Schröder). Auch im Fernsehen war und ist das Institut für Politikwissenschaft in vielen politischen Beiträgen und Debatten prominent vertreten, wie etwa durch Jürgen W. Falter. Neben Bachelor- und Masterstudiengängen bietet das Institut einen Trinationalen Master European Studies in Kooperation mit den Universitäten in Opole (Polen) und Dijon (Frankreich) an.

Das Psychologische Institut

Bereits ab dem Wintersemester 1946/47 lehrte Albert Wellek als ordentlicher Professor am neu gegründeten Psychologischen Institut der Mainzer Universität.¹³ Wellek gilt als einer der Begründer der Musikpsychologie und prägte die Arbeit am Institut vor allem durch einen phänomenologischen Ansatz.¹⁴ In der weiteren Entwicklung wurden die Themengebiete des Instituts ausdifferenziert in die Entwicklungs- und Sozialpsychologie, wozu später noch eine starke Methodenausbildung sowie die Pädagogische Psychologie für die Bildungswissenschaften hinzukamen. Mit diesen Veränderungen war eine sehr starke Ausrichtung auf die empirisch-experimentelle Forschung verbunden, die in den letzten Jahren noch eine neurowissenschaftliche Erweiterung erfahren hat. Darüber hinaus kann man in der dem Institut angeschlossenen Ambulanz eine drei- bis fünfjährige staatlich anerkannte Ausbildung in Verhaltenstherapie/Verhaltensmedizin nach dem Psychotherapeutengesetz in Form einer Weiterbildung abschließen. Das Psychologische Institut steht heute für eine breite Ausbildung in den verschiedensten Disziplinen des Fachs. Neben einer starken Forschungsorientierung wird besonderer Wert auf eine gute empirische Ausbildung und auf die Verbindung von Theorie und Praxis gelegt. Aktuell umfasst das Institut zehn Arbeitsbereiche und ermöglicht mit Klinischer Psychologie, Rechtspsychologie, Gesundheitspsychologie und Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie ein breites

Spektrum von Anwendungsfächern. Im Master wird ab dem Wintersemester 2020/21 ein vollständig reformiertes Studienangebot mit fünf eigenständigen Schwerpunktmasterprogrammen angeboten. Der M.Sc. Rechtspsychologie macht beispielsweise vor allem Familienrichter_innen mit entwicklungs- und sozialpsychologischer Forschung vertraut. Das Institut selbst ist durch die vielfältigen Ausdifferenzierungen und die damit verbundenen personellen Erweiterungen im Laufe der Jahre so stark gewachsen, dass es auf dem Campus der Universität keinen Platz mehr fand und deswegen in angemietete Räumlichkeiten in der Nähe des Mainzer Hauptbahnhofs gezogen ist. Hier entstand ein modernes Umfeld für psychologische Forschung mit Virtual Reality Labor, EEG/Physiologie- und Testlabors sowie modernen Unterrichtsräumen für mediengestütztes und computerbasiertes Lernen.¹⁵

Das Institut für Publizistik

Das Mainzer Institut für Publizistik (IfP) gehört heute zu den traditionsreichsten und renommiertesten der Disziplin. Grund dafür sind zahlreiche wegweisende Studien im Umfeld von öffentlicher Meinung und Medienwirkung sowie eine Vielzahl von Veröffentlichungen in nationalen und internationalen Fachmedien.¹⁶ Das Institut wurde 1963 zunächst durch ein Extraordinariat an der JGU begründet. 1964 nahm Elisabeth Noelle-Neumann ihre Lehrtätigkeit auf, ein Jahr später wurde sie zur Professorin ernannt.¹⁷ Erst 1966 entstand dann aus diesem Extraordinariat, das 1968 in eine ordentliche Professur umgewandelt wurde, das Institut für Publizistik. Publizistik konnte nun als Wahlfach im Magisterstudiengang und ab 1968 als Magister-Hauptfach belegt werden. Noelle-Neumann begründete in dieser Zeit die sogenannte »Mainzer Schule«, die seit ihren Anfängen für die Entwicklung richtungweisender Erhebungsmethoden zur Durchführung von Inhaltsanalysen, Befragungen oder Experimenten steht und mittlerweile das gesamte Spektrum moderner sozialwissenschaftlicher Methoden abdeckt.¹⁸ Den Mittelpunkt der Forschung bildet seit über 50 Jahren die Analyse theoretischer und praktischer Fragen zu Ursachen, Inhalten und Wirkungen der Massen(-Medien) mit hoher gesellschaftlicher Relevanz. In den folgenden Jahrzehnten wuchs das Institut rasch an, und die Zahl der Studierenden stieg von anfangs 40 auf heute mehr als 1.400. In den 1970er-Jahren kam man daher nicht umhin, eine Zulassungsbeschränkung einzuführen, die aufgrund der hohen Studienplatznachfrage bis heute notwendig ist. Neben dem Magisterstudiengang wurde 1978 auch ein Aufbaustudiengang Journalistik eingeführt, der eine praktische Ausbildung in Lehrredaktionen für verschiedene Medien einschließt und ebenso wie der 2002 gestartete Diplomstudiengang Medienmanagement heute als M.A. angeboten wird. Als einer der ersten weiterführenden und spezialisierten deutschen Studiengänge in diesem Bereich startete zum Wintersemester 2009/10 der M.A. Unternehmenskommunikation/PR, auf den nach der Umwandlung des Magisterstudiengangs in den B.A. Publizistik im Wintersemester 2008/09 zum Wintersemester 2011/12 der M.A. Kommunikations- und Medienforschung folgte. Die Ausbildung in den Bachelor- und Masterstudiengängen genießt in der Praxis hohes Ansehen. Deutschlandweit sind Absolvent_innen bei renommierten Medien und in Kommunikationsabteilungen führender Unternehmen tätig.¹⁹ Dafür mitverantwortlich sind auch die aktuell zehn Professuren am IfP. Sie sind mit ihren Teams bis zum heutigen Tag an den fachlichen Entwicklungen und Neuorientierungen der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft maßgeblich beteiligt und haben auch international viel Anerkennung gefunden.²⁰

Das Institut für Soziologie

Das Institut für Soziologie wurde im Vergleich zu den anderen Instituten relativ spät, nämlich erst 1965 durch die Berufung von Helmut Schoeck an die Philosophische Fakultät begründet, wengleich es bereits vor der Gründung erste Lehraufträge für Soziologie an der JGU gegeben hatte.²¹ Zeitgleich, zum 1. Oktober 1965,

wurde an der damaligen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine Professur für Industriosozologie eingerichtet, die mit Friedrich Jonas besetzt wurde.²² In der Nachfolge beider Professuren etablierte sich eine empirisch ausgerichtete Soziologie, die in den 1970er-Jahren zunächst durch eine Professur für Familiensoziologie ergänzt wurde. In den 1990er-Jahren bis Mitte der 2000er-Jahre differenzierte sich die Soziologie – auch aufgrund der hohen Nachfrage unter den Studierenden – weiter aus. Es folgte ein Ausbau des Instituts mit mehreren Professuren. In den aktuell acht verschiedenen Arbeitsbereichen werden heute an der JGU folgende gegenstandsbezogenen Soziologien angeboten: Gender Studies, Familien-, Organisationskultur-, Medien-, Bildungs- sowie Technik- und Innovationssoziologie.²³ Das Soziologiestudium wird seit dem Wintersemester 2008/09 als B.A. und seit dem Wintersemester 2011/12 zudem als konsekutiver M.A. Forschungspraxis und Praxisforschung angeboten. Das Studium der Soziologie in Mainz ist unter anderem durch ein breites Angebot an speziellen Soziologien gekennzeichnet, die im B.A. in Orientierungs- beziehungsweise Vertiefungsmodulen gelehrt werden. Eine weitere Besonderheit der Mainzer Soziologie ist die duale Methodenausbildung im Studium. Im B.A. werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden der Sozialforschung gelehrt, wobei die Spezialisierung auf einen Bereich im M.A. vorgesehen ist. Der B.A. ist als sogenannter Zweifachbachelor konzipiert, das heißt, die Studierenden können Soziologie sowohl im Kern- als auch im Beifach studieren und davon abhängig ihr Kern- oder Beifach wählen. In den Studiengängen des Instituts für Soziologie sind aktuell mehr als 800 Studierende immatrikuliert. Neben der Ausbildung der eigenen Soziologiestudierenden hat das Institut einen großen Anteil an den Bildungswissenschaften, die ein Teil des Lehramtsstudiums sind.²⁴

Das Institut für Sportwissenschaft

1946 führte eine Initiative der Tanz- und Gymnastiklehrerin Barbara Müller zum ersten Hochschulsportangebot in Mainz.²⁵ Zum Wintersemester 1946/47 wurde der Hochschulsport an der JGU mit der Einrichtung eines Sportamts verankert, dessen Leitung 1949 von Berno Wischmann übernommen wurde – noch heute ist der Mainzer Sport eng mit seinem Namen verknüpft.²⁶ Wischmann sorgte nicht nur für den Aufbau einer sehr guten Infrastruktur für die Durchführung des freiwilligen Studierenden- und des leistungsorientierten Sports,²⁷ sondern setzte sich nachdrücklich dafür ein, dass zunächst ein Hochschulinstitut für Leibesübungen (1955) und anschließend ein Staatliches Hochschulinstitut für Leibeserziehung (1965) entstand.²⁸ Ab dem Wintersemester 1965/66 boten sich nun verschiedene Möglichkeiten des Sportstudiums, die stetig erweitert wurden. Diese Ausdifferenzierung des Studienangebots führte nicht nur zu höheren Studierendenzahlen für das Fach Leibeserziehung beziehungsweise Sport, sondern zog auch die Verpflichtung zahlreicher Hochschullehrender und die Gründung neuer Fachabteilungen nach sich.²⁹ Die Neustrukturierung der Fachbereiche Anfang der 1970er-Jahre führte zunächst zur Integration des Staatlichen Hochschulinstituts für Leibeserziehung in die JGU. Unter den neu geschaffenen Fachbereichen firmierte es fortan als eigenständiger FB 26: Leibeserziehung. Mit der Zusammenführung einzelner Fachbereiche in den FB 02 im Jahr 2005 verlor die Sportwissenschaft diese Eigenständigkeit. Auf die Studierendenzahlen wirkte sich das bisher jedoch nicht negativ aus. Mit über 1.100 Studierenden und neun Professuren ist die Sportwissenschaft der JGU die traditionsreichste und größte sportwissenschaftliche Einrichtung in Rheinland-Pfalz und eine der führenden nationalen Institutionen.³⁰ In den letzten Jahren zeichnet sich gleichwohl ein Wandel von einem eher sportpädagogisch ausgerichteten Fach hin zu einer modernen Sozialwissenschaft mit den Schwerpunkten Sportmedizin, -geschichte, -soziologie, -pädagogik, -psychologie, und -ökonomie sowie Trainings- und Bewegungswissenschaft ab, mit einer großen Fülle an Individual- und Mannschaftssportarten sowie weiteren Sportaktivitäten (Fitnesssport, Windsurfen, Segeln, Skilauf, Snowboarden, Mountain-

bike). Die vielfältigen Dimensionen moderner Sportwissenschaft werden am Mainzer Institut in Lehre und Forschung eng miteinander verknüpft. Die Studierenden können seit der Bologna-Reform zwischen einem B.A. Sport und Sportwissenschaft und drei M.Sc. wählen. Die Lehramtsstudiengänge wurden im Zuge der Reform ebenfalls umstrukturiert und inhaltlich neu ausgerichtet. Neben dem B.Ed. Sport und dem M.Ed. Sport gibt es seit wenigen Jahren auch den sehr beliebten Executive Master in European Sport Governance (MESGO). Es handelt sich dabei um einen internationalen, zweijährigen Studiengang für Führungskräfte und Manager im Bereich des Sports.³¹

Der Fachbereich 05: Philosophie und Philologie

Im FB 05 sind seit der Neuordnung 2005 die Philosophie, die Philologien und die geisteswissenschaftlichen Medienfächer vertreten.³² Er ist der größte Fachbereich der JGU mit circa 11.000 Haupt- und Nebenfachstudierenden (Sommersemester 2019) und gehört gleichzeitig zu den größten in der Bundesrepublik.

Über 350 Beschäftigte, davon rund 70 Professor_innen sowie mehrere Hundert Lehrbeauftragte und wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutor_innen forschen und lehren hier in 38 Fächern. Deren Spektrum reicht von Anglistik, Amerikanistik, Buchwissenschaft, Filmwissenschaft und Germanistik über Kulturanthropologie, Mediendramaturgie, Philosophie, Romanistik und Slavistik bis zu Theaterwissenschaft und Turkologie. An sieben Instituten und Seminaren können aktuell 92 Studiengänge studiert werden, darunter 37 Bachelor-, 33 Master- sowie 22 Promotionsstudiengänge. Dazu stehen Promotionsprogramme und Doktorandengruppen zu Themen wie *Live-Writing*, *Literary Linguistics*, *Theoretische, typologische, psycho-/neurolinguistische Aspekte sprachlicher Anreicherung*, *Geistes- und sozialwissenschaftliche Dimensionen des »Cognitive Enhancements«* und das Internationale Promotionsprogramm *Performance and Media Studies* sowie das deutsch-französische Doktorandenkolleg *Mainz-Dijon* und anderes mehr mit einer hochqualifizierten Betreuung für junge geisteswissenschaftlich Forschende bereit.³³

Die Anfänge des heutigen FB 05 sind aufgrund seiner Größe und besonderen Ausdifferenzierung nur schwer zu fassen. Zahlreiche Institute, Seminare oder Lehrstühle gibt es bereits seit der Gründung der JGU im Mai 1946, darunter neben dem Philosophischen Seminar beispielsweise das Seminar für Vergleichende und Indogermanische Sprachwissenschaft, das Romanische Seminar, das Deutsche Institut oder das Seminar für Englische Philologie. Auch der Frauenanteil sowohl bei den Studierenden als auch bei den Lehrenden liefert interessante Einblicke in die Entwicklung des FB: Bereits im Sommersemester 1946 studierten an der Philosophischen Fakultät 568 Studierende, davon 46 Prozent weiblich. Es gab 48 Lehrende (darunter vier Frauen) und 13 ordentliche Professoren, keine Professorin.³⁴ 2020 sind 72 Prozent der circa 11.000 Studierenden und 64 Prozent der Lehrenden weiblich. 46 Prozent der Professuren sind mit Frauen besetzt.

Zu den wichtigen Aufgaben des 2005 neu aufgestellten FB 05 gehörte zunächst die Reform der Bachelor- und Masterstudiengänge und die Einrichtung neuer Forschungsschwerpunkte. In diesem Kontext kooperierten – in Zeiten des digitalen Wandels und der inhaltlichen Vernetzung – die geisteswissenschaftlichen Medienfächer des FB, die Buch-, Film- und Theaterwissenschaften sowie die Kulturanthropologie, mit den Medienfächern aus den Sozialwissenschaften, dem Medienrecht und der Medienwirtschaft im FSP *Medienkonvergenz*, der von 2008 bis 2019 eine Brücke zwischen den geistes- und sozialwissenschaftlichen Medienfächern schlug.³⁵ Ein weiterer Zusammenschluss, die Initiative SOCUM, dient der interdisziplinären Forschungskooperation zwischen den Sozial- und Kulturwissenschaften.³⁶ 2006 stand ein eigener Tag der Forschung der Fachbereiche 05 und 07 unter dem Motto *Zwischen Historischen Kulturwissenschaften und der Zukunft der Medien*. Er spiegelte damit die große Spannweite relevanter Fragen und Projekte, die im Philosophicum ihren Platz haben, wider.³⁷

Der FB 05 ist im mehrfachen Wortsinn ein internationaler Fachbereich: Davon zeugen seine zahlreichen internationalen Kooperationen in Forschung und Lehre mit beinahe allen europäischen Staaten, etwa der integrierte Studiengang Mainz-Dijon,³⁸ das in der Bundesrepublik einmalige Polonicum,³⁹ der Joint Degree International Master in Social Linguistics and Multilingualism (SoMu) und die EU-geförderte strategische Partnerschaft Textual and Literary Cultures in Medieval Europe (TALC_me),⁴⁰ aber auch die Kooperationen mit zahlreichen Ländern der Welt, wie mit den USA, Kanada, Russland, Japan, China, Südkorea, Nepal oder Äthiopien. Dieser lebendige internationale Austausch zeigt sich auch im überdurchschnittlich hohen Anteil ausländischer Studierender (circa zehn Prozent) sowie Wissenschaftler_innen (über 20 Prozent) im FB.⁴¹

Das Department of English and Linguistics (DEL)

Das DEL wurde 2005 durch den Zusammenschluss des Seminars für Englische Philologie und des Instituts für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft (AVS) gegründet. Heute gibt es verschiedene Forschungs- und Lehrbereiche zur amerikanischen und englischen Sprach- und Literaturwissenschaft, zur Fachdidaktik und zur Language Typology und General Linguistics. Bei der Wiedereröffnung der JGU im Mai 1946 wurde ein Lehrstuhl für Anglistik eingerichtet, den Horst Oppel bis 1956 innehatte. Ein zweiter Lehrstuhl für Anglistik (speziell Amerikanistik) wurde 1952 mit Hans Galinsky besetzt.⁴² Prägend für diese Aufbauphase war die breite fachliche Ausbildung beider Professoren, ihre Konzentration auf die mittelalterlichen Ursprünge des Englischen sowie der Shakespeare-Zeit beziehungsweise die amerikanische Kolonialzeit und der komparatistische Einschluss der deutschen Literatur. Diese Ausrichtung erfuhr durch einen zweiten Lehrstuhl für Anglistik ab 1973 einen Fokus auf die neueren Entwicklungen. Die ursprünglich gleichermaßen vertretenen literatur- und sprachwissenschaftlichen Bereiche der Englischen Philologie wurden durch die Einrichtung eines linguistischen Lehrstuhls getrennt. Die rasante Zunahme der Studierendenzahlen hatte den weiteren Ausbau mit der Gründung eines verbindenden Lehrstuhls für Amerikanistik und Neueste Anglistik und des zweiten Lehrstuhls für Amerikanistik zur Folge. Diese Abteilungsstruktur blieb auch 2005 nach der Überführung in den FB 05 bestehen. Wesentliche Veränderungen ergaben sich durch die Schaffung des Forschungs- und Lehrbereichs Fachdidaktik 2009 sowie durch die Etablierung des Obama Institute for Transnational American Studies im Jahr 2017. Der Forschungs- und Lehrbereich English Literature and Culture beschäftigt sich indessen mit den Literaturen und Kulturen der gesamten englischsprachigen Welt (mit Ausnahme der USA). Das Profil der Englischen Sprachwissenschaften zeichnet sich vor allem durch die Erforschung sprachlicher Variation in muttersprachlichen und nicht-muttersprachlichen Varietäten des Englischen aus. Im bundesweiten Vergleich zeichnet sich die Mainzer Fachdidaktik besonders dadurch aus, dass die Erstellung, Erprobung und Evaluation digitaler Lernumgebungen ein integraler Bestandteil der universitären Lehramtsausbildung ist.⁴³

Die heutigen Lehrbereiche Language Typology und General Linguistics gehen auf das ehemalige Institut für Allgemeine und Vergleichenden Sprachwissenschaft (AVS) zurück. Bei der Wiedereröffnung der Universität im Mai 1946 wurde die Vergleichende und Indogermanische Sprachwissenschaft in die Philosophische Fakultät eingegliedert. Erster Fachvertreter war Franz Specht, der Mitbegründer der Mainzer Akademie.⁴⁴ Unter seinen Nachfolgern wurden nicht nur indogermanische, sondern auch ostasiatische Sprachen behandelt. Das Fach wechselte 1973 in den FB 14, zusammen mit der Englischen Philologie. Neue Schwerpunkte wurden das moderne Irisch-Gälische und die Etablierung der Iranistik. Seit der Berufung von Walter Bisang (1992) steht die Sprachtypologie mit dem Schwerpunkt auf den Sprachen Ost- und Südasiens im Mittelpunkt. Interdisziplinär ausgeweitet wurde diese Tätigkeit durch die Einrichtung des FSP *Sprachen Nordeuropas und des Baltikums (SNEB)*, der seit 2016 in das neu gegründete Institut für Slavistik, Turkologie und zirkumbaltische Studien (ISTziB) integriert wurde. Der Bereich General Linguistics befasst sich seit der Berufung von Matthias

Schlesewsky 2007 bis 2015, und seit 2017 von Arne Nagels mit den formalen und funktionalen Eigenschaften von Sprachen. Diese theoretische Allgemeine Sprachwissenschaft arbeitet eng mit anwendungsbezogenen sprachwissenschaftlichen Teildisziplinen wie der Computer-Linguistik und der Psycho-/Neurolinguistik zusammen. Die Allgemeine Sprachwissenschaft hat daher an der JGU einen ausgeprägten neurokognitiven beziehungsweise neuropsychologischen Forschungsschwerpunkt. Dabei ergeben sich interessante interdisziplinäre Fragestellungen mit der Medizin, der Medienpraxis und auch den Translationswissenschaften der JGU.

Das Deutsche Institut

Das Deutsche Institut gehört heute zu den größten Instituten der Mainzer Universität. Es wurde 1946 im Zuge der Wiedereröffnung der Universität eingerichtet und 1957 aufgrund der bereits damals hohen Studierendenzahlen in eine neuere und eine ältere Abteilung aufgegliedert. Inzwischen besteht das Institut aus sechs Abteilungen: Ältere Deutsche Literatur, Neuere Deutsche Literaturwissenschaft/-geschichte, Deskriptive Sprachwissenschaft des Deutschen, Historische Sprachwissenschaft des Deutschen, Fachdidaktik Deutsch (mit Literatur- und Sprachdidaktik) und Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache. Die literaturwissenschaftlichen Abteilungen untersuchen deutschsprachige literarische Texte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, aber auch textorientierte Medien. Schwerpunkte liegen im Bereich der Ideengeschichte, der medien- und kulturwissenschaftlich erweiterten Germanistik, der Wissenspoetik und der analogen oder digitalen Edition. Die sprachwissenschaftlichen Abteilungen erforschen die deutsche Sprache sowie andere germanische Sprachen in diachroner und synchroner Perspektive, wobei sie diese Sprachen mithilfe empirischer Methoden beschreiben und theoretische Erklärungen für ihren Wandel und Erwerb, ihre Systematik, ihre Differenzen und ihre Verwendung erarbeiten. Zu den Schwerpunkten gehören die Pragmatik und die Namenforschung. Die Abteilung Fachdidaktik Deutsch versteht sich als eine Vermittlungs- und Reflexionsinstanz zwischen Fachwissenschaft und Pädagogik. Sie stellt fachdidaktische Konzeptionen bereit, die auf einem gegenstandstheoretischen und fachwissenschaftlichen Fundament aufbauen, und erarbeitet mit empirischen Methoden Modelle zu Lehr- und Lernprozessen. Über die Abteilungs- und Institutsgrenzen hinweg bestehen Kooperationen mit der Buchwissenschaft, der Theaterwissenschaft, der Europäischen Literatur, der Kulturanthropologie, der Kunstgeschichte, der Theologie und der Philosophie. Das Institut bietet ein ausgesprochen breites und stark nachgefragtes Spektrum von grundständigen Bachelor- und konsekutiven Masterstudiengängen an. Dazu gehört auch das Angebot von Doppelabschlüssen im Rahmen des internationalen Studienprogramms Mainz-Dijon. Zu den Besonderheiten des Deutschen Instituts gehört außerdem das Angebot eines M.A. in Deutsch als Fremdsprache und/oder Deutsch als Zweitsprache. Einen intensiven Zuspruch erfahren die vom Institut angebotenen Studiengänge auf Seiten ausländischer Studierender, die im Rahmen verschiedener Austauschprogramme in Mainz studieren.

Das Gutenberg-Institut für Weltliteratur und schriftorientierte Medien: Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft (AVL), Buchwissenschaft und Indologie

Die Mainzer Komparatistik, die erste überhaupt an einer deutschen Universität, ist eine Gründung der französischen Besatzungsmacht. Zum Sommersemester 1946 richtete sie eine Gastprofessur für Vergleichende Literaturwissenschaft ein. 1952 wandelte der französische Botschafter André-François Poncet die Gast- in eine Stiftungsprofessur um, die dem Studium der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und zur Bildung eines europäischen Bewusstseins dienen sollte. 1958 übernahm die Universität dann die Professur, zunächst als außerordentliche, später als ordentliche. Der erste Inhaber der Stelle war Friedrich Hirth.⁴⁵ Ende 1975 erfolgte die Umwandlung in die AVL nach dem Vorbild der amerikanischen General and

Comparative Literature. 1979 wurde Franz Norbert Mennemeier berufen, der einen vergleichenden theaterwissenschaftlichen Schwerpunkt einbrachte und die europäische Ausrichtung des Fachs fortsetzte. Auf ihn folgte 1993 Dieter Lamping, der einen Akzent auf literarische Moderne, Theorie und Geschichte der Lyrik und Jüdische Literatur legte. Anstelle des M.A. AVL wurden ab 2008 der interdisziplinäre B.A. Komparatistik/ Europäische Literatur und der M.A. Komparatistik sowie, erstmals an einer deutschen Universität, der M.A. Weltliteratur eingerichtet. Die seit 1979 bestehende zweite Professur ist seit 2006 mit Winfried Eckel besetzt, der ihr mit intermedialen und literaturtheoretischen Schwerpunkten ein neues Profil gab. Die Komparatistik teilt sich mit der Buchwissenschaft, die auch am M.A. Weltliteratur beteiligt ist, die Arbeitsbereiche Literaturkritik und Literarisches Leben.

Bereits 1946 wurde der Direktor des Stadtarchivs, der Stadtbibliothek und des Gutenberg-Museums, Aloys Ruppel, auf eine Stiftungsprofessur der Stadt Mainz für Buch-, Schrift- und Druckwesen berufen.⁴⁶ 1969 wurde der Lehrstuhl durch das Land Rheinland-Pfalz übernommen.⁴⁷ Die deutlich gestiegene Nachfrage bei den Studierenden und der engere Kontakt mit der Buchbranche, namentlich zum Börsenverein des Deutschen Buchhandels, und praxisbezogene wissenschaftliche Formate wie das *Mainzer Kolloquium* zu aktuellen Fragen der Buchvermittlung führten seit der Berufung des Literatur- und Verlagshistorikers Stephan Füssel 1993 und der Umbenennung in Buchwissenschaft zu einer Ausweitung des Lehrpersonals durch eine zweite Professur (Ernst Fischer 1993–2015 und seit 2019 Philip Ajouri). Die auf Bleisatz spezialisierte Lehrdruckerei wurde durch eine Abteilung für elektronisches Publizieren und den Digitalatz erweitert. Mit dem Mainzer Verlagsarchiv wurde eine weitere Abteilung eingerichtet, die sowohl praxisorientierte wissenschaftliche Lehre als auch die Möglichkeit bietet, verlagshistorisch orientierte Abschlussarbeiten vor Ort zu verfassen.⁴⁸ Zahlreiche Lehrbeauftragte aus den Bereichen Lektorat, Werbung, Vertrieb, Öffentlichkeitsarbeit, Buchwirtschaft und Medienrecht wurden gewonnen. Seit 2011 steht zusätzlich noch eine Juniorprofessur zur Verfügung. Neben der Gutenberg-Forschung im weiteren Sinne, die sich mit der Geschichte des Buchs und seiner Bedeutung beschäftigt, ist die Frage des Lesens, der Leseforschung und des Literarischen Lebens, der Literaturkritik, der Rezeptionsgeschichte des Buchs und seit 2008 durch die Federführung im FSP *Medienkonvergenz* das Zusammenwachsen der Medien im digitalen Zeitalter Gegenstand von Lehre und Forschung.

Zum Wintersemester 2019/20 wurde als erster gemeinsamer Studiengang der Rhein-Main-Universitäten (RMU) ein Masterstudiengang Kinder- und Jugendliteratur / Buchwissenschaft mit der Goethe-Universität Frankfurt eingerichtet, der sich sogleich einer hohen Nachfrage erfreut.

Das Institut für Indologie wurde 1963 im Zuge der Empfehlungen des Wissenschaftsrats für den Ausbau orientalischer Fächer gegründet.⁴⁹ Auf den Lehrstuhl wurde Georg Buddruss berufen, unter dessen Leitung Mainz in den folgenden Jahrzehnten zum weltweiten Zentrum für Studien über die wenig bekannten Sprachen des afghanischen Nuristan ausgebaut wurde.⁵⁰ Auch die klassische Sanskrit-Literatur, das Mittelindische und die modernen Literatursprachen Südasiens wurden bis 1995 in Lehre und Forschung repräsentiert. Zur Amtszeit von Konrad Meisig (bis 2018) entstanden neue Schwerpunkte auf den Gebieten moderner indischer Literaturen und des Buddhismus.⁵¹ Die Professur soll in einer Brückenprofessur Internationale Buch- und Literaturvermittlung unter besonderer Berücksichtigung des außereuropäischen Raums fortgeführt werden.

Das Institut für Film-, Theater-, Medien- und Kulturwissenschaft (FTMK)

Das FTMK wurde 2011 als Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft (IFTeK) gegründet. Es basiert auf dem Zusammenschluss von vier verschiedenen Fächern, deren institutionelle Einbindung zuvor anders gelöst war. Das Institut für Theaterwissenschaft gibt es seit 1990, das Seminar für Filmwissenschaft seit 1993.⁵² Beide Institute gehörten zunächst zum FB 13: Philologie I und wurden von Erika Fischer-Lichte⁵³

und Thomas Koebner vertreten.⁵⁴ Die Mediendramaturgie wurde als Diplom-Studiengang, angesiedelt im Institut für Filmwissenschaften, im Jahr 2001/02 eingerichtet.⁵⁵ Die Kulturanthropologie/Volkskunde ging aus der Volkskunde hervor, die bis 1999 als eigene Abteilung zum Deutschen Institut gehörte. 1999 wurde das Fach in Kulturanthropologie/Volkskunde umbenannt und seit 2011 im Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft im FB 05 angesiedelt.⁵⁶

Angesichts einer sich wandelnden Wissenschaftslandschaft und der verstärkten Nachfrage nach Studienangeboten mit einer medien- und kulturwissenschaftlichen Ausrichtung entschlossen sich die Vertretungen der Filmwissenschaft, Mediendramaturgie, Theaterwissenschaft und Kulturanthropologie/Volkskunde dazu, in einem gemeinsamen Institut enger zu kooperieren. Nähergekommen war man sich durch die Konzeption paralleler Bachelorstudiengänge im Studienbereich Kultur-Theater-Film, die zum Wintersemester 2009/10 starteten und vergleichbare Lehrinhalte in einer sogenannten integrierten Schiene für die Studierenden aller beteiligten Fächer bündelten. Damit ließen sich augenscheinliche Synergieeffekte gut nutzen, ohne die Eigenständigkeit der einzelnen Disziplinen aufzugeben. Aufbauend auf den vorhandenen Lehrerfahrungen ermöglicht diese in Mainz entwickelte – und im Fächerzusammenschluss für Deutschland einmalige – Konzeption seither eine profilierte Ausbildung im medien- und kulturwissenschaftlichen Bereich. Unter dem Eindruck der großen Akzeptanz dieses Studienangebots folgte ab dem Sommersemester 2012 sukzessive die Einrichtung von fünf Masterstudiengängen. Eine Bestätigung für den eingeschlagenen Weg bedeutete die Zuweisung einer neuen Professur für das Institut mit der Denomination Medienkulturwissenschaft, die zum Wintersemester 2017/18 besetzt werden konnte. Ziel dieser Erweiterung ist es, den fächerübergreifenden Zusammenhang auszubauen und die medien- und kulturtheoretischen Inhalte in den verschiedenen Studiengängen des Instituts zu stärken. Als jüngste Neuerung kann zudem auf die Etablierung einer weiteren Professur hingewiesen werden, die sich ab 2021 mit Alltagsmedien und Digitalen Kulturen auseinandersetzen wird. Die Einrichtung dieser strategischen Professur lässt sich als Reaktion auf die Herausforderungen des digitalen Wandels in Kultur, Gesellschaft und Bildung verstehen und soll die Angebote in dieser Hinsicht weiter profilieren. Deren stetige Erweiterung führte bereits 2018 dazu, die Namengebung des Instituts noch einmal zu überdenken und in FTMK umzuändern. Auch wenn sich die interdisziplinäre Zusammenarbeit zunächst auf den Bereich der Lehre konzentrierte, blieb sie nicht auf diese akademische Aufgabe beschränkt, sondern wurde nach und nach mit konkreten Forschungsvorhaben verbunden. Eine Intensivierung dieser Bemühungen stellte die von allen Professuren des Instituts unterstützte Beantragung eines Graduiertenkollegs beim Gutenberg Nachwuchskolleg (GNK) dar, das zum Thema *Zeugenschaft* konzipiert wurde und 2018 seine Arbeit aufnehmen konnte.⁵⁷

Das Institut für Slavistik, Turkologie und zirkumbaltische Studien (ISTziB)

Das ISTziB besteht aktuell aus den Abteilungen Slavistik, Turkologie sowie Sprachen Nordeuropas und des Baltikums (SNEB). Die Mainzer Slavistik ging 1973 aus dem 1950 gegründeten Institut für Osteuropakunde hervor, dem seinerzeit auch die Osteuropäische Geschichte (seit 2005 im FB 07) angehörte. Sie erhielt mit der Einrichtung einer zweiten Professur ein neuphilologisches Profil mit Sprach- und Literaturwissenschaft. Die Slavistik bietet Bachelor- und Masterstudiengänge mit verschiedenen Profilen (Philologie, Linguistik, Literatur und Geschichte) sowie Lehramtsstudiengänge (B.Ed., M.Ed.) für Russisch an. Zur Slavistik gehört seit 1983 auch das *Mainzer Polonicum*, das einen Grundlehrgang der polnischen Sprache und Kultur für Studierende aller Fachbereiche anbietet.⁵⁸

2016 wurde das Seminar für Orientkunde aufgelöst und die Turkologie als Abteilung in das neu gegründete ISTziB überführt. Nachfolger von Hendrik Boeschoten auf dem Lehrstuhl für Turkologie ist seit 2017 Julian

Rentzsch, der die Mainzer Tradition einer vergleichenden sprachwissenschaftlichen Gesamt-Turkologie fortsetzt, bei der neben dem Türkei-Türkischen auch eine Vielzahl anderer moderner Türk Sprachen in Forschung und Lehre berücksichtigt wird. Inzwischen ist eine weitere Professur für Turkologische Literaturwissenschaft eingerichtet worden. Seit 2018 werden alljährlich die *Mainzer Tage der türkischen Literatur (Mainz Türk Edebiyatı Günleri)* veranstaltet, die von externen Lehrenden in türkischer Sprache durchgeführt werden und sich neben den Studierenden der Turkologie auch an die interessierte türkischsprachige Öffentlichkeit richten.

Mit *SNEB* wurde 1995 ein Forschungs- und Lehrbereich geschaffen, der in Deutschland einmalig ist. *SNEB* ist zahlreiche internationale Kooperationen eingegangen und hat dadurch viele Studierende angezogen. Von der internationalen Ausrichtung und Vernetzung profitieren die Studierenden, die im Rahmen des B.A. und M.A. Linguistik soziolinguistisch orientierte Seminare belegen können. *SNEB* hat 2013 mit dem International Master in Sociolinguistics and Multilingualism (SoMu) gemeinsam mit der litauischen Vytautas Magnus University einen Joint Degree Master ins Leben gerufen. Der englischsprachige Master ist im Laufe der Jahre zu einer Erfolgsgeschichte am ISTziB geworden.

Das Philosophische Seminar

Mit Gründung der JGU wurden auch ein Philosophisches Seminar I und ein Philosophisches Seminar II eingerichtet. Mehrere Professoren der ersten Generation hatten die Philosophie in ihren Lehrstuhlbezeichnungen verankert. Dazu gehörten bekannte Namen wie Friedrich Delekat, Otto Friedrich Bollnow, Joachim von Rintelen, Karl Schlechta und Karl Holzamer.⁵⁹ Die Fassungskraft der größten damals vorhandenen Hörsäle reichte in den ersten Semestern nicht aus: »Der Hunger nach Philosophie war in diesen schweren Jahren nach den erschütternden Erlebnissen von Krieg und Zusammenbruch groß.«⁶⁰

Heute ist das Philosophische Seminar mit seinen fünf Arbeitsbereichen und acht Professuren weiterhin stark nachgefragt. Die drei systematischen und zwei historischen Arbeitsbereiche sind wie folgt aufgestellt: Die Ältere Philosophiegeschichte befasst sich mit der Philosophie der Antike und des lateinischen Mittelalters sowie mit der frühneuzeitlichen Wirkungsgeschichte der antiken und mittelalterlichen Philosophie. Die Philosophie der Neuzeit und die mit ihr verbundene Kant-Forschungsstelle⁶¹ (1990 eingerichtet) widmen sich der Erforschung der Kritischen Philosophie Kants sowie der Philosophie der Aufklärung von Kant bis Cassirer. Die Theoretische Philosophie umfasst die Forschungsschwerpunkte in moderner Metaphysik, Sprachphilosophie und Logik, ferner die Erkenntnistheorie und die Philosophie des Geistes beziehungsweise der Kognitions- und Neurowissenschaften. Im Schwerpunkt Theoretische Philosophie hat zudem die Wissenschaftsphilosophie ihren eigenen Platz, das heißt, die Beschäftigung mit Struktur, Methoden und Zielen von Wissenschaft. Der neue Schwerpunkt Praktische Philosophie bildet ein Mainzer Zentrum, das aktuelle ethische und allgemeine normative Fragen bearbeitet. In den letzten Jahren hat auch die akademische Ausbildung künftiger Lehrer_innen für Philosophie und Ethik immer größere Bedeutung erlangt. Die fachbezogene Vorbereitung der Lehramtsstudierenden auf ihre Berufstätigkeit und die Reflexion auf den spezifischen Bildungswert von philosophischen Inhalten ist Aufgabe der Didaktik der Philosophie/Ethik. Durch diese ausdifferenzierten Arbeitsbereiche ergeben sich zahlreiche Studienmöglichkeiten, auch im Verbund mit anderen Fächern.⁶² Zum Philosophischen Seminar gehören des Weiteren das Dijon-Büro der Universität, das den integrierten B.A./M.A. und B.Ed./M.Ed. Mainz-Dijon für die gesamte Universität organisiert.⁶³

Das Romanische Seminar

1946 wurde mit der Gründung der JGU auch das Romanische Seminar eingerichtet, damals bereits mit drei Ordinariaten sowie mit vier Lektoren für Französisch. Die zentrale Bedeutung des Französischen ergab sich



Die Gebäude Philosophicum I und II, beide am Jakob-Welder-Weg, beherbergen das Gros der Institute und Hörsäle der heutigen FB 05 und 07, hier dargestellt 2011 bzw. 2017. Fotos: Thomas Hartmann u. Peter Pulkowski, Quelle: JGU.

aus dem Einfluss der französischen Besatzungsmacht auf die Gründung der Universität und deren Ausrichtung.⁶⁴ Die ersten Lehrstuhlinhaber waren Eugen Lerch, Edmund Schramm und Leon Wencelius. Eine planmäßige außerordentliche Professur für Romanische Philologie erhielt Edgar Glässer.⁶⁵ Parallel zum Französischen wurde damit das Italienische sowie kurz darauf das Spanische in der Lehre etabliert. Allerdings erfolgte erst ab 1953 eine stärkere Berücksichtigung der gesamten Romania an der JGU. Dies zeigte sich auch beim weiteren Ausbau und der Ausdifferenzierung des Fachs, das von Anfang an von den Studierenden in hohem Maße gefragt war.⁶⁶

Die aktuellen Studienstrukturen decken die vier großen romanischen Sprachen ab. Internationalisierung wird mit den binationalen Mainz-Dijon-Studien und über 30 Erasmus-Partneruniversitäten gelebt. Die sechs zwischen 2002 und 2015 besetzten Professuren bilden die Grundlage für die weitere Ausgestaltung des vielseitigen Forschungsprofils des Romanischen Seminars, zur neueren französischen Literaturwissenschaft unter Berücksichtigung der Frankophonie, die spanische Literaturwissenschaft mit den lateinamerikanischen Literaturen, die italienische Literaturwissenschaft, die Romanische Sprachwissenschaft und die Fachdidaktik. In den letzten Jahren wurden die Strukturen des Romanischen Seminars durch die Einrichtung einer administrativen Geschäftsführung professionalisiert. In fachlicher Hinsicht wird die Zweitspracherwerbsforschung gestärkt, was der Bedeutung der Lehramtsausbildung Rechnung trägt. Außerdem wurden die Masterstudiengänge Mittelalter- und Frühneuzeitstudien und Linguistik/Romanistik eingerichtet. Das forschungsintensive Fach hat zuletzt zahlreiche internationale Kongresse und Fachtagungen ausrichten können, u. a. den Lusitanistentag (2017), den Italianistentag (2018) und den Katalanistentag (2018).

Der Fachbereich 07: Geschichts- und Kulturwissenschaften

Der heutige FB 07: Geschichts- und Kulturwissenschaften der JGU entstand 2005 durch den Zusammenschluss von knapp einem Dutzend Instituten mit damals rund 30 Professuren und etwas mehr wissenschaftlichen und einigen nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.⁶⁷ In den Folgejahren entstanden beziehungsweise entwickelten sich entsprechend gesamtuniversitären Vorgaben für die Größe von Instituten die heutigen vier Einrichtungen: Das Institut für Ethnologie und Afrikastudien (ifeas), das nicht fusionieren musste; das Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft (IKM), das diese beiden Fächer und den Bereich Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte inkorporierte; das Institut für Altertumswissenschaften (IAW), das sechs einschlägige Fächer und darunter insbesondere die Archäolo-

gien vereinte, und das Historische Seminar, dem das Institut für Alte Geschichte ebenso beitrug, wie es vor 2005 schon das Institut für Osteuropäische Geschichte getan hatte. Die vier Institute sind keinesfalls gleichartig: Das IAW beherbergt zahlreiche »Kleine Fächer« mit entsprechend überschaubarer Studierendenzahl.⁶⁸ Das IKM und das ifeas kann man als mittelgroße Institute ansehen, wenn man die Studierendennachfrage zum Maß nimmt. Das Historische Seminar ist in dieser Hinsicht mit Abstand die größte Einrichtung. 2005 fand nicht die erste Reform einer in ihrer Geschichte an Reformbemühungen nicht armen Universität statt; zuvor hatten sich die Fächer beziehungsweise Institute auf die früheren FB 12 (Sozialwissenschaften), 15 (Philologie III) und 16 (Geschichtswissenschaft) verteilt. Wiederum davor gehörten sie bis 1973 zur Philosophischen Fakultät, die 1946 mit der Gründung der Universität eingerichtet worden war.⁶⁹

Wendet man sich allgemein der Forschung der Fächer des FB 07 zu, so wird niemand aus den Geisteswissenschaften Drittmittelforschung und -gelder zum alleinigen Maßstab der Bewertung von Forschungsleistungen erklären wollen. Nach wie vor bildet die geschriebene Monografie, mit oder ohne Finanzierung von außen, einen wichtigen Forschungsbereich. Dennoch gilt heutzutage, dass in inner- wie außeruniversitären Kontexten Drittmittelforschung zur leicht zählbaren Währung erhoben wurde, und dementsprechend gibt es kein Institut, das sich nicht um entsprechende Mittel bemühen würde.⁷⁰ Der FB 07 ist in dieser Hinsicht, jedenfalls nach Mainzer Maßstäben und im Durchschnittswert pro Professur, außerordentlich erfolgreich. Immer wieder gelang es, Großprojekte einzuwerben, wie etwa mit den Graduiertenkollegs der DFG, die mit ihren dort erarbeiteten Dissertationen ebenfalls zur Forschungsreputation beitragen: so durch die Beteiligung des Historischen Seminars an einem DFG-Kolleg *Die christlichen Kirchen vor der Herausforderung »Europa« im 19. und 20. Jahrhundert* (2009–2018) zusammen mit dem außeruniversitären Leibniz-Institut für Europäische Geschichte; durch das Graduiertenkolleg *Frühe Konzepte von Mensch und Natur*, das unter Federführung der Ägyptologie und Beteiligung etlicher weiterer Fächer, hauptsächlich des FB 07, seit 2013 betrieben wird; und zuletzt seit 2018 durch das Graduiertenkolleg *Byzanz und die euromediterranen Kriegskulturen* unter der Verantwortlichkeit der Byzantinistik des Historischen Seminars und unter Beteiligung anderer Fächer des FB 07. Zu den im Volumen und Renommee exzeptionellen Drittmittelprojekten gehörte auch der DFG-finanzierte SFB *Kulturelle und sprachliche Kontakte – Prozesse des Wandels in historischen Spannungsfeldern Nordostafrikas/Westasiens*, der auf Initiative der Ägyptologie und unter Mitwirkung weiterer Fächer des heutigen FB 07 von 1997 bis 2008 bestand. Daneben und nicht weniger bedeutend gab und gibt es zahlreiche weitere Drittmittelförderungen von Einzel- oder Gruppenprojekten, die von ebenso zahlreichen Geldgebern finanziert wurden und werden und die in Einzelfällen beträchtliche Volumina bilden können. Mehrere GFK-Fellowships für Mitglieder des FB 07 und zahlreiche Gastprofessuren im Ausland zeigen ebenfalls seine Forschungsreputation.

Ähnliches gilt für die Lehre: Derzeit werden im FB 07 Semester für Semester über 500 Lehrveranstaltungen angeboten: Inhaltlich unterschiedlichste Nachfragen und Bedürfnisse in den verschiedensten Fächern müssen angemessen berücksichtigt werden, um den Studierenden ein qualitativ hochwertiges Studium zu ermöglichen. Zum Vergleich: Im ältesten, nur maschinenschriftlich erstellten Vorlesungsverzeichnis vom Sommersemester 1946 lassen sich für diejenigen Fächer des heutigen FB 07, die es schon damals gab, insgesamt 47 Lehrveranstaltungen nachweisen; im Folgesemester waren es bereits 59. Im Wintersemester 1984/85, also etwa in der Mitte des Betrachtungszeitraums, wurden 230 Lehrveranstaltungen angeboten.⁷¹ Dahinter steckt auch ein gewaltiger administrativer Arbeitsaufwand, um über 1.000 Lehrveranstaltungen pro Jahr zu organisieren.

Zur Einschätzung dieser Entwicklung der Lehrveranstaltungsanzahlen gehört allerdings der Vergleich mit den für die frühen Jahre der Universität nicht exakt zu ermittelnden Studierendenzahlen der einschlägigen

Fächer. Heutzutage sind knapp 4.000 Studierende in Fächern des FB 07 eingeschrieben. Da viele von ihnen mehr als ein Fach und damit Veranstaltungen in mehr als einem Fachbereich belegen, erhält man einen leicht schwankenden Anteil von circa acht Prozent (oder etwa einem Zwölftel) der Studierenden der JGU, die (auch) ein Fach des FB 07 studieren. Bei der Annahme, dass schon im ersten Wintersemester 1946/47 (damals mit einer Gesamtstudierendenzahl von 4.334 Studierenden) diese Fächer beziehungsweise diejenigen, die es damals schon gab, einen ähnlichen Anteil an Studierenden aufzuweisen hatten, käme man auf etwa 350 Studierende. Der Anteil mag dabei noch ein wenig zu hoch gegriffen sein: Unmittelbar nach dem Krieg waren die »Brotberufe« attraktiver, also Studienfächer mit guten Arbeitsplatzaussichten, und dazu gehörten die Fächer, die heute im FB 07 vertreten sind, 1946 wohl eher nicht. Die Relation Studierendenzahl zu Zahl der Lehrveranstaltungen dürfte aber damals ungefähr im gleichen Bereich gelegen haben wie heute.

Die Umstellung auf die gestuften Studiengänge hin zum Bachelor und Master hat der FB seit 2008 insgesamt gut bewältigt und Strukturen zumeist aus eigenen Stellen und Mitteln geschaffen, um eine funktionierende Administration dieser Studiengänge bereitzuhalten und deren stets neu zu justierendes Anforderungsprofil in Form von Prüfungsordnungen und Modulplänen jeweils zügig in die Tat umzusetzen. Unverändert ist nicht jeder und jede von der Umstellung an sich überzeugt. Trotzdem sind im Laufe der vergangenen Jahre auch Masterstudiengänge entstanden, die auf neue Herausforderungen reagieren, etwa die Digitale Methodik in den Geisteswissenschaften, an denen Fächer des FB 07 ganz entscheidend beteiligt sind, oder integrierende Studiengänge, die über die Fachbereichsgrenzen hinweg Fächer zusammenführen. Dieser beschrittene Weg dürfte in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden.

Hinsichtlich des Lehrpersonals hat sich in den vergangenen 75 Jahren eine gewichtige Veränderung hin zu mehr weiblichen Lehrenden ergeben. Im »Mittelbau« nahm der Anteil der Frauen dabei wesentlich schneller zu als in der Gruppe der Professorinnen und Professoren. Dies liegt sicher auch daran, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich größer ist als die Zahl der Professuren. Das führt wiederum dazu, dass der Anteil der von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erbrachten Lehre in allen Instituten über 50 Prozent liegt und im Extremfall bei fast drei Vierteln. Auch die Studentinnen waren gegenüber den Studenten lange deutlich in der Unterzahl. Auf gesamtuniversitärer Ebene lag dieses Verhältnis kurz nach der Neueröffnung bei etwa 1:2, pendelte noch bis Anfang der 1970er-Jahre stets zwischen 1:2 und 1:3, und auf dieser Ebene zogen die Studentinnen erst Mitte der 1990er-Jahre gleich. Inzwischen übertrifft die Zahl der Studentinnen diejenige der Studenten sowohl auf der Ebene der JGU als auch in den Fächern des FB 07 deutlich.⁷²

Das Historische Seminar

Schaut man auf die heutigen Institute und Fächer, so gab es etliche der heute noch vorhandenen Professuren schon beim Start im Mai 1946 oder bald danach. Im Historischen Seminar wirkte gleich im ersten Semester mit Leo Just ein Professor auf dem Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte; er war zugleich erster Dekan der Philosophischen Fakultät.⁷³ Die völlig unzureichenden Bedingungen, die praktisch für alle Gründungsprofessuren galten,⁷⁴ seien am Beispiel des Historischen Seminars kurz erläutert: ganz und gar unzulängliche räumliche Bedingungen im Forum; eine Bibliothek mit circa 150 Büchern (deren Zahl sich allerdings bis zum folgenden Sommer fast verzehnfacht hatte); die Alte Geschichte mit ihrer eigenen Bibliothek, so will es (vermutlich) eine Anekdote, soll sogar mit einem einzigen Buch gestartet sein. Der Betrieb begann für circa 50 Studierende (auch deren Zahl hatte sich bereits im folgenden Semester verdreifacht) in 13 Lehrveranstaltungen, wobei sich letztere im Folgejahrzehnt nicht wesentlich vermehrten. Just standen anfangs drei außerordentliche Professoren beziehungsweise Dozenten bei, die seinen eigenen Schwerpunkt, die frühneuzeitliche Geschichte, für das Mittelalter beziehungsweise die Historischen Hilfswissenschaften

komplettierten. 1953 wurde das Historische Seminar in drei Abteilungen (Weltgeschichte und Neuzeitliche Geschichte; Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften; Landesgeschichte) gegliedert, an deren Spitze bis 1955 auch jeweils ein ordentlicher Professor gesetzt wurde. Auf eine regelmäßig zu besetzende erste Assistentenstelle hatte das Seminar bis in das Jahr 1953 warten müssen. Sekretariate wurden sogar erst Anfang der 1960er-Jahre eingerichtet.

Mit Franz Hampl startete auch die Alte Geschichte gleich zu Beginn mit einem Ordinarius, der allerdings schon im Sommer 1947 Mainz wieder verließ,⁷⁵ worauf eine zweiseimestrige Vakanz folgte. Die Osteuropäische Geschichte, gefördert wohl durch die persönliche Affinität des Leiters der Direction de l'Éducation Publique (DEP), Raymond Schmittlein, zu Osteuropa, trug zunächst ein außerordentlicher Professor, der im Wintersemester 1946/47 den Lehrbetrieb aufnahm. Anfangs war die Bildung eines gesamthistorischen Seminars unter Einschluss dieser beiden Fächer vorgesehen, aber Ende der 1940er-Jahre organisierten sie sich doch in eigenen Instituten, im Fall der Osteuropäischen Geschichte wurde sie Teil eines Instituts für Osteuropakunde. Es bedurfte längerer provisorischer Lösungen und Vakanzen, bis die Landesregierung nach insgesamt fünf Jahren und im Zuge des Kalten Kriegs die Notwendigkeit einsah, die Professur für Osteuropäische Geschichte zu einer Daueraufgabe zu erklären; 1957 wurde sie wiederbesetzt, aber erst 1962 in ein Ordinariat umgewandelt.

Neben einem umfangreichen Exkursionsangebot aller Abteilungen, zunächst in die nähere Umgebung, war und blieb stets ein landesgeschichtlicher Schwerpunkt wichtig. Diesen betrieb anfänglich vor allem die betreffende Abteilung, seit 1960 auch in enger Zusammenarbeit mit dem »An-Institut« für Geschichtliche Landeskunde, das fast durchgehend in Personalunion vom Leiter der Landesgeschichte des Historischen Seminars geführt wurde und die Geschichte des Gebiets des heutigen Landes Rheinland-Pfalz bearbeitet(e). Die Alte Geschichte widmete sich über mehrere Jahrzehnte hinweg dem Thema der antiken Sklaverei. In der Osteuropäischen Geschichte galt stets als Auftrag, die Geschichte des Ostens und Südostens des Kontinents als Teil einer gesamteuropäischen Geschichte zu betrachten. Das war immer auch politisch: Vor 1989/91 als Brückenschlag über den Eisernen Vorhang hinweg; in den Jahrzehnten danach mit den Verbindungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten und deren Weg in die europäische Integration.⁷⁶

Aus heutiger Sicht mag verwundern, dass 1946 die Zeitgeschichte, also auch die Geschichte der jüngsten NS-Vergangenheit, nicht vertreten war: Justs Vorlesungen führten nur in Ausnahmefällen bis ins frühe 20. Jahrhundert, und später gab es nur vereinzelt Lehrangebote eines außerplanmäßigen Professors, die Themen der Geschichte des 20. Jahrhunderts behandelten.⁷⁷ Aber es gilt zu berücksichtigen, dass Zeitgeschichte als historische Disziplin eine Nachkriegserfindung ist, die aus der Perspektive von 1946 noch nicht zur Domäne der Universitätshistoriker gehörte. Zudem nahm das 1948/49 gegründete Studium generale sich bereits früh der NS-Geschichte an und verstärkte diesen Bereich noch unter der Leitung von Karl Holzamer seit Anfang der 1950er-Jahre.⁷⁸ Eine Professur für Neueste Geschichte im Historischen Seminar, die auch die Zeitgeschichte umfasste, wurde nach der Kritik gymnasialer Schulleiter, dass die Lehrer kaum die Geschichte des 20. Jahrhunderts unterrichten könnten, weil sie dazu an der Universität nicht ausgebildet würden, 1962 eingerichtet; und erst 2002 erfolgte durch Ausgründung aus der Abteilung für Neueste Geschichte die Etablierung einer eigenen Zeitgeschichte-Abteilung. 1973 war – ebenfalls als Ausgründung, in dem Fall aus der mittelalterlichen Geschichte – die Abteilung für Byzantinistik entstanden, die seit 1978 mit einer regulären Professur besetzt ist. In der Lehre stand im Historischen Seminar lange Jahre die Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer quantitativ im Vordergrund, wobei allerdings stets die Fachwissenschaft im engeren Sinn die Basis bildete; die Vorbereitung auf die konkreten didaktischen Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer erhielt erst 2015 mit der Einrichtung einer Professur samt eigener Abteilung für Geschichtsdidaktik ihren angemessenen wissenschaftlichen Anteil.

Das Institut für Altertumswissenschaften (IAW)

Auch einige der Fächer des heutigen IAW waren schon im ersten Semester 1946 mit Professuren vertreten. Dies galt für die Vor- und Frühgeschichte (heute: Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie) sowie für die Klassische Philologie, die mit zwei Professuren für Griechisch beziehungsweise Latein besetzt wurde.⁷⁹ Dabei unterlief der Universität und den französischen Aufsichtsbehörden offenbar ein Lapsus. Alles in allem gelang es beiden Stellen mit gewissen Abstrichen, den neuen professoralen Lehrkörper von nationalsozialistisch erheblich Belasteten freizuhalten;⁸⁰ dabei war eine einfache, aber nicht engagierte Parteimitgliedschaft nach 1933 in der Regel kein Hinderungsgrund für eine Berufung – dies entsprach der damaligen politisch-gesellschaftlichen Haltung, wähten sich die Deutschen doch in jenen Jahren durchweg als Opfer des Nationalsozialismus. Mit dem Gräzisten Franz Dirlmeier erfolgte allerdings 1946 die Berufung eines Nationalsozialisten, der seit 1933 der NSDAP angehört hatte und zudem auch der SS beigetreten war, was sicher mehr als nur ein Lippenbekenntnis dokumentierte, wie man es manch anderem Berufenen nachsah.⁸¹

In allen anderen Fächern des IAW erfolgte die Einrichtung regulärer Professuren später: In der Klassischen Archäologie 1948; in der Ägyptologie nach der Vertretung des Fachs durch eine Honorarprofessur und andere personelle Konstruktionen mit einer eigenen Professur seit 1975 und schließlich als Seminar für Ägyptologie. 1996 beziehungsweise 2001 kamen Professuren für Vorderasiatische Archäologie und Altorientalische Philologie hinzu, als im Zuge des erwähnten Sonderforschungsbereichs die Notwendigkeit offensichtlich wurde, das Spektrum um diese altorientalistischen Disziplinen zu erweitern.

Die JGU umfasst damit eine deutschlandweit fast einzigartige Palette sich gegenseitig ergänzender archäologischer und philologisch-altertumswissenschaftlicher Fächer, was auch in integrierten archäologischen Studiengängen über die verschiedenen Epochen und Regionen hinweg seinen Ausdruck findet. Dass über diesen Lehrbetrieb hinaus in den vergangenen 75 Jahren eine Vielzahl hier gar nicht aufzuzählender Grabungen und Grabungskampagnen auf drei Kontinenten, von steinzeitlichen Grabungsfeldern über Ägypten, den Vorderen Orient, über griechische und römische bis zur Mittelalterarchäologie, stattgefunden haben, an denen durchweg auch Studierende teilnahmen, versteht sich von selbst. Fruchtbar ist seit etlichen Jahren die Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut des Mainzer Römisch-Germanischen Zentralmuseums (RGZM); dies bezieht sich unter anderem auf die Leitung der RGZM-Außenstelle Schloss Monrepos durch eine Professorin der Vor- und Frühgeschichte und auf die vielfältige Kooperation aller einzelnen Archäologien mit dem RGZM auf verschiedensten Feldern, wobei über die Grenzen des IAW hinweg die Byzantinistik des Historischen Seminars sowie die Abteilung Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte ebenfalls solche ertragreichen Kontakte pflegen.

Die Abteilung für Klassische Philologie fungiert als eine – im allerbesten Sinne – Hilfswissenschaft so mancher archäologischen Forschung und stemmt zudem seit 1950 für die Gesamtuniversität die Dienstleistung, Studierenden Latein und Griechisch für deren jeweilige Studiengänge bis hin zum Latinum und Graecum zu vermitteln. Daneben aber existiert sie natürlich auch aus eigenem Recht: Sie bildet vornehmlich Lehrerinnen und Lehrer in den beiden Fächern aus und macht seit etlichen Jahren durch eine rege Öffentlichkeitsarbeit auf sich aufmerksam; dazu gehört nicht zuletzt die lange Tradition der Theateraufführung antiker Werke.⁸²

Besonders erfolgreich in der Einwerbung von drittmittelgeförderten Großprojekten wie dem angesprochenen Sonderforschungsbereich und dem Graduiertenkolleg ist die Ägyptologie, die zudem im Verbund mit den altorientalischen Fächern einen Studiengang betreibt. Von Anfang an war und ist die Ägyptologie und sind die altorientalischen Fächer in größeren Forschungs- und Grabungsprojekten engagiert, daneben in etlichen Editionsprojekten.

Das Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft (IKM)

Die beiden größeren Abteilungen des heutigen IKM, die Kunstgeschichte und die Musikwissenschaft, waren vom ersten Nachkriegssemester an durch je einen ordentlichen Professor vertreten, mit Friedrich Gerke in der Kunstgeschichte, der anfangs für circa 50 Studierende lehrte, und Arnold Schmitz in der Musikwissenschaft; letzterer wurde später zweimal Rektor der Universität. Beide Fächer rangen in den frühen Jahren mit spezifischen Problemen, die in der Beschäftigung mit materieller Kultur beziehungsweise Musik besonders hinderlich waren: ungenügende Ausstattung mit Abbildungen und Abgüssen in der Kunstgeschichte, mangelhafte Versorgung mit Notensätzen und Instrumenten in der Musikwissenschaft. Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte hat sich dies ebenso verbessert (zum Beispiel durch umfangreiche Bildsammlungen der Kunst- und zahlreiche Tonträger der Musikhistorie) wie die Personallage, die etwa mit den drei Professuren der Kunstgeschichte die gesamte nachantike europäische Kunst, unter anderem mit den Schwerpunkten Italien und Frankreich, behandelt. Dies wird noch durch die Abteilung Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte im Querschnitt zwischen Kunstgeschichte und Archäologie erweitert; sie war zunächst von verschiedenen Professuren anderer Fächer mitvertreten worden, ehe sie 1985 mit einer eigenen Professur in das damalige Institut für Kunstgeschichte integriert wurde. Damit können die Kunstgeschichte und die Musikwissenschaft heute neben ihrer fachspezifischen Ausbildung für die Studierenden des je eigenen Fachs umfangreichen Lehrexport für die Studierenden der beiden künstlerischen Hochschulen leisten. Die Musikwissenschaft hat zudem Pionierarbeit in der Digitalisierung mit der Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe für Musikinformatik 1991 geleistet und ist heute für die administrative Betreuung des M.A. Digitale Methodik in den Geistes- und Kulturwissenschaften zuständig, den einige weitere Fächer des FB 07 mittragen.

Das Institut für Ethnologie und Afrikastudien (ifeas)

Als Institut für Völkerkunde wurde die Ethnologie 1946 gegründet und zunächst von einem Privatdozenten geleitet, bald darauf von einem außerordentlichen Professor, Adolf Friedrich, der schließlich 1957 von einem ordentlichen Professor, Emil Mühlmann, abgelöst wurde.⁸³ In den ersten gut 20 Jahren widmete sich das Fach in Mainz den geografischen Räumen Asiens, Afrikas und Südamerikas, um sich etwa ab der Mitte der 1960er-Jahre auch in der Feldforschung als einem zentralen ethnologischen Forschungsinstrument vor allem dem zeitgenössischen Afrika zuzuwenden. Dieser Schwerpunkt wurde 1972 mit der Einrichtung einer Professur für Afrikanistik weiter ausgebaut und führte 1975 zur Umbenennung in Institut für Ethnologie und Afrikastudien (ifeas), nachdem es seit 1969 Institut für Ethnologie geheißen hatte. Der Ankauf der Jahn-Bibliothek für afrikanische Literaturen 1974 und die Einrichtung des Archivs für die Musik Afrikas (AMA) 1991 stärkten diese Profilierung.

Wie für viele Fächer des heutigen FB 07 gilt auch für das ifeas, dass die Zahlen der Anfangssemester, als jeweils vielleicht eine Handvoll Studierender das Studium im Fach aufnahmen, in den 1970er- und 1980er-Jahren des 20. Jahrhunderts explodierten. Die aktuellen Studierendenstatistiken der Universität weisen knapp 500 Studierende aus. Entsprechend ist auch die Zahl der wissenschaftlichen Bediensteten, darunter fünf hauptamtliche Professuren, gestiegen. Die große Bandbreite in Forschung und Lehre wird durch Bedienstete in zahlreichen Drittmittelprojekten erweitert. Zuletzt fand vor dem Hintergrund der Ausrichtung der Ethnologie weltweit, die sich eher von der Konzentration auf bestimmte geografische Räume löst, bei der Denominierung der Professuren eine Weiterung über Afrika hinaus statt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Informationen auf der Homepage des FB 02, URL: <https://www.sozialwissenschaften.uni-mainz.de/fachbereich/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 2 Siehe hierzu auch die Darstellung der Organisationseinheiten im Anhang dieses Bandes.
- 3 Vgl. [o. V.]: Neue Dekane und Prodekane. In: *Jogu* 36 (2005), Nr. 193, S. 27.
- 4 Siehe hierzu auch den Beitrag von Bernhard Einig in diesem Band.
- 5 Vgl. die Informationen auf der Homepage des FB 02 der Universität Mainz, URL: <https://www.sozialwissenschaften.uni-mainz.de/fachbereich/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 6 Vgl. den Zahlenspiegel der JGU aus dem Jahr 2019, S. 41–44, URL: https://www.puc.verwaltung.uni-mainz.de/files/2020/10/Zahlenspiegel_2019.pdf (abgerufen am 16.11.2020).
- 7 Vgl. ebd., S. 60f.
- 8 Vgl. die Pressemitteilung *Richtfest für Neubau Sozialwissenschaften im Zentrum des Gutenberg-Campus* der JGU, 16.6.2011, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/46226.php> (abgerufen am 1.12.2020).
- 9 Zu Otto Friedrich Bollnow und Theodor Ballauff vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 10 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Instituts für Erziehungswissenschaft, URL: <https://www.erziehungswissenschaft.uni-mainz.de/institut-fuer-erziehungswissenschaft-frueher/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 11 Zu Hans Buchheim vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 12 1967 wurden das in der Philosophischen Fakultät bestehende Institut für die Wissenschaft von der Politik und das 1962 gegründete Institut für Politikwissenschaft in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zusammengelegt und fortan mit zwei Lehrstühlen fortgeführt. Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 65/85, Manfred Hättich an das Ministerium für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz am 29.6.1967 u. allg. ebd., Best. 57/8.
- 13 Vgl. Stallmach: Seminar, S. 12 f.
- 14 Zu Albert Wellek vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 15 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Instituts für Psychologie der Universität Mainz, URL: <https://www.psychologie.uni-mainz.de/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 16 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Instituts für Publizistik der Universität Mainz, URL: <https://www.ifp.uni-mainz.de/profil/> (abgerufen am 12.11.2020).
- 17 Zu Elisabeth Noelle-Neumann vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 18 Siehe hierzu auch den Beitrag von Hans Mathias Kepplinger in diesem Band.
- 19 Ebd.
- 20 Vgl. zum gesamten Abschnitt die allg. Informationen und die Institutschronik auf der Homepage des Instituts für Publizistik der Universität Mainz, URL: <https://www.ifp.uni-mainz.de/institutschronik/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 21 Vgl. die Chronik auf der Homepage des Instituts für Soziologie der Universität Mainz, URL: <https://www.soziologie.uni-mainz.de/chronik/> (abgerufen am 18.11.2020). Zu Helmut Schoeck vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020) u. UA Mainz, Best. 64/2129, Personalakte Helmut Schoeck.
- 22 Zu Friedrich Jonas vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020). Tatsächlich wurden die beiden Professuren schon 1967 mit der Berufung von Hättich auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft in der ReWi-Fakultät zusammengelegt, sodass Buchheim und Hättich die Politikwissenschaft auf zwei Lehrstühlen vertraten. 1973 folgte Manfred Mols auf Hättichs Lehrstuhl. Unter Buchheim und Mols wurde das Institut für Politikwissenschaft dann aus den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften aus- und dem neuen FB 12: Sozialwissenschaften angegliedert. Zu Manfred Mols vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 24.11.2020).
- 23 Vgl. die Informationen auf Homepage des Instituts für Soziologie der Universität Mainz, URL: <https://www.soziologie.uni-mainz.de/institut-fuer-soziologie/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 24 Vgl. ebd.
- 25 Vgl. Müller: Aufbau, S. 25.
- 26 Zu Wischmann und der Entstehung des Instituts siehe ausführlich den Beitrag von Ansgar Molzberger in diesem Band.
- 27 Siehe hierzu auch die Beiträge von Michael Kißener sowie Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 28 Vgl. Müller: Trauer, S. 2.
- 29 1966 waren für das Institut neben Wischmann zwölf Lehrkräfte tätig. 1970 verfügte es bereits über eigene Abteilungen für Sportpädagogik, Trainingslehre und Leistungssport, Sportmedizin, Sportphysiologie und eine historisch-sozialwissenschaftliche Abteilung. Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom SoSe 1966, S. 85. Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich auch online, URL: opencience.ub.uni-mainz.de/ (abgerufen am 15.11.2020).
- 30 Vgl. die tagesaktuellen Studierendenzahlen im WiSe 2020/21 der Stabsstelle Planung und Controlling, S. 3, URL: <https://cognos-1.zdv.uni-mainz.de/Stud-zahlen/Einschreibungen-de-de.pdf> (abgerufen am 16.11.2020) u. URL: <https://sport.uni-mainz.de/personal/> (abgerufen am 16.11.2020).
- 31 Vgl. die Informationen auf Homepage des Instituts für Sportwissenschaft der Universität Mainz, URL: <https://sport.uni-mainz.de/studium-lehre/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 32 Siehe hierzu auch die Entwicklung der Organisationseinheiten im Anhang dieses Bandes. Die Informationen zu den einzelnen Instituten wurden von ebendiesen zur Verfügung gestellt und von den Mitarbeiter_innen des UA Mainz erweitert und ergänzt.
- 33 Vgl. die Informationen auf der Homepage des FB 05, URL: <https://www.fb05.uni-mainz.de/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 34 Vgl. UA Mainz, Best. 13/488, Bericht über Stand und Ausbau der Philosophischen Fakultät vom 10.8.1946. Siehe hierzu auch die Beiträge von Frank Hüther und Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 35 Vgl. bspw. UA Mainz, S6/493, Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz. Johannes Gutenberg-Universität Mainz, [Stand: 22.1.2008], S. 2.
- 36 Vgl. die Informationen auf der Homepage des FB 05, URL: <https://www.fb05.uni-mainz.de/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 37 Vgl. ebd.
- 38 Siehe hierzu auch den Beitrag von Gregor Wedekind in diesem Band.
- 39 Siehe hierzu auch den Beitrag von Alfred Gall in diesem Band.
- 40 Vgl. die Informationen auf der Homepage von TALC_me, URL: <https://www.talcme.uni-mainz.de> (uni-mainz.de) (abgerufen am 25.11.2020).
- 41 Vgl. die Informationen auf der Homepage des FB 05, URL: <https://www.fb05.uni-mainz.de/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 42 Zu Hans Galinsky vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020). Siehe hierzu auch den Beitrag von Pia Nordblom in diesem Band.
- 43 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Fachdidaktik Englisch am Department of English and Linguistics URL: <https://www.english-and-linguistics.uni-mainz.de/fachdidaktik/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 44 Zu Franz Specht vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 45 Zu Hirsh vgl. allg. Gunst: Ausformung. Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Simon in diesem Band.
- 46 Zu Aloys Ruppel vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020) u. Nagel: Stiftungsprofessur, S. 9–18. Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian König in diesem Band. Zur Buchwissenschaft siehe auch den Beitrag von Katharina Bahlmann und Lena Zimmer in diesem Band.
- 47 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band.

- 48 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Abteilung Buchwissenschaft, URL: <https://www.buchwissenschaft.uni-mainz.de/mitarbeiter/fuessel/> (abgerufen am 25.11.2020).
- 49 Vgl. Weber: In Memoriam, S. 109 f.
- 50 Zu Georg Buddruss vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 51 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Instituts für Indologie, URL: <https://www.indologie.uni-mainz.de/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 52 Vgl. UA Mainz, S6/493, Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz, S. 1.
- 53 Vgl. [o.V.]: Personalien. In: Jogu 18 (1990), Nr. 122, S. 14.
- 54 Vgl. [o.V.]: Neu an der Universität: Professor Dr. Thomas Koebner. In: Jogu 21 (1993), Nr. 140, S. 4.
- 55 Vgl. Hecker: Kein Spaziergang. In: Jogu 30 (2002), Nr. 178, S. 8.
- 56 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Instituts für Film-, Theater-, Medien- und Kulturwissenschaft, URL: <https://www.ftmk.uni-mainz.de/> (abgerufen am 24.11.2020).
- 57 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Graduiertenkollegs, URL: [Episteme einer medialen und kulturellen Praxis \(uni-mainz.de\)](http://www.episteme.uni-mainz.de) (abgerufen am 25.11.2020).
- 58 Siehe hierzu auch den Beitrag von Alfred Gall in diesem Band.
- 59 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1946/47, S. 12 f., S. 15 u. S. 21 f. Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich online unter URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 15.9.2020). Zu Friedrich Delekat, Joachim von Rintelen, Karl Schlechta u. Karl Holzamer vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020). Zu Holzamer siehe auch den Beitrag von Kim Krämer in diesem Band.
- 60 Stallmach: Seminar, S. 3.
- 61 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Philosophischen Seminars, URL: https://www.philosophie.fb05.uni-mainz.de/forschungsstellen-und-weitere-einrichtungen/fs_kant/ (abgerufen am 25.11.2020).
- 62 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Philosophischen Seminars, URL: <https://www.philosophie.fb05.uni-mainz.de/studieninformationen/> (abgerufen am 18.11.2020).
- 63 Vgl. die Informationen zum Philosophischen Seminar auf der Homepage des Fachbereichs 05, URL: https://www.philosophie.fb05.uni-mainz.de/ueber_das_philosophische_seminar/ (abgerufen am 18.11.2020).
- 64 Vgl. Elwert: Seminar, S. 87. Siehe hierzu auch den Beitrag von Gregor Wedekind in diesem Band.
- 65 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom SoSe 1946. Zu den genannten Professoren vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 66 Vgl. Elwert: Seminar, S. 87.
- 67 Wer die Geschichte der heute im FB 07 zusammenarbeitenden Disziplinen darstellen möchte, der kann dazu auf nur wenige gedruckte Vorarbeiten (u. a. Wojtynowski: Fach Geschichte; Brandstetter/Lentz: 60 Jahre; Kißener/Mathy: Ut omnes unum sint; Weber: Tradition u. Duchhardt: Historiker), darunter das allererste und in der Forschung bisher kaum rezipierte maschinenschriftliche Vorlesungsverzeichnis vom SoSe 1946 zugreifen. Weiteres findet sich, oft eher knapp, als Selbstdarstellung der Institute in Printfassung oder auf den betreffenden Homepages. Zum IAW vgl. URL: <https://www.altertumswissenschaften.uni-mainz.de/>; zum IKM vgl. URL: <https://www.ikm.uni-mainz.de/>; zum Historischen Seminar vgl. URL: <https://www.geschichte.uni-mainz.de/> u. zum ifeas vgl. URL: <https://www.ifeas.uni-mainz.de/> (alle abgerufen am 11.2.2020). Zudem standen dankenswerterweise alle angefragten Mitglieder des FB 07 gerne für Auskünfte zur Verfügung. Und schließlich kann der Verfasser aus eigenem Erleben das eine oder andere ergänzen.
- 68 Siehe hierzu auch den Beitrag von Katharina Bahlmann und Lena Zimmer in diesem Band.
- 69 Siehe hierzu auch die Entwicklung der Organisationseinheiten im Anhang dieses Bandes.
- 70 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.
- 71 Vgl. dazu die Vorlesungsverzeichnisse der entsprechenden Jahre.
- 72 Siehe hierzu auch die Statistiken der Studierenden im Anhang dieses Bandes.
- 73 Vgl. zu Leo Just die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 74 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 75 Vgl. zu Frank Hampl die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 76 Vgl. dazu die Vorlesungsverzeichnisse der entsprechenden Jahre.
- 77 Vgl. ebd.
- 78 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kim Krämer in diesem Band.
- 79 Die Professur in Latein wurde mit Wilhelm Süß besetzt, der zu diesem Zeitpunkt bereits 64 Jahre alt war. Vgl. zu Wilhelm Süß die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).
- 80 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 81 Vgl. Kißener: Kontinuität, S. 97–123, zu Dirlmeier S. 119 f.
- 82 Vgl. die Informationen auf der Homepage des IAW, URL: <https://www.altertumswissenschaften.uni-mainz.de/das-institut/> (abgerufen am 9.12.2020).
- 83 Zu Adolf Friedrich und Emil Mühlmann vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.11.2020).

Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

Der Fachbereich 03

Andreas Roth

Die Entwicklung des Fachbereichs

Bei der Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) wurden die Rechtswissenschaften, die bereits bei der ersten Universitätsgründung in Mainz im Jahre 1477 zu den Gründungsfakultäten gehörten, mit den neu gebildeten Wirtschaftswissenschaften in einem Fachbereich zusammengefasst, womit Mainz einer an vielen anderen Universitäten üblichen Tradition einer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät folgte.

Zunächst gab es im ganzen Fachbereich nur elf Lehrstühle, acht juristische und drei ökonomische, es existierte nur ein Lehrstuhl für die Betriebswirtschaftslehre und einer für das Strafrecht, die aber Anfang der 1950er-Jahre jeweils eine weitere Professur erhielten. Die Gründung der JGU unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs machte die Suche nach wissenschaftlichem Personal nicht einfach, weil die Hochschullehrenden von auswärts rekrutiert werden mussten und ihre wissenschaftliche Sozialisation in den Jahren davor erlebt hatten. Sie kamen zum Teil von anderen Universitäten, zum Teil auch aus dem Heeresdienst oder der Kriegsgefangenschaft. Im Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bestand die erste Generation ausschließlich aus Männern, die fast alle vorher in der NSDAP oder einer anderen NS-Parteiorganisation gewesen waren¹ – was nicht heißt, dass alle Erstberufenen überzeugte Nationalsozialisten gewesen sind. So wird beispielweise von Walter Gustav Becker, der einen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Internationales Privatrecht innehatte, berichtet, er habe sich immer wieder kritisch über die nationalsozialistische Ideologie geäußert und als Divisionsrichter im Krieg relativ milde Strafen verhängt.² Umgekehrt gab es Nichtparteimitglieder wie den Verkehrswissenschaftler Anton Felix Napp-Zinn, der – als Mitglied des Stahlhelm – mit der NSDAP sympathisiert haben soll und ihr nur deshalb nicht beitreten konnte, weil er mit einer »nichtarischen« Frau verheiratet gewesen war.³ Politisch verfolgt worden war beispielsweise der Staatsrechtler Hubert Armbruster (Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht), der 1941 in die Schweiz ausgereist, von der Gestapo in eine Falle gelockt, verhaftet und wegen Wehrkraftersetzung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.⁴

Ein weiterer Verfolgter kam 1964 im Anschluss an seine Tätigkeit als Richter des Bundesgerichtshofs an die Mainzer Universität: Der Strafrechtler Dietrich Lang-Hinrichsen war im November 1933 nach Paragraph 3 des Berufsbeamtengesetzes (dem »Arierparagraphen«) aus dem Staatsdienst (er war damals Gerichtsassessor) entlassen worden, hatte sich als Rechtsberater bei verschiedenen Kanzleien durchgeschlagen und sah sich 1940 gezwungen, nach Brasilien zu emigrieren.⁵ Vier Jahre nach Kriegsende kehrte er nach Deutschland zurück, wurde 1954 Richter am Bundesgerichtshof und kam weitere zehn Jahre später nach Mainz, wo er 1970 emeritiert wurde und 1975 starb.⁶

Sowohl an den Viten der ersten Professorgeneration meint man die Einflüsse der zeitlich nicht lange zurückliegenden Jahre zu spüren als auch in der Unsicherheit der JGU im Umgang mit ihren Angehörigen: Als Karl Reutti bereits im Oktober 1946 als erster Hochschullehrer der noch jungen Universität im Dienst verstarb, wurde er ohne Benachrichtigung seiner Frau in Ludwigshafen in einem Reihengrab beerdigt.⁷

*Undatiertes Porträt von
Hubert Armbruster. Foto:
Hanne Zapp, Quelle:
UA Mainz, S3/2561.*



*Porträt von Dietrich
Lang-Hinrichsen um
1966. Quelle: UA Mainz,
S3/948.*

Nicht nur bei den Personen, auch in Sachfragen war die erste Zeit nach 1946 von dem Bemühen geprägt, sich von der Vergangenheit zu distanzieren, zum Beispiel bei dem Trend weg von einer rein positivistischen Wissenschaft hin zu einem normativen Wissenschaftsverständnis. Dem entsprach es, dass in den Anfangsjahren die Grundlagenfächer Wirtschafts- und Rechtsgeschichte sowie Rechtsphilosophie stark vertreten waren und als Gegenpol zu den rein dogmatischen Fächern gesehen wurden. Das galt gerade auch für die Forschung. Quantitativ wie inhaltlich veränderte sich die Situation am Fachbereich nur langsam, denn erst in den 1970er-Jahren erfolgte die nächste größere Erweiterung des Fächerspektrums: Es wurden nunmehr sozialwissenschaftlich arbeitende Professuren eingerichtet. So wurde etwa die Publizistik (vorübergehend) dem Fachbereich angegliedert und mit Elisabeth Noelle-Neumann besetzt – eine der wenigen Frauen in den beiden Abteilungen während der ersten 40 Jahre.⁸ Außerdem kamen eine zweite Statistikstelle sowie die Kriminologie hinzu, die das Angebot der Grundlagenfächer bei den Jurist_innen vervollständigte, sodass Mitte der 1970er-Jahre insgesamt circa 30 Professoren im Fachbereich forschten und lehrten. Diese Zahl sollte sich in den folgenden 20 Jahren kontinuierlich auf gut 40 Professuren erhöhen, da im Bereich des Finanzwesens neue Lehrstühle gebildet wurden, nämlich das Steuerrecht bei den Jurist_innen und die Steuerlehre bei den Wirtschaftswissenschaftler_innen, ferner, weil die Betriebswirtschaftslehre als eigener Studiengang eingeführt wurde. Schließlich wurde die Wirtschaftspädagogik eingerichtet, für die 1994 zwei Lehrstühle geschaffen wurden, sodass beide Abteilungen ab Mitte der 1990er-Jahre im Wesentlichen ihre heute gültigen Strukturen erhielten. Der auf der gesamten Universitätsebene bestehende Schwerpunkt im Bereich der Medien hat auch im Fachbereich eine Entsprechung, indem das seit 1995 präsente Medienrecht⁹ durch neue Lehrstühle ausgeweitet und die Medienökonomie aufgebaut worden ist. Juniorprofessuren gibt es bei den Wirtschaftswissenschaften seit dem Jahr 2002, wodurch jungen Nachwuchswissenschaftler_innen eine weitere Möglichkeit des Einstiegs in die wissenschaftliche Karriere (neben der Habilitation) eröffnet wird. Derzeit (Stand: Januar 2020) sind zwei Juniorprofessoren und eine Juniorprofessorin in den Wirtschaftswissenschaften tätig.¹⁰

Lange Zeit waren die Professoren am Fachbereich ausschließlich Männer, was sich nur allmählich geändert hat. Doch hat sich der Anteil der Frauen an den Hochschullehrenden im Laufe der letzten 20 Jahre allmählich gesteigert: Während es 1946 keine und 1995 nur eine Professorin am Fachbereich gab, sind heute circa 15 Prozent des Lehrkörpers weiblich. Insgesamt sind in den beiden Abteilungen derzeit gut 100 Wissenschaftler_innen beschäftigt sowie genauso viele nichtwissenschaftliche Mitarbeiter_innen.

In beiden Abteilungen gab es über die Jahrzehnte hinweg eine ganze Reihe hervorragender Wissenschaftler_innen, die vorzustellen den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Erwähnt seien daher lediglich die Hochschullehrenden, die als Rektoren beziehungsweise Präsidenten die Geschicke der gesamten Universität gelenkt haben, nämlich Karl Schwantag, Hellmut Isele, Johannes Bärmann, Peter Schneider und Manfred



*Das »alte« ReWi um
1975. Foto: Hanne
Zapp, Quelle: UA Mainz,
S3/2502.*

Harder, sowie die Wirtschaftswissenschaftler_innen, die in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (so genannte Wirtschaftsweise) berufen wurden (Kurt Schmidt, Rolf Peffekoven, Beatrice Weder di Mauro und Isabel Schnabel). In vielen Bereichen wurde die Lehre außerdem durch die Beteiligung erfahrener Personen aus der Praxis ergänzt, zum Beispiel durch Richter des Bundesgerichtshofs, Anwälte/Notare, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Führungspersönlichkeiten aus Banken und Unternehmen. Die im Jahr 2016 eingerichtete Stiftungsprofessur für Datenschutzrecht und Neue Medien ist ein Zeichen für die ständige Aktualisierung der Forschung an der Universität Mainz.¹¹

Forschungsrichtungen und -schwerpunkte¹²

In der Forschung liegen die Schwerpunkte bei den Jurist_innen beim privaten und öffentlichen Wirtschaftsrecht, speziell dem Bankrecht, ferner im Medienrecht, im internationalen Recht, in forensischen Fragen, die in Kooperation mit Vertreter_innen aus Psychologie und Psychiatrie behandelt werden, und schließlich in einer Zusammenarbeit mit Historiker_innen zur Aufarbeitung des NS-Unrechts.

Die Wirtschaftswissenschaften legen einen Fokus auf die Medienökonomie, auf die Digitalisierung sowie auf unterschiedliche methodengestützte empirische Untersuchungen. Forschungsschwerpunkte in der Wirtschaftspädagogik sind ebenfalls empirische Studien in der beruflichen und akademischen Bildung, die sich auf Prozesse und Ergebnisse des Lehrens und Lernens sowie deren Bestimmungsfaktoren fokussieren; aktuell liegt ein Trend im Bildungsbereich bei Internationalisierung und Digitalisierung.

Studierendenzahlen

Unmittelbar nach dem Krieg gab es am Fachbereich insgesamt zwischen 700 und 1.000 Studierende. Diese Zahlen stiegen Mitte der 1960er-Jahre kontinuierlich an und erreichten Anfang der 1970er-Jahre Werte von



*Blick auf das »neue«
ReWi im Jahr 2005.
Foto: Thomas Hartmann,
Quelle: JGU.*

über 3.000 Studierenden. Mitte der 1980er-Jahre waren es bereits weit über 5.000 Studierende, sodass die Kapazitäten an Dozierenden und Räumen knapp wurden.

Anfang der 1990er-Jahre reichten die Hörsaalkapazitäten für über 6.000 Studierende nicht mehr aus. Daher musste mitunter in einem gesondert aufgestellten Zelt unterrichtet werden, bevor die Einweihung des neuen Gebäudes Recht und Wirtschaft (ReWi) im Jahr 1992 vor allem aufgrund des 1.000 Plätze fassenden Hörsaals RW 1 die größten Engpässe beseitigte.

Dieser Hörsaal sowie die in diesem Gebäude befindliche große Bibliothek, erfreuen sich nicht nur bei Jurist_innen und Wirtschaftswissenschaftler_innen großer Beliebtheit, sondern ziehen auch Studierende anderer Fachbereiche an.

Seit Mitte der 1990er-Jahre haben sich die Zahlen auf einem hohen Niveau eingependelt mit dem Ergebnis, dass sich etwa 6.000 Studierende annähernd gleichmäßig auf die beiden Fachrichtungen verteilen. Diese hohen Zahlen führen dazu, dass auf eine Professur circa 140 Studierende entfallen – ein schwieriges Betreuungsverhältnis, das einmal mehr die latente Unterfinanzierung der JGU widerspiegelt. Die Zahl der Studienanfänger_innen liegt seit etwa 20 Jahren bei über 1.000 pro Jahr, zuletzt sogar deutlich darüber. Der Frauenanteil betrug in den ersten Jahrzehnten nur knapp zehn Prozent, stieg aber ständig an und ist derzeit ausgeglichen.¹³

Strukturen

Die bereits erwähnten quantitativen Erweiterungen haben das Studium sowohl bei den Jurist_innen als auch bei den Wirtschaftswissenschaftler_innen komplexer werden lassen; die größere Fächerauswahl führte zu einer starken Differenzierung und auch zu einem größeren Wahlangebot. Der erste größere strukturelle Einschnitt bestand in der Aufnahme des Diplomstudiengangs *Betriebswirtschaftslehre* im Jahre 1991. 20 Jahre



Blick in die Bibliothek
des 1992 eröffneten
»neuen« ReWi. Foto:
Stephan Max, Quelle:
UA Mainz, S3/11413.

später hat die *Bologna-Reform* wie fast überall das Gesicht dieses Fachbereichs verändert, indem die Wirtschaftswissenschaften ihre Abschlüsse vom Diplom auf Bachelor/Master (B.Sc. und M.Sc. und M.Ed.) umgestellt haben. Seit dem Wintersemester 2007/08 gibt es den B.Sc. *Wirtschaftswissenschaften* und den B.Sc. *Wirtschaftspädagogik*, seit 2010/11 die Masterstudiengänge M.Sc. *Management (BWL)* und den M.Sc. *International Economics and Public Policy (VWL)*, einen rein englischsprachigen Studiengang, der deshalb Studierende aus aller Welt anzieht, sowie den M.Sc. *Wirtschaftspädagogik*. Im Wintersemester 2013/14 wurde zudem der M.Ed. *Wirtschaftspädagogik* eingeführt, sodass im Bereich der Wirtschaftspädagogik zwei Masterstudiengänge existieren. Im Wintersemester 2018/19 hat der M.Sc. *Accounting and Finance* seinen Betrieb aufgenommen. Die neuen Studiengänge haben eine deutliche Verschulung des Studiums mit sich gebracht.

Auch wenn es in den Rechtswissenschaften beim Staatsexamen geblieben ist, kam es auch hier zu Veränderungen bei dieser Abschlussprüfung, indem 2008 die früheren Wahlfächer aus dem Staatsexamen herausgenommen und als Schwerpunktgebiete den Universitäten übertragen wurden. In Mainz können die Studierenden seitdem aus 16 Teilschwerpunktbereichen zwei auswählen, die jeweils einen Umfang von acht Semesterwochenstunden aufweisen. Das hat zur Folge, dass die Studierenden nunmehr ihr Examen in zwei Abschnitten absolvieren können und entsprechend selektiv lernen. Die Abteilung Rechtswissenschaften hat Mitte der 1990er-Jahre ihr Lehrangebot um ein universitäres Repetitorium erweitert, das in einem Jahreskurs, der auch in der vorlesungsfreien Zeit stattfindet, durch Wiederholung und Vertiefung des Stoffs auf das juristische Staatsexamen vorbereiten soll.

Internationalisierung

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten hat eine lange Tradition im Fachbereich, denn die Kontakte, vor allem zu Frankreich – speziell mit Dijon – reichen zurück bis in die 1950er-Jahre. Seit 1976 existiert ein Abkommen der juristischen Abteilung mit der Université de Bourgogne in Dijon, in dessen Rahmen viele Mainzer Studierende ein Semester oder mehr in der Hauptstadt Burgunds studiert haben, beziehungsweise französische Studierende nach Mainz gekommen sind. Der Partnerschaftsvertrag mit Paris wurde 1995, der mit Nantes 2002 geschlossen, alle gefördert durch das Deutsch-Französische Hochschulkolleg¹⁴ beziehungsweise dessen Rechtsnachfolgerin, die Deutsch-Französische Hochschule. Darüber hinaus bestehen auch mit vielen anderen Universitäten aus verschiedenen Ländern Kooperationen, die durch die Einrichtung gemeinsamer Studiengänge intensiviert wurden. 1994 wurde der Studiengang *Magister des deutschen und ausländischen Rechts* geschaffen, in dessen Rahmen Mainzer Studierende während eines Auslandsaufenthalts eine Magisterarbeit über ein rechtsvergleichendes Thema anfertigen können und ausländische Studierende während eines einjährigen Aufenthalts in Mainz hier über das deutsche Recht arbeiten. Der Studienbetrieb im Bachelor wurde zum Wintersemester 2012/13 aufgenommen, zunächst nur mit einer Partneruniversität, Dijon, seit dem Wintersemester 2014/15 um die Partneruniversitäten Paris-Est Créteil und Nantes erweitert. 2013 wurde der Studienbetrieb im Master *Internationales Privatrecht und Europäisches Einheitsrecht* eingerichtet, der den Bachelor *Deutsches und Französisches Recht* zu einem fünfjährigen konsekutiven Studiengang gemäß den Bologna-Prinzipien ergänzt. Ein Studium in Dijon mit dem Erwerb des Abschlussdiploms des dritten und vierten Studienjahres wird in Mainz als universitäres Schwerpunktexamen anerkannt, ebenso seit 2015 das entsprechende Modell mit Glasgow.

In den Wirtschaftswissenschaften gibt es zwei »integrierte Studiengänge«, die mit einem Doppelabschluss der Universität Mainz und der Partnerhochschule abgeschlossen werden können: Der Deutsch-Französische Bachelorstudiengang führt innerhalb von sechs Semestern zu einem Doppelabschluss, das heißt, einem Hochschulabschluss (Bachelor of Science) in Deutschland (an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz) sowie einem Hochschulabschluss (Licence) in Frankreich (an der Université Paris Ouest Nanterre la Défense). 1999 wurde mit der Universität in Paris ein entsprechendes Abkommen verabschiedet, welches unmittelbar in das Bachelorprogramm übergegangen ist.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurden Kontakte zu einigen osteuropäischen Nachbarstaaten, insbesondere nach Polen, ausgebaut. Bereits seit 1993 besteht durch das Deutsch-Polnische Akademikerforum eine Kooperation mit der SGH Warschau (Szkola Główna Handlowa, SGH Warsaw School of Economics), aus welcher sich das seit dem Wintersemester 2002/03 angebotene Doppeldiplomprogramm entwickelte. Der integrierte Studiengang mit der SGH in Warschau, der im Wintersemester 2012/13 mit einem ersten volkswirtschaftlich ausgerichteten Doppelmasterprogramm (Master *International Economics and Public Policy*) gestartet ist, wurde zum Wintersemester 2014/15 um einen betriebswirtschaftlichen Zweig erweitert (Master *Management*).

Auch von den Jurist_innen wurde 1998 eine besondere Partnerschaft mit Polen ins Leben gerufen: Die Schule des deutschen Rechts in Krakau, als Gemeinschaftsprojekt der juristischen Fakultäten der Jagiellonen-Universität Krakau, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der JGU, für die Horst Konzen viele Jahre als Direktor fungierte. Die Rechtsschule soll polnischen Studierenden Kenntnisse des deutschen Rechts vermitteln, die Reform des polnischen Rechtssystems unterstützen und einen Beitrag zur Integration Polens in die Europäische Union und zur damit verbundenen Anpassung des polnischen an das europäische Recht leisten. Die Mainzer (und Heidelberger) Dozierenden unterrichten in Krakau jedes Jahr unentgeltlich einen Kurs von etwa 30 polnischen Studierenden, von denen diejenigen mit dem besten Abschluss ein Stipendium

für ein Weiterbildungs- beziehungsweise Promotionsstudium in Deutschland erhalten. Im Lauf der Jahre wurde über diesen Rechtskurs hinaus ein umfangreiches Gemeinschaftsprojekt geschaffen: Seit 2010 veranstaltet die Schule des Deutschen Rechts, dessen Leitung auf Mainzer Seite seit 2002 bei Udo Fink liegt, einen vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) anerkannten und finanzierten deutschsprachigen Studiengang *Recht in Deutschland*, welcher es polnischen Studierenden ermöglicht, einen LL.M.-Titel der Universitäten Mainz beziehungsweise Heidelberg zu erwerben. Daneben umfasst die Zusammenarbeit Seminare für deutsche und polnische Studierende, einen Kurs für deutsche Studierende, Referendar_innen und Assessor_innen im polnischen Wirtschaftsrecht, eine Sommerschule zum *Recht in Deutschland* an der Mohyla-Akademie in Kiew und seit 2011 ein Alumni-Programm, das in Zusammenarbeit mit der Deutschen Rechtsschule der Universität Warschau getragen wird.

Besondere, dem Fachbereich angegliederte Einrichtungen¹⁵

Institut für Kreditrecht

Das Zusammenwirken von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in einem Fachbereich sowie der große Einfluss, den die Ökonomie auch auf das Recht ausübt, haben zur frühen Bildung eines Schwerpunkts der rechtswissenschaftlichen Abteilung im Wirtschaftsrecht geführt. Insbesondere das Bankrecht ist hier zu nennen, das durch das Institut für deutsches und internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens (Center for German and International Law of Financial Services) institutionell über Mainz hinaus sichtbar ist. Es wurde 1970 durch Bärmann gegründet, sechs Jahre später übernahmen die Professoren Walther Hadding und Uwe H. Schneider die Leitung des Instituts, seit 2001 ist Peter O. Mülbert (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht) als Haddings Nachfolger Mitdirektor des Instituts.¹⁶ Dieses ist eine selbständige wissenschaftliche Einrichtung an der JGU, deren satzungsgemäße Aufgaben in der unabhängigen Forschung und Lehre zum deutschen und internationalen Recht der Kreditwirtschaft (Geschäftsrecht, Organisationsrecht, Aufsichtsrecht) bestehen. Das Institut wird getragen und ausgestattet von der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. und ist im Lauf der Jahre zu einem wichtigen Ansprech- und Gesprächspartner für die Entwicklung des deutschen, europäischen und internationalen Bank- und Kapitalmarktrechts geworden.

Institut für Medienrecht

Dem Ausbau der Stadt Mainz als Medienstandort folgend, haben die Medienwissenschaften schon lange ein wichtiges Standbein im Fachbereich. Ein eigenes Institut für Medienrecht wurde von einem Trägerverein, zu dem die Staatskanzlei, die Landesmedienanstalt, das ZDF und der SWR gehören, im Jahr 2000 gegründet und durch einen Kooperationsvertrag mit der Universität umgesetzt. Gründungsdirektor Dieter Dörr, damaliger Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Medienrecht, baute den Weiterbildungsstudiengang *Medienrecht* auf, an dem jährlich 20 bis 35 Studierende aus verschiedenen Fächern teilnehmen und den mittlerweile über 300 Absolvent_innen abgeschlossen haben. Das Institut führt darüber hinaus regelmäßig interdisziplinäre Veranstaltungen zu medienpolitisch bedeutsamen, in der Öffentlichkeit diskutierten Themen unter Einbeziehung auch von Persönlichkeiten aus dem Medienbereich durch. Seit Anfang 2018 liegt die Leitung des Instituts in den gemeinsamen Händen von Birgit Stark (Institut für Publizistik) und Matthias Cornils (Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Medienrecht).

Executive Master of Business Administration (EMBA)

Eine in die wirtschaftliche Praxis hineinwirkende Einrichtung ist der *Executive Master of Business Administration (EMBA)*-Studiengang, der 2001 vom Fachbereich und Unternehmensvorständen unter Beteiligung der

Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), in der die Landesregierung, Unternehmensvertreter (BASF, Boehringer Ingelheim, DB Schenker Rail, Siemens und andere) und Vertreter öffentlicher Einrichtungen (Hochschule, Rundfunk, Kirche und andere) zusammenwirken, angestoßen wurde. Ziel dieses Weiterbildungsstudiengangs ist die Qualifizierung von Führungskräften für Aufgaben internationalen Zuschnitts. Im Herbst 2001 nahm unter der Leitung von Volker Hentschel der erste Jahrgang mit 34 Teilnehmenden das Studium auf. Seit 2012 wird der Studiengang durch Franz Rothlauf (Lehrstuhl für Informatik) geleitet. Seit der Gründung des Programms haben 388 Studierende den Studiengang in 16 Jahrgängen absolviert. Vom ersten Jahrgang an waren die »Kamingespräche« mit Führungskräften aus Wirtschaft, Politik und öffentlichem Leben fester Bestandteil des Studiengangs, zu deren Gästen zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident Kurt Beck, Karl Kardinal Lehmann, Vorstandsmitglieder großer Konzerne und andere gehörten.

Zentrum für interdisziplinäre Forensik

Die Zusammenführung von Wissenschaft und Praxis im Bereich der Forensik über die Fachgrenzen hinaus ist das Anliegen und die Kernkompetenz des Zentrums für interdisziplinäre Forensik, das 2014 mit Unterstützung des rheinland-pfälzischen Justizministeriums an der JGU gegründet wurde. Beteiligt sind die empirischen Disziplinen Sozial- und Rechtspsychologie, Kriminologie, Forensische Psychiatrie, Rechtsmedizin und die juristisch-dogmatischen Fächer Strafrecht und Familienrecht, jeweils vertreten durch praxiserfahrene Expert_innen auf diesen Gebieten. Da für die forensische Praxis Fachwissen von psychologischen, psychiatrischen oder kriminologischen Sachverständigen notwendig ist, soll den Studierenden zumindest ein Einblick in die Sichtweise des jeweils anderen Fachs vermittelt werden, zum Beispiel durch regelmäßig angebotene gemeinsame Seminare für Psycholog_innen und Jurist_innen, in denen gemischte Studierendengruppen ein Thema erarbeiten und referieren, um sich gegenseitig die andere Fachrichtung näher zu bringen. In diesem Zentrum arbeiten die Akteur_innen unterschiedlicher Wissenschaftsrichtungen aber auch in der Forschung interdisziplinär zusammen, um in Tagungen und Weiterbildungsveranstaltungen für Praktiker_innen (Richter_innen, Anwält_innen, psychologische Gutachter_innen) mögliche Fehlerquellen der Verfahren aufzuzeigen und solche in der Zukunft vermeiden zu helfen.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 2 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), S15/5. Divisionspfarrer Friedrich Schaefer in einem Schreiben vom 13.4.1946. Becker soll deswegen auf Veranlassung des Divisionskommandeurs versetzt worden sein.
- 3 Vgl. dazu die Informationen zu Walter Gustav Becker, Anton Felix Napp-Zinn und Hubert Armbruster in Gutenberg Biographics, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 13.1.2020).
- 4 Vgl. UA Mainz, S15/2, Hubert Armbruster, Urteil.
- 5 Vgl. UA Mainz, Best. 64/1726, Lang-Hinrichsen.
- 6 1983 gründete seine Frau die Lang-Hinrichsen-Stiftung zur Förderung Mainzer Studierender und Nachwuchswissenschaftler_innen auf dem Gebiet des Strafrechts. Ein interessanter Fall ist auch Hans Julius Wolff. Vgl. dazu die Informationen zu Hans Julius Wolff in Gutenberg Biographics, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 13.1.2020).
- 7 Das juristische Nachspiel wird im Beitrag von Frank Hüther in diesem Band ausführlich beschrieben.
- 8 Siehe hierzu auch die Beiträge von Hans Mathias Kepplinger und Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 9 Vgl. dazu den Abschnitt *Institut für Medienrecht*.
- 10 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Fachbereichs, URL: <https://rewi.uni-mainz.de/personal/> (abgerufen am 2.4.2020).
- 11 Vgl. Pressemitteilung *Debeka stiftet Professur zum Datenschutz an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* der JGU vom 23.3.2015, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/64345.php> (abgerufen am 2.4.2020).
- 12 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Fachbereichs, URL: <https://rewi.uni-mainz.de> (abgerufen am 2.4.2020).
- 13 Die Studierendenzahlen beruhen auf internen Statistiken der Abteilung Planung und Controlling der JGU, Stand 2018.
- 14 Das Kolleg hatte seinen Sitz in Mainz und wurde von Manfred Harder, dem Mainzer Lehrstuhlinhaber für Bürgerliches Recht und Römische Rechtsgeschichte, geleitet.
- 15 Vgl. dazu die weiterführenden Informationen zu den einzelnen Einrichtungen auf der Homepage des Fachbereichs, URL: <https://rewi.uni-mainz.de/> (abgerufen am 2.4.2020).
- 16 2000 wurde Matthias Habersack Mittdirektor, er schied nach seinem Wechsel an die Universität München im Jahr 2007 aus. Von 2012 bis 2018 war Dirk A. Verse Mittdirektor, bevor er einen Ruf nach Heidelberg annahm.

Universitäre Medizin in Mainz

Eine kurze Geschichte von Rationalitäten, Mentalitäten und Institutionen

Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul

Historische Spuren

Die Geschichte der Medizin in Mainz reicht bis in das erste nachchristliche Jahrhundert zurück, als römische Soldaten in der Nähe der Mainmündung ein Militärlager errichtet hatten, vermutlich verbunden mit einem Standortlazarett.¹ Allerdings liegt diese frühe Zeit weitgehend im Dunkeln; nur wenige Zeugnisse berichten von ihr. Über das erzbischöfliche Mainz des Mittelalters informiert hingegen eine reichhaltige Quellenlage. Im Zentrum der Sorge für Kranke und anderweitig Bedürftige stand damals, wie in vielen anderen Städten, das zeittypische Spitalwesen. Die Spitäler, die in der Regel aus privaten Stiftungen finanziert und von kirchlichen Institutionen betreut und verwaltet wurden, waren vor allem Mehrzweckeinrichtungen. Sie beherbergten eine Vielzahl unterschiedlichster Bedürftiger, nicht bloß Kranke im Sinne eines medizinisch-kurativen Ansatzes: Obdachlose, Arme, Alte und »Sieche«, aber auch Pilger und Zugereiste fanden in ihnen Aufnahme. Den Mittelpunkt der Fürsorge bildete gemäß der christlichen Caritas die seelsorgerische Betreuung, weniger die körperliche Pflege.²

An dieser sozial-karitativen Spitalidee änderte auch die Gründung der Alten Mainzer Universität 1477 nichts, zu der neben den Fakultäten für Jura, Theologie und Freie Künste auch eine Medizinische Fakultät gehörte. Ärztliche Praxis und universitäre Lehre waren damals noch kaum miteinander verwoben, schon gar nicht im Sinne einer frühen Universitätsklinik. Während es für das Erlernen diverser Heilberufe, wie dem der Hebamme, des Handwerkschirurgen oder des Zahnbrechers, stadtweit reichlich Gelegenheit gab, beschäftigte sich die Medizinische Fakultät vor allem mit der philologischen Auslegung überlieferter antiker und mittelalterlicher medizinischer Texte. Einen großen Stellenwert besaß die akademische Medizin in Mainz allerdings nicht. Sie blieb bis in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts hinein »eher normales Mittelmaß«.³

Immerhin wurde 1721 aufgrund zunehmender sozialer Missstände der Grundstein für das Kurfürstliche Armenhaus gelegt, um den Bedürftigsten der Stadt eine Unterkunft zu bieten. Geweiht war das Armenhaus dem Heiligen Rochus, dem Schutzpatron gegen die in Europa noch immer endemische Pest. Konzipiert war es jedoch nach wie vor als Spital. Im Gegensatz zu anderen Städten verpasste es Mainz, sich zu Beginn der Aufklärung aus dem religiösen Korsett zu befreien und eine spezifisch-institutionalisierte Krankenversorgung voranzutreiben. Noch immer setzten die Verantwortlichen auf eine Mehrzweckeinrichtung mittelalterlicher Prägung, in der geistliche Fürsorge und Hilfe für Arme im Zentrum standen.

Erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts rückte auch in der Krankenabteilung des Sankt Rochus zunehmend das körperliche Wohl der Bedürftigen in den Mittelpunkt. Um 1754 wurde schließlich ein eigener, wenngleich recht kleiner Krankenbau im Garten eines Nebengrundstücks des Spitals errichtet. Das dreistöckige Gebäude

hatte eigene Etagen für männliche und weibliche Kranke, die nochmals nach Art ihres Leidens – innerlich, chirurgisch oder rekonvaleszent – getrennt untergebracht waren. Und obgleich die Unterbringung wohl zeitgenössischen Standards entsprach, blieb die bauliche Beengung des knapp geplanten und auf einer kleinen Parzelle errichteten Hauses ein Problem.⁴

Im Verlauf des späten 18. Jahrhunderts kam es schließlich auch an der Mainzer Universität zu tiefgreifenden Veränderungen, von denen besonders die Medizinische Fakultät profitierte.⁵ Die Forschung begann zu prosperieren; namhafte Fachvertreter kamen an die Fakultät, die die Mainzer Medizin bis weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt machten. Das Desiderat eines richtigen Krankenhauses, das für die Medizinische Fakultät die Trias aus Forschung, Lehre und Versorgung lebbar gemacht hätte, bestand aber weiterhin. Denn trotz ehrgeiziger Pläne scheiterte der Aufbau einer ersten wirklichen Universitätsklinik – wie so häufig in der Mainzer Medizingeschichte – letztlich an den fehlenden finanziellen Mitteln.⁶

Am 21. Oktober 1792 marschierten französische Revolutionstruppen in Mainz ein.⁷ Mit der kurzen Blüte der Mainzer Medizin war es nun vorbei. Vor allem

das Sankt Rochusspital litt unter den revolutionären Stürmen, die die Stadt ergriffen. Bereits vor dem Einrücken der Franzosen hatten viele reiche Stände Mainz verlassen. Dadurch nahmen die Almosen merklich ab, die auch dem Sankt Rochusspital zugutekamen; Geldnöte waren die Folge. Zudem weigerten sich zahlreiche Hospitalbeamte, einen Eid auf die neuen demokratischen Prinzipien zu leisten. Viele von ihnen mussten daraufhin das Spital verlassen, was wiederum weitreichende Konsequenzen nach sich zog: Es kam zu einem erheblichen Personalmangel, unter dem vornehmlich die Hospitalinsassen litten.⁸ Das zeigte sich besonders schmerzlich im Frühjahr 1793. Die französische Revolutionsarmee war unter Druck geraten, seit April belagerten preußisch-österreichische Koalitionstruppen Mainz, wodurch die hygienischen Zustände in der Stadt katastrophale Ausmaße annahmen. Die Zahl der Kranken stieg deutlich an, die meisten sollte das Sankt Rochusspital versorgen, das allerdings schnell an seine Grenzen stieß. Und als im Juli der letzte Widerstand gebrochen war und preußische Soldaten die Stadt zurückeroberten, spitzte sich die Lage noch einmal zu. Denn mit dem Einmarsch der neuen Besatzungstruppen breitete sich eine regelrechte Ruhrepidemie aus, die in dem eklatant überfüllten und unterbesetzten Spital zahlreiche Opfer forderte.⁹ Die medizinische Versorgung in Mainz war aufgrund von Krieg, Besetzung und Seuche an einem neuen Tiefpunkt angelangt. Der Bau einer Mainzer Universitätsklinik schien endgültig in weite Ferne gerückt. Dennoch kündigten sich schon bald neue Entwicklungen an.

Im Oktober 1797 fiel Mainz erneut an Frankreich; die sogenannte »Franzosenzeit« brach an, die tiefgreifende Veränderungen mit sich brachte, auch im Bereich der Medizin. So veranlasste Ende 1798 der für die neue Verwaltungszone am Rhein zuständige Regierungskommissar, alle Mainzer Spitäler zu einer öffentlich-rechtlichen Institution, den Zivilhospizien, zusammenzufassen und ihre Besitzungen in einem gemeinsamen Fonds zu vereinigen, dem Hospizienfonds, den eine extra konstituierte Kommission leiten sollte. Damit war das Ende des mittelalterlichen Spitalwesens eingeleitet. An die Stelle christlich-katholischer Frömmigkeit trat nun laizistische, einem aufgeklärten Humanitätsideal verpflichtete Wohlfahrtspflege. Nützlichkeitsdenken und Bürokratismus setzten sich durch. Doch konnte auch dieser neue, eher technokratisch agierende »Geist republikanischer Staatsallmacht«¹⁰ die fortwährenden finanziellen Nöte und die notorische Überbelegung des Sankt Rochusspitals nicht beheben, das noch immer den Charakter einer Mehrzweckeinrichtung besaß, in der nicht nur Kranke, sondern weiterhin Arme, Gebrechliche und Waisenkinder untergebracht waren. Das Spital blieb ein Provisorium und teilte dieses Schicksal mit der Mainzer Medizinischen Fakultät, die in der Franzosenzeit einer ungewissen Zukunft entgegensah.¹¹

Ende einer kurzen Blütezeit

Bereits 1798 war die Universität in eine Centralschule und eine Spezial-Arzneischule im Sinne einer Ausbildungsstätte für praktische Mediziner aufgeteilt worden. Letztere trug das Provisorium ab 1803 – nomen est omen – auch in ihrem Namen: École spéciale provisoire de médecine de Mayence. Die ehemals blühende und ambitionierte Medizinische Fakultät existierte nur noch als eine Art »Rumpfanstalt«. ¹² Als schließlich 1814 infolge der europäischen Befreiungskriege die Franzosenzeit in Mainz zu Ende ging, hielt sich die Restfakultät noch wenige Jahre, bis sie sich 1822 vollends auflöste und zusammen mit der Universität erst über 100 Jahre später neu begründet werden sollte. ¹³

Ein neues Stadtkrankenhaus entsteht

Um 1800 hatte sich die Krankenversorgung europaweit signifikant zu verändern begonnen; die Spitäler als Mehrzweckeinrichtungen gerieten in die Kritik, neue Krankenhäuser entstanden, die sich ausschließlich der Behandlung von Kranken widmeten. ¹⁴ Mitte des 19. Jahrhunderts erreichten diese Entwicklungen auch Mainz, das nun endlich ein eigenes Krankenhaus bekam. Vorausgegangen war eine heftige, bisweilen polemische Debatte. In Flugschriften und Zeitungsartikeln monierten anonyme Verfasser die schlechten Zustände wie Überfüllung, Personalmangel und die hygienischen Missstände in den wenigen medizinischen Versorgungseinrichtungen, die den Mainzern zur Verfügung standen. Die damit verbundenen Forderungen nach einem richtigen Krankenhaus hatten letztlich Erfolg, wohl auch, da sie auf einem breiten Konsens innerhalb der Mainzer Bürgerschaft fußten. Der Hospizienfonds, der nach wie vor Bestand hatte, erwarb 1845 ein Gebäude, das die bisher im Rochusspital untergebrachten Armen und Bedürftigen aufnehmen sollte. Allerdings dauerte ihre Verlegung bis 1848. Ab da an war es aber geschafft. Das Spital versorgte neben den Waisenkindern, die erst 1865 ein eigenes Haus erhielten, nur noch Kranke. Mainz hatte damit – freilich auf Umwegen und eher aus lokalem Pragmatismus – ein eigenes Krankenhaus bekommen, jedoch in nunmehr weit über 100 Jahre alten Gebäuden. Veränderungen waren unabdinglich. ¹⁵

Besonders der Pathologe Jakob Hochgesand, der die Leitung 1851 übernommen und für fast 40 Jahre innehatte, trieb den Aus- und Umbau des viel zu beengten, den modernen Anforderungen der Zeit kaum entsprechenden Krankenhauses voran. So ließ Hochgesand den Nordflügel renovieren, eine eigene Frauenabteilung einrichten und ein separates Haus für »Irre, Krätzigige und Syphilitische« aufbauen. ¹⁶ Zudem drängte er die Verwaltungskommission des Hospizienfonds, weitere Gebäude rund um Sankt Rochus zu erwerben, um die Unterbringungssituation etwas zu entspannen. Doch es half nichts. Die vielen kleinen und verwinkelten Häuser reichten nicht aus, die ständig steigenden Patientenzahlen in der stark wachsenden Stadt zu versorgen, geschweige denn, die immer lauterer Rufe der Medizin nach Spezialisierung und Hygiene adäquat umzusetzen. ¹⁷

Eine Zäsur bildete immerhin das Jahr 1876 – wenngleich bloß rechtlich: Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, dem Mainz seit 1816 angehörte, erklärte die öffentliche, noch seit der Franzosenzeit verstaatlichte Armen- und Gesundheitspflege zur Angelegenheit der Gemeinden. Die Mainzer Hospitalkommission musste nun ihre Aufgaben der städtischen Armen- und Krankenhausdeputation übergeben. Sankt Rochus war damit auch de iure ein städtisches Krankenhaus. An der Situation änderte der neue Rechtsstatus hingegen nichts, sie blieb weiterhin prekär, auch unter dem Nachfolger des langgedienten und unermüdlichen Hochgesand, der 1890 aus seinem Amt schied. Ein Jahr später übernahm Michael Reisinger die Krankenhausleitung. Er straffte die Krankenhausverwaltung, veränderte das Belegsystem und richtete einen Operationsaal und ein Rekonvaleszenzheim ein. Die baulichen Mängel, der fehlende Platz und die unzureichenden hygienischen Bedingungen blieben jedoch weiterhin virulent. Reisinger engagierte sich daher nachdrücklich für einen Krankenhausneubau; und das mit Erfolg: 1903 fasste die Stadt den Beschluss, ein komplett neues



Blick auf die Rückseite des Verwaltungsgebäudes während des Aufbaus des Städtischen Krankenhauses in den Jahren 1913 und 1914. Quelle: Stadtarchiv Mainz, BPSF/11137 A.

Krankenhaus zu errichten. Es entstand auf dem ehemaligen Festungsgelände etwas oberhalb von Mainz gelegen.¹⁸

Bis Ende 1909 waren die Baupläne weitgehend beschlossen. Zum Teil freistehende, zum Teil durch verglaste Gänge verbundene, in gemäßigttem Jugendstil und Neobarock entworfene Pavillons, die sich um eine Gartenanlage gruppierten, bildeten das Zentrum des weitläufig angelegten Baus. Hier war Platz für die Innere Medizin, für ein Operations- und ein Badehaus. An der Peripherie der Anlage befanden sich Gebäude für die Versorgungen von Geschlechts-, Lungen- und Infektionskrankheiten, zudem ein Institut für Pathologie und Bakteriologie, das als Grundlage für medizinische Forschung geplant war; die notwendigen Gelder dafür hatte Hochgesand bei seinem Tod 1904 testamentarisch der Stadt in Form einer Stiftung hinterlassen. Insgesamt sollte das neue Krankenhaus in Aufteilung und Ausstattung den modernsten Ansprüchen genügen, kunstvoll gestaltete Gartenanlagen überdies einem spezifischen Spitalcharakter entgegenwirken. Schließlich begannen 1911, nachdem letzte Details festgelegt waren, die Bauarbeiten, die sich über mehrere Jahre hinzogen.¹⁹

Im Sommer 1914 war es dann endlich so weit: Das neue Krankenhaus nahm am 1. August seine Arbeit auf, an dem Tag, an dem das Gouvernement der Mainzer Stadtbevölkerung auf dem Schillerplatz die Mobilmachung verkündete.²⁰ Der Erste Weltkrieg war ausgebrochen und erreichte die Stadt. Im November 1914 stellte das Rote Kreuz zwei große Baracken auf dem Gelände auf, um verletzte Soldaten medizinisch zu versorgen; wenige Wochen später belegte das deutsche Heer mehrere Pavillons mit Mannschaften und Offizieren. Insgesamt umfasste das Lazarett 250 Betten. Für den Krankenhausbetrieb bedeutete das einige Probleme. Es gab kaum genügend Platz für zivile Kranke; selbst die Dienstunterkünfte waren teilweise mit Patienten belegt; zudem kam es im Laufe des Kriegs verstärkt zu Versorgungsengpässen und zu Personal-mangel. Manche Pflegekräfte mussten zum Lazarettendienst abgestellt werden, und besonders junge Ärzte zog das Militär zum Heeresdienst an die Front ein, von der viele nicht mehr lebend zurückkehrten, wie zum Beispiel Walter Dibbelt, der erste Leiter der neuen Pathologie; er fiel 1916 vor Verdun.²¹

Erster Weltkrieg und nationalsozialistische Diktatur



Michael Reisinger (Mitte) mit Kollegen vor der Rückseite des Verwaltungsgebäudes am Tag der Eröffnung des Städtischen Krankenhauses. Quelle: Stadtarchiv Mainz, BPSF/6652 A.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918 hörten die Beschwerden nicht auf.²² Die französische Armee besetzte Mainz erneut und nahm große Teile des Krankenhauses in Beschlag. Die Patienten mussten zusammenrücken. Nicht wenige lagen in den Dachgeschossen und Reservebaracken, den Arztwohnungen, dem Eingangsbau, den Verwaltungsräumen und der Poliklinik. Einen gewissen Ausgleich bildeten immerhin fünf neu gebaute Pavillons, die 1922 fertiggestellt wurden und für 180 Kranke ausgelegt waren.

In den nachfolgenden Jahren der Weimarer Republik, die auch in der Klinik von politisch-konfessionellen Auseinandersetzungen geprägt waren, kam es dennoch – beinahe erstaunlicher Weise – zu einem Ausbau des Krankenhauses, für den sich besonders Jakob Hürter stark machte. Hürter hatte 1926 die Leitung von Reisinger übernommen und ließ die radiologischen Institute und die Neurologisch-Psychiatrische Klinik technisch modernisieren und räumlich erweitern, die Frauen- und Kinderklinik neu errichten und eine Krankenpflegerschule instituieren. Damit erweiterten sich die Kapazitäten erheblich.

Nach dem Abzug der französischen Armee im Juni 1930 standen insgesamt 1.400 Betten zur Verfügung; darüber hinaus war mit der baulichen Erweiterung auch die Zahl des Personals deutlich gestiegen. Das machte Mainz zu einem attraktiven Medizinstandort.²³ Es keimten erneut Hoffnungen auf, eine Universitätsklinik zu gründen, allerdings vergeblich. Als nur wenige Jahre später das NS-Regime an die Macht kam, hatte das ganz andere Pläne. Mainz sollte nicht zu einer Universitätsstadt mit Universitätsklinik aufsteigen, sondern zu einem Festungsbollwerk gegen Frankreich avancieren.²⁴

In den Monaten nach der Machtübernahme hielt der Nationalsozialismus rasch Einzug in das Stadt Krankenhaus.²⁵ Der liberale Hürter musste nach einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit dem linientreuen jungen Assistenzarzt Heinz Roepke im Mai 1933 seine Leitungsaufgaben niederlegen.²⁶ Roepke war



überzeugtes Mitglied der NSDAP und übernahm in der Folge übergangsweise das Direktorat. Umgehend erklärte er das Krankenhaus zu einem »nationalsozialistischen Betrieb« und ließ unter Anwesenheit des Personals demonstrativ die Hakenkreuzflagge auf dem Hauptgebäude hissen.²⁷ Im November 1933 war dann die Nachfolge Hürters endgültig geregelt. Gustav Deusch kam als Krankenhausleiter nach Mainz.²⁸ Unter Deuschs Leitung wurden Zwangssterilisationen durchgeführt, von denen manche selbst unter den damaligen Bedingungen nur schwer zu begründen waren, und Patienten der NS-»Euthanasie« preisgegeben; die meisten jüdischen Krankenhausärzte waren zu diesem Zeitpunkt bereits entlassen worden.²⁹

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geriet das Krankenhaus augenblicklich wieder in den Fokus des Militärs, das die Anlage zum Reservelazarett erklärte. Viele Gebäude mussten geräumt oder ausgelagert werden. Besonders in den letzten beiden Kriegsjahren, als die Niederlage des »Dritten Reichs« immer klarere Konturen annahm, versorgte das Krankenhauspersonal zahlreiche verwundete Soldaten. Unterstützung erhielten die Pflegekräfte dabei von Kriegsgefangenen, meistens Franzosen, und von Zwangsarbeitern aus Polen und Russland, die unter schlechten Bedingungen untergebracht waren. Gleichzeitig wurde Mainz nun zunehmend Ziel alliierter Luftangriffe. Am 19. Oktober 1944 zerstörten Fliegerbomben den Eingangsbau des Krankenhauses, das Schwesternhaus, die Kinderklinik, vier Pavillons und die Pathologie fast vollständig. An einen geordneten medizinischen Betrieb war jetzt kaum noch zu denken: Es mangelte an Personal und Betten, Medikamenten und Verbandszeug. Die Versorgungsaufgaben nahmen dagegen in den letzten Kriegsmonaten zu. Als amerikanische Bomber Ende Februar 1945 Mainz zu 80 Prozent zerstörten, gab es eine Vielzahl an Verletzten, die das Stadtkrankenhaus, so gut es ging, versorgte. Wenig später war der Krieg für Mainz vorbei, im März besetzten amerikanische Soldaten die Stadt.³⁰

Operationshaus (Nordseite) des Städtischen Krankenhauses (Nr. XVIII nach dem Plan von 1908), nach 1914. Quelle: Stadtarchiv Mainz, BPSF/12440 A.

Vom Stadtkrankenhaus zum Universitätsklinikum – die Anfangsjahre der Unimedizin

Nach dem Untergang des »Dritten Reichs« begann in Mainz der Wiederaufbau der weithin zerstörten Stadt, in der die Aufbauarbeiten trotz der drückenden materiellen Not stetig vorangingen – nicht zuletzt, da sich entscheidende Veränderungen ankündigten: Mainz sollte wieder Universitätsstadt werden.³¹

Der Universitätseröffnung waren intensive Verhandlungen mit der französischen Militärregierung vorausgegangen, die Ende Februar 1946 die Universität Mainz ermächtigte, ihre Tätigkeit aufzunehmen. Wichtig für die Entscheidung der französischen Besatzer war auch das Vorhandensein des städtischen Krankenhauses gewesen, das im Vergleich zu den Mitkonkurrenten Trier und Speyer einen entscheidenden Standortvorteil darstellte. Obwohl sehr stark beschädigt, bot es die Möglichkeit, schnell einen medizinischen Lehrbetrieb zu etablieren.³² Damit sollten sich auch die Hoffnungen erfüllen, die noch wenige Jahre zuvor gescheitert waren: Die französische Militärverwaltung nobilitierte – quasi per Beschluss – das nach wie vor stark eingeschränkte städtische Krankenhaus zum Universitätsklinikum.³³

Bis zur tatsächlichen Umsetzung brauchte es aber noch etwas Zeit. Während der Generalgouverneur der französischen Besatzungszone, General Pierre Marie Kœnig, am 22. Mai 1946 feierlich die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) in der Mainzer Flakkaserne eröffnete, dauerten die Vorbereitungen im Krankenhaus weiter an. Die Gebäude mussten erst in Stand gesetzt, Hörsäle und Labore eingerichtet, Dozenten und Professoren eingestellt werden. Dabei kam es immer wieder zu Konflikten; gerade die Personalfrage erhitze die Gemüter: Sollten die bisherigen Abteilungsleiter zu Professoren ernannt oder neue Lehrstuhlinhaber berufen werden? Die Universität entschied sich für letzteres. Ein Großteil der Ordinarien kam von außerhalb, ganz zum Unwillen der amtierenden Leiter und des Stadtrats, der sich eine größere Einflussnahme auf die Akademisierung der Mainzer Medizin und die Auswahl des Personals erhofft hatte. Im Herbst war es dann aber so weit. Drei Tage vor Beginn des Wintersemesters nahmen die Medizinische Fakultät und mit ihr das Universitätsklinikum die Arbeit auf. In einem eher nüchternen Verwaltungsakt trafen sich dazu am 15. November 1946 der Universitätsrektor, der Mainzer Oberbürgermeister und Abgeordnete der Fakultät zunächst im Arbeitszimmer des Krankenhausdirektors zu einer Dienstbesprechung, anschließend erfolgte bei einem Rundgang durch die einzelnen Teilkliniken die Einsetzung der jeweiligen Klinikleiter.³⁴

Die Eröffnung des Universitätsklinikums konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch gar keine vertragliche Grundlage für die Übergabe des Stadtkrankenhauses an die Universität gab. Zwar hatten schon seit September intensive Verhandlungen zwischen Stadt und Universität stattgefunden; sie waren aber weitgehend ergebnislos geblieben. Immerhin hatte die Stadt grundlegende Bereitschaft signalisiert, das Krankenhaus zur Verfügung zu stellen und es auch auszubauen, jedoch gleichfalls Sorge um die medizinische Betreuung der Stadtbevölkerung geäußert. Letztlich scheiterte ein Vertragsabschluss erneut an finanziellen Fragen, weshalb sowohl die französischen Besatzungsbehörden als auch die provisorische Regierung des neu gegründeten Landes Rheinland-Pfalz die Unterschrift verweigerten; es kam lediglich ein Nutzungsvertrag zustande, der erst 1950 – nach vielen weiteren Kompetenzstreitigkeiten und Verhandlungen – durch einen Pachtvertrag ersetzt wurde.³⁵ Dieser legte besonderes Augenmerk darauf, das Klinikum auch weiterhin als Stadtkrankenhaus zu definieren. Dem Stadtrat war dies ein wichtiges Anliegen gewesen, das schon seit der Eröffnung 1946 als *conditio sine qua non* im Raum stand.³⁶ Dementsprechend hieß es gleich zu Beginn des Vertragstextes in Paragraph 2: »Die Universitätskliniken haben die Aufgabe, den Kranken die notwendige ärztliche Hilfe und Pflege zu gewähren. Sie werden dabei in erster Linie die Bürger der Stadt Mainz und ihrer Vororte, alsdann der weiteren Umgebung berücksichtigen.«³⁷ Erst 1957/58 war die Stadt zum Verkauf des Klinikums bereit, den schließlich ein Vertrag vom 19. März 1959 besiegelte; danach erfolgte zügig die Erwei-



terung durch zahlreiche Neubauten.³⁸ Den Charakter eines städtischen Krankenhauses konnte das Mainzer Universitätsklinikum aber nie gänzlich ablegen.

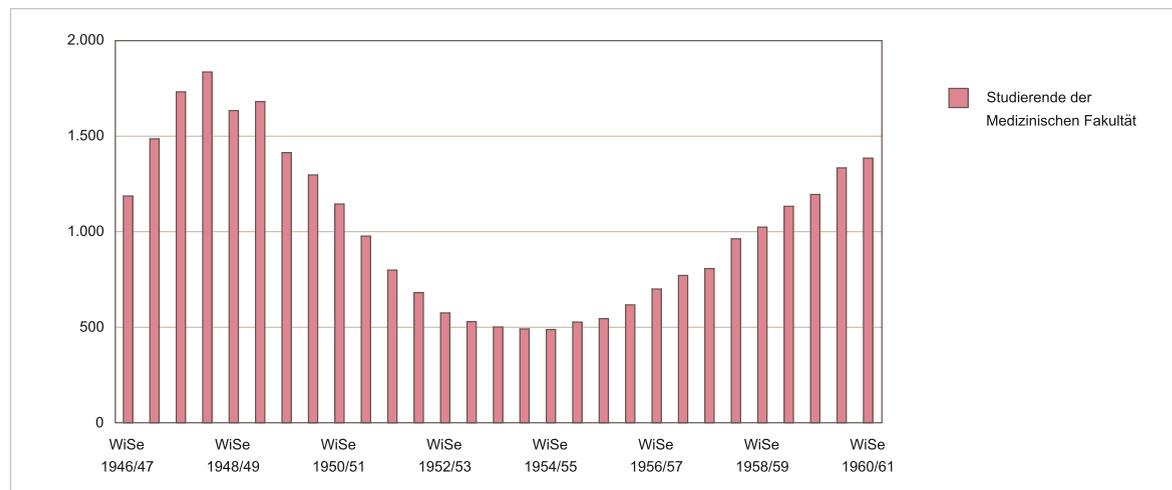
Die bauliche Entwicklung der Anfangszeit ging mit dem Auf- und Ausbau des Lehrkörpers einher, wobei das Krankenhauspersonal zunächst keine rigorose Entnazifizierung zu fürchten hatte. Die zuständigen Ausschüsse führten die »Säuberungen« zwar keinesfalls bloß schematisch, aber letztlich doch ausgesprochen pragmatisch durch und beschränkten sich auf die Entlassung zentraler Funktionsträger, wie etwa des NSDAP-Mitglieds und bisherigen Krankenhausleiters Deusch; zu tiefgreifenden personellen Umwälzungen kam es nicht, obwohl die Medizinprofessoren formal besonders stark belastet waren.³⁹ Wie Frank Hüther in seinem Beitrag zeigen kann, hatten 15 von 20 untersuchten Professoren der NSDAP angehört, auch der Anteil an ehemaligen SS- und SA-Mitgliedern war vergleichsweise hoch.⁴⁰ Doch die anfängliche Zurückhaltung täuschte. Kurz nach der Eröffnung der Medizinischen Fakultät und des Universitätsklinikums Mitte November 1946 nahm die Entnazifizierung noch einmal an Fahrt auf: Im Wintersemester 1946/47 entließ die französische Militärverwaltung gleich ein Dutzend politisch belasteter Ärzte der Universitätskliniken.⁴¹ Der Betrieb startete aber zunächst mit 17 Professoren, die durch eine vor allem in den 1950er-Jahren anwachsende Zahl an Honorarprofessoren, durch die Ernennung von außerplanmäßigen Professoren sowie die Heranbildung von Privatdozenten stark erweitert wurde. Unter anderem konnte 1956 Werner Forßmann zum Honorarprofessor ernannt werden. Forßmann hatte kurz zuvor den Nobelpreis für die erstmalige Anwendung eines Herzkatheters erhalten, den er im Selbstversuch 1929 gelegt hatte.⁴²

Im ersten Semester der Medizinischen Fakultät hatten sich fast 1.200 Studierende eingeschrieben. Nach der Währungsreform 1948 bis Ende der 1950er-Jahre gingen die Studierendenzahlen jedoch stark zurück. Ausschlaggebend war – neben vielen anderen Gründen – speziell die schlechte Ausstattung der Fakultät, die im Rektorsratsbericht der Jahre 1953/54 thematisiert wurde. Dass nur wenige Studierende den Weg nach Mainz suchen würden, hieß es darin, sei der Tatsache geschuldet, »daß bei so mangelhaften Einrichtungen für den Unterricht in den Kliniken es nicht viele Medizinstudenten reizen konnte, ihre klinischen Semester in Mainz zu absolvieren.«⁴³ Erst Ende der 1950er-Jahre stieg die Zahl der Studierenden wieder an.

Tatsächlich waren die schwierigen Startbedingungen vor allem auf die unzureichenden Bauten und die mangelhafte Ausstattung der neuen Fakultät zurückzuführen. Bauliche Erweiterungen und eine Ver-

*Das Universitätsklinikum
(heute Gebäude 501)
kurz nach der Eröffnung.
Fotos: B. Glückert, Quelle:
UA Mainz, S3/869 u. 873.*

Anzahl der Studierenden in den Anfangsjahren der Medizinischen Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Quelle: Eigene Ausarbeitung der Autor_innen nach Zahlen aus dem UA Mainz, Best. 4/6.



besserung der Studien- und Arbeitsbedingungen waren notwendig, um als Standort für Studierende und Lehrende attraktiv zu werden. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung stellten die ersten Neubauten dar, darunter die Medizinische Poliklinik (heute Gebäude 302), die unter anderem durch 200.000 RM aus der McCloy-Stiftung und 100.000 RM an Spenden des Französischen Hohen Kommissars finanziert wurden.⁴⁴ 1961 lagen insgesamt über 50 Bauanträge der einzelnen Kliniken für Umbau-, Anbau- und Erweiterungsmaßnahmen bis hin zu Neubauvorhaben vor, die auf den großen Nachholbedarf der vorangegangenen 15 Jahre verweisen.⁴⁵ In den 1950er-Jahren waren unter anderem der Neubau der Hals-Nasen-Ohrenklinik und der Augenklinik (1958) sowie der Bau des Schwesternhauses 1 (1958) realisiert worden.⁴⁶ In den 1960er-Jahren setzte dann eine besonders rege Bautätigkeit ein, darunter – neben zahlreichen weiteren Maßnahmen – der Bau des Röntgen- und Strahleninstituts (1961), der Zentralwäscherei, der Nachsorgeklinik (1966) sowie der Neubau für das Institut für Medizinische Statistik und Dokumentation (1967) und der Bau der Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten (1968). Dringlich war auch ein Neubau der Chirurgischen Klinik, der lange geplant, aber erst 1969 verwirklicht wurde. Die 1970er-Jahre waren durch den Neubau der Hautklinik (1977), der Zentralküche (1976) und den Anbau der Frauenklinik (1979) sowie mehrere kleinere Neu- und Umbauten geprägt.⁴⁷ Zur Einschränkung eines unkontrollierten Bauens wurde Anfang der 1980er-Jahre eine umfassende Gesamtplanung als verbindliche Leitlinie für die künftige Bauentwicklung konzipiert. Die ersten großen Neubauten, die unter der neuen Strategie umgesetzt wurden, waren die Urologie und Orthopädie, die jeweils 1989 ihren Betrieb aufnehmen konnten.⁴⁸

Ausblick

Die regen baulichen Aktivitäten illustrieren eindrücklich, wie sich ab etwa den 1960er-Jahren die universitäre Medizin in Mainz weiter ausbildete und im Lichte zunehmender wirtschaftlicher Stabilisierung zu entfalten begann. In einer ganzen Reihe von etablierten Bereichen medizinischer Forschung und Versorgung wie auch in neu entstehenden Disziplinen, wie beispielsweise der Neonatologie,⁴⁹ avancierte Mainz zu einem national und international beachteten Standort. Freilich ging auch an der Universitätsklinik der JGU die seit etwa den 1970er-Jahren durchgreifende Ökonomisierung nicht vorüber, gepaart mit der ihr nicht selten entgegenlaufenden Erwartung, dass selbst schwerwiegende Erkrankungen bei infauster Prognose mit maximalem Aufwand behandelbar und beherrschbar gemacht werden sollten. Und obwohl es aus unserer Sicht das Gebot der historiographischen Distanz und das spezifische methodische Repertoire verbietet, im Rahmen einer wissenschaftlichen Ausarbeitung rezente Entwicklungen

und die an ihnen beteiligten Strukturen und Akteure in den Blick zu nehmen, so stellt sich dennoch die Frage, wie die hier vorgelegte kurze Geschichte der universitären Medizin in Mainz auch als Genealogie ihrer Zukunft verstanden werden kann.⁵⁰

Neben dem Wirken und Fortwirken lokaler Mentalitäten haben verschiedene Entwicklungen in Forschung, Lehre und Krankenversorgung wie darüber hinaus der allgemeine, auch an anderen Standorten wirksame, strukturelle Wandel der universitären Medizin unter der Maßgabe von Kostenkontrolle und Ertragsorientierung das Gesicht der heutigen Universitätsmedizin in Mainz geprägt. Erwartet wird nicht weniger als eine national und international kompetitive, qualitativ hochstehende und innovative Krankenversorgung auf der Basis einer ebenso renommierten Forschung, die ihrerseits wiederum gemeinsam das Fundament für eine hervorragende Ausbildung zukünftiger Ärztinnen und Ärzte bilden sollen. Als einzige Universitätsmedizin des Landes Rheinland-Pfalz kommt dem Mainzer Standort damit in den Bereichen Forschung, Lehre und Versorgung ohne Zweifel eine Schlüsselrolle zu. Zumindest seit Inkrafttreten des Universitätsmedizingesetzes Rheinland-Pfalz im Januar 2009 wird diese Rolle auch stets – oder vorrangig – im Lichte der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen reflektiert, obschon die Breite der Aufgaben der Universitätsmedizin im Gesetzestext unzweifelhaft und an prominenter Stelle verankert ist. So lautet der Paragraph 2 des Universitätsmedizingesetzes: »Aufgaben und Zielsetzungen«; hier sind in Absatz 1 folgende Elemente genannt:

»(1) Die Universitätsmedizin übernimmt mit dem Fachbereich Medizin dessen Aufgaben in der medizinischen Forschung und Lehre von der Universität. Soweit sie medizinisch-wissenschaftliche Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllt, gilt die Universitätsmedizin als Fachbereich der Universität. Die in der Krankenversorgung wahrzunehmenden Aufgaben müssen sich an den Erfordernissen der Aufgabenerfüllung in Forschung und Lehre ebenso orientieren wie am Versorgungsauftrag der Universitätsmedizin und am Ziel einer universitären Spitzenmedizin. Zielsetzungen für die Aufgabenerfüllung sind:

- 1. Förderung der wissenschaftlichen Exzellenz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in Forschung und Lehre, insbesondere durch Stärkung der Verbindung von Grundlagenforschung und klinischer Medizin, durch Bildung von Forschungsschwerpunkten und -kooperationen sowie durch Sicherstellung der medizinischen Ausbildung im Verbund mit anderen Einrichtungen,*
- 2. Intensivierung der wissenschaftlichen Kooperationen mit anderen Bereichen der Universität,*
- 3. Optimierung der Strukturen zur Überwindung der Fächergrenzen zwischen klinischen und vorklinischen Bereichen,*
- 4. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch erleichterten Wechsel zwischen klinischen Tätigkeiten, Lehrtätigkeiten und Forschungstätigkeiten,*
- 5. Sicherung der Krankenversorgung auf höchstem medizinischen Niveau sowie*
- 6. Stärkung der betriebswirtschaftlichen Effizienz.«⁵¹*

So gut in diesem Passus auch die vielfältigen Aufgaben und Ziele beschrieben sind, so wenig werden diese in Beziehung zu den hinreichenden und notwendigen strukturellen (auch baulichen), institutionellen (auch personellen und organisatorischen) und ökonomischen Voraussetzungen gesetzt, die essentiell für die Realisierung der Aufgaben und Ziele sind. Daher ist – kaum überraschend – seit etlichen Jahren ein kritischer Diskurs um eben diese Voraussetzungen entstanden, der von Seiten der Bevölkerung im recht großen Einzugsgebiet überraschender Weise eher unbeteiligt zur Kenntnis genommen wird, obschon die Universitätsmedizin Mainz nach wie vor den Charakter eines großen lokalen Krankenhauses besitzt. Ein bis in die Gegenwart anhaltendes, unterschiedliches Verständnis von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und universitärer Medizin bei

den Handelnden in Forschung,⁵² Lehre und Versorgung einerseits und bei den für die Rahmenbedingungen Zuständigen andererseits ist immer noch kennzeichnend für das Verhältnis der Universitätsmedizin zu Stadt und Land. Dadurch, so scheint es, kommt es zu Dissonanzen hinsichtlich der Einschätzung, ob die strukturellen, institutionellen und ökonomischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche universitäre Medizin in angemessener Form vorgehalten werden.

Die Universitätsmedizin Mainz ist mit dieser Problemstellung gewiss nicht allein, die immer auch vor dem Hintergrund der zu Recht bestehenden Erwartungen der Bevölkerung betrachtet werden muss, nämlich dass a) jedwede Medizin – also auch die, die aufgrund der aktuellen Erstattungsstrukturen gar nicht kostendeckend umgesetzt werden kann – angeboten wird, b) unabhängige – und nicht etwa durch industrielle Partner oder ausschließlich durch Drittmittel finanzierte und somit interessen geleitete – hochrangige und innovative Forschung implementiert wird und schließlich c) eine zeitgemäße und einer wertschätzenden Wissensgesellschaft angemessene Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner – sei es für die klinische Praxis oder die medizinische Forschung – mit Leben erfüllt wird. Nicht zuletzt diese Erwartungshaltung führt in der universitären Medizin in Deutschland an vielen Standorten regelhaft zu problematischen Priorisierungen entweder zugunsten der Versorgung, eher weniger zu einer stärkeren Betonung der Forschung oder, wengleich in den allerseltensten Fällen, der maximalen Betonung der akademischen Lehre.

Würde man nun einen Ausblick wagen, wäre festzuhalten, dass der Erfolg der akademischen Medizin in Deutschland sich historisch ganz zentral aus der Einheit von Forschung, Lehre und Versorgung gespeist hat und an vielen Orten der Welt kopiert wurde, so etwa im 19. Jahrhundert in den USA. Dort, wo auch heute die Voraussetzungen für die Ausgestaltung dieser Trias der universitären Medizin geboten werden, erlebt man nach wie vor Spitzenmedizin gepaart mit innovativer Forschung, die sowohl den Patienten zugutekommt als auch junge Menschen für das Studium und im Studium der Medizin begeistert. Wichtig ist zu verstehen, dass es zwar auch, aber eben nicht allein wirtschaftliche Voraussetzungen sind, von denen der Erfolg universitärer Medizin abhängt. Vielmehr ist zu beobachten, dass dort verbesserte Voraussetzungen für die universitäre Medizin entstehen, wo Mentalitäten über lokale Kontexte hinausweisen, den professionell in der Medizin Handelnden – wie in Mainz in der »Ära Reisinger« – Gestaltungsräume zugestanden und die lokalen Bedingungen unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit in den Blick genommen werden. Universitätskliniken in anderen Teilen unseres Landes, beispielsweise in Hamburg, beschreiten bereits diesen Weg. Es ist zu wünschen, dass in der Gegenwart als vorläufiger Haltepunkt einer langen und wechselvollen, häufig von lokalen Mentalitäten und Einschränkungen geprägten Geschichte der akademischen Medizin in Mainz der im Universitätsmedizingesetz eigentlich angelegte Wandel in all seinen Voraussetzungen und mit aller Konsequenz für die Zukunft vorbereitet wird.

Anmerkungen

- 1 Zu den Anfängen der Stadt Mainz vgl. Ziethen: Mogontiacum u. Witteyer: Mogontiacum.
- 2 Zu Mainz vgl. Dumont: Rochusspital, S. 1 f. Zum Spitalwesen allg. vgl. Murken: Armenhospital. Zur Frühgeschichte vgl. auch allg. Dietz-Lenssen: Valetudinarium.
- 3 Vgl. dazu Mathy: Anfänge, S. 121 f., das Zitat nach S. 127.
- 4 Vgl. dazu und zu dem vorangegangenen Absatz v. a. Dumont: Rochusspital, S. 4–9. Allg. vgl. auch Paul: Arztinitiativen.

- 5 Vgl. Lilienthal: Welt, S. 443.
- 6 Vgl. ebd., S. 446 f. u. Dumont: Rochusspital, S. 13.
- 7 Die Mainzer Republik ist die wohl am besten erforschte Zeit der Mainzer Stadtgeschichte, allerdings auch die am heftigsten umstrittene. Vgl. bspw. Dumont: Mainzer Republik u. Scheel: Mainzer Republik.
- 8 Vgl. Dumont: Rochusspital, S. 14.
- 9 Vgl. ders.: Freiheit, S. 327–332.
- 10 Vgl. ders.: Rochusspital, S. 15–18, das Zitat nach S. 16.

- 11 Vgl. ders.: *Intermezzo*, S. 451–457 u. ders.: *Rochusspital*, S. 18 f.
- 12 Ders.: *Intermezzo*, S. 455.
- 13 Vgl. ebd. Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Matheus in diesem Band.
- 14 Vgl. Jetter: *Hospital*. u. Foucault: *Geburt*.
- 15 Vgl. Dumont: *Grundsteine*, S. 459 f.
- 16 Vgl. ders.: *Rochusspital*, S. 24–27, das Zitat nach S. 27.
- 17 Vgl. ebd.
- 18 Vgl. ders.: *Grundsteine*, S. 461–465 u. ders.: *Rochusspital*, S. 28–33.
- 19 Vgl. ders.: *Rochusspital*, S. 33–38.
- 20 Zu Mainz im Ersten Weltkrieg vgl. Schütz: *Weltkrieg*.
- 21 Vgl. ebd. S. 42–45.
- 22 Zum Kriegsende in Mainz vgl. ebd., S. 480–488.
- 23 Vgl. Dumont: *Rochusspital*, S. 45–52. Zu den Mainzer Hochschulhoffnungen in dieser Zeit vgl. Mathy: *Hochschulgedanken*.
- 24 Vgl. zu diesem und den beiden vorherigen Absätzen Dumont: *Neuanfang*, S. 190, das Zitat aus dem Gutachten Jakob Hürters nach ebd.
- 25 Zur Mainzer NS-Geschichte vgl. Leiwig: *Mainz* u. Schütz: *Machtergreifung*.
- 26 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frederic Ruckert in diesem Band.
- 27 Forßmann: *Selbstversuch*, S. 149.
- 28 Zum Zusammenspiel von Ideologie und Medizin vgl. auch Paul/Ruckert: *Biologisierung*.
- 29 Vgl. Dumont: *Hakenkreuz*; Kümmel: *Ausschaltung*; Lilienthal: *Patienten* u. Ruckert: *Zwangssterilisationen*.
- 30 Vgl. Dumont: *Rochusspital*, S. 58 f. Zum Bombenangriff auf Mainz Ende Februar 1945 vgl. Leiwig: *Bomben*.
- 31 Vgl. Dumont: *Rochusspital*, S. 59.
- 32 Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 33 Vgl. Dumont: *Rochusspital*, S. 59 f. u. ders.: *Neuanfang*, S. 190 f.
- 34 Vgl. ders.: *Neuanfang*, S. 191 f.
- 35 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band. Vgl. auch Dumont: *Rochusspital*, S. 64 f. u. ders.: *Neuanfang*, S. 192 f.
- 36 Zum Pachtvertrag vgl. Rörig: *40 Jahre*, S. 79 f.
- 37 Zit. nach Dumont: *Rochusspital*, S. 68.
- 38 Vgl. allg. Rörig: *40 Jahre*.
- 39 Zur Entnazifizierung in der französischen Besatzungszone vgl. Vollnhals (Hrsg.): *Entnazifizierung* u. Henke: *Säuberung*. Im Gegensatz zu den älteren Arbeiten, vor allem im Gegensatz zu Henke, haben Reinhard Grohnert und Rainer Möhler darauf hingewiesen, dass die französische Militärregierung einen Gegenentwurf gegen den Schematismus in der englischen und amerikanischen Besatzungszone entwarf, um der Komplexität des »Dritten Reichs« Rechnung zu tragen. Ausgearbeitet wurde dieser Ansatz nicht in Paris, sondern auf Zonenebene. Vgl. Grohnert: *Entnazifizierung*; Möhler: *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz* u. ders.: *Entnazifizierung*. Darüber hinaus sind in letzter Zeit einige Studien zur Vergangenheitspolitik und zur Entnazifizierung an den Medizinischen Fakultäten in der französischen Besatzungszone erschienen. Vgl. bspw. Hofer: *Reinigung* u. Grün: *Schuld*.
- 40 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 41 Vgl. Dumont: *Neuanfang*, S. 198.
- 42 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band.
- 43 Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1953 bis 30.9.1954, S. 8. Die Rektorats- und Präsidentenberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.6.2020).
- 44 Vgl. Bericht des Rektors [Hellmut Georg Isele] vom 1.8.1949 bis 30.9.1951, S. 7.
- 45 Vgl. Rörig: *40 Jahre*, S. 81. Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band.
- 46 Vgl. ebd., S. 90. Eine Auflistung der Ausgaben für Baumaßnahmen im Bereich des Klinikums finden sich ebenfalls bei Rörig, S. 141.
- 47 Vgl. ebd., S. 141 f.
- 48 Vgl. ebd., S. 138 f.
- 49 Vgl. Paul: *Sorgenkinder*.
- 50 Vgl. ders.: *Reichweite*.
- 51 Universitätsmedizingesetz des Landes Rheinland-Pfalz, § 2, Ausfertigungsdatum 10.9.2008, Gültigkeitsdatum 1.1.2009, URL: <http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/yl6/page/bsrlpprod.psm1?showdoccase=1&doc.id=jlr-JohGutUniMedGRPrahmen&doc.part=X> (abgerufen am 21.1.2021).
- 52 Vgl. Paul: *Aspekte*.

»Ein idealistisches und außergewöhnliches Projekt«¹

Übersetzen und Dolmetschen am Fachbereich 06 in Germersheim

Maren Dingfelder Stone

Über die Jahre hat die Ausbildungsstätte für Übersetzen und Dolmetschen in Germersheim viele Namen getragen. Gegründet als Staatliche Dolmetscherhochschule, wurde sie schon bald zum Auslands- und Dolmetscherinstitut, schließlich zu einem Fachbereich der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU). Die folgende Darstellung erlaubt Einblicke, wie es zu diesem besonderen Institut kam.

»Ein europäischer Ton des Gesprächs«: Gründungsjahre

Die Hochschule in Germersheim war in ihrem Grundgedanken pragmatisch ausgerichtet: Dort sollte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Deutschen der Blick auf andere Kulturen geöffnet, dem akuten Mangel an qualifiziertem Personal für Dolmetsch- und Übersetzungsaufgaben in den Besatzungsbehörden Abhilfe geschaffen und gleichzeitig auf eine Demokratisierung der jungen Generation hingewirkt werden.² Bereits im Juli 1946 gab es deshalb offenbar innerhalb der französischen Militärregierung Überlegungen, eine eigene Ausbildungsstätte für das Dolmetschen an die wiedereröffnete JGU anzugliedern.³ Letzteres wurde jedoch wegen der eklatanten Wohnraumnot im zerstörten Mainz, aber auch aus politischen Gründen bald verworfen. Die Hochschule in Germersheim, wie auch die spätere Verwaltungshochschule in Speyer, sollte nach den Plänen des Leiters der Direction de l'Éducation Publique, General Raymond Schmittlein, explizit für die gesamte französische Besatzungszone arbeiten, also auch für deren südliche Bereiche. Dies entsprach jedoch nicht den Richtlinien der politischen Instanzen in Paris: »Eine solche die ganze Zone umfassende Hochschuleinrichtung stand an sich im Gegensatz zu der französischen Deutschlandpolitik dieser Zeit, die auf eine strikte Trennung der einzelnen Länder voneinander und von den anderen Zonen hinzielte.«⁴ Deshalb hielt Schmittlein es für zweckdienlicher, die Ausbildungsstätten in Germersheim und Speyer als unabhängige Institute zu etablieren – eine Angliederung, so Schmittlein, brächte »derartige politische und psychologische Schwierigkeiten mit sich [...], daß die gute Arbeit dieser Institutionen selbst gefährdet wäre.«⁵ Bei der Wahl des Standorts Germersheim spielte die Nähe zur französischen Grenze ebenso eine Rolle wie die Eisenbahnanbindung an Speyer und Mainz, die einen Austausch der Dozierenden zwischen den Hochschulen ermöglichte.⁶ Vor allem aber bot sich dort die Möglichkeit, die Seysselskaserne mit vergleichsweise geringem Aufwand so herzurichten,⁷ dass sie als Unterbringung für das neue Institut und dessen Wohnheim dienen und so ein Zusammenleben von Professoren und Studierenden als Erziehungsgemeinschaft nach Vorbild der englischen Colleges ermöglichen konnte.⁸ Der Lehrbetrieb sollte um jeden Preis noch zum Wintersemester 1946/47 aufgenommen werden,⁹ weshalb Material und

Irène Giron

Irène Giron, geborene Roman (1910–1988), kam als Tochter eines Engländers und einer deutschen Mutter in Hamburg zur Welt. Sie machte ihr Diplom in Dolmetschen und Übersetzen an der Universität in Heidelberg. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs war sie als Dolmetscherin und Übersetzerin für die französische Regierung tätig, bis zum Waffenstillstand in der Abhörabteilung des Rundfunks. 1940 heiratete sie den Rechtsanwalt Charles Giron, wodurch sie auch die französische Staatsbürgerschaft erhielt. Giron war in der Widerstandsbewegung aktiv; 1941 war sie gemeinsam mit ihrem Mann an der Gründung der Widerstandsgruppe Combat Algérie beteiligt. Ab 1944 arbeitete sie im französischen Kultusministerium, nach dem Ende des Kriegs 1945 wurde sie nach Baden-Baden abgeordnet, um dort Stellvertreterin Schmittleins in der Kulturabteilung der französischen Militärregierung beziehungsweise der Hohen Kommission (1945–1951) zu werden. Giron wurde als humorvoll, geduldig und herzlich beschrieben, hoch gebildet und mit lebhafter Intelligenz. Anfang der 1950er-Jahre kehrte sie zurück nach Frankreich.



Undatiertes Porträt
von Irène Giron. Quelle:
UA Mainz, S3/1046.

Ausstattung schnellstmöglich und teils über Umwege organisiert wurden und es im ersten Winter noch an allen Ecken und Enden fehlte.¹⁰

Die Studierenden konnten zunächst vier Semester auf ein Übersetzer- beziehungsweise Handelskorrespondentendiplom hinarbeiten, mit einem darauf aufbauenden zweisemestrigen Dolmetscherdiplom für die besten Studierenden.¹¹ Allerdings bekam man sein Diplom lediglich für eine Sprache; eine zweite Fremdsprache konnte durch ein zweites Diplom bescheinigt werden.¹² Durch die Zusammensetzung des Lehrkörpers mit zahlreichen ausländischen Lehrenden sollte »ein europäischer Ton des Gesprächs«¹³ gewährleistet werden. Die Studiengänge wurden besonders durch eine Frau maßgeblich konzipiert: Irène Giron, selbst studierte Dolmetscherin, war während des Zweiten Weltkriegs zunächst als Dolmetscherin und Übersetzerin für die französische Regierung tätig gewesen, bevor sie sich nach dem Waffenstillstand mit ihrem Mann im algerischen Widerstand engagierte.¹⁴ Als »Verfechterin der modernen Sprachen als Schlüssel zu weltoffener Kommunikation«¹⁵ trieb sie nach dem Krieg in ihrer Position als Schmittleins Stellvertreterin und rechte Hand den Ausbau des Instituts entscheidend voran.

In der Verfügung Nr. 195 im Journal Officiel vom 17. Januar 1947 wurde die Gründung der Staatlichen Dolmetscherhochschule (SDH) durch das Oberkommando der französischen Besatzungszone bekanntgegeben und damit rechtskräftig. Formal oblag die Geschäftsführung dem Leiter der Verwaltungsakademie in Speyer,¹⁶ tatsächlich aber führte »der Rektor von Germersheim immer die Geschäfte [und verhandelte] direkt mit der französischen Militärregierung«.¹⁷ Der mittelbare und unmittelbare Einfluss Girons und der französischen Behörden, ausgeübt auch über das Lehrpersonal, war enorm: »[Der Rektor] trifft keine wichtigen Entscheidungen, ohne mich zu befragen«,¹⁸ so der Leiter der französischen Abteilung 1948.¹⁹ Die Studierenden waren Giron selbst in persönlicher Dankbarkeit verbunden, doch standen sie der weitgehenden Kontrolle der französischen Besatzungsmacht durchaus auch ambivalent gegenüber.²⁰ Dies dürfte dadurch verstärkt worden sein, dass die Militärregierung gerade für unpopuläre Maßnahmen verantwortlich gemacht wurde,²¹ aber auch durch ungeschicktes Agieren Einzelner. So soll ein Protest unter den Studierenden vom Leiter der französischen Abteilung mit den Worten unterbunden worden sein: »Ich bin hier der Vertreter der Militärregierung und wir treffen die Entscheidungen! Sie stehen vor einer vollendeten Tatsache und haben sich der zu beugen!«²²

*Trümmerbeseitigung in
Germersheim nach dem
Zweiten Weltkrieg. Foto:
Philipp Münch, Quelle:
UA Mainz, S3/10621.*



Sehr viel größere Konflikte gab es allerdings mit den deutschen Behörden. Gerade die Einflussnahme der französischen Besatzungsmacht auf allen Ebenen machte die Hochschule in den Augen der Verwaltung und der politischen Institutionen in Rheinland-Pfalz suspekt. Bereits im Mai 1947 wurde mit Hinweis auf die Feindseligkeit der deutschen Verwaltung auf eine rasche Sicherstellung der Finanzierung des zweiten Bauabschnitts gedrängt, in der Befürchtung, die Landtagswahlen würden die Machtverhältnisse zugunsten der Verwaltung verschieben.²³ Deren Abneigung lag zum Teil darin begründet, dass Schmittlein und Giron die Hochschulgründung im Eiltempo durchgesetzt hatten. Doch auch mit der Altersgrenze für Bewerbungen hatte sich die Dolmetscherhochschule keine Freunde gemacht. Das Höchstalter von 21 sollte den Internatscharakter der Hochschule stärken und so eine neue, unvoreingenommene Generation formen, doch es hatte für einigen Unmut gesorgt, dass hierdurch den Heimkehrern aus Krieg und Gefangenschaft keine Priorität eingeräumt wurde.²⁴

»Keine reine Sekretärinnenschule«: Etablierung und Eingliederung

Auch die bewusst praxisnahe Studienausrichtung führte dazu, dass die rheinland-pfälzischen Behörden sich schwer damit taten, die Studiengänge der SDH anderen universitären Studiengängen gleichzustellen. So beklagte Rektor Edmund Schramm im Herbst 1948 »[...] die bisher nicht erfolgte juristische Anerkennung der Dolmetscherhochschule durch die Landesregierung, die unzureichende Unterstützung unserer Propaganda durch die Unterrichtsministerien und die Direktoren der höheren Schulen und ferner die immer noch zurückhaltende Einstellung der deutschen Behörden uns gegenüber«.²⁵ Bereits im Februar desselben Jahres hatte die Entscheidung des rheinland-pfälzischen Finanzministers, die Dozierenden in Germersheim und Speyer lediglich als Beamte auf Widerruf einzustufen, Verstimmungen hervorgerufen. Die Reaktion Schmittleins ließ es mit ihren Verweisen auf die »sehr unehrlich[e]« Vorgehensweise des Finanzministers an Deutlichkeit nicht fehlen, und so forderte er mit Nachdruck die Zurücknahme dieser »sogenannten Entscheidung«,²⁶ um die in seinen Augen sonst unweigerliche Schließung Germersheims zu verhindern. Die Reaktion folgte im März 1948 in Form des Versuchs, das als französisch wahrgenommene Institut schlicht aus dem Landeshaushalt zu streichen.²⁷



Als mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 und dem Ende des Besatzungsstatuts die direkte Einflussnahme der Militärregierung auf die Kulturpolitik endete, wandte man sich deshalb wieder verstärkt dem ursprünglichen Konzept zu, Germersheim in eine bestehende Universität einzugliedern. Zwar hatten Mainzer Professoren schon von Beginn an in Germersheim Lehrveranstaltungen in den allgemeinbildenden Fächern abgehalten²⁸ und Rektor und Senat befürworteten einen (kostenneutralen) Anschluss Germersheims, um den Rückgang der eigenen Studierendenzahlen zu kompensieren, doch scheiterte der Vorstoß, die SDH der philosophischen Fakultät anzuschließen, an deren Widerstand.²⁹ Schramms lakonische Reaktion an Giron: »Welche Fakultät einer deutschen Hochschule wäre für ein idealistisches und außergewöhnliches Projekt zu begeistern?«³⁰ Schließlich entschloss man sich, die SDH als autonomes Institut einzugliedern. Zwar mussten Schmittlein, Giron und Schramm hierfür Unterstützung von höchster Stelle einholen, doch nachdem sowohl der Ministerpräsident als auch der Oberkommandierende der französischen Zone schriftlich ihre Unterstützung bekundet hatten,³¹ stimmte schlussendlich auch die Philosophische Fakultät einer »freien Angliederung«³² zu. Nach einigen Diskussionen etwa über die Namensgebung³³ wurde die SDH am 11. November 1949 offiziell Teil der JGU. Dies geschah in Form eines Auslands- und Dolmetscherinstituts (ADI), das Rektor und Senat unterstellt war, weitgehende Autonomie in Haushalts- und Lehrplanfragen genoss und eine eigene Studierendenvertretung sowie ein eigenes Studierendensekretariat und eine eigene Verwaltung erhielt. Für das Institut war dies keine schlechte Entwicklung, denn so »entging es dem Schicksal, in einer großen Fakultät mit nur seiner einen Stimme aufzugehen und seine Interessen kaum durchsetzen zu können.«³⁴

In den darauffolgenden Jahren konzentrierte man sich darauf, das Institut zu etablieren: Das Sprachenprofil wurde erweitert, der Lehrkörper vergrößert, um der rasch steigenden Bewerberzahl gerecht zu werden. 1957 wurde der sechssemestrige Studiengang Diplom-Übersetzer eingeführt,³⁵ drei Jahre später die viersemestrige Fachprüfung für akademisch geprüfte Auslandskorrespondenten abgeschafft – sie hatte, so

Neu- und Altbau des heutigen FB 06 in Germersheim auf einen Blick. Aufnahme aus dem Jahr 2014. Foto: Stefan F. Sämmer, Quelle: JGU.

Institutsdirektor Rudolf Brummer, nur dazu geführt, »eine grössere Zahl von mittelmäßig sprachbegabten Studierenden anzuziehen.«³⁶ Anlass zur Sorge gab das Geschlechterverhältnis der Studierenden, das durch eine engere Kooperation mit den Studiengängen Diplom-Volkswirt und Diplom-Kaufmann in Mainz und Mannheim verbessert werden sollte:

»Daß solche [künftigen Diplom-Volkswirte und -Kaufleute] nach Germersheim gezogen werden müssen, ergibt sich einerseits aus der Tatsache des schon jetzt recht häufigen aber weit kostspieligeren Weiterstudiums der Volkswirtschaften durch Germersheimer Absolventen, die gemerkt haben, daß sie als bloße Diplom-Dolmetscher keine genügenden Aufstiegschancen besitzen, andererseits daraus, daß eben darum der Prozentsatz der [...] Studenten gegenüber dem der Studentinnen ständig zurückgeht. [...] Wenn das Institut nicht zur reinen Sekretärinnenschule werden soll, ist also die Ausgestaltung des Studienplans im angegebenen Sinne schlechthin unabweisbar.«³⁷

Das Institut war auch Anlaufstelle für Kooperationsgesuche. Beispielhaft seien hier die Schulungen für Militär-angehörige genannt, die 1955 und 1956 vom Verteidigungsministerium finanziert wurden. Im Sommer 1955 kamen etwa 18 Offiziere und zehn Unteroffiziere der Bundeswehr, die für den Attachédienst vorgesehen waren und in Englisch und Französisch sowie zusätzlich entweder in Italienisch, Türkisch oder Niederländisch unterrichtet wurden. In seinem Bericht zur ersten Schulung wertete Institutsdirektor Karl Thieme das Projekt grundsätzlich als Erfolg, sah aber die allzu große Sprachenvielfalt ebenso kritisch wie die mangelnde Planungssicherheit,³⁸ die sich auch bei der zweiten Schulung 1956 nicht gebessert hatte.³⁹

Die ursprüngliche Dolmetscherhochschule bestand aus der alten Kaserne mit Schlafsälen, Verwaltungsräumen, Bibliothek und Mensa, zusätzlich wurde das heutige Rathaus genutzt. 1953 entstanden mit Unterstützung einer durch den amerikanischen Generalkonsul Albert Doyle überreichten Spende aus Mitteln der McCloy-Stiftung zwei neue Wohnblöcke auf dem Campus, die zum Wintersemester 1958/59 durch einen dritten ergänzt wurden. Hatte die Frage der Besitzverhältnisse in Bezug auf die Seysselkaserne, die Tennisplätze und das Stadion in den frühen Jahren noch für einiges Konfliktpotential gesorgt,⁴⁰ arbeitete die Stadt Germersheim mit dem Institut gerade bei Bauprojekten schon bald eng zusammen.

»Ein verlorener Außenposten minderen Rechtes«: Zwischen Außenstelle und Universität

Durch die ständig steigenden Studierendenzahlen reichten auch die neuen Kapazitäten für den Lehrbetrieb nicht lange, sodass die Erleichterung groß war, als 1966 der Neubau mit einem großen Audimax, Seminarräumen und einer modernen Dolmetschanlage eröffnet wurde. Waren die 1950er-Jahre vor allem durch den Aufbau des Instituts geprägt gewesen, so musste sich die Ausbildungsstätte nun vermehrt mit ihrem Status innerhalb der Universität auseinandersetzen. Nach der Eingliederung des ADI gab es vor allem dann Konflikte, wenn es um den Ausbau des Instituts und damit verbunden um akademische Kompetenzen ging. So löste der Antrag auf eine Professur der Arabistik mit entsprechender Ausstattung im Jahr 1962 heftigsten Widerstand seitens des Direktors des Seminars für Orientkunde, Helmuth Scheel, aus.⁴¹ In einem Gutachten legte dieser minutiös dar, warum der Antrag des ADI unnötig, zum Scheitern verurteilt und zu hoch gegriffen sei, und monierte zudem: »Auf gar keinen Fall ist es vertretbar, neben dem ordentlichen Lehrstuhl an der Universität in Mainz nun auch noch einen gleich gearteten Lehrstuhl [...] mit einem gross ausgestatteten Apparat, der dem Ordinariat an der Universität Mainz bisher versagt geblieben ist, dort einzurichten.«⁴² In einem Schreiben an den Dekan der Philosophischen Fakultät machte er an dieser Frage sogar die Stellung Germersheims insgesamt fest:

»Ich bin der Meinung, dass unsere Fakultät sich jetzt einmal ernsthaft mit dem Problem befassen müsste, ob man es wirklich stillschweigend hinnehmen soll, wenn in Zukunft für Germersheim die Einrichtung weiterer Lehrstühle beantragt werden sollte. Es wird von seiten des Direktors in Germersheim immer auf die Bestimmungen des Statuts und auf die Selbständigkeit des Instituts hingewiesen. Wir sollten uns darum überhaupt gar nicht kümmern, sondern uns auf den Standpunkt stellen, dass die Fakultät es nicht zulassen könne, wenn an dem Institut, das der technischen Sprachausbildung dient, neue Ordinariate errichtet werden.«⁴³

ADI-Direktor Brummer war von diesem Widerstand so empört, dass er aus Protest »gegen unzumutbare Eingriffe gewisser Kreise der Philosophischen Fakultät [...] in die Belange des Germersheimer Instituts«⁴⁴ medienwirksam das Direktorat niederlegte. Und tatsächlich empfahl der Senat trotz Scheels Ablehnung am 27. Juli 1962 die Einrichtung eines Lehrstuhls für Arabistik in Germersheim mitsamt einer entsprechenden Abteilung,⁴⁵ woraufhin Brummer nach minimaler Unterbrechung auf seinen Posten zurückkehrte.⁴⁶ Auch als 1963 eine Professur für Germanistik eingerichtet werden sollte, machte sich das ADI damit nicht beliebt. So hieß es in einem Schreiben aus der Philosophischen Fakultät:

»Das Studium der Germanistik gehört in den Aufgabenbereich der Philosophischen Fakultät, weil nur dort die Voraussetzungen für die notwendige Verbindung von Forschung und Lehre gegeben sind. [...] Ein Auslands- und Dolmetscherinstitut hat aber weder die Aufgabe noch die Einrichtungen, ein solches Studium zu ermöglichen, da es sich auf die Vermittlung praktischer Sprachkenntnisse und allgemeiner kulturkundlicher Zusammenhänge beschränkt.«⁴⁷

Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden, indem das Ordinariat in Germersheim nicht als Germanistik, sondern vielmehr als »Deutschkunde« bezeichnet wurde.⁴⁸ Um die Zusammenarbeit in etwas geregeltere Bahnen zu lenken, wurde im Mai 1964 eine Vereinbarung zwischen Philosophischer Fakultät und ADI geschlossen,⁴⁹ die deren künftige Beziehungen im Rahmen eines Ausschusses regeln sollte – allerdings nur unter der Prämisse, dass seitens des ADI nicht daran gedacht sei, »eine Art Fakultäts-Status mit Promotions- und Habilitationsrecht anzustreben«,⁵⁰ denn einen solchen Status des ADI hatte die Philosophische Fakultät noch 1962 einstimmig abgelehnt.⁵¹

Die Konflikte gründeten nicht allein in einer räumlich bedingten Fremdheit, sondern gingen vielmehr auf den Gründungsgedanken des Instituts zurück – die SDH hatte »die im wesentlichen historisch-philosophisch orientierten geisteswissenschaftlichen Disziplinen an den deutschen Universitäten durch ein mehr praxisbezogenes Studium [...] ergänzen«⁵² wollen. Das Institut in Germersheim positionierte sich dabei bewusst im Gegensatz zu etablierten Universitätssystemen und wies dezidiert auf den Unterschied zwischen dem praxisnahen Germersheimer Ansatz und dem, was Schramm als »die alten Universitäten« bezeichnete, hin. In seiner Kritik gegenüber den Philologien nahm Schramm kein Blatt vor den Mund:

»Dazu kam unsere Überzeugung, daß die stark historische Orientierung der geisteswissenschaftlichen Studien an den Universitäten einer Ergänzung bedürfe nach der mehr praktischen, die heutige lebendige Realität der fremden Völker erfassenden Seite hin. Nicht jeder junge Mensch, der sich für das Studium der großen lebenden Kultursprachen begeistert, [...] hat die Absicht, später einmal Studienrat zu werden. Es gibt eine Menge begabter junger Menschen, die in ganz andere Berufe drängen, in die Wirtschaft, in den Handel [...], wo sie gute Sprach- und Auslandskenntnisse brauchen, wo aber die

historische Grammatik und die Lektüre des Rolandsliedes oder des Beowulf ihnen nicht viel nützen. Solchen jungen Menschen zu dienen, war unsere Absicht.»⁵³

Die aus dieser Positionierung hervorgehende fehlende Anerkennung des Studiengangs als akademische Qualifikation stellte sich auch über die JGU hinaus als Problem dar. So sorgte sich Ministerpräsident Peter Altmeier 1953 über Berichte, dass »das Diplom in Germersheim (6 Semester) nicht als vollgültiges akademisches Studium anerkannt«⁵⁴ werde und dass deshalb die Germersheimer Absolventen keinen Zugang zum höheren Dienst des Auswärtigen Amtes hätten, wiewohl sie gerade für diese Karriere prädestiniert seien. Schramm teilte diese Sorge, obwohl ihm konkrete Fälle solcher Benachteiligungen nicht bekannt waren. Er stieß sich jedoch wiederum daran, dass andere Universitäten (Mainz ausdrücklich ausgenommen) bei einem Studiengangwechsel keinerlei Inhalte des Germersheimer Studiums anrechnen wollten.⁵⁵ Allerdings räumte er ein, dass die Wissenschaftlichkeit des Studiengangs durchaus noch zu wünschen übrig ließe und es einer soliden akademischen Basis bedürfe, um das Institut langfristig erfolgreich zu etablieren: »Bei diesen Erörterungen steht die [...] Frage einer Vertiefung und Verbreiterung des *wissenschaftlichen* Charakters der Ausbildung im Vordergrund«, denn: »Entweder gelingt es, [Heidelberg und Germersheim, Anm. d. Verf.] eine wirklich einwandfreie wissenschaftliche Basis zu geben oder aber sie gleiten in bloße gehobene Sprachschulen ab.«⁵⁶

»Interdisziplinäres Studium mit wissenschaftlicher Fundierung«: Stärkung des translatorischen Profils

Die 1970er-Jahre brachten weitere Neuerungen für das ADI mit sich: Das neue Wohnheim der Stadt Germersheim für 240 Studierende wurde fertiggestellt, sodass die ehemaligen Internatsräume im Altbau endlich geschlossen und als Unterrichts- und Büroräume genutzt werden konnten.⁵⁷ Vor allem aber akademisch gab es einschneidende Veränderungen, ausgelöst durch das

Inkrafttreten des Hochschulgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz am 31. März 1971. Nach zwei Jahrzehnten weitgehend selbständigen Agierens mit allen Vor- und Nachteilen wurde das ADI nunmehr zum 1. April 1973 als FB 23 der JGU geführt. Bei der Benennung des neuen Fachbereichs löste man sich radikal von den bisherigen Namen des Instituts – aus SDH beziehungsweise ADI wurde nun der Fachbereich 23: Angewandte Sprachwissenschaft (FAS), was den fortlaufenden Akademisierungsbemühungen Rechnung trug. Der Status als Fachbereich brachte eine Überarbeitung der Studienangebote mit sich, die 1977 mit der Erweiterung der Studiengänge Diplom-Dolmetscher und Diplom-Übersetzer von sechs auf nunmehr acht Semester abgeschlossen war, was die Tatsache widerspiegeln sollte, dass »[...] es sich bei den Studiengängen Diplom-Dolmetscher und Diplom-Übersetzer [...] um ein interdisziplinäres Studium handelt, das in seiner wissenschaftlichen Fundierung wie in den sprachpraktischen Studienteilen (bezogen auf mindestens zwei Fremdsprachen) aus der Sicht moderner sprachdidaktischer Erkenntnisse einen achtsemestrigen Studiengang verlangt«.⁵⁸

Was allerdings weiterhin fehlte, sehr zum Ärger des jungen Fachbereichs, war ein eigenes Promotions- und Habilitationsrecht. Der Senat hatte es noch 1956 abgelehnt, dem Direktor des ADI die Ernennung von außerplanmäßigen oder Honorarprofessoren zu erlauben, da hierfür »allein die Fakultäten als die Träger der Lehre und Forschung«⁵⁹ zuständig seien. Auch die Frage, ob ein Germersheimer Professor als Promotionsbetreuer auftreten dürfe, wurde in einem externen Gutachten ausdrücklich nur im Einzelfall empfohlen: »Zur Abgrenzung angesichts der in Mainz vorhandenen Professoren sine facultate halte ich es aber für angebracht, daß Ihre Fakultät vorsichtshalber über die Praxis der Einzelzulassung nicht hinausgeht.«⁶⁰ Zwar wurde mit der Eingliederung als Fachbereich bereits Anfang der 1970er-Jahre Abhilfe versprochen, doch noch 1975 wurde im Fachbereichsrat des FAS über die weiterhin fehlende endgültige Regelung geklagt:

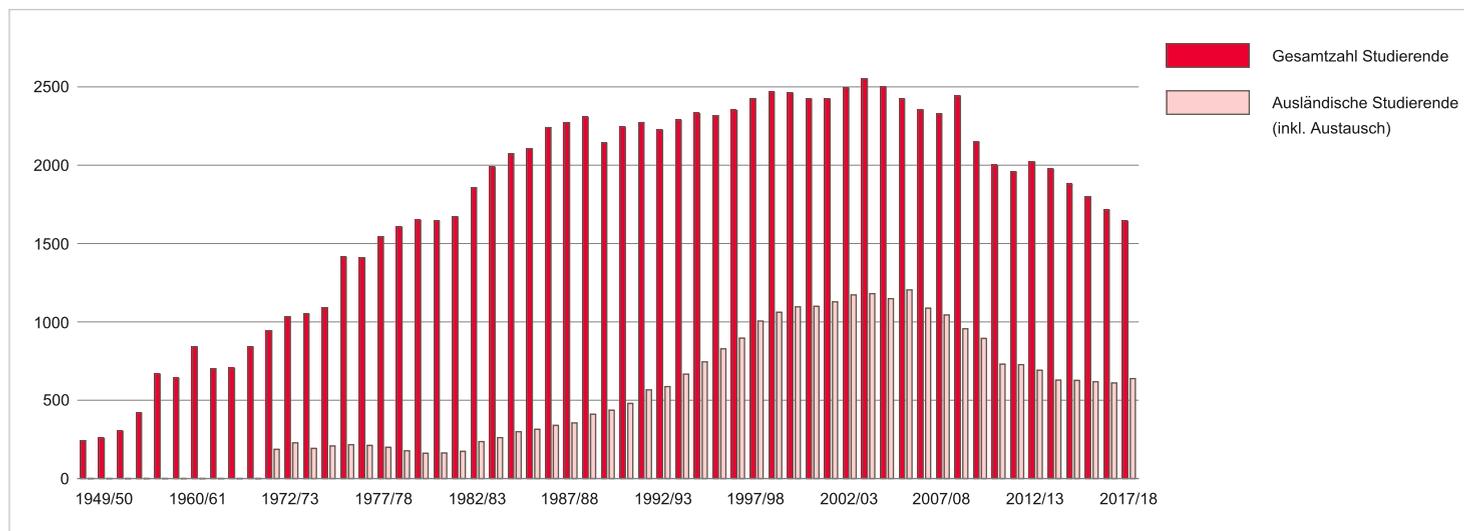
»Die [...] hinausgeschobene endgültige Regelung über das Promotionsrecht am FAS (bisher keine konstituierende Sitzung der Landeshochschulkonferenz wegen Trier/Kaiserslautern) wird jetzt noch weiter herausgezögert [...]. Das bedeutet, daß Professoren am FAS immer noch keine Möglichkeit erhalten, im Rahmen des Promotionsrechts Nachwuchs auszubilden. [...] Wir haben nur Pflichten, aber keine Rechte; praktisch können die Fachbereiche 11–16 in Mainz über unsere Angelegenheiten bestimmen. Unsere Mitglieder im Gemeinsamen Ausschuß sind zu Zuhörern degradiert worden.«⁶¹

Ohne ein solches Habilitations- und Promotionsrecht und ohne Stimmrecht im Gemeinsamen Ausschuss, so einer der Germersheimer Professoren, sei der FAS ein »verlorener Außenposten minderen Rechtes«.⁶² Offensichtlich gab es tatsächlich weiterhin Vorbehalte gegen ein Promotions- und Habilitationsrecht auf Seiten einzelner Mainzer Fachbereiche. Noch bei der Sitzung des Senats zur Novellierung des Hochschulgesetzes 1977 stellte der Vertreter des FB 14 einen Eilantrag, um das Promotions- und Habilitationsrecht des FB 23 einzuschränken. Dies allerdings lehnte der restliche Senat angesichts der dadurch bedingten Benachteiligung der Germersheimer Studierenden und der nunmehr äquivalenten achtsemestrigen Studiengänge einstimmig ab.⁶³ Frustriert von diesen Auseinandersetzungen, suchte Dekan Horst Drescher nach Alternativen; die Gründung einer eigenständigen Südpfalz-Universität, in der vor allem auch der Fachbereich II der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz (Abteilung Landau) aufgehen sollte, mit dem bereits zusammengearbeitet wurde, schien sich dabei anzubieten. Hierfür wurde eigens ein Freundes- und Förderkreis einer Universität Südpfalz gegründet, dem, so das Drängen Dreschers, möglichst viele der am Fachbereich tätigen Lehrenden beitreten sollten.⁶⁴ Sein Enthusiasmus für dieses Projekt kühlte erst dann merklich ab, als sich abzeichnete, dass eine solche Kooperation auch die Abstufung Germersheims auf Fachhochschulebene mit sich bringen könnte.⁶⁵ Stattdessen entstand als Kooperation zum Wintersemester 1978/79 ein dreisemestriges Ergänzungsstudium unter dem Namen *Lehrer für Kinder mit fremder Muttersprache* als Modellversuch der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Es sollte Lehrern ermöglichen, sich durch den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen mit anderssprachigen Kindern zu verständigen, und gleichzeitig Verständnis für die schwierige Situation dieser Kinder schaffen. Da der durchschlagende Erfolg ausblieb, auch aufgrund konzeptioneller Schwierigkeiten,⁶⁶ setzte sich der Studiengang nicht dauerhaft durch.

Auf die Akzeptanzfrage der 1960er- und 1970er-Jahre folgte die Kapazitätskrise der 1980er- und 1990er-Jahre. Die Sprachenvielfalt war Ende der 1980er-Jahre auf insgesamt 13 Sprachen gewachsen und der Fachbereich musste ständig steigende Studierendenzahlen bewältigen, weshalb schließlich bei einzelnen Sprachen ein Numerus clausus eingeführt wurde.⁶⁷ Die Bedeutung der Kulturkompetenz, obschon den Verantwortlichen von Anfang an bewusst, stand nun auch wissenschaftlich stärker im Fokus, sodass es nur konsequent war, diesen Aspekt schließlich auch im Namen des Fachbereichs zu verankern. Im Wintersemester 1991/92 fügte man deshalb dem »FAS« noch das »K« hinzu – es entstand der Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft (FASK).⁶⁸

Da der Kostendruck durch die steigenden Studierendenzahlen immer spürbarer wurde, sorgte das Personalbemessungskonzept (PBK, seit 1998)⁶⁹ und das 1995 in Kraft tretende neue Universitätsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz für einige Unruhe, zumal sich Germersheim in seiner Besonderheit als praxisnaher und damit betreuungsintensiver Fachbereich und in seiner Sonderstellung als isolierter Standort mit eigenen Verwaltungsstrukturen und Diensten nicht ausreichend berücksichtigt sah. Diese Dienste in vergleichbarer Weise wie der Hauptcampus anzubieten, war tatsächlich nicht immer einfach. Über die Bibliothek war etwa

»Die Atomisierung der Studieninhalte«: Moderne Ausbildung und akademischer Anspruch



Die Grafik liefert eine Übersicht über die Studierendenzahlen im Zeitverlauf am Germersheimer Fachbereich. Quelle: Studierendensekretariat des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft.

noch anlässlich des 30-jährigen Jubiläums angemerkt worden, in Mainz mache man sich »nur schwer Vorstellungen von den Schwierigkeiten, mit denen Forschung und Lehre in Germersheim zu kämpfen haben, und die dadurch entstehen, daß am Ort keine weiteren wissenschaftlichen Bücherbestände zugänglich sind.«⁷⁰

Als man sich schließlich nach langwierigen Debatten auf ein Strukturkonzept geeinigt hatte,⁷¹ mit dem man die geforderten Einsparungen umzusetzen gedachte, stand die nächste Herausforderung an: die Umstellung von Diplom- auf B.A.- und M.A.-Studiengänge im Zuge der Bologna-Reformen. Prüfungen wurden nun meist studienbegleitend im Rahmen von einzeln abzuschließenden Modulen abgelegt. Dies verringerte zwar die Prüfungslast der Studierenden am Ende des Studiums, doch führte »die Modularisierung [...] auch zu einem kontinuierlichen Leistungsdruck während des Studiums und vor allem zu einer Atomisierung der Studieninhalte.«⁷² Mit der neuen Grundordnung von 2004 und der folgenden Strukturreform wurde die heutige Gliederung der JGU in zehn Fachbereiche und zwei Hochschulen eingeführt. Diese Reformen wurden zum Anlass genommen, den Namen des Fachbereichs an die modernen Gegebenheiten anzupassen. Zum einen vermittelte das »Angewandte« nicht mehr adäquat die umfangreiche theoretische, empirische und historische Grundlagenforschung, die am Fachbereich betrieben wurde,⁷³ zum anderen sollte Translation als Markenzeichen Germersheims stärker hervorgehoben werden: Aus dem FASK wurde der FTSK, der Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft. Entsprechend studierte man nun in den Studiengängen B.A. und M.A. Sprache, Kultur, Translation sowie im M.A. Konferenzdolmetschen. Die Umsetzung der Bologna-Reformen mit ihren stärker verschulerten Studienangeboten erforderte nicht nur in der Anfangsphase eine erhebliche Umgestaltung des Lehrbetriebs, sondern führte auch in den folgenden Jahren immer wieder zu kleinen und größeren Anpassungen bis hin zu umfassenden Strukturdebatten.

Dank der langjährigen Bemühungen um Akademisierung ist der FB 06 heute in vielen Bereichen der kultur- und sprachwissenschaftlichen Forschung, aber auch gerade in der Translationswissenschaft und hier wiederum in der Translationsdidaktik weltweit anerkannt. Auch er wird von globalen Faktoren geprägt: Digitalisierung und Globalisierung verändern das Berufsbild im Übersetzen und Dolmetschen in rasender Geschwindigkeit.⁷⁴ Sie haben neue Betätigungsfelder wie Pre- und Post-Editing, Technische Redaktion, Projektmanagement oder Audiovisuelle Übersetzung in den Vordergrund gerückt; sie verlangen neue Kompetenzen wie das Arbeiten mit CAT-Tools, Datenkuration oder Qualitätssicherung⁷⁵ und erfordern die Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Künstliche Intelligenz. Gleichzeitig eröffnen sie neue technologische



*Blick in die Bibliothek des
FTSK im Jahr 2018. Foto:
Britta Hoff, Quelle: JGU.*



*Der Bibliothekslesesaal
in Germersheim Ende
der 1940er-Jahre. Foto:
Philipp Münch, Quelle:
UA Mainz, S3/10634.*

Möglichkeiten in der Lehre, aber auch in der Forschung, zum Beispiel im Rahmen des Tra&Co (Translation & Cognition) Centers.⁷⁶ Aber auch andere Entwicklungen haben ihre Spuren hinterlassen: Die anhaltenden Migrationsbewegungen etwa haben die Notwendigkeit verschärft, sich vermehrt auch anderen Dolmetschsettings als dem klassischen Konferenzdolmetschen zuzuwenden, sodass am Fachbereich heute auch eine intensive Auseinandersetzung etwa mit dem Dolmetschen bei Behörden, im sozialen Raum oder in medizinischen Settings stattfindet, zum Teil im Austausch mit anderen Fachbereichen der JGU.⁷⁷



*Ein Blick in die s. g.
Freitagskonferenz am
FTSK (2018). Foto: Britta
Hoff, Quelle: JGU.*



*Studierende im Seminar
2014. Foto: Stefan F.
Sämmer, Quelle: JGU.*

»Eine in sich geschlossene pädagogische Provinz«: Internatsflair und Studentenleben

Germersheim war und ist nicht nur von seiner lange Zeit ungewöhnlichen Stellung innerhalb der JGU und seiner praxisorientierten Gründungsphilosophie geprägt; ein besonderes Merkmal war auch immer das familiäre Zusammenleben in der pfälzischen Kleinstadt. Im Sinne seiner Mission der Demokratisierung der deutschen Jugend machte Schmittlein bereits in der ersten werbenden Anzeige zur Eröffnung der Hochschule aus seinen Erwartungen an eine akademische und kreative Gemeinschaft keinen Hehl: »Auf enges Zusammenleben der Studierenden mit den Professoren, auf gesellschaftliche Kultur, sportliche und künstlerische Betätigung wird Wert gelegt.«⁷⁸ Als »in sich geschlossene pädagogische Provinz«,

so konstatierte der Germersheimer Direktor Thieme mit einigem Stolz noch 1956, konzentriere sich hier das Leben der Studierenden in einzigartiger Weise so auf das Institut, dass »diese Gesamtstudentenschaft in vieler Hinsicht als eine einzige Selbsterziehungsgemeinschaft in Erscheinung tritt«. ⁷⁹

Kurioserweise wurden den Germersheimer Studierenden aufgrund dieser internatsähnlichen Lebensweise sogar bessere Leistungen zugeschrieben: Die Mainzer Studierenden seien im Vergleich schwächer, weil zu sehr »der Versuchung von Zerstreuungen ausgesetzt«. ⁸⁰ Beiträge der verschiedenen Jubiläumsbände zeigen jedoch, dass man sich gerade des sozialen Lebens in Germersheim mit besonderer Freude erinnert. Auch bei den umliegenden Hochschulen und Militärcasernen war Germersheim ausgesprochen beliebt – allerdings aus anderen Gründen. Dort hatte es sich schnell herumgesprochen, »daß am ADI in Germersheim ›amouröser Notstand‹ herrsche, wie es dort recht brutal hieß, und die Studenten der Verwaltungsakademie in Speyer und der Technischen Hochschule in Karlsruhe kamen zu den Bällen in ganzen Bussen angerückt«. ⁸¹ Vom aktiven Sozialleben über den Campus hinaus zeugt auch ein Schriftwechsel zwischen dem Germersheimer AStA und dem Kanzler Anfang der 1960er-Jahre. Als Reaktion auf die Anwesenheit institutsfremder Personen (hier: französischer und amerikanischer Soldaten) auf den Feiern Germersheimer Studentinnen sollte eine solche Teilnahme über die Hausordnung künftig ausgeschlossen werden. ⁸² Dies, so der AStA, würde jedoch die Studentinnen schwer benachteiligen: »Da Studentinnen hier erheblich in der Überzahl sind, können sie zum großen Teil nur männliche party-Teilnehmer von auswärts einladen [...]. Wollte man ihnen nun diese Möglichkeit nehmen, so liefe dies im Ergebnis auf eine Unterbindung der parties überhaupt hinaus«. ⁸³

So gut die Gemeinschaft funktionierte – die Isolation Germersheims führte auch dazu, dass die Studierenden wenig Gelegenheit hatten (und haben), fachfremde Vorträge und Veranstaltungen der Universität zu besuchen:

»Strenggenommen können [...] [die] Studenten das in der Verfassung von Rheinland-Pfalz (Art. 39) ausgesprochene Gebot, neben dem Fachstudium auch allgemeinbildende Vorlesungen zu hören, hier gar nicht erfüllen mangels Angebot. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß wenigstens hin und wieder einige Veranstaltungen für Hörer aller Fachbereiche ›die Filiale‹ draußen im Land erreichen mögen.«⁸⁴

Umgekehrt zeigten aber auch die Studierenden in Germersheim keinen allzu großen Enthusiasmus, sich für solche Zwecke auf den Weg nach Mainz zu machen, auch aus ganz praktischen Gründen wie einem fehlenden durchgehenden Semesterticket. ⁸⁵ Umso stärker ausgeprägt war das Gemeinschaftsgefühl der Germersheimer Studierenden, was sich bis heute im vielfältigen Angebot des Germersheimer AStA zeigt. Zwar ist die Institution der wöchentlichen Mensadisco, die freitagmorgens regelmäßig für müde Augen und leere(re) Sitzreihen in den Lehrveranstaltungen gesorgt hatte, inzwischen Vergangenheit, doch bieten unter anderem Campusfrühling und Interfak-Party, Semestereröffnungsparty und Internationale Abende, Sportangebote und Sprachkurse reichlich Alternativen. ⁸⁶

Die Germersheimer selbst betrachteten die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger zunächst mit leichter Skepsis, hatten sich jedoch bald an sie gewöhnt. Zwar wurde die »Dolmetscherschule« in den Nachbardörfern schnell zur »Dolle-Mädchen-Schule«, ⁸⁷ doch war die Hochschule von Anfang an auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eröffnete neue Einnahmequellen für Handel und Wohnungsbesitzer. ⁸⁸ Anfang der 1980er-Jahre wurde dann auch der Freundeskreis FAS Germersheim e.V. ins Leben gerufen, der bis heute unter anderem Publikationen unterstützt, Studierende fördert und Projekte ermöglicht – und der nicht zuletzt das beliebte Sommerfest des Fachbereichs organisiert, anlässlich dessen sich alljährlich auch Absolventinnen und Absolventen aus aller Welt wieder auf dem Germersheimer Campus einfinden.

»Exotische, aber hübsche Filia«: Schlussgedanken

Ende der 1950er-Jahre blickte der ehemalige Mainzer Rektor Hellmut Isele mit einem gewissen Amusement auf die Eingliederung des späteren Fachbereichs in die JGU zurück: »[Dies] lässt mich an meine Beteiligung an der Adoption der damals ein wenig exotischen aber umso bemerkenswerter hübschen Filia durch die behäbigere Mainzer Mater denken und auch an einige einigermaßen halbsbrecherische Ritte in Sachen des neu acquirierten Töchterchens.«⁸⁹ Vieles hat sich seit dieser »Adoption« verändert: Die Studiengänge sind moderner geworden, die wissenschaftliche Basis ist solide, der Status des Fachbereichs gerade in der translati-wissenschaftlichen Welt unangefochten. Auch der aus der Frühzeit des Instituts überlieferte ironische Ratschlag – »Gehst Du einmal nach Mainz, so sage denen dort ja nicht, daß Du aus Germersheim kommst. Die mögen uns dort nicht«⁹⁰ – gilt heute sicherlich nicht mehr. Und die Veränderungen sind noch lange nicht abgeschlossen. Das Berufsbild, für das ausgebildet wird, ist zunehmend unscharf, und da gleichzeitig die Verweildauer der Studierenden am Fachbereich sinkt, arbeitet der Fachbereich stetig an neuen Konzepten, um sich gegen das steigende Angebot an kleinteilig spezialisierten Studiengängen zu behaupten.

Doch vieles ist auch unverändert: Geblieben ist die familiäre Atmosphäre am Fachbereich und die enge Zusammenarbeit von Studierenden und Lehrenden; geblieben ist die Seysselkaserne mit ihren dicken Mauern und Toren; geblieben ist das vielfältige soziale und kulturelle Leben am Fachbereich. In jedem Fall geblieben ist schließlich die Internationalität, die sich von Anfang an in den Tätigkeitsfeldern der Ehemaligen, der Zusammensetzung der Studierendenschaft, aber auch der internationalen Sichtbarkeit des Fachbereichs und in seinem Selbstverständnis als Ort der Völkerverständigung ausdrückte.⁹¹ Gerade der Aufbau eines eigenen Studienangebots für ausländische Studierende war gelebte Internationalität, »[d]enn es sind heute ja gerade solche Studiengänge, nach denen [...] die Bildungspolitiker der Parteien im Zeichen der Internationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft, Politik und Kultur verlangen.«⁹² Diese Internationalität zeigt sich bis heute in über 150 internationalen Kooperationen mit verschiedenen Instituten, in einem Lehrkörper, bei dem gut ein Drittel der Lehrenden aus dem Ausland stammt, im höchsten Prozentsatz an Bildungsausländern unter den Studierenden aller JGU-Fachbereiche und nicht zuletzt in einem Miteinander von Studierenden aus fast 70 Nationen: »Die Idee des Vermittelns zwischen fremden Sprachen und Kulturen – Abbau nationaler Vorurteile und Stärkung gegenseitigen Verstehens – stand von Anfang an hinter dieser Konzeption, und sie hat sich bewährt.«⁹³

Anmerkungen

1 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 139.

2 Vgl. Schunck: Französische Hochschulgründung, S. 37.

3 Vgl. ders.: Dokumente, S. 13.

4 Zit. nach ebd., S. 15.

5 Zit. nach ebd., S. 50.

6 Vgl. Defrance: Politique culturelle, S. 83.

7 Vgl. Schunck: Dokumente, S. 15.

8 Vgl. die Festrede Rektor Schramms von 1948 in ebd., S. 110.

9 Vgl. ders.: Dolmetscherhochschule, S. 12.

10 Vgl. Pyroth: Pioniertage, S. 71.

11 Vgl. Stoll: Vorwort, S. 11.

12 Vgl. ebd.

13 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 54.

14 Vgl. ders.: Irène Giron, S. 32 f.

15 Ebd., S. 32. Die Kurzbiografie stammt ebenfalls aus dem Text von Schunck.

16 Vgl. ders.: Dokumente, S. 19.

17 Ebd., S. 19.

18 Ders.: Französische Hochschulgründung, S. 19.

19 Vgl. ebd., S. 108. In dieser Tradition erstatteten französische Dozierende noch bis 1981 dem französischen Außenministerium über die Ausbildungsstätte Bericht. Vgl. dazu ebd., S. 41.

20 Vgl. ders.: Dokumente, S. 116.

21 Vgl. ebd., S. 79.

22 Zit. nach ebd.

23 Vgl. ebd., S. 78.

24 Vgl. die Festrede Rektor Schramms von 1948, zit. nach ebd., S. 110. Vgl. dazu auch Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg): Auslands- und Dolmetscherinstitut, [o.S.].

- 25 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 124.
26 Zit. nach ebd., S. 112.
27 Vgl. ebd., S. 141.
28 Vgl. ders.: Französische Hochschulgründung, S. 41.
29 Vgl. Defrance: Politique culturelle, S. 278.
30 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 139.
31 Vgl. ebd., S. 142 f.
32 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 13/450, Protokoll der Sitzung der Philosophischen Fakultät vom 6.7.1949.
33 Der Name »Institut für Auslandskunde und Dolmetscherausbildung« wurde verworfen, da die Bezeichnung als vorbelastet empfunden wurde. (Vgl. UA Mainz, Best. 13/109, der Rektor an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 29.9.1949.) Auch »Auslandswissenschaftliches Institut« stieß auf große Bedenken. »Der Rektor wird gebeten, deshalb beim Ministerium zu intervenieren unter Vorschlag der Bezeichnung *Institut für Dolmetscherausbildung* [handschriftlich: oder wenigstens Institut für Auslandskunde und Dolmetscherausbildung]«. Zit. nach UA Mainz, Best. 7/120, Senatsprotokoll vom 17.10.1949. Hervorhebungen hier und im Weiteren im Original.
34 Schunck: Dokumente, S. 30.
35 Grehl: Entwicklung, S. 24.
36 UA Mainz, Best. 85/1, Senatsprotokoll vom 29.7.1960. Dieser Abschluss wurde nunmehr eine Zusatzprüfung zur Diplom-Prüfung für Übersetzer.
37 UA Mainz, NL 2/28, Vertraulicher Bericht über die Entwicklung des ADI vom 9.4.1956.
38 Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Koblenz), Best. 910/13325, Ausbildung von Militär-Dolmetschern, Bericht von Karl Thieme, [o. D.].
39 Vgl. ebd., der Bundesminister für Verteidigung an den rheinland-pfälzischen Minister für Unterricht und Kultus am 3.12.1956.
40 Vgl. UA Mainz, Best. 7/295, Direktor Schramm an den Rektor der JGU am 15.8.1950.
41 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Heinz Duchhardt und Michael Simon in diesem Band.
42 Vgl. UA Mainz, Best. 13/295, Gutachten Helmuth Scheels vom 25.6.1962.
43 Vgl. ebd., Helmuth Scheel an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 27.6.1962.
44 [o. V.]: Professor Dr. Brummer trat zurück. In: Rheinpfalz, 25.6.1962, S. 6.
45 Vgl. UA Mainz, Best. 85/8, Senatsprotokoll vom 27.7.1962.
46 Vgl. ebd., Senatsprotokoll vom 23.11.1962.
47 UA Mainz, Best. 13/295, Walter Schröder an den Kanzler der JGU am 25.11.1963.
48 UA Mainz, Best. 13/296, Auszug aus dem Protokoll der Fakultätssitzung vom 16.12.1963.
49 Vgl. UA Mainz, Best. 45/231, Rektor Rohrbach an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 16.5.1967.
50 UA Mainz, Best. 13/296, Vermerk/Besprechung mit dem ADI Germersheim am 17.7.1964, erstellt am 20.7.1964.
51 Vgl. ebd., die Philosophische Fakultät an Rektor Falke am 11.7.1962. Das Schreiben wurde wahrscheinlich vom damaligen Dekan Horst Rüdiger unterschrieben.
52 Pörtl: Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft, S. 10.
53 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 130.
54 LHA Koblenz, Best. 910/5693, Ministerpräsident Altmeier an den Minister für Unterricht und Kultus am 2.2.1953.
55 Vgl. ebd., Direktor Schramm an den Minister für Unterricht und Kultus am 12.3.1953.
56 Ebd.
57 Vgl. Pörtl: Jubiläum, S. 12.
58 Drescher: Neuordnung, S. 33. Zusätzlich gab es einen einsprachigen Studiengang zum akademisch geprüften Übersetzer, der nach sechs Semestern abgeschlossen wurde.
59 Vgl. UA Mainz, Best. 13/296, Stellungnahme vom 10.12.1956 zur Frage, ob der Direktor des ADI Anträge auf Ernennung eines apl. Professors oder eines Honorarprofessors stellen könne.
60 Ebd., der externe Gutachter und Jurist Werner Weber an Helmuth Scheel am 23.5.1960.
61 UA Mainz, Best. 103/282, Ergebnisprotokoll der Sitzung des Fachbereichsrats vom 27.10.1975.
62 UA Mainz, Best. 103/120, Peter Schunck an den Dekan des FAS am 11.11.1975.
63 Vgl. UA Mainz, Best. 85/24, Senatsprotokoll vom 11.11.1977.
64 Vgl. UA Mainz, Best. 103/119, Dekan Drescher an den Lehrkörper des FAS am 22.1.1975.
65 Vgl. [o. V.]: Die Hochschule bleibt, aber wohl keine Universität. In: Rheinpfalz, 14.2.1976, [o. S.].
66 Vgl. [o. V.]: Bessere Chancen mit höherer Qualifikation. Studiengang »Lehrer für Kinder mit fremder Muttersprache« in Germersheim. In: Jogu 11 (1980), Nr. 67, S. 11.
67 Vgl. Salnikov: Geschichte, S. 14.
68 Vgl. Schwend: Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft: Neuer Name für Fachbereich. In: Jogu 23 (1992), Nr. 132, S. 15.
69 Ziel des Personalbemessungskonzepts (PBK) ist die transparente Ausstattung der Fachbereiche, der zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Dienstleistungsbereiche mit Stellen. Das PBK umfasst mit sämtlichen Stellen des Hochschulbereichs und einem großen Teil der Personalmittel den wichtigsten Bereich der Hochschulressourcen. Vgl. dazu Scholz/Gorges: Hochschulsteuerung, S. 50 f.
70 Briesemeister/Hohaus: Bibliothek, S. 39.
71 Vgl. Kelletat: Reden ist Silber, S. 79–89.
72 Schreiber: Diplom, S. 251.
73 Vgl. ders.: Ansprache des Dekans anlässlich des 70. Jubiläums des Fachbereichs vom 7.7.2017.
74 Vgl. z. B. Hönig/Kußmaul: Übersetzung; Narr: Tübingen; Kiraly (Hrsg.): Experiential Learning u. Andres/Behr (Hrsg.): Teaching Conference Interpreting.
75 Nitzke, u. a.: Risk Management, S. 239 f.
76 Vgl. die Pressemitteilung: *Translationsforschung in Germersheim nimmt eines der weltweit ersten neurolinguistischen Labore in Betrieb* der JGU vom 13.4.2016, URL: <http://www.uni-mainz.de/presse/75036.php/> (abgerufen am 19.9.2018). Vgl. auch Hansen-Schirra: EEG.
77 Vgl. Bahadır: Enactments, S. 177–211.
78 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 53.
79 UA Mainz, Best. 13/81, Karl Thieme: Eine in sich geschlossene »pädagogische Provinz«.
80 Zit. nach Schunck: Dokumente, S. 116.
81 Atanasov: Ausländer, S. 102.
82 Vgl. UA Mainz, Best. 65/178, Vermerk des Kanzlers die Haus- und Heimordnung für das ADI in Germersheim betreffend vom 3.12.1962.
83 Ebd., der AStA-Vorsitzende an den Kanzler am 4.2.1963.
84 Vgl. [o. V.]: Studium generale am Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft. In: Jogu 14 (1983), Nr. 85, S. 10.
85 Bartelt: »Wie weit würdest du fahren?« In: O6magazin vom 1.6.2015, URL: <https://www.o6magazin.de/2015/06/01/wie-weit-würdest-du-fahren/> (abgerufen am 13.9.2019).
86 Siehe hierzu auch den Beitrag von Charlotte Backerra und Ruth Nientiedt in diesem Band.
87 Atanasov: Ausländer, S. 94.
88 Vgl. Däuwel: Alltag 1947, S. 70.
89 UA Mainz, Best. 45/231, Hellmut Isele an den Rektor der JGU am 17.12.1957.
90 Persijn: Student, S. 83.
91 Siehe hierzu auch die Beiträge zur Internationalisierung in diesem Band.
92 Atanasov/Kelletat: Deutsch, S. 227 f.
93 Drescher: 1947–1977, S. 9.

Von der grünen Wiese zur Forschungsuniversität

Die Entwicklung der Naturwissen- schaften an der JGU unter besonderer Berücksichtigung des Mainzer Mikrotrons

Tilman Sauer

Die Anfänge der Naturwissenschaftlichen Fakultät

Obwohl die ersten Memoranda über die Neu- oder Wiedergründung einer Mainzer Universität, welche unmittelbar nach Kriegsende verfasst wurden, zunächst keine Naturwissenschaften vorsahen,¹ hatte der erste Rektor, Josef Schmid, bereits zum Ende des ersten Semesters durch Erstberufungen eine gleichberechtigte Naturwissenschaftliche Fakultät ins Leben gerufen.² Ohne Berücksichtigung der Universitätsmedizin war neben den beiden Theologischen, der Philosophischen und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Naturwissenschaftliche Fakultät zum Wintersemester 1946/47 mit 16 von insgesamt 75 Berufungen von Ordinarien, planmäßig außerordentlichen und außerplanmäßigen Professuren etwa so stark ausgestattet wie ihre Schwesterfakultäten. Die Lehr- und Forschungsgebiete dieser Gründungsprofessuren bildeten auch damals schon die volle Breite der Naturwissenschaften im Wesentlichen ab, mit Schwerpunkten in der Mathematik, Physik und Chemie; aber auch die Pharmazie, Mineralogie, Botanik, Zoologie und Anthropologie waren durch Erstberufungen vertreten. Im Wintersemester 1946/47 wurde auch mit dem Aufbau des Geologisch-Paläontologischen Instituts begonnen, aus dem heraus sich das heutige Institut für Geowissenschaften entwickelte. Die Ausbildung und Ausdifferenzierung der Fakultät in einzelne Institute nahm von den individuellen Schwerpunkten der Anfangszeit ihren Ausgangspunkt und entfaltete rasch eine Entwicklungsdynamik in die Breite und Vielfalt einer Volluniversität.³

Die Bedeutung der Naturwissenschaften an der JGU und die Ausdifferenzierung der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Fachbereiche

Die Naturwissenschaften nehmen heute in der Forschung und Lehre sowie im internationalen Wettbewerb der Universität eine herausragende Stelle ein. Als Exzellenzcluster wurde der Forschungsverbund PRISMA+ (Precision Physics, Fundamental Interaction and Structure of Matter) 2018 erneut ausgezeichnet und führt damit die erfolgreiche Tätigkeit des 2012 bewilligten Vorgängerprojekts PRISMA fort.⁴ Auch mit der Einrichtung des Graduiertenkollegs Materials Science in Mainz (MAINZ) im Jahr 2007 und der Fortführung im Jahr 2012 hat die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) erfolgreich in der Exzellenzinitiative abgeschnitten. 2009 ermöglichte die Boehringer Ingelheim Stiftung mit einer der größten Privatspenden, die bislang in eine öffentliche Universität geflossen ist, die Errichtung des Instituts für Molekulare Biologie (IMB), eines internationalen

Exzellenzzentrums für die Lebenswissenschaften. Ebenfalls 2009 wurde in Kooperation mit der Helmholtz-Gesellschaft und der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt das erste Helmholtz-Institut gegründet.⁵ Hinzu kommen die zwei in unmittelbarer Nähe des Campus befindlichen Max-Planck-Institute (MPI) für Chemie (MPIC) sowie für Polymerforschung (MPIP).

Die Entwicklung der ursprünglichen Naturwissenschaftlichen Fakultät der Mainzer Universität in den ersten 30 Jahren vom Mai 1946 bis zur 500-Jahrfeier der alten Universität im Jahr 1977 wurde in mehreren Publikationen dargestellt, die anlässlich des damaligen Jubiläums erschienen waren.⁶ Zu diesem Zeitpunkt war die 1973 durchgeführte umfassende Reorganisation der traditionellen Fakultäten in 26 Fachbereiche gerade erst wenige Jahre alt. Aus den ursprünglichen Instituten der einen Naturwissenschaftlichen Fakultät, die sich aus den Arbeitsprogrammen der Gründungsprofessoren heraus und in Reaktion auf die Anforderungen von Bildung der Studierenden und Forschung der Lehrenden bald gegründet hatten, wurden mehrere selbständige Fachbereiche. Die ehemalige Naturwissenschaftliche Fakultät gliederte sich nun in die Fachbereiche 17: Mathematik, 18: Physik, 19: Chemie, 20: Pharmazie, 21: Biologie und 22: Geowissenschaften. Weitere drei Jahrzehnte später, im Sommer 2005, erfolgte eine erneute Restrukturierung, die die Zahl der Fachbereiche auf die heute noch bestehenden sowie die beiden künstlerischen Hochschulen deutlich reduzierte. Für die Naturwissenschaften erfolgte dies durch den Zusammenschluss der alten Fachbereiche 17 und 18 zum neuen Fachbereich 08: Physik, Mathematik, Informatik. Bereits 1987 hatten sich die alten Fachbereiche 19 und 20 zusammengeschlossen, und nun wurden sie zusammen mit dem alten Fachbereich 22 im neuen Fachbereich 09: Chemie, Pharmazie und Geowissenschaften integriert. Der Fachbereich 21 (Biologie) behielt im Wesentlichen seine inhaltliche Ausrichtung bei und wechselte nur seine Nummer, er wurde zum Fachbereich 10.

Die Universität insgesamt hat sich über die Jahrzehnte sehr stark vergrößert und ausdifferenziert. Was mit einigen wenigen Gründungsprofessoren und einigen hundert Studierenden nach dem Krieg begann, ist heute eine große Volluniversität mit mehr als 31.000 Studierenden und circa 4.400 Wissenschaftler_innen, darunter 570 Professor_innen.

Bereits die Bestandsaufnahme der Entwicklung der Naturwissenschaften an der JGU im Jahr 1977 orientierte sich nicht mehr nur ausschließlich an Einzelpersonlichkeiten, sondern zeichnete die Entwicklung der jeweiligen Institute und Arbeitsschwerpunkte nach. Dies geschah freilich durch die aktiv Beteiligten, die nicht nur die Entwicklung ihrer Fachgebiete im Detail darstellten, sondern diese jeweils auch meist maßgeblich mitbestimmten. 75 Jahre nach der Gründung hat die Universität heute ihre eigenen Traditionen und Eigenheiten entwickelt. Konzentrierten sich historische Reflexionen zur ersten Phase der Universität auf ergo-biografische Studien über die Gründungsprofessoren oder Institutshistorien, so scheint ein solcher Ansatz angesichts der Komplexität einer modernen Großuniversität nicht mehr angemessen. Es zeigt sich allerdings, dass die Kontingenzen der Auswahl der ersten Ordinarien sich in späteren Schwerpunktbildungen der ausdifferenzierten Großuniversität niederschlugen. In den Naturwissenschaften ist dies besonders offensichtlich.

Die schnell wachsende Bedeutung der naturwissenschaftlichen Lehre und Forschung an der JGU zeigte sich bald an den Studierendenzahlen. Heute stellen die Studierenden der Fachbereiche 08, 09 und 10 etwa ein Viertel der gesamten Studierendenschaft.⁷ Die Bedeutung der Naturwissenschaften führte aber auch zu einer steten Ausweitung des Campus in Richtung Westen.

Schwerpunktsetzungen

Die Ausdifferenzierung der Naturwissenschaften an der JGU ging mit der Schaffung von Schwerpunkten in der Lehre und der Forschung einher, die sich auch in der baulichen Entwicklung des Campus niederschlugen. 1968 war das Gebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät (Johann-Joachim-Becher-Weg 21) fertig gestellt worden und hatte das Mathematische Institut, einschließlich der Abteilung für Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften, und das Institut für Angewandte Mathematik aufgenommen. 1973 wurden die beiden mathematischen Institute zusammengelegt, die eigenständige Abteilung aufgelöst, und die innere Strukturierung bestand nur noch in Arbeitsgruppen. Im selben Jahr zog der neue Fachbereich Mathematik nochmals um, und zwar in den benachbarten Sonderbau II (Johann-Joachim-Becher-Weg 17). Schließlich war der Fachbereich Mathematik auch der erste, der Mitte der 1980er-Jahre in den Neubau am Staudingerweg einzog.⁸

Das große Fakultätsgebäude am Johann-Joachim-Becher-Weg bot auch Platz für das gerade neugegründete Rechenzentrum und den von ihm geleisteten Betrieb einer 1969 erworbenen Großrechenanlage CD3300. Aus dem Rechenzentrum entwickelte sich in der Folge das Zentrum für Datenverarbeitung, das die technischen Entwicklungen der nächsten 50 Jahre auf dem Campus geprägt und vorangetrieben hat und heute als universeller IT-Dienstleister auf dem Campusnetzwerk mehr als 10.000 Anschlüsse und rund 500 WLAN-Zugangspunkte unterhält. Gleichzeitig wurden in Mainz ständig die Voraussetzungen für den erfolgreichen Betrieb hochleistungsfähiger Rechenanlagen für das wissenschaftliche Rechnen unterhalten, zuletzt mit der Inbetriebnahme von MOGON II im Jahre 2017, dem schnellsten Rechner an einer deutschen Universität.

Der naturwissenschaftliche Neubau am Johann-Joachim-Becher-Weg ermöglichte auch die Bündelung weiterer Schwerpunkte, die sich in den Geowissenschaften herausgebildet hatten. Die durch Erstberufungen des Geologen und Paläontologen Horst Falke sowie des Mineralogen und Petrographen Ernst Baier entstandenen Institute für diese Gebiete zusammen mit einer Mitte der 1950er-Jahre eingerichteten Abteilung für Edelsteinforschung konnten nach langjähriger Raumnot ebenfalls in den Neubau umziehen.⁹ Dieser Umzug ermöglichte nicht nur eine räumliche Konzentration der geowissenschaftlichen Forschung, sondern bot insbesondere den umfangreichen geowissenschaftlichen, mineralogischen und paläontologischen Sammlungen eine Möglichkeit der Aufbewahrung und wissenschaftlichen Erforschung.

Ungeachtet der breiten Schwerpunktsetzungen naturwissenschaftlicher Forschung und Lehre sind nicht alle Richtungen gleichmäßig vertreten. So gibt es an der JGU beispielsweise keine institutionalisierte Astronomie, obwohl regelmäßig Lehraufträge zum Beispiel an Erwin Freundlich für Vorlesungen zur Astronomie vergeben wurden. Erste Versuche, einen Lehrstuhl für Astronomie zu installieren, scheiterten, wie Hans Rohrbach, Professor für Mathematik an der JGU von 1946 bis 1969, vermutet, vor allem am Fehlen einer geeigneten Sternwarte.¹⁰ Der langjährige Direktor des Mainzer Kernphysikalischen Instituts, Hans Ehrenberg, setzte sich nach seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit an der JGU ehrenamtlich für die damals noch aktive Sternwarte in der Mainzer Innenstadt ein.¹¹ Andere Schwerpunktsetzungen der Forschungs- und Interessensgebiete der Gründungsprofessoren hingegen fielen auf fruchtbaren Boden und führten zu Schwerpunktbildungen der Gesamtuniversität, die immer noch nachwirken und das Gesamtbild der Mainzer Naturwissenschaften prägen.

Mit Günter Victor Schulz und Werner Kern wurden bereits 1946 gleich zwei Wissenschaftler in der Chemie berufen, deren Forschungsinteressen im Bereich der Makromoleküle lagen. Aus der erfolgreichen Tätigkeit dieser beiden Professoren entstanden in der Folge zunächst die Institute für Physikalische und Organische Chemie. Später wurde von Kern und Schulz zusammen mit Erhard Wolfgang Fischer erfolgreich einer der ersten Sonderforschungsbereiche (SFB) beantragt.¹² Der SFB 41 *Chemie und Physik der Makromoleküle* mit Sektionen in Mainz und Darmstadt lief von 1969 bis 1987. Schließlich führte der bereits vorhandene Schwerpunkt auf dem Gebiet der Chemie der Makromoleküle zusammen mit der Nähe zur chemischen Industrie im Großraum Rhein-Main zur Gründung des Max-Planck-Instituts für Polymerforschung. Die Gründung erfolgte offiziell am 1. Juni 1983 mit der Berufung der beiden Gründungsdirektoren Fischer und Gerhard Wegner. Die feierliche Eröffnung des Instituts fand 1986 noch in Räumlichkeiten der Universität statt. Der Umzug in den Neubau am Ackermannweg, wo das MPIP noch heute beheimatet ist, erfolgte dann 1989.¹³

Die enge Verbindung der JGU zum Max-Planck-Institut für Chemie (MPIC), dem zweiten in Mainz beheimateten MPI, bestand von Anfang an. Diese Verbindung lässt sich darauf zurückführen, dass Fritz Straßmann im Juli 1946 als Gründungsprofessor und Ordinarius für Chemie berufen wurde und gleichzeitig als wissenschaftliches Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den Umzug des späteren MPIC von seinem Ausweichdomizil im südschwäbischen Tailfingen nach Mainz betrieb.¹⁴ Diese Personalunion in den ersten Jahren war angesichts der Ressourcenknappheit der frühen Aufbaujahre nicht konfliktfrei. Immerhin wurden auf dem Campusgelände unter Straßmanns Leitung Gebäude der Kaserne für das MPIC umgebaut und hergerichtet (Johann-Joachim-Becher-Weg 27). Nachdem Straßmann sich 1952 entschied, seine Tätigkeit ausschließlich der Universität zu widmen, und aus dem MPIC ausschied, entstand unter seiner Leitung an der Universität das Institut für Anorganische Chemie und Kernchemie.¹⁵

In den ersten Jahrzehnten des Bestehens der JGU befanden sich die physikalischen und chemischen Institute in mehrmals wechselnden Räumlichkeiten in Gebäuden zwischen dem heutigen Jakob-Welder-Weg, Fritz-Straßmann-Weg und Johann-Joachim-Becher-Weg. Auf diesem Areal stehen aktuell nur noch die Quergebäude des 1958 errichteten Chemischen Instituts sowie das ehemalige Physikalische Institut. Letzteres hat an seiner Stirnseite zum Johann-Joachim-Becher-Weg hin eine interessante Fassadengestaltung mit einem Einstein-Zitat, das beim Einzug des Physikalischen Instituts in das Gebäude 1956 angebracht wurde.

Weitere Verbindungsgebäude wurden zwischenzeitlich abgerissen, sodass das Areal, das in den 1960er- und 1970er-Jahren die wichtigsten Gebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät beherbergte, heute brachliegt bzw. als Parkplatz genutzt wird. In den nächsten Jahren soll auf diesem Gelände der Neubau der Universitätsbibliothek entstehen. In den ersten Nachkriegsjahren befanden sich auf diesem Stück des Campusgeländes ehemals zur Flakkaserne gehörige Garagen und Werkstattgebäude, die zunächst notdürftig als Hörsäle und Laboratorien umgebaut wurden. Nach und nach entstanden dann Erweiterungsbauten, die vor allem den Platzbedarf der physikalischen, chemischen und biologischen Institute deckten. Dabei gab es in den ersten Jahren immer wieder Verzögerungen.

Ende der 1950er-Jahre waren aber die Bauten der Physik und Chemie auf dem Gelände zwischen Jakob-Welder-Weg und Johann-Joachim-Becher-Weg vollständig und beherbergten die Institute. Während einzelne Neubauten angemessene und bedarfsgerechte Räumlichkeiten zur Verfügung stellten, waren andere Gebäudeteile eher provisorisch eingerichtet und entsprachen bald auch nicht mehr den an chemische Laboratorien zu stellenden Sicherheitsanforderungen. Um dem Platzbedarf der sich weiter entwickelnden Naturwissenschaftlichen Fakultät zu begegnen, wurde in den 1960er-Jahren der bereits erwähnte große Neubau der Naturwissenschaftlichen Fakultät geplant und gebaut, der 1968 bezugsfertig war und zunächst

Die Chemie und Physik der Makromoleküle als Schwerpunkt



*Das Einstein-Zitat an der Außenfassade des Physikalischen Instituts.
Foto: Matthias Müller,
Quelle: privat.*

die Mathematik, angewandte Physik, Meteorologie, Geowissenschaften, die Edelsteinforschung, die Geographie und das Rechenzentrum aufnahm.¹⁶ Zu dem großen Fakultätsgebäude gehört auch ein charakteristisches Auditoriumsgebäude, die sogenannte Muschel. Das Ensemble aus Naturwissenschaftlicher Fakultät und Muschel, das 2018 unter Denkmalschutz gestellt wurde,¹⁷ reichte aber wiederum bald nicht mehr aus, um mit der vor allem im Zuge der Universitätsreformen der frühen 1970er-Jahre einsetzenden Expansion der Gesamtuniversität Schritt halten zu können. So wurde neben dem großen und ansehnlichen Gebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät bereits Anfang der 1970er-Jahre ein ebenfalls großer, aber weniger ansehnlicher Sonderbau II errichtet.¹⁸

Die weitere Expansion des JGU-Campus jenseits des Johann-Friedrich-von-Pfeiffer-Wegs, dessen Teil zwischen Jakob-Welder-Weg und Anselm-Franz-von-Bentzel-Weg, also vor allem das Stück vor dem Institut für Kernchemie, posthum in Fritz-Straßmann-Weg umbenannt wurde, erzählt vor allem die Geschichte der Expansion der Naturwissenschaften an der JGU seit den 1960er-Jahren.

Das Institut für Kernchemie und der Forschungsreaktor TRIGA Mainz

Zwischen Jakob-Welder- und Johann-Joachim-Becher-Weg trifft man zunächst auf das Institut für Kernchemie, das unter der Ägide von Straßmann in den 1960er-Jahren gebaut wurde und bis heute den Forschungsreaktor TRIGA Mainz beherbergt.¹⁹ Die Errichtung des Kernchemischen Instituts sowie der Kauf und die Installation eines Forschungsreaktors auf einem Universitätsgelände zeigen, dass die Interessen und Intentionen einzelner Gründungsprofessoren zur Realisierung ihrer Vorhaben in der frühen Bundesrepublik im Allgemeinen und in Mainz im Besonderen auf ein günstiges Umfeld trafen. Für seine kernchemischen Forschungsarbeiten stieß Straßmann hier auf eine günstige Konstellation der Euphorie des Ausbaus der friedlichen Kernenergie im Nachkriegsdeutschland der 1950er- und 1960er-Jahre. Bereits Mitte der 1950er-Jahre war der damalige rheinland-pfälzische Kultusminister Albert Finck an Straßmann mit der Idee der Anschaffung eines kleinen Reaktors für die Universität Mainz herantreten,²⁰ aber Straßmann hatte damals noch mit dem Argument abgewunken, der Betrieb eines solchen Forschungsreaktors erfordere erstmal den Aufbau eines funktionierenden Instituts. Ende 1959 war Straßmann dann mit dem damaligen Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft Siegfried Balke in die USA gereist, um sich im ka-

ifornischen San Diego den von der US-amerikanischen Firma General Atomic entwickelten Forschungsreaktor TRIGA anzusehen. Dieser Reaktortyp mit einer thermischen Dauerleistung von 100 Kilowatt (kW) und einer Pulsspitzenleistung von 250 Megawatt (MW) zeichnet sich durch ein besonderes Sicherheitsprinzip aus, das bereits in der Zusammensetzung der Brennelemente begründet ist. Obwohl bald Finanzierungszusagen von Bund, Land und Universität vorlagen, dauerte es noch mehrere Jahre, bis der Forschungsreaktor am 3. August 1965 erstmals kritisch wurde. Die offizielle Inbetriebnahme 1967 erfolgte in jedem Fall zu spät, als dass Straßmann den Reaktor selbst noch ausgiebig für eigene Forschungen hätte nutzen können. Seit der ersten Inbetriebnahme wurde der Forschungsreaktor aber kontinuierlich für Forschungszwecke genutzt und dabei immer wieder den sich verschärfenden Sicherheitsvorschriften angepasst. Er hat in seinen nunmehr über 50 Jahren Betrieb mehr als 20.000 Pulse erlebt.²¹ Der TRIGA-Reaktor ist zur Zeit der einzige noch verbleibende Forschungsreaktor dieses Typs in Deutschland und neben zwei anders aufgebauten Forschungsreaktoren in Garching sowie dem noch bis Ende 2019 betriebenen Forschungsreaktor am Hahn-Meitner-Institut in Berlin die einzige Möglichkeit, reaktorbasierte Forschung in Deutschland betreiben zu können. So wurde und wird der TRIGA Mainz bei den Exzellenzclustern PRISMA und PRISMA+ genutzt. Er erfüllt nach wie vor eine wichtige Ausbildungsfunktion, eine nicht unwesentliche Aufgabe auch und gerade in Zeiten des Rückbaus der Kernenergie zugunsten regenerativer Energieformen. 2008 erhielt das Institut für Kernchemie einen zum Johann-Joachim-Becher-Weg hin gelegenen Erweiterungsbau. Direkt daneben wird zurzeit der Neubau Kernchemie errichtet.

Eine andere Expansion des Campusgeländes jenseits des jetzigen Fritz-Straßmann-Wegs entfaltete sich auf der anderen Seite des Johann-Joachim-Becher-Wegs. Es handelt sich um das Gelände des Mainzer Mikrotrons (MAMI). Da es im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich ist, allen Entwicklungen der Naturwissenschaften an der JGU der letzten 75 Jahre im Detail gerecht zu werden, soll hier die Entwicklung dieses Forschungsschwerpunkts in seiner Entwicklung exemplarisch etwas ausführlicher dargestellt werden.

Noch in die Mitte der 1950er-Jahre fiel der Entschluss, an der JGU ein eigenes Institut für Kernphysik zu gründen. Nachdem der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower 1953 sein Programm der friedlichen Nutzung der Kernenergie in seiner *atoms for peace*-Rede vor den Vereinten Nationen vorgestellt und die Bundesrepublik Deutschland nach Unterzeichnung der Pariser Verträge nicht mehr an die Beschränkungen der kernphysikalischen und kernchemischen Forschung durch Alliierte Kontrollratsgesetze gebunden war, führte die Gründung des Bundesministeriums für Atomfragen 1955 zu einer erheblichen Ausweitung der Fördermöglichkeiten auf diesem Gebiet durch den Bund. Universitätspolitisch wurde unter anderem ein erheblicher Ausbildungsbedarf im Bereich der Kerntechnik konstatiert. Dies wiederum stieß eine Reihe von Neugründungen kernphysikalischer Institute und Forschungseinrichtungen an.²² Auch in Mainz bemühte sich vor allem Rudolf Kollath bereits früh um die Gründung eines eigenen Kernphysikalischen Instituts, welches neben der kernphysikalischen Ausbildung vor allem dem Betrieb eines eigenen Elektronenbeschleunigers dienen sollte und so auch die weitere Verbindung von Universität und aus Bundesmitteln geförderter Kernforschung gewährleisten sollte.²³ Die Mainzer Initiative bedingte die Einrichtung eines Extraordinariats, auf das 1958 Herwig Schopper (der spätere Direktor des CERN) berufen wurde. Schopper wurde damit zugleich Direktor eines neugegründeten Instituts für Kernphysik und führte die Planungen des Neubaus fort. Zugleich bemühte er sich zusammen mit Hermann Wäffler vom benachbarten MPIC um Bundesmittel für den Erwerb eines Elektronen-Linearbeschleunigers für Mainz.²⁴ Nach Schoppers Wegberufung nach Karlsruhe nur wenige Jahre später wurde jedoch bereits zum Sommer 1961 Ehrenberg nachberufen, der in den Berufungsverhand-

Das Mainzer Mikrotron (MAMI)

lungen nicht nur noch weiter reichende Zusagen zur Unterstützung des Aufbaus eines Kernphysikalischen Instituts, dessen Kernaufgabe die Installation eines Elektronenbeschleunigers sein würde, sondern auch seine Ernennung zum Ordinarius durchgesetzt hatte.

Obwohl Kollath selbst in Mainz ein Mikrotron entwickelte und auch der ursprüngliche Beschleunigerantrag auf ein Betatron abzielte, hatten sich Schopper und Wäffler bereits auf einen Linearbeschleuniger geeinigt. Die Technologie der Zeit, die finanziellen und institutionellen Randbedingungen legten den Erwerb eines linearen Elektronenbeschleunigers nahe, also eines Geräts, das Elektronen innerhalb eines geraden, etwa 50 Meter langen evakuierten Rohres durch Durchlaufen eines Potenzialgefälles beschleunigt. Die wichtigsten Bestandteile eines solchen Beschleunigers konnten von einer französischen Firma, der Compagnie Générale de Télégraphie sans Fil (CSF), fertig erworben werden, der Aufbau vor Ort jedoch wurde von Mitarbeitern des Instituts vorgenommen, wobei bauliche Maßnahmen durch die Gute-Hoffnungs-Hütte durchgeführt wurden. Zunächst aber musste der von der Firma CSF gelieferte Beschleuniger in eigens dafür errichteten, speziell ausgestatteten Räumlichkeiten installiert werden, die teils unterirdisch angelegt wurden und bis zu zwei Meter dicke Betonwände erhielten. Der Kauf des Linearbeschleunigers und der Bau des Beschleunigerlabors konnten aus Bundesmitteln bestritten werden, wobei sich das Land und die Universität auch zur längerfristigen Unterstützung des Beschleunigerprojekts verpflichteten.²⁵

Ein experimentelles Projekt dieser Größenordnung stellte schon damals die Ressourcen einer Universität vor große Herausforderungen, und es wurde anfangs als ein Gemeinschaftsprojekt mit der Kernphysikalischen Abteilung des nahegelegenen Max-Planck-Instituts für Chemie unter Leitung ihres wissenschaftlichen Mitglieds Wäffler betrieben, das später bei laufendem Betrieb bis zu 50 Prozent der Strahlzeit für eigene experimentelle Untersuchungen nutzen konnte.

Die Erfahrungen, die das Team aus Physikern und Technikern bei dem Zusammenbau von Grund auf machte, sollten sich aber als sehr nützlich erweisen, als es später darum ging, einen neuen Beschleunigertyp aufzubauen. Zunächst nahm der Linearbeschleuniger nach zweijähriger Bauzeit 1963 bis 1965 und anschließender Testphase den Betrieb auf. Am 3. März 1967 wurde der fertige Beschleuniger durch den damaligen Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg und den rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister Eduard Orth feierlich eingeweiht.²⁶

Der erfolgreich installierte lineare Elektronenbeschleuniger lieferte seit 1967 in unerwartet verlässlicher Weise einen Elektronenstrahl, der zu der gewünschten Untersuchung kernphysikalischer Eigenschaften genutzt wurde und zu einer Vielzahl von Veröffentlichungen, aber auch Diplom- und Doktorarbeiten führte.

Das ungemein dynamische Gebiet der beschleunigerbasierten Kern- und Elementarteilchenphysik zeichnete sich von Anfang an durch eine schnelle Entwicklung aus, sodass Großprojekte bis heute nur für eine gewisse Zeit international konkurrenzfähig sind. Bereits während der Installation und dann während des Experimentierbetriebs des Linearbeschleunigers über die Jahre wurden zahlreiche und teils umfangreiche Umbauten und technische Modifikationen nötig, die von dem immer mehr Erfahrung sammelnden Team des Kernphysikalischen Instituts selbst vor Ort durchgeführt wurden.

Vor dem Hintergrund einer regen internationalen Entwicklung der Beschleunigertechnologie zeigten sich auch bald ernste Limitierungen dieses aus dem Jahr 1963 stammenden Linearbeschleunigertyps.²⁷ Zum einen wurden die Anforderungen an die Energieauflösung des Elektronenstrahls immer größer, um konkurrenzfähig Präzisionsmessungen durchführen zu können. Hier wurde zunächst versucht, durch einige eigens in Mainz entwickelte und getestete Modifikationen Verbesserungen zu erzielen. Ein ausführlicher Bericht über den technischen Stand des Beschleunigers von 1972 erwähnt etwa ein gerade in Entwicklung befindliches »Energie-Kompressions-System«, das dann in der Tat erfolgreich eingesetzt wurde und die Energieauflösung

erheblich steigerte.²⁸ In einem kurze Zeit später verfassten Bericht über dieses System wird der Mainzer Linearbeschleuniger von den Autoren selbst, mit einiger Selbstironie und vermutlich nicht ohne Schmunzeln der Beteiligten, mit dem Akronym »MUELL« für Mainz University Electron Linac und das neu entwickelte Energie-Kompressionssystem als »MALAISE« für Mainz Linear Accelerator Improving System bezeichnet.²⁹

Trotz erheblicher Verbesserungen an dem ursprünglichen Design zeigte sich mehr und mehr ein prinzipiell bedingter Nachteil des Linearbeschleunigers. Dieser bestand darin, dass mit dem Linearbeschleunigerprinzip jeweils nur ein kurzer, zeitlich begrenzter Elektronenstrahl erzeugt werden konnte, weil die Beschleunigung in dem linearen Rohr zu einer raschen Erwärmung der Rohrwände führte, deren Abkühlung jeweils erst wieder abgewartet werden musste, bevor ein neuer Elektronenpuls erzeugt werden konnte. Das zeitliche Verhältnis des nutzbaren Strahls zur Totzeit der Wiederabkühlung betrug nur 10^{-4} . Die gewünschten kernphysikalischen Untersuchungen erforderten aber, dass man sogenannte Koinzidenzmessungen durchführen konnte, die nur mit einem kontinuierlichen Elektronenstrahl möglich waren.

Nicht nur in Mainz wurde deshalb über neue Beschleunigerprinzipien nachgedacht, wobei eine Richtung dieser Überlegungen dahin ging, die Beschleunigerkomponenten bei sehr tiefen Temperaturen supraleitend zu machen, was die Wärmeentwicklung deutlich reduzieren würde. Die dazu nötige zusätzliche kryo- und vakuumtechnische Infrastruktur erwies sich aber für die Universität als schwer realisierbar, und so wurden in Mainz andere Möglichkeiten in Betracht gezogen.

Bereits 1972 meldeten Ehrenberg und sein Team den Ausbau und die Erweiterung des Linearbeschleunigers im Rahmenplan des seit 1969 bestehenden Hochschulbauförderungsgesetzes an, um wiederum mit Hilfe von Bundesmitteln das Mainzer Labor auch längerfristig konkurrenzfähig halten zu können. Zunächst wurde daran gedacht, den bestehenden Linearbeschleuniger durch Rückführung des Strahls und nochmaliges Durchlaufen der Beschleunigungsstrecke auf eine Endenergie von etwa 600 Megaelektronenvolt (MeV) aufzustocken. Aber die Rückführung des Strahls hätte aufwendige Umbauten des unterirdischen Laborgebäudes erfordert, und außerdem befürchtete man eine Beeinträchtigung der Qualität des Elektronenstrahls.

Weitere Überlegungen führten dann zu einer anderen Konzeption. Die Entwicklung der folgenden 20 Jahre wurde im Februar 1975 in einem nicht publizierten *Vorschlag zur Weiterentwicklung der physikalischen Arbeitsmöglichkeiten am Mainzer Elektronen-Linearbeschleuniger für den Zeitraum von 1975 bis 1990* niedergelegt. Eine etwas überarbeitete Fassung erschien 1976.³⁰ Dieser sehr technisch gehaltene Vorschlag sollte sich als außerordentlich weitsichtig erweisen. Es wurde angeregt, zusätzlich zu dem weiterhin benutzten Linearbeschleuniger einen neuen Beschleuniger zu bauen, der auf einem anderen Prinzip beruhte und in mehreren Stufen zu realisieren sein sollte.

Die Grundidee des neuen Vorschlags ist mit dem Begriff »Rennbahnmikrotron« anschaulich und recht treffend beschrieben. Um die Erwärmung der Beschleunigerrohre durch hohe Potenzialdifferenzen zu vermeiden, war die Idee, dass man die Elektronen immer wieder durch dieselbe relativ kurze Röhre mit nur kleiner Potenzialdifferenz beschleunigte, dann aber die Elektronen nach jedem Durchlauf durch Magnetfelder um 180 Grad umlenken und in die andere Richtung laufen lassen würde, um sie dann wiederum um 180 Grad abzulenken und erneut durch dasselbe Rohr ein weiteres Stück zu beschleunigen. Insgesamt liefen die Elektronen also wie auf einer Rennbahn, wobei sie jeweils auf derselben Beschleunigungsgeraden ein Stückchen energiereicher gemacht wurden.

Das technische Prinzip der Rennbahn erforderte es, die Elektronen in mehreren Stufen in verschiedenen Bahnen mit jeweils größeren Abmessungen und Magnetfeldern zu beschleunigen. Aus rein technischen Überlegungen ergab sich so ganz natürlich ein Konzept des stufenweisen Auf- und Ausbaus des Rennbahnmikrotrons, was sich aber auch für die Bewilligung und Finanzierung als sehr vorteilhaft erweisen sollte. Trotz



Der Strahlenführungstunnel des MAMI. Quelle: Institut für Kernphysik.

positiver Begutachtung des Mainzer Beschleunigerkonzepts erwies sich die weitere Finanzierung des neuen Beschleunigers nämlich als problematisch. Andere aus Bundesmitteln geförderte Beschleunigerprojekte waren von vornherein in eigenen Organisationsformen institutionalisiert worden und zwar entweder überregional (wie beim DESY in Hamburg) oder sogar international (wie beim CERN in Genf), und wieder andere Vorhaben waren vom Bund als Großforschungsprojekte installiert worden. Bei der Frage der möglichen Finanzierung des Mainzer Mikrotrons wurden daher zunächst ebenfalls alternative Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert. Die enge Verbindung zwischen einem Großapparat und einem Universitätsinstitut wurde jedoch als vorteilhaft angesehen, und so entwickelte sich das Mainzer Mikrotron als Modellfall für die Möglichkeit einer Großforschungsapparatur, die im institutionellen Rahmen einer Universität blieb.

Die erste Stufe des Mikrotrons wurde dann noch weitgehend mit Universitätsmitteln und Ressourcen des Instituts für Kernphysik sowie einem Planungsfonds des Bundesministeriums gebaut. In dieser ersten Stufe wurde eine erste Rennbahnstrecke eingerichtet, in der die Elektronen nach 20 Umläufen auf eine Energie von 14 MeV gebracht wurden. Diese erste Stufe wurde im April 1979 erfolgreich in Betrieb gesetzt und begründete das Vertrauen der Beteiligten, aber auch der wissenschaftlichen Community sowie der Finanzierungsinstitutionen in die Machbarkeit des weiteren Ausbaus. Dass Mainz mit dem bestehenden Linearbeschleuniger und der nun fertig gestellten ersten Stufe des innovativen Rennbahnkonzepts zur führenden Institution auf diesem Gebiet der Beschleunigertechnologie und zugehörigen kernphysikalischen Forschung gehörte, zeigte

sich unter anderem auch darin, dass im Sommer 1979 eine internationale Tagung der International Union of Pure and Applied Physics (IUPAP) zum Thema *Nuclear Physics with Electromagnetic Interactions* mit 336 Teilnehmern, 160 Tagungsbeiträgen und 50 eingeladenen Vorträgen an der JGU stattfand.

Der weitere Ausbau des nunmehr MAMI genannten »MAInzer Mikrotrons« ging im Wesentlichen so vonstatten, wie es in der ursprünglichen Planung von 1975 vorgeschlagen worden war. Im Jahr 1980 wurde ein Sonderforschungsbereich *Mittelenergiephysik mit elektronischer Wechselwirkung* vorläufig für zwei Jahre bewilligt.³¹ Bereits vier Jahre nach dem erfolgreichen Aufbau der ersten Rennbahn ging dann im Februar 1983 die zweite Rennbahnstufe in Betrieb, in der die Elektronen auf 180 MeV beschleunigt wurden. Diese erste als MAMI A bezeichnete Ausbaustufe lieferte auch den Finanzierungsinstitutionen und politischen Entscheidungsträgern gegenüber den Nachweis, dass die Beschleunigertechnologie des Rennbahnkonzepts nicht nur erfolgreich umzusetzen war, sondern begründete auch international einen Vorsprung in der Entwicklung der Beschleunigertechnologie im Mittelenergiebereich. Die zunächst als Notlösung angesehene Finanzierung durch einen Sonderforschungsbereich erwies sich nun als tragfähig, und der weitere Ausbau konnte längerfristig mit erheblichen außeruniversitären Mitteln erfolgen. So wurde Ende 1984 ein SFB installiert, der den Ausbau der dritten Stufe des Mainzer Mikrotrons ermöglichte. An ihm waren personell bis zu 100 Physiker und Physikerinnen beteiligt, und er umfasste institutionell außer den Mainzer Instituten für Kernphysik und für Physik sowie dem MPI für Chemie auch das Strahlencentrum in Gießen, das Heidelberger Max-Planck-Institut für Kernphysik sowie die Universitäten Glasgow und Edinburgh. Er lief bis 1998 und ermöglichte vor allem den Ausbau der nächsten Beschleunigerstufe gemäß dem Rennbahnkonzept. MAMI B wurde dann 1990 erfolgreich in Betrieb genommen und erreichte eine Teilchenenergie von 883 MeV bei einem Strom von 100 Mikroampere (μA).

Die Ausbaustufe MAMI B erwies sich als außerordentlich zuverlässig und ermöglichte für viele Jahre kernphysikalische Forschung in Mainz auf hohem internationalem Niveau. Mit einer durchschnittlichen Betriebsdauer von etwa 6.000 Stunden pro Jahr leistete es in den ersten 15 Jahren von 1990 bis 2005 eine Gesamtbetriebsdauer von 82.843 Stunden und war noch 2011 der weltweit größte Beschleuniger des Rennbahntyps.

Wie beim früheren Linearbeschleuniger wurden auch beim Mainzer Mikrotron der Ausbaustufe bis 840 MeV (MAMI B) bereits frühzeitig konzeptionelle Überlegungen angestellt, um die Leistung des Elektronenbeschleunigers weiter auszubauen und international konkurrenzfähig zu halten. Ende 1999 wurde daher der SFB 443 *Vielkörperstruktur stark wechselwirkender Systeme* installiert, der bis 2010 lief. Gleich nach Einrichtung dieses SFB wurde dann bereits im Jahr 2000 der Ausbau einer weiteren Stufe mit einer maximalen Endenergie von 1,5 Gigaelektronenvolt (GeV) bewilligt. Diese Ausbaustufe ging über das ursprüngliche Konzept des Rennbahnbeschleunigers hinaus. Dieses sah vor, dass die Elektronen in prinzipiell ähnlichen Stufen schrittweise auf immer höhere Energien beschleunigt werden sollten. Auch bei dem neuen Konzept sollte der Elektronenstrahl der letzten Rennbahn den Ausgangspunkt für die nächste Beschleunigerstufe bilden. Die hohe Energie dieser Stufe erforderte aber einige technische Innovationen. Kern der neuen Ausbaustufe, bei der die Elektronen nun auf beiden Längsstrecken beschleunigt werden, war die Frequenzabstimmung der auf den beiden Längsstrecken erforderlichen beschleunigenden Feldstärken, was dem Konzept den Namen »Harmonic Double-Sided Microtron« (HDSM) gab. Bautechnisch erforderte vor allem der Einbau von vier starken Magneten weitere Überlegungen und Konstruktionsbemühungen. Es gelang, die tonnenschweren Magnete dieser Ausbaustufe in frühere Experimentierhallen der vorhandenen Baulichkeiten millimetergenau einzufügen.³²

Auch die Inbetriebsetzung dieser Ausbaustufe im Jahr 2006 erfolgte ohne weitere Probleme und zeigte abermals, wie sehr die Mainzer Beschleunigergruppe durch den Betrieb der bisherigen Beschleuniger an

Erfahrung und Kompetenz gewonnen hatte.³³ Der Elektronenstrahl des HDSM-Beschleunigers von MAMI C liefert seither ebenso zuverlässig exzellente Bedingungen für Experimente mit Elektronenstreuung in der Hadronenphysik auf höchstem internationalem Niveau. Diese kernphysikalische Forschung wurde ab 2012 durch den SFB 1044 *The Low Energy Frontier of the Standard Model* unterstützt und führte zusammen mit den anderen physikalischen Experimenten zur Gründung des Exzellenzclusters PRISMA (Precision Physics, Fundamental Interactions and Structure of Matter), das seit 2012 an der JGU gefördert wird und erst 2018 in einem Folgeantrag PRISMA+ verlängert wurde.³⁴

Die langfristigen Investitionen in die Entwicklung und den Aufbau großer Experimentieranlagen ermöglichen in Mainz seit der Inbetriebnahme des von Ehrenberg aufgebauten Linearbeschleunigers Präzisionsexperimente auf dem Gebiet der Kern- und Elementarteilchenphysik. Die hier untersuchten Fragen sind vielfältiger Natur und werden auch im Verbund mit anderen Experimenten durchgeführt, so wie auch Mainz mit dem Betrieb des in seiner Technik einzigartigen Mainzer Mikrotrons mannigfaltige Experimentiermöglichkeiten für auswärtige Wissenschaftler_innen und Forschergruppen bietet. Ein weiterer Aspekt der in Mainz betriebenen physikalischen Grundlagenforschung ist dabei der Ausbau der theoretischen Physik sowie die Entwicklung der wissenschaftlichen Rechnerausstattung, sowohl was die Aufnahme und Auswertung der Daten betrifft als auch was die computergestützte theoretische Entwicklung von Modellen und Interpretationen der Daten angeht.

Eine Weiterentwicklung der Beschleunigertechnologie erfordert immer neue konzeptionelle Innovationen. Seit einiger Zeit wird daher im Rahmen des Exzellenzclusters PRISMA+ in Mainz ein neuer Beschleuniger gebaut, der unter dem Akronym MESA (Mainz Energy-Recovering Superconducting Accelerator) bekannt ist. Die Installation erfordert wiederum einige Umbaumaßnahmen, die zurzeit auf dem Gelände des MAMI durchgeführt werden. Strahlbetrieb und Datennahme sind ab 2023 vorgesehen.

Der Neubau der chemischen Institute

Der Bau und Betrieb des Linearbeschleunigers und der ersten Stufen des MAMI erfolgten in enger Zusammenarbeit und Kostenteilung mit dem Max-Planck-Institut für Chemie. Dessen Gebäude befanden sich ja in unmittelbarer Nachbarschaft des MAMI-Geländes auf der anderen Seite des Johann-Friedrich-von-Pfeiffer-Wegs.

In den frühen 1980er-Jahren bezog das MPIC einen weiteren Neubau an der Ecke Johann-Friedrich-von-Pfeiffer-Weg, Johann-Joachim-Becher-Weg zum Gelände des MAMI hin. Das gesamte MPIC zog dann aber 2012 in seinen jetzigen Neubau am Hahn-Meitner-Weg 1.

Die universitären chemischen Institute waren in den 1950er-Jahren auf der ersten Erweiterung des Kasernengeländes zwischen den beiden Achsen Jakob-Welder-Weg und Johann-Joachim-Becher-Weg durch Neubauten ausgebaut worden.

Eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Situation der Chemie aus dem Jahr 1994 konstatierte dann aber den partiell »katastrophalen« Zustand der vorhandenen, zum Teil noch aus Kriegszeiten stammenden Baulichkeiten sowie einen erheblichen Raumbedarf an geeigneten Laboratorien, Lagerfläche, Hörsälen, Praktikumsplätzen etc.³⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren die chemischen Einrichtungen hauptsächlich in den heute nicht mehr bestehenden oder nicht mehr benutzten Gebäuden zwischen Jakob-Welder-Weg und Johann-Joachim-Becher-Weg untergebracht.

In der Folge gelang es dann in der Tat, eine weitere Expansion der Campusbebauung vorzunehmen, die nun das Gebiet jenseits des Staudingerwegs für die Naturwissenschaften, vor allem aber für die Chemie nutzbar machte. Bereits Mitte der 1980er-Jahre waren die Kreuzbauten Staudingerweg 7 und 9 sowie Duesbergweg 6 errichtet und bezogen worden. Sie dienen vor allem der Physik und der Mathematik sowie der

Physiologischen Chemie. Bereits Mitte der 1970er-Jahre hatte der Fachbereich Pharmazie einen Neubau am Staudingerweg 3 bezogen.

In unmittelbarer Nähe zu den Neubauten der Mathematik und Physik und hinter der neuen Zentralmensa entstand dann in den späten 1990er-Jahren ein großer neuer Gebäudekomplex, der bis heute einen Großteil der Chemie beherbergt. Dieser Neubau der Chemie hat zudem den räumlichen Vorteil, dass er in unmittelbarer Nähe zu den Neubauten der Max-Planck-Institute liegt.³⁶

Gegenüber dem Gelände des MAMI, an der Südseite des Campus, erstreckt sich der Botanische Garten der Universität.³⁷ Obwohl quellenmäßig nicht dokumentiert, muss die Anlage eines solchen Botanischen Gartens von Anfang an Gegenstand der Berufungsverhandlungen des Gründungsrektors Schmid mit dem Botaniker Wilhelm Troll gewesen sein.³⁸ Denn bereits in seiner Berufungsurkunde vom Mai 1946 erhielt Troll die Aufgabe, den Aufbau und die Leitung des Botanischen Gartens zu übernehmen.³⁹ Zusammen mit dem ersten Technischen Leiter des Gartens, Max Top, erfüllte Troll diese ihm zugeordnete Aufgabe vor allem mit Blick auf die Dokumentation einer möglichst breiten Auswahl an Pflanzenarten und Artenreichtum. Für den Garten erwiesen sich die der Flakkaserne zugehörigen Grundstücke als ungeeignet, da der Oberboden beim Bau der Kaserne

Der Botanische Garten

Der Botanische Garten der Universität Mainz ist Lebensraum zahlreicher Pflanzen aus verschiedenen Erdteilen, hier im Jahr 2009. Foto: Thomas Hartmann, Quelle: JGU.



großflächig abgetragen worden war. Nach einigen Verhandlungen konnte aber im Dezember 1948 erreicht werden, dass das Gelände des jetzigen Botanischen Gartens von den katholischen Pfarrgemeinden St. Peter und St. Emmeran gegen Gelände des noch heute bestehenden Universitätsfonds eingetauscht wurde. Von dem ursprünglich 65.000 Quadratmeter großen Gelände wurden damals 12.500 Quadratmeter abgezogen, die sich die Gemeinden für den Bau einer Kirche vorbehielten. Nachdem sich dieser Plan nicht verwirklichte, kaufte die Universität dieses Areal ebenfalls und schlug es dem Sportgelände zu.

Nachdem in den ersten Jahren auch Kartoffeln und Bohnen für die Versorgung der Mensa angebaut worden waren, konnten bereits 1948 die ersten Gewächshäuser in Betrieb genommen werden. Ein weiterer Ausbau mit dem bis heute größten Gewächshaus wurde möglich, nachdem Troll 1953 einen Ruf nach Berlin gegen Zusagen der Universitätsverwaltung abgesagt hatte. Es folgten nur noch kleinere Gewächshäuser, die anders als an vielen anderen Universitätsgärten auch nicht als Schaugewächshäuser ausgelegt wurden. 1999 erfolgte der Bau eines Tropengewächshauses.

War der Botanische Garten in den ersten Jahrzehnten vor allem wissenschaftlich geprägt und genutzt, so erfuhr er in den 1990er-Jahren eine Umwandlung seines Profils. Durch den Bau des heutigen Hanns-Dieter-Hüsch-Wegs im Jahr 2005 wurde eine Umgestaltung nötig, in dessen Folge ein zwischenzeitlich als Steppengelände genutztes Stück geschlossen wurde. Anknüpfend daran wurde ein neuer Themenschwerpunkt *Kultur- und Naturlandschaften von Rheinland-Pfalz* geschaffen. Nach wie vor leistet der Garten damit zentrale Dienste im Bereich universitärer Forschung und Lehre sowie der Information einer breiten Öffentlichkeit über die Bedeutung biologischer Diversität und Artenvielfalt.

Die Lebenswissenschaften

Zu den Erstberufungen des Gründungsrektors Schmidts gehörten neben Troll auch die Zoologen Wolfgang Freiherr von Buddenbrock-Hettersdorf und Wilhelm Ludwig, die Anthropologen Egon Freiherr von Eickstedt und Frédéric Falkenburger sowie der Pharmazeut Hans Rochelmeyer. Diese Berufungen orientierten sich an einer allgemeinen Einteilung der akademischen Biologie in Botanik und Zoologie sowie Anthropologie. Falkenburgers Berufung führte zu einem Institut für menschliche Stammesgeschichte und Biotypologie, deren Schwerpunktsetzung durch ein 1958 gegründetes Institut für Genetik ausgebaut und fortentwickelt wurde. Eine Mainzer Besonderheit, der regionalen Situation entgegenkommend, war die Berufung von Ferdinand Radler 1966 auf einen neugegründeten Lehrstuhl für Mikrobiologie und Weinwissenschaft.⁴⁰ Die Weinforschung gehört seitdem zu einem kontinuierlich betriebenen Lehr- und Forschungsgebiet an der JGU.

Die Arbeitsschwerpunkte der früh berufenen Gründungsprofessoren sowie der später hinzu Berufenen differenzierten sich auch hier im Laufe der Jahrzehnte weiter aus. Nach der Aufteilung der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Fachbereiche gliederte sich der Fachbereich 22 (Biologie) in die Institute für Allgemeine Botanik und für Spezielle Botanik. In das Letztere war auch der Botanische Garten integriert. Hinzu kamen Institute für Anthropologie, für Weinforschung sowie für Genetik. Die grundlegende Wandlung, die die Lebenswissenschaften in den letzten Jahren durch die zunehmende Fokussierung auf molekulare und genetische Grundlagenforschung genommen hat, zeigt sich deutlich auch in der Entwicklung dieses Fachgebiets an der Mainzer Universität. So gab es vor der Fachbereichsneuordnung im Jahr 2005 bei der der Fachbereich Biologie im Wesentlichen unverändert blieb, bereits eine erhebliche Ausdifferenzierung der internen Strukturen. Neben den botanischen Instituten war das Zoologische Institut in mehrere Abteilungen gegliedert, nämlich in eine Abteilung für experimentelle Morphologie, molekulare Tierphysiologie, Neurobiologie, systematische Zoologie und Ökologie. Dazu gab es eine allgemeine Abteilung Molekulare Zellbiologie, die auch die Biologieausbildung der Mediziner leistete. Zu den Instituten für Genetik, für Anthropologie und für Weinforschung

kamen Institute für Molekulargenetik, Gentechnologie, Sicherheitsforschung und Beratung sowie ein Institut für Molekulare Biophysik hinzu.

Vor allem die Institute für Genetik und für Molekulargenetik hatten Ende der 1960er-Jahre bereits einen Neubau hinter dem Forschungsreaktor zwischen Johann-Joachim-Becher-Weg und Jakob-Welder-Weg beziehen können. Dennoch war der Raumbedarf unvermindert dringend. Und trotz eines Anfang der 1970er-Jahre erstellten Behelfsgebäudes (SB I) zwischen Johann-Joachim-Becher-Weg und Jakob-Welder-Weg am Staudingerweg blieb die Raumlage prekär.

Neben dem Institut für Genetik, schräg gegenüber dem Gebäude der Kernphysik, am Johann-Joachim-Becher-Weg 30a, liegt ein Gebäude, dessen Einrichtung seinerzeit viel Beachtung fand und kontrovers diskutiert wurde.⁴¹ Ausgangspunkt war ein Mangel an Laborräumen für die Biologie zusammen mit einer angespannten Haushaltsslage, die bauliche Investitionen sehr erschwerte. Als ein Ausweg aus dieser Misere wurde 2006 die verstärkte Zusammenarbeit von öffentlichen mit privaten Institutionen gesehen, den sogenannten Public-Private Partnerships. Die GENTERprise GENOMICS Gesellschaft für Genanalyse und Biotechnologie mbh wurde 1998 von Mitgliedern und Absolventen der JGU als spin-off-Unternehmen gegründet und aus dem Institut für Molekulargenetik ausgegliedert. Hauptgesichtspunkt dieser Unternehmensgründung war die Beratung und Dienstleistung im Bereich der kommerziellen DNA-Analytik. 2005 wurde dann in einem vielbeachteten Pilotprojekt ein Baugrundstück auf dem Hauptcampus an die Firma in einem auf 50 Jahre angelegten Pachtvertrag mit der Vereinbarung zur Verfügung gestellt, dass die Firma auf diesem Gelände ein Gebäude errichtet, das zu 50 Prozent von der Universität mitgenutzt werden konnte. Das Gebäude wird seit 2008 von der StarSeq GmbH, ihrerseits ein spin-off der GENTERprise, das 2004 das operative Geschäft der Mutterfirma übernahm, genutzt und unterhalten. Es ist das einzige Projekt einer solchen öffentlich-privaten Kooperation dieser Art auf dem Campus der JGU geblieben.

Andere private Förderungsformen der Wissenschaft haben den Campus sich weiter entwickeln lassen. Die 1977 von Hubertus Liebrecht, einem Mitglied der Gesellschafterfamilie des Unternehmens Boehringer Ingelheim, gegründete Boehringer Ingelheim Stiftung ist eine gemeinnützige, rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Die Stiftung beschloss 2009, die Errichtung eines Exzellenzzentrums für Lebenswissenschaften mit einer Gesamtsumme von 100 Millionen Euro über zehn Jahre zu fördern.⁴² Das Land Rheinland-Pfalz unterstützte das Projekt mit dem Bau eines 45 Millionen Euro teuren modernen Labor- und Unterrichtsgebäudes von über 6.000 Quadratmetern Nutzfläche, das im Frühjahr 2011 am Ackermannweg 4 in Betrieb genommen werden konnte. Das Institut für Molekulare Biologie arbeitet seitdem als universitäres Forschungsinstitut, dessen wissenschaftliche Mitglieder von der Lehre freigestellte Angehörige der Universität sind, auf dem Gebiet der Entwicklungsbiologie und der Epigenetik.⁴³

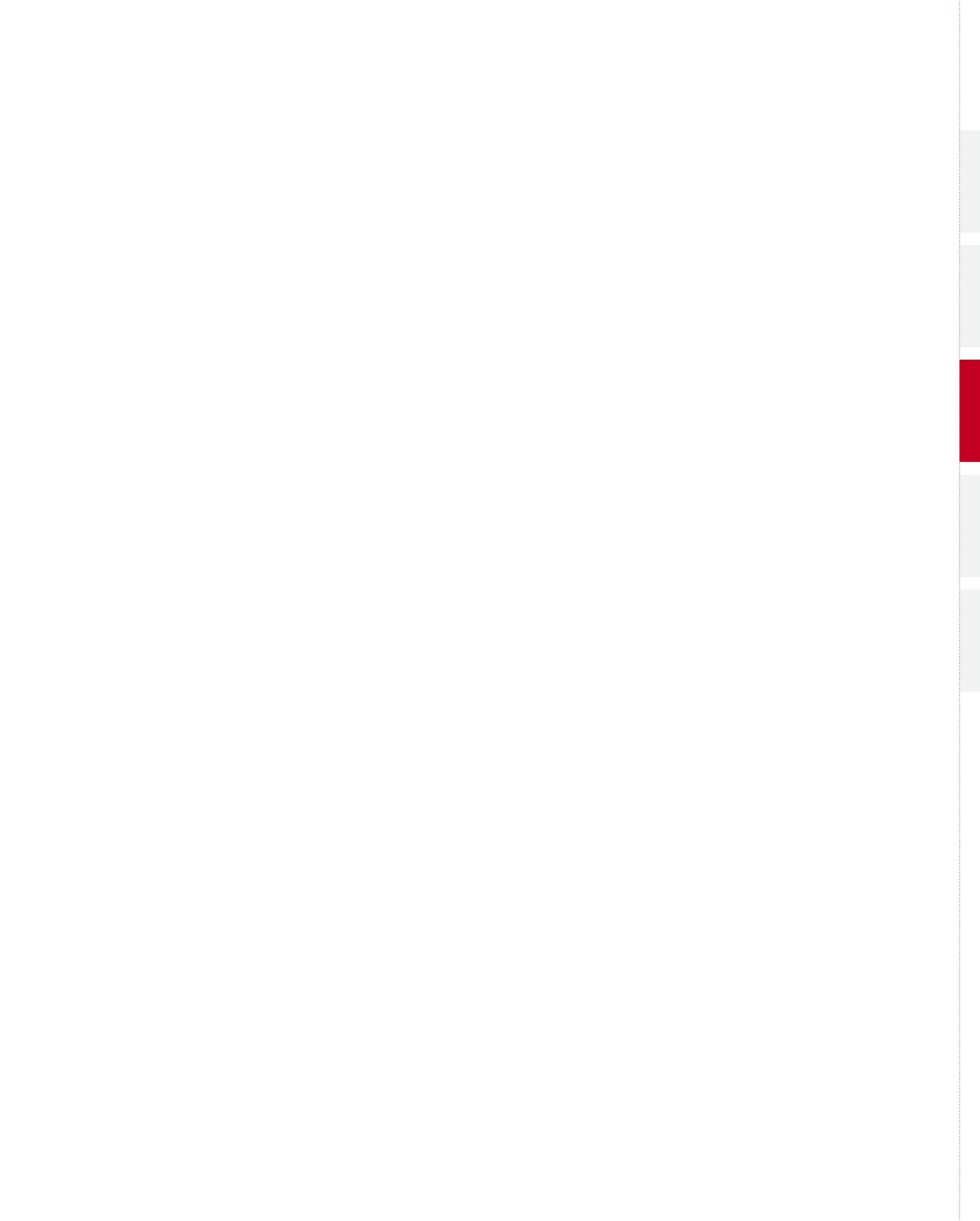
Seit Januar 2017 ist die Biologie in drei Institute gegliedert: das Institut für Organismische und Molekulare Evolutionsbiologie (IOME), das Institut für Entwicklungsbiologie und Neurobiologie (IDN) und das Institut für Molekulare Physiologie (IMP). Hinzu kommen als externe Institute das Institut für Biotechnologie und Wirkstoff-Forschung (IBWF) sowie das Institut für Molekulare Biologie (IMB). Zusammen mit einem Neubau der Anthropologie am Eingang des Botanischen Gartens stehen den drei Instituten seit kurzem zwei neu errichtete moderne Bauten am Hanns-Dieter-Hüsch-Weg zur Verfügung, die sich zwischen dem Botanischen Garten und dem 2011 bezogenen modernen Tierhaus zur Unterbringung der in der biologischen und medizinischen Forschung vielfältig benötigten Versuchstiere befinden. Bei der Errichtung dieser Gebäude des Fachbereichs 10 trat die Universität als Bauherrin in Funktion.

Resümee

Die Naturwissenschaften an der Universität Mainz haben sich von den Anfängen der ersten Berufungen der Gründungsprofessoren unmittelbar nach dem Krieg zu einem breit ausgebauten, vielfältig ausdifferenzierten und hochgradig arbeitsteilig organisierten Lehr- und Forschungsbetrieb entwickelt. Die grüne Wiese hinter den ehemaligen Flakbauten ist heute ein Zentrum naturwissenschaftlicher universitärer Lehre und Grundlagenforschung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Just/Mathy: Universität, S. 51, S. 53 u. S. 141.
- 2 Zu Josef Schmid vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 2.11.2020).
- 3 Vgl. Krafft (Hrsg.): Mathematik.
- 4 Pressemitteilung *Exzellenzcluster PRISMA+ setzt Spitzenforschung an eigenem Beschleuniger und in internationalen Großexperimenten mit Bund-Länder-Förderung fort* der JGU vom 9.5.2019, URL: https://www.uni-mainz.de/presse/aktuell/8479_DEU_HTML.php (abgerufen am 5.8.2020).
- 5 Vgl. die Informationen auf der Homepage des IMB, URL: <https://www.imb.de/about-imb/aboutintroduction> (abgerufen am 5.8.2020) u. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 115/452, Memorandum über die Gründung des Helmholtz-Instituts Mainz vom 9.6.2019.
- 6 Vgl. Krafft (Hrsg.): Mathematik.
- 7 Vgl. die Studierendenzahlen auf den Seiten von Planung und Controlling der Universität Mainz, URL: <https://www.puc.verwaltung.uni-mainz.de/standardberichte/studierendenzahlen-der-aktuellen-einschreibephase/> (abgerufen am 5.8.2020).
- 8 Vgl. Görges: Fakultät, S. 63 u. Krafft: Anhang, S. 96.
- 9 Zu Horst Falke und Ernst Baier vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 2.11.2020).
- 10 Vgl. Rohrbach: Fachbereich, S. 9f. Zu Hans Rohrbach vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 22.7.2020).
- 11 Zu Hans Ehrenberg vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 2.11.2020).
- 12 Zu Günter Victor Schulz, Werner Kern u. Erhard Wolfgang Fischer vgl. die Informationen in ebd.
- 13 Vgl. UA Mainz, S6/528, Denkschrift *Max Planck Institute for Polymer Research 2000*, S. 7. Siehe hierzu auch den Beitrag von Bernhard Dietz in diesem Band.
- 14 Siehe hierzu die Beiträge von Horst Kant und Stefanie Martin in diesem Band.
- 15 Vgl. Krafft (Hrsg.): Mathematik u. ders.: Schatten.
- 16 Vgl. Görges: Fakultät, S. 63.
- 17 Vgl. Braun: Mainz: Drei Gebäude auf dem Campus der Johannes Gutenberg-Universität unter Denkmalschutz? In: AZ, 4.1.2018, URL: https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/mainz-drei-gebäude-auf-dem-campus-der-johannes-gutenberg-universität-unter-denkmalschutz_18427746 (abgerufen am 5.8.2020).
- 18 Siehe hierzu auch den Beitrag von Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 19 Vgl. Krafft: Schatten, S. VIII.
- 20 Vgl. ebd., S. 419. Siehe hierzu auch den Beitrag von Horst Kant in diesem Band.
- 21 Der 20.000te Puls fand am 1.10.2015 im Rahmen von Testmessungen für einen Detektor von ultrakalten Neutronen statt. Vgl. [o. V.]: TRIGA Mainz reaches world record of 20,000 pulses in 50 years, phys.org, 13.10.2015, URL: <https://phys.org/news/2015-10-triga-mainz-world-pulses-years.html> (abgerufen am 4.8.2020).
- 22 Vgl. Schmidt-Rohr: Teilchenbeschleuniger u. ders.: Laboratorien.
- 23 Zu Rudolf Kollath vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 2.11.2020).
- 24 Zu Herwig Schopper und Hermann Wäffler vgl. die Informationen in ebd.
- 25 Vgl. Ehrenberg: 300 MeV-Elektronen-Linearbeschleuniger, S. 32.
- 26 Ebd., S. 30.
- 27 Vgl. Schmidt-Rohr: Teilchenbeschleuniger.
- 28 Vgl. Ehrenberg u. a.: Elektronenstreu-Apparatur.
- 29 Vgl. Herminghaus/Kaiser: Design.
- 30 Vgl. Herminghaus u. a.: Design.
- 31 UA Mainz, Best. 125/105, Senatsprotokoll vom 18.12.1981.
- 32 Vgl. Dehn u. a.: MAMI C.
- 33 Vgl. [o. V.]: 20 Jahre Mainzer Mikrotron. In: Jogu 36 (2005), Nr. 194, S. 20.
- 34 Vgl. u. a. Pressemitteilung *Exzellenzcluster und Graduiertenschule an JGU erhalten Millionenförderung* des Landes Rheinland-Pfalz der JGU vom 15.6.2012, URL: <https://www.rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/exzellenzcluster-und-graduiertenschule-an-jgu-erhalten-millionenforderung/> (abgerufen am 9.3.2020) u. Lassay: Viel Geld für Forschung: Universität Mainz erhält 2019 erneut Exzellenz-Förderung. In: AZ, 27.9.2018, URL: https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/viel-geld-fur-forschung-universitat-mainz-erhalt-2019-erneut-exzellenz-forderung_19086413 (abgerufen am 9.3.2020).
- 35 UA Mainz, S6/4, Denkschrift *Die chemischen wissenschaftlichen Einrichtungen des Fachbereichs Chemie und Pharmazie. Lehre, Forschung, Ausstattung. Februar 1994*, S. 55. Auf den Seiten 24–28 findet sich dort eine detaillierte Aufstellung der Mängel der Gebäude.
- 36 Vgl. Kita: Neubau Chemie, S. 115.
- 37 Für das Folgende vgl. Omlor: Pflanzen.
- 38 Zu Wilhelm Troll vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 2.11.2020).
- 39 Vgl. UA Mainz, Best. 64/68, Berufungsurkunde von Wilhelm Troll zum ordentlichen Professor an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz vom 22.5.1946.
- 40 Zu Wolfgang Freiherr von Buddenbrock-Hettersdorf, Wilhelm Ludwig, Egon Freiherr von Eickstedt, Frédéric Falkenburger, Hans Rochelmeyer und Ferdinand Radler vgl. die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 2.11.2020).
- 41 Vgl. Lassay: Den Genen auf der Spur. In: AZ, 8.1.2019, URL: https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/den-genen-auf-der-spur_19885949 (abgerufen am 5.8.2020).
- 42 Krausch: Der Geist braucht Freiheit. In: Jogu 40 (2009), Nr. 209, S. 3.
- 43 Vgl. UA Mainz, S8/289, Institute for Molecular Biology Annual Report 2011, S. 2f.



Musik an der JGU

Integrationsfaktor mit internationaler Strahlkraft

Klaus Pietschmann

Die Rolle der Musik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) ist für die Maßstäbe einer deutschen Universität ungewöhnlich prominent. Dass sich neben einem Collegium musicum und einer Abteilung für Musikwissenschaft auch eine Hochschule für Musik unter dem gemeinsamen universitären Dach befindet, ist in dieser Form ansonsten nur noch in Münster der Fall. Während andernorts Musikhochschulen zumeist unabhängig sind und allenfalls auf dem Sektor der Musiklehrerausbildung gelegentlich mit universitären musikwissenschaftlichen Instituten gemeinsame Studiengänge anbieten, ist die Mainzer Hochschule für Musik ein Teil der Universität und ebenso wie die Kunsthochschule auf der Ebene der Fachbereiche angesiedelt. Auch wenn der Weg zur heutigen Situation keineswegs geradlinig verlief und nicht immer ungeteilte Zustimmung fand, kam der wissenschaftlichen und praktischen Beschäftigung mit Musik an der JGU stets eine erhebliche Rolle zu, die durch eine enge Verzahnung lokal, überregional und international ausstrahlender Aktivitäten gekennzeichnet war und ist. Von Beginn an war dabei die Überzeugung leitend, dass die breite Verankerung der Musik in wissenschaftlicher wie künstlerischer Lehre und Forschung von essentieller Bedeutung ist und als Markenzeichen der JGU gelten kann.

Weichenstellungen der Anfangszeit

Richtungsweisend war die bereits bei der Wiederbegründung der Universität im Mai 1946 gefällte Entscheidung, a priori ein musikwissenschaftliches Institut einzurichten – ein Sonderfall innerhalb der deutschen Universitätsgeschichte der Nachkriegszeit.¹ Als wichtige Weichenstellung erwies sich auch die Besetzung des neu geschaffenen Lehrstuhls mit dem zuvor in Breslau tätigen Arnold Schmitz. Ausschlaggebend war hinsichtlich der Berufung des (fach-)politisch im »Dritten Reich« nicht hervorgetretenen Wehrmachtsoffiziers Schmitz offenbar neben dem hohen wissenschaftlichen Ansehen seine erfolgreiche Aufbauarbeit in Breslau, sein stets offenes Bekenntnis zum Katholizismus sowie nicht näher rekonstruierbare Verbindungen zu dem Theologen und ersten gewählten Rektor der JGU, August Reatz.² Dass Schmitz' Erinnerungen zufolge neben einer intensiven Pflege des Studium generale »geistesgeschichtliche Forschungs- und Lehrziele etwa im Sinne Wilhelm Diltheys innerhalb der Phil. Fakultät angestrebt werden sollten« und dabei »Musikgeschichte nicht ausgelassen werden«³ konnte, steht ganz im Einklang mit der prominenten Rolle, die die französische Besatzungsmacht der Musik im Kontext ihrer Umerziehungs- und Kulturpolitik beimaß.⁴ In der Folge erwies sich Schmitz nicht nur als charismatischer Lehrer, sondern auch als prägender Wissenschaftler und kluger Fachpolitiker. Exemplarisch zu nennen ist hier seine zum Bach-Jahr 1950 erschienene Monografie *Die Bildlichkeit der wortgebundenen Musik Johann Sebastian Bachs*, die nicht nur richtungsweisend für die Bachforschung war, sondern als erster Titel der Reihe *Neue Studien zur Musikwissenschaft* der



1949 gegründeten Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur erschien. Schmitz legte damit den Grundstein für die enge, bis in die Gegenwart andauernde Kooperation zwischen der universitären Musikwissenschaft und der Akademie, zu deren zentralen Profilmerkmalen heute die zahlreichen, von ihr betreuten musikwissenschaftlichen Projekte zählen. Neben diesem wissenschaftlichen und auch inneruniversitären Engagement, dessen Erfolg sichtbarsten Niederschlag in Schmitz' zweimaliger Wahl zum Rektor der Universität fand, machte er es sich insbesondere zur Aufgabe, die akademische Musikpflege und die Schulmusikausbildung zügig aufzubauen.

Die Abbildungen zeigen Arnold Schmitz am Flügel während einer Vorlesung und Impressionen von der Einweihungsfeier des Staatlichen Instituts für Musik im November 1954. Quelle: Privatsammlung Lambert.

Zum Zeitpunkt der Neugründung der JGU war die Verknüpfung der Schulmusikausbildung mit dem Musikwissenschaftsstudium eine vergleichsweise junge und keineswegs unumstrittene Entwicklung. Während etwa der Reformers des preußischen Musikwesens, Leo Kestenberg, in den 1920er-Jahren für die Gleichstellung des künstlerischen und wissenschaftlichen Prüfungsamts eingetreten war, setzten die Schulbehörden zunehmend wissenschaftliche Studienanteile sowie ein zweites wissenschaftliches Fach für musikalische Studienräte durch. In Mainz war bis zum Zweiten Weltkrieg die Musiklehrerausbildung entsprechend dem älteren Modell in der Schulmusikabteilung des Peter-Cornelius-Konservatoriums (PCK, zeitweise Städtische Musikhochschule Mainz) angesiedelt und rein künstlerisch ausgerichtet gewesen. Aufgrund der Zerstörung des Gebäudes in der Mittleren Bleiche am 13. August 1942 samt Bibliothek und Musikinstrumenten wäre eine Wiederherstellung der Musikhochschule in der bisherigen Form kurzfristig kaum möglich gewesen.⁵ So legte das Konservatorium längerfristig den Schwerpunkt auf die Jugendmusikschule und die Berufsausbildung für Orchestermusiker_innen und Sänger_innen, während Arnold Schmitz die Ausbildung für das Lehramt Musik an Realschulen und Höheren Schulen in das Lehrangebot des neugegründeten Musikwissenschaftlichen Instituts integrierte. Damit verfuhr er analog zu seinem nach 1931 erfolgreich umgesetzten Ausbau des Breslauer Musikalischen Instituts, wo eine enge Verbindung der künstlerischen mit der wissenschaftlichen Ausbildung der Studierenden sowohl der Musikwissenschaft als auch der Schulmusik erzielt worden war.⁶ Unterstützt

Vom Staatlichen Hochschulinstitut zur Hochschule für Musik

wurde Schmitz bei seiner Mainzer Aufbauarbeit durch Ernst Laaff, der 1933 in München im Fach Musikwissenschaft promoviert worden war und bald darauf im Mainzer Musikverlag Schott Anstellung gefunden hatte. Nebenamtlich und ab 1948 als Honorarprofessor garantierte er gemeinsam mit Schmitz während der ersten Semester das Lehrangebot sowohl im Fach Musikwissenschaft als auch im Seminar für künstlerische Erziehung, das neben der Kunsterziehung auch die Schulmusikausbildung abdeckte.⁷ Bereits im April 1948 wurde letztere im neu gegründeten Staatlichen Institut für Musikpflege (seit 1950 Staatliches Institut für Musik) unabhängig institutionalisiert und im Januar 1949 unter Laaffs Leitung (seit 1956 hauptamtlich) gestellt.⁸ Der dritte Protagonist dieser Frühphase, Georg Toussaint, setzte sich als Schmitz' Student der ersten Stunde und vor allem nach 1949 als dessen wissenschaftlicher Assistent für eine angemessene Unterbringung des Instituts ein. Er erwirkte den Erwerb der Ruine der Firma Teppich-Ganz am Binger Schlag durch die Universität und nahm intensiv Anteil am Neubau.⁹ Im November 1954 konnten die Räume bezogen werden, die für die folgenden 50 Jahre in Benutzung bleiben sollten. Auch am neuen Standort vorrangig war die gemeinsam mit dem Musikwissenschaftlichen Institut betriebene Ausbildung von Lehrkräften für das Fach Musik für die Höheren Schulen, Mittelschulen, Jugend- und Volksmusikschulen sowie Privatmusiklehrern, doch traten Fortbildungen für musikinteressierte Volksschullehrer, Chorleiterausbildung, katholische Kirchenmusik sowie rhythmische Erziehung hinzu. Laaff etablierte bis zu seiner Pensionierung 1972 gemeinsam mit Toussaint, seinem Stellvertreter ab 1954 und dann Nachfolger, und im engen Schulterschluss mit dem Musikwissenschaftlichen Institut auch über Schmitz' Emeritierung 1961 hinaus eine als Mainzer Schule gerühmte, weit ausstrahlende Schulmusikausbildung.

Mit der Erweiterung des Lehrangebots um verschiedene Instrumentalfächer einher gingen die Bemühungen um den Ausbau des Instituts zur Musikhochschule. Wiederum war es Schmitz, der 1956 zum Einzug des PCK in dasselbe Gebäude erstmals die Hoffnung äußerte, beide Einrichtungen mittelfristig »zur Hochschule für Musik verschmelzen«¹⁰ zu lassen. 1961 erfolgte immerhin die Aufwertung zum Staatlichen Hochschulinstitut für Musik, doch die weitergehenden Bemühungen um die Errichtung einer eigenständigen Musikhochschule im Zuge der rheinland-pfälzischen Hochschulreform 1970 scheiterten. Auch eine Unterschriftenaktion, an der sich neben zahlreichen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, öffentlichem Leben und Musikbetrieb auch prominente Komponisten wie Krzysztof Penderecki, György Ligeti, Carl Orff, Werner Egk und Heinrich Sutermeister beteiligten,¹¹ konnte nicht verhindern, dass 1972 die Wiedereingliederung des Hochschulinstituts in die Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Fachbereich Musikerziehung erfolgte – ein innerhalb der bundesdeutschen Hochschullandschaft der Zeit in dieser Form singulärer Vorgang.

Im Zuge der Neufassung des Hochschulgesetzes im Jahr 1978 unternahm Toussaint als Dekan des Fachbereichs gemeinsam mit weiteren Kollegen einen neuen Versuch, das Land zur Einrichtung einer Musikhochschule zu bewegen. Rheinland-Pfalz war mittlerweile das letzte Bundesland ohne eigenständige Musikhochschule. Dass die Stadt die berufsbildende Abteilung am PCK aufzugeben beabsichtigte, schien den neuerlichen Vorstoß zu begünstigen. Allerdings beharrte das Ministerium auf der Ansicht, dass der reklamierte Bedarf so nicht gegeben beziehungsweise innerhalb der bestehenden Fachbereichsstruktur zu decken sei. Zu diesen Sachverhalten bezog die Kultusministerin Hanna-Renate Laurien differenziert Stellung und stellte eine Verbesserung der Ausstattung bis hin zu einem Neubau in Aussicht.¹² In der Folge kam es, auch angesichts wachsender Studierendenzahlen, zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Planstellen und einem Ausbau der Professuren sowie damit verbunden zu einer Erweiterung des Lehrangebots und der Einrichtung künstlerischer Studiengänge, die 1986 zur Umbenennung in Fachbereich 25 Musik führte.

Mit dem Regierungswechsel 1991 neuerlich aufkeimende Hoffnungen auf Unabhängigkeit verloren sich rasch. Nachdem der neugewählte SPD-Ministerpräsident Rudolf Scharping in seiner Regierungserklärung

noch verkündet hatte, die Landesregierung prüfe neben der Einrichtung einer Akademie der Bildenden Künste auch die einer Musikhochschule, ließ Bildungsminister E. Jürgen Zöllner bald von dem Vorhaben ab, zumal auch die Meinungen innerhalb der JGU gespalten waren und die Universitätsleitung den Verbleib der beiden künstlerischen Fachbereiche im universitären Verband favorisierte.¹³ Zur neuen Leitlinie wurde rasch die »Musikhochschule unter dem Dach der Universität«, die auch der neue Ministerpräsident Kurt Beck in seinem Grußwort zum 50-jährigen Jubiläum der Schulmusikausbildung in Mainz im Jahr 1996 propagierte:

»Parlament und Landesregierung haben [...] – in Abstimmung mit der Universität und dem Fachbereich – bewußt keine rechtlich selbständige Musikhochschule gegründet, sondern den Weg einer inner-universitären Organisation gewählt. Die Landesregierung sieht hierin die einmalige Chance, Ausbildung zu künstlerischer Meisterschaft und zur Übernahme musikpädagogischer Aufgaben mit dem vielfältigen wissenschaftlichen und kulturellen Angebot einer ›traditionellen Hochschule‹ zu verbinden.«¹⁴

Mit dem Ausbau des Studienangebots, das die gleiche Vielfalt bot wie die anderen Musikhochschulen der Bundesrepublik, erfolgte die offizielle Umbenennung in Hochschule für Musik Mainz (HfMM) im Jahr 2004, die Aufwertung des Dekans zum Rektor und die Verleihung des Promotionsrechts in Musiktheorie und Musikpädagogik 2007. Dank des unermüdlichen Einsatzes des Dekans Jürgen Blume und der Prodekanin Claudia Eder sowie durch die Unterstützung des Universitätspräsidenten Jörg Michaelis konnte die Landesregierung von der Notwendigkeit eines studiengerechten Neubaus auf dem Campus überzeugt werden. Als dieser im Oktober 2008 fertiggestellt wurde, war – nicht zuletzt durch die verbesserte Ausstattung – in der Tat eine positive Entwicklung eingeleitet. Dass die HfMM jedoch über keinen Sitz in der Hochschulrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen verfügt und die bereits von Toussaint angeführten Vorbehalte gegenüber der Integrierbarkeit didaktischer Spezifika in die universitäre Logik gerade in Zeiten von Kapazitätsberechnungen an Relevanz eher zugenommen haben, wurde als Kehrseite der Erfolgsgeschichte empfunden. Gleichwohl hat die Einbettung in die JGU vielfältige Kooperationen mit den anderen Fachbereichen (namentlich der im Fachbereich 07 verankerten Musikwissenschaft) befördert, und durch die vor allem zu angelsächsischen Universitäten analoge Struktur eröffnet sie vielfältige internationale Vernetzungsmöglichkeiten. Auch mit außer-universitären Institutionen wurden wegweisende Verträge geschlossen. So richtete das Staatstheater Mainz in Kooperation mit der Hochschule für Musik und dem PCK 2002 das Junge Ensemble am Staatstheater Mainz ein, um herausragenden Gesangsstudierenden die Möglichkeit der Mitwirkung in Aufführungen des Theaters zu geben und ihr darstellerisches Potenzial zu entwickeln. Im Wintersemester 2007/08 wurde für besonders qualifizierte Orchester-Studierende die Möglichkeit eröffnet, im Jungen Ensemble Philharmonie für ein Jahr Praxiserfahrungen im Philharmonischen Staatsorchester zu erwerben. Darüber hinaus wurde 2004 die Internationale Sommerschule *Singing Summer* für Sänger_innen und Instrumentalist_innen als Weiterbildungsangebot der HfMM und der Universität eingerichtet und 2010 das Exzellenzprogramm *Barock vokal – Kolleg für Alte Musik* als Kontaktstudium gegründet.

Angesichts der eingangs erwähnten Rolle, die der Musik im Kontext der Neugründung der Universität beigemessen wurde, lag es nahe, auch den an vielen Universitäten etablierten Usus eines Collegium musicum aufzugreifen und zum musikpraktischen Pendant des Studium generale auszubauen, das Studierenden aller Fachbereiche offenstand. Wiederum war es die Trias Schmitz, Laaff und Toussaint, die der Einrichtung zu einem zügigen Start und rascher Etablierung verhalf, indem Schmitz inneruniversitär die Wege ebnete, Laaff als künstlerisch wie

Das Collegium musicum

Innensicht: Die Hochschule für Musik Mainz (HfMM)



Außenansicht der Hochschule für Musik Mainz im Jahr 2008. Foto: Peter Thomas, Quelle: JGU.

Das 2008 gebaute Hauptgebäude der Hochschule für Musik Mainz auf dem Campus der JGU hat die weitere Entwicklung der HfMM unterstützt und gefördert. Aktuell sind hier rund 400 Studierende in über 20 Studiengängen von Lehramt und Orchesterinstrumente, über Gesang und Kirchenmusik bis zu Jazz und Populäre Musik eingeschrieben. Der jüngste Studiengang am Haus ist der 2016 mit tatkräftiger Unterstützung der Landesmusikverbände und dem Ministerium eingerichtete Studiengang *Elementare Musikpädagogik*, der in Kooperation mit dem PCK angeboten wird. Hinzu kommt ein Weiterbildungsmaster *Gitarre*, der gemeinsam mit der Koblenz Guitar Festival and Academy angeboten wird.

Die Hochschule für Musik Mainz genießt international einen sehr guten Ruf: 30 Prozent der Studierenden haben einen internationalen Hintergrund. Der Unterricht wird von über 40 hauptamtlich Lehrenden erteilt; zusätzlich werden in jedem Semester rund 150 Lehraufträge vergeben. Es ist das erklärte Ziel der HfMM, bei der Ausbildung ihrer Studierenden immer die spätere berufliche Praxis im Blick zu behalten. Die Lehrenden sind deshalb häufig neben ihrer Lehrtätigkeit in Mainz Mitglieder in bedeutenden Orchestern Deutschlands. Der Erfolg der gemeinsamen Arbeit spiegelt sich nicht nur in einer Vielzahl von Platzierungen der HfMM-Studierenden bei nationalen und internationalen Wettbewerben wider, auch die große Zahl von erfolgreichen Vermittlungen in die pädagogischen und künstlerischen Berufsfelder – darunter Schule, Musikschule, Konzert- und Opernhäuser, Festivals – spricht für sich. Auf dem Weg dorthin sind eigene Konzerte wichtige Gelegenheiten, um sich zu erproben: Mit rund 140 Konzerten pro Semester bereichert die HfMM das Kulturleben der Rhein-Main-Region. Dazu zählen regelmäßige Lunchkonzerte und Klassenvorspiele ebenso wie groß dimensionierte Chor- und Orchesterprojekte und eigene szenische Opernproduktionen. Letztere werden dank ihrer verlässlich hohen Qualität immer wieder auch von anderen Aufführungsstätten zum Gastspiel eingeladen.

Immanuel Ott



wissenschaftlich versierter Leiter tätig war und Toussaint das organisatorische Rückgrat bildete. Dass ungeachtet der widrigen Bedingungen bereits am 24. Juni 1946 die erste Probe und am 29. Juli 1946 das Abschlusskonzert des ersten Semesters der wiederbegründeten Universität abgehalten werden konnten, dokumentiert nicht nur den studentischen Enthusiasmus, sondern auch die Effizienz der Protagonisten, denen ihre Vernetzung im Rhein-Main-Gebiet sowie die Unterstützung durch Institutionen wie den Musikverlag Schott oder den Hessischen Rundfunk sowie Südwestfunk zugute kamen. Eine von Toussaint im Jahr 1966 zusammengestellte Dokumentation der ersten 20 Jahre des Collegium musicum¹⁵ verdeutlicht die Verwurzelung in der Region mit Konzerten im Mainzer Umland und häufigen Rundfunkübertragungen, insbesondere aber auch die Funktion des Orchesters als kulturellem Botschafter der Universität und der Stadt Mainz: An die erste Auslandsreise zum Musikfestival von Montpellier im Frühjahr 1954 schlossen sich Gastspiele in England und Nordfrankreich (1956), Holland und Paris (1957), Belgien, Südengland und Straßburg (1958) sowie Griechenland (1959) an. Die Programme wiesen neben deutlichen Schwerpunkten im Bereich der Musik des 17. und 18. Jahrhunderts auch zeitgenössische Kompositionen Paul Hindemiths oder Igor Strawinskys auf und folgten damit, ganz abgesehen von den besetzungstechnischen Vorzügen dieses Repertoires, einem generellen Trend der Musikforschung und Aufführungspraxis der Nachkriegszeit, Brückenschläge zwischen älterer Musik und der Gegenwart herzustellen. Mit der häufigen Verpflichtung prominenter Vertreter der historischen Aufführungspraxis, zu denen etwa der Violinist, Dirigent und Leiter des PCK Günther Kehr zu rechnen ist, nutzte das Collegium musicum zudem die günstige Lage von Mainz zwischen den beiden Alte-Musik-Hochburgen Basel und Köln. Gleichzeitig schrieben renommierte Komponisten der Nachkriegszeit wie Wolfgang Fortner oder Ernst Krenek Werke für das Collegium musicum.

Dass Laaff bis zu seiner Pensionierung 1972 in Personalunion Collegium musicum und Hochschulinstitut leitete, bedeutete angesichts der Umstände und seiner Persönlichkeit eine günstige Konstellation. Die folgenden zehn Jahre hindurch markierten allerdings längere Vakanz, Interimslösungen und relativ kurze Amtszeiten eine nach dem Abtreten von Schmitz (1961), Laaff (1972) und Toussaint (1982) wohl unausweichliche Umbruchsituation, die sich auch in der wechselnden Zuordnung der Leitungsposition spiegelte.¹⁶

Protest des Collegium musicum für ihren Leiter Wolfram Wehnert, 1980. Foto: Rudi Klos, Quelle: UA Mainz, S3/2126.

Konzertreise des Collegium musicum nach Montpellier 1955 (hier beim Besuch von Orange). Quelle: Privatsammlung Lambert.



Die Abbildungen zeigen Proben des Collegium musicum, links mit Ernst Laaff und rechts eine Probe für ein Konzert zum Bach-Jahr 1950 unter Leitung von Ernst Laaff mit Aurèle Nicolet (Querflöte), Günther Kehr (Solovioline) und Isabelle Nef (Cembalo). Quelle: Privatsammlung Lambert.

Zwar wurde im Zuge der Wiedereingliederung des Hochschulinstituts in die Universität vom Kultusministerium eine hauptamtliche Leiterstelle für das Collegium musicum eingerichtet und 1973 mit Diethard Hellmann besetzt, der zuvor als Kantor der Christuskirche, Leiter des Bachchors und Honorarprofessor der Evangelisch-Theologischen Fakultät seit 1955 die Mainzer Kirchenmusikszene mitgeprägt hatte. Nach seiner Wegberufung an die Musikhochschule München bereits Ende 1974 fiel die Wiederbesetzung jedoch schwer. Erst nach aufsehenerregenden studentischen Protestaktionen entschied das Rektorat, dem beliebten, bereits als Dozent für Chor- und Orchesterleitung am Fachbereich für Musikerziehung tätigen Interimsleiter Wolfram Wehnert im Jahr 1980 hauptamtlich die Leitung des Collegium musicum zu übertragen. Auch dieser folgte jedoch nur drei Jahre später einem Ruf an die Hochschule für Musik und Theater Hannover. Mit dem jungen Schulmusikabsolventen Franz Josef Staab fand sich zwischen 1983 und 1985 ein ehrgeiziger kommissarischer Leiter, der diese Chance als Karrieresprungbrett nutzte, aber von vornherein nicht als Nachfolger in Frage kam.¹⁷

Als langfristig tragfähig erwies sich die Kopplung der Leitung des Collegium musicum mit einer halben Professur für Chor- und Orchesterleitung am Fachbereich Musikerziehung, die von der Hochschulleitung nach den Erfahrungen der vorausgegangenen Jahre beschlossen wurde und eine entscheidende Aufwertung der Position bedeutete. Mit Joshard Daus, der zuvor bereits Leitungserfahrungen an Musikschulen in Hamm und Bremen sowie als Dirigent gesammelt hatte, wurde eine gut vernetzte Persönlichkeit gewonnen. Durch die Hinzuziehung professioneller Orchester und den Ausbau des Auswahlchors des Collegium musicum zur 1997 begründeten EuropaChorAkademie wuchsen die Aktivitäten über die üblichen Dimensionen eines akademischen Klangkörpers zunehmend hinaus und standen nur noch bedingt in Beziehung zur JGU. Ein Gegengewicht zu diesen expansiven Bestrebungen bildete die Etablierung einer studienbegleitenden Chorsängeraus- bildung für Studierende aller Fachbereiche. Mit der Übernahme der Leitung des Collegium musicum nach Daus' Pensionierung 2012 durch Felix Koch, der die Professur für Alte Musik sowie Konzertpädagogik und Musikvermittlung an der Hochschule innehatte, wurden die Aktivitäten wieder vermehrt auf den Campus mit Ausstrahlung in die Stadt und Region konzentriert. Bereits im Jahr 2008 war die Autonomie des Collegium musicum gestärkt worden, indem es aus der Zuordnung zur HfMM in den Status einer zentralen, dem Präsidium unterstellten Einrichtung überführt wurde. Die von Daus vorgenommene Repertoireverschiebung hin zum großbesetzten Chorrepertoire des 18. bis 20. Jahrhunderts wurde in den vergangenen Jahren mit den in UniChor und UniOrchester umbenannten Klangkörpern konsequent fortgeführt und um die Erarbeitung

Innensicht: Das Collegium musicum und seine Ensembles – Musikalisches Leben auf dem Campus und darüber hinaus

Musik stiftet Gemeinschaft – im gemeinsamen Hören und Erleben von Musik, mehr noch im gemeinsamen Singen und Musizieren. Dass diese Sinnggebung und diese Kraft der klingenden Kunst auch eine Universität beleben, erfüllen und bereichern kann – und zwar auf jeglicher Ebene der daran Beteiligten, von den Studierenden aller Fachbereiche über die Lehrenden und Bediensteten bis hin zu den Freunden und Förderern der Universität –, das ist zum einen Realität und Erkenntnis, zum anderen Ideal und Ziel: Das Collegium musicum, das seit der Gründung der JGU als zentrales Institut der Musikpflege an der Uni ein Angebot für alle Interessierten bietet, ist vor allem mit den darin organisierten Großensembles UniChor und UniOrchester unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen wie des gesellschaftlich-geselligen Lebens auf dem Campus.

UniChor und UniOrchester gehören mit ihren insgesamt rund 230 Mitwirkenden schon allein besetzungsmäßig zu den bedeutendsten Laienensembles der Rhein-Main-Region und brauchen mit ihren (semi-)professionellen Ergebnissen keinen Vergleich zu scheuen, was seit 2012 zudem die regelmäßige Dokumentation auf hochwertigen Live-CDs und –DVDs belegt.

Die Semesterkonzerte in den großen Konzertsälen und Kirchen der Region (u. a. Rheingoldhalle und Staatstheater Mainz, Fruchthalle Kaiserslautern, Christuskirche Mainz, Dreifaltigkeitskirche Frankfurt a. M., Lutherkirche Wiesbaden) werden flankiert von »gestaltetem Campusleben« wie Musikbeiträgen für die jeweilige Begrüßung der Studienanfänger_innen, für den Neujahrsempfang des Präsidenten oder Flashmob beim Tag der offenen Tür. Neben den naheliegenden Kooperationskontakten zur HfMM und Musikwissenschaft der JGU oder etwa den Musikverlagen Schott und André bereichern auch überraschende interdisziplinäre Kooperationen beispielsweise mit dem Fachbereich Physik, dem Helmholtz-Institut oder der Kommunikationsabteilung, aber auch außerhalb der Uni mit der Stadt Mainz, der Université de Strasbourg oder dem Netzwerk musikszene mainz die Arbeit der Uni-Ensembles.

Die Verbindung von Laienmusizieren und akademisch fundierter Musikvermittlung auf professioneller Basis ist ein Grundanliegen des Collegium musicum – das zeigt sich auch in der Einrichtung von Chor- und Orchesterakademie, wo Studierende aller Fachbereiche studienbegleitend Singen und Musizieren fachgerecht vertiefen können, was wiederum dem Niveau der Ensembles zugute kommt. Das »Spitzenprodukt« ist der international agierende Gutenberg-Kammerchor, der mit seinen Konzerten, Rundfunk- und CD-Aufnahmen vor allem wiederentdeckter Werke der Alten Musik in historischer Aufführungspraxis beachtliches Renommee errungen hat und Projekte mit hochkarätigen Gästen wie Konrad Junghänel, Masaaki Suzuki, Klaus Mertens und Andreas Scholl realisieren konnte.

Nicht zuletzt zeigt sich auch in dem überbordenden Erfolg der Kinderkonzert-Reihe *CoIMusikuss*, mit der jährlich 2.500 bis 3.000 Kinder (meist im Grundschulalter) erreicht werden, die Wichtigkeit und Bedeutung der Verbindung von Musikvermittlung, wissenschaftlicher Grundlage und professionellem Musizieren. Das Anliegen ist dabei stets und überall, für Zuhörende als auch Mitwirkende hinderliche Schwellen zu senken, Grenzen zu überwinden und Räume zu öffnen – zum Erleben und Genießen von Musik als gemeinschaftsstiftendem Kunstereignis.

Frank Wittmer



*Joshard Daus, Sergiu Celibidache und Rudolf Scharping im Gespräch.
Foto: Bernd Weisbrod,
Quelle: UA Mainz,
S3/6621.*

spezialisierte Programme im Bereich der älteren Musik ergänzt, bevorzugt getragen durch den neu begründeten Auswahlchor Gutenberg-Kammerchor. Zusätzlich wurde die bewährte studienbegleitende Chorsängerausbildung um eine Orchesterakademie für Studierende aller Fachbereiche ausgebaut.

Die Honorarprofessur des Dirigenten Sergiu Celibidache

Begünstigt wurde die internationale Ausrichtung des Collegium musicum durch die Ernennung des rumänischen Dirigenten Sergiu Celibidache zum Honorarprofessor, die der damalige Fachbereich Geschichtswissenschaften (FB 16) auf Antrag des Leiters des Musikwissenschaftlichen Instituts Hellmut Federhofer im Juni 1977 vornahm. Celibidache war seit seiner interimistischen Leitung der Berliner Philharmoniker 1945 bis 1952 ein international gefragter, wenn auch nicht unumstrittener Dirigent, der vor allem nach seiner Ernennung zum Generalmusikdirektor der Münchner Philharmoniker 1979 gewissen Kultstatus erlangte. Federhofers Interesse galt insbesondere den von Celibidache vertretenen Auffassungen zur Phänomenologie der Musik, der zufolge das musikalische Kunstwerk in der Darbietung neu entsteht und den Ausführenden dabei die Rolle von Interpreten mit einer individuellen Perspektive auf das dargebotene Musikstück weitgehend abzusprechen sei. Die partielle Verankerung dieses Musikverständnisses in dem musiktheoretischen Denken des vor allem in den USA einflussreichen Heinrich Schenker, dessen Auffassungen in Federhofer einen der wenigen Apologeten im deutschen Sprachraum hatten, verschmolz mit Elementen der musikalischen Kognitionslehre Ernest Ansermets, des philosophischen Gedankenguts Edmund Husserls und verschiedener fernöstlicher Weisheitslehren zu einem synkretistischen Konglomerat, das für eine Vermittlung in musikwissenschaftlichen Seminaren denkbar ungeeignet war. Stattdessen entfalteten die jährlichen Kurse, die Celibidache bis 1992 im Alten Musiksaal am Forum abhielt, eine enorme Anziehungskraft unter ausübenden Musiker_innen und boten der Gefolgschaft des Dirigenten aus aller Welt die Möglichkeit, die Auffassungen mit Lehrgangorchestern, darunter das Collegium musicum, praktisch zu erproben.¹⁸ Zwei Gedenkplaketten am Forum dokumentieren bis heute den tiefen Eindruck, den Celibidaches Mainzer Kurse bei seinem breiten Schülerkreis hinterlassen haben.



Leonard Bernstein dirigiert: Symphoniekonzert anlässlich der 500-Jahrfeier der JGU am 25. August 1977 in der Rheingoldhalle. Quelle: UA Mainz, S9/672.

Anlässlich des 500. Jahrestags der Gründung der Mainzer Universität fanden im Rahmen der umfänglichen Jubiläumsfeierlichkeiten auch etliche Musikereignisse statt, in denen die skizzierten Entwicklungen zusammenflossen.¹⁹ Die nach wie vor wichtige Rolle der Universität für die deutsch-französische Freundschaft

unterstrich ein Konzert junger deutscher und französischer Chorsänger_innen am 22. Mai in der Christuskirche sowie insbesondere das Eröffnungskonzert der Festwoche am 17. Juni mit dem Orchestre National de France in Anwesenheit beider Staatsoberhäupter. Auf dem Programm stand unter anderem Beethovens *Eroica*, die Leitung hatte Eugen Jochum kurzfristig für den erkrankten Leonard Bernstein übernommen. Dieser selbst leitete dann am 25. August die Erstaufführung der letzten Fassung seiner 3. Symphonie *Kaddish* mit dem Israel Philharmonic Orchestra sowie Montserrat Caballé und setzte damit einen weiteren gewichtigen weltpolitischen Versöhnungsakzent innerhalb der Feierlichkeiten.

Das Orchesterkonzert des Collegium musicum am 22. Juni im Bürgerhaus Hechtsheim wiederum markierte den Beginn der couragierten Reaktivierung des verwaisten Klangkörpers durch Wehnert, der damit das Ringen um seine offizielle Ernennung einleitete. Celibidache dankte für seine Ernennung zum Honorarprofessor im Jubiläumsjahr mit dem Dirigat eines Festkonzerts des Staatsorchesters Rheinland-Pfalz, dem die Presse »ungeheuerer Energien«, »Faszinationskraft«, ja »Magie«²⁰ attestierte. Der alten Verbundenheit zum PCK trugen das Konzert des Mainzer Kammerorchesters unter Leitung von Günter Kehr sowie die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Komponisten Hans Gál Rechnung, der von 1929 bis zu seiner Emigration 1933 das Konservatorium geleitet hatte. In diesen und etlichen weiteren Ereignissen im Jubiläumsjahr spiegelt sich die Relevanz, die der musikalischen Praxis für die Außendarstellung der JGU ebenso wie für ihre Eingebundenheit in das kulturelle Leben der Landeshauptstadt und schließlich als Integrationsfaktor auf dem Campus beigemessen wurde.²¹

Musikalische Ereignisse im Jubiläumsjahr 1977

Wege in die Gegenwart

Auch unter den sich wandelnden gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen der folgenden Jahrzehnte blieb die Rolle der Musik an der JGU von ähnlichen Prinzipien geprägt. Dass sich neben den hier porträtierten Hauptsträngen eine Vielzahl weiterer Unternehmungen und Schwerpunkte entfaltete, kann im gegebenen Rahmen nur angedeutet werden: Die umfangreiche Aufarbeitung der Musikgeschichte der Region, die die vom Honorarprofessor Adam Gottron 1961 begründete Arbeitsgemeinschaft für mittelrheinische Musikgeschichte bis heute neben Tagungen, Publikationen, Konzerten und Ausstellungen insbesondere durch das Onlinelexikon *Musik und Musiker am Mittelrhein* betreibt, stellt dabei einen ebenso langfristigen Pfeiler musikbezogener Aktivität an der Universität dar, wie das heute annähernd 7.000 Bände umfassende Gesangbucharchiv, das in den 1990er-Jahren von dem Literaturwissenschaftler Hermann Kurzke und dem Liturgiewissenschaftler Hansjakob Becker etabliert wurde und durch kirchliches Engagement als unbefristetes Drittmittelprojekt verstetigt werden konnte.

Ein nachhaltiger Aufschwung des Musikwissenschaftlichen Instituts setzte unter der Leitung von Christoph-Hellmut Mahling ein, der über vielfältige Verbindungen innerhalb der Universität und der Region sowie der deutschen und internationalen Musikwissenschaft verfügte. Neben der Modernisierung des Tonstudios, dessen Einweihung 1986 auf der Abbildung zu sehen ist, gelang Mahling 1991 auch die Einrichtung der Abteilung Musikinformatik, die bis heute ein Alleinstellungsmerkmal der JGU im universitären Umfeld darstellt. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/4125.



Das 1991 begründete, am Institut für Ethnologie und Afrikastudien beheimatete Archiv für die Musik Afrikas (AMA) wiederum, das mit seinen rund 10.000 Tonträgern eine in Deutschland einzigartige Sammlung moderner afrikanischer Musik unterschiedlicher Formate (Schellack- und Vinylschallplatten, Audio- und Videokassetten, CDs und DVDs) repräsentiert, profiliert die JGU zusammen mit den Forschungsschwerpunkten Musik und Jugendkulturen sowie dem Arbeitsbereich Musikinformatik an der Abteilung Musikwissenschaft, aber auch der Jazz-Abteilung und dem Studiengang Klangkunst an der HfMM als international renommierten Standort für die Musik des 20. und 21. Jahrhunderts. Dies gilt auch für die Entwicklung von Methoden zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Wandels für die Musik, so insbesondere in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften und der Literatur auf dem Gebiet der digitalen Musikedition und Quellenerschließung, die eine prominente Rolle in dem fächer- und hochschulübergreifenden Studiengang *Digitale Methodik in den Geistes- und Kulturwissenschaften* einnehmen, den die Abteilung Musikwissenschaft koordiniert.

Diese Geschichte und Gegenwart gleichermaßen adressierende Breite des Spektrums musikbezogener Forschung, Lehre und Praxis an der JGU verdeutlicht, dass es sich bei der eingangs erwähnten strukturellen Sonderstellung, die die Musik im universitären Mainzer Rahmen einnimmt, keineswegs nur um das Zufallsprodukt eines institutionsgeschichtlichen Sonderwegs handelt. Die Verortung der Akteur_innen innerhalb verschiedener Institute, zentraler Einrichtungen und Fachbereiche trägt entscheidend dazu bei, dass die Auseinandersetzung mit Musik als eine der elementaren Ausdrucksformen und zugleich komplexesten Kulturpraktiken des Menschen auf ungewöhnlich breite und differenzierte Weise erfolgen und vom Dialog mit sehr unterschiedlichen Fachkulturen profitieren kann. Dass dabei die zahlreichen Schnittstellen nie aus dem Blick gerieten und als Motor genutzt wurden, kennzeichnet die Rolle der Musik als ein Markenzeichen der JGU.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rothkamm: Mainzer Nachkriegsmusikwissenschaft.
- 2 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 3 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), NL 45/100, Nachlass Arnold Schmitz, handschriftliche Notiz [undatiert]. Vgl. auch Unverricht: Fach Musikwissenschaft, S. 38f.
- 4 Vgl. Linsenmann: Musik. Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 5 Vgl. Lang: Mainzer Konservatorium.
- 6 Vgl. Stoff: Vorbildwirkung.
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Ullrich Hellmann in diesem Band.
- 8 Vgl. Schuler: Geschichte.
- 9 Vgl. insb. Massenkeil: Georg Toussaint.
- 10 Rodemann: Festakt am Binger Schlag: Übergabe der neuen Räume des Peter-Cornelius-Konservatoriums. In: AZ, 16.1.1956, [o. S.].
- 11 Vgl. UA Mainz, Best. 72/190, [Unterschriftenaktion].
- 12 Vgl. ebd., Kultusministerin Hanna-Renate Laurien an den Dekan des Fachbereichs Musikerziehung am 13.6.1978.
- 13 Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Gölter (CDU), Landtag Rheinland-Pfalz, 8.6.1991. Drucksache 12/222 vom 30.8.1991.
- 14 Beck: [Grußwort].
- 15 Vgl. Massenkeil u. a. (Hrsg.): Collegium musicum.
- 16 Vgl. [o. V.]: Die letzten Jahre.
- 17 Vgl. Wieandt: Collegium musicum.
- 18 Vgl. UA Mainz, Best. 88/28, maschinenschriftlicher Bericht von Hubert Unverricht, anlässlich einer Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Sergiu Celibidache vom 15.11.2012.
- 19 Die nachfolgend genannten Konzerte sind dokumentiert in: Güth (Red.): Jubiläumsjahr.
- 20 Ebd., S. 129f.
- 21 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band.

Die Kunsthochschule Mainz

Historische Entwicklung und Ausblick

Ullrich Hellmann

Die Kunsthochschule Mainz gehört unter den deutschen Hochschulen mit vergleichbarem Studienangebot zu den Ausbildungsinstituten mit einer relativ kurzen Geschichte. Gleichwohl steht sie in einer bis ins Jahr 1757 zurückreichenden Tradition. Damals ist in Mainz eine Maler- und Bildhauerakademie gegründet worden. Diese wurde als Zeichnungsakademie im Jahr 1785 der kurfürstlichen Universität angegliedert. Mit der unter französischer Herrschaft kurz vor Ende des 18. Jahrhunderts aufgehobenen Universität hatte die Akademie ebenfalls schließen müssen. Auch die 1798 geschaffene und mit einer Professur für Zeichnung ausgestattete École centrale wurde bald aufgelöst. Für die Kunst kam nun in Mainz eine schwierige Zeit. Erst ab 1841 gelang nach und nach die Entwicklung einer Kunstgewerbeschule, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts als angesehenes Ausbildungsinstitut galt, dann aber im nationalsozialistischen Staat geschlossen wurde.¹

Nahezu zeitgleich mit der Eröffnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) hat 1946 die Geschichte begonnen, in deren kompliziertem Verlauf das künstlerische Studium in Mainz schließlich ein klares Profil gewinnen konnte und die heutige Kunsthochschule entstanden ist.

Die Bau- und Kunstschule

Für die nach Kriegsende beginnende Geschichte des künstlerischen Studiums ist der 3. Oktober 1946 ein wichtiges Datum. An diesem Tag wurde im Audimax der JGU der Festakt zur Wiedereröffnung der Vereinigten staatlichen Bau- und Kunstgewerbeschule begangen. Schon am 27. März 1946 war vom damaligen Mainzer Oberbürgermeister Emil Kraus in einem Schreiben an Jakob Steffan, Regierungspräsident von Rheinhessen, eindringlich für die »Wiedereröffnung« in der Trägerschaft des Staats geworben worden, und es gab den Vorschlag, ungenutzte Gebäude der von der Universität belegten ehemaligen Flakkaserne zur Unterbringung zu verwenden. Es hat sogar ein vorläufiger Haushaltsplan vorgelegen. In einer im Juni 1946 folgenden Besprechung, in welcher die Fragen von Trägerschaft und Unterkunft noch ungeklärt blieben, verlangte der Vertreter der französischen Militärregierung die baldige Eröffnung der Schule.² Schon am 4. Juli 1945 war der Oberbürgermeister in einer Denkschrift aufgefordert worden, die hier »bereits vorhandene Bauschule« mit einer »Kunstschule in Verbindung«³ zu bringen, da der Wiederaufbau der Städte und Dörfer vor allen Dingen gut geschulte Handwerker und Künstler benötige. Die in den Vorschlägen, Forderungen und Plänen angesprochene »Wiedereröffnung« wird sicherlich unterschiedlich verstanden worden sein. Eine lange Bauschultradition hat es in Mainz nicht gegeben. 1936 war mit der Verlegung der Darmstädter Staatsbauschule nach Mainz und der Hinzunahme von Schulen aus Bingen und Friedberg die Adolf-Hitler-Staatsbauschule entstanden. Diese Schule hatte infolge der Zerstörung des Schulgebäudes im Frühjahr 1945 den Betrieb einstellen müssen. Architektur gehörte allerdings schon zum Unterricht der Kunstgewerbeschule. Die ihr 1933 nachfolgende Staatsschule für Kunst- und Handwerk hatte den kurz zuvor erst fertiggestellten Schulneubau am Pulverturm bezogen, ist aber 1939/40

zugunsten der Gründung einer in Offenbach gegründeten Meisterschule des Deutschen Handwerks aufgelöst worden. Was sollte also unter einer »Wiedereröffnung« verstanden werden? In der Denkschrift heißt es, an Klassen und Lehrwerkstätten sowie Lehrkräften seien solche für Architektur, Grafik, Bildhauerei und Buchbinden bereits vorhanden. Außerdem gebe es mit der Mainzer Presse eine Druckwerkstatt, die das kulturelle Erbe Gutenbergs weitertragen könne. Hier wurde also auf bestehende Strukturen verwiesen. Als Rückbezug auf die Vergangenheit kann auch die Verwendung der Bezeichnung Kunstgewerbeschule gedeutet werden. Sie stand noch bis 1952 auf dem Briefkopf der Schule, die sich danach Kunstschule nannte. Längst war aber der handwerkliche Kunstgewerbler vom Formgestalter verdrängt worden, und die Entwicklung zum Industriedesign hatte begonnen. Der Begriff »Kunst« galt in der Schule den angewandten Bereichen. Möglichkeiten zum Studium der freien Kunst wurden jedoch in Aussicht gestellt.⁴

Bereits ein halbes Jahr nach Gründung der Bau- und Kunstschule, am 23. April 1947, hatte deren Direktor, Hermann Dönges, in einem Schreiben an den Minister für Unterricht und Kultus eine »Erweiterung der Abteilung Kunst an der Staatlichen Bau- und Kunstgewerbeschule Mainz« beantragt und die »Aufstockung der Abteilung um 4 Hochschulsesemester«⁵ vorgeschlagen. Für die neue Abteilung mit Klassen für Grafik, Malerei, Bildhauerei und Architektur war die Bezeichnung Hochschule für freie und angewandte Kunst vorgesehen. Dönges hatte zwei Gründe für die gewünschte Erweiterung genannt. Zum einen sollte die Mainzer Schule in der Konkurrenz mit denen in Wiesbaden, Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenbach gestärkt und zum anderen ein Ausbildungsgang Kunsterziehung ermöglicht werden, den es in der gesamten französischen Zone noch nicht gab. Die JGU unterstützte den Vorschlag. Nachdem der Antrag am 6. Juni 1947 von der Landesregierung und am 6. Dezember 1947 von der Militärregierung genehmigt worden war, lud Dönges am 15. Januar 1948 dazu ein, Leitungs- und Stellenbesetzungsfragen zu erörtern. Dem Protokoll ist zu entnehmen, dass Maler wie Otto Dix, Erich Heckel, Hubert Berke, Edvard Frank und die Bildhauerin Emy Roeder hinsichtlich einer künftigen Lehrtätigkeit angefragt werden sollten. Zur Ausbildung im Fach Kunsterziehung, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht geregelt war, wurde eine Initiative der Universität erwartet. Friedrich Gerke, Direktor des Kunstgeschichtlichen Instituts, gab sich zuversichtlich. Aus dem Protokoll der folgenden Besprechung vom 15. Februar 1948 geht hervor, dass die Stadtverwaltung das als Stadthaus dienende ehemalige Gebäude der Kunstgewerbeschule am Pulverturm nicht freiräumen würde. Finanzdirektor Josef Trablé verwies zudem auf die schlechte Finanzlage der Stadt und sah bezüglich der Finanzierung die Landesregierung in der Pflicht. Am 20. Februar bekräftigte Rudolf Busch, Direktor der Städtischen Gemäldegalerie, in einem Schreiben an Dönges, er werde sich um Klärung der für die Einrichtung der Kunstakademie grundlegenden Raumfrage bemühen und zeigte sich zuversichtlich, den Maler Willi Baumeister als Lehrkraft gewinnen zu können. Da die Stadt zur Unterbringung der Kunstschule im Gebäude am Pulverturm nicht bereit war, unterbreitete Dönges am 26. Februar den Entwurf zu einem einfachen Neubau, den er mit tätiger Unterstützung der Studierenden auf dem Pulverturmgelände errichten wollte. Die Kunstakademie aber sollte Räume im dritten Stock des Stadthauses erhalten. Von der Militärregierung gab es die Zusage, drei Holzhäuser mit Wohnungen für je zwei Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen, sofern die Stadt sich beteiligen würde. Diese ließ jedoch keine Bereitschaft zur Mitwirkung erkennen.⁶

Denkschriften, Protokolle und Briefe der ersten Nachkriegsjahre belegen den Willen, der Bildenden Kunst in Mainz eine institutionelle Grundlage und der Ausbildung eine Perspektive zu geben. Nicht zuletzt die in Erwägung gezogenen Berufungen bekannter Künstlerinnen und Künstler sind hierfür ein deutliches Zeichen. Den damals Beteiligten wird die Schließung der progressiven Kunstgewerbeschule im Gedächtnis gewesen

Die Hochschule für freie und angewandte Kunst



Aquarell Im Universitätsgelände eines Studenten des Seminars für künstlerische Erziehung, Hans-Günter Weber, 1949. Quelle: UA Mainz, NL 54/21.

sein. Einige haben vielleicht sogar eine Verbindung bis ins 18. Jahrhundert gezogen, zur Aufhebung der Universität und dem Ende der Akademie, die nun, nach Wiedereröffnung der Hochschule, eine neue Chance hätte erhalten können. Finanznot und Rummangel haben die Pläne jedoch scheitern lassen. Für ein Kunststudium auf Hochschulniveau hat es auch an Mut gefehlt. Dagegen ist das Studium der Kunsterziehung schon sehr früh von Universität und Kunstschule gefördert worden.

Das Seminar für künstlerische Erziehung

An der JGU war bereits im Frühjahr 1946 auf Anregung von Gerke ein Seminar für künstlerische Erziehung entstanden. Es war Teil einer von Germanistik, Musikwissenschaft und Kunstgeschichte getragenen Einrichtung, die in die Abteilungen Spielgemeinschaft, Musik sowie Bildende Kunst untergliedert war.

Das Seminar hatte auf dem Campus über den Räumen des Kunstgeschichtlichen Instituts einen Atelierraum erhalten und wurde von Ferenc Orsós (Franz Orsós) geleitet.⁷ Orsós hat die Direktion am 15. Oktober 1946 als Honorarprofessor in »voller Lehrfreiheit« übernommen und wurde anfänglich von dem Maler Konrad Richter-Rethwisch und der Zeichnerin Lore Hengstenberg unterstützt.

Über die »Entstehung und Tätigkeit« des Seminars informierte Orsós am 22. Januar 1951 das Ministerium für Justiz und Kultus ausführlich. Er erwähnte in seinem Bericht außerdem, der Landesregierung sei im Verlauf des zweiten Sommersemesters, also schon 1947, der Vorschlag unterbreitet worden, »auch die Ausbildung von Zeichenlehrern im Rahmen der genannten Institute« zu genehmigen. Da keine prinzipiellen Einwände dagegen erhoben worden seien, habe sich eine Reihe von Hörern für das »Hauptfach Zeichenlehrer« entschieden, und so bestehe jetzt der größte Teil der Hörerschaft aus den »Zeichenlehrer-Kandidaten«.⁸ Die Studierenden wurden von Orsós in Anatomie, Grafik und Malerei unterrichtet, noch bevor es eine verbindliche Studienordnung gab.



Plakat mit Hinweis auf eine Veranstaltung der Kunsthistoriker im Februar 1949, ebenfalls entworfen von Hans-Günter Weber. Quelle: UA Mainz, NL 54/23.

Am 10. November 1948 ist im Seminaratelier auf der Grundlage einer vorläufigen Studien- und Prüfungsordnung die erste Eignungsprüfung zum Studium des künstlerischen Lehramts in Rheinland-Pfalz abgehalten worden. Sie umfasste eine zeichnerische und eine malerische Klausurarbeit.⁹ Orsós hatte seinen Bericht mit dem Anspruch auf eine auch künftig führende Rolle beim Studiengang Kunsterziehung verbunden, denn am 1. Januar 1951 war an der Kunstschule die Leitungsposition der dort inzwischen geschaffenen Abteilung für Kunsterziehung besetzt worden. Studierende der Kunsterziehung hatten in den Ateliers der Kunstschule sogar bereits vor dieser Stellenbesetzung gearbeitet, weil das Seminar weder genügend Platz noch Personal bieten konnte.¹⁰

Die Initiative zu einem Studiengang Kunsterziehung hat es somit bereits kurz nach Gründung der JGU gegeben. Kurator Fritz Eichholz schrieb 1951, auch er habe daran »vor und nach Gründung der Universität«¹¹ mitgewirkt. Die Aktivitäten sind insofern bemerkenswert, als ein im 19. Jahrhundert an der Kunstgewerbeschule geschaffener Ausbildungsgang für Zeichenlehrer auf Regierungsbeschluss schon im Jahr 1929 eingestellt worden war. Die Bestrebungen zur erneuten Einrichtung mündeten schließlich in der *Studienordnung und Ordnung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen im Lande Rheinland-Pfalz* vom 25. Oktober 1949, die bis 1977 Gültigkeit behalten sollte.¹²

Die Kunsterziehung an der Bau- und Kunstschule

Von nun an ging es um die Organisation der Zusammenarbeit von Universität und Kunstschule. Am 17. Mai 1950 fand dazu eine Beratung zwischen Universitätsrektor Hellmut Isele und dem Leiter der Kunstschule, Franz Fiederling, statt. Die Landesregierung hatte der Kunstschule zwei Personalstellen für den Studiengang Kunsterziehung zugesprochen. Es sollten ein Ausbildungsleiter und ein Künstler berufen werden. Die Leitungsstelle wurde mit Albert Eduard Gottschow¹³ besetzt, der bisher am Fachseminar in Frankfurt am Main unterrichtet hatte. Roeder übernahm eine Stelle für Bildhauerei. An der Kunstschule hatte die Dozentin Maria Schürg¹⁴ bereits 1949 begonnen, eine Grundlehre zu entwickeln. Unterricht fand an der Schule unter schwierigsten Bedingungen statt. Die Räumlichkeiten waren auf mehrere Orte in der Stadt verteilt. Einige befanden sich im großen Lager der Wiederaufbauarbeiter auf dem Hartenberg. Hier hatten Buchbinderei, Lithografiewerkstatt, Webklasse, allgemeine Zeichenklasse und Kunsterziehung zwei Baracken erhalten. Mit der Berufung des Kunstpädagogen Gottschow war die Leitungsfrage geklärt und zugleich bestätigt worden, die künstlerische Praxis auch künftig an der Kunstschule stattfinden zu lassen. Für die wissenschaftlichen Studienanteile zeichnete weiterhin die Universität verantwortlich.

Die Jahre nach 1950 waren für die Profilbildung des Kunsterziehungsstudiums bundesweit von grundlegender Bedeutung. In den Kultusbehörden der neu entstandenen Bundesländer wurde über Ausbildungs- und Prüfungsinhalte der Lehramtsstudiengänge diskutiert. Auf Fachtagungen der Kunsthochschulen gab es intensive Verhandlungen über die Rahmenbedingungen für den Studiengang und dessen Ausbildungselemente.¹⁵ Werkbund und Rat für Formgebung legten Stellungnahmen vor. In Mainz gab es zusätzlich zwischen der Universität und der Kunstschule Streit über die Zuständigkeiten sowie die richtige Fachbezeichnung.¹⁶ Gerke äußerte sich im Jahr 1955 rückblickend zu den Gegebenheiten in Mainz:

»Auf Grund der besonderen Verhältnisse im Lande Rheinland-Pfalz, das über keine Akademie der Künste verfügt, hat das Kunstgeschichtliche Institut im Rahmen des achtsemestrigen Ausbildungsganges der sogenannten Kunsterzieher, Fachrichtung Bildende Kunst, die gesamte kunstwissenschaftliche, kunstgeschichtliche Ausbildung übernommen, während die kunstpraktische Ausbildung nach genauen, gemeinsam ausgearbeiteten Richtlinien der Staatlichen Landeskunstschule übertragen wurde.«¹⁷

Gerke beschreibt hier eine Aufteilung der Aufgaben, deren Umsetzung auch in der folgenden Zeit nicht konfliktfrei verlief. Bewerbungen um einen Studienplatz blieben davon unbeeinflusst.

Anfragen kamen nicht nur aus Rheinland-Pfalz, sondern auch aus den angrenzenden Bundesländern. Absolventinnen und Absolventen aus Mainz erlangten bundesweit für die Fachprofilierung Bedeutung. Andere konnten sich als Künstler Geltung erwerben.¹⁸ In der Gesamtzahl der Studierenden der Universität ist die Anzahl derjenigen, die dort Kunsterziehung studiert haben, gering gewesen. An der Kunstschule aber lag sie mit einem Anteil von über 30 Prozent sehr hoch, und es hat auch in der Studienpraxis insgesamt Gemeinsamkeiten gegeben. Etliche Lehrkräfte, die künstlerisch im Land erfolgreich waren, waren für den Studiengang Kunsterziehung tätig. Sie haben auf der Grundlage der eigenen künstlerischen Arbeit die Studierenden mit der aktuellen Kunst vertraut machen und Impulse aktueller Ausstellungen besser aufgreifen können als der Mediziner Orsós, der zwar fundiertes anatomisches Wissen besaß, in der Malerei aber eine sehr konservative Auffassung vertrat. Am 28. November 1948 wurde im Audimax der Universität der Landesverband Bildender Künstler Rheinland-Pfalz gegründet.¹⁹ Ausstellungen zur zeitgenössischen französischen und deutschen Kunst haben in Mainz Impressionismus, Expressionismus und Abstraktion bekannt gemacht. Den Studierenden boten solche Veranstaltungen nach den Jahren einer rigiden Kunstpolitik einen Einblick in gegenwärtige künstlerische Positionen.

Die Staatliche Bau- und Kunstschule wurde 1953 in die Staatsbau- und Landeskunstschule umgewandelt. Es folgte am 1. Januar 1956 die Abtrennung einer eigenständigen Landeskunstschule, zu welcher weiterhin die Kunsterziehung gehörte. Am 26. März 1957 kam es zur Bildung der Staatlichen Ingenieurschule für Bau- und Vermessungswesen. Ingenieurschule und Landeskunstschule nutzten gemeinsam einen 1955 errichteten Neubau an der Holzstraße. Zum Direktor der Landeskunstschule wurde der im Berufsverband Bildender Künstler engagierte Maler und Kunstpädagoge Max Rupp berufen. Dieser hatte sich insbesondere die Umwandlung der als berufsbildende Fachschule eingestuften Landeskunstschule in eine Kunstakademie vorgenommen. Vorbild war ihm die Aufwertung der Hamburger Landeskunstschule zu einer Hochschule für bildende Künste. Der am 1. April 1957 in der Nachfolge von Gottschow zum Leiter der Abteilung Kunsterziehung berufene Eugen Kühle²⁰ unterstützte dieses Bestreben. Er beantragte am 28. Mai 1957 in einem Schreiben an Kultusminister Eduard Orth die Umwandlung der Landeskunstschule und wünschte, da die Stadtverwaltung einen Umzug in die Zitadelle plante, die Unterbringung im einst für die Kunstgewerbeschule errichteten Gebäude am Pulverturm.²¹

Die Zuerkennung des Hochschulstatus verlangten insbesondere die Studierenden des künstlerischen Lehramts. Ihr Studium stand in der Kritik, weil es nur in den wissenschaftlichen Anteilen ein Hochschulstudium war, in der künstlerischen Praxis aber, dem Kerninhalt des Studiums, ein Unterricht an einer Fachschule. Daraus ergaben sich Anerkennungsprobleme, die einen Wechsel des Studienorts sowie die Berufsausübung in anderen Bundesländern erschwerten. Auch die staatliche Förderung (Honnefer Modell) ihres Studiums war gefährdet, da dieses auf Universitäten beschränkt war. Trotz der offenkundigen Probleme zeigte die Landesregierung keine Bereitschaft, eine Lösung anzubieten. Dabei hatte Rupp schon 1956 einen Vorschlag vorgelegt: »1. Entweder die Landeskunstschule Mainz erhält insgesamt, wie es zum Beispiel an der Landeskunstschule Hamburg der Fall war, noch bevor sie zur ›Hochschule für bildende Künste‹ umgestaltet wurde, den Rang einer Hochschule oder 2. nur die Abt. Kunsterziehung wird in ein Hochschulinstitut – jedoch nicht der Universität! – umgewandelt.«²² Eine Lösung schien Kultusminister Orth im Juni 1958 in seinem Festvortrag zur 200-Jahrfeier der Akademiegründung in Mainz anzudeuten, als er erwähnte, »eine Änderung des Schulstatus liege nicht außerhalb des Bereichs des Möglichen«.²³ Doch die durch seine Rede genährte Hoffnung auf eine Aufwertung der Landeskunstschule erfüllte sich nicht. Es wurde vielmehr die Kunsterziehung ausgegliedert und am 1. April 1959 in ein eigenständiges Hochschulinstitut überführt. Zugleich kam es an der Landeskunstschule zur Auflösung der Bildhauer- und Malerklasse und zur Beschränkung der Ausbildung auf Grafik und Innenarchitektur. Der Berufsverband Bildender Künstler reagierte empört auf den »kulturellen Ausverkauf« und das »in Deutschland einmalige Kuriosum«.²⁴ Rupp trat als Direktor zurück. 1972 stellte er rückblickend fest: »Meine Reformpläne scheiterten an banalen Widerständen und Unzulänglichkeiten von allen Seiten [...] Eine große Chance für unser Land war vertan.«²⁵

Die Landeskunstschule wurde schließlich in eine Werkkunstschule umgewandelt und mit der Ingenieurschule verbunden. Diese Entscheidung hatte weitreichende Folgen, führte sie doch zur heutigen Aufteilung der andernorts in einer Hochschule vereinten gestalterischen und künstlerischen Studiengänge auf zwei Hochschulen in Mainz.

Die Landeskunstschule

Das Hochschulinstitut für Kunst- und Werkerziehung

Die Einrichtung des Hochschulinstituts war bereits in einer Besprechung der Universitätsleitung mit der Ministerialverwaltung vom 9. März 1957 in Erwägung gezogen worden und war kein ungewöhnlicher Vorgang. Schon seit April 1955 gab es in Mainz ein Hochschulinstitut für Leibesübungen als Einrichtung der Universität. Im Saarland war mit einer Verordnung vom 4. November 1957 ein Hochschulinstitut für Kunst- und Werkerziehung als Abteilung der Staatlichen Schule für Kunst und Handwerk in Saarbrücken eingerichtet worden.²⁶ In Bremen hat es im Vorfeld der Gründung einer Universität die Überlegung zur Einrichtung eines Hochschulinstituts für Musik und Kunst gegeben.²⁷

Das Mainzer Hochschulinstitut für Kunst- und Werkerziehung war keine Einrichtung der Universität; es wurde direkt dem Ministerium unterstellt.²⁸ Institutsleiter Kühle sorgte nun für eine fachliche und personelle Konturierung, die noch bis weit in die nachfolgende Zeit Bestand haben sollte. Hatte sich Rheinland-Pfalz auch der Gründung einer Kunstakademie verweigert, so wurden doch für den Studiengang Kunsterziehung in personeller Hinsicht bessere Bedingungen geschaffen als an den anderen Ausbildungsorten. Das Institut erwarb sich bundesweit Anerkennung. Bewerbungen kamen aus allen Bundesländern. Die Zahl der Studierenden stieg von 80 im Jahr 1959 auf 110 im Jahr 1968 an. Für die Qualität der Ausbildung sprechen zahlreiche Berufungen von Absolventinnen und Absolventen auf Professuren von Universitäten und Akademien. Trotz der Erfolge sorgten die institutionelle Sonderstellung und die Konzentration auf den Studiengang Kunsterziehung weiterhin für Probleme im Verhältnis zu den eigenständigen Kunsthochschulen und Akademien. Außerdem führten schwierige räumliche Bedingungen zu Konflikten mit der Ingenieur- und Werkkunstschule, sodass ein Neubau unausweichlich wurde. Noch unter Kühle kam der Bau eines Institutsgebäudes zur Sprache. Mit ersten Planungen wurde 1960 begonnen. Der Neubau am Taubertsberg, für welchen der im Jahr 1963 zum Direktor berufene Hans Günter König die Anzahl der Studienplätze von 110 auf 180 hatte erhöhen können, wurde allerdings erst 14 Jahre später fertiggestellt.²⁹

Der Fachbereich Kunsterziehung der JGU

Die Übergabe des Institutsgebäudes fand am 23. Januar 1974 unter Dekan Hermann Volz statt. Volz, der sein Studium unter Orsós begonnen hatte, danach Lehrer an der Landeskunstschule gewesen war und dann als Dozent des Hochschulinstituts in den 1960er-Jahren, in Fortsetzung der Tradition des Seminars für künstlerische Erziehung, Zeichenkurse angeboten hatte, führte Kultusminister Bernhard Vogel durch das Gebäude. Räumlichkeiten und Ausstattung waren im Vergleich zur vorherigen Unterbringung erheblich verbessert. Der ursprünglich für das Hochschulinstitut konzipierte Bau gehörte allerdings jetzt als Institutsgebäude zur Universität. Das 1971 verabschiedete neue Hochschulgesetz von Rheinland-Pfalz hatte am 19. September 1972 zur Eingliederung des Hochschulinstituts als Fachbereich 24 in die Universität geführt.³⁰ Aus diesem Vorgang ergaben sich für die Studienpraxis keine unmittelbaren Folgen. Außerhalb des Universitätsareals gelegen und von Freiflächen umgeben, war mit dem Neubau ein eigener Campus entstanden, der den Anschein einer kleinen Hochschule erweckte.

Freie Kunst

Als Fachbereich Kunsterziehung der Universität war aber die bisherige Eigenständigkeit verlorengegangen, was für den Status der Mainzer Ausbildung im Verhältnis zu den Kunsthochschulen nicht von Vorteil war. Das wurde insbesondere ab 1985 deutlich, als sich der Wettbewerb mit den Kunsthochschulen nach Einrichtung des Studiengangs Freie Bildende Kunst verstärkte und die bedeutsame Veränderung nur durch die neue Bezeichnung Fachbereich Bildende Kunst zum Ausdruck gebracht werden konnte.³¹ Die längst überfällige Einführung



*Die Kunsthochschule
am Taubertsberg im
Bau 1972. Foto: Reiner
Wierick, Quelle:
UA Mainz, S3/3406.*

dieses Studiengangs war durch den Umstand befördert worden, dass seit 1982 zum Studium der Kunsterziehung auch ein wissenschaftliches Fach gehörte und damit die Konzentration auf das Atelierstudium, dem zentralen Studienfeld, unmöglich wurde.

Die Einführung des Studiengangs Freie Bildende Kunst wirkte sich nachhaltig auf Studienstrukturen und Personalpolitik aus. Denn mit dem bislang auf das Lehramt ausgerichteten Studium waren die veränderten Studienziele nicht zu erreichen. So wurden fachliche Abgrenzungen, die noch aus der Kunstschultradition und der Werkerziehung resultierten, nach und nach aufgelöst. Die tiefgreifenden Reformen mussten aus eigenen Kräften geleistet und unter Beibehaltung des institutionellen Rahmens umgesetzt werden. Vermutlich hat es damals nirgendwo mehr Diskussionen über die Arbeitsbedingungen für künstlerische Studiengänge gegeben als in Mainz. Es wurden neue Lehrangebote geschaffen, Professuren umgewidmet, Klassen gebildet, zusätzliche Werkstätten eingerichtet. Es gab den Anbau eines Bildhauerateliers und zusätzliche in der Boppstraße gelegene Ateliers für die Malerei. Die Reformen haben jedoch den seit jeher kritisch betrachteten Sonderstatus, euphemistisch als Mainzer Modell bezeichnet, nicht verändert.

Ein Blick auf andere Studienorte macht die Mainzer Situation sichtbar. In Münster gab es seit 1972 ein Kunsterziehungsinstitut. Auch hier wurde auf dieser Basis der Studiengang Freie Kunst geschaffen. Damit einher ging aber die Gründung einer Kunsthochschule. In Mainz durfte der Fachbereich 24 ab dem Jahr 2001 den Zusatz Akademie für Bildende Künste verwenden.³² Das Ministerium für Wissenschaft und Weiterbildung hatte sich 1993 in einem Positionspapier gegen die »Einrichtung eigenständiger Hochschulen für Kunst und Musik in Rheinland-Pfalz« entschieden und für »die weitere Entwicklung beider Fachbereiche in der Universität Mainz«³³ ausgesprochen. Vorausgegangen war eine Kleine Anfrage der FDP an die Landesregierung zur Gründung einer Musikhochschule und Kunstakademie, die am 22. März 1990 beantwortet wurde. 1989 hatte es in Saarbrücken die Gründung der Hochschule der Bildenden Künste Saar gegeben. Schon 1988 war

in Bremen die Hochschule für Künste entstanden, und bereits 1970 hatte die Offenbacher Werkkunstschule den Status einer Hochschule für Gestaltung erhalten, die Schule also, die schon 1946 anlässlich der Bemühungen, in Mainz eine Kunsthochschule zu gründen, als Konkurrenz gegolten hatte. Die Studierendenzahlen lagen in den 1980er-Jahren im Jahresschnitt bei über 300. Anfängliche zahlenmäßige Unterschiede bei den beiden Studiengängen haben sich im Laufe der Zeit zugunsten der Freien Kunst entwickelt.

Die Kunsthochschule Mainz

Der Prozess der Umstrukturierung wurde in den folgenden Jahren fortgesetzt. Hatte sich noch bis in die 1980er-Jahre der Lehrkörper mehrheitlich aus der Kunsterziehung rekrutiert und stellten bei Berufungen kunstpädagogische Qualifikationen ein wichtiges Kriterium dar, so wurde nun die künstlerische Profilierung zum maßgeblichen Auswahlaspekt.

Die Veränderungen dokumentieren sich schließlich nach außen sichtbar in der Bezeichnung Kunsthochschule Mainz. Mit dem Hochschulgesetz von 2010 hat das Land Rheinland-Pfalz die für Musik und Bildende Kunst zuständigen Fachbereiche aus der Fachbereichsstruktur herausgelöst und ihnen die Stellung als Hochschule in der Universität gegeben, da sie übergreifende Aufgaben für das gesamte Land erfüllen. Der Sonderstatus einer teilautonomen Einrichtung innerhalb der Universität ist mit dem Auftrag verbunden, dem Rektor und dem Rat der Kunsthochschule besondere Aufgaben zu übertragen.³⁴ Für Selbstverwaltung und Außendarstellung eröffneten sich damit neue Spielräume. 2017 konnte mit dem Kunstwissenschaftler Martin Henatsch erstmals ein Rektor von außerhalb berufen werden.³⁵

War es einerseits auf institutioneller Ebene inzwischen zu einer Weiterentwicklung und Klärung von Funktionen gekommen, so sind andererseits die Bedingungen für das Studium der Kunsterziehung mit der veränderten Gestaltung des Studiengangs im Rahmen des Bologna-Prozesses komplizierter geworden. Das Bachelor- und Masterstudium ist deutlich anders strukturiert als der Diplomstudiengang Freie Kunst. Die Zeit der gemeinsamen Studienpraxis, einer der profilbildenden Faktoren der Kunsthochschule und wichtiges Ausbildungsmerkmal in Mainz, fällt für die Lehramtsstudierenden nun kürzer aus, da sie ein Zweitfach außerhalb der Kunsthochschule belegen und zudem Fachdidaktik studieren müssen.

Es kommt hinzu, dass andere Hochschulen in Rheinland-Pfalz, nämlich die Hochschule Koblenz und die Universität Koblenz-Landau, inzwischen ebenfalls künstlerische und kunstpädagogische Studiengänge anbieten. Die Konkurrenzsituation hat sich aber vor allem bundesweit verschärft, ist doch die Zahl der Studienorte in Deutschland seit der Einführung des Studiengangs Freie Kunst in Mainz auf mehr als das Doppelte angestiegen. Es gibt nun zusätzlich die Kunsthochschulen der ostdeutschen Bundesländer, und es sind etliche westdeutsche Neugründungen entstanden.³⁶

Die Attraktivität eines Studienorts kann unter den Verhältnissen eines verstärkten Wettbewerbs nur bei überzeugenden Studienbedingungen erhalten werden. Mainz bietet den Vorteil einer ausschließlich auf künstlerische Studiengänge konzentrierten Ausbildung. Die Kunsthochschule zählt nicht zuletzt wegen dieser Fokussierung zu den kleinen Ausbildungsinstituten und kann eine der individuellen Entfaltung förderliche Arbeitsatmosphäre bieten.³⁷ Für die Qualität der künstlerischen Lehre sorgen Stellenbesetzungen, bei denen mehr als zuvor auf internationale Erfahrungen Wert gelegt wird.

Die künstlerische Lehre findet in Klassen statt. Die Ausbildung beginnt mit einem zweisemestrigen Studium in der Basisklasse und wird fortgesetzt in einer von elf Klassen, die sich in künstlerischen Lehrpositionen und Arbeitsmethoden unterscheiden.³⁸ Darüber hinaus werden in fünf Werkstätten, einem Medienlabor sowie dem Lehrauftrag Aktzeichnen der Umgang mit Materialien und Technik vermittelt. Die Vorzüge der fundierten Lehre müssen durch einen Raumzugewinn gesichert werden. Der Atelierraum ist das grundlegen-



*Innenansicht der Akademie für Bildende Künste im Jahr 2008.
Foto: Thomas Hartmann,
Quelle: JGU.*



*Installation von Studierenden auf dem Dach der Akademie im Jahr 2008.
Foto: Thomas Hartmann,
Quelle: JGU.*

Plakatwand vor der
Kunsthochschule 2019.
Die Schwarz-Weiß-Auf-
nahmen stammen eben-
so wie das Foto selbst
von Danjuel Sijakovic.
Quelle: Pressestelle der
Kunsthochschule Mainz.



de Element für die künstlerische Ausbildung. Das zu Beginn der 1960er-Jahre für die Kunsterziehung konzipierte, und für die damaligen Studienerfordernisse zweifellos nützliche Gebäude, genügt für die veränderten Verhältnisse nicht mehr.

Durch bauliche Erweiterungen sollen bald neue Atelierflächen entstehen. Gibt es also bezüglich der Ateliers noch Bedarf, so präsentiert sich die Kunsthochschule mit Erfolg durch eigene Ausstellungsräume. So wurde zum Beispiel 2017 die so genannte »apothek« in der Altstadt eröffnet. Mit verschiedenen Veranstaltungsformen nimmt die Kunsthochschule auch ihre Aufgabe als Vermittlungsinstanz ernst und stärkt so die regionale und überregionale Präsenz. Durch Kunstprojekte auf dem Campus, durch die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der JGU, wie dem Botanischen Garten, und durch Verbindungen mit der Stadt Mainz, beispielsweise seit 2011 im Rahmen der Kooperationsreihe *Sockelalarm*, wird die Arbeit der Hochschule über die Grenzen der Universität sichtbar. Neben den jährlichen Ausstellungsreihen *Rundgang* und *Neustart*, in denen studentische (Abschluss-)Arbeiten gezeigt werden, organisiert die Kunsthochschule jedes Jahr mehrere Ausstellungen, die teilweise in Kooperation mit nationalen und internationalen Einrichtungen entstehen und durchgeführt werden.

Seit 2018 nimmt sie zudem am *Festival der jungen Talente* teil, auf dem Kunststudierende aus dem Rhein-Main-Gebiet ihre Arbeiten präsentieren. Im Zuge von Vortragsreihen und Symposien wird nicht nur internationale Kompetenz nach Mainz geholt, sondern werden auch kunstbezogene Themen in die Öffentlichkeit getragen. Seit 2013 gibt es außerdem jedes Jahr im Herbst das Angebot eines einwöchigen Schülerinnen- und Schüler-Workshops, bei dem potentielle Kunststudierende erste Einblicke in die Atelierarbeit erhalten. Das ist gut für eine Institution, die den Anspruch auf eine über Landesgrenzen hinausreichende Attraktivität erheben muss, mit ihren Aktivitäten aber auch die künstlerische Vitalität und das Potenzial in einem Bundesland kenntlich macht.³⁹

AUßER_ORDENTLICH.

Die Kunsthochschule Mainz aktuell – ein Statement des Rektors

Kunsthochschulen sind außergewöhnliche Orte. Die nur hier so vorzufindende Melange aus euphorisch zukunftsweisender Gestaltungsfreude sowie einer Prise ungestüme Anarchie ist ein unvergleichlich wertvoller Schatz. Der Korpus einer Kunsthochschule wird aus ihren Klassen gebildet – Adrian Williams nennt sie den »Goldschatz« einer Kunsthochschule. Ihr Herzschlag ist die Freiheit der künstlerischen Lehre. Für einige Reizwort, für die Kunsthochschule unabdingbare Grundlage – immer jedoch Ausweis der Außerordentlichkeit dieser Institutionsform.

»Wir stellen keine Aufgaben.« Dieser Ausspruch von Judith Samen zielt unmittelbar auf den Kern künstlerischer Lehre: »Was wir machen, ist einen Freiraum zu schaffen, in dem die Leute frei entscheiden können, was sie tun.« (Martin Schwenk) Eine Kunsthochschule sollte ihren Studierenden einen Raum eröffnen, in dem sich künstlerische Prozesse entwickeln können. Ihre Aufgabe ist es – wie Winfried Virnich sagt – jenen »schützenden, rahmenden und auch fordernden Ort« zu bieten, »an welchem Auseinandersetzung mit dem je eigenen Begehren möglich ist.« Diesen Schutzraum immer wieder aufs Neue zu bewahren, zu gestalten und stetig zu verbessern, ist die wichtigste Herausforderung, der sich die Kunsthochschule Mainz zu stellen hat.⁴⁰

Das Primat der künstlerischen Lehre liegt in der Klasse. Jede Klasse untersteht der Leitung einer/eines künstlerischen Professor*in. Somit wird künstlerische Lehre in einer Kunsthochschule im wahren Sinne des Wortes am »vorbildlichen« Individuum der Klassenleiter*innen festgemacht. Die Klasse ist gemeinsames Atelier, Werkstatt, Ausstellungsraum und Ort des Austauschs. Institutionalisiert ist dieser Austausch im wöchentlich stattfindenden Kolloquium. Hier werden im Kreis der Klassengemeinschaft dort entstandene Werke ebenso wie künftige Projekte vorgestellt, analysiert, diskutiert und weitergedacht. Hier können Haltungen heranreifen, sich selbst und der eigenen künstlerischen Arbeit gegenüber.

Der vorangegangene Blick in die Vergangenheit zeigt, dass sich die Kunsthochschule Mainz in kurzer Zeit von einem handwerksbasierten künstlerischen Fachbereich der Universität zu einer strukturell an den übrigen 23 deutschen Kunstakademien orientierten Kunsthochschule entwickelt hat. Dabei hat das Ringen um größtmögliche Eigenständigkeit – fast alle übrigen Kunsthochschulen sind autonome Institutionen – einen hohen Stellenwert eingenommen. Mit derzeit (Stand September 2019) circa 180 Studierenden und 14 Professor*innen gehört die Kunsthochschule Mainz zu den kleinsten in Deutschland. In dem engen Austausch der theoretischen Fächer Kunstdidaktik und kunstbezogener Theorie mit den künstlerischen Klassen zeigt sich ein so nur in einer Kunsthochschule möglicher äußerst lebendiger Theorie-Praxis-Bezug. Die Stärke der Kunsthochschule Mainz liegt in ihrer Konzentration auf die »reinen« künstlerischen Fächer, für die sie sich den Diplomstudiengang bewahren konnte. Das hier praktizierte gleichberechtigte und eng verzahnte Miteinander der Studiengänge Freie Bildende Kunst und Lehramt gibt ihr ein besonderes Profil. Für Absolvent*innen des Lehramtsstudiums bedeutet die Erfahrung künstlerischen Denkens – der fundamentalen Andersartigkeit künstlerischen Wissens und Handelns, wie sie das Atelierstudium an einer Kunsthochschule ausmacht – eine unschätzbare fachliche Qualifikation. Entwicklung und Prägung ästhetischer Diskurse sind eine grundlegende gesellschaftliche Aufgabe von Kunsthochschulen. Sie gilt es auf diesem Weg auch in die Schule zu tragen.

Das Selbstverständnis der Kunsthochschule Mainz ruht auf zwei Säulen: der Ermöglichung qualitativvoller zeitgenössischer künstlerischer Positionen ihrer Studierenden und der offensiven Vermittlung ihrer Werke in die Öffentlichkeit – Schutzraum und Brücke. Mit diesem Selbstverständnis verbindet sie den Anspruch auf die Position eines der wichtigsten Foren für die Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst und Kultur in Rheinland-Pfalz.

Martin Henatsch

Anmerkungen

- 1 Hellmann: Kunstschulen; ders.: Maler- und Bildhauerakademie u. ders.: Zeichnungsakademie.
- 2 Vgl. Stadtarchiv Mainz (StA Mainz), Best. 100/1963, 100/21 u. 100/152. Kraus hatte den Plan gemeinsam mit dem Architekten Christian Musel erstellt, einem ehemaligen Lehrer an der Kunstgewerbeschule. Oberleutnant Mertz verlangte in einem Besprechungsprotokoll vom 7.6.1946 die rasche Eröffnung der Schule.
- 3 StA Mainz, NL 8/2, Denkschrift über die Bau- und Kunstgewerbeschule der Gutenbergstadt Mainz vom 4.7.1945. Das Dokument trägt die Unterschrift von 16 Personen, darunter Bischof A. Stohr, Regierungspräsident J. Steffan u. Kulturdezernent M. Oppenheim.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Koblenz), Best. 910/3630, Aktennotiz des Ministeriums in Koblenz vom 8.3.1948.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Orsós ist Gerichtsmediziner sowie Hochschullehrer in Budapest gewesen und hat in Ungarn dem nationalsozialistischen Ärztebund vorgestanden. Vor dem Medizinstudium hat er eine Ausbildung an einer Malerschule erhalten. Vgl. dazu die Informationen zu Franz Orsós in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.10.2019).
- 8 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 45/209, Orsós an das Ministerium für Justiz und Kultus am 22.1.1951. Zur Eingliederung des Seminars in die Universität stellte Orsós fest, dass »es an allen staatlichen Universitäten der Vereinigten Staaten eine besondere Fakultät gibt für bildende Kunst«. Ebd., Bericht zur Entstehung und Tätigkeit des Seminars für künstlerische Erziehung, [o.D.].
- 9 Vgl. UA Mainz, NL 51/188, Ankündigung des Prüfungstermins durch Direktor Orsós am 15.10.1948.
- 10 Vgl. UA Mainz, Best. 65/155, Vorentwurfsskizze des Dachgeschosses des Westflügels vom September 1956. Pläne zum Neubau des Kunstgeschichtlichen Instituts an der Binger Straße weisen noch 1956 das Obergeschoss als Ort für das Seminar aus.
- 11 UA Mainz, Best. 13/110, Eichholz an den Rektor am 15.2.1951.
- 12 Abgedr. in: Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz Nr. 22 vom 25.10.1949, Nr. 278. Die Entwurfsfassung lag schon am 28.1.1949 vor.
- 13 Gottschow hatte in Berlin Kunsterziehung studiert, war 1919 in Greiz (Thüringen) Lehrer geworden und ist 1925 nach Frankfurt a. M. gezogen, wo er nach Kriegsende für die Referendarausbildung zuständig war. Vgl. LHA Koblenz, Best. 650/7581.
- 14 Schürg hatte u. a. in Karlsruhe und München Kunsterziehung studiert, eine Obergauschule geleitet und danach in Treplitz-Schönau das Fachseminar für das Sudetengebiet geleitet. Vgl. LHA Koblenz, Best. 860P/3021.
- 15 Die bei einer Tagung von Vertretern der Kunsthochschulen im Jahr 1954 vereinbarten *Kasseler Rahmenrichtlinien* bildeten eine wichtige Arbeitsgrundlage. Vgl. UA Mainz, Best. 126, Altakten der Kunsthochschule, Mappe 40e.
- 16 Da »Kunsterziehung« auch im Musik- und Deutschunterricht stattfindet, sollte unter diesem Begriff nach Auffassung der Universität die »Fachrichtung Bildende Kunst« und die »Fachrichtung Musik« gebildet werden. Gottschow dagegen meinte, nirgendwo gebe es Unterricht in »Tonkunst« bzw. »Dichtkunst«. Vgl. ebd., Mappe A 0/2, Gottschow an das Kultusministerium Rheinland-Pfalz am 28.12.1953.
- 17 Gerke: Institut, S. 58.
- 18 Lothar Kampmann und Hermann Ehmer haben mit Vorträgen und Buchpublikationen zur Fachdiskussion beigetragen. Johannes Schreiter hat als Glaskünstler mit Werken insbesondere für den sakralen Raum Bedeutung erlangt. Heijo Hangen war 1970 mit seinen Modulkonstruktionen Teilnehmer der international angesehenen Kunstaussstellung *documenta* in Kassel.
- 19 Vgl. Weber: Reduktion, S. 375. Herbert Kühn, Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte, hielt den Festvortrag über *Die Aufgabe des Künstlers in seiner Zeit*.
- 20 Kühle hatte in München Kunsterziehung studiert und war nach Stationen an mehreren Schulen mit der Ausbildung von Referendaren in München beauftragt worden. Vgl. LHA Koblenz, Best. 860P/968.
- 21 Vgl. UA Mainz, Best. 126, Altakten der Kunsthochschule, Mappe A 0/7, Kühle an Kultusminister Orth am 28.5.1957.
- 22 Ebd., Rupp an das Ministerium für Unterricht und Kultus am 20.11.1956.
- 23 Pfeiffer: 200 Jahre Landeskunstschule. In: AZ, 16.6.1958, S. 7.
- 24 *Die Freiheit* vom 9.10.1959 druckte die Erklärung des Präsidenten Hanns Altmeier im Wortlaut ab.
- 25 Schröder: Max Rupp, S. 85. Rupp kehrte als Lehrer an das Gymnasium von Idar-Oberstein zurück.
- 26 Nach Umwandlung der Schule für Kunst und Handwerk in eine Werkkunstschule wurde das Hochschulinstitut in Saarbrücken am 1.3.1961 geschlossen. Mehr als 30 Studierende kamen zur Fortsetzung ihres Studiums nach Mainz. Vgl. UA Mainz, Best. 126, Altakten der Kunsthochschule, Mappe C 25/1. Kühle erklärte am 5.8.1960 die Bereitschaft zur Aufnahme von 25 bis 30 Studierenden. Vgl. ebd.
- 27 Kühle und der Komponist Carl Orff wurden als Berater hinzugezogen.
- 28 Vgl. UA Mainz, Best. 54, Vorwort des Findbuchs. Auch online, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/media/234/download> (abgerufen am 26.4.2020). Das Staatliche Hochschulinstitut für Leibeserziehung wurde 1965 ebenfalls aus der Universität herausgelöst und unmittelbar dem Kultusministerium unterstellt.
- 29 Vgl. UA Mainz, Best. 126, Altakten der Kunsthochschule, Mappe 800003 u. 80100. Die Ausführung übernahm das Universitätsbauamt unter Leitung von Baudirektor Lothar Leonhard.
- 30 Auch die Hochschulinststitute für Musik und Leibeserziehung wurden Fachbereiche der Universität. Siehe hierzu auch die Beiträge von Ansgar Molzberger und Klaus Pietschmann in diesem Band.
- 31 Ein universitärer Studiengang *Freie Kunst* ist in der europäischen Tradition des Studiums an Kunstakademien ungewöhnlich. Im amerikanischen System der s. g. Art Departments ist er hingegen üblich.

- 32 In Münster ist im selben Jahr ein Kunsthochschulneubau eingeweiht worden. Vgl. allg. Henatsch (Hrsg): Unterwegs u. Schneckenburger (Hrsg): Kürassierkaserne.
- 33 Positionspapier des Ministeriums für Wissenschaft und Weiterbildung zur *Frage der Einrichtung einer Kunsthochschule oder Musikhochschule Rheinland-Pfalz*. AZ 15211 Tgb. Nr. 852/92 vom 20.1.1993. Das 30 Seiten umfassende Schriftstück resultierte aus der Ankündigung von Ministerpräsident Rudolf Scharping in seiner Regierungserklärung vom 5.6.1991, wonach geprüft werden sollte, ob und wie die Fachbereiche Musik und Bildende Kunst zu eigenständigen Hochschulen umgewandelt werden können.
- 34 Vgl. dazu das Hochschulgesetz (HochSchG) vom 19.11.2010, §100. In: Amts- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 21 vom 21.12.2010. Auch online, URL: <http://landesrecht.rlp.de/jportal/?quelle=jlink&query=HSchulG+RP&psml=bsrlpprod.psml> (abgerufen am 10.10.2019).
- 35 Das HochSchG (in Verbindung mit der Grundordnung) eröffnet die Möglichkeit einer öffentlichen Ausschreibung.
- 36 Beispiele hierfür sind die ostdeutschen Kunsthochschulen Berlin-Weissensee, Dresden, Halle, Leipzig und Weimar sowie die westdeutschen Neugründungen Münster (1987), Bremen (1988), Saarbrücken (1989), Köln (1990), Karlsruhe (1993) u. Essen (2010).
- 37 Die hohen Studierendenzahlen einiger Kunsthochschulen sind den Designstudiengängen zu verdanken.
- 38 Es handelt sich hierbei um Klassen für Bildhauerei (3), Film, Fotografie, Medienkunst, Malerei (3), Zeichnung und die GRC-Class Freie Bildende Kunst. Vgl. Kunsthochschule Mainz (Hrsg.): Kunsthochschule Mainz, S. 44–107.
- 39 Vgl. ebd., S. 102–183.
- 40 Die Zitate sind Auszüge aus einem am 31.10.2018 geführten Gespräch zwischen dem Rektor und den künstlerischen Professor_innen der Kunsthochschule Mainz. Vgl. ebd., S. 108 f.

Kleine Fächer

Ihre Bedeutung für die universitäre Profilbildung

Katharina Bahlmann und Lena Zimmer

Das breite Fächerspektrum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) spiegelt sich auch bei den sogenannten kleinen Fächern wider. Dies sind Fächer, welche das strukturelle Merkmal verbindet, an ihren Universitätsstandorten über eine vergleichsweise geringe Anzahl an Professuren zu verfügen. Von Afrikanistik bis Wissenschaftstheorie und -philosophie sind an der JGU insgesamt 48 solcher Fächer vertreten, womit sie Platz vier der deutschen Universitäten mit den meisten kleinen Fächern einnimmt. Zudem ist seit 2012 die Arbeitsstelle Kleine Fächer in Mainz angesiedelt, welche die deutschlandweite Situation und Entwicklung der kleinen Fächer beobachtet und untersucht. Die Notwendigkeit, diese in den Fokus eigener Untersuchungen zu nehmen, wurde vor dem Hintergrund unterschiedlicher Bedrohungsszenarien in den letzten 50 Jahren wiederholt formuliert. Dies hat schließlich zum zentralen Projektauftrag der Arbeitsstelle Kleine Fächer, der Kartierung kleiner Fächer an deutschen Universitäten, geführt.

Kleine Fächer im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen

Auf Initiative des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK; heute: Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) wurde die Arbeitsstelle Kleine Fächer am 1. September 2012 am Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) an der JGU eingerichtet. Die Verortung der Arbeitsstelle Kleine Fächer am ZQ wurde mit der Perspektive vorgenommen, das Projekt außerhalb der Organisationsstruktur der Fächer zu verfolgen und auf die Expertise des ZQ im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftsforschung zurückgreifen zu können. Die seit 2012 regelmäßig durch die in Mainz ansässige Arbeitsstelle Kleine Fächer vorgenommenen Kartierungen kleiner Fächer sind jedoch nicht die ersten Untersuchungen, die die Situation an deutschen Universitäten dokumentieren. So hat es bereits in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre eine erste Struktur- und Funktionsanalyse der kleinen Fächer an bundesdeutschen Universitäten gegeben. Den Ausgangspunkt für die erste Erhebung in den Jahren 1973/74 bildete die Formierung der sogenannten Massenfächer an den bundesdeutschen Universitäten.¹ Während diese einen deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen verzeichnen konnten, etablierte sich der Begriff »kleines Fach« für jene Fächer, bei denen die studentische Nachfrage vergleichsweise stagnierte und man einen Rückgang personeller und sächlicher Ressourcen befürchtete.² Insgesamt identifizierte die Studie an den Universitäten der westdeutschen Bundesländer 65 kleine Fächer. Für die JGU wurden zum damaligen Zeitpunkt 34 kleine Fächer aufgeführt, darunter einerseits Fächer wie Genetik, Geologie und Meteorologie, die inzwischen zu groß sind, um noch als kleines Fach zu gelten, sowie andererseits Forschungs- und Lehrgebiete, welche mittlerweile nicht mehr als eigenständige Fächer in der Kartierung Berücksichtigung finden wie beispielsweise die Rechtsgeschichte.³

Zu Beginn des neuen Jahrtausends flammte der hochschulpolitische Diskurs zu den kleinen Fächern vor dem Hintergrund knapper Ressourcen, der Profilbildung der Hochschulen sowie der Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses wieder auf.⁴ Erneut mündete die Diskussion in der Feststellung, dass für zukünftige hochschulpolitische Planungen eine solide Datenbasis und valide Dokumentation zur Situation der kleinen Fächer an deutschen Universitäten erforderlich sei. Auf Initiative des Philosophischen Fakultätentags wurde daher die Potsdamer Arbeitsstelle Kleine Fächer an der Universität Potsdam gegründet, die zwischen 2007 und 2012 im Auftrag der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die erste gesamtdeutsche Kartierung der kleinen Fächer durchführte.⁵ Am Ende zweier Erhebungsphasen umfasste die Liste 119 kleine Fächer. Nachdem 2012 für eine Fortführung der Arbeitsstelle Kleine Fächer an der Universität Potsdam keine Perspektive bestand, erfolgte die Übergabe sämtlicher Kartierungsdaten an die JGU.

Die Kartierungstätigkeit der Arbeitsstelle Kleine Fächer umfasst nicht nur die Dokumentation der deutschen Universitätsstandorte und -professuren kleiner Fächer seit 1997. Einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit macht auch die Identifikation kleiner Fächer in Abgrenzung zu großen Fächern und nicht-selbstständigen Teildisziplinen aus. Da die Identifikation von Fächern nach der Umsetzung des Bologna-Prozesses nicht mehr (allein) entlang von Studiengängen erfolgen kann, wurden sechs Kriterien formuliert,

Die deutschlandweite Entwicklung kleiner Fächer⁶

Was ist ein »kleines Fach«?

Für die Abgrenzung kleiner Fächer von großen und mittelgroßen Fächern wird ein quantitatives Kriterium herangezogen, welches sich auf die Zahl der Professuren je Universitätsstandort bezieht. Dieses lautet: **Ein kleines Fach besitzt je Universitätsstandort nicht mehr als drei unbefristete Professuren, wobei es deutschlandweit bis zu zwei Ausnahmen geben darf.** Für die Abgrenzung von kleinen Fächern gegenüber nicht-selbstständigen Teildisziplinen beziehungsweise für die Beantwortung der Frage: Wann ist ein Fach ein Fach?, zieht die Arbeitsdefinition fünf Kriterien heran. Diese sind:

- 1. Selbstverständnis als eigenständiges Fach:** Die Professorinnen und Professoren, welche den jeweiligen Wissenschaftszweig an deutschen Universitäten vertreten, verstehen diesen als eigenständiges Fach.
- 2. Fachgesellschaft:** Der jeweilige Wissenschaftszweig verfügt über eine nationale oder internationale Fachgesellschaft oder wird in Ausnahmefällen von einer übergeordneten Fachgesellschaft als eigenständiges Fach anerkannt.
- 3. Fachzeitschrift:** Der jeweilige Wissenschaftszweig verfügt über eigene – nationale oder internationale – einschlägige Publikationsorgane.
- 4. Eigene unbefristete Professuren:** Für den jeweiligen Wissenschaftszweig gibt es an deutschen Universitäten eigene Professuren mit spezifischen Denominationen.
- 5. Eigene Studiengänge/-schwerpunkte:** Der jeweilige Wissenschaftszweig ist mit eigenen Studiengängen oder mit eindeutig sichtbaren Studienschwerpunkten (Bachelor/ Master/ Magister/ Diplom/ Staatsexamen) an deutschen Universitäten vertreten. Bei Neuaufnahmen von Fächern muss ein eigener Studiengang gegeben sein.

auf deren Grundlage die Grenzziehung zwischen kleinen und großen Fächern sowie kleinen Fächern und nicht-selbstständigen Teildisziplinen erfolgt.⁷ Nur wenn alle sechs Kriterien erfüllt sind, wird ein Fach im Fächerkatalog der Arbeitsstelle geführt. Da sich die Erhebung selbst jedoch insbesondere an den Professuren in den kleinen Fächern orientiert, werden für die einzelnen kleinen Fächer Universitätsstandorte auch dann berücksichtigt, wenn sich an ihnen keine fachspezifischen Studiengänge finden. Ausschlaggebend ist hier allein das Vorhandensein einer oder mehrerer Professur(en) mit einschlägiger Denomination und längerfristiger Perspektive.⁸

Nach der Durchführung einer umfassenden Neukartierung auf Grundlage der sechs Kriterien der Arbeitsdefinition »kleines Fach« in den Jahren 2017/18 wurde die Liste der kleinen Fächer von zuvor 119 auf 151 erweitert⁹ und ist inzwischen auf 157 kleine Fächer angewachsen (Stand 10.8.2020). Grund für den Anstieg der Zahl kleiner Fächer bildet zum einen die fortlaufende Entstehung neuer wissenschaftlicher Disziplinen und deren Institutionalisierung an deutschen Universitäten. Zum anderen hat sich über die Jahre aber auch der Blick auf das Thema geweitet, sodass nach der Überarbeitung der Arbeitsdefinition »kleines Fach« neu entstehende Fächer in der Kartierung mitberücksichtigt werden können und zusätzlich verstärkt auch nicht-geisteswissenschaftliche kleine Fächer in den Fokus geraten.

Die Kartierung der kleinen Fächer ordnet diese 19 Fachgruppen zu, die sich wiederum auf sechs Fachkulturen verteilen.¹⁰ Wie aus Abbildung 1 deutlich wird, umfasst die Fachkultur der Geisteswissenschaften die mit Abstand meisten kleinen Fächer. Die Fachkultur der Gesundheitswissenschaften ist mit lediglich einer Fachgruppe und neun Fächern die kleinste.

Abbildung 2 stellt die Wachstumsraten der Professurenzahlen nach Fachkultur zu den Vergleichszeitpunkten 2009 und 2018 dar. Dabei zeigt sich zunächst einmal, dass alle Fachkulturen positive Wachstumsraten verzeichnen. Besonders bemerkenswert ist das Wachstum in den Gesundheitswissenschaften mit einer Rate von 74 Prozent. Die niedrigsten Wachstumsraten verzeichnen die Kunst und Kunstwissenschaften mit einem Plus von sieben Prozent, gefolgt von den Geisteswissenschaften mit einer Rate von 10 Prozent. Mit in der Summe 115,5 hinzugewonnenen Professuren zwischen 2009 und 2018 lässt sich in den Geisteswissenschaften in absoluten Zahlen jedoch das größte Stellenwachstum festhalten.

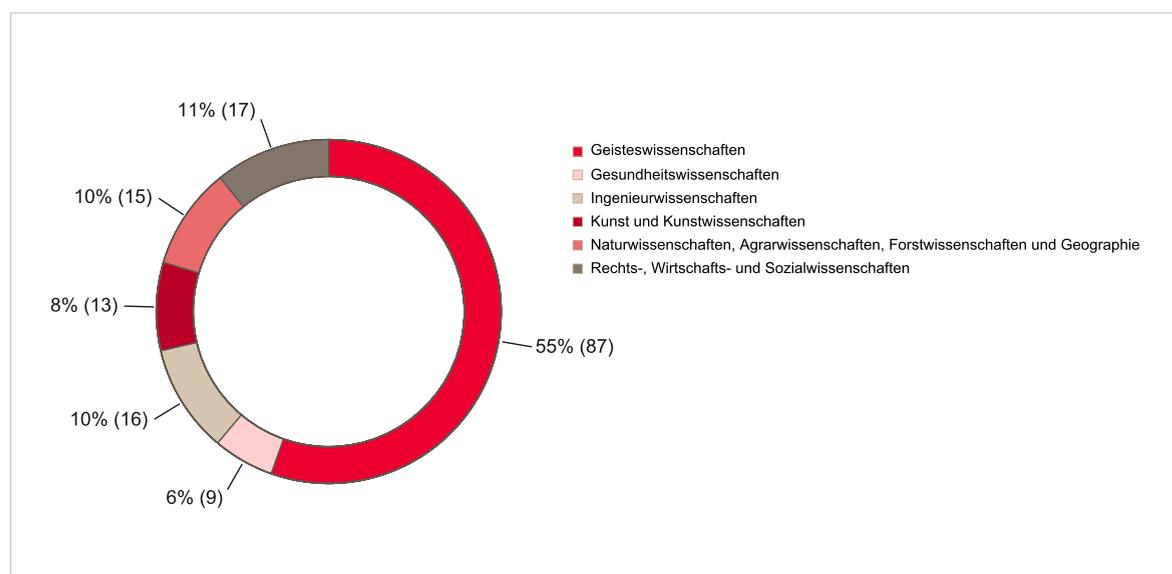


Abb. 1: Verteilung der kleinen Fächer auf die Fachkulturen, relativer Anteil und Anzahl der kleinen Fächer. Quelle: Eigene Erhebung der Arbeitsstelle Kleine Fächer (Stand: 10.8.2020).

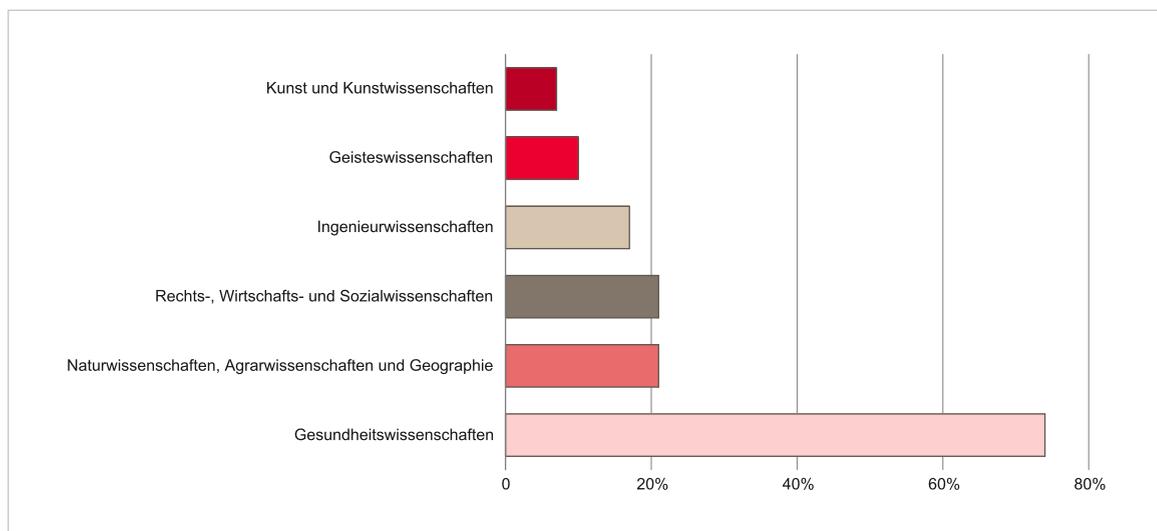


Abb. 2: Wachstumsraten der Professurenanzahl in den 157 kleinen Fächern nach Fachkultur zwischen 2009 und 2018. Quelle: Eigene Erhebung der Arbeitsstelle Kleine Fächer (Stand 10.8.2020).

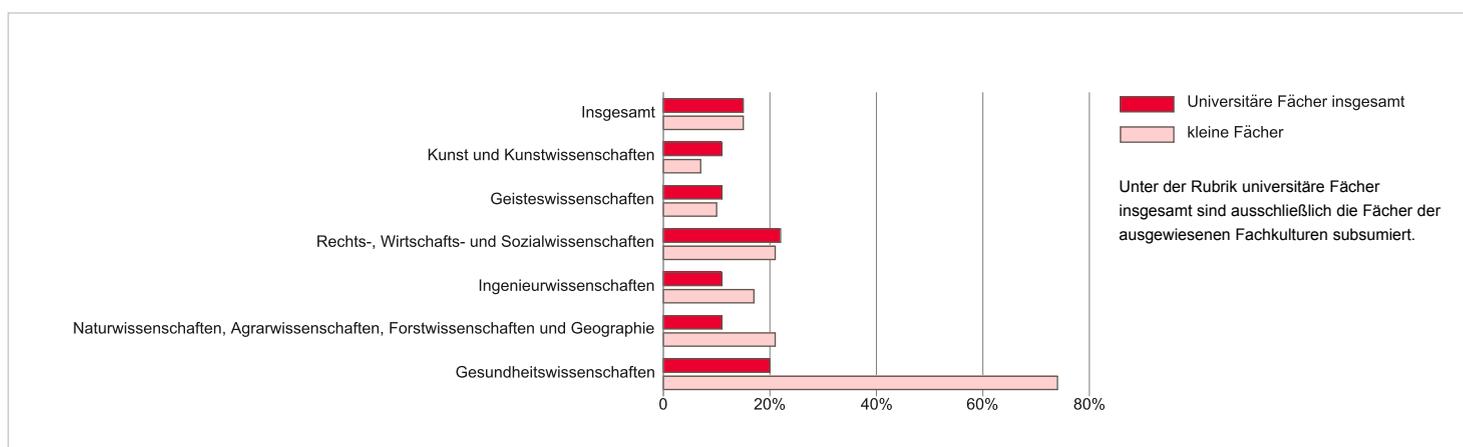


Abb. 3: Wachstumsraten der Professurenanzahl in den 157 kleinen Fächern sowie in den universitären Fächern insgesamt nach Fachkultur zwischen 2009 und 2018. Quellen: Eigene Erhebung der Arbeitsstelle Kleine Fächer; Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur 2010; Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur 2019 (Stand 10.8.2020).

Um das dargestellte Wachstum insgesamt bewerten zu können, wird in Abbildung 3 das Wachstum in den 157 kleinen Fächern der Entwicklung der Professurenanzahl in allen Fächern an deutschen Universitäten differenziert nach Fachkultur gegenübergestellt.¹¹

Während das Wachstum in den kleinen gesundheits-, natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern das Wachstum der universitären Fächer insgesamt übersteigt, bleiben die kleinen Fächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Geisteswissenschaften sowie der Kunst und Kunstwissenschaften (leicht) hinter dem Wachstum aller universitären Fächer zurück. Insgesamt entspricht das Wachstum der Professurenzahlen zwischen 2009 und 2018 in den kleinen Fächern mit 15 Prozent dem Wachstum in den entsprechenden Fachkulturen aller universitären Fächer.

Blickt man auf die Entwicklung der Professurenzahlen auf Fachebene, so lässt sich zwischen 2009 und 2018 für 82 der 157 kleinen Fächer ein Stellenzuwachs verzeichnen. Insbesondere für die Fächer Biodiversität (+33,5), Islamische Theologie (+17), Digital Humanities (+16,5), Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (+16) und Neuroinformatik (+15) ist mit Blick auf die absoluten Werte ein Zuwachs an Professuren im niedrigen zweistelligen Bereich festzuhalten. Den stärksten Stellenabbau verzeichnen in diesem Zeitraum die Geschichte der Medizin (-5,5), Kristallographie (-5), Indogermanistik (-5), Arbeitswissenschaft (-5), Wirtschafts- und Sozialgeschichte (-4) und Sprachlehrforschung (-4).

Das Profil der JGU entlang ihrer kleinen Fächer

Ausgehend von den bundesweit 157 kleinen Fächern sind knapp ein Drittel (48 im Jahr 2020) in Mainz repräsentiert. Die kleinen Fächer werden dabei von 63 Professuren vertreten. Damit gehört die JGU zu den oberen fünfzehn Prozent jener Standorte, die über die meisten Professuren in den kleinen Fächern verfügen. Das

Gros der kleinen Fächer lässt sich der Fachkultur der Geisteswissenschaften zuordnen. Insgesamt verteilen sich 34 kleine Fächer über die acht geisteswissenschaftlichen Fachgruppen. Schwerpunktmäßig sind dabei Fächer aus den Fachgruppen Archäologien (8 Professuren), Alte Sprachen und Kulturen (7 Professuren) und Außereuropäische Sprach-, Literatur und Kulturwissenschaften (6,5 Professuren) vertreten. Mit sechs Professuren ist zudem die Fachgruppe Film, Musik, Tanz und Theater repräsentiert. Bemerkenswert ist, dass gerade die kleinen Fächer aus dem Bereich der Altertumswissenschaften, die deutschlandweit im Abbau begriffen sind, an der JGU einen besonderen Schwerpunkt mit insgesamt 16 Professuren bilden. Mit Blick auf die strukturelle Verankerung von kleinen Fächern an deutschen Universitäten ist die JGU insbesondere für die Baltistik von großer Bedeutung. So ist dieses Fach lediglich noch an der Universität Greifswald vertreten.

Die meisten kleinen Fächer, die in Mainz über mehr als eine Professur verfügen, bieten auch im neuen Studiensystem eigene Bachelor- und/oder Masterstudiengänge an, so beispielsweise die Buchwissenschaft, die Journalistik, die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft/Komparatistik und die Anthropologie. Sollten kleine Fächer vor dem Hintergrund der Bologna-Reform keine Studiengänge mehr alleine tragen können, setzt die JGU auf die Repräsentation dieser Fächer in ihren Bachelor- und Masterstudiengängen in Gestalt integrierter Studiengänge wie Kultur-Theater-Film, Ägyptologie/Altorientalistik oder Geowissenschaften.

Eine weitere Möglichkeit des Zusammenschlusses kleiner Fächer in gemeinsamen Studiengängen bietet der Verbund Rhein-Main-Universitäten (RMU). Zudem werden auf dem Gebiet der Afrika-Forschung mehrere Kooperationsbeziehungen zu Frankfurt unterhalten, die sowohl Lehre und Forschung als auch strategische Abstimmungen im Zuge von Berufungsverfahren betreffen.¹²

Viele der altertumswissenschaftlichen kleinen Fächer der JGU kooperieren in Form des Leibniz-WissenschaftsCampus Mainz: Byzanz zwischen Orient und Okzident mit dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz (RGZM) und treiben auf diese Weise die Etablierung einer breiten Plattform für interdisziplinäre Byzanzforschung voran. Die Kooperation mit dem RGZM spiegelt sich auch auf der Studienebene im dualen Bachelor-Studiengang Archäologische Restaurierung wider, der das Universitätsstudium mit einer berufspraktischen Ausbildung in den Restaurierungswerkstätten des RGZM verknüpft und von den Instituten für Geowissenschaften und Kernchemie der JGU mitgetragen wird.

Das Mainzer Zentrum für Digitalität in den Geistes- und Kulturwissenschaften (mainzed), unter dessen Dach die JGU mit fünf weiteren Mainzer Forschungsreinen kooperiert, ist ein weiteres Beispiel für eine Vernetzung kleiner und großer Fächer wie den Archäologien, der Geschichte, Informatik, Buchwissenschaft sowie den Digital Humanities.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Professurenzahlen in den kleinen Fächern der JGU zwischen ihrem Gründungsjahr 1946, dem Zeitpunkt der ersten systematischen Kartierung kleiner Fächer 1973/74, dem Jahr 1997 sowie dem Zeitpunkt der letzten Datenaktualisierung im August 2020.¹³ Der Blick auf die historische Entwicklung macht deutlich, dass seit der Gründung im Mai 1946 ein Schwerpunkt auf den Altertumswissenschaften lag. Parallel zum Wiederaufbau der Universität wurden damals auch die Grundsteine für die klassisch-archäologischen sowie vor- und frühgeschichtlichen Sammlungen gelegt.¹⁴

Insgesamt lässt sich von jenen 14 kleinen Fächern, die mit Vorlesungsbeginn 1946 an der JGU vertreten waren, nahezu die Hälfte den Altertumswissenschaften zuordnen. Von den insgesamt 14 Gründungsfächern

Fachkultur	Fachgruppe	Fach	Anzahl der Professuren
Geisteswissenschaften	Allgemeine und vergleichende Sprach- und Literaturwissenschaften	Allgemeine Sprachwissenschaft	2
		Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft	2
		Computerlinguistik	0,5
		Interkulturelle Kommunikation	1
	Alte Sprachen und Kulturen	Ägyptologie	2
		Altorientalistik	1
		Byzantinistik	1
		Gräzistik	1
		Latinistik	2
	Archäologien	Biblische Archäologie	1
		Christliche Archäologie	1
		Klassische Archäologie	2,3
		Provinzialrömische Archäologie	0,3
		Ur- und Frühgeschichte	2,3
		Vorderasiatische Archäologie	1
	Außereuropäische Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften	Afrikanistik	1
		Indologie	1
		Judaistik	1
		Lateinamerikanistik	1,5
		Sinologie	1
		Turkologie	1
	Dokumentationswissenschaften	Buchwissenschaft	2
	Europäische Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften	Baltistik	0,3
		Europäische Ethnologie/Volkskunde	1
		Finnougristik-Uralistik	0,3
		Lusitanistik	2
		Skandinavistik/Nordistik	0,3
Geschichtswissenschaften	Alte Geschichte	2	
	Geschichte der Medizin	0,5	
	Landes- und Regionalgeschichte	1	
	Osteuropäische Geschichte	1	
	Wissenschaftsgeschichte	1	
Philosophie und Theologien	Ethik der Medizin	0,5	
	Wissenschaftstheorie und -philosophie	2	
Gesundheitswissenschaften	Gesundheitswissenschaften	Public Health	1
		Biostatistik	1
		Versorgungsforschung	1
Naturwissenschaften, Agrarwissenschaften und Geographie	Agrarwissenschaften und Geographie	Bodenkunde	1
		Anthropologie	2
	Biologie, Chemie und Physik	Mineralogie	3
		Paläontologie	1
Kunst und Kunstwissenschaften	Film, Musik, Tanz und Theater	Filmwissenschaft	2
		Musikpädagogik	3
		Theaterwissenschaft	1
		Kirchenmusik	2
	Kunst und Gestaltung	Kunstpädagogik	1
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Sozial- und Wirtschaftswissenschaften	Journalistik	2
		Kriminologie	1
Summe der Professuren			63

Tab. 1: Ordentliche Professuren in den kleinen Fächern der JGU sortiert nach Fachkultur und Fachgruppe.
Quelle: Eigene Erhebung der Arbeitsstelle Kleine Fächer (Stand 10.8.2020).¹⁵

Fach	1946	1973/74	1997	2020	Entwicklung 1997–2020
Afrikanistik	0	0	1	1	+/-0
Ägyptologie	0	1	1	2	+1
Allgemeine Sprachwissenschaft	0	1	1,5	2	0,5
Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft	1	1	2	2	+/-0
Alte Geschichte	1	1	1	2	+1
Altorientalistik	0	0	0	1	+1
Anthropologie	2	3	2	2	+/-0
Arabistik	0	0,5	1	0	-1
Baltistik	0	0	0,3	0,3	+/-0
Biblische Archäologie	0	1	1	1	+/-0
Biostatistik	0	1	1	1	+/-0
Bodenkunde	0	0	1	1	+/-0
Buchwissenschaft	0	1	2	2	+/-0
Byzantinistik	0	0	1	1	+/-0
Christliche Archäologie	1	0	1	1	+/-0
Computerlinguistik	0	0	0	0,5	+0,5
Ethik der Medizin	0	0	0	0,5	+0,5
Europäische Ethnologie/Volkskunde	1	1	1	1	+/-0
Filmwissenschaft	0	0	1	2	1
Finnougristik-Uralistik	0	0	0,3	0,3	+/-0
Geschichte der Medizin	0	1	1	0,5	-0,5
Gräzistik	1	2,5	1	1	+/-0
Indogermanistik	1	0	0	0	+/-0
Indologie	0	1	1	1	+/-0
Interkulturelle Kommunikation	0	0	0	1	+1
Islamwissenschaft	1	2	1,5	0	-1,5
Journalistik	0	0	2	2	+/-0
Judaistik	0	1	1	1	+/-0
Kirchenmusik	0	1	2	2	+/-0
Klassische Archäologie	0	2	2	2,3	+0,3
Kriminologie	0	0	1	1	+/-0
Kristallographie	0	0	1	0	-1
Kunstpädagogik	0	0	1	1	+/-0
Landes- und Regionalgeschichte	0	0	1	1	+/-0
Lateinamerikanistik	0	0	1,5	1,5	+/-0
Latinistik	1	2,5	2	2	+/-0
Lusitanistik	0	0	2,5	2	-0,5
Mineralogie	1	5	4	3	-1
Musikpädagogik	0	0	0	3	+3
Neogräzistik	0	0	1	0	-1
Osteuropäische Geschichte	1	1	1	1	+/-0
Paläontologie	0	3	3	1	-2
Provinzialrömische Archäologie	0	0	0	0,3	+0,3
Public Health	0	0	1	1	+/-0
Religionswissenschaft	1	1	0	0	+/-0
Semitistik	0	0,5	0,5	0	-0,5
Sinologie	0	0	1	1	+/-0
Skandinavistik/Nordistik	0	0	0,3	0,3	+/-0
Theaterwissenschaft	1	0	1	1	+/-0

Tab. 2: Anzahl der Professuren in den kleinen Fächern an der JGU in den Jahren 1946, 1973/74, 1997 und 2020 inklusive ihrer Entwicklung zwischen 1997 und 2020. Quellen: Eigene Erhebung der Arbeitsstelle Kleine Fächer; Gutenberg Biographics; Forum des Hochschulverbandes: Kleine Fächer (Stand 10.8.2020).

Fach	1946	1973/74	1997	2020	Entwicklung 1997–2020
Turkologie	0	0	1	1	+/-0
Ur- und Frühgeschichte	1	2	2	2,3	+0,3
Versorgungsforschung	0	0	0	1	+1
Vorderasiatische Archäologie	0	0	1	1	+/-0
Wirtschafts- und Sozialgeschichte	0	0	1	0	-1
Wissenschaftsgeschichte	0	0	1	1	+/-0
Wissenschaftstheorie und -philosophie	0	0	0	2	+2
Summe der Professuren	15	37	59,5	63	+3,5

sind elf kleine Fächer auch heute noch in Mainz angesiedelt. Die Indogermanistik, die Islamwissenschaft und die Religionswissenschaft werden hingegen aktuell nicht mehr durch Professuren vertreten. Während die Religionswissenschaft nach der Emeritierung von Josef Schmitz 1993 nicht wiederbesetzt wurde, ist die Indogermanistik bereits Anfang der 1960er-Jahre eingestellt worden.

Betrachtet man die jüngere Entwicklung zwischen den Vergleichszeitpunkten 1997 und 2020, dann kann zunächst einmal ein Wachstum von 3,5 Professuren über alle kleinen Fächer hinweg konstatiert werden. Dies entspricht einer Wachstumsrate von sechs Prozent. Während in zehn kleinen Fächern insgesamt zehn Professuren abgebaut wurden, konnten 14 Fächer insgesamt 13,5 Professuren hinzugewinnen. Das größte Wachstum verzeichnet dabei die neueingerichtete Musikpädagogik mit drei Professuren. Hier kam es 2011 beziehungsweise 2016 zur Neuschaffung der Bereiche Konzertpädagogik/Bühnenperformance sowie elementare Musikpädagogik und einem damit verbundenen Professurenwachstum. Zudem finden sich an der JGU einige Fächer, die der Arbeitsdefinition »kleines Fach« in den letzten Jahren entwachsen sind. Dazu zählt unter anderem die Dolmetsch- und Übersetzungswissenschaft, deren Professurenzahl von 1997 bis 2020 an der JGU von 0,5 auf 6 gestiegen ist. Dieses Stellenwachstum erklärt sich durch eine Neuausrichtung des Fachs, die sich in den Bezeichnungen von Denominationen sowie des Fachbereichs niedergeschlagen hat. So wurde die Dolmetsch- und Übersetzungswissenschaft bis in die 1970er-Jahre hinein noch regelmäßig zu den Angewandten Sprachwissenschaften gezählt. Ab den 1980er-Jahren kam es schließlich zu einer Emanzipationsbewegung innerhalb des Fachs, im Zuge derer sich die Fachbezeichnung Dolmetsch- und Übersetzungswissenschaft beziehungsweise Translationswissenschaft sowie Translatologie immer weiter durchsetzen konnte. Diese Entwicklung lässt sich auch an der Benennung des entsprechenden Fachbereichs an der JGU ablesen, der ab 1974 Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft hieß, 1992 in Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft umbenannt wurde und erst seit 2009 die Bezeichnung Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft trägt.¹⁶ Die größten Professurenverluste an der JGU zwischen 1997 und 2020 verzeichnet hingegen die Paläontologie.

Neben der Musikpädagogik wurden sieben weitere kleine Fächer seit 1997 neu eingerichtet und sind nun mit 0,3, 0,5, einer oder zwei vollen Professur(en) an der JGU vertreten. Daneben kam es jedoch auch zu Schließungen kleiner Fächer. Seit 1997 sind mit der Arabistik, Islamwissenschaft, Kristallographie, Neogräzistik, Semitistik sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte insgesamt sechs kleine Fächer abgebaut worden. Im Falle der Arabistik wird die Professur zwar nicht fortgeführt, das Studien- und Prüfungsangebot besteht allerdings auch ohne Professur am Standort Germersheim fort. Die Fächer Islamwissenschaft und Semitistik wurden an der JGU zuletzt von Manfred Kropp vertreten. 2010 ging die Professur an die Englische Sprachwissenschaft über. Wie die Arabistik ist auch die Kristallographie noch in der Lehre, im Rahmen des Studiengangs Geowissenschaften, erhalten. Zudem wird voraussichtlich im März 2021 eine Juniorprofessur mit Tenure Track für

Kristallographie/Biomineralisation neu besetzt, sodass Kristallographie dann auch wieder mit einer eigenen Professur an der JGU vertreten sein wird. Die Professur für Neogräzistik wurde in eine allgemeine Professur für Konferenzdolmetschen umgewidmet. Das Studien- und Prüfungsangebot besteht aber auch in diesem Fach über den Arbeitsbereich Neugriechisch am Standort Germersheim weiter fort. Hinsichtlich des kleinen Fachs Wirtschafts- und Sozialgeschichte erfolgte 2010 die Umwidmung der Professur in einen Lehrstuhl für Corporate Governance. Über einen eigenen Studiengang Wirtschafts- und Sozialgeschichte verfügte die JGU jedoch auch vor der Umwidmung nicht. Es handelte sich ausschließlich um einen Wahlbereich innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Zudem wurde inzwischen am Historischen Seminar eine Juniorprofessur für Wirtschaftsgeschichte eingerichtet. Insgesamt zeigt sich, dass mit dem Abbau von Professuren in den kleinen Fächern nicht zwangsläufig auch ein Abbau des Studienangebots oder das Einstellen von Forschungsaktivitäten verbunden ist. Zudem ist zu beachten, dass bereits leichte – insbesondere im Zuge von Neuberufungen stattfindende – Änderungen hinsichtlich der Denomination Auswirkungen auf die Kartierung haben können, insofern diese eine andere Fachzuordnung innerhalb des Katalogs der kleinen Fächer nach sich ziehen können.

Vertiefende Untersuchung: Die Mainzer Buchwissenschaft

Die Mainzer Buchwissenschaft kann als Beispiel für die historische Verwurzelung eines Fachs an einem bestimmten Standort dienen und zeigt gleichermaßen, wie kleine Fächer zur Profilbildung von Universitäten beitragen können. Anders als bei vielen anderen kleinen Kulturwissenschaften und Philologien – wie etwa der Sorabistik, der Frisistik oder dem Dänischen – ist die Verbundenheit zwischen Fach und Standort jedoch nicht auf nationale Minderheiten zurückzuführen, die in der Region des Standorts angesiedelt sind. Die Etablierung der Buchwissenschaft an der JGU kann vielmehr in der Tradition Johannes Gutenbergs verstanden werden, der den Standort Mainz mit der Erfindung des Buchdrucks maßgeblich mitgeprägt hat. Folgerichtig lassen sich die Ursprünge der Buchwissenschaft in Mainz auch direkt in der Gutenberg-Forschung verorten. Mit Aloys Ruppel wurde 1946 ein Wissenschaftler auf die zunächst durch die Stadt Mainz eingerichtete Stiftungsprofessur für Buch-, Schrift- und Druckwesen berufen, dessen Forschung zuvorderst dem Leben und Wirken Gutenbergs gewidmet war. Ruppel war bereits Direktor des Gutenberg-Museums, Vorsitzender der im Jahr 1901 gegründeten Gutenberg-Gesellschaft und wurde von Kollegen als »Gutenbergs Stellvertreter auf Erden«¹⁷ bezeichnet. Schließlich erfolgte 1949 die Ernennung Ruppels zum ordentlichen Professor; das Gutenberg-Seminar wurde im Gutenberg-Museum eingerichtet.¹⁸

Mit der Einrichtung der ersten Professur in Mainz begann auch der Institutionalisierungsprozess der Buchwissenschaft als eigenständige wissenschaftliche Disziplin in Deutschland. Während sie vorher als Hilfswissenschaft für die Geschichts- und Literaturwissenschaften galt oder im Rahmen der Buchkunde der Ausbildung zum Bibliothekar diente, wurden nun zunehmend unabhängige Professuren an deutschen Universitäten geschaffen, so etwa in München (1964), Erlangen (1974) und Leipzig (1995).¹⁹ Parallel dazu unterstützten Fachgesellschaften diese Entwicklung mit der Organisation von Tagungen und Publikationen. Hierzu zählten unter anderem die Historische Kommission des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, die Internationale Buchwissenschaftliche Gesellschaft sowie die Internationale Gutenberg-Gesellschaft.²⁰

Als wichtiger Eckpfeiler im Institutionalisierungsprozess der Buchwissenschaft in Mainz kann die 1968/69 erfolgte Übernahme des Lehrstuhls durch das Land Rheinland-Pfalz und die damit einhergehende Integration des Seminars für Buch-, Schrift- und Druckwesens in die Universität gelten. Mit der Eingliederung in die Universität und der Berufung Hans Widmanns war zudem der Wunsch verbunden, »das Lehrangebot auf eine breitere Basis zu stellen sowie die Anlehnung des Fachs an benachbarte Disziplinen«²¹ zu suchen. In den 1970er-Jahren kam es schließlich zu einem rasanten Anstieg der Studierendenzahlen. Der Studiengang

Buchwesen des 1973 umbenannten Instituts für Buchwesen konnte nun als Haupt-, Neben- und Zusatzfach studiert werden. Eine zweite Professur wurde jedoch erst 1993 als Ergebnis von Verhandlungen durch den 1992 auf den Gutenberg-Lehrstuhl berufenen Stephan Füssel eingerichtet. Diese wurde mit Ernst Fischer besetzt²² und wird seit 2019 von Philip Ajouri vertreten. Zusätzlich zu den beiden ordentlichen Professuren besteht seit 2011 eine Juniorprofessur, die kontinuierlich besetzt wird. Die deutschlandweite zahlenmäßige Entwicklung in Tabelle 3 zeugt von einer ausgesprochenen Stabilität des Faches. Mit gegenwärtig sieben ordentlichen Professuren, die sich auf fünf Standorte verteilen, zählt die Buchwissenschaft aber zu den vergleichsweise kleineren kleinen Fächern.

Jahr	Standorte deutschlandweit	Professuren deutschlandweit	Professuren Mainz
1946	0	0	0
1973/74	3	3	1
1997	5	7	2
2020	5	7	2

Allein durch den Namensgeber der Universität kann die Buchwissenschaft als fester Bestandteil im Fächerspektrum der JGU gelten. Die profilgebende Funktion wurde durch die Beteiligung an dem von 2008 bis 2019 durch das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MWWK) Rheinland-Pfalz geförderten Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz weiter gestärkt und inhaltlich erweitert: »Der Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz repräsentiert die profilbildende Medienexpertise der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.«²³ In diesem Rahmen kooperierte die Buchwissenschaft unter anderem mit der Publizistik, der Medienpädagogik, dem Medienrecht und der Journalistik, um vor allem Fragen nach den Folgen und der Steuerbarkeit des Medienwandels nachzugehen.²⁴ Der Zusammenschluss wurde dabei als Reaktion auf die zunehmende Verschmelzung der unterschiedlichen Medienformate betrachtet. Ausgehend von der inhaltlich konzentrierten Gutenberg-Forschung, hat sich die Mainzer Buchwissenschaft also zunehmend breiter aufgestellt und kann heute als ein Standbein der »heimlichen Medienhauptstadt«²⁵ Mainz gelten.

Organisatorisch bildet die Mainzer Buchwissenschaft aktuell gemeinsam mit der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft sowie der Indologie das Gutenberg-Institut für Weltliteratur und schriftorientierte Medien an der JGU. Neben dem gemeinsamen Masterstudiengang Weltliteratur bietet die Mainzer Buchwissenschaft auch nach dem Bologna-Prozess noch eigene Bachelor- wie auch Master-Fachstudiengänge an. Unter dem Dach der RMU arbeitet die Mainzer Buchwissenschaft im Rahmen des gemeinsamen Masterstudiengangs Kinder- und Jugendliteratur-/Buchwissenschaft ferner mit dem Institut für Jugendbuchforschung der Goethe-Universität Frankfurt am Main zusammen. So zeigt die Buchwissenschaft, welche weitreichende Ausstrahlkraft kleinen Fächern zukommen kann.

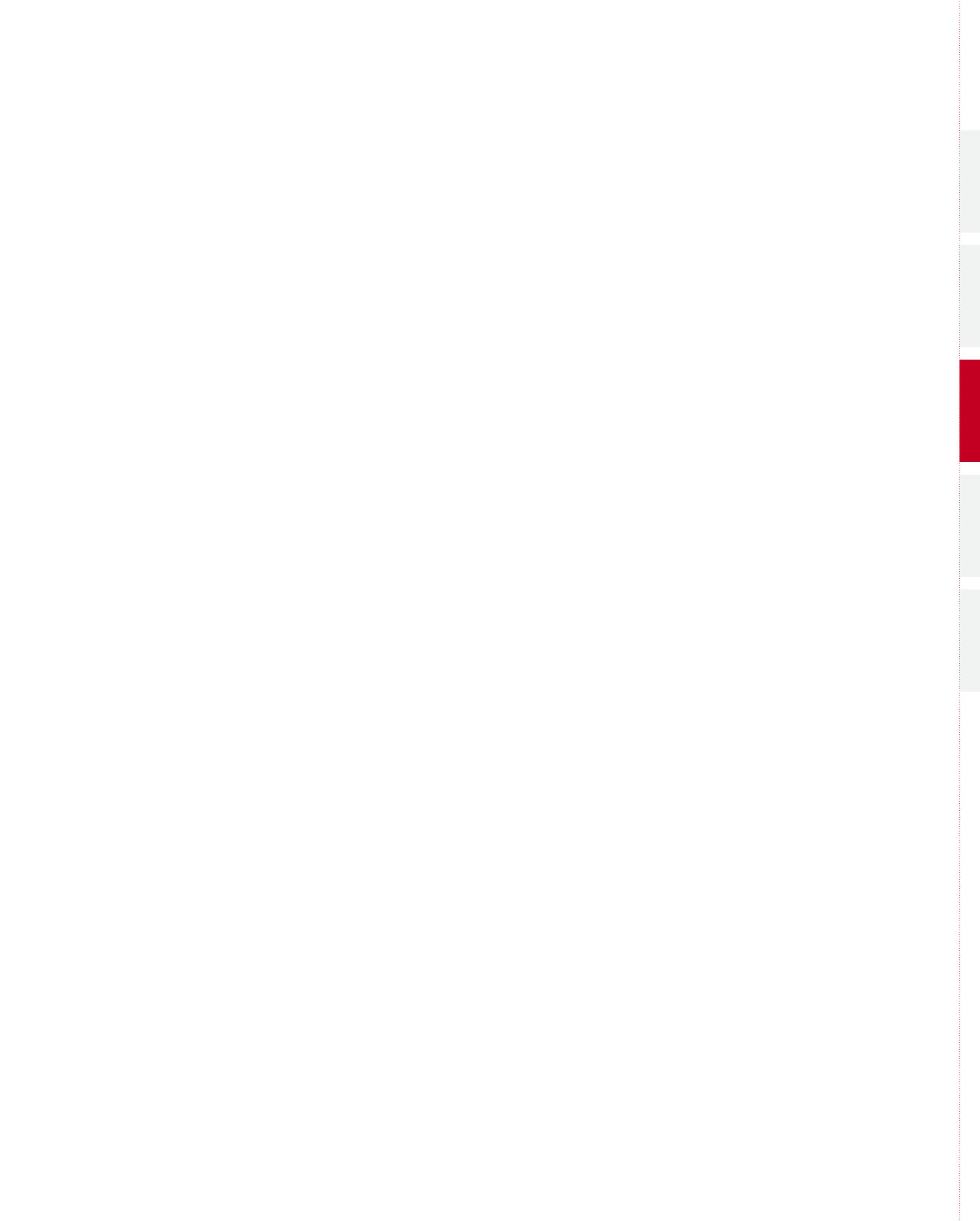
Tab. 3: Anzahl der Standorte und ordentlichen Professuren in der Buchwissenschaft deutschlandweit und an der JGU in den Jahren 1946, 1973/74, 1997 und 2020. Quellen: Eigene Erhebung der Arbeitsstelle Kleine Fächer; Gutenberg Biographics; Forum des Hochschulverbandes: Kleine Fächer (Stand 10.8.2020).

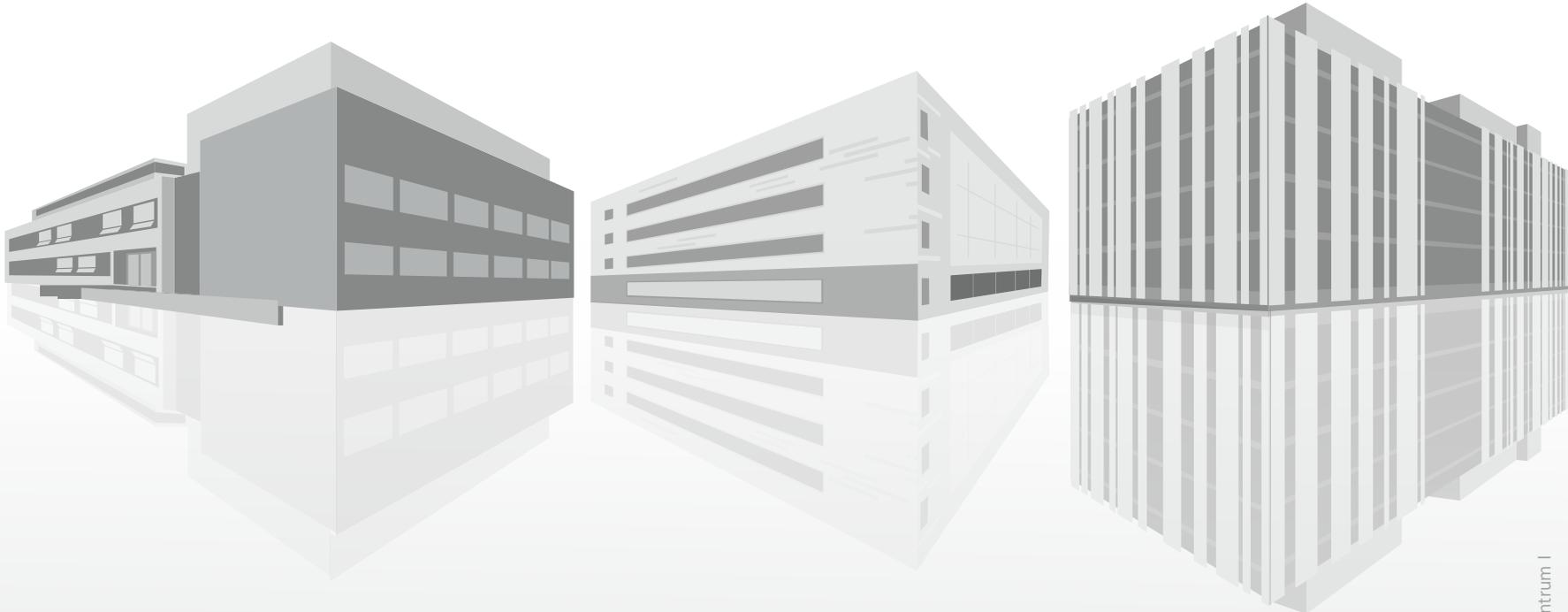
Anmerkungen

1 Die Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durch den deutschen Hochschulverband durchgeführt und 1974/75 in zwei Bänden publiziert. Vgl. Forum des Hochschulverbandes: Kleine Fächer.
2 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 2 u. S. 22.

3 Vgl. ebd., S. 89. Zu beachten ist, dass die im Folgenden dargestellte Tab. 2 im Unterschied zu der hier zu findenden Auflistung von der aktuellen Kartierung der kleinen Fächer ausgeht und für diese rückwirkend vermerkt, ob sie bereits 1973/74 mit eigenen Professuren in Mainz vertreten waren.

- 4 Vgl. Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: »Kleine Fächer« – Bericht des Hochschulausschusses an die Kultusministerkonferenz (von der Kultusministerkonferenz am 15.05.2008 zustimmend zur Kenntnis genommen). Bonn 2008.
- 5 Die Kartierung erfolgte in zwei Förderphasen (2007/08 u. 2009–2012). Die ersten Ergebnisse wurden 2008 von der HRK veröffentlicht. Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Kleine Fächer. Die Ergebnisse der zweiten Kartierungsphase finden sich in Berwanger u. a.: Ergebnisse. Für eine Langversion des Ergebnisberichts samt weiterer Vorträge der internationalen Abschlusstagung vgl. dies. u. a.: Abschlussbericht.
- 6 Die Autorinnen danken den Kolleginnen und Kollegen von der Arbeitsstelle Kleine Fächer, die an der Aufbereitung der dargestellten Ergebnisse beteiligt waren.
- 7 Die Kriterien der Arbeitsdefinition »kleines Fach« sind das Ergebnis eines Workshops, der 2015 an der JGU stattfand. An diesem nahmen neben der Arbeitsstelle Kleine Fächer ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschafts- und Hochschulforschung, des Wissenschaftsrats, der DFG, der HRK sowie der ehemaligen Potsdamer Arbeitsstelle Kleine Fächer teil.
- 8 Eine ausführliche Darlegung der Erhebungsmethode findet sich online unter URL: kleinefaecher.de/kartierung/was-ist-ein-kleines-fach.html#tab2 (abgerufen am 10.8.2020).
- 9 Von den ehemals 119 kartierten kleinen Fächern sind nach ihrer Prüfung auf die sechs Kriterien der Arbeitsdefinition 111 Fächer in der Kartierung verblieben. Zusätzlich wurden 96 Fachvorschläge durch die Arbeitsstelle Kleine Fächer geprüft, von denen 40 den Kriterien der Arbeitsdefinition standhalten konnten. Vgl. dazu ausführlich Hoffmann u. a.: Bericht zum Stand der Neukartierung kleiner Fächer im Projekt »Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Sichtbarkeit kleiner Fächer«. Stand 31.8.2018, URL: https://www.kleinefaecher.de/fileadmin/user_upload/img/Kartierungsbericht_2019.pdf (abgerufen am 20.10.2019).
- 10 Die aktuelle Fächersystematik ist das Ergebnis einer Überarbeitung, die 2017/18 im Zuge der Neukartierung vorgenommen wurde. Ziel der Umstrukturierung war es, eine höhere Konformität mit der Fächersystematik des Statistischen Bundesamts zu erreichen. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen 2017. Wiesbaden 2018 (Fachserie 11, Reihe 4.4).
- 11 Zum Zeitpunkt der Datenauswertung lagen die Registerdaten des Statistischen Bundesamts zum Personal an Hochschulen für 2019 und 2020 noch nicht vor. Zudem ist zu beachten, dass sich die Professurenzahlen für alle universitären Fächer auf Universitäten, pädagogische und theologische Hochschulen beziehen. Die Daten zu den kleinen Fächern wurden nur für die Universitäten und pädagogischen Hochschulen erhoben.
- 12 Vgl. Afrikaforschung Rhein-Main, URL: <http://www.rhein-main-universitaeten.de/forschung/afrikaforschung-rhein-main> (abgerufen am 10.8.2020).
- 13 Ausgangspunkt bzw. Grundlage für die genannten Fächer bildet die aktuelle Liste kleiner Fächer an deutschen Universitäten. D. h. Fächer, die zwar in der Kartierung der 1970er-Jahre enthalten sind, inzwischen aber große oder keine eigenständigen Fächer mehr sind, finden hier keine Berücksichtigung.
- 14 Vgl. Institut für Altertumswissenschaften: Geschichte des Instituts, URL: altertumswissenschaften.uni-mainz.de/geschichte-des-instituts/ (abgerufen am 10.8.2020).
- 15 Mit Blick auf die in den Tab. 1 und 2 angegebenen Professurenzahlen und -summen ist Folgendes zu beachten: Werte von 0,5 und 0,3 sind darauf zurückzuführen, dass einzelne Professuren mehreren kleinen Fächern zugeordnet werden. So vertritt beispielsweise die Professur mit der Denomination »Northern European and Baltic Languages and Cultures« die drei kleinen Fächer »Baltistik«, »Finnougristik-Uralistik« und »Skandinavistik/Nordistik«. Da sich hinter der Angabe 0,3 somit gedrittelte Professuren verbergen, werden drei Werte von 0,3 zu 1 aufsummiert.
- 16 Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Dingfelder Stone in diesem Band.
- 17 Nagel: Stiftungsprofessur, S. 10.
- 18 Vgl. die Informationen zu Aloys Ruppel in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 10.8.2020).
- 19 Vgl. Füssel: Buchwissenschaft, S. 362.
- 20 Vgl. ebd.
- 21 Nagel: Stiftungsprofessur, S. 21.
- 22 Vgl. Lösch: Chronik, S. 84f.
- 23 Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz an der JGU, URL: <https://www.medienkonvergenz.uni-mainz.de> (abgerufen am 10.8.2020).
- 24 Vgl. ebd.
- 25 Vgl. Grötter: Die heimliche Medienhauptstadt. Medienwissenschaften. In: JGU-Forschungsmagazin 2011, S. 30f., URL: <https://docs.google.com/file/d/0B9aMxjOURrSqd0Q0aklLZVZpcHM/edit?pli=1> (abgerufen am 20.10.2019).





B. PROFILE

Fritz Straßmann

Mitentdecker der Atomkernspaltung und Gründungsdirektor des Instituts für Anorganische Chemie und Kernchemie der JGU

Horst Kant

Fritz (Friedrich Wilhelm) Straßmann wurde als neuntes und jüngstes Kind einer Beamtenfamilie am 22. Februar 1902 in Boppard am Rhein geboren.¹ Die Grundschule und später die Oberrealschule besuchte er in Düsseldorf, wohin der Vater versetzt worden war. Nach seinem Abitur 1920 wollte er in Düsseldorf Chemie studieren. Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse, darunter der Tod des Vaters und die beginnende Inflation, beeinflussten jedoch die Wahl des Studienorts: An der Technischen Hochschule Hannover konnte er das Chemiestudium mit einem Diplom abschließen und gegebenenfalls in die Industrie gehen; außerdem wohnte der ältere Bruder Arthur dort, sodass auch eine Unterkunft zur Verfügung stand.

Durch Nachhilfeunterricht verdiente sich Straßmann während des Studiums etwas Geld hinzu.² 1924 konnte er seine Diplomarbeit über ein Thema aus der technischen Katalyse bei Friedrich Quincke mit »sehr gut« abschließen. Seine Promotion zum Dr.-Ing. erfolgte 1929 bei Hermann Braune auf dem Gebiet der Physikalischen Chemie. In Hannover hatte sich Straßmann im Selbststudium auch das Geigenspiel beigebracht und fand Anschluss an die Musikantengilde, eine Vereinigung, die sich regelmäßig zum gemeinsamen Musizieren traf. Hier knüpfte er engen Kontakt zu Maria Heckter, die ebenfalls Chemie an der Technischen Hochschule studierte und der er bei der Prüfungsvorbereitung half. 1937 heirateten beide. Während der Weltwirtschaftskrise fand Straßmann seine erste Anstellung. Otto Hahn, der seit 1928 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Chemie in Berlin war, hatte ein Angebot für ein Notgemeinschaftsstipendium³ erwirkt, das Straßmann annahm. Es bot die Möglichkeit, ein neues Fachgebiet kennenzulernen: die Radiochemie.



Fritz Straßmann um 1936. Quelle: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem.

Das KWI für Chemie war zu jener Zeit die einzige Einrichtung in Deutschland, an der man radiochemische Arbeitsmethoden erlernen konnte. Hahn als Leiter der radiochemischen Abteilung und Lise Meitner, die Leiterin der radiophysikalischen Abteilung, hatten ein entsprechendes Praktikum eingerichtet, das auch zahlreiche vielversprechende und ambitionierte Wissenschaftler aus dem Ausland anzog.⁴ Ein Arbeitsgebiet von Straßmann wurde das Emaniervermögen verschiedener Substanzen, unter anderem des Bariums.⁵ Am Institut galt er als anerkannter Fachmann vor allem bei analytisch-chemischen Problemen, stets hilfsbereit, aber zurückhaltend. Das mehrfach verlängerte Stipendium lief zwar 1932 aus, doch konnte Straßmann unbezahlt am KWI für Chemie weiterarbeiten. Mitte 1934 bot sich die Möglichkeit einer Anstellung in der Industrie, die Straßmann jedoch ablehnte, weil er dafür in eine nationalsozialistische Berufsorganisation hätte eintreten müssen.⁶ Hahn, selbst kein Anhänger des NS-Systems, reagierte wohlwollend und organisierte einen finanziellen Zuschuss für Straßmanns weitere Tätigkeit aus einem Sonderfonds. Zum 1. Januar 1935 erhielt er dann eine offizielle (Teil-)Assistentenstelle am KWI für Chemie. Damit bekam er nun auch ein regelmäßiges, wenn auch geringes Gehalt, und war weiterhin Hahns Arbeitsgruppe zugeordnet, in dessen Privatlabor er seinen Arbeitsplatz einrichtete (politischen Diskussionen am Institut konnte er dadurch auch leichter aus dem Weg gehen).

Entdeckung der Kernspaltung

Das Jahr 1932 wird oft als »annus mirabilis« der Kernphysik bezeichnet: Das Neutron, das Deuterium und das Positron wurden entdeckt, was Werner Heisenberg in Leipzig und Dmitri Dmitrijewitsch Iwanenko in Moskau unabhängig voneinander zur Entwicklung eines Proton-Neutron-Konzepts des Atomkerns anregte (das heißt, den Atomkern erkannte man nun als ein strukturiertes Gebilde). In den USA wurde von Ernest O. Lawrence und dessen Mitarbeitern das Zyklotron als Teilchenbeschleuniger entwickelt. Und schließlich gelang John D. Cockcroft und Ernest T. S. Walton 1932 mit einer etwas anderen Beschleunigerkonstruktion im Laboratorium von Ernest Rutherford in Cambridge (England) die erste Kernumwandlung durch künstlich beschleunigte Teilchen: Lithiumkerne wurden durch Beschuss mit beschleunigten Protonen in zwei Heliumkerne umgewandelt. Dies war zugleich eine experimentelle Bestätigung für Albert Einsteins Äquivalenzbeziehung von Masse und Energie, die er 1905 im Rahmen seiner Speziellen Relativitätstheorie formuliert hatte.

Diese Entdeckungen waren dem jungen italienischen Physiker Enrico Fermi Anstoß gewesen, seiner gerade konstituierten Forschungsgruppe in Rom eine interessante Aufgabe zu stellen. Fermi hatte schnell erkannt, dass sich das Neutron wegen seiner neutralen Ladung wesentlich besser zur Herbeiführung von Atomumwandlungen eignen müsse als das bislang für solche Zwecke benutzte positiv geladene α -Teilchen. Angetrieben wurden seine konkreten Untersuchungen durch die Entdeckung der künstlichen Radioaktivität Anfang 1934 durch Irène und Frédéric Joliot-Curie.⁷ In den folgenden Jahren zeigte Fermis Gruppe, dass sich fast alle Elemente durch Beschießen mit Neutronen in radioaktive Elemente umwandeln lassen. Dabei lag folgende Modellvorstellung zu Grunde: Wenn ein energiearmes, also »langsames« Neutron auf einen Atomkern trifft, kann es in diesen eingebaut werden. In dem neu entstandenen Kern wandelt es sich dann in ein Proton um, wobei ein β -Teilchen (Elektron) emittiert wird. Die Ordnungszahl des Elements steigt um eine Einheit.⁸ Der beobachtete Umwandlungsmechanismus führte unter anderem zu der Annahme, dass beim Beschießen des Urans, des schwersten natürlich vorkommenden Elements, das somit mit der Ordnungszahl 92 an letzter Stelle des Periodischen Systems der natürlichen Elemente steht, sogenannte Transurane entstehen müssten, also »künstlich hergestellte« Elemente, die im Periodensystem auf das Uran folgen sollten. Erste Reaktionen auf diese Fermischen Arbeiten machten auch darauf aufmerksam, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass statt des Elements 93 – wie von Fermi behauptet – das Element 91 entstanden sein könnte. Element 91 (Protac-



Fritz Straßmann, Lise Meitner und Otto Hahn bei der Einweihung des Neubaus des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz 1956. Quelle: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem.

tinium) war nun aber eine Domäne der Berliner Forscher Hahn und Meitner, denn sie waren 1917/18 dessen (Mit-)Entdecker gewesen. Also wandten sie sich Ende 1934 ebenfalls diesen Forschungen zu.

Nicht zuletzt die politischen Umstände in Deutschland hatten Hahn und Meitner ab 1934 wieder zu einer engeren Zusammenarbeit gezwungen. Meitner hatte erkannt, dass das eigentlich physikalische Problem nur unter Einbeziehung entsprechender chemischer Analysemethoden zu lösen war. Sie überzeugte Hahn, eine gemeinsame Überprüfung der Fermischen Ergebnisse vorzunehmen. Für die notwendigen chemischen Analysen zogen sie Straßmann hinzu. Bei der Erforschung des Phänomens bestand eine gewisse Konkurrenz mit der Fermi-Gruppe in Rom und der Joliot-Curie-Gruppe in Paris. Der Vorteil der Berliner Gruppe war, dass sie aus einer Radiophysikerin, einem Radiochemiker und einem analytischen Radiochemiker bestand, während die anderen Gruppen Radiochemiker nur sporadisch einbezogen. Die Annahme, dass Protactinium entstanden sein könnte, war schnell widerlegt, aber die Frage blieb, was bei der Neutronenbestrahlung tatsächlich entsteht.⁹ Zwischen 1934 und 1938 veröffentlichten Hahn, Meitner und Straßmann 15 Publikationen über Fragen der künstlichen Umwandlung des Urans durch Neutronen, wobei auf der Grundlage der Fermischen Hypothese Transurane als Umwandlungsprodukte erwartet wurden.

Bei den Kernumwandlungen entstanden auch radioaktive Produkte, die sich nur mit Barium separieren ließen und in denen deshalb Radiumisotope vermutet wurden.¹⁰ Dieser Teil des Forschungsprogramms warf jedoch mehr Fragen auf, als Antworten gefunden werden konnten. Die Zuordnungsschwierigkeiten hatten ihre Ursache nicht zuletzt darin, dass damals die sogenannte Aktinidenreihe im Periodensystem der Elemente noch nicht bekannt war und deshalb die Einordnung der letzten drei natürlichen Elemente etwas anders aussah als heute.¹¹ Dass tatsächlich Barium entstanden sein könnte, wie einige Analyseergebnisse nahelegten, lag damals außerhalb jeder Vermutung. Straßmann berichtete dazu später, schon 1936 eines Nachts zwischen zwei Routine-Messungen auch eine Messung mit Barium durchgeführt zu haben, die ihm interessant erschien. Doch Meitner meinte dazu am nächsten Morgen: »Das können Sie ruhig in den Papierkorb werfen.

Das herauszufinden überlassen Sie mal lieber uns Physikern!«¹² Und Straßmann konstatierte: »Was ich damals weggeworfen hatte, war bereits der Nachweis der Bildung von Barium aus Uran nach der Bestrahlung mit langsamen Neutronen – das heißt die Kernspaltung.«¹³ Nach dem »Anschluss« Österreichs musste Meitner wegen ihrer jüdischen Herkunft Mitte 1938 Deutschland verlassen und fand eine bescheidene Bleibe am Nobel-Institut für Physik in Stockholm.¹⁴ Im Herbst desselben Jahres veröffentlichte die Pariser Gruppe überraschend Erkenntnisse über mögliche neue Reaktionsprodukte bei den Transuranuntersuchungen. Hahn und Straßmann entschlossen sich nach anfänglichem Widerstreben daher, die Versuchsreihen wieder aufzunehmen. Da Hahn noch zahlreiche andere Verpflichtungen hatte, lag der Hauptteil der experimentellen Arbeit bei Straßmann sowie bei den beiden Laborantinnen Clara Lieber und Irmgard Bohne. Am 19. Dezember 1938 schrieb Hahn an Meitner die folgenden berühmten Zeilen:

»Es ist jetzt gleich 11 Uhr abends [...]. Es ist nämlich etwas bei den Radium-Isotopen, was so merkwürdig ist, dass wir es vorerst nur Dir sagen. [...] Immer mehr kommen wir zu dem schrecklichen Schluß: Unsere Ra-Isotope verhalten sich nicht wie Ra, sondern wie Ba. [...] Vielleicht kannst Du irgendeine phantastische Erklärung vorschlagen. Wir wissen dabei selbst, daß es [das Uran, Anm. d. Verf.] eigentlich nicht in Ba zerplatzen kann.«¹⁵

Das war die berühmte Entdeckung der Urankernspaltung.¹⁶ Sie war auf chemischem Wege durch die Identifizierung eines in der Natur nicht vorkommenden radioaktiven Bariumisotops als Spaltprodukt erfolgt. Die physikalische Erklärung lieferte dann wenige Tage später tatsächlich Meitner aus dem schwedischen Exil gemeinsam mit ihrem Neffen Otto Robert Frisch, letzterer ebenfalls Physiker und Emigrant, der bei Niels Bohr in Kopenhagen arbeitete.¹⁷

Infolge dieser Entdeckung und dem daraus resultierenden deutschen »Uranprojekt«, in das das KWI für Chemie einbezogen war, wurden die Institutsmitarbeiter weitgehend als unabhkömmlich eingestuft, sodass auch Straßmann während der Kriegsjahre weiter forschen konnte.¹⁸ Seine Arbeiten betrafen hauptsächlich die Untersuchung der Spaltprodukte von Thorium und Uran, zumeist gemeinsam mit Hahn. Letzterer hat immer betont, dass die Forschungen an seinem Institut nicht auf die Entwicklung einer Atombombe gerichtet waren. Das mag im Prinzip stimmen, war aber doch blauäugig, denn die erzielten Ergebnisse über Spaltprodukte waren für das Uranprojekt durchaus von Interesse.¹⁹ Doch obwohl diese Arbeiten zumindest indirekt mit dem geheimen Uranprojekt zusammenhingen, wurden sie auch publiziert.²⁰

Seit Herbst 1943 wurde die kriegsbedingte Verlagerung des KWI für Chemie von Berlin nach Tailfingen auf der Schwäbischen Alb in drei alte Textilfabriken vorbereitet und 1944 realisiert. Etwa Ende September 1944 kam Straßmann mit seiner Familie nach Tailfingen. Grundsätzlich wurde dort an den gleichen Problemen weitergearbeitet.²¹ Im April 1945 rückten in Tailfingen zunächst nicht, wie erwartet, französische Truppen, sondern ein amerikanisches Kommando ein. Dieses gehörte zur ALSOS-Mission, besetzte das KWI für Chemie und sichtete die Akten, insbesondere die Geheimberichte, in Bezug auf ein mögliches Atombombenprojekt. Hahn galt infolge seiner Entdeckung der Kernspaltung als einer der führenden deutschen Atomwissenschaftler und wurde festgenommen. Er wurde später mit weiteren deutschen Atomforschern im britischen Farm Hall interniert.²² Hahn hatte noch die Institutsgeschäfte an den als Nachfolger Meitners berufenen Physiker Josef Mattauch und die Leitung seiner radiochemischen Abteilung an Straßmann übergeben können.

Im Herbst 1945 wurde Hahn der Chemie-Nobelpreis des Jahres 1944 für die Entdeckung der Spaltung schwerer Kerne zugesprochen. Überreicht wurde ihm der Preis zur Nobelfeier im Dezember 1946, nachdem er Farm Hall verlassen hatte. Ob auch Meitner sowie Straßmann und Frisch hätten mit einbezogen werden

müssen, ist in den letzten Jahren viel diskutiert worden. Nach den Regularien des Nobel-Komitees lässt sich die getroffene Entscheidung vertreten. Dass im Komitee jedoch auch wissenschaftspolitische Eigeninteressen eine Rolle spielten, wissen wir heute. Hahn hatte von seinem Preisgeld, das in der Nachkriegszeit nicht ohne weiteres nach Deutschland transferiert werden konnte, im Übrigen einen Teil für Straßmann vorgesehen, den dieser aber nicht annahm.²³

Tailfingen gehörte nach Kriegsende zur französischen Besatzungszone. Für die französische Wissenschaftspolitik – auch gegenüber Deutschland – war nach dem Krieg unter anderem Frédéric Joliot-Curie verantwortlich (ab 1946 als Hochkommissar für Atomenergie im neu gegründeten Commissariat à l'énergie atomique). Er kam bereits Anfang Mai 1945 nach Tailfingen, um sich ein Bild über die Arbeiten am Institut zu machen. Während der deutschen Besetzung von Paris hatten sich die Kaiser-Wilhelm-Institute bei der Nutzung der dortigen Forschungsinstitute zurückgehalten und beispielsweise das Zyklotron in Joliot-Curies Institut nicht demontieren lassen – das zahlte sich nun aus.²⁴ Das Tailfinger Institut konnte relativ uneingeschränkt weiterarbeiten. Probleme ergaben sich allerdings sowohl aufgrund der allgemeinen Mangelerscheinungen der Nachkriegszeit als auch aufgrund der speziellen Lage in der französischen Besatzungszone, während die Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), die gegen Kriegsende von Berlin nach Göttingen verlagert worden war, in der britischen Besatzungszone lag. Die Zonengrenze stellte ein erhebliches Hindernis dar, nicht zuletzt für die Finanzierung.

Hahn war nach seiner Internierung nach Göttingen entlassen und inzwischen zum Präsidenten der KWG gewählt worden. Die Institutsgeschäfte konnte er nach Amtsantritt zum 1. April 1946 nicht mehr weiterführen und unter den gegebenen Umständen auch nicht nach Tailfingen reisen. Im Februar 1946 hatte Joliot-Curie Mattauch und Straßmann zu Sondierungsgesprächen über die Zukunft des Instituts nach Paris eingeladen. Die verhandelte Option, das Institut nach Frankreich zu verlegen und damit in die französische Atombombenentwicklung einzubeziehen, konnte bei diesem Besuch abgewendet werden. Das Institut sollte in seinem Bestand erhalten bleiben, allerdings in die Nähe einer Universität innerhalb der französischen Besatzungszone umsiedeln. Im Gespräch war zunächst das nahegelegene Tübingen. Im Mai schlug Joliot-Curie jedoch vor, das Institut der neu zu gründenden Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) anzugliedern und dafür auf dem vorgesehenen Gelände der ehemaligen Flakkaserne einige Nebengebäude herzurichten. Mattauch beauftragte daraufhin Straßmann, die notwendigen Gespräche zu führen und den Institutsumzug vorzubereiten. Ab Herbst 1946 fiel Mattauch allerdings als Institutsdirektor aus, denn er musste sich einer mehrmonatigen Tuberkulose-Kur in der Schweiz unterziehen. Damit wurde die Aufgabe auch der Institutsleitung an Straßmann übertragen.²⁵

Schon bei den ersten Verhandlungen in Mainz hatte Gründungsrektor Josef Schmid Straßmann gefragt, ob er nicht das Ordinariat für Chemie übernehmen und zugleich das Universitätsinstitut für Chemie aufbauen wolle. Zum einen sah Schmid darin eine Chance, das renommierte KWI in die Universität einzubinden. Zum anderen war Straßmann eine unbelastete Persönlichkeit, der man eine solche Aufgabe anvertrauen konnte: »Einer politischen Partei habe ich nie angehört. Die Bestrebungen der Nationalsozialistischen Partei habe ich konsequent abgelehnt, da ich sie für verbrecherisch hielt und es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren konnte, diese Ziele aktiv oder durch stillschweigende Duldung zu unterstützen.«²⁶ Dass Straßmann nicht habilitiert war, sollte keine Hürde sein, denn die Habilitation war ihm aufgrund seiner politischen Einstellung während der NS-Zeit verwehrt geblieben. Hahn erfuhr von dem Vorschlag und sandte ein Schreiben an Schmid, in dem er die Berufungsabsicht unterstützte und ausdrücklich betonte:

Straßmanns Berufung nach Mainz

»In normalen Zeiten wäre Dr. Strassmann längst Dozent und vermutlich Professor an einer Hochschule geworden. Dr. Strassmann ist nicht nur ein Wissenschaftler von ungewöhnlichem Range, sondern er hat auch ein besonderes pädagogisches Geschick [...]. Während des Dritten Reiches wurde es aber Herrn Strassmann nicht erlaubt, sich zu habilitieren oder nach außen hin hervorzutreten, weil er die Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes nicht für richtig hielt und deshalb alle Anforderungen, irgendeiner Organisation beizutreten oder ein Dozentenschulungslager mitzumachen, ablehnte.«²⁷

Straßmanns Berufungsurkunde als Professor für Anorganische Chemie wurde am 1. Juli 1946 ausgestellt. Sowohl für das Chemische Universitätsinstitut als auch für das KWI standen in Mainz jedoch kaum Räumlichkeiten zur Verfügung. Alles musste mühsam unter den Nachkriegsbedingungen auf- beziehungsweise ausgebaut werden. Ab November 1946 fanden die ersten Vorlesungen in provisorischen Räumen statt. Es musste »Kreidechemie« an der Tafel praktiziert werden, denn es gab weder Vorlesungsassistenten noch Materialien für Vorlesungsexperimente. Erste behelfsmäßige Laborarbeitsplätze konnten erst im folgenden Semester in einer drei Kilometer entfernten Schule angeboten werden.²⁸ Die Vorlesungstätigkeit war für Straßmann durchaus ungewohnt, denn bisher hatte er Lehrerfahrungen lediglich beim Nachhilfestundengeben sammeln können. Sein Schüler Günter Herrmann erinnerte sich:

»Daß Fritz Straßmann keiner traditionellen Hochschullehrerschule entstammte, erwies sich eher als ein Vorzug. So war er sehr dafür zu haben, in Mainz Arbeitsrichtungen der Chemie anzusiedeln, die sich erst in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben oder die anderenorts nicht so gefördert werden [...]. Kernchemie, Analytische Chemie und Makromolekulare Chemie sind seither hier stärker verankert als in anderen Hochschulen.«²⁹

Um ihn auch weiterhin am KWI zu halten, hatte Hahn Straßmanns Berufung als Mitglied der KWG in die Wege geleitet.³⁰ Im September 1946 wurde in Bad Driburg die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) in der britischen Zone gegründet (im Februar 1948 wieder aufgelöst) und am 26. Februar 1948 in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften für die britische und die US-amerikanische Zone eingerichtet. Im Juli 1949 erkannte auch die französische Militärregierung die Gesellschaft an und die ehemaligen KWG-Institute dieser Zone traten im Herbst der neuen Gesellschaft bei. Für Straßmann selbst ergab sich daraus eine schwerwiegende Doppelbelastung, denn in den kommenden Jahren pendelte er ständig zwischen Mainz und Tailfingen. Als Verantwortlicher für den Aufbau sowohl des Chemischen Universitätsinstituts als auch des KWI beziehungsweise Max-Planck-Instituts (MPI) für Chemie auf dem Universitätsgelände sah sich Straßmann zudem in einem ständigen Konflikt der Prioritätensetzung, der ihm von der jeweiligen Seite immer wieder vorgehalten wurde. So waren beispielsweise die Eigentumsrechte auf dem zugewiesenen Kasernengelände durchaus nicht eindeutig.³¹ Ebenso umstritten war die Frage, wer für die laufenden Kosten aufkommen sollte.³² Insbesondere durch die Unterstützung Joliot-Curies konnte 1946/47 der Aufbau des KWI vorangetrieben werden, allerdings zu Lasten des Instituts an der JGU.

1949 konnte das KWI/MPI für Chemie endlich nach Mainz umziehen, betriebsbereit war die Einrichtung aber erst 1951. Kernstück war der Aufbau der Hochspannungsanlage mit Kaskadengenerator für die kernphysikalische Forschung der Abteilung Mattauch. Die Fertigstellung der Laborräume für die kernchemische Abteilung Straßmanns im MPI wurde hintenangestellt. Um in den Anfangsjahren am Universitätsinstitut einigermaßen vertretbare Arbeitsbedingungen zu schaffen, hatte Straßmann eine gewisse Arbeitsteilung



vorgenommen: Die Chemie sollte an der Universität betrieben werden, die Radiochemie am benachbarten MPI. Dadurch konnten die Doktoranden mit radiochemischen Themen dort forschen.

Nachdem Mattauch Mitte 1952 ans MPI für Chemie zurückgekehrt war und seinen Direktorenposten übernahm, ergaben sich bald tiefere Belastungen im Verhältnis zwischen ihm und Straßmann. Mattauch beanspruchte den größeren Teil des Institutsetats für seine massenspektroskopische Abteilung und die Kernphysik. In Bezug auf Straßmann ging er unter anderem davon aus, dass man dessen Assistentenstellen am MPI und an der JGU zusammen betrachten müsse, woraus sich ein Äquivalent zu den Stellen von Mattauch ergeben hätte.³³ Straßmann sah die Gewährleistung der radiochemischen Arbeiten am Institut, die er im Rahmen der Dahlemer Tradition fortführen wollte, dadurch eingeschränkt. Er entschloss sich deshalb, zum 1. April 1953 aus dem MPI für Chemie auszuscheiden,³⁴ um sich voll dem weiteren Ausbau des Anorganisch-Chemischen Instituts der Universität widmen zu können.³⁵

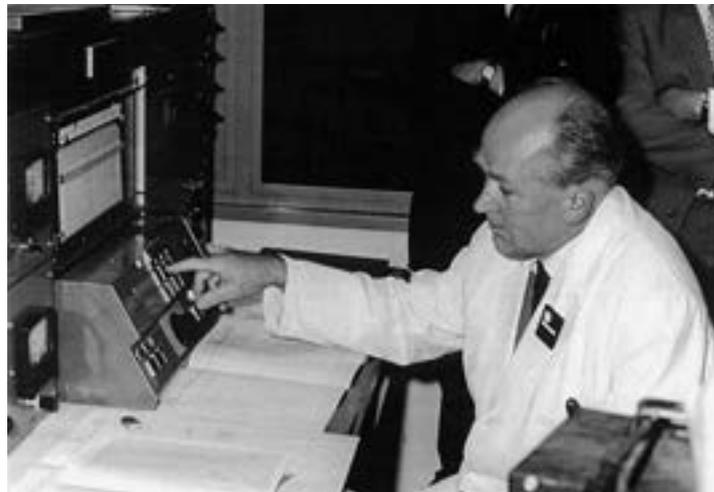
*Das Chemische Institut und das Max-Planck-Institut im Aufbau (1947/48).
Foto: Hanns Tschira,
Quelle: UA Mainz,
S3/1578.*

Das Chemische Institut der JGU sollte zunächst aus drei Abteilungen bestehen: Anorganisch-Analytische, Organische und Physikalische Chemie. Straßmann war neben seiner Abteilung für Anorganische Chemie zugleich für die Gesamtleitung des Instituts zuständig. Die beiden anderen Lehrstühle wurden im Wintersemester 1946/47 besetzt; selbständige Institute wurden daraus nach 1948 entwickelt. Doch ein Neubau fehlte auch 1953 noch. Hinzu kam, dass die Zusammenarbeit mit dem MPI für Chemie auch bezüglich der Nutzung der Hochspannungsanlage nicht reibungslos funktionierte, sodass Überlegungen entstanden, für die kernchemische Abteilung des Universitätsinstituts eine ähnliche Anlage zu errichten. Um die nötigen finanziellen Mittel zu beschaffen, ging Straßmann eigenwillige Wege, die zwar häufig nicht den bürokratischen Vorgaben entsprachen, aber durchaus erfolgreich waren. In diesem konkreten Fall beschaffte er 1954 die veranschlagten fünf Millionen DM von der BASF. Er hatte von der bevorstehenden Entflechtung der Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.G. (IG Farben) gehört und war auf die Idee gekommen, dass ein Teil der künftig dem Land Rheinland-Pfalz zufließenden Körperschaftssteuer der BASF zum beiderseitigen Vorteil in das Bauvorhaben investiert werden könnte. Er besprach dies umgehend

Straßmann und das Institut für Anorganische Chemie und Kernchemie



Der Forschungsreaktor TRIGA Mark II Ende der 1960er-Jahre. Foto: Foto Pfau, Quelle: UA Mainz, S3/16.



Fritz Straßmann nimmt den Forschungsreaktor Mitte der 1960er-Jahre in Betrieb. Quelle: Fotosammlung Norbert Trautmann.

mit dem Vorstandsvorsitzenden der BASF, Carl Wurster, und konnte ihn für diese Idee gewinnen.³⁶ Zwischen 1956 und 1958 entstand dann auf dem Gelände der JGU mit dem sogenannten Bau M der Zentralbau der Universitätschemie. Seit 1958 wurde das Institut zunächst intern, seit 1960 offiziell als Institut für Anorganische Chemie und Kernchemie bezeichnet.



*Luftbild des Reaktor-
geländes um 1967.
Foto: Foto Pfau, Quelle:
UA Mainz, S3/4219.*

Bereits 1955 war es Straßmann aufgrund der avisierten finanziellen Mittel und einer weiteren Zusage der DFG in Höhe von 550.000 DM sowie der Aussicht, in Deutschland wieder offiziell Kernforschung betreiben zu können, gelungen, einen Drucktank-Neutronenreaktor der Firma Philipps als institutseigene Strahlenquelle zu bestellen.³⁷ Er sollte 1958 in Betrieb gehen, doch es dauerte weitere drei Jahre, bis alle Leistungsmängel in institutseigener Kleinarbeit beseitigt werden konnten. In späteren Jahren sah Hahn das Universitätsinstitut auch wegen dieser Anschaffung als das eigentliche Kernchemische Institut an, das die Tradition des früheren KWI für Chemie fortführte.³⁸

Des Weiteren interessierte sich Straßmann seit 1953 für den Erwerb eines institutseigenen kleinen Kernreaktors für Forschungs- und Ausbildungszwecke. Ein entsprechendes Angebot ergab sich 1958 bei der *2. Internationalen Konferenz für die friedliche Nutzung der Atomenergie in Genf*: Eine kalifornische Firma bot den Forschungsreaktor TRIGA an – Straßmann ergriff die Gelegenheit.³⁹ Gemeinsam mit dem damaligen Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, Siegfried Balke, reiste er 1959 auf einer seiner wenigen Auslandsreisen in die USA, um die Verträge vorzubereiten. Man entschied sich für den Typ TRIGA Mark II.⁴⁰ Die Mittel für den Erwerb und Aufbau des Reaktors wurden von Balkes Bundesministerium bereitgestellt, darunter 1,5 Millionen DM für den Kauf des Reaktors und fünf Millionen DM für den Bau des Reaktorgebäudes. Die laufenden Kosten sollte das Land Rheinland-Pfalz tragen. Nachdem der Kaufvertrag im Februar 1961 unterzeichnet worden war, übernahm die Universitätsbauleitung das Projekt, was ungeachtet dessen zu längeren Verzögerungen führte. Im Sommer 1965 war der Reaktor dann betriebsbereit, jedoch wurde die Betriebsgenehmigung erst im Dezember 1967 erteilt.⁴¹

Für eigene Forschungen hatte Straßmann seit 1945 infolge der geschilderten Umstände kaum noch Zeit. Schwerpunkt war für ihn neben der Organisation des Institutsaufbaus die Lehre geworden. Akademischen Würden war er abgeneigt – sie hielten ihn nach seiner Auffassung von der eigentlichen Arbeit ab. So lehnte er es beispielsweise ab, sich in der Fakultät um das Amt des Dekans zu bewerben.⁴² Ähnliches galt für die Mitwirkung in Kommissionen und für Tagungsteilnahmen. Zu diesem Verhaltensmuster gehörte auch, dass er häufig seinen Institutsetat und manches andere mit den zuständigen Ministeriumsstellen direkt besprach, statt dem bürokratischen Gang durch die Universitätsinstanzen zu folgen. Aktennotizen wurden dazu nur sel-

ten gemacht, und manches Dienstliche nur handschriftlich festgehalten.⁴³ Auch Ehrungen stand Straßmann distanziert gegenüber und versuchte sie zu vermeiden: »[D]arin entwickelte er geradezu virtuose Fähigkeiten«,⁴⁴ erinnerte sich Herrmann. Doch hat er wohl den von der US-amerikanischen Atomenergie-Kommission vergebenen Enrico-Fermi-Preis, den er 1966 gemeinsam mit Hahn und Meitner für die Entdeckung der Kernspaltung erhielt, gern angenommen.⁴⁵ 1972 wurde er anlässlich seines 70. Geburtstags Ehrenbürger der Stadt Mainz.

2001 wurde ein Kleinplanet nach ihm benannt. Die Realschule in seinem Geburtsort Boppard trägt seit 1988 seinen Namen. Ansonsten lebte Straßmann relativ zurückgezogen, beschäftigte sich gerne mit Musik, Geduldsspielen oder dem eigenen Garten. 1985 wurde er durch die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem posthum als Gerechter unter den Völkern geehrt, da bekannt geworden war, dass er gemeinsam mit seiner Frau im Frühjahr 1943 die jüdische Pianistin Andrea Wolfenstein in seiner Berliner Wohnung verborgen gehalten hatte, ohne sie bis dahin näher gekannt zu haben.⁴⁶

Am 12. April 1957 gehörte Straßmann zu den Mitunterzeichnern der so genannten *Göttinger Erklärung*, die von Hahn wesentlich mitinitiiert worden war.⁴⁷ Dieser hatte am 9. April in einem Eilbrief angefragt, ob Straßmann die Erklärung unterzeichnen wolle. Er antwortete zwar am Folgetag positiv, kritisierte jedoch unter anderem die Aussage in der Erklärung, dass die Wissenschaftler sich »[...] nicht berechtigt fühlen, konkrete Vorschläge für die Politik zu machen«. ⁴⁸ Seiner Ansicht nach solle man dann alle politischen Aussagen streichen und sich nur auf die menschliche und wissenschaftliche Verantwortung beschränken. Schon 1946 hatte er in einem Brief an Hahn seine diesbezügliche Haltung (damals noch unter dem Eindruck, dass die jeweiligen Besatzungsmächte solch ein Interesse haben könnten) klar zum Ausdruck gebracht: »Ich werde nicht an der Schaffung einer Atombombe mitarbeiten, gleichgültig unter welcher Leitung. Sollten sich daraus Schwierigkeiten für mich ergeben, werde ich die Konsequenzen ziehen, wie ich bereits einmal 12 Jahre bereit war, es zu tun.«⁴⁹

Eigentlich hatte sich Straßmann zum Ende des Wintersemesters 1966/67 bei Erreichen der Altersgrenze emeritieren lassen wollen, aber um den Kernreaktor bis zum sicheren Betrieb zu führen, verlängerte er seine Dienstzeit um drei Jahre. Die Hoffnung, dadurch noch etwas Zeit für eigene Forschungen zu gewinnen, erfüllte sich jedoch nicht.⁵⁰ Die Nachfolgeverhandlungen gestalteten sich schwierig, wobei bald klar wurde, dass die Abteilung Kernchemie (einschließlich Reaktor) in ein selbständiges Universitätsinstitut umgewandelt werden sollte. Günter Herrmann, seit 1967 Professor für experimentelle Kernchemie an der JGU, sollte die Direktion des neuen Instituts übernehmen.⁵¹ Straßmanns Lehrstuhl sollte in einen auf theoretische Kernchemie ausgerichteten Lehrstuhl umgewandelt werden. 1972 wurde die Institutstrennung vollzogen, die Berufung für den zweiten Lehrstuhl zog sich jedoch bis 1976 hin.⁵² Bereits 1974 erlitt Straßmann ein erstes Schlaganfall. Am 22. April 1980 verstarb er in Mainz; sein Grab befindet sich auf dem Mainzer Hauptfriedhof ganz in der Nähe der Universität.

Anmerkungen

1 Grundlegend für die vorliegende Darstellung sind folgende Arbeiten: Krafft: Schatten; ders: Straßmann; Herrmann: Straßmann u. Lemmerich: Fritz Straßmann.

2 Vgl. Seidel: Fritz Straßmann in Hannover. In: UNI Hannover 16 (1989), H. 2, S. 9–21, hier S. 13 f.

3 Bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft handelt es sich um die Vorgängerorganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

4 Vgl. u. a. Kant: Forschungen.

5 Die Emaniermethode ist ein Verfahren zum Studium von Struktur- und Oberflächenänderungen fester Körper mittels radioaktiver Isotope des Edelgases

- Radon, damals Emanation genannt. Es wurde von Hahn in den 1920er-Jahren als ein Gebiet der Angewandten Radiochemie entwickelt.
- 6 Straßmann trat 1934 auch aus der Gesellschaft Deutscher Chemiker (dem einschlägigen Berufsverband) aus, nachdem diese gleichgeschaltet worden war.
 - 7 Im Detail vgl. u. a. De Gregorio: Neutron physics.
 - 8 Vgl. u. a. Kant: Transurane.
 - 9 Die bei der Bestrahlung des Urans und anderer Elemente mit Neutronen entstehenden Reaktionsprodukte musste man zunächst chemisch abtrennen, um dann auf physikalischem Weg ihre Radioaktivität zu bestimmen. Da es sich um kleinste, nahezu unwägbar Mengen handelte, waren besonders diffizile chemische Analysemethoden notwendig, die Hahn mit seinen Mitarbeitern hervorragend beherrschte.
 - 10 Barium ist ein s. g. Homolog des Radiums, d. h. es steht im Periodensystem in der 2. Hauptgruppe unterhalb des Radiums.
 - 11 Uran wurde damals in die 6. Nebengruppe der 7. Periode eingeordnet, heute findet es sich an 3. Stelle der Aktinidenreihe.
 - 12 Zit. nach Krafft: Schatten, S. 218.
 - 13 Zit. nach ebd.
 - 14 Meitner, die bereits 1908 zum evangelischen Glauben konvertiert war, war Österreicherin und entstammte einer jüdischen Familie.
 - 15 Zit. nach Krafft: Schatten, S. 263 f.
 - 16 Die entscheidenden Experimente hatten am 17.12.1938 stattgefunden, weshalb dies als das eigentliche Entdeckungsdatum gilt. Vgl. u. a. Keiser: Abfolge, S. 51.
 - 17 Der hauptsächlich von Hahn formulierte Artikel über die Entdeckung erschien bereits im ersten Heft der Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* am 6.1.1939, der entsprechende Artikel von Meitner und Frisch in der Zeitschrift *Nature* am 11.2.1939. Zu weiteren Details vgl. u. a. Kant: Radioaktive Forschung, S. 72 f.
 - 18 Das deutsche Uranprojekt wurde zunächst vom Heereswaffenamt koordiniert. Weltweit begannen Entwicklungen mit Blick auf eine mögliche Nutzung der Kernspaltung für militärische Zwecke, was 1942 in den USA mit dem Manhattan-Projekt schließlich zum Bau einer Atombombe führte.
 - 19 Bemerkenswert ist darunter auch eine Arbeit von 1942 über das Transuran-Element 93 (Neptunium). Vgl. Kant: Radioaktive Forschung, S. 91 f.
 - 20 Das hing nicht zuletzt damit zusammen, dass das deutsche Uranprojekt Mitte 1942 zumindest formal von einem militärischen wieder in ein ziviles Programm umgewandelt wurde. Doch auch bis dahin hatten Hahn und Straßmann ihre Ergebnisse publiziert.
 - 21 Vgl. Lässig: Teufel.
 - 22 Zur ALSOS-Mission und zu Farm Hall vgl. u. a. Goudsmit: Alsos u. Hoffmann (Hrsg.): Operation Epsilon.
 - 23 Vgl. u. a. Kant: Radioaktive Forschung, S. 96 f. u. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG-Archiv), REP014A (NL Hahn), Nr. 04 267, Hahn an Straßmann am 6.5.1947 u. Nr. 04 270, Straßmann an Hahn am 11.2.1954. Vgl. dazu auch Krafft: Schatten, S. 486 f.
 - 24 Zum Pariser Zyklotron und seiner Nutzung durch deutsche Forscher vgl. u. a. Kant: Lichttherapie, S. 78 f.
 - 25 Zeitweilig gab es Pläne, die vor allem Mattauch forcierte, das Institut oder zumindest seine eigene Abteilung für Massenspektroskopie in die Schweiz oder nach Salzburg zu verlegen. Vgl. Krafft: Schatten, S. 184 f.
 - 26 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 64/66, Lebenslauf vom 13.6.1947.
 - 27 Ebd., Hahn an Josef Schmid am 11.6.1946.
 - 28 Vgl. Straßmann: Entwicklung des Instituts, S. 44.
 - 29 Herrmann: Ein Forscher, der Geschichte machte. In: *Jogu* 9 (1980), Nr. 68, S. 3.
 - 30 Vgl. dazu u. a. Renn u. a.: Stationen, S. 61–79.
 - 31 Es stellte sich heraus, dass der Teil des Kasernengeländes, auf dem die Hochspannungsanlage errichtet wurde, noch im Besitz eines Landwirts war. Der Verwaltungsdirektor und spätere Kurator Fritz Eichholz erwarb das Grundstück für die Universität, da das KWI den erforderlichen Geldbetrag zu diesem Zeitpunkt nicht aufbringen konnte. Erst 1950 konnte eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.
 - 32 So war u. a. unklar, ob die finanziellen Mittel für das KWI von der Universität mitzutragen wären oder von anderer Seite, also aus dem Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz, solange die KWG/MPG nicht ihre Trägerschaft in der französischen Zone wahrnehmen konnte. Vgl. dazu u. a. Krafft: Schatten, S. 142 f. u. S. 339 f.
 - 33 Vgl. Mattauch an die Generalverwaltung der MPG am 20.11.1952, abgedr. in Krafft: Schatten, S. 377 f.
 - 34 Kündigungsschreiben Straßmanns an Hahn vom 4.12.1952, abgedr. in ebd., S. 379 f. u. Straßmann an Hahn am 2.1.1953, abgedr. in ebd., S. 382 f.
 - 35 Hahn, der 1952 zahlreiche persönliche Belastungen verkraften musste, darunter eine Nervenkrankheit seiner Frau und ein Attentat auf ihn selbst Ende 1951, hat bei der Moderation dieser Probleme am MPI für Chemie eine unglückliche Rolle gespielt. Vgl. u. a. Hahn: Leben, S. 226 u. Krafft: Straßmann, S. 42 f. Hahn bewirkte dann aber die Ernennung Straßmanns zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des MPI für Chemie.
 - 36 Vgl. dazu u. a. Straßmann: Entwicklung des Instituts, S. 46 f. Wurster, 1948 im s. g. IG Farben-Prozess freigesprochen, wurde 1952 Senator der MPG und war später zudem deren Vizepräsident. Das KWI für Chemie hatte seit Mitte der 1920er-Jahre engere Beziehungen zur IG Farben gehabt und mehrfach finanzielle Unterstützung erhalten.
 - 37 Durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 wurde für die BRD das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 25 von 1946, das das Verbot der Atomforschung enthielt, außer Kraft gesetzt. Entsprechende Forschungen konnten somit offiziell wieder aufgenommen werden. Vgl. Straßmann/Herrmann: Institut für Kernchemie, S. 51 f.
 - 38 Rede Hahns während einer Festveranstaltung zum 60. Geburtstag von Straßmann an der JGU, abgedr. in Krafft: Schatten, S. 463.
 - 39 Vgl. u. a. UA Mainz, Best. 65/54, Fritz Straßmann an den Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft, Siegfried Balke, am 15.7.1958.
 - 40 TRIGA ist die Abkürzung von Training, Research, Isotopes Production Reaktor und General Atomics. Es handelt sich um einen Forschungsreaktor im s. g. Schwimmbad-Design. Die Idee für einen solchen Reaktor stammte von Edward Teller. Ein Sicherheitsvorteil des Reaktors ist, dass er sich bei einer Temperatur von 250°C infolge der spezifischen Eigenschaften der verwendeten Brennelemente automatisch abschaltet. Folglich ist er selbst bei einer Fehlbedienung sicher, was für Ausbildungszwecke von Vorteil ist. Vgl. zum Mainzer Reaktor u. a. Hampel u. a.: Research Reactor, S. 328 f.
 - 41 Das lag nicht zuletzt an komplizierten Genehmigungs- sowie während des Baus an parallelen Gesetzgebungsverfahren u. a. zu Sicherheitsfragen, die die Finanzierungsbedingungen veränderten und die Sicherheitsbestimmungen verschärfen. Hinzu kamen Baumängel. Vgl. u. a. UA Mainz, Best. 3/109. Die darin enthaltene Mängelliste umfasst neun Seiten.
 - 42 Vgl. Straßmann, M.: Mein Vater.
 - 43 Vgl. Herrmann: Straßmann, S. 21 f.
 - 44 Ebd., S. 22.
 - 45 Der Text auf den drei Urkunden ist differenziert auf die jeweilige Person formuliert. Vgl. ebd.–Straßmann sah die Auszeichnung vor allem deshalb positiv, weil sie die damalige Forschergruppe Hahn-Meitner-Straßmann gemeinsam ehrte.
 - 46 Vgl. u. a. Krafft: Schatten, S. 46. Auch nach dem Krieg hat Straßmann das nicht öffentlich gemacht. Ebenso hat Hahn von vergleichbaren Aktionen später nicht berichtet (in seiner Autobiografie finden sich dazu lediglich Andeutungen). Vgl. Hahn: Beziehungen.
 - 47 Vgl. u. a. Kant: Otto Hahn. Es handelte sich hierbei um ein Manifest von 18 bedeutenden Atomforschern, die sich gegen eine Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aussprachen.
 - 48 MPG-Archiv, Rep. 014A (NL Hahn), Nr. 06 501.
 - 49 Ebd., Nr. 04 267. 1949 hatte Straßmann u. a. einen Universitätsvortrag zum Thema *Friedliche Chemie der Atomkerne* gehalten.
 - 50 Vgl. UA Mainz, Best. 64/66. In einem Brief vom 1.2.1967 an den Dekan schrieb Straßmann, dass er »[...] grundsätzlich bereit wäre, meine Amtszeit um drei Jahre verlängern zu lassen, wenn es mir ermöglicht werden könnte, daß ich mich mehr als bisher meinen wissenschaftlichen Interessen widmen kann«.
 - 51 Vgl. die Informationen zu Günter Herrmann in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.9.2019).
 - 52 Vgl. UA Mainz, Best. 58/25 u. 26. Die Wahl war schließlich auf Fritz Baumgartner gefallen, der gleichzeitig am Kernforschungszentrum Karlsruhe tätig war, Mainz aber bereits 1979 wieder verließ.

Berno Wischmann

Der Mainzer Hochschulsport

Ansgar Molzberger

»An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist der für den Sport zuständige Fachbereich für die Durchführung des sportwissenschaftlichen Auftrags in Forschung, Lehre und Studium verantwortlich. Er nimmt für die Hochschule alle Aufgaben der Sportförderung, insbesondere die Durchführung des allgemeinen Hochschulsports, wahr. Ihm obliegen auch die Ausbildung für andere Sportlehrerberufe sowie die Förderung des allgemeinen Breitensports und des Leistungssports, soweit dies eine ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben gemäß den Sätzen 1 und 2 nicht beeinträchtigt.«¹

Mit diesen Worten umreißt das Hochschulgesetz Rheinland-Pfalz in der derzeit gültigen Fassung nicht nur das akademische Feld des Instituts für Sportwissenschaft am Fachbereich 02 Sozialwissenschaften, Medien und Sport der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU), der Gesetzestext spiegelt gleichzeitig die Vielfalt des Themengebiets »Hochschulsport« in seiner heutigen Ausprägung wider: Über die sportwissenschaftliche Forschung und Lehre in verschiedenen Bachelor- und Masterstudiengängen hinaus werden auf dem Campus auch Aufgaben der Sportförderung im freizeit- und leistungssportlichen Bereich wahrgenommen – prestigeträchtige Beispiele hierfür sind die zahlreichen Medaillengewinne der Athletinnen und Athleten des Universitäts-Sportclubs Mainz (USC Mainz) bei nationalen und internationalen Wettkämpfen sowie die seit vielen Jahren erfolgreiche Arbeit der Auslandstrainerschule des Deutschen Leichtathletik-Verbands (DLV). Weiterhin können die Studierenden und Bediensteten der JGU aus einem mannigfaltigen Hochschulsport-Angebot wählen. Das Programmheft aus dem Wintersemester 2019/20 umfasste über 60 Seiten, die Angebotspalette reichte von Aerobic bis Wasserspringen.² Sport und Sportwissenschaft erscheinen somit heute als selbstverständlicher Teil der Mainzer universitas litterarum.

Zu Zeiten der Gründung der JGU war die Ausgangslage für den Hochschulsport vor dem Hintergrund des gerade erst zu Ende gegangenen Zweiten Weltkriegs, vor allem aber aufgrund der »völligen Zerstörung der moralischen Substanz des Sports«³ in der NS-Diktatur – so Willi Daume, damaliger Präsident des Deutschen Sportbunds (DSB), beim DSB-Bundestag 1970 in Mainz – hingegen von Schwierigkeiten und Widerständen geprägt: Der in der NS-Zeit erfolgte Missbrauch von Leibeserziehung und Sport als Mittel zur Wehrhaftmachung – in diesem Kontext war 1934 an den Universitäten eine dreisemestrige Sportpflicht für alle Studierenden, gleich welchen Studienfachs, eingeführt worden – hatte zur Folge, dass nach Kriegsende große Kreise der zur damaligen Zeit ohnehin noch »traditionell« sportkritischen deutschen Bildungselite fest gewillt waren, den Sport zukünftig von den Universitäten zu verbannen.⁴ Eine spezifische Herausforderung stellte darüber hinaus die Zugehörigkeit der Stadt Mainz zur französischen Besatzungszone dar, ließ doch die französische Militärregierung nach der im Zweiten Weltkrieg erlittenen deutschen Besatzung große Vorsicht beim Wiederaufbau des Sports im Land des ehemaligen Kriegsgegners walten. Deutliche Ressentiments zeigte man vor allem gegenüber der deutschen Turnbewegung mit ihrer historisch verankerten Bedeutung

für eine national- und wehrpolitisch motivierte Leibeserziehung.⁵ Vorbehalte bestanden zudem auch in der Frage nach der Wiedereinführung der universitären Sportlehrerausbildung, nachdem die Nationalsozialisten dem Schulsport – und damit auch der Sportlehrerausbildung – entscheidende Bedeutung für die Erziehung der Jugend im Sinne der NS-Ideologie zugesprochen und »Volksgemeinschaft, Wehrhaftigkeit, Rassebewusstsein und Führertum«⁶ als Leitlinien für die inhaltliche Gestaltung der schulischen Leibeserziehung ausgegeben hatten. In Tübingen, Freiburg im Breisgau und Mainz wurde dann auch die Einrichtung des Sport-Lehramtsstudiums erst nach 1950 und damit später als in Universitätsstädten der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone genehmigt.⁷

Führt man sich überdies die lokalen Kriegszerstörungen vor Augen, die auch die als neuen Mainzer Universitätsstandort ausgewählte Flakkaserne betrafen, so wird klar, dass die eingangs beschriebene, feste Verankerung des Sports auf dem Campus der heutigen Zeit das Resultat eines großen Aufbauwerks darstellt. Untrennbar verbunden ist dieses Aufbauwerk mit dem Namen des Leichtathleten, Sportlehrers, Trainers, Funktionärs und Hochschullehrers Berno Wischmann, der von seiner Berufung zum Leiter des Sportamts der Universität im Jahr 1949 an die Entwicklung der JGU zu einem national wie international bedeutsamen Ort des Sports und der Sportwissenschaft prägte.⁸

Als die Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Mai 1946 ihren Lehrbetrieb aufnahm, war der deutsche (Hochschul-)Sport noch nicht wieder national organisiert, erst 1948 wurde der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband (adh) – zunächst: Arbeitsgemeinschaft deutscher Sportreferenten – als nationale Dachorganisation ins Leben gerufen. Im Gegenteil: Mit seiner Direktive Nummer 23 vom 17. Dezember 1945 hatte der Alliierte Kontrollrat das in der Zeit der NS-Diktatur gleichgeschaltete Sportwesen im Zuge der Entmilitarisierung Deutschlands erst wenige Monate zuvor offiziell zerschlagen. Neugründungen von Vereinen und Verbänden mussten daher von den Verantwortlichen der jeweiligen Besatzungszone genehmigt werden. Dies betraf auch den Hochschulsport.

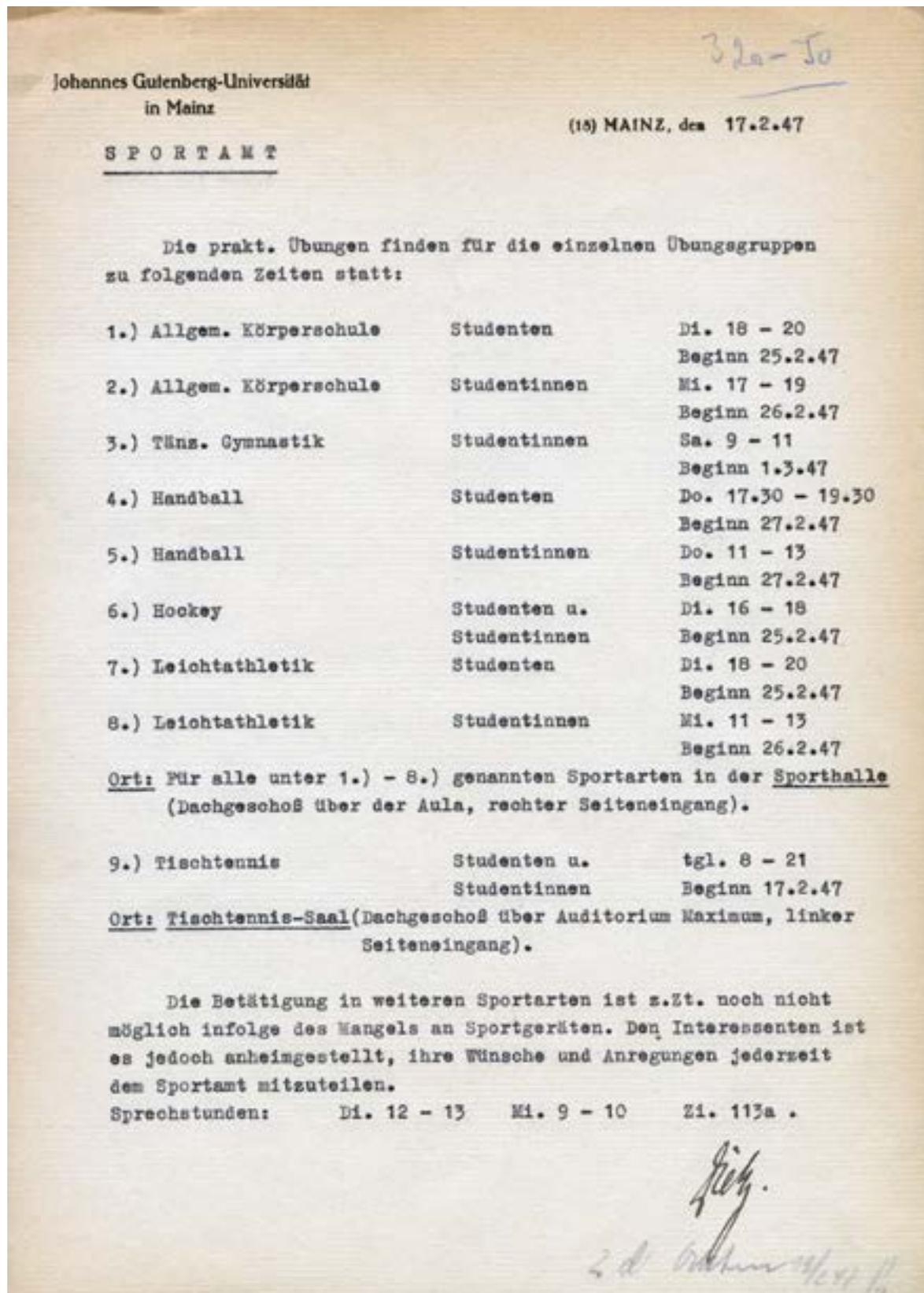
Eine akademisch verankerte Leibeserziehung – und damit eine universitäre Sportlehrerausbildung – lehnte die französische Militärregierung am Standort Mainz, wie erwähnt, zunächst noch ab. Offen zeigte man sich hingegen bereits in der Planungsphase der JGU für die Gründung von Universitäts-Sportvereinigungen, die, im demokratischen Geist geführt, den Studierenden eine sportliche Betätigung neben ihrer geistigen Ausbildung ermöglichen sollten.⁹

Noch bevor eine solche Vereinigung gegründet wurde, führte 1946 jedoch eine Initiative der Tanz- und Gymnastiklehrerin Barbara Müller zum ersten Hochschulsportangebot in Mainz. 1975 erinnerte sie sich:

»Ich schlug dem damaligen Rektor der Universität, Professor Josef Schmid, vor, im gerade angelaufenen ersten Semester der neugegründeten Johannes Gutenberg-Universität, auf freiwilliger Basis Kurse in Gymnastik anzubieten. Der Vorschlag wurde aufgegriffen und noch im Sommersemester 1946 erhielt ich für die letzten vier Wochen des Semesters einen dreistündigen Lehrauftrag. Wie schwierig sich dieser Unterricht anfänglich gestaltete, erkennt man daran, daß in dieser Zeit viermal ein anderer Seminarraum gesucht werden mußte, der als »Halle« diente [...].«¹⁰

Nachdem einzelne Studentinnen trotz der widrigen Umstände dieses Angebot angenommen hatten, folgte in den Semesterferien mit der Einrichtung eines Sportamts durch die Universitätsverwaltung der nächste Schritt zur Verankerung des Hochschulsports an der JGU. Zum Leiter wurde Wilhelm Dietz berufen.¹¹ Dieser

Anfänge des Mainzer Hochschulsports



Das erste Hochschul-
sportangebot der JGU.
Quelle: UA Mainz,
Best. 7/131.

lehnte provisorische Lösungen zur Durchführung des Hochschulsports ab und forderte die Zuweisung einer geeigneten Räumlichkeit. Zunächst ruhte daher der Hochschulsportbetrieb, im Februar 1947 wurde dem Sportamt mit dem Dachboden über der Alten Mensa dann aber eine feste Übungsstätte zur Verfügung gestellt.¹² Per Aushang gab Dietz am 17. Februar 1947 das erste Hochschulsportangebot des neu eingerichteten Sportamts bekannt.

Neben der allgemeinen Körperschule und tänzerischer Gymnastik zählten Handball, Hockey, Leichtathletik und Tischtennis zu den ersten Sportangeboten, die damals von insgesamt etwa 200 Studierenden wahrgenommen wurden. Zudem richtete der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) im Wintersemester 1946/47 ein Sportreferat ein, und in den folgenden Monaten kamen neue Sportangebote wie Fußball, Tennis und Schwimmen, für deren Durchführung Sportstätten außerhalb des Campus angemietet wurden, hinzu.¹³

Vor allem vor dem Hintergrund der nachkriegsbedingten infrastrukturellen Probleme – und darüber hinaus aufgrund persönlicher Differenzen zwischen Dietz und Müller – muss die Hochschulsportarbeit in den ersten Monaten sehr herausfordernd gewesen sein. Im November 1947 wandte sich Müller an den ihr vertrauten Leiter der gerade eröffneten Sporthochschule Köln, Carl Diem,¹⁴ und bat diesen um Rat, da sie zu diesem Zeitpunkt in Mainz keine berufliche Entwicklungsmöglichkeit mehr sah.¹⁵ Diem zeigte sich jedoch überzeugt davon, dass die Gymnastik in den sich gerade erneuernden Konzepten für die Körpererziehung der Frau eine wichtige Rolle spielen werde, weshalb er Müller empfahl, sich in Mainz zu behaupten und durchzusetzen.¹⁶ Bekanntermaßen traf dies ein – Müller wurde zu einer festen Größe an der JGU und prägte die Entwicklung des Hochschulsports, insbesondere in den Bereichen Gymnastik und Tanz, nachhaltig.

Frühzeitiger Kontakt zwischen Mainzer Hochschulsportvertretern und der Sporthochschule Köln bestand auch auf anderer Ebene: Nachdem Wettkämpfe zwischen der JGU und anderen Universitäten außerhalb der französischen Besatzungszone bis 1948 verboten waren und dann zunächst noch von der französischen Militärregierung genehmigt werden mussten, fand 1949 der erste umfassende zonenübergreifende Vergleichskampf zwischen Mainz und Köln in den Sportarten Fußball, Handball, Hockey und Leichtathletik statt; dem Rückkampf in Mainz am 31. Mai 1949 war ein Aufeinandertreffen der Handballmannschaften an der Sporthochschule Köln am 2. Februar 1949 vorausgegangen.¹⁷ Auch für den Mainzer Hochschulsport insgesamt stellt das Jahr 1949 eine entscheidende Zäsur dar: So kündigte Dietz nach universitätsinternen Differenzen im

Barbara Müller

Barbara Müller, geboren in Darmstadt, wurde zwischen 1934 und 1936 bei der Tänzerin und Choreografin Mary Wigman an deren Schule für modernen Tanz in Dresden ausgebildet. 1937 absolvierte sie beim Reichsverband Deutscher Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer die Schwimmsportlehrerprüfung. Bis 1943 war Müller als Assistentin am Institut für Leibesübungen der Universität Frankfurt am Main tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg gestaltete sie mit ihren Mainzer Studentinnen regelmäßig künstlerische Auftritte, unter anderem bei Deutschen Turnfesten und den 1953 von der Fédération Internationale de Gymnastique eingeführten *Gymnaestradas*. Darüber hinaus war Müller zuständig für den Aufbau und die Pflege der Sport-Bibliothek des Sportamts beziehungsweise des Instituts für Leibesübungen der JGU. Müller, die sich neben Gymnastik, Tanz und Schwimmen insbesondere für den Chorgesang begeisterte und langjähriges Mitglied der Mainzer Domkantorei St. Martin war, arbeitete von 1946 bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1974 als Hochschulsportdozentin an der JGU.¹⁹

März seine Anstellung. Mit Berno Wischmann übernahm zum 1. April ein Mann die Leitung des Sportamts, der hochgesteckte Ziele hatte und in den nächsten Jahrzehnten die lokale, nationale und internationale Sportlandschaft prägen sollte. In seinen Memoiren schrieb er, schon 1949 seien nicht nur die Organisation und Durchführung des freiwilligen Studierendensports, sondern auch der Ausbau des Sportamts zur Ausbildungsstätte für Sportlehrer und die Gründung eines Universitäts-Sportclubs als Aufgabenfelder formuliert worden.¹⁸

Berno Wischmann – ein biografischer Überblick

Geboren am 26. Dezember 1910 in Tondern (Tønder) in Nordschleswig, begeisterte sich Wischmann von seiner Kindheit an für den Sport, insbesondere für die Leichtathletik. Als Absolvent der Berliner Deutschen Hochschule für Leibesübungen verdingte er sich von 1936 bis 1939 als sogenannter Wandersportlehrer in Schlesien, Bayern und Hamburg. 1937 heiratete Wischmann die Sportlehrerin Vera, geborene Benkelberg; aus der Ehe gingen vier Kinder hervor. Im Zweiten Weltkrieg nahm Wischmann im engeren Stab Erwin Rommels am Afrikafeldzug teil, nach Kriegsende begann er sein erfolgreiches Engagement als Leichtathletiktrainer von Rot-Weiß Koblenz und als Verbandstrainer des Sportbunds Rheinland. Von 1952 bis 1974 fungierte er zunächst als Nationaltrainer, dann als Cheftrainer des Deutschen Leichtathletik-Verbands und betreute die deutschen Leichtathleten – viele davon Studierende der JGU und dann auch Mitglieder des 1959 gegründeten USC Mainz – bei mehr als 100 Länderkämpfen, fünf Europameisterschaften und sechs Olympischen Spielen.²⁰

Parallel zu seiner Trainertätigkeit übernahm Wischmann am 1. April 1949 die Leitung des Sportamts der Mainzer Universität. Um dieses zum Hochschulinstitut umzuformen und zum akademischen Direktor desselben bestellt werden zu können, schrieb sich Wischmann zudem als Promotionsstudent an der JGU ein – den erneut erlangten Studentenstatus nutzte er auch, um 1950 bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften zu starten: Im Alter von 41 Jahren wurde er mit übersprungenen 3,40m Zweiter im Stabhochsprung. Seine Dissertation erfolgte 1953.

1955 wurde das Sportamt der JGU auf Betreiben Wischmanns zunächst zum Hochschulinstitut für Leibesübungen umgeformt; mit der Einrichtung des eigenständigen Staatlichen Hochschulinstituts für Leibeserziehung im Jahr 1965 war er vorerst am Ziel: Wischmann führte das Diplom-Sportlehrerstudium nach Kölner Vorbild ein, wurde zum Professor ernannt und etablierte in den Folgejahren die Verankerung der Sportwissenschaft in Mainz.

1973 wurde die Einrichtung jedoch entgegen seinen Vorstellungen von einer eigenen Sporthochschule als Fachbereich Sport in die JGU eingegliedert. Wischmann wurde Dekan des Fachbereichs und blieb dies bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1979. Als international anerkannter Sportwissenschaftler und Trainer, der sich als Weltbürger verstand und von Beginn seiner Tätigkeit an Athletinnen und Athleten aus vielen (Entwicklungs-)Ländern nach Mainz holte, gelang ihm in den 1970er-Jahren die Etablierung einer Leichtathletik-Auslandstrainerschule auf dem Mainzer Campus. 1978 wurde die Einrichtung dem DLV unterstellt und hat – in Partnerschaft mit dem Auswärtigen Amt – bis heute Bestand als wichtiger Teil der Internationalen Sportförderung und der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland.

Der Leichtathletik blieb Wischmann auch als Aktiver bis ins hohe Alter auf hohem Niveau treu. Zahlreiche Senioren-Weltmeistertitel in verschiedenen leichtathletischen Disziplinen belegen dies. Noch bis 1998 fungierte er als Lehrbeauftragter an der JGU, als Emeritus baute er zudem das Fach Sport und Alter auf. Über den Zeitraum eines halben Jahrhunderts publizierte Wischmann 17 Fachbücher und mehr als 200 Fachbeiträge. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit waren neben der Methodik der Leichtathletik die Sportdidaktik und -geschichte, weiterhin die Auseinandersetzung mit Sinnfragen des Sports; insbesondere



Porträt von Berno Wischmann um 1973. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/9609.



Aus Anlass seines 65. Geburtstags zeichnete die Stadt Mainz Wischmann mit dem Ehrenring aus. Oberbürgermeister Jockel Fuchs (rechts) hielt dazu im Dezember 1975 eine Laudatio im Rathaus. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/9622.

der Fair-Play-Gedanke und die olympische Idee stehen im Mittelpunkt der Publikationen. Das hohe Ansehen, das Wischmann national wie international genoss, zeigt sich in zahlreichen Auszeichnungen: Er erhielt unter anderem den Hanns-Braun-Preis des DLV, den Ehrenring der Stadt Mainz, das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, den Kaiserlichen Orden der aufgehenden Sonne aus den Händen des japanischen Kaisers Hirohito – zu Japan hatte Wischmann ein besonders intensives Verhältnis – sowie das Diploma of Honours des Internationalen Fair-Play-Komitees und den Philip-Noel-Baker-Preis des UNESCO-Weltrats für Sportwissenschaft und Leibeserziehung. Wischmann starb am 25. September 2001 in Bad Sobernheim.²¹

Wischmann, Zeit seines Lebens ein unkonventioneller Mensch, der sich auf dem Mainzer Sportcampus gern in alter Sportkleidung und barfuß bewegte und dessen Arbeitszimmer – das er unter der Woche regelmäßig auch als Schlafzimmer nutzte – mit einem stets unaufgeräumten Schreibtisch legendär war, widmete sich seiner neuen Aufgabe von Beginn an voller Elan.²² Bereits im Sommersemester 1949 wurde das Kursangebot für den freiwilligen Studierendensport verdoppelt, in den nächsten Semestern wurden viele Sportarten und auch eigene Angebote für Dozierende und deren Kinder ins Programm aufgenommen. Die Durchführung der Sportkurse für Studentinnen oblag Müller, deren Lehrauftrag ausgeweitet worden war, während Wischmann selbst die Studenten in diversen Sportarten unterrichtete.²³ Im Sommersemester 1950 kam mit Hermann Roth eine weitere Lehrkraft ans Sportamt, zu diesem Zeitpunkt nutzten 1.200 Studierende – bei einer Gesamtstudierendenzahl von ungefähr 5.000 – die nunmehr immer vielfältigeren Sportangebote.²⁴

Ebenfalls 1950 wurde die Organisationsstruktur des freiwilligen Studierendensports umgestellt. Bis dato hatte der Sportreferent des AStA die Aufgabe, die Verbindung zwischen Sportamt und Studierenden zu gewährleisten, zusammen mit dem Sportamt den Sportbetrieb zu organisieren, die studentischen Sportbeiträge

Das Sportamt der JGU unter der Leitung von Berno Wischmann

zu verwalten – damals drei DM pro Studierenden und Semester – und die Sportangebote zu bewerben. Da eine Einzelperson hiermit zunehmend überfordert schien, wurde am 8. November 1950 auf Anregung Wischmanns und Studierender, die mit dem Status quo unzufrieden waren, der Studentische Sportausschuss (SSA) ins Leben gerufen. Von nun an kümmerten sich die Ausschussmitglieder um die Sportbelange der Mainzer Studierenden. Der AStA protestierte gegen diese »Entmachtung«, und erst 1957 wurde der Streit durch eine Satzungsänderung des SSA beigelegt: Fortan wurde der SSA-Vorsitzende vom AStA als Sportreferent anerkannt, im Gegenzug erhielten AStA und Studierendenparlament Sitz und Stimme im Ausschuss.²⁵ Parallel zum SSA wurde im Wintersemester 1951/52 der Akademische Ausschuss für Leibesübungen mit Vertretern der Universität, des Sportamts und der Studierendenschaft gegründet. Der Ausschuss – 1956 ersetzt durch den Senatsausschuss für Leibesübungen, in dem nur Professoren und Wischmann einen Sitz hatten – war allerdings nicht weisungsbefugt, sondern lediglich berechtigt, dem Senat Vorschläge zu unterbreiten.²⁶

Hermann Roth

Hermann Roth absolvierte 1933/34 an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin die Fachlehrerprüfung in den Sportarten Leichtathletik, Boxen und Schwimmen – eine gegenüber dem Diplom-Studium verkürzte Ausbildung, die den Absolventen erlaubte, schulisch wie außerschulisch spezifische Sportarten zu unterrichten. In den folgenden Jahren übte er verschiedene Tätigkeiten als Sportlehrer in Hamburg aus, 1940 wurde er in die Wehrmacht eingezogen und zunächst als Sportlehrer an die Waffen-SS überwiesen, ehe er als Skilehrer in ein Skijäger-Ersatzbataillon zurückversetzt wurde. Von 1945 bis 1950 war Roth in russischer Kriegsgefangenschaft, nach seiner Anstellung als Sportlehrer an der JGU holte er bei Wischmann die akademische Sportlehrerausbildung nach, die er 1957 erfolgreich abschloss. Fortan übernahm Roth als Sportleiter des Instituts für Leibesübungen die Gesamtorganisation des freiwilligen Studierendensports. Im Rahmen der akademischen Sportlehrerausbildung unterrichtete er vor allem in den Fächern Rudern, Schwimmen, Handball und Basketball sowie allgemeine Körperschule.²⁷

Festgehalten werden kann an dieser Stelle, dass der freiwillige Studierendensport an der JGU bereits bald nach Beginn von Wischmanns Wirken prosperierte. Darüber hinaus waren Mainzer Studierende auch schon zu diesem Zeitpunkt im Leistungssport erfolgreich, insbesondere in der Leichtathletik. So nutzte Wischmann sein noch bis 1959 andauerndes Engagement als Trainer von Rot-Weiß Koblenz, seine besten Athletinnen und Athleten an die JGU zu holen. Den ersten internationalen Titel für die Universität gewann der Lehramtsstudent und »Rot-Weiß-Vertreter« Günther Steines über 800 Meter bei der *1. Internationalen Hochschulsportwoche* (seit 1959: *Universiade*) 1949 in Meran, 1952 sicherte er sich zudem bei den Olympischen Spielen in Helsinki die Bronzemedaille mit der 4x400 Meter-Staffel. Viele weitere Mainzer Siege bei internationalen Sportereignissen folgten.²⁸

Als Leiter des Sportamts der JGU hatte Wischmann zu Beginn der 1950er-Jahre neben seiner Passion für die hochklassige, auf internationalem Wettkampfniveau betriebene Leichtathletik und dem Aufbau und der Pflege des freiwilligen Studierendensports zwei weitere zentrale Ziele: Die Umformung des Sportamts in ein Institut für Leibeserziehung inklusive der Aufnahme der akademischen Sportlehrerausbildung sowie den Ausbau der Sportstätten auf dem Campus. Vor allem die Errichtung eines hochschuleigenen Stadions und

der Bau einer Sporthalle wurden angestrebt, um zukünftig weniger fremde Sportstätten nutzen beziehungsweise anmieten zu müssen. Die Forderungen nach einem umfassenden Neubau von Sportstätten wurden von Seiten des Sportamts und der Studierenden an die Landespolitik herangetragen. Da dies jedoch zu keinem Ergebnis führte, wandte man sich direkt an die Landtagsfraktionen von CDU und SPD.²⁹ Als auch dies trotz in Aussicht gestellter Finanzierungszusagen keinen Erfolg hatte, nahmen die Sportamtsvertreter Müller und Wischmann 1955 das Heft selbst in die Hand. Müller schaltete ihre Mutter ein, die in New York geboren war und daher die US-Staatsbürgerschaft besaß. Zusammen mit Wischmann wurde sie beim in Bad Kreuznach stationierten US-Militär vorgestellt – und hatte Erfolg: Das US-Militär stellte kostenlos schweres Baugerät nebst Pionieren einer Panzerdivision für die Planierungsarbeiten zur Verfügung. 1955 konnte daraufhin nicht nur mit der Errichtung des Universitätsstadions begonnen werden, die von den US-Amerikanern erbrachte Vorleistung, deren Wert auf 100.000 DM geschätzt wurde, führte auch dazu, dass das Land Rheinland-Pfalz Gelder für den weiteren Sportstättenbau auf dem Campus der JGU bewilligte.³⁰

Innerhalb von zehn Jahren entstand dann ein eigener Sportcampus an der JGU. Als Zeitzeugin fasste Müller die Baugeschichte später wie folgt zusammen:

»Mit einem Fußball-Länderkampf wurde das Stadion am 24.4.1957 eingeweiht. Im August 1958 war die Sporthalle mit großer Halle, Gymnastikraum, Tischtennisraum, Schwerathletikraum und dem Verwaltungstrakt mit Vorlesungsraum, Bücherei, Verwaltungs- und sonstigen Räumen fertiggestellt. Ein Nebenplatz wurde 1960 zu einem Fußballplatz ausgebaut, zunächst mit Schlacke und 1963 dann als Rasenplatz. Zu den drei Tennishartplätzen [bereits 1954 errichtet, Anm. d. Verf.] kamen 1960 noch vier Rotsandplätze und im Jahr darauf ein Basketballhartplatz. Das eigene Hallenbad mit Sauna und einem Nebentrakt mit Gymnastik- und Schwerathletikraum wurde im Wintersemester 1965/66 in Betrieb genommen.«³¹

Mitte der 1960er-Jahre, knapp zwanzig Jahre nach den Anfängen des Mainzer Hochschulsports auf dem Dachboden der Alten Mensa, war somit eine sehr gute Infrastruktur für die Durchführung des freiwilligen Studierenden- und des leistungsorientierten Sports vorhanden.³²

Auch Wischmanns zweites zentrales Ziel, das Sportamt in ein eigenständiges sportwissenschaftliches Institut umzuwandeln, war in diesem Zeitraum realisiert worden. Im Vorlesungsverzeichnis der JGU für das Wintersemester 1965/66 wurde erstmals das Staatliche Hochschulinstitut für Leibeserziehung aufgeführt.³³ Die Entstehungsgeschichte des sportwissenschaftlichen Instituts war jedoch nicht frei von Widerständen seitens der Universitätsleitung und der Landespolitik. 1955 hatte sich Wischmann zunächst mit der Umformung des Sportamts in ein Hochschulinstitut für Leibesübungen »begnügen« müssen, obwohl ihm bereits zu diesem Zeitpunkt eine institutionell verankerte, stärker wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Sport und Leibeserziehung vorschwebte.³⁴

So hatte sich Wischmann nach der Übernahme der Leitung des Sportamts als Promotionsstudent an der Philosophischen Fakultät eingeschrieben, um zum akademischen Direktor eines zukünftigen Hochschulinstituts ernannt werden zu können. 1952 reichte er bei seinem Doktorvater Otto Friedrich Bollnow seine Dissertation *Über die Einflüsse des modernen Sports auf das moralische Verhalten des Menschen* ein. Darin brach Wischmann – gleichsam paradigmatisch für sein weiteres Arbeiten an der JGU – eine Lanze für die Bedeutung der Leibeserziehung, gleichzeitig prangerte er die Borniertheit der akademischen Bildungselite gegenüber dem Sport an:

Die Gründung des Hochschulinstituts für Leibesübungen und des USC Mainz



Studenten bei Planierungsarbeiten auf dem Sportforum der JGU im SoSe 1960. Quelle: UA Mainz, S3/555.



Das Hallenbad wurde im WiSe 1965/66 in Betrieb genommen. Foto: Bernd Weisbrod, Quelle: UA Mainz, S3/3666.

»Nichts ist daher falscher, als wenn die für die Erziehung unseres Volkes verantwortliche geistige Oberschicht, der die sittliche Hebung unseres Volkslebens am Herzen liegt, weiterhin an diesem Heer von Sportlern und sportlichen Zuschauern vorübergeht! Es wurde bereits ausgesprochen, daß bestimmte Voraussetzungen der ›Formung‹ und ›Lenkung‹, der ›Gestaltung‹ und ›Führung‹ erfüllt sein müssen, um vom Sport als einem Mittel der Erziehung, als einer Gesinnungsschule zu sprechen. Lassen wir ihm aber die nötige Sorgfalt angedeihen, so sind in seinem Wesen starke Kräfte vorhanden, die unzweifelhaft der Charakterformung dienen und die [...] von den sportlichen Kampfbahnen in das öffentliche Leben eines Volkes hineinfließen [sic!] können.«³⁵

Bollnow fand in seinem Gutachten, das er im Dezember 1952 anfertigte, anerkennende Worte für Wischmanns Gedanken und stimmte diesem zu, dass die Erziehungswissenschaft die Auseinandersetzung mit der Leibeserziehung bis dato vernachlässigt habe:

»Die Arbeit greift das Problem der sittlich erziehenden Wirkungen des modernen Sports an. Sie dringt damit in ein fast völliges Neuland vor, denn eine so wichtige Erscheinung des gegenwärtigen Lebens wie der Sport ist bisher auf ein so erstaunlich geringes Interesse der wissenschaftlichen Pädagogik gestoßen, daß man gradezu [sic!] schon von einem bedauerlichen Versagen sprechen muß.«³⁶

Eine Sottise konnte sich der Professor der Philosophischen Fakultät in seiner Begutachtung jedoch nicht sparen und zeigte – dem generellen Lob zum Trotz – akademischen Standesdünkel gegenüber dem Sportvertreter Wischmann: »Daß manches unbeholfen bleibt, daß manches auch subjektiv befangen bleibt, liegt im Wesen der Sache; denn der Sportmann ist eben seiner Natur nach in der literarischen Ausdrucksfähigkeit unbeholfen.«³⁷ Gleichwohl erlangte Wischmann 1953 die Doktorwürde, seine Erörterungen zur Leibeserziehung brachte er zum Jahreswechsel 1954/55 in überarbeiteter Form unter dem Buchtitel *Der moderne Sport – Eine der großen, den Menschen prägenden Möglichkeiten* auf den Markt.³⁸

Der moderne Sport und die Neugestaltung der schulischen Leibeserziehung in der Bundesrepublik befanden sich zu dieser Zeit noch in der Aufbauphase. 1950 war der Deutsche Sportbund als Dachverband des organisierten Sports gegründet worden, nach den Erfahrungen aus der Zeit der NS-Diktatur wurde der Sport gemäß dem bis heute geltenden Prinzip der Subsidiarität nicht unter staatliche Obhut gestellt, sondern auf einer breiten Basis von eigenständig und freiwillig gegründeten, zumeist ehrenamtlich geführten Vereinen aufgebaut.³⁹ Auf schulischer Ebene waren 1951 auf Initiative Diems – der 1920 bereits die sogenannten Reichsjugendwettkämpfe ins Leben gerufen hatte – die Bundesjugendspiele eingeführt worden, 1953 hatte sich der Ausschuss Deutscher Leibeserzieher gebildet. Über die Sporthochschule Köln hinaus war zudem an vielen deutschen Universitätsstandorten wie Bonn, Göttingen, Heidelberg oder Münster die Sportlehrerausbildung wieder aufgenommen worden.

Rheinland-Pfalz beteiligte sich an der frühen akademischen Auseinandersetzung mit dem Feld des Sports und der Leibeserziehung indes zunächst nicht, noch 1954 hatte der Landtag den von Rektor und Senat der JGU unterstützten Antrag Wischmanns auf Einrichtung eines Hochschulinstituts abgelehnt und damit auch gegen die Einführung der Sportlehrerausbildung auf dem Mainzer Campus gestimmt. Der hierüber äußerst verärgerte Wischmann suchte daraufhin die Öffentlichkeit, mit Hilfe der Presse attackierte er die Politikvertreter:

»Man scheint sich höheren Ortes nicht darüber im klaren zu sein, daß die Unzulänglichkeit auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung unserem Volke einmal teuer zu stehen kommen wird. Die Interessenlosigkeit gegenüber den Leibesübungen in der Schule stehen im krassen Gegensatz zu den lobenswerten Anstrengungen, die seit langem in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern deutlich erkennbar sind. [...] Eine harmonische Ausbildung unserer Kinder ist solange in Frage gestellt, als man nicht – unter Betonung der gesundheitlichen und charakterbildenden Werte der Leibesübungen – für die Ausbildung der notwendigen Sportlehrer sorgt. Diese Ausbildung sowie die Heranbildung von sachkundigen Sportmedizinern und die Fortbildung von Lehrern und Übungsleitern sollte das Institut für Leibesübungen an unserer Landesuniversität übernehmen, das jetzt unverständlicherweise abgelehnt worden ist.«⁴⁰

In seinem Aufruf, die Sportlehrerausbildung an der JGU zu implementieren, verwies Wischmann auch auf die bereits erbrachten Erfolge des Mainzer Hochschulsports, die – wie dargestellt – unter widrigen infrastrukturellen Bedingungen zustande gekommen waren.⁴¹ Um auf diesem Feld noch mehr erreichen zu können, wollte der ehrgeizige Wischmann die Sportstrukturen auf dem Campus weiter professionalisieren. Außerdem übte die Vorstellung, junge Menschen zu Sportlehrern – seiner Meinung nach der schönste Beruf überhaupt⁴² – ausbilden zu können, einen großen Reiz auf ihn aus. Ein Aufgeben kam für den »Überzeugungstäter« Wischmann daher nicht in Frage.

Tatsächlich blieben die Appelle der Mainzer Sportvertreter dann auch nicht ungehört, nur ein Jahr nach der Ablehnung der Institutsgründung – und nach einem Besuch des kulturpolitischen Ausschusses des Landtags im Oktober 1954 an der JGU⁴³ – schwenkte die Landespolitik um. Am 6. April 1955 gab Kultusminister Albert Finck per rückwirkendem Erlass bekannt, dass an der Mainzer Universität ein Hochschulinstitut für Leibesübungen errichtet worden sei. Weiter hieß es:

»Das Institut führt die Bezeichnung »Hochschulinstitut für Leibesübungen der Johannes Gutenberg-Universität«. Es ist ein selbständiges Universitätsinstitut und untersteht unmittelbar Rektor und Senat. Das Institut hat folgende Aufgaben: a) Ausbildung der Lehrkräfte für das Lehramt an höheren Schulen – Fachrichtung Leibesübungen –; b) Fortbildung der Sportlehrer aller Schularten nach den Richtlinien des Ministeriums für Unterricht und Kultus; c) Durchführung des allgemeinen Studentensports. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Instituts, sich mit sämtlichen den Sport berührenden Fragen zu befassen und auch allen ausserschulischen Sporteinrichtungen des Landes auf Ersuchen beratend zur Verfügung zu stehen.«⁴⁴

Damit firmierte das ehemalige Sportamt vom Sommersemester 1955 an als Rektor und Senat unmittelbar unterstelltes Hochschulinstitut, dem Wischmann als – zunächst kommissarischer – Direktor vorstand sowie Müller und Roth als Sportlehrkräfte angehörten. Zusammen führte man auch weiterhin den freiwilligen Studierendensport durch, vor allem aber war ab sofort der Weg frei für die Aufnahme der universitären Sportlehrerausbildung in Mainz. Immerhin 19 Studierende begannen noch 1955 ihr Studium.⁴⁵

Auch wenn das Sport-Lehramtsstudium fortan zum festen Kanon des Mainzer Studienangebots zählte und sich die Studierendenzahlen innerhalb der ersten vier Jahre mehr als versechsfachten⁴⁶ – die erhoffte akademische Freiheit konnte Wischmann mit der Institutsgründung noch nicht genießen. Vielmehr rief sein mitunter forsches Auftreten auch Widerstand auf dem Campus hervor. So führte seine universitätsinterne Ankündigung, im Zuge der neu geschaffenen Sportlehrerausbildung im Wintersemester 1955/56 eine Vor-

lesung *Sport und Ethik* anbieten zu wollen, dazu, dass Rektor Gottfried Köthe den Dekan der Philosophischen Fakultät, Ludwig Petry, als Fachvertreter um eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit bat. Petry versicherte daraufhin, den Lehramtsstudiengang Sport unterstützen zu wollen, die Befähigung, eine Vorlesung zum genannten Thema selbstständig zu konzipieren und abzuhalten, sprach er Wischmann mit Verweis auf dessen nicht vorhandene Habilitation und fehlende Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Philosophischen Fakultät jedoch ab⁴⁷ – der Dekan verwies den Sportvertreter Wischmann sozusagen von seinem Spielfeld. Demzufolge führte das Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1955/56 dann auch statt *Sport und Ethik* eine Wischmann-Vorlesung mit dem Titel *Aus der Praxis des Sportlehrers* auf.⁴⁸

Solchen fachlichen Widerstand konnte Wischmann in der Folgezeit zwar überwinden, Vorlesungsverzeichnisse der späteren 1950er-Jahre weisen Lehrveranstaltungen zu historischen, pädagogischen und philosophischen Aspekten der Leibeserziehung auf. Die von ihm geforderte Aufnahme des Begriffs »Leibeserziehung« in den Eigennamen des Instituts lehnten die JGU-Vertreter hingegen ab.⁴⁹ Wischmann reagierte hierauf zunächst kämpferisch: Mit der Streitschrift *Gibt es eine Erziehung vom Leibe her?* forderte er 1958 die sportkritischen Professoren der Universität heraus.⁵⁰ Im selben Jahr veröffentlichte er mit *Zum Problem des Mutes in der körperlichen Erziehung* eine weitere Auseinandersetzung mit pädagogischen Dimensionen der leibeserzieherischen Arbeit.⁵¹ Zum Erfolg führten seine Aktivitäten jedoch noch nicht. Aus Protest gegen die Ablehnung der Institutsumbenennung verließ Wischmann daraufhin 1959 den Senatsausschuss für Leibesübungen.⁵² In seinen Erinnerungen bilanzierte er die Zeit nach der Institutsgründung mit den Worten: »Was den Status und die Kompetenzen des Instituts anbelangte, änderte sich jedoch nichts. Wir blieben ein nichtwissenschaftliches Anhängsel der Philosophischen Fakultät, besaßen keinerlei Vollmachten und wurden von einem Akademischen Sportausschuß im Senat vertreten.«⁵³ Wie das Zitat zeigt, sah sich Wischmann mit der 1955 erfolgten Institutsgründung und der damit verbundenen Aufnahme der universitären Sportlehrer-ausbildung an der JGU sowie der Erweiterung des Personalstamms im Institut keineswegs am Ziel.⁵⁴ Auf die Gründung eines wissenschaftlichen Instituts für Leibeserziehung mussten die Mainzer Sportvertreter indes noch mehrere Jahre warten.

Freie Hand hatten sie hingegen bei der Organisation des praktischen Sportbetriebs. 1959 hatte zudem mit Roth ein Institutsmitarbeiter die Idee, den USC Mainz zu gründen, um über das bestehende Hochschulsportangebot hinaus noch bessere Sportmöglichkeiten vor Ort schaffen zu können. Wischmann, der neben seiner Tätigkeit an der JGU seit 1952 auch als National- und später Cheftrainer des DLV fungierte, zeigte sich von dem Gedanken begeistert, gab seine bis dato ebenfalls noch bestehende Trainertätigkeit für Rot-Weiß Koblenz auf und wurde Leiter der Leichtathletikabteilung des USC Mainz.⁵⁵ Der Club beschränkte sich von Beginn an weder auf den Leistungssport noch auf die Leichtathletik, vielmehr verfügte er auch über ein freizeitsportlich orientiertes, vielfältiges Sportangebot, das sich sowohl an Studierende und Hochschulangehörige als auch an Mainzer Bürgerinnen und Bürger richtete.⁵⁶ Für Aufsehen sorgten in den Folgejahren jedoch insbesondere die von Wischmann trainierten Leichtathletinnen und Leichtathleten des USC Mainz, die mehr als 100 Deutsche Meisterschaften und 15 Studierenden-Weltmeistertitel erringen sowie eine Vielzahl von Medaillen bei Leichtathletik-Europameisterschaften und Olympischen Spielen gewinnen konnten.⁵⁷ Beispielhaft erwähnt seien an dieser Stelle nur Ingrid Mickler-Becker (Olympiasiegerin 1968 im Fünfkampf und 1972 mit der 4 x 100 Meter-Staffel), Guido Kratschmer (Zehnkampf-Olympiazweiter 1976 und Weltrekordler 1980) und der international erfolgreiche Mehrkämpfer und Speerwerfer Hermann Salomon, der nach seiner aktiven Laufbahn eine Professur für angewandte Sportpädagogik an der JGU innehatte.⁵⁸

Mit der Verbindung zur Universität sowie neuen, fußläufig erreichbaren und hochmodern ausgestatteten Trainingsstätten – mit eigener Halle und einem für die Bundesrepublik Deutschland modellhaften Kraftraum



*Mainzer Sportpersönlichkeiten bei den Jubiläumsfeierlichkeiten zu 25 Jahren USC Mainz im Jahr 1984, darunter Barbara Müller (5. v. r.) und Berno Wischmann (4. v. l.).
Foto: Rüdiger Saul,
Quelle: privat.*

avancierte Mainz zum Bundesleistungszentrum Leichtathletik – zog der Club innerhalb kürzester Zeit talentierte Studierende aus ganz Deutschland an. Darüber hinaus gelang es Wischmann, Athletinnen und Athleten sowie Trainerinnen und Trainer aus vielen Ländern der Welt an die JGU zu holen. Das blaue Clubtrikot mit dem weißen »M« auf der Brust wurde zur international bekannten Marke und Mainz zu einer Hochburg der Leichtathletik, insbesondere im Zehnkampf – 2019 konnte der JGU-Lehramtsstudent (Physik und Sport) Niklas Kaul mit seinem Sensationssieg bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Doha an diese Tradition anknüpfen.

Zur Geschichte des USC Mainz gehört aber auch das tragische Schicksal der damals besten deutschen Siebenkämpferin Birgit Dressel, das bundesweit für Aufsehen sorgte: Dressel hatte über einen langen Zeitraum eine Vielzahl von Pharmazeutika – nach Recherchen des *Spiegel* auch Anabolika⁵⁹ – eingenommen. Am 10. April 1987 starb sie im Alter von nur 26 Jahren im Mainzer Universitätsklinikum an Organversagen.

Das Staatliche Hochschulinstitut für Leibeserziehung – Mainz als Sportwissenschaftsstandort

Zu Beginn der 1960er-Jahre hatte Wischmann nach eigener Darstellung die Hoffnung aufgegeben, ein wissenschaftliches Institut für Leibeserziehung an der JGU gründen zu können. Dennoch unternahm er in der Angelegenheit noch einen Anlauf, indem er unter Umgehung des offiziellen Dienstwegs die Fraktionsvorsitzenden der rheinland-pfälzischen Landtagsparteien persönlich aufsuchte und diese um die Herauslösung des Instituts aus der Universität bat.⁶⁰ Wider Erwarten war er erfolgreich: 1965 stimmte der rheinland-pfälzische Landtag seiner Idee einer eigenständigen sportwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsstätte zu. Die von nun als Staatliches Hochschulinstitut für Leibeserziehung firmierende Einrichtung stellte nicht länger ein »Anhängsel« der Philosophischen Fakultät dar, sondern war direkt dem Kultusministerium unterstellt.

Diese für den Mainzer Hochschulsport entscheidende Zäsur bedeutete, dass Wischmann, der infolge der neuen strukturellen Verankerung seines Instituts zum Professor ernannt wurde, fortan über freie akademische Befugnisse verfügte. Infolgedessen war es ihm auch möglich, die »damals sensationelle Einführung des Diplomsportlehrerstudiums nach Kölner Vorbild«⁶¹ zu realisieren. Wie an der Deutschen Sporthochschule Köln boten sich ab dem Wintersemester 1965/66 auch in Mainz Studieninteressierten verschiedene Möglichkeiten des Sportstudiums, wie die Institutsbeschreibung im Vorlesungsverzeichnis zeigt:

»Den künftigen Leibeserziehern werden 4 Studienwege angeboten: Das sechssemestrige Diplomstudium mit Universitätsstudium, in dessen Rahmen das Diplom als Staatsexamen für das Lehramt im höheren Dienst anerkannt wird; das sechssemestrige Diplomstudium ohne Universitätsstudium; das achtsemestrige Studium der Leibeserziehung für das Lehramt im höheren Dienst sowie das sechssemestrige Studium der Leibeserziehung für das Lehramt an Realschulen. Alle Studienwege haben eine praktisch-methodische Vorprüfung nach dem 3. und 4. Semester.«⁶²

Die Erweiterung des Studienangebots führte nicht nur zu höheren Studierendenzahlen für das Fach Leibeserziehung beziehungsweise Sport. In den Folgejahren konnten im nun eigenständig arbeitenden Institut darüber hinaus auch weitere Hochschullehrende verpflichtet und Fachabteilungen gegründet werden.⁶³ Entscheidend unterstützt wurde Wischmann in dieser Zeit durch den seit dem Wintersemester 1961/62 im Institut tätigen Gerd Bode, als DLV-Trainer für die Wurfdisziplinen ebenfalls ein ausgewiesener Leichtathletik-Experte.⁶⁴

Gerd Bode

Gerd Bode, 1912 in Braunschweig geboren, lernte während seines Studiums zwischen 1936 und 1939 an der Berliner Reichsakademie für Leibesübungen den Studienkollegen Wischmann kennen, der ihn 1960 nach Mainz holte. Gemeinsam mit Wischmann, Müller und Roth leistete Bode Pionierarbeit für die Mainzer Sportlehrer_innen-Ausbildung. Über viele Jahrzehnte hinweg war er zudem im DLV und im USC Mainz in wichtigen Funktionen tätig. Für sein Engagement, speziell für die deutsche Leichtathletik, erhielt er unter anderem das Bundesverdienstkreuz am Bande (1977) und 1982 das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.



In Verbindung mit der erfolgreichen Arbeit des USC Mainz machte Wischmann Mainz so zu einem national wie international bedeutsamen Ort des Sports und der Sportwissenschaft. Aufgrund Wischmanns Art, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr viel Freiraum zu lassen, gleichzeitig aber für diese und seine Studierenden stets da und ihnen kameradschaftlich verbunden zu sein, herrschte hier zudem eine besondere Atmosphäre.⁶⁵ Die Regelung am eigenständigen Staatlichen Hochschulinstitut für Leibeserziehung, nach Absolvierung eines Vorstudiums und einer Sonderprüfung auch ohne Allgemeine Hochschulreife zum Diplom-Sportstudium zugelassen werden zu können, machte die JGU in diesen Jahren darüber hinaus auch für ta-

Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an Gerd Bode im Jahr 1977. Überreicht wurde es durch den Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/6494.



Das Berno-Wischmann-Haus im Jahr 2019. Foto: Stephan Max, Quelle: UA Mainz, S3/10989.

lentierte Sportlerinnen und Sportler, die kein Abitur vorweisen konnten, attraktiv. Seine über das erreichte Ziel der wissenschaftlichen Selbstständigkeit noch hinausgehende Vision der Etablierung einer eigenen Mainzer Sporthochschule konnte Wischmann indes nicht verwirklichen. Vielmehr führte 1973 die Umsetzung des am 22. Dezember 1970 verabschiedeten Landesgesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz zur Wiedereingliederung des Staatlichen Hochschul Instituts für Leibeserziehung in die JGU. Unter den neu geschaffenen Fachbereichen firmierte es fortan als eigenständiger Fachbereich 26 Leibeserziehung mit Wischmann als Dekan. Das 1965 eingeführte Diplom-Sportstudium blieb aber als zusätzliche Studienmöglichkeit erhalten, weiterhin war der Fachbereich 26 den anderen Fachbereichen gleichgestellt – der ehemalige Sportamtsleiter und sein Team waren endgültig in der akademischen Landschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz angekommen.

Eine bis heute die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Sport prägende und zum Renommee der JGU beitragende Institution konnte Wischmann noch vor seiner Emeritierung im Jahr 1979 etablieren: die Auslandstrainerschule des DLV. Als DLV-National-/Cheftrainer und Leiter der Leichtathletikabteilung des USC Mainz stand Wischmann seit jeher im Austausch mit Aktiven und Offiziellen aus der Sportwelt. Regelmäßig vermittelte er in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt interessierten Mainzer Studierenden (Übungsleiter-)Aufenthalte im Ausland. Darüber hinaus besuchten immer wieder internationale Gäste, insbesondere aus Entwicklungsländern, die Leichtathletikhochburg Mainz, um sich vor Ort über Trainertätigkeiten zu informieren. 1974 verfestigte Wischmann diese Zusammenarbeit in Form einer Auslandstrainerschule, die 1978 unter Zustimmung des Bundesministers des Innern und des Landessportbunds Rheinland-Pfalz als offizielle



Der Alterssport lag Wischmann am Herzen. Auf dem Bild sind die »Leichtathletik-Oldtimer« des USC Mainz nach ihrem sechsten Sieg im Deutschland-Pokal der Altersklassen-Mannschafts-Meisterschaften 1981 in den markanten blauen USC-Trikots zu sehen. Zweiter stehend von rechts: Berno Wischmann. Foto: Heinz Engels, Quelle: privat.

Kooperationstätigkeit zwischen dem DLV und dem Land Rheinland-Pfalz mit der JGU vertraglich festgehalten wurde.⁶⁶ Die Internationalität dieses Unterfangens – das in der Zeit des geteilten Deutschlands auch als bundesrepublikanische Antwort auf den 1964 an der DDR-Sportuniversität, der in Leipzig ansässigen Deutschen Hochschule für Körperkultur, eingeführten Internationalen Trainerkurs (ITK) verstanden werden kann – wird bei einem Blick auf die Einladungsliste für die Eröffnung der Auslandstrainerschule am 28. September 1978 deutlich: Neben den damaligen Bundesministern Gerhart Baum und Hans-Dietrich Genscher sowie dem DSB-Präsidenten Willi Weyer erwartete man unter anderem diplomatische Vertretungen der Türkei, Ugandas, Togos, Pakistans, Costa Ricas, Malaysias, Indonesiens und Maltas.⁶⁷

Die DLV-Auslandstrainerschule – heute wird die Einrichtung als Gemeinschaftsprojekt des Auswärtigen Amtes, das die Stipendien finanziert, des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), des DLV und der JGU betrieben – etablierte sich schnell. Mehr als 420 Trainerinnen und Trainer sowie Sportlerinnen und Sportler aus 88 Entwicklungsländern haben seit der Eröffnung diese besondere Leichtathletikakademie besucht. Klassischerweise durchlaufen sie zunächst einen viermonatigen Deutsch-Sprachkurs, anschließend erhalten sie eine zehnmonatige leichtathletikspezifische Ausbildung.⁶⁸ Das 1995 auf dem Campus eröffnete *Berno-Wischmann-Haus* dient als aktueller Sitz der Auslandstrainerschule und als Wohnheim für ihre Studierenden.

Neben der Auslandstrainerschule stellt der Aufbau des Fachs Alterssport ein weiteres Vermächtnis Wischmanns aus der Spätzeit seines hauptberuflichen Arbeitens an der JGU dar. Nach der Ausrichtung des großen internationalen Symposiums *Alter und Leistung* im November 1978 wurde Wischmann emeritiert,⁶⁹ von seinem Fachbereich wollte er sich jedoch nicht trennen und blieb noch viele Jahre als Lehrkraft aktiv.

Einer zu praxisfernen Forschungsarbeit verweigerte sich der bis ins hohe Alter aktive Sportler Wischmann jedoch Zeit seines Lebens: »Ich lehne es ab, das Verhältnis zwischen Schrittfrequenz und Länge der Schnürlenkel zu untersuchen«,⁷⁰ lautet ein vielfach zitiertes Bonmot.

Wischmann starb am 25. September 2001, zur Erinnerung an den Mainzer *Weltbürger des Sports* wurde 2002 am heutigen Verwaltungsgebäude eine *Berno-Wischmann-Eiche* gepflanzt.

Anmerkungen

- 1 Hochschulgesetz (HochSchG) vom 19.11.2010. In: Amts- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 21 vom 21.12.2010, § 101, URL: <http://landesrecht.rlp.de/jportal/?quelle=jlink&query=HSchulG+RP&psml=bsrlprod.psml> (abgerufen am 10.10.2019).
- 2 Studentischer Sportausschuss (Hrsg.): Sportprogramm der Universität Mainz, WiSe 2019/20.
- 3 Vgl. Daume: Lebensformen, S. 280.
- 4 Vgl. Nitsch: Hochschulsport, S. 151.
- 5 Vgl. Woite-Wehle: Kontrolle, S. 79.
- 6 Vgl. Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hrsg.): Richtlinien, S. 7.
- 7 Vgl. Nitsch: Hochschulsport, S. 151.
- 8 Der vorliegende Beitrag basiert in erster Linie auf Quellenmaterial zum Hochschulsport, das im Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz) vorliegt. Ergänzend dazu wurden Dokumente aus dem Carl und Liselott Diem-Archiv der Deutschen Sporthochschule Köln (CuLDA) herangezogen, u. a. Korrespondenz zwischen dem führenden deutschen Sportvertreter seiner Zeit und Gründungsrektor der Kölner Institution, Carl Diem, und Mainzer Hochschulsportvertretern. Weiterhin konnte auf bereits vorliegende Publikationen zur frühen Entwicklung des Hochschulsports an der JGU zurückgegriffen werden. Hier ist insbesondere die Forschungsarbeit des Mainzer Sporthistorikers Norbert Müller zu nennen. Vgl. z. B. Müller, N.: Entwicklung sowie ders.: Sport an der Universität.
- 9 Vgl. ders.: Entwicklung, S. 54.
- 10 Müller, B.: Aufbau, S. 25.
- 11 Zu Wilhelm Dietz konnten keine biografischen Angaben ermittelt werden, eine Personalakte liegt im UA Mainz nicht vor. Aus einem Brief von Müller an Diem ist zu folgern, dass Dietz wohl – wie Wischmann – Absolvent der Deutschen Hochschule für Leibesübungen war. Müller bezeichnet Dietz in ihrem Brief als »alten Schüler« Diems. Vgl. CuLDA, Korrespondenz Carl Diem/Barbara Müller, Müller an Diem am 15.11.1947.
- 12 Vgl. Müller, N.: Entwicklung, S. 55.
- 13 Vgl. ebd., S. 56f.
- 14 Carl Diem war Sportorganisator und -theoretiker sowie Mitbegründer der ersten Sporthochschule in Deutschland, der 1920 in Berlin gegründeten Deutschen Hochschule für Leibesübungen, an der auch Berno Wischmann studierte. 1947 wurde er zum Gründungsrektor der heutigen Deutschen Sporthochschule Köln berufen. Diem prägte den Sport in so verschiedenen politischen Systemen wie dem Deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik, der NS-Zeit – Diem war Cheforganisator der Olympischen Spiele 1936 in Berlin – und der Bundesrepublik Deutschland entscheidend. Bis heute wird sein Wirken, insbesondere seine Tätigkeit in der NS-Zeit, in der (Sport-)Geschichte intensiv diskutiert. Zur »Diem-Diskussion« siehe auch allg. Becker: Sport u. Krüger (Hrsg.): Erinnerungskultur.
- 15 Vgl. CuLDA, Korrespondenz Carl Diem/Barbara Müller, Müller an Diem am 15.11.1947.
- 16 Vgl. CuLDA, Korrespondenz Carl Diem/Barbara Müller, Diem an Müller am 25.11.1947. Auch Wischmann stand noch vor seiner Berufung nach Mainz mit Diem in Kontakt und fragte 1948 nach Anstellungsmöglichkeiten an der Sporthochschule Köln. Vgl. ebd., Korrespondenz Carl Diem/Berno Wischmann.
- 17 Vgl. Müller: Entwicklung, S. 58.
- 18 Vgl. Wischmann: Sport, S. 81.
- 19 Vgl. auch UA Mainz, S11/44, Zeitungsausschnittsammlung Barbara Müller u. Best. 64/1754, Personalakte Hermann Roth.
- 20 Leichtathletik-Weltmeisterschaften finden erst seit 1983 statt.
- 21 Vgl. u. a.: Internationales Sportarchiv 29/1998 vom 6.7.1998, Suchbegriff: Wischmann, Berno u. Müller, N.: Trauer.
- 22 Vgl. Wischmann: Der moderne Sport, S. 86.
- 23 Vgl. Müller, B.: Aufbau, S. 26.
- 24 Vgl. Müller, N.: Entwicklung, S. 60.
- 25 Vgl. ebd., S. 62f.
- 26 Vgl. Müller, B.: Aufbau, S. 27f.
- 27 Zu Roth siehe auch UA Mainz, Best. 64/1754, Personalakte Hermann Roth.
- 28 Eine ausführliche Auflistung der Erfolge Mainzer Athletinnen und Athleten findet sich online in der *Wall of Fame – Die Spitzensportler der Uni Mainz* (Stand: 2004), URL: <http://www.sport.uni-mainz.de/walloffame/sportarten.htm> (abgerufen am 14.9.2019).
- 29 Vgl. Müller, N.: Entwicklung, S. 64f.
- 30 Vgl. Müller, B.: Aufbau, S. 31 u. UA Mainz, S11/44, Zeitungsausschnittsammlung Barbara Müller.
- 31 Müller, B.: Aufbau, S. 31.
- 32 Siehe hierzu auch die Beiträge von Michael Kißener sowie Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 33 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1965/66, S. 24. Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich online unter URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 15.9.2019).
- 34 Vgl. Wischmann: Der moderne Sport, S. 84.
- 35 Ders.: Einflüsse, S. 12.
- 36 UA Mainz, Best.13/8, Bollnow, Otto Friedrich: Referat über die von Wischmann vorgelegte Dissertation *Über die Einflüsse des modernen Sports auf das moralische Verhalten des Menschen* vom 22.12.1952.
- 37 Ebd.
- 38 Wischmann: Der moderne Sport.
- 39 Vgl. Krüger: Einführung, S. 171.
- 40 Wischmann: Wir sind auf dem Weg, ein Volk von Kranken zu werden! In: Die Freiheit, 26.3.1954, [o.S.].
- 41 Auch andere Zeitungen veröffentlichten Wischmanns Beitrag in ähnlicher Form. Siehe dazu die im UA Mainz vorliegende Zeitungsausschnittsammlung, S11.
- 42 Vgl. Wischmann: Der moderne Sport, S. 81.
- 43 Vgl. Müller, N.: Entwicklung, S. 64.
- 44 UA Mainz, Best. 13/17, Abschrift des Erlasses der Landesregierung Rheinland-Pfalz/Ministerium für Unterricht und Kultus vom 6.4.1955. Anl. zum Schreiben des Rektors an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Ludwig Petry, vom 4.5.1955.
- 45 Vgl. CuLDA, Best. Presseschau/810, Sport und Hochschulen: Übersicht über die Zahl der Studierenden der Leibeserziehung zum Lehramt an höheren Schulen an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik in den Jahren 1955–1958. Anl. zum Schreiben des Deutschen Hochschulausschusses für Leibesübungen an die Direktoren der Institute für Leibesübungen vom 1.7.1958. Zum Vergleich: Für das gesamte Bundesgebiet weist die Übersicht 1.839 Sport-Lehramtsstudierende für das Jahr 1955 auf.
- 46 Vgl. ebd.
- 47 Vgl. UA Mainz, Best. 13/17, Ludwig Petry an Gottfried Köthe am 21.7.1955.
- 48 Vgl. Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1955/56, S. 124.
- 49 Vgl. Wischmann: Der moderne Sport, S. 84.
- 50 Vgl. Müller, N.: Trauer, S. 1.
- 51 Wischmann: Problem.
- 52 Vgl. Müller, B.: Aufbau, S. 28.
- 53 Wischmann: Der moderne Sport, S. 87.
- 54 Nach der Institutsgründung 1955 konnte eine weitere hauptamtliche Lehrkraft eingestellt werden, bereits 1954 war eine Verwaltungskraft hinzugekommen. Vgl. UA Mainz, Best. 64/1754.
- 55 Vgl. Müller, B.: Aufbau, S. 31.
- 56 Zum aktuellen Sportangebot des USC Mainz siehe URL: www.usc-mainz.de (abgerufen am 20.12.2018).
- 57 Vgl. Müller, N.: Trauer, S. 1.
- 58 Zur Gesamtübersicht über die Erfolge der Mainzer Athletinnen und Athleten vgl. die *Wall of Fame – Die Spitzensportler der Uni Mainz*, URL: <http://www.sport.uni-mainz.de/walloffame/sportarten.htm> (abgerufen am 14.9.2019).
- 59 Vgl. [o.V.]: Rutschbahn in den legalen Drogensumpf. In: Spiegel 41 (1987), Nr. 37, S. 228–253.

- 60 Vgl. Wischmann: Der moderne Sport, S. 87.
- 61 Müller, N.: Trauer, S. 2.
- 62 Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1965/66, S. 24.
- 63 1966 waren für das Institut neben Wischmann zwölf Lehrkräfte tätig, 1970 verfügte es bereits über eigene Abteilungen für Sportpädagogik, Trainingslehre und Leistungssport, Sportmedizin, Sportphysiologie und eine historisch-sozialwissenschaftliche Abteilung. Vgl. Vorlesungsverzeichnis vom SoSe 1966, S. 85.
- 64 Zu Bode vgl. UA Mainz, S11/7, Zeitungsausschnittsammlung Gerd Bode.
- 65 Vgl. Sauer u. a. (Hrsg.): Zeitzeugen, S. 143.
- 66 Vgl. UA Mainz, Best. 105/2, Korrespondenz zwischen dem Kultusministerium Rheinland-Pfalz und dem Präsidenten der JGU bezüglich der Errichtung einer Auslandstrainerschule/Vertragsentwurf vom Juli 1978. Die Baukosten in Höhe von 3 Mio. DM trug das Land Rheinland-Pfalz.
- 67 Vgl. ebd., Einladungsliste zur Eröffnung der Trainerschule vom 28.9.1978.
- 68 Vgl. dazu einen Artikel auf der Homepage des DLV, URL: https://www.leichtathletik.de/fileadmin/user_upload/11_Verband/DLV-Akademie/Auslandstrainerschule/Auslandstrainerschule.pdf (abgerufen am 14.9.2019).
- 69 Vgl. Müller, N. (Hrsg.): Alter.
- 70 [o. V.]: Zum 85. Geburtstag von Berno Wischmann: Sport und Wissenschaft als großes Spiel begriffen. In: FAZ, 23.12.1995, [o. S.].

Ein neues Fach

Elisabeth Noelle-Neumann und die Publizistik

Hans Mathias Kepplinger

Elisabeth Noelle-Neumann promovierte 1940 in Berlin bei Emil Dovifat über Meinungs- und Massenforschung in den USA.¹ Danach absolvierte sie ein Volontariat bei der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, war von 1941 bis zu ihrer Kündigung 1942 Redakteurin der Wochenzeitung *Das Reich* und bis zu deren Verbot Ende August 1943 Redakteurin der *Frankfurter Zeitung*. 1947 gründete Noelle-Neumann gemeinsam mit ihrem Ehemann, Erich Peter Neumann, das Institut für Demoskopie Allensbach² und wurde in den 1950er-Jahren mit Wahlprognosen im Fernsehen bundesweit bekannt. Mit ihrer 1963 erschienenen *Einführung in die Methoden der Demoskopie* hat sie die Durchführung und Analyse von repräsentativen Bevölkerungsumfragen anhand zahlreicher konkreter Beispiele populär gemacht.³

Als Noelle-Neumann 1964 ihre Lehrtätigkeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) aufnahm, gab es die Publizistikwissenschaft in Deutschland, wie wir sie heute kennen, nicht: Es gab keine Befragungen zur Berufsauffassung von Journalisten, keine quantitativen Inhaltsanalysen der aktuellen Berichterstattung, keine Experimente zum Verständnis von Medieninhalten und keine Methodenkombinationen zur Analyse von Medienwirkungen im Zeitverlauf. Die Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Publizistikwissenschaft waren gesellige Treffen von meist älteren Herren, die über ihre neuen Forschungsergebnisse berichteten, aber die großen internationalen Konferenzen waren für die meisten unbekanntes Terrain. Als Noelle-Neumann 1983 emeritiert wurde, gehörten die erwähnten Methoden zum Lehrangebot aller Fachinstitute an deutschen Universitäten, deren Professoren häufig der Mainzer Schule entstammten. Und die deutschsprachigen Teilnehmer an den internationalen Konferenzen bildeten nach den Amerikanern die mit Abstand größte Gruppe. Noelle-Neumann hat das Selbstverständnis und die internationale Bedeutung der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft geprägt, wie man es allenfalls mit dem Einfluss Max Webers auf die Soziologie vergleichen kann.⁴

Was sich im Zeitraffer wie eine zügige Erfolgsgeschichte ausnimmt, war ein steiniger Weg. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Eduard Orth wollte statt Noelle-Neumann einen Journalisten berufen und wurde von Helmut Kohl, damals Vorsitzender der CDU-Fraktion im Mainzer Landtag, umgestimmt. Die interessierten Studierenden waren enttäuscht: Sie hatten einen Chefredakteur erwartet und eine Sozialwissenschaftlerin bekommen. Aber das waren nur Vorspiele der Kontroversen um die wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums, um das Verhältnis des Instituts für Publizistik der JGU zum Institut für Demoskopie Allensbach, um die Reisen Noelle-Neumanns zu Vorträgen im In- und Ausland und um empirische Untersuchungen aktueller politischer Konflikte.

Noelle-Neumann hielt im Februar 1963 auf Einladung von Erich Welter, Professor für Volkswirtschaftslehre in Mainz und Gründungsherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*,⁵ einen Vortrag *Über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden*.⁶ Der

Text hatte programmatischen Charakter. Auf der Grundlage einer Typologie von Hans C. Zetterberg skizzierte Noelle-Neumann Erkenntnislücken der deutschen Publizistikwissenschaft als Folge der Konzentration auf die Klassifikationen und Beschreibungen komplexer Phänomene.⁷ Diesen Ansatz kontrastierte sie mit Modellkonstruktionen zur Analyse der Zusammenhänge zwischen Variablen anhand quantitativer Erhebungen – zum Beispiel der Mediennutzung und sozialen Stellung von Meinungsführern. In Anlehnung an Pläne Webers empfahl sie die Anlage von Pressestatistiken, quantitative Analysen der Medieninhalte, Befragungen von Journalisten und des Publikums sowie Laborexperimente. Noelle-Neumann schloss mit der Feststellung, wenn die Leistungsfähigkeit dieser Verfahren in den Dienst der Publizistikwissenschaft gestellt werde, »können wir eine belebte, wirklichkeitsnähere, menschlichere, fruchtbarere, besser gesicherte und formulierte Publizistikwissenschaft erwarten«.⁸ Aufgrund des Vortrags beschloss die Fakultät unter Dekan Karl Partsch, sie als einzige Kandidatin zur Besetzung einer neu eingerichteten Professur vorzuschlagen.

Noelle-Neumanns Antrittsvorlesung am 9. Dezember 1965 über *Öffentliche Meinung und soziale Kontrolle* enthielt die theoretischen Grundlagen mehrerer Publikationen, die ihren Rang als bedeutende Kommunikationswissenschaftlerin begründeten. Den Auftakt bildete ihr Vortrag *Return to the Concept of Powerful Mass Media*⁹ auf dem 20. Internationalen Psychologenkongress 1972 in Tokio. Die drei Kernelemente enthält der Titel der deutschen Publikation des Referats: Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt.¹⁰ Noelle-Neumann kritisierte die Analyse der Wirkung einzelner Beiträge als unzureichend und forderte Analysen der Wirkungen aufeinanderfolgender Beiträge über ein Thema (Kumulation); sie kritisierte die isolierte Betrachtung einzelner Medien und forderte die Beachtung des Grades der Übereinstimmung wertender Darstellungen durch mehrere Medien (Konsonanz); und sie kritisierte Wirkungsstudien mit isolierten Testpersonen in Laborexperimenten und forderte die Erfassung der Vermutungen von Mediennutzern über Wissen und Meinungen anderer Menschen (Öffentlichkeitseffekt) in realistischen Feldstudien. Ihre Thesen waren ein Frontalangriff auf die theoretischen Annahmen und Forschungsdesigns der etablierten Medienwirkungsforschung, die zu einem bis heute nachwirkenden Paradigmenwechsel der Medienwirkungsforschung beigetragen haben.

Zwei Jahre nach ihrem Frontalangriff (1974) veröffentlichte Noelle-Neumann ihre *Theorie der Schweigespirale*,¹¹ die die wesentlichen Elemente ihres Vortrags in Tokio zu einer Theorie vereinte. Die Studie wurde 1996 von der American Association of Public Opinion Research (AAPOR) auf der Grundlage einer Befragung von Fachkollegen als einziger ausländischer Beitrag in die Liste der 50 wichtigsten Veröffentlichungen der vergangenen 50 Jahre aufgenommen. Die Theorie der Schweigespirale ist 1980 als Buch erschienen, wurde in mehrere Sprachen übersetzt¹² und war Gegenstand zahlreicher Sitzungen bei internationalen Konferenzen sowie einer kaum noch überschaubaren Zahl von Beiträgen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften.¹³ Vermutlich handelt es sich um die einzige wissenschaftliche Theorie aus der deutschen Sozialwissenschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg weltweite Beachtung gefunden hat und zudem Teil des Alltagswissens der politisch interessierten Öffentlichkeit geworden ist.

Methodische und theoretische Ausrichtung



Elisabeth Noelle-Neumann im Porträt 1973.
Foto: Reiner Wierick,
Quelle: UA Mainz,
S3/8343.

Die Theorie der Schweigespirale

Die zentralen Elemente der Theorie kann man in acht Thesen zusammenfassen:

1. Menschen fürchten sich vor Isolation, weil sie soziale Wesen sind (Isolationsdrohung).
2. Isolation droht bei öffentlichen Äußerungen, die emotional bedeutsame Werte und Meinungen infrage stellen.
3. Menschen entwickeln durch Beobachtung ihrer sozialen Umgebung im weitesten Sinne Vorstellungen von Mehrheiten und Minderheiten (quasi-statistische Wahrnehmung).
4. Ihre Vorstellungen von Mehrheitsmeinungen (Meinungsklima) beruhen auf zwei Quellen – Beobachtung von Menschen und Darstellungen der Medien.
5. Beide Beobachtungen können sich ergänzen oder widersprechen (doppeltes Meinungsklima).
6. Menschen, die im Einklang mit dem Meinungsklima stehen, vertreten ihre Überzeugungen in der Öffentlichkeit häufiger als Menschen, die sich im Widerspruch dazu sehen.
7. Als Folge ihres unterschiedlichen öffentlichen Engagements erscheint das vermutete Mehrheitslager größer, als es ist. Deshalb kann eine Minderheitenmeinung als Mehrheitsmeinung erscheinen.
8. Die öffentliche Präsenz derjenigen, die das Meinungsklima vertreten, vergrößert den ohnehin vorhandenen Isolationsdruck auf die Vertreter der tatsächlichen oder vermeintlichen Minderheitenmeinung und setzt einen Spiralprozess in Gang, der sich selbst verstärkt.

Noelle-Neumann war trotz des Erfolgs ihrer Theorie keine Theoretikerin im üblichen Sinne, weil ihr Vorgehen nicht einem erkenntnistheoretisch fundierten Modell entsprach. Die Theorie der Schweigespirale hat sie durch Kombination von zwei Serien erklärungsbedürftiger Umfrageergebnisse langsam zu einem Punkt entwickelt, an dem sie erkannte, dass beide Serien zwei Seiten der gleichen Sache repräsentierten. Die eine Serie betraf die Güte von Umfragen. Alle Fragebögen ermittelten gegen Ende, welche Partei die Befragten bei der letzten Bundestagswahl gewählt hatten. Der Vergleich der Ergebnisse mit dem Wahlergebnis war ein Indikator für die Repräsentativität der Stichprobe. Normalerweise stimmten beide Ergebnisse gut überein. Ab 1970 legte die Erinnerungsfrage jedoch nahe, dass in der Stichprobe zu viele SPD-Wähler und viel zu wenige CDU/CSU-Wähler waren. Diesen Mangel ließ sie durch ein erprobtes Verfahren kompensieren – eine zielgerechte Umgewichtung der Daten. Die andere Serie betraf Ergebnisse von Befragungen vor und nach der Bundestagswahl 1972. Vor der Wahl erinnerte sich jeder zweite an Passanten mit SPD-Abzeichen, aber nur jeder Zehnte an entsprechende Sympathiebekundungen für die CDU/CSU. Nach der Wahl fanden zwei von drei SPD-Wählern solche Bekenntnisse gut, aber nur einer von drei CDU/CSU-Wählern; einer von drei Befragten erinnerte sich an beschädigte Wahlplakate der CDU/CSU, aber nur einer von zehn an solche der SPD.¹⁴ Das deutete auf ein größeres Engagement der SPD-Anhänger und eine stärkere Aggressivität ihrer Unterstützer, verbunden mit einer Einschüchterung der Anhänger von CDU/CSU. Den Schlüssel für die Entwicklung ihrer Theorie lieferte die Erkenntnis, dass die beiden Serien zusammenhingen: Die Unionsanhänger waren in den Umfragen nicht unterrepräsentiert. Einige hatten aber auf die Erinnerungsfrage ihre Entscheidung für die CDU/CSU verschwiegen, weil sie sich einem massiven sozialen Druck ausgesetzt sahen. Als eine Quelle

des Drucks vermutete Noelle-Neumann – eine Analyse aus Großbritannien aufgreifend¹⁵ – die Nutzung der aktuellen Fernsehberichte.

Ihre damaligen Veröffentlichungen wurden vor allem von Sozialwissenschaftlern diskutiert. Das änderte sich schlagartig durch ihre Untersuchungen anlässlich der Bundestagswahl 1976. Mit zahlreichen neuen Testfragen ermittelte Noelle-Neumann den Grad des von Befragten empfundenen sozialen Drucks und dessen Ursprung in den Massenmedien, vor allem in Umfang, Tenor und Nutzung der Fernsehberichte.¹⁶ Ihre Belege für einen Einfluss der Fernsehberichterstattung auf Wahlentscheidungen, verbunden mit dem Beleg für die SPD-Nähe der meisten Journalisten, wurden von einigen deutschen Kollegen, zahlreichen Journalisten und Politikern heftig als politisch motiviert kritisiert.¹⁷

Die Theorie der öffentlichen Meinung bildete einen Schwerpunkt der Vorlesungen und Seminare Noelle-Neumanns. Ihr methodisches und thematisches Interesse reichte allerdings weit über die Befragungen und Interpretationen zur Schweigespirale hinaus. So hat sie schon früh in Fragebogenexperimenten systematisch Vor- und Nachteile von Testfragen untersucht. Dafür erhielten die Mitglieder von zwei vergleichbaren Teilstichproben (gegabelte Befragungen) unterschiedliche Versionen von ansonsten gleichen Testfragen.¹⁸ Ebenfalls am Institut für Demoskopie Allensbach hat Noelle-Neumann seit den 1960er-Jahren mehrere Befragungen zu den Zusammenhängen zwischen Entscheidungsfreiheit am Arbeitsplatz und Arbeitszufriedenheit durchgeführt.¹⁹ Noelle-Neumann hatte wesentlichen Anteil an der Durchführung von zwei komplexen Wahlstudien auf der Grundlage von Inhaltsanalysen der Medienberichte und Bevölkerungsumfragen durch die Institute für Publizistik in Mainz und Dresden und durch das Institut für Demoskopie Allensbach.²⁰ Auch eine Analyse der Zusammenhänge zwischen messbaren negativen Technikfolgen (Todesfälle, Verunreinigungen von Luft und Wasser usw.), der Berichterstattung darüber und ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung von 1965 bis 1986 hat sie maßgeblich gefördert.²¹

Die weit gespannten Interessen Noelle-Neumanns sowie der meisten ihrer Mainzer Kollegen und Mitarbeiter besaßen einen gemeinsamen Kern. Dazu gehörte die Überzeugung von der Notwendigkeit, die Medienberichterstattung anhand geeigneter Indikatoren mit der erkennbaren Realität und mit deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung zu vergleichen, weil der Verzicht auf solche Realitätsvergleiche zu schwerwiegenden Fehlschlüssen führt. Noelle-Neumann bezeichnete Wirkungsstudien ohne medienexterne Realitätsindikatoren abfällig als »Medienresonanzanalysen« und entlarvte deren fragwürdigen Charakter durch die Kombination einer Frage nach Wahrnehmungen von Problemen in Deutschland (Fernbild) mit einer Frage nach Beobachtungen in der eigenen Umgebung (Nahbild). Einen Schritt weiter gehen Querschnittsanalysen, die zu einem Zeitpunkt die tatsächliche Häufigkeit von Todesursachen, die Häufigkeit der Medienberichte darüber und die Vorstellung der Bevölkerung vergleichen,²² sowie Längsschnittanalysen, die über Monate und Jahre die Entwicklung von Realitätsindikatoren mit entsprechenden Realitätsdarstellungen der Medien und Realitätswahrnehmungen der Bevölkerung in Bezug setzen.²³ Dieser Ansatz wurde am Institut für Publizistik in Mainz zur Grundlage von mehreren Langzeitstudien zur Darstellung und Wahrnehmung von Technik, zur Verbreitung von Verhaltensweisen und zur Entstehung von Krisen.²⁴

Die Gründung des Instituts für Publizistik und die Berufung Noelle-Neumanns verliefen schleppend. Zu den fachlichen Voraussetzungen ihrer Berufung gehörten die Gründung und Leitung des Instituts für Demoskopie Allensbach, die Veröffentlichung ihrer *Einführung in die Methoden der Demoskopie*, die lange als Standardwerk der Methodenlehre galt,²⁵ und seit 1962 ihre Tätigkeit als Lehrbeauftragte für empirische Methoden an der Freien Universität (FU) Berlin. Noelle-Neumann konnte ihre Lehrtätigkeit an der JGU, erst

Die Gründung des Instituts für Publizistik

eineinhalb Jahre nach ihrem Probevortrag aufnehmen, weil der Kultusminister lange inaktiv blieb.²⁶ Ihre Berufung auf das Extraordinariat Publizistik erfolgte am 22. Dezember 1964.²⁷ Kernelement des von ihr konzipierten Studiums der Publizistikwissenschaft an der Universität Mainz war eine auf sechs Semester angelegte, zweistündige Hauptvorlesung: ein Semester über *Geschichte der Massenmedien*; ein Semester über *Die Zeitung*; zwei Semester über *Kommunikations-Forschung* mit einem Schwerpunkt auf amerikanischen Forschungsergebnissen; ein Semester über *Methoden* (Inhaltsanalyse, Laborexperiment, Feldforschung) und ein Semester über wechselnde Themen. In ein bis zwei Arbeitsgemeinschaften pro Semester (später Methodenpraktika genannt) mit maximal 15 Teilnehmenden wurden anhand kleiner, eigener Studien Methodenkenntnisse vermittelt.²⁸ Ab dem Wintersemester 1966/67 wurden jeweils ein Proseminar und ein Hauptseminar angeboten, die in jedem zweiten Semester die Hauptvorlesung ergänzten. Einen Schwerpunkt des Studiums bildete das dreisemestrige Methoden-Praktikum zur (Presse-)Statistik, Fragebogenentwicklung sowie Projektdurchführung (Feldarbeit, Datenanalyse und Berichterstattung). Die Anlage quantitativer Inhaltsanalysen wurde Gegenstand eines Hauptseminars. Das später eingeführte *Colloquium für empirische Examensarbeiten* entwickelte sich zu einer wichtigen Voraussetzung für die Etablierung eines spezifischen Forschungsstils, weil dort ältere Studierende und neue Mitarbeiter quasi nebenbei die theoretischen und methodischen Qualitätskriterien des Mainzer Instituts kennenlernen konnten. Alle Studierenden, die empirisch fundierte Magisterarbeiten oder Promotionen planten, mussten ihre Pläne in diesem Colloquium vorstellen. Die angehenden Examenkandidaten sollten ihre Forschungsfrage begründen, die geplante Untersuchungsanlage beschreiben und das Erhebungsinstrument mit Beispielen erläutern. Danach kritisierten die Wissenschaftlichen Assistenten und fortgeschrittenen Studierenden jedes Detail und machten Streich- oder Gegenvorschläge. Noelle-Neumann sprach immer zuletzt anhand von Notizen, ruhig und sachlich. Was sie gut fand, lobte sie generell. Mängel und Fehler kritisierte sie im Detail. Wenn sie etwas nicht akzeptabel fand, war das bindend.

Noelle-Neumann hat ihre Pläne zur Etablierung einer auf quantitativen Erhebungen basierenden Publizistikwissenschaft nach ihrer Ernennung zur außerplanmäßigen Professorin 1965 konsequent verwirklicht. Die erste Studienordnung nach Gründung des Instituts für Publizistik 1966 sah ein dreisemestriges Methodenpraktikum mit jeweils einer zweistündigen Abschlussklausur vor. Die Studierenden sollten Forschungsfragen zu aktuellen Themen entwickeln, in Testfragen umsetzen und kleine empirische Untersuchungen durchführen. In allen Kursen lag der Schwerpunkt auf praktischen Übungen.

Weil Noelle-Neumann und ihre beiden Mitarbeiter, Winfried Schulz und Kurt Reumann, nicht alle verpflichtenden Methodenpraktika abhalten konnten, haben in den Anfangsjahren fünf Mitarbeiter ihres Allensbacher Instituts als Lehrbeauftragte einen Großteil der Methodenpraktika für Pressestatistik, Inhaltsanalyse und Umfragen angeboten. Obwohl es angesichts der großen Datenbestände des Instituts für Demoskopie Allensbach nahegelegen hätte, wurden keine Sekundäranalysen durchgeführt. Die Studierenden sollten selbst Projektideen und Erhebungsmethoden entwickeln. Der Ertrag dieses Vorgehens schlug sich Ende der 1960er-Jahre in einer vielbeachteten Untersuchung zu Auswirkungen der Pressekonzentration auf die Meinungsvielfalt nieder.²⁹ Zahlreiche empirisch fundierte Magisterarbeiten sind auch in den Folgejahren aus dem Interesse von Studierenden an einem Thema in Lehrveranstaltungen hervorgegangen und wurden zur Grundlage von wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Betreuer und Bearbeiter.³⁰

Anfang 1965 wurde Winfried Schulz wissenschaftlicher Assistent von Noelle-Neumann, zwei Jahre darauf übernahm Kurt Reumann die Stelle des Wissenschaftlichen Mitarbeiters. Er wechselte 1970 als Redakteur zur *FAZ*, Nachfolger wurde Hans Mathias Kepplinger.

Am 9. Dezember 1965 hielt Noelle-Neumann im Auditorium maximum ihre bereits erwähnte Antrittsvorlesung. Darüber berichtete sogar der *Spiegel*, aber ein Institut für Publizistik gab es immer noch nicht.



Die Kollegen Hans Mathias Kepplinger und Wolfgang Donsbach 1988. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/7087.

Gegründet wurde dieses auf Antrag von Noelle-Neumann 1966, und 1967 wurde sie dessen Direktorin. 1968 wurde ihr Extraordinariat in ein Ordinariat umgewandelt und Noelle-Neumann zur ordentlichen Professorin ernannt. Ein Studium im Fach Publizistik konnten die meisten Studierenden aber auch jetzt noch nicht durchführen. Möglich war, weil Noelle-Neumann der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften angehörte, ab 1966 das Wahlfach Publizistik bei der Prüfung zum Diplom-Volkswirt. Daneben bestand die theoretische Chance für Hauptfachstudierende der Fakultät zur Promotion mit einem publizistikwissenschaftlichen Thema. Das schon lange beantragte Promotionsrecht in der Philosophischen Fakultät, an der die meisten Publizistikstudierenden im Haupt- oder Nebenfach studierten, erhielt Noelle-Neumann erst im April 1968.

Zu den Voraussetzungen für die theoretische und methodische Neugründung der Publizistikwissenschaft gehörten die Erschließung der relevanten, überwiegend amerikanischen Literatur, die Durchführung von eigenen Forschungsprojekten und die Förderung begabter Studierender. Die Erstausrüstung Noelle-Neumanns und die laufenden Mittel reichten dafür nicht aus. Sie ergriff deshalb 1968 die Initiative zur Gründung des Vereins der Freunde und Förderer des Instituts für Publizistik der Universität Mainz e. V. Die »Zwecke« des heute noch bestehenden Vereins sind die »Förderung der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts für Publizistik der Universität Mainz in Forschung, Lehre und Veröffentlichungen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in diesem Bereich und die Förderung der wissenschaftlichen Arbeit geeigneter Studenten«. ³² 1979 verabschiedete der Verein eine Stipendienordnung, die die Vergabe von Stipendien an Studierende regelte und die der Förderung von Begabungen dienen sollte. ³³

Ein zentrales Anliegen Noelle-Neumanns war die Vermittlung von Kontakten zwischen deutschen Nachwuchswissenschaftlern und international anerkannten Sozialwissenschaftlern. Eine Gelegenheit dazu bot die

Verein der Freunde³¹

Tagung der World Association for Public Opinion Research (WAPOR) 1968 in Wiesbaden, die von Mitarbeitern des Mainzer und des Allensbacher Instituts organisiert wurde. Die Kosten übernahm unter anderem der Verein der Freunde, der von rund 50 Unternehmen Mittel eingeworben hatte.³⁴ Zur folgenreichsten Aktivität des Vereins entwickelte sich die Förderung von Reisen wissenschaftlicher Mitarbeiter zu Vorträgen bei internationalen Konferenzen. So referierten schon in den 1970er-Jahren neben Noelle-Neumann Mitarbeiter der Institute aus Mainz und Allensbach eigene empirische Untersuchungen bei den Tagungen der ICA,³⁵ von AAPOR und WAPOR und IAMCR³⁶ unter anderem in den USA, Venezuela, Kanada, Frankreich und Polen. Die kleine Gruppe löste zunächst Erstaunen aus, weil dort andere Deutsche kaum in Erscheinung traten.³⁷

Nach dem Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz 1991 erklärte das Finanzministerium den hohen Kapitalbestand des Vereins trotz des schnellen Abflusses der eingehenden Spenden für nicht rechtens und forderte die Überführung des Vermögens in eine Stiftung beziehungsweise einen schnellen Abbau. Der Vorstand entschloss sich zu Letzterem.³⁸ Weil Noelle-Neumann dem Verein weiterhin ihre Vortragshonorare spendete, konnte er mit kleineren Zuschüssen Forschungsprojekte, Konferenzreisen und Buchpublikationen unterstützen. In den zurückliegenden Jahren hat sich die Tätigkeit des Vereins auf die Förderung von Forschungsprojekten verlagert, die durch einzelne Spenden ermöglicht werden.

Die Ausstattung des Instituts

Die Voraussetzungen für die Etablierung einer mit quantitativen Methoden arbeitenden Sozialwissenschaft waren Ende der 1960er-Jahre denkbar schlecht.

Es gab keine fachspezifischen Nachschlagewerke und Monografien, kein für Presseanalysen notwendiges Archiv, nicht die für Hörfunk- und Fernsehanalysen erforderlichen Empfangs-, Speicherungs- und Abspielgeräte, keine zur Analyse großer Datenmengen erforderliche Hollerith-Maschine und dazugehörige Peripherie (Locher). Und natürlich gab es auch keine für die Archivierung von Medien notwendigen Räumlichkeiten. Die Ausstattung war zwar an den Bedürfnissen der neuen Disziplin orientiert, blieb aber weit hinter den sachlichen Erfordernissen zurück. Die Ursachen dieser Diskrepanz dürften vor allem die beschränkten Möglichkeiten des Landes und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie eine weit verbreitete Unkenntnis über die Methoden der quantitativen Sozialforschung gewesen sein.

Noelle-Neumann nahm ihre Lehrtätigkeit im Wintersemester 1964/65 auf.³⁹ Bis zum Wintersemester 1972/73 stieg die Zahl der Studierenden von etwa 50 auf 290 an,⁴⁰ im Winter 1976/77 waren es bereits fast 1.000 Studierende.⁴¹ Danach nahm die Zahl aufgrund der allgemeinen Zulassungsbeschränkung (NC) 1975 langsamer zu und erreichte im Sommersemester 1995 mit 1.300 ihren Höchstwert. Die Raumausstattung des empirisch ausgerichteten Fachs hielt dieser Entwicklung nicht stand. Das Institut hatte im Wintersemester 1967/68 weniger als 100 Quadratmeter an Bibliothek und Arbeitsräumen zur Verfügung. Danach wurde die Diskrepanz zwischen der verfügbaren und der aufgrund der Studierendenzahlen rechnerisch erforderlichen Fläche immer größer. Erst in den 1990er-Jahren verbesserte sich die Lage durch den Umzug des Instituts vom Jakob-Welder-Weg 20 in den SB II.⁴²

Noch gravierender war die geringe Finanzausstattung des neuen Fachs. Während die Studierendenzahlen stark anstiegen, gingen die Grundzuweisungen zurück. Die Folge waren erhebliche Ausstattungsdefizite. Weil in den 1970er-Jahren die Zuweisungen auf dem Tiefstand verharrten, die Zahl der Studierenden aber weiter zunahm, standen Ende des Jahrzehnts für jeden Studierenden nur noch etwa 50,00 DM zur Verfügung. Das änderte sich in den 1980er-Jahren, als im Zusammenhang mit Neuberufungen die Haushaltsmittel zunahmen. Allerdings verbesserte sich die Lage wegen der sehr langsam steigenden Zahlungen nur geringfügig.⁴³



Noelle-Neumann hat sich mit Beginn ihrer Lehrtätigkeit intensiv um die Studierenden bemüht. Dazu gehörte beispielsweise bereits zum Abschluss des Sommersemesters 1965 eine Wanderung mit rund 35 Studierenden durch die Weinberge bei Assmannshausen. Außerdem lud sie gegen Semesterende jeweils etwa fünf bis zehn Studierende und ihre beiden Mitarbeiter zu Diskussionsabenden in ihre Mainzer Wohnung ein.⁴⁴ Trotz ihres Engagements gab es jedoch bald sachlich berechtigte, im Laufe der Zeit aber immer aggressivere Kritik, die interne wie externe Ursachen besaß. Zu den internen Ursachen gehörten die unzureichende Ausstattung des neu etablierten empirischen Studiengangs, die schnell zu Engpässen führte, die Diskrepanz zwischen den Berufswünschen von Studierenden, die in den Journalismus wollten, und dem Schwerpunkt des Studiums auf der empirischen Sozialforschung, die späte Erteilung des Promotionsrechts in der Philosophischen Fakultät sowie den daraus resultierenden Zweifeln vieler Studierender, ob sie ihr Studium mit einem Abschluss beenden können. Ihre Dynamik erhielt die Kritik durch externe Ursachen, darunter der sogenannte Positivismus-Streit, die politisch motivierte Kritik an den erkenntnistheoretischen Restriktionen des kritischen Rationalismus, die fortschreitende Pressekonzentration, die als Bedrohung der Pressefreiheit verstanden wurde – symbolisiert durch den Springer-Verlag; die Forderung nach innerer Pressefreiheit, das heißt die Ausweitung des publizistischen Einflusses der Redakteure durch Beschränkung der Verleger auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit und der zunehmende Antiamerikanismus und Antikapitalismus, auch als Folge des Vietnamkriegs.

Studierendenproteste

Links: Platzmangel auch im Studienfach Publizistik – die räumlichen Gegebenheiten waren in den 1970er-Jahren wie in vielen anderen Instituten prekär. Quelle: Publizissimus 5 (1979), H. 3, Titelbild.

Rechts: Titelbild des Publizissimus 1975. Quelle: Publizissimus 1 (1975), H. 1, Titelbild.

Die interne und externe Kritik fand in der Institutsbesetzung von 1971 ihren Höhepunkt. Deren Vorgeschichte begann bereits 1969 mit Konflikten über die Herabstufung eines Seminars zu einer Übung und die Anerkennung von Proseminar-Scheinen. Beide Auseinandersetzungen wurden schnell beigelegt, aber schon damals erschienen zahlreiche konfliktträchtige Flugblätter und Aushänge. Inzwischen hatte sich eine Initiativgruppe Publizistik und eine Basisgruppe Ökonomie zusammengefunden, auf deren Forderungen Noelle-Neumann mit zwei Briefen (beide vom 8. Juni 1969) antwortete. Einige Wochen später, am 1. Oktober, teilte die Fachschaftsvertretung Publizistik dem Redakteur der *Frankfurter Rundschau*, Anton-Andreas Guha, mit, dass ihr Vorschlag, ihm einen Lehrauftrag *Schreiben und Redigieren* zu erteilen, von Noelle-Neumann abgelehnt worden war. Auf Initiative einer kleinen Gruppe beschloss die Vollversammlung der Publizistikstudierenden am 10. November ohne formelle Abstimmung, dass Noelle-Neumann durch eine ruf- und geschäftsschädigende Pressekampagne, darunter an »Massenmedien lancierte« Informationen über Vorgänge am Mainzer Institut, »von der Universität vertrieben«⁴⁵ werden solle.

Die Initiativgruppe Publizistik plante in einem »offenen Brief« an Noelle-Neumann für das Wintersemester 1970/71 die Durchführung eines »Seminars« und forderte die Anschaffung der erforderlichen Literatur, die Möglichkeit zum Kopieren, die Beschäftigung eines von den Teilnehmenden bestimmten Hilfsassistenten zu Lasten des Instituts sowie die Erledigung von »Verwaltungs- und Schreibearbeiten« durch das Institutssekretariat. Für die Teilnahme sollte »keine Zulassungsbeschränkung bestehen« und das Institut sollte die »erfolgreiche Teilnahme mit einem qualifizierten Schein«⁴⁶ bestätigen. Am 20. Mai 1970 beklagte sich die Fachschaftsvertretung in einem Brief an Noelle-Neumann darüber, dass sie nur »2 Tage der Woche im Institut« sei und »nur wenige Stunden für die Studenten und ihre Belange zur Verfügung« stehe. Sie forderten die Einrichtung eines »2. Lehrstuhls«, dessen Inhaber »ggf. auch die Leitung des Instituts übernehmen« und dadurch Noelle-Neumann »entlasten«⁴⁷ könne.

Eine neue Qualität erhielten die Aktivitäten der kleinen Gruppe durch Beschlüsse der Vollversammlung der Publizistikstudierenden am 9. Dezember 1970.⁴⁸ Sie verlangten von Noelle-Neumann bis zum 1. Januar 1971 »ultimativ« und »unabhängig vom Hochschulgesetz« eine »bindende Zusage« zu einem »drittelparitätisch« besetzten »kommissarischen Institutsrat« mit »Entscheidungsbefugnis« zu »Studienbedingungen«, »Studieninhalten«, »Institutsangelegenheiten« und Beziehungen zum »außeruniversitären Bereich« (unter anderem zum Allensbacher Institut). Im Schlussteil hieß es: »Wenn die genannten Forderungen bis zum 5.1.1971 nicht erfüllt sind, wird zunächst der Lehrbetrieb bestreikt. [...] Andere Kampfmaßnahmen behalten wir uns vor.«⁴⁹

Einige Forderungen hätte Noelle-Neumann schon deshalb nicht erfüllen können, weil sie nicht in ihrer Entscheidungskompetenz lagen. Andere liefen auf ihre vollständige Entmachtung und die Abschaffung des gerade etablierten Publizistikstudiums als empirische Sozialforschung hinaus. Nachdem sie das Ultimatum hatte verstreichen lassen, verwirklichte eine kleine Gruppe von Studierenden am 5. Januar 1971 die Ankündigung anderer Kampfmaßnahmen: Sie drangen in die Räume des Instituts ein, entwendeten Schlüssel für die Aktenschränke, durchwühlten Unterlagen und hielten es drei Tage lang besetzt.⁵⁰ Die Aktion fand ein bundesweites Presseecho. Der Rektor der JGU, Peter Schneider, hatte die Studierendenvertreter noch am 19. Dezember darauf hingewiesen, dass ihre Forderungen mit dem noch geltenden und dem neuen Hochschulgesetz unvereinbar seien, verzichtete aber auf eine Strafanzeige.⁵¹ Er begründete sein Vorgehen am 19. Januar 1971 in einem Brief an Noelle-Neumann mit seiner Einschätzung der Situation. So müssten im Interesse einer Konfliktlösung die »strukturellen Schwierigkeiten in den Vordergrund, die weltanschaulichen in den Hintergrund gerückt werden«.⁵² Zur Klärung der strukturellen Schwierigkeiten rechnete er neben den »Ausbildungsmöglichkeiten« das »Verhältnis zwischen Institut und Allensbach«⁵³ und forderte dazu einen Bericht an. Der Verzicht des Rektors auf rechtliche Maßnahmen wurde jedoch nicht von allen Professoren

gebilligt. So beklagte Gerhard Funke, Professor am Philosophischen Seminar und ehemaliger Rektor der JGU, am 7. Januar 1971 eine »erschreckende Rechtsvergessenheit« und versicherte Noelle-Neumann auch im Namen des Kollegen Gotthold Rhode (Osteuropäische Geschichte), dass sie »ganz an Ihrer Seite« stünden. Der »jetzt geführte Angriff« sei nur der »Auftakt für weitere Maßnahmen«, von denen »die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen«⁵⁴ werde.

Am 6. Januar begegnete Noelle-Neumann in einem Gespräch mit der *Mainzer Allgemeinen Zeitung* dem Vorwurf einer einseitig empirischen Ausrichtung des Studiums mit dem Hinweis, dass sie dafür berufen worden sei.⁵⁵ Am Tag darauf schlug Schneider den Besetzern des Instituts schriftlich eine »Sonderregelung für das Publizistik-Institut«⁵⁶ im Rahmen des neuen Hochschulgesetzes vor. Sie sah die Einsetzung einer Fachkommission Publizistik vor, die ohne Einschränkungen über die von den Studierenden geforderten Sofortmaßnahmen entscheiden sollte. Am Folgetag unterbrachen die Aktivisten die Institutsbesetzung. Allerdings kündigten sie die Fortsetzung ihres Kampfs nach Inkrafttreten des neuen Hochschulgesetzes an.⁵⁷

Die von Schneider vorgeschlagene Kommission trat 1971 zweimal zusammen, erzielte aber keine Einigung in den zentralen Fragen. Die anschließende Vollversammlung der Publizistikstudierenden bezeichnete in ihrem Beschluss eine Stellungnahme Noelle-Neumanns als »Erpressungsversuch«⁵⁸ und wies Äußerungen anderer Kommissionsmitglieder mit ähnlichen Wertungen zurück. Damit waren die folgenden Konflikte um die Bestellung von Hilfsassistenten durch ein drittelparitätisch besetztes Gremium und die Erteilung von Lehraufträgen durch die Fachschaftsvertretung vorgezeichnet.⁵⁹ Hinzu kamen nach der Bewilligung einer weiteren Publizistikprofessur für das Haushaltsjahr 1973 neue Auseinandersetzungen über die Anlage der geplanten Journalistenausbildung und die Besetzung der Professur.⁶⁰

Bei der Neugliederung der Universität 1973⁶¹ wurde das Institut für Publizistik Teil des Fachbereichs Sozialwissenschaften. Im gleichen Jahr erreichten die Angriffe auf die Institutsleiterin mit der Ankündigung einer »Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Noelle-Neumann« wegen »Vernachlässigung ihrer Pflichten«⁶² eine neue Qualität. Allerdings wechselten im gleichen Jahr der aktivste Noelle-Neumann-Kritiker, Manfred Knoche, und weitere Wortführer an die FU Berlin.⁶³ Möglicherweise wurde auch deshalb die angekündigte Dienstaufsichtsbeschwerde erst 1976 eingereicht. Der zentrale Vorwurf lautete, Noelle-Neumann werde ihren Verpflichtungen an der JGU wegen ihrer häufigen Abwesenheit nicht gerecht. Letztere sei eine Folge ihrer Tätigkeit als Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach und ihrer Mitwirkung in Beratungsgremien sowie ihrer wissenschaftlichen Vorträge bei internationalen Kongressen. Am 12. Mai 1976 erbat Präsident Schneider vom Dekan des Fachbereichs 12, Friedrich Landwehrmann, Aufklärung darüber, ob die häufige Abwesenheit Noelle-Neumanns »nicht doch geeignet sein könnte, Störungen im Lehrbetrieb und in der Institutsverwaltung zu verursachen«.⁶⁴ Nachdem die Antwort des Dekans vorlag, teilte er am 5. Juli dem Fachschaftsrat Publizistik mit, für ihn sei »nicht erkennbar, daß die gerügte Vernachlässigung des Lehrbetriebs durch eine Vielzahl von außeruniversitären Verpflichtungen von Frau Professor Noelle-Neumann die Toleranzgrenze überschreitet«.⁶⁵

Im Laufe der Jahre hatte sich ein harter Kern von Institutskritikern herausgebildet, deren wichtigste Plattform seit 1975 die von gleichgesinnten Studierenden herausgegebene Semesterzeitung *Publizissimus* war. Sie diente auch der Rekrutierung von Kritikern unter jungen Studierenden und sicherte so die Kontinuität der Kontroversen um Personen, Lehrangebote und empirische Untersuchungen. In den 1970er-Jahren wurden die universitären Veranstaltungen immer häufiger durch inszenierten Lärm gestört, gelegentlich dirigiert von Studierenden mit Trillerpfeifen. Die Attacken auf Flugblättern, Aushängen und in Artikeln des *Publizissimus*, die mit sachlicher Kritik auch dann nichts mehr zu tun hatten, wenn ihr Anlass selbst kritikwürdig war, hat die Atmosphäre zwischen Lehrenden und Studierenden auf Jahre hinaus vergiftet.⁶⁶

Entwicklung des Instituts

Noelle-Neumann rief bereits kurz nach ihrer Berufung eine Vortragsreihe ins Leben und gewann dafür prominente Journalisten, Verleger und Intendanten, darunter Hermann Proebst, Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung* (Sommersemester 1966), Hans Bausch, Intendant des *Süddeutschen Rundfunks* (Wintersemester 1966/67), Gerd Bucerius, Verleger der Wochenzeitung *Die Zeit* (Wintersemester 1966/67) und deren Chefredakteurin, Marion Gräfin Dönhoff (Sommersemester 1969). Weil Noelle-Neumann der Überzeugung war, dass die deutsche Publizistikwissenschaft den Anschluss an die internationale Forschung verloren hatte, nutzte sie alle Möglichkeiten, um international anerkannte Wissenschaftler zu Vorträgen und Gastaufenthalten am Institut für Publizistik einzuladen.⁶⁷ Walter Gieber (San Francisco) sprach 1968 über Gatekeeper-Studien, Johann Galtung (Oslo) 1972 über Nachrichtenfaktoren, Percy H. Tannenbaum (Berkeley) 1974 über die Wirkung von Gewaltdarstellungen, Jay G. Blumler (Leeds) 1977 über die Politikberichterstattung der BBC, Kurt Lang (Stony Brook) über Unterschiede von persönlichen und fernsehvermittelten Wahrnehmungen (Sommersemester 1978) und Elihu Katz (Jerusalem) über Konzepte der Medienwirkungsforschung (Sommersemester 1979). Gastprofessoren waren neben anderen 1981/82 Nikolai Mansurow (Moskau), 1982/83 S. Alex Edelstein (Seattle) und 1983 Thomas E. Patterson (Syracuse). Die Aktivitäten der Gastwissenschaftler hatten prägenden Einfluss auf die Forschungsinteressen der Mitarbeiter und schlugen sich in deren Publikationen sowie in den Magisterarbeiten zahlreicher Studierender nieder.

Die wissenschaftliche Entwicklung des Instituts ging während der Studierendenunruhen kontinuierlich weiter. Im Sommer 1971 erschien das *Fischer Lexikon Publizistik*, herausgegeben von Noelle-Neumann und Schulz.⁶⁸ Darin informierten 18 Spezialisten über rechtliche Grundlagen, Strukturen und Wirkungen der Medien in mehreren Staaten sowie über Methoden der Publizistikwissenschaft und Ergebnisse der Medienwirkungsforschung. Das *Fischer Lexikon Publizistik* entwickelte sich zu einem Standardwerk, das, mehrfach aktualisiert und erweitert, die Vorstellungen von den Methoden und Ergebnissen der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft innerhalb und außerhalb des Fachs geprägt hat.

Winfried Schulz publizierte 1976 in *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien* eine theoretisch und empirisch fundierte Erklärung der Platzierung und des Umfangs aktueller Berichte.⁶⁹ Mit der definitorischen Unterscheidung und Operationalisierung von Nachrichtenfaktoren und Nachrichtenwerten sowie eines Katalogs von Nachrichtenfaktoren und der präziseren Messung ihrer Ausprägung legte er die Grundlage der in Variationen bis heute angewandten Nachrichtenwert-Theorie.⁷⁰ Noelle-Neumann und Kepplinger führten 1976 die deutsche Teilstudie im Rahmen des international vergleichenden UNESCO-Projekts *Mass Media and Man's View of Society* durch, an dessen Konzeption Noelle-Neumann 1971 in Paris mitgewirkt hatte. Bei der Studie handelte es sich um die erste Untersuchung zur Wirkung von Medienberichten über lokale, nationale und internationale Themen auf die Realitätswahrnehmung der Bürger und Entscheider anhand von aufeinander abgestimmten Inhaltsanalysen der Berichte, Befragungen der Bevölkerung sowie von Journalisten und Entscheidern.⁷¹

Inzwischen hatte sich die personelle Situation etwas entspannt. Hansjürgen Koschwitz hatte sich von Göttingen nach Mainz umhabilitiert und nahm hier seine Lehrverpflichtungen wahr. Reinhard Ricker wurde 1980 auf eine neu geschaffene Professur für Medienrecht berufen, die formell dem Studiengang Journalistik zugeordnet war, aber vor allem Publizistikstudierende anzog. Auf eine neu geschaffene C4-Professur für Empirische Kommunikationsforschung wurde 1982, nach heftiger Kritik der Fachschaft, Kepplinger berufen. Allerdings war Schulz bereits 1977 auf eine Professur nach Münster gewechselt, Koschwitz 1982 nach Göttingen. Der gravierendste Einschnitt folgte 1983, als sich Noelle-Neumann überraschend emeritieren ließ. Damit war eine neue Situation entstanden. Ein Jahr nach seiner Berufung wurde Kepplinger Leiter des Instituts.



Elisabeth Noelle-Neumann in einer Diskussion während der Veranstaltungen zu ihrem 75. Geburtstag. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/8337.

Charakteristisch für die Studien der Mainzer Schule war und ist die Identifikation des theoretischen und praktischen Kerns einer Fragestellung, die Entwicklung fallspezifischer Messverfahren, die Konzentration auf Hauptbefunde unter Beachtung unerwarteter Ergebnisse sowie die einfache, gut nachvollziehbare Beschreibung und Interpretation der Ergebnisse. Im Laufe der Zeit haben sich mehrere Schwerpunkte der Forschung herausgebildet:

- Journalismusforschung
- Organisationsforschung
- Nachrichtenauswahl
- Wirkungsforschung
- Konflikt-, Krisen- und Skandalkommunikation
- Politische Kommunikation
- Öffentliche Meinung
- Pressegeschichte
- Methode der Inhaltsanalyse und Methodenkombinationen

Die Mainzer Schule hat sozusagen Schule gemacht. Ehemalige Mainzer wurden Professoren in Amsterdam (Klaus Schönbach), Hohenheim (Bertram Scheufele), Wisconsin (Dietram Scheufele), Münster (Winfried Schulz), Dresden (Wolfgang Donsbach), Göttingen (Senja Post), Jena (Marcus Maurer), Hannover (Klaus Schönbach, Gregor Daschmann), Leipzig (Werner Früh), Erfurt (Patrick Rössler), Nürnberg (Winfried Schulz, Christina Holtz-Bacha), München (Hans-Bernd Brosius, Carsten Reinemann, Wolfram Peiser), Zürich (Frank Esser), Kuwait (Klaus Schönbach) und Mainz (Gregor Daschmann, Marcus Maurer). Aus einem geisteswissenschaftlich orientierten Fach ist im Laufe der Jahrzehnte eine theoretisch-empirisch arbeitende Sozialwissenschaft geworden. Deren Anerkennung durch die internationale Forschungsgemeinschaft zeigt sich in der

Resümee

Resonanz auf ihre zahlreichen Veröffentlichungen in maßgeblichen Fachzeitschriften und in der wachsenden Zahl der zu den Jahrestagungen der ICA eingereichten und angenommenen Vorträge.

Ehemalige und aktuelle Mitarbeiter gaben 1989 bei einem Symposium unter dem Titel *Fortschritte der Publizistikwissenschaft* einen Überblick über die Entwicklung der Lehr- und Forschungstätigkeit des Instituts in den vergangenen 25 Jahren.⁷² Einen Eindruck von der internationalen Bedeutung des Instituts vermittelte 1991 aus Anlass des 75. Geburtstags von Noelle-Neumann das Symposium *Öffentliche Meinung – Theorie, Methode, Befunde*. Hier hielten unter anderem Mihály Csíkszentmihályi (Chicago), Gabriel Weimann (Haifa), Shanto Iyengar (Stanford) und Stanley Rothman (Northampton) Vorträge.⁷³

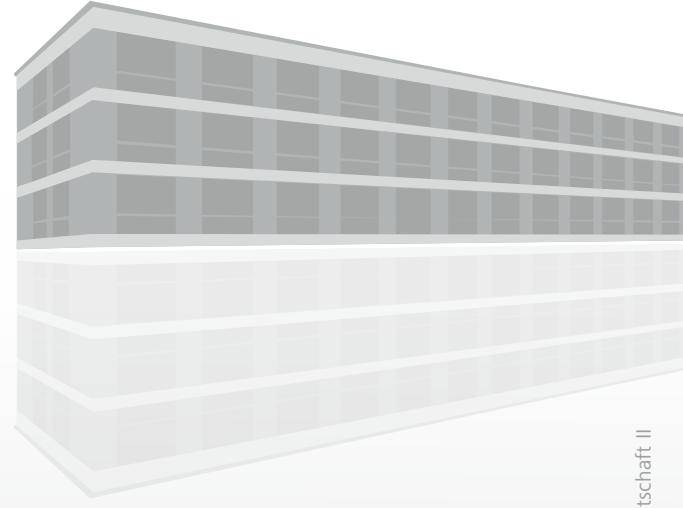
Anmerkungen

- 1 *1916, vgl. dazu die Informationen zu Elisabeth Noelle-Neumann in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 14.9.2019).
- 2 Der ursprüngliche Name Institut für psychologische und soziometrische Forschungen wurde 1948 in den heute bekannten Namen geändert. Vgl. Noelle-Neumann: *Erinnerungen*, S. 153.
- 3 Vgl. dies.: *Umfragen*. Das Buch wurde mehrfach neu aufgelegt und 1996 von einer ergänzten und aktualisierten Neuauflage abgelöst, die inzwischen in der vierten Auflage vorliegt: Dies./Petersen: *Alle, nicht jeder*.
- 4 Vgl. Kepplinger: *Nekrolog*.
- 5 Zum Hergang vgl. Noelle-Neumann: *Erinnerungen*, S. 217 f. u. dies.: *Öffentlichkeit*, S. 213. Siehe dazu auch Wilke: *Gründung*, S. 13–40.
- 6 Vgl. Noelle-Neumann: *Öffentlichkeit*, S. 13–24.
- 7 Vgl. Zetterberg: *Theorie*.
- 8 Noelle-Neumann: *Erinnerungen*, S. 218.
- 9 Vgl. dies.: *Return*.
- 10 Vgl. dies.: *Kumulation*.
- 11 Vgl. dies.: *Spiral of Silence*.
- 12 Siehe dazu auch Roessing: *Öffentliche Meinung u. Donsbach u. a.* (Hrsg.): *Spiral of Silence*.
- 13 Vgl. Deisenberg: *Schweigspirale*.
- 14 Vgl. Noelle-Neumann: *Wahlentscheidung*, S. 30 f. u. S. 45 f.
- 15 Vgl. ebd., S. 55 f. Noelle-Neumann referiert Ergebnisse aus Blumler/McQuail: *Television*.
- 16 Vgl. Noelle-Neumann: *Wahlentscheidung*, S. 116–190.
- 17 Vgl. Merten: *Einfluss*.
- 18 Vgl. Petersen: *Feldexperiment u. Noelle-Neumann/Petersen: Alle, nicht jeder*, S. 453–577.
- 19 Vgl. Noelle-Neumann/Strümpel: *Arbeit*.
- 20 Vgl. Noelle-Neumann u. a.: *Kampa u. dies. u. a.: Wählerstimmungen*.
- 21 Vgl. Kepplinger: *Horizonte*.
- 22 Vgl. Combs/Slovi: *Newspaper Coverage*, S. 849.
- 23 Vgl. Kepplinger: *Horizonte*, S. 111–223.
- 24 Vgl. ders.: *Realitätskonstruktionen*.
- 25 Noelle-Neumann: *Umfragen*.
- 26 Kultusminister Orth beauftragte sie am 21.10.1964 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Publizistik. Vgl. das Schreiben im Privatarchiv Elisabeth Noelle-Neumann, Piazzogna/Schweiz (PA ENN).
- 27 Die Berufungsvereinbarung des Ministeriums für Unterricht und Kultus trägt das Datum vom 22.12.1965. Die Erstausrüstung für Bibliothek, Archiv und Geräte betrug 120.000 DM, der jährliche Etat 15.000 DM. Er sollte 1966 auf 25.000 DM erhöht werden. Bewilligt wurde ab 1965 ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (A 13) und eine Sekretärin, ab 1966 zusätzlich ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (III BAT). Vgl. ebd., *Berufungsvereinbarung*.
- 28 Vgl. ebd., *Konzeption zum Studium der Publizistikwissenschaft an der Universität Mainz*.
- 29 Vgl. Knoche/Schulz: *Folgen*.
- 30 Vgl. Kepplinger/Roth: *Creating a Crisis*; Barth/Donsbach: *Aktivität u. Noelle-Neumann/Mathes: Event*.
- 31 Mit Dank an Erich Lamp, der das Kapitel redigiert und ergänzt hat.
- 32 Zit. aus der *Vereinsatzung*. Diese und der vielfältige Schriftwechsel zur Gründung des Vereins befinden sich im PA ENN.
- 33 Die erste der vorliegenden Stipendienordnungen ist datiert am 26.11.1979, die letzte stammt vom 26.2.1986. Vgl. ebd., *Stipendienordnung*. Die Fördersumme betrug im Jahr 1979 insgesamt 16.662 DM, erhöhte sich 1980 auf über 27.000 DM und betrug 1986 schließlich 177.750 DM. Vgl. ebd., *Stipendiaten* (1983) u. eine Aufstellung der Stipendiaten für das Jahr 1986.
- 34 Vgl. ebd., *Einnahmen und Ausgaben* (31.8. bis 3.9.1985) u. eine *Spender-Liste*.
- 35 *International Communication Association*.
- 36 *International Association for Media and Communication Research*.
- 37 Bei einer der Konferenzen in den USA fragte ein Amerikaner Percy H. Tannenbaum, Direktor des Center of Public Policy an der UC Berkeley, »Who are these guys?«, und als Percy antwortete: »This is the Mainz gang«, hatten die Mainzer Wissenschaftler ihren Spitznamen weg.
- 38 Das geschah u. a. durch Förderung zweier Großprojekte – der Kombination von Inhaltsanalysen der Berichterstattung im Vorfeld der Bundestagswahlen 1989 und 2002 mit repräsentativen Trend- und Panelbefragungen, die beide als Monografien erschienen. Vgl. Noelle-Neumann u. a.: *Kampa u. dies. u. a.: Wählerstimmungen*.
- 39 Der Studiengang Publizistik wurde 1966 etabliert. Er ermöglichte die Promotion im Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und die Anerkennung als Wahlfach zur Prüfung zum Diplom-Volkswirt und Diplom-Handelslehrer. Hierbei handelte es sich für fast alle Studierenden um theoretische Möglichkeiten ohne praktische Relevanz, weil sie als Haupt- oder Nebenfachstudierende in der Philosophischen Fakultät eingeschrieben waren und folglich keine damals zulässige Fächerkombination hatten.
- 40 Vgl. PA ENN, *Bericht über die Entwicklung des Fachs Publizistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 1974*.
- 41 Vgl. Wilke: *Gründung*, S. 33.
- 42 Siehe hierzu den Beitrag von Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 43 Vgl. *Universitätsarchiv (UA Mainz)*, S7/755, *Institut für Publizistik* (Hrsg.): *Institut für Publizistik*. Mainz 1996, S. 25.
- 44 Vgl. Wilke: *Gründung*, S. 18.
- 45 PA ENN, *Auszug aus der Fachschaftsvollversammlung vom 10.11.1969*.
- 46 Ebd., *offener Brief der Fachschaftsvertretung Publizistik an Noelle-Neumann und eine dazugehörige Literaturliste*. Siehe dazu auch die *Ankündigung eines*

- studentischen Seminars am 23.10.1970 zu den Aufgaben einer Kritischen Publizistikwissenschaft.
- 47 Ebd., die Fachschaftsvertretung Publizistik an Noelle-Neumann am 20.10.1970.
- 48 Vgl. ebd., Flugblatt.
- 49 Ebd.
- 50 Vgl. Dörr: Erinnerungen.
- 51 Vgl. PA ENN, Bericht des Rektors über die Vorgeschichte und aktuellen Vorgänge vom 7.1.1971 an den zuständigen Minister. Der Bericht enthält keine Hinweise auf die Rechtswidrigkeit der Institutsbesetzung. Theodor W. Adorno hatte 1968 bei der drohenden Besetzung des Instituts für Sozialforschung die Polizei gerufen. Vgl. Dörr: Erinnerungen, S. 107.
- 52 PA ENN, Peter Schneider an Noelle-Neumann am 19.1.1971.
- 53 Ebd.
- 54 Ebd., Gerhard Funke an Noelle-Neumann am 7.1.1971.
- 55 Vgl. Mümpfer: Keinerlei Notwendigkeit. In: AZ, 7.1.1971, S. 3.
- 56 Ders.: Rektor legt Publizisten Kompromiss vor. In: AZ, 8.1.1971, S. 4.
- 57 Vgl. ders.: Institutsbesetzung »unterbrochen«. In: AZ, 9./10.1.1971, S. 4.
- 58 Ein Nachspiel fanden die Auseinandersetzungen in einer mündlichen Anfrage von drei SPD-Politikern am 20.1.1971. In seiner Antwort erwähnte Kultusminister Bernard Vogel ein Schreiben von Noelle-Neumann an das Ministerium mit einer detaillierten Darstellung der *Leistungen des Instituts für Demoskopie Allensbach beim Aufbau einer empirischen Publizistikwissenschaft an der Universität Mainz*. Vgl. Stenografischer Bericht über die Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 20.1.1971, Drucksache VI/2616. Die finanziellen Leistungen in Höhe von 99.512,21 DM belegen die Entschlossenheit von Noelle-Neumann, ihre Vorstellung von empirischer Forschung auch gegen Widerstände zu verwirklichen. Die Aufstellung stammt vom 15.1.1971. Sie wurde am 17. 1.1971 per Fernschreiber übermittelt. Vgl. PA ENN, Fernschreiben vom 17.1.1971.
- 59 Vgl. ebd., Schreiben von vier Hilfsassistenten an Noelle-Neumann vom 29.11.1971 u. Flugblätter der Fachschaftsvertretung vom 20. u. 26.1.1972.
- 60 Berufen wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen auf die 1974 ausgeschriebene Professur im April 1978 Günther Gillesen.
- 61 Siehe hierzu den Beitrag von Freia Anders in diesem Band.
- 62 PA ENN, Presseerklärung der Fachschaftsvertretung Publizistik vom 8.2.1972.
- 63 Vgl. Knoche: Medienkonzentration.
- 64 PA ENN, Peter Schneider an den Dekan des FB 12, Friedrich Landwehrmann, am 19.1.1971.
- 65 Ebd., Peter Schneider an den Fachschaftsrat Publizistik am 5.7.1976.
- 66 Einen Hinweis darauf liefert der Abschnitt zum Anschlag auf das Publizistikinstitut im Beitrag von Martin Göllnitz in diesem Band.
- 67 Vgl. UA Mainz, S7/755, Institut für Publizistik (Hrsg.): Institut für Publizistik. Mainz 1996, S. 78–83. Ergänzt wurde die Vortragsreihe des Instituts durch Vorträge auf Einladung der Fachschaft und der Studierendeninitiative communicate.
- 68 Vgl. Noelle-Neumann/Schulz: Publizistik.
- 69 Vgl. Schulz: Konstruktion.
- 70 Zur logischen Struktur der Theorie und Interpretation der Daten vgl. Kepplinger: Nachrichtenwert.
- 71 Vgl. Noelle-Neumann/Kepplinger: Journalistenmeinungen u. Kepplinger: Meinungsverteilung.
- 72 Vgl. Wilke (Hrsg.): Fortschritte.
- 73 Vgl. ders.: Öffentliche Meinung.

ENTWICKLUNGEN
UND KONTEXTE





A. PROBLEMLAGEN DER ANFANGSZEIT

Die Mainzer Korporationen Entstehung und Etablierung 1946–1955

Marius Müller

»Wenn wir heute vielfache Bestrebungen sehen, die Studenten in neuen gesellschaftlichen Formen zusammenzufassen, so müssen wir warnend auf diese Tatsache hinweisen. Es ist nicht so leicht, etwas ganz Neues zu schaffen, ohne jede Tradition. Aber wir sind uns klar: unsere Zeit braucht das Neue, gerade in der Form der studentischen Vereinigung. Studentische Organisation erweist sich heute als dringend notwendig. Auf selbstständiger, unabhängiger Basis halten wir sie für gut und richtig.«¹

Dieses Zitat von Walter G. Busse aus der ersten Ausgabe der Mainzer Studentenzeitung *Die Burse* von 1947 ermahnte die Studierenden, neue Arten der gemeinschaftlichen Organisation zu finden – eine Auffassung, in welcher sich die Mainzer Studierendenschaft und die Universität größtenteils einig waren.² Vier Jahre später bedauerte die Redaktion der Studentenzeitung *nobis* jedoch, dass »ein nicht unbedeutender Teil der Studierendenschaft sich damit begnügt, untergegangene Lebensformen zu restaurieren«.³

Was war in der Zwischenzeit geschehen? 22 studentische Korporationen hatten sich seitdem – trotz Verbots der Militärregierung und der Universität – in Mainz rekonstituiert, gegründet oder waren hierher verlegt worden und veranlassten die universitären Gremien seither, sich mit dem Thema der studentischen Verbindungen zu beschäftigen.⁴ Trotz der Neugründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) als Lehrstätte innovativer Wissensvermittlung in Abkehr von preußisch-militaristischer Ideologie waren in Mainz Korporationen entstanden, denen allgemein der Ruf als »notorische Brutstätten des Nationalismus«⁵

anhaftete. Die Militärregierung schrieb diesen einen nationalistischen, reaktionären und paramilitärischen Charakter zu und belegte die Verbindungen im Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen mit einem generellen Verbot.⁶ Die den Korporationen durch ihre geschichtliche Entwicklung zwischen 1918 und 1945 anhaftenden reaktionären Tendenzen von Antisemitismus, Chauvinismus und Elitarismus waren nicht nur in der Studierendenschaft mehr als diskussionswürdig.⁷ Zudem herrschte Unverständnis darüber, warum die Studierenden gerade in Mainz, einer Stadt mit einer lange unterbrochenen Universitätsgeschichte und kaum korporationsstudentischen Traditionen, an altes studentisches Brauchtum anschließen wollten.⁸

Wie kam es dazu, dass sich nach der sogenannten »Stunde Null« unter der Kontrolle der französischen Besatzungsmacht und bei Ablehnung der Korporationen durch die Studierendenschaft und die Universität trotzdem ein Verbindungswesen in Mainz entwickelt hat, welches sich teilweise auf die über 100-jährige Tradition einzelner Korporationen berief und ebenso größtenteils typische äußere Erkennungszeichen und Brauchtum des Korporationswesens übernahm? Von besonderem Interesse ist im Folgenden, wieso Mainz als Stadt mit marginaler korporationsstudentischer Tradition vor 1946 zur Anlaufstelle für eine Vielzahl verschiedenster Verbindungen wurde.

Vorgeschichte

Die Geschichte der Mainzer Korporationen stellt vor allem durch die Unterbrechung des Universitätsbetriebs eine Besonderheit dar: Während infolge der Revolutionskriege der Lehrbetrieb an der Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts zum Erliegen kam, wuchs auf diesem Nährboden andernorts – im Zusammenspiel mit der geistigen Strömung der Romantik – der burschenschaftliche Gedanke, welcher am 12. Juni 1815 mit der Gründung der ersten Burschenschaft in Jena gefestigt wurde.⁹ Die im weiteren Verlauf des Jahrhunderts stattfindende Aufsplitterung in die unterschiedlichsten Korporationstypen und die ortsübergreifenden Verbandsbildungen spielten dabei für Mainz keinerlei Rolle.¹⁰ Erst 1925 mit der Errichtung des Pädagogischen Instituts als Außenstelle der Technischen Hochschule Darmstadt gründeten sich die ersten Korporationen in Mainz. In Erscheinung traten diese ersten Mainzer Verbindungen vor allem im Zusammenhang mit der Hoffnung auf die Wiedereröffnung der Universität nach dem Ende der Rheinlandbesatzung 1930 und feierten in diesem Streben anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg einen verbandsübergreifenden Kommers, der durch seine vaterländisch geprägte Polemik große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregte.¹¹ Mit der Verlegung des Pädagogischen Instituts nach Friedberg 1933 endete der Betrieb der Korporationen in Mainz.¹²

Nachdem im Rahmen der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten die Korporationen verboten, aufgelöst oder in Kameradschaften umgewandelt worden waren und somit das Korporationswesen in Deutschland zum Erliegen gekommen war, wurde das Ende des Zweiten Weltkriegs auch durch die verbliebenen Mitglieder als Befreiung angesehen. Entsprechend begannen die ersten Verbindungen 1945 bereits mit Versuchen zur Rekonstituierung des Korporationswesens, stießen jedoch auf eine äußerst schwierige Ausgangslage.¹³ Die alliierten Programme zur Entnazifizierung und Reéducation waren dabei für die Korporationen nachteilig. Sie galten unter anderem durch ihre militärischen Versatzstücke des traditionellen studentischen Wichts als militaristische Organisationen.¹⁴ Weiterhin sah man in ihnen einen Hort alter nationalistischer und antidemokratischer Ordnung und ordnete sie den Verfechtern der preußisch-militaristischen Tradition zu. Ausgehend von dem Vorwurf, mitverantwortlich für den Aufstieg des Nationalsozialismus gewesen zu sein, wurde den Korporationen jegliche Tätigkeit untersagt und ein generelles Verbot für Verbindungen erlassen, welchem jedoch vor dem Hintergrund des wachsenden Ost-West-Konflikts keine große Aufmerksamkeit mehr geschenkt wurde.¹⁵ Bis 1950 wurden die meisten Verbote relativiert, und man überließ den Universitätsverwaltungen die weitere Handhabung der Korporationsfrage.¹⁶

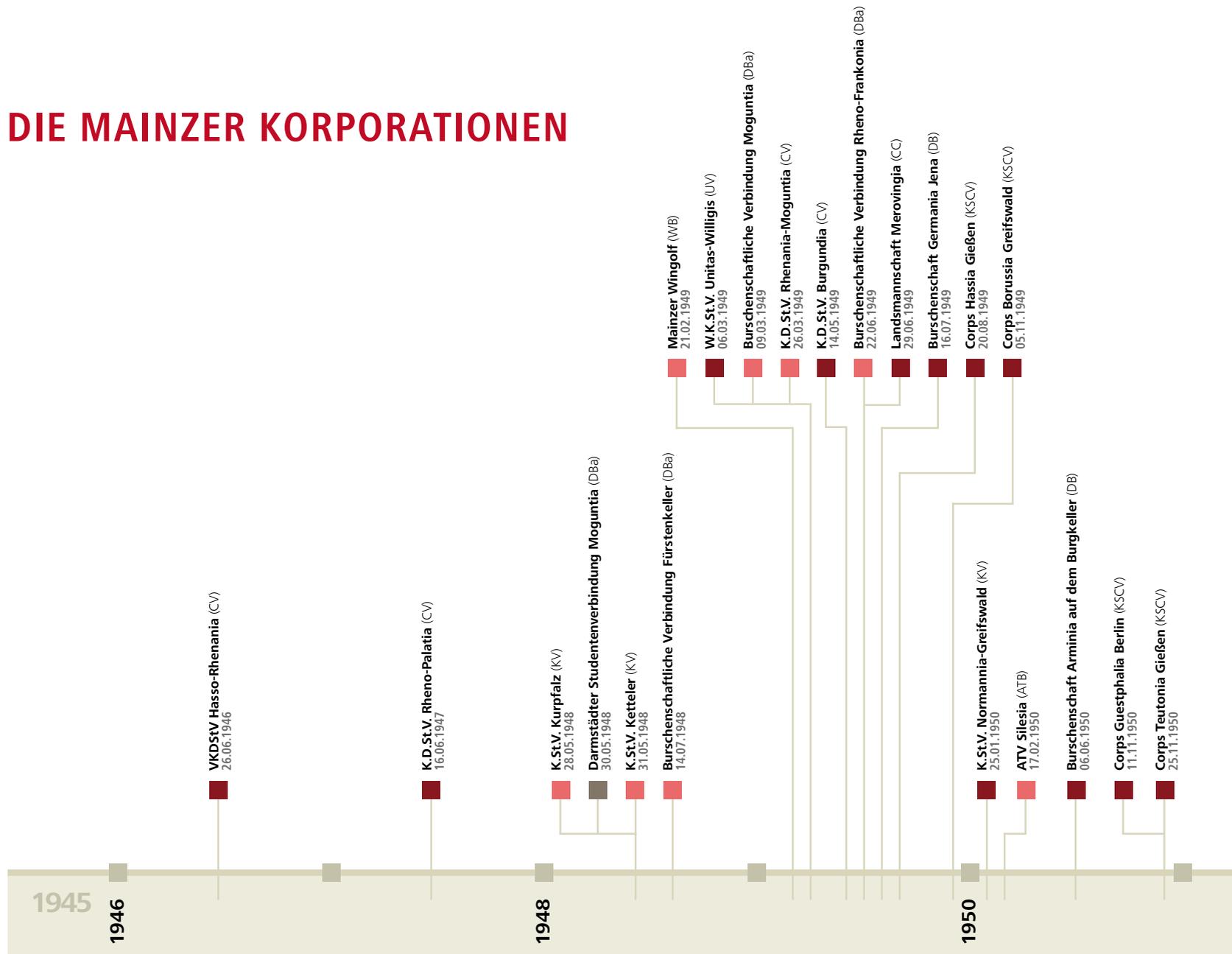
In dieser Entwicklung spielt Mainz eine ganz eigene Rolle. Durch die Neugründung der Universität 1946 besaß die Stadt eben nur eine relativ unbedeutende korporationsstudentische Tradition, doch rückte die Frage nach dem Umgang mit Verbindungen bereits früh in den Fokus von Öffentlichkeit und Universitätsverwaltung.¹⁷ Als interkulturelle und völkerverständigende Universität wollte Mainz einen antipreußischen und antimilitaristischen Geist tragen, somit als Garant einer friedlichen und demokratischen Zukunft wirken und das Gegenteil dessen anstreben, was man in den Korporationen als »Alt-Heidelberg-Romantik« verehrte.¹⁸

Trotz eines generellen Verbots der Neugründung von Studentenverbindungen fanden an der JGU die ersten inoffiziellen Ansätze zur Erneuerung der Verbindungen im Umfeld der Katholischen Hochschulgemeinde (damals noch KSG) statt.¹⁹ 1947 gründete sich als eine Vorstufe der Martinusbund als katholischer Verein in der KSG, wurde jedoch rasch bei der Militärregierung als getarnte Verbindung denunziert und musste sich wieder auflösen.²⁰ Dass vor allem katholische Korporationen schnell Fuß fassen konnten, ist im Hinblick auf prominente katholische Korporierte nicht verwunderlich: Gründungsrektor Josef Schmid, sein Nachfolger August Reatz und Kultusminister Adolf Süsterhenn waren Mitglieder des CV und erachteten das Korporationsverbot nur als eine vorübergehende Maßnahme.²¹ Auch der erste Seelsorger der Katholischen Studentengemeinde, Ernst Strasser, sowie der Vertreter der Praktischen Theologie, Karl Schmitt, und Bischof Albert Stohr, welcher die Mitglieder des Martinusbunds nach der Denunziation vor der Verhaftung schützen konnte, bemühten sich um die Entstehung katholischer Verbindungen.²² Sogar der französische General Raymond Schmittlein, Leiter der Direction de l'Éducation Publique, trat für das Wiedererstehen des katholischen Korporationswesens ein und wurde Ehrenmitglied der Rhenania wie Schmitt, Stohr und Strasser auch.²³ Ebenso reihte sich Kanzler Fritz Eichholz in die Gruppe der Korporierten ein: Als Mitglied der Burschenschaft Cimbria-München und späteres Ehrenmitglied der in Mainz reaktivierten Jenaischen Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller brachte er sich nicht nur immer wieder in die Diskussion zur Reaktivierung der Verbindungen ein, sondern leistete auch praktische Hilfe und schirmte die Burschenschaften gegen die französische Besatzungsmacht ab.²⁴ Als Schwager Schmittleins, der ihm auch die Position an der Universität verschafft hatte, verfügte Eichholz über gute Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht und sicherlich auch über die Möglichkeit, Fragen und Anliegen bezüglich der Korporationen unbürokratisch und schnell zu besprechen; Nepotismus wurde den beiden zu Beginn der Universität ohnehin unterstellt.²⁵ Inwieweit diese Personen- und Interessenkonstellation das schnelle Abrücken der französischen Militärregierung vom anfänglichen Korporationsverbot und die schwindenden Aversionen weiter Kreise der Professorenschaft gegen das Korporationswesen bedingen, kann nicht festgestellt werden. Der im Universitätsarchiv Mainz befindliche Briefverkehr verschiedener Akteure zeigt dahingehend jedoch eine rege Zusammenarbeit auf.²⁶

Nachdem durch das Bemühen der zuvor genannten Personen die Gründung von Korporationen eingeleitet worden war, häuften sich ab 1949 die Zulassungsanträge bei der Universitätsverwaltung und der französischen Militärregierung, sodass Universitätsrektor Hellmut Isele – selbst Korporationsstudent im Miltenberger Ring – gemeinsam mit dem französischen Administrator Henry Chauchoy ein mehrschrittiges Lizenzierungsverfahren erarbeitete, das die Zustimmung der Universitätsverwaltung, der Militärregierung sowie der Stadt Mainz vorsah.²⁷ Eine darauf folgende Häufung der Lizenzierungsanträge führte dazu, dass sich der Senat der Universität immer stärker mit den Korporationen befasste und in Abstimmung mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz eine eigene Richtlinie erarbeitete. Man begrüßte die Gründung von Verbindungen, die in Ablehnung restaurativer Tendenzen standen, und machte darauf aufmerksam, dass das Mensurwesen sowie das Tragen von studentischer Couleur als unverantwortlich abgelehnt werde.²⁸ Als Folge dieser Regulierungen

Die Universität Mainz und die Korporationsfrage

DIE MAINZER KORPORATIONEN



Die Mainzer Korporationen
1946–1955. Quelle: Eigene
Darstellung des Autors.

ergab sich, dass sich einige Korporationen unter Tarnbezeichnungen lizenzieren ließen oder generell auf eine Lizenzierung verzichteten.²⁹

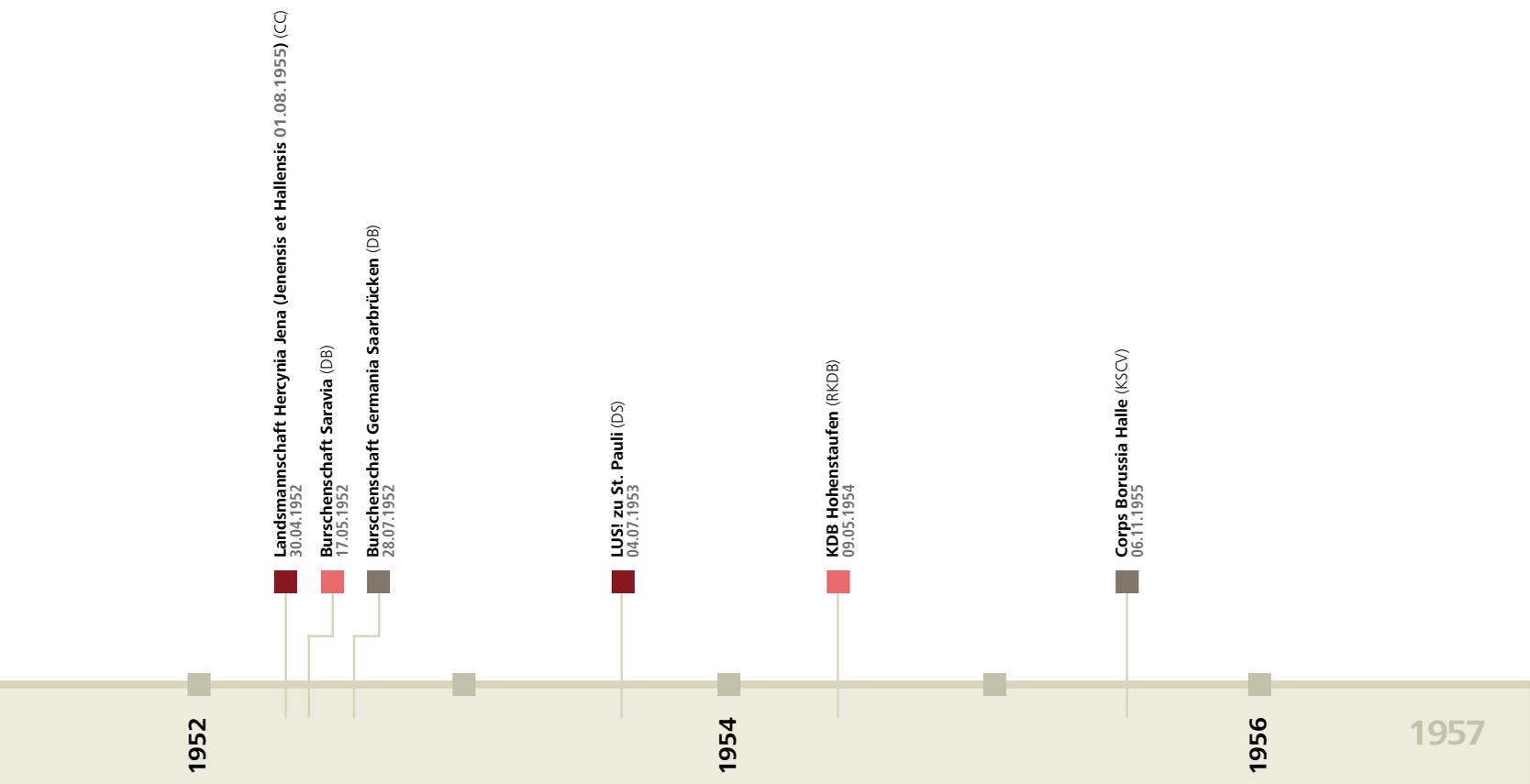
Die großen Streitpunkte der Folgezeit waren vor allem das öffentliche Farbentragen sowie die Mensur. Die Diskussion um die studentische Couleur nahm dabei weitaus größeren Raum ein: Viele öffentliche Diskussionen im Senat und in verschiedenen Zeitungen wurden in verständiger Weise geführt, änderten jedoch nicht die ablehnende Haltung der zuständigen Institutionen.³⁰ Der zentrale Punkt der Diskussion war nicht das Farbentragen als solches, sondern die Unterstellung, es gingen damit zwangsläufig reaktionäre Tendenzen einher.³¹ 1952 kritisierte Kultusminister Süsterhenn öffentlich das Farbenverbot der Westdeutschen Rektorenkonferenz und zwei Anfragen der CDU im Landtag zogen eine Prüfung durch das Justizministerium nach sich.³² Das Ministerium kam schließlich zum Entschluss, dass die Couleur nur die Funktion eines Vereins-

Legende Status:

- Neugründung
- Rekonstitution
- Verlegung nach Mainz

Legende Dachverbände:

(CV) Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen | (KV) Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine | (DBa) Deutsche Burschenschaft (assoziiert) | (DB) Deutsche Burschenschaft | (DS) Deutsche Sängerschaft | (WB) Wingolfsbund | (UV) Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine Unitas | (CC) Coburger Convent der akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen | (KSCV) Köseener Seniorenconventsverband | (ATB) Akademischer Turnerbund | (RKDB) Ring Katholisch Deutscher Burschenschaften



abzeichens einnehme und die Universität durch ein Verbot ihre Kompetenzen überschreite.³³ Der Senat der Universität enthielt sich einer Äußerung und war nunmehr nur noch in der Position, Verhaltensempfehlungen für das Farbentragen auszusprechen.³⁴

Die Mensur fand in den Diskussionen zu dieser Zeit kaum Beachtung, wurde jedoch heimlich durchgeführt, wobei die schlagenden Korporationen strenges Stillschweigen darüber hielten.³⁵ Dass sie bei den Universitätsbehörden beinahe gar nicht bemerkt wurde, ist wohl damit zu erklären, dass sich – mit Ausnahme zweier Verbindungen unter Tarnbezeichnungen – keine schlagenden Korporationen an der JGU hatten lizenzieren lassen.

Prinzipiell lässt sich beobachten, dass es innerhalb der Studierendenschaft bezüglich der Korporationen nicht zu großen Auseinandersetzungen kam. Ein Artikel der *Berliner Studentenzeitung* konstatierte: »Die Fra-

ge des Farbentragens und des Mensurfechtens wird natürlich auch in Mainz lebhaft diskutiert. Es bestehen zwar heftige Gegensätze, jedoch wurde bisher ein stillschweigendes Übereinkommen befolgt, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben.«³⁶

Zu der bis heute bestehenden Trennung von JGU und Korporationen kam es im Wintersemester 1954/55. Durch verschiedene Gutachten und Gerichtsurteile motiviert, beschloss der Senat im Dezember 1954, dass die Universität weder zur Lizenzierung der Verbindungen berechtigt sei, noch das öffentliche Farbentragen und die Mensur verbieten dürfe.³⁷ Kurz darauf beschloss auch die studentische Vollversammlung, sich dem Senatsentschluss zur Abschaffung des Zulassungszwangs anzuschließen, wodurch der Artikel 73 der Satzung der Studierendenschaft gestrichen wurde und die fast vollständige Abkapselung der Korporationen von der Universität vollzogen war.³⁸

Die Entstehung der Mainzer Korporationen

In der Zeit von 1946 bis 1955 waren insgesamt 27 Korporationen in zehn verschiedenen Dachverbänden in Mainz ansässig, von denen bis 1955 bereits zwei an einen anderen Hochschulort verlegt wurden.³⁹ Von diesen 27 Verbindungen wurden 13 in Mainz rekonstituiert, elf neugegründet und drei aus einer anderen Stadt nach Mainz verlegt. Je nach Art der Entstehung sahen sich die Mitglieder unterschiedlichsten Herausforderungen gegenübergestellt.⁴⁰

Für die Rekonstitutionen mussten zunächst die Mitglieder gesammelt werden. Durch die Gegebenheiten nach 1933 geschah dies auf unterschiedliche Weise: Für die meisten schlagenden Verbindungen erwies sich die Sammlung durch den Fortbestand als Kameradschaften nach 1933 und die Fortführung des korporativen Betriebs als weniger problematisch. Für die aufgelösten und verbotenen Korporationen stellte die Sammlung ein größeres Problem dar, konnte jedoch durch Stammtische und Engagement von Einzelpersonen – was mit viel Aufwand verbunden war – bewältigt werden. Die daran anschließende Reorganisation der Altherren-Vereine bot die Grundlage für die gesamte Rekonstitution der einzelnen Korporationen und festigte Mainz in verschiedenen Diskussionen als neuen Standort. Dabei ging man davon aus, dass an der neugegründeten Universität mit vielen Studierenden wenig Konkurrenz für die eigene Verbindung bestehe. Der Aufbau der Aktivitates wurde im nächsten Schritt durch Begeisterung der Studierenden schnell in Angriff genommen. Sie konnten auf die einzelnen Korporationen über die Stammtische der Alten Herren aufmerksam gemacht oder über persönliche und familiäre Beziehungen angeworben werden. Andererseits traten jedoch auch Gruppen von Studenten an die Alten Herren heran, um die Aktivenbünde zu rekonstituieren, oder schlossen sich zuvor gegründete korporationsstudentische Vereinigungen den Altherren-Vereinen im Gesamten an (zum Beispiel die Burschenschaft Moguntia mit der Altherrenschaft der Jenaischen Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller). Auch durch die Teilung einer bereits bestehenden Aktivitas konnte eine weitere entstehen, welche sich einem Altherren-Verein anschloss. Durch die Reaktivierung Alter Herren oder das Bereitstellen von Stützburschen⁴¹ wurde dabei das korporationsstudentische Wissen vermittelt und der Aktivenbetrieb ins Laufen gebracht.

Zu Neugründungen kam es auf drei unterschiedlichen Wegen. Einerseits fusionierten mehrere Altherren-Vereine und bauten gemeinsam eine Aktivitas auf, da ein Alleingang aus verschiedenen Gründen nicht möglich war. Daneben kam es zu gemeinsamen Bestrebungen von Alten Herren und Studenten, die zwar eine Korporation bilden, sich jedoch nicht an den alten Traditionen orientieren und sich somit nicht in die Tradition einer bereits bestehenden Verbindung stellen wollten. Durch die zunehmende Mitgliederzahl ergab sich weiterhin die Möglichkeit, eine neue Korporation durch die Teilung einer bestehenden zu gründen. Die Verlegung einer bereits bestehenden Korporation nach Mainz erfolgte entweder aus Mitglieder-mangel oder aus den politischen Umständen am alten Standort.⁴²

Etablierung

Bei der Etablierung der Korporationen halfen prominente Befürworter wie Kurator Eichholz, der den Mainzer Burschenschaften »erhebliche Hilfe leistete und auch durch seine guten Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht ggf. die Burschenschaften abschirmen konnte«,⁴³ oder Bischof Stohr, dem 1949 als Ehrenmitglied der Hasso-Rhenania das Protektorat über die Korporation gegeben wurde.⁴⁴ General Raymond Schmittlein hatte in seiner Position als Leiter der Kulturabteilung der französischen Militärregierung beziehungsweise der Hohen Kommission (1945–1951) ebenfalls die Entwicklung – vor allem der CV-Verbindungen – begünstigt und wurde zum Dank 1949 zum Ehrenmitglied der Rhenania erhoben.⁴⁵ Das Corps Hassia verfolgte beispielsweise durch Mithilfe von Corpsmitgliedern im Lehrkörper der Universität eine sehr aktive Etablierung in der Öffentlichkeit, indem Herrenabende mit Repräsentanten der Universität und des öffentlichen Lebens abgehalten wurden, um somit das Corps öffentlich bekannt zu machen.⁴⁶

Innerhalb der Studierendenschaft etablierten sich die Korporationsstudenten durch Mitwirkung in den studentischen Gremien. Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) im Februar 1950 waren ein Drittel der männlichen Mitglieder Korporationsstudenten, in der KSG wurden die Hochschulreferenten vermehrt von Korporierten gestellt und innerhalb der *Mainzer Studenten-Zeitung* wirkten diese ebenfalls redaktionell mit.⁴⁷

Nach der Aufhebung des Farbenverbots unternahmen einige Korporationen den Versuch, sich durch das öffentliche Tragen der Couleur öffentlichkeitswirksam ins Mainzer Stadtbild zu integrieren, scheiterten jedoch am Mainzer Lokalkolorit, wie eine Anekdote aus dem Wintersemester 1952/53 dokumentiert:

»Die farbentragenden Verbindungen beschlossen, künftig an Sonn- und Feiertagen in der Stadt Couleur zu tragen, so daß man sich in der ersten Semesterhälfte an zwei Sonntagen gemeinsam zu einem Couleurbummel mit anschließendem Frühschoppen treffen konnte. Nach Weihnachten musste man von diesem Vorhaben wieder Abstand nehmen, um bei der Mainzer Bevölkerung nicht in den Verdacht zu kommen, einem bislang unbekanntem Karnevalsverein anzugehören.«⁴⁸

Die Mensur wurde dagegen ab 1950 weiter insgeheim durchgeführt, da sie als Waffensport noch immer strengstens verboten war.⁴⁹ Öffentlichen Anstoß erregte das jedoch nicht, und so wurde einmal ein Student, der allzu auffällig den Paukbetrieb zu verheimlichen suchte, nicht wegen dieses Verstoßes von der Polizei festgenommen, sondern weil man ihn verdächtigte, Schwarzhandel zu betreiben.⁵⁰

Bei der internen Etablierung der Korporationen war es von besonderer Wichtigkeit, das Zusammenwachsen der Mitglieder zu bewerkstelligen.⁵¹ Dies gelang ohne größere Probleme, obwohl sich viele gar nicht kannten und verschiedenen Generationen angehörten.⁵² Zudem wurde versucht, an die alten studentischen Traditionen anzuknüpfen. Jedoch bedingte der Versuch, den Neumitgliedern die Mensur nahezu legen, teilweise Zerwürfnisse, wie es beim Corps Borussia-Greifswald in den Anfangssemestern der Fall war.⁵³ Beim Corps Hassia dagegen waren es die jungen Mitglieder, die mit Begeisterung alte Traditionen aufleben lassen wollten, die von den älteren Mitgliedern als überholt empfunden wurden.⁵⁴

Der umstrittenste Punkt war sicherlich die Mensur. Doch mit dem Ablegen des exklusiven studentischen Ehrbegriffs und dem Verzicht der unbedingten Satisfaktion im gesamten deutschen Korporationswesen nach 1945 zeichnete sich ein neuer Umgang mit diesen Traditionen ab.⁵⁵ Prinzipiell hatten mit Ausnahme von Kurpfalz und Ketteler alle Korporationen ihre alten Traditionen fortgesetzt oder die Tradition einer anderen Korporation übernommen, wenngleich Kurpfalz und Ketteler mit der Aufnahme in den KV sich ebenso einer ausgeprägten Tradition verschrieben hatten. Beide Korporationen hatten auf die Patronage einer Altherren-



Das Wappen der K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz im KV liefert ein Beispiel eines Korporationswappens mit Mainzer Rad. Quelle: Archiv der K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz, unsortierter Fotobestand.



Die Chargen der K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz im KV in Vollwuchs anlässlich des 80. Stiftungsfests 1953 in Mainz.⁵⁶ Quelle: Archiv der K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz, unsortierter Fotobestand.

Chargen-Uniform (Vollwuchs) der K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz, fotografiert 2016. Foto: Thomas Hartmann, Quelle: UA Mainz, S3/10975.



schaft verzichtet, doch sticht Ketteler als Korporation heraus: Mit dem kompletten Verzicht auf jede Art der äußeren Darstellung entspricht sie als einzige Mainzer Korporation den Empfehlungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in der Neugestaltung studentischer Selbstorganisation.⁵⁷

Generell lässt sich bei den Mainzer Verbindungen jedoch eine Kontinuität verschiedenster Rituale und Traditionen feststellen: Die Gründungen und Rekonstitutionen wurden allesamt feierlich mit Kommersen begangen, die Semesterveranstaltungen wurden an den Prinzipien ausgerichtet und studentische Kneipen gefeiert, welche das studentische Liedgut und die Trinkrituale implizierten.⁵⁸ Berichte über einzelne Veranstaltungen belegen weiterhin die Kontinuität von Liedgut und Trinkritualen, wenn auch vor dem Hintergrund von Versorgungsengpässen in der Nachkriegszeit es gelegentlich passierte, dass aufgrund von Biermangel der berühmte »Bierjunge« mit Wein getrunken werden musste.⁵⁹ Grundsätzlich zeichnet sich das Bild ab, dass sich alle Korporationen mit der Zeit nach innen durch die erfolgreiche Zusammenarbeit von Alten Herren und Aktiven etablierten.

Eine Identifizierung mit Mainz als neuer Heimat entwickelte sich zwangsläufig und zeigt sich teilweise mit der Übernahme des Mainzer Rads in die Wappen rekonstituierter Korporationen⁶⁰ und der Dichtung des *Mainzer Lieds* durch zwei Alte Herren der Rhenania-Moguntia.⁶¹

Das Mainzer Lied

Das *Mainzer Lied* thematisiert die Geschichte der Stadt Mainz sowie das dortige Leben und wird gemäß der studentischen Tradition der Städtelieder bei Kneipen und Kommersen auf die Melodie von *Heidelberg, du Jugendbrunnen* gesungen. Hierbei handelt es sich um eine typische Tradition aus dem Genre des studentischen Erinnerungsliedes aus dem 19. Jahrhundert. An neugegründeten Universitäten erfuhr es nach 1945 im korporationsstudentischen Milieu durch Neudichtungen eine Renaissance.

1. Mainz am Rhein du ewig junge
Stadt des Frohsinns und des Weins.
Vielgerühmt und oft besungen,
birgst den Musensohn wie einst.
Häuser, Kirchen sind in Trümmer,
wie es dir so oft geschah.
Heiß geliebt wirst du noch immer,
Aurea Moguntia
2. Rhein und Main mit Ihren Auen
grüßen dich am deutschen Strom.
Künstler und Gelehrte bauen
froh an dir und deinem Dom.
Vieler Völker bunter Schimmer
kam zu dir von fern und nah.
Heiß geliebt wirst du noch immer,
Aurea Moguntia.
3. Heereslager, Festgesänge,
der Kurfürsten Glanz und Zier,
kaiserliches Hofgepränge
schmiedeten die Krone dir.
Grauer Lettern edler Flimmer
Gutenberg, dein Sohn, reicht dar.
Heiß geliebt wirst du noch immer,
Aurea Moguntia.
4. Neues Leben deiner Kinder
wieder ist in dir erwacht:
Zwei Jahrtausend bist du Kündler
für das Licht in dunkler Nacht.
Königin der Fürstentümer,
Mater Academia.
Heiß geliebt wirst du noch immer,
Aurea Moguntia.

Auch zwischen den Korporationen entwickelte sich sehr schnell eine eher untypische Zusammenarbeit: Neben den Zusammenschlüssen der katholischen Verbindungen und der Waffenstudenten entstand 1950 der Interkorporative Ausschuss – später der Ring Mainzer Korporationen genannt – zur Repräsentation aller Mainzer Korporationen in der Öffentlichkeit.⁶² In der Folgezeit organisierte er gemeinsame Veranstaltungen, wie ab 1954 den interkorporativen Kommers, der vor allem in der Öffentlichkeit positive Resonanz fand.⁶³

Der starke interkorporative Zusammenhalt blieb ein wichtiges Charakteristikum der Mainzer Verbindungen bis in die Gegenwart.⁶⁴ So bestand nicht nur der stetige Wunsch, den Kontakt zur Öffentlichkeit und zur Universität zu etablieren und zu verbessern, sondern vor allem auch die Verbindung untereinander zu stärken. Der Fokus der Mainzer Korporationen lag im Untersuchungszeitraum von 1946 bis 1955 ebenso wie noch heute mehr auf den Gemeinsamkeiten als auf den Unterschieden, getreu dem Motto der neuen Mainzer Universität: *ut omnes unum sint!*

Anmerkungen

- 1 Busse: Zur Soziologie der Studentenschaft. In: Die Burse 1 (1947), Nr. 1, S. 14.
- 2 Vgl. Netz: Aurea Moguntia, S. 47. Siehe hierzu auch den Beitrag von Charlotte Backerra und Ruth Nientiedt in diesem Band.
- 3 [o.V.]: Der 3. Neudeutsche Studententag 1951. In: nobis 3 (WiSe 1951/52), Nr. 1, S. 4.
- 4 Vgl. Netz: Aurea Moguntia, S. 47.
- 5 Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, S. 356. Vgl. auch Mathy: Universität Mainz, S. 291 f.
- 6 Vgl. Netz: Aurea Moguntia, S. 37 f.
- 7 Vgl. [o.V.]: Für und wider das Farbentragen. In: Mainzer Studenten-Zeitung 3 (SoSe 1951), Nr. 4, S. 3.
- 8 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 211.
- 9 Vgl. ders.: Universität Mainz, S. 247–252 u. Gladen: Gaudeamus igitur, S. 19 f. Unter dem burschenschaftlichen Gedanken versteht man die historisch grundlegende Ausrichtung auf eine überragende Stellung des vaterländischen Einheitsgedankens. Vgl. Krause: Burschenherrlichkeit, S. 81 f.
- 10 Vgl. Johannes Gutenberg-Universität (Hrsg.): Mainzer Universität, S. 22 u. S. 31 u. Mathy: Universität Mainz, S. 164 f. u. S. 271 f. In Gladens Geschichte und Auflistung aller Korporationsverbände und deren Mitglieds-korporationen ist für Mainz vor 1925 keine Korporation gelistet. Vgl. Gladen: Korporationsverbände.
- 11 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 289 f.
- 12 Vgl. Ganz: Unitas Mainz, S. 41.
- 13 Vgl. Grün/Vogel: Fuxenstunde, S. 152 u. Gladen: Gaudeamus igitur, S. 48–52.
- 14 Vgl. Kleinfeld: Wende, S. 43 u. Netz: Aurea Moguntia, S. 36.
- 15 Vgl. Golücke: Nachkriegszeit, S. 145 u. Kleinfeld: Wende, S. 43 f.
- 16 Vgl. Netz: Aurea Moguntia, S. 40.
- 17 Vgl. ebd., S. 47.
- 18 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 43.
- 19 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 55/353, Auszug aus der einstweiligen Verfügung über die Wiedereröffnung der Universität vom 4.9.1945.
- 20 Vgl. Netz/Poppitz: Neu- und Wiederbegründung, S. 74.
- 21 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 211.
- 22 Vgl. Netz/Poppitz: Neu- und Wiederbegründung, S. 74.
- 23 Vgl. Sauer: Hasso-Rhenania, [o.S.] u. Wiesotte: K.St.V. Kurpfalz, S. 10.
- 24 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 212; Lönnecker: Korporation, S. 463 u. Ziemer (Hrsg.): 200 Jahre, S. 92.
- 25 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 81.
- 26 Vgl. UA Mainz, Best. 55/353, Studentische Gruppen.
- 27 Vgl. ebd., der Rektor an Administrateur Henry Chauchoy am 27.3.1950 u. Corps Hassia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Hassia Gießen, S. 538.
- 28 Vgl. UA Mainz, Best. 7/307, Senatsprotokoll vom 25.7.1949.
- 29 Vgl. Ganz: Unitas Mainz, S. 51; Landsmannschaft Merovingia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Coburger Convent, S. 77; Landsmannschaft Merovingia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Merovingia, [o.S.]; Gladen: Korporationsverbände, S. 37; UA Mainz, Best. 55/353, Liste der genehmigten studentischen Vereinigungen nach Stand vom 1.8.1950 u. Best. 55/354, Senatsprotokoll vom 20.12.1950.
- 30 Vgl. UA Mainz, Best. 3/307, Senatsprotokoll vom 27.7.1950.
- 31 Vgl. ebd.
- 32 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 216 u. Netz: Aurea Moguntia, S. 52.
- 33 Im selben Jahr entschied ebenfalls das Verwaltungsgericht Freiburg i.Br., dass eine Universität öffentliches Farbentragen nicht verbieten dürfe, was jedoch durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs 1955 wieder aufgehoben wurde. Vgl. Netz: Aurea Moguntia, S. 52.
- 34 Vgl. ebd. u. UA Mainz, Best. 3/307, Senatsprotokoll vom 23.7.1954.
- 35 Vgl. Corps Hassia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Hassia Gießen, S. 336–340.
- 36 Zit. nach Mathy: Landesuniversität, S. 215.
- 37 Vgl. UA Mainz, Best. 3/307, Senatsprotokoll vom 3.12.1954.
- 38 Vgl. Netz: Aurea Moguntia, S. 54.
- 39 Die Auflistung wurde erstellt aus Gladen: Korporationsverbände. Im Betrachtungszeitraum waren in Mainz die größten und bedeutendsten Dachverbände ansässig. Zum Vergleich: Von den 30 Verbänden mit 1.079 Korporationen im Jahr 1935 bestanden zum Ende des SoSe 1952 wieder 18 Verbände mit insgesamt 722 Korporationen. Vgl. ders.: Gaudeamus igitur, S. 47–53.
- 40 Dem Umfang dieses Aufsatzes geschuldet, kann an dieser Stelle die umfangreiche Entstehungsgeschichte nur zusammenfassend wiedergegeben werden. Die ausführliche Darstellung findet sich in Müller: Korporationen, S. 59–90.
- 41 Als Stützbursch wird ein Vollmitglied einer anderen (zumeist befreundeten oder verwandten) Korporation bezeichnet, welcher in eine zu unterstützende oder wiederaufzubauende Korporation als Vollmitglied aufgenommen wird.
- 42 Wiedergründungen waren in der sowjetischen Besatzungszone ebenso wie in der DDR nicht möglich.
- 43 Ziemer: 200 Jahre, S. 92.
- 44 Vgl. Sauer: Hasso-Rhenania, [o.S.].
- 45 Vgl. Seydl: Rhenania-Moguntia, S. 12.
- 46 Vgl. Corps Hassia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Hassia Gießen, S. 552.
- 47 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 310; Stark: Jahrzehnt, S. 15 u. Schroeter: Leben, S. 569.
- 48 Semesterbericht des Aktivensprechers zum WiSe 1952/53, abgedr. in Emig: Burschenschaft Savaria, S. 58.
- 49 Vgl. Gärtner: Corps Guestphalia, S. 205.
- 50 Vgl. [o.V.]: Hassia Gießen, S. 340 u. S. 535–538.
- 51 Vgl. ebd., S. 535.
- 52 Vgl. z. B. Verband der Alten Pauliner e.V. (Hrsg.): Paulus, S. 22.
- 53 Vgl. Gärtner: Corps Guestphalia, S. 9.
- 54 Vgl. [o.V.]: Hassia Gießen, S. 542.
- 55 Vgl. Gladen: Gaudeamus igitur, S. 26–30. Botzet betrachtet den sozialen Wandel innerhalb der Korporationen gesamtheitlich und kommt zu dem Schluss, dass die vier Faktoren von Kriegsfolgen, internen Entwicklungen, der »sozialen Rolle des Deutschen« und der Haltung von Hochschulen und Studentenschaft eine Restauration ohnehin unmöglich gemacht haben. Eine Hinterfragung der Traditionen und Wertesysteme war zwangsläufig die Folge. Eine Integration des alten Wertesystems scheiterte nach Botzet an den Motiven der Studierenden, welche aufgrund der allgemeinen Lage vorwiegend am Freundschaftsprinzip interessiert waren und dies hauptsächlich innerhalb der Korporationen suchten; politische und ethische Werte standen hinten an. Vgl. Botzet: Sozialer Wandel, S. 173–187.
- 56 Eine Detailaufnahme des Cerevis findet sich online URL: <https://mainzeruni-geschichten.de/node/29> (abgerufen am 9.9.2019).
- 57 Vgl. Stark: Gründung, S. 10 f.
- 58 Vgl. z. B. K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz (Hrsg.): Normannia-Greifswald, S. 24 f.; Ganz: Unitas Mainz, S. 52–62; Corps Hassia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Hassia Gießen, S. 541–559 u. Landsmannschaft Merovingia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Coburger Convent, S. 81–84.
- 59 Vgl. Schroeter: Leben, S. 570. Der Bierjunge ist das reglementierte Gegeneinander um die Wette trinken in Anlehnung und Verspottung der Mensur. Vgl. Böcher: Lexikon, S. 38 f.
- 60 Das Mainzer Rad wurde in die Wappen von Rhenania, Ketteler, Normannia, Unitas, des Mainzer Wingolfs, Saravia und Hercynia übernommen.
- 61 Für weitere Beispiele und nähere Informationen zu den Städteliedern vgl. Lönnecker: Nie kehrst du wieder, S. 48–53.
- 62 Vgl. Stark: Jahrzehnt, S. 13; Mayer: Moguntia, S. 20; Landsmannschaft Merovingia Gießen zu Mainz (Hrsg.): Coburger Convent, S. 94 u. Wiesotte: Kurpfalz, S. 11.
- 63 Vgl. Mainzer Wingolf (Hrsg.): Mainzer Wingolf, S. 40. Der interkorporative Kommers fand unter der Leitung einzelner Korporationen jedes Semester statt und konnte meist mit prominenten Festrednern öffentlichkeitswirksam in Erscheinung treten. So z. B. am 28.11.1969 im Gutenberg-Hotel mit dem Festredner und damaligen Ministerpräsidenten Helmut Kohl. Vgl. Archiv der K.St.V. Normannia-Greifswald zu Mainz, Einladung zum traditionellen Kommers am 28.11.1969. Vgl. allg. UA Mainz, Best. 1/205, Einladungen der Burschenschaften an Kanzler Eichholz.

64 Am 15.10.2016 gründeten 13 Mainzer Korporationen als Nachfolgeorganisation des Rings Mainzer Korporationen den Mainzer Korporationsring (MKR), der am 29.4.2017 einen feierlichen Gründungskommers beging. Die Ziele dieses Zusammenschlusses sind – wie bei der Vorläuferinstitution – die bessere

Kontaktpflege und eine öffentliche Etablierung, weshalb sich der MKR am 15.5.2017 auch als Hochschulgruppe an der JGU angemeldet hat. Vgl. Archiv des MKR, Satzung des Mainzer Korporationsrings vom 15.10.2016 u. Hochschulgruppenanmeldung beim AstA vom 15.5.2017.

Diversität und Korpsgeist

Die Berufung der ersten Mainzer Professoren

Frank Hüther

Hohe Ziele hatte sich die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) gemeinsam mit den französischen Besatzungsbehörden bezüglich des Aufbaus und der Zusammensetzung ihres Lehrkörpers gesteckt. So sollten die neuen Professoren nicht nur von hoher wissenschaftlicher Qualifikation, sondern auch geprägt von der rheinisch-katholischen Lebensart und nicht zuletzt politisch zuverlässige Demokraten sein. Der hierfür verlangte neue Typ des Hochschullehrenden »muß nicht nur tüchtiger Fachmann und Pädagoge sein, sondern eine weltaufgeschlossene, demokratische Persönlichkeit, die imstande ist, neben einer gediegenen Fachausbildung eine humanitäre und demokratische Lebensauffassung zu entwickeln«,¹ stellte der erste Rektor Josef Schmid in seiner Eröffnungsansprache fest. Vor allem aber sollte die Universität eine »déprussification«² erfahren und sich so in die südwestdeutsche Mentalität der rheinhessischen Bewohner einpassen. Aber waren diese Ansprüche kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überhaupt einzulösen?

Die Gründungsprofessoren der JGU sind bereits durch Michael Kißener kollektivbiografisch untersucht worden.³ Aufgrund des Zuschnitts der Studie wurden dort nur die unmittelbar bei Gründung Berufenen des Sommersemesters 1946 (ohne Honorarprofessoren) berücksichtigt, sodass unter anderem die Angehörigen der Medizinischen Fakultät, die erst zum Wintersemester 1946/47 ihren Lehrbetrieb eröffnete, nicht enthalten sind. Die vorliegende kollektivbiografische Betrachtung knüpft hier an und nimmt die erweiterte Gründungsgeneration in den Blick. Hierunter gefasst sind alle Ordinarien, außerplanmäßigen und außerordentlichen Professoren sowie Honorarprofessoren, die zwischen dem Sommersemester 1946 und dem Wintersemester 1947/48 berufen wurden (insgesamt 99 Personen, alle männlich). Durch die Einbeziehung der Medizinischen Fakultät sowie aller Honorarprofessoren wird überprüft, inwieweit die Befunde Kißeners zur regionalen Herkunft, Konfession und NS-Vergangenheit der Professoren sich auch für die erweiterte Gründungsgeneration bestätigen lassen oder revidiert werden müssen.⁴

Am Ende des Betrachtungszeitraums verfügte die JGU nicht nur über eine medizinische Fakultät, sondern hatte zahlreiche weitere Lehrstühle eingerichtet. Abgesehen von den Lehrstühlen für Strahlenkunde und Zahnmedizin, welche erst später dazu kamen, wies sie ab diesem Zeitpunkt all jene Fachgebiete auf, die ihr Gesicht bis in die 1950er-Jahre prägen sollten. Darüber hinaus war der Lehrbetrieb durch die zum Sommersemester 1947 erfolgte Einrichtung von Instituten in geordnete Bahnen gelenkt. In der Betrachtungsgruppe vereinen sich die universitären Entscheidungsträger des Lehrkörpers. Die Berücksichtigung der Honorarprofessoren mag zwar auf den ersten Blick verwundern, da diese oft nicht als Teil des eigentlichen Lehrkörpers wahrgenommen werden. Doch für die junge Universität stellte diese Berufungsart ein wichtiges Instrument dar, fähige Bewerber an die Hochschule zu binden und diese bei passender Gelegenheit auf ordentliche Lehrstühle zu berufen.⁵

Die frühe Rekrutierungsphase an der JGU, in der der gesamte Lehrkörper neu berufen werden musste, glich – abgesehen von wohl ausgewählten Bewerbern, die seitens der französischen Militärregierung platziert wurden – unweigerlich einem Schneeballsystem. Zahlreiche Initiativbewerbungen gingen ein, und jeder der angenommenen Bewerber wusste weitere Aspiranten, die sich für eine Besetzung eignen würden. Stimmte die Universität mit der Empfehlung überein, wurde ein Berufungsvorschlag ausgefüllt, der neben Angaben zu Personaldaten und Zugehörigkeit zu NS-Organisationen auch eine Kategorie »vorgeschlagen durch« enthielt. Diese Kategorie wurde jedoch nur sporadisch genutzt, wodurch sich innerhalb der Untersuchungsgruppe keine flächendeckende Analyse der Berufungsnetzwerke durchführen lässt. Die häufigsten der insgesamt 32 Nennungen entfallen hier auf die Kategorien »Selbstvorschlag« und »vorgeschlagen durch die französischen Besatzungsbehörden« (jeweils vier Mal). Weitere Vorschläge beziehen sich überwiegend auf Fachkollegen, die entweder bereits an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wirkten oder als renommierte Fachvertreter anzusehen waren. Diese wurden, wie bereits zuvor üblich, bei aussichtsreichen Kandidaten um Gutachten über die wissenschaftliche Eignung der Bewerber gebeten.

Aufgrund der schwierigen Ausgangslage in Mainz schuf man verschiedene Anreize, um den dorthin berufenen Professoren die Aufbauarbeit an der neuen Universität schmackhaft zu machen. Denn verglichen mit dem Bestand von 1939 waren 1949 noch 54 Prozent der Mainzer Wohnungen zerstört, was zu einer akuten Wohnungsknappheit führte.⁶ Da die neuberufenen Professoren zuvor überwiegend nicht in der Stadt gewohnt hatten und sich somit auf dem freien Wohnungsmarkt umsehen mussten, zahlte man ihnen eine »Sonderzulage Mainz«.⁷

Versorgungsansprüche seitens der Professoren waren auch Gegenstand einer Auseinandersetzung mit der Landesregierung geworden, bei der die Quelle jedoch eher beamtenrechtlicher Natur war: Es ging um die unterschiedlichen Professorentitel. So verwendete man in Mainz die bereits zuvor im Deutschen Reich gebräuchliche Unterteilung in Ordinarien und Extraordinarien. Unter den Extraordinarien wurden die außerordentlichen, außerplanmäßigen und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren gefasst. Extraordinarien wurden zu Professoren berufen, verfügten aber nicht über die mit einem Lehrstuhl verbundenen Mitarbeiterstellen. Während außerordentliche Professoren immerhin verbeamtet wurden, war für außerplanmäßige und nichtbeamtete außerordentliche Professoren eine Verbeamtung nicht vorgesehen. Um derart berufene Kollegen dennoch zu halten und ihnen eine materielle Grundversorgung zu verschaffen, wurden diese Berufungen häufig mit beamteten Planstellen aus dem Mittelbau (Diätendozenturen oder Akademische Ratsstellen) verbunden.⁸ Die Ordinariate hingegen waren neben einer beamteten Stellung des Hochschullehrers und einem Mitarbeiterstab in der Regel zudem mit einer Institutsleitung verbunden. Abweichend von den Vollordinariaten, die zur Grundausrüstung der Universität gehörten, erfolgte immer wieder auch eine Berufung zum persönlichen Ordinarius. Hiermit sollten herausragende Fachvertreter berufen werden, für die aber kein freies Ordinariat zur Verfügung stand. Im Gegensatz zu diesen fest im Stellenplan verankerten Lehrstühlen wurden persönliche Ordinariate in der Regel nicht mehr nachbesetzt, sondern galten ad personam. Jedoch ließen sich gerade in der Gründungsphase der JGU nicht alle Titel so sauber trennen, wurden doch beispielsweise die Titulaturen außerplanmäßiger und nichtbeamteter außerordentlicher Professor geradezu synonym verwendet. Die Wahl der Benennung scheint hierbei vor allem von der persönlichen Sozialisierung des Einzelnen abhängig gewesen zu sein, da ihnen je nach geografischer Herkunft eher der eine oder der andere Terminus geläufig war. Darüber hinaus wich Rheinland-Pfalz auch bei der Ordinariatsbezeichnung von der gebräuchlichen Norm ab und benannte die Amtsinhaber als ordentlich öffentliche Professoren.

Professor ist nicht gleich Professor

Zu welchen Problemen diese unscharf benutzten Begrifflichkeiten führen konnten, verdeutlicht das Fallbeispiel Karl Reutti, Professor für Sozialpolitik und Soziologie.⁹ Reutti war als nichtbeamteter außerordentlicher Professor nach Mainz berufen worden und sollte dort aufgrund seiner langjährigen Erfahrung in der Allgemeinen Ortskrankenkasse über Sozialpolitik lesen. Doch schon im Oktober 1946 erlitt er während einer Dienstreise in das nahe gelegene Ludwigshafen einen tödlichen Herzinfarkt. Reutti war damit der erste Verstorbene des Lehrpersonals der Universität. Während dem universitären Totengedenken in würdevoller Weise durch eine akademische Trauerfeier Genüge getan wurde, sorgte der Fall innerhalb der Verwaltung für Aufregung. Denn seine Witwe, Edith Reutti, erhob Anspruch auf ein Witwengeld und ein Gnadengehalt für das laufende Vierteljahr, wie es bei Beamten üblich war.¹⁰ Hinzu kam, dass die meisten Professoren aufgrund ihrer zumeist noch ungeklärten Rolle im »Dritten Reich« nicht als Beamte sondern nur als Beamte auf Widerruf ernannt worden waren, wodurch der Beamtenstatus Reuttis fraglich war. Hierzu fertigte der Mainzer Jurist Walter Schätzel ein der Personalakte beigefügtes Gutachten an, das zu dem Schluss kommt, dass

»für Frau Reutti eine Hinterbliebenenrente an zuständiger Stelle beantragt werden sollte. Die Bewilligung einer solchen Rente entspricht nicht nur der Billigkeit, sondern auch den Grundsätzen der bisher in der deutschen Verwaltung befolgten Praxis. Es läge darin auch nicht nur der Dank für die Leistungen, die Professor Reutti der Universität erwiesen hat, sondern allgemein die Anerkennung eines Prinzips, das für zahlreiche in ähnlicher Lage befindliche Dozenten der Universität von Bedeutung ist und ihnen eine gewisse Beruhigung geben würde.«¹¹

Obwohl sich vor allem die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät stark für die Witwe ihres Kollegen eingesetzt hatte, wurde der Antrag abgelehnt, und Edith Reutti erhielt lediglich eine zeitlich befristete Notunterstützung von 50 DM im Monat. Durch den »Fall Reutti« offenbarte sich, dass die Rechtsstellung der verschiedenen Universitätsangehörigen keinesfalls so klar war, wie man zuvor gedacht hatte, da auch nicht in allen Fällen erkennbar war, inwiefern das Deutsche Beamtengesetz von 1937 noch anwendbar war und ob die dort genannten Berufungsformeln noch gültig waren. Es wurde argumentiert, dass allein aus der in der Ernennungsurkunde gewählten Berufungsformel die Begründung eines Beamtenverhältnisses abgeleitet werden könne. Daher nahm Schätzel die Rücksendung der Personalakte Reuttis zum Anlass, den Verwaltungsdirektor und späteren Kanzler Fritz Eichholz daran zu erinnern, dass gerade bei zukünftigen Berufungen die Benennung der Professur und die gewählte Berufungsformel kritisch zu überprüfen sei und diese Überprüfung auch für bereits eingestellte »Altfälle«¹² möglichst rasch nachgeholt werden müsse. Gesteigert wurde diese Rechtsunsicherheit durch die Tatsache, dass die ersten Ernennungsurkunden nicht durch einen Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz (das es bekanntermaßen bei Gründung der Universität noch nicht gab), sondern durch Rektor Schmid unterzeichnet worden waren. Hiermit ging eine Unsicherheit einher, inwiefern die so eingestellten Universitätsangehörigen überhaupt unter der Obhut der Landesregierung standen. Erst nach Inkrafttreten des *Statut[s] über die Organe der Verwaltung und die Berufung der Professoren der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz*¹³ 1949 wurden die Professoren offiziell durch die Landesregierung berufen. Um 1950 wurden dementsprechend alle Professoren (analog hierzu vermutlich auch alle anderen Universitätsbeamten) mit neuen Bestallungsurkunden ausgestattet, die nun vom Ministerpräsidenten, Peter Altmeier, unterzeichnet waren.¹⁴



Ein Blick auf Teile der zerstörten Mainzer Innenstadt (Domus Universitatis mit St. Quentin, um 1946). Foto: Philipp Münch, Quelle: UA Mainz, S3/10635.

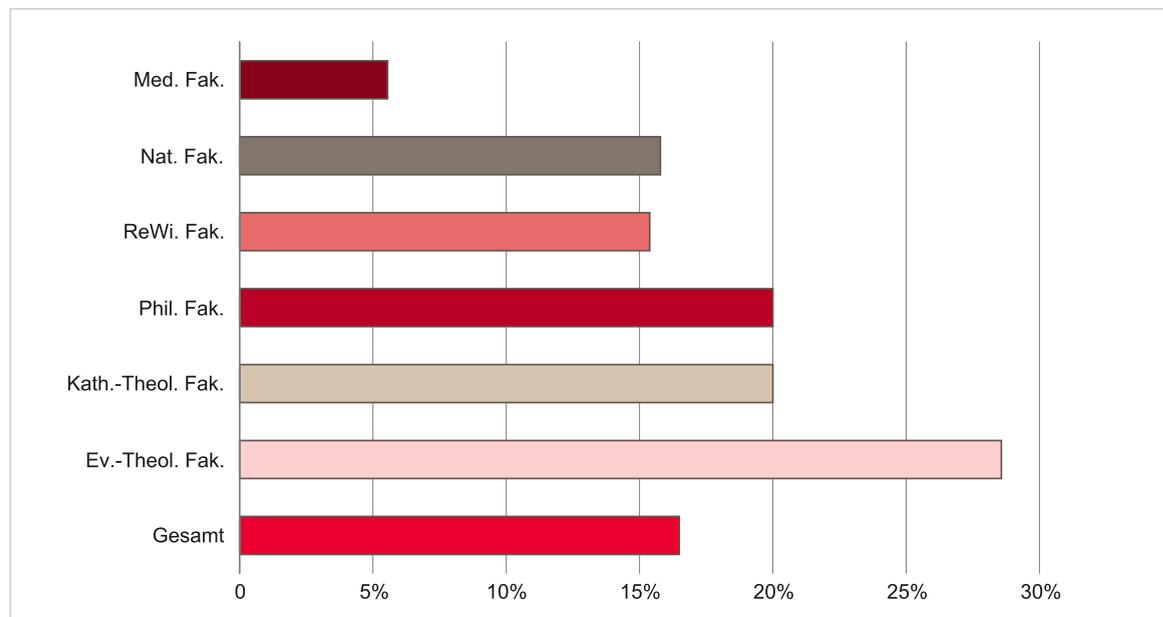
Berücksichtigt man die bedeutende Rolle des Priesterseminars Mainz bei der Universitätsgründung, weicht die konfessionelle Zusammensetzung der Professorenschaft von den Erwartungen ab. Anders als die eingangs angeführte Rede Schmidts vermuten lässt, kann eine Dominanz katholischer Professoren nicht festgestellt werden. So finden sich neben 51 Protestanten (51,5 %) nur 38 Katholiken (38,3 %) sowie drei Professoren, die ihr Bekenntnis als konfessionslos oder gottgläubig angaben.¹⁵ Es bestätigt sich hier der bereits von Kißener erhobene Befund eines protestantisch dominierten Lehrkörpers, für welchen er konstatiert: »Das katholische Bildungsdefizit spiegelt sich auch hier noch.«¹⁶

In Bezug auf die Herkunft lässt sich ebenfalls kein Übergewicht rheinischer Professoren feststellen.¹⁷ So kamen nur acht Professoren (8,2 %) aus Rheinhessen (davon fünf Mainzer) und zehn (11,1 %) entstammten der preußischen Rheinprovinz. Insgesamt waren 52 Angehörige der Untersuchungsgruppe in Gebieten geboren, die unter preußischer Verwaltung standen. Zwölf Personen waren an Orten auf die Welt gekommen, die zur Zeit ihrer Geburt nicht im Deutschen Reich lagen. Das von Schmid formulierte Ziel, die Universität von preußischen Einflüssen freizuhalten, wurde also nicht erreicht. Durchschnittlich erhielt die Gründungsgeneration ihren Mainzer Ruf im Alter von 46,8 Jahren. Ältester Professor war der 1878 geborene Paul Diepgen, der als Emeritus der Berliner Universität bereits auf eine lange Karriere als Medizinhistoriker zurückblicken konnte. In Relation zu ihm wirkten die drei jüngsten berufenen Kandidaten, die allesamt dem Jahrgang 1913 angehörten, geradezu jugendlich.¹⁸

Paragraph 11 der bereits im Februar 1946 verkündeten Universitätsstatuten legte fest, dass die Habilitation aufgrund ihres Missbrauchs durch die Nationalsozialisten nicht maßgeblich für die Berufbarkeit von akademischen Bewerbern sein sollte.¹⁹ Grund hierfür war, dass in der NS-Zeit die *venia legendi* erst nach Absolvierung einer Dozentenakademie verliehen worden war, die politischen Schulungszwecken gedient hatte.²⁰

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Professorenschaft

*Nicht habilitierte Mainzer
Professoren nach Fakultät
(WiSe 1947/48). Quelle:
Eigene Ausarbeitung des
Autors.*



Die Habilitation hatte sich vor allem ab den 1920er-Jahren als Voraussetzung für die Berufung etabliert, sodass in Berlin 1935 bereits fast 89 Prozent der Lehrstuhlinhaber habilitiert waren.²¹ Bis zum Wintersemester 1953/54 war der Anteil der habilitierten Professoren bundesweit auf 92,1 Prozent gestiegen.²² Doch hat man von der Möglichkeit, nicht habilitierte Bewerber zu berufen, in Mainz nur eingeschränkt Gebrauch gemacht, da immerhin 82 (82,8 %) Professoren über die Habilitation verfügten, obwohl die Vorgabe der politischen Eignung die Auswahl unter den habilitierten Bewerbern naturgemäß einschränkte. Im Vergleich hierzu verfügten an der Universität Kiel 96,2 Prozent der Professoren über die Habilitation.²³ Für die ersten Mainzer Ordinarien weist Kißener eine Habilitationsquote von 76 Prozent nach. Der erneute Anstieg mit Ausweitung der Betrachtungsgruppe dürfte vor allem in der Fachkultur der Mediziner begründet sein, da sich dort traditionell besonders viele Wissenschaftler zur Habilitation entschlossen.²⁴ Folglich zeigt die Medizinische Fakultät der JGU auch mit Abstand den geringsten Anteil (5 %) nicht habilitierter Professoren im Untersuchungszeitraum auf.²⁵ Am häufigsten nutzte die Evangelisch-Theologische Fakultät die Möglichkeit, nicht habilitierte Professoren zu berufen (28,5 %). Da sich der Personalstamm der Fakultät stark aus Kreisen der Bekennenden Kirche speiste, finden sich hier am ehesten Professoren, deren Habilitation während des »Dritten Reichs« aus politischen Gründen verhindert worden war. Die Katholisch-Theologische Fakultät hingegen rekrutierte sich vor allem aus der Professorenschaft des Mainzer Priesterseminars (40 %), an dem die Habilitation für die Übernahme eines Lehrstuhls die Regel gewesen war.

Überwiegend verließ man sich bei der Besetzung der Lehrstühle auf Wissenschaftler, die bereits andernorts als Professoren gewirkt hatten oder bei denen abzusehen war, dass sie ihr Fachgebiet dementsprechend ausfüllen konnten. Da diese Wissenschaftler den vormals herrschenden Gepflogenheiten hatten gerecht werden müssen, waren sie meist habilitiert. In 35 Fällen (35,3 %) wurden Erstberufungen vorgenommen, wovon aber fünf Professoren zuvor bereits Gelegenheit gehabt hatten, sich als Lehrstuhlvertreter an anderen Hochschulen zu beweisen. Für die Verbleibenden stellte die Berufung auf ein Mainzer Ordinariat den nächstfolgenden Karriereschritt dar. Gut ein Drittel (35 Personen) war zuvor Inhaber eines Vollordinariats an einer anderen Universität gewesen.²⁶ Die übrigen hatten vor allem als außerordentliche oder außerplanmäßige Professoren gewirkt. So ergab sich eine gleichmäßige Mischung aus arrivierten Fachvertretern mit Erfahrung

in der universitären Verwaltungs- und Gremienarbeit, Forschern, die sich innerhalb ihres Fachs bereits bewiesen, aber noch kein Ordinariat bekleidet hatten, und Jungen, die zum ersten Mal eine Professur innehatten. Überwiegend entsprachen die Bewerber in Qualifikation und Alter dabei den akademischen Gepflogenheiten.

Auffallend ist die Bindewirkung, die die Johannes Gutenberg-Universität Mainz bei ihren Gründungsprofessoren entfaltete. So hielten 54 Professoren ihrer neuen Alma Mater die Treue bis zum Dienstenende. Die Gründungsgeneration hatte jedoch auch 20 Tote zu beklagen, die noch vor ihrer Emeritierung aus dem Leben schieden. Selbst an den »Arbeitern des Geistes«, die vermeintlich weniger durch die Zeitläufte beeinträchtigt waren, gingen die Herausforderungen der Zeit nicht spurlos vorüber. Noch 1947 war die Versorgungslage in Mainz so desolat, dass Prorektor Adalbert Erler in einem Brief davon sprach, »daß einige Professoren bereits an Hungerödemen leiden«. ²⁷ Die Professoren, die schon vor ihrer Emeritierung in Mainz verstarben, wurden durchschnittlich 59,8 Jahre alt. In diesem Alter erwartete einen rheinland-pfälzischen Mann 1949 statistisch gesehen noch 16,2 Jahre Lebenszeit. ²⁸

In der Anfangszeit wechselten nur 25 Mitglieder der Gründungsgeneration (25,2 %) an eine andere Hochschule. Die Gründe für diesen Wechsel sind vielschichtig und reichen von der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen über persönliche Animositäten innerhalb des Lehrkörpers bis hin zum Wunsch, wieder an alte Wirkungsstätten zurückzukehren. Betrachtet man diese ehemaligen Wirkungsstätten und vorherigen Lehrstühle der Professorenschaft genauer, so fällt auf, dass auch hinsichtlich der akademischen Sozialisation nicht zwingend eine »Entpreußung« stattgefunden hatte. 22 Wissenschaftler (22,2 %) hatten ihren vormaligen Lehrstuhl innerhalb der preußischen Grenzen von 1944 bekleidet. Jedoch kann beispielsweise für die katholische Rheinprovinz oder für andere, nicht zum preußischen Kerngebiet zählende Gebiete, naturgemäß nicht von einer »klassisch-preußischen Sozialisation« ausgegangen werden. Beschränkt man die Untersuchung daher auf die sechs mehrheitlich protestantischen preußischen Ostprovinzen (Brandenburg, Ostpreußen, Pommern, Posen, Schlesien und Westpreußen) ergibt sich ein schärferes Bild, welche Professoren als »Preußen« zu werten sind. Nach Aufschlüsselung des Befunds verbleiben 14 »preußisch sozialisierte« Professoren (14,1 %), die – wenig überraschend – mehrheitlich Protestanten waren. Nahezu gleich verteilen sich diese auf die Hochschulorte Berlin, Breslau und Greifswald. Konfessionell ist Greifswald hier als interessanter Sonderfall zu betrachten, da drei der fünf von dort kommenden Professoren der römisch-katholischen Kirche angehörten. Das hessische Gießen war unter den vormaligen Wirkungsstätten ebenfalls stark vertreten. Immerhin sechs Professoren hatten zuvor einen Lehrstuhl an der benachbarten, aber nach dem Krieg geschlossenen, hessischen Hochschule innegehabt.

Analysiert man die vorherigen akademischen Wirkungsstätten (unter Nichtberücksichtigung der Studienorte) zeigen sich deutliche Schwerpunkte. Die ersten drei Plätze belegen mit Berlin, Freiburg im Breisgau und München zwei Groß- und Enduniversitäten. ²⁹ Durch eine akademische Tätigkeit an einer solchen erhofften sich die meist jungen Akademiker einen Karriereschub, da sie dort am wahrscheinlichsten mit renommierten Fachvertretern zusammenarbeiten konnten. Die Auflistung der Universität Freiburg als zweitwichtigste akademische Station der Mainzer Professorenschaft kann nur auf den ersten Blick verwundern, war doch der bei den Berufungen maßgeblich beteiligte erste Rektor Schmid vormals dort tätig gewesen. Ausgehend von seinem dortigen personellen Netzwerk suchte er nach geeigneten Bewerbern für Mainz, von dem ihm natürlich wiederum Personen empfohlen wurden, die den Befragten aus ihrer Tätigkeit in Freiburg bekannt waren. Als vierter Schwerpunkt zeigt sich die nahegelegene, aber geschlossene Universität Gießen. Platz fünf teilen sich die Universitäten Halle/Saale und Breslau mit jeweils elf dort zuvor Beschäftigten.

Besondere Aufmerksamkeit wird im Folgenden auf die Universität Breslau gerichtet. Sie liegt mit jeweils elf Nennungen bereits deutlich hinter der erstgenannten Universität Berlin (25 Nennungen) zurück. Einen



Der Medizinhistoriker Paul Diepgen war der älteste der neuberufenen Professoren. Quelle: HU Berlin, Universitätsbibliothek, ID 1395.

Lehrstuhl in Breslau hatten vor Kriegsende nur vier der Mainzer Professoren inne.³⁰ Hier zeigt sich, dass auch in der erweiterten Untersuchungsgruppe der Befund Kißeners Bestand hat. Eine »Breslau-Connection«, wie sie von einem studentischen Arbeitskreis noch 1991 postuliert worden war, lässt sich innerhalb der Gründungsgeneration nicht finden.³¹ Dieser Vorwurf stand meist als pars pro toto für die These, aus Breslau seien Hochschullehrer mit besonders schillernder nationalsozialistischer Vergangenheit nach Mainz gekommen. Inwieweit trotzdem letztgenannte Personen Eingang in die Professorenschaft gefunden haben und welche Bedeutung die sogenannten »Flüchtlingsprofessoren« in der Aufbauphase der Universität hatten, wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

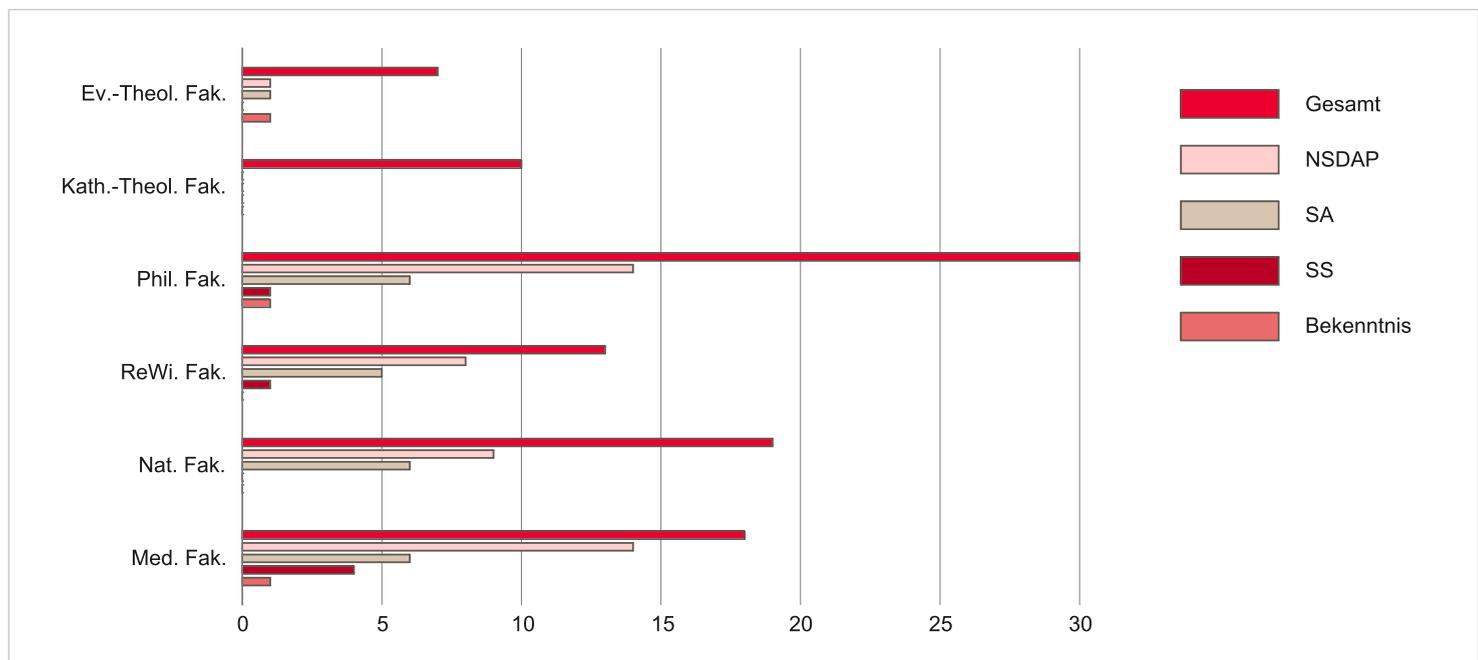
Schatten der Vergangenheit – auch über einer Nachkriegsgründung?

Ebenso wie an anderen Universitäten lag auch über der JGU der Schatten der Vergangenheit. Zwar hatte es sie während des »Dritten Reichs« nicht gegeben, aber selbstredend hatten die dort ab 1946 wirkenden Professoren ihre Lehrtätigkeit meist an Hochschulen im nationalsozialistischen Deutschland ausgeübt.

Einige waren tief in die NS-Verbrechen verstrickt, andere hatten sich in politischer Opposition zum Regime befunden und waren verfolgt worden. Im Folgenden wird daher nicht nur die formelle Belastung der Professorenschaft dargestellt und exemplarisch verdeutlicht, sondern auch das Entnazifizierungsverfahren an der JGU untersucht. Zentral hierbei ist jedoch die Prämisse, dass die formale Mitgliedschaft in NS-Organisationen nur begrenzte Erkenntnisse über die Identifikation mit dem Nationalsozialismus erlaubt. Ebenso ist das Fehlen formaler Belastung kein Beweis für eine Distanzierung vom Nationalsozialismus, wie das bekannte Beispiel des Verwaltungsjuristen Hans Globke zeigt.³² Schon früh wurde gegenüber Mainz der Vorwurf laut, »die Universität sei ein Nest ehemaliger Nazis, und viele Professoren und Studenten seien früher in der SS gewesen [...]«,³³ was zu überprüfen ist.

Die Situation der Universität Mainz als Nachkriegsgründung brachte es mit sich, dass hier aufgrund des fehlenden Personalstamms viele sogenannte »Flüchtlingsprofessoren« tätig waren. Mit diesem Terminus wurde jener Teil der Professorenschaft bezeichnet, der zuvor in den deutschen Ostgebieten gelehrt hatte und bedingt durch den Kriegsverlauf die dortigen Hochschulen hatte verlassen müssen. Der Anteil dieser Professoren lag im Wintersemester 1952/53 bei 30 Prozent.³⁴ Mit den geflüchteten Hochschullehrern kamen aber auch die gegen sie vorgebrachten Ressentiments. Vor allem den Ostvertriebenen unter ihnen wurde eine besondere Affinität zum Nationalsozialismus nachgesagt, was zum Teil auf die von der NS-Hochschulpolitik angedachte Rolle der Königsberger und Breslauer Universität zurückzuführen ist. Diese hatten als »Grenzlanduniversitäten« ausgebaut und so ein intellektuelles Bollwerk des »Deutschtums« werden sollen. Jedoch war die schlesische und ostpreußische Professorenschaft nicht zwingend nationalsozialistischer eingestellt als in anderen Teilen des Deutschen Reichs. Es dürfte sich also eher um eine Instrumentalisierung dieses Teils der nationalsozialistischen Propaganda seitens der bereits eingestellten Wissenschaftler handeln. Die vertriebenen Hochschullehrer stellten für sie im Wettbewerb um die noch verbliebenen oder durch Entlassungen freigewordenen Lehrstühle Konkurrenten dar.³⁵ Ein Teil des Rufs der Mainzer Universität als besonders »braun« dürfte also auf dieses Phänomen zurückzuführen sein.

Ebenso betonte der erste rheinland-pfälzische Ministerpräsident Wilhelm Boden bereits in seiner Regierungserklärung vom Dezember 1946, er wolle »jede Möglichkeit [ausnutzen,] die geistige Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus auszuräumen und durch Unterricht und Aufklärung echte deutsche Geistesart zu fördern und zu pflegen«. ³⁶ Dies galt auch für die JGU. Bereits zuvor hatte der Landeskommissar für Politische Säuberung und Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Jakob Steffan, in einer Rede erklärt, er habe sein Ministeramt vor allem angetreten, um die Universität zu säubern.³⁷



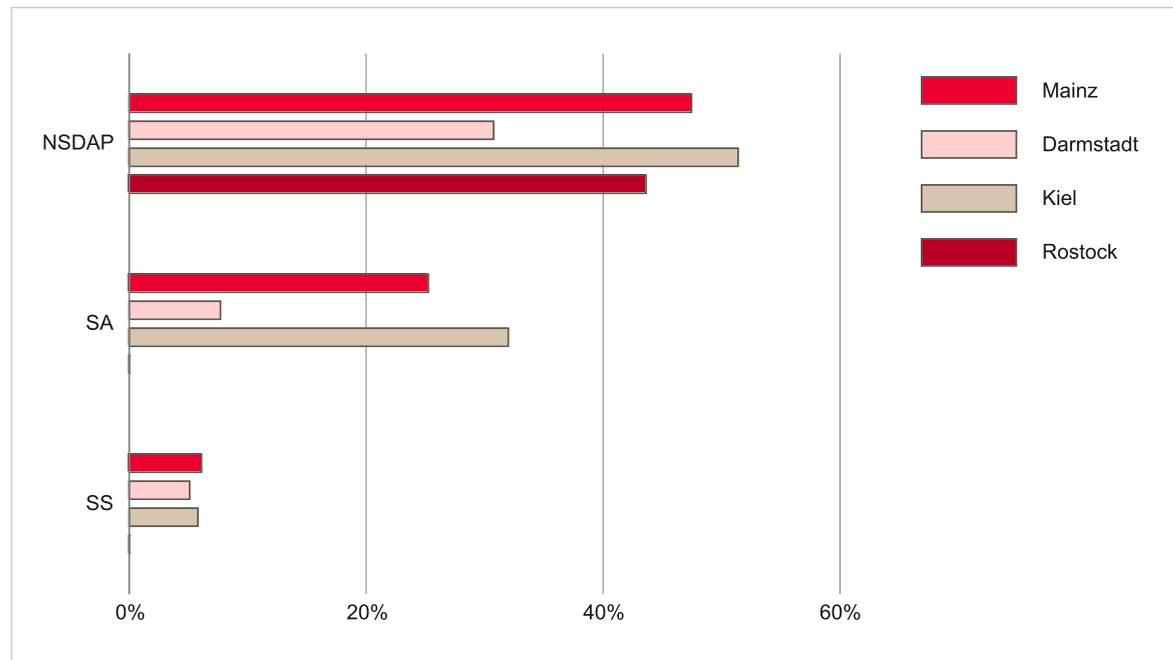
Für eine zusätzliche Verfestigung dieses Bildes sorgten im Juli 1947 betrunkene Mainzer Jurastudenten, die zu nächtlicher Stunde Kommerslieder singend durch das rheinhessische Alzey zogen. Neben den üblichen Studentenliedern intonierten sie auch das Landserlied *Siegreich wollen wir Frankreich schlagen*. An diesem Ereignis entzündete sich eine handfeste Diskussion darüber, ob die Universität eben keinen neuen Geist verkörperte, sondern vielmehr ein Hort des Revanchismus sei. Der Mainzer Musikwissenschaftler Arnold Schmitz schaffte es, die Debatte zu beruhigen. Er legte dar, dass die Studenten nur die alte Studentenweise *Wütend wälzt sich einst im Bette* gesungen hätten, die melodisch zahlreiche Ähnlichkeiten mit dem bekannten Landserlied aufweise. Die nachtschlafende Alzeyer Bevölkerung habe sich schlichtweg verhört.³⁸ Das war gewiss eine Interpretation, die wohl eher in das Reich der Notlügen zu verweisen ist. Die dargelegten Fälle zeigen indes, dass die Universität Mainz nicht nur unter besonders kritischer Beobachtung der Besatzungsbehörden und der deutschen Regierungsstellen stand, sondern auch von der Bevölkerung skeptisch beäugt wurde. Doch lassen sich diese Vorwürfe auch statistisch in der Professorenschaft belegen?

Formale Belastung der ersten Mainzer Professoren nach Fakultät. Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors.

Betrachtet man die 99 Mitglieder der erweiterten Gründungsgeneration, so stellt sich die formale Belastung, wie folgt, dar: 47 Personen waren Mitglied der NSDAP. Hiervon waren acht Professoren (17 %) der NSDAP im Jahr 1933 beigetreten. »Alte Kämpfer« mit Parteieintritten vor 1933 finden sich in dieser Gruppe nicht. Besonders viele Mainzer Professoren (22, das heißt 46,8 % der in der Untersuchungsgruppe vorhandenen NSDAP-Mitglieder) wurden 1937 Parteigenossen. Sie traten also zu einem Zeitpunkt bei, als die NSDAP nach langem Verbot erneut geöffnet wurde und ein Beitritt erstmals seit 1933 wieder offiziell möglich war. 18 der 47 Parteimitglieder besetzten bereits im »Dritten Reich« ein Vollordinariat.

Da durch die »Gleichschaltung« der deutschen Wissenschaft zunehmend eine Identifikation mit dem nationalsozialistischen Staat erwartet wurde, traten viele Hochschullehrer, vor allem wenn eine Berufung noch auf sich warten ließ, Gliederungen der NSDAP wie SA und SS bei.³⁹ Die Gründe hierfür waren vielfältig. So stellte die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation eine Möglichkeit dar, in Zeiten, in denen ein Parteieintritt nicht oder nur unter Ausnahmegenehmigung möglich war, Sympathie für das herrschende System auszudrücken. In einigen Fällen zeigt sich auch das Bestreben, durch eine SA-Mitgliedschaft »Schlimmeres«, das

Formale Belastung der Professoren im Wintersemester 1947/48 an ausgewählten Hochschulen.
Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors.



heißt eine NSDAP-Mitgliedschaft, zu vermeiden. Nicht zuletzt gab es neben den aus vorgenannten Gründen auf eigene Initiative beigetretenen SA-Mitgliedern auch solche, die aufgrund ihrer vorherigen Mitgliedschaft in Frontkämpfer-Verbänden des Ersten Weltkriegs (beispielsweise dem Stahlhelm) automatisch in die SA überführt worden waren.

Schließt man die Fördernden Mitglieder (F. M.) mit ein, finden sich in der Untersuchungsgruppe 25 SA-Mitglieder sowie sechs Mitglieder der SS. Wenig verwunderlich ist hierbei die formale Belastung der Angehörigen der Medizinischen Fakultät. So gehörten 15 der 20 untersuchten Mediziner vormals der NSDAP an. Diese Erkenntnis korrespondiert mit den Zahlen des Wintersemesters 1944/45 aus Bonn (74,5 %) und Freiburg (75 %) gegen Kriegsende.⁴⁰ So liegt der Befund zwar innerhalb der für die »Kriegsuniversitäten« üblichen Spanne. Berücksichtigt man aber, dass die Medizinische Fakultät Bonn den Anteil ehemaliger NSDAP Mitglieder bis 1948 auf 19 Prozent reduzieren konnte, zeigt sich, wie stark ehemalige Parteimitglieder am Aufbau der Mainzer Medizin beteiligt waren und wie groß der Mangel an geeignetem medizinischen Personal gerade in Mainz war. Ebenso entfielen zwei Drittel der SS-Mitgliedschaften auf Angehörige der Medizinischen Fakultät. Betrachtet man die SA-Mitgliedschaften, waren diese ausgewogener verteilt. So waren sieben (28 %) Mitglieder der Medizinischen sowie jeweils sechs der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät (jeweils 24 %) vorher Mitglied der SA gewesen. Innerhalb des JGU-Lehrkörpers fanden sich überdies drei Unterzeichner des *Bekanntnisses der deutschen Professoren zu Adolf Hitler*.⁴¹ Der Vergleich mit Statistiken anderer Universitäten fällt schwer, da meist nur Zahlen für den gesamten Lehrkörper während des »Dritten Reichs« angegeben werden, nicht aber für den bereinigten Lehrkörper nach Kriegsende.⁴² Entsprechende Berechnungen lassen sich aber für die Professoren der Universitäten Rostock, Kiel und der Technischen Hochschule Darmstadt anstellen. Während Rostock im Wintersemester 1947/48 mit 43,6 Prozent recht nah am Mainzer Befund liegt,⁴³ findet sich an der Universität Kiel mit 51,9 Prozent ein höherer Anteil ehemaliger Parteimitglieder.⁴⁴ Die niedrigste Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder fand sich mit 30,7 Prozent in Darmstadt.⁴⁵ Es zeigt sich also, dass das Ziel Raymond Schmittleins, eine Universität mit besonders geringem Anteil ehemaliger »Nazis« in Bezug auf die Anzahl der NSDAP-Parteimitglieder aufzubauen, fehlgeschlagen war.⁴⁶

Letztlich kann im Mainzer Fall also nicht von einer Universität mit unterdurchschnittlich »nazifiziertem« Personal ausgegangen werden. Schlussendlich war der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder nicht so niedrig, wie eine Neugründung es erwarten lassen würde, und entsprach auch nicht dem von den Franzosen formulierten Anspruch. Selbstredend ist die Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen jedoch kein zwingender Beweis für eine Übereinstimmung mit nationalsozialistischem Gedankengut, da diese nur in biografischen Einzelbetrachtungen untersucht werden kann.

Es gab in der Mainzer Professorenschaft Personen, die tief in den Unrechtsstaat des »Dritten Reichs« verstrickt waren. So war der Hygieniker Heinrich Kliewe Mitglied in der NSDAP und SA und hatte während des Kriegs an der Militärärztlichen Akademie Berlin gelehrt. Daneben fungierte er in seiner Kriegsverwendung als beratender Hygieniker innerhalb der Wehrmacht und war ab 1943 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Blitzableiter gewesen, die einen Krieg mit biologischen und chemischen Waffen vorbereiten sollte. Kliewe galt in dieser Zeit als einer der führenden Wissenschaftler im Bereich der biologischen Kriegsführung und plädierte dafür, die deutschen B-Waffen offensiv einzusetzen, beispielsweise durch das Aussetzen verseuchter Kartoffelkäfer.⁴⁷ Nach dem Krieg wurde dieser Teil aus Kliewes Vergangenheit ausgeblendet; in der Bundesrepublik war er vor allem für seine Forschungen zur gesundheitsfördernden Wirkung des Weins bekannt.

Ein weiteres Beispiel ist der Germanist und Theaterwissenschaftler Willi Flemming, der an der JGU vor allem durch seine Theatergruppe bekannt war. Während seiner Zeit an der Universität Rostock war Flemming ein Funktionär der NSDAP gewesen. Er war im Juli 1933 der SS als F. M. beigetreten, was als erstes Indiz für eine Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie gewertet werden kann.⁴⁸

Ab 1934 hatte er sich in verschiedenen Funktionen für die Reinhaltung des deutschen Schrifttums, beispielsweise als Leiter der Abteilung Schrifttum des Kampfbundes für Deutsche Kultur oder als Gauschrifttumsbeauftragter des Gaus Mecklenburg bei der Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg (Amt Rosenberg), engagiert. Nachdem er der NSDAP zum 1. Mai 1937 beigetreten war,⁴⁹ leitete er ab 1938 die Stelle für Büchereiwesen des Schulungsamts der Gauleitung Mecklenburg.⁵⁰ Zwar stellt Flemmings Biograf Oliver Siebisch fest, dass dieser sich nicht in besonderem Maß für die NSDAP engagiert, in seinen Schriften aber durchaus Positionen der NS-Ideologie vertreten habe.⁵¹ Ebenso hatte er im Parteisinn geschult und war durch seine Funktion im Kampfbund daran beteiligt gewesen, Bibliotheken im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie auszurichten. Somit kann er als belastet betrachtet werden. Beide genannten Professoren waren aber von der französischen Militäradministration zur Berufung zugelassen worden, was wiederum der Universität zum Vorwurf gemacht wurde.

Jedoch reagierte man seitens der JGU auch auf solche Fälle. Dies zeigt ein Brief, den Rektor Schmid am 22. Dezember 1947 verfasste. Dort sind 14 Professoren aufgelistet, die Mitglied der NSDAP gewesen waren. Schmid wies kleinteilig nach, dass diese aufgrund ihrer Formalbelastung in der Regel zwar berufen, aber nicht zu Beamten auf Lebenszeit ernannt worden waren.⁵² Und auch seitens des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums wurden einige Bewerber wegen politischer Belastung abgelehnt, wie ein Schreiben des Ministerialdirektors Hans Becker zeigt.⁵³ Es können dennoch weitere Professoren genannt werden, deren Berufung aufgrund ihrer Aktivitäten im und für den Nationalsozialismus zweifelhaft erscheinen.⁵⁴

In der Professorenschaft gab es aber auch zahlreiche Beispiele für Hochschullehrer, die sich dem nationalsozialistischen Regime verweigert hatten. So der Chemiker Fritz Straßmann, der eine jüdische Pianistin während des Kriegs versteckt hatte und dafür posthum von der Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechter unter den Völkern geehrt wurde.⁵⁵ Ebenso ist der Kulturwissenschaftler Anton Hilckman zu nennen, den die

Fallbeispiele



Der Germanist Willi Flemming 1978. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/6971.

NS-Verfolgungsorgane wegen »Heimtücke« verhaftet und ihm nicht nur den Dokortitel entzogen, sondern ihn auch im Konzentrationslager Buchenwald interniert hatten.⁵⁶ Ein weiteres Beispiel ist der Gutenberg-Forscher Aloys Ruppel, der die NS-Stadtverwaltung durch eine Finte daran gehindert hatte, Bestände der Mainzer Stadtbibliothek zu verbrennen.⁵⁷ Insgesamt arbeiteten an der neuen Universität demzufolge sowohl ehemalige Befürworter als auch Gegner des Nationalsozialismus.

Die Entnazifizierungsverfahren an der JGU

Anders als bei den anderen Besatzungsmächten war den Franzosen aber ohnehin daran gelegen, die Deutschen nicht kurzfristig zu bestrafen, indem sie diese internierten. Gerade der Leiter der Direction de l'Éducation Publique, General Schmittlein, hoffte, mit einer langfristig angelegten Kultur- und Umerziehungspolitik die Deutschen zu Demokraten machen zu können, da nur so die fortwährende Bedrohung Frankreichs durch den Nachbarn beendet werden könne.⁵⁸ Bedingt hierdurch und aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels fanden auch Personen den Weg in den Mainzer Lehrkörper, die bei ihrer Berufung nicht unbedingt als Vorzeigedemokraten zu bezeichnen waren. Dies spiegelt sich auch in den Entnazifizierungsverfahren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wider.

Nachdem die zukünftigen Professoren zu Beginn der Rekrutierungsphase vor gar keinen Entnazifizierungsausschuss treten müssen, ordnete Émile Laffon, Leiter der zivilen Besatzungsverwaltung der französischen Zone, im Mai 1947 an, dass auch die JGU eine eigene Spruchkammer einrichten müsse, um ihr Personal zu entnazifizieren. Den Vorsitz nahm der ehemalige Landgerichtspräsident Hans Schneider ein, der zudem als Universitätsrichter vorgesehen war, den Vorsitz der Spruchkammer aber unabhängig von seiner späteren universitären Funktion übernahm. Die Anklage wurde durch Regierungsrat Adolf Alex vertreten, der innerhalb der Universität als Stellvertreter von Kurator Eichholz fungierte. Daneben entsandten die politischen Parteien je zwei Personen in die Spruchkammer und auch die Fakultäten waren mit jeweils zwei Mitgliedern vertreten.⁵⁹ Den Universitätsangehörigen wurden Meldebögen ausgeteilt, die sie ausgefüllt zurückgeben mussten. Diese wurden nach Eingang von den französischen Sicherheits- und Nachrichtendiensten sorgfältig überprüft und Informationen über die NS-Vergangenheit der Betroffenen im Berlin Document Center eingeholt. Gegen jeden, bei dem aufgrund dieser Angaben eine Einstufung als »Minderbelasteter« oder höher zu erwarten war, wurde eine Spruchkammerverhandlung eingeleitet.⁶⁰

Laut Abschlussbericht der Kammer, die zum 31. Dezember 1948 ihre Tätigkeit einstellte, waren am Ende 653 Verfahren durchgeführt worden, wovon 412 mit dem Bescheid »nicht betroffen« erledigt wurden. Hier von entfielen 106 Fälle auf Angehörige des Lehrpersonals.⁶¹ Insgesamt wurden nur zwei mündliche Verfahren durchgeführt, die den Assistenzarzt Hans-Wolfgang Schega⁶² und den Ophthalmologieprofessor Adolf Jess betrafen, die beide Mitglieder der SS gewesen waren.⁶³

Die übrigen Beklagten fielen unter eine der Amnestien, weshalb die Verfahren eingestellt wurden. Ende 1948 wurde seitens des Service de l'Épuration in Koblenz kritisiert, dass an der JGU nur auf Grundlage der Meldebögen entnazifiziert worden sei und beispielsweise die Schriften, die die Professoren vor 1945 verfasst hatten, zu wenig Berücksichtigung gefunden hätten.⁶⁴ Sichtbar wird dies beispielhaft am Fall des Romanisten Edgar Glässer, der sich mit einer *Einführung in die rassekundliche Sprachforschung* habilitiert hatte.⁶⁵ Die dort vertretenen Thesen ergaben nach einem Gutachten des Juristen Hubert Armbruster »insgesamt das Bild einer von der NS-Propaganda her geprägten Pseudo-Wissenschaft«.⁶⁶ Die Verantwortlichen der JGU nahmen die Schrift jedoch erst nachträglich zur Kenntnis, sodass diese sich nicht einstellungshemmend auf Glässers Berufung auswirkte. Betrachtet man aber die Lage der Mainzer Universitätsbibliothek (UB), die sich im Untersuchungszeitraum immer noch im Aufbau befand, verwundert dies wenig.⁶⁷ Zwar kooperierte die

UB mit der Mainzer Stadtbibliothek und profitierte von Schenkungen der französischen Behörden, ein Großteil der benötigten Titel musste aber per Fernleihe bestellt werden, sodass die entsprechenden Stellen der Universität schlicht nicht die Möglichkeit hatten, jeden Titel in den Bibliografien der Bewerber zu überprüfen. Hieran zeigt sich, welchen Stellenwert eine ausgebaute Bibliothek für die Bereinigung des Lehrkörpers hatte. Einer Anekdote des Universitätshistorikers Helmut Mathy zufolge, war daher das Hauptinstrument des Prorektors Adalbert Erler bei der Identifikation nationalsozialistischer Titel die 1941 erschienene Ausgabe von *Kürschners-Gelehrten-Kalender*,⁶⁸ in der einschlägige Titel bibliografiert worden waren. Fehlten diese in den Bewerbungsschreiben, kam erstes Misstrauen auf. Um die Universität vor allzu heftigen Angriffen der Öffentlichkeit zu schützen, stellte Schmittlein klar, er habe die Vorschläge des Rektors persönlich auf deren politische Zuverlässigkeit geprüft, um die Berufung von »Nazis« zu verhindern.⁶⁹

Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen 1951, wurde dies weitgehend hinfällig. Nun wurden zahlreiche Dozierende in den Hochschulbetrieb integriert, die im Deutschen Reich eine Beamtenstellung bekleidet und bis dato noch keine stellungsgerechte Wiederverwendung gefunden hatten (sogenannte Unterbringungsberechtigte). Dies galt neben Hochschullehrenden auch für ehemalige Angehörige von Justiz, Militär und weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens. Da der Bund sich unter bestimmten Bedingungen dazu verpflichtet hatte, an noch nicht wieder eingestellte Beamte ein Übergangsgeld zu zahlen, war der Gesetzgeber an der Reintegration der Übergangsgeldempfänger in den Arbeitsmarkt besonders interessiert.⁷⁰ Einige der Unterbringungsberechtigten waren nationalsozialistisch belastet und hatten daher nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt eingestellt werden können. Andere hatten schlicht gegenüber anderen Fachvertretern das Nachsehen gehabt.

In der Folge musste die Universität nachweisen, dass ein Fünftel ihrer Planstellen mit Bediensteten besetzt waren, die von Artikel 131 betroffen waren.⁷¹ Bei Nichteinhaltung dieser Grenze konnten neugeschaffene Stellen nur mit Ausnahmegenehmigung besetzt werden, sodass die Universität in ihrer Personalpolitik eingeschränkt wurde. Bis zum Wintersemester 1952/53 schaffte es die JGU, einen Anteil von 30 Prozent »Flüchtlingsprofessoren« nachzuweisen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. So wurden einige Hochschullehrer der ehemaligen deutschen Ostgebiete einer Universität zugeteilt, ohne an ihr zu lehren. Ein Mainzer Beispiel hierfür ist der evangelische Theologe Carl Schneider, der vor Kriegsende Professor in Königsberg gewesen war und im Nachkriegsdeutschland als Kulturreferent der Stadt Speyer wirkte. Vermutlich aufgrund ihrer Funktion als Landesuniversität von Rheinland-Pfalz wurde er der JGU zugewiesen und dort auch emeritiert, hielt aber keine Lehrveranstaltungen in Mainz ab.⁷²

Den entscheidenderen Teil der »131er« bildeten freilich die lesenden Professoren. Die Gründe, warum diese Personengruppe für die Mainzer Universität besonders attraktiv war, sind vielschichtig. Es gab von ihnen nicht nur besonders viele, die Unterbringungsberechtigten waren durch die Subventionspolitik der Bundesregierung auch finanziell besonders attraktiv. So wurden für diesen Personenkreis »k.w.-Professuren« (künftig wegfallende) gestiftet, die ähnlich den persönlichen Ordinariaten nicht mehr nachbesetzt werden sollten. Außerdem beteiligte sich der Bund großzügig an den Pensionsbezügen dieser Beamten. Waren Hochschullehrer bei der Pensionierung als unterbringungsberechtigt anerkannt, übernahm der Bund die Hälfte der anfallenden Bezüge, womit die Landesregierung einen größeren finanziellen Spielraum hatte. Ob durch dieses Förderprogramm aber vor allem ehemalige NSDAP-Mitglieder an der JGU integriert wurden, muss weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Resümee

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Befunde Michael Kißeners auch in der erweiterten Gründungsgeneration bestätigt werden können. Mehr noch: Man kann den Mainzer Gründungsprofessor geradezu typisiert beschreiben: Ausnahmslos männlich übernahm ein typischer Professor der erweiterten Gründungsgeneration seinen Lehrstuhl durchschnittlich im Alter von 47 Jahren. Meist hatte er zuvor noch kein Vollordinariat bekleidet. Entgegen der Ankündigung in den Statuten und Eröffnungsreden war er überwiegend habilitiert, protestantisch und nicht im Rheinland geboren. Bezüglich der Formalbelastung im Nationalsozialismus lagen die eingestellten Professoren im bundesweiten Durchschnitt. Hier fanden sich sowohl Karrieristen, die der Partei zu ihrem eigenen Nutzen beigetreten waren, als auch gegen das Regime eingestellte Wissenschaftler. In einigen Fällen haben auch ehemals überzeugte Nationalsozialisten den Weg in den Lehrkörper gefunden. Zudem lässt sich feststellen, dass die Mainzer Professoren ihrer neuen Wirkungsstätte überwiegend treu blieben und auch an der JGU emeritiert wurden, so sie nicht während ihrer Dienstzeit verstarben.⁷³ Viele dieser Wissenschaftler lehnten gleich mehrere Rufe an andere Universitäten ab, an denen sie bessere materielle Ausstattungen zu erwarten gehabt hätten. Zahlreichen Gründungsvätern war es eine Genugtuung, ihr Aufbauwerk bis zum Ende ihrer Dienstzeit zu begleiten und viele von ihnen blieben der Universität auch über den Tod hinaus, im Gräberfeld 71 des Mainzer Hauptfriedhofs, verbunden.⁷⁴

Anmerkungen

- 1 Schmid: Wollen, S. 46.
- 2 Defrance: Mainz, S. 74.
- 3 Kißener: Kontinuität.
- 4 Die Begriffe »erweiterte Gründungsgeneration«, »Lehrkörper« und »Professorenschaft« werden im Folgenden synonym benutzt.
- 5 Dass diese Praxis noch weit über den Untersuchungszeitraum hinaus üblich war, zeigt der Fall des »ordentlichen Honorarprofessors« Eilhard Schlesinger, der aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht als Ordinarius berufen wurde, aber durch Stimmrecht im Senat möglichst seinen Kollegen gleichgestellt werden sollte. Vgl. dazu die Informationen zu Eilhard Schlesinger in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 30.9.2019).
- 6 Vgl. Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, S. 382 f.
- 7 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 45/88, Gutachten des Dekans der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Thomas Würtenberger, vom 18.11.1950. Wegen mangelnder finanzieller Mittel blieb diese Sonderzulage nur eine kurze Episode in der Geschichte der JGU. Schon am 15.7.1948 stellte die Landesregierung die Zahlung der Zulage durch Erlass des Finanzministers einseitig und ohne vorherige Rücksprache mit der Universität ein. Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 45 f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band.
- 8 Vgl. UA Mainz, Best. 64/53, Gutachten von Walter Schätzel, [o. D.].
- 9 Die in diesem Absatz formulierten berufsstrategischen Ausführungen beruhen zu großen Teilen auf der quantitativen Auswertung der Personalakten der Gründungsprofessoren durch den Autor.
- 10 Vgl. dazu die Informationen zu Karl Reutti in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.9.2019). Verschärft wurde die Situation dadurch, dass nach Reutts Ableben weder seine Familie noch die Universität über dessen Tod informiert wurden. Statt den Leichnam nach Mainz zu überführen, wurde er durch die Ludwigshafener Behörden auf einem dortigen Friedhof in einem Armengrab beerdigt.
- 11 UA Mainz, Best. 64/53, Gutachten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät betreffend die Versorgungsbezüge der Witwe Reutti, [o. D.].
- 12 Ebd., Walter Schätzel an Regierungsdirektor Fritz Eichholz am 23.7.1947.
- 13 UA Mainz, Best. 26/1, Rundschreiben des Rektors vom 21.9.1949.
- 14 Vgl. den Bericht des Rektors [Hellmut Isele] über die Amtsjahre vom 1.8.1949 bis 30.9.1951. Die Berichte der Rektoren und Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.10.2019).
- 15 Für sechs Professoren war die Konfessionszugehörigkeit nicht zu ermitteln.
- 16 Kißener: Kontinuität, S. 107.
- 17 Unter rheinisch sind im Folgenden die Rheinprovinz des Landes Preußen sowie die Provinz Rhein Hessen des Volkstaats Hessen verstanden, da diese das landläufig als rheinisch bezeichnete Gebiet zu großen Teilen abdecken.
- 18 Es handelt sich hierbei um den Anglisten Horst Ooppel, den Neutestamentler Eduard Schweizer sowie den Chemiker Theodor Wieland.
- 19 Vgl. die Statuten der Universität Mainz (§ 11), abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 103–110.
- 20 Zur Dozentenakademie am Beispiel der Universität Kiel vgl. Göllnitz: Wissenschaftspolitik.
- 21 Vgl. Grüttner: Universität, S. 110.
- 22 Vgl. Busch: Stellenplan, S. 44.
- 23 Eigene Berechnungen auf Grundlage des Vorlesungsverzeichnisses vom WiSe 1947/48 sowie der Angaben im Kieler Gelehrtenverzeichnis unter URL: <http://cau.gelehrtenverzeichnis.de/> (abgerufen am 24.9.2019). Parallel zur Mainzer Untersuchung wurden hier ebenfalls außerplanmäßige und Honorarprofessoren, jedoch keine entpflichteten Professoren berücksichtigt.
- 24 Vgl. Grüttner: Lehrkörper, S. 138.
- 25 Dieser Vergleich wurde gewählt, weil die Habilitationsquote deutscher Hochschulprofessoren nach 1945, d.h. der Anteil der Professoren, die über eine Habilitation verfügten, ein Forschungsdesiderat darstellt, das auch mit den bereits digital vorhandenen Professorenverzeichnissen nicht belastbar zu schließen war.
- 26 Persönliche Ordinarien sind hierbei nicht berücksichtigt.
- 27 UA Mainz, Best. 7/5, Prorektor Adalbert Erler an Arnold Brecht am 11.7.1947.

- 28 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Statistische Berichte, S. 10, Tab. 3.
- 29 Zu dieser Klassifikation vgl. Baumgarten: Professoren, S. 272 f.
- 30 Es handelt sich um den Musikwissenschaftler Arnold Schmitz, den Mediziner Johann Schriever, den Altphilologen Wilhelm Süß sowie den Psychologen Albert Wellek.
- 31 Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 24–26.
- 32 Vgl. dazu Franz: Prinzipien u. Lommatzsch: Globke.
- 33 Defrance: Mainz, S. 80.
- 34 Vgl. Mößlang: Elitenintegration, S. 380.
- 35 Vgl. Parak/Schreiber: Flüchtlingsprofessoren, S. 34 f.
- 36 Protokoll über die 2. Sitzung vom 5.12.1946. In: Land Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Beratende Landesversammlung Rheinland-Pfalz. Drs.1 von 1946, S. 12.
- 37 Vgl. UA Mainz, Best. 7/3, Prorektor Adalbert Eler an General Raymond Schmittlein am 9.12.1946.
- 38 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 209.
- 39 In der vorliegenden Untersuchung wurden nur Mitgliedschaften in SA und SS statistisch ausgewertet, da diese als aussagekräftiger anzusehen sind als Mitgliedschaften im Berufsverband (Dozentenbund), ohne die die berufliche Betätigung oft nur eingeschränkt möglich war, sowie anderen Massenverbänden wie dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) oder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV).
- 40 Vgl. George: Wiederaufbau, S. 66 u. Seemann: Säuberungen, S. 9.
- 41 Nationalsozialistischer Lehrerbund (Hrsg.): Bekenntnis.
- 42 Auch bei den Nachkriegsgründungen Saarbrücken und FU Berlin lassen sich keine vergleichbaren Zahlen nachweisen.
- 43 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben bei Herzig/Trost: Universität Rostock, S. 59.
- 44 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Vorlesungsverzeichnisse und der Angaben im Kieler Gelehrtenverzeichnis unter URL: <http://cau.gelehrtenverzeichnis.de/> (abgerufen am 24.9.2019). Ausgenommen wurden die Professoren Hertzberg und Voß, da zu ihnen keine biografischen Angaben vorlagen.
- 45 Eigene Berechnungen auf Grundlage des Vorlesungsverzeichnisses vom WiSe 1947/48 und den Angaben bei Schmidt: Nationalsozialismus, S. 522–531. Der besonders geringe Prozentsatz an Parteimitgliedern kann zum Teil dadurch erklärt werden, dass die TH nicht über eine Medizinische Fakultät verfügte. Nimmt man beim Mainzer Befund diese Fakultät aus, ergibt sich mit 40,5 % ehemaliger Mitglieder der NSDAP dennoch eine deutliche Abweichung.
- 46 Vgl. Defrance: Mainz, S. 78.
- 47 Vgl. dazu die Informationen zu Heinrich Kliewe in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.9.2019). Zur Rolle Kliewes in der deutschen B-Waffenforschung vgl. Geißler: Rolle u. Oehler-Klein u. a.: Militarisierung.
- 48 Zu den F. M. der SS vgl. Hein: Elite, S. 164–178.
- 49 Flemming erhielt nach seinem Antrag vom 26.9.1937 rückwirkend zum 1.5.1937 die NSDAP-Mitgliedsnummer 6.034.803 zugeteilt. Vgl. dazu Falter: NSDAP-Mitglied, S. 26.
- 50 Vgl. dazu die Informationen zu Willi Flemming in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 18.9.2019).
- 51 Vgl. Siebisch: Germanist, S. 67–86.
- 52 Vgl. UA Mainz, NL 17/20, Schreiben des Rektors vom 22.12.1947 betreffend »Professoren an der Johannes Gutenberg-Universität, [sic!] Mainz, die Mitglieder der NSDAP, oder einer Gliederung derselben waren«.
- 53 Vgl. UA Mainz, Best. 7/29, Ministerialdirektor Hans Becker an den Rektor am 19.2.1948.
- 54 Zu nennen wären hier insbesondere die Mediziner und SS-Mitglieder Alexander Herrmann und Adolf Jess, aber auch der Anthropologe Egon von Eickstedt. Zu letzterem siehe den Beitrag von Ilja Medvedkin in diesem Band.
- 55 Vgl. Gutmann: Lexikon der Gerechten, S. 267 f.
- 56 Siehe hierzu auch die Beiträge von Horst Kant und Michael Simon in diesem Band.
- 57 Vgl. Giebeler u. a. (Hrsg.): Grabfeld 71, S. 23.
- 58 Vgl. Seemann: Säuberungen, S. 212 f. u. allg. Linsenmann: Musik.
- 59 Vgl. UA Mainz, Best. 7/6, Mitgliederliste der Spruchkammerabteilung der Universität Mainz.
- 60 Vgl. Möhler: Entnazifizierung, S. 347 f.
- 61 Vgl. UA Mainz, Best. 39/11, der Präsident der Spruchkammer des Landes Rheinland-Pfalz, Valentin Wallauer, an den Landeskommissar für politische Säuberung am 15.2.1949.
- 62 Schega war der Schwiegersonn des Mainzer Oberbürgermeisters Emil Kraus.
- 63 Vgl. UA Mainz, Best. 39/11, der Vorsitzende der Spruchkammerabteilung der JGU an den Präsidenten der Spruchkammer des Landes Rheinland-Pfalz, Valentin Wallauer, am 16.2.1949. Vgl. dazu auch UA Mainz, Best. 45/170, Liste der im Städtischen Krankenhaus tätigen Ärzte.
- 64 Vgl. UA Mainz, Best. 39/11, der Generalsekretär des Service de l'Épuration an Universitätsrichter Hans Schneider am 17.12.1948. Der Vorwurf stieß bei Schneider auf Widerstand.
- 65 Glässer: Einführung. Zu Glässer siehe ausführlich Kißener: Kontinuität, S. 121 f.
- 66 UA Mainz, Best. 64/29, Gutachten von Hubert Armbruster für die Dienststrafkammer Mainz beim Bezirksverwaltungsgericht Neustadt vom 3.12.1952.
- 67 Zum Aufbau der UB Mainz siehe den Beitrag von Christian König in diesem Band.
- 68 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 76.
- 69 Vgl. Möhler: Entnazifizierung, S. 170.
- 70 Vgl. Bretschneider: Gesetz, § 37, S. 24.
- 71 Vgl. ebd., §13, S. 16.
- 72 Vgl. UA Mainz, Best. 64/1506, Personalakte Carl Schneider. Weder im Vorlesungsverzeichnis lässt sich eine von Schneider gehaltene Veranstaltung nachweisen, noch wird er im dortigen Personalteil geführt. Auch seine Personalakte weist auf kein von ihm abgehaltenes Seminar hin.
- 73 Vgl. dazu u. a. die Typologie der Kieler Professoren bei Auge: Kieler Professor, S. 15–41.
- 74 Heute trägt das Gräberfeld die Nr. 71. Im Vertrag zwischen der Stadt Mainz und der JGU ist es jedoch als Feld 70B ausgewiesen. Vgl. UA Mainz, Best. 55/452, Vertrag vom 25.5.1952 u. Giebeler u. a. (Hrsg.): Grabfeld 71.

Egon von Eickstedt und Frédéric Falkenburger

Die Anfänge der Anthropologie

Ilja Medvedkin

Die Institutionalisierung der biologischen Anthropologie in Deutschland entwickelte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Sie folgte der rassentheoretischen Ausrichtung von Autoren wie Arthur Gobineau, Francis Galton, Houston Stewart Chamberlain oder Ernst Heinrich Philipp August Haeckel und orientierte sich an vererbungstheoretischen Erkenntnissen. Die deutsche Anthropologie der Jahre 1933 bis 1945 gilt heute als eine Periode der Korruption und Belastung, die durch die Verstrickung zahlreicher ihrer Vertreter in das System des Nationalsozialismus bedingt war, was sich in erster Linie durch Versuche manifestierte, der NS-Rassenpolitik eine pseudowissenschaftliche Grundlage und Legitimation zu bieten. Auch die aus heutiger Sicht als nichtwissenschaftlich und rassistisch verurteilten Begrifflichkeiten »Rassenkunde« beziehungsweise »Rassenlehre« waren bis 1945 an den reichsdeutschen Hochschulen, Lehr- und Forschungsinstituten sowie weiteren Einrichtungen gefestigt worden. Man denke beispielhaft an das Institut für Rassen- und Völkerkunde in Leipzig, das Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt am Main, das Königsberger Rassenbiologische Institut, das Institut für Erb- und Rassenpflege in Gießen, das Hamburger Rassenbiologische Institut sowie die zahlreichen Landesämter für Rassewesen.¹

Obwohl eine gründliche, reflektierte und öffentlich wirksame Auseinandersetzung mit der Geschichte der Anthropologie in Deutschland während der nationalsozialistischen Periode erst Jahrzehnte nach Kriegsende begann, kam bereits Ende der 1940er- sowie Anfang der 1950er-Jahre die Frage nach der politischen Belastung der »Rassenkunde« beziehungsweise »Rassenlehre« auf.² Das erste Nachkriegsjahrzehnt kann als eine Tabuisierungsphase in Hinsicht auf die Beleuchtung der Disziplingeschichte der Anthropologie der Jahre 1933 bis 1945 gelten.³ Erst die 1950er- sowie die 1960er-Jahre lieferten wertvolle Impulse in der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Anthropologie während der NS-Zeit. Eine allgemein bemerkbare Distanzierung bundesdeutscher Anthropologen von Begrifflichkeiten wie »Rasse« und »Rassenkunde« setzte jedoch erst in den 1970er-Jahren ein und zog sich mit gewissen Einschränkungen bis in die 1990er-Jahre.⁴ Obwohl diese Begriffe aus heutiger Sicht als diskreditiert betrachtet werden, blieb die »Rassenkunde« bis in die 1970er- beziehungsweise 1980er-Jahre wenn nicht auf der Ebene der Institutsnamen⁵ oder Lehrstuhlbezeichnungen,⁶ so doch auf der Ebene des allgemeinen Lehr- und Forschungsbetriebs anthropologischer Institute an westdeutschen Hochschulen durchaus institutionalisiert. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Tatsache, dass nach 1945 zahlreiche renommierte Anthropologen der NS-Periode eine Anstellung an westdeutschen Universitäten erlangen konnten. Dabei war oftmals ein Anknüpfen an Methoden, Inhalte sowie Lehr- und Forschungstraditionen der nationalsozialistischen Zeit, darunter auch das Fehlen eines kritischen und reflektierten Umgangs mit dem »Rasse«-Begriff zu verzeichnen.⁷ Somit handelte es sich in vielen Fällen lediglich um formale oder strukturbezogene Umbrüche. Persönliche, inhaltliche und methodische Kontinui-

täten blieben demgegenüber oftmals bestehen, da die Mehrheit der während der NS-Zeit tätigen »Rassenforscher« in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands sowie später in der Bundesrepublik lebte und wirkte. Allerdings gab es nach 1945 zunächst nur wenige Universitäten, an denen die Anthropologie als Fach vertreten war. Tübingen, Jena, Hamburg, Mainz, Kiel, Göttingen, Bremen sowie München wären hier beispielhaft zu nennen. Im Oktober 1946 wurde der bekannte NS-Rassenhygieniker, Anthropologe und Eugeniker Fritz Lenz als planmäßiger außerordentlicher Professor an die Universität Göttingen berufen. Der Rassenhygieniker, Humanbiologe sowie Mediziner Otmar von Verschuer kam im Sommersemester 1951 an die 1945 wiedereröffnete Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Die »Rassenforscher« und ehemaligen SS-Angehörigen Gerhard Heberer und Wilhelm Gieseler erhielten nach 1945 ebenfalls eine Anstellung an westdeutschen Hochschulen.⁸ Auch die im Mai 1946 wiedereröffnete Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) wurde zum Anlaufpunkt früherer NS-»Rassenkundler«, wobei vor allem Egon von Eickstedt hervorzuheben ist.⁹ Unter anderem diese Berufung führte dazu, dass wenige Jahre nach Gründung der JGU Kritik an der politischen Vergangenheit ihrer Hochschullehrer laut wurde und 1947 sogar der Vorwurf aufkam, die Universität sei ein »Nazinest«.¹⁰

Egon Freiherr von Eickstedt wurde am 10. April 1892 in der Stadt Jersitz (Provinz Posen des Königreichs Preußen) geboren. Er stammte aus einer adeligen Familie evangelisch-lutherischen Glaubens und war Sohn eines Beamten.¹¹

Egon Freiherr von Eickstedt

Im April 1913 nahm von Eickstedt sein Studium an der Berliner Universität auf, wobei er zunächst die Fächer Erdkunde und Philosophie studierte. Eine Unterbrechung erfuhr sein Studium aufgrund des Kriegsausbruchs im August 1914. Der 22-jährige Student meldete sich als Kriegsfreiwilliger und diente als Sanitätsunteroffizier zunächst im besetzten Belgien, später im ebenfalls okkupierten Rumänien. Interessant im Zusammenhang mit seinem Kriegsdienst von 1914 bis 1918 ist die Tatsache, dass von Eickstedt in dieser Zeit anthropologische Untersuchungen an Insassen deutscher Kriegsgefangenenlager durchführte.¹² Im April 1918 endete sein Kriegsdienst. Er setzte sein Studium fort, zunächst an seiner Alma Mater, später an der Universität Frankfurt am Main (1919–1920). Im April 1920 wurde er beim bekannten Anthropologen und Forschungsreisenden Felix von Luschan, der unter anderem Direktor des Museums für Völkerkunde in Berlin gewesen war, mit einer Arbeit über die Sikhs promoviert.¹³

Zwischen 1921 und 1929 war von Eickstedt an mehreren Lehr- und Forschungsinstitutionen in Deutschland sowie im Ausland tätig, unter anderem am Geographischen Institut in Freiburg im Breisgau, am Freiburger Anatomischen Institut, am Naturhistorischen Museum und Anthropologischen Institut in Wien, am Münchener Anthropologischen Institut sowie am Staatlichen Forschungsinstitut für Völkerkunde in Leipzig. Einen bedeutenden Meilenstein im wissenschaftlichen Werdegang stellte die von ihm organisierte und geleitete Expedition nach Indien (1926–1929) dar, deren Bedeutung für die zeitgenössische anthropologische Forschung zweifellos von hohem Wert gewesen ist.¹⁴ Die auf dieser Expedition erhobenen Daten bildeten die Grundlage für von Eickstedts Habilitation im Jahr 1929. Im April desselben Jahres kam er als Dozent an die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. Später wurde er Direktor sowohl des Anthropologischen als auch des Ethnologischen Instituts an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität und blieb bis Januar 1945 in der Stellung des Direktors beider Institute.¹⁵

Das bekannteste Projekt von Eickstedts aus der Breslauer Zeit war die sogenannte Rassenuntersuchung Schlesiens (RUS).¹⁶ Dieses großangelegte Unternehmen, bei dem von Eickstedt von seiner Assistentin Ilse Schwidetzky unterstützt wurde, begann im Herbst 1934 und dauerte vier Jahre an.¹⁷ Für das Vorhaben wurden ungefähr 65.000 Personen aus rund 800 Dörfern in 35 oberschlesischen Landkreisen nach »Ras-



Undatiertes Porträt von
Ilse Schwidetzky-Rösing.
Quelle: UA Mainz,
S3/9167.

Ilse Schwidetzky-Rösing

Ilse Schwidetzky-Rösing, die von Eickstedt bei der Durchführung der RUS maßgeblich unterstützte, war seine Schülerin und führte seit dem Ende der 1950er-Jahre seine Lehr- und Forschungstraditionen fort. Die 1907 in der Provinz Posen geborene Schwidetzky studierte die Fächer Biologie, Physik, Mathematik, Geographie und Geschichte an den Universitäten Leipzig und Breslau sowie an der Technischen Hochschule Danzig. Von 1935 bis 1945 war sie von Eickstedts wissenschaftliche Assistentin und habilitierte sich bei ihm im Sommer 1937. Sie arbeitete bis Januar 1945 als Dozentin am Anthropologischen Institut der Universität Breslau. Im Herbst 1946 kam sie zusammen mit von Eickstedt an die JGU und erhielt dort 1949 den Status einer außerplanmäßigen Professorin. Schwidetzky war zudem die erste Mainzer Professorin, die eine ordentliche öffentliche Professur erhielt (1962).

senmerkmalen« anhand der von von Eickstedt aufgestellten »rassendiagnostischen« Formeln vergleichend untersucht.¹⁸ Es handelte sich um eine quantitative »flächendeckende Untersuchung« der »Rassenzusammensetzung«,¹⁹ anhand derer von Eickstedt meinte, durch ein Hochrechnen letztendlich auf die Gesamtzusammensetzung der schlesischen Bevölkerung schließen zu können.²⁰ Die RUS ist im Kontext der »Ostforschung« sowie der »Lebensraumpolitik« des nationalsozialistischen Regimes zu sehen. Sie gehörte damit zu den ideologisch-politischen Versuchen, territoriale Revisionsforderungen an den polnischen Staat zu begründen.²¹

Aufgrund des raschen Vormarschs von Teilen der Roten Armee Richtung Westen sah sich von Eickstedt zusammen mit vielen seiner Mitarbeiter im Januar 1945 zur Flucht aus Breslau genötigt.²³

Den Aufenthalt in Dresden, später Leipzig, folgte ein weiterer markanter Meilenstein in der wissenschaftlichen Karriere von Eickstedts, nämlich die Berufung auf den Lehrstuhl für Anthropologie an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der JGU im Oktober 1946. An der Fakultät schuf von Eickstedt das Anthropologische Institut, das in den Folgejahren weiter ausgebaut wurde. Im Oktober 1950 wurde er zum planmäßigen ordentlichen öffentlichen Professor auf Lebenszeit ernannt.²⁴ Das Institut leitete er bis zu seiner Emeritierung im September 1960. Von Eickstedt starb am 20. Dezember 1965 in Mainz.²⁵

Das Mainzer Institut, das bei der Gründung personell lediglich aus von Eickstedt, Schwidetzky sowie der Institutssekretärin Dorothea Ismer bestand und einen einzigen Dienstraum im Gebäude des Forum universitatis hatte, wurde in den Folgejahren stetig ausgebaut.²⁶ Die Institutsmitglieder engagierten sich im Rahmen zahlreicher anthropologischer sowie interdisziplinärer Veranstaltungen. Auf dem ersten Anthropologentreffen der Nachkriegszeit im baden-württembergischen Weinheim im Jahr 1948 wurde von Eickstedt zum Vorsitzenden der auf seine Initiative neu gegründeten Deutschen Gesellschaft für Anthropologie (DGA)²⁷ gewählt.²⁸ Diese Position bekleidete er zwischen 1948 und 1956 und blieb danach Ehrenmitglied der Gesellschaft. 1967 übernahm von Eickstedts Nachfolgerin auf dem Mainzer Lehrstuhl für Anthropologie, Schwidetzky, den Vorsitz der DGA. Zentrales Publikationsorgan der Gesellschaft und der Mainzer Anthropologischen Schule war die *Internationale Zeitschrift für vergleichende Forschung am Menschen (HOMO)*, die von von Eickstedt begründet und geleitet wurde. Bei *HOMO*, in der ausgewiesene »Rassenkundler« der NS-Zeit publizierten, handelte es sich um eine Wiederbegründung der von ihm 1935 ins Leben gerufenen *Zeitschrift für Rassenkunde*.²⁹



*Egon von Eickstedt
während einer Marokko-
Exkursion Ende der
1950er-Jahre. Quelle:
UA Mainz, S3/10368.*

Kennzeichnend für die Repräsentation des Anthropologischen Instituts der JGU war weiterhin die Teilnahme an anthropologischen Konferenzen und Fachtagungen. Dabei sind primär die *Anthropologisch-soziologischen Konferenzen* zu nennen,³⁰ darunter die Konferenzen der Jahre 1949 und 1951 in Mainz sowie die im Rahmen dieser Tagungen stattfindende interdisziplinäre Zusammenarbeit der Mainzer Anthropologen mit Ethnologen und Soziologen, wie dem Kölner Ordinarius Leopold von Wiese, der seit 1946 als Gastprofessor an der JGU wirkte.³¹

Nahezu zeitgleich mit von Eickstedt nahm ein weiterer Anthropologe seine Arbeit an der JGU auf, dessen Lebenslauf kaum unterschiedlicher zu dem von Eickstedts hätte sein können. Der am 27. August 1890 in Berlin geborene Frédéric Falkenburger diente in den Jahren 1911 bis 1912 in der deutschen Armee. Im Mai 1914 erlangte er nach einem Studium der Medizin und der Naturwissenschaften die Doktorwürde in Medizin an der Universität Straßburg und war von 1914 bis 1917 Assistenz-Oberarzt der Reserve.³² Nach der Beendigung seines Kriegsdienstes ging er 1917 und 1918 einer Tätigkeit als Lehrer nach. Danach wirkte er bis 1928 als praktischer Arzt, in den Jahren von 1928 bis 1933 als Vertrauensarzt in seiner Heimatstadt Berlin. Mit dem Beginn des NS-Regimes sah er sich wegen seiner jüdischen Herkunft zur Emigration gezwungen und ließ sich nach einem Aufenthalt in Moskau (1936–1937) schließlich in Paris nieder.³³ Im März 1937 erhielt Falkenburger die französische Staatsbürgerschaft.³⁴

Anfang Oktober 1937 wurde er Forschungsbeauftragter in der Abteilung Anthropologie und Ethnologie im Centre National de la Recherche Scientifique. Im Rahmen dieser Tätigkeit wirkte Falkenburger auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Pariser Musée de l'Homme. Im Mai 1938 wurde er zum Dr. rer. nat. mit einer Dissertation zum Thema *Recherches anthropologiques sur la déformation artificielle du crâne* promoviert.³⁵

Im Oktober 1940 wurde Falkenburger im Zuge der deutschen Besatzung Frankreichs offiziell entlassen. Tatsächlich aber konnte der jüdische Mediziner und Anthropologe seiner Forschungstätigkeit bereits seit der Einnahme der französischen Hauptstadt durch deutsche Truppen im Juni 1940 nicht mehr nachgehen. Seit diesem Zeitpunkt bis zum Oktober 1942 befand sich Falkenburger als Flüchtling in den südfranzösischen Städten Montpellier und Sète (auf dem Gebiet des sogenannten unbesetzten Frankreichs), ohne Möglichkeit zur weiteren Ausübung seines Berufs.³⁶ Er unternahm im Oktober 1942 den Versuch, die französisch-spa-

Frédéric Falkenburger

nische Grenze illegal zu überqueren, um das Territorium des im Juli 1940 geschaffenen und mit dem »Dritten Reich« kollaborierenden Vichy-Regimes zu verlassen und sich später den von Charles de Gaulle geschaffenen Forces françaises libres anzuschließen. Dieser Versuch endete mit der Internierung in den Lagern Rivesaltes und Gurs sowie in Alboussière (Ardèche). In Gurs wurde der Mediziner durch die Lageradministration zum ärztlichen Dienst herangezogen.³⁷ Am 18./19. Februar 1944 gelang Falkenburger die Flucht aus der Haft, und bis September 1944 konnte er sich vor der Gestapo und den Behörden der Vichy-Regierung versteckt halten. Es ist davon auszugehen, dass Falkenburger in dieser Zeit Kontakte zur Résistance pflegte. Nach der Befreiung Frankreichs erfolgte im Juli 1945 seine Wiedereinstellung am Pariser Centre National de la Recherche Scientifique.³⁸

Parallel zur wissenschaftlichen Betätigung war Falkenburger seit Juli 1945 Mitglied der Militärregierung in der französischen Besatzungszone. Er fungierte als Leiter der Section Assistance et Aide Sociale innerhalb der Direction de la Santé Publique et Aide Sociale der französischen Militärregierung in Baden-Baden. Im April 1949 wurde er zum Chef der Direction de la Santé Publique et Aide Sociale ernannt und war weiterhin seit Oktober 1949 Leiter des Bureau des Universités au Service des Relations Universitaires et Scolaires (Universitätsbeauftragter) innerhalb der Direction Générale des Affaires Culturelles. Im Februar 1950 stieg er zum Leiter des Service de la Santé du Haut Commissariat Française en Allemagne auf und bekam von der französischen Regierung im Juli des Folgejahres den Ehrentitel Chevalier de l'Ordre de la Santé Publique sowie im Februar 1953 den Titel Chevalier dans l'Ordre de la Légion d'Honneur verliehen.³⁹ Schon im März 1951 hatten die französischen Behörden sein großes Verdienst in der Verbreitung des politischen und kulturellen Einflusses Frankreichs in Deutschland dankend anerkannt.⁴⁰ Als Wissenschaftler und Mitglied der Militärregierung betrachtete Falkenburger die Normalisierung der durch die Jahre 1933 bis 1945 getrübbten deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen sowie ein Hinarbeiten auf die Versöhnung der Völker als primäre Zielsetzungen.⁴¹

Konflikt ohne Ausweg? Der »Institutsstreit« um Falkenburger und von Eickstedt

Im Herbst 1946 wurde Falkenburger zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Anthropologie am Anthropologischen Institut der Naturwissenschaftlichen Fakultät der JGU berufen. Er gehörte damit der zahlenmäßig kleinen Gruppe von Remigranten an, die nach dem Krieg eine Anstellung an der Mainzer Universität erhalten hatten. Parallel war er seit 1947 bis ins Sommersemester 1953 als Dozent für Anthropologie an der Universität Freiburg im Breisgau tätig und blieb bis August 1951 weiterhin Mitglied der französischen Militärverwaltung.⁴² Das Anthropologische Institut, an dem Falkenburger 1946 zu lehren und zu forschen begann, befand sich unter der Leitung von Eickstedts. Das Verhältnis zwischen Falkenburger auf der einen und von Eickstedt sowie seiner langjährigen Mitarbeiterin Schwidetzky auf der anderen Seite gestaltete sich von Anfang an äußerst konfliktreich, was zu einem schlechten Arbeitsklima am Gesamtinstitut führte.⁴³ Die Auseinandersetzung bedingte schließlich, dass Falkenburger das Institut im Frühjahr 1951 verließ.

Ein Blick auf die biografischen Hintergründe der beiden Anthropologie-Professoren liefert Indizien dafür, wieso ein konfliktfreies beziehungsweise reibungsloses Zusammenarbeiten unter einem Institutsdach spätestens im Frühjahr 1951 nicht mehr ohne Weiteres funktionieren konnte. Hierbei gilt es psychologische Barrieren zu berücksichtigen. Dass sich zahlreiche Wissenschaftler während der NS-Zeit politisch belasteten und die Anzahl der sogenannten »Mitläufer« unter Akademikern relativ hoch war, dagegen nur wenige Hochschullehrer den Mut besaßen, sich gegen die nationalsozialistische Rassenlehre zu stellen, war Falkenburger bewusst.⁴⁴



Das Ehepaar Falkenburger (rechts) mit Kanzler Fritz Eichholz und seiner Frau bei einer universitären Veranstaltung. Quelle: UA Mainz, S3/585.

Von Eickstedt wies jedoch stets darauf hin, dass er in der nationalsozialistischen Zeit wegen seiner wissenschaftlichen Haltung angefeindet und verfolgt worden sei.⁴⁵ Traf diese Behauptung zu?

Obwohl sich der ehemalige Breslauer Institutsdirektor in der Nachkriegszeit als Gegner der nationalsozialistischen Ideologie zu zeigen suchte, war er im »Dritten Reich« sowohl um einen Eintritt in die NSDAP als auch um eine Zusammenarbeit mit dem Regime bemüht gewesen. Zwar war von Eickstedt Parteianwärter (vorläufige Mitgliedsnummer 2.031.561), doch scheiterte eine Parteimitgliedschaft letztlich aufgrund von Intrigen, die vor allem innerhalb der Breslauer Universität gegen ihn geschmiedet wurden. Diese resultierten aus einem Konflikt zwischen von Eickstedt und seinem Kollegen am Anthropologischen Institut der Universität Breslau, Walter Jankowsky. Der Mediziner, Anthropologe und spätere SS-Arzt war 1929 als außerplanmäßiger Assistent an das Anthropologische Institut gekommen. Spätestens im November des Folgejahres war ein Streit zwischen ihm und seinem Vorgesetzten von Eickstedt entbrannt.⁴⁶ Bei dieser Auseinandersetzung spielten gegenseitige Denunziationen, Beschwerden sowie Diskreditierungsversuche eine Rolle. Auslöser des Konflikts war von Eickstedts Ehefrau Elvira (Enjo) da Costa Macedo, eine gebürtige Brasilianerin portugiesischer Herkunft, die er im April 1918 geheiratet hatte. Ihr sagte Jankowsky eine jüdische Herkunft nach, um damit von Eickstedt in den Augen der NS-Behörden zu diskreditieren. Die Auseinandersetzung mit Jankowsky, der über einflussreiche Beziehungen innerhalb der NSDAP verfügte, führte zu einer Ablehnung der Aufnahme von Eickstedts in die Partei.⁴⁷ Dies hielt letzteren jedoch nicht davon ab, mit verschiedenen Institutionen des nationalsozialistischen Regimes zusammenzuarbeiten, beispielsweise als Gutachter für das Reichssippenamt. So führte von Eickstedt gemeinsam mit Schwidetzky spätestens ab November 1939 sogenannte »rassenkundliche« Untersuchungen an Personen durch, deren »Rassezugehörigkeit« aus Sicht der nationalsozialistischen Machthaber fraglich erschien. Ziel dieser Gutachten war in erster Linie das Feststellen »jüdischer Rassenmerkmale«. Das Ganze mündete in die Erstellung von »Abstammungsgutachten«, die an den Auftraggeber dieser »Untersuchungen«, das Reichssippenamt, weitergeleitet wurden.⁴⁸ Da die

»Rassenpolitik« im NS-Staat höchste Priorität besaß, ist die beschriebene Praxis im Kontext der sich im Verlauf der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre immer mehr radikalierenden Diskriminierungs- und später Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zu betrachten. Somit entschieden von Eickstedt und Schwidetzky sowie andere im Auftrag des Reichssippenamts tätige »Rassenkundler« in der Praxis über das Schicksal der betroffenen Personen.⁴⁹

Dass Falkenburger die Bemühungen zahlreicher an der JGU lehrender und forschender Anthropologen, Ethnologen, Psychologen sowie Soziologen, an ihre Lehr- und Forschungsansätze aus der NS-Zeit anzuknüpfen, als eine gewisse Restaurierungstendenz wahrnahm, ist offensichtlich.⁵⁰ Hierbei spielten bestimmte Wissenschaftstraditionen der »rassenkundlichen« Forschung, die ihren Ursprung in der NS-Zeit und im Lehr- und Forschungsbetrieb an der Universität Breslau hatten und von von Eickstedt und Schwidetzky in Mainz fortgeführt wurden, eine erhebliche Rolle.⁵¹ Falkenburger hingegen vertrat eine explizit »nichtrassistische« und nicht politisierte Anthropologie, die im Widerstreit mit der »rassenkundlichen« Forschung stand.⁵² Er positionierte sich damit auch gegen eine Politisierung des »Rasse«-Begriffs,⁵³ welchen es von den »Fesseln der Politik« und des »Rassenwahns«⁵⁴ zu befreien gelte.

Dies erklärt in vielerlei Hinsicht den Konflikt zwischen ihm und von Eickstedt, bedenkt man zusätzlich, dass Falkenburger Kenntnis über von Eickstedts Gutachtertätigkeit im »Dritten Reich« besaß (diese war Gegenstand einer Anspielung Falkenburgers in fakultätsinterner Korrespondenz).⁵⁵ Aus genannten Gründen erscheint es alles andere als verwunderlich, dass Falkenburger von Eickstedt und Schwidetzky ablehnte. Aber auch ein universitätsrechtlicher Gesichtspunkt spielte eine Rolle. Falkenburger, der nicht habilitiert gewesen ist, beanspruchte die Stellung eines Ordinarius (bis zum Frühjahr 1951 hatte er die Position eines außerordentlichen Professors inne), wogegen sich von Eickstedt als Institutsdirektor wehrte.⁵⁶ Falkenburger kam dabei zugute, dass die französischen Militärbehörden eine Habilitation als entscheidendes Berufungskriterium gerade ablehnten, um damit einen Bruch mit der traditionellen deutschen Berufungspraxis durchzusetzen.⁵⁷ Und weit darüber hinaus spielten an westdeutschen Hochschulen in der zweiten Hälfte der 1940er- sowie in den 1950er-Jahren antisemitische Einstellungen von Teilen der Beschäftigten wie auch der Studierenden eine Rolle.⁵⁸ Inwieweit Falkenburger dies allerdings konkret in seiner Mainzer Berufspraxis erlebt hat, lässt sich heute nicht mehr feststellen.

Die Trennung des Instituts als Lösungsansatz

Der prominente und lang anhaltende »Institutsstreit« zwischen Falkenburger als einem Vertreter der deutschen wissenschaftlichen Emigration auf der einen Seite und von Eickstedt als Begründer wie bedeutendstem Vertreter der sogenannten Breslauer Schule der Anthropologie⁵⁹ auf der anderen Seite, ging so weit, dass sich die Fakultätsleitung im Frühjahr 1951 genötigt sah, der Gründung eines weiteren Instituts an der Naturwissenschaftlichen Fakultät zuzustimmen.⁶⁰ Doch auch die Aufteilung des Anthropologischen Instituts verlief konfliktreich. Differenzen gab es vor allem hinsichtlich der Benennung der neugeschaffenen Einrichtung. Von Eickstedt und Schwidetzky stellten sich gegen die von Falkenburger anfangs vorgeschlagene Bezeichnung Institut für Humanbiologie, da sie diese für zu umfassend hielten.⁶¹ Da die Auseinandersetzung immer mehr eskalierte, schaltete sich die Fakultätsleitung als vermittelnde Instanz ein. Die anschließenden Verhandlungen wurden von einer ausschweifenden Korrespondenz begleitet, wobei Falkenburger beispielsweise in einem Schreiben vom 27. April 1951 an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät von Eickstedts Gutachtertätigkeit während des »Dritten Reichs« thematisierte. Hinzu kamen Streitigkeiten über die Raumaufteilung sowie die Frage nach der Nutzung der Institutsbibliothek – man bedenke den allgemeinen Raummangel, der in diesen Jahren an der Universität herrschte.⁶²

Die neugeschaffene Einrichtung erhielt schließlich die Bezeichnung Institut für menschliche Stammesgeschichte und Biotypologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und nahm im Wintersemester 1951/52 den Lehr- und Forschungsbetrieb unter Leitung Falkenburgers auf, der im April 1951 den Status eines persönlichen Ordinarius für Anthropologie erhalten hatte. Das neue Institut verfügte zur damaligen Zeit über eine beeindruckende Skelett- und Schädelmaterialsammlung, die auf archäologischen Funden vor allem aus dem Mainzer Raum basierte und Grundlage für Gesichts- und Skelettrekonstruktionen bildete.

Falkenburger war unter anderem Teilnehmer zahlreicher anthropologischer Fachtagungen und Konferenzen an den Universitäten Tübingen, Hamburg, Würzburg, Wien sowie mehrerer Radiosendungen des Südwestfunks, welche vor allem Rassentheorien sowie dem Rassismus gewidmet waren.⁶³ Seine Forschungsschwerpunkte lagen in erster Linie auf der menschlichen Stammesgeschichte, der Paläontologie beziehungsweise Paläoanthropologie, unter anderem der prähistorischen Anthropologie des alten Ägyptens, wobei sein 1947 erschienenes Werk *Ägyptische Schädelkunde* hervorzuheben ist. Falkenburger war darüber hinaus Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen und ging überwiegend in der Nachkriegszeit der Übersetzung bedeutender anthropologischer Werke aus dem Französischen nach, wie der Arbeit von Paul Lester und Jacques Millot *Les Races Humaines* (1939), wobei er seinen kritischen Umgang mit »rassenkundlichen« Themen offenbarte. Auch die Übersetzung von *Les Hommes Fossiles. Éléments de Paléontologie Humaine* von Marcellin Boule und Henri V. Vallois gehörte zur Tätigkeit Falkenburgers auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Übersetzung. Er betätigte sich im Rahmen der Institutsleitung außerdem als Herausgeber der *Beiträge zur Anthropologie*. Die Zeitschrift war thematisch weit gespannt, da sie einen Anspruch auf Interdisziplinarität, also eine Verbindung der physischen Anthropologie in erster Linie mit der Medizin, aber auch der Biotypologie sowie der menschlichen Stammesgeschichte vertrat – nach Falkenburger stellte die Anthropologie a priori eine interdisziplinäre Wissenschaft dar.⁶⁴ Die Schriftenreihe vertrat eine äußerst kritische Position gegenüber grundlegenden Postulaten der nationalsozialistischen Rassenideologie. Die Jahre 1933 bis 1945 betrachtete Falkenburger in Hinsicht auf die deutsche Anthropologie als eine »verlorene Zeit«, die durch moralische »Entgleisungen«⁶⁵ gekennzeichnet gewesen sei. Dies galt es zu überwinden und wiedergutzumachen, um die »wahre wissenschaftliche Anthropologie«⁶⁶ von Dogmen zu befreien und als zentrale Wissenschaft vom Menschen wiederzubeleben, was nur durch eine Befreiung von den Kontinuitäten und Traditionen der NS-»Rassenkunde« geschehen könne. Der Mediziner und Anthropologe leitete das für ihn geschaffene Institut bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1955. Danach kam dieses allmählich zum Erliegen, und spätestens zum Wintersemester 1959/60 existierte es nicht mehr. Falkenburger lebte nach seiner Pensionierung weiterhin in Mainz. Er starb am 11. Mai 1965.⁶⁷

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rickmann: Rassenpflege, S. 192; Ritter: Rolle, S. 172–186 u. Hoßfeld: Geschichte, S. 352.
- 2 Beide Begrifflichkeiten wurden damals in der deutschen wissenschaftlichen Tradition mit der »Biologischen Anthropologie« weitgehend synonym gebraucht.
- 3 Vgl. dazu beispielhaft Falkenburger: Situation, S. 177 u. Kattmann: Anmerkungen, S. 134.
- 4 Vgl. Seidler: Bemerkungen, S. 76 u. S. 83.
- 5 Die an west- bzw. ab 1949 bundesdeutschen Hochschulen üblichen institutionalisierten Bezeichnungen waren: Anthropologisches Institut, Institut für Anthropologie u. Institut für Humanbiologie.

6 Vgl. dazu Hoßfeld: Geschichte, S. 420.

7 Vgl. ebd., S. 405 f.

8 Vgl. ebd., S. 367 f. u. S. 429.

9 Vgl. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 2 u. S. 26.

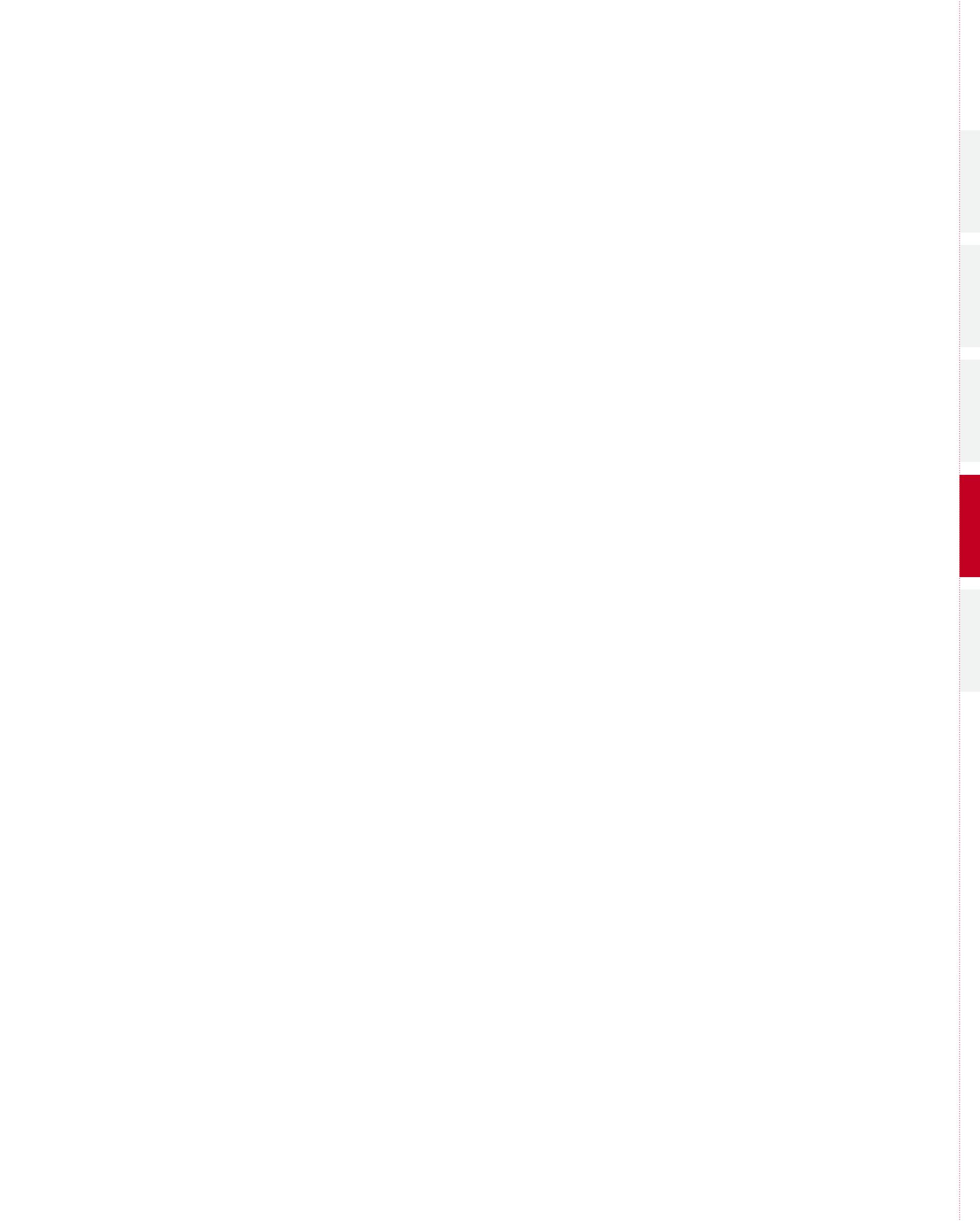
10 Vgl. zu dieser Thematik Fassnacht: Universitäten, S. 131–134 u. Kersting: Pädagogik, S. 333. Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.

11 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), NL 56/14, Wehrpass Egon von Eickstedts.

12 Vgl. Preuß: Anthropologe, S. 19–24.

13 Vgl. Lüddecke: Rassen, S. 65.

- 14 Vgl. UA Mainz, Best. 64/22, Lebenslauf Egon von Eickstedts.
- 15 Vgl. Bernhard: Historische Entwicklung, S. 70.
- 16 Zur RUS vgl. Massin: Anthropologie, S. 27–36 u. Preuß: Anthropologe, S. 93–118.
- 17 Vgl. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 93 f.
- 18 Vgl. Massin: Anthropologie, S. 30 u. Lüddecke: Rassen, S. 85.
- 19 Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 36.
- 20 Vgl. ebd., S. 92 f.
- 21 Die Ergebnisse der RUS wurden maßgeblich in der Heftreihe *Rasse, Volk, Erbgut in Schlesien* (1939–1942) zusammengefasst. Vgl. ebd., S. 91, S. 98 u. S. 104 u. Preuß: Anthropologe, S. 95 u. S. 116 f.
- 22 Vgl. dazu die Informationen zu Ilse Schwidetzky-Rösing in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 24.9.2019) u. UA Mainz, Best. 64/1977, Personalakte von Ilse Schwidetzky-Rösing. Siehe hierzu auch den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 23 Vgl. Scholz u. a.: Schicksal, S. 497.
- 24 Vgl. Preuß: Anthropologe, S. 155.
- 25 Vgl. UA Mainz, Best. 64/22, Emeritierungsurkunde Egon von Eickstedts vom 30.9.1960 u. Nachruf auf Egon von Eickstedt.
- 26 Vgl. Preuß: Anthropologe, S. 144 f. u. S. 155 u. Bernhard: Historische Entwicklung, S. 70.
- 27 Bei der DGA handelte es sich um eine Wiederbelebung der im April 1870 in Mainz geschaffenen und bis in die 1920er-Jahre existierenden Deutschen Anthropologischen Gesellschaft.
- 28 Vgl. Michelsen: Breslauer Schule, S. 104 f. u. UA Mainz, Best. 89/30, Heinz Giga an Egon von Eickstedt am 26.6.1952.
- 29 Vgl. Preuß: Anthropologe, S. 159 f. u. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 37.
- 30 Vgl. u. a. Klingemann: Soziologie u. Pinn/Nebelung: Kontinuität.
- 31 Vgl. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 37–44. Unter den zahlreichen wissenschaftlichen Kontakten von Eickstedts seien hier beispielhaft der Würzburger Anthropologe Friedrich Keiter, Gerhard Heberer von der Universität Göttingen, später der Freien Universität Berlin, Sophie Ehrhardt von der Tübinger Universität sowie der Kieler Anthropologe Hans Wilhelm Jürgens genannt. Unter den Mitgliedschaften von Eickstedts sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland sind vor allem seine Ehrenmitgliedschaften in der Deutschen Geographischen Gesellschaft (München), den Anthropologischen Gesellschaften von Frankfurt a. M., Madrid, Paris, Tucuman (Argentinien) sowie Wien zu nennen. Auch seine beratende Funktion als Ehrenmitglied bei der UNESCO soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.
- 32 Vgl. Archiv des Ministère des Affaires étrangères (AMAE), La Courneuve, Archiv der französischen Militärregierung in Deutschland u. Österreich nach 1945 (s. g. Fonds Colmar), 1P/1549, Kopie der Geburtsurkunde u. ein Lebenslauf Falkenburger.
- 33 Vgl. Reinisch: Perils, S. 88.
- 34 Vgl. AMAE, 1P/1549, Lebenslauf Falkenburger.
- 35 Vgl. UA Mainz, S11/15, Zeitungsausschnittsammlung Falkenburger u. Best. 14/29, Lebenslauf Falkenburger.
- 36 Vgl. AMAE, 1P/1549, Falkenburger an General Pierre Marie Koenig am 15.6.1949 u. Reinisch: Perils, S. 270.
- 37 AMAE, 1P/1549, Zeugnis über Falkenburgers Tätigkeit als Arzt im Lager Gurs vom 17.5.1943.
- 38 Vgl. ebd.
- 39 Vgl. Reinisch: Perils, S. 88 u. UA Mainz, Best. 14/29, Lebenslauf Falkenburger.
- 40 Vgl. AMAE, 1P/1549, der französische Hohe Kommissar in Deutschland, François-Poncet, an das französische Außenministerium am 16.3.1951.
- 41 Vgl. Falkenburger: Situation, S. 179 u. Reinisch: Perils, S. 88. Falkenburgers Sohn Paul diente ebenfalls in der Militärregierung der französischen Besatzungszone, wobei er ab 1949 als Beauftragter für kulturelle Angelegenheiten im Kreis Freiburg i.Br. tätig war. Vgl. Fassnacht: Universitäten, S. 39. 1950 kehrte er nach Frankreich zurück und wirkte als persönlicher deutsch-französischer Dolmetscher der Präsidenten Charles de Gaulle, Georges Pompidou sowie Valéry Giscard d'Estaing. Vgl. Kersting: Pädagogik, S. 39.
- 42 Vgl. Fassnacht: Universitäten, S. 207.
- 43 Vgl. UA Mainz, Best. 14/62, von Eickstedt an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 2.11.1948.
- 44 Vgl. Falkenburger: Situation, S. 177.
- 45 Vgl. UA Mainz, Best. 64/22, Personalakte Egon von Eickstedt.
- 46 Vgl. Preuß: Anthropologe, S. 57.
- 47 Der SS-Arzt Jankowsky war seit März 1931 Mitglied der NSDAP und spätestens ab 1933 Leiter des Rasse- und Siedlungsamts des Abschnitts Schlesien. Vgl. Schulle: Reichssippenamt, S. 277–294.
- 48 Vgl. Rickmann: Rassenpflege, S. 195.
- 49 Vgl. dazu Michelsen: Breslauer Schule, S. 95.
- 50 Vgl. zu dieser Thematik Preuß: Anthropologe, S. 158 f. u. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 26, S. 30 u. S. 43.
- 51 Vgl. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 23 u. Hoßfeld: Geschichte, S. 406.
- 52 Vgl. Falkenburger: Situation, S. 175 f. Die Frage nach der Abschaffung bzw. Ersetzung des Begriffs »Rasse« stand für Falkenburger allerdings nicht zur Debatte. Er betrachtete ihn als durchaus akzeptabel und gebrauchte diesen in seiner Lehr- und Forschungstätigkeit. Vgl. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 23.
- 53 Vgl. Falkenburger: Situation, S. 176.
- 54 Ebd., S. 179.
- 55 Vgl. UA Mainz, Best. 14/62, Falkenburger an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 27.4.1951.
- 56 Vgl. Preuß: Anthropologe, S. 156.
- 57 Vgl. Kersting: Pädagogik, S. 331.
- 58 Vgl. ebd., S. 117 u. S. 124 f.
- 59 Vgl. Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 90 u. Preuß: Anthropologe, S. 129.
- 60 Vgl. UA Mainz, Best. 14/62, Falkenburger an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 1.7.1951.
- 61 Vgl. ebd., der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät an den Rektor am 12.5.1951.
- 62 Vgl. ebd., Falkenburger an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 2.11.1948 u. 27.4.1951.
- 63 Vgl. UA Mainz, S11/15, Zeitungsausschnittsammlung Falkenburger.
- 64 Vgl. Falkenburger: Situation, S. 175 u. S. 178.
- 65 Vgl. ebd.; Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente, S. 41 u. Seidler: Bemerkungen, S. 81.
- 66 Vgl. Falkenburger: Situation, S. 178 f.
- 67 Vgl. UA Mainz, S11/15, Zeitungsausschnittsammlung Falkenburger.



Konrad Lang

Eine Wissenschaftskarriere zwischen Nationalsozialismus und Nachkriegsdeutschland

André Cloppenburg

Die Medizinische Fakultät nahm erst im Wintersemester 1946/47, als letzte im frühen Fächerkanon der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU), ihren Lehrbetrieb auf. Der Grund dafür war, dass der Aufbau und die Instandsetzung der benötigten Räumlichkeiten am Eröffnungstermin, trotz eines personellen wie maschinellen Kraftaufwands, schlicht noch nicht ausreichend fortgeschritten waren.¹ Tatsächlich aber spiegelte der verspätete Start in Mainz die desolate Lage der universitären Medizin in Deutschland nach Kriegsende insgesamt wider. Nachdem immer offensichtlicher wurde, welche wichtigen Eckpfeiler die Medizinischen Fakultäten in der Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie gebildet hatten, büßte die deutsche Ärzteschaft empfindlich an Reputation in der Bevölkerung ein.² Die JGU stand somit speziell bei der Gründung ihrer Medizinischen Fakultät vor der Herausforderung, zumindest den aktiven Unterstützern des Nationalsozialismus die Rückkehr auf einen Lehrstuhl zu verwehren, zugleich aber ausreichend qualifiziertes Personal zu akquirieren.

Weil der französischen Besatzungsmacht unabhängig von ihrem ehernen Ziel der Demokratisierung des Hochschulwesens sehr daran gelegen war, die in Mainz betriebene Forschung und Lehre so schnell wie möglich in die deutsche Universitätslandschaft zu integrieren,³ wurde auch bei der Besetzung der Medizinischen Fakultät die wissenschaftliche Reputation der Bewerber zum entscheidenden Auswahlkriterium, während deren etwaige nationalsozialistische Vergangenheit in den Hintergrund rückte.⁴ Davon profitierte der Ernährungsmediziner und Chemiker Konrad Friedrich Ludwig Lang, der ab 1946 als Direktor des Biochemischen Instituts die Gründungs- und Konstituierungsphase der Universität maßgeblich mitprägte. Seine schillernde Biografie wirft dabei ein Schlaglicht auf den Umgang der JGU mit politisch vorbelasteten Hochschulprofessoren nach Kriegsende und ermöglicht darüber hinaus Einblicke in das wissenschaftliche Leben in Mainz und in der Bundesrepublik im Allgemeinen am Übergang von einer Diktatur zu einer Demokratie.

Ein Rückblick: Lang als Ernährungsmediziner im »Dritten Reich«

Als Leiter des Biochemischen Instituts in der Berliner Militärärztlichen Akademie führte Lang von 1936 bis 1945 die Aufsicht über einen Großteil der militärmedizinischen Forschungen im »Dritten Reich«.⁵ Er verantwortete dabei beispielsweise die Produktion einer Blut- beziehungsweise Serumkonserve, die Verwundeten auf dem Schlachtfeld bei Bedarf transfundiert werden sollte. Spätestens als infolge der Kriegereignisse die Nachfrage nach der Serumkonserve stark zunahm, war diese Forschung von seinen Vorgesetzten und ihm selbst als kriegsbedeutsam eingestuft worden.⁶ Nachdem Lang schließ-

Professor Dr.	L a n g
Vorname:	Konrad
Amtsbezeichnung:	o. Professor
Geboren am:	15. August 1898
Geburtsort:	Bruchsal
Familienstand:	verheiratet
Wohnort:	Mainz
Straße und Nr.:	Annabergstraße 28
Fakultät:	Medizinische
Lehrstuhl:	Physiologische Chemie Physiologisch-Chemisches Institut



Karteikarte von Konrad
Lang. Quelle: UA Mainz,
S3/7890.

lich dazu ermächtigt worden war, »alle Schritte für eine rasche klinische Prüfung der Serumkonserve«⁷ zu ergreifen, ließ er diese zunächst in Kriegslazaretten und verschiedenen Krankenhäusern testen. Im Oktober 1942 setzte sich Lang erstmals offensiv dafür ein, die Serumkonserve auch an Insassen von Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern ausprobieren zu dürfen. Dabei argumentierte er, dass als Folge der bis dahin beobachteten Nebenwirkungen bei der Transfundierung der Konserve »Wehrmichtsangehörige« und die »arbeitende Zivilbevölkerung« für die Erprobung ausfallen würden: »Es bleiben also nur Kriegsgefangene, Strafgefangene und Insassen von Konzentrationslagern für diesen Zweck übrig. Ob und wie weit diese herangezogen werden können, bedürfte einer prinzipiellen Klärung und Entscheidung.«⁸ Wann genau und in welchem Gesamtumfang Langs Institut mit Humanexperimenten an der von ihm genannten Personengruppe begann, ließ sich bislang nicht klären. Dass aber entsprechende Versuche stattgefunden haben müssen, lässt sich durch Rekonstruktionen belegen. Noch im Mai 1944 kontaktierte Lang Joachim Mrugowsky, Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS, und bat ihn um die »Fortsetzung der versuchsweisen Anwendung von Serumkonserven in Weimar-Buchenwald«. Lang führte weiter aus, an den Lagerarzt des Konzentrationslagers, Erwin Ding-Schuler, seien dafür bereits 50 Ampullen verschickt worden, »sodass 50 Versuchspersonen hierzu erforderlich sind«.⁹ Aufgrund der Wortwahl – es war ausdrücklich von einer »Fortsetzung« der Versuche die Rede –, muss davon ausgegangen werden, dass ähnliche Versuche mit seinem Wissen schon einmal in Weimar-Buchenwald durchgeführt worden waren. Lang schickte die Ampullen außerdem gleich mit; er rechnete also nicht mit einer Ablehnung. Darüber, wie die Versuche im KZ Buchenwald genau abgelaufen sind und ob sie sogar Opfer unter den Lagerinsassen gefordert haben, liegen keine näheren Berichte mehr vor.¹⁰

Daneben etablierte Lang sein Institut in der Militärärztlichen Akademie als wichtigen Standort für ernährungsmedizinische Forschung im Deutschen Reich. Die Verbesserung der Nahrungsqualität galt unter führenden Nationalsozialisten als Voraussetzung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Soldaten wie

der Zivilbevölkerung, und entsprechend setzten sie große Hoffnungen in diesen Forschungsbereich.¹¹ Als Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft (AG) Ernährung der Wehrmacht debattierte Lang bei rund einem Dutzend Treffen mit Vertretern von Luftwaffe, Marine und später auch der SS über verschiedene Fragen der Ernährung. Einen Schwerpunkt der AG bildete die Forschung zu körperlichen Symptomen bei Mangelernährung. Ziel war es, mithilfe der Forschungserträge die eigenen Soldaten leistungsfähiger und Kriegsgefangene wieder arbeitsfähig zu machen. Zu diesem Zweck griffen Mitglieder der AG auch auf Beobachtungen bei unterernährten Gefängnis- und KZ-Insassen in Belgien zurück, wobei keines der Mitglieder Einwände erhob gegen die Art und Weise, wie diese wissenschaftlichen Ergebnisse zustande gekommen waren.¹² Lang selbst berichtete auf einer Tagung im August 1942 über Versuche, in denen Brot verschiedener Mehlsorten an die Probanden verteilt und deren Gewichtsverlauf dokumentiert wurde.¹³ Vermutlich handelte es sich bei den Versuchspersonen um russische Kriegsgefangene.¹⁴ Lang begründete sein Interesse an beiden hier thematisierten Forschungsschwerpunkten also jeweils nicht rassenideologisch, sondern aus rein pragmatischen Gründen. Überhaupt fiel er in Berlin zwar nicht durch Unterstützungsbekundungen für nationalsozialistisches Gedankengut auf, machte sich aber sehr wohl eine in der Wehrmedizin jener Zeit weit verbreitete opportunistisch-pragmatische Haltung zu Kriegsforschung und Humanexperimenten zu eigen. Diese, so äußerte er nach Kriegsende in nüchtern-distanziertem Ton, hätten zu einer »wesentlichen Abrundung des Gesamtbildes von Stoffwechsel und Ernährung«¹⁵ geführt.

Lang und der Nationalsozialismus: Ein schwieriges Verhältnis

Lang und andere Vertreter der Militärakademie mussten sich später nie vor einem Gericht für ihre Taten verantworten. Dabei profitierten sie nach aktuellem Forschungsstand vor allem vom gewaltigen organisatorischen Entnazifizierungsaufwand, dem die Alliierten zu Beginn der Besatzungszeit gegenüberstanden und der einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit erforderte. Zugleich waren den Medizinern im Einzelfall Straftaten nur schwer nachzuweisen.¹⁶ Lang äußerte sich, wie der Großteil seiner Fachkollegen nach 1945, öffentlich nie zu seinen Motiven oder zu seiner Rolle im Berliner Machtapparat. Hinweise auf Selbstkritik oder gar Bedauern sucht man bei ihm ebenfalls vergeblich. 1946 stritt er, inzwischen Universitätsprofessor in Mainz, im Rahmen der Nürnberger Ärzteprozesse in einer Zeugenaussage unter Eid jede Beteiligung seines Instituts an experimentellen Versuchen im KZ Buchenwald ab.¹⁷ An anderer Stelle betonte er stattdessen ausdrücklich, er habe »unter keinen Umständen«¹⁸ Mitglied der NSDAP werden wollen und in der Wehrmacht lediglich Schutz gesucht. Damit nutzte Lang, der tatsächlich nie Parteimitglied gewesen war, die in Nachkriegsdeutschland weit verbreitete Legende der sauberen Wehrmacht, die nur ihre Pflicht getan und anständig gekämpft habe.¹⁹ Nach 1945 bürgten zudem einige Forscherkollegen für Langs angebliche demokratisch-freiheitlich gesinnte Geisteshaltung, doch gehört es mittlerweile zu den Allgemeinplätzen der Forschung, dass einander bekannte Wissenschaftler sich wechselseitig »Persilscheine« ausstellten und so gegenseitig die Wiederbesetzung eines Lehrstuhls ermöglichten.²⁰

Wie schmal der Pfad zwischen Rechts- und Unrechtsbewusstsein, zwischen pragmatisch-freiwilliger Unterstützung des Regimes und verhaltenem Widerstand bei Lang bisweilen gewesen ist, zeigt eine andere kurze Episode in Mainz. Als das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen Lang 1954 aufforderte, Informationen über ostdeutsche Forscherkollegen zu sammeln und weiterzuleiten, kritisierte er diese Aufforderung scharf: »Ich glaube, es ist nicht unsere Aufgabe, Einzelheiten [...] und dergleichen weiter zu geben. Wir leben ja schließlich nicht mehr im Dritten Reich.«²¹ Aufgrund der oben aufgeführten Beispiele fällt es schwer, Langs widersprüchliche Rolle zwischen 1933 und 1945 abschließend einzuordnen. Fest steht jedoch: Auch wenn er kein glühender Verfechter der nationalsozialistischen Ideologie gewesen sein mag, so hatte er doch

nachweislich Kenntnis von den Versuchsabläufen in Konzentrations- und Strafgefangenenlagern, hatte sie mitunter sogar aktiv vorangetrieben. Damit hatte er Verbrechen im NS-Unrechtssystem unterstützt und die Ergebnisse der Humanexperimente für seine eigene Karriere genutzt. Entsprechend kamen Historiker bereits verschiedentlich zu der Einschätzung, Lang habe als Institutsleiter »einen wichtigen Teil der militärärztlichen Funktionselite im deutschen Heer«²² gebildet und zur Förderung der eigenen Karriere »Ressourcen in ethisch bedenklicher Weise genutzt«.²³ Bei intensiveren Nachforschungen seitens der Alliierten hätte ihm durchaus eine Verurteilung wegen Mitwisserschaft von verbrecherischen Versuchen oder gar wegen Mittäterschaft drohen können.²⁴ Noch im November 1944 war Lang ein ordentlicher Lehrstuhl als Institutsleiter für Biochemie an der Reichsuniversität Posen im besetzten Polen angeboten worden. Die Berufung verbanden seine Vorgesetzten mit dem Hinweis, auf seine parallele Dienstleistung in Berlin könne auch weiterhin »nicht verzichtet«²⁵ werden. Tatsächlich wird vermutet, dass eine solche Position, die Lang wegen des nahenden Kriegsendes letztlich nicht mehr antrat, in der Regel nur linientreuen Hochschullehrern angedient wurde, die auf ihrem Fachgebiet als Experten und für das Regime daher als unabkömmlich galten.²⁶

Das Jahr 1945 bedeutete für Lang nun sicher einen Einschnitt, aber doch keinesfalls einen Bruch seiner wissenschaftlichen Karriere. Damit reiht er sich in eine lange Kette von Medizinern und Wissenschaftlern ein, die in der späteren

Neubeginn 1945

Bundesrepublik in großer Kontinuität ihre Forschungen und Arbeiten fortsetzen konnten.²⁷ Dieser Umstand war auf die desolante medizinische Versorgungslage der deutschen Bevölkerung nach Kriegsende zurückzuführen, in der die Alliierten eine Gefahr für ihre gesamten Besatzungsziele sahen. Zahlreiche Ärzte, die als politisch vorbelastet galten, wurden deshalb entgegen anderslautender Bestimmungen nicht entlassen, wenn sie über nützliches Spezialwissen verfügten, das nicht ohne Weiteres ersetzbar war.²⁸ Bei Lang stellte sich dieses Problem gar nicht: Weil er nie Mitglied der NSDAP gewesen war, wurde er schon kurz nach Kriegsende entsprechend den Statuten der Entnazifizierungsverfahren von den Amerikanern als politisch unbelastet eingestuft.²⁹ Schon im Oktober 1945 konnte er kommissarisch die Leitung des Biochemischen Instituts der Universität Heidelberg, einer ehemaligen Außenstelle seines Berliner Instituts, übernehmen, nachdem er einige Monate in Heidelberg in »wichtiger Funktion«³⁰ für die US-Armee gearbeitet hatte. Gegenüber Dritten konkretisierte er später, er habe dabei das gesamte Aktenmaterial der Militärärztlichen Akademie gesichtet und für die Amerikaner »alle wichtigen Dinge über die kriegsmedizinische Forschung«³¹ gesammelt. Die naheliegende Vermutung, Lang könnte bei dieser Gelegenheit belastendes Material über sich beseitigt haben, konnte bislang nicht verifiziert werden. Gleichwohl beweist seine Indienststellung für amerikanische Interessen, dass er die neuen Machtverhältnisse pragmatisch für sich zu nutzen wusste. Für einen wie auch immer gearteten Läuterungsprozess vom NS-Unterstützer zum überzeugten Demokraten gibt es hingegen keine Hinweise.

Bei seiner Bewerbung in Mainz im Sommer 1946 warb Lang gegenüber Rektor Josef Schmid damit, er könne eben jenes Inventar des Heidelberger Instituts mit Apparaten, Büchern und Chemikalien »in einem Gesamtwert von mehreren Hunderttausend Mark« nach Mainz verlegen, sodass sein Institut »sofort arbeitsfähig«³² wäre. Angesichts der katastrophalen Lehrbedingungen in den Anfangsjahren der JGU kann dieses Argument gar nicht überschätzt werden. Später konkretisierte Lang, er habe das Institut als Dank für seine Kooperation mit den Amerikanern geschenkt bekommen,³³ und gegenüber der Universität machte er entsprechend deutlich, er betrachte es als »persönliches Eigentum«, dessen Verfügung er sich »selbstverständlich vorbehalte«.³⁴ Darüber hinaus unterstützten verschiedene namhafte Forscherkollegen seine Bewerbung ausdrücklich und verwiesen auf Langs unstrittige fachliche Kompetenzen. Waldemar Kutscher,

Professor an der Universität Heidelberg, bescheinigte ihm, er sei »derzeit derjenige deutsche Fachkollege, der am besten dazu geeignet ist, ein neues Universitätsinstitut unseres Fachs zu gründen.«³⁵ Auch Adolf Butenandt, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin, Nobelpreisträger der Chemie von 1939 (und später selbst immer wieder dem Vorwurf der Kollaboration mit dem Nationalsozialismus ausgesetzt), empfahl Lang mit den Worten, er habe »einen ausgezeichneten Eindruck«³⁶ von dessen Führung im Berliner Institut gewonnen. Angesichts des Wunschs der französischen Besatzungsmacht, prestigeträchtige, politisch möglichst unbelastete Kandidaten zu berufen, war der Weg für Langs Nachkriegskarriere an der Mainzer Universität frei.³⁷

Unterdessen übertrafen die Bewerberzahlen für einen Studienplatz schon kurz nach Eröffnung der Universität selbst die kühnsten Erwartungen der französischen Behörden und der Universitätsleitung. Der Lehrbetrieb startete im Sommersemester 1946 mit rund 2.000 Studierenden, die Zahl der Bewerber war noch dreimal höher. Ein Semester später, inzwischen hatte auch die Medizinische Fakultät ihre Arbeit aufgenommen, waren mit 4.500 Studierenden schon mehr als doppelt so viele eingeschrieben,³⁸ darunter nun auch circa 1.200 Medizinstudierende.³⁹ Die nur behelfsmäßig eingerichteten Institute waren auf einen solchen Ansturm überhaupt nicht vorbereitet; vielfach geriet der Lehrbetrieb an seine Belastungsgrenze.⁴⁰ Als besonders heikel wurde die räumliche Situation an der Medizinischen Fakultät eingeschätzt. Ihr Dekan, Kurt Voit, betonte im Mai 1947 anlässlich des ersten Jahrestags der Universitätseröffnung, die wichtigste Aufgabe bleibe die Errichtung und Einrichtung der Medizinisch-Theoretischen Institute auf dem Campus und die Beschaffung von Apparaten und Unterrichtsmaterialien.⁴¹ Auch Langs Biochemisches Institut, als eines von sieben Instituten der Vorklinik auf dem Campus, kämpfte von Beginn an mit massiven Kapazitätsproblemen, weil zunächst wegen fehlender Gelder nur die Hälfte der Räume beziehbar gemacht werden konnte, der Rest stand noch im Rohbau. Die Unterrichtsveranstaltungen waren in den ersten Semestern daher vollkommen überbelegt. Statt den vorgesehenen 100 Studierenden teilten sich im biochemischen Praktikum doppelt bis dreimal so viele Medizinstudierende die wenigen Geräte.⁴² Ein Institutsmitarbeiter der ersten Stunde erinnerte sich später an den provisorischen Lehr- und Forschungsbetrieb am Institut: »Außer Räumen gab es nichts, die Einrichtung hat Lang selbst mitgebracht. Ich erinnere mich, dass wir uns als Assistenten oft an so manchem urtümlichen Gerät aus Berlin erfreut haben. Über manchem hing, so kam es uns jedenfalls vor, fast noch ein Hauch von Alchemie.«⁴³

Auch für Lang, zum Zeitpunkt seiner Neuanstellung in Mainz bereits 48 Jahre alt, brachten die ersten Jahre an der Universität einschneidende Erfahrungen mit sich, waren die Arbeitsbedingungen im Vergleich zu seinem als kriegswichtig eingestuftem Institut in der Militärärztlichen Akademie doch geradezu katastrophal. Zugleich kämpfte er in den Anfangsjahren mit unerwarteter fachinterner Konkurrenz, deren kurze Schilderung einen Einblick in die Form der Institutsführung Langs gibt.

Nachdem ein Mitarbeiter gegenüber der Universitätsleitung gefordert hatte, die Vitamin- und Hormonforschung aus dem ernährungsmedizinischen Forschungsschwerpunkt herauszutrennen und als Lehrstuhl mit zugewiesenem Etat unter eigener Führung neu zu etablieren, echauffierte sich Lang, diesen Vorschlag werde er »unter keinen Umständen« akzeptieren, weil sein Lehrstuhl dadurch »erheblich entwertet«⁴⁴ werde. Er kritisierte den betreffenden Kollegen überaus scharf als faul und monierte, dieser folge seinen Anweisungen als Institutsleiter nicht, wodurch er, Lang, »vor allen meinen Fachkollegen und Mitarbeitern lächerlich gemacht« und auch das Ansehen der Universität »auf das schwerste beschädigt«⁴⁵ werde. Schließlich forderte er erfolgreich die Entlassung des Unruhestifters. Diese Episode ist nur ein Beispiel dafür, dass Lang – nicht ungewöhnlich für einen Universitätsprofessor seiner Zeit – autoritär und bestimmend auftrat, wenn er seine eigene Reputation gefährdet sah. Von langjährigen Mitarbeitern wurde sein Führungsstil hingegen rückbli-



ckend durchaus wohlwollend und in deutlicher Diskrepanz zur oben beschriebenen Episode als ungewöhnlich bezeichnet: »Er hat nie kontrolliert, ob und wann jemand arbeitet. Er ging nur von Zeit zu Zeit durchs Haus und schaute sich die Ergebnisse an. Alles war auf Eigeninitiative gegründet. Wer solche nicht besaß, wurde nicht gedrückt, sondern schied nach relativ kurzer Zeit aus purer Langeweile von selbst aus.«⁴⁶

Unterdessen verschärften sich in den folgenden Semestern die Kapazitätsprobleme im Institut weiter. Im Sommersemester 1948 waren an der Universität bereits rund 6.000 Studierende eingeschrieben. Damit hatte sie die zahlenmäßig größte studentische Belegschaft der Universitäten in der französischen Zone erreicht.⁴⁷ Die Situation frustrierte Lang zunehmend, und er kritisierte gegenüber der Universitätsleitung verschiedentlich die entsetzlichen Forschungs- und Lehrbedingungen in seinem Institut, ohne dass dessen Ausbau in Angriff genommen wurde. Anfang 1949, mehr als zwei Jahre nach Aufnahme des Lehrbetriebs, schrieb Lang, eine Fertigstellung des Instituts »zum baldmöglichsten Termin« sei »unumgänglich notwendig, wenn das Bestehen einer medizinischen Fakultät überhaupt einen Sinn haben soll«.⁴⁸ Die Gründe für den langsamen Ausbau waren indes vielfältig. So verwies die Universitätsverwaltung wiederholt auf die missliche Haushaltslage, unter der auch die anderen Einrichtungen auf dem Campus litten. Außerdem war die Ausstattung des Instituts mit Gerätschaften vergleichsweise gut; schließlich hatte Lang bei seiner Bewerbung selbst mit der Verlegung des kompletten Inventars aus Heidelberg für sich geworben.

Zusätzlich dazu wurden die prekären finanziellen Verhältnisse durch jahrelange Animositäten Langs mit dem Verwaltungsdirektor der Universität, Fritz Eichholz, verschärft. Eichholz führte die Aufsicht über die Immobilien, das Universitätsvermögen und das Kassenwesen und tatsächlich galt das Verhältnis zwischen ihm und verschiedenen Mainzer Professoren als äußerst angespannt, warfen sie ihm doch vor, sein Amt auf »Gutsherrenart«⁴⁹ auszuführen, konfliktbereit und autoritär. Zwischen Eichholz und Lang schwelte über mehrere Jahre ein Streit um angebliche Verleumdungen, Beleidigungen und gegenseitige Schuldzuweisungen. Zwischenzeitlich forderte Lang sogar die Eröffnung eines Dienststrafverfahrens gegen Eichholz.⁵⁰ Dieser wiederum dürfte sich durch Langs konfrontativen Umgang mit der Universitätsverwaltung provoziert gefühlt haben, für den Lang selbst berüchtigt war, der ihm aber zugleich Anerkennung unter Kollegen verschaffte: »Konrad Lang verstand es in einer Weise, Eingriffe der Verwaltung vom Institut fernzuhalten, wie wir es heute nur noch erträumen können [...] und es lief alles viel besser als heute.«⁵¹ Der Disput dürfte dazu beigetragen

Blick vom Bentzel-Weg auf den Bau der Physiologischen Chemie, der Physiologie und der Anatomie 1946. Im Dachgeschoss wohnten damals Studierende. Foto: Sulzmann, Quelle: UA Mainz, S3/963.



Arbeiten im medizinischen Labor um 1960.
Foto: Sulzmann, Quelle:
UA Mainz, S3/152.

haben, dass sich der Ausbau des Instituts immer wieder verzögerte. Als Eichholz einmal mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage ankündigte, den Ausbau ganz auf Eis zu legen, legte Lang dagegen heftigen Protest beim Rektor ein, bevor die Planungen anschließend »im Rahmen der vorhandenen Mittel«⁵² fortgesetzt wurden.

Zusammenarbeit mit Politik und Wirtschaft

Angesichts der düsteren Aussichten auf eine baldige Entspannung der Haushaltslage suchte Lang frühzeitig nach Geldgebern in der Politik. Diese Initiative galt für einen Vertreter einer Medizinischen Fakultät damals noch als sehr ungewöhnlich, nahm aber rückblickend die wachsende Kooperation von Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik nach US-amerikanischem Vorbild ab Mitte der 1950er-Jahre vorweg.⁵³ Lang kontaktierte alliierte Behörden und verschiedene Ministerien auf Landes- und Bundesebene und wies jeweils dezidiert darauf hin, die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung seit Kriegsende könne nur durch intensive ernährungsmedizinische Forschung verbessert werden. So forderte er bereits im Dezember 1947 von der rheinland-pfälzischen Landesregierung eine engere Zusammenarbeit von Ernährungsmedizinern und staatlichen Dienststellen im Land und betonte, der Hunger bringe »völlig neue wissenschaftliche Probleme mit sich«, die nur durch »langfristige Forschungsarbeit«⁵⁴ lösbar seien. Sein eigenes Institut biete dafür die besten Voraussetzungen aller Einrichtungen im Land und könne als »neutrales und allseits unabhängiges«⁵⁵ Ernährungsinstitut alle ärztlichen und nahrungsmittelchemischen Probleme für die Regierung bearbeiten. Gegenüber dem Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz betonte Lang wiederum, seine Ernährungsforschung sei »unstreitig auf das engste mit der Wirtschaft verbunden«⁵⁶ und fördere dadurch das Gemeinwohl. Das entsprach dem gesellschaftlichen Konsens jener Zeit, nach welchem wissenschaftliche Forschung dem wirtschaftlichen Aufschwung und letztlich der ganzen Gesellschaft zugutekommen müsse.

Lang dramatisierte weiterhin die zu jenem Zeitpunkt durch Währungsreform und Marshall-Plan-Hilfen bereits in Entspannung befindliche Versorgungslage der Bevölkerung und warnte, alle Fragen zur Mangelerkrankung müssten »zwangsläufig in relativ kurzer Zeit gelöst sein, wenn eine Katastrophe verhütet werden soll«. ⁵⁷ Er versuchte also ganz offensichtlich, die Sorgen der Behörden vor einer Eskalation der Hungerkrise zu instrumentalisieren, doch scheiterten beide Anträge mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage. Trotzdem kam es infolgedessen zu ersten Formen der Zusammenarbeit zwischen Lang, dem Land und der Stadt Mainz, für die er den Nährwertgehalt des Mensa-Essens auf dem Mainzer Campus und im Stadtkrankenhaus Mainz kontrollierte. ⁵⁸ Weil sich die prekäre Finanzlage der Universität aber nicht besserte, ersuchte Lang den SPD-Landtagsabgeordneten Karl Kuhn um Fürsprache bei den zuständigen Ministerien. Lang betonte gegenüber Kuhn, nur aufgrund der »primitivsten baulichen Ausstattung« des Biochemischen Instituts seien ihm für »wichtige Entwicklungsarbeiten [...] praktisch alle Möglichkeiten genommen«. ⁵⁹ Der ungenügende Ausbau sei eine tragische Entwicklung, die die Zahl der Mainzer Medizinstudierenden begrenze. ⁶⁰ Doch auch diese Initiative blieb ohne konkrete Ergebnisse, und erst als das Bundesministerium für Ernährung im Sommer 1951 Gelder für universitäre Projekte mit spezifisch ernährungswissenschaftlichen Forschungsfragen ausschrieb, wurden Lang aus diesem Fördertopf 30.000 DM zugewiesen. ⁶¹ Erstmals seit mehreren Jahren konnte der Ausbau des Instituts fortgesetzt werden. Es sollte aber noch bis Ende 1954 dauern, ehe es mit zusätzlichen Geldern aus dem Universitätsfonds fertiggestellt werden konnte. ⁶²

In den Folgejahren erarbeitete sich Lang in Mainz einen Ruf als ausgezeichnete(r) Experte auf dem Gebiet der Ernährungsmedizin. Im Auftrag verschiedener Ministerien auf Bundes- und Landesebene forschte er zu ernährungswissenschaftlichen Fragen und beriet die zuständigen politischen Entscheidungsträger mit seiner Expertise. Über Kontakte in die Politik generierte er immer wieder neue Forschungsaufträge und Fördermittel, die er mit Verweis auf gesellschaftliche Entwicklungen stets neu zu legitimieren wusste: Nach dem Ende des schlimmsten Hungers und der Rationierungsmaßnahmen 1950 warb Lang beispielsweise für seine Arbeit mit dem Hinweis, sie würde angesichts weiterhin knapper Lebensmittelressourcen gefährliche soziale Verteilungskämpfe in der Gesellschaft schlichten helfen. Die zunehmende Sorge vor einer dramatischen Eskalation des Kalten Kriegs machte er sich in den 1960er-Jahren erfolgreich zunutze, indem er intensive Nachforschungen zum Verzehr radioaktiv verseuchter Lebensmittel ankündigte. Nachdem dann infolge des rasant angestiegenen Kalorienverzehrs in der Bevölkerung die Zahl der Herz-Kreislauf-Erkrankungen zugenommen hatte, nahm er diese Entwicklung zum Anlass, Forschungsgelder zur Prävention von Arteriosklerose und Diabetes mellitus zu akquirieren. ⁶³ Dabei warb Lang sehr erfolgreich mit dem Argument, als Universitätsprofessor an einer Medizinischen Fakultät garantiere er objektive und naturwissenschaftlich fundierte Forschungsergebnisse. Dass dem nicht zwangsläufig so sein musste, illustriert eindrucksvoll sein Engagement in Sachverständigen-Kommissionen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Mitte der 1950er-Jahre. Das Bundesinnenministerium hatte die wachsende Skepsis der Verbraucher vor der zunehmenden Verwendung von Chemikalien und Antibiotika in der Lebensmittelindustrie zum Anlass genommen, ein neues Lebensmittelgesetz auszuarbeiten zu lassen und die DFG-Kommissionen, ausschließlich mit Naturwissenschaftlern besetzt, sollten das Ministerium mit ihrer Expertise beraten. ⁶⁴ Lang, der auch einige der Kommissionen als Vorsitzender leitete, vertrat dabei eine deutlich positivere Haltung zu chemischen Konservierungsstoffen als viele seiner Fachkollegen. Insbesondere Vertreter einer alternativen Ernährungslehre warfen ihm deshalb vor, er stünde vor allem für die Interessen der Lebensmittelindustrie ein, zu der er enge Kontakte pflege. ⁶⁵ Tatsächlich war Lang Mitglied einer Vielzahl verschiedener Vereine und Kommissionen, die sich mit Fragen rund um die industrielle Lebensmittelproduktion befassten. Als wissenschaftlicher Vorsitzender des Forschungskreises der Ernährungsindustrie, der sich für eine enge Kooperation von Wissenschaft, Industrie und Politik einsetzte, war er sogar



Verleihung der Carl von Voit-Medaille an Lang (links im Bild) im Jahr 1973. Bildmitte: Ernst Rosenbaum, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), rechts: Günther Siebert, damaliger Präsident der DGE. Quelle: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., Bildnr. RS6518_002.

zentrales Bindeglied dieser verschiedenen Institutionen, die in den Folgejahren nach amerikanischem Vorbild immer enger kooperierten.⁶⁶

Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie, die ihre Produkte ernährungsphysiologisch untersuchen lassen wollten, wurden über diesen Verein immer wieder an das Mainzer Institut vermittelt. Die Auftragsforschung und Erstellung von Gutachten ließen sich die Unternehmen monatlich mehrere hundert bis tausende Mark kosten.⁶⁷ Als Lang schließlich den Vorsitz einer DFG-Kommission übernahm, versuchten Vertreter der Ernährungsindustrie deren Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen und äußerten Lang gegenüber ihre Sorge vor einem zu strengen Lebensmittelgesetz. Dieser wiederum beilte sich, entsprechende Bedenken zu entkräften: Als Kommissionsvorsitzender liege es ihm »natürlich am Herzen, daß bei solchen Besprechungen alle Probleme von allen Seiten aus beleuchtet werden.«⁶⁸ Er lud daher wiederholt Industrievertreter zu den Sitzungen ein. Der Vorwurf, Lang klüngele mit der Ernährungsindustrie, bekam weitere Nahrung, als dieser auf einem internationalen Kongress den damaligen Bundesernährungsminister Heinrich Lübke offen dafür angriff, die strengen Beschlüsse seiner eigenen DFG-Kommission zu unterstützen, von denen er sich bei dieser Gelegenheit öffentlichkeitswirksam und völlig überraschend distanzierte.⁶⁹ Der Vorwurf der Beeinflussbarkeit war für Lang aber durchaus nicht ungefährlich, drohte er doch den so wichtigen Ruf eines objektiven Wissenschaftlers nachhaltig zu untergraben. Lang wies solche Anschuldigungen stets zurück und kritisierte seinerseits alternativmedizinische Ernährungslehren als unwissenschaftlich, »kommerziell an bestimmten Ernährungsformen interessiert« und damit »nicht unabhängig«.⁷⁰

Dass Lang eine besondere Nähe zur Lebensmittelindustrie pflegte, wird auch durch folgende kurze Episode deutlich. Der Verband der Suppenindustrie e. V. kritisierte 1953 in einem Schreiben an das Kultusministerium Rheinland-Pfalz die aus seiner Sicht unzureichende Förderung der Forschungsarbeiten Langs.

»Wie wohl alle Organisationen der Ernährungsindustrie« stehe man »in laufender Verbindung« zum Mainzer Institut, »weil es das einzige deutsche Institut ist, das einer Universität angegliedert ist und sich speziell mit Fragen der Ernährungsphysiologie befasst.« Ihm komme daher »eine besondere Bedeutung für die Belange der Ernährungsphysiologie im Bundesgebiet zu und dies findet auch im Ausland wachsende Anerkennung«. ⁷¹ Lang griff diese Kritik dankbar auf und monierte, dass das zuständige Kultusministerium nicht genug Interesse für seine ernährungsmedizinische Forschung aufbringe. So zähle sein Universitätsinstitut im Bereich der Ernährungsphysiologie zu einem der führenden Institute »zum mindesten in Europa«. ⁷²

Lang profitierte letztlich sowohl finanziell als auch durch seinen wachsenden Bekanntheitsgrad von seinem Engagement in verschiedenen Kommissionen und Gremien. Gelegentlich wurde in diesem Zusammenhang gar über seine Berufung an andere renommierte Universitäten spekuliert, etwa nach München. ⁷³ Von seiner gestärkten Rolle ermutigt, forderte er auch von der JGU eine verstärkte Forschungsförderung, denn die Universität selbst habe bislang »noch nie eine Beihilfe für irgendeine Kongressreise« ⁷⁴ gezahlt. Dabei würden seine Tätigkeiten in verschiedenen Kommissionen und Verbänden dem Institut und damit auch der Universität viele Forschungsaufträge bringen. ⁷⁵ Tatsächlich leistete Lang wichtige Beiträge zur Errichtung einer eigenständigen Fachdisziplin Ernährungswissenschaften und stärkte somit den Wissenschaftsstandort Mainz. Als Gründungs- und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) wirkte er ab Herbst 1953 in entscheidenden Positionen daran mit, die deutsche Ernährungsforschung, die bis dahin institutionell auf verschiedene kleine Organisationen verteilt gewesen war, unter einem Dach zu bündeln.

Die DGE sah sich fortan als einzig legitime Vertretung der deutschen Ernährungswissenschaft im In- und Ausland und ihre Gründung bildete rückblickend einen wichtigen Schritt zur Institutionalisierung des Fachs in Westdeutschland. ⁷⁶ Langs Institut entwickelte sich in den Folgejahren zum wissenschaftlichen Zentrum des Vereins. So fand der erste wissenschaftliche Kongress der DGE im April 1954 an der JGU statt. Unter der Schirmherrschaft von Bundesernährungsminister Lübke diskutierten auf dem mehrtägigen Kongress unter der Leitung Langs über 400 Teilnehmende aus dem In- und Ausland über verschiedene Themen der richtigen Ernährung. ⁷⁷ Entsprechend euphorisch betonte dieser im Anschluss, der Kongress sei für Universität und Stadt »ein voller Erfolg« gewesen und »ganz allgemein hat [sic] die Universität Mainz und ihre Anlagen auf die Besucher einen nachhaltigen Eindruck hervorgerufen«. ⁷⁸ Die Bedeutung der Veranstaltung für die Stadt wird dadurch ersichtlich, dass Oberbürgermeister Franz Stein die Mitglieder persönlich begrüßte. ⁷⁹ Auch die Gründung der DGE selbst sah Lang durch den Kongress legitimiert: »Das große Interesse, den [sic!] dieser Kongress in weiten Kreisen gefunden hat, zeigt deutlich, welche Bedeutung man allen mit der Ernährung verknüpften Problemen beimißt, und daß die Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Ernährung berechtigt war.« ⁸⁰ Schon ein Jahr später fand in Mainz eine Neuauflage der Versammlung statt, bevor sich schließlich ein Zweijahresrhythmus etablierte. ⁸¹ Ein DGE-Mitglied formulierte später, es sei in der Gesellschaft »zur Tradition geworden«, dass sie ihre wissenschaftlichen Kongresse in Mainz stattfinden lasse, das sich als Wissenschaftsstandort und Kongresshauptstadt »aus mehrfachen Gründen« anbiete: »Für die Bundesrepublik spricht einmal die zentrale geographische Lage; zum anderen und insbesondere gilt Lang als eine ernährungswissenschaftliche Domäne.« ⁸²

Zusammen mit seinem Mainzer Kollegen Rudolf Frey, Direktor des ersten eigenständigen Universitätsinstituts für Anästhesiologie in der Bundesrepublik, veranstaltete Lang zahlreiche weitere Tagungen an der

Stärkung des Wissenschaftsstandorts Mainz

Besucher des 5. Wissenschaftlichen Kongresses der DGE im April 1958 in Mainz. Quelle: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., Bildnr. RS6519_5.



Blick auf den Neubau des Biochemischen Instituts Ende der 1970er-Jahre. Quelle: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Sammlung Gebr. Metz, Institutsgebäude Mainz.



Universität zur gemeinsamen Forschung über parenterale Ernährung, einer entscheidenden Komponente der Intensivmedizin. Ihre gemeinsame Arbeit trug zu einer außerordentlich dynamischen klinischen und wissenschaftlichen Entwicklung dieses Fachs bis in die 1970er-Jahre bei.⁸³ Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Fachgenese leistete Lang durch die Gründung der ersten Fachzeitschrift mit ausschließlich ernährungsphysiologischen Fragestellungen. Die *Zeitschrift für Ernährungswissenschaft*, deren Herausgeber er selbst bis 1982 war, avancierte in den Folgejahren zur wichtigsten Fachzeitschrift der deutschsprachigen Ernährungsforschung.⁸⁴

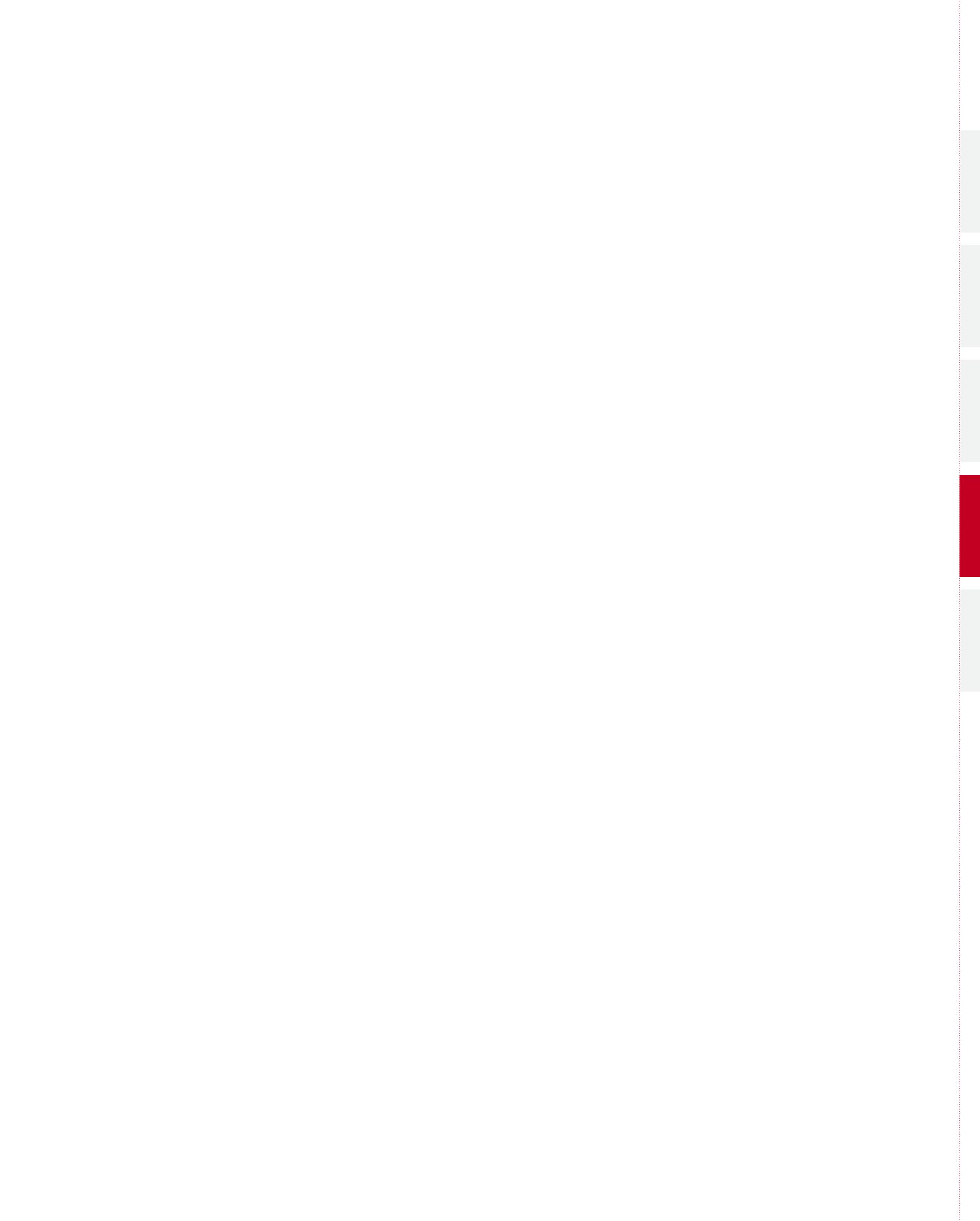
Als Lang im Wintersemester 1961/62 turnusgemäß die Position des Dekans der Medizinischen Fakultät übernahm, trieb er die Planungen für einen Neubau des Biochemischen Instituts im westlichen Erweiterungsgelände der Universität voran.⁸⁵

Es entbehrt wiederum nicht einer gewissen Ironie der Geschichte, dass Lang, der sich von Beginn an so vehement für bessere Lehr- und Forschungsbedingungen eingesetzt hatte, eben jenen Neubau nicht mehr aktiv nutzen konnte, kam ihm doch seine Emeritierung 1966 zuvor. Noch 1963 hatte die Fakultät erfolgreich darauf gedrungen, Langs Eintritt in den Ruhestand auf dessen ausdrückliche Bitte hin zu verschieben. Lang sei, so lautete die Begründung, »ein vorzüglicher akademischer Lehrer« und habe als »weit über die Grenzen des Bundesgebietes bekannter und geschätzter« Ernährungsexperte »das Ansehen der Fakultät und damit der Universität Mainz im In- und Ausland wesentlich gesteigert«.⁸⁶ Davon zeugen auch die zahlreichen Preise und Auszeichnungen, die ihm im Laufe der Jahre vor allem durch Vereine mit ernährungswissenschaftlichem Forschungsschwerpunkt verliehen wurden.⁸⁷ Die Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin (DGEM) stiftet bis heute die Konrad-Lang-Medaille »in Anerkennung außerordentlicher wissenschaftlicher Verdienste in der Ernährungsmedizin«.⁸⁸ Ohne Langs fachliche Leistungen in Abrede stellen zu wollen, klammert sie dabei in fahrlässiger Weise seine problematische Rolle im »Dritten Reich« einfach aus.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Mathy: Universität Mainz, S. 108. Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul in diesem Band.
- 2 Vgl. Schleiermacher: Medizin, S. 22.
- 3 Vgl. Fassnacht: Universitäten, S. 224 f.
- 4 Siehe hierzu den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.
- 5 Vgl. Neumann: Heeressanitätsinspektion, S. 127–139.
- 6 Vgl. ders.: Arzttum, S. 299.
- 7 Bundesarchiv-Militärarchiv (BArch-MA), RH 12-23/1672, Aktenvermerk Konrad Langs vom 8.11.1940.
- 8 BArch-MA, RH 12-23/1681, Aktenvermerk Konrad Langs vom Oktober 1942.
- 9 BArch-MA, RH 12-23/1701, Konrad Lang an SS-Oberführer Joachim Mrugowsky am 17.5.1944.
- 10 Vgl. Neumann: Arzttum, S. 306.
- 11 Vgl. Thoms: Ernährung, S. 207.
- 12 Vgl. Neumann: Arzttum, S. 266 f.
- 13 Vgl. BArch-MA, RH 12-23/1680, Niederschrift über die 6. Tagung der AG Ernährung vom 21.8.1942.
- 14 Vgl. Neumann: Arzttum, S. 268.
- 15 Lang/Ranke: Stoffwechsel, S. 2.
- 16 Vgl. Neumann: Arzttum, S. 364.
- 17 Vgl. die eidesstattliche Versicherung Konrad Langs vom 15.1.1947, zit. nach Neumann: Arzttum, S. 362.
- 18 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 64/4, Fragebogen für das Spruchkammerverfahren an der JGU.
- 19 Vgl. Neumann: Arzttum, S. 366.
- 20 Vgl. ders.: Forschungsförderung, S. 257 u. Ratschko: Kieler Hochschulmedizin.
- 21 UA Mainz, Best. 35/10, Konrad Lang an seinen Vertrauten Emil Lehnartz (Münster) am 12.11.1953.
- 22 Neumann: Arzttum, S. 86.
- 23 Thoms: Max-Planck-Institut, S. 324.
- 24 Vgl. ebd., S. 364.
- 25 UA Mainz, Best. 64/4, die Heeressanitätsinspektion an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 8.12.1944.
- 26 Loose: Wissenschaftler, S. 67. Ein wissenschaftlicher Nachweis auf breiter Basis steht hierfür noch aus.
- 27 Siehe hierzu den Beitrag von Ilja Medvedkin in diesem Band.
- 28 Vgl. Schleiermacher: Medizin, S. 27.
- 29 UA Mainz, Best. 64/4. In einem Bewerbungsschreiben vom 16.5.1946 informierte Lang Rektor Josef Schmid über das abgeschlossene Entnazifizierungsverfahren durch die Amerikaner.
- 30 UA Mainz, Best. 35/3, Konrad Lang an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Robert Furch, am 28.1.1954.
- 31 UA Mainz, Best. 35/1, Konrad Lang an Waldemar Kutscher, Professor am Biochemischen Institut der Universität Heidelberg, am 21.2.1956.
- 32 UA Mainz, Best. 64/4, Konrad Lang an Rektor Josef Schmid am 16.5.1946.
- 33 Vgl. UA Mainz, Best. 35/4, Konrad Lang an SPD-Politiker Karl Kuhn am 15.1.1951.
- 34 UA Mainz, Best. 35/9, Konrad Lang an den Physiologen Otto Friedrich Ranke im Januar 1952.
- 35 UA Mainz, Best. 64/4, Waldemar Kutscher an Rektor Josef Schmid am 25.5.1946.
- 36 Ebd., Adolf Butenandt an Rektor Josef Schmid am 14.8.1946.
- 37 Siehe hierzu den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 38 Fassnacht: Universitäten, S. 107.
- 39 Mathy: Universität Mainz, S. 108.
- 40 Albers: Geschichte, v. a. S. 43.
- 41 Mathy: Landesuniversität, S. 177 f.
- 42 UA Mainz, Best. 35/20, Konrad Lang an die Bauleitung der JGU am 30.11.1949.
- 43 Bässler: In memoriam, S. 269.
- 44 UA Mainz, Best. 35/20, Konrad Lang an Rektor August Reatz am 19.10.1948.
- 45 Ebd., Konrad Lang an den Dekan der Medizinischen Fakultät, Kurt Voit, am 19.1.1949.
- 46 Bässler: In memoriam, S. 269.
- 47 Vgl. Defrance: Franzosen, S. 125 f.
- 48 UA Mainz, Best. 35/20, Konrad Lang an Kurator Fritz Eichholz am 25.7.1949.
- 49 Siggemann: Eichholz, S. 90.

- 50 Vgl. UA Mainz, Best. 35/5, Konrad Lang an Rektor Adolf Dabelow am 12.5.1953.
- 51 Bässler: In memoriam, S. 269.
- 52 UA Mainz, Best. 35/20, Fritz Eichholz an den Dekan der Medizinischen Fakultät, Kurt Voit, am 23.3.1949.
- 53 Vgl. dazu Weingart: Verhältnis.
- 54 UA Mainz, Best. 35/50, Konrad Lang an die Landesregierung Rheinland-Pfalz am 6.12.1947.
- 55 Ebd.
- 56 UA Mainz, Best. 35/12, Konrad Lang an das Landesministerium für Wirtschaft Rheinland-Pfalz am 3.8.1949.
- 57 Ebd.
- 58 Vgl. UA Mainz, Best. 35/20, Konrad Lang an das Landesministerium für Gesundheit Rheinland-Pfalz am 18.11.1948.
- 59 UA Mainz, Best. 35/4, Konrad Lang an den SPD-Politiker Karl Kuhn am 8.1.1951.
- 60 Ebd.
- 61 Vgl. ebd., das Bundesministerium für Ernährung an Konrad Lang am 4.10.1951.
- 62 Vgl. UA Mainz, Best. 35/2, Konrad Lang an die Verwaltung der JGU am 14.12.1954.
- 63 Die facettenreiche ernährungsmedizinische Forschung Langs in der frühen Bundesrepublik, seine intensive Zusammenarbeit mit Politik und Lebensmittelindustrie und sein Beitrag zur Etablierung der Ernährungswissenschaften im universitären Fächerkanon wird ausführlich thematisiert bei Cloppenburg: Konrad Lang.
- 64 Vgl. Stoff: Hexa-Sabbat, S. 61 f.
- 65 Vgl. ders.: Gift, S. 101.
- 66 Vgl. Hamann: Diskussionstagung, S. 345 f.
- 67 Vgl. UA Mainz, Best. 35/3, Vertreter der Lebensmittelindustrie an Konrad Lang am 15.5.1954.
- 68 UA Mainz, Best. 35/5, Konrad Lang an Vertreter der Lebensmittelindustrie am 14.7.1953.
- 69 Erst nach einer Unterredung mit einem Vertreter der Gesundheitsbehörde widerrief Lang seine Distanzierung. Siehe dazu Archiv DFG, AN 6032, Kommission zur Untersuchung des Bleichens von Lebensmitteln, Juli 1957, Vermerk zur Unterredung Konrad Langs mit Ministerialrat Werner Gabel vom 3.6.1957, zit. nach: Stoff: »Hexa-Sabbat«, S. 68 f.
- 70 UA Mainz, Best. 35/8, Konrad Lang an den Bundesausschuss für gesundheitliche Volksbelehrung am 26.11.1956.
- 71 UA Mainz, Best. 35/13, der Verband der Suppenindustrie e.V. an das Kultusministerium Rheinland-Pfalz am 27.1.1953.
- 72 Ebd., Konrad Lang an das Kultusministerium Rheinland-Pfalz am 14.1.1953.
- 73 Vgl. UA Mainz, Best. 35/9, Emil Lehnartz, der ihn für die Stelle in München vorgeschlagen hatte, an Konrad Lang am 26.3.1952.
- 74 UA Mainz, Best. 35/2, Konrad Lang kritisierte die Universität gegenüber dem Bundesministerium für Ernährung am 16.10.1954.
- 75 Vgl. UA Mainz, Best. 12/294, Konrad Lang an den Dekan der Medizinischen Fakultät, Heinrich Kliewe, am 21.2.1956.
- 76 Vgl. Melzer: Vollwerternährung, S. 290 f.
- 77 Vgl. Oberritter: Bestehen.
- 78 UA Mainz, Best. 35/3, Konrad Lang an Rektor Arnold Schmitz am 27.4.1954.
- 79 Vgl. ebd., Konrad Lang an den Mainzer Oberbürgermeister Franz Stein am 27.4.1954.
- 80 UA Mainz Best. 35/7, Manuskript zu einem Vorwort der Zeitschrift *Ernährungs-Umschau* 1954.
- 81 Vgl. ebd., Konrad Lang lud am 29.3.1955 den Fachkollegen Rudolf Neubert (Universität Jena) zum zweiten Kongress ein.
- 82 Wirths: Bericht, S. 50.
- 83 Vgl. Lang: Parenterale Ernährung.
- 84 Vgl. ders.: Vorwort.
- 85 Vgl. Dumont: Abteilungsleiter, S. 428.
- 86 UA Mainz, Best. 64/4, die Medizinische Fakultät an das Landesministerium für Kultus und an Rektor Martin Schmidt am 3.7.1963.
- 87 Lang war u. a. Ehrenmitglied der Deutschen (DAKE) und Österreichischen (AKE) Arbeitsgemeinschaft für künstliche Ernährung sowie der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung.
- 88 Die Liste der Preisträger der Konrad-Lang-Medaille ist über die Homepage der Deutschen Gesellschaft für Ernährungsmedizin e.V. abrufbar, URL: <http://www.dgem.de/dgem-preistr%C3%A4ger> (abgerufen am 7.10.2019).



Ein belasteter »Kontinuitätsträger«

Die NS-Vergangenheit der Hebammenlehranstalt Mainz

Frederic Ruckert

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses

Infolge des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 wurden in Deutschland zwischen 1933 und 1945 etwa 360.000 Menschen zwangsweise sterilisiert.¹ Ziel des Gesetzes war »die Ausschaltung biologisch minderwertigen Erbgutes«, um »eine allmähliche Reinigung des Volkskörpers« und letztlich die vollständige »Ausmerzung von krankhaften Erbanlagen«² zu erreichen. Laut § 1 Abs. 2 des Gesetzes konnten folgende Krankheitsbilder zur Sterilisation führen: 1. angeborener Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. manisch-depressives Irresein, 4. erbliche Fallsucht, 5. erblicher Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), 6. erbliche Blindheit, 7. erbliche Taubheit und 8. schwere erbliche körperliche Missbildung. »Ferner unfruchtbar gemacht werden [konnte], wer an schwerem Alkoholismus« litt. Laut § 12 war dabei »die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig«, sofern sich die Opfer nach schriftlicher Aufforderung nicht freiwillig in den vorgeschriebenen Anstalten vorstellten. In solchen Fällen hatte »der beamtete Arzt [...] bei der Polizeibehörde die erforderlichen Maßnahmen zu beantragen.«³ Aufgrund des Zwangscharakters des Gesetzes wurden gerichtlich angeordnete Unfruchtbarmachungen in kürzester Zeit zum festen Bestandteil des medizinischen Alltags im nationalsozialistischen Deutschland. Zwischen 1934 und 1937 wurden in Deutschland etwa 225.000 Unfruchtbarmachungen durchgeführt; eine fast zehnmal höhere Sterilisationsrate, als sie innerhalb von dreißig Jahren in den USA zu verzeichnen war.⁴

Die ausführenden Krankenhäuser

Nach Paragraph 19 der Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935 war die deutsche Ärzteschaft dazu aufgefordert, »zum Wohle von Volk und Reich für die Erhaltung und Hebung der Gesundheit, des Erbgutes und der Rasse des Deutschen Volkes zu wirken«.⁵ Die einzelne Patientin oder der einzelne Patient standen damit nicht mehr im Mittelpunkt ärztlicher Entscheidungsfindung. Das Selbstbild des Arztes wandelte sich so vom Individual- zum sogenannten »Erbarzt«,⁶ der sich selbst – unter Vernachlässigung des einzelnen Patientenschicksals – allein dem Dienst am Volkskörper verpflichtet sah. Die Ärzte wurden zum ausführenden Organ der nationalsozialistischen Ideologie.

Auch die medizinischen Institutionen der Stadt Mainz waren nachweislich an der Umsetzung von Zwangssterilisationen beteiligt. Am 3. September 1933 wurde infolge einer zwischen der Katholischen Kirche und

dem neu ernannten Reichsinnenminister Wilhelm Frick geführten Verhandlung festgelegt, dass katholisch geleitete Krankenhäuser und Heilanstalten von der Ausführungspflicht des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses entbunden seien.⁷ In Mainz waren demzufolge das Vincenz-, das Hildegardis- sowie das Rochus-Hospital nicht an der Durchführung gesetzlicher Zwangssterilisationen beteiligt.⁸ Einen umso größeren Beitrag leisteten die gynäkologische Abteilung des Städtischen Krankenhauses und die Mainzer Hebammenlehranstalt. Beide Einrichtungen wurden 1946 beziehungsweise 1950 Teil der Mainzer Universitätsmedizin und damit der neugegründeten Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU).

Während die praktische Ausbildung der Hebammen im Mittelalter größtenteils dem Aufgabengebiet der Kirche unterlag, erkannte man im Zeitalter der Aufklärung, dass das Ziel einer möglichst großen Zahl gesunder und arbeitsfähiger Nachkommen nur durch eine zentral organisierte Schulung des medizinischen Personals zu erreichen sei.⁹ Infolgedessen wurden in den europäischen Ländern zahlreiche Entbindungsanstalten errichtet. So entstand in Deutschland neben entsprechenden Einrichtungen in Göttingen, Berlin und Kassel auch in Mainz eine Ausbildungsstätte für Hebammen: das sogenannte Mainzer Accouchement. Es wurde am 15. November 1784 unter der Leitung Johann Peter Weidmanns eröffnet, einem Professor für Chirurgie und Geburtshilfe. Am 2. Januar 1806 wurde das Entbindungshaus in dem im Rheingau gelegenen Kloster Eberbach neu eröffnet. Diese als Erbacherhof bezeichnete Unterbringung konnte der stetig wachsenden Zahl gebärender Frauen dauerhaft allerdings nicht gerecht werden, was im April 1808 zu einer Verlegung der Lehranstalt in das Kloster der Armen Klarissen in der Rosengasse in Mainz führte. Seinen letzten Standort, bis in das Jahr 1942, erhielt das Accouchement in der Hafestraße, nachdem dort 1903 der Bau eines neuen Gebäudes genehmigt worden war.¹⁰

1928 hatte der Obermedizinalrat Ernst Puppel die Anstaltsleitung übernommen, diesen Posten aber im Juni 1938 an Emil Wehefritz abgetreten. Beide waren an der Umsetzung eugenischer Zwangssterilisationen beteiligt. Puppel war seinerzeit ein begeisterter Anhänger der nationalsozialistisch propagierten Rassenhygiene. So beschrieb er 1934 in einem Festvortrag zur Feier des 150-jährigen Bestehens der Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Mainz die Rolle von Hebammen und Geburtshelfern im »Dritten Reich« folgendermaßen:

»Wir stehen als Geburtshelfer [...] an der Wiege des Volkes. Was hier vernichtet oder auch vernachlässigt wird, kann nie mehr ganz wieder ausgeglichen werden. Die große Bedeutung dieser Dinge wird Ihnen aber erst dann ganz klar, wenn Sie die Einheit Mutter und Kind nicht als Einzelindividuum betrachten, sondern als einen Teil des Ganzen, dem wir alle verantwortlich sind, nämlich unserem deutschen Volke in seiner Gesamtheit.«¹¹

Hierbei sollte besonderes Augenmerk auf der Detektion und Meldung von Krankheitsbildern liegen, die nach damaliger Rechtsprechung unter das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses fielen. Am Beispiel der beruflichen Verpflichtungen für Hebammen bemerkte Puppel: »Sie müssen die sittlich Gefährdeten und gefährlichen Mitglieder Ihrer Heimatgemeinde kennen, Sie werden schwachsinnige Frauen und Mädchen entbinden, und es dürfte ein Wort bei Ihrem zuständigen Kreisarzt genügen, die Sache in Gang zu bringen.«¹² Da sich das Einzugsgebiet der Hebammenlehranstalt unter der Leitung Puppels auf ganz Hessen südlich des Mains ausgeweitet hatte, wurde der Großteil der in Mainz vorgenommenen Unfruchtbarmachungen dort durchgeführt.

Im Juni 1931 wurde mit der Eröffnung der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses eine weitere gynäkologische Abteilung in Mainz geschaffen. Die Leitung der mit 150 Betten für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten ausgestatteten Abteilung übernahm Richard Kräuter, Spezialist für Geburtshilfe und Gynäkologie, der



Die Hebammenlehr- und Entbindungsanstalt (Accouchement) in der Hafestraße 8 um 1905. Blick in Richtung Frauenlobstraße. Foto: Otto Trabold, Quelle: StA Mainz, BPSF/5856.

zuvor unter anderem kurzzeitig stellvertretender Direktor an der Universitätsfrauenklinik Freiburg gewesen war.¹³ Seit 1926 stand das Städtische Krankenhaus unter der Direktive des Internisten Jakob Hürter. Wenige Monate nach Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 führte die Eskalation eines internen Konflikts zwischen Hürter und dem NSDAP-Mitglied Heinz Roepke, damals Assistenzarzt in der Chirurgie, dazu, dass Hürter das Amt des Krankenhausdirektors niederlegen musste.¹⁴ Im November 1933 wurde daher Gustav Deusch zum neuen Leiter des Städtischen Krankenhauses ernannt, der wie Roepke als treuer Anhänger des nationalsozialistischen Regimes galt. Das Krankenhaus wurde daraufhin als »nationalsozialistischer Betrieb« geführt, in dem sich die NS-Ideologie in kürzester Zeit in allen Bereichen des medizinischen Alltags manifestierte. Eine Zusammenlegung beider gynäkologischer Abteilungen wurde diskutiert, jedoch erst im Kontext der neugegründeten Universität realisiert. Beim ersten schweren Luftangriff auf die Stadt am 12./13. August 1942 wurde das in der Hafestraße gelegene Accouchement vollkommen zerstört.¹⁵ Die Hebammenlehranstalt wurde 1950 als Hebammenschule des Landes Rheinland-Pfalz der Mainzer Universitätsfrauenklinik angegliedert.¹⁶



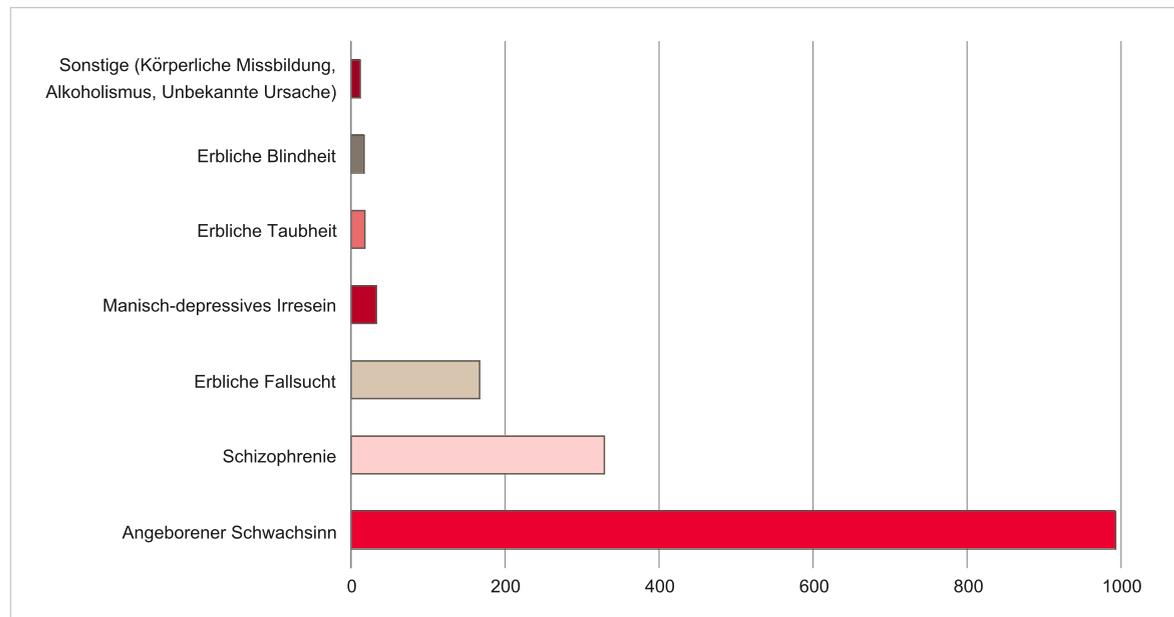
Personal und Lehrschwestern der Hebammenlehranstalt 1926. 1. Reihe, 4. von links: Oberarzt Walter Liebe. Quelle: StA Mainz, BPSF/11040 A.

In Mainz lassen sich 1.569 Einweisungen zur gesetzlichen Unfruchtbarmachung zwischen 1933 und 1945 ermitteln. Von den eingewiesenen Frauen wurden mindestens 1.429 infolge des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses unfruchtbar gemacht. Für einen Zeitraum von zehn Jahren bedeutet dies umgerechnet, dass in Mainz durchschnittlich fast jeden zweiten Tag eine Sterilisation unter Zwang durchgeführt wurde. Realisiert wurden die gesetzlich angeordneten Sterilisationen sowohl in der Hebammenlehranstalt als auch in der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses. Während nur 40 Sterilisationen in den Krankenakten der Frauenklinik verzeichnet sind, wurde mit 1.389 Sterilisationen die große Mehrheit der Eingriffe in der Hebammenlehranstalt vollzogen.¹⁷ Die Diagnose »angeborener Schwachsinn« bildete mit 63 Prozent der Fälle den häufigsten Einweisungsgrund. 21 Prozent der Unfruchtbarmachungen in Mainz wurden aufgrund von »Schizophrenie« angeordnet. Ein Großteil der Frauen, bei denen »Schizophrenie« diagnostiziert worden war, waren im Einweisungszeitraum Insassinnen einer Heil- und Pflegeanstalt. Von der Diagnose »erbliche Fallsucht« waren elf Prozent der Opfer betroffen. Deutlich seltener führte »manisch-depressives Irresein« mit zwei Prozent der Gesamtanzahl zur Einweisung. Sowohl »erbliche Taubstummheit« als auch »erbliche Blindheit« ließen sich lediglich in einem Prozent der Fälle nachweisen. Andere Diagnosen wie »schwere, körperliche Missbildung« oder »schwerer Alkoholismus« spielten in Mainz eine untergeordnete Rolle. Sterilisationsanordnungen wegen »erblichem Veitstanz« ließen sich im untersuchten Aktenmaterial nicht nachweisen. Somit setzten sich 95 Prozent der zur Einweisung führenden Sterilisationsindikationen in Mainz aus »angeborenem Schwachsinn«, »Schizophrenie« und »erblicher Fallsucht« zusammen.¹⁸

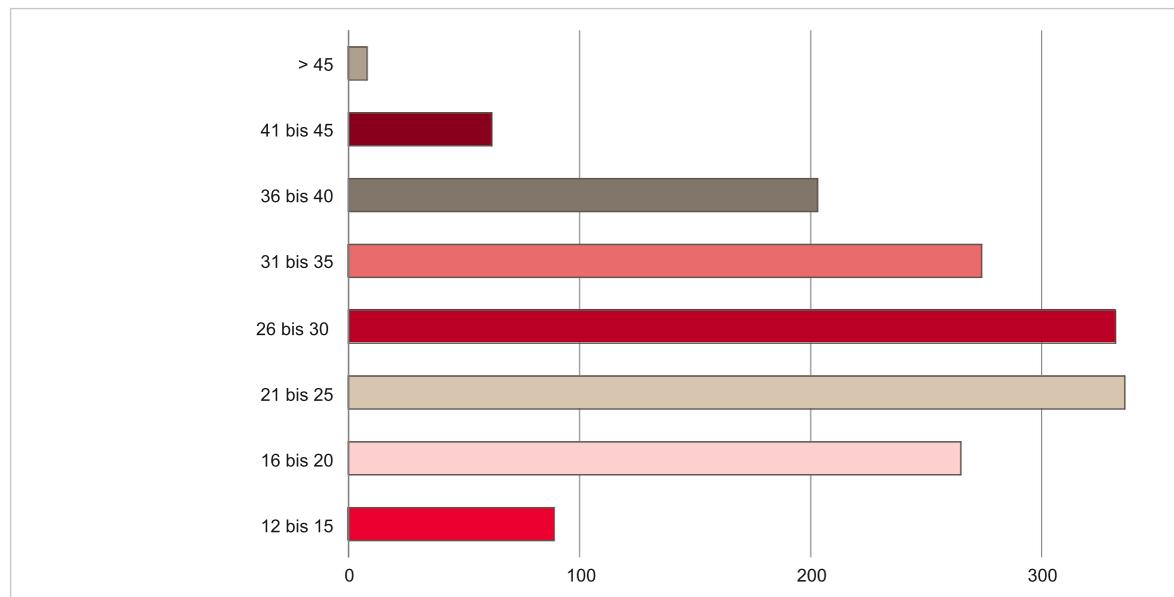
Die meisten Frauen, die in Mainz sterilisiert wurden, waren zwischen 20 und 30 Jahre alt.¹⁹ 13 Prozent der Betroffenen hatten das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht; 22 Mädchen waren zum Zeitpunkt ihrer Unfruchtbarmachung noch nicht geschlechtsreif. Eines der jüngsten Opfer war gerade einmal zwölf Jahre alt.²⁰

Indikationen

Eine Übersicht der Indikationen in Mainz zwischen 1933 und 1945. Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors.



Eine Übersicht über das Alter der Opfer von Zwangssterilisationen in Mainz. Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors.



Angewandte Verfahren

Bei der Umsetzung gesetzlich angeordneter Unfruchtbarmachungen in Mainz nutzte man sowohl operative Methoden als auch Sterilisationen durch intrauterine Radiumeinlagen oder Röntgenbestrahlung. Während Erstgenannte mit 1.403 Eingriffen den Großteil der in Mainz durchgeführten Zwangssterilisationen bildeten, vollzog man bei 26 Frauen die Unfruchtbarmachung mittels Strahlenbehandlung.²¹ Die operativen Sterilisationen wurden zu 99 Prozent in der Hebammenlehranstalt vorgenommen, deren zeitweiliger ärztlicher Leiter Puppel durch ein eigens entwickeltes Operationsverfahren eine Unfruchtbarmachung in »sieben bis siebzehn Minuten«²² versprach. Mit über 86 Prozent der Eingriffe wurde in Mainz die Tubensterilisation nach Madlener deutlich bevorzugt. Dabei wurden beide Eileiter mittels Seidenfäden abgeschnürt, um durch Gewebsverwachsungen eine Tubenundurchlässigkeit und so die Infertilität des Opfers zu gewährleisten. Unfruchtbarmachungen durch Strahlenanwendung gehörten ausschließlich zum Aufgabengebiet der Frauenklinik und Röntgenab-

teilung des Städtischen Krankenhauses. Mindestens 18 Frauen wurden in Mainz mittels Röntgenbestrahlung der Ovarien unfruchtbar gemacht. Mindestens acht Zwangssterilisationen wurden durch intrauterine Radiumeinlagen durchgeführt. Dabei legte man transvaginal 40mg Radium über einen Zeitraum von bis zu 60 Stunden in die Gebärmutter des Opfers ein.²³ Sowohl die operativ vollzogenen Sterilisationen als auch die Unfruchtbarmachungen durch Strahlenbehandlung waren mit einer Vielzahl von Komplikationen und Nebenwirkungen verknüpft, die in insgesamt elf Fällen zum Tod der Betroffenen führten. Das jüngste dokumentierte Todesopfer in Mainz war 14 Jahre alt.²⁴

Unter Berücksichtigung der gravierenden Folgen, die aus dem gerichtlichen Beschluss einer Unfruchtbarmachung resultierten, stellt sich die Frage, welche diagnostischen Kriterien von den damals tätigen Ärzten genutzt wurden, um eine Sterilisation unter Zwang zu rechtfertigen. Mindestens 993 Frauen wurden in Mainz wegen »angeborenen Schwachsinn« sterilisiert. In knapp 80 Prozent der Fälle wurde diese Diagnosestellung mit unterdurchschnittlicher intellektueller Leistungsfähigkeit begründet. In vielen Fällen genügte dabei bereits das Nichterreichen des Klassenziels als eindeutiger Hinweis für die Existenz des scheinbaren Erleidens. Ebenso wurden Handlungen entgegen der gesellschaftlichen Norm wie Diebstahl, Ehebruch oder Prostitution genutzt, um das Vorliegen des »angeborenen Schwachsinn« zu rechtfertigen. In Mainz wurde die Diagnose zu über 21 Prozent aufgrund »moralischen Schwachsinn« gestellt und hatte die Zwangssterilisation von mindestens 211 Frauen zur Folge. Fast 20 Prozent der für schwachsinzig erklärten Frauen hatten unehelich gezeugte Kinder zur Welt gebracht. Vereinzelt griff man dabei auf polemisierende Umschreibungen zurück wie »abnorm starke sexuelle Betätigung« oder »sexuelle Übererregtheit«.²⁵ Als Beispiel für die Oberflächlichkeit der damaligen Diagnosestellung sei hier auf ein ärztliches Schreiben an das staatliche Gesundheitsamt Mainz vom 14. Juli 1937 verwiesen, in welchem der behandelnde Arzt die Indikation zur Unfruchtbarmachung einer 21-Jährigen folgendermaßen begründete: »Ich melde Fräulein M. M. geboren am 11.1.1917 zur [sic!] Burgsinn (Unterfranken) z. Zt. im Gefängnis Mainz, zur Beobachtung auf Sterilisation wegen Verdachts auf angeborenen Schwachsinn. Sie hat jetzt ihre 2. uneheliche Schwangerschaft, sitzt wegen Diebstahls im Gefängnis und ist in der Schule sitzen geblieben.«²⁶

Mindestens 329 Frauen wurden in Mainz aufgrund der Diagnose »Schizophrenie« eingewiesen. Mit knapp 60 Prozent war der Großteil der Betroffenen in einer psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalt untergebracht. Wegen der Gehaltlosigkeit der gesetzlichen Vorgaben zur Diagnosestellung war es im Einzelfall nicht zwingend notwendig, Symptome einer schizophrenen Störung nachzuweisen. Die Sterilisation konnte prinzipiell bei jeder Art von Verhaltensauffälligkeit im Rahmen einer »leichten Ausprägungsform«²⁷ des Krankheitsbildes beantragt werden. In einem Überweisungsschreiben der Heil- und Pflegeanstalt Goddelau an die Hebammenlehranstalt vom 14. Mai 1934 lautet die Beschreibung einer betroffenen Frau dementsprechend: »Bei der Frau P. handelt es sich um eine Schizophrenie mit angeborener Minderwertigkeit, besonders auf sexuellem Gebiet. Arznei bedarf sie keine. Nach erfolgter Sterilisation muss sie wieder in unsere Anstalt zurückgebracht werden.«²⁸ Die »erbliche Fallsucht« galt nach den Vorgaben des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als Krankheitsbild mit dem Leitsymptom des epileptischen Anfalls in unterschiedlichen Ausprägungsformen. Neben dem Nachweis eines epileptischen Krampfanfalls sollte jedoch auch die mit dem Krankheitsbild einhergehende Wesensbeeinträchtigung der Betroffenen als diagnostisches Hilfsmittel dienen. Bereits der fehlende Nachweis nichtvererbbarer Ursachen für das Entstehen der Krankheit, wie entzündliche Hirnerkrankungen oder traumatische Verletzungen, genügte nach damaligen Maßstäben als Beweis eines erblich bedingten Krankheitsgeschehens.

Diagnosestellung als Versuch der Rechtfertigung

Mindestens 33 Frauen waren in Mainz von der Diagnose »manisch-depressives Irresein« betroffen. Die Anordnung einer Unfruchtbarmachung setzte auch hier keineswegs den Nachweis eines schweren klinisch ausgeprägten Krankheitsbildes voraus, sondern unterlag allein der subjektiven Meinung des Untersuchenden. Die Unfruchtbarmachung eines Opfers in Mainz wurde beispielsweise damit begründet, dass die »Schwester der Großmutter schwermütig gewesen sei«.²⁹

»Erbliche Blind- und Taubheit« waren in Mainz eher seltene Einweisungsdiagnosen zur gesetzlichen Unfruchtbarmachung. Dabei fanden sich 18 Zwangssterilisationen aufgrund von »erblicher Taubheit« und 17 Fälle »erblicher Blindheit«. Insgesamt neun Frauen waren in Mainz von der Diagnose »schwere erbliche körperliche Missbildung« betroffen. Neben gesundheitlichen standen dabei auch ästhetische Motive im Mittelpunkt der ärztlichen Diagnosestellung. Eine angeborene Lippenspalte, umgangssprachlich auch »Hasenscharte« genannt, wurde beispielsweise bereits als »schwere erbliche körperliche Missbildung« angesehen. Zwangssterilisationen aufgrund von »schwerem Alkoholismus« waren in Mainz die Ausnahme. Im untersuchten Aktenmaterial konnten zwei gesetzliche Unfruchtbarmachungen aufgrund einer scheinbar vorliegenden Alkoholabhängigkeit des Opfers nachgewiesen werden. Als eine Besonderheit der in Mainz durchgeführten Unfruchtbarmachungen ist jedoch die Zwangssterilisation einer 22-jährigen, als »Zigeunermischling« diskriminierten Frau zu nennen, welche aufgrund von »Rassenmischung«³⁰ in der Hebammenlehranstalt durchgeführt wurde. Die medizinische Entscheidung fand dabei im Rahmen eines weiten subjektiven Ermessensspielraums statt und war mehr von ideologischer Verblendung als fachlichen Kriterien beeinflusst. Nur wenige Ärzte verweigerten sich dieser Praxis und wurden in aller Regel durch politisch willfähiges Personal ersetzt.³¹

Folgen der Zwangssterilisationen

Insbesondere in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses war der Sterilisationsalltag in den Mainzer Kliniken von unpersönlicher Massenabfertigung geprägt.³² Eine ausreichende Reflexion des medizinischen Personals über die Folgen ihres Handelns war schon aufgrund dieser Rahmenbedingungen kaum möglich. Die Krankengeschichte einer Betroffenen stellt das sehr anschaulich dar. Die 38-jährige Ehefrau eines Kaufmanns und Mutter eines gesunden Kindes war Insassin der Heil- und Pflegeanstalt Alzey. Im Februar 1935 wurde sie zwecks Unfruchtbarmachung aufgrund von »Schizophrenie« in die Hebammenlehranstalt Mainz eingewiesen. In einem Tagebucheintrag, welcher der Krankenakte beigelegt worden war, beschreibt sie den Alltag unter stationären Bedingungen:

»[...] Ich kann heute nichts mehr reden vor Ärzten. Man ist weder in Mainz noch in Alzey auf mich eingegangen, wenn ich etwas sagen wollte. Man läuft fort u. sagt: ›Ich weiß alles was sie mir sagen wollen.‹ Gerade wie wenn man keinen Verstand [hätte]. [...] Ich habe mein Kind 5 Wochen nicht gesehen. Ich hätte nie geglaubt, daß man meinen Mann der ein treuherzlicher u. äußerst gutmütiger Mann war, so beeinflussen könnte. Ich bin seelisch herunter genug. Nun wende man bitte keine Gewalt an mit der Operation. Ich benötige um meinen Seelenfrieden zu bekommen dringend notwendig mein Kind u. meinen Mann. [...] Der Gedanke, daß ich auf solch gewaltsame Art unfruchtbar gemacht werden soll, macht mich fast wahnsinnig. Ich meine, ich könne nicht mehr leben unter diesem Gedanken nie mehr Kinder zu bekommen.«³³

Neben gesundheitlichen Schäden litt auch die Psyche der Betroffenen erheblich unter der durchgeführten Zwangssterilisation. Das medizinische Personal reagierte im Einzelfall entsprechend radikal mit tagelanger Fixierung oder medikamentöser Sedierung der Opfer.³⁴ Wie gravierend die psychischen Auswirkungen im

Einzelnen ausfielen, verdeutlicht die Reaktion einer 39-jährigen Frau, die nur wenige Tage nach ihrer Unfruchtbarmachung am 11. Dezember 1937 in der Hebammenlehranstalt Mainz »Suizid durch Sprung aus dem Fenster ihres Krankenzimmers«³⁵ beging. Ein 23-jähriges Opfer aus Massenheim floh in Anbetracht der bevorstehenden Zwangssterilisation aus der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses und ertränkte sich im Rhein.³⁶

Zusammenfassend lässt sich für die Mainzer Hebammenlehranstalt und das Städtische Krankenhaus eine den Zielen des Nationalsozialismus entsprechende Umsetzung der Zwangssterilisationen konstatieren. Die im Wintersemester 1946/47 arbeitsfähige Mainzer Universitätsmedizin hat sich über Jahrzehnte hinweg dieses dunklen Kapitels ihrer Vorgeschichte nicht angenommen, obwohl sie mit der Integration der Hebammenlehranstalt und des Städtischen Krankenhauses als deren Rechtsnachfolgerin angesehen werden muss. Auch eine personelle Kontinuitätslinie spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Kräuter, der am 15. November 1946 einen Lehrstuhl an der neu gegründeten Medizinischen Fakultät der JGU erhielt, war als Leiter der Mainzer Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses (1931–1945) nachweislich an der Durchführung von Zwangssterilisationen beteiligt. Ungeachtet seiner einflussreichen Position stellte die für die Entnazifizierung zuständige Prüfungskommission der Stadt Mainz das Verfahren gegen Kräuter schon im Oktober 1945 ein, da er nicht Mitglied der NSDAP gewesen war und auch sonst keine »propagandistische oder organisatorische Tätigkeit im Sinne der NSDAP«³⁷ ausgeführt habe.

Resümee

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bayertz u. a.: Rasse, S. 470; vgl. allg.: Klee: Dokumente; Benzenhöfer: Genese; Fleßner u. a. (Hrsg.): Forschungen u. Bock: Zwangssterilisation.
- 2 Gütt u. a.: Verhütung, S. 77.
- 3 Reichsministerium des Innern (Hrsg.): Deutsches Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 529.
- 4 Vgl. Kevles: Name of Eugenics, S. 116 f.
- 5 Reichsärzteordnung vom 13.12.1935, §19, abgedr. bei Ramm: Rechts- und Standeskunde, S. 212.
- 6 Verschuer: Leitfaden, S. 236.
- 7 Vgl. Seipolt: Gnadentod, S. 48.
- 8 Vgl. Dumont: Hakenkreuz, S. 378.
- 9 Vgl. Weber: Accouchement, S. 419.
- 10 Vgl. ebd., S. 421–428.
- 11 Puppel: Hebammenkunst, S. 532.
- 12 Ebd.
- 13 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 110/49, Personalakte Richard Kräuter.
- 14 Vgl. Dumont: Hakenkreuz, S. 370. Vgl. zu diesem Vorgang auch UA Mainz, Best. 110/49, Personalakte Richard Kräuter. Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul in diesem Band.
- 15 Vgl. Dumont: Hakenkreuz, S. 381.
- 16 Vgl. Weber: Accouchement, S. 428.
- 17 Vgl. Ruckert: Zwangssterilisationen, S. 35.
- 18 Vgl. ebd., S. 38.
- 19 Vgl. ebd., S. 41.
- 20 Vgl. Archiv des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Universität Mainz (ArchGTE Mainz), Krankengeschichten der Hebammenlehranstalt Mainz 1934 (2), Patientin M. H., Hauptbuchnummer 864.
- 21 Vgl. Ruckert: Zwangssterilisationen, S. 45 f.
- 22 Zit. nach Lisner: Hüterinnen, S. 8.
- 23 Vgl. Ruckert: Zwangssterilisationen, S. 49.
- 24 Vgl. ebd., S. 62.
- 25 Vgl. ebd., S. 64.
- 26 ArchGTE Mainz, Ärztliches Schreiben an das staatliche Gesundheitsamt Mainz vom 14.7.1937.
- 27 Vgl. Gütt u. a.: Verhütung, S. 134.
- 28 Ebd., S. 141.
- 29 Ruckert: Zwangssterilisationen, S. 75.
- 30 Ebd., S. 75 f.
- 31 Vgl. Dumont: Hakenkreuz, S. 370 f.
- 32 Vgl. ebd., S. 58.
- 33 Ebd., S. 59.
- 34 Vgl. ebd., S. 63.
- 35 Ebd., S. 64.
- 36 Vgl. ArchGTE Mainz, Krankenblätter der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses Mainz 1935, Patientin B. S., Einweisung am 13.5.1935. Vgl. dazu auch Ruckert: Zwangssterilisationen, S. 64.
- 37 UA Mainz, Best. 110/49, Schreiben der Prüfungskommission der Stadt Mainz vom 8.10.1945. Offiziell bestätigt wurde dieser Beschluss am 14.6.1947 vom Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz. Vgl. ebd., beglaubigte Abschrift vom 14.6.1947.

»Ost-Beziehungen« im Kalten Krieg

Die JGU und der sozialistische Osten

Vaios Kalogrias

Ein eher wenig bekanntes und erforschtes Kapitel der Geschichte der – geografisch gesehen westorientierten – Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) nach 1946 ist die Gestaltung der wissenschaftlichen, akademischen und kulturellen Kontakte und Beziehungen zu Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der übrigen Ostblockstaaten sowie der Sowjetunion. Diese waren nicht immer konfliktfrei; sie waren aber auch durch Phasen verantwortungs- und hoffnungsvoller Zusammenarbeit in einer Zeit extremer politischer und ideologischer Polarisierung gekennzeichnet.¹

Die 1950er-Jahre

Nach der Gründung der JGU im Mai 1946 galt es, wenn auch nicht als dringende Priorität, Beziehungen mit Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und Osteuropas aufzunehmen. Zu den Hauptbefürwortern einer institutionellen Kooperation mit ostdeutschen und osteuropäischen Hochschulen gehörten Professoren und Studentenvereinigungen. Sie setzten sich dafür ein, alte Kontakte aus der Zeit vor 1945 zu erneuern und neue Beziehungen zu knüpfen. Der Transfer von Wissen, der Austausch unter Kollegen und das gegenseitige Kennenlernen der Studierenden sollten die Bindungen zwischen der JGU und den Hochschulen hinter dem »Eisernen Vorhang« stärken, bestehendes Misstrauen abbauen und nicht zuletzt zur politischen Entspannung beitragen.

Erste Initiativen aber gingen zunächst von »östlicher« Seite aus.² 1950 berichtete die *Mainzer Studentenzeitung*, dass in der *Berliner Zeitung am Abend* zu lesen gewesen sei,

*»die Hochschulgruppe der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft an der Universität Greifswald habe beschlossen, die Patenschaft über die Universität Mainz zu übernehmen und mit Material über Aufbauarbeit in der Sowjetrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik unter den Mainzer Studenten für die deutsch-sowjetische Freundschaft zu werben. Wir begrüßen unsere neue Patenschaft mit Erstaunen. Wenn schon Wahlverwandschaft, dann wollen wir uns die Verwandten doch zumindest selbst aussuchen«.*³

Weitere Informationen zu diesem Bericht fanden sich nicht in den Akten; der Mainzer Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) erklärte, dass er sich von der Meldung distanzieren. Im nächsten Jahr setzte der AStA den Mainzer Rektor davon in Kenntnis, dass nach der in der Sitzung vom 29. Mai 1951 einstimmig angenommenen Resolution kein Student die Universität Mainz bei den Weltjugendfestspielen im Jahr 1951 in Berlin vertreten werde, da es sich dabei um eine ausschließlich kommunistische Aktion handle.⁴ Im Oktober des gleichen Jahres meldete sich ein »Friedensaktiv« der Universität Rostock beim Mainzer Rektorat, um dessen Unterstützung – allerdings erfolglos – für die Erhaltung des Friedens zu erbitten: »Wir haben an

der Universität ein Friedensaktiv gegründet und bemühen uns, weiteste Kreise für den Friedensgedanken zu mobilisieren. Reihen auch Sie sich ein in die weltumspannende Front der Friedensfreunde, kämpfen Sie mit uns gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung! Sie wollen doch nicht, dass Ihre schöne Stadt in einen Trümmerhaufen verwandelt wird. Auf jeden einzelnen kommt es an!«⁵ Ebenfalls misstrauisch reagierte die JGU auf Einladungen, zum Beispiel des Freiheitsbundes für Deutsch-Russische Freundschaft, der mit dem Regensburger Institut zur Erforschung der UdSSR und dem Institut zur Erforschung der Geschichte und Kultur der UdSSR in München in Verbindung stand und die Universität Mainz 1951 in einen Vortragszyklus unter dem Titel *Das russische Volk und seine Auseinandersetzung mit dem Stalin-Regime* für ein Semester einbinden wollte. An den vorgesehenen Vorträgen sollten sich auch Vertreter der antikommunistischen russischen Emigration beteiligen.⁶

Es gab aber auch ganz konkrete Initiativen aus der »Ostzone« zur Zusammenarbeit: Der Rektor der Universität Leipzig schickte im Frühjahr 1952 dem Mainzer Rektor ein Exemplar des ersten Hefts der *Wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität Leipzig* zu, die in einer gesellschafts- und sprachwissenschaftlichen sowie einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Reihe erscheinen sollte. »Zur Bewahrung der geistig-kulturellen Einheit des deutschen Volkes« und zur Überwindung »der unheilvolle[n] Spaltung unseres Vaterlandes«⁷ schlug der Leipziger Rektor einen Austausch mithilfe wissenschaftlicher Publikationen beider Universitäten vor. Zur gleichen Zeit meldete sich auch die Technische Hochschule Dresden. Sie wollte sich über den Wiederaufbau der Universität Mainz nach dem Krieg informieren, da der »Terrorangriff auf Dresden am 13. Februar 1945« die Hochschule zu 80 Prozent zerstört habe. Um einen »Eindruck des Wiederaufbaus unserer Hochschule«⁸ zu vermitteln, schickte die Technische Hochschule gleich einen Sonderdruck mit. Beide Initiativen, die vermutlich miteinander koordiniert waren, erweckten Misstrauen in Mainz. Denn sowohl die »unheilvolle Spaltung des Vaterlandes« als auch die Zerstörung Dresdens waren aus DDR-Sicht Folgen der »imperialistischen« Deutschland-Politik der Westmächte, die zu verurteilen seien. Gegenüber einer möglichen politischen Vereinnahmung verhielt sich die Mainzer Universität zurückhaltend. Ein Austausch wissenschaftlicher Publikationen zwischen ihr und der Universität Leipzig fand jedenfalls nicht statt. Der Mainzer Rektor, Theologieprofessor Kurt Galling, erklärte in seinem Antwortschreiben, dass die Universität keine wissenschaftliche Zeitschrift herausgebe. Bei den Publikationen der »Herren unseres Lehrkörpers«⁹ habe es sich ausschließlich um private Veröffentlichungen gehandelt, die über die Universität nicht versendet werden könnten. Ähnlich verhalten dürfte die Antwort bei der Anfrage der Dresdener Hochschule ausgefallen sein.

Zu diesem Zeitpunkt befürchteten auch viele Mainzer Studierende eine Verbreitung des kommunistischen Einflusses über die Freie Demokratische Jugend (FDJ), obwohl oder gerade wegen der Initiative zur Gründung einer FDJ-Hochschulgruppe, die »Antikriegsaktivitäten«,¹⁰ wie eine Friedenskundgebung am 2. Februar 1950 im Brauhaus »Zum Rad«, organisierte. Jedes Gespräch mit den »pseudo-legalen Vertretern der ostdeutschen Studentenschaft« wurde deshalb zurückgewiesen. »Selbst auf die Gefahr des lächerlichen Vorwurfs hin, daß wir keine Verständigung zwischen Ost und West wünschten. Wir dürfen und werden die Westdeutsche Bundesrepublik niemals mit Deutschland verwechseln. Wir werden uns aber die Deutschen der Ostzone, mit denen wir verhandeln, selbst auswählen.« In der Zukunft sollten die Studierenden wachsam sein und den marxistisch-leninistischen Ideologien sowie den von ihren Anhängern geführten Argumenten »ernsthaft und sachlich«¹¹ entgegentreten. In einem Aufruf betrachtete es der ASTA als seine Pflicht, »die Verbindung zu den freiheitlichen Professoren und Studenten der ostdeutschen Universitäten nicht abreißen zu lassen«. So wurde eine Solidaritätssammlung durchgeführt mit dem Ziel, den Erlös »freiheitlichen ostdeutschen Professoren und Studenten« zugutekommen zu lassen. Bei den vorangegangenen Sammlungen sei Mainz »unter den besten westdeutschen Universitäten« gewesen. Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen organisierte im



Plakat des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS) aus den 1960er-Jahren. Quelle: UA Mainz, Best. 40/8.

Rahmen dieser Aktion die Verschickung von Lehrbüchern, Medikamenten und Lebensmitteln an bedürftige Professoren und Studierende in der SBZ. Durch diese Spende sollten die Kommilitoninnen und Kommilitonen in Ostdeutschland »einen wirklichen Beweis für die Zusammengehörigkeit von Ost und West erhalten«. Zugleich sollte ihr »Freiheitswille«¹² gestärkt werden.

Bei solchen stark politisch motivierten Aktionen spielte der wissenschaftliche Austausch kaum eine Rolle. Die JGU setzte sich für ehemalige Studierende der »Ostzone« ein, die ein Studium in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) begannen. Alle Studierenden aus der »Ostzone«, die im Besitz eines entsprechenden Dokuments über die Bundesnotaufnahme waren, konnten eine Eingliederungsbeihilfe und in besonderen Fällen eine Sonderbeihilfe erhalten.¹³ Im Schriftverkehr des Mainzer Universitätsrektors mit dem VDS, der eine Denkschrift über die verhafteten Professoren und Studierenden in der DDR verbreitete, offenbarte sich auch das Interesse der Universitätsleitung am Schicksal der verfolgten und verurteilten Personen.¹⁴ Während des ungarischen Aufstands im Herbst 1956 stellte das Mainzer Kolleg 34 Wohnheimplätze für ungarische Exilstudierende zur Verfügung und garantierte die Fortführung ihres Studiums.¹⁵

Ein anderer Grund für die generell jedoch reservierte Haltung der Mainzer Universität gegenüber dem wissenschaftlichen Austausch hatte mit der allgemeinen DDR-Politik der Bundesrepublik zu tun, die der »Ostzone« keine staatliche Existenz zubilligen wollte. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, machte den Rektor der Mainzer Universität Ende Februar 1950 auf die kommunistische Propaganda mittels »von drüben« gesteuerter wissenschaftlicher Konferenzen und anderer Austauschveranstaltungen aufmerksam. Besucher aus der »Ostzone«, die ein öffentliches Amt bekleideten, seien deshalb auch als

»politische Emissäre«¹⁶ zu betrachten. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen informierte ferner die Rektoren aller westdeutschen Hochschulen im Oktober des gleichen Jahres über geplante Aktionen zur Eindämmung des kommunistischen Einflusses im Bundesgebiet – unter anderem an den Universitäten. So organisierte eine Arbeitsgemeinschaft von Jugendverbänden unter der Bezeichnung »*Freiheit*« *Aktion der Jugend* eine Plakataktion, um »in Auseinandersetzung mit dem totalitären Regime der Sowjetzone »*Freiheit*« als Leberelement der Demokratie anschaulich zu machen und damit die politische Gleichgültigkeit und Indolenz der westdeutschen Jugend zu überwinden.«¹⁷ Die Rektoren wurden gebeten, diese Aktion zu unterstützen und den Aushang der Plakate in den Räumlichkeiten der Hochschulen zu gestatten. Gehofft wurde auf die Mitarbeit des VDS.

Die Beziehungen der JGU zu den Hochschulen der DDR – und darüber hinaus Osteuropas – durften insofern nur in Übereinstimmung mit den generellen Richtlinien der zuständigen Ministerien der Bundesregierung und im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens mit den restlichen westdeutschen Universitäten gestaltet werden. Für die Aufnahme offizieller Beziehungen war die Schaffung bestimmter Vorbedingungen erforderlich, die den streng akademischen Charakter der Kontakte garantieren würden, ohne die eigenen politischen Werte in Frage zu stellen oder der politischen Instrumentalisierungspolitik des SED-Regimes zum Opfer zu fallen.

Die Rahmenbedingungen für die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West wurden auf der ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik in der Sitzung vom 3. und 4. März 1955 in West-Berlin dargelegt, bei der die mit der kulturellen Einheit Deutschlands verbundenen Fragen erörtert wurden. Einerseits wurde befürwortet, »alle Möglichkeiten kultureller Verbindung mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone fruchtbar zu machen«; andererseits waren die Minister nicht bereit, mit jenen Behörden Fühlung aufzunehmen, die die Kultur »in den Dienst ihrer politischen Absichten« stellten. Von der »politischen« beziehungsweise »nichtpolitischen« Rolle der einladenden DDR-Institution waren die Beteiligung an wissenschaftlichen Tagungen, die Übernahme von Gastvorlesungen und die Durchführung von Studienreisen abhängig. Jeder Bundesbürgerin und jedem Bundesbürger war es überlassen, »in persönlicher Verantwortung seine Entscheidung so zu treffen, dass jede bewusste oder fahrlässige Unterstützung des Regimes in der sowjetischen Besatzungszone vermieden und die Schärfe der Auseinandersetzung zwischen Kultur und Unfreiheit nicht verwischt«¹⁸ wurde.

Die Ergebnisse dieses Beschlusses ließen nicht lange auf sich warten. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz teilte anlässlich der Schiller-Ehrung in Weimar am 9. Mai 1955 in einem Rundschreiben mit, dass der Senat der Universität Freiburg im Breisgau den Entschluss gefasst habe, einen Vertreter des Rektors zur offiziellen Schiller-Ehrung nach Weimar zu entsenden, nicht aber zu den anderen angekündigten Veranstaltungen. Dieses Rundschreiben wurde in der Mainzer Senatssitzung vom 20. Mai 1955 zusammen mit einer Stellungnahme des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen vom 23. März des gleichen Jahres verlesen. Letztere war an den Direktor des Mainzer Geologisch-Paläontologischen Instituts, Horst Falke, gerichtet und empfahl, Gastvorlesungen und ähnliche Veranstaltungen in der »Ostzone« zu fördern. Daraufhin beschloss der Mainzer Senat, diese Stellungnahme des Bundesministers den Fakultäten zukommen zu lassen. Ein Austausch von Gastvorlesungen oder die gegenseitige Durchführung von Exkursionen sollte aber nur auf persönlichem Weg stattfinden, und die teilnehmenden Studierenden sollten von den Fachkollegen ausgewählt werden.¹⁹

Die angestrebte Lösung, den wissenschaftlichen Austausch nur auf privater Ebene zu gestalten, erwies sich jedoch als nicht förderlich. Die Professorin für Anthropologie, Ilse Schwidetzky-Röding, schlug vor, Bronn Miskiewicz vom Anthropologischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Breslau

offiziell nach Mainz »zu einigen Vorlesungen und zu einem Gedankenaustausch«²⁰ zu bitten, da eine einfache Einladung für die Erteilung des polnischen Ausreisevisums nicht ausreiche. Das Angebot müsse vom Universitätsrektor ausgehen. Letzterer blieb auf dem Standpunkt, dass offizielle Einladungen nicht erfolgen könnten: »Der Senat unserer Universität hatte bereits mehrfach Gelegenheit, sich mit dem Problem der Ost-West-Beziehungen zu befassen. Er hat dabei die Ansicht vertreten, daß derartige Einladungen nicht von der Spitze der Universität ausgehen sollen. Die Möglichkeit eines direkten persönlichen Kontaktes der Fachkollegen untereinander bleibt dabei offen.«²¹

Die »Causa Klumb«

Ab Mitte der 1950er-Jahre machte sich der Leiter des Physikalischen Instituts der JGU, Hans Klumb, für den Aufbau systematischer Beziehungen zu DDR- und osteuropäischen Hochschulen besonders stark. Dieses Engagement sollte bald Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Universität zeigen. Auf Einladung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften besuchte er Ende 1954 für zwei Wochen Moskau und Leningrad. DDR-Zeitungskommentaren zufolge, war er der erste westdeutsche Wissenschaftler nach dem Krieg, der auf Einladung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften diese zwei Städte besuchte und Gespräche mit sowjetischen Wissenschaftlern führte.²² Die westdeutsche Presse hingegen fand weniger Gefallen an Klumbs Reise. Mitte Dezember wussten der *Wiesbadener Kurier* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* von der kritischen Haltung der Mainzer Studierendenschaft zu berichten. In einer ihrer Entschlüsse war davon die Rede, dass Klumbs Reise umso mehr zu bedauern sei, als sie ausgerechnet zu einem Zeitpunkt stattfinde, da Professoren und Studierende der »Ostzone« harten Verfolgungen ausgesetzt seien.²³ Mehr Aufsehen erregte jedoch die Reaktion des Prorektors der JGU, Arnold Schmitz. Er betrachtete die sowjetische Einladung an Klumb als »Politikum« und nicht als »Einladung an einen Gelehrten von Rang und Ruf«,²⁴ hatte sich aus diesem Grund gegen die Bewilligung des von Klumb beantragten Urlaubs ausgesprochen und war vom Amt des Prorektors zurückgetreten.

Als Klumb im Juli 1955 den Arbeitskreis Ost (mit Sitz in Wiesbaden) gründete, war er also bereits »vorbelastet«. Die Tätigkeit des Vereins, der eine Broschüre unter dem Titel *Akros. Ziele und Programm* an Universitäten, Industriefirmen, Handelskammern und sogar an die Landesregierung und Behörden schickte, sorgte für eine gewisse Unruhe unter den Adressaten. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen vermutete und warnte sogleich, dass *Akros* »aus geheimen Quellen« – über die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft – finanziert werde. Daher sei die Tätigkeit des Vereins in die »kommunistische Infiltration«²⁵ eingespannt worden.

Klumbs Vortrag auf dem *V. Pädagogischen Kongress* der »sowjetisch besetzten Zone« in Leipzig, der in der *Deutschen Lehrerzeitung* vom 2. Juni 1956 unter dem Titel *Neue Zustände verlangen neues Denken* veröffentlicht wurde, war schließlich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die umstrittene Passage darin lautete:

»Aber es ist schön, dass Sie, die Sie auf dem Gebiet der Erziehung fortschrittlicher, freier denken und sprechen können als wir dazu in der Lage sind, sich in der Lage sehen, diesen Programmpunkt auf das Programm dieser Tagesordnung zu setzen. [...] Und schön ist es, dass Sie diesen Programmpunkt zusammen mit einem weiteren Begriff auf die Tagesordnung setzen, mit dem Begriff der Wiedervereinigung unseres Landes. Und hier sehe ich die dritte oder vierte wichtige Bedeutung des polytechnischen Erziehungswesens. Angesichts der drüben anlaufenden klerikofaschistischen Reaktion oder Restauration ist es von ungeheurer Bedeutung, dass an einzelnen Stellen des Landes über ein Erziehungswesen nachgedacht wird, wie es als modernes Erziehungswesen für ein wiedervereinigtes Deutschland später Bedeutung gewinnen wird.«²⁶

Auf dem CDU-Parteitag in Trier am 9. und 10. Juni forderte die ehemalige Staatssekretärin im Kultusministerium, Mathilde Gantenberg, Schritte gegen Klumb einzuleiten, nachdem Gerhard Möbus, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in West-Berlin, den Vortrag des Mainzer Professors in Leipzig kritisiert hatte. Auch Kreise der JGU waren der Ansicht, dass es nunmehr an der Zeit sei, Klumb für die mit seiner Position untragbaren Äußerungen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Beschluss des Senats, der in der letzten Sommersemestersitzung am 27. Juli gefasst wurde, heißt es, die von Klumb auf dem Kongress vertretenen Ansichten stünden im schärfsten Gegensatz zur Meinung des Senats. Letzterer sah darin »eine schwere Schädigung des Ansehens der Hochschulen der Bundesrepublik, nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass viele namhafte Gelehrte wegen der ihnen auferlegten Beschränkungen der Lehr- und Forschungsfreiheit die sowjetische Besatzungszone verlassen haben.«²⁷ Zugleich erspähte der Senat einen Angriff auf die Grundfeste des Erziehungswesens in der Bundesrepublik.²⁸

Daraus zog die JGU Konsequenzen: Sie stellte sich gegen Klumbs Bestrebungen, eine Vermittlerrolle zwischen westdeutschen und osteuropäischen Universitäten zu übernehmen.²⁹ Zwar wurde von einem Disziplinarverfahren gegen Klumb abgesehen; doch nahm die Universitätsleitung Abstand von seinen weiteren osteuropäischen Initiativen, die als »privat« angesehen wurden.

Ähnlich schwer dürfte auch ein anderes Ereignis gewogen haben. Im September 1961 wurde der *nobis*-Mitarbeiter Jörg Bilke in Leipzig verhaftet, als er sich anlässlich der dortigen Buchmesse in der DDR aufhielt. Die Leipziger Staatsanwaltschaft teilte mit, dass ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eröffnet worden sei.³⁰ Bilke wurde zu einer dreieinhalbjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, eine Berufung wurde abgelehnt. Ihm waren drei Vergehen zur Last gelegt worden: »Boykotthetze«, »Sammlung von Nachrichten« und »Verleitung zur Republikflucht«.³¹ Die *nobis* forderte seine Freilassung. Der Germanistik-Student hatte im Rahmen seiner Recherchen das Verhältnis der Zonenautoren zu ihrem Regime und die auseinandergehende Sprachentwicklung in beiden Teilen Deutschlands untersucht. Beide Studien waren in der *nobis* im Sommersemester 1961 veröffentlicht worden.³² Bilkes Verhaftung offenbarte die politischen Konsequenzen der freien wissenschaftlichen Forschung in einem totalitär ausgerichteten Staat und zeigte die Grenzen möglicher deutsch-deutscher Kooperationen auf individueller Ebene auf.

Etwa zum selben Zeitpunkt aber zeichnete sich eine Normalisierung der Beziehungen zwischen westdeutschen und osteuropäischen Universitäten ab. Auf der Tagung aller AStA-Vorsitzenden in Hamburg im März 1963 befürwortete der Verband Deutscher Studentenschaften, wie bisher die Kontakte mit osteuropäischen Ländern zu halten. Nur durch gegenseitige Information und persönliche Gespräche könnten »falsche Vorstellungen und bestehende Spannungen« beseitigt werden. Die eingeleiteten Kontakte könnten durch eine breitete Kooperation zu einer Verständigung und Annäherung führen. Als Beispiele schlug der VDS den Austausch von Stipendiaten und Kontaktstipendiaten, Kulturgruppen, Pressedelegationen und Informationen (zum Beispiel Studierendenzeitschriften), gemeinsame Reiseprogramme und die Veranstaltung gemeinsamer Seminare vor. In seinen Beziehungen zu den osteuropäischen Studentenverbänden sah der VDS »einen Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten Osteuropas«.³³

Am 9. Juli 1964 traf dann zum ersten Mal an der Mainzer Universität eine sowjetische Studentendelegation ein. Sie bestand aus fünf Vertretern des Studentenrats und einem Dozenten der staatlichen Taras-Schewtschenk-Universität Kiew. Dieser Besuch war das Ergebnis einer Einladung des AStA, der seit längerer Zeit Verbindung zur Kiewer Universität hatte. Die sowjetischen Delegationsmitglieder erwartete ein 14-tägi-



Undatiertes Porträt von
Hans Klumb. Quelle:
UA Mainz, S3/7694.

Anfänge einer »Normalisierung«

Präsident Peter Schneider (JGU, rechts) und Rektor Predrag Vranicki (Universität Zagreb, links) unterzeichnen am 3.12.1975 einen Partnerschaftsvertrag. Es war der erste Vertrag der JGU dieser Art mit einer osteuropäischen Hochschule. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/4488.



ges Programm. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, sowohl die Universität und die Studierenden als auch die Stadt und Region kennenzulernen. So wurden die Sommerfestspiele in Koblenz, die Trierer Kunstdenkmäler und das Heidelberger Schloss besucht. In Bonn wurden sie vom Vorstand des VDS empfangen. Sie besichtigten auch die OPEL-Werke in Rüsselheim, die BASF in Ludwigshafen und die Röchling-Werke in Völklingen. Der Mainzer AStA, dessen Vertreter die sowjetische Delegation stets begleiteten, hoffte, dass dieser Besuch der Anfang eines engeren Kontakts der beiden Universitäten sein könnte. Bald sollte eine Delegation Mainzer Studierender den Besuch erwidern und nach Kiew reisen.³⁴

So organisierte die Abteilung Slavistik des Instituts für Osteuropakunde unter der Leitung des wissenschaftlichen Assistenten Rolf-Dieter Kluge und in Zusammenarbeit mit der Fachschaft – anlässlich eines von ihm im Wintersemester 1969/70 und Sommersemester 1970 veranstalteten Seminars zur sowjetischen Literatur (*Interpretation von Texten sowjetrussischer Autoren*) – eine wissenschaftliche Exkursion in die Sowjetunion. Sie fand vom 19. September bis zum 10. Oktober 1970 mit insgesamt 22 Mainzer Slavistik-Studierenden statt.³⁵ Die Fachschaft wollte diese Gelegenheit nutzen, um sich mit sowjetischen Jugend- und Studentenorganisationen auszutauschen. Nicht nur Fragen der Gegenwartsliteratur sollten im Mittelpunkt der gemeinsamen Gespräche stehen; auch ein Meinungs austausch über Fragen der Entspannungs- und Friedensbemühungen sowie über Probleme des Universitätsbetriebs war geplant.³⁶

Leningrad, Kiew und Moskau waren die Hauptstationen der Reise. In Leningrad wurde die westdeutsche Delegation zunächst durch den Ersten Sekretär des Ispolkom empfangen. Es kam zu Gesprächen mit Vertretern der städtischen Presse, sowjetischen Studierenden, Komsomolzen³⁷ und Industriearbeitern. Darüber hinaus besuchten die Mainzer Studierenden Museen, wissenschaftliche Einrichtungen und Bibliotheken, während Kluge einen öffentlichen Vortrag hielt. In Kiew wurden sie vom Dekan der Philologischen Fakultät empfangen. Auch dort fanden interessante Begegnungen und Gespräche statt, unter anderem mit den Direktoren der Zentralen Ukrainischen Wissenschaftlichen Bibliothek. Schließlich kam es in Moskau zum Austausch mit Studierenden und Dozierenden der Lomonossow-Universität. Besucht wurde auch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland.³⁸



Im Rahmen des Partnerschaftsvertrags mit der Universität Zagreb hielt deren Rektor Vranicki im Dezember 1975 einen Gastvortrag an der JGU. Quelle: UA Mainz, S9/344.

Zwischen dem Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre herrschte eine politisch günstigere Situation, die nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD einige Jahre später sanktioniert wurde. In ihrem Memorandum vom 7. September 1970 trat die Westdeutsche Rektorenkonferenz für die Förderung von Partnerschaften mit den Hochschulen osteuropäischer Länder ein. Diese sollten immun gegen Schwankungen und Rückschläge in den politisch-diplomatischen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen sein.³⁹ Einen Modellcharakter hatte die *Vereinbarung über wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit* zwischen der Technischen Universität Budapest und der Technischen Universität Karlsruhe vom 9. Mai 1970. Diese sah unter anderem gegenseitige Einladungen zu wissenschaftlichen Veranstaltungen und Vorträgen, den Austausch von Veröffentlichungen und Lehrmaterial, die Einladung von Gastprofessoren und die Vergabe von Stipendien vor.⁴⁰

Der erste Partnerschaftsvertrag der JGU mit einer osteuropäischen Hochschule wurde mit der Universität Zagreb am 3. Dezember 1975 geschlossen.

Das Ziel dieser Vereinbarung war die »Beibehaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit auf allen von beiden Universitäten vertretenen Wissenschaftsgebieten«. ⁴¹ In diesem Kontext sollten Gastvorträge, wissenschaftliche Tagungen und Konferenzen, der Austausch von Studierenden und Informationen zwischen den Fachbereichen und wissenschaftlichen Institutionen sowie der Austausch von Lehrbüchern, Fachliteratur und Universitätszeitschriften organisiert werden.

Im gleichen Jahr hatten außerdem einzelne Mainzer Professoren vielfältige Kontakte zu rumänischen Hochschulen. Hier wäre Theodor Elwert vom Romanischen Seminar zu nennen, der persönliche Beziehungen zur rumänischen Akademie der Wissenschaften und zu den Universitäten Bukarest, Iasi und Craiova unterhielt. Vom Institut für Osteuropäische Geschichte pflegte vor allem der Osteuropa-Historiker Gotthold Rhode Kontakte mit Mihai Berza aus dem Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Bukarest, mit Konstantin Daicoviciu vom Historischen Museum in Klausenburg (Cluj), mit dem Historischen und Archäologischen Institut in Iasi und mit der Abteilung für siebenbürgische Landeskunde der Akademie der Wissenschaften in Hermannstadt (Sibiu).⁴²

Aufgrund der Vielfältigkeit dieser Kontakte schien aus der Sicht des Akademischen Auslandsamts der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die Aufnahme vertragsähnlicher Beziehungen mit einer bestimmten wissenschaftlichen Einrichtung noch nicht angezeigt. Besser sei es, eine rumänische Initiative abzuwarten. Sollte eine gewisse Form der Beziehungen erwünscht sein, so wäre es angebracht, alle bestehenden Kontakte in ein Globalabkommen zu bündeln. Indes wäre es möglich, an die Aufnahme von Beziehungen zwischen der rumänischen Rektorenkonferenz und der rheinland-pfälzischen Landesrektorenkonferenz zu denken. Dies wäre sogar »ein Novum auf dem Markt der Partnerschaften«,⁴³ hieß es in einem Aktenvermerk des Präsidenten.

Eine DDR-Delegation zu Besuch



Das Bild zeigt den Dekan des Fachbereichs 26, Berno Wischmann (2. v. l.), im Gespräch mit Mitgliedern der Delegation. Foto: Reiner Wie- rick, Quelle: UA Mainz, S3/3545.

Im März 1977 besichtigte eine Delegation von Sportführern aus der DDR unter Leitung von Manfred Ewald, dem Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR, die Sportanlagen des Fachbereichs Leibeserziehung. In der anschließenden Diskussion traten die erheblichen Unterschiede in der Frage des Stellenwerts des Sports in beiden Teilen Deutschlands deutlich hervor. Der Besichtigung der Universitätssportstätten schlossen sich Gespräche mit dem geschäftsführenden Vorstand des Landessportbundes Rheinland-Pfalz an.⁴⁴ 25 Jahre zuvor – am 9. Oktober 1952, hatte das Rektorat Berno Wischmann von einem offiziellen Besuch der Leipziger Jahn-Feier abgeraten. »Sie wissen selbst wohl, dass auch private Besuch[e] unter den gegenwärtigen Verhältnissen allzuleicht zumindest einen offiziellen Charakter tragen oder noch von der Gegenseite selbst als solcher gebucht und verwendet werden.«⁴⁵

Zwischenmenschliche Kontakte, die Brücken zwischen West und Ost bauten, gab es auch auf einer anderen, ungewöhnlicheren Ebene. Eine besondere Gruppe des Lehrpersonals der Mainzer Universität setzte sich aus ehemaligen

Angehörigen von DDR-Universitäten zusammen, die aus politischen Gründen Ostdeutschland hatten verlassen müssen und in Mainz eine Arbeits- und Forschungsstätte gefunden hatten. Aus diesem Grund, aber auch aus anderen Anlässen, interessierte sich das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) für ihre wissenschaftlichen und politischen Aktivitäten, vor allem im Zusammenhang mit ihrem Tun und Wirken in der nationalsozialistischen Diktatur. Zu dieser »Verfolgtengruppe« an der JGU gehörten beispielsweise die Professoren Werner Frauendienst und Siegfried Koller. Sie waren zwei besondere Fälle, da beide Erfahrungen mit Speziallagern des sowjetischen Geheimdienstes NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) gemacht hatten.

Frauendienst, von 1942 bis 1945 ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität Berlin,⁴⁶ war am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten. Ab Frühjahr 1939 hatte er dem Sachverständigenbeirat der Forschungsabteilung Judenfrage im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands angehört und war ab Oktober im Auswärtigen Amt eingesetzt worden. In der »Deutschen Informationsstelle« (Abteilung Auslandspropaganda) fiel ihm die Aufgabe zu, das Archivmaterial besetzter Länder zur Kriegsschuldfrage auszuwerten. Mit Kriegsende schien zunächst auch seine Karriere beendet zu sein. Im Oktober 1945 wurde er von sowjetischen Militärbehörden verhaftet und war bis zum Juni 1950 in den Speziallagern Buchenwald und Fort Zinna (Torgau) inhaftiert. Am 3. Juni wurde er in den berühmten Waldheimer Prozessen wegen »Unterstützung des Naziregimes« zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, aber durch einen Gnadenakt des DDR-Präsidenten 1952 vorzeitig freigelassen. Im Februar 1953 übernahm er als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter Leo Sterns einen Forschungsauftrag am Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Halle.⁴⁷ Im April 1954 floh er in die Bundesrepublik und war dort bis zu seiner Emeritierung 1959 ordentlicher Professor an der JGU.⁴⁸ Bereits im Mai 1954 nahm die Stasi »konspirative Ermittlungen« im Fall Frauendienst auf, um dessen Verbindungen zum Führungsgremium des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) festzustellen, die Gründe für die »Republikflucht« herauszufinden, die familiären und verwandtschaftlichen Verhältnisse zu klären und mehr über den Wohnsitz sowie den »moralischen und politischen Leumund«⁴⁹ der Verwandten in Erfahrung zu bringen. Die Bezirksverwaltung Halle des Staatssekretariats für Staatssicherheit meldete schließlich, dass keine Verbindungen zum FDGB bestünden. Als Grund für die »Republikflucht« wurde letztlich die von Stern auf einer Tagung geübte Kritik an Frauenhofers Forschungen zu einer Studie über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung genannt.⁵⁰ Im Mai 1973 stellte die Bezirksverwaltung der Stasi in Halle fest, dass ehemalige, vom Sowjetischen Militärtribunal verurteilte Personen, die nun in der BRD wohnhaft waren, immer noch Kontakte im Kreisgebiet unterhielten. Zu diesen Personen gehörte auch Frauendienst. Der Leiter der Kreisdienststelle Halle wurde daher damit beauftragt, falls erforderlich, operative Maßnahmen einzuleiten.⁵¹ Insgesamt handelte es sich um 54 im Kreis wohnhafte und 145 Personen, die die DDR »illegal« verlassen hatten. Alle 199 Personen wurden zum »Potential des Gegners« gerechnet. Bei vielen von ihnen habe die Reisetätigkeit von der DDR in die BRD, nach West-Berlin und umgekehrt zugenommen. Aus diesem Grund sei es notwendig gewesen, »diesen Personen in der operativen Arbeit noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen«. Die geplanten operativen Maßnahmen sahen die ständige Überwachung der ehemaligen Verurteilten vor, um genaue Kenntnisse über sie und mögliche »feindliche Aktivitäten«⁵² zu erhalten.

Bei den Waldheimer Prozessen wurde auch der Professor für Medizinische Statistik, Siegfried Koller, verurteilt, der sich 1936 an der Universität Gießen mit einem nationalsozialistisch orientierten Thema über *Die Auslesevorgänge im Kampf gegen die Erbkrankheiten* habilitiert hatte.⁵³ Im Juli 1940 war Koller Leiter der Erbstatistischen Abteilung des Instituts für Erb- und Rassenpflege in Gießen geworden, im November

NS-Vergangenheit und Stasi

war eine Anstellung im Hauptamt für Volksgesundheit in der Reichsleitung der NSDAP gefolgt, bevor er im Februar 1941 zum Leiter des neugegründeten Biostatistischen Instituts der Medizinischen Fakultät in Berlin ernannt wurde.⁵⁴ Seine Forschungen an beiden Instituten lieferten das pseudo-wissenschaftliche Fundament für die nationalsozialistische Rassepolitik und die damit verbundenen Zwangssterilisationen und Morde.⁵⁵ Seit 1941 war Koller auch Dozent an der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin und vom Dezember 1944 bis zum Kriegsende außerplanmäßiger Professor.⁵⁶ In seinen Vorlesungen, die Themen wie Medizinalstatistik, Bevölkerungskunde und Vererbungsstatistik umfassten, soll er außerdem die *Nürnberger Gesetze* als die gesetzliche Grundlage der Eheschließung thematisiert und die Gesetze über die Sterilisierung von »Erbkranken« erläutert haben.⁵⁷ In die NSDAP war Koller am 1. Mai 1933 eingetreten, »in der Überzeugung, daß die neugebildete Regierung Hitler alles daran setzen würde, um das deutsche Volk zum Wohle der Allgemeinheit zu lenken«.⁵⁸ Der Zusammenbruch des »Dritten Reichs« beendete zunächst die Karriere des Mediziners. Zwischen dem 12. August 1946 und dem 6. Oktober 1952 war er in Waldheim, Bautzen und Brandenburg an der Havel inhaftiert.⁵⁹ Von der III. Großen Strafkammer des Landgerichts Chemnitz war Koller bei den Waldheimer Prozessen »wegen Verbrechen gegen Opfer und Gegner des Faschismus als Mitarbeiter bei der Reichsgesundheitsführung und als Wissenschaftler« zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ein wichtiger Punkt der Anklage lautete: »An Hand seiner Statistiken wurde von der Reichsgesundheitsführung die Notwendigkeit zur Ausschaltung jüdischen Bluteinstromes, sowie die Sterilisierung sogenannter erbkranker Menschen begründet.«⁶⁰ Koller verbüßte nicht die ganze Haftstrafe. Nach seiner Entlassung ging er in die Bundesrepublik, wo er unbehelligt blieb. Von 1953 bis 1962 arbeitete er als Leitender Regierungsdirektor des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden und von 1963 bis 1978 leitete er das neugegründete Institut für Medizinische Statistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.⁶¹ In den 1960er-Jahren wurde die Stasi auf Koller aufmerksam, denn er hatte vorgehabt, die DDR zu besuchen. Die Staatssicherheitsbehörde stimmte der bereits erhobenen Einreisesperre des Gesundheitsministers zu. Demnach durfte Koller wegen seiner »aktiven Betätigung in der Zeit des Faschismus«⁶² das ostdeutsche Staatsgebiet nicht betreten. Ob er aktiv observiert wurde, darüber liefern die eingesehenen Unterlagen keine Erkenntnisse.



Porträt von Gotthold Rhode um 1981. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/8567.

Eine weitere Person, die ins Visier der Stasi geriet, war der Posener Professor und Experte für Osteuropäische Geschichte, Gotthold Rhode, der von 1957 bis 1985 an der JGU lehrte.⁶³ Bereits 1962 hatte er in seinem Vortrag *Mainz und der europäische Osten* darauf hingewiesen, dass die Aufgabe der Mainzer Osteuropaforschung die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Problemen Osteuropas und der Sowjetunion sei.⁶⁴ Rhode war für die Stasi gerade wegen seiner Tätigkeit als Polen- und Osteuropa-Historiker interessant. Hinzu kam, dass er Mitglied des Kuratoriums der im April 1972 gegründeten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) war, die nach Meinung der Stasi »ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung der imperialistischen Menschenrechtsdemagogie« war, mit dem Ziel, »die als Staatspolitik betriebene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten zu rechtfertigen, um die sozialistischen Staaten zu erpressen, die ideologischen Einwirkungsmöglichkeiten zu erweitern und Voraussetzungen für eine innere Destabilisierung und letztlich für konterrevolutionäre Veränderungen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung schaffen zu können.«⁶⁵ Angeblich zeichnete sich die IGfM ab 1980 durch die Unterstützung diverser Aktionen konterrevolutionärer Gruppen – wie die der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* – in der Volksrepublik Polen aus.

Aus »dringenden operativen Gründen« begann die Stasi im April 1977 nach Informationen zu Rhode über die Zeit vor 1945 zu suchen, da er »Mitglied einer feindlichen Organisation in der BRD«⁶⁶ sei. Das von ihr gesammelte Material, insbesondere der Auszug aus den *Informationen über die westdeutsche Ostpolitik und Ostforschung* (Nr. 4/1967), sollte deutlich machen, wie weit die Einflussphäre eines »Ostforschers«⁶⁷

reichen konnte. Als Direktor des Mainzer Instituts für Osteuropäische Geschichte und Präsident der West-Berliner Studiengesellschaft für Fragen der Mittel- und Osteuropäischen Partnerschaft verfügte Rhode angeblich über »umfangreiche Kontakte zu Renegaten, Dissidenten, u. a. antisozialistischen Kräften«⁶⁸ in den Ostblockstaaten. Unter dem Deckmantel der wissenschaftlichen Forschung, so die Stasi, seien über ihn angebliche Verbindungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) zu Oppositionellen und Regimegegnern gelaufen.

Sehr ausführlich wird in den Stasi-Unterlagen auch über Karl-Maria Hettlage berichtet, der von 1951 bis 1958 ordentlicher Professor für Öffentliches Recht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz war, seit 1959 zeitweise als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium arbeitete und die Verhandlungen mit westeuropäischen Staaten über die Wiedergutmachung für die ausländischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung führte.⁶⁹ Insbesondere interessierte sie sich für die Ämter, die er im »Dritten Reich« bekleidet hatte und die angeblich Aufschluss über seine »aktive faschistische Betätigung« lieferten. Dabei ging es auch um die Verstrickung in Verbrechen der Wirtschaftspolitik, etwa bei der Vertreibung tausender Berliner Juden aus ihren Wohnungen oder in der Frage der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, was seine Rolle eines »führenden Exponenten des deutschen Imperialismus«⁷⁰ bestätigen sollte. Hettlages Profil als »Finanzmann Speers«⁷¹ wurde auch mit der »Braunbuch«-Publikation in der DDR öffentlich gemacht.

Doch nicht nur einzelne Wissenschaftler beschäftigten die Stasi. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS »klärte« ferner den Aufbau der Mainzer Politikwissenschaft »auf«. Nach »bekanntgewordenen Informationen« wurde der Schluss gezogen, dass das Institut für Politikwissenschaft für die »politische Entscheidungsfindung« der Bundesregierung und der CDU zu Fragen der »Deutschlandpolitik«⁷² und der westeuropäischen Integration wissenschaftlich eine bedeutende Rolle spielte. Vor allem die Forschungsgruppe Deutsche Frage, deren stellvertretender Leiter Karl-Rudolf Korte war, und die von Professor Werner Weidenfeld geleitete Forschergruppe Europa, die in einem von der Bertelsmann-Stiftung finanzierten Projekt *Strategien und Optionen für die Zukunft Europas* langfristige Konzeptionen für die Überwindung der europäischen Spaltung erarbeitete, waren für die Stasi aufgrund ihrer brisanten Forschungsfelder interessant. Alle Informationen wurden westdeutschen Medien – wie der Zeitung *Die Welt* und dem Kölner *Deutschland-Archiv* – entnommen.⁷³ Auch die vom Institut für Politikwissenschaft geplante Herausgabe eines *Handwörterbuchs zur Deutschen Frage*, das vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen gefördert wurde und unter anderem die deutsche Teilung behandeln sollte, verfolgte die Stasi mit Argusaugen.⁷⁴

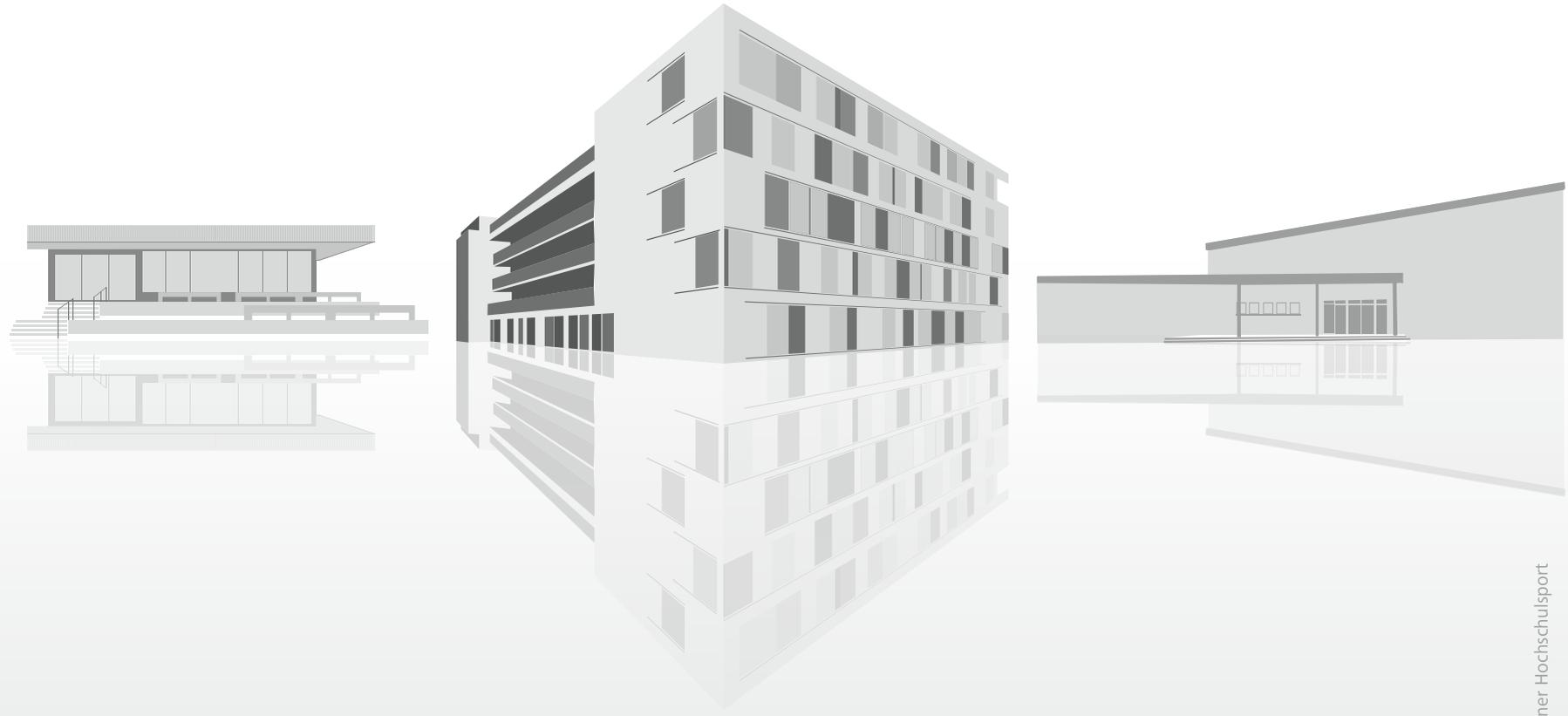
Insgesamt zeichneten sich die Beziehungen der JGU zu ostdeutschen und osteuropäischen Universitäten durch vielfältige Annäherungsformen und individuelle Initiativen aus. Von den anfänglichen zögerlichen Kontakten in den 1950er-Jahren, die von der allgemeinen politisch-ideologischen Auseinandersetzung überschattet wurden, bis zur Aufnahme systematischer, auf wissenschaftlicher Basis ruhenden Beziehungen in den 1970er-Jahren war ein langer und schwieriger Weg zu beschreiten. Trotz aller Rückschläge, Enttäuschungen und Missverständnisse ermöglichten sie das gegenseitige Kennenlernen und trugen zur Normalisierung – soweit dieser Begriff hier zulässig ist – eines wissenschaftlichen Austauschs jenseits der Machtblöcke bei, der sich letztlich auch politisch auswirkte.

Resümee

Anmerkungen

- 1 Das Mainzer Universitätsarchiv (UA Mainz) und relevante Bestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) bilden dabei die Quellengrundlage.
- 2 Vgl. UA Mainz, Best. 40/29, AStA-Protokoll vom 16.1.1950.
- 3 [o.V.]: Die Wahlverwandtschaft. In: Mainzer Studenten-Zeitung 1 (WiSe 1949/50), Nr. 4, S. 7.
- 4 Vgl. UA Mainz, Best. 7/61, der AStA an das Rektorat am 4.8.1951.
- 5 Ebd., das Friedensaktiv der Universität Rostock an das Rektorat der JGU am 25.10.1951.
- 6 Vgl. ebd., der Freiheitsbund für Deutsch-Russische Freundschaft an das Rektorat am 24.7.1951 u. das Antwortschreiben des Rektors vom 10.9.1951.
- 7 UA Mainz, Best. 55/86, der Rektor der Universität Leipzig an den Rektor am 25.3.1952.
- 8 Ebd., der Rektor der Technischen Hochschule Dresden an den Rektor am 26.3.1952.
- 9 Ebd., der Rektor an den Rektor der Universität Leipzig am 4.4.1952.
- 10 Vgl. UA Mainz, Best. 7/61, der stellvertretende Vorsitzende des AStA an den Rektor am 3.2.1950.
- 11 Sollberg: Zurückhaltung noch zeitgemäß? In: Mainzer Studenten-Zeitung 2 (SoSe 1950), Nr. 4, S. 2.
- 12 Naftaniel/Schwindt: Kommilitoninnen! Kommilitonen! In: nobis 4 (1952), Nr. 3, S. 2. Die Solidaritätssammlung wiederholte sich auch in den nächsten Jahren, vgl. [o.V.]: Solidaritätssammlung. In: nobis 6 (1954), Nr. 45, S. 16.
- 13 Vgl. [o.V.]: Eingliederungsbeihilfe. In: nobis 6 (1954), Nr. 47, S. 10. Dennoch war das Interesse an der Entwicklung ostdeutscher Universitäten groß. In der Mainzer Studenten-Zeitung gab es daher u. a. eine eigene Rubrik *Blick hinter den Eisernen...* Vgl. z. B. Mainzer Studenten-Zeitung 2 (WiSe 1950/51), Nr. 2, S. 11.
- 14 Vgl. UA Mainz, Best. 7/61, der Rektor an den VDS am 1.9.1951.
- 15 Vgl. [o.V.]: Tätige Hilfe für Ungarn und Ägypten. In: nobis 8 (1956), Nr. 65, S. 19.
- 16 UA Mainz, Best. 7/61, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an den Rektor am 25.2.1950. Vgl. insb. die Anl. vom 21.2.1950.
- 17 Ebd., der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an den Rektor am 11.10.1950.
- 18 UA Mainz, Best. 55/86, Abschrift einer Abschrift aus dem Mitteilungsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland/Pfalz, Nr. 121, betr.: Ost-West-Kulturaustausch. Runderlass des Ministeriums für Unterricht und Kultus vom 7.6.1955, III 1 Tgb.-Nr. 1824, gez. Dr. Finck.
- 19 Vgl. ebd., der Rektor an das Ministerium für Unterricht und Kultus Mainz am 7.2.1956.
- 20 Vgl. ebd., Schwidetzky-Rösing an den Rektor am 25.5.1957.
- 21 Ebd., Antwortschreiben des Rektors vom 1.6.1957.
- 22 Vgl. UA Mainz, Best. 7/230, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an den Rektor am 27.12.1955.
- 23 Vgl. [o.V.]: Mainzer Studenten kritisieren Moskau-Reise eines Professors. In: Wiesbadener Kurier, 15.12.1954, [o.S.] u. [o.V.]: Bedauern über eine Moskau-Reise. In: FAZ, 8.12.1954, [o.S.].
- 24 UA Mainz, Best. 7/230, Arnold Schmitz an den Rektor am 21.11.1954.
- 25 UA Mainz, Best. 55/86, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an den Rektor am 27.12.1955.
- 26 Ebd., Vortragsentwurf vom 26.7.1956.
- 27 [o.V.]: Überschreitet Professor Klumb die ihm gesetzten Grenzen? In: AZ, 11.8.1956, [o.S.]. Vgl. auch: [o.V.]: Im schärfsten Gegensatz zu Professor Klumb. In: AZ, 15.8.1956, [o.S.].
- 28 Vgl. ebd.
- 29 Vgl. [o.V.]: Professor Klumb zur Mittlertätigkeit nicht berufen. In: AZ, 11.8.1956, [o.S.].
- 30 Vgl. [o.V.]: Die Meinung der Redaktion. Verhaftung. In: nobis 13 (1961), Nr. 102, S. 3.
- 31 Lücking: Zweimal contra Nobis. In: nobis 14 (1962), Nr. 105, S. 2.
- 32 Vgl. ders.: Gefangen in Deutschland. In: nobis 15 (1963), Nr. 110, S. 2.
- 33 Axtmann/Bremser: Tagung des VDS. In: nobis 15 (1963), Nr. 112, S. 23.
- 34 Vgl. [o.V.]: Besuch aus der UdSSR. In: nobis 16 (1964), Nr. 121, S. 22.
- 35 Vgl. UA Mainz, Best. 29/9, Kurzbericht über die wissenschaftliche Exkursion des Instituts für Osteuropakunde, Abteilung Slavistik vom 19.9. bis 10.10.1970, gez. Rolf-Dieter Kluge.
- 36 Vgl. ebd., der Sprecher der Fachschaft Slavistik an CVJM-Reisen am 11.6.1970.
- 37 Mitglieder der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).
- 38 Vgl. UA Mainz, Best. 29/9, Kurzbericht über die wissenschaftliche Exkursion des Instituts für Osteuropakunde, Abteilung Slavistik vom 19.9. bis 10.10.1970, gez. Rolf-Dieter Kluge.
- 39 Vgl. UA Mainz, Best. 55/87, Westdeutsche Rektorenkonferenz, Memorandum (Auszüge) vom 7.9.1970, betr.: Universitätspartnerschaften mit osteuropäischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, gez. Rumpf.
- 40 Vgl. ebd., Vereinbarung über wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der TU Budapest und der TU Karlsruhe.
- 41 Ebd., Vermerk für den Präsidenten vom 11.2.1976.
- 42 Vgl. ebd., Akademisches Auslandsamt, Vermerk für den Präsidenten vom 23.8.1975, betr.: Bestandsaufnahme der bestehenden Beziehungen zu rumänischen Universitäten und Akademien der Wissenschaften mit Blick auf das Schreiben des Präsidenten an die Dekane aller Fachbereiche vom 6.5.1975.
- 43 Ebd.
- 44 Vgl. dazu eine entsprechende Kurznotiz. In: Jogu 8 (1977), Nr. 51, S. 19. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ansgar Molzberger in diesem Band.
- 45 UA Mainz, Best. 7/61, das Rektorat an Wischmann am 9.10.1952.
- 46 Zu folgenden Ausführungen vgl. die Informationen zu Werner Frauendienst in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.12.2019). Vgl. auch BStU, MfS HA IX/11 ZJ 186 A 204, Lebenslauf, gez. Werner Frauendienst am 25.2.1953; Strafvollzugsanstalt Waldheim, Haftentlassungsverhandlung, Waldheim vom 6.10.1952 u. Klee: Personenlexikon, S. 162.
- 47 Vgl. BStU, MfS Zentralarchiv Allg. P 1799/55, Personalabteilung 41108/1-Frauendienst Grt., gez. Reinicke, 4.3.1953. Vgl. auch ebd., Martin-Luther Universität, Institut für Deutsche Geschichte, Direktor Prof. Dr. Stern an die Personalabteilung, betr.: Forschungsauftrag F II/500 am 26.2.1953.
- 48 Vgl. BStU, MfS Zentralarchiv Allg. P 1799/55, Nr. 1348, betr.: Angebliche Flucht des Prof. Dr. Frauendienst nach Westberlin vom 15.4.1954.
- 49 Ebd., Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Hauptabteilung V/1 an das Staatssekretariat der Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Halle, Abteilung V/1, betr.: Prof. Dr. Frauendienst, Halle, gez. Oberst Jamin am 15.5.1954.
- 50 Vgl. BStU, MfS HA IX/11 ZJ 186 A 204, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Halle/Saale, Abteilung V/1 an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Hauptabteilung V/1, betr.: Prof. Dr. Frauendienst, Halle/S., gez. Hauptmann Appel am 8.7.1954.
- 51 Vgl. BStU, MfS BV Halle KD Halle Nr. 448/1, Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Halle, Arbeitsgruppe des Leiters an den Leiter der Kreisdienststelle Halle-Saale, betr.: SMT-verurteilte Personen, gez. der Leiter der Arbeitsgruppe Major Müller am 7.5.1973.
- 52 BStU, MfS BV Halle KD Halle Nr. 447/1, Bezirksverwaltung Halle, Arbeitsgruppe des Leiters an den Leiter der Kreisdienststelle Halle, betr.: Hinweise über Personen, die nach 1945 von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt waren, gez. der Leiter der Arbeitsgruppe Oberleutnant Müller am 30.7.1974.
- 53 In einer Beurteilung der Professoren Schönberg und Gründig vom 30.4.1938 über Koller soll es heißen: »Seine wissenschaftlichen Arbeiten und seine besonderen Fachkenntnisse sind für die Erbforschung von großer Bedeutung. Er ist auch bereit, sein Wissen in den Dienst der Rassen- und Erblehre zu stellen.« BStU, MfS HA IX, Nr. 22853, Abteilung ZII Zentralarchiv, Koller, Prof., Dr., Dr., Siegfried, am 12.11.1964.

- 54 Vgl. Klee: Personenlexikon, S. 329 u. Oehler-Klein: Institut für Erb- und Rassenpflege, S. 32 u. S. 39.
- 55 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frederic Ruckert in diesem Band.
- 56 Vgl. dazu die Informationen zu Siegfried Koller in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.12.2019).
- 57 BStU, MfS 2264/Br. 1365, Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen, Aktenzeichen: W 2758/50/2458/201, Waldheim vom 16.5.1950.
- 58 Ebd.
- 59 Vgl. dazu die Informationen zu Siegfried Koller in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.12.2019).
- 60 BStU, MfS 2264/Br. 1365, Landgericht Chemnitz in Waldheim, 3. Grosse Strafkammer (201), Az.: StKz 1163/50, In der Strafsache gegen den 30.01.1908 in Stettin geborenen Arzt Siegfried Koller, gez. Fuchs und Jürgens am 24.5.1950.
- 61 Vgl. dazu die Informationen zu Siegfried Koller in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.12.2019) u. Klee: Personenlexikon, S. 329.
- 62 Vgl. BStU, MfS HA IX/11 AS 192/68, Hauptabteilung IX/11 an Genossen Minister, Auskunftserteilung zu der vom Minister für Gesundheitswesen der DDR beantragten Einreisesperre gegen zwei weitere westdeutsche Ärzte vom 22.8.1968, VMA/323/68, gez. Oberstleutnant Stolze, Berlin am 24.8.1968 (Anl. 1).
- 63 Vgl. dazu die Informationen zu Gotthold Rhode in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.12.2019) u. Bahlcke: Rhode, S. 497 f. Ausführlicher bei Eckert: Rhode u. Kusber: Rhode.
- 64 Vgl. die veröffentlichte Version des Vortrags im UA Mainz, S7/731.
- 65 BStU, MfS ZAIG Nr. 37013, Gutachten zum Charakter der »Internationalen Gemeinschaft für Menschenrechte e.V.« (IGfM), Auszüge vom 22.10.1985.
- 66 BStU, MS HA IX/11 FV Nr. 143/69 Bd. 40, Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung VII, Abteilung 5 an den Leiter der Hauptabteilung IX/11 Oberstleutnant Stolze, gez. Oberstleutnant Ullmann am 27.4.1977.
- 67 BStU, MS HA IX/11 FV Nr. 143/69 Bd. 40, Hauptabteilung IX/11 an Hauptabteilung VII/5, im Hause, Übersendung von Material zu Dr. Rhode, Gotthold, gez. der Leiter der Hauptabteilung IX/11 Oberstleutnant Stolze am 31.5.1977.
- 68 BStU, MfS ZKG Nr. 11530, Prof. Dr. Rhode, Gotthold (68).
- 69 Vgl. dazu die Informationen zu Karl Maria Hettlage in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 4.12.2019) u. Schrafstetter: Verfolgung.
- 70 BStU, MfS HA IX/11 PA 756, Hettlage, Dr. jur. Karl Maria, 11/790, Suchauftrag Nr. 384/69 v. 12.6.1969/Kri.
- 71 Vgl. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hrsg.): Braunbuch, S. 46 f.
- 72 BStU, MfS ZAIG 30088, Abt. IV/5, Initiativ-Information, Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz, 18.7.1988.
- 73 Vgl. ebd.
- 74 Vgl. [o. V.]: Deutsche Frage – wissenschaftlich. In: Die Welt, 7.3.1988, [o. S.].



B. LEBEN AUF DEM CAMPUS

Studentische Hochschulgruppen an der JGU

Die vierte Dimension der Universität

Charlotte Backerra und Ruth Nientiedt

Die Frage, was Universitäten leisten, wird gemeinhin mit den drei Dimensionen von Bildung in einem umfassenden Sinne, Ausbildung für konkrete Berufe und Forschung beantwortet.¹ Dabei gibt es – so die These dieses Beitrags – eine vierte Dimension: Die Universität als sozialer und kreativer Raum, der Studierende zusammenbringt, in dem sich Interessengruppen bilden und man sich für gemeinsame Ziele engagiert, wobei unterschiedlichste Kompetenzen erworben werden.² Eine wesentliche Rolle spielen dabei Hochschulgruppen (HSG), allgemein verstanden als Zusammenschlüsse von Studierenden zur Verfolgung eines gemeinsamen Ziels. Studierende engagieren sich in solchen Gruppen fächerübergreifend, organisieren Wahlkämpfe, planen Konferenzen, inszenieren Theaterstücke, feiern gemeinsam, machen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, stellen Finanzpläne auf, üben demokratische Prinzipien ein und übernehmen vielfältig Verantwortung. Dadurch prägen Studierende einerseits ihre Universität, andererseits werden Weichen für den persönlichen Werdegang gestellt, soziale Netzwerke geknüpft, und mancher Berufsweg eröffnet sich gerade nicht durch das in den Lehrveranstaltungen erworbene Wissen, sondern durch die bei studentischem Engagement gemachten Erfahrungen und Begegnungen. Nach einer ersten Durchsicht zentraler Quellenbestände lassen sich seit 1946 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (heute: JGU) über 850 Hochschulgruppen nachweisen.³

Der vorliegende Beitrag fragt nach den Entwicklungen, Inhalten und Kontexten des studentischen Engagements im Rahmen von HSG an der Mainzer Universität seit ihrer Gründung im Mai 1946. In der Erinnerung

Hochschulgruppen als vierte
Dimension der Universität –
die Ausgangslage

vieler Studierender dominierten bis in die 1960er-Jahre die Studentenverbindungen den Campus, später die politischen Hochschulgruppen. Die vorliegende Untersuchung zeigt dagegen, dass Studierende sich von Anfang an darüber hinaus musisch-kulturell, sportlich, religiös oder gesellschaftspolitisch engagierten.⁴

Insgesamt spielen Studierende, obwohl sie numerisch den größten Teil der Universitätsangehörigen stellen, eine marginale Rolle innerhalb der Universitätsgeschichtsschreibung. Institutionengeschichte, Forscherpersönlichkeiten und Wissenschaftsgeschichte nehmen den größten Raum ein. Dabei wurde schon 2001 formuliert, dass die Studierendengeschichte⁵ nicht nur ein Desiderat, sondern ein unterschätztes Arbeitsfeld darstelle.⁶ Jenseits hochschulpolitischer studentischer Vertretungen und der 68er-Bewegung werden wiederum die thematisch weit gefächerten Hochschulgruppen kaum beachtet. Aktuelle Festschriften zu Universitätsjubiläen nehmen bisher nur die soziale Herkunft von Studierenden, die Situation von Studentinnen, Studentenverbindungen, Zeitungen und politische Hochschulgruppen in den Blick.⁷

Auch die meisten Publikationen zu Mainzer Studierenden (16 von 25) beziehen sich auf Studentenverbindungen.⁸ Weitere Schriften befassen sich mit den 68ern und der Katholischen Hochschulgemeinde. Darüber hinaus gibt es teilweise nur wenige Seiten umfassende Beiträge zur westdeutschen Studierendenpresse, zur Akademischen Spielgemeinschaft, zum Universitäts-Sportclub, zu studentischen Wohnverhältnissen sowie eine zeitgenössische Skizze des studentischen Lebens von 1948.

Hervorzuheben ist in Mainz die von Studierenden erforschte Universitätsgeschichte. Ein 1990 gegründeter Arbeitskreis (AK) Universitätsgeschichte 1945–1965 veröffentlichte *Elemente einer anderen Universitätsgeschichte* in einem Sammelband, der sich mit unterschiedlichsten Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus befasst.⁹ 1995 entstand eine weitere Arbeitsgemeinschaft, die sich »das Erforschen und die Niederschreibung der Geschichte der studentischen Vorgehensweisen und Verhalten in denen ihnen überlassenen Gremien wie Studenten Parlament [sic!], Senat und Versammlung« zum Ziel gesetzt hatte.¹⁰

Eine 2001 erschienene Dissertation im Fach Kulturanthropologie zur studentischen Kulturarbeit von 1946 bis 1996 stellt im Vergleich zum Stand der Studierendengeschichte an anderen Universitäten eine Besonderheit dar. Anja Mielke befasst sich darin eingehend mit einem wichtigen Teil des studentischen Engagements, der Kulturarbeit. Dabei bietet sie durch Interviews mit Mitgliedern von Theatergruppen eine konzise Momentaufnahme der Situation bis Mitte der 1990er-Jahre. Nach Mielke liegt die Bedeutung der studentischen Kulturarbeit in der »Unterstützung der Kreativitätsentfaltung, der Selbstfindung, der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, der Interdisziplinarität, der Attraktivitätssteigerung der Universität und der Ausbildung beruflich relevanter Kompetenzen (z. B. Kommunikations- und Konfliktbereitschaft)«. ¹¹ Dies lässt sich ohne weiteres auf das studentische Engagement insgesamt übertragen. Der dreifachen Bedeutung studentischer Hochschulgruppen für die Universität, für die Biografien der Studierenden und damit langfristig für die Gesellschaft entspricht die bisherige Wahrnehmung durch die Universitätsgeschichtsforschung in keiner Weise. Grundsätzlich kommt die Kurzlebigkeit vieler Gruppen erschwerend hinzu. Auf institutioneller Ebene erfolgt eine strukturierte Erfassung zudem nur dann, wenn eine Hochschulgruppe auf die Nutzung universitärer Räume angewiesen ist oder finanzielle beziehungsweise materielle Unterstützung beantragt. Daneben werden Gruppen insbesondere dann aktenkundig, sobald sie Teil eines juristischen Verfahrens werden, der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit im Raum steht oder sie Teil einer Sekte sind.

Für den vorliegenden Beitrag und die Erforschung der Hochschulgruppen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sind im Universitätsarchiv Mainz insbesondere Teile der Bestände des Rektorats (Best. 55) und des AStA (Best. 40), die Plakat- (S9) und Zeitschriftensammlung (S8) sowie Teile des Bestands 115 relevant. Letzterer enthält unter anderem Akten zur Anerkennung von Hochschulgruppen zwischen 1972 und 2000.¹² Für die bestehenden Gruppen sind zudem die Liste der sogenannten Studigruppen auf dem Portal

campus-mainz.net (seit 2012) sowie die zu Semesterbeginn stattfindenden Hochschulgruppenmessen von Bedeutung.¹³ Daneben wurde beispielhaft ein Nachlass aus dem Mainzer Stadtarchiv hinzugezogen, der zeigt, dass biografische Ansätze Studierendengeschichte ergänzen können und müssen.¹⁴

Am Anfang des studentischen Engagements stand 1946 die Frage nach der Wiederzulassung der zum Teil politisch belasteten Studentenverbindungen beziehungsweise die Hoffnung auf neue Formen studentischer Vereinigungen.

1949 formulierte die Westdeutsche Rektorenkonferenz gegen frühere Ausformungen der Studentenverbindungen, sie begrüße »die Bildung studentischer Gemeinschaften, richt[e] aber einen dringenden Appell an die deutschen Studenten, sich dabei ihrer politischen und sozialen Verantwortung bewusst zu bleiben und den Blick vorwärts auf neue Ziele, nicht rückwärts zu richten.«¹⁵ Studentische Gruppen an der wiedergegründeten Universität Mainz mussten zunächst eine Liste ihrer Mitglieder sowie ihre Satzung beim Mainzer Oberbürgermeister einreichen, der auf dieser Grundlage die Zustimmung der französischen Besatzungsverwaltung einholte. Eine Gruppe, die binnen 20 Tagen keinen ablehnenden Bescheid von französischer Seite erhielt, galt als zugelassen. Nachdem die Direction de l'Éducation Publique im Mai 1949 katholische nichtschlagende Verbindungen grundsätzlich gebilligt hatte, stellten sieben Mainzer Studentenverbindungen einen entsprechenden, positiv beschiedenen Antrag.¹⁶ Doch bereits ab März 1950 war die Besatzungsmacht an der Zulassung nicht mehr beteiligt.¹⁷

1951 war der Umgang mit studentischen Vereinigungen wieder Thema der Westdeutschen Rektorenkonferenz, diesmal auf Grundlage der in Artikel 9 des Grundgesetzes formulierten Vereinigungsfreiheit (Absatz 1) im Rahmen der geltenden Gesetze (Absatz 2). Allerdings bestanden die Rektoren auf der Disziplinargewalt der Hochschulen über die ihr durch Immatrikulation angehörenden Studierenden zur Aufrechterhaltung der »akademischen Disziplin« und zum Schutz des eigenen Ansehens. Eine Anerkennung studentischer Vereinigungen, mit der Möglichkeit der Nutzung universitärer Räume, der Zuweisung eines Schwarzen Bretts sowie der Erlaubnis, Informationsmaterial zu verteilen, liege deshalb im »freien Ermessen« der Hochschulen.¹⁸ 1954 beschloss der Senat der Mainzer Universität, dass statt einer Zulassung studentischer Vereinigungen nur noch eine Registrierung beim Rektorat erfolgen solle; dazu seien die Satzung sowie jedes Semester mindestens drei Vorstandsmitglieder zu melden. 1968 wurde dieses Verfahren um Maßgaben zur Ablehnung einer Vereinigung beziehungsweise ihrer Satzung durch den Rektor oder den Senat erweitert. Eine finanzielle Unterstützung studentischer Gruppen durch die Universität war zunächst nicht vorgesehen.¹⁹ Ihre grundlegende Wertschätzung für studentisches Engagement bringt die Universität seit 1998 durch die Verleihung der nach dem ersten Vorsitzenden des AStA benannten Dr. Willi Eberz-Medaille zum Ausdruck.

Bereits 1948 klagte ein Student, der nicht in Mainz wohnte, sondern zur Universität pendelte, was er dadurch alles verpasse: »Wieviele [sic] wissen von studentischem Sport, von Chor- und Theatergruppen, von musikalischen, literarischen Interessenkreisen, Diskussionen und Studentengemeinden? Wieviele nehmen hier teil, wo das leichtere, aber lebendigere und lebensnähere Gesicht unserer Universität geprägt wird?«²⁰

Mainzer Hochschulgruppen waren und sind zwischen einem Semester und 70 Jahren (Ring Christlich-Demokratischer Studenten, RCDS) aktiv, mit zwei (Theater-Duo pappasovvs schnitzel) bis über 100 Mitgliedern (Campus Mainz e.V.). Manche wanderten vom Campus in die Stadt (Verein zur Förderung darstellender Künste), andere von der Stadt auf den Campus (AK Sozialer Brennpunkt Zwerchallee) oder wurden zu Unternehmen (Katakombinationen; Kultur-Café). Manche waren völlig eigenständig (Sinfonisches Orchester

Institutionalisierung und Anerkennungspraxis

Formen studentischer Hochschulgruppen

Die wichtigste Informationsquelle für Aktivitäten auf dem Campus war um 1950 das Schwarze Brett.

Foto: Hanns Tschira,
Quelle: UA Mainz,
S3/231.



Auch in den 1980er-Jahren informierten sich Studierende vor dem Schwarzen Brett, hier im Philosophicum, über die Angebote der Hochschulgruppen. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/5118.



Das Schwarze Brett als Auslaufmodell? Trotz der sozialen Medien ziehen Aushänge auch heute noch Blicke auf sich. Foto: Stephan Max, Quelle: UA Mainz, S3/10983.



Mainz e. V.), andere Teil deutschlandweiter (Studierendengruppe der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) oder internationaler Organisationen (European Law Students' Association ELSA). Manche entstanden situationsbezogen (zum Beispiel zur politischen Situation Südamerikas Ende der 1980er-Jahre²¹), andere aus wiederholt auftretenden inhaltlichen Fragen (zum Beispiel zum Verhältnis zwischen Naturwissenschaften und Ethik²²). Auch Dozierende initiierten verschiedene Gruppen (Collegium musicum; Israel-AG).

Grundsätzlich ließe sich daher differenzieren zwischen rein studentischen Gruppen und solchen, die in Zusammenhang mit einzelnen Personen oder Fächern stehen. Solange entsprechende Kooperationen oder von Dozierenden geleitete Gruppen nicht eigens untersucht werden, ist es jedoch sinnvoll, sie unter die studentischen HSG zu fassen, da es sich aus Sicht der Teilnehmenden um ein ergänzendes und bereicherndes Angebot neben dem Studium handelt.

Die Entwicklung der studentischen Hochschulgruppen ist vor dem Hintergrund der Entwicklung der Gesamtzahl der Studierenden zu sehen.²³ Jedoch können auf Grundlage dieser Zahlen und der bisherigen Vorarbeiten kaum Aussagen darüber getroffen werden, wie groß der Anteil der Studierenden ist, die sich im Rahmen von HSG engagierten und noch immer engagieren. Durch offizielle Anmeldung sind meist nur die Namen der Vorstandsmitglieder bekannt. Daneben sind Studierende auch Zuschauende, Teilnehmende oder Konsumierende der studentischen Medien, Theateraufführungen und Projekte. Die Bedeutung einer Hochschulgruppe beruht deshalb nur zum Teil auf ihrer Mitgliederzahl. Bei einer 1965/66 am Institut für Publizistik in Zusammenarbeit mit Elisabeth Noelle-Neumann²⁴ entstandenen studentischen Studie gaben sieben Prozent der 453 Befragten an, in der studentischen Selbstverwaltung mitgearbeitet oder dafür kandidiert zu haben, elf Prozent besuchten in ihrer Freizeit Veranstaltungen studentischer Gruppen, 95 Prozent der Befragten hatten innerhalb der letzten drei Monate die Studentenzeitung gelesen, wobei sich 47 Prozent darin Beiträge über Hochschulpolitik, 30 Prozent Beiträge über studentische Gruppen wünschten.²⁵

Auch Aussagen über die Gesamtzahl der Gruppen sind schwierig. So nennt eine Liste der zugelassenen Studentenverbindungen von 1950 nur elf »[s]onstige Verbindungen«, wie die Fachschaft Anglistik, den Bund Neudeutschland (ND) oder die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Studenten sowie als einzige musische Gruppe das Collegium Delphicum. Die bereits für 1948 skizzierte Vielzahl unterschiedlichster Vereinigungen wird hier nicht abgebildet. 1963 führte eine Liste neben 24 Studentenverbindungen nur zwölf andere, jedoch ausschließlich politische und religiöse Gruppen auf. 1969 waren dagegen neben der katholischen, der evangelischen und der islamischen Studierendengemeinde 90 Gruppen bei der Universität registriert (einschließlich der Studentenverbindungen).²⁶ Derzeit (Stand September 2019) sind etwa 180 Gruppen aktiv. Im Folgenden wird ein in acht Teilbereiche gegliederter, thematischer Überblick skizziert.²⁷

Hochschulpolitik

Ende der 1940er-Jahre begann eine Diskussion über die Zulassung parteinaher Gruppen.²⁸ Im Juli 1950 organisierte der AStA dazu eine Urabstimmung: »Studenten [haben] heute die Verpflichtung [...], am politischen Leben teilzunehmen.« Eine Verweigerung sei als Signal der »Gleichgültigkeit« zurückzuweisen.²⁹ Trotzdem sprach sich zunächst die Mehrheit der Befragten dagegen aus, wohl auch, da Zwangsmaßnahmen durch Parteien befürchtet wurden.³⁰ Im Juli 1951 wurde die der CDU nahestehende Christlich-Demokratische Studentengruppe, später RCDS, als erste parteipolitische Gruppe zugelassen.³¹

Die politischen Hochschulgruppen vollzogen meist die Umbrüche im deutschen Parteiensystem nach, wie die Gründung der Linken Liste 1995, von Campus Grün 1997 und der Piraten 2013 zeigen. Parteinahe Gruppierungen beriefen sich auf die Parteien und deren Programme, die sie auf dem Campus vertreten wollten, ohne allerdings eine eigenständige Meinungsbildung auszuschließen.³² Daneben spiegelten diese HSG

Strömungen des gesamten politischen Spektrums: Schon seit 1950 gab es die AG sozialistischer Studenten, andere vertraten marxistische, liberale, christliche, konservative oder rechtsextreme Positionen wie der Bund Nationaler Studenten, der 1960 auch in Mainz verboten wurde. Dazu existierten seit den 1970er- bis in die 1990er-Jahre Basisgruppen, die gesellschaftspolitische Themen behandelten.³³ Zentrale Themen der Hochschulpolitik waren die Hochschulreform oder das Mensaessen. Daneben gab es seit den 1960er-Jahren immer wieder Diskussionen um das zunächst vor allem von Linken geforderte sogenannte allgemein-politische Mandat der Studierendenschaft, das der Gesetzgeber ausschließt.³⁴

Neben den politisch klar zu verortenden Gruppen entstanden regelmäßig solche, die versuchten, mit sachlichen Argumenten Hochschulpolitik zu machen und damit den etablierten politischen Gruppen indirekt vorwarfen, die Parteipolitik über die Sachfragen an der Universität zu stellen. Beispiele sind die Mainzer Studenten Union (ab 1968), die Geier (1980–1996) oder die Fachschaftenliste (2004–2012).³⁵

Die politische Arbeit auf dem Campus war für beteiligte Studierende eine vergleichsweise ungefährliche Spielwiese, auf der Verhaltensregeln und politischer Diskurs eingeübt sowie die Befähigung für eine (partei-)politische Karriere gezeigt werden konnten. Nicht wenige bauten auf diesem Engagement auf und übernahmen später Positionen in Parteien, Ministerien und Verbänden.³⁶

Gesellschaftspolitik

Während das hochschulpolitische Engagement von Studierenden beispielsweise aufgrund der niedrigen Beteiligung bei Wahlen zum Studierendenparlament oftmals in der Kritik stand, waren sie immer auch im weiteren Sinne in politischen beziehungsweise gesellschaftspolitischen Gruppen aktiv: 1946 taten sich Studierende im Club für europäischen Aufbau zusammen, 1974 im AK für Wehrpolitik der Reservisten (AWR).

Die UnterstützerInnengruppe für Flüchtlinge Mainz setzte sich in den 1990er-Jahren für Geflüchtete aus Jugoslawien ein, und arbeiterkind.de engagiert sich seit 2008 für bessere Chancen für Kinder aus bildungsfernen Familien. Soziale Fragen von bezahlbaren Wohnungen bis hin zur Pflege wurden ebenso diskutiert wie internationale Themen und Konflikte: Die Bandbreite reichte von der Aufarbeitung des Kolonialismus und der Entwicklungszusammenarbeit über den Golfkrieg, die Lage in Israel und Palästina bis hin zur europäischen Integration und der Friedensbewegung. Ab den 1970er-Jahren spielten dann analog zu gesamtgesellschaftlichen Debatten umweltpolitische Themen zunehmend eine Rolle. Außerdem traten Gruppen auf, die alternative Lebensweisen propagierten, wie seit Ende der 1980er-Jahre das Mainusch-Kollektiv und seit 1990 die Bewohnerinnen und Bewohner des Wagenplatzes.³⁷

Allen Diskussionen um ein allgemeinpolitisches Mandat zum Trotz ließe sich postulieren, dass Studierende ohnehin in diesem Sinne tätig waren. Sie bildeten sich im Rahmen von Hochschulgruppen weiter, traten nationalen und internationalen Verbänden und Nichtregierungsorganisationen bei oder gründeten entsprechende Ortsgruppen. Damit engagierten sie sich mit ihrer Zeit und Kraft durch Informationsverbreitung und publizistische Tätigkeiten für die ihnen wichtigen Themen.

Campus

Unter dem Schlagwort Campus werden Gruppen gefasst, die sich außerhalb der studentischen Selbstverwaltung für andere Studierende einsetzten und einsetzen. Studierende in den Wohnheimen des Studierendenwerks, der Hochschulgemeinden und der privaten Anbieter wählten und wählen eigene Wohnheimvertretungen. Diese vertraten und vertreten einerseits die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber dem Betreiber, andererseits waren und sind sie für das kulturelle und gesellige Miteinander im Wohnheim verantwortlich, indem sie eine Wohnheimbar betrieben und betreiben oder Feste organisierten und organisieren.³⁸



Links: Undatiertes Plakat des RCDS. Quelle: UA Mainz, S9/950.

Rechts: Plakat zum Vortragsabend des AWR am 12.12.1977. Quelle: UA Mainz, S9/735.

Gruppen ausländischer Studierender, beispielsweise aus Südosteuropa (Griechenland, der Türkei oder von Zypern) und Asien (Pakistan, China oder Korea), waren Anlaufstellen für neue Gaststudierende, pflegten die eigenen Traditionen und vermittelten ihre Kultur auf vielfältige Weise.³⁹ Die größte Aufmerksamkeit erregten bisher iranische und kurdische Studierende: So überfielen 1982 paramilitärische Kämpfer der 1979 ausgerufenen Islamischen Republik Iran das Wohnheim Inter I und verletzten 30 iranische oppositionelle Studierende; eine unbeteiligte Studentin starb.⁴⁰ 1995 traten kurdische Studierende nach Repressalien auf dem Campus im Zuge des Verbots der kurdischen Arbeiterpartei PKK in der Türkei in einen elftägigen Hungerstreik, um auf die Situation der Kurden aufmerksam zu machen.⁴¹

Daneben finden sich Beratungsangebote sowie Gruppen, die sich insbesondere ab den 1980er-Jahren gegen die Diskriminierung von Frauen, Personen aus dem Ausland, Behinderten und Homosexuellen einsetzen. Darunter fallen beispielsweise der Interdisziplinäre AK Frauenforschung, der AK Studenten gegen Ausländerfeindlichkeit, die AG für behinderte und nichtbehinderte Studierende oder die Rosa Früchtchen. Die beiden letztgenannten Gruppen stießen dabei Institutionalisierungen innerhalb des AstA in Form des Schwulen- und des Behindertenreferats an.⁴²

Um 1990 entstanden mehrere Gruppen, die das Miteinander auf dem Campus durch die Verbesserung von Kommunikation (Encounter Uni Mainz) und Kultur (Kulturbeutel e.V.) oder beides (U-Team) fördern wollten. Die Verbindung von Kommunikations- und Kulturförderung ist auch der Grundgedanke des 2011 gegründeten Vereins Campus Mainz e.V., der mit Hilfe des Internet-Portals campus-mainz.net bestehende Angebote besser sichtbar macht und mit den Kulturkursen einen Rahmen für studentische Volkshochschulkurse bietet.⁴³

Medien

70 Jahre lang gab es von Mainzer Studierenden getragene Zeitungen. Die erste war die Studentenzeitung *Die Burse*, die 1947 das Ziel hatte, »zu der Begründung einer neuen Gemeinschaftsgesinnung beizutragen«. ⁴⁴ Explizit handelte es sich bei ihr, wie auch bei den nachfolgenden Zeitungen – der *Mainzer Studentenzeitung* (1949–1951), später als *nobis* (1951–1969) vertrieben, seit 1971 neu als *Unipress* herausgegeben – um Produktionen in studentischer Hand, finanziert aus den Beiträgen zur Verfassten Studentenschaft und in der redaktionellen Verantwortung des AStA. ⁴⁵ Regelmäßig wurde über die Kosten sowie die publizierten Inhalte gestritten, 1969 musste die *nobis* nach der Veröffentlichung eines zu freizügigen Berichts eingestellt werden. ⁴⁶ Die Verhaftung eines Studenten 1961 in der DDR wegen Artikeln, die er in der *nobis* veröffentlicht hatte, ⁴⁷ zeigt dabei, dass das Medium Studierendenzeitung durchaus auch außerhalb der Universität ernst genommen wurde. ⁴⁸

Auch Fachschaften, politische und fachlich orientierte Hochschulgruppen sowie AStA-Referate gaben eigene Zeitungen heraus. ⁴⁹ Die wohl bekannteste Fachschaftszeitung ist der seit 1975 von Studierenden der Publizistik herausgegebene *Publizissimus*. Zwei wissenschaftliche Zeitschriften haben überregionale Verbreitung gefunden, das *Journal of Unsolved Questions* (Naturwissenschaften) sowie *Skriptum* (Geschichte). ⁵⁰

Seit den 2000er-Jahren wurde die Medienlandschaft durch die Gründung von *CampusTV* (1999), *Campusradio* (2003), Youtube-Kanälen wie *Ersti-TV* (2007), dem Onlineportal *campus-mainz.net* und seiner Redaktion (2012) oder dem *Vorlesungs-Podcast* (2016) erweitert. Die Campus Mainz-Redaktion und ihr Format *Campus News* verdeutlichen vielleicht am besten den Medienwandel, wurden sie doch 2017 aus Mangel an Interesse und Möglichkeiten des AStA zum inoffiziellen Nachfolger der *Unipress*. ⁵¹

Kultur

Die studentischen Theatergruppen sind seit der Fertigstellung des Philosophicums im Hörsaal P1 zu Hause. Neben den in der Literatur dargestellten Gruppen sei hier insbesondere auf zwei verwiesen, die seit bald 30 Jahren den Campus bereichern. The Day-Old Theatre (seit 1991) bringt humorvoll englischsprachiges Theater von Oscar Wilde bis Shakespeare auf die Bühne. An den Inszenierungen der Gruppe Musical Inc. (seit 1994), gegründet zu Hochzeiten des Musical-Booms in Deutschland, arbeiten auf der Bühne und im Orchester jedes Jahr 40 bis 60 Studierende mit. Studentisches Kabarett, wie es insbesondere in der Nachkriegszeit gepflegt wurde, spielt lange keine Rolle mehr. ⁵² Neu hinzugekommen ist aber beispielsweise das Improvisationstheater. ⁵³

Das Spektrum der musikalischen Hochschulgruppen umfasst Chöre und Orchester, die klassische Musik, Jazz, Film- oder Kirchenmusik proben und aufführen. Tanzgruppen formieren sich für Standard sowie für moderne bis historische Tänze. ⁵⁴ Im Bereich Literatur finden sich Schreibwerkstätten, Lesungen und ein Hörbuch-Projekt. ⁵⁵ Eine Vielzahl von Gruppen widmeten und widmen sich den unterschiedlichen Aspekten des Mediums Film, mit Schwerpunkten auf Medienkompetenz, Regie, Zugangsmöglichkeiten (günstige Filmvorführungen) oder speziellen Themen. ⁵⁶ Eine Besonderheit stellt die *Burns Night* der Schottischen Freunde in Erinnerung an Robert Burns, den schottischen Nationaldichter und Sozialkritiker, dar. Von 2008 bis 2017 kamen jedes Jahr bis zu 300 Mitglieder der Universität zusammen, um Tischreden zu hören, Haggis zu essen und zu Dudelsackmusik zu tanzen. Von der Teilnehmerzahl her steht die Burns Night in der Tradition der Presse-, Winter- oder Fastnachtsbälle.

Seit 2010 wird zudem die Weinregion Mainz durch die Gruppe UniVinum von studentischer Seite gefördert, parallel zu Lehrveranstaltungen und Vorlesungsreihen zum Weinbau. UniVinum holte zunächst Winzer aus der Umgebung auf den Campus und bot Weinproben im Gewölbekeller des neuen Gebäudes für Recht und Wirtschaft an. Inzwischen bringt in Kooperation mit der Stadt Mainz ein Bus als sogenannter Weinexpress Studierende mehrmals im Semester direkt auf die Weingüter. ⁵⁷



Plakat mit der Einladung zu einem Treffen und der Wiederbelebung der Initiativegruppe Homosexualität Mainz von 1976. Quelle: UA Mainz, S9/759.

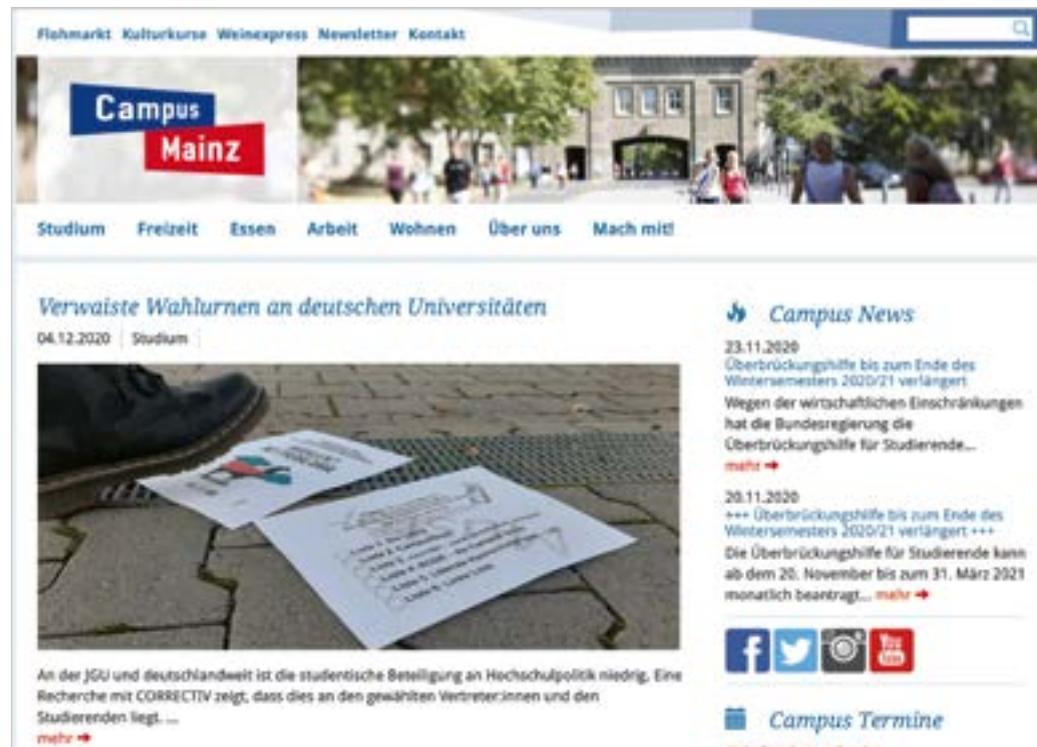
Religion

Im Bereich der religiösen Gruppen sind zunächst die Studierendengemeinden zu nennen, insbesondere die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) und die Evangelische Studierendengemeinde (ESG). Neben dem geistlichen Programm, das die jeweiligen Seelsorgerinnen und Seelsorger planen, bieten sie Raum für studentische Musik-, Film-, Tanz- oder Gesprächsgruppen und unterhalten Wohnheime. Besondere Bedeutung erlangten sie für ausländische Studierende. Bis in die 1960er-Jahre wurden die Hochschulgemeinden zudem als gesamtuniversitäre Akteure wahrgenommen: Der AStA publizierte ihre Statements zu aktuellen hochschulpolitischen Fragen analog zu den politischen Hochschulgruppen.⁵⁸

Während in der Anfangszeit neben den Hochschulgemeinden ein großes Spektrum katholischer Gruppen bestanden hatte, bildeten sich im christlichen Bereich später eher freikirchliche Gruppen. Der Fokus verschob sich insgesamt von einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, dem »Dienst in Gemeinde und Staat, Volk und Völkergemeinschaft«,⁵⁹ wie es das Hirschberg-Programm des Bunds ND noch 1965 formulierte, hin zu Fragen der persönlichen Lebensführung.⁶⁰

Daneben waren über die Zeit auch die meisten anderen Weltreligionen vertreten, wie das Bahaitum, der Buddhismus, der Islam und das Judentum.⁶¹ Nachdem in den 1960er-Jahren bereits eine muslimische Hochschulgemeinde bestanden hatte, entstanden später unterschiedliche muslimische Gruppen. Eine neuere Entwicklung ist der christlich-muslimische Dialog, beispielsweise im Forum junger Christen und Muslime. Auch Sekten, wie die Mun-Sekte, waren durch eigene Studierendengruppen auf dem Campus präsent.⁶²

Screenshot des Internetauftritts von Campus Mainz im Dezember 2020. Kommunikations- und Informationsplattform für Studierende, Mitarbeitende und Ehemalige. Quelle: <https://www.campus-mainz.net/> (abgerufen am 8.12.2020).



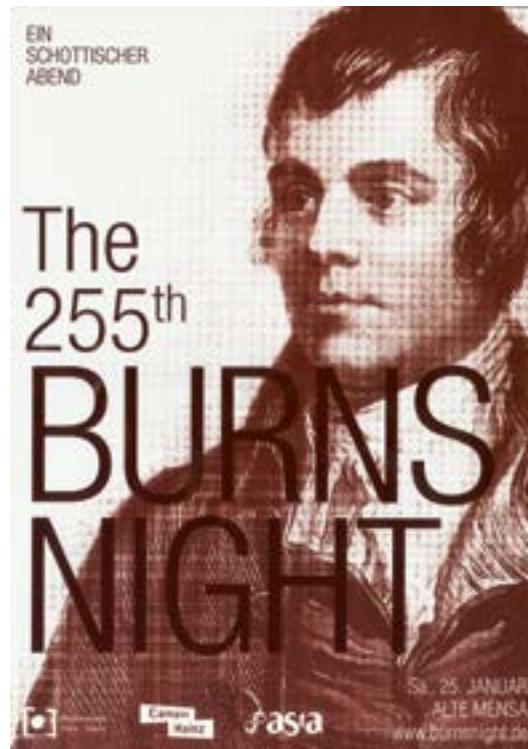
Fachbezogene Hochschulgruppen

Eine der ersten registrierten Hochschulgruppen war die Anglistische Fachschaft. Fachschaften vertreten studentische Interessen in den Fachgremien und im Fakultäts- beziehungsweise Fachbereichsrat gegenüber den anderen Statusgruppen, beteiligen sich im Zentralen Fachschaftenrat (ZeFaR), an der Verfassten Studierendenschaft und betreiben gegebenenfalls durch fachübergreifende Listen Hochschulpolitik.⁶³

Fachbezogene HSG gründen sich darüber hinaus, um theoretische oder praktische Grundkenntnisse zu vermitteln, die im Studienplan zu kurz kommen oder als übergreifende Kompetenzen nicht enthalten sind. Der AK Autonome Tutorien oder das Alternative Vorlesungsverzeichnis boten Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre ein fachübergreifendes, studentisches Studium generale.⁶⁴ Studierende der Geschichte beschäftigten sich eigenständig mit Theorien der Geschichtswissenschaft (Historisch-politischer Arbeitskreis; Kolloquium zur Geschichtstheorie), im Debattierclub Johannes Gutenberg e. V. stehen seit 2002 Argumentation und mündlicher Vortrag im Vordergrund und Medizinstudierende lernen seit 2003 im Skills Lab das Intubieren, Nähen und Verbinden.

Damit äußerten die Studierenden auch Kritik an den jeweiligen Studienbedingungen, die zu wenig Rücksicht auf ihre Bedürfnisse nahmen. In manchen Fällen hatte dieses Engagement langfristig Änderungen in den Studienplänen zur Folge, im Fall der Geschichtswissenschaft beispielsweise die Einführung der Veranstaltung »Grundlagen, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft“ im Sommersemester 2010.⁶⁵

Andere Hochschulgruppen versuchten den Übergang von theorie-lastigem Studium zu späterer Berufspraxis durch studentische Projektarbeit (Projekt Geist & Wirtschaft, Berater e. V., Kommoguntia) oder internationalen Austausch zu überwinden (unter anderem AIESEC⁶⁶). Der Hintergrund fachbezogener Hochschulgruppen konnte auch im gesellschaftlichen Engagement liegen, zum Beispiel bei Sprechstunden für Menschen ohne Papiere oder Führungen durch Mainz und Umgebung.⁶⁷



Links: Tanz beim Heimfest im ehemaligen evangelischen Studentenwohnheim Jochen-Klepper-Haus an Weihnachten 1964. Foto: Volker Schmelzeisen, Quelle: UA Mainz, S3/10022.

Rechts: Plakat der Burns Night 2014. Entwurf: Max Lindemann. Quelle: UA Mainz, S9/1219.

Sport

Das Programm des Hochschulsports wird vom Allgemeinen Hochschulsport (AHS), einer Institution der JGU, und dem Studentischen Sportausschuss (SSA) geplant und organisiert und umfasst derzeit (Stand September 2019) circa 65 Sportarten, häufig mit verschiedenen Unter- und Leistungsgruppen. Der SSA, der von einem geschäftsführenden Vorstand von Studierenden repräsentiert wird, ist außerdem für Wettkämpfe und Sportfreizeiten zuständig. Durch einen finanziellen Beitrag der Studierenden, den der SSA zur Organisation und Finanzierung des Hochschul-Wettkampfsports sowie für nationale und internationale Kontakte und Turniere einsetzt, wird die große Bandbreite erst ermöglicht. Außerdem druckt und verbreitet der SSA das Programm des Hochschulsports.⁶⁸

Die Verflechtungen zwischen dem Institut für Sportwissenschaft (früher Institut für Leibesübungen), dem AHS (in den ersten Jahren Sportamt) und dem SSA sind für die Teilnehmenden weniger relevant. Die meisten Studierenden begreifen das Sportangebot als weitere Komponente der Aktivitäten auf dem Campus – gleiches gilt für externe Angebote wie das Unisegeln. Die Lehrkräfte und Abteilungsleiterinnen und -leiter der einzelnen Sportabteilungen sind häufig aktive Studierende oder Alumni der Universität, manche studieren beziehungsweise studierten selbst Sport. Zusätzlich gibt es Sportvereine, die sich aus dem Hochschulsport heraus gegründet haben, wie der Universitäts-Basketballclub, der 1959 im neugegründeten Universitäts-Sportclub (USC) aufging, oder der Rugby Club Mainz e. V. (seit 1997).⁶⁹

Was wäre die Universität ohne Theater oder Konzerte, vollgehängte Schwarze Bretter, durchgesessene Sofas in überfüllten Fachschaftsräumen oder Sitzungen und Diskussionen bis nach Mitternacht? Der Campus ist mehr als eine Ansammlung von Gebäuden, das Studium mehr als der Lehrplan und Studierende sind mehr als statistische Größen. Dieses Mehr ist neben Bildung, Ausbildung und Forschung die vierte Dimension der Universität, nämlich der Sozial- und Kreativraum

Resümee

Universität. Einen ersten Zugriff darauf bieten die studentischen Hochschulgruppen, die im Falle der Johannes Gutenberg-Universität Mainz seit ihrer Gründung 1946 das Leben auf dem Campus hochschul- und gesellschaftspolitisch, publizistisch, kulturell, religiös, fachlich und sportlich mitgestalten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Paletschek: Stand, S. 180.
- 2 Ähnlich formuliert Sjur Bergan: »To the classical definition of learning outcomes – knowledge, understanding and the ability to do – higher education must add a fourth dimension: the ability to be.« Ders.: Bread, S. 101.
- 3 Stand September 2019. Siehe für die folgenden Ausführungen auch die Liste der Hochschulgruppen sowie die dort angegebenen Quellen auf der Homepage von Gutenberg Open Science, URL: <https://openscience.ub.uni-mainz.de/handle/20.500.12030/5099> (abgerufen am 15.9.2020). Aufgenommen wurden: HSG, Fachschaften (FS), Basisgruppen, Listen (zum Teil Zusammenschlüsse, zum Teil neue Gruppen), Medien bzw. deren Redaktionen (ohne eindeutige Übereinstimmung mit einer Gruppe), offene Arbeitsgemeinschaften (AG) des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) und der Hochschulgemeinden (wenn sie von Studierenden ausgingen), Wohnheimvertretungen, Stipendiatengruppen sowie Studentenverbindungen (siehe hierzu den Beitrag von Marius Müller in diesem Band). Nicht enthalten sind die Referate des AStA (um eine Doppelung mit den AGs zu vermeiden), abgesehen von denen, die Zeitschriften herausgaben. Die Jahreszahlen beziehen sich auf den nachgewiesenen Zeitraum des Bestehens einer Gruppe.
- 4 Siehe die Zeitzeugenerinnerungen unter URL: <https://www.forschungsverband-universitaetsgeschichte.uni-mainz.de/zeitzeugenerinnerungen/> (abgerufen am 23.8.2019).
- 5 In diesem Aufsatz wird bewusst der Begriff Studierendengeschichte verwendet, da von einer übergreifenden Geschichte der Studierenden und des studentischen Lebens ausgegangen wird. Unter Studentengeschichte werden derzeit hauptsächlich Forschungen zu korporierten Studierenden, also Studentenverbindungen, gefasst. Vgl. dazu z. B. die Homepage der Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte, URL: <http://www.gds-web.de> (abgerufen am 23.9.2019).
- 6 Vgl. Stickler: Neuerscheinungen, S. 262f.
- 7 Vgl. u. a. Heindl: Bildung; Lenk: Chancen; Lang: Studierendenschaft u. Elkar: Beteiligung. Aufgrund der fehlenden Forschung sind Vergleiche zur Entwicklung der studentischen Gruppen an anderen Universitäten bisher nicht möglich.
- 8 Siehe dazu die Bibliografie des Universitätsarchivs Mainz (UA Mainz) zur Mainzer Universitätsgeschichte, URL: www.ub.uni-mainz.de/bibliographie-zur-mainzer-universitaetsgeschichte/#Studentengeschichte (abgerufen am 23.9.2019).
- 9 Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.): Elemente.
- 10 UA Mainz, Best. 115/404, Zielsetzung der AG zur Geschichte der Hochschulpolitik.
- 11 Mielke: Kulturarbeit, S. 9.
- 12 Im UA Mainz, Best. 115/400–405 sind 97 Anmeldungen dokumentiert, davon alleine 46 Theatergruppen.
- 13 Die Liste ist online verfügbar unter URL: www.campus-mainz.net/freizeit/studigruppen. Die Dokumentation der Hochschulgruppenmessen geschieht regelmäßig durch Campus Mainz, URL: <https://www.facebook.com/campusmainz/> (beide abgerufen am 23.9.2019). Insgesamt wird digitale Kommunikation und Information, z. B. über soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram, für studentische Gruppen immer wichtiger und ersetzt vielfach herkömmliche Formen wie Flyer oder Plakate. Dies stellt eine zusätzliche Herausforderung für die Archivierung dar.
- 14 Stadtarchiv Mainz (StA Mainz), Best. ZGS/J5, Nachlass Franz Dumont.
- 15 UA Mainz, Best. 55/353, Abschrift einer Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz (11.–13.10.1949) zur Frage der Neubildung studentischer Gemeinschaften.
- 16 Vgl. ebd., der Chef d'escadrons de Saint Léger an August Reatz am 16.5.1949; Henry Chauchoy an Hellmut Isele am 18.3.1950 u. Isele an studentische Gruppen am 30.3.1950.
- 17 Seit dem 17.3.1950 galt: »[La] fondation des Associations n'est plus soumise désormais à l'autorisation [...] des autorités d'occupation.« Ebd., Gabriel Fosse an Isele am 6.7.1950. Dazwischen kam das beschriebene Verfahren nicht zur Anwendung, da der neue Rektor 1950 verspätet auf die Rechtslage aufmerksam gemacht worden war. Vgl. ebd., Isele an Helmut Krumpholz am 27.4.1950.
- 18 Ebd., Bericht während der Rektorenkonferenz in Heidelberg am 5.1.1951 zur Frage des Aufsichtsrechts der Hochschulen über studentische Vereinigungen.
- 19 Vgl. UA Mainz, Best. 55/354, Auszug aus dem Senatsprotokoll vom 3.12.1954; Werner Pichlmaier an den Verband Deutscher Studentenschaften am 26.11.1963; Hans Rohrbach an das Rektorat der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. am 8.3.1968 u. Best. 115/403, Jürgen Löw an Roland Rosniatowski am 1.4.1993.
- 20 Zit. nach Kersting: Stimme, S. 76. Vgl. dazu auch die 1947 erhobene studentische Forderung nach »Untergruppen der verschiedensten Interessengebiete [...] künstlerische, politische, religiöse Gemeinschaften« nach dem Prinzip »gleiches Recht für alle!« Busse: Soziologie, S. 14 f.
- 21 Z. B. Lateinamerika-Komitee (1981–1990), Nicaragua Brigade (1989) u. Guatemala-AG (1990).
- 22 Z. B. AG Naturwissenschaft und Theologie (1964), AG Rüstungsforschung an der Universität (1984), Naturwissenschaftler für den Frieden (1989) u. AK Gentechnologie der FS Biologie und Philosophie (1997).
- 23 Siehe hierzu die allgemeine Studierendenstatistik im Anhang dieses Bandes.
- 24 Siehe hierzu den Beitrag von Hans Mathias Kepplinger in diesem Band.
- 25 Während 1963 noch etwa 45 % der Studenten korporiert gewesen waren, waren es 1966 nur noch 16 %. Vgl. bspw. Schroeder: nobis-Leser: Punkt-punkt und Winki. In: nobis 18 (1966), Nr. 135, S. 18 f. u. Bargel: Studierenerfahrungen, S. 138.
- 26 Vgl. UA Mainz, Best. 55/353, Liste der zugelassenen Studentenverbindungen bei der Johannes Gutenberg-Universität vom 24.10.1950. Vgl. dazu auch Best. 40/13, Studentische Vereinigungen und Verbindungen an der Universität Mainz [1963] u. Best. 55/354, Manfred Mezger an Hellmuth Bartsch am 16.1.1969.
- 27 Aufgrund fehlender Forschungen sowie der Beschränkungen im Rahmen eines Aufsatzes werden weder alle Gruppen genannt, noch ist deren Einordnung immer eindeutig.
- 28 Dies geschah wohl auf Initiative von Angehörigen der katholischen Studentenverbindungen im Cartell-Verband. Die Verfasserinnen danken Ulrich Hausmann für diesen Hinweis.
- 29 UA Mainz, Best. 55/353, Stimmzettel zur Urabstimmung über die Zulassung parteipolitischer Gruppen an der Johannes Gutenberg-Universität, Juli 1950.
- 30 Vgl. ebd., Protokoll der Stimmzählung der Urabstimmung über die Zulassung der parteipolitischen Gruppen an der Johannes Gutenberg-Universität vom

- 19.7.1950. Die Wahlbeteiligung lag bei 43,2 %; 67,8 % lehnten parteipolitische Gruppen ab. Vgl. ebd., Karl Bechert an den Rektor am 28.7.1950.
- 31 Vgl. ebd., Aufstellung der an der Johannes Gutenberg-Universität genehmigten Studentengruppen vom 14.7.1951.
- 32 So heißt es z. B. in der Satzung der Ökologisch-Demokratischen Studentenliste von 1986: »Das Grundsatzprogramm der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) ist die Grundlage der politischen Überzeugung der ÖDS Mainz. Die ÖDS Mainz ist allerdings befugt, eigene politische Stellungnahmen abzugeben.« UA Mainz, Best. 115/402, Satzung der Ökologisch-Demokratischen Studentenliste Mainz vom 22.10.1986. Eine Gruppe, die der Alternative für Deutschland nahesteht, hat sich bisher nicht gegründet (Stand: September 2019).
- 33 Vgl. UA Mainz, Best. 55/354, die Bezirksregierung für Rheinhessen an Kurt Voit am 1.4.1960. Basisgruppen waren z. B.: Offene Basisgruppe (Liste, 1983–1985), Basisgruppen (Liste, 1987–1988); Basisgruppen Psychologie (1969), Ethnologie (1970), Geschichte (1972–1973) und Germanistik (1994).
- 34 Vgl. dazu § 108 Abs. 4 Hochschulgesetz (HochSchG). In: Amts- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 21 vom 21.12.2010. Vgl. u. a. auch Unipress 15 (1985), Nr. 192, S. 1 u. das Interview mit Helmut Klapheck vom 6.7.2017, Datei über die Verfasserinnen.
- 35 Vgl. UA Mainz, Best. 40/105, Lutz-Ulrich Dornbusch an Walter Kalkhof-Rose am 13.1.1969.
- 36 Vgl. die Karriereverläufe von Doris Ahnen (Juso-HSG), Helmut Klapheck (RCDS), Julia Reda (Piraten Uni Mainz) u. a.
- 37 Z. B. AG Israel (1967), Palästinakomitee (1982–1991), Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, Gruppe Mainz (seit 1983), AG Entwicklungspolitik (1985–1986), Wohnnot-AG und AG Pflegeversicherung (1991), Aktionsbündnis gegen den Golfkrieg (1991), AG 500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand (1992), AG Europäische Integration (2013–2014); AG Umwelt (1971), AG Umweltnalytik (1983), Fahrrad-AG (1987–1988) oder AK Umwelt (1994).
- 38 Vgl. Papendick: Schönes neues Forum. In: Unipress 29 (1999), Nr. 320, S. 2 u. Goldstein: unheimlich. das leben in den mainzer studentenwohnheimen. In: Unipress 32 (2002), Nr. 328, S. 23.
- 39 Z. B. Hellenischer Studentenbund (1961–1996), Verein der Studenten aus der Türkei in Mainz und Umgebung (1974), Vereinigung Mainzer Studenten aus der Türkei (1987–1989), Pakistanischer Studentenbund (1969), Vereinigung der chinesischen Studierenden in Mainz e. V. (1986–1997) u. Koreanische Studentenschaft Mainz (1993).
- 40 Siehe hierzu den Beitrag von Martin Göllnitz in diesem Band.
- 41 Vgl. UA Mainz, Best. 115/405, YXK Yekitiya Xwendewanen Kurdistan – Verband der Studierenden aus Kurdistan.
- 42 Siehe z. B. Telefonberatung von Studenten für Studenten (1984–1985); Frauen-Gruppe der Uni Mainz (1979–1980), AG Frauenforschung (1985–1987) / Frauennetzwerk (1987–1989) / Interdisziplinäre AK Frauenforschung (1989–1991), AG Frauenbibliothek (seit 1985); AK Studenten gegen Ausländerfeindlichkeit (1982), AG Internationale Bibliothek (1993–1995); AG für behinderte und nichtbehinderte Studierende (1988–1991); Mainzer Uni Lesbengruppe (1983–1992), Rosa Früchtchen (1984–1996), AG Antidiskriminierung (1992–1994). Vgl. dazu auch Mielke: Kulturarbeit, S. 174 f. u. den Beitrag von Maria Lau in diesem Band.
- 43 Siehe dazu die Homepage von Campus Mainz, URL: <https://www.campus-mainz.net/ueber-uns/> (abgerufen am 23.9.2019) u. allg. UA Mainz, Best. 121. [o. V.]: Die siebzehnte Studentenzeitung? In: Die Burse 1 (1947/48), Nr. 1, S. 2.
- 44 Vgl. u. a. UA Mainz, S8/14, S8/59 u. S8/353. Schon früh gab der AStA auch Informationsblätter unter verschiedenen Namen heraus, z. B. *Gutenberg-Brief* (1954–1971), *gutenberg express* (1964–1970, mit Sonderausgaben), *asta inform* oder *asta info* (1975–1978). Vgl. UA Mainz, S8/87, 41 u. 51.
- 46 Siehe hierzu den Beitrag von Michael Kißener in diesem Band.
- 47 Siehe hierzu den Beitrag von Vaios Kalogrias in diesem Band.
- 48 Vgl. UA Mainz, Best. 55/347, Rektoratsakten zur *nobis*.
- 49 Vgl. UA Mainz, S8 (Zeitschriften) u. darüber hinaus u. a. *Campus News* (Campus Mainz), *elephant Kulturmagazin*, *erna*, *Forum* (Literaturzeitung), *HOWL Magazine* (FS Englisch), *JAZ* (Zeitschrift des Antifareferats), *REIZ-Blatt* (Zeitschrift zu Entwicklungspolitik des AStA-Referats für internationale Beziehungen) u. *Rotz & Kotz* (FS Sport).
- 50 Siehe dazu die Informationen zu den Zeitschriften online unter URL: <http://junq.info/> u. <http://www.skriptum-geschichte.de> (abgerufen am 25.9.2019).
- 51 Siehe dazu den Beitrag vom 16.7.2017 auf der Homepage von Campus Mainz: [o. V.]: Wo ist eigentlich die Unipress?, URL: <https://www.campus-mainz.net/newsdetails/news/wo-ist-eigentlich-die-unipress> (abgerufen am 23.9.2019).
- 52 Z. B. Die Tol(l)eranten, Regiefehler (beide 1947), AG Protest-Chanson Kabarett (1967). Der Kabarettist, Schauspieler und Autor Hanns Dieter Hüsch begann seine Karriere im studentischen Kabarett auf dem Mainzer Campus. Vgl. Mielke: Kulturarbeit, S. 41 f. u. S. 127 f.
- 53 Z. B. Musenkuss nach Ladenschluss u. Die Affirmative (beide seit 2010).
- 54 Z. B. Jazzkreis in der Universität / Jazz College Mainz (1953–1955), Schola-Gregorianica (1964), Neue geistliche Lieder (1990er), Ensemble Chordial (seit 2008), Sinfonisches Orchester Mainz e. V. (seit 2010), Internationale Folkloregruppe / Meditation und Tanz (1985–1994), Campus Salsa (2014) u. Historisches Tanzen (seit 2015).
- 55 Z. B. AK Kurzgeschichten und Gedichte (1979–1980), Projektgruppe Hörspiel (1990), Die vorLesung (seit 1995), Manuskript. Kreatives Schreiben Uni Mainz (2014) u. textbühne Mainz (2013–2016).
- 56 Z. B. AG Film (1950), Gesprächskreis Fernsehfilm (1975), Uni-Kino Mainz (1979–1985), Kritisches Filmforum (1986–1992), FILMZ – Festival des deutschen Kinos (seit 2001), AK Film und Geschichte (seit 2006) u. Studentische Filmproduktion Mainz (2013–2017).
- 57 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage von Campus Mainz, URL: <https://www.campus-mainz.net/weinexpress/> (abgerufen am 25.9.2019).
- 58 Früher firmierten die Gemeinden unter Katholische Studentengemeinde (KSG) und Evangelische Studentengemeinde (ESG). Das erste evangelische Studentenwohnheim lag im Dachgeschoss des Forums, 1965 wurde ein weiteres geplant. Daneben bestand ab 1959 das Jochen Klepper-Haus. Das katholische Newman-Haus wurde 1961 gebaut. Viele Gruppen von Gaststudierenden waren in den Gemeinden angesiedelt, z. B. der Internationale Studentenkreis (KHG) oder die Studiengruppe Afrika (ESG). Vgl. UA Mainz, Best. 55/357, Evangelische und Katholische Studentengemeinde Mainz, SoSe 1964 u. Mielke: Kulturarbeit, S. 116–124.
- 59 UA Mainz, Best. 115/400, Hirschberg-Programm, Ausgabe 1965.
- 60 1989 nannte z. B. die Gruppe Studenten für Jesus Christus als Ziel ihrer Arbeit: »Unsere Kom[m]ilitonen mit dem Evangelium als Lebensgrundlage bekanntzumachen.« UA Mainz, Best. 115/401, Studenten für Jesus Christus.
- 61 Z. B. Israelitische Studentengruppe (1960), Bahai-Studenten-Gruppe (1972–1989), Buddhistische HSG (2014), Vertretung der studierenden Muslime an der Mainzer Uni (2007), Muslimische HSG (seit 2013) u. Bund der Alevitischen Studierenden (seit 2013).
- 62 Heute die Collegiate Association for the Research of Principles; von 1982 bis 1987 als Mun-Sekte bekannt. Weitere Gruppen waren z. B. die Europäische Arbeiter-Partei (1977–1985) und Bürgerrechtsbewegung Solidarität (2005) der LaRouche-Bewegung oder der Bund gegen Anpassung (Marxistisch-Reichistische Initiative, 1989–1993).
- 63 Siehe hierzu den Beitrag von Tobias Huff in diesem Band.
- 64 Siehe hierzu den Beitrag von Kim Krämer in diesem Band.
- 65 Vgl. Stadtarchiv Mainz (StA Mainz), Best. ZGS/J5/5, Ankündigung des Historisch-Politischen Arbeitskreises im WiSe 1971/72 u. Interview mit Gabriele Reinecke vom 13.10.2016, Datei über die Verfasserinnen.
- 66 Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales (seit 1954), IAESTE-Lokalkomitee Mainz (International Association for the Exchange of Students for Technical Experience, seit 1989), CERP-Students (Confédération Européenne des Relations Publiques, gegründet 1991).
- 67 Z. B. Geographie für Alle e. V. – StattReisen Mainz (seit 1994), Medinetz Mainz e. V. (seit 2006) u. Refugee Law Clinic Mainz e. V. (seit 2015).
- 68 Vgl. SSA (Hrsg.): Sportprogramm der Universität Mainz, Programmheft WiSe 2018/19, S. 3 f.
- 69 Siehe hierzu den Beitrag von Ansgar Molzberger in diesem Band.

Studentische Selbstverwaltung unter Legitimationsdruck

Historische Wege der studentischen Gremienarbeit an der JGU

Tobias Huff

Im November 1947 mussten der frisch gewählte Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) Peter Manns und sein Stellvertreter Heinz-Otto Fausten nach Baden-Baden reisen, um dort ihre Wahl von den französischen Besatzungsbehörden genehmigen zu lassen. Die erste Satzung der Verfassten Studentenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) regelte zwar, dass die Studierenden in einer Vollversammlung ihren AStA-Vorsitzenden eigenmächtig wählten, aber die französischen Besatzungsbehörden vor Ort weigerten sich, die Wahl anzuerkennen. Manns und Fausten waren beide Offiziere der Wehrmacht gewesen, und ihre Wahl widersprach den Grundsätzen der Rééducation. Beide fügten sich den realen Machtverhältnissen und traten – ausgestattet mit von amerikanischen Mennoniten gespendeten Trockenpfirsichen, Dörripflaumen und Erdnüssen – die Reise zum Generaldirektor für kulturelle Angelegenheiten in der französischen Besatzungszone, General Raymond Schmittlein, an. Was sie nicht wussten, war, dass die Ehefrau Schmittleins die Schwester des ersten Verwaltungsdirektors der Universität, Fritz Eichholz, war, der Manns und Fausten die Fahrkarten bezahlt hatte. Die Anerkennung gestaltete sich zur Formsache, und aus der Begegnung zwischen Manns und Schmittlein entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft. Ersterer wirkte später als Direktor des Instituts für Europäische Geschichte (IEG), das 1950 auf Betreiben Schmittleins in Mainz gegründet wurde und bis heute besteht.¹

Die Anfangszeit der Verfassten Studentenschaft

Die Amtszeiten der ersten AStA-Vorsitzenden wie Manns waren nicht nur durch das besondere Zusammenspiel ziviler Verwaltung und militärischer Besatzungsmacht geprägt, sondern auch durch die spezielle Herausforderung der Einrichtung einer Universität in einer mit ihrem Wiederaufbau beschäftigten Stadt.

Studentisches Leben war und ist seit jeher vom latenten Mangel geprägt; der Mangel der unmittelbaren Nachkriegsjahre betraf jedoch die elementarsten Lebensbedürfnisse wie Wohnen, Nahrung und Kleidung. Eine der Kernaufgaben der Verfassten Studentenschaft² ist es immer gewesen, die Angelegenheiten, die das studentische Leben berühren, zu organisieren. Dazu gehörte in den Anfangstagen auch, studentische Arbeits Einsätze auf dem Campus zu delegieren wie auch über den studentischen Hilfsfonds die materielle Not so gut wie eben möglich zu lindern.

Trotz dieser widrigen Verhältnisse wurde von den Vertretern der Verfassten Studentenschaft von Anfang an der Konflikt ausgetragen, der in mannigfaltiger Form die Geschichte der Universität konstant durchzieht: Wie viel Einfluss haben die Studierenden auf die Geschicke der Gesamtuniversität? Die gesetzlichen

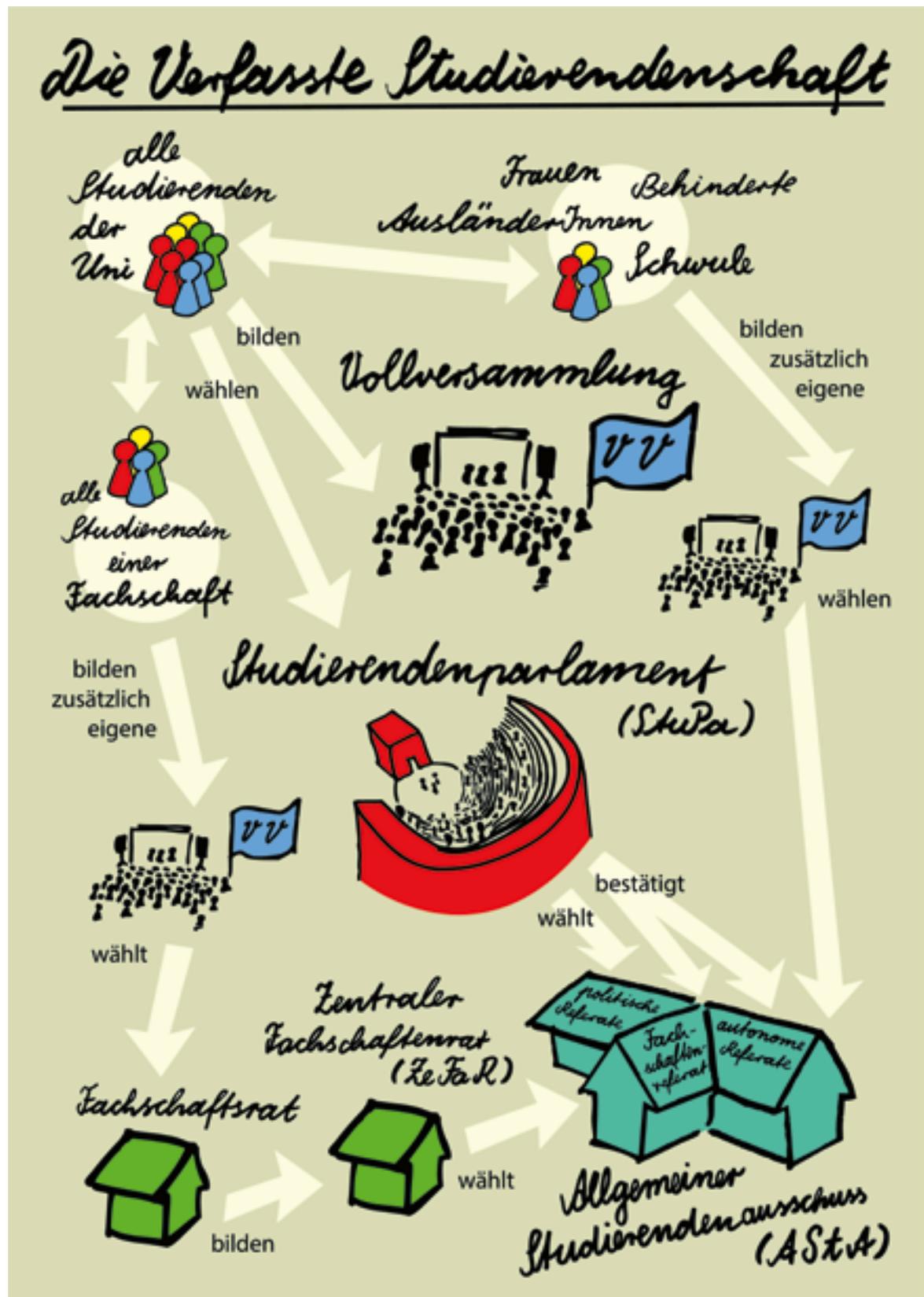
Rahmenbedingungen hierzu ließen zunächst wenig Raum für Entfaltung. Denn die Universitätsstatuten von 1946 kamen noch annähernd ohne Studierende aus. Lediglich im Abschnitt zur Organisation der Universität fanden sie Erwähnung, denn »[w]enn die Tagesordnung studentische Angelegenheiten enthält, ist der Senat gehalten, zwei von der Studentenversammlung gewählte Vertreter zuzuziehen.«³ Dass es zu dieser knappen Passage durchaus unterschiedliche Meinungen gab, belegt ein Schreiben des AStA-Vorsitzenden Manns vom Januar 1948 an den Rektor der Universität, August Reatz. Darin beschwert Manns sich, dass zur Senatssitzung am 27. Januar 1948 keine studentischen Vertreter eingeladen worden seien, obwohl die neue Universitätsatzung beraten werde. Hierbei handele es sich »[n]ach Ansicht der Vertretung der Studentenschaft [...] bei dieser Senatssitzung um eine Sitzung, in der studentische Belange im Sinne der noch geltenden alten Satzung behandelt werden.«⁴ Die Antwort des Rektors ist nicht überliefert.

Die neue Satzung vom September 1949 war zwar wesentlich umfangreicher als das Statut von 1946, die studentischen Mitwirkungsrechte fallen jedoch noch vager aus, da aus dem bisherigen »ist gehalten« eine optionale Formulierung wurde: »Der Senat kann den Kurator, den Universitätsrichter, den Universitätsbibliotheksdirektor und für die Beratung studentischer Angelegenheiten von der Studentenschaft gewählte Studentenvertreter hinzuziehen, um von ihnen Auskünfte, Berichte und Vorschläge entgegenzunehmen.«⁵ Damit waren die rechtlichen Linien, innerhalb derer die Verfasste Studentenschaft auf die Gesamtuniversität einwirken konnte, bis Ende der 1960er-Jahre im Wesentlichen abgesteckt.

Bevor auf die grundlegende Veränderung der Mitbestimmungsrechte im größeren Kontext von Hochschulgesetz, Studierendenprotesten und Gruppenuniversität eingegangen wird, stehen zunächst zwei Punkte im Vordergrund. Erstens die Selbstorganisation der studentischen Gremien und zweitens die Selbstartikulation in den studentischen Zeitschriften. Bereits ab 1947 gab der AStA die Zeitschrift *Die Burse* heraus, deren Erscheinen jedoch schon 1949 wiedereingestellt wurde und durch die *Mainzer Studenten-Zeitung* und daran anschließend die *nobis* ersetzt wurde. Nachdem die Zeitschrift 1969 eingestellt wurde, wurde sie 1971 von der bis 2017 erschienenen *Unipress* abgelöst, als deren Herausgeber das Pressereferat des AStA fungierte.

Schon bald nach dem Aufbau erster Selbstverwaltungsstrukturen stellte es sich als zu aufwendig heraus, den AStA von der gesamten Studierendenschaft wählen zu lassen. Zudem war diese Art der Wahl höchst manipulierbar, wie ein Beitrag in der ersten Ausgabe der *nobis* 1949 die von Zigarettenrauch und Claqueuren beherrschte Versammlung süffisant zusammenfasste.⁶ Von »demagogischer Beeinflussung« sprach auch ein sachlich-nüchterer Bericht des AStA-Vorstands aus dem Wintersemester 1950/51, der die Arbeit der ersten Jahre bilanzierte. Die studentische Selbstverwaltung kranke nicht nur an einer »Interessenlosigkeit«⁷ der Studierendenmehrheit, sondern auch an der Überlastung der AStA-Mitglieder. Die außergewöhnliche Situation der Nachkriegsjahre und die Vielzahl der Aufgaben hätten die Referenten zu Verwaltungsexperten gemacht, die kaum noch Kontakt zum normalen Studentendasein gehabt hätten. Um die gewählten Vertreter zu entlasten und ihnen das Studium wieder zu ermöglichen, sollte unbedingt ein Studentenparlament geschaffen werden. Die erste Satzung der Verfassten Studentenschaft kannte als Organe nur die Allgemeine Studentenversammlung sowie den Allgemeinen Studentenausschuss. Letzterer suchte jedoch bald nach Gründung Kontakt zu den studentischen Vertretern »älterer« Universitäten, um von dort Anregungen für einen effizienten Aufbau der Verfassten Studentenschaft zu bekommen.⁸ Bereits ab 1947 verhandelte der AStA mit der Universitätsleitung über eine neue Satzung, die allerdings erst vier Jahre später, am 1. Februar 1951, vom Senat bestätigt wurde. Ein Streitpunkt waren Formulierungen, die das Kontrollrecht der Studierenden in Bezug auf die Gesamtuniversität betrafen. In einer Stellungnahme des Prorektors Adalbert

Selbstorganisation der Studierendenschaft bis 1969



Überblick über die Verfasste Studierendenschaft 2021. Quelle: Grafische Ausarbeitung von Benjamin Schäfer.

Erler vom 6. Mai 1947 zu einem Satzungsentwurf hieß es dazu: »Zwischen Selbstverwaltung und Kontrolle der Universitätsverwaltung ist scharf zu scheiden. Ein Kontrollrecht wird die Universität der Studentenschaft nicht zugestehen.«⁹

Die neue Satzung beschrieb dann als zentrales Organ das von den Studierenden gewählte Studentenparlament als »beschlussfassende Vertretung«. Allerdings blieb die Position der Studentenvollversammlung in den frühen Jahren noch sehr mächtig, denn das Parlament und der AStA hatten einmal pro Semester »einer Studentenvollversammlung Rechenschaft über die geleistete Arbeit zu geben«.¹⁰ Die aktuelle, seit 2017 gültige Satzung kennt zwar ebenfalls noch das semesterweise Zusammentreten der Vollversammlung, die Rechenschaftspflicht besteht jedoch nicht mehr, wohl auch, weil schon in den Anfangsjahren die Beteiligung an den Vollversammlungen recht überschaubar war. Für das Sommersemester 1958 berichtete die *nobis* von etwa 50 Teilnehmenden.¹¹ Dafür sind die Organe der Verfassten Studentenschaft im Zeitablauf bis heute stetig angestiegen. Zu Vollversammlung, AStA und Parlament gesellten sich »die Studierenden in der Urabstimmung«,¹² die Fachschaft und ihre Organe, der Zentrale Fachschaftenrat, studentische Teilversammlungen, der Studentische Sportausschuss sowie die Delegiertenversammlung der Wohnheime.

Mit Parlament als Legislative und AStA als Exekutive spiegelte die Verfasste Studentenschaft zu Beginn der 1950er-Jahre den Organisationsaufbau der Gesamtuniversität aus Senat und Rektorat wider. Um von diesen als kompetente Gesprächspartner wahrgenommen zu werden, bürokratisierten sich die Organe der Verfassten Studentenschaft immer stärker und regelten ihre inneren Angelegenheiten immer umfassender. Die *Haushalts- und Kassenordnung der Studentischen Selbstverwaltung und ihrer Organe* von 1955 bestimmte etwa bis ins Detail den Umgang mit Quittungen und die *Geschäftsordnung des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* listete nicht nur die Geschäftsbereiche der einzelnen Referate (Soziales, Presse und Funk, Ausland, Gesamtdeutsche Studentenfragen und politische Bildungsarbeit, Kultur, Reisen) auf, sondern befasste sich auch mit dem Zugang zum Fernsprecher des AStA samt des Hinweises, dass »[d]ienstliche Ferngespräche [...] auf die Dauer von 10 Minuten zu beschränken«¹³ sind.

Die universitäre Präsenz der studentischen Gremien konnte mit dem Ausbau der internen Verwaltungsstrukturen nicht mithalten. Bereits die erwähnte Bilanz von 1950 sprach von einer ausgeprägten Interessenlosigkeit. Ein Beitrag in der *nobis* von 1959 fragte dann provokativ: »Wozu braucht die Studentenschaft eine Selbstverwaltung?«,¹⁴ um dann die Aufgaben von Parlament und AStA knapp zusammenzufassen und die Studierenden recht eindringlich daran zu erinnern, dass sie mit der Immatrikulation die Verpflichtung eingingen, sich für die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden verantwortlich einzusetzen. Zwar erwähnte der Beitrag lobend die Wahlbeteiligung von 50 Prozent bei den letzten Wahlen zum Studentenparlament als eine der höchsten in Westdeutschland, aber eigentlich sei es die Pflicht eines jeden verantwortungsbewussten Studenten, wählen zu gehen.¹⁵

Dabei war diese Wahlbeteiligung noch als außergewöhnlich hoch einzuschätzen. Frühere Berichte in der *nobis* beschwerten sich über Beteiligungen von 38,6 Prozent im Jahr 1955 und 27,7 Prozent im Jahr 1956.¹⁶ 1960 war man im AStA anscheinend derart über die Ignoranz der Studentenschaft verärgert, dass ein Selbstbericht in der *nobis* mit den Worten begann: »Die vielerorts festzustellende Unkenntnis über die Tätigkeit Ihres AStA hat uns dazu bewogen, Ihnen einen kleinen Bericht über die bisher geleistete Arbeit zu geben.«¹⁷ Es folgte eine erneute Erläuterung der Aufgaben und Struktur der Verfassten Studentenschaft sowie der zum Topos gewordene Hinweis, dass die Arbeit des AStA zumeist im Hintergrund geschehe, aber der Mehrheit der Studierenden zugutekomme, es also eine Diskrepanz zwischen hohem individuellem Einsatz und allgemeiner Würdigung gebe. Der Einsatz der gewählten Mitglieder des Studentenparlaments war

allerdings auch nicht immer gegeben. In den 1950er- und 1960er-Jahren mussten häufig Sitzungen abgesagt beziehungsweise abgebrochen werden, da die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war.

Ein Beispiel für den omnipräsenten Konflikt mit der Universitätsleitung hinsichtlich des Einflusses der Verfassten Studentenschaft ist die Auseinandersetzung rund um die Umsetzung der Ausbildungsförderung nach dem Honnefer Modell 1957. Das Honnefer Modell basierte nicht auf einem Gesetz, sondern war eine recht lose Verabredung zwischen dem Bund und den Ländern. Dementsprechend frei waren die Gestaltungsspielräume der einzelnen Hochschulen. Ohne studentische Vertreter einzuladen, hatte der Senat der JGU beschlossen, die Vergabe der Förderung an das Studium generale zu koppeln. Damit hätte das Honnefer Modell an der Universität Mainz den Charakter einer allgemeinen Ausbildungsförderung verloren und wäre tendenziell zu einer Begabtenförderung geworden. Das Studentenparlament wehrte sich auf seiner Sitzung am 16. Juli 1957 heftig gegen diese Entwicklung und verlangte eine Erklärung vom Rektor, warum entgegen der Satzung keine Studierendenvertreter zu den Beratungen geladen waren. Dies bezog sich auch auf die Sitzungen der Förderungsausschüsse der einzelnen Fakultäten.¹⁸ Zur Senatssitzung am 26. Juli 1957 waren dann Vertreter des AStA geladen und man konnte die strittigsten Punkte ausräumen. Der Senat machte jedoch deutlich, dass man solch tendenziösen Darstellungen in der *nobis* nicht dulde: »Die Studentenvertreter nehmen dies an.«¹⁹

Diskussionen über Hochschulreformen in den 1960er- und 1970er-Jahren

Hoffnungen auf eine grundlegende Änderung der Verhältnisse weckte die Debatte um das rheinland-pfälzische Universitätsgesetz ab den späten 1950er-Jahren. Als der erste Entwurf vorlag, veröffentlichte die *nobis* zwei Sondernummern. In den Beiträgen verbinden sich die beiden grundsätzlichen Schwierigkeiten der Verfassten Studentenschaft – weitgehende Machtlosigkeit und Desinteresse der breiten Mehrheit – zu einem argumentativen Strang. Die *nobis* machte sich keine Illusionen und ging davon aus, dass die Studierenden »den Aufgaben der studentischen Selbstverwaltung weiterhin mit dem gleichen Phlegma gegenüberstehen, wie bisher auch«. Nur wüssten diese nun, was in der aktuellen Debatte »auf dem Spiele steht«.²⁰ Inhaltlich arbeiteten sich die Redakteure an der Idee der Universität als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ab, die impliziere, dass beide Seiten an Entscheidungen mit großer Tragweite beteiligt sein sollten. Ausgehend von der Freien Universität Berlin mit deren weit ausgebauten studentischen Mitbestimmungsrechten seien auch an anderen deutschen Universitäten diese Rechte ausgebaut und institutionell verankert worden. Der Entwurf eines rheinland-pfälzischen Universitätsgesetzes ignoriere diese Entwicklung jedoch. Schlimmer noch, indem das Gesetz »die Studenten weitgehend als Benutzer einer Anstalt und nicht mehr als verantwortliche Glieder einer Gemeinschaft betrachte«, sehe es die »Universität als obrigkeitliche Insel im demokratischen Staat«. In seiner Stellungnahme zum Entwurf sah der AStA eine »Hochschule ohne Mitwirkung der Studentenschaft in Senat, Senatskommissionen und Fakultäten [...] mit obrigkeitlichem Denken belastet«. Den Gesetzestext selbst versah man mit zahlreichen Ergänzungen und Anmerkungen, von denen jedoch keine den Weg in das am 6. März 1961 verabschiedete Gesetz fand. In Paragraph 12 hieß es lakonisch, dass »Art und Ausmaß der Mitwirkung der Studentenschaft«²¹ in der Universitätssatzung zu regeln seien.

Die Debatten um das erste rheinland-pfälzische Universitätsgesetz waren ein Vorgeschmack auf die zunehmende Politisierung der Verfassten Studentenschaft in den 1960er-Jahren. Nachdem in den späten 1950er-Jahren die Wahlbeteiligung an den Wahlen zum Studentenparlament gesunken war, stieg diese ab 1960 wieder kontinuierlich an. Das lag nicht nur am gesteigerten politischen Interesse, sondern auch an Versuchen des AStA, die Wahlbeteiligung mit ungewöhnlichen Mitteln zu steigern. Die *nobis* verlor 1962

unter allen Wählenden ein Fass Bier, und die Wahl 1966 wurde massiv mit Flugblättern beworben. An den Wahltagen selbst war die Stimmabgabe auf einem »rollenden Wahllokal«, einem Brauerei-Bierwagen, möglich. Der Erfahrungsbericht des Wahlleiters vom 8. Februar 1966 vermerkte dann auch zufrieden, dass man mit 49,1 Prozent die höchste Wahlbeteiligung seit Jahren habe verzeichnen können.²²

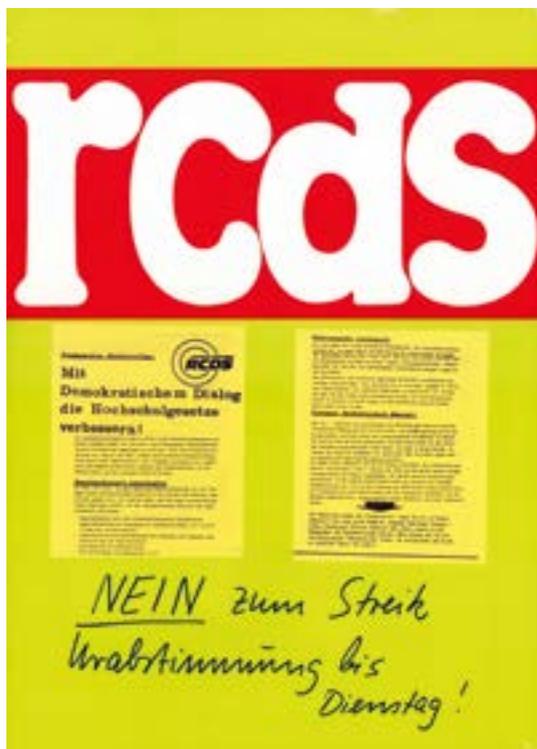
Abseits der großen Linien arbeiteten Rektorat und AStA durchaus auch Hand in Hand, wenn es darum ging, die akademische Integrität zu wahren. So verpflichtete sich der AStA 1961 dazu, in der Mensa das vom Rektor ausgesprochene Glücksspielverbot durchzusetzen. Im Zusammenhang mit Pokerspielen war es zu Randalen mit Sachbeschädigung gekommen.²³ Zudem bewegte sich nun auch die Hochschulleitung bezüglich der Frage, wie die Studierenden angemessen an Entscheidungen zu beteiligen seien. Rektor Gerhard Funke schlug im Dezember 1965 dem AStA-Vorsitzenden Matthias Schütz vor, alle 14 Tage Routinebesprechungen zu »alle[n] die Studentenschaft berührenden Fragen«²⁴ anzusetzen. Die Einschränkung auf studentische Fragen blieb zwar zunächst bestehen, aber dieser institutionalisierte Austausch war ein Baustein, die Verfasste Studentenschaft zunehmend als Akteur auf Augenhöhe zu betrachten.

Den bereits erwähnten Paragraphen 12 des Universitätsgesetzes aufgreifend, erarbeitete das Studentenparlament 1962 einen neuen Satzungsentwurf, in dem die Mitbestimmungsrechte der Studierenden festgeschrieben und ausgebaut wurden.²⁵ Zur Eröffnung des 13. Studentenparlaments 1964 hielt der Mainzer Professor für Öffentliches Recht, Karl Josef Partsch, eine Rede, in der er sich umfassend mit dem rechtlichen Rahmen der Verfassten Studentenschaft auseinandersetzte. Zu diesem Zeitpunkt lag ein Senatsentwurf für eine neue Satzung vor, und der Vortrag machte deutlich, dass die Frage, ob etwa die Neubesetzung eines Lehrstuhls die Studierenden unmittelbar berührte oder nicht, unterschiedlich bewertet wurde.²⁶ Die Frage der studentischen Mitbestimmung verzögerte die Verabschiedung einer neuen Satzung immer weiter. 1967 wurde schließlich ein Entwurf gedruckt und an die Fakultäten versandt, der jedoch heftig kritisiert wurde. 1968 beschloss der Senat, die Arbeiten an einer neuen Satzung zurückzustellen und eine umfassendere Reformkommission einzusetzen.²⁷ Die zeithistorischen Ereignisse hatten die neue Satzung obsolet gemacht, noch bevor diese beschlossen worden war.

Kurz zuvor druckte die *nobis* 1967 den Beitrag von Jürgen Habermas *Zur politischen Rolle der Studentenschaft* ab, der nicht nur im Ton mit dem bisher dominanten kritisch-distanziert-humoristischen Duktus bricht, sondern auch inhaltlich eine ganz andere Richtung einschlägt. Die Universität wird hier nicht mehr als unpolitische Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden gedacht, woraus sich die Rechte zur studentischen Mitwirkung ableiten. Studierende sind nun als Staatsbürger_innen der intellektuelle Teil einer unorganisierten, außerparlamentarischen Opposition gegen einen sich zunehmend autoritär gebärdenden Staat.²⁸ Zusammenfassend nennt Habermas die Ereignisse, die zu einer Politisierung der Studentenschaft geführt hätten: Vietnam-Konflikt, Spiegel-Affäre, Schah-Besuch, Notstandsgesetze und nun die Reform der Hochschulen, die in seinen Augen auf eine Ökonomisierung der Universität hinauslief. Auch Habermas trat für eine Reform ein, aber eine, die die Unabhängigkeit der Universität wahrte – ja gegenüber dem Staat noch stärkte – nämlich durch die Demokratisierung der Hochschulen. Die Studierenden sollten als eine von drei Parteien an der akademischen Selbstverwaltung beteiligt werden. Um diese Aufgabe vollumfänglich wahrnehmen zu können, sei eine Politisierung der Studentenschaft unvermeidlich.

Diese nahm tatsächlich kontinuierlich zu, was sich in steigenden Zahlen der Teilnehmenden an den semesterlichen Vollversammlungen und den dort verhandelten Themen niederschlug. Es ging nicht allein um das neue Hochschulgesetz oder soziale Missstände, wie die als mangelhaft empfundene Mensaverkösti-

Die politische Studentenschaft



Wahlplakate unterschiedlicher Gruppierungen im Vorfeld von Urabstimmungen zur Verfassten Studentenschaft. Quelle: UA Mainz, S9/995, S9/1006 u. S9/1027.

gung, sondern auch um demokratiethoretische Diskussionen.²⁹ Die erstarkenden linken Gruppierungen wie Spartakisten oder Marxisten-Leninisten lehnten das repräsentative Demokratiemodell ab und forderten eine Studentenschaft der Aktion mit imperativem Mandat für Gremienvertreter_innen. Das System des bürgerlichen Parlamentarismus diene ihrer Ansicht dazu, undemokratische Machtstrukturen zu zementieren.³⁰ 1970 gingen dann erstmals linke Gruppen als Sieger aus den Wahlen zum Studentenparlament hervor. Der neue AStA sah denn auch im Entwurf zum neuen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetz einen »Großangriff des Monopolkapitals auf die Hochschulen«. Die Universitäten sollten in seinen Augen zu Wirtschaftsunternehmen degradiert werden, die möglichst schnell und günstig »qualifizierte Arbeitskräfte produzieren soll[en]«.³¹

Im folgenden Jahr rückte der AStA noch ein wenig weiter nach links, und der neugewählte Vorsitzende Michael Bischof disqualifizierte das im Dezember 1970 beschlossene Hochschulgesetz als »CDU/NPD-Gesetz«. Diese technokratische Reform gelte es zu »bekämpfen«, denn sie sei eine »des Kapitals und seiner Handlanger«. Der AStA dagegen selbst sah sich als ein »Bündnispartner der Arbeiterklasse«.³² Allerdings stützte er sich nur auf eine knappe Mehrheit. Die Wahlen 1971 hatten die gemäßigt-konservativen Kräfte gestärkt, doch die linken Parlamentarier verhinderten in einer von der Opposition als Wagenburgmentalität bezeichneten Haltung die Wahl gemäßigter Studierender in den AStA. Damit würden die Verlautbarungen des AStA nicht mehr die Einstellung weiter Kreise der Studierendenschaft widerspiegeln.³³ Die gemäßigte Gruppierung PRONAT kündigte aufgrund des Verhaltens der »linken Einheitsfront« an, nicht mehr im Studentenparlament mitzuarbeiten, da dort eine »sinnvolle Arbeit nicht mehr gewährleistet«³⁴ sei.

Kernpunkte der Kritik am neuen Hochschulgesetz waren die Einführung von Zulassungsbeschränkungen, der Paragraph 29, der von einer »Straffung und Vertiefung des Studiums« sprach und der Paragraph 35, der die Gründung eines Hochschulkuratoriums vorsah, um die »Verbindung der Hochschule mit den gesellschaftlichen Kräften«³⁵ zu stärken – worin ein Einfallstor für das Monopolkapital gesehen wurde. Andererseits teilte das Gesetz die Mitglieder der Universität in Statusgruppen ein, die nach Paragraph 16 an den Gremien betei-



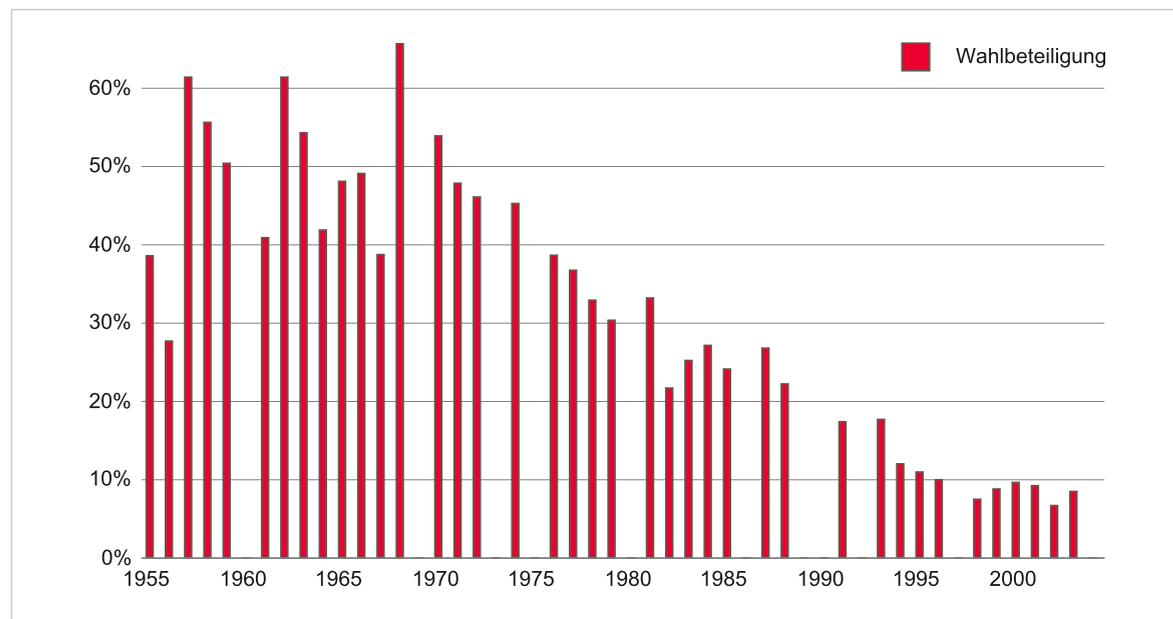
*Protestessen des AStA
gegen eine Mensa-Preis-
erhöhung 1975. Foto:
Reiner Wierick, Quelle:
UA Mainz, S3/2279.*

ligt werden sollten. Es ging eine alte Forderung der Verfassten Studentenschaft in Erfüllung, denn Studierende wurden nun strukturelle Mitglieder des Senats. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass die Professoren im Senat und in den Fachbereichsräten über keine strukturelle Mehrheit verfügten. Sie waren auf die damals noch vorhandene Gruppe der Assistenzprofessoren angewiesen, um die übrigen Gruppen majorisieren zu können.

Der Verfassten Studentenschaft stellte das Gesetz in Paragraph 73 Absatz 3 die Aufgabe, sich eine neue Satzung zu geben. Diese sei nicht mehr vom Senat zu genehmigen, sondern in einer Urabstimmung zu bestätigen. Über die Ausgestaltung dieser Satzung entspann sich ein zweijähriger Streit unter den Studierenden, der mit Flugblättern, Teach-ins, Programmschriften und Wahlkämpfen ausgetragen wurde. Uneinigkeit herrschte in der Grundsatzfrage, ob die Verfasste Studentenschaft ein allgemeines politisches Mandat erhalten sollte, da Hochschulpolitik nicht isoliert von der allgemeinen Politik betrachtet werden könne. Bei einer Urabstimmung 1968 hatten sich die Studierenden noch mit großer Mehrheit gegen das politische Mandat ausgesprochen.³⁶ Jedoch änderten sich hier die Gegebenheiten rasch, was sich auch bei den Wahlen zum Studentenparlament zeigte. So traten bei der Wahl 1965 offiziell ungebundene Einzelkandidat_innen an, doch war einige Jahre später die Nennung der Listenzugehörigkeit obligatorisch.

Linke Basisgruppen und der von diesen in den Jahren 1970/71 getragene AStA machten in der Satzungsfrage Druck. Den »reaktionären Vorschlag des RCDS«,³⁷ der gemäß der Urabstimmung von 1968 kein politisches Mandat vorsah, werde man auf keinen Fall unterstützen, sondern einen Entwurf vorlegen, der mit dem bürgerlichen Repräsentationsverständnis von Demokratie breche. Über die hartleibige Haltung stürzte der AStA dann am 1. Dezember 1971, da ihm das Parlament das Vertrauen entzog. Ab 1972 stützte er sich auch auf die Stimmen des RCDS, was einmalig für eine größere Universität in Westdeutschland zu dieser Zeit war. Im gleichen Jahr wurde schließlich die Urabstimmung über einen gemäßigten, von konservativen und sozialliberalen Gruppen unterstützten Satzungsentwurf angesetzt, der von linken Hochschulgruppen massiv bekämpft wurde. Das Hochschulgesetz sah ein Quorum von 50 Prozent im ersten Wahlgang vor. Es

Entwicklung der studentischen Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Studierendenparlament von 1955 bis 2003. Quelle: Eigene Ausarbeitung des Autors.

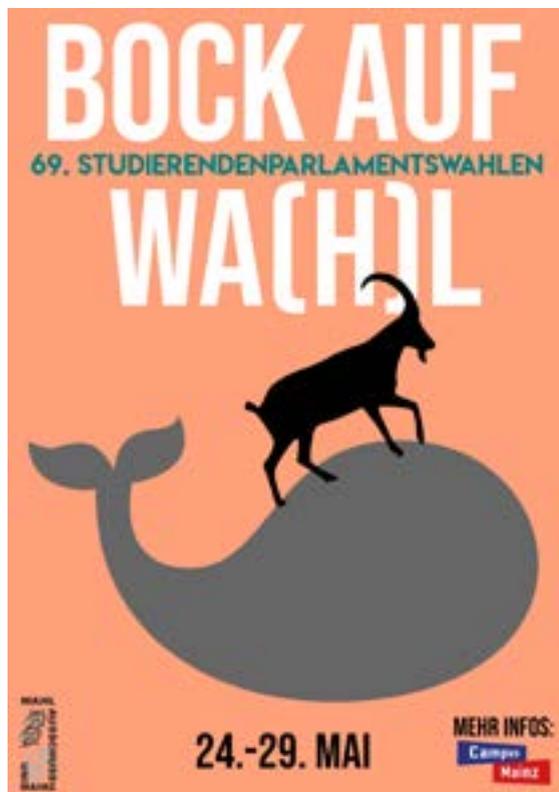


beteiligten sich an der ersten Runde Ende Juni 1972 46,6 Prozent der Studierenden an der Abstimmung. In der zweiten Runde Ende Oktober 1972 entfiel das Quorum, und es genügte eine einfache Mehrheit. Die Wahlbeteiligung blieb in etwa gleich, aber der Entwurf wurde mit 2.759 zu 2.746 Stimmen abgelehnt.³⁸ Um eine vom Kultusministerium oktroyierte Satzung zu verhindern, verabschiedeten die konservative und sozial-liberale Fraktion des Parlaments gemeinsam mit Gruppierungen der gemäßigten Linken – die zusammen über eine Zweidrittelmehrheit verfügten – eine Kompromissatzung, die in Paragraph 4 das allgemeine politische Mandat enthielt.³⁹ Die Satzung vom 26. Januar 1973 erhöhte zudem die Zahl der Organe der Verfassten Studentenschaft erheblich (Studierende in der Urabstimmung, Studentenvollversammlung, Studentenparlament, AStA, Fachschaft). Die eingebundene Wahlordnung war an die Bundestagswahl angelehnt, es gab eine Mischung aus Listenwahl und Direktwahl von Wahlkreisbewerber_innen.⁴⁰ Politisch blieb der AStA in den 1970er-Jahren von linken Gruppierungen geprägt, die intern häufig zerstritten waren und über den richtigen Weg zum Sozialismus diskutierten. Die Koalitionen im Studentenparlament waren wenig stabil und kaum belastbar. Das politische Mandat wurde benutzt, um zu internationalen Themen, wie dem Putsch in Chile 1973 oder den Verhältnissen in Iran Stellung zu nehmen – allerdings immer bemüht, dies mit hochschulpolitischen Themen in Verbindung zu bringen.

In der Folgezeit traten soziale Anliegen der Studentenschaft wieder stärker in den Mittelpunkt der Tätigkeiten. Zwar sprach der AStA auch in den 1970er-Jahren noch hin und wieder vom »Monopolkapital« und den »Herrschenden«, aber eine verbale Abrüstung war augenfällig. Die Ausgestaltung des BAföG, die Wohnungsfrage, Kindergartenplätze, die Neuregelung der studentischen Krankenversicherung sowie die Forderung nach mehr Dozierenden waren nun – neben dem Numerus clausus – die prägenden Themen.⁴¹

Verfall der Wahrnehmung

Zu Beginn der 1980er-Jahre verschärfte sich mit dem wirtschaftlichen Abschwung die Finanzierungssituation der Universität. Eine zwanzigprozentige Mittelkürzung sowie eine temporäre Stellensperre bedeuteten nichts Anderes als die »materielle«⁴² Austrocknung der Universität. Gleichzeitige Versuche der Landesregierungen, das Studium über Zwangsexmatrikulationen, Regelstudienzeiten oder Förderungshöchstdauer des BAföG zeitlich zu



Wahlplakate aus der Kampagne 69% für's 69. StuPa! aus dem Jahr 2018. Quelle: AStA der JGU.

begrenzen, versuchte die Verfasste Studentenschaft vergeblich zu verhindern. Sie verstärkte als Antwort ihre Studienberatung, um Ängste vor der Regelstudienzeit bei Erstsemestern abzubauen. Während bis Ende der 1970er-Jahre die Zuschnitte und Referate des AStA weitgehend »klassisch« blieben, traten mit Beginn der 1980er-Jahre weitere Aufgaben und Referate hinzu. Das Sozialreferat nahm intensiver die Bedürfnisse weiblicher Studierender in den Blick und engagierte sich in der Schwangerenberatung. Angesichts der Friedens- und Umweltbewegung entstand 1981 zudem ein Referat für Ökologie und Soziales, das unter anderem über die Startbahn West und Biblis berichten wollte.⁴³ Die Studierenden sollten aus ihrem »politischen Dornröschenschlaf« geweckt werden, um die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen. Seit den politisch aufwühlenden Jahren zwischen 1968 bis 1973 war diese kontinuierlich gesunken und lag 1982 bei nur noch 21,7 Prozent. Dabei gab es mit der Wohnraumfrage ein Thema, das breite Studierendengruppen betraf. Der AStA sah sogar Hausbesetzungen als legitimes Mittel an, um den »Spekulationsverfall«⁴⁴ zu verhindern. Ein Interview mit dem Sozialreferenten 1989 belegt, dass das Problem das gesamte Jahrzehnt über virulent blieb: »Das Wohnraumangebot in den Ballungsgebieten wird immer geringer, und die Preise klettern«. Schon vor 30 Jahren bestand die Sorge, dass diese Entwicklung Studierende aus der Stadt herausdrängen werde. Interessant ist, dass der AStA als eine der Ursachen für den Mietenanstieg die »Wende« identifizierte. Damit waren im damaligen Sprachverständnis nicht die zeitgenössischen Ereignisse in der DDR gemeint, sondern die »geistig-moralische Wende«⁴⁵ zum Regierungsantritt Helmut Kohls 1982.

In den frühen 1990er-Jahren musste sich die Verfasste Studierendenschaft mit der Hochschulstrukturreform auseinandersetzen. Die Politik sah das Studium in Deutschland als langwierig, ineffizient und zu teuer an. Mit Reformen gelte es den Standort Deutschland zu sichern. Mehr Autonomie und Wettbewerb bei gleichzeitiger Straffung der Regelstudienzeit waren die damals gängigen Schlagworte. Die Büroleiterin des damaligen Wissenschaftsministers E. Jürgen Zöllner, Doris Ahnen – 1986/87 selbst AStA-Vorsitzende und in

den Jahren 2006 bis 2014 Wissenschaftsministerin – sprach auf einer Diskussionsveranstaltung am 16. November 1993 davon, dass der Ausbau der Fachhochschulen ein wichtiger Baustein sei, mehr Studierende in kürzerer Zeit berufsfähig auszubilden.⁴⁶

Insgesamt war die Studierendenschaft – selbst bei solch kontroversen Themen wie der Hochschulstrukturreform – nur noch schwach für ihre eigenen Anliegen zu mobilisieren. In einem Beitrag in der *Jogu* zum AStA-Angebot der *Kritischen Hochschule* 1988 hieß es einleitend, dass »der frische Wind, der den Muff aus den Talaren blasen sollte und manchem eher wie ein Wirbelsturm vorkam, zu einem linden Lüftchen degeneriert«⁴⁷ sei. Die Zukunft der Gesellschaft werde schon lange nicht mehr an den Hochschulen verhandelt. Auch die Einführung der Gebühren für Langzeitstudierende 2004 sowie die Implementierung der Bologna-Reform in den Folgejahren interessierte die breite Mehrheit der Studierendenschaft nur nachrangig. Allerdings zog eine Vollversammlung zum Thema *Auslaufen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und Gebührenfrage* im November 2005 über 400 Studierende an. An einer Vollversammlung ohne polarisierenden Tagungsordnungspunkt nahmen hingegen im Mai 2003 gerade einmal fünf Studierende teil.⁴⁸ 250 Studierende besuchten im Mai 2009 die Vollversammlung, auf der ein Bildungstreik anlässlich der Bolognareform – vor allem das Studienkontenmodell und den beschränkten Zugang zum Masterstudiengang betreffend – beschlossen wurde.⁴⁹ Die *Unipress* wertete dies eine Woche später, vor allem die Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus in Mainz mit 5.000 Teilnehmern, als Erfolg: »Die wichtigste Errungenschaft des Bildungstreiks in Mainz ist jedoch, dass es uns gelungen ist, eine breite Masse von Studierenden zu mobilisieren und für politische Arbeit [...] zu interessieren.«⁵⁰ Es war das bisher letzte Mal, dass eine so große Zahl an Studierenden für ihre eigenen Anliegen eintrat und protestierte. Der damalige AStA-Vorsitzende Manuel Lautenbacher sieht in der Rückschau als wesentliche Errungenschaft des Protests, dass in der Folge die Prüfungslast in den neuen Studiengängen merklich zurückgenommen wurde.⁵¹

Innerhalb der Universität konnte der AStA mit der Einführung der autonomen Referate in den späten 1980er-Jahren den Bedürfnissen von Randgruppen größere Aufmerksamkeit verschaffen und auf konkrete Erfolge verweisen, wie etwa die zunehmende Barrierefreiheit des Gebäudebestandes.⁵² Gegen die immer weiter erodierende Wahlbeteiligung in den 2010er-Jahren und die damit verbundene Frage nach der Legitimation scheint aktuell noch kein Mittel gefunden. Ob es an einer politisch weitgehend desinteressierten Studierendenschaft liegt, an der Schwerpunktsetzung der vergangenen AStAs oder der wahrgenommenen Machtlosigkeit der Verfassten Studierendenschaft bei zentralen Fragen, müssen zukünftige Analysen zeigen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Manns: Erinnerungen. Siehe hierzu auch den Beitrag von Heinz Duchhardt in diesem Band.
- 2 Der Namenswechsel von Studentenschaft zu Studierendenschaft erfolgte in den 1990er-Jahren. So wurde ab dem WiSe 1991/92 in den Vorlesungsverzeichnissen der Begriff Studierendenschaft verwendet. Vgl. Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1991/92, S. 41. Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich online unter URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 25.2.2020). Die Nutzung der Begrifflichkeiten im vorliegenden Text folgt dieser Gegebenheit.
- 3 Statuten der Universität Mainz, abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 108.
- 4 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 40/17, AStA-Vorsitzender Manns an den Rektor im Januar 1948.
- 5 Statut über die Organe der Verwaltung und die Berufung der Professoren der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz 1 (1949), Nr. 20, S. 197–201, hier S. 199.
- 6 Vgl. [o. V.]: Wer die Wahl hat... In: Mainzer Studenten-Zeitung 1 (WiSe 1949/50), Nr. 5, S. 5.
- 7 [o. V.]: Zur studentischen Selbstverwaltung. In: Mainzer Studenten-Zeitung 2 (WiSe 1950/51), Nr. 4, S. 1–3, hier S. 2.
- 8 Vgl. UA Mainz, Best. 40/17, Satzung der Studentenschaft 1946–1953.
- 9 Ebd.
- 10 UA Mainz, Best. 40/113, Satzung der Studentenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- 11 Vgl. Stauffer: Mehr müde als hungrig. In: nobis 10 (1958), Nr. 79, S. 22 f.

- 12 Satzung der Verfassten Studierendenschaft der Johannes Gutenberg Universität Mainz vom 31.5.2017, URL: <https://www.stupa-jgu.de/deutsch/dokumente/satzung-und-ordnungen/> (abgerufen am 4.3.2020).
- 13 UA Mainz, Best. 40/113, Geschäftsordnung des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 9.6.1964.
- 14 [o. V.]: Die Studenten sind berufen.... In: nobis 11 (1959), Nr. 81, S. 22.
- 15 Vgl. ebd.
- 16 Vgl. Herrmann: Studentenparlament: Nur das Wichtige sehen. In: nobis 8 (1956), Nr. 62, S. 11.
- 17 Preyers: AStA: Allgemeiner Bericht über die Tätigkeit des Studentenausschusses. In: nobis 12 (1960), Nr. 93, S. 14.
- 18 Vgl. [o. V.]: Der Protest der ›Unmündigen‹. In: nobis 9 (1957), Nr. 71, S. 3.
- 19 UA Mainz, Best. 7/308, Senatsprotokoll vom 26.7.1957.
- 20 Heinz u. a.: Bewährung in Mündigkeit. In: nobis 12 (1960), Nr. 90, S. 2–11, Zitate S. 3.
- 21 Landesgesetz über die Verfassung und Verwaltung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. (Universitätsgesetz – UnivG) vom 6.3.1961. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz, 16.3.1961, S. 47–50.
- 22 Vgl. UA Mainz, Best. 40/275, Erfahrungsbericht des Wahlleiters vom 8.2.1966.
- 23 Vgl. UA Mainz, Best. 40/59, dauernd gültige Verordnungen 1953–1966.
- 24 Ebd.
- 25 Vgl. Schneider: Wahlen, Wahlen! In: nobis 14 (1962), Nr. 103, S. 2.
- 26 Vgl. Partsch: Studentische Selbstverwaltung. In: nobis 16 (1964), Nr. 119, S. 11–13.
- 27 Vgl. UA Mainz, Best. 85/15, Senatsprotokoll vom 26.1.1968.
- 28 Vgl. Habermas: Zur politischen Rolle der Studentenschaft. In: nobis 19 (1967), Nr. 141, S. 4–8.
- 29 Vgl. UA Mainz, Best. 40/40, Studenten-Vollversammlung am 6.11.1969 u. Best. 40/42, Studenten-Vollversammlung am 19. u. 22.5.1969.
- 30 Vgl. Bastian: Selbstbestimmung oder Scheinmanöver. In: Jogu 2 (1971), Nr. 7, S. 32 f.
- 31 Bartels u. a.: Organisationstendenzen der Herrschenden mitvollziehen. In: Jogu 1 (1970), Nr. 1, S. 17–23, Zitate S. 17.
- 32 [o. V.]: Sechs Fragen an den neuen ASTA. In: Jogu 2 (1971), Nr. 8, S. 15–17.
- 33 Vgl. Von Struve: Gedanken zur Lage. In: Ebd., S. 23–25.
- 34 Dröschel: PRONAT nicht mehr im Stupa! In: Jogu 2 (1971), Nr. 11, S. 6.
- 35 Hochschulgesetz (HochSchG) vom 22.12.1970. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz, 7.1.1971, S. 5–24.
- 36 Vgl. UA Mainz, Best. 85/15, Senatsprotokoll vom 31.5.1968.
- 37 [o. V.]: Sechs Fragen an den neuen ASTA. In: Jogu 2 (1971), Nr. 8, S. 15–17, Zitat S. 16.
- 38 Vgl. UA Mainz, Best. 40/98, Presseerklärung des AStA vom 3.7.1972 u. Wolf H. Marder an den Rektor am 12.11.1972.
- 39 Das allgemeine politische Mandat widersprach eigentlich dem Hochschulgesetz, das die Aufgabe der Verfassten Studentenschaft auf den hochschulpolitischen Bereich beschränkte. In Baden-Württemberg etwa wurde darum 1978 die Verfasste Studentenschaft aufgehoben. Die Frage des allgemeinen politischen Mandats ist bis in die Gegenwart Gegenstand der Rechtsprechung.
- 40 Vgl. UA Mainz, Best. 40/508, Satzung der Studentenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 26.1.1973.
- 41 Vgl. Kappel: Das Getto der Universität überwinden. Gespräch mit Rainer Christ, dem Vorsitzenden des neuen AStA. In: Jogu 14 (1973), Nr. 26, S. 6 f. Vgl. auch [o. V.]: Im ›Conclave‹ klappte die AStA-Wahl auf Anhieb. Jogu-Gespräch mit dem neuen Ersten Vorsitzenden Rudi Müller über sein Programm. In: Jogu 10 (1979), Nr. 61, S. 3.
- 42 [o. V.]: Der neue AStA stellt sich vor. In: Jogu 11 (1980), Nr. 67, S. 4 f.
- 43 Vgl. [o. V.]: Der neue AStA stellt sich vor. In: Jogu 12 (1981), Nr. 73, S. 4 f. Mit Startbahn West sind die – teils gewalttätigen – Auseinandersetzungen um den Ausbau des Flughafen Frankfurt a. M. gemeint. Diese hatten ihren Höhepunkt Ende der 1970er- bis Anfang der 1980er-Jahre. Mit Biblis ist das 1974/75 fertiggestellte Kernkraftwerk Biblis gemeint.
- 44 Göbel: Schwerpunkte der AStA-Arbeit im Sommersemester. In: Jogu 12 (1981), Nr. 75, S. 23.
- 45 [o. V.]: Alleine können wir keinen Druck ausüben. In: Jogu 20 (1989), Nr. 120, S. 6.
- 46 Vgl. [o. V.]: Aufstehen, statt Aussitzen. In: Jogu 14 (1993), Nr. 140, S. 2.
- 47 Klempt: Tragen Hochschulen Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft? In: Jogu 19 (1988), Nr. 114, S. 17.
- 48 Vgl. Archiv des Studierendenparlaments, Ordner zum 55. u. 57. Studierendenparlament.
- 49 Vgl. [o. V.]: Vollversammlung beschließt Streik. Bildungsstreik vom 15. bis 19. Juni 2009. In: Unipress 39 (2009), Nr. 360, S. 1.
- 50 Grützner: Perspektiven nach dem Bildungsstreik. In: Unipress 39 (2009), Nr. 361, S. 11.
- 51 Vgl. die Aufzeichnungen über ein Gespräch mit Manuel Lautenbacher vom 12.2.2020, Datei über den Verfasser.
- 52 Vgl. Schrohe: Behindertenprobleme erkannt. In: Jogu 26 (1995), Nr. 146, S. 1.

Vom Essen und Wohnen

Die Geschichte des Studierendenwerks Mainz

Roland Euler

Die Anfangszeit des Studierendenwerks

Mit der Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebs der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) im Mai 1946 war – zunächst in Eigenregie – auch die Einrichtung einer Mensa und der Betrieb von Wohnheimen verbunden.¹ Auf Anregung der Studierendenschaft und unter maßgeblicher Vorarbeit des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) wurde schon relativ bald, und zwar am 21. September 1950, dem Vorbild anderer deutscher Universitäten folgend, der Verein Studentenwerk der Universität Mainz e. V. gegründet.² Gründungsmitglieder des Vereins waren neben dem Rektor der Universität, Hellmut Isele, die Professoren Karl Bechert, Frédéric Falkenburger, Hans Münstermann und Karl Schwantag, von der Universitätsverwaltung Oberregierungsrat Adolf Alex und die Studierenden Johannes Reinhold, Heinz Risse und Gottfried Leich. Der Vorstand übertrug die Führung der laufenden Geschäfte Lothar Ringle.³

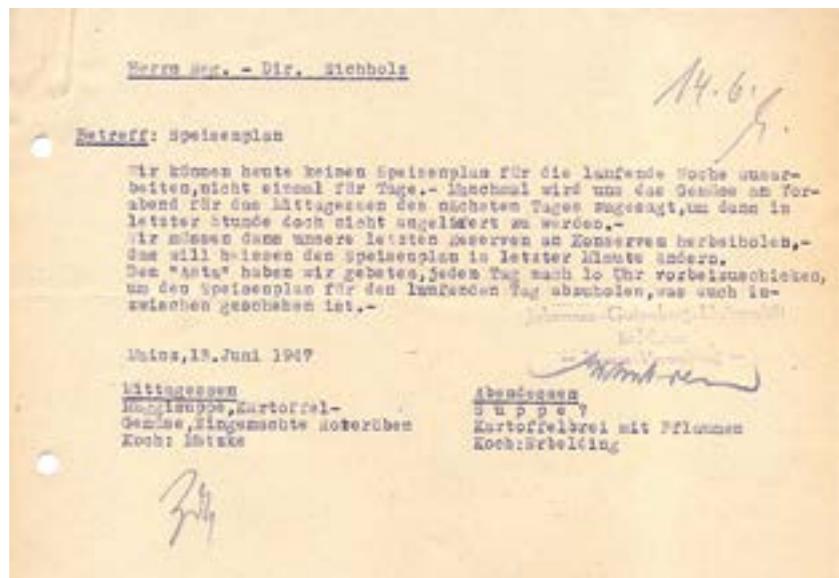
Der damalige Kanzler, Fritz Eichholz, hatte sich intensiv mit der Organisation sozialer Leistungen an Universitäten befasst und besuchte unter anderem die Studentenwerke in Paris, Nancy und Straßburg. Über die Erfahrungen dort schrieb er, dass in »manchen dieser sozialen Werke [...] uns die Franzosen um einige Jahrzehnte voraus« seien. Er wisse, »dass der Hauptmangel unseres Studentenwohnheims die Überbelegung« sei; allerdings könnte es trotzdem »zu einem Heim werden, wenn alle Bewohner die nötige Rücksicht walten ließen.« Dass die Einrichtung von Quartieren nicht völlig konfliktfrei verlief, zeigt das Bedauern von Eichholz, dass »wegen des Widerstandes zahlreicher Kreise innerhalb unserer Universität nicht das Barackenlager des Wiederaufbauverbandes übernommen« werden konnte, in dem rund 1.000 Studierende hätten untergebracht werden können; leider sei die »befürchtete Notlage auf dem Zimmermarkt in Mainz voll eingetreten«.⁴

Essen und Trinken

Hinsichtlich der Essensversorgung sind die Ausführungen von Eichholz knapper gehalten. Als Vorbild wird die Versorgung an französischen Mensen genannt; hier gebe es »nur ein – allerdings sehr gutes – Essen«.⁵ Über die besonderen Herausforderungen bei der Verpflegung berichtet er nicht; da aber die Essensmarken in der Bundesrepublik erst im Frühjahr 1950 abgeschafft wurden, dürfte sich die Versorgung auf das Notwendigste beschränkt haben.

Ein Problem war auch die geringe Zahl der vorhandenen Sitzplätze; es sei, wie Eichholz weiter ausführt, bisher auch nicht zu verhindern gewesen, »dass die Mensa von einer großen Zahl uneinsichtiger Studenten als eine Art Wärmehalle betrachtet wird«.⁶

Die Überführung der Mensa und der Wohnheime von der Universität ins Studentenwerk verlief, wie ein umfangreicher Schriftverkehr belegt, nicht ohne Auseinandersetzungen, da das Studentenwerk allen Arbei-



tern und Angestellten zunächst gekündigt hatte. Im Ergebnis wurden sie zwar weitestgehend übernommen, allerdings zu den ungünstigeren Bedingungen des Manteltarifvertrags von 1937. Die Vergütungen schwankten daher zwischen 130 DM für Spül- und Schälfrauen und 408 DM für den Geschäftsführer. Bedenkt man allerdings, dass der Preis für ein Kilo Butter damals 5,44 DM betrug,⁷ ist nachvollziehbar, warum der Betriebsrat von »Hungerlöhnen«⁸ sprach.

Von Beginn an war die Essensversorgung eine der zentralen Aufgaben des Studentenwerks. Die Mensa wurde im Erdgeschoss des heute als Alte Mensa bezeichneten Kasernenbaus am Forum untergebracht. Nach Umbauten wurde im ersten Stock ein Speisesaal eingerichtet. Hinzu kamen im selben Gebäude ein Imbiss, das Wiener Café und die Bierschwemme. Bis zur Eröffnung der Zentralmensa war das Gebäude damit die wichtigste Versorgungseinrichtung neben der im Jahr 1980 eröffneten Cafeteria im Sonderbau (SB) II.

Aus der Anfangszeit liegen über die Qualität der Essensversorgung nur wenige Quellen vor. In einem Beitrag in der *Mainzer-Studenten-Zeitung* werden die »Zustände in der Mensa [...] als so unerfreulich bezeichnet, daß man sich unwillkürlich fragt, wer, wann, wo, wie plant«. Dem Bericht zufolge waren die Warteschlangen lang, »aber man fand sich damit ab, weil es zumindest ein billiges Vergnügen war, im penetranten Dunstkreis eines riesigen Komposthaufens sein Süppchen aus dem Armeleutblech zu löffeln«.⁹ Der damalige Geschäftsführer Ringle weist in seiner Stellungnahme auf die Kosten hin, die »gerade bei unserer total veralteten Kucheneinrichtung besonders ins Gewicht fallen.« Auch dürfe »nicht vergessen werden, dass wir in der ungünstigen, gemüsearmen Zeit unseren Betrieb eröffneten.« Zumindest aß man an gedeckten Tischen; sonst würde die Ermahnung von Ringle keinen Sinn machen, dass »die Tischdecken nicht dazu dienen, auf ihnen verbaute Klausuren mit Tintenstift zu rekapitulieren«.¹⁰

Die kulinarischen Bemühungen wurden im sogenannten »Meckerbuch« kommentiert, das für das Jahr 1957 eine große Bandbreite von Meinungen festhält: »Das Essen zu -,75 DM war heute ausgezeichnet. Lob der Mensa!« und »Prima!« bis »Kümmerlich nährt sich der Student« und »Ungenießbar«. Ausweislich der Unterschrift beteiligte sich auch der Vizepräsident des Studentenparlaments Ulrich Sobanski an den Diskussionen: »Ich für meine Person stelle für 0,75 DM heutzutage keine größeren Ansprüche an ein Mensaessen.«¹¹ Deutlich verändert hatte sich die Präsentation des Essens – die Tischdecken waren bald passé, stattdessen bekamen die Studierenden ein Tablett mit Vertiefungen, auf denen das Essen portioniert wurde.

Links: Essensmarke für das Abendessen in der Mensa kurz nach der Gründung der JGU. Quelle: UA Mainz, Best. 1/166.

Rechts: Schreiben der Mensa-Verwaltung an Kanzler Eichholz vom Juni 1947. Quelle: UA Mainz, Best. 1/166.

Links: Studierende bei der Essensausgabe in der Mensa um 1950.

Foto: Rosel Schwarzmann, Quelle: UA Mainz, S3/674.



Rechts: Schlangen vor der Essensausgabe der neuen Mensa Ende der 1980er-Jahre. Quelle: UA Mainz, S3/4695.



Studierende bei der Essensausgabe im Jahr 1975. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/4628.



Mit der Größe der Universität wuchsen auch die Herausforderungen für die Hochschulgastronomie. Waren im Geschäftsjahr 1959/60 noch knapp 400.000 Essen aus der Mensaküche verkauft worden,¹² servierten allein die Betriebe des Studierendenwerks Mainz auf dem Universitätscampus der JGU im Jahr 2018 rund 1,6 Millionen Essen.¹³

Einen Quantensprung stellten Bau und Eröffnung der neuen Zentralmensa mit integrierter Cafeteria im Jahr 1985 dar. Er kämpft hatten ihn die Studierenden mit unerwarteter Unterstützung: Als Reaktion auf die Proteste vieler Studierender im Jahr 1969 »tauchte« der damals gerade neu gewählte Ministerpräsident Helmut Kohl gemeinsam mit Kultusminister Bernhard Vogel »in der Mensa auf, um selbst das Essen zu prüfen«¹⁴ und sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Dort diskutierte er mit den Studierenden und zeigte sich offen für ihre Forderungen: In der Folge dieses spontanen Besuchs beschleunigte er den Neubau der Zentralmensa, indem er ihn aus dem regulären Neubauprogramm nahm und ihn bevorzugt erstellen ließ.¹⁵



Blick von oben auf die neue Mensa im Rohbau 1982. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/4649.

Die Architektur der neuen Zentralmensa zeugt von einem besonderen ästhetischen Gestaltungswillen, der speziell im ungewöhnlichen Dach ausgedrückt wird: »Eine gedeckte Holzkonstruktion auf zwei Ebenen, die aus kleinen, pyramidenartig gefalteten Quadraten besteht.«¹⁶ Der Architekt, Hans Auras, legte Wert darauf, »eine humane Architektur zu schaffen, »die den Besucher als Individuum aufnimmt und die einen Kontrapunkt zum Universitätsleben darstellt.«¹⁷ Für die Mensaria gefertigte dreieckige Tische und zugehörige Hocker sollten »zu spontanen Diskussionsrunden einladen, auch die längsrechteckigen Tische im Mensageschoss soll[t]en die Gäste zusammenführen«.¹⁸ Im Jahr 2018 wurde die Zentralmensa aufgrund ihrer besonderen Architektur unter Denkmalschutz gestellt.¹⁹ Derzeit laufen Planung und Vorbereitung einer Sanierung, die das schon jetzt historische Gebäude zukunftsfähig machen soll.

Auch im Neubau des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wurde eine Cafeteria eingerichtet. Zunächst, ab dem Jahr 1992, wurden hier die typischen Speisen und Getränke angeboten, ab 1996 wurde das Angebot um warme Speisen in der Mittagszeit erweitert. Das im Jahr 2013 fertig gestellte Georg Forster-Gebäude (GFG) erhielt, nachdem dort zunächst keine Verpflegungseinrichtung vorgesehen war, auf Wunsch des Studierendenwerks ebenfalls eine Mensa. Die Cafeteria im Philosophicum wurde jüngst umfassend neugestaltet und als Cafeteria »insgrüne« im April 2018 wiedereröffnet.

Neben der JGU versorgt das Studierendenwerk auch die Hochschule Mainz mit den Ausgabestellen Mensa K3 und der Mensa Holzstraße; ein weiteres Speiseangebot wird vom Studierendenwerk Mainz an der Technischen Hochschule Bingen erbracht. Für die weniger zentralen Standorte und jenseits des Campus ist in Mainz der Mensa-Blitz als »rollendes Café« unterwegs. Der mobile Verkaufswagen mit festen Haltepunkten und -zeiten liefert morgens und zur Mittagszeit Kaffee, Getränke, belegte Brötchen und Kaffeeteilchen sowie zwei warme Menüs aus. Eine Mainzer Besonderheit ist zudem das Kulturcafé, das sogenannte QKaff, das als hundertprozentige Tochtergesellschaft neben Essen und Trinken auch kulturelle Veranstaltungen anbietet.



*Eckhard Rabeneick,
Senatsbeauftragter
für Wohnheimfragen,
zeigt 1978 ein typisches
Mansardenzimmer aus
der Gründungszeit des
Studierendenwerks. Foto:
Axel Stephan, Quelle:
UA Mainz, S3/5454.*

Studentisches Wohnen

Das Studentenwerk Mainz startete zunächst mit drei Wohnheimen, nämlich dem Forum sowie dem Mainzer Kolleg mit Leibniz-Haus und dem Geschwister Scholl-Haus. Die beiden letztgenannten wurden aus dem McCloy-Fonds, der mehr als 500.000 DM zur Verfügung stellte, gefördert.²⁰ Insgesamt standen rund 450 Betten zur Verfügung.²¹ Anfänglich hatte man die Belegung der Zimmer – wie die Möblierung zeigt – mit zwei Studierenden vorgehabt, untergebracht wurden jedoch drei bis vier Personen. In den bereits skizzierten Überlieferungen von Eichholz führte dieser aus, dass es »schön wäre, wenn wir aus jedem Zimmer den dritten Mann entfernen könnten«; er sei sich sicher, dass »unsere Mansarden für zwei Mann eine nette Wohnung und ein angemessener Arbeitsraum sein würden«.²²

Das enge Zusammenleben führte naturgemäß zu Konflikten. So gab es

»immer wieder Beschwerden über Lärm, nächtliches Radiospielen, Unordnung und Schmutz, mit dem undemokratische Elemente die Allgemeinheit störten. Dasselbe gilt für den übermäßigen und unregelmäßigen Besuch heimfremder Studenten und von der rücksichtslosen Inanspruchnahme der Teeküchen durch einen Teil der Bewohner, der ganze Mittag- oder Abendessen kocht und damit die Benutzung dieser Einrichtung blockiert«.²³

Man versuchte das Miteinander durch ein strenges Reglement erträglicher zu gestalten: Die Zubereitung von Mahlzeiten und Besuche nach 22 Uhr waren generell untersagt. Genau geregelt war der Verbrauch von elektrischer Energie: Die Stromabnahme, außer für Beleuchtung, war »nur mit besonderer Erlaubnis und gegen Zahlung einer monatlichen Gebühr gestattet«. Streng verboten waren – ob wegen der allgemeinen Energieknappheit oder aufgrund unterdimensionierter Leitungen ist nicht nachvollziehbar – »elektrische Öfen und Sonnen«. »Dabei wird klar ausgesprochen und auch durchgeführt, daß [...] der Besitz elektrischer Apparate zu Heiz- und ähnlichen Zwecken den sofortigen Ausschluss aus der Cité Universitaire nach sich zieht.«²⁴

Für das Telefonieren gab es genaue Vorschriften: »Der Telefonapparat ist grundsätzlich unter Verschluss zu halten. Der Schlüssel zu dem Kasten, in dem der Apparat untergebracht ist, darf nur der Heimleiterin bzw. der Nachtwache oder den entsprechenden Aushilfskräften zugänglich sein.« Ortsgespräche waren grundsätzlich unzulässig; wurde der Apparat »für Bagatellgespräche in Anspruch genommen«,²⁵ so war dies dem Studentenwerk mitzuteilen.

Ein besonderes Thema war der Damen- beziehungsweise Herrenbesuch in den Wohnheimen: In einer »Anweisung für Fräulein Mohr betreffend Herrenbesuch im Studentinnenheim« wurde dieser verboten. Nur bei »Geburts- und Namenstagsfeiern«, bei »Verlobten, sofern die Verlobung öffentlich ist«, bei »Brüdern« und »Eltern und sonstiger Verwandter in Begleitung der Eltern« sowie bei »längerer Krankheit« wurden Ausnahmen gewährt und auch nur, »mit Einverständnis der übrigen Mitbewohnerinnen«. Besuchszeit war zwischen 11 und 21 Uhr; der Besucher wurde »bei Ankunft in den Gemeinschaftsraum geleitet. Daraufhin verständigt die Heimleiterin die betreffende Studentin, die ihren Besuch vom Gemeinschaftsraum abholt.«²⁶ Damenbesuch im Studentenwohnheim war nur im Besuchszimmer zulässig; »Damenbesuch auf dem Zimmer« führte zum »sofortigen Ausschluss«.²⁷

Aus der Zeit nach 1952 liegt ein umfangreicher Schriftverkehr vor, der auf die Verbesserung der Wohnsituation, zum Teil durch Instandhaltungsmaßnahmen, zum Teil durch Neubauten, abzielte. Ein erheblicher Teil des Schriftverkehrs könnte – nach Anpassung der Jahreszahlen – auch aus der heutigen Zeit stammen: »Das Heim wurde im Jahre 1946 mit [...] unzulänglichen Materialien errichtet. Im Lauf der Jahre haben sich an den Wänden, Türen und Fenstern sowie am Fußboden erhebliche Mängel gezeigt, die die Verwendung des Heims als Wohnstätte in Frage stellt.«²⁸ Dass die Dinge nicht vorangehen, scheint ein altes Phänomen zu sein: »Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, dass bis zum heutigen Tage keinerlei Fortschritte beim Bau des Studentenwohnheims [...] gemacht wurden.«²⁹ Auch wird berichtet, dass es »zwischen dem Rektor der Universität einerseits und dem Land andererseits zu einem Kompetenzstreit gekommen«³⁰ sei; zum Glück kann man so etwas in der Neuzeit nicht mehr beobachten.

Um Verbesserungen in der Ausstattung der Wohnheime wurde intensiv gerungen: »Die Zimmer für die Studierenden sollen etwas größer werden«. Auch sollen die »Wascheinrichtungen [...] nicht so kasernenmäßig sein; es sollen Wände zwischen einzelnen oder mehreren Waschbecken geschaffen werden.« Auch über den Lebenswandel der ebenfalls in den Wohnheimen untergebrachten Dozenten machten sich die Planer Gedanken: »Die Dozentenwohnungen sollen nur für einen unverheirateten Dozenten eingerichtet sein; eine Dozentenfrau wird sich schwer in das Leben und Treiben der Studenten finden können.«³¹

Im Juni 1963 wurde das Allianz-Wohnheim im Münchfeld mit 96 Zimmern à 14,5 Quadratmetern eröffnet; diese Zimmer hatten – ein großer Fortschritt – ein eingebautes Waschbecken und wurden zum Preis von 91 DM pro Monat vermietet.³²

Dem folgte im April 1965 die Eröffnung des Wohnheims Hartenberg mit 154 Bettplätzen; die Monatsmiete betrug 90 DM für ein Einzelzimmer und jeweils 60 DM für einen Platz in einem Doppelzimmer. Bis 1968 gab es im Wohnheim Hartenberg streng getrennte Männer- und Frauenflure; das Hausmeisterehepaar war verpflichtet, abends die Frauenflure auf Herrenbesuche hin zu kontrollieren.³³ Nach und nach wurden, 1968 beginnend, Flure gemischt besetzt.

Ein besonderer Markstein, auch wegen der architektonischen Präsenz auf dem Campus, war die Eröffnung des Wohnheims Inter I im Jahr 1966. In den folgenden Jahrzehnten wurden die Kapazitäten konsequent ausgebaut: 1974 wurde die Verwaltung des Wohnheims des Fachbereichs Musikerziehung übernommen;³⁴ hinzu kamen Inter II (1976), Valenciahaus (1984), Weisenau (1990), Hechtsheim und Gonsenheim (beide 1993), Oberstadt (2006), Wallstraße (2008), K3 (2010), Binger Schlag (2012) und schließlich Kisselberg



Das Allianz-Studentenwohnheim in Mainz in den 1960er-Jahren. Quelle: UA Mainz, S3/5435.

(2013). Am Standort Bingen wurde 2015 ein Wohnheim eröffnet. Über die Jahre wurden auch verschiedene Wohnheime aufgegeben, vor allem weil sie an die aktuellen Wohn- und Sicherheitsstandards nicht angepasst werden konnten oder eine Sanierung unwirtschaftlich gewesen wäre. Mit besonderer Wehmut wurde die Schließung des Inter I im Jahr 2015 aufgenommen. Der Abschied von einem Symbol für studentisches Leben und Wohnen in Mainz fiel vielen schwer.

Alle im Eigentum des Studierendenwerks stehenden Wohnheime sind wenige Jahre alt oder wurden zumindest in den letzten Jahren aufwendig kernsaniert. Standard sind sanitäre Anlagen und Kitchenette im Wohnbereich; die Nutzung des Internets ist im Mietpreis enthalten. Derzeit werden 4.295 Wohnheimplätze angeboten; die Durchschnittsmiete beträgt 353 Euro. Damit übersteigt die durchschnittliche Zimmermiete die Wohnpauschale des BAföG von derzeit 250 Euro deutlich. Verständlicherweise beklagen sich die Studierenden über die als zu hoch wahrgenommenen Mieten. Hier dürfte die Erhöhung der Wohnpauschale auf künftig 325 Euro zu einer gewissen Entschärfung führen. Eine wesentliche Ursache für die hohen Kostenmieten ist die Reduzierung der Wohnheimbauförderung durch das Land Rheinland-Pfalz.

In den letzten Jahren schaffte das Studierendenwerk Mainz die Gratwanderung zwischen einer vollständigen Auslastung und einer praktisch nicht bestehenden Warteliste. Im Wintersemester 2018/19 war die Warteliste seit längerer Zeit erstmalig wieder etwas angewachsen; zu Beginn des Sommersemesters 2019 konnten weitgehend alle Wohnwünsche erfüllt werden.

Soziales und Beratung

Auch wenn der Fokus der meisten Studierenden auf Essen und Wohnen gerichtet ist, hat das Studierendenwerk Mainz ein weiteres Standbein, und zwar die soziale und kulturelle Betreuung. Schon seit Gründung des Studentenwerks wurden bedürftigen Studierenden Freitische gewährt und ab 1982 auch Barbeihilfen ausgezahlt. Seit 1949 wurden vom Verein Notgemeinschaft Studiendank e. V. zinslose Darlehen vergeben; diese Aufgabe wurde



*Außenaufnahmen der
Wohnheime Inter I
(1966) und Inter II (1982).
Fotos: Reiner Wierick u.
Axel Stephan, Quelle:
UA Mainz, S3/1825 u.
S3/5449.*

1993 vom Studentenwerk übernommen. Aber nicht nur materielle Hilfen, sondern auch die Beratung und Begleitung in persönlichen Krisen und schwierigen Lebenslagen wurden im Lauf der Zeit zu einem wichtigen Teil der Arbeit. 1986 nahm die Beratungsstelle des Studierendenwerks ihre Tätigkeit auf und hilft seitdem dabei, Lebenskrisen zu überwinden und das Studium erfolgreich abzuschließen. Bereits von Beginn an sollten hier Studierende vertrauensvoll und kostenlos Unterstützung finden, auch dann, wenn es sich bei den Problemen um Konflikte in der Partnerschaft oder Familie handelte.³⁵

Für dieses Angebot bestand ein erheblicher Bedarf. Innerhalb nur eines Jahres nach dem Start der Beratung stieg die Zahl der dort geführten Gespräche von 19 im Sommersemester 1986 auf 150 im folgenden Wintersemester. Dabei wurde die Stelle nicht nur von Studierenden der JGU genutzt, sondern zog auch Hilfesuchende von der Hochschule Mainz an. Die Nachfrage nach finanzieller Beratung und Lebenshilfe hielt sich dabei die Waage. Die Themen jenseits der finanziellen Orientierung und Unterstützung waren damals bereits die gleichen wie heute: Kontakt- und Beziehungsprobleme, Leistungsdruck und Prüfungsängste.³⁶

Aus dem Ausland kommende Studierende werden besonders unterstützt. Um die Herausforderungen bei der Aufnahme eines Studiums in Mainz besser meistern zu können, garantiert das Studierendenwerk allen ausländischen Studierenden bei rechtzeitiger Bewerbung einen Platz in einem Wohnheim und organisiert Veranstaltungen sowie Programme, die dabei helfen, nicht nur wissenschaftlich an der Universität Anschluss zu finden, sondern auch persönlich in der Hochschulstadt Mainz anzukommen. Für dieses Engagement und die Initiative *Willkommen in der zweiten Heimat – Wohnen international* erhielt das Studierendenwerk im Jahr 2013 den Preis des Auswärtigen Amtes für exzellente Betreuung ausländischer Studierender.

Seit der Übernahme des Kulturcafés durch das Studierendenwerk bestehen Vereinbarungen mit dem AStA über kulturelle Veranstaltungen.³⁷ Im QKaff, aber auch an anderen Orten, werden zahlreiche Program-

International: Kulturelle Förderung der Studierenden

me für in- und ausländische Studierende angeboten. Zur Mitgestaltung des studentischen Lebens in den Wohnanlagen werden die Heimvertretungen unterstützt. Studierende werden bei kulturellen Veranstaltungen nicht nur aus einem gesonderten Fonds finanziell gefördert, sondern ebenso durch das Verleihen technischer Anlagen, etwa einer professionellen Licht- und Musikanlage, unterstützt.

Studieren mit Kind

Zu einem verhältnismäßig neuen Geschäftsfeld gehört die Kinderbetreuung: 2011 eröffnete die neu errichtete Kita Campulino, in der 82 Kinder von Studierenden und Beschäftigten der Universität und der Max-Planck-Institute betreut werden. Wenig später, im Jahr 2012, übernahm das Studierendenwerk Mainz nach der Insolvenz des ursprünglichen Trägers den Kindergarten Posselmann – und führt diesen seither als Kita Weltendecker mit 77 Ganztagsplätzen weiter. 2017 eröffnete zudem das neu gebaute Montessori-Kinderhaus Sprösslinge, in dem 90 Kinder betreut werden können. Jede der drei Kitas hat ihre eigene konzeptionelle Ausrichtung: Die Eltern können zwischen dem Erziehungskonzept nach Maria Montessori bei den Sprösslingen, der Pädagogik nach Emmi Pikler bei den Weltentdeckern und dem klassischen Situationsansatz in der Kita Campulino wählen. Da das Angebot an Betreuungsplätzen die studentische Nachfrage spürbar übersteigt, wird aktuell die Trägerschaft der Kita Weltendecker vom Studierendenwerk auf die Unimedizin übertragen. Mit der Kinderbetreuung hat sich die Lebenssituation von Studierenden mit Kindern, sei es als alleinerziehende Eltern oder sei es im Rahmen einer wie auch immer gestalteten Familie, deutlich verbessert und die Chance auf ein erfolgreiches Studium fraglos erhöht.

Das Studierendenwerk im Wandel der Zeit

Das Studierendenwerk Mainz ist, vielleicht noch mehr als die JGU insgesamt, ein Seismograf für kulturelle, politische und gesellschaftliche Entwicklungen; es ist auch, gerade im Wohnbereich, ein Abbild der vorherrschenden moralischen Vorstellungen. Aus sehr bescheidenen Anfängen hat sich das Studierendenwerk Mainz zu einem modernen Dienstleister mit sozialem Anspruch für die Studierenden, aber auch für die Angehörigen der Universität entwickelt. Im Zeitverlauf hat auch die soziale und kulturelle Betreuung der Studierenden und die individuelle Hilfe in Notlagen an Bedeutung gewonnen. Mit mehr als 300 Beschäftigten ist das Studierendenwerk heute nicht nur vielseitiger Dienstleister für die Studierenden in Mainz und Bingen, sondern mit seinen Services und Angeboten auch ein wichtiger Standortfaktor für Universität und Hochschulen.

Anmerkungen

- 1 Mein besonderer Dank gilt Alexandra Diestel-Fedderson, Geschäftsführerin des Studierendenwerks Mainz, Dieter Laukhardt, stellvertretender Geschäftsführer, und Thomas Kohn-Ade, Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, für wertvolle Ergänzungen und die Überlassung von Materialien. Für die folgenden Ausführungen wurden vor allem Dokumente aus einem unsortierten Bestand im Archiv des Studierendenwerks Mainz (ASWM) herangezogen, darunter auch Zeitungsausschnitte unbekanntem Datums sowie persönliche Notizen.
- 2 Vgl. ASWM, Schwantag: Das Mainzer Studentenwerk. Beratung und soziale Förderung der Studierenden. In: [unbekannte Tageszeitung], [o. D.], [o. S.]. Das Studentenwerk an der Universität Mainz e. V. wurde im Jahr 2003 in Studierendenwerk Mainz umbenannt. Vgl. Hochschulgesetz (HochSchG) Rheinland-Pfalz i. d. F. vom 20.8.2003. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rhein-

land-Pfalz Nr. 11 vom 20.8.2003, S. 438–480, § 144 Satz 1, Nr. 3. d. Soweit der Zeitraum vor dem Jahr 2000 erörtert wird, wird im Text vom Studentenwerk gesprochen; ansonsten vom Studierendenwerk.

- 3 Vgl. ebd., Satzung des Mainzer Studentenwerks e. V. vom 21.9.1950 u. eine Mitarbeiterliste des Studentenwerks vom 12.12.1951. Am 1.1.1974 wurde das Studentenwerk in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt.
- 4 Eichholz: Studentenwerk bei uns und in Frankreich. Der Text – möglicherweise ein Redemanuskript – ist wohl wenige Tage nach der Gründung des Studentenwerks entstanden. Das undatierte mehrseitige Manuskript von Fritz Eichholz befindet sich im Bestand des ASWM.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.

- 7 Vgl. ASWM, Übergabebescheinigung des Mensaleiters vom 1.4.1951, Anl. 11.
- 8 Vgl. ASWM, Protokoll über die Sitzung zwischen dem Betriebsrat und Verantwortlichen der Universität vom 29.1.1951.
- 9 Hanisch: Massa damnata! In: Mainzer Studenten-Zeitung 2 (WiSe 1950/51), Nr. 2, S. 9.
- 10 Ringle: Mensaprobleme. In: Mainzer Studenten-Zeitung 3 (SoSe 1951), Nr. 2, S. 11.
- 11 ASWM, Anmerkungen von Studierenden aus dem Jahr 1957; Unterschriften meist unleserlich.
- 12 Vgl. Schneider: Mainzer Studentenwerk. In: nobis 13 (1961), Nr. 97, S. 14f.
- 13 Vgl. den Geschäftsbericht des Studierendenwerks Mainz aus dem Jahr 2018, S. 13, URL: https://www.studierendenwerk-mainz.de/fileadmin/Wir_ueber_uns/Geschaeftsberichte/Geschaeftsbericht_2018_Studierendenwerk_Mainz.pdf (abgerufen am 2.2.2020).
- 14 Kißener: 1968, S. 605.
- 15 Vgl. ebd.
- 16 Lathomus: Neue Mensa, S. 93.
- 17 Ebd., S. 100.
- 18 Ebd., S. 101.
- 19 Siehe hierzu auch den Beitrag von Matthias Müller und Antonia Tauber in diesem Band.
- 20 Vgl. ASWM, [o.V.]: Die Neubauten der Universität, Ein Kompetenzstreit. In: [unbekannte Tageszeitung] vom 21.5. [o.J.], [o.S.].
- 21 Vgl. ASWM, Schwantag: Mainzer Studentenwerk.
- 22 ASWM, Eichholz: Studentenwerk bei uns und in Frankreich.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 ASWM, Anweisung für die Nachtwache im Studentinnenheim vom 2.1.1956.
- 26 ASWM, Beschluss des Vorstands des Mainzer Studentenwerks e.V., von Dabelow unterzeichnete Anweisung vom 16.12.1952.
- 27 ASWM, Eichholz: Studentenwerk bei uns und in Frankreich.
- 28 ASWM, Schreiben des Vorstands des Mainzer Studentenwerks e.V. vom 7.12.1954.
- 29 ASWM, Kurt Galling an das Kuratorium vom 23.4.1952.
- 30 ASWM, [o.V.]: Die Neubauten der Universität.
- 31 ASWM, Aktennotiz über die Besprechung zwischen Baurat Wilke, dem Universitätsbauamt Mainz und Karl Bechert vom 27.3.1952 u. Aktennotiz über die Besprechung zwischen Bechert und Regierungsrat Salm vom 27.3.1952.
- 32 Vgl. Rechenschaftsbericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 1963, Januar 1964, S. 9.
- 33 Vgl. ASWM, Hausordnung des Wohnheims des staatlichen Hochschulinstituts für Musik.
- 34 Vgl. ASWM, Schreiben des Kanzlers, Albert Salm, zum Vollzug des HochSchG vom 1.12.1972. Die Übernahme erfolgte zum 1.1.1974.
- 35 Vgl. [o.V.]: Beratungsstelle des Studentenwerks. In: Jogu, 14 (1986), Nr. 104, S. 18.
- 36 Vgl. [o.V.]: Beratungsstelle kommt bei den Studierenden an. In: Jogu 15 (1987), Nr. 109, S. 3.
- 37 ASWM, Vereinbarung zwischen dem AstA und dem Studierendenwerk Mainz vom 1.1.2018.

Die Universitätsbibliothek Mainz

Eine Institution im Wandel

Christian König

Planungen 1945/46

Eines der Argumente, mit denen die Stadtväter um Oberbürgermeister Emil Kraus und Kulturdezernent Michel Oppenheim im Winter 1945/46 bei den französischen Besatzungsbehörden für Mainz als Standort der geplanten neuen Universität warben, war der Umstand, dass die aus der kurfürstlichen Universitätsbibliothek hervorgegangene wissenschaftliche Stadtbibliothek den Krieg mit vergleichsweise geringen Schäden überstanden hatte.¹ Mit einem Bestand von mehr als 350.000 Bänden bot sie zugleich eine vielversprechende Grundlage, um, wie in Frankfurt am Main (1914) und Köln (1919), als vereinigte Stadt- und Universitätsbibliothek die Literaturversorgung der Hochschule gewährleisten zu können.² Dass dieser Gedanke die Entscheidung für Mainz mitbestimmte, ist nicht belegt. Fest steht aber, dass er in die Universitätsstatuten einging³ und zunächst auch konkrete Schritte unternommen wurden, um ihn umzusetzen. Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung war die Stadtbibliothek selbst unter ihrem Leiter Aloys Ruppel, der sich bereits im Vorfeld der Universitätsgründung als gleichsam qua Amt berufener Direktor der künftigen Hochschulbibliothek ins Spiel gebracht hatte und wiederholt und nachdrücklich den Abschluss der erforderlichen Verträge zwischen Stadt und Universität anmahnte. Dass die Angelegenheit stockte, lag zunächst daran, dass zentrale Fragen wie die nach der Aufteilung der Personal- und Sachkosten zwischen den beiden Unterhaltsträgern umstritten waren. Als letztlich richtungsweisend erwies sich allerdings eine Personalentscheidung. Die Universitätsleitung um Gründungsrektor Josef Schmid entschloss sich, nicht Aloys Ruppel, sondern den ehemaligen Leiter der Universitätsbibliothek Greifswald, Walter Menn, als Bibliotheksdirektor einzusetzen. Da eine Demission des nach seiner Amtsenthhebung durch die Nationalsozialisten eben erst rehabilitierten Ruppel nicht infrage kam,⁴ folgte aus der personellen Trennung auf der Leitungsebene unvermeidlich die institutionelle Eigenständigkeit von Stadt- und Universitätsbibliothek. Deren spätere Vereinigung stand zwar als Option weiter im Raum und wurde zuletzt auch Anfang der 1950er-Jahre nochmals ernsthaft erwogen, letztlich aber nie vollzogen.

Von den Anfängen im Forum bis zur Verabschiedung des Hochschulgesetzes von 1970

Als Menn sein neues Amt am 3. Juni 1946 offiziell antrat, stand er vor der Aufgabe, inmitten eines zerstörten und geteilten Landes aus dem Nichts heraus eine wissenschaftliche Bibliothek aufbauen zu müssen. Ob und wie dies gelingen sollte, war ungewiss und gab manchen Anlass zu Skepsis und Sorge. Denn egal ob an Büchern oder an Personal, ob an Arbeitsmaterial zur Führung der Kataloge oder an geeigneten Räumlichkeiten, es fehlte anfangs schlichtweg an allem, was nötig war. Und auch als sich die Verhältnisse langsam, aber sicher besserten, fehlte es immerzu an Geld, um alles Notwendige realisieren zu können.

In den ersten Monaten ihres Bestehens konnte die Universitätsbibliothek (UB), die die von der Stadtbibliothek provisorisch eingerichteten Räume im Forum universitatis übernommen hatte, für ihre Nutzerinnen



Links: Walter Menn, erster Direktor der Universitätsbibliothek, um 1955. Foto: Bernd Willberg, Quelle: UA Mainz, S3/1197.

Rechts: Aloys Ruppel, Direktor der Stadtbibliothek, um 1950. Quelle: UA Mainz, S3/622.

und Nutzer nicht mehr sein als ein Servicezentrum, über das man Bücher aus den anderen Mainzer Bibliotheken entleihen konnte, ohne diese selbst aufsuchen zu müssen.

Parallel hierzu begann unverzüglich der Aufbau eines eigenen Bestands, wobei sich ein vermeintlich vorhandener Grundstock aus Bücherlieferungen, die die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) von der französischen Militärregierung erhalten hatte, rasch als fast gänzlich unbrauchbar erwies.⁵ Ergiebiger als diese Bezugsquelle waren von Anfang an die eigenen Ankäufe. Der angespannte Buchmarkt und unvertretbar hohe Schwarzmarktpreise vor der Währungsreform 1948 setzten hier allerdings enge Grenzen. Nach 1948 waren die nicht ansatzweise bedarfsgerechte Finanzausstattung sowie bei Antiquariatsbeschaffungen die Konkurrenz mit anderen, meist zahlungskräftigeren Bibliotheken, große Herausforderungen. Bedenkt man diese Widrigkeiten, die durch Spenden verschiedener Schweizer Hilfswerke und Universitäten sowie von Organisationen wie der Germanistic Society of America, vor allem aber durch Finanz- und andere Hilfen der französischen Dienststellen abgemildert, aber bei weitem nicht ausgeglichen wurden, sind die Fortschritte, die man erzielen konnte, durchaus respektabel: Im Sommer 1955 verfügte die Bibliothek über mehr als 250.000 bibliothekarische Einheiten, mit denen sie immerhin knapp die Hälfte der an sie gerichteten Ausleihwünsche aus eigenen Beständen erfüllen konnte.

Aus Sicht der Verantwortlichen, denen die ausgeprägt negative Fernleihbilanz ihres Hauses als Beweis für dessen nach wie vor eingeschränkte Leistungsfähigkeit schmerzlich vor Augen stand, handelte es sich hierbei freilich um nicht mehr als einen Achtungserfolg. Dieser reichte keineswegs aus, um die grundlegenden strukturellen Mängel zu verdecken, die sich aus der Verquickung von Unterfinanzierung, Personalmangel und Raumnot ergaben. Um das verhängnisvolle Wechselspiel der genannten Faktoren zu illustrieren, reicht die Erwähnung aus, dass in den Kellerräumen, die als Magazine genutzt wurden, aufgrund unzureichender Entlüftungsmöglichkeiten und schlecht isolierter Heizungsrohre ein feuchtwarmes Raumklima herrschte, das sich



Links: So sah der Büchertransport in den Lesesaal um 1955 aus. Foto: Bernd Willberg, Quelle: UA Mainz, S3/1227.

Rechts: Zugangsabteilung um 1955. Foto: Bernd Willberg, Quelle: UA Mainz, S3/1206.

negativ auf die Gesundheit der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirkte und die eingestellten Bücher nachhaltig schädigte. In den darüberliegenden Stockwerken gab nicht der sinnvolle Betriebsablauf, sondern allein die Raumgröße die Anordnung von Verwaltungs-, Katalog- und Leseräumen vor. Insbesondere die auf einen größeren Lesesaal und ein kleineres Zeitschriftenzimmer verteilten maximal 84 Benutzerarbeitsplätze reichten schon deswegen nicht aus, weil es der Erhaltungszustand vieler Bücher nicht erlaubte, sie nach Hause zu entleihen. Erschwerend kam hinzu, dass die Öffnungszeiten aufgrund der dünnen Personaldecke nicht so ausgedehnt werden konnten, wie es dem Bedarf einer Universität, an der 1959 immerhin mehr als 5.500 Studierende eingeschrieben waren, entsprochen hätte.

Walter Menn und sein ihm 1955 als Bibliotheksdirektor nachfolgender Stellvertreter Hermann Fuchs betrachteten den Bau eines eigenen Bibliotheksgebäudes von Beginn an als Königsweg, um die skizzierten und andere organisatorische Widrigkeiten langfristig beseitigen, die knappen finanziellen und personellen Ressourcen besser einsetzen und insbesondere die Nutzerfreundlichkeit der Universitätsbibliothek steigern zu können. Ihr Anliegen verhallte zwar nicht ungehört, wurde aber von den verantwortlichen Stellen an der Universität und in den zuständigen Ministerien lange als nachrangig und als noch weniger dringlich angesehen als beispielsweise der Bau einer Sporthalle oder eines Schwimmbads. Dass 1955/56 langsam, aber sicher ein Umdenken einsetzte, war nicht zuletzt der Fürsprache des damaligen Kurators der Universität, Fritz Eichholz, zu verdanken. Er trieb das Projekt auch gegen den Widerstand einzelner, für ihre eigenen Neubauvorhaben kämpfender Fakultäten energisch voran. Nach Abschluss eines mehrjährigen Plan- und Genehmigungsverfahrens begannen im August 1960 die Bauarbeiten, die bis zu ihrem Abschluss im Spätjahr 1963 von Fuchs geleitet wurden. Er war eigens zu diesem Zweck von der Universität über seine zum 31. März 1962 erfolgte Pensionierung hinaus im Rahmen eines Privatdienstvertrags weiterbeschäftigt worden. Organisation und Durchführung des Umzugs der Bibliothek in den Neubau im Jakob-Welder-Weg oblagen hingegen seinem seit dem 1. April 1962 amtierenden Nachfolger Hermann Sauter, der schon bald feststellen musste, dass in den neuen Räumlichkeiten zwar vieles besser, längst aber nicht alles Gold war, was glänzte. Die Ursachen hierfür waren vielfältig und teilweise hausgemacht. Planung und Realisierung

des Mainzer Bibliotheksgebäudes waren in eine Phase gefallen, in der sich das Verständnis dessen, was eine moderne Bibliothek und damit auch deren Baustruktur ausmachen sollte, langsam, aber unaufhaltsam wandelte. Mit seinem zehngeschossigen, für Benutzer nicht zugänglichen Magazinturm und strikt getrennten Verwaltungs- und Benutzerräumen war in Mainz ein Neubau entstanden, der noch ganz dem seit dem 19. Jahrhundert stilbildenden Ordnungsprinzip einer dreiteiligen Bibliothek verpflichtet war, das den Leserinnen und Lesern den direkten Zugang zum Buch verwehrte. Der Trend aber war ein anderer und setzte sich, aus den USA kommend, auch im deutschen Bibliotheksbau der 1960er-Jahre zunehmend durch. Er zielte darauf ab, einen möglichst großen Teil der vorhandenen Bücher in Freihandbereichen zugänglich zu machen. Unter diesen Vorzeichen war der Mainzer Bibliotheksbau im Moment seiner Inbetriebnahme konzeptionell bereits veraltet.⁶

Die Möglichkeiten, ihn an die neue Zeit und die sich verändernden Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer anzupassen, waren, wie sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zeigen sollte, begrenzt. Aus statischen und brandschutzrechtlichen Gründen wurden unter anderem zwischen 1976 und 1998 in mehreren Schritten ausschließlich die drei untersten Stockwerke des Magazinturms in Freihandmagazine umgebaut. Verantwortet wurden diese Baumaßnahmen von den auf Sauter folgenden Bibliotheksleitern Johann Schubert und Andreas Anderhub, für deren Arbeit die Frage der Freihandaufstellung noch größere Bedeutung erlangte als für ihren Vorgänger. Anfangs waren die Vorteile der neuen Wirkungsstätte gegenüber den alten Räumlichkeiten jedoch evident: Der zuvor auf mehrere Räume verteilte Sachkatalog konnte in einem Raum vereinigt und die Zahl der Benutzerarbeitsplätze mit nun 228 fast verdreifacht werden. Da sich auch die sonst stets prekäre Haushaltslage Mitte der 1960er-Jahre wenigstens kurzzeitig einmal etwas entspannte, war es sogar möglich, einige Bestandslücken durch Rückwärtsergänzungen zu schließen. Mit dem Ausbau des Bestands aber ergaben sich schon bald neue Schwierigkeiten, da sich abzeichnete, dass das Fassungsvermögen des zehnstöckigen Magazinturms bald erreicht sein würde. Und auch auf personeller Ebene stieß man rasch erneut an Grenzen: Eine bewilligte Stellenvermehrung reichte nicht aus, um das mit den Studierendenzahlen und dem Umfang des Lehrkörpers anwachsende Nutzeraufkommen beziehungsweise den mit diesem verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand bewältigen zu können, ohne sich, etwa im Bereich der Öffnungszeiten, an anderer Stelle einschränken zu müssen. Für die Bibliothek war eine solche der verhängnisvollen (bis heute unverändert bestehenden) Trias aus Personalmangel, Raumnot und Unterfinanzierung geschuldete Zwangslage zwar nicht neu, ein knappes Vierteljahrhundert nach ihrer Gründung aber umso fühlbarer, da sie zudem in den Sog eines neuen Hochschulrechts geriet. Dieses setzte eine langanhaltende Strukturdiskussion in Gang, die mit einem nicht unerheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand und mancher Enttäuschung verbunden sein sollte.

Um unter den ungünstigen Vorzeichen der unmittelbaren Nachkriegszeit Synergieeffekte bei der Bücherbeschaffung zu erzielen und insbesondere unnötige Mehrfachkäufe zu vermeiden, hatte die Universitätsleitung Menn 1946 neben seiner eigentlichen Aufgabe auch die Verantwortung für den Aufbau der Bibliotheken der einzelnen Seminare und Institute übertragen. Alle Beteiligten verstanden dies als Auftrag zu einer Erwerbungs Kooperation, in deren Rahmen die Universitätsbibliothek Ankäufe für die dezentralen Bibliotheken tätigte und deren Bestände in einem Gesamtkatalog der Universität verzeichnete, aber keinerlei Einfluss auf deren Führung und Binnenstruktur nahm. Mittel- und langfristig war der sich ergebende Mehraufwand, der bis 1949 die zusätzliche Bearbeitung von immerhin etwa 100.000 Bänden erforderte, mit dem vorhandenen und sich nur unzureichend vergrößernden Mitarbeiterstab der

Vom zweischichtigen zum integrierten Bibliothekssystem (1946–2018)



Eingang zum Neubau der
Zentralbibliothek 1964.
Foto: Foto Pfau, Quelle:
UA Mainz, S3/1475.



Großer Lesesaal des
Neubaus der Zentral-
bibliothek 1964. Foto:
Foto Pfau, Quelle:
UA Mainz, S3/1478.

Bibliothek indes nicht zu leisten. Dementsprechend wurden 1949 notgedrungen zunächst die Arbeiten am Gesamtkatalog abgebrochen. Und als Menn im Wintersemester 1953/54 nach längerem Bemühen die Anweisungsbefugnis für die Bücherrechnungen der Institute an deren Leiter abgeben konnte, hatte sich auch in Mainz das für die deutschen Universitäten seinerzeit kennzeichnende zweischichtige Bibliothekssystem aus Universitätsbibliothek und von dieser gänzlich unabhängigen fachbezogenen Bibliotheken entwickelt. Dieses war überwiegend von einem beziehungslosen Nebeneinander gekennzeichnet, konnte aber im Wettstreit um finanzielle Ressourcen zeitweise auch in ein erbittertes Gegeneinander abgleiten.

Hierbei blieb es, von 1961 an auch formalrechtlich fixiert, bis das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz vom 22. Dezember 1970 die Hochschulbibliothek als die von einem Direktor verantwortlich geführte Vereinigung aus einer Zentralbibliothek und den Bibliotheken der die Fakultäten ablösenden Fachbereiche definierte. Die gesetzlichen Bestimmungen umzusetzen, erwies sich an der JGU jedoch als schwierig. Der hinhaltende Widerstand der einzelnen Fächer gegen eine Beschneidung ihrer Kompetenzen war groß, und das Bibliothekswesen wurde innerhalb der mit der Umstrukturierung der gesamten Universität befassten Gremien derart nachrangig angegangen, dass es auch trotz massiver Kritik des Landesrechnungshofs und der Politik bis 1978 dauerte, bis überhaupt eine gesetzeskonforme Bibliotheksordnung vorlag. Doch auch mit dieser Ordnung blieb der Einfluss des seit November 1972 amtierenden Bibliotheksdirektors Johann Schubert in Bezug auf die dezentralen Bibliotheken auf das für die Reformverweigerer unvermeidbare Minimum beschränkt. Neben einer allgemeinen bibliotheksfachlichen Aufsicht trug sie nur die Verantwortung dafür, dass die an der Universität vorhandenen Erwerbungsmitel durch entsprechende Kaufabsprachen so sparsam wie möglich eingesetzt wurden. Die Bibliotheksreform verlief – sieht man von der 1972 wiederaufgenommenen Führung eines Gesamtkatalogs ab – schlussendlich im Sand und es blieb bei einer nahezu berührungslosen Koexistenz zwischen der nun offiziell als Zentralbibliothek bezeichneten früheren Universitätsbibliothek einerseits und den über die Universität verteilten größeren, mittleren, kleineren und kleinsten Bibliotheken andererseits, deren Zahl zwischen 1978 und 1992 von 77 auf mehr als 90 anwuchs.

Neue Impulse zu ihrer engeren Verzahnung ergaben sich erst, als nicht nur die allgemeine wirtschaftliche Situation einen rationaleren Einsatz der vorhandenen Ressourcen und damit die Schaffung größerer Betriebseinheiten unumgänglich machte, sondern seit Anfang der 1990er-Jahre zudem auch immer offensichtlicher wurde, dass die dezentralen Bibliotheken den Erwartungen, die Forschung und Lehre in technologischer und qualitativer Hinsicht an sie richteten, immer weniger gerecht werden konnten. In dieser Situation wurde die Zentralbibliothek unter ihrem 1988 auf Schubert gefolgten Leiter Anderhub erst zum Ansprech- und 1995 schließlich auch zum Kooperationspartner, als die Fachbereiche Physik, Mathematik und Chemie planten, ihre Bibliotheken unter einem Dach zu vereinigen. Ergebnis der Beratungen war die Schaffung einer fächerübergreifenden Bibliothek, die in Erwerbungsfragen eng mit der Zentralbibliothek kooperierte und über ihren Geschäftsführer, der der Dienstaufsicht des Bibliotheksdirektors unterstellt wurde, auch organisatorisch eng mit dieser verbunden sein sollte.

Das hier entwickelte, 1998 offiziell vorgestellte Konzept der Bereichsbibliotheken,⁷ das mit Inbetriebnahme der Bereichsbibliothek PMC (Physik, Mathematik, Chemie; heute: MIN – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften) Anfang 2001 erstmals umgesetzt wurde,⁸ markiert aus der Rückschau heraus den Auftakt einer seitdem stetig voranschreitenden Verringerung der dezentralen Bibliotheken. Deren vollständige Integration in die Universitätsbibliothek konnte nach einer entsprechenden Änderung der Bibliotheksordnung von 2013 an unter Bibliotheksdirektor Andreas Brandtner nachhaltig forciert werden. Als dieser 2018 nach gut siebenjähriger Amtszeit an die UB der Freien Universität Berlin wechselte, war aus dem einstigen Flickenteppich un- oder nur lose verbundener Bibliotheken ein Bibliothekssystem geworden, das aus der Zentralbibliothek,



Eingangshalle der Universitätsbibliothek mit Verfasser- und Sachkatalog um 1990. Foto: Cedrik Schoene, Quelle: UA Mainz, S3/1449.

sechs komplett integrierten Bereichsbibliotheken (Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften; Philosophie; Rechts- und Wirtschaftswissenschaften; Theologie; Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaften; Universitätsmedizin) und zehn noch außerhalb der Universitätsbibliothek geführten dezentralen Bibliotheken bestand, über deren Integration noch verhandelt wird.⁹

Automatisierung und netzbasierte Informationsdienste

Wer heute die große Halle der Zentralbibliothek mit ihren vielen Computerarbeitsplätzen betritt und sich noch an die wuchtigen Katalogschränke erinnern kann, die früher einmal dort aufgestellt waren, wird sich bewusst werden, dass nichts die Universitätsbibliothek mehr verändert hat als der technische Fortschritt. In Mainz vollzog er sich oftmals später und langsamer als anderswo. Die erst 1978 erfolgte Automatisierung des Ausleihverfahrens in der Zentralbibliothek¹⁰ und der erst 1990 vollzogene Anschluss der Universitätsbibliothek Mainz an die Online-Katalogisierung innerhalb des HeBIS-Verbands sind hierfür nur zwei prägnante Beispiele.

Insgesamt war der Aufbruch der Bibliothek ins Computerzeitalter innerhalb des ihr gesetzten finanziellen und personellen Rahmens jedoch erfolgreich und konsequent mit dem Anspruch, ihrer vorrangigen Funktion als Informationsdienstleisterin der Universität bestmöglich gerecht zu werden. Hierbei setzte und setzt die UB verstärkt auf die Bereitstellung und fortlaufende Modernisierung netzbasierter Informationsdienste, für deren Ausbau 1995 ein eigenes Fachreferat eingerichtet wurde. Dieses brachte nachhaltige Innovationen hervor, die zur Verbesserung der Studienbedingungen beitrugen und die Präsenz der Bibliothek in Forschung und Lehre merklich erhöhten. Hierzu zählte etwa das Archiv Mainzer elektronischer Dokumente (*ArchiMed*), das im Jahr 2000 zunächst als Plattform für die elektronische Veröffentlichung naturwissenschaftlicher Dissertationen bereitgestellt wurde und mit der Zeit in einem allgemeinen Hochschulschriftenserver (später: *Gutenberg Qualify*) aufging. Außerdem zu nennen sind ein 2008 etabliertes Repositorium für die Universitätsbibli-



grafie (*Gutenberg Open*) und die in Kooperation mit dem Zentrum für Datenverarbeitung (ZDV) entwickelte Lehr- und Lernplattform *ReaderPlus* (2003–2013). Die Repositorien *Gutenberg Qualify* und *Gutenberg Open* wurden 2019 in dem neuen Repository *Gutenberg Open Science* zusammengefasst, das auch die Publikation von Forschungsdaten ermöglicht. Das aus Nutzersicht wohl wichtigste Angebot der Bibliothek allerdings war und ist noch immer ihr 1995 freigegebener Online-Katalog (*OPAC*), der inzwischen von einem 2014 im HeBIS-Verbund eingeführten Rechercheportal ergänzt wird.

Blick in den Bibliotheksbereich Georg Forster-Gebäude 2013. Foto: Thomas Hartmann, Quelle: JGU.

Betrachtet man die Entwicklung, die elektronische Medien seit ihrem Aufkommen in den 1990er-Jahren genommen haben, erkennt man einen eindeutigen Trend: Online-Publikationen und E-Books gewinnen zunehmend an Bedeutung, während jene des gedruckten Buchs rückläufig ist. Ersetzt aber ist es noch nicht, und seine Bereitstellung für Forschung und Lehre bedarf auch im 21. Jahrhundert eines adäquaten Bibliotheksgebäudes, das zugleich über die technische Ausstattung verfügt, um die sich mit der voranschreitenden Digitalisierung der Informationsversorgung ergebenden Möglichkeiten optimal nutzen zu können. Vor diesem Hintergrund erweist sich die schon 1964 zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme konzeptionell und, wie eine 2016 kurzzeitig notwendig gewordene Sperrung des Magazinturms belegt, inzwischen auch in feuerpolizeilicher Hinsicht veraltete und obendrein sanierungsbedürftige Zentralbibliothek als entscheidende Schwachstelle innerhalb der Bibliotheksinfrastruktur der JGU. Als solche ist sie, wenn auch nicht immer aus denselben Gründen, seit Jahrzehnten bekannt und benannt. Es zeichnet sich jedoch ab, dass das im Bemühen um Abhilfe zuletzt 2017 aktualisierte, den verantwortlichen Stellen zugeleitete und 2018 vom Wissenschafts-

Die Universitätsbibliothek Mainz heute



Der Neubau Georg Forster-Gebäude im Jahr 2018, Ansicht vom Philosophicum I. Foto: Stephan Max, Quelle: UA Mainz, S3/11025.

rat positiv begutachtete Neubaukonzept in absehbarer Zeit umgesetzt werden kann. In Reaktion auf die rückläufige Bedeutung ihrer althergebrachten Arbeitsgebiete hat sich die Bibliothek mit der Inkorporation des Universitätsarchivs (2012), der Übernahme des Servicezentrums Digitalisierung und Fotodokumentation (SDF) im Jahr 2013 oder der Koordination der Universitätssammlungen (2014) in jüngster Zeit eine Reihe neuer Aufgabenfelder erschlossen. Mit dem Projekt zur *Akademischen Integrität* oder dem Mainzer Professorenkatalog *Gutenberg Biographics* hat die UB darüber hinaus ihr Angebot für Universitätsangehörige und externe Nutzende nochmals erweitert und nicht zuletzt die Gründung des Universitätsverlags Mainz University Press mitinitiiert.¹¹

Ihre weitere strategische Ausrichtung liegt seit 2018 in den Händen von Michael Hansen. Während das Vorhaben, auch die letzten noch eigenständigen Institutsbibliotheken zu integrieren, seinem Abschluss entgegenseht, bleiben generelle Anliegen unter Einbeziehung der digitalen Transformation, neuer Publikationsformen und der strategischen Ausrichtung der JGU auch künftig relevant: Produkte und Services zukunftsorientiert auf die Nutzerinnen und Nutzer hin auszurichten, sie anzupassen und kontinuierlich weiterzuentwickeln, dabei die Lern- und Kommunikationsorte attraktiv und nach abgestimmten Standards zu gestalten sowie Daten, Informationen und Literatur zeitnah und nutzerfreundlich zur Verfügung zu stellen.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag beruht auf König: Bücherhaufen. Quellenbelege, Literaturangaben sowie Informationen, die über die hier gegebenen hinausreichen, sind den dort thematisch einschlägigen Kapiteln samt Anmerkungsapparat zu entnehmen.
- 2 Vgl. das Gutachten in Eckert: Erneuerung, S. 70. Zum Erhaltungszustand der Stadtbibliothek bei Kriegsende vgl. Ruppel: Mainzer Stadtbibliothek, S. 50 u. Schütz: Aloys Ruppel (2005), S. 82 f.
- 3 Vgl. die Statuten der Universität Mainz, abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 103–110.
- 4 Ruppel war schon vor 1933 u. a. deshalb ins Visier der Nationalsozialisten geraten, weil in der Stadtbibliothek keine NS-Presseorgane auslagen. Seine dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnende Haltung führte schließlich dazu, dass er 1934 von der Leitung der Stadtbibliothek entbunden und auf seine Aufgaben als Direktor des Gutenberg-Museums beschränkt wurde. 1943 nach der Amtsenthebung seines Nachfolgers Richard Dertsch kommissarisch mit seiner alten Aufgabe betraut, ließ seine offizielle Wiedereinsetzung bis Anfang August 1946 auf sich warten, siehe dazu ausführlich Schütz: Aloys Ruppel (1982), S. 74 f. u. ders.: Aloys Ruppel (2005), S. 78–83.
- 5 Er bestand überwiegend aus privaten Büchersammlungen, die im Rahmen der Entnazifizierung beschlagnahmt worden waren, kaum für Forschung und Lehre geeignete Titel enthielten und bei denen man – wie sich zeigen sollte, zu Recht – anzweifeln musste, ob sie überhaupt dauerhaft im Eigentum der Universität verbleiben würden. Vgl. dazu George: Bücher, S. 135–137.
- 6 Eine Vorreiterrolle nahmen in diesem Zusammenhang die Neugründungen in Bremen und Bochum ein. Vgl. dazu für Bremen Rothe: Gründung, S. 73 f.; Kluth: Bibliotheksstruktur u. ders.: Universitätsbibliothek Bremen. Für Bochum vgl. exemplarisch Pflug: Universitätsbibliothek Bochum u. zur Entwicklung allg. Fuhlrott: Entwicklung, S. 23 f.
- 7 Weiterführend zur Ereignisgeschichte sowie zum Inhalt des Konzepts vgl. Ernst: Strukturwandel, S. 21–25.
- 8 Ausführlich zur Entstehungsgeschichte der Bereichsbibliothek MIN vgl. ebd., S. 27 f. u. Schott, Norbert: Ein weiter Weg zur PMC. In: UB informiert 31 (2001), S. 6–8.
- 9 Stand April 2018. Ausführlich zur Entwicklung des Bibliothekssystems seit 2011 vgl. Brandtner: Universitätsbibliothek Mainz, S. 157–162.
- 10 An der Universität Bochum gab es das automatisierte Ausleihverfahren bereits seit dem WiSe 1965/66 (vgl. Pflug: Universitätsbibliothek Bochum, S. 295 f.) und an der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M. seit Anfang 1971 zunächst im Bereich der Lehrbuchsammlung (vgl. Schubert: EDV-Planung, S. 206).
- 11 Ausführlich dazu Brandtner: Universitätsbibliothek Mainz, S. 165–168.

Jenseits des Jahrmarkts akademischer Eitelkeiten

Perspektiven auf Gewalt an der JGU

Martin Göllnitz

O bwohl Universität und Gewalt eng miteinander verknüpft sind, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, ist dieser Zusammenhang aus zeithistorischer Perspektive bisher nur äußerst zaghaft und oft sehr abstrakt thematisiert worden.¹ Die wenigen vorhandenen Studien, die das Verhältnis von Universität und Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert kritisch hinterfragen, konzentrieren sich überwiegend auf die Etablierungsphase des nationalsozialistischen Regimes 1933 oder auf die Protestbewegung der »68er«.² Anhand der beiden historischen Ereignisse wird aber vornehmlich eine subkulturell konnotierte Gewalt fassbar, die gegen politische Gegner gerichtet war – etwa gegen Einzelpersonen, Gruppen, den Staat – oder die in einem Prozess der Kommunikation als politisch bezeichnet wurde³ und die fast ausnahmslos von Seiten der Studierenden ausging. In den meisten dieser Arbeiten bildet die Universität eher die Bühne oder den Hintergrund für Gewalt; im Fokus stehen die einzelnen Akteure – diejenigen, die Gewalt ausüben, und jene, die zum Opfer der Gewalt werden. Die Institution Universität als Raum von Gewalt findet als ein weiterer, eigenständiger analytischer Blickpunkt bislang kaum Resonanz. Mit Blick auf die Moderne lässt sich daher noch immer die deutliche Randständigkeit einer gewaltorientierten Forschung im Bereich der Universitätsgeschichte konstatieren.⁴ Erfreulicherweise gerät hier jedoch allmählich etwas Bewegung in die Forschungslandschaft, wobei vor allem Studien zum studentischen Fechtwesen und zur Beteiligung von Studierenden in den europäischen Nachkriegskrisen zwischen 1918 und 1923 sowohl thematische Anregungen als auch analytische Werkzeuge für vielfältige Fragestellungen zur modernen universitären Gewaltgeschichte offerieren.⁵

Allerdings hat nicht nur die Universitätsgeschichtsforschung Schwierigkeiten mit der Integration von Gewalt; umgekehrt hat sich auch die Gewaltforschung bislang kaum mit einem spezifisch universitären Profil von Gewalt befasst.⁶ Nach wie vor gelten die Hochschulen im Allgemeinen als sichere Freistätten der friedlichen Gelehrsamkeit. Dafür sind im Wesentlichen drei Faktoren verantwortlich: Zum einen fehlt es in definitiver Hinsicht an einer gewaltbezogenen Komponente von Universität. Zum anderen fällt es der Forschung zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte schwer, Gewalt als einen Bestandteil des universitären Alltags zu analysieren: Gewalt wird zumeist als etwas charakterisiert, das einem Ausnahmezustand an den Hochschulen gleicht. Und drittens wird Gewalt in der Regel als anthropologische Konstante betrachtet.⁷ Tatsächlich muss Gewalt aber als kulturell und sozial wandelbares Phänomen verstanden werden, da die Perspektive von Gewalt als ausschließlich strukturelles Phänomen den Blick auf neue Erkenntnisse – auch im Hinblick auf bereits gut untersuchte Ereignisse wie die NS-Zeit und die 68er-Bewegung – verstellt. Nach Heinrich Popitz und Randall Collins ist ferner davon auszugehen, dass grundsätzlich alle Menschen das Potenzial zum gewalttätigen Agieren besitzen und dass Gewalt immer auch Ordnung stiften beziehungsweise ausdrücken kann und mit kulturellen Deutungen und Imaginationen verbunden ist – sie ist somit zielgerichtet und situations-

spezifisch codiert.⁸ Diesem Verständnis nach handelt es sich bei Gewalt um einen Kommunikationsakt, der wiederum Anschlusskommunikationen mit verschiedenen Akteuren evozieren kann.⁹

Der vorliegende Forschungsabriss zur Gewalt an Hochschulen soll am Beispiel der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) skizzieren, wie Universitätsgeschichte und Gewaltforschung produktiv aufeinander bezogen werden können. Im Fokus steht dabei nicht die Frage, warum Gewalt ausbricht; es geht vielmehr darum, konkrete Gewaltpraktiken aufzuzeigen.

Die folgenden fünf Fallbeispiele sollen dabei helfen, die urbane Gewalt im universitären Raum zu systematisieren, und zugleich deutlich machen, dass Hochschulen wie die JGU immer auch ein Spiegelbild ihrer jeweiligen Gesellschaft darstellen. Dazu wurden fünf verschiedene Spielarten von Gewalt ausgewählt, die freilich nicht in jedem Fall generalisierbar sind, sondern oft genug auch extreme Einzelschicksale abbilden. Auf diese Weise wird ein möglichst breites Spektrum an physischer Gewalt abgedeckt, wobei neben politischen und religiösen Beispielen ebenso Vorfälle kriminellen, affektiven und studentischen Ursprungs thematisiert werden.

Obgleich oben dargelegt wurde, dass Gewaltpraktiken im Hochschulraum oder die Ausübung von Gewalt gegenüber Hochschulangehörigen nicht per se Ausnahmesituationen darstellen, bedeutet dies keineswegs, dass nicht auch singuläre Vorfälle, die sich einer Generalisierung weitgehend entziehen, ein gewisses Erkenntnispotenzial bergen. Ein solches Beispiel liefern die ungeklärten Morde an zwei Universitätsinspektoren im Jahr 1950,¹⁰ die an der JGU beziehungsweise im Auslands- und Dolmetscherinstitut Germersheim für den Bereich der Hochschulkasse verantwortlich waren. Seinen Ausgang nahm das Verbrechen vermutlich am 13. November desselben Jahres in Germersheim, als der »gewissenhafte und zuverlässige«¹¹ Hochschulkassierer Max Prager nicht zur Arbeit erschien. Nachdem auch am Folgetag jede Spur über den Verbleib des Beamten fehlte, nahm die Kriminalpolizei Mainz erste Ermittlungen auf. An diesem Tag ereignete sich auch der zweite Vorfall: Auf dem Heimweg nach Kiedrich, seinem hessischen Wohnort, verschwand der 41-jährige Max Klambt, Inspektor der Mainzer Hochschulkassenverwaltung, der im Laufe des Tages vom Verschwinden seines Germersheimer Kollegen erfahren hatte. Schnell verbreitete sich im hochschulinternen Raum das Gerücht, Klambt habe sich nach dem Empfang einer fünfstelligen Summe, die für die Universitätskasse bestimmt war, aus dem Staub gemacht. Eine zeitnah angeordnete, außerordentliche Kassenprüfung blieb jedoch ohne Ergebnis; eine Veruntreuung konnte nicht nachgewiesen werden.

Das Verschwinden der beiden Universitätsinspektoren entwickelte sich im Folgenden immer mehr zu einem brisanten Kriminalfall, in dem rheinland-pfälzische und hessische Kriminalisten gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Mainz ermittelten. Die polizeilichen Nachforschungen führten zwar zu ersten wichtigen Erkenntnissen, brachten jedoch nicht den erwünschten Durchbruch. Monatelang bewegten sich die Ermittlungen weitgehend im Nebulösen, da von Prager und Klambt jede Spur fehlte. Umso enttäuschender war es für die Beamten der Mainzer und Wiesbadener Kriminalpolizei, als im Januar 1951 die Leichen der beiden Vermissten aus dem Rhein geborgen werden konnten.

Doch anstatt die Ermittler in ihren Nachforschungen voranzubringen, warfen die gefundenen Leichen weitaus mehr Fragen auf, als sie beantworten konnten.¹² So waren die beiden Toten auf fast identische Weise gefesselt worden, bevor sie in den Rhein geworfen worden waren. Neben einer »geradezu sadistischen Fesselung«¹³ wiesen die Leichen zahlreiche Misshandlungen auf, wie eine regionale Zeitung vermerkte, ohne dies genauer zu präzisieren.

Trotz der wenigen Hinweise, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einen Gewaltakt schließen ließen, ermittelten die Polizisten weiterhin in alle Richtungen – auch Selbstmord wurde von einigen Kriminalisten nicht

Gewalt als Kriminalfall: Der Tod der Universitätsinspektoren

Klammt erhielt von privater Seite 400 DM
Neue Ermittlungen um den mysteriösen Mordfall

Das Amtsgericht Eltville hat im Auftrage der Staatsanwaltschaft Mainz in der vergangenen Woche verschiedene Vernehmungen von Kiedricher Einwohnern durchgeführt, die der Aufklärung des mysteriösen Todes von Universitätsinspektor Max Klammt dienen sollten, der vermutlich am 14. 11. 1950 einen Verbrechen zum Opfer fiel.

Auch die Mainzer Kriminalpolizei hat in den letzten Tagen Ermittlungen durchgeführt, nachdem Angehörige Klammts der Polizei weitere Beobachtungen mitgeteilt hatten. Dennoch sind die Versuche, die Herkunft des bei der Leiche Klammts gefundenen Kessenschlüssels zu klären, bisher vergeblich geblieben.

Unser Bild zeigt den 42-jährigen Max Klammt. Er war 1,62 m groß. Klammt fuhr täglich von seinem Wohnort Kiedrich über Eltville-Biebrich nach Mainz. Am 14. November 1950 verließ er gegen 17.45 Uhr die Universität, fuhr wahrscheinlich mit der Straßenbahn zum Hauptbahnhof und bestieg dort den Bundesbahn-Autobus in Richtung Wiesbaden-Süd. In Kiedrich ist er nicht angekommen.

Wer hat den hier Abgebildeten an einem Novembereabend 1950 in Biebrich, Schierstein, Eltville oder Umgebung allein oder mit anderen Personen gesehen? Wer hat verdächtige Beobachtungen am Rheinufer gemacht? Wer hat Kessenschlüssel oder eine Aktentasche gefunden?

Aus den jüngsten Vernehmungen ergibt sich ein weiterer seltsamer Umstand. Etwas im September hat Klammt an einem Vermittler von privater Seite 400 Mark in vier einzelnen Hundertmarkscheinen erhalten. Angeblich handelte es sich dabei um ein auf etwa 12 Monate befristetes Darlehen, viel-



Max Klammt

leicht aber auch um ein anderes Privatgeschäft. Es hat sich inzwischen niemand gemeldet, der Anspruch auf die 400 Mark erhebt. Es ist also möglich, daß Klammt keine derartigen Verbindlichkeiten gehabt oder sie inzwischen abgedeckt hatte.

Der Partner dieses Privatgeschäftes sollte sich in seinem eigenen Interesse melden! Wenn einer unserer Leser Näheres über die 400 Mark weiß, so möge er sich an die Polizei oder an unsere Redaktion wenden...

Die Sache Klammt enthält so viele merkwürdige Umstände, daß die lange Dauer der polizeilichen Ermittlungen durchaus verständlich erscheint. Etwas mehr Licht scheint allerdings allmählich in das Geschehen vom 14. 11. 1950 zu kommen.

Zeitungsartikel zum
Mordfall Max Klammt
im Wiesbadener Tage-
blatt vom 30.10.1951,
S. 3.

vollständig ausgeschlossen. Weitere Zeugenbefragungen, Finanzprüfungen und Zeitungsaufrufe führten allerdings nicht zu dem gewünschten Erfolg, sodass im September 1952 das Verfahren ergebnislos eingestellt wurde. Unklar blieb zudem, ob »zwischen den beiden Todesfällen ein Zusammenhang«¹⁴ bestand oder nicht. In der Rückschau drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass, so formulierte schon der Journalist Helmut Rödler im Jahr 1954, »das Schicksal beider Männer auf das engste miteinander verkoppelt war«.¹⁵ Neben ihrer Anstellung als Universitätsinspektoren im rheinland-pfälzischen Hochschulwesen deuten weitere Indizien auf diese Verbindung hin: Sie nahmen getrennt voneinander kurz vor ihrem Verschwinden jeweils ein Darlehen von 400 DM auf, ihre Spur verliert sich an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, und ihre Leichen wurden kurz nacheinander – wenige Monate später und auf fast identische Weise gefesselt – im Rhein gefunden.

So auffällig diese Besonderheiten rund um die beiden Todesfälle auch sind, so problematisch sind sie zugleich für die Gewaltforschung. Derart herausgehobene Gewalttaten, zumal wenn sie nicht kriminalistisch aufgeklärt worden sind, eignen sich kaum für eine vergleichende universitäre Perspektive und stellen überdies eher singuläre Einzelfälle als generalisierbare Fallbeispiele dar, wie auch das nachfolgende Beispiel eines gefühlsbetonten Mordes in der Mainzer Universitätsklinik noch einmal zeigt.

Patient erschöß Nervenarzt

Bluttat in Mainzer Universitätsklinik / Täter am Abend gefaßt

Von unserem Redaktionsmitglied Nicole Göth

M a i n z. - Gestern morgen um 9.05 Uhr erschöß der 33 Jahre alte Hans Winter aus Mannheim in der Mainzer Universitätsnervenklinik den 46-jährigen stellvert. Chefarzt Professor Dr. Dr. Nikolaus Petrilowitsch. Den Anschlag hatte der Täter zuvor in einem Drohbrief angekündigt.

Am späten Mittwochabend konnte der Täter in Mosbach am Neckar gefaßt



Das Opfer



Der Täter

werden. Er wollte dort einen früheren Arbeitgeber aufsuchen. Nähere Einzelheiten waren noch nicht bekannt.

Winter, von Beruf Spinner, war vom Herbst vergangenen Jahres an für mehrere Wochen stationär in den Mainzer Universitätskliniken behandelt worden. Er war auch bei seinen Besuchen zur nachfolgenden ambulanten Behandlung als Randalierer unangenehm aufgefallen.

Gestern morgen tauchte der Mann, ohne geladen zu sein, im Sekretariat des Klinikleiters Professor Peters auf und forderte auf unwirsche Weise, vorgelassen zu werden. Nachdem man ihm die Auskunft gab, der Professor befinde sich im Urlaub, ging er vom ersten Stockwerk ins Parterre hinab, traf dort auf Professor Petrilowitsch und feuerte einen Schuß auf ihn ab. Der Oberarzt brach ohnmächtig zusammen und wurde sofort in den Operationssaal der Neurochirurgie gebracht. Doch Petrilowitsch war nicht mehr zu retten. Er starb zwei Stunden nach dem Anschlag.

Das Projektil hatte den Kopf des Arztes durchbohrt, schlug anschließend noch durch eine Tür und prallte schließlich in etwa einem Meter Höhe auf die Heizung unter dem gegenüberliegenden Fenster des Zimmers auf. Die Kugel wurde in völlig deformiertem Zustand zur ballistischen Untersuchung an das Bundeskriminalamt in Wiesbaden geschickt. Bisher steht noch nicht fest, welchen Waffentyp der Täter benutzte.

Sofort nach Bekanntwerden des Verbrechens wurde eine Großfahndung nach dem bewaffneten Täter ausgelöst, die sich bald auf das ganze Bundesgebiet erstreckte. Winter konnte ungehindert nach dem Mordanschlag das Gelände der Unikliniken verlassen. Die Assistenten, die sich in Professor Petrilowitschs Begleitung befanden, kümmerten sich zunächst um das Opfer.

Zeitungsartikel zum Mordfall Petrilowitsch in der Allgemeinen Zeitung vom 30.7.1970, S. 1.

Wie Collins in seiner mikrosoziologischen Studie eindrücklich belegt, kann Gewalt leidenschaftlich und wütend, aber auch gefühllos und unpersönlich sein. Im Rahmen einer gewalttätigen Handlung verflochten sich oftmals Gefühle wie Angst, Zorn und Aufregung auf eine Weise, die der konventionellen Moral normaler Situationen zuwiderläuft.¹⁶ Ein zweiter, nur schwer zu verallgemeinernder Akt von Gewalt aus dem Jahr 1970 veranschaulicht dies beispielhaft: Am 29. Juli des Jahres wurde der stellvertretende Chefarzt der Mainzer Universitätsnervenklinik und außerplanmäßige Professor Nikolaus Petrilowitsch von seinem ehemaligen Patienten, dem damals 33 Jahre alten Chemiarbeiter Hans Winter, in den Räumlichkeiten des Klinikgebäudes erschossen.¹⁷

Winter war ab Herbst 1969 für mehrere Monate in der Universitätsklinik stationär behandelt worden und fiel bei nachfolgenden ambulanten Behandlungen bereits unangenehm als Randalierer auf.¹⁸ Als zuständiger Arzt fungierte in dieser Zeit Petrilowitsch, zu dessen Forschungsfeldern Zwangsneurosen, Depressionen sowie Neid- und Gewalttätigkeitskomplexe gehörten.¹⁹ Dieser hatte seinen Patienten allerdings schon im Mai 1970 in die Ambulanz der Sozialpsychiatrischen Klinik in Mannheim, dem Wohnort Winters, zur Nachbehandlung überwiesen. Winter, der sich einer bestimmten Mainzer »Ärztin attachiert fühlte«, reagierte auf diese ärztliche Entscheidung laut einem aktenkundigen Vermerk mit »Hass und Enttäuschung«.²⁰

Um den tatsächlichen Ablauf eines Gewaltprozesses zu erfassen, bedarf es der direkten Beobachtung gewaltsamer Interaktion, soweit dies möglich ist. Eine Rekonstruktion des Tathergangs liest sich etwa folgendermaßen: Gegen 8.50 Uhr am Morgen des 29. Juli begab sich der Täter in die EEG-Abteilung der Neuro-

Gewalt im Affekt: Mord in der Universitätsklinik

Psychiatrischen Klinik, aus der er von einem Assistenten nach kurzer Zeit verwiesen wurde. Anschließend ging er zum Büro von Petrilowitsch, den er allerdings nicht vorfand. Sein nächstes Ziel stellte das Chefsekretariat dar, wo er barsch nach dem Leiter der Klinik fragte. Da auch dieser nicht im Hause war, setzte sich Winter wortlos in den Korridor des ersten Stocks und wartete. Auf vorbeigehende Mitarbeiter machte er »dabei einen geordneten Eindruck«. Offenbar aufgeschreckt durch mehrere Nachfragen, was er hier tue und auf wen er warte, wechselte Winter kurz darauf auf die Treppe zum Parterre, wo sich zu dieser Zeit Petrilowitsch in Begleitung einer Assistentin auf einer Visite befand. Hier hörte Winter vermutlich die Stimme seines Opfers, das sich nur wenige Meter entfernt unterhielt. Wortlos stieg er daraufhin die Treppe herunter und zog »auf den letzten Stufen« seinen »Revolver aus einer Kollegtasche, zielte auf den Kopf [seines Widersachers] und schoss aus einer Entfernung von etwa 3 m gegen 9.15 Uhr«. Petrilowitsch »sank durch einen Kopfschuss getroffen zu Boden [...]«. Während Winter mit »gemessenen Schritten die Klinik verließ«, wurde der angeschossene Arzt in den Operationsaal gebracht – dort verstarb er gegen 10.40 Uhr.

Sofort nach Bekanntwerden des Verbrechens wurde eine unter der Leitung des Bundeskriminalamts stehende Großfahndung ausgelöst, die sich auf das gesamte Bundesgebiet erstreckte. Doch bevor die Wiesbadener Kriminalisten des gesuchten Mannes habhaft werden konnten, stellte sich dieser in der Nacht zum 1. August 1970. Mithilfe eines Geständnisses waren die ermittelnden Beamten in der Lage, Tathergang und Motiv des Täters zu rekonstruieren: Demnach war für Winter »eine Welt zusammen[gebrochen]«,²¹ als er von seiner Überweisung nach Mannheim erfahren hatte; er machte sein Opfer persönlich dafür verantwortlich, dass sein Vertrauensverhältnis zu der Assistentin von Petrilowitsch auf diese Weise beendet wurde, und kompensierte diese Enttäuschung mithilfe von Hassgefühlen, die stetig zunahmen. Auch im folgenden Fallbeispiel, das eine stark religiöse Komponente enthält und zugleich politische Konflikte auf der Mikroebene widerspiegelt, spielen Emotionen eine gewichtige Rolle.

Gewalt als religiöse Kommunikation: »Persischer Krieg« auf akademischem Boden

Es wurde bereits einleitend bemerkt, dass Gewalt als Kommunikationsakt verstanden werden muss, der wiederum Anschlusskommunikationen mit verschiedenen Akteuren evozieren kann. Im nächsten Fall ist dies in besonderem Maße sichtbar, da hier der universitäre Raum als Austragungsort politischer Kommunikation zweier Staaten – der Bundesrepublik Deutschland und des Iran – dient.

Den Auslöser bildete eine »100 Mann starke iranische Khomeini-Truppe«, die im April 1982 als »Strafexpedition gegen politisch andersdenkende Landsleute nach Mainz« zog und am 24. des Monats »überfallartig«²² das Internationale Studentenwohnheim (Inter) I stürmte. Ziel war eine Gruppe in Mainz lebender und studierender Gegner des iranischen Staatsoberhauptes Ruhollah Chomeini, der als politischer und religiöser Führer der »Islamischen Revolution« von 1979 Mohammad Reza Pahlavi gestürzt hatte.²³

Gekleidet in grüne Parkas und bewaffnet mit »Hieb-, Stich- und Schlagwaffen« ging die paramilitärisch operierende Gruppe von Chomeini-Anhängern in »Sechserreihen« gegen ihre oppositionellen Landsleute vor – in fast allen Stockwerken des Inter I tobten wenig später schwere Kämpfe: »Wer ein bestimmtes Lösungswort nicht kannte, wurde von den Angreifern sofort zusammengeschlagen.« Im Anschluss verwüsteten die militanten Revolutionäre systematisch die Zimmer ihrer Opfer. Ein Polizist, der kurz nach dem Alarmruf gegen 19 Uhr im ersten Streifenwagen am Inter I eintraf, wurde augenblicklich mit Tränengas außer Gefecht gesetzt. Der zweite Polizist am Tatort, der von etwa 20 bewaffneten Schlägern umringt wurde, wusste sich daraufhin nicht anders zu helfen, als seine Dienstwaffe zu ziehen. Während die Angreifer nun die Flucht ergriffen, attackierte eine zweite Gruppe mit »einer nadelgespickten Latte« den Polizisten und verletzte diesen. Erst als Verstärkung aus Wiesbaden eintraf, gelang es den Polizeibeamten, systematisch

Etage für Etage des Hochhauses zu räumen. Nach einer weiteren Konfrontation mit den Chomeini-Anhängern am Binger Schlag, wo letztere mithilfe von Steinen erneut mehrere Polizisten angriffen, konnten die Gewalttäter endlich gestoppt und verhaftet werden. 86 Personen nahm die Polizei fest und transportierte diese in Bussen ab, wogegen die Verhafteten immensen Widerstand leisteten, indem sie sich während der Fahrt rhythmisch von einer Seite auf die andere eines Wagens warfen – in der Hoffnung, das Fahrzeug »aus der Spur«²⁴ zu bringen.

Der rheinland-pfälzische Innenminister, Kurt Böckmann, erblickte in dem Angriff eine überregional gesteuerte und geplante Aktion, weshalb er die Abschiebung des Großteils der 86 inhaftierten Iraner vorbereiten ließ. Unterstützung erhielt er vom Koordinationskomitee fortschrittlicher iranischer Studenten, die das iranische Außenministerium und die Botschaft in Bonn für die Gewaltaktion verantwortlich machten und überdies betonten, dass es im Iran neuerdings an der Tagesordnung sei, militante »Schlägertrupps« für den Auslandseinsatz gegen »Konterrevolutionäre«²⁵ auszubilden und zu finanzieren. Mit derlei ergriffenen Maßnahmen und Anschuldigungen betrat der Konflikt nun die staatspolitische wie diplomatische Bühne, zumal die JGU eine »einseitige politische Parteinahme« ablehnte. Offenbar fürchtete der Senat, dass die Vorgänge auf dem akademischen Boden der eigenen Universität eskalieren könnten. Zu mehr als einer Verurteilung des »Terroraktes«, der von den Professoren als »schwerer Mißbrauch des im Ausländergesetz § 6 garantierten Rechts auf politische Betätigung« klassifiziert wurde, konnte sich der Senat der JGU nicht durchringen. Immerhin sollte den 28 verletzten Studierenden »schnell und unbürokratisch«²⁶ geholfen werden.

Am Folgetag befassten sich bereits zwölf Richter und drei Staatsanwälte mit dem blutigen Zwischenfall, der fortan das tagespolitische Geschehen dominierte und an Fahrt noch zunahm: So erhielt die zuständige Justizbehörde mehrere anonyme Drohanrufe, in denen unter anderem die Freilassung der 86 Iraner gefordert und mit »Rache an der deutschen Botschaft in Teheran«²⁷ gedroht wurde. Die Festgenommenen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Mainz angereist waren, verweigerten die Angabe ihrer Personalien und nannten allesamt als ihren Namen »Mohammed Musliman«, wodurch sie ihre Identifizierung erheblich behinderten. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) bekräftigte allerdings ein Polizeisprecher, dass sich die polizeilichen Nachforschungen der ermittelnden Kriminalisten vor allem auf das Umfeld der iranischen Botschaft in Bonn konzentrieren würden, die man als Drahtzieher des Gewaltakts verdächtigte und worauf bei den inhaftierten Iranern gefundene Unterlagen mit dem Briefkopf »Botschafter der Islamischen Republik Iran«²⁸ hinwiesen. In den Schriftstücken standen zudem die Personalien und Zimmernummern jener Studierender, die dem Angriff zum Opfer gefallen waren.

Der sich aus dem Mainzer Vorfall entwickelnde diplomatische Konflikt zwischen der Bundesrepublik und dem Iran, der von April bis September 1982 andauerte und mehrfach zu eskalieren drohte, spielte sich jedoch nicht in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt, sondern auf iranischem Staatsterritorium ab: Mehrfach kam es in diesem Zeitraum zu anti-deutschen Demonstrationen, die von staatlicher Seite gelenkt und zu dem Zweck missbraucht wurden, um bei mehreren Projekten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Partnern aufzukündigen und das Goethe-Institut einem staatlichen Aufseher zu unterstellen.²⁹ Der aufgeheizte Konflikt kühlte sich erst ab, als es dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel mithilfe des Auswärtigen Amtes Ende September 1982 gelang, eine iranische Delegation zu zwei Gesprächen in die Landesvertretung nach Bonn und in die iranische Botschaftsresidenz in St. Augustin einzuladen. Dort rangen die Vertreter beider Länder um einen Kompromiss, der schlussendlich darin bestand, dass ein Teil der verhafteten Schläger abgeschoben wurde, 43 Inhaftierte aber ihr Studium in Deutschland beenden durften – unter der Voraussetzung, dass sie sich vor Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung sowie wegen Land- und Hausfriedensbruchs verantworten würden.³⁰ Der Iran zeigte sich dagegen bereit, die rund 500 in

der Bundesrepublik Deutschland studierenden Iraner ohne politische Vorbehalte finanziell zu unterstützen und die wirtschaftlichen Beziehungen wiederaufzunehmen.³¹

Der Angriff revolutionstreuer Iraner gegen vermeintliche Konterrevolutionäre, die an der JGU studierten, sollte in einem gewalttätigen Akt verdeutlichen, dass Regimegegner nicht geduldet und als Staatsfeinde jederzeit mit physischen Angriffen rechnen mussten – auch auf fremdem Staatsterritorium. Die blutige Auseinandersetzung fungierte somit als unmissverständlicher Kommunikationsakt, der dabei half, die neue Ordnung und die neuen Sinnsysteme der Islamischen Republik Iran im Ausland durchzusetzen. Zwar kam es in diesem Kontext zu keinen weiteren Gewalthandlungen an der Mainzer Universität, doch blieben die ideologischen Konflikte auch in den Folgejahren ein wichtiges Anliegen auf der Agenda des Universitätspräsidiums, da »oppositionelle Studenten« während ihres Studiums keinerlei Studienbeihilfe aus Teheran erhielten, obwohl ihnen diese in den bilateralen Gesprächen vom September 1982 zugesichert worden war, und sie zudem bei ihrer Rückkehr in den Iran Repressalien befürchten mussten. Für die JGU war die Klärung dieser Angelegenheiten von hohem Eigeninteresse, zumal sie im Ausland aufgrund ihrer 180 iranischen Studierenden als »traditionelle Hochburg iranischer Opposition«³² galt und eine erneute Eskalation um jeden Preis zu verhindern suchte.

Tatsächlich ist vor allem politische Gewalt aus dem universitären Raum nicht wegzudenken. Vielmehr bildet diese eine Grundkonstante von gewalttätigem Handeln im akademischen Milieu, wie auch das nachfolgende Beispiel nahelegt.

Gewalt mit politischem Knalleffekt: Der Sprengstoffanschlag auf das Institut für Publizistik

Ein weiterer, wenn auch gänzlich anderer Fall von Gewalt als Akt politischer Kommunikation soll hier nur kurz angerissen werden: Der Sprengstoffanschlag auf das Institut für Publizistik. In der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober 1986 explodierte vor dem Büro des Mainzer Kommunikationswissenschaftlers Hans Mathias Kepplinger eine provisorische Bombe – bestehend aus einem 10-Liter-Benzinkanister, selbstgemachtem Sprengstoff und einer 9-Volt-Blockbatterie –, die einen alten Eichenschreibtisch zertrümmerte und zwei Türen aus den Angeln riss.³³ Nach eigener Aussage hatte Kepplinger gleich doppeltes Glück: Zum einen befand sich zu der späten Stunde niemand mehr im Gebäude, sodass keine Person verletzt wurde. Zum anderen waren seine Unterlagen nicht zerstört worden – obwohl mehr als 100 Ordner mit Projektunterlagen von einer klebrigen Masse überzogen waren, hatten sie kein Feuer gefangen.³⁴

Ein am Tatort gefundenes Bekennerschreiben bezeichnete das Institut als Ort der »imperialistischen Demagogie« und warf der ehemaligen Institutsleiterin Elisabeth Noelle-Neumann vor, sie setze sich »für die Erfordernisse des neuen Faschismus ein«. Auch an ihren Nachfolger Kepplinger hatte man den Brief adressiert, in dem es hieß, er »gaukele« mit seinen wissenschaftlichen Studien vor, »dass in einem imperialistischen System, wie der BRD, die Möglichkeit einer linken, legalen Presse bestünde«.³⁵ Eine Sonderkommission der Mainzer Polizei und des Landeskriminalamts identifizierte dann auch innerhalb von zwei Wochen die drei Täter aus dem militanten, linksradikalen Milieu, die zum Umfeld der Roten Armee Fraktion (RAF) gehörten. Aus ermittlungstechnischen Gründen verzichtete der Bundesanwalt jedoch auf eine Anklage; in einem öffentlichen Prozess hätten die zuständigen Kriminalisten ihre Fahndungsmethoden offenlegen müssen.³⁶

Insbesondere die umstrittene Kommunikationswissenschaftlerin Noelle-Neumann scheint das Ziel des Anschlags gewesen zu sein, entwickelten sich doch in den 1970er- bis 1990er-Jahren wiederholt Kontroversen über ihr Wirken im NS-Regime und in der Nachkriegszeit.³⁷ Neben ihrer Tätigkeit als Autorin der Zeitschrift *Das Reich* standen verstärkt verschiedene antisemitische Passagen ihrer Doktorarbeit in der Kritik.³⁸ Da Noel-

BUM!

BUM!



— ZEITUNG FÜR MAINZER PUBLIZISTIKSTUDENTEN —

REDAKTION: PUBLIZISSIMUS-REDAKTION - Weg 3, Postfach Tel. 06321/39090 80, 9. 12. Jahrgang 1986



DIE BOMBE!

EIN KRONZEUGE PACKT AUS

MAINZ-UNTERSCHNITT (PUBLIZISSIMUS). Der erste Kronzeuge packt endlich aus! "Ich, O.Kronzeit weiß, wo weshalb und womit es passierte." Mehr von Tote um die Bombe und dem... danach lesen Sie auf Seite 2

STUDENTEN IN ANGST!

Interview auf Seite 2



Der neue Sicherheitsbeauftragte der Uni Mainz stellte sich anlässlich seiner Antrittsführung der breiten Öffentlichkeit vor. Zur Unterstützung seiner Arbeit will er Schnüffelrüben, Kanistredetektoren und Wüschelrutten einsetzen. Viel Erfolg!!!

Weiteres über den SINEIRE des IFF erfahren Sie auf Seite 2

DER KOMMENTAR

DER FUNKIONÄR
...
Für eine einseitige ist nicht ein Redaktor, nicht ein Publizist mehr notwendig. Im Falle der Jahre...
Weiter auf Seite 2!

Reaktion auf den Sprengstoffanschlag in der Zeitschrift Publizissimus. Quelle: Publizissimus 12 (1986), Nr. 4, Titelseite.

le-Neumann ferner als Pionierin der Demoskopie galt und als erste Direktorin des Mainzer Publizistikinstituts dieses maßgeblich geformt hatte, lag es für die militante Linke der 1980er-Jahre offensichtlich nahe, dass die universitäre Einrichtung nur ein Werkzeug imperialistischer Bestrebungen darstelle. Der Anschlag richtete sich also gegen den verhassten Staat und das Institut gleichermaßen, wodurch eine subkulturell konnotierte Gewalt aus dem linken Milieu fassbar wird. Der Sprengstoff fungierte hierbei als Überbringer der politischen Nachricht, das Universitätsinstitut als Projektionsfläche des politischen Gegners. Und auch der letzte hier zu thematisierende Vorfall greift noch einmal eine politische Motivation der handelnden Akteure auf, wobei mit den Studierenden die kopfstärkste Gruppe an den Hochschulen in den Mittelpunkt rückt.

Gewalt im studentischen Milieu: Die »entführte« Schreibmaschine

Ein Beispiel jüngerer Zeit soll abschließend aufzeigen, dass sich Gewalt im universitären Raum nicht zwanghaft gegen Einzelpersonen oder bestimmte Institute richten muss, sondern als kommunikativer Akt auch lediglich dazu dienen konnte, Gewaltanwendung anzudrohen, ohne diese tatsächlich umsetzen zu wollen. Prägnant dafür erscheint ein Vorfall vom 18. Juni 2009, der im Kontext des bundesweiten Bildungstreiks an den deutschen Hochschulen zu verorten ist.³⁹ Laut Medienberichten nahmen allein am 17. Juni 2009 mehr als 200.000 Studierende sowie Schüler_innen an dezentralen Demonstrationen in mehr als 70 deutschen Städten teil, wobei diese überwiegend gewaltlos verliefen und zu keinem Zeitpunkt zu eskalieren drohten. Vielerorts kam es lediglich zu kleineren Besetzungen oder geringem Sachschaden: Die Studierenden warfen mit Papier, nicht mit Steinen – so vermerkte es der *Spiegel* pointiert.⁴⁰

Während das Gros der Demonstrierenden somit friedlich gegen Studiengebühren, Turbo-Abitur sowie Bachelor-Studiengänge protestierte und mehr Geld für Bildung forderte, drangen am 18. Juni rund 100 Studierende in das Mainzer Abgeordnetenhaus ein.⁴¹ Sie verteilten Transparente, warfen Klopapier durch die Räumlichkeiten und beschädigten Teile der Fotoausstellung *20 Jahre friedliche Revolution* der CDU-Landtagsfraktion zum Jubiläum der Herbstrevolution in der DDR. Darüber hinaus entwendeten sie eine zur Ausstellung gehörende DDR-Schreibmaschine, Modell Erika. In der CDU-Fraktion wurde diese Aktion wenig goutiert; vielmehr betonte der Fraktionssprecher, dass es sich bei den Aktionen um »keine Kavaliersdelikte« handle und der Gesamtschaden mit einem »vierstelligen Betrag« zu Buche schlage. Zwar kritisierte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin, Doris Ahnen, ebenfalls die Ausschreitungen im Abgeordnetenhaus; sie zeigte aber durchaus Verständnis für die rund 4.000 friedlichen Demonstrierenden in Mainz.

So unspektakulär dieser Vorfall etwa im Gegensatz zu simulierten Banküberfällen in anderen Universitätsstädten auch war,⁴² umso aufsehenerregender gestaltete sich die nachfolgende Entwicklung. Denn bereits am Tag nach dem Sturm auf das Abgeordnetenhaus kursierte unter den Mainzer Demonstrierenden ein Handzettel, der den Beginn der »Flugblatffäre« markierte. Das Blatt war im Stil eines Drohschreibens gehalten, den die linksextremistische Terrororganisation RAF benutzt hatte. Auch die Schreibmaschine tauchte nun wieder auf: Die Studierenden hatten sie zusammen mit dem RAF-Symbol in ein Bild hineinmontiert, das auf die Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer im Herbst 1977 anspielte. »Seit 31 Tagen Gefangener«, war handschriftlich hinzugefügt worden. Die durchaus selbstironische Forderung der studentischen Protestierenden, die offenkundig eine Replik auf die Empörung in den Reihen der CDU vom Vortrag darstellte, lautete: »Zur Freigabe dieser wertvollen Schreibmaschine fordern wir alles. Und zwar sofort! Wird unsere Forderung nicht eingehalten[,] können wir nicht länger für das Wohlergehen Ihrer Schreibmaschine garantieren.«⁴³

Innerhalb der rheinland-pfälzischen CDU entbrannte daraufhin ein Sturm der Entrüstung, demzufolge der Handzettel ein »brutales und menschenverachtendes Verbrechen« verharmlose und »hochgradig wider-

Kommentar

2970 Anschläge auf eine Schreibmaschine

Der Bildungsstreik in Mainz hat seine Wirkung erzielt, könnte man meinen. Schon einen Tag nach der großen Demonstration am 17. Juni ist er Thema im Landtag. Doch nicht über die miserable Umsetzung des Bologna-Prozesses wird hier heiß diskutiert. Auch über den Entwurf der Wissenschaftsministerin Alken für ein neues Hochschulgesetz erhebt sich hier niemand. Nein, der Bildungsstreik wird auch nicht im Wissenschafts- oder Bildungsausschuss diskutiert. Stattdessen steht er am 18. Juni auf der Tagesordnung des Innenausschusses.

Eine gekluzte DDR-Schreibmaschine reichte der CDU-Fraktion aus, um von den allgegenwärtigen Problemen an den Hochschulen und Schulen abzulenken und den Fokus auf die wirklich relevanten Missstände in Rheinland-Pfalz zu lenken: Angeblich unkontrolliert mardärische, „linksextremistisch“ unterwanderte Jugend-Liebe, die ihren Apogee in den heiligen Hallen der Demokratie mit Gewalt Geben verschaffen wollten.

Ein satirisches Flugblatt, welches die übertriebene Aufregung der CDU über ihr verschwundenes Schmuckstück aufgreift, bringt noch nicht Realisire

heran: Es wird genutzt, um von einem SPD-Abgeordneten, der versucht, die Diskussion um die angebliche „Feststimmung“ und „Besetzung“ des Abgeordnetenhauses wieder in verhältnismäßige Dimensionen zu bringen, den Rücktritt zu fordern.

Dass die CDU hierbei selbst den Meist an „Haus-Martin Schlegel“ (so die CDU-Pressemitteilung!) für ihre Zwecke instrumentalisiert, bemerkt man daran, dass sie mit keinem Wort auf den schiefen Vergleich zwischen „geführter Schreibmaschine“ versus „geführtem Mensch“ eingeht.

Nein, wer Schreibmaschinen einführt, der entführt irgendwann auch Menschen. So frei nach Heine die CDU-Fraktion.

Diskreditierung studentischer Proteste

Die Diskreditierung studentischer Proteste und Selbstorganisationen durch die CDU/CSU hat dabei eine lange Tradition. Immer wieder sticht die Union protestierende Student_innen in die Nähe „linksextremistischer Terroristen“, „Autonomen“ oder „Chroten“. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangen-

heit ist das Vorgehen gegen die protestierenden Student_innen in Hessen 2006. Trauriger Höhepunkt der dortigen Kriminalisierung war die gewaltsame Erstürmung einer Party auf dem Frankfurter Uni-Campus durch die Polizei, bei welcher die über 100 feiernden Student_innen allesamt verhaftet wurden um bis zwei Millionen im umliegenden Stadtteil angeklündet zu haben.

Und es waren auch CDU- bzw. CSU-Regierungen, die 1977 und 1997 die Verlassene Studierendenschaft in Bayern und Baden-Württemberg abgeschafft haben. In Baden-Württemberg geschah dies unter Ministerpräsident Pöhlgen, seines Zeichens Nazi-Richter, mit der Begründung: „Der terroristische Stempel an den Unis muss trockengelegt werden.“

Und bis heute, über dreißig Jahre nach dem „Deutschen Herbst“, gibt es in Bayern und Baden-Württemberg keine gesetzlich verankerte Studentenvertretung. Ihre Wiedereinführung ist eine der Forderungen des Bildungsstreiks 2009. Darüber jedoch wurde in der letzten Woche nicht gesprochen.

► Katharina Birn

Artikel in der Unipress zur Schreibmaschinenentführung während des Bildungsstreiks 2009. Quelle: Unipress 39 (2009), Nr. 361, S. 8.

lich⁴⁴ sei. In der SPD betrachtete man die Angelegenheit dagegen weitaus gelassener. So befürchtete der Fraktionsvize, Carsten Pörksen, dass der »ernstzunehmende Protest« der Jugendlichen aufgrund des Verhaltens einzelner »Chaoten« von Seiten der CDU »nachträglich kriminalisiert« werde, und brachte sich auf Nachfrage der *Allgemeinen Zeitung* selbst in die Schusslinie, als er hinzufügte, der Text des Drohschreibens zeige den »Humor« der Verfasser. Doch augenscheinlich verteilte sich der Humor in der Fastnachtshochburg während des Protestsommers 2009 äußerst ungleich, da rasch Stimmen laut wurden, die forderten, Pörksen müsse sämtliche Fraktionsämter niederlegen, seine Äußerungen in der Regionalzeitung seien »geschichtsvergessen, geschmacklos und an Zynismus kaum zu überbieten.«⁴⁵ Um die »entführte« Schreibmaschine und das satirische Flugblatt ging es im politischen Diskurs nur noch am Rande. Zwar erhielten die Ersteller des Drohschreibens noch Schützenhilfe von Leo Fischer, dem Chefredakteur des Satiremagazins *Titanic*, der das Flugblatt als »witzig, originell und charmant« bezeichnete, dann aber flaute die »Flugblattaffäre« so schnell ab, wie sie hochgekocht war.

Die Androhung von Gewalt, gleichwohl nur selten derart satirisch gemeint wie im aufgezeigten Fallbeispiel, hat in der Gewaltgeschichte der modernen Universität durchaus Tradition. Vor allem studentische Protestformen zeichneten sich häufiger durch die kommunikative Bereitschaft aus, im Zweifelsfall Gewalt auszuüben, als durch die tatsächliche Umsetzung derartiger Drohgebärden.⁴⁶ Eine gewaltsame Kommunikation

entsteht somit keineswegs losgelöst von externen Faktoren, sondern sie hat immer auch eine Vorgeschichte. Dadurch wird zudem deutlich, dass Gewalt kein stets eskalierendes Phänomen ist. Vielmehr existieren zahlreiche Strategien, Akteure, Konstellationen und Orte, mithilfe derer Gewaltpraktiken befriedet und beendet werden können.⁴⁷

Resümee

Die Gewaltgeschichte der Universität zu erforschen, erscheint also in vielerlei Hinsicht lohnenswert. Mit Blick auf die Akteure scheint es geboten, Kontinuität und Wandel von Gewalt sowie die konkreten Mechanismen der Gewaltausübung beziehungsweise der Artikulation von Protest analytisch fassbar zu machen. Die Kontinuität etwa von Praktiken militanten Verhaltens bedeutet nicht, »dass es sich um kulturelle Konstanten handelt, sondern dass sich diese im Akt der Wiederholung auch ständig verändern«.⁴⁸ Ähnliches gilt etwa für die Vorstellungen politischer Partizipation oder die ideologischen Transformationsprozesse im Laufe des 20. Jahrhunderts. Die konkreten Handlungspraktiken, Aktionsformen und Weltbilder, die mithilfe von Gewalt kommuniziert wurden, unterlagen einem permanenten Wandel, sind aber gleichwohl strukturbildend und erstaunlich persistent. Die Gewaltgeschichte der Universität Mainz stellt – und das soll hier abschließend noch einmal betont werden – keineswegs einen besonders prägnanten Einzelfall dar; vielmehr will der Verfasser die JGU als moderne, in die Urbanität des 20. Jahrhunderts eingebettete Universität verstanden wissen, in der sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die von außen in die Hochschule hineinwirken und von dort auch wieder in die Gesellschaft zurückgetragen werden, wie in einem Brennglas spiegeln. Dazu gehört auch Gewalt.

Anmerkungen

- 1 Eine um einen methodischen und theoretischen Unterbau erweiterte Version des vorliegenden Beitrags findet sich bei Göllnitz: Topographie.
- 2 Vgl. exempl. zur NS-Zeit Faust: Studentenbund u. Heiber: Universität, S. 52–57. Zum studentischen Linksterrorismus vgl. u. a. Kraushaar: Tupamaros u. Sturm: Tupamaros.
- 3 Vgl. Schumann: Gewalt u. Della Porta: Research.
- 4 Vgl. dazu mit Fokus auf studentische Gewalt Auge/Göllnitz: Überzeugungstäter?; Dhondt/Boran: Student Revolt u. Gevers/Vos: Student Movements.
- 5 Besonders das Duell- und Mensurwesen hat die Forschung kontinuierlich beschäftigt und ist damit gleichsam zu einer Art Symbol für die gewalttätige Kultur des deutschen Studentenwesens im 18. und 19. Jahrhundert geworden. Vgl. u. a. Zwicker: Dueling Students u. Frevert: Ehrenmänner. Neuere Studien wenden in diesem Zusammenhang vermehrt Ansätze der Männlichkeitsforschung an oder nehmen randständige Phänomene wie jüdische Studentenverbindungen in den Blick. Vgl. u. a. Levsen: Elite u. Deslandes: Oxbridge men. Zur akademischen Gewalt in der europäischen Nachkriegszeit ab 1918 vgl. Göllnitz/Millan: Studentische Gewalt u. Göllnitz: Opposition.
- 6 Vgl. exempl. Metzler: Jahrhundert u. Collins: Violence.
- 7 Vgl. Weinhauer/Ellerbrock: Perspektiven, S. 11.
- 8 Vgl. Popitz: Phänomene, S. 50 u. Collins: Tunnel of Violence.
- 9 Vgl. Weinhauer/Ellerbrock: Perspektiven, S. 11.
- 10 Universitätsinspektoren waren staatliche Verwaltungsbeamte, die eine gewisse Aufsichts- oder Kontrollfunktion innerhalb der akademischen Selbstverwaltung ausübten.
- 11 Rödler: Geheimnis der Hochschulkassierer. In: AZ, 4.1.1954, S. 4. Vgl. auch Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 65/10, Außerordentliche Kassenprüfung beim Auslands- und Dolmetscherinstitut Germersheim, [o. D.]. Die nachfolgend zitierten und benutzten Zeitungsartikel sind weitgehend der Zeitungsausschnittsammlung (S11) des UA Mainz entnommen. Eine Seitenzahl konnte nicht immer ermittelt werden.
- 12 Vgl. [o. V.]: Zwei Mainzer Universitätsbeamte. In: Pfälzer Abendzeitung, 24.1.1952, [o. S.].
- 13 Vgl. UA Mainz, Best. 64/1102, Zeitungartikel *Konnte Klambt gefesselt Selbstmord begehen?* [ohne weitere Angaben].
- 14 [o. V.]: Die Akten zum Fall Klambt geschlossen. In: AZ, 18.9.1952, [o. S.].
- 15 Rödler: Geheimnis der Hochschulkassierer. In: AZ, 4.1.1954, S. 4.
- 16 Vgl. Collins: Violence, S. 1–5.
- 17 Vgl. UA Mainz, Best. 55/21, Aktenvermerk zum Sterbefall Petrilowitsch vom 18.7.1972.
- 18 Vgl. UA Mainz, Best. 110/29, Neuro-Psychiatrische Klinik an den Rektor am 5.8.1970 u. Güth: Patient erschöß Nervenarzt. In: AZ, 30.7.1970, S. 1.
- 19 Vgl. UA Mainz, Best. 110/29, Beruflicher Werdegang von Petrilowitsch [o. D.] u. Petrilowitsch: Charakterstudien.
- 20 UA Mainz, Best. 55/21, Aktenvermerk zum Sterbefall Petrilowitsch vom 18.7.1972. Dort finden sich auch die nachfolgenden Zitate.
- 21 Güth: Zweites Gutachten in Vorbereitung: Geisteszustand des Todesschützen. In: AZ, 3.7.1971, [o. S.]. Zur Geschichte und Zuständigkeit des Bundeskriminalamts siehe Wagner: Abschied u. Baumann u. a.: Schatten.
- 22 [o. V.]: Im Inter I der Uni war die Hölle los. In: AZ, 30.9.1983, [o. S.].
- 23 Vgl. Martin: Islamic State.
- 24 Vgl. dazu und zu den vorausgegangenen Zitaten [o. V.]: Chomeinis Schläger-Perser. In: Hochschulpolitische Informationen, 7.5.1982, [o. S.] u. [o. V.]: Im Inter I der Uni war die Hölle los. In: AZ, 30.9.1983, [o. S.]. Weitere Zeitungsartikel finden sich in der Zeitungsausschnittsammlung (S11) des UA Mainz.
- 25 [o. V.]: Chomeinis Schläger-Perser. In: Hochschulpolitische Informationen, 7.5.1982, [o. S.].

- 26 Vgl. dazu und zu den vorausgegangenen Zitaten UA Mainz, Best. 85/29, Protokoll der Senatssitzung vom 30.4.1982. Dem am Vortag eingegangenen Resolutionsantrag der Studierenden wollte der Senat »nicht in allen Punkten« zustimmen. Ebd., Resolutionsantrag der Studierendenschaft vom 29.4.1982.
- 27 [o. V.]: Khomeini-Iraner machen Terror in der Mainzer Uni. In: Rhein-Zeitung, 26.4.1982, [o. S.].
- 28 Ebd.
- 29 Vgl. Leicher: Nach dem »Perser-Krieg« schließt Mainz wieder Frieden mit dem Iran. In: AZ, 15.10.1982, [o. S.] u. Funk: Teheran will nicht tatenlos zusehen. In: AZ, 6.7.1982, [o. S.].
- 30 Vgl. [o. V.]: 54 Iraner ab September vor Gericht. In: AZ, 30.7.1983, [o. S.] u. Zink: Festnahme und Ausweisung: Signal wurde verstanden. In: AZ, 27.10.1982, [o. S.].
- 31 Die iranische Regierung hatte im August 1982 verfügt, dass fortan nur jene Studierende finanzielle Unterstützung erhalten bzw. zur Immatrikulation zugelassen werden sollten, die der Islamischen Revolution loyal gegenüberstanden. Vgl. [o. V.]: Khomeini wünscht linientreue Studenten. In: SZ, 28.8.1982, [o. S.].
- 32 Vgl. Giehle: Garantierte Rückkehr an die iranische Front? In: Tageszeitung, 24.3.1986, [o. S.] u. [o. V.]: Studenten aus dem Iran: Schelte für Mainzer Universitätsleitung. In: Die Rheinpfalz, 25.3.1986, [o. S.].
- 33 [o. V.]: Bombenanschlag auf Mainzer Universität: Sprengsatz im Institut für Publizistik explodiert. In: AZ, 18.10.1986, [o. S.].
- 34 Schriftliche Erinnerung von Hans Mathias Kepplinger aus dem Jahr 2019.
- 35 Ebd.
- 36 Vgl. ebd. u. [o. V.]: Bombenanschlag auf Mainzer Universität: Sprengsatz im Institut für Publizistik explodiert. In: AZ, 18.10.1986, [o. S.].
- 37 Vgl. Becker: Noelle-Neumann. Siehe hierzu auch den Beitrag von Mathias Kepplinger in diesem Band.
- 38 Vgl. Plank: Wochenzeitung; Bogart: The Pollster u. Honan: U.S. Professor's Criticism of German Scholar's Work Stirs Controversy. In: NYT, 27.8.1997, [o. S.].
- 39 Vgl. u. a. Kolisang: Bildungstreik 2009 u. Westphal: Bologna.
- 40 Titz/Leffers: »Flugblatffäre«: Die entführte Schreibmaschine. In: SPON, 19.6.2009, URL: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/flugblatffae-re-die-entfuehrte-schreibmaschine-a-631437.html> (abgerufen am 26.9.2019) u. [o. V.]: Bildungstreik: Protestwelle rollt durchs Land. In: Rhein-Zeitung, 18.6.2009, [o. S.].
- 41 Vgl. dazu und zum Folgenden [o. V.]: Flugblatt schlägt Wellen im Landtag. In: Pfälzischer Merkur, 19.6.2009, [o. S.] u. Titz/Leffers: »Flugblatffäre«: Die entführte Schreibmaschine. In: SPON, 19.6.2009, URL: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/flugblatffae-re-die-entfuehrte-schreibmaschine-a-631437.html> (abgerufen am 26.9.2019).
- 42 Vgl. Waleczek: Ba-ba-Banküberfall. Ein Scheck über 33 Milliarden Euro. In: SPON, 18.6.2009, URL: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/ba-ba-bankueberfall-ein-scheck-ueber-33-milliarden-euro-a-631292.html> (abgerufen am 26.9.2019).
- 43 Schlegel: Mainzer Landtag streitet über Flugblatt. In: Der Tagesspiegel, 21.6.2009, [o. S.].
- 44 Titz/Leffers: »Flugblatffäre«: Die entführte Schreibmaschine. In: SPON, 19.6.2009, URL: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/flugblatffae-re-die-entfuehrte-schreibmaschine-a-631437.html> (abgerufen am 26.9.2019). Siehe dort auch zu den folgenden Zitaten.
- 45 [o. V.]: »RAF«-Flugblatt schlägt hohe Wellen. In: FR, 19.6.2019, [o. S.]. Dort findet sich auch das nachfolgende Zitat des *Titanic*-Chefredakteurs Leo Fischer.
- 46 Vgl. die Beiträge in Auge/Göllnitz: Überzeugungstäter.
- 47 Vgl. Weinbauer/Ellerbrock: Perspektiven, S. 12.
- 48 Füssel/Wagner: Studentenkulturen, S. 54.

»Die Gutenbergschande«

Eine Geschichte der JGU in Skandalen

Stefanie Martin

»Die Gutenbergschande. Seine Uni will 25000 Bücher vernichten«,¹ so titelte die *Bild-Zeitung* vom 17. Februar 2005. Zuvor hatten bereits die *Allgemeine Zeitung* und die *Rhein-Zeitung* über den (vermeintlichen) Skandal berichtet, es wurde von einem »Armutszeugnis«,² gar von einem *Akt der Barbarei*³ gesprochen. Was war passiert? Die Regale im Freihandbereich der Universitätsbibliothek (UB) drohten bis Ende 2005 überzulaufen. Um Platz zu schaffen, sollten daher 23.000 Bände, die in den letzten 15 Jahren nicht ausgeliehen worden waren, ausgesondert werden. Alle Versuche, Lagerflächen außerhalb der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zu beschaffen, waren gescheitert, so der damalige Direktor der UB, Andreas Anderhub. Was mit den Büchern geschehen sollte, lag laut Anderhub im Entscheidungsbereich der Universitätsleitung. Obwohl das Aussondern veralteter beziehungsweise nicht mehr relevanter Werke zum Bibliotheksalltag gehört, schlug der Vorfall große Wellen. Der damalige Dekan des Fachbereichs 16: Geschichtswissenschaft, Leonhard Schumacher, war so aufgebracht, dass er den Landtag informieren wollte.⁴ Der Journalist Frank Schmidt-Wyk sah in dem Vorgang einen Skandal, zeigte aber Verständnis, da ein Aus- oder Neubau der Bibliothek, die »aus allen Nähten platze«,⁵ notwendig sei und kritisierte die Finanzpolitik der Landesregierung. Die Skandalisierung führte schließlich dazu, dass die »Büchervernichtung«⁶ vom Senat der Universität gestoppt wurde.⁷

Anhand dieses Beispiels werden die zentralen Merkmale eines Skandals deutlich: Er zeichnet sich dadurch aus, dass durch die Aufdeckung eines von Menschen verursachten (vermeintlichen oder realen) Missstands, in diesem Fall das Aussondern von Bibliotheksbeständen, in der breiten Öffentlichkeit Empörung entsteht.⁸ Bei den skandalisierten Themen kann es sich um »Sach-, Personen- und Umweltschäden sowie Verletzungen von Normen und Werten aller Art«⁹ handeln, wobei sich letztere im Laufe der Zeit verändern, regional unterscheiden und durch einen Skandal in Frage gestellt werden können.¹⁰ Skandale geben somit Rückschlüsse auf bestehende Werte und Normen einer Gesellschaft, können unter anderem auch Systemprobleme enthüllen. Sich häufende Mängel an rheinland-pfälzischen Hochschulen können zum Beispiel ein Indikator für eine verfehlte Finanz- oder Wissenschaftspolitik sein. Ein weiteres zentrales Merkmal ist dabei, dass die Verursacher »tatsächlich oder vermeintlich aus eigennützigen Motiven«¹¹ handeln und sich auch anders hätten verhalten können. Da in modernen Gesellschaften Öffentlichkeit hauptsächlich durch die Massenmedien entsteht, spielen sie bei Skandalisierungen eine zentrale Rolle.¹² Nur durch eine »sehr intensiv[e] und weitgehend übereinstimmend[e]«¹³ Berichterstattung kann in der breiten Bevölkerung Empörung entstehen. In den Medien findet nicht zuletzt eine Einordnung des jeweiligen Vorfalls und die Diskussion bezüglich möglicher Konsequenzen für den Verursachenden statt.

Der Skandal ist als »gesellschaftliches Phänomen«¹⁴ zu begreifen, dessen Verlauf aufgrund seiner Komplexität, die sich aus den unterschiedlichen Akteur_innen, Gegenständen und Kommunikationsformen ergibt, kaum vorausgesagt werden kann. Gerade wegen dieser Komplexität bieten sich interdisziplinäre Untersuchungsansätze an.¹⁵ Universitätsskandale standen bisher jedoch nicht im Fokus der Wissenschaft.¹⁶ Der vor-

liegende Aufsatz liefert daher einen Beitrag zur Erschließung dieses Forschungsdesiderats, indem Skandale analysiert werden, die primär von Angehörigen der JGU verursacht wurden. Anhand von sechs Fallbeispielen wird danach gefragt, wie die Vorfälle in den Medien dargestellt wurden, wie die JGU mit ihnen umging und welchen Einfluss sie auf den Mainzer Universitätsalltag hatten. Bei den Fallbeispielen aus den Bereichen Umwelt, Medien, Sexualität, Politik und Sport handelt es sich um Missstände, Normverletzungen, aber auch Straftaten, die eine breite Berichterstattung auslösten. Aufgrund der zentralen Rolle der Medien bei Skandalisierungen dienten als Quellengrundlage neben Universitätspublikationen, wie den Studierendenzeitschriften *nobis* und *Unipress*, vor allem die Zeitungsausschnittsammlung des Universitätsarchivs Mainz.¹⁷

Auch wenn sich in der Datenbank des Universitätsarchivs nur wenige konkrete Hinweise auf Skandale an der JGU finden lassen,¹⁸ können sich in zunächst unscheinbaren Akten, beispielsweise zu Baumaßnahmen, gravierende, von Menschen verursachte Missstände mit unüberschaubarer Tragweite verbergen. So kam es bereits kurz nach der Gründung der JGU auf dem Mainzer Campus zu einem potenziellen Umweltskandal, dessen exakter Zeitpunkt und genaues Ausmaß bis heute unklar sind.

Am 30. Mai 1951 unterrichtete der Direktor des Max-Planck-Instituts (MPI) für Chemie, Fritz Straßmann,¹⁹ den Kurator der JGU, Fritz Eichholz,²⁰ dass er drei Wochen zuvor eine beunruhigende Entdeckung im Bau R, einem Schuppen, gemacht habe.²¹ Das MPI bewahrte in dem Gebäude, in dem auch der Botanische Garten unter anderem Arbeitsgeräte, Stroh und Heu lagerte, sein radioaktives Versuchsmaterial im Wert von 200.000 DM auf. Als Straßmann Anfang Mai den Schuppen betrat, fand er »die Kiste mit den Präparaten erbrochen und des Bleischutzes beraubt« und stufte den Raum daher als »stark verseucht«²² ein. Mithilfe eines Zählgeräts konnte das MPI die meisten Präparate wiederfinden. Dennoch fehlten schätzungsweise bis zu 100 Milligramm Radium, fünf Mesothorium-Präparate sowie ein 100 Kilogramm schwerer Schutzmantel aus Blei. Daraufhin informierte Straßmann neben dem Kurator auch die Polizei, die eine Suchaktion im gesamten Bundesgebiet anordnete.²³

Presse und Rundfunk berichteten ab Anfang Juni 1951 von dem Vorfall. In der Berichterstattung wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen, unter anderem: Warum wurden so wertvolle und gefährliche chemische Substanzen an einem so ungesicherten Ort aufbewahrt? Nach Straßmanns Angaben lagerte man das radioaktive Material außerhalb der eigenen Institutsräumlichkeiten, da diese sonst nach kurzer Zeit nicht mehr nutzbar seien.²⁴ Weiterhin wurde der späte Zeitpunkt der Meldung kritisch hinterfragt. Die *Allgemeine Zeitung* druckte diesbezüglich eine Stellungnahme Straßmanns am 12. Juni ab, in der er erklärte, dass zunächst eine gründliche Prüfung notwendig gewesen sei. Diese gestaltete sich jedoch als langwierig, da die Glasröhrchen, in denen die Präparate aufbewahrt worden waren, zum Teil zerstört beziehungsweise deren Beschriftungen entfernt worden waren. Das MPI hatte anfänglich die Hoffnung, das Radium wieder vollständig auffinden zu können und wollte »eine verfrühte und alarmierende Meldung«, die »eine große Beunruhigung bei der Bevölkerung«²⁵ auslösen würde, vermeiden. Aber nicht nur der Zeitpunkt der Meldung allein warf Fragen auf: Es ist bis heute unklar, wann der Diebstahl überhaupt stattgefunden hat, da nach Angaben Straßmanns seine Mitarbeiter seit Ende 1950 den Schuppen nicht mehr betreten hatten.²⁶ Darüber hinaus ist den Akten des Universitätsarchivs nicht zu entnehmen, was mit den fehlenden Präparaten letztlich passiert ist.

Als wahrscheinlichstes Motiv für den Vorfall galt ein einfacher Metalldiebstahl, da ein Großteil des im Vergleich zum abhandengekommenen Bleis weit wertvolleren Radiums zurückgelassen worden war.²⁷ Hierfür spricht auch der Artikel *Mainzer Radiumdiebstahl vor der Aufklärung* vom Januar 1952. Darin wird über die Ermittlungen gegen eine »neunköpfige Altmetalldiebesbande«²⁸ berichtet, die in Mainz und zahlreichen

»Der Radium-Tod geht um«: Diebstahl mit letalen Folgen?

SAMSTAG, 9. JUNI 1951

WIESBADENER KURIER

Ziemlich verworrene Lage in Mainz

100 Milligramm Radium werden gesucht

Ob sie gestohlen sind, wird bezweifelt – weg sind sie auf alle Fälle

Ein Bleiblock von einem Zentner Gewicht, der zur Aufbewahrung von Radium diente (oder noch dient), sei dem Mainzer Max-Planck-Institut abhanden gekommen, wußten wir am 1. Juni zu vermelden. Da Radium lebensgefährliche Strahlen aussendet, warnte die Polizei alle Altmittelhändler...

Nun ist Radium ein recht wertvoller Stoff, den man seiner außerordentlich geringen Häufigkeit wegen nach Milligrammen mißt. Deshalb und der Gefährlichkeit des Elementes halber sollte man annehmen, daß es an sicherem Ort wohlverwahrt ist. Wie konnten da Diebe herankommen? Und wieso ließ man runde drei Wochen verstreichen, ehe man die Öffentlichkeit von dem Vorkommnis unterrichtete? Unser Mainzer la-Berichterstätter ging der Sache einmal nach. Hier sein Bericht:

MAINZ, im Juni. Bis zur Stunde wissen die Polizeidirektion Mainz wie die Direktion des radiochemischen Instituts der Max-Planck-Gesellschaft noch nicht, ob bei dem Diebstahl vom 11. Mai überhaupt Radium gestohlen wurde. Professor Dr. Fritz Straßmann, Direktor des radiochemischen Instituts, erklärte: „Ich bezweifle, daß die fehlenden 80 bis 100 Milligramm Radiumsubstanz gestohlen wurden.“ Nur daß sie nicht mehr da sind, steht einwandfrei fest. Auch die 100 Kilogramm Blei in Form von halben Ziegelsteinen, die die „Arbeitsseite“ der Aufbewahrungskiste vor Gammastrahlen schützen, werden vermißt.

Gerümpel, Stroh und Radium

Interessanterweise ließ sich noch nicht feststellen, was an der Diebstahl eigentlich ausgeführt wurde. Die erbrochene Kiste wurde mit mehreren anderen, in denen sich ebenfalls Radium und radiumähnliche Präparate befinden, in einem Schuppen aufbewahrt, der von der Botanik der Universität Mainz und dem radiochemischen Institut (also zwei verschiedenen Institutionen) gemeinsam benutzt wird. Dieses Schuppen lag im übrigen mit allen Öfen, Herden, Ofenschroten, Möbeln, Stroh und Heu voll. Er wurde beinahe täglich von Bediensteten der Universität betreten, die Stroh und Heu zum Füttern der Tiere der Biologie herausholten. Die Holztiere des Schuppens sind mit einem einfachen Vorhängeschloß* etwas primitiv gesichert, die sechs Fenster provisorisch mit Holzlaten verriegelt.

Angehörige des radiochemischen Instituts dagegen hatten den Schuppen von Dezember 1950 bis zum Tag der Entdeckung des Diebstahls nicht betreten. Damals wurde festgestellt, daß die später erbrochene Kiste umgeworfen worden und an den verpackten Radiumpräparaten geringfügiger Schaden entstanden war. Erst auf diesen Verfall hin erhielt das radiochemische Institut von der Universität einen Schlüssel zum Schuppen.

Wem gehören Grund und Boden?

Bemerkenswert erscheint ferner, daß das radiochemische Institut infolge ungeklärter Rechtsverhältnisse mit der Gutenberg-Universität die verhängnisvolle Lagerungsmöglichkeit benutzte. (Ein Gramm Radium kostet zur Zeit etwa 100 000 bis 200 000 DM). Der Max-Planck-Gesellschaft war es nach drei Jahren noch nicht möglich, zu einem Geländevertrag zu kommen, nachdem bis heute noch ungeklärt ist, wer Besitzer des Grund und Bodens ist, auf dem sich Universität und Institut befinden.

All diese Dinge spielen mehr oder weniger mit. Das wesentlichste Moment ist jedoch die Eigenart des Instituts, in der zugleich die Erklärung dafür liegt, daß der Diebstahl nicht unmittelbar nach seiner Ausführung entdeckt und mit der Anzeige noch drei Wochen gestört wurde: Unter Professor Hahn war es seinerzeit möglich, das radiochemische Institut über 33 Jahre als einziges in der Welt in ein und demselben Gebäude in Berlin-Dahlem zu erhalten, während im allgemeinen derartige Institute nach drei bis fünf Jahren unbrauchbar wurden. Man führt dies unter anderem darauf zurück, daß die Aufbewahrungsräume von den Laboratorien streng isoliert wurden. Nach diesem Prinzip sollte auch in Mainz verfahren werden, was daran scheiterte, daß eben kein geeignetes Gebäude zur Verfügung stand. Am Rande ergibt sich daraus, daß es dem Institut bisher unmöglich war, die wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen. Zur Sache

selbst erklärt sich, warum der Aufbewahrungsräum abseits des eigentlichen Instituts liegt.

... mit gewöhnlich tödlichem Ausgang

Nachdem nun der Einbruch und die geleerte Kiste entdeckt waren, mußte (nach Ansicht von Professor Straßmann) zuerst einmal festgestellt werden, ob dabei überhaupt Radium entwendet wurde. An den verschwandenen Bleiplatten hatte das Institut nur insofern Interesse, als sie zur Isolation dienten. Normalerweise sind sie radiumaktiv. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß ein Teil der Platten beim Abmontieren radiumaktiv wurde, da dabei einige der kleinen Radiumglasbehälter entzweigegangen waren. Somit besteht nun die Gefahr, daß Menschen, die mit den Bleiplatten in Berührung kommen, mit winzigen Radiummengen aneinandergeraten, die, wenn sie sich im Körper ablagern, zu Anämie oder Knochenfraß mit gewöhnlich tödlichem Ausgang führen.

Erst nachdem das Fehlen von 80 bis 100 Milligramm Radium und fünf Röhren Mesothorium (ein radiumähnliches Präparat) im Gesamtwert von 18 000 bis 20 000 D-Mark sinwandfrei festgestellt wurde, verständigte man die Polizei, die sofort im

gesamten Bundesgebiet eine Suchaktion einleitete. Bis heute ist weder eine Spur der Bleiplatten noch des Radiums gefunden worden.

Sagenhafter Intelligenzler

Über den Zweck des Einbruchs bestehen nun zwei Versionen. Nach der von Professor Straßmann, der auch die Polizei zuneigt, war es ein alltäglicher Altmittel-dieb, der es lediglich auf die Bleiplatten abgesehen hatte. Der Verlust des Radiums wird von den Anhängern dieser Theorie damit erklärt, daß der Einbrecher die kleinen Glasbehälter in das daneben lagernde Stroh warf. Dieses müßte dann mit dem Radium über die Biologie-Abteilung der Universität auf die Abfallplätze gewandert sein. Eine Suchaktion mit Geiger-Geräten auf dem Universitätsgelände blieb freilich erfolglos.

Die andere Version munkelt von einem „Intelligenzverbrecher“. Der hätte es nur auf Radium abgesehen und zur Ablenkung einen Altmittel-diebstahl vorgetauscht. Um sicherzugehen, wurde die völlige Räumung des gesamten Tatschuppens angeordnet. Vielleicht, so hofft man, finden sich in einem verborgenen Winkel sogar die überflüssigen Bleiplatten. Dann war es bestimmt der sagenhafte Intelligenzler.



Der Radium- und Gerümpelschuppen. Eine Innenaufnahme wurde dem Fotografen nicht erlaubt. Der Pfeil bezeichnet die Stelle, an der etwa die erbrochene Kiste stand. **Bd: KRAUSE**

anderen Städten Einbrüche verübt hatte. Aus den Unterlagen des Universitätsarchivs geht dennoch nicht hervor, ob der Fall tatsächlich jemals aufgeklärt wurde. Dementsprechend können die Folgen des Diebstahls nicht eingeschätzt werden, da unklar ist, wer mit dem radioaktiven Material letztlich in Berührung gekommen ist. Der Artikel *Der Radium-Tod geht um* schätzte die möglichen Auswirkungen drastisch ein: »Und so wartet der Radium-Tod von Mainz wahrscheinlich im Stillen auf seine Opfer.«²⁹

Auch wenn der dargestellte Missstand durch eine Straftat, die einen erheblichen Sachschaden verursachte, aufgedeckt wurde, gerieten in den Medien nicht die Radium- beziehungsweise Metalldiebe in die Kritik. Ein möglicher Grund hierfür waren die prekären Lebensumstände der Nachkriegszeit. Der Fokus der Journalisten lag neben dem Max-Planck-Institut auch auf der JGU. Als eine der Ursachen des Diebstahls wurde der »jahrelange Kompetenzkampf«³⁰ zwischen MPI und JGU um die Eigentumsrechte auf dem Mainzer Campus genannt, der sich auch in der entsprechenden Akte des Universitätsarchivs widerspiegelt. Der Kurator sah sich aufgrund der Berichterstattung veranlasst, sich klar vom MPI zu distanzieren, und veröffentlichte Mitte Juni eine Pressemitteilung, die mit dem Kultusministerium zuvor abgestimmt worden war. Darin hieß es: »Das Max-Planck-Institut für Chemie gehört nicht zur Universität Mainz, sondern ist Mitglied der Max Planck-Gesellschaft. Es ist nur auf dem Universitätsgelände untergebracht. [...] Von der Lagerung von Radium im Schuppen Bau »R« des Universitätsgeländes war der Universitätsverwaltung nichts bekannt.«³¹

Auch wenn in den ausgewerteten Zeitungsartikeln der Begriff »Skandal« nicht vorkommt, sind zumindest in Bezug auf den Missstand die notwendigen Kriterien erfüllt, da er durch Menschen verursacht worden war. Zwar war die Raumsituation gerade in der Anfangszeit der Universität angespannt,³² dennoch war es fahrlässig, radioaktives Material unbewacht und in nicht adäquater Weise auf dem Campus zu lagern, insbesondere weil bereits im Vorfeld Einbruchversuche befürchtet worden waren.³³ Der Vorfall ist nichtsdestoweniger als gescheiterter Skandal einzustufen. Trotz der bundesweiten polizeilichen Suchaktion und der drastisch beschriebenen möglichen Auswirkungen blieb eine große Entrüstung in der breiten Öffentlichkeit aus. Die ausbleibende Empörung ist ein Indiz dafür, dass umweltbezogene Themen Anfang der 1950er-Jahre in der Gesellschaft noch keine große Rolle spielten. Rund 15 Jahre später sah das bei der geplanten Atommüllagerung in der Festung Ehrenbreitstein, die aufgrund des Protests der Koblenzer Bevölkerung von Ministerpräsident Peter Altmeier gestoppt wurde, anders aus. Über diese »Affäre«³⁴ berichtete damals das Regionalfernsehen in der *Abendschau* des SWF vom 2. Februar 1965, die es zum Zeitpunkt des Mainzer Radiumdiebstahls noch nicht gegeben hatte.

Die Medien der JGU sind ein Indikator dafür, was ihre Angehörigen bewegt, mit welchen Missständen sie sich konfrontiert sahen und sehen, was sie als skandalös empfanden und empfinden. Besonders kritisch äußerten sich dabei immer wieder studentische Publikationen, so auch die Studierendenzeitung *nobis*, die unter verschiedenen Namen im Auftrag des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) von 1947 bis 1969 erschien.³⁵

Die »älteste westdeutsche Studentenzeitung«³⁶ wurde vom Universitätsarchiv vollständig digitalisiert, was die Auswertung nach einschlägigen Schlagworten ermöglicht.³⁷ Gerade in der Anfangszeit wurde von Missständen an der JGU berichtet. Im Wintersemester 1952/53 wurden zum Beispiel als Gründe für den Rückgang der Studierendenzahlen in Mainz neben der fehlenden Tradition der neugegründeten Hochschule, »die beklagenswerte Situation in der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät, die »[m]angelhafte[n] Bibliotheksverhältnisse und sehr hohe[n] Gebühren«³⁸ genannt. Zwar wurde bereits im Sommersemester 1952 in der *nobis* dazu aufgerufen, »die dem heutigen Charakter der Hochschule anhaftenden Mängel [...]

Ein »Hauch von Anarchismus«: Die skandalumwobene Studierendenzeitschrift *nobis*



Die Titelseite der *nobis*-Ausgabe Nr. 152 vom Dezember 1968.

in Angriff zu nehmen«. ³⁹ Die Missstände entwickelten sich jedoch nicht zu Skandalen, was vermutlich an der allgemein prekären Situation der Nachkriegszeit lag.

Die Studierendenzeitschrift sorgte aber auch selbst für Aufregung. Anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens verortete Jochen Petersen die Entwicklung der *nobis* »zwischen Konkursen, Verboten, Meinungsverschiedenheiten, Prozessen und Skandalen«. ⁴⁰ Die Zeitschrift reizte des Öfteren die Presse-, Kunst- und Meinungsfreiheit aus und stellte gesellschaftliche Normen in Frage. Besonders ihre zum Teil freizügigen Artikel und Abbildungen sorgten dabei für Diskussionsstoff und wurden als einer der Gründe für ihre Einstellung 1969 genannt, wie die Beiträge von Christian George und Michael Kißener in diesem Band zeigen. *nobis*-Beiträge hatten zudem nicht nur einmal ein juristisches Nachspiel. So wurde ihr Mitarbeiter Jörg Bilke aufgrund seiner DDR-kritischen Artikel im September 1961 auf der Leipziger Buchmesse verhaftet und zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus in der DDR verurteilt. Bevor er 1964 von der Bundesrepublik freigekauft wurde, berichtete er regelmäßig in der *nobis* von seiner Haft. ⁴¹

Auch abseits des Redaktionsalltags sorgte die Zeitschrift mehrmals für Eklats, als deren »Höhepunkt« der *nobis*-Presseball 1969, der einen »Hauch von Anarchismus« ⁴² versprühte, angesehen werden kann. Bei der Fastnachtsveranstaltung, die unter dem Motto *von sechs bis sechs* am 11. Januar stattfand, soll es zum »heftige[n] Liebesspiel« ⁴³ gekommen sein.

Gerüchte diesbezüglich erreichten nicht nur Rektor Manfred Mezger, sondern auch Kultusminister Bernhard Vogel. Beide veröffentlichten Ende Januar Pressemitteilungen, Vogel befürchtete, dass die »Vorgänge« während des Balls »das Ansehen der Johannes Gutenberg-Universität in der Öffentlichkeit schwer [...] schädi-

gen«⁴⁴ könnten. Der Minister bat daher am 23. Januar den Rektor um eine Darstellung des Sachverhalts und fragte, ob »ggf. die gebotenen Maßnahmen ergriffen«⁴⁵ worden seien. Neben Universitätsrichter Hans Trappe ermittelte auch die Kriminalpolizei. Anlässlich einer kleinen Anfrage der NPD-Fraktion wurde der Presseball außerdem im Landtag diskutiert.⁴⁶ Auch die Presse zeigte großes Interesse an der Fastnachtsveranstaltung. Die *Rhein-Zeitung* fragte beispielsweise am 29. Januar: *Wird der Nobis-Ball zu einer »Affäre«?*⁴⁷ Während die Ermittlungen Trappes und der Polizei mangels Augenzeugenberichten im Sande verliefen,⁴⁸ waren die Studierenden gegenüber dem Journalisten Wolfgang Röhl weit gesprächiger. Röhl's ausführlicher Bericht *Ein Hauch von Orgie* erschien am 10. Februar in der Zeitschrift *konkret*. Laut *nobis* berichteten neben mehreren Lokalzeitungen auch die *Bild-Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sowie die *Frankfurter Rundschau*. Die Redaktion kritisierte die »moralische Entrüstung« der »konservative[n] bis reaktionäre[n] Presse«, da »die fraglichen Vorfälle auf dem nobisball in dieser oder anderen Form auf Karnevalsitzungen und Faschingsfesten schon beinahe üblich«⁴⁹ seien. Die Ereignisse hatten dennoch weitreichende Folgen für die Fastnachtskultur der JGU: Mezger verbot für die Zukunft nachdrücklich Tanzveranstaltungen während der fünften Jahreszeit auf dem Universitätsgelände.⁵⁰ Die Entscheidung des Rektors hatte wiederum auch gravierende Auswirkungen auf den Haushalt des Studentenwerks, da es einen Einnahmenverlust von 30.000 DM befürchtete. Mezger bat daher den Kultusminister um einen finanziellen Ausgleich, was Vogel »wohlwollend prüfen«⁵¹ wollte.

Unabhängig davon wäre der *nobis*-Presseball 1969 sowieso der letzte gewesen. Nachdem das gemäßigte Lager die Wahlen zum Studentenparlament gewonnen hatte, kündigte der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am 24. Januar der *nobis*-Redaktion. Als einer der Gründe wurden Inhalt und Gestaltung der *nobis*-Ausgabe Nummer 152 genannt,⁵² wovon Chefredakteur Volkhart Vincentz aus der Presse erfahren haben soll.⁵³

Nach zweijähriger Pause gab der AStA ab 1971 mit der *Unipress* erneut eine Studierendenzzeitung heraus,⁵⁴ die ebenfalls über Skandale berichtete. In den 1970er-Jahren war unter anderem insbesondere der Numerus clausus (NC), der ein »Riesenskandal«⁵⁵ sei, Gegenstand zahlreicher Ausgaben. Die zunehmenden Zulassungsbeschränkungen von Studiengängen spielten sich nach Einschätzungen des AStA-Hochschulreferenten Rainer Christ »auf dem Hintergrund, sowieso schon skandalöser Zustände für den Bereich der beruflichen Bildung«⁵⁶ ab. Das war aber nicht der Grund dafür, warum NC-Fächer an der JGU für einen bundesweiten Skandal sorgten, wie im Folgenden gezeigt wird.

Eine kurze Pressemitteilung der Mainzer Oberstaatsanwaltschaft vom 13. Juli 1981 sollte die JGU über Jahre hinweg beschäftigen: Alfred J., einem mittlerweile ehemaligen Mitarbeiter des Studentensekretariats, wurde vorgeworfen, Zulassungen für Numerus clausus-Studiengänge unrechtmäßig vergeben zu haben. Der Beschuldigte soll die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) in Dortmund umgangen haben, indem er freigebliebene Studienplätze nicht zurückgemeldet habe.⁵⁷

Anfang Mai hatte die Universität selbst interne Ermittlungen eingeleitet und den Sachbearbeiter angezeigt, nachdem einer Kollegin Unstimmigkeiten bei der Vergabe eines Studienplatzes aufgefallen waren. Bereits einen Tag später befürchtete der damalige Leiter des Studentensekretariats, Wolfgang Krichbaum, einen »Skandal in der Öffentlichkeit«. Er hielt es daher für »besser für die Universität, wenn sie nachweisen kann, alles Erforderliche getan zu haben«.⁵⁸ Als notwendig erachtete er die Strafanzeige gegen seinen Mitarbeiter, die Widerrufung der Einschreibungen, die Zulassung der Studierenden, denen die Plätze eigentlich zugestanden hätten, sowie die Überprüfung des Vergabeverfahrens von früheren Semestern. Im Laufe des Sommersemesters wurden daraufhin 29 Studierende exmatrikuliert.

Das etwas andere »Mainzer Modell«: Illegal zum Medizinstudium

Krichbaum sollte recht behalten. Nach Bekanntwerden der staatsanwaltlichen Ermittlungen entwickelte sich ein in der Geschichte der JGU außergewöhnlicher Skandal. In den Beständen des Universitätsarchivs finden sich hierzu allein 54 Zeitungsartikel.⁵⁹ Auch wenn nach Einschätzung des Journalisten Einar Darré die JGU bisher »zu den ausgesprochen ›braven‹ Hochschulen in der Bundesrepublik« gehört und »kaum jemals über die engeren Grenzen ihres Einzugsgebietes hinaus größer von sich reden«⁶⁰ gemacht habe, sorgte sie nun bundesweit für Schlagzeilen. Bereits am zweiten Tag der Berichterstattung sprach man in den Medien von einem Skandal.⁶¹ Die Skandalisierung wurde nicht zuletzt durch den *Spiegel* – einem der zentralen Skandalisierungsmedien der Bundesrepublik⁶² – Mitte Juli 1981 forciert. Dort hieß es im Artikel *Bakschisch gegen Numerus clausus*, dass die Staatsanwälte »einem massiven Schwindel auf der Spur« seien. Bei dem etwas anderen »Mainzer Modell« seien in bis zu 700 Fällen gegen eine »sechsstellige Bestechungssumme«⁶³ Studienplätze vergeben worden.

Erste Einordnungen bezüglich der Auswirkungen des »Mainzer Studienplatzskandals« wurden bereits laut: Der AStA verurteilte »auf das Schärfste den Handel mit Studienplätzen« und bedauerte, »daß durch solche Vorfälle die Hochschulen an sich ins Zwielflicht geraten«. Der Fall habe jedoch deutlich gemacht, »daß die freie Marktwirtschaft längst in den Hochschulen fröhlich Urständ feiert«. ⁶⁴ Daher forderte der AStA unter anderem, Engpässe bei NC-Studienfächern abzubauen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Werner Klein war »der festen Überzeugung, daß diese Vorgänge das Ansehen der Johannes-Gutenberg-Universität [sic!] stark geschädigt haben« und forderte daher »eine rückhaltlose Aufklärung«. ⁶⁵

Als am 13. Juli die ersten Berichte erschienen, liefen »die Telefondrähte zwischen Universität und Mainzer Kultusministerium sowie der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) heiß«. ⁶⁶ Die Presseargumentation der JGU und des Ministeriums betonte, dass die Hochschule selbst auf die Vorfälle aufmerksam geworden sei und man die notwendigen Schritte eingeleitet habe. ⁶⁷ Präsident Manfred Harder sah sich dennoch zu einer Gegendarstellung im *Spiegel* veranlasst. Er verwies darauf, dass bisher nur in 37 Fällen ermittelt werde und dass das Motiv noch ungeklärt sei. Anschließend drückte er seinen Unmut über die Berichterstattung aus: »Als Leser Ihres Nachrichtenmagazins danke ich für den Anschauungsunterricht über die Umwandlung von Spekulationen in Informationen [...]. Für die Ausbildung unserer Journalistik-Studenten wird sich dieser Beitrag vortrefflich eignen.« ⁶⁸

Der Präsident erklärte in seiner Pressemitteilung am 13. Juli zudem, dass es sich »um das Fehlverhalten einer einzelnen Person«⁶⁹ handle und dass keine weiteren Mitarbeitenden der Universität darin verwickelt seien. Als Informationen zur kriminellen Vergangenheit des nach Einschätzungen des zuständigen Staatssekretärs im Kultusministerium »psychopatischen Hochstapler[s]«⁷⁰ bekannt wurden, schienen sich die Einschätzungen Harders zu bestätigen. Trotz einer Vorstrafe hatte die JGU den Beschuldigten »unter dem Aspekt der Resozialisierung«⁷¹ eingestellt. Im Zuge der Ermittlungen kam zudem heraus, dass er unter anderem das Abiturzeugnis, mit dem er sich auf die Inspektorenstelle an der JGU beworben hatte, gefälscht hatte. Einar Darré konstatierte daher in der *Allgemeinen Zeitung* bereits eine Woche nach Bekanntwerden des Vorfalls, dass »[d]ie moralische Verurteilung [...] in der Öffentlichkeit bereits stattgefunden«⁷² habe, bevor die Staatsanwaltschaft überhaupt Anklage erhoben hatte.

Dies erfolgte am 7. August, woraufhin die Berichterstattung sich erneut intensivierte. Dem ehemaligen Mitarbeiter des Studentensekretariats wurde in 38 Fällen die gesetzeswidrige Vergabe von Studienplätzen in den Studiengängen Medizin, Zahnmedizin, Rechtswissenschaften, Biologie, Psychologie und Pharmazie im Zeitraum von 1979 bis 1981 vorgeworfen.⁷³ In der Zwischenzeit war der Beschuldigte »geständig und überführt, in mehreren Einzelfällen für die Beschaffung der vorbezeichneten Studienplätze Sachzuwendungen und nicht unerhebliche Geldbeträge gefordert und auch erhalten zu haben«. ⁷⁴ Insgesamt warf die Anklageschrift ihm Urkundenfälschung, Falschbeurkundung im Amt, Bestechlichkeit und Bestechung vor.

Uni-Skandal ist nur noch halb so wild

Der Wirbel um die illegale Studienplatzvergabe in Mainz ist abgeflaut

72 18./19.7.81
Die durch den Skandal um wenigstens 37 illegale Studienplatzvergaben jäh aus ihrer sommerlichen Semesterferienruhe gerissene Verwaltung der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität hat inzwischen wieder normalen Tritt gefaßt. Alle per Einschreiben verschickten Exmatrikulationen haben ihre Empfänger erreicht. Wohl mit Ingrimm im Herzen, aber doch ohne Widerspruch wurde die annullierte Einschreibung von der Mehrzahl dieser „Studenten“ hingenommen. Einige wenige der Betroffenen haben gegen diesen Bescheid jedoch Einspruch erhoben und mittlerweile Klage eingereicht.

Wie konnte es zu diesem Eklat kommen? Den Anlaß hierfür hatte — wir berichteten darüber — ein Sachbearbeiter im Studentensekretariat gegeben, der Studienplätze, vor allem in harten Numerus-clausus-Fächern, wie Medizin und Zahnmedizin, Abiturienten zuschob, die im Notendurchschnitt unter der Zulassungsgrenze lagen. Die Mainzer Staatsanwaltschaft hat den Mann in Untersuchungshaft genommen und ermittelt gegen ihn wegen Falschbeurkundung und Bestechlichkeit im Amt. Er bestreitet, für die Vermittlung der Studienplätze Geld genommen zu haben.

Das von der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) in Dortmund praktizierte Zulassungsverfahren ist nach Aussage von Sachkennern „absolut wasserdicht“. Wer das System sich allerdings mit betrügerischen Absichten genau vornimmt, findet in der Tat Lücken wie eben der Sachbearbeiter in Mainz. Eingeweichte sprechen von mehreren Möglichkeiten, die Numerus-clausus-Notenhürde durch Betrug zu umschiffen.

Der Beamte im Studentensekretariat hatte sich der simpelsten Methode über das Nachmeldeverfahren bedient und diejenigen Studienplätze, die von der ZVS nach Mainz vergeben, aber von Studenten nicht belegt worden waren, nicht wieder nach Dortmund als unbesetzt zurückgemeldet. Nimmt einer der Kandidaten

nämlich nicht an, erhält durch Nachrückken jener Bewerber den freien Platz von der ZVS zugesprochen, der nach Leistung oder Wartezeit als nächster an der Reihe ist. Auf diesen freien Platz aber mogelte der Uni-Beamte jeweils einen Anwärter seiner eigenen Liste.

Die Exmatrikulation bedeutet für die Studenten nun nicht etwa, daß sie vom weiteren Studium ein für allemal ausgeschlossen bleiben, ihre Berufs- und Zukunftsplanung völlig neu in die Hand nehmen müßten. In einigen der 37 Fälle hatte die Uni die durch den Sekretariats-Beamten manipulierten Immatrikulationen von sich aus wegen der hohen Semesterzahl jener Studenten nachträglich für ordnungsgemäß erklärt. Die anderen Betroffenen, wenn sie nicht gerade im ersten Semester waren, können sich sogleich für das am 1. Oktober beginnende Wintersemester für ihr jeweiliges Anschlußsemester neu einschreiben, da sie durchweg eine ausreichende Anwartsfrist vorzuweisen haben. Die in den bisherigen Semestern erbrachten Leistungen und erworbenen Scheine verlieren mit der Exmatrikulation nicht ihre Gültigkeit. Und zum Zustandekommen ihrer Immatrikulation werden sie sagen, nach dem Grundsatz von Treu und Glauben mit dem Sachbearbeiter zu tun gehabt zu haben.

Der „Mainzer Studienplatzskandal“ läßt inzwischen also nicht mehr die anfänglich spektakulären Dimensionen erkennen. Einen Anspruch auf Entschädigung hätten lediglich diejenigen Personen, die durch die Unregelmäßigkeiten des Beamten um einen Studienplatz geprellt worden sind. Dieser Nachweis wird wohl kaum von jemandem schlüssig erbracht werden können.

Was bleibt, sind die Manipulationen eines ehemaligen Sachbearbeiters der Universität. Die rechtliche Beurteilung seines Handelns hat jetzt die Staatsanwaltschaft vorzunehmen. Die moralische Verurteilung hat in der Öffentlichkeit bereits stattgefunden. EINAR DARRÉ

Zeitungsartikel zum
»Studienplatzskandal«
aus der Allgemeinen Zeitung vom 18./19.7.1981,
[o. S.].

Die Skandalisierung wurde unter anderem dadurch begünstigt, dass der Angeklagte die Universitäten in Heidelberg und Münster beschuldigte, ebenfalls Studienplätze gegen Geld vergeben zu haben.⁷⁵ Auch wenn die Vorwürfe im Laufe der Ermittlungen nicht bestätigt werden konnten, stieg daraufhin das mediale Interesse weiter an. Neben zahlreichen Printmedien berichtete nun auch das Fernsehen über den Fall: Am 7. August 1981 wurde der Leitende Oberstaatsanwalt Hempler in der *Tagesschau* zu den Vorfällen interviewt.⁷⁶

Rund ein Jahr später war das Interesse der Medien an dem Gerichtsprozess erneut groß. Alfred J. gab als Motiv seines Handelns »Ungerechtigkeiten« bei der Studienplatzvergabe an, wobei »er sich ein wenig wie ein moderner »Hauptmann von Köpenick« gefühlt«⁷⁷ habe. Der Vorsitzende Richter Horst Wieland stellte die Aussage jedoch in Frage, da sich unter den Eltern der von ihm bevorteilten Studierenden unter anderem auch ein »Gerichtspräsident, Bergwerksdirektor und Präsident der Zahnärztekammer«⁷⁸ befunden hätten.

Neben dem Anklagepunkt der Urkundenfälschung konnten dem Angeklagten am Ende »sieben Fälle von Bestechlichkeit, wo er in fast ›klassischer Bakschich-Manier‹, so der Staatsanwalt, »Studienplätze für Geld, Naturalien oder einen flüchtigen Hauch von Sex vergeben hatte«, nachgewiesen werden. Alfred J. wurde zu einer Freiheitsstrafe von 33 Monaten verurteilt, die auf Bewährung ausgesetzt wurde, da er sich bereits seit Juli 1981 in Untersuchungshaft befand.⁷⁹

Für die Universität war der Fall mit Prozessende jedoch noch nicht abgeschlossen. Bis mindestens 1984 liefen Gerichtsverfahren, bei denen die (zunächst) exmatrikulierten Studierenden versuchten, sich wieder einzuklagen. Die eigentlichen Opfer des Skandals, die Studienanwärter_innen, denen ein Studienplatz eigentlich zugestanden hatte, wurden nie entschädigt, obwohl die JGU dies als Teil der Schadensbegrenzung in Aussicht gestellt hatte.

»Die Fassade zerbröckelt«: Mainzer Professoren auf Abwegen

Das Heidelberger Manifest

Für das Skandalpotenzial ist nicht zuletzt auch »der öffentliche Status einer Person ausschlaggebend«,⁸⁰ was anhand der zwei folgenden Fallbeispiele veranschaulicht wird, bei denen Professoren der JGU abseits des wissenschaftlichen

Alltags mediales Aufsehen erregten.

Wenige Monate nach Bekanntwerden des Studienplatzskandals sorgten Angehörige der JGU im Januar 1982 erneut für Schlagzeilen. Im *Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981* beobachteten 15 Professoren »mit großer Sorge [...] die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums«,⁸¹ wobei es ihnen vor allem um den Zuzug von türkischen Staatsangehörigen ging.

Initiatoren waren der Astronom Theodor Schmidt-Kaler (Bochum) sowie der Mineraloge Helmut Schröcke (München). Auch die Unterschriften der Mainzer Professoren Peter Manns (Kirchengeschichte), Ferdinand Siebert (Mittlere und Neuere Geschichte) und Kurt Schürmann (Neurochirurgie) finden sich unter dem Dokument.⁸² Zwar war das Manifest bereits im November 1981 in der rechtsextremen *Deutschen Wochenzeitung* publiziert worden, geriet aber erst im Januar 1982 an die breite Öffentlichkeit, als Bonner Studierende es – so die Überlieferung in den Medien – in einer Telefonzelle fanden. Es handelte sich hierbei vermutlich um eine erste Fassung, die im Herbst 1981 in deutschen Universitätsstädten verteilt worden war und dazu aufrief, »dem zu schaffenden Bund«⁸³ beizutreten.

Anhand dieses Fallbeispiels wird deutlich, dass Skandale dynamische Prozesse sind, bei denen die verschiedenen Akteure auf die Handlungen der anderen reagieren.⁸⁴ Immer wieder nahmen die involvierten Akteure aufeinander Bezug, Handlungen einer Partei lösten Handlungen einer anderen aus. Das mediale Interesse war groß.⁸⁵ Präsident Harder distanzierte sich am 26. Januar in einer Stellungnahme, in der er befürchtete, dass »in der Öffentlichkeit der fatale Eindruck entstehe, an der Mainzer Alma mater gebe es Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit. Ich kann nur hoffen, daß das Bild von Deutschland [sic!] und den Deutschen durch die Unterzeichner des ›Heidelberger Manifests‹ nicht entstellt wird.«⁸⁶ Auch der ehemalige Präsident und Schweizer Staatsrechtler Peter Schneider schaltete sich am 30. Januar in die Debatte ein und stellte in der *Allgemeinen Zeitung* fest, dass das Pamphlet »Unsinniges und manifest Unrichtiges« enthalte. Er hielt es für »erschreckend«, dass das Dokument von »Professoren unterzeichnet wird, weil der Titel Professor Wissenschaftlichkeit ausweist«. Durch die »professoralen Unterzeichner werde »[i]atente und offene Ausländerfeindlichkeit [...] respektabel gemacht.«⁸⁷ Anschließend setzte sich Schneider kritisch mit den Thesen des Manifests auseinander und entkräftete sie. Schneiders Artikel erwiderte der Mainzer Mitunterzeichner Siebert mit einer Stellungnahme in der *Allgemeinen Zeitung* vom 5. Februar.⁸⁸ Das Dokument sorgte an der

JGU generell für Empörung: Der RCDS zeigte sich in einem Flugblatt entsetzt und forderte: »Wehret den Anfängen!«⁸⁹ Die *Unipress* bezeichnete das Manifest als »Skandal«⁹⁰ und brachte hierzu am 15. April eine Sonderausgabe heraus. Die Meinung der breiten Mainzer Öffentlichkeit war weit weniger einheitlich, wie fast 20 Leserbriefe im Bestand des Universitätsarchivs bezeugen. Während sich in einem dieser Briefe acht Mainzer Wissenschaftler bestürzt zeigten, dass die *Allgemeine Zeitung* dem *Heidelberger Manifest* so viel Raum geboten hatte, »ohne dieses unwissenschaftliche und für die demokratische Entwicklung unseres Landes gefährliche Pamphlet entsprechend zu verurteilen«,⁹¹ fand ein anderer Leser es »skandalös«, dass die Professoren »sofort in die Faschistenecke gestellt werden«.⁹²

Aufgrund der negativen Berichterstattung hatten sich am 31. Januar 1982 bereits einige der Unterzeichner in Mainz getroffen. Sie hielten es für notwendig, »schnellstens alle so entstandenen Unklarheiten und Mißverständnisse in der Öffentlichkeit zu beheben«, die durch eine »von der radikalen Linken gesteuerte Diffamierungskampagne« und »die versuchte Einschleusung rechtsradikaler Kräfte in unser Vorhaben« entstanden seien. Der »Mainzer Kreis«⁹³ distanzierte sich zwar vom Schutzbund für das deutsche Volk (SDV),⁹⁴ der vom Manifest-Initiator Schröcke am 23. Januar in Heidelberg mitgegründet worden war, vertrat aber weiterhin in abgeschwächter Form die Forderungen des Pamphlets. Durch die anhaltende Kritik fühlte sich Peter Manns, der neben seiner Professur auch Priester in Gau-Bischofsheim war, Anfang Februar »an den Pranger gestellt« und entschloss sich zu einem »spektakulären Schritt«.⁹⁵ Er wollte sein Priesteramt so lange ruhen lassen, bis sich der Mainzer Kardinal Hermann Volk öffentlich hinter ihn stellte. Wenige Tage später wurde die *Domus Universitatis*, »mit Schmähungen gegen Prof. Manns besudelt«.⁹⁶

Zur Einordnung des *Heidelberger Manifests* stellte der Demokratieforscher Andreas Wagner fest: Das Pamphlet offenbarte, »[d]ass sich in der Nachkriegszeit mit dem Begriff der Überfremdung nicht nur Ängste in der breiten Bevölkerung schüren ließen, sondern dass dieser Begriff auch und gerade an der Universität, dem vermeintlichen Hort von Rationalität und Aufklärung, wieder Gegenstand einer vermeintlich wissenschaftlichen Begründung von Ausländerfeindlichkeit sein konnte«.⁹⁷ Auch wenn der AstA überlegte, »wie man den Erregern dieses Unmuts am besten begegnen kann«⁹⁸, scheint das *Heidelberger Manifest* für seine Unterzeichner ohne Folgen geblieben zu sein. In der Presse wurde nur im Fall des Münchner Professors Schröcke erwähnt, dass es offen sei, ob der bayerische Kultusminister ein Disziplinarverfahren einleite.⁹⁹ Für die Mainzer Unterzeichner Manns, Schürmann und Siebert blieb das Unterzeichnen aber ohne Folgen. In ihren Nachrufen thematisierte die JGU das *Heidelberger Manifest* nicht, was im Fall von Manns und Schürmanns zu Kritik seitens des AstAs führte.¹⁰⁰

»Er galt als Sonderling«

Auch das zweite Fallbeispiel schlug aufgrund des öffentlichen Amts des Skandalisierten große Wellen. Ende März 1993 berichteten mindestens fünf Zeitungen, dass ein 60-jähriger Juraprofessor der JGU angeklagt wurde, seine damals 14-jährige Adoptivtochter, zwei weitere Adoptivkinder und seine leibliche Tochter von 1985 bis 1992 mehrfach sexuell missbraucht zu haben. Der Angeklagte bestritt die Vorwürfe.¹⁰¹ Bis dahin war der Wissenschaftler ein strafrechtlich unbeschriebenes Blatt, war bei den Studierenden beliebt¹⁰² und hatte sich für den deutsch-französischen Austausch seines Fachbereichs eingesetzt. Vor allem die *Bild-Zeitung* stellte den Sachverhalt tendenziöser dar: »Er galt als Sonderling. Arbeitete im Winter mit nacktem Oberkörper im Garten, trug dafür im Sommer Pullover.«¹⁰³

Am 14. Juni begann das Gerichtsverfahren, das zunächst auf 20 Verhandlungstage angesetzt war, vor dem Mainzer Landgericht. Da auch Zeugen aus Indien gehört werden sollten, vermutete die *Mainzer Rhein-Zeitung*, dass es zu einem »Mammutprozeß« kommen könnte. Am ersten Verhandlungstag wollte der An-

geklagte »den Stier bei den Hörnern packen« und wies alle Vorwürfe zurück. Dabei bekamen die Zuschauer teilweise den Eindruck »in einer Vorlesung zu sitzen. Derart wortgewandt waren die Ausführungen des Mainzer Professors.« Er wollte »möglichst offen über alles reden«, ging beispielsweise auf seine Vorliebe für FKK und scheinbar sogar auf den Artikel der *Bild-Zeitung* ein, als er feststellte: »Wer mich nicht kennt, hält mich für sonderbar.« Über seine zweite Ehe mit einer 30 Jahre jüngeren Inderin, mit der er vier leibliche Kinder und mehrere Adoptivkinder, darunter auch die jüngste Schwester seiner Frau, hatte, meinte er, dass sie »eine Art ›private Entwicklungshilfe«¹⁰⁴ sei. Er fühlte sich aufgrund der Vorwürfe an die »Hexenprozesse wie vor 300 Jahren«¹⁰⁵ erinnert, und zog Parallelen zu Woody Allen und Mia Farrow, die sich aufgrund von Missbrauchsvorwürfen ihrer Adoptivtochter gegenüber Allen zu dieser Zeit einen erbitterten Sorgerechtsstreit lieferten.¹⁰⁶ Während die Anschlussfähigkeit zu anderen Skandalen normalerweise von den Medien genutzt wird, um die Skandalisierung eines Missstandes oder kriminellen Handelns voranzutreiben,¹⁰⁷ sorgte in diesem Fall der Angeklagte selbst dafür.

Spätestens ab dem dritten Verhandlungstag sei jedoch nach Einschätzungen des Vorsitzenden Richters Horst Wieland seine »Fassade zerbröckelt«.¹⁰⁸ Nach der Aussage der Adoptivtochter beziehungsweise Schwägerin, die das Verfahren ins Rollen gebracht hatte, gab der Professor zu, die Teenagerin missbraucht zu haben.¹⁰⁹ Aufgrund der Schilderungen eines weiteren Adoptivkinds am sechsten Verhandlungstag legte der Angeklagte schließlich ein fast umfassendes Geständnis ab. Neben dem Missbrauch von vier Adoptivkindern gab er auch den von sieben weiteren Kindern ab 1980 zu. Richter Wieland fragte sich daraufhin »bestürzt, mit wem war eigentlich nichts?«¹¹⁰ und zog die Unterbringung des Juraprofessors in einer Psychiatrie in Betracht.¹¹¹ Der Rechtswissenschaftler bestritt aber bis zuletzt, dass er seine leibliche Tochter missbraucht habe. Ein medizinisches Gutachten, das von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben worden war, belastete ihn jedoch schwer.¹¹² Trotz mehrerer Appelle von Richter Wieland an den vorherigen Verhandlungstagen, seinen Familienangehörigen weitere Aussagen vor Gericht zu ersparen, musste seine damals sechsjährige leibliche Tochter schließlich doch aussagen.¹¹³

Das Interesse am Gerichtsprozess war groß: Er sorgte nach Einschätzung der Journalist_innen Heide Tittel und Armin Thomas wochenlang für »Bestürzung und Fassungslosigkeit«¹¹⁴ in der Bevölkerung. Das spiegelte sich auch im Gerichtssaal wider, der zum Teil so überfüllt war, dass die Zuschauer_innen, überwiegend Studierende, auf den Fensterbänken Platz nehmen mussten.¹¹⁵ Die beiden lokalen Tageszeitungen, die *Allgemeine Zeitung* und die *Mainzer Rhein-Zeitung*, berichteten an jedem Verhandlungstag ausführlich. Das große Interesse lag neben der gesellschaftlichen Stellung vermutlich nicht zuletzt an den zum Teil dramatischen Szenen sowie erschütternden Ausführungen und Nebenschauplätzen des Prozesses. So brach beispielsweise die Ehefrau des Angeklagten am dritten Verhandlungstag unter Tränen fast zusammen, nachdem ihr Ehemann den Missbrauch ihrer jüngeren Schwester zugegeben hatte. Der Professor hatte zudem Zweifel an dem eigentlichen Alter seiner Adoptivtochter geäußert, um den Vorwurf des Kindsmissbrauchs entgegenzuwirken. Daher wurden Knochenuntersuchungen von Radiologen durchgeführt.¹¹⁶

Kurz vor dem achten Prozesstag nahm sich der angeklagte Rechtswissenschaftler in seiner Zelle überraschend das Leben, nachdem der Mainzer Professor für Psychiatrie, Johann Glatzel, zuvor keine Suizidgefahr hatte feststellen können.¹¹⁷ Der Selbstmord sorgte erneut für ein großes Medienecho. In der *Allgemeinen Zeitung* und der *Mainzer Rhein-Zeitung* erschienen dazu mehrere Artikel. Als möglicher Grund wurde die Absicherung seiner Familie genannt, da bei einer Verurteilung seine Pensionsansprüche erloschen wären.¹¹⁸ Die JGU hat sich zu dem Vorfall nicht geäußert. Trotz seines Schuldeingeständnisses genoss der Täter weiterhin Ansehen unter den Studierenden, die eine akademische Trauerfeier für ihn ausrichteten.

Am 16. April 1987 sollte der Siebenkämpferin Birgit Dressel eigentlich die höchste Sportauszeichnung des Landes Rheinland-Pfalz von Ministerpräsident Bernhard Vogel überreicht werden.¹¹⁹ Es kam aber alles anders. Stattdessen versammelten sich an diesem Tag 500 Menschen auf dem Mainzer Hauptfriedhof, um von der erst 26-jährigen Abschied zu nehmen.¹²⁰ Sie war überraschend, nach sehr schmerzhaftem Todeskampf, und aus zunächst völlig rätselhaften Gründen, sechs Tage zuvor im Mainzer Universitätsklinikum verstorben. Rund zwei Dutzend Ärzte, Oberärzte und Professoren hatten stundenlang vergeblich versucht, ihr Leben zu retten.¹²¹ Nach Angaben ihres Arztes, Armin Klümper, Sportmediziner an der Universitätsmedizin in Heidelberg und Arzt der Leichtathletik-Nationalmannschaft, war seine Patientin eine »kraftstrotzende im höchsten Maße gesunde«¹²² Athletin gewesen. Die Leistungssportlerin, die an der JGU studiert hatte und für den USC Mainz¹²³ gestartet war, befand sich zum Zeitpunkt ihres Todes auf dem Höhepunkt ihrer Karriere: Im Jahr zuvor war sie bei den Europameisterschaften in Stuttgart Vierte geworden und zählte seitdem zu den wenigen Medaillenhoffnungen der Bundesrepublik für die anstehende Weltmeisterschaft in Rom 1987 und die Olympischen Sommerspiele in Seoul 1988.¹²⁴ Neben Dressels Angehörigen hatte sich ein »grosser Teil der Familie des bundesdeutschen Sports« bei der Trauerfeier versammelt. Anwesende berichteten, »sie hätten noch nie so viele gestandene Männer so hemmungslos weinen gesehen«.¹²⁵ Die Sportwelt war schockiert, forderte die lückenlose Aufklärung und rief nach »schärfsten Konsequenzen«.¹²⁶ Der damalige Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbands (DLV), Eberhard Munzert, sagte in seiner Grabrede: Das Schaffen von »Klarheit über die medizinischen Zusammenhänge könnte ein letzter Dienst von uns allen an Birgit Dressel sein«.¹²⁷ Das mediale Interesse an Dressels Tod war groß.¹²⁸

Die Ergebnisse der Autopsie, die von dem Rechtsmediziner Hans-Joachim Wagner vom Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg zusammen mit seinem Mainzer Kollegen Rainer Mattern sowie einem Dutzend Spezialisten durchgeführt wurde, ließ bis Ende Juli auf sich warten, was Raum für Spekulationen eröffnete. Zunächst geriet die Mainzer Universitätsmedizin in die Kritik: Klümper warf den Mainzer Ärzten vor, die Gefahr nicht erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet zu haben.¹²⁹ Erste Stimmen wurden laut, dass sich Dressel selbst Medikamente gespritzt habe, die Ursache für ihren Tod sein könnten.¹³⁰ Professor Bodo-Knut Jüngst von der Universitätsmedizin wies bereits Mitte April darauf hin, »daß manche Leistungssportler zur chronischen Einnahme von (leistungsfördernden) Fremdstoffen neigen«.¹³¹

Warum »das Dokument des Schreckens« so lange auf sich warten ließ, wurde durch eine Titelstory des *Spiegels* im September 1987 deutlich, in der erstmals Auszüge aus dem rechtsmedizinischen Gutachten veröffentlicht wurden: In Dressels Wohnung waren allein 40 verschiedene Medikamentenpackungen sicher gestellt worden. Die Leistungssportlerin hatte täglich zahllose Tabletten, die »in allen Farben des Regenbogens« schimmerten, eingenommen. Von harmlosen Vitaminpräparaten bis hin zu Medikamenten, die normalerweise Schwerkranken gegen »Hirnverkalkung, Raucherbein, Allergie, Knochenerweichung, Dickdarmentzündungen, Herzschwäche, Krampfadern und Wassersucht«¹³² helfen. Entgegen den Aussagen ihres Arztes war Dressel keineswegs kerngesund: Die Siebenkämpferin »war in Wahrheit eine chronisch kranke, mit hunderten von Arzneimitteln vollgepumpte junge Frau. Der Sport hatte sie längst zum Krüppel gemacht, ihre Gelenke zerstört, die inneren Organe vor der Zeit zerschlissen.« Als Todesursache stellte das rechtsmedizinische Gutachten multiples Organversagen, ausgelöst durch ein »toxisch-allergisches Geschehen« fest. Mehrere behandelnde Ärzte wurden kritisiert, insbesondere Klümper. Dennoch konnte kein Verantwortlicher gefunden werden, nicht zuletzt aufgrund der »sportärztlichen Therapie mit ihren vielfältigen und variantenreichen Maßnahmen«, die »nicht mehr überschaubar und ihren Wirkungen auf den Organismus (auch Kombinationswirkungen) nicht abschätzbar« gewesen seien, was, wie der *Spiegel* resümierte, einem »Freispruch

»Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Sportgeschichte«: Der Tod der Siebenkämpferin Birgit Dressel



Birgit Dressel bei den Leichtathletik-Europameisterschaften 1986 in Stuttgart. Foto: Norbert Schmidt, Quelle: imago-images.

mangels Beweisen« gleichkam. Auch die Mainzer Mediziner wurden von der Gerichtsmedizin kritisiert: Sie hatten Dressel fünf Gramm des Arzneimittels Buscopan compositum, das den Wirkstoff Metamizol enthält, verabreicht, »was gefährlich nahe an der ›minimum lethal dose« lag. Das Bundesgesundheitsamt hatte aufgrund von weiteren Todesfällen in der Zwischenzeit metamizolhaltige Kombi-Präparate verboten.¹³³

Der Fall Dressel erhielt nicht zuletzt deshalb große Aufmerksamkeit, weil er die Strukturen der medikamentösen Leistungssteigerung im Leistungssport der Bundesrepublik erstmals sichtbar machte: So ließ sich nun »in der deutschen Sportgeschichte [...] minutiös belegen, wie Hochleistungsathleten medizinisch betreut werden, welche Unmengen von Medikamenten sie spritzen, schlucken, trinken – bis zum bitteren Ende«.¹³⁴ Dressels früher Tod gilt bis heute »als eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Sportgeschichte«.¹³⁵

Resümee

Der vorliegende Beitrag hat Skandale untersucht, die abseits des universitären Alltags für große Aufregung in der Öffentlichkeit sorgten, nicht zuletzt aufgrund ihrer Anschlussfähigkeit zu gesellschaftlichen Debatten. Neben den oben erwähnten konkreten Beispielen, gibt es sicher zahlreiche Vorfälle, die im Verborgenen stattfanden und -finden. So kann und muss davon ausgegangen werden, dass es immer wieder zu Diskriminierungen, Belästigungen, Mobbing oder sexuellen Übergriffen im universitären Alltag kommt.¹³⁶ Doch nicht immer – sondern scheinbar so gut wie nie – gelangen skandalträchtige Vorfälle in die Öffentlichkeit oder auch nur in die Akten des Universitätsarchivs. 2014 ereignete sich auf dem Mainzer Campus beispielsweise eine versuchte Vergewaltigung. Seitdem investiert die Universität jedes Jahr über eine Million Euro in Maßnahmen für die Steigerung der Sicherheit auf dem Unigelände und zur Vorbeugung solcher Geschehnisse.¹³⁷ Es ist einer der wenigen Fälle eines sexuellen Übergriffs, der in der Öffentlichkeit thematisiert wurde.

Weil Universitätsskandale eine große Bandbreite von unterschiedlichsten Missständen aufzeigen und durch die historische Perspektive auch der Wandel von gesellschaftlichen Normen und Werten sichtbar wird, eröffnen sie jedoch grundsätzlich ein interessantes Forschungsfeld. Dieses anfänglich zu ebnen war die Absicht dieses Textes, der damit gleichzeitig Ideengeber für neue Forschungsperspektiven sein möchte.

Anmerkungen

- 1 May: Seine Uni will 25000 Bücher vernichten. In: Bild Mainz, Wiesbaden, 17.2.2005, S. 5.
- 2 Schmidt-Wyk: Ein Armutszeugnis. In: AZ, 12.2.2005, S. 9.
- 3 Ders.: »Ein Akt der Barbarei«. In: Mainzer Zeitung, 12.2.2005, S. 9.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Ders.: Ein Armutszeugnis. In: AZ, 12.2.2005, S. 9.
- 6 [o. V.]: Büchervernichtung gestoppt. In: AZ, 19.2.2005.
- 7 Zur Geschichte der UB siehe auch den Beitrag von Christian König in diesem Band.
- 8 Oehmer: Skandale, S. 158.
- 9 Kepplinger: Medien, S. 8.
- 10 Bulkow/Petersen: Skandalforschung, S. 10.
- 11 Kepplinger: Medien und Skandale, S. 8.
- 12 Vgl. Bulkow/Petersen: Skandalforschung, S. 14.
- 13 Kepplinger: Medien und Skandale, S. 8.
- 14 Bulkow/Petersen: Skandalforschung, S. 10.
- 15 Einen Überblick geben u. a. Bulkow/Petersen: Skandalforschung. An der JGU

- forscht hierzu beispielsweise das Institut für Publizistik. U. a. Hans Mathias Kepplinger hat vielfach in diesem Bereich publiziert. Siehe zur Publizistik auch den Beitrag von Hans Mathias Kepplinger in diesem Band.
- 16 Vgl. Downes: University scandal, S. 2, URL: <https://edintegrity.biomedcentral.com/track/pdf/10.1007/s40979-017-0019-0> (abgerufen am 22.7.2020).
- 17 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), S11, Zeitungsausschnittsammlung. Die nachfolgend zitierten und benutzten Zeitungsartikel sind weitgehend diesem Bestand entnommen. Eine Seitenzahl konnte daher nicht immer ermittelt werden. Auf weitere Angaben und den Hinweis [o. S.] wird daher in diesen Fällen verzichtet.
- 18 Unter dem Suchbegriff »Skandal« finden sich nur zwei einschlägige Treffer: Der Mensaskandal von 1990 (UA Mainz, Best. 125/66) sowie der Habilitations-skandal in der Evangelischen Theologie 1975/76 (UA Mainz, Best. 106/88 u. S7/486).
- 19 Siehe hierzu auch den Beitrag von Horst Kant in diesem Band.
- 20 Eichholz selbst hatte Anfang der 1950er-Jahre eine Abhör-Affäre an der JGU ausgelöst. Siehe hierzu den Beitrag von Christian George in diesem Band.

- 21 Vgl. UA Mainz, Best. 1/160, Fritz Straßmann an Fritz Eichholz am 30.5.1951. Bau R wurde nach Angaben der Universitätsleitung zunächst nur von der JGU genutzt. Nachdem das MPI 1949 nach Mainz verlegt worden war, wurde ihm ein Teil »zur Lagerung von »radiumverseuchten« Möbeln, Geräten und dergleichen überlassen«. Ebd., Presse-Notiz, Betr. Abhandenkommen von Radium.
- 22 Ebd., Fritz Straßmann an den Kurator am 30.5.1951.
- 23 Vgl. [o. V.]: 100 Milligramm Radium werden gesucht. In: Wiesbadener Kurier, 9.6.1951.
- 24 Vgl. [o. V.]: Gestohlene Radium-Präparate im Heu. In: AZ, 12.6.1951.
- 25 Ebd.
- 26 Vgl. ebd.
- 27 Vgl. UA Mainz, Best. 1/160, [o. V.]: Der Radium-Tod geht um. Aus der Akte geht nicht hervor, wann oder in welcher Zeitung bzw. Zeitschrift der Artikel veröffentlicht wurde. Aufgrund der Gestaltung der Überschrift ist aber eine Publikation im *Wiesbadener Kurier* wahrscheinlich.
- 28 [o. V.]: Mainzer Radiumdiebstahl vor der Aufklärung. In: AZ, 21.1.1952.
- 29 UA Mainz, Best. 1/160, [o. V.]: Der Radium-Tod geht um.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd., Presse-Notiz, Betr. Abhandenkommen von Radium.
- 32 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band.
- 33 Vgl. UA Mainz, Best. 1/160, Straßmann an Wilhelm Troll am 18.12.1950
- 34 Beitrag der Abendschau des SWF *Kein Atommüll in Koblenz* vom 2.11.1965, URL: <https://www.ardmediathek.de/swr/video/abendschau/kein-atommuell-in-koblenz/swr-de/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXBvZExNTcxMTg/> (abgerufen am 7.7.2020).
- 35 1947/48 unter dem Namen *Burse*, 1949–1952 als *Mainzer Studentenzeitung*, ab 1952 *nobis*. Die Zeitschrift war das zentrale Publikationsorgan der Mainzer Studierendenschaft in diesem Zeitraum. Eine Umfrage, die vom Institut für Publizistik gemeinsam mit dem Allensbacher Institut erstellt worden war und im Juli 1966 veröffentlicht wurde, ergab, dass 95 % der Mainzer Studierenden eine Ausgabe in den vorangegangenen drei Monaten zumindest einmal in die Hand genommen habe. Vgl. Schroeder: nobis-Leser. In: nobis 18 (1966), Nr. 134, S. 18 f.
- 36 Petersen: 20 bewegte Jahre nobis Vergangenheit. In: nobis 20 (1967), Nr. 145/46, S. 3.
- 37 Neben »Skandal« wurde auch nach artverwandten Begriffen wie Misstand, Mangel, Affäre und Katastrophe recherchiert.
- 38 [o. V.]: Die Ratten. In: nobis 4 (WiSe 1952/53), Nr. 1, S. 1. Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band.
- 39 Peter: Notwendiges Experiment. In: nobis 4 (SoSe 1952), Nr. 1, S. 3.
- 40 Petersen: 20 bewegte Jahre nobis Vergangenheit. In: nobis 20 (1967), Nr. 145/46, S. 3.
- 41 Siehe hierzu auch den Beitrag von Vaios Kalogrias in diesem Band.
- 42 Röhl: »Ein Hauch von Orgie«. In: konkret, 10.2.1969, S. 9.
- 43 Ebd.
- 44 UA Mainz, Best. 55/347, Pressemitteilung des Kultusministers vom 28.1.1969.
- 45 Ebd., Bernhard Vogel an Manfred Mezger am 23.1.1969.
- 46 Vgl. [o. V.]: NPD bringt »nobis-Vorfälle« vor den Landtag. In: AZ, 7.2.1969.
- 47 [o. V.]: Wird der Nobis-Ball zu einer »Affäre«? In: MRZ, 29.1.1969.
- 48 Vgl. UA Mainz, Best. 55/347, Bernhard Vogel an Manfred Mezger am 23.1.1969.
- 49 Vincentz: Voyeure ohne Sensibilität. In: nobis 21 (1969), Nr. 153, S. 2.
- 50 Vgl. UA Mainz, Best. 55/347, Manfred Mezger an Bernhard Vogel am 17.4.1969.
- 51 Ebd., Bernhard Vogel an Manfred Mezger am 13.5.1969.
- 52 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Kißener in diesem Band.
- 53 Vgl. Privonitz: 69er nobis-presseball. In: nobis 21 (1969), Nr. 153, [o. S.].
- 54 Vgl. UA Mainz, S8/14, Unipress. Bis Februar 2017 erschienen 401 Ausgaben der *Unipress*.
- 55 Kappei: Numerus Clausus. In: Unipress 4 (1974), Nr. 30, S. 3.
- 56 Christ: numerus clausus – immer schlimmer. In: Unipress 5 (1975), Nr. 37, S. 38–40, hier S. 39.
- 57 Vgl. UA Mainz, S11, Studienplatzskandal, Pressenotiz des Leitenden Oberstaatsanwalts Werner Hempler vom 11./13.7.1981.
- 58 Ebd., Aktenvermerk des Studiensekretariats vom 8.5.1981.
- 59 Vgl. allg. ebd.
- 60 Darré: In Mainz »fliegen« 37 Studenten... In: AZ, 14.7.1981, S. 3.
- 61 Vgl. [o. V.]: Mainzer Studienplätze durch Bestechung erkaufte. In: Die Rheinpfalz, 14.7.1981, S. 8.
- 62 Vgl. Bösch: Kampf, S. 44.
- 63 [o. V.]: Bakschisch gegen Numerus clausus. In: Spiegel 35 (1981), Nr. 29, S. 16.
- 64 UA Mainz, S11, Studienplatzskandal, Presseerklärung des AstA vom 13.7.1981.
- 65 Ebd., Werner Klein an Manfred Harder am 15.7.1981.
- 66 Darré: In Mainz »fliegen« 37 Studenten... In: AZ, 14.7.1981, S. 3.
- 67 UA Mainz, S11, Studienplatzskandal, Presseargumentation des Kultusministeriums vom 13.7.1981.
- 68 Harder: Unter der Hand. In: Spiegel 35 (1981), Nr. 31.
- 69 UA Mainz, S11, Studienplatzskandal, Pressemitteilung des Präsidenten vom 13.7.1981.
- 70 [o. V.]: Mainzer Studienplätze durch Bestechung erkaufte. In: Die Rheinpfalz, 14.7.1981, S. 8.
- 71 Darré: Kleiner Fisch mit Geltungssucht. In: AZ, 8.8.1981.
- 72 Ders.: Uni-Skandal ist nur noch halb so wild. In: AZ, 18./19.7.1981.
- 73 Bei der Überprüfung der ZVS-Listen höherer Semester wurden vom Studiendensekretariat später noch weitere elf Fälle entdeckt. Vgl. Bericht des Präsidenten [Manfred Harder] vom SoSe 1981 bis WiSe 1981/82, S. 98. Die Berichte der Rektoren und Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 5.1.2021).
- 74 UA Mainz, S11, Studienplatzskandal, Presseerklärung des Leitenden Oberstaatsanwalts Hempler vom 7.8.1981.
- 75 Vgl. ebd.
- 76 Vgl. Archiv des NDR, Interview in der *Tagesschau* vom 7.8.1981.
- 77 Geisler: »Inspektor Alfred« wollte kein Ekel sein... In: AZ, 8.7.1982.
- 78 Ebd.
- 79 [o. V.]: Uni-Skandal füllte 19 Aktenordnern. In: AZ, 2.8.1982.
- 80 Bulkow/Petersen: Skandalforschung, S. 15.
- 81 UA Mainz, S11, Heidelberger Manifest, Heidelberger Manifest vom 17.6.1981.
- 82 Vgl. dazu die Informationen von Ferdinand Siebert und Kurt Schürmann in Gutenberg Biographics, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/home.html> (abgerufen am 13.8.2020).
- 83 UA Mainz, S11, Heidelberger Manifest, Schreiben des Heidelberger Kreises vom 16.10.1981.
- 84 Vgl. Bulkow/Petersen: Skandalforschung, S. 12.
- 85 Kühnert: Rassistische Klänge. In: Die Zeit, [o. D.], [o. S.].
- 86 UA Mainz, S11, Heidelberger Manifest, Stellungnahme von Manfred Harder vom 26.1.1981.
- 87 Schneider: Karlsruhe sieht es anders. In: AZ, 30.1.1982.
- 88 Vgl. Siebert: Nochmals: »Heidelberger Manifest«. In: AZ, 5.2.1982.
- 89 Frühauf: Professoren-Manifest sorgt für Wirbel an Hochschulen. In: AZ, 28.1.1982.
- 90 [o. V.]: Skandal. In: Unipress 12 (1982), Nr. 146, S. 7 f.
- 91 [o. V.]: Leserbrief von acht Mainzer Wissenschaftlern an die MAZ vom 3.2.1982. In: AZ, Regionalblatt 1982, Nr. 56, S. 10.
- 92 Belzer: Sofort in die Faschistenecke. In: AZ, 23.2.1982.
- 93 Wagner: Heidelberger Manifest, S. 289.
- 94 Der SDV besteht bis heute und wird vom bayerischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration: Verfassungsschutzbericht 2019, URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb_2019_nicht_barrierefrei.pdf (abgerufen am 9.7.2020).
- 95 Frühauf: Professoren wehren sich empört. In: AZ, 9.2.1982.
- 96 UA Mainz, S11, Heidelberger Manifest, handschriftliche Anmerkung zum Artikel [o. V.]: Narrenhände... In: AZ, 17.2.1982.
- 97 Wagner: Heidelberger Manifest, S. 285.
- 98 Frühauf: Professoren-Manifest sorgt für Wirbel an Hochschulen. In: AZ, 28.1.1982.
- 99 Arens: »Schmierfinken« im Dienste der Wahrheit? In: FR, 22.1.1982.
- 100 Vgl. UA Mainz, S11, Heidelberger Manifest, der AstA an den Präsidenten am 31.1.1985 u. ebd., der AstA an das Präsidium am 6.6.1991.

- 101 [o. V.]: Professor angeklagt. In: MRZ, 31.3.1993. Der Autorin ist die Identität des Angeklagten bekannt. Zum Schutz der Opfer wird er namentlich nicht genannt.
- 102 [o. V.]: »Ich bin kein Kinderverderber«. In: MRZ, 15.6.1993.
- 103 [o. V.]: Mißbrauchte Professor seine Kinder? In: Bild, 31.3.1993.
- 104 [o. V.]: »Ich bin kein Kinderverderber«.
- 105 [o. V.]: Vier Kinder mißbraucht. In: AZ, 15.6.1993.
- 106 [o. V.]: »Ich bin kein Kinderverderber«. Farrow und Allen waren von 1980 bis 1992 ein Paar. Sie adoptierten zwei Kinder und haben einen leiblichen Sohn, Ronan Farrow. Ihre Beziehung endete 1992, als bekannt wurde, dass Allen mit Farrows damals 22-jähriger Adoptivtochter, Soon-Yi Previn, eine Beziehung eingegangen war. Im Rahmen des Sorgerechtsstreits um die gemeinsamen Kinder erhob Farrow im August 1992 Vorwürfe, dass ihr ehemaliger Lebensgefährte die gemeinsame Adoptivtochter, Dylan Farrow, sexuell missbraucht habe. Die Ermittlungen wurden nach 14 Monaten eingestellt, Allen verlor aber das Sorgerecht. Die Vorwürfe wurden seitens Dylan und Mia Farrows mehrmals in den vergangenen Jahren erneuert, u. a. durch einen Offenen Brief von Dylan Farrow, der am 1.2.2014 – kurz nach der Verleihung des Golden Globes an Allen für sein Lebenswerk – in der *New York Times* erschien. Vgl. Farrow: An Open Letter from Dylan Thomas. In: NYT, 1.2.2014, URL: https://kristof.blogs.nytimes.com/2014/02/01/an-open-letter-from-dylan-farrow/?_php=true&_type=blogs&r=0 (abgerufen am 20.8.2020).
- 107 Kepplinger: Medien und Skandale, S. 15.
- 108 Zit. nach: [o. V.]: Uni-Professor gesteht. In: AZ, 22.6.1993, S. 13.
- 109 Ebd.
- 110 [o. V.]: Elf Kinder Opfer des Professors. In: AZ, 6.7.1993, S. 13.
- 111 Tittel: Ich fühle mich zu Kindern hingezogen. In: MRZ, 6.7.1993.
- 112 Vgl. [o. V.]: Uni-Professor schwer belastet. In: AZ, 30.6.1993, S. 9.
- 113 Vgl. [o. V.]: Professor dementierte: Kind mußte vor Gericht. In: AZ, 8.7.1993.
- 114 Tittel/Thomas: Jurist erhängt sich in der Zelle. In: MRZ, 19.7.1993.
- 115 Tittel: Auch fünfjährige Tochter mißbraucht. In: MRZ, 30.6.1993.
- 116 Ders.: Aktfotos als »Familienbilder« abgetan. In: MRZ, 24.6.1993.
- 117 Ders./Thomas: Jurist erhängt sich in der Zelle. Glatzel hatte durch seine psychiatrischen Gutachten selbst für Aufsehen gesorgt und war mehrmals Gegenstand des Podcasts *Verbrechen der Zeit*, u. a. im Fall einer Mainzer Buchhändlerin, die aufgrund einer Wochenbettpsychose ihr Kind umgebracht hatte. Aufgrund von Glatzels Einschätzung war sie wegen Mordes angeklagt worden, 2006 aber freigesprochen worden. Vgl. Rückert/Sentker: Tödliche Mutterliebe. In: *Verbrechen*, Folge 9, 31.8.2018, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/justizfehler-mutter-wochenbettpsychose-mord-verbrechen-podcast> (abgerufen am 4.7.2020).
- 118 Tittel/Thomas: Jurist erhängt sich in der Zelle.
- 119 Vgl. Leicher: Birgits Tod bleibt ein Rätsel. In: AZ, 14.4.1987, S. 3.
- 120 Vgl. UA Mainz, S11, Birgit Dressel, Todesanzeige.
- 121 [o. V.]: Der Tod ist irreversibel. In: NZZ, 7.4.2007, URL: <https://www.nzz.ch/articleF1E3T-1.139905> (abgerufen am 20.10.2020).
- 122 [o. V.]: Rutschbahn in den legalen Drogensumpf. In: Spiegel 41 (1987), Nr. 37, S. 228–253. Auch online, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13523874.html> (abgerufen am 23.7.2020).
- 123 Siehe hierzu auch den Beitrag von Ansgar Molzberger in diesem Band.
- 124 Vgl. [o. V.]: Der Tod ist irreversibel.
- 125 Ebd.
- 126 Zit. nach Fischer/Siekel: Tod von Birgit Dressel: »Opfer der Pharmaindustrie«. In: *Westdeutsche Zeitung*, 9.4.2012, URL: https://www.wz.de/sport/leichtathletik/tod-von-birgit-dressel-opfer-der-pharmaindustrie_aid-30395101 (abgerufen am 23.7.2020). Vgl. auch [o. V.]: Birgit Dressels Tod sorgt für Unruhen. In: AZ, 29.4.1987.
- 127 [o. V.]: Schmerzliches Schweigen. In: FAZ, 9.4.2012, URL: <https://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/doping/birgit-dressels-tod-schmerzliches-schweigen-11712295/birgit-dressel-1986-11712298.html> (abgerufen am 20.10.2020).
- 128 [o. V.]: An Athlete dying you. In: TIME, 10.10.1988.
- 129 Vgl. Leicher: Ärzte-Streit wegen Birgit Dressel. In: AZ, 15.4.1987.
- 130 Vgl. dies.: Birgit Dressels Tod bleibt ein Rätsel. In: AZ, 14.4.1987, S. 3 u. [o. V.]: Der Tod ist irreversibel.
- 131 Leicher: Birgit Dressels Tod bleibt ein Rätsel.
- 132 [o. V.]: Rutschbahn in den legalen Drogensumpf. Dort finden sich auch die nachfolgenden Zitate.
- 133 Vgl. ebd.
- 134 Vgl. ebd.
- 135 Stielke: Birgit Dressels Tod. In: *Heilbronner Stimme*, URL: <https://www.stimme.de/sport/ueberregional/sportwelt/leichtathletik/news/Birgit-Dressels-Tod-Dunkles-Kapitel-Sportgeschichte;art494,2421393> (abgerufen am 23.7.2020).
- 136 Es ist ein Forschungsfeld, das ein großes Desiderat aufweist und zukünftig dringend bearbeitet werden muss.
- 137 Vgl. Meister: Was die Uni Mainz tut, um Frauen vor sexueller Gewalt zu schützen, URL: https://merkurist.de/mainz/uebergreifend-was-die-uni-mainz-tut-um-frauen-vor-sexueller-gewalt-zu-schuetzen_54v (abgerufen am 20.9.2020).



Architektur als Visitenkarte einer Universität

Der Mainzer Universitätscampus im Kontext nachkriegsmoderner Baukultur

Matthias Müller und Antonia Tauber

Universitätsarchitektur unter
Denkmalschutz? Der JGU-Campus
als Ort herausragender Bauwerke
der Nachkriegsmoderne

Eine irritierende Entscheidung: Landesdenkmalpflege stellt Campus- architektur der 1960er- und 1980er-Jahre unter Denkmalschutz

Vor wenigen Jahren, 2018, erschütterte nicht nur das Präsidium, sondern auch einen Teil der Professorinnen und Professoren sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) eine Mitteilung aus der Direktion Landesdenkmalpflege der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, derzufolge drei markante Gebäude auf dem

Universitätscampus unter Denkmalschutz gestellt werden sollten: das Verwaltungs- und Laborgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät, das dazugehörige Hörsaalgebäude («Muschel») sowie der Baukomplex der Zentralmensa. Diese drei Bauwerke (Abb. 1–3) sollten nach dem Willen der Landesdenkmalpflege deswegen den Status von staatlich geschützten Denkmälern erhalten, da sie – so die Begründung – herausragende Zeugnisse der Nachkriegsmoderne in Rheinland-Pfalz darstellen.¹ Die Unterschutzstellung ist mittlerweile rechtlich vollzogen, sodass damit – neben dem bereits seit längerem denkmalgeschützten Bereich der ehemaligen Flakkaserne (dem heutigen Forum universitatis) - erstmals ein aus der Nachkriegszeit stammender Teil der Campus-Architektur der JGU den Status von eingetragenen, staatlich geschützten Baudenkmalern besitzt.²

Dass diese Entscheidung nicht nur Begeisterung auslöste, sondern vor allem unter den Nutzern und der für das Wohl der Gesamtuniversität verantwortlichen Hochschulleitung verärgerte Reaktionen und sorgenvolle Gesichter hervorrief, ist durchaus verständlich. Denn mit der Ehre, unter den universitätseigenen Immobilien nicht nur solche des architektonischen Mittelmaßes, sondern auch herausragende, historisch bedeutende Architektur zu besitzen, ist zugleich eine erhebliche Bürde verbunden, können die betroffenen Gebäude doch nun nicht mehr ohne Rücksicht auf den historischen Bestand umgebaut oder gar abgerissen werden. Mit ein wenig Abstand und nach verschiedenen Gesprächsrunden haben mittlerweile aber selbst die Skeptiker eingesehen, dass eine Universität vom Format der JGU, die nach ihrer Wiedegründung 1946 mittlerweile bereits auf eine stattliche Nachkriegsgeschichte zurückblicken kann, auf der Suche nach einer unverwechselbaren Identität nicht ohne identitätsstiftende Architektur aus der Zeit nach ihrer Wiedegründung auskommen kann.



Abb. 1: JGU, Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Außenansicht.
Foto: Matthias Müller,
Quelle: privat.



Abb. 2: JGU, Hörsaalgebäude (»Muschel«) der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Außenansicht.
Foto: Matthias Müller,
Quelle: privat.



Abb. 3: JGU, Zentralmensa, Außenansicht.
Foto: Matthias Müller,
Quelle: privat.

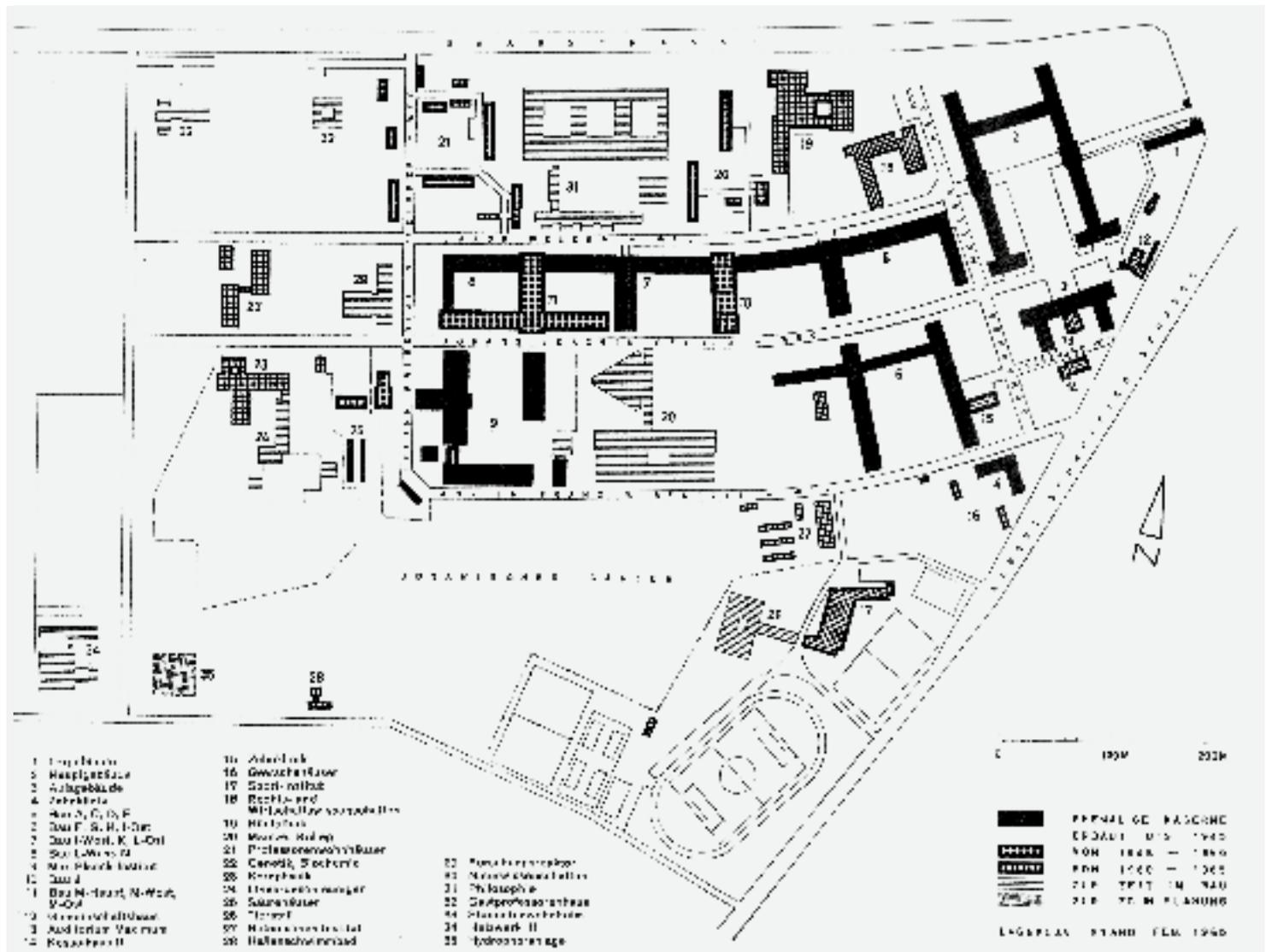


Abb. 4: Blick auf die ehemalige Mainzer Flakkaserne (das heutige Forum universitatis der JGU). Foto: Philipp Münch, Quelle: UA Mainz, S3/10623.

Eine Flakkaserne setzt den Rahmen: der Mainzer Universitätscampus als militärisches »Konversionsprojekt«

Denn so bedeutend die ehemalige, 1938 bis 1940 nach Entwürfen von Hans Ueter errichtete Flakkaserne (Abb. 4) als Baudenkmal wie als bauliches Herz der wiedegründeten JGU auch unbestritten ist,³ so sehr verkörpern doch erst die jetzt unter Denkmalschutz gestellten Bauwerke den Geist der Wiedegründung und den Aufstieg der JGU in den 1960er- und 1980er-Jahren zu einer der wichtigsten und größten Universitäten der Bundesrepublik Deutschland. Diese Bedeutung hätte die Flakkaserne allein niemals vermitteln können, nicht nur, weil eine Kaserne per se ungeeignet ist, das Bild einer modernen, weltoffenen Universität nach außen zu tragen, sondern auch, weil diese Kaserne eine wichtige militärische Anlage des »Dritten Reichs« gewesen war, dessen Geist erst einmal aus den übernommenen Gebäuden vertrieben werden musste. Überhaupt ist es wichtig, sich angesichts der weitreichenden Überformung des Campusgeländes nochmals vor Augen zu halten, wie stark die militärische Struktur der Kaserne auch die Gesamtstruktur des danach errichteten Universitätscampus bestimmt hat – übrigens bis heute! Denn wer sich den Lageplan vom Ende der 1950er-Jahre (Abb. 5) mit dem dort eingezeichneten Gebäudebestand ansieht, wird schnell erkennen, dass die großen Hauptstraßen des Campus (so der Jakob-Welder-Weg und der Johann-Joachim-Becher-Weg) und die sich daran ausrichtenden Gebäude den Vorgaben aus den 1930er-Jahren folgen. Und neben den ebenfalls unter Denkmalschutz stehenden Hauptgebäuden der Flakkaserne im Bereich des Forums (darunter auch das später als Mensa genutzte ehemalige Kasino) existieren zwischen den zahlreichen Neubauten der 1950er- bis 2000er-Jahre immer wieder stehengebliebene Kasernenbauten: so etwa die Baracken der Physikalischen Chemie am Jakob-Welder-Weg oder, im Johann-Joachim-Becher-Weg 25 und 27, noch nahezu der gesamte Gebäudekomplex der einstigen Wehrmachtbauten, die bis vor einigen Jahren durch Max-Planck-Institute genutzt wurden.⁴

Es erscheint daher nicht übertrieben formuliert, wenn man den Mainzer Universitätscampus als ein bedeutendes Konversionsprojekt des Landes Rheinland-Pfalz bezeichnet, bei dem die militärische Vergangenheit bis heute die Grundstruktur des Geländes prägt. Auch an dieses Erbe sollte sich die Universität stets bewusst



erinnern. Nur so kann aus den Überlieferungen der Architekturgeschichte zugleich auch die Erfolgsgeschichte eines Neuanfangs der Mainzer Universität herausgelesen und nachvollzogen werden, dass dieser Neuanfang seinen topografischen Ausgangspunkt in den Hinterlassenschaften eines menschenverachtenden, verbrecherischen Regimes besitzt. Vor diesem Hintergrund wird schließlich auch die Symbolkraft und historische Bedeutung der jetzt unter Denkmalschutz gestellten Bauwerke aus den 1960er- und 1980er-Jahren deutlich, die letztlich stellvertretend für andere, ebenfalls qualitätsvolle Campus-Bauten aus jenen Jahren – so etwa der architektonisch gelungene Komplex des Philosophicum⁵ – stehen.

Abb. 5: Lageplan der JGU aus dem Jahr 1965. Quelle: Jahrbuch der Freunde der Universität Mainz 14 (1965).

Bekenntnis zu einer Symbiose aus Geist und Technik: das Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät als ein neues Zentrum der wiedergegründeten JGU

Worin aber liegt nun die moderne Qualität und Aussagekraft der drei denkmalgeschützten Bauten des Mainzer Universitätscampus begründet? Beginnen wir mit dem Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät (1964–1968), dessen breitgelagerter, hochaufragender Riegel (vgl. Abb. 1) bis heute das markanteste Bauwerk auf dem Campus darstellt.⁶ Vor allem die Fassade ist zu einem architektonischen Statement und Verweissystem auf einen der hochkarätigsten und historisch bedeutendsten Architekten der Moderne,

Abb. 6: JGU, Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Detail der Außenfassade mit den Doppel-T-Trägern. Foto: Matthias Müller, Quelle: privat.



Abb. 7: Außenansicht des Seagram-Building (Architekt: Mies van der Rohe). Foto: Max Hermus, Quelle: Wikimedia Commons.



Ludwig Mies van der Rohe, ausgestaltet worden. Denn das Hauptmotiv der Fassade ist ein sogenannter Doppel-T-Träger, das heißt, ein konstruktives Element vor allem aus dem Geschäfts- und Hochhausbau, das normalerweise unsichtbar im Gebäudeinneren verbaut wird und hier nun – weiß lackiert – die Fassade in der Vertikalen unterteilt (Abb. 6).

Es war Mies van der Rohe, der in den 1950er-Jahren dieses Element aus dem Verborgenen der Konstruktion herausgeholt und zu einem Schmuckelement für Fassaden uminterpretiert hat. Zu den frühesten Bauten, die dieses Element besitzen, gehören die Lake Shore Drive-Apartments in Chicago (1951) und das Seagram-Building (Abb. 7), ein Firmenhochhaus in New York (1958), aber auch das Hauptgebäude der Architekturfakultät einer Technischen Hochschule: die Crown Hall (1956) auf dem Campus des Illinois Institute of Technology in Chicago.⁷ Für Mies van der Rohe verband sich mit dem Doppel-T-Träger die Geschichte der modernen Baukonstruktion, die es ermöglichte, unabhängig von tragenden Wänden freie Grundrisse und von Wänden befreite großzügige, fließende Innenräume auszuführen. In dieser Hinsicht bedeuteten die Doppel-T-Träger für Mies van der Rohe Äquivalente zu den antiken Säulen, deren Tragkraft es den antiken Baumeistern ermöglichte, nicht nur lichte, hochaufragende Tempel, sondern auch große, weite Stadthallen und Markthallen zu errichten. Wie die Säulen an den repräsentativen Prachtgebäuden der Antike sollten nun die Doppel-T-Träger als architektonisches Motiv von der konstruktiven Leistungsfähigkeit und ästhetischen Schönheit moderner Architektur Zeugnis ablegen und zum bildhaften Signum eines neuen, mit der Antike prinzipiell vergleichbaren Zeitalters geistiger und technischer Höchstleistungen werden.⁸

Für das Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät der JGU konnte es in den 1960er-Jahren eigentlich keine geeignetere Architekturgestalt geben als diese von Mies van der Rohe entlehnte Doppel-T-Träger-Fassade mit den dazwischengesetzten Fenstern und den hochglänzenden, aus blaugefärbtem Glas hergestellten Brüstungselementen. In Mainz ist die Fassade keinem Hochhaus, sondern einem 33 Meter hohen, neungeschossigen, breitgelagerten Gebäuderiegel vorgeblendet (vgl. Abb. 1). Dieser wird an den Seiten

von einem gigantischen Rahmen flankiert, in den gewissermaßen sämtliche Stockwerke eingehängt wurden und der im oberen, abschließenden Bereich als markantes Motiv einen freigestellten, offenen Bügel mit Dachterrassen ausbildet. Der Entwerfer dieser Mies van der Rohe zitierenden, ihn aber keineswegs epigonal imitierenden Architektur ist der ehemalige Mitarbeiter und spätere Leiter des Mainzer Universitätsbauamts, Lothar Leonhards, gewesen.⁹ Leonhards schuf damit für den Campus der noch jungen wiedergegründeten JGU eine regelrechte Inkunabel, ja ein Signet, das allen Besuchern die Aufbruchsstimmung in eine neue Ära der Symbiose aus Geist und Technik und der damit verbundenen Bedeutung der Naturwissenschaften signalisieren sollte. Anders als in den Jahren der Wiedergründung nach 1945 rückte die Architektur Leonhards' somit weniger Frankreich, als vielmehr die USA in den Fokus, was übrigens auch für das zugehörige, ebenfalls denkmalgeschützte Hörsaalgebäude, die sogenannte Muschel, gilt.

Bekennnis zu einer freiheitlichen Moderne: das Hörsaalgebäude (»Muschel«) der Naturwissenschaftlichen Fakultät

Auch dieses von 1967 bis 1969 errichtete Gebäude (vgl. Abb. 2), das bis hin zu seiner Innengestaltung mit der raffinierten, zentralen Treppenanlage und den künstlerischen Wandreliefs nahezu originalgetreu erhalten geblieben ist (Abb. 8), wurde von Leonhards entworfen und zwar zeitgleich mit dem Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät, auf dessen Haupteingang es von seiner Lage her ausgerichtet wurde.¹⁰ Doch die Formensprache ist erstaunlicherweise eine ganz andere und folgt auch anderen großen Vorbildern der modernen Architektur. So zitiert die ausgesprochen schwungvolle, muschelartig gewölbte Dachkonstruktion – eine Betonschale mit der beeindruckenden Spannweite von 55,70 Metern - zunächst grundlegend das Dach der schon damals legendären, von Le Corbusier entworfenen Wallfahrtskapelle von Ronchamp (1955) (Abb. 9).

Dieses Dach hatte Le Corbusier konstruktiv ganz bewusst Flugzeugtragflächen und in der geschwungenen Form einer Muschel nachgebildet und damit – ähnlich wie Mies van der Rohe – eine hochmoderne technische Konstruktion zusammen mit dem Verweis auf ihre konstruktiven Vorläufer in der Natur (Muschel-

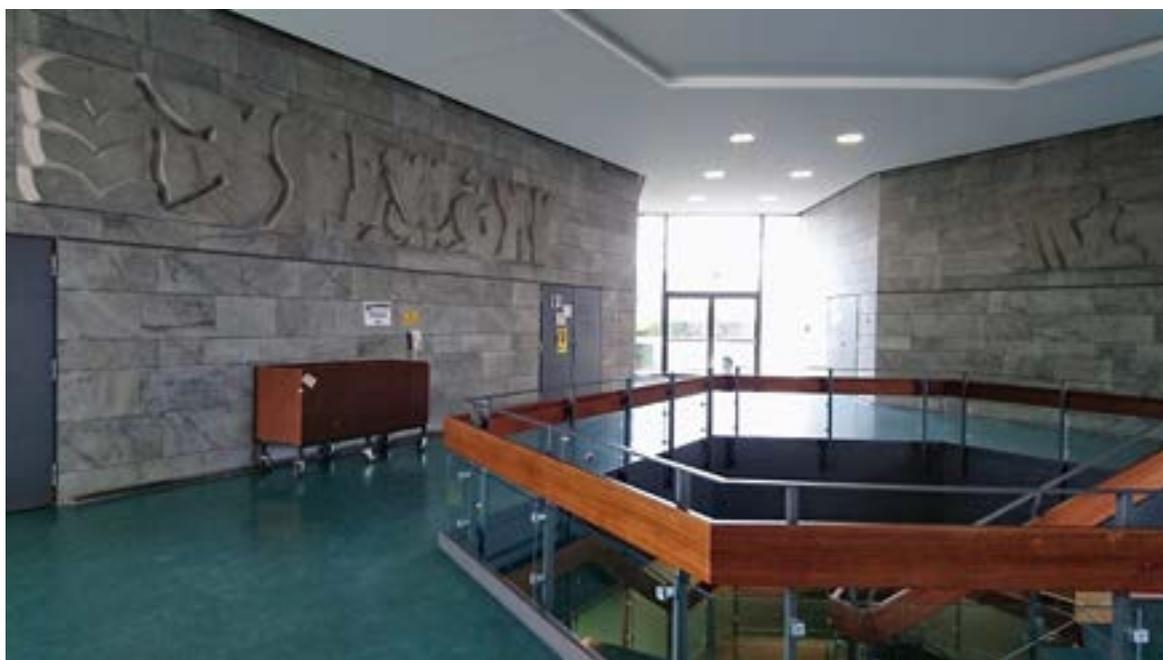


Abb. 8: JGU, Hörsaalgebäude (»Muschel«) der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Blick in das Foyer mit Zugang zu den Hörsälen und den Wandreliefs. Foto: Matthias Müller, Quelle: privat.



Abb. 9: Außenansicht
der Wallfahrtskapelle
von Ronchamp
(Architekt: Le Corbusier).
Foto: Matthias Müller,
Quelle: privat.

schale) zu einer bildhaften und zugleich vorbildhaften Form für die Moderne erhoben.¹¹ Die Gesamtform des Hörsaalgebäudes – besonders mit den parabelförmig kurvierten, äußerst dynamischen Dachbögen, die ursprünglich als Gestaltungselement die roh belassenen Abdrücke der Betonschalung vorzeigten¹² und in einer eleganten Linie direkt bis in den Boden verlaufen, um an ihren Enden kaskadenartige Ablaufkanäle für das Regenwasser auszubilden – aber verweist nach Berlin und Hamburg. In Berlin entstand im Auftrag der amerikanischen Regierung 1956/57 die Kongresshalle («Schwangere Auster») (Abb. 10) als Beitrag der USA für die Internationale Bauausstellung Interbau 1957 (die wiederum als Reaktion auf den Bau der monumental-prächtigen Stalin-Allee in Ost-Berlin veranstaltet wurde) und als Geschenk des freien Amerika an das von der Sowjetunion umzingelte freie West-Berlin.¹³

Genau auf diese mit der Kongresshalle verbundene politische Aussage wies auch der Architekt, Hugh Stubbins, bei der Grundsteinlegung am 3. Oktober 1956 hin: Der Bau sei ein »Leuchtturm der Freiheit, das seine Strahlen nach Osten sendet«.¹⁴ Im Rückblick formulierte Stubbins die politische Aufgabe seines Entwurfs weniger poetisch: »Das war in Wirklichkeit ein Propagandabau, der sich an die Sowjets richtete, die nur einen knappen Kilometer entfernt waren«.¹⁵ Die Grundform dieses »Propagandabaus« sollte bereits 1957–1959 in Hamburg aufgegriffen werden, als für die dortige Universität in der Nähe des Hauptgebäudes der Philosophischen Fakultät (Philosophenturm) ein neues Auditorium maximum gebaut wurde. Der von Bernhard Hemkes stammende Entwurf zitiert die Berliner Kongresshalle Stubbins als Sinnbild der freiheitlichen, westlichen Demokratie und fand auch unter deutschen Universitätsplanern große Beachtung. So reiste der Architekt der Mainzer »Muschel«, Leonhards, Ende 1961 nach Hamburg, um sich dort neben dem von Paul Seitz konzipierten Philosophenturm auch das Auditorium maximum anzusehen.¹⁶ In diesem fand er die kühne architektonische Form der Berliner Kongresshalle bereits auf die besonderen Bedingungen eines universitären Hörsaalgebäudes heruntergebrochen.

Sollte auch die Mainzer Muschel an der geradezu ikonischen propagandistischen Bedeutung der Berliner Schwangeren Auster partizipieren? Leonhards hat sich darüber nicht schriftlich geäußert, doch dass sein Hörsaalgebäude von den Bauverantwortlichen mit der berühmten Berliner Kongresshalle in Verbindung



gebracht wurde, belegt eine Aktennotiz vom 20. Februar 1961 aus den im Universitätsarchiv aufbewahrten Bauakten. In diesen wird das in Planung befindliche Hörsaalgebäude ausdrücklich als »schwängere Auster« bezeichnet!¹⁷ In jedem Fall orientiert sich die Mainzer »Muschel« mit Le Corbusiers Wallfahrtskapelle von Ronchamp und der Berliner Kongresshalle an zwei der wirkmächtigsten Architekturen der Nachkriegsmoderne, deren ausgesprochen suggestive, bildhafte Formensprache nun einem zentralen Lehrgebäude der JGU ein unverwechselbares Gesicht verleihen sollte. Zusammen mit dem dahinter hochaufragenden, an Mies van der Rohes New Yorker Seagram-Building orientiertem Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät hatte Leonhards der JGU zu einem architektonischen Aushängeschild verholfen, das an dieser Stelle des Campus – und im Kontrast zum »Forum« im Bereich der ehemaligen Flakkaserne – auch ein neues universitäres Zentrum markieren sollte. Bis heute hat es nichts von seiner auf moderne Weise repräsentativ-monumentalen Wirkung verloren, selbst wenn das mit ihr verbundene amerikanische Freiheitspathos längst nicht mehr so glänzt wie in den 1960er-Jahren.

Das Pendant zu diesem eindrucksvollen Bauensemble der Naturwissenschaften sollte übrigens auf der gegenüberliegenden Seite, entlang des Jakob-Welder-Wegs, das Philosophicum der Geisteswissenschaften und die Universitätsbibliothek bilden. Vor allem das durch das Universitätsbauamt (und damit auch von Leonhards) entworfene Philosophicum, das mit seinen flachlagernden, um Innenhöfe und Freiplätze angeordneten Bauten unverkennbar die wegweisende, an Le Corbusier, Mies van der Rohe und Walter Gropius orientierte Architektursprache des Frankfurter Universitätsarchitekten Ferdinand Kramer, aber auch des berühmten deutschen Vertreters moderner Nachkriegsarchitektur, Egon Eiermann, zitiert, besitzt eine hohe gestalterische Qualität. Sofern es in den nächsten Jahren gelingt, die durch Abbruchmaßnahmen frei gewordene Fläche zwischen dem Philosophicum, dem 2013 fertiggestellten, ebenfalls architektonisch anspruchsvollen Georg Forster-Gebäude und dem Hauptgebäude der Naturwissenschaften nicht nur für den Neubau der Universitätsbibliothek, sondern auch für eine »Piazza« zu nutzen, könnte die von Leonhards in den 1960er-Jahren intendierte »neue Mitte« der JGU tatsächlich Realität werden!

Abb. 10: Außenansicht der Berliner Kongresshalle (»Schwangere Auster«) (Architekt: Hugh Stubbins). Foto: Berthold Werner, Quelle: Wikimedia Commons.

Ort der freien Begegnung: die Zentralmensa als herausragendes Denkmal für die universitäre Baukultur der 1970er- und 1980er-Jahre

Ein weiteres Zentrum, nun aber für prinzipiell alle Universitätsangehörigen und Fachrichtungen, wurde etwa 15 Jahre später, 1980–1985, mit der neuen Zentralmensa (Abb. 11; vgl. auch Abb. 3) auf dem Campus geschaffen.¹⁸ Auch dieser am Staudingerweg gelegene Bau erhielt kürzlich die Auszeichnung eines schützenswerten Architekturdenkmals, da er, so die Begründung der Fachbehörde, »ein beispielhaftes Zeugnis für den hohen Anspruch der sich wandelnden Universitätsarchitektur im Westdeutschland der 1970er-Jahre ablegt und in dieser Art zudem nur selten realisiert wurde«. ¹⁹ Die Zentralmensa ist aber auch ein wichtiges Zeugnis für die Expansionsgeschichte der JGU im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, denn sie »bildet als erste bauliche Maßnahme am Staudingerweg auch den zentralen Ausgangspunkt für den nachfolgenden Ausbau des westlichen Universitätsgeländes«. ²⁰ Und in der Tat: Mit ihrer Zentralmensa besitzt die JGU ein auch im nationalen Maßstab herausragendes Denkmal für die universitäre Baukultur in den 1970er- und 1980er-Jahren in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Denn ihr Architekt, Hans Auras, der bei Rolf Gutbrod in Stuttgart studierte und später selbst als Professor für Baukonstruktion und Entwerfen an der Hochschule für Technik in Stuttgart tätig war, wollte mit seinem prämierten Entwurf nicht einfach nur eine zentrale Essensausgabe schaffen, sondern einen Ort der freien Begegnung und Kommunikation sowie des zwanglosen Aufenthalts für die ganze Universität. ²¹

Dieser Anspruch kam nicht von ungefähr, wurden Auras' Auffassungen von einer Gemeinschaft sich freiheitlich entwickelnder Individuen doch zum einen wesentlich durch das reformpädagogisch ausgerichtete Internat Schloss Salem und zum anderen durch Alexander Mitscherlichs 1965 erschienene sozialpsychologische Untersuchung über *Die Unwirtlichkeit unserer Städte* geprägt. ²² In dieser vielzitierten Studie kritisiert der Frankfurter Psychoanalytiker scharf die soziale und kulturelle Verödung der größeren Städte, deren äußere Ursache er sowohl in den an der Peripherie errichteten Trabanten-, als auch in den Eigenheimsiedlungen erkannte. Die Folge war für Mitscherlich der Verlust von sozialer Gemeinschaft und eine in die Depression der asozialen Vereinzelung geworfene, empathielose Gesellschaft, die am Ende auch wieder anfällig für totalitäre politische Systeme werden könnte. Es fällt nicht schwer, dieses dystopische Szenario auch auf eine moderne Groß- oder gar Massenuniversität zu übertragen, so wie sie seit den 1970er-Jahren auf der politischen Agenda in Westdeutschland stand. Auras' Entwurf für die Zentralmensa sollte daher der auch an Universitäten drohenden oder gar eintretenden Vereinzelung und Anonymisierung entgegenwirken und das Prinzip der forschenden und lernenden Gemeinschaft unterschiedlicher Individuen als ein Kernelement des Universitätslebens in einer besonderen Architektur zum Ausdruck bringen. ²³ »Die Mensa, mit ihren emotionalen Aspekten ist«, so Auras wörtlich, »bewußt als Kontrapunkt zur Rationalität eines Universitätsbetriebes konzipiert«. ²⁴

Doch konnte der hohe Anspruch tatsächlich eingelöst werden? Diese Frage müssen letztlich die Nutzer der Zentralmensa beantworten. Und unter diesen überwiegt seit vielen Jahren eindeutig die Zufriedenheit – zumindest was die räumlichen Qualitäten anbelangt. Denn der architektonische Entwurf geht von dem Gedanken einer kleinen Stadt aus, deren besonderen kommunikativen Elemente – so vor allem Straßen, Treppen und Plätze – er zur Grundlage der außen- und innenräumlichen Gestaltung erhebt. Bereits die künstlich geschaffene hügelartige Gartenlandschaft, in die das Gebäude der Zentralmensa eingebettet wurde, ist als ein Statement für »Entschleunigung« und »Muße« (ganz im Sinne des antiken »Otium«) und für die daraus erwachsende soziale Gemeinschaft zu verstehen, wurde der Außenbereich doch als verwinkelter, mit Terrassen, Wegen und Treppen versehener, nicht geradlinig-funktionalistischer Zugangs- und Aufenthaltsbereich konzipiert. Dass sich dieses, der mittelalterlich-frühneuzeitlichen Stadt entlehnte Raumprinzip auch im Inneren fortsetzt, deutet die Gestaltung des mit Zink verkleideten Dachs (vgl. Abb. 3) an: Mit seiner



Abb. 11: JGU, Zentralmensa, Blick auf den Außenbau mit seinen expressiven zeltartigen Dachformen und die umgebende Wege- und Gartengestaltung (Aufnahme kurz nach 1985). Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/4718.

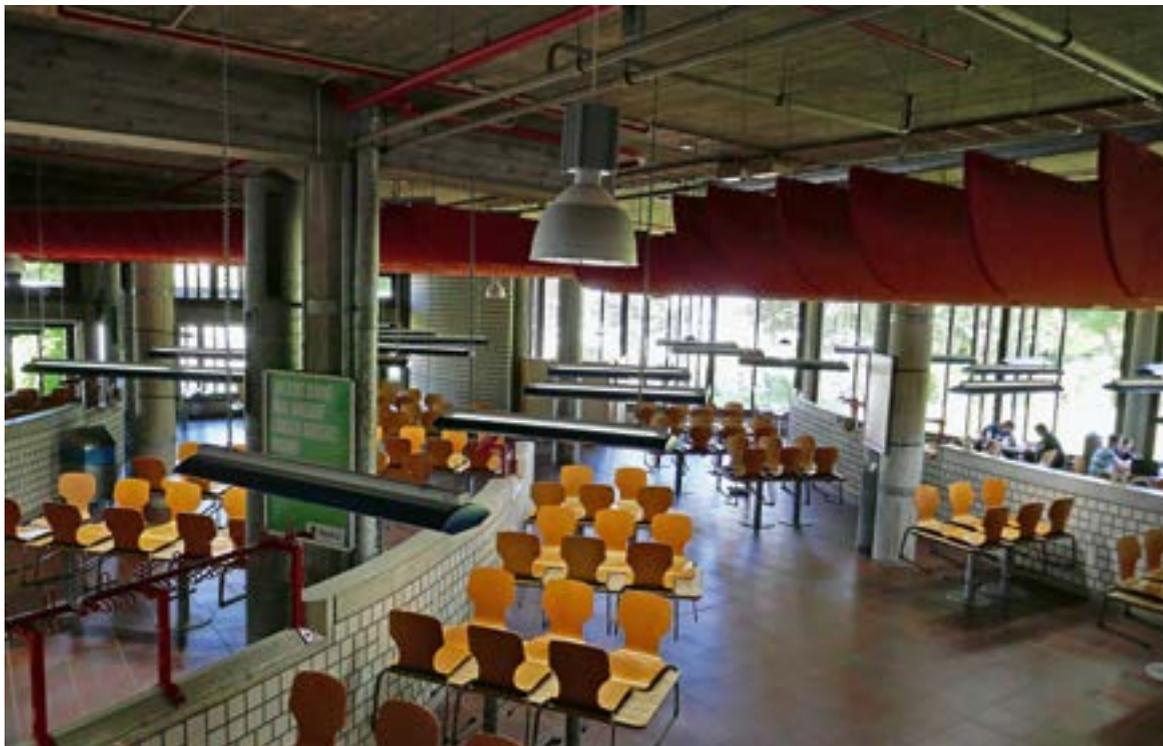


Abb. 12: JGU, Zentralmensa, Blick in den Speisesaal. Foto: Matthias Müller, Quelle: privat.

gefalteten, vor- und zurückspringenden Terrassen und Freiflächen überfangenden Struktur erscheint es wie eine Zeltstadt, die sich über dem zweigeschossigen Unterbau der Mensa erhebt. Mit dieser gestalterisch und konstruktiv aufwendigen, scheinbar schwebenden Dachlandschaft folgt Auras im Übrigen seinem Lehrer Gutbrod,²⁵ der wiederum mit Frei Otto, dem Pionier für Tragwerksarchitektur und Erbauer des Münchner Olympiastadions,²⁶ in Montreal den Deutschen Pavillon für die Weltausstellung *Expo 67* entworfen hatte. Im Inneren zeigt sich dann die ganze Virtuosität von Auras' Raumgestaltung, gelingt es dem Architekten doch im Obergeschoss – unter dem offenen, aus einer Holzkonstruktion bestehenden Zeltdach – eine Art Ladenpassage mit Cafeteria zu schaffen, die über zwei große, doppelläufige Freitreppen mit dem darunter im Erdgeschoss liegenden Speisesaal verbunden ist, der wiederum im Sinne eines großen, durch niedrige Mauern unterteilten Platzes geformt wurde.

Dort und in der Cafeteria können die Besucher bis heute auf beziehungsweise an den originalen, ebenfalls von Auras entworfenen Buchenholzstühlen und -tischen sitzen. Auch der heute nicht mehr funktions-tüchtige »Brunnen« von Hubert Bernatzky,²⁷ eine aus Plexiglas geformte stelenartige Skulptur, die im Zuge des Mensaneubaus angekauft und im Speisesaal aufgestellt wurde, erinnert an den hohen ästhetisch-funktionalen Anspruch der Architektur.

So sehr dieses aus Straßen, Wegen, Treppen und Plätzen bestehende Gesamtensemble das Erbe der mittelalterlich-frühneuzeitlichen europäischen Stadt zitiert, so sehr verweist die materialästhetische Gestaltung auf die Moderne: Treppen, Pfeiler und Tragwerk aus Sichtbeton, offen liegende, rot und blau lackierte Versorgungsleitungen und Abluftröhre aus Metall sowie rotgestrichene, von der Speisesaaldecke herabhängende Schallschutzlamellen vermitteln einen Hauch von »High-Tech«-Architektur und verweisen damit zugleich auf eines der berühmtesten Bauwerke der Nachkriegsmoderne: das von Renzo Piano und Richard Rogers konzipierte, 1977 fertiggestellte Pariser Kulturzentrum Centre Georges Pompidou!²⁸

Diese drei herausragenden und daher zu Recht 2018 unter Denkmalschutz gestellten Bauwerke der JGU sind nun in eine quasi städtebauliche Gesamtstruktur integriert, die es lohnt, näher analysiert zu werden. Denn ein besonderes Merkmal des Mainzer Universitätscampus ist die über mehrere Jahrzehnte reichende bauliche Realisierung der Planungen (an die sich seit etwa 2009 eine neue, große, noch nicht abgeschlossene Neubauphase anschließt), sodass die Architektur insgesamt von einer großen Heterogenität geprägt ist. Architekturgeschichtlich ist diese Heterogenität auf engumgrenztem Raum durchaus positiv zu sehen, bietet der Mainzer Campus doch auf diese Weise einen veritablen Querschnitt durch die architektonischen Moden und Trends von den 1950er-Jahren bis heute (die Architektur der Flakkaserne aus den 1930er-Jahren soll bei dieser Betrachtung einmal ausgenommen bleiben, da sie nicht als Universitätsarchitektur geplant war). Dabei haben sich – mit Ausnahme der 1930er-Jahre – vor allem drei Zeitschichten besonders nachdrücklich im heutigen Erscheinungsbild des Campus manifestiert: die 1960er-, 1980/90er- und die 2000er-Jahre. In jeder dieser Zeitschichten wurde beziehungsweise wird ein besonderes Verständnis öffentlicher, der Forschung und Lehre dienenden Architektur vertreten, sodass es auf dem Mainzer Campus teilweise zu bemerkenswerten Gegenüberstellungen oder gar Konfrontationen unterschiedlicher Architekturkonzepte – so etwa der »klassischen Moderne« mit der »Postmoderne« – gekommen ist.

Strukturen – Konfrontationen – Dialoge: Beobachtungen zu architektonischen Grunddispositionen des Mainzer Universitätscampus

Kein gewöhnlicher Campus auf der grünen Wiese: zur Lage und zu den Grundstrukturen

Von der Saarstraße im Osten betritt man den Campus der JGU, der heute auf seine 75-jährige Geschichte zurückblickt. In ihrer insgesamt rund 500-jährigen Geschichte wechselte die Universität bereits viele Male ihre Heimatstätte. Vor der Wiedergründung im Jahr 1946 bezog sie vorwiegend innerstädtische Gebäude, die sich in einem losen Gefüge auf verschiedene Areale der Altstadt verteilten. Der heutige Standort, das Gelände der ehemaligen Flakkaserne aus den 1930er-Jahren entlang der Saarstraße, erhielt nach längerem Abwägen gegenüber den Alternativstandorten am Kästrich, westlich der Altstadt und dem Gelände der Zitadelle schließlich den Vorzug. Das etwas abseits des Stadtkerns befindliche Areal wurde mit Bedacht gewählt. So sollten bei der Standortwahl einerseits Aspekte wie die soziale Interaktion, der Wissenstransfer zwischen Universität und Stadt²⁹ oder die Universität als Motor für das Marketing der Stadt – als Ort von Wissenschaft und Forschung im Sinne einer Wissensstadt beziehungsweise *Stadt der Wissenschaft* (2011) – Berücksichtigung finden, andererseits aber auch genügend freie Flächen in einem zusammenhängenden Areal für die weitere Expansion der Universität vorhanden sein.³⁰ Diese Möglichkeiten

bot das innenstadtnahe Gelände der ehemaligen Flakkaserne mit den angrenzenden Ländereien auf beinahe ideale Weise.

Das Campusgelände »schiebt sich keilförmig von Westen her«³¹ in das städtische Gefüge hinein, ohne es dabei direkt zu berühren. Denn der Campus wird in seiner Keilform von zwei größeren Straßen begrenzt. Im Norden befindet sich das Münchfeld mit seiner lockeren Wohnbebauung. Hiervon grenzt die Saarstraße den Campus ab. Nach Osten, wo sich die Mainzer Innenstadt befindet, wird das Universitätsgelände durch die Albert-Schweitzer-Straße und den dahinterliegenden, dicht begrünten Hauptfriedhof eingegrenzt. Nach Süden und Westen weitet sich der Campus, da sich hier vorwiegend Gewerbeflächen und Brachland befinden. Somit bildet das Gelände einen in sich abgeschlossenen Mikrokosmos ohne signifikante bauliche Verflechtung mit der umliegenden Bebauung.³² In dieser Form kann der Mainzer Campus für sich beanspruchen, einer der frühesten Universitätscampi in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte zu sein!³³

Der suburbane Campus auf der grünen Wiese war insbesondere in den 1960er- und 1970er-Jahren das bevorzugte Planungsmodell für Campus-Universitäten, wofür die Ruhr-Universität Bochum ein vieldiskutiertes, umstrittenes Zeugnis ablegt. Vorteil dieser Modelle ist, dass man über weitgehende Planungsfreiheit hinsichtlich der Raumstruktur verfügt. Die Konsequenz dieses Modells erweist sich heute jedoch als durchaus problematisch, da sich solche Universitätsareale vom öffentlichen urbanen Leben isolieren und es somit zunehmend zu einer Monofunktionalität auf dem Campus kommt. Es fehlen in der Regel Einkaufs- und ausreichend Wohnmöglichkeiten, eine gute Verkehrsanbindung zur Innenstadt oder auch gemeinschaftlich genutzte Flächen, die den sozialen Austausch abseits des akademischen Milieus fördern.³⁴ Ein lebendiges studentisches beziehungsweise universitäres Leben ist nicht möglich. Bemerkenswerterweise ist der Campus der JGU von diesen Nachteilen weniger betroffen.

Denn wie das Mainzer Beispiel verdeutlicht, kann dieser Tendenz zur Isolation mit verschiedenen Ansätzen und Strategien entgegengewirkt werden. Einer der wichtigsten Punkte ist der Ausbau der infrastrukturellen Anbindung an die Stadt, wodurch die schnelle Erreichbarkeit in beide Richtungen gewährleistet wird (zum Beispiel durch die innerstädtische Straßenbahnlinie »Mainzelbahn«). Andererseits können durch öffentliche (Weiter-)Bildungsveranstaltungen (wie das Studium generale) oder die Schaffung von durchlässigen Außenräumen beziehungsweise Transferzonen, beispielsweise im Bereich des campusnahen Fußball-Stadions, gemeinschaftliche und kommerzielle Nutzungen generiert werden, die das Leben der Universität mit dem der Stadt verbinden. Beide Ansätze fördern somit die soziale Interaktion zwischen universitärem und urbanem Leben. Außerdem kann die Erweiterung oder die Verdichtung des Campus durch Wohnbauten (zum Beispiel Studierendenwohnheime) zur zusätzlichen Nutzungsdurchmischung führen, wodurch die soziale und städtische Umgebung gestärkt wird.³⁵

Auch in seiner Binnenstruktur folgt der linear-rasterförmig ausgerichtete Mainzer Campus einem durchdachten, gewissermaßen städtebaulichen Konzept. Von der Saarstraße im Osten betritt man noch heute den Campus über die erst kürzlich sanierte und umgestaltete Platzanlage vor den Toren der ehemaligen Flakkaserne. Hier beginnt auch die zentral ausgerichtete Esplanade, die sich als Jakob-Welder-Weg einmal quer von Ost nach West über den Campus zieht. »Die Esplanade fungiert als Rückgrat, Haupterschließungs- und Aufenthaltszone des Campus. [...] Dieser Hauptbereich der öffentlichen Bewegung wird zum Aktivitäts- und Kommunikationsbereich des Gutenberg Campus. Hier trifft man sich; von hier aus bewegt man sich.«³⁶ Parallel zu der zentralen Achse verläuft der Johann-Joachim-Becher-Weg. Beide Straßen zusammen bilden eine »bandartige Mittelzone an der die zentralen Einrichtungen liegen.«³⁷ In seiner linearen Ausrichtung war der Campus bereits bei seiner Gründung angelegt worden, folgte hier bis zu einem gewissen Grad auch den Vorgaben der bereits vorhandenen Kasernenstruktur, die sich sinnvoll adaptieren ließ. Von dieser Struktur

ausgehend, breitete sich der Campus bis heute sukzessive nach Westen aus. Durch die ständigen Erweiterungen verlagert sich aber auch der ehemalige zentrale Aktivitätsbereich im Osten nunmehr zunehmend nach Westen. Dies fand seinen Niederschlag schließlich auch in der 2009 aktualisierten übergeordneten Rahmenplanung, die nun stärker daran interessiert ist, ein Nutzungskonzept nach Themenclustern, im Sinne von Konzentrationsbereichen verschiedener Fachrichtungen, zu realisieren. »Die Bildung von Themenclustern ermöglicht eine individuelle Entwicklung einzelner Identitäten, die unterschiedliche Atmosphären innerhalb des Campus erzeugen und zur Belebung des Areals beitragen.«³⁸ So ist der östliche Bereich des Campus heute vorwiegend sozial- und geisteswissenschaftlich und der westliche Teil naturwissenschaftlich geprägt. Öffentliche, begrünte Plätze und Wohnbereiche fungieren als clusterübergreifende Nutzungsflächen. Sie sollen die einzelnen Bereiche miteinander verbinden und soziale Synergien erzeugen.

Der Campus als Ort architektonischer Konfrontationen und Dialoge nachkriegsmoderner Architekturauffassungen: die Gebäude »ReWi I« (1960–1961) und »ReWi II« (1991–1992), Philosophicum (1963–1968) und Georg Forster-Gebäude (2010–2013) sowie das »BioZentrum« (2018–2019)

Der Mainzer Universitätscampus weist aber nicht nur eine besondere Struktur mit verschiedenen Zentren und sich durchdringenden Nutzungsbereichen auf, sondern innerhalb dieser Struktur eine nicht weniger bemerkenswerte Vielfalt an nachkriegsmoderner und postmoderner Architektur. Bei näherem Hinsehen wird erkennbar, dass im Laufe der Zeit, zwischen dem Beginn des Ausbaus in den 1950er-Jahren bis zum heutigen Zeitpunkt im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts, die wechselnden Architekturmoden von den jeweils nachfolgenden Architekten bewusst dafür genutzt wurden, um zwischen den Bestandsbauten und den Neubauten ein entweder dialogisches oder gar konfrontatives Verhältnis zu schaffen. Ein solch konfrontatives Verhältnis wird geradezu plakativ bei den Alt- und Neubauten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften aus den 1960er- und den 1990er-Jahren deutlich, die zudem noch in unmittelbarer Nähe zur charakteristischen Militärarchitektur der ehemaligen Flakkaserne aus den 1930er-Jahren liegen. Die Alt- und Neubauten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften stehen sich unmittelbar gegenüber, indem sie zu beiden Seiten den Jakob-Welder-Weg flankieren. Nördlich befindet sich das sogenannte ReWi I aus den Jahren 1960 bis 1961, südlich davon das 30 Jahre jüngere, 1991 bis 1992 errichtete sogenannte ReWi II.³⁹ Nördlich erblicken wir eine für die 1960er-Jahre charakteristische architektonische Lösung, südlich davon ihre postmoderne Revision. Man erlebt gewissermaßen die Konfrontation zwischen dem apodiktischen Geltungsanspruch der klassisch-modernen Architektur und dessen triumphaler Entzauberung durch die Postmoderne.

Als eines der ersten Erweiterungsgebäude des Universitätscampus wurde das Institutsgebäude für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften 1960 und 1961 westlich in unmittelbarer Nähe des von der Flakkaserne gebildeten Forums auf einem quadratischen Grundriss errichtet.⁴⁰ Der Architekt hat die Positionierung – in einer stilistisch bemerkenswert uneleganten Formulierung – folgendermaßen begründet: »Es galt, den zu errichtenden Neubau so in das Gefüge der gesamten Anlage einzufügen, daß er sich in die vorhandene Bebauung, ohne störend zu wirken, einfügt.«⁴¹ Errichtet wurde eine asymmetrische Drei-Flügelanlage, bestehend aus dem westlichen Hauptgebäude mit den Seminar- und Diensträumen, dem östlich gelegenen Hörsaaltrakt und dem beide Teile zusammenfügenden Verbindungsflügel im Norden (Abb. 13). Der großzügig verglaste Haupteingang des Gebäudes befindet sich im zentral gelegenen Verbindungsflügel. Der gesamte Gebäudekomplex richtet sich gestalterisch, typisch für die Architektur der 1950er- und 1960er-Jahre, nach seiner funktionalen, rationalen Zweckmäßigkeit.

Entsprechend plante der Entwurfsarchitekt, Hans Strack, das Institutsgebäude mit seinem Eingang nach Süden auszurichten, da auf diese Weise die im Norden liegenden Arbeitsräume durch die Sonneneinstrah-



Abb. 13: Institutsgebäude für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (ReWi I), Südfassade, Haupteingang (Architekt: Hans Strack). Foto: Krämer, Quelle: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Sammlung Gebr. Metz, Institutsgebäude Mainz.

lung nicht der Gefahr einer Überhitzung ausgesetzt sind. Eine weitere funktionale Überlegung betrifft die Höhe der einzelnen Baukörper, die bei allen drei unterschiedlich ist: Das Hauptgebäude ist dreigeschossig, der Verbindungsflügel eingeschossig und der Hörsaaltrakt zweigeschossig. Diese differenzierten Geschosshöhen richten sich dabei nach ihrer inneren Funktion. So ergeben sich die drei Geschosse des Hauptgebäudes beispielsweise aus der Anzahl der benötigten Arbeitsräume für Professoren, Doktoranden, Verwaltung etc. Hierbei lässt sich die achsensymmetrische Aufteilung der Büroräume im Inneren auch von außen an der rhythmischen beziehungsweise gleichförmigen Fensterreihung ablesen. Äußere Erscheinungsmerkmale, wie die Geschosshöhe oder die Rasterung der Fassade und die konsequente Linienführung, werden rational von der inneren Raumfunktion und ihrer Konstruktion abgeleitet. Der Institutsbau besteht dabei ausschließlich aus rechten Winkeln und geraden horizontalen Linien, die im Bereich des Zentralseminargebäudes zusätzlich durch ein weitvorkragendes Flachdach besonders akzentuiert werden.

Mit seinem podestähnlichen, über eine breitlagernde Freitreppe erreichbaren Vorplatz öffnet sich das Gebäudeensemble gegenüber dem Jakob-Welder-Weg, der Hauptachse beziehungsweise Esplanade des Universitätscampus, und wirkt dadurch weit und offen. Die Materialität seiner Fassaden fällt ins Auge, werden die Stahlbetonbauten doch im Bereich des Vorplatzes einerseits großzügig verglast und andererseits mit Vertikalbändern aus Ziegelmauerwerk zwischen den Fensterachsen verkleidet, was allerdings durch jüngste Umbaumaßnahmen leider stark verändert worden ist. Gerade in diesen beiden gestalterischen Aspekten, der Materialität und dem konsequenten Bekenntnis zur horizontalen Linie, hebt sich der Bau gegenüber den allermeisten anderen Bauten auf dem Campus hervor. Die historische Referenz zu Mies van der Rohes Wishnick Hall in Chicago (Abb. 14) wird hier deutlich und folgt in der architektonischen Gestaltung konsequent dem funktionalistisch-rationalen Credo der internationalen Moderne.

Dieses Credo änderte sich in den USA und Europa erstmals in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren, als vor allem amerikanische Architekten die dogmatischen Leitsätze der Moderne in Frage stellten und im Sinne einer Postmoderne die – oftmals missverstandene – Rückkehr zu einer historisch reflektierenden Baukunst, die auch wieder auf historische Stile zurückgreifen können sollte, einforderten. So stand bald in



Abb. 14: Wishnick Hall, Illinois Institut of Technology (Fakultät für Chemie), Chicago (Illinois), USA (Architekt: Ludwig Mies van der Rohe). Foto: Matthias Müller, Quelle: privat.

direkter Konfrontation die Postmoderne der Moderne gegenüber.⁴² Wie sich dies architektonisch auswirkte, kann man auf dem Mainzer Campus beispielhaft anhand des neuen Gebäudes der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften beobachten, da dieses unmittelbar gegenüber den alten Institutsgebäuden auf der anderen Seite des Jakob-Welder-Weges seinen Standort finden sollte.

Der neue Institutsbau wurde 1990 bis 1991 errichtet, als gerade der Studiengang Betriebswirtschaftslehre neu in das Studienprogramm der Johannes Gutenberg-Universität Mainz aufgenommen worden war.⁴³ Das ohnehin zu klein gewordene alte Gebäude ReWi I musste nun umso dringender aufgrund der immer weiter steigenden Studierendenzahlen durch einen Neubau ergänzt werden.⁴⁴ Bereits 1970 stimmte das Verwaltungsamt der Universität einem solchen grundsätzlich zu.⁴⁵ Jedoch sollte es noch bis 1989 dauern, ehe man mit der Bauplanung nach Entwürfen des Büros Hauss-Architekten + Ingenieure aus Haßloch begann. Man entschied sich schließlich, das »neue ReWi« in zentraler Lage zwischen den beiden Hauptachsen Jakob-Welder-Weg und Johann-Joachim-Becher-Weg zu bauen. Wo zuvor das Betriebstechnische Zentrum der Universität in einem der ehemaligen Militärgebäude untergebracht war, sollte nun ein rund 29.000 Quadratmeter großer multifunktionaler Gebäudekomplex für Lehre und Forschung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften entstehen.

Im Wesentlichen setzt sich der Neubau (Abb. 15) aus drei unterschiedlich großen Gebäudeelementen zusammen. Aus dem Forum der ehemaligen Flakkaserne kommend, fällt zunächst die massive Hörsaalrotunde ins Auge, der als größtem Hörsaal der JGU auch in der architektonischen Gestaltung mit zebrastreifenartigen Steinbändern besondere Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Westlich davon schließt sich der dreigeschossige, L-förmige Seminar- und Dienstzimmertrakt an. Im rechten Winkel dieser L-Form wurde im Erdgeschoss ein großzügiges, lichtdurchflutetes Foyer eingebettet, das, ausgestattet mit einer Cafeteria, als zentrale Kommunikations- und Verteilerfläche für die Nutzer des Gebäudes dient. Im Westen, angrenzend an die »Alte Chemie« aus den 1950er- und 1960er-Jahren, schließt das Gebäude mit einer zweigeschossigen, komplett



verglasten Stahlkonstruktion, die die gesamte Bereichsbibliothek mit dazugehörigen Arbeitsplätzen in sich aufnimmt.

Bewegt man sich durch diesen vielschichtigen Gebäudekomplex, scheint man – ganz im Sinne der Postmoderne – eine Art Weg durch die Architekturgeschichte zurückzulegen: angefangen bei massiven einfachen Grundformen aus Stein, die man in der Hörsaal-Rotunde wiederfindet, über von säulenartigen Stützen getragene Foyer- und Passagenräume, bis hin zu einer sich immer stärker auflösenden filigranen Glasarchitektur im Bereich der Bibliothek. Die zebrastreifenartig mit Steinbändern gemusterte Hörsaal-Rotunde erinnert dabei nicht zufällig an den Tessiner Architekten Mario Botta und seine 1980–1982 erbaute Casa Rotonda in Stabio nahe Chiasso im Schweizer Tessin (Abb. 16).

Es ist ein Bau in ruhigen geometrischen Formen, die nach dem Willen Bottas (der als einer der einflussreichsten Architekten einer modern-historisierenden Baukunst gilt) an die geometrische Einfachheit antiker Bauten erinnern soll. Im Gegensatz dazu steht nun beim Mainzer Institutsgebäude der Bibliothekstrakt im Westen, der eher den Eindruck einer zukunftsorientierten Industrie- oder Hightech-Architektur vermittelt, die versucht, die Fassade von schweren Mauern zu befreien und in ein filigranes Gebilde aus Glas und Stahl aufzulösen. Zwischendrin, im Mitteltrakt des Gebäudekomplexes, direkt im Bereich des Haupteingangs, können wir schließlich sogar eine besonders deutliche Provokation dieser postmodernen Architektur gegenüber der Architektur einer streng-rationalen Moderne erleben, wurde der Haupteingang doch in Form einer tempelartigen Antiken-Reminiszenz gestaltet. Das Material, eine türkisfarbene Stahlkonstruktion mit Betonsäulen, verweist jedoch mit einem Augenzwinkern sogleich wieder auf die Zeit ihrer Entstehung in den 1990er-Jahren. Der ›Gegner‹ dieser mit historischen Zitaten spielerisch jonglierenden Baukunst ist in diesem Fall das alte ReWi I-Gebäude aus den 1960er-Jahren auf der gegenüberliegenden Straßenseite!

Das Spiel mit solchen Gegensätzen ist kennzeichnend für die Architektur der Postmoderne und verlangt vom Betrachtenden ein hohes Maß an Aufmerksamkeit. Denn in der Konsequenz dieser Formen-, Farben-

Abb. 15: JGU, Neubau der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (ReWi II) (Architekt: Hauss-Architekten + Ingenieure).

Foto: Matthias Müller, Quelle: privat.



Abb. 16: Casa Rotonda,
Stabio, Schweiz
(Architekt: Mario Botta).
Foto: Matthias Müller,
Quelle: privat.

und Materialvielfalt wirkt das neue Gebäude der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften als Ganzes zunächst willkürlich zusammengewürfelt. Robert Venturi, der amerikanische Gründungsvater der Postmoderne, rechtfertigte die Postmoderne gegenüber dem modernen Bauen aber gerade wegen solcher bewusst inszenierten Gegensätzlichkeiten und Widersprüche.⁴⁶ Denn nach Venturi gilt in der jahrhundertealten Geschichte der Architektur nicht das modernistische Diktum »less is more« (weniger ist mehr), wie Mies van der Rohe, einer der Väter des modernen Bauens, es einst formulierte, sondern ganz im Gegenteil: »less is a bore« (weniger ist langweilig)!⁴⁷ Das Aufeinanderprallen beziehungsweise die Symbiose von Bauteilen aus unterschiedlichen Epochen mit entsprechend unterschiedlichen Baustilen gehört, so Venturi, geradezu zu den Grundbedingungen historisch gewachsener und kulturgeschichtlich vielfältiger Architektur. Diese Überzeugung ist auch dem neuen Institutsgebäude der Mainzer Rechts- und Wirtschaftswissenschaften programmatisch eingeschrieben und geradezu ein Paradigmenwechsel: weg vom funktionalen Rationalismus der Vor- und Nachkriegsmoderne hin zur assoziationsreichen Erzählfkraft historischer Formen.

Ein gänzlich anderes Verfahren im Umgang mit Bauwerken aus unterschiedlichen Epochen lässt sich im weiteren Verlauf des Jakob-Welder-Wegs in Richtung Westen besichtigen. Dort stehen sich das Philosophicum aus der Mitte der 1960er-Jahre und das 2009 bis 2013 realisierte Georg Forster-Gebäude der Sozialwissenschaften in einer unmittelbaren räumlichen Konfrontation gegenüber, die mit derjenigen der Gebäude der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften prinzipiell vergleichbar ist. Wie bei den beiden Gebäuden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, liegt auch hier eine große zeitliche Differenz zwischen der Fertigstellung. Anders als beim ReWi I und ReWi II, die in einem Abstand von 30 Jahren entstanden, vergingen nach der Fertigstellung des Philosophicums 1963 aber sogar 60 Jahre, ehe auf dem Gelände zwischen diesem und der Universitätsbibliothek das Georg Forster-Gebäude errichtet wurde. In der Zwischenzeit hatte sich in der nationalen wie internationalen Architektur ein erneuter Paradigmenwechsel vollzogen, der zwar nach der Postmoderne nicht unbedingt eine Rückkehr zu den dogmatischen Positionen der Moderne, aber doch eine



Abb. 18: JGU, Philosophicum, Ansicht vom Jakob-Welder-Weg mit Hörsaalkuben (Architekt: Universitätsbauleitung der JGU). Foto: Matthias Müller, Quelle: privat.

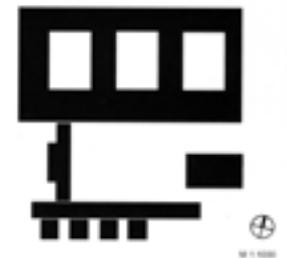


Abb. 17: Lageplan und schematischer Grundriss des Philosophicum. Zeichnung: Hauke Horn.

erneute Wertschätzung für deren gelungenen Bauleistungen mit sich brachte. Zu diesen gehörten auch die klare Struktur und reduzierte Materialästhetik, wie sie auf dem Campus beispielhaft in den Gebäuden ReWi I und des Philosophicums verkörpert sind.

Da das Philosophicum aus der gleichen Zeit wie das ReWi I stammt, spricht es die gleiche klassisch-moderne, funktionalistische Architektursprache. Auch beim Philosophicum, das die Universitätsbauleitung selbst entwarf, wurde eine rechtwinklige Drei-Flügelanlage um einen zentralen Innenhof gebildet (Abb. 17). In seinem baulichen Ausmaß dominiert der nördliche Gebäudetrakt, der auf vier Geschossen sowohl die Fachbereiche und deren Bibliotheken als auch die Seminarräume beherbergt. Innerhalb des Hauptgebäudes wird die Idee des geschlossenen Hofes in Form von drei Atrien, die das Gebäude intern strukturieren, wieder aufgenommen (der mittlere Innenhof wurde inzwischen durch die neue Bereichsbibliothek überbaut und damit der Raumeindruck nachteilig verändert). Parallel zum Hauptgebäude befindet sich der zweigeschossige Hörsaaltrakt mit seinen charakteristisch nach außen, zum Jakob-Welder-Weg vortretenden, ziegelverkleideten Raumkuben (Abb. 18). Hauptgebäude und Hörsaaltrakt werden durch den Verwaltungstrakt im Erdgeschoss (ursprünglich eine offen strukturierte Cafeteria) miteinander verbunden. Ergänzt wird das Ensemble durch einen an der offenen Hofseite im Osten freistehenden Baukubus, der den großen Hörsaal mit Bühne enthält. Wie beim ReWi I unterscheiden sich auch beim Philosophicum die einzelnen Gebäudeelemente in ihrer Höhe und wurden, ihrer inneren Funktion nach, klar voneinander getrennt.

In Richtung Norden zur Saarstraße verschließt sich das Hauptgebäude über eine massive mit dunkelbrauner Klinkerverblendung versehene Fassade, in die quadratische Fenster rasterförmig eingesetzt sind (Abb. 19). Dieses Raster wird nur durch verglaste Treppenhäuser unterbrochen, die ursprünglich mit plastisch gestalteten Sichtschutzelementen verblendet waren. Leider wurde dieses wichtige Gestaltungsmittel bei der kürzlich erfolgten Sanierung entfernt. Hinter der Fassade verbirgt sich der Seminar- und Dienstzimmerbereich der Professor_innen und Mitarbeiter_innen, deren Räume sich in der Größe im Wesentlichen gleichen. Präsentiert

Abb. 19: JGU, Philosophicum, Teil der Nordfassade im Zustand vor der Sanierung und Entfernung der Sichtschutzelemente der Treppenhäuser (Architekt: Universitätsbauleitung der JGU).
Foto: Christian George,
Quelle: privat.



sich das Gebäude zur Saarstraße (und damit zum außeruniversitären Stadtraum) stark zurückgenommen und regelrecht verschlossen, so öffnet es sich auf der zum Campus gerichteten Südseite in großzügiger Weise. Die Fassade zeigt sich hier mit langgestreckten Fensterbändern und horizontalen weißen Kachelmosaikstreifen hell und klar. An dieser Fassadenseite wird der bereits für das ReWi I-Gebäude festgestellte Bezug zur Wishnick Hall von Mies van der Rohe (vgl. Abb. 14) noch deutlicher sichtbar. Bis auf wenige Ausnahmen, wie die Sonnenblenden oder Materialabweichungen, wurde die Fassadengestaltung der Wishnick Hall strukturell weitgehend für die Südseite des Philosophicums übernommen. So verkörpert letzteres insgesamt – wie auch schon das ReWi I-Gebäude sowie das Hauptgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät – ein deutliches Bekenntnis zur Architektur der klassischen Moderne.

Auf dieses Bekenntnis reagiert das 2013 fertiggestellte Georg Forster-Gebäude als neues Institutsgebäude der Sozialwissenschaften. Der von Kühnl + Schmidt Architekten AG (Karlsruhe und München) entworfene Neubau befindet sich unmittelbar zwischen dem Philosophicum und der Zentralbibliothek und schließt nördlich zur Saarstraße hin auf derselben Höhe wie das Philosophicum ab. Das fünfgeschossige, mit dunklem Ziegelmauerwerk verkleidete Hauptgebäude nimmt in seiner Gesamtstruktur die Atriumform des Philosophicums wieder auf und ergänzt diese durch einen vorgelagerten niedrigeren U-förmigen Baukörper in Richtung Jakob-Welder-Weg. Auffällig ist die Südfassade des Hauptgebäudes, die sich in einer riesigen, mit einem »Wissensbaum« und über 500 Zitaten bedruckten Glaswand (Abb. 20) öffnet.⁴⁸ Die Zitate erinnern nicht nur an deren Verfasser (Dichter, Philosophen, Soziologen, etc.), sie dienen dem Gebäudeinneren auch als Sonnenschutz.

Die äußere Gestaltung der beiden Gebäudeteile unterscheidet sich stark voneinander und verdeutlicht die innere Funktionstrennung in den Büro- und Bibliotheksbereich im Hauptgebäude und den Seminar- und Hörsaalbereich im Vorbau. So erhebt sich der vorgelagerte Anbau, dessen beide Obergeschosse zudem mit Glasplatten in drei verschiedenen, plakativ leuchtenden Grüntönen verblendet sind und von langen Fenster-



Abb. 20: JGU, Georg Forster-Gebäude, Hauptfassade (= Südfassade) (Architekten: Kühnl + Schmidt Architekten AG). Foto: Stephan Max, Quelle: UA Mainz, S3/10999.

bändern durchbrochen werden, auf schlanken Betonsäulen, die die tragenden Mauern ersetzen. Durch die Freilegung des Erdgeschosses gewinnt der Bau an optischer Leichtigkeit, und es entsteht ein ebenerdiges Platzgefüge. Unweigerlich wird das architektonisch geschulte Auge an Le Corbusier und seine *Fünf Punkte zu einer neuen Architektur* von 1923 erinnert. Hierin plädiert der Architekt für ein stützenbasiertes Raster-system statt geschlossener Mauern im Erdgeschoss. Außerdem spricht er sich, um eine maximale Belichtung im Innenraum zu erzeugen, für längliche Band-Fenster aus, wie er sie beispielsweise in der Villa Savoye (1928–1931) verwendete (Abb. 21). Die beim Georg Forster-Gebäude erkennbare Rezeption sowohl des auf Stützen stehenden Baukörpers, der dadurch unter sich Plätze und Freiräume ausbildet, als auch der länglichen Fensterbänder ist nicht nur ein bewusster Rückgriff auf Le Corbusier, sondern ebenso eine bewusste Reminiszenz an das aus dem Geist Le Corbusiers und Mies van der Rohes entworfene 50 Jahre ältere Philosophicum.

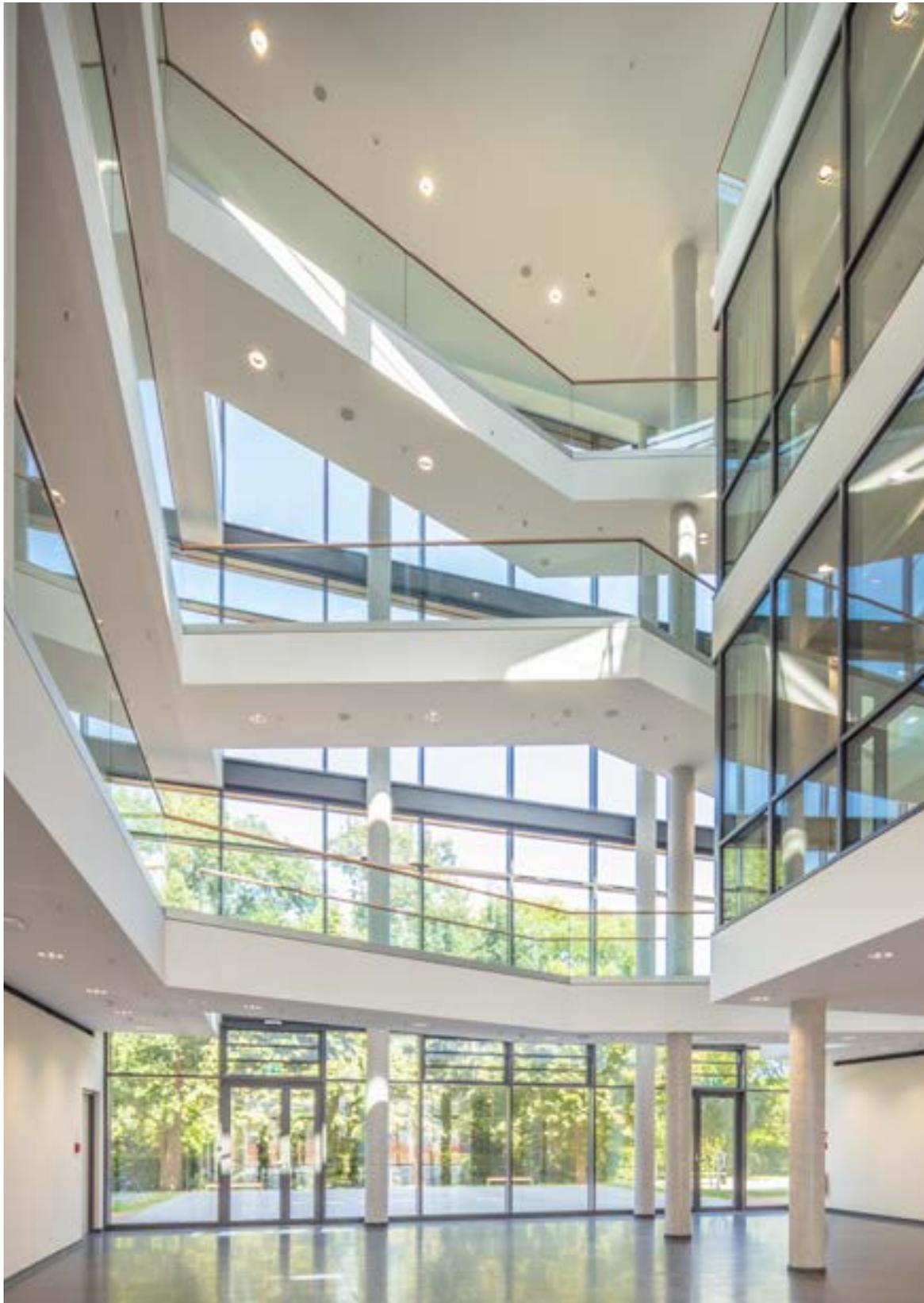
Diese Reminiszenzen finden sich auch an anderen Stellen wieder. So präsentiert sich die südliche, zum Campus gerichtete Seite des Georg Forster-Gebäudes wie beim Philosophicum als offener und vielschichtiger Baukörper. Und wie dort wendet sich die Nordfassade geradezu ins Gegenteil: In Anlehnung an das Philosophicum wird diese und die dem Philosophicum zugewandte Fassade des Georg Forster-Gebäudes mit dunklem Ziegelmauerwerk verblendet, wodurch ein eher hermetischer, geschlossener Eindruck entsteht. Der Neubau der Sozialwissenschaften bekennt sich damit ganz bewusst zu seinem ›Mutterbau‹, transformiert dabei aber dessen klassisch-modernen Habitus in eine Gegenwart, die neben den Leitsätzen der Moderne auch aus denjenigen der Postmoderne und der High-Tech-Architektur schöpfen kann. Nur so konnte im Georg Forster-Gebäude ein durchaus reizvolles Spiel mit unterschiedlichen Materialien (wie rohem Beton und feinen Holzfunieren) sowie dem eleganten Verbergen oder aber unkaschierten Vorzeigen von Versorgungsleitungen (nach dem legendären Vorbild des Pariser Centre Georges Pompidou) in Gang gesetzt werden. Anders als das ReWi II-Gebäude, das in seiner postmodernen Attitüde den klassisch-modernen Habitus des älteren ReWi I-Gebäudes als architekturgeschichtlich überholt kennzeichnet, versteht sich das Georg Forster-Gebäude nach



Abb. 21: Villa Savoye,
Poissy, Frankreich (Architekt: Le Corbusier). Foto: LStrike, Quelle: Wikimedia Commons.



Abb. 22: JGU, Bio-Zentrum, Außenansicht. Foto: Wolf-Dieter Gericke, Quelle: Abteilung Immobilien der JGU.



*Abb. 23: JGU, Bio-Zentrum, Blick ins Foyer.
Foto: Wolf-Dieter Gericke,
Quelle: Abteilung Immobilien der JGU.*

dem Willen der entwerfenden Architekten und seiner Bauherren als sprichwörtliche Brücke zwischen den für die Mainzer Campusgeschichte so bedeutsamen 1960er-Jahren und unserer aktuellen Gegenwart.

Diese unmittelbare Gegenwart vermag auf dem Mainzer Campus im Übrigen auch das 2018 fertiggestellte neue BioZentrum im Hanns-Dieter-Hüsch-Weg architektonisch eindrucksvoll in Szene zu setzen: Als hochmodernes Laborcluster-Gebäude von den Stuttgarter Architekten Markus Hammes und Nils Krause (hammeskrause architekten) entworfen, wirkt das BioZentrum mit seinen asymmetrisch gerasterten, von großzügigen Glasflächen und hellen, ziegelverkleideten Wandelementen bestimmten Fassaden von außen zunächst wie eine zeitgemäße Hommage an die historisch bedeutenden Campus-Bauten der 1960er-Jahre (Abb. 22).

Begibt man sich aber ins Innere, erblickt man eines der schönsten und spektakulärsten Treppenhäuser der Johannes Gutenberg-Universität Mainz: In einem zentral angeordneten, lichtdurchfluteten, weitgehend verglasten und ganz in weiß gehaltenen Foyer, das durchaus einen Hauch von futuristischer Architektur besitzt, vermitteln asymmetrisch durch den Luftraum führende Galerien und Freitreppen den Eindruck dynamischer Interaktion und Kommunikation (Abb. 23). Es ist ein beeindruckendes architektonisches Bild für eine traditionsreiche und zugleich zukunftsgerichtete Universität, die nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auch in den Geistes- und Kulturwissenschaften stets darauf bedacht sein sollte, dem Primat einer vom wissenschaftlichen Erkenntniswillen sowie einem hohen Maß an intellektueller Transparenz und Toleranz geprägten Forschung und Lehre Geltung zu verschaffen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. u. a. Köhren: Zentralmensa.
- 2 Vgl. das Verzeichnis der Kulturdenkmäler von Rheinland-Pfalz: Kreisfreie Stadt Mainz, S. 49, URL: <http://www.denkmalisten.gdke-rlp.de/Mainz.pdf> (abgerufen am 30.10.2019).
- 3 Zur Flakkaserne vgl. Klein: Forum.
- 4 Wenn dieser Beitrag veröffentlicht wird, könnte davon allerdings nichts mehr zu sehen sein, werden diese Bereiche doch derzeit für Neubauten vorbereitet.
- 5 Zum Philosophicum siehe Horn: Philosophicum.
- 6 Zum Nat.-Fak.-Gebäude vgl. allg. Görges: Naturwissenschaftliche Fakultät.
- 7 Zu den Lake Shore Drive Apartments vgl. u. a. Blaser: Mies van der Rohe. Lake Shore Drive Apartments. Zum Seagram Building vgl. u. a. Lambert: Building Seagram. Zur Crown Hall vgl. u. a. Blaser: Mies van der Rohe. Crown Hall.
- 8 Zur Architekturphilosophie Mies van der Rohes vgl. Neumeyer: Mies van der Rohe.
- 9 Leonhards war Schüler Egon Eiermanns, des berühmten, an der TU Karlsruhe lehrenden Protagonisten der Moderne. Zum beruflichen Werdegang von Leonhards vgl. Görges: Naturwissenschaftliche Fakultät, S. 63.
- 10 Zur Muschel vgl. allg. Roth: Muschel.
- 11 Zu den ideen- und naturgeschichtlichen Hintergründen dieser Dachkonstruktion vgl. Maak: Architekt.
- 12 Der rohbelassene Beton wurde bei Sanierungsarbeiten mit heller Farbe überstrichen und dadurch das ursprünglich intendierte materialästhetische Erscheinungsbild beeinträchtigt.
- 13 Zur Geschichte der Kongresshalle vgl. de Rudder: Haus. Zur Baugeschichte vgl. die Zusammenfassung auf der Homepage des Landesdenkmalamts Berlin, URL: <https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmae/denkmae-der-alliierten/usa/mitte/kongresshalle-647648.php> (abgerufen am 29.10.2019).
- 14 Zit. aus einem Online-Bericht der Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* vom 22.8.2007, URL: <https://www.tagesspiegel.de/mediacenter/fotostrecken/berlin/kongresshalle/1757484-2.html?p1757484=2> (abgerufen am 14.11.2019).
- 15 »I knew at once, this was essentially a propaganda building aimed at the Soviets just half a mile away.« Zit. nach de Rudder: Hugh Stubbins, S. 66.
- 16 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 55/464, der Rektor an das Ministerium für Finanzen am 18.10.1961 u. Horn: Philosophicum, S. 54.
- 17 UA Mainz, Best. 65/128. In der Notiz, die an »ORBR. [Oberregierungsbaurat, Anm. M.M.] Hoffschlaeger« gerichtet ist und ein am 18.2.1961 stattgefundenes Gespräch mit »Dr. Wegner und ORR. [Oberregierungsrat, Anm. M.M.] Salm« über die Hörsaalplanung zusammenfasst, wird das Hörsaalgebäude als »schwängere Auster« bzw. als »Schildkröte oder schwängere Auster« bezeichnet.
- 18 Vgl. allg. Lathomus: Neue Mensa.
- 19 Fachliche Stellungnahmen betr. Zentralmensa und Naturwiss. Fakultät / »Muschel« (Denkmalbegründungen, bearb. von Leonie Köhren) der Direktion Landesdenkmalpflege der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, S. 9.
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. ebd. u. Lathomus: Neue Mensa, S. 100f. Siehe hierzu auch die Beiträge von Roland Euler und Michael Kißener in diesem Band.
- 22 Mitscherlich: Unwirtlichkeit. Auf dieses Buch verweist Auras in einem unveröffentlichten Vortragsmanuskript. Dort heißt es über die von ihm entworfene Mainzer Zentralmensa: »Es entsteht ein neues Zentrum, ein introvertiertes Zentrum, ein Ort, wie wir ihn angestrebt haben, vielleicht eine Spur von dem, was Mitscherlich in seiner Kritik über die Unwirtlichkeit unserer Umwelt den fehlenden qualitativen Verhaltensumschlag nannte, das was nicht eintritt, das was er beklagt, das was eine Umgebung nicht mehr geleistet hat.« Zit. nach Lathomus: Neue Mensa, S. 102.
- 23 Vgl. ebd.

- 24 Homepage des Architekten, URL: http://auras-arch.de/inhalt/mensa_mainz.html (abgerufen am 19.10.2019).
- 25 Vgl. Dongus: Rolf Gutbrod u. die Publikation des Initiativkreises Rolf Gutbrod (Hrsg.): Architekt.
- 26 Vgl. Wilhelm: Geplante Poesie u. Nerdinger (Hrsg.): Frei Otto.
- 27 Der Name des Künstlers wurde den Verfassern freundlicherweise durch Christof Lang (Mainz) mitgeteilt. Lang arbeitete als Oberbaurat, Hauptsachgebietsleiter Universität Mainz, im Staatsbauamt Mainz Süd und war mitverantwortlich für die bauorganisatorische Durchführung des Mensaneubaus.
- 28 Vgl. Fils: Centre Pompidou u. Dal Co: Centre Pompidou.
- 29 Vgl. Höger: Campus, S. 11.
- 30 Weitere Gründe für die Wahl des Geländes finden sich im Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 31 Universitätsbauleitung Mainz: Strukturplanung Johannes Gutenberg Universität Mainz, Mainz 1974, S. 18.
- 32 Natürlich ist es kein rein autarkes Gefüge, sondern beherbergt auch öffentliche Einrichtungen wie das Studium generale, Bibliotheken, die Schule des Sehens, den Botanischer Garten, etc.
- 33 Vgl. Klein: Forum, S. 15.
- 34 Vgl. Höger: Campus, S. 12.
- 35 Vgl. ebd.
- 36 Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Leitziele, S. 25.
- 37 Universitätsbauleitung Mainz: Strukturplanung Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Mainz 1974, S. 22.
- 38 Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Leitziele, S. 43.
- 39 Aus einem Schreiben von Professor U. Ebert vom 19.11.1993 geht hervor, dass sich die Fachbereiche bei der Namensfindung für den Neubau auf den Namen »Haus Recht und Wirtschaft« einigten. Um Verwechslungen mit dem alten Institutsgebäude zu vermeiden, hing man an beide Namen die Zusätze »I« und »II« an. Namensvorschläge wie »Europahaus« wurden einheitlich abgelehnt. Der Name »Haus Recht und Wirtschaft« erschien dem Fachbereich in der »nüchternen Sachlichkeit angemessen und zweckmäßig«. UA Mainz, Best. 67/191.
- 40 Vgl. allg. Vinzenz: ReWi I.
- 41 UA Mainz, Best. 1/92, Auszug aus einem Erläuterungsbericht mit Kostenüberschlag zu dem Entwurf eines Instituts für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bei der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz vom 12.9.1955 von Hans Strack (Architekt).
- 42 Vgl. Jencks: Postmodern Architecture u. Klotz: Moderne.
- 43 Vgl. allg. Reckermann: ReWi II. Siehe hierzu auch den Beitrag von Andreas Roth in diesem Band.
- 44 Aus einem Raumbedarfsplan vom Ende der 1980er-Jahre geht hervor, dass bspw. Gastwissenschaftler für die Fächer Jura, BWL und Wirtschaftswissenschaft »bisher wegen Raummangel abgelehnt« worden waren. UA Mainz, Best. 67/193.
- 45 »Das Verwaltungsamt hat in seiner Sitzung am 22.4.1970 dem von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät [...] aufgestellten Raumprogramm mit Erläuterungsbericht zum Neubau für die Fakultät zugestimmt.« UA Mainz, Best. 55/465, Kanzler Albert Salm an das rheinland-pfälzische Ministerium für Unterricht und Kultus am 4.6.1970.
- 46 Venturi: Complexity.
- 47 Ebd., S. 17.
- 48 Der in Mainz promovierte Kunst- und Kulturwissenschaftler Christian Nille hat die Fassade des Georg Forster-Gebäudes zum Ausgang einer lesenswerten Studie zum Verhältnis von Architektur und Wissenschafts- bzw. Bildungssystemen genommen. Vgl. Nille: Alltagsanschauung.

Stumme Zeugen der Geschichte

Skulpturen auf dem Campus der JGU

Elisabeth Oy-Marra und Klaus T. Weber

»sed de suo resurgit rogo« – die Anfänge

Als die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) in der ehemaligen Flakkasern am westlichen Rand der Stadt 1946 gegründet wurde, gab es sicher andere Sorgen, als das Gebäude beziehungsweise seine Außenflächen mit Kunstwerken zu verschönern. Ganz verzichten wollte man darauf offenbar aber auch nicht. Die Benennung der Universität nach dem großen Sohn der Stadt, mit dem sich aufgrund seines Straßburg-Aufenthalts (1434–1444) auch die Franzosen identifizieren konnten, zog 1950 die Aufstellung des Gutenberg-Denkmal auf dem Forum nach sich.¹ Das Denkmal, das aus einer der Bronzestatue Bertel Thorvaldsens aus dem Jahr 1837 nachempfundenen Porträtbüste besteht, die ein hohes mit einer langen Inschrift versehenes Piedestal schmückt, erinnert an die Form einer antiken Herme.

Es war nicht eigens für das Forum geschaffen worden, sondern hatte bereits ein Leben vor der Eröffnung der Universität gehabt. Tatsächlich stammte es aus dem Innenhof des Brauhauses Zum Gutenberg in der Franziskanergasse 3 in Mainz, für den es 1934 auch hergestellt worden war. Wie ein altes Foto zeigt, war das Gutenberg-Denkmal vor einer Wand in unmittelbarer Nähe der Gasttische aufgestellt.

Zudem suggeriert das Foto eine Rahmung der Büste durch ein Rosenspalier.² Beim Umzug auf den Campus scheint die Büste jedoch ein wenig verändert worden zu sein. Zudem wurde das Piedestal verkleinert. Die Aufstellung dieses – ästhetisch nicht besonders befriedigenden – Denkmals war 1950 nicht unumstritten.³ Dennoch ist es schließlich zu einem *signature piece* geworden. Es erscheint nicht nur regelmäßig auf dem Werbematerial der JGU, auch der Umgang mit ihm auf dem Campus zeigt, wie sehr es über die Jahre zu einem Identifikationsmonument geworden ist. So wurde es unter anderem am 10. Dezember 2018 mit einem Kartoffelsack verhüllt. Verantwortlich für diese Aktion zeichnete die Gruppe European May – Kein Europa, keine Menschenrechte – die auch in anderen Städten aktiv war, um an den Tag zu erinnern, an dem 1948 die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) in Paris verkündet worden war.⁴

Mit der baulichen Erweiterung der Mainzer Universität in den 1960er-Jahren wurden Werke in Auftrag gegeben, die die Funktion der jeweiligen Gebäude näher definieren sollten. Damit folgte man einerseits einer langen, bis in die Antike zurückgehenden Tradition des Bauschmucks, mithilfe dessen Gebäude verschönert und zugleich ihre Funktion sichtbar gemacht wurden. In dieser Tradition sahen sich noch die ersten hierfür beauftragten Künstler auf dem Campus der JGU. Mit der von der rheinland-pfälzischen Landesregierung initiierten Ausschreibung der Kunst am Bau für jeden Neubau wurde andererseits die Förderung heimischer Kunstschafter in den Blick genommen. Üblicherweise handelte es sich bei den Kunstwerken um Skulpturen im Außenbereich und Wandmalereien oder Reliefs im Innern der Gebäude. Der folgende Überblick ist weitgehend chronologisch strukturiert und konzentriert sich auf diejenigen Werke, die für den Außenbereich geschaffen wurden.⁵



Der erste Auftrag für den Schmuck eines Neubaus ging jedoch nicht von der JGU beziehungsweise der Landesregierung aus, sondern vom Max-Planck-Institut (MPI) für Chemie. 1956 beauftragte dessen damaliger Direktor Friedrich Paneth⁶ die Tafel einer Minerva für den Eingang ins Hauptgebäude bei dem Künstler Adam Winter. Später kamen noch die flankierenden Platten mit den Gründungsdaten des Mainzer Instituts, das am 9. Juli 1956 eröffnet wurde, und die des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin hinzu. Letzteres war bereits am 23. Oktober 1911 gegründet worden und stellte den wichtigsten Bezug des Mainzer Instituts dar.⁷

Das Zentrum der Tafel beherrscht die Göttin der Wissenschaften, Athena, die ihre kriegerischen Attribute Speer und Schild beiseitegelegt hat und stattdessen Schreibtafel und Griffel in Händen hält. Die Zeitgenossen interpretierten die Darstellung als Neuanfang nach dem Krieg: Minerva scheint, so heißt es im Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1962, »andeuten zu wollen, dass nun nach Beendigung des Kriegs die friedliche wissenschaftliche Forschung wiederaufgenommen wird«.⁸ Der Mainzer Künstler Winter erforschte experimentell die antike Vasenmaltechnik und wandte diese als Vorbild bei der Herstellung der großformatigen Kopie an, die aus einzelnen Tonscherben unregelmäßig zusammengesetzt ist.⁹ Heute befinden sich die Tafeln in der Bibliothek des Max-Planck-Instituts.

1960 folgte dann ein Auftrag an die seit 1950 in Mainz tätige Künstlerin Emy Roeder für das neuerrichtete Gebäude der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Es handelte sich dabei um eine großfigurige freistehende Plastik von zwei Wasservögeln, die sich einander zuwenden und ihre Hälse ineinander verschlingen.

Leider gibt es von der Mainzer Skulptur heute keine Spur mehr, da sie bereits in den 1990er-Jahren beseitigt wurde.¹⁰

Während die Wasservogel im Lichthof des Gebäudes Rechts- und Wirtschaftswissenschaften offenbar eher einen Kontrapunkt der Muße setzten als auf die Funktion des Gebäudes zu verweisen, verhielt es sich mit dem großformatigen Fassadenrelief, das die aus Würzburg stammende Künstlerin für das 1960 neuerrichtete Institutsgebäude der Kunstgeschichte am Binger Schlag schuf, ganz anders. Dieses Relief zeigt den mythi-

Abb. 1 (links): Das Gutenberg-Denkmal am Forum auf dem Campus der JGU, 2014. Foto: Monika Gräwe, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826903.

Abb. 2 (rechts): Das Gutenberg-Denkmal im Innenhof des Brauhauses Zum Gutenberg. Quelle: StA Mainz, BPSF/21422 A, (undatiert, vor 1945).



Abb. 3 (links): Emy Roeder, Wasservögel (große Fassung), verschollen. Foto: Gottfried Borrmann, Quelle: UA Mainz, S3/2503.

schen Vogel Phönix, der zum Flug anhebt. Die Inschrift erinnert unmissverständlich an dessen mythische, alle 500 Jahre vollzogene Selbsterneuerung aus der eigenen Asche: »sed de suo resurgit rogo« (»Aber aus sich heraus entsteigt er der Asche«).

Ähnlich wie mit dem Fassadenrelief der friedlichen Athena wurde auch hier Bezug auf den geistigen Neuanfang nach dem Krieg genommen, den die JGU maßgeblich unterstützen sollte. Der damalige Leiter des Instituts für Kunstgeschichte, Friedrich Gerke,¹¹ der aufgrund seiner Beteiligung am nationalsozialistischen Kulturrab politisch belastet war, wusste dieses Narrativ effektiv zu bedienen und betonte den eminenten Beitrag des Reliefs. Bis zum Auszug des Instituts und dem Abriss des Gebäudes im Jahr 2013 flankierte der Phönix den Institutseingang an der Binger Straße. Heute befindet sich das Relief im Innenbereich des Georg Forster-Gebäudes im 1. Geschoss gegenüber des Eingangs der Abteilungen Kunstgeschichte und Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte des IKM.

Zwischen den Neubauten – seit den 1960er-Jahren

Abb. 4 (rechts): Emy Roeder, Phoenix, Georg Forster-Gebäude (GFG), 1. Stock, Eingang zu den Abteilungen Kunstgeschichte, Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte, 2014. Foto: Monika Gräwe, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826908.

Roeders Bauskulpturen machten in der Folge auf dem Campus Schule, denn auch ihre Schüler wurden für den plastischen Schmuck weiterer Neubauten beauftragt. Herauszuheben ist unter ihnen die Künstlerin Inge Blum, die zusammen mit Reinhold Petermann an der Kunsthochschule Mainz ausgebildet worden war. Von Blum, die unter anderem auch in Paris bei Ossip Zadkine studiert hatte, stammt das große Betonrelief *Diskussion*, das 1964 im Innenhof des Lesesaals der neuen Zentralbibliothek angebracht wurde.¹²

Es handelt sich um eine monumentale Figurenkomposition. Charakteristisch ist die Betonung der langgestreckten Körper, die Verjüngung der Figuren und eine fragmentarische, blockhafte Gestaltung. Blum schuf darüber hinaus auch die nach Süden ausgerichtete *Sonnenuhr* (1965), die heute in der Nähe des Eingangsbereichs der Biochemie steht.¹³

Reinhold Petermanns Figurengruppe *Pferd mit Jüngling*, ist die vielleicht bekannteste Skulptur auf dem Campus. Er fertigte sie 1968 für den Eingang des neugebauten Philosophicums am Jakob-Welder-Weg. Bis heute ist sie ein beliebter Pilgerort für Absolvent_innen der JGU.

Petermann war zwischen 1965 und 1993 als Dozent am Institut für Kunsterziehung der JGU im Bereich



Plastik und Aktzeichnen tätig.¹⁴ Mit diesem ungewöhnlichen Thema reagierte er auf die Ausschreibung, in der gefordert worden war, dass mit der Skulptur auf die ehemaligen Stallungen der Kaserne an dieser Stelle verwiesen werden solle.¹⁵ Gestalterisch erinnert die Skulpturengruppe an die berühmten antiken Rossebändiger auf dem Quirinal in Rom, ohne allerdings die Bändigung des Tiers durch den Menschen in den Vordergrund zu rücken. Stattdessen schuf Petermann Pferd und Mensch mit hochgereckten Hälsen. In Gesprächen mit Studierenden unterstrich der Künstler seine damalige Gestaltungsabsicht. Mit der abstrahierenden Darstellung von Mensch und Pferd habe er zugleich auch »die Summe aller Pferde«¹⁶ darstellen wollen. Damit war er in dieser Zeit nicht allein. Bekannt ist die vielgestaltige Auseinandersetzung des toskanischen Bildhauers Marino Marini, der wie kein anderer diese Thematik in allerdings wesentlich spannungsgeladeneren Pferd- und Reiter-Gruppen über Jahrzehnte verfolgte. Die Skulpturengruppe vor dem Philosophicum vereint damit die Erinnerung an den nicht mehr vorhandenen Ort der Pferdeställe und zeigt ein zeittypisches Bestreben, das Thema auf eine überzeitliche Ebene zu heben.

Petermann beschäftigte sich später mit rein geometrischen Formen und experimentierte mit neuen Materialien. 1975 schuf er für die Wiese vor der neuerrichteten Naturwissenschaftlichen Fakultät die Installation der drei *Schwingungen*, die er aus Polyesterharz formte.

Die aus zwei bis drei geschwungenen Vierkantröhen zusammengesetzten gestischen Objekte geben gerahmte Sichtfenster frei. Ihre monochrome Erscheinung in leuchtendem Rot und Blau auf dem grünen Rasenfeld reflektiert die additive Farbmischung der Primärfarben. Mit den *Schwingungen* nahm er eine Dynamik verschiedener Messungen auf, die er als Farbschwingung interpretierte und sie auf diese Weise sichtbar zu machen versuchte. Die *Schwingungen* erhoben sich ursprünglich direkt aus dem Gras. Als Restaurator des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz hatte Petermann den damals für Kunstobjekte im öffentlichen Raum noch ungewohnten Werkstoff kennengelernt.¹⁷ Für den Campusbereich erwies sich das Material jedoch als nicht robust genug. Um die Objekte besser zu schützen, erhielten sie später eine rechteckige Einfassung mit Kiesschüttung, was aber nicht vor ihrer Zerstörung schützte. Unter Mitwirkung der Tochter Petermanns, Barbara Petermann, ließ die Immobilienabteilung der JGU 2019 eine Kopie aus Edelstahl durch den Metallbauer Ewald Haas¹⁸ aufstellen. Im Zuge dessen sind auch die Stiftungen von Elisabeth Gateff,

Abb. 5 (links): Inge Blum, Diskussion, Zentralbibliothek, 2014. Foto: Monika Gräwe, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826904.

Abb. 6 (rechts): Reinhold Petermann, Pferd mit Jüngling, Philosophicum, 2014. Foto: Monika Gräwe, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826905.



Abb. 7: Reinhold Petermann, *Schwingungen*, Naturwissenschaftliche Fakultät. Foto: Klaus T. Weber, 2019, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826910.

emeritierte Professorin für Genetik zu sehen, die noch zu Lebzeiten Petermanns seine stehende Figur *Elizabeth II.* für den Botanischen Garten stiftete. 2017 wurden auf ihre Initiative hin sowohl eine Version seiner *Hockenden* in dem von ihr ebenfalls gestifteten Rosenbeet vor der Schule des Sehens aufgestellt als auch die Skulptur eines Flötenspielers der Musikhochschule überreicht.

Geradezu illustrativ wirken gegenüber der *Schwingungen* die Kunstwerke auf dem Gelände des Hochschulsports. Vom Pfälzer Bildhauer Gustav Nonnenmacher stammt die überlebensgroße Bronzetrias *Finish* (1966), die den dynamisch-flüchtigen Moment des Zieleinlaufs dauerhaft fixiert.¹⁹ Seit 1972 harret auf der Wiese hinter der Gymnastik- und Schwimmhalle die lebensgroße Skulptur eines Hammerwerfers.

Letzterer war von dem ebenfalls aus der Pfalz stammenden Bildhauer Otto Kallenbach geschaffen worden, der für seine Sportplastiken noch im gleichen Jahr vom Nationalen Olympischen Komitee ausgezeichnet worden war. Die Bronzefigur ist im Moment des Schwingens dargestellt, ihr tänzelnd fragiler Stand bei gleichzeitiger kraftvoller Drehbewegung droht den kraftvollen Körper aus dem Gleichgewicht zu bringen. Der Künstler verzichtete bewusst auf den das Gegengewicht bildenden Hammer, der vom Betrachter gedanklich ergänzt werden soll.²⁰

Von dem an der Mainzer Kunsthochschule in den 1980er-Jahren ausgebildeten Künstler Karlheinz Oswald stammt die kleinformige *Tänzerin* (1997). Ein Thema, mit dem sich der Künstler, der in Mainz auch an anderer Stelle mit Arbeiten vertreten ist, wie am Rheinufer mit dem gleichartigen *Terzett Rheintöchter* beim Fort Malakoff, immer wieder beschäftigt.²¹

Vor der Alten Mensa steht seit 1984 *Corten Head* von Vadim Kosmatschov, eine typische Arbeit des aus Russland stammenden Künstlers.²² Es ist ein solitärer Kopffüßler, komponiert aus geschnittenen Cortenstahlplatten – mehransichtig, monumental.

Erst mit der raumausgreifenden Installation *Integration*, die Erich Reusch, ehemaliger Professor der Kunstakademie Düsseldorf, 1988 für die Freifläche am Staudingerweg zwischen Zentralmensa und Physikgebäude verwirklichte, brach sich eine andersartige Interpretation von Kunst am Bau Bahn.

Reuschs Ensemble bedeutet nun eine Abkehr vom figurativen Objekt hin zum Versuch, den Platz vor dem Gebäude zu aktivieren und erfahrbar zu machen. *Integration* besteht aus mehreren großformatigen, leuch-



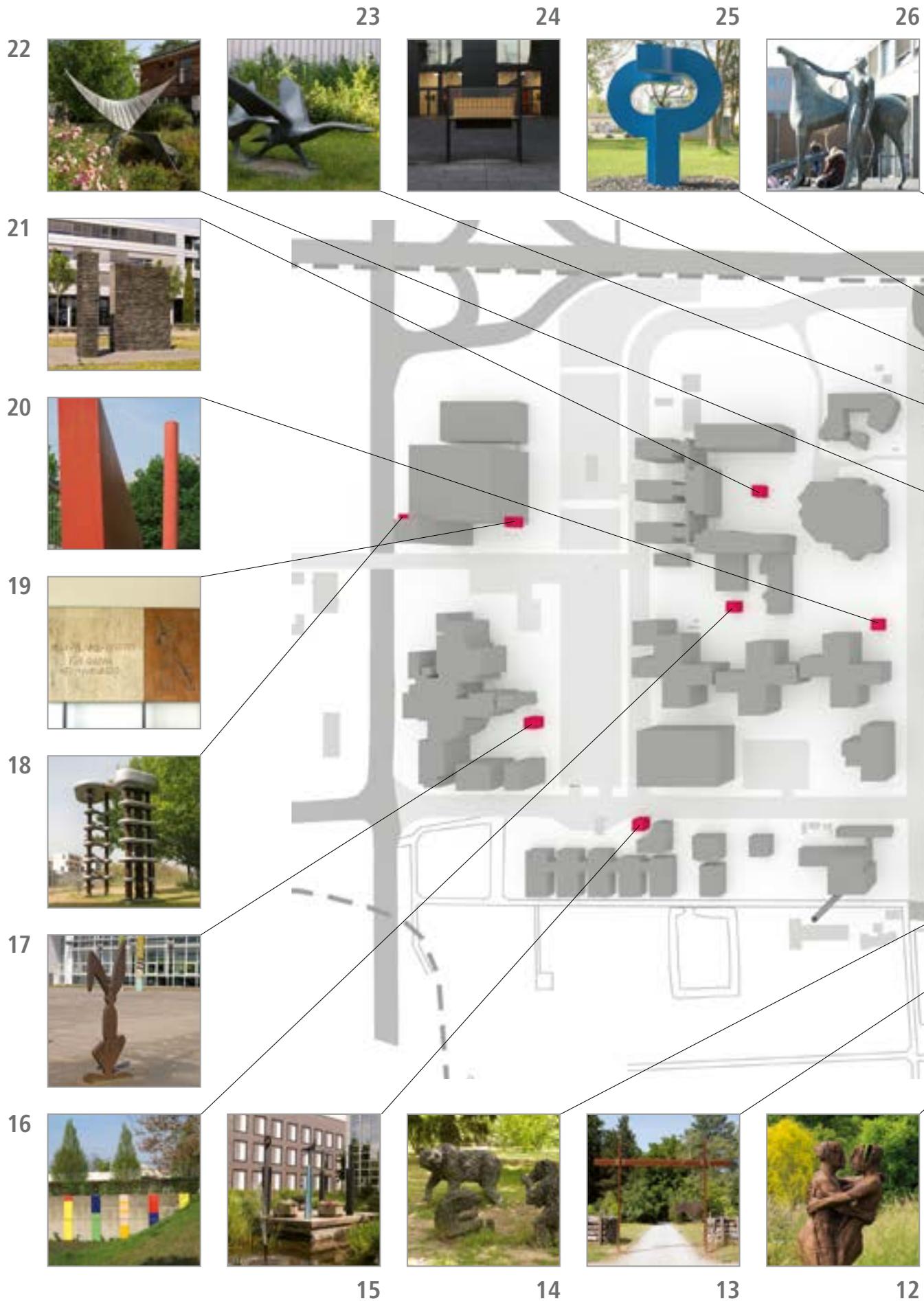
tend rot gefassten Metallobjekten. Die einzelnen geometrischen Objekte wurden auf einer Grünfläche von 200 Quadratmetern planvoll verteilt und in Beziehung gesetzt. Den Zwischenräumen im öffentlichen Raum hat sich Reusch wiederholt mit gleichartigen Inszenierungen zugewandt. Mehr als die *Schwingungen* Petermanns ist *Integration* nun einer Auffassung von Plastik verpflichtet, die nicht mehr an einer inhaltlichen Beziehung zum Gebäude interessiert ist, sondern die künstlerische Autonomie der Objekte behauptet, die ihre eigene Präsenz auf dem Platz entfaltet. Dabei kam es dem Künstler vor allem darauf an, den Absolutheitsanspruch des Einzelobjekts zu relativieren und es in Beziehung zu anderen zu setzen. »Durch die Reduzierung der Einzelformen auf ein Minimum (Kuben, Scheiben oder Säulen)«, so der Künstler, »entstanden Spannungsfelder, die durch Verdichtung oder Auflösung beträchtliche Dimensionen erreichen«. ²³ Der Gravitationsbezug der Formen untereinander sollte anstelle der Pressung durch das Gewicht auf den Boden gestärkt werden. Damit zielte der Künstler auf den Ort der Setzung und auf das Verhältnis der Formen zum umgebenden Raum. *Integration* wurde leider vor über fünfzehn Jahren (vor 2006) wegen einer Baumaßnahme zerstört. Momentan arbeitet die Immobilienabteilung der JGU gemeinsam mit den Erben des Künstlers an einer Wiederherstellung.

Etwa zur gleichen Zeit entstand die Installation *Zeichen für Max Planck* auf dem Vorplatz des MPI für Polymerforschung (1988/89).

Sie ist ein Werk der 1952 geborenen Künstlerin Ursula Bertram, die zahlreiche öffentliche Plätze gestaltet hat und die mit ihrem Werk auf dem Campus vor allem auf die Interaktion der Menschen auf dem Platz mit den Skulpturen setzt. ²⁴ Die *Zeichen für Max Planck* bestehen aus verschiedenen, teils großformatigen Stahlobjekten, Doppel-T-Trägern, farbig gefassten Rohren, Stahlrohrgestängen und der Silhouette eines Comic-Hasen, die am Rand des Platzes gruppiert sind. Ihre Ensembles zielen auf die Verwandlung der Orte in interaktive Plätze zum Betrachten, zum Begehen und Besitzen. Sie bestimmen die Wegführung und öffnen Gedankenräume. ²⁵

Die Künstlerin Silvia Willkens studierte wie Bertram in den 1970er-Jahren an der Mainzer Kunsthochschule. ²⁶ Sie hat 1990 mit ihrer Gruppe aus vier schlanken Stelen aus Profilstahl auf dem Vorplatz des Technischen Betriebszentrums ein Ensemble für das Gebäude geschaffen. Willkens setzt jedoch wieder auf eine inhaltliche Beziehung ihrer Skulpturen zur Funktion des Gebäudes. Die Stelen tragen je ein flaches Kopfstück,

Abb. 8: Erich Reusch, *Integration, Freifläche zwischen Zentralmensa und Physikgebäude*. Foto: Helmut Sieben, um 1995, Quelle: UA Mainz, S3/12334.



Abbildungen des Übersichtsplans | **1** Gutenberg-Denkmal, Forum | **2** Gernot Rumpf, Komposition auf Stele mit Ohrmuschel, Jakob-Welder-Weg | **3** Barbara Rumpf, Komposition auf Stele mit Ammonit, Johann-Joachim-Becher-Weg | **4*** Vadim Kosmatschof, Corten Head, Alte Mensa | **5** Silvia Willkens, Ricercare, Gebäude für Anthropologie | **6** Gustav Nonnenmacher, Finish, Gymnastik- und Schwimmhalle | **7** Karlheinz Oswald, Tänzerin, Sportgebäude | **8** Otto Kallenbach, Hammerwerfer, Gymnastik- und Schwimmhalle | **9** Lionel Auvergne nach Entwürfen von Octave Simon, Guillaume Fichet-Denkmal, Botanischer Garten | **10** Anne-Marie Kuprat, Susanne sitzend, Botanischer Garten | **11** Reinhold Petermann, Elizabeth II, Botanischer Garten | **12** Eberhard Linke, Tanzpartie, Botanischer Garten | **13** Adam Löffler, Durchgang für die Kastanien, Botanischer Garten | **14** Anne-Marie Kuprat, Bärin mit Jungen, Botanischer Garten | **15** Silvia Willkens, Ring, Bogen, Keil und Spindel, Technisches Betriebszentrum | **16*** Cornelia Eichacker, ohne Titel, Chemie-Gebäude | **17** Ursula Bertram, Zeichen für Max Planck, MPI



für Polymerforschung | **18** Kaskaden Hochspannungsgenerator, MPI für Chemie | **19** Adam Winter, Relief der Minerva, MPI für Chemie | **20*** Erich Reusch, Integration, zwischen Zentralmensa und Physikgebäude | **21** Albert Hettiger, Brunnen, Chemie-Gebäude | **22** Inge Blum, Sonnenuhr, Genetik-Gebäude | **23** Hubert Fridberg, Schwäne, Kernchemie-Gebäude | **24*** Jens Brand, Zweiklang, Hochschule für Musik | **25*** Reinhold Petermann, Schwingungen, Naturwissenschaftliche Fakultät | **26*** Reinhold Petermann, Pferd mit Jüngling, Philosophicum | **27*** Reinhold Petermann, Hockende, Schule des Sehens | **28** Emy Roeder, Phoenix, Georg Forster-Gebäude | **29** Inge Blum, Diskussion, Zentralbibliothek | **30*** Silvia Willkens, Wovon wir träumen, Georg Forster-Gebäude | **31*** Liesel Metten, Dem ungelesenen Buche, Zentralbibliothek
 Fotografie: Monika Gräwe | * Klaus T. Weber Lageplan: Christian Schneider, Layout: Tanja Labs

Abb. 9: Ursula Bertram, Zeichen für Max Planck, MPI für Polymerforschung, 2014. Foto: Monika Gräwe, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826906.



Abb. 10: Lionel Auvergne nach Entwürfen von Octave Simon, Guillaume Fichet-Denkmal, Botanischer Garten, 2014. Foto: Monika Gräwe, Quelle: Datenbank IKM der JGU, Nr. 0826907.



in das die namensgebenden Objekte Ring, Bogen, Keil und Spindel eingesetzt sind. Die pulverbeschichteten schwarzen beziehungsweise blauen Stelen sind differenziert gestaltet, während die daran angebrachten Objekte sich deutlich von diesen unterscheiden. Hintergrund dieser Skulpturen ist die Auseinandersetzung der Künstlerin mit archaischen Kulturen und ihren in diesem Zusammenhang unternommenen Afrikareisen. Dabei ist für die Installation der Verweis auf archaische Werkzeuge als Grundlage heutiger Technik entscheidend. Die vier Stelen binden sich harmonisch in die umgebende Wasserlandschaft des Vorplatzes ein, der durch die gerundete Spiegelfassade des Gebäudes erweitert wird, in der sich das Kunstwerk multipliziert.²⁷

Auch die beiden gut fünf Meter hohen, großformatigen Plastiken *Komposition auf Stele mit Ammonit* und *Komposition auf Stele mit Ohrmuschel*,²⁸ die 1992 im Zusammenhang mit dem Neubau der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften entstanden, sind als Stelen aufgefasst, allerdings stehen sie nicht mehr direkt miteinander in Beziehung, sondern verweisen wie Fahnenstangen auf dem Jakob-Welder-Weg und dem Johann-Joachim-Becher-Weg von beiden Seiten auf das Gebäude, das von beiden Wegen aus zugänglich ist. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsarbeit des rheinland-pfälzischen Künstlerehepaars Gernot und Barbara Rumpf.²⁹ Je eine hohe Edelstahlröhre trägt eine raumausgreifende Komposition aus teils farbigen Objekten (Lochplatten, Bänder, Zahnräder, segmentierte Scheiben, Kugeln und so weiter), die mit einem einzelnen, monumentalen ohrförmigen Schneckengehäuse beziehungsweise Ammonit aus Bronze besetzt ist. Ohr, Schneckengehäuse und ausschwingende Kompositionen verweisen auf den zentralen Hörsaal des Gebäudes der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, der für alle Großveranstaltungen genutzt wird.

2001 kam es mit der Aufstellung der Skulptur des *Guillaume Fichet* zu einer besonderen Denkmalsetzung im Botanischen Garten. Fichet war seit 1467 Rektor der Universität Sorbonne in Paris, seit 1470 Professor für Rhetorik und Universitätsbibliothekar. Gemeinsam mit Johannes Heynlin richtete er 1470 in Räumen der Universität die erste Druckerei in Frankreich ein. Die Bronze wurde von Lionel Auvergne nach dem Entwurf aus dem Jahr 1936 des Künstlers Octave Simon geschaffen, der ein entfernter Nachfahre von Fichet war.

Die Aufstellung erfolgte unter der Schirmherrschaft des Deutsch-Französischen Kulturrates auf Initiative des Komitees Guillaume Fichet-Octave Simon und der Gesellschaft Mémoire et Espoirs de la Résistance. Ein Gegenstück dieser Skulptur, das im Dezember 2000 aufgestellt worden ist, befindet sich vor dem Heinrich Heine-Haus (Maison Heinrich Heine) auf dem Gelände der Cité Internationale Universitaire de Paris. Auf einem schlanken, mehrgliedrigen Sockel steht der Gelehrte, in den Händen Druckpresse und Buch haltend, flankiert von kleinen integrierten Staffagefiguren mit wallenden Gewändern. Das Denkmal der Druckkunst steht für den deutsch-französischen Kulturaustausch und erinnert zugleich auch an das traurige Schicksal des Bildhauers, wodurch es zum Mahnmal wird.³⁰

Seit dieser Denkmalstiftung wurden weitere Kunstwerke im Botanischen Garten aufgestellt: Von Adam Löffler stammt die konzeptionelle Installation *Durchgang für die Kastanien* (2005–2007), Elisabeth Gateff stiftete die figurativen Bronzeplastiken *Tanzpartie* (2005–2014) von Eberhard Linke sowie von Ann-Marie Kuprat die Gruppe *Bärin mit Jungen* (2010–2013) und die farbig gefasste *Susanne sitzend* (2011–2014).³¹

Die beiden großformatigen, hochrechteckigen Stein-Monolithe auf quadratischer Grundfläche von Albert Hettiger gingen aus einem Kunst am Bau-Wettbewerb für die Freifläche beim Chemieneubau hervor. Ursprünglich als Brunnen geplant, sah das Konzept des Künstlers aus dem Jahr 2002 eine begehbare »nasse« Grundfläche vor, musste in der Realisierung allerdings ohne Wasser auskommen. Die rechteckigen Objekte sind in ihrer künstlerisch-ästhetischen Form und Komposition aufeinander und auf den umgebenden Architekturraum bezogen.

Erinnern, interagieren, erforschen – die letzten beiden Jahrzehnte

Auch die Arbeit der Münchener Künstlerin Cornelia Eichacker, die ohne Titel auskommt, entstammt dem Kunst am Bau-Wettbewerb für das Chemiegebäude 2001. Im Umfeld des Gebäudes kaum wahrnehmbar sind bei der naturwissenschaftlichen Bereichsbibliothek, auf der grauen Stützmauer des schmalen, tiefer gelegenen Hofes, sechs polychrome Farbbänder in gleichmäßigem Abstand montiert. Die Bänder bestehen aus zwei Stahlplatten, deren Teilung eine Fuge der Mauerplatten aufgreift. Im Kontrast zu der sich witterungsbedingt verändernden Oberfläche der Betonmauer sind die Bänder mit wetterbeständigem Emaillack in normierten RAL-Farben beschichtet. Es entsteht eine starre, horizontal unterteilte Farbfeldkomposition auf der sich wandelnden Graufäche der niedrigen Wand, mit der die Architektur in den sie umgebenden bepflanzten Raum eindringt.

Im Gartenbereich in der Nähe des Max-Planck-Instituts für Chemie wurde 2012 ein *Denkmal der Kernforschung* aufgestellt. Es handelt sich um einen 1,4 Megavolt Kaskaden-Hochspannungsgenerator, der im Röntgenwerk C. H. F. Müller AG in Hamburg in den Kriegsjahren 1942 bis 1944 gefertigt wurde. 1949 wurde er in Mainz in Betrieb genommen und bis 1980 für die Erzeugung hoher Spannungen eingesetzt, die man für die Herstellung radioaktiver Forschungspräparate benötigte. Aufgrund seiner Größe erhielt das Gerät damals ein eigenes Gebäude, das »Giraffenstall« genannt wurde. Nach der Nutzung wurde zunächst nur ein Teil des Geräts als »Denkmal« aufgestellt. Erst der Neubau des Max-Planck-Instituts für Chemie eröffnete die Möglichkeit einer erweiterten Neuaufstellung, die vom in Mainz lebenden Künstler Ulrich Schreiber umgesetzt wurde.³²

Für den Innenhof des Neubaus der Musikhochschule am Jakob-Welder-Weg schuf der an der Kasseler Kunsthochschule lehrende Künstler Jens Brand die Installation *Zweiklang: Die Musik der Übenden*, die 2011 aufgestellt wurde.

Die interaktive, permanente Installation aus Glasvitrine, Orgel und computergesteuerter Musikmaschine ist eine komprimierte und unmittelbare Auseinandersetzung mit der Musikhochschule. Die Front des Orgelgehäuses adaptiert die Gestaltung der seitlichen Hofflügel. Auf der Rückseite sind Intarsien eingearbeitet, die auf Georg Forster bezogen sind und Fragmente aus Texten von Georg Friedrich Hegel und Fidel Castro aufnehmen. Die dominanten Frequenzen, die aus den 24 Proberäumen kommen, werden registriert und bestimmen die Höhe eines durch die Orgel erzeugten Zweiklangs, der alle 30 bis 40 Sekunden wechselt. Das analoge Lichtspiel der 24 gelben Glühbirnen visualisiert dies. Brand schreibt über sein Werk auf seiner Homepage:

»On its abstract level *Zweiklang* can be looked at as an ironic attempt to a sonification of music-music. Combing ideas of music with reflections on the history of revolution the installation mocks upon the unlikeliness of the individual to fall for progressive approaches by spending the time with rehearsing and practicing within the frameworks of an academic organization. It is an invitation to find a balance between making and thinking about things.«³³

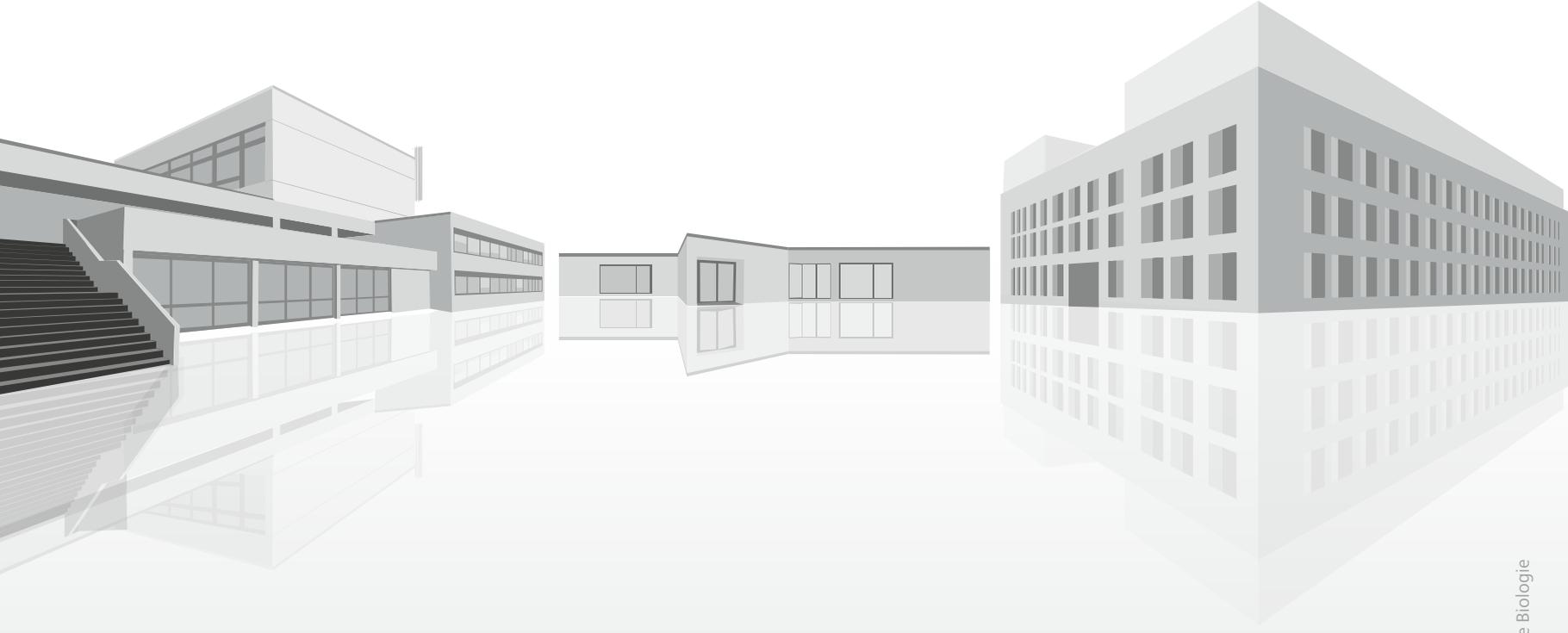
Mit ihrer Arbeit *Ricercare* gewann Willkens den Wettbewerb für den Vorplatz des neuen Gebäudes der Anthropologie. Entstanden ist 2013 ein monumentales Wandbild, das den gerasterten, klar strukturierten Gartenbereich vor dem Eingang abschließt und den Zugang zur Straße hin dominiert. Das Kunstwerk gibt die Augen- und Nasenpartie eines Gesichts frontal und stark vergrößert wieder. Dieser Ausschnitt wird in 18 Bildstreifen zerlegt und mit leichten Verschiebungen wieder zusammengefügt, wodurch eine gewisse Unschärfe des Abbildes erzielt wird. Der Betrachtende fühlt sich unmittelbar angeschaut. Die Klarheit der Darstellung nimmt ab, je näher man an das Bild herantritt. Damit problematisiert es die visuelle Wahrnehmung und leistet einen Beitrag zur künstlerischen Forschung. In die gleiche Richtung zielt auch das 2019 im Außenbereich des Georg Forster-Gebäudes angebrachte Bildwerk von Willkens – eine deutlich vergrößerte Wiederholung des Acryl-Leinwand-Bildes *Wovon wir träumen* (2014),³⁴ das erneut eine Stiftung von Elisabeth Gateff ist.

In den 75 Jahren, in denen sich der Campus ständig erweitert hat, ohne dass ein Ende der Baumaßnahmen abzusehen wäre, ist ein interessantes Ensemble von Skulpturen und Installationen im halböffentlichen (Außen)-Raum entstanden, das nicht nur Deutungen und Funktionen der Wissenschaft, sondern auch ganz unterschiedliche ästhetische Antworten auf die jeweils neu zu definierende Frage nach dem Verhältnis von Innen und Außen, von Architektur und Funktion gibt. Ebenso zeigt sich hier ein Verständnis von regionaler Kunstförderung, die mit den national beziehungsweise international ausgerichteten Max-Planck-Instituten neben dem Campus in einem deutlichen Spannungsverhältnis steht. Umso schmerzhafter ist es zu sehen, dass dieser vielsagende Schmuck insbesondere in den letzten Jahrzehnten nicht genügend gewürdigt wurde. Eine adäquate Präsentation dieser Objekte würde den Campus wesentlich attraktiver machen und dazu einladen, sich mit den sich wandelnden Vorstellungen über die Rolle der Wissenschaft und der JGU auseinanderzusetzen.³⁵

Resümee

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 2 Vgl. Franz/Siggemann: Johannes Gutenberg-Universität, S. 6.
- 3 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 1/108. Die Aufstellung erfolgte am 10.5.1950.
- 4 Siehe dazu den Bericht vom 13.12.2018 auf der Homepage von Campus Mainz, URL: <https://www.campus-mainz.net> (abgerufen am 1.2.2020).
- 5 Dabei konnten leider nicht alle Werke auf dem Campus berücksichtigt werden.
- 6 Vgl. dazu die Informationen zu Friedrich Paneth in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 20.10.2019).
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Horst Kant in diesem Band.
- 8 Max-Planck-Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch 1962, Bd. 2, S. 218.
- 9 Vgl. ebd., Vorbild: rotfigurige Halsamphora, ca. 440 v. Chr., Paris, Cabinet de Médailles, Inv. Nr. 369.
- 10 Ein weiterer Abguss der Wasservögel befindet sich heute im Museum im Kunstspeicher in Würzburg.
- 11 Vgl. dazu die Informationen zu Friedrich Gerke in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 2.10.2019).
- 12 Vgl. Glotzbach: Die neue Universitätsbibliothek. In: Das Neue Mainz 12, (1964), H. 7, S. 8 u. Lipp (Hrsg.): Brunnen, S. 91 u. S. 161 f.
- 13 Um 2014 ist der Zeiger entwendet und bisher nicht wieder ersetzt worden, wodurch die Uhr funktionslos geworden ist.
- 14 Vgl. dazu die Informationen zu Reinhold Petermann in der rheinland-pfälzischen Personendatenbank, URL: <http://www.rppd-rlp.de/pk00567> (abgerufen am 1.10.2019).
- 15 Vgl. Horn: Philosophicum, S. 54.
- 16 Interview von Katharina Fischer mit Reinhold Petermann, geführt am 26.7.2006, entstanden für die Übung *Kunsthistorische Dokumentation* im SoSe 2006. Vgl. dazu Datenbank IKM der JGU, Nr. 044229.
- 17 Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Kurzdokumentation, S. 488.
- 18 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Künstlers, URL: <https://www.edles-aus-metall.de> (abgerufen am 1.10.2019). Beabsichtigt ist, auch die beiden anderen Plastiken in Edelstahl anfertigen zu lassen.
- 19 Vgl. Herdegen: Bildhauer.
- 20 Ursprünglich gab es eine am Boden montierte Kugel, die jedoch vor Jahrzehnten entfernt wurde. Hinweis von Norbert Müller vom 6.8.2019.
- 21 Siehe dazu die Informationen auf der Homepage des Künstlers, URL: <https://www.oswald-galerie.ch> (abgerufen am 1.10.2019).
- 22 Siehe dazu eine Auflistung der Werke auf der Homepage des Künstlers, URL: <http://www.kosmatschhof.com/artwork/large-scale-sculptures> (abgerufen am 1.10.2019).
- 23 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Künstlers, URL: <http://www.erich-reusch.de/Vita.html> (abgerufen am 1.10.2019).
- 24 U. a. an der TU Kaiserslautern das *Tor der Wissenschaften* und die *Hochzeit der Minerva* vor dem Institut für künstliche Intelligenz sowie auf dem Tritonplatz in Mainz und auf dem Dernschen Gelände in Wiesbaden. Siehe dazu auch die biografischen Informationen auf der Homepage der Künstlerin, URL: <http://www.ursula-bertram.de/> (abgerufen am 1.5.2019).
- 25 Vgl. Bertram: Kunst.
- 26 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage der Künstlerin, URL: <https://www.silvia-willkens.de/> (abgerufen am 1.10.2019).
- 27 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage von Kunst und Bau, URL: https://kunstundbau.rlp.de/de/kunstwerke/kunstwerk/kunst_am_bau/kunstwerke/detail/Johannes-gutenberg-universitaet-mainz-ring-bogen-keil-spindel/ (abgerufen am 1.10.2019).
- 28 Die offiziellen Titel der Stelen übermittelten Barbara und Gernot Rumpf schriftlich am 5.5.2019. Bisher sind sie lediglich als Ohrmuschel I und II benannt.
- 29 Gernot Rumpf zählt zu den bekanntesten Künstlern in Rheinland-Pfalz, hat er doch mit zahlreichen Objekten den öffentlichen Raum bestückt. In Mainz gehört hierzu der *Glockenbaum* vor dem Kultusministerium, im Volksmund »Beamtenwecker« genannt und auch die Einfassung der Heunensäule auf dem Mainzer Marktplatz, die er mit Andeutungen an die Mainzer Geschichte seit römischer Zeit schmückte. Siehe zu Gernot und Barbara Rumpf allgemein auch die Informationen im Kunstportal Pfalz, URL: <https://www.kunstportal-pfalz.de/de/veranstalter/4-generationen-rumpf-eine-pfaelzische-kuenstlerfamilie/29/eid,19188/4-generationen-rumpf-eine-pfaelzische-kuenstlerfamilie.html> (abgerufen am 1.10.2019).
- 30 Octave Simon wurde 1944 in Paris von der Gestapo als Kämpfer der Résistance ermordet. Vgl. Simon: Selection. Zum Denkmal für Guillaume Fichet, URL: <https://www.botgarten.uni-mainz.de/kunst-im-botanischen-garten/denkmal-fuer-guillaume-fichet/> (abgerufen am 1.10.2019).
- 31 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Botanischen Gartens, URL: <https://www.botgarten.uni-mainz.de/kunst-im-botanischen-garten> (abgerufen am 1.10.2019).
- 32 Vgl. Elbert: Beschleunigte Teilchen. In: Ausstellung Meilensteine anlässlich des Jubiläums 100 Jahre Max-Planck-Institut, 2012, URL: <https://www.mpic.de/geschichte/highlights/ausstellung-meilensteine/beschleunigte-teilchen.html> (abgerufen am 1.5.2019).
- 33 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Künstlers, URL: http://www.jensbrand.com/zweiklang_images.html (abgerufen am 1.2.2020).
- 34 Das Bild wurde 2020 der JGU gestiftet und in der UB aufgehängt.
- 35 Wünschenswert wäre ein Gestaltungsbeirat, der ein Konzept für den Campus auch im Hinblick auf zukünftige Denkmäler erarbeiten würde.



C. UNIVERSITÄT UND GESELLSCHAFT

Fördern, Stiften, Mitgestalten Der JGU verbunden

Kristina Pfarr

*»Manche sehen Stifter als Lückenbüßer, die dort einspringen,
wo der Staat eigentlich zuständig wäre. Das ist falsch.*

*Stifter wollen heute in Übereinstimmung mit der Hochschule
dort helfend tätig sein, wo sie eine Notwendigkeit sehen.«*

Sibylle Kalkhof-Rose, Stifterin

Die Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) ist auch eine Geschichte von Menschen und Organisationen, die ihr verbunden sind, die sich engagieren, besondere Vorhaben ermöglichen und die Universität mitprägen.¹ Vielfältige Förderformate sind schon – oder gerade deshalb? – in den Anfangsjahren der JGU vorzufinden: Förderkreise, Stiftungen, Stiftungsprofessuren, Stipendien, gezielte Forschungsförderung, Bücher-, Kunst- und andere Sachspenden. Auch Großspenden konnten bereits verzeichnet werden.

Namhafte Schenkungen kamen von der französischen Militärregierung selbst: Die JGU erhielt zwischen Oktober 1948 und Juli 1949 insgesamt rund 1,35 Millionen DM, die studentische Selbstverwaltung weitere 50.000 DM für Stipendien. Dazu kamen Sachspenden wie »2 Mercedes Personenkraftwagen (V 170 und S 170) [und] 1 komplette Filmvorführ-Ausstattung«.² Akten im Universitätsarchiv Mainz dokumentieren unter anderem Lebensmittelspenden für die Mensa wie Milchkonserven, Ei- und Milchpulver, Fladenheringe, Mehl

**Not- und Aufbauhilfe
in der Anfangszeit**

und Sojaweizen. Eine Schmalzspende aus Chicago wurde aufgeteilt: 435 Kilogramm für die Verpflegung der Studierenden, 72 Kilogramm für bedürftige Familien des Lehrkörpers. Im November 1947 stiftete der spätere Prälat Adam Gottron dem Musikwissenschaftlichen Institut seine zweimanualige Hausorgel. Einen Monat später erhielt die Universität eine Spende in Höhe von 100.000 RM von der Firma Boehringer und ihrer Tochterfirma CELA, Auftakt eines langjährigen Engagements für den Wissenschaftsstandort Mainz.³ 1951 erreichten die JGU 200.000 DM zum Ausbau der medizinischen Poliklinik, gespendet vom amerikanischen Volk (McCloy-Fonds). Im selben Jahr schenkte der Südwestfunk dem Physikalischen Institut zwei gebrauchte AEG Spezial-Umformer-Aggregate. Die Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz unter ihrem Präsidenten Hermann Langlotz stellte mehrmals Geld zum Ausbau der Tuberkuloseabteilung der Stadtklinik zur Verfügung, bis 1952 insgesamt 67.000 DM. Diese Reihe ließe sich fortsetzen.⁴

Lehrstuhl und Stipendien: Geschenke der Landeshauptstadt

Ein besonderes Zeichen der Verbundenheit setzte die Stadt Mainz: Im Rahmen der Feierlichkeiten zur Wiedereröffnung am 22. Mai 1946 erhielt Gründungsrektor Josef Schmid aus der Hand von Oberbürgermeister Emil Kraus die Stiftungsurkunde für die Johannes Gutenberg-Stiftung.⁵ Mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 50.000 RM finanzierte die Stadt künftig den so genannten Gutenberg-Lehrstuhl, Basis der heutigen Abteilung Buchwissenschaft des Gutenberg-Instituts für Weltliteratur und schriftorientierte Medien.⁶ Weitere 50.000 RM jährlich stiftet die Stadt für 40 Gutenberg-Stipendien zur Förderung »würdiger und bedürftiger Studierender«. Dieses Stipendium hat über fast 30 Jahre hinweg vielen Studierenden das Studium erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht. Mit der Einführung staatlicher Ausbildungsförderung (zunächst das so genannte Honnefer Modell und später BAföG) kamen dann seitens der Stadt Überlegungen auf, die Statuten zu ändern. Hintergrund mag auch die Tatsache gewesen sein, dass man zuvor mehrere Jahre lang nicht in der Lage gewesen war, die in der Stiftungsurkunde vereinbarten Gelder der JGU in voller Höhe zur Verfügung zu stellen. 1975 traten jedenfalls neue Richtlinien in Kraft, denen die Universität anfangs durchaus kritisch gegenüberstand. Seitdem wird das Gutenberg-Stipendium, das nun den Charakter eines Preises trägt, an der JGU und der Hochschule Mainz ausgeschrieben, und zwar für eine exzellente Abschlussarbeit, die einen Bezug zur Stadt Mainz aufweist.⁷

Freunde der Universität Mainz e. V. – Partner von Anfang an



Bereits Anfang 1946, also noch vor der offiziellen Eröffnung der neuen Hochschule, traf sich ein vorbereitender Ausschuss zur Gründung der Freunde der Universität Mainz. Zu einer Zeit also, als angesichts der allgegenwärtigen Not keineswegs alle Mainzerinnen und Mainzer überzeugt waren, dass die Gründung einer Universität in ihrer Stadt eine gute Idee sei, formierte sich eine Vereinigung mit dem Ziel, die damals einzige Landesuniversität zu unterstützen und ihre Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Diese Initiative ist umso bemerkenswerter, als die Möglichkeit des steuerlichen Abzugs für Spenden an den Verein beziehungsweise das Ansetzen als Betriebsausgabe noch in Frage stand.⁸ Schlüsselfiguren waren der Mainzer Oberbürgermeister Kraus, der nach der Gründung der Freunde am 5. Dezember 1947 auch den Vorsitz bis 1968 übernahm, und Michel Oppenheim, der erste Mainzer Kulturdezernent und bis 1963 stellvertretender Vorsitzender.

Als offizielles Gründungsjahr der Vereinigung gilt 1951, das Jahr, in dem die Satzung verabschiedet werden konnte.⁹ Die Freunde agierten von der ersten Stunde an zugewandt und verlässlich für die JGU. Sie halfen bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen für die allererste Studierendengeneration oder finanzierten Sprachkurse für ausländische Studierende, als deren Zahl in den 1950er-Jahren zunahm. Zur Jahreswende

1959/60 ermöglichten sie gemeinsam mit dem Land und weiteren privaten Spendern eine Freizeit für 50 elternlose oder von ihren Eltern getrennt lebende Studierende. Von 1952 bis 1977 erschienen die Jahrbücher der Freunde als »öffentliches Gedächtnis der Universität«. ¹⁰ »Eine nicht wegzudenkende Transformationsstelle der nichtinstitutionalisierten Öffentlichkeit« ¹¹ sei die Vereinigung, hieß es etwa 1973 im Bericht des letzten Rektors und ersten Präsidenten Peter Schneider.

Seit mittlerweile 70 Jahren unterstützt der Verein Forschungsprojekte oder Anschaffungen, gewährt Reisebeihilfen, fördert den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs der JGU und bietet seinen Mitgliedern ein akademisch geprägtes Veranstaltungsprogramm. Seit 1994 engagiert er sich auch als Träger des Kinderhauses Villa Nees, einer Tagesstätte für Kinder von Mitarbeitenden der Universitätsmedizin. Zu besonderen Anlässen realisierten und realisieren die Freunde besondere Projekte, darunter eine Spende in Höhe von 25.000 DM für die Medizinische Fakultät zur Feier der 10-jährigen Universitätsgründung 1956. »Wie schwer heute sammeln ist«, sagte der Vorsitzende Kraus beim Überreichen der Spende, »weiß jeder, der Aufgaben dieser Art zu bewältigen hat [...]«. Es freue ihn daher ganz besonders, dass sich die überreichte Spende »aus großen und mittleren und kleinsten und aller kleinsten Beträgen« zusammensetze: »In geradezu rührender Weise kamen Sonderbeiträge von ehemaligen Studenten von 2 und 5 DM bis Industriespenden von 1000 DM und mehr aus allen Landesteilen und weit darüber hinaus.« ¹²

Zwei weitere Leuchtturmprojekte seien hier ebenfalls hervorgehoben: Aus Anlass des 600. Geburtstags von Johannes Gutenberg im Jahr 2000 gründete der Verein die selbstständige gemeinnützige Stiftung Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur. Jedes Jahr lädt sie in Verbindung mit dem Studium generale eine international renommierte Persönlichkeit zu einer einsemestrigen Gastdozentur ein. Die beliebten öffentlichen Vortragsreihen im RW 1, dem größten Hörsaal der Universität, werden aus Spenden und den Erträgen des Stiftungskapitals finanziert, und das jährliche Fundraising-Dinner ¹³ hat sich längst als gesellschaftliches Event etabliert. Zu den bisherigen Inhabern der Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur zählen unter anderen Hans-Dietrich Genscher, Jan Philipp Reemtsma, Karl Kardinal Lehmann sowie Aleida und Jan Assmann.

Zum eigenen 60. Gründungsjubiläum im Jahr 2011 stifteten die Freunde 300.000 Euro als Startkapital für die Schule des Sehens, einen multifunktionalen Pavillon im Außenbereich des Philosophicums. Die 2014 eingeweihte Einrichtung macht »geisteswissenschaftliches und kulturgeschichtliches Wissen für Studierende, für Mainzer Bürgerinnen und Bürger und Schulklassen greifbar«. ¹⁴ Sie ist Symbol und architektonische Gestalt des erklärten Ziels der Freunde, die Verbundenheit zwischen Universität und Stadt zu pflegen. ¹⁵

Von Anfang an hat sich der Verein erfolgreich darum bemüht, neben Privatpersonen auch institutionelle Mitglieder, insbesondere Unternehmen, zu gewinnen. Dass dies fortwährender Initiative bedurfte und bedarf, mag nicht wirklich überraschen. Mit rund 1.000 Mitgliedern sind die Freunde der Universität Mainz e. V. der größte Förderverein zugunsten der JGU. Bis heute wurden über 9,2 Mio. Euro an Fördermitteln aufgebracht ¹⁶ – ein beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement.

Bisherige Vorsitzende der Freunde der Universität Mainz e. V.

Emil Kraus	1947–1968	Hans Friderichs	1991–2005
Walter Kalkhof-Rose	1968–1974	Klaus Adam	2005–2011
Hans Pütz	1974/75	Peter Radermacher	2011–2018
Herbert Willersinn	1975–1991	Helmut Rittgen	seit 2018

Seit den 1990er-Jahren haben sich in diesem Zusammenhang und weit darüber hinaus mehrere Persönlichkeiten in besonderer Weise um die JGU verdient gemacht: Zu nennen sind hier zwei Gutenberg-Alumni, der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Helmut Rittgen, ehemaliger Bundesbankdirektor, ebenso wie der frühere Vorstandsvorsitzende der damaligen Landesbank Rheinland-Pfalz, Klaus Adam. Mit ihrem langjährigen Engagement setzten und setzen sie nachhaltige Akzente für die Entwicklung der JGU – in Leitungsfunktionen bei den Freunden und im Stiftungswesen der JGU, als Mitteleinwerber und Berater universitärer Gremien.¹⁷

Im Lauf der Jahre sind im Kontext einzelner Fächer, Einrichtungen oder Studiengänge der JGU zahlreiche weitere Freundes- und Förderkreise entstanden.¹⁸ Sie verfolgen, so unterschiedlich die jeweiligen Partialinteressen und Aktionsfelder auch sein mögen, das gemeinsame Ziel, eine breitere Öffentlichkeit jenseits des Fachpublikums für den gewählten Fokus zu interessieren und Förderstrukturen jenseits des Universitätshaushalts aufzubauen. Pars pro toto sei hier der 1998 gegründete Freundeskreis des Botanischen Gartens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz e. V. genannt. Er bietet seinen Mitgliedern neben einem vielfältigen Angebot an Vorträgen, Führungen, Exkursionen und Studienreisen insbesondere die Möglichkeit, sich auch gärtnerisch aktiv einzubringen.¹⁹

Gutenberg-Alumni: das Netzwerk der JGU



Aktuell gibt es circa 40 Vereine rund um die JGU. Dazu gehören auch einige dezidierte Alumnivereine. »Ehemalige« organisieren sich vielfach auch in Eigenregie: Sie bilden Netzwerke in sozialen Medien oder bauen Vereinsstrukturen auf, um untereinander und mit ihrer Alma Mater in Kontakt zu bleiben und um

ihr eigenes Netzwerk zu stärken. Eine scharfe Grenzziehung zu Fördervereinen ist dabei weder möglich noch notwendig.

Vorreiter waren Absolventinnen und Absolventen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit den Vereinen Alumni Mainz e. V. – gegründet 1998 – und EMBA Alumni e. V., dem Alumniverein des berufs begleitenden Weiterbildungsstudiengangs Executive Master of Business Administration, gegründet 2003. Viele Gutenberg-Alumni, ob Vereinsmitglied oder nicht, engagieren sich für die JGU: als Botschafter, Türöffner, Rollenvorbild und Ratgeber für die heutige Studierendengeneration oder als Gremienmitglied, beispielsweise im Kuratorium der Universitätsstiftung, im Kuratorium der Freunde oder der Stiftung Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur; sie geben Impulse und auch finanzielle Mittel.

Dabei hat die JGU selbst, im Vergleich zu anderen großen Universitäten wie beispielsweise Freiburg im Breisgau oder Göttingen, erst spät begonnen, dieses Potenzial im beiderseitigen Interesse auf breiter Ebene zu aktivieren. Ende der 1990er-Jahre gab es erste Ansätze, nämlich Überlegungen zur Gründung einer Absolventenvereinigung innerhalb der Freunde der Universität Mainz e. V., die aber nicht realisiert wurden.²⁰ Unter Beteiligung der Hochschulleitung entstand im Juli 2004 der Verein ALUMNEUM e. V., ambitioniert auch als Dach für bestehende und noch kommende fachbezogene Alumni-Aktivitäten geplant. Es ist in der Folgezeit jedoch nicht gelungen, dezentrale Initiativen erfolgreich zu integrieren und den Verein weiter aufzubauen; am 23. September 2010 löste sich ALUMNEUM offiziell auf.²¹

Ironischerweise wurde im selben Jahr die Verpflichtung, die Verbindung zu Absolventinnen und Absolventen zu pflegen, im rheinland-pfälzischen Hochschulgesetz festgeschrieben und damit eine ureigene Aufgabe der Hochschulen selbst.²² Mit dem Leitgedanken »zentrale Unterstützung für dezentrales Engagement« hat die JGU in den folgenden Jahren entsprechende Infrastrukturen geschaffen und einschlägige Angebote weiterentwickelt. Das zentrale Alumni-Management ist heute in einer Stabsstelle des Präsidenten angesiedelt und damit direkt der Leitung zugeordnet.

Namhafte Gutenberg-Alumnae und -Alumni (Auswahl)

- Dr. h. c. Mario Adorf (*1930), Schauspieler
- Doris Ahnen (*1964), Politikerin (SPD), rheinland-pfälzische Finanzministerin
- Zsuzsa Bánk (*1965), Schriftstellerin
- Prof. Dr. Maria Böhmer (*1950), Politikerin (CDU), Präsidentin der deutschen UNESCO-Kommission
- Felix Antoine Blume alias Kollegah (*1984), Rapper
- Dr. Rainer Brüderle (*1945), ehemaliger Bundeswirtschaftsminister (FDP)
- Malu Dreyer (*1961), Politikerin (SPD), rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin
- Michael Ebling (*1967), Politiker (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Mainz
- Dr. Hans Friderichs (*1931), ehemaliger Bundeswirtschaftsminister (FDP)
- Dr. Michel Friedman (*1956), Jurist und Publizist
- Dr. Peter Frey (*1957), ZDF-Chefredakteur
- Gundula Gause (*1965), Fernsehmoderatorin
- Eberhard Gienger (*1951), ehemaliger Kunstturner, Politiker (CDU), MdB
- Hanns Dieter Hüsch (1925–2005), Kabarettist
- Klaus Kaldemorgen (*1953), Volkswirt und Fondsmanager
- Niklas Kaul (*1998), Sport- und Physikstudent, Zehnkampfweltmeister 2019
- Julia Klöckner (*1972), Politikerin (CDU), Bundeslandwirtschaftsministerin
- Irene Ludwig (1927–2010), Kunstmäzenin
- Dr. Peter Ludwig (1925–1996), Industrieller und Kunstmäzen
- Tobias Mann (*1976), Kabarettist und Entertainer
- Prof. Dr. Hanns-Josef Ortheil (*1951), Schriftsteller
- Karlheinz Oswald (*1958), Bildhauer
- Dr. Mai Thi Nguyen-Kim (*1987), Chemikerin und Wissenschaftsjournalistin
- Lars Reichow (*1964), Musikkabarettist
- Niddal Salah-Eldin (*1985), stellvertretender Chefredakteurin der Deutschen Presseagentur dpa
- Dr. Kristina Schröder (*1977), ehemalige Bundesfamilienministerin (CDU)
- Dr. h. c. Dieter Stolte (*1934), ehemaliger Intendant des ZDF
- Anne Trabant-Haarbach (*1949), ehemalige Trainerin der deutschen Frauenfußballnationalmannschaft
- Prof. Dr. Margret Wintermantel (*1947), ehemalige Präsidentin des DAAD
- Prof. Dr. Dr. h. c. mult. E. Jürgen Zöllner (*1945), Altpräsident der JGU, ehemaliger Bildungs- und Wissenschaftssenator Berlin

Unter der neuen Dachmarke *Gutenberg-Alumni* trägt nun ein Netz von mittlerweile über 30 dezentralen Alumnibeauftragten die vereinsunabhängige Alumni-Arbeit an der JGU mit. Über das Online-Portal *Gutenberg-Netzwerk* pflegen sie ihre jeweiligen Zielgruppen, und Gutenberg-Alumnae und -Alumni selbst können sich hier informieren und untereinander Kontakt halten. Zusätzlich zu bestehenden Angeboten auf Fachbereichs- oder Fächerebene wie Absolventenfeiern, silbernen oder goldenen Promotionsfeiern, informellen

Die Mainzer AlumniCard (2017). Quelle: Bereich Universitätsförderung und Alumni der JGU.



Treffen und Vernetzungsmöglichkeiten, Einbezug von Alumnae und Alumni in Mentoringprogramme oder Veranstaltungen im Kontext des Career Service (*Gutenberg Alumni Talks*) gilt es, weitere identifikationsstiftende Angebote und Mitmach-Möglichkeiten zu entwickeln – im Idealfall über den gesamten Student-Life-Cycle von der Im- bis zur Exmatrikulation und lebenslang darüber hinaus. Ein Beispiel ist die Mainzer AlumniCard, die 2017 in gemeinsamer Initiative von JGU, Hochschule Mainz, Katholischer Hochschule Mainz und Mainz City Marketing auf den Weg gebracht wurde und registrierten Alumni beispielsweise Hotelvergünstigungen bietet. Ein wichtiger strategischer Schritt auch für künftige Aktivitäten war die Deklaration von Gutenberg-Alumnae und -Alumni als »Angehörige« der Universität in der Grundordnung, die der Senat der JGU am 3. Januar 2019 beschlossen hat.²³

Der Mainzer Universitätsfonds



Die Finanzierung von Hochschulen ist keineswegs nur eine Herausforderung unserer Tage. Schon in den Anfangsjahren der alten kurfürstlichen Mainzer Universität, deren Lehrstühle über Kirchenpfründe, sogenannte Lektoralpräbenden, unterhalten wurden, kam es aus den verschiedensten Gründen immer wieder zu Engpässen. Im Lauf der Zeit wurden vielfach Anläufe und Anstrengungen unternommen, die Universität, insbesondere die juristische und medizinische Fakultät, besser und unabhängiger von kirchlicher Unterstützung auszustatten, um einem Niedergang zu begegnen.²⁴

Der Mainzer Kurfürst Friedrich Karl Joseph von Erthal setzte schließlich die schon ältere Idee einer Stiftung zugunsten der Universität um: Mit Einverständnis von Papst und Kaiser ließ er am 15. November 1781 die drei reichsten Mainzer Klöster Altmünster, Karthause und Reichklara auflösen – ein seinerzeit aufsehenerregender Vorgang.²⁵ *Cum omnibus eorum bonis* (»mit allen ihren Gütern«) waren die Klöster an die Universität gefallen. Mit einem Schlag stand dieser nun ein großes Vermögen zur Verfügung, das sich vor allem aus Haus- und Grundbesitz, insbesondere landwirtschaftlicher Art, zusammensetzte und dessen Erträge an die Universität flossen. So ist der Mainzer Universitätsfonds entstanden. Er besteht bis heute und ist damit einer der wenigen Anknüpfungspunkte der JGU zur alten Mainzer Universität.²⁶ Die seit 1965 als gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts verfasste Stiftung Mainzer Universitätsfonds gilt als »Glücksfall für die Universität«.²⁷

Nach der Aufhebung der Klöster waren unter anderem mit der Erfassung, Sicherung und Umschichtung der klösterlichen Vermögenswerte und mit der laufenden Verwaltung der Güter, die geografisch über das heutige Rheinhessen, den Rheingau bis hin zum Mittelrhein, die Main-Taunus-Region und bis Aschaffenburg verteilt lagen, komplexe Aufgaben zu bewältigen.²⁸ Konflikte entstanden mit der Pfalzgrafschaft und der Landgrafschaft Hessen, die Ansprüche auf die in ihren Territorien liegenden Güter der aufgehobenen Klöster geltend machten. Mit der Kurpfalz einigte man sich auf eine Ausgleichszahlung an die Heidelberger Universität. Der Streit mit Hessen ging diplomatisch, juristisch und publizistisch über einige Runden, blieb unentschieden und wurde schließlich von den politischen Ereignissen eingeholt – mit einer gravierenden Folge für den Universitätsfonds:

»Die französische Besetzung der Rheinlande, der Friede von Lunéville (9. Februar 1801) und schließlich der Reichsdeputationshauptschluss (21. Februar 1803) besiegelten das Schicksal der umstrittenen Güter: Sämtliche Besitzungen und Einkünfte der drei ehemaligen Klöster auf dem rechten Rheinufer gingen verloren. [...] Durch diese territoriale Neuordnung verlor der Universitätsfonds unwiederbringlich etwa die Hälfte seines Vermögens.«²⁹

Der Lehrbetrieb der kurzzeitig aufgeblühten Mainzer Universität kam indessen in der Folge der französischen Besetzungen 1792/93 und 1797 zum Erliegen. Die Franzosen hatten das Mainzer Bildungswesen mehrfach umstrukturiert: Aus den Resten der philosophischen, juristischen und medizinischen Fakultät war die sogenannte Zentralschule entstanden, die 1803 in ein Lyceum und eine medizinische Spezialschule aufgeteilt wurde. 1806 wurde die Medizinschule zusammen mit der Koblenzer Rechtsschule der neuen Kaiserlichen Universität (Université Imperiale) in Paris eingegliedert. Das Vermögen des Universitätsfonds war zunächst auf die Zentralschule übergegangen, die Erträge wurden zu ihrer laufenden Finanzierung einschließlich der Besoldung der Professoren verwendet. 1808 wurden durch kaiserliches Dekret alle Güter der Mainzer Universität der Université Imperiale zugeordnet. Nach dem Abzug Napoleons und dem Pariser Frieden von 1814 existierte von der alten Universität nur noch die Medizinschule, bis auch diese 1822 den Lehrbetrieb einstellte.

Die Überschüsse des Universitätsfonds kamen nun »höheren Unterrichtszwecken« der Stadt Mainz zugute. So unterstützte der Fonds in den nächsten Jahrzehnten das städtische Gymnasium. Zahlungen gingen auch an die großherzogliche Universität in Gießen, die einzige Universität des Großherzogtums Hessen-Darmstadt, zu dessen Territorium die Stadt Mainz und Rheinhessen nach dem Territorialvertrag vom 12. Juli 1816 gehörten. Auch das Mainzer Priesterseminar, die Großherzogliche Entbindungsanstalt sowie wissenschaftliche und kulturelle Vereinigungen erhielten Förderungen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts finanzierte der Universitätsfonds das Gebäude für das Neue Gymnasium (heute Rabanus-Maurus-Gymnasium). Zwischen den beiden Weltkriegen flossen Überschüsse des Fonds insbesondere an die Gießener Zahnklinik.³⁰

Es ist bemerkenswert, dass der Mainzer Universitätsfonds über allen politischen Wandel hinweg seinen Charakter als zweckgebundene Vermögensmasse mit eigener Rechtspersönlichkeit hat bewahren können. Dabei gab es im Lauf der Zeit durchaus Begehrlichkeiten.³¹ Die Frage, ob das Vermögen des Fonds als Staatseigentum oder Stiftungsgut anzusehen sei, wurde mit Bezug zu Napoleons Dekret von 1808 vielfach diskutiert. Die historische Entwicklung des Fonds bis heute belegt jedoch die fortdauernde Eigenständigkeit der Einrichtung.³²

Dass der Universitätsfonds in seiner Struktur selbst in der Zeit des Nationalsozialismus erhalten geblieben ist, »grenzt an ein Wunder«.³³ Der Reichsstatthalter in Hessen, Jakob Sprenger, hatte am 18. Juni 1938 die umgehende Einstellung der Zuschüsse an die Mainzer Gymnasien verfügt und ließ die Verwaltung des Universitätsfonds nach Darmstadt verlegen. Er ordnete den Erwerb von Wertpapieren an, insbesondere Schatzanweisungen des Deutschen Reichs. Sein Plan, Teile des Grundbesitzes des Fonds in Geld umzuwandeln, wurde jedoch nicht realisiert. Im Frühjahr 1945 wurde der Amtssitz des Fonds wieder nach Mainz transferiert.³⁴

Am 19. Dezember 1945 beantragte Oberbürgermeister Kraus in einem ausführlichen Schreiben an die französische Militärregierung, den Universitätsfonds als Sondervermögen der neuen Universität zu restituieren und ihn durch die Überlassung von Wehrmachtsliegenschaften zu erweitern. Er argumentierte unter anderem, dass der Rechtscharakter des Fonds als eigenständiges Vermögen zugunsten der Universität historisch von keiner Regierung – abgesehen vom NS-Regime – je ernsthaft in Frage gestellt worden sei.³⁵

Zum Erhalt des Universitätsfonds hat sicher auch das umsichtige Agieren der jeweiligen Administrationskommissionen beigetragen: »Seine Verwaltung hat sich stets als Sachwalter der Universität gesehen,

zumal als diese zu Ende gegangen war. Sie ließ es dabei an Unerschrockenheit und Energie nicht fehlen.«³⁶ Ein Beispiel ist die jahrzehntelang geführte Auseinandersetzung um die fondseigenen Universitätshäuser in der Schiller- und der Neuen Universitätsstraße, die sogenannten Altmünsterhäuser, die 1804 von Napoleon für militärische Zwecke beschlagnahmt worden waren, ohne dass je die vereinbarte Entschädigung an den Universitätsfonds gezahlt worden wäre. Erst 1881/82 kam es in dieser Angelegenheit zu einem Vergleich.³⁷

In der Übergabe-Verhandlung vom 30. Juni 1948, der Stunde Null für die Übernahme der Dienstaufsicht der JGU über die Verwaltung des Universitätsfonds, wurde dem Rentamt (die verwaltende Behörde des Universitätsfonds) mit Bezug auf die NS-Zeit ausdrücklich gedankt. Durch dessen »Widerstreben« gegenüber den Plänen des Reichsstatthalters »wurde es vermieden, dass der Mainzer Universitätsfonds in seinem Besitz zur Bedeutungslosigkeit herabsank. [...] Nur dem Verhalten des Rentamts des Mainzer Universitätsfonds ist es zuzuschreiben, dass heute das Vermögen des Mainzer Universitätsfonds in der Hauptsache noch vorhanden ist.«³⁸

Eine wichtige Rolle spielte der Fonds in der Folgezeit bei der Erweiterung des Campusgeländes über den Bereich der ehemaligen Flakkaserne hinaus: Landwirten, deren Grund und Boden benötigt wurde, konnte er Ackerland und Weinberge zum Tausch anbieten. Der Universitätsfonds stellte Flächen für ein Studierendenwohnheim zur Verfügung und begegnete dem hohen Bedarf an Wohnungen und Häusern in Mainz und der Region mit der zunehmenden Vergabe von Erbbaurechten.³⁹ Bis heute besteht ein gewichtiger Teil des Stiftungsvermögens aus landwirtschaftlichen Flächen: Der Stiftung gehören aktuell rund 1.100 landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Dazu kommen rund 400 Erbbaurechtsgrundstücke in Mainz und Rheinhessen, 215 Mietwohnungen und 8.000 qm Büroflächen in zentraler Mainzer Lage. Das Stiftungsvermögen hat ein Volumen von insgesamt rund 110 Millionen Euro. Allein seit 1965, als der Universitätsfonds seine heutige Rechtsform erhielt, sind Erträge in Höhe von mehr als 34 Millionen Euro an die JGU geflossen. Ein aktuelles aus dem Fonds finanziertes Projekt ist die Errichtung eines Gästehauses auf dem Campus.

Vorsitzende des Verwaltungsausschusses beziehungsweise Vorstandsvorsitzende des Mainzer Universitätsfonds seit 1946

Fritz Eichholz	1946–1969
Albert Salm	1969–1981
Dieter Vogel-Arnoldi	1981–1997
Götz Scholz	1997–2013
Dr. Waltraud Kreutz-Gers	seit 2013

Wege in die Zukunft – Wissen stiften: Stiftungen der JGU

Die Mainzer Universität besitzt also seit jeher auch eigenes beziehungsweise ihr gewidmetes Vermögen.⁴⁰ Das umfasst nicht nur den Universitätsfonds, sondern auch weitere Sondervermögen, die im Laufe der Jahre durch zweckgebundene Schenkungen entstanden sind.

Übergreifende thematische Klammer vieler dieser Stiftungen ist die Nachwuchs- und Forschungsförderung. Dahinter stehen individuelle Anliegen und persönliche Motive, bisweilen sicher auch ganze Motivbündel: die Verbundenheit mit der JGU, der Wille, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, das Bedürfnis, die Erinnerung an eine verstorbene Person und deren Wirken lebendig zu halten, das Interesse, ein ganz



Treuhandstiftungen der JGU (Stand: 2020). Quelle: Bereich Universitätsförderung und Alumni der JGU.

bestimmtes Thema oder einen ganz bestimmten Bereich voranzubringen und nicht zuletzt der Wunsch, bleibende Spuren zu hinterlassen.

Martha Scheuing beispielsweise, Witwe des ehemaligen Chefchemikers von Boehringer Ingelheim, hinterließ der JGU 1962 rund eine halbe Million DM für die Dr. Georg Scheuing-Stiftung zur Förderung von Chemiestudierenden. 1967 schloss der Jurist Karl Feldbausch einen Erbvertrag mit der JGU, der sie zur Alleinerbin machte und verfügte, dass das Vermögen je zur Hälfte der Katholisch-Theologischen Fakultät und der Naturwissenschaftlichen Fakultät zugutekommen solle. 1975 spendete die Alfred Teves GmbH 265.000 DM für den Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die zunächst von den Freunden, später als Treu-

handstiftung der JGU verwaltet wurden. Der *Preis der Alfred Teves-Stiftung* wird jährlich für herausragende Dissertationen verliehen. Die Witwe des Strafrechtlers Dietrich Lang-Hinrichsen errichtete 1983 eine Stiftung in Erinnerung an ihren Gatten. Alumni des Instituts für Publizistik gründeten 2004 die Alumni-Stiftung der Mainzer Publizisten, die Ehemalige, Studierende und Mitarbeitende zusammenbringen und für Austausch und Impulse sorgen will.⁴¹

Weitere Stiftungen verdankt die JGU Lehrenden, die zu Lebzeiten oder posthum ihren Wirkungsbereich weiter befördern wollten: Erika Sulzmann (1984, Ethnologie), Friedrich Schubel (1989, Englische Philologie), Antonie Wlosok (1998, Spätantike), Gustav Blanke (2002, Amerikanistik), Pol Maria Rommens (2016, Traumatologie).

Aus Anlass seines 60. Geburtstags 1966 hatte Generalkonsul Hans Klenk, Gründer der Firma Hakle und Ehrenbürger der JGU, 106.000 DM gestiftet, von denen 100.000 DM als Grundstock für die Finanzierung der geplanten 500-Jahrfeier gedacht waren, der Rest ging bestimmungsgemäß an die beiden Theologischen Fakultäten.⁴² Zur Verwendung der 100.000 DM im Rahmen des Jubiläums kam es nicht; zehn Jahre lang wurde die Spende dann als Hans Klenk-Stiftung geführt, ohne dass eine formale Satzung existiert hätte.⁴³ Die Zinsen wurden im Sinne von Klenk zeitweilig für die Verleihung eines *Hans Klenk-Preises* verwendet. 2004 schließlich wurde der inzwischen aufgelaufene Betrag im Einvernehmen mit dem Finanzamt und Hans Dieter Klenk, dem Sohn des inzwischen verstorbenen Spenders, für die Modernisierung des Bürgerbrunnens auf dem Forum universitatis verwendet, der bereits 1963 von Generalkonsul Klenk gestiftet worden war.⁴⁴

In den letzten Jahren entstanden und entstehen Treuhandstiftungen an der JGU in der Regel durch Stifterinnen und Stifter, die ihre Gründung aktiv begleiten möchten und deshalb zu Lebzeiten »anstiften«. Dazu gehört zuallererst die Sibylle Kalkhof-Rose-Stiftung, die seit 2005 fachübergreifend vor allem exzellente Doktorandinnen und Doktoranden der JGU fördert. Almut Diethelm rief 2006 die Prof. Dr. med. Lothar Diethelm-Gedächtnisstiftung im Kontext von Radiologie und Onkologie an der Universitätsmedizin ins Leben. Die Eheleute Elke und Rainer Göbel, Physik-Alumni der JGU, gründeten 2017 eine Verbrauchsstiftung zugunsten ihres ehemaligen Fachbereichs. 2018 entstand die Prof. Dr. med. Dorothea Duda-Stiftung im Bereich von Anästhesiologie und Pharmakologie, und 2019 errichtete Alumna Sylvia-Maria Kinder die Stiftung Botanischer Garten Mainz.

Die Johannes Gutenberg- Universitätsstiftung



Als Dachstiftung für alle Treuhandstiftungen entstand Ende 2004 die Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung (JGUS). Gemeinsame Gründungstifter sind die JGU, ihr damaliger Präsident Jörg Michaelis und dessen Frau Sigrid Michaelis, Andreas und Susanne Barner, die Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co.

KG, die Deutsche Bundesbank (Hauptverwaltung Mainz), die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) und die LRP Landesbank Rheinland-Pfalz (heute LBBW Landesbank Baden-Württemberg).⁴⁵ Den Vorstand der Stiftung bilden (Stand Juli 2020) Ullrich Fechner, Wolfgang Hempler sowie die Kanzlerin und der Präsident der JGU.

Das verwaltete Vermögen ist seitdem von rund vier Millionen auf 8,5 Millionen Euro angewachsen, und mittlerweile werden 37 Stiftungen ganz unterschiedlicher Größenordnung von der JGUS betreut. Das ist kein Geschäftsmodell, sondern ein Service, den die Universität und die ehrenamtlich geführte Stiftung leisten: Information und Beratung potenzieller Stifter_innen, Satzungsgestaltung, Kapitalanlage, Buchhaltung, Jahresabschluss und Jahresbericht, Unterstützung der Fördermaßnahmen sowie Ausrichtung der jährlichen gemeinsamen Sitzung von Kuratorium und Stifterversammlung. Seit 2016 ist die JGUS Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen (BVDS). Im Jahr 2020 wurde der JGU das Qualitätssiegel für gute Treuhandstiftungsverwaltung zuerkannt.



Walter Kalkhof-Rose. Quelle: privat.



Stifterin Sibylle Kalkhof-Rose im Jahr 2015.
Foto: Peter Pulkowski, Quelle: Bereich Universitäts-
förderung und Alumni der JGU.

»Ein Vermögen wird nicht von einem allein verdient.
Davon sollte man etwas zurückgeben.«

Walter und Sibylle Kalkhof-Rose

Walter und Sibylle Kalkhof-Rose gehören zu den Persönlichkeiten, die die JGU von Anfang an begleitet und über viele Jahrzehnte mitgeprägt haben.

Walter Kalkhof-Rose, Chemie-Unternehmer (Rheinische Schellack-Bleiche Ernst Kalkhof, später Resart-Ihm AG), Präsident (1958–1977) und späterer Ehrenpräsident der IHK Rheinhessen, setzte sich in vielfacher Hinsicht für Mainz als Wissenschaftsstandort und die Universität ein. Für sein Engagement wurde er 1961 zum Ehrensenator der JGU ernannt.

Seine Witwe, Sibylle Kalkhof-Rose, führt dieses Engagement fort: Die Trägerin der Diether von Isenburg-Medaille der JGU und des Landesverdienstordens Rheinland-Pfalz gründete 2005 gemeinsam mit Eckhart Koch die Sibylle Kalkhof-Rose-Stiftung, mit einem Kapital von inzwischen über zwei Millionen Euro die größte Stiftung unter dem Dach der Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung. Ihre Motivation? *»Ich möchte junge Menschen fördern, die kreativ arbeiten und forschen.«*

Zum Stiftungswesen rund um die JGU gehören noch weitere rechtlich selbstständige, gemeinnützige Stiftungen privaten Rechts, deren Stiftungszwecke auf die JGU oder einzelne ihrer Bereiche bezogen sind und die diesen Fokus auch in ihren jeweiligen Satzungen verankert haben. Insbesondere die Universitätsmedizin Mainz ist hier vielfach Destinatär auch größerer Förderungen.⁴⁶

Die JGU arbeitet mit zahlreichen weiteren Stiftungen zusammen, in der Region beispielsweise mit der Boehringer Ingelheim Stiftung und der Carl-Zeiss-Stiftung, der Deutsch-Französischen Kulturstiftung, die bereits 1950 von General Raymond Schmittlein zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ins Leben gerufen worden war, oder der Mainzer Wissenschaftsstiftung (2015).

Die Carl-Zeiss-Stiftung, alleinige Anteilseignerin der Carl Zeiss AG und der Schott AG, ist eine langjährige Förderpartnerin der JGU. Die Stiftung ist die älteste private wissenschaftsfördernde Stiftung in Deutschland und operativ tätig: In den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen (den Standorten der genannten Unternehmen) schreibt sie eigene Programme zur Förderung der Spitzenforschung aus,

Selbstständige Stiftungen zugunsten der JGU und ihre Fördergebiete (Auswahl)

- Emil und Paul Müller-Gedächtnisstiftung (1964, Chemie)
- Robert Müller-Stiftung (1966, Angio-Kardiologie)
- Friedhelm Frees-Stiftung (1992, Neurochirurgie)
- Peregrinus-Stiftung Dr. Rudolf Meimberg (1994, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften)
- Anni Eisler-Lehmann-Stiftung (1996, Gesang)
- Stiftung Kinder.Gesundheit.Mainz – Stiftung für das Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin (1999 gegründet von Professor Fred Zepp, Pädiatrie)
- Alexander Karl-Stiftung (2000, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und Medizin)
- Stiftung Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur (2000, interdisziplinär, s. o.)
- Dr. Gerhard und Martha Röttger-Stiftung (2004, Humanmedizin)
- Dr. Walter Pförtner und Dr. Gertrud Pförtner-Stiftung (2006, Schopenhauer-Forschungsstelle an der JGU)
- Stiftung Mainzer Herz (2007 gegründet von Professor Thomas Münzel, Kardiologie).

unter anderem im Hinblick auf Forschungsinfrastruktur, Professuren und Nachwuchsförderung. Die Carl-Zeiss-Stiftung ist nach der Boehringer Ingelheim Stiftung der größte private Geldgeber der JGU. Allein von 2010 bis 2019 konnte die Universität hier über zehn Millionen Euro für Forschungsprogramme und die Nachwuchsförderung einwerben. Die Stiftung beteiligt sich auch am Deutschlandstipendien-Programm zur Förderung herausragender Studierender.

Programmen der Carl-Zeiss-Stiftung verdankt die JGU auch mehrere Stiftungsprofessuren. Zusätzliche, aus so genannten Drittmitteln – also unabhängig von der Grundausrüstung durch den Hochschulträger – finanzierte Professuren gab es an der JGU schon von Anfang an: Neben dem Gutenberg-Lehrstuhl ist der Lehrstuhl für Allgemeine Religionswissenschaft zu nennen, den die Gossner Mission der JGU stiftete und der erstmals 1947 mit Walter Holsten besetzt wurde.⁴⁷ Seit 1971 besteht die Stiftungsprofessur für Allgemeine Pastoraltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät, gestiftet vom Bistum Mainz.⁴⁸

Aktuell gibt es in Deutschland rund 800 Stiftungsprofessuren, das ist – betrachtet man nur die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft – ein Anteil von 1,3 Prozent aller Professuren.⁴⁹ Stiftungsprofessuren tragen häufig in besonderer Weise zu Innovation in Forschung und Lehre einer Hochschule bei – und Stifterinnen und Stifter profitieren im besten Fall vom Imagegewinn und der Möglichkeit, genau die Forschungsrichtung voranzutreiben, die ihnen wichtig ist. »Drittmittelfinanziert« bedeutet dabei nicht zwangsläufig »privat finanziert« – denn Stiftungsprofessuren sind oft auch Teil von kompetitiven Forschungsförderprogrammen, die mit öffentlichen Mitteln ausgestattet sind (beispielsweise vom Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF], der Deutschen Forschungsgemeinschaft [DFG] oder der Alexander von Humboldt-Stiftung).

An der JGU bestehen (Stand 2020) 13 privat finanzierte Stiftungsprofessuren, ermöglicht durch die Stiftung Auge, das Bischöfliche Ordinariat Mainz, die Carl Zeiss-Stiftung (4), die Boehringer Ingelheim Stiftung (3, im Kontext des IMB, s. u.), die Debeka,⁵⁰ die Dr. Gerhard und Martha Röttger-Stiftung (anteilig), das Institut für Mikrotechnik gGmbH und die TRON gGmbH (anteilig).⁵¹

»Ohne Geld kann keine Wissenschaft erblühen«⁵² – diese Erkenntnis wird schon Kurfürst Friedrich Karl Joseph von Erthal zugeschrieben. Und auch historisch gesehen sind Wissenschaft und Forschung in Deutschland maßgeblich durch die öffentliche Hand finanziert, anders als beispielsweise in den USA. Mäzenatentum für Grundlagenforschung ist bei uns bis heute eher ungewöhnlich.⁵³ Für die Mainzer Lebenswissenschaften ist es daher ein ausgesprochener Glücksfall, dass sich die gemeinnützige Boehringer Ingelheim Stiftung seit ihrer Gründung durch die Gesellschafterfamilie 1977 für den Wissenschaftsstandort Mainz und die JGU engagiert.

2009 kündigte die Stiftung unter ihrem damaligen Vorsitzenden Otto Boehringer eine der größten Privatpenden an, die eine öffentliche Universität in Deutschland bis dahin erhalten hatte: 100 Millionen Euro über zehn Jahre für Aufbau und Betrieb des Instituts für Molekulare Biologie (IMB) auf dem Gutenberg-Campus. Spitzenforschung stärken und die internationale Sichtbarkeit der Mainzer Lebenswissenschaften steigern – das sind die erklärten Ziele der Initiative. Das Land Rheinland-Pfalz beteiligte sich und finanzierte mit rund 50 Millionen Euro ein hochmodernes Forschungsgebäude, das in Rekordzeit fertiggestellt wurde und attraktive Arbeitsmöglichkeiten bietet. Bereits 2011 konnte das neue Exzellenzzentrum eröffnet werden. Die JGU ist alleinige Anteilseignerin des IMB, das als gGmbH firmiert.⁵⁴

»Mit unserer Initiative für Mainz möchten wir uns nachhaltig für exzellente Forschung in Deutschland engagieren. Wir, die Stifterfamilie Boehringer und von Baumbach, möchten damit auch zum Ausdruck bringen, wie stark wir uns der Region verbunden fühlen und wie ernst wir unsere Verantwortung für die Gesellschaft nehmen.«

Otto Boehringer

Otto Boehringer ist eine der herausragenden Fördererpersönlichkeiten der JGU. Er engagiert sich unter anderem bei den Freunden der Universität Mainz e.V. und für die Stiftung Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur. Für seine Verdienste wurde er 1996 mit der Ehrenbürgerwürde der JGU ausgezeichnet.

14 Forschergruppen betreiben heute am IMB Grundlagenforschung zur Epigenetik, zur DNA-Reparatur und zur Entwicklungsbiologie.⁵⁵ Damit ist das Zentrum auch ein Treiber für die fachliche Neuausrichtung der Biologie an der JGU im Zuge eines Generationenwechsels unter den Professorinnen und Professoren. Um international konkurrenzfähige Leistungsangebote für die Neuberufenen zu ermöglichen, spendete die Boehringer Ingelheim Stiftung 2013 weitere 50 Millionen Euro.⁵⁶

Um die Förderverträge zwischen der Boehringer Ingelheim Stiftung und der JGU entspann sich damals eine auch in der Öffentlichkeit geführte Debatte, die sich einerseits um die grundsätzliche Frage drehte, ob derartige Verträge offenzulegen seien (Gerichte urteilten: nein⁵⁷), andererseits mit dem Vorwurf beschäftigte, die JGU ließe sich womöglich akademische Freiheitsrechte wie das Berufungsrecht einschränken. In einer gemeinsamen Erklärung haben die JGU und die Boehringer Ingelheim Stiftung hierzu ausführlich Stellung genommen und den mäzenatischen Charakter der Spenden bekräftigt.⁵⁸ Im Zuge der Fortschreibung der Förderinitiative wurden die neuen Verträge öffentlich zugänglich gemacht.⁵⁹

Nach der äußerst positiv verlaufenen ersten Evaluation des IMB fünf Jahre nach seiner Gründung wurde 2018 eine weitere Förderinitiative gemeinsam mit dem Land bekanntgegeben: Zur Finanzierung des IMB in

Großpenden der Boehringer Ingelheim Stiftung stärken die internationale Sichtbarkeit der JGU



Otto Boehringer: Förderer und Ehrenbürger der JGU. Foto: Uwe Feuerbach, Quelle: Bereich Universitätsförderung und Alumni der JGU.

*Das Institut für Molekulare Biologie gGmbH auf dem Gutenberg-Campus.
Foto: Thomas Hartmann,
Quelle: JGU.*



den Jahren 2020 bis 2027 spendet die Stiftung 54 Millionen Euro, das Land steuert 52 Millionen Euro bei. Die Großspenden der Boehringer Ingelheim Stiftung tragen als »transformational gifts« in hohem Maß zur Weiterentwicklung der JGU bei. Die gesamte Initiative ist zugleich ein Paradebeispiel für eine erfolgreiche Public-private Partnership.

Kunst, Rosen und die Grüne Schule

Elisabeth Gateff hat eine Mission: »Ein Campus muss schön sein«, sagt die emeritierte Genetik-Professorin der JGU. »Wir können nicht immer hoffen, dass der Staat oder die Kommunen alles richten werden. So funktioniert das nicht«,⁶⁰ begründet sie ihr langjähriges Engagement für die Universität. Sie beschränkt sich dabei nicht auf die Mitgliedschaft in mehreren Fördervereinen, sondern realisiert auch eigene Projekte: Unter anderem stiftete sie mehrere Kunstwerke für den Botanischen Garten, die Außenanlage vor der Schule des Sehens einschließlich der Skulptur *Die Hockende* von Reinhold Petermann, ein Gemälde von Gutenberg-Alumna Silvia Willkens an der Fassade des Georg Forster-Gebäudes und die Kletterrosen-Anlage entlang der Hörsäle P2 bis P5 des Philosophicums am Welderweg, mit der sie erfolgreich unerwünschte Graffiti verhindert.⁶¹ Oft ist sie hier anzutreffen, wenn sie sich persönlich um die Beete kümmert.

Die vielfältigen und kreativen Aktivitäten von Elisabeth Gateff zeigen eindrucksvoll, wieviel der Einsatz Einzelner bewegen kann. Mit ihrer Spende in Höhe von 50.000 Euro im Jahr 2008 hat sie auch die Realisierung des außerschulischen Lernorts Grüne Schule im Botanischen Garten vorangetrieben. Dieses Projekt ist ebenfalls ein Beispiel dafür, dass privates Engagement weitere Mittel aktivieren kann: Die Baukosten für die 2010 eingeweihte Grüne Schule betragen 370.000 Euro, und die zusätzlich zur Initialspende benötigten Mittel wurden gemeinsam von der JGU, dem Land und dem Freundeskreis des Botanischen Gartens aufgebracht. Für die Ausstattung der Grünen Schule mit Mikroskopen sorgten dann gemeinsam die Sibylle Kalkhof-Rose-Stiftung und die Carl Zeiss AG.

Das Deutschlandstipendium-Programm, 2011 vom BMBF aufgelegt, macht das Zusammenwirken von privaten Förderern und dem Staat zum Prinzip: Ein Stipendium umfasst 3.600 Euro pro Jahr und wird je zur Hälfte privat sowie vom Bund getragen. Förderer können ihren Beitrag steuerlich absetzen. Die JGU ist von Anfang an dabei und hat inzwischen (Stand 2020) über 1.400 Stipendien im Gesamtwert von über fünf Millionen Euro bei Unternehmen, Stiftungen, Vereinen und Privatpersonen einwerben können. Für die Vergabe zählen nicht nur exzellente Studienleistungen, sondern auch gesellschaftliches Engagement oder besondere soziale und familiäre Umstände.⁶²

»Stellen Sie sich vor, Sie hätten Johannes Gutenberg fördern können«,⁶³ warb der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft einst in einer Anzeigenaktion im Kontext des von ihm initiierten Wettbewerbs *Stadt der Wissenschaft*, den Mainz im Jahr 2011 für sich entscheiden konnte. Was für die Mitglieder der großen Gemeinschaftsinitiative von Unternehmen und Stiftungen gilt, können auch die Unterstützer des Deutschlandstipendiums für sich reklamieren: Sie fördern vielleicht die Gutenbergs von morgen.

Noch einmal zurück zu den Anfängen: Auch die Gutenberg-Büste auf dem Forum universitatis, symbolischer Kristallisationspunkt des universitären Lebens, gehört zu den ersten Spenden für den Campus. Schon im Mai 1946 hatte die Mainzer Aktien-Brauerei dem Stadtkommandanten Kleinmann angeboten, die Büste für die Universität zu stiften.⁶⁴ Zunächst wurde die Angelegenheit offenbar gar nicht weiterverfolgt, bis am 31. März 1950 ein Artikel im *Neuen Mainzer Anzeiger* das Thema aufgriff. Dann ging es schnell: Die Universität entschuldigte sich im April bei der Aktien-Brauerei für die Verzögerung, und Rektor Hellmut Isele erklärte sich »[...] gerne damit einverstanden, dass die Büste zu uns heraufkommt«. Handschriftliche Vermerke auf diesem Schreiben illustrieren in Kurzform, wie es weiterging: »1. Presse Dr. W., 2. Dankschreiben, 3. Übereignungsvertrag Dr. K.« und schließlich »Aufstellung ist am 20.5.1950 erfolgt.«⁶⁵

Heute würde es wohl keine vier Jahre dauern, bis über eine der JGU angebotene Spende entschieden wird, auch wenn das Procedere selbst (1., 2., 3.) durchaus vergleichbar ist – andere Prioritäten in den schwierigen Aufbaujahren seien konzediert. In einer Stabsstelle des Präsidenten gibt es seit einigen Jahren ein hauptamtliches Team für die Information, Beratung und Begleitung von privaten Förderern, das Einwerben von Mitteln für zentrale Förderprojekte wie das Deutschlandstipendium oder die Anbahnung neuer Stiftungen. Zugleich ist hier auch das strategische und koordinierende Dach für die zentralen Alumni-Aktivitäten der JGU angesiedelt. Auch ein formaler Rahmen wurde gesetzt: Im April 2018 hat der Senat die *Richtlinie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Umgang mit Zuwendungen privater Dritter* verabschiedet.⁶⁶ Dieser Code of Conduct gewährleistet auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen einen nachvollziehbaren und transparenten Umgang mit Zuwendungen und ein vertrauensvolles Zusammenwirken von JGU und Zuwendungsgebern. Repräsentative Veranstaltungen des Präsidenten wie der jährliche Stiftertag oder das Deutschlandstipendium-Dinner ermöglichen Begegnung und Austausch auf persönlicher Ebene; zusammen mit Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und den etablierten Auszeichnungen wie der Diether von Isenburg-Medaille, der Ehrenbürger- und der Ehrensensorenwürde tragen sie bei zu einer angemessenen universitären Anerkennungskultur für das vielfältige private Engagement zugunsten von Wissenschaft, Lehre, Forschung und Kunst an der JGU.

Das Deutschlandstipendium: Private Förderer und der Bund machen gemeinsame Sache



Epilog: Wie Gutenberg auf den Campus kam

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden geht es in erster Linie um private Förderinitiativen zugunsten der JGU. Aus Umfangsgründen wird dabei ein Schwerpunkt auf die Anfangsjahre und die aktuelle Situation gelegt, ohne allerdings Entwicklungslinien völlig zu vernachlässigen.
- 2 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 1/107, Förderung der Universität durch Stiftungen und Spenden. Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über das Ergebnis der örtlichen Prüfung der Jahresrechnungen 1948 und 1949 der Universitätskasse Mainz [o. D.] u. Übersetzung des Schreibens von General Schmittlein vom 18.10.1950.
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Vgl. die verschiedenen Schreiben im UA Mainz, Best. 1/107, Förderung der Universität durch Stiftungen und Spenden.
- 5 Vgl. die Abschrift im UA Mainz, Best. 70/119. Ein Faksimile ist abgedr. in: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 152 f.
- 6 Vgl. Mathy: Landesuniversität, S. 238. 1968 wurde die Professur etatisiert und ging damit in den Haushalt der Universität über. Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band.
- 7 Vgl. UA Mainz, Best. 70/119, Gutenbergstiftung, Gutenbergstipendium; Handakten des Bereichs Universitätsförderung und Alumni der JGU u. Keim: Bürgersinn. In den letzten Jahren konnten an der JGU 4.000 Euro pro Jahr ausgelobt werden.
- 8 Vgl. Eibel: Vereinigung u. UA Mainz, Best. 1/107, Schriftwechsel zwischen der JGU und dem Finanzministerium zur steuerlichen Absetzbarkeit.
- 9 Vgl. Freunde der Universität Mainz e. V. (Hrsg.): 60 Jahre, insbes. S. 7 u. S. 18–21.
- 10 Ebd., S. 30.
- 11 Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 25. Die Berichte des Rektors und des Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 27.2.2020).
- 12 Kraus: Ansprache, S. 29 f.
- 13 Das offenbar erste Fundraising-Dinner zugunsten der JGU fand am 24.1.1977 im Kontext der 500-Jahrfeier der Universität statt. Der Abend in Anwesenheit des früheren britischen Premierministers Edward Heath erbrachte immerhin 13.000 DM für die Jubiläumsfeierlichkeiten. Vgl. Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom SoSe 1976 bis WiSe 1977/78, S. 40 u. Güth, Jubiläumsjahr, S. 11.
- 14 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Vereins der Freunde, URL: <https://www.freunde.uni-mainz.de/foerderprojekte/schule-des-sehens/> (abgerufen am 16.9.2019).
- 15 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kirsten Grimm und Patrick Schollmeyer in diesem Band.
- 16 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Vereins der Freunde, URL: <https://www.freunde.uni-mainz.de/foerderprojekte/schule-des-sehens/> (abgerufen am 16.9.2019).
- 17 Für ihre Verdienste wurden Friderichs und Adam sowohl mit der Diether von Isenburg-Medaille als auch der Ehrenbürgerwürde der JGU ausgezeichnet; die Freunde ernannten beide zu Ehrenvorsitzenden. Helmut Rittgen ist Träger der Diether von Isenburg-Medaille.
- 18 Vgl. dazu die Übersicht auf der Homepage der JGU, URL: <http://www.foerdern-und-stiften.uni-mainz.de/1797.php> (abgerufen am 27.11.2019).
- 19 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage des Freundeskreises des Botanischen Gartens, URL: <https://www.freundebotgarten.uni-mainz.de/bauerngarten-projekt-des-freundeskreises/> (abgerufen am 23.1.2020).
- 20 Vgl. Bericht des Präsidenten [Josef Reiter] für das Jahr 1998, S. 7.
- 21 Vgl. die Handakten des Bereichs Universitätsförderung und Alumni der JGU, Protokoll der Mitgliederversammlung von ALUMNEUM e. V. vom 23.9.2010.
- 22 Vgl. § 2 Absatz 7 Hochschulgesetz (HochSchG) in der Fassung vom 19.11.2010. In: Amts- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 21 vom 21.12.2010. »Die Hochschulen fördern und pflegen die Verbindung mit ihren Absolventinnen und Absolventen.« URL: http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/yoj/page/bsrlpprod.psml/action/portlets.jw.MainAction?p1=4&eventSubmit_doNavigate=searchInSubtreeTOC&showdoccase=1&doc.hl=0&doc.id=jlr-HSchulGRP2010pP2&doc.part=S&doc.poskey=#focuspoint (abgerufen am 6.3.2020).
- 23 Vgl. die Grundordnung der JGU, Teil 1, § 2, Satz 4, URL: <https://organisation.uni-mainz.de/files/2019/01/grundordnung.pdf> (abgerufen am 10.11.2019).
- 24 Kurfürst Lothar Franz von Schönborn (Kurfürst 1695–1729) erreichte mit Unterstützung Papst Clemens' XI. 1713 die Einrichtung eines ersten Universitätsfonds, als dieser die Lektoralpräbenden aufhob und deren Güter der Universität zusprach. Bereits 1731 wurde dies aber unter seinem Nachfolger Franz-Ludwig von Pfalz-Neuburg (Kurfürst 1729–1731) zugunsten einer eher bescheidenen jährlichen Abfindungssumme, die aus den Lektoralpräbenden an die Universität zu zahlen waren, zurückgenommen. Vgl. u. a. Bärmann: Geschichte. Bd. 1, S. 9–14 u. Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre, S. 8 f. u. S. 12–15.
- 25 Der Kurfürst verbot schließlich, öffentlich über die Klosteraufhebungen zu reden. Vgl. Gerlich: Die Geschichte einer segensreichen Stiftung. Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des Mainzer Universitätsfonds. In: JGU 12 (1981), Nr. 74, S. 4 f.
- 26 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Matheus in diesem Band.
- 27 Kreuz-Gers: Universitätsfonds – ein Glücksfall für die Universität (Dezember 2015), URL: https://www.magazin.uni-mainz.de/4082_DEU_HTML.php (abgerufen am 16.9.2019).
- 28 Vgl. eine Übersichtskarte in Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre, S. 28 f.
- 29 Ebd., S. 33. Alle Versuche, die Besitztümer wiederzuerlangen, schlugen fehl.
- 30 Vgl. ebd., S. 42 u. S. 47.
- 31 Vgl. u. a. Falck: Frage, S. 28–30 u. Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre, S. 43.
- 32 Vgl. Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre, S. 39. Der Fortbestand des Vermögens wird umgekehrt auch als Indiz für die »zumindest fiktive Existenz seines Rechtsträgers, der Universität« gesehen. Bärmann: Geschichte. Bd. 1, S. 149.
- 33 Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre Stiftung, S. 47.
- 34 Vgl. ebd.
- 35 Vgl. UA Mainz, Best. 70/30, Abschrift eines Schreibens vom 19.12.1945.
- 36 Falck: Frage, S. 28; für weitere Beispiele vgl. ebd., S. 28–31.
- 37 Der Universitätsfonds erhielt die Domus Universitatis und den Bassenheimer Hof zurück, verzichtete dafür auf die Rückgabe der restlichen entzogenen Grundstücke bzw. Gebäude. Vgl. ebd., S. 29, Jungk: Geschichte, S. 102 u. Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre, S. 42.
- 38 UA Mainz, Best. 1/249, Schreiben zu den Verhandlungen vom 30.6.1948, S. 2.
- 39 Vgl. Gerlich: Die Geschichte einer segensreichen Stiftung. Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des Mainzer Universitätsfonds. In: JGU 12 (1981), Nr. 74, S. 4 f. u. Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.): 225 Jahre, S. 51 f.
- 40 In diesem Kontext ist auch der Mainzer Stipendienfonds zu erwähnen, der in Teilen bis ins 16. Jahrhundert zurückreicht. Er setzt sich anteilig aus mehreren Familienstiftungen zusammen, die Stipendien an bedürftige Studierende des jeweiligen Familienstamms ausschütteten. Seit dem Zweiten Weltkrieg kann er diese Zwecke nicht mehr erfüllen, da das Vermögen der einzelnen Stiftungen durch die Geldentwertungen minimiert ist. Vgl. dazu die Unterlagen zu den Stiftungen Trappelmann, Schlingen, Bacher, Bley, Jett, Kaupper und von Gal im UA Mainz, Best. 49/1–3.
- 41 Siehe hierzu auch den Beitrag von Hans Mathias Kepplinger in diesem Band.
- 42 Vgl. Bericht des Rektors [Gerhard Funke] vom 1.10.1965 bis 30.9.1966, S. 69.
- 43 Z. B. in den Vorlesungsverzeichnissen SoSe 1967 bis WiSe 1977/78, URL: https://publications.ub.uni-mainz.de/opus/index_opus.html (abgerufen am 4.12.2019). Möglicherweise hat Klenk zu diesem Missverständnis beigetragen, indem er selbst von einer »Stiftung« sprach, wie in einem ähnlichen Fall gegenüber der Stadt Mainz. Vgl. Landeshauptstadt Mainz, Drucksache 576/2017, Beschlussvorlage vom 12.4.2017, »Auflösung der rechtlich unselbständigen »Hans Klenk-Stiftung« [...]«, URL: https://bi.mainz.de/vo0050.php?__kvonr=19483 (abgerufen am 6.3.2020).

- 44 Vgl. Pressemitteilung *Brunnen im Forum universitatis mit Mitteln des Stifters renoviert* der JGU vom 7.11.2005, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/79507.php> (abgerufen am 29.11.2019).
- 45 Die Universitätsmedizin Mainz gründete 2011 eine eigene Dachstiftung, die Stiftung Universitätsmedizin Mainz. Hier werden zwei Treuhandstiftungen verwaltet: die Alfons-Geib-Stiftung zur Erforschung von Alzheimer-Erkrankungen und die Jacqueline-du-Pré-Stiftung zur Erforschung der Multiplen Sklerose. Vgl. die Homepage der Stiftung Universitätsmedizin Mainz, URL: <https://www.uni-medizin-mainz.de/stiftung/uebersicht.html> (abgerufen am 6.3.2020).
- 46 Auf die Aktivitäten dieser Stiftungen kann hier aus Umfangsgründen nicht näher eingegangen werden.
- 47 Vgl. UA Mainz, NL 16/8, Einrichtung der Missionsprofessur u. Bericht des Rektors [Kurt Voit] vom 1.10.1959 bis zum 30.9.1969, S. 10.
- 48 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage der JGU, URL: <https://www.pastoral.kath.theologie.uni-mainz.de/lehrstuhl-fuer-pastoraltheologie/> (abgerufen am 8.12.2019).
- 49 Vgl. dazu die Informationen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft vom Februar 2018, URL: <https://www.stifterverband.org/medien/stiftungsprofessuren> (abgerufen am 15.12.2019).
- 50 Die Stiftungsprofessur mit einem Volumen von 600.000 Euro war im Rahmen der einverständlichen Erledigung eines Bußgeldverfahrens des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz vereinbart worden. Vgl. einen entsprechenden Bericht der Stabsstelle Kommunikation und Presse der JGU vom 28.6.2016, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/75819.php> (abgerufen am 8.12.2019).
- 51 Vgl. die Übersicht Stiftungsprofessuren URL: <https://www.foerdern-und-stiften.uni-mainz.de/1028.php> (abgerufen am 31.7.2020).
- 52 Vgl. Mathy: Kurfürstliche Hohe Schule, S. 730.
- 53 Vgl. dazu u. a. Kocka/Stock (Hrsg.): Stiften.
- 54 Vgl. Pressemitteilung *Boehringer Ingelheim Stiftung fördert in großem Ausmaß Spitzenforschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* der JGU vom 6.2.2009, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/27774.php> (abgerufen am 6.3.2020) u. die Pressemitteilung *Institut für Molekulare Biologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz feierlich eröffnet* der JGU vom 11.3.2011, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/43420.php> (abgerufen am 6.3.2020).
- 55 Vgl. die Homepages des IMB, URL: <https://www.imb.de/research/group-leaders> (abgerufen am 16.3.2020) u. URL: <https://www.imb.de/about-imb/about-introduction> (abgerufen am 16.3.2020).
- 56 Vgl. Pressemitteilung *Boehringer Ingelheim Stiftung fördert mit 50 Millionen Euro erneut die Lebenswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* der JGU vom 29.4.2013, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/56053.php> (abgerufen am 6.3.2020).
- 57 Eine grundsätzliche Offenlegungspflicht für die Verträge bestand, so die Rechtsprechung in Mainz, nicht. Nachdem die JGU und die Boehringer Ingelheim Stiftung jedoch zuvor freiwillig einigen Journalisten Einsicht in die Verträge gewährt hatten, bekam ein auf Offenlegung klagender Journalist einen presserechtlichen Auskunftsanspruch, u. a. aus Gründen der Gleichbehandlung, zugesprochen.
- 58 Vgl. die gemeinsame Stellungnahme der JGU und Boehringer Ingelheim Stiftung *Zusammenarbeit von Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Boehringer-Ingelheim-Stiftung* vom 16.9.2016, URL: https://www.boehringer-ingelheim-stiftung.de/fileadmin/content/bistiftung/downloads/pdf/2016-09-16_Erklaerung_BIS_JGU.pdf (abgerufen am 26.11.2019).
- 59 Vgl. u. a. Pressemitteilung *106 Millionen Euro für Spitzenforschung: Boehringer Ingelheim Stiftung und Land Rheinland-Pfalz fördern gemeinsam Mainzer Institut für Molekulare Biologie* der JGU vom 2.5.2018, URL: http://www.uni-mainz.de/presse/aktuell/4914_DEU_HTML.php (abgerufen am 26.11.2019).
- 60 [o. V.]: Kunst und Rosen für den Campus. In: JGU-Magazin, 7.6.2019, URL: http://www.magazin.uni-mainz.de/10391_DEU_HTML.php (abgerufen am 27.11.2019).
- 61 Siehe hierzu auch den Beitrag von Elisabeth Oy-Marra und Klaus T. Weber in diesem Band.
- 62 Vgl. dazu die Homepages, URL: <http://deutschlandstipendium.de> u. <http://www.deutschlandstipendium.uni-mainz.de> (beide abgerufen am 6.3.2020).
- 63 Vgl. dazu das Zitat auf dem Original-Plakat der Kampagne im Forum 3, Büro 01-315.
- 64 Die Büste war für die Gutenbergfeier im Jahr 1900 aus Kunststein gegossen worden und stand seit 1934 im Brauhaus *Zum Gutenberg*. Vgl. zum gesamten Abschnitt UA Mainz, Best. 1/108, Förderung der Universität durch Stiftungen und Spenden.
- 65 UA Mainz, Best. 1/108, der Rektor an den Kurator am 20.4.1950. Dass es kurz danach aus den Reihen des Senats zu »lebhaften Bedenken und Einsprüchen« gegen die fehlerhafte und historisch unrichtige Inschrift auf der Büste kam, dass Kurator Eichholz pragmatisch vorschlug, die Inschrift einfach weiter verwittern zu lassen, dass sich daraufhin »fachkundige Institutsdirektoren der Naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät« bereiterklärten, »erforderlichenfalls diesen Verwitterungsprozess durch Zurverfügungstellung von geeigneten Chemikalien und Wurzelbürsten zu unterstützen«, dass Eichholz die Hausverwaltung auch entsprechend anwies – das ist eine Geschichte für sich. Ebd.
- 66 Die Richtlinie ist online einsehbar unter URL: https://organisation.uni-mainz.de/files/2019/01/richtlinie_zuwendungen_privater_dritter.pdf (abgerufen am 26.11.2019).

Das Studium generale an der JGU

Streben nach einer fundierten Allgemeinbildung

Kim Krämer

Eine der wohl markantesten Innovationen, die die französische Besatzungsmacht in ihrer Zone nach dem Zweiten Weltkrieg einzuführen gedachte, war der Pflichtbesuch allgemeinbildender Lehrveranstaltungen für Studierende aller universitären Disziplinen. In Frankreich war man insbesondere in den Naturwissenschaften schon länger mit solchen »Vorkursen«, so genannten Cours propédeutique, vertraut, die so konzipiert waren, dass sie über die Dauer eines Jahres den jungen Erstsemestern eine Art Basiswissen vermitteln sollten, damit von universitärer Seite sichergestellt war, dass alle Studierenden auf demselben Wissensstand waren, wenn sie ihr Fachstudium begannen. In abgewandelter Form plante Raymond Schmittlein,¹ Leiter der Direction de l'Éducation Publique (DEP), die Einführung solcher Kurse auch für die drei deutschen Universitäten seiner Zone. Während die Kurse in Freiburg im Breisgau wie in Mainz unter dem Namen Propädeutikum geführt wurden, installierte man in Tübingen das sogenannte Leibniz-Kolleg, das bis heute Bestand hat.²

Im Wintersemester 1948 wurde in Anlehnung an das französische Vorbild das Akademische Propädeutikum an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) eröffnet.

Von französischer Seite stand schon früh fest, was ein entsprechender Kurs zu leisten hatte. Gouverneur Claude Hettier de Boislambert bemerkte in diesem Zusammenhang:

»Es ist in erster Linie wichtig, den Schülern eine ausgedehnte Allgemeinbildung zu vermitteln, die ihnen beim Abgang der Höheren Schule noch fehlt. Folglich wird es nötig sein, sie selbständig denken, arbeiten und diskutieren zu lehren. Zu diesem Zweck werden die Schüler in zwei Klassen eingeteilt, eine geisteswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche.«³

Dergestalt, also mit zwei Klassen, nahm das Propädeutikum in Mainz seine Arbeit auf.

Zum Leiter der Einrichtung wurde Karl Holzamer ernannt. Er war 1946 nach Mainz eingeladen worden, um den Lehrstuhl für Scholastische Philosophie zu übernehmen. Den Franzosen war er bereits bekannt, weil er im Offiziersgefangenenlager Larzac maßgeblich an der Gründung einer Lageruniversität beteiligt gewesen war.⁴ Hinter diesem Propädeutikum standen gleich mehrere politische Ziele, die je nach Perspektive stärkeres Gewicht bekamen. Für die französische Besatzungsmacht stand die rééducation der Studierenden im Vordergrund. Daneben spielten jedoch auch ganz pragmatische Gründe eine Rolle: Da die Mainzer Universität als einzige Hochschule im Norden der französischen Besatzungszone lag, war der Andrang seit der Eröffnung 1946 sehr groß. Eine Zulassungsbeschränkung war der einzige Ausweg. Im Zuge der Reformierung des Abiturs im Jahr 1947 war das Notensystem in der französischen Zone auf ein Punktespektrum von 20 Punkten (nach französischem Vorbild) umgestellt worden.⁵ Alle Bewerberinnen und Bewerber, die 15

Punkte oder mehr mit ihrem Schulabschluss erreicht hatten, wurden sofort zum Fachstudium zugelassen. Jene, deren Abiturnote im Bereich zwischen 13 und 14 Punkten lag, sollten die zweisemestrigen Vorkurse an der Universität besuchen, um so ihre Hochschulreife nachzuweisen. Gleiches galt für Absolventinnen und Absolventen eines Notabiturs sowie für diejenigen, die ihren Abschluss in einem Kriegsgefangenenlager gemacht hatten.⁶

Am 14. Dezember 1948 fand die feierliche Eröffnung des Akademischen Propädeutikums an der JGU statt. Der damalige Rektor August Reatz charakterisierte es als ein Institut, »das die künftige Ausrichtung unserer akademischen Bildung maßgebend beeinflussen will« und »das den neuimmatrikulierten Studenten sagen [soll], in welchem Geist und unter welchem Aspekt sie ihr Hochschulstudium beginnen sollen«.⁷ Die Ziele der propädeutischen Kurse brachte er auf zwei wesentliche Punkte: Zum einen zähle die Ausrichtung auf die Universitas (also auf die damals sehr präsente Idee einer Einheit der Wissenschaften), zum anderen komme es wesentlich auf die Vertiefung der für Akademiker unerlässlichen Allgemeinbildung an.⁸ Der dem Rektor als Redner nachfolgende Holzamer rekurrierte auf die »alte Bildungsregel«, die sich im Aufbau der beiden Vorsemerster bewahrte: »Non multa, sed multum: Nicht vielerlei, sondern viel, im Sinne der Vertiefung« und machte damit noch einmal deutlich, dass es nicht darum gehen solle, möglichst viel Wissen anzuhäufen, sondern darum, den Forderungen nach »einer lebendigen philosophischen Mitte, der Ausweitung des Horizontes auf das Ganzmenschliche und der Verbindlichkeit für jedes Studium, so sehr es sich dann spezialisieren«,⁹ Rechnung zu tragen.

Neben Reatz und Holzamer richtete Raymond Schmittlein eindringliche Worte an die Studierenden des Vorsemersters: Er betonte die Bedeutung der Demokratie, die er als »Summe aller Reichtümer und aller Erfahrungen« definierte, »die der Mensch auf dem Gebiet der Kultur gewonnen hat«. Sie sei jenseits des politischen Aspekts »eine Lebensauffassung, eine Weltanschauung«. Dabei werde sie »zuerst in uns selbst und dann in Einrichtungen« erzeugt. Da sie den Menschen aber nicht angeboren sei, sondern durch Bildungseinrichtungen geformt werden müsse, ergebe sich hieraus die »besondere Bedeutung der Aufgabe«,¹⁰ die der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zuteilwerde.

Dieses Streben nach einer fundierten Allgemeinbildung, die als Grundlage für eine lebendige demokratische politische Kultur und als ein zentrales Charakteristikum der Hochschulpolitik der französischen Besatzung angesehen werden kann, war bereits in den Statuten der jungen Universität angelegt.¹¹ Die Verankerung der Allgemeinbildung stellte bei der Konzeption der JGU neben der Institutionalisierung europäisch-vergleichend ausgerichteter Fächer die vielleicht größte Innovation, in jedem Fall aber einen markanten Unterschied zur Struktur einer traditionellen deutschen Universität dar.¹² Auch im Stundenplan fand eine sorgfältig ausgewählte Fächerbreite ihren Niederschlag: Man beschäftigte sich im Sommersemester 1949 unter anderem mit *Geschichtlichen Grundlagen der abendländischen Kultur*, *Hauptepochen der abendländischen Kunstgeschichte* oder *Großen Philosophen des Abendlandes*, aber auch mit Sprachen wie Englisch, Französisch und Italienisch, den klassischen Philologien Latein und Griechisch und naturwissenschaftlichen Fächern wie Physik und der einheimischen Pflanzenwelt.¹³

Im Zuge der Einführung des Propädeutikums kam es zu Zwistigkeiten zwischen der französischen Besatzungsmacht und den deutschen Landesvertretern: Obgleich durch die Verordnung 95 die Zuständigkeiten für den kulturellen Bereich an die deutschen Länder zurückgegeben worden waren, hatte Schmittlein seine Vorstellungen für eine institutionalisierte Allgemeinbildung schlicht dekretiert. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier schrieb daraufhin an Gouverneur Hettier de Boislambert, das Kultusministerium

Die Eröffnung des Akademischen Propädeutikums

habe »durch eine Pressenotiz«¹⁴ von der Einführung des propädeutischen Jahres in Mainz erfahren. Nach Erkundigungen bei Rektor Reatz sei für das Ministerium ersichtlich, dass die Einrichtung des Propädeutikums auf der Grundlage einer Dienstnote der DEP sowie weiterer Besprechungen zwischen der JGU und der französischen Militärregierung erfolgt sei. Weiter bemerkte Altmeier, dass die Vertreter des Landes von keiner dieser Absprachen gewusst hätten und damit »vor vollendete Tatsachen gestellt [wurden] ohne die Möglichkeit, die Sache zu prüfen oder [...] sachliche Bedenken anzumelden«. ¹⁵ Er endete mit dem Bedauern über »ein solches Verfahren, das geeignet ist, die Autorität des Kultusministeriums und der Landesregierung schwer zu schädigen«. ¹⁶ Hettier de Bois Lambert wiederum wies diese Anschuldigungen zurück und entgegnete Altmeier, Schmittlein habe einen bevollmächtigten Vertreter des Kultusministeriums mündlich davon unterrichtet, die Mainzer Universität um Herabsetzung des bisher geforderten Niveaus zur Immatrikulation zu ersuchen. Er sehe keine Veranlassung, dass die Einrichtung des propädeutischen Jahres – wenn sie auch ohne die aktive Mitarbeit des Kultusministeriums geschehen sei – eine Gefahr für die staatliche Autorität bedeute. ¹⁷ Damit war klargestellt worden, dass aus französischer Sicht kein weiterer Gesprächsbedarf über das Akademische Propädeutikum bestand, zumal die Kurse an der JGU bereits begonnen hatten und das Konzept durchaus vielversprechend wirkte.

Eine erneute Änderung der Situation zeichnete sich jedoch bereits ab: Die Zahl der Studienbewerber mit Notabitur ging deutlich zurück, und für viele Abiturienten bedeuteten zwei zusätzliche Semester eine derart hohe finanzielle Belastung, dass der Nutzen des Propädeutikums in den Hintergrund trat. Die JGU entwickelte daher in Abstimmung mit dem Kultusministerium von Rheinland-Pfalz einen Plan zur Umwandlung des Propädeutikums in ein Studium generale, was prompt einen erneuten Dissens zwischen der französischen Besatzungsmacht und dem Ministerium hervorrief. Schmittlein schrieb, er sei sehr überrascht über diesen Plan, insbesondere weil das Studium generale nicht verpflichtend sei. ¹⁸

Nichtsdestoweniger wurde das Akademische Propädeutikum im Wintersemester 1949/50 in ein Studium generale umgewandelt und dieses als Zentrale Einrichtung dem Rektorat direkt unterstellt. Holzamer wurde als Leiter eingesetzt. Damit folgte die JGU einem hochschulpolitischen Zeitgeist, der Ende der 1940er- und zu Beginn der 1950er-Jahre eine rasante Verbreitung ähnlicher Institutionen an Universitäten in der Bundesrepublik auslöste. Man hoffte, mit den Studia generalia dem fortschreitenden Spezialistentum entgegenwirken zu können. ¹⁹

Das Studium generale

Im Gegensatz zu den propädeutischen Kursen sollten die Veranstaltungen des Studium generale parallel zum Fachstudium besucht werden. Der Mittwochnachmittag war dabei für die entsprechenden Veranstaltungen reserviert. Im Gründungssemester konnten die Studierenden zwischen 14 Vorlesungen wählen, darunter *Gegenwartsfragen der Katholischen Weltanschauung*, *Geschichte des Humanismus*, *Musik der deutschen Klassik* oder *Das naturwissenschaftliche Weltbild*.²⁰ Vorgesehen war, in den ersten drei bis vier Semestern des Fachstudiums jeweils zwei bis vier Veranstaltungen pro Semester zu besuchen. Das Programm setzte sich dabei aus Vorlesungen zusammen, die aus dem fachspezifischen Vorlesungsverzeichnis herausgesucht und noch einmal separat aufgeführt wurden, also keine speziellen Veranstaltungen des Studium generale, sondern lediglich solche, denen man die Erfüllung der Studium-generale-Idee unterstellte. Holzamer erinnerte sich später sehr positiv an die Frühphase der Einrichtung: »Das Studium generale war den meisten Kollegen und auch den Studierenden nicht lästige Zusatzveranstaltung, sondern erschien vielen als eine innere Notwendigkeit in dieser Zeit der Besinnung auf die eigentlich unvergänglichen Werte von Wissenschaft und Charakterbildung – fernab des positivistischen Spezialistentums.«²¹



Karl Holzamer mit Elisabeth Steil-Beuerle (links) und Irène Giron (Mitte) bei einem Konzert im Juni 1977. Quelle: UA Mainz, S3/5420.

In den 1950er-Jahren wurde das Programm unter dem Titel *Studium generale und Politische Wissenschaften* gedruckt. Neben der schon etablierten Auflistung von tauglichen Veranstaltungen aus dem Semesterprogramm wurden nun auch Veranstaltungen aufgeführt wie *Soziologie und Psychologie der Masse*, *Grundzüge der Weltpolitik 1919–1939*, *Rechtliche Grundlagen sozialer Sicherheit* und *Zeitungswissenschaft und Zeitungspraxis*. Im Geleitwort heißt es:

»Die Universität ist von sich aus bereit, alles zu tun, um den Studierenden – und darüber hinaus den Interessierten aller Volkskreise, die als Gasthörer zu ihr kommen wollen – auf dem Wege zu einer ganz menschlichen Bildung voranzuhelfen. [...]

Die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat darüber hinaus die Notwendigkeit aufgezeigt, die jungen Akademiker während ihres Studiums in weit höherem Maße als bisher an das Studium der politischen Wissenschaften heranzuführen.

Es ist eine vordringliche Aufgabe der deutschen Universitäten und Hochschulen: vordringlich einmal, wenn man bedenkt, welche Aufgaben den jungen Akademikern später im demokratischen Staat gestellt werden, vordringlich aber auch deshalb, weil im Ausland auf dem Gebiet der politischen Wissenschaften in Forschung und Lehre bereits große Fortschritte erzielt worden sind, während in Deutschland ein – zu einem erheblichen Teil wohl aus der Zeit des Nationalsozialismus herrührender – Tiefstand der politischen Bildung zu beobachten ist.«²²

Diesem diagnostizierten Tiefstand entgegenzuwirken, sah Holzamer als »eine dringend erforderliche Aufgabe, der sich das Studium generale nicht entziehen kann und darf«, die gerade deswegen so wichtig sei,

da er einem großen Teil der Akademikerschaft ein »Leben in einer politisch-sozialen Halbbildung oder gar Unmündigkeit«²³ attestierte. In diesem Zusammenhang kann das Mainzer Studium generale auch als eine frühe Form der Vergangenheitsaufarbeitung verstanden werden. Fraglich bleibt, ob aus dem selbstgesetzten Schwerpunkt der politischen Bildung auch die im deutschen Vergleich recht späte Einführung eines politikwissenschaftlichen Lehrstuhls an der JGU resultierte.²⁴

Gegen Ende der 1950er-Jahre und spätestens zu Beginn des folgenden Jahrzehnts trat jedoch in der Bundesrepublik flächendeckend zutage, dass die Grundidee des Studium generale – und damit die Vorstellung vom Zweck der Allgemeinbildung als Erziehungsinstanz der Studierenden zu mündigen Staatsbürgern und als allgemeingültiges Wertekonstrukt, das als Orientierungshilfe im Leben dienen soll – zwar erstrebenswert, die Umsetzung und vor allem langfristige Verankerung an den Universitäten aber schwierig war: Durch die Fokussierung auf den Aspekt der Staatsbürgerkunde, so analysierten die Vertreter des Mainzer Studium generale aus der Rückschau, »stellte es zunächst eine dem Wesen und dem Begriff der Fachwissenschaften fremde, aus anderen als aus wissenschaftlichen Gründen für notwendig gehaltene Hinzufügung zum Spezialstudium dar.« Daher wurde diese »additive und nicht aus den Wissenschaften selbst entwickelte Praxis des Studium generale [...] von Lernenden und Lehrenden auf die Dauer als Fremdkörper im Fachstudium empfunden«.²⁵ In der Folge dieser Erkenntnisse kam es reihenweise zu Abschaffungen der Studia generalia an deutschen Universitäten.²⁶

Neuaustrichtung des Studium generale

Es darf dementsprechend vielleicht als glückliche Fügung gewertet werden, dass es in Mainz mit einem personellen Wechsel an der Spitze des Studium generale zu einer Neuaustrichtung kam, die den Kritikern bereits in einem frühen Stadium den Wind aus den Segeln nahm. Im Jahr 1957 wurde Holzamer von seinen universitären Pflichten beurlaubt, um sich als Intendant hauptamtlich dem just gegründeten Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) zu widmen. Seine Nachfolger in der Leitung des Studium generale waren ab 1958 Peter Schneider und Henning Müller, die der Institution einen stärker wissenschaftsreflexiven Charakter verliehen. Das Studium generale verstand sich fortan als »fachunabhängiges Forum zur Reflexion und Diskussion der mit der fortschreitenden Spezialisierung verbundenen, also aus dem Wissenschaftsprozess selbst resultierenden Probleme für Lehre und Forschung«.²⁷ Der gebürtige Schweizer Schneider, der als letzter Rektor und erster Präsident der JGU noch maßgeblich zur Entwicklung der Universität beitragen sollte, war vor seiner Berufung nach Mainz auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unter anderem am Leibniz-Kolleg der Universität Tübingen tätig gewesen.

Mit dieser Neuaustrichtung einhergehend, entstanden die Mainzer Universitätsgespräche (MU), die im Sommersemester 1958 debütierten.²⁸ Bei der Eröffnungsrede führte Müller noch einmal seine Vorstellung des neuen Studium generale aus: »Als Einrichtung zur Förderung der Kooperation der Einzelfächer entspricht das Studium generale auch heute einem dringenden Bedürfnis. Letztlich vermag sich in der Auseinandersetzung mit benachbarten Fakultäten jene Grundhaltung der Kritik und Selbstkritik, in welcher die Einheit der Universität gegenwärtig ist, herauszubilden.«²⁹ Diese »Auseinandersetzung mit benachbarten Fakultäten«, also das interdisziplinäre Gespräch, setze ein intaktes Fachstudium voraus und könne nur auf fruchtbaren Boden fallen, solange die Einzeldisziplin ihren Wissenschaftscharakter aufrechterhalte. Mit anderen Worten: »Nur wo aus der Erfahrung einzelwissenschaftlicher Arbeit das Bewußtsein erhalten ist, daß das Streben nach immer umfassenderer Allgemeinheit ein genuin wissenschaftliches Bemühen ist, hat Studium generale einen möglichen Sinn.«³⁰



Die Vorlesungsreihe wurde zu einem festen Bestandteil des Studium generale-Programms an der JGU und verkörperte zugleich als Flaggschiff dessen veränderte Ausrichtung. Die Gespräche waren eine interdisziplinär ausgerichtete Reihe mit fünf bis acht Terminen pro Semester zu einem übergeordneten Themenkomplex, der von den jeweiligen Referierenden aus der Sicht des eigenen Fachs exerziert wurde. So lautete der Titel im ersten Semester des Bestehens *Das Experiment und die Grenzen des Experimentierens*, und es wurde aus philosophischer, psychologischer, soziologischer, aber auch aus juristischer, naturwissenschaftlicher und medizinischer Sicht thematisiert, was jeweils unter einem Experiment zu verstehen sei und wozu es diene. Bedingt durch den personellen Wechsel in der Führungsebene und die Einführung der Mainzer Universitätsgespräche gewann das Studium generale deutlich an Profil hinsichtlich seiner interdisziplinären Ausrichtung. Die Semestertitel der Universitätsgespräche blieben über die Jahre hinweg sehr allgemein und wiesen stets einen hohen wissenschaftsreflexiven Charakter auf.³¹ Eine Ausnahme bildete die MU-Reihe 1978, die sich ganz klar als Reaktion auf die terroristischen Ereignisse des Jahres 1977 durch die RAF, also den sogenannten Deutschen Herbst, interpretieren lässt. Unter dem Obertitel *Probleme der Gewalt* wurden Aspekte wie *Terrorismus und Reaktion* und *Darstellungen politischer Gewalt in den Massenmedien der Bundesrepublik von 1965 bis 1972* thematisiert. Diese Korrelation zwischen Thema und Zeitgeschehen findet sich bei den Mainzer Universitätsgesprächen sonst vergleichsweise selten.

Doch auch das Studium generale konnte und wollte sich nicht von Fremdeinflüssen freimachen: Eine zweite Vorlesungsreihe wurde ab 1961 regelmäßig zunächst immer im Wintersemester mit einer Unterbrechung von 1967 bis 1971 und danach dann auch im Sommersemester abgehalten. Mit Titeln wie *Probleme der Dritten Welt* oder *Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung* fokussierte man im Gegensatz zu den sehr stark wissenschaftsreflexiven Mainzer Universitätsgesprächen wesentlich lebensnähere und alltagsbezogenere Themen und zielte damit mehr auf die Aneignung von Allgemeinwissen ab.

Links: Undatiertes Porträt von Peter Schneider. Foto: Hanne Zapp, Quelle: UA Mainz, S3/2558.

Mitte: Porträt von Otto Saame, 1973. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/8707.

Rechts: Porträt von Andreas Cesana, 1996. Foto: Uwe Stotz, Quelle: UA Mainz, S3/6624.

Persönlichkeiten

Im Sommer 1967 hatte das Studium generale in Mainz einen personellen Verlust zu beklagen: Bei einer Bergtour am Montblanc, die Henning Müller mit drei jungen Männern aus Mainz und Alzey unternommen hatte, kamen die vier ums Leben.³² Schneider übernahm die Aufgaben des Leiters fortan alleine, und zu Ehren seines verstorbenen Kollegen veranstaltete das Studium generale eine Trauerfeier,³³ in deren Verlauf Müller von Schneider für seine Konzeption gelobt wurde, die dazu angedacht sei, »voreilige Generalisierungen und damit eine Form der Spezialisierung zu verhindern, welche wissenschafts-theoretisch unhaltbar ist.«³⁴ Schneider, der 1969 zum Rektor der JGU gewählt wurde und sie als erster Präsident noch bis 1980 leitete, blieb dem Studium generale bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1987 und darüber hinaus treu.

Als geschäftsführender Leiter sollte ab 1969 Otto Saame die Verantwortung übernehmen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Senatskommission für das Studium generale wollte Schneider seinen Kollegen Saame zum Akademischen Direktor befördern. Gegen diesen Plan lehnten sich andere Mitglieder der Philosophischen Fakultät auf. Es erscheine bedenklich, eine im Wesentlichen wissenschaftsorganisatorische Tätigkeit derart aufzuwerten. Die daraus resultierende Dauerposition sei, »ohne eigentlich der Forschung und Lehre zu dienen, damit im Grunde zu hoch besetzt. Wird diese Einstufung gewünscht, so stellt das zweifellos einen hochschulpolitischen Akt dar, der auch politisch entschieden werden sollte.«³⁵ In einem formellen Antrag und mit der Unterstützung von vier auswärtigen Gutachten beantragte Schneider schließlich, »Herrn Saame zum Wissenschaftlichen Rat und Professor zu ernennen, zumal als Tätigkeitsmerkmale eines Akademischen Rats nicht die Leitung eines Instituts wie das Studium generale vorgesehen ist.«³⁶ Ende 1970 wurde dem Antrag schließlich stattgegeben.³⁷

Es kann davon ausgegangen werden, dass das große Glück der Institution (und auch das Saames) darin lag, mit dem Rektor einen einflussreichen Schirmherrn zu haben. Unstrittig ist, was das Studium generale seinem langjährigen Leiter Schneider zu verdanken hat:

»Mit seinem Namen ist die Neuorientierung der Einrichtung am Leitbild interdisziplinärer Wissenschaftlichkeit und ihr dadurch begründetes, weit über die Mainzer Universität hinausreichendes Ansehen verbunden. Auch als Rektor und Universitätspräsident machte er die Aufgaben und Ziele des Studium generale zu seinem persönlichen Anliegen.«³⁸

1993 zeichnete sich ein erneuter Personalwechsel ab: Nachdem Schneider bereits sechs Jahre emeritiert war, stand auch Saames Abschied von der Universität bevor. Günter Eifler, der langjährige Mitarbeiter des Studium generale wurde vorübergehend geschäftsführender Leiter, bis die Stelle mit Andreas Cesana im Jahr 1996 neu besetzt werden konnte.³⁹ Auf die Stellenausschreibung nahm das jahrelang erfolgreiche Dreiergespann aber noch einmal Einfluss. In einer siebenseitigen Ausarbeitung skizzierten sie Stand und Perspektiven des Studium generale und lieferten Anregungen für die Stellenausschreibung: Neben der administrativen Führung der Geschäfte und der eigenständigen Planung von »fächerintegrierenden, interdisziplinären Veranstaltungen« wurde auch die »Kontaktpflege mit außeruniversitären Einrichtungen und mit der Öffentlichkeit«⁴⁰ aufgelistet.

»Was fehlt und im übrigen nicht erst heute für notwendig gehalten wird, ist die dauerhafte und systematische Verankerung interdisziplinärer Veranstaltungen in Studiengängen und in den Prüfungsordnungen.«⁴¹ Diesen Erfolg konnte Cesana wenige Jahre später für sich verbuchen: Mit der Einbindung eines Studium generale-Moduls (bestehend aus einer Ringvorlesung und einem Seminar) in die seit 2008 an der JGU angebotenen Bachelor- und Masterstudiengänge erfuhr die Einrichtung eine institutionalisierte Einbet-

tung innerhalb der universitären Strukturen, wie sie es durch ihre bis dato fakultative Beschaffenheit nicht gekannt hatte.⁴²

Nach Ausscheiden Cesanas im Jahr 2016 leitet Cornelis Menke seit 2018 die über 70 Jahre alte Institution, die aus dem Portfolio der Universität Mainz nicht mehr wegzudenken ist.

Anmerkungen

- 1 Zu Schmittlein vgl. Defrance: Raymond Schmittlein.
- 2 In einem dem Fachstudium vorgeschalteten Zeitraum von zehn Monaten wird dort Studierenden die Möglichkeit geboten, sich im Rahmen eines Orientierungsstudiums für ein Fach zu entscheiden. Vgl. URL: <https://uni-tuebingen.de/einrichtungen/verwaltung/stabsstellen/leibniz-kolleg/das-leibniz-kolleg/> (abgerufen am 11.9.2019). Während viele andere Universitäten der Bundesrepublik gegen Ende der 1950er-Jahre die Veranstaltungen des Studium generale wieder aus ihrem Vorlesungsplan strichen, hielten einige Hochschulen an dem Konzept fest bzw. entwickelten es weiter – darunter neben der JGU z. B. die Universitäten in Bonn und Freiburg i. Br.
- 3 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 13/289, Hettier de Bois Lambert an den Rektor am 20.7.1947.
- 4 Vgl. Holzamer: Lebenserinnerungen, S. 90–93.
- 5 Vgl. Zauner: Erziehung, S. 99.
- 6 Zur Zulassung der Studierenden siehe auch die Beiträge von Corine Defrance und Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 7 Reatz: Sinn, S. 7.
- 8 Vgl. ebd.
- 9 Holzamer: Aufbau, S. 14 u. S. 16.
- 10 Schmittlein: Demokratische Erziehung, S. 21.
- 11 Vgl. die Statuten der Universität Mainz, abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 103–110.
- 12 Vgl. Fassnacht: Universitäten, S. 223 u. Defrance: Franzosen, S. 118 u. S. 122.
- 13 Vgl. UA Mainz, Best. 7/130, Stundenplan des Propädeutischen Kurses im SoSe 1949.
- 14 Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Koblenz), Best. 910/4020, Altmeier an Hettier de Bois Lambert am 13.12.1948. Altmeier war vom rheinland-pfälzischen Kultusminister Adolf Süsterhenn auf den Sachverhalt aufmerksam gemacht und gebeten worden, »bei dem Herrn Generalgouverneur zu veranlassen, daß die französische Militärregierung solche wichtigen Einrichtungen nicht ohne jede Information der zuständigen deutschen Dienststelle schafft«. Ebd., Süsterhenn an Altmeier am 30.10.1948.
- 15 Ebd., Altmeier an Hettier de Bois Lambert am 13.12.1948.
- 16 Ebd.
- 17 Vgl. ebd.
- 18 Vgl. Archiv des Ministère des Affaires étrangères (AMAE), La Courneuve, Archiv der französischen Militärregierung in Deutschland u. Österreich nach 1945 (s. g. Fonds Colmar), Affaires Culturelles (AC) 154/4, Schmittlein an Hettier de Bois Lambert am 12.10.1949.
- 19 Eine umfassende Untersuchung der bundesdeutschen Studia generalia steht noch aus. Bisher ist die Institution des Studium generale an deutschen Universitäten im größeren Hochschulreformkontext behandelt worden. Vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 303–348 u. Paulus: Vorbild, S. 147–159. Daneben gibt es einige Publikationen, die sich in erster Linie mit dem Freiburger Studium generale beschäftigen, z. B. Boschert: Studium generale u. Schnitzler: Anfänge.
- 20 Vgl. LHA Koblenz, Best. 910/4052, Vorlesungsplan Studium generale im WiSe 1949/50.
- 21 Mathy: Wirklichkeit, S. 43.
- 22 UA Mainz, Best. 45/315, Geleitwort zum Programmheft *Veranstaltung des Studium generale und Politische Wissenschaft im Wintersemester 1954/55*, S. 4.
- 23 Ebd., Äußerungen Holzamers im Rahmen eines Kolloquiums am 15.5.1957.
- 24 Vgl. Zibell: Studium Generale, S. 191.
- 25 Vgl. eine Ausarbeitung des Studium generale zur eigenen Ausrichtung mit dem Titel *Gedanken zu einer Weiterentwicklung der Integrationsfunktion des Studium generale an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* vom 22.10.1993 (unterzeichnet von Peter Schneider, Otto Saame und Günter Eifler) in den Akten des Archivs des Studium generale der JGU (ASG), Ordner Archiv VIII.
- 26 So z. B. an der Universität Würzburg.
- 27 ASG, Ordner Archiv VIII, *Gedanken zu einer Weiterentwicklung der Integrationsfunktion des Studium generale an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* vom 22.10.1993.
- 28 Über die Einführung der MU berichteten am 14.5.1958 u. a. sogar die *Freie Presse*, Bielefelds größte Tageszeitung, *Der Allgäuer* aus Kempten und die *Westfälischen Nachrichten* aus Münster. Vgl. UA Mainz, S11/44, Zeitungsauschnittsammlung Henning Müller.
- 29 Müller: Studium Generale, S. 14.
- 30 Schneider/Eifler: Studium generale, S. 238.
- 31 Man beschäftigte sich z. B. mit *Objekt und Objektivität in der Wissenschaft* (WiSe 1959/60), *Autorität als Gegenstand und Element wissenschaftlichen Denkens* (SoSe 1962), aber auch mit dem *Problem der Interpretation* (SoSe 1964), mit *Wissenschaft und Kritik* (SoSe 1971) sowie mit *Begriff und Phänomen der Krise* (WiSe 1974/75). Diese und alle anderen Themen der MU sowie weitere Veranstaltungen sind aufgelistet in einer Broschüre des Studium generale der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): *Veranstaltungen 1958–1984*. Mainz 1984.
- 32 Vgl. [o. V.]: Vier Bergsteiger vom Blitz erschlagen. In: AZ, 11.8.1967, [o. S.].
- 33 Die im Rahmen dieser Trauerfeierlichkeit gehaltenen Reden sowie eine Auswahl an Aufsätzen aus Müllers wissenschaftlicher Laufbahn veröffentlichte das Studium generale Mainz in Schneider/Saame (Hrsg.): *In memoriam*.
- 34 Schneider: Rede bei der Trauerfeier für Professor Henning Müller am 22.8.1967, abgedr. in ebd., S. 10.
- 35 UA Mainz, Best. 13/298, Gerhard Funke (Lehrstuhl für Philosophie) an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Hans Buchheim, am 30.4.1970.
- 36 Ebd., der Rektor an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Buchheim, am 29.6.1970. Die Gutachten stammten von Walter Schulz (Tübingen), Richard Schaeffler (Bochum), Wilhelm Boeck (Tübingen) sowie Karl Löwith (Heidelberg).
- 37 Vgl. ebd., Saame an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Buchheim, am 23.11.1970.
- 38 Traueranzeige für Peter Schneider von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Studium generale. In: AZ, 26.7.2002, S. 20.
- 39 Vgl. Zoske: Über die Fachgrenzen hinausdenken. In: FAZ (Rhein-Main-Ausgabe), 17.10.1996, S. 57.
- 40 ASG, Ordner Archiv VIII, *Gedanken zu einer Weiterentwicklung der Integrationsfunktion des Studium generale an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* vom 22.10.1993.
- 41 Ebd.
- 42 Zur aktuellen Entwicklung des Studium generale vgl. die Homepage unter URL: <https://www.studgen-iful.uni-mainz.de/> (abgerufen am 11.9.2019).

»Denn wir Mainzer sind sehr stolz auf unsere Universität«

Die Beziehungen zwischen der JGU und der Stadt Mainz

Frank Teske

Die Gründungsphase

Die Ende 1945 von der französischen Militärregierung getroffene Entscheidung, eine Universität in Mainz zu errichten, stieß angesichts der schweren Kriegszerstörungen in weiten Teilen der Bevölkerung auf große Skepsis oder gar auf völlige Ablehnung. Die Innenstadt war zu 80 Prozent zerstört und mehr als die Hälfte aller Gebäude im Stadtgebiet nicht mehr bewohnbar. Wohnungsnot und Nahrungsmittelknappheit prägten auch mehr als ein halbes Jahr nach Kriegsende noch immer den Alltag der Menschen. Für die meisten Mainzerinnen und Mainzer war es daher kaum vorstellbar, dass inmitten dieser Trümmerlandschaft eine Universität ins Leben gerufen werden sollte.¹

Seitens der Bevölkerung, aber auch von Teilen der städtischen Verwaltungsspitze wurden Befürchtungen laut, dass zugunsten des Aufbaus der Universität der Wohnungsbau in Mainz zu kurz kommen könnte. Der Mainzer Oberbürgermeister Emil Kraus trat solchen Äußerungen energisch entgegen. In einem Interview mit Radio Koblenz im April 1946 versuchte er die Menschen in Mainz vom Nutzen der Ansiedlung einer Universität zu überzeugen: Das für den Ausbau der ehemaligen Flakkaserne zur Universität herangezogene Baumaterial, die Arbeitsgeräte und die Arbeitskräfte, so argumentierte Kraus, kämen zweifellos auch dem Wiederaufbau der Stadt zugute. Zudem sei die Zusage der Militärregierung für die Durchführung eines ersten Wohnungsbauprogramms nicht zuletzt deshalb erfolgt, weil die Errichtung einer Hochschule auch zwangsläufig die Schaffung zusätzlichen Wohnraums erforderlich mache.²

Kraus hatte seit dem Spätjahr 1945 gemeinsam mit seinem Kulturdezernenten Michel Oppenheim und im Verbund mit einem Kreis engagierter Mainzer Bürger bei den französischen Besatzungsbehörden erfolgreich dafür geworben, dass die für den nördlichen Teil der französischen Besatzungszone vorgesehene neue Universität nach Mainz kam und nicht etwa in die von kriegsbedingten Zerstörungen weniger betroffenen Städte Speyer oder Trier.³ Nun musste Kraus in Mainz um Akzeptanz für die Ansiedlung der Universität werben. In einem Zeitungsartikel vom Vortag der Eröffnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zeigte der Oberbürgermeister Verständnis dafür, dass nicht wenige Bürgerinnen und Bürger »auf das traurige Elend der ausgebombten Wohnungslosen und Umquartierten« hingewiesen hätten und der Meinung gewesen seien, es wäre »wichtiger und vordringlicher und daher sozial notwendiger [...], ein großzügiges Wohnungsinstanzungsprogramm durchzuführen und das Universitätsprojekt auf bessere Zeiten für einige Jahre zurückzustellen«. Dies sei jedoch nicht möglich gewesen, da die Stadt Mainz nicht über den Zeitpunkt der Ansiedlung der Hochschule habe entscheiden können, sondern nur vor die Wahl gestellt gewesen sei, sich für oder



Die Domus Universitatis in der Mainzer Innenstadt nach den Bombenangriffen vom August 1942. Foto: Karl Usinger, Quelle: StA Mainz, BPSF/3189.21 B.

gegen deren Errichtung in der Gutenbergstadt auszusprechen. Wäre die Universität aber nicht nach Mainz geholt worden, so Kraus, hätte die Stadt »eine einmalige geschichtliche Gelegenheit für immer verpasst«.⁴

Bereits einige Monate vor der Eröffnung der JGU hatte die Stadtspitze aktiv die Bemühungen unterstützt, einen Verein der Förderer und Freunde der Universität zu gründen. Dieser sollte um Unterstützung für die universitären Einrichtungen in der Bevölkerung und in Wirtschaftskreisen werben. Im Januar 1946 wurde auf Anregung von Kraus ein vorbereitender Ausschuss gebildet, der sich die Aufgabe stellte, »einerseits den Aufbau der Universität zu unterstützen, andererseits den Gedanken der Universität in die Bürgerschaft einzuführen und endlich, der aus dem Krieg oder der Gefangenschaft zurückkehrenden studierenden Jugend Hilfe zu leisten«.⁵

Als erstes Großprojekt wurden die Sammlung von Nahrungsmitteln und die Zubereitung von Mahlzeiten organisiert. Damit sollte die Verpflegung für die deutschen Kriegsgefangenen, die von der französischen Militärregierung für den Wiederaufbau der ehemaligen Flakkaserne, respektive künftigen Universität, herangezogen worden waren, unterstützt werden. Eine offizielle, auf dem Vereinsrecht basierende Gründung der Vereinigung der Freunde der Universität Mainz war zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht genehmigungsfähig. Diese erfolgte erst am 14. November 1947 anlässlich einer von der JGU und der Industrie- und Handelskammer veranstalteten Tagung zum Thema *Universität und Wirtschaft*.⁶ Am 20. Januar 1948 richtete dann Kulturdezernent Oppenheim an die Militärregierung einen Antrag auf Genehmigung der Vereinigung und benannte darin neben sich selbst den Rektor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz August Reatz, Oberbürgermeister Kraus, den Mainzer Industriellen Walter Nägeli sowie Ludwig Strecker, Mitinhaber des Mainzer Musikverlags B. Schott's Söhne, als Gründungsmitglieder.⁷ In der Präambel des beigefügten Satzungsentwurfs wurde die Absicht der Vereinigung bekundet, »das gute Einvernehmen zwischen der Universität und der Stadt Mainz zu pflegen und zu vertiefen und eine fruchtbare und gedeihliche Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung des ganzen Landes und der Universität herbeizuführen«.⁸

Undatiertes Porträt von Emil Kraus, Oberbürgermeister der Stadt Mainz von 1945 bis 1949 und Vorsitzender der Freunde der Universität Mainz. Quelle: StA Mainz, BPSF/9308 A.



Undatiertes Porträt von Michel Oppenheim, Kulturdezernent der Stadt Mainz von 1945 bis 1949 und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Freunde der Universität Mainz. Quelle: StA Mainz, BPSF/6683 A.

Auf die Zulassung durch die Besatzungsbehörde mussten die Freunde der Universität dann aber noch ein Dreivierteljahr warten. Erst am 25. Oktober 1948 lag die Genehmigung vor. Wegen der unsicheren wirtschaftlichen Situation nach der Durchführung der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen zögerten die Gründungsmitglieder des Vereins der Freunde nun jedoch, weitere Mitglieder anzuwerben. Erst am 21. Januar 1950 trat man schließlich mit einer Mitgliederversammlung an die Öffentlichkeit. Auf dieser ersten Versammlung, auf der sich 50 Personen als Mitglieder eintrugen, wurde Kraus, der inzwischen Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal geworden war, zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählt. Für seine Verdienste um die JGU als Vorsitzender der Freunde der Universität wurde Kraus 1962 zum Mitglied des Universitätsbeirats ernannt. Für ihn bedeutete dies eine »Anerkennung für die mühevollen Arbeit«⁹ der Vereinigung zugunsten der JGU. Oppenheim, der bis zu seinem Tod 1963 geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Herausgeber der Jahrbücher der Freunde der Universität Mainz war, wurde von der JGU für seine Verdienste um den Auf- und Ausbau der Hochschule 1951 zu deren Ehrenbürger ernannt und anlässlich seines 70. Geburtstags 1955 mit der Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät ausgezeichnet.¹⁰

Kraus und Oppenheim waren auch maßgeblich an der Entscheidung des Stadtrats beteiligt, der Universität einen Lehrstuhl für Buch-, Schrift- und Druckwesen, die so genannte Johannes-Gutenberg-Professur, zu stiften sowie ein Gutenberg-Stipendium zur Förderung begabter Studierender einzurichten. Eine Woche vor der feierlichen Eröffnung der Universität verabschiedete der Stadtrat am 14. Mai 1946 einstimmig den entsprechenden Beschluss.¹¹ Zur Begründung hieß es, dass die Stadt Mainz neben dem Land und der wissenschaftlichen Forschung größter Nutznießer der Universität sei und durch deren Ansiedlung das geistige Leben in der Stadt maßgeblich befruchtet werde. Zudem werde mit dem Zuzug von Lehrkräften und Studierenden das Geschäftsleben in nicht unerheblichem Umfang gefördert. Es sei somit eine »Ehrenpflicht« der Stadt, die neue Hochschule »im Rahmen der städtischen Möglichkeit zu unterstützen«.¹²

Das Gutenberg-Stipendium, 1946 von der Stadt mit der Absicht eingerichtet, Studierenden »in materieller Not«¹³ Hilfe zu leisten und deren wissenschaftliche Arbeit zu fördern, wird bis heute an Studierende und ehemalige Studierende der Mainzer Hochschulen vergeben. Ausgezeichnet werden Arbeiten, die »eine besondere wissenschaftliche, künstlerische oder fachliche Leistung darstellen« und »deren Thematik in einem Zusammenhang mit der Stadt Mainz steht«.¹⁴

Erster Inhaber des Gutenberg-Lehrstuhls für Schrift-, Druck-, Buch- und Bibliothekswesen wurde der weltweit anerkannte Gutenberg-Forscher und langjährige Direktor der Stadtbibliothek, des Stadtarchivs und des Gutenberg-Museums, Aloys Ruppel, auf dessen Anregung hin die Johannes Gutenberg-Universität Mainz ihren Namen erhielt. Erst nach einigen Querelen um die Besetzung der Gutenberg-Professur erhielt der von der Stadt Mainz als Kandidat benannte Ruppel ab dem Sommersemester 1947 einen Lehrauftrag als

Honorarprofessor. Ruppel mutmaßte, Hintergrund für diese Verzögerung sei, dass der Gründungsrektor der JGU, Josef Schmid, ihn nicht möge.¹⁵ Zwischen beiden war es zu Verwerfungen gekommen, da der Rektor zunächst vorgesehen hatte, Ruppel mit dem Aufbau der künftigen Universitätsbibliothek zu betrauen, im Juni 1946 dann aber den seitherigen Direktor der Greifswalder Universitätsbibliothek, Walter Menn, damit beauftragte.¹⁶ Ruppel hatte bis dahin schon erste Planungen und sogar eine Benutzungsordnung für eine Stadt- und Universitätsbibliothek entworfen, nach der Berufung Menns dann aber eine Zusammenlegung der beiden Bibliotheken kategorisch abgelehnt.¹⁷ 1949 folgte schließlich die endgültige Einrichtung des Gutenberg-Lehrstuhls und die Ernennung Ruppels zum ordentlichen Professor. Auf seinen Wunsch hin wurde er im Frühjahr 1950 von seinem Amt als Leiter der Stadtbibliothek entbunden, blieb jedoch weiterhin Direktor des Gutenberg-Museums. Eine seiner letzten Tätigkeiten als Direktor der Stadtbibliothek war die Schaffung eines Seminarraums des Buchwissenschaftlichen Seminars der JGU im Gebäude der Stadtbibliothek, der im Mai 1950 in Betrieb genommen werden konnte.¹⁸ In der Stadtbibliothek war seinerzeit auch provisorisch das Gutenberg-Museum untergebracht. Dem mit dem Lehrstuhl für Schrift-, Druck-, Buch- und Bibliothekswesen verbundenen Gutenberg-Seminar standen an diesem Ort neben 370.000 Bibliotheksbänden vielfältiges Lehrmaterial aus verschiedenen Epochen, eine fast 20.000 Bände umfassende Fachbibliothek, 3.000 Frühdrucke und über 1.000 Handschriften zur Verfügung.¹⁹

Als schwieriges Unternehmen im Zuge der Errichtung der Universität erwies sich die Einbeziehung des städtischen Krankenhauses in die Medizinische Fakultät, die zum Wintersemester 1946/47 eröffnet wurde.²⁰ Die Mainzerinnen und Mainzer waren stolz auf »ihr« Krankenhaus, das kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs dank eines enormen finanziellen Kraftakts der Stadt hatte errichtet werden können und trotz erheblicher Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg noch immer zeitgemäßen Ansprüchen genügte. Verwaltung und Politik in Mainz waren daher sehr darauf bedacht, dass das Stadtkrankenhaus auch nach der Ansiedlung der Universität vorrangig der medizinischen Versorgung der Bevölkerung dienen sollte.²¹

Nach intensiven Verhandlungen zwischen Stadt und Universität einigte man sich schließlich darauf, dass das Stadtkrankenhaus der JGU als Klinikum zur Verfügung gestellt werden solle und die Stadt für dessen Ausbau Sorge zu tragen habe. Die Krankenbehandlung sollte in erster Linie den Mainzer Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen und gleichrangig mit Forschung und Lehre gestellt sein. Das ärztliche Personal sollte künftig vollständig der Universität unterstehen, die Verwaltung und die Finanzen hingegen im Verantwortungsbereich der Stadt bleiben. Am 15. November 1946 wurde dann die Universitätsklinik im Einvernehmen zwischen Stadt und Universität im Städtischen Krankenhaus eröffnet, noch bevor der ausgehandelte Vertrag staatlicherseits unterzeichnet worden war.²² Das Land Rheinland-Pfalz versagte jedoch in der Folgezeit die Zustimmung zu der zwischen Stadt und der JGU ausgehandelten vertraglichen Vereinbarung, da man befürchtete, dass die Stadt Mainz nicht in der Lage sei, die Kosten für den Ausbau dauerhaft zu übernehmen.²³

In den ersten Jahren des Betriebs litt der Aufbau der Universitätsklinik spürbar unter dem vertragslosen Zustand. Mehrere Institute der Medizinischen Fakultät waren lange Zeit in Baracken untergebracht, die Hörsäle waren überfüllt und schlecht geheizt und der Ausbau ging insgesamt nur schleppend voran. Hinzu kamen Reibereien zwischen den städtischen Bediensteten des Krankenhauses und dem ärztlichen Personal, das vereinbarungsgemäß der Universität unterstand. Erst als sich die Stadt im Jahr 1950 nach mühsamen Verhandlungen dazu entschloss, das Krankenhaus an das Land Rheinland-Pfalz zu verpachten, verbesserte sich die Lage allmählich.²⁴ Die Streitpunkte bei den Vertragsverhandlungen waren in erster Linie finanzieller Natur. Das Land forderte die kostenlose Überlassung des Stadtkrankenhauses, was seitens der Stadt abgelehnt wurde. Auch um die Verteilung des Defizits wurde hart gerungen. Die Stadt Mainz betonte, dass inzwi-

Luftaufnahme der Universitätskliniken (unten) mit noch unbebautem Augustusplatz (links), um 1959. Quelle: StA Mainz, BPSF/13113 A.



schen von zehn Patienten sechs aus den umliegenden Landkreisen kämen und nur vier direkt aus Mainz. Die Landkreise müssten sich daher an den entstehenden Kosten beteiligen, da pro Patient ein Zuschuss zwischen zwei und drei DM zu zahlen sei.²⁵ Erst am 19. September 1950 genehmigte der Ministerrat schließlich den ausgehandelten Pachtvertrag.²⁶ In der Folgezeit führte das Krankenhaus nun die Bezeichnung Universitätskliniken – Stadtkrankenhaus Mainz.

Ende der 1950er-Jahre kam es dann schließlich zu Verhandlungen zwischen der Stadt Mainz und dem Land über den Verkauf des Stadtkrankenhauses, da das Land erst dann die benötigten Neubauten für die Universitätsklinik errichten wollte, wenn es Eigentümerin des Krankenhauses geworden war. Da auch die Stadt inzwischen ein Interesse daran hatte, die Klinikgebäude nicht weiter unterhalten zu müssen, wurden sich beide Seiten diesmal rasch einig. Am 26. Februar 1959 stimmte der Stadtrat einstimmig dem Vertragsentwurf zum Verkauf des Stadtkrankenhauses an das Land Rheinland-Pfalz zu. Nach Ansicht von Oberbürgermeister Franz Stein war »die Stadt mit der Annahme des Kaufvertrages eine große Sorge los«²⁷ geworden. Bereits im folgenden Monat konnte der Vertrag unterzeichnet werden. Das Land zahlte für die Übernahme der Klinikgebäude, des Geländes inklusive noch unbebauter Flächen sowie des klinischen Inventars 12 Millionen DM an die Stadt Mainz und garantierte der Stadt einen Besitzstand von 1.700 Betten zur Krankenbehandlung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.²⁸

Der Erlös aus dem Verkauf des Stadtkrankenhauses, das fortan die Bezeichnung Universitäts-Klinikum Mainz trug, sollte nach dem Willen des Stadtrats unter anderem für die Errichtung eines Hallenschwimmbades sowie eines neuen Stadthauses und einer Stadthalle am Rheinufer, des Weiteren für den Wiederaufbau der städtischen Museen und insbesondere auch für die Förderung des Wohnungsbaus zur Schaffung neuen Wohnraums verwendet werden.²⁹

Dass in Mainz 15 Jahre nach Kriegsende noch immer ein Mangel an Wohnraum zu verzeichnen war, wurde nicht zuletzt auch der Universität angelastet. Schon anderthalb Jahre nach deren Eröffnung war im Stadtrat kritisiert worden, dass die Förderung des Wohnungsbaus wegen des Ausbaus der universitären Einrichtungen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Oberbürgermeister Kraus hatte seinerzeit die Baumaßnahmen auf dem Campus verteidigt, zugleich aber auch eingestehen müssen, dass der in diesem Ausmaß nicht vorhersehbare Zustrom von Studierenden zu unerwarteten Engpässen auf dem Wohnungsmarkt geführt habe.³⁰ Ende der 1940er-Jahre zählte die Mainzer Universität nämlich bereits über 6.000 Studentinnen und Studenten. Unter den deutschen Hochschulen hatte damals nur München eine höhere Zahl an Studierenden vorzuweisen.³¹ Dies blieb für den Wohnungsmarkt in Mainz nicht ohne Folgen. Zwar konnte sich die Situation Mitte der 1950er-Jahre wegen des deutlichen Rückgangs der Studierendenzahlen (3.153 im Wintersemester 1954/55) kurzfristig entspannen; mit dem Wiederaufbau, der Schaffung neuen Wohnraums und einem spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Stadt aber bald wieder für Studierende attraktiv. Lag der Anteil der Studierendenschaft an der Gesamtbevölkerung im Wintersemester 1954/55 noch bei drei Prozent, so stieg diese Quote bis Mitte der 1960er-Jahre wieder auf über fünf Prozent an und betrug im Folgejahrzehnt schon zehn Prozent (18.533 Studierende der JGU im Wintersemester 1977/78), ohne Hinzurechnung der Studierenden der damaligen Fachhochschule Rheinland-Pfalz (Standort Mainz) und der 1972 gegründeten Katholischen Fachhochschule. Auch wenn die Mainzer Universität damit noch hinter den traditionsreichen Universitäten in Bonn, Freiburg im Breisgau oder Tübingen zurückblieb, war Mainz endgültig zu einer Studentenstadt geworden. Die Studierendenzahlen an der JGU stiegen kontinuierlich auf fast 24.000 Mitte der 1980er-Jahre, rund 26.000 ein Jahrzehnt später, 32.000 im Wintersemester 2006/07 und bewegten sich zuletzt zwischen 32.000 und 33.000. Der Anteil der Studierenden der JGU an der Stadtbevölkerung lag dabei konstant zwischen 14 und 16 Prozent. Damit überrundete Mainz recht deutlich die hinsichtlich der Einwohnerzahlen etwas größere Stadt Freiburg im Breisgau, an deren Albert-Ludwigs-Universität im Wintersemester 2017/18 knapp 25.000 Studierende (11 Prozent der Stadtbevölkerung) eingeschrieben waren.³²

Die hohen Studierendenzahlen prägen das Mainzer Stadtbild, da die jungen Leute nicht nur ihre Freizeit in der Altstadt verbringen, sondern in großer Zahl auch im Stadtzentrum wohnen. Dennoch wirkt Mainz nach wie vor weniger studentisch als etwa die Universitätsstädte Göttingen, Heidelberg oder Tübingen, da von wenigen Ausnahmen abgesehen keine universitären Einrichtungen in der Innenstadt verortet sind. Der am Rande des Stadtzentrums gelegene Campus der JGU bildet einen in sich geschlossenen Bereich, der von jenen Einwohnerinnen und Einwohnern, die keine Studierende, Lehrkräfte oder Mitarbeitende der Universität sind, eher selten durchquert wird.

So wurde etlichen Mainzerinnen und Mainzern vielleicht erst durch die Proteste der Studentenbewegung der 1960er-Jahre bewusst, dass Sie in einer Universitätsstadt leben.³³ Auch wenn diese Proteste in Mainz wesentlich gemäßigter verliefen als beispielsweise im benachbarten Frankfurt am Main, hatten die »68er« seinerzeit spürbaren Einfluss auf das Alltagsleben in der Stadt. Dies war vor allem dann der Fall, wenn protestierende Studierende den Weg in die Innenstadt fanden, wie etwa im April 1968 anlässlich eines studentischen Go-ins zum Karfreitagsgottesdienst, der zu einem Tumult in der Christuskirche führte.³⁴ In der Folgezeit kam es zu mehreren studentischen Protestkundgebungen in der Stadt, die sich vor allem gegen die Notstandsgesetze richteten. Höhepunkt der Proteste war ein Vorlesungstreik am 27. Mai 1968 mit anschließender Kundgebung in der Innenstadt, an der etwa 2.000 Demonstrierende teilnahmen.³⁵ Kurz zuvor hatte sich eine Gruppe von Studierenden zu einem Hungerstreik gegen die Notstandsgesetze im Haus der evangelischen Studentengemeinde entschlossen. Über den Besuch des Mainzer Stadtoberhaupts Jockel Fuchs

Universitätsstadt Mainz

bei den Hungerstreikenden Ende Mai 1968 berichtete die *Allgemeine Zeitung* mit Hinweis auf den zwischen den Studierenden auf einer hölzernen Getränkekiste sitzenden Oberbürgermeister unter dem launigen Titel *Debatte auf der Sprudelkiste*.³⁶

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit

In dem für Mainz wichtigen Jubiläumsjahr 1962 beteiligte sich die Universität an der 2000-Jahrfeier der Stadt mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen für die Einwohnerschaft. Allerdings blieb dies für längere Zeit die einzige derartige Initiative im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der JGU.³⁷

Mitte der 1970er-Jahre bot sich dann aber die Gelegenheit, die Universität und deren Bedeutung für die Stadt stärker ins Bewusstsein der Mainzer Bevölkerung zu rücken: Aus Anlass des 500. Jahrestags der Errichtung der alten Universität, die im Zuge der politischen Umwälzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zwar faktisch erloschen, in juristischer Hinsicht aber nie völlig aufgehoben worden war, beging man in Mainz 1977 in großem Rahmen die 500-Jahrfeier der Universität. JGU und Stadt vereinbarten in einem ihrer seit Anfang der 1970er-Jahre regelmäßig durchgeführten *Kontaktgespräche*, das Jubiläum »gemeinsam mit der Mainzer Bevölkerung zu feiern«.³⁸ Der Termin für die Festwoche vom 18. bis 24. Juni 1977 wurde deshalb bewusst mit dem Johannisfest verknüpft, um möglichst viele Mainzerinnen und Mainzer zu erreichen.

Das Jubiläumsprogramm bot über das Jahr verteilt fast 100 Veranstaltungen, darunter öffentliche Vorträge, Tagungen, Ausstellungen, Konzerte und Theateraufführungen. Knapp zwei Drittel davon fanden nicht auf dem Campus, sondern in der Innenstadt statt, vornehmlich im Rathaus, im Gutenberg-Museum und in anderen städtischen Einrichtungen.³⁹ Zum Auftakt der offiziellen Festwoche empfingen der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel und Universitätspräsident Peter Schneider am 17. Juni 1977 hohen Besuch: Der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing, Bundespräsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt waren zu diesem Anlass nach Mainz gekommen. Tausende Menschen jubelten dem französischen Staatspräsidenten zu, der sich im Mainzer Rathaus ins Goldene Buch eintrug. Am Abend besuchten die Staats- und Regierungschefs das Konzert zur Eröffnung der Festwoche in der Rheingoldhalle, wo sie unmittelbar vor Erklingen der beiden Nationalhymnen von einem Konzertbesucher aus den vorderen Reihen mit einem typisch Mainzerischen »Helau« und darauf folgendem Gelächter und Beifall empfangen wurden.⁴⁰

Tags darauf fand als Höhepunkt des Jubiläumsprogramms in Anwesenheit des Bundespräsidenten, des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, des Präsidenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und des Mainzer Oberbürgermeisters ein Festakt auf den Domplätzen statt, dem tausende Mainzerinnen und Mainzer beiwohnten.⁴¹ Auch die Johannisnacht, die sich schon bald nach ihrer Einführung im Jahr 1968 zu einem der bestbesuchten Mainzer Volksfeste entwickelt hatte, stand 1977 ganz im Zeichen des Universitätsjubiläums und beendete zugleich die offizielle Festwoche. 10.000 Menschen fanden sich beim traditionellen »Gautschen« vor dem Theater ein und bejubelten Universitätspräsident Schneider, der nach altem Buchdruckerbrauch in einer Bütte untergetaucht wurde.⁴² Ende Juni 1977 konnte Oberbürgermeister Fuchs mit Freude feststellen, dass sich die Bevölkerung lebhaft an den Jubiläumsveranstaltungen beteiligt und das Jubiläum die große Verbundenheit zwischen Stadt und Universität eindrucksvoll dokumentiert habe.⁴³

Da nicht zuletzt auch die öffentlichen Vorträge im Gutenberg-Museum, in denen Professoren der JGU über ihre Arbeiten berichtet hatten, auf gute Resonanz gestoßen waren, war es naheliegend, dass dieses Format wenige Zeit später wieder aufgegriffen wurde. 1980 riefen die Universität und die Stadt Mainz »als Brückenschlag vom Campus in die Stadt« gemeinsam das Projekt *Universität im Rathaus* ins Leben, um den »Bürgerinnen und Bürgern das Tor zur Welt der Wissenschaft«⁴⁴ zu öffnen. Bis zur Schließung des Rathaus-



Eröffnung der Festwoche zur 500-Jahrfeier der Universität in der Rheingoldhalle (v.l.) mit Bundespräsident Walter Scheel, dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, Universitätspräsident Peter Schneider und Bundeskanzler Helmut Schmidt am 17. Juni 1977. Foto: Karin Eckert, Quelle: StA Mainz, BPSF/13114 A.

gebäudes wegen umfassender Sanierungsarbeiten im November 2019 wurden jährlich im Wintersemester durch an der JGU lehrende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Vorträge im Ratssaal der Stadt angeboten.

Im ersten Jahr der Vortragsreihe, in dem acht Professoren aus sieben Fachbereichen ihre Forschungsarbeiten vorstellten, erfreute sich ein Referat des Literaturwissenschaftlers Erwin Rotermund über Anna Seghers eines besonders großen Interesses.⁴⁵ Rotermund setzte sich seinerzeit nachdrücklich für die Ernennung der in Mainz geborenen und aufgewachsenen Schriftstellerin zur Ehrenbürgerin ein. Wegen Seghers umstrittener Rolle als Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR führte diese Ernennung zu heftigen Kontroversen in Mainz. Waren die Mainzer Ehrenbürger – es waren bis dato nur Männer mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet worden – üblicherweise mit großer Mehrheit durch den Stadtrat gewählt worden, so erfolgte nun die Wahl von Seghers zur Ehrenbürgerin im Oktober 1981 nur mit Stimmenmehrheit der SPD- und FDP-Fraktionen, während die Stadratsmitglieder der CDU geschlossen dagegen stimmten. Die CDU-Fraktion begründete ihre Ablehnung unter anderem damit, dass auch schon die Ernennung von Seghers zur Ehrenbürgerin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vier Jahre zuvor vielfach kritisiert worden sei.⁴⁶ Tatsächlich war es seinerzeit zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit gekommen. Beim akademischen Festakt am 23. Juni 1977, bei dem neben Seghers weitere Persönlichkeiten mit der Ehrenbürgerwürde der JGU ausgezeichnet worden waren, darunter der Präsident der Universität der Mainzer Partnerstadt Dijon, der Oberbürgermeister der Stadt Mainz sowie der ehemalige französische Hohe Kommissar in Deutschland, André François-Poncet, hatte das Auditorium die Ehrung für Seghers demonstrativ mit großem Applaus bedacht und sich so gegen die im Vorfeld verbreiteten Presseberichte gewendet, in denen die einstimmige Entscheidung des Senats der Universität teilweise massiv kritisiert worden war.⁴⁷

Verleihung der Ehrenbürgerurkunde der Stadt Mainz an Anna Seghers (v. l.) mit Günter Storch (Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion), Oberbürgermeister Jockel Fuchs, Herman-Hartmut Weyel (Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion), Staatssekretär Klaus Bölling (Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR), dem Kulturdezernenten der Stadt Mainz Anton Maria Keim, Universitätspräsident Manfred Harder und Klaus Höpcke (stellvertretender Minister für Kultur der DDR) am 22.11.1981 in Seghers Wohnung in Ost-Berlin. Quelle: StA Mainz, BPSF/7689 A.



Unter den Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürgern der JGU befinden sich zahlreiche mit Mainz verbundene Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Literatur und Kunst, darunter neben Seghers auch die Ehrenbürger der Stadt Mainz Jockel Fuchs, Kardinal Karl Lehmann, Musikverleger Strecker und Carl Zuckmayer. Von den 22 Persönlichkeiten, die seit 1945 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Mainz erhielten, hatten vier einen Bezug zur Universität, wobei der erwähnte Ruppel sowie der Prälat und Honorarprofessor für mittelrheinische Musikgeschichte, Adam Gottron, beide vornehmlich wegen ihrer Verdienste um die Stadt Mainz und Karl Holzamer, der seit 1946 an der JGU lehrte, als Gründungsintendant des ZDF geehrt wurden. Als herausragender Wissenschaftler wurde Fritz Straßmann, auf dessen Initiative in den 1960er-Jahren auf dem Campus der Universität der Mainzer Forschungsreaktor errichtet worden war, 1972 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Straßmann war auch nach seiner Emeritierung 1970 in Mainz geblieben und hatte seine auf dem Universitätsgelände gelegene Wohnung behalten.⁴⁸

Interaktionen seit der Jahrtausendwende

Neben der Vortragsreihe *Universität im Rathaus* wurde zu Beginn des neuen Jahrtausends ein weiteres Format ins Leben gerufen, mit dem die JGU stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden sollte. Der erste *Mainzer Wissenschaftsmarkt* lockte am 7. und 8. September 2002 tausende Bürgerinnen und Bürger auf den Gutenbergplatz, wo in einer 800 Quadratmeter großen Zeltstadt über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der JGU ihre Forschungsarbeiten auf unterhaltsame Weise präsentierten.⁴⁹ Ein Jahr später war der Wissenschaftsmarkt eingebettet in den Wissenschaftssommer, der jährlich durch die gemeinnützige Gesellschaft Wissenschaft im Dialog und das Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerufen wurde und 2003 in Mainz stattfand. Vom 16. bis 21. September wurde der Wissenschaftssommer mit der Absicht, für die Wissenschaft zu werben und den Menschen Forschungsergebnisse möglichst verständlich zu vermitteln, in der Mainzer Innenstadt und auf dem Campus der Johannes Gutenberg-Universität

Mainz durchgeführt. Über 40.000 Menschen besuchten die angebotenen Ausstellungen, Vorträge, Theateraufführungen, Führungen und Vorführungen, Multimedia-Shows und vieles andere mehr, davon alleine 15.000 den in den Wissenschaftssommer integrierten Wissenschaftsmarkt.⁵⁰

Letzterer findet bis heute jährlich im September auf dem Gutenbergplatz statt, zuletzt organisatorisch von der Mainzer Wissenschaftsallianz betreut. Diese hatte sich 2008 unter Beteiligung der JGU und weiterer Hochschulen, wissenschaftlicher Einrichtungen und Unternehmen aus Mainz und Umgebung gebildet und fünf Jahre später zu einem gemeinnützigen Verein zusammengeschlossen. Seitens der Stadt Mainz gehören das Gutenberg-Museum und das Naturhistorische Museum der Wissenschaftsallianz an, die Stadt selbst ist Partner des Vereins.⁵¹

Im Verbund mit der Mainzer Wissenschaftsallianz gelang es der Stadt, den vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für das Jahr 2011 ausgelobten Titel *Stadt der Wissenschaft* zu erringen, der zugleich mit der Ausrichtung des Wissenschaftssommers verknüpft war. Dieser konnte somit bereits zum zweiten Mal in Mainz stattfinden. Um die in den Jahren 2005 bis 2013 vergebene Auszeichnung *Stadt der Wissenschaft* zu erhalten, mussten die Bewerberstädte unter anderem nachweisen, dass das wissenschaftliche Leben in der städtischen Öffentlichkeit positiv wahrgenommen werde »und vielfältige neue Beziehungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadtverwaltung«⁵² geschaffen werden sollen. Neben dem Preisgeld von 250.000 Euro wurden 1,4 Millionen Euro durch Stadt, Land und Wissenschaftsallianz investiert, womit über 300 Einzelprojekte realisiert werden konnten.

Eines dieser Projekte war die in Zusammenarbeit mit dem städtischen Amt für Stadtentwicklung erstellte Studie *Studieren in Mainz* von Günter Meyer vom Geografischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, die auf einer Online-Befragung von 4.800 Mainzer Studierenden basiert.⁵³ Die meisten der Befragten äußerten sich positiv zur Attraktivität von Mainz als Stadt und Studienort. Die Studierenden schätzten demnach insbesondere das Rheinufer, die Mainzer Altstadt mit Dom und Wochenmarkt sowie die Innenstadt, die als »gepflegt und gemütlich« empfunden wurde. Mainz biete »Kleinstadt-Flair mit allen Vorteilen einer Großstadt«, ermögliche »mit seiner idealen Größe angenehm kurze Wege zu allen wichtigen Einrichtungen«⁵⁴ und wurde auch deshalb als idealer Studienort angesehen, weil die JGU beinahe alle Fachbereiche auf dem Campus vereinige. Auch die Freizeitmöglichkeiten wurden als gut bewertet. Die Cafés, Gaststätten, Bars und Diskotheken der Stadt würden laut dieser Studie aus dem Jahr 2011 deutlich von den Studierenden profitieren, während die meisten kulturellen Einrichtungen verhältnismäßig selten von diesen besucht würden, Museen und Ausstellungen zum Beispiel von nur rund acht Prozent der Befragten. Positiv beurteilten die meisten Studierenden die Nahverkehrsverbindungen zum Stadtzentrum und die Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt, während die als äußerst schwierig empfundene Suche nach bezahlbarem Wohnraum von der Mehrheit der Befragten als größter Kritikpunkt am Studienort Mainz angeführt wurde.

Es ist daher nicht überraschend, dass bei der offiziellen Begrüßung der Erstsemester an der JGU durch den Universitätspräsidenten, bei der seit 1998 auch regelmäßig der Mainzer Oberbürgermeister die neuen Studierenden in Mainz willkommen heißt, die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt ein immer wiederkehrendes Thema ist. So betonte Oberbürgermeister Jens Beutel bei der Erstsemesterbegrüßung im Oktober 2003, dass eine seit dem Vorjahr betriebene Kampagne von Universität und Stadt inzwischen dazu geführt habe, dass nun mehr Mainzerinnen und Mainzer bezahlbaren Wohnraum für Studierende anböten.⁵⁵ Allerdings musste das Stadtoberhaupt in seiner Begrüßungsrede für die Erstsemester des Sommersemesters 2005 einräumen, dass Mainz im bundesweiten Vergleich für Studierende auf Wohnungssuche noch immer ein »teures Pflaster«⁵⁶ sei, auch wenn Stadt und Universität weiterhin gemeinsam bemüht seien, die Lage am studentischen Wohnungsmarkt in Mainz zu verbessern.



Jens Beutel, Oberbürgermeister der Stadt Mainz von 1997 bis 2011, bei einer Rede im Jahr 1998. Quelle: StA Mainz, BPSF/14157 A.

Die genannte Studie *Studieren in Mainz* stellte folgerichtig fest, dass neben den Ausgaben für Lebensmittel die Wohnkosten die höchste finanzielle Belastung für Studierende darstellen. Noch vor der Gastronomie und dem Einzelhandel würden demnach die Vermieter von Wohnungen in der Gutenbergstadt am meisten von den Studierenden profitieren. Besonders beliebte Stadtteile seien demnach die Neustadt, die Altstadt, die Oberstadt und das wegen seiner Nähe zum Campus geschätzte Hartenberg-Münchfeld.⁵⁷

Wie sein Amtsvorgänger konnte auch der neu gewählte Oberbürgermeister Michael Ebling nicht umhin, bei der Begrüßung der Erstsemester im Oktober 2012 die Wohnungsmarktsituation anzusprechen. Da Mainz als attraktiver Studienort bei Studierenden begehrt sei, sei es nach wie vor nicht leicht, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Ebling stellte aber in Aussicht, dass sich durch neu entstehende Wohnheime mit insgesamt rund 2.000 Wohneinheiten die Situation in den kommenden Jahren deutlich entspannen werde. Auch appelliere die Stadt weiterhin an die Mainzer Vermietenden, günstigen Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen.⁵⁸

Dass die Aufrufe der Stadt vielleicht auch gelegentlich missverstanden wurden, belegt ein Fall, der 2015 von der Mainzer Presse aufgegriffen wurde und für Aufsehen sorgte: Auf einem Internetportal mit Wohnungsangeboten für Studierende wurde ein teilmöbliertes »Appartement« in Hartenberg-Münchfeld nahe dem Universitätsgelände angeboten, das aus einem acht Quadratmeter großen Raum mit Waschbecken und Toilette unmittelbar neben dem Bett bestand. Das Zimmer, mutmaßlich eine umgestaltete Nasszelle, war vor Bekanntwerden dieses Falls schon seit mehreren Jahren an Studierende vermietet worden.⁵⁹

Abgesehen von der mitunter schwierigen Wohnungssituation, von der im Übrigen nicht nur Studierende betroffen sind, scheint sich das Zusammenleben zwischen Studierenden und nicht studierenden Mainzerinnen und Mainzern aber bis in die jüngste Vergangenheit recht spannungsarm gestaltet zu haben. Die erwähnte Befragung von 4.800 Studierenden ergab nämlich, dass diese die Mainzer Einwohnerschaft als ausgesprochen gastfreundlich, bildungsfreundlich und weltoffen empfinden. 84 Prozent der Befragten hielten Mainz daher für eine sympathische Stadt.⁶⁰ Zwar lässt sich aufgrund bisweilen sehr schneller Veränderungen im Stimmungsbild definierter Bevölkerungsgruppen nicht genau sagen, wie aktuell die Erkenntnisse dieser Studie 2021 noch sind. Vieles spricht aber dafür, dass auch die Mehrzahl der nicht studierenden Mainzerinnen und Mainzer die Universität nach wie vor als Bereicherung empfindet und den Studierenden aufgeschlossen gegenübertritt. Die gewachsene Verbundenheit der Bevölkerung mit der JGU bekannte auch Oberbürgermeister Beutel, selbst Absolvent der Mainzer Universität, schon 2006, als er die Erstsemester mit der Aussage »wir Mainzer [...] sind sehr stolz auf unsere Universität«⁶¹ willkommen hieß.

Angesichts der nicht gänzlich konfliktfreien Beziehungen zwischen Stadt und Universität, insbesondere in der Frühphase der JGU, erscheint dies als durchaus bemerkenswerte Entwicklung, die sicherlich nicht zuletzt auf die durch gemeinsame Interessen getragene Zusammenarbeit zwischen beiden Akteuren in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen ist.

Anmerkungen

1 Vgl. Mathy: Universität, S. 316 u. Teske: Uni, S. 82 f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
2 Vgl. Kraus: Zwiegespräch, S. 133 f.
3 Vgl. dazu Keim: Michel Oppenheim, S. 85 u. Teske: Emil Kraus, S. 70–73.
4 Kraus: Universität, S. 137.

5 Eibel: Vereinigung, S. 159.
6 Vgl. Stadtarchiv Mainz (StA Mainz), Best. 100/1995/29, 592, Freunde der Universität.
7 Siehe hierzu auch den Text von Kristina Pfarr in diesem Band.
8 Vgl. StA Mainz, Best. 100/1995/29, 592, Freunde der Universität.

- 9 Hanold: Rheinessenfahrt der Universitätsfreunde. In: AZ (Mainzer Anzeiger), 16.10.1962.
- 10 Vgl. Teske: *Leben*, S. 169.
- 11 Vgl. StA Mainz, Best. 100/1984/37, 1, Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats vom 14.5.1946.
- 12 StA Mainz, NL Oppenheim/28, 1, Begründung für die Johannes-Gutenberg-Stiftung der Stadt Mainz an die Johannes-Gutenberg-Universität anlässlich ihrer Wiedereröffnung am 22. Mai 1946.
- 13 Keim: *Bürgersinn*, S. 7.
- 14 Ebd., S. 9.
- 15 Vgl. StA Mainz, NL 80/123, Entwurf eines Schreibens von Aloys Ruppel an einen nicht genannten Adressaten vom 10.2.1947.
- 16 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian König in diesem Band.
- 17 Vgl. Schütz: Aloys Ruppel (2005), S. 84f.
- 18 Vgl. StA Mainz, NL 80/123, Rundschreiben Nr. 12 des Rektors vom 19.6.1950.
- 19 Vgl. Nagel: *Stiftungsprofessur*, S. 13.
- 20 Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Kiechle, Davina Höll und Norbert W. Paul in diesem Band.
- 21 Vgl. Dumont: *Neuanfang*, S. 192f.
- 22 Vgl. ebd., S. 193.
- 23 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 1/359, Ergebnisprotokoll der Sitzung des Mainzer Stadtrats vom 28.4.1950.
- 24 Vgl. Dumont: *Neuanfang*, S. 199.
- 25 Vgl. UA Mainz, Best. 1/359, Protokoll über die Verhandlungen und Beratung des Krankenhaus-Pachtvertrages vom 1.4.1950.
- 26 Vgl. ebd., Schreiben des Rektors an den Oberbürgermeister vom 2.10.1950.
- 27 StA Mainz, 100/1984/37, 14, Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats vom 26.2.1959.
- 28 Vgl. Sterzel: *Der Krankenhaus-Vertrag ist unterzeichnet*. In: AZ (Mainzer Anzeiger), 21./22.3.1959, [o. S.].
- 29 Vgl. StA Mainz, 100/1984/37, 14, Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats vom 26.11.1959, Anl. 1.
- 30 Vgl. StA Mainz, 100/1984/37, 2, Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats vom 16.10.1947.
- 31 Vgl. Mathy: *Universität*, S. 305.
- 32 Die Zusammenstellung der statistischen Daten wurde vom UA Mainz zur Verfügung gestellt.
- 33 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Kißener in diesem Band.
- 34 Vgl. Kißener: 1968, S. 577.
- 35 Vgl. dazu und für die folgenden Ausführungen ebd., S. 578–581.
- 36 Vgl. Hanold: *Debatte auf der Sprudelkiste*. In: AZ (Mainzer Anzeiger), 27.5.1968, [o. S.].
- 37 Vgl. Mathy: *Universität*, S. 326.
- 38 UA Mainz, Best. 55/500, Niederschrift über das Kontaktgespräch zwischen der Stadt Mainz und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 4.11.1975.
- 39 Vgl. Präsident der JGU (Hrsg.): *Jubiläumsprogramm*.
- 40 Vgl. GÜth: *Jubiläumjahr*, S. 46–58. Vgl. dazu allg. die Berichterstattung in der AZ (Mainzer Anzeiger), 18./19.6.1977.
- 41 Vgl. Hanold: Bei »Mainzer Wetter« feierte der Bundespräsident die Universität. In: AZ (Mainzer Anzeiger), 20.6.1977, [o. S.].
- 42 Vgl. ders.: *Trubel zwischen Schillerplatz und Rhein*. In: AZ (Mainzer Anzeiger), 27.6.1977, [o. S.].
- 43 Vgl. ders.: *Ein hohes Lob für die Mainzer Bürger*. In: AZ (Mainzer Anzeiger), 30.6.1977, [o. S.].
- 44 Vgl. die Ankündigung zur 38. Universität im Rathaus, URL: <https://www.studgen.uni-mainz.de/oeffentliche-veranstaltungen-der-kooperationspartner-des-studium-generale-wintersemester-2018-2019/universitaet-im-rathaus-wintersemester-2018-2019/> (abgerufen am 18.11.2019).
- 45 Vgl. Rotermund: *Engagement u. StA Mainz, ZGS/N 18, 33, Veranstaltungsflyer Universität im Rathaus. Anna Seghers zum 80. Geburtstag*.
- 46 Vgl. StA Mainz, 100/1994/7, 22, Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats vom 28.10.1981. Siehe hierzu auch den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 47 Vgl. UA Mainz, Best. 55/500, Hanfgarn: Skript zum Kulturspiegel vom 24.6.1977, *Neue Ehrenbürgerschaften der Universität oder Anna Seghers, Vorgeschichte und Folgen*.
- 48 Siehe hierzu auch den Beitrag von Horst Kant in diesem Band.
- 49 Vgl. Spohn-Hofmann: *Uni downtown*. In: *Jogu* (2002), Nr. 181, S. 4f.
- 50 Vgl. Schmidt-Wyk: »Interesse war so groß wie nie«. 40000 Besucher beim »Wissenschaftssommer«. In: AZ, 22.9.2003, [o. S.].
- 51 Vgl. die Informationen auf der Homepage der Mainzer Wissenschaftsallianz, URL: <https://www.wissenschaftsallianz-mainz.de/mitglieder/> (abgerufen am 22.8.2019).
- 52 Lehr: Mainz, S. 6.
- 53 Vgl. die Ergebnisse der Studie auf der Homepage der Stadt Mainz, URL: <https://www.mainz.de/microsite/wissenimherzen/rueckblick-stadt-der-wissenschaft-2011/studie-studieren-in-mainz.php> (abgerufen am 27.8.2019).
- 54 Ebd.
- 55 Vgl. StA Mainz, 100/2017/43, 124, Rede des Oberbürgermeisters zur Erstsemesterbegrüßung am 22.10.2003.
- 56 Andriessens: »Wenige wollen an Studenten vermieten.« In: AZ, 21.4.2005.
- 57 Vgl. die Ergebnisse der Studie auf der Homepage der Stadt Mainz, URL: <https://www.mainz.de/microsite/wissenimherzen/rueckblick-stadt-der-wissenschaft-2011/studie-studieren-in-mainz.php> (abgerufen am 27.8.2019).
- 58 Vgl. StA Mainz, 100/2017/43, 118, Rede des Oberbürgermeisters zur Erstsemesterbegrüßung am 17.10.2012.
- 59 Vgl. Schmidt: *Ein Klo zum Wohnen: Ehepaar aus Mainz bietet Badezimmer als Studenten-Appartement an*. In: AZ, 12.12.2015, [o. S.].
- 60 Vgl. die Ergebnisse der Studie auf der Homepage der Stadt Mainz, URL: <https://www.mainz.de/microsite/wissenimherzen/rueckblick-stadt-der-wissenschaft-2011/studie-studieren-in-mainz.php> (abgerufen am 27.8.2019).
- 61 StA Mainz, 100/2017/43, 50, Rede des Oberbürgermeisters zur Erstsemesterbegrüßung am 18.10.2006.

Vom Mäzen zum Drittmittelgeber

Private Wirtschaftsunternehmen und die JGU

Bernhard Dietz

Universitäre Lehre und Forschung kosten Geld. Und zwar immer mehr Geld: Wie in den meisten Ländern der westlichen Welt zeigt sich auch in der Bundesrepublik, dass in den letzten Jahrzehnten die Kosten für Lehre und Forschung stark angestiegen sind. Das liegt zum einen daran, dass die Zahl der Studierenden seit der Bildungsexpansion der 1960er-Jahre stark und kontinuierlich gewachsen ist. Zum anderen ist seit dem Ende des ökonomischen Nachkriegsbooms in den 1970er-Jahren die zentrale gesellschaftliche Bedeutung von Wissen immer deutlicher geworden: angesichts des Bedeutungsverlusts der alten Schwerindustrie, eines schärferen internationalen Handelswettbewerbs und eines sich rasant beschleunigenden technischen Fortschritts war hellsichtigen Zeitgenossen schon vor 50 Jahren klar, dass die Zukunft von der Ressource Wissen abhängig sein würde. Dass die Bundesrepublik (anders als teilweise prognostiziert) sich nicht durchgehend zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelte und dass die Industrie in diesem Land weiterhin eine zentrale ökonomische Rolle spielt, spricht dabei gar nicht gegen den zeithistorischen Trend der gesteigerten Bedeutung von Wissen. Denn auch die Industrie-Unternehmen haben sich in den letzten fünf Jahrzehnten »verwissenschaftlicht«: das gilt für die gesteigerte Notwendigkeit von akademischen Qualifikationen für alle Leitungspositionen, für die gestiegene Relevanz der Entwicklungs- und Marktforschungsabteilungen und für die immer stärker wissenschaftlich erfasste Steuerung der Unternehmen. Nicht mehr nur noch Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler arbeiteten in den Unternehmen, sondern auch Juristen und Betriebswirte, Soziologen und Psychologen, ja sogar Philosophen wurden zunehmend als Arbeitskräfte rekrutiert. Die alte Bundesrepublik und seit 1990 das wiedervereinigte Deutschland – jetzt unter den verschärften Bedingungen und Zwängen der Globalisierung – entwickelte sich zu einer Wissensgesellschaft, oder vielleicht etwas präziser: zu einer Wissensindustriegesellschaft.¹

Gleichzeitig hatten und haben die Universitäten mit den Schattenseiten ihrer gesteigerten gesellschaftlichen Bedeutung zu kämpfen, und dies betrifft vornehmlich das Problem der Finanzierung. Seit den 1970er-Jahren wird die »chronische Unterfinanzierung« der Universitäten beklagt, und international vergleichende Studien belegen tatsächlich eine relativ schlechte Finanzsituation der deutschen Hochschulen.² Hinzu kommt, dass seit den 1990er-Jahren die Logiken von Markt und Wettbewerb auch in das Bildungssystem eingezogen sind und eine knappere Finanzierung seitens der zuständigen Bundesländer die Universitäten zwang, sich einen wachsenden Anteil ihrer Budgets über alternative Finanzquellen zu erschließen. Damit schälte sich jenes System aus Drittmittelanträgen, Evaluierungen und permanentem Wettbewerb heraus, das die heutige Universität bis in ihren Kern prägt. Neben den staatlichen Institutionen und Programmen für den Drittmittelwettbewerb spielen aber auch private Unternehmen eine nicht unerhebliche Rolle für die Finanzierung von Forschung und Lehre. Dies erscheint angesichts der eingangs skizzierten sozio-ökonomischen Entwicklung

nur folgerichtig: die Unternehmen suchen immer stärker die Nähe zu den Universitäten, weil sie Interesse an dem dort produziertem Wissen und den dort ausgebildeten Absolventen haben, und die Universitäten erhoffen sich umgekehrt über private Geldgeber einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu finanziellen Ressourcen.³ Das Tauschgeschäft zwischen Universitäten und Unternehmen kann dabei ganz unterschiedliche Formen annehmen: die Spannweite reicht von konkret anwendungsorientierter Forschungszusammenarbeit bis zu »klassischem« Mäzenatentum, bei dem es keine direkte materielle Gegenleistung gibt, dafür aber »kulturelles Kapital« in Form von Prestige, Repräsentation und Anerkennung als »verantwortungsvolles« Unternehmen gewonnen werden kann.

Gleichzeitig steht privatwirtschaftliches Engagement an deutschen Universitäten nicht selten in der Kritik. In jüngster Zeit hat vor allem die Beziehungsgeschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zur Boehringer Ingelheim Stiftung bundesweit für Schlagzeilen gesorgt und die Öffentlichkeit für das Thema der privaten Finanzierung von Forschung in einer neuen Form sensibilisiert. Ausgangspunkt waren mehrere Spenden der Stiftung an die JGU seit 2009, mit denen zum einen der Fachbereich Biologie bedacht wurde und zum anderen die Errichtung und der Betrieb des Instituts für Molekulare Biologie (IMB) der Universität gefördert wurden. Mit insgesamt 150 Millionen Euro war dies eine der größten privaten Spenden an eine Hochschule in der Geschichte der Bundesrepublik. Für Aufmerksamkeit sorgte neben der Größenordnung der Förderung vor allem eine heftige Auseinandersetzung zwischen Unternehmensstiftung und Universität auf der einen und der medialen Öffentlichkeit auf der anderen Seite.⁴ Kern des Streits waren unterschiedliche Rechtspositionen zur Veröffentlichung von Vertragsinhalten zwischen Universität und Stiftung.⁵ Die Hochschule beharrte zunächst auf ihrem Recht der Geheimhaltung der Verträge. Im Raum stand nun der Verdacht, dass die Freiheit der Wissenschaft durch die Interessen der Unternehmensstiftung eingeschränkt sein könnte und die Öffentlichkeit von der Diskussion über Grundlagenforschung ausgeschlossen werden solle.⁶ Nachdem die Verträge schließlich doch einzelnen Personen zugänglich gemacht wurden und missverständliche Passagen tatsächlich den Eindruck erwecken konnten, dass die Stiftung auf wissenschaftliche Arbeit Einfluss nehmen könnte, räumte JGU-Präsident Georg Krausch ein, dass der Vertrag im Vorfeld aufgrund der »Euphorie« und aufgrund eines erhöhten Zeitdrucks beim Abschluss des ersten Vertrags 2009 nicht gründlich auf möglicherweise missverständliche Formulierungen geprüft worden sei.⁷ Tatsächlich gab es zu keinem Zeitpunkt auch nur den Versuch einer Einflussnahme auf die wissenschaftliche Arbeit des IMB seitens der Stiftung. Akademische Freiheitsrechte wie das Berufungsrecht blieben unberührt.⁸ Dennoch wird der Mainzer Fall regelmäßig zitiert, wenn von unternehmerischem Engagement an Universitäten die Rede ist oder wenn etwa die Forderung nach einem Kodex für private Forschungsförderung aufkommt.⁹

Wie aber sah die Konstellation zwischen privaten Unternehmen, kritischer Öffentlichkeit und der Mainzer Universität in der Vergangenheit aus? Wie wurde in den 1950er- bis 1980er-Jahren mit Spenden von Unternehmen an der JGU umgegangen? Welche Gegenleistungen erhofften sich die Unternehmen und wie veränderte und verändert sich diese Interessenslage? Und wie schätzen wiederum die Universitäten die Chancen und Risiken der Kooperationen mit den Unternehmen ein? Mit diesen intentionellen Fragen sind zudem allgemeinere kulturgeschichtliche Fragen und Probleme des gesellschaftlichen Diskurses verbunden: Gibt es eigentlich einen Wandel mäzenatischer Selbststilisierung? Welche Rolle spielten Prestige, Inszenierung und Repräsentation? Und wann und wie hat sich dazu komplementär ein kritischer gesellschaftlicher Diskurs entwickelt, der private Finanzierung von Forschung und Lehre überhaupt zu einem gesellschaftlichen Problem erhob?

Diese Fragen lassen sich selbstverständlich nicht umfassend anhand der Geschichte der JGU beantworten. Angesichts der Vielzahl von kleineren und größeren Finanzierungen und angesichts der Vielzahl der invol-

vierten Akteure und Institutionen kann hier auch keine chronologische Übersicht zur privaten Finanzierung an der JGU geboten werden. Stattdessen soll anhand von drei Unternehmen exemplarisch und anhand einiger historischer Fallbeispiele skizziert werden, wie sich der Gestaltwandel der privaten Universitätsfinanzierung an der Mainzer Universität seit dem Zweiten Weltkrieg vollzog. Dafür wurden das Toilettenpapier-Unternehmen Hakle, der Zahnpasta-Hersteller Blendax und der Chemie-Konzern BASF in ihrer Beziehung zur JGU untersucht. Alle drei Unternehmen waren entweder direkt in Mainz ansässig (Hakle und Blendax) oder hatten einen direkten lokalen Bezug (BASF).

Spenden und Förderung durch private Unternehmen sind grundsätzlich nichts Neues.¹⁰ An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz betraf das in der unmittelbaren Nachkriegszeit etwa auch die Lieferung von Lebensmitteln an die Mainzer Studierenden. Wie überall in Westdeutschland ging es auch in Mainz hinsichtlich des Wiederaufbaus vor allem um die Einwerbung von öffentlichen Geldern, bei denen die Mittel des Marshall-Plans eine zentrale Rolle spielten. Beim Gebäudeausbau beteiligten sich aber auch vereinzelt lokale Unternehmen mit kleineren Geldbeträgen – so spendeten etwa im Sommer 1952 die Wiesbadener Dyckerhoff Portland-Zementwerke 3.000 DM für die Mainzer Poliklinik.¹¹ Ende der 1950er-Jahre verstärkte sich die Spendentätigkeit der lokalen Unternehmen: der Nieder-Olmer Saft- und Spirituosenhersteller Eckes spendete beispielsweise 1960 (wie bereits in den Jahren 1958 und 1959) 20.000 DM an das von Professor Erich Welter geleitete Institut für Wirtschaftspolitik.¹² In dieser Zeit kam es auch zu mehreren Jubiläums-Spenden durch nahegelegene oder ortsansässige Firmen, die teilweise erheblichen Umfang hatten: Aus Anlass seines 75-jährigen Bestehens spendete 1959 das Jenaer Glaswerk Schott & Gen Mainz 200.000 DM.¹³ 1962 spendete die Adam Opel AG zum 100. Firmenjubiläum 75.000 DM¹⁴ und 1963 kam von der Hoechst AG die stattliche Summe von 400.000 DM ebenfalls zum 100. Jubiläum des Unternehmens.¹⁵

Das Fallbeispiel Hakle

Ein Unternehmen, das allerdings schon früh durch seine Spendenaktivität und durch die damit verbundene hohe öffentliche Aufmerksamkeit herausragte, war der Mainzer Toilettenpapierhersteller Hakle. Dies lag vornehmlich am Gründer und Eigentümer des Unternehmens, Hans Klenk, der in den 1950er- bis 1970er-Jahren zum bekanntesten Mäzen der Mainzer Universität wurde und nicht zuletzt dafür den Titel des Ehrenbürgers erhielt. Die Verbindung zu Mainz bestand seit 1934, als Klenk sein ursprünglich in seiner Heimatstadt Ludwigsburg gegründetes Unternehmen nach Mainz verlagerte. Klenk war am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten¹⁶ und wurde während des Zweiten Weltkriegs als Kommandant der Flakkaserne eingesetzt, die wenig später als »Forum« den Grundstein der Universität bilden sollte.¹⁷ Nach dem Krieg florierte das Unternehmen, und Klenk begann in den 1950er-Jahren die junge Universität finanziell zu fördern. Diese Unterstützung war dabei weit entfernt von einer für sein Unternehmen relevanten, anwendungsorientierten Forschungsförderung, sondern war geradezu »klassisches« bürgerliches Mäzenatentum. Entsprechend wurden von Klenk auch ganz verschiedene Fachbereiche und ganz unterschiedliche Projekte finanziell bedacht. Das Fallbeispiel Hakle erschließt sich somit vor allem in einer kulturgeschichtlichen Perspektive: es geht um die repräsentativ-symbolischen Elemente philanthropischer Tätigkeit einerseits und die sich verändernde öffentliche Perzeption universitären Mäzenatentums andererseits.

Eine der ersten größeren Spenden der Firma Hakle an die JGU floss im Jahr 1958 aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der Firma. In Form von Wertpapieren wollte Klenk den finanziellen Grundstock für die Ausstattung eines zusätzlichen Operationssaals für die Unfallchirurgie in der Chirurgischen Klinik bereitstellen.¹⁸ Doch nach anfänglicher Dankbarkeit erlosch bei der Universitätsklinik langsam das Interesse an einem dritten Operationssaal, weil der geplante und staatlich finanzierte Neubau der Chirurgie sich immer konkreter



*Außenansicht der
Hakle-Werke aus dem
Jahr 1963. Quelle:
UA Mainz, S3/299.*

abzeichnete. Das Geld blieb also jahrelang auf der Bank.¹⁹ Entsprechend deutlich drückte Klenk in einem Schreiben an den Kanzler der JGU, Fritz Eichholz, im April 1962 seine Ungeduld über die Verzögerung aus und betonte, dass er an der Zweckgebundenheit seiner Stiftung für die Einrichtung eines dritten Operationsraums in der Chirurgischen Klinik festhalten wolle.²⁰ Die Universitätsleitung wollte den prominenten Förderer nicht verärgern und suchte nach einem Ausweg. Als bekannt wurde, dass die Chirurgie ein Bildverstärkergerät für die Röntgen-Fernsehdurchleuchtung bestellt hatte und die Kosten dafür im Bereich der Hakle-Spende lagen, schien die Lösung nahe.²¹ Klenk selbst schlug zwischenzeitlich noch die Beschaffung eines – offenbar mehr Prestige versprechenden – Operationswagens vor, willigte aber schlussendlich ein. Und so konnte die Firma Siemens der Chirurgischen Klinik der JGU im September 1962 mitteilen, dass sich Hakle in »hochherziger Weise bereit erklärt«²² habe, die Rechnung für ein fahrbares Siemens-Bildverstärkergerät für die Röntgen-Fernsehdurchleuchtung über 42.274,65 DM zu begleichen.

Deutlich repräsentativer als dieses medizinische Fachgerät war eine andere Schenkung Klenks an die JGU nur wenige Monate später. Anfang 1963 stiftete er den »Bürgerbrunnen«, der noch heute den zentralen Platz des Forums prägt.²³ Dem früheren Kommandanten der Flakkaserne war es laut eigener Aussage seit Kriegsende ein großes Anliegen gewesen, aus dem ehemaligen Kasernenhof ein »würdigeres«²⁴ Universitätsforum zu machen. Entstanden war die Idee zur Errichtung eines Brunnens bei einem Besuch der gesamten Universitätsleitung in den Hakle-Werken am 8. Januar 1963.²⁵ Als dort der Wunsch nach dem Bau eines Brunnens auf dem Campus geäußert wurde, fand dies Klenks »spontane Zustimmung«²⁶. Die feierliche Einweihung am 27. Juli 1964 war ganz auf den Mäzen zugeschnitten. Während die Mainzer Studierenden mit deutlichem Abstand zuschauten, saßen die Ehrengäste in U-Formation auf der Südost-Seite des Brunnens. »Vertreten war alles, was Rang und Namen hat in Stadt und Land, in der Regierung und in der Universität«²⁷, hieß es beeindruckt in einem Artikel der *Amtlichen Nachrichten*. Nach klassischer Musik und einer Begrüßungsrede



Der Bürgerbrunnen im Forum während der Eröffnungsveranstaltung im Juli 1964. Quelle: UA Mainz, S3/442.

durch Rektor Johannes Bärmann, hielt Hans Klenk eine Ansprache, die äußerst aufschlussreich für sein Unternehmerbild und seine Vorstellung des Verhältnisses von Unternehmertum zu Öffentlichkeit ist.

Zu Beginn der Rede spielte er den Gedanken durch, ob es nicht klüger gewesen wäre, »in diesen heißen Julitagen« anstatt des Universitätsbrunnens eine Klimaanlage in seinem Arbeitszimmer zu installieren und einen Brunnen für die eigene Hakle-Belegschaft bauen zu lassen. Denn der Antrieb des »freien Unternehmertums« sei ja nun mal vor allem die »Befriedigung eigener, persönlicher Wünsche«. Aber eine solche restlose Erfüllung der eigenen Wünsche sei letztlich leistungshemmend und auch die dem Allgemeinwohl dienende Schenkung hätte dann »nur den halben Wert«. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass eine wahre Stiftung dem Stifter auch ein wenig finanziell weh tun müsse. Zumindest wollte Klenk seiner Zuhörerschaft dies vermitteln und betonte die Bedeutung des selbstlosen und gemeinwohldienenden Unternehmers: »In dem ich Ihnen heute eine Freude bereite, nehme ich mir die Erfüllung eigener Wünsche in der Zukunft nicht vorweg. Ich glaube unser Unternehmertum wird solange in seiner gesellschaftlichen Stellung unangefochten wirken können, wie es versteht, zwischen den Bedürfnissen der Allgemeinheit und dem eigenen Verlangen ein gesundes Gleichgewicht zu erhalten.«²⁸ Diese Selbstdarstellung Klenks passte sehr gut zu dem in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren dominanten Bild westdeutscher Wirtschaftsführer. Denn anders als in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die westdeutschen Unternehmer für ihre Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus verantwortlich gemacht wurden und antikapitalistische Töne nicht nur bei der politischen Linken zu hören waren, galten die Unternehmer nun als fleißig-schöpferische Väter des »Wirtschaftswunders« und gerade die Eigentumsunternehmer als verantwortungsvolle gesellschaftliche Elite, von denen sich viele auch eine politisch-geistige Erneuerung versprachen.²⁹

Für den sozialen Aufsteiger Klenk bedeuteten die öffentlichkeitswirksamen Spenden an die JGU – ganz im Stil des Mäzenatentums des 19. Jahrhunderts – den Brückenschlag vom Wirtschafts- zum Bildungsbürger-



Vortrag von Hans Klenk
vor dem Senat. Quelle:
UA Mainz, S3/9868.

tum. Die Verbindung zu den traditionellen städtischen Eliten bot darüber hinaus einen Prestigegegewinn für einen Mann, der seinen Wohlstand einem Produkt verdankte, welches wenig soziale Anerkennung versprach. Klenk, der nebenbei die Republik Panama in der Bundesrepublik als Honorarkonsul vertrat, ging es auch nach seiner Bürgerbrunnenspende bei seinem finanziellen Engagement immer wieder auch um die repräsentativ-symbolische Dimension der Universitätsförderung.

Zwei Jahre nach Einweihung des Brunnens stiftete er aus Anlass seines 60. Geburtstags der JGU 106.000 DM. Das Geld sollte im Wesentlichen als Grundstock für die Finanzierung der geplanten 500 Jahrfeier im Jahr 1977 dienen. Die Spende wurde dann nicht im Rahmen des Jubiläums ausgegeben, aber in Form der Hans Klenk-Stiftung zeitweilig für die Verleihung eines Hans Klenk-Preises verwendet, mit dem hervorragende Arbeit auf dem Gebiet der Hygiene und Gesundheitsfürsorge ausgezeichnet wurden.³⁰

Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens von Hakle steigerte Klenk 1968 seine philanthropischen Aktivitäten zugunsten der JGU erneut. Zunächst bot er an, den Bürgerbrunnen um eine Gartenanlage zu erweitern.³¹ Hier war die Universitätsleitung allerdings sehr zurückhaltend. Eine Stiftung von 5.000 DM zugunsten des Instituts für Anästhesiologie und eine weitere von 10.000 DM zugunsten der Neurochirurgischen Klinik wurden hingegen im Frühjahr 1968 dankbar angenommen.³² Für bundesweite Aufmerksamkeit, ja für einen regelrechten Skandal, sorgte dann eine weitere Spende des Hakle-Gründers im Jahr 1968.³³ Mit großem Aufwand inszeniert, eröffnete am 7. Mai eine von Klenk initiierte Gemälde-Ausstellung im Kunstgeschichtlichen Institut der JGU unter dem Titel *Werke alter Meister in Privatbesitz*. Problematisch waren nicht die Kosten der Ausstellung von knapp über 90.000 DM, die Klenk als Spende an die JGU deklarierte,³⁴ und auch die blau uniformierten Hostessen der Firma Hakle bei der Vernissage sorgten nicht für größeres Aufsehen.³⁵ Zum großen Kunstskandal wurde die Ausstellung, als sich herausstellte, dass die aus der Klenkschen Privatsammlung stammenden Gemälde keineswegs die angekündigten bedeutenden Werke von Rembrandt, Rubens,

Velazquez und anderen großen Malern waren, sondern in Wirklichkeit größtenteils Kopien, Zuschreibungen, Werkstattarbeiten oder Arbeiten aus dem Umkreis der Nachfolger der genannten Künstler.³⁶ Während der voluminöse Ausstellungskatalog die Frage nach der Authentizität der Bilder diplomatisch umging,³⁷ hatten die Mainzer Kunsthistoriker in der Ausstellung Bildunterschriften wie »fragliche Zuschreibung« oder »nicht eigenhändige Wiederholung«³⁸ ergänzt.

Endgültig blamiert standen der Mäzen und das Kunsthistorische Institut da, als sich nach den ersten Presseberichten über die Ausstellung die Vorbesitzer von 27 der dargebotenen Bilder meldeten und die Quelle des möglichen Betrugs offenbarten: den Stuttgarter Kunsthändler Friedrich Kohn, dem auch Klenk seine fragwürdigen Bilder zu überhöhten Preisen abgekauft hatte.³⁹ Die nun folgende Auseinandersetzung zwischen Mäzen, Universität und Landesregierung eskalierte zum »Mainzer Bilderkrieg«⁴⁰. Der Direktor des Kunstgeschichtlichen Instituts, Richard Hamann-Mac Lean, kämpfte um seinen wissenschaftlichen Ruf, denn er musste zugeben, dass er sein ursprünglich kritisches Vorwort für den Ausstellungskatalog abgemildert habe, »nach langem Zögern, aber mit Rücksicht auf einen um die Universität verdienten Mäzen«⁴¹. Klenk wiederum bestritt, dass er einem Betrüger aufgesessen war und erklärte die Bilder weiterhin für echt. Gegenüber der JGU zeigte er sich verschnupft und zog eine geplante Schenkung von Bildern aus seiner Gemäldesammlung wieder zurück, da er dies »der Universität nicht zumuten«⁴² könne. Und die Mainzer Landespolitik sah sich gezwungen zu intervenieren, denn, so der damalige Kultusminister Bernhard Vogel: »Wenn sich jemand ein Bild in die Wohnung hängt und schreibt Rubens darunter, dann ist das seine Sache. Wenn dies aber in einem Universitätsinstitut geschieht, dann wird der Fall für uns interessant.«⁴³

Auch in der Presse richtete sich die Berichterstattung zunehmend gegen Klenk. Der Universität wurde dabei ein zu untertäniges Verhältnis gegenüber ihrem wichtigsten Mäzen vorgeworfen. »Generalkonsul Klenk sollte wohl keinesfalls verprellt werden zum Schaden der Universität«,⁴⁴ urteilte die *Mainzer Allgemeine Zeitung*. Für die Zeitung *Christ und Welt* zeigte der Skandal »welcher Repression heutzutage eine Einrichtung wie die Universität einem Mäzen wie Klenk, der schon über eine Viertelmillion Mark stiftete, ausgesetzt sein kann«⁴⁵. Belegt wurde dies nicht nur mit der dubiosen Ausstellung, sondern auch damit, dass Universitätsrektor Manfred Mezger versucht habe, eine kritische Berichterstattung über Klenk durch persönliches Intervenieren beim Südwestfunk zu unterdrücken.⁴⁶ Der Schaden für die Mainzer Kunstgeschichte ließ sich jedenfalls nicht mehr abwenden: Kultusminister Vogel sah zwar von einer Disziplinarstrafe für die beiden maßgeblichen Mainzer Kunsthistoriker ab, rügte aber offiziell deren mangelnde Sorgfalt als Wissenschaftler.⁴⁷

In der Mainzer Studierendenschaft richtete sich hingegen der Unmut gegen Klenk. In der Studierendenzeiung *nobis* brachte der Allgemeine Studentenausschuss den Kunstskandal mit einer Kritik an Klenks Sozialpolitik und Mitbestimmungspraxis in seinem Unternehmen in Verbindung: »Er kann 5,5 Millionen Mark – natürlich aus seinem Privatvermögen, wozu wohl auch die Hakle-Werke zu zählen sind – für mehr oder minder wertvolle Bilder ausgeben, aber die Leute, die für ihn arbeiten, mitbestimmen zu lassen, daß ihre Altersvorsorge gesichert ist, dazu ist er nicht bereit.«⁴⁸ Und die Studierenden bewiesen auch Humor. Nachdem beim Mainzer Rosenmontagszug am 17. Februar 1969 ein Klenk-kritischer Motivwagen in letzter Minute zurückgezogen wurde, protestierte eine Gruppe Mainzer Studierender mit einem Plakat, welches die Hakle-Produkte mit Klenks Einfluss in Mainz in Beziehung setzte: »Perlkrepp hält den Hintern reine, den Fastnachtszug des Konsuls Scheine.«⁴⁹ Insgesamt zeigt sich, dass das von Klenk verkörperte klassisch-bürgerliche Mäzenatentum in der Zeit nach »1968« auf eine deutlich kritischere Öffentlichkeit stieß. Die dem Klenkschen Modell zugrundeliegende Tauschbeziehung von ökonomischem Kapital (Stiftung und Förderung) gegen kulturelles Kapital (Repräsentation und Inklusion) wurde in Frage gestellt oder sogar ins Lächerliche gezogen – so beispielsweise auch in einem süffisanten Beitrag in der *Zeit* von 1971.⁵⁰

Deutlich weniger in der Öffentlichkeit als Klenk stand mit seinem finanziellen Engagement ein anderer Ehrenbürger der JGU: der Generalbevollmächtigte des Verwaltungsrats der Blendax Werke, Lothar Strobel. Blendax gehörte wie Hakle zu den Mainzer Traditionsunternehmen.⁵¹ Die 1931 gegründete Firma geht zurück auf das noch deutlich ältere Markenartikel-Unternehmen Werner & Mertz. Denn das berühmteste Produkt dieser Firma, die Schuhcreme Erdal, wurde vom Chemiefabrikanten Philipp Adam Schneider erfunden und dessen Söhne Rudolf und Hermann gründeten schließlich die Tochterfirma Blendax. In den 1960er-Jahren wurde die Firmengruppe aufgeteilt und die Alleinerbin des Blendax-Vermögens, Andrea Gölkel, engagierte den Stuttgarter Rechtsanwalt Lothar Strobel als ihren Generalbevollmächtigten. Im Vergleich zu Klenks Mäzenatentum ließ Strobel sein Engagement an der JGU deutlich stärker von den unmittelbaren Interessen seiner Firma leiten.

Vor allem für die Zahnpasta *blend-a-med*, die 1951 offiziell als Marke registriert wurde, wollte Blendax schon länger die Zusammenarbeit mit der universitären Forschung anstoßen. Zusammen mit dem Zahnmediziner Rudolf Naujoks, der den Lehrstuhl für Zahnheilkunde an der Universität Würzburg innehatte, führte Blendax Ende der 1960er-Jahre Tests mit einer fluoridhaltigen Zahnpasta (*Blendax Fluor Super*) durch.⁵² Danach wurde diese Zahnpasta als »klinisch geprüft« beworben. Um den wissenschaftlichen Anspruch der eigenen Produkte zu unterstreichen, hatte Blendax bereits 1953 eine Abteilung geschaffen, die sich der Entwicklung von Produkten zur Prophylaxe von Zahn- und Mundkrankheiten verschrieb. Diese »blend-a-med-Forschung« suchte einerseits den Kontakt mit Experten aus der Zahnmedizin und war andererseits im Bereich des Marketings sehr sichtbar und diente so der Glaubwürdigkeitsgenerierung für den medizinischen Anspruch der Produkte. Auch an der JGU suchte Blendax die enge Zusammenarbeit mit der Zahn-, Mund- und Kieferklinik. Das Unternehmen unterstützte die Klinik mit Sachmitteln vor allem im Bereich der Parodontose- und Kariesforschung. So finanzierte der Zahnpasta-Hersteller beispielsweise in den 1970er-Jahren die komplette Einrichtung des Mundhygiene-Raums mit Apparaturen.⁵³ Blendax kündigte außerdem die Stiftung einer langfristigen Gastprofessur durch einen ausländischen Wissenschaftler mit jährlich 60.000 DM von 1978 bis 1985 an.⁵⁴

Das Fallbeispiel Blendax



Links: Reklame der Firma Blendax über der Bahnsteighalle des Mainzer Hauptbahnhofs um 1960. Foto: Ludwig Richter, Quelle: StA Mainz, BPSF/12157 A.

Rechts: Teilansicht der Blendax-Werke im Jahr 1960. Foto: Ludwig Richter, Quelle: StA Mainz, BPSF/772 A.

Für dieses Engagement sollte der Blendax-Generalbevollmächtigte Strobel 1977 aus Anlass der 500 Jahrfeier der JGU mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet werden. Außerdem geehrt wurden auf der Feier unter anderem Oberbürgermeister Jockel Fuchs, der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch und die Schriftstellerin Anna Seghers. Als Strobel von der geplanten Ehrung der Kommunistin Anna Seghers erfuhr, zog er zunächst seine Zusage zur Ehrenbürgerschaft zurück, da er sich außerstande sah, »die Dichterin und die von ihr vertretene Weltanschauung zu trennen«.⁵⁵ Nachdem der Präsident der JGU, Peter Schneider, Oberbürgermeister Fuchs und der Präsident des PEN-Zentrums, Walter Jens, die Entscheidung der JGU zur Ehrung der DDR-Schriftstellerin gegenüber Kritik vor allem aus der rheinland-pfälzischen CDU und aus der Mainzer Presse verteidigt hatten,⁵⁶ schwenkte auch Strobel ein, nicht weil er seine Einstellung zu Seghers geändert habe, sondern weil er sich nicht »von einem politischen und geistigen Kleinbürgertum [...] vereinnahmen«⁵⁷ lassen wollte.

Dass die 500 Jahrfeier der JGU, auf der Strobel dann offiziell geehrt wurde, tatsächlich ein großer Erfolg wurde, lag bemerkenswerter Weise nicht zuletzt an der finanziellen Unterstützung durch Blendax. Für den Almanach spendete das Unternehmen 25.000 DM, für das Festkonzert am 17. Juni 1977 weitere 40.000 DM, für ein Fundraising-Dinner 10.000 DM und für eine Schifffahrt mit Empfang 15.000 DM. Zusammen mit der von Blendax finanzierten Gastprofessur ergab sich ein Gesamtvolumen von 510.000 DM von dem Mainzer Unternehmen im Zusammenhang mit der 500 Jahrfeier.⁵⁸ Für diese Unterstützung zeigte sich die JGU noch lange sehr verbunden. In seinem Glückwunschsreiben zum 60. Geburtstag Strobels bedankte sich Präsident Klaus Beyermann für den Einsatz des Blendax-Managers: »Sie haben sich große Verdienste um die Durchführung der 500-Jahrfeier erworben, die ohne Ihre großzügige Hilfe zu einem miesen Provinzfest geworden wäre.«⁵⁹

In der Folge verstärkte der Zahnpasta-Hersteller nochmal sein finanzielles Engagement an der JGU. Im Jahr 1984 unterzeichneten Präsident Beyermann und der Sprecher der Blendax-Geschäftsführung, Wulf Horstkotte, in Anwesenheit von Kultusminister Georg Gölter und des Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, Horst Sebastian, einen Kooperationsvertrag zwischen der Universität und den Blendax-Werken, der ein Finanzvolumen von 2 Millionen DM umfasste.⁶⁰ Gefördert werden sollte mit dem Geld die zahnmedizinische Grundlagenforschung unter besonderer Berücksichtigung der Plaquebildung und der Entstehungsfaktoren der Parodontose. Das Fünf-Jahres-Projekt *Experimentelle Zahnheilkunde* sollte die Finanzierung einer C3-Professur mit zwei Mitarbeitern und drei Hilfskräften sowie Geräten und Sachmitteln umfassen und gehörte damit laut JGU-Vizepräsident E. Jürgen Zöllner zu den aufwendigsten privat geförderten Drittmittelprojekten in der Bundesrepublik.⁶¹ Auch für Blendax sollte sich die Gründung des neuen Instituts für Experimentelle Zahnheilkunde lohnen. In einer Nebenvereinbarung, in der die Sonderbestimmungen des Instituts mit dem Stifter geregelt wurden, sicherte das Unternehmen sich die Möglichkeit, »anwendungsrelevante« Forschungsaufträge am Institut durchführen zu lassen und eigene Mitarbeiter »zur Erlernung von Methoden, Techniken und Arbeitsabläufen in das Institut zu entsenden«. Außerdem standen alle Erfindungen, an denen »Mitarbeiter des Stifters beteiligt« waren oder die »vom internen Stand der Technik des Stifters beeinflusst«⁶² waren, allein Blendax zu.

Bei der Besetzung der »Blendax-Professur« lief es allerdings nicht ganz so glatt. Privatdozent Arthur Hefti, der sich im Berufungsverfahren durchgesetzt hatte, nahm den Ruf nicht an und die Professur musste erneut ausgeschrieben werden. Und auch als mit Heinz Duschner im zweiten Verfahren ein Kandidat gefunden wurde, verzögerte sich die Besetzung aufgrund von Querelen im Zusammenhang mit Ausstattungsfragen.⁶³ Der Hintergrund für die Schwierigkeiten war, dass die Internationalisierung der Unternehmenslandschaft auch in Mainz angekommen war: 1987 übernahm der US-amerikanische Konsumgüter-Gigant Procter & Gamble die Firma Blendax. Da das Unternehmen an seinem Stammsitz in Cincinnati eines der größten industriellen Forschungslabore der Welt unterhielt, war Procter & Gamble offenbar an der Mainzer Stiftungsprofessur wenig interessiert und fühlte sich an die alten Vereinbarungen nicht mehr gebunden.⁶⁴ Erst durch ein persönliches

Vorsprechen von Professor Duschner in Cincinnati konnte der Konflikt (während eines Baseball-Spiels 1991 bei Bier und Hot-Dogs) gelöst werden. Procter & Gamble erfüllte fortan die finanziellen Verpflichtungen aus dem Stiftungsvertrag, weil Duschners eigentliche Expertise auf dem Gebiet der Struktur- und Mikroanalytik für den Konsumgüter-Konzern von großem Interesse war. Für ein großangelegtes Entwicklungsprojekt von innovativen Zahnbleich-Streifen zur Aufhellung der Zähne (»White Strips«) benötigten die Amerikaner begleitende Analytik und Mikroskopie der Ultrastrukturen von Zahnhartgewebe. Diese konnte Duschner bieten und bekam eine entsprechende instrumentelle Ausstattung in Millionenhöhe von Procter & Gamble.⁶⁵ Die Firma förderte in der Folge die Mainzer Forscher um Duschner mit zwischen 200.000 und 300.000 Dollar pro Jahr, auch nachdem die Stiftungsprofessur ausgelaufen und 1996 in eine Dauerprofessur Angewandte Struktur- und Mikroanalytik umgewandelt worden war.⁶⁶ Als die White Strips 2000 in den USA auf den Markt kamen, wurden sie ein enormer Verkaufserfolg und bescherten Procter & Gamble einen Umsatz von vielen hundert Millionen Dollar. Von nun an hatten Millionen von Amerikanern weißere Zähne – nicht zuletzt aufgrund von Mainzer Forschung.

In einem Brief an Strobel aus dem Jahr 2003 bezeichnete JGU-Präsident Jörg Michaelis die Blendax-Stiftungsprofessur als »ein gerne von uns zitiertes Beispiel einer gelungenen Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft«⁶⁷. Eine gelungene Kooperation auf Umwegen, möchte man aus zeithistorischer Perspektive hinzufügen: vermischten sich beim Mainzer Ehrenbürger Strobel noch Motive des »klassischen« Mäzenatentum mit anwendungsorientiertem Kalkül, so waren die Investitionen von Procter & Gamble in das spezifische Know-How eines Mainzer Wissenschaftlers gänzlich frei von lokalen Sentimentalitäten.

Für den für die Forschung zuständigen JGU-Vizepräsident Zöllner war die »Blendax-Professur« indes schon in den 1980er-Jahren eine ganz besondere Genugtuung, denn seit seinem Amtsantritt 1983 hatte er sich vehement für die erhöhte Einwerbung von Drittmitteln starkgemacht.⁶⁸ Damit lag Zöllner ganz am Puls der Zeit: War der Begriff »Drittmittel« in den 1950er-Jahren bis in die 1970er-Jahre noch weitgehend unbekannt, stieg er seit Mitte der 1980er-Jahre zum Schlüsselkonzept der deutschen Forschungslandschaft auf. Die Einwerbung von Drittmitteln wurde zum neuen »ökonomisch quantifizierbaren Maßstab«⁶⁹ von Leistung und Erfolg in der Wissenschaft.⁷⁰ Die Jahre 1983/84 haben innerhalb dieser Entwicklung Zäsurcharakter, denn die in diesen Jahren lautstark geforderte Bildung von »Eliten«, die damit verbundene Forderung nach mehr »Effizienz« in den Hochschulen und auch die Gründung von neuen Privatuniversitäten und Business Schools verweisen auf den Aufstieg der neuen, am globalen Wettbewerb orientierten Leitbilder in der Bildungslandschaft.⁷¹ Dominant wurden diese Leitbilder spätestens in den frühen 2000er-Jahren.⁷²

Wenn auch weniger systematisch gefördert und politisch gewollt, spielte die Konkurrenz der Hochschulen um Drittmittel bereits in den 1980er-Jahren eine Rolle. In der Geschichte der JGU lässt sich dies am Beispiel des Mainzer Max-Planck-Instituts (MPI) für Polymerforschung zeigen. Der Standort Mainz setzte sich in dem kompetitiven Verfahren zur Vergabe dieses prestigeträchtigen Instituts zu Beginn der 1980er-Jahre gegen die Mitbewerber Bayreuth, Braunschweig und Hamburg durch. Den Ausschlag für Mainz gab neben wissenschaftlichen Standortvorteilen auch die Unterstützung der Mainzer Bewerbung durch die regionale Chemie-Industrie, insbesondere durch das Unternehmen BASF. Der Ludwigshafener Chemie-Konzern pflegte schon lange eine besondere Nähe zur JGU: Bereits während der Entflechtung der IG Farbenindustrie AG durch die Alliierten im Jahr 1952 wurden durch die französische Verwaltung der IG Farben in Ludwigshafen der JGU 175.000 DM für die Ausstattung eines chemischen Labors gestiftet.⁷³ In den 1950er-Jahren war die BASF ein bevorzugter Lieferant für das Pharmazeutische Institut der Mainzer Universität und stellte Chemikalien immer wieder auch kostenlos bereit.⁷⁴ Es kam aber auch zu größeren Geldtransfers: Aus Anlass ihres 100-jährigen Bestehens

Das Fallbeispiel BASF



*Blick über den südlichen
Werkteil Nord der BASF
im Jahr 1961. Quelle:
BASF Corporate History,
Ludwigshafen/Rhein.*

spendete die BASF im Jahr 1965 der JGU 150.000 DM für allgemeine Aufgaben und weitere unmittelbare Spenden an die chemischen Institute und die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.⁷⁵

Die enge Verbindung der JGU zum Ludwigshafener Chemiekonzern personifizierte insbesondere BASF-Vorstandsmitglied Herbert Willersinn, der an der JGU Chemie studiert hatte, sich später im Berufsleben für seine alte Universität engagierte und wie Strobel im Rahmen der 500 Jahrfeier 1977 zum Ehrenbürger der Universität ernannt wurde. Willersinn war Mitglied des Hochschulkuratoriums der JGU und von 1975 bis 1990 Vorsitzender des Fördervereins Freunde der Universität Mainz.⁷⁶ (Bereits im ersten Hochschulkuratorium von 1973 saß mit Horst Pommer ein Vorstandsmitglied der BASF.⁷⁷) In seinem Amt als Vorsitzender der »Freunde« organisierte Willersinn Exkursionen für die Mitglieder des Vereins zum Werksgelände der BASF und warb bei seinen Angestellten um Vereinsmitglieder.⁷⁸ Viel wichtiger wurde er aber für die JGU, als zu Beginn der 1980er-Jahre die Bewerbung um das Max-Planck-Institut für Polymerforschung angegangen wurde.

Im Vorfeld des Besuchs der Vergabe-Kommission am 23. Juni 1982 wurde den Mainzer Verantwortlichen mitgeteilt, dass die »bedrängte Lage« der Max-Planck-Gesellschaft dazu führen würde, »dass das vorgeschlagene Institut zunächst nur in bescheidenem Rahmen errichtet und nur schrittweise aufgebaut werden könnte«. Das gelte auch »unter der Voraussetzung einer wirksamen ›Starthilfe‹ von dritter Seite«⁷⁹. Umso wichtiger seien ein »fachlich potente[s]« wissenschaftliches Umfeld und Gesprächspartner aus der Wirtschaft. Da als ein solcher Gesprächspartner ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer erwünscht war, sah sich die JGU in der glücklichen Lage, dass der Präsident der Mainzer Industrie- und Handelskammer, Walter Kalkhof-Rose, auch Vorsitzender des Hochschulkuratoriums der JGU war. Außerdem wurde übermittelt, dass die Kommission »keine Einwände gegen die Anwesenheit von Vertretern der Chemischen Industrie«⁸⁰ habe.

Kalkhof-Rose hatte sich bereits in einer Senatsitzung Anfang 1982 darüber besorgt gezeigt, »daß bei der Standortfrage für das Max-Planck-Institut nicht wissenschaftliche, sondern finanzielle Gründe entscheidend



*Herbert Willersinn
während einer Presse-
konferenz auf der
Kunststoffmesse K in
Düsseldorf. Quelle:
BASF Corporate History,
Ludwigshafen/Rhein.*

sein könnten»⁸¹. Mainz habe zwar gute Chancen, aber auch Braunschweig komme offenbar als Standort in Frage, weil »dort eine größere Spende von Volkswagen zu erwarten sei«.⁸² Die Universitätsleitung erachtete daher eine Einladung von Willersinn, der ja vor seiner Wahl zum Vorstand Leiter des BASF-Kunststofflaboratoriums gewesen war, und von BASF-Direktor Helmut Dörfel als sehr wichtig.⁸³ Vizepräsident Beyermann hielt die Präsenz der BASF-Repräsentanten auch deswegen für unverzichtbar, weil bereits Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber betont habe, dass bei der Bildung des MPI für Polymerforschung eine Kooperation zwischen Bund, Land und der chemische Industrie stattfinden solle. Daher sei es besonders wichtig, nach außen zu verbreiten: »Die rheinland-pfälzische Großindustrie favorisiert eindeutig Mainz als Standort für das Institut für Polymerchemie.«⁸⁴

Das Projekt war erfolgreich. Nach der Begehung durch die Kommission berichtete Staatssekretär Konrad Mohr bei einer internen Besprechung, dass die Max-Planck-Gesellschaft sich »wegen des hier gegebenen wissenschaftlichen und wirtschaftlich-industriellen Umfeldes« von den Mainzer Standortvorteilen »offensichtlich beeindruckt«⁸⁵ gezeigt habe. Ende 1982 kam es dann tatsächlich zum Zuschlag für Mainz.⁸⁶ Im März 1986 wurde das neue MPI eröffnet und im Oktober desselben Jahres wurde das erste große Gemeinschaftsprojekt zwischen MPI, den anderen Mainzer chemischen Instituten sowie den Firmen BASF, Bayer und Hoechst auf dem Gebiet der Entwicklung ultradünner Kunststoffschichten verkündet.⁸⁷

Das Beispiel der Beziehungen der BASF zur JGU konnte hier nur angerissen werden, soll aber demonstrieren, dass es für eine Universität neben »klassischem« Mäzenatentum und konkreter Forschungsförderung noch andere wichtige Formen der Ressourcenmobilisierung gibt: Lokale Unternehmen spielen auch immer dann eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Netzwerke zu pflegen und im Hinblick auf eigene Interessen zu mobilisieren.

Resümee

Es gilt ein Fazit zu ziehen: Die 75-jährige Beziehungsgeschichte der JGU zu den sie fördernden Unternehmen verweist auf einen Formwandel mäzenatischer Aktivität. Dieser Wandel hat wiederum viel mit wirtschaftsstrukturellen Verschiebungen und mit Veränderungen innerhalb der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu tun. Die philanthropische Tätigkeit des Aufstiegers und Eigentumsunternehmers Hans Klenk lässt sich noch ganz im Sinne des für das 19. Jahrhundert typischen Tauschgeschäfts zwischen Wirtschaftsbürgertum und Bildungsbürgertum interpretieren: ökonomisches Kapital wurde gegen kulturelles Kapital eingehandelt. Der selbstbewusste Gestaltungsanspruch des Stifters wurde dabei in der Zeit des »Wirtschaftswunders« weitgehend akzeptiert. In einer im Zuge von »1968« kritischer gewordenen Öffentlichkeit war dies nicht mehr so und brachte die JGU in den bis heute typischen Zielkonflikt zwischen der Pflege ihres privatwirtschaftlichen Umfelds auf der einen Seite und der Garantie der wissenschaftlichen Autonomie und öffentlichen Transparenz auf der anderen Seite.

Lothar Strobel von der Firma Blendax war hingegen kein Eigentumsunternehmer mehr, sondern ein Manager. Unter seiner Ägide war das Verhältnis des Zahnpasta-Herstellers und der JGU geprägt sowohl von Elementen »klassischen« Mäzenatentums als auch von der Logik anwendungsorientierter Forschungsförderung mit Nutzenkalkül für das eigene Unternehmen. Zu diesem Nutzen kam neben den erhofften konkreten Forschungsergebnissen für die eigenen Produkte noch auch eine weitere Ressource, nämlich die der universitären Wissenschaft als Experteninstanz, die auch der Generierung von Glaubwürdigkeit für die eigenen Produkte dienen kann. Das Beispiel der BASF wiederum hat gezeigt, dass in einem Umfeld, in dem Hochschulen in einem gegenseitigen Konkurrenzverhältnis stehen, persönliche Netzwerke zu lokalen Unternehmen ein entscheidender Standortvorteil sein können. Dieser ist umso wertvoller in einer Bildungslandschaft, die zunehmend durch die Leitbilder Wettbewerb, Effizienz und Drittmittel geprägt ist.

Die hier nur beispielhaft skizzierte Verhältnisgeschichte zwischen der JGU und den sie fördernden Unternehmen ist also äußerst vielschichtig und auch der festgestellte Wandel »vom Mäzen zum Drittmittelgeber« ist nicht absolut zu verstehen, wie der eingangs zitierte Fall der Millionenspenden der Boehringer Ingelheim Stiftung exemplifiziert: Einerseits handelt es sich um Förderung von Grundlagenforschung, von der das gleichnamige Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim keinen direkten Anwendungsnutzen hat. Nicht zuletzt aufgrund der Eigentumsstruktur von Boehringer als Familienunternehmen ist so auch im 21. Jahrhundert sowohl in Gestalt als auch in Inszenierung »klassisches« Mäzenatentum möglich. So erklärte Otto Boehringer bei der Vorstellung der Pläne für das Exzellenz-Zentrum für Lebenswissenschaften an der JGU im Februar 2009: »Wir, die Inhaberbefamilie von Boehringer Ingelheim, verstehen unser Engagement als aktiv gelebte Bürgerschaft.«⁸⁸ Andererseits zeigt der Fall aber auch, dass eine in den letzten 75 Jahren immer kritischer gewordene Öffentlichkeit gerade dann maximale Transparenz fordert, wenn ein privater Geldgeber in hochspezifische Forschung investiert, die thematisch mit ihm verbunden ist. Hinzu kommt, dass Mäzenatentum auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen grundsätzlich umstrittener geworden ist und Mäzene heute verstärkt mit Fragen nach Kontrolle und nach Kriterien der Förderung konfrontiert werden: in der Kunst, im Fußball und auch in der Wissenschaft.

Anmerkungen

1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.
2 Vgl. OECD (Hrsg.): Education.
3 Vgl. auch hierzu den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.

4 Vgl. Thurnes: Das Recht auf Information. In: AZ, 13.5.2016, [o. S.].
5 Vgl. Eisen: Muss Uni Geldflüsse offenlegen? In: AZ, 21.5.2016, [o. S.].
6 Vgl. Zenthöfer: Öffentlichkeit unerwünscht, in: FAZ, 28.9.2016, [o. S.].

- 7 Vgl. Thurnes: Zu viel Einfluss für Stiftung, in: AZ, 5.7.2016, [o. S.]. Vgl. auch: Pauli: Späte Kehrtwende, in: taz, 6.7.2016, [o. S.].
- 8 So JGU-Präsident Georg Krausch im Gespräch mit dem Autor.
- 9 Vgl. Feldwisch-Drentrup: Fragwürdige Partnerschaften. In: Deutsche Universitätszeitung, 17.7.2020, S. 25 f.
- 10 Traditionen der privaten Finanzierung von Lehre und Forschung an den Universitäten lassen sich leicht bis in die Renaissance zurückverfolgen. Vgl. dazu allg. Schwinges (Hrsg.): Finanzierung.
- 11 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 1/107, die Dyckerhoff Portland-Zementwerke A.G. an Richard Duesberg am 23.7.1952.
- 12 Vgl. UA Mainz, Best. 55/453, Peter Eckes an den Rektor am 27.1.1960.
- 13 Vgl. ebd., Erich Schott an den Rektor am 7.9.1959.
- 14 Vgl. ebd., der Vorstand der Adam Opel AG an den Rektor am 3.8.1962.
- 15 Vgl. ebd., Karl Winnacker an den Rektor am 17.1.1963.
- 16 Vgl. Bundesarchiv (BArch), R 9361-IX KARTEI/20781456, NSDAP-Gaukartei.
- 17 Vgl. Hüther: Skandal im Kunstbezirk. In: MUB, 7.5.2018, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/de/magazin/skandal-im-kunstbezirk> (abgerufen am 12.9.2020).
- 18 Vgl. UA Mainz, Best. 65/266, Notiz zu einem Depot-Übertrag aus Depot Herrn Hans Klenk in Depot Johannes-Gutenberg-Universität vom 29.5.1958.
- 19 Vgl. ebd., Vermerk, betr.: Spende Klenk vom 2.11.1961.
- 20 Vgl. ebd., Hans Klenk (Konsul von Panama) an den Kanzler am 27.4.1962.
- 21 Vgl. ebd., Schreiben an Professor Brandt am 6.6.1962.
- 22 Ebd., die Siemens-Reiniger-Werke an die Chirurgische Klinik der JGU am 6.9.1962.
- 23 Vgl. dazu auch: [o. V.]: »Am Uni-Forum sprudelt's wieder«. In: MRZ, 31.8.1995, [o. S.].
- 24 Vgl. UA Mainz, S6/415, Rede von Generalkonsul Hans Klenk bei der Übergabe des »Bürger-Brunnens« an die JGU am 27.7.1964.
- 25 Vgl. UA Mainz, Best. 55/453, Hans Klenk an den Rektor am 9.1.1963.
- 26 Vgl. UA Mainz, S6/415, Rede von Generalkonsul Hans Klenk bei der Übergabe des »Bürger-Brunnens« an die Johannes Gutenberg-Universität am 27.7.1964.
- 27 »Bürgerbrunnen« in der Mainzer Universität eingeweiht. In: Amtliche Nachrichten, 31.7.1964, [o. S.].
- 28 Vgl. UA Mainz, S6/415, Rede von Generalkonsul Hans Klenk bei der Übergabe des »Bürger-Brunnens« an die JGU am 27.7.1964.
- 29 Vgl. dazu Dietz: Aufstieg?, S. 109–111.
- 30 Siehe hierzu die Beiträge von Kristina Pfarr und Hans Mathias Kepplinger in diesem Band.
- 31 Vgl. UA Mainz, Best. 55/453, Hans Klenk an den Rektor am 20.3.1968.
- 32 Vgl. ebd., Kurt Schürmann an den Rektor am 27.3.1968; Rudolf Frey an den Rektor am 9.4.1968; Auszüge aus der Senatssitzung vom 10.5.1968 u. Mitteilungen des Rektors dazu.
- 33 Vgl. dazu auch Hüther: Skandal im Kunstbezirk. In: MUB, 7.5.2018, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/de/magazin/skandal-im-kunstbezirk> (abgerufen am 12.9.2020).
- 34 UA Mainz, Best. 45/211, Hans Klenk an den Rektor am 18.6.1968.
- 35 Vgl. Pfeiffer: Mainzer Überraschung. In: FAZ, 4.6.1968, [o. S.].
- 36 Vgl. [o. V.]: »Ars multiplicata alter Meister?«. In: FAZ, 19.6.1968, [o. S.].
- 37 Vgl. Gesellschaft für Bildende Kunst in Mainz (Hrsg.): Werke.
- 38 Vgl. Leicher: Millionen für falsche Meister. In: AZ, 12./13.10.1968, [o. S.].
- 39 Vgl. ebd. u. [o. V.]: »Nur Gutes«. In: Spiegel, 14.10.1968, S. 97–100.
- 40 UA Mainz, Best. 45/211, DPA-Meldung *Mainzer »Bilderkrieg« wird in München entschieden*, [o. D.].
- 41 Schlitter: Der Mäzen von Mainz. In: Die Zeit, 8.11.1968, S. 51. Vgl. auch [o. V.]: Mainzer Bilderaffäre. In: FAZ, 7.11.1968, [o. S.].
- 42 UA Mainz, Best. 45/211, Hans Klenk an den Rektor am 28.6.1968.
- 43 Schlitter: Der Mäzen von Mainz. In: Die Zeit, 8.11.1968, S. 51.
- 44 Halbe: Der Mäzen bleibt aus der Schußlinie. In: AZ, 14./15.12.1968, S. 10.
- 45 Lamaaren: Mäzen und Muckis. In: Christ und Welt, 15.11.1968, S. 33 u. S. 35.
- 46 Vgl. ebd.
- 47 Vgl. UA Mainz, Best. 45/211, Bernhard Vogel an Richard Hamann am 14.2.1969.
- 48 Der goldene Fond. Die sozialen Vorstellungen des Ehrenbürgers Hakle. In: nobis 21 (1969), Jan., S. 1.
- 49 Bauer/Reuter: Die 68er, S. 182.
- 50 Vgl. Jungblut: Günstiger Wind – allzeit. In: Die Zeit, 13.8.1971, [o. S.].
- 51 Vgl. dazu: Der Blendax Neubau: Neuer Akzent im Industrieviertel. In: Das neue Mainz. Wirtschaft, Verkehr, Kultur, 7 (1960), S. 1.
- 52 Vgl. Naujoks/Patz: Klinische Überprüfung.
- 53 Vgl. UA Mainz, Best. 125/110, Laudatio für Lothar Strobel.
- 54 Vgl. ebd., Urkunde zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde für Dr. Lothar Strobel vom 23.6.1977. Tatsächlich war dann der erste 500-Jahre Gastprofessor der französische Politikwissenschaftler Joseph Rovay, der im SoSe 1980 an die JGU kam.
- 55 Ebd., Lothar Strobel an den Präsidenten am 23.6.1977.
- 56 Vgl. [o. V.], Die umstrittene Ehrung der Anna Seghers. In: Jogu 8 (1977), Nr. 53, S. 8 f.
- 57 UA Mainz, Best. 125/110, Lothar Strobel an den Präsident am 23.6.1977.
- 58 Vgl. ebd., Laudatio für Lothar Strobel.
- 59 Ebd., der Präsident an Lothar Strobel am 23.6.1977.
- 60 [o. V.], Zwei-Millionen-Vertrag abgeschlossen. In: Jogu 15 (1984), Nr. 95, S. 3 u. Darré: Zähnen auf den Zahn gefühlt. In: AZ, 29.11.1984, [o. S.].
- 61 [o. V.], Zwei-Millionen-Vertrag abgeschlossen. In: Jogu 15 (1984), Nr. 95, S. 3.
- 62 UA Mainz, Best. 70/590, Nebenvereinbarung *Sonderbestimmungen im Verhältnis zum Stifter*, [o. D.].
- 63 Vgl. ebd., das Kultusministerium an den Präsidenten am 26.4.1989.
- 64 Diese und die weiteren Informationen zu diesem Kontext verdankt der Autor Prof. Heinz Duschner.
- 65 [o. V.], Materialforschung in der experimentellen Zahnheilkunde. In: Jogu 27 (1996), Nr. 151, S. 10 f.
- 66 Vgl. ebd.
- 67 UA Mainz, Best. 125/110, der Präsident an Lothar Strobel am 23.1.2003.
- 68 Vgl. Zöllner: Ohne Drittmittel geht es nicht. In: WSZ, 1/1987, [o. S.].
- 69 Rödder: Gegenwart, S. 110.
- 70 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Bösch in diesem Band.
- 71 Vgl. dazu Dietz: Manager, S. 341–375.
- 72 Vgl. Rödder: Gegenwart, S. 109–111.
- 73 Vgl. UA Mainz, Best. 55/453, die Administration Française de l'IG Farben (en dissolution) an den Rektor am 26.5.1952.
- 74 Vgl. dazu die ganze Akte: UA Mainz, Best. 36/91.
- 75 Vgl. UA Mainz, Best. 55/453, der Vorstand der BASF an den Rektor am 2.4.1965.
- 76 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Pfarr in diesem Band.
- 77 Vgl. [o. V.], Hochschulkuratorium nahm seine Arbeit auf. In: Jogu 13 (1982), Nr. 79, S. 20.
- 78 Vgl. [o. V.], Die »Freunde« blickten hinter die Werksmauern. In: Jogu 13 (1982), Nr. 79, S. 10.
- 79 UA Mainz, Best. 70/108, Vermerk *MPI für Polymerforschung* vom 17.6.1982.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd., Senatsprotokoll vom 5.2.1982.
- 82 Ebd.
- 83 Vgl. ebd., Vermerk des Vizepräsidenten für den Präsidenten u. a. vom 8.6.1982.
- 84 Ebd.
- 85 Ebd., Ergebnis-Niederschrift der Besprechung über die übergangsweise Unterbringung eines Max-Planck-Instituts für Polymerforschung innerhalb der Universität Mainz am 6.7.1982.
- 86 Vgl. [o. V.], Polymerforschung kommt nach Mainz. In: AZ, 20.11.1982, [o. S.].
- 87 Vgl. [o. V.], Polymerforschung von BMFT gefördert. In: FAZ, 8.10.1986, [o. S.].
- 88 [o. V.], Exzellenz-Zentrum für Uni-Mainz. In: AZ, 7.2.2009, [o. S.].

Exemplarische Geschichte(n)

Die Sammlungen der JGU

Kirsten Grimm und Patrick Schollmeyer

Universitäts-sammlungen haben Konjunktur. Spätestens seit den im Januar 2011 vom einflussreichen Wissenschaftsrat publizierten *Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen* interessieren sich die Leitungen der bundesdeutschen Universitäten verstärkt für die ihnen anvertrauten Sammlungsbestände. Vielerorts hat das zu einer erhöhten Aufmerksamkeit geführt, die positive Entwicklungen möglich gemacht hat. So sind einerseits nicht wenige Stellen geschaffen worden, die künftig die Koordination der diversen Fachsammlungen bewerkstelligen sollen. Dort, wo sie bereits tätig sind, geht das häufig mit dem Versuch einher, die fachlich sehr unterschiedlich gebundenen Universitäts-sammlungen stärker als interdisziplinäre Einheit zu begreifen und folglich gemeinsame Ausstellungs- sowie zum Teil auch Forschungs-/Lehrprojekte anzubahnen. Andererseits droht dabei aber der fachliche Hintergrund von übergreifenden Nützlichkeits-erwägungen überlagert zu werden. Wenn im Kontext einer Universitätsgeschichte auch die der jeweiligen Sammlungsbestände zur Sprache kommen soll, darf die ursprüngliche Motivation zu deren Einrichtung keinesfalls zu kurz kommen. Sie muss sogar im Zentrum stehen, da man sonst Gefahr läuft, ein verzerrtes Bild zu zeichnen, damalige Erwägungen zu stark aus dem modernen Blickwinkel zu betrachten oder gar die Geschichte vom Ende her zu erzählen. Denn es ist klar, dass die Gründungsväter der 1946 wiedereröffneten Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) das Wissenschaftsratspapier sicherlich nicht vorhergesehen und dort, wo Sammlungen entstanden, diese daran ausgerichtet hatten.

Im vorliegenden Beitrag wird daher bewusst vermieden, die Mainzer Sammlungsbestände als Einheit zu begreifen und ihre Geschichte zusammenfassend zu erzählen.¹ Vielmehr geht es darum, anhand zweier Beispiele aus den Geistes- und den Naturwissenschaften exemplarisch zu fragen, welche Beweggründe im Einzelfall dazu geführt haben, dass Sammlungen zusammengetragen worden sind. Insbesondere interessieren die dabei zugrundeliegenden Überlegungen zu ihrer Nutzung in Forschung und Lehre sowie allgemeiner Wissensvermittlung. Es ist kein Zufall, dass die Wahl dabei auf die Sammlungen zweier Universitätsdisziplinen – die der Klassischen Archäologie und der Geowissenschaften – fiel, die dezidiert als Objektwissenschaften bezeichnet werden können, das heißt die ihre Erkenntnisse stets aus der Analyse von materiellen Dingen erzielen.

Die Originalsammlung der Klassischen Archäologie²

Die Sammlungsgeschichte der Klassischen Archäologie setzt mit der Berufung des ersten Lehrstuhlinhabers, Roland Hampe, im Frühjahr 1948 ein.³ Die Ausgangssituation war wie bei den übrigen Universitätsinstituten keine günstige, da bekanntermaßen auf keinerlei Altbestand zurückgegriffen werden konnte.⁴

Trotz der desolaten Gesamtsituation, zu der auch eine räumliche Not hinzukam,⁵ und den engen finanziellen Rahmenbedingungen der Aufbauzeit, schaffte Hampe nicht nur Bücher und Dias an, sondern ging sogleich auch an den Aufbau einer eigenen Institutssammlung. Dies zeigt, dass ihm die Sammlungsobjekte von vorn-

herein als wichtige Instrumente von Forschung und Lehre galten, auf die er nicht verzichten mochte. In der Rückschau begründete er dies damit, dass »eine Trennung zwischen Lehraufgaben und Forschungsarbeit [...] gerade in der Archäologie schwer möglich [sei]«, und »kein Wissensstoff lehrbuchartig vermittelt« werde, es vielmehr darauf ankomme, »neben der Erfassung des bisher erarbeiteten Wissensstoffes sehen zu lernen, in ein unmittelbares Verhältnis zu den Denkmälern selbst zu kommen«. ⁶ Eingedenk der damals herrschenden Rahmenbedingungen, die es den Studierenden schier unmöglich machten, antike und vor allem griechische Objekte im Original zu studieren – an ausgedehnte Reisen war kaum zu denken –, ist es somit eine pädagogische Notwendigkeit gewesen, am Ort für die Präsenz originaler Artefakte zu sorgen. Die Sorge galt aber ebenso den Lehrenden selbst, die Hampe eindeutig als Forschende definiert. ⁷ Auch ihnen dienen die Sammlungsobjekte, indem sie wichtige Forschungsimpulse geben.

Der Aufbau der Klassisch-Archäologischen Originalsammlung vollzog sich in mehreren Schritten. Zunächst wurde am 21. April 1949 von der Witwe des ehemaligen Trierer Museumsdirektors Wilhelm von Massow nach seinem Tod eine Sammlung von Scherben originaler antiker Gefäße erworben, die zunächst den Grundstock bildete. ⁸ Die Motivation hierzu liegt allein in der nutzbringenden Verwendung der Scherben im akademischen Unterricht begründet. Sie sind keine repräsentativen musealen Schauobjekte. Das Zeichnen und Bestimmen derartiger Fragmente ist vielmehr bis heute Teil der Ausbildung von Studierenden der Klassischen Archäologie geblieben. Auf diese Weise werden sie schon früh an die Objektarbeit herangeführt und lernen das archäologische Sehen, das sie im fachwissenschaftlichen Sinn dazu befähigt, vom Fragmentarischen auf das Ganze zu schließen.

Der Nutzen für die universitäre Lehre blieb im Folgenden die eigentliche Richtschnur beim Ankauf weiterer Stücke. Wie wichtig Hampe der Ausbau der Bestände gewesen sein muss, wird an der Hartnäckigkeit deutlich, mit der er nach geeigneten Objekten, insbesondere ganzen Sammlungen, Ausschau hielt. Ebenso beharrlich zeigte er sich dann bei deren Erwerb. So verhandelte er über Monate hinweg intensiv mit Emma Preyss, der Witwe des zuletzt in München ansässigen Frauenarztes Adolf Preyss, der noch vor dem Zweiten Weltkrieg eine beachtliche Antikenprivatsammlung zusammengebracht hatte, die hauptsächlich aus attischer Keramik bestand. ⁹

Die Übernahme der Privatsammlung Preyss

Während der Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg hatte Emma Preyss die private Antikensammlung aus der brennenden Stadtwohnung gerettet und zunächst mit nach Moosburg, ihrem Altersruhesitz, genommen. An sich kümmerten sich schon die Erlanger Klassischen Archäologen um diesen Besitz; ein Großteil war bereits mit der eigenen Universitätssammlung dort ausgestellt, und sie hegten daher die nicht ganz unberechtigte Hoffnung, die Sammlung eines Tages endgültig übernehmen zu können. Hampe aber nutzte nach überaus zähen Verhandlungen im Lauf des Frühjahrs 1951 geschickt die wirtschaftliche Not der Eigentümerin aus und erreichte bei der französischen Administration die Bereitstellung von immerhin 8.000 DM zum Ankauf der Sammlung, sodass die Objekte nach Mainz und nicht nach Erlangen gelangten. Etwa zeitgleich kaufte man weitere Einzelobjekte, darunter einen frühattischen Grabfund an.

In einem Schreiben Hampes vom 28. März 1951 an den Kurator der Mainzer Universität, Fritz Eichholz, war von einer »furchtbaren Not« die Rede. Frau Preyss müsse von lediglich 70 DM Witwen-



Abholung der Sammlung Preyss in Erlangen (links im Vordergrund Roland Hampe, direkt dahinter Georg Lippold). Quelle: Bildarchiv Klassische Archäologie der JGU.

rente monatlich leben. Sie habe deshalb bereits einige Einzelstücke verkauft, und überhaupt sei höchste Eile geboten, da sie schon 76 Jahre alt sei und die Sammlung testamentarisch den Erlangern vermacht habe, wovon diese aber Gott sei Dank nichts wüssten. Auch bekunde Professor Fremersdorf aus Köln sein Interesse und habe bereits Transportkisten geschickt. Außerdem treibe zurzeit in München Herr Hecht, Ankäufer für die amerikanischen Museen, sein Unwesen. Wenn er auf diese Sammlung stieße, wäre sie innerhalb einer halben Stunde, bar bezahlt, weg. Hampe schloss seinen Brief mit dem Hinweis, »angesichts der drohenden Gefahren habe ich, nach Aufbietung aller meiner Überredungskünste, die in Moosburg befindlichen Stücke gleich nach Mainz mitgenommen.« Er scheint dabei Preyss aus eigener Tasche 50 DM ausgehändigt zu haben.

Hampe konnte so handeln, da ihm der Kurator bereits am 9. März die Bewilligung von 8.000 DM durch den Leiter der Direction de l'Éducation Publique, General Raymond Schmittlein, mitgeteilt hatte. Hampe schlug vor, die Summe, wie folgt, zu nutzen: »1) Zahlung von 7.000 DM (abzüglich der bereits von ihm persönlichen ausgezahlten 50 DM) an Frau Emma Preyss 2) Ankauf einer schwarzfigurigen Schale mit der Darstellung der Kalydonischen Eberjagd im Wert von 500 DM von Herrn P. W. Simons aus Heidelberg 3) Erwerb einer Sammlung frühattischer Scherben des 7. Jhs. v. Chr. im Wert von 300 DM von Dr. Homann aus Frankfurt a. M. 4) 100 DM für Transportkosten und 5) 100 DM für Reisekosten Erlangen-Moosburg 18.3.–24.3.1951.« Der endgültige Kaufvertrag wurde schließlich am 1. Mai 1951 unterzeichnet.

Als ebenso langwierig wie die Verhandlungen mit der Witwe Preyss erwies sich der Erwerb des dritten großen Sammlungskomplexes. Hierbei handelte es sich um die Privatsammlung von Alexander Ludwig Freiherr von Senarclens-Grancy.¹⁰ 1952 besichtigten Hampe und sein Mainzer Kollege German Hafner die zu diesem Zeitpunkt im Darmstädter Museum aufbewahrten Objekte. Zunächst war nur von einer Leihgabe und von einzelnen Verkäufen die Rede, die von Mainz aus erfolgen sollten. Aber schon bald kristallisierte sich heraus, dass Hampe und Hafner intensiv daran arbeiteten, die Sammlung in Gänze für die JGU zu erwerben. In einem Schreiben vom 8. Januar 1953 erwähnte Senarclens-Grancy, dass er für eine Verbringung der Sammlung nach Mainz insofern auch dankbar sei, weil »sich der Verkauf einzelner Stücke dort auch leichter bewerkstelligen lassen würde, als in Darmstadt«. Am 9. September 1953 schrieb er weiter an Hampe: »Mit ihren Vorschlägen über eventuelle weitere Verwertung einzelner Stücke der Sammlung bin ich sehr einverstanden. [...] Sie können sich denken, wie dankbar ich Ihnen und Herrn Hafner für ihr freundschaftliches Interesse an der Verwertung meiner Sammlung bin.«¹¹

Der Ankauf glückte zunächst teilweise dadurch, dass Hampe Bleibeverhandlungen führen konnte, die die Bereitstellung von Sondergeldern mit sich brachten.¹² Gleichzeitig versuchte er, das Rektorat davon zu überzeugen, dem Freiherrn die universitäre Ehrenbürgerwürde zu verleihen, was baldigst realisiert wurde. Im Schreiben an den damaligen Rektor, Arnold Schmitz, begründet Hampe seinen Vorschlag damit, dass Senarclens-Grancy eine bedeutende Sammlung vorwiegend griechischer Vasen zusammengebracht, diese kostbare Sammlung dem Archäologischen Institut als Leihgabe überlassen und dabei nur Wert daraufgelegt habe, dass sie würdig aufgestellt würde. Der Freiherr habe sich dadurch ein unschätzbare Verdienst um die Universität Mainz erworben. »Die angemessene Ehrung für Förderer dieser Art scheint mir aber die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes zu sein«, ¹³ schrieb er im Juni 1954 und nur wenige Wochen später stimmte der Senat der Ehrung bereits zu. Von den pekuniären Interessen des Freiherrn ist freilich im Rahmen dieses Verfahrens an keiner Stelle auch nur die geringste Rede, obwohl entsprechende Zahlungen längst im Gang waren. So dankte Senarclens-Grancy am 7. Juli 1954 in einem Brief an Hampe für die Überweisung von 2.000 DM auf der Grundlage einer Vereinbarung von Ende Mai 1954. Trotz dieser Vorgänge und Maßnahmen dauerte es noch einige Zeit, bis die Sammlung 1958 endgültig in den Besitz der Mainzer Universität gelangte.

Die geschilderten Bemühungen zeigen, dass der erste Mainzer Lehrstuhlinhaber einen Gutteil seiner Energie darauf verwendete und dabei alle Register zu ziehen wusste, um dem neu gegründeten Institut originale Antiken zu verschaffen. Dass er dabei nach aktuellen Maßstäben nicht immer ethisch einwandfrei agiert hat, muss heute eingestanden werden. Insbesondere wiegt schwer, dass er bedenkenlos mit dem Antikenhandel kooperierte und die von ihm erworbenen Objekte folglich keine gesicherte Provenienz aufweisen, weshalb sich viele wissenschaftliche Fragen gar nicht erst beantworten lassen. Da tröstet es auch wenig, dass die Stücke nach damaligen Recht von ihren jeweiligen Vorbesitzern legal erworben worden sind. Allerdings muss man ebenso deutlich herausstellen, was der Erwerb für die damaligen Studierenden und Lehrenden des Instituts positiv bedeutet hat. Die Scherben und Gefäße ermöglichten beiden Gruppen gleichermaßen, »in ein unmittelbares Verhältnis zu den Denkmälern selbst zu kommen«, ¹⁴ das heißt im kriegszerstörten Mainz überhaupt klassisch-archäologische Forschung und Lehre betreiben zu können. Die von diesem Material ausgehenden Impulse sind nicht niedrig einzuschätzen. Wie fruchtbar das »unmittelbare Verhältnis« war, davon zeugen die einschlägigen Lehrveranstaltungen, ¹⁵ die öffentlichen Führungen und vor allem die Sammlungspublikationen aus den Aufbaujahren des Mainzer Instituts. ¹⁶ Immer wieder regten die Objekte darüber hinaus aufwendige Forschungen an, die zum Teil die engeren Fachgrenzen sprengten. ¹⁷

Sammlungen für Jedermann



Blick in den Ausstellungsraum im Schönborner Hof. Quelle: Bildarchiv Klassische Archäologie der JGU.

Mit dem Umzug in den Schönborner Hof schaffte man zugleich mit Mitteln der Vereinigung der Freunde der Universität Mainz e. V. freistehende Vitrinen an. Diese neue museale Präsentation erfolgte sicher nicht zu Lehrzwecken, sondern ist Ausdruck eines Bemühens um ein nicht ausschließlich fachgebundenes, allgemein interessiertes Publikum. So erschien seit dem Wintersemester 1954/55 in den jeweiligen Vorlesungsverzeichnissen regelmäßig der Hinweis auf die »Besichtigung der Griechischen Vasen-Sammlung im Institut für Klassische Archäologie« und Führungen in der »Original-Sammlung griechischer Vasen«. Stolz vermerkte Hampe hierzu: »Ohne daß für die Sammlung Reklame gemacht worden wäre, hat sich ihr Bestehen schon in der Welt herumgesprochen. Das Besucherbuch, das seit der Aufstellung der Sammlung geführt wurde, weist unter anderem Namen auf aus Algerien, Australien, Dänemark, England, Frankreich, Griechenland, Holland, Italien, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, USA. Aber auch Schulklassen aus Mainz, Wiesbaden sowie Studentengruppen haben diese Sammlung auf Exkursionen mehrfach besucht.«¹⁸

Die von den Gründern der Mainzer Klassischen Archäologie vorgegebenen Wege wurden in der Folgezeit nicht mehr verlassen. In derselben intensiven Weise wird die Originalsammlung auch heute noch in der akademischen Lehre und Forschung sowie als allgemeinbildendes Instrumentarium genutzt.¹⁹

Das Institut für Geowissenschaften beherbergt mehrere Sammlungen aus den Bereichen Mineralogie, Paläontologie und Geologie, die zu Lehr- und Forschungszwecken vielfältig genutzt werden und aus Gesteinen, Mineralen, Fossilien und weiteren Sammlungsobjekten bestehen. Die Sammlungen repräsentieren die zum Teil aktuellen, insbesondere aber die historischen Forschungsgebiete des Instituts und zeigen Belege der regionalen und weltweiten Forschungsarbeit aus mehr als 65 Jahren, unter anderem die Dokumentation von Fossilgrabungen im In- und Ausland oder von weltweiten Minerallagerstätten. Von Beginn an wurden zunächst aufgrund unterschiedlicher Institutzugehörigkeit eine geologische (petrografische), eine mineralogische und eine paläontologische Sammlung getrennt angelegt. Institutsauflösungen beziehungsweise Zusammenlegungen zum Institut für Geowissenschaften und zu den heute vorhandenen Arbeitsbereichen führten dazu, dass aktuell nur noch zwischen einer Mineralogischen (inklusive Lagerstätten und Petrografie) und einer Paläontologischen Sammlung unterschieden wird.

Im Wintersemester 1946/47 wurde Horst Falke²⁰ aus Gießen beauftragt, das Geologisch-Paläontologische Institut an der gerade wiedergegründeten Mainzer Universität aufzubauen.²¹ Gleichzeitig wurden von ihm die ersten Vorlesungen und Übungen in Geologie und Paläontologie gehalten, allerdings mangelte es noch an einer entsprechenden Sammlung, um den zum Teil über 100 Studierenden auch haptisch die Gesteine begreifbar zu machen.²² Da Handstücke zur Erläuterung von Unterschieden und Merkmalen der Gesteine fehlten, wurde von jeder Exkursion und jedem Geländetag, die zunächst hauptsächlich nach Rheinhessen und ins Saar-Nahe-Gebiet führten, entsprechendes Material mitgebracht und in Pappschachteln mit Fundort- sowie Bestimmungszetteln aufbewahrt und dann für die Lehre genutzt. Insbesondere die Ablagerungen des Rotliegend im Saar-Nahe-Gebiet wurden zum Forschungsgebiet von Falke, und die von den Exkursionen in dieses Gebiet mitgebrachten Gesteinsproben gingen als erstes in die Sammlung ein.²³ Diese vergrößerte sich schnell, da auch das Belegmaterial seiner Forschungstätigkeit hinzukam. Die Sammlung diente zunächst als Anschauungsmaterial für die Lehre und nahm zugleich die Proben auf, die für die Forschung benötigt wurden.

Erste Mineralogie-Vorlesungen wurden im Mai 1946 im Institut für Mineralogie und Petrografie von Ernst Baier gehalten.²⁴ Auch Baier konnte den Studierenden zunächst keine Minerale zeigen, denn erst 1948 wurde eine entsprechende Sammlung zu Demonstrationszwecken erworben. Für die räumliche Erläuterung der komplexen Kristallmodelle fertigte man zunächst welche aus Stuhlbeinen. Zuwachs bekam die Sammlung 1956 mit dem Ruf von Adolf Helke an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Helke brachte seine bereits begonnene Lagerstätten-Sammlung mit Gesteinen, Mineralen und insbesondere Erzen aus verschiedenen Regionen der Erde an das Institut mit und erweiterte sie ständig. Diese Sammlung belegt seine weltweiten Forschungsreisen, wissenschaftlichen Tätigkeiten und seine beruflichen Stationen in Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Seit Mitte der 1960er-Jahre wurde nicht nur systematisch zur Vervollständigung der Mineralogischen Lehrsammlung gesammelt, sondern Hilmar von Platen, der 1967 berufen worden war und bis 2005 an der JGU wirkte, begann zusätzlich damit, Handstücke und Objekte für eine Schausammlung anzuschaffen. Nach dem Umzug des Instituts 1967 in das neuerrichtete Naturwissenschaftliche Fakultätsgebäude konnten diese in einer eigens eingerichteten Schausammlung präsentiert werden. Letztere wurde später durch Wolfgang Hofmeister, dem von 1992 bis 2017 amtierenden Leiter der Abteilung Edelsteinforschung, ergänzt und deutlich erweitert, insbesondere durch Edelsteinmaterial und Perlen aus seiner Forschungstätigkeit in Süd-

Die Geowissenschaftlichen Sammlungen

*Knochen- und Geweih-
funde von Antilopen bei
Maragheh/Iran während
der Geländearbeit. Foto:
Heinz Tobien, Quelle:
Bildarchiv Geowissen-
schaftliche Sammlungen
der JGU.*



ostasien.²⁵ Neben etwa 1.000 besonders schönen und großen Mineralstufen aus aller Welt, die Hofmeister und von Platen zu Lehr- und Präsentationszwecken erworben hatten, erweiterten ferner kleinere und größere Schenkungen die Mineralogische Sammlung.

1956 erfolgte die Einrichtung einer paläontologischen Abteilung mit eigenem Lehrstuhl im Geologischen Institut. Auf diesen erhielt der Wirbeltierpaläontologe Heinz Tobien einen Ruf.²⁶ Er initiierte neben Grabungen am Höwenegg im Hegau auch mehrere in Anatolien, auf Chios und im Iran.²⁷ Minimale Mittel machten die Reisen für ihn und seine Mitarbeiter zu einer harten Prüfung, aber große Mengen an Fossilmaterial gelangten so in die Sammlung und standen insbesondere für die wissenschaftliche Bearbeitung zur Verfügung. Auch die Themenvielfalt der Sammlung profitierte von seinen Reisen.²⁸ Über 2,5 Tonnen Fossilmaterial wurden allein aus dem Iran mitgebracht. Zusätzlich wurden bei Baggerarbeiten in den Kiesgruben der Altrheinarme pleistozäne Wirbeltierreste aus den Rheinschottern hochgeholt und in die Sammlung aufgenommen. Auch heute noch bildet das von Tobien gesammelte Fossilmaterial nicht nur die Grundlage, sondern mehr als die Hälfte der Paläontologischen Sammlung am Institut für Geowissenschaften.

In den 1960er-Jahren übernahm man von der Universität Heidelberg eine osteologische Vergleichssammlung rezenter Säugetiere, die in der Folgezeit ständig erweitert wurde, wenn zum Beispiel im Gelände oder auf Reisen entsprechend verendetes Tiermaterial gefunden wurde. Unter einfachsten Bedingungen wurden Rehschädel und Ähnliches in den heimischen Küchen abgekocht und mazeriert, bevor sie ihren Platz in der Paläontologischen Sammlung erhielten.

Die Sammlung wuchs seit den 1970er-Jahren stetig weiter, insbesondere durch die Forschungsarbeiten und Exkursionen von Karlheinz Rothausen, Dietrich Berg und Jürgen Boy, die Material aus ihren Arbeitsgebieten im Mainzer Becken, im Rheinischen Schiefergebirge (insbesondere Eifel und Bergisches Land) sowie aus dem Saar-Nahe-Gebiet überführten. Ab 1978 wurde die Sammlung durch Norbert Schmidt-Kittler bis zu



*Schublade mit Grabungs-
material vom Höwenegg
im Hegau. Foto: Thomas
Hartmann, Quelle: Bild-
archiv Geowissenschaft-
liche Sammlungen der
JGU.*

dessen Pensionierung 2004 mit dem gleichen Schwerpunkt auf Wirbeltierfossilien fortgeführt.²⁹ Seit 2006 liegt der Fokus aufgrund der Forschungsneuausrichtung Sclerochronologie bei Mollusken (Weichtieren).

Jährlich erreichen die geowissenschaftlichen Sammlungen mehrere weltweite Anfragen zur Forschung an dem beschriebenen Material. Neue analytische Methoden greifen oftmals auf schon vorhandenes Sammlungsmaterial zurück und erzielen so nicht selten neue Erkenntnisse.

Die gesamten geowissenschaftlichen Sammlungen werden nicht nur durch die Forschungsarbeiten ständig ergänzt, sondern sind auch unverzichtbar für die Forschung selbst. Sie ermöglichen den Institutsmitgliedern jederzeit Vergleichsmaterial für die Forschung zur Hand zu haben. Zudem ist geowissenschaftliche Lehre ohne Sammlungen undenkbar: Das Erkennen von Mineraleigenschaften oder Bestimmungsübungen von Fossilien sind nur an originalem Sammlungsmaterial möglich.

Die knappen exemplarischen Ausführungen zu den Anfängen und der Entwicklung ausgewählter Sammlungen der JGU mögen gezeigt haben, dass der jeweilige Beginn stets mit dem Engagement einzelner Lehrstuhlinhaber verknüpft war, die die Objekte in der Regel aus rein fachwissenschaftlichen Erwägungen heraus für Forschung und Lehre zusammentrug. Auch wenn sie somit ursprünglich keine musealen Schaustücke im eigentlichen Sinn waren, nutzte man sie später zunehmend, um ebenso ein fachfremdes Publikum zu erreichen. Dabei fällt auf: Je intensiver die Objekte in Forschung und Lehre eine fachimmanente Aufgabe erfüllten, desto nachhaltiger wurden sie auch zu Gegenständen einer allgemeinbildenden Vermittlungsarbeit. Diese Erkenntnis, dass die Vitalität von Universitäts Sammlungen vor allem von deren fachwissenschaftlicher Betreuung abhängt, hat an der JGU dazu geführt, weder eine zentrale Kustodie einzurichten noch ein zentrales Universitätsmuseum anzustreben, was aufgrund der damit einhergehenden personellen Beschränkung langfristig sicherlich zu fachwissenschaft-

Resümee

Die Schule des Sehens

Um die Sichtbarkeit aller universitären Sammlungsbestände zu erhöhen, hat die Vereinigung der Freunde der Universität Mainz e. V. im Jahr 2011 anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens einen Ausstellungspavillon, die so genannte Schule des Sehens, als Schaufenster für Wissenschaft und Kunst der JGU gestiftet. Seit 2015 sind dort regelmäßig thematische Sonderausstellungen mit Objekten aus den Universitäts-sammlungen zu sehen. Geowissenschaften und Klassische Archäologie gehören wie Ethnologie und Kunstgeschichte bislang zu den engagiertesten Disziplinen. Angesprochen wird mit den vielfältigen Aktivitäten, zu denen unter anderem auch Lesungen und Vorträge gehören, sowohl ein universitäres als auch außeruniversitäres Publikum aller Altersstufen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Projektarbeit mit Schülerinnen und Schülern.



*Außen- beziehungs-
weise Innenansicht der
Schule des Sehens auf
dem Campus der JGU.*

*Foto: Heiko Damm,
Quelle: privat.*

lichen Betreuungsdefiziten geführt hätte. Stattdessen verfolgte man ein auch andernorts bereits hervorragend erprobtes Konzept, das die bisherigen Fachstrukturen stärkt und ihnen zusätzlich eine übergreifende Unterstützung anbietet, die zugleich stärkere interdisziplinäre Impulse zu setzen vermag.³⁰ Als Meilensteine auf diesem Weg der Weiterentwicklung können an der Mainzer Universität die Stiftung der Schule des Sehens³¹ und die 2014 eingerichtete Sammlungs-koordination gelten. Mit beiden Institutionen trägt die Universität einerseits den Überlegungen des Wissenschaftsrats Rechnung und andererseits Sorge dafür, dass die universitären Sammlungen auch in der Zukunft ein wichtiger Bestandteil von Forschung, Lehre und Wissensvermittlung bleiben.

Anmerkungen

- 1 Einen vorzüglichen Überblick zu den Mainzer Universitätssammlungen bietet der Band *Wertsachen*, hg. von Vera Hierholzer. Zu beachten sind in diesem Sammelband insbesondere die Einleitung sowie die Beiträge von Hans-Jörg Reinberger und Hans Peter Hahn, die beide die wissenschaftstheoretischen Grundlagen universitärer Sammlungsbestände erläutern.
- 2 Aus Platzgründen kann auf die Geschichte des zweiten Teilbereichs der Mainzer Klassisch-Archäologischen Sammlungen, der Gipsabguss-Sammlung, hier nicht weiter eingegangen werden. Vgl. dazu Schollmeyer: Mainzer Verein u. Krausch (Hrsg.): *Museum. Der Verzicht ist insofern gerechtfertigt, als die Abgüsse in den Anfangsjahren des Instituts offenbar keine wichtige Rolle spielten. Erst unter der Ägide von Frank Brommer scheint man sich intensiver um den Bestand gekümmert zu haben.*
- 3 Vgl. zur Sammlungsgeschichte der Klassischen Archäologie die bislang publizierten Zusammenfassungen, bspw. Hampe: Institut für Klassische Archäologie; ders./Brommer: *Archäologisches Institut*; Schollmeyer: *Sammlungen u. ders.: Klassisch-Archäologische Sammlungen*. In Druckvorbereitung zum Thema ist zudem ein Beitrag von Elke Böhr.
- 4 Vgl. Hampe: *Institut für Klassische Archäologie*, S. 57.
- 5 Vgl. ebd. Hampe erwähnt gleich eingangs »zwei kleine Räume, die man für dieses zu gründende Institut reserviert hatte«, um dann nochmals ausführlicher auf die Raumsituation einzugehen. Dabei legt er Wert auf die Feststellung, dass das Institut von 1948 bis 1953 in »so kleinen und unzureichenden Räumen untergebracht [gewesen sei], daß nach einer anderen Unterbringung gesucht werden mußte«. Ebd. Erst mit dem am 20.12.1953 erfolgten Umzug in den Schönborner Hof am Mainzer Schillerplatz könne »auch in räumlicher Hinsicht von einem Archäologischen Institut an der Universität Mainz gesprochen werden«. Ebd., S. 58.
- 6 Ebd., S. 57.
- 7 Vgl. ebd.
- 8 Der Ankauf der Scherbensammlung Massow ist in den Archivunterlagen kaum dokumentiert. Es liegt lediglich eine briefliche Mitteilung der Witwe Massows vom 23.3.1950 an Hampe vor, in der sie den Empfang von 500 DM bestätigt. Vgl. dazu die bislang nicht verzeichneten Akten im Archiv des Instituts für Altertumswissenschaften der JGU, Arbeitsbereich Klassische Archäologie.
- 9 Zu diesem Ankauf existieren umfangreiche Unterlagen im Mainzer Universitätsarchiv (UA Mainz), Best. 1/45.
- 10 Das einschlägige Archivmaterial und die Korrespondenzen zu den folgenden Ausführungen und Zitaten befinden sich im Archiv des Instituts für Altertumswissenschaften der JGU, Arbeitsbereich Klassische Archäologie.
- 11 Senarclens-Grancy an Hampe am 9.9.1953.
- 12 Siehe dazu bspw. Hampes Antwortbrief an Senarclens-Grancy vom 13.10.1953.
- 13 Hampe an den Rektor am 29.6.1954.
- 14 Hampe: *Institut für Klassische Archäologie*, S. 57.
- 15 Hampe veranstaltete regelmäßig Einführungen in die griechische Vasenmalerei, so in den SoSe 1949 und 1950 sowie im WiSe 1950/51, bei denen er auch auf das Massow'sche Scherbenmaterial zurückgegriffen haben dürfte. Nach dem Ankauf der Preys'schen Sammlung fanden ebenso regelmäßig Übungen (Mittelstufe) über *Vasenmalerei an Originalen* (SoSe 1952), Oberseminare *Bestimmung von Originalen* (SoSe 1955) und Proseminare *Übung in der Originalsammlung (auch für Kunsterzieher)* (SoSe 1956) statt.
- 16 Vgl. bspw. Hampe: *Frühattischer Grabfund*. Das Werk ist eine mustergültige Dokumentation der langjährigen Forschungsarbeit, an der außer Hampe weitere Lehrende und Studierende des Instituts sowie Mitarbeiter des RGZM beteiligt waren. Siehe dazu auch Schollmeyer: *Haufen*.
- 17 Es sei an dieser Stelle an die Zusammenarbeit zwischen Hampe und dem in Mainz-Kastel wohnhaften Keramiker Adam Winter erinnert, die sich intensiv um die Rekonstruktion der antiken Töpfertechniken v. a. des Brennvorgangs und der dabei stattfindenden chemischen Prozesse bemühten. Vgl. dazu bspw. Hampe/Winter: *Töpferinnen*.
- 18 Hampe: *Institut für Klassische Archäologie*, S. 59f.
- 19 Ferner bemüht man sich in Form von Sonderausstellungen und Publikationen (analog und digital) intensiv um eine stärkere Öffentlichkeitswirksamkeit. Vgl. bspw. Junker (Hrsg.): *Mythos u. Schollmeyer: Schutz*. Eine Übersicht zu allen Aktivitäten und Perspektiven findet sich bei dems.: *Sammlungen*, S. 424–427. Seit 2018 wird jedes Jahr zur Winckelmann-Feier ein Objekt bzw. eine Objektgruppe aus der Originalsammlung in der Reihe *Mainzer Winckelmann-Blätter* publiziert, die als PDF auf der Homepage der Klassischen Archäologie zum Download bereitstehen, URL: <https://www.klassische-archaeologie.uni-mainz.de/mainzer-winckelmann-blaetter/> (abgerufen am 3.2.2020).
- 20 Vgl. dazu die Informationen zu Horst Falke in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 5.2.2020).
- 21 Lorenz: *Nachruf Falke*, S. 28.
- 22 Falke u. a.: *Geschichte*, S. 81.
- 23 Lorenz: *Nachruf Falke*, S. 28.
- 24 Vgl. dazu die Informationen zu Ernst Baier in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 5.2.2020).
- 25 Grimm/Hofmeister: *Mineralogische Sammlung*, S. 8f.
- 26 Zu Tobien und seinen Aktivitäten siehe den umfangreichen Aktenbestand im UA Mainz, Best. 64/2113 u. NL 41.
- 27 Grimm: *Paläontologische Sammlung*, S. 99.
- 28 Rothausen: *Heinz Tobien*, S. 3.
- 29 Grimm: *Paläontologische Sammlung*, S. 99.
- 30 Vgl. dazu v. a. die Ausführungen von Brandtner: *Zentral unterstützen*.
- 31 Eine Kurzinformation zur Schule des Sehens bietet Schollmeyer: *Sammlungen*, S. 426 mit Anm. 33. Siehe dazu auch die Informationen auf der Homepage der Schule des Sehens, URL: www.schuledessehens.uni-mainz.de (abgerufen am 5.2.2020). Eine Publikation zur Schule des Sehens ist derzeit in Druckvorbereitung für die von Eckhard Kluth herausgegebene Dokumentation der 2019 in Münster abgehaltenen Sammlungstagung *Transferzonen – Universität | Sammlung | Öffentlichkeit*.

Frauen an der JGU 1946–2021

Eine Erfolgsgeschichte?

Sabine Lauderbach

Das Thema Frauen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zwischen 1946 und 2021 auf wenigen Seiten einschlägig zu behandeln, ist ein schwieriges Unterfangen. Zu komplex ist das Forschungsfeld, zu vielfältig die Protagonistinnen und zu defizitär die Quellenlage. Der vorliegende Beitrag kann daher nur einen Blick auf verschiedene Schlaglichter der Geschichte, darunter die Situation der Studentinnen in der Zeit nach der Neugründung 1946, die ersten Professorinnen sowie die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik, werfen und möchte zugleich Anregungen für weitere Forschungen liefern.

Studentinnen

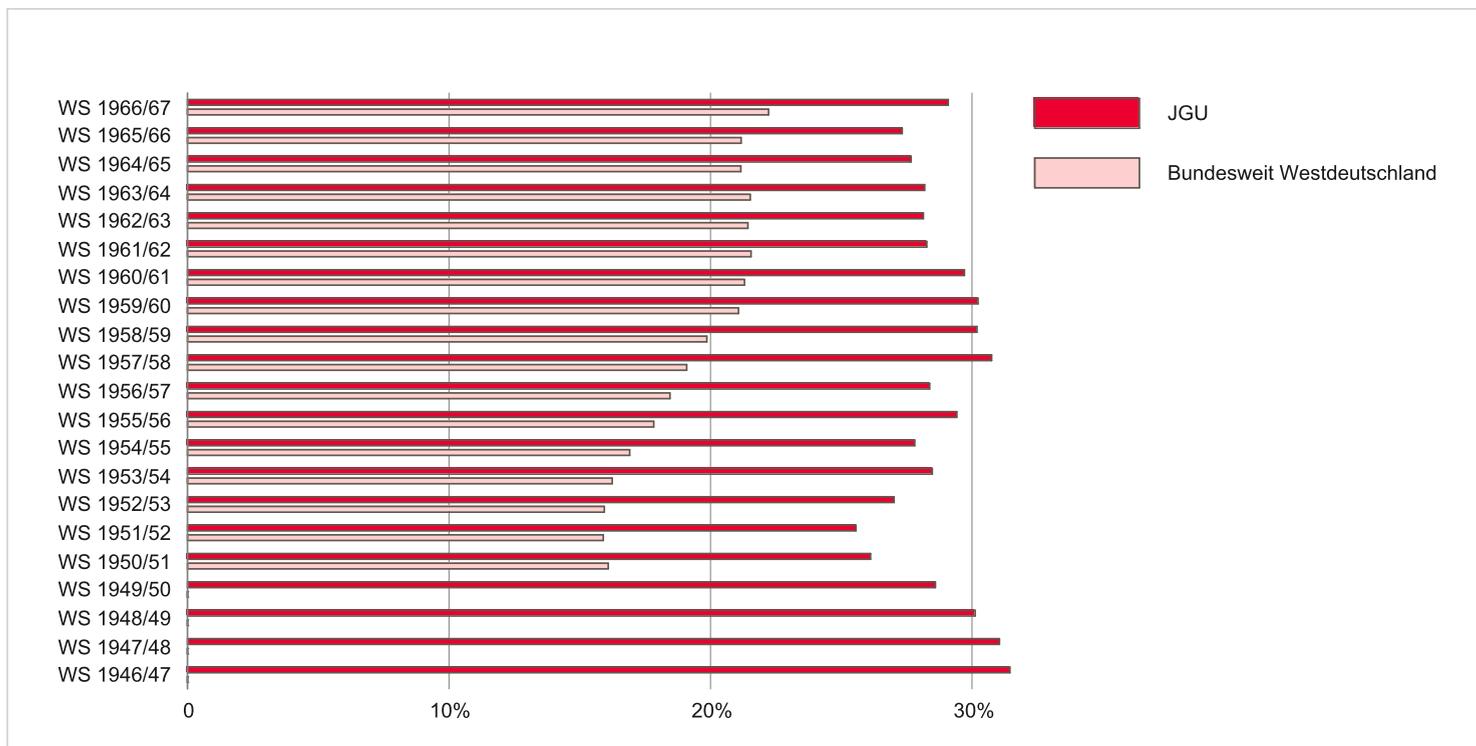
Im Mai 1946 gegründet, stellte sich für die JGU nicht die Frage nach der grundsätzlichen rechtlichen Zulassung von Frauen zum Studium, die an anderen Universitäten seit Beginn des Jahrhunderts in langwierigen Auseinandersetzungen diskutiert und auf der ersten Hochschulkonferenz 1945 nochmals aufgegriffen worden war.¹ Dennoch stand das Frauenstudium auch in Mainz generell unter Legitimationsdruck, und restaurative Sichtweisen, die Universität sei eine Männerdomäne, waren allgegenwärtig.² Im Juni 1948 waren beispielsweise Studentinnen, die das Abitur an einem Mädchengymnasium (Oberschule für Mädchen) abgelegt hatten, an der Philosophischen Fakultät noch angehalten, ihre Befähigung für die dortigen Studiengänge durch das zusätzliche Bestehen des Kleinen Latinums nachzuweisen. Auf Bitte der Universitätsleitung erging vom Ministerium für Unterricht und Kultus ein entsprechendes Schreiben, in dem es hieß, es seien »damals [...] Studentinnen mit diesem Abitur zur Universität gekommen. Ich stimme Ihnen zu, dass man sie jetzt, nach mehreren Semestern, nicht mehr von der Universität verweisen kann, und schlage darum vor, ihnen das kleine Latinum aufzuerlegen. In Zukunft ist eine Immatrikulation mit dem Abitur der Frauenoberschule nicht mehr möglich.«³ Zudem gab es weitreichende Einschränkungen bei der Zulassung, unter anderem die Regel an der Philosophischen Fakultät, Bewerberinnen und Bewerber der Jahrgänge 1926 bis 1928 unabhängig von ihrem Zeugnis grundsätzlich nicht zum Studium zuzulassen. Um die wenigen vorhandenen Studienplätze geordnet vergeben zu können, hielt sich Dekan Leo Just strikt an diese Festlegung, die aber – bezogen auf die Gesamtuniversität – wiederum im Besonderen die weiblichen Anwärterinnen traf, da sie sich für die angebotenen Studiengänge der Fakultät, wie auch heute noch, in hohem Maß interessierten.⁴

Während die Umstände des Zweiten Weltkriegs das Studium von Frauen begünstigt hatten, stellte sich die Situation nach 1945 ganz anders dar.⁵ Durch die stark eingeschränkten Lehrkapazitäten und unzureichenden räumlichen Möglichkeiten standen die Universitäten – so auch die JGU – vor der Herausforderung, die große Nachfrage von Studierwilligen, darunter die Kriegsheimkehrer, zu befriedigen. Da nur ein Teil der zahlreichen Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen werden konnte, mussten auch in Mainz ab dem Frühjahr 1946 Kriterien für die Zulassung zum Studium definiert und diese fortlaufend angepasst werden.⁶ Wie im Beitrag von Corine Defrance gezeigt wurde, sollten unter anderem die politisch belasteten Studierwil-

ligen ausgeschlossen werden.⁷ Demnach wurde offiziell Frauen, die Mitglied der NSDAP, der NS-Frauenschaft oder Scharführerin im Bund deutscher Mädel beziehungsweise im Jungmädelbund gewesen waren, der Zugang zur Universität verwehrt.⁸ Eine unmittelbare Benachteiligung gegenüber den männlichen Kommilitonen erfuhren die angehenden Studentinnen durch eine kurzzeitig gültige »Frauenquote«: Im Januar 1947 sandte Constantin von Dietze, Rektor der Universität Freiburg im Breisgau – ebenfalls eine Hochschule in der französischen Besatzungszone – einen Senatsbeschluss zur Kenntnisnahme nach Mainz. Darin hatte der Freiburger Senat für das Sommersemester 1947 festgelegt: »Zur Immatrikulation sollen weibliche Studierende nur bis zu 25 % der Gesamtzahl neu zugelassen werden. Da in mehreren Fächern erfahrungsgemäß weit weniger als 25 % weibliche Bewerber sich melden, kann in anderen Fächern (z. B. in der Philosophischen Fakultät) die Grenze von 25 % überschritten werden.«⁹ In Mainz griff man diesen Beschluss auf.¹⁰ Zum Sommersemester 1947 sollte die Zahl der Studentinnen nun maximal 30 Prozent betragen.¹¹ In einem Schreiben dazu hieß es: »Es ist darauf zu achten, dass bei den Neuzulassungen dieser Grundsatz entsprechende Beachtung findet. Da insbesondere in der mediz. Fakultät der Prozentsatz der weiblichen Studierenden erheblich zu hoch liegt – Vorkliniker 45 %, Kliniker 50 % – können vorläufig weibliche Studierende nur ausnahmsweise zugelassen werden.«¹² Solche Benachteiligungen von Studentinnen gab es häufiger. Ein weiteres Beispiel dafür ist etwa ein Brief des Mainzer Prorektors an den Rektor der Universität Marburg im September 1946, in dem er berichtete, dass man sich in all denjenigen Fällen über die eigenen Richtlinien hinweggesetzt habe, »in denen ein Bewerber ein hervorragendes Abitur aufzuweisen hatte, insbesondere dann, wenn es sich um männliche Vollhumanisten handelte«.¹³

Im ersten Semester hatten sich an der neu gegründeten Johannes Gutenberg-Universität Mainz 553 Frauen eingeschrieben (gesamt: 2.088 Studierende ohne Gasthörernde), ein Anteil von rund 26 Prozent.¹⁴ Von den über 500 Frauen hatten bereits 40 vor beziehungsweise während des Kriegs studiert, darunter allein 16 von ihnen in Frankfurt am Main und jeweils vier in Bonn und in Hamburg.¹⁵ Besonders beliebt waren an der JGU – wie heute noch – die Fächer der Philosophischen Fakultät, hier lag der Frauenanteil bei fast 45 Prozent. In den Naturwissenschaften waren 33 Prozent der Studierenden weiblich, in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hingegen nur rund acht Prozent. Insgesamt war auch der prozentuale Gasthörerinnen-Anteil wesentlich höher als der Studentinnen-Anteil. Er lag bei knapp 50 Prozent (80 männliche und 75 weibliche Hörer_innen).¹⁶ Die Zahl der Studentinnen erhöhte sich zum Wintersemester 1946/47 – vor allem aufgrund der Einrichtung der Medizinischen Fakultät – um fünf Prozent: Von den damals 4.334 Studierenden waren 1.363 weiblich (31,5 %). In einem Schreiben des Prorektors an das Landesarbeitsamt Pfalz hieß es im Dezember 1946 jedoch: »Ich bitte weiter dringend vom Medizinstudium abzuraten, namentlich der weiblichen Medizinbewerberinnen können wir uns kaum erwehren.«¹⁷ Im Wintersemester 1947/48 wurde die Frauenquote des Zulassungsausschusses nur minimal überschritten, ab dem Sommersemester 1948 wurde sie allgemein hinfällig. Die Währungs- und die dadurch entstehenden finanziellen Schwierigkeiten wirkten sich in Mainz zwar geringfügiger auf die Studierendenzahlen aus als an anderen Universitäten, drückten die Neu-Einschreibung von Studentinnen aber auf unter 30 Prozent.¹⁸ Dennoch war der Frauenanteil in Mainz gegenüber dem Bundesdurchschnitt insgesamt ausgesprochen hoch, wie die nachfolgende Grafik belegt. Sie zeigt den prozentualen Frauenanteil unter den Studierenden an der JGU im Vergleich mit den Hochschulen der Bundesrepublik. Während der Anteil in Mainz in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Gründung der Universität immer über 25 Prozent, beziehungsweise sogar über 30 Prozent lag, stagnierte der bundesweite Durchschnitt bei etwa 20 Prozent.

Mainz war für Studentinnen als Studienort von Beginn an attraktiv. Die Ursachen dafür sind vielfältig. In einem Beitrag zum Frauenstudium an der Universität Bonn, für die sich eine ähnliche Entwicklung nachweisen



*Prozentualer Frauenanteil unter den Studierenden an der JGU (ohne ausländische Studierende, mit Germersheim) im Vergleich mit den Hochschulen der Bundesrepublik (ohne Pädagogische Hochschulen). Quelle: Eigene Ausarbeitung der Verfasserin nach Daten bei Albert/Oehler: *Materialien*, S. 99.*

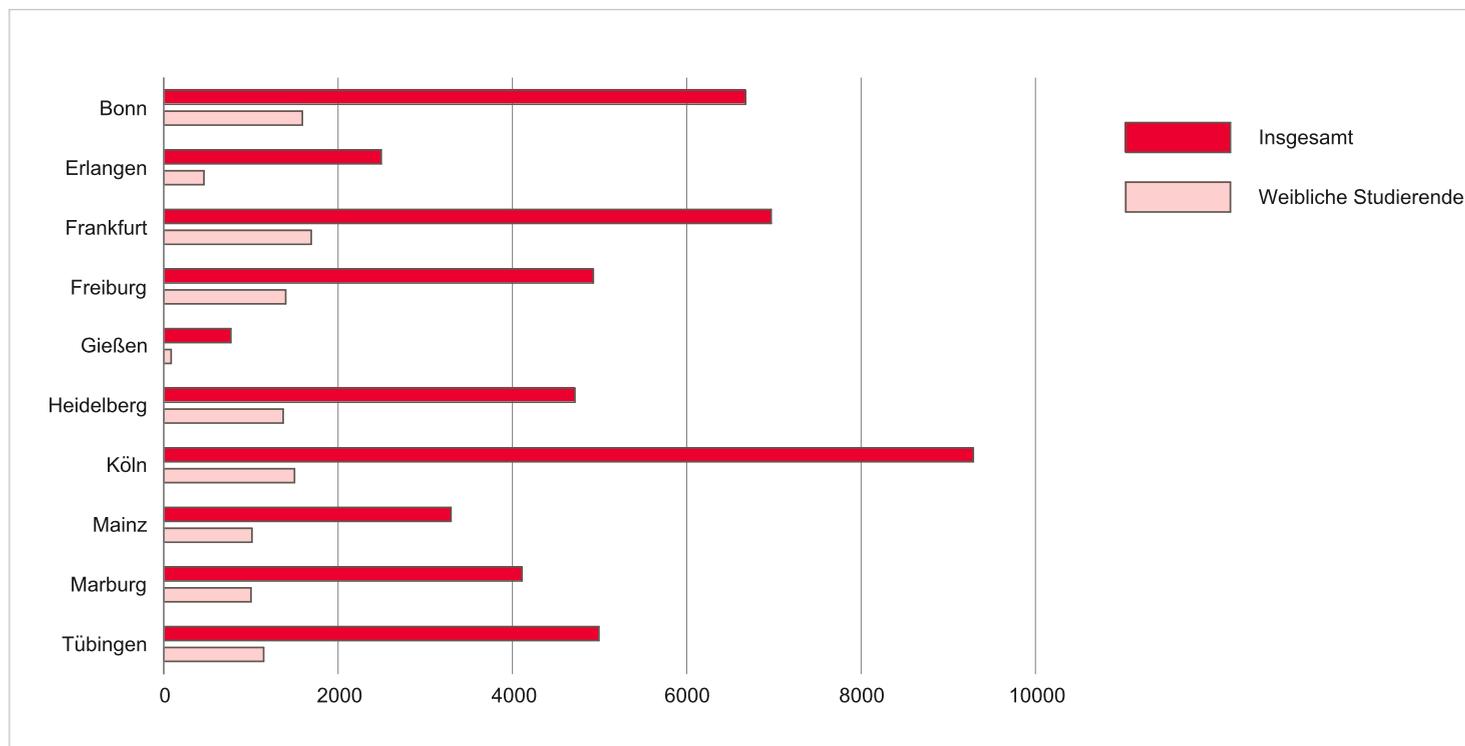
lässt, führt Christian George die hohen Zahlen von 1946 und 1947 auf das Bemühen um einen Neuanfang in den westlichen Besatzungszonen und auf ein verändertes Rollenverhalten der Studentinnen zurück, die ihre Interessen in der ersten Nachkriegszeit »öffentlich artikulierten und ihre Ansprüche selbstbewusst vertraten«. ¹⁹ Ausschlaggebend war in erster Linie aber wohl das Fächerangebot, das sowohl eine breite Auswahl an Studienmöglichkeiten in der Philosophischen Fakultät, als auch den mit sechs Semestern vergleichsweise kurz angelegten und besonders bei Frauen beliebten Studiengang Pharmazie bot. Das anfängliche Fächerspektrum mit einem Fokus auf den Kulturwissenschaften sowie ab Winter 1946/47 auch der Medizin und insbesondere den Studienmöglichkeiten am Auslands- und Dolmetscherinstitut in Germersheim ab November 1949²⁰ liefert also eine auf geschlechtsspezifischen Studienentscheidungen basierende Erklärung. Dieser Ansatz wird dadurch gestützt, dass das am stärksten vertretene Berufsziel weiblicher Studierender in Mainz jenes der Lehrerin an höheren Schulen und der praktischen Ärztin war.²¹

Daneben musste die JGU keine Kapazitäten für ehemalige Studenten zur Verfügung stellen, die die Universität aufgrund des Kriegsdienstes hatten verlassen müssen und nach Kriegsende ihren Anspruch auf einen Studienplatz geltend machten. Es hatte sie vor 1946 schlichtweg noch nicht gegeben.²² Ein weiterer Grund für die vergleichsweise hohe Zahl an Studentinnen war zudem die Tatsache, dass die nahe gelegenen Universitäten, darunter beispielsweise die Wirtschaftshochschule Mannheim, die Universität Frankfurt am Main sowie die Technischen Hochschulen Darmstadt, Aachen und Karlsruhe nicht nur ein Fächerspektrum boten, das besonders bei männlichen Studierenden bevorzugt war. Ein statistischer Jahresbericht aus den Jahren 1954 und 1955 zeigt auch deutlich, dass Männer mobiler waren und Rheinland-Pfalz zum Studium eher verließen als Frauen – die beliebten »weiblichen« Studiengänge beziehungsweise »weichen Fächer« gab es schließlich in Mainz, während die technischen Fächer und die bereits länger bestehenden Hochschulen eher bei den männlichen Bewerbern punktetten. Letztere waren zudem oft schon Alma Mater der Väter von Studenten gewesen und standen damit in einer besonderen Tradition.²³ Zusätzlich dazu zog Germersheim mit



*Wohn- und Lernsituation
von Mainzer Studentinnen
in den 1940er-Jahren.
Fotos: Hanns Tschira u.
Philipp Münch, Quelle:
UA Mainz, S3/196 u.
S3/10631.*

Studentinnen prägten das Bild der Mainzer Universität seit der Neugründung 1946. In einer damals entstandenen Fotostrecke über die Studierenden der Universität wurde daher auch die Lebenswelt der Studentinnen festgehalten. Die Bilder zeigen beispielsweise, dass sich vier von ihnen ein Wohnzimmer teilen mussten. Zum Sommersemester 1946 erhielten aber nur 66 Studentinnen – trotz großen Interesses – einen der insgesamt 368 Wohnheimplätze. Diese Quote ließ die prozentuale Verteilung von männlichen und weiblichen Studierenden an der JGU außer Acht und benachteiligte Frauen.



Anteil der weiblichen Studierenden an ausgewählten westdeutschen Hochschulen im WiSe 1955/56, ohne ausländische und beurlaubte Studierende.

Quelle: Eigene Ausarbeitung der Verfasserin nach Angaben des Statistischen Bundesamts.²⁵

den sprachlichen Studiengängen und der viersemestrigen akademischen Fachausbildung zahlreiche weibliche Studierende aus anderen Regionen und Bundesländern an.²⁴

Die JGU war also weiblicher als andere Universitäten im Bundesgebiet und statt einer zunächst sinkenden bis stagnierenden Frauenquote wie beispielsweise in Bonn, gab es unter den Studierenden von Anfang an einen steten Frauenzuwachs.²⁶ Diese bereits früh einsetzende »Feminisierung der Studierendenschaft«²⁷ ist bis heute ein Charakteristikum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, denn wie die Tabelle im Anhang dieses Bandes zeigt, ist der Anteil von Frauen unter den Studierenden seit 1946 – mit wenigen Ausnahmejahren – kontinuierlich gestiegen: In den 1960er-Jahren waren 30, Ende der 1970er-Jahre knapp 40 Prozent weiblich, Mitte der 1980er-Jahre betrug der Anteil bereits 50 und im Wintersemester 2017/18 59 Prozent.²⁸ Ist die Mainzer Universität damit sozusagen ein Hort für Frauen? Ein Blick in andere Bereiche der Institution gibt Aufschluss.

Frauen in Forschung und Lehre

Studierende Frauen gehören also von Anfang an zum Bild der JGU – lehrende Frauen dagegen zunächst nicht. Während der Anteil der Studentinnen an der Gesamtstudierendenzahl bei der Neugründung der Universität vergleichsweise hoch war, suchte man 1946 vergeblich nach Professorinnen. Kein einziges der 99 Ordinariate, keine der außerplanmäßigen oder außerordentlichen Professuren oder Honorarprofessuren, die zwischen dem Sommersemester 1946 und dem Wintersemester 1947/48 besetzt worden waren, wurde von einer Frau bekleidet.²⁹ Die Universität war im Bereich der Professuren eine ausschließlich männliche Institution, und erst im Dezember 1948 wurde mit Edith Heischkel-Artelt eine außerplanmäßige Professorin berufen.³⁰

Ihr folgte wenige Monate später Ilse Schwidetzky-Rösing, die als Anthropologin angesehen war, heute aber aufgrund ihrer rassekundlichen Forschungen in der NS-Zeit als umstritten gilt. 1952 wurde die Slavistin Margarete Woltner zur außerordentlichen Professorin berufen – auf ein persönliches Ordinariat mussten die

Die erste Mainzer Professorin

Am 10. Dezember 1946 erhielt Edith Heischkel-Artelt einen Lehrauftrag für die Geschichte der Medizin mit vier Wochenstunden an der neu eingerichteten Medizinischen Fakultät.³¹ Die Medizinhistorikerin, die sowohl einen Dokortitel der Medizin als auch der Philologie besaß, baute gemeinsam mit ihrem Mentor Paul Diepgen das Medizinhistorische Institut der JGU auf und prägte dieses in den kommenden Jahrzehnten als außerplanmäßige Professorin (1948), Institutsdirektorin (seit 1957) und ordentliche Professorin (seit 1962) bis zu ihrer Emeritierung 1974.³² Als erste außerplanmäßige Professorin der Universität und einflussreiche deutsche Medizinhistorikerin schien sie die passende Namensgeberin für das Mentoring-Programm der Universitätsmedizin zu sein, das 2007 auf Initiative eines Zusammenschlusses von Wissenschaftlerinnen aus der Medizin und der Frauenbeauftragten des Senats angestoßen und 2008 umgesetzt wurde.

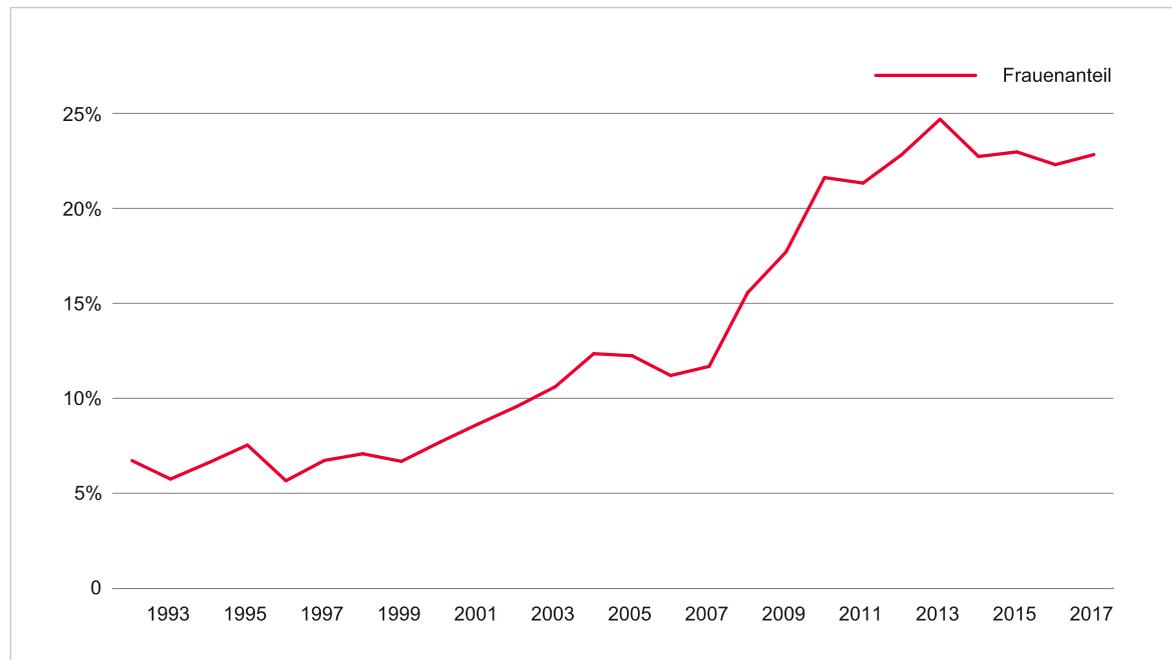
Eine Untersuchung aus dem Jahr 2016 ergab jedoch, dass sich Heischkel-Artelt, ebenso wie ihr Mentor Diepgen, mit der nationalsozialistischen Ideologie solidarisiert hatte und Mitglied in der NSDAP, im NSV und im NS-Dozentenbund gewesen war. Des Weiteren hatte sie sich als HJ-Ärztin und Mädlering-Führerin beim BDM engagiert und für ihre Dienste das *Ehrenzeichen für die deutsche Volkspflege* erhalten. Diese nationalsozialistische Vergangenheit rückte in Mainz – wie bei anderen Lehrenden auch – immer mehr in den Hintergrund und wurde erst wieder thematisiert, als Heischkel-Artelt zu Beginn der 1960er-Jahre öffentlich in die Kritik geriet. Gemeinsam mit einigen anderen Kollegen hatte sie sich darum bemüht, den Co-Autoren von *Das Antlitz des germanischen Arztes* und SS-Offizier, den Radiologen Alexander Berg, möglichst ohne Aufsehen umzuhabilitieren. In den darauf folgenden Diskussionen über die nationalsozialistische Historie Bergs bezeugte sie dessen angeblich unbelastete Vergangenheit und nahm eine prominente Fürsprecherrolle für ihn ein, obwohl davon auszugehen ist, dass sie über dessen Aktivitäten in der Zeit des Nationalsozialismus informiert gewesen ist.³³ 2018 wurde das Edith Heischkel-Mentoring-Programm (EHMP) daher in MeMentUM (Medizin Mentoring Universitätsmedizin Mainz) umbenannt.³⁴



Undatiertes Porträt
von Edith Heischkel-
Artelt. Quelle: UA Mainz,
S3/7335.

Mainzerinnen allerdings noch bis 1961 warten.³⁵ Die Auswertung der Berufungen an der JGU aus den Jahren von 1946 bis zur Fachbereichsreform 1973 zeigt die Unterrepräsentation der Wissenschaftlerinnen: Unter den insgesamt 708 Berufenen³⁶ waren nur acht Frauen. Jeweils drei dieser Berufungen ergingen von der Philosophischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät – ein auch für ganz Westdeutschland zutreffender Befund.³⁷ Für den niedrigen Frauenanteil waren mehrere Faktoren verantwortlich, darunter die überwiegend männliche Besetzung der Assistentenstellen, der fast grundsätzliche Ausschluss von bestimmten Lehrbereichen (bundesweit ebenso wie in Mainz beispielsweise in der Theologie und den Rechtswissenschaften), die mangelnde Versorgungssituation sowie das höhere Alter bei der Habilitation und somit der spätere Beginn der Hochschullehrerlaufbahn. Eine generell vorherrschende Benachteiligung in der Berufungs- und Ernennungspraxis war außerdem ein Grund für den geringen Professorinnenanteil.³⁸ Die Frauen, die in Mainz eine Professur erlangten, verfügten über einflussreiche Netzwerke und in fast allen Fällen über männliche Mentoren, die bereits einen Lehrstuhl an der JGU bekleideten, so etwa Schwidetzky-Rösing, die seit vielen Jahren mit Egon von Eickstedt zusammenarbeitete, oder Heischkel-Artelt, die akademische Schülerin von Diepgen gewesen war, oder aber die Biologin Emmi Dorn, die von Wolfgang Freiherr von Buddenbrock-Hettersdorf

Prozentualer Anteil der weiblichen Professorinnen an den Professuren der JGU zwischen 1992 und 2017. Quelle: Eigene Ausarbeitung der Verfasserin nach Angaben des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz.



gefördert wurde. Dorn ist besonders bemerkenswert, da ihr trotz schwieriger Auseinandersetzungen mit Buddenbrocks Nachfolger Hans Mislin die Karriere bis hin zur Abteilungsleiterin an der JGU gelang.³⁹ Die anderen vier Professorinnen hatten sich allesamt in Mainz habilitiert. Netzwerke bildeten sich demnach auch an der Universität selbst aus, oder anders: Die Hausberufung schien das geeignete Mittel für Frauen zu sein, um in die Gunst eines Professorinnen-Titels zu kommen⁴⁰ – ein Sachverhalt, der auch für andere westdeutsche Universitäten gilt.⁴¹

Bis in die 1970er-Jahre hinein stagnierte trotz Frauenbewegung und dem sich ändernden gesellschaftlichen Rollenbild der Frauenanteil an den Mainzer Professuren. In den ersten knapp 30 Jahren wurden insgesamt nur 13 Frauen berufen, davon allein fünf nach der großen Fachbereichsreform 1973. Diese hatte eine Umwandlung von akademischen Ratsstellen in Professuren zur Folge, was die Berufungsquote allgemein ansteigen ließ. Die Reform bedingte aber kein grundsätzliches Umdenken in der Berufungspraxis. Vielmehr konnte man erst zu Beginn der 1980er-Jahre von einem so genannten »take off« sprechen. Seitdem gibt es generelle statistische Erhebungen über die Entwicklung des Professorinnenanteils an den deutschen Universitäten, da die Unterrepräsentanz von Frauen auf akademischen Positionen erst ab diesem Zeitpunkt öffentlich wahrgenommen und eine Veränderung der Situation gefordert wurde.⁴² Seit der Jahrtausendwende wird ein signifikanter Wandel auch in Mainz sichtbar. Seither schaffen immer mehr Frauen den Sprung auf Professuren, wie die Grafik oben zeigt.

Während die zahlenmäßige Diskrepanz zwischen Frauen und Männern auf den Professuren bis heute noch deutlich erkennbar ist, lag der Frauenanteil unter den wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen 2017 universitätsweit bei 47 Prozent.⁴³ Dieser Anteil hat sich ebenfalls in den letzten 20 Jahren stetig erhöht.⁴⁴

Wissenschaftliche Assistentinnen und Dozentinnen lehrten seit der Neugründung der Universität im Sommersemester 1946 in den verschiedenen Fächern – es waren zunächst jedoch wenige. Das Vorlesungsverzeichnis vom Wintersemester 1946/47 führt unter den insgesamt 132 Mitgliedern des Lehrkörpers nur drei Frauen auf: Erna Stübel (Lektorin für französische Sprache an der Philosophischen Fakultät), Elisabeth Rosenbaum (Assistentin am Kunstgeschichtlichen Institut) und Schwidetzky-Rösing (Dozentin für Anthropologie).

Die Mainzer Universität war in der ersten Dekade ihres Bestehens also im gesamten wissenschaftlichen Bereich eine Männerdomäne. In den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und den beiden Theologien gab es bis 1955 keine wissenschaftliche Assistentin oder Dozentin – hier blieben die Männer ganz unter sich.⁴⁵ Daneben hatten die wenigen Frauen im Lehrbetrieb auch mit Benachteiligungen zu kämpfen. Ein Beispiel dafür liefern die Verhandlungen um die Eingruppierung von Barbara Müller, die 1946 als Tanz- und Gymnastiklehrerin für das erste Hochschulsportangebot in Mainz verantwortlich zeichnete.⁴⁶ Trotz entsprechender Qualifikation und Ausbildung wurde sie in mehreren Beförderungsrunden des Landes übergangen und eine Höhergruppierung zunächst abgelehnt, die ihren männlichen Kollegen zugestanden worden war. Berno Wischmann, damaliger Leiter des Instituts für Leibesübungen, setzte sich nachdrücklich für Müller ein: »Die gleiche gerechte Einstufung müßte für die Abteilungsleiterin Frau Müller, Barbara, erfolgen, die die gesamte Ausbildung der weiblichen Studenten leitet und als einzige weibliche Lehrkraft des Faches Leibesübungen zum Mitglied des Prüfungsausschusses vom Wissenschaftlichen Prüfungsamt ernannt worden ist.«⁴⁷ Doch auch er konnte durch seine Interventionen keine angemessene Einstufung erreichen.⁴⁸

Diese grundsätzliche Einstellung änderte sich ab den 1960er-Jahren in erheblichem Maße, als bundesweit die ersten Schritte in die Wege geleitet wurden, die strukturellen, gesellschaftlichen und auch rechtlichen Benachteiligungen von Frauen aufzulösen. Vor allem in den großen Universitätsstädten, darunter auch in Mainz, entstanden in den 1960er- und 1970er-Jahren die ersten Frauengruppen. Zudem war die Stadt bis in die 1980er-Jahre hinein Schauplatz zahlreicher lokaler und bundesweiter Frauendemonstrationen. So hatten etwa die autonome Frauenbewegung und mehrere Frauenorganisationen am 10. November 1979 in der Stadt zu einer bundesweiten Kundgebung aufgerufen, die im »katholischen Mainz« von einer Gegenkundgebung kirchlicher Gruppen begleitet wurde.⁴⁹

Die Themen, die die moderne Frauenbewegung besonders beschäftigten, waren auch die Themen, die innerhalb der JGU diskutiert wurden. Neben der großen Debatte um den Paragraphen 218, um die allgemeine Diskriminierung und um den Wunsch nach einer Auflösung der hierarchischen Geschlechterordnung waren es vor allem die Antibabypille, die Wohnsituation auf dem Campus und die Kindererziehung als gemeinschaftliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe,⁵⁰ die als Diskussionspunkte an der Universität auftraten. Anders als beispielsweise in Darmstadt, wo in der Zeitschrift der Hochschule Frauen und ihre Belange »quasi nicht vorkommen« und die »Bestrebungen und Forderungen der Frauenbewegung nur am Rande ihren Niederschlag«⁵¹ fanden, war es vor allem die Mainzer Studentenzeitung *nobis*, die Ende der 1960er-Jahre mit ihrer Redakteurin Simona Oppenheim frauenrelevante Themen aufgriff, provozierte und vor allem polarisierte.⁵² Die Rolle der Frau an der Universität und in der Gesellschaft wurde nun immer häufiger – mal satirisch, mal ernst – aufgegriffen und dabei unter anderem offen über den Einsatz der Pille diskutiert.⁵³ Im Dezember 1968 erschien gar eine Ausgabe, die sich fast ausschließlich dem Thema Emanzipation und Gleichstellung widmete.⁵⁴ Unterstützung kam aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). 1967 erstellte das Sozialreferat eine vertrauliche Liste derjenigen Ärzte in Mainz und Umgebung (fünf an der Zahl), die sich bereit erklärt hatten, unverheirateten Studentinnen die Antibabypille zu verschreiben. Diesem Schreiben war eine Umfrage des AStA zu »Intimfragen« unter den Studierenden im Jahr 1966 vorangegangen. Zudem wurde der Gebrauch von Verhütungsmitteln in verschiedenen universitären Veranstaltungen diskutiert und auf weitere Beratungsangebote in diesem Zusammenhang hingewiesen.⁵⁵ Schließlich gründete sich im Wintersemester 1976/77 im AStA eine Frauen-AG. In einem Beitrag in der Mainzer Hochschulzeitschrift *Jogu* hieß es dazu: »Wer glaubt, das Thema Unterdrückung der Frau wäre an der Uni überflüssig, da es Fortschritt genug

Die Frauenbewegung in den 1960er- und 70er-Jahren

sei, daß Frauen studieren, liegt völlig falsch.«⁵⁶ Allerdings war der Mainzer AstA generell nicht Wortführer der Debatte. Im Gegensatz zu anderen Universitäten im Umfeld, beispielsweise in Bonn, wurde die Frauenfrage im Allgemeinen Studierendenausschuss sogar vergleichsweise selten diskutiert, wie die Beschlussprotokolle der Sitzungen in den Jahren 1966 bis 1972 zeigen.⁵⁷ Auch über frühe Gesprächskreise oder organisierte Treffen von Frauen ließ sich in den Akten des Universitätsarchivs Mainz nichts Näheres finden.

Unabhängig davon wurden die weiblichen Studierenden in den 1970er-Jahren immer zahlreicher.⁵⁸ Innerhalb von zehn Jahren (1968–1978) stieg der Anteil der Studentinnen von rund 30 auf 40 Prozent, weitere zehn Jahre später war die Hälfte aller Studierenden weiblich. Ein Blick auf die generelle Struktur der JGU im Jahr 1984 liefert diese Tabelle.

Anteil von Frauen in verschiedenen Karriere-stufen an der JGU im Beispieljahr 1984. Quelle: Eigene Ausarbeitung der Verfasserin.⁵⁹

	Gesamt	weiblich	Prozentualer Anteil
Studienanfänger_innen	3594	1873	52,11
Studierende	24914	11624	46,65
Absolvent_innen	1704	842	49,41
Promovierende	729	204	27,98
Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen	372	94	25,26
Professor_innen (C2 u. C3)	213	10	4,69
Professor_innen (C4)	177	3	1,69

Da die JGU über eine besonders hohe Studentinnenquote verfügte und noch immer verfügt, werden der klassische Trichter-Effekt und die so genannte »Gläserne Decke« der wissenschaftlichen Hochschulkarriere umso deutlicher: Von einer zur nächsten akademischen Qualifikationsstufe nahm und nimmt der Frauenanteil jeweils signifikant ab. »Die Startbedingungen sind gut«,⁶⁰ schrieb die ehemalige Vizepräsidentin der Universität, Dagmar Eißner, in einem Beitrag aus dem Jahr 1990, doch Aufstiegsbarrieren unterschiedlichster Art waren und sind noch immer ein zentrales Thema. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Universitätsleitung.

Hochschulleitung und Ehrentitel

Erst in den 1990er-Jahren erhielten Frauen Positionen auf den höheren Führungsebenen der JGU. 1993 wurden die ersten Dekaninnen ernannt: Renate von Bardeleben (damals Fachbereich 23: Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaften) und Elfriede Knoche-Wendel (damals Fachbereich 24: Bildende Kunst). Von Bardeleben wurde wenige Jahre später (von 1995 bis 1998) zur Vizepräsidentin gewählt, eine Stellung, die bisher nur zwei weitere Frauen, die bereits erwähnte Dagmar Eißner (von 1990 bis 1995) und Mechthild Dreyer (von 2011 bis 2017), an der JGU innehatten. Eine Präsidentin stellte die JGU bislang (noch?) nicht.

Insgesamt waren damit nur drei von 49 Personen im Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Präsidenten weiblich. Unter den Kanzlern sieht es ähnlich aus. Diese Stelle bekleidete bisher nur eine Frau, nämlich Waltraud Kreutz-Gers, die seit 2013 im Amt ist. Ihr gegenüber stehen vier männliche Amtsinhaber seit 1946, wobei die Kanzlerschaft allgemein vergleichsweise lange währt (bis zum Jahr 2020 durchschnittlich rund 15 Jahre). Aus den genannten Zahlen ergibt sich in der obersten Führungsriege der JGU über die letzten 74 Jahre (bis 2020) ein Frauenanteil von rund sieben Prozent. Für die Hochschulleitung heißt das: Die JGU liegt mit einem Anteil von 20 Prozent weiblicher Führungskräfte in der Leitung der Universität im bundesdeutschen Vergleich etwas unter dem Durchschnitt, denn der Frauenanteil in Hochschulleitungen betrug im Jahr 2015 insgesamt 25,7 Prozent.⁶¹

Blickt man zusätzlich auf die Ehrentitel der JGU, zeigt sich die Unterrepräsentation der Frauen noch deutlicher.⁶² 1984 erteilte die Mainzer Universität zum ersten Mal eine Ehrenpromotion an eine Wissen-



Undatiertes Porträt der ersten Mainzer Vizepräsidentin, Dagmar Eißner. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/6850.



Dieses Cover der Jogu aus dem Jahr 1973 trägt den Titel Die neuen Fachbereichsdekane: Gruppenbild ohne Dame. Quelle: Jogu, Nr. 3 (1973), Jahrgang 22, Titelseite.

schaftlerin, Maria-Judith Krahe, die sich auf dem Gebiet der Katholischen Theologie einen Namen gemacht hatte. Dabei zeigt die Tabelle im Anhang dieses Bandes, dass gerade der theologische häufiger als andere Fachbereiche eine Ehrenpromotion verlieh. Insgesamt erhielten weitere sechs Frauen die Ehrung (Gertie Marx, Dame Sheila Sherlock, Christa Reich, Ruth Duncan, Siri Hustvedt und 2019 Elsa Tamez) – im Gegensatz zu 195 Männern. Ein Anteil von 3,0 Prozent wirft an dieser Stelle kein positives Licht auf die Anerkennung der Leistungen vieler Wissenschaftlerinnen durch die JGU, wenngleich bei der Vergabe der Ehrenpromotion vielfältige Motive eine Rolle spielen.⁶³ Unter den 24 Ehrensensator_innen der Universität befinden sich bis heute zwei Frauen (8,3 %), nämlich Klara Gräfin von Matuschka-Greiffenclau und die bereits oben genannte Renate von Bardeleben.⁶⁴ Bei den Ehrenbürger_innen sind es drei weibliche von insgesamt 47 Personen (6,4 %). Neben der Bildhauerin Emy Roeder und der ehemaligen Präsidentin der Université de Bourgogne in Dijon, Jocelyne Pérard, wurde Anna Seghers nach anhaltender öffentlicher Diskussion als Ehrenbürgerin der Universität gewürdigt.⁶⁵

Der Anteil der Mitarbeiterinnen in Administration und Technik lag 2017 universitätsweit (inklusive der Universitätsmedizin) bei 75 Prozent. In den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, der Hochschule für Musik und in den beiden Theologien waren es jeweils sogar mehr als 80 Prozent weibliche Beschäftigte.⁶⁶ Frauen sind damit besonders stark in Verwaltung, Bibliotheken, Sekretariaten und technischen Abteilungen vertreten und prägen all jene Bereiche, die den Alltagsbetrieb an der Mainzer Universität aufrechterhalten. Die JGU befindet sich zudem, wie andere deutsche Universitäten auch, in einem anhaltenden Feminisierungsprozess der Verwaltung, obgleich dieser Bereich schon immer der »weiblichste« war.⁶⁷ Schon bei der Gründung der Universität im Mai 1946 waren mehr als ein Drittel der JGU-Beschäftigten weiblich. So war beispielsweise der Mensabetrieb

Frauen in der Administration



Weibliche Angestellte in der Universitätsbibliothek 1955. Fotos: Bernd Willberg, Quelle: UA Mainz, S3/1199, S3/1203 u. S3/1204.

ohne Frauen gar nicht denkbar, denn allein im ersten Semester waren dort 18 so genannte Schälfrauen beschäftigt, die dafür sorgten, dass im Sommer 1946 rund 37.000 Frühstücke, 58.000 Mittagessen und 41.000 Abendessen serviert werden konnten.⁶⁸ Zudem gab es mehrere »Servierfräulein«, Küchenfrauen und -hilfen.⁶⁹ Neben dem Mensabetrieb war eine zentrale Abteilung der JGU von Anfang an besonders weiblich geprägt: die Universitätsbibliothek. Von insgesamt 19 Beschäftigten waren immerhin neun Frauen, darunter sechs Diplombibliothekarinnen.⁷⁰

Durch die Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg waren Frauen auch speziell in der Hochschulverwaltung keine Seltenheit mehr, und in den 1950er-Jahren wurde das Sekretariat gar »zum emblematischen Beruf von Frauen aus dem Mittelstand, während männliche Mitarbeiter aus diesem Bereich der Hochschulverwaltung nahezu verschwanden.«⁷¹ Es waren und sind noch immer insbesondere die Stellen im nichtwissenschaftlichen Bereich, in denen Frauen den universitären Betrieb prägen und ermöglichen. Dies wird in diversen Artikeln in den Hochschulzeitschriften der Universität deutlich, in denen die Leistungen von Dekanatssekretärinnen,⁷² Chefsekretärinnen im Verwaltungsbereich⁷³ oder auch Mitarbeiterinnen im Prüfungsamt⁷⁴ in hohem Maß gewürdigt werden – wenn auch häufig in Zusammenhang mit Dienstjubiläen oder Verabschiedungen.⁷⁵ Was sich trotz dieser Anerkennung über all die Jahre nicht änderte, sind die vergleichsweise geringe Bezahlung, die hohe Wahrscheinlichkeit der Teilzeitbeschäftigung und die wenigen Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung mit Blick auf eine Höhergruppierung oder gar Karriere im wissenschaftsstützenden Bereich.

Diese Umstände führten seit den 1990er-Jahren zu langwierigen Diskussionen an der Universität, die nicht nur das damals neu gegründete Frauenbüro, sondern vor allem die Frauen selbst umtrieben.⁷⁶ Gemeinsame Aktivitäten und Forderungen waren die Folge: 1992 gründete eine der Aktiven, Doris Dahl, mit einigen weiteren Frauen eine AG Frauenförderung im Schreib- und Verwaltungsdienst. Dieser so genannte »Runde Tisch« sollte den Fokus auf die Erarbeitung einer Tätigkeitsbeschreibung mit Sachbearbeitung legen, um so den Frauen einen offiziellen Weg aus der reinen Schreibarbeit hinaus zu zeigen – das Aufgabenspektrum selbst war schon lange darüber hinaus erweitert worden.⁷⁷ Zusätzlich dazu hatte eine im Jahr 2000 eigens durchgeführte Studie im Rahmen des Neuen Steuerungsmodells (NSM) ergeben, dass Frauen in der Verwaltung vielfach überqualifiziert sind. »Uni-Sekretärinnen widerlegen Klischee«,⁷⁸ hieß es entsprechend dazu in einem in der *Jogu* veröffentlichten Beitrag über die Ergebnisse der Studie, an der rund 230 Frauen aus dem Schreib-, Verwaltungs- und Bibliotheksdienst teilgenommen hatten. Diese Untersuchung sowie die Auswirkungen des NSM auf Frauenarbeitsplätze waren Auslöser für die Organisation eines Symposiums zum Thema *Hochschulreform für und mit Frauen?!* an der JGU, dessen Veranstalterinnen unter anderem die Frauenbeauftragte und die AG Frauenförderung im Schreib- und Verwaltungsdienst waren. Im gleichen Jahr benannte sich die Gruppe in AG Frauenförderung im wissenschaftsstützenden Bereich um und präsentierte auf der Frauenvollversammlung im Dezember 2002 die ersten Empfehlungen an die Hochschulleitung, da-

runter den Wunsch einer Verankerung von Fördermaßnahmen für Frauen im wissenschaftsstützenden Bereich. Einen zweiten Aktivitätsschub erhielt die Gruppe im Jahr 2007. Anlässlich der Einrichtung einer eigenen Homepage hatte sich die Gruppe in ke'k (kompetent, engagiert, kreativ) umbenannt und die Maßnahmen sowie das Netzwerk weiter ausgebaut und professionalisiert. Eine dritte, aktuelle, Phase wurde durch die Gründung von SOS (Starke Office Services) und die Entwicklung von PROMAHS (Professionelles Management im Hochschulsekretariat) vor wenigen Jahren eingeleitet.⁷⁹ Beide Initiativen sind wichtige Wegweiser durch die heutigen Anforderungen in Verwaltung und Administration. Magnus Klaue konstatiert in diesem Zusammenhang in der *FAZ*, dass nicht nur immer mehr Verwaltung in den allgemeinen Lehr- und Forschungsbetrieb einsickert, sondern die Lehr- und Forschungsstellen umgekehrt in subsidiäre Verwaltungsstellen umgewandelt und damit der Beruf der Sekretärin zukünftig abgeschafft werde.⁸⁰ Das heißt letztlich: Die Stellen im wissenschaftsstützenden Bereich sind einem Wandel unterzogen, der zwar neue Herausforderungen mit sich bringt, damit aber auch – wirft man einen Blick zurück in die vergangenen 75 Jahre – in einer langen Tradition an der JGU steht.

Maßnahmen zur allgemeinen Förderung und Gleichstellung von Frauen an Hochschulen wurden zwar seit den 1960er-Jahren vereinzelt gefordert, eine konkrete Umsetzung begann in Mainz jedoch erst in den 1980er-Jahren.⁸¹ Ein Meilenstein war in diesem Zusammenhang das Jahr 1986, als der Senat nach Drängen einzelner aktiver Frauen einen Ausschuss für Frauenfragen (Senatskommission für Frauenfragen) einsetzte, der zukünftig frauenspezifische Probleme an der JGU analysieren und entsprechende Fördermaßnahmen entwickeln sollte.⁸² »Das ganze Feld musste neu erschlossen werden«,⁸³ erinnerte sich ein ehemaliges Mitglied des Ausschusses. Zu den zentralen Vorhaben gehörte neben der Einführung eines Frauenförderplans insbesondere die Einsetzung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten. Weil dieses Vorhaben jedoch ausgesprochen schwierig war und in den folgenden Jahren immer wieder scheiterte, setzte man im Juli 1987 übergangsmäßig eine ehrenamtliche Frauenbeauftragte ein.

Im Januar 1987 hatte bereits die erste Frauenvollversammlung der Universität mit 380 Teilnehmerinnen stattgefunden, in der viele Fragen diskutiert und Frauen zur Lobbyarbeit in den Fachbereichen und Gremien angeregt wurden. Es war ein wichtiger Meilenstein des neuen Mainzer Frauen-Netzwerks.⁸⁴ Im September desselben Jahres wurde durch die Novellierung des Landeshochschulgesetzes dann nicht nur die Frauenförderung als Aufgabe der Hochschulen benannt, sondern auch eine Rechtsgrundlage für die Arbeit der Frauenbeauftragten geschaffen.⁸⁵

1988 wurde nach ausgiebigen Diskussionen und vielen Einschränkungen eine Teilgrundordnung zu Rechtsstellung und Aufgaben der Frauenbeauftragten durch den Senat verabschiedet und ein erster Frauenförderplan vorgestellt. Unterstützung bekamen die Mainzer Frauen im Sommersemester 1990, als das Land Richtlinien zur Förderung von Frauen verabschiedete und der JGU zwei Referentinnen-Stellen für Frauenfragen zur Verfügung stellte.⁸⁶ Im April fand außerdem der 1. Frauentag an der JGU statt, organisiert vom Interdisziplinären Arbeitskreis Frauenforschung (IAKFF). Er war aus dem Frauen-Netzwerk heraus mit der Absicht gegründet worden, ein Forum für Frauen zu sein und Frauenforschung wie -förderung zu unterstützen, und stieß tatsächlich mehr als 30 Projekte an. In den 1990er-Jahren gab es demnach eine Vielzahl von Veranstaltungen, die sich mit frauenspezifischen Themen befassten, darunter interdisziplinäre Seminare mit begleitenden Vortragsreihen (1991/92 und 1995/96), jährlich stattfindende Frauentage, eine Ausstellung im Mainzer Rathaus (1991), ein Aktionstag zum Thema sexuelle Diskriminierung (1994), ein *Studienerkundungs-*

Etappen der Gleichstellungspolitik und der Frauenförderung und -forschung in den 1980er- und 1990er-Jahren

Plakat einer Ausstellung des AstA im November 1982. Frauenthemen gerieten auch durch das Autonome FrauenLesben Referat immer mehr in den Fokus. Quelle: UA Mainz, S9/738.



tag in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen (1994, heute: *Girls' Day*) sowie mehrere Diskussionen, Symposien und Ringvorlesungen zu spezifischen Themen wie *Frauenförderung ist Hochschulreform* (1994). Zahlreiche Projekte wurden initiiert, so die *Spezifische Studienberatung für Frauen* (1992), der *Sachkatalog Frau*, das Projekt *Frauen in Erziehungsurlaub* sowie das allgemeine Fort- und Weiterbildungsprogramm für Frauen (seit 1993) und das Modellprojekt wissenschaftliche Weiterbildung (1995/96). Begleitet wurden die Initiativen von mehreren Publikationen wie dem *Studentinnenhandbuch*, der *Fraueninfo* sowie weiteren statistischen Berichten und Übersichten zu Frauen an der JGU. Auch ganz konkrete Initiativen, wie der Umbau des Hauses Posselmann zum Kindergarten (1992) oder die Einrichtung des Kinderhauses in Gernersheim (1997),⁸⁷ die Dienstvereinbarung zur Gleichstellung von Frauen und Männern (1997) oder der Anstoß zum universitätseinheitlichen Sprachgebrauch bei der Formulierung von Satzungsrecht (*Gendersprache*, 1993) wurden von den Frauenreferentinnen und dem Frauen-Netzwerk begleitet.⁸⁸

Unabhängig von der Arbeit im Senat gründete sich 1982 das Autonome FrauenLesben Referat des AstA (heute: *AlleFrauen*referat*), das sich selbst als Referat mit »feministischem Anspruch« verstand und versuchte, »den Nachteilen und Diskriminierungen, denen Frauen in der Gesellschaft und auch an der Hochschule noch immer ausgesetzt sind, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken.«⁸⁹ Seit Bestehen organisiert es in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen zum Thema Frauenforschung und wird dabei seit 1990 vom IAKFF unterstützt.

1986 eröffnete auf die Initiative des Referats hin die Frauenbibliothek der JGU, die damals wie heute Rückzugsraum für Frauen ist, aber immer wieder in der Kritik stand und steht.⁹⁰ Im gleichen Zeitraum gründeten sich noch weitere Gruppierungen, so etwa die Projektgruppe *Frauen in Führungspositionen* (PFIF).⁹¹

Obwohl die anfängliche Aufbruchstimmung schnell nachgelassen hat,⁹² wurde die Frauenförderung und -forschung stetig weiter institutionalisiert. 1997 wurde sogar eine neu eingerichtete Professur mit Schwer-

punkt Frauen- und Geschlechterforschung (Soziologie) mit Bettina Heintz besetzt, 1998 dann nach dem vierten Versuch mit Renate Gahn schließlich auch eine Frauenbeauftragte des Senats bestellt, die das Amt bis Mitte 2008 innehatte. Eine ihrer ersten Amtshandlungen war die Vorstellung eines Konzepts für ein Anreizsystem zur Frauenförderung (das so genannte AS-Konzept), das vom Landesministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung unterstützt und ab 1999, finanziert aus Mitteln des Landespersonalbemessungskonzepts (LPBK) und der Universität, umgesetzt wurde. Nach dem Wegfall dieser Mittel wurden ab 2005 interne Mittel bereitgestellt.

Probleme blieben gleichwohl bestehen: Besonders schwierig gestalteten sich der Entwurf und die Durchsetzung des Rahmenplans zur Frauenförderung, der den Senatsausschuss über viele Jahre beschäftigte und erst im Jahr 2000 verabschiedet werden konnte. Gertrud Kiel, damals stellvertretende Vorsitzende im Senatsausschuss, erinnerte sich in einem Rückblick an die Auseinandersetzung: »Der Förderplan wurde von der Universitätsleitung einfach nicht gewollt. Wir waren denen zu schnell; unsere Forderungen gingen ihnen zu weit. Unsere Initiativen wurden blockiert, verzögert oder zumindest nicht unterstützt.«⁹³ Letztlich scheiterte in dieser Zeit auch der Versuch, ein stabiles und durchsetzungsstarkes Frauennetzwerk von und zwischen Wissenschaftlerinnen, Studentinnen und nicht wissenschaftlich tätigen Frauen aufzubauen, um damit Frauenförderung in Mainz noch weiter voranzubringen.⁹⁴

Neben der Institutionalisierung von Frauenförderung etablierten sich Themen der Frauenbewegung auch verstärkt in der Lehre. So führen die Vorlesungsverzeichnisse weit mehr als 100 Veranstaltungen zu »Frauenthem« auf, darunter beispielsweise *Hygiene der Frau* (1947), *Mädchenschulwesen und Frauenberuf im 19. und 20. Jahrhundert* (1964/65) oder *Frauen und Apartheid* (1985/86). Besonders häufig waren Frauen Gegenstand von Veranstaltungen der beiden Theologien und der Germanistik. Augenfällig ist zudem eine erhöhte Quantität an Veranstaltungen und ein Perspektiven- und Themenwechsel seit Ende der 1970er-Jahre. Hier wurden nun auch Fragen der Kinderbetreuung und Familie (*Kleinkindbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit in der BRD, 1977/78* und *Weiblicher Lebenszusammenhang im Spannungsfeld von Familie und Beruf, 1986/87*), Bildung und Karriere (*Frauen und Karriere. Sozialer Status – subjektive Erfahrung, 1987/88* sowie *Bildungsfragen in der Frauenbewegung, 1984*) und der Emanzipationsbewegung (*Lektürekurs zur feministischen Theologie, 1985* und *Feministische Ansätze in der Erwachsenenbildung, 1986/87*) thematisiert. Ergänzt wurden die Vorlesungen im Studium generale und den einzelnen Fakultäten seit Ende der 1980er-Jahre zudem durch ein breites Spektrum an Vorträgen in den Ringvorlesungen zu frauenspezifischen Themen, beispielsweise Verfassungs- und Rechtsfragen zur Gleichberechtigung oder Frauenförderpolitik an Hochschulen im Sommersemester 1988 oder aber die Frage nach der Darstellung von Frauen im Fernsehen im Wintersemester 1987/88.⁹⁵

Die 1980er- und 1990er-Jahre waren geprägt von Unverständnis, Auseinandersetzungen und langwierigen Diskussionen zwischen den aktiven Frauen und der Leitung der Universität. Es war aber auch eine Phase des Aufbruchs, und am Ende dieser Periode standen wichtige Etappenziele der Institutionalisierung, die die Frauenförderung und -forschung an der JGU zwischen 2000 und 2020 prägten.

Die Veranstaltungen und Fördermaßnahmen für Frauen wurden auf dieser Basis in den letzten 20 Jahren stetig ausgebaut und verbessert. Einen Hinweis darauf geben unter anderem die Frauen-Vorlesungsverzeichnisse des IAKFF oder die gesammelten Fort- und Weiterbildungsangebote für alle Frauen an der Universität Mainz.⁹⁶ Neben den mittlerweile fest institutionalisierten Gleichstellungsbeauftragten in Senat und Fachbereichen, dem Ausschuss für Frauenfragen und der Stabsstelle Gleichstellung und Diversität, die direkt beim

Frauen an der JGU – eine Erfolgsgeschichte?

Präsidenten angegliedert ist, bieten auch die rechtlichen Grundlagen auf Bundes- und Landesebene einen klar definierten und akzeptierten Rahmen für die Gleichstellung sowie die damit verbundene Information, Beratung und Förderung von Frauen. Frauenförderung und institutionalisierte Gleichstellungspolitik sind heute an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eine Selbstverständlichkeit.⁹⁷ Das spiegelt sich etwa in den Berufungsverfahren oder in der Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung wider.⁹⁸ Es bleibt jedoch noch viel zu tun: Zwar haben Frauen im Wissenschaftsbereich – auch aufgrund der zahlreichen Fördermaßnahmen – deutlich nachgezogen, sie sind jedoch nach wie vor unterrepräsentiert. So war 2017 nicht einmal jede vierte Professur mit einer Frau besetzt (23 %). Lediglich die Zahl des wissenschaftlichen Personals in den Fachbereichen und Einrichtungen lag 2017 bei nahezu 50 Prozent (47 % an der Gesamtuniversität).

Anmerkungen

- 1 Vgl. Heinemann (Hrsg.): Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen, S. 59.
- 2 Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um weibliche Studierende in der 1947 gegründeten Studentenzeitung *Die Burse*. An dem Artikel *Die Studentin* aus der zweiten Ausgabe entbrannte ein öffentlich ausgetragener Streit um Frauen an der Mainzer Universität, der wahrscheinlich zur Einstellung der Zeitschrift nach nur vier Ausgaben führte. Vgl. Theophil (Pseudonym für Günter Pfeiffer): Die Studentin. In: Die Burse 1 (1948), Nr. 2, S. 70.
- 3 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 13/102, Staatssekretärin Mathilde Gantenberg vom Ministerium für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz an den Rektor am 1.6.1948; abschriftlicher Auszug, [o. D.].
- 4 Vgl. ebd., der Dekan der Philosophischen Fakultät an den Rektor am 17.10.1947.
- 5 Vgl. George: Frauenstudium, S. 198 f. George kommt zu dem Schluss, dass der Krieg eine starke Aufwertung des Frauenstudiums zur Folge gehabt habe. Die Gründe dafür sieht er darin, dass die spätere Versorgung durch einen Ehemann aufgrund des Kriegs unsicherer geworden sei und dass die Aufnahme eines Studiums Schutz vor einer möglichen Dienstverpflichtung geboten habe.
- 6 Vgl. ebd., S. 199 u. Metz-Gockel u. a.: Frauenstudium, S. 14.
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band. Eine Art »Kriterienkatalog« findet sich im UA Mainz, Best. 7/65 u. 7/66.
- 8 Vgl. UA Mainz, Best. 7/65, der Rektor an alle Fakultäten [o. D.], betrifft das WiSe 1946/47.
- 9 UA Mainz, Best. 7/66, Constantin von Dietze, Rektor der Freiburger Universität, an den Rektor, [o. D.]. Vgl. dazu auch Christ: Studieren, S. 558 f.
- 10 Die Immatrikulationsausschüsse, die die Übernahme des »Freiburger Modells« beschlossen hatten, waren nur als vorübergehendes Instrument gedacht, die Zulassungskriterien mit der Zeit gelockert worden. Seit dem SoSe 1950 finden sich in den Akten keine Hinweise mehr auf die strenge Regulierung, die noch im WiSe 1947/48 galt. Vgl. UA Mainz, Best. 7/65, Korrespondenz des Rektors u. a. mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 24.6.1950.
- 11 Im Vergleich mit anderen Universitäten war die Quote allerdings sehr hoch. Tübingen ließ im SoSe 1946 bspw. gar keine Studentin, bezogen auf die Zulassungsquote zu; in München waren es maximal 10 %. Vgl. Kleinen: Frauenstudium, S. 293.
- 12 UA Mainz, Best. 7/65, Abschrift eines Schreibens des Rektors vom 8.3.1947.
- 13 UA Mainz, Best. 7/1, der Prorektor an den Rektor der Universität Marburg am 16.9.1946.
- 14 Vgl. UA Mainz, Best. 4/26. Bis Ende der 1960er-Jahre blieb er stets bei knapp um die 30 %. Ein spürbarer Anstieg setzte erst in den 1970er-Jahren ein. Vgl. hierzu auch die Studierendenstatistik im Anhang dieses Bandes.
- 15 Vgl. UA Mainz, Best. 7/3, *Renseignements concernant les étudiants et les étudiantes de l'université de Mayence*, Stand 1.7.1946.
- 16 Vgl. UA Mainz, Best. 7/1, Notiz aus dem Universitätssekretariat vom 28.5.1946.
- 17 UA Mainz, Best. 7/3, der Prorektor an das Landesarbeitsamt Pfalz am 21.12.1946.
- 18 Vgl. George: Frauenstudium, S. 205. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band. Der Anteil der Studienfinanzierung der Studentinnen durch die Eltern lag höher als derjenige bei den Studenten. Die finanzielle Abhängigkeit von den Eltern war prinzipiell größer, der Zugang zum Studium demzufolge auf besser gestellte Schichten beschränkt. Vgl. UA Mainz, Best. 7/144, das Sozialamt der JGU an das Rektorat am 20.6.1949.
- 19 George: Frauenstudium, S. 213.
- 20 Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Dingfelder Stone in diesem Band. Im WiSe 1954/55 waren über 70 % der Studierenden in Germersheim weiblich. Vgl. UA Mainz, Best. 7/228, Statistik der Studierenden vom 19.2.1955.
- 21 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Studierende 4, S. VIII f.
- 22 Vgl. Kleinen: Frauenstudium, S. 283.
- 23 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Ergebnisse 35, S. 21 f.
- 24 Vgl. UA Mainz, Best. 7/228, der Direktor des Auslands- und Dolmetscherinstituts in Germersheim an den Rektor am 4.5.1957.
- 25 Nach Daten des Statistisches Bundesamts (Hrsg.): Statistische Berichte 1956. Der Hochschulbesuch im Bundesgebiet und Berlin (West) im Wintersemester 1955/56, Nachdruck, S. 6. In: UA Mainz, Best. 7/228.
- 26 Vgl. George: Frauenstudium, S. 204 f.
- 27 Lingelbach: Innovationsträgheit, S. 543.
- 28 Vgl. den Zahlenspiegel der JGU aus dem Jahr 2017, S. 47, URL: http://www.uni-mainz.de/universitaet/Dateien/JGU_zahlenspiegel_2017.pdf (abgerufen am 8.10.2019).
- 29 Siehe zur Gründungsgeneration der Mainzer Professoren den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band. Die folgenden Erläuterungen rekurrieren auf einer im UA Mainz von Hüther erarbeiteten Berufungsstatistik, die die Professorenschaft und Neuberufungen der Jahre 1946–1973 in den Blick nimmt. Zum Thema Berufung von Frauen vgl. allg. Paletschek: Berufung.
- 30 Vgl. dazu die Informationen zu Edith Heischkel-Artelt in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 4.10.2019).
- 31 Vgl. UA Mainz, Best. 7/3, der Rektor an Heischkel-Artelt am 10.12.1946.
- 32 Vgl. dazu die Personalakte im UA Mainz, Best. 64/819.
- 33 Vgl. dazu eine interne Recherche im Zuge der Umbenennung des EHMP aus dem Jahr 2016 (über die Verfasserin). Vgl. allg. Kümmel: Geschichte; Mildnerberger: Geburt, S. 97 f. u. Mörgeli/Jobmann: Erwin H. Ackerknecht, S. 63 f.
- 34 Vgl. die Homepage zum Programm unter <http://www.unimedizin-mainz.de/gleichstellung/momentum-das-medizin-mentoring-programm-an-der-universitaetsmedizin-mainz.html> (abgerufen am 30.10.2019).
- 35 Siehe hierzu auch den Beitrag von Ilja Medvedkin in diesem Band u. vgl. die Informationen zu Ilse Schwidetzky-Rösing und Margarete Woltner in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.uni-mainz.de (abgerufen am 4.10.2019).

- 36 Dazu wurden in der Statistik alle Professuren, darunter außerplanmäßige, nebenamtliche außerplanmäßige, nichtbeamtete außerordentliche, außerordentliche und ordentlich öffentliche erfasst. Berücksichtigt wurden zudem die persönlichen Ordinariate.
- 37 Paletschek: Berufung, S. 309.
- 38 Vgl. ebd., S. 310 u. Lorenz: Entwicklung, S. 9.
- 39 Vgl. UA Mainz, Best. 64/399, Personalakte Emmi Dorn.
- 40 Vgl. UA Mainz, interne Berufungsstatistik.
- 41 Zwischen 1945 und 1970 erhielten rund 77 % aller planmäßig und außerplanmäßig berufenen Professorinnen ihre Ernennung am Habilitationsort. Vgl. Paletschek: Berufung, S. 319. Paletschek bezeichnet die Hausberufung in dieser Zeitspanne sogar als strukturelle Notwendigkeit. Vgl. ebd., S. 321.
- 42 Vgl. Mättig: Frauenstudium, S. 225.
- 43 Vgl. den Zahlenspiegel der JGU aus dem Jahr 2017, S. 62, URL: http://www.uni-mainz.de/universitaet/Dateien/JGU_zahlenspiegel_2017.pdf (abgerufen am 8.8.2019).
- 44 Siehe hierzu auch die Tabelle im Anhang dieses Bandes.
- 45 Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich online unter URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 15.9.2019).
- 46 Vgl. UA Mainz, Best. 64/1754, Personalakte Hermann Roth. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ansgar Molzberger in diesem Band.
- 47 UA Mainz, Best. 64/1754, Berno Wischmann an den Kurator am 4.1.1961.
- 48 Vgl. ebd., Schreiben an das Ministerium für Unterricht und Kultus vom 31.1.1961.
- 49 Weickart: Frauen, S. 118, URL: https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/Broschuere_Blick_auf_Mainzer_Frauen_WEB.pdf (abgerufen am 2.9.2019).
- 50 Vgl. bspw. das Semesterprogramm des Sozialreferats des AStA vom 12.11.1968 in UA Mainz, Best. 12/131 u. allg. Best. 14/71.
- 51 Kümmel: Frauen, S. 250.
- 52 In der Mai-Ausgabe 1967 wurde auf ihre Initiative hin eine Rubrik *nobiscum für unsere Frauen* aufgenommen. Vgl. nobis 19 (1967), Nr. 139, S. 27.
- 53 Vetter: Sein oder Nichtsein. Die Erzeugung von Kindern als moralisches Problem. In: nobis 18 (1966), Nr. 133, S. 10. Dazu u. a. auch Rathgen: Antibaby-Pille! In: nobis 20 (1968), Nr. 151, S. 12 f.
- 54 Vgl. nobis 20 (1968), Nr. 152.
- 55 Vgl. UA Mainz, Best. 40/121, Flugblatt des AStA vom 12.12.1967, betrifft: Familienplanung. Veranstaltungen zum Thema wurden u. a. in den Hinweisen der Gutenbergbriefe, den Mitteilungen des AStA Mainz Pressereferats, angekündigt. Vgl. bspw. den Veranstaltungskalender vom Dezember 1967 im Gutenbergbrief, 1.12.1967, Nr. 7, letzte Seite.
- 56 Grothus: Frauen-AG im AStA. In: Jogu 8 (1977), Nr. 51, S. 15.
- 57 Vgl. dazu u. a. UA Mainz, Best. 40/65 u. 40/98; Best. 12/131 u. Best. 14/71. Schon die Zusammensetzung des Studierendenparlaments (StuPa) 1969 gibt Aufschluss. Dort waren lediglich sechs von 53 Abgeordneten weiblich. Vgl. die Auflistung im Gutenbergbrief Nr. 8, 10.2.1969, [o. S.] im UA Mainz, Best. 14/71. Auch der AStA war männlich dominiert. Vgl. ebd., Beschlussprotokoll der 7. ordentl. AStA-Sitzung vom 10.6.1969.
- 58 Vgl. Mättig: Frauenstudium, S. 222.
- 59 Die Grafik wurde erstellt anhand einer Liste im Anhang eines Schreibens des Vizepräsidenten, E. Jürgen Zöllner, an den Forschungsreferenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 7.4.1988, betrifft: Situation der Frauen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Vgl. UA Mainz, Best. 125/76.
- 60 Eißner: Einführung, S. 1.
- 61 Vgl. die Daten aus einer Erhebung der Gemeinsamen Wirtschaftskonferenz (GWK) aus dem Jahr 2015, URL: <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-50-Chancengleichheit.pdf>, S. 22 (abgerufen am 8.10.2019).
- 62 Einen aktuellen Beitrag zum Thema Ehrenpromotionen an deutschen Universitäten liefert Schaser: Gabentausch.
- 63 Vgl. ebd., S. 147 f.
- 64 Siehe hierzu auch die Tabelle im Anhang dieses Bandes.
- 65 Vgl. allg. UA Mainz, Best. 45/68. Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band.
- 66 Vgl. den Zahlenspiegel der JGU aus dem Jahr 2017, S. 63, URL: http://www.uni-mainz.de/universitaet/Dateien/JGU_zahlenspiegel_2017.pdf (abgerufen am 8.8.2019).
- 67 Vgl. Lingelbach: Innovationsträgheit, S. 528.
- 68 Vgl. UA Mainz, Best. 1/166, Bericht über die Prüfung der Mensa der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im August 1946, 20.8.1946. Siehe hierzu auch den Beitrag von Roland Euler in diesem Band.
- 69 Vgl. UA Mainz, Best. 1/166, Monatliche Gehälter und Löhne der Mensa und Taberna, Stand 8.6.1949.
- 70 Vgl. ebd., Best. 7/144, Jahresbericht der UB Mainz 1946. Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian König in diesem Band.
- 71 Klauke: Das stille Gedächtnis der Universität. In: FAZ, 24.1.2018, [o. S.].
- 72 Vgl. bspw. [o. V.]: Kontakte am Feierabend. In: Jogu 6 (1975), Nr. 38, S. 9.
- 73 Vgl. bspw. [o. V.]: 40-jähriges Dienstjubiläum. In: Jogu 13 (1982), Nr. 80, S. 7 u. [o. V.]: Dank an eine treue Mitarbeiterin. In: Jogu 18 (1987), Nr. 107, S. 24.
- 74 Vgl. bspw. [o. V.]: Maria Scherlensky. Abschied vom Prüfungsamt. In: Jogu 12 (1981), Nr. 73, S. 19.
- 75 Vgl. Güth: Die »Alma mater« des Präsidialamtes. In: Jogu 14 (1983), Nr. 84, S. 2.
- 76 Vgl. Gahn (Hrsg.): Labyrinth, S. 37.
- 77 Vgl. Interview der Verf. mit Gabriela Schuchalter-Eicke, langjährige Sprecherin von ke'k, vom 24.7.2019.
- 78 Verfürth: Uni-Sekretärinnen widerlegen Klischee. In: Jogu 31 (2000), Nr. 169, S. 14.
- 79 Siehe dazu die Homepage von SOS, URL: <https://gleichstellung.uni-mainz.de/sos-starke-office-services/> (abgerufen am 30.10.2019).
- 80 Vgl. Klauke: Das stille Gedächtnis der Universität. In: FAZ, 24.1.2018, [o. S.].
- 81 Die erste Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wurde erstmals in der Senatssitzung im Januar 1986 diskutiert. Vgl. UA Mainz, Best. 85/33, Protokoll der Senatssitzung vom 24.1.1986.
- 82 Vgl. Gahn (Hrsg.): Bericht der Frauenbeauftragten, S. 16 f. Die Änderung des Landeshochschulgesetzes enthielt einen Absatz dazu, dass Frauenförderung Aufgabe der Hochschulen sei. Diese Passage war Auslöser dafür, dass die AStA-Fraktion im Senat einen entsprechenden Antrag stellte. Interview vom 19.10.2000. In: Frauenbeauftragte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): Zehn Jahre, S. 10. Vgl. allg. UA Mainz, Best. 125/76.
- 83 Interview der Verf. mit Ruth Zimmerling vom 6.6.2019.
- 84 Das Engagement spiegelt sich auch in den Akten des UA Mainz wider. Vgl. insb. Best. 125/76, Situation der Frauen im Hochschulbereich 1986–1988. Ruth Zimmerling, Gleichstellungsbeauftragte des Senats, sind die Themen »Sicherheit in Parkhäusern und auf dem Campus« sowie die heftigen Debatten über eine mögliche Frauenquote besonders in Erinnerung geblieben. Interview der Verf. mit Ruth Zimmerling vom 6.6.2019.
- 85 Vgl. dazu die Senatsprotokolle im UA Mainz, Best. 85/33–40.
- 86 Vgl. Gahn (Hrsg.): Bericht der Frauenbeauftragten, S. 16 f.
- 87 Vgl. [o. V.]: Einweihung am FASK. Hilfe für studierende Mütter: Kinderhaus eingerichtet. In: Jogu 28 (1997), Nr. 156, S. 24.
- 88 Vgl. allg. UA Mainz, Best. 125/59.
- 89 UA Mainz, S8/151, Erstsemesterinnen-Info des Autonomen FrauenLesben-Referats im AStA der Universität Mainz, SoSe 1992, [o. S.].
- 90 Vgl. bspw. UA Mainz, Best. 40/605, Protokoll des Krisenplenums des Autonomen FrauenLesben Referats vom 5.4.1993 u. Gahn: Labyrinth, S. 145.
- 91 Vgl. UA Mainz, Best. 125/59, Schreiben des PFIF an Vizepräsidentin Eißner vom 16.10.1990 u. [o. V.]: Frauen machen Karriere. In: Jogu 21 (1990), Nr. 123, S. 18. Zu den Gründen der Kritik vgl. bspw. die Diskussion auf der Homepage der Frauenbibliothek, URL: <https://frauenbibliothek.wordpress.com/lob-kritik-diskussion/> (abgerufen am 11.10.2019).
- 92 Vgl. Gahn (Hrsg.): Bericht der Frauenbeauftragten, S. 18 f. In dem Bericht ist von einer »Resignation auf allen Ebenen« die Rede.
- 93 Interview vom 19.10.2000. In: Frauenbeauftragte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): Zehn Jahre, S. 11.
- 94 Vgl. UA Mainz, Best. 125/76, Protokoll zur 2. Frauen-Vollversammlung der JGU am 24.6.1987.
- 95 Vgl. dazu eine entsprechende Aufstellung vom 7.4.1988 im UA Mainz, Best. 125/76.
- 96 UA Mainz, S8, Zeitschriftensammlung.
- 97 Siehe hierzu auch den Beitrag von Maria Lau in diesem Band.
- 98 Interview der Verf. mit Ruth Zimmerling vom 6.6.2019.

Vielfalt und Individualität

Beobachtungen zur JGU seit 1946

Maria Lau

Ut omnes unum sint (dass alle eins seien) – der Auswahl des 1946 mit Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) gewählten Leitsatzes aus dem Johannesevangelium lag, wie Michael Hölscher überzeugend darlegt, bereits zu dieser Zeit keine ausschließlich religiöse Konnotation zu Grunde. Vielmehr sei er aus dem historischen Kontext heraus als Appell an die Mitglieder der JGU, im Sinne der »Einheit der Universität nach innen« und eines »Einheit stiftende[n] Wirken[s] der Universität nach außen« zu verstehen.¹ Angesichts der Anzahl, der Vielfalt und Individualität der Mitglieder, die der JGU in den vergangenen 75 Jahren angehört und angehören, aber auch im Hinblick auf die zahlreichen Fachdisziplinen kann der Wahlspruch nicht anders als ambitioniert beschrieben werden.

Allein der Blick auf die Studierendenschaft der zurückliegenden 75 Jahre lässt erahnen, welche Anstrengungen die dem Wahlspruch zugrundeliegende Idee erforderte und immer noch erfordert. Geht doch die deutliche Zunahme der Studierendenzahlen auch einher mit einer wachsenden Heterogenität der Studierendenschaft zum Beispiel im Hinblick auf das Geschlecht, den Bildungshintergrund, die Herkunft, die (beruflichen) Vorerfahrungen, die finanzielle Situation sowie die Wertehaltungen und hat damit natürlich auch Implikationen für das Studier- und Lernverhalten. Wie kann angesichts der unterschiedlichen politischen, historischen, aber auch individuellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, der sich wandelnden Erwartungshaltungen und Rollenverständnisse ein Umfeld entstehen, in dem diese Idee von Einigkeit, Zusammenhalt und Gemeinschaft tatsächlich gelebt wird? Ist die JGU diesem Anspruch in den vergangenen Jahrzehnten gerecht geworden? Oder galt und gilt dieser nicht vielmehr für einen eher begrenzten Personenkreis? Wie offen ist die Hochschule für nicht-klassische Karrierewege in die Wissenschaft? Können Menschen an dieser Universität gut studieren, deren Leben eben nicht nur allein durch das Studium, sondern zum Beispiel durch Kindererziehung, eine Berufstätigkeit oder eine Krankheit geprägt ist? Wie geht die Alma Mater mit Lernverschiedenheit um? Kann sich jede*r an dieser Universität offen äußern und wird gehört oder hängt das Gewicht des inhaltsgleichen Gesagten in so mancher Diskussion nicht oft auch von Status, Geschlecht oder der Beherrschung bestimmter Spielregeln ab?

Als Universität ist die JGU zum einen auf vielfältige Perspektiven, Innovationskraft und alle Potenziale angewiesen, um ihre ureigenen Aufgaben erfüllen zu können, und zum anderen gilt es, der gesellschaftlichen Verantwortung als Bildungsinstitution nicht nur gerecht zu werden, sondern auch Maßstäbe zu setzen. Der im Leitsatz formulierte Anspruch erfordert einen aktiven Umgang mit Vielfalt; er erfordert das Erkennen und Abbauen von Hürden und Barrieren, die verhindern, dass alle Personen, die an der Mainzer Universität studieren, arbeiten, forschen und lehren, ihr volles Potenzial entfalten können.

»Wieder will in einer Zeit schmerzhaftester Zuckungen Neues werden. Es ist eine sonderbare Fügung, daß eine Bauanlage, die kurze Zeit einer geistes- und menschenunwürdigen Vernichtungs- und Selbstzerfleischungslere diente, menschen- und völkerverbindenden Wissenschaften geweiht sein wird. Doch das ist gerade Symbol der Zeit, die sich neu gestalten will und edlem Menschentum und wahrer Menschenwürde dienen soll.«²

Rückblick

Dieser Rückblick erhebt keinesfalls den Anspruch einer vollständigen historischen Darstellung des institutionellen Zugangs der JGU zur Diversität ihrer Mitglieder. Vielmehr wird in diesem Abschnitt schlaglichtartig versucht, die Diskussion um und die Bedeutung einzelner Aspekte von Diversität im universitären Alltag über die Jahrzehnte hinweg herauszuarbeiten. Der Rückblick versteht sich somit einerseits als Impuls für eine selbstkritische Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Exklusionsmechanismen an der JGU und möchte andererseits darlegen, dass die aktive Beschäftigung mit einzelnen Facetten des Themas Diversität bis in die Gründungsjahre zurückreicht.

Internationalisierung

Der Blick in die Anfangsjahre der JGU zeigt, dass Internationalität als eine Dimension von Diversität sehr früh eine entscheidende Rolle im universitären Diskurs spielte, was vor dem Hintergrund der Reeducation-Politik der alliierten Besatzungsmächte kaum verwundert. Die Ausführungen von Heinz Duchhardt zur Internationalisierung an der JGU von 1946 bis 1956 in diesem Band verdeutlichen, dass diesen frühen Internationalisierungsbemühungen die Intention zu Grunde lag, den Studierenden einen Kulturaustausch und Perspektivwechsel zu ermöglichen sowie zur Völkerverständigung beizutragen.³ Entsprechend äußerten sich die Studierenden, die sich 1946/47 an den ersten internationalen Ferienkursen beteiligten in der Zeitschrift *Die Burse*.⁴ Gerade vor dem Hintergrund der existenziellen Nöte wie der Nahrungsmittelknappheit, dem Mangel an Papier und Fachliteratur oder der winterlichen Kälte in den Hörsälen ist diese Anstrengung als der unbedingte Wille zu internationalem Anschluss und Gedankenaustausch zu verstehen. In seiner Antrittsrede deutete der niederländische Gastprofessor Louis J. Zimmermann im April 1948 diesbezüglich an, mehr internationale Professoren für die JGU gewinnen zu wollen. Auch reguläre internationale Studierende sollten, wie Zimmermann weiterhin betonte, an die JGU geholt werden, um den Austausch der Studierenden untereinander über weltanschauliche Fragen zu befördern.⁵ Der bewussten und aktiven Gestaltung von Vielfalt wurde schon 1949 durch die Einrichtung des Akademischen Auslandsamts Rechnung getragen, das sich fortan um die Belange der internationalen Studierenden kümmerte.⁶ Denn mit der wachsenden Zahl internationaler Studierender gingen erwartungsgemäß auch neue Aufgaben und Herausforderungen für die Universität einher,⁷ wie die Unterstützung bei der Suche nach einer Unterkunft, was sich laut der Rektoratsberichte der 1960er-Jahre vor allem dann schwierig gestaltete, wenn es sich um People of Colour handelte.⁸ Auf Beschluss des Senats wurden im Jahr 1956 verpflichtende Deutschkurse eingerichtet, die ausländische Studierende auf eine spätestens nach dem zweiten Semester fällige Deutschprüfung vorbereiten sollten.⁹ Offenbar war dies jedoch mit einigen Startschwierigkeiten verbunden, wie aus einem Schreiben des Dekans der Medizinischen Fakultät hervorgeht, in dem die unzureichenden Deutschkenntnisse der ausländischen Studierenden bemängelt wurden.¹⁰ In jedem Fall wurde der Überwindung sprachlicher Barrieren eine hohe Bedeutung zugemessen, der von Seiten der Universität zu begegnen sei und nicht im individuellen Verantwortungsbereich der internationalen Studierenden lag.

Soziale Lage und Herkunft

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden gestaltete sich gerade in den Nachkriegsjahren äußerst prekär. Klaus Beyermann, später Präsident der JGU, kam 1949 zum Studium nach Mainz und berichtete von einem Mangel an Verpflegung sowie Unterkünften.¹¹ Laut der ersten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die 1951 unter Studierenden westdeutscher Hochschulen durchgeführt wurde, lag das Körpergewicht einer großen Zahl der Studierenden unter dem Durchschnitt. Ursache dafür sei die Tatsache, dass zwei Drittel der Studierenden nicht von ihren Eltern im Studium unterstützt würden und aufgrund der allgemeinen Preissteigerung an Nahrungsmitteln sparen müssten.¹² Nachdrücklich appellierte der Verfasser der Studie deshalb: »Grundsätzliche Änderungen der wirtschaftlichen Notlage sind nur durch fremde Hilfe möglich. Daß auf der einen Seite die Studenten sich bemühen, durch eigene Tätigkeit das Bestmögliche zu tun, ist deutlich sichtbar. Und daß andererseits die Auslese des akademischen Nachwuchses nur an das Einkommen des Vaters geknüpft werden soll, dürfte wohl kaum befürwortet werden.«¹³

Auch an der JGU setzte man sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden auseinander. So sprach sich Gastprofessor Zimmermann vor dem Hintergrund seiner Überlegungen zur Bildung einer neuen gesellschaftlichen Elite bereits 1948 deutlich für die Sicherstellung fairer Partizipation durch die Gewährleistung von Stipendien für Personen mit besonderen Fähigkeiten aus.¹⁴ 1949 berichtet der damalige Rektor Hellmut Isele gegenüber dem Senat: »[...] die Gebührenerlaß- und Stipendienkommission unter der wirklich aufopfernden und höchst verdienstlichen Leitung unseres ›Studentenvaters‹ Prof. Dr. Furch und seines Nachfolgers [...] Prof. Dr. Rohrbach konnte im Sommersemester 1951 insgesamt 795 Gebührenerlasse und DM 50 820 an Barmitteln verteilen.«¹⁵

In den Anfangsjahren der neu gegründeten Universität gaben vor allem die ökonomische Situation der Spätheimkehrer, Vertriebenen, Halbwaisen und Kriegsversehrten Grund zur Besorgnis. Bundesweit betrachtet, bildeten allein die drei erstgenannten Gruppen 36 Prozent der Studierendenschaft.¹⁶ In der ersten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wird allerdings vermutet, dass »ehe noch das Tor zur Hochschule sich öffnet, viele, die nach Interesse und Begabung durchaus zum Studium berechtigt wären, einer finanziellen Auslese zum Opfer fallen.«¹⁷ 1950 studierten an der JGU 555 männliche und elf weibliche Kriegsversehrte und machten damit rund zehn Prozent der Studierendenschaft aus.¹⁸

Ein interessanter und auch heute noch in Teilen relevanter Gesichtspunkt studentischer Diversität – der Wohnort der Studierenden – findet sich in dem Beitrag *Stimme vom Dorfe* in der Zeitschrift *Die Burse* von 1948 thematisiert. Ein Student machte auf die erschwerte Teilhabe am akademischen Geschehen für diejenigen Studierenden aufmerksam, die aufgrund der Wohnraumknappheit dazu gezwungen waren, zur Universität zu pendeln. Intention scheint dabei vor allem die Sensibilisierung für den Umstand zu sein, dass die täglichen Fahrtzeiten die Teilnahme an Lerngruppen, kulturellen und Netzwerkaktivitäten, akademischen Diskussionskreisen und Interessensgruppen erschwert haben.¹⁹

Erkrankungen und Einschränkungen

Die institutionelle Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass Studierende persönliche Krisensituationen und psychische Erkrankungen erleben und dadurch in ihrem Studium vor besondere Herausforderungen gestellt sind, blickt ebenfalls auf eine vergleichsweise lange Tradition zurück. Gerade aber für die Anfangsjahre der neu gegründeten Universität, eine Zeit in der zahlreiche Angehörige durch den Krieg traumatisiert gewesen sein dürften, fanden sich jedoch keine belegbaren Aktivitäten. Erst 1967 richtete der damalige Rektor Hans Rohrbach eine Beratungsstelle für studentische Lebensfragen ein (heute: Psychotherapeutische Beratungsstelle), in der schon in den ersten drei Monaten ihres Bestehens 40 Personen beraten wurden.²⁰

Was ist die Psychotherapeutische Beratungsstelle (PBS)?²¹

Die PBS der Johannes Gutenberg-Universität Mainz steht allen Studierenden der Universität offen. Sie leistet professionelle Hilfe bei der Bewältigung von psychischen Problemen jeder Art, die im Studium und Alltag auftreten können. Das Angebot ist breit gefächert und beinhaltet:

1. Kurzfristige Hilfestellung in akuten Krisensituationen
2. Klärung der Problemlage durch gezielte Diagnostik
3. Beratung und Kurzzeit-Psychotherapie
4. Spezialsprechstunde bei Störungen der Leistungskompetenz
5. Kurse zu verschiedenen Problembereichen
6. Offener selbsthilfeorientierter Online-Kurs *Prüfungsangst Bewältigen Online (PBO)* sowie begleitete Online-Beratung bei Prüfungsangst und begleitete Online-Beratung bei Schreibproblemen.

Alle Gespräche und Informationen werden vertraulich behandelt. Das Team der PBS unterliegt der gesetzlichen Schweigepflicht. Das Angebot ist ein Service der JGU und für die Studierenden der Universität kostenfrei. Zusätzlich unterstützt die Vereinigung der Förderer der Psychotherapeutischen Beratungsstelle für Studierende der Johannes Gutenberg-Universität Mainz e.V. die Arbeit der Beratungsstelle.

Leitung der PBS:²²

1967–1977: Prof. Dr. Hans Rohrbach

1977–1994: Dr. Helmut Bonn

1994–2001: Elisabeth Mohr

2001–2018: Prof. Dr. Ursula Luka-Krausgrill, Dr. Bettina Kaufmann-Grebe

Seit 2018: Dr. Maria Gropalis

Helmut Bonn, der in den 1970er-Jahren Leiter dieser Beratungsstelle wurde, berichtete: »Tatsächlich mussten wir viel Überzeugungsarbeit leisten. Die Vorbehalte gegen psychische Störungen waren noch größer [...]. Andererseits gab es Dozenten, die fragten, warum die Universität so eine Aufgabe erfüllen muss. Es schwang immer mit, dass Studierende eine Elite sind, die einfach keine psychischen Probleme hat.«²³ Diese Einschätzung wurde auch in einer Stellungnahme des Universitätsrichters aus dem Jahr 1963 zu der Frage, wie man sich im Falle psychischer Auffälligkeiten von Studierenden von Seiten des Lehrkörpers zu verhalten habe, deutlich:

»Wenn bei Studierenden geistige Gebrechen beobachtet werden, so kann es sich nur um Ausnahmefälle handeln, in denen – dauernd oder vorübergehend – krankhafte Störungen nach der Ablegung des Abiturs oder einer vorangegangenen akademischen Prüfung in jüngerer Zeit aufgetreten sind. Hier wird es sich meist nicht um Störungen auf intellektuellem, sondern – wie in dem oben gekennzeichneten Falle – auf emotionalem Gebiet handeln oder auch um Störungen alkohol- oder rauschgiftsüchtiger Personen. Sollten Störungen dieser Art ausnahmsweise bereits bei der Immatrikulation bestanden haben und sich dieser Mangel erst später herausstellen, so wäre die Immatrikulation als solche fehlerhaft, weil ein Irrtum der Universität über eine wesentliche Eigenschaft des antragsstellenden Studierenden vor-



Vorstellung eines Orientierungsplans vom Campus für Menschen mit Sehbehinderung im Jahr 1994. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/7045.

gelegen hat. Nach den für fehlerhafte Verwaltungsakte geltenden Grundsätzen könnte die Universität die Wichtigkeit der Immatrikulation geltend machen und zwar ex tunc, d. h. die seit der Einschreibung absolvierten Semester gelten dann nicht mehr.»²⁴

Einem *Jogu*-Beitrag vom 8. Mai 1971 zufolge begingen jährlich zwischen vier und sechs Studierende Suizid, was neben Verkehrsunfällen als die zweithäufigste Todesursache an der JGU beschrieben wird. Aus diesem Grund appellierte der seit 1970 im Auftrag des Studentenwerks Mainz tätige Studierendenarzt nachdrücklich, dass entsprechende Präventionsarbeit Aufgabe der gesamten Universität und nicht die einzelner Beratungsstellen sei.²⁵ Gleichzeitig galt es offenbar mit dem Vorurteil aufzuräumen, psychische Erkrankungen betreffen vorwiegend politisch links eingestellte Studierende: »Sie finden eher den Weg zu einer Beratungsstelle, da sie der Psychotherapie anscheinend aufgeschlossener gegenüberstehen.«²⁶

Auch heute noch deutet vieles darauf hin, dass persönliche Krisensituationen und psychische Erkrankungen während des Studiums im universitären Alltag zumindest marginalisiert werden, wenn nicht sogar Diskriminierungsrisiken darstellen.²⁷ Ähnliches darf, trotz mittlerweile ebenfalls seit über 30 Jahren bestehenden Unterstützungsstrukturen für Studierende mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen angenommen werden.

1984 wurde auf Initiative von Studierenden und unter dem Vorsitz des Kanzlers eine Senatskommission eingerichtet, die sich intensiv »mit diesem lange Zeit vernachlässigtem Gebiet«²⁸ beschäftigte. Basierend auf den Rückmeldungen einer Studierendenbefragung wurden in der Folge einige dringend notwendige Maßnahmen wie die Einrichtung barrierefreier Toiletten und die Gestaltung barrierefreier Außenanlagen bei Neubauten umgesetzt.²⁹

Ab dem Jahr 1995 wurde neben der Anschaffung von Bildschirmlesegeräten ein Zentraler Service für Behinderte eingerichtet, wo Zivildienstleistende für die individuelle Unterstützung von Studierenden mit Behinderung zur Verfügung standen.³⁰ Im Herbst 2010 kam mit der Novellierung des Hochschulgesetzes die



*Einweihung eines
Rampensystems am
Philosophicum im Jahr
1994. Foto: Reiner Wie-
rick, Quelle: UA Mainz,
S3/1689.*

Verpflichtung der Hochschulen zur Sicherstellung eines barrierefreien Studiums. Deswegen wurde 2011 der Service für behinderte Studierende, jetzt Servicestelle für barrierefreies Studieren, eingerichtet. Diese stellt einen umfangreichen Hilfsmittelpool bereit, berät und unterstützt Studierende mit Behinderung und chronischen Erkrankungen und setzt sich auf struktureller Ebene für die Verbesserung der Barrierefreiheit auf dem Campus ein. Im Laufe der Folgejahre wurde bis heute das Beratungs- und Informationsangebot für Studierende mit Behinderung weiter ausgebaut.³¹ Trotzdem besteht ein weiterhin hoher Handlungsbedarf vor allem im Hinblick auf die Sensibilisierung aller Mitglieder der JGU hinsichtlich Zu- und Abschreibungen gegenüber Menschen mit Behinderung, der Barrierefreiheit, der Gewährleistung von Nachteilsausgleichen und vor allem der inklusiven Gestaltung von Prozessen, Strukturen sowie der Lehr- und Lernkultur.

Erfahrungen aus dem Beratungsalltag der Servicestelle belegen, dass Studierende mit Behinderung und chronischen Erkrankungen immer noch dort an Grenzen stoßen, wo ihnen Leistungsbereitschaft und –fähigkeit auf Grundlage von, aus einer privilegierten Perspektive formulierten, Normalitätserwartungen abgesprochen werden.³² Diese Exklusionsmechanismen betreffen auch das Diversitätsmerkmal Geschlecht.³³

Geschlecht

Lohnenswert ist die Lektüre eines studentischen Beitrags zum Thema Frauenstudium in der Zeitschrift *Die Burse* aus dem Jahr 1948, der, wenn auch sicherlich keine allgemeine Tendenz, so doch eine Haltung repräsentiert, die vermutlich nicht überall auf Ablehnung stieß:

»[...] Die Studentin gleicht durch Bienenfleiß aus, wo es ihr an konstruktiven Leistungen gebricht. [...] Die normale Frau meidet die Abenteuer des Geistes. Sie ersetzt Geist durch Herz. Sie ist weise. Die Studentin ersetzt Geist durch Nachahmung. Sie hat Wissen und ist »gebildet«. Sie weiß nur nicht, daß sie zwischen Herz und Gehirn schwebt und mit dem Mund redet. Jeder Zwischenzustand erzeugt auf die Dauer Zwitter. Der akademische Zwitter ist geistig impotent.«³⁴

Der institutionelle Zugang zu Frauenförderung und Gleichstellungsfragen erfolgte zunächst auf Initiative von engagierten und gleichstellungsbewegten Frauen. 1976/77 gründete sich aus dem AstA heraus eine Frauen-AG, die sich als Interessensgemeinschaft verstand und die gegen die »Unterdrückung der Frau«³⁵ an der Hochschule eintrat. Auch die Senatskommission für Frauenfragen wurde 1986 mit der Intention gegründet, »frauenspezifische Probleme an der Johannes Gutenberg-Universität ans Tageslicht (zu) bringen«³⁶ und war zunächst mehrheitlich mit Frauen besetzt. Über 30 Jahre später und angesichts fortbestehender struktureller Barrieren hat sich heute zumindest formal eine Sichtweise auf Geschlechtergleichstellung als Querschnittsthema durchgesetzt. Damit einher geht, dass die Diskussion nicht mehr nur von Frauen geführt und als frauenspezifisches Problem begriffen wird, sondern sich mittlerweile der Trend abzeichnet, neben dem grundgesetzlich verbrieften Gleichstellungsanspruch auch den erheblichen Potenzialverlust anzuerkennen, den Geschlechterungleichheit für die Organisation mit sich bringt. Spannend bleibt, welche Konsequenzen die 2019 in Kraft getretene Änderung des Personenstandsgesetzes und damit die tatsächliche Infragestellung einer binären Geschlechterordnung an der JGU nach sich ziehen wird. Die JGU hat zum jetzigen Zeitpunkt (Stand Herbst 2019) die Möglichkeit, sich in diesem Zusammenhang ergebende Fragestellungen aufzugreifen und aktiv zu diskutieren, eigene Ideen zu entwickeln und Handlungsoptionen zum Umgang mit der Änderung des Personenstandsgesetzes aufzuzeigen. Hierin liegt die Chance, sich als eine Institution zu präsentieren, die einen stärker wertschätzenden und von Selbstverständlichkeit gekennzeichneten und weniger problemorientierten Zugang zu Vielfalt vertritt.

Anhand des Themas Vereinbarkeit von Studium und Familienaufgaben lässt sich eine ähnliche, probleminduzierte Entwicklung nachvollziehen. Im Bericht des damaligen Präsidenten Schneider heißt es 1976: »Nach langwierigen sich über mehrere Jahre erstreckenden Verhandlungen zwischen Kultusministerium, Stadtverwaltung und Universitätsleitung und zahlreichen Debatten im Senat der Universität konnte Ende April 1976 der erste Spatenstich für den Bau eines universitätseigenen Kindergartens vorgenommen werden.«³⁷ Ein beträchtlicher Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen war bereits 1972 durch eine Umfrage des Studentenwerks belegt worden.³⁸ Mit Einrichtung des Frauenbüros wurden Studentinnen und Nachwuchswissenschaftlerinnen über die institutionelle Unterstützung in Betreuungsfragen hinaus auch zu Themen rund um die Vereinbarkeit von Studium, wissenschaftlicher Qualifikation und Familie beraten. Diese Tatsache zeigt, dass die JGU die abweichende Lebensrealität studierender Eltern anzuerkennen begann. Allerdings richtete sich dieses Angebot zunächst nur an Frauen. Erst 2011 wurde mit Einrichtung des Familien-Servicebüros der Tatsache Rechnung getragen, dass eine wachsende Zahl an Männern familiäre Verantwortung übernimmt, sodass keineswegs nur weibliche Mitglieder der JGU Beratungsbedarf zu Fragen rund um Familie und Studium beziehungsweise Beruf haben. Seither wurden sowohl die Beratungs- als auch Betreuungsangebote für Studierende und Beschäftigte mit Kind deutlich ausgebaut. Mit der Unterzeichnung der *Charta Familie* im Jahr 2016 wurde angesichts der zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels und der modularisierten Studienstruktur zusätzlich die Pflege von Angehörigen als ein weiterer, zu entwickelnder Arbeitsschwerpunkt in das Portfolio des Familien-Servicebüros integriert. Deutlich zeigt sich hieran die Entwicklung hin zu einem proaktiven und serviceorientierten Umgang mit unterschiedlichen Lebensrealitäten.

Sexualität

Eine Lebensrealität, die lange Zeit nicht berücksichtigt werden konnte – im Gegenteil ihr Bekanntwerden sogar unter Umständen strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte, ist jene homosexueller Mitglieder der JGU. Der Umgang mit Homosexualität muss im Kontext der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer zwischen 1946 und 1973 in Rheinland-Pfalz gesehen werden, die ein Forschungsprojekt des

Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) und der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (BMF) umfassend rekonstruiert hat.³⁹ Die Studie gibt über den Aspekt der strafrechtlichen Verfolgung hinaus einen detaillierten Einblick in die durch Diskriminierung, Angst, Abwertung, Demütigung und das Erfahren beruflicher Nachteile gekennzeichnete Alltagswirklichkeit homosexueller Menschen. So reichte oft schon ein bloßer Verdacht aus, um berufliche Nachteile beziehungsweise Kündigungen zu erfahren. Nach Paragraph 175 Strafgesetzbuch Verurteilte wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen.⁴⁰ Studierenden drohte ein universitäres Disziplinarverfahren, das die Exmatrikulation zur Folge haben konnte.⁴¹ Es sollte bis weit in die 1960er-Jahre hinein dauern, bevor der Paragraph 175 erstmals reformiert wurde. An den einschlägigen Diskussionen beziehungsweise an der Erarbeitung eines Alternativentwurfs zum Sexualstrafrecht beteiligten sich auch die Mainzer Rechtswissenschaftler Ulrich Klug und Werner Niese, die beide für eine Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität eintraten.⁴² Und auch in der Studentenzeitung *nobis* wurde die Situation homosexueller Männer in Deutschland kritisiert:

»Hexen verbrennen und sich freuen, wenn das Fleisch in den Flammen zuckt, das ist vorbei [...]. Der Rechtsstaat hat einige Vorurteile ausmerzen helfen, das ist bewußt geworden und Selbstgefälligkeit schließt die Augen vor weiteren Übeln. Dabei leben sie mitten unter uns, gejagt, geächtet, gedemütigt, man nennt sie Schwule und versteht unter diesem Klischee ein Sammelsurium von Verdächtigungen, Verleumdungen und Gerüchten. Der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches geistert durch die Hirne und macht alle zu Kriminellen, die nichts anders wollen, als ihrer homosexuellen Veranlagung [nach] zu leben.«⁴³

Auch nach der zweiten Liberalisierung des Sexualstrafrechts im Jahr 1973 darf davon ausgegangen werden, dass homosexuelle Menschen mehr oder weniger versteckten Repressionen und Homophobie ausgesetzt waren. Einen Beitrag zur Verbesserung dieser Situation wollte das in den 1980er-Jahren eingerichtete AStA-Schwulenreferat leisten: »Innerhalb der letzten Jahre sehen sich jedoch Schwule wieder vermehrt Repressionen und Vorurteilen ihrer heterosexuellen Umgebung ausgesetzt. Es ist deshalb gerade im Bereich der Hochschule, jenen Schaltzentralen unserer Zukunft, von Nöten, ein tolerantes und aufgeklärtes Kleinklima in einer ansonsten eher intoleranten Großwetterlage zu schaffen.«⁴⁴

Wertehaltungen

Angesichts der zahlreichen Aspekte personeller Vielfalt ist weder deren Förderung noch die Gewährleistung eines Umfeldes, in dem sich möglichst alle optimal entfalten und einbringen können, ein einfaches Unterfangen. Insbesondere dann nicht, wenn dies erfordert, gegebenenfalls Privilegien aufzugeben, sich kritisch mit der Wissenschaftskultur auseinanderzusetzen oder wenn einander widersprechende Interessenslagen aufeinandertreffen, die immer wieder auch ein individuelles Abwägen verlangen.

Ein wichtiger und jüngst viel diskutierter Diversitätsaspekt fällt aus den üblicherweise angeführten Diversitätskategorien heraus – unterschiedliche Wertehaltungen. So wird das Bekenntnis zu Diversität eben auch als Legitimation ebendieser Wertehaltungen instrumentalisiert, die in ihrem Kern nicht mit der den Diversitätsaktivitäten der JGU zugrundeliegenden Idee vereinbar sind. Im Jahr 2008 verabschiedete die JGU im Kontext der Diskussion um den Umgang mit Aktivitäten studentischer Hochschulgruppen die dem Leitbild der JGU widersprechen,⁴⁵ eine Resolution des Senats zu Toleranz auf dem Universitätsgelände, die diesbezüglich einen hilfreichen Rahmen bietet:

»Die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz steht für Vielfalt, Toleranz und Mitmenschlichkeit. Diskriminierende Haltungen gegenüber Personen auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer sexuellen Identität, extremistische und radikale Bestrebungen, antisemitische oder gegen andere Religionsgemeinschaften gerichtete Bestrebungen, ausländerfeindliche und homophobe oder gegen Minderheiten gerichtete Ideologien finden an unserer Universität keinen Platz. Und das soll auch so bleiben.«⁴⁶

Die Diversitätsaktivitäten der JGU – Aktuelle Situation, Ziele und Ausblick

»Da Hochschulen in einem Dialog mit der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft stehen, haben sie die Aufgaben, die Entwicklung der Gesellschaft zu mehr Offenheit und Toleranz zu unterstützen, indem sie Probleme identifizieren und zur Lösung dieser beitragen. Dafür muss sich die Universität selbst einer kritischen Untersuchung unterziehen und die dort vorherrschenden institutionalisierten und strukturellen Ungleichheiten sowie Diskriminierung erkennen und abbauen, indem sie sich immerzu selbst erforscht und reflektiert.«⁴⁷

Als der Diversität an der JGU im Jahr 2014 durch Einrichtung einer Projektstelle Rechnung getragen wurde, maßen viele dem Thema allenfalls den Charakter einer politischen »Eintagsfliege« zu. Andere zeigten sich irritiert, sei die JGU doch schon seit jeher sehr vielfältig und keinesfalls ein Ort, an dem Exklusion und Diskriminierung stattfinde. Wieder andere sahen in der Thematik einen diametralen Gegensatz zu Exzellenzbestrebungen und Leistungsansprüchen einer Universität. Und zuletzt wurde angesichts der zahlreichen Ebenen, Anspruchsgruppen und Bedeutungsperspektiven des Themas zuweilen auch schlichtweg eine Überforderung spürbar.⁴⁸ Trotzdem gehört die JGU zu der mittlerweile deutlich gewachsenen Anzahl deutscher Hochschulen, die das Diversitätsthema dauerhaft implementiert haben.⁴⁹

Von der Gründung des Projekts Diversität bis zur Institutionalisierung 2014–2018

Zielgruppenspezifische Angebote, Maßnahmen und Interessensvertretungen wie das ehemalige Frauenbüro oder die PBS existieren an der JGU zum Teil schon seit mehreren Jahrzehnten. Dabei standen die Dimensionen Geschlecht, ethnische und geografische Herkunft, geistige und körperliche Konstitution sowie Familienstand im Vordergrund. Auffallend ist, dass die meisten zielgruppenspezifischen Angebote als längerfristig gewachsene, autarke Strukturen parallel zueinander existierten, woraus ein für Außenstehende oft unübersichtliches Nebeneinander resultierte, das einen ganzheitlichen diversitätsorientierten Ansatz vermissen ließ. Problematisch erschien weiterhin, dass wichtige Diversitätsaspekte, wie der soziale Hintergrund, die Art der Hochschulzugangsberechtigung, ein Migrationshintergrund oder die Bündelung mehrerer Benachteiligungsaspekte in einer Person, zunächst unberücksichtigt blieben. Zuletzt folgten diese Strukturen zunächst fast ausschließlich gesetzlichen Vorgaben, beziehungsweise adressierten gruppenspezifische Problemlagen und schrieben damit Ungleichheiten und Kategorisierungen eher fort, als sie zu dekonstruieren und zu einem wertschätzenden und gestaltenden Umgang mit Vielfalt beizutragen.

Um dem zu begegnen, entschied sich die Hochschulleitung im Jahr 2014 zur Beteiligung am Diversity Audit *Vielfalt gestalten* des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Gleichzeitig richtete sie eine Projektstelle ein, die das Auditierungsverfahren koordinieren und darüber hinaus weitere Diversitätsaktivitäten initiieren sollte.⁵⁰ Die Projektstelle wurde unmittelbar dem Präsidenten der JGU zugeordnet, was durchaus Signalwirkung hatte.

Die Teilnahme am Diversity Audit kann rückblickend als ein guter Einstieg in das Thema gewertet werden. Im Rahmen des Audits und darüber hinaus nahm und nimmt die JGU unter anderem die Entwicklung einer diversitätsorientierten Lehr- und Lernkultur in den Blick. Mit der Entscheidung für diesen Schwerpunkt



Porträts aus einem Foto-
projekt der JGU zum The-
ma Diversität aus dem
Jahr 2016. Fotos: Thomas
Hartmann, Quelle: Stabs-
stelle Gleichstellung und
Diversität der JGU.

Das Diversitätsverständnis der JGU

Diversität bezeichnet die vielfältigen Voraussetzungen und Erfahrungshintergründe der Personen, die an der JGU studieren, forschen, lehren, arbeiten, sich wissenschaftlich weiterbilden oder eine Ausbildung absolvieren. Zunächst umschreibt der Diversitätsbegriff individuelle demografische Faktoren wie Alter, Geschlecht, Religion, physische und psychische Beeinträchtigung, Herkunft, Familienstand, sozialer Hintergrund, finanzielle Lage, sexuelle Orientierung und Identität. Weiterhin schließt er persönliche Merkmale ein, die im universitären Kontext von Bedeutung sind, wie Habitus, Lernverhalten, Weltanschauung, internationale Erfahrungen, Berufserfahrungen oder Problemlösestrategien. Diversität meint schließlich auch organisationale Faktoren, wie Studien- oder Betriebszugehörigkeitsdauer, Fachdisziplin, Fachkultur, etc.⁵¹ Der Zugang zu dieser Vielfalt liegt in der Berücksichtigung und Anerkennung von sowohl interpersonellen Unterschieden als auch Gemeinsamkeiten im Rahmen der Gestaltung universitärer Prozesse und Strukturen.⁵² Grundlage dafür ist die Bereitschaft zur Selbstreflexion und zum Perspektivwechsel. Dieser Zugang erfordert das Aufbrechen homogener Idealvorstellungen und Kategorisierungen beispielsweise im Hinblick auf tradierte Erwartungen an Wissenschaftspersönlichkeiten und damit eng verbunden auch die Reflexion gesellschaftlicher und sozialer Differenzierungen oder Zu- oder Abschreibungen und ihrer Auswirkungen zum Beispiel auf den Zugang zur Universität oder Wissenschaftskarrieren. Letztlich erfordert der beschriebene Ansatz auch die Bereitschaft, Hürden und Exklusionsmechanismen zu erkennen und diese zu beseitigen sowie eine dimensionsübergreifende Herangehensweise.

möchte die Universität über die Konzeption individueller Unterstützungsangebote hinaus auf institutioneller Ebene einen bewussten, verantwortungsvollen, wertschätzenden und positiven Umgang mit Diversität all ihrer Mitglieder weiterentwickeln. Um das zu realisieren, war es notwendig, das Diversitätsthema langfristig in den Strukturen der Universität zu verankern. Unter dieser Prämisse wurde im Frühjahr 2018 die inhaltliche Erweiterung der zu diesem Zeitpunkt bereits seit knapp 30 Jahren bestehenden Stabsstelle für Frauenförderung und Gleichstellung und ihre Überführung in eine Stabsstelle Gleichstellung und Diversität veranlasst.⁵³

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung, Intoleranz, reaktionäre Denkmuster und Abschottungstendenzen scheinen den öffentlichen Diskurs heute – im Jahr 2021 – sehr viel stärker als noch vor einigen Jahren zu bestimmen. Hier sollte und kann eine Universität deutlich und sichtbar Stellung beziehen und eine Vorreiterin-

Ausblick

Die Diversitätsstrategie der JGU

Perspektivenvielfalt als eines der handlungsleitenden Motive der systematischen Auseinandersetzung mit personeller Vielfalt zu gewährleisten, sollte sich nicht zuletzt in der Entwicklung der Diversitätsstrategie der JGU widerspiegeln. Aus diesem Grund wurde der Entstehungsprozess so gestaltet, dass sich möglichst viele Mitglieder beteiligen und ihre Anregungen in die Strategie einbringen konnten. Aufbauend auf die im Laufe des Auditierungsverfahrens gewonnenen Erkenntnisse, nimmt die Strategie zunächst die Diversität der (potenziellen) Studierenden sowie ihre Implikationen für universitäre Prozesse, mittelfristig auch Nachwuchswissenschaftler*innen, Beschäftigte sowie Alumnae und Alumni in den Blick.

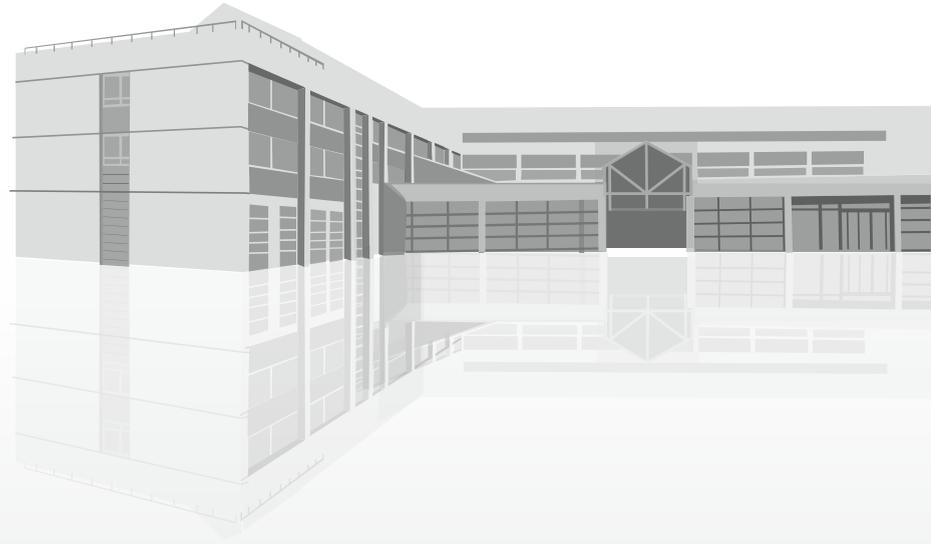
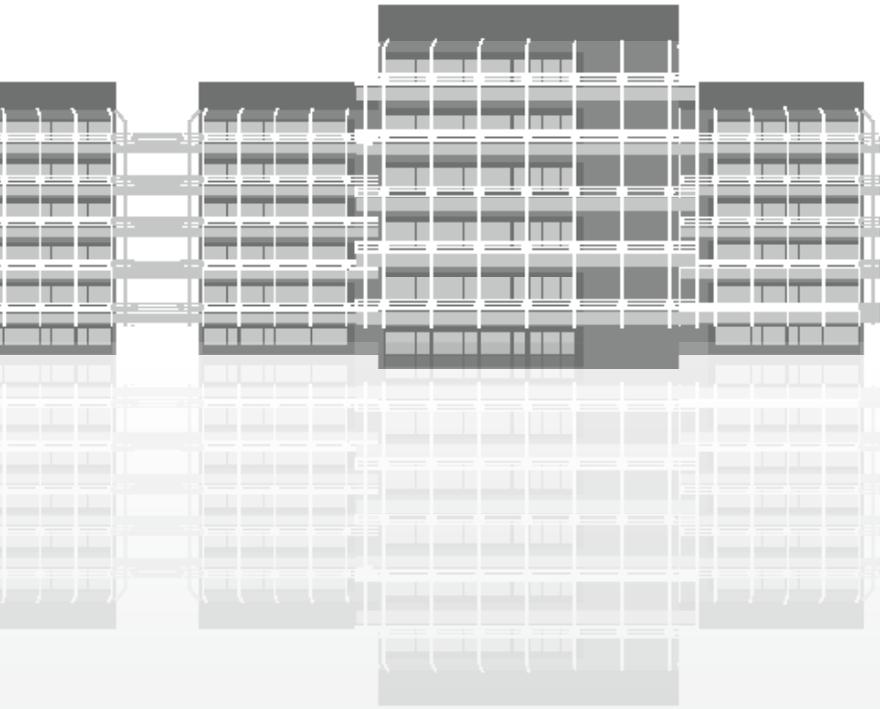
Die Diversitätsstrategie hat den Anspruch, auf individueller, organisatorischer und gesellschaftlicher Ebene wirksam zu werden. Demnach beschränken sich die Diversitätsaktivitäten der JGU nicht auf die Implementierung individueller Unterstützungsangebote für eine bestimmte Zielgruppe. Universitäre Prozesse und Strukturen werden vor dem Hintergrund ihrer Passfähigkeit für eine diverse Anspruchsgruppe analysiert und entsprechend verbessert. Langfristig beabsichtigt die JGU ein Umfeld zu schaffen, in dem:

- für alle Mitglieder der JGU ungeachtet ihres Alters, Geschlechts, sozialen Hintergrunds, ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität und Orientierung, ihren körperlichen Fähigkeiten sowie ihrer individuellen Lebensweise eine möglichst optimale Teilhabe an universitären Prozessen, Strukturen und Ressourcen gewährleistet ist;
- bestehende Barrieren für den Erfolg der Studierenden und Beschäftigten sukzessive abgebaut werden;
- die Übergänge zu und innerhalb der Universität chancengerecht gestaltet werden;
- eine offene Diskussionskultur und ein Umgang auf Augenhöhe selbstverständlich ist;
- weiterhin Vielfalt als bereichernde Chance des intellektuellen Diskurses begriffen und gestaltet wird, sodass sich die Potenziale der Vielfalt der Mitglieder entfalten können;
- unterschiedliche fachkulturelle Sozialisationen anerkannt und wertgeschätzt und Perspektivwechsel ermöglicht werden;
- zentrale und dezentrale Einrichtungen der JGU bestmöglich in Bezug auf die mit Diversität einhergehenden Herausforderungen unterstützt werden.

nenrolle innerhalb der Gesellschaft einnehmen. Und gerade weil die einleitend gestellten Fragen (noch) nicht bejaht werden können, gilt es, alle Anstrengungen dafür zu unternehmen, dass die JGU in naher Zukunft echter Chancengerechtigkeit ein Stück nähergekommen ist. Dazu braucht es ein Umfeld, das erlaubt und dazu anregt, dass überkommene Normalitätserwartungen in Frage gestellt sowie konventionelle Leistungskriterien und Arbeitskulturen reflektiert werden können. Das ist oft mühsam und im universitären Alltag beziehungsweise in den gegebenen Strukturen nicht immer zufriedenstellend umzusetzen – gleichzeitig bedeutet es aber auch eine Horizonsweiterung.

Anmerkungen

- 1 Hölscher: »ut omnes unum sint« | Joh 17,21 und die Idee der Mainzer Universität. In: Grammata Bibelwissenschaftliche Notizen (Blog), URL: <https://grammata.hypothesos.org/1994> (abgerufen am 10.10.2019).
- 2 Metzner: Alte Universität Mainz, S. 23.
- 3 Siehe hierzu auch den Beitrag von Heinz Duchhardt in diesem Band.
- 4 Vgl. Engel: Gespräch über die Grenzen. In: Die Burse (1947), Nr. 1, S. 21 f.
- 5 Vgl. Zimmermann: Von der Bildung einer neuen deutschen Elite. In: Die Burse (1948), Nr. 3, S. 85.
- 6 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 81/1, Akademisches Auslandsamt.
- 7 Vgl. den Bericht des Rektors [Gottfried Köthe] vom 1.10.1954 bis 30.9.1956, S. 16 f. u. den Bericht des Rektors [Friedrich Delekat] vom 1.10.1957 bis 30.9.1958, S. 9. Die Berichte der Rektoren und Präsidenten finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.10.2019).
- 8 Vgl. u. a. den Bericht des Rektors [Adolf Adam] vom 1.10.1967 bis 30.9.1968, S. 44.
- 9 Vgl.: UA Mainz, Best. 45/314, Ausländersprachkurse, Brief des Rektors zur Einrichtung von Deutschkursen für Ausländer vom 17.3.1956.
- 10 Vgl. ebd., der Dekan der Medizinischen Fakultät an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 20.7.1959.
- 11 Vgl. den Erfahrungsbericht des ehemaligen Präsidenten Klaus Beyermann. In: LuST 5 (2016), Nr. 7, S. 15 f.
- 12 Vgl. Kath: Bild (1952), S. 52, URL: http://www.sozialerhebung.de/download/01/soz01_1951_gesamt.pdf (abgerufen am 8.11.2019).
- 13 Ebd.
- 14 Vgl. Zimmermann: Von der Bildung einer neuen deutschen Elite. In: Die Burse (1948), Nr. 3, S. 83 f.
- 15 Bericht des Rektors [Hellmut Isele] vom 1.8.1949 bis 30.9.1951, S. 18.
- 16 Vgl. Kath: Bild (1952), S. 76, URL: http://www.sozialerhebung.de/download/01/soz01_1951_gesamt.pdf (abgerufen am 8.11.2019).
- 17 Ebd.
- 18 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Studierende 4, S. 20.
- 19 Vgl. Kersting: Die Stimme vom Dorfe. In: Die Burse (1948), Nr. 2, S. 75 f.
- 20 Vgl. PBS (Hrsg.): 50 Jahre, S. 15 u. Bericht des Rektors [Hans Rohrbach] vom 1.10.1966 bis 30.9.1967, S. 13. Siehe hierzu auch den Beitrag von Roland Euler in diesem Band.
- 21 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage der PBS, URL: <https://www.pbs.uni-mainz.de/> (abgerufen am 20.2.2020).
- 22 Vgl. ebd. u. Psychotherapeutische Beratungsstelle für Studierende der Johannes Gutenberg-Universität Mainz: 50 Jahre Psychotherapeutische Beratungsstelle 1967–2017, URL: <https://www.blogs.uni-mainz.de/pbs/files/2018/10/Jahresbericht-2016.pdf> (abgerufen am 20.4.2020).
- 23 PBS (Hrsg.): 50 Jahre, S. 23.
- 24 UA Mainz, Best. 7/114, Universitätsrichter Trappe an den Dekan der Medizinischen Fakultät am 25.1.1963.
- 25 Vgl. UA Mainz, Best. 45/269, Studienberatung 1971.
- 26 Ebd.
- 27 Vgl. Kozlova: Diversität, S. 26 f.
- 28 Bericht des Präsidenten [Klaus Beyermann] von 1984, S. 70.
- 29 Vgl. ebd. S. 71.
- 30 Vgl. Interview der Verf. mit der Schwerbehindertenvertretung und Verantwortlichen vom Service für barrierefreies Studieren vom 4.6.2019 u. Bericht des Präsidenten [Josef Reiter] von 1995, S. 15.
- 31 Vgl. die Homepage der Servicestelle für barrierefreies Studieren, URL: <https://www.barrierefrei.uni-mainz.de/> (abgerufen am 8.10.2019).
- 32 Vgl. Interview der Verf. mit der Schwerbehindertenvertretung und Verantwortlichen vom Service für barrierefreies Studieren vom 4.6.2019.
- 33 Siehe hierzu auch den Beitrag von Sabine Lauderbach in diesem Band.
- 34 Theophil (Pseudonym für Günter Pfeiffer): Die Studentin. In: Die Burse (1948), Nr. 2, S. 71.
- 35 Grothus: Frauen-AG im ASTA. In: Jogu 8 (1977), Nr. 51, S. 15.
- 36 Spaniol: Frauen fordern die halbe Universität. In: Jogu 17 (1986), Nr. 104, S. 24.
- 37 Bericht des Präsidenten [Peter Schneider] vom WiSe 1974/75 bis WiSe 1975/76, S. 40.
- 38 Vgl. Bericht des Rektors [Peter Schneider] vom WiSe 1969/70 bis WiSe 1972/73, S. 93.
- 39 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Bericht der Landesregierung, URL: <https://mh-stiftung.de/wp-content/uploads/Langfassung.pdf> (abgerufen am 8.11.2019).
- 40 Vgl. ebd., S. 103.
- 41 Vgl. UA Mainz, Best. 7/114 u. 112, Verfahren vor dem Untersuchungsrichter und dem Akademischen Disziplinargericht.
- 42 Vgl. Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Bericht der Landesregierung, S. 101 u. S. 134 f.
- 43 Petersen: Verfolgt. Zur Situation der Homosexuellen in Deutschland. In: nobis 16 (1964), Nr. 123, S. 8 f.
- 44 UA Mainz, Best. 40/561, Autonomes Schwulenreferat.
- 45 Konkret ging es um die Aktivitäten der Burschenschaft Germania Halle Mainz.
- 46 Michaelis: Resolution des Senats der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für Toleranz auf dem Universitätsgelände (einstimmig verabschiedet in der Sitzung am 5. Dezember 2008), URL: https://www.uni-mainz.de/presse/downloads/uni_mainz_senat_resolution_fuer_toleranz.pdf (abgerufen am 30.9.2019).
- 47 Kolpachtikova/Wenzel: Diversity, S. 113.
- 48 Die Verf. hat das Projekt seit 2014 geleitet und schildert an dieser Stelle ihre Erfahrungen in verschiedenen Diskussionszusammenhängen.
- 49 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Netzwerks Diversity an Hochschulen, URL: <https://www.netzwerk-diversity.de/> (abgerufen am 8.10.2019).
- 50 Vgl. die Informationen auf der Homepage des Stifterverbandes, URL: <https://www.stifterverband.org/diversity-audit> (abgerufen am 30.9.2019).
- 51 Vgl. Auferkorte-Miachaelis/Linde (Hrsg): Diversität, S. 17 f.
- 52 Vgl. Krell: Diversity Management, S. 64 f.
- 53 Vgl. die Homepage der Stabsstelle, URL: <https://gleichstellung.uni-mainz.de/> (abgerufen am 30.9.2019).



D. INTERNATIONALER KONTEXT

»das Verständnis für die kulturellen
und sozialen Errungenschaften anderer
Länder und Völker [...] fördern«¹

Die Anfänge der Internationalisierung
an der JGU 1946–1956

Heinz Duchhardt

Die heutige Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) ist in einem Maß international aufgestellt – in ihrer Studierendenschaft, im Lehrkörper, in den internationalen Aktivitäten und Partnerschaften, in der Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen wie bi- oder multilateralen Rektorenkonferenzen –, dass es gedanklich schwerfällt, sich in die mühsamen Anfangsjahre dieses Prozesses zurückzusetzen. Im Unterschied zu den älteren, seit 1945 allmählich wieder in den akademischen Alltag zurückfindenden Universitäten konnte die Mainzer Neugründung nicht auf institutionalisierte Auslandsbeziehungen aus der Vorkriegszeit zurückgreifen, sondern stand im wahrsten Sinn des Wortes an einem Punkt Null. Andererseits schwang die Erwartung, dass die Universität eine Mittler- und Umspannrolle nach außen übernehmen sollte, bei ihrer Errichtung unüberhörbar mit: Die (erhoffte) Internationalität war ihr an der Wiege gesungen worden.

Der nachfolgende Beitrag beleuchtet die erste Dekade (1946–1956) der neuen Universität. Das mag auf den ersten Blick als eine willkürliche Zäsur erscheinen, die sich indes von der Sache her begründet. Drei Faktoren seien genannt: 1955 nahm der Mainzer Rektor an der ersten Sitzung der Westeuropäischen Rektoren-

renkonferenz in Cambridge (England) teil.² Mit der Anerkennung der vollen Souveränität der Bundesrepublik im sogenannten Deutschlandvertrag 1955 und mit dem damit möglich gewordenen Abschluss binationaler Kulturabkommen wurde die formale Voraussetzung für Universitätspartnerschaften mit ausländischen Einrichtungen geschaffen. Und schließlich: Mit dem Anlaufen des Fulbright-Programms stieg die Zahl ausländischer Wissenschaftler signifikant an, die für eine kurze Zeit, in der Regel ein Semester, in Mainz lehrten.³ Sie verliehen der Internationalisierung der JGU einen kräftigen Schub. Aber der Betrachtungszeitraum ist zugleich besonders erhellend, weil nach den programmatischen Ankündigungen im Vorfeld und im Kontext der Universitätsneugründung die Frage anstand, wie der Start in den proklamierten Internationalisierungsprozess tatsächlich verlief, welche Ideen geboren, welche Chancen vertan wurden. Im Folgenden liegt der Fokus auf der Universität als Institution und ihren Fakultäten. Dass schon bei den 1946 berufenen Hochschullehrern fast jeder über Auslandskontakte verfügte – teils sehr enge wie der Kulturwissenschaftler Anton Hilckman,⁴ der in Mailand promoviert worden war –, versteht sich bei alledem von selbst und muss stets mitgedacht werden, kann hier aber nicht im Einzelnen verfolgt werden.

Deutsch-französische Versöhnung als Motiv der Neugründung

Dass an der Wiege der JGU die französische Militäradministration stand, repräsentiert durch den von der Notwendigkeit der bilateralen Aussöhnung und ihrer europäischen Einbettung überzeugten Leiter der Direction de l'Éducation Publique (DEP), General Raymond Schmittlein, wird im Beitrag von Corine Defrance deutlich gezeigt. Der neuen Einrichtung haftete daher von der ersten Stunde etwas Transnationales an, das noch unterstrichen wurde durch die geografische Lage der Sitzstadt am völkerverbindenden Rhein und damit an einem der herausragenden Verkehrswege zwischen der Schweiz und den Niederlanden. Die Universität Mainz sollte insofern – zumindest in den Augen ihrer französischen Gründungsväter – eine Art Gegenmodell zur deutschen Universität der ersten Jahrhunderthälfte sein, sollte freie, dem Gedanken der Demokratie verpflichtete Forschung im Austausch mit ihren europäischen und weltweiten Partnern treiben und ihren Absolventen ein entsprechend offenes und aufnahmebereites Weltbild vermitteln.⁵

Schon in den Memoranden, die der Gründung der Universität unmittelbar vorausgingen, haben die Verfasser den internationalen Auftrag der zukünftigen Einrichtung mehr als deutlich angesprochen. Die Autoren hatten sich in etlichen Fällen bereits in den 1920er- und 1930er-Jahren mit Mainzer Universitätsplänen beschäftigt und griffen nun zum Teil auf damals vertretene Positionen zurück. Der an der für die Ausbildung des Priesternachwuchses zuständigen Philosophisch-Theologischen Hochschule tätige katholische Dogmatiker August Reatz beispielsweise forderte im Herbst 1945 in einem Memorandum, das als eine Art Initialzündung der Mainzer Universitätspläne gilt, eine »internationale Spannweite«, um »beim Wiederaufbau Europas und bei der Begründung einer abendländischen Völkergemeinschaft eine entscheidende Rolle«⁶ spielen zu können. Der in Vorschlag gebrachten Einrichtung wies er allein schon aufgrund ihrer geografischen Lage die Funktion zu, eine enge Zusammenarbeit der französischen mit der rheinischen Wissenschaft zu initiieren. Der Kulturpolitiker Franz Theodor Klingelschmitt dachte wenig später gar – freilich nicht unwidersprochen – an eine »Völkerbunduniversität«,⁷ also eine Hochschule, die die europäischen Geistesströmungen in sich aufsaugt und sie reflektiert – Internationalität sei ohnehin schon seit Jahrhunderten ein Grundzug der Mainzer Studentenschaft gewesen. Der aus Mainz gebürtige, in Köln promovierte und habilitierte Industrielle Anton Felix Napp-Zinn regte die Einrichtung eines (von der französischen Regierung zu finanzierenden) interdisziplinären Frankreich-Instituts an, dessen Dozenten zugleich an der zu errichtenden Universität zu lehren hätten.⁸ Sein akademischer Lehrer, der Kölner Geheimrat Christian Eckert, der schon bei der Gründung der Kölner Universität eine Schlüsselrolle gespielt hatte, schloss sich ihm in seinem Gutachten in diesem Punkt an, das

aber auch insofern als Referenzpunkt wichtig wurde, weil es aus einer Mainzer Rede Charles de Gaulles vom Oktober 1945 zitierte, dass »wir Westeuropäer« gemeinsam aufgerufen seien, den Wiederaufbau Europas in die eigenen Hände zu nehmen, den Prozess der »geistigen Gesundung« voranzutreiben, der »für Europas Bestand und Weiterwirken im Weltgeschehen entscheidend sein wird«.⁹

Diese Anregungen und Empfehlungen flossen in das erste Kerndokument der neuen Universität ein, ihre von Gründungsrektor Josef Schmid formulierten und am 27. Februar 1946 – einem für die Stadt traumatischen Jahrestag¹⁰ – genehmigten Statuten, in deren Abschnitt 4c zum Ausdruck gebracht wurde, dass in Forschung und Lehre »die neue Universität die Kenntnis und das Verständnis für die geistigen und kulturellen Errungenschaften der anderen Länder, die gegenseitige Achtung der Völker voreinander und das Gefühl für die Verbindung der Menschheit weiter fortbilden«¹¹ solle. Das ganze Dokument war beherrscht von dem Menetekel des Hitler-Regimes, das nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa habe ausbluten lassen und alle Beziehungen zwischen den Völkern zerstört habe.

Das zweite Schlüsseldokument zur Neugründung der Mainzer Universität, die programmatisch gemeinte Ansprache Schmittleins, ohne dessen Zustimmung und Unterstützung dieser Vorgang gar nicht denkbar gewesen wäre, verortete die »renaissance« der neuen Einrichtung eher in einem deutsch-französischen Kontext und beschwor deswegen nicht zufällig auch ihre Funktion in der Vermittlung zwischen den »deux grandes civilisations«.¹² Schmittlein – viele seiner Memoranden und Schriften legen davon Zeugnis ab – war ein überzeugter Europäer, der nicht müde wurde, die Funktion eines demokratisch gewordenen Deutschland und Frankreichs im Prozess der Einigung Europas zu beschwören.¹³

Diese Stimme ist in gewisser Hinsicht repräsentativ für die Bewusstseinslage der an der Gründung der Mainzer Universität beteiligten deutschen und französischen Funktionsträger. Der Chef der französischen Militärregierung, General Pierre Marie Koenig, hat es in seiner Grußadresse bei der Einweihungsfeier so zum Ausdruck gebracht: Er wünsche sich, dass die Universität zu einem Zentrum deutsch-französischen (materiellen und geistigen) Aufbauwillens und – allein schon ihrer geografischen Lage wegen – zum Mittler zwischen verschiedenen Völkern und Weltanschauungen, zu einem »lieu de rencontres pacifiques«,¹⁴ des internationalen Austauschs der Ideen werden möge.

Auch die deutschen Funktionsträger waren bemüht, die Rolle der Mainzer Universität im Prozess der deutsch-französischen Versöhnung nicht zu stark zu akzentuieren, sondern den Fokus auf ganz Europa zu legen. Angesichts des Gegenwinds, der der »französischen Gründung« entgegenschlug, oft verbunden mit dem Vorwurf, damit einen Beitrag zum linksrheinischen Separatismus zu leisten, war man darin sicher auch gut beraten. Der nicht unumstrittene, nach seiner erzwungenen Demission aber ganz grundlos einer wahren »Hexenverfolgung« ausgesetzte Gründungsrektor Schmid beispielsweise bemühte in seiner Eröffnungsrede zwar ein Terzett von europäischen Gewährsleuten – neben dem Schotten Thomas Carlyle und dem Schweizer Johann Heinrich Pestalozzi auch den italienischen Grafen Carlo Sforza mit seinem Diktum, dass das europäische Problem ein moralisches Problem sei –, hat die Funktion der JGU für den deutsch-französischen Diskurs aber nicht pointiert.¹⁵ Er gab ihr stattdessen die allgemeine Erwartung mit auf den Weg, dass die neue Lehr- und Forschungsstätte »das Verständnis für die kulturellen und sozialen Errungenschaften anderer Länder und Völker pflegt mit dem Ziele, die gegenseitige Achtung voreinander und die geistige Verantwortung für fremde Art im Sinne einer universellen Weltverbundenheit zu fördern«.¹⁶

Großes Interesse der Studierenden an den internationalen Ferienkursen Ende der 1940er-Jahre. Foto: Christian von Grone, Quelle: UA Mainz, S3/420.



Erste Ferienkurse und internationale Vorlesungen

Ob die in den Grußadressen und Eröffnungsreden vom Mai 1946 und in vielen Ansprachen und offiziellen Schreiben der folgenden Jahre zum Ausdruck gebrachte Erwartung,¹⁷ Mainz müsse im internationalen Austausch eine Vorreiterrolle übernehmen, mehr als ein Lippenbekenntnis war, musste die Praxis zeigen.

Die Universitätsspitze ebenso wie die Fakultäten konnten hier manches steuern.¹⁸ Die Akzente, die das Rektorat dabei setzen konnte, waren jedoch begrenzter als die der Fakultäten. Es soll hier allerdings noch einmal unterstrichen werden, wie prekär die Rahmenbedingungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren, um ein tragfähiges internationales Netzwerk aufzubauen: Die zunächst unzureichende finanzielle Ausstattung, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit, auch nur zwischen den Besatzungszonen, die Kontrollmechanismen der Militärregierung oder die Auflagen für die Forschung entsprechend den Kontrollratsgesetzen. All das und anderes machte die neue Universität für potentielle ausländische Partner zunächst noch nicht sonderlich attraktiv.¹⁹

Die Impulse, die das Rektorat zur Beförderung der Internationalisierung der Universität setzen konnte, reduzierten sich letztlich auf die Ansetzung von fakultätenübergreifenden Vortragszyklen, die Kontaktpflege mit Ausländern, die die Mainzer Universität ins internationale Gespräch bringen und gegebenenfalls für sie die Werbetrommel rühren sollten, und auf die Einrichtung eines regelmäßigen Ferienkurses.

Diese nach Ende der Vorlesungszeit von Mainzer Professoren bestrittenen Ferienkurse bildeten das spektakulärste und erfolgreichste Steuerungsinstrument der Universitätsverwaltung mit dem Ziel der Verstärkung der Internationalität der jungen Hochschule. Der erste Kurs fand mit erheblicher Unterstützung der Militärregierung im August 1947 statt. Er führte 200 französische und 50 weitere ausländische Studierende aus sieben Ländern mit der gleichen Zahl Mainzer Studierender zusammen. Nicht immer mit diesen großen Zahlen – 1954 beispielsweise nahmen 90 ausländische Studierende aus 15 Ländern teil –, setzte sich das in den nächsten Jahren kontinuierlich fort. Für Mainzer Studierende war es ein bescheidener Ersatz für einen regulären



Gemeinsame Mittagspause der deutschen und internationalen Studierenden während der Ferienkurse Ende der 1940er-Jahre in der Alten Mensa. Foto: Christian von Grone, Quelle: UA Mainz, S3/5554.

internationalen Austausch, der gemäß den Rektoratsberichten schon seit den ausgehenden 1940er-Jahren immer dringlicher gefordert wurde. Aber bis zu den regulierten Austauschprogrammen mit ausländischen Partneruniversitäten und gar bis zu den europäischen Mobilitätsprogrammen war es noch ein weiter Weg.

Dass bei den frühen Ferienkursen die französische Komponente dominierte, war selbstredend kein Zufall. Hierfür warb die Direction Générale des Affaires Culturelles ausdrücklich an den französischen Universitäten. Aber Frankreich – auch das ein dezidiertes Wunsch Schmittleins und seiner Berater – spielte ebenso im »normalen« Innenleben der Universität eine prominente Rolle, in den meisten Fällen wohl, ohne dass es rektoraler Einwirkungen bedurfte. So lasen, um es nur an einem Beispiel zu illustrieren, im Wintersemester 1946/47 im Rahmen der Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten der Kulturwissenschaftler Hilckman über *Das geistige Frankreich von heute*, der Romanist Léon Wencelius über den französischen Humanismus des 16. Jahrhunderts und der Gastprofessor Georges Hubrecht über *Das französische Staatswesen in Vergangenheit und Gegenwart*. Tendenziell sind diese frankreichorientierten Veranstaltungen für Hörer aller Fakultäten und dann des Studium generale erst gegen Ende der hier behandelten Dekade zurückgegangen.²⁰ Aber auch schon früher konnte es vorkommen, dass – so im Sommersemester 1948 – Hilckman mit seinem Kolleg über die geistigen und politischen Strömungen im gegenwärtigen Frankreich – oder im Wintersemester 1949/50 der Komparatist Friedrich Hirth mit *Deutsch-französischen literarischen Beziehungen* ziemlich allein auf weiter Flur mit dieser Art von Veranstaltungen standen. In den ersten Jahren nach 1946 scheinen die Juristen sich besonders verpflichtet gefühlt zu haben, durch Gastprofessoren aus Frankreich, wie dem eben genannten Hubrecht, über das Nachbarland zu informieren.

Bei den seit dem Sommersemester 1950 eigens initiierten Vorlesungen des Studium generale – einem zweiten Steuerungsinstrument des Rektorats – lässt sich eine Frankreich-Schwerpunktsetzung dann nicht mehr feststellen. Überhaupt standen die Veranstaltungen des Studium generale im Untersuchungszeitraum nur im

Sommersemester 1954 und im Wintersemester 1954/55 einmal unter einem bestimmten Rahmenthema, nämlich dem *Unvergänglichen in der Literatur der Menschheit*. Ansonsten versuchten sie eher das Gesamtbild der in Mainz vertretenen Wissenschaften abzubilden. Hier dominierten, ohne dass dem europäischen Einigungsprozess ein ausdrückliches und besonderes Augenmerk geschenkt worden wäre, allerdings Veranstaltungen, die das Europäische als spezifisches Kulturphänomen thematisierten.²¹ Eine im Rahmen des Studium generale angebotene Vorlesung über *Recht und Problematik internationaler Organisationen* (Sommersemester 1953) war vor dem Hintergrund des beginnenden Europäisierungsprozesses durchaus etwas Besonderes.

Dass ein von der Universitätsspitze initiiertes Vortragsprogramm aber durchaus Akzente im Sinne der Internationalisierung setzen konnte, hatte das allererste Mainzer Semester – also lange vor Einrichtung des Studium generale – erwiesen. Noch ohne in Druckform angekündigt worden zu sein, fand der Vortragszyklus im Sommersemester 1946 ein breites Echo weit über den akademischen Bereich hinaus. Er wurde unter dem blassen Namen *Öffentliche Vorträge* angekündigt – ein Dutzend Vorträge, die, von der Universitätsleitung initiiert und organisiert, im schnellen Rhythmus im Juni und Juli 1946 von Dozenten heimischer und auswärtiger Universitäten gehalten wurden.²² Wenigstens die Hälfte dieser interdisziplinären Vorträge hatte einen ausgesprochen europäischen Zuschnitt: So, wenn der Kunsthistoriker Friedrich Gerke anhand von Beispielen aus dem Bereich der sakralen Baukunst die kulturelle Einheit Europas herauszuarbeiten suchte, so, wenn der Rechtshistoriker Erich Berneker über das Römische Recht als Grundlage der europäischen Kultur sprach. Der Physiker Hans Klumb plädierte vehement für eine europäische Vernetzung und Integration von Naturwissenschaften und Technik und ihre gemeinsame Nutzung beim Aufbau Europas. Der aus Österreich stammende Kulturphilosoph Karl Schlechta widmete sich den abendländisch-europäischen Entwürfen eines *genius loci*, *Gottfried Wilhelm Leibniz'*, und auch dem Vortrag des Straßburger Germanisten Pierre-Paul Sagave über *Die Sicht Frankreichs auf den deutschen Charakter* kam vor dem Hintergrund der deutsch-französischen »Erbfeindschaft«, die es zu überwinden gelte, selbstverständlich eine europäische Dimension zu. Der am Besuch und am medialen Echo ablesbare Erfolg dieses Zyklus hätte ermuntern können, auch im Programm des Studium generale stärker auf solche europäischen Reihen zu setzen. Vor der Übertragung dieses Sektors der Öffentlichkeitsarbeit an das Studium generale ist das Rektorat nur noch einmal in diesem Sinn tätig geworden: mit dem Goethe-Zyklus im Sommersemester 1949 – es jährte sich Goethes Geburtstag zum 200. Mal. Auch ihm wohnte ein gewisses europäisches Potenzial bei, weil, wie beispielsweise der Vortrag des Romanisten Eugen Lerch über *Goethe und die französische Kultur* zeigte, auch die Goethe-Rezeption im europäischen Umfeld zum Thema wurde.²³

Ehrentitel als Spiegel der Internationalität?

Ging es bei den Ferienkursen darum, ausländischen Studierenden Einblick in den Stand der deutschen Wissenschaft und in die Kultur, die Mentalitäten und die Lebenswelt der Deutschen zu vermitteln und im Idealfall für ein Studium in Mainz zu interessieren, so setzten andere Steuerungsmaßnahmen an der Spitze der akademischen Hierarchie an. Weitgehend allein in der Hand des Rektorats und Senats lag die Würdigung externer Persönlichkeiten durch die Verleihung einer Ehrensensorenenschaft und Ehrenbürgerschaft. Freilich wurde im Untersuchungszeitraum von diesem Instrument, was den Anteil von Ausländern betrifft, nur höchst sparsam Gebrauch gemacht. Der einzige einschlägige »Fall« ist die Zuerkennung der Ehrensensorenwürde an den französischen Ingenieur und Ritter der Ehrenlegion, Henri Guérin, 1949.²⁴ Aber dabei blieb es bis in die 1960er-Jahre hinein dann auch. Weder Schmittlein noch einer der anderen »Gründerväter« der Mainzer Universität wurden mit der Ehrensensoren- oder wenigstens Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet. Vielleicht, weil man nach außen hin den Eindruck vermeiden wollte, die Universität sei nach wie vor von der (ehemaligen)

»das Verständnis für die kulturellen und sozialen Errungenschaften anderer Länder und Völker [...] fördern«



Besatzungsmacht abhängig, aber natürlich auch, weil Schmittlein schon in anderer Weise akademisch geehrt worden war.²⁵

Aber nicht nur mit der Verleihung von Ehrenbürger- und Ehrensensorschaften konnte die Universität »Politik« machen. Ehrenpromotionen, in diesem Fall ausländischer Gelehrter, müssen zu den subtilen, aber deswegen besonders wirksamen Instrumenten gezählt werden, eine ausgewählte Gruppe von Spitzenforschern als Förderer und Protagonisten der ehrenden Einrichtung zu gewinnen. Sie lagen letztlich in der Zuständigkeit der Fakultäten, aber die Universitätsspitze schmückte sich gern mit ihnen. Die Jahresberichte der Rektoren bilanzieren diese Verleihungen von Ehrendoktoraten sehr gewissenhaft. Für die ersten Jahre fehlen allerdings noch die gedruckten Jahresberichte, sodass man auf archivalische Quellen angewiesen ist. Sie verdeutlichen, wie die Dankbarkeit gegenüber der französischen Militärregierung sich auf dieser Ebene stärker materialisierte, wurden doch sowohl Schmittlein (1947), von seiner akademischen Ausbildung her promovierter Germanist, als auch Koenig (1949) mit Ehrendoktorwürden der Philosophischen beziehungsweise der Naturwissenschaftlichen Fakultät ausgezeichnet. 1950 folgte der deutsch-italienische Rechtshistoriker Mariano San Nicolò, der einen Lehrstuhl in München innehatte. 1949 wurden mit dem Züricher Neutestamentler Eduard Schweizer von der Evangelisch-Theologischen Fakultät und 1950 von der Philosophischen Fakultät der im argentinischen Córdoba lehrende Philosoph Nimio de Anquin mit dem Dr. h. c. ausgezeichnet, immerhin ein knappes Drittel der überhaupt in dieser Zeitspanne vollzogenen Ehrenpromotionen. Wie die Tabelle der Ehrungen im Anhang dieses Bandes zeigt, wurde das Instrument der Ehrenpromotion ausländischer Gelehrter in den frühen Jahren der Universität – im Vergleich mit den Auszeichnungen für deutsche Gelehrte – jedoch nur in relativ geringem Maß genutzt. Um die Internationalität der JGU sichtbar zu machen, blieben auch hier, so scheint es, Chancen ungenutzt.²⁶

Als ein letztes Impuls- und Steuerungsinstrument, um Mainz rasch zu einem vollwertigen Mitglied der internationalen Wissenschaftsfamilie zu machen, müssen die Einladungen an prominente Repräsentanten des öffentlichen Lebens aus dem Ausland gezählt werden. Dass hier die französischen Gäste zunächst dominierten, lag auf der Hand: Der französische Außenminister Robert Schuman oder der französische Botschafter André François-Poncet, der gleich mehrmals auch Vorträge hielt, zählten ebenso dazu wie der eine oder andere Universitätsrektor aus dem westlichen Nachbarland.

Links: Robert Schuman in Begleitung des Botschafters André François-Poncet beim gemeinsamen Besuch an der JGU am 13.1.1950. Quelle: UA Mainz, S3/765.

Rechts: Hochkommissar John McCloy bei einer Ansprache in Germersheim im Jahr 1951. Quelle: UA Mainz, S3/209.

Es wurden aber auch Repräsentanten der anderen Besatzungsmächte in Mainz willkommen geheißen: John McCloy, der amerikanische Hochkommissar etwa, oder auch Vertreter des Vereinigten Königreichs.²⁷ Solche Besuche waren für die junge Universität auch insofern wichtig, als diese hochrangigen Gäste in der Regel nicht mit leeren Händen kamen, auch wenn es sich vielleicht nur um ein größeres Büchergeschenk handelte. Gleichwohl, trotz dieser breiteren Streuung der Einladungen prominenter Gäste aus dem Ausland: Frankreich behielt für die junge Mainzer Universität zunächst eine Sonderstellung und das über das Ende des Besatzungsstatuts hinaus.

Internationale Kongresse und Gastvorträge

Spiegel des zunehmenden Prestigegewinns der Universität und Indikatoren für ihre Einbettung in die »global scientific community« waren die internationalen Kongresse und die nationalen Kongresse mit internationaler Beteiligung, die nach Mainz geholt wurden. Initiativ wurden hier in aller Regel Mainzer Hochschullehrer, die – wie bereits erwähnt – ihre früheren oder neu hergestellten Auslandskontakte mit Erfolg einzusetzen wussten. Der *Internationale Pädagogen-Kongress* im April 1949, der erste Nachkriegskongress der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (1949), der *Dermatologen-Kongress* und, ebenfalls 1951, Tagungen verschiedener naturwissenschaftlicher Gesellschaften, darunter der Deutschen Physiologischen Gesellschaft, stachen hier heraus. Von den großen internationalen Kongressen in den Folgejahren seien noch die Tagung der Internationalen Vereinigung zum Studium der angewandten Anthropologie (1954) und der *Internationale Gynäkologen-Kongress* 1955 herausgegriffen. Am Ende dieser langen Reihe stand, auch wenn die Universität nicht Veranstalterin, sondern bloß durch ihren Lehrkörper besonders prominent vertreten war, der große einwöchige *Europa-Kongress* 1955 im Mainzer Schloss, mit dem das Institut für Europäische Geschichte (IEG) den sich damals beschleunigenden Prozess der europäischen Einigung und Organisation wissenschaftlich zu begleiten suchte. Aber insgesamt waren es die Mediziner, die in dieser Hinsicht am erfolgreichsten wirkten, während die international rasch bestens vernetzten Juristen bei der Einwerbung von Kongressen kaum in Erscheinung traten.

Man kann die Bilanz der Verflechtungen der Dozierenden mit dem Ausland, die Rektor Johannes Kraus für das akademische Jahr 1957 zog, ohne Bedenken schon um drei oder vier Jahre zurück projizieren:

»Der Verkehr mit den Universitäten und wissenschaftlichen Gremien nimmt immer lebhaftere Formen an. Zeugnis dafür geben die zahlreichen Vorträge, die Professoren auswärtiger und ausländischer Universitäten in Mainz und die Mainzer Professoren und Dozenten an Universitäten und auf Kongressen im In- und Ausland gehalten haben sowie die Aufnahme vieler unserer Professoren in wissenschaftliche Gremien des Auslandes.«²⁸

Das Jahr 1957 ist aber auch deswegen signifikant, weil ab diesem Jahr die Auslandskontakte der Fächer rapide zunahmen. Für die Auslandskontakte von Mainzer Wissenschaftlern sei nur ein Name stellvertretend herausgegriffen: Der 1941 von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängte Philosoph und Begründer des sogenannten Wertrealismus, Fritz von Rintelen, dem 1949 gleich zwei Ehrendoktorate südamerikanischer Universitäten verliehen wurden, hat nicht nur diese Region, sondern auch Ost- und Südostasien auf Vortragsreisen geradezu in Permanenz bereist.²⁹

Es geht aber hier nicht so sehr um die Präsenz von Mainzer Gelehrten im Ausland, sondern um die Internationalität des Hochschulstandorts Mainz. Sie lässt sich unter anderem an den wissenschaftlichen Vorträgen von ausländischen Gelehrten an der JGU ablesen. Der Untersuchungszeitraum kannte noch keine

förmlichen Universitätspartnerschaften, aber sie kündigten sich langsam an. Dass sich auch in dieser Hinsicht die Blicke zunächst auf Frankreich richteten, versteht sich von der Gründungsgeschichte der Universität her wiederum von selbst. Die Kontakte, die mit Nancy, Dijon und Straßburg geknüpft wurden, fokussierten sich bald in Richtung Dijon. 1953 wurde ein Vortragsaustausch mit der dortigen Universität vereinbart, in dessen Rahmen unter anderem der (viel später mit einem Mainzer Ehrendoktorat ausgezeichnete) Historiker Robert Folz in Mainz sprach. Dieser Zyklus wurde fortgesetzt und sollte, schließlich maßgeblich betrieben durch die Juristische und Philosophische Fakultät, in eine der frühen offiziellen Partnerschaften der JGU mit einer ausländischen Hochschule münden, zu der es erstaunlicherweise dann aber erst 1976 kommen sollte.³⁰ Einige Partnerschaften mit lateinamerikanischen Nationaluniversitäten (Kolumbien, Argentinien und Chile) datieren etliche Jahre früher (1968–1974), allerdings ebenfalls jenseits der ersten Dekade der Mainzer Universität.

Wie relativ zügig aber generell die Zahl der Gastvorträge ausländischer Wissenschaftler in Mainz anstieg, lässt eine Auflistung im Rektoratsbericht für 1953/54 erkennen, der von Dozenten aus der Schweiz (2), England (4), Schweden (2), den USA (3) und Spanien (1) spricht. Im Blick hatte Rektor Kraus bei dieser Bilanz der Gastvorträge ausländischer Gelehrter an der JGU auch das außeruniversitäre IEG, das die Gastvorträge der von ihm eingeladenen internationalen Kapazitäten seit dem Beginn der 1950er-Jahre in aller Regel auf dem Campus, meist sogar im Auditorium maximum, ausrichtete. Sie waren im Bereich der Geschichtswissenschaften ein wesentlicher Faktor, der die junge Universität nachhaltig internationaler machte. Das 1950 gegründete und nur locker mit der JGU verbundene Institut, das zunächst provisorisch in einem der Privathäuser am Höfchen untergebracht worden war, dann im Januar 1953 das Gebäude der wiederhergestellten alten (Jesuiten-)Universität, die *Domus Universitatis*, im Stadtzentrum bezog, verfügte zunächst nicht über einen adäquaten Vortragsraum, sodass es für die Vorträge seiner auswärtigen Gäste die Raumkapazitäten auf dem Campus nutzte. Das war aus der Sicht der Institutsdirektoren keineswegs eine Verlegenheitslösung, weil dort mit einem studentischen und professoralen Publikum gerechnet werden konnte, das den Weg zum neuen Standort des IEG sonst nur schwerlich gefunden hätte.³¹

Das IEG war eine von den *Internationalen Speyerer Schulbuchgesprächen* der ausgehenden 1940er-Jahre inspirierte Einrichtung, die – vor allem von Schmittlein betrieben – den Prozess der deutsch-französischen Versöhnung und den in Gang kommenden Europäisierungsprozess wissenschaftlich begleiten und generell die deutsche Geschichtswissenschaft aus ihrer nationalen Enge herausführen sollte. Der Erwartungshorizont der französischen Militäradministration, die das Institut anfangs zu einem guten Teil finanzierte, bevor es dann nach und nach in den Haushalt des Sitzlandes überführt wurde, war also ganz dezidiert auf Internationalität ausgerichtet. Dem trugen die beiden ersten Direktoren der zwei Abteilungen – der eigentliche Gründungsdirektor, der Bonner Mediävist Fritz Kern, war unmittelbar vor Eröffnung des Instituts verstorben – in ihrem Öffentlichkeitsprogramm auch weitgehend Rechnung: Hier der aus Luxemburg stammende und multilinguale Kirchenhistoriker Joseph Lortz, der als einer der Wegbereiter eines neuen katholischen Lutherbildes europaweit vernetzt war, dort der Frankreichspezialist Martin Göhring, der über gute Beziehungen zur französischen Geschichtswissenschaft verfügte, aber schnell lernte, dass es auch jenseits des Kanals und jenseits des Atlantiks ein Potenzial gab, das man in den zwölf dunklen Jahren in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen hatte.³² Und die Reihe ausländischer Spitzenwissenschaftler, die die beiden Direktoren – von denen Lortz durch ein persönliches Ordinariat in der Philosophischen Fakultät der Universität enger verbunden war als der Stuttgarter »Gastprofessor« Göhring – nach Mainz holten, war groß: Bis zum zehnten Geburtstag der Universität waren darunter Franzosen wie der Germanist und Berater Charles de Gaulles, Edmond Vermeil, der Neuzeithistoriker Jacques Droz, die Philosophen Robert d’Harcourt und Pierre Burgelin, der Zeithistoriker Emile Coornaert, der Religionsphilosoph Lev Aleksandrovič Zander, der Philosophiehistoriker



Undatiertes Porträt von Fritz-Joachim Rintelen.
Foto: Reiner Wierick,
Quelle: UA Mainz,
S3/8606.

*Die Domus Universitatis
1961: Sitz des Instituts für
Europäische Geschichte
Mainz. Quelle: UA Mainz,
S3/1532.*



Charles Dédéyan, der Germanist Albert Fuchs und der Überseehistoriker Henri Brunschwig. Dazu kam eine stattliche Reihe eidgenössischer Wissenschaftler: Werner Näf, Leonhard von Muralt, Hans Wehberg, Jean R. von Salis und Valentin Gitermann. Etliche Niederländer und Briten, vereinzelt auch Italiener und Spanier sowie Skandinavier rundeten das Spektrum ab. Auch die ersten amerikanischen Historiker, wie generell in dieser Zeit ausschließlich Männer, wurden nach Mainz geholt. In der Regel waren es Exilwissenschaftler, darunter – besonders prominent – 1955 der Meinecke-Schüler Hajo Holborn aus New Haven. Das Historische Seminar und auch die beiden Theologischen Fakultäten sowie das Philosophische Seminar verfügten in der ersten Dekade der JGU noch kaum über Ressourcen, die es erlaubt hätten, ein groß dimensioniertes Gastvortragsprogramm aufzuziehen. Hier kamen die Veranstaltungen des IEG wie gerufen, um den Lehrenden und den Studierenden mehr als nur einen Hauch von Internationalität zu vermitteln.³³

Von der anderen außeruniversitären Einrichtung in Mainz, der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, sind für die frühen 1950er-Jahre vergleichbare Kooperationen mit der Universität nicht bekannt, obwohl ein Mainzer Ordinarius, der Orientalist und Turkologe Helmuth Scheel, in ihr eine tragende Rolle spielte. Generell ging die Akademie mit ihren Aktivitäten in jenen Jahren selten an die breite oder Fachöffentlichkeit.³⁴

Auch private Initiativen bereicherten die Universität und trugen zu ihrer Internationalisierung bei. Der an das Kunstgeschichtliche Institut angelehnte und von seinem Leiter Gerke begründete Freundeskreis veranstaltete regelmäßig Gastvorträge ausländischer Gelehrter.³⁵ Es war ein Zugewinn an internationalem Prestige für die Universität, zumal diese Vorträge über das engere Fach Kunstgeschichte deutlich hinausreichten.

Daneben hatten auch die Fakultäten Möglichkeiten und Instrumente, die Internationalität zu befördern. Während die Erstbesetzungen der Professuren 1946 in kleinem Kreis ausgehandelt und mit Hinzuziehung

der DEP vollzogen worden waren, trat nach Konstituierung der Fakultäten ihr Besetzungsrecht in Kraft. Der Lehrkörper der neuen Universität wurde in den ersten Jahren ihres Bestehens noch nicht übermäßig international – welcher ausländische Gelehrte verspürte schon große Begeisterung, sich in eine völlig zerstörte Stadt zu begeben? Und soweit sie tatsächlich einem Ruf nach Mainz folgten, rekrutierten sie sich, bei der noch längst nicht gegebenen Dominanz des Englischen als der Wissenschaftssprache schlechthin, überwiegend aus den deutschsprachigen Nachbarländern. Am Beispiel der Philosophischen Fakultät lässt sich nachweisen, dass Österreicher (Hirth, Franz Hampl, Albert Wellek, Schlechta), aber auch Dänen (Wolja C. Erichsen) und Ungarn (Franz Orsós) den Weg nach Mainz fanden, aber nur wenige Professoren aus nicht-deutsch geprägten Ländern. Der aus Straßburg gebürtige und mit einer reichen, auch transatlantischen Erfahrung ausgestattete Romanist Léon Wencelius verließ seinen Lehrstuhl nach nur einem Jahr, um eine Professur in den USA zu übernehmen. Das Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1947/48 vermeldet, dass inzwischen immerhin bereits 18 ausländische Professoren, Dozenten und Lektoren in Mainz lehrten, und zwar aus Frankreich, den USA, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich, Ungarn »und anderen Ländern«, wobei davon ausgegangen werden kann, dass der deutlich größte Anteil von ihnen auf die Gruppe der Lektoren entfiel.³⁶ Denn es gab in der Folgezeit durchaus auch akademische Jahre, in denen überhaupt keine ausländischen Gelehrten nach Mainz berufen wurden; zwischen 1954 und 1956 scheint das zum Beispiel so gewesen zu sein. Jedenfalls ergibt eine Querschnittsanalyse der im Sommersemester 1955 an der JGU tätigen insgesamt 92 Ordinarien – nur bei ihnen kann eine »normale« Berufung vorausgesetzt werden –, dass nur eine Handvoll gebürtiger Ausländer (Wellek, Lortz, Hans Mislin, Herbert Arthur Stuart, Edmond Jarno) Lehrstühle innehatte, wenn man jene Männer ausklammert, die vor dem Ersten Weltkrieg in Orten geboren worden waren, die inzwischen in andere staatliche Souveränität übergegangen waren (Polen, Frankreich und die Tschechoslowakei). Und selbst bei dieser kleinen Gruppe von Ausländern auf Mainzer Lehrstühlen gilt es zu berücksichtigen, dass keiner von ihnen von einer ausländischen Universität berufen worden war: Der Schweizer Mislin hat sich erst in Mainz habilitiert und ist dann zum Ordinarius aufgestiegen, der Österreicher Wellek wurde aus Leipzig berufen, der Luxemburger Lortz hatte vor seiner Einweisung in sein persönliches Ordinariat in Mainz in Münster gelehrt, der Schweizer Stuart war aus Hannover berufen worden, und selbst der Franzose Jarno war nicht aus den Diensten einer französischen Hochschule nach Mainz geholt, sondern von der Militärregierung in sein Amt befördert worden. Die Internationalisierung war also im Lehrkörper noch nicht mit Riesenschritten vorangekommen.³⁷

Diesen auf Dauer an die JGU verpflichteten Personen müssen die befristet, also als Gastprofessoren nach Mainz geholten Wissenschaftler hinzugefügt werden. Die Anglisten etwa gewannen schon für das Sommersemester 1947 den Genfer Amerikanisten Frank-Louis Schoell für eine Gastprofessur,³⁸ wie es überhaupt den Philologen naturgemäß am leichtesten fiel, dieses Reservoir für sich zu aktivieren. Aber nicht nur sie: Die Juristen verpflichteten für das Wintersemester 1946/47 den Zivilrechtler Hubrecht aus Bordeaux für eine Gastprofessur für französisches Zivilrecht, für das Sommersemester 1948 (und dann weiter durchgehend bis in die frühen 1950er-Jahre) lud die Fakultät den luxemburgischen Kriminologen Armand Mergen und den niederländischen Volkswirt Louis-Jacques Zimmermann als Gastprofessoren ein. Für das Sommersemester 1947 gewannen die Evangelischen Theologen den Berner Professor Alfred de Quervain. Das waren Ansätze, die allerdings erst dann Fahrt aufnahmen, als seit 1954/55 das Fulbright-Programm voll anlief und gleich im Sommersemester 1955 ein amerikanischer und ein schweizer Professor in Mainz lehrten.

Internationale Studierende

Die Internationalität einer Universität spiegelt sich auch in der Anzahl der ausländischen Studierenden wider. Nun sind die späteren 1940er- und die frühen 1950er-Jahre in Bezug auf die Mobilität von Studierenden – noch ohne Erasmus-Programm und vergleichbare Fördereinrichtungen – um Längen von den heutigen entfernt. Der Wechsel von ausländischen, vor allem französischen Studierenden an deutsche Universitäten war vorläufig noch die große Ausnahme, nicht nur der Sprachkompetenz wegen. Immerhin befanden sich im Sommersemester 1947 unter den 4.850 Studierenden 122 ausländische Studierende und im Sommersemester 1949 unter den circa 6.000 vollmatrikulierten Studierenden 107 Ausländer, wobei bei der erstgenannten Zahl unter den Herkunftsländern auch Polen, Rumänien, Bulgarien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien figurierten. Offenbar handelte es sich bei dieser Gruppe um nach dem Krieg in Deutschland verbliebene fremde Staatsangehörige, denn an einen normalen Zuzug aus dem »Osten« war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu denken.

Im Wintersemester 1953/54 befanden sich unter den knapp 3.500 Studierenden 131 Ausländer, im Sommersemester 1954 war die Zahl weiter auf 171 gestiegen, im Wintersemester 1955/56 auf 291 geradezu hochgeschwollen. Das sind immerhin acht Prozent der gesamten Studierendenschaft, die vor dem Hintergrund fehlender Programme besonders erwähnenswert sind. Gerade dieser Sprung zu Beginn der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre scheint anzudeuten, dass Mainz, von Anbeginn an eine der größeren deutschen Universitäten, sich auch in der »global scientific community« als »Spätling« einen Platz gesichert hatte und, nachdem die größten Wohn- und Unterbringungsprobleme beseitigt waren, verstärkt Studierende anzog. Die Auffächerung nach den Herkunftsländern führt bei der Zahl vom Wintersemester 1955/56 – die Rektoratsberichte schlüsseln die Herkunftsländer meist nicht auf – zu dem eher überraschenden Befund, dass der Iran mit 111 Studierenden – vor allem Mediziner – weit an der Spitze rangierte, gefolgt von den USA (22); auch aus Indonesien hatte es 14 Studierende nach Mainz gezogen. Aus Sicht der Universitätsleitung eher enttäuschend war wohl, dass nur zehn französische Studierende sich für Mainz entschieden hatten. In der »Länderwertung« rangierte Frankreich somit noch hinter Griechenland (20) und dem Vereinigten Königreich (12). Das waren Momentaufnahmen, die aber illustrieren, dass die unmittelbaren Nachbarn – etwa die Niederlande oder die Schweiz und natürlich auch Frankreich – eher schwach vertreten waren. Es war zwar ein zäher Prozess, bis sich die Neugründung gegen etabliertere Standorte wie Tübingen oder Bonn durchzusetzen vermochte. Dennoch zeigt ein Vergleich der Zahlen, dass dies trotz der schwierigen strukturellen Voraussetzungen – Bücher, Labore, Ausstattung – gelingen konnte.³⁹ Die Entwicklung des Ausländeranteils an der Studierendenschaft in der ersten Dekade der jungen Universität und den prozentualen Anteil veranschaulicht die folgende Tabelle.⁴⁰

Ausländische Studierendenschaft in der ersten Dekade der JGU. Quelle: UA Mainz, Best. 4/26.

Semester	Gesamtzahl der Studierenden	Anzahl der ausländischen Studierenden	Prozentanteil der ausländischen Studierenden
WiSe 1946/47	4334	95	2,19
WiSe 1947/48	6020	139	2,31
WiSe 1948/49	6033	89	1,48
WiSe 1949/50	5706	46	0,81
WiSe 1950/51	4931	60	1,22
WiSe 1951/52	3991	70	1,75
WiSe 1952/53	3646	73	2,00
WiSe 1953/54	3283	131	3,99
WiSe 1954/55	3153	206	6,53
WiSe 1955/56	3324	291	8,75



Foto aus einem Englischkurs 1951, der auch zur Vorbereitung für Auslandsaufenthalte der Studierenden diente. Foto: Hermann Roth, Quelle: UA Mainz, S3/10697.

1949 wurde für die Belange der ausländischen Studierenden eine eigene Dienststelle eingerichtet: das Akademische Auslandsamt (AA). Es sorgte sich um die Sozialisation und Integration, die kleinen und größeren Probleme des Alltags und die Überwindung kultureller Grenzen, von der Hilfe bei der Wohnungssuche bis – ganz zentral! – zur Durchführung der Sprachkurse, die wenig später verbindlich gemacht wurden.⁴¹ Es organisierte im Rektoratsjahr 1954/55 auch einmal einen längeren Vortragszyklus von Mainzer Wissenschaftlern in englischer Sprache speziell für Angehörige der amerikanischen Streitkräfte. Das Auslandsamt wurde zunächst von dem Orientalisten Scheel und seit Juni 1954 von dem Anglisten Hans Galinsky geleitet.⁴²

Vor der Gründung des AA diente das Haus Jung Mainz, das von der internationalen Stiftung Pro Juventute zunächst in der Bingerstraße 16 eingerichtet worden war, als eine Art Begegnungsstätte von ausländischen und deutschen Studierenden.⁴³ Im Oktober 1949 zog die Einrichtung in das Haus am Dom am Liebfrauenplatz um. Über die Akzeptanz dieser Institution, die über eine umfassende Plattensammlung und eine Bibliothek verfügte sowie einen deutsch-französischen Jugendaustausch organisierte, lässt sich mangels Quellenmaterials nur wenig sagen.⁴⁴

Welches Fazit lässt sich für die erste Dekade der jungen JGU ziehen? Die Zahl der ausländischen Studierenden stieg zwar stetig an, übertraf aber nie den Bereich von sechs bis acht Prozent. Die infrastrukturellen Voraussetzungen waren zudem nur bedingt geeignet, die Universität Mainz zu einer von Ausländern präferierten Hochschule zu machen. Im Lehrkörper blieb zumindest auf der Ordinarienebene der Anteil von ausländischen Gelehrten verschwindend gering. Das Instrument der Gastprofessur wurde zwar genutzt, in größerem Stil aber erst nach Anlaufen des Fulbright-Programms ab Mitte der 1950er-Jahre. Mit dem Mittel der Ehrenpromotion sind die Fakultäten sparsam umgegangen und haben die Chance, darüber eine ausländische akademische Elite stärker für die JGU zu interessieren, nicht optimal wahrgenommen. In der akademischen Lehre wurden die im Vorfeld der Universitätsgründung arti-

Resümee



Das Haus Jung Mainz
in der Bingerstraße
16. Quelle: UA Mainz,
S3/168.

kulierten Erwartungen durchaus – universitätsseitig und von den Fakultäten – aufgegriffen und Themen wie *Europäische Einigung* und *Wissenschaftskooperation* oder auch *Europa als Kulturraum* diskutiert.⁴⁵ Zu einer »frankreichlastigen« Institution ist die Johannes Gutenberg-Universität Mainz bei alledem nicht geworden; kaum zufällig war Dijon in den Jahren 1946 bis 1956 nicht Spitzenreiter der von der Universität abgeschlossenen Partnerschaften.⁴⁶

Mit ihrem holprigen Start in die Internationalisierung stand die JGU im bundesdeutschen Vergleich, auch zu Hochschulen, die nicht neu- oder wiedergegründet worden waren, nicht alleine da.⁴⁷ Gründe hierfür waren zum einen die erst am Ende des Betrachtungszeitraums dieses Beitrags gewonnene Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen die damit möglich gewordene Unterzeichnung von Kulturabkommen mit anderen Staaten. Zudem fehlte es zunächst an einer institutionellen Infrastruktur des internationalen akademischen Austauschs: Immerhin wurde der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1950 wiedergegründet,⁴⁸ die Alexander von Humboldt-Stiftung 1953 errichtet.⁴⁹ Aber es brauchte Zeit, bis die beiden Organisationen voll zum Laufen kamen. Während die Europäische Union die europäische Hochschulpolitik heute maßgeblich beeinflusst, wurden aufgrund der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft die Weichen für eine gemeinsame Bildungs- und Wissenschaftspolitik nur schleppend ab den 1970er-Jahren gestellt.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach Mathy: *Wirklichkeit*, S. 114.
- 2 Vgl. den Bericht des Rektors [Gottfried Köthe] vom 1.10.1954 bis 30.9.1956. Die Rektoratsberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 15.9.2019).
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Siehe hierzu den Beitrag von Michael Simon in diesem Band.
- 5 Siehe hierzu den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 6 Zit. nach Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 23 f.
- 7 Ebd., S. 32.
- 8 Vgl. ebd., S. 44. Zur Gründung eines solchen Zentrums sollte es nie kommen.
- 9 Ebd., S. 51.
- 10 Britischer Luftangriff auf Mainz 1945 mit weitgehender Zerstörung der Altstadt.
- 11 Zit. nach Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 105.
- 12 Zit. nach ebd., S. 123.
- 13 Vgl. Defrance: *Franzosen*, S. 118 f. u. *Kißener: Träger*, S. 71 f.
- 14 Zit. nach Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 128.
- 15 Vgl. Mathy: *Josef Schmid*.
- 16 Zit. nach Mathy: *Wirklichkeit*, S. 114.
- 17 So zumindest andeutungsweise – »Brücken nach innen und außen« – in den Immatrikulationsreden Prorektor Eilers von 1946 u. 1947, abgedr. in Mathy (Hrsg.): *Brücke*, S. 373 f. bzw. im Schreiben von Rektor August Reatz an General Pierre Marie Koenig vom 26.10.1948, abgedr. in ebd., S. 385.
- 18 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Vorlesungsverzeichnisse und die Rektoratsberichte der entsprechenden Jahre. Die Vorlesungsverzeichnisse finden sich online unter URL: <http://visualcollections.ub.uni-mainz.de/> (abgerufen am 15.9.2019). Zudem wurden folgende Akten des Universitätsarchivs Mainz (UA Mainz) herangezogen: Best. 7/94, 7/95 u. Best. 1/121.
- 19 Dazu allg. Präsident und der Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): *Auslandsbeziehungen*. Darin insbesondere der Aufsatz von Weinmann: *Auslandsbeziehungen*. Vgl. dazu auch UA Mainz, Best. 7/144, *Tätigkeitsbericht des Auslandsreferats des AstA vom 21.6.1949*. Es wird deutlich, dass einige Austauschversuche angebahnt, diese aber erfolglos beendet werden mussten.
- 20 Siehe hierzu den Beitrag von Kim Krämer in diesem Band.
- 21 Das waren folgende Veranstaltungen: *Die Grundlagen Europas; Das Recht als abendländische Kulturerscheinung; Abendländische Religionsgeschichte; Abendländische Philosophiegeschichte; Das Abendland im Spiegel der fremden Kulturen u. Die Landschaft in der europäischen Kunstgeschichte*.
- 22 Zusammengestellt in Mathy: *Landesuniversität*, S. 197–200.
- 23 Vgl. ebd.
- 24 Vgl. dazu das Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1949/50.
- 25 Siehe hierzu auch die Liste der Ehrungen im Anhang dieses Bandes.
- 26 Vgl. ebd.
- 27 Lord Thomas Pakenham besuchte die JGU am 22.7.1947, Lord William Beveridge am 9.1.1947. Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1947/48, S. 7 u. S. 9. Hochkommissar John J. McCloy besuchte die JGU am 23.4.1951, vgl. UA Mainz, Best. 7/161 u. 224.
- 28 Bericht des Rektors [Johannes Kraus] vom 1.10.1956 bis 30.9.1957.
- 29 Vgl. UA Mainz, Best. 64/8, *Personalakte Fritz-Joachim von Rintelen*.
- 30 Siehe hierzu den Beitrag von Gregor Wedekind in diesem Band. Vgl. außerdem *Kißener: Folz*.
- 31 Das IEG stellte sich erstmals im WiSe 1950/51 im Vorlesungsverzeichnis vor. Vgl. dazu allg. Schulze/Defrance (Hrsg.): *Gründung u. Duchhardt: Zentrum*.
- 32 Vgl. Duchhardt: *Karriere u. Decot/Vinke (Hrsg.): Gedenken*.
- 33 Zum Folgenden vgl. IEG (Hrsg.): *Institut für Europäische Geschichte Mainz*.
- 34 Zur Gründung und der Anfangszeit der Akademie vgl. Defrance: *Autorités*.
- 35 Vgl. Imiela: *Chronik*, S. 29.
- 36 Siehe dazu das alphabetische Namensverzeichnis der Dozierenden im Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1947/48, S. 73 f.
- 37 Vgl. dazu die Angaben zu den einzelnen Professoren in *Gutenberg Biographics*, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/home.html> (abgerufen am 18.9.2019).
- 38 Vgl. Galinsky: *Philologie*, S. 34.
- 39 Ab dem WiSe 1953/54 hatte Mainz gegenüber Tübingen aufgeholt. Zwischen 1949 und 1956 lag der Anteil der ausländischen Studierenden in Tübingen jeweils unter 4 %. Vgl. die Studierendenzahlen der Universität Tübingen und den Anteil der ausländischen Studierenden in Schäfer (Hrsg.): *Frequenz*, S. 26 f. Der Anteil der ausländischen Studierenden in Bonn blieb in den Nachkriegsjahren bis zum WiSe 1950/51 konstant bei einem geringen Niveau von 0,8 bis 1,4 %. Danach stieg der Anteil kontinuierlich an, bis er im WiSe 1954/55 bereits 6,2 % erreichte. Seit dem WiSe 1952/53 lag die Universität Bonn mit diesem Ausländeranteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der von 2 % im WiSe 1952/53 auf 4,5 % im WiSe 1954/55 angestiegen war. Vgl. George: *Ruinen*, S. 186.
- 40 Die hier verwendeten Zahlen aus den Akten des UA Mainz weichen geringfügig von den Studierendenzahlen im Anhang dieses Bandes ab, die auf den Daten des Statistischen Landesamts beruhen. Für die frühe Zeit der JGU wurden dort die ausländischen Studierenden nicht dezidiert erfasst.
- 41 Vgl. UA Mainz, Best. 81/1, *Akademisches Auslandsamt*.
- 42 Vgl. den Bericht des Rektors [Arnold Schmitz] vom 1.10.1953 bis 30.9.1954.
- 43 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom SoSe 1948, S. 10. Vgl. dazu auch Schmidt: *Zimmerspiele*, S. 93 u. S. 304.
- 44 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis vom WiSe 1950/51, S. 14.
- 45 Eine Überprüfung der Rubriken *Für Hörer aller Fakultäten* und *Vorlesungen des Studium generale* in den Vorlesungsverzeichnissen verifiziert diese Annahme.
- 46 Siehe hierzu den Beitrag von Pia Nordblom in diesem Band.
- 47 Vgl. beispielhaft Heinzel: *TH/TU in der Welt*, S. 282 f. Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster unterhielt erst seit den frühen 1950er-Jahren Kontakte nach Sheffield (Studierendenaustausch) und seit Mitte der 1950er-Jahre zunächst noch lockere Kontakte nach Zagreb (Wissenschaftleraustausch). Vgl. Hoffmann: *Auslandsbeziehungen*, S. 91.
- 48 Zur Geschichte und Entwicklung des DAAD vgl. Alter u. a. (Hrsg.): *Spuren*.
- 49 Zur Geschichte und Entwicklung der Alexander von Humboldt-Stiftung vgl. Jansen: *Exzellenz*.

Internationale Kontakte der JGU im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik

Von 1956 bis zum Ende der 1980er-Jahre

Pia Nordblom

Anfänge

Noch vor der Wiederbegründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) am 22. Mai 1946 wurde in den am 27. Februar 1946 verkündeten Statuten eine Art ideelles Fundament für die künftige internationale Ausrichtung der Universität formuliert. Ihre Präambel hielt programmatisch fest: »In Forschung und Lehre soll die neue Universität die Kenntnis und das Verständnis für die geistigen und kulturellen Errungenschaften der anderen Länder, die gegenseitige Achtung der Völker voneinander und das Gefühl für die Verbundenheit der Menschen weiter fortbilden.«¹ Die Absage an machtorientierten Nationalismus im Geist nationalsozialistischer Ideologie durchzog auch die Festreden bei der Eröffnung der Universität.² Selbst das Motto der neuen Hochschule *ut omnes unum sint*, dem Johannes-Evangelium entlehnt, ließ sich als Auftrag für die Ausgestaltung der internationalen Außenbeziehungen der neuen Bildungseinrichtung deuten, obgleich den Gründern dabei wohl eher die gemeinsame Werteorientierung der Universitätsmitglieder, eine auf Freiheit beruhende Humanität und die christliche Abendlandidee vor Augen gestanden hatte.³

Auf den ersten Blick schienen die äußeren Faktoren für den internationalen Bekanntheitsgrad einer der frühesten in Nachkriegseuropa und der ersten im Westen Deutschlands nach Kriegsende gegründeten Universität wenig günstig.⁴ Denn die Mainzer Hochschule hatte bald eineinhalb Jahrhunderte nicht mehr existiert und daher an der internationalen Ausstrahlung deutscher Universitäten des 19. Jahrhunderts keinen Anteil.⁵ Außerdem war sie in dem erst drei Monate nach ihrer Gründung künstlich zusammengefügt, neu geschaffenen und damit international unbeschriebenen Bundesland Rheinland-Pfalz angesiedelt. Alleine dass die Universität sich den Namen des berühmten Mainzer Sohnes Johannes Gutenberg zulegte, der für die Verbreitung von Wissen durch den Buchdruck stand und der Welt damit »eine neue Laufrichtung«⁶ gegeben habe, und dass sie – da in der NS-Zeit nicht bestehend – als Gesamteinstitution nicht mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht werden konnte, schuf eine günstige Voraussetzung, um die Traditionsücke und Unbekanntheit der neuen Hochschule zu überwinden und sie über die deutsch-französische Gründungsgeschichte hinaus in einen internationalen Wissenschaftskontext einzuschreiben.

Heinz Duchhardts Ausführungen in diesem Band stellen die internationalen Beziehungen der Universität im ersten Gründungsjahrzehnt dar. Daran anschließend beleuchtet der vorliegende Beitrag vornehmlich die Entwicklung ausgewählter Universitätspartnerschaften von der Mitte der 1950er-Jahre bis in die ausgehen-

den 1980er-Jahre. Die zeitliche Begrenzung ergibt sich durch archivrechtliche Sperrfristen.⁷ Was indessen unter Internationalität, Internationalisierung, internationaler Wissenschaftspflege, internationaler Verflechtung und internationalen Beziehungen einer Universität zu verstehen ist, und was diese Bereiche jeweils inhaltlich ausmacht oder voneinander abgrenzt, ist vielschichtig, kaum genau begrifflich bestimmt und unterliegt dem historischen Wandel in einer Welt, in der die vormoderne »peregrinatio academica« und die Utopie einer »république des lettres« beim Austausch von Ideen, Wissen, kulturellen Vorstellungen und Personen seit dem 19. Jahrhundert von nationalstaatlichen Dominanzen und schließlich Globalisierungsprozessen beeinflusst, überlagert oder abgelöst wurden.⁸ Was für die Terminologie gilt, erstreckt sich in Teilen auch auf die Akteur_innen und Organisationsstrukturen sowie die Inhalte und Repräsentationsformen. Im Kontext des vorliegenden Beitrags sollen unter den internationalen Beziehungen der Universität all diejenigen Unternehmungen ihrer Mitglieder in der Vergangenheit und Gegenwart verstanden werden, die auf die Beschäftigung mit wissenschaftlichen Inhalten und Ideen in grenzüberschreitender, transnationaler, internationaler oder globaler Dimension ausgerichtet waren und sind. Weiterhin werden ihnen alle Aktivitäten und Prozesse zugerechnet, die darauf abzielen, Kontakte zu Menschen und Institutionen eines internationalen universitären beziehungsweise wissenschaftlichen Umfelds herzustellen, zu unterhalten, zu unterstützen oder zu administrieren. Derartige Praktiken der Internationalisierung in den Kernfeldern Studium, Forschung und Lehre sind in der Universität auf mehrfachen Ebenen nach innen oder außen gerichtet. Transfereffekte lösen die Grenzen von innerer und äußerer Internationalisierung auf. Fachinhaltliche und -methodische Übertragungswirkungen einer so verstandenen Internationalität sind nicht Gegenstand dieses Beitrags, weitere Forschungen hierzu sind wünschenswert.⁹

Die Internationalisierung der JGU lässt sich als Teil des Internationalisierungsprozesses der bundesdeutschen Universitäten verstehen. In der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung wurden diese Entwicklungen bis ins 21. Jahrhundert in fünf Phasen unterteilt, nämlich die Jahre (1) 1950–1975, (2) 1975–1987, (3) 1987–1992, (4) 1992–circa 2000, (5) seit der Jahrtausendwende.¹⁰ Einige Praktiken in der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen der JGU durchziehen diese Jahrzehnte seit ihrer Wiederbegründung als Kontinuum. Zu ihnen zählen die Beziehungspflege durch den persönlichen Austausch von Vertreter_innen der Universität, die Verrechtlichung und Verstetigung derartiger Beziehungen durch den Abschluss von Verträgen und Abkommen mit auswärtigen Partnerinstitutionen, akademische Ehrungen maßgeblicher wissenschaftlicher oder politischer Vertreter_innen aus dem Ausland als Zeichen der Wertschätzung, die Durchführung wissenschaftlicher Reisen (Studienreisen, Exkursionen, Vortrags- und Kongressaktivitäten, Forschungen, Gastspiele und Wettbewerbe), außerdem vor allem für Studierende aus dem Ausland eine besondere Fürsorge durch Aktivitäten zur Einbindung in den »Kosmos« der Universität und die umgebende Gesellschaft (zum Beispiel fachliche, soziale und kulturelle Angebote) sowie das Bestreben, Studierenden der JGU Auslandserfahrungen zu ermöglichen.

Allgemeine Entwicklungen

Folgt man der sozialwissenschaftlichen Chronologie der Internationalisierungsprozesse bundesdeutscher Universitäten, so wurde in den Jahren 1950 bis 1975 akademische Auslandsmobilität vor allem als Teil der Außenpolitik begriffen. Mit einer eng begrenzten Zahl von Partnern, aber einer »Politik der offenen Türen«¹¹ für Studierende aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, sollte der internationale Ruf der Bundesrepublik gesteigert werden. Im Wesentlichen galt diese Charakteristik auch für die JGU. Hierfür stehen die Partnerschaftsbeziehungen mit Frankreich und den USA, wohingegen die Verbindung mit Kolumbien einen Partnerschaftstypus begründete, der sich dem 1961

Die Jahre bis 1975

erstmalig als Ministerium etablierten Feld der Entwicklungspolitik zurechnen ließ. Für die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen bildete der Ost-West-Konflikt in seiner globalen Dimension den omnipräsenten Hintergrund. Des Weiteren spielten bis in die ausgehenden 1960er-Jahre gesamtdeutsche Fragen eine wichtige Rolle. Auch wenn diese politischen Rahmenbedingungen das internationale Beziehungsgefüge der JGU prägten, so traten manche Mitglieder der Universität beziehungsweise Institute als Akteur_innen hervor, indem sie wissenschaftliche Fäden zu Partnern aufnahmen oder pflegten, die jenseits der offiziellen diplomatischen Hauptachsen lagen.

In der Mitte der 1950er-Jahre hatte die erweiterte Gründungsphase der Universität ihren Abschluss gefunden. In dieser ersten Dekade ihres Bestehens hatte die JGU bereits mit der Universität Dijon bilaterale Beziehungen aufgenommen und vorwiegend auf professoraler Ebene gepflegt, allerdings zunächst ohne die Verbindung durch einen Vertrag zu institutionalisieren. Im Jahr 1976 wurde die langjährig geübte Praxis vertraglich legitimiert. Die aus der Besatzungszeit herrührende und durch weitere Verbindungen immer wieder neu gefestigte Beziehung zu Dijon hebt diese Verbindung bis heute von allen späteren der Universität ab, sodass man von einer »privilegierten Partnerschaft« sprechen kann. Außerdem wird man die seit 1947 alljährlich veranstalteten vierwöchigen internationalen Ferienkurse, die in den Sommern vornehmlich Studierende aus Westeuropa nach Mainz zogen und ihnen Sprach- und Kulturkenntnisse vermittelten, als zentrales Erbe der Gründungsdekade benennen können. Diese Aktivitäten charakterisieren die inhaltliche Ausrichtung der internationalen Beziehungen der JGU, wie sie bis in die frühen 1960er-Jahre bestimmend bleibend sollte: ein geringer Institutionalisierungsgrad einer stark begrenzten Zahl von Partneruniversitäten im weitgehenden Einvernehmen mit dem politischen Handlungsrahmen, die Pflege der internationalen Beziehungen vor allem durch die Ordinarien und das Bestreben, Studierende aus dem Ausland für die JGU einzunehmen.¹²

Jenseits der genannten Verbindungen konnte also Mitte der 1950er-Jahre keineswegs von einem eng geknüpften, institutionalisierten internationalen Netzwerk der Universität die Rede sein. Beziehungen ins Ausland entwickelten sich vornehmlich durch den »persönlichen Faktor«, also durch Verbindungen, die die Hochschullehrenden individuell pflegten, so etwa, weil ihr Fachgebiet auf einen bestimmten Sprach-, Kultur- oder Wissenschaftsraum ausgerichtet war. Beispielhaft sei hier auf Hans Galinsky verwiesen. Seit 1953 leitete er die Abteilung Amerikanistik am Seminar für Englische Philologie als ordentlicher Professor. Galinsky, der als einer der Doyens der deutschen Amerikanistik gelten kann und 1958 die Deutsche Gesellschaft für Amerika-studien/German Association for American Studies mitbegründet hatte, hielt nach seiner Emeritierung fest, dass er seit 1957 mit etwa 14 Universitäten und Colleges in den USA und in Kanada Austauschprogramme organisiert habe.¹³



Portrait von Hans Galinsky, 1975. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/7128.

Internationale Kongress- und Vortragsreisen waren als eine Form des internationalen Wissenschaftsaustauschs zwar bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts neben die klassische Forschungsreise und den Schriftentausch getreten, doch haftete solchen zumeist den Ordinarien vorbehaltenen internationalen Vortrags- und Tagungsreisen in den 1950er-Jahren der Nimbus des Besonderen an, der die Reputation mehrte.¹⁴ Die Akten enthalten viele Hinweise darauf, dass Auslandsreisen des Lehrkörpers und selbst des Rektors der Universität der Billigung durch die vorgesetzte Behörde, also des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums bedurften oder mindestens dort angezeigt werden mussten.¹⁵ Gelegentlich kam es zum Dissens, wenn deutschland- oder außenpolitische Interessen des Bundes mit dem Verständnis von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an der JGU zusammenprallten. In der Rückschau erlauben derartige Konflikte wertvolle Einblicke in die Vorstellungswelten der jeweiligen Zeit.

Besonders markant steht hierfür der Fall des Rechts- und Arbeitswissenschaftlers Erich Molitor, der am 7. März 1954 – und damit vor der Angliederung des Saargebiets an die Bundesrepublik 1957 – einer Ein-

ladung des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes ins seinerzeit ausländische Saarbrücken folgte und vor 1.500 Zuhörenden den Eröffnungsvortrag beim ersten Saarländischen Angestelltentag hielt. Wenige Stunden vor seiner Abreise übermittelte der Rektor die ihm über das Ministerium für Unterricht und Kultus der Landesregierung angetragene Auffassung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, wonach Molitor wegen der zu erwartenden »starke[n] politische[n] Ausrichtung« der Veranstaltung durch die Schirmherrschaft und Rednerrolle des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (Christliche Volkspartei), der die dauerhafte Abtrennung des Saargebiets von Deutschland anstrebte, »von einer Teilnahme abzuraten«¹⁶ sei. Unter ausdrücklicher Berufung auf die in der Landesverfassung verbürgte Wissenschaftsfreiheit widersetzte sich Molitor dieser Anmutung und wurde nach seiner Rückkehr vom Ministerium für Unterricht und Kultus umgehend gerügt.¹⁷ Die *Limburger Neue Presse* griff den Vorfall auf. Sie bescheinigte Molitor wegen seines Beharrens auf Gewissensfreiheit »Zivilcourage« in der noch jungen Demokratie, die, so die Zeitung, »noch in Kinderschuhen einerschluft«.¹⁸

Mit der nach Außenminister Walter Hallstein benannten Doktrin von 1955 (*Hallstein-Doktrin*) wurde der »Eiserne Vorhang« für die offizielle westdeutsche Außenpolitik geradezu undurchdringlich. Demnach brandmarkte die Bundesrepublik wegen ihres deutschen Alleinvertretungsanspruchs mit Ausnahme der UdSSR Beziehungen von Ländern, die die DDR anerkannt hatten, als »unfreundlichen Akt« und behielt sich Sanktionen wie die Nichtaufnahme oder den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit diesen Drittstaaten vor. Der Senat der JGU handhabte diesen politischen Rahmen pragmatisch. Als die Anthropologin Ilse Schwidetzky-Rösing den Rektor der JGU im Frühsommer 1957 um eine offizielle Einladung für einen Forschungsbesuch eines Kollegen aus Breslau bat, teilte er ihr mit, der Senat habe bei Fragen zum »Problem der Ost-West-Beziehungen [...] die Ansicht vertreten, daß derartige Einladungen nicht von der Spitze der Universität ausgehen sollen«. Allerdings bleibe »die Möglichkeit eines direkten persönlichen Kontaktes der Fachkollegen untereinander«¹⁹ bestehen. Hingegen hatte beispielsweise der Direktor des Organisch-Chemischen Instituts, Werner Kern, die prestigeträchtige Einladung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau zur Teilnahme an einer Fachkonferenz und Gastvorträgen in der sowjetischen Hauptstadt Anfang 1957 nach einiger Beratung nicht offen abgelehnt, sondern dilatorisch behandelt.²⁰ Die Teilnahme an einer Veranstaltung der Akademie Erfurt wurde hingegen nur wenige Tage später dem Dekan der Medizinischen Fakultät, Heinrich Kranz, gestattet.²¹

Neben dem unmittelbaren wissenschaftlichen Austausch ließen sich indessen auch humanitäre Gesten nicht von der Symbolik der politischen und staatlichen Systemkonkurrenz trennen, etwa wenn die JGU Übersiedler_innen beziehungsweise Geflüchtete aus »dem Osten«, insbesondere der DDR (»Ostzone«) vor und nach dem Mauerbau (1961), aus Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968), Platz bot. Beispielsweise nahm die Universität 30 Studierende aus Ungarn auf und unterstützte sie aus öffentlichen und privaten Mitteln; ebenso gewährte sie »Eingliederungsbeihilfen an Ostzonenflüchtlinge«.²² In diesem Sinne hatte Ministerpräsident Peter Altmeier fast drei Jahre nach dem Juniaufstand in der DDR und nur wenige Monate vor dem Aufstand in Ungarn anlässlich der zehnjährigen Wiederbegründungsfeierlichkeiten im Mai 1956 die besondere Rolle der JGU nicht nur als »Stätte der Forschung« hervorgehoben, sondern sie dezidiert als »Hort der menschlichen Freiheit« beschworen und ihren spezifischen Charakter als »Pflgestätte deutschen und zugleich europäischen Geistes«²³ unterstrichen.

Fast zeitgleich mit der *Hallstein-Doktrin* und zwei Jahre, nachdem die junge Bundesrepublik im April 1953 ein Kulturabkommen mit den USA abgeschlossen hatte und daraufhin in das Fulbright-Austauschprogramm aufgenommen worden war, erweiterten die veränderten politischen Rahmenbedingungen den aus den Prägungen der Besatzungszeit herrührenden Handlungsspielraum der westdeutschen Universitäten und

damit auch der JGU zur Entwicklung institutionalisierter Auslandskontakte: Als mit den Pariser Verträgen (1954/55) die Bundesrepublik politisch weithin souverän wurde, konnte die Regierung im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik eigenständig Kulturabkommen abschließen. Für die Universitäten waren damit die Voraussetzungen für die institutionalisierte Verankerung internationaler Partnerschaften und Kooperationen auf Universitärebene und in den Fächern im Rahmen dieser Kulturabkommen geschaffen.²⁴ Internationale Universitätsbelange gewannen daher Mitte der 1950er-Jahre auf Bundesebene eine größere Sichtbarkeit und Bedeutung, als die 1949 gegründete Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) im Jahr 1956 eine eigene Kommission für Internationale Hochschulfragen ins Leben rief. Damit wurden Verbindungen zum Weltverband der Universitäten, zu europäischen und bilateralen Institutionen und Mittlerorganisationen institutionalisiert. Schon im Vorjahr war mit der Einsetzung einer Kommission für Mitteldeutsche Hochschulfragen der Blick auf innerdeutsche Hochschulfragen gestärkt worden.²⁵ Dass sich die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt im Tandem mit Frankreich seit Beginn der 1950er-Jahre zu einem wichtigen Motor der westeuropäischen Integration entwickelt hatte, Mitglied multilateraler und internationaler Organisationen geworden war und mit dem Beitritt zur NATO (1955) zur relevanten Partnerin der westlichen Allianz wurde, markierte den weiteren Bezugsrahmen für die Partnerschaftsbeziehungen der JGU im Einklang mit den Grundlinien der westdeutschen Außenpolitik. Für die Universitäten – und damit auch für die JGU – waren Mittlerorganisationen, von denen einige als Neugründungen in den 1950er-Jahren ins Leben gerufen wurden, während andere an Vorläuferinstitutionen anknüpften, wichtige Bindeglieder zwischen dem Bund und den Universitäten. Sie waren nicht zuletzt als Geldgeber für internationale Belange bedeutsam. Zu nennen sind hier für diese Jahre insbesondere die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH-Stiftung), die ausländische Wissenschaftler_innen fördert, die von Bund und Ländern finanzierte Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD).²⁶

Die Partnerschaft mit dem Middlebury College (USA)

An der JGU fanden die skizzierten Entwicklungen der 1950er-Jahre in der bis heute fortwährenden Verbindung mit dem US-amerikanischen Middlebury College (Vermont) sichtbaren Ausdruck. Ihrer grundlegenden Bedeutung wegen wird diese Beziehung, in die auch die Landesregierung einbezogen war, im Folgenden ausführlicher dargestellt. Die Initiative hierfür ging auf den Germanisten Werner Neuse zurück, der als gebürtiger Westfale am Middlebury College seit 1942 das German Department und seit 1948 die German Summer School leitete.²⁷ Nachdem das College zum vertieften Spracherwerb bereits Auslandsdependancen in Madrid und Paris eröffnet hatte und die Gründung einer Russischen Schule vorbereitete, plante Neuse gemeinsam mit seinem 1956 an die JGU berufenen Kollegen, dem Germanisten Friedrich-Wilhelm Wentzlaff-Eggebert, während dessen Lehraufenthalt im Sommer 1958 in Middlebury die Einrichtung einer Graduate School für Studierende der Germanistik in Mainz.²⁸ Das Projekt war für die JGU überaus prestigeträchtig, bestand doch bis dahin in der Bundesrepublik keine vergleichbare Kooperation.²⁹ Ein Vierteljahrhundert später, im Jahr 1984, erinnerte man sich in Mainz an die Gründungsanfrage aus Middlebury von deutscher Seite nicht als »Bitte«, sondern als »Chance, die dankbar zu ergreifen war [...] nach den zurückliegenden geschichtlichen Ereignissen unseres Jahrhunderts« und als »Beitrag [...] zur positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk«. ³⁰ Ab dem Wintersemester 1959/60 nahmen jährlich 30 bis 50 Studierende des Colleges an dem Programm teil, das nach einem zweisemestrigen Studienaufenthalt mit dem Mastergrad abschloss. Sie besuchten in erster Linie Lehrveranstaltungen des Deutschen Instituts sowie zur Erweiterung ihrer Kulturkenntnisse auch Veranstaltungen benachbarter Fächer. Die Studierenden, so der Vizepräsident des Middlebury College im Spätsommer 1959, »shall not be considered a group apart, but may



Besuch vom Middlebury College im Jahr 1976; im Vordergrund: Peter Schneider und Olin C. Robison. Foto: Reiner Wierick, Quelle: UA Mainz, S3/1959.

be integrated as much as possible in the total academic life of the Johannes Gutenberg University«.³¹ 1973 wurde überdies ein Programm für Undergraduate Students eröffnet.³² Es ist eine Besonderheit, dass bis heute ein_e akademische_r Koordinator_in (Director of Studies) des Colleges als ständige_r Ansprechpartner_in für die Programmstudierenden und die JGU vor Ort in Mainz fungiert.³³ Welch hoher Stellenwert der Verbindung von JGU und Middlebury College beigemessen wurde, symbolisieren die wechselseitigen Ehrungen der beiden Initiatoren durch die jeweils andere Hochschule beziehungsweise deren Fakultäten nach dem Modell des akademisch-ritualisierten »Gabentauschs«³⁴: Wentzlaff-Eggebert (1961) und Präsident Peter Schneider (1975) wurden mit der Ehrendoktorwürde des Middlebury College ausgezeichnet, während die JGU 1977 Neuse und 1984 den Präsidenten des Middlebury College, Olin C. Robison, zu Ehrenbürgern ernannte.³⁵

Die Beziehungen zwischen den beiden Hochschulen gelten unvermindert als besonders gefestigt. Das positive Bild vom Partner Middlebury profitiert von der engagierten lokalen Programmleitung, dem im Vergleich zu anderen Austauschstudierenden oft besonders guten Sprachniveau seiner Studierenden und dem »Traditionsbonus« der Verbindung. Bereits in der Gründungsphase hatte Neuse zugesagt, dass der Universität Mainz durch die Verbindung »keine Kosten oder Unannehmlichkeiten entstehen«³⁶ würden, das College also für Studien- und Leihgebühren aufkommen wollte. Auf Mainzer Seite band man die Zustimmung an die »Voraussetzung, dass keinerlei personelle oder sachliche Kosten [...] jetzt oder in der Zukunft dem Lande«³⁷ daraus erwachsen würden. In den frühen 1960er-Jahren stellte das College dem Deutschen Institut gelegentlich Mittel für den Ankauf von Büchern zur Verfügung.³⁸ Die Landesregierung, die unter Kultusminister Eduard Orth (CDU) die Einrichtung der Graduate School gebilligt hatte, finanzierte zeitweise jährlich ein Stipendium für eine_n studentische_n Programmteilnehmer_in aus Middlebury.³⁹ Die Unterstützung durch das Land verdeutlicht, dass auf Länderebene die klassische Zuordnung »Außenpolitik ist Bundessache, Kultur

ist Ländersache«, die ungeachtet aller Abgrenzungsbemühungen noch in der Frühzeit der Bundesrepublik gegolten hat, längst einer differenzierten Praxis und juristischer Auslegung von Artikel 32 des Grundgesetzes über die Außenkompetenzen der deutschen Länder gewichen war.⁴⁰ Gleichwohl wurden im Laufe der Zeit auch in der Landesregierung durchaus kritische Töne vernehmbar. Sie hatten zum Ziel, die Austauschrichtung von Mainz nach Middlebury zu stärken, Stipendien für Mainzer Studierende zu gewinnen und den Anteil deutscher Lehrender an den Sommerschulen zu erhöhen, um einen Gegenwert für das kostenlose Studium der amerikanischen Studierenden an der JGU zu schaffen.⁴¹

So monierte der Präsident der JGU, Klaus Beyermann, im Jahr 1985, dass das College von seinen Studierenden während des Aufenthalts in Mainz »die Einschreibegebühren in erheblicher Höhe«⁴² einbehielt, ohne jedoch die Zahl der Jahresstipendien für Mainzer Studierende in Middlebury auszudehnen oder das 1985 erstmals gewährte Stipendium für die renommierte Bread Loaf Sommerschule in ein Jahresstipendium umzuwandeln. Ganz bewusst formulierte Beyermann diesen »Wunschkanon« als universitäres Interesse, »um die zu erwartenden »diplomatischen« Schwierigkeiten«⁴³ von der Landesregierung fernzuhalten. Es bleibt zu vermuten, dass der Präsident die durch die hohe Militärpräsenz in Rheinland-Pfalz traditionell enge Verbindung zwischen den USA und der CDU-geführten Landesregierung nicht belasten wollte. Mit der Erweiterung der Partnerschaften der Middlebury C. V.-Starr School in Germany, wie die Auslandsdependancen des Middlebury College inzwischen heißen, um die Freie Universität Berlin (2002) und die Universität Potsdam (2017) erwuchs der JGU als bundesdeutscher Standort für das Sprachenprogramm binnendeutsche Konkurrenz. Sie ist umso fühlbarer, da die Zahl der Studierenden in den USA, die Deutsch lernen oder Germanistik studieren, in den letzten Jahren deutlich gesunken ist.⁴⁴

Die Verbindung zu Kolumbien

War die Verbindung mit Dijon seit den ausgehenden 1940er-Jahren zum einen Besatzungsrelikt, zum anderen aber auch Ausdruck des engen deutsch-französischen Verhältnisses im sich integrierenden Westeuropa, und ließ sich die Beziehung mit Middlebury in den späten 1950er-Jahren als Zeichen der engen transatlantischen Beziehungen zu den USA und gesteigerter Bedeutung des westdeutschen Partners verstehen, so zeigten die 1960er-Jahre am Beispiel der Verbindung zur kolumbianischen Nationaluniversität Bogotá die JGU als zivilgesellschaftliche Akteurin in einer Art solidarischer Geberrolle.

1968 schloss die JGU auf der Grundlage eines bilateralen Staatsvertrags eine Partnerschaft mit der Nationaluniversität Bogotá.⁴⁵ Im Unterschied zu den beiden anderen zu dieser Zeit mit Dijon und Madrid bestehenden Universitätspartnerschaften, die insbesondere dem wechselseitigen Austausch von Professor_innen und Studierenden dienen sollten und vom Land bezuschusst wurden, war die Partnerschaft mit der kolumbianischen Universität zunächst ganz auf das Fach Physik beschränkt und wurde überdies durch Bundesmittel des 1961 eingerichteten Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanziert. Die Verbindung ging auf den Wunsch nach Unterstützung zurück, den kolumbianische Universitätsvertreter_innen bei der WRK Anfang der 1960er-Jahre vorgebracht hatten. Über einen persönlichen Kontakt gelangte diese Anfrage nach Mainz an den Physiker Rudolf Kollath, der mit einigen Kollegen daraufhin 1961 nach Kolumbien reiste, Vorträge hielt und über seine Erfahrungen dem BMZ berichtete. Als dann schließlich 1966 Bundesmittel zur Verfügung standen, wurde der Kontakt unter Zustimmung der beteiligten Universitätsgremien der JGU intensiviert, sodass der Aufbau einer Physikabteilung mit Studien- und Forschungsmöglichkeiten an der Nationaluniversität in Bogotá durch die Präsenz Mainzer Physiker_innen und Mathematiker_innen vorangetrieben werden konnte.⁴⁶ Der Vertrag wurde unter Einbeziehung der 1970 gegründeten heutigen Technischen Universität Kaiserslautern verlängert, bis Mainz 1982 das kolumbianische Projekt als abgeschlossen betrachtete



*Besuch von Gästen aus Bogotá im Jahr 1977.
Foto: Reiner Wierick,
Quelle: UA Mainz,
S3/4384.*

und sich aus der weiteren, nunmehr von der Universität Kaiserslautern allein vorangetriebenen Vertragsgestaltung im Bereich Physik zurückzog.⁴⁷ Der Schwerpunktpartnerschaft im lateinamerikanischen Raum tat dies letztlich keinen Abbruch, waren doch inzwischen Verbindungen mit anderen Fächern entstanden oder in Anbahnung, sodass die Verbindung bis heute besteht.⁴⁸ So wurde 1977 mit der Universidad de los Andes, einer Privatgründung aus dem Jahr 1948, eine Universitätspartnerschaft vertraglich geschlossen, die faktisch bereits seit 1963 durch den Mathematiker Peter Paul Konder von Mainzer Seite betreut worden war, aber nun alle Fächer einbezog und für die der DAAD ein wichtiger Geldgeber war.⁴⁹ Aus zeithistorischer Perspektive stellt sich die Partnerschaft mit der Nationaluniversität Bogotá als Trickle-down-Verbindung im Sinne zeitlich begrenzter, bilateraler Entwicklungshilfe auf der Nord-Süd-Achse dar. Sie entsprach zu ihrer Entstehungszeit dem Konzept des 1961 neu eingerichteten Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Leitung von Walter Scheel. Er rief 1964 unter anderem die Universitäten als gesellschaftliche Kräfte neben Staat und Wirtschaft zur Mitwirkung an der »Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern«⁵⁰ auf und stellte für diesen Zweck erstmals Haushaltsmittel zur Verfügung. Der kooperative Ansatz zur Hilfestellung für die Nationaluniversität Bogotá durch die JGU verband sich nahtlos mit der zeitgenössischen außenpolitischen Zielrichtung der Bundesrepublik, in der Systemkonkurrenz Entwicklungspolitik als Mittel der Deutschlandpolitik einzusetzen und durch Aufbau- und Hilfeleistungen in den sogenannten Entwicklungsländern Unterstützung für das demokratische Deutschland zu finden.⁵¹

Die Verbindung zur Republik Korea

Trat die JGU im Falle Kolumbiens primär als »Geberin« auf, so war die aus einer Einzelinitiative erwachsene Verbindung der JGU mit der Republik Korea als Beispiel einer Verbindung nach Asien ganz anders gelagert.

Impressionen der 20-Jahrfeier des Uniklinikums – südkoreanische Krankenschwestern unter anderem mit Sukil Lee (Mitte). Foto: Helmut Sieben, Quelle: UA Mainz, S3/2800.



Das Land galt in den 1960er-Jahren wegen seiner Armut nach dem Korea-Krieg und in Abgrenzung von Nordkorea und kommunistischen Einflüssen als wichtiges Partnerland der bundesdeutschen Entwicklungshilfe.⁵² Zwei Aspekte waren besonders bemerkenswert. Zum einen, wie die innenpolitische Situation des Park-Regimes (seit 1963) auf Mitarbeitende der JGU zurückwirkte, zum anderen, wie die Internationalität der JGU durch die Verbindung nach Korea Transfereffekte jenseits des wissenschaftlichen Personals hervorbrachte. Sie machten die JGU auch zur »Nehmerin« des Entwicklungslandes und unterstützten die Entwicklung des westdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Eine maßgebliche Rolle an der JGU spielte hierbei Sukil Lee, Stationsarzt der Universitätskinderklinik.

Die vom südkoreanischen Geheimdienst initiierte kurzzeitige Entführung Lees und weiterer 16 Südkoreaner in der Bundesrepublik Ende Juni 1967 wegen angeblicher Kontakte zu Nordkorea unter dem »Vorwurf der prokommunistischen Agententätigkeit«⁵³ ließ die bundesdeutsche Öffentlichkeit kurzzeitig um die Leben der Entführten fürchten und die Bundesregierung gegenüber Südkorea mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen.⁵⁴ Lee, geboren in Nordkorea und 1951 mit seiner Familie zunächst nach Südkorea geflüchtet,⁵⁵ hatte eine gewisse Bekanntheit erlangt, weil er bis Ende Juni 1966 434 Krankenschwestern aus Südkorea an Kliniken und Pflegeeinrichtungen im Rhein-Main-Gebiet vermittelt hatte, um dem gravierenden Notstand an qualifizierten Pflegekräften in der Region abzuhelpfen.⁵⁶ Auch in anderen Regionen der Bundesrepublik hatten sich einige ähnliche Initiativen der Arbeitskräftemigration im Pflegebereich aus Südkorea gebildet, die bald zwischenstaatlich institutionalisiert wurden, sodass die Bundesrepublik von den neuen Arbeitskräften profitierte und das Park-Regime in Südkorea Devisen erwirtschaften konnte. Eine soziale Integration der Pflegekräfte in die bundesdeutsche Gesellschaft war jedoch nicht beabsichtigt, zumal anfänglich deren Vertragslaufzeiten auf drei Jahre beschränkt blieben. Die zum Teil hochqualifizierten Pflegerinnen brachten neues Wissen mit; so standen sie beispielsweise bei den Patient_innen im Ruf, mittels besonderer Techniken vergleichsweise schmerzarm zu injizieren. Wie Young-sun Hong detailliert herausgearbeitet hat, lässt sich

diese weibliche Erwerbsmigration zur Lösung der Careproblematik als Begegnung des globalen Südens mit dem globalen Norden deuten.⁵⁷ Die JGU war Teil dieses Prozesses, bei dem sich Wissens- und wirtschaftliche Asymmetrien gegenläufig verschränkten.

Das Engagement Lees reichte indessen weiter: Neben der Vermittlung von Pflegekräften bemühte er sich um partnerschaftliche Beziehungen zur privaten Universität Chung-Ang in Seoul. Zwar ermöglichte das Land Rheinland-Pfalz zunächst zwei Studierenden aus Südkorea das zeitweilige Studium in Mainz, doch wurde ein offizieller Partnerschaftsvertrag letztlich nicht realisiert, da die Universitätsleitung der JGU gegenüber der südkoreanischen Universität keine ungewissen finanziellen Verpflichtungen, wie sie diese im Vertragsentwurf formuliert hatte, eingehen wollte.⁵⁸

Die ausgehenden 1960er- und frühen 1970er-Jahre wird man im Hinblick auf die internationalen Angelegenheiten der JGU als eine Art Übergangsphase zu einer deutlichen Ausweitung ihrer Internationalisierung begreifen dürfen.

Allgemeine Entwicklungen

Offenbar begünstigten vor allem drei Faktoren – die Auswirkungen der Neuorientierung der bundesdeutschen Außenpolitik, das neue Landeshochschulgesetz von 1970 sowie das 500-jährige Universitätsjubiläum 1977 – maßgeblich die Intensivierung der internationalen Beziehungen der JGU bis weit in die 1980er-Jahre.

Mit der »neuen Ostpolitik«, einer »Politik durch Annäherung«, die Willy Brandt (SPD) in seiner Regierungserklärung 1969 als Bundeskanzler der ersten sozialliberalen Koalition ankündigte, veränderten sich auch die Paradigmen der Internationalität der JGU, wenngleich die CDU-geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz der Entspannungspolitik der neuen Bundesregierung wenig wohlgesonnen war. Die Zusammenarbeit insbesondere mit der DDR, der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern wurde durch die Neuorientierung erleichtert; die *Hallstein-Doktrin* hatte sich überlebt. Gleichzeitig verstärkte das Auswärtige Amt das Verständnis von Auswärtiger Kulturpolitik als »dritter Säule« von Außenpolitik neben den Bereichen Diplomatie und Wirtschaft. Im Zuge eines erweiterten Kulturbegriffs unterstrich dieses Konzept die Bedeutung des akademischen Bereichs und der wissenschaftlichen Beziehungen im Sinne von Austausch und Zusammenarbeit nun auch auf multilateraler Ebene und forderte eine zeitgemäße Anpassung der Vermittlungsformen in der auswärtigen Kulturarbeit.⁵⁹

In den 1970er-Jahren weiteten sich die institutionalisierten Partnerschaftsbeziehungen der JGU deutlich aus. Enge Bande wurden nach Südamerika (Kolumbien 1968, Argentinien 1970, Chile 1974) geknüpft. Insbesondere das Universitätsjubiläum 1977 bot offenbar willkommenen Anlass, um bestehende Verbindungen in Vertragsform zu gießen, wie mit der Universität in Dijon 1976, und um neue Beziehungen zu knüpfen, beispielsweise zu Universitäten in Ländern unter dem Einfluss der UdSSR.⁶⁰ Vor allem mit Polen intensivierten sich die von der Katholischen Theologie getragenen Kontakte rasch.⁶¹ Im asiatischen Raum traten neben die in den 1960er-Jahren wichtige Verbindung mit der Republik Korea nun vor allem Beziehungen mit Japan (1977). Die Vielzahl der Einträge hochrangiger ausländischer Besucher_innen aus den Bereichen Politik, Diplomatie und Wissenschaft im Goldenen Buch der JGU seit 1976 kann hierfür als zusätzlicher Indikator dienen.⁶²

Anlässlich der 500. Wiederkehr der Gründung der alten Universität im Jahr 1977 konstatierte der Universitätshistoriker Helmut Mathy, dass »heute [...] die Mainzer Universität fast kosmopolitischer geworden [ist] als zur Zeit ihrer Gründung im Humanismus, als die Mobilität der Wissenschaftler bereits einen erstaunlich hohen Grad erreicht hatte.«⁶³ Der Schweizer Peter Schneider, seit 1969 Rektor der Universität und bis 1980 deren Präsident, dessen eigene Wissenschaftlerbiografie stark international geprägt war,⁶⁴ hielt aus diesem

Die späten 1970er- und 1980er-Jahre

Anlass fest: »Internationalität ist eine Dimension, in welcher sich die Angehörigen unserer Universität mit Selbstverständlichkeit bewegen.«⁶⁵ Wie berechtigt die Feststellung Schneiders weithin war, hatte die erste fragebogengestützte Erhebung aller Auslandsbeziehungen der JGU, ihrer Institute und der Professorenschaft im Vorfeld des Jubiläums umfangreich dokumentiert.⁶⁶ Die Verbindungen zu Fachkolleg_innen sowie zu wissenschaftlichen und akademischen Institutionen im Ausland umfasste eine Fülle von Aktivitäten wie den einfachen Schriftentausch, Vortragstätigkeiten, die leitende Mitwirkung in internationalen wissenschaftlichen Fachverbänden, die Beteiligung beim Aufbau eines physikalischen Instituts an der Universidad Nacional de Colombia in Bogotá (Kolumbien) durch ein ständiges wissenschaftliches Team der JGU in der Zeit von 1962 bis 1975 vor Ort, Grabungen in der Wüste Negev (1972) im Rahmen der biblischen Archäologie oder die Vorbereitung biologischer Experimente im Apollo-Sojus-Programm der NASA (1968), um nur einige Beispiele zu nennen.⁶⁷

Offenbar bis Mitte der 1970er-Jahre hatte sich in vielen Fächern der Universität längst ein neuer Wissenschaftlertypus ausgebildet, der über eine hochgradig internationalisierte Biografie durch eigene fachliche Auslandsaufenthalte und über ausgedehnte internationale Netzwerke verfügte.⁶⁸ Freilich wäre näher zu prüfen, ob dieses »internationale Kapital« – frei nach dem Soziologen Pierre Bourdieu – Mitte der 1970er-Jahre bei Berufungen und Stellenbesetzungen an der JGU bereits zum wichtigen Erfolgsfaktor von wissenschaftlichen Karrieren geworden war und in welchem Umfang Wissenschaftler_innen aus dem Ausland auf leitender oder nachgeordneter Ebene an der JGU Anstellung fanden.

Die Verbindung mit Haifa (Israel)

Nach dem Abflauen der Jubiläumsaktivitäten und der Reflexion über die internationale Vernetzung der JGU verdient insbesondere die Verbindung mit der 1963 gegründeten israelischen Universität Haifa als Folge langjähriger freundschaftlicher Kontakte zwischen Haifa und Mainz besondere Beachtung.⁶⁹ So entwickelte sich aus den Anfängen wissenschaftlicher Kooperation des Pädagogen Friedrich W. Kron und seiner Kollegin Miriam Ben-Peretz seit 1978 eine engere Zusammenarbeit der beiden Universitäten.⁷⁰ Die Stadt Mainz unterstützte diese Unternehmung umgehend durch ein Stipendium für einen studentischen Gast aus Haifa beim Sommerferienkurs 1979.

Auch dem Kultusministerium schien »das politische Klima für eine Partnerschaft speziell mit Haifa günstig«.⁷¹ Drei Jahre nach den ersten Anfängen – und dies war ein Novum in den bundesdeutschen Hochschulbeziehungen mit Israel – mündeten diese Anbahnungen 1981 in einer alle Fächer umfassenden Universitätspartnerschaft. Die Universität Haifa sollte, wie der Redeentwurf des Universitätspräsidenten Manfred Harder anlässlich der Vertragsunterzeichnung vorsah, »präferenzierter Gesprächspartner in Israel«⁷² sein und der Austausch auf vielen Ebenen gepflegt werden. Diese Verbindung bereitete den Boden für den Abschluss einer offiziellen Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Haifa: 1987 unterzeichneten der Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs und sein Amtskollege Arie Gurel im Bewusstsein um die durch den Nationalsozialismus belastete Vergangenheit, aber in Hoffnung auf die Zukunft in Anwesenheit einiger emigrierter Mainzer Jüd_innen in Haifa den Partnerschaftsvertrag der beiden Städte.⁷³ In der Folge intensivierten sich die universitären Verbindungen durch einen Professoren austausch, durch gemeinsame Grabungs- und wissenschaftliche Vorhaben und den Austausch einzelner Studierender.⁷⁴ Schließlich keimte 1988 an der JGU der Wunsch, eine von der Universität und der Stadt gemeinsam finanzierte »Stiftungsprofessur für jüdische Geschichte am Rhein«⁷⁵ einzurichten, nachdem bereits fünf Jahre zuvor eine ähnliche Initiative durch den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Werner Klein erfolglos geblieben war.⁷⁶ Fehlende Mittel ließen das Vorhaben kurze Zeit später versanden. Indessen ergaben sich auf Mainzer Seite durch die Verpflichtung



Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Ozer Schild (links), Rektor der Universität Haifa, im Jahr 1983, überreicht durch JGU-Präsident Manfred Harder (rechts). Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/8939.

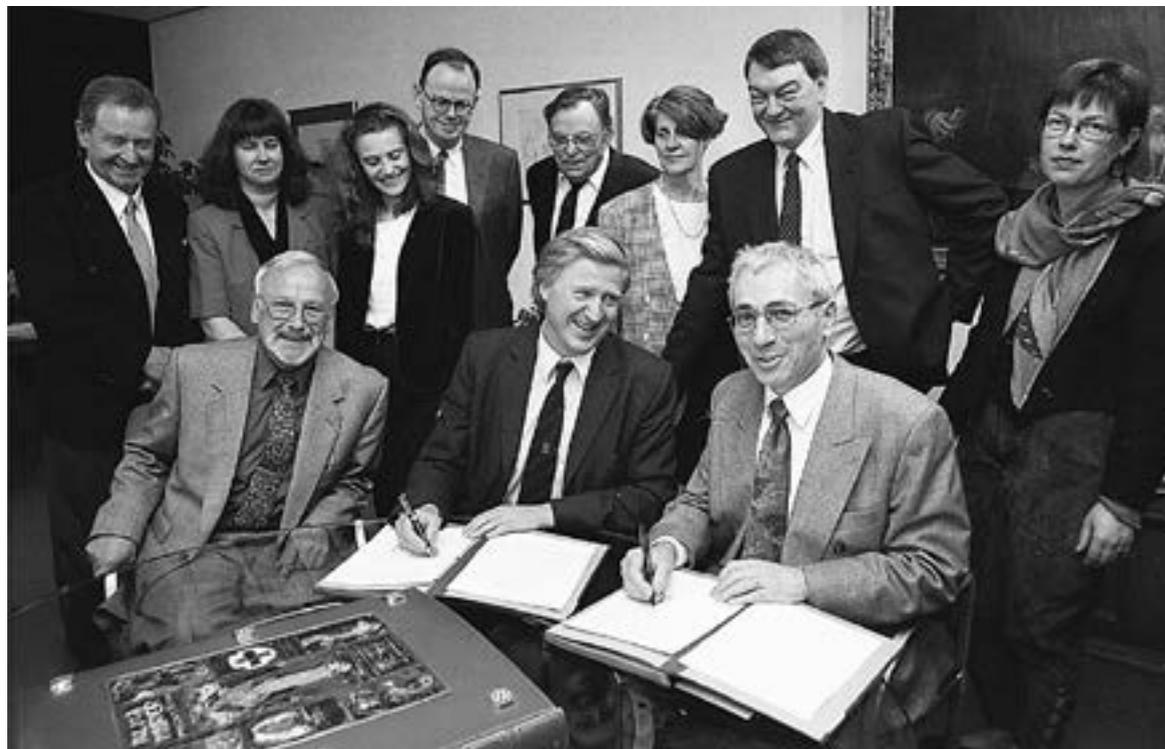
des hochrangigen vormaligen Diplomaten Per Fischer als Lehrbeauftragten am Institut für Politikwissenschaft neue Impulse Richtung Israel, dem Land, in dem er 1975 bis 1977 als Botschafter tätig gewesen war.⁷⁷ In seiner Nachfolge entwickelte Alfred Wittstock die bis zum Sommersemester 2016 bestehende Studienstelle Israel am Institut für Politikwissenschaft in enger Verbindung mit der Universität Haifa. Vielfältige Lehr- und öffentliche Veranstaltungen sowie Studienreisen und Publikationen thematisierten insbesondere den Nahostkonflikt, die Entwicklung Israels sowie die deutsch-israelischen Beziehungen. Die 1991 gegründete fächerübergreifende studentische Arbeitsgemeinschaft Israel setzt die Beschäftigung mit diesen Fragen bis in die Gegenwart fort.⁷⁸ Mit der im Wintersemester 2018/19 eingerichteten Israel Professorship in Communication Science am Institut für Publizistik, die von Yossi David bekleidet wird, erfolgte eine Neuausrichtung, die die traditionelle Verbindungslinie nach Haifa in den Hintergrund treten ließ.⁷⁹

Insgesamt zeigen all die Kontakte sehr deutlich, dass Partnerschaftsbeziehungen in stetem Wandel begriffen sind, indem sie Interessenskonjunkturen der jeweiligen Akteur_innen und ihrem Umfeld unterliegen.

Die Verbindung mit Glasgow (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland)

Besondere Erwähnung verdient indessen der aus heutiger Perspektive eher überraschende Umstand, dass unter all den Netzen, die die JGU in den 1970er-Jahren in weite Teile der Welt spann, ein formalisierter Kontakt mit einer Universität in Großbritannien erst 1987 mit der schottischen Universität Glasgow zustande kam.⁸⁰ Er erwuchs im Wesentlichen aus einer dem Vertrag vorausgehenden Verbindung der Universitäten im Bereich der Physik. Dass die Universität Glasgow 1986 ein Modern Languages Centre eröffnet hatte, erweiterte die gemeinsame Interessenbasis durch die Aussicht auf vertieften Spracherwerb. Ganz maßgeblich richtete sich die Erwartung jedoch darauf, durch eine formale Partnerschaft – angesichts finanzieller Engpässe von nationalen Förderinstitutionen und Regierungen – Mittel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

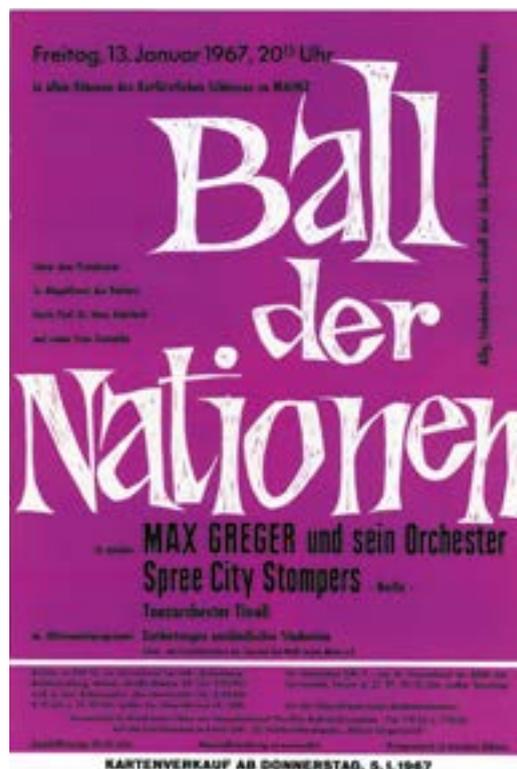
*Unterzeichnung der Bestätigung einer Fortführung der Partnerschaft mit der Universität Glasgow im Jahr 1999.
Foto: Uwe Stotz, Quelle: UA Mainz, S3/10596.*



für die transnationale Zusammenarbeit der Universitäten und ihre Kooperation mit der Industrie gewinnen zu können. Und nicht zuletzt erhoffte sich Glasgow, Anerkennungshindernisse als Hürden studentischer Mobilität durch das beginnende Erasmus-Programm zu überwinden.⁸¹

Wandlungen

Insgesamt kommt man zu dem Eindruck, dass sich das überwölbende Dach der institutionalisierten Partnerschaftsbeziehungen der JGU im Vergleich zur Ebene der Memoranden, also recht unverbindlichen Absichtserklärungen der Unterzeichnenden über eine Zusammenarbeit (wie mit der Nationaluniversität Ruanda 1985), sowie der kaum überschaubaren Fülle internationaler Beziehungen auf der Ebene der Fächer und Lehrstühle in den ausgehenden 1980er-Jahren als Abbild wissenschafts-außenpolitischer Traditionen und Interessenslagen betrachten lässt. Die Konturen liefen jedoch keineswegs ausschließlich entlang der großen Konfliktlinien des Ost-West-Konflikts. Als transnationale zivilgesellschaftliche Akteurin nutzte die Universität Nischen zum Brückenschlag. Aus der Bilanz, die Präsident Beyermann 1986 über die internationalen Beziehungen der JGU vor dem Senat zog, lassen sich sehr deutlich die Wahrnehmungsmuster zu den Partnerschaftsbeziehungen der ausgehenden 1980er-Jahre vor dem Ende des Kalten Kriegs entnehmen.⁸² So betonte Beyermann die völkerverständigende Kraft freier und internationaler Wissenschaft, da insbesondere »die Deutschen [...] auf Verständigung mit den Nationen beider Blöcke angewiesen« seien. Am Beispiel der Verbindungen der JGU mit Polen in der Zeit des Kriegsrechts seit 1981 rekurrierte er auf den Umstand, »daß internationale Beziehungen noch laufen, wenn sich auf höchster politischer Ebene kaum mehr etwas bewegt«. Und Verbindungen nach Chile, die in der Ära Salvador Allendes geschlossen und in der Zeit der Militärdiktatur trotz einiger Kritik fortgeführt würden, dürften nicht als Unterstützung des Regimes missverstanden werden, denn »geistiges Leben ist [...] geradezu darauf angelegt, politische Grenzen zu überschreiten«.⁸³ Neben diesen politischen, wissenschaftlichen und humanitären Gründen führte er jedoch auch wirtschaftliche an und be-



Ankündigung des
Balls der Nationen am
13.1.1967 – mit Max
Greger und Orchester.
Quelle: UA Mainz,
56/982.

diente sich dabei einer Argumentation, die im bundesdeutschen Hochschulkontext der 1980er-Jahre weit verbreitet war. Deutschland als rohstoffarmes, klassisches Exportland, sei, so Beyermann, auf die Grundlagenforschung seiner Universitäten zur Zukunftssicherung angewiesen und daher überdies gehalten, ausländische Studierende als künftige Führungskräfte gut auszubilden, um sie bei ihrer späteren Tätigkeit im Ausland an die Bundesrepublik zu binden. Immaterielle und utilitaristische Vorstellungen leiteten damit die Perzeptionen des JGU-Präsidenten. Sorge bereitete ihm indessen die unzureichende Unterstützung des bundesdeutschen Ausländerrechts für studierwillige Ausländer_innen sowie mangelnde Unterstützung beim Spracherwerb. Weiterhin verwies er auf die Diskrepanz, dass seit 1972 die Zahl der bundesdeutschen Studierenden, die es (zeitweilig) ins Ausland zog, prozentual nicht gewachsen sei (1976 und 1983: 27 von 1.000 Studierenden), wohingegen der ausländische Studierendenanteil in der Bundesrepublik mit 55 von 1.000 Studierenden deutlich höher ausfalle (o. J., vermutlich ebenfalls 1983).

Das Organ der Pressestelle der JGU, die *Jogu*, enthielt seit den ausgehenden 1970er-Jahren eine Vielzahl von Beiträgen, die nahezu alle Facetten internationaler Aktivitäten der Universität und ihrer Gliederungen in einer Fülle von Beiträgen widerspiegeln. Sie vermitteln den Eindruck von der JGU als zentraler Arena von Internationalität. »Die Welt zu Gast bei der JGU – die JGU inmitten der ganzen Welt« – so könnte man diese Imagebildung deuten. Es hatte sich einiges verändert an der Universität, ein gewisser Ernst im Umgang mit internationalen Belangen war eingetreten. Vorbei waren die Zeiten, in denen der seit 1952 zunächst semesterweise, dann jährlich vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) ausgerichtete *Ball der Nationen* ausländische und deutsche Studierende zusammenführen und die Kontakte mit der Stadtgesellschaft vertiefen wollte.⁸⁴ Aus bescheidenen Anfängen hatte sich daraus rasch ein gesellschaftliches Großereignis entwickelt: Im Kurfürstlichen Schloss trafen regionale Prominenz, Stadtgesellschaft und Universität aufeinander, die sich in Abendkleid und Smoking, angeheizt von bekannten Tanzorchestern unter Leitung von Max Greger, Rolf Hans Müller oder James Last amüsierten. Als Höhepunkt der Veranstaltung galten »folkloristische Darbietungen«⁸⁵

ausländischer Studierender. In den früheren Jahren hatte die Presse die »UNO-Karawane«⁸⁶ bespöttelt, wenn vornehmlich Studierende aus anderen Ländern eine Polonaise bildeten und heimatliche Lieder, Tänze und Unterhaltung zum Programm beisteuerten. Das »Fremde« als das weithin Exotische, wie es noch die Feste der 1950er-Jahre bestimmt hatte, war in den ausgehenden 1960er-Jahren stärker einer gewissen Neugierde gewichen, wenn sich in den flotten Rhythmen Grenzen aufzulösen begannen.⁸⁷ Und dennoch hafteten den Präsentationen der ausländischen Studierenden stereotype Erwartungen an, wie sie sich in den nüchternen *Jogu*-Beiträgen nicht mehr finden. Die »Sichtbarkeit des Internationalen« hatte sich verändert, das Moment des exotischen Staunens hatte sich weithin verflüchtigt.

Ausblick

Der fortschreitende europäische Integrationsprozess der 1980er-Jahre erfasste im Übergang von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union zwischen 1987 und 1992 auch das Hochschulwesen. Das 1987 verabschiedete Erasmus-Programm ist eines der markantesten Programme, das Studierenden das zeitweilige Studium an europäischen Gasthochschulen ermöglicht.⁸⁸ Auch wenn anfangs die finanziellen Mittel nicht genügten, um die studentische Nachfrage zu decken, entwickelte sich das Programm geradezu zu einer Erfolgsgeschichte. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts erweiterten sich die Austauschmöglichkeiten. Durch den Aufenthalt vor Ort lernten die Studierenden unterschiedliche Hochschulsysteme kennen und vergleichen. In bis dahin kaum vorstellbarem Umfang wurden sie damit zu zentralen Akteur_innen im Internationalisierungsprozess der Universitäten. Diese quantitativ ausgeprägte partizipative Komponente kann sicherlich als Signum der Internationalisierung der europäischen Hochschullandschaft seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert gelten. In der bundesweiten Austauschstatistik belegte die JGU über viele Jahre einen der vorderen Plätze als Entsendeuniversität.⁸⁹

Mit der Bologna-Erklärung von 1999 bekundeten die Mitgliedsstaaten ihre Absicht, bis zum Jahr 2010 einen europäischen Hochschulraum zu entwickeln. In seinem Geltungsbereich sollten unter anderem die Studienabschlüsse Bachelor und Master verbindlich sein, erbrachte Leistungen dokumentiert, studienbegleitend ECTS erworben und die Mobilität gefördert werden.⁹⁰

Die physische Mobilität und die Angleichung europäischer Hochschulstrukturen waren wesentliche Elemente dieses Europäisierungsschubs auf dem Weg zur weiteren Internationalisierung der JGU. Insbesondere nach der Jahrtausendwende erhielt die studentische Mobilität durch integrierte Studienprogramme eine neue Qualität. Sprachhürden wurden durch die stärkere Einbeziehung des Englischen als Unterrichtssprache abgebaut. Beispielhaft hierfür sei auf den von Philipp Harms und Daniel Schunk verantworteten wirtschaftswissenschaftlichen englischsprachigen Masterstudiengang *International Economics and Public Policy* verwiesen. Seit seiner Einführung im Wintersemester 2010/11 haben ihn 416 Studierende (Wintersemester 2019/20) erfolgreich absolviert, wobei etwa die Hälfte der Teilnehmenden aus insgesamt fast 50 Ländern kam.⁹¹ Mit derartigen Programmen wird die JGU zum »Kosmos gelebter Globalität«. Wie sich indessen unter den Erfahrungen der Pandemie die Praktiken der internationalen Kontaktpflege und der Internationalisierung der JGU ändern werden, wird die Zukunft zeigen.

Land	Stadt	Ort	Erster Vertragsabschluss	Verbindung zur Stadt Mainz/ zum Land Rheinland-Pfalz ¹
Argentinien	Universidad Nacional de Mar del Plata	Mar del Plata	1970	
Brasilien	Universidade Federal de Minas Gerais	Belo Horizonte	–	
Frankreich	Université de Bourgogne	Dijon	1976	Partnerstadt von Mainz seit 1958; »Hauptstadt« der 1962 begründeten Regionalpartnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Burgund (seit 2016 Burgund-Franche-Comté)
Großbritannien	University of Glasgow	Glasgow	1987	
Israel	University of Haifa	Haifa	1981	Partnerstadt von Mainz seit 1987
Italien	Collegio Ghisleri	Pavia	1982	
	Collegio Nuovo	Pavia	1982	
	Università degli Studi di Pavia	Pavia	–	
	Università di Bologna	Bologna	– ²	
Japan	Nihon University	Tokyo	1977	
	Doshisha University	Tokyo	1988	
Kolumbien	Universidad de los Andes	Bogotá	1977	
	Universidad Nacional de Colombia	Bogotá	1968/1994	
	Universidad del Norte	Barranquilla	1984	
Kroatien	Sveučilište u Zagrebu	Zagreb	1975	Partnerstadt von Mainz seit 1967
Lettland	Latvijas Universitāte	Riga	1992	
Polen	Szkoła Główna Handlowa w Warszawie	Warschau	1993	
	Uniwersytet Warszawski	Warschau	1988	
Ruanda	University of Rwanda	Butare	1985	Seit 1982 Landespartnerschaft (»Graswurzelpartnerschaft«) mit Ruanda
Russland	Moskovskij Gosudarstvennyj Lingvisticskij Universitet	Moskau	1989	
Spanien	Universitat de Valencia	Valencia	1979	Partnerstadt von Mainz seit 1978
Südkorea	Dankook University	Seoul	1982	

Internationale Universitätspartnerschafts-abkommen der JGU im Jahr 2020. Quelle: JGU, URL: <https://www.international.uni-mainz.de/fachuebergreifende-abkommen-mit-partnerhochschulen/> (abgerufen am 14.9.2020).

¹ Städtepartnerschaften Mainz: <https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/partnerstaedte/partnerstaedte.php> (14.9.2020); Regionalpartnerschaft Burgund: <https://www.landtag.rlp.de/de/parlament/der-landtag-und-seine-aufgaben/internationale-zusammenarbeit/region-burgund-franche-comte/> (14.9.2020); Landespartnerschaft Ruanda: <https://www.rlp.de/de/unser-land/partnerschaften/ruanda/> (14.9.2020); Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 27, 12.7.1982, S. 639 f.

² (angegliedert an integrierten Studiengang mit Dijon)

Quelle: <https://www.international.uni-mainz.de/fachuebergreifende-abkommen-mit-partnerhochschulen/> (1.10.2020).

Diese aktuelle Darstellung auf der Homepage der JGU enthält nicht nur fachübergreifende Partnerschaftsverträge der JGU, sondern auch einige Verbindungen, die auf anderen Rechtsgrundlagen beruhen. Als Beispiel hierfür steht der Partnerschaftsvertrag mit der argentinischen Universidad Nacional de Mar del Plata. Er wurde 1970 zwar als Universitätspartnerschaft kodifiziert, aber für das Institut für Physikalische Chemie begründet. Vgl. »Partnerschaftsvertrag«. In: JGU, Nr. 3 (1970), S. 37. Wenn sich die Daten der ersten Vertragschlüsse nicht aus den Akten des UA Mainz (Best. 81) erschließen ließen oder kein offizieller Partnerschaftsvertrag vorliegt, wurde dies als »-« markiert. Die Verf. dankt Dr. Petra Wacker, Abteilung Internationales, für Mithilfe bei der Recherche nach Vertragsdaten.

Anmerkungen

- 1 Statuten der Universität Mainz (Präambel), abgedr. in Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 105.
- 2 Vgl. allg. die Ansprachen zur Eröffnung der JGU, abgedr. ebd. Zur zeitgenössischen Kritik am Nationalismus von Professoren vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 287–295.
- 3 Vgl. Mathy: Wirklichkeit, S. 194.
- 4 Vgl. Rüegg: Verzeichnis, S. 434.
- 5 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Matheus in diesem Band.
- 6 Ruppel: Begründung, S. 59. Der Gutenberg-Forscher Ruppel leitete seinerzeit die Stadtbibliothek, setzte sich für die Benennung der Universität nach Gutenberg ein und bekleidete seit 1949 den ersten Gutenberg-Lehrstuhl an der JGU. Vgl. zu Aloys Ruppel die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/home.html> (abgerufen am 4.12.2020). Siehe hierzu auch die Beiträge von Christian König und Frank Teske in diesem Band.
- 7 Zu NS-Belastungen in der Gründergeneration der Professorenschaft vgl. Kißener: Kontinuität u. den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band. Regionale Schwerpunkte der Auslandsbeziehungen werden in den Beiträgen von Maren Dingfelder Stone, Alfred Gall, Vaios Kalogrias und Gregor Wedekind in diesem Band berücksichtigt.
- 8 Vgl. zum politischen Rahmen von Internationalismus im 20. Jahrhundert insb. Sluga: Internationalism und das von Akira Iriyes identifizierte Feld des »cultural internationalism«, das auch den wissenschaftlichen Bereich einschließt. Vgl. ebd., S. 9.
- 9 Generell lässt sich feststellen, dass die (Zeit-)Geschichte der Internationalisierung von Universitäten seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in Forschungen zur Universitäts- und Bildungsgeschichte, den auswärtigen Kultur- und internationalen Beziehungen mit den Teilbereichen Wissenschaftsdiplomatie und Außenwissenschaftspolitik vor allem seit der Jahrtausendwende auf wachsendes Forschungsinteresse stößt. Bezeichnenderweise berücksichtigte das rasch zum Standardwerk avancierte *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte* in seinem 1998 erschienenen Beitrag zur Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik den Aspekt der internationalen Beziehungen noch nicht. Vgl. Oehler: Hochschulentwicklung. Wenige Jahre später fand die Thematik Widerhall in der Forschung, bspw. als Querschnittsthema in Rüegg (Hrsg.) *Geschichte der Universität*. Vgl. zu wissenschaftlichen Herangehensweisen bei der Erforschung der Internationalisierung von Hochschulen Schütte: Internationalisierung, insbes. S. 135f.; Bungert/Lerg (Hrsg.) *Transnationale Universitätsgeschichte u. den Forschungsüberblick mit weiterführender Literatur von Kunkel: Globales Wissen*. Mit dem 1997 gegründeten *Journal of Studies in International Education* steht der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Internationalisierung der Hochschulen inzwischen ein eigenes Fachorgan zur Verfügung.
- 10 Phaseneinteilung und Charakteristika maßgeblich nach Kehm: *Forschung*, S. 61–63.
- 11 Ebd., S. 61.
- 12 Siehe hierzu den Beitrag von Heinz Duchhardt in diesem Band.
- 13 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), NL 66/1, Nachlass Hans Galinsky. Galinsky wurde 1977 emeritiert. Vgl. zu Hans Galinsky außerdem die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/home.html> (abgerufen am 4.12.2020) sowie die zahlreichen Hinweise auf Auslandsverbindungen in Galinsky: *Englische Philologie*.
- 14 Vgl. Thiel: *Internationalität*, S. 83f.
- 15 Am 15.3.1987 teilte das Kultusministerium dem Präsidenten der JGU mit, »daß die Übernahme einer Lehrtätigkeit an ausländischen Hochschulen auch im Rahmen von Partnerschaftsabkommen nicht Gegenstand von Dienstreisen ist«. UA Mainz, Best. 81/28.
- 16 UA Mainz, Best. 55/86, die Landesregierung von Rheinland-Pfalz an das Kultusministerium am 4.3.1954.
- 17 »Ich bedauere außerordentlich, daß Sie sich nicht haben entschließen können, den dringenden Wunsch des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen zu respektieren.« Ebd., das Kultusministerium an Erich Molitor am 23.3.1954. Vgl. auch ebd., Vermerk des Rektors vom 8.3.1954 u. die Landesregierung an das Kultusministerium am 4.3.1954.
- 18 Nissel: Bravo, Herr Professor. In: *Limburger Neue Presse*, 3.7.1954, [o. S.].
- 19 UA Mainz, Best. 55/86, Ilse Schwidetzky-Rösing an den Rektor am 25.5.1957 u. Antwortschreiben vom 1.6.1957.
- 20 Vgl. ebd., Werner Kern an den Rektor am 13.11.1956 u. Aktenvermerk des Rektors vom 26.11.1956.
- 21 Vgl. ebd., der Rektor an den Dekan der Medizinischen Fakultät, Heinrich Kranz, am 2.1.1957.
- 22 Bericht des Rektors [Johannes Kraus] vom 1.10.1956 bis 30.9.1957, S. 11 f. Die Rektoratsberichte finden sich auch online, URL: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de> (abgerufen am 4.12.2020).
- 23 [o. V.]: Ein Hort menschlicher Freiheit, abgedr. in: Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz (Hrsg.): *Rheinland-Pfalz 1947–1962*, S. 288f.
- 24 Zum Deutschlandvertrag als Teil der Pariser Verträge vgl. bspw. URL: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0018_par&object=abstract&st=gl=de (abgerufen am 22.11.2020); Weinmann: *Auslandsbeziehungen*, S. 33f. u. Düwell: *Propaganda*, S. 77f.
- 25 Vgl. Fischer (Hrsg.): *Rektorenkonferenz*, S. 15–20. 1956 tagte das Plenum der WRK in Mainz. Vgl. ebd., S. 32.
- 26 Vgl. Richartz: *Funktion*, S. 762–764.
- 27 Zu Neuse vgl. Lederer: *In memoriam*, S. 334–336.
- 28 Zur Genese der Verbindung vgl. UA Mainz, Best. 76/162, Redemanuskript [vermutlich vom Leiter des Deutschen Instituts] anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Middlebury Graduate School an der JGU u. Mittenzwei: *Auslands- erfahrung in die Zukunft investiert*. In: *AZ*, 14.11.1984, [o. S.].
- 29 Vgl. UA Mainz, Best. 76/162, bspw. der Rektor an den Präsidenten des Middlebury College, Samuel S. Stratton, am 29.12.1958 u. Steil-Beuerle: *Deutsch-amerikanisches Sprach-College in Mainz*. In: [Presseauschnitt ohne Angabe des Zeitungstitels], 22.12.1958.
- 30 Ebd., Redemanuskript [vermutlich vom Leiter des Deutschen Instituts anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Middlebury Graduate School an der JGU].
- 31 Ebd., Stephen A. Freeman an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Karl Holzamer, am 24.9.1959.
- 32 Vgl. UA Mainz, Best. 85/180, Vermerk für den Präsidenten über den Leiter des Präsidialamts vom 1.3.1982. Ein genaues Datum für die Einrichtung des Programms oder eine Rechtsgrundlage lag dem Präsidialamt seinerzeit nicht vor.
- 33 Vgl. UA Mainz, Best. 76/162, Neuse: Zweck und Ziel einer Graduate School des Deutschen Instituts an der Universität Mainz von 1958. Die bis dahin üblichen Studiengebühren und Hörgelder wurden 1970 in der Bundesrepublik abgeschafft.
- 34 Zur Ehrenpromotion als »Gabentausch« nach Marcel Maus vgl. bspw. Schaser: *Gabentausch*, S. 145.
- 35 Siehe hierzu die Liste der Ehrungen im Anhang dieses Bandes.
- 36 UA Mainz, Best. 76/162, Neuse: Zweck und Ziel einer Graduate School des Deutschen Instituts an der Universität Mainz von 1958.
- 37 UA Mainz, Best. 85/180, Aktenvermerk vom 29.11.1958.
- 38 Vgl. UA Mainz, Best. 76/162, die Direktoren des Deutschen Instituts dankten Freeman, Vizepräsident des Middlebury College, am 20.1.1965 für »einen hohen Betrag« zum Zweck der Bücheranschaffung. Vgl. auch ebd., Hans-Henrik Krummacher, Geschäftsführender Direktor des Deutschen Instituts, an den Studienleiter des Middlebury College, Thomas Huber, im Dezember 1966.
- 39 Vgl. ebd., Steil-Beuerle: *Deutsch-amerikanisches Sprach-College in Mainz*. In: [Presseauschnitt ohne Angabe des Zeitungstitels], 22.12.1958 u. zum Stipendium ebd., Schreiben an den Hauptförderungsausschuss im Studentenwerk Mainz vom 11.11.1960.
- 40 Vgl. Laitenberger: *Austausch*; zu den Anfängen vgl. Trommler: *Kulturmacht*, S. 575f. u. Bode: *Kulturverwaltung*. Vgl. mit Konzentration auf Bayern Jehle: *Auswärtige Kulturpolitik*, S. 56–58. Die von Paulmann herausgegebene Studie *Auswärtige Repräsentationen nach 1945* ließe sich auf das Gebiet der Wissenschaft erweitern.

- 41 Vgl. UA Mainz, Best. 85/180, Gesprächsvermerk des Präsidenten vom 19.2.1985.
- 42 Ebd., der Präsident an den Staatssekretär im Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Konrad Mohr, am 12.5.1985 [Entwurf].
- 43 Ebd.
- 44 Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsch als Fremdsprache weltweit, S. 18, URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2344738/b2a4e47fdb9e8e-2739bab2565f8fe7c2/deutsch-als-fremdsprache-data.pdf> (abgerufen am 20.9.2020). In den USA sank die Zahl der Studierenden, die an einer Hochschule Deutsch als Fremdsprache oder als Studienfach belegen, um etwa 17 % auf 80.594 Studierende (2020). Für Unterstützung bei der Recherche danke ich ganz besonders Heike Fahrenberg, Director der Middlebury C. V.-Starr School in Germany, Mainz.
- 45 Vgl. UA Mainz, Best. 55/87, Westdeutsche Rektorenkonferenz, Dokumentation 37/1971, Übersicht Partnerschaften und ähnliche Vereinbarungen zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen vom 26.11.1971, S. 15a.
- 46 Vgl. ebd., der Rektor an den Generalsekretär des DAAD, Hubertus Scheibe, am 25.10.1968 u. UA Mainz, Best. 81/123, Akademisches Auslandsamt der Universität Mainz, Vermerk für den Präsidenten vom 11.2.1976.
- 47 Vgl. UA Mainz, Best. 81/123, der Rektor an das Kultusministerium Rheinland-Pfalz am 16.9.1982 [Entwurf].
- 48 Zu diesen Initiativen vgl. Güth: Bogotá sucht engere Kontakte. In: *Jogu* 13 (1982), Nr. 82, S. 9.
- 49 Vgl. UA Mainz, Best. 81/107, Akademisches Auslandsamt der Universität Mainz, Vermerk für den Präsidenten vom 5.3.1976 u. ebd., Peter Paul Konder an die Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland im DAAD am 11.1.1978.
- 50 Bohnet: Geschichte, S. 39–49, Zitat: S. 46.
- 51 Vgl. ebd., S. 40f.
- 52 Vgl. ebd., S. 44.
- 53 [o.V.]: Fünf Südkoreaner kehren zurück. In: *AZ*, 13.7.1967, [o.S.]. Vgl. auch Garz: Schwierigkeiten, insbes. S. 20, S. 22 u. S. 32.
- 54 Siehe dazu auch Yildirim: Als Mainz zum Schauplatz des Kalten Krieges wurde. In: *MUB*, 20.7.2017, URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/de/magazin/als-mainz-zum-schauplatz-des-kalten-krieges-wurde> (abgerufen am 8.12.2020).
- 55 Vgl. Tinnappel: Deutschland ist zur Heimat geworden. In: *FR*, 8.1.2019, URL: <https://www.fr.de/rhein-main/deutschland-heimat-geworden-11056284.html> (abgerufen am 7.12.2020).
- 56 Zum gesamten Sachverhalt und im Folgenden vgl. insbes. Hong: Cold War Germany, S. 250–286.
- 57 Vgl. ebd., S. 319.
- 58 Vgl. UA Mainz, Best. 55/87, Peter Schneider an Louise Yim, Rektorin der Chung-Ang Universität Seoul im November 1972.
- 59 Der Begriff der »Auswärtigen Kulturpolitik« wurde erstmals von Karl Lambrecht 1912 gebraucht. 1920 erweiterte das Auswärtige Amt seine innere Organisation um eine Kulturabteilung. Vgl. Düwell: Propaganda, S. 62 u. S. 65. Die Konzeptionen einer erweiterten Auswärtigen Kulturarbeit wurden im Dezember 1970 in den *Leitsätze[n] für die auswärtige Kulturpolitik* des Auswärtigen Amtes niedergelegt. Vgl. dazu ebd., S. 86f.
- 60 Siehe hierzu auch den Beitrag von Vaios Kalogrias in diesem Band.
- 61 Siehe hierzu auch den Beitrag von Alfred Gall in diesem Band.
- 62 Unter den Einträgen in das Goldene Buch finden sich seit 1976 bspw. der Ministerpräsident von Luxemburg, Gaston Thorn, (1976), der senegalesische Staatspräsident und Dichter Leopold Sedar Senghor, der Staatspräsident Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing, (beide 1977) sowie Papst Johannes Paul II. (1981). In den nächsten Jahren folgten u. a. Botschafter_innen verschiedener Staaten und Vertreter_innen internationaler Universitäten. Vgl. UA Mainz, S16/1, Goldenes Buch der JGU (1946–1999).
- 63 Mathy: Universität Mainz, S. 320.
- 64 Vgl. zu Peter Schneider die Informationen in Gutenberg Biographics, URL: gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de (abgerufen am 8.12.2020).
- 65 Schneider: Zum Geleit, [o.S.].
- 66 Vgl. Weinmann: Auslandsbeziehungen.
- 67 Vgl. ebd., S. 113, S. 126, S. 128, S. 131 u. S. 172.
- 68 Stellvertretend sei hier auf die wissenschaftlichen internationalen Verflechtungen des Zoologen Rudolph Reinboth verwiesen, die er »bei einem halbwegs aktiven modernen Naturwissenschaftler für nicht ungewöhnlich« hielt. UA Mainz, Best. 81/9, Reinboth an den Leiter des Akademischen Auslandsamts am 23.3.1946.
- 69 Vgl. UA Mainz, Best. 81/134, Erhebung über Kontakte der JGU mit der Universität Haifa von 1982 u. Ben-Peretz/Kron: Grenzen.
- 70 Vgl. Ben-Peretz/Kron: Universitätspartnerschaften als Beitrag zur Erziehung zum Frieden. In: *Jogu* 17 (1986), Nr. 103, S. 16–18.
- 71 UA Mainz, Best. 81/134, Vermerk für den Präsidenten von seinem persönlichen Referenten, Hans-Günther Brüske, vom 22.10.1980. Offenbar spielte dabei auch eine Rolle, dass Ministerpräsident Bernhard Vogel Mitglied des Verwaltungsrats der Universität Haifa war. Vgl. ebd., Brüske: Entwurf einer Rede aus Anlaß der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen den Universitäten Mainz und Haifa vom 22.1.1981.
- 72 Ebd. Die Reise fand vom 21. bis 28.2.1981 statt.
- 73 Vgl. Wirth: Mainz und Haifa sind seit gestern Partner. In: *AZ*, 31.8.1987, [o.S.].
- 74 Vgl. UA Mainz, Best. 81/134, Erhebung über Kontakte der JGU mit der Universität Haifa von 1982.
- 75 Ebd., Niederschrift eines Arbeitsgesprächs u. a. mit Vertretern der Städte Haifa und Mainz, der JGU und der Medien vom 31.7.1989.
- 76 Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Koblenz), Best. 860/13165, Universitätspräsident, 18.2.1983.
- 77 Vgl. [o.V.]: Exbotschafter Per Fischer Mainzer Honorarprofessor. In: *Jogu* 21 (1990), Nr. 121, S. 20 u. UA Mainz, Best. 81/134, [o.V.]: Laudatio, [o.D.].
- 78 Vgl. dazu die Informationen auf der Homepage der Studienstelle Israel, URL: <http://www.israel-ag.de/> (abgerufen am 4.12.2020).
- 79 Siehe dazu die Homepage, URL: <https://www.ifp.uni-mainz.de/israel-professorship-in-communication-science/> (abgerufen am 10.12.2020).
- 80 Vgl. [o.V.]: Kontakte in alle Welt. In: *Jogu* 17 (1986), Nr. 101, S. 16–18.
- 81 Vgl. UA Mainz, Best. 81/28, M. C. Mac Lennan, *Statement on the proposed Agreement between the Johannes Gutenberg Universität Mainz and the University of Glasgow* vom 7.9.1987.
- 82 Vgl. [o.V.]: Kontakte in alle Welt. In: *Jogu* 17 (1986), Nr. 101, S. 16–18.
- 83 Ebd., S. 18.
- 84 Vgl. UA Mainz, Best. 40/358, Schütz: 15 Jahre Ball der Nationen. In: Programm Ball der Nationen 1966 u. Jansen: Entwicklung.
- 85 UA Mainz, Best. 40/358, der AstA an die ausländischen Studentenvereinigungen an der Universität Mainz [vermutlich im November 1967].
- 86 [o.V.]: Gäste aus aller Welt beim Studentenball. In: *Wiesbadener Kurier*, 21.1.1958, [o.S.].
- 87 Vgl. UA Mainz, Best. 40/358, [o.V.]: Star beim Ball der Nationen. Betty riß alle von den Sitzen. In: [o.Z.], 27.1.1968, [o.S.].
- 88 Vgl. Barblan: Universität, S. 490 u. Kehm: Forschung, S. 62.
- 89 Vgl. bspw. [o.V.]: Johannes Gutenberg-Universität auf Platz 3. In: *Jogu* 21 (1990), Nr. 125, S. 3.
- 90 Vgl. Barblan: Universität, S. 501f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Bernhard Einig in diesem Band.
- 91 Für die Angaben danke ich Philipp Harms.

Demokratisierung durch Internationalisierung Idee und Wirklichkeit

Michael Simon

Als die französische Besatzungsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg in Mainz die Neugründung einer Universität initiierte, um damit einen Beitrag zur demokratischen Erneuerung des Landes zu leisten, sah sie sich vor die Aufgabe gestellt, den durch den Nationalsozialismus korrumpierten Wissenschaftsbetrieb in ihrer Zone neu zu ordnen und zu bereinigen. In den nur zwölf Jahren seines Bestehens hatte das »Tausend-jährige Reich« mit Macht und Gewalt versucht, die Lehre und Forschung an den deutschen Universitäten in seinem Sinne umzugestalten und nach den Prinzipien einer sogenannten »völkischen« Wissenschaft zu organisieren. Nach dem Kriegsende musste es darum gehen, der durch nationale und rassistische Ideologie verblendeten Jugend neue Werte und Deutungsangebote zu unterbreiten: Statt ihr als Herrenmenschen die Weltherrschaft in Aussicht zu stellen, deren versuchte Umsetzung Millionen von Menschen Tod, Trauer und Leid gebracht hatte, sollte sie nun darauf vorbereitet werden, den Grundstein für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands zu legen und im gegenseitigen Respekt zwischen allen Nationen, Völkern und Kulturen in den Kreis der internationalen Staatengemeinschaft und Wissenschaft zurückzukehren.¹

Unter diesen Umständen erschien es – vor allem in den hermeneutischen Wissenschaften – geboten, akademische Fächer mit einer dezidiert internationalen Ausrichtung zu fördern, die sozusagen quer zu den etablierten Interessen national stark verankerter Disziplinen wie der Germanistik, Geschichte, Kunstgeschichte oder Musikwissenschaft lagen und einen eher vergleichenden Standpunkt einnahmen. Auf Betreiben der seinerzeit Verantwortlichen entschied man sich dafür, zwei neue Fächer an der Mainzer Universität zu begründen, die sich Vergleichende Literaturwissenschaft und Vergleichende Kulturwissenschaft nannten und damit von Anfang an frei von dem Verdacht waren, national(istisch)es Denken zu verbreiten. Gleichfalls kam es zur Förderung herkömmlicher Studiengänge mit internationaler Ausrichtung wie etwa der Islamkunde, die einen erweiterten Blick auf die Welt versprach, aber natürlich auch aufgrund der politischen Entwicklungen im Nahen Osten relevant zu sein schien. Am Beispiel dieser drei Fächer wird im Folgenden gezeigt, wie sich die Idee, mit der Gründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) einen »Sammel- und Ausstrahlungspunkt im universellen Netz der geistigen Arbeit«² zu etablieren, konkret verwirklichte und welche unterschiedlichen Wege dabei in der Aufbauphase beschritten wurden.

Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen die Anfänge der jeweiligen Fächer und die Lebenswege der mit ihnen verbundenen Wissenschaftler. Gerade kleine Fächer, um die es sich in den drei ausgewählten Fällen handelt, unterliegen der starken Einflussnahme durch Einzelpersonen, die in der Regel konkurrenzlos ihre Fachgebiete an einem Ort vertreten.³ Daher ist es wichtig, deren Inhalte und Ausrichtung mit den jeweiligen Wissenschaftlern und ihren akademischen Werdegängen in Verbindung zu bringen. In Übereinstimmung mit dem biografischen Zugang wurde für den Aufbau des Beitrags eine Anordnung der einzelnen Fallbeschrei-

bungen nach dem Alter der in Frage stehenden Personen vorgenommen, um deren generationalen Prägungen – etwa durch die Jugendbewegung, die Weltkriege oder den Nationalsozialismus – besser verstehen zu können.

Zu den ersten Professoren der JGU im Sommersemester 1946 gehörte der aus Wien stammende Literaturwissenschaftler Friedrich Eugen Hirth, der auf Anordnung der französischen Militärregierung für das neu eingerichtete Fach Vergleichende Literaturwissenschaft berufen wurde.⁴ Wie von ihm erwartet, sah er die Aufgabe seines Fachs als eine politische, da es dem deutschen Volk nach dem »furchtbarste[n] aller Kriege«⁵ dabei zu helfen habe, sich wieder in die Völkerfamilie einzugliedern. Bei der wissenschaftlichen Arbeit müsse es darum gehen, zu zeigen, dass Literatur und Kultur nicht das Ergebnis nationaler – oder gar rassischer – Einzigartigkeit und Überlegenheit seien, wie man zuvor meinte, sondern man müsse erkennen, »daß die Erneuerung, die Belebung jeder Literatur von auswärtigen Einflüssen abhängig sei«. Mit der Erkenntnis der Einheit der Literaturen könne auch wieder die »Brüderlichkeit unter den modernen Völkern«⁶ wachsen, wie es in seiner 1947 veröffentlichten Antrittsvorlesung heißt.

Mit Hirth hatte man sozusagen eine Idealbesetzung für das neue Fach gefunden, da er nicht nur das Bild des weltoffenen Gelehrten verkörperte, sondern auch zu den Verfolgten des Nationalsozialismus gehörte – schon 1930 hatte er als Publizist in Frankreich mit der Veröffentlichung seines Buchs *Hitler ou Le Guerrier Déchaîné* vor der Machtergreifung durch Hitler gewarnt.⁷ Als Hirth 1946 mit 67 Jahren nach Mainz kam, konnte er als Hochschullehrer auf keinen klassischen Werdegang zurückblicken, da er weder habilitiert war noch Lehrerfahrungen aus anderen Universitäten mitbrachte.⁸ Seine Berufung auf eine Gastprofessur, die 1949 in eine Stiftungsprofessur umgewandelt wurde,⁹ verdankte er in der Hauptsache der französischen Besatzungsmacht, die seine Stelle eingerichtet hatte und finanzierte. Ausschlaggebend für seine Wahl dürften nicht zuletzt seine guten Kontakte zu einflussreichen Persönlichkeiten wie André François-Poncet, Raymond Schmittlein und anderen französischen Kulturpolitikern gewesen sein.¹⁰ Wie Schmittlein und François-Poncet war Hirth von Hause aus Germanist, emigrierte in der Zwischenkriegszeit nach Frankreich und wurde dort »naturalisierter Franzose«. ¹¹ Seine ganze wissenschaftliche Leidenschaft galt schon früh der Heine-Forschung, die er vornehmlich durch das Aufspüren, Sammeln und Edieren von Briefen des nach Frankreich übersiedelten deutschen Schriftstellers zu bereichern wusste.¹²

Dass der französischen Besatzungsmacht eine solche Person geeignet erschien, als Hochschullehrer durch »die Ausformung eines europäischen Bewusstseins«¹³ zur Überwindung nationaler Gegensätze beizutragen, ist im Nachhinein zwar verständlich, löste in der damaligen Zeit aber auch Neid und Missgunst aus, zumal Hirths Biografie nicht frei von Widersprüchen war. Für seinen nicht ganz einfachen Charakter lassen sich durchaus einschlägige Hinweise finden. In einem Schreiben an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Hans Ulrich Instinsky, vom 14. November 1951 teilte Hirth zum Beispiel sein Veranstaltungsangebot für das Sommersemester 1952 mit und drängte darauf, dass alle seine Veranstaltungen im Hörsaal 9 stattfinden sollten. »Mit den mit [mir] für das Wintersemester angewiesenen Sälen bin ich wenig zufrieden, insbesondere der Hörsaal 16 sagt mir, weil er absolut unpoetisch ist, in keiner Weise zu.«¹⁴ Bedenkt man die Umstände, unter denen die JGU wenige Jahre zuvor in einer vom Krieg stark zerstörten Stadt auf dem Gelände einer aufgelassenen Kaserne ihren Betrieb aufnehmen musste, dürfte die Argumentation in Hirths Brief noch heute für Kopfschütteln sorgen.

Weitere Details aus seinem Leben belegen, dass er im Umgang mit anderen sehr grob sein konnte und dazu neigte, überzogen zu reagieren. Manche Zeitgenossen warfen ihm vor, ein Agent Nazi-Deutschlands

Friedrich Hirth und die Vergleichende Literaturwissenschaft

in Frankreich gewesen zu sein und dort Spitzeldienste für das »Dritte Reich« geleistet zu haben. Die biographischen Anmerkungen zu seiner Person gehen sogar so weit, ihn der Hochstapelei zu bezichtigen, weil er sich schon frühzeitig mit dem Professorentitel schmückte, ohne habilitiert oder berufen gewesen zu sein.¹⁵ Ob er dabei tatsächlich seine Befugnisse überschritt oder in Übereinstimmung mit den österreichischen Sprachregelungen für die gymnasiale Lehrerschaft handelte, zu der er nach seinem Eintritt in den Schuldienst gehörte, sei an dieser Stelle dahingestellt. Wichtiger sind die nachweislichen Kontroversen, die sich vor allem auf Hirths schicksalhafte Herkunft aus einer jüdischen Familie zurückführen lassen. Sie verdammten ihn zu einem wechselvollen Grenzgängertum, das ihn zwischen den Nationen, Kulturen, Sprachen und Konfessionen hin- und herwandern ließ, wie nicht zuletzt seine Konversion zum evangelischen Glauben 1905 und sein Übertritt in die Katholische Kirche fünf Jahre später zeigen. Insofern dürfte es zu kurz greifen, die widersprüchliche Persönlichkeit und den scheinbaren Opportunismus dieses Mannes allein als Ausdruck seiner charakterlichen Schwäche zu interpretieren, ohne zu berücksichtigen, welchen Anfeindungen und Verleumdungen gerade Personen seines Herkommens im frühen 20. Jahrhundert ausgesetzt waren.¹⁶ Selbst ein Namenswechsel und das Stillschweigen über die eigene Herkunft konnten einen jüdischen Gelehrten wie Hirth, der mit dem Familiennamen Hirsch auf die Welt gekommen war, nicht von der Angst befreien, eines Tages »entdeckt« zu werden und die Reputation zu verlieren. Dass sich diese Angst nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht mit Hirths Einweisung in ein Internierungslager sogar noch zu einer existenziellen steigern sollte, dürfte manche seiner Reaktionen verständlich machen, mit denen er auch nach dem Krieg noch Anstoß erregte. Bezeichnend ist eine Pressemitteilung, die Hirth noch nach dem Zweiten Weltkrieg, am 28. Dezember 1951, in dem Mainzer SPD-Blatt *Die Freiheit* erwirkte. Die Zeitung hatte zuvor über einen Prozess berichtet, den er gegen den Keppler-Verlag in Baden-Baden führte, und dabei süffisant auf seine jüdische Herkunft und den Namenwechsel angespielt. In seiner Stellungnahme drängte Hirth bei der Redaktion darauf mitzuteilen: »Es sei nicht richtig, daß Herr Hirth ursprünglich Hirsch geheißen habe und Jude sei.«¹⁷

Für einen Wissenschaftler wie Hirth muss es schwer zu ertragen gewesen sein, an der Mainzer Universität einem Kollegium anzugehören, das keineswegs frei von Mitläufern und ehemaligen Parteigenossen der NSDAP war.¹⁸ Manche von ihnen bekleideten obendrein ordentliche Professuren, wohingegen ihm zunächst nur eine Gast- und Stiftungsprofessur zugestanden wurde. Bei alledem darf nicht übersehen werden, dass auch die Studierendenschaft vom Geist des Nationalsozialismus in den Jahren davor nicht unberührt geblieben war. Im Gegenteil, die meisten jungen Menschen, die nach dem Krieg in die Universitäten drängten, hatten das Ausbildungssystem des NS-Staats durchlaufen und kurz zuvor noch »für Führer, Volk und Vaterland« gekämpft. Die Vorstellung, dass der Zweite Weltkrieg für sie mit einer Niederlage und nicht mit ihrer Befreiung geendet hatte, dürfte für viele ebenso selbstverständlich gewesen sein wie das Unbehagen gegenüber der französischen Besatzungsmacht und deren Plänen zur Umerziehung des deutschen Volks. In einem Leserbrief an die Zeitschrift *Die Umschau*, die in den ersten Nachkriegsjahren von Manès Sperber in Mainz herausgegeben wurde, heißt es dazu von einem kritischen Studenten über seine Kommilitonen:

»Man hat den Traum vom »Führertum« noch längst nicht ausgeträumt. Denn umsonst drängt die junge Generation nicht in die Hörsäle. Daß auf dem Kasernenplatz, am Flakgeschütz und in der HJ der Drang zum Lernen, die Berufung zur Wissenschaft nicht entstand, liegt auf der Hand. Wäre das Wahre eines Hitler jetzt Wirklichkeit, die Hochschulen hätten bestimmt nicht mehr als normalen Zugang. Abwarten, Zeit gewinnen, die Zeit dadurch nützlich verwenden, daß man sich durch Universitätsstudium die Schlüssel zu späteren leitenden Stellen verschafft! Dann wird man ja weitersehen! Das sind nämlich in Wahrheit die Parolen und Losungsworte der in der Lüge erzogenen und daher verlogenen Generation.«¹⁹

Der überaus schwierige Versuch, diese Generation beziehungsweise einige aus ihren Reihen durch die Begegnung mit ganz neuen Literaturen, Autoren und Ideen anzusprechen, sie zum Umdenken zu bewegen und neue Anregungen zu vermitteln, scheint aber mit der Berufung von Hirth einigermaßen gelungen zu sein. Davon zeugt zumindest der Zulauf, den seine Veranstaltungen offensichtlich fanden.²⁰ In einer Festschrift zum 100. Geburtstag des ersten Professors für Komparatistik in Mainz – und in der ganzen Bundesrepublik – erinnerte sich der frühere Student und spätere Mainzer Bürgermeister Anton M. Keim: »Die Vorlesungen dieses Friedrich Hirth, der damals schon um die 70 Jahre alt war, galten rasch bei Germanisten und Romanisten als heißer Tipp. Französischer Esprit mischte sich mit dem leichten Haut goût verbalen Witzes, – und dazu kam ein Hauch von weiter Welt, Paris, – eine wohltuende Nuance in der Nüchternheit der gerade zur Universität umfunktionierten Flakkaserne.«²¹ Kritisch kann man natürlich einwenden, dass solche wohlmeinenden Erinnerungen von einzelnen Zeitzeugen Jahrzehnte später nur einen bescheidenen Aussagewert haben und kaum ein allgemeingültiges Bild von der damaligen Situation vermitteln können. Nichtsdestoweniger bleibt zu konstatieren, dass die ambitionierte Neugründung des Fachs Vergleichende Literaturwissenschaft über den Tod seines ersten Vertreters hinaus Bestand an der JGU hatte und sich von hier aus im ganzen deutschsprachigen Raum verbreitete.²² Hirth bekam von dieser Erfolgsgeschichte freilich nur noch wenig mit, denn er starb bereits 1952. Gleichwohl hatte er mit seinen Impulsen für eine neue Betrachtung von Literatur dabei geholfen, »die von den Nazis streng gezogenen geistigen Grenzen [zu] öffnen«,²³ wie Keim treffend bemerkte.

Mit der Berufung von Helmuth Scheel nach Mainz hielt das Fach Islamkunde ab dem Wintersemester 1946/47 Einzug in das Fächerspektrum der neugegründeten Universität. Das Angebot für Orientalische Sprachwissenschaft war zunächst bescheiden und beschränkte sich auf wenige Semesterwochenstunden, die Scheel zusammen mit dem Theologen Eugen Rapp ankündigte. Dazu gehörten eine Einführung in die osmanisch-türkische Sprache mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das moderne Türkisch sowie zwei weitere Veranstaltungen, die dem Lesen eines osmanischen Reichshistoriografen und der Einführung in die Diplomatik und Paläografie osmanisch-türkischer Urkunden des 15. bis 17. Jahrhunderts gewidmet waren. Mit seiner Auswahl knüpfte der Neuberufene an Arbeitsschwerpunkte an, die er sich im Laufe seines bisherigen akademischen Werdegangs gesetzt hatte. Scheel kam aus Berlin nach Mainz und war mit seinen 51 Jahren bereits ein gestandener Wissenschaftler, dessen Karriere in der NS-Zeit keineswegs Schaden genommen, sondern einige Erfolge aufzuweisen hatte.

Dennoch war sein Lebensweg nicht ohne Brüche verlaufen.²⁴ Als Sohn eines Rechnungsrats war er 1895 in Berlin zur Welt gekommen und später auf eine höhere Schule geschickt worden, die er allerdings 1914 vorzeitig verließ, um Verwaltungsbeamter zu werden. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde er Soldat und auf dem Balkan und im Osten eingesetzt. Hier intensivierte er sein zuvor schon begonnenes Selbststudium des Türkischen und legte anschließend eine Dolmetscherprüfung ab, die ihm zu einer militärischen Verwendung in der Türkei verhalf. Was Scheel dazu bewogen haben mag, sich so intensiv mit dem Türkischen zu beschäftigen, ist nicht mehr genau nachzuvollziehen. Ewald Wagner,²⁵ der sich in Mainz bei ihm habilitierte und später einen Nachruf auf ihn verfasste, bemerkte, dass Scheel über seine Person eigentlich nie sprach, aber dass er von der Jugendbewegung stark beeinflusst gewesen sei.²⁶ Deren Begeisterung für Autoren wie Karl May, der die zeitgenössischen Sehnsüchte nach fernen Ländern und exotischen Welten schürte, mag einen schwachen Hinweis auf die ausgefallenen Interessen des jungen Mannes geben. Nach dem Krieg holte Scheel schnell die Reifeprüfung nach und begann neben seinen Tätigkeiten als Gerichtsschreiber und Dolmetscher orientalische Sprachen zu studieren. 1928 wurde er in Greifswald mit einer Arbeit über die Schreiben



Friedrich Hirth bei einem Vortrag Ende der 1940er- oder Anfang der 1950er-Jahre. Quelle: UA Mainz, S3/633.

Ein Turkologe als Wissenschaftsmanager: Helmuth Scheel

der türkischen Sultane an die preußischen Könige im 18. Jahrhundert promoviert und empfahl sich damit für höhere Aufgaben, zumal er bereits zuvor im Dienst des Auswärtigen Amts diverse Auslandserfahrungen gesammelt hatte.

Einen kräftigen Schub erhielt seine Karriere 1937 mit dem Eintritt in die NSDAP. Nach dem Krieg beuerte Scheel, auf Drängen eines Kollegen lediglich Anwärter der Partei geworden zu sein. Der von ihm selbst ausgefüllte Parteifragebogen lässt aber keinen Zweifel daran, dass er der NSDAP am 1. Mai 1937 mit der Mitgliedsnummer 5.377.132 beigetreten war.²⁷ Wenig später erfolgte seine Bestellung zum Professor und zum Direktor der Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW). Gleichzeitig übernahm Scheel die Geschäftsführung der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) und unterstrich damit seine wissenschaftsorganisatorischen Ambitionen. Wie sehr er der nationalsozialistischen Ideologie anheimgefallen war, wird in der einschlägigen Literatur unterschiedlich bewertet. Bei seiner Entnazifizierung unmittelbar nach dem Krieg bescheinigte ihm der Präsident der PAW, Johannes Stroux, er sei nie im nationalsozialistischen Sinne aktiv gewesen. Vielmehr habe er sich wiederholt für Gelehrte aus dem In- und Ausland eingesetzt, die in der NS-Zeit bedroht oder verfolgt wurden.²⁸ Ein etwas anderes Bild vermittelt dagegen der Fall Paul Abraham, der 30 Jahre lang für die Preußische Akademie der Wissenschaften gearbeitet hatte, bevor er 1939 wegen seiner jüdischen Herkunft aus ihren Diensten entlassen wurde. Nach seiner Deportation 1943 übernahm es Scheel, den wissenschaftlichen Nachlass des nach Auschwitz deportierten Rechtshistorikers für die Akademie sicherzustellen. Gegenüber den Behörden betonte er ausdrücklich, »daß es sich dabei nicht etwa um selbständige wissenschaftliche Arbeiten handle, sondern lediglich um Exzerpierungsarbeiten. Das Material sei Eigentum der Preußischen Akademie der Wissenschaften und befände sich nun in der versiegelten Wohnung Abrahams«.²⁹ Auch wenn das Beispiel im Vergleich zu allen anderen Verbrechen der damaligen Zeit eher marginal erscheint, belegt es doch Scheels Beteiligung an dem nationalsozialistischen Unrechtssystem und dessen perfiden Legalisierungsbemühungen, die er nachweislich unterstützte.³⁰ Insofern spricht einiges für die Einschätzung Stefan Rebenichs, der Scheel zu den »sicheren Parteigängern«³¹ zählt, die Reichsminister Bernhard Rust in zentralen Positionen installierte, um den nationalsozialistischen Einfluss im Wissenschaftsbetrieb fest zu verankern. Ohnehin erfolgte dieser Schritt – etwa im Vergleich zu den Universitäten – bei der Akademie erst relativ spät und gelang wohl auch nicht durchgängig, wie Petra Hoffmann unter Hinweis auf die Arbeiten des Historikers Conrad Grau vermerkt. Als »traditionsbewusste Gelehrtenengesellschaft«³² sei man hier eher der Wissenschaftlichkeit verpflichtet geblieben als der Parteiideologie.

Diese Haltung, die Scheel offensichtlich als Akademiedirektor tolerierte, dürfte seiner Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg zuträglich gewesen sein. Zumindest wurde er in den ersten Nachkriegsmonaten weiterbeschäftigt, zumal man wohl auch seine Hilfe bei der Wiederbeschaffung der ausgelagerten Akademiebestände benötigte. Allerdings erfolgte zum Jahresende seine Entlassung, gegen die sich Scheel hartnäckig, aber erfolglos zur Wehr setzte. In dieser Situation erreichte ihn ein Ruf nach Mainz, den er im Wintersemester 1946/47 annahm und der ihm in seiner wenig aussichtsreichen Lage sehr gelegen gekommen sein muss.³³ Was dann im Zuge seiner Übersiedlung geschah, liest sich aus heutiger Sicht mehr als befremdlich und ist wohl auch nur unter dem Eindruck der aufziehenden Ost-West-Konfrontation zu verstehen. Denn Scheel packte in Berlin nicht nur seine persönlichen Sachen ein, sondern ließ auch manches Nützliche aus der Akademie nach Mainz abtransportieren, darunter Bücher, Arbeitsunterlagen, Briefbögen und ein Dienstsiegel, das es ihm erlaubte, weiterhin als vermeintlicher Direktor der PAW zu agieren.³⁴ Zusammen mit anderen ehemaligen Mitgliedern der Akademie, die es ebenfalls nach Westdeutschland verschlagen hatte, setzte er sich dafür ein, an seinem neuen Dienst- und Wohnort die alten Verbindungen wieder zusammenzuführen, was 1949 mit der Gründung der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Künste gelang. Scheel übernahm für diese

Institution die Position eines Generalsekretärs, die im Grunde seiner alten Funktion bei der PAW als Direktor entsprach und die er bis zu seinem Tod innehatte.³⁵ In der Rückschau lesen sich der Zusammenbruch des »Dritten Reichs« und die Nachkriegsjahre in der Biografie von Scheel nicht als große Wende, sondern weisen eine erstaunliche Kontinuität auf. Gleichwohl wäre es falsch, dieses Beharren nur seiner Person anzulasten, denn die jüngere Forschung hat gezeigt, dass die Nachkriegsorientalistik direkt an die NS-Orientalistik anknüpfte: »Dieselben Personen, die inhaltlich, organisatorisch und institutionell den orientalistischen Diskurs der Jahre 1933–45 bestimmt hatten, besetzten auch nach 1945 die relevanten Stellen des Lehr- und Forschungsbetriebs an den Universitäten und Akademien sowie den Vereinen.«³⁶ Die JGU stellte mit der Berufung von Scheel also keine Ausnahme dar, sondern folgte einem generellen Trend. Ausschlaggebend mag in diesem Fall zudem gewesen sein, dass Scheel über sehr gute Kontakte zu französischen Wissenschaftlern verfügte und sich auf der internationalen Bühne bestens auskannte, da er in den 1920er-Jahren im Dienst des Auswärtigen Amts mehrere längere Auslandsaufenthalte absolviert hatte und dabei auch in Paris tätig gewesen war.³⁷

Gleichwohl bleibt zu fragen, inwieweit Scheel seine Dienstzeit bis zur Emeritierung 1963 dafür nutzte, jenseits seiner organisatorischen Bemühungen um eine institutionelle Restitution der ihm vertrauten Arbeitsstrukturen neue Impulse für sein Fach und die Mainzer Universität zu setzen. Schaut man auf die Lehre, sind durchaus gewisse Anstrengungen zu erkennen, das Fach etwa durch interdisziplinäre Lehrangebote zu öffnen und weiterzuentwickeln. Dagegen schreibt Wagner über Scheels wissenschaftliches Werk, dass es sehr beschränkt geblieben sei und sich vor allem auf das mit der Dissertation eingegrenzte Themenfeld konzentriert habe, da ihm seine vielen Ehrenämter nur wenig Zeit für eigene Forschungen gelassen hätten.³⁸ Der Germanist und Volkskundler Lutz Röhrich, der 1954 Scheel als Dekan bei seiner Habilitation erlebte, beschrieb ihn als einflussreichen Mann, der »rhetorisch nicht besonders geschickt«³⁹ war. Diese Schwäche klingt auch im Nachruf von Wagner an, der ihm trotz der Erwartung »de mortuis nihil nisi bene« bescheinigte, für die jüngere Generation kein Verständnis aufgebracht und an seinen überkommenen »Vorstellungen vom patriarchalischen Aufbau der wissenschaftlichen Institute«⁴⁰ festgehalten zu haben. Die Schärfe dieser Sentenz mag sowohl dem Zeitgeist von 1968 geschuldet gewesen sein als auch den aus der Zeit gefallen Überzeugungen Scheels, die sich nicht zuletzt in seiner Korrespondenz widerspiegeln. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist ein Brief vom 30. Mai 1956, den Scheel an den damaligen Dekan der Philosophischen Fakultät, Walter Porzig, richtete und in dem es ihm darum ging, die anstehende Habilitation von Othmar F. Anderle für das Fach Vergleichende Kulturwissenschaft zu hintertreiben. Bevor man über seinen Antrag auf Habilitation beraten könne, so Scheel, solle sich die Fakultät zunächst die Frage stellen, ob die seinerzeit von der französischen Direction Générale des Affaires Culturelles »versuchsweise« etablierten Fächer Vergleichende Kulturwissenschaft und Vergleichende Literaturwissenschaft überhaupt als eigenständige Lehr- und Studienfächer anerkannt werden können. Für das von Anton Hilckman vertretene Fach der Vergleichenden Kulturwissenschaft fiel sein Urteil sogleich vernichtend aus: »Mir scheint, daß Studenten, die vom ersten Semester an dieses Fach – womöglich als Hauptfach – studieren, Gefahr laufen, die Probleme gar nicht zu verstehen, die dort behandelt werden, und dann nur zu einer gewissen Halbbildung kommen.«⁴¹ Zwei Jahre später hatte sich seine Meinung in dieser Hinsicht nicht geändert, denn in einem Schreiben vom 16. Juni 1958 versicherte er Dekan Walter Marg, gegen die Habilitierung von Anderle zu stimmen, wobei er ergänzte: »Die Gutachten spielen dabei für mich eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle.«⁴²

Für den versuchten demokratischen Aufbruch an der neu gegründeten JGU scheint Scheel nach heutigen Maßstäben kein Vorzeigebispiel zu sein. Die überlieferten Dokumente zeigen eher einen in alten Strukturen verfangenen sowie autoritär denkenden Gelehrten, dessen wissenschaftliches Credo der Zeit vor 1945 verhaftet blieb. Nichtsdestoweniger schuf er dank seines organisatorischen Talents und einer starken, auch inter-



Undatiertes Porträt
von Helmuth Scheel.
Foto: Rimbach, Quelle:
UA Mainz, S3/593.

nationalen Vernetzung in der Scientific Community tragfähige Grundlagen für die weitere Entwicklung seines Fachs an der Universität und darüber hinaus – mit dem Aufbau der Akademie als renommierte Gelehrtengesellschaft – für den Wissenschaftsstandort Mainz. Scheel starb – mehrfach wissenschaftlich geehrt – am 6. Juni 1967. Er wurde auf dem Hauptfriedhof in Mainz »in aller Stille« zu Grabe getragen. Die Teilnahme der Vertreter der Universität »in Robe« wurde zurückgenommen und erfolgte »privat«,⁴³ was dem ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen entsprach und wohl nicht den unruhigen Umständen der damaligen Zeit geschuldet war. Eine große Zahl von Beileidsschreiben aus dem In- und Ausland im Mainzer Universitätsarchiv zeugt bis heute von dem hohen Renommee, das Scheel zu Lebzeiten in der wissenschaftlichen Welt zuteil geworden war.

Gegen den Strom: Anton Hilckman und die Vergleichende Kulturwissenschaft

Einen Werdegang, der sich von Scheels Biografie deutlich unterscheidet, hatte Anton Hilckman vorzuweisen, der mit seiner Berufung an die JGU, ähnlich wie sein Kollege Hirth, eine neue Wissenschaft begründete. Das Fach, das er ab dem Wintersemester 1946/47 vertrat, nannte sich Vergleichende Kulturwissenschaft und zeichnete sich wie die Vergleichende Literaturwissenschaft durch

eine antinationalistische, europäische und komparatistische Ausrichtung aus. Auch in diesem Fall scheint der Einfluss der französischen Besatzungsmacht nicht unerheblich gewesen zu sein, um das Fach und seinen Vertreter zu etablieren. In einem Schreiben Hilckmans vom 30. April 1946 dankte er dem damaligen Rektor, Josef Schmid, für dessen Aufforderung, seine Personalunterlagen einzureichen. Der Brief aus Mainz hatte ihn offensichtlich vollkommen unvorbereitet erreicht. Geradezu offenherzig antwortete Hilckman auf das Angebot: »Vermutlich bin ich durch Freunde aus Frankreich empfohlen worden; darf ich die neugierige Frage aussprechen, was für Freunde es sein mögen?« Und weiter heißt es in seinem Brief: »Es würde mir in der Tat eine Freude sein, mit der Universität Mainz in näheren Kontakt zu kommen. Besteht die Möglichkeit, mich dort für Philosophie zu habilitieren? es [sic!] wäre für mich die Erfüllung eines Wunschtraumes, den ich seit [2. sic!] meiner Jugend hege.«⁴⁴ In Mainz, wo man Hilckman als Professor einsetzen wollte, wird seine Nachfrage nach den dortigen Habilitationsmöglichkeiten bestimmt Erstaunen hervorgerufen haben, aber dieses Interesse war wohl ernst gemeint und entsprach seinem eher zurückhaltenden Charakter. Wer war dieser Dr. Dr. Anton Hilckman, der vor seiner Berufung lediglich »eine Art Privatgelehrtenleben geführt«⁴⁵ hatte?

Hilckman stammte aus Westfalen und war 1900 im nördlichen Münsterland in einer Kaufmannsfamilie zur Welt gekommen.⁴⁶ Das Milieu, das ihn prägte, war streng katholisch. Nach den Erfahrungen des Kulturkampfes, die um die Jahrhundertwende in seiner Heimat noch deutlich nachwirkten,⁴⁷ hatte man hier wenig für das Preußentum und dessen Dominanz im Deutschen Reich übrig. Bezeichnend dafür ist, dass sich Hilckman dauerhaft weigerte, seinen Familiennamen mit doppeltem N zu schreiben, weil er dies für preußisch hielt.⁴⁸ Für seine Überzeugungen einzutreten, selbst wenn sie gerade nicht opportun waren, entsprach dem Familienmotto »contra torrentem«, an dem er selbst nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten beharrlich festhielt. Seine akademische Karriere begann nach dem Abitur im Jahr 1918 zunächst vielversprechend. Er studierte an den Universitäten Freiburg im Breisgau, Münster und Mailand Nationalökonomie, Philosophie, Mathematik und Naturwissenschaften und wurde gleich zweimal promoviert, 1921 in Freiburg und 1936 an der Katholischen Universität in Mailand.⁴⁹ Was Hilckman bereits in jungen Jahren auszeichnete, war eine außergewöhnliche Sprachbegabung, die dazu führte, dass er mühelos »in fünf Sprachen und mit etwas Mühe in etwa drei weiteren«⁵⁰ schrieb. Bei seinen Studien legte er besonderen Wert auf Kenntnisse in den sogenannten kleinen Sprachen Europas, mit denen er sich intensiv beschäftigte. Der Respekt vor der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas ließ ihn auch für seine Muttersprache, das Niederdeutsche, eintreten, da ihm sein sich abzeichnender Untergang als kulturelle Verarmung erschien.⁵¹



Undatiertes Porträt von Anton Hilckman. Quelle: Heimatverein Bevergern e. V.

Bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten war Hilckman durch publizistische Beiträge als Gegner Hitlers in Erscheinung getreten und hatte sich damit in einflussreichen NS-Kreisen äußerst unbeliebt gemacht. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen »den christentumsfeindlichen Charakter des Nazismus«, dessen »Rassenhochmut«⁵² für ihn Häresie war.⁵³ Obwohl sich Hilckman nach 1933 immer wieder für längere Zeit im Ausland aufhielt und sich damit einer strengen Überwachung durch den NS-Staat entzog, blieb er für seine politischen Gegner weiterhin eine Gefahr und wurde 1940 verhaftet. Wesentlichen Anteil daran hatte wohl nicht zuletzt Viktor Lutze, ein bedeutender NS-Funktionär, der wie Hilckman aus Bevergern stammte, und Ernst Röhm nach dessen Ermordung 1934 als Stabschef der SA im Amt gefolgt war.⁵⁴ Für Lutze war es unerträglich, dass ein Mann wie Hilckman in seinem Heimatort »weiterhin sein Unwesen treibt«, wie er 1940 an Reichsminister Bernhard Rust schrieb. Auf die Verhaftung Hilckmans folgte 1941 seine Verurteilung wegen »heimtückischer Angriffe auf Staat und Partei«.⁵⁵ Nach Verbüßung einer dreijährigen Strafe setzte sich sein Leidensweg in verschiedenen Konzentrationslagern fort, bis er schließlich im April 1945 von amerikanischen Truppen aus dem KZ Langenstein-Zwieberge befreit wurde.⁵⁶ Seine Standhaftigkeit während der Haftzeit wird durch eine mehrfach überlieferte Begebenheit illustriert, die sich auch anhand der Akten im Mainzer Universitätsarchiv nachvollziehen lässt.⁵⁷ In Folge seiner Verurteilung durch ein Bielefelder Sondergericht beschloss die Universität Freiburg 1942, Hilckman seinen Dokortitel zu entziehen. Die Entscheidung wurde ihm im Gefängnis überbracht und musste von ihm gegengezeichnet werden. Mit zittriger Hand unterschrieb er in Gegenwart der Nazi-Schergen die vorbereitete Bescheinigung mit Dokortitel und verwies mutig auf seine Mailänder Promotion, die man ihm ja nicht aberkennen könne.

Hilckman überlebte die NS-Zeit, ohne sich freilich seinen Wunsch auf eine akademische Karriere erfüllen zu können. Sie nahm erst mit der Berufung nach Mainz ihren Fortgang, wo er am 10. Dezember 1946 mit Wirkung vom 15. Oktober 1946 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor für Vergleichende Kulturwissenschaft ernannt wurde.⁵⁸ Ab dem Wintersemester 1946/47 bot er fortlaufend Lehrveranstaltungen an, die nach seinem Verständnis den Themenkreis des neuen Fachs absteckten: Neben Einführungen in das Themengebiet sprach er etwa über das *Abendland im Spiegel fremder Kulturen*, über *Orient und Okzident*, *Geschichtsphilosophie*, *Universalgeschichtliche Konzepte* oder *Weltreligionen*. Die meisten seiner Ankündigungen versprachen Einblicke in sehr weit gespannte Themen und verzichteten auf eine bestimmte Konkretisierung, die nur gelegentlich erfolgte, zum Beispiel wenn es um *Das geistige Frankreich von heute* (Wintersemester 1946/47) ging oder über *Heimliches Europa – Die »kleinen« Völker Europas (Basken, keltische Völker usw.), ihre Sprachen, ihre volkstümlichen Kulturen und ihre Gegenwartsbedeutung für Gesamteuropa (publice), mit Lichtbildern* (Sommersemester 1956). Verfolgt man die Veranstaltungsplanungen für das Fach Vergleichende Kulturwissenschaft über 48 Semester bis zum Sommersemester 1970, ist zu erkennen, dass Hilckman seine Lehrangebote offensichtlich nicht an einem curricular aufgebauten Studium ausrichtete, sondern sich darum bemühte, aktuelle Themen aus vergleichender kulturwissenschaftlicher Perspektive aufzugreifen und unter Berücksichtigung historischer und philosophischer Fragestellungen zu vertiefen. Bei seinen Studierenden scheint er mit diesem Angebot durchaus Anklang gefunden zu haben, wie einem Artikel in der Mainzer Studierendenzeitschrift *Die Burse* aus dem Jahre 1948 zu entnehmen ist:

»Mancher Student mag vor der Fülle des Materials zurückschrecken, das diese Wissenschaft bearbeitet. Aber welcher Fakultät er auch angehört, sein Allgemeinwissen wird bereichert werden, stärker als bei einem Fachstudium. Die Vergleichende Kulturwissenschaft fördert den Weitblick und Weltblick der Studenten und gibt damit zugleich die klare Sicht für die Gründe der Existenzkrise des Abendlandes und die Möglichkeiten zu ihrer Überwindung.«⁵⁹

Wie wenig Hilckman ein Fachwissenschaftler war, zeigt sich auch bei seinen Veröffentlichungen, die er zu ganz unterschiedlichen Themen an verschiedensten Orten herausbrachte. Wohlwollend wird man ihn als einen »unkonventionell-kreativen Mann der ersten Stunde« und als einen »leidenschaftlichen Vertreter der abendländischen Kultur«⁶⁰ charakterisieren können, wie es Karl Holzamer tat. Kritischere Zeitgenossen werden ihn dagegen vielleicht eher als einen Feuilletonisten ohne klar eingegrenztes Lehr- und Forschungsgebiet gesehen haben.

Für die dauerhafte Verankerung der Vergleichenden Kulturwissenschaft an der JGU brachte der Zuschnitt der Disziplin auf die Person ihres Vertreters und seine spezifischen Interessen erhebliche Probleme mit sich, da vergleichbare Fachvertretungen außerhalb von Mainz fehlten und damit auch der akademische Nachwuchs. So verwundert es nicht, dass Hilckman nach dem Erreichen der Altersgrenze für weitere drei Jahre im Dienst blieb und selbst nach seiner Emeritierung 1968 die Vertretung seiner Stelle übernahm. Die letzten Hinweise auf das Fach Vergleichende Kulturwissenschaft an der Mainzer Universität finden sich in der Veranstaltungsübersicht für das Sommersemester 1970, in dem eine Vorlesung mit Übung über *Universalhistorie und Geschichtsdeutung im Denken der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit* abgehalten werden sollte. Die Lehrperson wird mit N[omen] N[ominandum] angegeben, wobei das Thema zweifelsfrei auf Hilckman verweist, der noch im Semester davor gleichlautende Veranstaltungen unter seinem Namen angekündigt hatte. Allerdings sollte Hilckman den Beginn des Sommersemesters im April 1970 nicht mehr erleben, da er kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahrs im Januar verstarb. Mit ihm wurde praktisch auch sein Fach Vergleichende Kulturwissenschaft an der JGU zu Grabe getragen, das »zugunsten des Institutes für Buchwesen geschlossen wurde«.⁶¹

Der Zeitpunkt, zu dem dies geschah, ist insofern bemerkenswert, als sich zeitgleich im anglo-amerikanischen Wissenschaftsraum ein Paradigmenwechsel anzudeuten begann, der kulturwissenschaftliche Forschungsansätze stärkte. Hilckman scheint mit seinen Arbeiten dabei allerdings keine Rolle gespielt zu haben. Zumindest fehlt sein Name in den neueren Einführungswerken zur Kulturwissenschaft. Allein aus Polen ist bekannt, dass es Bemühungen um eine Wiederentdeckung seines inzwischen weitgehend vergessenen Werks gibt. Der Hintergrund für diese Initiative dürfte Hilckmans intensive Rezeption der Arbeiten des polnischen Geschichtsphilosophen Feliks Koneczny gewesen sein, dessen Ideen wiederum in jüngerer Zeit populäre Autoren wie Samuel P. Huntington beeinflusst haben.⁶² Eine Renaissance von Hilckmans Schriften ist damit sicherlich nicht eingeleitet, aber der Name seines Fachs lebt erstaunlicherweise seit 1999 wieder weiter, nachdem man an der Universität Regensburg das Fach Volkskunde in Vergleichende Kulturwissenschaft umbenannt hat.⁶³ Angesprochen sind damit allerdings ganz andere Wissenschaftstraditionen, die sich inhaltlich und methodisch deutlich von Hilckmans Ansatz unterscheiden.

Resümee

Die Irrlehren des Nationalsozialismus hinterließen nicht nur Deutschland in Trümmern, sondern auch den ganzen Wissenschaftsbetrieb, der in nationalistischer Überheblichkeit verfangen war. Die Mainzer Idee, komparatistische Studiengänge aufzubauen, um den Gedanken einer sich gegenseitig respektierenden Völkergemeinschaft in Europa und auf der Welt zu fördern, lässt sich als passende Antwort auf die Herausforderung der damaligen Zeit verstehen, der deutschen Wissenschaft neue Perspektiven zu eröffnen. Mit der Berufung von Hirth und Hilckman war es den Verantwortlichen gelungen, vielversprechende Akzente zu setzen, da beide Wissenschaftler als Verfolgte des NS-Regimes weitgehend unbelastet ihr Amt antreten konnten und zudem aufgrund von langen Auslandsaufenthalten über internationale Erfahrungen verfügten. Ihre beachtlichen Kenntnisse von fremden Sprachen und Kulturen haben dazu beigetragen, dass sie das von ihnen übernommene und überaus ambitioniert konzipierte Lehr-

und Forschungsgebiet glaubwürdig vertreten und damit die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnten. Gleichwohl fiel ihr Wirken in Mainz unterschiedlich aus: Hirth kam praktisch als alter Mann an die Universität, dem nur wenige Jahre bis zu seinem Tod blieben. Trotzdem schuf er disziplinäre Grundlagen, die bis heute Bestand haben. Anders erging es der Vergleichenden Kulturwissenschaft, die mit dem Tod von Hilckman schon wieder erlosch, obwohl er sie fast zweieinhalb Jahrzehnte gelehrt hatte. Vielsagend bleibt am Ende, dass beiden Wissenschaftlern mit ihrer Berufung nach Mainz keine ordentlichen Professuren verliehen wurden, sondern ihr Status als Gastprofessor beziehungsweise nichtbeamteter außerordentlicher Professor auf eine recht deutliche Einschränkung der akademischen Anerkennung ihrer Fächer in der alten Ordinarienuniversität verweist.

Sehr viel günstiger war in dieser Hinsicht die Ausgangssituation für Scheel in Mainz, der gleich einen Ruf auf eine ordentliche Professur erhielt, obwohl sein Wirken in der NS-Zeit zumindest zwielichtig war. Die internationale Ausrichtung seines Fachgebiets sowie seine persönlichen Auslandserfahrungen werden ihm dabei geholfen haben, diesen Makel zu überspielen. Zudem verfügte er über ein bemerkenswertes organisatorisches Geschick, mit dem es ihm auch unter den gewandelten Bedingungen der Nachkriegszeit gelang, sich als überaus erfolgreicher Wissenschaftler zu präsentieren. Trotz gewisser Zweifel an seiner demokratischen Läuterung darf nicht übersehen werden, dass er nach dem Zweiten Weltkrieg einen beachtlichen Beitrag zur Reorganisation des Wissenschaftsbetriebs in Deutschland und speziell in Mainz leistete und in diesem Zusammenhang auch dem Aufbau internationaler Kontakte große Bedeutung beimaß, wie nicht zuletzt sein langjähriges Engagement als Leiter des Akademischen Auslandsamts an der JGU (1947–1955) zeigt.⁶⁴

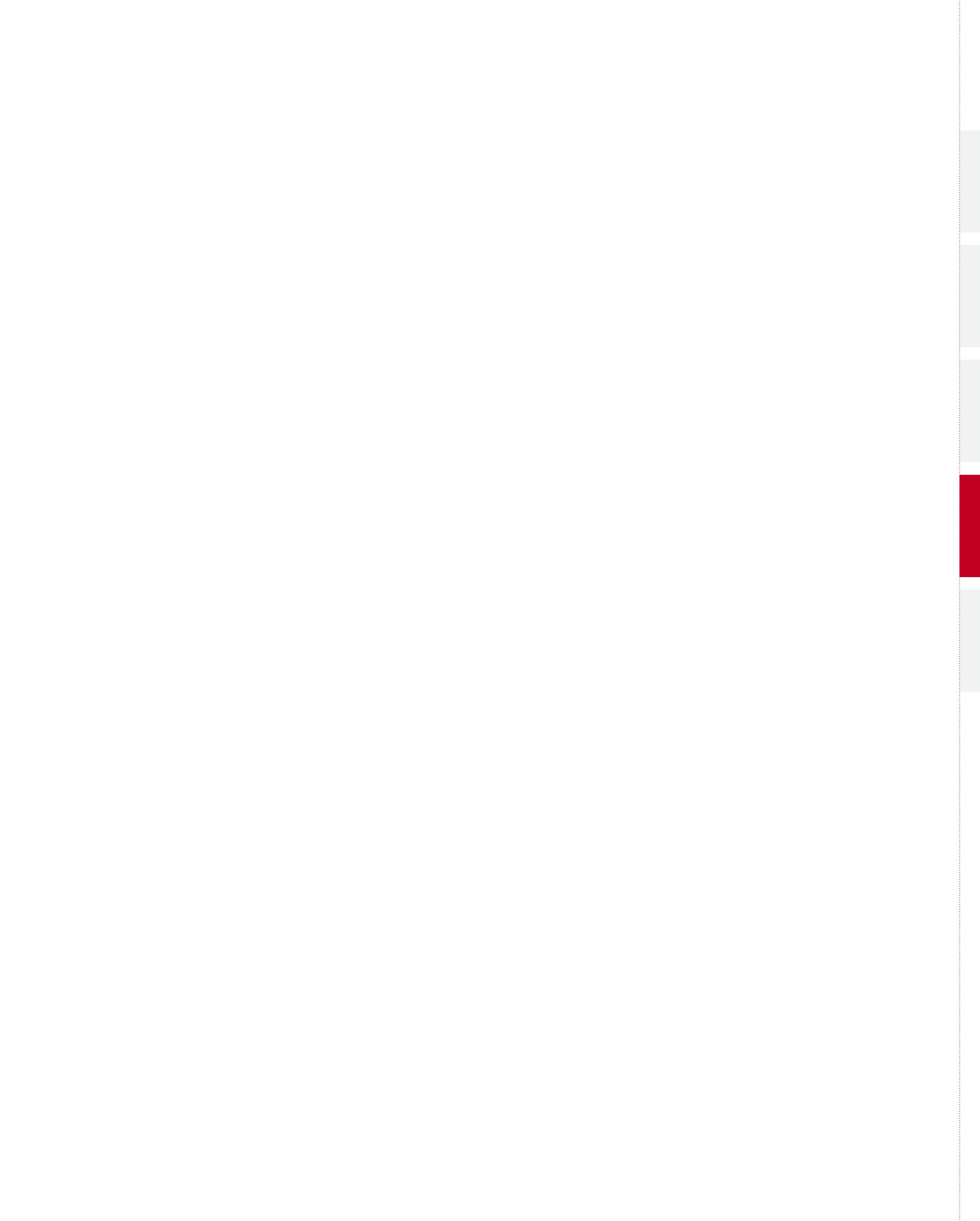
Aus der Gegenüberstellung der drei skizzierten Fälle lassen sich vor allem zwei Schlussfolgerungen ziehen, die auf der mikrohistorischen Ebene das andeuten, was wohl auch für größere Zusammenhänge gilt: Es waren letztlich sehr unterschiedliche Kräfte, die sich am demokratischen Wiederaufbau der deutschen Wissenschaftslandschaft beteiligten und ihn erfolgreich in die Wege leiteten. Und es gab damals eigentlich keine Person, die unseren heutigen Erwartungen an einen politisch korrekten Lebenslauf zu entsprechen vermag. Gründe dafür scheinen aber weniger die einstigen Verfehlungen der betreffenden Wissenschaftler zu sein als der Wertewandel in unserer Gesellschaft, der stets den Lauf der Zeit orchestriert und bei jeder historischen Studie zu berücksichtigen ist, wenn sie nicht chronozentrisch ausfallen soll. Dass Wissenschaftler in der Zeit des Nationalsozialismus unter den Bedingungen eines totalitären Systems in besonderer Weise Schuld auf sich geladen haben, soll damit allerdings nicht in Abrede gestellt werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Kißener: *Kontinuität*, S. 97 f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band.
- 2 Ansprache des Rektors Josef Schmid zur Eröffnung der JGU, zit. nach Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 13.
- 3 Siehe hierzu auch den Beitrag von Katharina Bahlmann und Lena Zimmer in diesem Band.
- 4 Eine ausführliche Zusammenstellung bibliografischer Angaben über Friedrich Hirth findet sich bei Heuer (Red.): *Lexikon*, S. 100–107. Im vorliegenden Text nicht weiter nachgewiesene Informationen beziehen sich auf diese Quelle.
- 5 Hirth: *Geiste*, S. 1301.
- 6 Ebd., S. 1305.
- 7 Vgl. Ries: *Engagement*, S. 222.
- 8 Vgl. Jäger: *Friedrich Hirth*, S. 225.

- 9 Vgl. *Gunst: Ausformung*, S. 116.
- 10 Vgl. ebd., S. 91.
- 11 Jäger: *Friedrich Hirth*, S. 216.
- 12 Vgl. ebd.
- 13 *Gunst: Ausformung*.
- 14 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 13/142, Friedrich Hirth an Ulrich Instinsky am 14.11.1951.
- 15 Vgl. *Gunst: Ausformung*, S. 74 f., S. 84 f. u. S. 93. Dazu auch Jäger: *Friedrich Hirth*, S. 225.
- 16 Vgl. Nell: *Rezension*, S. 312 f.
- 17 [o. V.]: *Verlagsprozeß mit Hindernissen*. In: *Die Freiheit*, 28.12.1951, [o. S.].
- 18 Vgl. Kißener: *Kontinuität*, S. 118–122. Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Hüther in diesem Band.

- 19 Leserbrief in *Die Umschau* 1 (1946), H. 3, S. 382 f. Der Einsender des Briefs, ein Münchner Student, bat »die verehrte Schriftleitung gegen jedermann um Diskretion meines Namens, da ich als ehemaliger KZ-Häftling der Masse der Studenten gegenüber einen sehr schweren Stand habe«.
- 20 Vgl. Gunst: Ausformung, S. 100 f.
- 21 Keim: Geleit, S. 3.
- 22 Vgl. Gunst: Ausformung, S. 151.
- 23 Keim: Geleit, S. 3.
- 24 Die biografischen Angaben zu Scheel beruhen überall dort, wo nichts anderes vermerkt ist, auf Wagner: Helmuth Scheel.
- 25 Ewald Wagner wurde 1927 in Hamburg geboren und studierte dort Semitistik, Islamkunde und Phonetik. Nach einem kurzen Zwischenspiel bei der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz trat er in den Bibliotheksdienst ein und war seit 1960 Bibliotheksrat an der Universitätsbibliothek Mainz. Seine Habilitation an der JGU erfolgte am 2.7.1962. Vgl. UA Mainz, Best. 13/208, Habilitationen an der Philosophischen Fakultät 1948–1977. Zum weiteren Lebensweg von Wagner, der als Professor an die Universität Gießen berufen wurde, siehe: Heinrichs/Schoeler: Vorwort.
- 26 Vgl. Wagner: Helmuth Scheel, S. 5.
- 27 Vgl. Kocka u. a.: Berliner Akademien, S. 442 u. Ellinger: Deutsche Orientalistik, S. 37.
- 28 Vgl. Köhler: Akademie-Konzeption, S. 50. Unterstützung erfuhr z. B. Karl Heinrich Menges von Scheel, der sich für die Veröffentlichung des zweiten Teils seiner *Volkskundlichen Texte aus Ost-Turkestan* einsetzte, obwohl ihr Verfasser politisch in Misskredit geraten war. Vgl. Knüppel: Schriftenverzeichnis, S. 23 f. Ebenso hielt Scheel seine schützende Hand über die gefährdete Max-Freiherr-von-Oppenheim-Stiftung, vgl. Röllig: Vermächtnis, S. 254. Schwieriger ist im Nachhinein Scheels Eintreten für den polnischen Kollegen Tadeusz Kowalski einzuschätzen, was nach Ellinger eher als eigennützige Handlung zu verstehen ist. Vgl. Ellinger: Deutsche Orientalistik, S. 68 f.
- 29 Thiel: Paul Abraham, S. 456.
- 30 Einen weiteren Fall, den des Literaturwissenschaftlers Eduard Berend, schildert Wolfgang Höppner. Vgl. Höppner: Wissenschaft, S. 330. Ellinger erwähnt zudem, dass Scheel 1939 seinen Berliner Fachkollegen Gotthard Jäschke politisch missgünstig beurteilt habe. Vgl. Ellinger: Deutsche Orientalistik, S. 181.
- 31 Rebenich: Anpassung, S. 205.
- 32 Hoffmann: Arbeitswelten, S. 43.
- 33 Vgl. Scheler/Hartkopf: Gespräch, S. 125 u. Simon: Zeithorizonte, S. 107 f.
- 34 Vgl. ebd., S. 108.
- 35 Vgl. Walther: Denkraster- und Kaderpolitik, S. 164.
- 36 Ellinger: Deutsche Orientalistik, S. 435 f.
- 37 Vgl. Wagner: Helmuth Scheel, S. 2 f.
- 38 Vgl. ebd., S. 5. Scheel bemühte sich nach dem Krieg nicht nur um die Gründung der Mainzer Akademie, sondern reorganisierte auch die DMG, war 1953/54 Dekan der Philosophischen Fakultät und 1955/56 Prorektor der Universität. Außerdem war er lange Zeit Mitglied des Verwaltungsrats der Universität.
- 39 Röhrich: Anfänge, S. 134.
- 40 Wagner: Helmuth Scheel, S. 6.
- 41 UA Mainz, Best. 13/58, Helmuth Scheel an Walter Porzig am 30.5.1956.
- 42 Ebd., Helmuth Scheel an Walter Marg am 16.6.1958.
- 43 UA Mainz, Best. 55/22, Aktenvermerk des Rektorats vom 7.6.1967.
- 44 UA Mainz, Best. 64/33, Anton Hilckman an den Rektor am 30.4.1946.
- 45 Kißener: Kontinuität, S. 108.
- 46 Vgl. Heimatverein Bevergern (Hrsg.): In Memoriam, S. 36.
- 47 Vgl. Kaufmann: Katholisches Milieu, S. 43.
- 48 Vgl. Kleinhaus: Anton Hilckman, S. 4.
- 49 Vgl. UA Mainz, Best. 64/33, Personalakte Anton Hilckman.
- 50 Heimatverein Bevergern (Hrsg.): In Memoriam, S. 32.
- 51 Ebd., S. 34. Die Bedeutung der niederdeutschen Sprache für Hilckman lässt sich nicht zuletzt daran ermesen, dass die Laudationes in seiner 1975 posthum erschienenen Festschrift zum Teil in Mundart verfasst wurden. Vgl. ebd., S. 20.
- 52 UA Mainz, S15/24, Undatierter Lebenslauf von Anton Hilckman.
- 53 Versöhnlicher fiel dagegen sein Urteil über den italienischen Faschismus aus, da dieser sich »als Vorkämpfer des Abendländertums empfindet« und »das christliche Rom bejaht«. Kleinhaus: Anton Hilckman, S. 5. Ernst Nolte schmähete Hilckman für seinen diesbezüglichen Beitrag in der Zeitschrift *Antieuropa* (1931) immerhin als »kleriko-faschistischen Schriftsteller«. Nolte: Phänomenologie, S. 394 f.
- 54 Vgl. Kißener: Kontinuität, S. 117 f.
- 55 Ebd.
- 56 Vgl. Heimatverein Bevergern (Hrsg.): In Memoriam, S. 17.
- 57 Vgl. UA Mainz, S15/24, Kopie der Akte zur Aberkennung der Doktorwürde betreffend Anton Hilckman (B 1/3801) aus dem Universitätsarchiv Freiburg.
- 58 Vgl. UA Mainz, Best. 64/33, Dokumente in der Personalakte von Anton Hilckman. Am 1.3.1948 folgte die Ernennung zum planmäßigen außerordentlichen Professor und am 9.6.1960 die Ernennung zum ordentlichen Professor und persönlichen Ordinarius.
- 59 Die Burse 1 (1948), Nr. 2, S. 63. *Die Burse* war eine Mainzer Studentenzeitschrift, die in vier Heften vom November 1947 bis zum Juni 1948 erschien. Der mit W. B. gekennzeichnete Artikel wurde unter dem Titel *Abendländische Selbsterkenntnis* veröffentlicht.
- 60 Holzamer/Krammer: Lebensreise, S. 119.
- 61 Ebd.
- 62 Vgl. Stepień: Anton Hilckman, S. XXI f.
- 63 Vgl. Brückner: Volkskunde, S. 36.
- 64 Vgl. Müller: Scheel, Helmuth, S. 605.



Die JGU und Frankreich

Nicht nur ein Gründungsmythos

Gregor Wedekind

Mit der Gründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) durch die französische Besatzungsmacht schien ihre Bestimmung als eine speziell Frankreich und dem Französischen zugewandte Bildungseinrichtung vorgezeichnet zu sein. Dass dem keineswegs so war und gerade in den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens die JGU keine wissenschaftlichen Verbindungen zu Frankreich institutionalisierte, ist vor diesem Hintergrund ein erstaunlicher Befund.¹ Heute finden sich an der Universität in einigen Bereichen Strukturen eines Frankreichbezugs, die in der Form ihrer Dichte, Vielfalt und Kopplung in der deutschen Universitätslandschaft herausragen. Die meisten dieser Strukturen sind aus einer eigentümlichen Mischung von staats- und universitätspolitischen Vorgaben und der Initiative und dem Engagement Einzelner erwachsen. Auch ist man mit dem Paradox konfrontiert, dass die JGU von außen seit ihren Anfängen als eine dezidiert nach Frankreich orientierte Universität wahrgenommen wird, wozu ihre geografische Lage und die »französische« Geschichte der Stadt Mainz beitragen, ohne dass es innerhalb der Universität dafür immer ein Äquivalent in Form entsprechender Strukturen, entsprechender Politik oder auch nur eines entsprechenden Bewusstseins gegeben hätte. Das Erbe ihrer Gründung lernt sie erst nach und nach anzunehmen, den Mainzer *genius loci* erst allmählich zu verstehen.

Doch der Reihe nach. Vieles lief am Anfang holprig. In Rechnung zu stellen ist immer auch die Psyche schuldiger Deutscher, die ihre moralische Kompromittierung nach dem Ende des Nationalsozialismus mit Trotz gegen die neue Autorität oder aber forciertem Opportunismus zu kompensieren suchten. Das »Französische« an der Mainzer Universität war so nach 1946 von Anfang an eine ambivalente Sache, aber auch jenseits davon immer eine heikle diplomatische Angelegenheit. Zumindest einen Pflöck hatte die französische Militär- beziehungsweise Kulturadministration einzurammen gewusst. 1946 wurde der gebürtige Wiener Jude Friedrich Hirth, der zudem in den frühen 1930er-Jahren mit seiner Emigration nach Frankreich die französische Staatsangehörigkeit erworben hatte, auf die Gastprofessur für Vergleichende Literaturwissenschaft berufen. Sie wurde 1949 in eine ordentliche Professur umgewandelt, in Form eines Stiftungslehrstuhls der französischen Militärregierung.² In gewisser Weise bekam damit der Lehrstuhl für Vergleichende Literaturwissenschaft, der laut Stiftungsvertrag »insbesondere dem Studium der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich dienen«³ sollte, die Rolle zugeschrieben, stellvertretend für die ganze Universität die besonderen Bindungen an Frankreich zu entfalten, was wiederum als konsequente Förderung von Welt-offenheit mittels »Ausformung eines europäischen Bewußtseins«⁴ zu verstehen war.⁵ Hirth war es dann, der 1950 den Antrag stellte, André François-Poncet, den vormaligen Hohen Kommissar und damaligen Botschafter Frankreichs in der Bundesrepublik mit der Ehrendoktorwürde auszuzeichnen, wovon jedoch der Leiter der Direction de l'Éducation Publique, Raymond Schmittlein, abriet und wofür auch von François-Poncet selbst keine Zustimmung kam.⁶ Innerhalb der Universität wurde Hirth als der falsche Antragssteller angesehen, wohl deshalb, weil er mit François-Poncet befreundet war, dessen Bücher ins Deutsche übersetzte und ihm seine



Impressionen von der Enthüllung des neuen Straßenschildes des Kleinmann-Wegs 1985. Foto: Andreas Kohl, Quelle: UA Mainz, S3/5560.

berufliche Stellung verdankte.⁷ Das Präsidium fürchtete, die Ehrung als Akt der Servilität ausgelegt zu bekommen, weswegen sie unterblieb. Hier waren offenbar gleich drei Parteien in einem gemeinsamen Dilemma gefangen. François-Poncet wurde dann sehr viel später, 1977, als Ehrenbürger der Universität ausgezeichnet.⁸

Immerhin hatte 1947 die Philosophische Fakultät Schmittlein für seine herausragenden Verdienste bei der Gründung der Universität die Ehrendoktorwürde verliehen. 1949 erfolgte die Ehrenpromotion des Militärgouverneurs der französischen Besatzungszone, Pierre Marie Koenig, durch die Naturwissenschaftliche Fakultät und im selben Jahr wurde der ehemalige französische Gouverneur von Rheinhessen, Henri Guérin, zum Ehrensator der Mainzer Universität ernannt. 1961 wurde schließlich Louis Kleinmann, der von Juli 1945 bis August 1946 als Stadtkommandant von Mainz mit dem Wiederaufbau der Mainzer Flakkaserne und deren Herstellung für die Nutzung als Hochschule betraut war, Ehrenbürger der Universität. 1985 benannte man zudem noch einen Weg auf dem Campus nach ihm. Damit hat die Universität selbst ihre Gründungspaten mit Ehren in ihre Annalen eingeschrieben.⁹

Zugleich gab es an der Mainzer Universität wie überall im Deutschland der Nachkriegszeit einen Hunger nach (Neu-)Orientierung, der sich in einem Hunger nach Bildung äußerte. Das Nachbarland Frankreich bot sich hier als ein geistiges und kulturelles Terrain an, das es nach den überstandenen Verwüstungen wie eine *terra incognita* zu entdecken galt. So wurde 1950 der spätere Schokoladenfabrikant und Kunstsammler Peter Ludwig am Institut für Kunstgeschichte mit einer Arbeit über *Das Menschenbild Picassos als Ausdruck eines generationsbedingten Lebensgefühls* promoviert. Sein Doktorvater Friedrich Gerke, seit 1946 frisch bestallter Leiter des Instituts für Kunstgeschichte, hatte wenige Jahre zuvor an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität noch eine nordisch-germanische Abteilung aufgebaut und über Themen wie *Die Entstehung der altchristlichen Kunst bei den nordischen Völkern* publiziert.¹⁰

Dem bildungspolitischen Gedanken der Völkerverständigung im weitesten wie im konkretesten Sinne war eine weitere Gründung der französischen Militärbehörde verpflichtet, die Dolmetscherhochschule in Ger-

mersheim.¹¹ Hierbei spielte Irène Giron, die Stellvertreterin von Schmittlein, eine maßgebliche Rolle.¹² 1947 eröffnet, wurde das Institut, das zunächst unter dem Protektorat aller drei in der französischen Besatzungszone liegenden Universitäten (Freiburg, Tübingen, Mainz) stehen sollte, bereits 1949 unter dem Namen Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz angegliedert. 1972 zum Fachbereich 23 aufgewertet und in Angewandte Sprachwissenschaft umbenannt, firmiert er heute als Fachbereich 06 Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft (FTSK).¹³ Wie sich in der Namensgebung dieser international hoch renommierten wissenschaftlichen Einrichtung ausdrückt, ist sie nicht nur ein Ort der Ausbildung von Übersetzern und Dolmetschern, sondern auch ein Ort interkultureller Grundlagenforschung.¹⁴ Auch zwischen Germersheim und Dijon entwickelten sich im Laufe der Zeit besondere Beziehungen.¹⁵ Zuletzt wurde im Wintersemester 2019/20 zwischen der Université de Bourgogne und dem FTSK ein Doppelmaster Traduction Multimédia/Translation eingeführt. Ein weiterer Doppelmasterstudiengang Traduction/Translation wurde bereits im Wintersemester 2017/18 in Partnerschaft mit dem Institut de Traducteurs, d'Interprètes et de Relations Internationales (ITIRI) der Universität Straßburg aufgelegt.

Und noch eine Professur hatte die französische Militärbehörde einzurichten nicht unterlassen: die Professur für französische Literaturgeschichte, deren erster Inhaber Edmond Jarno war. Sie spiegelt die Bedeutung wider, welche die Franzosen der Literatur beimaßen. Eine Besonderheit dieser Professur war, dass die Lehre in französischer Sprache erfolgen sollte. Heute weisen am Romanischen Seminar der JGU fünf Professuren, die die Literatur-, Kultur- und Sprachwissenschaft sowie die Didaktik umfassen, einen hauptsächlichen oder teilweisen Frankreichbezug auf und vertreten zahlreiche weitere Mitarbeiter die frankreichbezogene Forschung schwerpunktmäßig.

Die Hochschulpartnerschaft mit der Universität Dijon

Früh schon kristallisierte sich die Universität in Dijon als besondere Partnerin heraus, eine Entwicklung, die in die kommunal- und landespolitische Annäherung an Dijon und das Burgund einzubetten ist. So fand von Mainzer Seite aus 1953 eine erste kommunalpolitische Informationsreise nach Dijon statt, 1956 wurde der Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz – Burgund gegründet (der heutige Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz – Burgund – Franche-Comté – Opoln – Mittelböhmen), der wie auch der 1957 gegründete Freundschaftskreis Amicale Bourgogne/Rhénanie-Palatinat (die heutige Union pour la Coopération Bourgogne/Rhénanie-Palatinat) unter anderem die Förderung von deutsch-französischen Städtepartnerschaften zum Ziel hatte. 1958 wurde die Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Dijon offiziell besiegelt. Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund kam schließlich am 26. Juni 1962 zustande,¹⁶ noch ein halbes Jahr vor dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vom Januar 1963.

Zwischen den beiden Universitäten in Mainz und Dijon gab es ebenfalls seit Beginn der 1950er-Jahre Kontakte. 1952 wurde der Austausch von jährlich ein bis drei Professoren vereinbart. Das jedoch klappte nicht besonders gut. Nicht zuletzt ließen die sprachlichen Hürden und die Aussicht auf die erhebliche Mehrarbeit in deren Bewältigung viele Professoren davon Abstand nehmen, sich zu beteiligen. Hinzu kam der mit Stipendien unterstützte Studentenaustausch.¹⁷ Als das Ministerium für Unterricht und Kultus ab dem Wintersemester 1962/63 im Rahmen des Partnerschaftsaustauschs zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund drei Jahresstipendien à 300 DM/Monat für Studenten der Universität Dijon bewilligte,¹⁸ meldeten sich Bewerber aus Lille, Verdun und Nancy. Die Studenten in Dijon lehnten mit der Begründung ab, dass es ihnen in ihrem System unmöglich sei, ein Jahr im Ausland zu verbringen.¹⁹ Das mag zum einen von einer wenig neugierigen Haltung von einigen im Hinblick auf das Nachbarland zeugen, bezeichnet zum andern aber ein reales Problem: Denn in der Tat erschwerte das französische Studiensystem mit seiner stärker curricularen Festle-

gung ein Auslandssemester, weswegen lange Zeit mit großer Regelmäßigkeit die Gruppe der französischen Austauschstudenten kleiner als die deutsche war. Immerhin äußerte eine Gruppe von Chemiestudenten aus Dijon doch noch ihr Interesse, nach Mainz zu kommen und den Pharmaproduzenten Boehringer Ingelheim zu besichtigen, was möglicherweise auch durch die geschäftliche Präsenz der Firma Boehringer in Frankreich und Ernst Boehringers Aktivitäten zur Aussöhnung mit Frankreich angestoßen worden war.²⁰

Bereits im Oktober 1960 hatte François-Poncet, auf die Mainzer Universität angesprochen, offenbar kundgetan, dass diese eine der großen Enttäuschungen seines Lebens sei. Als weltoffene Stätte der Völkerverständigung, besonders der Versöhnung Frankreichs und Deutschlands gedacht, sei sie heute zu konservativ und isoliert.²¹ Die Vertretung der Mainzer Studenten nahm dies auf und versuchte entsprechend Druck zu machen. Während deutsche Universitäten wie Köln mit Clermont-Ferrand, Heidelberg mit Montpellier, München mit Paris, Freiburg mit Grenoble, Tübingen mit Aix-en-Provence oder Hamburg mit Bordeaux längst veritable Partnerschaften etabliert hatten, verdienten die losen Beziehungen von Mainz mit Dijon kaum diesen Namen.²²

Zu einem neuen Anlauf kam es 1965, als eine Delegation der JGU nach Dijon reiste, um die *Jumelage* mit der dortigen Universität zu bekräftigen. Auch benannte jede Universität nun zwei Professoren, die für die weitere Organisation der Partnerschaft zuständig sein sollten. In Dijon wurde zudem ein Komitee für die Partnerschaft gegründet, in dem jede Fakultät mit einem Vertreter repräsentiert war, wofür man in Mainz wiederum keine Notwendigkeit sah, da der Austausch durch das Akademische Auslandsamt organisiert werde. Dann aber wurden Vorschläge Mainzer Professoren zu Vorträgen an der Universität in Dijon von dort nicht beantwortet.²³ Die Partnerschaft war zwar verabredet, aber nicht vertraglich geregelt. Eine schriftliche Fixierung des Willens zu gegenseitiger Kooperation wurde in der inoffiziellen Verabredung offizieller Geister als bürokratischer Akt als entbehrlich angesehen.²⁴

Einzelne Fächer knüpften Kontakte, wie etwa das Seminar für Klassische Philologie, das 1962 erste Beziehungen zu den Fachkollegen in Dijon aufnahm, die sich allerdings erst Ende der 1970er-Jahre etwas belebten. Im Dezember 1979 veranstaltete der Altphilologe Jürgen Blänsdorf zusammen mit seinem Kollegen Jean-Marie André und einer Gruppe von zwölf Studenten aus Dijon ein gemeinsames Seminar zu Senecas Staatsbegriff.²⁵ Der Gegenbesuch von Blänsdorf und Andreas Spira in Begleitung von 15 Studenten in Dijon fand im Jahr darauf statt.²⁶ Eine gemeinsame Tagung zu Lukrez wurde 1982 wiederum in Mainz veranstaltet.²⁷

Eine Vorreiterrolle nahmen dann die Juristen ein. 1963 wurde ein Professorenaustausch zwischen den rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten vereinbart, die von ersten Studentenbesuchen, meist im Rahmen von Fachschaftstreffen, begleitet waren. In den beiden folgenden Jahren kam es erneut zu Partnerschaftstreffen. Im Juni 1964 fand sich endlich auch der erste Kandidat für eines der drei ministeriellen Jahresstipendien, ein Jurastudent. Gleichwohl dauert es noch ein ganzes weiteres Jahrzehnt, bis Schwung in die Sache kam. Immerhin siebzehn Jurastudenten aus Dijon besuchten im Juni 1972 auf Einladung der Juristischen Fakultät der JGU Mainz, und im Wintersemester 1975/76 kam ein deutsch-französisches Juristenseminar in Dijon mit einer Abschlusswoche in Mainz zustande. Am 8. April 1976, noch vor der am 10. Oktober desselben Jahres erfolgenden Verabredung der Universitätspartnerschaft zwischen Mainz und Dijon, schlossen die beiden Fakultäten eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich 03 und der *Faculté de Droit et de Science Politique* der Universität Dijon. Geplant wurde der regelmäßige Austausch von jährlich circa zehn Studenten. Die ersten zehn Mainzer gingen bereits im Wintersemester 1976/77 nach Dijon, im folgenden Jahr waren es 13, und 1980 stieg die Zahl der Teilnehmer bereits auf 31. Die ersten Jurastudenten aus Dijon, drei an der Zahl, wurden im Sommersemester 1978 in Mainz begrüßt. Dieser Austausch zwischen den juristischen Fakultäten beider Partneruniversitäten hat sich seitdem fest etabliert und wurde mit

der Einführung des integrierten Studiengangs Deutsches und Französisches Recht im Wintersemester 2012/13 auf eine neue Grundlage gestellt. Ergänzt wird er von einem weiteren integrierten Studiengang mit den Partneruniversitäten Nantes und Paris-Est Créteil Val de Marne, der ebenfalls von der Deutsch-Französischen Hochschule gefördert wird und den Erwerb eines deutsch-französischen Doppelabschlusses sowie des ersten juristischen Staatsexamens ermöglicht. Diese ausgesprochen gut entwickelten und von studentischer Seite stark nachgefragten Frankreichstrukturen des juristischen Fachbereichs werden von einem dort angesiedelten Auslandsbüro Frankreich verwaltet und von dem Programmbeauftragten Urs Gruber gesteuert.²⁸

Die Besiegelung der Hochschulpartnerschaft Mainz-Dijon ist im Kontext des 500-jährigen Jubiläums der alten Mainzer Universität zu sehen, das 1977 begangen wurde. Die JGU wollte sich einerseits in die historische Kontinuität dieser Tradition stellen und andererseits zugleich mit politischen und symbolischen Gesten wie dem Partnerschaftsvertrag, aber auch einem stark französisch ausgerichteten Festprogramm der Tatsache der französischen Neugründung von 1946 ostentativ Rechnung tragen. So wurde das Jahr 1977 in vielfacher Hinsicht ein Höhepunkt für die Frankreichbeziehungen der Mainzer Universität.²⁹

Zunächst erfolgte am 18. Februar 1977 die Ratifizierung des Rahmenvertrags mit der Universität Dijon durch den Senat der JGU, und der Rechtshistoriker Gunter Gudian wurde zum Beauftragten der Universität für die Zusammenarbeit mit Dijon ernannt, was einmal mehr die Vorreiterrolle der Rechtswissenschaften für die Einrichtung dieser Hochschulpartnerschaft zum Ausdruck bringt. Weitere Fachbereiche wählten nun auch jeweils einen Partnerschaftsbeauftragten.

Das Jubiläumsprogramm bot kulturelle und politische Prominenz auf: Bereits im Mai wurde die Ausstellung *Der Zeichner Marcel Marceau* in Anwesenheit des großen Pantomimen eröffnet. Im Institut français fand eine Ausstellung mit Lithographien Max Ernsts statt. Protokollarischer Höhepunkt der zentralen Festwoche war der Besuch des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, der am 17. Juni in Begleitung von Bundespräsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt nach Mainz gekommen war und hier von Ministerpräsident Bernhard Vogel sowie Universitätspräsident Peter Schneider empfangen wurde. In einer paradoxen Verklammerung eines alten Jubiläums und einer neuen Universität hob Giscard d'Estaing in seiner Rede auf die enge Verbindung ab, die im Guten wie im Schlechten die Mainzer Universität in ihrer Geschichte mit Frankreich gehabt habe, weswegen sich heute »die Universität Mainz das Recht erworben [habe], als Symbol der deutsch-französischen Verständigung in ihrer ganzen Kraft und Tragweite zu stehen«. Die Wiedereröffnung der Universität nach dem Zweiten Weltkrieg sei »die Blume der Hoffnung«³⁰ gewesen, der die Zukunft recht gegeben habe. Knapp drei Dezennien später, anlässlich ihres 60. Geburtstags 2006, gab sich wiederum die JGU die Ehre und verlieh Giscard d'Estaing die Würde eines Ehrendoktors.

Nach den Jubiläumsfeierlichkeiten von 1977 galt es den Garten zu wässern, solange er blühte. Bereits im Dezember reiste eine Delegation von Professoren aus Dijon mit Präsident Pierre Feuillé an der Spitze nach Mainz, um der »Zusammenarbeit neuen Schwung zu geben«.³¹ Ende Mai 1978 hielt der Literaturwissenschaftler Max Milner auf Einladung von Kurt Ringger, dem Geschäftsführenden Direktor des Romanischen Seminars, in Mainz einen dreitägigen Zyklus von Seminaren und Vorlesungen ab.³² Grundlage dafür war ein Programm des DAAD zur Vermittlung kurzfristiger Lehr- und Forschungsaufenthalte zwischen deutschen und französischen Universitäten. Ebenfalls im Sommersemester 1978 veranstalteten die Philosophieprofessoren Jean Brun und Joachim Kopper in Mainz ein gemeinsames Seminar über Descartes' *Méditations métaphysiques*, das im Jahr darauf mit einem zu den *Pensées* Pascals Fortsetzung fand. Als Gastprofessor weilte Brun dann im Wintersemester 1983/84 in Mainz, 1986 wurde er nicht zuletzt wegen seiner Verdienste um die Partnerschaft der beiden Universitäten zum Honorarprofessor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz er-



Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den Präsidenten der Universität Dijon, Jacques Vaudiaux, im Jahr 1982; abgebildete Personen v. l. n. r.: Drago Grdenić, Jaques Vaudiaux u. Manfred Harder. Foto: Michael Kramers, Quelle: UA Mainz S3/4484.

nannt.³³ Diese Zusammenarbeit der philosophischen Institute sollte für die Frankreichbeziehungen der JGU noch wegweisend werden. Studenten aus Mainz nahmen wiederum an einem internationalen Sommerkurs an der Universität Dijon im August 1978 teil. Im selben Jahr erfolgte die Wahl Jacques Vaudiaux' zum Präsidenten der Universität in Dijon, der zuvor als Dekan der Faculté de Droit et des Sciences Politiques wesentlich den neuen Anlauf zu verbesserten partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Mainzer und der Dijoner Universität initiiert und die verstärkte Beziehung zwischen den beiden juristischen Fakultäten befördert hatte. Im März des darauffolgenden Jahres statteten der alte und der neue Präsident der Universität Dijon, Feuillée und Vaudiaux, der Mainzer Universität gemeinsam ihren Abschieds- und Antrittsbesuch ab. Bei dieser Gelegenheit diskutierte man Aspekte der Partnerschaft wie den Professorenaustausch, die Unterbringung von Austauschstudenten, die Einrichtung eines Projektsprachkurses, eine Intensivierung des Schriftenaustausches und die Einbeziehung der Fernleihe in die Partnerschaftsbeziehungen sowie die Planung von Vorträgen, die Organisation von Studienreisen und die Initiierung gemeinsamer Forschungsprojekte.³⁴ Bereits nach seinem Ausscheiden aus dem Amt war Feuillée 1977 zum Ehrenbürger der Mainzer Universität ernannt worden, eine Ehre, der seinerseits Vaudiaux dann 1982 teilhaftig wurde.

Überhaupt fällt das Ansteigen wechselseitiger Ehrungen mit dem Beginn der 1980er-Jahre ins Auge. Noch 1979 bekam Robert Folz wegen seiner Verdienste um die Partnerschaft der beiden Universitäten vom Fachbereich 16 Geschichtswissenschaften die Ehrendoktorwürde verliehen. Kopper wiederum wurde 1980 zum Korrespondierenden Mitglied der Académie des Sciences, Arts et Belles-Lettres in Dijon ernannt, 1984 erhielt er zudem die Ehrendoktorwürde der Université de Bourgogne in Dijon. Und 1990 überreichten die Professoren Gérard Taverdet und Jean Foyard im Rahmen einer Feierstunde des Romanischen Seminars am 29. Mai im Namen der Faculté des Lettres die *Gedenkschrift der Universität Burgund für Kurt Ringger*, einen über 180 Seiten umfassenden Sammelband als Zeugnis der Verbundenheit der Partneruniversitäten Dijon und

Verleihung der Ehrendoktorwürde an Valéry Giscard d'Estaing im Jahr 2006; abgebildete Personen: Hans Friderichs, Valéry Giscard d'Estaing u. Jörg Michaelis. Foto: Peter Pulkowski, Quelle: JGU.



Mainz, um deren Pflege und Intensivierung sich Ringger, der 1988 verstorbene Ordinarius für Romanischen Philologie, besonders verdient gemacht hat.³⁵

Einen Anlauf zu einer zentralen Steuerung der Partnerschaft mit Dijon nahm schließlich Manfred Harder in Angriff, seit 1980 Präsident der JGU. Nach der Rückkehr von seinem Antrittsbesuch am 5. Mai in Dijon teilte er den Dekanen mit, dass die Partnerschaft mit Dijon in Zukunft übersichtlicher und effizienter gestaltet werden solle, weswegen ein fester Jahresbetrag vorgesehen sei, in dessen Rahmen sich alle Fachbereiche bewegen könnten. Für das erste Jahr wurde die Summe von 15.000 DM festgesetzt, »über die der Senatsbeauftragte in Zusammenarbeit mit den Fachbereichsbeauftragten für die Partnerschaft mit Dijon verfügt und dem Präsidenten Vorschläge für die Programmgestaltung macht«.³⁶

Kopper wiederum empfing im Oktober 1980 eine Delegation von sechs Kollegen aus Dijon zwecks Gesprächen über die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Philosophischen Seminar der JGU und dem Département de Philosophie der Université de Bourgogne, die als Vereinbarung am 23. Juni 1981 eine unterschriebene Form erhielt. Bereits am 1. Mai desselben Jahres war die Partnerschaftvereinbarung zwischen dem Studentenwerk Mainz und dem Centre régional des œuvres universitaires et scolaires (CROUS) Dijon unterzeichnet worden, die den bis heute regelmäßig stattfindenden Austausch von Mitarbeitern und Studenten in Form von vielfältigen Projekten auf den Feldern Fotografie, Küche, Theater oder Sport erfolgreich lancierte. Ganz generell kam es in den 1980er-Jahren zu einem Zuwachs an Aktivitäten. Seit 1982 fanden einmal jährlich abwechselnd in Mainz und Dijon eine gemeinsame Sitzung der Partnerschaftsbeauftragten aller Mainzer und Dijoner Fakultäten und Fachbereiche statt. Der Austausch von Studenten der Mainzer Romanistik und der Kunstgeschichte verstärkte sich genauso wie die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Komparatistik. Ebenfalls fanden in den 1980er-Jahren mehrere gemeinsame Symposien der Amerikanisten und Anglisten aus Dijon und Mainz statt, wie es auch zwischen den medizinischen Fakultäten einen Famulantenaustausch

sowie Delegationsbesuche und Vereinbarungsabsichten gab. Zusätzlichen Rückenwind für die Hochschulpartnerschaft verleiht der Aufbau des Erasmus-Austauschprogramms der Europäischen Gemeinschaft. Für die Weiterentwicklung der so angelegten Hochschulpartnerschaft wurden die Aktivitäten Koppers immer wichtiger. So initiierte er in Verbindung mit der Universität Dijon einen Forschungskreis von Philosophen und Theologen, die die Schriften des aus Dijon stammenden Philosophen Maurice Blondel diskutierten. Daraus erwuchs die Maurice Blondel-Forschungsstelle für Religionsphilosophie, die unter der Leitung von Stephan Grätzel zwischen 2005 und 2018 am Philosophischen Seminar aktiv war. Vor allem aber löste Kopper 1987 Gudian als Beauftragten der Universität für die Partnerschaft mit Dijon ab. In dieser Funktion stellte er für das Studienjahr 1988/89 einen Erasmus-Rahmenantrag, der alle an beiden Universitäten gemeinsam vertretenen Fächer umfasste, und entwickelte dann die Idee eines gemeinsamen Studienprogramms.

Die 1990 unter der Federführung Koppers erfolgte Einrichtung eines multidisziplinären deutsch-französischen Studienprogramms in den Geistes- und Kulturwissenschaften, gefördert vom Deutsch-Französischen Hochschulkolleg (DFHK), stellte die langjährigen Beziehungen mit der Universität Dijon auf eine substantiell neue Basis. Mit dem Start des Studienprogramms wurde jenes Büro eingerichtet, das in lakonischer Knappheit das Dijonbüro genannt wird. Ihm obliegt seitdem die Organisation und Verwaltung des zunächst rein binationalen, später in manchen Zweigen auch trinationalen, geisteswissenschaftlichen Studiums und der Betreuung der betroffenen Studenten. Seine Geschäftsführung hat heute Catherine Dedié inne. Als Äquivalent richtete die burgundische Partneruniversität 2001 das Bureau Mayence ein. Für Kopper, den Begründer und ersten verantwortlichen Leiter des Cursus Intégré in den Geistes- und Kulturwissenschaften, rückte im Jahr 2000 Lutz Baumann, Akademischer Direktor am Philosophischen Seminar, als Programmbeauftragter sowie Partnerschaftsbeauftragter der JGU für die Kooperation mit der Université de Bourgogne nach. Dort wiederum ist die Literaturwissenschaftlerin Sylvie Marchenoir die zuständige Kollegin. Aufgrund der fachlichen Herkunft von Kopper und Baumann ist das Dijonbüro nach wie vor innerhalb des Fachbereichs 05 angesiedelt, operiert aber fachbereichsübergreifend und universitätsweit auf der Basis eines Personal- und Sachmittelbudgets aus zentralen universitären Mitteln, wozu solche der Fachbereiche 05, 07 und 09 sowie Drittmittel insbesondere der aus dem DFHK hervorgegangenen Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) und auch des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) kommen. Die mittlerweile überwiegend in eigenen Prüfungsordnungen eingerichteten Bachelor- und Masterstudiengänge mit lehramtsbezogenen und fachwissenschaftlichen Abschlüssen werden von einem eigens eingerichteten Studienbüro Dijon administriert, das 2012 dem Dijonbüro angegliedert wurde.³⁷

Wurde 1990 zunächst ein integrierter Magisterstudiengang mit den möglichen Hauptfächern Philosophie, Germanistik, Romanistik, Komparatistik sowie Klassische Philologie eingerichtet, kamen später noch Anglistik, Amerikanistik, Englische Sprachwissenschaft, Geschichte, Kulturgeographie sowie Kunstgeschichte, Musikwissenschaft und Soziologie hinzu. Im Zuge der Bologna-Reform ist aus diesen Studiengängen ein B.A./M.A.-Programm geworden, das neben der fachwissenschaftlichen Ausbildung interkulturelle und berufsvorbereitende Module enthält und Bewerber aus ganz Deutschland und Frankreich nach Mainz und Dijon zieht. Als besonders attraktiv für die Studenten hat sich die »Drittlandoption Kanada« erwiesen, die ein in das deutsch-französische Curriculum integriertes Drittlandsemester an der Université de Sherbrooke, Québec, ermöglicht.

Zum Wintersemester 2000/01 richteten die beiden Partneruniversitäten als eine der ersten Kooperationen in diesem Bereich einen integrierten Lehramtsstudiengang (Staatsexamen/Maîtrise) ein. 2004 fand eine erste

Der Cursus Intégré und das Dijonbüro

bi-nationale und maßgeblich vom Dijonbüro organisierte Tagung zur Deutsch-Französischen Lehrerbildung in Mainz statt, 2014 folgte eine zweite Tagung im Landtag von Rheinland-Pfalz. Ziel war es, maßgebliche Institutionen und Akteure aus beiden Ländern (wie Universitäten, Ministerien, Bildungseinrichtungen, deutsch-französische Institutionen) miteinander ins Gespräch zu bringen. Hierdurch sollte die Weiterentwicklung der gemeinsamen deutsch-französischen Lehrerbildung auf allen Ebenen durch die Entwicklung konkreter und zugleich innovativer Konzepte vorangebracht werden.

Das ist in Mainz und Dijon gelungen: Die heute auf das Bachelor-/Mastersystem umgestellte bi-nationale Lehramtsausbildung bietet eine einzigartige Fächervielfalt und führt vom deutsch-französischen Bachelor of Education bis zum binationalen Vorbereitungsdienst in Rheinland-Pfalz und Burgund und damit zur Lehrbefähigung in Deutschland und Frankreich. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer erwies der Kooperation Mainz-Dijon im November 2016 eine besondere Ehre, indem ihre erste Reise als neu gewählte Bundesratspräsidentin sie am 1. November 2016 nach Dijon führte, wo sie den Feierlichkeiten zur 60-jährigen Regionalpartnerschaft beiwohnte.³⁸

Im Sommersemester 2020 verzeichneten die beiden Partneruniversitäten 180 Studenten in den gemeinsamen geistes- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen, davon 117 im Lehramt. Als jüngster Neuzugang der im Dijonbüro administrierten Studiengänge startete im Wintersemester 2020/21 der Bachelor of Music Mainz-Dijon, ein Kooperationsstudiengang zwischen der Hochschule für Musik Mainz und der École Supérieure de Musique Bourgogne Franche-Comté und der erste künstlerisch-praktische Studiengang im DFH-Netzwerk. Programmbeauftragter dieses Studiengangs ist Birger Petersen.

Neben der Koordination und Verwaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge – zum Teil mit der Möglichkeit eines integrierten Drittlandsemesters in Kanada oder Italien – und des Doktorandenkollegs Mainz-Dijon ist im Dijonbüro auch die Administration eines Ausbildungsgangs in den Fächern Geschichte, Geographie und Sozialkunde mit dem Ziel des Erwerbs bilingualer fachdidaktischer Qualifikation (Zertifikat Bilinguales Unterrichten) angesiedelt. Zudem verwaltet das Dijonbüro universitätsweit den ERASMUS-Austausch nach Dijon.

Festhalten lässt sich, dass das Dijonbüro zwar von der Universitätsleitung, der Abteilung Internationales und den an den integrierten Studiengängen beteiligten Fachbereichen, insbesondere dem Fachbereich 05 von Anfang an Unterstützung erhielt, seine Entstehung sich aber unabhängig von strategischen Internationalisierungs- und Betreuungskonzepten der JGU der ausgedehnten deutsch-französischen Praxis Koppers verdankt, wie sein Fortbestehen und seine stetige Expansion Baumanns unablässigem Engagement. 2017 wurde dieser dafür mit der Ehrenmedaille der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ausgezeichnet. Mit bislang über 1.000 Absolventen konnte das deutsch-französische Studienprogramm damit ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich leisten. Es unterstreicht zudem die Stellung der Université de Bourgogne als der wichtigsten Partneruniversität der JGU, besteht doch mit keiner anderen ausländischen Hochschule ein derart intensiver Austausch.

Die sehr gute Zusammenarbeit mit der Université de Bourgogne, die in hohem Maße auf stabilen persönlichen Beziehungen beruht, wurde 2019 noch einmal durch die Zusage der Europäischen Kommission für die Förderung der Europäischen Universität FORTHEM bekräftigt, deren Koordination bei der JGU liegt. Wobei es sich zunächst um ein temporäres Projekt und eine entsprechende Förderung handelt. Die Hochschulpartnerschaft mit Dijon stößt dort an ihre Grenzen, wo sich innerhalb einzelner Disziplinen für bestimmte Forschungsinteressen und Forschungsvorhaben jeweils keine passgenauen Partner finden lassen. Auch kann nicht vorausgesetzt werden, dass in allen Fächern das Engagement für die integrierten Studiengänge gleichermaßen groß und dauerhaft ist. Man hat es also mit einem beständigen *work in progress* zu tun.

Darauf aufbauend, wurde zu Anfang des Jahres 2011 mit dem deutsch-französischen Doktorandenkolleg in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften Mainz-Dijon (DFDK) ein weiteres Angebot, nun speziell für Graduierte, geschaffen. Gefördert von der Deutsch-Französischen Hochschule, ermöglicht es den Doktoranden beider Universitäten im Rahmen ihrer Promotion einen oder mehrere Forschungsaufenthalte zwischen zwei Wochen und 18 Monaten an der Partnerhochschule sowie an anderen Einrichtungen im Partnerland (Archiven, Bibliotheken, Museen usw.) zu absolvieren. Damit wurde die Kooperation beider Universitäten im Bereich der Lehre um eine Kooperation im Bereich der Forschung und damit zugleich um eine gemeinsame wissenschaftliche Nachwuchsförderung ergänzt. Über ein breites Spektrum von Fächern hinweg finden Studenten an der JGU so die Möglichkeit, ihr Studium vom Bachelor oder Lehramt über den Master bis zur Promotion als ein deutsch-französisches zu absolvieren. Das ist in der Breite und Tiefe des Angebots eine in der Bundesrepublik Deutschland einmalige Struktur.

Im Jubiläumsjahr der JGU befindet sich das Kolleg, das derzeit von dem Komparatisten Winfried Eckel geleitet wird, bereits in seiner vierten Förderperiode. Innerhalb des Rahmenthemas *Konfigurationen im Wandel: Austausch, Variation, Identität* wird in rund 30 Promotionsprojekten eine Frage bearbeitet, die im Zeitalter der Globalisierung und weltweiter Migration an Dringlichkeit gewonnen hat, nämlich jene nach den sich wandelnden Modalitäten individueller und kollektiver Identitätskonstruktionen unter den Bedingungen sich intensivierenden interkulturellen Austauschs und transkultureller Verflechtungen. Aus einem weiten Spektrum an Fächern (Literatur- und Sprachwissenschaften, Translationswissenschaft, Geschichte, Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Archäologie, Erziehungswissenschaft, Ethnologie) bringt das Kolleg Nachwuchswissenschaftler und etablierte Forscher der Universitäten Mainz und Dijon zusammen, die eine große Vielfalt der integrierten Forschungsprojekte und einen regen wissenschaftlichen Austausch über Sprach- und Landesgrenzen hinweg erlauben.

Höhepunkte der Kollegarbeit sind die alljährlich, abwechselnd auf französischer und auf deutscher Seite stattfindenden *journées doctorales*, gemeinsame Seminare, in deren Rahmen Zwischenergebnisse der laufenden Forschungsarbeiten präsentiert und in einem interdisziplinären Rahmen diskutiert werden. Dort wird auch die regelmäßige Begegnung von französischen und deutschen Kollegen sichergestellt, die inneruniversitär fach-, instituts- und fachbereichsübergreifende Kontakte und Gespräche ermöglicht. Vernetzung findet so nach außen und nach innen statt. Mit speziellen thematischen Workshops, Ringvorlesungen und Vorträgen wendet sich das Kolleg darüber hinaus in unregelmäßigen Abständen über die eigenen Mitglieder hinaus auch an eine größere Öffentlichkeit.

Eine zweite Hochschulpartnerschaft ging die Mainzer Universität unter ihrem von 1984 bis 1990 amtierenden Präsidenten Klaus Beyermann, Professor für Analytische Chemie, mit der Université Sorbonne Nouvelle/Paris III 1986 ein.

Schon im Jahr darauf wurde Beyermann für sein leidenschaftliches Engagement zur »Förderung der Verbindungen zwischen beiden Ländern«³⁹ vom französischen Generalkonsul zum Officier dans l'Ordre des Palmes Académiques ernannt. Von Pariser Seite aus nahm dann der Literaturwissenschaftler Henri Béhar, bis 1986 Präsident von Paris III, im Wintersemester 1987/88 und erneut im Wintersemester 1993/94 eine Gastprofessur am Romanischen Seminar der JGU wahr. Von dieser Hochschulpartnerschaft ist heute jedoch nichts mehr geblieben.

Beyermann wurde 1988 zum ersten Präsidenten des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs gewählt, dem Vorläufer der Deutsch-Französischen Hochschule. Das deutsche Sekretariat des Kollegs war zu die-

Das Deutsch-Französische Doktorandenkolleg

Verbindungen mit anderen französischen und frankophonen Universitäten und Institutionen



Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags mit der Sorbonne 1986. Foto: Axel Stephan, Quelle: UA Mainz, S3/4458.

sem Zeitpunkt und für weitere lange Jahre im Schönborner Hof, einem innerstädtischen Außengebäude der Mainzer Universität, untergebracht. Diese Ortswahl und seine Berufung in das Kolleg führte Beyermann auf die vielfältigen Bemühungen der JGU um die deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen zurück, bei denen sie eine Vorreiterrolle übernommen habe, zumal sie als einzige deutsche Hochschule Partnerschaftsbeziehungen zu gleich zwei französischen Universitäten unterhalte.⁴⁰ Trotz dieses Umstands konnte sich Mainz letztlich nicht als Standort für die DFH behaupten, deren Sitz mit ihrer Gründung 1999 nach Saarbrücken verlegt wurde.

Wie ihre juristischen Fachbereichskollegen unterhalten auch die Wirtschaftswissenschaften der JGU seit langem besondere Beziehungen nach Frankreich. 1985 verlieh der Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften dem Wirtschaftswissenschaftler und ehemaligen französischen Premierminister Raymond Barre für seine Verdienste um ein wirtschaftlich vereinigtes Europa die Ehrendoktorwürde.⁴¹ 1994 unterzeichnete man einen Vertrag mit der Université de Bourgogne für einen integrierten deutsch-französischen Studiengang Betriebswirtschaft, der 1999 durch einen integrierten Studiengang mit der Université Paris Nanterre abgelöst wurde. Das von der Deutsch-Französischen Hochschule geförderte und zunächst als Diplomstudiengang angelegte Programm wurde 2009 erfolgreich in einen integrierten Bachelorstudiengang umstrukturiert.⁴² Pro Jahr stehen maximal je 15 Studienplätze zur Verfügung, von denen regelmäßig circa acht bis zwölf in Anspruch genommen werden.

Langjährige Beziehungen verbinden die Mainzer Sportwissenschaft mit dem Institut für Sportwissenschaft der Universität Straßburg. Dazu gehören sportliche Wettbewerbe genauso wie sporthistorische und



Das Mainzer Institut français im Herzen der Stadt. Foto: Helmut Sieben, Quelle: UA Mainz, S3/4861.

sportsoziologische Veranstaltungen. Dem Olympiaforscher Yves-Pierre Boulongne, der bereits im Sommer 1996 die Europa-Proessur der Universität Mainz bekleidet hatte, wurde 2000 die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Sport der JGU für seine außerordentlichen Verdienste zur Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft auf dem Gebiet der Sportwissenschaft verliehen.⁴³

In den letzten Jahren sind zudem auch einige neue und vielversprechende Kooperationen mit französischen Partnern hinzugekommen. So wurde 2017 am FB 08 ein deutsch-französisches Doktorandenkolleg in Theoretischer Hochenergiephysik in Kooperation mit dem Laboratoire de Physique Théorique de l'École Normale Supérieure in Paris und dem Institut de Physique Théorique der CEA Saclay eingerichtet. Im Wintersemester 2018/19 fiel der Startschuss für den englischsprachigen Studiengang *International Master of Biomedicine* in Kooperation mit der Université de Strasbourg und der Université du Luxembourg. Und seit dem Wintersemester 2019/20 wird der integrierte Masterstudiengang *Transnationaler Journalismus* gemeinsam vom Journalistischen Seminar der JGU und der Université Sorbonne Nouvelle III angeboten, also jener Universität in Paris, mit der einstmals, in den 1980er-Jahren, ein Partnerschaftsabkommen existierte.

Der wichtigste französische Partner der JGU vor Ort ist das Institut français, dem seit seiner Ansiedlung in Mainz Gastfreundschaft in einem der Universität gehörenden Gebäude gewährt wird. Mit dem Institut beziehungsweise seiner Vorgängereinrichtung, der Maison de France, ist die Universität seit Jahrzehnten, praktisch seit ihrer Gründung 1946, in Form gemeinsamer Veranstaltungen jeder Art verbunden.

Vieles weitere wäre zu nennen, kann aber hier im Einzelnen nicht aufgezählt werden. Selbstverständlich, nämlich der genuinen Internationalität von Wissenschaft geschuldet, haben viele Mainzer Wissenschaftler jeder disziplinären Couleur individuelle Beziehungen zu Kollegen und Forschungseinrichtungen in Frankreich oder in frankophonen Ländern. Darüber hinaus dürfen auch jene quer durch alle Fachbereiche und Institute

gestreuten Erasmuspartnerschaften als ein Herzstück der heutigen Frankreichbeziehungen der JGU gelten, die den Austausch von Studenten und Dozenten mit fast 50 französischen oder frankophonen Universitäten in Form eines auf Europa ausgreifenden Netzwerks gestalten.

Verbindungen mit dem frankophonen Raum

Als eine Besonderheit ist die Verbindung mit dem frankophonen Raum, mit frankophonen Gesellschaften und Kulturen anzusprechen, die auch im Forum Interkulturelle Frankreichforschung (FIFF) und dann im Zentrum für Frankreich- und Frankophonestudien (ZFF) programmatische Berücksichtigung gefunden haben. Dies hat zum einen mit aktuellen forschungs- und kulturpolitischen Konzepten zu tun, verdankt sich aber zum anderen wiederum gewachsenen Strukturen an der JGU. Zu erinnern ist hier an die schon erwähnte Studiengangkooperation mit der Universität Sherbrooke in Kanada sowie an die im Romanischen Seminar angesiedelte Professur für neuere französische Literatur unter Berücksichtigung der Frankophonie, die seit 2002 durch Véronique Porra besetzt ist. Dabei handelt es sich um die bereits erwähnte Professur für französische Literaturgeschichte aus der Frühzeit der Universität, die später in ihrer Denomination explizit um die Frankophonie erweitert wurde.

Erwähnung muss in diesem Zusammenhang auch das heutige Institut für Ethnologie und Afrikastudien (Ifeas) finden. Dort ist seit 1975 die Jahn-Bibliothek für afrikanische Literaturen angesiedelt. Zusammengetragen wurde sie als private Sammlung von Janheinz Jahn, dessen Aktivitäten als Übersetzer, Herausgeber, Bibliograf, Autor und freier Journalist wesentlich zur öffentlichen Wahrnehmung afrikanischer Literatur in Deutschland, aber auch weltweit beitrugen. Nach Jahns Tod bemühten sich zwei Mainzer Professoren, der Ethnologe Ernst Wilhelm Müller und der Afrikawissenschaftler Gerhard Grohs, um die Bibliothek, die schließlich 1974 aus Sondermitteln des Stifterverbandes für die deutsche Wirtschaft angekauft werden konnte. Die wissenschaftliche Leitung dieser einzigartigen Sammlung literarischer Werke in über neunzig Sprachen wurde damals in die Hände von Ulla Schild, Jahns langjähriger Mitarbeiterin und Partnerin, gelegt. Schild veranstaltete im April 1975 ein erstes Janheinz Jahn-Symposium, das seitdem als Forum Afrika-bezogener Literaturwissenschaft in unregelmäßigen Abständen stattfindet. Auch lädt die Jahn-Bibliothek zu Lesungen mit Autoren aus Afrika ein und hatte international renommierte frankophone Schriftsteller zu Gast wie Bou-bacar Boris Diop (Senegal), Emmanuel Dongala (Republik Kongo) und Patrice Nganang (Kamerun) oder die senegalesische Griot-Legende Lamine Konté. Schon in den 1950er- und 1960er-Jahren trug Jahns Arbeit erheblich zur Vernetzung und Stärkung von Autoren in Afrika und der afrikanischen Diaspora bei, und bis heute fungiert die Jahn-Bibliothek gerade für Literaten aus Afrika als Symbol der internationalen Sichtbarkeit und Wertschätzung afrikanischen Kulturschaffens.

Jahns Interesse an afrikanischer Literatur war 1951 bei einem Vortrag des senegalesischen Dichters und späteren Trägers des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Léopold Sédar Senghor in Frankfurt geweckt worden. Die Jahn-Bibliothek wiederum war der Anlass für einen Besuch Senghors, als Staatspräsident Senegals, am 5. Mai 1977 an der Mainzer Universität. Wahrscheinlich geht auf diesen Besuch auch ein Abkommen über akademischen Austausch zwischen der Universität Mainz und der Universität Dakar (Republik Senegal) zurück, von dem ein auf den 23. November 1978 datierter Entwurf im Universitätsarchiv zeugt.⁴⁴

Nur wenige Jahre später, 1980, sollte Senghor erneut nach Mainz kommen. Anlass war diesmal die Ausstellung *Neue Kunst aus Afrika* im Landesmuseum Mainz, die der Sprachwissenschaftler und Kulturvermittler Ulli Beier als Gastprofessor am Institut für Ethnologie um den Kernbestand seiner eigenen Sammlung herum organisiert hatte. Bereits 1979 war Beier auf Initiative Müllers die Ehrendoktorwürde der Universität Mainz verliehen worden. Die Ausstellung war als erste Etappe für den Aufbau eines Museums für moderne

afrikanische Kunst in Mainz gedacht, dessen Leiter Beier auf einer Stelle des Instituts für Ethnologie werden sollte. Doch trotz der präsidialen Honneurs, die Senghor der Ausstellung hatte zukommen lassen, und trotz eines großen Presseechos lehnte die Landesregierung die Einrichtung des Museums mit der Begründung »Wir können nicht alles machen« ab.⁴⁵

Dafür, dass die JGU auch jenseits der Forschung enge Bezüge nach Frankreich und in den frankophonen Raum unterhält, ist auch das Archiv für die Musik Afrikas (AMA) ein gutes Beispiel. 1991 von Wolfgang Bender am Institut für Ethnologie gegründet, konnte dieser durch seine Beziehungen nach Paris 1992 die Schenkung von 4.000 Langspielplatten von Radio France International entgegennehmen. Von Anfang an war es dem AMA, das heute circa 10.000 Tonträger unterschiedlicher Formate beherbergt, ein Anliegen, afrikanische Musik nicht nur in Forschung und Lehre zu verankern, sondern auch einem breiten Publikum vor Ort bekannt zu machen.

Fast zeitgleich mit dem Beginn des Cursus Intégré erfuhr die Universität 1991 mit der Einrichtung des Sammelschwerpunkts Frankreichforschung an der UB eine substantielle Erweiterung und Stärkung ihres Frankreichbezugs. Dieser hat eine Vorgeschichte, die in die Zeit der Gründung der Universität zurückreicht.

Als 1949 unter Federführung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft thematisch gegliederte Sondersammelgebiete geschaffen wurden, beanspruchte Mainz die Frankreichkunde, zog aber gegenüber der Universitätsbibliothek Bonn den Kürzeren.⁴⁶ Auf ein anderes Sondersammelgebiet wollte man sich an der Mainzer UB nicht einlassen. Damit hatte sie in den folgenden Jahrzehnten kein herausgehobenes Alleinstellungsmerkmal im Rahmen der überregionalen Literaturversorgung. Dieser Zustand wurde 1990 mit einer Initiative des neuen Direktors der UB, Andreas Anderhub, überwunden, die nicht zuletzt die negative Fernleihbilanz der UB mittels eines eigenständigen Beitrags zur bundesweiten Literaturversorgung beheben wollte. Federführend bei der Konzeption des Sammelschwerpunkts *Frankreichforschung: Kultur – Gesellschaft – Regionen* war der Bibliothekar Rolf Reichardt, als sozial- und bildwissenschaftlich orientierter Historiker selbst ein ausgewiesener Frankreichforscher mit einem Schwerpunkt auf der französischen Revolution. Reichardt gelang es, eine bibliothekarische Ausrichtung zu definieren, die »Mainz auf den Leib geschrieben«⁴⁷ war. Eine von der UB durchgeführte Befragung unter Frankreichforschern in Deutschland ergab, »daß spezielle Forschungsliteratur zu Frankreich in der Bundesrepublik höchstens sehr verstreut, oft überhaupt nicht vorhanden sei und daß es wünschenswert wäre, sie an einem Ort zu sammeln.«⁴⁸ Die Universitätsbibliothek sah jetzt eine Chance, sich bundesweit zu profilieren und mit dem Schwerpunkt Frankreich zudem eine sich aus der Gründung ergebende Tradition der Mainzer Universität zu gestalten.

Wesentliches Anliegen des Sammelschwerpunkts war es, den vorwiegend auf Literatur und Sprache fokussierten Frankreichbibliotheken an den Universitäten in Bonn und Saarbrücken und anderen Rastern »französischer« DFG-Sondersammelgebiete eine dezidiert fächerübergreifende und regionalorientierte Perspektive entgegenzusetzen. Zugleich sah sich Reichardt mit seiner Konzeption »voll im Trend« liegen, wenn er auf die Frankreich-Zentren verwies, »die in der Bundesrepublik aus dem Boden schießen«⁴⁹ und deren Bedeutung für das Zusammenwachsen Europas nach dem Fall der Mauer er auch politisch bewertet wissen wollte. Mainz hat zwar kein Frankreich-Zentrum, sollte das heißen, hat aber eine in ihrem Zuschnitt singuläre Frankreichbibliothek, die wiederum die Frankreich-Zentren anderer Universitäten nicht besitzen, deren Studenten diese Literatur aus Mainz per Fernleihe konsultieren können.

Der Start des Sammelschwerpunkts gelang eindrucksvoll. Seine Finanzierung aus einem Mix aus Eigenmitteln der UB, Sondermitteln der Universität sowie den Fördergeldern der DFG erlaubte einen schnellen

Der Sammelschwerpunkt Frankreichforschung

Bestandsaufbau. Hinzu kamen Geld- und Sachspenden von der Kulturabteilung der französischen Botschaft, der Stadt Mainz, dem Mainzer Institut français und dem Zweiten Deutschen Fernsehen. 1997 umfasste die Frankreichbibliothek bereits mehr als 30.000 Titel und 500 laufend gehaltene Zeitschriften. 2001 war ihr Monografienbestand auf mehr als 50.000 Bände angewachsen. Eine hohe Anzahl von Ausleihen und Fernleihen bestätigte den spezifischen Beitrag der UB zur überregionalen Literaturversorgung. 2007 wurde der Sammelschwerpunkt von der DFG damit beauftragt, in einer Kooperation mit drei weiteren Bibliotheken den Auf- und Ausbau der Virtuellen Fachbibliothek Romanischer Kulturkreis (Vifarom) in Angriff zu nehmen. Vifarom ging 2009 ans Netz, ihre Funktionalitäten wurden bis 2014 unter DFG-Förderung stetig erweitert, dann allerdings im Zuge von Umstrukturierungen im System der überregionalen Literaturversorgung in den Fachinformationsdienst (FID) Romanistik integriert. Der Mainzer Schwerpunkt ist seit 2016 Kooperationspartner des FID, in diesem Rahmen liefert er regelmäßig Abzüge seines Fachkatalogs an das Rechercheportal.

Dass Reichardt und seine 1992 hinzugestoßene Mitstreiterin Geneviève Roche ihre Aktivitäten nicht auf die Literaturversorgung begrenzten, machten zwei Ausstellungen deutlich, mit denen der Sammelschwerpunkt bundesweit und über den bibliothekarischen Kosmos hinaus auf sich aufmerksam machte: So 1992 jene zum Thema *Französische Presse und Pressekarikaturen 1789–1992*⁵⁰ und jene 1994, die dem ehemaligen Universitätsbibliothekar gewidmet war: *Weltbürger – Europäer – Deutscher – Franke: Georg Forster zum 200. Todestag*.⁵¹ Letztere wurde von einem internationalen Symposium begleitet.

In späteren Jahren musste der Sammelschwerpunkt Einschränkungen hinnehmen. So wurde die Aufstellung als frei zugängliche Bibliothek im dritten Stock des Freihandmagazins aufgegeben und der Buchbestand ins geschlossene Magazin im vierten Stock der UB verlagert. Seitdem ist er nur noch über Ausleihe zugänglich. War die systematische Aufstellung der Frankreichbibliothek zunächst durch eine eigene Signaturvergabe gewährleistet, wurde auch dies später aufgegeben. Inzwischen werden für die im Rahmen der Frankreichsammlung angekauften Bücher Signaturen vergeben, die sich in das allgemeine Signiersystem der UB einordnen. Auch die separate Aufstellung als geschlossener Bestand wurde für alle nach 2011 angeschafften Medien aufgegeben. Hinzu kamen finanzielle Engpässe innerhalb der UB, teilweise bedingt durch neue bibliothekarische Herausforderungen, teilweise durch Prioritätsverlagerungen, sodass Mittelkürzungen die Frankreichbibliothek trafen. Mit dem Wegfall der Förderung aller sogenannten »Spezialbibliotheken« zum 31. Dezember 2010 durch die DFG war die Fortexistenz der Mainzer Frankreichbibliothek direkt bedroht, zumal die ihm von Seiten der Universität zur Verfügung gestellten Fördermittel an diese Drittmittelkomponente geknüpft waren. Auf das von der DFG als Kompensation für die gestrichenen Mittel eingerichtete Nachfolgeprogramm *Förderung herausragender Forschungsbibliotheken*, auf das sich 22 ehemalige Spezialbibliotheken bewarben, von denen 21 dann einen Zuschlag für eine insgesamt sechsjährige Projektförderung erhielten, beteiligte sich die UB Mainz zunächst nicht. Es bedurfte der Initiative einiger Hochschullehrer, nachträglich daran noch etwas zu ändern und doch noch einen Mainzer Antrag auf Projektförderung bei der DFG auf den Weg zu bringen. Mit Unterstützung der inneruniversitären Forschungsförderung konnten Véronique Porra (Romanisches Seminar) und Gregor Wedekind (Institut für Kunstgeschichte) in Verbindung mit der Fachreferentin für die Frankreichforschung in der UB, Geneviève Roche, die als seine ehemalige Stellvertreterin 2005 die Nachfolge von Rolf Reichardt nach dessen Pensionierung übernommen hatte, schließlich diesen Antrag formulieren und zum Erfolg führen. Gestellt wurde er 2012. Mit dem Förderformat der DFG war die Auflage verknüpft, eine Strategie zur dauerhaften Profilierung der Forschungsbibliothek zu entwickeln, welche mit der Konzeption des FIFF seine Umsetzung erfuhr. Inzwischen umfasst die Frankreichbibliothek circa 95.000 Monografien, während ihr Zeitschriftenbestand aufgrund von Sparmaßnahmen 2013 auf 250 Titel halbiert werden musste. Er bezieht nach wie vor alle Fachzeitschriften von überregionaler Bedeutung sowie die wichtigsten Regionalzeitschriften mit ein.

Nach der Abkoppelung aller Spezialbibliotheken vom System der überregionalen Literaturversorgung und dem Wegfall seines Sammelauftrags sicherte die Aufnahme des Sammelschwerpunkts Frankreichforschung in das DFG-Überbrückungsprogramm *Herausragende Spezialbibliotheken* zunächst für drei Jahre seine Fortführung beziehungsweise bewirkte seine Überführung in das FIFF. 2017 wurde der von den Initiatoren verfasste Verlängerungsantrag für eine abschließende zweite dreijährige Förderphase des DFG-Programms bewilligt. Dem FIFF liegt die Intention zugrunde, die Reziprozität von Bibliothek und Forschung zu konsolidieren und zu vertiefen, indem sowohl die Informationsinfrastruktur an die aktuellen Fragestellungen und Forschungsmethoden angepasst als auch die vielfältige, aber institutionell nicht organisierte Frankreichforschung in Mainz gebündelt und gefördert werden soll. Das FIFF hat die langjährige Spezialisierung des ehemaligen Sammelschwerpunkts auf das Regionale in einem aktuellen Sinne umgedeutet: Die Regionen werden seit 2013 weniger in ihrer Beziehung zum französischen Zentrum als in ihrem Zusammenhang mit der globalen Peripherie betrachtet und von daher stärker in der Perspektive des Kulturtransfers verankert. War vorher die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf das Hexagon gerichtet, erfährt mit der Zuspitzung des inter- und transkulturellen Profils nun der gesamte französischsprachige Raum intensive Berücksichtigung. Durch diese Neuausrichtung reflektiert das FIFF die für die zeitgenössische Forschung zentrale Dimension des Kulturtransfers in synchroner und diachroner Perspektive. Die sich verändernde Verortung Frankreichs im Globalisierungsprozess wird so erfasst und trägt den damit verbundenen, neuen Forschungsinteressen Rechnung. Um diese Ziele zu erreichen, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter eine retrospektive Bestandsarrondierung sowie eine Erweiterung des Digitalangebots mit dem Erwerb mehrerer kulturhistorischer Volltext-Datenbanken, die zum einen zentrale Aspekte der Geschichte bzw. Sozialgeschichte Frankreichs im europäischen Kontext zwischen 1848 und 1945 abdecken und zum anderen Primärquellen zur Kolonialpolitik Frankreichs bereitstellen.

Das FIFF hat die Kooperation mit nahezu allen geistes- und kulturwissenschaftlich orientierten Instituten der JGU inklusive des Forschungsschwerpunkts Historische Kulturwissenschaften und des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft in Germersheim nicht nur im Bereich der Erwerbungsabsprachen beziehungsweise der konzertierten Bestandsergänzungen intensiviert. Darüber hinaus hat es in Kooperation mit dem DFDK und dem Zentrum für Interkulturelle Studien (ZIS) als Veranstalter von bislang vier interdisziplinären Ringvorlesungen diese Forschungsansätze zur Lehre hin geöffnet.

Diese erwiesen sich durch die Einladungen an zahlreiche auswärtige Wissenschaftler als sehr probates Mittel, um die nationale und internationale Vernetzung der Mainzer Frankreichforschung durch Bekräftigung bestehender und durch das Knüpfen neuer Kontakte voranzutreiben.

Den 70. Geburtstag der Universität nahm das FIFF zum Anlass, in der Schule des Sehens eine Ausstellung auszurichten, die am 9. November 2016 unter dem Titel *Relation spéciale! 70 Jahre deutsch-französische Wissenschaftsbeziehungen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* eröffnet wurde.

Sie gab Gelegenheit, herausragende Stationen der »französischen« Geschichte der Mainzer Universität in Erinnerung zu rufen und anschaulich werden zu lassen, darunter etwa die Stiftungsprofessur, die Michel Butor, einer der wichtigsten Vertreter des *Nouveau Roman*, im Wintersemester 1982/83 am Romanischen Seminar innehatte. Im selben Jahr bekam er vom Fachbereich 15, Philologie III die Ehrendoktorwürde verliehen. Oder das von der Agence nationale de la Recherche (ANR) und der DFG von 2013 bis 2016 geförderte Forschungsprojekt *Metacult*, das auf der Basis einer Kooperation des Karlsruher Instituts für Technologie, der École Nationale Supérieure d'Architecture de Strasbourg (ENSA) der Université de Strasbourg, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie der Fachhochschule Mainz, den Kulturtransfer in Architektur und Stadt-

Das Forum Interkulturelle Frankreichforschung

Links: Plakat der gemeinsamen Ringvorlesung des FIFF mit interdisziplinären Kooperationspartnern im WiSe 2014/15. Quelle: FIFF.

Rechts: Plakat zur Ausstellung *Relation spéciale!* 70 Jahre deutsch-französische Wissenschaftsbeziehungen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in der *Schule des Sehens* 2016. Quelle: FIFF.

RINGVORLESUNG WINTERSEMESTER 2014/2015

Orient

KONSTRUKTION UND DEKONSTRUKTION EINES PHANTASMAS



FIFF | Forum Interkulturelle Frankreichforschung

JEWELS DONNERSTAGS
14 – 16 UHR
HÖRSAAL 02-521
GEORG FORSTER-GEBÄUDE
JAKOB-WELDER-WEG 12 | JGU

www.frankreichforschung.uni-mainz.de

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK MAINZ | ZIS | JOHANNES GUTENBERG UNIVERSITÄT MAINZ | JGU

PROGRAMM

30. 10. 2014
Orient als ästhetische Konstruktion und Widerspruch in Literatur und Malerei
Monique Pons, Gregor Weiskopf | Mainz

06. 11. 2014
Orientalisme, impérialisme, cosmopolitisme. L'Inde dans la vie littéraire et intellectuelle française des années 1920
Guillaume Bédier | Lyon

13. 11. 2014
Lectures orientales de Femmes d'Alger dans leur appartement
Ritha Bouabâ | Grenoble

20. 11. 2014
Innovation und Realität: Französische und deutsche Orientalismen im 19. Jahrhundert
Henri Kagel | Dresden

27. 11. 2014
Orientalismus als Translationseffekt: Amélie Gélard und seine Übersetzung der Märchen aus Tausend und einer Nacht
Juliane Götzel | Mainz

04. 12. 2014
Wie die Post-Espanierende Phänomene und koloniale Ordnungsmacht in der Bildproduktion zum französischen Ägyptenfeldzug (1818–19) Dazubrick
Juliane Götzel | Mainz

11. 12. 2014
Le Mal et le Bien. Écrire et peindre l'Orient au XIXe siècle
Christine Nègre | Straßburg

18. 12. 2014
Le "Jour du boulevard": Khalil Bey amener "l'art à Paris sous le Second Empire"
Bernard Tillet | Lyon

08. 01. 2015
Post-Orientalismus in der zeitgenössischen Kunst: Akram Zaatari und Walid Raad
Alexandra Genschel | Darmstadt

15. 01. 2015
Das Brandell der Zoraida-Tier. Flauberts immer Orient in der Literatur und Malerei
Stephan Langen | Mainz

22. 01. 2015
Le voyageur Orient de Nerval, ou la possibilité d'un Orient hybride
Sara Moudia | Lyon

29. 01. 2015
L'écriture littéraire au tournant du XIXe siècle: entre orientalisme et cosmopolitisme
Jean-Marc Moréno | Paris

05. 02. 2015
Littérature et orientalisme au XIXe siècle: Jules Verne et le moment romantique de la Société Asiatique
Daniel Langen | Grenoble

Ausstellung

9. November – 21. Dezember 2016

Relation spéciale!

70 Jahre deutsch-französische Wissenschaftsbeziehungen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Schule des Sehens
Jakob-Welder-Weg 18, Mainz

Öffnungszeiten
Dienstag 12–14 Uhr, Mittwoch 16–18 Uhr

Eine Veranstaltung von
Forum Interkulturelle Frankreichforschung (FIFF)
Dijonbüro
Deutsch-Französisches Doktorandenkolleg Mainz-Dijon
www.blogs.uni-mainz.de/ausstellung-frankreichforschung

Kooperationspartner
JGU | ZIS | JOHANNES GUTENBERG UNIVERSITÄT MAINZ

planung von Straßburg 1830–1940 zum Gegenstand hatte.⁵² Oder die langjährige und enge Forschungs-kooperation des Arbeitsbereichs Zeitgeschichte am Historischen Seminar der JGU unter Leitung von Michael Kißener und der Pariser Professorin Corine Defrance, die der Frage nachgeht, welche Wege zu Annäherung und Aussöhnung die deutsche und französische Zivilgesellschaft insbesondere im Bereich der Kulturpolitik gefunden haben, um aus der vormaligen »Erbfeindschaft« zur »Erbfreundschaft« zu gelangen.⁵³ Für ihre Forschungen bekam Defrance 2019 den Gutenberg Research Award der JGU verliehen.⁵⁴ Oder die 2004 von der Kant-Forschungsstelle der JGU gemeinsam mit der Université de Bourgogne und der Université du Luxembourg organisierte Tagung *Kant et la France*. Oder die von 2010 bis 2015 an das Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft angebundene Emmy Noether-Nachwuchsgruppe *Form und Emotion*, die affektive Strukturen in der französischen Kunst des 19. Jahrhunderts und ihre soziale Geltung untersuchte und die Emotionsbegriffe der französischen Kunstkritik des 19. Jahrhunderts anhand zahlreicher Originalquellen analysierte. Und manch anderes, das die Vielfalt und die wechselnden inhaltlichen Schwerpunkte der Frankreichforschung in Mainz vor Augen führte. Begleitet wurde die Ausstellung von einem umfangreichen wissenschaftlichen Veranstaltungsprogramm, das neben Vorträgen einschlägiger Frankreichforscher auch die Vertreter der Frankreichzentren der Universitäten Berlin, Freiburg, Leipzig und Saarbrücken zu einem Gespräch über die Perspektiven der Frankreichforschung in Deutschland versammelte und damit bundesweit eine neue Phase der interuniversitären Kooperation einleitete.⁵⁵

Eine zweite Ausstellung des FIFF in der Schule des Sehens und in bewährter Partnerschaft mit dem ZIS kam 2017 als Ergebnis eines interdisziplinären Projekts zustande, das Studenten der Kunstgeschichte und der Ethnologie beziehungsweise Afrikanwissenschaften unter Leitung der eigens dafür gewonnenen Gastprofessorin Bärbel Küster zusammenführte und in höchst qualitätsvollen Abzügen herausragende Positionen künstlerischer Fotografie präsent machte: *Inter.View. Perspektiven auf aktuelle Fotografie im Senegal und in Mali*.⁵⁶

Mit diesen und weiteren Aktivitäten des FIFF, wozu auch die 2019 lancierte eigene Publikationsreihe der *Cahiers de Mayence* zu rechnen ist,⁵⁷ hatte sich der eigentümliche Umstand, dass die Johannes Gutenberg-Universität Mainz trotz ihrer Aktivitäten und Ressourcen auf diesem Gebiet kein eigenes Frankreichzentrum ihr eigen nannte, immer fühlbarer gemacht. Es war, als ob man es in der Vergangenheit einfach zu gründen vergessen hatte. Die vom FIFF betriebene Optimierung der Forschungsinfrastruktur, seine Netzwerkarbeit nach innen und außen und das absehbare Ende der DFG-Förderung drängten nach Ausbildung einer strukturellen Langzeitperspektive, die dann in Form des Zentrums für Frankreich- und Frankophoniestudien (ZFF) geschaffen werden konnte.

Nachdem am 14. Juni der Senat des JGU die Organisationsregelung des neuen Zentrums beschlossen hatte, wurde es am 4. Juli 2019 im Beisein der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes und in Anwesenheit des Universitätspräsidenten Georg Krausch, der beiden Vizepräsidenten Stephan Jolie und Stefan Müller-Stach, des Präsidenten der Université de Bourgogne Alain Bonnin, des Bürgermeisters der Stadt Mainz Günter Beck, des Staatssekretärs Denis Alt und des Präsidenten der Deutsch-Französischen Kulturstiftung Jürgen Hartmann sowie zahlreicher weiterer Honoratioren mit einem feierlichen Festakt eröffnet. Den Festvortrag hielt Thomas W. Gaehtgens, Gründer des Deutschen Forums für Kunstgeschichte in Paris und langjähriger Direktor des Getty Research Institute in Los Angeles.⁵⁸

Im selben Zug wurde zwischen der deutsch-französischen Kulturstiftung und der JGU ein Kooperationsvertrag geschlossen, der die punktuelle Zusammenarbeit der letzten Jahrzehnte auf eine neue und kontinuierliche Grundlage stellt und dafür das ZFF als Schnittstelle bestimmt.

Mit dem ZFF hat die JGU damit ein Frankreichzentrum, welches die Aufgabe übernimmt, über die auf Frankreich und den frankophonen Raum bezogenen Aktivitäten und Initiativen an der JGU zu informieren, sie zu bündeln und aus ihrem Zusammenwirken gemeinsamen Nutzen zu generieren. Es unterstützt den Aufbau von Kooperationen mit französischen oder frankophonen Partnern in Forschung und Lehre und stärkt den Europäisierungs- und Internationalisierungsprozess der JGU. Darüber hinaus steht es im Austausch und kooperiert mit den anderen universitären Frankreichzentren in der Bundesrepublik Deutschland (Berlin, Bonn, Dresden, Freiburg, Leipzig, Saarbrücken) sowie mit deutsch-französischen Forschungsinstituten in Deutschland, so dem Centre Marc Bloch in Berlin, dem Deutsch-Französischen Institut für Geschichts- und Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main sowie dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg. Ebenso kooperiert es mit den in Mainz befindlichen außeruniversitären deutsch-französischen Einrichtungen (Institut français, Haus Burgund, Deutsch-Französische Gesellschaft) und nutzt seine Kapazitäten für den Bereich der Wissensvermittlung sowie für die Kooperation mit den deutsch-französischen Akteuren auf politischer Ebene. Und nicht zuletzt erhöht ein solches Zentrum ganz erheblich die Sichtbarkeit der Frankreichstudien an der JGU gegenüber den Drittmittelgebern.⁵⁹

Wenn sich das ZFF als gemeinsames Dach für die »französischen« Aktivitäten an der JGU in den Teilbereichen Lehre, Nachwuchsförderung, Forschung und Wissensvermittlung versteht und es fachbereichsübergreifend sowie inter- und transdisziplinär ausgerichtet ist, so erwies sich seine Aufstellung innerhalb der Universität als kompliziert. Da es nicht als eine zentrale Einrichtung firmieren konnte, ist es mit seiner Geschäftsstelle zunächst am Fachbereich 07 und dort am Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft angesiedelt. Gregor Wedekind und Véronique Porra wurden vom Koordinationsausschuss des Zentrums als Sprecher und stellvertretende Sprecherin gewählt.

Das Zentrum für Frankreich- und Frankophoniestudien

Ausblick

Die an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vor allem in den letzten drei Jahrzehnten unternommenen Anstrengungen, den wissenschaftlichen Austausch in Forschung und Lehre mit dem Nachbarland Frankreich und dem weiteren frankophonen Raum zu institutionalisieren, haben erstaunliche Früchte gezeitigt. Die JGU ist heute so »französisch« wie noch nie, weitaus französischer als zur Zeit ihrer Gründung durch die französische Militärbehörde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des Prozesses eines zusammenwachsenden Europas zu sehen, für den die Vertiefung der deutsch-französischen Verständigung immer zentral war. Wenn ihre Geschichte mit diesem makropolitischen und gesellschaftlichen Prozess gleichwohl nicht identisch ist, so gilt jedoch eines ganz sicher sowohl für Europa und seine deutsch-französische Achse als auch für die deutsch-französischen Wissenschaftsstrukturen an der JGU: Sie sind keine Selbstläufer, sondern hart erarbeitet und wollen immer wieder gelebt, verteidigt und der Gegenwart angepasst werden. Zwar ist insbesondere die Partnerschaft mit der Université de Bourgogne heute ein dominanter Pfeiler des Selbstverständnisses der JGU und ihrer internationalen Beziehungen, sie kann jedoch mit Blick auf die Quantität der davon Betroffenen und darin Engagierten und das Volumen der eingesetzten Mittel auch wie eine *quantité négligeable* erscheinen.

Zwei herausragende Spezialbibliotheken, ein Musikarchiv, zwei Koordinations- und Studienbüros samt einem guten Dutzend Studiengängen, zwei Doktorandenkollegs, ein Frankreichzentrum, ein inneruniversitäres, ein bundesdeutsches, ein europäisches, ein weltweites Netzwerk: Die aufgebauten Strukturen sind eindrucksvoll und durchaus fragil. Viele der sie tragenden Förderformate sind temporär und also begrenzt. Zudem stehen personelle Umbrüche bevor. Mit dem nahenden Ruhestand von Lutz Baumann und Geneviève Roche verlieren sowohl das Dijonbüro als auch die Frankreichbibliothek der UB beziehungsweise das FIFF jene Personen, die über lange Jahre für diese Strukturen die zentralen Stützen waren und sich durch ein besonderes Engagement auszeichneten. Umso wichtiger ist es, den Ertrag ihrer Arbeit wie den ihrer Vorgänger nicht nur als den Einzelner anzusehen, sondern sicherzustellen, dass er in den zugrundeliegenden Strukturen langfristig gesichert wird.

Das Jahr 2021 ist mithin ein Schlüsseljahr für die Frankreichbeziehungen der JGU. 75 Jahre nach der Wiedereröffnung der Mainzer Universität steht diese vor der Herausforderung, die Finanzierung und Organisation ihrer diesbezüglichen Strukturen und Ressourcen als Wirkungsverbund zukunftsfest zu machen. Die Frankreichstudien der JGU sind ein zentraler Baustein ihrer Internationalisierungsstrategie, ebenso wie ihr Frankreichbezug aufs engste mit der Identität der Universität verknüpft ist und ein wertvolles Alleinstellungsmerkmal darstellt.

Die JGU – sie ist ein gutes Stück frankophon!

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu die vielfältigen Forschungen von Corine Defrance sowie ihren und den Beitrag von Heinz Duchhardt in diesem Band.
- 2 Über die Einzelheiten der Einrichtung des Lehrstuhls siehe Gunst: Ausformung, S. 109 f.
- 3 So die Formulierung des Stiftungsvertrags von 1952, der die endgültige Form der Stiftungsprofessur festlegte. Zit. nach ebd., S. 135.
- 4 Die Formulierung »pour la formation d'une conscience européenne« stammt von François-Poncet, der sie in einem Brief an den Rektor am 29.2.1952 verwendete. Zit. nach ebd., S. 132.
- 5 Siehe hierzu den Beitrag von Michael Simon in diesem Band.

- 6 Vgl. Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 13/219, Hirth: Antrag auf Ernennung des Herrn André François-Poncet zum Ehren-Doktor der Philosophischen Fakultät vom 29.4.1950; Schmittlein an Franz Dirlmeier am 9.6.1950 u. Hellmut Isele an François-Poncet am 30.6.1950.
- 7 Zu Hirths Verbindungen mit François-Poncet vgl. Gunst: Ausformung, S. 128 f.
- 8 Siehe hierzu auch die Liste der Ehrungen im Anhang dieses Bandes.
- 9 Ebd.
- 10 Vgl. dazu Wedekind: Friedrich Gerke, S. 254 f.
- 11 Zur Gründungsgeschichte vgl. Schunck: Dokumente.
- 12 Vgl. ebd., S. 11–30.

- 13 Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Dingfelder Stone in diesem Band.
- 14 Vgl. die Begrüßungsrede von Michael Schreiber zur 70-Jahrfeier: 70 Jahre Germersheim. In: Das Übersetzerportal, 10.10.2017, URL: <https://uepo.de/2017/10/16/70-jahre-germersheim-dekan-schreiber-zur-vergangenheit-und-zukunft-des-instituts-bei-sinkenden-studentenzahlen/> (abgerufen am 3.9.2020).
- 15 Ein erstes Abkommen zur Zusammenarbeit kam 1981 zustande. Vgl. Wei: Enge Zusammenarbeit zwischen dem FAS Germersheim und dem Département de Langues vivantes appliquées de Dijon. In: Jogu 12 (1981), Nr. 76, S. 19.
- 16 UA Mainz, S6/132, [o. V.]: Besuch des Bevollmächtigten, Ministerpräsident Kurt Beck, in Dijon, Frankreich, am 21. u. 22.6.2002, Anhang.
- 17 Vgl. zur Entwicklung der Partnerschaft mit Dijon: UA Mainz, Best. 81/31, Aktennotiz vom Oktober 1965.
- 18 Vgl. ebd., Kultusminister Eduard Orth an Botschafter François Seydoux de Clausonne am 30.4.1962.
- 19 Vgl. ebd., Helmuth Scheel an L. Folz am 27.11.1962.
- 20 Zum Wirken Ernst Boehringers vgl. allg. Kißener: Boehringer.
- 21 Die Aussagen von François-Poncet wurden in der Mainzer Studentenzeitung kolportiert von Hans Dieter Zimmermann: Warum keine Jumelage? In: nobis 13 (1961), Nr. 97, S. 15.
- 22 Ebd.
- 23 Klagen darüber finden sich wiederholt in den Akten. Vgl. UA Mainz, Best. 81/31, Korrespondenz zwischen Peter Noll und J. Dehaussy von 1965/66.
- 24 Vgl. ebd., Aktennotiz vom Oktober 1965.
- 25 Vgl. Blänsdorf: Wissenschaft und Jumelage: Mainz-Dijoner Seneca-Seminar. In: Jogu 11 (1980), Nr. 67, S. 15.
- 26 [o. V.]: Mainzer Lateiner in Frankreich. In: Jogu 12 (1980), Nr. 73, S. 16.
- 27 Blänsdorf: Mainz-Dijoner Lukrez-Seminar. In: Jogu 13 (1982), Nr. 79, S. 17.
- 28 Siehe dazu auch die Informationen auf der Homepage des Auslandsbüros, URL: <https://auslandsbuero.jura.uni-mainz.de/> (abgerufen am 15.10.2020) und den Beitrag von Andreas Roth in diesem Band.
- 29 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Teske in diesem Band.
- 30 Vgl. Giscard: Mainz – eine Blume der Hoffnung ...«. In: Jogu 8 (1977), Nr. 53, S. 3.
- 31 [o. V.]: Mainz-Dijon: Neuer Schwung. In: Jogu 9 (1978), Nr. 56, S. 16.
- 32 Vgl. Ringger: Literaturwissenschaftler aus Dijon. In: Jogu 9 (1978), Nr. 59, S. 14.
- 33 Vgl. [o. V.]: Philosoph aus Dijon zu Gast für ein Semester. In: Jogu 14 (1983), Nr. 87, S. 9 u. [o. V.]: Jean Brun wurde Honorarprofessor. In: Jogu 17 (1986), Nr. 104, S. 3.
- 34 Vgl. [o. V.]: »Abschieds- und Antrittsvisite in Mainz. Dijoner Delegation nach Präsidenten-Wechsel zu Besuch«. In: Jogu 10 (1979), Nr. 62, S. 4.
- 35 Vgl. Becker: Das Erbe zweier Kulturen gewahrt – Prof. Dr. Robert Folz 80 Jahre alt. In: Jogu 21 (1990), Nr. 122, S. 7.
- 36 UA Mainz, Best. 26/114, der Präsident an die Dekane der JGU am 19.5.1980.
- 37 Siehe dazu auch die Informationen auf der Homepage des Dijonbüros, URL: <https://www.dijon.uni-mainz.de/> (abgerufen am 8.10.2020).
- 38 Pressemitteilung *Ministerpräsidentin Malu Dreyer würdigt Engagement für deutsch-französische Lehramtsausbildung in Mainz und Dijon* der JGU vom 4.11.2016, URL: <https://www.uni-mainz.de/presse/76918.php> (abgerufen am 13.10.2020).
- 39 [o. V.]: Verdienste um Frankreichs Kultur. Universitätspräsident Beyermann erhielt den Orden Palmes académiques. In: Jogu 18 (1987), Nr. 108, S. 5.
- 40 Vgl. das Referat der entsprechenden Aussagen Beyermanns anlässlich einer Feierstunde des Senats in dem Artikel [o. V.]: Das Revolutionäre ist die Normalität. Feier zum 25jährigen Bestehen des Elysée-Vertrages. In: Jogu 19 (1988), Nr. 112, S. 8.
- 41 Vgl. Mittenzwei: Es besteht Anlaß zum »Euro-Optimismus«. Raymond Barre Ehrendoktor des Fachbereichs Recht und Wirtschaft. In: Jogu 16 (1985), Nr. 98, S. 3.
- 42 Siehe hierzu auch den Beitrag von Andreas Roth in diesem Band.
- 43 Vgl. [o. V.]: Deutsch-französische Freundschaft. Ehrendoktorwürde für Professor Boulongne. In: Jogu 31 (2000), Nr. 170, S. 42.
- 44 UA Mainz, Best. 26/114, Abkommen über akademischen Austausch zwischen der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und der Universität Dakar vom 23.11.1978 [Entwurf]. Vereinbart wurde, dass die Mainzer Universität bis zu zwei Stipendien für Studenten der Universität Dakar zur Teilnahme am Ferienkurs gewährte, während die Universität Dakar bis zu vier deutschen Studenten aus Mainz Studienstipendien für einen Zeitraum bis zu sechs Monaten bot. Das Abkommen sollte allen Fakultäten/Fachbereichen beider Universitäten offenstehen, der Austausch wurde jedoch zunächst zwischen dem Deutschen Institut, dem Institut für Ethnologie und dem Romanischen Seminar aufgenommen. Auch ein Dozentenaustausch war vorgesehen. Müller wurde für drei Jahre, der Dauer der Laufzeit des Abkommens, zum Beauftragten ernannt. Ob und wie es jemals realisiert wurde, lässt sich heute nicht mehr verifizieren.
- 45 Beier (Hrsg.): Kunst, S. 244.
- 46 Vgl. dazu und zur Geschichte des Sammelschwerpunkts allg. König: Bücherhaufen, S. 136–138. Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian König in diesem Band.
- 47 Reichardt: Frankreichforschung: Kultur – Gesellschaft – Regionen. In: Jogu 22 (1991), Nr. 129, S. 8.
- 48 Ders.: Sammelschwerpunkt Frankreichforschung: Kultur – Gesellschaft – Regionen. In: UB-Informationen 1991, Nr. 10, S. 10–20, hier S. 12.
- 49 Vgl. die Aussagen von Reichardt zit. in Tschaker: Sammelschwerpunkt Frankreichforschung. »Wir liegen im Trend«. In: Jogu 28 (1997), Nr. 158, S. 6.
- 50 Vgl. Reichardt (Hrsg.): Französische Presse.
- 51 Vgl. ders. (Hrsg.): Georg Forster.
- 52 Vgl. Möllmer: Strassburg.
- 53 Vgl. beispielhaft DeFrance u. a. (Hrsg.): Deutschland.
- 54 Vgl. die Pressemitteilung *Gutenberg Research Award 2019 für Corine DeFrance* der JGU vom 1.4.2019, URL: https://www.uni-mainz.de/presse/aktuell/8019_DEU_HTML.php (abgerufen am 10.11.2020).
- 55 Vgl. zur Nachwuchsgruppe und deren Begleitprogramm die Informationen auf der Homepage der Abteilung Kunstgeschichte, URL: <https://www.kunstgeschichte.uni-mainz.de/emmy-noethernachwuchsgruppe-form-und-emotion/> u. <https://www.kunstgeschichte.uni-mainz.de/veranstaltungsarchiv-der-emmy-noether-nachwuchsgruppe-form-und-emotion-id-1772/> (beide abgerufen am 10.11.2020).
- 56 Siehe zur Ausstellung die Informationen auf der Homepage der Schule des Sehens, URL: <https://www.schuledessehens.uni-mainz.de/2017/03/08/vorankuendigung-inter-view-perspektiven-auf-aktuelle-fotografie-im-senegal-und-in-mali-10-mai-vernissage-12-juli-finissage-2017/> (abgerufen am 10.11.2020).
- 57 Siehe zu den *Cahiers de Mayance* die Informationen auf der Homepage des ZFF, URL: <https://zff.uni-mainz.de/publikationen-2/> (abgerufen am 10.11.2020).
- 58 Vgl. die Pressemitteilung *Zentrum für Frankreich- und Frankophonestudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eröffnet* der JGU vom 5.7.2019, URL: https://www.uni-mainz.de/presse/aktuell/9052_DEU_HTML.php (abgerufen am 10.11.2020).
- 59 Siehe zum ZFF die Informationen auf der Homepage des Zentrums, URL: <https://zff.uni-mainz.de/> (abgerufen am 10.11.2020).

Das Mainzer Polonicum

Deutsch-polnische Beziehungen an der JGU

Alfred Gall

Voraussetzungen für das Mainzer Polonicum

Schon früh hat die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) Kontakte nach Polen geknüpft und damit die Absicht verfolgt, einen Dialog zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen trotz der politischen Konfrontation in der Zeit des Kalten Kriegs und angesichts der historischen Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen als Folge des Zweiten Weltkriegs zu ermöglichen.

Dabei wurden erstens bundesdeutsche Vorhaben unterstützt. So wirkte der Mainzer Osteuropahistoriker Gotthold Rhode an der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission mit, die im Februar 1972 unter dem Dach der UNESCO-Kommissionen beider Länder gegründet wurde. Die Schulbuchkommission war und ist in ihrer Tätigkeit darum bemüht, enge nationale Perspektiven auf die Geschichte zu durchbrechen und fokussiert insbesondere die spannungsreichen historischen Verflechtungen von Deutschen und Polen. Eine hochrangige polnische Delegation der 7. Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenz besuchte am 16. April 1975 die Mainzer Universität und wurde über deren polenbezogene Lehr- und Forschungstätigkeit informiert.¹ Zweitens zeigte sich die JGU selbst sehr interessiert am Aufbau von Kontakten nach Polen, insbesondere die Katholische Theologie, vertreten durch Josef Georg Ziegler, initiierte seit den späten 1960er-Jahren eine entsprechende Zusammenarbeit, die 1971 durch einen Kooperationsvertrag besiegelt wurde.² Damit erfolgte der Auftakt zum wissenschaftlichen Austausch zwischen dem heutigen Fachbereich 01 (Katholische Theologie und Evangelische Theologie) und den Universitäten von Breslau, Krakau, Lublin, Posen und Warschau.³ Als 1977 katholische Theologen dieser Universitäten zu Gastvorträgen anlässlich des 500-Jahr-Jubiläums der JGU nach Mainz eingeladen wurden, konnte man auf eine gut funktionierende Kooperation zurückblicken, auf deren Grundlage bereits 24 Gastvorlesungen polnischer Wissenschaftler in Mainz stattgefunden hatten – unter Berücksichtigung der politischen Großwetterlage eine beachtliche Zahl.⁴ Zentral für die Zusammenarbeit waren die sogenannten *Kleinen* und *Großen Polentage*, in deren Rahmen polnische Theologen und Philosophen zu Vorträgen nach Mainz eingeladen wurden. Exemplarisch sei der zweite *Große Polentag* vom 5. November 1980 erwähnt. An diesem Tag hielten polnische Wissenschaftler am Vormittag Vorträge, während am Nachmittag in Arbeitsgruppen die angesprochenen Probleme und Fragen vertieft wurden. Das Themenspektrum umfasste Referate wie *Der Mensch als offenes Kommunikationssystem* von Mieczysław Lubański und *Schlesien – ein Treffpunkt der deutschen und polnischen Kultur im Zeitalter des Humanismus* von Kazimierz Dola. Die *Polentage* erfreuten sich großer Beliebtheit, was sich einerseits in einer regen Teilnahme zeigte. Im Zuge des wissenschaftlichen Austauschs, der im Zeitraum von 1971 bis 1991 erfolgte, waren 130 polnische Philosophen beziehungsweise Theologen zu Gast in Mainz, während immerhin 47 deutsche Wissenschaftler die polnischen Kooperationspartner besuchten. Andererseits trug die Popularität



**Deutsch-polnische
Universitätstage in Mainz**
November 1988

Fachbereich Katholische Theologie gemeinsam
mit dem Studium generale

X. GROSSER POLENTAG
Glasnost und Perestrojka
aus der Sicht des polnischen Sozialethikers
Prof. Dr. Joachim Kondziela, Lublin
Dienstag, 8. November 1988, 16.15–17.45 Uhr
Hs. 7 Becherweg 2, 1. Stock

Festvortrag
Schwerpunkte der Ökumene heute
und ihre Bedeutung für die Theologie
Bischof Prof. Dr. Alfons Nossol, Oppeln
Mittwoch, 9. November 1988, 9.15 Uhr
Hs. 16, Becherweg 4, 2. Stock

Die Dichter – Zeugen des Glaubens
Religiöse Lyrik aus Polen im 20. Jahrhundert
Prof. Dr. Janusz Pasterb, Warschau
Prof. Dr. H. Federhofer, Mainz, spielt Chopin
Mittwoch, 9. November 1988, 19.30 Uhr
Philosophicum, P 161

VERLAG DR. HEINZ HEISENHEIM, MAINZ

Während des zehnten Polentags 1988 wurde der Partnerschaftsvertrag zwischen den Universitäten Warschau und Mainz unterzeichnet. Quelle: UA Mainz, S9/441.

und öffentlichkeitswirksame Präsenz der *Polentage* auch dazu bei, dass die Einrichtung eines eigentlichen Schwerpunkts Polen ins Auge gefasst wurde. Mit diesem Schwerpunkt sollte eine dauerhafte institutionelle Verankerung einer fächerübergreifenden Kooperation mit Polen sichergestellt werden. Die Robert Bosch Stiftung unterbreitete der JGU im Jahr 1978 das Angebot, eine solche Einrichtung zu finanzieren, um damit zur deutsch-polnischen Verständigung beizutragen. 1982 nahm der Schwerpunkt Polen seine bis heute wirksame Tätigkeit auf. Als erster Gastprofessor konnte der in Warschau tätige Polonist Andrzej Lam gewonnen werden.⁵ Seither sind über 100 polnische Wissenschaftler aus weitgehend allen an der Universität Mainz vertretenen Fachdisziplinen im Rahmen des Schwerpunkts Polen in Mainz als Gastdozierende tätig gewesen. 1986 übernahm Rheinland-Pfalz diese Institution als Dauereinrichtung an der JGU. Die intensiven Kontakte und breit gefächerten Formen der Zusammenarbeit kulminierten schließlich in der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags zwischen den Universitäten von Warschau und Mainz im November 1988 anlässlich des *X. Großen Polentags*.

Mit dem Abkommen sollte die bereits gut etablierte Kooperation bestätigt und für künftige Vertiefungen gefestigt werden. Es schwang aber auch eine politische Note mit, wenn von polnischer Seite aus vom Rektor der Katholischen Akademie in Krakau darauf hingewiesen wurde, dass mit solchen vertraglich geregelten Formen der Zusammenarbeit gegen die Teilung des Kontinents und die Herausbildung eines westeuropäischen Bollwerks, von dem Polen ausgeschlossen wäre, vorgegangen werden könnte.⁶ Als Höhepunkt in der Anknüpfungsphase ist zweifellos die Verleihung der Ehrendoktorwürde im Rahmen der 500-Jahrfeier der

Verleihung der Ehrendoktorwürde an Kardinal Karol Wojtyła (Papst Johannes Paul II.) anlässlich seines Besuchs am Schwerpunkt Polen 1977. Auf dem Foto sind außerdem Kardinal Hermann Volk (links), der polnische Professor Mieczysław Albert Maria Krąpiec und Präsident Peter Schneider (rechts) zu sehen. Foto: Hermann J. Lauzi, Quelle: UA Mainz, S3/3898.



Johannes Gutenberg-Universität Mainz an den Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyła, herauszuheben. Mit diesem Akt sollte auch die Verbundenheit zur Katholischen Universität Lublin, an der Wojtyła als Professor für Theologie tätig war, zum Ausdruck gebracht werden.⁷

Ein entscheidender weiterer Schritt beim Ausbau der Beziehungen zu Polen war die Einrichtung des sogenannten Mainzer Modells an der JGU. Aus diesem Modell sollte später das Mainzer Polonicum hervorgehen.

All diesen verschiedenen Aktivitäten wurde von der Politik Zustimmung und Unterstützung gewährt. Der damalige Kultusminister und spätere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, äußerte auf dem ersten polnisch-deutschen Symposium in Bad Godesberg sogar die Absicht, Mainz zum Mittelpunkt der wissenschaftlichen Kooperation zwischen Polen und der Bundesrepublik zu machen.⁸ Mit den *Kleinen* und *Großen Polentagen* und dem Schwerpunkt Polen waren dazu wesentliche Grundlagen geschaffen worden. Ein Modellversuch zur Einrichtung eines Lehrangebots für polnische Sprache und Kultur sollte dieses Ansinnen weiter vorantreiben.

Das Mainzer Modell: Konzeption und Verwirklichung

Das Mainzer Modell wäre ohne das unermüdliche Engagement von Wilfried Schlau, der von 1980 bis zu seiner Emeritierung 1985 als Professor für Soziologie an der JGU tätig war, undenkbar gewesen. Er hatte es als Anreger und Organisator entwickelt und umgesetzt und damit die Grundlagen für das spätere Polonicum gelegt. Auch der Soziologe Eugen Lemberg hatte mit der Ausarbeitung der Grundkonzeption des Mainzer Modells einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet.⁹

Ursprünglich ein Deutschbalte, schlug Schlau nach dem Zweiten Weltkrieg eine wissenschaftliche Laufbahn in der Bundesrepublik ein. Ein zentrales Anliegen war ihm die Integration der aus Osteuropa zwangsumgesiedelten Deutschen in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik.¹⁰ Von besonderer Bedeutung

war dabei die Tatsache, dass die von den Zwangsumgesiedelten mitgebrachten Sprachkenntnisse slawischer oder auch anderer in Osteuropa gesprochener Sprachen durch die Einrichtung entsprechender Bildungsprogramme in der Bundesrepublik weiter nutzbar gemacht werden sollten. In der vom Arbeitskreis für ostpolitische Publizistik herausgegebenen Studentenzeitschrift *actio* veröffentlichte Schlau in der Ausgabe zum Wintersemester 1970/71 einen Artikel mit dem Titel *Lernt Ostsprachen!*¹¹ Ausgangspunkt der Überlegungen war die Überzeugung, dass ohne solide Sprachkenntnisse an eine Verständigung mit Osteuropa nicht zu denken, der Zugang zu den Nachbarn im Osten mithin versperrt sei. Schlau schlug vor, ein politisch unabhängiges Sprachlernmodell zu etablieren, das es gestatten sollte, neben dem regulären Studium eine Sprache zu erlernen und zugleich Kenntnisse über die Geschichte und Kultur Osteuropas zu erwerben. Er begründete den bildungspolitischen Appell, sich den Sprachen Osteuropas zuzuwenden, explizit mit einem Verweis auf Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes, der die Bewahrung ostdeutschen Kulturguts als Aufgabe definierte und diesem zu pflegenden Erbe auch entsprechende Sprachkompetenzen zuordnete. In einem Exposé aus dem Jahr 1975 hat Schlau die konzeptuelle Einbettung seiner Idee noch deutlicher herausgearbeitet. Das Erlernen slawischer Sprachen wurde auch darin als Sicherstellung von Kenntnissen begriffen, die als jahrhundertaltes deutsches Kulturgut unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit zu bewahren seien, wobei vor allem die im Schatten des Russischen stehenden Sprachen Ostmitteleuropas Aufmerksamkeit erhalten sollten.¹² Aus heutiger Sicht irritieren solche Begründungen mit ihrer ausschließlichen Fokussierung auf ein deutsches Kulturerbe, das es zu behaupten gelte. Der Wille zur sprachlich sowie kulturell vermittelten Verständigung mit europäischen Nachbarkulturen fußt in dieser Argumentation auf dem Modell der Pflege deutschen Kulturguts, für das allerdings im Einzelnen nachzuweisen wäre – wenn man beispielsweise an die Germanisierungspolitik gegenüber den Polen im 19. Jahrhundert denkt –, dass es in der von Schlau proklamierten Form überhaupt flächendeckend vorhanden gewesen ist.

Mit dem Vertrag über kulturelle Zusammenarbeit,¹³ der am 11. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen abgeschlossen wurde, bestand eine Grundlage für die Schaffung eines nun auf das Polnische bezogenen Sprachlehrgangs. Schlau, inzwischen zum Professor für Soziologie an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz in Worms ernannt, entschied sich für Mainz als Standort. Schon im Exposé unterstrich er die eminente Rolle der JGU mit der Slavistik und der Osteuropäischen Geschichte und hob auch die Verbindung zum Auslands- und Dolmetscherinstitut in Germersheim hervor.¹⁴ Es gelang schließlich, im Zusammenwirken von rheinland-pfälzischem Landtag, dem Kultusministerium von Rheinland-Pfalz, der Landeszentrale für politische Bildung, aber auch dem Bonner Ministerium für Bildung und Wissenschaft, der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts und der Botschaft der Bundesrepublik in Polen, nach jahrelangen Vorbereitungen in Mainz im Juli 1979 einen ersten Modellversuch zu starten. Damit sollte die Möglichkeit gegeben sein, gegen den Mangel an Polnischkenntnissen in der Bundesrepublik vorgehen zu können.¹⁵

Das Modell sah vor, dass ein Jahreslehrgang der polnischen Sprache mit einem interdisziplinären Zusatzprogramm begleitend zum regulären Studium besucht wird. Um das Hauptstudium nicht zu beeinträchtigen, wurde insbesondere die vorlesungsfreie Zeit für den Lehrgang genutzt. Modellhaft verstand man das Projekt dahingehend, dass neben Mainz auch weitere Hochschulstandorte in Deutschland ihrerseits vergleichbare Einrichtungen schaffen sollten, die sich dann anderen Sprachen beziehungsweise Kulturen widmen könnten. Unter anderem war etwa an die Universität Nürnberg-Erlangen für einen analogen Lehrgang der tschechischen Sprache und Kultur und an die Universität Göttingen für ein baltistisches Lehrangebot gedacht.¹⁶ In der Folge blieb es freilich

Aufbau und Durchführung

beim Mainzer Modell und dessen Fortführung im Mainzer Polonicum. Vergleichbare Einrichtungen sind erst im Laufe der Zeit an anderen Universitäten gegründet worden, so an der Universität Regensburg das Bohemicum,¹⁷ das 1996 seinen Lehrbetrieb aufnahm, oder auch das Ukrainicum, das an der Universität Greifswald seit dem Wintersemester 2009/10 eine zweisemestrige studienbegleitende Zusatzausbildung in ukrainischer Sprache und Kultur anbietet.¹⁸ Zu nennen ist auch das Bulgaricum¹⁹ an der Universität des Saarlandes.

Der im Rahmen des Mainzer Modells entwickelte Lehrgang der polnischen Sprache und Kultur war für ein ganzes Studienjahr konzipiert und sah zunächst folgende Gliederung vor: In einem sechswöchigen ganztägigen Intensivkurs vor Semesterbeginn sollten grundlegende Sprachkenntnisse erworben werden. Abendveranstaltungen mit Vorträgen und Diskussionen rundeten das Programm ab. Im Semester folgte eine studienbegleitende Phase mit reduziertem Lernpensum; vorgesehen waren mindestens zwei Stunden Sprachunterricht pro Woche sowie eine Abendveranstaltung mit Filmvorführungen oder Referaten. Danach sollte in den Semesterferien ein vierwöchiger Aufenthalt in Polen der Verbesserung der Sprachkenntnisse und dem Kennenlernen von Land und Leuten dienen. Diese Kursphase sollte mit Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und in Kooperation mit einer polnischen Partneruniversität stattfinden. Ins Auge gefasst wurde zunächst die Katholische Universität Lublin. Hier hatte es bereits enge Beziehungen gegeben. Die Kursteilnehmer sollten in dieser Phase in polnischen Gastfamilien untergebracht werden. In Polen selbst sollte ein Intensivkurs sowie ein umfangreiches Begleitprogramm absolviert werden. Nach der Rückkehr sollte in einer zweiten studienbegleitenden Phase im darauffolgenden Semester wiederum in reduzierter Form sprachpraktischer Unterricht mit Abendveranstaltungen kombiniert werden. Für das Ende dieses Semesters war die Abschlussprüfung vorgesehen, bei deren Bestehen ein Zertifikat ausgehändigt werden sollte. Dieses Zertifikat sollte den bereits für andere Sprachen wie Englisch, Französisch, Italienisch oder Russisch bestehenden Zertifikaten entsprechen. Dieser Plan wurde im Wesentlichen umgesetzt, allerdings fand der Intensivkurs in Polen nicht in Lublin, sondern in Krakau statt. Auch zeigten die Erfahrungen des ersten Lehrgangs, dass an der Gesamtkonzeption, die sich insgesamt gut bewährte, doch einige Änderungen vorzunehmen waren. So wurde ab dem zweiten Jahreslehrgang der Umfang des studienbegleitenden Programms in der Semesterphase reduziert und auch ein zweiwöchiger Wiederholungskurs zur Vorbereitung auf die Zertifikatsprüfung eingerichtet.

Am 2. Juli 1979 wurde dem Präsidenten der JGU, Peter Schneider, durch das rheinland-pfälzische Kultusministerium die Genehmigung zur Durchführung des Mainzer Modells erteilt. Das Vorhaben konnte starten, nachdem Schlaw am 15. Juni 1979 an die JGU versetzt worden war. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den polnischen Sprachunterricht konnte Herbert Matuschek gewonnen werden. Im Sommer 1979 begannen demnach die vorbereitenden organisatorischen Arbeiten, die sich bis in den Februar 1980 erstreckten. Es galt, die Öffentlichkeit zu informieren und potenziell am Lehrangebot Interessierte für das Mainzer Modell zu gewinnen. Daneben musste sachverständiges Personal für die Durchführung des Modells gefunden, das didaktische Programm für den Sprachkurs und das umfangreiche Begleitprogramm zusammengestellt, die Kooperation mit der polnischen Partneereinrichtung vereinbart, das Zertifikat beziehungsweise die Zertifikatsvergabe mit den zuständigen Stellen festgelegt sowie die räumlich-institutionellen Rahmenbedingungen geklärt werden. Für das Mainzer Modell entwickelten Herbert Matuschek und Sofia Goszol zudem ein allgemeines Unterrichtswerk, da die damals greifbaren Lehrbücher der polnischen Sprache für deutsche Muttersprachler für den spezifisch aufgebauten Lehrgang ungeeignet waren. Am 3. März 1980 begann der erste Jahreslehrgang.²⁰ 30 Studierende aus verschiedenen Fächern hatten sich angemeldet.

Im Folgenden musste noch die Zusammenarbeit mit der polnischen Partneereinrichtung geregelt werden. Zwar lag zunächst die Zusage der Katholischen Universität Lublin vor, den Intensivkurs für das Mainzer Modell

durchzuführen. Zusätzlich mussten aber noch das Hochschulministerium in Warschau und das Ministerium für Kirchenangelegenheiten – dem die Universität als katholische Einrichtung zugeordnet war – ihre Zustimmung erteilen. Das polnische Hochschulministerium lehnte jedoch ab und brachte stattdessen die Universitäten Krakau, Warschau und Thorn ins Spiel. In buchstäblich letzter Minute konnte Anfang Juni 1980 für den mehrwöchigen Intensivkurs in Polen eine Partnereinrichtung an der Jagiellonen-Universität in Krakau, das Instytut Badań Polonijnych (Institut der Forschung zu den Auslandspolen) gewonnen werden. Zusätzlich zum sprachpraktischen Unterricht wurde für die erste Mainzer Gruppe, schließlich 34 Personen, ein umfassendes kulturelles und touristisches Begleitprogramm zusammengestellt, das auch Besichtigungen von Museen und Ausstellungen, Städten und Bauwerken sowie Exkursionen in die nähere Umgebung einschloss. Ein Teilnehmer verfasste anschließend einen Bericht, in dem er sich zufrieden über das erreichte Niveau der Sprachkenntnisse zeigte, den in Krakau absolvierten Sprachkurs als anspruchsvoll und daher ergiebig lobte und auch betonte, wie wichtig das landeskundliche Programm mit Einblicken in Geschichte und Kultur gewesen sei.²¹

Die politischen Umstände fielen durchaus negativ ins Gewicht. Schon im ersten Jahreslehrgang geschah es, dass die meisten der aus Polen eingeladenen Gäste keine Reisegenehmigung erhielten, und denen, die ausreisen durften, wurde – wie einem der Referenten, der Vorträge über die moderne polnische Malerei und Grafik halten sollte – das Unterrichtsmaterial bei der Ausreise von polnischen Grenzbeamten konfisziert. Sowohl bei der Ortswahl für die Durchführung des Intensivkurses als auch bei der rigiden Kontrolle am Zoll machte sich ohne Zweifel die angespannte innenpolitische Situation in der Volksrepublik bemerkbar. Die Konfrontation zwischen der Staatsmacht und der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* kulminierte in der Verhängung des Kriegsrechts in der Nacht zum 13. Dezember 1981. Umfassende Repressionsmaßnahmen wie Verhaftungen und Internierungen, aber auch eine durchgreifende Disziplinierung von Wirtschaft, Verwaltung und Medien waren die Folge. Dies betraf auch die Wissenschaft, die schon vorher, insbesondere im Sommer 1980, Objekt staatlicher Überwachung und Kontrolle geworden war.

Im zweiten Kurs des Mainzer Modells riss mit der Verhängung des Kriegsrechts zunächst der Kontakt nach Krakau ganz ab, erst Anfang 1982 konnte er wiederhergestellt werden. Dennoch wurden die Arbeiten von den Verantwortlichen konsequent fortgeführt. Noch während der erste Jahreslehrgang, der mit der Abschlussprüfung am 27. und 28. Februar 1981 beendet wurde, im Gang war, fing der zweite Lehrgang Mitte Februar 1981 an.²² Für diesen meldeten sich, trotz der politischen Ereignisse in Polen, 42, für den dritten Kurs von März 1982 bis Februar 1983, dann schon 46 Teilnehmende an. Zur Bewältigung der anfallenden organisatorischen Arbeiten übernahm seit dem 15. Oktober 1980 Alfred Gerhard Świerk nebenberuflich die Betreuung des Begleitprogramms und des polnischsprachigen Teils der Kooperation mit Krakau.

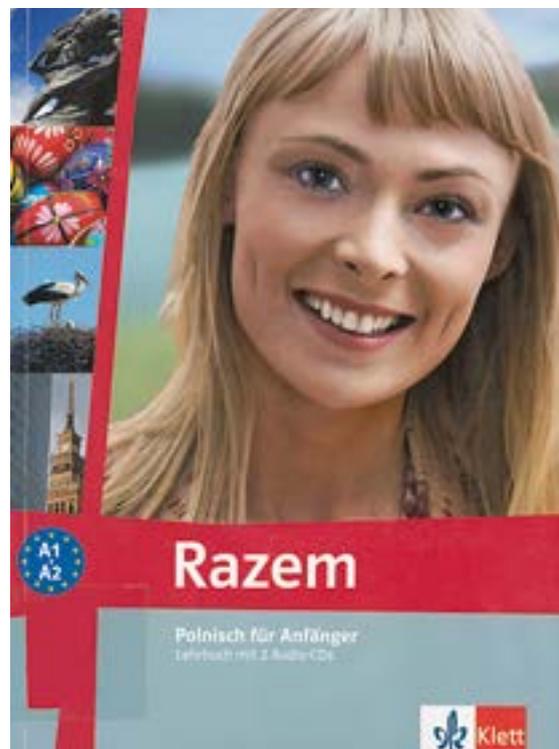
Den Universitäten Krakau und Mainz lag sehr an einer Fortführung der Zusammenarbeit. Das lässt sich unter anderem an der wissenschaftlichen Begleitung des Modells ablesen.²³ Der Abschlussbericht, den Schlaum am 31. März 1983 verfasste, hält nach dem Auslaufen des auf drei Jahre hin konzipierten Mainzer Modells eine insgesamt sehr positive Bilanz fest. In ihm wird der Ertrag des Modellversuchs detailliert zusammengestellt und auf den Vorzug einer studienbegleitenden, mit Intensivphasen in der Semesterpause arbeitenden Sprachvermittlung hingewiesen.²⁴ Die Kostenabrechnung ergab, dass für die insgesamt 126 Teilnehmenden des Lehrgangs, die auch an der Kursphase in Polen teilnahmen, Kosten von insgesamt 6.640 DM pro Person angefallen waren, von denen der weitaus größte Teil, 6.280 DM, aus Mitteln der öffentlichen Hand beglichen wurden, während die Studierenden einen Eigenanteil von 360 DM beisteuerten, mit dem ein Teil der Kosten des Aufenthalts in Krakau bezahlt wurde (60 DM pro Woche). In einer Begleituntersuchung wurde eine systematische Auswertung von Herkunft, Motivation und Erfahrungen der teilnehmenden Studierenden vorgenommen.²⁵ In der Darstellung der ausgewerteten Interviews, Anmeldebögen und Rückmeldungen der

Teilnehmenden kamen die Studienleiter zu folgendem Ergebnis: »Die Konzeption des Kurses wurde von der überwiegenden Mehrheit aller drei Jahreslehrgänge positiv bewertet.«²⁶ Hervorgehoben wurde auch, dass »die Polenreise sehr erfolgreich und lehrreich, ein großartiges Erlebnis und unbestritten der Höhepunkt des gesamten Sprachlehrgangs gewesen sei«.²⁷ Schon vor dem Auslaufen der dreijährigen Projektphase wurde die Möglichkeit einer Fortsetzung des Modells ins Auge gefasst. Voraussetzung dafür war eine institutionelle Anbindung an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Gründung des Mainzer Polonicums

Da die Verantwortlichen des Mainzer Modells und die an ihm beteiligten Lehrkräfte an die JGU gebunden waren, wurde eine institutionell verankerte Anbindung als offensichtliche Lösung angestrebt. Es war lediglich zu klären, welchem Fachbereich das Modell zugeordnet werden sollte. Schon früh wurde die Idee ins Spiel gebracht, es dem damaligen Fachbereich 15 (Philologie III) und dort dem Institut für Slavistik anzugliedern. Gleichzeitig wurde in Erwägung gezogen, den Sprachlehrgang in seinem Umfang zu reduzieren und aus dem Jahreslehrgang einen in drei Phasen unterteilten Halbjahreskurs zu machen. Dieser Vorschlag ging auf die schon im Abschlussbericht zum Mainzer Modell festgehaltene Erfahrung zurück, dass sich Studierende kritisch über die Kursdauer äußerten, da sie eine Beeinträchtigung des regulären Studiums befürchteten; einige sprangen im zweiten Kursteil kurzerhand ab. Für die Integration beschloss man, diesen Erfahrungen Rechnung zu tragen. Der neukonzipierte Lehrgang sah wie bisher eine sechswöchige Intensivphase vor Semesterbeginn, eine Semesterphase mit vier Stunden sprachpraktischem Unterricht und zwei Stunden Arbeitsgemeinschaft zur Beschäftigung mit einem breit gefächerten Begleitprogramm zu Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie eine Kursphase in Polen gleich nach Ende der Vorlesungszeit vor. Mit diesem Aufbau wäre die zweimalige Durchführung des Lehrgangs im Jahr möglich gewesen, eine Option, die man einige Zeit nach der Einbindung in die Slavistik dann auch in die Tat umsetzte. Am 10. Dezember 1982 beschloss der Senat der JGU, die Weiterführung des Mainzer Modells dem Institut für Slavistik zu überantworten.²⁸ Mit dieser Integration erfolgte auch die Umbenennung in Mainzer Polonicum. Der erste Lehrgang lief nach der institutionellen Verankerung des Mainzer Modells am 7. März 1983 an. Zunächst als jährliches Angebot durchgeführt, ging man in der Folge dazu über, den Lehrgang zweimal im Jahr anzubieten. Man setzte dabei auch die Zusammenarbeit mit dem Institut der Forschung zu den Auslandspolen an der Jagiellonen-Universität in Krakau fort und schaffte es, die Kursteilnehmer vor Ort in Gastfamilien unterzubringen.

Im Zuge der Integration in die Slavistik wurde bekräftigt, dass das Profil des Mainzer Modells bewahrt werden, also neben dem Spracherwerb als zweites, gleichberechtigtes Standbein der landeskundliche Bereich mit seinen facettenreichen Aspekten Beachtung finden sollte. An »sprachkundigen Ignoranten«,²⁹ wie Schläu im Abschlussbericht zum Mainzer Modell scharfzüngig formulierte, hatte man weiterhin kein Interesse. Räumlichkeiten für das Lehrpersonal sowie den Unterricht und die Administration wurden dem Polonicum auf dem Campus in nächster Nähe des Instituts für Slavistik zur Verfügung gestellt. Mit der institutionellen Verankerung und der Zuweisung von Räumen wurde auch der Aufbau einer fachwissenschaftlichen Bibliothek möglich. Der Literatuerwerb orientierte sich am Profil des Polonicums. Neben sprachpraktischen Lehrbüchern, Wörterbüchern, Handbüchern zur Grammatik und Sprachgeschichte sowie allgemeinen sprachwissenschaftlichen Fragestellungen, insbesondere der Glottodidaktik, zählen auch Bücher über Geschichte und Kultur, Politik und Landeskunde, aber auch Belletristik und Kartenmaterial und Nachschlagewerke zum Sammelgebiet der Bibliothek, die inzwischen der Bereichsbibliothek Philosophicum der Universitätsbibliothek Mainz angeschlossen ist.³⁰



Die langjährige Mitarbeiterin des Polonicums, Maria Maskala, wirkte an diesem Polnisch-Lehrwerk von 2009 mit. Quelle: Ernst Klett Sprachen GmbH Stuttgart.³¹

Die für ganz Europa, aber vor allem auch für Polen und Deutschland, so wichtige Zäsur von 1989 hat sich im Tätigkeitsprofil des Mainzer Polonicums nur geringfügig bemerkbar gemacht. Am grundsätzlichen Aufbau des Lehrgangs hat sich nichts geändert, wohl aber wurden die Themen im landeskundlichen Teil an die Ereignisse und neuen Rahmenbedingungen angepasst. Vor allem aber ist mit der 1989/90 einsetzenden Demokratisierung in Polen und den daraus hervorgehenden epochalen Schritten wie dem Beitritt Polens zur NATO beziehungsweise der Europäischen Union der Kontakt zwischen Deutschland und Polen wesentlich vereinfacht worden. Auf eine stabile Grundlage gestellt wurde die deutsch-polnische Nachbarschaft mit der Unterzeichnung des *Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit* im Jahr 1991. Seit dem Systemwechsel blieben politische Interventionen glücklicherweise aus. Allerdings sind die Mittel der öffentlichen Hand im Laufe der Zeit deutlich reduziert worden. Die Zusammenarbeit mit den polnischen Partnern in Krakau, später auch in Breslau und Warschau, hat in der Zeit seit der Wende trotz allen Schwankungen im deutsch-polnischen Verhältnis reibungslos funktioniert. Das Mainzer Polonicum begreift sich heute als eine Einrichtung, die ihrer Arbeit unabhängig von der aktuellen politischen Tageslage nachgeht, zugleich aber mit wachem Gespür Entwicklungen und Verwerfungen in der Politik verfolgt und im Rahmen des Lehrprogramms vor dem Hintergrund historisch-gesellschaftlicher Zusammenhänge einordnet.

Während im Bereich der Sprachpraxis mit der Zeit umfangreiche Erfahrungen gesammelt und ein tragfähiges Unterrichtskonzept entwickelt und umgesetzt werden konnte, sind im kulturkundlichen Teil im Zuge der politischen und historischen Entwicklung auffälligere Veränderungen zu verzeichnen. In der konkreten inhaltlichen Gestaltung und vor allem in der Wahl der Themen haben sich aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vielfältige Umgestaltungen ergeben. Vor allem die politischen Umwälzungen, mithin die Entstehung der *Solidarność*

Resümee und Ausblick

oder die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981, aber auch die späteren Entwicklungen bis hin zum Sturz des kommunistischen Regimes und der Initiierung grundlegender Reformen hinterließen Spuren. Gerade in der Wendezeit von 1989/90 und den Folgejahren rückten Vorträge zum Wandel der politischen, ökonomischen sowie gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen in den Fokus. Zudem kann bis heute im kulturkundlichen Teil relativ spontan auch auf kurzfristige Geschehnisse eingegangen werden, etwa auf den Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010, als eine polnische Maschine mit dem damaligen Präsidenten Lech Kaczyński und einer hochrangigen Delegation auf ihrem Weg zu einer Gedenkfeier in Erinnerung an die Opfer der Massenerschießungen von Katyń abstürzte. Besonders ertragreich für die Gestaltung des Programms hat sich die enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Poleninstitut in Darmstadt erwiesen, dessen Mitarbeiter wiederholt thematisch breit gefächerte Vorträge am Mainzer Polonicum hielten. Aber auch die Kooperation mit der Osteuropäischen Geschichte der JGU und dem Fachbereich 06 (Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft) in Gernersheim bereichert bis heute die Kulturkunde und darüber hinausreichende Aktivitäten des Polonicums wie öffentliche Vorträge, Filmvorführungen und Lesungen. Bewährt hat sich außerdem die Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Mainz-Wiesbaden e. V. oder auch dem Polnischen Institut in Düsseldorf.

Ein besonderes Highlight sind in der langen Geschichte des Mainzer Polonicums die Autorenlesungen. Neben großen Persönlichkeiten der polnischen Nachkriegsliteratur wie Tadeusz Różewicz sind vor allem jüngere Stimmen der Gegenwartsliteratur wie Lidia Amejko, Sylwia Chutnik oder Alexandra Tobor zu nennen. Auch Filmvorführungen mit anschließender Diskussion stießen auf ein reges Interesse nicht nur unter Studierenden. Namentlich genannt sei an dieser Stelle die Präsentation des Films *Solidarność według kobiet* (*Die Frauen der Solidarität*, 2014) im Herbst 2015 mit den beiden Filmschaffenden Agata Przyborowska-Stolz und Piotr Śliwowski. Daneben fanden in den letzten Jahren Begegnungen mit Überlebenden der Shoah wie Henriette Kretz und Maria Stroińska eine überaus breite öffentliche Resonanz.

An der Zusammensetzung der Teilnehmenden hat sich seit der Einrichtung des Mainzer Polonicums wenig verändert. So ist nach wie vor eine breite Palette von Fachrichtungen in den Kursen vertreten. Im Zeitraum von 2008 bis zum Sommer 2016 haben 334 Studierende, davon 246 Frauen und 88 Männer, das Mainzer Polonicum mit einer Zusatzqualifikation in polnischer Sprache und Kultur absolviert. Vertreten waren insgesamt 56 Fächer, die mehrheitlich an der JGU im Rahmen der verschiedenen Studiengänge studiert wurden, aber auch Promovierende und Gasthörer befanden sich unter den Teilnehmern.³²

Erwähnenswert ist für die Tätigkeitsbilanz des Mainzer Polonicums, dass heute namhafte Expertinnen und Experten aus den Bereichen Medien, Wissenschaft, Kulturvermittlung, Verlagswesen und Politik beziehungsweise Politikberatung einst als Studierende von dem Mainzer Lehrangebot Gebrauch machten. Mit Recht darf man daher davon sprechen, dass das Mainzer Polonicum im Laufe seiner jahrzehntelangen Tätigkeit Generationen von Polen-Spezialisten ausgebildet hat.

Heute besuchen Studierende aus allen Fachbereichen die zweimal im Jahr angebotenen Grundlehrgänge der polnischen Sprache. Vor allem als Vorbereitung für einen Studienaufenthalt in Polen, zum Beispiel im Rahmen des Erasmus-Programms, erfreut sich das Polonicum großer Beliebtheit. Aus dem langjährigen Engagement ist so mit der Zeit eine über die Grenzen Deutschlands hinaus anerkannte Bildungseinrichtung entstanden, über die mit Recht gesagt werden kann, dass sie mit ihrem Wirken die Verständigung zwischen Deutschland und Polen verbessert und damit schon manches politische Unwetter heil überstanden hat. Bis heute sieht sich das Polonicum der Förderung der gegenseitigen Verständigung verpflichtet. Die aus dem auch institutionell organisierten Umfeld der zwangsumgesiedelten Deutschen hervorgebrachte Intention, das östliche Kulturerbe der Deutschen zu erhalten, verwandelte sich mit der neuen deutschen Ostpolitik in der

Zeit der sozialliberalen Regierung und hat die Einrichtung des Polonicums ermöglicht. Entscheidend war und ist die Mitwirkung der polnischen Seite, die auf Regierungsebene durch die Unterzeichnung der entsprechenden Abkommen den Rahmen geschaffen hat für universitäre Einrichtungen, die mit großem Interesse und Engagement die Zusammenarbeit mit der JGU im Allgemeinen und dem Polonicum im Besonderen tatkräftig unterstützt haben und dies bis auf den heutigen Tag allen Kurswechsellern in der Politik zum Trotz nach wie vor weiter tun.

Anmerkungen

- 1 Vgl. [o. V.]: Besuch aus Polen. In: *Jogu* 6 (1975), Nr. 38, S. 2.
- 2 Josef Georg Ziegler war der erste deutsche Theologe, dem nach dem Zweiten Weltkrieg die Ehrendoktorwürde durch eine polnische Universität, die Katholische Akademie der Universität Warschau, verliehen wurde (1983). Vgl. [o. V.]: Josef Georg Ziegler verstorben. In: *Mainzer Bistumsnachrichten*, 8.11.2006, Nr. 41, URL: <https://mbn.bistummainz.de/archiv/2006---2010/mbn-2006/mbn-061108#15> (abgerufen am 12.10.2018).
- 3 Vgl. zum Abkommen [o. V.]: Polnische Theologie und Philosophie. In: *Jogu* 11 (1980), Nr. 72, S. 4.
- 4 Vgl. den Bericht des Pressereferenten des Fachbereichs Katholische Theologie in Rock: Podiumsdiskussion mit polnischen Theologen. In: *Jogu* 8 (1977), Nr. 53, S. 18.
- 5 Vgl. Güth: Literatur und Kultur in Polen. In: *Jogu* 11 (1982), Nr. 81, S. 7.
- 6 Vgl. zur Unterzeichnung des Abkommens und den Hintergründen dies.: Die rot weiße Fahne auf den Zinnen der Festung Europas. In: *Jogu* 16 (1988), Nr. 115, S. 7.
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Berger und Wolfgang Breul in diesem Band.
- 8 Vgl. Reichert-Flögel: *Mainzer Modell*, S. 21.
- 9 Zu den Anfängen vgl. ebd., S. 5–21.
- 10 Davon legen auch wissenschaftliche Publikationen Zeugnis ab. Vgl. Schlaw: *Landvolk u. ders.* (Hrsg.): *Die Ostdeutschen*.
- 11 Auch abgedr. in Reichert-Flögel: *Mainzer Modell*, S. 80f.
- 12 Universitätsarchiv Mainz (UA Mainz), Best. 98/18, Exposé von Winfried Schlaw vom 8.5.1975.
- 13 Vgl. Barcz: *Umowy kulturalne*, S. 103–109.
- 14 Vgl. UA Mainz, Best. 98/18, Exposé von Winfried Schlaw vom 8.5.1975. Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Dingfelder Stone in diesem Band.
- 15 In einem Brief vom 25.7.1977 beklagte sich Schlaw über die in der Bundesrepublik nur wenig verbreiteten Kenntnisse des Polnischen. Vgl. UA Mainz, Best. 98/16, Winfried Schlaw an Staatsminister a. D. Karl Hemfler (Wiesbaden) am 25.7.1977. Im *Main Echo* vom 12.8.1977 wies er auch auf den drohenden »intellektuellen Provinzialismus« hin, der sich aus mangelnden Sprachkenntnissen und fehlender internationaler Erfahrung ergebe. Ebd. Zeitungsausschnitt als Anl. zum oben genannten Brief an Staatsminister a. D. Karl Hemfler.
- 16 So in UA Mainz, Best. 98/13, Winfried Schlaw an die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes am 28.11.1982.
- 17 Vgl. dazu URL: <https://www.ur.de/bohemicum> (abgerufen am 12.9.2019).
- 18 Vgl. dazu URL: <https://slawistik.uni-greifswald.de/studium/angebot/ukrainicum> (abgerufen am 12.9.2019).
- 19 Vgl. dazu URL: <http://www.uni-saarland.de/fak4/fr44/bulgaricum> (abgerufen am 12.9.2019).
- 20 Vgl. die Berichterstattung über die Ausschreibung bei Güth: Polnisch in einem Jahr. In: *Jogu* 10 (1979), Nr. 65, S. 13. Vgl. dazu auch die kurze Nachricht zu den Anmeldungen, die einen Start des Lehrgangs erlaubten. Dies.: *Mainzer Modell kann starten: Teilnehmer-Soll bereits erfüllt*. In: *Jogu* 10 (1979), Nr. 66, S. 8.
- 21 Vgl. Orłowski: *Polnischer Sommer 1980: Sprache, Kultur und Begegnungen*. In: *Jogu* 11 (1980), Nr. 71, S. 13.
- 22 Vgl. [o. V.]: Ein kurzer Abschlussbericht erschienen: Zweiter Jahreslehrgang beim Mainzer Modell. In: *Jogu* 12 (1981), Nr. 74, S. 22. Über den Aufenthalt in Krakau im Sommer 1982 im Rahmen des dritten Jahreslehrgangs berichtete ebenfalls einer der Kursteilnehmer. Vgl. Marschall: *Krakauer Impressionen*. In: *Jogu* 13 (1982), Nr. 81, S. 6f.
- 23 Parallel zur Durchführung der Lehrgänge widmete bspw. der Krakauer Doktorand Waldemar Martyniuk seine Dissertation der Methodik und didaktischen Umsetzung des für die Mainzer Studierenden entwickelten Sprachlehrmodells. Vgl. Marschall: *Mainzer Modell*. In: *Jogu* 13 (1982), Nr. 82, S. 16.
- 24 Vgl. Reichert-Flögel: *Mainzer Modell*, S. 58–65.
- 25 Die Begleituntersuchung ist abgedr. in ebd., S. 49–55.
- 26 Ebd., S. 52.
- 27 Ebd., S. 54.
- 28 Vgl. ebd., S. 52f.
- 29 Ebd., S. 59. Gegen die Reduktion des Modells zum »müden Sprachkurs« sprach sich auch der damalige Dekan des FB 15 in einem Brief vom 21.12.1982 an den FAZ-Redakteur Jörg Breuer aus. Vgl. das Schreiben im UA Mainz, Best. 98/16.
- 30 Vgl. dazu URL: <https://www.ub.uni-mainz.de/polonicum/> (abgerufen am 12.9.2019). Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian König in diesem Band.
- 31 Vgl. Hunstiger/Maskała (Hrsg.): *Razem*.
- 32 Die Angaben beruhen auf einer durch das Mainzer Polonicum durchgeführten statistischen Auswertung der Kursteilnehmenden.

ANHÄNGE

I
II
III
IV
V

Leitung und Struktur

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) zählt mit ihrem effizienten und nachhaltigen Wissenschaftsmanagement zu den führenden Universitäten im deutschsprachigen Raum. Strategische Entscheidungen über die Entwicklung der JGU treffen der Hochschulrat, das Präsidium und der Senat. Die Universität gliedert sich derzeit in zehn Fachbereiche und zwei künstlerische Hochschulen. Diese bilden die organisatorischen Grundeinheiten der Universität. Die Zentralen Einrichtungen erfüllen Aufgaben, die fachbereichsübergreifend zu erledigen sind, unter anderem auf den Gebieten der Forschung einschließlich des Forschungstransfers, der Lehre, des Studiums, der Informations- und Kommunikationstechnik sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung. Die zentrale Verwaltung unterstützt gemeinsam mit den Stabsstellen des Präsidenten und der Kanzlerin Beschäftigte und das Präsidium der JGU bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Hochschulleitung



**Univ.-Prof. Dr.
Georg Krausch**

Präsident
seit 2007



**Univ.-Prof. Dr.
Stefan Müller-Stach**

Vizepräsident für Forschung und
wissenschaftlichen Nachwuchs
seit 2017



**Univ.-Prof. Dr.
Stephan Jolie**

Vizepräsident für Studium und Lehre
seit 2018



**Dr.
Waltraud Kreutz-Gers**

Kanzlerin
seit 2013



**Univ.-Prof. Dr.
Franz Rothlauf**

Chief Information Officer (CIO)
seit 2016

HOCHSCHULGREMIEN

Senat

Hochschulrat

Hochschulkuratorium

FACHBEREICHE

FB 01
Katholische und Evangelische
Theologie

FB 02
Sozialwissenschaften,
Medien und Sport

FB 03
Rechts- und Wirtschaftswis-
senschaften

FB 04
Universitätsmedizin

FB 05
Philosophie und
Philologie

FB 06
Translations-, Sprach-
und Kulturwissenschaft

FB 07
Geschichts- und
Kulturwissenschaften

FB 08
Physik, Mathematik
und Informatik

FB 09
Chemie, Pharmazie, Geogra-
phie und Geowissenschaften

FB 10
Biologie

Hochschule für Musik
Mainz

Kunsthochschule
Mainz

ZENTRALE EINRICHTUNGEN

Collegium
musicum

Forschungsreaktor
TRIGA Mainz (TRIGA)

GFK: Gutenberg
Forschungskolleg

GLK: Gutenberg
Lehrkolleg

GNK: Gutenberg
Nachwuchskolleg

GSHS: Gutenberg Graduate
School of the Humanities
and Social Sciences

ISSK: Internationales
Studien- und Sprachenkolleg

Studium generale

UB: Universitätsbibliothek

ZDV: Zentrum für
Datenverarbeitung

ZfL: Zentrum für
Lehrerbildung

ZQ: Zentrum für
Qualitätssicherung
und -entwicklung

ZWW: Zentrum für
wissenschaftliche
Weiterbildung

Der Wissenschaftsstandort Mainz

Am forschungsstarken Wissenschaftsstandort Mainz zeigt die Profilbildung von Wissenschaft und Forschung seit 2007 große Erfolge. Die Anzahl der vom Bund kofinanzierten Forschungsinstitute in Nachbarschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) konnte verdreifacht werden – und hinsichtlich der institutionellen Formen der Zusammenarbeit wurde mit der Gründung des Max Planck Graduate Centers, des Helmholtz-Instituts Mainz und des Instituts für Molekulare Biologie gleich mehrfach Neuland betreten.

-
- Max Planck Graduate Center mit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (MPGC) entsteht.** Die neu gegründete interdisziplinäre Graduiertenschule ist beispielhaft für innovative Formen der Kooperation mit außeruniversitären Partnern. 2008
- Institut für Molekulare Biologie (IMB) gegründet.** Mit über 100 Millionen Euro von der Boehringer Ingelheim Stiftung entsteht der Nukleus für eine Neuausrichtung der Lebenswissenschaften an der JGU. 2009
- Helmholtz-Institut Mainz (HIM) gegründet.** Die langjährige Zusammenarbeit der Mainzer Teilchen- und Hadronenphysik mit dem Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung (GSI) Darmstadt institutionalisiert sich im HIM. 2011
- WissenschaftsCampus Mainz entsteht.** Die Initiative der Leibniz-Gemeinschaft führt zum weltweit einzigartigen Forschungsverbund des Römisch-Germanisches Zentralmuseum - Leibniz Forschungsinstitut für Archäologie (RGZM) und der JGU in der interdisziplinären Byzanzforschung. 2011
- Institut für Europäische Geschichte (IEG) wird Leibniz-Institut.** Die JGU unterstützt die Aufnahme des Instituts für Europäische Geschichte in die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. aktiv. 2012
- Institut für Mikrotechnik Mainz (IMM) in die Fraunhofer-Gesellschaft aufgenommen.** Die JGU pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem IMM, das künftig unter dem Dach der größten Organisation für angewandte Forschung in Europa forschen wird. 2013
- Leibniz Institut für Resilienzforschung (LIR).** Das wissenschaftlich eigenständige Forschungsinstitut hat sich die Erforschung der Resilienz zum Ziel gesetzt. In dem europaweit ersten Zentrum dieser Art schließen Neurowissenschaftler_innen, Mediziner_innen, Psycholog_innen und Sozialwissenschaftler_innen auf innovative Weise eine wichtige Lücke in der deutschen Forschungslandschaft. 2014
- Helmholtz-Institut für translationale Onkologie (HI-TRON).** Im neuen Helmholtz-Institut HI-TRON kooperiert das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) mit dem Forschungsinstitut für Translationale Onkologie (TRON gGmbH). Ziel der Partnerschaft ist es, schlagkräftige Immuntherapien zu entwickeln und neue Biomarker für die Wirksamkeit der Behandlung zu identifizieren. 2018
- Institut für Biotechnologie und Wirkstoff-Forschung (IBWF gGmbH) zieht nach Mainz.** Das in Deutschland einmalige Kompetenzzentrum zur integrierten Naturstoff-Forschung zieht in das neu fertiggestellte BioZentrum II auf dem Life-Science-Campus der JGU. 2020



HIM
HELMHOLTZ
Helmholtz-Institut Mainz



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ



JGU UNIVERSITÄT **medizin.**
MAINZ



Die Rhein-Main-Universitäten (RMU)

102.800 Studierende
52 % Frauen, 48 % Männer
(Wintersemester 2019/20)

15.600 Absolvent_innen
54 % Frauen, 46 % Männer
(2018/19)

1.700 Promotionen
46 % Frauen, 54 % Männer
(2018/19)

21 DFG-Sonderforschungsbereiche
in Sprecherschaft der Rhein-Main-Universitäten
(2019; SFB plus SFB-TRR)

JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ

GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT A. M.

41 ERC-Förderungen
vom Europäischen Forschungsrat (ERC) ausgezeichnete Wissenschaftler/innen
(2019)

14 DFG-Graduiertenkollegs
in Sprecherschaft der Rhein-Main-Universitäten
(2019)

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

526 Mio. Euro Drittmittel
(Einnahmen 2018)

22 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Selbstständige Institute der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft sowie der Akademien (2019)

1.457 Professuren
24 % Frauen, 76 % Männer
(2018)

Forschung

JGU



Quelle: Zahlenspiegel der JGU 2019

630 Promotionen
34 Habilitationen

- 1 Exzellenz-Graduiertenschule
- 1 Exzellenzcluster
- 22 Sonderforschungsbereiche / Transregios
- 7 DFG-Graduiertenkollegs
- 16 Forschungsgruppen
- > 50 Forschungsprojekte der EU
- > 100 Forschungsprojekte des Bundes
- 5 Profildbereiche der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz
- 8 Potentialbereiche der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz

EXZELLENZCLUSTER PRISMA⁺

Der Blick zu den kleinsten Bausteinen der Materie und in die unendlichen Weiten des Universums – für diese Physik der Extreme steht das Exzellenzcluster PRISMA⁺. Auf der Suche nach „neuer Physik“ loten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Grenzen des Wissens immer wieder aufs Neue aus.

 **2019 – 2025**
Förderzeitraum
(zweite Förderperiode)

 **52 Mio.**
Fördersumme (in Euro)



46 leitende Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler,
105 Doktorandinnen und
Doktoranden, 56 Postdocs,
10 neue Forschungsgruppen seit 2012
Stand: 2019



Beteiligte Institute:
Institut für Physik, JGU;
Institut für Kernphysik, JGU;
Department Chemie, JGU;
Helmholtz-Institut Mainz (HIM)



www.prisma.uni-mainz.de

PRISMA⁺ (Präzisionsphysik, fundamentale Wechselwirkungen und Struktur der Materie) wird gefördert durch die Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder.

JGU

PROFILBEREICHE

Die Profilbereiche der JGU vereinen international etablierte Arbeitsgruppen, die bereits herausragende Leistungen erbracht haben.

Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz

2018 hat das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz die Fortsetzung der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz bestätigt und die neuen Bedingungen für die Förderung großer interdisziplinärer Forschungsverbände mit den Universitäten abgestimmt. Aus „Forschungszentren und -schwerpunkten“ sind „Profil- und Potentialbereiche“ geworden, die die Hochschulleitung mit Unterstützung des GFK-Leitungsgremiums ausgewählt hat.

JGU

POTENTIALBEREICHE

In den Potentialbereichen der JGU arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen, um neue Forschungsfelder zu erschließen, die wesentlich zur Profilbildung der Universität beitragen können.

Altertumswissenschaften

Challenges <https://challenges.uni-mainz.de/>
40.000 Years of Human Challenges: Perception, Conceptualization and Coping in Premodern Societies

Naturwissenschaftliche Modellierung

M³ODEL <https://model.uni-mainz.de/>
Mainz Institute of Multiscale Modeling

Lebenswissenschaften

ReALity <https://reality.uni-mainz.de/>
Resilience, Adaptation and Longevity

Ressourcenschonende Chemie

SusInnoScience <https://susinnoscience.uni-mainz.de/>
Sustainable Chemistry as the Key to Innovation in Resource-efficient Science in the Anthropocene

Materialwissenschaften

TopDyn <https://topdyn.uni-mainz.de/>
Topology and Dynamics

Nordamerikaforschung

Obama Institute <http://www.obama-institute.com/>
Disruption and Democracy in America

Kultur- und Sozialwissenschaften

SoCuM <https://www.socum.uni-mainz.de/>
Sozial- und Kulturwissenschaften

Interkulturalitätsforschung

ZIS <https://www.zis.uni-mainz.de/>
Zentrum für Interkulturelle Studien

Kulturgeschichte

FNZ <https://fnz.uni-mainz.de>
Forschungsplattform Frühe Neuzeit

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

IPP <https://ipp-mainz.uni-mainz.de/>
Interdisciplinary Public Policy

Multidisziplinäre Lehr-Lernforschung

PLATO <https://www.plato.uni-mainz.de/>
Positive Learning at Risk in the Age of Information

Geowissenschaften

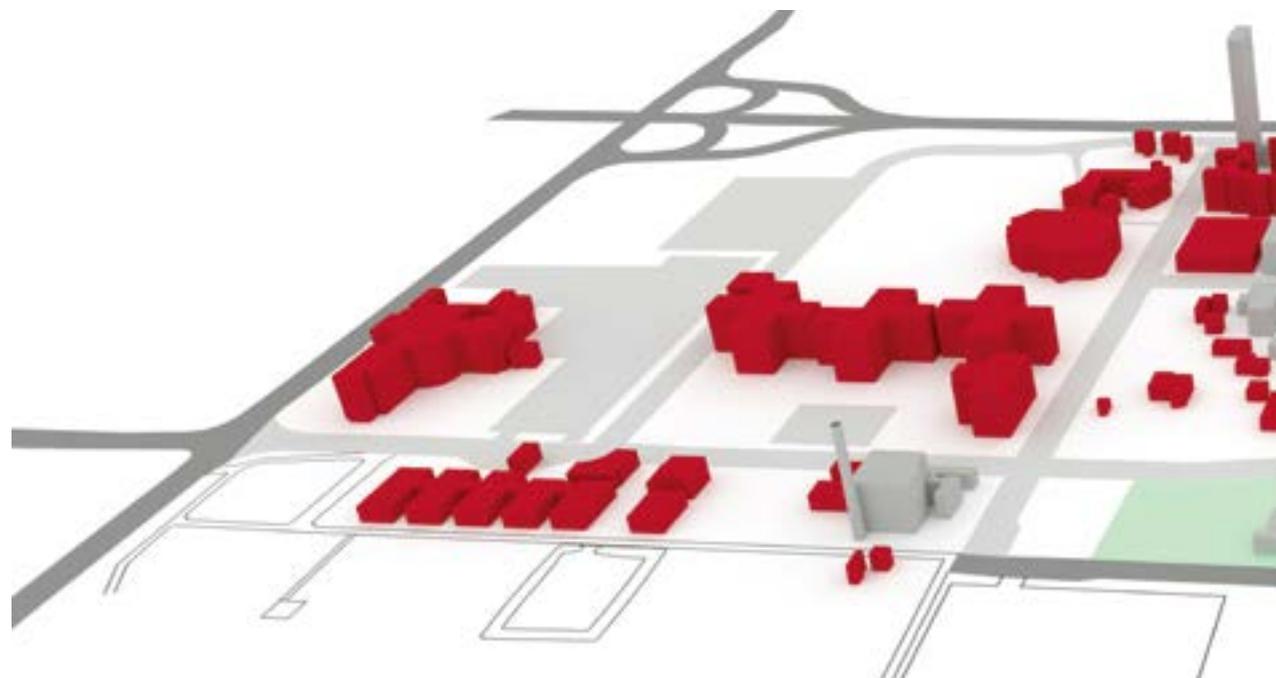
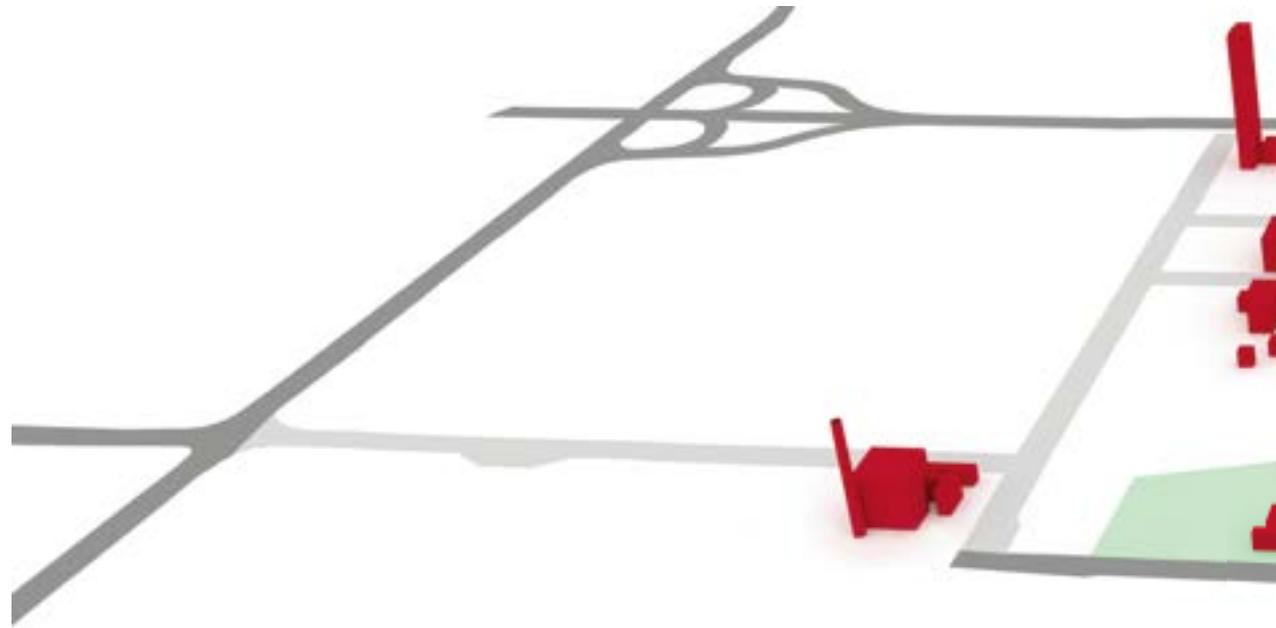
TeMaS <http://www.terrestrialmagmaticsystems.eu/>
Terrestrial Magmatic Systems

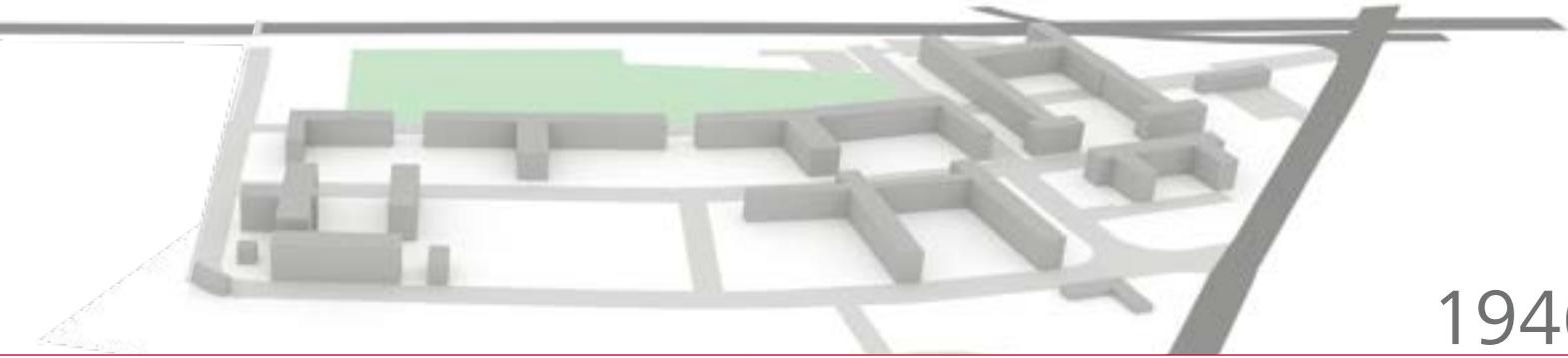
Schul-, Bildungs- und Hochschulforschung

ZSBH <https://www.zsbh.uni-mainz.de/>
Zentrum für Schul-, Bildungs- und Hochschulforschung

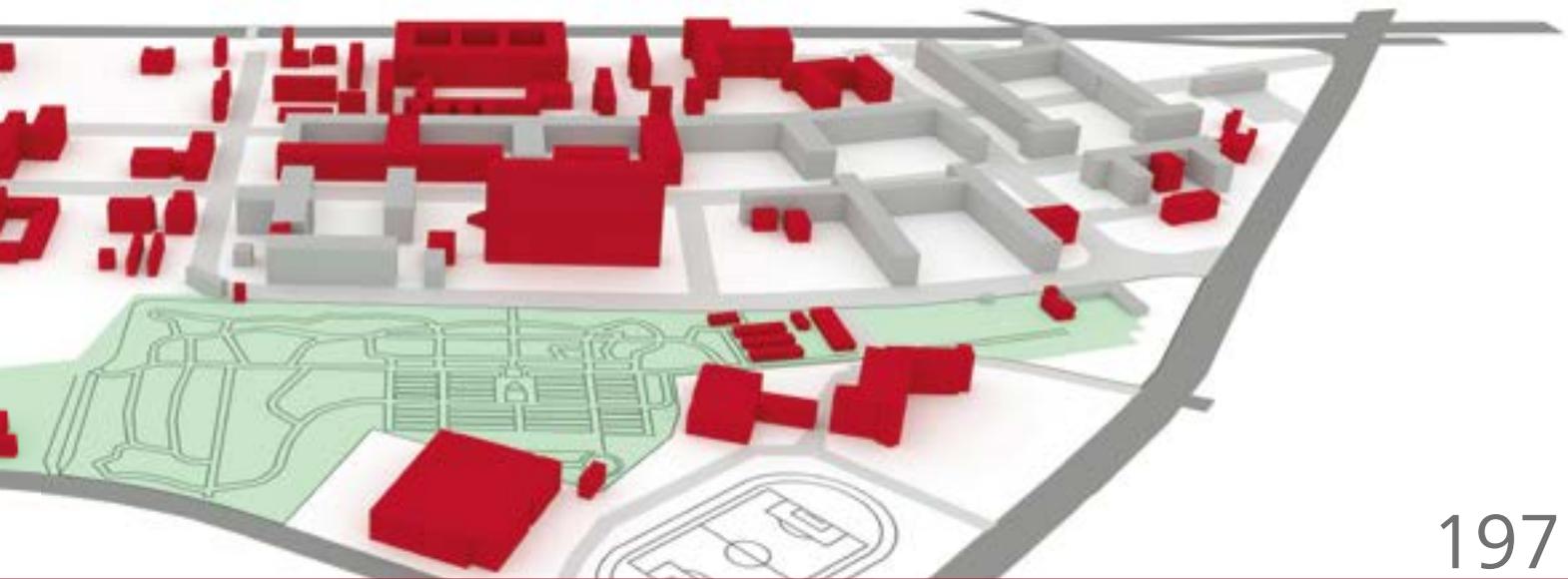
Der Gutenberg-Campus im Zeitverlauf 1946 – 1971 – 1996

Die drei Karten zeigen die flächenmäßige Ausdehnung und bauliche Entwicklung des Gutenberg-Campus im Abstand von 25 Jahren. Die rot gekennzeichneten Gebäude sind Neu-, Um- oder Erweiterungsbauten.

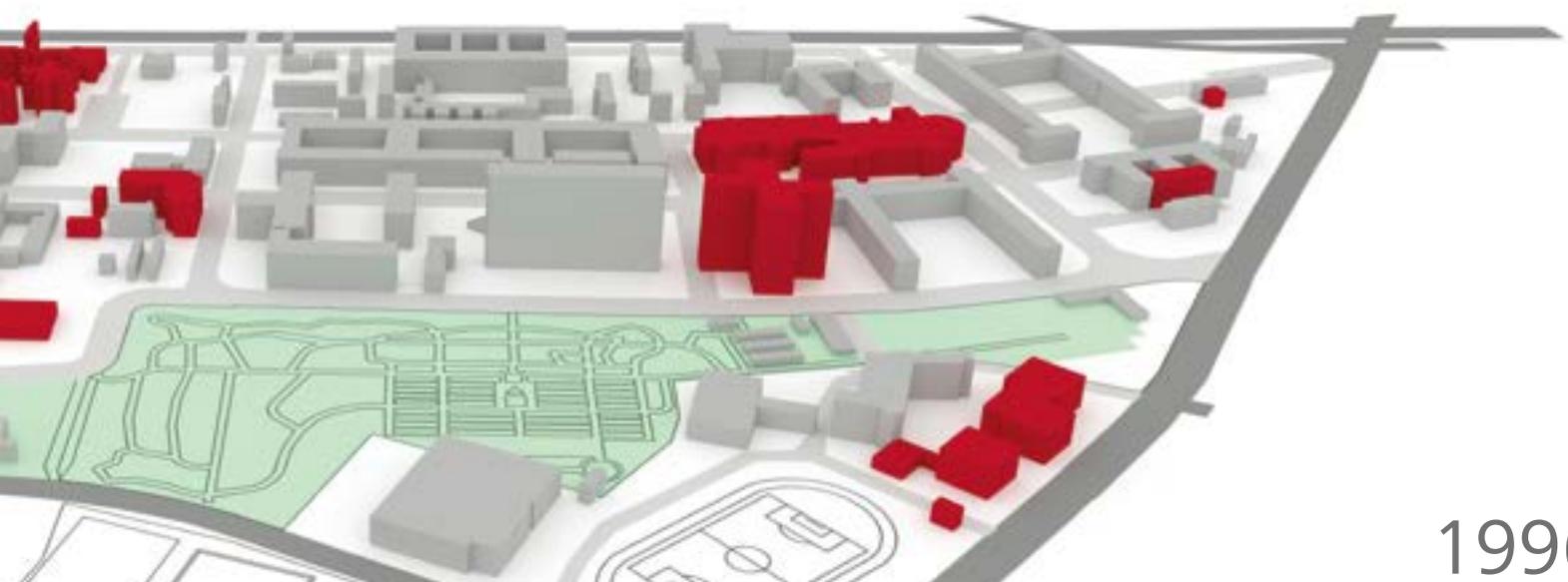




1946



1971



1996

Der Gutenberg-Campus 2021

Als einzige deutsche Universität ihrer Größe vereinigt die JGU fast alle ihre Einrichtungen auf einem innenstadtnahen Campus, der zudem die Hochschule für Musik Mainz sowie vier Partnerinstitute der Spitzenforschung beherbergt: das Max-Planck-Institut für Chemie, das Max-Planck-Institut für Polymerforschung, das Helmholtz-Institut Mainz und das Institut für Molekulare Biologie.

Das Land Rheinland-Pfalz und die Universität sind dabei, den Gutenberg-Campus grundlegend baulich zu erneuern und städtebaulich weiterzuentwickeln. Seit 2005 wurden zahlreiche Baumaßnahmen in Angriff genommen oder fertiggestellt; weitere sind in Planung. Bei vier Forschungsbauten ist es gelungen, eine Kofinanzierung durch den Bund einzuwerben. Auf diese Weise fließen rund 80 Millionen Euro von Berlin nach Mainz.*



Baubeginn Fernkältezentrale

Leistungsstarke und sichere Energieversorgung
Fertigstellung 2021

24 Millionen Euro

2019

Fritz-Strassmann-Gebäude

Neubau für die Kernchemie

10,7 Millionen Euro

2008



Max-Planck-Institut für Chemie

Offene Architektur, inspiriert von Forschungsthemen

44 Millionen Euro

2012



Physikalische Chemie

Baulicher Abschluss des Gebäude-Ensembles für die Chemie

33 Millionen Euro

2012



Biomedizinisches Forschungszentrum

Sanierung gefördert durch Bund und Land

42 Millionen Euro

2015



Institut für Molekulare Biologie

Leuchtturm für die Wissenschaft

51 Millionen Euro

2011



Hörsaalgebäude Chemie und Physik

Zeitgemäße Räume für das Studium

7,3 Millionen Euro

2008



Helmholtz-Institut Mainz

Nationales Forschungszentrum an einer starken Forschungsuniversität

26,8 Millionen Euro

2016



Ersatzneubau Kernphysik

Infrastruktur für die Zukunft

3,3 Millionen Euro

2011



* Auch auf dem Gelände des Universitätsklinikums wurden in den letzten Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt, darunter unter anderem der Neubau des Paul Klein Zentrums für Immunintervention und des Neuroimaging Centers sowie die Errichtung des Gebäudes 605 und der neuen »Zahnklinik«.

2021



Hochschule für Musik Mainz
Musikzentrum auf dem Campus
12,5 Millionen Euro
2008



Neues Bürogebäude Philosophicum II
Arbeits- und Studienbedingungen nachhaltig verbessert
7 Millionen Euro
2016



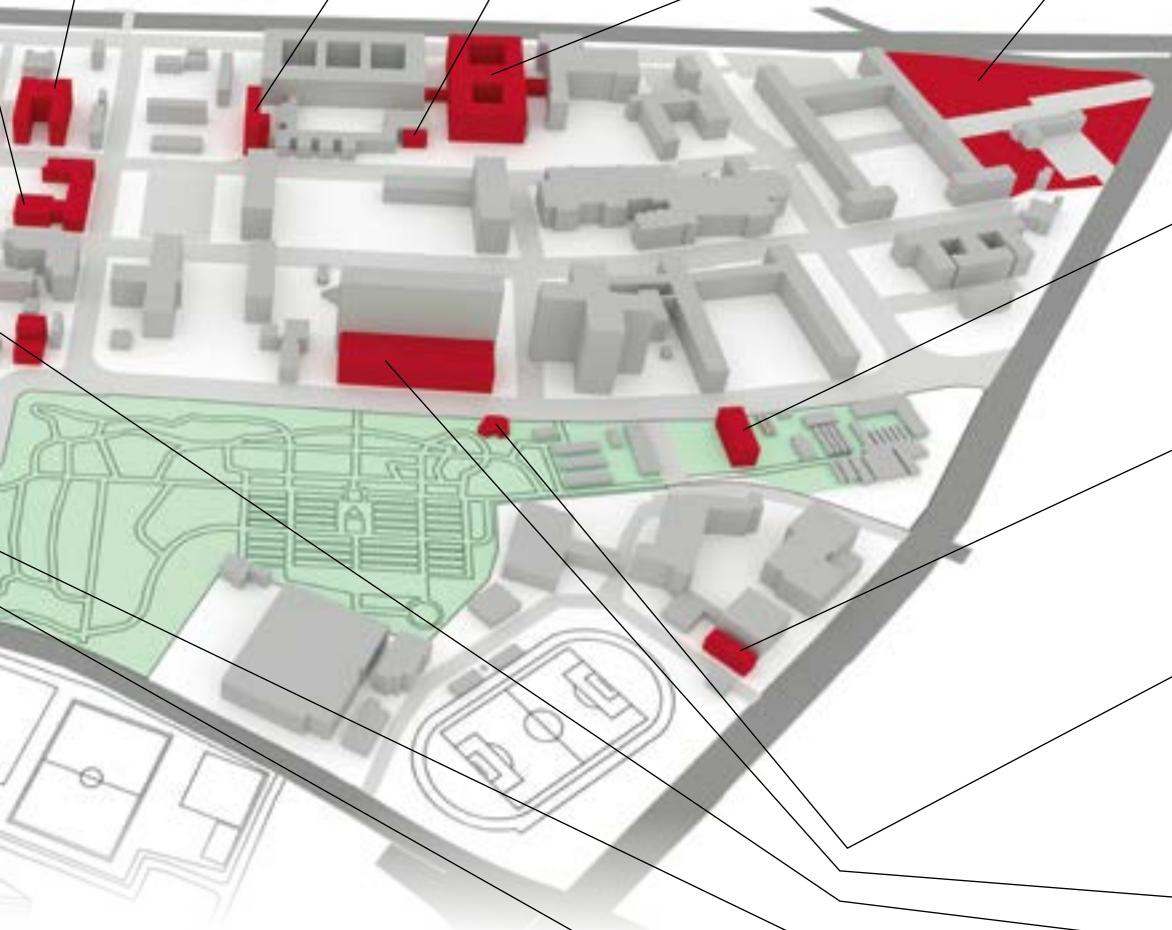
Georg Forster-Gebäude
Moderne Architektur und energieeffiziente Bauweise
53,4 Millionen Euro
2013



Schule des Sehens
Forum und Experimentierraum geisteswissenschaftlicher Kreativität
600.000 Euro
2014



Entree Universität
Ein neuer Vorplatz zum Campus mit Haltestelle für den Straßenbahn- und Busverkehr
2,9 Millionen Euro
2017



Institut für Anthropologie
Ideales Umfeld für innovative Forschungen zur Entwicklung des Menschen
10 Millionen Euro
2013



Labor für Molekulare Belastungsphysiologie
Neue Möglichkeiten für Diagnostik und Therapie in der Sportmedizin
1,2 Millionen Euro
2010



Grüne Schule im Botanischen Garten
Innovative Bildungs- und Erlebnisangebote
420.000 Euro
2010



Erweiterungsbau Zentrum für Datenverarbeitung
Errichtet mit nachwachsenden Rohstoffen
5,6 Millionen Euro
2013

BioZentrum I
Gebäude für moderne lebenswissenschaftliche Forschung
42 Millionen Euro
2018



BioZentrum II
Moderne Forschungs- und Laborflächen
48 Millionen Euro
2020



Baubeginn der MESA-Beschleunigerhalle
1. Teilbaumaßnahme des neuen Centrums für Fundamentale Physik (CFP I), Fertigstellung 2022
28,7 Millionen Euro
2019

Die Leitung der JGU im Wandel ihrer 75-jährigen Geschichte

seit 1946	REKTOR	PROREKTOR	VERWALTUNGSDIREKTOR
1946/47	Prof. Dr. phil. rer. nat. Josef Schmid	Prof. Dr. jur. Adalbert Erler	Fritz Eichholz
seit 1947/48			KURATOR
1947/48	Prof. Dr. theol. August Reatz	Prof. Dr. jur. Walter Schätzel	Fritz Eichholz
1948/49	Prof. Dr. theol. August Reatz	Prof. Dr. jur. Walter Schätzel	Fritz Eichholz
1949/50	Prof. Dr. jur. Hellmut Isele	Prof. Dr. theol. August Reatz	Fritz Eichholz
1950/51	Prof. Dr. jur. Hellmut Isele	Prof. Dr. theol. August Reatz	Fritz Eichholz
1951/52	Prof. Dr. phil. Kurt Galling	Prof. Dr. phil. Franz Dirlmeier*	Fritz Eichholz
1952/53	Prof. Dr. phil. nat. Dr. med. Adolf Dabelow	Prof. Dr. jur. Hellmut Isele	Fritz Eichholz

* Franz Dirlmeier nahm 1951 einen Ruf nach Würzburg an. Er wurde nach seinem Weggang von Hellmut Isele ersetzt.

1953/54	Prof. Dr. phil. Arnold Schmitz	Prof. Dr. phil. nat. Dr. med. Adolf Dabelow	Fritz Eichholz
1954/55	Prof. Dr. phil. Gottfried Köthe	Prof. Dr. phil. Arnold Schmitz	Fritz Eichholz
1955/56	Prof. Dr. phil. Gottfried Köthe	Prof. Dr. phil. Helmuth Scheel	Fritz Eichholz
1956/57	Prof. Dr. phil. Johannes Kraus	Prof. Dr. phil. Gottfried Köthe	Fritz Eichholz
1957/58	Prof. Dr. lic. theol. Dr. phil. Friedrich Delekat	Prof. Dr. phil. Johannes Kraus	Fritz Eichholz
1958/59	Dipl.-Kfm. Prof. Dr. rer. pol. Karl Schwantag	Prof. Dr. lic. theol. Dr. phil. Friedrich Delekat	Fritz Eichholz
1959/60	Prof. Dr. med. Kurt Voit	Dipl.-Kfm. Prof. Dr. rer. pol. Karl Schwantag	Fritz Eichholz
1960/61	Prof. Dr. phil. Arnold Schmitz	Prof. Dr. med. Kurt Voit	Fritz Eichholz
seit 1961			KANZLER
1961/62	Prof. Dr. rer. nat. Horst Falke	Prof. Dr. phil. Walter Marg	Fritz Eichholz
1962/63	Prof. Dr. theol. Martin Schmidt	Prof. Dr. rer. nat. Horst Falke	Fritz Eichholz
1963/64	Prof. Dr. jur. Johannes Bärmann	Prof. Dr. theol. Martin Schmidt	Fritz Eichholz
1964/65	Prof. Dr. med. Hans Leicher	Prof. Dr. jur. Johannes Bärmann	Fritz Eichholz
1965/66	Prof. Dr. phil. Gerhard Funke	Prof. Dr. med. Hans Leicher	Fritz Eichholz
1966/67	Prof. Dr. phil. Hans Rohrbach	Prof. Dr. phil. Gerhard Funke	Fritz Eichholz

1967/68	Prof. Dr. theol. Adolf Adam	Prof. Dr. phil. Hans Rohrbach	Albert Salm	
1968/69	Prof. Dr. phil. Manfred Mezger	Prof. Dr. theol. Adolf Adam	Albert Salm	
1969/70	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. phil. Manfred Mezger	Albert Salm	
1970/71	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann	Albert Salm	
1971/72	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann	Albert Salm	
1972/73	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann	Albert Salm	
1973/74	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann	Albert Salm	
seit 1974/75	PRÄSIDENT_IN	VIZEPRÄSIDENT_INNEN	KANZLER_IN	
1974/75	Prof. Dr. jur. Peter Schneider ab Oktober 1974	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann ab Februar 1974	Prof. Dr. rer. nat. Uwe Wollert ab Februar 1974	Albert Salm
1975/76	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann	Prof. Dr. rer. nat. Uwe Wollert	Albert Salm
1976/77	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Peter E. Beckmann	Prof. Dr. rer. nat. Uwe Wollert	Albert Salm
1977/78	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Karlheinz Rothausen ab Februar 1977	Prof. Dr. rer. nat. Uwe Wollert	Albert Salm
1978/79	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Karlheinz Rothausen	Prof. Dr. rer. nat. Uwe Wollert	Albert Salm
1979/80	Prof. Dr. jur. Peter Schneider	Prof. Dr. rer. nat. Karlheinz Rothausen	Prof. Dr. rer. nat. Uwe Wollert ab Februar 1980	Albert Salm
1980/81	Prof. Dr. jur. Manfred Harder ab Februar 1980	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann ab Mai 1980	Prof. Dr. theol. Ludger Schenke ab Februar 1980	Albert Salm

1981/82	Prof. Dr. jur. Manfred Harder	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. theol. Ludger Schenke	Dieter Vogel-Arnoldi
1982/83	Prof. Dr. jur. Manfred Harder	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. theol. Ludger Schenke	Dieter Vogel-Arnoldi
1983/84	Prof. Dr. jur. Manfred Harder	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner ab Februar 1983	Prof. Dr. theol. Ludger Schenke	Dieter Vogel-Arnoldi
1984/85	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann ab Februar 1984	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner	Prof. Dr. theol. Ludger Schenke	Dieter Vogel-Arnoldi
1985/86	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner	Prof. Dr. phil. Klaus Pörtl ab April 1985	Dieter Vogel-Arnoldi
1986/87	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner	Prof. Dr. phil. Klaus Pörtl	Dieter Vogel-Arnoldi
1987/88	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner	Prof. Dr. phil. Klaus Pörtl	Dieter Vogel-Arnoldi
1988/89	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner	Prof. Dr. phil. Klaus Pörtl	Dieter Vogel-Arnoldi
1989/90	Prof. Dr. rer. nat. Klaus Beyermann	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner	Prof. Dr. phil. Klaus Pörtl	Dieter Vogel-Arnoldi
1990/91	Prof. Dr. med. Jürgen Zöllner ab Februar 1990	Prof. Dr. med. Dagmar Eißner ab Februar 1990	Prof. Dr. phil. Josef Reiter ab Februar 1990	Dieter Vogel-Arnoldi
1991/92	Prof. Dr. phil. Josef Reiter ab Dezember 1991	Prof. Dr. med. Dagmar Eißner	Prof. Dr. rer. nat. Jörg Friedrich ab Mai 1992	Dieter Vogel-Arnoldi
1992/93	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. med. Dagmar Eißner	Prof. Dr. rer. nat. Jörg Friedrich	Dieter Vogel-Arnoldi
1993/94	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. med. Dagmar Eißner	Prof. Dr. rer. nat. Jörg Friedrich	Dieter Vogel-Arnoldi
1994/95	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. med. Dagmar Eißner	Prof. Dr. rer. nat. Jörg Friedrich	Dieter Vogel-Arnoldi
1995/96	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Michael Loos ab Februar 1995	Prof. Dr. phil. Renate von Bardeleben ab Mai 1995	Dieter Vogel-Arnoldi

1996/97	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Michael Loos	Prof. Dr. phil. Renate von Bardeleben ab Mai 1995	Dieter Vogel-Arnoldi
1997/98	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Michael Loos	Prof. Dr. phil. Renate von Bardeleben	Götz Scholz
1998/99	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Michael Loos	Prof. Dr. phil. Ulrich Druwe ab Juli 1998	Götz Scholz
1999/00	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Michael Loos	Prof. Dr. phil. Ulrich Druwe	Götz Scholz
2000/01	Prof. Dr. phil. Josef Reiter	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß ab Oktober 2000	Prof. Dr. phil. Ulrich Druwe	Götz Scholz
2001/02	Prof. Dr. med. Jörg Michaelis ab Dezember 2001	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß	Prof. Dr. phil. Ulrich Druwe	Götz Scholz
2002/03	Prof. Dr. med. Jörg Michaelis	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein ab Juli 2002	Götz Scholz
2003/04	Prof. Dr. med. Jörg Michaelis	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß* Prof. Dr. rer. pol. Volker Hentschel ab Mai 2004	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz
2004/05	Prof. Dr. med. Jörg Michaelis	Prof. Dr. rer. pol. Volker Hentschel	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz
2005/06	Prof. Dr. med. Jörg Michaelis	Prof. Dr. rer. pol. Volker Hentschel	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz
2006/07	Prof. Dr. med. Jörg Michaelis	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß ab Februar 2006	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz
2007/08	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch seit April 2007	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz

* Johannes Preuß trat 2004 vorzeitig zurück. Volker Hentschel trat ebenfalls im Januar 2006 vorzeitig zurück. Preuß kandidierte erneut und wurde ab Februar 2006 wieder Vizepräsident.

2008/09	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Johannes Preuß	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz	
2009/10	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. med. Ulrich Förstermann ab April 2009	Prof. Dr. phil. Jürgen Oldenstein	Götz Scholz	
2010/11	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. med. Ulrich Förstermann	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer ab Juli 2010	Götz Scholz	
2011/12	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. med. Ulrich Förstermann	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer	Götz Scholz	
2012/13	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. med. Ulrich Förstermann	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer	Götz Scholz	
2013/14	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Hofmeister ab April 2013	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	
2014/15	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Hofmeister	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	
2015/16	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Hofmeister	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	
seit 2016				CHIEF INFORMATION OFFICER (CIO)	
2016/17	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Hofmeister	Prof. Dr. phil. Mechthild Dreyer	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	Prof. Dr. rer. pol. Franz Rothlauf
2017/18	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Stefan Müller-Stach seit April 2017	Prof. Dr. phil. Stephan Jolie seit Januar 2018	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	Prof. Dr. rer. pol. Franz Rothlauf
2018/19	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Stefan Müller-Stach	Prof. Dr. phil. Stephan Jolie	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	Prof. Dr. rer. pol. Franz Rothlauf
2019/20	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Stefan Müller-Stach	Prof. Dr. phil. Stephan Jolie	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	Prof. Dr. rer. pol. Franz Rothlauf
2020/21	Prof. Dr. rer. nat. Georg Krausch	Prof. Dr. rer. nat. Stefan Müller-Stach	Prof. Dr. phil. Stephan Jolie	Dr. rer. pol. Waltraud Kreutz-Gers	Prof. Dr. rer. pol. Franz Rothlauf

Vom Siegel zur Wort-Bild-Marke

Überarbeitung und Weiterentwicklung des Schriftzugs und des Logos der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Seit 1946
bis heute



Seit der Gründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) wird das Rektoratssiegel der alten Mainzer Universität als Amtssiegel geführt. Das 1511 erstmals überlieferte Siegel zeigt in spitzovaler Form die Madonna im Strahlenkranz auf der Mondsichel stehend, unter ihr das Wappen des Gründers der alten Universität, Kurfürst Diether von Isenburg. Maria war auch an anderen frühneuzeitlichen Universitäten eine häufig gewählte Schutzpatronin. Mit der Einführung dieses Siegels stellte sich die JGU 1946 bewusst in die Tradition der alten Mainzer Universität. Das Siegel wurde neben seiner eigentlichen Funktion in den Anfangsjahren der JGU auch als Erkennungszeichen verwendet und zum Beispiel auf Publikationen der Universität abgedruckt. Auch die Amtskette des Präsidenten und das Goldene Buch der Universität sind mit dem Siegel verziert.

1970er Jahre
bis 2008



Im Oktober 2001 hat der Senat der JGU die Gestaltungsrichtlinien für ein Corporate Design verabschiedet. Dabei wurde das Logo mit der Frakturschrift und mit dem Rad, entwickelt in den 1970er-Jahren, unverändert beibehalten. Diesem in seiner Anmutung sehr traditionellen Element wurde ein Schriftzug an die Seite gegeben, der die Moderne und den Fortschritt der Universität sowie deren vollständigen Namen widerspiegeln soll. Das Logo sollte daher möglichst in Kombination mit dem Schriftzug dargestellt werden.

2002 bis 2008



In der Gestaltungspraxis der Jahre 2002 bis 2008 setzte sich zunehmend der moderne Schriftzug durch, während das eigentliche Logo, das rote Quadrat, in den Hintergrund trat oder überhaupt nicht mehr verwendet wurde. Gründe für diese Entwicklung liegen in erster Linie in der antiquierten Anmutung der Frakturschrift und damit des gesamten Logos sowie in der Doppelung des Namens (Universität Mainz vs. Johannes Gutenberg-Universität Mainz, wobei letzterer der vollständige und im Gebrauch befindliche Name ist). Der Schriftzug selbst, der zunehmend Logocharakter erhielt, war drucktechnisch und von der Gestaltung her schwierig zu handeln. Insofern bestand zunehmend Bedarf, Logo und Schriftzug zu überarbeiten und wieder in eine Einheit überzuführen.



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

Seit 2009
bis heute

Profil des Logos

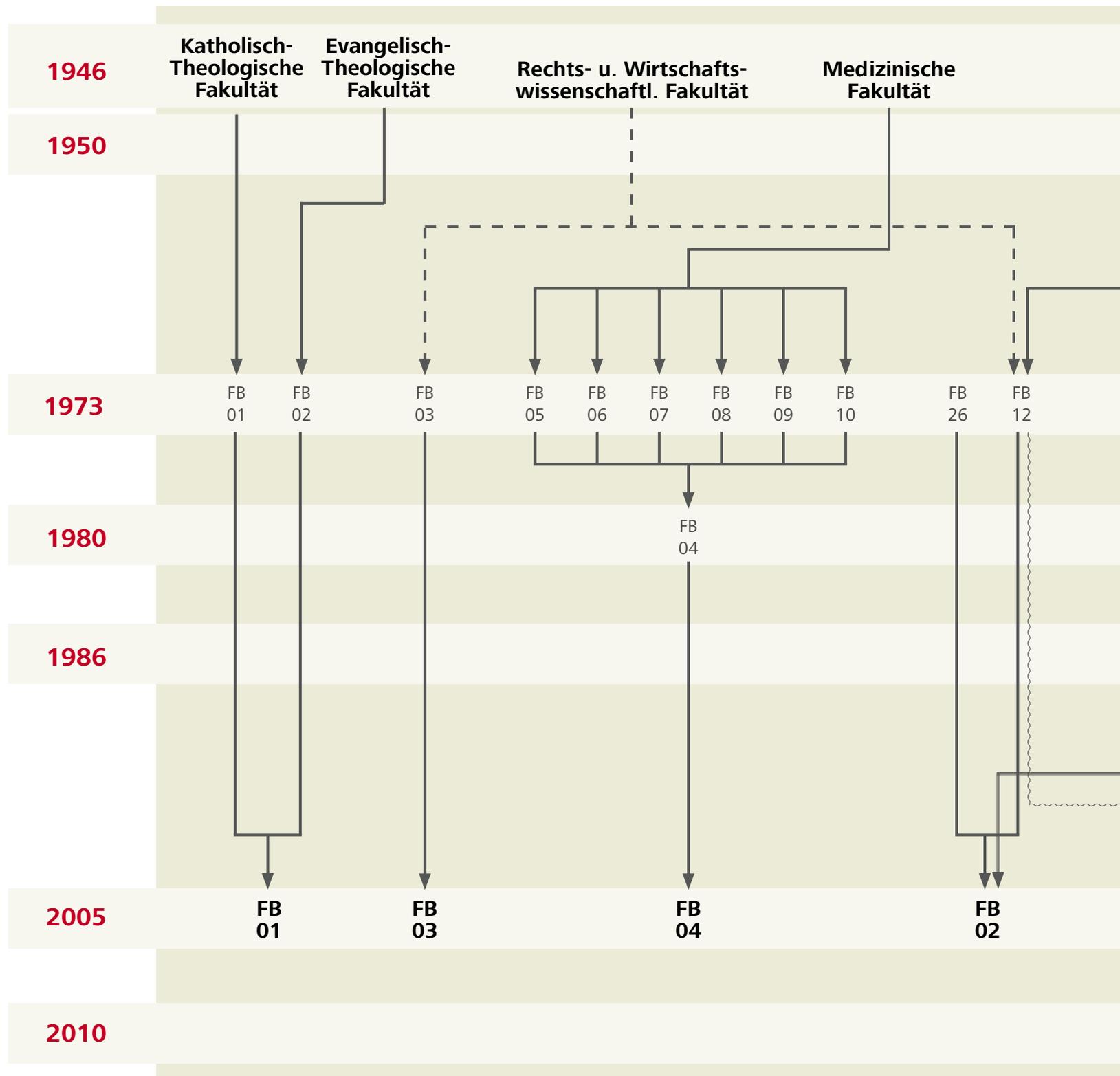
- Das rote Quadrat bleibt die Basis.
- Das Logo wird typografisch umgesetzt als konsequente Weiterentwicklung des bisherigen Logos. Für diese Umsetzung ist der Name „Johannes Gutenberg-Universität Mainz“ allerdings zu lang, während die Verkürzung auf „Universität Mainz“ die Markenpositionierung „Johannes Gutenberg-Universität Mainz“ konterkariert. Die Verkürzung „Universität Mainz“ wird daher durch die Abkürzung JGU abgelöst.
- Statt auf das Mainzer Wappen / Mainzer Rad wird auf das „Gutenberg-g“ zurückgegriffen, um den engen Bezug zum Namensgeber darzustellen.

Profil des Schriftzugs

- Die Farbe des Schriftzugs ist nun Grau.
- Die Anmutung des Schriftzugs bleibt bestehen. Die Schattierungen werden im Hinblick auf Druckfähigkeit und Lesbarkeit aufgegeben, die Anordnung wirkt klarer und übersichtlicher.
- Insbesondere das Wort „Universität“ tritt stärker hervor und ist besser lesbar.

Logo und Schriftzug sind aufeinander abgestimmt und bilden gemeinsam eine Wort-Bild-Marke, können aber auch einzeln stehen.

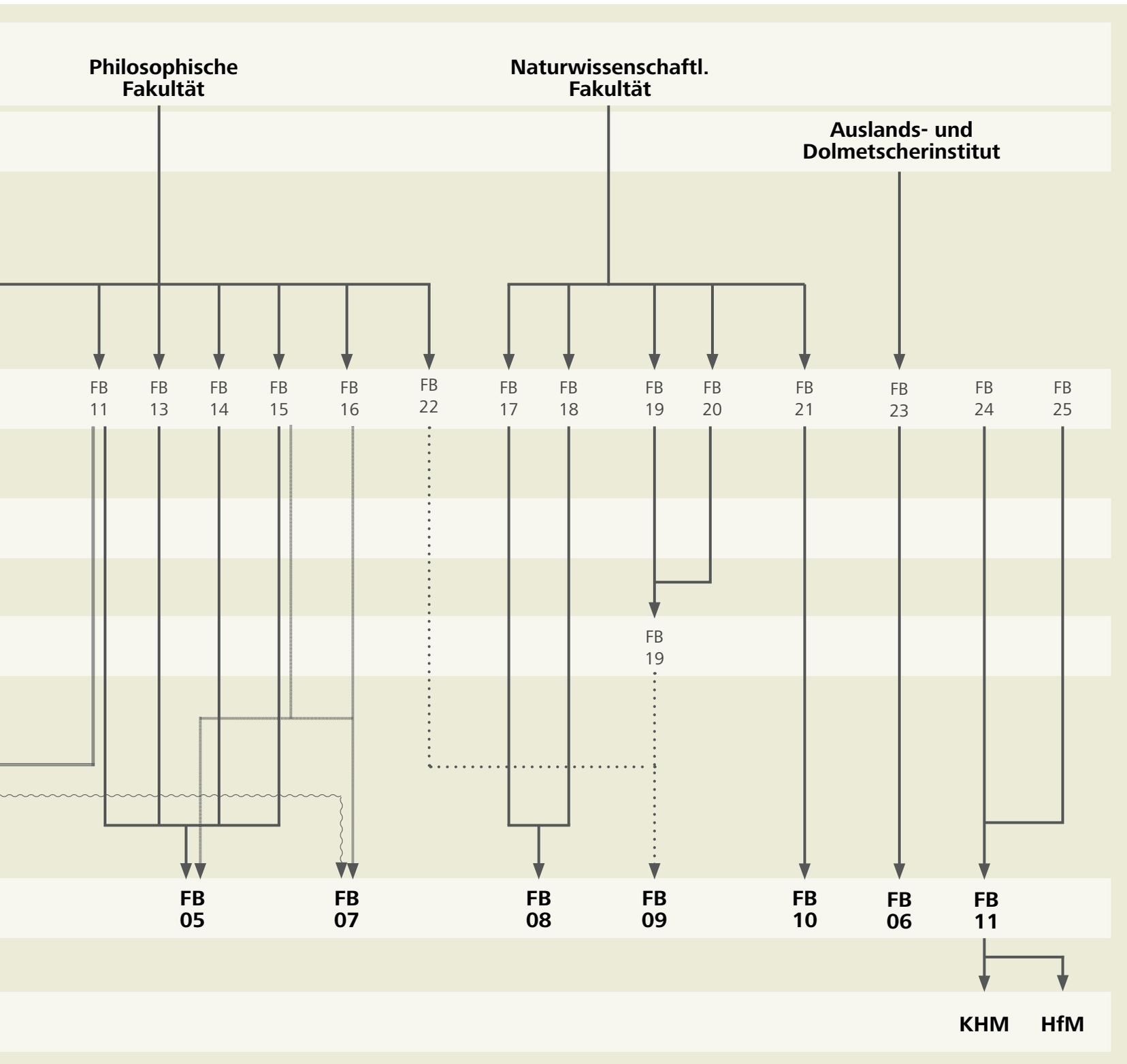
Fachliche Organisationseinheiten der JGU im Laufe der Zeit



Fachbereiche 1973:

FB 01 Katholische Theologie | FB 02 Evangelische Theologie | FB 03 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften | FB 05 Theoretische Medizin | FB 06 Klinisch-Theoretische Medizin | FB 07 Klinische Institute | FB 08 Konservative Medizin | FB 09 Operative Medizin | FB 10 Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde | FB 11 Philosophie/Pädagogik | FB 12 Sozialwissenschaften | FB 13 Philologie 1 | FB 14 Philologie 2 | FB 15 Philologie 3 | FB 16 Geschichtswissenschaft | FB 17 Mathematik | FB 18 Physik | FB 19 Chemie | FB 20 Pharmazie | FB 21 Biologie | FB 22 Geowissenschaften | FB 23 Angewandte Sprachwissenschaft | FB 24 Kunsterziehung | FB 25 Musikerziehung | FB 26 Leibeserziehung

Quelle: Ausarbeitung des Universitätsarchivs Mainz auf Grundlage der Vorlesungsverzeichnisse der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.



Fachbereiche 2005:

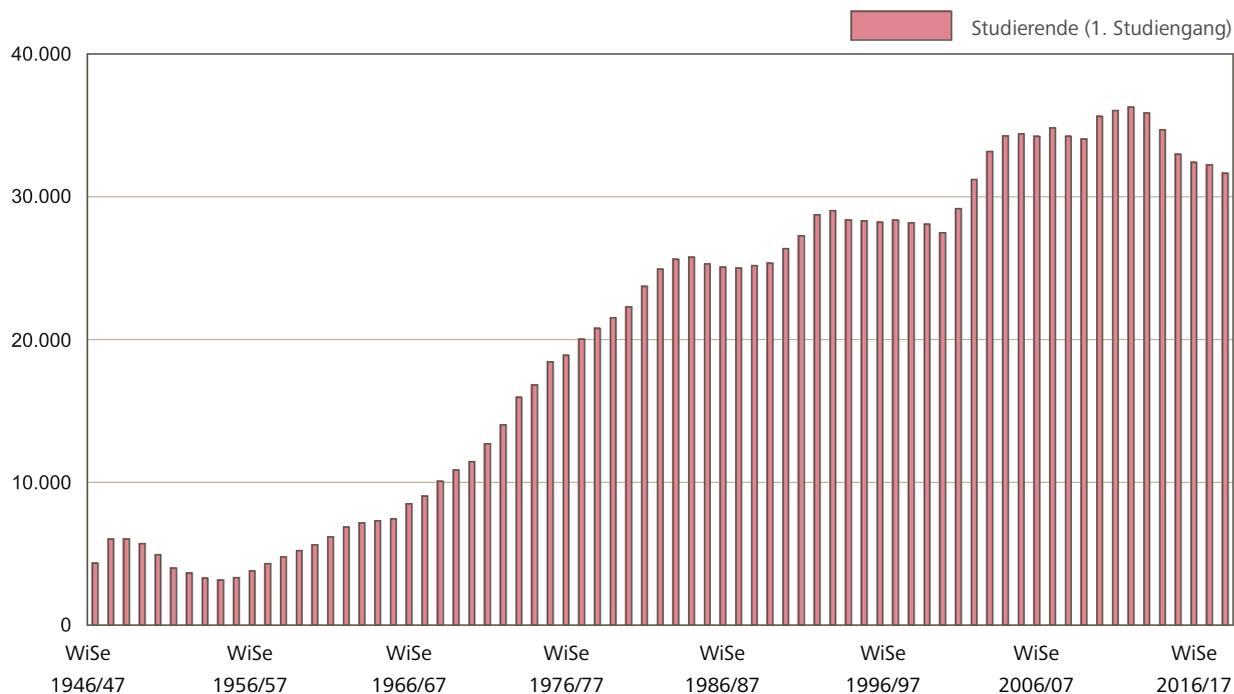
FB 01 Katholische und Evangelische Theologie | FB 02 Sozialwissenschaften, Medien und Sport | FB 03 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften |
 FB 04 Universitätsmedizin | FB 05 Philosophie und Philologie | FB 06 Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft | FB 07 Geschichts- und
 Kulturwissenschaften | FB 08 Physik, Mathematik und Informatik | FB 09 Chemie, Pharmazie, Geographie und Geowissenschaften | FB 10 Biologie |
 FB 11 Hochschule für Musik und Kunsthochschule Mainz

Statistischer Anhang

ERLÄUTERUNGEN ZUM STATISTISCHEN ANHANG

Für die im Folgenden dargestellten Tabellen und Grafiken wurde auf unterschiedliche Datenquellen zurückgegriffen. Neben Daten des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz wurden verschiedene Datenbestände der JGU verwendet. Teilweise gibt es daher methodisch bedingte Abweichungen bei den Abgrenzungen im Zeitverlauf.

Studierende der JGU im Zeitverlauf WiSe 1946/47–WiSe 2018/19



Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (1946–1997), Planung und Controlling Data Warehouse JGU (ab 1998).

Studierende der JGU im Zeitverlauf WiSe 1993/94–WiSe 2018/19, nach Geschlecht und Fächergruppe

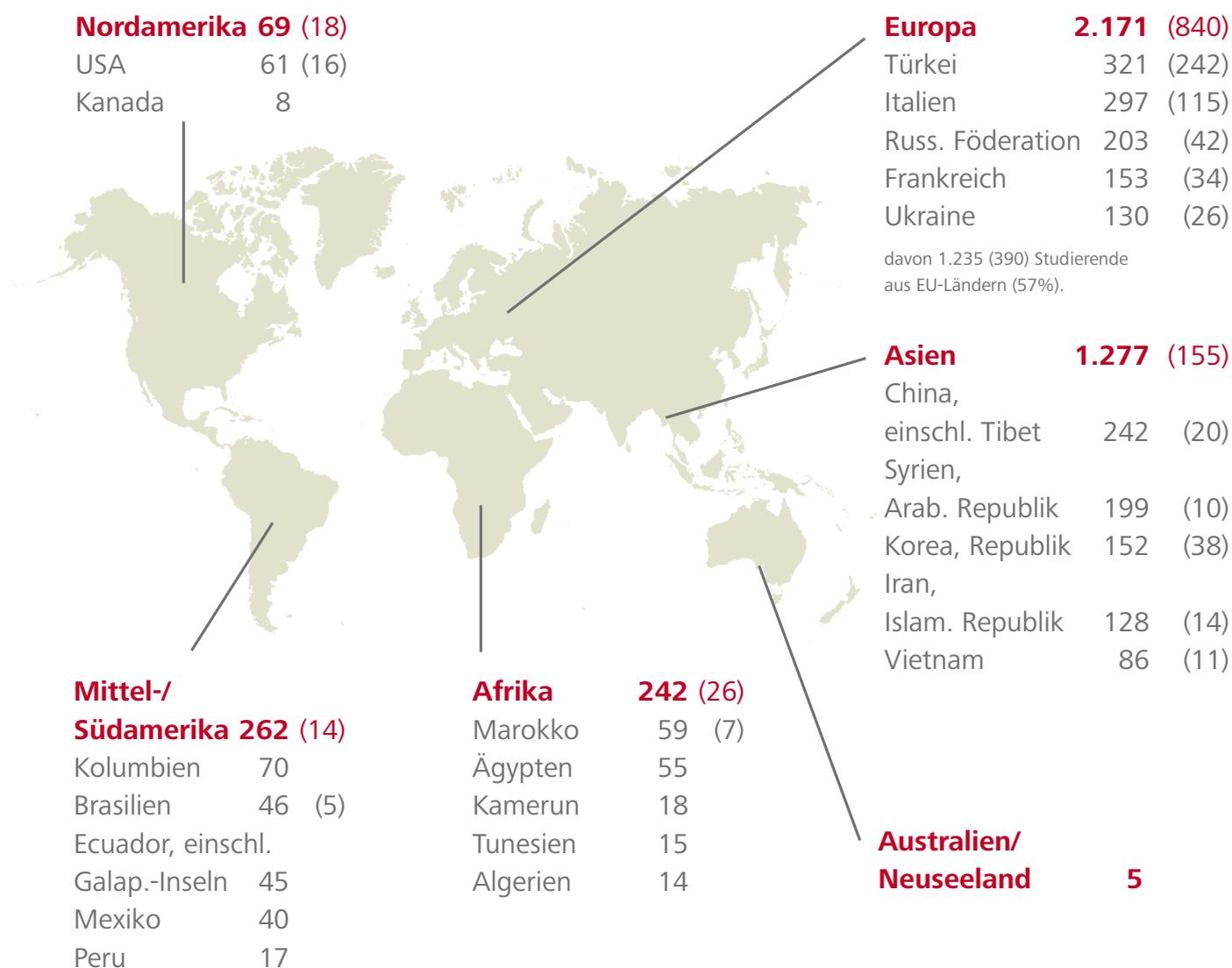
Fächergruppe	WiSe 1993/94			WiSe 1998/99			WiSe 2003/04		
	gesamt	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.
Geisteswissenschaften	9.700	3.279	6.421	10.306	3.382	6.924	12.454	3.933	8.521
Sport	443	276	167	584	347	237	945	579	366
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	7.340	4.384	2.956	6.878	4.007	2.871	8.065	4.400	3.665
Mathematik, Naturwissenschaften	6.158	3.841	2.317	5.158	3.022	2.136	6.229	3.351	2.878
Humanmedizin/Gesund- heitswissenschaften	4.164	2.322	1.842	3.715	1.901	1.814	3.574	1.572	2.002
Kunst, Kunstwissenschaft	1.220	496	724	1.526	616	910	1.900	747	1.153
Gesamt	29.025	14.598	14.427	28.167	13.275	14.892	33.167	14.582	18.585

Fächergruppe	WiSe 2008/09			WiSe 2013/14			WiSe 2018/19		
	gesamt	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.
Geisteswissenschaften	12.269	3.671	8.598	12.758	3.730	9.028	8.171	2.455	5.716
Sport	1.124	755	369	918	672	246	760	530	230
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	8.112	4.021	4.091	8.426	3.922	4.504	10.173	4.098	6.075
Mathematik, Naturwissenschaften	7.552	4.040	3.512	8.226	4.504	3.722	6.355	3.225	3.130
Humanmedizin/Gesund- heitswissenschaften	3.550	1.401	2.149	3.701	1.364	2.337	3.931	1.420	2.511
Kunst, Kunstwissenschaft	1.622	621	1.001	1.830	655	1.175	1.537	550	987
Gesamt	34.229	14.509	19.720	35.859	14.847	21.012	31.640	12.846	18.794

Herkunft ausländischer Studierender und Zielländer Mainzer Outgoings

Herkunft der ausländischen Studierenden

im Wintersemester 2019/20



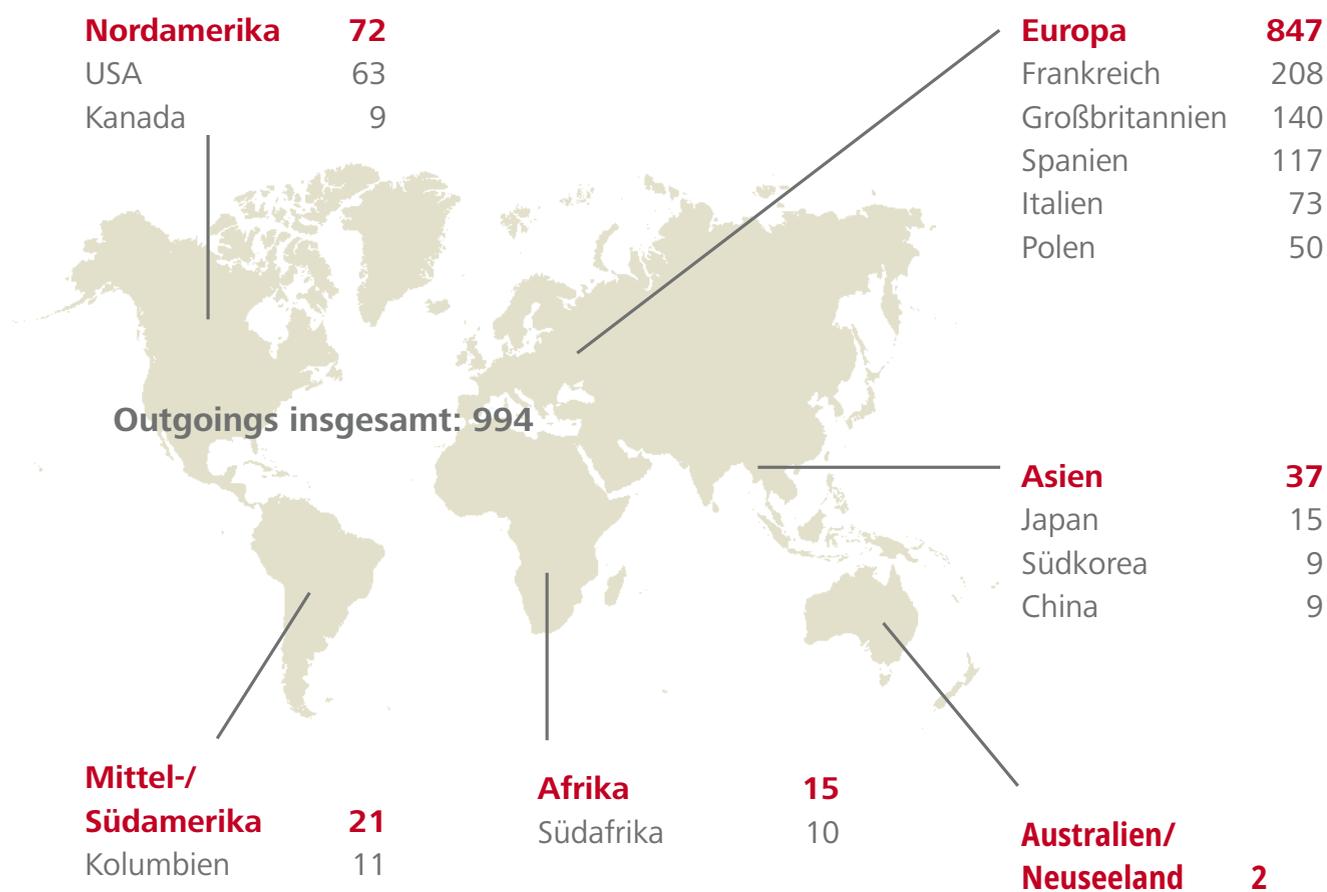
Studierende der JGU, inkl. Studierende mit Deutschkurs und Studienkolleg, ohne Beurlaubte. In Klammern jeweils die Anzahl der Bildungsinländer_innen, soweit diese größer/gleich fünf ist.

Weitere Informationen zu den Auslandsbeziehungen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz finden Sie unter: <http://www.international.uni-mainz.de/kooperationen> (abgerufen am 20.12.2020).

Datenquelle: Planung und Controlling, Data Warehouse JGU – Abzug von Stichtagsdaten aus CampusNet.

Zielländer der Mainzer Outgoings

(Studierende und Graduierte) im akademischen Jahr 2019 (Wintersemester 2018/19 und Sommersemester 2019)



Zu den aufgeführten Studierenden und Graduierten kommen nochmals Personen, die individuell/selbst organisierte praktische Aufenthalte (Praktika, Praktisches Jahr, Famulaturen, Sprachassistenzen, projektbezogene Zusammenarbeit) im Ausland absolvieren. Aufgeführt sind Staaten, die das Zielland von mindestens fünf Personen waren; für Europa sind die fünf Staaten mit den meisten Outgoings aufgeführt.

Weitere Informationen zu den Auslandsbeziehungen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz finden Sie unter: <http://www.international.uni-mainz.de/kooperationen> (abgerufen am 20.12.2020).

Datenquelle: Abteilung Internationales.

Quelle: Auszug aus dem Zahlenspiegel der JGU 2019.

Personal 2019

LANDES- UND DRITTMITTELPERSONAL NACH FACHBEREICHEN UND EINRICHTUNGEN

Fachbereich/Einrichtung	VZÄ ¹⁾	Kopffzahlen nach amtlicher Statistik ²⁾		Kopffzahlen JGU ³⁾	
		gesamt	weiblich	gesamt	weiblich
FB 01 – Kath. Theologie u. Ev. Theologie	62,1	81	48%	89	53%
FB 02 – Sozialwiss., Medien u. Sport	313,9	394	53%	424	54%
FB 03 – Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften	212,4	271	45%	307	48%
FB 05 – Philosophie u. Philologie	253,0	314	63%	344	64%
FB 06 – Transl.-, Sprach- u. Kulturwissenschaft	118,3	166	67%	185	68%
FB 07 – Geschichts- u. Kulturwissenschaften	161,8	204	54%	218	54%
FB 08 – Physik, Mathematik u. Informatik	503,6	615	24%	642	24%
FB 09 – Chemie, Pharmazie, Geographie u. Geowiss.	412,7	541	42%	556	43%
FB 10 – Biologie	276,7	340	52%	357	54%
HfM – Hochschule für Musik Mainz	42,6	54	41%	56	43%
KHM – Kunsthochschule Mainz	32,2	38	55%	38	55%
Hochschulleitung u. Verwaltung	508,3	612	54%	645	55%
Zentrale Einrichtungen	336,2	400	57%	446	59%
Sonstige Einrichtungen	11,4	14	14%	14	14%
Wissenschaftliche Sonderbereiche⁴⁾	106,3	141	38%	157	40%
Gesamtsumme Campus (Mainz u. Germersheim)	3.351,5	4.185	48%	4.478	49%
Universitätsmedizin Mainz	5.927,7	7.764	70%	7.764	70%
Gesamt	9.279,1	11.949	62%	12.242	62%

Landes- und Drittmittelpersonal

¹⁾ Tatsächlicher Beschäftigungsumfang umgerechnet in Vollzeitäquivalente.

²⁾ In der amtlichen Statistik werden für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mitarbeiter_innen nur einmal gezählt unabhängig davon, ob sie in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten oder auf Basis unterschiedlich finanzierter Stellen tätig sind.

³⁾ Im Unterschied zur amtlichen Statistik werden hier für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mehrfachzählungen bei Personen, die in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten (z. B. in zwei Fachbereichen) tätig sind, eine Mischung aus landes- und drittmittelfinanzierter Beschäftigung innehaben oder in mehreren Drittmittelprojekten arbeiten, erlaubt.

⁴⁾ Enthält gemäß der in MACH hinterlegten Organisationsstruktur u. a. Sonderforschungsbereiche und PRISMA/PRISMA+.

Datenquelle: Planung und Controlling, Data Warehouse JGU – Abzug von Stichtagsdaten am 1. Dezember 2019 aus MACH-WPM und Datenmeldung der Universitätsmedizin.

Wissenschaftliches Personal 2019

PROFESSOR_INNEN NACH FACHBEREICHEN UND EINRICHTUNGEN

Fachbereich/Einrichtung	Professor/-inn/-en ¹⁾				
	VZÄ ²⁾ gesamt	Kopffzahlen nach amtl. Statistik ³⁾		Kopffzahlen JGU ⁴⁾	
		gesamt	weiblich	gesamt	weiblich
FB 01 – Kath. Theologie u. Ev. Theologie	24,0	25	4%	25	4%
FB 02 – Sozialwiss., Medien u. Sport	66,0	66	39%	66	39%
FB 03 – Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften	47,8	48	10%	48	10%
FB 05 – Philosophie u. Philologie	59,0	59	46%	59	46%
FB 06 – Transl.-, Sprach- u. Kulturwissenschaft	14,0	14	57%	14	57%
FB 07 – Geschichts- u. Kulturwissenschaften	32,0	33	45%	34	47%
FB 08 – Physik, Mathematik u. Informatik	72,8	73	10%	73	10%
FB 09 – Chemie, Pharmazie, Geographie u. Geowiss.	47,0	47	21%	47	21%
FB 10 – Biologie	26,0	26	31%	26	31%
HfM – Hochschule für Musik Mainz	22,0	27	30%	27	30%
KHM – Kunsthochschule Mainz	14,0	14	64%	14	64%
Hochschulleitung u. Verwaltung	1,0	1	0%	1	0%
Zentrale Einrichtungen	3,5	3	0%	4	0%
Sonstige Einrichtungen	0,0	0	–	0	–
Wissenschaftliche Sonderbereiche ⁵⁾	0,0	0	–	0	–
Gesamtsumme Campus (Mainz u. Gernersheim)	429,0	436	28%	438	29%
Universitätsmedizin Mainz	125,5	131	16%	131	16%
Gesamt	554,5	567	26%	569	26%

Landes- und Drittmittelpersonal

¹⁾ Inklusive Junior- und Vertretungsprofessuren.

²⁾ Tatsächlicher Beschäftigungsumfang umgerechnet in Vollzeitäquivalente.

³⁾ In der amtlichen Statistik werden für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mitarbeiter_innen nur einmal gezählt, unabhängig davon, ob sie in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten oder auf Basis unterschiedlich finanzierter Stellen tätig sind.

⁴⁾ Im Unterschied zur amtlichen Statistik werden hier für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mehrfachzählungen bei Personen, die in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten (z. B. in zwei Fachbereichen) tätig sind, eine Mischung aus landes- und drittmittelfinanzierter Beschäftigung innehaben oder in mehreren Drittmittelprojekten arbeiten, erlaubt.

⁵⁾ Enthält gemäß der in MACH hinterlegten Organisationsstruktur u. a. Sonderforschungsbereiche und PRISMA/PRISMA*.

Datenquelle: Planung und Controlling, Data Warehouse JGU – Abzug von Stichtagsdaten am 1. Dezember 2019 aus MACH-WPM und Datenmeldung der Universitätsmedizin.

Wissenschaftliches Personal 2019

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER_INNEN NACH FACHBEREICHEN UND EINRICHTUNGEN

Fachbereich/Einrichtung	Wissenschaftl. Mitarbeiter/-innen ¹⁾				
	VZÄ ²⁾ gesamt	Kopffzahlen nach amtlicher Statistik ³⁾		Kopffzahlen JGU ⁴⁾	
		gesamt	weiblich	gesamt	weiblich
FB 01 – Kath. Theologie u. Ev. Theologie	25,2	37	59%	38	61%
FB 02 – Sozialwiss., Medien u. Sport	177,3	239	51%	258	52%
FB 03 – Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften	119,8	169	43%	188	43%
FB 05 – Philosophie u. Philologie	146,0	195	64%	207	63%
FB 06 – Transl.-, Sprach- u. Kulturwissenschaft	75,4	117	68%	131	67%
FB 07 – Geschichts- u. Kulturwissenschaften	104,4	134	49%	144	49%
FB 08 – Physik, Mathematik u. Informatik	276,7	363	20%	383	20%
FB 09 – Chemie, Pharmazie, Geographie u. Geowiss.	203,7	305	32%	312	32%
FB 10 – Biologie	137,4	181	46%	187	46%
HfM – Hochschule für Musik Mainz	11,7	15	33%	16	38%
KHM – Kunsthochschule Mainz	3,3	5	80%	5	80%
Hochschulleitung u. Verwaltung	0,0	0	–	0	–
Zentrale Einrichtungen	100,5	120	56%	145	59%
Sonstige Einrichtungen	7,4	9	0%	9	0%
Wissenschaftliche Sonderbereiche ⁵⁾	82,9	116	29%	124	29%
Gesamtsumme Campus (Mainz u. Germersheim)	1.471,7	2.005	42%	2.147	43%
Universitätsmedizin Mainz	1.445,6	1.868	52%	1.868	52%
Gesamt	2.917,3	3.873	47%	4.015	47%

Landes- und Drittmittelpersonal

¹⁾ Hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen.

²⁾ Tatsächlicher Beschäftigungsumfang umgerechnet in Vollzeitäquivalente.

³⁾ In der amtlichen Statistik werden für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mitarbeiter_innen nur einmal gezählt, unabhängig davon, ob sie in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten oder auf Basis unterschiedlich finanzierter Stellen tätig sind.

⁴⁾ Im Unterschied zur amtlichen Statistik werden hier für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mehrfachzählungen bei Personen, die in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten (z. B. in zwei Fachbereichen) tätig sind, eine Mischung aus landes- und drittmittelfinanzierter Beschäftigung innehaben oder in mehreren Drittmittelprojekten arbeiten, erlaubt.

⁵⁾ Enthält gemäß der in MACH hinterlegten Organisationsstruktur u. a. Sonderforschungsbereiche und PRISMA/PRISMA+.

Datenquelle: Planung und Controlling, Data Warehouse JGU – Abzug von Stichtagsdaten am 1. Dezember 2019 aus MACH-WPM und Datenmeldung der Universitätsmedizin.

Administrativ-technisches Personal 2019

Fachbereich/Einrichtung	VZÄ ¹⁾	Kopffzahlen nach amtlicher Statistik ²⁾		Kopffzahlen JGU ³⁾	
		gesamt	weiblich	gesamt	weiblich
FB 01 – Kath. Theologie u. Ev. Theologie	12,9	19	84%	26	88%
FB 02 – Sozialwiss., Medien u. Sport	70,6	89	66%	100	68%
FB 03 – Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften	44,8	54	83%	71	85%
FB 05 – Philosophie und Philologie	48,0	60	78%	78	81%
FB 06 – Transl., Sprach- u. Kulturwissenschaft	28,9	35	71%	40	73%
FB 07 – Geschichts- u. Kulturwissenschaften	25,4	37	81%	40	80%
FB 08 – Physik, Mathematik u. Informatik	154,1	179	39%	186	39%
FB 09 – Chemie, Pharmazie, Geographie u. Geowiss.	162,0	189	63%	197	64%
FB 10 – Biologie	113,2	133	65%	144	67%
HfM – Hochschule für Musik Mainz	9,0	12	75%	13	77%
KHM – Kunsthochschule Mainz	14,9	19	42%	19	42%
Hochschulleitung u. Verwaltung	507,3	611	54%	644	55%
Zentrale Einrichtungen	232,3	277	58%	297	59%
Sonstige Einrichtungen	4,0	5	40%	5	40%
Wissenschaftliche Sonderbereiche ⁴⁾	23,4	25	80%	33	82%
Gesamtsumme Campus (Mainz u. Gernersheim)	1.450,7	1.744	59%	1.893	61%
Universitätsmedizin Mainz	4.356,6	5.765	77%	5.765	77%
Gesamt	5.807,3	7.509	73%	7.658	73%

Landes- und Drittmittelpersonal

¹⁾ Tatsächlicher Beschäftigungsumfang umgerechnet in Vollzeitäquivalente.

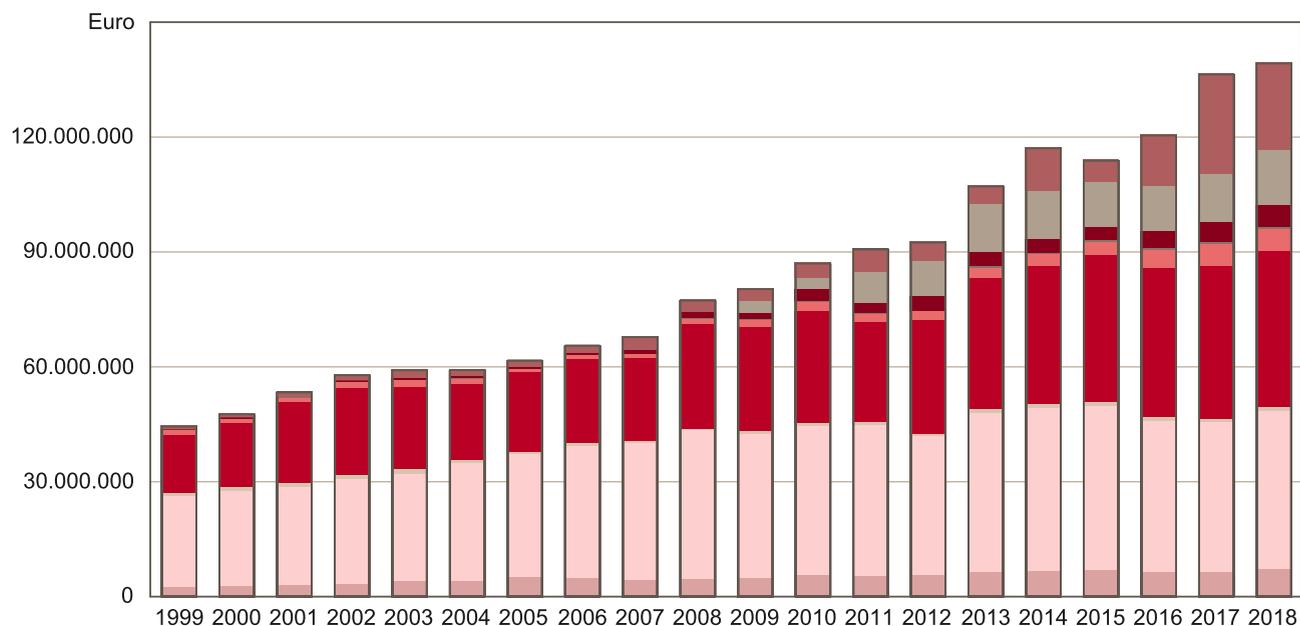
²⁾ In der amtlichen Statistik werden für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mitarbeiter_innen nur einmal gezählt, unabhängig davon, ob sie in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten oder auf Basis unterschiedlich finanzierter Stellen tätig sind.

³⁾ Im Unterschied zur amtlichen Statistik werden hier für die Fachbereiche 01–03, 05–10, die künstlerischen Hochschulen, Hochschulleitung und Verwaltung sowie die zentralen Einrichtungen Mehrfachzählungen bei Personen, die in unterschiedlichen organisatorischen Einheiten (z. B. in zwei Fachbereichen) tätig sind, eine Mischung aus landes- und drittmittelfinanzierter Beschäftigung innehaben oder in mehreren Drittmittelprojekten arbeiten, erlaubt.

⁴⁾ Enthält gemäß der in MACH hinterlegten Organisationsstruktur u. a. Sonderforschungsbereiche und PRISMA/PRISMA+.

Datenquelle: Planung und Controlling, Data Warehouse JGU – Abzug von Stichtagsdaten am 1. Dezember 2019 aus MACH-WPM und Datenmeldung der Universitätsmedizin.

Drittmittelausgaben der JGU nach Fächergruppen im Zeitverlauf 1999–2018



Datenquelle: Planung und Controlling Data Warehouse JGU – Drittmittel (SFBs und GRKs aufgeteilt); inkl. Stiftungsprofessuren.

Betrag in € als Werte	1999	2000	2001	2002	2003
Geisteswissenschaften	2.326.500	2.664.000	2.786.200	3.177.800	3.996.800
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	23.695.400	24.707.100	25.667.100	27.267.900	27.972.000
Kunst, Kunstwissenschaft	839.200	959.100	928.900	1.008.900	1.131.100
Mathematik, Naturwissenschaften	15.258.000	16.885.600	21.253.000	22.890.600	21.527.200
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1.140.900	1.082.100	1.200.900	1.591.400	1.706.700
Sport	59.900	33.000	42.600	80.200	116.600
Zentrale Einrichtungen*	195.300	331.100	127.900	274.200	509.000
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken**	0	0	0	0	0
Zentralverwaltung	888.800	930.200	1.296.300	1.516.600	2.137.900
Gesamt	44.404.000	47.592.200	53.302.900	57.807.600	59.097.400

Betrag in € als Werte	2004	2005	2006	2007	2008
Geisteswissenschaften	4.033.000	4.888.200	4.746.200	4.108.300	4.372.200
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	30.644.700	32.044.500	34.349.000	35.767.200	38.874.900
Kunst, Kunstwissenschaft	891.500	706.500	796.000	626.800	462.000
Mathematik, Naturwissenschaften	19.807.100	20.716.600	21.932.600	21.663.400	27.166.300

Betrag in € als Werte	2004	2005	2006	2007	2008
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1.342.100	901.500	1.042.700	1.088.400	1.532.100
Sport	181.500	149.000	121.000	79.900	131.600
Zentrale Einrichtungen*	545.700	531.000	560.800	848.800	1.580.100
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken**	0	0	0	0	0
Zentralverwaltung	1.727.000	1.631.700	1.930.000	3.572.800	3.173.400
Gesamt	59.172.600	61.568.900	65.478.300	67.755.600	77.292.800

Betrag in € als Werte	2009	2010	2011	2012	2013
Geisteswissenschaften	4.668.600	5.425.100	5.332.500	5.525.700	6.221.700
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	37.785.800	38.878.400	39.304.800	36.211.800	41.565.300
Kunst, Kunstwissenschaft	563.300	747.600	674.200	614.400	1.059.700
Mathematik, Naturwissenschaften	27.252.400	29.439.000	26.266.200	29.567.900	34.096.400
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1.879.700	2.307.300	1.987.900	2.346.000	2.849.000
Sport	178.700	283.300	266.600	243.100	306.700
Zentrale Einrichtungen*	1.607.700	2.963.100	2.723.500	3.751.600	3.723.800
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken**	2.951.500	2.839.100	8.108.200	9.220.500	12.535.600
Zentralverwaltung	3.383.900	4.087.600	5.981.800	4.976.700	4.743.900
Gesamt	80.271.700	86.970.500	90.645.800	92.457.700	107.102.000

Betrag in € als Werte	2014	2015	2016	2017	2018
Geisteswissenschaften	6.529.600	6.832.100	6.320.700	6.304.200	7.146.500
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	42.625.700	42.850.500	39.411.300	39.112.500	41.081.600
Kunst, Kunstwissenschaft	949.000	783.400	1.021.900	822.900	1.072.800
Mathematik, Naturwissenschaften	36.169.700	38.642.000	38.853.300	39.971.800	40.799.300
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2.957.500	3.415.800	4.692.600	5.708.800	5.639.900
Sport	288.700	427.600	434.700	534.400	699.700
Zentrale Einrichtungen*	3.619.000	3.489.400	4.580.500	5.139.600	5.578.600
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken**	12.620.200	11.588.700	11.694.200	12.560.200	14.315.500
Zentralverwaltung	11.292.300	5.780.600	13.379.600	26.176.200	22.875.000
Gesamt	117.051.600	113.949.900	121.116.300	137.346.500	139.937.200

Datenquelle: Planung und Controlling Data Warehouse JGU – Drittmittel (SFBs und GRKs aufgeteilt); inkl. Stiftungsprofessuren.

* (ohne klinikspezifische Einrichtungen) | ** (nur Humanmedizin)

Ehrentitel der JGU

Ehrenpromotionen		
1947	Katholisch-Theologische Fakultät	Josef Schmid (1898–1978), Geograf, Gründungsrektor der JGU
		Ferdinand Dirichs (1894–1948), Bischof von Limburg 1947–1948
		Basilus Ebel OSB (1896–1968), Abt von Maria Laach 1946–1966
		Otto Eichenlaub (1898–1954), Oberregierungspräsident von Hessen-Pfalz bzw. der Pfalz 1945–1947
	Philosophische Fakultät	August Reatz (1889–1974), erster gewählter Rektor der JGU
		Raymond Schmittlein (1904–1974), Leiter der Kultur- und Erziehungsabteilung der französischen Militärregierung, Gründungsvater der JGU
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Emil Kraus (1893–1972), Oberbürgermeister der Stadt Mainz 1945–1949
		Albert Stohr (1890–1961), Bischof von Mainz 1935–1961, Ehrensensator der JGU 1960, förderte die Wiedererrichtung der Mainzer Universität
1948	Evangelisch-Theologische Fakultät	Friedrich Forell (1888–1968), Gründer des Emergency Committee for German Protestantism 1947
		Wilhelm Röhrich (1893–1959), Direktor des Hessischen Landesvereins für Innere Mission
		Edmund Schlink (1903–1984), Professor für Systematische Theologie an der Universität Heidelberg
1949	Evangelisch-Theologische Fakultät	Eduard Schweizer (1913–2006), Professor für Neues Testament an der JGU 1946–1949
		Otto Michel (1903–1993), Professor für Neues Testament an der Universität Tübingen
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Pierre Marie Koenig (1898–1970), Militärgouverneur der französischen Besatzungszone in Deutschland, Initiator der Gründung der JGU
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Carl Pirath (1884–1955), Gründer des Verkehrswissenschaftlichen Instituts für Luftfahrt an der TH Stuttgart
1950	Philosophische Fakultät	Nimio de Anquin (1896–1979), argentinischer thomistischer Philosoph und faschistischer Politiker
		Mariano San Nicolò (1887–1955), Rechtshistoriker an der Universität München
1951	Naturwissenschaftliche Fakultät	Karl Geib (1883–1951), Direktor des Heimatmuseums Bad Kreuznach
		Hermann Staudinger (1881–1965), Nobelpreisträger für Chemie 1953, Begründer der makromolekularen Chemie
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Leopold von Wiese und Kaiserswaldau (1876–1969), Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1946–1955, Gastprofessor an der JGU
1952	Evangelisch-Theologische Fakultät	Theodor Schaller (1900–1993), Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz 1964–1969
		Karl Stoevesandt (1882–1977), Mediziner und Theologe, Gründer der Bekennenden Kirche Bremens
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Henri-Victor Vallois (1889–1981), Anthropologe und Paläontologe, Direktor des Musée de l'Homme in Paris

	Philosophische Fakultät	Georg von Opel (1912–1971), Automobilunternehmer und Sportfunktionär
1953	Naturwissenschaftliche Fakultät	Georg Dahmer (1879–1954), Chemiker und Paläontologe
		Walther Meißner (1882–1974), Experimentalphysiker, Vorsitzender der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1946–1950
		Erich Schott (1891–1989), Gründer der Schott-Glaswerke Mainz, Ehrensenator der JGU 1961
	Medizinische Fakultät	Ernst Boehringer (1896–1965), Mitglied der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim
		Heinrich Jensch (1888–1956), Pharmazeut bei den Farbwerken Hoechst
	Evangelisch-Theologische Fakultät	Hans Lokies (1895–1982), Direktor der Gossner Mission in Berlin
1954	Evangelisch-Theologische Fakultät	Ernst Haenchen (1894–1975), Professor für Evangelische Theologie an den Universitäten Gießen und Münster
		August Dell (1890–1979), Direktor des Evangelisch-Theologischen Seminars Herborn 1953–1959
	Katholisch-Theologische Fakultät	Jakob Schmidt (1871–1964), Kirchenhistoriker und Domkapitular, Professor am Priesterseminar Mainz 1904–1956
	Philosophische Fakultät	Franz Orsós (1879–1962), Rechtsmediziner, Leiter des Seminars für künstlerische Erziehung der JGU 1947–1963
		Friedrich Smend (1893–1980), evangelischer Theologe, Bibliothekar und Bachforscher
1955	Evangelisch-Theologische Fakultät	Carl E. Schneider (1890–1981), Professor für Evangelische Theologie am Eden Theological Seminary in St. Louis, USA
	Philosophische Fakultät	Michel Oppenheim (1885–1963), Kulturdezernent der Stadt Mainz und Mitbegründer des Vereins der Freunde der Universität Mainz e. V., Ehrenbürger der JGU 1951
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Otto Most (1881–1971), Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, Honorarprofessor der JGU
1956	Evangelisch-Theologische Fakultät	Walter Kreck (1908–2002), Aktivist der Ostermarschbewegung, der Friedensbewegung und der Anti-Atomkraft-Bewegung
	Katholisch-Theologische Fakultät	Erich Molitor (1886–1963), Präsident des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz, Professor an der JGU 1948–1954
	Medizinische Fakultät	Peter Altmeier (1899–1977), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1947–1969
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Charles Henri Marschalk (1885–1968), Chemiker, Entdecker der Marschalk-Reaktion
		Adolf Todt (1886–unbek.), Vorstandsmitglied der Firma Kalle & Co.
	Philosophische Fakultät	Emil Preetorius (1883–1973), Illustrator und Präsident der Akademie der Schönen Künste München 1948–1968, Ehrenbürger der JGU 1954
		Hans Brockhaus (1888–1965), Mitinhaber des Verlags F. A. Brockhaus
1957	Evangelisch-Theologische Fakultät	Erwin Wißmann (1895–1967), Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 1947–1964
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Curt Freiherr von Salmuth (1895–1981), Industrieller, Ehrenbürger der JGU 1955
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Erich Dombrowski (1882–1972), Mitbegründer und Chefredakteur der <i>Allgemeinen Zeitung</i> , Ehrenbürger der JGU 1952

		Joseph Wünsch (1897–1970), Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer Wiesbaden
	Philosophische Fakultät	Herbert Quandt (1910–1982), Industrieller
1958	Evangelisch-Theologische Fakultät	Richard Bergmann (1890–1972), Oberkirchenrat und Personaldezernent der Evangelischen Kirche der Pfalz 1948–1960
	Medizinische Fakultät	Elis Berven (1885–1966), Entwickler der interventionellen Strahlentherapie (Brachytherapie) in der Krebsbehandlung
	Philosophische Fakultät	Sarvepalli Radhakrishnan (1888–1975), Religionsphilosoph, Präsident der Republik Indien 1962–1967
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Karl Käfer (1898–1999), Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich
1959	Evangelisch-Theologische Fakultät	Hans Erich Heß (1904–1982), Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 1950–1969
		Carl Hinrichs (1900–1962), Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin
		Johannes Wolff (1901–1961), Dozent für Praktische Theologie an der Kirchlichen Hochschule Berlin
	Katholisch-Theologische Fakultät	Albert Schmitt OSB (1894–1970), Gründer der neuen Abtei Grüssau in Bad Wimpfen im Bistum Mainz 1947
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Peter Joseph William Debye (1884–1966), Nobelpreisträger für Chemie 1936
	Philosophische Fakultät	Kurt Baumann (1909–1983), Pfalzhistoriker
		David C. McClelland (1917–1998), Professor für Verhaltens- und Sozialpsychologie an der Harvard University
1960	Evangelisch-Theologische Fakultät	Clement Anderson Akrofi (1901–1967), Ethnologe, Linguist für die Twi-Sprache und Bibelübersetzer
	Katholisch-Theologische Fakultät	Adolph Bolte (1901–1974), Bischof von Fulda 1959–1974
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Oskar Perron (1880–1975), Professor für Mathematik an der Universität München
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Wilhelm Boden (1890–1961), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1946–1947, Ehrensator der JGU 1947
		Joseph Hamel (1889–1962), Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Paris
1961	Evangelisch-Theologische Fakultät	Eduard Lohse (1924–2015), Rektor der Universität Göttingen, Landesbischof der Hannoverschen Landeskirche
		Ernst Müller (1900–1976), Herausgeber und Chefredakteur des <i>Schwäbischen Tagblatts</i> Tübingen, Hölderlin-Forscher
	Medizinische Fakultät	Cecil James Watson (1901–1983), Erforscher des Hämoglobinstoffwechsels
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Karl Winnacker (1903–1989), Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG 1952–1969
1962	Evangelisch-Theologische Fakultät	Fritz Führ (1904–1963), führende Persönlichkeit der Evangelischen Kirche in der DDR
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Pierre Pruvost (1890–1967), Geologe, Erforscher der französischen Steinkohlevorkommen

1963	Naturwissenschaftliche Fakultät	Pieter-Hendrik Hermans (1898–1979), Chemiker, Direktor des Instituts für Zelluloseforschung Utrecht
		Giulio Natta (1903–1979), Nobelpreisträger für Chemie 1963
		Hermann F. Mark (1895–1992), Mitbegründer der modernen Polymerwissenschaften
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	René Samuel Cassin (1887–1976), Friedensnobelpreisträger 1968, Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 1965–1968
1964	Katholisch-Theologische Fakultät	Josef Gülden (1907–1993), katholischer Geistlicher und Publizist in der DDR
	Medizinische Fakultät	Joshua Harold Burn (1892–1981), Direktor des Pharmakologischen Labors der British Pharmaceutical Society
		Jan Gösta Waldenström (1906–1996), Professor an der Universität Lund
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Otto Bayer (1902–1982), Forschungsleiter der Bayer AG
1966	Naturwissenschaftliche Fakultät	Friedrich Wessely (1897–1967), Leiter des II. Chemischen Instituts der Universität Wien
	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Fritz Eichholz (1902–1994), Kurator bzw. Kanzler der JGU 1946–1967
1967	Naturwissenschaftliche Fakultät	Ichiro Sakurada (1904–1986), Pionier der Polymerforschung
1968	Evangelisch-Theologische Fakultät	John B. Cobb (geb. 1925), Gastprofessor an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der JGU 1965/66
1969	Medizinische Fakultät	E. Coulyer Hammond (1912–1986), Erforscher des durch Rauchen verursachten Lungenkrebses
		Manfred M. Mayer (1916–1984), Mikrobiologe, Begründer der Komplement-Forschung
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Bernhard Timm (1909–1992), Vorstandsvorsitzender der BASF AG 1965–1974
		Arnold Weissberger (1898–1984), Biologe, Laborleiter für Farbfotografie bei Eastman Kodak
	Philosophische Fakultät	Adam Gottron (1889–1971), katholischer Geistlicher und Musikhistoriker, Ehrenbürger der Stadt Mainz 1962, Honorarprofessor der JGU
1970	Evangelisch-Theologische Fakultät	Johann Nepomuk David (1895–1977), Komponist, Professor an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Stuttgart
1971	Evangelisch-Theologische Fakultät	James M. Robinson (1924–2016), Professor für Katholische Theologie an der Claremont Graduate University
	Naturwissenschaftliche Fakultät	Fritz Möller (1906–1983), Pionier der Strahlenforschung und Satellitenmeteorologie, Professor für Meteorologie an der JGU 1949–1960
1972	Philosophische Fakultät	Gustave Hulstaert (1900–1990), Entomologe, katholischer Priester und Missionar, Erforscher der Lomongo-Dialekte (Kongo)
	Evangelisch-Theologische Fakultät	Hans Kallenbach (1907–1981), Gründer und Direktor der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau
1973	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Karl Herbert (1907–1995), Oberkirchenrat und stellvertretender Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 1964–1972
	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Hugo Enomiya-Lassalle SJ (1898–1990), Jesuitenpater und Zen-Meister
	FB 07 – Klinische Institute	Peter Safar (1924–2003), Begründer der Herz-Lungen-Wiederbelebung
1974	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Albrecht Goes (1908–2000), Pfarrer und Schriftsteller

1977	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Balthasar Fischer (1912–2001), Professor für Liturgiewissenschaft an der Universität Trier 1947–1980
		Alois Kardinal Grillmeier SJ (1910–1998), Professor für Dogmatik an der JGU 1964–1963, Kardinal
		Kassius Hallinger OSB (1911–1991), Kirchenhistoriker
		Josef Maria Reuß (1906–1985), Weihbischof der Diözese Mainz
		Karol Wojtyła (1920–2005), Papst Johannes Paul II. 1978–2005
	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	René Jean Dupuy (1918–1997), Generalsekretär der Haager Akademie für Völkerrecht 1966–1984
		Helmut E. Ehrhardt (1914–1997), Professor für Forensik und Sozialpsychiatrie an der Universität Marburg 1964–1982
		Hellmut Georg Isele (1902–1987), Rektor der JGU 1949–1951, Professor für Rechtswissenschaften an der JGU 1946–1959
	FB 07 – Klinische Institute	Jean Lassner (1913–2007), Pionier der Anästhesie, Gastprofessur an der JGU 1976–1978
		Bernard G. Ziedses des Plantes (1902–1993), Radiologe, Erfinder der Planigraphie
	FB 08 – Konservative Medizin	Pierre Cazal (1917–2007), Direktor des Hämatologischen Instituts und der regionalen Transfusionszentrale in Montpellier
		Hans Schäfer (1906–2000), Physiologe, Sozialmediziner und Reformers des Medizinstudiums, Professor an der Universität Heidelberg
	FB 12 – Sozialwissenschaften	Hans Kreitler (1916–1993), österreichischer Psychologe, Vertreter der kognitiven Psychologie
		Donald B. Lindsley (1907–2003), Pionier der experimentellen Hirnforschung
	FB 13 – Philologie I	Bernhard Zeller (1919–2008), Literaturhistoriker, Direktor des Schiller-Nationalmuseums und des Deutschen Literaturarchivs Marbach
	FB 16 – Geschichtswissenschaften	Michel François (1906–1981), Leiter der Abteilung der Affaires des Beaux-Arts der französischen Militärregierung in Baden-Baden 1945–1949, Direktor der École nationale des chartes, Paris
		Hans Gál (1890–1987), Direktor des Konservatoriums in Mainz 1929–1933
	FB 17 – Mathematik	Helmut Wielandt (1910–2001), Mathematiker, Gastprofessor an der JGU 1949–1951
	FB 21 – Biologie	Günter Groh (1933–1996), Ornithologe, erforschte die Vogelwelt der Pfalz
	FB 22 – Geowissenschaften	Eduard Mückenhausen (1907–2005), Professor für Bodenkunde an der Universität Bonn
1979	FB 12 – Sozialwissenschaften	Ulli Beier (1922–2011), Schriftsteller und Sprachwissenschaftler
	FB 16 – Geschichtswissenschaften	Robert Folz (1910–1996), Professor für mittelalterliche Geschichte an der Universität Dijon
		Anthony van Hoboken (1887–1983), Musikwissenschaftler
	FB 19 – Chemie	Anton Peterlin (1908–1993), Physiker
		Georges Smets (1915–1991), Chemiker, Förderer des Austauschprogramms zwischen der JGU und der Universität Löwen
1980	FB 04 – Medizin	Klaus Zülch (1910–1988), Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung 1959–1978

1981	FB 04 – Medizin	Sir Gustav Nossal (geb. 1933), Professor für Medizinische Biologie an der Universität Melbourne
	FB 17 – Mathematik	Gottfried Köthe (1905–1989), Mathematiker, Rektor der JGU 1954–1956
1982	FB 04 – Medizin	Hubert Pipberger (1920–1993), Kardiologe und Mitentwickler des computerbasierten EKG
	FB 20 – Pharmazie	Harry Auterhoff (1915–1983), Chemiker und Pharmazeut, Präsident der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft
1983	FB 12 – Sozialwissenschaften	Helio Jaguaribe (1923–2018), Soziologe und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Lateinamerikanistik
1984	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Maria-Judith Krahe OSB (gest. nach 1988), Theologin
	FB 18 – Physik	Franz Späth OP (1915–2000), Theologe, Missionar in China und Taiwan
1985	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Raymond Barre (1924–2007), Premierminister von Frankreich 1976–1981
	FB 15 – Philologie III	Michel Butor (1926–2016), Schriftsteller und Literaturwissenschaftler, Gastprofessor an der JGU 1982/83
1986	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Friedrich Oser (1937–2020), Pädagoge und Psychologe, Professor an der Universität Freiburg im Üechtland
	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Theodor Ritterspach (1904–1999), Bundesverfassungsrichter 1951–1975
	FB 04 – Medizin	Gertie Marx (1912–1994), Begründerin der Geburtsanästhesiologie
1987	FB 22 – Geowissenschaften	Josef Staab (1919–2009), Domänenrat auf Schloss Johannisberg in Geisenheim im Rheingau 1956–1980
1988	FB 12 – Sozialwissenschaften	Richard Lazarus (1922–2002), Psychologe, entwickelte ein nach ihm benanntes Modell zur Stressbewältigung
1989	FB 04 – Medizin	David Lorne Gilday (geb. 1940), Radiologe, Pionier der pädiatrischen Nuklearmedizin
1990	FB 17 – Mathematik	Jean Brossel (1918–2003), Atomphysiker und Quantenoptiker
1991	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Helmut Spengler (geb. 1931), Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 1985–1993
	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Krzysztof Skubiszewski (1926–2010), Außenminister von Polen 1989–1993
	FB 04 – Medizin	Dame Sheila Sherlock (1918–2001), Pionierin auf dem Gebiet der Heptalogie
	FB 12 – Sozialwissenschaften	Dieter Stolte (geb. 1934), ZDF-Intendant 1982–2002, Kuratoriumsmitglied der JGU 1988–1998
1992	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Alfons Nossol (geb. 1932), Bischof von Oppeln 1977–2009
	FB 19 – Chemie und Pharmazie	Otto Hermann Pesch (1931–2014), Theologe und Lutherforscher
	FB 19 – Chemie und Pharmazie	Gerhart Friedlaender (1916–2009), Chemiker, Mitarbeiter des Manhattan Projects
1993	FB 04 – Medizin	Ludwig Gutmann (geb. 1933), Neurologe, Professor an der Universität von West Virginia
1994	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Heinz Scheible (geb. 1931), Theologe und Philologe, Gründer der Melanchthon-Forschungsstelle in Heidelberg

1995	FB 18 – Physik	Heinrich Leutwyler (geb. 1938), Professor für Physik an der Universität Bern
1996	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Walter Seidel (1926–2010), Prälat und Studierendenseelsorger in Mainz
	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Andrzej Zoll (geb. 1942), Präsident des polnischen Verfassungsgerichts 1989–1997, Gastprofessor an der JGU 1992
1997	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Christa Reich (geb. 1937), Professorin für Kirchenmusik und Hymnologie an der JGU
	FB 16 – Geschichtswissenschaften	Hans Schneider (1921–2017), Antiquar und Musikverleger
1998	FB 16 – Geschichtswissenschaften	Emilio Gabba (1928–2013), Althistoriker, Professor an der Universität Pavia
1999	FB 12 – Sozialwissenschaften	Wolf Grabendorff (geb. 1940), Direktor des Instituto de Relaciones Europeo-Latinoamericanas in Madrid 1985–2000
	FB 26 – Sport	Günter Bernhard (1926–2014), Sportwissenschaftler, Professor an der Universität Graz
		Klaus Willimczik (geb. 1940), Sportwissenschaftler und Leichtathlet
2000	FB 26 – Sport	Yves Pierre Boulongne (1921–2001), Olympiaforscher, Europaprofessor in Mainz 1996
2001	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Klaus G. Adam (geb. 1941), Mitglied des Kuratoriums und ehem. Vorsitzender des Vereins der Freunde der Universität Mainz e. V., Ehrenbürger der JGU 2011
2002	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Alfred Pothmann (1930–2002), Prälat, Kustos des Essener Domschatzes
	FB 18 – Physik	Sir Samuel Frederick Edwards (1928–2015), Physiker, Professor an der Universität Cambridge
	FB 21 – Biologie	Siegfried Eck (1942–2005), Konservator am Staatlichen Museum für Tierkunde Dresden
2003	FB 11 – Philosophie/Pädagogik	Jean Ferrari (geb. 1931), Professor für Philosophie an der Universität Dijon
	FB 26 – Sport	Bodo-Knut Jüngst (1935–2017), Kinderarzt und Sportmediziner an der JGU
2004	FB 04 – Medizin	Willi Schulte (1929–2008), Direktor der Poliklinik für Zahnärztliche Chirurgie und Parodontologie Tübingen
2005	FB 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport	Klaus Schormann (geb. 1946), Präsident der Union Internationale de Pentathlon Moderne 1984–2004
	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Kazimierz Lankosz (geb. 1948), Professor für Völkerrecht an der Universität Krakau
2006	Senat	Valéry Giscard d'Estaing (1926–2020), Präsident von Frankreich 1974–1981
	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Jørgen Nybo Rasmussen (geb. 1929), Historiker und Archivar
		Erhard Weiher (geb. 1941), Geistlicher Rat und Pfarrer am Universitätsklinikum Mainz
	FB 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport	Edgar Reitz (geb. 1932), Regisseur der Filmreihe <i>Heimat</i> , Professor für Film an der Staatlichen Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe
FB 09 – Chemie, Pharmazie und Geowissenschaften	Bernt Krebs (geb. 1938), Chemiker, Mitglied der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur	

2007	FB 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport	Ingomar Weiler (geb. 1938), Althistoriker, Professor an der Universität Graz
	FB 03 – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	Gerd Nobbe (1944–2019), Richter am Bundesgerichtshof 1989–2009
	FB 04 – Medizin	Otmar Trentz (geb. 1942), Direktor der Unfallchirurgie des Universitätsospitals Zürich
2008	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Hermann Kurzke (geb. 1943), Professor für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der JGU, Mitbegründer des Gesangbucharchivs
2009	FB 04 – Medizin	Andreas Barner (geb. 1953), Vorsitzender der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim 2009–2016 und Vorsitzender des Hochschulrats, Ehrenbürger der JGU 2019
		James E. Baumgardner (geb. 1955), Mitglied der DFG-Forschergruppe Radiologie / Anästhesiologie in Mainz
		Helmut Fahlbusch (geb. 1933), ehem. Vorstandssprecher der Mainzer Schott AG, Mitglied im Aufsichtsgremium der Universitätsmedizin
		Jürgen Zöllner (geb. 1945), Mediziner und Politiker, Präsident der JGU 1991, Bildungs- und Wissenschaftsminister von Rheinland-Pfalz 1991–2006
2010	Senat	Mario Adorf (geb. 1930), Schauspieler, Student der JGU von 1950–1953
	FB 06 – Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft	Hans J. Vermeer (1930–2010), Professor für Angewandte Linguistik in Gernersheim 1970–1983
	FB 09 – Chemie, Pharmazie und Geowissenschaften	Ruth Duncan (unbek.), Pharmakologin, Professorin an der Welsh School of Pharmacy in Cardiff
2011	FB 06 – Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft	Manfred Peter Hein (geb. 1931), Schriftsteller und Übersetzer
2013	FB 01 – Katholisch-Theologische Fakultät	Leo Declerck (geb. 1938), Generalvikar des Bistums Brügge
		Jesús García González (geb. 1935), Professor für Katholische Theologie an verschiedenen Institutionen in Mexiko
2014	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Jürgen Schefzyk (geb. 1955), Gründungsdirektor des Bibelhaus Erlebnismuseums Frankfurt a. M., Lehrbeauftragter an der JGU
		Ulrich Schwemer (geb. 1944), Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Kirche und Israel in Hessen-Nassau
		FB 04 – Medizin
2015	FB 05 – Philosophie und Philologie	Stephan Stachorski (geb. 1967), Mitherausgeber der <i>Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe</i> der Werke Thomas Manns
2016	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Volker Jung (geb. 1960), Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
	FB 05 – Philosophie und Philologie	Siri Hustvedt (geb. 1955), Schriftstellerin
2017	FB 04 – Medizin	Cornelis J. Melief (geb. 1943), Mediziner, Pionier der Tumorimmunologie
2018	FB 07 – Geschichts- und Kulturwissenschaften	Kurt Roeske (geb. 1933), Altphilologe, Geschäftsführer des Vereins der Freunde der Universität Mainz e. V. 1997–2007
	FB 09 – Chemie, Pharmazie und Geowissenschaften	Kazunori Kataoka (geb. 1950), Professor für Polymerchemie an der Universität Tokio
2019	FB 01 – Evangelisch-Theologische Fakultät	Christian Schad (geb. 1958), Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz
		Elsa Tamez (geb. 1951), Befreiungstheologin, Professorin an der Universidad Bíblica Latinoamericana

	FB 05 – Philosophie und Philologie	Hans Ulrich Gumbrecht (geb. 1948), Professor für Komparatistik an der Stanford University
2020	FB 06 – Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft	Jörn Albrecht (geb. 1939), Sprach- und Übersetzungswissenschaftler, Professor an der JGU und an der Universität Heidelberg

Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren

1947	Wilhelm Boden (1890–1961), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1946–1947, Ehrendoktor der JGU 1960 Jakob Steffan (1888–1957), Innen- bzw. Sozialminister von Rheinland-Pfalz 1946–1950
1949	Christian Eckert (1874–1952), erster Rektor der Universität Köln 1919–1920, Oberbürgermeister der Stadt Worms 1946–1949, Mitbegründer der JGU Henry Guérin (1902–unbek.), Gouverneur von Rheinhessen 1948
1950	Klara Gräfin von Matuschka-Greifenclo (1870–1959), wissenschaftliche Verdienste um die Erschließung umfangreichen Archivmaterials auf Schloss Vollrads
1951	Albert Boehringer (1891–1960), Mitglied der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim
1956	Carl Wurster (1900–1974), Vorstandsvorsitzender der BASF AG Franz Stein (1900–1967), Oberbürgermeister der Stadt Mainz 1949–1965
1960	Albert Stohr (1890–1961), Bischof von Mainz 1935–1961, Ehrendoktor der JGU 1947
1961	Erich Schott (1891–1989), Gründer der Schott-Glaswerke Mainz, Ehrendoktor der JGU 1953 Walter Kalkhof-Rose (1910–1988), Chemiker und Unternehmer, Förderer der JGU
1964	Kurt Hansen (1910–2002), Vorstandsvorsitzender der Bayer AG 1961–1974
1965	Franz Josef Kohl-Weigand (1900–1972), Eisenwarenfabrikant
1967	Wilhelm Steinlein (1901–1974), Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Rheinland-Pfalz 1948–1958, Vorstandsvorsitzender der Landesbank Rheinland-Pfalz 1958–1969
1973	Ludwig Strecker (1883–1978), Leiter des Musikverlags B. Schott's Söhne, Ehrenbürger der JGU 1952
1985	Peter Schneider (1920–2002), letzter Rektor und erster Präsident der JGU
1987	Helmut Mathy (1934–2008), Historiker und Ministerialrat, Honorarprofessor der JGU
1996	Peter Paul Konder (1928–2006), Mathematiker, Förderer der Beziehungen der JGU zu Kolumbien Leo Trepp (1913–2010), Rabbiner, Honorarprofessor der JGU Josef Georg Ziegler (1918–2006), Prälat, Förderer der Beziehungen der JGU zu Polen
2016	Renate von Bardeleben (geb. 1940), Amerikanistin, Vizepräsidentin der JGU 1995–1998 Jürgen W. Falter (geb. 1944), Professor für Politikwissenschaft an der JGU, Mitbegründer des Gutenberg Forschungskollegs (GFK) Rolf Peffekoven (1938–2019), Finanzwissenschaftler, Mitglied des Haushaltsausschusses der JGU, des Hochschulrats und des Kuratoriums der Stiftung Mainzer Universitätsfonds Rainer Zerbe (geb. 1952), langjähriges Mitglied im Fachbereichsrat und im Senat der JGU

Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger

1951	Michel Oppenheim (1885–1963), Kulturdezernent der Stadt Mainz, Mitbegründer des Vereins Freunde der Universität Mainz e. V. und Ehrendoktor der JGU 1955
1952	Erich Dombrowski (1882–1972), Mitbegründer und Chefredakteur der <i>Allgemeinen Zeitung Mainz</i> , Ehrendoktor der JGU 1957 Ludwig Strecker (1883–1978), Leiter des Musikverlags B. Schott's Söhne, Ehrensensator der JGU 1973 Adolf Süsterhenn (1905–1974), MdB, Minister in Rheinland-Pfalz, Präsident des OLG und Vorsitzender des Verfassungsgerichtshofs in Koblenz
1954	Emil Preetorius (1883–1973), Illustrator, Präsident der Akademie der Schönen Künste München 1948–1968, Ehrendoktor der JGU 1956 Alexander Freiherr von Senarclens-Grancy (1880–1964), deutscher Offizier und Diplomat

1955	Curt Freiherr von Salmuth (1895–1981), Industrieller, Ehrendoktor der JGU 1957
1956	Leopold Arnsperger (1906–1975), Vorstandsvorsitzender der Knoll AG Friedrich Bischoff (1896–1976), Intendant des Südwestfunks
1957	Julius Liebrecht (1891–1974), Mitglied der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim Otto Sartorius (1892–1977), Weinbauunternehmer und Önologe
1958	Heinz Berndt (1898–1977), Direktor der Friedrichshütte in Herdorf im Landkreis Altenkirchen
1961	Heinrich Hopff (1896–1977), Chemiker der BASF AG, Professor an der JGU 1952–1967 Louis Théodore Kleinmann (1907–1979), Stadtkommandant von Mainz 1945–1946, Mitbegründer der JGU Werner Neuse (1899–1986), Germanist, Begründer der Mainzer Graduate School of German des Middlebury Colleges
1962	Otto Löhr (1890–1969), Direktor der Pädagogischen Akademie Kaiserslautern Emy Roeder (1890–1971), Bildhauerin
1964	Karl Glaser (1903–1988), Direktor der Maschinenfabrik Weingarten Hans Klenk (1906–1983), Gründer von Hakle, Förderer der Universität
1965	Alfred Hüthig (1900–1996), Gründer des Hüthig Verlags
1976	Carl Zuckmayer (1896–1977), Schriftsteller
1977	Pierre Feuillée (geb. 1932), Präsident der Universität Dijon 1978–1983 André François-Poncet (1887–1978), französischer Hoher Kommissar 1949–1955 Jockel Fuchs (1919–2002), Oberbürgermeister der Stadt Mainz 1965–1987 Drago Grdenić (1919–2018), Rektor der Universität Zagreb 1976–1979 Hanns Dieter Hüsch (1925–2005), Kabarettist und Schriftsteller, Student der JGU von 1946–1950 Julius Lehlbach (1922–2001), MdL und DGB-Vorsitzender von Rheinland-Pfalz 1965–1986 Olin C. Robison (1936–2018), Präsident des Middlebury Colleges Vermont 1975–1990 Georg Rückert (1901–1990), Regierungspräsident von Rheinhessen 1947–1966 Ernst Schäck (1908–1998), Ministerialdirigent Anna Seghers (1900–1983), Schriftstellerin Lothar Strobel (1928–2020), Rechtsanwalt und Generalbevollmächtigter des Verwaltungsrats der Blendax-Werke Siegfried Wagner (unbek.), Präsident des Justizprüfungsamts Herbert Willersinn (1926–1995), Vorstandsmitglied der BASF AG
1982	Jacques Vaudiaux (unbek.), Präsident der Universität Dijon 1978–1983
1983	Erling Ozer Schild (1930–2006), Präsident der Universität Haifa 1990–1993
1984	Jakob Graf von und zu Eltz (1921–2006), Dozent für Weinrecht und Weinwirtschaft an der JGU
1989	Roger Paris (unbek.), Präsident der Universität Dijon 1983–1988
1990	Ernst Marx (1899–1996), Mediziner, Krebsforscher
1994	Menahem Pressler (geb. 1923), Pianist, Gründer des Beaux Arts Trios
1996	Otto Boehringer (unbek.), Ehrevorsitzender des Vorstands der Boehringer Ingelheim Stiftung, Förderer der JGU Jocelyne Pérard (unbek.), Präsidentin der Universität Dijon 1993–1998
1999	Wulf Vater (1917–2007), Pharmakologe, Gründer der Wulf-Vater-Stiftung an der JGU
2001	Diether Sammet (unbek.), ehem. Technischer Vorstand der ESWE
2005	Hans Friderichs (geb. 1931), Bundesminister a. D., ehem. Vorsitzender des Hochschulrats und des Hochschulkuratoriums
2006	Karl Kardinal Lehmann (1936–2018), Bischof von Mainz und Kardinal, Professor der JGU 1968–1971
2011	Klaus G. Adam (geb. 1941), Mitglied des Kuratoriums und ehem. Vorsitzender des Vereins der Freunde der Universität Mainz e. V., Ehrendoktor der JGU 2001
2019	Andreas Barner (geb. 1953), Professor Vorsitzender der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim 2009–2016, Vorsitzender des Hochschulrats, Ehrendoktor der JGU 2009

Abkürzungsverzeichnis

AAPOR	American Association of Public Opinion Research	BVDS	Bundesverband Deutscher Stiftungen
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
AbtArchiv SL	Abteilungsarchiv Studium und Lehre	BVP	Bayerische Volkspartei
AC	Affaires Culturelles	BWL	Betriebswirtschaftslehre
adh	Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband	CAT	Computer-Aided Translation
ADI	Auslands- und Dolmetscherinstitut	CCC	Corporate Communication Center
ADV	Akademische Damenverbindung	CCC	Comprehensive Cancer Center
AG	Arbeitsgemeinschaft	CCFA	Centre Culturel Franco-Allemand
AHRP	Allianz für Hochleistungsrechner Rheinland-Pfalz	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
AHS	Allgemeiner Hochschulsport	CEA	Commissariat à l'énergie atomique Saclay
AIESEC	Association internationale des étudiants en sciences économiques et commerciales	CERN	Conseil européen pour la recherche nucléaire (Europäische Organisation für Kernforschung)
AK	Arbeitskreis	CERP	Confédération Européenne des Relations Publiques
AKE	Österreichische Arbeitsgemeinschaft für künstliche Ernährung	CFLN	Comité français de la libération nationale
AKTFMZ	Archiv der Katholisch-Theologischen Fakultät Mainz	CHE	Centrum für Hochschulentwicklung
AMA	Archiv für die Musik Afrikas	CKE	Council for Knowledge Exchange
AMAE	Archives du Ministère des Affaires étrangères	CNRS	Centre national de la recherche scientifique
AMV	Akademisch-Musische Verbindung	CROUS	Centre régional des œuvres universitaires et scolaires Dijon
ArchGTE	Archiv des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Universität Mainz	CSF	Compagnie générale de télégraphie sans Fil
ArchiMeD	Archiv Mainzer elektronischer Dokumente	CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
ASG	Archiv des Studium generale der JGU	CuLDA	Carl und Liselott Diem-Archiv, Deutsche Sporthochschule Köln
AS-Konzept	Konzept für ein Anreizsystem zur Frauenförderung	CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss	CVJM	Christlicher Verein junger Menschen
ASWM	Archiv des Studierendenwerks Mainz	CWTS	Centrum voor Wetenschap en Technologische Studies
ATV	Akademische Turnverbindung	DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
Audimax	Auditorium maximum	DAKE	Deutsche Arbeitsgemeinschaft für künstliche Ernährung
AV	Akademischer Verein	DEL	Department of English and Linguistics
AvH-Stiftung	Alexander von Humboldt-Stiftung	DEP	Direction de l'Éducation Publique
AVL	Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft	DESY	Deutsches Elektronen-Synchrotron Hamburg
AVS	Institut für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft	DFDK	Deutsch-französisches Doktorandenkolleg in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften Mainz-Dijon
AWR	Arbeitskreis für Wehrpolitik der Reservisten	DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
AZ	Allgemeine Zeitung Mainz	DFH	Deutsch-Französische Hochschule
B!	Burschenschaft	DFHK	Deutsch-Französisches Hochschulkolleg
B.A.	Bachelor of Arts	DFJW	Deutsch-Französisches Jugendwerk
B.Ed.	Bachelor of Education	DGA	Deutsche Gesellschaft für Anthropologie
B.Sc.	Bachelor of Science	DGE	Deutsche Gesellschaft für Ernährung
Ba	Barium	DGEM	Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	DHG	Deutsche Hochschulgilde
BArch Ko	Bundesarchiv Koblenz	DHV	Deutscher Hochschulverband
BArch-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv	Diss.	Dissertation
BBAW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
BBC	British Broadcasting Corporation	DLV	Deutscher Leichtathletik-Verband
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	DMG	Deutsche Morgenländische Gesellschaft
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	DNA	Deoxyribonucleic Acid/Desoxyribonukleinsäure
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	DOMiD	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland
BDM	Bund deutscher Mädel	DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
BGBl.	Bundesgesetzblatt	dpa	Deutsche Presse-Agentur
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Dr. h. c.	Doctor honoris causa (Ehrendoktor)
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technik	Drs.	Drucksache
BMH	Bundesstiftung Manfred Hirschfeld	DSB	Deutscher Sportbund
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
BND	Bundesnachrichtendienst	ECTS	European Credit Transfer System
BStU	Bundesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	EEG	Elektroenzephalogramm
BGH	Bundesgerichtshof	EHMP	Edith Heischkel-Mentoring-Programm
BV	Bezirksverwaltung	EKHN	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

ELSA	European Law Students' Association		Research
EMBA	Executive Master of Business Administration	IASTE	International Association for the Exchange of Students for Technical Experience
ENA	École nationale d'administration	IAW	Institut für Altertumswissenschaften
ENSA	École Nationale Supérieure d'Architecture de Strasbourg	IBWF	Institut für Biotechnologie und Wirkstoff-Forschung
ERA	Earth and the Anthropocene	ICA	International Communication Association
ERC	European Research Council	IDN	Institute of Developmental Biology and Neurobiology
Ersti	Erstsemester	IEG	Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz
ESG	Evangelische Studierendengemeinde	IFB	Integriertes Forschungs- und Behandlungszentrum
ETH Zürich	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich	ifeas	Institut für Ethnologie und Afrikastudien
Ev.-Theol. Fak.	Evangelisch-Theologische Fakultät	IfP	Institut für Publizistik
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	IFTeK	Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft
EXC	Exzellenzcluster	IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin
F. M.	Förderndes Mitglied	IGfM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
Fak.	Fakultät	IGL	Institut für Geschichtliche Landeskunde
FAS	Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft	IHK	Industrie- und Handelskammer
FASK	Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft	IKM	Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	ILIAS	Integriertes Lern-, Informations- und Arbeitskooperationssystem
FB	Fachbereich	IMB	Institut für Molekulare Biologie
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	IMM	Fraunhofer-Institut für Mikrotechnik und Mikrosysteme
FDJ	Freie Demokratische Jugend	IMP	Institut für Molekulare Physiologie
FDP	Freie Demokratische Partei	INSEAD	Institut Européen d'Administration des Affaires
FID	Fachinformationsdienst	INT	Interview
FIFF	Forum Interkulturelle Frankreichforschung	Inter	Internationales Studierendenwohnheim
FKK	Freikörperkultur	Interfak	Interfakultativ
FMK	Konferenz der Finanzminister der Länder	IOME	Institut für Organismische und Molekulare Evolutionsbiologie
FO	Foreign Office	ISB	Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz
FORTHEM	Fostering Outreach within European Regions, Transnational Higher Education and Mobility	Ispolkom	Ispolnitelnyj Komitet, Exekutivkomitee
FR	Frankfurter Rundschau	ISTZiB	Institut für Slavistik, Turkologie und zirkumbaltische Studien
FSP	Forschungsschwerpunkt	ITIRI	Institut de Traducteurs, d'Interprètes et de Relations Internationales
FTMK	Institut für Film-, Theater-, Medien- und Kulturwissenschaft	IUPAP	International Union of Pure and Applied Physics
FTSK	Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft	jcm	junior campus mainz
FU Berlin	Freie Universität Berlin	JGU	Johannes Gutenberg-Universität Mainz
FVUG	Forschungsverband Universitätsgeschichte Mainz	JGUS	Johannes Gutenberg-Universitätstiftung
GeV	Gigaelektronenvolt	JuSo	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
GFG	Georg Forster-Gebäude	K. D. St. V.	Katholische Deutsche Studentenverbindung
GFK	Gutenberg Forschungskolleg	k. w.	künftig wegfallend
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	KA	»keine Ausländer« (Vermerk bei Mietanzeigen noch in den 1970er-Jahren)
GLK	Gutenberg Lehrkolleg	Kath.-Theol. Fak.	Katholisch-Theologische Fakultät
GNK	Gutenberg Nachwuchskolleg	KB	Kommunistischer Bund
GRC	Graphic Communication	KD	Kreisdienststelle
GSHS	Gutenberg Graduate School of the Humanities and Social Sciences	KDB	Katholische Deutsche Burschenschaft
GSI	Gesellschaft für Schwerionenforschung	ke'k	kompetent, engagiert, kreativ
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz	KHG	Katholische Hochschulgemeinde
HDSM	Harmonic Double-Sided Microtron	KIT	Karlsruher Institut für Technologie
HeBIS	Hessisches Bibliotheksinformationssystem	KMK	Kultusministerkonferenz
HfMM	Hochschule für Musik Mainz	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
HIM	Helmholtz-Institut Mainz	KSG	Katholische Studentengemeinde
HIS	Hochschul-Informations-System	KV	Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine
HI-TRON	Helmholtz-Institut für Translationale Onkologie	KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
HJ	Hitlerjugend	KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
HochSchG	Hochschulgesetz	KZ	Konzentrationslager
HPC	High-Performance-Computing	L!	Landsmannschaft
HR	Human Resources	LBB	Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung
HRG	Hochschulrahmengesetz	LBBW	Landesbank Baden-Württemberg
HRK	Hochschulrektorenkonferenz	LHA	Landeshauptarchiv
Hs.	Hörsaal	LHG	Landeshochschulgesetz
HSchulBG	Hochschulbauförderungsgesetz	LL.M.	Master of Laws (Legum Magister/Magistra)
HSEP	Hochschulstandortentwicklungsplanung	LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
HSG	Hochschulgruppe	LPBK	Landespersonalbemessungskonzept
HU Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin	LRP	Landesbank Rheinland-Pfalz
i. d. F.	in der Fassung	LuST	Lehre und Studium
IAKFF	Interdisziplinärer Arbeitskreis Frauenforschung		
IAMCR	International Association for Media and Communication		

M.A.	Master of Arts	PCK	Peter-Cornelius-Konservatorium
M.Ed.	Master of Education	PEN	Poets, Essayists, Novelists
M.Sc.	Master of Science	PFIF	Projektgruppe Frauen in Führungspositionen
µA	Mikroampere	PFLOPS	Peta Floating Point Operations per Second
MAINZ	Materials Science in Mainz	Phil. Fak.	Philosophische Fakultät
mainzed	Mainzer Zentrum für Digitalität in den Geistes- und Kulturwissenschaften	PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiterpartei Kurdistans)
MALAISE	Mainz Linear Accelerator Improving System	PMC	Bereichsbibliothek Physik, Mathematik, Chemie
MAMI	Mainzer Mikrotron	PRIO	Peace Research Institute Oslo
MBM	Mittelbemessungsmodell	PRISMA	Precision Physics, Fundamental Interactions and Structure of Matter
MBWVK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz	PRO	Public Record Office, London
MCNE	Molecularly Controlled Non-Equilibrium	PROMAHS	Professionelles Management im Hochschulsekretariat
MdB	Mitglied des Bundestags	PRONAT	Projektgruppe Naturwissenschaften
MdL	Mitglied des Landtags	PSL	Projekt zur Förderung von Studium und Lehre an der JGU
Med. Fak.	Medizinische Fakultät	PUSH	Public Understanding of Science and Humanities
MeMentUM	Medizin Mentoring Universitätsmedizin Mainz	Ra	Radium
MESA	Mainz Energy-Recovering Superconduction Accelerator	RAF	Rote Armee Fraktion
MESGO	Executive Master in European Sport Governance	RARP	Rechenzentrumsallianz Rheinland-Pfalz
MeV	Megaelektronenvolt	RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit	Rep.	Repositorium
MIN	Bereichsbibliothek Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften	ReWi. Fak.	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik	rfs	Ring freiheitlicher Studenten
MIT	Massachusetts Institute of Technology	RGZM	Römisch-Germanisches Zentralmuseum
MKR	Mainzer Korporationsring	RH	Reichsheer
MPG	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften	RM	Reichsmark
MPI	Max-Planck-Institut	rmn ²	Rhine-Main-Neuroscience-Network
MPIC	Max-Planck-Institut für Chemie	RMU	Verbund Rhein-Main-Universitäten
MPIP	Max-Planck-Institut für Polymerforschung	RUS	Rasseuntersuchung Schlesiens
MRZ	Mainzer Rhein-Zeitung	RW 1	Hörsaal Recht und Wirtschaft 1
MSB Spartakus	Marxistischer Studentenbund Spartakus	RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
MU	Mainzer Universitätsgespräche	SA	Sturmabteilung, paramilitärische Kampforganisation der NSDAP
MUB	Magazin der Universitätsbibliothek Mainz	SB	Schnellbau bzw. Sonderbau
MUELL	Mainz University Electron Linac	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
MW	Megawatt	SDF	Servicezentrum Digitalisierung und Fotodokumentation
MWWK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz	SDH	Staatliche Dolmetscherhochschule
Nat. Fak.	Naturwissenschaftliche Fakultät	SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
NATO	North Atlantic Treaty Organisation	SDV	Schutzbund für das Deutsche Volk
NC	Numerus clausus	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
ND	Bund Neudeutschland	SFB	Sonderforschungsbereich
NKWD	Narodnyj kommissariat wnutrennich del, Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, sowjetische politische Geheimpolizei	SGE	Schweizerische Gesellschaft für Ernährung
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	SMT	Sowjetische Militärtribunale
NPM	New Public Management	SNEB	Forschungsschwerpunkt Sprachen Nordeuropas und des Baltikums
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	SOCUM	Research Centre for Social and Cultural Studies Mainz
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps	SoMu	Joint Degree International Master in Social Linguistics and Multilingualism
NSM	Neues Steuerungsmodell	SOS	Starke Office Services
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt	SoSe	Sommersemester
NTM	Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin	SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
NYT	New York Times	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei	SPON	Der Spiegel – Online-Nachrichten
ÖDS	Ökologisch-Demokratische Studentenliste	SS	Schutzstaffel, paramilitärische Organisation der NSDAP
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	SSA	Studentischer Sportausschuss
OPAC	Online Public Access Catalogue	StA	Stadtarchiv
ORBR	Oberregierungsbaurat	StäKo	Ständige Kommission für Studien- und Prüfungsordnungen
ORR	Oberregierungsrat	Stasi	Staatssicherheit
OSB	Ordo Sancti Benedicti	StuPa	Studierendenparlament
OSR	Orchestre de la Suisse romande	SWF	Südwestfunk
PA ENN	Privatarchiv Elisabeth Noelle-Neumann, Piazzogna/Schweiz	SWOT	Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats
PAW	Preußische Akademie der Wissenschaften	TALC_me	Textual and Literary Cultures in Medieval Europe
PBK	Personalbemessungskonzept	TFLOPS	Tera Floating Point Operations per Second
PBO	Prüfungsangst Bewältigen Online	Tgb.	Tagebuch
PBS	Psychotherapeutische Beratungsstelle	TH	Technische Hochschule
		TheMa	Theologie in Mainz
		Tra&Co	Translation & Cognition Centers

TRIGA	Training, Research, Isotopes, General Atomic	WiSe	Wintersemester
TRON	Translation Oncology	W. K. St. V.	Wissenschaftlicher katholischer Studentenverein
TU	Technische Universität	WR	Wissenschaftsrat
UA	Universitätsarchiv	WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz
UB	Universitätsbibliothek	ZA EKHN	Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
UM	Universitätsmedizin	ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Dienst Einheit des MfS
UN	United Nations (Vereinte Nationen)	ZDV	Zentrum für Datenverarbeitung
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization	ZeFaR	Zentraler Fachschaftenrat
UnivG	Universitätsgesetz	ZFF	Zentrum für Frankreich- und Frankophonestudien
USC	Universitäts-Sportclub Mainz	ZIRP	Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz
VARM	Verbund Archäologie Rhein-Main	ZIS	Zentrum für Interkulturelle Studien
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften	ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
VdS	Verein Deutscher Studenten	ZQ	Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung
Vifarom	Virtuelle Fachbibliothek Romanischer Kulturkreis	ZUK	Zukunftskonzept der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
VKDStV	Verband Katholischer deutscher Studentenvereine	ZVS	Zentrale Vergabestelle für Studienplätze
VMA	Vormilitärische Ausbildung	ZWW	Zentralstelle für Wissenschaftliche Weiterbildung
VWL	Volkswirtschaftslehre		
WAPOR	World Association for Public Opinion Research		

Literatur- und Quellenverzeichnis

- acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V. u. a. (Hrsg.):** Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien. Empfehlungen vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen. [o. O.] 2014.
- Adam, Jens u. a. (Hrsg.):** Dienst in Freiheit. Ernst Käsemann zum 100. Geburtstag. Neukirchen-Vluyn 2008 (Theologie interdisziplinär 4).
- AG gegen Rassenkunde (Hrsg.):** Deine Knochen – Deine Wirklichkeit. Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie. Hamburg/Münster 1998.
- Albers, Henry u. a.: Zur Geschichte der Institute des Fachbereiches Chemie.** In: Krafft (Hrsg.): Mathematik, S. 37–55.
- Albert, Wilhelm/Oehler, Christoph:** Materialien zur Entwicklung der Hochschulen 1950 bis 1967. (Hochschulen, Studierende, Lehrpersonen, Einnahmen, Ausgaben, Strukturdaten). Hannover 1969 (Hochschulforschung 1).
- Albrecht, Andrea u. a. (Hrsg.):** »Zwischenvölkische Aussprache«. Internationaler Austausch in wissenschaftlichen Zeitschriften 1933–1945. Berlin/Boston 2020.
- Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Mainz (Hrsg.):** Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Mainz 1956.
- Alter, Peter u. a. (Hrsg.):** Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–2000. 3 Bde. 4. Aufl. Bonn 2000.
- Andres, Dörte/Behr, Martina (Hrsg.):** To Know How to Suggest... Approaches to Teaching Conference Interpreting. Berlin 2015.
- Anders, Freia:** »[B]reak down the violence in a place where it is vulnerable«. »1968« and the city – expert critique, »tenant campaigns«, squatter movements. In: Davis u. a. (Hrsg.): Movements [im Erscheinen].
- Arbeitsgruppe Mainzer Stadtbuch (Hrsg.):** Stadtbuch für Mainz und Umgebung. Bd. 2. Mainz 1982.
- Arbeitskreis Universitätsgeschichte (Hrsg.):** Elemente einer anderen Universitätsgeschichte. Mainz 1991.
- Arens, Fritz:** Protokolle aus dem städtischen Universitäts-Ausschuß. In: Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): Alte Mainzer Universität, S. 97–102.
- Asche, Matthias/Klenke, Dietmar (Hrsg.):** Von Professorenzirkeln, Studentenknäulen und akademischem Networking. Universitäre Geselligkeiten von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Köln u. a. 2017 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 19).
- Ash, Mitchell G.:** Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: Schwinges (Hrsg.): Universität, S. 311–344.
- Ders./Ehmer, Josef:** Universität – Politik – Gesellschaft. Allgemeine Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): 650 Jahre. Bd. 2, Teilbd. 1, S. 11–23.
- Dies. (Hrsg.):** 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 2: Universität – Politik – Gesellschaft. 2 Teilbde. Göttingen 2015.
- Atanasov, Margarete:** Ausländer. In: Stoll (Hrsg.): 50 Jahre, S. 93–103.
- Dies./Kelletat, Andreas:** Deutsch. In: Stoll (Hrsg.): 50 Jahre, S. 215–230.
- Auferkorte-Michaelis, Nicole/Linde, Frank (Hrsg.):** Diversität lernen und lehren. Ein Hochschulbuch. Opladen u. a. 2018.
- Auge, Oliver:** Der Kieler Professor (bis 1965) – Versuch einer Typologie. In: Ders./Piotrowski (Hrsg.): Köpfe, S. 15–41.
- Ders./Göllnitz, Martin (Hrsg.):** Radikale Überzeugungstäter? Studentische Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 21 (2018) [im Erscheinen].
- Ders./Piotrowski, Swantje (Hrsg.):** 32 exzellente Köpfe aus 350 Jahren CAU. Ein studentisches Projekt. Kiel 2015.
- Auhagen, Wolfgang u. a. (Hrsg.):** Musikwissenschaft 1900–1930. Zur Institutionalisierung und Legitimierung einer jungen akademischen Disziplin. Hildesheim u. a. 2017.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.):** Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2020. 2. Aufl. Berlin 2020, URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2344738/b2a4e47fdb9e8e2739bab2565f8fe7c2/deutsch-als-fremdsprache-data.pdf> (abgerufen am 20.9.2020).
- Backhaus, Fritz u. a. (Hrsg.):** Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. Begleitpublikation zur gleichnamigen Ausstellung des Fritz Bauer Institutes und des Jüdischen Museums Frankfurt. Frankfurt a. M. 2014.
- Baginski, Christophe:** Frankreichs Universitätspolitik am Beispiel der »Affäre Josef Schmid«, Freiburg im Breisgau, Mainz 1945–1952. In: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 22 (1996), S. 353–371.
- Ders./Springer, Klaus-Bernward:** Die Bedeutung der katholischen Kirche für die Neugründung und die Anfänge der Johannes Gutenberg-Universität. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 92/93 (1997/98), S. 213–238.
- Bahadır, Şebnem:** Interpreting Enactments. A New Path for Interpreting Pedagogy. In: Kainz u. a. (Hrsg.): Modelling, S. 177–211.
- Bahlmann, Johannes (Red.):** Horizonte überschreiten. 25 Jahre Pastoralreferentinnen und -referenten im Bistum Mainz. Mainz 1998 (Mainzer Perspektiven. Berichte und Texte aus dem Bistum 12).

- Bake, Uwe:** Vorrevolutionäre Universitätsreform in Mainz 1784 im Spiegel zweier Reiseberichte. In: Becker u. a. (Hrsg.): *Archiv*, S. 397–479.
- Balfour, Michael:** Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946. Düsseldorf 1959.
- Barblan, Andris:** Von der »Universität in Europa« zu den Universitäten Europas. In: Rüegg (Hrsg.): *Geschichte*, S. 485–506.
- Barcz, Jan:** Umowy kulturalne Republiki Federalnej Niemiec. Problemy konstytucyjnoprawne i międzynarodowe. Warszawa 1986.
- Bargel, Tino u. a.:** Studierenerfahrungen und studentische Orientierungen in den 80er Jahren. Trends und Stabilitäten. Bonn 1989 (Studien zu Bildung und Wissenschaft 86).
- Barth, Henrike/Donsbach, Wolfgang:** Aktivität und Passivität von Journalisten gegenüber Public Relations. Fallstudie am Beispiel von Pressekonferenzen zu Umweltthemen. In: *Publizistik* 37 (1992), H. 2, S. 151–165.
- Bartz, Olaf:** Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007. Stuttgart 2007.
- Bässler, Karl-Heinz:** In memoriam Konrad Lang. In: *Infusionstherapie und klinische Ernährung* 12 (1985), Nr. 6, S. 268f.
- Bauer, Jenny Jane/Reuter, Lisa:** Die 68er und die Mainzer Fastnacht. In: Schneider/Simon (Hrsg.): Mainz '68, S. 181–197.
- Baumann, Albert:** ...und wie es weiterging. Geschichte 1973 bis heute. In: Bahlmann (Red.): *Horizonte*, S. 23–53.
- Baumann, Imanuel u. a. (Hrsg.):** Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik. Köln 2011.
- Baumgarten, Marita:** Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler. Göttingen 1997 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 121).
- Baur, Uwe/Heyen, Franz-Josef (Hrsg.):** Auf der Suche nach neuer Identität. Kultur in Rheinland-Pfalz im Nachkriegsjahrzehnt. Mainz 1996 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 20).
- Bauspieß, Martin u. a. (Hrsg.):** Theologie und Wirklichkeit. Diskussionen der Bultmann-Schule. Neukirchen-Vluyn 2011 (Theologie interdisziplinär 12).
- Bayertz, Kurt u. a.:** Rasse, Blut und Gene: Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988.
- Beck, Kurt:** [Grußwort]. In: Dreyer (Hrsg.): *50 Jahre*, S. 1.
- Becker, Frank:** Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962). 4 Bde. Duisburg 2009/10.
- Becker, Irmgard Christa u. a. (Hrsg.):** *Archiv, Recht, Geschichte*. Festschrift für Rainer Polley. Marburg 2014 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Hochschule für Archiwissenschaft 59).
- Becker, Jörg:** Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann: Zwischen NS-Ideologie und Konservatismus. In: *Prospekte* (Hrsg.): *Täter*, S. 289–309.
- Behr, Martina/Seubert, Sabine (Hrsg.):** Education is a Whole-Person Process. Von ganzheitlicher Lehre, Dolmetschforschung und anderen Dingen. Berlin 2017 (Transkulturalität – Translation – Transfer 30).
- Beier, Ulli (Hrsg.):** Neue Kunst in Afrika. Ausstellungskatalog Mainz, Mittelrheinisches Landesmuseum. Berlin 1980.
- Bell, Daniel:** *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York 1973.
- Ben-Peretz, Miriam/Kron, Friedrich W.:** Grenzen überschreiten. 15 Jahre Partnerschaft zwischen der Universität Haifa und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Mainz 1996 (Schriften der Johannes Gutenberg-Universität 4).
- Benz, Arthur u. a.:** Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): *Handbuch*, S. 9–25.
- Dies. (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden 2007.
- Benzenhöfer, Udo:** Zur Genese des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Münster 2006.
- Berg, Christa u. a. (Hrsg.):** *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*. Bd. 6: 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilbd.: Bundesrepublik Deutschland. München 1998.
- Berg, Ursula:** Niklas Vogt (1756–1836). Weltsicht und politische Ordnungsvorstellungen zwischen Aufklärung und Romantik. Stuttgart 1992 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz 16).
- Bergan, Sjur:** *Not by Bread Alone*. Straßburg 2011.
- Berger, Peter Anton:** Soziale Milieus und die Ambivalenzen der Informations- und Wissensgesellschaft. In: Bremer/Lange-Vester (Hrsg.): *Milieus*, S. 77–105.
- Berger, Thomas u. a. (Hrsg.):** 1946–2016. 70 Jahre Katholisch-Theologische Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Anfänge, Zielsetzung und weitere Entwicklung der Katholisch-Theologischen Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität. Würzburg 2018 (Mainzer Beiträge zu Kirchen- und Religionsrecht 5).
- Ders.: Die Anfänge der Katholisch-Theologischen Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Der Übergang von der Seminarfakultät zur Universitätsfakultät. In: Ders. u. a. (Hrsg.): 1946–2016, S. 39–100.
- Berkessel, Hans u. a. (Hrsg.):** Die Mainzer Republik und ihre Bedeutung für die parlamentarische Demokratie in Deutschland. Mainz 2019 (Mainzer Beiträge zur Demokratiegeschichte 1).
- Bernhard, Wolfram:** Historische Entwicklung des Anthropologischen Instituts. In: Krafft (Hrsg.): *Mathematik*, S. 70–74.
- Berwanger, Katrin u. a.:** Abschlussbericht des Projekts Kartierung der sog. Kleinen Fächer – mit den Statements der Internationalen Tagung Kleine Fächer in Deutschland, Europa und in den USA vom 2.12.2011. Potsdam 2012.
- Dies. u. a. *Kleine Fächer an den deutschen Universitäten interdisziplinär und international*. Ergebnisse eines HRK-Projekts. Bonn 2012.
- Bezold, Friedrich von:** *Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis 1870*. Bd. 1. Bonn 1920.
- Bischöfliches Priesterseminar Mainz (Hrsg.):** Augustinerstraße 34. 175 Jahre Bischöfliches Priesterseminar Mainz. Mainz [1980].
- Blaser, Werner:** Mies van der Rohe. Crown Hall. Illinois Institute of Technology, Chicago. The Department of Architecture. Basel u. a. 2001.
- Ders.: Mies van der Rohe. Lake Shore Drive Apartments. High-Rise Building. Basel u. a. 1999.
- Blauschmidt, Laura/Schneider, Ronja:** Blumensträuße und Megafon – Die Mainzer Polizei und die Proteste 1968. In: Schneider/Simon (Hrsg.): Mainz '68, S. 117–131.
- Bleicher, Thomas (Red.):** *Komparatistik in der Provinz. Friedrich Hirth zum 100. Geburtstag*. Mainz 1978 (Mainzer Komparatistische Hefte 1).
- Blumler, Jay G./McQuail, Denis:** *Television in Politics. Its Uses and Influences*. London 1986.
- Böcher, Otto:** *Kleines Lexikon des studentischen Brauchtums*. 2. überarb. Aufl. Hannover 2001 (Schriftenreihe aus dem Wingolf 4).
- Ders. u. a. (Hrsg.): *Stadt – Land – Universität*. Aus den Werken des Mainzer Historikers Helmut Mathy. Stuttgart 2012 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 11).
- Bock, Gisela:** *Zwangsterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik*. Münster 2010.
- Bockenheimer, Karl Georg:** *Geschichte der Stadt Mainz während der zweiten französischen Herrschaft (1798–1814)*. 2. Aufl. Mainz 1891.
- Bode, Matthias:** *Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik. Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese*. Tübingen 2014 (Studien und Beiträge zum öffentlichen Recht 18).
- Boden, Petra (Hrsg.):** *Deutsche Literaturwissenschaft 1945–1965. Fallstudien zu Institutionen, Diskursen, Personen*. Berlin 1998.
- Bogner, Alexander:** *Partizipation als Laborexperiment*. In: *Zeitschrift für Soziologie* 39 (2010), H. 2, S. 87–105.
- Bogumil, Jörg u. a.:** *Zwischen Selbstverwaltungs- und Managementmodell*. In: Grande u. a. (Hrsg.): *Neue Governance*, S. 49–71.
- Bohmann, Ulf u. a. (Hrsg.):** *Praktiken der Selbstbestimmung. Zwischen subjektivem Anspruch und institutionellem Funktionserfordernis*. Wiesbaden 2018.
- Bohnet, Michael:** *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen*. Konstanz/München 2015.
- Böhr, Elke:** »In ein unmittelbares Verhältnis zu den Denkmälern selbst zu kommen«. Zum Aufbau der Originalsammlung durch Roland Hampe am Institut für Klassische Archäologie der Universität Mainz. In: *Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte* 115/116 (2020/21), S. 231–248 [im Erscheinen].
- Bonfadelli, Heinz u. a. (Hrsg.):** *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*. Wiesbaden 2017.
- Borrmann, Gottfried:** *Das Testament des Niklas Vogt von 1795*. In: *Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte* 100 (2005), S. 137–155.
- Bösch, Frank:** *Kampf um Normen: Skandale in historischer Perspektive*. In: Bulkow/Petersen (Hrsg.): *Skandale*, S. 29–48.
- Böschen, Stefan:** *Autonomie-Kämpfe. Konstitutionsprobleme epistemischer Unabhängigkeit*. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie. Sonderbd. 2: Autonomie revisited*. Beiträge zu einem umstrittenen

- nen Grundbegriff in Wissenschaft, Kunst und Politik (2014), S. 357–377.
- Ders.: Wissensgesellschaft. In: Sommer u. a. (Hrsg.): Handbuch, S. 324–332.
- Ders./Schulz-Schaeffer, Ingo (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden 2003.
- Boschert, Alexander:** Das Studium generale der Universität Freiburg im Kontext der Hochschulreform nach 1945. In: Freiburger Universitätsblätter 215 (2017), H. 1, S. 55–80.
- Böttrich, Christoph (Hrsg.):** Ernst Lohmeyer. Beiträge zu Leben und Werk. Leipzig 2018 (Greifswalder Theologische Forschungen 28).
- Botzet, Günter:** Sozialer Wandel der studentischen Korporationen. Eine theoretisch-strukturelle Analyse von Kleinsystemen. Münster 1971.
- Brandstetter, Anna-Maria/Lentz, Carola (Hrsg.):** 60 Jahre Ethnologie und Afrikastudien. Ein Geburtstagsbuch. Köln 2006 (Mainzer Beiträge zur Afrikaforschung 14).
- Brandt, Harm-Hinrich u. a. (Hrsg.):** »Der Burschen Herrlichkeit«. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens. Würzburg 1998 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8/ Historica academica 36).
- Brandt, Sebastian u. a. (Hrsg.):** Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970). Stuttgart 2014.
- Brandtner, Andreas:** Die Universitätsbibliothek Mainz 2011–2018. Strategische Positionierung, zukunftsorientierte Organisationsentwicklung und Übernahme neuer Aufgaben. In: König: Bücherhaufen, S. 155–175.
- Ders.: Zentral unterstützen, dezentral agieren. Zur Rolle der Universitätsbibliothek Mainz bei der Koordination der Universitätssammlungen. In: Hierholzer (Hrsg.): Wertsachen, S. 16 f.
- Braun, Hermann-Josef:** Bischof Albert Stohr (1890–1961) und die Gründung der Johannes Gutenberg-Universität. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 2, S. 33–61.
- Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hrsg.):** Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen. 2. Aufl. Wiesbaden 2014.
- Bretschneider, Georg:** Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen. Nebst Durchführungsverordnungen, Verwaltungsvorschriften und Runderrassen. Neuwied a. Rh. 1952.
- Briesemeister, Dietrich/Hohaus, Jürgen:** Die Bibliothek des Fachbereichs Angewandte Sprachwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme. In: Drescher/Pörtl (Hrsg.): 30 Jahre, S. 37–39.
- Brommer, Peter/Hermann, Günter (Bearb.):** Fritz Straßmann (1902–1980). Mitentdecker der Kernspaltung. Inventar des Nachlasses und Kommentierung der Versuche zur Kernspaltung. Koblenz 2001 (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 95), S. 3–23.
- Bruch, Rüdiger vom:** Methoden und Schwerpunkte der neueren Universitätsgeschichtsforschung. In: Buchholz (Hrsg.): Universität Greifswald, S. 9–26.
- Brückner, Wolfgang:** Volkskunde ist Moderne. In: Tschofen u. a. (Hrsg.): Volkskultur, S. 35–46.
- Buchholz, Werner (Hrsg.):** Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2004.
- Buchloh, Ingrid:** Veit Harlan. Goebbels Starregisseur. Paderborn u. a. 2010.
- Bulkow, Kristin/Petersen, Christer:** Skandalforschung. Eine methodologische Einführung. In: Dies. (Hrsg.): Skandale, S. 9–28.
- Dies. (Hrsg.): Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden 2011.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.):** Kurzdokumentation von 300 Kunst-am-Bau-Werken des Bundes von 1950 bis 2013. BBSR-Online-Publikation (2018), Nr. 3, Bonn 2018, URL: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2018/bbsr-online-03-2018-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 1.5.2019).
- Bundeskriminalamt (Hrsg.):** Das Bundeskriminalamt stellt sich seiner Geschichte. Köln 2008.
- Bungert, Heike/Lerg, Charlotte (Hrsg.):** Transnationale Universitätsgeschichte. Stuttgart 2017.
- Busch, Alexander:** Stellenplan und Lehrkörperstruktur der Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) 1953/54. Göttingen 1956 (Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer 2).
- Buss, Hansjörg:** Nationalprotestantische Erblasten. Eine doppelbiographische Skizze zu den Lübecker Pastoren Johannes Pautke (1888–1955) und Wilhelm Jannasch (1888–1966). In: Zeitschrift für Lübeckische Geschichte 90 (2010), S. 229–270.
- Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), Ortskomitee zur 99. CV in Mainz (Hrsg.):** 99. Cartellversammlung in Mainz. Mainz 1985.
- Chang-Gusko, Young-Seun u. a. (Hrsg.):** Unbekannte Vielfalt. Einblicke in die koreanische Migrationsgeschichte in Deutschland. Berlin 2014 (Edition DO-MID – Migration im Fokus 2).
- Chauffour, Sébastien u. a. (Hrsg.):** La France et la dénazification de l'Allemagne après 1945. Brüssel u. a. 2019.
- Christ, Ute:** Studieren in Freiburg unter französischer Besatzungsherrschaft 1945–1949. In: Martin (Hrsg.): 550 Jahre, S. 555–573.
- Clemens, Gabriele (Hrsg.):** Kulturpolitik im besetzten Deutschland: 1945–1949. Stuttgart 1994 (Historische Mitteilungen, Beih. 10).
- Cloppenburg, André:** Konrad Lang und die Ernährungswissenschaften in der frühen Bundesrepublik (1945–1970). Göttingen 2019 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 15).
- Cohen, Michael D. u. a.:** A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: Administrative Science Quarterly 17 (1972), Nr. 1, S. 1–25.
- Collins, Randall:** Entering and Leaving the Tunnel of Violence. Microsociological Dynamics of Emotional Entrainment in Violent Interactions. In: Current Sociology 61 (2012), S. 132–151.
- Ders.: Violence. A Micro-Sociological Theory. Princeton 2008.
- Combs, Barbara/Slovic, Paul:** Newspaper Coverage of Causes of Death. In: Journalism Quarterly 56 (1979), H. 4, S. 837–843.
- Corps Hassia Gießen zu Mainz (Hrsg.):** Geschichte des Corps Hassia Gießen zu Mainz 1815–1965. Mainz 1965.
- Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.):** Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018.
- Dal Co, Francesco:** Centre Pompidou. Renzo Piano, Richard Rogers, and the making of a modern monument. New Haven/London 2016.
- Darapsky, Elisabeth:** Die Mainzer Stadtbibliothek in den Jahren der zweiten französischen Herrschaft. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 52 (1957), S. 73–82.
- Daume, Willi:** Moderne Lebensformen für den Sport – Rede des Präsidenten beim 10. Bundestag des DSB am 25. April 1970 in Mainz. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Willi Daume, S. 278–298.
- Däuwel, Margret:** Alltag 1947. In: Stoll (Hrsg.): 50 Jahre, S. 65–70.
- Davis, Belinda u. a. (Hrsg.):** Social Movements after 1968 [im Erscheinen].
- Decot, Rolf/Vinke, Rainer (Hrsg.):** Zum Gedenken an Joseph Lortz: (1887–1975). Beiträge zur Reformationsgeschichte und Ökumene. Mainz 1989.
- Defrance, Corine:** Les Alliés occidentaux et les universités allemandes. 1945–1949. Paris 2000.
- Dies.: Les autorités françaises d'occupation face à la création de l'Académie des Sciences et des Lettres de Mayence. 1949–1955. In: Jurt (Hrsg.): Besatzungszeit, S. 169–188.
- Dies.: Deutsche Universitäten in der Besatzungszeit zwischen Brüchen und Traditionen 1945–1949. In: Papenfuß/Schieder (Hrsg.): Umbrüche, S. 409–428.
- Dies.: u. a. (Hrsg.): Deutschland – Frankreich – Polen seit 1945. Transfer und Kooperation. Brüssel 2015 (L'Allemagne dans les relations internationales/ Deutschland in den internationalen Beziehungen 6).
- Dies.: Die Franzosen und die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, 1945–1949. In: Clemens (Hrsg.): Kulturpolitik, S. 117–130.
- Dies.: Mainz in der französischen Kulturpolitik. 1945–1951. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 98 (2003), S. 73–84.
- Dies.: La mission du CNRS en Allemagne (1945–1950). La Revue pour l'Histoire du CNRS 3 (2001), Nr. 5, URL: <http://histoire-cnrs.revues.org/3372> (abgerufen am 6.3.2019).
- Dies.: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin. 1945–1955. Straßburg 1994.
- Dies.: Raymond Schmittlein (1904–1974). Leben und Werk eines französischen Gründungsvaters der Universität Mainz. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 1, S. 11–30.
- Dies.: Le rôle des germanistes dans la politique universitaire de la France en Allemagne pendant la période d'occupation (1945–1949). In: Lendemains 103/104 (2001), S. 56–67.
- Dies.: Sentinelle ou Pont sur le Rhin? Le Centre d'Études

- Germaniques et l'apprentissage de l'Allemagne en France (1921–2001). Paris 2008.
- Dies./Hüther, Frank: Un nouveau personnel pour une nouvelle université? Les défis du recrutement des enseignants à Mayence (1945–1949). In: Chauffour u. a. (Hrsg.): France, S. 45–64.
- De Gregorio, Alberto:** Neutron physics in the early 1930s. In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 35 (2005), H. 2, S. 293–340.
- Dehn, Marco u. a.:** The MAMI C accelerator. The Beauty of Normal Conducting Multi-Turn Recirculators. In: The European Physical Journal Special Topics 198 (2011), H. 1, S. 19–47.
- Deisenberg, Ann Maria:** Die Schweigespirale – Die Rezeption des Modells im In- und Ausland. München 1986.
- Della Porta, Donatella:** Research on Social Movements and Political Violence. In: Qualitative Sociology 31 (2008), S. 221–230.
- Dennert, Martin:** Friedrich Wilhelm August Gerke – Christlicher Archäologe, Kunsthistoriker. In: Ders./Heid (Hrsg.): Personenlexikon, S. 566–570.
- Ders./Heid, Stefan: Personenlexikon zur christlichen Archäologie. Forscher und Persönlichkeiten vom 16. bis zum 21. Jahrhundert. Bd. 1. Regensburg 2012.
- Deslandes, Paul:** Oxbridge Men. British Masculinity and the Undergraduate Experience, 1850–1920. Bloomington 2005.
- Deutscher Sportbund (Hrsg.):** Willi Daume. Deutscher Sport 1952–1972. München 1973.
- Ders. (Hrsg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.):** Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 37 (1949).
- Dhondt, Pieter/Boran, Elizabethanne (Hrsg.):** Student Revolt, City, and Society in Europe. From the Middle Ages to the Present. New York 2018 (Routledge Studies in Cultural History 52).
- Dickerhoff, Harald:** Die katholischen Universitäten im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. In: Hammerstein (Hrsg.): Universitäten, S. 21–47.
- Dienst, Karl:** Die Anfänge der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Mainz: »...auch mit Evangelisch-Theologischer Fakultät«. Darmstadt/Kassel 2002 (Quellen und Studien zur Hessischen Kirchengeschichte 7).
- Dietz, Bernhard:** Der Aufstieg der Manager. Wertewandel in den Führungsetagen der westdeutschen Wirtschaft 1949–1989. Berlin 2020 (Wertewandel im 20. Jahrhundert 7).
- Dietz-Lenssen, Matthias:** Vom Valetudinarium zum Uniklinikum. Teil 4: Lazarett und Lappenhaus – Aspekte des Militärkrankwesens in Mainz. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 32 (2012), Nr. 4, S. 48–55.
- Dipper, Christof u. a. (Hrsg.):** Epochenschwelle in der Wissenschaft. Beiträge zu 140 Jahren TH/TU Darmstadt (1877–2017). Darmstadt 2017.
- Dolderer, Wilfried:** Progressive Studenten- und Schülerbewegung in Mainz von 1966 bis 1970. In: Arbeitsgruppe Mainzer Stadtbuch (Hrsg.): Stadtbuch, S. 72–106.
- Dollinger, Heinz (Hrsg.):** Die Universität Münster 1780–1980. 2. Aufl. Münster 1982.
- Dongus, Margot:** Rolf Gutbrod. Studien über das Leben und Werk des Architekten. Tübingen/Berlin 2002.
- Donsbach, Wolfgang u. a. (Hrsg.):** The Spiral of Silence. New Perspectives on Communication and Public Opinion. New York 2014.
- Dörr, Caroline:** »Und endlich war was los« – Erinnerungen an die Besetzung des Publizistikinstituts 1971. In: Schneider/Simon (Hrsg.): Mainz '68, S. 104–116.
- Dotzauer, Winfried u. a. (Hrsg.):** Landesgeschichte und Reichsgeschichte. Festschrift für Alois Gerlich zum 70. Geburtstag. Stuttgart 1995 (Geschichtliche Landeskunde 42).
- Downes, Meredith:** University scandal, reputation and governance. In: International Journal for Educational Integrity 13 (2017), Nr. 8, URL: <https://edintegrity.biomedcentral.com/track/pdf/10.1007/s40979-017-0019-0> (abgerufen am 22.7.2020).
- Drescher, Horst W.:** 1947–1977. 30 Jahre Auslands- und Dolmetscherinstitut/Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft. In: Ders./Pörtl (Hrsg.): 30 Jahre, S. 9.
- Ders./Pörtl, Klaus (Hrsg.): 30 Jahre Auslands- und Dolmetscherinstitut, Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Gernersheim. Gernersheim 1977.
- Ders.: Neuordnung der Studiengänge Diplom-Übersetzer und Diplom-Dolmetscher. Bewährtes und Reform. In: Ders./Pörtl (Hrsg.): 30 Jahre, S. 32–36.
- Dreyer, Lutz (Hrsg.):** 50 Jahre Schulmusikausbildung in Mainz. Mainz 1996.
- Dreyer, Mechthild/Rogge, Jörg (Hrsg.):** Mainz im Mittelalter. Mainz 2009.
- Duchhardt, Heinz (Hrsg.):** Europa-Historiker. Ein biographisches Handbuch. Bd. 3. Göttingen 2007.
- Ders.: Eine Karriere im Zeichen der Umbrüche. Der Historiker Martin Göhring (1903–1968) in seiner Zeit. Stuttgart 2018.
- Ders. (Hrsg.): Mainzer Historiker. Göttingen 2020 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 16).
- Ders.: Niklas Vogt (1756–1836). In: Ders. (Hrsg.): Europa-Historiker, S. 43–62.
- Ders.: Ein Zentrum europäischer Geschichtsforschung. Fünfzig Jahre Institut für Europäische Geschichte Mainz. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 20 (2000), H. 3, S. 71–76.
- Dufner, Georg:** Partner im Kalten Krieg. Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile. Frankfurt 2014.
- Dumont, Franz:** Die alte Universität – ein Überblick. In: Ders./Scherf (Hrsg.): Mainz, S. 348–351.
- Ders.: Bibliothécaire de l'Université de Mayence. Gottfried Fischer und die Mainzer Bücherwelt. In: Ottermann/Fliedner (Hrsg.): 200 Jahre, S. 49–58.
- Ders.: Französisches Intermezzo. Die Ecole spéciale provisoire de Médecine à Mayence. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Moguntia medica, S. 451–457.
- Ders.: Freiheit – Gleichheit – Wohltätigkeit. Medizin und Mediziner im revolutionären Mainz 1792/93 und 1798/1800. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Moguntia medica, S. 327–343.
- Ders.: Grundsteine der Uniklinik – Städtisches Krankenhaus und Pathologisches Institut, begründet von Michael Reisinger und Jakob Hochgesand. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Moguntia medica. S. 459–475.
- Ders.: Häuser für Bücher. Stationen auf dem Weg in die Rheinallee 3B. In: Ottermann/Fliedner (Hrsg.): 200 Jahre, S. 35–48.
- Ders.: Die Instituts-, Klinik- und Abteilungsleiter seit 1946. In: Mann/Dumont (Hrsg.): Medizin, S. 416–439.
- Ders.: Landeshaupt- und Universitätsstadt (1945/46–1997). In: Ders. u. a. (Hrsg.): Mainz. Geschichte, S. 513–575.
- Ders. u. a. (Hrsg.): Mainz. Die Geschichte der Stadt. 2. Aufl. Mainz 1999.
- Ders./Scherf, Ferdinand (Hrsg.): Mainz – Menschen, Bauten, Ereignisse. Eine Stadtgeschichte. Mainz 2010.
- Ders.: Die Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz. Alzey 1982 (Alzeyer Geschichtsblätter Sonderh. 19).
- Ders. u. a. (Hrsg.): Moguntia Medica: Das medizinische Mainz. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2002.
- Ders.: Schwieriger Neuanfang. Die »Wiedereröffnung« der Mainzer Medizinischen Fakultät und der Universitätsklinik vor 50 Jahren. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Moguntia medica, S. 189–199.
- Ders.: Unter dem Hakenkreuz. Mainzer Medizin im Nationalsozialismus. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Moguntia medica, S. 369–384.
- Ders.: Vom Rochusspital zur Universitätsklinik. Ein Rückblick in die Mainzer Krankenhausgeschichte. In: Mann/Dumont (Hrsg.): Medizin, S. 1–72.
- Düwell, Kurt:** Zwischen Propaganda und Friedensarbeit – Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik im internationalen Vergleich. In: Maaß (Hrsg.): Kultur, S. 57–98.
- Eckart, Wolfgang U. (Hrsg.):** Medizin im Zweiten Weltkrieg. Militärmedizinische Praxis und medizinische Wissenschaft im »Totalen Krieg«. Paderborn u. a. 2006 (Krieg in der Geschichte 30).
- Eckert, Christian:** Erneuerung der alten Universität. In: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 45–55.
- Eckert, Eike:** Gotthold Rhode und die Entwicklung des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte in Mainz bis zum Ende der 1960er Jahre. In: Petersen/Kusber (Hrsg.): Neuanfang, S. 53–89.
- Ehrenberg, Hans:** Der 300 MeV-Elektronen-Linearbeschleuniger am Institut für Kernphysik. In: Krafft (Hrsg.): Mathematik, S. 30–36.
- Ders. u. a.: Die Elektronenstreu-Apparatur am Mainzer 300 MeV-Elektronen-Linearbeschleuniger. In: Nuclear Instruments and Methods 105 (1972), H. 2, S. 253–263.
- Eibel, Hermann:** Die Vereinigung »Freunde der Universität Mainz e. V.«. In: Ders. (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 137–166.
- Ders. (Hrsg.): Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität 1945/46. Dokumente, Berichte, Aufzeichnungen, Erinnerungen. Mainz 1966.
- Eichholz, Fritz:** Die Entstehung und Entwicklung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 14 (1965), S. 157–170.
- Eißner, Dagmar:** Einführung und Begrüßung. In: Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in

- Zusammenarbeit mit dem Interdisziplinären Arbeitskreis Frauenforschung (Hrsg.): Frauenforschung, S. 1 f.
- Elkar, Rainer:** Beteiligung und Verantwortung – Ausschnitte einer studentischen Geschichte zu Kiel. In: Auge (Hrsg.): Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, S. 561–610.
- Ellinger, Ekkehard:** Deutsche Orientalistik zur Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945. Edingen-Neckarhausen 2006.
- Elwert, Theodor W.:** Das Romanische Seminar. In: Weber (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 1, S. 87–95.
- Emig, Günter:** 60 Jahre Mainzer Burschenschaft Saravia 1952–2012. Mainz 2012.
- Engelhardt, Anina/Kajetzke, Laura (Hrsg.):** Handbuch Wissensgesellschaft. Theorien, Themen und Probleme. Bielefeld 2010.
- Erlar, Adalbert:** Das erste Jahr der Universität. In: Vorlesungsverzeichnis SoSe 1947. Mainz 1947, S. 6–12. Auch online, URL: <https://openscience.uni-mainz.de/handle/20.500.12030/94> (abgerufen am 16.1.2021).
- Ernst, Sabine:** Der Strukturwandel der Universitätsbibliothek Mainz. Von der Zweischichtigkeit zur funktionalen Einsichtigkeit. Masterarbeit, HU Berlin 2005 (Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft 162).
- Eybl, Franz M. u. a. (Hrsg.):** Jubiläum. Literatur- und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Göttingen 2018 (Schriften der Wiener Germanistik 6).
- Fachbereich Leibeseziehung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.):** Leistung als Prinzip. Berno Wischmann zum 65. Geburtstag. Mainz 1975.
- Fähnrich, Birte:** Wissenschaftsevents zwischen Popularisierung, Engagement und Partizipation. In: Bonfadelli u. a. (Hrsg.): Forschungsfeld, S. 165–182.
- Falck, Richard:** Zur Frage des rechtlichen und tatsächlichen Endes der alten Universität. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 7 (1958), S. 9–39.
- Falke, Horst u. a.:** Geschichte der Geowissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität. In: Kräftt (Hrsg.): Mathematik, S. 80–93.
- Falkenburger, Frédéric:** Die Situation der Anthropologie in Deutschland: Rückblick und Ausblick. In: Universitas 3 (1948), H. 2, S. 175–179.
- Falter, Jürgen W.:** Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben? In: Ders. (Hrsg.): Kämpfer, S. 15–39.
- Ders. (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945. Frankfurt a. M. u. a. 2016.
- Fassnacht, Wolfgang:** Universitäten am Wendepunkt? Die Hochschulpolitik in der französischen Besatzungszone (1945–1949). Freiburg i. Br. 2000 (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte 43).
- Faust, Anselm:** Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1973.
- Felten, Franz Josef u. a. (Hrsg.):** Robert Folz (1910–1996) – Mittler zwischen Frankreich und Deutschland. Stuttgart 2007 (Geschichtliche Landeskunde 60).
- Fetscher, Iring:** Mitscherlich, Alexander. In: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Neue Deutsche Biographie Bd. 17. Berlin 1994, S. 572–574.
- Fils, Alexander:** Das Centre Pompidou in Paris. Idee, Baugeschichte, Funktion. München 1980.
- Fischer, Jürgen (Hrsg.):** Westdeutsche Rektorenkonferenz. Geschichte, Aufgaben, Gliederung. 2. neu bearb. Ausgabe. [o. O.] 1961.
- Fischer, Klaus/Parthey, Heinrich (Hrsg.):** Evaluation wissenschaftlicher Institutionen. Berlin 2004 (Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2003).
- Fischer, Michael/Widmaier, Tobias (Hrsg.):** Lied und populäre Kultur – Song and Popular Culture. Münster 2014 (Jahrbuch des Zentrums für Populäre Kulturen und Musik 59).
- Fischer, Wolfram (Hrsg.):** Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945. Berlin 2000.
- Fischer-Wollpert, Rudolf/Reinhardt, Klaus:** Professoren und Dozenten. In: Bischöfliches Priesterseminar Mainz (Hrsg.): Augustinerstraße 34, S. 317–356.
- Flach, Günter/Fuchs-Kittowski, Klaus (Hrsg.):** Vom atomaren Patt zu einer von Atomwaffen freien Welt. Zum Gedenken an Klaus Fuchs. Berlin 2012 (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften 32).
- Flachenecker, Helmut/Grypa, Dieter (Hrsg.):** Schule, Universität, Bildung. Festschrift für Harald Dickerhof zum 65. Geburtstag. Regensburg 2007 (Eichstätter Studien, N. F. 59).
- Fleißner, Alfred u. a. (Hrsg.):** Forschungen zur Medizin im Nationalsozialismus. Vorgeschichte, Verbrechen, Nachwirkungen. Göttingen 2014 (Schriftenreihe der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten 3).
- Fliedner, Stephan/Ottermann, Annelen:** 200 Jahre Stadtbibliothek Mainz. Wiesbaden 2005.
- Forßmann, Werner:** Selbstversuch. Erinnerungen eines Chirurgen. Düsseldorf 1972.
- Forum des Hochschulverbandes (Hrsg.):** Die Kleinen Fächer. 2 Bde. Bonn 1974/75.
- Foucault, Michel:** Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks. München 1973.
- Fraenkel, Daniel:** Die deutschen Gerechten unter den Völkern. In: Gutman (Hrsg.): Lexikon, S. 51–296.
- Franz, Corinna:** Prinzipien und Pragmatismus. In: Creuzberger/Geppert (Hrsg.): Ämter, S. 17–45.
- Franz, Detlev/Siggemann, Jürgen:** Als der »Muff« von tausend Jahren verflog ... von der Robe zum Straßenanzug. Universitäre Zeremonien im Wandel. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 18 (1998), H. 2, S. 122–126.
- Dies.: Die Johannes Gutenberg-Universität. Eine Geschichte in Bildern. Erfurt 2001.
- Frauenbeauftragte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.):** Zehn Jahre und mehr. Frauenförderung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Mainz 2001.
- Frauenbüro der Stadt Mainz (Hrsg.):** Blick auf Mainzer Frauengeschichten. Mainzer Frauenkalender 1991 bis 2012. Mainz 2012, S. 118, URL: https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/Broschuere_Blick_auf_Mainzer_Frauen_WEB.pdf (abgerufen am 17.1.2021).
- Freunde der Universität Mainz e. V. (Hrsg.):** 60 Jahre für Forschung und Lehre. 60 Jahre Freunde der Universität Mainz. Mainz 2011.
- Frevert, Ute:** Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft. München 1991.
- Frewer, Andreas/Neumann, Josef N. (Hrsg.):** Medizingeschichte und Medizinethik. Kontroversen und Begründungsansätze 1900–1950. Frankfurt a. M. 2001.
- Friedrichs, Jan Hendrik:** »Was verstehen Sie unter Klassenkampf?« Wissensproduktion und Disziplinierung im Kontext des »Radikalerlasses«. In: Sozial. Geschichte Online 10 (2018), Nr. 24, S. 67–102, URL: <https://doi.org/10.17185/dupublico/47939> (abgerufen am 5.5.2020).
- Fritz-Straßmann-Realschule Mainz-Hechtsheim (Hrsg.):** Fritz Straßmann. Mainz [1989].
- Fuhlrott, Rolf:** Die Entwicklung des Bibliotheksbaus seit 1905. In: Bulletin / Ligue des Bibliothèques Européennes de Recherche (LIBER) 16 (1981), S. 16–28.
- Füssel, Marian/Wagner, Wolfgang E.:** Studentenkulturen. Begriff – Forschungsstand – Perspektiven. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 17 (2014), S. 39–55.
- Füssel, Stephan:** Buchwissenschaft – Interdisziplinarität als Konzept. In: Lamping (Hrsg.): Geisteswissenschaft, S. 361–375.
- Ders. (Hrsg.): Im Zentrum: das Buch. 50 Jahre Buchwissenschaft in Mainz. Mainz 1997.
- Gahn, Renate (Hrsg.):** Erster Bericht der Frauenbeauftragten des Senats der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Amtszeit von 1998 bis 2001. Mainz 2002.
- Dies. (Hrsg.): Labyrinth Uni: Ein Wegweiser für Frauen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Mainz 3. akt. u. überarb. Aufl. 2008.
- Galinsky, Hans:** Englische Philologie. In: Weber (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 1, S. 31–86.
- Ganz, Günther:** 60 Jahre Unitas Mainz. Chronik des Wissenschaftlichen Katholischen Studentenvereins Unitas-Willigis Mainz 1926–1986. Mainz 1986.
- Gärtner, Horst:** Geschichte des Corps Guestphalia Berlin 1845–1970. Kiel 1970.
- Garz, Detlef:** »Wir waren trotz der Schwierigkeiten fröhlich und mutig, weil wir von einem besseren Leben träumten«. Die historische Entwicklung der südkoreanischen Migration in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Skizze. In: Chang-Gusko u. a. (Hrsg.): Vielfalt, S. 18–38.
- Geißler, Erhard:** Die Rolle deutscher Biowaffenexperten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Oehler-Klein/Roelcke (Hrsg.): Vergangenheitspolitik, S. 87–120.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (Hrsg.):** Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung. 22. Fortschreibung des Datenmaterials (2016/2017) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Bonn 2018.
- Generaldirektion Kulturelles Erbe (Hrsg.):** Nachrichtliches Verzeichnis der Kulturdenkmäler von Rheinland-Pfalz. Kreisfreie Stadt Mainz, URL: <http://www.denkmalisten.gdke-rlp.de/Mainz.pdf> (abgerufen am 30.10.2019).
- George, Christian:** Das Archiv der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Runde (Hrsg.): Universitätsarchive, S. 123–141.

- Ders.: Bücher als »Danaergeschenke«. Nachkriegszugänge der UB Mainz durch die französische Militärregierung. In: Kaiser u. a. (Hrsg.): Übernahme, S. 129–143.
- Ders.: Das Frauenstudium an der Universität Bonn in der Nachkriegszeit. In: Stieldorf u. a. (Hrsg.): Wissenschaft, S. 195–214.
- Ders./Hüther, Frank: Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Prosopographie. In: Göllnitz/Krämer (Hrsg.): Hochschulen, S. 45–62.
- Ders.: Neue Burschenherrlichkeit? Studentische Korporationen in der Nachkriegszeit. In: Asche/Klenke (Hrsg.): Professorenzirkel, S. 197–219.
- Ders.: Studieren in Ruinen. Die Studenten der Universität Bonn in der Nachkriegszeit (1945–1955). Göttingen 2010 (Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 1).
- Ders.: Der Wiederaufbau des Lehrkörpers der Universität Bonn 1945–1947. Unveröffentl. Magisterarbeit, Universität Bonn 2004.
- Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hrsg.):** Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980. Göttingen 2008.
- Gerke, Friedrich:** Das Kunstgeschichtliche Institut der Johannes Gutenberg-Universität 1946–1955. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 4 (1955), S. 58–71.
- Gesellschaft für Bildende Kunst in Mainz (Hrsg.):** Werke alter Meister aus Privatbesitz. Ausstellung im Kunstgeschichtlichen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 7. Mai bis 30. Juni 1968. 2 Bde. Mainz 1968 (Kleine Schriften der Gesellschaft für Bildende Kunst in Mainz 37).
- Gevers, Lieve/Vos, Louis:** Student Movements. In: Rüegg (Hrsg.): History, S. 269–361.
- Giebler, Marcus u. a. (Hrsg.):** Grabfeld 71. Professorengräber auf dem Mainzer Hauptfriedhof seit 1946. Stuttgart 2012 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 9).
- Glaab, Manuela u. a. (Hrsg.):** 70 Jahre Rheinland-Pfalz. Historische Perspektiven und politikwissenschaftliche Analyse. Wiesbaden 2020.
- Gladen, Paulgerhard:** Geschichte der studentischen Korporationsverbände. Würzburg 1985.
- Ders.: Gaudeamus igitur. Die studentischen Verbindungen einst und jetzt. München 1986.
- Glässer, Edgar:** Einführung in die rassenkundliche Sprachforschung. Kritisch-historische Untersuchungen. Heidelberg 1939 (Kulturgeschichtliche Bibliothek, N. F. Reihe 2, 1).
- Glitz, Peter:** Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf an Deutschlands Universitäten. Stuttgart 1996.
- Göllnitz, Martin/Millan, Matteo (Hrsg.):** Studentische Gewalt/Violenza studentesca (1914–1945). In: Storia e regione 28 (2019), H. 1.
- Göllnitz, Martin:** Topographie der Gewalt: Perspektiven einer hochschulraumbezogenen Gewaltgeschichte am Beispiel der Universität Mainz. In: Ders./Krämer (Hrsg.): Hochschulen, S. 63–80.
- Ders.: Völkische Opposition und politische Gewalt an den Hochschulen 1930/31: Die Angriffe auf Otto Baumgarten und Walther Schücking. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 67 (2019), H. 1, S. 27–42.
- Ders.: Wissenschaftspolitik im Spannungsfeld von akademischer Tradition und Ideologie. Die nationalsozialistische Dozentenakademie der Universität Kiel (1934–1936). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016), H. 1, S. 50–72.
- Ders./Krämer, Kim (Hrsg.): Hochschulen im öffentlichen Raum. Historiographische und systematische Perspektiven auf ein Beziehungsgeflecht. Göttingen 2020 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 17).
- Golücke, Friedhelm:** Die bundesdeutsche Nachkriegszeit. In: Brandt (Hrsg.): Burschen, S. 145–157.
- Görges, Stefan:** Naturwissenschaftliche Fakultät. In: Kita (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 63–70.
- Görres-Gesellschaft (Hrsg.):** Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft. Bd. 5: Sozialindikatoren-Zwilling. 7. Aufl. Freiburg u. a. 1995.
- Goudsmit, Samuel:** Alsos. Los Angeles u. a. 1983 (A Series in the history of modern physics 1).
- Grande, Edgar u. a. (Hrsg.):** Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung. Bielefeld 2013.
- Grehl, Hans:** Entwicklung der Studentenzahlen. In: Drescher/Pörtl (Hrsg.): 30 Jahre, S. 24–26.
- Greschat, Martin:** Die Kirchenpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone. In: Zeitschrift für Kirchengeschichte 109 (1998), S. 216–236 u. S. 363–387.
- Grimm, Kirsten:** Die Paläontologische Sammlung am Institut für Geowissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität. In: Mainzer naturwissenschaftliches Archiv 55 (2018), S. 97–110.
- Dies./Hofmeister, Wolfgang: Die Mineralogische Sammlung am Institut für Geowissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität. In: Mainzer naturwissenschaftliches Archiv 56 (2019), S. 7–14.
- Grohnert, Reinhard:** Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeption und Praxis der »Épuration« am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone. Stuttgart 1991 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B 123).
- Grün, Bernd:** Schuld und Sichtweise. Versuch einer Kategorisierung der »Entnazifizierung« am Beispiel der Tübinger Medizinischen Fakultät. In: Oehler-Klein/Roelcke (Hrsg.): Vergangenheitspolitik, S. 277–304.
- Grün, Bernhard/Vogel, Christoph:** Die Fuxenstunde. Handbuch des Korporationstudententums. Bad Buchau 2014.
- Grüttner, Michael/Tenorth, Heinz Elmar (Hrsg.):** Geschichte der Universität Unter den Linden. Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945. Berlin 2012.
- Grüttner, Michael:** Der Lehrkörper 1918–1932. In: Ders./Tenorth, Heinz Elmar (Hrsg.): Berliner Universität, S. 135–185.
- Ders.: Die Universität in der Weimarer Republik. Berufungen und Berufungspolitik. In: Ders./Tenorth (Hrsg.): Geschichte, S. 100–113.
- Guballa, Werner:** Die Studien- und Examensordnung. In: Bischöfliches Priesterseminar Mainz (Hrsg.): Augustinerstraße 34, S. 357–368.
- Guhl, Anton F.:** Sammelbesprechung. In: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaft, Technik und Medizin 27 (2019), H. 3, S. 395–400.
- Gunst, Tobias:** »Die Ausformung eines europäischen Bewusstseins«. Anfänge der Vergleichenden Literaturwissenschaft an der Universität Mainz. Stuttgart 2012 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz N. F. 12).
- Güth, Nicole (Red.):** Das Jubiläumjahr: Reden, Berichte, Bilder. 500 Jahre Universität Mainz 1477–1977. Mainz 1977.
- Gutman, Israel (Hrsg.):** Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Göttingen 2005.
- Gütt, Arthur u. a.:** Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 nebst Ausführungsverordnungen. 2. neubearb. Aufl. München 1934.
- Hahn, Judith u. a. (Hrsg.):** Medizin im Nationalsozialismus und das System der Konzentrationslager. Frankfurt a. M. 2005 (Mabuse-Verlag Wissenschaft 82).
- Hahn, Otto:** Beziehungen zu Nichtariern 1933–1945. In: Keiser (Hrsg.): Radiochemie, S. 245–270.
- Hamann, V.:** 3. Diskussionstagung des Forschungskreises der Ernährungsindustrie. In: Zeitschrift für Lebensmitteluntersuchung und -forschung 96 (1953), Nr. 5, S. 345–347.
- Hammerstein, Notker:** Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Bd. 1: 1914 bis 1950. Neuwied/Frankfurt a. M. 1989.
- Ders. (Hrsg.): Universitäten und Aufklärung. Göttingen 1996 (Das achtzehnte Jahrhundert, Supplementa 3).
- Hampe, Roland/Brommer, Frank:** Das archäologische Institut. In: Weber (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 1, S. 26–30.
- Hampe, Roland:** Ein frühattischer Grabfund. Mainz 1960.
- Ders.: Das Institut für Klassische Archäologie. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 5 (1956), S. 57–63.
- Hampel, Gabriele u. a.:** The Research Reactor TRIGA Mainz. In: atw – Internationale Zeitschrift für Kernenergie 51 (2006), H. 5, S. 328–330.
- Hansen, Joseph (Hrsg.):** Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der Französischen Revolution 1780–1801. Bd. 4: 1797–1801. Bonn 1938 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 42,4) [Neudr. Düsseldorf 2004].
- Hansen-Schirra, Silvia:** EEG and Universal Language Processing in Translation. In: Schwieter/Ferreira (Hrsg.): Handbook, S. 232–247.
- Hartmann, Johann Melchior/Justi, Karl Wilhelm (Hrsg.):** Hessische Denkwürdigkeiten. Theil 4, Abth. 2. Marburg 1805.
- Hartmann, Michael:** Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. In: Leviathan 38 (2010), H. 3, S. 369–387.
- Hegglin, Tim/Schäfer, Mike Steffen:** Der Ranking-Effekt. Zum Einfluss des »Shanghai-Rankings« auf die medial dargestellte Reputation deutscher Universitäten. In: Publizistik 60 (2015), H. 4, S. 381–402.
- Heiber, Helmut:** Universität unterm Hakenkreuz. Bd. 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz. München 1991.
- Heidenreich, Martin:** Die Debatte um die Wissenschaftsgesellschaft. In: Bösch/Schulz-Schaeffer (Hrsg.): Wissenschaft, S. 25–51.
- Heimatverein Bevergern (Hrsg.):** In Memoriam Anton Hilckman. Bevergern 1975.
- Hein, Bastian:** Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925–1945. Berlin 2012 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 92).

- Heindl, Waltraud:** Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien. In: Ash/Ehmer (Hrsg.): 650 Jahre. Bd. 2, Teilbd. 2, S. 529–563.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.):** Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Bd. 3: Die französische Zone. Hildesheim 1991.
- Ders. (Hrsg.): Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948. Bd. 1. Hildesheim 1990 (Geschichte von Bildung und Wissenschaft, Reihe C, Editionen, 1/1).
- Heinen, Armin/Hudemann, Rainer (Hrsg.):** Universität des Saarlandes 1948–1988. Saarbrücken 1989.
- Heinrichs, Wolfhart/Schoeler, Gregor (Hrsg.):** Festschrift Ewald Wagner zum 65. Geburtstag. Bd. 1: Semitische Studien unter besonderer Berücksichtigung der Südsemitistik. Stuttgart 1994 (Beiruter Texte und Studien 54).
- Dies.: Vorwort der Herausgeber. In: Dies. (Hrsg.): Festschrift, S. V–IX.
- Heintz, Bettina:** Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. In: Zeitschrift für Soziologie 39 (2010), H. 3, S. 162–181.
- Dies.: »Wir leben im Zeitalter der Vergleichung«. Perspektiven einer Soziologie des Vergleichs. In: Zeitschrift für Soziologie 45 (2016), H. 5, S. 305–323.
- Heinze, Thomas/Krücken, Georg (Hrsg.):** Institutionelle Erneuerungsfähigkeit der Forschung. Berlin 2012.
- Heinzel, Winfried:** Die TH/TU in der Welt. Internationalisierung als neues Qualitätsmerkmal. In: Dipper u. a. (Hrsg.): Epochenschwelle, S. 281–290.
- Hellmann, Ullrich:** Kunstschulen in Mainz seit 1757. Die Geschichte der 200-Jahr-Feier der Akademiegründung. Mainz 2004.
- Ders.: Die kurfürstliche Maler- und Bildhauerakademie (1757–1785). Eine Kunstschule zur Zeit der Aufklärung unter der Regentschaft der letzten drei Kurfürsten in Mainz. Mainz 2007.
- Ders.: Die Zeichnungsakademie der Mainzer kurfürstlichen Universität und ihre Schüler 1785–1797. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 102 (2007), S. 73–85.
- Henatsch, Martin (Hrsg.):** Unterwegs. Chronik, Album, Argumente. Münster 1997.
- Henke, Klaus-Dietmar:** Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern. Stuttgart 1981 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 42).
- Hennen, Manfred (Hrsg.):** Evaluation – Erfahrungen und Perspektiven. Mainz 2002 (Mainzer Beiträge zur Hochschulentwicklung 4).
- Hensel, Silke u. a. (Hrsg.):** Chile. Solidarität in Münster. Für die Opfer der Militärdiktatur (1973–1990). Münster 2011.
- Herb, Ulrich (Hrsg.):** Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft. Saarbrücken 2012.
- Herbert, Ulrich:** Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ders. (Hrsg.): Wandlungsprozesse, S. 7–49.
- Ders. (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002 (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 1).
- Herdegen, Max:** Der Bildhauer Gustav Nonnenmacher. Intuition, Werkstoff, Objekt. München 1991.
- Herminghaus, Helmut u. a.:** The Design of a Cascaded 800 MeV Normal Conducting C. W. Race Track Microtron. In: Nuclear Instruments and Methods 138 (1976), H. 1, S. 1–12.
- Ders./Kaiser, Karl Heinz: Design, Construction and Performance of the Energy Compressing of the Mainz 300 MeV Electron Linac. In: Nuclear Instruments and Methods 113 (1973), H. 2, S. 189–194.
- Herrmann, Günter:** Fritz Straßmann. Chemiker – Mitentdecker der Kernspaltung – akademischer Lehrer. In: Brommer/Ders. (Bearb.): Fritz, S. 3–23.
- Herzig, Jobst D./Trost, Catharina:** Die Universität Rostock 1945–1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Rostock 2008 (Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte 6).
- Hesse, Christian/Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.):** Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas. Basel 2012 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 12).
- Hesse, Konrad:** Staatsnotstand und Staatsnotstandsrecht. In: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon. Bd. 5., Sp. 201–205.
- Heuer, Renate (Red.):** Lexikon deutsch-jüdischer Autoren. Bd. 12. München/Boston 2008.
- Heyen, Franz-Josef (Hrsg.):** Rheinische Lebensbilder. Bd. 15. Köln 1995.
- Hierholzer, Vera (Hrsg.):** Wertsachen. Die Sammlungen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Göttingen 2018.
- Hirth, Friedrich:** Vom Geiste vergleichender Literaturwissenschaft. In: Universitas. Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur 2 (1947), H. 11, S. 1301–1320.
- Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.):** Die kleinen Fächer an den deutschen Universitäten. Bestandsaufnahmen und Kartierung. Bonn 2008 (Beiträge zur Hochschulpolitik 4/2008).
- Hofer, Hans-Georg:** Zwischen Reinigung und Reintegration. Die Freiburger Universitätsmedizin nach 1945. In: Oehler-Klein/Roelcke (Hrsg.): Vergangenheitspolitik, S. 249–276.
- Hoffmann, Dierk (Hrsg.):** Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000 (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Schriftenreihe Sondernr.).
- Hoffmann, Dieter (Hrsg.):** »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. erw. Aufl. Berlin 2015 (Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge, Proceedings 6).
- Hoffmann, Dieter (Hrsg.):** Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe. Erw. Aufl. Diepholz 2019.
- Hoffmann, Jessica u. a. (Hrsg.):** Geschichte der Freien Universität Berlin. Ereignisse – Orte – Personen. Berlin 2008.
- Hoffmann, Petra:** Weibliche Arbeitswelten in der Wissenschaft. Frauen an der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1890–1945. Bielefeld 2011.
- Hoffmann, Stefanie u. a.:** Bericht zum Stand der Neukartierung kleiner Fächer im Projekt »Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Sichtbarkeit kleiner Fächer«. Stand 31. 8. 2018, URL: https://www.kleinefaecher.de/fileadmin/user_upload/img/Bericht_Neukartierung_2018.pdf (abgerufen am 31.1.2019).
- Hoffmann, Wolfgang:** Auslandsbeziehungen nach 1945. In: Dollinger (Hrsg.): Universität Münster, S. 89–96.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (Hrsg.):** Kultur und Gesellschaft. Gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen. Zürich 1989.
- Höger, Kerstin:** Campus und Stadt – eine neue urbane Realität. In: Garten + Landschaft 118 (2008), Nr. 8, S. 11.
- Holtz-Bacha, Christina u. a. (Hrsg.):** Wie die Menschen die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben. Festschrift zu Ehren von Winfried Schulz. Opladen 1998.
- Holzamer, Karl:** Anders, als ich dachte. Lebenserinnerungen des ersten ZDF-Intendanten. Freiburg 1995.
- Ders.: Aufbau und Aufgaben der Akademischen Propädeutik. In: Reatz u. a.: Gedanken, S. 12–19.
- Ders./Krammer, Bruno: Lebensreise zwischen Philosophie und Fernsehen. Erfahrungen, Erlebnisse, Begegnungen im 20. Jahrhundert. Mainz 2003.
- Hong, Young-sun:** Cold War Germany, the Third World, and the Global Humanitarian Regime. Cambridge 2015 (Human Rights in History).
- Hönig, Hans G./Kußmaul, Paul:** Strategie der Übersetzung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Tübingen 1982.
- Höppner, Wolfgang:** Wissenschaft und Macht. Julius Petersen (1878–1941) und Franz Koch (1888–1969) am Germanischen Seminar in Berlin. In: Zeitschrift für Germanistik, N. F. 20 (2010), H. 2, S. 324–338.
- Horn, Hauke:** Philosophicum. In: Kita u. a. (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 53–62.
- Hoßfeld, Uwe:** Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit. Stuttgart 2005 (Wissenschaftskultur um 1900 2).
- Hoymann, Tobias:** Der Streit um die Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes. Politische Aushandlungsprozesse in der ersten großen und der sozial-liberalen Koalition. München 2010.
- Hunstiger, Agnieszka/Maskała, Maria:** Razem. Polnisch für Anfänger. Stuttgart 2009.
- Hüther, Otto/Krücken, Georg:** Hochschulen. Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung. Wiesbaden 2016.
- Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hrsg.):** Franzosen und Deutsche am Rhein. 1789–1918–1945. Essen 1989.
- Imiela, Hans-Jürgen:** Zur Chronik des Kunstgeschichtlichen Instituts. In: Weber (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 1, S. 25–32.
- Initiativkreis Rolf Gutbrod (Hrsg.):** Der Architekt Rolf

- Gutbrod 1910–1999. Von Stuttgart nach Mekka: Festschrift zum 100. Geburtstag. Stuttgart [2010].
- Institut für Europäische Geschichte Mainz (Hrsg.):** Institut für Europäische Geschichte Mainz 1950–2000. Eine Dokumentation. Mainz 2000.
- Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz (Hrsg.):** Rheinland-Pfalz 1947–1962. Dokumente der Zeit. 2. Aufl. Mainz 1962.
- Jäger, Gudrun:** Friedrich Hirth. Heine-Forscher und erster Komparatist im Nachkriegsdeutschland. In: Heine-Jahrbuch 43 (2004), S. 216–234.
- Jahr, Christoph (Hrsg.):** Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. 1: Strukturen und Personen. Stuttgart 2005.
- Jansen, Christian:** Exzellenz weltweit. Die Alexander von Humboldt-Stiftung zwischen Wissenschaftsförderung und auswärtiger Kulturpolitik (1953–2003). Bonn 2004.
- Jarausch, Konrad H. (Hrsg.):** Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie. Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. Berlin 2012.
- Jehle, Thomas:** Die auswärtige Kulturpolitik des Freistaats Bayern 1943–1978. München 2018 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 170).
- Jencks, Charles:** The Language of Postmodern Architecture. New York 1977.
- Jetter, Dieter:** Das europäische Hospital. Von der Spätantike bis 1800. Köln 1987.
- Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.):** Die alte Mainzer Universität. Gedenkschrift anlässlich der Wiedereröffnung der Universität in Mainz als Johannes-Gutenberg-Universität 1946. Mainz 1946.
- Dies. (Hrsg.): Ansprachen zur Eröffnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 22. Mai 1946. Mainz 1946.
- Dies. (Hrsg.): Auslands- und Dolmetscherinstitut in Gernersheim. Mainz 1950.
- Jung, Horst-Wilhelm:** Anselm Franz von Bentzel im Dienste der Kurfürsten von Mainz. Wiesbaden 1966 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz 7).
- Jung, Rudolf:** Frankfurter Hochschulpläne 1384–1868. Leipzig 1915 (Frankfurter historische Forschungen, N. F. 1).
- Jungblut, Jens/Jungblut, Marc:** All different? All equal? Differentiation of universities' mission statements and excellence initiatives in Germany. In: Science and Public Policy 44 (2017), H. 4, S. 535–545.
- Jungk, Ernst:** Zur Geschichte und Rechtsnatur des Mainzer Universitätsfonds. Mainz 1938 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 12).
- Junker, Klaus (Hrsg.):** Aus Mythos und Lebenswelt. Griechische Vasen aus der Sammlung der Universität Mainz. Ausstellungskatalog Mainz 1999. Worms 1999.
- Jürgensmeier, Friedhelm (Hrsg.):** Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte. Bd. 3, Teil 2: Neuzeit und Moderne. Würzburg 2002 (Beiträge zur Mainzer Kirchengeschichte 6).
- Ders.: Von der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Fachbereich 01 Katholische Theologie. In: Neues Jahrbuch für das Bistum Mainz. Beiträge zur Zeit- und Kulturgeschichte der Diözese 1 (1978), S. 103–106.
- Jurt, Joseph (Hrsg.):** Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation/De la période d'occupation à la coopération franco-allemande. Freiburg i.Br. 1993.
- Just, Leo:** Die alte Universität Mainz von 1477 bis 1798. Ein Überblick. Wiesbaden 1957.
- Ders./Mathy, Helmut: Die Universität Mainz. Grundzüge ihrer Geschichte. Mainz 1965.
- Jüttemeier, Michael:** Organisationswandel und Wissenschaftskultur. Eine organisations- und wissenschaftssoziologische Analyse der KIT-Fusion. Wiesbaden 2016.
- Kahlenberg, Friedrich P.:** Dr. Eduard David (1863–1930). Ein Sozialdemokrat als erster Präsident der Weimarer Nationalversammlung. In: Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Landauf, S. 80–111.
- Ders./Kißener, Michael (Hrsg.): Kreuz, Rad, Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte. Bd. 2: Vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum 21. Jahrhundert. Mainz 2012.
- Kainz, Claudia u.a. (Hrsg.):** Modelling the Field of Community Interpreting. Questions of Methodology in Research and Training. Münster 2011 (Representation – Transformation 6).
- Kaiser, Olivia u.a. (Hrsg.):** Treuhänderische Übernahme und Verwahrung. International und interdisziplinär betrachtet. Göttingen 2018.
- Kant, Horst/Reinhardt, Carsten (Hrsg.):** 100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Institut für Chemie (Otto Hahn-Institut). Facetten seiner Geschichte. Berlin 2012 (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 22).
- Kant, Horst/Vogt, Annette (Hrsg.):** Aus Wissenschaftsgeschichte und -theorie. Hubert Laitko zum 70. Geburtstag überreicht von Freunden, Kollegen und Schülern. Berlin 2005.
- Kant, Horst:** Die radioaktive Forschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie von den Anfängen bis zum deutschen Uranprojekt. In: Ders./Reinhardt, Carsten (Hrsg.): 100 Jahre, S. 53–98.
- Ders.: Forschungen über Radioaktivität am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie – Die Abteilung(en) Hahn/Meitner und ihre internationalen Kontakte. In: Ders./Vogt (Hrsg.): Wissenschaftsgeschichte, S. 289–320.
- Ders.: Otto Hahn und die Erklärungen von Mainau (1955) und Göttingen (1957). In: Flach/Fuchs-Kittowski (Hrsg.): Patt, S. 183–197.
- Ders.: Von den falschen Transuranen zur Kernspaltung – die Atomphysiker Enrico Fermi und Lise Meitner. In: Meier/Italien-Zentrum der Universität Innsbruck (Hrsg.): Italien, S. 171–186.
- Ders.: Von der Lichttherapie zum Zyklotron. Das Institut für Physik im Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizinische Forschung bis 1945. Berlin 2008 (Dahlemer Archivgespräche 13/2007).
- Kath, Gerhard (Bearb.):** Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Hg. v. Verband deutscher Studentenwerke. Bonn 1952.
- Kattmann, Ulrich:** Anmerkungen zur Wissenschaftssystematik und Wissenschaftsethik der Anthropologie auf dem Hintergrund ihrer Geschichte. In: Preuschoft/Ders. (Hrsg.): Anthropologie, S. 127–142.
- Kaufmann, Doris:** Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume. Düsseldorf 1984 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 14).
- Kaupen-Haas, Heidrun/Saller, Christian (Hrsg.):** Wissenschaftlicher Rassismus. Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften. Frankfurt a.M./New York 1999.
- Kaupp, Peter:** Johann Gottlieb Fichte und die Mainzer Zentralschule. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 12 (1963), S. 26–38.
- K. D. St. V. Rheno-Palatia Breslau zu Mainz (Hrsg.):** Rheno-Palatia. Festschrift zum 100. Stiftungsfest der CV-Verbindung Rheno-Palatia Breslau zu Mainz 1900–2000. Mainz 2000.
- Kehm, Barbara:** Forschung am INCHER-Kassel zu Fragen der Internationalisierung im Hochschulbereich. In: Dies. u.a. (Hrsg.): Funktionswandel, S. 61–72.
- Dies. u.a. (Hrsg.): Funktionswandel der Universitäten. Differenzierung, Relevanzsteigerung, Internationalisierung. Frankfurt/New York 2012.
- Dies.: Hochschulen als besondere und unvollständige Organisationen? – Neue Theorien zur »Organisation Hochschule«. In: Wilkesmann/Schmid (Hrsg.): Hochschule, S. 17–25.
- Keim, Anton Maria:** Bürgersinn in schwerer Zeit. Zur Stiftung des Gutenberg-Stipendiums 1946. In: Stadt Mainz (Hrsg.): Gutenberg-Stipendium, S. 7–9.
- Ders.: Michel Oppenheim (1885–1963). Mainzer Kulturdezernent und »Freund der Universität«. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 2, S. 79–87.
- Ders.: Zum Geleit. In: Bleicher (Red.): Komparatistik, S. 3 f.
- Keiser, Vera (Hrsg.):** Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn. Diepholz 2018.
- Dies.: Die zeitliche Abfolge der Erkenntnisse im Prozeß der Entdeckung der Atomkernspaltung. Eine kommentierte Zusammenstellung der Primärquellen. In: Dies. (Hrsg.): Radiochemie, S. 43–62.
- Kelletat, Andreas:** Reden ist Silber. Zur Ausbildung im Übersetzen und Dolmetschen. Universitätsreden 1994 bis 2003. Vaasa/Gernersheim 2004.
- Kepplinger, Hans Mathias:** Künstliche Horizonte. Folgen, Darstellung und Akzeptanz von Technik in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M. 1989.
- Ders.: Medien und Skandale. Wiesbaden 2018.
- Ders.: Meinungsverteilung und Medienwirkung. Eine empirische Untersuchung zur Balancetheorie Fritz Heiders. In: Saxer (Hrsg.): Gleichheit, S. 33–48.
- Ders.: Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren. In: Holtz-Bacha u.a. (Hrsg.): Menschen, S. 19–38.
- Ders.: Nekrolog. Nachruf auf Elisabeth Noelle (19. Dezember 1916–25. März 2010). In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 62 (2010), S. 583–598.
- Ders.: Realitätskonstruktionen. Wiesbaden 2011 (Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation 5).
- Ders./Roth, Herbert: Creating a Crisis. German Mass Media and Oil Supply in 1973/74. In: Public Opinion Quarterly 43 (1979), H. 3, S. 285–296.
- Kersting, Christa:** Pädagogik im Nachkriegsdeutschland. Wissenschaftspolitik und Disziplinenentwicklung 1945 bis 1955. Bad Heilbrunn 2008 (Beiträge zur

- Theorie und Geschichte der Erziehungswissenschaft 28).
- Kevles, Daniel J.:** In the Name of Eugenics. Genetics and the uses of human heredity. Cambridge 1985.
- Kimmel, Karlheinz:** Die Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1948–1968. Stuttgart 2007 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F., Zeitzeugenerinnerungen 1).
- Kiraly, Don (Hrsg.):** Towards Authentic Experiential Learning in Translator Education. Göttingen 2016.
- Kirchlinne, Gerhard:** Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Geschichte und Geschichten aus zwei Jahrhunderten. Bonn 2017.
- Kißener, Michael:** »1968« in Rheinland-Pfalz. Probleme und Erträge einer historischen Spurensuche. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 35 (2009), S. 559–608.
- Ders.: Boehringer Ingelheim und die deutsch-französische Aussöhnung nach dem zweiten Weltkrieg. Mainz 2019 (Cahiers de Mayence 1).
- Ders.: Eine »causa major« – Die Katholisch-Theologische Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Berger u. a. (Hrsg.): 1946, S. 103–127.
- Ders.: Grundzüge der historischen Entwicklung. In: Kahlenberg/Ders. (Hrsg.): Kreuz, S. 57–150.
- Ders.: Kontinuität oder Wandel? Die erste Professoren-generation der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Ders./Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 1, S. 97–123.
- Ders.: Robert Folz (1910–1996). Ein Mediävist als kultureller Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich. In: Felten u. a. (Hrsg.): Robert Folz, S. 5–13.
- Ders.: Träger einer Brücke zu einer neuen Welt. Die Universität Mainz, das Land Rheinland-Pfalz und die französische Nachkriegspolitik. In: Michaelis (Hrsg.): 60. Jahrestag, S. 66–79.
- Ders./Mathy, Helmut (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Gründungspersönlichkeiten der Johannes Gutenberg-Universität. Teil 1. Stuttgart 2004 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 2).
- Ders./Mathy, Helmut (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Gründungspersönlichkeiten der Johannes Gutenberg-Universität. Teil 2. Stuttgart 2006 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 3).
- Ders./Moll, Friedrich (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Gründungsprofessoren der Chemie und Pharmazie. Teil 3. Stuttgart 2009 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 4).
- Kita, Birgit:** Neubau Chemie. In: Dies. u. a. (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 115–123.
- Dies. u. a. (Hrsg.): Von der Flak-Kaserne zum Glashaus. Mainzer Universitätsarchitektur 1938–1998. Stuttgart 2008 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 6).
- Klatt, Johanna (Hrsg.):** Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells. Bielefeld 2011 (Studien des Göttinger Institut für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen 1).
- Klee, Ernst:** Dokumente zur »Euthanasie« im NS-Staat. Frankfurt a. M. 2007.
- Ders.: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer was vor und nach 1945? 2. durchges. Aufl. Frankfurt a. M. 2003.
- Kleinfeld, Helge:** »Wende zum Geist«? Bildungs- und hochschulpolitische Aktivitäten der überkonfessionellen studentischen Korporationen an westdeutschen Hochschulen 1945–1961. Köln 2002. (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 12).
- Klein, Almuth:** Forum. In: Kita u. a. (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 13–22.
- Klein, Helena Sophie:** »Es geschah aus reiner Lust«. Sexy Sixties – auch in Mainz? In: Schneider/Simon (Hrsg.): Mainz '68, S. 145–160.
- Kleindienst, Jens:** Zur Hochschulpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone (1945–1949). Diss. phil., Universität Mainz 1987.
- Kleinen, Karin:** Frauenstudium in der Nachkriegszeit (1945–1950). Die Diskussion in der britischen Besatzungszone. In: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung 2 (1995), S. 281–300.
- Kleinhaus, Kerstin:** Anton Hilckman – ein deutscher Europäer. Ein Bevergerner widersteht dem Nationalsozialismus. Besondere Lernleistung in der Jahrgangsstufe 13, URL: <https://www.lwl.org/301av-download/pdf/Kleinhaus%20Kerstin.pdf> (abgerufen am 30.9.2018).
- Kleinmann, Louis Théodore:** Aus einem Interview vor der Archivkommission des Senats am 18. Januar 1962. Zusammengestellt und überarbeitet von Helmut Mathy. In: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 67–73.
- Klingelschmitt, Franz Theodor:** Vorschläge für die Neubegründung der Universität Mainz. In: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 29–38.
- Klingemann, Carsten:** Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit. Wiesbaden 2009.
- Klotz, Heinrich:** Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960–1980. Braunschweig 1984 (Schriften des Deutschen Architekturmuseums zur Architekturgeschichte und Architekturtheorie).
- Klug, Heide:** Hochschulreformen und Informationssysteme. Organisation – Personen – Technik. Baden-Baden 2008 (Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung 3).
- Kluge, Thomas/Adrian, Hermann:** Hochtemperatur-Supraleiter – Wege zur Anwendung. In: Forschungsmagazin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 13 (1997), Sonderh., S. 29–37.
- Kluke, Paul:** Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932. Frankfurt a. M. 1972.
- Kluth, Rolf:** Bibliotheksstruktur und Baustruktur. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 12 (1965), H. 1, S. 3–33.
- Ders.: Die Universitätsbibliothek Bremen. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 12 (1965), H. 5/6, S. 297–301.
- Knie, Andreas/Simon, Dagmar:** Innovation und Exzellenz. Neue und alte Herausforderungen für das deutsche Wissenschaftssystem. In: Simon u. a. (Hrsg.): Handbuch, S. 21–38.
- Knipping, Franz/Le Rider, Jacques (Hrsg.):** Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland. 1945–1950. Tübingen 1987.
- Knoch, Habbo u. a. (Hrsg.):** Die neue Universität zu Köln. Ihre Geschichte seit 1919. Köln u. a. 2019.
- Knoche, Manfred/Schulz, Winfried:** Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen. Eine vergleichende Inhaltsanalyse des Lokalteils von Monopol- und Wettbewerbszeitungen. In: Publizistik 14 (1969), H. 3, S. 298–310.
- Ders.: Medienkonzentration und Meinungsvielfalt. Von empirischen Studien zur kapitalistischen Medienkonzentration. In: Wilke (Hrsg.): Aktualität, S. 98–114.
- Knüppel, Michael:** Schriftenverzeichnis Karl Heinrich Menges. Nebst Index in den Werken behandelte Lexeme und Morpheme. Wien 2006.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.):** Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990. Berlin 2002 (Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der BBAW 9).
- Ders./Stock, Günter (Hrsg.): Stiften, Schenken, Prägen. Zivilgesellschaftliche Wissenschaftsförderung im Wandel. Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- Ders. u. a.: Die Berliner Akademien 1945–1990. In: Ders. (Hrsg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften, S. 365–457.
- Köhler, Roland:** Zur Akademie-Konzeption von Johannes Stroux 1945. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996), Nr. 7/8, S. 43–58.
- Köhren, Leonie:** Zentralmensa in Mainz. Ein besonderes Zeugnis der High-Tech-Architektur auf dem Universitätscampus. In: Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesdenkmalpflege (Hrsg.): Architektur des 20. Jahrhunderts in Rheinland-Pfalz. Denkmaltag Rheinland-Pfalz 2019. Mainz 2019, S. 11 f.
- Kolisang, Caroline:** Bundesweiter Bildungsstreik 2009. Protestbewegung – Aktionismus – Reformen der Reformen. Wiesbaden 2013.
- Kolpachtikova, Marina V./Wenzel, Sabrina:** Diversity an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Unveröffentl. Masterarbeit, Universität Frankfurt a. M. 2016.
- König, Christian:** Mit einem Bücherhaufen fing es an... Geschichte der Universitätsbibliothek Mainz. Mit einem Beitrag von Andreas Brandtner zur Universitätsbibliothek Mainz von 2011 bis 2018. Göttingen 2018 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 13).
- Koenig, Pierre:** Ansprache. In: Johannes Gutenberg-Universität-Mainz (Hrsg.): Alte Mainzer Universität, S. 125–130.
- König, René (Hrsg.):** Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 1. Stuttgart 1962.
- Köthe, Gottfried:** Ansprache aus Anlass des 10. Jahrestages der Wiedereröffnung und des 479jährigen Bestehens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Ders. u. a.: Ansprachen, S. 5–18.
- Ders. u. a.: Zehn Jahre Johannes Gutenberg-Universität. Mainz 1956.
- Ders. u. a.: Ansprachen und Akademischer Festvortrag aus Anlass des 10. Jahrestages der Wiedereröffnung und des 479jährigen Bestehens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 9. Mai 1956. Mainz 1956.
- Kozlova, Margarita:** Diversität an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz – Ergebnisse einer Studierendenbefragung. Mainz 2017.
- Krafft, Fritz:** Anhang. In: Ders. (Hrsg.): Mathematik, S. 95–117.

- Ders.: Fritz Straßmann (1902–1980) und der Aufbau der Mainzer Chemie. In: Kißener/Moll (Hrsg.): *Ut omnes unum sint*. Teil 3, S. 13–68.
- Ders.: Im Schatten der Sensation. Leben und Werk von Fritz Straßmann, nach Dokumenten und Aufzeichnungen dargestellt. Weinheim u. a. 1981.
- Ders. (Hrsg.): *Mathematik und Naturwissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz*. Überblick der Fachbereiche aus Anlass der 500-Jahr-Feier der Universität. Wiesbaden 1977 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz 12).
- Kraus, Emil**: Ansprache von Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c. Emil Kraus, Frankenthal, Vorsitzender der Freunde der Universität Mainz. In: Köthe u. a.: *Ansprachen*, S. 29f.
- Ders.: Aus der Universitätsgeschichte. Kurzfassung der Ausführungen vor der Archivkommission des Senates der Johannes Gutenberg-Universität vom 18. Januar 1962, zusammengestellt am 6. Januar 1963. In: Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 75–81.
- Ders.: Die Universität Mainz, Rheinischer Merkur. In: Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 135–139.
- Ders.: Warum Universität Mainz? In: Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): *Alte Mainzer Universität*, S. 5–7.
- Ders.: Zwiegespräch mit Radio Koblenz am 9. April 1946. In: Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 131–134.
- Krausch, Georg (Hrsg.)**: *Museum aus Gips & Kleister*. Das vergessene Mainzer Pantheon. Katalogbroschüre zur Sonderausstellung in der Schule des Sehens. Mainz 2015.
- Krause, Peter**: »O alte Burschenherrlichkeit«. Die Studenten und ihr Brauchtum. Graz 1987.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.)**: *Die RAF und der linke Terrorismus*. Bd. 1. Hamburg 2006.
- Ders.: Denkmodelle der 68er-Bewegung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49 (2001), B 22/23, S. 14–27.
- Ders.: Die Tupamaros West-Berlin. In: Ders. (Hrsg.): *RAF*, S. 512–530.
- Kreel, Annerose**: Das pädagogische Institut Mainz 1925–1933. Ein Beitrag zur psychologischen und pädagogischen Ausbildung des Volksschullehrers. Mainz 1984.
- Krell, Gertraude (Hrsg.)**: *Chancengleichheit durch Personalpolitik*. Wiesbaden 2008.
- Dies.: *Diversity Management*. Chancengleichheit für alle und auch als Wettbewerbsvorteil. In: Dies. (Hrsg.): *Chancengleichheit*, S. 63–80.
- Krempkow, René/Landrock, Uta**: Wie effektiv ist die Leistungsorientierte Mittelvergabe in der Hochschulmedizin? In: Grande u. a. (Hrsg.): *Neue Governance*, S. 95–111.
- Kroll, Frank-Lothar**: *Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert*. München 2003 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 65).
- Krücken, Georg**: Lässt sich Wissenschaft managen? In: *Wissenschaftsrecht* 41 (2008), H. 4, S. 345–358.
- Ders. u. a. (Hrsg.): *Towards a Multiversity?* Bielefeld 2006.
- Ders. u. a.: Wissen schafft Management? Konturen der Managerialisierung im Hochschulbereich. In: Heinze/Ders. (Hrsg.): *Erneuerungsfähigkeit*, S. 219–256.
- Krüger, Michael**: Einführung in die Geschichte der Leibeserziehung und des Sports. Teil 3: Leibesübungen im 20. Jahrhundert. Sport für alle. 2. Aufl. Schorn-dorf 2005 (Sport und Sportunterricht. Grundlagen für Studium, Ausbildung und Beruf 10).
- Ders. (Hrsg.): *Erinnerungskultur im Sport*. Vom kritischen Umgang mit Carl Diem, Sepp Herberger und anderen Größen des deutschen Sports. Berlin 2012 (Studien zur Geschichte des Sports 13).
- K. St. V. Normannia-Greifswald zu Mainz (Hrsg.)**: 120 Jahre Normannia-Greifswald zu Mainz. Festschrift anlässlich des 120. Stiftungsfestes vom 18.–20. Juni 1993. Mainz 1993.
- Kühl, Stefan**: *Der Sudoku-Effekt*. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie. Eine Streitschrift. Bielefeld 2012.
- Kümmel, Verena**: Frauen an der TH/TU Darmstadt. In: Dipper u. a. (Hrsg.): *Epochenschwelle*, S. 248–255.
- Kümmel, Werner Friedrich**: Die »Ausschaltung« der jüdischen Ärzte in Mainz durch die Nationalsozialisten. In: Dumont (Hrsg.): *Moguntia medica*, S. 385–395.
- Ders.: *Geschichte, Staat und Ethik: Deutsche Medizinhistoriker 1933–1945 im Dienste »nationalpolitischer Erziehung«*. In: Frewer/Neumann (Hrsg.): *Medizingeschichte*, S. 167–203.
- Kunkel, Sönke**: *Globales Wissen und Science Diplomacy im 20. Jahrhundert*. Eine Bestandsaufnahme. In: *Neue Politische Literatur* 65 (2020), H. 1, S. 19–43.
- Kunsthochschule Mainz (Hrsg.)**: *Kunsthochschule Mainz 2018*. Mainz 2019.
- Küppers, Heinrich**: *Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz und im Saarland nach 1945 im Vergleich*. In: Knipping/Le Rider (Hrsg.): *Frankreichs Kulturpolitik*, S. 161–181.
- Kusber, Jan**: Gotthold Rhode (1916–1990). In: Duchhardt (Hrsg.): *Historiker*, S. 191–211.
- Labisch, Alfons/Spree, Reinhard (Hrsg.)**: »Einem jeden Kranken in einem Hospitale sein eigenes Bett«. Zur Sozialgeschichte des Allgemeinen Krankenhauses in Deutschland im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M./New York 1996.
- Laitenberger, Volkhard**: *Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik*. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1923–1945. Göttingen u. a. 1976.
- Lambert, Phyllis**: *Building Seagram*. New Haven u. a. 2013.
- Lamping, Dieter (Hrsg.)**: *Geisteswissenschaft heute*. Die Sicht der Fächer. Stuttgart 2015.
- Landsmannschaft Merovingia Gießen zu Mainz (Hrsg.)**: 75 Jahre Landsmannschaft Merovingia 1885–1960. Mainz 1960.
- Dies. (Hrsg.): *Festschrift der Landsmannschaft im Coburger Convent Merovingia Gießen zu Mainz anlässlich ihres 125. Stiftungsfestes (1885–2010)*. Mainz 2010.
- Landtag Rheinland-Pfalz (Hrsg.)**: *Die erste Adresse des Landes Rheinland-Pfalz*. Geschichte des Deutschauses in Mainz. Mainz 1990.
- Ders. (Hrsg.): *Die Mainzer Republik*. Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Mainz 1993.
- Lang, Alexander**: *Studierendenschaft im Wandel*. In: Dipper u. a. (Hrsg.): *Epochenschwelle*, S. 256–269.
- Lang, Ilse**: *100 Jahre Mainzer Konservatorium*. Mainz 1982.
- Lang, Konrad**: *Parenterale Ernährung*. Bericht über das Symposium des Physiologisch-Chemischen Instituts und des Instituts für Anaesthesiologie der Johannes Gutenberg-Universität am 30. und 31. Oktober 1964 in Mainz. Berlin [u. a.] 1966 (Anaesthesiologie und Intensivmedizin 6).
- Ders./Ranke, Otto Friedrich: *Stoffwechsel und Ernährung*. Berlin u. a. 1950.
- Ders.: Vorwort der Erstausgabe. In: *Zeitschrift für Ernährungswissenschaft* 1 (1960), Nr. 1, S. 1f.
- Lange, Stefan**: *New Public Management und die Governance der Universitäten*. In: *dms – der moderne staat* 1 (2008), Nr. 1, S. 235–248.
- Lässig, Volker**: *Den Teufel holt keiner*. Otto Hahn und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Tailfingen. Albstadt 2010.
- Lathomus, Catharina**: *Neue Mensa*. In: Kita u. a. (Hrsg.): *Flak-Kaserne*, S. 93–103.
- Laux, Stephan**: »Quelque chose d’assez mystérieux«. Die gescheiterte Universitätsgründung in Trier 1945–1948. Motive, Planungen, Reaktionen. Trier 2020 (Publikationen aus dem Stadtarchiv Trier 9).
- Lederer, Herbert**: *In memoriam Werner Neuse (1899–1986)*. In: *The German Quarterly* 60 (1987), H. 2, S. 334–336.
- Lehnardt, Andreas**: *Die Jüdische Bibliothek an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1938–2008*. Eine Dokumentation. Stuttgart 2009 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 8).
- Lehr, Birgit**: *Leidenschaftlich wissenschaftlich*. Mainz ist »Stadt der Wissenschaft« 2011. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 32 (2012), Sonderh. »Mainz leidenschaftlich wissenschaftlich«, S. 6–10.
- Leibfried, Stephan (Hrsg.)**: *Die Exzellenzinitiative*. Zwischenbilanz und Perspektiven. Frankfurt a. M./New York 2010 (Forschungsberichte, interdisziplinäre Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 24).
- Leiwig, Heinz**: *Bomben auf Mainz*. 27. Februar 1945. Fakten, Hintergründe, Augenzeugen mit bisher unveröffentlichten Fotos und Dokumenten. Mainz 1995.
- Ders.: *Mainz 1933 bis 1948*. Von der Machtergreifung bis zur Währungsreform. 2. Aufl. Mainz 1987.
- Lemmerich, Jost**: *Fritz Straßmann*. In: Heyen (Hrsg.): *Lebensbilder*, S. 247–266.
- Lengwiler, Martin**: *Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts*. In: Simon u. a. (Hrsg.): *Handbuch*, S. 13–25.
- Lenhart, Ludwig**: *Die philosophisch-theologische Fakultät des Mainzer Priesterseminars als Geistesbrücke von der alten zur neuen Mainzer Universität*. In: Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): *Alte Mainzer Universität*, S. 30–51.
- Ders. (Hrsg.): *Universitas: Dienst an Wahrheit und Leben*. Festschrift für Bischof Dr. Albert Stohr im Auftrag der Katholisch-theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 2 Bde. Mainz 1960.
- Lenk, Stefan**: *Chancen sozialer Mobilität an der Universität Wien im 20. Jahrhundert*. Brüche und Kontinuitäten bei der sozialen Herkunft von Studierenden. In: Ash/Ehmer (Hrsg.): *650 Jahre*. Bd. 2, Teilbd. 2, S. 565–618.

- Levsen, Sonja:** Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900–1929. Göttingen 2006.
- Leyhausen, Wilhelm:** Das höhere Schulwesen in der Stadt Köln zur französischen Zeit (1794–1814). Bonn 1913 (Studien zur rheinischen Geschichte 6).
- Lilienthal, Georg:** »...das erste in der Welt«. Das Projekt eines Universitätskrankenhauses in Mainz 1781–1790/93. In: Dumont (Hrsg.): *Moguntia medica*, S. 443–450.
- Ders.: Patienten aus Mainz als Opfer der NS-»Euthanasie«. In: Dumont (Hrsg.): *Moguntia medica*, S. 399–405.
- Lingelbach, Gabriele:** Akkumulierte Innovationsfähigkeit der CAU: Die Situation von Studentinnen, Wissenschaftlerinnen und Dozentinnen in Vergangenheit und Gegenwart. In: Auge (Hrsg.): *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*, S. 528–560.
- Linsenmann, Andreas:** Musik als politischer Faktor. Konzepte, Intentionen und Praxis französischer Um-erziehungs- und Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949/50. Tübingen 2010 (Edition lendemains 19).
- Lipp, Michael (Hrsg.):** Brunnen, Denkmäler und Plastiken in Mainz. Versuch einer Bestandsaufnahme. Mainz 1991.
- Lisner, Wiebke:** Hüterinnen der Nation. Hebammen im Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 2006.
- Löffler, Marion:** Formalisierte Informalität? Wie das Leitbild Wissenschaftsgesellschaft Karrierebedingungen von Frauen an Universitäten verändert. In: *SWS-Rundschau* 48 (2008), H. 4, S. 413–431.
- Lommatzsch, Erik:** Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers. Frankfurt a. M. 2009.
- Lönnecker, Harald:** Korporation und Landesgeschichte. Rudolf Kötzschke (1867–1949), erster Professor für Sächsische Landesgeschichte an der Universität Leipzig. Neustadt a. d. Aisch 2009 (Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 54).
- Ders.: »Nie kehrt du wieder, gold'ne Zeit, so froh und ungebunden!« Studentische Lieder der Erinnerung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Fischer/Widmaier (Hrsg.): *Lied*, S. 39–74.
- Loose, Ingo:** Berliner Wissenschaftler im »Osteinsatz« 1939–1945. Akademische Mobilität zwischen Berliner Universität und Reichsuniversität Posen. In: *Jahr* (Hrsg.): *Berliner Universität*, S. 49–70.
- Lorenz, Charlotte:** Entwicklung und Lage der weiblichen Lehrkräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands. Berlin 1953.
- Lorenz, Volker:** Nachruf für Horst Falke. In: *Jahresberichte und Mitteilungen des oberrheinischen geologischen Vereins* 78 (1996) S. 27–29.
- Lösch, Doris:** Chronik des Instituts und Bibliographie der Dissertationen 1947–1997. In: Füssel (Hrsg.): *Zentrum*, S. 81–94.
- Lüddecke, Andreas:** Rassen, Schädel und Gelehrte. Zur politischen Funktionalität der anthropologischen Forschung und Lehre in der Tradition Egon von Eickstedts. Frankfurt a. M. u. a. 2000 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 880).
- Lüder, Klaus (Hrsg.):** Staat und Verwaltung. Fünfzig Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 1997.
- Maak, Niklas:** Der Architekt am Strand. Le Corbusier und das Geheimnis der Seeschnecke. München 2010.
- Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.):** Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. 3. vollst. überarb. u. erw. Aufl. Baden-Baden 2015.
- Maelstaff, Geneviève:** Que faire de l'Allemagne? Les responsables français, le statut international de l'Allemagne et le problème de l'unité allemande (1945–1955). Paris 1999.
- Maier, Hans:** Die andere Bildungskatastrophe. In: Ders./Zöller: *Bildungskatastrophe*, S. 7–26.
- Ders./Zöller, Michael (Hrsg.): *Die andere Bildungskatastrophe. Hochschulgesetze statt Hochschulreform*. Köln 1970.
- Mainzer Wingolf (Hrsg.):** Mainzer Schoppenstecher. Festschrift zum 50. Stiftungsfest 1949–1999 des Mainzer Wingolf. Mainz 1999.
- Mann, Gunter/Dumont, Franz (Hrsg.):** Medizin in Mainz. Praxis der Wissenschaft. Entwicklungen und Erinnerungen. 40 Jahre Medizinische Fakultät und Klinikum. 1946–1986. Mainz 1986.
- Manns, Peter:** Höchst persönliche Erinnerungen an einen großen Franzosen und die bewegten Jahre der Wiederbegründung einer alten Universität. In: *Memoriam Raymond Schmittlein*. Mainz 1978.
- Marcinkowski, Frank/Kohring, Martin:** The changing rationale of science communication. A challenge to scientific autonomy. In: *Journal of Science Communication* 13 (2014), H. 3. URL: https://jcom.sissa.it/sites/default/files/documents/JCOM_1303_2014_C04.pdf (abgerufen am 15.5.2018).
- Martens, Stefan (Hrsg.):** Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Sigmaringen 1993 (Beihefte der Francia 27).
- Martin, Bernd (Hrsg.):** 550 Jahre Albert Ludwigs-Universität Freiburg. Festschrift. Bd. 3: Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts. Freiburg i. Br. 2007.
- Martin, Vanessa:** Creating an Islamic State. Khomeini and the Making of a New Iran. London 2000.
- März, Michael:** Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des »Starken Staates« 1977–1979. Bielefeld 2012 (*Histoire* 32).
- Massenkeil, Günther:** Georg Toussaint zum Gedenken. In: *Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für mittelhessische Musikgeschichte* 46 (1983), S. 222–227.
- Ders. u. a. (Hrsg.): *20 Jahre Collegium musicum der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz*. Mainz [1966].
- Massin, Benoît:** Anthropologie und Humangenetik im Nationalsozialismus oder: Wie schreiben deutsche Wissenschaftler ihre eigene Wissenschaftsgeschichte? In: Kaupen-Haas/Saller (Hrsg.): *Wissenschaftlicher Rassismus*, S. 12–64.
- Matheus, Michael:** Bildungsaufbruch am Mittelrhein. Johannes Gutenberg und die Gründungsversuche einer Universität in Mainz. In: Ders. u. a. (Hrsg.): *Reviewing Gutenberg* [im Erscheinen].
- Ders.: *Johannes Gutenberg und der Gründungsprozess der Universität Mainz im Kontext von Bildungsaufbruch und Kirchenreform*. In: *Die Gutenberg-Bibel und der Beginn der Neuzeit. Beiträge der internationalen wissenschaftlichen Konferenz, Moskau 10.–11. Juni 2019* [im Erscheinen].
- Ders.: *Die Mainzer Republik – Französischer Revolutionsexport, deutscher Demokratieversuch, Mosaikstein einer europäischen Freiheitsgeschichte*. In: Berkessel u. a. (Hrsg.): *Mainzer Republik*, S. 14–33.
- Ders.: *Die Mainzer Republik: Neun Beobachtungen*. In: *Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte* 115/116 (2020/21) [im Erscheinen].
- Ders. u. a. (Hrsg.): *Reviewing Gutenberg. Historische Kontexte und Rezeptionen*. Stuttgart 2021 (*Geschichtliche Landeskunde*) [im Erscheinen].
- Ders.: *Roma e Magonza. Università italiana e tedesca nel XV e all'inizio del XVI secolo*. In: *Bullettino dell'Istituto Storico Italiano per il Medio Evo* 108 (2006), S. 123–163.
- Ders.: *Rom und die Frühgeschichte der Mainzer Universität*. In: Dreyer/Rogge (Hrsg.): *Mainz*, S. 214–232.
- Ders.: *Von der Universität zur Kaserne, von der Kaserne zur Universität*. In: Schneider/Schnettger (Hrsg.): *Verborgen*, S. 96–109.
- Mathy, Helmut:** Andreas Joseph Hofmann (1752–1849). Professor der Philosophie in Mainz und Präsident des rheinisch-deutschen Nationalkonvents. In: *Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz* 22 (1973), S. 15–45.
- Ders.: *Andreas Josef Hofmann und Georg Nimis. Zwei Mainzer Jakobiner im Vergleich*. In: Rödel (Hrsg.): *Französische Revolution*, S. 181–204.
- Ders.: *Bemerkungen zu den Auslandsbeziehungen der Kurfürstlichen Universität Mainz*. In: *Präsident/Senat der Johannes Gutenberg-Universität* (Hrsg.): *Auslandsbeziehungen*, S. 7–26.
- Ders.: *Ein berühmter Student der Mainzer Universität. Die diplomatischen Lehr- und Wanderjahre Metternichs*. In: *Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz* 17 (1968) S. 73–92. Neudr. in: Böcher u. a. (Hrsg.): *Stadt*, S. 39–56.
- Ders.: *Bescheidene Anfänge der Mainzer Medizinischen Fakultät vom 15.–17. Jahrhundert*. In: Dumont (Hrsg.): *Moguntia medica*, S. 121–128.
- Ders.: *Entschlüsselte Schilder. Straßennamen auf dem Campus*. Mainz 1986.
- Ders.: *Die erste Landesuniversität von Rheinland-Pfalz. Studien zur Entstehungsgeschichte der Johannes-Gutenberg-Universität*. Mainz 1997 (Schriften der Johannes Gutenberg-Universität 8).
- Ders.: *Franz Theodor Klingelschmitt und die »Völkerbundsuniversität« Mainz*. In: Böcher u. a. (Hrsg.): *Stadt*, S. 261–266.
- Ders.: *»Geistige Brücke in alle Welt«. Neue Dokumente zur Frühgeschichte der Johannes Gutenberg-Universität von 1945/46 bis 1951*. In: *Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte* 96/97 (2001/02), S. 363–405.
- Ders.: *Johannes Neebs Disput mit Niklas Vogt über geschichtsphilosophische Fragen*. In: *Alzeyer Geschichtsblätter* 5 (1968), S. 146–158.
- Ders.: *Josef Hofmann. Der Präsident des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents von 1793*. In: *Landtag Rheinland-Pfalz* (Hrsg.): *Adresse*, S. 59–70.

- Ders.: Josef Schmid (1898–1978). Der umstrittene Gründungsrektor der Johannes Gutenberg-Universität 1945–1947. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): *Ut omnes unum sint*. Teil 1, S. 57–81. Neudr. in: Böcher (Hrsg.): *Stadt*, S. 301–318.
- Ders.: Katholisch-Theologische Fakultät an der Mainzer Universität. In: Jürgensmeier (Hrsg.): *Handbuch*. Bd. 3, Teil 2, S. 1434–1443.
- Ders.: Neue Dokumente zur Wiedereröffnung der Mainzer Universität 1945/46. In: *Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz* 25/26 (1976/77), S. 208–222.
- Ders.: Eine neue Quelle zur Jugendgeschichte von Andreas Josef Hofmann, Präsident des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents. In: Dotzauer u. a. (Hrsg.): *Landesgeschichte*, S. 321–333.
- Ders.: Niklas Vogt und seine politische Bedeutung. In: *Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte* 6 (1986), H. 4, S. 113–118.
- Ders.: Um die Promotion von Protestanten und Juden an der alten Mainzer Universität. Ein Beitrag zur Geschichte der Toleranzidee am Mittelrhein. In: *Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz* 11 (1962), S. 51–69. Neudr. in: Böcher u. a. (Hrsg.): *Stadt*, S. 11–27.
- Ders.: Die Universität Mainz 1477–1977. Mainz 1977.
- Ders.: *Ut omnes unum sint*. Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität vor 40 Jahren. Vortrag [am 28.5.1986]. Mainz 1987.
- Ders.: Von der kurfürstlichen Hohen Schule zur Johannes Gutenberg-Universität. In: Dumont u. a. (Hrsg.): *Mainz. Geschichte*, S. 703–732.
- Ders.: Die Wirklichkeit übertrifft die Vision. Gespräch mit Karl Holzamer über die Frühzeit der Johannes Gutenberg-Universität. Mainz 1996 (Schriften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 3).
- Ders.: Zum Mainzer Hochschulgedanken in der Weimarer Republik. In: *Mainzer Almanach* (1966), S. 96–111.
- Matthiae, Immanuel Konstantin:** August Matthäi in seinem Leben und Wirken ..., nebst einem lebensgeschichtlichen Abriß seines Bruders Friedrich Christian Matthiae. Quedlinburg 1845.
- Matthies, Hildegard/Simon, Dagmar (Hrsg.):** *Wissenschaft unter Beobachtung. Effekte und Defekte von Evaluationen*. Wiesbaden 2008 (Leviathan (2007), Sonderh. 24).
- Mättig, Ursula:** *Frauenstudium und -politik, Frauenforschung und -förderung: 1968/70 bis 2015*. In: Stieldorf u. a. (Hrsg.): *Wissenschaft*, S. 215–256.
- Max-Planck-Gesellschaft (Hrsg.):** *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* (1962). Bd. 2.
- May, Georg:** *Entstehung und Rechtscharakter der Vereinbarung zwischen dem Bischof vom Mainz und dem Oberregierungspräsidenten von Hessen-Pfalz vom 15./17.4. bzw. 5.10.1946 zur Errichtung der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz*. In: *Archiv für katholisches Kirchenrecht* 131 (1962), S. 15–66.
- Mayer, Gerhard:** *Moguntia sei's Panier. Eine historiographische Studie über die Studentenverbindungen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz*. Wiesbaden 1994.
- Mayer, Hermann:** *Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute*. In: *Bischöfliches Priesterseminar Mainz (Hrsg.): Augustinerstraße 34*, S. 54–70.
- Mehdorn, Margarete:** *Französische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Konzepte und zivilgesellschaftliche Initiativen 1945–1970*. Köln u. a. 2009.
- Meier, Franziska/Italien-Zentrum der Universität Innsbruck (Hrsg.):** *Italien und Europa. Der italienische Beitrag zur europäischen Kultur*. Innsbruck 2007.
- Meier, Kurt:** *Die Theologischen Fakultäten im Dritten Reich*. Berlin/New York 1996.
- Meisenzahl, Hans:** *Notgemeinschaft Studiendank e. V.* In: *ASTA (Hrsg.): Johannes Gutenberg-Universität Mainz*. S. 84f.
- Melzer, Jörg:** *Vollwerternährung. Diätetik, Naturheilkunde, Nationalsozialismus, sozialer Anspruch*. Stuttgart 2003 (Medizin, Gesellschaft und Geschichte 20).
- Mergel, Thomas:** *Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Zeit des Konflikts*. In: *Wildt (Hrsg.): Geschichte*, S. 224–243.
- Merten, Klaus:** *Der wahlentscheidende Einfluss des Fernsehens auf die Bundestagswahl 1976 – oder Alchemie in der empirischen Sozialforschung*. In: *Schatz/Lange (Hrsg.): Massenkommunikation*, S. 121–139.
- Metternich-Winneburg, Fürst Richard von:** *Aus Metternich's nachgelassenen Papieren. Erster Theil. Von der Geburt Metternichs bis zum Wiener Kongreß 1773–1815*. Wien 1880.
- Metz-Göckel, Sigrid u. a.:** *Frauenstudium nach 1945 – ein Rückblick*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39 (1989), B 28, S. 13–21.
- Metzler, Gabriele:** *Das Jahrhundert der Gewalt und ihrer Einhegung*. In: *Sabrow/Weiß (Hrsg.): 20. Jahrhundert*, S. 21–39.
- Metzner, Heinrich:** *Die alte Universität Mainz*. In: *Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): Alte Mainzer Universität*, S. 8–23.
- Michaelis, Jörg (Hrsg.):** *60. Jahrestag der Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität*. Mainz 2007.
- Michelsen, Jakob:** *Die »Breslauer Schule« der Rassenkunde – zur Geschichte des Hamburger Instituts für Humanbiologie*. In: *AG gegen Rassenkunde (Hrsg.): Knochen*, S. 88–127.
- Middendorff, Elke:** *Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes 1951–2012. Ein historischer Überblick über Akteure, Wellen und Themen*. Hannover 2016.
- Mielke, Anja:** *Studentische Kulturarbeit an der Mainzer Universität seit deren Wiedereröffnung (1946–1996)*. Frankfurt a. M. 2001 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 19, Abt. A Volkskunde 51).
- Mildenberger, Florian:** *Die Geburt der Rezeption. Michel Foucault und Werner Leibbrand*. In: *Sudhoffs Archiv* 91 (2006), S. 97–105.
- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.):** *Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Landtags vom 13. Dezember 2012 zur Drucksache 16/1849. Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen*. Mainz [2017], URL: https://mffjiv.rlp.de/file-admin/MFFJIV/Familie/8_Gesamtdokument_final_2.pdf (abgerufen am 29.1.2021).
- Mintzberg, Henry:** *Structure in Fives. Designing effective Organizations*. Englewood Cliffs 1983.
- Mitscherlich, Alexander:** *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*. Frankfurt a. M. 1965.
- Möhler, Rainer:** *Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung – französische Säuberungspolitik im Saarland und in Rheinland-Pfalz*. In: *Martens (Hrsg.): Erbfeind*, S. 157–173.
- Ders.: *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*. Mainz 1992 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 17).
- Möllmer, Tobias (Hrsg.):** *Strassburg. Ort des kulturellen Austauschs zwischen Frankreich und Deutschland. Architektur und Stadtplanung von 1830 bis 1940*. Berlin/München 2018.
- Mörgeli, Christoph/Jobmann, Anke:** *Erwin H. Ackerknecht und die Affäre Berg/Rath von 1964. Zur Vergangenheitsbewältigung deutscher Medizinhistoriker*. In: *Medizin, Gesellschaft und Geschichte* 16 (1997), S. 63–124.
- Morsey, Rudolf:** *50 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (1947–1997)*. In: *Lüder (Hrsg.): Staat*, S. 13–50.
- Ders.: *Die Regierung Altmeier – Der ewige Ministerpräsident*. In: *Glaab u. a. (Hrsg.): 70 Jahre*, S. 47–65.
- Mortelé, Melanie:** *»Gestern ist lange her«. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit an der Mainzer Universität*. In: *Schneider/Simon (Hrsg.): Mainz '68*, S. 74–92.
- Mößlang, Markus:** *Elitenintegration im Bildungssektor. Das Beispiel der »Flüchtlingsprofessoren« 1945–1961*. In: *Hoffmann (Hrsg.): Vertriebene*, S. 371–393.
- Müller, Barbara:** *Der Aufbau des Sports an der Universität Mainz. »Erinnerungen« nach 25 Jahren*. In: *Fachbereich Leibeseziehung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): Leistung*, S. 25–32.
- Müller, Florian M. (Hrsg.):** *Archäologische Universitätsmuseen und -sammlungen im Spannungsfeld von Forschung, Lehre und Öffentlichkeit*. Tagungsband Innsbruck 2010. Wien 2013.
- Müller, Henning:** *Studium Generale – Form und Funktion*. In: *Schneider/Saame (Hrsg.): In memoriam*, S. 12–14.
- Müller, Jürgen:** *1798. Das Jahr des Umbruchs im Rheinland*. In: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 62 (1998), S. 205–237.
- Müller, Marius:** *Die Mainzer Korporationen. Entstehung und Etablierung 1946–1955*. Unveröffentl. Abschlussarbeit, Universität Mainz 2017.
- Müller, Norbert (Hrsg.):** *Alter und Leistung. Arbeitsbericht des Internationalen Symposiums »Alter und Leistung« am Fachbereich Sport der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 10. bis 12. November 1978*. Hochheim a. M. 1979 (Mainzer Studien zur Sportwissenschaft 1).
- Ders.: *Die Entwicklung des Sports an der Universität Mainz – Von der Wiedereröffnung 1946 bis zum Beginn der Sportlehrerausbildung*. In: *Ders./Rösch (Hrsg.): Geschichte*, S. 53–68.
- Ders.: *Trauer um Sport-Professor Berno Wischmann*.

- Mitteilung anlässlich des Gedächtnissymposiums am 22.2.2002 unter Einschluß der Traueransprache des Prodekans Prof. Dr. N. Müller. Mainz 2002.
- Ders./Rösch, Heinz-Egon (Hrsg.): Geschichte und Strukturen des Sports an den Universitäten. Dokumente des V. Internationalen Kongresses der HISPA Mainz 11.–15. April 1976. 2. erg. Aufl. Mainz 1979.
- Müller, Walter W.:** Scheel, Helmuth. In: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Neue Deutsche Biographie. Bd. 22. Berlin 2005, S. 604f.
- Müller, Winfried:** Die inszenierte Universität. Historische und aktuelle Perspektiven von Universitätsjubiläen. In: Eybl (Hrsg.): Jubiläum, S. 77–97.
- Müller, Wolfgang:** Die Universität des Saarlandes – Impressionen aus einer bewegten Geschichte. Erfurt 2017.
- Münch, Richard:** Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt a.M. 2008.
- Ders.: Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co. Berlin 2009.
- Ders.: Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Berlin 2011.
- Münkel, Daniela:** Der Bund »Freiheit der Wissenschaft«. Die Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Hochschule. In: Geppert/Hacke (Hrsg.): Streit, S. 169–187.
- Murken, Axel Hinrich:** Vom Armenhospital zum Großklinikum. Die Geschichte des Krankenhauses vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Köln 1988.
- Musselin, Christine:** Are Universities Specific Organisations? In: Krücken u.a. (Hrsg.): Multiversity, S. 63–84.
- Näf, Beat (Hrsg.):** Antike und Altertumswissenschaft in der Zeit von Nationalsozialismus und Faschismus. Mandelbachtal/Cambridge 2001 (Texts and studies in the history of humanities 1).
- Nagel, Markus:** Von der Stiftungsprofessur für Buch-, Schrift- und Druckwesen zum Institut für Buchwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Stuttgart 2004 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 1).
- Napp-Zinn, Anton Felix:** Anregungen für die Wiedereröffnung der Universität Mainz. In: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 39–45.
- Ders.: Eckert, Christian. In: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Neue Deutsche Biographie. Bd. 4. Berlin 1959, S. 290f., URL: <https://www.deutsche-biographie.de/downloadPDF?url=sfz60933.pdf> (abgerufen am 17.1.2021).
- Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hrsg.):** Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. 3., überarb. u. erw. Aufl. Berlin 1968.
- Nationalsozialistischer Lehrerbund (Hrsg.):** Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Dresden 1933.
- Naujoks, Rudolf/Patz, Jutta:** Klinische Überprüfung einer fluoridhaltigen Zahnpaste bei Erwachsenen (Ergebnisse nach zweijährigem unüberwachten Gebrauch). In: Deutsche Zahnärztliche Zeitschrift 24 (1969), H. 7, S. 614–619.
- Neitzel, Sönke/Heidenreich, Bernd (Hrsg.):** Medien im Nationalsozialismus. Paderborn 2010.
- Nell, Werner:** Rezension zu Tobias Gunst: »Die Ausformung eines europäischen Bewusstseins«. In: Komparatistik. Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft (2014/15), S. 306–315.
- Nelson, Richard Robinson:** The simple economics of basic scientific research. In: Journal of Political Economy 67 (1959), H. 3, S. 297–306.
- Nerdinger, Winfried (Hrsg.):** Frei Otto. Das Gesamtwerk. Leicht bauen, natürlich gestalten. Basel u.a. 2005.
- Netz, Kerstin:** Aurea Moguntia. Die Korporationen des CV in Mainz. Mainz 2001 (Mainzer kleine Schriften zur Volkskultur 13).
- Dies./Poppitz, Nikolaus: Neu- und Wiederbegründung nach dem Krieg. Durch die Nacht zum Licht. In: K. D. St. V. Rheno-Palatia Breslau zu Mainz: Rheno-Palatia, S. 72–79.
- Neugebauer, Anton:** Friedrich Heinrich Jacobi und Johannes Neeb. In: Alzeyer Geschichtsblätter 44 (2019), S. 69–80.
- Neumann, Alexander:** »Arztum ist immer Kämpfertum«. Die Heeresanitätsinspektion und das Amt »Chef des Wehrmachtssanitätswesens« im Zweiten Weltkrieg (1939–1945). Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 64).
- Ders.: Die Heeresanitätsinspektion und die Militärärztliche Akademie und Konzentrationslager – Eine Studie zum medizinischen Netzwerk von Wehrmacht und SS. In: Hahn u.a. (Hrsg.): Medizin, S. 127–139.
- Ders.: Schneller, höher, kräftiger. Physiologische Forschungsförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970. In: Orth (Hrsg.): Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 214–262.
- Neumann, Josef N./Schultka, Rüdiger (Hrsg.):** Anatomie und Anatomische Sammlungen im 18. Jahrhundert. Anlässlich der 250. Wiederkehr des Geburtstages von Philipp Friedrich Theodor Meckel (1755–1803). Münster 2007 (Wissenschaftsgeschichte 1).
- Neumeyer, Fritz:** Mies van der Rohe. Das kunstlose Wort. Gedanken zur Baukunst. 2. Aufl. Berlin 2016.
- Nickel, Sigrun (Hrsg.):** Der Bologna-Prozess aus Sicht der Hochschulforschung. Analysen und Impulse für die Praxis. Gütersloh 2011 (CHE Arbeitspapier 148), URL: [CHE_AP_148_Bologna_Prozess_aus_Sicht_der_Hochschulforschung.pdf](https://www.deutsche-biographie.de/downloadPDF?url=sfz60933.pdf) (abgerufen am 16.1.2021).
- Nille, Christian:** Von der Alltagsanschauung zur kunsthistorischen Raum-Kritik. Versuche am Beispiel der Vorhoffassade des Georg Forster-Gebäudes der Mainzer Universität. Heidelberg 2019 (Das Bild als Ereignis 1).
- Nitsch, Franz:** Hochschulsport und Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Gründerjahre, S. 151–156.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas:** Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. 2. Aufl. München 1998.
- Dies.: Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. 4., überarb. und aktualisierte Aufl. Berlin 2005.
- Dies.: Die Erinnerungen. München 2006.
- Dies./Schulz, Winfried: Das Fischer-Lexikon. Bd. 9: Publizistik. Frankfurt a.M. 1971.
- Dies./Mathes, Rainer: The »Event as Event« and the »Event as News«. In: European Journal of Communication 2 (1987), S. 391–414.
- Dies./Kepplinger, Hans Mathias: Journalistenmeinungen, Medieninhalte und Medienwirkungen. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß der Journalisten auf die Wahrnehmung sozialer Probleme durch Arbeiter und Elite. In: Steindl (Hrsg.): Publizistik, S. 41–68.
- Dies. u.a.: Kampa. Meinungsklima und Medienwirkungen im Bundestagswahlkampf 1998. Freiburg i.Br. 1999 (Alber-Reihe Kommunikation 25).
- Dies.: Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt. In: Publizistik 18 (1973), S. 26–55.
- Dies./Strümpel, Burkhard: Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse. München 1984.
- Dies.: Öffentlichkeit als Bedrohung. Beiträge zur empirischen Kommunikationsforschung. Elisabeth Noelle-Neumann zum 60. Geburtstag am 19. Dezember 1976. Hrsg. v. Jürgen Wilke. 2., durchges. Aufl. Freiburg i.Br. 1979.
- Dies.: Return to the Concept of Powerful Mass Media. In: Studies of Broadcasting 9 (1973), S. 67–112.
- Dies.: Die Schweigespirale. 6. erw. Neuaufl. München 2001.
- Dies.: The Spiral of Silence. A Theory of Public Opinion. In: Journal of Communication 24 (1974), S. 43–51.
- Dies.: The Spiral of Silence. Public Opinion – Our Social Skin. 2. Aufl. Chicago 1993.
- Dies.: Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie. Reinbek 1963.
- Dies.: Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie. 7. Aufl. Reinbek 1976.
- Dies.: Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie. Freiburg i.Br. 1980.
- Dies. u.a.: Wählerstimmungen in der Mediendemokratie. Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes 2002. Freiburg i.Br. 2005.
- Nolte, Ernst:** Zur Phänomenologie des Faschismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), H. 4, S. 373–407.
- Nordblom, Pia:** Strukturwandel durch Konversion in der Ära Beck. In: Glaab u.a. (Hrsg.): 70 Jahre, S. 241–267.
- Oberitter, Helmut:** Zum 40-jährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. In: Ernährungs-Umschau 40 (1993), Nr. 2, S. 52–56.
- OECD (Hrsg.):** Education at a Glance 2018. OECD Indicators. Paris 2018.
- Oehler, Christoph:** Hochschulen. Die Hochschulentwicklung nach 1945. In: Berg u.a. (Hrsg.): Handbuch, S. 412–446.
- Oehler-Klein, Sigrid:** Das Institut für Erb- und Rassenpflege der Universität Gießen. Aufbau des Instituts und Eingliederung in die Universität. In: Gießener Universitätsblätter 38 (2005), S. 25–41.
- Dies. u.a.: Die Militarisierung der Medizin an der Universität Gießen und ihre Beziehungen zu den Sani-

- tätsinspektionen von Heer und Luftwaffe. In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, N. F. 89 (2004), S. 95–188.
- Dies./Roelcke, Volker (Hrsg.): Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Stuttgart 2007 (Pallas Athene 22).
- Oehmer, Franziska:** Skandale im Spiegel der Zeit. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Skandalberichterstattung im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. In: Bulchow/Petersen (Hrsg.): Skandale, S. 157–176.
- Oelze, Berthold:** Für eine kritische Soziologie des Bologna-Prozesses. In: *Soziologie* 39 (2010), H. 2, S. 179–185.
- Omlor, Ralf:** Pflanzen, Forschen, Erhalten – 60 Jahre Botanischer Garten. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 27 (2007), H. 2, S. 1–8.
- Oppenheim, Michel:** Zur Geschichte der Universität. In: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 83–86.
- Orth, Karin (Hrsg.):** Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Stuttgart 2010 (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 4).
- Ottermann, Annelen/Flieder, Stephan (Hrsg.):** 200 Jahre Stadtbibliothek Mainz. Wiesbaden 2005 (Veröffentlichungen der Bibliotheken der Stadt Mainz 52).
- Ottermann, Annelen:** »La Bibliothèque de Mayence est mise à la disposition de la commune.« Geburtsjahre einer Bibliothek. In: Dies./Flieder (Hrsg.): 200 Jahre, S. 31–34.
- Dies.: Die Mainzer Karmelitenbibliothek. Spurensuche – Spurensicherung – Spurendeutung. 2 Bde. Berlin 2016 (Berliner Arbeiten zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft 27).
- Pabst, Klaus:** Bildungs- und Kulturpolitik der Franzosen im Rheinland zwischen 1794 und 1814. In: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen, S. 185–202.
- Pädagogisches Institut Mainz (Hrsg.):** Zur Übergabe der neuen Gebäude am 29. Februar 1932. Mainz 1932.
- Paletschek, Sylvia:** Berufung und Geschlecht. Berufungswandel an bundesrepublikanischen Universitäten im 20. Jahrhundert. In: Hesse/Schwinges (Hrsg.): Professorinnen, S. 307–352.
- Dies.: Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte. In: *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 19 (2011), H. 2, S. 169–189.
- Dies. u. a.: Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland 1945 bis ca. 1970. Einleitung. In: Brandt u. a. (Hrsg.): Universität, S. 7–38.
- Papenfuß, Dietrich/Schieder, Wolfgang (Hrsg.):** Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Köln u. a. 2000.
- Parak, Michael/Schreiber, Carsten:** »Flüchtlingsprofessoren«. Karrieren geflohener und vertriebener Hochschullehrer in der SBZ/DDR. Leipzig 2008 (EKF-Wissenschaft, Abteilung Zeitgeschichte 4).
- Paul, Norbert W.:** Arztinitiativen bei der Gestaltung des Krankenhauses in der Zeit des Aufgeklärten Absolutismus. In: Labisch/Spree (Hrsg.): Kranken, S. 91–122.
- Ders./Ruckert, Frederic: Die Biologisierung des Sozialen. In: Steinberg (Hrsg.): Stetigkeit, S. 82–94.
- Ders.: Sorgenkinder – Kindersorgen: Anmerkungen zur Medikalisierung unserer Kinder. In: *Stopfkuchen/Gutjahr: Kinder*, S. 117–154.
- Ders.: Von der medizinethischen Reichweite strukturalistischer Erklärungsmodelle in der Medizingeschichte. In: Toellner/Wiesing (Hrsg.): Geschichte, S. 49–65.
- Ders.: Wissenschaftstheoretische Aspekte medizinischer Forschung. In: Schulz u. a. (Hrsg.): Geschichte, S. 268–282.
- Paulmann, Johannes (Hrsg.):** Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945. Köln u. a. 2005.
- Paulus, Stefan:** Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976. München 2010 (Studien zur Zeitgeschichte 81).
- Peiffer, Jürgen (Hrsg.):** Menschenverachtung und Opportunismus. Zur Medizin im Dritten Reich. Tübingen 1992.
- Pelgen, Franz Stephan:** Lieber guter Lehne. Teil 3: Die Ehrenpromotion Friedrich Lehenes durch die Universität Giessen im Jahre 1821. In: *Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte* 100 (2005), S. 157–164.
- Persijn, Alexander:** Student – Dozent. In: Stoll (Hrsg.): 50 Jahre, S. 77–85.
- Petersen, Hans-Christian/Kusber, Jan (Hrsg.):** Neuanfang im Westen. 60 Jahre Osteuropaforschung in Mainz. Stuttgart 2007 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 5).
- Petersen, Thomas:** Das Feldexperiment in der Umfragenforschung. Frankfurt a. M. 2002.
- Petrilowitsch, Nikolaus:** Charakterstudien. Basel 1969.
- Pfeil, Ulrich (Hrsg.):** Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz. München 2007.
- Ders.: Eugen Ewig – »Créer un ordre transnational«. Von einem Mittler zwischen Deutschland und Frankreich. In: Ders. (Hrsg.): Institut, S. 293–322.
- Pflug, Günther:** Die Universitätsbibliothek Bochum. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 12 (1965), H. 5/6, S. 292–297.
- Pfotenhauer, Sebastian/Jasanoff, Sheila:** Panacea or diagnosis? Imaginaries of innovation and the »MIT model« in three political cultures. In: *Social Studies of Science* 47 (2017), H. 6, S. 783–810.
- Pinn, Irmgard/Nebelung, Michael:** Kontinuität durch Verdrängung. Die »anthropologisch-soziologischen Konferenzen« 1949–1954. In: Hoffmann-Nowotny/Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): *Kultur*, S. 724–727.
- Plank, Victoria:** Die Wochenzeitung *Das Reich* – Offenbarungseid oder Herrschaftsinstrument? In: *Neitzel/Heidenreich (Hrsg.): Medien*, S. 309–328.
- Plesser, Theo (Hrsg.):** Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund. Stuttgart 2012 (Pallas Athene 44).
- Popitz, Heinrich:** Phänomene der Macht. 2. Aufl. Tübingen 1992.
- Pörtl, Klaus:** Der Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Gernersheim. Perspektiven aus heutiger Sicht. In: Drescher/Pörtl (Hrsg.): 30 Jahre, S. 10–15.
- Power, Michael:** The audit society. Rituals of verification. 2. Aufl. Oxford 1999.
- Präsident/Senat der JGU (Hrsg.):** Almanach auf das 500. Jahr der universitas litterarum in Mainz. Das neue weißrote Ungeheuer oder als das Monstrum laufen lernte. Mainz 1977.
- Dies. (Hrsg.): Die Auslandsbeziehungen der Universität Mainz. Eine Dokumentation des Akademischen Auslandsamtes. Mainz 1977.
- Präsident der JGU/Interdisziplinärer Arbeitskreis Frauenforschung (Hrsg.):** Frauenforschung in Mainz. Dokumentation des 1. Frauentages. Mainz 1990 (Interdisziplinärer Arbeitskreis Frauenforschung Veröffentlichungen 1).
- Präsident der JGU (Hrsg.):** 500 Jahre Universität Mainz 1477–1977. Jubiläumsprogramm. Mainz [1977].
- Ders. (Hrsg.): Universität im Rathaus. Bd. 1. Mainz [1982].
- Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.):** Landauf – Landab. Mainz 2012 (Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz 53).
- Ders. (Hrsg.): Die Stellvertreter des freien Volkes. Die Abgeordneten der Beratenden Landesversammlung und des Landtags Rheinland-Pfalz von 1946 bis 2015. [o. O. o. J.].
- Preuschhof, Holger/Kattmann, Ulrich (Hrsg.):** Anthropologie im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Oldenburg 1992.
- Preuß, Dirk:** »Anthropologie und Forschungsreisender«. Biographie und Anthropologie Egon Freiherr von Eickstedts (1892–1965). München 2009 (Geschichtswissenschaften 21).
- Prose, Wolfgang (Hrsg.):** Täter – Helfer – Trittbrettfahrer. Bd. 9: NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg. Gerstetten 2018.
- Prüll, Livia:** »Universitätsgeschichte schreiben« – Eine Einführung. In: Dies. u. a. (Hrsg.): *Universitätsgeschichte*, S. 7–21.
- Dies. u. a. (Hrsg.): *Universitätsgeschichte schreiben. Inhalte – Methoden – Fallbeispiele*. Göttingen 2019 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 14).
- Psychotherapeutische Beratungsstelle (Hrsg.):** 50 Jahre Psychotherapeutische Beratungsstelle. 1967–2017. Mainz 2017.
- Puppel, Ernst:** »Die hohe Hebammenkunst und die Aufgaben der Hebamme im Dritten Reich«. Festvortrag auf der Haupttagung der Landesfachschaft Hessen zur Feier des 150-jährigen Bestehens der Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Mainz am 28.7.1934. In: *Zeitschrift der Reichsfachschaft Deutscher Hebammen* 2 (1934), H. 23, S. 531–533.
- Pyroth, Marianne:** Pioniertage. In: Stoll (Hrsg.): 50 Jahre, S. 71–76.
- Ramm, Rudolf:** Ärztliche Rechts- und Standeskunde. Der Arzt als Gesundheitserzieher. Berlin 1942.
- Ratschko, Karl-Werner:** Kieler Hochschulmedizin in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität im »Dritten Reich«. Essen 2014.
- Reatz, August u. a.:** Gedanken zum akademischen Bil-

- dungsideal. Reden anlässlich der Eröffnung des Akademischen Instituts für Propädeutik und der feierlichen Immatrikulation am 14.12.1948. Mainz 1949. Ders.: Vom Sinn der »Akademischen Propädeutik«. In: Ders. u. a.: Gedanken, S. 7–11.
- Ders.: Wie es zur Wiedereröffnung der Universität kam. Das »Wunder der Mainzer Universität«. Aufbau trotz sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Auflösung. In: Köthe u. a.: Zehn Jahre, S. 9–13.
- Rebenich, Stefan:** Zwischen Anpassung und Widerstand? Die Berliner Akademie der Wissenschaften von 1933 bis 1945. In: Näf (Hrsg.): Antike, S. 203–244.
- Reckermann, Zara:** Rechts- und Wirtschaftswissenschaften – ReWi II. in: Kita u. a. (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 105–114.
- Rehberg, Karl-Sieberg (Hrsg.):** Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1. Frankfurt a. M. 2008.
- Reichardt, Rolf (Hrsg.):** Französische Presse und Pressekarikaturen 1789–1992. Ausstellungskatalog Mainz, Universitätsbibliothek. Mainz 1992.
- Ders./Roche, Geneviève (Hrsg.): Georg Forster. Weltbürger – Europäer – Deutscher – Franke. Georg Forster zum 200. Todestag. Ausstellungskatalog Mainz, Universitätsbibliothek. Mainz 1994.
- Ders.: Pour une meilleure connaissance de la France profonde. Eine Fundgrube für Grenzgänger in Mainz. In: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 51 (1995), H. 3, S. 237–239.
- Reichert-Flögel, Ute:** Das Mainzer Modell. Bericht über eine ungewöhnliche Initiative. Mainz 1983.
- Reichs- und Preussisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hrsg.):** Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen. Berlin 1937.
- Reinisch, Jessica:** The Perils of Peace. The Public Health Crisis in Occupied Germany. Oxford 2013.
- Renn, Jürgen u. a.:** Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Hoffmann (Hrsg.): Antworten, S. 5–120.
- Richartz, Ingeborg:** Funktion und Bedeutung der Mittlerorganisationen. In: Schwarz (Hrsg.): Handbuch, S. 759–766.
- Rickmann, Anahid S.:** »Rassenpflege im völkischen Staat«. Vom Verhältnis der Rassenhygiene zur nationalsozialistischen Politik. Diss. phil., Universität Bonn 2002.
- Riesz, János:** Politisches Engagement eines Homme de Lettres – Friedrich Hirths Buch über Hitler. In: Neohelicon 12 (1985), H. 1, S. 219–230.
- Ritter, Horst:** Die Rolle der Anthropologie im NS-Staat. In: Peiffer (Hrsg.): Menschenverachtung, S. 172–186.
- Roche, Geneviève:** Le fonds d'études françaises de Mayence. In: CIRAC forum 6 (1993), Nr. 21, S. 46–48.
- Rödder, Andreas:** 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München 2015.
- Rödder, Simone u. a. (Hrsg.):** The Sciences' Media Connection – Public Communication and its Repercussions. Dordrecht u. a. 2012 (Sociology of Sciences Yearbook 28).
- Rödel, Volker (Hrsg.):** Die Französische Revolution und die Oberrheinlande. Sigmaringen 1991.
- Roessing, Thomas:** Öffentliche Meinung – die Erforschung der Schweigespirale. Baden-Baden 2009.
- Rohrbach, Hans:** Der Fachbereich Mathematik. In: Krafft (Hrsg.): Mathematik, S. 1–17.
- Röhrich, Lutz:** »Ich erinnere mich ...«. Die Anfänge der Volkskunde in Mainz vor einem halben Jahrhundert. Bericht eines Zeitzeugen. In: Volkskunde in Rheinland-Pfalz 18 (2003), H. 1, S. 114–140.
- Röllig, Wolfgang:** Vermächtnis der Vorzeit. Eine Stiftung und ein Museum. In: Teichmann/Völger (Hrsg.): Faszination, S. 248–265.
- Rörig, Reinhold:** 40 Jahre medizinische Fakultät und Klinikum. Verwaltung, Bauten, Personal. In: Mann/Dumont (Hrsg.): Medizin, S. 73–149.
- Rosenzweig, Hans:** Das höhere Schulwesen in Mainz von 1798–1814 mit besonderer Berücksichtigung des Mainzer Lyzeums. Diss. phil., Universität Mainz 1955.
- Rotermund, Erwin:** Soziales Engagement und Dichtung der »Unmittelbarkeit«. Ein Blick über das Früh- und Exilwerk von Anna Seghers. In: Präsident der JGU (Hrsg.): Universität im Rathaus, S. 27–45.
- Roth, Michaela:** Muschel. In: Kita u. a. (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 71–78.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.):** Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a. M. 2008.
- Rothausen, Karlheinz:** Heinz Tobien. In: Mainzer naturwissenschaftliches Archiv 31 (1993), S. 1–16.
- Rothe, Hans Werner:** Über die Gründung einer Universität zu Bremen. Bremen 1961.
- Rothkamm, Jörg:** Die Mainzer Nachkriegsmusikwissenschaft und die Hochschulkommission der Gesellschaft für Musikforschung unter Arnold Schmitz. Kontinuitäten mit Ernst Laaff und Albert Wellek sowie Netzwerke mit Friedrich Blume und Heinrich Bessler. In: Ders./Schipperges (Hrsg.): Musikwissenschaft, S. 177–222.
- Ders./Schipperges, Thomas (Hrsg.): Musikwissenschaft und Vergangenheitspolitik. München 2015.
- Ruckert, Frederic:** Zwangssterilisationen im Dritten Reich 1933–1945. Das Schicksal der Opfer am Beispiel der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses und der Hebammenlehranstalt Mainz. Stuttgart 2012 (Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 10).
- Rudder, Steffen de:** Der Architekt Hugh Stubbins. Amerikanische Moderne der Fünfziger Jahre in Berlin. Berlin 2007.
- Ders.: Ein Haus macht Propaganda. Die Berliner Kongresshalle und der Kalte Krieg. In: Scherer: Haus, S. 28–41.
- Rüegg, Walter (Hrsg.):** Geschichte der Universität in Europa. Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. München 2010.
- Ders. (Hrsg.): A History of the University in Europe. Bd. 3: Universities in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries (1800–1945). Cambridge 2004.
- Ders.: Verzeichnis der in Europa 1945–1995 gegründeten Universitäten. In: Ders. (Hrsg.): Geschichte, S. 509–527.
- Rummel, Walter:** Freiheitsbewegungen und Bürokratie. Das Nachwirken von Französischer Revolution und französischer Herrschaft in der staatlich parlamentarischen Entwicklung Deutschlands. In: Berkesel u. a. (Hrsg.): Mainzer Republik, S. 140–160.
- Runde, Ingo (Hrsg.):** Universitätsarchive in Südwestdeutschland. Geschichte, Bestände, Projekte. Heidelberg 2014 (Heidelberger Schriften zur Universitätsgeschichte 1).
- Ruppel, Aloys:** Begründung dafür, daß die neue Mainzer Universität den Namen Gutenbergs tragen soll. In: Eibel (Hrsg.): Wiedereröffnung, S. 57–60.
- Ders.: Die Lehrstätten der alten Mainzer Universität. In: Johannes Gutenberg-Universität-Mainz (Hrsg.): Alte Mainzer Universität, S. 24–29.
- Ders.: Die Mainzer Stadtbibliothek und die Mainzer Universität. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 2 (1953), S. 44–52.
- Ruppert, Karsten:** Die Anfänge der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. In: Flachenecker/Grypa (Hrsg.): Schule, S. 295–334.
- Sabrow, Martin/Weiß, Peter Ulrich:** Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters. Göttingen 2017 (Geschichte der Gegenwart 13).
- Sauer, Klaus-Dieter:** 39 Jahre Hasso-Rhenania Mainz im CV. In: Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen, Ortskomitee zur 99. CV in Mainz (Hrsg.): 99. Cartellversammlung, [o. S.].
- Sauer, Michael u. a. (Hrsg.):** »Weißt Du noch – damals?« Zeitzeugen des Sports berichten. 34 Interviews als Ergebnis sporthistorischer Seminare und Examensarbeiten an der Universität Mainz und TU Kaiserslautern. Niedernhausen/Ts. 2019 (Mainzer Studien zur Sportwissenschaft 33).
- Saxer, Ulrich (Hrsg.):** Gleichheit oder Ungleichheit durch Massenmedien? München 1985.
- Schäfer, Volker (Hrsg.):** Die Frequenz der Studierenden an der Universität Tübingen 1760–1962. Ein Archivale des Universitätsarchivs Tübingen. Tübingen 2009 (Werkschriften des Universitätsarchivs Tübingen, Reihe 1: Quellen und Studien 20).
- Schaser, Angelika:** Gabentausch. Eine Geschlechtergeschichte der Ehrenpromotionen von 1919 bis 1989 am Beispiel der Hamburger Universität. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 20 (2017), S. 145–176.
- Schatz, Heribert/Lange, Klaus (Hrsg.):** Massenkommunikation und Politik. Frankfurt a. M. 1982.
- Scheel, Heinrich:** Andreas Josef Hofmann. Präsident des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents. In: Landtag Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Mainzer Republik, S. 172–177.
- Ders.: Die Mainzer Republik. 3 Bde. Berlin (Ost) 1981, 1984 u. 1989 (Schriften des Zentralinstituts für Geschichte 42–44).
- Scheler, Werner/Hartkopf, Werner:** Gespräch über die Wiedereröffnung der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg und über den Neubeginn ihrer Tätigkeit. In: Utopie kreativ 5 (1999), Nr. 103/104, S. 122–142.
- Scherer, Bernd M. (Hrsg.):** Das Haus. Die Kulturen. Die Welt. 50 Jahre: Von der Kongresshalle zum Haus der Kulturen der Welt. Berlin 2007.
- Scherf, Ferdinand:** Lernen in Mainzer Schulen. In: Dumont u. a. (Hrsg.): Mainz. Geschichte, S. 733–769.
- Scherg, Theodor Josef:** Dalbergs Hochschulstadt Aschaffenburg. Karls-Universität (1798–1818) und

- Bayerisches Lyceum (1818–1873). 3 Bde. Aschaffenburg 1951/54.
- Schimank, Uwe:** Leistungsbewertung als Identitätsbedrohung? In: Bohmann u. a. (Hrsg.): *Praktiken*, S. 137–160.
- Ders.: Ökonomisierung der Hochschulen – eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive. In: Rehberg (Hrsg.): *Natur*. Teilbd. 1, S. 622–635.
- Schlau, Wilfried:** Heimatvertriebenes ostdeutsches Landvolk. Ergebnisse einer Untersuchung im Kreis Mergentheim. Marburg 1955 (Schriften des Instituts für Kultur- und Sozialforschung 5).
- Ders. (Hrsg.): *Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945–1995*. München 1996 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 12).
- Schleiermacher, Sabine:** Die universitäre Medizin nach dem Zweiten Weltkrieg. Institutionelle und persönliche Strategien im Umgang mit der Vergangenheit. In: Oehler-Klein/Roelcke (Hrsg.): *Vergangenheitspolitik*, S. 21–42.
- Schmid, Christian Johann/Wilkesmann, Uwe:** Ansichtssache Managerialismus an deutschen Hochschulen – Ein empirisches Stimmungsbild und Erklärungen. In: *Beiträge zur Hochschulentwicklung* 37 (2005), H. 2, S. 56–87.
- Schmid, Josef:** Wollen und Ziele der neuen Hochschule. Mainz 1946 (Mainzer Universitätsreden 1).
- Ders.: Wollen und Ziele der neuen Hochschule. In: Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 111–118.
- Schmidt, Isabel:** Nach dem Nationalsozialismus. Die TH Darmstadt zwischen Vergangenheitspolitik und Zukunftsmanagement (1945–1960). Darmstadt 2015.
- Schmidt, Uwe:** Evaluation und was dann? Evaluation im Kontext von Wirkungsforschung und die Wirkung durch Qualitätssicherung. In: *Handbuch Qualität in Studium, Lehre und Forschung* 61 (2017), S. 1–20.
- Schmidt, Walter:** Zimmerspiele Mainz/Haus am Dom. Ein Zimmertheater der Nachkriegszeit (1950–1959/60) oder Der Versuch, poetische Schwingungen zu erzeugen. Frankfurt a. M. 2010 (Studien zur deutschen und europäischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts 66).
- Schmidt-Rohr, Ulrich:** Die Deutschen Teilchenbeschleuniger von den 30er Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts. Heidelberg 2001.
- Ders.: *Die deutschen kernphysikalischen Laboratorien*. Bd. 2: Nach Gründung des Atomministeriums. Heidelberg 2005.
- Schmittlein, Raymond:** Ansprache. In: Johannes Gutenberg-Universität-Mainz (Hrsg.): *Alte Mainzer Universität*, S. 119–124.
- Ders.: [Ansprache]. In: Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.): *Ansprachen*, S. 32–34.
- Ders.: *Demokratische Erziehung*. In: Reatz u. a.: *Gedanken*, S. 20–28.
- Ders.: Memorandum zur Wiedereröffnung der Mainzer Universität. In: Eibel (Hrsg.): *Wiedereröffnung*, S. 21–29.
- Schmode, Martina:** Hinter dem Horizont geht's weiter – Zur Entwicklung des International Center und internationaler Beziehungen der CAU. In: Auge (Hrsg.): *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*, S. 991–1004.
- Schneckenburger, Manfred (Hrsg.):** Von der Kürassierkasernen zur Kunstakademie Münster. Köln 2001.
- Schneider, Joachim/Schnettger, Matthias (Hrsg.):** Verborgene – Verlorene – Wiederentdeckte. Erinnerungsorte in Mainz von der Antike bis zum 20. Jahrhundert. Darmstadt/Mainz 2012.
- Schneider, Peter/Eifler, Günter:** Studium generale. Versuch seiner Begründung innerhalb der modernen Universität. In: Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 40 (1960/61), H. 3, S. 232–245.
- Schneider, Peter/Saame, Otto (Hrsg.):** In memoriam Henning Müller. Mainz 1969.
- Schneider, Peter:** Zum Geleit. In: *Präsident und Senat der Johannes Gutenberg-Universität* (Hrsg.): *Auslandbeziehungen*, [o. S.].
- Schneider, Thomas/Simon, Michael (Hrsg.):** Mainz '68. Mainz 2017 (Volkskunde in Rheinland-Pfalz. Informationen der Gesellschaft für Volkskunde in Rheinland-Pfalz e. V. 32 (2017)).
- Schollmeyer, Patrick:** Klassisch-Archäologische Sammlungen. In: Hierholzer (Hrsg.): *Wertsachen*, S. 130–135.
- Ders.: Der Mainzer Verein für plastische Kunst und seine Abguss-Sammlung. Bürgerliche Kunstpatronage der Gründerzeit. In: Schreiter (Hrsg.): *Gipsabgüsse*, S. 319–331.
- Ders.: Nichts als ein Haufen Scherben? Ein besonderer Grabfund und seine Rekonstruktion. In: Hierholzer (Hrsg.): *Wertsachen*, S. 237–239.
- Ders.: Die Sammlungen des Instituts für Klassische Archäologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Müller (Hrsg.): *Archäologische Universitätsmuseen*, S. 417–428.
- Ders.: *Unter dem Schutz der Götter. Griechisches Leben im Spiegel der Kunst*. Darmstadt 2015.
- Scholz, Albrecht u. a.:** Das Schicksal des Lehrkörpers der Medizinischen Fakultät Breslau nach der Vertreibung 1945/46. In: *Würzburger Medizinhistorische Mitteilungen* 24 (2005), S. 497–533.
- Scholz, Götz/Gorges, Herbert:** Hochschulsteuerung und Planung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vor dem Hintergrund der Ressourcenverteilungsmodell des Landes Rheinland-Pfalz. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* 24 (2002), H. 3, S. 42–59, URL: <https://www.bzh.bayern.de/uploads/media/3-2002-scholz-gorges.pdf> (abgerufen am 6.8.2020).
- Schrafstetter, Susanna:** Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008), H. 3, S. 431–466.
- Schreiber, Michael:** Diplom vs. B.A./M.A. und Dolmetschen vs. Übersetzen: holistisch oder atomistisch? In: Behr/Seubert (Hrsg.): *Education*, S. 249–255.
- Schreiter, Charlotte (Hrsg.):** Gipsabgüsse und antike Skulpturen. Präsentation und Kontext. Tagungsband Berlin 2011. Berlin 2012.
- Schröder, Ulrike:** Auf dem Weg zur europäischen Völkerverständigung – Die deutsch-französische Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg. Marcel Sturm und Robert Picard de la Vacquerie als oberste französische Militärgesandte in Deutschland. Hamburg 2017 (Studien zur Zeitgeschichte 101).
- Schröder, Petra:** Max Rupp (1908–2002). Wege zur Abstraktion. Köln 2012.
- Schroeter, Bernhard:** Leben und Streben dem Vaterland. Die Geschichte der Burschenschaft Germania zu Jena. Teil II: Von 1897 bis 1995. Von Jena nach Jena. Festschrift zum 180. Stiftungsfest. Göttingen 1995.
- Schubert, Johann:** EDV-Planung in Hessen. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 18 (1971), S. 204–206.
- Schuler, Manfred:** Zur Geschichte der Schulmusikausbildung in Mainz. In: Dreyer, Lutz (Hrsg.): *50 Jahre*, S. 11–15.
- Schulle, Diana:** Das Reichssippenamt. Eine Institution nationalsozialistischer Rassenpolitik. Berlin 2001.
- Schulz, Kristina:** Studentische Bewegungen und Protestkampagnen. In: Roth/Rucht (Hrsg.): *Bewegungen*, S. 417–446.
- Schulz, Stefan u. a. (Hrsg.):** *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin. Eine Einführung*. Frankfurt a. M. 2006.
- Schulz, Winfried:** *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung* (1976). 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1990.
- Schulze, Winfried/Defrance, Corine (Hrsg.):** Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Mainz 1992 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte, Beih. 36).
- Schumann, Dirk:** Gewalt als Grenzüberschreitung. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 37 (1997), S. 366–386.
- Schunck, Peter:** *Dokumente zur Geschichte der Dolmetscherhochschule Germersheim aus den Jahren 1946–1949*. Mainz 1997 (Schriften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 7).
- Ders.: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): *Dokumente*, S. 11–30.
- Ders.: Französische Hochschulgründung links des Rheins in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Warum kam die Hochschule nach Germersheim? In: Stoll (Hrsg.): *50 Jahre*, S. 25–53.
- Ders.: Irène Giron und die Gründung der Mainzer Universität. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): *Ut omnes unum sint*. Teil 1, S. 31–42.
- Schütte, Georg:** Internationalisierung, Exzellenz, Wettbewerb – Hochschule und Wissenschaft im globalen Spannungsfeld. In: Maaß (Hrsg.): *Kultur*, S. 135–148.
- Schütz, Friedrich:** Aloys Ruppel. Leben und Werk. Mainz 1982 (Kleiner Druck der Gutenberg-Gesellschaft 100).
- Ders.: Aloys Ruppel – Leiter von Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Gutenberg-Museum. In: Ottermann/Flieder (Hrsg.): *200 Jahre*, S. 73–87.
- Ders.: Louis Théodore Kleinmann (1907–1979). Französischer Stadtkommandant von Mainz 1945/46. Der »Vater der Stadt«. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): *Ut omnes unum sint*. Teil 2, S. 9–21.
- Ders. (Bearb.): *Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Mainz 1933. Eine Dokumentation. Quellenband zur Ausstellung der Stadt Mainz Januar bis März 1983*. Mainz 1983.
- Ders.: Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In: Dumont u. a. (Hrsg.): *Mainz. Geschichte*, S. 475–509.

- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.):** Handbuch der deutschen Außenpolitik. 2. Aufl. München/Zürich 1976.
- Schweigard, Jörg:** Aufklärung und Revolutionsbegeisterung. Die katholischen Universitäten in Mainz, Heidelberg und Würzburg im Zeitalter der Französischen Revolution (1789–1792/93–1803). Frankfurt a. M. u. a. 2000 (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850 29).
- Ders.: Friedrich Lehne. Revolutionspoet, Frühdemokrat, Journalist. Obernburg a. M. 2018.
- Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.):** Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 6).
- Ders. (Hrsg.): Universität im öffentlichen Raum. Basel 2008 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10).
- Ders.: Universität im öffentlichen Raum. Eine Einführung. In: Ders. (Hrsg.): Universität, S. 1–11.
- Sedlmaier, Alexander:** Konsum und Gewalt. Radikaler Protest in der Bundesrepublik. Berlin 2018.
- Seemann, Silke:** Die politischen Säuberungen des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945–1957). Freiburg i. Br. 2002 (Rombach Wissenschaften Reihe Historiae 14).
- Seidler, Horst:** Einige Bemerkungen zur sogenannten Rassenkunde unter besonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Anthropologie. In: Preuschhof/Kattmann (Hrsg.): Anthropologie, S. 75–101.
- Seipolt, Harry:** ...kann der Gnadentod gewährt werden. Zwangssterilisation und NS-»Euthanasie« in der Region Aachen. Aachen 1995.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.):** Grundsätze für Studium und Prüfungen (Entwurf), verabschiedet in der Ständigen Kommission für die Studienreform am 28. September 1979. Bonn 1979 (Veröffentlichungen zur Studienreform 2).
- Dass. (Hrsg.):** »Kleine Fächer« – Bericht des Hochschulausschusses an die Kultusministerkonferenz, von der Kultusministerkonferenz am 15.5.2008 zustimmend zur Kenntnis genommen. Bonn 2008.
- Seydl, Wolfgang:** Die K.D.St.V. Rhenania-Moguntia zu Mainz im CV 1949–1974. Mainz 1974.
- Siebisch, Oliver:** Der Germanist Willi Flemming (1888–1980) im Portrait. Ein Beitrag zur Geschichte der Geisteswissenschaften. Diss. phil., Universität Saarbrücken 2018.
- Sieh, Isabelle:** Der Bologna-Prozess in Frankreich und Deutschland im Vergleich. Wiesbaden 2014.
- Siemann, Wolfram:** Metternich. Strategie und Visionär. Eine Biographie. München 2016.
- Siggemann, Jürgen:** August Reatz (1889–1967). Katholischer Theologe und erster gewählter Rektor. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 1, S. 81–95.
- Ders.: Fritz Eichholz. Der erste Kanzler der Johannes Gutenberg-Universität. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 2, S. 89–114.
- Simojoki, Henrik:** Evangelische Erziehungsverantwortung. Eine religionspädagogische Untersuchung zum Werk Friedrich Delekats (1892–1970). Tübingen 2008 (Praktische Theologie in Geschichte und Gegenwart 3).
- Simon, Dagmar u. a. (Hrsg.):** Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. vollst. bearb. Aufl. Wiesbaden 2016.
- Ders.: Optionen und Grenzen institutioneller Evaluierungen. In: Fischer/Parthey (Hrsg.): Evaluation, S. 9–22.
- Simon, Dieter:** Zeithorizonte. Versuch über verschwendetes Leben. In: Rechtsgeschichte. Zeitschrift des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte 4 (2004), H. 4, S. 84–113.
- Singer, Claude:** L'Université libérée, l'Université épurée (1943–1947). Paris 1997.
- Sluga, Glenda:** Internationalism in the Age of Nationalism. Philadelphia 2015.
- Sommer, Marianne u. a. (Hrsg.):** Handbuch Wissenschaftsgeschichte. Stuttgart 2017.
- Soutou, Georges-Henri:** La politique française à l'égard de la Rhénanie. In: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen, S. 47–66.
- Sprenger, Kai-Michael:** Denkmal-Gedanken aus der Provinz. Neue Quellen zu Gutenberg-Denkmalern und dem Umgang der Mainzer mit ihrem berühmtesten Sohn. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 96/97 (2001/02), S. 225–247.
- Stadt Mainz (Hrsg.):** Gutenberg-Stipendium der Stadt Mainz. Die Stipendiaten im Jubiläumsjahr der Universität 1977. Mainz 1977.
- Stahnisch, Frank:** Über die Natur des weiblichen Gehirns. Geschlechterpolitik im Werk des Mainzer Anatomen Jacob Fidelis Ackermann (1765–1815). In: Neumann/Schultka (Hrsg.): Anatomie, S. 421–435.
- Stallmach, Josef:** Philosophisches Seminar II. In: Weber (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 1, S. 1–11.
- Stark, Ferdinand:** Das erste Jahrzehnt. In: Kettelerbrief (1999), H. 80, S. 13–22.
- Ders.: Die Gründung des K. St. V. Ketteler zu Mainz. In: Kettelerbrief (1999), H. 80, S. 10–12.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.):** Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen. Wiesbaden (Fachserie 11, Reihe 4.4).
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.):** Ergebnisse der Hochschulstatistik des Wintersemesters 1954/55 in Rheinland-Pfalz. Bad Ems 1955 (Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz 35).
- Ders. (Hrsg.): Die immatrikulierten Studierenden an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und der Philosophisch-theologischen Hochschule in Trier im Sommersemester 1949 und Wintersemester 1949/1950 in Rheinland-Pfalz. Bad Ems 1950 (Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz 4).
- Ders. (Hrsg.): Statistische Berichte A II. Periodensterbetafel. Bad Ems 2016.
- Stehr, Nico:** Arbeit, Eigentum, Wissen. Frankfurt a. M. 1994.
- Ders.: Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Weilerswist 2000.
- Steil-Beuerle, Elisabeth:** Erinnerungen an die Wiedereröffnung der Mainzer Universität. In: Jahrbuch der Vereinigung Freunde der Universität Mainz 25/26 (1976/77), S. 193–207.
- Steinberg, Reinhard (Hrsg.):** Stetigkeit und Wandel. 25 Jahre Psychiatrie am Pfalzkrankenhaus Klingenberg. Symposium am 4. November 2011. Regensburg 2015.
- Steinbicker, Jochen:** Soziale Ungleichheit in der Informations- und Wissensgesellschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 11 (2001), H. 4, S. 441–458.
- Steindl, Gertraude (Hrsg.):** Publizistik aus Profession. Festschrift für Johannes Binkowski aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres. Düsseldorf 1978 (Journalismus 12).
- Steiner, Jürgen:** Die Artistenfakultät der Universität Mainz 1477–1562. Ein Beitrag zur vergleichenden Universitätsgeschichte. Stuttgart 1988 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz 14).
- Stępień, Tomasz (Hrsg.):** Anton Hilckman. Gesammelte Werke. Schriften zur Kulturwissenschaft. Teil 1. Die Wissenschaft von den Kulturen. Frankfurt a. M. u. a. 2011 (Ad fontes 7).
- Ders.: Anton Hilckman – Leben und Werk. In: Ders. (Hrsg.): Anton Hilckman, S. XI–XXIII.
- Stichweh, Rudolf:** Die Universität in der Wissensgesellschaft. Wissensbegriffe und Umweltbeziehungen der modernen Universität. In: Soziale Systeme 12 (2006), H. 1, S. 33–53.
- Stickler, Matthias:** Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 4 (2001), H. 4, S. 262–270.
- Stieldorf, Andrea u. a. (Hrsg.):** Doch plötzlich jetzt emanzipiert will Wissenschaft sie treiben. Frauen an der Universität Bonn (1818–2018). Göttingen 2018 (Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 9).
- Stiftung Mainzer Universitätsfonds (Hrsg.):** 225 Jahre Stiftung Mainzer Universitätsfonds. Festschrift zur 225. Jahrfest der Stiftung Mainzer Universitätsfonds 1781–2006. Mainz 2006.
- Stoff, Franziska:** Vorbildwirkung? Die Institute für Kirchen- und Schulmusik in Breslau und Königsberg im Spiegel neuer Quellen. In: Auhausen u. a. (Hrsg.): Musikwissenschaft, S. 182–199.
- Stoff, Heiko:** Gift in der Nahrung. Zur Genese der Verbraucherpolitik Mitte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2015.
- Ders.: »Hexa-Sabbat«. Fremdstoffe und Vitalstoffe, Experten und der kritische Verbraucher in der BRD der 1950er und 1960er Jahre. In: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 17 (2009), Nr. 1, S. 55–83.
- Stoll, Karl-Heinz (Hrsg.):** 50 Jahre FASK – Geschichte und Geschichten. Gernersheim 1997.
- Ders.: Vorwort. In: Ders. (Hrsg.): 50 Jahre, S. 11–21.
- Stopfkuchen, Herwig/Gutjahr, Peter:** Kinder im Wandel der Zeit. Gesundheit – Medizin – Gesellschaft. Beiträge zum 9. Symposium im Klinikum der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Kinderklinik, am 17. November 2007. Aachen/Shakern 2008.
- Straßmann, Fritz:** Friedliche Chemie der Atomkerne. Mainz 1949 (Mainzer Universitätsreden 14).
- Ders./Herrmann, Günter: Das Institut für Kernchemie und der Reaktor. In: Krafft (Hrsg.): Mathematik, S. 51–55.
- Ders.: Über die Entwicklung des Instituts für Anorgani-

- sche Chemie und Kernchemie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In: Jahrbuch der Vereinigung der Freunde der Universität Mainz 16 (1966), S. 43–49.
- Straßmann, Martin:** Mein Vater, kein konventioneller Professor. In: Fritz-Straßmann-Realschule Mainz-Hechtsheim (Hrsg.): Fritz Straßmann, S. 22–29.
- Studium generale der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hrsg.):** Veranstaltungen 1958–1984. Mainz 1984.
- Sturm, Michael:** Tupamaros München. »Bewaffneter Kampf«, Subkultur und Polizei 1969–1971. In: Weinbauer u. a. (Hrsg.): Terrorismus, S. 99–133.
- Szöllösi-Janze, Margit:** Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse. In: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), H. 2, S. 277–314.
- Teichmann, Gabriele/Völger, Gisela (Hrsg.):** Faszination Orient. Max von Oppenheim. Köln 2001.
- Tent, James F.:** Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen. Berlin 1992.
- Teske, Frank:** Als die Uni nach Mainz kam. Zur Gründungsgeschichte der Johannes Gutenberg-Universität. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 26 (2006), H. 2, S. 82–86.
- Ders.: »Daß ich am Leben geblieben bin, ist natürlich nur eigenartigen Umständen zuzuschreiben«. Die drei Leben des Mainzer Kulturdezernenten Michel Oppenheim (1885–1963). In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 109 (2014), S. 157–169.
- Ders.: Emil Kraus (1893–1972). Oberbürgermeister der Stadt Mainz und Gründungsvorsitzender der Vereinigung »Freunde der Universität Mainz«. In: Kißener/Mathy (Hrsg.): Ut omnes unum sint. Teil 2, S. 62–78.
- Thiel, Jens:** Paul Abraham. Ein vergessener Mitarbeiter der Preußischen Akademie der Wissenschaften. In: Fischer (Hrsg.): Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, S. 435–458.
- Ders.: Internationalität. Was für eine Internationalität? Exemplarische Überlegungen zu den Wissenschaftsakademien und ihren Periodika vor und im »Dritten Reich«. In: Albrecht u. a. (Hrsg.): Aussprache, S. 83–115.
- Thierfelder, Jörg/Losch, Michael:** Der evangelische »Feldbischof« Marcel Sturm – ein »Brückenbauer« – zwischen den evangelischen Christen Deutschlands und Frankreichs. In: Blätter für Württembergische Kirchengeschichte 99 (1999), S. 208–251.
- Toellner, Richard/Wiesing, Urban (Hrsg.):** Geschichte und Ethik in der Medizin. Von den Schwierigkeiten einer Kooperation. Dokumentation der Jahresversammlung des Arbeitskreises Medizinischer Ethik-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1997 (Medizin-Ethik 10).
- Thoms, Ulrike:** »Ernährung ist so wichtig wie Munition«. Die Verpflegung der deutschen Wehrmacht 1933–1945. In: Eckart (Hrsg.): Medizin, S. 207–229.
- Dies.: Das Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie und die Nachkriegskarriere von Heinrich Kraut. In: Plesser (Hrsg.): Arbeit, S. 295–356.
- Trommler, Frank:** Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert. Köln u. a. 2014.
- Tschofen, Bernhard u. a. (Hrsg.):** Volkskultur in der Moderne. Europäische Ethnologien zur Jahrtausendwende. Festschrift für Konrad Köstlin. Wien 2000 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Ethnologie 21).
- Turner, George:** Hochschulreformen. Eine unendliche Geschichte seit den 1950er Jahren. Berlin 2018.
- Unverricht, Hubert:** Das Fach Musikwissenschaft und das Musikwissenschaftliche Institut. In: Weber u. a. (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 2, S. 33–47.
- Venturi, Robert:** Complexity and Contradiction in Architecture. New York 1966.
- Verband der Alten Pauliner e. V. (Hrsg.):** 55 Jahre Paulus in Mainz 1953–2008. Mainz 2009.
- Verschuer, Otmar Freiherr von:** Leitfaden der Rassenhygiene. Leipzig 1941.
- Villaume, Pou u. a. (Hrsg.):** The »Long 70s«. Human Rights, East West Détente and Transnational Relations. London/New York 2016.
- Vinzenz, Alexandra:** Rechts- und Wirtschaftswissenschaften – ReWi I. In: Kita u. a. (Hrsg.): Flak-Kaserne, S. 33–42.
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.):** Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München 1991.
- Wagner, Andreas:** Das »Heidelberger Manifest« von 1981. Deutsche Professoren warnen vor »Überfremdung des deutschen Volkes«. In: Klatt (Hrsg.): Manifeste, S. 285–313.
- Wagner, Ewald:** Helmuth Scheel. In: Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft 118 (1968), S. 5–15.
- Wagner, Patrick:** Ein ziemlich langer Abschied. Das Bundeskriminalamt und die konzeptionellen Traditionen der NS-Kripo. In: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Bundeskriminalamt, S. 95–110.
- Walter, Peter:** Theologie an den Universitäten Mainz und Gießen. In: Jürgensmeier (Hrsg.): Handbuch. Bd. 3, Teil 2, S. 1428–1431.
- Walther, Peter Th.:** Denkraster- und Kaderpolitik der SED in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu [Ost-]Berlin. In: Boden (Hrsg.): Deutsche Literaturwissenschaft, S. 161–172.
- Weber, Barbara:** Das Accouchement – Gründung und Anfänge der Mainzer Entbindungsanstalt. In: Dumont u. a. (Hrsg.): Moguntia Medica, S. 419–430.
- Weber, Hermann:** In Memoriam. Nekrologe auf ehemalige Professoren der Philosophischen Fakultät (Berichtszeitraum 1946–1973). In: Ders. (Hrsg.): Tradition. Teil 2, Halbbd. 2, S. 101–116.
- Ders. (Hrsg.): Tradition und Gegenwart. Studien und Quellen zur Geschichte der Universität Mainz. Mit besonderer Berücksichtigung der Philosophischen Fakultät. Teil 2: Institute der Philosophischen Fakultät: 1946–1972. 2 Halbbde. Wiesbaden 1977 u. 1981 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz 11.2, 1 u. 2).
- Weber, Sascha:** Katholische Aufklärung? Reformpolitik in Kurmainz unter Kurfürst-Erbischof Emmerich Joseph von Breidbach-Bürresheim 1763–1774. Mainz 2013 (Quellen und Abhandlungen zur mittelrheinischen Kirchengeschichte 132).
- Weber, Wilhelm:** Reduktion und Abstraktion. Neue Wege in der bildenden Kunst. In: Baur/Heyen (Hrsg.): Suche, S. 339–416.
- Wehling, Peter/Viehöver, Willy:** »Ueingeladene« Partizipation der Zivilgesellschaft. Ein kreatives Element der Governance von Wissenschaft. In: Grande u. a. (Hrsg.): Neue Governance, S. 213–234.
- Weick, Karl:** Educational Organizations as Loosely Coupled Systems. In: Administrative Science Quarterly 21 (1976), S. 1–19.
- Weickart, Eva:** Frauen bewegen Mainz. Frauendemonstration in den siebziger Jahren. In: Frauenbüro der Stadt Mainz (Hrsg.): Blick, S. 118.
- Weingart, Peter:** Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist 2005.
- Weinhauer, Klaus/Ellerbrock, Dagmar:** Perspektiven auf Gewalt in europäischen Städten seit dem 19. Jahrhundert. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (2013), H. 2, S. 5–20.
- Ders. u. a. (Hrsg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren. Frankfurt a. M. 2006.
- Weinmann, Marlis:** Die Auslandsbeziehungen der Johannes Gutenberg-Universität. In: Präsident/Senat der Johannes Gutenberg-Universität (Hrsg.): Auslandsbeziehungen, S. 27–50.
- Dies.: Tabellarische Übersichten. In: Präsident/Senat der Johannes Gutenberg-Universität (Hrsg.): Auslandsbeziehungen, S. 51–191.
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.):** Stellungnahmen, Empfehlungen, Beschlüsse 1960–1989. Bd. 3: Studien- und Prüfungswesen, Schule/Hochschule. Bonn 1991.
- Dies. (Hrsg.): Die Zukunft der Hochschulen. Überlegungen für eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik. Bonn 1988.
- Westphal, Elisabeth:** Die Bologna-Reform und studentischer Protest. Im Fokus: die uni-brennt-Bewegung 2009/2010. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 21 (2018) [im Erscheinen].
- Whitley, Richard:** Transforming Universities. National Conditions of Their Varied Organisational Actorhood. In: Minerva 50 (2012), H. 4, S. 493–510.
- Ders. u. a. (Hrsg.): Reconfiguring Knowledge Production. Changing authority relationships in the Sciences and their consequences for intellectual innovation. Oxford 2010.
- Wieandt, Annette:** Das Collegium musicum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Vierzig Jahre alt und doch stets wie neu geboren. In: Lebendiges Rheinland-Pfalz 24 (1987), H. 1, S. 22–24.
- Wieseotte, Hermann:** K. St. V. Kurpfalz im KV zu Mainz 1948–1968. Mainz 2001.
- Wildt, Michael (Hrsg.):** Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute. Göttingen 2014.
- Wilhelm, Karin:** Geplante Poesie. Ausgewählte Arbeiten von Frei Otto und seinen Teams 1955–2000. Ausstellung der Stadt Leonberg im Leonberger Galerieverein vom 11. November 2001 bis 6. Januar 2002. Leonberg 2001.
- Wilke, Jürgen (Hrsg.):** Die Aktualität der Anfänge. 40 Jahre Publizistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Köln 2005.
- Ders. (Hrsg.): Fortschritte der Publizistikwissenschaft (1990). 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1994.

- Ders.: Gründung und Entwicklung des Instituts für Publizistik. In: Ders. (Hrsg.): Aktualität, S. 13–40.
- Ders. (Hrsg.): Öffentliche Meinung. Theorien, Methoden, Befunde. Freiburg i.Br. 1990.
- Wilkesmann, Uwe/Schmid, Christian Johann (Hrsg.):** Hochschule als Organisation. Wiesbaden 2012.
- Winter, Martin:** Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland. Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 2009 (HoF-Arbeitsbericht 1/2009).
- Ders.: Wettbewerb im Hochschulwesen. In: die hochschule 21 (2012), H. 2, S. 17–45.
- Wirths, Willi:** Bericht über den Wissenschaftlichen Kongreß 1963 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. In: Zeitschrift für Ernährungswissenschaft 4 (1963), Nr. 1/2, S. 50–52.
- Wischmann, Berno:** Der moderne Sport – Eine der großen, den Menschen prägenden Möglichkeiten. Mainz [o.J.].
- Ders.: Sport – Das Abenteuer meines Lebens. Erinnerungen eines Achtzigjährigen. Mainz 1990.
- Ders.: Über die Einflüsse des modernen Sports auf das moralische Verhalten des Menschen. Diss. phil., Universität Mainz 1953.
- Ders.: Zum Problem des Mutes in der körperlichen Erziehung. Frankfurt a.M. 1958.
- Witteyer, Marion:** Mogontiacum – Militärbasis und Verwaltungszentrum. Der archäologische Befund. In: Dumont u.a. (Hrsg.) Mainz. Geschichte, S. 1021–1058.
- Wittig, Frank:** Beispielsweise. Wissenschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. 70 Forschungsberichte. Hg. v. Präsident u. Senat aus Anlaß des 50. Jahrestages der Wiederbegründung der Universität Mainz am 22. Mai 1946. Mainz 1996.
- Woite-Wehle, Stefanie:** Zwischen Kontrolle und Demokratisierung. Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945–1950. Schorndorf 2001 (Institut für Sportgeschichte Baden-Württemberg e.V., Wissenschaftliche Schriftenreihe 7).
- Wojtynowski, Katja:** Das Fach Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1946–1961. Gründung und Ausbau des Historischen Seminars, des Instituts für Alte Geschichte und der Abteilung Osteuropäische Geschichte am Institut für Osteuropakunde. Stuttgart 2006 (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, N. F. 4).
- Wolbring, Barbara:** Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949). Göttingen 2014 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 87).
- Zauner, Stefan:** Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949. München 1994 (Studien zur Zeitgeschichte 43).
- Zenz, Emil:** Die Bemühungen Triers um die Wiedererrichtung ihrer alten Universität. In: Kurtrierisches Jahrbuch 11 (1971) S. 100–111.
- Zetterberg, Hans C.:** Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie. In: König (Hrsg.): Handbuch, S. 64–104.
- Zibell, Stephanie:** Studium Generale statt Politikwissenschaft. Politische Bildung und Erziehung an der Johannes Gutenberg-Universität zwischen 1946 und 1963. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 112 (2017), S. 183–191.
- Ziemann, Benjamin:** Martin Niemöller. Ein Leben in Opposition. München 2019.
- Ziemer, Heiko (Hrsg.):** 200 Jahre Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller. Festschrift der Jenaischen Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller zur 200. Wiederkehr der Gründung der Burschenschaft in Jena. Jenaische Burschenschaft 1815–2015. Leipzig 2015.
- Ziethen, Gabriele:** Mogontiacum. Vom Legionslager zur Provinzhauptstadt. In: Dumont u.a. (Hrsg.): Mainz. Geschichte, S. 39–67.
- Zwicker, Lisa Fetheringill:** Dueling Students. Conflict, Masculinity, and Politics in German Universities, 1890–1914. Ann Arbor 2011.

Verzeichnis der namentlich genannten Personen¹

- Abraham, Paul (1886–1943)**
Rechtshistoriker
- 1910–1939 Mitarbeiter der Preußischen Akademie der Wissenschaften 662
- Ackermann, Jakob Fidelis (1765–1815)**
Botaniker und Anatom
- 1798–1804 Leiter und Professor der Medizinischen Spezialschule Mainz 30
- Adam, Adolf, Prof. Dr. (1912–2005)**
Katholischer Theologe
- 1960–1977 Professor an der JGU
 - 1967–1968 Rektor der JGU 83–86, 191, 197
- Adam, Klaus (geb. 1941)**
Bankier und Förderer der JGU
- 2005–2011 Vorsitzender der Freunde der JGU e.V.
- 2004–2014 Vorsitzender der Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung 176, 537f., 550
- Adenauer, Konrad (1876–1967)**
Politiker (CDU)
- 1949–1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 70, 73
- Adler, Nikolaus, Prof. Dr. (1902–1970)**
Katholischer Theologe
- 1946–1967 Professor an der JGU 188
- Ahnen, Doris (geb. 1964)**
Politikerin (SPD)
- 1986–1987 AStA-Vorsitzende der JGU
 - 2001–2014 Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend, seit 2006 für Bildung, Jugend, Wissenschaft und Kultur, seit 2011 Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur von Rheinland-Pfalz
 - Seit 2014 Finanzministerin von Rheinland-Pfalz 201, 437, 447, 478, 539
- Ajouri, Philip, Prof. Dr. (geb. 1974)**
Buchwissenschaftler
- Seit 2019 Professor an der JGU 207, 303
- Alex, Adolf (1890–1965)**
Regierungsrat
- 1946–1955 Leiter der Personalabteilung der JGU
 - 1950 Mitbegründer des Mainzer Studierendenwerks 374, 450
- Allen, Heywood (Woody) (geb. 1935)**
US-amerikanischer Filmregisseur, Autor, Schauspieler und Komiker 492, 496

¹ Die nachfolgende Liste verzeichnet alle in diesem Band vorkommenden Personen und verweist auf jene Stellen, an denen sie namentlich genannt werden. Autor_innen genannter wissenschaftlicher Publikationen wurden nicht aufgenommen. Gleiches gilt für die im Anhang aufgelisteten Geehrten sowie die im Beitrag von Kristina Pfarr aufgeführten Alumnae und Alumni. Diese erscheinen nur dann, wenn sie auch in anderen Zusammenhängen namentlich im Band erwähnt wurden. In einigen Fällen war die Eruiierung der Geburts- und Sterbedaten mit vertretbarem Aufwand nicht möglich oder es standen Datenschutzwägungen der Veröffentlichung entgegen. Daher musste in diesen wenigen Fällen auf entsprechende Angaben verzichtet werden. In der Regel sind nur die für die Erwähnung im Zusammenhang mit der JGU wichtigen Funktionen der betreffenden Person genannt, biographische Vollständigkeit wird nicht angestrebt.

- Allende, Salvador, Dr. (1908–1973)**
 • 1970–1973 Präsident Chiles 103, 652
- Alt, Denis, Dr. (geb. 1980)**
Politiker (SPD)
 • Seit 2019 Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur von Rheinland-Pfalz 687
- Altmeier, Hanns, Prof. (1906–1979)**
Maler und Kunstpädagoge, Mitbegründer des Berufsverbandes bildender Künstler Rheinland-Pfalz
 • 1964–1974 Professor an der PH Koblenz 292
- Altmeier, Peter (1899–1977)**
Politiker (Zentrum, CDU)
 • 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 71, 75, 244, 251, 366, 485, 553f., 559, 643
- Amejko, Lidia (geb. 1955)**
Polnische Dramatikerin und Autorin 698
- Anderhub, Andreas, Dr. (geb. 1945)**
Bibliothekar
 • 1988–2011 Direktor der UB Mainz -- 463, 465, 482, 683
- Anderle, Othmar F., Prof. Dr. (1907–1981)**
Historiker und Kulturwissenschaftler
 • 1964–1977 Präsident der International Society for the Comparative Study of Civilizations 663
- André, Jean-Marie, Prof. Dr. (geb. 1944)**
Belgischer Polymerchemiker 673
- Andres, Stefan (1906–1970)**
Schriftsteller und Mitglied des Bamberger Dichterkreises 69
- Anquin, Nimio de, Prof. Dr. (1896–1979)**
Argentinischer Philosoph und Politiker
 • 1934–1936 Führer der Partido Fascista Argentino (Faschistische Partei Argentiniens) 71, 631
- Ansermet, Ernest (1883–1969)**
Schweizer Dirigent
 • 1940–1967 Leiter des Orchestre de la Suisse romande 276
- Armbruster, Hubert, Prof. Dr. (1911–1995)**
Jurist
 • 1946–1979 Professor an der JGU --- 218f., 374, 377
- Auras, Hans, Prof. (1929–2016)**
Architekt
 • 1972–1991 Professor an der Hochschule für Technik Stuttgart
 • Architekt der Zentralmensa der JGU 453, 506–508, 520
- Auvergne, Lionel (geb. 1951)**
Französischer Bildhauer 528, 530f.
- Baier, Ernst, Prof. Dr. (1898–1974)**
Mineraloge
 • 1946–1967 Professor an der JGU 254, 591
- Balke, Siegfried, Dr. (1902–1984)**
Chemiker und Politiker (CSU)
 • 1953–1956 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen
 • 1956–1962 Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft
 • 1964–1969 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 256, 315, 317
- Ballauff, Theodor, Prof. Dr. (1911–1995)**
Pädagoge
 • 1955–1979 Professor an der JGU 200
- Bardeleben, Renate von, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Anglistin
 • 1980–2009 Professorin an der JGU
 • 1995–1998 Vizepräsidentin für Studium und Lehre der JGU 604f.
- Bärmann, Johannes, Prof. Dr. (1905–1991)**
Jurist
 • 1954–1973 Professor an der JGU
 • 1960 Mitbegründer des Instituts für Geschichtliche Landeskunde Mainz
 • 1963–1964 Rektor der JGU -- 78, 84, 219, 224, 576
- Barre, Raymond, Prof. Dr. (1924–2007)**
Französischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker
 • 1976–1981 französischer Premierminister 680
- Bauer, Fritz, Dr. (1903–1968)**
Jurist
 • 1956–1968 Generalstaatsanwalt in Hessen
 • Initiator der Auschwitz-Prozesse 87
- Baum, Gerhart (geb. 1932)**
Politiker (FDP)
 • 1978–1980 Bundesminister des Innern 333
- Baumann, Lutz, Dr. (geb. 1957)**
Philosoph
 • Seit 2000 Partnerschaftsbeauftragter der JGU für die Universität Dijon 677f., 688
- Baumeister, Willi, Prof. (1889–1955)**
Künstler und Kunsttheoretiker
 • 1927–1933 Professor an der Kunstgewerbeschule Frankfurt a.M.
 • 1946–1955 Professor an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart 281
- Baumgärtner, Franz, Prof. Dr. (1929–2020)**
Kernchemiker
 • 1964–1976 Professor an der Universität Heidelberg
 • 1976–1979 Professor an der JGU
 • 1979–2000 Professor an der TU München 317
- Bausch, Hans (1921–1991)**
Journalist
 • 1958–1989 Intendant des Süddeutschen Rundfunks (heute SWR)
 • 1962–1972 und 1986–1991 Vorsitzender der Historischen Kommission der ARD 346
- Bechert, Karl, Prof. Dr. (1901–1981)**
Theoretischer Physiker
 • 1946–1969 Professor an der JGU 437, 450, 459
- Beck, Günter (geb. 1956)**
Politiker (Bündnis 90/Die Grünen)
 • Seit 2010 Bürgermeister und Finanzdezernent von Mainz 687
- Beck, Kurt (geb. 1949)**
Politiker (SPD)
 • 1994–2013 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 161, 225, 271
- Becke-Goehring, Margot, Prof. Dr. (1914–2009)**
Chemikerin und erste Rektorin einer westdeutschen Hochschule
 • 1947–1968 Professorin an der Universität Heidelberg
 • 1966–1968 Rektorin der Universität Heidelberg 102
- Becker, Hans, Prof. Dr. (1888–1964)**
Pädagoge, Ministerialbeamter und Politiker (SPD)
 • 1952–1964 Honorarprofessor an der JGU 373, 377
- Becker, Hansjakob, Prof. Dr. (geb. 1938)**
Katholischer Theologe und Liturgiewissenschaftler
 • 1977–2004 Professor an der JGU 278
- Becker, Reinhard (1897–1980)**
Evangelischer Theologe und Geistlicher
 • 1946 Superintendent von Rheinhessen 193–195, 197
- Becker, Walter Gustav, Prof. Dr. (1905–1985)**
Jurist
 • 1946–1951 Professor an der JGU 219, 225
- Beckhoff, Harry (1901–1979)**
 • 1945–1949 britischer Hochschuloffizier an der Universität Köln 55
- Beckmann, Peter, Prof. Dr. (geb. 1931)**
Theoretischer Physiker
 • 1962–1999 Professor an der JGU
 • 1970–1977 Prorektor bzw. Vizepräsident der JGU 95
- Beier, Ulli, Prof. Dr. (1922–2011)**
Sprachwissenschaftler
 • 1974–1981 Professor an der Universität Ilé-Ifé 682f.
- Benda, Ernst, Prof. Dr. (1925–2009)**
Jurist und Politiker (CDU)
 • 1951 Mitbegründer des Rings Christlich-Demokratischer Studierender
 • 1968–1969 Bundesinnenminister
 • 1971–1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichts 101
- Bender, Wolfgang, Prof. Dr. (geb. 1946)**
Ethnologe
 • 1991–2008 Leiter des Archivs für die Musik Afrikas an der JGU 683
- Ben-Peretz, Miriam, Prof. Dr. (geb. 1927)**
Israelische Pädagogin
 • 1990–1997 Professorin an der Universität Haifa 650
- Bentzel, Anselm Franz von (1738–1786)**
Minister von Kurmainz
 • Kurator und Reorganisator der Alten Universität Mainz 27
- Benz, Arthur, Prof. Dr. (geb. 1954)**
Politikwissenschaftler
 • Seit 2010 Professor an der TU Darmstadt 159
- Berend, Eduard, Dr. (1883–1973)**
Literaturwissenschaftler
 • 1910–1914 und 1927–1938 Mitarbeiter der Preußischen Akademie der Wissenschaften 668
- Berg, Alexander, Dr. (1911–1990)**
Medizinhistoriker und »Volksmediziner« im NS-Regime
 • 1938–1945 Assistent Paul Diepgens an der Universität Berlin 601
- Berg, Dietrich, Prof. Dr. (geb. 1932)**
Paläontologe
 • 1973–1998 Professor an der JGU 592
- Berg, Ludwig, Prof. Dr. (1909–1976)**
Katholischer Theologe
 • 1947–1974 Professor an der JGU 197
- Berke, Hubert, Prof. (1908–1979)**
Maler und Grafiker
 • 1960–1975 Professor an der RWTH Aachen 281
- Bernatzky, Hubert (1920–1988)**
Künstler 509

- Berneker, Erich, Prof. Dr. (1905–1983)**
Rechtshistoriker
• 1946–1950 Professor an der JGU
• Gründungsdekan der Rechts- und
Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 630
- Bernstein, Leonard (1918–1990)**
US-amerikanischer Dirigent und Komponist 277
- Bertram, Ursula, Prof. (geb. 1952)**
Bildhauerin und Künstlerin
• 1992–1994 Professorin an der Fachhochschule
Mainz 527 f., 530
- Berza, Mihai, Prof. Dr. (1907–1978)**
Rumänischer Historiker
• 1954–1978 Professor an der Universität
Bukarest 417
- Beutel, Jens (1946–2019)**
Politiker (SPD)
• 1997–2011 Oberbürgermeister von Mainz 569 f.
- Beveridge, Sir William (1879–1963)**
Britischer Ökonom und Politiker
• 1919–1937 Direktor der London School of
Economics 639
- Beyermann, Klaus, Prof. Dr. (geb. 1929)**
Chemiker
• 1971–1994 Professor an der JGU
• 1984–1990 Präsident der JGU 133, 150, 580,
583, 614, 646, 652 f., 679 f., 689
- Bilke, Jörg Bernhard, Dr. (geb. 1937)**
Journalist und nobis-Mitarbeiter 415, 486
- Birley, Sir Robert, Prof. (1903–1982)**
Reformpädagog
• 1947–1949 Educational Advisor in der britischen
Besatzungszone 55
- Bisang, Walter, Prof. Dr. (geb. 1959)**
Deutsch-schweizerischer Linguist
• Seit 1992 Professor an der JGU 205
- Biundo, Georg, Prof. Dr. (1892–1988)**
Evangelischer Theologe
• 1946–1949 Dozent an der JGU
• 1949–1988 Honorarprofessor an der JGU 194 f.
- Blänsdorf, Jürgen, Prof. Dr. (geb. 1936)**
Althilologe
• 1971–2004 Professor an der JGU 673
- Blondel, Maurice, Prof. Dr. (1861–1949)**
Französischer Philosoph
• 1899–1927 Titularprofessor an der Universität
Aix-en-Provence 677
- Blum, Inge (1924–2011)**
Bildhauerin 524 f., 529
- Blume, Jürgen, Prof. Dr. (geb. 1946)**
Kantor und Komponist
• 1993–2016 Professor an der JGU
• 2005–2011 Rektor der Hochschule für Musik
Mainz 271
- Blumler, Jay G., Prof. Dr. (1924–2021)**
*US-amerikanischer
Kommunikationswissenschaftler*
• 1963–1989 Professor an der University
of Leeds 346
- Böckmann, Kurt (1929–2008)**
Ingenieur und Politiker (CDU)
• 1976–1987 Minister des Innern, seit 1979 des
Innern und für Sport von Rheinland-Pfalz 475
- Bode, Gerd (1912–2004)**
Sportwissenschaftler
• Dozent am FB Sport der JGU
• Stellvertretender Vorsitzender des USC Mainz ... 331
- Boden, Wilhelm (1890–1961)**
*Jurist, Verwaltungsbeamter und Politiker
(Zentrum, CDU)*
• 1946–1947 erster Ministerpräsident von
Rheinland-Pfalz 370
- Boeck, Wilhelm, Prof. Dr. (1908–1998)**
Kunsthistoriker
• 1948–1972 Professor an der Universität
Tübingen 559
- Boehringer, Ernst (1896–1965)**
Unternehmer 71, 673
- Boehringer, Otto**
Unternehmer
• Ehrenvorsitzender des Vorstands der Boehringer
Ingelheim Stiftung 547, 584
- Boeschoten, Hendrik, Prof. Dr. (geb. 1950)**
Turkologe
• 2002–2017 Professor an der JGU 208
- Bohne, Irmgard**
*Chemielaborantin in der Arbeitsgruppe von
Otto Hahn, Lise Meitner, Fritz Straßmann* 311
- Bohr, Niels, Prof. Dr. (1885–1962)**
Dänischer Physiker
• 1916–1943 und 1945–1962 Professor an der
Universität Kopenhagen
• 1922 Nobelpreis für Physik 310
- Bölling, Klaus (1928–2014)**
Publizist
• 1974–1982 Sprecher der Bundesregierung
• 1981–1989 Leiter der ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland in der DDR 568
- Bollnow, Otto Friedrich, Prof. Dr. (1903–1991)**
Pädagoge
• 1946–1953 Professor an der JGU
• 1953–1970 Professor an der Universität
Tübingen 200, 209, 325, 327
- Bonaparte, Napoleon (1769–1821)**
Französischer General und Kaiser
• 1799–1804 nach Staatsstreich Erster Konsul der
Französischen Republik
• 1804–1814 und 1815 Kaiser der Franzosen 27,
30, 541 f.
- Bonn, Helmut, Dr. (1930–2017)**
• 1977–1994 Leiter der Psychotherapeutischen
Beratungsstelle der JGU 615
- Bonnin, Alain, Prof. Dr. (geb. 1959)**
Mikrobiologe
• 2012–2020 Präsident der Universität Dijon 687
- Bornewasser, Franz Rudolf, Dr. (1866–1951)**
Katholischer Theologe und Geistlicher
• 1922–1951 Bischof von Trier 197
- Bornkamm, Günther, Prof. Dr. (1905–1990)**
Evangelischer Theologe
• 1947–1949 Professor an der Universität Göttingen
• 1949–1971 Professor an der Universität
Heidelberg 194
- Boudriot, Wilhelm, Prof. Dr. (1892–1948)**
Evangelischer Theologe
• 1946–1948 Professor an der JGU 194 f.
- Boulongne, Yves-Pierre, Prof. Dr. (1921–2001)**
Französischer Leichtathlet und Olympiasportler
• 1996 Inhaber der Europaprofessur an der JGU - 681
- Boy, Jürgen, Prof. Dr. (geb. 1938)**
Geologe
• 1972–2003 Professor an der JGU 592
- Brand, Jens, Prof. (geb. 1968)**
Künstler
• Seit 2013 Professor an der Kunsthochschule
Kassel 529, 532
- Brandt, Georg, Prof. Dr. (1895–1968)**
Chirurg
• 1948–1963 Professor an der JGU 585
- Brandt, Willy (1913–1992)**
Politiker (SPD)
• 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin
• 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik
Deutschland 649
- Brandtner, Andreas, Dr. (geb. 1965)**
Bibliothekar und Germanist
• 2013–2018 Direktor der Universitätsbibliothek
Mainz 465
- Braun, Herbert, Prof. Dr. (1903–1991)**
Evangelischer Theologe
• 1952–1971 Professor an der JGU 66, 196
- Braune, Hermann, Prof. Dr. (1886–1977)**
Chemiker
• 1924–1955 Professor an der TH Hannover 307
- Brecht, Arnold, Dr. (1884–1977)**
Jurist und Politikwissenschaftler
• Mitbegründer der deutschen
Politikwissenschaft 376
- Brod, Max (1884–1968)**
*Österreich-ungarischer Schriftsteller,
Theater- und Musikkritiker* 69
- Brommer, Frank, Prof. Dr. (1911–1993)**
Klassischer Archäologe
• 1958–1976 Professor an der JGU 595
- Brosius, Hans-Bernd, Prof. Dr. (geb. 1957)**
Kommunikationswissenschaftler
• Seit 1996 Professor an der Universität
München 347
- Brück, Anton Philipp, Prof. Dr. (1913–1984)**
Katholischer Theologe und Kirchenhistoriker
• 1955–1978 Professor an der JGU 190
- Brummer, Rudolf, Prof. Dr. (1907–1989)**
Romanist
• 1959–1972 Professor am Auslands- und
Dolmetscherinstitut Germersheim 242 f.
- Brun, Jean, Prof. Dr. (1919–1994)**
Französischer Philosoph
• 1961–1986 Professor an der JGU 674
- Brunner, Peter, Prof. Dr. (1900–1981)**
Evangelischer Theologe
• 1932–1933 Professor an der Universität Gießen
• 1947–1968 Professor an der Universität
Heidelberg 197
- Brunschwig, Henri (1904–1989)**
Französischer Historiker
• Lehrer an der École nationale de la France
d'Outre-Mer 634
- Brüske, Hans-Günther, Dr. (geb. 1951)**
Rundfunk- und Fernsehintendant
• 1980–1982 persönlicher Referent des Präsidenten
der JGU
• 1992–2001 ARTE-Koordinator des ZDF
• 2001–2011 Programmdirektor des Saarländischen
Rundfunks 657

- Bucerius, Gerd (1906–1995)**
Jurist, Verleger und Politiker (CDU)
 • Seit 1946 Verleger des Stern und der Zeit
 • 1965 Mitbegründer der Gruner + Jahr GmbH
 Verlagsgesellschaft 346
- Buchheim, Hans, Prof. Dr. (1922–2016)**
Historiker und Politikwissenschaftler
 • 1966–1990 Professor an der JGU 201, 216, 559
- Buddenbrock-Hetttersdorff, Wolfgang von, Prof. Dr. (1884–1964)**
Zoologe
 • 1946–1954 Professor an der JGU 53, 264, 601 f.
- Buddruss, Georg, Prof. Dr. (geb. 1929)**
Indologe
 • 1963–1995 Professor an der JGU 207
- Bulmahn, Edelgard (geb. 1951)**
Politikerin (SPD)
 • 1998–2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung
 • 2013–2017 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags 162
- Bultmann, Rudolf Karl, Prof. Dr. (1884–1976)**
Evangelischer Theologe
 • 1921–1951 Professor an der Universität Marburg 194
- Burgelin, Pierre (1905–1985)**
Französischer Philosoph 633
- Burns, Robert (1759–1796)**
Schottischer Dichter und Sozialkritiker 432
- Busch, Rudolf (1876–1956)**
Kunsthistoriker
 • 1945–1949 Direktor der Städtischen Gemäldegalerie Mainz 281
- Bush, Vannevar, Prof. Dr. (1890–1974)**
US-amerikanischer Ingenieur
 • Pionier der Analogrechner-technik 109
- Busse, Walter G. (1924–1986)**
Journalist und Kulturredakteur 353
- Butenandt, Adolf, Prof. Dr. (1903–1995)**
Biochemiker und Wissenschaftsorganisator
 • 1939 Nobelpreis für Chemie
 • 1960–1972 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 392, 399
- Butor, Michel, Prof. Dr. (1926–2016)**
Französischer Schriftsteller
 • 1982–1983 Gastprofessor an der JGU 685
- Caballé, Montserrat (1933–2018)**
Spanische Opernsängerin 277
- Capitant, René, Prof. Dr. (1901–1970)**
Französischer Jurist, Politiker und Politikwissenschaftler
 • 1968–1969 französischer Justizminister 47
- Carlyle, Thomas (1795–1881)**
Schottischer Essayist und Historiker 627
- Cassirer, Ernst, Prof. Dr. (1874–1945)**
Kultur- und Staatsphilosoph
 • 1919–1933 Professor an der Universität Hamburg
 • 1941–1945 Professor an der Yale und der Columbia University 209
- Castro, Fidel (1926/27–2016)**
Kubanischer Revolutionär und Politiker
 • 1959–2010 kubanischer Staatspräsident 532
- Celibidache, Sergiu, Prof. (1912–1996)**
Rumänischer Dirigent und Musiklehrer
 • 1978–1992 Honorarprofessor an der JGU
 • 1979–1996 Generalmusikdirektor der Münchener Philharmoniker 276 f., 279
- Cesana, Andreas, Prof. Dr. (1951–2019)**
Schweizer Philosoph
 • 1996–2016 Leiter des Studium generale an der JGU
 • 1996–2019 Professor an der JGU 176, 557–559
- Chamberlain, Houston Stewart (1855–1927)**
Englisch-deutscher rassistischer und antisemitischer Schriftsteller 378
- Chauchoy, Henry, Prof. (1908–1998)**
Französischer Germanist
 • Mitglied der Verwaltung der französischen Besatzungszone in Rheinhessen 355, 362, 436
- Chomeini, Ruhollah Musawi (1902–1989)**
Schiitischer Religionsführer
 • 1979–1989 iranisches Staatsoberhaupt 474
- Christ, Rainer (geb. 1953)**
Politiker (SPD) und Mitarbeiter im Bildungsministerium Rheinland-Pfalz
 • 1974 AStA-Vorsitzender an der JGU 101, 487
- Chutnik, Sylwia (geb. 1979)**
Polnische Schriftstellerin und Publizistin 698
- Cockcroft, John, Prof. Dr. (1897–1967)**
Britischer Atomphysiker
 • 1951 Nobelpreis für Physik 308
- Columbus, Christoph (um 1451–1506)**
Italienischer Seefahrer im Dienst Kastiliens
 • 1492 Entdeckung Amerikas 35
- Coornaert, Émile (1886–1980)**
Französischer Zeithistoriker und Publizist 633
- Cornils, Matthias, Prof. Dr. (geb. 1965)**
Jurist
 • Seit 2009 Professor an der JGU 224
- Costa Macedo, Elvira (Enjo) da (1893–1965)**
Volkswirtin und Ehefrau Egon von Eickstedts .. 383
- Crutzen, Paul J., Prof. Dr. (1933–2021)**
Niederländischer Meteorologe
 • 1980–2000 Direktor der Abteilung Chemie der Atmosphäre am Max-Planck-Institut für Polymerchemie Mainz
 • 1995 Nobelpreis für Chemie 118
- Csikszentmihályi, Mihály, Prof. Dr. (geb. 1934)**
Ungarischer Psychologe und Glücksforscher
 • 1969–2000 Professor an der University of Chicago 348
- da Vinci, Leonardo (1452–1519)**
Italienischer Erfinder, Anatom und Künstler 127
- Dabelow, Adolf, Prof. Dr. (1899–1984)**
Anatom
 • 1946–1967 Professor an der JGU
 • 1952–1953 Rektor der JGU 60, 400, 459
- Dahl, Doris**
Verwaltungsmitarbeiterin der JGU
 • 1992 Mitgründung der AG Frauenförderung im Schreib- und Verwaltungsdienst 606
- Daicovicu, Konstantin, Dr. (1898–1973)**
Rumänischer Althistoriker, Archäologe und Politiker
 • 1928–1968 Dozent an der Universität Cluj 417
- Dalberg, Karl Reichsfreiherr von und zu (1744–1817)**
Erzbischof, Fürst, Philosoph und Förderer der Wissenschaften
 • 1806–1813 Fürstprimas der Rheinbundstaaten
 • Ab 1803 regierender Fürst der Fürstentümer Aschaffenburg und Regensburg 29
- Daschmann, Gregor, Prof. Dr. (geb. 1962)**
Journalist und Kommunikationswissenschaftler
 • Seit 2006 Professor an der JGU 347
- Daume, Willi (1950–1970)**
Unternehmer und Sportfunktionär
 • 1950–1970 Präsident des Deutschen Sportbunds 318
- Daus, Joshard, Prof. (geb. 1947)**
Chorleiter und Dirigent
 • 1985–2012 Leiter des Collegium Musicum Mainz
 • 1985–2013 Professor an der JGU 274, 276
- David, Eduard (1863–1930)**
Politiker (SPD), mehrfach Minister in der Weimarer Republik
 • 1919 erster Präsident der Weimarer Nationalversammlung 33, 38
- David, Yossi, Prof. Dr. (geb. 1982)**
Israelischer Kommunikationswissenschaftler
 • Seit 2018 Gastprofessor an der JGU 651
- Dédéyan, Charles, Prof. Dr. (1910–2003)**
Französischer Romanist, Komparatist und Literaturwissenschaftler
 • 1945–1949 Professor an der Universität Lyon
 • 1949–1979 Professor an der Sorbonne Paris 634
- Dedié, Catherine, Dr. (geb. 1984)**
Philologin und Koordinatorin des Dijonbüros der JGU 677
- Defrance, Corine, Prof. Dr. (geb. 1966)**
Französische Historikerin
 • Seit 2012 Professorin an der Sorbonne Paris
 • 2019 Gutenberg Research Award 686
- Dehn, Günther, Prof. Dr. (1882–1970)**
Evangelischer Theologe
 • 1946–1954 Professor an der Universität Bonn 194, 197
- Delekat, Friedrich, Prof. Dr. (1892–1970)**
Evangelischer Theologe
 • 1946–1961 Professor an der JGU
 • 1957–1958 Rektor der JGU 70, 197, 209
- Dertsch, Richard, Dr. (1894–1981)**
Historiker und Archivar
 • 1934–1943 Leiter der Stadtbibliothek Mainz
 • Nach 1945 Direktor von Stadtarchiv und Stadtbibliothek in Kaufbeuren im Allgäu 469
- Descôtes, Anne-Marie (geb. 1959)**
Französische Diplomatin
 • Seit 2017 französische Botschafterin in Deutschland 687
- Deusch, Gustav, Prof. Dr. (1891–1954)**
 • 1933–1945 Direktor des Städtischen Krankenhauses Mainz 231, 233, 404
- d'Harcourt, Robert (1881–1965)**
Französischer Germanist und Résistancekämpfer
 • 1925–1957 Professor am Institut Catholique Paris 633
- Dibbelt, Walter, Dr. (1877–1916)**
 • 1914–1916 designierter Leiter der Pathologie im Stadt Krankenhaus Mainz
 • Fiel 1916 vor Verdun 229
- Diem, Carl (1882–1962)**
Sportfunktionär
 • 1947–1962 Rektor der Deutschen Sporthochschule Köln 321, 327, 334

- Diem, Hermann, Prof. Dr. (1900–1975)**
Evangelischer Theologe
• Wiederbewaffnungs- und Atomkraftgegner
• 1957–1970 Professor an der Universität Tübingen 194
- Diepgen, Paul, Prof. Dr. (1878–1966)**
Gynäkologe und Medizinhistoriker
• 1949–1957 Professor an der JGU 367, 369, 601
- Dietz, Wilhelm**
• 1946–1949 Leiter des Sportamts an der JGU ... 319, 321, 334
- Dietze, Constantin von, Prof. Dr. (1891–1973)**
Jurist, Agrarwissenschaftler und Widerständler
• 1937–1944 und 1945–1959 Professor an der Universität Freiburg i. Br. 597, 610
- Dilthey, Wilhelm, Prof. Dr. (1833–1911)**
Theologe, Philosoph und Gymnasiallehrer
• 1883–1908 Professor an der Universität Berlin - 268
- Ding-Schuler, Erwin, Dr. (1912–1945)**
SS-Sturmchef und erster Lagerarzt des KZ Buchenwald
• 1941–1945 Leiter der Fleckfieberversuchsabteilung des Hygiene-Instituts der Waffen-SS im KZ Buchenwald 389
- Diop, Boubacar Boris (geb. 1946)**
Senegalesischer Schriftsteller 682
- Dirlmeier, Franz, Prof. Dr. (1904–1977)**
Klassischer Philologe
• 1946–1951 Professor an der JGU
• 1951–1959 Professor an der Universität Würzburg
• 1959–1970 Professor an der Universität Heidelberg 214, 688
- Dix, Otto, Prof. (1891–1969)**
Maler und Grafiker, Vertreter der »Neuen Sachlichkeit«
• 1927–1933 Professor an der Kunstakademie Dresden 281
- Dohnanyi, Klaus von, Dr. (geb. 1928)**
Jurist und Politiker (SPD)
• 1969–1981 Mitglied des Deutschen Bundestags
• 1972–1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
• 1981–1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg 90 f., 105,
- Dola, Kazimierz, Prof. Dr. (geb. 1934)**
Polnischer Priester und Kirchenhistoriker
• 1983–1994 Rektor des Theologischen Seminars der Universität Nysa 690
- Dongala, Emmanuel (geb. 1941)**
Kongolesischer Chemiker und Schriftsteller 682
- Dönges, Hermann, Dr.-Ing. (1888–1951)**
• 1946–1951 Direktor der Bau- und Kunstschule Mainz 281
- Dönhoff, Marion Gräfin (1909–2002)**
Journalistin
• 1973–2002 Herausgeberin der Wochenzeitung Die Zeit 346
- Donsbach, Wolfgang, Prof. Dr. (1949–2015)**
Kommunikationswissenschaftler
• 1993–2015 Gründungsprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaften der Universität Dresden 347
- Dörfel, Helmut, Prof. Dr. (1928–1998)**
Chemiker und Unternehmer
• 1980–1990 Mitglied des Vorstands der BASF ... 583
- Dorn, Emmi, Prof. Dr. (1920–2002)**
Zoologin
• 1969–1985 Professorin an der JGU 601 f.
- Dörr, Dieter, Prof. Dr. (geb. 1952)**
Jurist
• 1995–2017 Professor an der JGU
• 2003–2017 Richter am Oberlandesgericht Koblenz 224
- Dovifat, Emil, Prof. Dr. (1890–1969)**
Kommunikationswissenschaftler, Begründer der Publizistik in Deutschland
• 1926–1948 Professor an der HU Berlin 336
- Doyle, Albert (1892–1975)**
• 1950–1952 US-amerikanischer Generalkonsul in Frankfurt a. M. 242
- Drescher, Horst, Prof. Dr. (1932–2013)**
Anglist
• 1969–1999 Professor an der JGU 245, 251
- Dressel, Birgit (1960–1987)**
Siebenkämpferin für den Universitätssportclub Mainz und Olympia-Teilnehmerin 330, 493 f.
- Dreyer, Malu (geb. 1961)**
Politikerin (SPD)
• Seit 2013 Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz
• 2016–2017 Präsidentin des Bundesrats 12, 539, 678
- Dreyer, Mechthild, Prof. Dr. (geb. 1955)**
Philosophin
• Seit 1999 Professorin an der JGU
• 2011–2017 Vizepräsidentin für Studium und Lehre der JGU 604
- Droz, Jacques, Prof. (1909–1998)**
Französischer Historiker
• 1947–1962 Professor an der Universität Clermont-Ferrant 633
- Duesberg, Richard, Prof. Dr. (1903–1968)**
Internist
• 1946–1968 Professor an der JGU 585
- Duncan, Ruth, Prof. Dr.**
Britische Pharmakologin
• 2001–2008 Professorin an der Universität Cardiff 605
- Duschner, Heinz, Prof. Dr.**
Zahnmediziner
• 1991–2010 Professor an der JGU 580 f., 585
- Dutschke, Rudi, Dr. (1940–1979)**
Marxistischer Soziologe
• Führendes Mitglied der deutschen Studentenbewegung 81, 85
- Ebel OSB, Basilius, Dr. Dr. (1896–1968)**
Katholischer Theologe und Benediktiner
• 1939–1946 Abt von St. Matthias in Trier
• 1946–1966 Abt von Maria Laach 191
- Ebert, Udo, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Jurist
• 1980–1994 Professor an der JGU
• 1995–2006 Professor an der Universität Jena ... 521
- Ebling, Michael (geb. 1967)**
Politiker (SPD)
• Seit 2012 Oberbürgermeister der Stadt Mainz ... 14, 539, 570
- Eckel, Winfried, Prof. Dr. (geb. 1960)**
Komparatist
• Seit 2005 Professor an der JGU 207, 679
- Eckert, Christian, Prof. Dr. (1874–1952)**
Politiker (Zentrum, CDU) und Wirtschaftswissenschaftler
• 1945–1952 Professor an der Universität Köln
• 1946–1949 Oberbürgermeister der Stadt Worms 50, 55, 626
- Eckes, Peter (geb. 1939)**
Rhein Hessischer Unternehmer und Stifter 574, 585
- Edelstein, S. Alex, Prof. Dr. (1919–2001)**
US-amerikanischer Journalist und Kommunikationswissenschaftler
• 1955–1989 Professor an der University of Washington
• 1982–1983 Gastprofessor an der JGU 346
- Eder, Claudia, Prof. (geb. 1948)**
Konzert-, Lied- und Opernsängerin
• Seit 1988 Professorin an der JGU 271
- Egk, Werner (eigentlich Werner Mayer) (1901–1983)**
Komponist
• 1950–1953 Direktor der Hochschule für Musik Berlin 270
- Ehmer, Hermann K., Prof. (1929–2016)**
Maler, Bildhauer und Kunstpädagog
• 1990–1995 Professor an der Universität Paderborn 292
- Ehrenberg, Hans, Prof. Dr. (1922–2004)**
Kernphysiker
• 1961–1990 Professor an der JGU 254, 257, 259, 262
- Ehrhardt, Sophie, Prof. Dr. (1902–1990)**
Deutsch-russische Anthropologin
• 1957–1968 Professorin an der Universität Tübingen 386
- Eichacker, Cornelia (geb. 1958)**
Künstlerin 528, 532
- Eichenlaub, Erika (1906–1967)**
Politikerin (CDU)
• Ehefrau von Otto Eichenlaub 197
- Eichenlaub, Otto, Dr. (1898–1954)**
Politiker (BVP, CDU) und Journalist
• 1945–1947 Oberregierungspräsident von Hessen-Pfalz bzw. Pfalz 43, 188, 191, 197
- Eichholz, Fritz (1902–1994)**
Jurist
• 1946–1967 Kanzler bzw. Kurator der JGU 34, 46, 51, 55, 57, 59 f., 67, 72, 283, 292, 317, 355, 359, 362, 366, 374, 376, 383, 393 f., 399 f., 438, 450 f., 454, 458, 462, 483, 494 f., 542, 551, 575, 587
- Eichholz, Georg, Prof. Dr. (1909–1973)**
Evangelischer Theologe
• 1945–1971 Professor an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal 194
- Eickstedt, Egon von, Prof. Dr. (1892–1965)**
Anthropologe und Vertreter der Rassentheorie des Nationalsozialismus
• 1946–1965 Professor an der JGU ... 264, 377–386, 601
- Eiermann, Egon Fritz Wilhelm, Prof. (1904–1970)**
Architekt und Möbeldesigner
• 1947–1970 Professor an der TH Karlsruhe 505, 520

- Eifler, Günter, Dr. (1929–2007)**
Mediävist und Mitarbeiter des Studium generale der JGU
 • 1994–1996 kommissarischer geschäftsführender Leiter des Studium generale an der JGU 558 f.
- Einig, Bernhard, Prof. Dr.**
Katholischer Theologe und Liturgiewissenschaftler
 • 1992–2020 Leiter der Abteilung Studium und Lehre der JGU 119
- Einstein, Albert, Prof. Dr. (1879–1955)**
Deutsch-schweizerisch-US-amerikanischer Physiker
 • Begründer der Relativitätstheorie
 • 1921 Nobelpreis für Physik
 • 1933–1946 Professor an der Princeton University 308
- Eisenhower, Dwight David (1890–1969)**
US-amerikanischer General und Politiker
 • 1945–1948 Militärgouverneur der US-Besatzungszone in Deutschland
 • 1953–1961 Präsident der USA 257
- Eißner, Dagmar, Prof. Dr. (1942–1996)**
Nuklearmedizinerin
 • 1983–1996 Professorin an der JGU
 • 1990–1995 Vizepräsidentin für Forschung der JGU 604 f., 611
- Elwert, Theodor, Prof. Dr. (1906–1997)**
Romanist
 • 1953–1976 Professor an der JGU 417
- Engel, Siegbert**
 • 1980 AStA-Vorsitzender der JGU 104
- Erichsen, Wolja C., Prof. Dr. (1890–1966)**
Dänischer Ägyptologe
 • 1948–1953 Honorarprofessor an der JGU 635
- Erler, Adalbert, Prof. Dr. (1904–1992)**
Rechtshistoriker
 • 1946–1950 Professor an der JGU
 • 1946–1947 Prorektor der JGU
 • 1950–1972 Professor an der Universität Frankfurt a. M. 47, 369, 375–377, 441, 639
- Ernst, Max (1891–1976)**
Maler (Vertreter des Surrealismus) und Schriftsteller 674
- Erthal, Friedrich Karl Joseph von (1719–1802)**
 • 1774–1802 Kurfürst und Erzbischof von Mainz .. 27, 29, 540, 547
- Esser, Frank, Prof. Dr. (geb. 1966)**
Kommunikationswissenschaftler
 • Seit 2006 Professor an der Universität Zürich 347
- Ewald, Manfred (1936–2002)**
DDR-Sportfunktionär
 • 1961–1988 Präsident des Deutschen Turn- und Sportbunds 418
- Ewig, Eugen, Prof. Dr. (1913–2006)**
Mediävist
 • 1954–1964 Professor an der JGU
 • 1964–1980 Professor an der Universität Bonn ... 50, 54
- Fahrenberg, Heike, Prof. Dr. (geb. 1968)**
Amerikanistin
 • Seit 2000 Direktorin der Middlebury C.V.-Starr School in Germany 657
- Falke, Horst, Prof. Dr. (1909–1994)**
Geologe
 • 1948–1976 Professor an der JGU
 • 1961–1962 Rektor der JGU 251, 254, 413, 591
- Falkenburger, Frédéric, Prof. Dr. (1890–1965)**
Anthropologe und Naturwissenschaftler
 • 1951–1955 Professor an der JGU 50, 264, 381–386, 450
- Falkenburger, Paul (1923–2010)**
Sohn Frédéric Falkenburgers
 • 1949–1950 Beauftragter für kulturelle Angelegenheiten der französischen Militärregierung im Kreis Freiburg i. Br. 386
- Falter, Jürgen W., Prof. Dr. (geb. 1944)**
Politikwissenschaftler
 • 1993–2012 Professor an der JGU 199, 201
- Farrow, Dylan (geb. 1985)**
Adoptivtochter von Mia Farrow und Woody Allen 496
- Farrow, Mia (geb. 1945)**
US-amerikanische Schauspielerin 492, 496
- Fausten, Heinz-Otto (1920–2014)**
Kunstlehrer
 • 1947 stellvertretender AStA-Vorsitzender der JGU 438
- Federhofer, Hellmut, Prof. Dr. (1911–2014)**
Musikwissenschaftler
 • 1962–1979 Professor an der JGU 276
- Fermi, Enrico, Prof. Dr. (1901–1954)**
Italienischer Kernphysiker
 • 1938 Nobelpreis für Physik
 • Ab 1944 Berater von Robert Oppenheimer (US-Atomprogramm) 308 f.
- Feuillé, Pierre, Prof. Dr. (geb. 1932)**
Französischer Geologe
 • 1977–1983 Präsident der Universität Dijon 674 f.
- Fichet, Guillaume, Prof. Dr. (1433–1480)**
Französischer Theologe und Humanist
 • 1470 Professor und Universitätsbibliothekar der Sorbonne Paris
 • 1470–1473 Einrichtung der ersten Druckerpresse in Frankreich zusammen mit Johannes Heylin 528, 530 f., 533
- Fichte, Johann Gottlieb, Prof. (1762–1814)**
Philosoph des Deutschen Idealismus
 • 1794–1799 Professor an der Universität Jena 28
- Fiederling, Franz (1910–1973)**
Grafiker
 • 1950 Leiter der Kunstschule Mainz 284
- Finck, Albert, Dr. (1895–1956)**
Politiker (CDU)
 • 1951–1956 Minister für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz 59, 256, 328, 422
- Fink, Udo, Prof. Dr. (geb. 1957)**
Jurist
 • Seit 2000 Professor an der JGU 224
- Fischer, Erhard Wolfgang, Prof. Dr. (1929–2011)**
Physikalischer Chemiker
 • 1966–1983 Professor an der JGU 255
- Fischer, Ernst, Prof. Dr. (geb. 1951)**
Buchwissenschaftler
 • 1993–2014 Professor an der JGU 207, 303
- Fischer, Leo (geb. 1981)**
Journalist und Autor
 • 2008–2013 Chefredakteur des Satiremagazins Titanic 479, 481
- Fischer, Per, Prof. Dr. (1923–1999)**
Diplomat
 • 1975–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel
 • 1990–1999 Honorarprofessor an der JGU 651
- Fischer-Lichte, Erika, Prof. Dr. (geb. 1943)**
Theaterwissenschaftlerin
 • 1991–1996 Professorin an der JGU
 • 1996–2011 Professorin an der FU Berlin 207
- Fischer von Waldheim, Johann Gotthelf, Prof. Dr. (1771–1853)**
Naturwissenschaftler und Bibliothekar
 • Ab 1804 Professor an der Universität Moskau .. 29 f.
- Flemming, Willi, Prof. Dr. (1888–1980)**
Germanist und Theaterwissenschaftler
 • 1946–1956 Professor an der JGU 373, 377
- Folz, Robert, Prof. Dr. (1910–1996)**
Französischer Historiker
 • 1947–1978 Professor an der Universität Dijon .. 633, 675
- Forßmann, Werner, Prof. Dr. (1904–1979)**
Urologe und Chirurg
 • 1956–1973 Honorarprofessor an der JGU
 • 1956 Nobelpreis für Medizin 66, 233
- Forster, Georg (1754–1794)**
Naturforscher und Revolutionär zur Zeit der Aufklärung
 • 1788–1793 Oberbibliothekar der Alten Universität Mainz
 • 1793 Mitbegründer der Mainzer Republik 532
- Fortner, Wolfgang, Prof. (1907–1987)**
Komponist und Dirigent
 • 1957–1973 Professor an der Staatlichen Hochschule für Musik Freiburg i. Br. 273
- Fosse, Gabriel**
Mitglied der Direction de l'Éducation Publique und Hochschuloffizier an der JGU 436
- Fournier, Guy**
 • 1946 französischer Kommandant und Verantwortlicher für Wiederaufbau in Mainz 48
- Foyard, Jean, Prof. Dr.**
Französischer Sprachwissenschaftler 675
- François-Poncet, André, Dr. (1887–1978)**
Französischer Diplomat
 • 1949–1953 Hoher Kommissar in der französischen Besatzungszone
 • 1931–1938 und 1955 französischer Botschafter in Deutschland 50, 206, 386, 567, 631, 659, 670 f., 673, 688 f.
- Frank, Edvard (1909–1972)**
Maler 281
- Frauendienst, Werner, Prof. Dr. (1901–1966)**
Historiker und Archivar
 • 1954–1964 Abteilungsleiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte 419, 422
- Freeman, Stephen A., Prof. Dr. (1898–1999)**
US-amerikanischer Sprachwissenschaftler
 • 1925–1970 Professor am Middlebury College Vermont 656
- Fremersdorf, Fritz, Dr. (1894–1983)**
Provinzialrömischer Archäologe
 • 1946–1959 Direktor des Römisch-Germanischen Museums Köln 588
- Frey, Hellmuth (1901–1982)**
Evangelischer Theologe und Alttestamentler
 • Dozent an der Kirchlichen Hochschule Bethel ... 194

- Frey, Rudolf, Prof. Dr. (1917–1981)**
Anästhesiologe, erster Lehrstuhlinhaber für Anästhesiologie in der Bundesrepublik Deutschland
• 1960–1981 Professor an der JGU 397, 585
- Frick, Wilhelm (1877–1946)**
Jurist und Politiker (NSDAP)
• 1933–1943 Reichsminister des Innern 403
- Friderichs, Hans, Dr. (geb. 1931)**
Politiker (FDP)
• 1972–1977 Bundesminister für Wirtschaft
• 1998–2013 Vorsitzender des Hochschulrates und des Hochschulkuratoriums der JGU 537–539, 550, 676
- Friedrich, Adolf, Prof. Dr. (1914–1956)**
Ethnologe
• 1947–1956 Professor an der JGU 73, 215
- Friedrich, Jörg, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Physiker
• 1988–2004 Professor an der JGU
• 1992–1994 Vizepräsident für Studium und Lehre der JGU 136 f.
- Frisch, Otto Robert, Prof. Dr. (1904–1979)**
Österreichisch-britischer Physiker
• 1939 Aufstellung der Theorie der Kernspaltung zusammen mit Lise Meitner
• 1946–1972 Professor an der University of Cambridge 310
- Fritz, Volkmar, Prof. Dr. (1938–2007)**
Biblischer Archäologe
• 1974–1987 Professor an der JGU
• 1987–2003 Professor an der Universität Gießen 196
- Frör, Kurt, Prof. (1905–1980)**
Evangelischer Theologe und Geistlicher
• 1952–1972 Professor an der Universität Erlangen 194, 197
- Früh, Werner, Prof. Dr. (geb. 1947)**
Kommunikations- und Medienwissenschaftler
• 1994–2013 Professor an der Universität Leipzig 347
- Fuchs, Albert, Dr. (1889–1983)**
Französischer Germanist 634
- Fuchs, Hermann, Prof. Dr. (1896–1970)**
Bibliothekar
• 1955–1962 Direktor der Universitätsbibliothek Mainz 462
- Fuchs, Jakob (Jockel) (1919–2002)**
Politiker (SPD)
• 1965–1987 Oberbürgermeister der Stadt Mainz 323, 331, 565 f., 568, 580, 650
- Funke, Gerhard, Prof. Dr. (1914–2006)**
Philosoph
• 1959–1984 Professor an der JGU
• 1965–1966 Rektor der JGU 78, 345, 349, 443, 559
- Furch, Robert, Prof. Dr. (1894–1967)**
Mathematiker
• 1946–1961 Professor an der JGU 53, 399, 614
- Füssel, Stephan, Prof. Dr. (geb. 1952)**
Buchwissenschaftler
• 1992–2020 Professor an der JGU 207, 303
- Gabel, Werner, Prof. Dr. (1904–1983)**
Ministerialrat
• 1950–1962 Leiter des Referats für Lebensmittel-
- hygiene beim Bundesministerium des Innern, ab 1962 Bundesministerium für Gesundheit 400
- Gaehgtens, Thomas W., Prof. Dr. (geb. 1940)**
Kunsthistoriker
• 1980–2006 Professor an der FU Berlin
• 2007–2018 Direktor des Getty Research Institute Los Angeles 687
- Gahn, Renate, Dr. (geb. 1946)**
• 1998–2008 Gleichstellungsbeauftragte der JGU 609
- Gál, Hans, Prof. Dr. (1890–1987)**
Österreichisch-britischer Komponist und Musikwissenschaftler
• 1929–1933 Direktor des Peter-Cornelius-Konservatoriums Mainz
• 1945–1965 Professor an der University of Edinburgh 277
- Galinsky, Hans, Prof. Dr. (1909–1991)**
Amerikanist und Germanist
• 1952–1977 Professor an der JGU 205, 637, 642, 656
- Galling, Kurt, Prof. Dr. (1900–1987)**
Evangelischer Theologe
• 1946–1955 Professor an der JGU
• 1951–1952 Rektor der JGU .. 60, 195, 197, 411, 459
- Galton, Sir Francis (1822–1911)**
Britischer Naturforscher, Mitbegründer der Eugenik 378
- Galtung, Johann, Prof. Dr. (geb. 1930)**
Norwegischer Mathematiker, Soziologe und Politikwissenschaftler, Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung 346
- Gantenberg, Mathilde, Dr. (1889–1975)**
Politikerin (CDU)
• 1948–1951 erste weibliche Staatssekretärin im Kultusministerium von Rheinland-Pfalz 415, 610
- Gateff, Elisabeth, Prof. Dr. (geb. 1932)**
Botanikerin und Förderin des Botanischen Gartens der JGU
• 1983–1997 Professorin an der JGU 525, 531 f., 548
- Gaulle, Charles de (1890–1970)**
Französischer General und Politiker
• 1944–1946 Präsident der provisorischen französischen Regierung
• 1958–1969 französischer Präsident 33, 48, 382, 386, 627, 633
- Gauly, Heribert, Prof. Dr. (1928–1995)**
Katholischer Theologe
• 1972–1986 Professor an der JGU 197
- Genscher, Hans-Dietrich (1927–2016)**
Politiker (FDP)
• 1969–1974 Bundesminister des Innern
• 1974–1992 Bundesminister des Auswärtigen ... 333, 537
- Gerke, Friedrich, Prof. Dr. (1900–1966)**
Kunsthistoriker und Christlicher Archäologe
• 1946–1966 Professor an der JGU
• 1947 Gründer der Gesellschaft für Bildende Kunst Mainz 215, 281 f., 284, 524, 630, 634, 671
- Gieber, Walter, Prof. Dr.**
Journalist
• 1968 und 1971 Gastprofessor an der JGU 346
- Gieseler, Wilhelm, Prof. Dr. (1900–1976)**
Anthropologe
• 1938–1945 und 1962–1968 Professor an der Universität Tübingen 379
- Gillessen, Günther, Prof. Dr. (geb. 1928)**
Journalist und Historiker
• 1958–1994 Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
• 1978–1994 erster ordentlicher Professor für Pressejournalismus an der JGU 349
- Giron, Irène (1910–1988)**
Französische Dolmetscherin
• 1944–1952 Mitarbeiterin der Direction de l'Éducation Publique und Stellvertreterin R. Schmittleins 52, 239–241, 555, 672
- Giscard d'Estaing, Valéry, Dr. (1926–2020)**
Französischer Politiker
• 1974–1981 französischer Staatspräsident 386, 566 f., 657, 674, 676
- Gittermann, Valentin, Dr. (1900–1965)**
Schweizer Historiker, Staatsrechtslehrer, Redakteur, Politiker und Wirtschaftshistoriker 634
- Glässer, Edgar, Prof. Dr. (1910–1968)**
Romanist
• 1946–1959 Professor an der JGU 55, 210, 374
- Glatzel, Johann, Prof. Dr. (1938–2013)**
Psychologe
• 1970–2004 Professor an der JGU 492, 496
- Globke, Hans, Dr. (1898–1973)**
Jurist
• Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze
• 1953–1963 Chef des Bundeskanzleramts unter Konrad Adenauer 370
- Glott, Peter, Prof. Dr. (1939–2005)**
Politiker (SPD) und Kommunikationswissenschaftler
• 1981–1987 Bundesgeschäftsführer der SPD
• 1996–1999 Gründungsrektor der Universität Erfurt 151
- Gobineau, Arthur de (1816–1882)**
Französischer Diplomat und Schriftsteller; gilt als einer der Begründer des rassistischen Denkens 378
- Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832)**
Dichter, Dramatiker und Naturforscher 630
- Göhring, Martin, Prof. Dr. (1903–1968)**
Historiker
• 1951–1968 Abteilungsleiter am Institut für Europäische Geschichte
• 1961–1968 Professor an der Universität Gießen 633
- Gölkel, Andrea (geb. 1944)**
Unternehmerin 579
- Gölter, Georg, Dr. (geb. 1938)**
Politiker (CDU)
• 1977–1981 Minister für Soziales, Gesundheit und Sport von Rheinland-Pfalz
• 1981–1991 Minister für Kultur von Rheinland-Pfalz 114, 279, 580
- Goszol, Sofia (eigentlich Zofia Goczołowa)**
Dozentin für polnische Sprache an der JGU 694
- Gottron, Adam, Prof. Dr. (1889–1971)**
Katholischer Theologe und Musikhistoriker
• 1959–1971 Honorarprofessor an der JGU 278, 536, 568

- Gottschow, Albert Eduard (1891–1977)**
Kunstpädagoge
• 1950–1957 Ausbildungsleiter für Kunsterziehung an der Kunstschule Mainz 284 f., 292
- Grätzel, Stephan, Prof. Dr. (geb. 1953)**
Philosoph
• 1998–2019 Professor an der JGU 677
- Greger, Max (1926–2015)**
Musiker und Orchesterleiter
• 1963–1977 Big-Band-Leader beim ZDF 653
- Grohs, Gerhard, Prof. Dr. (1929–2015)**
Soziologe und Afrikawissenschaftler
• 1975–1994 Professor an der JGU 682
- Gropalis, Maria, Dr. (geb. 1980)**
Psychologin
• Seit 2018 Leiterin der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der JGU 615
- Gropius, Walter (1883–1963)**
Architekt
• 1919–1928 Gründer und Leiter des Bauhauses in Weimar 505
- Gruber, Urs Peter, Prof. Dr. (geb. 1970)**
Jurist und Richter
• Seit 2009 Professor an der JGU 674
- Gudian, Gunter, Prof. Dr. (1932–1993)**
Jurist
• 1969–1974 Professor an der Universität Köln
• 1974–1993 Professor an der JGU 674, 677
- Guérin, Henri (1902–1987)**
Französischer Ingenieur
• 1948 Gouverneur von Rheinhessen 630, 671
- Guha, Anton Andreas (1937–2010)**
• 1967–2002 Redakteur der Frankfurter Rundschau 344
- Gurel, Arie (1918–2007)**
Israelischer Politiker
• 1978–1993 Bürgermeister von Haifa 650
- Gutbrod, Rolf, Prof. (1910–1999)**
Architekt
• 1961–1972 Professor an der TH Stuttgart 506 f.
- Gutenberg, Johannes (1400–1468)**
Erfinder des modernen Buchdrucks und der Druckerpresse, Namensgeber der JGU 35 f., 39, 302, 361, 522 f., 537, 549, 640
- Haas, Ewald**
Metallbauer 525
- Habermas, Jürgen, Prof. Dr. (geb. 1929)**
Philosoph und Soziologe
• 1964–1971 und 1983–1994 Professor an der Universität Frankfurt a. M. 443
- Habersack, Mathias, Prof. Dr. (geb. 1960)**
Jurist
• 2000–2007 Professor an der JGU
• Seit 2011 Professor an der Universität München 225
- Hadding, Walther, Prof. Dr. (geb. 1934)**
Jurist
• 1971–1999 Professor an der JGU 224
- Haeckel, Ernst Heinrich Philipp August, Prof. Dr. (1834–1919)**
Naturforscher, gilt als einer der Begründer der Eugenik
• 1865–1909 Professor an der Universität Jena ... 378
- Hafner, German, Prof. Dr. (1911–2008)**
Klassischer Archäologe
• 1957–1976 Professor an der JGU 589
- Hahn, Ferdinand, Prof. Dr. (1926–2015)**
Evangelischer Theologe
• 1968–1976 Professor an der JGU
• 1976–1994 Professor an der Universität München 196
- Hahn, Otto, Prof. Dr. (1879–1968)**
Chemiker, Pionier der Radiochemie und Vater der Kernchemie
• 1919–1943 Professor an der HU Berlin
• 1944 Nobelpreis für Chemie
• 1948–1960 erster Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 307–312, 315–317
- Hallstein, Walter Peter, Prof. Dr. (1901–1982)**
Jurist und Politiker (CDU), Namensgeber der Hallstein-Doktrin
• 1946–1948 Rektor der Universität Frankfurt a. M.
• 1951–1958 Staatssekretär im Bundesaußenministerium 643
- Hamann-Mac Lean, Richard, Prof. Dr. (1908–2000)**
Kunsthistoriker
• 1967–1973 Professor an der JGU 578, 585
- Hamel, Adolf, Prof. Dr. (1904–1958)**
Kirchenhistoriker
• 1949–1958 Professor an der JGU 73, 195
- Hammes, Markus (geb. 1964)**
Architekt 520
- Hampe, Roland, Prof. Dr. (1908–1981)**
Klassischer Archäologe
• 1948–1957 Professor an der JGU
• 1957–1975 Professor an der Universität Heidelberg 586–590, 595
- Hampfl, Franz, Prof. Dr. (1910–2000)**
Österreichischer Althistoriker
• 1946–1947 Professor an der JGU 213, 635
- Hangen, Heijo (1927–2019)**
Künstler
• 1977–1993 Dozent an der Europäischen Akademie der Bildenden Künste Trier 292
- Hansen, Michael, Dr. (geb. 1972)**
Bibliothekar und Historiker
• Seit 2018 Direktor der Universitätsbibliothek Mainz 468
- Harder, Manfred, Prof. Dr. (1937–2000)**
Jurist
• 1972–2000 Professor an der JGU
• 1980–1984 Präsident der JGU 98, 150, 156, 219 f., 225, 488, 490, 495, 568, 650 f., 675 f.
- Harlan, Veit (1899–1964)**
Schauspieler und Regisseur 68, 71
- Harms, Philipp, Prof. Dr. (geb. 1966)**
Wirtschaftswissenschaftler
• Seit 2010 Professor an der JGU 654
- Hartmann, Jürgen, Dr. (geb. 1938)**
Jurist, Politiker (CDU) und Präsident der deutsch-französischen Kulturstiftung
• 1995–1999 Generalsekretär der CDU Rheinland-Pfalz 687
- Hättich, Manfred, Prof. Dr. (1925–2003)**
Politikwissenschaftler
• 1967–1970 Professor an der JGU
• 1970–1993 Professor an der Universität München 216
- Heberer, Gerhard, Prof. Dr. (1901–1973)**
Genetiker und Anthropologe, »Rasseforscher«
• 1949–1970 Professor an der Universität Göttingen 379, 386
- Hechinger, Fred (1920–1995)**
Deutsch-US-amerikanischer Journalist und Redakteur
• 1959–1990 Redakteur der New York Times 54
- Hecht, Robert E. (1919–2012)**
US-amerikanischer Kunsthändler
• 1951 Ankäufer von Antiken für amerikanische Museen in Deutschland 588
- Heckel, Erich (1883–1970)**
Maler und Grafiker des Expressionismus
• 1949–1955 Lehrauftrag an der Akademie für Bildende Künste Karlsruhe 281
- Heckter, Maria (1898–1956)**
Chemikerin
• Ehefrau von Fritz Straßmann 307
- Hefli, Arthur, Prof. Dr. (geb. 1947)**
Zahnmediziner
• Professor an der Marquette University Milwaukee 580
- Hegel, Georg Friedrich (1770–1831)**
Philosoph des deutschen Idealismus 532
- Heine, Heinrich (1797–1856)**
Dichter und Schriftsteller 531, 659
- Heintz, Bettina, Prof. Dr. (geb. 1949)**
Schweizer Geschlechterforscherin und Soziologin
• 1997–2004 Professorin an der JGU
• 2004–2013 Professorin an der Universität Bielefeld
• 2013–2017 Professorin an der Universität Luzern 609
- Heischkel-Artelt, Edith, Prof. Dr. (1906–1987)**
Medizinhistorikerin
• 1948–1974 Professorin an der JGU 600 f., 610
- Heisenberg, Werner, Prof. Dr. (1901–1976)**
Physiker
• 1932 Nobelpreis für Physik
• 1958–1970 Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik München 308
- Heldmann, Hans Heinz (1929–1995)**
Rechtsanwalt 102
- Helke, Adolf, Prof. Dr. (1902–2006)**
Geologe und Lagerstättenkundler
• 1956–1967 Professor an der JGU 591
- Hellbardt, Hans (1910–1944)**
Evangelischer Theologe und Mitglied der Bekennenden Kirche
• 1935–1937 Dozent an der Kirchlichen Hochschule für reformatorische Theologie, Abteilung Elberfeld 194
- Hellmann, Diethard, Prof. Dr. (1928–1999)**
Kirchenmusiker
• 1973–1974 Leiter des Collegium Musicum der JGU 274
- Hemfler, Karl (1915–1995)**
Politiker (SPD)
• 1967–1970 Staatssekretär im Justiz- und Innenministerium Hessens 699
- Hempler, Werner (1923–2008)**
Jurist
• 1977–1988 Leitender Oberstaatsanwalt von Mainz 489, 495
- Hempler, Wolfgang**
Jurist

- Mitglied des Vorstands der Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung 544
- Henatsch, Martin, Prof. Dr. (geb. 1963)**
Kunsthistoriker
• Seit 2017 Rektor der Kunsthochschule der JGU 288
- Hengstenberg, Lore**
Zeichnerin am Kunsthistorischen Institut der JGU 282
- Hennen, Manfred, Prof. Dr. (1939–2018)**
Soziologe
• 1992–2002 Professor an der JGU
• 1999–2002 Leiter des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung der JGU ... 136
- Hentschel, Volker, Prof. Dr. (geb. 1944)**
Wirtschafts- und Sozialhistoriker
• 1980–2009 Professor an der JGU
• 2004–2005 Vizepräsident für Forschung der JGU 225
- Hermes, Eilert, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Evangelischer Theologe
• 1985–1995 Professor an der JGU
• 1995–2009 Professor an der Universität Tübingen 196
- Herrmann, Alexander, Prof. Dr. (1900–1981)**
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt
• 1946–1952 Professor an der JGU
• 1952–1968 Professor an der Universität München 377
- Herrmann, Günter, Prof. Dr. (1925–2017)**
Kernchemiker
• 1967–1994 Professor an der JGU 312, 316
- Hertzberg, Hans Wilhelm, Prof. Dr. (1895–1965)**
Evangelischer Theologe und Palästinakundler
• 1931–1947 Professor an der Universität Marburg
• 1947–1963 Professor an der Universität Kiel 197, 377
- Hettier de Boislamber, Claude (1906–1986)**
Französischer Militär, Diplomat und Widerstandskämpfer
• 1946–1951 Landesgouverneur und Landeskommis­sar von Rheinland-Pfalz
• 1951–1955 Abgeordneter der Französischen Nationalversammlung 552–554, 559
- Hettiger, Albert (geb. 1964)**
Künstler 529, 531
- Hettlage, Karl Maria, Prof. Dr. (1902–1995)**
Jurist
• 1951–1958 Professor an der JGU 421
- Heuß, Theodor (1884–1963)**
Politiker (FDP) und Mitbegründer der FDP
• 1949–1959 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland 70
- Heydte, Friedrich August von der, Prof. Dr. (1907–1994)**
Jurist
• 1951–1954 Professor an der JGU 60
- Heynlin, Johannes, Prof. Dr. (1430–1496)**
Katholischer Priester und Karthäusermönch
• 1469 Rektor der Sorbonne
• 1477 Mitbegründer der Universität Tübingen 531
- Hilckman, Anton, Prof. Dr. (1900–1970)**
Kulturwissenschaftler
• 1946–1968 Professor an der JGU 373, 626, 629, 663–668
- Hindemith, Paul, Prof. Dr. (1895–1963)**
Komponist
• 1951–1957 Professor an der Universität Zürich - 273
- Hinkel, Helmut, Dr. (geb. 1943)**
Katholischer Theologe, Kirchenhistoriker, Bibliothekar und Priester
• Seit 1985 wissenschaftlicher Direktor der Mainzer Martinus-Bibliothek 197
- Hirohito (1901–1989)**
• 1926–1989 Kaiser von Japan 323
- Hirth, Friedrich, Prof. Dr. (1878–1952)**
Germanist, Romanist und Komparatist
• 1946–1952 Professor an der JGU 50, 73, 206, 629, 635, 659–661, 664, 666f., 670
- Hitler, Adolf (1889–1945)**
Politiker (NSDAP)
• 1933–1945 »Führer« und Reichskanzler des Deutschen Reichs 370, 404, 420, 627, 659f.
- Hochgesand, Jakob, Dr. (1814–1904)**
Pathologe
• 1851–1890 Leiter des Mainzer Rochusspitals -- 228f.
- Hofmann, Andreas Joseph, Prof. Dr. (1752–1849)**
Philosoph und revolutionärer Politiker (Mainzer Republik)
• 1784–1793 Professor an der Alten Universität Mainz 31
- Hofmeister, Wolfgang, Prof. Dr. (geb. 1952)**
Mineraloge
• 1997–2017 Professor an der JGU
• 2013–2017 Vizepräsident für Forschung der JGU 591f.
- Holborn, Hajo, Prof. Dr. (1902–1969)**
Deutsch-US-amerikanischer Zeithistoriker
• 1936–1942 Professor an der University of Massachusetts 634
- Holsten, Walter, Prof. Dr. (1908–1982)**
Evangelischer Theologe
• 1947–1973 Professor an der JGU 86, 546
- Holtz-Bacha, Christina, Prof. Dr. (geb. 1953)**
Kommunikationswissenschaftlerin
• 1995–2004 Professorin an der JGU
• 2004–2019 Professorin an der Universität Erlangen-Nürnberg 347
- Holzamer, Karl, Prof. Dr. (1906–2007)**
Philosoph und Pädagoge
• 1946–1975 Professor an der JGU
• 1962–1977 Intendant des ZDF 50, 189, 209, 213, 552–556, 568, 656, 666
- Höpcke, Klaus (geb. 1933)**
Politiker (SED)
• 1973–1989 Minister für Kultur in der DDR 568
- Horstkotte, Wulf**
Ehemaliger Geschäftsführer der Firma Blendax 580
- Hoveida, Amir Abbas (1919–1979)**
Iranischer Politiker
• 1965–1977 iranischer Premierminister unter Schah Mohammad Reza Palahvi 107
- Huber, Thomas, Prof. Dr. (geb. 1937)**
US-amerikanischer Germanist
• Ehemaliger Studienleiter am Middlebury College Vermont 656
- Hubrecht, Georges, Prof. Dr. (1897–1984)**
Französischer Jurist
• 1946–1947 Gastprofessor an der JGU 629, 635
- Hummelsheim, Walter Alfons (1904–1984)**
Politiker und Widerstandskämpfer
• 1946–1952 Landrat von Bernkastel
• Unterstützte die Gründung der JGU 48
- Huntington, Samuel P., Prof. Dr. (1927–2008)**
US-amerikanischer Politikwissenschaftler
• 1989–2000 Professor an der Harvard University 666
- Hürter, Jakob, Prof. Dr. (1878–1940)**
Internist
• 1926–1933 Direktor des Städtischen Krankenhauses Mainz 230f., 404
- Hüsch, Hanns Dieter (1925–2005)**
Kabarettist, Schriftsteller und Alumnus der JGU 14, 437, 539, 580
- Husserl, Edmund, Prof. Dr. (1859–1938)**
Österreichisch-deutscher Philosoph und Mathematiker
• 1916–1928 Professor an der Universität Freiburg i. Br. 276
- Hustvedt, Siri, PhD (geb. 1955)**
US-amerikanische Schriftstellerin 604
- Instinsky, Hans Ulrich, Prof. Dr. (1907–1973)**
Althistoriker
• 1948–1973 Professor an der JGU 659, 667
- Isele, Hellmut Georg, Prof. Dr. (1902–1987)**
Jurist
• 1946–1959 Professor an der JGU
• 1949–1951 Rektor der JGU
• 1959–1969 Professor an der Universität Frankfurt a. M. ... 57, 59, 219, 250f., 284, 355, 436, 450, 549, 614, 688
- Isenburg, Diether von (1412–1482)**
Erzbischof und Kurfürst von Mainz
• 1477 Gründer der Alten Universität Mainz 31
- Ismer, Dorothea**
Ab 1946 Sekretärin am Anthropologischen Institut der JGU 380
- Ivanenko, Dmitri Dmitrijewitsch, Dr. (1904–1994)**
Sowjetischer theoretischer Physiker
• Entwickelte das Proton-Neutron-Konzept des Atomkerns 308
- Iyengar, Shanto, Prof. Dr. (geb. 1947)**
US-amerikanischer Politikwissenschaftler
• Professor an der Stanford University 348
- Jacobsen, Pierre, Prof. Dr. (1917–1957)**
Französischer Militär und internationaler Beamter
• 1945–1947 Leiter der französischen Besatzungszone in Rheinhessen
• 1950–1957 Professor an der International School of Administration Paris 55, 193f., 197
- Jahn, Janheinz (1918–1973)**
Schriftsteller und Vermittler von Literatur aus dem subsaharischen Afrika
• 1966–1968 Generalsekretär des deutschen PEN-Clubs 682
- Jamin, Erich (1907–1976)**
• 1959–1965 Leiter der Hauptabteilung VII des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR 422
- Jankowsky, Walter, Dr. (1890–1974)**
Internist und Anthropologe
• 1929–1931 Assistent an der Universität Breslau 383
- Jannasch, Wilhelm, Prof. Dr. (1888–1966)**
Evangelischer Theologe

- 1946–1957 Professor an der JGU
- Gründungsdekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der JGU 53, 194 f., 197
- Jarno, Edmond, Prof. Dr. (1905–1985)**
Französischer Philologe
- 1947–1973 Professor an der JGU 50, 635, 672
- Jäschke, Gotthard, Prof. Dr. (1894–1983)**
Orientalist und Diplomat
- 1936–1945 Professor an der Universität Berlin
- 1947–1983 Professor an der Universität Münster 668
- Jaspers, Karl, Prof. Dr. (1883–1969)**
Psychiater und Philosoph
- 1916–1937 Professor an der Universität Heidelberg
- 1948–1961 Professor an der Universität Basel 52
- Jens, Walter, Prof. Dr. (1923–2013)**
Altphilologe, Rhetorikprofessor und Schriftsteller
- 1956–1988 Professor an der Universität Tübingen
- 1976–1982 Präsident des deutschen PEN-Clubs 580
- Jess, Adolf, Prof. Dr. (1883–1977)**
Augenarzt
- 1946–1957 Professor an der JGU 374, 377
- Jochum, Eugen (1902–1987)**
Dirigent
- 1949–1960 Leitung des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks 277
- Jolie, Stephan, Prof. Dr. (geb. 1965)**
Altgermanist
- Seit 2007 Professor an der JGU
- Seit 2018 Vizepräsident für Studium und Lehre der JGU 687
- Joliot-Curie, Frédéric, Prof. Dr. (1900–1958)**
Französischer Physiker und Widerstandskämpfer
- 1935 Nobelpreis für Chemie
- 1937–1956 Professor am Collège de France Paris
- 1946 erster Hochkommissar des Kommissariats für Atomenergie
- 1956–1958 Professor an der Sorbonne Paris ... 308, 311 f.
- Joliot-Curie, Irène, Prof. Dr. (1897–1956)**
Französische Physikerin und Politikerin
- 1935 Nobelpreis für Chemie
- 1937–1956 Professorin an der Sorbonne Paris ... 308
- Jonas, Friedrich, Prof. Dr. (1926–1968)**
Soziologe
- 1965–1968 Professor an der JGU 203
- Junghänel, Konrad, Prof. (geb. 1953)**
Lautenist und Dirigent
- Seit 1994 Professor an der Hochschule für Musik Köln 275
- Jürgens, Hans Wilhelm, Prof. Dr. (geb. 1932)**
Anthropologe
- 1974–1979 Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Wiesbaden
- 1979–1997 Professor an der Universität Kiel 386
- Just, Leo, Prof. Dr. (1901–1964)**
Historiker
- 1946–1964 Professor an der JGU
- Gründungsdekan der Philosophischen Fakultät der JGU 71, 189, 212 f., 596
- Kaczyński, Lech (1949–2010)**
Polnischer Politiker
- 2005–2010 Präsident Polens 698
- Kaiser, Jakob (1888–1961)**
Politiker (Zentrum, CDU)
- 1949–1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 412
- Kalkhof-Rose, Sibylle**
Stifterin und Ehefrau von Walter Kalkhof-Rose
- 2006 Gründung der Sibylle Kalkhof-Rose-Stiftung unter dem Dach der Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung 535, 545
- Kalkhof-Rose, Walter (1910–1988)**
Chemiker und Unternehmer
- 1968–1974 Vorsitzender der Freunde der Universität Mainz
- 1958–1977 Präsident der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen 437, 537, 545, 582
- Kallenbach, Otto (1911–1992)**
Bildhauer und Medailleur 526, 528
- Kampmann, Lothar, Prof. Dr. (1925–1993)**
Maler und Bildhauer
- 1964–1986 Professor an der TU Dortmund 292
- Kant, Immanuel, Prof. Dr. (1724–1804)**
Philosoph, Naturwissenschaftler und Aufklärer
- 1770–1796 Professor an der Universität Königsberg 27, 209
- Käsemann, Ernst, Prof. Dr. (1906–1998)**
Evangelischer Theologe
- 1946–1951 Professor an der JGU
- 1951–1959 Professor an der Universität Göttingen
- 1959–1971 Professor an der Universität Tübingen 53, 194 f.
- Katz, Elihu, Prof. Dr. (geb. 1926)**
Israelischer Soziologe und Kommunikationswissenschaftler
- 1992–2014 Professor an der University of Pennsylvania 346
- Kaufmann-Grebe, Bettina, Dr.**
Psychologische Psychotherapeutin
- 2001–2018 Leiterin der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der JGU 615
- Kaul, Niklas (geb. 1998)**
Sport- und Physikstudent
- Zehnkampfweltmeister 2019 330, 539
- Kehr, Günter, Prof. Dr. (1920–1989)**
Violinist und Dirigent
- 1953–1961 Leiter des Peter-Cornelius-Konservatoriums Mainz 273 f., 277
- Keim, Anton Maria, Dr. (1928–2016)**
Historiker und Politiker (SPD)
- 1972–1995 Bürgermeister von Mainz, Kultur- und Schuldezernent 568, 661
- Keiter, Friedrich, Prof. Dr. (1906–1967)**
Anthropologe und »Rassenbiologe«
- 1939–1945 und 1958–1967 Privatdozent an der Universität Würzburg 386
- Keppinger, Hans Mathias, Prof. Dr. (geb. 1943)**
Kommunikationswissenschaftler
- 1982–2011 Professor an der JGU ... 340 f., 346, 476
- Kern, Fritz, Prof. Dr. (1884–1950)**
Historiker
- 1922–1947 Professor an der Universität Bonn
- Gründungsdirektor des Instituts für Europäische Geschichte 633
- Kern, Werner, Prof. Dr. (1906–1985)**
Organischer Chemiker
- 1946–1974 Professor an der JGU 255, 643, 656
- Kestenberg, Leo, Prof. (1882–1962)**
Deutsch-israelischer Pianist, Musikpädagoge und Politiker (SPD)
- 1921–1929 Professor an der Musikhochschule Berlin 269
- Kiel, Gertrud, Dr. (1937–2005)**
Chemikerin
- 1969–2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der JGU 609
- Kiesinger, Kurt Georg (1904–1988)**
Jurist und Politiker (CDU)
- 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 80
- Kißener, Michael, Prof. Dr. (geb. 1960)**
Historiker
- Seit 2002 Professor an der JGU 686
- Klambt, Max (1909–1950)**
Verwaltungsmitarbeiter an der JGU
- Inspektor der Mainzer Hochschulkassenverwaltung in Germersheim 471 f.
- Klapheck, Helmut**
Politiker (CDU), Alumnus der JGU
- Landesgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland-Pfalz 437
- Klein, Werner (1928–1985)**
Politiker (SPD)
- 1971–1985 Abgeordneter des Landtags Rheinland-Pfalz 488, 495, 650
- Kleinmann, Louis Théodore (1907–1979)**
Französischer Offizier und Förderer der JGU
- 1945–1946 Stadtkommandant von Mainz 49, 549, 671
- Klenk, Hans (1906–1983)**
Unternehmer (Hakle) und Stifter
- Während des Zweiten Weltkriegs Kommandant der Bretzenheimer Flakkaserne 544, 550, 574–579, 584 f.
- Kliewe, Heinrich, Prof. Dr. (1892–1969)**
Bakteriologe und Hygieniker
- 1946–1961 Professor an der JGU 373, 400
- Klingelschmitt, Franz Theodor (1883–1947)**
Kunsthistoriker und Kulturpolitiker 48, 626
- Klößner, Julia (geb. 1972)**
Politikerin (CDU) und Alumna der JGU
- Seit 2018 Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft 201, 539
- Klug, Ulrich, Prof. Dr. (1913–1993)**
Jurist und Politiker (FDP)
- 1957–1960 Professor an der JGU 619
- Kluge, Rolf-Dieter, Prof. Dr. (geb. 1937)**
Slawist
- 1969–1970 wissenschaftlicher Assistent an der JGU
- 1982–2002 Professor an der Universität Tübingen 416, 422
- Klumb, Hans, Prof. Dr. (1902–1980)**
Experimentalphysiker
- 1946–1968 Professor an der JGU 414 f., 630
- Klümper, Armin, Prof. Dr. (1935–2019)**
Sportmediziner
- 1977–1990 Professor an der Universität Freiburg i. Br. 493
- Knoche, Manfred, Prof. Dr. (geb. 1941)**
Kommunikationswissenschaftler

- 1994–2009 Professor an der Universität Salzburg 345
- Knoche-Wendel, Elfriede, Prof. Dr. (geb. 1943)**
Künstlerin
- 1987–2008 Professorin an der JGU 604
- Koch, Felix, Prof. (geb. 1969)**
Dirigent, Cellist und Musikpädagoge
- Seit 2010 Professor an der JGU
- Seit 2012 Leiter des Collegium Musicum Mainz 274
- Koebner, Thomas, Prof. Dr. (geb. 1941)**
Filmwissenschaftler
- 1989–1992 Direktor der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin
- 1993–2007 Professor an der JGU 208
- Koenig, Pierre Marie (1898–1970)**
Französischer General
- 1945–1949 Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen in Deutschland und Militärgouverneur der französischen Besatzungszone 34, 43, 46, 48, 50, 193, 232, 386, 627, 631, 639, 671
- Kohl, Helmut, Dr. (1930–2017)**
Politiker (CDU)
- 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz
- 1982–1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ... 75, 83, 88, 101, 336, 362, 447, 452
- Kohlgraf, Peter, Prof. Dr. (geb. 1967)**
Katholischer Theologe
- Seit 2013 Professor an der Katholischen Hochschule Mainz
- Seit 2017 Bischof von Mainz 191
- Kohn, Friedrich (1896–nach 1971)**
Kunsthändler aus Stuttgart 578
- Kollath, Rudolf, Prof. Dr. (1900–1978)**
Experimentalphysiker
- 1951–1953 Professor an der Universität Hamburg
- 1953–1966 Professor an der JGU 257 f., 646
- Koller, Siegfried, Prof. Dr. (1908–1998)**
Medizinstatistiker
- 1956–1976 Professor an der JGU 66, 419 f., 422 f.
- Konder, Peter Paul, Prof. Dr. (1940–2017)**
Mathematiker
- 1971–1993 Professor an der JGU 647, 657
- Konecny, Feliks, Prof. Dr. (1862–1949)**
Polnischer Geschichtsphilosoph
- 1920–1929 Professor an der Universität Vilnius 666
- König, Hans Günter, Prof. (1925–2007)**
Maler und Kunstpädagoge
- Ab 1963 Direktor des Hochschulinstituts für Kunst- und Werkerziehung
- 1973–1992 Professor an der JGU 286
- Konté, Lamine (geb. 1940)**
Senegalesischer Griot (Sänger, Dichter, Instrumentalist und Lehrer) und Komponist 682
- Konzen, Horst, Prof. Dr. (geb. 1936)**
Jurist
- 1975–1979 Professor an der FU Berlin
- 1979–2003 Professor an der JGU 223
- Kopper, Joachim, Prof. Dr. (1925–2013)**
Philosoph
- 1969–1993 Professor an der JGU
- 1987–2001 Partnerschaftsbeauftragter für die Universität Dijon an der JGU 674–678
- Korte, Karl-Rudolf, Prof. Dr. (geb. 1958)**
Politikwissenschaftler
- Seit 2002 Professor an der Universität Duisburg-Essen 421
- Koschwitz, Hansjürgen, Prof. Dr. (1933–2018)**
Kommunikationswissenschaftler
- 1974–1981 Privatdozent an der JGU 346
- Kosmatschof, Vadim (geb. 1938)**
Russischer Bildhauer 526, 528
- Köthe, Gottfried, Prof. Dr. (1905–1989)**
Schweizer Mathematiker
- 1946–1957 Professor an der JGU
- 1954–1956 Rektor der JGU 71, 329, 334
- Kowalski, Tadeusz, Prof. Dr. (1889–1948)**
Polnischer Orientalist
- 1922–1939 Professor an der Universität Krakau 668
- Krahe OSB, Maria-Judith (gest. nach 1988)**
Theologin und Benediktinerin
- Autorin bedeutender Werke zu Philosophie und Religion 605
- Kramer, Ferdinand (1898–1985)**
Architekt und Designer
- 1952–1964 Baudirektor an der Universität Frankfurt a. M. 505
- Kranz, Heinrich, Prof. Dr. (1901–1979)**
Psychiater und Neurologe
- 1951–1966 Professor an der JGU 643, 656
- Kratschmer, Guido (geb. 1953)**
Leichtathlet u. a. beim Universitäts-Sportclub Mainz
- 1976 Olympiazweiter im Zehnkampf 329
- Kraus, Emil, Dr. (1893–1972)**
Politiker (SPD)
- 1945–1949 Oberbürgermeister von Mainz 34, 48, 50, 187 f., 280, 292, 377, 460, 536 f., 541, 560–562, 565
- Kraus, Johannes, Prof. Dr. (1893–1969)**
Katholischer Theologe
- 1946–1961 Professor an der JGU
- 1956–1957 Rektor der JGU 191, 632 f.
- Krausch, Georg, Prof. Dr. (geb. 1961)**
Physiker
- 1996–1998 Professor an der Universität München
- 1998–2007 Professor an der Universität Bayreuth
- Seit 2007 Präsident der JGU ... 11, 12, 20, 176, 573, 585, 687
- Krause, Nils (geb. 1964)**
Architekt 520
- Kräuter, Richard, Prof. Dr. (1888–1951)**
Gynäkologe
- 1931–1946 Leiter der Gynäkologie am Städtischen Krankenhaus Mainz
- 1946–1951 Professor an der JGU 73, 403, 409
- Krenek, Ernst (1900–1991)**
Österreichisch-amerikanischer Komponist 273
- Kretz, Henriette (geb. 1934)**
Polnisch-israelische Lehrerin und Holocaust-Überlebende 698
- Kreutz-Gers, Waltraud, Dr. (geb. 1959)**
Wissenschaftsmanagerin
- Seit 2013 Kanzlerin der JGU 147, 542, 604
- Krichbaum, Wolfgang (1944–2002)**
- 1980–2001 Leiter des Studierendensekretariats der JGU 487 f.
- Kron, Friedrich Wilhelm, Prof. Dr. (1933–2016)**
Erziehungswissenschaftler
- 1976–2002 Professor an der JGU 650
- Kropp, Manfred, Prof. Dr. (geb. 1947)**
Semitist
- 1991–2010 Professor an der JGU 301
- Krummacker, Hans-Henrik, Prof. Dr. (geb. 1931)**
Germanist
- 1967–1999 Professor an der JGU 656
- Krumpholz, Helmut, Dr. (1922–2016)**
Jurist
- 1973–1987 Präsident des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft 436
- Küchle, Eugen (1911–1962)**
Kunstpädagoge
- 1957–1961 Direktor des Hochschulinstituts für Kunst- und Werkerziehung 285 f., 292
- Kühn, Herbert, Prof. Dr. (1895–1980)**
Vor- und frühgeschichtlicher Archäologe
- 1946–1959 Professor an der JGU 292
- Kuhn, Karl (1898–1986)**
Politiker (SPD)
- 1947–1967 Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz 395, 399 f.
- Künne, Walther, Prof. Dr. (1901–1997)**
Evangelischer Theologe und Geistlicher
- 1938–1946 Pfarrer in Starnberg und Erlangen
- 1953–1969 Professor an der Universität Erlangen 194, 197
- Kuprat, Ann-Marie (geb. 1966)**
Künstlerin und Alumna der JGU 528, 531
- Kurzke, Hermann, Prof. Dr. (1889–1971)**
Musikhistoriker
- 1959–1971 Honorarprofessor an der JGU 278
- Kutscher, Waldemar, Prof. Dr. (1898–1981)**
Biochemiker
- 1938–1970 Professor an der Universität Heidelberg 391, 399
- Laaß, Ernst, Prof. Dr. (1903–1987)**
Musiker
- 1948–1972 Honorarprofessor an der JGU
- 1949–1972 Leiter des Staatlichen Instituts für Musik (später Hochschule für Musik Mainz) und des Collegium Musicum der JGU 270 f., 273 f.
- Laffon, Émile (1907–1957)**
Französischer Rechtsanwalt, Politiker und Résistancekämpfer
- 1945 Generalverwalter für den Aufbau und die Leitung der Militärverwaltung in der Französischen Besatzungszone 34, 43, 53, 55, 374
- Lam, Andrzej, Prof. Dr. (geb. 1929)**
Polnischer Literaturhistoriker
- 1951–2001 Professor an der Universität Warschau 691
- Lamping, Dieter, Prof. Dr. (geb. 1954)**
Literaturwissenschaftler
- 1993–2019 Professor an der JGU 207
- Landwehrmann, Friedrich, Prof. Dr. (geb. 1934)**
Soziologe
- 1971–2000 Professor an der JGU 136, 345, 349
- Lang, Konrad, Prof. Dr. (1898–1985)**
Biochemiker und Mediziner
- 1946–1966 Professor an der JGU 388–400

- Lang, Kurt, Prof. Dr. (1924–2019)**
US-amerikanischer Soziologe und Kommunikationswissenschaftler
- 1984–1993 Direktor der Communication School an der University of Washington
 - 1989 Gastprofessor an der JGU 346
- Lang-Hinrichsen, Dietrich, Prof. Dr. (1902–1975)**
Jurist
- 1954–1964 Richter am Bundesgerichtshof
 - 1964–1970 Professor an der JGU 218f., 544
- Langlotz, Hermann (1895–1964)**
Politiker (SPD)
- 1948–1960 Präsident der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz 530
- Last, James (1929–2015)**
Musiker und Bandleader 653
- Laurien, Hanna-Renate, Dr. (1928–2010)**
Politikerin (CDU) und Gymnasiallehrerin
- 1948 Mitbegründerin der FU Berlin
 - 1976–1981 Ministerin für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz
 - 1991–1995 Präsidentin des Abgeordnetenhauses Berlin 140, 270, 279
- Lautenbacher, Manuel (geb. 1982)**
Osteuropahistoriker
- 2009 AStA-Vorsitzender der JGU 448f.
- Lawrence, Ernest O., Prof. Dr. (1901–1958)**
US-amerikanischer Physiker
- 1928–1958 Professor an der University of California
 - 1939 Nobelpreis für Physik 308
- Le Corbusier (eigentl. Charles-Édouard Jeanneret-Gris) (1887–1965)**
Schweizerisch-französischer Architekt, Architekturtheoretiker, Stadtplaner, Maler, Zeichner, Bildhauer und Möbeldesigner · 503–505, 517f.
- Lee, Sukil, Dr. (geb. 1929)**
Südkoreanischer Kinderarzt in Mainz und Frankfurt a. M. 648f.
- Lehmann, Karl Kardinal, Prof. Dr. (1936–2018)**
Katholischer Theologe
- 1968–1971 Professor an der JGU
 - 1983–2018 Bischof von Mainz und Honorarprofessor an der JGU ... 176, 191, 225, 537, 568
- Lehnardt, Andreas, Prof. Dr. (geb. 1965)**
Evangelischer Theologe und Judaist
- Seit 2004 Professor an der JGU 196
- Lehnartz, Emil, Prof. Dr. (1898–1979)**
Physiologe
- 1939–1966 Professor an der Universität Münster
 - 1960–1968 Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdiensts 399f.
- Lehne, Friedrich Franz, Prof. Dr. (1771–1836)**
Professor der »Schönen Wissenschaften« in Mainz, Bibliothekar, Heimatforscher und Demokrat
- 1814–1829 Leiter der Mainzer Stadtbibliothek und Stadtarchivar 31
- Leibniz, Gottfried Wilhelm (1646–1716)**
Philosoph und Universalgelehrter 630
- Leich, Gottfried**
Evangelischer Theologe und Alumnus der JGU
- Mitbegründer des Studierendenwerks Mainz 450
- Leicher, Hans, Prof. Dr. (1898–1989)**
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt
- 1953–1966 Professor an der JGU
 - 1964–1965 Rektor der JGU 77f., 84,
- Lenhart, Anne**
Lehramtskandidatin 101
- Lenhart, Ludwig, Prof. Dr. (1902–1971)**
Katholischer Theologe und Historiker
- 1946–1968 Professor an der JGU 188, 190
- Lenz, Fritz, Prof. Dr. (1887–1976)**
Anthropologe, Eugeniker und »Rassenhygieniker«
- 1933–1944 Professor an der Universität Berlin
 - 1946–1955 Professor an der Universität Göttingen 379
- Leonhards, Lothar, Dr.-Ing.**
Architekt
- 1973–1987 Leiter des Universitätsbauamts 503–505, 520
- Lerch, Eugen, Prof. Dr. (1888–1952)**
Romanist
- 1946–1952 Professor an der JGU - 53, 73, 210, 630
- Lester, Paul (1891–1948)**
Französischer Anthropologe 385
- Leydig, Peter Joseph, Prof. Dr. (1775–1828)**
Anatom und Physiologe
- 1808 Professor an der Medizinischen Spezialschule Mainz
 - 1815 Direktor der Großherzoglichen Entbindungsanstalt Mainz 32
- Liebe, Walter**
Oberarzt an der Hebammenlehranstalt Mainz 405
- Lieber, Clara (1902–1982)**
US-amerikanische Chemikerin
- 1938 beteiligt an der Entdeckung der Kernspaltung 310
- Liebrecht, Hubertus (1931–1991)**
Unternehmer
- 1977 Gründer der Boehringer Ingelheim Stiftung 265
- Ligeti, György, Prof. (1923–2006)**
Österreichisch-ungarischer Komponist
- 1973–1989 Professor an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg 270
- Link, Ludwig, Prof. Dr. (1900–1960)**
Katholischer Theologe
- 1946–1960 Professor an der JGU 188
- Linke, Eberhard, Prof. (geb. 1937)**
Bildhauer
- 1974–2002 Professor an der JGU 528, 531
- Lippold, Georg, Prof. Dr. (1885–1954)**
Klassischer Archäologe
- 1925–1953 Professor an der Universität Erlangen 588
- Löffler, Adam, Prof. (geb. 1944)**
Künstler
- 1983–2010 Professor an der JGU 531
- Lohmeyer, Ernst, Prof. Dr. (1890–1946)**
Evangelischer Theologe
- 1935–1945 Professor an der Universität Greifswald 194
- Lortz, Joseph, Prof. Dr. (1887–1975)**
Kirchenhistoriker
- 1950–1956 Professor an der JGU
 - 1950–1975 Direktor des Instituts für Europäische Geschichte 633, 635
- Löwith, Karl, Prof. Dr. (1897–1973)**
Geschichtsphilosoph
- 1952–1964 Professor an der Universität Heidelberg 559
- Lubański, Mieczysław, Prof. Dr. (1924–2015)**
Polnischer Mathematiker und Philosoph
- 1980–1987 Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Lublin 690
- Lübke, Heinrich (1894–1972)**
Politiker (Zentrum, CDU)
- 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
 - 1959–1969 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland 70f., 81, 396f.
- Lübke, Wilhelmine (1885–1981)**
Lehrerin und Ehefrau des Bundespräsidenten Heinrich Lübke
- 1962 Gründerin des Kuratoriums Deutsche Arbeitshilfe (»Wilhelmine-Lübke-Stiftung«) 71
- Lucretius Carus, Titus, deutsch: Lukrez (99/95 v. Chr.–53/55 n. Chr.)**
Römischer Dichter und Philosoph 673
- Ludwig, Peter, Dr. (1925–1996)**
Unternehmer, Kunsthistoriker, -sammler und Mäzen 539, 671
- Ludwig, Wilhelm, Prof. Dr. (1901–1959)**
Biologe, Zoologe und Genetiker
- 1946–1949 Professor an der JGU
 - 1949–1959 Professor an der Universität Heidelberg 264, 266
- Luka-Krausgrill, Ursula, Prof. Dr. (geb. 1950)**
Psychologin
- 2001–2018 Leiterin der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der JGU 615
- Luschan, Felix von, Prof. Dr. (1854–1924)**
Österreichischer Physiologe und Naturforscher
- 1900–1922 Professor an der Charité Berlin 379
- Lutze, Viktor (1890–1943)**
Politiker (NSDAP)
- 1934–1943 Stabschef der SA 665
- Madlener, Max, Prof. Dr. (1898–1989)**
Chirurg
- 1950–1964 Chefarzt des Krankenhauses Am Urban in Berlin 406
- Manns, Peter, Prof. Dr. (1923–1991)**
Katholischer Geistlicher und Kirchenhistoriker
- 1947 AStA-Vorsitzender der JGU
 - 1981–1990 Direktor der Abteilung Religionsgeschichte des Instituts für Europäische Geschichte 51, 438f., 448, 490f.
- Mansurow, Nikolai, Prof. Dr. (1921–2013)**
Russischer Soziologe an der Akademie der Wissenschaften Moskau
- 1981–1982 und 1992 Gastprofessor an der JGU 346
- Marceau, Marcel (1923–2007)**
Französischer Pantomime, Maler und Schauspieler 674
- Marchenoir, Sylvie, Dr.**
Literaturwissenschaftlerin an der Universität Dijon
- Koordinatorin des Mainz-Dijon-Programms in Dijon 677
- Marg, Walter, Prof. Dr. (1910–1983)**
Klassischer Philologe
- 1953–1975 Professor an der JGU 663, 668

- Marini, Mariano (1901–1980)**
Italienischer Bildhauer 525
- Maritain, Jacques, Prof. Dr. (1882–1973)**
Französischer Philosoph
• 1941–1960 Professor an der Princeton University
• Mitarbeit an der UN-Menschenrechtscharta 50
- Martyniuk, Waldemar, Prof. Dr. (geb. 1956)**
Polnischer Sprachwissenschaftler
• 2008–2013 Direktor des Zentrums für moderne Sprachen des Europarates Graz
• 2013–2015 Leiter des Sprachenzentrums der Universität Krakau 699
- Marx, Gertie, Prof. Dr. (1912–2004)**
Anästhesiologin, »Mutter der Geburtsanästhesiologie«
• 1955–1995 Professorin am Albert Einstein College of Medicine New York City 605
- Maskala, Maria (1950–2015)**
Herausgeberin eines Polnisch-Sprachkurses 697
- Massow, Wilhelm von, Prof. Dr. (1891–1949)**
Klassischer Archäologe
• 1927–1932 Kustos an den Berliner Museen 587, 595
- Mathy, Helmut, Prof. Dr. (1934–2008)**
Ministerialbeamter und Universitätshistoriker
• 1977–2008 Honorarprofessor an der JGU ... 71, 375
- Mattauch, Josef, Prof. Dr. (1895–1976)**
Österreichischer Physiker
• 1947–1965 Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie Mainz
• 1952–1965 Honorarprofessor an der JGU 71, 310–313, 317
- Mattern, Rainer, Prof. Dr. (geb. 1945)**
Rechtsmediziner
• 1986–1991 Professor an der JGU
• 1991–2010 Professor an der Universität Heidelberg 493
- Matthiä, Friedrich Christian (1763–1822)**
Pädagoge und Altphilologe
• 1800–1804 Mitglied des Munizipalrats (Stadtrat) Mainz
• 1812–1822 Rektor des Städtischen Gymnasiums Frankfurt a. M. 29
- Matuschek, Herbert, Dr. (geb. 1941)**
Slavist
• 1981–2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der JGU 694
- Matuschka-Greifenclo, Klara Gräfin von (1870–1959)**
Schlossherrin auf Schloss Vollrads im Rheingau
• 1950 erste Ehrensensatorin der JGU 605
- Maurer, Marcus, Prof. Dr. (geb. 1970)**
Kommunikationswissenschaftler
• Seit 2014 Professor an der JGU 347
- May, Karl (1842–1912)**
Schriftsteller von Abenteuerromanen 661
- Mayer, Günter (1936–2004)**
Evangelischer Theologe
• 1971–2001 Professor an der JGU 196
- McCloy, John Jay (1895–1989)**
US-amerikanischer Jurist, Politiker und Bankier
• 1949–1952 Amerikanischer Hochkommissar 72, 631 f., 639
- Meinecke, Friedrich, Prof. Dr. (1862–1954)**
Historiker
• 1914–1932 Professor an der Universität Berlin .. 634
- Meitner, Lise, Prof. Dr. (1878–1968)**
Österreichische Physikerin
• 1938 Mitentdeckerin der Kernspaltung 308–310, 316 f.
- Menn, Walter, Dr. (1890–1967)**
Bibliothekar
• 1946–1955 Direktor der Universitätsbibliothek Mainz 460–463, 465, 563
- Mennemeier, Franz Norbert, Prof. Dr. (geb. 1924)**
Literaturwissenschaftler
• 1973–1979 Professor an der FU Berlin
• 1979–1992 Professor an der JGU 207
- Mergell, Bodo, Prof. Dr. (1912–1954)**
Germanist
• 1946–1954 Professor an der JGU 73
- Mergen, Armand, Prof. Dr. (1919–1999)**
Luxemburgischer Rechtswissenschaftler, Kriminologe und Publizist
• 1948–1984 Professor an der JGU 635
- Mertens, Klaus (geb. 1949)**
Sänger 275
- Merton, Robert King, Prof. Dr. (1910–2003)**
US-amerikanischer Soziologe
• 1941–1984 Professor an der Columbia University 125
- Mertz**
Französischer Oberleutnant
• 1946 Mitarbeiter der französischen Militärregierung 292
- Metternich, Klemens Wenzel Lothar von (1783–1859)**
Österreichischer Diplomat und Staatsmann
• 1790–1794 Student an der Alten Universität Mainz
• 1809–1848 Außenminister und Leitender Minister in Österreich 31, 38
- Meyer, Günter, Prof. Dr. (geb. 1946)**
Geograf
• Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der JGU
• Seit 1993 Professor an der JGU 569
- Mezger, Manfred, Prof. Dr. (1911–1996)**
Evangelischer Theologe
• 1958–1976 Professor an der JGU
• 1968–1969 Rektor der JGU 80, 83, 85, 87, 436, 486 f., 495, 578
- Michaelis, Jörg, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Epidemiologe und Informatiker
• 1977–2009 Professor an der JGU
• 2001–2007 Präsident der JGU .. 271, 544, 581, 676
- Michaelis, Sigrid**
Ehefrau von Jörg Michaelis
• 1989–2014 Vorstandsmitglied des Vereins Theaterfreunde Mainz e. V. 544
- Mickler-Becker, Ingrid (geb. 1942)**
Leichtathletin u. a. beim Universitäts-Sportclub Mainz
• 1968 und 1972 Olympiasiegerin 329
- Mies van der Rohe, Ludwig (1986–1969)**
Deutsch-US-amerikanischer Architekt und Designer
• Ab 1930 Leiter des Bauhauses Dessau ... 502 f., 505, 511 f., 514, 516 f.
- Millot, Jacques, Dr. (1897–1980)**
Französischer Anthropologe
• 1961–1967 Direktor des Musée de l'Homme Paris 385
- Milner, Max, Prof. Dr. (1923–2008)**
Französischer Romanist und Literaturwissenschaftler
• 1970–1996 Präsident der Société des études romantiques et dix-neuviémistes 674
- Minder, Robert, Prof. Dr. (1902–1980)**
Französischer Germanist
• 1957–1974 Professor am Collège de France Paris 50
- Miskiewicz, Brunon**
ehemaliger Mitarbeiter am Anthropologischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Breslau 413
- Mislin, Hans, Prof. Dr. (1907–1993)**
Zoologe
• 1950–1972 Professor an der JGU 602, 635
- Mitscherlich, Alexander, Prof. Dr. (1908–1982)**
Arzt, Psychoanalytiker und Schriftsteller
• 1973–1976 Professor an der Universität Frankfurt a. M. 87, 506, 520
- Möbus, Gerhard, Prof. Dr. (1912–1965)**
Politikwissenschaftler und Psychologe
• 1960–1965 Professor an der JGU 415
- Mohr, Elisabeth**
• 1994–2001 Kommissarische Leiterin der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der JGU 615
- Mohr, Konrad, Prof. Dr. (1921–2010)**
Pädagoge und Politiker (CDU)
• 1979–1986 Staatssekretär im Kultusministerium von Rheinland-Pfalz 583, 657
- Molitor, Erich, Prof. Dr. (1886–1963)**
Jurist und Rechtshistoriker
• 1946–1954 Professor an der JGU 642 f., 656
- Möller, Jürgen (1945–2003)**
Politiker (FDP)
• 1987–1991 Bundesminister für Bildung
• 1991–1993 Bundesminister für Wirtschaft 133, 141
- Mols, Manfred, Prof. Dr. (1935–2016)**
Politikwissenschaftler
• 1973–2001 Professor an der JGU 216
- Molz, Ludwig, Dr. (1905–1966)**
Jurist
• 1949–1966 Präsident des Landgerichts Frankenthal 59 f., 72
- Montessori, Maria, Dr. (1870–1952)**
Italienische Ärztin und Reformpädagogin 458
- Mrugowsky, Joachim, Dr. (1905–1948)**
SS-Oberführer und Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS 389, 399
- Mühlmann, Wilhelm Emil, Prof. Dr. (1904–1988)**
Völkerkundler
• 1950–1960 Professor an der JGU 61 f., 73, 215
- Mülbert, Peter O., Prof. Dr. (geb. 1957)**
Jurist
• Seit 1999 Professor an der JGU 224
- Müller, Barbara (1914–1996)**
Sportlehrerin und Dozentin
• Mitbegründerin des Hochschulsports in Mainz
• 1946–1974 Sportlehrerin und -dozentin an der JGU
• 1959 Mitgründerin des Universitäts-Sportclubs

- Mainz 203, 319, 321, 323, 325, 328, 330f., 334, 603
- Müller, Ernst Wilhelm, Prof. Dr. (1925–2003)**
Ethnologe
• 1969–1986 Professor an der JGU 682, 689
- Müller, Henning, Prof. Dr. (1922–1967)**
Theoretischer Physiker
• 1956–1967 Professor an der JGU 556, 558
- Müller, Rolf-Hans (1928–1990)**
Musiker und Orchesterleiter
• 1958–1979 Leiter des SWF-Tanzorchesters 653
- Müller-Stach, Stefan, Prof. Dr. (geb. 1962)**
Mathematiker
• Seit 2003 Professor an der JGU
• Seit 2017 Vizepräsident für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der JGU 687
- Münch, Fritz, Prof. Dr. (1906–1995)**
Schweizerisch-deutscher Jurist, Politiker (CDU, NPD) und Vertriebenenfunktionär
• 1955–1974 Professor an der Universität Bonn ... 101
- Münch, Richard, Prof. Dr. (geb. 1945)**
Soziologe
• 1995–2013 Professor an der Universität Bamberg 111, 127
- Münstermann, Hans, Prof. Dr. (1899–1986)**
Wirtschaftswissenschaftler
• 1946–1960 Professor an der JGU
• 1960–1968 Professor an der Universität Köln ... 450
- Munzert, Eberhard, Dr. (1932–2000)**
Jurist, Verwaltungsbeamter und Politiker (SPD)
• 1985–1988 Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes
• 1987–1995 Präsident des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen 493
- Muralt, Leonhard von, Prof. Dr. (1900–1970)**
Schweizer Historiker und Täuferforscher
• 1940–1970 Professor an der Universität Zürich 634
- Musel, Christian (1880–1963)**
Architekt
• Lehrer der Kunstgewerbeschule Mainz 292
- Näf, Werner, Prof. Dr. (1894–1959)**
Schweizer Historiker
• 1925–1959 Professor an der Universität Bern ... 634
- Nägeli, Walter**
Unternehmer
• Gründungsmitglied der Freunde der Universität Mainz e.V. 561
- Nagels, Arne, Prof. Dr.**
Linguist
• Seit 2017 Professor an der JGU 206
- Napp-Zinn, Anton Felix, Prof. Dr. (1899–1965)**
Wirtschaftswissenschaftler
• 1946–1956 Professor an der JGU 218, 626
- Naujoks, Rudolf, Prof. Dr. (1919–2004)**
Zahnmediziner
• 1963–1987 Professor an der Universität Würzburg 579
- Neeb, Johannes, Prof. Dr. (1767–1843)**
Philosoph und Politiker des Großherzogtums Hessen
• 1797–1803 Professor an der Zentralschule Mainz 28, 30f.
- Neubert, Rudolf, Prof. Dr. (1898–1992)**
Hygieniker
• 1952–1963 Professor an der Universität Jena ... 400
- Neumann, Erich Peter (1912–1973)**
Journalist und Politiker (CDU)
• Mitbegründer des Instituts für Demoskopie Allensbach, Ehemann von Elisabeth Noelle-Neumann 336
- Neuse, Werner, Prof. Dr. (1899–1986)**
Germanist
• 1940–1967 Professor am Middlebury College Vermont 644f.
- Neuss, Helmut (geb. 1930)**
Student der JGU (Jura)
• 1952 erster Präsident des Studierendenparlaments der JGU 69
- Nganang, Patrice, Prof. Dr. (geb. 1970)**
Kamerunischer Schriftsteller und Literaturwissenschaftler
• Seit 2007 Professor an der Stony Brook University 682
- Niemöller, Martin (1892–1984)**
Evangelischer Theologe und führendes Mitglied der Bekennenden Kirche
• 1947–1964 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 193–195, 197
- Niese, Werner, Prof. Dr. (1905–1963)**
Jurist
• 1951–1963 Professor an der JGU 619
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Prof. Dr. (1916–2010)**
Kommunikationswissenschaftlerin, Pionierin der Demoskopie, Mitbegründerin des Instituts für Demoskopie Allensbach
• 1964–1983 Professorin an der JGU 202, 219, 336–349, 429, 476
- Nonnenmacher, Gustav (1914–2012)**
Bildhauer 526, 528
- Nossol, Alfons, Prof. Dr. (geb. 1932)**
Katholischer Theologe
• 1961–1977 Lehrer am Priesterseminar Nysa
• 1977–2009 Bischof von Oppeln 191
- Ohnesorg, Benno (1940–1967)**
Lehramtsstudent, Symbolfigur der deutschen Studentenbewegung,
• wurde am 2.6.1967 während der Demonstration gegen den Staatsbesuch von Schah Mohammad Reza Pahlavi erschossen 81, 102
- Oppel, Horst, Prof. Dr. (1913–1982)**
Anglist
• 1946–1957 Professor an der JGU
• 1956–1978 Professor an der Universität Marburg 205, 376
- Oppenheim, Michel (1885–1963)**
Beamter und Förderer der JGU
• 1945–1951 Kulturdezernent der Stadt Mainz 71, 187, 292, 460, 536, 560–562
- Oppenheim, Simona**
Redakteurin der Zeitschrift nobis 603
- Orff, Carl (1895–1982)**
Musikpädagoge und Komponist 270
- Orsós, Franz, Prof. Dr. (1879–1962)**
Ungarischer Rechtsmediziner und Anatom; Gutachter zum Massaker von Katyn
• 1946–1962 Professor an der JGU 282–284, 286, 292, 365
- Orth, Eduard, Dr. (1902–1968)**
Volkswirt, Unternehmer und Politiker (CDU)
• 1956–1967 Minister für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz ... 71, 75, 258, 285, 292, 336, 348, 645, 689
- Oswald, Karlheinz (geb. 1958)**
Bildhauer und Alumnus der JGU 526, 528, 539
- Otto, Frei, Prof. Dr. (1925–2015)**
Architekt und Architekturtheoretiker
• 1976–1990 Professor an der Universität Stuttgart 507
- Pahlavi, Mohammad Reza (1919–1980)**
• 1941–1979 letzter Schah des Iran 474
- Pakenham, Lord Francis (1905–2001)**
Britischer Politiker
• 1947–1968 Leiter der Auslandsabteilung im britischen Außenministerium, Staatssekretär für Verkehr und Minister für Zivilluftfahrt 630
- Paneth, Friedrich (Fritz), Prof. Dr. (1887–1958)**
Chemiker
• 1953–1957 Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz
• 1955–1958 Honorarprofessor an der JGU 523
- Pange, Jean de, Dr. (1881–1957)**
Französischer Historiker
• 1954–1955 Präsident der Société de l'histoire de France 50
- Pannenberg, Wolfhart, Prof. Dr. (1928–2014)**
Evangelischer Theologe
• 1961–1967 Professor an der JGU
• 1967–1994 Professor an der Universität München 196
- Partsch, Karl Josef, Prof. Dr. (1914–1996)**
Jurist
• 1960–1966 Professor an der JGU 337, 443
- Patterson, Thomas E., Prof. Dr. (geb. 1942)**
US-amerikanischer Politikwissenschaftler
• 1983 Lehrstuhlvertreter an der JGU 346
- Peffekoven, Rolf, Prof. Dr. (1938–2019)**
Finanzwissenschaftler
• 1983–2007 Professor an der JGU 220
- Peiper, Herbert, Prof. Dr. (1890–1952)**
Chirurg
• 1946–1952 Professor an der JGU 73
- Peiser, Wolfram, Prof. Dr. (geb. 1962)**
Kommunikationswissenschaftler
• Seit 2006 Professor an der Universität München 347
- Penderecki, Krzysztof, Prof. (1933–2020)**
Polnischer Komponist
• 1958–1987 Professor an der Musikakademie Krakau 270
- Pérard, Jocelyne, Prof. Dr.**
Geografin
• 1993–1998 Präsidentin der Universität Dijon 605
- Pestalozzi, Johann Heinrich (1746–1827)**
Schweizer Pädagoge, Philosoph und Politiker - 627
- Petermann, Barbara (geb. 1957)**
Schriftstellerin und Tochter von Reinhold Petermann 525
- Petermann, Reinhold (1925–2016)**
Bildhauer, Maler und Dichter
• 1973–1993 Dozent an der JGU 524–529, 548
- Petersen, Birger, Prof. Dr. (geb. 1972)**
Musikwissenschaftler
• 2008–2011 Professor an der Universität Rostock
• Seit 2011 Professor an der JGU 678

- Petrilowitsch, Nikolaus, Prof. Dr. (1924–1970)**
Psychiater
• 1964–1970 Professor an der JGU 473 f.
- Petry, Ludwig, Prof. Dr. (1908–1991)**
Historiker
• 1950–1973 Professor an der JGU 329, 334
- Piano, Renzo (geb. 1937)**
Italienischer Architekt 508
- Pichlmaier, Werner (geb. 1912)**
Verwaltungsmitarbeiter der JGU
• 1946–1975 Leiter des Rektorats 436
- Pikler, Emilie (Emmi), Dr. (1902–1984)**
Ungarische Kinderärztin und Pädagogin 458
- Platen, Hilmar von, Prof. Dr. (geb. 1930)**
Mineraloge
• 1967–1996 Professor an der JGU 591 f.
- Pompidou, Georges, Dr. (1911–1974)**
Französischer Politiker
• 1962–1968 französischer Premierminister
• 1969–1974 französischer Präsident 386
- Pörksen, Carsten (geb. 1944)**
Politiker (SPD)
• 1991–2016 Mitglied des Landtags
Rheinland-Pfalz 479
- Porra, Véronique, Prof. Dr. (geb. 1966)**
Romanistin
• Seit 2002 Professorin an der JGU 682, 684, 687
- Porzig, Walter, Prof. Dr. (1895–1961)**
Sprachwissenschaftler, Indogermanist
• 1951–1960 Professor an der JGU 663, 668
- Post, Senja, Prof. Dr. (geb. 1980)**
*Kommunikationswissenschaftlerin,
Alumna der JGU*
• Seit 2018 Professorin an der Universität
Göttingen 347
- Prager, Max (1899–1950)**
Verwaltungsangestellter an der JGU
• 1946–1950 Hochschulkassierer der JGU in
Germersheim 471
- Previn, Soon-Yi (geb. 1970)**
*Adoptivtochter von Mia Farrow und André Previn,
Ehefrau von Woody Allen* 496
- Preyss, Adolf, Dr. (gest. vor 1951)**
*Münchener Frauenarzt und Sammler
antiker Vasen* 587, 595
- Preyss, Emma (geb. 1875)**
Ehefrau von Adolf Preyss 587–589, 595
- Probst, Hermann (1904–1970)**
Journalist
• 1960–1970 Chefredakteur der Süddeutschen
Zeitung 346
- Prüll, Livia, PD Dr. (geb. 1961)**
Ärztin und Medizinhistorikerin
• 2011–2017 Institut für Geschichte, Theorie und
Ethik der Medizin an der JGU
• Seit 2018 Institut für Funktionelle und Klinische
Anatomie an der JGU 18
- Przyborowska-Stolz, Agata**
*Lektorin für Polnisch an der Universität
Bochum* 698
- Puppel, Ernst, Prof. Dr. (1876–1949)**
Mediziner
• 1928–1938 Leiter der Hebammenlehranstalt in
Mainz 403, 406
- Pütz, Hans (1935–2014)**
• 1974–1975 Vorsitzender der Freunde der
Universität Mainz e. V. 537
- Quandt, Herbert (1910–1982)**
Unternehmer (BMW) 71
- Quervain, Alfred de, Prof. Dr. (1896–1968)**
Schweizer reformierter Theologe
• 1947 Gastprofessor an der JGU 195, 635
- Quincke, Friedrich, Prof. Dr. (1865–1934)**
Chemiker
• 1921–1933 Professor an der TH Hannover 307
- Rabeneick, Eckhard**
• 1978 Senatsbeauftragter für Wohnheimfragen an
der JGU 454
- Radermacher, Peter**
• 2011–2018 Vorsitzender der Freunde der
Universität Mainz e. V. 537
- Radhakrishnan, Sarvepalli, Prof. Dr. (1888–1975)**
Indischer Politiker und Religionsphilosoph
• 1962–1967 Präsident der Republik Indien 70
- Radler, Ferdinand, Prof. Dr. (1929–2019)**
Mikrobiologe
• 1966–1994 Professor an der JGU 264
- Rafat, Ahmad**
*Iranischer Student an der Hochschule für
Erziehungswissenschaft Worms* 102
- Ranke, Otto Friedrich, Prof. Dr. (1899–1959)**
Physiologe
• 1937–1945 Leiter des Instituts für Allgemeine
und Wehrphysiologie der Militärärztlichen
Akademie Berlin
• 1947–1959 Professor an der Universität
Erlangen 34
- Rapp, Eugen, Prof. Dr. (1904–1977)**
Orientalist
• 1949–1954 Professor an der JGU 194–196, 661
- Reatz, August, Prof. Dr. (1889–1967)**
Katholischer Theologe und Philosoph
• 1946–1957 Professor an der JGU
• 1947–1949 Rektor der JGU 34, 48–51,
187 f., 190 f., 268, 355, 399, 436, 439, 553 f., 561,
626, 639
- Reda, Julia (geb. 1986)**
Politikerin (parteilos) und Alumna der JGU
• 2009–2019 Mitglied der Piratenpartei Deutschland
• 2014–2019 Mitglied des Europäischen
Parlaments 437
- Reich, Christa, Prof. Dr. (geb. 1937)**
Evangelische Theologin und Kirchenmusikerin
• 1986–2017 Leiterin der Hessischen Kantorei
• Seit 1997 Honorarprofessorin an der JGU 605
- Reichardt, Rolf, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Bibliothekar und Historiker
• 1971–2006 Fachreferent in der Universitäts-
bibliothek Mainz, ab 1991 zuständig für den
Schwerpunkt Frankreichforschung
• Seit 1999 Honorarprofessor an der Universität
Gießen 683 f.
- Reinboth, Rudolf, Prof. Dr. (geb. 1929)**
Zoologe
• 1967–1993 Professor an der JGU 657
- Reinemann, Carsten, Prof. Dr. (geb. 1971)**
*Kommunikationswissenschaftler und Alumna
der JGU*
• Seit 2007 Professor an der Universität
München 347
- Reinhold, Johannes (geb. 1925)**
*Alumnus der JGU und Mitbegründer des
Studierendenwerks Mainz* 450
- Reisinger, Michael, Dr. (1855–1939)**
Arzt
• 1891–1926 Leiter des Rochusspitals Mainz 228,
230
- Reiter, Johannes, Prof. Dr. (geb. 1944)**
Katholischer Theologe
• 1984–2009 Professor an der JGU 190
- Reiter, Josef, Prof. Dr. (geb. 1937)**
Philosoph
• 1985–2001 Professor an der JGU
• 1991–2001 Präsident der JGU 134, 144
- Renner, Rudolf (geb. 1946)**
Politiker (FDP) 102
- Rentzsch, Julian, Prof. Dr. (geb. 1975)**
Turkologe
• Seit 2017 Professor an der JGU 209
- Reumann, Kurt, Dr. (geb. 1934)**
Journalist
• 1967–1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter
an der JGU
• Mitglied der Redaktion der Frankfurter
Allgemeinen Zeitung 340
- Reusch, Erich, Prof. (1925–2019)**
Bildhauer und Architekt
• 1975–1990 Professor an der Kunstakademie
Düsseldorf 526 f., 529
- Reutti, Edith (geb. 1908)**
Ehefrau von Karl Reutti 366, 376
- Reutti, Karl, Prof. Dr. (1894–1946)**
Soziologe
• 1946 Professor an der JGU 218, 366, 376
- Rezai, Hossein (geb. 1939)**
*Iranischer Student (Naturwissenschaften)
der JGU* 102
- Rhode, Gotthold (1916–1990)**
Osteuropahistoriker
• 1957–1985 Professor an der JGU ... 345, 417, 420 f.,
690
- Richter-Rethwisch, Konrad (1908–1995)**
Maler und Grafiker 282
- Ricker, Reinhart, Prof. Dr. (geb. 1944)**
Jurist
• 1980–2009 Professor an der JGU 346
- Riesenhuber, Heinz, Prof. Dr. (geb. 1935)**
Chemiker und Politiker (CDU)
• 1982–1993 Bundesminister für Forschung und
Technologie
• Honorarprofessor an der Universität
Frankfurt a. M. 583
- Ringger, Kurt, Prof. Dr. (1934–1988)**
Schweizer Romanist
• 1976–1988 Professor an der JGU 674–676
- Ringle, Lothar, Dr. (geb. 1916)**
Volkswirt
• 1950–1979 Geschäftsführer des Mainzer
Studentenwerks 450 f.
- Rintelen, Fritz-Joachim von, Prof. Dr. (1898–1979)**
Philosoph
• 1946–1968 Professor an der JGU 209, 632 f.

- Risse, Heinz (geb. 1924)**
Student der JGU (katholische Theologie) und Mitbegründer des Mainzer Studierendenwerks 450
- Robison, Olin C., Prof. Dr. (1936–2018)**
Hochschullehrer
 • 1975–1990 Präsident des Middlebury College Vermont 645
- Roche, Geneviève, Dr.**
Bibliothekar
 • 1992–2020 Fachreferentin an der UB Mainz ... 684, 688
- Rochelmeyer, Hans, Prof. Dr. (1907–1985)**
Pharmakologe
 • 1946–1976 Professor an der JGU 264
- Roeder, Emy (1890–1971)**
Bildhauerin und Zeichnerin .. 281, 284, 523 f., 529, 605
- Roepke, Heinz, Dr. (geb. 1907)**
Assistenzarzt am Städtischen Krankenhaus Mainz 230, 404
- Rogers, Sir Richard (geb. 1937)**
Italienisch-britischer Architekt 508
- Röhl, Wolfgang (geb. 1947)**
Journalist und Krimiautor
 • 1980–2010 Redakteur des Stern 487
- Röhm, Ernst (1887–1934)**
Offizier und Politiker (NSDAP)
 • 1930–1934 Gründer und Stabschef der SA 665
- Rohrbach, Hans, Prof. Dr. (1903–1993)**
Mathematiker
 • 1946–1969 Professor an der JGU
 • 1966–1967 Rektor der JGU 251, 254, 436, 614 f.
- Röhrich, Lutz, Prof. Dr. (1922–2006)**
Germanist und Volkskundler
 • 1959–1967 Professor an der JGU
 • 1967–1990 Professor an der Universität Freiburg i. Br. 663
- Roland, Eugen (1889–1947)**
Evangelischer Theologe
 • 1945–1946 Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche der Pfalz 193
- Rommel, Erwin (1891–1944)**
Generalfeldmarschall 322
- Rosenbaum, Elisabeth, Prof. Dr. (1911–1992)**
Kunsthistorikerin
 • 1946–1951 Assistentin an der JGU
 • 1973–1984 Professorin an der University of Toronto 602
- Rosenbaum, Ernst**
 • 1973 Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. 396
- Rössler, Patrick, Prof. Dr. (geb. 1964)**
Kommunikationswissenschaftler und Alumnus der JGU
 • Seit 2000 Professor an der Universität Erfurt 347
- Rotermund, Erwin, Prof. Dr. (1932–2018)**
Literaturwissenschaftler
 • 1961–1973 Professor an den Universitäten Gießen und Würzburg
 • 1973–1998 Professor an der JGU 567
- Roth, Hermann (1909–1987)**
Sportlehrer
 • 1950–1970 Dozent an der JGU ... 323 f., 328 f., 331, 637
- Rothausen, Karlheinz, Prof. Dr. (1928–2020)**
Paläontologe
 • 1969–1992 Professor an der JGU
 • 1977–1980 Vizepräsident der JGU 592
- Rothlauf, Franz, Prof. Dr. (geb. 1971)**
Wirtschaftsinformatiker
 • Seit 2006 Professor an der JGU
 • Seit 2016 Chief Information Officer der JGU 225
- Rothman, Stanley, Prof. Dr. (1927–2011)**
US-amerikanischer Politikwissenschaftler
 • 1956–1994 Professor am Smith College Northampton 348
- Rovan, Joseph, Prof. Dr. (1918–2004)**
Französischer Journalist, Historiker und Politikberater
 • 1945–1968 Politikberater der französischen Regierung in Deutschlandfragen
 • 1968–1986 Professor an der Sorbonne Paris 585
- Różewicz, Tadeusz (1921–2014)**
Polnischer Schriftsteller 698
- Rüdiger, Horst, Prof. Dr. (1908–1984)**
Literaturwissenschaftler
 • 1957–1962 Professor an der JGU
 • 1962–1973 Professor an der Universität Bonn ... 251
- Rudler, Francois Joseph (1757–1837)**
Französischer Richter und Verwaltungsbeamter
 • 1797–1799 französischer Generalregierungskommissar für die Länder zwischen Rhein, Maas und Mosel 27 f.
- Rumpf, Barbara (geb. 1960)**
Bildhauerin und Alumna der JGU 528, 531, 533
- Rumpf, Gernot, Prof. (geb. 1941)**
Bildhauer
 • 1979–2001 Professor an der Universität Kaiserslautern 528, 533
- Rupp, Hans Heinrich, Prof. Dr. (1926–2020)**
Jurist
 • 1968–1992 Professor an der JGU 158
- Rupp, Max (1908–2002)**
Maler und Kunstpädagogie
 • 1956–1960 Direktor der Landeskunstschule Mainz 285, 292
- Ruppel, Aloys, Prof. Dr. (1882–1977)**
Bibliothekar, Archivar und Historiker
 • 1920–1962 Direktor des Gutenbergmuseums Mainz
 • 1947–1967 Inhaber des Gutenberg-Lehrstuhls der JGU 34 f., 207, 302, 374, 460 f., 469, 562 f., 568, 571, 656
- Rust, Bernhard (1883–1945)**
Politiker (NSDAP)
 • 1933–1934 preußischer Kultusminister
 • 1934–1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 662, 665
- Rutherford, Ernest, Prof. Dr. (1871–1937)**
Neuseeländisch-britischer Physiker
 • 1919–1937 Professor an der University of Cambridge
 • 1908 Nobelpreis für Chemie 308
- Saame, Otto, Prof. Dr. (1928–1994)**
Philologe
 • 1969–1993 Leiter des Studium generale der JGU 128, 557–559
- Sagave, Pierre-Paul, Prof. Dr. (1913–2006)**
Deutsch-französischer Germanist und Résistancekämpfer
 • 1964–1981 Professor an der Universität Paris X 630
- Saint-Hardouin, Jacques Tarbé de (1899–1956)**
Französischer Diplomat
 • 1952–1955 französischer Botschafter in der Türkei 197
- Salis, Jean R. von, Prof. (1901–1996)**
Schweizer Historiker, Schriftsteller und Publizist
 • 1935–1968 Professor an der ETH Zürich 634
- Salm, Albert (1916–2000)**
Verwaltungsbeamter
 • 1950–1968 Regierungsrat im Kultusministerium Rheinland-Pfalz
 • 1968–1981 Kanzler der JGU 60, 73, 142, 459, 521, 542
- Salomon, Hermann, Prof. Dr. (1938–2020)**
Leichtathlet und Sportwissenschaftler
 • 1960–1968 Teilnahme an den Olympischen Spielen
 • 1978–2003 Professor an der JGU 329
- San Nicolò, Mariano, Prof. Dr. (1887–1955)**
Deutsch-italienischer Rechtshistoriker
 • 1935–1945 und 1948–1955 Professor an der Universität München 631
- Sante, Georg Wilhelm, Prof. Dr. (1896–1984)**
Landeskundler und Archivar
 • 1952–1984 Professor an der JGU
 • Leiter des Universitätsarchivs der JGU 71
- Sauter, Hermann, Dr. (1907–1985)**
Bibliothekar
 • 1962–1972 Direktor der Universitätsbibliothek Mainz 462 f.
- Schäfer, Imo (1905–2001)**
Evangelischer Theologe und Kirchenmusiker ... 195
- Sharping, Rudolf (geb. 1947)**
Politiker (SPD) und Sportfunktionär
 • 1991–1994 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz
 • 1998–2002 Bundesminister der Verteidigung .. 115, 270, 276, 293
- Schätzel, Walter, Prof. Dr. (1890–1961)**
Jurist
 • 1946–1951 Professor an der JGU 366, 376
- Scheel, Helmuth, Prof. Dr. (1895–1967)**
Turkologe und Orientalist
 • 1946–1963 Professor an der JGU
 • 1949–1963 Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz 242 f., 251, 634, 637, 661–664, 667 f., 689
- Scheel, Walter (1919–2016)**
Politiker (FDP)
 • 1974–1979 Bundespräsident 566 f., 647, 674
- Schega, Hans-Wolfgang, Prof. Dr. (1915–2005)**
Chirurg
 • 1959–1973 Professor an der JGU 374, 377
- Scheibe, Hubertus, Dr. (1914–1994)**
 • 1955–1979 Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdiensts 657
- Schempp, Paul, Prof. (1900–1959)**
Evangelischer Theologe und Geistlicher
 • 1958–1959 Professor an der Universität Bonn .. 194
- Schenke, Ludger, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Katholischer Theologe
 • 1972–2004 Professor an der JGU
 • 1980–1985 Vizepräsident für Studium und Lehre der JGU 140, 191

- Schenker, Heinrich (1868–1935)**
Österreichischer Musiktheoretiker und Komponist 276
- Scheufele, Bertram, Dr. (geb. 1969)**
Kommunikationswissenschaftler
• Seit 2003 wissenschaftlicher Assistent an der Freien Journalistenschule Berlin 347
- Scheufele, Dietram, Prof. Dr.**
Kommunikationswissenschaftler und Alumnus der JGU
• Seit 2000 Professor an der University of Wisconsin 347
- Schick, Erich, Dr. (1897–1966)**
Evangelischer Theologe und Geistlicher
• 1928–1959 Pfarrer in Bickelsberg und Dienst in der Basler Mission
• 1959–1965 Dozent am Theologischen Seminar St. Chrischona 194, 197
- Schild, Ulla, Dr. (1938–1998)**
Literaturwissenschaftlerin
• 1975–1998 erste Kustodin der Jahn-Bibliothek der JGU 682
- Schild, Erling Ozer (1930–2006)**
• 1990–1993 Präsident der Universität Haifa 651
- Schlau, Wilfried, Prof. Dr. (1917–2010)**
Soziologe
• 1979–1985 Professor an der JGU
• Initiator des Mainzer Modells (später Mainzer Polonicum) 692–696, 699
- Schlechta, Karl, Prof. Dr. (1904–1985)**
Philosoph
• 1946–1952 Professor an der JGU 209, 630, 635
- Schlesewsky, Matthias, Prof. Dr.**
Linguist
• 2007–2015 Professor an der JGU 206
- Schlesinger, Eilhard, Prof. Dr. (1909–1968)**
Klassischer Philologe, deutsch-jüdischer Exilant
• 1938–1966 Professor an verschiedenen Universitäten Argentiniens
• 1966–1968 Honorarprofessor an der JGU 376
- Schleyer, Hanns Martin (1915–1977)**
Manager und Wirtschaftsfunktionär, Opfer der RAF
• 1973–1977 Deutscher Arbeitgeberpräsident 478
- Schmid, Josef, Prof. Dr. (1898–1978)**
Geograf
• 1946–1966 Professor an der JGU
• 1946–1947 Gründungsrektor der JGU ... 34, 43, 46, 48–52, 55, 57, 60, 191, 252, 263 f., 311, 317, 319, 355, 364, 366 f., 369, 373, 391, 399, 460, 536, 563, 627, 664
- Schmidt, Helmut (1918–2015)**
Politiker (SPD)
• 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 566 f., 674
- Schmidt, Kurt, Prof. Dr. (1924–2008)**
Finanzwissenschaftler
• 1968–1988 Professor an der JGU 105, 220
- Schmidt, Martin, Prof. Dr. (1909–1982)**
Evangelischer Theologe
• 1959–1967 Professor an der JGU
• 1962–1963 Rektor der JGU 74, 78, 196, 400
- Schmidt-Kaler, Theodor, Prof. Dr. (1930–2017)**
Astronom
• 1966–1995 Professor an der Universität Bochum 490
- Schmidt-Kittler, Norbert, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Paläontologe
• 1980–2005 Professor an der JGU 592
- Schmitt, Karl, Prof. Dr. Dr. (1903–1964)**
Theologe
• 1946–1959 Professor an der JGU 189, 197, 355
- Schmittlein, Raymond (1904–1974)**
Französischer General
• 1945–1951 Leiter der Direction de l'Éducation Publique
• Mitbegründer der JGU 33–35, 43, 45–57, 59, 187 f., 213, 238–241, 248, 355, 359, 372, 374 f., 377, 438, 545, 550, 552–554, 559, 588, 626 f., 629–631, 633, 659, 670–672, 688
- Schmitz, Arnold, Prof. Dr. (1893–1980)**
Musikwissenschaftler
• 1946–1961 Professor an der JGU
• 1953–1954 und 1960–1961 Rektor der JGU 78, 215, 268–271, 273, 371, 377, 400, 414, 422, 589
- Schmitz, Josef, Prof. Dr. (1925–2013)**
Katholischer Theologe
• 1965–1993 Professor an der JGU 197, 301
- Schnabel, Isabel, Prof. Dr. (geb. 1971)**
Wirtschaftswissenschaftlerin
• 2007–2015 Professorin an der JGU
• Seit 2015 Professorin an der Universität Bonn ... 220
- Schneider, Carl, Prof. Dr. (1900–1977)**
Evangelischer Theologe
• 1935–1945 Professor an der Universität Königsberg
• 1949–1974 Kulturreferent der Stadt Speyer 375, 377
- Schneider, Hans (1874–1961)**
Jurist
• Bis 1939 Präsident des Landgerichts Mainz
• 1948–1952 Universitätsrichter der JGU 374, 377
- Schneider, Heinrich, Prof. Dr. (1908–1994)**
Katholischer Theologe
• 1946–1975 Professor an der JGU 189
- Schneider, Hermann (geb. 1882)**
Unternehmer
• 1903–1962 Leiter der Firma Werner & Mertz
• 1932 Mitbegründer der Tochterfirma Blendax ... 579
- Schneider, Peter, Prof. Dr. (1920–2002)**
Schweizer Jurist
• 1956–1987 Professor an der JGU
• 1969–1974 Rektor der JGU
• 1974–1980 Präsident der JGU 79, 83, 91–99, 101 f., 104, 142, 149 f., 156, 219, 344 f., 349, 416, 490, 537, 556–559, 566 f., 580, 618, 645, 649 f., 657, 674, 692, 694
- Schneider, Philipp Adam (gest. 1901)**
Unternehmer
• 1887–1901 Leiter der Firma Werner & Mertz
• 1901 Erfindung der Schuhcreme »Erdalk« 579
- Schneider, Rudolf (1882–1956)**
Unternehmer
• 1901–1954 Leiter der Firma Werner & Mertz
• 1932 Mitbegründer der Tochterfirma Blendax ... 579
- Schneider, Uwe Helmut, Prof. Dr. (geb. 1941)**
Jurist
• 1975–1976 Professor an der JGU
• 1976–2009 Professor an der TU Darmstadt 224
- Schoeck, Helmut, Prof. Dr. (1922–1993)**
Soziologe
• 1954–1965 Professor an der Emory University
• 1965–1990 Professor an der JGU 202
- Schoell, Frank-Louis (1889–1982)**
Schweizer Amerikanist 635
- Scholl, Andreas, Prof. (geb. 1967)**
Sänger
• Seit 2019 Professor am Mozarteum Salzburg 275
- Scholz, Götz (geb. 1948)**
Wissenschaftsmanager
• 1997–2012 Kanzler der JGU 144, 542
- Schönbach, Klaus, Prof. Dr. (geb. 1949)**
Kommunikations- und Medienwissenschaftler
• Alumnus der JGU
• 1983–1987 Professor an der Hochschule für Musik und Theater Hannover 347
- Schopper, Herwig, Prof. Dr. (geb. 1924)**
Kernphysiker
• 1958–1960 Professor an der JGU
• 1981–1988 Generaldirektor der Europäischen Organisation für Kernforschung 257 f.
- Schott, Erich, Dr. (1891–1989)**
Unternehmer (Schott-Glaswerke) 71, 585
- Schottroff, Luise, Prof. Dr. (1934–2015)**
Evangelische Theologin und Biblische Archäologin
• 1971–1986 Professorin an der JGU
• 1986–1999 Professorin an der Universität Kassel 196
- Schramm, Edmund, Prof. Dr. (1902–1975)**
Romanist und Hispanist
• 1946–1970 Professor an der JGU 210, 240 f., 243 f., 251
- Schreiber, Ulrich (geb. 1960)**
Metallbildhauer und Alumnus der JGU 532
- Schreiter, Johannes, Prof. (geb. 1930)**
Maler, Grafiker, Glasbildner und Alumnus der JGU
• 1963–1987 Professor an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste Frankfurt a. M. 292
- Schriever, Johann, Prof. Dr. (1889–1979)**
Physiologe
• 1946–1963 Professor an der JGU 377
- Schröcke, Helmut, Prof. Dr. (1922–2018)**
Mineraloge
• 1970–1987 Professor an der Universität München 490 f.
- Schröder, Kristina, Dr. (geb. 1977)**
Politikerin (CDU) und Alumna der JGU
• 2009–2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 201, 539
- Schröder, Walter, Prof. Dr. (1910–1984)**
Germanist
• 1960–1978 Professor an der JGU 251
- Schubert, Johann, Dr. (1925–2019)**
Bibliothekar
• 1972–1988 Direktor der Universitätsbibliothek Mainz 463, 465
- Schulz, Günter Victor, Prof. Dr. (1905–1999)**
Physikalischer Chemiker
• 1946–1974 ordentlicher Professor an der JGU ... 255
- Schulz, Winfried, Prof. Dr. (geb. 1938)**
Kommunikationswissenschaftler
• 1972–1975 Professor an der JGU

- 1983–2003 Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg 340, 346 f.
- Schumacher, Leonhard, Prof. Dr. (geb. 1944)**
Althistoriker
• 1994–2009 Professor an der JGU 482
- Schuman, Robert, Dr. (1886–1963)**
Französischer Politiker
• 1947 französischer Ministerpräsident
• 1948–1952 französischer Außenminister 70, 73, 631
- Schunck, Peter, Prof. Dr. (geb. 1928)**
Romanist und Zeithistoriker
• 1972–1999 Professor an der JGU 251
- Schunk, Daniel, Prof. Dr. (geb. 1976)**
Wirtschaftswissenschaftler
• Seit 2011 Professor an der JGU 654
- Schürg, Maria (geb. 1910)**
Malerin
• 1949 Dozentin an der Kunstschule Mainz 284, 292
- Schürmann, Peter, Prof. Dr. (1920–2006)**
Neurochirurg
• 1963–1988 Professor an der JGU 490 f., 585
- Schütz, Matthias, Dr. (geb. 1940)**
Student der JGU (Germanistik, Geografie)
• 1965 AStA-Vorsitzender der JGU 443
- Schwamm, Hermann, Prof. Dr. (1900–1954)**
Katholischer Theologe
• 1946–1954 Professor an der JGU 73, 188
- Schwantag, Karl, Prof. Dr. (1912–1991)**
Wirtschaftswissenschaftler
• 1949–1980 Professor an der JGU
• 1958–1959 Rektor der JGU 72 f., 219, 450
- Schwarz, Heinz (geb. 1928)**
Politiker (CDU)
• 1971–1976 Minister des Innern von Rheinland-Pfalz 102
- Schweitzer, Albert, Prof. Dr. (1875–1965)**
Arzt, Philosoph, Theologe, Musikwissenschaftler und Pazifist
• 1952 Friedensnobelpreis 69
- Schweizer, Eduard, Prof. Dr. (1913–2006)**
Schweizer Theologe
• 1946–1949 Professor an der JGU
• 1949–1979 Professor an der Universität Zürich 195, 376, 631
- Schwidetzky-Rösing, Ilse, Prof. Dr. (1907–1997)**
Anthropologin
• 1949–1975 Professorin an der JGU 379 f., 382–384, 413, 422, 600–602, 643, 656
- Sebastian, Horst, Dr. (1928–1986)**
Zahnarzt
• 1981–1986 Präsident der Bundeszahnärztekammer 580
- Seghers, Anna, Dr. (1900–1983)**
Schriftstellerin
• 1981 Ehrenbürgerin der Stadt Mainz 567 f., 580, 605
- Seidel, Walter (1926–2010)**
Katholischer Theologe und Prälat
• 1963–1968 Studentenpfarrer an der JGU 191
- Seitz, Paul, Prof. (1911–1989)**
Architekt, Stadtplaner, Baubeamter und Bildhauer
• 1953–1965 Professor an der Hochschule für Bildende Künste Berlin 504
- Senarclens-Grancy, Alexander Ludwig Freiherr von (1880–1964)**
Marineoffizier und Kunstsammler
• 1913–1919 Marineattaché in Italien, Griechenland, Rumänien, Türkei, Norwegen
• 1920–1940 Adjutant des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. 589, 595
- Senghor, Léopold Sédar, Prof. (1906–2001)**
Senegalesischer Schriftsteller und Politiker
• 1935–1945 Professor an den Universitäten Tours und Paris
• 1960–1980 erster Präsident der Republik Senegal 657, 682 f.
- Sforza, Carlo (1872–1952)**
Italienischer Politiker
• 1920–1921 Außenminister des Königreichs Italien
• 1947–1951 Außenminister der Republik Italien .. 627
- Sherlock, Dame Sheila, Prof. Dr. (1918–2001)**
Ärztin und Hepatologin
• 1959–1983 Professorin an der Universität London (erste Medizinprofessorin des Vereinigten Königreichs) 605
- Siebert, Ferdinand, Prof. Dr. (1904–1985)**
Historiker
• 1956–1975 Professor an der JGU 490 f.
- Siebert, Günther, Prof. Dr. (1920–1991)**
Physiologe
• 1957–1967 Professor an der JGU
• 1967–1979 Professor an der Universität Hohenheim
• 1979–1988 Professor an der Universität Würzburg 396
- Simon, Octave (1914–1944)**
Französischer Künstler und Résistancekämpfer
• 1944 von der Gestapo ermordet 528, 530 f., 533
- Simons, P. W.**
• 1951 Antikensammler in Heidelberg 588
- Śliwowski, Piotr (geb. 1972)**
Polnischer Dokumentarfilmer 698
- Sobanski, Ulrich (geb. 1932)**
Student der JGU (Zahnmedizin)
• 1957 Vizepräsident des Studierendenparlaments der JGU 451
- Specht, Franz, Prof. Dr. (1888–1949)**
Sprachwissenschaftler
• 1946–1949 Professor an der JGU 205
- Sperber, Manès (1905–1984)**
Österreichisch-französischer Schriftsteller, Psychologe und Philosoph 660
- Spiegel, Anne (geb. 1980)**
Politikerin (Bündnis 90/Die Grünen), Alumna der JGU
• Seit 2016 Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, seit 2021 auch Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten von Rheinland-Pfalz 201
- Spira, Andreas, Prof. Dr. (1929–2004)**
Klassischer Philologe
• 1972–1995 Professor an der JGU 673
- Staab, Franz-Josef**
Musiker, Dirigent und Chorleiter
• 1983–1985 kommissarischer Leiter des Collegium Musicum der JGU
• Seit 1994 Künstlerischer Leiter der Gesellschaft der Musikfreunde Bad Soden 274
- Stählin, Gustav, Prof. Dr. (1900–1985)**
Evangelischer Theologe
• 1952–1968 Professor an der JGU 66
- Stark, Birgit, Prof. Dr. (geb. 1968)**
Kommunikationswissenschaftlerin
• Seit 2011 Professorin an der JGU 224
- Steffan, Jakob (1888–1957)**
Politiker (SPD)
• 1946–1950 Minister des Innern bzw. für Soziales von Rheinland-Pfalz 280, 292, 370
- Steil-Beuerle, Elisabeth, Dr. (1908–1985)**
Redakteurin und Journalistin (AZ, SWF, ZDF) 47, 555
- Stein, Franz (1900–1967)**
Politiker (SPD)
• 1949–1965 Oberbürgermeister von Mainz 397, 400, 564
- Steines, Günther (1928–1982)**
Leichtathlet, Alumnus der JGU
• 1952 Bronzemedailengewinner bei den Olympischen Spielen 324
- Steitz, Heinrich, Prof. Dr. (1907–1998)**
Evangelischer Theologe
• 1965–1973 Professor an der JGU 195
- Stempel, Hans, Dr. (1894–1970)**
Evangelischer Theologe
• 1946–1965 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz 193
- Stern, Leo, Prof. Dr. (1901–1982)**
Historiker
• 1952 Mitbegründer und Mitherausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
• 1953–1959 Rektor der Universität Halle-Wittenberg 419, 422
- Stichter, Hans Otto, Dr. (1877–1948)**
Evangelischer Theologe
• 1945–1946 Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche der Pfalz 193
- Stohr, Albert, Prof. Dr. (1890–1961)**
Katholischer Theologe
• 1935–1961 Bischof von Mainz 188 f., 191, 292, 355, 359
- Stoltenberg, Gerhard, Dr. (1928–2001)**
Historiker und Politiker (CDU)
• 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung
• 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein
• 1982–1989 Bundesminister der Finanzen
• 1989–1992 Bundesminister der Verteidigung ... 258
- Storch, Günter, Dr. (1926–2004)**
Volkswirt und Politiker (FDP)
• 1969–1988 Vorstandsmitglied der Landesbank Rheinland-Pfalz
• 1988–1994 Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank 568
- Strack, Hans**
Architekt 510 f., 521
- Strasser, Ernst, Dr. (1905–1997)**
Katholischer Theologe und Geistlicher
• 1946–1957 Pfarrer der katholischen Studierendengemeinde an der JGU
• 1957–1975 Leiter des Seelsorgeamts des Bischöflichen Ordinariats Mainz 355

- Straßmann, Fritz, Prof. Dr. (1902–1980)**
Chemiker
• 1938 Mitentdecker der Kernspaltung
• 1946–1970 Professor an der JGU 50, 255–257, 307–317, 373, 483, 495, 568
- Strawinsky, Igor (1882–1971)**
Russisch-französisch-US-amerikanischer Komponist und Pianist 273
- Strecker jun., Ludwig (1883–1978)**
Mitinhaber des Musikverlags B. Schott's Söhne
• Gründungsmitglied der Freunde der JGU e. V. ... 561, 568
- Strobel, Lothar, Dr. (1928–2020)**
Rechtsanwalt und Manager (Blendax) ... 579–582, 584f.
- Stroińska, Maria (geb. 1932)**
Polnisch-deutsche Lehrerin und Holocaust-Überlebende 698
- Stroux, Johannes, Prof. Dr. (1886–1954)**
Klassischer Philologe und Althistoriker
• 1933–1954 Professor an der HU Berlin 662
- Stuart, Herbert Arthur, Prof. Dr. (1899–1974)**
Schweizerischer Physiker
• 1954–1966 Professor an der JGU 635
- Stubbins, Hugh (1912–2006)**
US-amerikanischer Architekt 504f.
- Stübel, Erna, Dr.**
Romanistin und Übersetzerin
• 1946–1952 Lektorin für französische Sprache an der JGU 602
- Sturm, Marcel (1905–1950)**
Französischer Militärgestaltlicher
• Ab 1945 Kirchlicher Berater der französischen Militärregierung in Baden-Baden 193
- Süß, Wilhelm, Prof. Dr. (1882–1968)**
Klassischer Philologe
• 1946–1950 Professor an der JGU 217, 377
- Süsterhenn, Adolf, Dr. (1905–1974)**
Staatsrechtler und Politiker (CDU)
• 1946–1951 Minister für Justiz, seit 1947 für Justiz, Erziehung und Kultus, seit 1949 für Justiz, Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz
• 1951–1961 Präsident des Verfassungsgerichtshofs und Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz 355f., 559
- Sutermeister, Heinrich (1910–1995)**
Schweizer Komponist
• 1963–1975 Dozent an der Musikhochschule Hannover 270
- Suzuki, Masaaki (geb. 1954)**
Japanischer Dirigent, Organist und Cembalist 275
- Świerk, Alfred Gerhard, Prof. Dr. (geb. 1931)**
Polnischer Buchwissenschaftler
• 1967–1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der JGU
• 1983–1994 Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg 695
- Tamez, Elsa, Prof. Dr. (geb. 1951)**
Presbyterianische Theologin und Bibelwissenschaftlerin
• 1990–2015 Professorin an der Universidad Biblica Latinoamericana 605
- Tannenbaum, Percy H., Prof. Dr. (1927–2009)**
Kanadischer Kommunikationswissenschaftler
• 1967–1969 Professor an der University of Pennsylvania 346, 348
- Taverdet, Gérard, Prof. Dr. (geb. 1938)**
Französischer Sprachwissenschaftler
• 1974–1999 Professor an der Universität Dijon ... 675
- Teller, Edward, Prof. Dr. (1908–2003)**
Ungarisch-US-amerikanischer Physiker
• 1935 Mitarbeiter des Manhattan-Projekts (Konstruktion von Atombomben)
• 1946–1950 Professor an der University of Chicago 317
- Thielicke, Helmut, Prof. Dr. (1908–1986)**
Evangelischer Theologe
• 1945–1954 Professor an der Universität Tübingen
• 1954–1974 Professor an der Universität Hamburg 197
- Thieme, Karl Otto, Prof. Dr. (1902–1963)**
Germanist
• 1946–1963 Professor an der JGU 242, 249, 251
- Thieu, Nguyen Vân (1923–2001)**
Vietnamesischer Militär und Politiker
• 1967–1975 Präsident der Republik Vietnam 102
- Thomas, Armin (geb. 1958)**
Journalist
• 1991–2013 Redakteur der Mainzer Rhein-Zeitung 492
- Thorn, Gaston (1928–2007)**
Luxemburgischer Politiker
• 1974–1979 luxemburgischer Premierminister
• 1981–1985 Präsident der Europäischen Kommission 657
- Thorvaldsen, Bertel von, Prof. (1770–1844)**
Dänischer Bildhauer und Medailleur 522
- Tischleder, Peter, Prof. Dr. (1891–1947)**
Katholischer Theologe und Geistlicher
• 1946–1947 Professor an der JGU 189f., 197
- Tittel, Heide**
Journalistin (Mainzer Rhein-Zeitung) 492
- Tobien, Heinz, Prof. Dr. (1911–1993)**
Paläontologe
• 1955–1978 Professor an der JGU 592
- Tobor, Alexandra (geb. 1981)**
Schriftstellerin und Podcasterin 698
- Top, Max (1895–1986)**
Gärtner
• Ab 1946 Technischer Leiter des Botanischen Gartens der JGU 263
- Toussaint, Georg, Prof. (1917–1982)**
Musikwissenschaftler
• 1948 Mitbegründer des Staatlichen Instituts für Musik (später Hochschule für Musik Mainz)
• 1973–1982 Professor an der JGU 270f., 273
- Trablé, Josef (1883–1966)**
Finanzdirektor 281
- Trappe, Hans, Dr. (geb. 1930)**
Jurist und Ministerialrat
• 1955–1965 Universitätsrichter an der JGU 487, 623
- Trepp, Leo, Prof. Dr. (1913–2010)**
Rabbiner und Theologe
• 1951–1983 Professor am Napa Valley College
• 1988–2010 Honorarprofessor an der JGU 196
- Troll, Wilhelm, Prof. Dr. (1897–1978)**
Botaniker, Gründer des Botanischen Gartens der JGU
• 1946–1966 Professor an der JGU ... 263f., 266, 495
- Vaudiaux, Jacques, Prof. Dr.**
Jurist
• 1978–1983 Präsident der Universität Dijon 675
- Venturi, Robert, Prof. (1925–2018)**
US-amerikanischer Architekt
• 1965–1970 Professor an der Yale School of Architecture 514
- Vermeil, Edmond-Joachim (1878–1964)**
Französischer Germanist und politischer Berater der Exilregierung de Gaulles 50, 633
- Verschuer, Otmar von, Prof. Dr. (1896–1969)**
Mediziner, Humangenetiker und Eugeniker
• 1942–1948 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik
• 1951–1965 Professor an der Universität Münster 379
- Verse, Dirk Axel, Prof. Dr. (geb. 1971)**
Jurist
• 2011–2018 Professor an der JGU
• Seit 2018 Professor an der Universität Heidelberg 225
- Vilmar, Fritz, Prof. Dr. (1929–2015)**
Soziologe, Politikwissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionär
• 1975–1994 Professor an der FU Berlin 83
- Vincenz, Volkhart**
Chefredakteur der Studierendenzeitschrift *nobis an der JGU* 487
- Vogel, Bernhard, Dr. (geb. 1932)**
Politiker (CDU)
• 1967–1976 Minister für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz
• 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz
• 1992–2003 Ministerpräsident von Thüringen ... 79, 81, 83, 91f., 102f., 115, 286, 349, 452, 475, 486f., 493, 495, 566, 578, 585, 657, 674, 692
- Vogel, Heinrich, Prof. Dr. (1902–1989)**
Evangelischer Theologe, Komponist und Dichter
• 1946–1948 Professor an der Kirchlichen Hochschule Berlin
• 1948–1967 Professor an der HU Berlin 194
- Vogel-Arnoldi, Dieter (1932–2011)**
Wissenschaftsmanager
• 1981–1997 Kanzler der JGU 542
- Vogt, Nicolaus, Prof. Dr. (1756–1836)**
Historiker und Staatstheoretiker
• 1793–1797 Professor an der Alten Universität Mainz
• 1813–1836 Schöffe und Senator der Freien Reichsstadt Frankfurt 31f., 38
- Voit, Kurt, Prof. Dr. (1895–1978)**
Internist
• 1946–1963 Professor an der JGU
• 1959–1960 Rektor der JGU 71, 78, 392, 399f., 437
- Volk, Hermann Kardinal, Prof. Dr. (1903–1988)**
Katholischer Theologe
• 1962–1982 Bischof von Mainz
• 1966–1988 Honorarprofessor an der JGU 191, 491, 692
- Völker, Walter, Prof. Dr. (1896–1988)**
Evangelischer Theologe
• 1946–1961 Professor an der JGU 197

- Volz, Hermann, Prof. (1923–1985)**
Künstler und Kunstpädagogie
• 1972–1985 Professor an der JGU 286
- Voß, Theodor, Dr. (geb. 1880)**
Evangelischer Theologe
• 1927–1948 Dozent an der Universität Kiel 377
- Wäffler, Hermann, Prof. Dr. (1910–2003)**
Atomphysiker
• 1957–1978 Honorarprofessor an der JGU
• 1959–1978 Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz 257 f.
- Wagner, Ewald, Prof. Dr. (geb. 1927)**
Sprachwissenschaftler, Orientalist und Bibliothekar
• 1960 Bibliotheksrat der Universitätsbibliothek Mainz
• 1964–1992 Professor an der Universität Gießen 661, 663, 668
- Wagner, Hans-Joachim, Prof. Dr. (1924–2014)**
Rechtsmediziner
• 1966–1968 Professor an der JGU 493
- Wallauer, Valentin (1899–1982)**
Jurist
• 1947–1949 Präsident der Spruchkammer von Rheinland-Pfalz 377
- Walton, Ernest, Prof. Dr. (1903–1995)**
Irischer Physiker
• 1946–1974 Professor am Trinity College
• 1951 Nobelpreis für Physik 308
- Weber, Hans Emil, Prof. Dr. (1882–1950)**
Evangelischer Theologe
• 1913–1937 und 1946–1950 Professor an der Universität Bonn 194, 197
- Weber, Max, Prof. Dr. (1864–1920)**
Soziologe und Nationalökonom
• 1897–1903 Professor an der Universität Heidelberg 336 f.
- Weber, Otto, Prof. Dr. (1902–1966)**
Evangelischer Theologe
• 1934–1966 Professor an der Universität Göttingen 197
- Weber, Werner, Prof. Dr. (1904–1976)**
Staats- und Verfassungsrechtler
• 1948–1972 Professor an der Universität Göttingen 251
- Wedekind, Gregor, Prof. Dr. (geb. 1963)**
Kunsthistoriker
• Seit 2010 Professor an der JGU 684, 687
- Weder di Mauro, Beatrice, Prof. Dr. (geb. 1965)**
Schweizerisch-italienische Wirtschaftswissenschaftlerin
• 2001–2018 ordentliche Professorin an der JGU 220
- Wegner, Gerhard, Prof. Dr. (geb. 1940)**
Chemiker
• 1974–1984 Professor an der Universität Freiburg i. Br.
• 1984–2008 Direktor des Max-Planck-Instituts für Polymerforschung in Mainz 255
- Wegner, Otto, Prof. Dr. (1902–1984)**
Jurist, Ministerialrat im Kultusministerium von Rheinland-Pfalz
• 1960–1984 Honorarprofessor an der JGU .. 60, 520
- Wehberg, Hans (1885–1962)**
Völkerrechtler und Pazifist
• 1924–1962 Herausgeber der Zeitschrift Die Friedens-Warte 634
- Wehefritz, Emil, Prof. Dr. (geb. 1892)**
Mediziner
• Professor an den Universitäten Göttingen und Frankfurt a. M.
• Seit 1938 Leiter der Hebammenlehranstalt Mainz 403
- Wehnert, Wolfram, Prof. (geb. 1941)**
Chorleiter und Dirigent
• 1980–1983 Leiter des Collegium Musicum der JGU
• 1982–2005 Professor an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover 273 f., 277
- Weidenfeld, Werner, Prof. Dr. (geb. 1947)**
Politikwissenschaftler
• 1975–1995 Professor an der JGU 421
- Weidmann, Johann Peter, Prof. Dr. (1751–1819)**
Gynäkologe
• 1782–1798 Professor an der Alten Universität Mainz
• 1806–1812 Direktor der Großherzoglichen Entbindungsanstalt Mainz 32, 38, 403
- Weimann, Gabriel, Prof. Dr. (geb. 1950)**
Israelischer Kommunikationswissenschaftler
• 1988–1989 Gastprofessor an der JGU 348
- Weingärtner, Georg, Prof. Dr. (1876–1952)**
Katholischer Theologe
• 1914–1945 Dozent am Bischöflichen Priesterseminar Mainz 189
- Wellek, Albert, Prof. Dr. (1904–1972)**
Psychologe
• 1946–1972 Professor an der JGU 201, 377, 635
- Welter, Erich, Prof. Dr. (1900–1982)**
Wirtschaftswissenschaftler
• 1948–1962 Professor an der JGU 337, 574
- Wencelius, Léon, Prof. Dr. (1900–1972)**
Romanist
• 1946–1947 Professor an der JGU 50, 210, 629, 635
- Wentzlaff-Eggebert, Friedrich Wilhelm, Prof. Dr. (1905–1999)**
Germanist
• 1956–1973 Professor an der JGU 644 f.
- Weyel, Hermann-Hartmut (geb. 1933)**
Politiker (SPD)
• 1987–1997 Oberbürgermeister von Mainz 568
- Weyer, Willi (1917–1987)**
Sportfunktionär und Politiker (FDP)
• 1974–1986 Präsident des Deutschen Sportbunds 333
- Widmann, Hans, Prof. Dr. (1908–1975)**
Buchwissenschaftler
• 1969–1975 Professor an der JGU 302
- Wieland, Horst**
Jurist
• Richter am Landgericht Mainz 489, 492
- Wieland, Theodor, Prof. Dr. (1913–1995)**
Chemiker
• 1946–1951 Professor an der JGU
• 1951–1968 Professor an der Universität Frankfurt a. M. 376
- Wiese und Kaiserswaldau, Leopold von, Prof. Dr. (1876–1967)**
Soziologe und Volkswirt
• 1919–1949 Professor an der Universität Köln
• 1946–1962 Gastprofessor an der JGU 381
- Wigman, Mary (1886–1973)**
Tänzerin, Choreographin und Tanzpädagogin 321
- Willersinn, Herbert, Prof. Dr. (1926–1995)**
Vorstandsmitglied der BASF 537, 582 f.
- Willkens, Silvia (geb. 1953)**
Künstlerin
• 1984–2002 Lehraufträge u. a. an der JGU 527, 528 f., 532, 548
- Winnacker, Karl, Prof. Dr. (1903–1989)**
Manager in der chemischen Industrie
• 1952–1969 Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG 585
- Winter, Adam (1903–1978)**
Bildhauer und Keramiker 523, 529, 595
- Winter, Hans (geb. 1937)**
Chemiearbeiter 473 f.
- Wischmann, Berno, Prof. Dr. (1910–2001)**
Leichtathlet und Trainer
• Mitbegründer des Hochschulsports in Mainz
• 1955–1978 Professor an der JGU 21, 203, 216, 319, 322–325, 327–335, 418, 422, 603, 611
- Wischmann, Vera (geb. 1912)**
Sportlehrerin und Ehefrau Berno Wischmanns 322
- Wittkowsky, Wolfgang Karl (1934–2013)**
Politiker (CDU)
• 1970–1996 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz 115
- Wittmer, Frank (geb. 1968)**
Musiker und freier Journalist
• Seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Collegium Musicum der JGU 275
- Wojtyła, Karol Kardinal (Papst Johannes Paul II.), Prof. Dr. (1920–2005)**
Polnischer katholischer Theologe und Geistlicher
• 1978–2005 Papst 191, 657, 692
- Wolff, Hans Julius, Prof. Dr. (1902–1983)**
Jurist und Historiker
• 1952–1955 Professor an der JGU
• 1955–1970 Professor an der Universität Freiburg i. Br. 225
- Wolff, Hans Walter, Prof. Dr. (1911–1993)**
Evangelischer Theologe
• 1959–1967 Professor an der JGU
• 1967–1978 Professor an der Universität Heidelberg 85, 196
- Wolffenstein, Andrea (geb. 1897)**
Jüdische Pianistin und Holocaustüberlebende 316
- Wollert, Uwe, Prof. Dr. (1935–1981)**
Pharmakologe
• 1975–1981 Professor an der JGU
• 1974–1980 Vizepräsident der JGU 95
- Woltner, Margarete, Prof. Dr. (1897–1985)**
Slawistin
• 1950–1953 Professorin an der JGU
• 1953–1965 Professorin an der Universität Bonn 600
- Wurster, Carl, Dr. (1900–1974)**
Vorstandsvorsitzender der BASF 314, 317
- Württemberg, Thomas, Prof. Dr. (1907–1989)**
Jurist
• 1946–1955 Professor an der JGU
• 1946–1947 Universitätsrichter der JGU 55, 72, 376

- Ythier, Christian (geb. 1926)**
Naturwissenschaftler 50
- Zadkine, Ossip (1890–1967)**
Belarussisch-französischer Maler und Bildhauer des Kubismus 524
- Zander, Lev Aleksandrovič, Prof. Dr. (1893–1964)**
Russischer Philosoph und russisch-orthodoxer Theologe 633
- Ziegler, Josef Georg, Prof. Dr. (1918–2006)**
Katholischer Theologe
• 1961–1983 Professor an der JGU 190, 690, 699
- Zimmerli, Walther Theodor, Prof. Dr. (1907–1983)**
Schweizer evangelischer Theologe
• 1951–1975 Professor an der Universität Göttingen 194
- Zimmerling, Ruth, Prof. Dr. (geb. 1953)**
Politikwissenschaftlerin
• Seit 2003 Professorin an der JGU 611
- Zimmermann, Louis-Jacques, Dr. (1913–1998)**
Niederländischer Volkswirt
• 1947–1954 Dozent an der JGU 613 f., 635
- Zöllner, Emil Jürgen, Prof. Dr. (geb. 1945)**
Physiologe und Politiker (SPD)
• 1977–1991 Professor an der JGU
• 1990–1991 Präsident der JGU
• 1991–2006 Minister für Wissenschaft und Weiterbildung, seit 1994 für Bildung und Wissenschaft, seit 2001 für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur von Rheinland-Pfalz 20, 115, 133–135, 138, 141, 144, 160, 271, 447, 539, 580 f., 611
- Zuckmayer, Carl (1896–1977)**
Schriftsteller
• 1962 Ehrenbürger von Mainz 568
- Zwickel, Wolfgang, Prof. Dr. (geb. 1957)**
Biblischer Archäologe und evangelischer Theologe
• Seit 1998 Professor an der JGU 196

Autorinnen und Autoren

Aufenanger, Stefan

Univ.-Prof. Dr. Stefan Aufenanger (Mainz), Professor für Erziehungswissenschaft und Medienpädagogik an der JGU (im Ruhestand).

Anders, Freia

Dr. Freia Anders (Wiesbaden), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der JGU.

Backerra, Charlotte

Dr. Charlotte Backerra (Mainz/Göttingen), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen.

Bahlmann, Katharina

Dr. Katharina Bahlmann (Mainz), Co-Leiterin der Arbeitsstelle Kleine Fächer der JGU.

Berger, Thomas

Dr. Thomas Berger (Mainz), Akademischer Direktor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der JGU.

Böschchen, Stefan

Univ.-Prof. Dr. Dipl.-Ing. Stefan Böschchen (Aachen), Professor für Technik und Gesellschaft am Human Technology Center (HumTec) der RWTH Aachen.

Breul, Wolfgang

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Breul (Mainz), Professor für Kirchengeschichte der Neuzeit (Ev. Theol.) an der JGU.

Cloppenburg, André

Dr. André Cloppenburg (Mannheim), Assistenzarzt in Mannheim.

Defrance, Corine

Prof. Dr. Corine Defrance (Paris), Professorin für Zeitgeschichte am CNRS (Sirice / Universität Paris 1-Panthéon-Sorbonne).

Dietz, Bernhard

PD Dr. Bernhard Dietz (Mainz), Akademischer Rat am Historischen Seminar der JGU.

Dingfelder Stone, Maren

Dr. Maren Dingfelder Stone (Heidelberg), Akademische Oberrätin in der Abteilung Anglistik, Amerikanistik und Anglophonie der JGU.

Dreyer, Mechthild

Univ.-Prof. Dr. Mechthild Dreyer (Mainz), Professorin für Philosophie des Mittelalters sowie von 2010 bis 2018 Vizepräsidentin für Studium und Lehre der JGU.

Duchhardt, Heinz

Prof. Dr. Dres. h. c. Heinz Duchhardt (Mainz), Professor für Neuere Geschichte an der JGU (im Ruhestand) und ehemaliger Direktor des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte Mainz.

Einig, Bernhard

Prof. Dr. Bernhard Einig (Wiesbaden), Leiter der Abteilung Studium und Lehre an der JGU von 1992 bis 2020.

Elz, Wolfgang

Dr. Wolfgang Elz (Mainz), Akademischer Direktor am Historischen Seminar der JGU.

Euler, Roland

Univ.-Prof. Dr. Roland Euler (Mainz), Professor für Betriebswirtschaftslehre an der JGU sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats des Studierendenwerks Mainz.

Füssel, Stephan

Univ.-Prof. Dr. Stephan Füssel (Mainz), Professor für Buchwissenschaft an der JGU (im Ruhestand).

Gall, Alfred

Univ.-Prof. Dr. Alfred Gall (Mainz), Professor für westslavische Literatur- und Kulturwissenschaft an der JGU sowie Wissenschaftlicher Leiter des Mainzer Polonicums.

George, Christian

Dr. Christian George (Mainz), Leiter des Universitätsarchivs Mainz.

Göllnitz, Martin

Dr. Martin Göllnitz (Marburg), Wissenschaftlicher Assistent an der Professur für Hessische Landesgeschichte der Philipps-Universität Marburg.

Grimm, Kirsten

Apl.-Prof. Dr. Kirsten Grimm (Mainz), Kuratorin der Naturwissenschaftlichen Sammlungen an der JGU.

Hellmann, Ullrich

Univ.-Prof. Ullrich Hellmann (Mainz), Professor an der Kunsthochschule Mainz (im Ruhestand).

Höll, Davina

Dr. Davina Höll (Tübingen), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethik und Geschichte der Medizin an der Universität Tübingen.

Huff, Tobias

Dr. Tobias Huff (Mainz), Geschäftsführer und Leiter des Zentralen Prüfungsamts des Fachbereichs 07: Geschichts- und Kulturwissenschaften der JGU.

Hüther, Frank

Frank Hüther (Mainz), Mitarbeiter im Universitätsarchiv Mainz.

Kalogrias, Vaios

Dr. Vaios Kalogrias (Mainz), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der JGU.

Kant, Horst

Dr. Horst Kant (Berlin), Research Scholar am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin.

Kepplinger, Mathias

Univ.-Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger (Mainz), Professor für Empirische Kommunikationsforschung am Institut für Publizistik der JGU (im Ruhestand).

Kiechle, Martin

Martin Kiechle, M. A. (Mainz), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der Universitätsmedizin der JGU.

Kißener, Michael

Univ.-Prof. Dr. Michael Kißener (Mainz), Professor für Zeitgeschichte am Historischen Seminar der JGU.

König, Christian

Christian König, M. A. (Schwabenheim a. d. Selz), Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt a. M.

Krämer, Kim

Kim Krämer, M. A. (Mainz), Online-Redakteurin bei der ZDF Digital Medienproduktion GmbH.

Krausch, Georg

Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch (Mainz), Professor für Physikalische Chemie und Präsident der JGU.

Kreutz-Gers, Waltraud

Dr. Waltraud Kreutz-Gers (Mainz), Kanzlerin der JGU.

Lau, Maria

Dr. Maria Lau (Mainz), Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Diversität der JGU.

Lauderbach, Sabine

Dr. Sabine Lauderbach (Maisborn), Projektkoordinatorin des Jubiläumsprojekts der JGU.

Martin, Stefanie

Stefanie Martin, M. A. (Mainz), Mitarbeiterin im Jubiläumsprojekt der JGU.

Matheus, Michael

Univ.-Prof. Dr. Michael Matheus (Mainz), Professor für Mittlere und Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte an der JGU (im Ruhestand) und ehemaliger Leiter des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Rom.

Medvedkin, Ilja

Ilja Medvedkin, M. A. (Stadecken-Elsheim), Historiker.

Molzberger, Ansgar

Dr. Ansgar Molzberger (Köln), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Olympische Studien (OSC) und am Institut für Sportgeschichte der Deutschen Sporthochschule Köln.

Müller, Marius

Marius Müller (Wahlheim), Gymnasiallehrer.

Müller, Matthias

Univ.-Prof. Dr. Matthias Müller (Mainz), Professor für Kunstgeschichte am Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft der JGU.

Nientiedt, Ruth

Ruth Nientiedt, M. A. (Dortmund), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Alt-Katholischen Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Nordblom, Pia

Dr. Pia Nordblom (Mainz), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der JGU.

Oy-Marra, Elisabeth

Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Oy-Marra (Mainz), Professorin für Kunstgeschichte der Frühen Neuzeit am Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft der JGU.

Paul, Norbert W.

Univ.-Prof. Dr. Norbert W. Paul (Mainz), Professor für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der Universitätsmedizin der JGU.

Pfarr, Kristina

Dr. Kristina Pfarr (Mainz), Leiterin des Bereichs Universitätsförderung und Alumni der JGU und Geschäftsführerin der Johannes Gutenberg-Universitätsstiftung.

Pietschmann, Klaus

Univ.-Prof. Dr. Klaus Pietschmann (Mainz), Professor für Musikwissenschaft am Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft der JGU.

Roth, Andreas

Univ.-Prof. Dr. Andreas Roth (Mainz), Professor für Deutsche Rechtsgeschichte und Bürgerliches Recht an der JGU.

Ruckert, Frederic

Dr. Frederic Ruckert (Saarbrücken), Facharzt für Innere Medizin.

Sauer, Tilman

Univ.-Prof. Dr. Tilman Sauer (Mainz), Professor für Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften an der JGU.

Schmidt, Uwe

Univ.-Prof. Dr. Uwe Schmidt (Mainz), Professor für Hochschulforschung und Leiter des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) der JGU.

Scholz, Götz

Götz Scholz (Köngernheim), Kanzler der JGU von 1997 bis 2012.

Schollmeyer, Patrick

Dr. Patrick Schollmeyer (Mainz), Kurator der Klassisch-Archäologischen Sammlungen und der Schule des Sehens sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Klassische Archäologie der JGU.

Simon, Michael

Univ.-Prof. Dr. Michael Simon (Mainz/Maxen), Professor für Kulturanthropologie/Volkskunde an der JGU.

Tauber, Antonia

Antonia Tauber, M. A. (Zürich), Projektmanagerin im Bereich Bau und Architektur.

Teske, Frank

Dr. Frank Teske (Mainz), stellvertretender Leiter des Stadtarchivs Mainz.

Weber, Klaus T.

Dr. Klaus T. Weber (Koblenz/Mainz), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft der JGU und Leiter des Servicezentrums Digitalisierung und Fotodokumentation (SDF) der Universitätsbibliothek.

Wedekind, Gregor

Univ.-Prof. Dr. Gregor Wedekind (Mainz), Professor für Kunstgeschichte am Institut für Kunstgeschichte und Musikwissenschaft der JGU.

Zimmer, Lena

Dr. Lena Zimmer (Hannover), Postdoc am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW).

Zöllner, E. Jürgen

Univ.-Prof. (im Ruhestand) Dr. Dr. h. c. mult. E. Jürgen Zöllner (Berlin), Präsident der JGU von 1990 bis 1991 und Bildungs- und Wissenschaftsminister in Rheinland-Pfalz von 1991 bis 2006.

Der reich bebilderte Sammelband vereint rund 50 Beiträge, die das ganze Spektrum der Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) beleuchten: Neben resümierenden Einblicken in die allgemeinen Entwicklungen von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart wird die Geschichte der verschiedenen Fächer aufgegriffen. Darüber hinaus werden aber auch Themen wie studentisches Engagement, Internationalisierung oder das Alltagsleben an der Universität behandelt.

Ziel ist es dabei, die Geschichte der JGU nicht isoliert zu betrachten, sondern sie in gesellschaftliche, räumliche und politische Kontexte der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Rheinland-Pfalz einzubetten. Ergänzt wird der Band durch einen ausführlichen Anhang mit Daten, Zahlen und Fakten zur Mainzer Universitätsgeschichte.

